Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, Institut für Germanistik
und
Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa

Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa

Stand: Januar 2016

Das Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa wird ständig aktualisiert und jeweils zu Beginn eines Jahres als ergänzte und erweiterte Fassung veröffentlicht.

Impressum

Herausgeber

Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, Institut für Germanistik
vertreten durch Prof. Dr. Sabine Doering
Fakultät III-Sprach- und Kulturwissenschaften
26111 Oldenburg
Tel.: +49 441 798 2344
Fax: +49 441 798 2953
E-Mail: sabine.doering(at)uni-oldenburg.de
Internet: http://www.member.uni-oldenburg.de/sabine.doering/

Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, Oldenburg
vertreten durch Prof. Dr. Matthias Weber
Johann-Justus-Weg 147a
26127 Oldenburg Tel.: +49 441 96195-0
Fax: +49 441 96195-33
E-Mail: matthias.weber(at)bkge.uni-oldenburg.de
Internet: http://www.bkge.de/5503.html

Inhaltsverzeichnis

Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa als Forschungsthema	4
Projektorganisation und Kooperationen	4
Lexikonartikel A-Z	4
Orte und Städte	5
Regionen	834
Länder	1193
Begriffe, Konzepte und Institutionen	1344

KULTUR UND GESCHICHTE DER DEUTSCHEN IM ÖSTLICHEN EUROPA ALS FORSCHUNGSTHEMA

Die Notwendigkeit und der Bedarf an wissenschaftlich fundierten und verlässlichen Informationen über die *Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa* haben sowohl in der Öffentlichkeit als auch in der Wissenschaft in den letzten Jahren deutlich zugenommen.

Das Online-Lexikon soll dem Informationsbedarf entgegenkommen und als Nachschlagewerk dienen, das verlässliche Daten bietet, traditionelle Konzepte der Geschichtsschreibung kritisch hinterfragt und auf die gegenwärtigen wissenschaftlichen Forschungen und einzelnen Fachdiskurse verweist. Die Artikel werden von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus dem In- und Ausland verfasst. Die Form der Online-Publikation ermöglicht eine fortlaufende Aktualisierung und kann zum internationalen Austausch unter den Expertinnen und Experten sowie mit interessierten Nutzern beitragen.

Das Lexikon befasst sich mit historischen Regionen wie Schlesien, Pommern, West- und Ostpreußen, Siebenbürgen oder Banat, aber auch mit den Böhmischen Ländern sowie den deutschen Siedlungsgebieten im Baltikum und in Russland. Für die Gestaltung eines auf Europa ausgerichteten kulturellen Selbstverständnisses bieten gerade diese Regionen Möglichkeiten, da sie sich durch ein vielschichtiges kulturelles Erbe auszeichnen, das unterschiedliche Völker geschaffen haben, die hier über Jahrhunderte hinweg zusammenlebten. In diesen Regionen begegneten sich Sprachen, Kulturen und Konfessionen. Im Spannungsfeld zwischen nationaler kultureller Identität und europäischem Bewusstsein kommt dem Thema eine besondere Bedeutung und Mittlerrolle zu.

PROJEKTORGANISATION UND KOOPERATIONEN

Das Vorhaben wurde im März 2011 begonnen, steht unter der wissenschaftlichen Leitung von Prof. Dr. Sabine Doering, Oldenburg, und ist am Institut für Germanistik der Carl von Ossietzky Universität angesiedelt. Es wird in Kooperation mit dem Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa in Oldenburg, unter der Leitung von Prof. Dr. Matthias Weber, realisiert. Das Projekt wird vom Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien auf Grundlage von § 96 BVFG gefördert.

Zahlreiche Partnereinrichtungen, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem In- und Ausland sind am Aufbau des Online-Lexikons beteiligt, das in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung (Bonn) präsentiert werden soll. Das Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung – Institut der Leibniz-Gemeinschaft (Marburg) und das Deutsche Kulturforum östliches Europa (Potsdam) unterstützen das Projekt insbesondere durch die Bereitstellung von Abbildungen.

LEXIKONARTIKEL A-Z

Die Lemmata des Fachlexikons zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa umfassen sowohl geographische und topographische Bezeichnungen als auch historische, kulturelle und wissenschaftliche Schlüsselbegriffe.

Das Lexikon ist in vier Sektionen gegliedert: Orte und Städte, Regionen, Länder (sowohl heutige Staaten als auch historische Länder), Begriffe und Konzepte (Gruppenbezeichnungen, territoriale Lemmata, wissenschaftliche Begriffe und ideologische Konzepte, Institutionen und religiöse Gemeinschaften).

ORTE UND STÄDTE

A

Abertham/Abertamy

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Agram/Zagreb (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Akkerman (Weißenburg)/ Bilhorod-Dnistrovs'kyj

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Alba Iulia → Karlsburg (früher Weißenburg)/Alba Iulia

Siehe Karlsburg (früher Weißenburg)/Alba Iulia

Albendorf/Wambierzyce

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Albendorf, auch Alberichtsdorf, Alberndorf, Alberundorf

Amtliche Bezeichnung

poln. Wambierzyce

Anderssprachige Bezeichnungen

lat. Alberti villa; tschech. Ambeřice, später Vambeřice

Etymologie

Der Name geht auf den Vornamen "Albert" zurück, der polnische Name – erst seit 1946 im Gebrauch – leitet sich von der tschechischen Form ab.

2. Geographie

Lage

50° 29' nördlicher Breite, 16° 27' östlicher Länge, 338 m über dem Meeresspiegel. Albendorf liegt am nordöstlichen Fuß des Heuscheuergebirges, ca. 110 km südwestlich von Breslau/Wrocław und vier Kilometer südöstlich von Wünschelburg/Radków, unweit der Grenze zu Tschechien.

Region

Niederschlesien

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Republik Polen. Albendorf liegt in der Woiwodschaft Niederschlesien (*Województwo dolnośląskie*), im Kreis Glatz (*Powiat Kłodzki*), in der Gemeinde Radków (Wünschelburg).

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Beinamen

Das "Schlesische Jerusalem".

Mittelalter

Die Geschichte des Ortes reicht in die Mitte des 13. Jahrhunderts zurück, als sich auf Anordnung des böhmischen Königs Ottokar II. in der Gegend des heutigen Kalvarienberges Siedler (Weber) aus Meißen und Thüringen niederließen. Das seit Beginn des 14. Jahrhunderts in den Quellen als "Alberti villa" erwähnte Dorf bestand ursprünglich aus drei Rittersitzen (Nieder-, Ober- und Berghof) und einem Freirichtergut, die im Laufe der Zeit mehrmals die Besitzer wechselten (von Zischwitz, von Solz, von Pannwitz). Albendorf gehörte zur Grafschaft Glatz (Glatzer Land), die 1348 ein Nebenland der Böhmischen Krone wurde. 1358 wird in Albendorf eine Filialkirche der Pfarrei von Wünschelburg erwähnt, um 1400 verfügte das Dorf bereits über einen eigenen Pfarrer.



Der Kalvarienberg in Albendorf/
Wambierzyce (Radierung, Sammlung Haselbach)
[Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv. Inv.-Nr. P 0621].

Neuzeit

Zu Beginn des 16. Jahrhunderts ließ Ludwig von Pannwitz, der damalige Grundherr von Albendorf, einen steinernen Neubau der Wallfahrtskirche errichten, der 1512 eingeweiht wurde. Im Laufe des 17. Jahrhunderts wechselte Albenberg mehrmals den Besitzer (ab 1636 Johann Balthasar Müllanger von Mühlau, anschließend Ferdinand Hofer von Hoferberg). 1647, während des Dreißigjährigen Krieges, wurde das Dorf von schwedischen Truppen geplündert und teilweise zerstört. 1677 kam Albendorf in den Besitz von Daniel Paschasius von Osternberg. Auf seine Initiative gehen der Neubau der Wallfahrtskirche und die Errichtung des Kalvarienberges zurück. 1715 erwarb Graf Franz Anton von Götzen Albendorf. Der Ort blieb bis 1780 Eigentum der Familie von Götzen und kam anschließend in den Besitz der Familie von Magnis (bis 1945). Infolge des Siebenjährigen Krieges fiel Albendorf 1763 mit der Grafschaft Glatz an Preußen und wurde 1816 Teil der Provinz Schlesien.

19. und 20. Jahrhundert

Nach der preußischen Verwaltungsreform 1815 wurde Albendorf dem Landkreis Glatz zugeordnet (in den Jahren 1855–1932 gehörte es zum neugebildeten Landkreis Neurode, seit 1933 wieder zum Landkreis Glatz). 1945 kam das Dorf unter polnische Verwaltung und wurde (in Anlehnung an den tschechischen Ortsnamen Vambeřice) in "Wambierzyce" umbenannt. Auch in der Nachkriegszeit blieb Albendorf ein beliebtes Wallfahrtszentrum und eine touristische Attraktion.

Bevölkerungsentwicklung

Im Jahr 1768 lebten in Albendorf 1.008 Personen.[1] 1885 zählte das Dorf 1.779 Einwohner größtenteils katholischen Glaubens (95 % der Einwohner des Landkreises waren katholisch),[2] 1939 1.314 Einwohner. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die deutschen Bewohner vertrieben, an ihrer Stelle siedelten sich Polen an. Die Einwohnerzahl beträgt inzwischen ca. 1.200 (Stand 2010).[3]

Wirtschaft

Die wirtschaftliche Entwicklung des landwirtschaftlich geprägten Orts steht seit dem Mittelalter in enger Verbindung mit der Wallfahrt (Quellenhinweise auf Bierausschank im 15. Jahrhundert). Der Bau der barocken Kirche und des Kalvarienberges im ausgehenden 17. und frühen 18. Jahrhundert brachten einen Aufschwung der Pilgerbewegung. Die Bauherren Daniel Paschasius von Osternberg und Franz Anton von Götzen ließen zur besseren Unterbringung und Bewirtung der Besucher diverse Einrichtungen bauen, die der wirtschaftlichen Entwicklung des Dorfes zugutekamen (Hospital, Gastwirtschaft, Schmiede). Zudem wurden die Straßen ausgebessert, neue Häuser für Dorfbewohner erbaut. Eine bessere Verkehrsanbindung brachte 1879 die Eröffnung der Gebirgsbahn-Strecke Glatz-Neurode. Im ausgehenden 19. Jahrhundert besuchten Albendorf jährlich 120.000–150.000 Pilger.[4] Auch heute ist die regionale Wirtschaft vom Wallfahrtstourismus geprägt.

Religionsgeschichte



Wallfahrtskirche Albendorf von W (Postkarte: vor 1945)
[Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv. Inv. Nr. 137431]

Der Marienkult in Albendorf reicht bis ins 13. Jahrhundert zurück – der Legende nach kam es 1218 zur wundersamen Heilung eines Blinden, der beim Gebet vor der an einer Linde angebrachten Marienfigur sein Augenlicht zurückerhielt. An dieser Stelle entstand in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts eine hölzerne Kirche. Das heute noch erhaltene Gnadenbild aus Lindenholz stammt vom Ende des 14. Jahrhunderts. Mit Beginn der Reformation in Schlesien kam die Wallfahrt zum Stillstand. 1563 wurde die Marienkirche evangelisch, nachdem Ludwig von Pannwitz zum lutherischen Glauben konvertiert war. 1628 erfolgte die Rekatholisierung, die Kirche wurde der Pfarrkirche in Wünschelburg unterstellt und erst 1679 wieder selbständige Pfarrei.

Nach der Entdeckung einer angeblich heilenden Quelle (Marienbrunnen) im Jahr 1678 veranlasste Daniel Paschasius von Osternberg die Errichtung eines Kalvarienberges (1683–1708) und den Neubau der mittlerweile baufällig gewordenen Wallfahrtskirche (1695–1710). Anschließend erlebte der Wallfahrtsort eine neue Blütezeit. Es entstand eine weiträumige, als Nachbildung der Topographie Jerusalems und des Heiligen Landes konzipierte Pilgerstätte. Ab 1693 wurden Passionsspiele aufgeführt. Auch in Nachkriegszeit blieb das Sanktuarium in Albendorf ein beliebtes Pilgerziel. 1980 wurde die Albendorfer Madonna im Auftrag Papst Johannes Paul II. zur "Königin der Familien" gekrönt. Seit 2007 betreut der Franziskanerorden das Sanktuarium.

Kunstgeschichte und Architektur

Der erste Vorgängerbau der heutigen Wallfahrtskirche in Albendorf, der katholischen Pfarrkirche St. Maria Heimsuchung, entstand in den Jahren 1261–1263 (Weihe 1263) und wurde während der Hussitenkriege in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts zerstört. Ihr Wiederaufbau erfolgte im frühen 16. Jahrhunderts (Weihe 1517) auf Initiative Ludwigs von Pannwitz.

Im Zuge der Umgestaltung des Ortes zur Nachbildung Jerusalems sollte auch die Wallfahrtskirche durch einen monumentalen Neubau ersetzt werden. In den Jahren 1695–1710 entstand eine dreischiffige Saalkirche, die schon 1711 wegen Baufehlern abgerissen werden musste. Der Wiederaufbau erfolgte zwischen 1715 und 1724 auf Initiative des neuen Besitzers von Albendorf, Franz Anton von Götzen. Der namentlich nicht bekannte Architekt kam vermutlich aus dem Umkreis Karl Ignaz Dientzenhofers, die Innenausstattung entstand unter Mitarbeit von Karl Sebastian Flacker (Hauptaltar, Kanzel) und N. G. Bonora (Freskoausmalung der Kuppeln). 1852–1859 wurden die Fresken restauriert und teilweise übermalt. 1936 wurde die Kirche vom Papst Pius XI. in den Rang einer *Basilika Minor* erhoben.

Bei der Barockkirche handelt es sich um einen überkuppelten Zentralbau auf dem Grundriss eines in ein Rechteck eingeschriebenen, länglichen Oktogons mit mächtigen Wandpfeilern, zwischen denen sich Kapellen und Emporen öffnen. Im Schrein über dem Tabernakel im Hauptaltar befindet sich das Gnadenbild der Muttergottes aus Lindenholz aus der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts.

Die Schaufassade erhebt sich mit ausgreifenden Seitenrisaliten über einer monumentalen Freitreppe. Doppelpilaster sowie die verkröpften Gesimse und die Balustraden der Risalit-Terrassen verleihen ihr eine bewegte Gliederung.

Der Kalvarienberg entstand in den Jahren 1683–1708. Die Nachbildung der Topographie Jerusalems und des Heiligen Landes umfasste das Dorf mit den umliegenden Hügeln, die in Anspielung auf biblische Orte als Berge Tabor, Sinai und Horeb bezeichnet wurden, der örtliche Bach wurde nach dem biblischen Fluss "Cidron" genannt. Zum umfangreichen

Ausstattungsprogramm der Anlage gehören neben zahlreichen Kapellen mit Szenen aus dem Alten und dem Neuen Testament auch Tore (u. a. Anspielung auf die Tore Jerusalems), Grotten, Brunnen und Gärten. In der Folgezeit wurde das Ensemble mehrmals ergänzt und umgestaltet (letzte Restaurierung 1972–1980). In den Jahren zwischen 1882 und 1895 wurde das Programm durch eine mechanische Krippe von Longinus Wittig ergänzt, die immer noch im Betrieb ist (Haus Objazdowa Nr. 6).

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Joseph Gottschalk: Albendorf (Wambierzyce). In: Hugo Weczerka (Hg.): Handbuch der historischen Stätten. Schlesien. Stuttgart 1977, S. 1f.
- Grzegorz Grajewski: Wambierzyce. In: Ernst Badstübner, Dietmar Popp, Andrzej Tomaszewski, Dethard von Winterfeld (Hg.): Dehio-Handbuch der Kunstdenkmäler in Polen. Schlesien. Bearb. v. Sławomir Brezicki u. Christine Nielsen. München u. a. 2005, S. 992-994.
- Zbigniew Hornung: Architektura Sanktuarium Maryjnego w Wambierzycach [Die Architektur des Mariensanktuariums Albendorf]. Wrocław 1969.
- Konstanty Kalinowski: Barock in Schlesien. Geschichte, Eigenart und heutige Erscheinung. München 1990.
- Edward Malicki: Polskie sanktuaria maryjne [Polnische Mariensanktuarien]. Kraków 2006.
- Anna Mitkowska: Wambierzyce. Wrocław 1984 (Śląsk w zabytkach sztuki).
- Emanuel Zimmer: Albendorf. Sein Ursprung und seine Geschichte bis zur Gegenwart. Breslau 1898.

Weblink

- http://www.wambierzyce.pl/

Anmerkungen

[1] Zimmer: Albendorf, S. 186.

[2] http://www.verwaltungsgeschichte.de/glatz.html (letzter Zugriff 06.08.2013).

[3] Angaben nach GUS http://www.stat.gov.pl/gus (letzter Zugriff 06.08.2013).

[4] http://www.verwaltungsgeschichte.de/glatz.html (letzter Zugriff 06.08.2013).

Zitation

Beata Lejman, Tomasz Torbus: Albendorf/Wambierzyce. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2013. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/53060.html (Stand 10.10.2013).

Allenstein/Olsztyn (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Altkinsberg/Starý Hrozňatov

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Arad/Arad

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Arad

Amtliche Bezeichnung

rum. Arad

Anderssprachige Bezeichnungen

ung. Arad; serb. Arad (Арад), Stary Hrad; lat. Aradinum, Orod, Wrodi

Etymologie

Die Herkunft des Ortsnamens ist unklar, man geht von einem indoeuropäischen Ursprung durch thrakische/dakische Vermittlung aus (Ard); andere ähnliche Toponyme wären Aar (Schweiz), Ar (Frankreich), Araden (Kreta), aber auch Argeş oder Arieş (Rumänien).

2. Geographie

Lage

Arad liegt etwa 50 km nördlich von Temeswar nahe dem westlichsten Punkt Rumäniens unweit der rumänisch-ungarischen Staatsgrenze auf 46º 11´ nördlicher Breite und 21º 19´ östlicher Länge.

Topographie

Arad liegt im südlichen Teil des Kreischgebietes, im Südosten der Großen Ungarischen Tiefebene (Seehöhe 111 m), am westlichen Rand des Siebenbürgischen Erzgebirges und am rechten Ufer des Mieresch (rum. Mureş). Der am linken Ufer liegende, im 17. und 18. Jahrhundert vorwiegend mit Deutschen besiedelte Marktflecken Neu-Arad wurde 1948 eingemeindet.

Region

Arad liegt an der Grenze zwischen dem Kreischgebiet und dem Banat, Regionen, die zusammen mit dem historischen Siebenbürgen die seit 1918/1920 zu Rumänien gehörende Provinz Transsylvanien (auch Siebenbürgen genannt, rum. Transilvania, ung. Erdély) bilden.

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Rumänien. Arad ist Hauptstadt des Kreises Arad (*Judeţul Arad*) und ein Munizipium (*Municipiul Arad*). Zentrum des rumänisch-orthodoxen Bistums Arad (seit dem 18. Jahrhundert urkundlich belegt), seit 2009 Erzbistum.

3. Geschichte und Kultur



Die Flagge von Arad [Wikimedia Commons]

Gebräuchliche Symbolik

Das Wappen des Munizipiums Arad zeigt auf blauem Schild eine Burg, einen säbelbewaffneten Arm sowie die Inschrift "*Via, Veritas, Vita*" [Der Weg, die Wahrheit, das Leben]. Darüber erscheint die "Burgkrone" als Symbol des Munizipalrechtes. Der untere Teil zeigt das Wappen des orthodoxen Erzbistums auf rotem Hintergrund und illustriert durch zusätzliche Symbolik dessen wichtige Rolle in der Stadtgeschichte.

Die gelbe Flagge Arads zeigt einen horizontalen wellenförmigen blauen Streifen (Hinweis auf den Fluss Mieresch) sowie mittig das Stadtwappen.

Allgemeine Geschichte

Die erste Besiedlung des Weichbildes der heutigen Stadt ist schon für das Neolithikum belegt. Später wurde die Siedlung von Dakern und Skythen bewohnt. Sie gehörte seit 102 n. Chr. zur römischen Provinz Dakien. Nach dem Rückzug der Römer (271) sind hier neben anderen Wandervölkern die Goten, Hunnen, Gepiden und Awaren ansässig geworden. Seit dem 6. Jahrhundert ließen sich Slawen nieder.

Mittelalter

Eine frühmittelalterliche Siedlung auf dem heutigen Stadtgebiet bestand schon vor dem Jahr 1000; ihre Entwicklung ist im Jahr 1131 durch die Bezeichnung Oppidum belegt. Im 10. und 11. Jahrhundert widersetzten sich die lokalen Stammesführer Glad und später Ahtum dem Vordringen der Madjaren. 1214 wird Arad als Zentrum des gleichnamigen Komitats bezeichnet. Die Verwüstungen des Mongolensturms (1241–1242) trafen auch Arad, das damals ein wichtiger Standort auf der Mierescher Salzstraße war. Eine weitere Verwüstung erfolgte 1514 durch die Bauernkrieger Georg Dózsas. 1552 wurde die Burg von den vorrückenden Osmanen zerstört und Arad wurde zum Zentrum eines Sandschaks im Rahmen des Temeswarer Vilajets. Eine osmanische Festung wurde zwischen 1553 und 1555 errichtet.

Neuzeit

Im Rahmen der östlichen Offensive der Habsburgermonarchie wurde Arad 1687 von der türkischen Herrschaft befreit. Im neuen System des Karlowitzer (1699) und des Passarowitzer Friedens (1718) wurde Arad zur Grenz- und Garnisonsstadt sowie zum Mittelpunkt der Mieresch-Militärgrenze. Neben serbischen Grenzsoldaten wurden in den folgenden Jahrzehnten im Zuge der habsburgischen "Impopulationspolitik" deutsche Handwerker und Bauern in der Stadt und ihrer Umgebung (insbesondere im erst 1948 eingemeindeten Neu-Arad [rum. Aradul Nou, ung. Újarad]) angesiedelt. Die 1763 erbaute Festung war eines der größten Militärgefängnisse der Monarchie. Die österreichische Siedlungs- und Reformpolitik im Banat erfasste auch Arad und Umgebung. 1834 wurde Arad zur königlichen Freistadt erhoben, 1910 zum Munizipium. Als Militärstützpunkt wurde der Ort zu ei-

nem Brennpunkt während der Revolution von 1848/49: Die österreichische Garnison wurde von ungarischen Truppen überwältigt und die Burg als Hauptquartier benutzt. Nach der Debreziner Unabhängigkeitserklärung wurde Arad am 30. Juli 1849 zum Regierungssitz der Republik Ungarn ernannt. Die Waffenniederlegung der ungarischen Truppen erfolgte bei Hellburg (rum. Şiria, ung. Világos) unweit von Arad. Die Festung wurde nachher von den österreichischen Truppen vorwiegend als Militärgefängnis verwendet; am 6. Oktober 1849 wurden hier dreizehn Generäle der ungarischen Revolutionsarmee (die "Märtyrer von Arad") hingerichtet. Während des neoabsolutistischen Jahrzehnts gehörte Arad zum Kronland Ungarn und der spätere Stadtteil Neu-Arad zum Temeser Banat.

Zeitgeschichte

Vor allem nach dem österreichisch-ungarischen Ausgleich 1867 wurde Arad zu einem der wichtigsten Zentren der rumänischen Nationalbewegung. Vom 13. bis 14. November 1918 fanden hier die ersten Verhandlungen zwischen der rumänischen und der ungarischen Delegation statt (geleitet von Ştefan Cicio-Pop bzw. Oszkár Jászi). In dieser Zeit war Arad Sitz der provisorischen rumänischen Regierung für Siebenbürgen. Im Kontext der Pariser Vorortverträge wurde die Stadt kurzzeitig von serbischen Truppen besetzt. Die Zwischenkriegszeit verlief friedlich; Infrastruktur und Industrie konnten sich gut entwickeln.

Der zweite Wiener Schiedsspruch verlieh den Rumäniendeutschen den Status einer Körperschaft, deren Dynamik weitgehend durch die Behörden NS-Deutschlands bestimmt wurde. Viele wurden aufgrund deutsch-rumänischer Abkommen als sog. "Volksdeutsche" in die Wehrmacht, ab 1943 vor allem in die Waffen-SS einberufen. Nach dem Staatsstreich vom 23. August 1944 wurde Arad sowohl von ungarischen und deutschen als auch von sowjetischen und rumänischen Truppen beschossen. Die deutsche Bevölkerungsgruppe verlor alle bürgerlichen Rechte, es folgten Enteignungen und Deportationen.

Die Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg veränderten die Infrastruktur, das Wesen und die Zusammensetzung der Bevölkerung der Stadt radikal. Arad ist seither einer der wichtigsten Industriestandorte Rumäniens.

Verwaltung

Die in zwölf Bezirke gegliederte Stadt wird vom Bürgermeister und Stadtrat (23 Sitze) geleitet. In der Justiz bestehen zwei Instanzen, das Gericht (*Judecătoria)* und das Berufungsgericht *(Tribunalul Arad*).

Bevölkerung

Die ersten Volkszählungen zeigen den rasanten Bevölkerungsanstieg im 19. Jahrhundert: 8.476 Einwohner im Jahr 1804, 26.959 im Jahr 1857, 53.903 im Jahr 1900 und 60.969 im Jahr 1910. Im Jahr 1880 waren mehr als die Hälfte der knapp 35.000 Einwohner zählenden Stadtbevölkerung Ungarn (55,96 %), 13,32 % Deutsche, 18,11 % Rumänen und 4,75 % Serben. Im Jahr 1910 gaben 72,96 % der Einwohner Ungarisch als Muttersprache an, 6,91 % Deutsch und 16,27 % Rumänisch. Die höchste Einwohnerzahl mit über 190.000 Personen wurde 1990 gezählt. 2002 hatte Arad noch 173.000 Einwohner, davon 84,6 % Rumänen, 10,9 % Ungarn und nur noch 1,3 % Deutsche.

Wirtschaft

Die städtische Wirtschaft basierte auf dem Handels- und dem zunftmäßig organisierten Handwerkssektor. Nach der Ansiedlung deutscher Handwerker machte sich ein Aufschwung der Wirtschaft bemerkbar, der sich mit dem Anschluss der Stadt an das Eisen-

bahnnetz (1858) verstärkte, sodass Arad in der Zwischenkriegszeit zum viertgrößten Handelszentrum Rumäniens wurde. Von zentraler Bedeutung für die Arader Wirtschaft war seit Mitte des 18. Jahrhunderts die Schiffbarkeit des Mieresch, an dem regelmäßig Regulierungsarbeiten durchgeführt wurden. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gab es noch wenige Fabriken (unter ihnen das Dangl-Werk, die einzige Orgelfabrik im Osten der Habsburgermonarchie). In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde die Stadt von der Industrialisierung erfasst; um die Jahrhundertwende gab es 25 Fabriken (die u. a. Spiritus, Textilien, Zement, Automobile und Waggons herstellten). Während des Kommunismus gewann die Großindustrie Oberhand; nach der Wende stieg die Zahl der ausländischen Investitionen.

Religion

Die Vielzahl der Religionen, die in Arad vertreten sind, spiegelt die ethnische und sprachliche Vielfalt der Banater Städte. Schon nach der römischen Eroberung kamen die Einwohner mit dem Christentum in Kontakt; die erste Institution der römisch-katholischen Kirche - die Arader Propstei - entstand im 12. Jahrhundert. Im Zuge der Reformation trat ein Teil der ungarischsprachigen Bewohner zum Calvinismus über; die Habsburger betrieben im 19. Jahrhundert die katholische Gegenreformation. Auch die meisten deutschen Siedler waren römisch-katholisch. 1702 wurde auf Betreiben der Habsburger ein Minoritenkloster gegründet. Heute existieren mehrere rumänisch-orthodoxe, römisch-katholische, griechisch-katholische und evangelisch-reformierte Kirchen, eine Synagoge sowie mehrere Bethäuser neu-evangelischer Gemeinden.

Kulturelle Institutionen

In der zweiten Hälfte des 18. und im 19. Jahrhundert hatte Arad ein reges Kulturleben; das Theater spielte dabei eine wichtige Rolle und für die Tätigkeit in dieser Zeitspanne gibt es reichlich Belege. Das erste Theater wurde 1817 erbaut, das "Neue Theater" im Jahr 1874 errichtet; am Anfang wurde vor allem in deutscher Sprache gespielt und gegen Mitte des 19. Jahrhunderts auch auf Rumänisch. In den darauffolgenden Jahren entstand ein "Sprachenstreit" um die Theateraufführungen, infolge dessen die deutschen Aufführungen zugunsten der ungarischen verdrängt wurden.

Im Jahr 1833 wurde das Arader Konservatorium gegründet, 1883 wurde die Philharmonie gebaut. Im Laufe der Zeit sind hier hervorragende Musiker aufgetreten wie Johann Strauss d. J., Franz Liszt, George Enescu und Béla Bartók.

Derzeit verfügt die Stadt über mehrere Museen (vereint im "Arader Museumskomplex" [*Complexul Muzeal Arad*] im Kulturpalast) und über ein Kreisarchiv (*Serviciul Judeţean Arad al Arhivelor Naţionale*).

Kunstgeschichte

Zu den bedeutendsten Malern der Stadt gehört Mihály von Munkácsy (1844–1900), der hier seine künstlerische Laufbahn begonnen hat.

Publizistik

Im 19. Jahrhundert bildete sich ein differenziertes Pressewesen heraus: Auf das "Arader Kundschaftsblatt" (1837) folgten 1840 der ungarische "Aradi Hirdető" [Arader Anzeiger] und 1869 die rumänische "Speranţa" [Hoffnung]. Ab 1850 erschien der "Arader Anzeiger" in deutscher und ungarischer, ab 1853 nur noch in deutscher Sprache; ab 1860 hieß das

Blatt "Arader Zeitung", ab 1874 "Arader Tageblatt". Derzeit gibt es keine lokalen spezifischen Zeitungen in deutscher oder ungarischer Sprache.

Literatur

Die wichtigsten deutschsprachigen Schriftsteller und Dichter waren Adam Müller-Guttenbrunn, Nikolaus Schmidt und Johann Eugen Probst. Ein rumänischsprachiger Lesezirkel bestand seit 1857; die wichtigsten Schriftsteller waren Ioan Slavici, Mircea V. Stănescu und Moise Nicoară. Der ungarischsprachige Dramatiker Gergely Csiky (1842–1891) wirkte ebenfalls in Arad.

4. Diskurse/Kontroversen

Viele Kontroversen und Diskussionen, die nicht nur in Arad stattfanden, hat nach 1989, insbesondere ab 2000 die Wiederaufstellung des "Arader Freiheitsdenkmals" ausgelöst, das an die dreizehn 1849 hingerichteten Generäle der ungarischen Revolutionsarmee erinnert und rumänischerseits mit großungarischen Tendenzen in Verbindung gebracht wird. Die meistens politisierten Diskussionen betrafen die Wiederherstellung des nach dem Trianoner Abkommen zerstörten Denkmals im Rahmen eines "Parks der Versöhnung" in Nachbarschaft zu einem anderen Denkmal, welches an die rumänischen Opfer der Auseinandersetzungen der Jahre 1848–1849 erinnert. Nach dem erwähnten politischen Tauziehen wurde das Vorhaben im Frühjahr 2004 umgesetzt und der "Park der Versöhnung" zu einer Touristenattraktion der Stadt.

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Walter Engel (Hg.): Kulturraum Banat. Deutsche Kultur in einer europäischen Vielvölkerregion. Essen 2007.
- Harald Roth (Hg.): Handbuch der historischen Stätten. Siebenbürgen. Stuttgart 2003.
- Werner Niederkorn: Schwowisches und Herrisches. Beiträge zur Ethnographie der Banater Schwaben. [Temeswar] 2001.
- Peter Haslinger: ARAD, November 1918. Oszkár Jászi und die Rumänen in Ungarn, 1900–1918. Wien u. a. 1993 (Zur Kunde Südosteuropas: Reihe 2, 19).
- Karl Waldner, Anton Peter Petri: Beiträge zur Geschichte der Stadt und des Kreises Arad. Homburg/Bexbach 1993.
- Ernő Deák: Königliche Freistädte - Munizipalstädte. Das Städtewesen der Länder der ungarischen Krone (1780–1918). Teil 2: Ausgewählte Materialien zum Städtewesen A. Wien 1989 (Veröffentlichungen der Kommission für Wirtschafts-, Sozial- und Stadtgeschichte/Österreichische Akademie der Wissenschaften 4).

Periodika

- *Observator Arădean* [Arader Beobachter]
- *Actualităţi Arad* [Aktuelles aus Arad]

Weblinks

- www.primariaarad.ro (Webpräsenz der Stadt)
- www.virtualarad.net
- www.aradon.ro (Arad online)

Zitation

Lajos-Loránd Madly: Arad/Arad. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/53063.html (Stand 13.02.2012).

Aranyosbánya → Offenburg/Baia de Arieş (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Archangel'sk (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Arensburg/Kuressaare/Kingissepp (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Auschwitz/Oświęcim

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Auschwitz

Amtliche Bezeichnung

poln. Oświęcim

Anderssprachige Bezeichnungen

jidd. Oszpicin; lat. Oszwanczin, Oswiancin, Osswyanczim, Osvencim, Auswieczin; tsch. Osvětim

Etymologie

Der Stadtname leitet sich wahrscheinlich von dem Namen des Besitzers der Siedlung ab.

2. Geographie

Lage

50° 2' nördlicher Breite, 19° 13' östlicher Länge, 230 m über NHN. Auschwitz liegt an der Einmündung der Sola (*Soła*) in die Weichsel (*Wisła*), ca. 60 km westlich von Krakau/Kraków.

Region

Kleinpolen

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Republik Polen. Auschwitz ist eine Stadtgemeinde im gleichnamigen Kreis (*Powiat oświęcimski*) in der Woiwodschaft Kleinpolen (*Województwo małopolskie*).

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Das Stadtwappen zeigt einen von zwei Hälften eines goldenen Adlers flankierten silbernen Turm mit rotem Dach auf blauem Schild.

Mittelalter

Auschwitz gehörte als Teil der Kastellanei Auschwitz zum Bistum Krakau und somit zu Kleinpolen. Urkundlich wurde der Ort erstmals im 12. Jahrhundert erwähnt, als er an das schlesische Herzogtum Ratibor fiel. 1272 wurde ihm das Stadtrecht (Magdeburger Recht) von Mesko (Mieszko) I. von Teschen (zw. 1252/1256–1315) verliehen, der dem Oppelner Zweig der schlesischen Piasten entstammte und die Siedlungspolitik in diesem Gebiet förderte. Das Schloss wurde zum Sitz der Piastenherzöge. Nach dem Tod Mieszkos I. im Jahre 1315 wurde das eng mit dem Herzogtum Teschen verbundene Gebiet von Auschwitz zwischen dessen beiden Söhnen geteilt und ein eigenes Herzogtum Auschwitz gegründet. Im 14. und 15. Jahrhundert stand das Herzogtum, in dem sich deutsche Siedler niedergelassen hatten, zeitweise unter der Herrschaft der böhmischen Krone sowie des Heiligen Römischen Reichs. Der polnische König Kasimir IV. Jagiełło (1427–1492) erwarb 1457 die Rechte an dem Herzogtum und kaufte es für 50.000 Silbermark Herzog Johann IV. von Auschwitz (1426/30–1495/97) ab. Unter seiner Herrschaft erhielten die Juden das Privileg, sich in der nun königlichen Stadt Auschwitz ansiedeln zu dürfen.

Neuzeit

Im Verlauf des polnisch-schwedischen Krieges (1600–1629) wurde Auschwitz zum größten Teil zerstört. Infolge der Ersten Teilung Polens gelangten Stadt und Umland an Österreich und wurden Teil des neu gegründeten Königreichs Galizien und Lodomerien (1772–1918). Maria Theresia und ihre Nachfolger auf dem Thron führten bis 1918 in ihrem Titel auch die Bezeichnung "Herzogin bzw. Herzog von Auschwitz und Zator".

19. Jahrhundert

Die Stadt und die Landgemeinde Auschwitz gehörten in österreichischer Zeit verschiedenen Kreisen an. Von 1817 bis 1866 zählte das einstige Herzogtum zum Deutschen Bund und wurde ein Schauplatz des preußisch-österreichischen Krieges. 1863 verwüstete ein Brand große Teile der Stadt. Seit 1868 gehörten die Stadt und die Landgemeinde der Bezirkshauptmannschaft Biala (*Biała*) an. 1896 erhielt die Stadt Auschwitz eine eigene Gemeindeordnung. 1900 wurden 414 Häuser gezählt; zum Gerichtsbezirk Auschwitz gehörten 23 Ortsgemeinden und 15 Gutsgemeinden. Durch die Saisonarbeit in Deutschland und die Emigration nach Amerika und anderen Überseegebieten wurde Auschwitz Ende des 19. Jahrhunderts zu einem bedeutenden Sammelplatz für Saisonarbeiter und Emigranten aus Galizien, die in Baracken am Stadtrand auf ihre Ausreise warteten.

20. Jahrhundert

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde die Stadt Teil des unabhängig gewordenen Polen. Infolge der Wirtschaftskrise Ende der 1920er Jahre, die alle sozialen Schichten traf, kam es zu Spannungen zwischen der christlichen und der jüdischen Bevölkerung.

Nach dem deutschen Angriff auf Polen am 1. September 1939 war die Stadt eine der ersten besetzten polnischen Städte. In den ersten Septembertagen wurden von den deutschen Besatzern mehrere Juden ermordet, Ende September die Große Synagoge abgebrannt und der jüdische Friedhof zerstört. Im Oktober 1939 wurde der Name der Stadt, *Oświęcim*, in "Auschwitz" geändert und die Stadt dem Kreis Bielitz angegliedert, der als Teil des Regierungsbezirks Kattowitz dem Reichsgebiet angeschlossen wurde.

1940 wurden das Gelände mit Gebäuden und Baracken am Stadtrand von Auschwitz, das nach 1918 der polnischen Armee für Heereszwecke gedient hatte, und die von den deutschen Besatzern beschlagnahmten Gebäude des aufgelösten Polnischen Tabakmonopols, die dem Gelände eingegliedert wurden, in ein Konzentrationslager umgewandelt. Der erste Transport mit 728 polnischen Häftlingen aus Tarnów traf im Juni 1940 ein. Nach der Verlegung der Häftlinge in das Stammlager befanden sich in den Gebäuden des ehemaligen Tabakmonopols das Stabsgebäude, die Büros der KZ-Verwaltung, die Unterkünfte für die SS-Aufseher und das Waffenlager.

Im März und April 1941 wurden auf Befehl Heinrich Himmlers Tausende von Juden aus der Stadt Auschwitz nach Chrzanów, Sosnowitz/Sosnowiec und Bendzin/Będzin ausgesiedelt, um Wohnungen für die Bauarbeiter der Buna-Werke zu schaffen.

Bis Mitte 1942 machten polnische politische Häftlinge die Hälfte der Häftlinge des KZ Auschwitz aus. Nach der sog. Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942 ("Endlösung der Judenfrage") wurden Hunderttausende von Juden aus Deutschland und den deutsch besetzten Ländern nach Auschwitz deportiert, die seitdem die größte Zahl der Häftlinge stellten. Berechnungen, die in den 1980er und 1990er Jahren auf Basis der Transportlisten angestellt wurden, ergaben, dass mindestens 1,3 Millionen Männer, Frauen und Kinder nach Auschwitz transportiert wurden, von denen mindestens 1,1 Millionen den Tod fanden. Die Juden hatten mit rund 960.000 Personen die größte Anzahl an Opfern zu beklagen. Die meisten von ihnen wurden in den Gaskammern in Auschwitz sowie in den seit 1942 in dem nahegelegenen Lager Birkenau (*Brzezinka*) errichteten Gaskammern getötet. Bei der am 17. Januar 1945 beginnenden sog. Evakuierung des KZ durch die SS bzw. auf den Todesmärschen von etwa 58.000 Häftlingen aus Auschwitz und Birkenau, die auf die Konzentrationslager im Reichsgebiet verteilt werden sollten, kamen wiederum Tausende von Häftlingen ums Leben. Bei der Befreiung des Lagers am 27. Januar 1945 traf die Rote Armee nur noch etwa 7.000 Häftlinge an, von denen viele aufgrund der Unterernährung und an Krankheiten im Laufe der folgenden Wochen starben.

Bevölkerungsentwicklung

Um 1350 zählte die Stadt Auschwitz etwa 1.400 Einwohner, darunter eine größere Anzahl Deutscher.[1] 1765 zählte die Stadt 862 Einwohner, darunter 133 Juden. 1880 zählte die Stadt 4.754 und 1890 5.054 Einwohner, darunter 2.535 Juden. Die Einwohnerzahl entwickelte sich sehr dynamisch und im Jahre 1900 wurden 6.841 Einwohner verzeichnet, darunter 3.029 Katholiken und 3.779 Juden. 19 Einwohner waren griechisch-katholischer, 14 "anderer" (vermutlich evangelischer) Konfession.[2] Um 1919 zählte Auschwitz etwa 10.000 Einwohner, darunter 5.300 Juden. Zahlen für 1939 liegen nur schätzungsweise vor, so geht man von rund 14.000 Einwohnern aus, darunter 7.000-8.000 Juden, die 1941 in die Ghettos von Chrzanów, Sosnowiec und Będzin deportiert wurden. 2012 zählte die Stadt rund 40.000 Einwohner.

Wirtschaft

In Auschwitz hatten sich im Mittelalter zahlreiche Handwerker angesiedelt. Einen wirtschaftlichen Niedergang erfuhr die Stadt im 17. Jahrhundert während der schwedisch-polnischen Kriege. Erst im 19. Jahrhundert begann ein schrittweiser wirtschaftlicher Aufschwung, als sich Unternehmer in der Stadt niederließen und ein Eisenbahnanschluss entstand. 1804 errichtete die Familie Haberfeld hier eine Wodka- und Likörfabrik.

Seit 1847 verfügt Krakau über eine Verbindung mit Oberschlesien durch die Anbindung an die Oberschlesische Eisenbahn in Myslowitz/Mysłowice, über die auch die Züge der Kaiser-Ferdinands-Nordbahn von Wien nach Krakau gelangten. Erst als 1856 die Oberschlesische Eisenbahn nach einem Übereinkommen in die k. k. Östliche Staatsbahn umgewandelt wurde, wurde zusätzlich eine Verbindung von Trzebinia über Auschwitz nach Dzieditz/Dziedzice (heute Czechowice-Dziedzice) eingerichtet. Seit 1858 bediente dann die Kaiser-Ferdinands-Bahn die über Auschwitz führende Verbindung Wien–Krakau. Durch die Eisenbahnanbindung erfuhr Auschwitz einen wirtschaftlichen Aufschwung und entwickelte sich aufgrund seiner Grenzlage bald zu einem bedeutenden Eisenbahnknotenpunkt. Per Bahn gelangte man nun von hier aus über Myslowitz und Breslau/Wrocław auch nach Berlin.

In Auschwitz wurden Ende des 19. Jahrhunderts mehrere Fabriken von jüdischen Unternehmern gegründet, u. a. zur Herstellung von Dachpappe, Asphalt, Dünger. Von der Wirtschaftskrise Ende der 1920er Jahre und in den 1930er Jahren waren sowohl christliche als auch jüdische Händler, Kaufleute, Unternehmer und Fabrikanten betroffen.

Religions- und Kirchengeschichte

Außer der Pfarrkirche St. Mariä Himmelfahrt in der Stadt, die im 13. Jahrhundert erstmals erwähnt wurde, bestand seit dem 14. Jahrhundert ein Dominikanerkloster am Stadtrand. Beide Gebäude wurden, neben vielen anderen, Opfer des Stadtbrandes von 1503 und im Laufe des 16. Jahrhunderts wieder aufgebaut. Unter österreichischer Herrschaft wurde das Dominikanerkloster im Rahmen der Josephinischen Reformen aufgehoben; die Mönche mussten das Kloster verlassen und das Gebäude verfiel. Seit Ende des 19. Jahrhunderts befinden sich in Auschwitz die Kongregation der Salesianer sowie die Kongregation der "Töchter der schmerzhaften Jungfrau Maria".

Juden in Auschwitz

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gestattete König Kasimir IV. Jagiełło (1427–1492) den Juden, sich am Fuße des Schlossberges niederzulassen. Sie standen unter der fürstlichen Gerichtsbarkeit, durften ihre Religion ausüben und verfügten über eine Selbstverwaltung. Einschränkungen erfuhr die jüdische Gemeinde durch das 1563 von König Sigismund II. August erlassene Edikt, in dem ein *numerus clausus* für die Juden eingeführt wurde. Es durften sich demnach keine weiteren Juden mehr in der Stadt niederlassen und es war Juden verboten, Häuser am Ringplatz zu kaufen. Trotz dieser Restriktionen erlahmte das jüdische Gemeindeleben nicht. 1588 wurde eine hölzerne Synagoge errichtet und ein Friedhof angelegt. Mit der Einführung neuer administrativer Strukturen im österreichischen Teilungsgebiet seit 1772 kam es auch zu Veränderungen in der Organisation der jüdischen Gemeinde. Erst mit der österreichischen Verfassung, dem Staatsgrundgesetz von 1867, erhielten die Juden die vollständigen staatsbürgerlichen Rechte, was ihnen auch ermöglichte, sich in den Stadtrat wählen zu lassen. Zeitweise stellten Juden auch die Vizebürgermeister. Nach dem Stadtbrand im Jahre 1863 wurde die aus dem 16. Jahrhundert stammende hölzerne sog. Große Synagoge nun aus Ziegeln wiederaufgebaut und erhielt

eine neuromanisch-neugotische Fassade nach Vorbild der Tempel-Synagoge in Krakau/Kraków. Auch die sich in der Nachbarschaft befindliche Kleine Synagoge aus dem 18. Jahrhundert wurde wiederaufgebaut. Daneben gab es noch Synagogen verschiedener jüdischer Vereine. 1900 wurden vier religiöse Schulen (*Cheder*) und eine *Jeschiwa* (Talmudhochschule) gezählt. 1921 gab es schon acht religiöse Schulen. In der Zwischenkriegszeit entstanden noch zwei weitere *Jeschiwot*. Die Synagogen wurden während der deutschen Besatzung zerstört. Nur die 1913 errichtete *Chevra Lomdei Mishnayot*-Synagoge blieb bestehen, da sie als Munitionslager der deutschen Besatzer benutzt wurde. Nur wenige Juden aus Auschwitz überlebten den Holocaust und nur einige von ihnen kehrten nach Kriegsende in ihre Heimatstadt zurück, um dort wieder eine jüdische Gemeinde zu gründen. Wenige Jahre später verließen jedoch fast alle zurückgekehrten Juden die Stadt.

Kunstgeschichte

Die aus dem 13. Jahrhundert stammende Pfarrkirche St. Mariä Himmelfahrt wurde im Laufe der Jahrhunderte durch Brände oder feindliche Überfälle mehrmals zerstört. Nach ihrem Wiederaufbau im 17. Jahrhundert brannte die Kirche 1863 erneut ab. Ihr heutiges Antlitz erhielt sie Ende des 19. Jahrhunderts. Einige ältere Elemente sind erhalten geblieben: das Portal über dem Eingang des Presbyteriums in die Sakristei aus dem 16. Jahrhundert, ein spätgotisches Portal auf der südlichen Kirchenseite, der spätbarocke Hauptaltar.

Die Salesianerkirche ist Teil des ehemaligen Dominikanerklosters, das im 14. Jahrhundert gegründet wurde und von dem nur noch ein Teil des gotischen Klosterkapitel erhalten blieb, darunter die Hl.-Jacek-Kapelle, in der sich Gräber einiger Herzöge von Auschwitz befinden. Nach der Aufhebung des Dominikanerklosters 1782 durch den österreichischen Kaiser Joseph II. verfielen die Gebäude. 1894 erwarb ein Bürgerkomitee die Kapelle und ließ sie renovieren. 1898 kauften die Salesianer die Klosterruinen und begannen mit dem Umbau der ehemaligen Hl.-Kreuz-Kirche, der 1906 unterbrochen und erst in den 1970er bis 1980er Jahren beendet wurde.

Die Geschichte des Schlossberges reicht bis ins 12. Jahrhundert zurück; 1241 wurde das Schloss von den Tataren zerstört und unter Mesko (Mieszko) II., Herzog von Oppeln-Ratibor (1220–1246) wieder aufgebaut. Der Schutzturm gilt als eines der ältesten aus Ziegeln errichteten Bauwerke in Kleinpolen. Als Anfang des 14. Jahrhunderts Auschwitz zur Hauptstadt des neu geschaffenen Herzogtums Auschwitz wurde, wurde das Schloss zum Sitz der Piastenherzöge. Nach dem Stadtbrand im Jahre 1503 wurde das Schloss wieder aufgebaut; 1655 wurde es von den Schweden zerstört. Anfang des 19. Jahrhunderts führten zwei Überschwemmungen zur Zerstörung eines Teils des Schlossberges. Die von den österreichischen Behörden an einen privaten Käufer verkauften Überreste des Schlosses wurden als Güterverwaltung und Postamt benutzt. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erwarben drei jüdische Kaufleute das Gebäude, verkauften es aber 1904 wieder. Der neue Besitzer renovierte das Gebäude und richtete ein Hotel mit einem Wein- und Bierkeller ein. Später diente es als Lager der Wodka- und Likörfabrik von Jakub Haberfeld. In der Zwischenkriegszeit wurde es von Selbstverwaltungsämtern genutzt, stand aber seit 1932 wieder zum Verkauf. Von 1939–1945 diente das Gebäude den deutschen Besatzungsbehörden. Nach dem Krieg wurden im Schloss wieder Behörden und Ämter untergebracht. Von 2004–2006 wurde eine Generalrenovierung durchgeführt und 2010 ein Museum (*Muzeum Zamek*) eröffnet, das der christlichen und jüdischen Geschichte der Stadt gewidmet ist.

Bildung und Kultur

Die Öffentliche Łukasz-Górnicki-Stadtbibliothek (*Miejska Biblioteka Publiczna im. Łukasza Górnickiego*) mit ca. 130.000 Bänden befindet sich seit 2011 in einem modernen Bibliotheksgebäude. 1994 entstand aufgrund einer Initiative der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in Berlin und der Stadtgemeinde Auschwitz die Internationale Jugendbegegnungsstätte Auschwitz (*Międzynarodowy Dom Spotkań Młodzieży w Oświęcimiu*) als Bildungseinrichtung. 1996 wurde durch die Zusammenlegung des Städtischen Kulturzentrums und des Kulturzentrums der Chemiewerke in Auschwitz ein neues Kulturzentrum (*Oświęcimskie Centrum Kultury*) gegründet, das die kulturellen Veranstaltungen in der Stadt bündelt. Der über 500-jährigen Geschichte der Juden in der Stadt Auschwitz widmet sich das im Jahre 2000 gegründete Jüdische Zentrum (*Centrum Żydowskie w Oświęcimiu, Auschwitz Jewish Center*), zu dem die *Chevra Lomdei Mishnayot*-Synagoge, das Jüdische Museum und das Bildungszentrum gehören, und bietet zahlreiche Veranstaltungen und Ausstellungen zur jüdischen Kultur an. Im Jahre 2005 nahm die Staatliche Fachhochschule (*Państwowa Wyższa Szkoła Zawodowa im. Rotmistrza Witold Pileckiego*) ihre Tätigkeit auf.

Literatur

Der in Auschwitz geborene Humanist, Schriftsteller und Dichter Łukasz Górnicki (1527–1603) war Sekretär in der Geheimkanzlei von König Sigismund II. August (1520-1572) sowie königlicher Bibliothekar. Zu seinen Werken zählen *Dworzanin polski* (Der polnische Hofmann, 1566), *Rozmowa Polaka z Włochem o wolnościach i prawach polskich* (Gespräch eines Polen mit einem Italiener über die Freiheiten und über die polnischen Rechte, 1587) und *Dzieje w Koronie polskiej od roku 1538 aż do roku 1572* (Geschichte der polnischen Krone von 1538 bis 1572), 1637 von seinen Söhnen herausgegeben.

Gedächtnis- und Erinnerungskultur

Mit der Dokumentation der Verbrechen der deutschen Besatzer an den Häftlingen in Auschwitz und Birkenau befasste sich ab 1946 eine vom polnischen Ministerium für Kultur und Kunst beauftragte Gruppe ehemaliger Häftlinge, die zunächst das Gelände des ehemaligen KZ Auschwitz sichern und ein Museum errichten sollten. Das Gelände des Vernichtungslagers Birkenau sollte zu einer Gedenkstätte ohne Ausstellung werden. Das von dem Ministerium vorgeschlagene Museumskonzept wurde von den Vertretern des Zentralkomitees der Juden in Polen (CKŻP) akzeptiert. Am 14. Juni 1947 wurde das Museum (*Państwowe Muzeum Auschwitz-Birkenau w Oświęcimiu*), das damals erst einen kleinen Teil der allgemeinen Ausstellung präsentieren konnte, eröffnet. Die kommunistischen Machthaber Polens behinderten in den ersten Jahren die Fertigstellung der Ausstellung, sodass diese erst 1955 beendet werden konnte. Erst in den 1960er Jahren wurden schließlich die den einzelnen Nationen gewidmeten Ausstellungen in den Lagergebäuden fertiggestellt, die zum Teil Kontroversen hervorriefen. So kündigten die Vertreter des Zentralkomitees der Juden nach der im Jahre 1968 stattgefundenen Eröffnung der den Juden gewidmeten Ausstellung die Zusammenarbeit mit dem Museum. Erst zehn Jahre später wurde die Ausstellung über die Juden durch eine gemäß den Forderungen jüdischer Kreise überarbeitete Ausstellung ersetzt. Nach der politischen Wende von 1989 wurden viele Konzepte der den Nationen gewidmeten Ausstellungen überarbeitet. In enger Zusammenarbeit mit dem Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma sowie mit dem Verband der Roma in Polen und weiteren internationalen Roma-Verbänden entstand eine 2001 eröffnete Ausstellung in Erinnerung an die 23.000 Sinti und Roma aus Deutschland und den von Deutschland besetzten Gebieten, die nach Auschwitz deportiert worden waren und von denen nur wenige das Martyrium überlebt hatten.

Das Konzentrations- und Vernichtungslager wurde 1979 unter der Bezeichnung "Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau" in die Liste des Welterbes der UNESCO aufgenommen; 2007 wurde diese Bezeichnung auf Antrag der polnischen Regierung in "Auschwitz-Birkenau. Deutsches nationalsozialistisches Konzentrations- und Vernichtungslager (1940–1945)" geändert.

Die Stadt selbst lebte lange im Schatten des ehemaligen Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau. Mit der Eröffnung des Museums kamen zwar die ersten Touristen, ihr Ziel war jedoch meist nur das ehemalige deutsche Konzentrationslager und nicht die Stadt selbst.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Auschwitz 1940–1945. Studien zur Geschichte des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz. Bd. 1: Aleksander Lasik, Franciszek Piper, Piotr Setkiewicz, Irena Strzelecka: Aufbau und Struktur des Lagers. Oświęcim 1999.
- Auschwitz 1940–1945. Studien zur Geschichte des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz. Bd. 3: Franciszek Piper: Vernichtung. Oświęcim 1999.
- Peter Chmiel: Zur Bevölkerungsstruktur im ehemaligen Herzogtum Auschwitz-Zator Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts. In: Oberschlesisches Jahrbuch 9 (1993), S. 139-161.
- Deborah Dwork, Robert Jan van Pelt: Auschwitz. Historia miasta i obozu [Auschwitz. Geschichte der Stadt und des Lagers]. Z angielskiego przełożyli Katarzyna Bażyńska-Chojnacka i Piotr Chojnacki. Warszawa 2011.
- Lucyna Filip: Żydzi w Oświęcimiu 1918–1941[Juden in Auschwitz 1918–1941]. Oświęcim 2003.
- Elżbieta Skalińska-Dindorf: Kronika Oświęcimia. Dzieje Oświęcimia na tle dziejów ziemi oświęcimsko-zatorskiej do 1772 roku [Chronik von Auschwitz. Die Geschichte Auschwitz' vor dem Hintergrund der Geschichte der Länder Auschwitz und Zator bis 1772]. Oświęcim 2007.
- Elżbieta Skalińska-Dindorf: Kronika Oświęcimia. Dzieje Oświęcimia 1772–2003 [Chronik von Auschwitz. Die Geschichte Auschwitz' 1772-2003]. Oświęcim 2006.
- Sybille Steinbacher: "Musterstadt Auschwitz". Germanisierungspolitik und Judenmord in Ostoberschlesien. München 2000 (Darstellungen und Quellen zur Geschichte von Auschwitz 2).

Weblinks

- http://www.um.oswiecim.pl/ (Webpräsenz der Stadt Auschwitz in polnischer und englischer Sprache)
- http://www.pl.auschwitz.org/ (Webpräsenz der Gedenkstätte des ehemaligen deutschen KZ Auschwitz-Birkenau/*Miejsce Pamięci i Muzeum Auschwitz-Birkenau* in polnischer und englischer Sprache)
- http://www.mdsm.pl/ (Webpräsenz der Internationalen Jugendbegegnungsstätte in Auschwitz in polnischer und deutscher Sprache)
- http://ajcf.pl/ (Webpräsenz des *Auschwitz Jewish Center* in polnischer und englischer Sprache)
- http://oszpicin.pl/ (Virtuelle Geschichte der jüdischen Gemeinde in polnischer und englischer Sprache)

Anmerkungen

[1] Walter Kuhn: Siedlungsgeschichte des Auschwitzer Beskidenvorlandes. In: Ders.: Neue Beiträge zur schlesischen Siedlungsgeschichte. Eine Aufsatzsammlung. Sigmaringen 1984 (Quellen und Darstellungen zur schlesischen Siedlungsgeschichte 23), S. 228f.

[2] Gemeindelexikon der im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder. Bearbeitet auf Grund der Ergebnisse der Volkszählung vom 31. Dezember 1900. Bd. 12: Galizien. Wien 1907, S. 6.

Zitation

Isabel Röskau-Rydel: Auschwitz/Oświęcim. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2013. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/53127.html (Stand 14.10.2013).

Aussig/Ústí nad Labem (→ Autor/in gesucht)

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Aussig (an der Elbe)

Amtliche Bezeichnung

tsch. Ústí nad Labem

Lateinische Bezeichnung

Usk super Albium, Usta, Usta ad Albim, Huisk juxta Albeam

Etymologie

Der tschechische Stadtname leitet sich von dem alttsch. Wort *ústí* (Einmündung) ab; er verweist auf die Einmündung des Flüsschens Biela (tsch. *Bílina*) in die Elbe.

2. Geographie



Rekonstruktion der Stadt Aussig um 1800 auf einem Gemälde (1897) von Karl Quarck (1869−1949) [Muzeum města Ústí nad Labem / Museum der Stadt Aussig].

Lage

Aussig liegt 72 km nördlich von Prag/Praha auf 50° 39′ nördlicher Breite, 14° 2′ östlicher Länge, 218–233 m über NHN. Die Stadt ist 25 km von der Grenze zur Bundesrepublik Deutschland (Sachsen) entfernt.

Topographie

Die Stadt liegt an der Elbe, am Fuße des Erzgebirges.

Region

Nordböhmen

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Tschechische Republik. Aussig ist Verwaltungssitz der Region Aussig (*Ústecký kraj*).

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik



In einer Urkunde vom 12. Februar 1476 verlieh König Wladislaus II. Jagiello (1456–1516) der Stadt das folgende Wappen: einen Schild von roter Farbe, in dessen Mitte sich ein weißer (böhmischer) Löwe mit zwei gekreuzten Schwänzen mit goldenen Schwanzknoten sowie mit goldenen Krallen befindet. Sein Haupt wird von einem weißen Helm mit einer goldenen Krone bedeckt, aus der zwei goldene Flügel aufwachsen.

Die seit 1990 gebräuchliche Stadtfahne, die von dem Maler und Grafiker Jiří Dlask gestaltet wurde, zeigt drei weiße und zwei rote Querstreifen.

Links: Wappen der Stadt Aussig [Foto: Archiv města Ústí nad Labem / Archiv der Stadt Aussig].

Vor- und Frühgeschichte

Die ältesten Siedlungsnachweise auf dem heutigen Stadtgebiet stammen aus dem Jungpaläolithikum. Von einer gewissen Kontinuität der Besiedlung kann man ab dem 6. Jahrtausend v. Chr. sprechen. An der Wende des 7. zum 8. Jahrhundert begannen die Slawen die Region zu besiedeln. Die älteste urkundliche Erwähnung der Stadt ist mit einer

landesherrlichen Zollstation verbunden, deren Existenz ein Dokument aus dem Jahr 1057 bestätigt, das mit der Gründung des Kapitels des hl. Stephan in Leitmeritz/Litoměřice zusammenhängt. Diesem Kapitel wurde ein Achtel des Zolls vom Weg zugeschrieben, der „per aquam Vzti“ führte. Die lateinisch geschriebene Chronik von Cosmas von Prag (um 1045–1125) vom Beginn des 12. Jahrhunderts erwähnt eine Dynastielegende: Nach jener habe die Fürstin Libuše den legendären Gründer des Fürstengeschlechtes Přemysl Oráč / Premysl den Ackermann aus Staditz/Stadice (einem kleinen Ort unweit von Aussig) auf den Thron berufen.[1]

Mittelalter

Im 13. Jahrhundert erhielt Aussig unter König Přemysl II. Otakar (1232–1278) das Magdeburger Stadtrecht und den Rang einer königlichen Stadt. Auch Deutsche siedelten nun dort.

In den Hussitenkriegen blieb die Stadt katholisch, und so kam es 1426 zu einem Angriff auf Aussig, der Schlacht auf der Anhöhe Bihana (*Na Běhání*). Die Hussiten besiegten die überwiegend aus sächsischen Söldnern bestehenden Kreuzfahrerkontingente und plünderten die Stadt aus. In der folgenden Zeit stabilisierten sich jedoch die Verhältnisse. Die Stadt wurde vergrößert, indem unter anderem das Gelände um die ursprünglich außerhalb der Befestigung gelegene St.-Adalbert-Kirche integriert wurde, und prosperierte.

Neuzeit



Statue von Josef II. (1889), Josefsplatz (heute Sady Bedřicha Smetany). Als Symbol für Germanisierung wurde sie 1919 heruntergerissen. [Foto: Muzeum města Ústí nad Labem / Museum der Stadt Aussig].

Nach den Jahren 1536 und 1538 musste sich die Stadt von zwei Bränden erholen. Dann folgte eine relativ ruhige Existenz als Renaissance-Stadt, wozu auch die städtische Loyalität zu Ferdinand I. (1503–1564) während des ersten Böhmischen Ständeaufstandes 1547 beitrug. Die Schlacht am Weißen Berg 1620 bedeutete den endgültigen Verlust politischer Rechte der königlichen Städte, so wurde auch in Aussig ein kaiserlicher Richter eingesetzt. 1631 fielen sächsische, später mehrfach schwedische Truppen in Aussig ein.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entwickelte sich Aussig zu einer bedeutenden Industriestadt. Am Ende des 19. Jahrhunderts setzte sich eine weitsichtige kommunale Planungspolitik unter Federführung von Franz Ohnsorg (Jurist, Bürgermeister 1895–1914)

durch. In dieser Zeit wurde Aussig (neben Reichenberg/Liberec) auch zu einem Zentrum der Arbeiterbewegung.

Zeitgeschichte

Anlässlich der Gründung der Ersten Tschechoslowakischen Republik kam es zu heftigen Protestkundgebungen für ein Selbstbestimmungsrecht „Deutschböhmens“. Bis zum Jahre 1938 dominierte die deutsche Sozialdemokratie bei den Kommunalwahlen. Seit 1935 setzte sich in den Parlamentswahlen sowie im kommunalen Bereich immer mehr die von Konrad Henlein (1898–1945) geführte Sudetendeutsche Partei durch. Trotzdem wurden in Aussig häufig antifaschistische Demonstrationen veranstaltet.

Am 9./10. Oktober 1938 erfolgte in Folge des Münchner Abkommens vom 30. September 1938 der Anschluss der Randgebiete der Tschechoslowakei an das Deutsche Reich. Am 4. November 1938 wurde der Regierungsbezirksrat Aussig mit dem Regierungspräsidenten Hans Krebs (1888–1947) an der Spitze errichtet. Am 1. Januar 1939 wurde durch den Anschluss der Städte Schreckenstein/Střekov, Türmitz/Trmice und weiterer Gemeinden „Groß Aussig“ geschaffen. Am 17. und 19. April 1945 wurde die Stadt von Luftangriffen der US-amerikanischen Luftwaffe schwer getroffen. Am 8. Mai 1945 befreiten Tschechen zusammen mit deutschen Antifaschisten die Stadt. Die Rote Armee erreichte die Stadt am 9. Mai 1945. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung wurde von Gewaltexzessen begleitet („Aussiger Massaker“ vom 31. Juli 1945).

Die Stadtverwaltung wurde nach dem Krieg vom Ortsnationalausschuss übernommen. Zunehmend erstarkte die kommunistische Partei, die 1948 die Macht im ganzen Staat übernahm. Die Bevölkerungsveränderung und die kommunistische Herrschaft führten zu einer Reihe von negativen Folgen: In der Industrie der Stadt wurden zunehmend viele unqualifizierte Arbeiter beschäftigt, die kaum einen Beitrag zum Bildungs- und kulturellen Niveau der Stadt leisten konnten. Die ältere Bebauung, die die Bombenangriffe nicht zerstört hatten, wurde gezielt abgerissen, obwohl es an Wohnungen mangelte.

Nach dem 17. November 1989 beteiligten sich auch die Einwohner von Aussig an den Protestaktionen gegen das kommunistische Regime.

Bevölkerung

Am Ende des 16. Jahrhunderts wurde Aussig laut munizipalen Quellen zu einer deutschsprachigen Stadt. Die Einwohnerzahl wuchs seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts rasch an:

Entwicklung der Bevölkerungszahl in Aussig:[2]

1860	1880	1890	1900	1910	1921	1930
10.933	16.524	23.646	37.265	39.301	39.830	43.793
1950	1961	1970	1980	1991	2011	
56.920	65.058	72.876	88.447	100.002	93.000	

Vom Mai 1945 bis zum Ende des Jahres 1946 wurde die Mehrheit der deutschen Bevölkerung aus der Stadt vertrieben. Stellten die Deutschen vor dem Krieg noch bis nahezu 78 % der Stadtbevölkerung, so waren danach nicht einmal mehr 4 % der Bewohner Deutsche.

Wirtschaft

Es ist schwierig, die mittelalterliche wirtschaftliche Struktur der Stadt zu rekonstruieren. Zu den reichsten Handwerkern zählten Töpfer (1402 wird die in der Vorstadt gelegene Töpfergasse mit ihrer hochspezialisierten Keramikherstellung erwähnt), Schuster und Tuchmacher.



Aussiger Hafen, ca. 1897 [Foto: Muzeum města Ústí nad Labem / Museum der Stadt Aussig].

Befördert durch den Anschluss an das Eisenbahnnetz (Strecken Prag−Dresden, 1851, Aussig−Teplitz/Teplice, 1858) entwickelten sich mit der Textilindustrie seit der Mitte des 19. Jahrhunderts auch andere Fabriken; im Vordergrund stand der 1856 entstandene Österreichische Verein für Chemische und Metallurgische Produktion, der zu den wichtigsten europäischen Chemiebetrieben gehörte. Bedeutend waren auch die Schichtwerke für die Herstellung von Seifen sowie die Bearbeitung von Fetten und Öl. Aussig war auch ein bedeutender Elbe-Binnenhafen für den Transport von Kohle und von verschiedenen Gütern sowie ein wichtiger Eisenbahnknoten.

Die industrielle Produktion schadete zunehmend der Umwelt.

Religions- und Kirchengeschichte

Im Zusammenhang mit dem zunehmenden Zuzug von Deutschen seit (vermutlich) dem Ende des 12. Jahrhunderts (sicher seit dem 13. Jahrhundert) kam es zur ungewöhnlichen parallelen Existenz von zwei Pfarrkirchen: Die Kirche Mariä Himmelfahrt diente den deutschen Bürgern, die Kirche des hl. Vojtěch (Adalbert) war für die tschechische Bevölkerung in der Umgebung bestimmt.

Die Einführung des Luthertums im Grenzgebiet wurde besonders durch den sächsischen Adel, die Herren von Salhausen und Bünau, realisiert. Das konnte, besonders seit den 60er Jahren des 16. Jahrhunderts, nicht ohne Einfluss auf die religiöse Situation in Aussig bleiben. Allerdings war die Lage in der königlichen Stadt Aussig, wo Obrigkeiten aus der Umgebung keine eigenen Interessen durchsetzen konnten, viel komplizierter. Eine bedeutende Rolle spielten hier die Utraquisten, und es kam zu katholisch-utraquistischen Auseinandersetzungen. Seit den 1570er Jahren (laut einer Schrift über die Situation in der Stadt vom Bürgermeister Josef Hermann [Bürgermeister 1595−1600] aus dem Jahr 1597 und weiteren Quellen aus den Beständen des Stadtarchives) sah sich Aussig bald als eine

deutschsprachige Stadt mit überwiegend katholischen Einwohnern. Eine gezielte Rekatholisierung führte dann der Bürgermeister Johannes Ernst Schösser (1574−1617) durch.

Seit den 1830er Jahren wuchs die Zahl der Protestanten, überwiegend Unternehmer aus Sachsen. Bei der Volkszählung 1880 wurden 848 Protestanten (5,4 % der Bevölkerung) und 37 Helveten (0,2 %) gezählt.

Ab der Mitte des 19. Jahrhunderts ließen sich hier auch Juden nieder. Im Jahre 1921 stellten sie 2,5 % der Gesamtbevölkerung. Den Zweiten Weltkrieg überlebten von den 1.250 Mitgliedern der jüdischen Gemeinde Aussigs knapp 200 in der Emigration und eine geringe Zahl in sogenannten ‚Mischehen'. Dominant blieben die Katholiken.

Besondere kulturelle Institutionen

1876 wurde vom Gewerbeverein ein Kunsthistorisches Museum (*Uměleckoprůmyslové muzeum*), heute Museum der Stadt Aussig (*Muzeum města Ústí nad Labem*), gegründet. Es entstanden drei Abteilungen: die kunsthandwerkliche Sammlung, das Naturwissenschaftskabinett und die Museumsbibliothek. Zurzeit wird ein Museum der deutschsprachigen Bewohner der böhmischen Länder (*Collegium Bohemicum*) errichtet. Im Jahre 1909 folgte die festliche Eröffnung des Stadttheaters (heute Nordböhmisches Theater / *Severočeské divadlo*).

Bildung und Wissenschaft

Eine Schule wird erstmals 1399 erwähnt. Bis zu den Reformen der Maria-Theresia-Zeit blieb sie kontinuierlich eine kirchliche Einrichtung. Dann verblieb in Aussig eine Trivialschule, Hauptschulen gab es in Leitmeritz und Mariaschein/Bohosudov. Im Laufe des 19. Jahrhunderts entstand eine Reihe von Grundschulen, 1886 wurde die Handelsakademie und 1893 das Realgymnasium eingerichtet (seit 1902 Staatsgymnasium), 1920 nach längerer Entwicklung das Mädchen-Reform-Realgymnasium. Nach 1918 wurde das tschechische Schulwesen in der Stadt gegründet.

Aussig beherbergt seit dem Jahr 1991 die Jan-Evangelista-Purkyně-Universität (vorher seit 1953 Pädagogische Hochschule) mit ihren acht Fakultäten.

Kunstgeschichte



Sicht auf Wanow/Vaňov (Vorort, heute Stadtteil von Aussig) und Burg Schreckenstein/Střekov [Foto: August Otto; Muzeum města Ústí nad Labem / Museum der Stadt Aussig].

Schon im Jahre 1186 existierte ein Kirchenbau an der Stelle der heutigen St.-Adalberts-Kirche. Diese gotische Kirche wurde in den Jahren 1704–1734 vom Barockbaumeister Ottavio Broggio (1670–1742) umgebaut. Die Existenz eines weiteren Kirchenbaus, der Mariä-Himmelfahrt-Kirche, wurde schon Ende des 12. Jahrhunderts erwähnt. Am Ende des 19. Jahrhunderts wurde die Kirche nach Plänen des Architekten Josef Mocker (1835–1899) regotisiert. Die evangelische St. Pauluskirche ist ein neuromanischer Bau aus dem Jahre 1906.

Zahlreiche wertvolle Bauten entstanden in der industriellen Blütezeit der Stadt. 1908 wurde das Stadtbad im Jugendstil festlich eröffnet. Die Architektur des Expressionismus prägt das neue Verwaltungsgebäude des Vereins für Chemische und Metallurgische Produktion, das von der bedeutenden Dresdner Firma Lossow und Kühne gebaut wurde. Seit dem Ende des 19. und im Laufe der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ließen die Aussiger Unternehmer (Petschek, Weinmann, Schicht, Wolfrum) ihre prunkvollen Familienvillen bauen.

Die gotische Burgruine Schreckenstein auf einem Felsen über der Elbe bleibt ein romantisches Symbol der Stadt. Auf der Burg hielten sich Theodor Körner (1791–1813) und Richard Wagner (1813–1883) auf.

Von den nach 1945 errichteten Bauwerken ist das Gebäude des heutigen Magistrats (Stadtamt) aus dem Jahr 1961, im sogenannten „Brusel-Stil“ gebaut, architektonisch ebenso interessant wie die Marienbrücke (1998), die 1999 den *ECCS European Steel Design Award* bekam.

Publizistik

Seit 1857 erschien der *Aussiger Anzeiger* (seit 1902 *Aussiger Tagblatt*), die erste lokale Tageszeitung, gefolgt ab 1874 von der *Elbezeitung*. Nach 1945 erschienen im Laufe der Zeit mehrere lokale Zeitungen, seit 2005 erfüllt diese Rolle das *Ústecký deník* [*Aussiger Tagblatt*].

Gedächtnis- und Erinnerungskultur

Zu den hiesigen Erinnerungsbauten gehören ein Mahnmal, das an die Verfolgung und Ermordung der Aussiger Juden erinnert, sowie Gedenktafeln für die Opfer der Luftangriffe und des „Aussiger Massakers“ 1945. Erinnert wird auch an den Sozialdemokraten Leopold Pölzl (1879–1944), in den Jahren 1920–1923 und 1931–1938 Bürgermeister sowie 1923–1931 Vizebürgermeister der Stadt.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Jan Smetana: Aussig. In: Joachim Bahlcke, Winfried Eberhard, Miroslav Polívka (Hg.): Handbuch der historischen Stätten. Böhmen und Mähren. Stuttgart 1998 (Kröners Taschenausgabe 329), S. 13-17.
- Gerda Eckelt: Wo ist mein Heim, mein Vaterland. Ústí nad Labem 1997.
- Tomáš Fedorovič, Vladimír Kaiser: Historie židovské komunity v Ústí nad Labem [Geschichte der jüdischen Kommunität in Aussig]. Ústí nad Labem 2005.
- Václav Houfek: 120 let muzea Ústí nad Labem [120 Jahre Museum Aussig]. Ústí nad Labem 1996.
- Václav Houfek: Němečtí antifašisté na Ústecku [Die deutschen Antifaschisten im Aussiger Gebiet]. In: Kristina Kaiserová, Jaroslava Klímová, Gabriela Brudzynska-

Němec (Hg.): I oni byli proti [Auch sie waren dagegen]. Ústí nad Labem 2007, S. 321–328.
- Hans Peter Hye: Alt- und Neubürger in Aussig um die Mitte des 19. Jahrhunderts. In: Robert Hoffmann (Hg.): Bürger zwischen Tradition und Modernität. Bürgertum in der Habsburgermonarchie. Wien, Köln, Weimar 1997 (Bürgertum in der Habsburgermonarchie 6), S. 247–269.
- Hans Peter Hye (gemeinsam mit Hannes Stekl): „Ich will euch einen guten Namen hinterlassen." Die „Erinnerungen" des altösterreichischen Unternehmers und Politikers Carl Wolfrum (1813–1888). In: Herbert Matis (Hg.): Historische Betriebsanalyse und Unternehmer. Festschrift für Alois Mosser. Wien 1997 (Veröffentlichungen der Österreichischen Gesellschaft für Unternehmensgeschichte 19), S. 33–57.
- Vladimír Kaiser, Kristina Kaiserová (Hg.): Dějiny města Ústí nad Labem [Geschichte der Stadt Aussig]. Ústí nad Labem 1995.
- Kristina Kaiserová: Johann Schicht. In: Lukáš Fasora, Jiří Hanuš, Jiří Malíř (Hg.): Sozial-reformatorisches Denken in den böhmischen Ländern 1848–1914. Akteure, Ideen, Realität. München 2009, S. 271–282.
- Bedřich Rohan: Aussiger Schoulet. Ústí nad Labem 2001.
- Franz Josef Umlauft: Geschichte der deutschen Stadt Aussig. Eine zusammenfassende Darstellung von der Stadtgründung bis zur Vertreibung der Deutschen. Bayreuth 1960.

Weblinks

- http://www.usti-nad-labem.cz/de/ (Webpräsenz der Stadt, auch in deutscher und englischer Sprache)
- http://www.muzeumusti.cz/de/ (Webpräsenz des Museums Aussig, auch in deutscher und englischer Sprache)
- http://www.usti-aussig.net/de (Webpräsenz eines Projektes mit Bezug zur Aussiger Architektur)

Anmerkungen

[1] Die Legende wurde über Jahrhunderte tradiert und schließlich dank der Oper Libuše von Friedrich/Bedřich Smetana (1824−1884) zu einem der Symbole der tschechischen Staatlichkeit.

[2] Jiřina Růžková u. a.: Okres Ústí nad Labem [Bezirk Aussig]. In: Historický lexikon obcí České republiky 1869–2005 (I. díl) [Historisches Lexikon der Gemeinden der Tschechischen Republik 1869−2005 (1. Teil)]. Hg. von Český statistický úřad [Tschechisches statistisches Amt]. Praha 2006, S. 417–418.

Zitation

Kristina Kaiserová: Aussig/Ústí nad Labem. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2015. URL: http://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32343 (Stand 28.10.2015).

B

Bad Karlsbrunn/Karlova Studánka (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Bad Liebwerda/Libverda (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Bakabánya → Pukantz/Pukanec/Bakabánya

Siehe Pukantz

Baku (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Baltischport/Paldiski (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Bardo → Wartha/Bardo

Siehe Wartha/Bardo

Bártfa → Bartfeld/Bardejov (in Bearb.)

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Bartfeld

Amtliche Bezeichnung

slwk. Bardejov

Anderssprachige Bezeichnungen

ung. Bártfa; lat. Bartpha; poln. Bardiów

Etymologie

Der Ortsname leitet sich vom ungarischen „bárd“ (dt. „Barte“) ab. Bei einer Barte handelt es sich um eine Axt oder ein Beil, die oder das als Wappenfigur verwendet wird. Die weiteren Namensbestandteile im Deutschen (-feld) beziehungsweise Ungarischen (-fa) weisen auf den traditionell ausgeprägt ländlichen Charakter der Umgebung von Bartfeld sowie sehr üppige Waldbestände zu Zeiten der frühen Besiedlung des Ortes hin.

2. Geographie

Lage

Bartfeld liegt auf 49° 18' nördlicher Breite, 21° 17' östlicher Länge, 277 m über NHN, ca. 75 km nördlich von Kaschau/Košice.

Topographie

Bartfeld liegt rechts des Flusses Töpl (slwk. *Topľa*), eines Nebenflusses der Ondau (slw. *Ondava*), in den Niederen Beskiden und am nördlichen Rand des Ondauer Berglandes (slwk. *Ondavská vrchovina*).

Region

Šariš, eine Landschaft im Umkreis der Scharoscher Burg (slwk. *Šarišský hrad*) bei Groß-Scharosch/*Veľký Šariš*.

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Slowakei. Bartfeld ist Hauptstadt des Kreises Bartfeld *(Okres Bardejov)*.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Das seit 1453 gebräuchliche Stadtwappen ist zweigeteilt und mit einer vergleichsweise komplexen Ornamentik vesehen. Oben sind zwei in Blau gekreuzte goldene Hellebarden angeordnet, zwischen denen eine goldene Krone (oben) und eine goldene Lilie (unten) schweben. Unten zeigt das Wappen sieben Streifen, abwechselnd in Rot und Weiß. Gekreuzte Hellebarden waren im 15. Jahrhundert ein gängiges Symbol für grenznahe Städte beziehungsweise für Städte am Rande eines Territoriums. Krone und Lilie verweisen auf die einstige Zugehörigkeit zur *Pentapolitana*, dem mittelalterlichen Bündnis der fünf bedeutendsten Königlichen Freistädte in Oberungarn, die sich heute auf dem Gebiet der Slowakei befinden. Rot und Weiß beziehungsweise Silber sind die in den Wappen dieser Städte dominierenden Farben.

Mittelalter

1241 wird Bartfeld in einer Urkunde des ungarischen Königs Béla IV. (1206-1270) erstmals schriftlich erwähnt. Es ist die Rede von deutschen Siedlern und einem in Bartfeld ansässigen Zisterzienserkloster, das polnische Mönche im 12. Jahrhundert gegründet hatten. Der Ort wird als hochentwickelte Siedlung beschrieben, die sich durch Handel und Handwerk einen guten Ruf verschafft hatte. Im Jahre 1247 gestattete Bela IV. den Mönchen die Grenzen der Klosteranlage neu zu ziehen. Zuvor hatten der Eingabe der Geistlichen an den König zufolge deutsche Siedler einen Teil der Klosteranlage zerstört und sie zwar wieder aufgebaut, dabei aber das Kloster um Grund und Boden gebracht. 1365 wurde dem Ort die Halsgerichtsbarkeit zugesprochen. Der ungarische König Ludwig (Lajos) I. (1326-1382) erhob Bartfeld im Jahre 1376 zur Königlichen Freistadt; die bereits zuvor angelegten Stadtbefestigungen wurden daraufhin noch zusätzlich ausgebaut. Seit Anfang des 15. Jahrhunderts bildete Bartfeld mit den Städten Eperies/Prešov, Kaschau/Košice, Leutschau/Levoča und Zeben/Sabinov die *Pentapolitana*. Im 15. Jahrhundert gehörte Bartfeld aufgrund einer 1412 durch König Sigismund von Luxemburg (1368-1437) vollzogenen Überlassung vorübergehend der polnischen Adelsfamilie Balicki. Diesen Akt machte 1477 König Matthias Corvinus (1443-1490) wieder rückgängig. Unter König Ladislaus V. (1440-1457) erhielt Bartfeld 1453 sein noch heute gebräuchliches Wappen verbrieft.

Neuzeit

Seit dem 16. Jahrhundert entwickelte sich Bartfeld zu einem kulturellen, religiösen und Bildungszentrum. Dies hing vor allem mit der Gründung eines humanistischen Gymnasiums zusammen, das weit über die Grenzen der Stadt hinaus einen hervorragenden Ruf genoß. Gefestigt wurde dieser vor allem durch Leonhard Stöckel (1510-1560), der 1539 Rektor des Gymnasiums wurde. Mit der Schrift *Die Gesetze der Bartfelder Schule* (*Leges scholae Bartfensis*) arbeitete er das erste pädagogische Regelwerk für das Gebiet der heutigen Slowakei aus.

Verwaltung

Die Geschicke der Stadt bestimmte, wie in anderen königlichen Freistädten und vom Bergbau geprägten Städten auch, im Mittelalter ein gewählter Magistrat, an dessen Spitze der Schultheiß (*richtár*) stand. Für Verwaltungsaufgaben war der Bürgersmann (*mešťanosta*) zuständig. Ab dem 18. Jahrhundert bestand der Magistrat aus dem auf Lebenszeit bestimmten Schultheiß und zwölf Senatoren. Die Verteidigung Bartfelds oblag dem Stadtkapitän (*mestný kapitán*). Diese Ordnung galt bis zur Gemeindereform von 1876.[1]

Stadtoberhaupt von Bartfeld ist heute ein hauptamtlicher Oberbürgermeister. Es gibt sechs Stadtteile mit eigenen Parlamenten sowie ein Stadtparlament. In Bartfeld ist ein Kreisgericht ansässig.

Bevölkerung

Wie aus der ersten schriftlichen Eintragung über Bartfeld aus dem Jahre 1241 hervorgeht, siedelten sich seit der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts Deutsche in Bartfeld an, die zuvor in Eperies/Prešov ansässig waren. In Bartfeld ließen sie sich im Areal des Zisterzienserklosters nieder, das sie zerstörten, um danach eine neue Siedlung zu errichten. Slowaken wie Deutschen war jeweils ein bestimmtes Katastergebiet innerhalb der Stadt zugewiesen.[2] 1437 wurden in Bartfeld 517 Häuser und rund 3.000 Einwohner gezählt, 1830 gab es 4.941 Einwohner.[3]

Entwicklung der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung (1880-1910)[4]

	1880: 4.884 Einwohner, davon:	**1890: 5.059 Einwohner, davon:**	**1900: 6.102 Einwohner, davon:**	**1910: 6.587 Einwohner, davon:**
Slowaken	3.816	3.294	3.234	2.571
Deutsche	645	1.188	1.721	1.617
Ungarn	216	358	997	2.571
Ruthenen	9	227	14	21
Rumänen	k. A.	k. A.	k. A.	5

Laut der Volkszählung von 2001 waren von den 33.247 Einwohnern 91,3 % Slowaken, 2,6 % Roma, 2,4 % Ruthenen und 1,4 % Ukrainer.[5]

Wirtschaft

Seine wirtschaftliche Blüte erlebte Bartfeld im 15. Jahrhundert. Zu dieser Zeit wurden 64 verschiedene Handwerke, 51 Zünfte und 176 Handwerksmeister gezählt. Zu den bedeutendsten Handwerkern gehörten Bäcker, Metzger, Müller, Schneider und Töpfer. Viele von ihnen produzierten bald weit über den lokalen Bedarf hinaus. Besondere Bekanntheit erlangte Bartfeld wegen des hier gefertigten Leinens. Zur Sicherung des schon früh sehr regen Handels und Handwerks wurde die Stadt seit dem 14. Jahrhundert systematisch befestigt. Ende des 15. Jahrhunderts setzte in Bartfeld ein wirtschaftlicher Niedergang ein, der vor allem bedingt war durch ein jahrzehntelanges Ringen der polnischen und ungarischen Könige um die Zugehörigkeit der ökonomisch höchst erfolgreichen Stadt zu ihrem jeweiligen Territorium. Erst im 19. Jahrhundert war in Bartfeld nach der Gründung von Banken und Industrieunternehmen (u.a. eine Spielwarenfabrik ab 1883) wieder ein anhaltender wirtschaftlicher Aufschwung zu beobachten; die Stadt konnte jedoch nicht an frühere Glanzzeiten anknüpfen. Ab 1893 verfügte Bartfeld über eine Eisenbahnanbindung nach Eperies.

Nach dem Zweiten Weltkrieg intensivierte sich in Bartfeld die industrielle Tätigkeit; für die dafür benötigten Arbeitskräfte wurden zahlreiche neue Siedlungen in Plattenbauweise errichtet.

Religions- und Kirchengeschichte

1546 bekannten sich die Bartfelder Bürger gemeinsam mit jenen der anderen zur *Pentapolitana* gehörenden Städte zur Reformation. Die fünf Städte bildeten ein eigenes, für die Ordination zuständiges Dekanat. Leonhard Stöckel wurde in diesem Zusammenhang mit der Ausarbeitung der *Confessio Pentapolitana*, des oberungarischen evangelischen Glaubensbekenntnisses, beauftragt, das an die Apologie der *Confessio Augustana* (Augsburger Bekenntnis) anknüpft. Es gab eine öffentlich zugängliche Bibliothek, der zwei Buchdruckereien, Guttgesel und Klösz, angeschlossen waren. Im Jahre 1581 wurde bei David Guttgesel (1540-1599) ein Druck von Martin Luthers Katechismus hergestellt.

In Bartfeld konnte erst in den 1830er Jahren, nach der Aufhebung entsprechender Beschränkungen, eine jüdische Gemeinde entstehen. Juden ließen sich in einer Vorstadt nieder, dort entstanden für die überwiegend orthodoxen Gemeindemitglieder eine Synagoge, Bethäuser, eine Schule und eine Mikwe. Im Jahre 1940 war etwa ein Viertel der Bartfelder Bevölkerung jüdischer Religionszugehörigkeit. Die meisten Bartfelder Juden wurden Opfer des Holocaust.

Zusammensetzung der Bevölkerung nach konfessioneller Zugehörigkeit[6]

	1880	**1890**	**1900**	**1910**
Einwohner	**4.884, davon:**	**5.069, davon:**	**6.102, davon:**	**6.587, davon:**
römisch-katholisch	2.944	3.075	3.386	3.527
griechisch-katholisch	139	173	286	349
evangelisch-lutherisch	687	684	675	641
evangelisch-reformiert	1	12	39	55
jüdisch	1.113	1.125	1.715	2.000

Bei der Volkszählung 2001 war die größte Konfession mit 63,2 % die römisch-katholische. Zum griechisch-katholischen Glauben bekannten sich 16,9 %, zur evangelischen Kirche A. B. 7,6 % und zum orthodoxen Glauben 4,3 % der Einwohner. Alle diese Religionsgemeinschaften sind mit eigenen Gotteshäusern in der Stadt vertreten. Konfessionslos waren 4,9 %.[7]

Besondere kulturelle Institutionen

Bartfeld ist traditionell ein bedeutender Bade- und Luftkurort. In dem fünf Kilometer vom Zentrum entfernten Bad Bartfeld/Bardejovské Kúpele suchte auch die österreichische Kaiserin Elisabeth (1837-1898), genannt Sisi, mehrfach Genesung. In Bad Bartfeld gibt es ein Freilichtmuseum für Volkskunst.

Im historischen Rathaus von Bartfeld hat seit 1903 das Scharoscher Museum (*Šarišské múzeum*) mit reichhaltigen kulturhistorischen und volkskundlichen Sammlungen seinen Sitz.



Bartfeld/Bardejov, ursprünglich 1868, aktualisiert 1938. [Quelle: Nationale Dekmalschutzbehörde der Slowakischen Republik: www.pamiatky.sk/Content/ZASADY/Bardejov/PR_Bardejov_Zasad_ochr_map6.pdf].

Die Stadt weist bis heute typische Merkmale einer planmäßig angelegten Siedlungsstadt des Hochmittelalters auf, etwa die typische Rechteckform des Marktplatzes nach Magdeburger Recht. In ihrem nahezu vollständig erhaltenen mittelalterlichen Stadtkern befinden sich zahlreiche Kulturdenkmäler, darunter die gotische St.-Aegidius-Kirche von 1247 (mit elf kunsthistorisch herausragenden spätgotischen Flügelaltären), die nach barocken Einbauten im 19. Jahrhundert nach einem Plan von Imre Steindl (1839-1902) ‚regotisiert' wurde, das Franziskanerkloster mit Kirche, der Gansaughof und das zwischen 1505 und 1508 erbaute Rathaus in der Mitte des Hauptplatzes. Erhalten sind auch Reste der Stadtbefestigung mit Stadtmauer, zehn Bastionen und drei Türmen; die Fortifikation gilt als die am besten erhaltene auf dem Gebiete der heutigen Slowakei.



Hauptplatz mit St.-Aegidius-Kirche und Rathaus (Postkarte 1953). [Foto: BKGE].



Postkarte: Hauptplatz mit Rathaus. [Foto: BKGE].

Gedächtnis- und Erinnerungskultur

Der mittelalterliche Stadtkern von Bartfeld wurde schon 1950 zur städtischen Denkmalschutzzone erklärt und zählt seit 2000 zum UNESCO-Weltkulturerbe. Dadurch zieht die Stadt alljährlich zahlreiche Besucher an.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Dejiny Bardejova [Geschichte Bartfelds]. Hg. v. Sarišské muzeum v Bardejove. Košice 1975.
- Bartolomej Krpelec: Bardejov a jeho okolie dávno a dnes [Bartfeld und seine Umgebung früher und heute]. Bardejov 1935.
- Pamiatková rezervácia Bardejov. Zásady ochrany pamiatkového územia. Textová časť [Denkmalschutzgebiet Bartfeld. Prinzipien des Schutzes des unter Denkmalschutz stehenden Gebietes. Textteil]. Hg. v. Krajský Pamiatkový úrad Prešov [Denkmalschutzbehörde des Verwaltungsbezirks Prešov]. Prešov 2006/9. URL: http://www.pamiatky.sk/Content/ZASADY/Bardejov/PR_Bardejov_Zasad_ochr_text.pdf

Weblinks

- http://www.bardejov.sk/mesto/bardejov/historia-mesta (Homepage der Stadt Bartfeld/Bardejov, hier historischer Abriss)
- http://naseobce.sk/mesta-a-obce/1310-bardejov (Portal Unsere Gemeinden. Kurzporträt aller slowakischen Kommunen, mit historischem Abriss)
- http://portal.statistics.sk/files/historicko-demograficky_lexikon_obci_sr_1880_1910_1.5.pdf (Historisch-demographisches Lexikon der Gemeinden der Slowakei für die Jahre 1880 bis 1910)

Anmerkungen

[1] Eleonora Mesiková: Vývoj územného a správneho členenia na Slovensku [Entwicklung der Gebiets- und Verwaltungsgliederung in der Slowakei]. In: Politické vedy [Politikwissenschaft] 11 (2008), S. 72-96, hier: S. 78. URL: http://www.politickevedy.fpvmv.umb.sk/userfiles/file/3_4_2008/MESIKOVA.pdf (Abruf 02.07.2014).

[2] Unsere Gemeinden. Kurzporträt aller slowakischen Kommunen: http://naseobce.sk/mesta-a-obce/1310-bardejov (Abruf 17.09.2014).

[3] Unsere Gemeinden. Kurzporträt aller slowakischen Kommunen: http://naseobce.sk/mesta-a-obce/1310-bardejov (Abruf 17.09.2014).

[4] Historisch-demographisches Lexikon der Gemeinden der Slowakei für die Jahre 1880 bis 1910: http://portal.statistics.sk/files/historicko-demograficky_lexikon_obci_sr_1880_1910_1.5.pdf (Abruf 17.09.2014).

[5] Statistisches Amt der Slowakischen Republik: http://app.statistics.sk/mosmis/eng/scitanie.jsp?txtUroven=000000&lstObec=519006 (Abruf 20.10.2014).

[6] Historisch-demographisches Lexikon der Gemeinden der Slowakei für die Jahre 1880 bis 1910, http://portal.statistics.sk/files/historicko-demograficky_lexikon_obci_sr_1880_1910_1.5.pdf (Abruf 17.09.2014).

[7] Statistisches Amt der Slowakischen Republik: http://app.statistics.sk/mosmis/eng/scitanie.jsp?txtUroven=000000&lstObec=519006 (Abruf 20.10.2014).

Zitation

Karin Rogalska: Bartfeld/Bardejov. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32332 (Stand 02.01.2015).

Bartfeld/Bardejov

Siehe Bártfa/Bartfeld/Bardjevov

Belgrad/Beograd (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Belzec → Shoah (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Bender/Tighina (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Bendery → Bender/Tighina (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Berethalom → Birthälm/Biertan (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Bergsaß/Beregovo/Beregszász (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Beregszász → Bergsaß/Beregovo/Beregszász (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Beszterce → Bistritz/Bistrița/Beszterce (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Beuthen/Bytom

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Beuthen O.S.

Amtliche Bezeichnung

poln. Bytom

Etymologie

„Bytom“ und alle Ableitungen des Namens gehen auf einen Personennamen zurück, der nicht eindeutig überliefert ist. Eine mögliche Ableitung des Stadtnamens von dem slawischen „hier gewesen“ (resp. Poln. „być“ = sein) gründet auf einer Legende und gilt als falsch.

2. Geographie

Lage

50° 21′ nördlicher Breite, 18° 55′ östlicher Länge, 10,4 km von Hindenburg/Zabrze, 13 km von Kattowitz/Katowice und 20 km von Gleiwitz/Gliwice entfernt.

Topographie

Beuthen liegt im Zentrum des Oberschlesischen Hochlands auf 249-330 m ü. NHN. Der Trockenberg (*Sucha Góra*) ist mit 330 m ü. d. M. der höchste Punkt der Stadt; eine andere Erhebung ist der St. Margarethenhügel. Der größte Teil der Stadt befindet sich innerhalb des sogenannten Miechowitzer Hochlands, das im Osten in das Siemianowitzer Hochland übergeht. Das Miechowitzer Hochland besteht aus Schiefer- und Sandgestein mit Steinkohle- und Eisenflözen. In der Beuthener Mulde, die sich im Norden des Hochlandes befindet, liegen Triasgesteine mit Dolomit, in welchem Zink, Blei und Eisen vorkommen. Die Stadt wird im Norden durch die Flüsse Drama, Scharley (*Szarlejka*) und die Brinitz (*Brynica*), im Süden durch das Beuthener Wasser (*Bytomka*) umgrenzt.

Region

Oberschlesien

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Polen. Beuthen ist eine kreisfreie Stadt in der Woiwodschaft Schlesien (letzte Reform von 1999) und gehört zur Diözese Gleiwitz des römisch-katholischen Erzbistums Kattowitz.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Das Stadtwappen geht auf ein Stadtsiegel von 1350 zurück und wurde offiziell 1886 eingeführt. Es ist gespalten, links befindet sich ein nach rechts gewendeter Bergmann mit einer Hacke in der Hand auf silbernem Hintergrund. Rechts befindet sich ein halber goldener Adler auf blauem Grund.

Mittelalter

Beuthen wurde zum ersten Mal zwischen 1123 und 1125 vom päpstlichen Legaten Kardinal Aegidius von Tusculum als *Bitom* in einer Privilegsbestätigung für das Kloster Tyniec bei Krakau/Kraków erwähnt und entwickelte sich vom Margarethenhügel aus, wo um 1170 der Burgkastellan seinen Sitz hatte. Eine Siedlung an dieser Stelle ist durch archäologische Funde bereits für das 11. Jahrhundert belegt. Seit 1254 besaß die nach dem Mongoleneinfall neu aufgebaute Stadt das Magdeburger Stadtrecht; damit verlagerte sich das Zentrum vom Margarethenberg zum heutigen Kern um den Ring (zentraler Platz in der Altstadt) mit dem typischen gitterförmigen Straßennetz der Lokationsstädte. 1281 wurde Beuthen Sitz des schlesischen Herzogs Kasimir II. (von Cosel und Beuthen, 1256/1257-1312), der 1289 wegen seiner politischen Affinität zu Prag als erster schlesischer Herzog dem böhmischen König Wenzel II. (gest. 1305) huldigte. Nachdem 1355 die männliche Linie der schlesischen Piasten ausgestorben war, kam es zu Streitigkeiten um das Herzogtum. Diesen Auseinandersetzungen, vom Schiedsgericht Kaiser Karls IV. (1316-1378) in seiner Eigenschaft als böhmischer Landesherr entschieden, folgte 1369 die Trennung Beuthens von Cosel: Herzogtum und Stadt wurden unter den Herzögen von Teschen und Oels aufgeteilt.

1475 gab es in Beuthen einen Großbrand, 1476 wurde die Stadt von dem böhmischen und ungarischen König Matthias Corvinus (1443-1490) erobert. 1498 erwarb Herzog Johann II. (1476-1532) Beuthen und verband es mit seinem Herzogtum Oppeln; nach seinem Tod fiel es an die böhmische Krone zurück.

Neuzeit

1526 kam Beuthen als böhmisches Territorium zum Habsburgerreich. Während des Dreißigjährigen Krieges wurde es 1627 von dänischen Truppen geplündert, 1643 von Schweden überfallen. Von Kaiser Ferdinand II. (1578-1637) als Pfand an Lazarus Henckel von Donnersmarck (1551-1624) verliehen, erwarb dieser die Stadt 1629. Der Kaiser erhob Beuthen 1697 zur Freien Standesherrschaft. 1742 wurde Beuthen preußisch.

19. und 20. Jahrhundert

In den Napoleonischen Kriegen wurde Beuthen in Mitleidenschaft gezogen: 1813 wurden ca. 300 Verwundete in die Stadt gebracht, die eine Typhusepidemie auslösten.

Innerhalb der preußischen Provinz Schlesien gehörte die Stadt 1815-1919 zum Regierungsbezirk Oppeln, 1919-1938 sowie 1941-1945 zur neu gebildeten Provinz Oberschlesien. 1818 wechselte der Landrat seinen Sitz von Tarnowitz/Tarnowskie Góry nach Beuthen; seit 1. April 1890 bildete die Stadt einen eigenen Stadtkreis.

Im frühen 19. Jahrhundert setzte mit dem Ausbau des Hüttenwesens ein stetiger wirtschaftlicher Aufschwung ein, der die Stadt rapide anwachsen ließ. 1885 hatte Beuthen 26.484, 1900 bereits 51.004 Einwohner.[1]

Am 9. November 1918 brach in Beuthen die Revolution aus. Bis zum 24. November 1918 war Anton Bias (1876-1945) Vorsitzender des örtlichen Soldatenrates. Am 20. März 1921 fand die Volksabstimmung über den Verbleib Oberschlesiens im Deutschen Reich statt. Von 39.991 Beuthener Wählern sprachen sich 29.889 (74,7 %) für den Verbleib bei Deutschland aus, während von den 106.611 Wählern aus dem Umland 62.965 (59,1 %) für die Zugehörigkeit zu Polen votierten.[2]

Der auf die Abstimmung folgende Dritte schlesische Aufstand forderte in Beuthen Todesopfer. Letztlich verblieb Beuthen als Grenzstadt im Deutschen Reich, nahm zahlreiche Deutsche aus dem östlichen, an Polen abgetretenen Teil Oberschlesiens auf und wurde Sitz verschiedener Institutionen der Verwaltung, Wirtschaft und Kultur.

Nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten wurde Oberbürgermeister Dr. Adolf Knakrick (1886-1959; Zentrum) seines Amtes enthoben. Nach dem Überfall auf Polen und der Annexion der Woiwodschaft Schlesien durch das „Dritte Reich“ wurde Beuthen am 8. Oktober 1939 aus dem Regierungsbezirk Oppeln aus- und in den Regierungsbezirk Kattowitz eingegliedert. Während des Zweiten Weltkrieges bestimmten Kriegsgefangenen- und Zwangsarbeiterbaracken das Stadtbild. Beuthen wurde zur „judenfreien“ Stadt erklärt; der erste nachgewiesene Transport von Juden in das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz erfolgte am 15. Februar 1942 gerade aus Beuthen. Am 27. Januar 1945 wurde Beuthen von der Roten Armee eingenommen, wobei es zu Massenerschießungen und Gewaltakten gegen die Zivilbevölkerung kam. Am 15. Februar 1945 begann die Verschleppung vieler männlicher Einwohner im Alter zwischen 17 und 50 Jahren in die UdSSR, wo sie Zwangsarbeit leisten mussten.

Seit Januar 1945 wurden zahlreiche Bewohner ins Reichsinnere evakuiert, viele Männer waren als Soldaten an den Fronten; es folgten Flucht sowie später Vertreibung und Aussiedlung der deutschen Bewohner Beuthens.[3]

Die folgende Polonisierung sogenannter Autochthoner und die Ansiedlung polnischer Vertriebener aus den sowjetisch gewordenen Ostgebieten des Polens der Vorkriegszeit änderten endgültig die bisherige Gesellschaftsstruktur in nationaler und sozialer Hinsicht. Der ethnischen Umstrukturierung folgte 1951 eine administrative Umgestaltung, im Zuge derer der Landkreis aufgelöst und Beuthen kreisfreie Stadt wurde (Eingemeindung von Bobrek, Hohenlinde/ Łagiewniki, Karf/Karb, Miechowitz/Miechowice und Schomberg/Szombierki). 1975 folgten die Eingemeindungen von Friedrichswille/Górniki, Radzionka/Radzionków, Roitza/Rojca, Stollarzowitz/Stolarzowice und Trockenberg/Sucha Gora. 1998 erklärte sich Radzionkau/Radzionków zur selbständigen Stadt.

Die 1980er Jahre waren von Wohnungsmangel, industriell bedingter Umweltverschmutzung und Versorgungsengpässen bestimmt. Das Stadtbild wandelte sich mit der Errichtung neuer Plattenbauten und dem Abriss großer Areale der Altstadt aufgrund von Gebäudeschäden durch den Kohleabbau. In der Solidarność-Ära kam es auch in Beuthen zu mehreren Arbeiterstreiks, die zur Ausrufung des Kriegszustands führten. Am 27. Mai 1990 wurden in Beuthen zum ersten Mal nach 1945 freie Stadtratswahlen abgehalten.

Bevölkerung

Die Bevölkerungsentwicklung in Beuthen[4]:

1925: 62.543
1933: 102.413
1939: 101.084
1946: 93.179
1960: 182.578
1970: 187.500
1980: 234.292
1989: 229.851
2000: 201.942
2012: 162.596

Wirtschaft



Beuthengrube (Postkarte, vor 1945). [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 106752].



Hohenzollerngrube (Postkarte, nach 1945).
[Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 126142].

Am Beginn der wirtschaftlichen Entwicklung Beuthens stehen der Holz- und Eisenhandel; noch 1933 gab es in Beuthen 58 Holzgroßhandels- und 102 Eisen-, Stahl- und Metallbetriebe. Bereits 1136 wurde bei Beuthen Silber gefördert und ab dem 13. Jahrhundert parallel das Bleivorkommen wirtschaftlich genutzt. Nach einem Streit um das Alleinförderrecht für Galmei zwischen Lazarus Henckel von Donnersmarck und Kasper Pielhrzym (1592-1684), dem Eigentümer von Bobrek, begann seit 1704 der moderne Steinkohlebergbau. 1755 entstand die erste Zeche in Orzegow/Orzegów; es folgten weitere Gründungen, unter anderem 1822 der Grube Florentine in Hohenlinde und der Hohenzollerngrube in Schomberg. 1930 gab es in der Stadt (ohne Landkreis) zwei Zechen: die Heinitzgrube (seit 1856) und die Carsten-Zentrum-Grube (seit 1876). Zu Beuthens Großindustriellen gehörten die Beuthen-Siemianowitzer Linie der Familie Henckel von Donnersmarck und Karl Godulla (1781-1848) in Bobrek, Miechowitz und Schomberg. 1890 erwarb die Bergwerksgesellschaft „Georg von Giesches Erben“ die Heinitzgrube. Für die Stadt blieben die Zinkhütten und zinkverarbeitenden Betriebe von Bedeutung: 1921 gründete *Edgar Henckel von Donnersmarc*k (1859-1939) „The Henckel von Donnersmarck-Beuthen Estates Limited“ und ließ 1919 die Beuthengrube erbauen. Während des Zweiten Weltkriegs stiegen die Förderquoten der acht Steinkohlezechen in Beuthen samt Landkreis von 14.231.734 Tonnen 1940 auf 16.656.266 Tonnen 1943; ebenso nahm die Förderung der Bleizinkerze zu.

Bis 1989 arbeiteten in Beuthen außer den genannten Zechen die Hubertushütte in Hohenlinde und die Julienhütte in Bobrek, ferner waren die Kraftwerke „Miechowitz“ und „Oberschlesien“ in Schomberg in Betrieb. Gegenwärtig fördern noch die 2005 fusionierten Zechen „Centrum“ und „Bobrek“ als Bergwerk Steinkohle. 2011 waren hier 3.383 Personen beschäftigt; das Fördervolumen betrug 2010 2,2 Millionen Tonnen.

Hohe Arbeitslosigkeit ist infolge der wirtschaftlichen Umgestaltung zum permanenten Problem geworden: Im Januar 2007 betrug sie 21 %, im Januar 2013 20,7 %. Ihre Folgen zeigen sich auch im Stadtbild, denn die Stadt- und die Selbstverwaltung konnten aufgelöste Großbetriebe zumal Zechen, die bis 1989 Betriebswohnungen, Sport-, Kultur- und Bildungseinrichtungen etc. unterhalten hatten, als Träger sozialer Aufgaben nicht ersetzen.

Gesellschaft

Die Entwicklung zur modernen Industriestadt im 19. und 20. Jahrhundert war begleitet von sozialen und nationalen Spannungen: Die Industrialisierung der Stadt mit einem starken Bevölkerungszuwachs, dürftige Behausungen und Wohnungsnot waren genauso wie die Auseinandersetzung um die polnische Sprache politische Reizthemen. Dabei spielte auch die römisch-katholische Kirche eine zentrale Rolle, öffnete sie sich doch spätestens 1891 sozialen Problemen und befand sich in Preußen im Kulturkampf. Ihr Einfluss auf die nationale Zuschreibung der Bevölkerung war groß und bestimmend: Als die preußische Nationalversammlung im Mai 1848 in Berlin Vertreter für das Frankfurter Parlament wählte, wurde der polnische Wahlkreis von dem Beuthener Pfarrer Josef Schafranek *(*Józef Szafranek, 1807-1874) vertreten. Polnische Zeitungen erschienen, polnische Vereine wie der *Polski Klub Narodowy* wurden ins Leben gerufen. 1910 gaben 58,3 % der Stadtbewohner Deutsch und 38,1 % Polnisch als Muttersprache an; der Rest entfiel auf Zweisprachigkeit.[5] In der sogenannten Plebiszitzeit und während der schlesischen Aufstände erreichte die politische Agitation auf beiden Seiten den Höhepunkt und ordnete soziale Fragen nationalen Erklärungsmustern unter. Beuthen war seitdem auch durch seine grenznahe Lage geprägt: Es existierten ein Hauptzollamt mit 18 Grenzübergängen und ein Bahnhofsgleis für „Zwischen-Auslandsverkehr“.

Die Stadt wurde durch Bergwerksunfälle erschüttert (die größten 1923 Grube Heinitz, 1932 Grube Preußen). 1929 traf die Weltwirtschaftskrise die Stadt, 1930 betrug die Arbeitslosigkeit unter den bisherigen Bergleuten 26,9 %, betroffen waren auch die Galmei-Förderung und folglich die Zinkproduktion mit einer Arbeitslosigkeit von 28 % beziehungsweise 45 %.

1925 fasste die NSDAP Fuß in der Stadt, 1933 stimmten bei den Parlamentswahlen 51,9 % der Beuthener für die NSDAP, 25,4 % für das Zentrum und 5,8 % für Kommunisten. Die Arbeitslosigkeit sank, der Druck auf Stadtbewohner polnischer Option erhöhte sich zugleich, folglich verringerte sich die Zahl derjenigen, die polnisch-sprachige Heilige Messen besuchten, von 30,8 % im Jahr 1933 auf 7,8 % 1938.

Ein Teil der einberufenen Wehrmachtsoldaten wurde zur Bergarbeit abkommandiert, die Arbeitszeiten wurden verlängert und nach 1941 kamen die ersten sogenannten „Ostarbeiter“, die mit Kriegsgefangenen in den Zechen arbeiteten – auf diese Zeit datieren die Baracken im Stadtbild, die noch lange nach 1945 bestanden.

Die Abwanderung von sogenannten deutschen Aussiedlern in die DDR seit den 1950er Jahren, vor allem jedoch nach Westdeutschland ab 1970 und insbesondere Ende der 1980er Jahre sowie parallel dazu der politisch motivierte Gang ins Exil von polnischen Beuthenern trugen zu Bevölkerungsverlusten bei, die gleichwohl mit der Anwerbung von Arbeitskräften für die Zechen ausgeglichen werden konnten.

Viel gravierender wurde der Bevölkerungsverlust aufgrund der schwierigen Wirtschaftslage der Stadt seit den 1990er Jahren infolge der wirtschaftspolitischen Reformen. Damit einher ging der Zusammenbruch zahlreicher lokalkultureller Verbände und Vereine, die bis dato die Infrastruktur der staatlichen Betriebe (Zechen, Eisenhütten, etc.) genutzt hatten und von diesen finanziell unterstütz worden waren.

In Beuthen wirken der Verband der Vertriebenen aus den Ostgebieten der Republik Polen, der Deutsche Freundschaftskreis im Bezirk Schlesien und die Autonomiebewegung Schlesiens.

Pressewesen

Seit 1875 erschien die *Beuthener Zeitung*, die 1919 in *Ostdeutsche Morgenpost* umbenannt wurde. Ferner gab es die *Oberschlesische Grenz-Zeitung (*seit 1881) und die Informationsblätter *Beuthener Stadtblatt* (seit 1872) sowie das *Beuthner Kreisblatt* (seit 1843). Überdies wurden Zeitungen in polnischer Sprache herausgegeben, zum Beispiel seit 1848 der *Dziennik Górnośląski* (Oberschlesisches Tagesblatt), denn Beuthen war vor 1918 das Zentrum der polnischen Presse in Oberschlesien. Dafür stand das Presseimperium von Adam Napieralski (1861-1928), in dem nicht nur der *Katolik*, sondern auch zahlreiche Regionalzeitungen in Beuthen erschienen.

Religions- und Kirchengeschichte

	1830[6]	1845[7]	1861[8]	1871[9]
Katholiken	92,3 %	75,7 %	77,0 %	79,1 %
Protestanten	6,4 %	6,9 %	9,9 %	13,5 %
Juden	1,3 %	17,43 %	13,1 %	7,3 %



Marienkirche (Postkarte, vor 1945).
[Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 85344].

1170 ist das erste gemauerte Kirchengebäude in Beuthen nachgewiesen, in dem zunächst Benediktiner, dann Prämonstratenser und die Breslauer Norbertiner (Prämonstratenser) wirkten.1268 kam der *Ordo Fratrum Minorum* nach Beuthen, die St.-Nikolaus-Kirche wurde erbaut und das Minoritenkloster begründet. 1231 wurde die gotische Marienkirche fertiggestellt, 1432 besetzten Hussiten die Stadt und plünderten die Marienkirche. Da der Hussitismus in Beuthen offensichtlich an Einfluss gewonnen hatte, entsandte Papst Nikolaus V. (1397-1455) 1451 Johannes Capistranus (1386-1456) nach Schlesien; 1454 bemühte dieser sich, die Beuthener Bevölkerung zum katholischen Glauben zu bekehren.

Noch vor dem Siebenjährigen Krieg (1756-1763) erstarkte der Protestantismus in Beuthen. Die Marienkirche war zwischen 1565 (offiziell ab 1569) und 1632 (offiziell bis 1629) eine protestantische Kirche. Zwischen 1852 und 1857 wurde sie im neugotischen Stil renoviert und dient heute als römisch-katholische Stadtpfarrkirche. Das Minoritenkloster wurde 1810 im Zuge der Säkularisation aufgelöst und zur Schule, die Minoritenkirche ab 1833 zur evangelischen Pfarrkirche umfunktioniert. Letztere löste man 1945 stillschweigend auf, woraufhin die Kirche von polnischen Ausgesiedelten aus der Ukraine als katholische Adalbertkiche (*Kościół św. Wojciecha*) genutzt wurde. Zu Zahlen der konfessionellen Zusammensetzung in der Zeit nach 1945 fehlen Quellen, was bis 1989 weniger nationalistische als viel mehr systempolitische Gründe hatte.

Im Mai 1653 bat der Beuthener Standesherr Graf Gabriel Henckel von Donnersmarck (1609-1666) den Stadtrat, Juden zu erlauben, eine Wirtschaft in der Stadt zu führen. Am 6. Januar 1656 erhielten jüdische Flüchtlinge aus dem Königreich Polen die Erlaubnis, sich in Beuthen niederzulassen. 1722 lebten 37, 1800 bereits 188, 1846 920, 1914 2.579 und 1936 3.148 Juden in der Stadt.[10] Die jüdische Gemeinde Beuthen konstituierte sich 1790, hatte aber bereits ab 1783 einen eigenen Friedhof und seit 1809 eine eigene Synagoge, die 1869 durch einen Neubau ersetzt wurde.

Beuthen gehörte bis 1821 zum (Erz-)Bistum Krakau, dann zur Diözese Breslau/Wrocław. Die katholische Kirche reorganisierte 1935 die Grenzen des Dekanats Beuthen und teilte es in das Stadtdekanat und das Miechowitzer Dekanat auf. Kirchenrechtlich verblieb Beuthen bis 1972 im Erzbistum Breslau, dann gehörte es bis 1992 dem Bistum Oppeln/Opole an. Seitdem ist Beuthen Teil der neugegründeten Diözese Gleiwitz des Erzbistums Kattowitz.

Zahlreiche römisch-katholische Kirchen entstanden im späten 19. und den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts, unter anderem St. Trinitatis (1884), St. Hyazinth (1920) und St. Barbara (1928-1931). 1901 wurde die Schrotholzkirche aus Milkutschitz O/S in den Beuthener Stadtpark überführt; sie fiel 1986 einem Brand zum Opfer.

Bildung und Wissenschaft

Die erste (katholische Pfarrei-)Schule in Beuthen wird auf 1428 datiert. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts gab es eine jüdische Schule, 1830 eine zweite. 1843 entstand eine evangelische Schule. 1867 wurde das erste Gymnasium, das spätere Königliche Hindenburggymnasium, eröffnet, 1906 folgte das Katholische Lehrerseminar und 1930 die Pädagogische Akademie. Ab 1927 gab es eine Fachschule für soziale Berufe und ab 1932 auch ein polnisches Gymnasium. Die Staatliche Baugewerkschule existierte zwischen 1922 und 1945 in Beuthen. Die seit 1945 bestehende Musikschule – in den Gebäuden des Cieplik´schen Konservatoriums (gegründet 1910) untergebracht – ist ein zweistufiges Gymnasium. Zudem sind seit 1955 eine allgemeinbildende Ballettschule und ein Fachgymnasium in Beuthen ansässig. Gegenwärtig (2012) hat Beuthen sieben Gymnasien und drei Technische Fachoberschulen, seit 1997 auch eine private Hochschule für Wirtschaft und Verwaltung.

Besondere kulturelle Institutionen

Das 1901 eröffnete Oberschlesische Landestheater war seit 1945 Wirkungsstätte für polnische Künstler des Opernhauses Lemberg/Lwów und ist seitdem auch Oper der Stadt Beuthen (Opera bytomska). 1925 wurde die Städtische Gemäldegalerie gegründet. Seit 1910 setzte sich der Beuthener Geschichts- und Museumsverein für einen Museumsbau ein, der mit dem 1932 eröffneten Oberschlesischen Landesmuseum schließlich realisiert

werden konnte. Das heutige, im Mai 1946 neu gegründete Oberschlesische Museum (*Muzeum Górnośląskie*) steht in dessen Tradition, soll allerdings 2014 mit dem Schlesischen Museum Kattowitz vereinigt und de facto aufgelöst werden. Seit 2009 sind ein Automobilmuseum und das Erlebnismuseum „Oberschlesische Schmalspurbahnen“ in der Stadt angesiedelt.

In Beuthen findet jährlich das Festival „Teatromania“ statt. Bedeutender kultureller Bestandteil ist die Pflege der Bergmanns- als Volkskultur mit zahlreichen Zechenorchestern.

Sport

Hervorzuheben ist der „Spiel- und Sportverein 09“ mit seiner Fußballmannschaft „Beuthen 09“, die in den 1930er Jahren oft oberschlesischer und südostdeutscher Meister wurde; es bestanden zahlreiche weitere deutsche und einige polnische Fußballvereine vor 1945. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden mit „GKS Szombierki“ (polnischer Meister 1980) und „Polonia Bytom“ (polnischer Meister 1954, 1962) zwei polnische Fußballvereine gegründet.

4. Kontroversen

Die meisten Kontroversen zur Stadtgeschichte drehen sich um die nationale (polnische oder deutsche) Interpretation der sozialpolitischen Wirklichkeit, also tangieren Fragen nationaler Identität. Vor allem ältere entsprechende Deutungen beziehen sich dabei unter anderem auf die politisch-administrative Zugehörigkeit Beuthens, also auf dessen kirchenrechtliche Bindung an das polnische Bistum Krakau einerseits und den weltlichen Anschluss an das Heilige Römische Reich (Deutscher Nation) andererseits. Diese Interpretationen aus dem nationalen Paradigma werden auch um das Thema der Volksabstimmung 1921 aufgestellt.

Seit den 1990er Jahren gilt die Aufmerksamkeit in der öffentlichen Diskussion zunehmend möglicher lokaler Identität, was sich in der sozialpolitische Realität in der Gründung von Vereinen, Gruppierungen und Parteien ausdrückt.

Aktuell sind zudem Debatten um die Deutung der städtischen Wirtschaftsgeschichte zu beobachten, die angesichts der Bergschäden an der Oberfläche und der durch sie verursachten Zerstörung der Bausubstanz der Altstadt auf eine generelle Bewertung des extensiven Steinkohlebergbaus unterhalb der Stadt abzielen.

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Gabriela Bożek (Hg.): Bytom i jego dziedzictwo w 750-lecie nadania praw miejskich [Beuthen und seine Geschichte zur 750-Jahr-Feier der Verleihung der Stadtrechte]. Bytom 2004.
- Jan Drabina: Historia Bytomia. Od średniowiecza do współczesności 1123-2010 [Geschichte Beuthens. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart 1123-2010]. Bytom 2010.
- Jan Drabina (Hg.): Z dziejów dzielnic Bytomia [Aus der Geschichte der Stadt Beuthen]. Bytom 1991.
- Wacław Długoborski (Hg.): Bytom. Zarys rozwoju miasta [Beuthen. Überblick über die Entwicklung der Stadt]. Warszawa 1979.
- Karl Kasperkowitz (Hg.): Die deutsche Stadt Beuthen O/S und ihre nächste Umgebung. Berlin-Friedenau 1925.

- Peter Maser: Jüdische Gemeinden in Oberschlesien – Beuthen. In: Peter Maser, Adelheid Wieder (Hg.): Juden in Oberschlesien, T. 1. Berlin 1992, S. 72-86.
- Alfons Perlick (Hg.): Beuthen O/S. Ein Heimatbuch des Beuthener Landes. Dortmund 1962.
- Sebastian Rosenbaum, Dariusz Węgrzyn (Hg.): Wywózka. Deportacja mieszkańców Górnego Śląska do obozów pracy przymusowej w Związku Sowieckim w 1945 r. Faktografia–konteksty–pamięć [Abschiebung. Die Deportation der Bewohner von Oberschlesien in Zwangsarbeitslager in der Sowjetunion im Jahre 1945. Faktographie – Kontexte –Erinnerung]. Katowice 2014.
- Hugo Solger: Der Kreis Beuthen in Oberschlesien mit besonderer Berücksichtigung der durch Bergbau und Hüttenbetrieb in ihm hervorgerufenen eigenthümlichen Arbeiter- und Gemeine-Verhältnisse. Breslau 1860.
- Barbara Szczypka-Gwiazda: Pomiędzy praktyką a utopią. Trójmiasto Bytom – Zabrze – Gliwice jako przykład koncepcji miasta przemysłowego czasów Republiki Weimarskiej [Zwischen Praxis und Utopie. Die Dreistädteeinheit Beuthen – Hindenburg – Gleiwitz als Beispiel der Konzeption der Industriestadt während der Weimarer Republik]. Katowice 2003.

Weblinks

- http://www.bytom.pl (Offizielle Internetseite der Stadt Beuthen)
- http://bytom.naszemiasto.pl (Online-Informationsservice der „Polskapresse“ GmbH)
- http://bytomski.pl (Online-Wochenzeitung für Beuthen)
- http://www.oberschlesien-aktuell.de/cd-shop/0beuthen04.html (Die Geschichte der Heimat – Einwohner-Adressbuch der Stadt Beuthen O/S einschließlich des Verwaltungsbezirks Schwarzwald und der Gemeinde Roßberg, Ausgabe 1904)
- http://www.vogel-soya.de/BeuthenGeschichte.html (Privater Internetauftritt zur Genealogie; Daten zur Stadt Beuthen auf der Grundlage von: Heimatkunde von Beuthen O/S, hrsg. v. Lehrerkollegium der katholischen städtischen Realschule zu Beuthen O/S, Beuthen 1903)
- http://www.herder-institut.de/bildkatalog/index/index?searchfield_parameter=Beuthen+oberschlesien&newperspective=thumbnails (Abbildungen zu Beuthen/Bytom im Bildarchiv des Herder-Instituts, Marburg)

Anmerkungen

[1] Alfons Perlick (Hg.): Beuthen O/S. Ein Heimatbuch des Beuthener Landes. Dortmund 1962, S. 24; diese Zahlen (etwas ungenauer im Diagramm dargestellt) auch in: W. Immerwahr: Geschichtlicher Rückblick. In:Karl Kasperkowitz (Hg.) Die deutsche Stadt Beuthen O/S und ihre nächste Umgebung. Berlin-Friedenau 1925, S. 11-18, hier S. 15.

[2] Józef Larisch: Historia Szombierek [Geschichte Schombergs]. Bytom 2011, S. 85.

[3] Zwischen dem 15. Juni 1945 und Ende 1947 wurden 25.059 Beuthener ausgesiedelt, also war unabhängig von den früheren Evakuierungen und der Kriegsgefangenschaft zahlreicher Männer jeder dritte Stadteinwohner betroffen (vgl. Jan Drabina: Bytom powojenny 1945-2002 we wspomnieniach i na fotografiach [Beuthen 1945-2002 in Nachkriegserinnerungen und Fotos]. Bytom 2002, S. 40f.).

[4] Mitteilung der Stadtverwaltung Beuthen/Bytom über aktuelle Bevölkerungszahlen an den Autor vom 23. Aug. 2012. Ferner siehe Literaturhinweise.

[5] Drabina: Historia Bytomia [Geschichte Beuthens]. S. 208.

[6] Johann G Knie: Alphabetisch-statistisch-topographische Übersicht der Dörfer, Flecken, Städte und andern Orte der Königl. Preuss. Provinz Schlesien nebst beigefügter Nachweisung von der Eintheilung des Landes nach den Bezirken der drei königlichen Regierungen, den darin enthaltenen Fürstenthümern und Kreisen, mit Angabe des Flächeninhaltes, der mittlern Erhebung über die Meeresfläche, der Bewohner, Gebäude, des Viehstandes usw. Breslau 1830, S. 57.

[7] Johann G Knie: Alphabetisch-statistisch-topographische Übersicht der Dörfer, Flecken, Städte und andern Orte der Königl. Preuss. Provinz Schlesien nebst beigefügter Nachweisung von der Eintheilung des Landes nach den Bezirken der drei königlichen Regierungen, den darin enthaltenen Fürstenthümern und Kreisen, mit Angabe des Flächeninhaltes, der mittlern Erhebung über die Meeresfläche, der Bewohner, Gebäude, des Viehstandes usw. Breslau 1845, S. 786.

[8] Felix Tries: Topographisches Handbuch von Oberschlesien. Breslau 1865, S. 318.

[9] F. Sulimierski, B. Chlebowski, W. Walewski (Hg.): Słownik geograficzny Królestwa Polskiego i innych krajów Słowiańskich [Geographische Wörterbuch des Polnischen Königreichs und anderer slawischer Länder] Bd. I. Warszawa 1880, S. 519.

[10] Maser: Jüdische Gemeinden in Oberschlesien, S. 73, 76.

Zitation

Roman Smolorz: Beuthen/Bytom. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32424 (Stand 11.02.2015).

Bialystok/Białystok (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Bielitz/Bielsko-Biała (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Birthälm/Biertan (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Bistritz/Bistrița/Beszterce (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Bolesławiec → Bunzlau/Bolesławiec

siehe Bunzlau/ Bolesławiec

Bösig/Bezděz (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Bran → Törzburg/Bran

siehe Törzburg/Bran

Braşov/Brassó → Kronstadt/Braşov/Brassó (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Braunau/Broumov (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Breslau/Wrocław

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Breslau; schlesisch Brassel

Amtliche Bezeichnung

poln. Wrocław

Anderssprachige Bezeichnungen

lat. Vratislavia; tschech. Vratislav

Etymologie

Der Stadtname leitet sich vermutlich vom Eigennamen des böhmischen Herzogs Vratislav I. als Stadtgründer Breslaus ab. Über 'Wrotizlawa' schreibt der Chronist Thietmar von Merseburg. 'Breßlau' ist erstmals 1266 nachgewiesen. Nach Norman Davies sind über 50 Varianten des Ortsnamens überliefert.[1]

2. Geographie

Lage

Breslau liegt in der niederschlesischen Tiefebene an der Einmündung der Ohle/Oława in die Oder/Odra auf 51° 7' Nord, 17° 2' Ost. Die Stadt erstreckt sich beiderseits der Oder und an ihren Nebenflüssen Ohle, Lohe/Ślęza, Weistritz/Bystrzyca und Weide/Widawa.

Region

Niederschlesien



Der Ring und die Elisabethkirche in Breslau.
[Foto: M. Luft]

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Breslau ist mit 633.000 Einwohnern (Stand 2010) die viertgrößte Stadt der Republik Polen, die Hauptstadt der Woiwodschaft Niederschlesien/Województwo Dolnośląskie und des Kreises Breslau/Powiat Wrocławski sowie kreisfreie Stadt, wirtschaftlicher, politischer und kultureller Mittelpunkt Niederschlesiens. Mit rund 140.000 Studierenden gehört Breslau zu den größten akademischen Zentren Polens. Breslau ist zudem Zentrum des katholischen Erzbistums Breslau, der evangelisch-lutherischen Diözese Breslau, der orthodoxen Diözese Breslau-Stettin, der griechisch-katholischen Eparchie Breslau-Danzig, der Diözese Breslau der polnisch-katholischen (altkatholischen) Kirche sowie einer jüdischen Gemeinde.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Seit 1990 ist das von Kaiser Karl V. der Stadt 1530 verliehene fünfteilige Wappen wieder in Gebrauch, das oben den böhmischen Löwen (rechts) und den schlesischen Adler (links) zeigt, unten ein 'W' für *Wratislawia* oder *Wratislaw* (rechts) und das Haupt des Evangelisten Johannes mit Nimbus (links), in der Mitte das Haupt Johannes' des Täufers in einer aufgerichteten Schüssel (auch 1945–1948 Wappen der Stadt). Von 1938 bis 1945 führte die Stadt unter den Nationalsozialisten ein zweigeteiltes Wappen ohne slawische und christliche Bezüge, das den schlesischen Adler (oben) und das Eiserne Kreuz mit der Zahl 1813 (unten) trug. Von 1948 bis 1990 wurde ein gespaltenes Wappen verwendet, das links einen halben polnischen und rechts einen halben schlesischen Adler zeigte.

Gebräuchliche Beinamen

Die deutschsprachige Version der Breslauer Stadtgeschichte von Norman Davies und Roger Moorhouse von 2002 greift mit dem Titel *Die Blume Europas* eine Bezeichnung der Stadt auf, die auf die Zeit um 1600 zurückgeht. In seiner 1613 erschienenen *Breslo-Graphia* zitiert Nicolaus Henel von Hennenfeld den Humanisten Valens Acidalius, der Ende des 16. Jahrhunderts Breslau als *Flos sacer Europae* rühmte.

Papst Johannes Paul II. prägte bei seinem Besuch in Breslau 1997 die Formel von Breslau als der "Stadt der Begegnung" (*miasto spotkań*). Die Stadt nutzt diese Bezeichnung seither in ihrer Selbstdarstellung.

Archäologische Bedeutung



Blick von der Aussichtsterasse des Domturmes auf
Dom- und Sandinsel, Oder und Altstadt.
[Foto: M. Luft]

Das Gebiet um Breslau war seit der Jungsteinzeit besiedelt, wie neolithische Stätten im Süden der Stadt oder Schnurkeramik-Fundstätten im Osten und Westen Breslaus zeigen. Für die Bronzezeit sind Funde der Aunjetitzer und der Lausitzer Kultur belegt. Spuren einer Befestigungsanlage der Slenzanen/Ślężanie wurden 1875 auf der Dominsel gefunden; sie sind wie die mittelalterliche Siedlung vom Anfang des 13. Jahrhunderts auf dem linken Oderufer Schwerpunkt der archäologischen Forschungen. Seit den 1990er Jahren werden im Zusammenhang mit der Erneuerung der Infrastruktur archäologische Forschungen durchgeführt.

Mittelalter

(Zu allen Epochen s. auch Schlesien)

Bei der Bistumsgründung im Jahr 1000 gehörte Breslau zum Reich der polnischen Piasten. Ab 1138 wurde die Stadt von den Herzögen der Linie der schlesischen Piasten regiert. Zu zahlreichen Kirchen- und Klosterneugründungen - darunter Maria auf dem Sande, St. Adalbert und St. Vincenz auf dem Elbing/Ołbin - kam es im 12. Jahrhundert unter der Schirmherrschaft von Peter Wlast. Unter dem aus der Nähe von Lüttich stammenden Bischof Walther de Malonne wurden wallonische Siedler nach Breslau geholt und 1158 der Bau eines neuen dreischiffigen Doms nach dem Vorbild der Kathedrale von Lyon anstelle des hölzernen Vorgängerbaus begonnen.

Neben dem kirchlichen Zentrum auf der Dominsel und der herzoglichen Burg der Piasten mit einer jüdischen Siedlung am linken Oderufer konnte nach dem Mongoleneinfall 1241 die Stadt der Kaufleute und Handwerker um den Ring neu mit einem regelmäßigen Straßennetz geplant und gebaut werden. Siedler und Mönche aus Westeuropa, vor allem aus Mittel- und Süddeutschland, wurden angeworben. 1261 erhielt Breslau Magdeburger Stadtrecht und entwickelte sich dank seiner günstigen Lage an der Oder und am Schnittpunkt der internationalen Handelswege der Bernsteinstraße und der Hohen Straße schnell als Handelsplatz.

Frühe Neuzeit

Die Stadt Breslau zeichnete sich durch ein starkes Patriziat und einen mächtigen Stadtrat aus. So war sie mit Sitz und Stimme im Schlesischen Fürstentag sowie als Mitglied im

Städtebund der Hanse vertreten. Seit 1335 stand Breslau unter böhmischer Lehnshoheit und erlebte im 14. und 15. Jahrhundert eine wirtschaftliche und kulturelle Blütezeit.



Der Becherpokal des Breslauer Goldschmieds Hans Strich d. Ä. (1586) war ein Geschenk Kaiser Rudolfs II. zur Hochzeit Georg v. Dyhrrns mit Barbara Braun von Schönau.
[Foto: T. Gąsior]

Ein Versuch Breslaus im 17. Jahrhundert, als freie Reichsstadt anerkannt zu werden, verlief erfolgslos. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts wurde Breslau Residenzstadt der preußischen Könige.

19. Jahrhundert

Die Schleifung der Befestigungsanlagen 1807–10 veränderte die Stadt nachhaltig: Vorstädte wurden in das Stadtgebiet eingegliedert, die Bevölkerungszahl stieg stark an. Säkularisation und Universitätsgründung 1810 beeinflussten das kirchliche und kulturelle Leben der Stadt. 1813 rief König Friedrich Wilhelm III., der in Breslau residierte, von hier zum Widerstand gegen Napoleon auf.

20. Jahrhundert

Während des Zweiten Weltkriegs blieb Breslau zunächst unversehrt. Die Stadt wurde ab dem 25. August 1944 zur Festung erklärt. Im Februar belagerte die Rote Armee die Stadt und griff ab dem 1. April an. Für den Bau eines Start- und Landeplatzes für Flugzeuge ('Rollfeld') wurde das Stadtviertel um den Scheitniger Stern zerstört und hohe menschliche Verluste in Kauf genommen. Nach schweren Häuserkämpfen kapitulierte die Stadt am 6. Mai. 70% der Bausubstanz Breslaus war zerstört, im Süden und Westen sogar 90%. Am 9. Mai 1945 wurde Breslau unter polnische Verwaltung gestellt.

Bis 1948 wurde ein kompletter Bevölkerungsaustausch vollzogen: Deutsche Einwohner wurden vertrieben, enteignet, zwangsausgesiedelt. Neue Bewohner kamen aus verschiedenen Regionen Polens, vor allem aus Zentralpolen und den ehemaligen polnischen Ostgebieten, aus denen sie ihrerseits vertrieben worden waren. Prägenden Einfluss auf das Kul-

turleben des polnischen Breslau nahmen aus Lemberg/L'viv/Lwów stammende Neubürger, darunter viele Intellektuelle, die besonders im wissenschaftlichen Bereich Lemberger Traditionen fortsetzten. 1948 trat in der Jahrhunderthalle der Internationale Friedenskongress der Intellektuellen zusammen, der die 'wiedergewonnenen Gebiete' im allgemeinen Bewusstsein der Intellektuellen etablieren sollte und für Propagandazwecke genutzt wurde.

In den 1980er Jahren entstanden in Breslau im Rahmen der gesamtpolnischen Oppositionsbewegung um die Freie Gewerkschaft Solidarität/*Solidarność* eigene Gruppierungen wie die studentische Happening-Bewegung Alternative in Orange/*Pomarańczowa Alternatywa*.

Jüngste Entwicklungen

Seit Ende des kommunistischen Regimes veränderte sich Breslau in allen Bereichen sehr schnell und wurde umfassend restauriert. Durch die Oder-Flutkatastrophe 1997 erlitt Breslau einen Rückschlag, doch in einer solidarischen Hilfsaktion der Bevölkerung konnte das Kulturerbe der Stadt weitgehend gesichert werden. Breslau gewann ein neues Identitäts- und Zusammengehörigkeitsgefühl, das einen offenen Umgang mit der multiethnisch und multikonfessionell geprägten Geschichte der Stadt einschloss. Der EU-Beitritt Polens am 1. Mai 2004 verstärkte die europäische Orientierung.

Breslau ist als Kulturhauptstadt Europas 2016 nominiert.

Sozial- und Wirtschaftsgeschichte

Seit der Ansiedlung im 13. Jahrhundert gab es eine Tradition der Hand- und Kunsthandwerker in Breslau, die in einem ausgeprägten Zunft- und Gildewesen Ausdruck fand. Zentrale Handelsplätze waren die Märkte am Ring, Salzring und Neumarkt. Im 19. Jahrhundert begünstigten die Oderregulierung (1844) und die Entwicklung zum Eisenbahnknotenpunkt in den 1850er Jahren die Gründung von Fabriken und großen Betrieben unter anderem der chemischen und der metallverarbeitenden Industrie (wie etwa die Wagenbauanstalt Gottfried Linke, später Linke-Hofmann-Werke). Zu Beginn des 20. Jahrhunderts sollten der Bau der Jahrhunderthalle und des Messegeländes ein zeitgemäßes Forum für einen modernen Handels- und Industriestandort schaffen. Nach 1989 entwickelte sich Breslau zu einer der wirtschaftlich führenden Städte Polens; zahlreiche neue Firmen siedelten sich an (IT-Technologie, Auto- und Elektroindustrie).

Jahr 1550[2] 1710

Bevölkerungsentwicklung

Jahr	Einwohner
1550[2]	23.500
1710	40.000
1763	47.098
1800	64.520
1840	97.664

Jahr	Einwohner
1939	620.976
1946[3]	186.400
1950	314.100
1960	438.400
1970	533.500

1871	207.997
1910	512.105
1925	557.139

1978	597.800
1988	639.000
2002	640.400

Im Dreißigjährigen Krieg verlor die Stadt die Hälfte ihrer Bevölkerung. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts überschritt die Einwohnerzahl 100.000 und Breslau wurde Großstadt. Durch immer neue Eingemeindungen stieg die Zahl der Einwohner weiter an.

Sozialgeschichte

Im 19. Jahrhundert war in Breslau ein breites politisches Spektrum vertreten. Bürger und Arbeiter gründeten zahlreiche Vereine, die sich für Freiheit und Demokratie, wirtschaftlichen Fortschritt und soziale Gesetze einsetzten; eine unabhängige, organisierte Arbeiterbewegung bildete sich in Breslau. Der Breslauer Ferdinand Lassalle (1825–1864) wurde 1863 in Leipzig Initiator und erster Präsident des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Bei Reichstags- und Kommunalwahlen erreichte die SPD in Breslau 1919 über 50% der Stimmen. In den wirtschaftlich schwierigen 1920er Jahren mit hoher Arbeitslosigkeit verlor sie zugunsten radikaler Parteien an Einfluss. Bei den letzten freien Reichstagswahlen 1932 waren die Nationalsozialisten mit über 40% die stärkste Partei, die Sozialdemokraten kamen nur noch auf über 20%. Nach Hitlers Machtübernahme gelangten viele politische Gegner - darunter Paul Löbe - in das KZ Breslau-Dürrgoy.

Religions- und Kirchengeschichte

1914 waren von 543.000 Einwohnern der Stadt 57% Protestanten, 38% Katholiken und 5% Juden.

Das vom Jahr 1000 an bis heute bestehende Bistum in Breslau ist eine wichtige Konstante der Stadtgeschichte. Im damals zur böhmischen Krone gehörigen Breslau wurde 1420 der Prager Hussit Jan Krasa auf dem Scheiterhaufen verbrannt. Im 16. Jahrhundert wurde Breslau mit Unterstützung des Stadtrats zu einer Hochburg der Reformation; den ersten protestantischen Gottesdienst hielt Johannes Hess am 21. Oktober 1523 in der Maria-Magdalena-Kirche. 1537 war Breslau bis auf die Klöster und Kirchen der Dominsel lutherisch und stand damit konfessionell im Gegensatz zu dem katholischen habsburgischen Landesherr, der die Gegenreformation in Breslau durch die Gründung der Leopoldina-Jesuitenakademie zu fördern suchte.



Die Grabmale auf dem Alten Jüdischen Friedhof
erinnern an die Breslauer Juden.
[Foto: M. Luft]

Schon seit dem Mittelalter lebten Juden in Breslau, doch erst 1744 bestätigte König Friedrich II. die Existenz der jüdischen Gemeinde in Breslau. In den 1840er Jahren spaltete sie sich in eine orthodoxe und eine liberale Gemeinde. Gegen Ende der Weimarer Republik lebte in Breslau die drittgrößte jüdische Gemeinde des Deutschen Reichs. Die Nationalsozialisten zerstörten die Synagoge am Anger (9./10. November 1938) und vertrieben, ermordeten und deportierten die Breslauer Juden (11 Transporte von 1941 bis zum Sommer 1944). Nur der Alte und der Neue Jüdische Friedhof blieben erhalten. In den Jahren 1945–1968 wurde Breslau vorübergehend zu einem Zentrum heimatloser polnischer Juden mit Schule und Theater in jiddischer Sprache. Heute gehören zur Gemeinde der restaurierten Synagoge 'Zum Weißen Storch' ca. 300 Personen.

Besondere kulturelle Institutionen

Die Bibliotheken der Stadt und der Universität versammeln umfangreiche historische Buch- und Zeitschriftenbestände in deutscher und lateinischer Sprache aus schlesischen Klöstern und Schulen oder aus Sammlungen wie der des Mäzens Thomas Rehdiger. Polnisches historisches Schrifttum bewahrt insbesondere das Nationalinstitut Ossolineum[4] auf, darunter auch den Vorlass von Władysław Bartoszewski. Die Archive Breslaus und Schlesiens wurden nach 1945 größtenteils im Staatsarchiv zu Breslau (*Archiwum Państwowe we Wrocławiu*) zusammengeführt, so auch die erhaltenen Akten des ehemaligen Stadtarchivs. Daneben gibt es das Erzdiözesan-, das Stadt- und das Bauarchiv im Architekturmuseum sowie das Archiv der Universität (1811–1945), der Technischen Universität (1910–1945) und der polnischen Universität Breslau ab 1945. Das Archiv der Jüdischen Gemeinde befindet sich im Jüdischen Historischen Institut in Warschau.

Theateraufführungen (Mysterienspiele) gab es in Breslau seit dem 14. Jahrhundert. Später spielten Schultheater des Magdalenen- und des Elisabeth-Gymnasiums sowie des Jesuitenkollegs. Deutsche, englische und italienische Wandertheater traten auf, der Schauspieler Franz Schuch (1716–1763) gründete 1754 das populäre Theater 'Kalte Asche'. Neben zahlreichen kleineren Bühnen entstanden 1841 das Städtische Theater (heute: Oper), 1869 das Lobe-Theater. Nach 1945 entwickelte sich Breslau zu einem Zentrum für experimentelles Theater (Kalambur, Pantomime-Theater von Henryk Tomaszewski, Laboratorium von Jerzy Grotowski). 1946–1955 war das Niederschlesische (ab 1950: Staatliche) Jüdische Theater in Breslau aktiv.

Bildung und Wissenschaft

Seit etwa 1100 wurden an der Domschule die Fächer des Triviums und Quadriviums unterrichtet. Die Magdalenen- und die Elisabethschule (gegründet 1267 bzw. 1293) erhielten um 1600 den Status von Gymnasien. Klosterschulen bestanden nach der Reformation weiter, nach der Säkularisation verblieb nur die Domschule in kirchlicher Hand. Die Gründung einer Schule für jüdische Schüler setzte der preußische Minister Carl Georg Friedrich von Hoym durch (Wilhelmschule 1791–1848). Konfessionelle Schulen ließ das NS-Regime 1940 schließen. Schulunterricht für jüdische Kinder wurde zum 1. Juli 1942 gänzlich verboten. Nach Kriegsende begann 1945 der Aufbau des polnischen Schulwesens in Breslau.

1505 stimmte der polnische König Wladislaw/Władysław II. der Gründung einer Universität zu, doch der Versuch scheiterte am Einspruch der Universität Krakau. Obwohl die pro-

testantische Stadt die Jesuiten und die Rekatholisierung ablehnte, eröffnete die von Leopold I. gestiftete Jesuiten-Akademie mit theologischer und philosophischer Fakultät 1702. Nach der Säkularisation wurde 1811 aus der aufgelösten Viadrina in Frankfurt/Oder und der Leopoldina in Breslau die Friedrich-Wilhelms-Universität neu gegründet (1911–1945 Schlesische Friedrich-Wilhelms-Universität). Sie bot neben den beiden theologischen Fakultäten auch eine rechtswissenschaftliche, eine medizinische sowie eine philosophische Fakultät mit neuen Studiengängen wie Geographie, Geschichte, Neuphilologie, Musik, Naturwissenschaften und ab 1841 den ersten Lehrstuhl für slawische Sprachen und Literaturen in Deutschland. Mit der Universität verbunden sind Nobelpreisträger wie Paul Ehrlich (Medizin, 1908) oder Fritz Haber und Friedrich Bergius (Chemie, 1918 bzw. 1931).



Das barocke Hauptgebäude der Universität Breslau [Foto: M. Luft]

Als zweite Hochschule in Breslau wurde 1791 die Königliche Kunst- und Gewerbeschule gegründet, aus der 1911 die Staatliche Akademie für Kunst und Kunstgewerbe hervorging. Im 19. Jahrhundert entwickelte sich Breslau zu einem der wichtigsten Zentren jüdischer Wissenschaft in Europa. 1854 wurde das Jüdisch-Theologische Seminar Fraenckel'scher Stiftung, das erste deutsche Rabbiner-Seminar, gegründet (bis 1938). 1910 entstand die Königliche Technische Hochschule. Schon kurz nach dem Zweiten Weltkrieg nahm im August 1945 die polnische *Uniwersytet Wrocławski* ihren Betrieb auf, ebenso die Technische Hochschule unter dem gemeinsamen Rektor Stanisław Kulczyński, dem ehemaligen Rektor der Universität Lemberg. Nach 1950 wurden aus einigen Fakultäten eigene Hochschulen (so die Medizinische Akademie oder die Landwirtschaftsakademie). Auch zahlreiche andere staatliche und private Hochschulen und Forschungseinrichtungen haben ihren Sitz in Breslau.

Alltagskultur

Bis gegen Ende des 19. Jahrhunderts waren die aus dem Mittelalter stammenden Zünfte wichtige gesellschaftliche Vereinigungen. Auch ein lebendiges Vereinswesen (politische, kaufmännische, Gesangs-, Gewerbe-, Turn- und Schützenvereine) und Studentenverbindungen entwickelten sich in Breslau. In der Zeit des Nationalsozialismus fanden das Deutsche Sängerbundfest 1937 und das Deutsche Turn- und Sportfest 1938 in Breslau statt.

Die Großstadt Breslau verfügt über viele Parks und Grünanlagen für Freizeit und Erholung. In Scheitnig/Szczytniki legte man ein Ausstellungsgelände an (seit 1916 Breslauer Messe AG). Hier entstanden 1864–1865 der Zoologische Garten und ein Japanischer Garten als Teil der Jahrhundertausstellung 1913.

Die Breslauische Mundart (*Brasselsche Mundoart*) ist ein schlesischer Regionaldialekt, der bis zur Flucht und Vertreibung der Deutschen in Breslau gesprochen wurde und akut vom Aussterben bedroht ist. Bekannte Breslauer Mundartgedichte schrieb Karl von Holtei. Der Sage nach hat der Teufel einen typisch schlesischen Kloß (*Kließla*) auf das Klößeltor auf der Dominsel gesetzt und versteinern lassen.

Kunstgeschichte

Zahlreiche Kirchenbauten auf der Dom- und Sandinsel (Ägidienkirche, Dom-, Kreuz- und Sandkirche) und in der Altstadt (Maria-Magdalenen-, Elisabeth- und Dorotheenkirche) gehen auf die Zeit des Mittelalters zurück. Kunstschätze wie Altäre, Skulpturen (wie die 'Schönen Madonnen' des Typus Breslau) und liturgisches Gerät verschiedenster Stilrichtungen und Epochen sind in Kirchen oder Museen bewahrt, besonders aus der Zeit der Gotik und des Barock. Das historische Rathaus mit seinen musealen Sammlungen ist das wichtigste profane Gebäude der Stadt. Bedeutendste Bauten der Barockzeit sind das Hauptgebäude der Universität mit der Aula Leopoldina und die Universitätskirche. Architekt des Theaters (heute: Oper) und der Synagoge 'Zum Weißen Storch' war der gebürtige Breslauer Carl Ferdinand Langhans (1782–1869). Am Ring waren seit dem Mittelalter repräsentative Patrizierhäuser entstanden, um 1900 kamen auch Kauf- und Handelshäuser im Jugendstil hinzu.



Die Jahrhunderthalle in Breslau, Postkarte von 1929.
[Archiv B. Störtkuhl]

Vor dem Ersten Weltkrieg wurden bedeutende öffentliche Bauwerke und Industriedenkmäler errichtet, darunter die Kaiserbrücke (1910) sowie die Jahrhunderthalle (1913, seit 2006 eingetragen in die UNESCO-Weltkulturerbe-Liste) von Max Berg. In den 1920er Jahren stand der Bau von Banken, Kaufhäusern und öffentlichen Gebäuden sowie von Wohnungen für die wachsende Bevölkerung im Zeichen der Architektur der Moderne (u. a. Ernst May, Erich Mendelsohn, Adolf Rading, Hans Scharoun). Architektur, Kunst und Kunsthandwerk der Moderne wurden stark beeinflusst von Lehrern (wie Hans Poelzig, Theodor von Gosen, Oskar Moll, Otto Mueller, Adolf Rading oder Oskar Schlemmer) der Staatlichen Akademie für Kunst und Kunstgewerbe (1911–1932). 1929 fand in Kooperation mit der Akademie die Ausstellung "Wohnung und Werkraum" (WuWA) des Deutschen Werkbunds auf dem Messegelände in Scheitnig statt, in deren Rahmen auch eine bis heute bestehende Mustersiedlung des Neuen Bauens angelegt wurde.

Zu den bedeutenden Museen der Kunst und Geschichte der Stadt sowie Schlesiens gehören das Städtische Museum mit dem Historischen Museum, dem Archäologischen und Militärgeschichtlichen Museum im ehemaligen Arsenal, dem Museum für Friedhofskunst (= Alter Jüdischer Friedhof an der Lohestraße/ul. Ślężna) und dem Museum für die Kunst des

Bürgertums im Rathaus, das Architekturmuseum im ehemaligen Bernhardinerkloster, das Nationalmuseum Breslau mit Ethnographischem Museum sowie das Erzbischöfliche Museum auf der Dominsel.

Musik

Das älteste Notenfragment aus Breslau ist eine Antiphon aus dem frühen 13. Jahrhundert. Die Musikgeschichte Breslaus (Kantoren, Komponisten, Organisten und andere Musiker; Orgeln) ist eng mit den großen Kirchen (Dom, Kloster- und Stadtkirchen) und ihren Schulen verbunden. Der neuen Universität wurde 1817 das Königliche Akademische Institut für Kirchenmusik angegliedert. Die größte Orgel Breslaus mit über 200 Registern wurde für die Jahrhunderthalle gebaut (1913). Mit Funkkapelle, Rundfunkchor und Sinfonieorchester wirkte der Breslauer Rundfunk 1924–1933 weit über Breslau hinaus.

Literatur

(s. auch Schlesien)

Frühestes erhaltenes literarisches Zeugnis ist die *Breslauer Marienklage*, ein um 1350 entstandenes mittelhochdeutsches Osterspiel. Die älteste *Geschichte der Stadt Breslau* des Stadtschreibers Peter Eschenloer stammt aus dem 15. Jahrhundert. Im 16. Jahrhundert schrieben Humanisten wie Pancratius Vulturinus oder Valens Acidalius in lateinischer Sprache Lobgedichte auf die Stadt Breslau, Handwerker dichteten 'Meisterlieder'. Im 17. Jahrhundert wurde Breslau zu einem Mittelpunkt der deutschen Barockliteratur mit Autoren wie Martin Opitz, Andreas Tscherning und Daniel Czepko von Reigersfeld oder Daniel Caspar von Lohenstein und Christian Hofmann von Hofmanswaldau.



Denkmal für den Barockdichter Angelus Silesius (Johannes Scheffler) im Garten des Nationalinstituts Ossolineum.
[Foto: M. Luft]

Der barocke Mystiker und Arzt Angelus Silesius (Johannes Scheffler) ist für seine Lyrik bekannt (*Cherubinischer Wandersmann oder Geist-Reiche Sinn- und Schluss-Reime*, 1675) und eng mit der Gegenreformation in Breslau verbunden. Aufklärer wie der Philo-

soph Christian Wolff und der Herausgeber verschiedener Universallexika Johann Heinrich Zedler stammten aus Breslau. Gotthold Ephraim Lessing schrieb während seiner Breslauer Zeit (1760–1765) die Komödie *Minna von Barnhelm*. Im 19. Jahrhundert waren Willibald Alexis, Karl von Holtei, Gustav Freytag oder Heinrich Hoffmann von Fallersleben mit Breslau verbunden. Der Breslauer Naturwissenschaftler Kurd Laßwitz schrieb mit seiner Erzählung *Bis zum Nullpunkt des Seins. Culturbildliche Skizze aus dem dreiundzwanzigsten Jahrhundert* das 'Gründungsdokument der deutschen Science Fiction', das 1871 in der *Schlesischen Zeitung* veröffentlicht wurde. Aus dem assimilierten jüdischen Bürgertum stammten Autoren und Wissenschaftler wie Günther Anders und Ernst Cassirer, Norbert Elias und Alfred Kerr. Gerhart Hauptmanns *Festspiel in deutschen Reimen* wurde 1913 zur Einweihung der Jahrhunderthalle inszeniert. Die *Schlesische Funkstunde* (1924–1933) mit Fritz Walter Bischoff und Edmund Nick leistete Pionierarbeit für das Hörspiel im Rundfunk, etwa mit *Leben in dieser Zeit* von Erich Kästner.

Neben deutschsprachigen Werken der Erinnerungsliteratur an das Vorkriegs-Breslau und an Flucht und Vertreibung aus Breslau befassen sich heute auch polnische Schriftsteller mit Breslau und seiner Geschichte, darunter der 'Breslauer Dichter'/'Poeta wrocławski', Erzähler und Dramatiker Tadeusz Różewicz, die Romanautorin Olga Tokarczuk, und der Krimiautor Marek Krajewski.

Gedächtnis- und Erinnerungskultur

Neue Straßennamen und Denkmäler als Instrumente von Geschichtspolitik und Erinnerungskultur markieren auch in Breslau politische Zäsuren. So wurde im preußischen Breslau der historische Salzring 1827 zum Blücher-Platz (*Solny*), unter den Nationalsozialisten die Kaiser-Wilhelm-Straße zur Straße der SA (*ul. Powstańców Śląskich*) und in der Volksrepublik Polen der Dominikanerplatz 1951–1989 zum Feliks-Dzierżyński-Platz. Anstelle des zerstörten Denkmals König Friedrich Wilhelms III. (1861) am Ring wurde das Lemberger Denkmal Aleksandr Fredros (von 1879) 1956 im polnischen Breslau aufgestellt.



Das 2009 eröffnete Denkmal des Gemeinsamen Gedenkens. [Foto: M. Kulczyński]

Seit dem Paradigmenwechsel 1989 entstanden zahlreiche Denkmäler, die für Versöhnung und das Gedenken der Opfer verschiedenster politischer Systeme, Kriege und Katastrophen stehen und an die Geschichte Breslaus und seiner früheren Bewohner (wie das Denkmal des gemeinsamen Gedenkens, 2009) oder an die Anfänge der deutsch-polnischen Verständigung nach dem Zweiten Weltkrieg erinnern (Denkmal für Kardinal Bolesław Kominek und den Brief der polnischen an die deutschen Bischöfe von 1965 mit dem Zitat "przebaczamy i prosimy o przebaczenie"/"wir vergeben und bitten um Vergebung", 2005).

Wahrzeichen Breslaus war immer das Rathaus, das für die starke Bürgerstadt und ihre Geschichte steht. Wahrzeichen sind heute ebenfalls wieder der Dom, der die Anfänge der Stadt und des Bistums symbolisiert, die Universität mit der Aula Leopoldina sowie die Jahrhunderthalle. Die für Massenveranstaltungen geplante Halle bezeichnete ihr Architekt Max Berg in der demokratischen Aufbruchsstimmung nach dem Ersten Weltkrieg auch als "Dom der Demokratie". Sowohl von Nationalsozialisten als auch von Kommunisten wurde sie für politische Massenkundgebungen genutzt. Als *Hala Ludowa* (Volkshalle) war das monumentale Gebäude 1948 Schauplatz der Ausstellung der Wiedergewonnenen Gebiete (*Wystawa Ziem Odzyskanych*) und des Weltkongresses der Intellektuellen zur Verteidigung des Friedens. Heute wird - trotz heftiger politischer Auseinandersetzungen über angebliche Germanisierungstendenzen in Breslau - der Name Jahrhunderthalle polnisch mit *Hala Stulecia* wiedergegeben, entsprechend dem offiziellen Titel *Centennial Hall*, mit dem die Halle 2006 in die UNESCO-Weltkulturerbe-Liste eingetragen wurde. Das Wahrzeichen des jüdischen Breslau war die Neue Synagoge am Anger (*ul. Łąkowa*) von Edwin Oppler von 1872 (in der Pogromnacht 1938 niedergebrannt).

4. Diskurse/Kontroversen

Nach selektiv-ideologisch geprägten Wahrnehmungen und Darstellungen der Stadtgeschichte als 'immer schon deutsch' durch die Nationalsozialisten bzw. 'immer schon piastisch' durch die Kommunisten brachten nach 1989 deutsche und polnische Historiker Schlesien als Brückenlandschaft in Ostmitteleuropa ins Gedächtnis. Die vielfältigen Elemente und Einflüsse, die Breslau in etwa tausend Jahren geprägt hatten, stellte der britische Historiker Norman Davies zusammen mit Roger Moorhouse in seinem Buch *Microcosm* vor, das die "verlorene Stadt der deutschen Geschichte" zum Gesprächsthema einer Art 'philovratislavischen' Welle machte. Gregor Thum schrieb über den kompletten Bevölkerungsaustausch nach dem Zweiten Weltkrieg. In der zerstörten und den Neubürgern fremden Stadt verdichte sich "das ganze Drama Europas im 20. Jahrhundert". Die multiethnische und multikulturelle Geschichte Breslaus ist heute Teil der städtischen Selbstdarstellung.

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Ernst Badstübner, Sławomir Brzezicki: Schlesien – Polen. München 2005 (Dehio-Handbuch der Kunstdenkmäler in Polen), S. 1032-1153.
- Norbert Conrads: Breslau - Identitäten und kulturelles Gedächtnis. In: Matthias Weber, Burkhard Olschowsky, Ivan Petranský, Attila Pók, Andrzej Przewoznik (Hg.): Erinnerungsorte in Ostmitteleuropa. Erfahrungen der Vergangenheit und Perspektiven. München 2011 (Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 42), S. 139-157.
- Norman Davies, Roger Moorhouse: Die Blume Europas. Breslau - Wroclaw - Vratislavia. Die Geschichte einer mitteleuropäischen Stadt. München 2002.
- Rafał Eysymontt, Jerzy Ilkosz, Agnieszka Tomaszewicz, Jadwiga Urbanik (Hg.): Leksykon Architektury Wrocławia [Architekturlexikon Breslau]. Wrocław 2011.
- Jerzy Ilkosz: Die Jahrhunderthalle und das Ausstellungsgelände in Breslau - das Werk Max Bergs. München 2006.
- Teresa Kulak: Wrocław in der Geschichte und in der Erinnerung der Polen. In: Matthias Weber, Burkhard Olschowsky, Ivan Petranský, Attila Pók, Andrzej Przewoznik (Hg.): Erinnerungsorte in Ostmitteleuropa. Erfahrungen der Vergangenheit und Perspektiven. München 2011 (Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 42), S. 159-176.

- Maciej Łagiewski: 1000 lat Wrocławia. Wrocław 2009 (deutschsprachige Ausgabe: ders.: 1000 Jahre Breslau. Wrocław 2009).
- Gregor Thum: Die fremde Stadt - Breslau 1945. Berlin 2003.

Weblinks

- "Wratislavia Antiqua" Studia z dziejów Wrocławia. Zespół do badań średniowiecznego i nowożytnego Wrocławia. Instytut Archeologii Uniwersytetu Wrocławskiego [Studien zur Geschichte Breslaus. Forschungsgruppe Mittelalterliches und frühneuzeitliches Breslau. Institut für Archäologie der Universität Wrocław]. URL: http://wratislavia.archeo.uni.wroc.pl/.
- Detlef Haberland (Hg.): Die "Silesiographia" und "Breslo-Graphia" von Nicolaus Henel von Hennenfeld. Wrocław 2011 (e-biblioteka historyczna 3). URL: http://www.bkge.de/55658.html.

Anmerkungen

[1] Davies, Moorhouse: Die Blume Europas, S. 28.

[2] 1550–1939, Quelle: Heinrich Bartsch: Die Städte Schlesiens (in den Grenzen von 1937). Dortmund 1977, S. 54f.

[3] 1946–2002, Quelle: Urząd Statystyczny we Wrocławiu: www.stat.gov.pl/wroc/67_378_PLK_HTML.htm

[4] Zum Ossolineum s. Schlesien/3. Geschichte und Kultur, Abschnitt 'Besondere kulturelle Institutionen'.

Zitation

Maria Luft: Breslau/Wrocław. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54182.html (Stand 20.03.2012).

Brest/Brest-Litovsk (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Brieg/Brzeg

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Brieg

Amtliche Bezeichnung

poln. Brzeg

LAteinische Bezeichnung

Civitas altae ripae

Etymologie

Der Stadtname leitet sich von der slawischen Bezeichnung des hohen Oderufers (*Wissoke Brzegh*) ab.

2. Geographie

Lage

50° 52′ nördlicher Breite, 17° 29′ östlicher Länge, 148 m über NHN. Brieg liegt am linken Ufer der Oder etwa auf halbem Weg zwischen Breslau/Wrocław und Oppeln/Opole.

Region

Niederschlesien

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Republik Polen. Brieg ist Kreisstadt des gleichnamigen Kreises (*powiat Brzeski*) in der Woiwodschaft Oppeln (*Województwo opolskie*).

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Das Stadtwappen zeigt drei mit einem Ring verbundene weiße Anker auf rotem Schild. Das Wappen wird seit der Stadtgründung (1248) auf Münzen oder Siegeln verwendet.

Mittelalter

Ein Handels- und Fischerdorf namens *Wissoke Brzegh* wird 1234 erstmals urkundlich erwähnt. Zwischen 1246 und 1250 erhielt es vom Piastenherzog Heinrich III. das Stadtrecht nach Halle-Neumarkter Vorbild. Dank seiner günstigen Lage an der Kreuzung wichtiger Land- und Wasserwege (insbesondere an der *Via Regia*) entwickelte sich Brieg zu einem Handels- und Gewerbezentrum. Nach der Erbteilung unter den Piasten 1311 wurde es zur Residenzstadt des gleichnamigen Herzogtums, das 1329 unter die Lehenshoheit der böhmischen Krone kam. 1428 bis 1432 wurde die Stadt mehrmals von Hussiten überfallen und geplündert, in den Jahren 1380, 1473, 1475, 1494 und 1507 von Bränden heimgesucht; während der türkischen Gefährdung 1534 und 1545 wurden die Bauten der Vorstadt zerstört.

Neuzeit



Torgebäude des Piastenschlosses in Brieg
[Foto T. Weger CC BY-SA 3.0]

Unter den Herzögen Friedrich II. (1521–1547) und Georg II. von Liegnitz-Brieg-Wohlau (1547-1586) begann die Blütezeit der Stadt, die bis zum Dreißigjährigen Krieg andauerte. Mit dem Tod des Herzogs Georg Wilhelm 1675 erlosch die schlesische Piastenlinie im Mannesstamm. Als Lehen der böhmischen Krone gelangte das Herzogtum unter die Herrschaft der Habsburger. Im Ersten Schlesischen Krieg (1740–1741) wurde Brieg von Preußen erobert. Die Stadt wurde während der Kämpfe stark beschädigt, anschließend von der preußischen Verwaltung zur Festung ausgebaut. In den Jahren 1756–1807 war Brieg Regierungshauptstadt von Oberschlesien und galt bis zu seiner Eroberung im Januar 1807 durch bayerische und französische Truppen als eine der stärksten Festungen im Osten Preußens. Nach 1807 wurden die Festungsanlagen geschleift.

19. Jahrhundert

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts erlebte Brieg einen starken wirtschaftlichen Aufschwung. 1842 wurde die Eisenbahnstrecke nach Breslau eröffnet, in den folgenden Jahren weitere Strecken nach Oppeln, Kattowitz/Katowice und Neisse/Nysa. In den Jahren 1816–1945 gehörte Brieg zum Regierungsbezirk Breslau, 1907 wurde die Stadt zum Stadtkreis. Die Verwaltung des Landkreises Brieg verblieb in Brieg.

20. Jahrhundert

Während des Zweiten Weltkriegs blieb die Stadt zunächst von Kriegshandlungen verschont. Am 23. Januar 1945 begann der Angriff der Roten Armee auf Brieg. Bis zur Kapitulation am 6. Februar wurden 50 % der Bausubstanz zerstört, darunter der Großteil der Altstadt. Nach dem Krieg kam die Stadt unter polnische Verwaltung.

Im Süden der Stadt entstanden neue Wohnviertel. Bis 1950 gehörte Brieg zur Woiwodschaft Breslau, nach der Verwaltungsreform wurde es an die Woiwodschaft Oppeln angegliedert.

Bevölkerungsentwicklung

Bisher liegen keine Quellen zu Einwohnerzahlen im Mittelalter vor. Im 16. Jahrhundert hatte Brieg vermutlich 2.000 bis 3.000 Einwohner. Genauere Zahlen werden erst für das 18. Jahrhundert überliefert: 1725 zählte die Stadt 3.150 Einwohner, im Jahr 1757 4.406. Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung stieg die Einwohnerzahl rapide: 1850 lebten in Brieg bereits 18.899 Menschen, 1910 waren es 29.035. 1939 zählte die Stadt 29.580 Einwohner (davon 20.708 evangelische, 8.044 katholische Christen und 125 Juden).[1] In den Jahren 1945–1947 wurde die deutsche Bevölkerung größtenteils vertrieben, an ihre Stelle kamen neue Bewohner, die überwiegend aus den ehemaligen polnischen Ostgebieten stammten. Im Jahr 1961 hatte die Stadt 25.342 überwiegend katholische Einwohner, im Jahr 2011 betrug die Einwohnerzahl 36.384.[2]

Juden in Brieg

Die frühesten Spuren jüdischen Lebens in Brieg reichen bis ins Mittelalter zurück. Die Quellen des 14. und 15. Jahrhunderts verzeichnen Privilegien und Schutzbriefe der Piastenherzöge, die jüdischen Kaufleuten und Handwerkern - zumeist im Gegenzug für Darlehen oder Schutzgeldzahlungen - das Bleiberecht verliehen. Infolge eines Edikts Kaiser Rudolphs II. von 1582 wurden alle Juden aus Brieg vertrieben. Erst nach dem Dreißigjährigen Krieg, ca. ab 1650, gab es in der Stadt wieder eine jüdische Gemeinde; 1799 wurde die neue, heute noch erhaltene Synagoge im klassizistischen Stil erbaut. Die Anzahl der Gemeindemitglieder betrug Mitte des 19. Jahrhunderts ca. 350, fiel aber bis 1933 auf 255 zurück. Im Jahre 1938 lebten in Brieg nur noch 160 Personen jüdischen Glaubens. In der "Reichskristallnacht" 1938 wurde die Synagoge beschädigt und 1940 zu einem Wohnhaus umgebaut.

Wirtschaft

Nach dem Anschluss an das Eisenbahnnetz wurden in den Außenbezirken der Stadt zahlreiche Industriebetriebe (Maschinenbau-, Leder-, Papierwaren-, Zucker- und Zuckerwarenfabriken) gegründet, die bis zum Zweiten Weltkrieg das Wirtschaftsleben der Stadt bestimmten. In der Nachkriegszeit entwickelte sich Brieg zu einem Wirtschaftsstandort mit mehreren Unternehmen, überwiegend für Lebensmittelherstellung und Maschinenbau.



Die Hl.-Kreuz-Kirche in Brieg
[Foto: T. Weger CC BY-SA 3.0]

Religions- und Kirchengeschichte

1523 führte Herzog Friedrich II. von Liegnitz-Brieg-Wohlau die Reformation ein, die Bevölkerungsmehrheit wurde lutherisch. Nach dem Übergang an das Haus Habsburg begann die Rekatholisierung der Stadt. 1680 ließen sich in Brieg Jesuiten nieder, die ein Gymnasium und die Pfarrkirche (Hl.-Kreuz-Kirche) errichteten. In den Jahren 1682–1701 wurde das Kapuzinerkloster erbaut. Die gegenreformatorischen Maßnahmen blieben weitgehend erfolglos; unter preußischer Herrschaft waren die deutschen Einwohner von Brieg mehrheitlich Lutheraner.

Kunstgeschichte und Architektur

Der mittelalterliche Stadtkern mit gitterförmigem Straßennetz und dem Ring in der Mitte wurde auf ovalem Grundriss als Gründungsstadt angelegt; von Norden umfasst ihn die Oder, im Westen lag die Residenz der Piastenherzöge. Die übrigen Seiten waren von Stadtmauern mit ursprünglich sechs Toren umgeben (Oder-, Polnisches, Oppelner/Neisser, Briegischdorfer, Mollwitzer und Breslauer Tor). Erhalten geblieben ist nur das Odertor, das im Stil der Spätrenaissance 1595/96 errichtet und 1895 von seinem ursprünglich Standort an der Oderbrücke an die Oderpromenade transloziert wurde. Ab dem ausgehenden 16. Jahrhundert wurden die Befestigungsanlagen ausgebaut und mit Bastionen versehen (vollendet in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts mit insgesamt zehn Bastionen). Nach der Schleifung im frühen 19. Jahrhundert wurden anstelle des Befestigungsgürtels Promenaden und Grünflächen angelegt.

Pfarrkirche St. Nikolaus

Die Stadtpfarrkirche St. Nikolaus wurde 1279 erstmalig urkundlich erwähnt. In den Jahren 1365–1417 erfolgte ein Umbau der Kirche in eine gotische Backsteinbasilika unter Mitwirkung Breslauer Baumeister (u. a. Heinrich Pfefferfleisch, Peter Rudel). 1856–1885 wurde die Kirche restauriert, wobei u. a. die Türme aufgestockt und neugotische Ergänzungen vorgenommen wurden. 1945 brannte die Kirche vollständig aus; sie wurde 1959–1967 wiederaufgebaut. Seit der Reformation in Brieg und bis zur Zerstörung 1945 war die

St.-Nikolaus-Kirche lutherisch, seit dem Wiederaufbau wird sie als römisch-katholische Pfarrkirche genutzt.

Ehemalige Franziskanerkirche St. Peter und Paul

Den Quellen zufolge gab es in Brieg schon um das Jahr 1270 ein Franziskanerkloster. Die 1285 erstmalig erwähnte Klosterkirche wurde in vier Bauphasen errichtet. Nach der Reformation wurde die Kirche vom Orden verlassen, 1582 ließ Herzog Georg II. sie zum Zeughaus umbauen. Auch in den nachfolgenden Jahrhunderten (bis in die 1980er Jahre) diente der Bau als Lagerraum; zu diesem Zweck wurden Zwischendecken eingezogen und Dächer abgesenkt. Nach dem Oderhochwasser von 1997 stürzte der südliche Turm ein.

Katholische Pfarrkirche zur Kreuzerhöhung (ehem. Jesuitenkirche)

Die Jesuiten, die sich nach der Angliederung des Herzogtums Liegnitz-Brieg-Wohlau an das habsburgische Kaiserreich in der Stadt niedergelassen hatten, errichteten in den Jahren 1734–1739 an der Stelle des 1545 abgetragenen Dominikanerklosters eine eigene Kirche. Die spätbarocke Wandpfeilerkirche mit Emporen entstand nach Entwürfen von Joseph Frisch, unter Bauleitung von Johann Christoph Melcher; der Jesuitenmaler Johannes Kuben verzierte den Innenraum mit monumentaler Freskomalerei. Nach der Säkularisierung ging die Kirche 1776 in den Besitz der Kurie über, ab 1819 wurde sie als Pfarrkirche genutzt. In den Jahren 1856–1859 wurde die Doppelturmfassade mit klassizisierenden Helmaufsätzen ergänzt.



Das Rathaus von Brieg [Foto: T. Weger CC BY-SA 3.0]

Rathaus

Das Rathaus wurde in den Jahren 1570–1577 im Auftrag von Herzog Georg II. anstelle eines beim Stadtbrand von 1569 zerstörten gotischen Vorgängerbaus errichtet (Entwurf Bernhard Niuron, Bauleitung Jakob Parr). Die Anlage ist hufeisenförmig mit nach Osten geöffnetem Innenhof und hohem Turm im Nordosten. Die nach Westen gerichtete Hauptfassade schmückt eine zweigeschossige Loggia mit Rundbogenarkaden im Erdgeschoss und Holzstützen im Obergeschoss. Das darüber liegende Satteldach zieren drei Zwerchgiebel, reich verzierte Giebel finden sich auch an der Nord- und der Südseite des Gebäudes. Im Untergeschoss des Nordflügels befand sich der sog. Schweidnitzer Keller, im Obergeschoss der große Sitzungssaal mit erhaltener Lärchenholzdecke von 1648 sowie der sog. Rats-Sessionssaal (1746 im Rokokostil umgestaltet).

Fürstenschloss

Die Geschichte der Residenz in Brieg reicht bis ins frühe 13. Jahrhundert zurück: 1235 erstmalig als Sitz des herzoglichen Statthalters erwähnt, wird sie um 1296 unter Herzog Bolko I. von Schweidnitz zum Schloss umgebaut. In dieser Zeit entstand auch der älteste noch heute erhaltende Teil der Anlage, der Löwenturm in der Südwestecke (umgebaut 1481–1489, 1801–1805). In der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts wurde das Schloss im Auftrag Herzog Ludwigs I. umgestaltet, an der Südwestecke entstand die Kollegiatkirche St. Hedwig - Schlosskapelle und späteres Mausoleum der Piastenherzöge (errichtet 1567 unter Georg II.). Unter Herzog Friedrich II. und seinem Nachfolger Georg II. erfolgte in den Jahren 1544–1595 unter Mitwirkung der Baumeister Jakob und Franz Parr sowie Bernhard und Peter Niuron der grundlegende Umbau der Residenz im Renaissancestil. Nach dem Aussterben der Brieger Piasten wurde das Schloss zum Sitz der kaiserlichen Verwaltung, zeitweise zur Residenz diverser österreichischer Fürsten und sächsischer Kurfürsten. Während des Ersten Schlesischen Kriegs (1741) wurde das Schloss stark beschädigt; die übrig gebliebenen Gebäude dienten in der Folgezeit als Lager und Kaserne. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde der Bau vom städtischen Magistrat übernommen und im Südflügel ein Museum eingerichtet. 1945 wurde die Anlage weitgehend zerstört. In den Jahren 1966–1990 erfolgte ein grundlegender Wiederaufbau des Schlosses, rekonstruiert wurde dabei auch der Arkadenhof. Heute beherbergt das Schloss das Piastenmuseum (*Muzeum Piastów Śląskich*) mit einer Dauerausstellung zur Geschichte der Stadt und der schlesischen Piasten sowie einer umfangreichen Sammlung von Werken der Malerei und Bildhauerei Schlesiens des 15.–18. Jahrhunderts.

Bildung und Kultur

Die Herzöge von Brieg waren für ihr kulturelles Mäzenatentum berühmt. Das von Ludwig I. gestiftete Kollegiatstift St. Hedwig verfügte über eine umfangreiche Sammlung illuminierter Handschriften, darunter der sog. *Lübener Kodex* mit der Vita der hl. Hedwig. Georg II. gründete 1564 in Brieg ein Gymnasium (*Gymnasium Illustre Bregense*), das in dem eigens zu diesem Zweck von Jakob Parr errichteten prunkvollen Gebäude untergebracht wurde. Die Jesuiten gründeten hier im ausgehenden 17. Jahrhundert ebenfalls ein eigenes Gymnasium. 1821 wurde das Stadttheater in Brieg eröffnet, eines der ältesten in Niederschlesien.

Brieg verfügte seit dem 16. Jahrhundert über zwei Papiermühlen, seit dem Beginn des 17. Jahrhunderts bestanden hier Druckoffizinen.

Von Bedeutung sind die 1569 gegründete Piastenbibliothek mit zahlreichen wertvollen Inkunabeln, Altdrucken und Musikalien, die theologisch ausgerichtete Bibliothek der Jesuiten und die Kirchenbibliothek zu St. Nicolai.

Aus Brieg stammen der Maler und mehrjährige Direktor der Breslauer Kunstakademie Oskar Moll (1875–1947) und der Dirigent Kurt Masur (geb. 1927). 1996 wurde Masur zum Ehrenbürger der Stadt ernannt, 2005 wurde in Brieg das Kurt-Masur-Institut zur Förderung des Musikunterrichts in den Brieger Schulen gegründet.

Literatur

Der in Brieg geborene Humanist und Geograph Bartholomäus Stein (ca. 1476–1522) ist u. a. Verfasser der *Beschreibung von Schlesien und Breslau* (1512). Der zeitweise in Brieg lebende Dichter Friedrich von Logau (1604–1655) war Mitglied der "Fruchtbringenden Gesellschaft" und als Verfasser von Sinngedichten bekannt. Der Dichter und Brieger Or-

ganist Wenzel Scherffer von Scherffenstein (ca. 1598–1674) erhielt für sein Hauptwerk *Geistliche und Weltliche Lieder* (Brieg 1656) die kaiserliche Dichterkrone.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Brzeg/Brieg. In: Ernst Badstübner, Dietmar Popp, Andrzej Tomaszewski, Dethard von Winterfeld (Hg.): Dehio-Handbuch der Kunstdenkmäler in Polen. Schlesien. Bearb. v. Sławomir Brzezicki u. Christine Nielsen. München u. a. 2005, S. 173-184.
- Maciej Borkowski, Andrzej Kirmiel, Tamara Włodarczyk: Śladami Żydów. Dolny Śląsk, Opolszczyzna, Ziemia Lubuska [Auf den Spuren des Judentums. Niederschlesien, Oppelner und Lebuser Land]. Warszawa 2008.
- Krystian Heffner: Brzeg - historia i współczesność [Brieg - Geschichte und Gegenwart]. Opole 1987 (Encyklopedia wiedzy o Śląsku).
- Werner Irrgang: Neuere Geschichte der Stadt Brieg 1740–1980. Goslar 1980.
- Andrzej Peszko (Hg.): Historyczne dziedzictwo Ziemi Brzeskiej. Historia lokalna na przykładzie wybranych powiatów, miast i gmin [Das historische Erbe des Brieger Landes. Lokalgeschichte am Beispiel ausgewählter Landkreise, Städte und Gemeinden]. Opole 2005.

Weblink

- http://www.brzeg.pl/ (Webpräsenz der Stadt Brieg in polnischer, englischer und deutscher Sprache)

Anmerkungen

[1] Angaben zu Bevölkerungszahlen vor 1939: Michael Rademacher: Stadt und Landkreis Brieg. URL: http://www.verwaltungsgeschichte.de/brieg.html (Zugriff 16.11.2012)

[2] Główny Urząd Statystyczny, Wybory do Sejmu i Senatu 2011. http://pkw.gov.pl (9.10.2011).

Zitation

Beata Lejman, Tomasz Torbus: Brieg/Brzeg. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/57500.html (Stand 16.11.2012).

Brigitten/Pirita (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Bromberg/Bydgoszcz

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Bromberg

Amtliche Bezeichnung

poln. Bydgoszcz

Lateinische Bezeichnung

Bidgostia

Etymologie

Der schon im 13. Jahrhundert erwähnte polnische Stadtname bedeutet „die Burg von Bydgost“. Die Bezeichnung „Bromberg“ ist jünger und vom deutschen Namen des Flusses Brahe (*Brda*) abgeleitet.

2. Geographie

Lage

Bromberg liegt auf 53° 07' nördlicher Breite, 18° 00' östlicher Länge, ca. 160 km südwestlich von Danzig/Gdańsk und 45 km nordwestlich von Thorn/Toruń.

Topographie

Bromberg liegt im westlichen Teil der Bromberg-Thorner Niederung (Teil des Thorn-Eberswalder Urstromtals). Durch die Stadt fließt die Brahe, die im westlichen Stadtgebiet mit dem Bromberger Kanal (*Kanał Bydgoski*) zusammentrifft, somit eine Verbindung zur Netze (*Noteć*) hat und im östlichen Stadtgebiet in die Weichsel (*Wisła*) mündet.

Region

Kujawien (*Kujawy*), an der Grenze zu Pommerellen

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Republik Polen. Die Kreisstadt Bromberg ist neben Thorn eine der beiden Hauptstädte der Woiwodschaft Kujawien-Pommerellen (*Województwo kujawsko-pomorskie*) und als solche Sitz des Woiwoden sowie einiger Woiwodschaftsämter. In Bromberg sind Honorarkonsulate der Bundesrepublik Deutschland, Belgiens, Tschechiens und Ungarns angesiedelt.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Das Wappen zeigt auf silbernem Grund eine rote Stadtmauer mit drei blau behelmten Türmen, von denen der mittlere mit einer goldenen, nach rechts gerichteten Wetterfahne gekrönt ist. In der Mauer befindet sich ein zweiflügeliges blaues Tor mit goldenen Beschlägen, in dessen geöffnetem rechtem Flügel ein goldenes hochgezogenes Gitter sichtbar ist (Symbol der Gastfreundlichkeit und Offenheit der Bromberger). Die Flagge der Stadt zeigt das Stadtwappen auf drei waagerechten Streifen gleicher Breite in den Farben Rot, Blau und Weiß (von unten).

Mittelalter

Die Bromberger Siedlung, die sich ursprünglich auf einer heute nicht mehr existierenden Insel in der Brahe befand, entstand um 1030 am Flussübergang des Handelswegs von Schlesien nach Danzig. Nach mehrjähriger Besetzung durch den Deutschen Orden wurde die Siedlung 1337 dem polnischen König Kasimir dem Großen (Kazimierz III Wielki, 1310-1370) übergeben, der am 19. April 1346 einer westlich der Siedlung neu entstandenen Stadt (Kunigesburg) das Magdeburger Stadtrecht verlieh. Der Name Kunigesburg konnte sich jedoch nicht durchsetzen; die neue Stadt übernahm zunächst den Namen Brahe-burg und später den der älteren Siedlung: Bromberg. Kasimir der Große ließ anstelle der durch den Krieg zerstörten Siedlung eine befestigte Burg erbauen. Beginnend mit diesen

Baumaßnahmen entstanden neben der Burg die Lokationsstadt innerhalb der Stadtmauern sowie die Kujawier, die Danziger, die Posener und die Okollo(*Okole*)-Vorstadt.

Neuzeit

Die lange Friedenszeit nach dem mit dem Deutschen Orden geschlossenen Zweiten Frieden von Thorn (1466) ließ Bromberg zu einer der größten Städte der Polnisch-Litauischen Monarchie anwachsen; sie endete mit dem Beginn des Polnisch-Schwedischen Krieges (sog. Potop [= Sintflut]) 1655. Die hinsichtlich der polnisch-preußischen Beziehungen wichtige Unterzeichnung des Vertrags von Bromberg (1657) hatte keinen bedeutenden Einfluss auf die Stadtgeschichte. Den Niedergang von Bromberg besiegelte der Große Nordische Krieg (1700-1721). Hoffnung auf einen wirtschaftlichen Aufschwung der Stadt gab es ab 1766, als die Kommission für den Reichsfiskus der Republik das Projekt eines Bromberger Kanals vorstellte. Diese für die lokale Wirtschaft bedeutende Investition konnte erst 1772 nach der Ersten Teilung Polens realisiert werden, infolge derer Bromberg als Teil des Netzedistrikts (1772-1807) dem Königreich Preußen angeschlossen wurde.

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts war für die Entwicklung der Stadt neben dem Kanalbau die Ernennung zum Verwaltungssitz bedeutsam. Bereits seit 1775 war hier die Kriegs- und Domänenkammer angesiedelt, welche den Netzedistrikt verwaltete und in den Zeiten der Zugehörigkeit der Stadt zum Herzogtum Warschau (1807-1815) durch die Präfektur des Bromberger Departements ersetzt wurde. Nach dem Wiener Kongress gehörte Bromberg zum Großherzogtum Posen (ab 1848 Provinz Posen) und wurde 1815 Hauptstadt des Regierungsbezirks Bromberg.

Zeitraum/ Jahr[1]	Einwohner	Polen	Deutsche	Juden	Andere
17. Jh.	ca. 3.000	ca. 85%	ca. 13%	0%	ca. 2%
um 1772	1.000	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.
1816	6.123	ca. 35%	ca. 60%	ca. 5%	k. A.
1852	ca. 15.500	ca. 30%	ca. 65%	ca. 5%	k. A.
1910	ca. 58.000 (mit Vorstadtgemeinden 90.000)	ca. 20%	ca. 75%	2,3%	k. A.
1920	ca. 90.000	87%	11%	ca. 2%	k. A.
1939	131.295	91,8%	6,4%	1,8%	0,4%
01.01.1945	148.779	71,9%	28,0%	k. A.	k. A.
31.12.1945	135.525	99,1%	0,5%	k. A.	0,4%
2012	363.926	97,2%*	0,5%*	k. A.	2,2%

Vor dem Ersten Weltkrieg hatte Bromberg eine gut entwickelte Infrastruktur, eine starke Industrie und ein reiches kulturelles Leben. Infolge des Friedensvertrags von Versailles kam die Stadt 1920 zur Republik Polen. Der Verlust von Verwaltungsfunktionen und die Weltwirtschaftskrise verlangsamten die Entwicklung der Stadt. Während des Zweiten Weltkriegs wurde Bromberg als Teil des Reichsgaus Danzig-Westpreußen dem Deutschen Reich zugeschlagen und war Sitz der Führungsorgane des Regierungsbezirkes Bromberg. Um Widerstandsaktivitäten präventiv niederzuschlagen und sich für den sog. Bromberger Blutsonntag (siehe Diskurse/Kontroversen) zu rächen, erschossen NS-Einheiten im Herbst 1939 ca. 1.900 Polen, insbesondere Vertreter der lokalen wirtschaftlichen und politischen Elite sowie der Intelligenz und der Geistlichkeit. Mit den Lagern Bromberg-Ost und Bromberg-Brahnau wurden 1944 Außenlager des Konzentrationslagers Stutthof eingerichtet.

Zeitgeschichte

Am 24. Januar 1945 erreichte die Rote Armee Bromberg. Bereits im Februar wurde eine neue Stadtverwaltung installiert. In den Gebäuden des ehemaligen KZ-Außenlagers Bromberg-Brahnau wurde ein Außenlager des Zentralen Arbeitslagers Potulitz/Potulice eingerichtet, in dem bis Juni 1945 etwa 1.500 Deutsche interniert wurden.

Nach dem Kriegsende entwickelte sich Bromberg zu einem Industriezentrum und wurde Sitz von Woiwodschaftsorganen.

Bevölkerung

Bevölkerungsentwicklung und Nationalitätenstruktur

*in Woiwodschaft Kujawien-Pommerellen

Die wechselnde staatliche Zugehörigkeit in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts hat mehrfach zu Verschiebungen in der ethnischen Zusammensetzung der Bromberger Bevölkerung geführt. In den 1920er Jahren bildeten auf Grund zunehmender Auswanderung der Deutschen schließlich Polen die Mehrheit der Bevölkerung. Im Zuge von Flucht und Vertreibung vor und nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs sowie internierungsbedingten Todesfällen in den Lagern Kaltwasser (*Zimne Wody*) und Potulitz (*Potulice*) verringerte sich der Anteil der deutschen Bevölkerung abermals stark. Zur gleichen Zeit wurden polnische Vertriebene aus den ehemals polnischen Ostgebieten in Bromberg angesiedelt.

Wirtschaft

Im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit lebte die Mehrheit der Stadtbewohner aufgrund der Nähe der Stadt zu wichtigen Verkehrswegen vom Handel, unter anderem vom Flößen von Waren.

1851 wurde die Eisenbahnverbindung zwischen Bromberg und Berlin eröffnet. Die zweite Hälfte des 19. und das frühe 20. Jahrhundert waren von wirtschaftlichem Aufschwung geprägt. Im Zuge der Industrialisierung siedelten sich zahlreiche Unternehmen der Maschinenbau- und Metallbranche an, die für Landwirtschaft und Eisenbahnwesen produzierten (Fabriken von Eberhardt, Wulff, Fiebrandt, Ostbahn Werkstätte). Wichtige Industriezweige waren zudem die Holzverarbeitung (Sägewerke und Möbelfabriken) und die Produktion von Baumaterialien.

Zwischen 1942 und 1945 produzierte die Dynamit Nobel AG (DAG) in Bromberg Sprengstoffe und Munition. Häftlinge des KZ-Außenlagers Bromberg-Brahnau, darunter vor allem Kriegsgefangene und Frauen, mussten dafür Zwangsarbeit leisten. Nach 1945 wurde der Betrieb in die „Zachem-Organika“ umgewandelt.

Religions- und Kirchengeschichte



Ehemalige evangelische St. Pauluskirche (erbaut 1872–1876; seit 1945 katholische Kirche). [Foto: Iwona Jastrzębska-Puzowska].

Bis zur Ersten Teilung Polens war die Bevölkerung Brombergs zum überwiegenden Teil katholisch. Nach 1772 entstanden die erste protestantische Kirchengemeinde und die Synagogengemeinde. 1914 waren 67 % der Einwohner Protestanten, 28 % Katholiken und 5 % Juden.[2]

Durch die Migrationsbewegungen nach 1920 haben sich die Mehrheitsverhältnisse zwischen Protestanten und Katholiken umgekehrt. Die Bromberger jüdische Gemeinde wurde während des Zweiten Weltkrieges aufgelöst, die große Synagoge 1939 zerstört.

Besondere kulturelle Institutionen

Seit 1923 ist das Leon-Wyczółkowski-Bezirksmuseum (ursprünglich Stadtmuseum; *Muzeum Okręgowe im. Leona Wyczółkowskiego w Bydgoszczy*) in Bromberg angesiedelt. Es beherbergt eine Sammlung moderner polnischer Kunst und regionaler archäologischer und historischer Exponate. Seit 2011 befindet sich in den Gebäuden der ehemaligen DAG-Fabrik ein „Exploseum“ mit einer Ausstellung zur Produktion von Munition und Explosivstoffen, die auch die Zwangsarbeit während des Zweiten Weltkriegs thematisiert.

Seit 1945 setzt das Polnische Theater (*Teatr Polski*) in der Stadt die Bromberger Theatertradition fort, deren Anfänge bis ins 17. Jahrhundert zurückreichen.



Philharmonie Bromberg. [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 71404].

Die Pommerellische Philharmonie (*Filharmonia Pomorska*) ist seit 1958 in einem repräsentativen Gebäude untergebracht, das auch eine Galerie für zeitgenössische polnische Kunst beherbergt. Alle drei Jahre findet das internationale Festival *Musica Antiqua Europae Orientalis* statt.

Bildung und Wissenschaft

1647 wurde das Jesuitenkollegium eröffnet, dessen Arbeit im 19. Jahrhundert vom Königsgymnasium fortgesetzt wurde. Um 1900 entstanden weitere Schulen, unter anderem die Königliche Preußische Handwerker- und Kunstgewerbeschule. 1906 nahm das Kaiser-Wilhelm-Institut für Landwirtschaft seine Tätigkeit auf. Zurzeit hat Bromberg vier staatliche Hochschulen: die Kasimir-der-Große-Universität (*Uniwersytet Kazimierza Wielkiego w Bydgoszczy*), die Technische und Naturwissenschaftliche Universität (*Uniwersytet Technologiczno-Przyrodniczy im. Jana i Jędrzeja Śniadeckich w Bydgoszczy*), die Musikhochschule (*Akademia Muzyczna im. Feliksa Nowowiejskiego w Bydgoszczy*) und das *Collegium Medicum* der Nikolaus-Kopernikus-Universität Thorn (*Uniwersytet Mikołaja Kopernika w Toruniu*).

Kunstgeschichte



Alte Pfarrkirche. [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 72345].



Klarissenkirche (erbaut 1582–1602).
[Foto: Iwona Jastrzębska-Puzowska].

Zu Brombergs Baudenkmälern zählen die Überreste der mittelalterlichen Stadtmauern und drei spätgotische Kirchen aus dem 16. Jahrhundert, die Alte Pfarrkirche (seit 2004 Kathedralkirche), die Klarissenkirche und die Bernhardinerkirche. Als Symbol und Zeugnis der neuzeitlichen Prosperität der Stadt gilt der Speicher an der Brahe (18. Jahrhundert). In den Jahrzehnten um 1900 entwickelte sich Bromberg zu einer modernen Großstadt; die städtebauliche Gestaltung übernahm unter anderem Josef Stübben, der um 1900 führende Stadtplaner Preußens. Es entstanden zahlreiche Kirchen und Profanbauten, darunter die Verwaltungsgebäude der Regierung, der Post und der Eisenbahndirektion sowie Schulen und Warenhäuser, Mietshäuser und Stadtvillen, darüber hinaus auch zwei Wohnviertel mit Einfamilienhäusern (Bleichfelde/*Bielawy* und *Sielanka*) nach dem Konzept der „Gartenstadt“. Die Übernahme von Berliner Architekturstilen in diesem Bezirk brachte Bromberg den Beinamen „Klein-Berlin“ ein.



Speicher an der Brahe. [Foto: Iwona Jastrzębska-Puzowska].

Gegenwärtig werden die Uferbereiche der Brahe und ihres Flussarms *Młynówka* innerhalb der Stadtgrenzen revitalisiert. In diesem Zusammenhang wurden das Gelände der Mühleninsel (*Wyspa Młyńska*) und das sogenannte Bromberger Venedig restauriert.

Bekannte Skulpturen sind die *Bogenspannerin* (*Łuczniczka*, 1910) des Bildhauers Ferdinand Lepcke (1866-1909) und der *Über den Fluss gehende Mensch* (*Przechodzący przez rzekę*, 2004) über der Brahe, ein Symbol für den Beitritt Polens zur Europäischen Union.

4. Diskurse/Kontroversen

Am 3. September 1939, zwei Tage vor der Besetzung der Stadt durch die deutsche Wehrmacht, erlebte Bromberg den sogenannten „Bromberger Blutsonntag“ (ein Begriff der NS-Propaganda). Im Zuge dieser Ausschreitungen starben 365[3]-379[4] Bromberger; die meisten von ihnen waren deutscher Abstammung. Die Ursachen dieser Ereignisse sind in der Forschung bis heute umstritten: Die Mehrheit der polnischen Historiker vertritt die These, Vertreter der deutschen Militärspionage und der deutschen Minderheit in Bromberg hätten einen Angriff auf sich zurückziehende Einheiten der polnischen Armee unternommen. Die großen Verluste auf deutscher Seite werden auf die Niederschlagung des Angriffs zurückgeführt, der auch zahlreiche unbeteiligte Zivilisten, darunter Frauen und Kinder, zum Opfer fielen. Der polnische Historiker Włodzimierz Jastrzębski und viele seiner deutschen Kollegen lehnen die These eines deutschen Sabotageakts mit der Begründung ab, es seien – im Gegensatz zu anderen Provokationen der Militärspionage – keine Dokumente gefunden worden, mit denen sich die Planung einer solchen Aktion nachweisen ließe. Diese Forscher interpretieren die Ereignisse als „Racheakt“ von zur bewaffneten Bürgerwehr gehörenden polnischen Stadtbewohnern an Angehörigen der deutschen Minderheit. Als Auslöser der Ausschreitungen wird eine allgemeine Paniksituation infolge der Nachrichten über die Niederlage der polnischen Armee und den bevorstehenden Einzug der deutschen Wehrmacht in die Stadt angenommen. Die nationalsozialistische Propaganda nutzte die Ereignisse des 3. September 1939 als Vorwand für die Fortsetzung des deutschen Angriffs auf Polen (als Land, in dem die deutsche Minderheit verfolgt wird) und als Rechtfertigung für ein brutales Vorgehen gegen die polnische Bevölkerung.

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Atlas historyczny miast polskich [Historischer Atlas polnischer Städte]. Bd. 1: Antoni Czacharowski (Hg.): Kujawy [Kujawien], H. 1: Emanuel Okoń, Janusz Tandecki, Zenon Kozieł (Hg.): Bydgoszcz [Bromberg]. Toruń 1997.
- Marian Biskup (Hg.): Historia Bydgoszczy [Geschichte Brombergs]. 2 Bde. Bydgoszcz 1984-2004.
- Tomasz Chinciński, Paweł Machcewicz (Hg.): Bydgoszcz 3-4 września 1939. Studia i dokumenty [Bromberg 3./4. September 1939. Studien und Dokumente]. Warszawa 2008.
- Iwona Jastrzębska-Puzowska: Od miasteczka do metropolii. Rozwój architektoniczny i urbanistyczny Bydgoszczy w latach 1850–1920 [Von einer kleinen Stadt zur Metropole. Architektur- und Stadtentwicklung Brombergs 1850-1920]. Toruń 2005.
- Włodzimierz Jastrzębski: Die deutsche Minderheit in Polen im September 1939. Münster 2012 (Quellen und Darstellungen zur Geschichte Westpreußens 35), Kapitel IV, S. 85-146.

- Elżbieta Nowikiewicz: Bromberg in den Werken deutschsprachiger Schriftsteller. Autobiographische Reflexionen über die Stadt. In: Convivium. Germanistisches Jahrbuch Polen 2008. Bonn 2008, S. 119-141.

Periodika

- Bromberg. Zeitschrift der Bidegast-Vereinigung e.V., Wilhelmshaven.
- Materiały do dziejów kultury i sztuki Bydgoszczy i regionu [Materialien zur Kultur- und Kunstgeschichte Brombergs und seiner Umgebung]. Bydgoszcz 1996-2011.

Weblink

- http://www.bydgoszcz.pl/ (mehrsprachige offizielle Webseite der Stadt)
- http://www.herder-institut.de/bildkatalog/index/index?searchfield_parameter=bromberg&newperspective=thumbnails (Abbildungen zu Bromberg/Bygoszcz im Bildarchiv des Herder-Instituts, Marburg)

Anmerkungen

[1] Quellen: Henryk Biskup (Red.): Historia Bydgoszczy [Geschichte Brombergs]. Bd. 1. Bydgoszcz 1984, S. 156-164, 379-385, 464-468, 506-518; Henryk Biskup (Red.): Historia Bydgoszczy [Geschichte Brombergs]. Bd. 2, Teil 2. Bydgoszcz 2004, S. 169; Włodzimierz Jastrzębski (Red.): Encyklopedia Bydgoszczy [Bromberg-Lexikon]. Teil 1. Bydgoszcz 2011, S. 283f.; Stanisław Michalski (Red.): Bydgoszcz wczoraj i dziś 1945-1980 [Bromberg gestern und heute 1945-1980]. Warszawa, Poznań 1988, S. 29; Rocznik statystyczny województwa kujawsko-pomorskiego [Statistisches Jahrbuch der Woiwodschaft Kujawien-Pommerellen]. Bydgoszcz 2012, S. 116.

[2] Biskup (Red.): Historia Bydgoszczy [Geschichte Brombergs] (Anm. 1), S. 513.

[3] Tomasz Chinciński, Paweł Machcewicz (Red.): Bydgoszcz 3-4 września 1939. Studia i dokumenty [Bromberg 3./4. September 1939. Studien und Dokumente]. Warszawa 2008.

[4] Włodzimierz Jastrzębski: Die deutsche Minderheit in Polen im September 1939. Münster 2012 (Quellen und Darstellungen zur Geschichte Westpreußens 35). Kapitel IV, S. 165.

Zitation

Iwona Jastrzębska-Puzowska: Bromberg/Bydgoszcz. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32353 (Stand 12.09.2014).

Brünn/Brno

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Brünn

Amtliche Bezeichnung

tschech. Brno

Anderssprachige Bezeichnungen

lat. Brun(n)a

Etymologie

Als wahrscheinlichste Erklärung für die Herkunft des Namens Brno gilt die Herleitung vom altslawischen Wort *brn* (= Lehm bzw. Sumpf). Umstritten ist die Ableitung des Stadtnamens von dem keltischen Wort *bryn* (= Hügel).

2. Geographie

Lage

Brünn liegt auf 49° 12' nördlicher Breite, 16° 36' östlicher Länge, 200 km südöstlich von Prag/Praha, 140 km nördlich von Wien und 130 km nordwestlich von Pressburg/Bratislava.

Topographie

Brünn liegt am Übergang des südmährischen Flachlands zum mittelmährischen Bergland im Talbecken der sich hier vereinigenden Flüsse Schwarza (*Svrátka*) und Zwitta (Zwittawa, *Svítava*), etwa 220-250 m über N.H.N.

Region

Mähren

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Tschechien. Verwaltungssitz der Region Südmähren (*Jihomoravský kraj*). Brünn ist seit 1641 die Hauptstadt Mährens. Seit 1784 war es als Hauptstadt des Kronlandes Mähren Sitz des Mährisch-Schlesischen Guberniums, seit 1850 residierte hier der mährische Statthalter. 1928-1949 war Brünn Hauptstadt des Landes Mähren-Schlesien. 1939-1945 gehörte die Stadt zum Protektorat Böhmen und Mähren.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Das Wappen, dessen Ursprung in der Forschung aufgrund fehlender Quellen umstritten ist, zeigt seit 1315 einen dreieckigen gotischen, an den Ecken abgerundeten Schild, mit vier horizontalen Balken in den Farben (von oben nach unten) Weiß-Rot-Weiß-Rot im Größenverhältnis 1:2.2:2 (vor 1918 auch Rot-Weiß-Rot-Weiß).

Mittelalter

Die Anfänge der Stadt liegen zum einen linksseitig entlang der Zwitta in den heutigen Stadtteilen Malmeritz (*Maloměřice*), Schimitz (*Židenice*) und weiter Richtung Obersess (*Obřany*), zum anderen vor allem im Gebiet von Alt-Brünn (*Staré Brno*) an einer Furt über die Schwarza, wo sich zwischen dem 10. und 12. Jahrhundert slawische Handwerker und Händler niederließen. Archäologen haben hier u. a. Keramiken und Bronzeschmuck, Skelette sowie die Fundamente einer frühromanischen Rotunde, die um 1000 auf dem Areal des späteren Zisterzienserinnenklosters entstand, und ihrer Nachfolgebauten freigelegt. Die präurbane Siedlung und ihr geistliches Zentrum lagen in unmittelbarer Nähe einer 1091 erstmals erwähnten, nur unscharf lokalisierbaren "Burg". Diese ist jedoch nicht identisch mit der Burg Spielberg, die erst 1277 in den Quellen auftaucht. Die Burg in Alt-Brünn diente als Verwaltungszentrum der *Provincia Brunensis*.

Um 1200 verlagerte sich der Siedlungsschwerpunkt in nordöstlicher Richtung auf das Areal des heutigen Stadtzentrums. Während unterhalb des Petershügels (*Petrov*) slawische Handwerker und Händler siedelten, ließen sich im Umfeld der Jakobskirche Deutsche und im Bereich der Nikolauskapelle auf dem heutigen Freiheitsplatz Wallonen nieder.

1243 verlieh König Wenzel I. der Stadt umfangreiche Privilegien, die an die Babenberger Stadtrechte (Enns, Wien) anknüpften. Die Verwaltung der Stadt lag in den Händen eines königlichen Richters und des 24-köpfigen städtischen Rats (Schöffen). Deutsche Namen dominieren in der Bürgerschaft. Ab 1328 wurden Ratslisten geführt, auch hier bleiben tschechische Namen die Ausnahme.



Erste bekannte Darstellung Brünns und des Spielbergs, Holzstich von Johann Willenberg, 1593 [Museum der Stadt Brünn, Inv.-Nr. 2289].

Markgraf Johann Heinrich (1322–1375) privilegierte die Bürger wiederholt; aus dem Residenzcharakter der Stadt ergaben sich jedoch auch finanzielle Belastungen (Stadtsteuer) sowie die militärische Unterstützung bei allen kriegerischen Unternehmungen des Markgrafen. Der mährische Adel traf sich in Brünn zum Landesgericht und zu den Landtagen. Die Pestepidemien 1349/50, 1356 und 1372 mit ihren demographischen Einbrüchen sowie eine verheerende Feuersbrunst 1356 lähmten vorübergehend die Entwicklung der Stadt als wirtschaftlich-politisches Zentrum der Markgrafschaft Mähren und Gegenpol gegenüber Olmütz/Olomouc als geistlichem Zentrum. In der Hussitenzeit blieb Brünn mit seinem katholischen deutschen Patriziat König Sigismund von Luxemburg treu.

Neuzeit

Von 1526 bis 1918 gehörte Brünn als Zentrum der Markgrafschaft Mähren zum habsburgischen Herrschaftsbereich. Nach der Schlacht am Weißen Berg 1620 besetzte die kaiserliche Armee Brünn, das sich trotz innerer konfessioneller Gegensätze bereits 1619 durch die Bildung eines 30-köpfigen Direktoriums auf die protestantische Seite geschlagen hatte. Ein königlicher Unterkämmerer ernannte fortan den von Deutschen dominierten Rat. Der 1560 in städtischen Besitz übergegangene Spielberg wurde konfisziert. 1643 und 1645 belagerten die Schweden erfolglos die Stadt, die unter dem Kommando des französischen Hugenotten Louis Raduit de Souches stand.



Barockes Grabmal Raduit de Souches'
in der Brünner Jakobskirche
[Foto: T. Krzenck].

Die Kriegsmühen der Bürger belohnte Ferdinand III. mit einem neuen Wappen mit dem kaiserlichen Doppeladler sowie einem Schuldenerlass. Die Ratsherren erhielten Adelstitel und weitere Privilegien; die kommunale Selbstverwaltung blieb jedoch durch einen königlichen Richter eingeschränkt. Brünn, seit 1641 alleinige Landeshauptstadt und Aufbewahrungsort der Landtafeln, wurde systematisch zur Landesfestung ausgebaut, die auch Friedrich II. 1742 im Ersten Schlesischen Krieg nicht einzunehmen vermochte.

1784 richtete Kaiser Joseph II. im Rahmen seiner Reformen u. a. gemeinsame politische und gerichtliche Behörden für Mähren und Österreichisch-Schlesien mit Sitz in Brünn ein. In den Napoleonischen Kriegen besetzte das französische Heer zweimal die Stadt: nach der vor den Toren Brünns bei Austerlitz/Slavkov ausgetragenen "Dreikaiserschlacht" um die Jahreswende 1805/06 sowie 1809.

In der Revolution 1848/49 demonstrierte die Landeshauptstadt ihre Loyalität gegenüber dem Kaiser. Die am 15. März 1848 auf kaiserlichen Befehl in Brünn gegründete Nationalgarde unterdrückte Ende Oktober 1848 Arbeiterunruhen in der Stadt. Die neue von Kaiser Franz Joseph I. am 1. Juli 1850 gebilligte Gemeindeordnung hatte auch die Eingemeindung von 27 Brünner Vorstädten zur Folge.

Eine Woche nach der Proklamation der Tschechoslowakei im Herbst 1918 musste der deutsche Stadtrat abtreten. Am 6. November 1918 übernahm der als Regierungskommissar eingesetzte Petr Kerndlmayer von Ehrenfeld zusammen mit einer 24-köpfigen Kommission (16 Tschechen, 8 Deutsche) die Verwaltung der Stadt. Im April 1919 wurden 22 Dörfer eingemeindet (Groß-Brünn). Dem im Ergebnis der Wahlen vom 29. Februar 1920 entstandenen Stadtparlament gehörten 61 Tschechen und 29 Deutsche an. Wichtige gesamtstaatliche Organisationen kamen nach Brünn, u. a. das Oberste Gericht.

Zeitgeschichte

Am 15. März 1939 besetzte die deutsche Wehrmacht Brünn. Bürgermeister Rudolf Spazier (1887–1963) wurde zum Rücktritt gezwungen, der Brünner NS-Vertreter Oskar Judex

(1894–1953) zum Nachfolger bestimmt. Während der Besatzung 1939–1945 dienten neben dem Spielberg auch mehrere Studentenheime als Gestapo-Gefängnisse. Am 26. April 1945 wurde Brünn von der Roten Armee eingenommen, fast 1.300 Häuser in der Stadt wurden zerstört.

Die noch in Brünn verbliebenen Deutschen wurden am 30. Mai 1945 im "Brünner Todesmarsch" Richtung Pohrlitz/Pohořelice zur österreichischen Grenze getrieben. Die Zahl der Todessopfer ist umstritten; nach neueren Studien dürfte sie bei ca. 5.200 Personen gelegen haben. Im Garten des Brünner Augustinerklosters erinnert seit 1995 ein Gedenkstein an die Opfer dieser wilden Vertreibung. Nach der offiziellen Abschiebung der Deutschen 1945 verblieben lediglich 1.500 Bewohner deutscher Nationalität in Brünn.

In der Zeit des Totalitarismus (1948–1989) entwickelte sich Brünn zu einer "sozialistischen Groß- und Messestadt", deren politische Bedeutung dem Prager Zentralismus untergeordnet wurde. Mit der sowjetischen Invasion im August 1968 begann auch in Brünn die sog. Normalisierung. Erst mit der "Samtenen Revolution" Ende 1989 endete die sozialistische Ordnung. Im Sommer 1992 wurde in der Villa Tugendhat die friedliche Separation der ČSFR in die Tschechische und die Slowakische Republik beschlossen. Brünn ist heute eine moderne Industrie- und Messestadt mit einem breiten Kulturangebot, Sitz des Verfassungsgerichts und des Obersten Verwaltungsgerichts der Tschechischen Republik sowie der Generalstaatsanwaltschaft.

Bevölkerung

Die Einwohnerzahl dürfte 14. Jahrhundert bei etwa 6.000-7.000 gelegen haben, sank am Ende des 15. Jahrhunderts aber auf etwa 5.000. Dem Anstieg auf 11.000 vor 1618 folgte ein erneutes Absinken im 30-jährigen Krieg auf 4.500 (1650). Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts bewirkte die Industrialisierung einen raschen Zuwachs. 1846 (Innere Stadt und Vorstädte): 45.354; 1880: 82.660, davon 48.951 Deutsche (60 %) und 32.142 Tschechen; 1910: 125.737, davon 81.617 Deutsche (65,9 %) und 41.943 Tschechen; 1919: 131.663, davon 80.144 Tschechen und 45.233 Deutsche (34,4 %); 1921: 221.758, davon 157.189 Tschechen und 55.816 Deutsche (25,9 %), hinzu kamen 3.818 Juden sowie 1.671 Personen anderer Nationalitäten; 1930: 264.925, davon 212.760 Tschechen und 52.165 Deutsche (20,3 %); 1950: 284.946; 1991: 388.296. Am 1.1.2013 hatte Brünn 378.327 Einwohner. 2001 bekannten sich offiziell 425 Personen als tschechische Staatsbürger deutscher Nationalität.

Erstmals wurden 1253 Juden in Brünn erwähnt, die im Südwesten der ummauerten Stadt lebten. Sie genossen wiederholt als Kammerjuden königlichen Schutz, wurden aber dennoch 1454, ebenso wie in anderen königlichen Städten Mährens, vertrieben und verschwanden de facto für vier Jahrhunderte aus dem Stadtbild. Erst die Revolution 1848 führte zur völligen bürgerlichen Gleichstellung der Juden, deren Zahl 1857 auf 2.230 stieg, wobei viele jüdische Unternehmer den wirtschaftlichen Aufstieg der Stadt vorantrieben. 1890 lebten bereits 7.087 Juden in Brünn; ihre Zahl erhöhte sich bis 1938 auf etwa 12.000. Zwischen November 1941 und Juli 1943 wurden über 9.000 Juden über Theresienstadt/Terezín nach Osten deportiert und ermordet. Die heutige Jüdische Gemeinde in Brünn und Südmähren zählt etwa 350 Personen.

Wirtschaft

Nach dem Dreißigjährigen Krieg erlebte Brünn einen langsamen, zunächst merkantilistisch geprägten wirtschaftlichen Aufschwung. 1663 erfolgte in der Brünner Vorstadt Radlas die Gründung der ersten Baumwollmanufaktur. Als ein Meilenstein auf dem Weg in die In-

dustrielle Revolution erwies sich die 1751 durch Johann Anton Kehrnhofer gegründete "Leihbank Unser Lieben Frau" in Brünn, eine Art staatsbeteiligte Entwicklungsbank. Innerhalb eines Jahrhunderts stieg die südmährische Stadt zu einer europäischen Industriemetropole auf. Der Beginn der Brünner Manufakturgeschichte in den 1780er Jahren ist mit den Tuchfabriken von Johann Leopold Köffiler (1743–1814) und Johann Heinrich Offermann (1748–1793) verbunden.

1845 gab es bereits 45 Fabriken, die von deutschen oder deutsch-jüdischen Unternehmern geführt wurden. Zu den bekanntesten gehörte die Firma der aus Düren (Rheinland) eingewanderten Familie Schoeller, die in Brünn 1818/19 die "Gebrüder Schoeller k. k. priv. Feintuch und Schafwollwarenfabrik" begründete.

1802 wurde die erste Spinnmaschinenfabrik gegründet. 1861 entstand die Gießerei des Ignaz Stork, in der 1912 Viktor Kaplan seine berühmte Turbine konstruierte, 1864 die Maschinenfabrik von Friedrich Wannieck und 1889 die Königsfelder Maschinenfabrik. Als 1839 der Anschluss Brünns an die Eisenbahnstrecke nach Wien erfolgte, waren in den Brünner Vorstädten ein Drittel der Produktion aller Tuchfabriken und ein Viertel aller Färbereien ganz Mährens und Österreichisch-Schlesiens konzentriert. Unter maßgeblicher Beteiligung jüdischer Unternehmer entstanden neue Firmen wie L. Auspitz, Gebrüder Popper sowie Löw & Schmal. Sie festigten den Ruf der mährischen Hauptstadt als "österreichisches Manchester".

In der Zeit des sog. Protektorats Böhmen und Mähren gewann der Rüstungsbetrieb Zbrojovka besondere Bedeutung. Im Stadtteil Lösch entstand eine Fabrik zur Herstellung von Flugzeugmotoren, das spätere Zetor-Werk. Nach dem Krieg wurde die Produktion auf die Fabrikation von Traktoren umgestellt.

Gesellschaft

Die wachsenden ethnisch-nationalen Spannungen zwischen Tschechen und Deutschen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts führten zur Gründung zahlreicher national definierter Vereine. 1861 entstand der deutsche Turnverein, 1868 wurde der tschechische Turnverein *Sokol* gegründet. Im 1873 fertiggestellten Gemeinschaftshaus (*Besední dům*) siedelten sich tschechische Vereine an, u. a. der Leseverein (*Čtenářský spolek*). Das deutsche Vereinsleben konzentrierte sich im 1891 im Stil der deutschen Spätrenaissance errichteten Deutschen Haus (1945 zerstört). Unter den jüdischen Vereinen sind u. a. Bar Kochba und Makkabi Brno (Sportvereine) zu nennen.

Religions- und Kirchengeschichte



Die Brünner Pfarrkirche St. Jakob, bis 1945 das Gotteshaus der Brünner Deutschen [Foto: T. Krzenck].

Seit dem 13. Jahrhundert diente die Pfarrkirche St. Jakob als Kirche der Deutschen, während St. Peter und Paul den Tschechen vorbehalten blieb. 1227–1239 ließen sich die Dominikaner nieder, um 1230 die Minoriten und seit 1240 die Augustinerinnen im sog. Herburgkloster. Die erste Gemahlin König Johanns von Luxemburg gründete 1312 einen Konvent der Dominikanerinnen in der Stadt, während Elisabeth von Polen-Kalisch, die Witwe Wenzels II., 1323 das monumentale Zisterzienserinnenkloster Aula S. Mariae in Alt-Brünn stiftete.

Seit 1530 erhielt der Protestantismus in Brünn Einzug, stieß jedoch auf den entschiedenen Widerstand der Katholiken. 1572 kamen die Jesuiten nach Brünn. Der Olmützer Bischof Kardinal Franz von Dietrichstein veranlasste seit 1599 ein konsequentes Vorgehen gegen die Lutheraner, die z. B. ihre Toten nicht mehr bei St. Jakob begraben durften. 1604 ließen sich die Kapuziner in Brünn nieder. Mit der Niederlage des böhmischen Ständeaufstands 1620 und dem nachfolgenden Strafgericht siegte der Katholizismus endgültig. 1777 stieg Brünn zur bischöflichen Residenz auf.

1783 wurde das ehemalige Zisterzienserinnenkloster Alt-Brünn den Augustiner-Eremiten zugewiesen. Das Kloster wurde 1950 von der kommunistischen Regierung aufgelöst. 1989 kehrten die Augustiner in die Abtei zurück. Das ursprüngliche Brünner Augustinerkloster St. Thomas am heutigen Mährischen Platz (*Moravské náměstí*) wurde 1350 gegründet (ihre Kirche diente als Grablege der mährischen Luxemburger) und 1752 zur Abtei erhoben, da der Klerus einen Vertreter zu den Sitzungen des Landtages der mährischen Stände zu entsenden hatte. Aus dieser historischen Tatsache ergibt sich die Besonderheit, dass Brünn die weltweit einzige Abtei des Augustiner-Eremitenordens (OSA) ist. Der Naturforscher Gregor Mendel war von 1868 bis zu seinem Tod 1884 Abt dieses Klosters.

Die erste neuzeitliche Jüdische (Große) Synagoge wurde 1855 in neuromanischem Stil erbaut (1939 von den Nationalsozialisten niedergebrannt). 1859 erfolgte die Konstituierung

der Jüdischen Gemeinde. 1904 kam die Neue Synagoge hinzu. Während des Ersten Weltkrieges flüchteten einige tausend Juden aus Galizien nach Brünn. Nach Gründung der Tschechoslowakei 1918 wurden die jüdischen Institutionen in der Legionärsstraße (*tř. Kpt. Jaroše*) und am Glacis (*Koliště*) konzentriert. 1936 kam die Synagoge der *Agudas achim* hinzu. Im Jahr 1998 wurde in Brünn die erste Moschee Tschechiens erbaut.

Bildung und Wissenschaft

Einige Notare der Kanzlei Kaiser Karls IV. bekleideten in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts die Stellen von Kanonikern zu St. Peter in Brünn und verbreiteten in der Stadt frühhumanistisches Gedankengut. Zahlreiche geistliche Einrichtungen wie St. Jakob und der Minoritenorden besaßen eigene Büchereien mit wertvollen Handschriften.

Das 1578 eröffnete Jesuitengymnasium wurde nach Vertreibung der Jesuiten 1773 auch für weltliche Lehrer und jüdische Schüler geöffnet. Aus diesem ging das 1848 verstaatlichte und 1878 reformierte k. k. (Erste) Gymnasium mit deutscher Unterrichtssprache hervor (nach 1918 Masaryk-Staatsgymnasium).

1775 konstituierte sich in Brünn eine Schulkommission für Mähren, die auch für die Eröffnung einer normalen Hauptschule sorgte. Auch die Pfarrschule zu St. Jakob wurde zur Hauptschule erhoben; weitere ausnahmslos deutsche Schulgründungen folgten. Gerade im höheren und niederen Schulwesen Brünns fanden die ethnisch-nationalen Gegensätze zwischen Deutschen und Tschechen nach 1850 ihren signifikanten Ausdruck, wobei der "Kampf um das Kind" (Tara Zahra) bereits im Vorschulalter begann. 1900 gab es 18 deutsche und 11 tschechische Kindergärten, daneben 19 deutsche und 6 tschechische Volks- und Bürgerschulen, deren Zahl sich auch durch die späteren Eingemeindungen bei gleichzeitiger Differenzierung weiter erhöhte.

Im Zuge der Josefinischen Reformen siedelte 1778 die Universität Olmütz nach Brünn um, bereits vier Jahre später kam es jedoch zur Rückverlegung nach Olmütz. Eine führende Rolle im Kulturleben nahm das 1817 gegründete Franzensmuseum (Mährisches Landesmuseum) ein, 1839 erfolgte die Gründung des Mährischen Landesarchivs (*Moravský zemský archiv*). 1849 wurde die Deutsche Technische Hochschule Brünn gegründet, die bis 1945 bestand. 1899 kam die Tschechische Technische Hochschule Brünn (*Vysoké učení technické v Brně*), 1919 die Masaryk-Universität hinzu.

1904 wurde in den Räumen des Alten Landhauses das Brünner Stadtmuseum eröffnet, heute sind dessen Sammlungen Bestandteil des Museums der Stadt Brünn (*Muzeum města Brna*) auf dem Brünner Spielberg. Das Kunstgewerbemuseum (*Uměleckoprůmyslové muzeum*) birgt eine bedeutende Sammlung internationalen wie nationalen Kunsthandwerks. Dokumente zur Stadtgeschichte finden sich im Stadtarchiv (*Archiv města Brna)*. Die BRUNA als Heimatverband der (ehemaligen) Brünner gibt den *Brünner Heimatboten*, der Brünner Deutsche Sprach- und Kulturverein den *Kleinen Brünner Gassenboten* heraus.

Kunstgeschichte

Die Anfänge der Kathedralkirche St. Peter und Paul auf dem Petershügel reichen mindestens in das 12. Jahrhundert zurück. Im 14. Jahrhundert wurde die ursprüngliche romanische Basilika zu einer gotischen Hallenkirche umgebaut. Die Innenausstattung geht auf die Phase der Barockisierung im 18. und der Regotisierung im 19. Jahrhundert zurück. Die spätgotische Stadtpfarrkirche St. Jakob (begonnen 1220) wurde 1575 vollendet, die Sakristei von Anton von Pilgram 1510 angebaut. Der um 1460 in Brünn geborene Baumeister gilt auch als Schöpfer des 1511 vollendeten spätgotischen Portals des 1311 erbauten, spä-

ter mehrfach erneuerten Alten Rathauses. Die 1356 von Markgraf Johann Heinrich gestiftete ehemalige Augustinerkirche St. Thomas wurde 1661–1666 nach Entwürfen von Giovanni Battista Erna barockisiert. Die um 1385 geschaffene Pietà aus Kalkstein in der Kirche wird Heinrich Parler d. J. zugeschrieben. Auf dem Mendelplatz (*Mendlovo náměstí*) steht die 1323 von Königin Elisabeth von Polen-Kalisch als Kirche eines Zisterzienserinnenklosters gegründete Marienkirche, deren Fertigstellung nach 1340 erfolgte.

Die seit etwa 1230 in Brünn ansässigen Dominikaner errichteten am später nach ihnen benannten Platz im letzten Drittel des 17. Jahrhunderts ein neues Gotteshaus. Bereits im Mittelalter hatten die Dominikaner einen Teil ihres Klosters dem in Brünn tagenden Mährischen Landtag für seine Sitzungen abgetreten. Der Gebäudetrakt wurde immer wieder erweitert, bis 1935 die Stadtverwaltung, nach Aufgabe des Alten Rathauses aus Platzmangel, hier einzog (sog. Neues Rathaus/*Nová radnice).* Daniel Gran schuf das barocke Deckenbild *Herkules beschützt Künste und Wissenschaft* im ehemaligen großen Ständesaal, in dem heute das Stadtparlament tagt.

Der annähernd dreieckige Freiheitsplatz (*naměstí Svobody*) mit der 1679 zum Dank für die Abwendung der Pest gestifteten Mariensäule ist das Herz des historischen Stadtzentrums. Im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit begrenzten Adelspalais den Platz – erhalten ist der einstige Stadtpalast der Herren von Leipa und Dauba. Das zwischen 1589 und 1596 von Georg Gialdi erbaute Herrenhaus gilt als wichtiges Werk der sog. "Mährischen Renaissance".

Der Parnass-Brunnen auf dem Krautmarkt (*Zelný trh*) entstand 1693–1695 nach einem Entwurf von Johann Bernhard Fischer von Erlach. Im unteren Teil des Platzes steht die Redoute, das älteste, aus dem 18. Jahrhundert stammende Theater der Stadt; den oberen Teil beherrscht das in den Jahren 1614–1620 nach Plänen des italienischen Architekten G. G. Tencalli erbaute Palais Dietrichstein, benannt nach dem Gubernator Mährens, der nach der Schlacht am Weißen Berg 1620 die Rekatholisierung einleitete. Die Räume des Palais beherbergen heute das Mährische Landesmuseum.

1852 endete der Festungsstatus Brünns, seit 1860 wurden die Befestigungsanlagen nach Wiener Vorbild durch eine Ringstraße und Parkanlagen ersetzt.

Die Tätigkeit von Architekten wie Bohuslav Fuchs, Ernst Wiesner, Otto Eisleroder Jiří Kroha machte Brünn in der Zwischenkriegszeit zu einem Zentrum der Moderne (u. a. Kommerzbank am Freiheitsplatz, Hotel Avion in der Tschechischen Gasse/*Česká*, Villen und Einfamilienhäuser in Schreibwald/*Pisárky* oder in Schwarze Felder/*Černá Pole*). 1928–1930 baute Ludwig Mies van der Rohe die Villa des deutsch-jüdischen Unternehmerehepaars Fritz und Grete Tugendhat (seit 2001 UNESCO-Weltkulturerbe). 1928 präsentierte sich die Tschechoslowakei zur Zehnjahresfeier der Staatsgründung mit einem neuen Messegelände (*Výstaviště*) in den Formen des Internationalen Stils als fortschrittliche Nation.

Seit 1963 findet in Brünn die internationale Biennale des graphischen Designs statt. In Brünn wurden u. a. der Architekt Adolf Loos (1870–1933) und der Bildhauer Anton Hanak (1875–1934) geboren.

Theater- und Musikgeschichte

Seit 1600 fanden Vorstellungen durchreisender Schauspieler in dem von der Stadt erworbenen Tavernen-Gebäude am Krautmarkt statt, das 1693 niederbrannte. 1734 errichtete man ein neues, hölzernes Schauspielhaus, das ebenfalls mehrfach Feuersbrünsten zum Op-

fer fiel. Auf Initiative des Bürgermeisters Gustav Winterholler (1833–1894) begann man 1881 mit dem Bau des Deutschen Stadttheaters am Obstmarkt (heute *Mahenovo náměstí*) nach Entwürfen der Wiener Theaterarchitekten Ferdinand Fellner und Hermann Helmer.

1862 wurde der Brünner Musikverein gegründet. Als Konzertsaal der Brünner Deutschen diente auch das Deutsche Haus. Die Wurzeln der 1956 gegründeten Brünner Philharmoniker reichen in die Wirkungszeit Leoš Janáčeks (1854–1928) im ausgehenden 19. Jahrhundert zurück. Die heutige Musik-Akademie im Gebäude des ehemaligen Deutschen Staatsgymnasiums trägt seinen Namen, zudem findet alle zwei Jahre im Herbst in Brünn das internationale Janáček-Musikfestival statt. Den Namen des Komponisten trägt auch das 1965 eröffnete Janáček-Theater als Bühne für Oper und Ballett. In Brünn wurde u. a. der deutsch-jüdische Komponist und Oscar-Preisträger Erich Wolfgang Korngold (1897–1957) geboren.

Literatur- und Pressegeschichte

1486 wurde in Brünn mit der *Agenda Olomucensis* das erste Buch gedruckt. Als erste Brünner Zeitung erschienen 1755 die *Wöchentlichen Intelligenz-Zettel*, 1778 folgte die *Brünner politische Zeitung* (seit 1814 Tageszeitung). Ab 1850 erschien auch der *Brünner Tagesbote*. 1893 gründete der Politiker und Journalist Adolf Stránský (1855–1931) in Brünn die liberale Zeitung *Lidové noviny*, die älteste noch unter dem ursprünglichen Namen existierende tschechische Zeitung. Eine wichtige Rolle spielte die 1786 von Joseph Georg Traßler gegründete und 1861 von Rudolf Maria von Rohrer übernommene Druckerei- und Verlagsanstalt, die 1897 durch Zukauf des Verlages Friedrich Irrgang ergänzt wurde, in der die größte mährische Zeitung, der *Tagesbote*, erschien.

Zu den in Brünn geborenen österreichischen Schriftstellern gehört der monarchistisch-patriotische Dichter Richard von Schaukal (1874–1942). Robert Musil (1880–1942) studierte in Brünn Maschinenbau und beschrieb in seinem Roman *Der Mann ohne Eigenschaften* die düstere Atmosphäre der Industriestadt. Fast vergessen ist die deutsch-jüdische Literatur Brünns, auch weil viele Autoren ihre Vaterstadt früh verließen, u. a. Philipp Langmann (1862–1931), Ernst Weiß (1882–1940), Oskar Jellinek (1886–1949), Ernst Lothar (1890–1974) und Fritz Beer (1911–2006). Aus Brünn stammen auch die tschechischen Schriftsteller František Halas (1901–1949), Bohumil Hrabal (1914–1997), Ludvík Kundera (1920–2010), Jan Skácel (1922–1989), Milan Kundera (geb. 1929) und Jan Trefulka (geb. 1929).

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- "BRUNA", Heimatverband der Brünner in der Bundesrepublik Deutschland e. V. (Hg.): Lexikon bedeutender Brünner Deutscher 1800-2000. Ihr Lebensbild, ihre Persönlichkeit, ihr Wirken. Berühmte und Bedeutende, Ausgezeichnete und Verdienstvolle, Bekannte und weniger Bekannte. Zusgest. von Erich Pillwein, Helmut Schneider. Schwäbisch Gmünd 2000.
- Jaroslav Dřímal, Václava Peši (Red.): Dějiny města Brna [Geschichte der Stadt Brünn]. 2 Bde. Brno 1969, 1972.
- Lukáš Fasora: Svobodný občan ve svobodné obci? Občanské elity a obecní samospráva města Brna 1851–1914 [Ein freier Bürger in einer freien Gemeinde? Die bürgerlichen Eliten und die Gemeindeselbstverwaltung der Stadt Brünn 1851–1914]. Brno 2007 (Edice Země a kultura ve střední Evropě 6).
- Vladimír Filip, Vlastimil Schildberger ml., Jan Břečka, Lubor Nedbal: Brno- Brünn 1939–1945. Roky nesvobody – Jahre der Unfreiheit. 3 Bde. Brno 2011–2013.

- Hermann Freudenberger, Gerhard Mensch: Von der Provinzstadt zur Industrieregion (Brünn-Studie). Ein Beitrag zur Politökonomie der Sozialinnovation, dargestellt am Innovationsschub der industriellen Revolution im Raume Brünn. Göttingen 1975 (Studien zum Wandel von Gesellschaft und Bildung im neunzehnten Jahrhundert 13).
- Hanns Hertl (Hg.): Der "Brünner Todesmarsch" 1945. Die Vertreibung und Mißhandlung der Deutschen aus Brünn. Eine Dokumentation. Schwäbisch Gmünd 1998 (in tschechischer Sprache Praha 2005).
- Karel Kuča: Brno. Vývoj města, předměstí a připojených vesnic [Brünn. Die Entwicklung der Stadt, ihrer Vorstädte und eingemeindeten Dörfer]. Praha, Brno 2000.
- Zdeněk Kudělka, Jindřich Chatrný (Hg.): For New Brno. The Architecture of Brno 1919–1939 (Catalogue Museum of the City of Brno). Brno 2000.
- Rudolf Procházka: Dějiny Brna [Geschichte Brünns]. Bd. 1: Od pravěku k ranému středověku [Von der Vorgeschichte zur Frühen Neuzeit]. Brno 2011.
- František Šujan: Dějepis Brna [Geschichte Brünns]. Brno 1902. (digitalisiert unter https://openlibrary.org/books/OL24608713M/D%C4%9Bjepis_Brna)
- Katharina Wessely: Theater der Identität. Das Brünner deutsche Theater der Zwischenkriegszeit. Bielefeld 2011.

Periodika

- Brno v minulosti a dnes, 1959ff.
- Forum Brunense, 1988ff.
- Brünner Heimatbote (http://bhb.bruenn.eu/)

Weblinks

- http://www.brno.cz (mehrsprachige Homepage der Stadt Brünn)
- http://www.bruenn.org (Homepage der Bruna, des Verbandes der aus Brünn vertriebenen Deutschen)
- http://landesversammlung.cz/de/verbaende/bruenn/deutscher-kulturverien-region-bruenn (Deutscher Kulturverband der Region Brünn)
- http://www.archaiabrno.org/home_de/ (mehrsprachige Webseite der in Brünn ansässigen "Gesellschaft zum Schutz, der Rettung, Dokumentation und Erforschung archäologischer, architektonischer und anderer historischer Denkmale sowie der Bildung, Erziehung und Popularisierung im Bereich der Archäologie und Denkmalpflege")
- http://encyklopedie.brna.cz (Persönlichkeiten, Ereignisse, Gebäude, Archäologie, Literatur etc. der Stadt Brünn, u. a. mit einem virtuellen Modell der 1645 von den Schweden belagerten Stadt sowie einem Panoramabild von Brünn im Jahre 1867 vom Turm der Jakobskirche aus)
- http://www.archiv.brno.cz (mehrsprachige Homepage des Stadtarchivs. Unter dem Begriff "Digiarchiv" werden aktuell digitalisierte Quellen präsentiert, beginnend mit den Volkszählungen seit 1850)
- http://www.mza.cz (Homepage des Mährischen Landesarchivs Brünn, mit Link zu digitalisierten Beständen, auch zur Geschichte Brünns unter http://www.mza.cz/digitalizovane-fondy-pomucky)
- http://www.zob.cz (Homepage der Jüdischen Gemeinde mit zahlreichen Informationen zur Geschichte bzw. zu bedeutenden jüdischen Persönlichkeiten Brünns)
- http://www.hantec.cz (Homepage zum sog. Brünner Hantec, der Brünner Mundart)

Zitation

Thomas Krzenck: Brünn/Brno. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2013. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54186.html (Stand 02.12.2013).

Brüx/Most

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Brüx

Amtliche Bezeichnung

tschech. Most

Lateinische Bezeichnung

Pons

2. Geographie

Lage

Brüx liegt auf 50° 30' nördlicher Breite, 13° 38' östlicher Länge, ca. 35 km südwestlich von Aussig/Ústí nad Labem.

Region

Nordböhmen

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Tschechien. Die Stadt Brüx liegt in der Region Aussig (*Ústecký kraj*) im ehemaligen Bezirk Brüx (*Okres Most*).

3. Geschichte und Kultur

Wappen

Das Stadtwappen zeigt spätestens seit dem 14. Jahrhundert eine dreibogige Brücke mit zwei Brückentürmen, einen bewehrten und gekrönten Löwen mit doppeltem, gedrehtem Schwanz sowie einen Stern.

Mittelalter

Die von Cosmas von Prag in seiner *Chronica Bohemorum* (um 1120/25) erwähnte "Brücke (*pons*) von Gnevin beim Fluss Belina" (II. Buch, Kap. 11) bezieht sich vermutlich nicht nur auf die Brücke selbst, sondern auch auf die in der Nähe der Burg Landeswarte/Hněvín gelegene Siedlung des späteren Brüx an der Biela (*Bílina*); die Existenz einer Stadt (*urbs*) an der Biela wird auch von einem sächsischen Chronisten 1140 bestätigt (MGH SS 6, S. 684). Seit Ende des 12. Jahrhunderts verwalteten die Herren von Hrabaschitz (Grabissa) die Burg und den Burgbezirk, die Coiata von Hrabaschitz im Jahre 1227 dem Prager Kloster Zderas/Zderaz überließ. Im Laufe des 13. Jahrhunderts fiel der Ort an die Přemysliden. Die eigentliche planmäßige Gründung der "königlichen" Stadt – eine Gründungsurkunde ist nicht überliefert – wird mit einer Urkunde Wenzels I. von 1263 in Verbindung gebracht, in der der deutsche Name "Pruks" zum ersten Mal erwähnt wird. Die Verleihung und Bestätigung städtischer Privilegien durch König Otakar I. Přemysl (1273), Johann von

Böhmen (1327) und Karl IV. (1361ff.) sind belegt, darunter das für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt zentrale Straßenzwangs- und Stapelrecht sowie das Bannmeilenrecht zum Schutz des städtischen Handwerks (beide 1273). Während der Hussitenkriege (1414–1434) blieb Brüx – bis 1459 in Pfandschaft der Herzöge von Sachsen – katholisch.

Neuzeit

Eine Zäsur in der Stadtgeschichte markierte der Stadtbrand von 1515, dem die gesamte Altstadt zum Opfer fiel. Der Neubau der Stadtpfarrkirche (Mariae Himmelfahrt) begann 1517; das Rathaus wurde im 16. Jahrhundert als Renaissancebau vollendet. Während des Dreißigjährigen Krieges wurden große Teile der Stadt zerstört und sie verlor wirtschaftlich und kulturell an Bedeutung. 1613 lassen sich erste Hinweise auf die Entstehung des Montanwesens finden. Ein Stadtbrand vernichtete 1820 wichtige Bausubstanz aus der frühen Neuzeit. Der Stadtausbau in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts umfasste eine Kaserne (1852), ein Krankenhaus (1855) und eine Synagoge (1868). Mit der Anbindung an das Eisenbahnnetz 1870 (Aussig-Teplitzer Eisenbahn) wurde die Voraussetzung für die Industrialisierung (Zuckerfabrik, Porzellanmanufaktur, Stahlwerk, Brauerei) und für den Ausbau des Montanwesens geschaffen, der letztendlich zum Niedergang der historischen Stadt Brüx führte. Ein Grubeneinsturz 1895 (die sog. Schwimmsandkatastrophe) zerstörte weite Teile der Stadt.

Zeitgeschichte

Aufgrund des reichhaltigen Braunkohlevorkommens unter der historischen Stadt Brüx wurde 1964 der Abriss der Altstadt beschlossen, der ab 1967 umgesetzt wurde. Von den Sprengungen blieben ein Villenviertel aus dem 19. Jahrhundert und einige Gebäude aus den 1920er Jahren in der Nähe des Burgbergs verschont. Bereits 1964 war mit dem Bau der "neuen" Stadt Most wenige Kilometer südöstlich der ursprünglichen Siedlung begonnen worden. 1975 wurde die Dekanatskirche Mariae Himmelfahrt als einziges historisches Gebäude auf Schienen in die neu entstandene Stadt verschoben.

Bevölkerung

Aufzeichnungen des 16. Jahrhunderts deuten auf eine deutschsprachige Bevölkerungsmehrheit und eine tschechischsprachige Minderheit hin, die jedoch im gesamten sozialen Querschnitt vertreten war. Die Stadt war im 16. Jahrhundert konfessionell gemischt. Im 19. Jahrhundert zog das expandierende Montanwesen zahlreiche tschechische Arbeitskräfte nach Brüx und die Einwohnerzahl erhöhte sich von knapp 5.000 im Jahr 1857 auf etwa 21.500 im Jahr 1900. Die für das späte 19. Jahrhundert geschätzte Quote von etwa 10 % tschechischen Einwohnern stieg bis 1930 auf knapp 50 %. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurden ca. 17.000 deutsche Stadtbewohner vertrieben. Bis 1947 erreichte die Bevölkerungszahl wieder annähernd das Vorkriegsniveau. 2011 zählte Brüx ca. 67.500 Einwohner.

Kunstgeschichte

Nach dem Stadtbrand von 1515 wurde die Kirche Mariae Himmelfahrt (Dekanal- oder Dekanatskirche) ab 1517 als spätgotische Hallenkirche nach Entwürfen des aus Schweinfurt stammenden Baumeisters Jacob Heilmann errichtet. Das dreischiffige Langhaus mit umlaufenden Emporen, polygonalem Chorschluss und Kapellen zwischen den eingezogenen Strebepfeilern wird über den Seitenschiffen von einem Netzgewölbe, über dem Mittelschiff von einem Schlingrippengewölbe überspannt. Die Kirche, die die Gewölbelösung Benedikt Rieds im Vladislav-Saal der Prager Burg zitiert (1493/94–1502), steht in enger stilistischer Verbindung zur ebenfalls von Heilmann gewölbten Annenkirche in Annaberg-

Buchholz (Sachsen). Infolge des Kohleabbaus, dem die historische Stadt Brüx zum Opfer fiel, wurde die Kirche 1975 um etwa einen Kilometer transloziert. Im Kircheninneren befindet sich heute eine Dauerausstellung zur Kunst des Mittelalters und der Renaissance in Nordwestböhmen; in der Krypta sind Werke zeitgenössischer Künstler zu sehen.

Die Dekanatskirche, die Minoritenkirche und die Piaristenkirche befanden sich im alten Brüx an den drei Hauptplätzen der Altstadt; die Wenzelskirche (Kreuzherrenorden) und die Evangelische Kirche lagen am Rand der Altstadt.

Gedächtnis- und Erinnerungskultur

Das "städtische Gedächtnis" von Brüx erfuhr zwei entscheidende Zäsuren: zum einen die Vertreibung von ca. 17.000 Deutschen und die sukzessive Neubesiedlung nach 1945, zum anderen die Vernichtung der historischen Stadtstruktur der auf etwa 50.000 Einwohner gewachsenen Kleinstadt ab 1967 infolge des Braunkohleabbaus und die Neugründung der Stadt Most wenige Kilometer entfernt. Die translozierte Dekanatskirche, ein kultureller Fremdkörper am Rande der "modernen" Stadt, wurde als Exemplum staatlicher Denkmalpflege kommuniziert.

Das Städtische Theater (*Městské divadlo v Mostě*, Grundsteinlegung 1979) und das Magistratsgebäude (*Magistrát města Most*) bilden das Stadtzentrum der neuen Stadt Most. Straßen- und Platznamen ("1., 2. Platz") sowie historische Versatzstücke (Brunnen, Pestsäule) erinnern an das historische Brüx.

Die Brüxer Heimatstube in Erlangen (vgl. http://www.bkge.de/heimatsammlungen/45132.html) thematisiert in ihrer Sammlung vor allem die Montantradition und die Zerstörung der Stadt im 20. Jahrhundert sowie die Verlagerung der Dekanatskirche, die im kollektiven Gedächtnis der Deutschen aus Brüx eine wichtige Rolle spielt.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Joachim Bahlcke, Winfried Eberhard, Miloslav Polívka (Hg.): Handbuch der historischen Stätten: Böhmen und Mähren. Stuttgart 1998, S. 79f.
- Jan Klápště: Das mittelalterliche Most und das Moster Land: Die Stadt und ihre Region. In: Jana Kubková (Hg.): Život v archeologii středověku. Sborník příspěvků věnovaných Miroslavu Richterovi a Zdeňku Smetánkovi [Das Leben in der Archäologie des Mittelalters. Festschrift für Miroslav Richter und Zdeněk Smetánka]. Praha 1997, S. 327-341.
- [o. A.] Přesun kostela v Mostě [Die Verschiebung der Kirche in Brüx]. Praha 1976.
- Kurt Oberdorfer: Brüx – die Stadt an der Brücke. Beiträge zur Geschichte einer nordwestböhmischen Stadt. München 1958.

Weblinks

- http://www.mesto-most.cz/ (mehrsprachige Internetpräsenz der Stadt Most)
- http://www.kostel-most.cz/ (tschechischsprachige Seite zur Geschichte der Dekanatskirche)
- http://www.muzeum-most.cz/ (mehrsprachige Seite des Brüxer Regionalmuseums/Oblastní muzeum v Mostě)

Zitation

Marco Bogade: Brüx/Most. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54187.html (Stand 13.03.2013).

Brzeg → Brieg/Brzeg

siehe Brieg/Brzeg

Bucureşti → Bukarest/Bucureşti

siehe Bukarest/Bucureşti

Budapest (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Budweis/České Budějovice (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Bukarest/Bucureşti

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Bukarest

Amtliche Bezeichnung

Bucureşti; ältere rum. Schreibung: Bucureşci

Anderssprachige Bezeichnungen

frz., span. Bucarest; engl. Bucharest

Etymologie

Der rumänische Name bedeutet wörtlich "Du bist froh" und wird volksetymologisch mit der legendenhaften Stadtgründung durch den Hirten Bucur in Verbindung gebracht. Er kann aber auch, vermutlich korrekter, als Sippenname ("zu denen des Geschlechts Bucur gehörig") gedeutet werden.[1]

2. Geographie

Lage

44º 26' nördlicher Breite, 26º 6' östlicher Länge.

Topographie

Bukarest liegt zwischen dem Karpatenbogen und der Donau in der Walachischen Tiefebene (rum. *Câmpia Română*), südlich des Vrancea-Gebiets, einer der seismisch aktivsten Regionen Europas. Die Stadt wurde wiederholt von schweren Erdbeben getroffen, zuletzt

1940 und 1977. Im Stadtnorden erstreckt sich ein natürlicher Seengürtel, der sich aus den Flüssen Dâmboviţa und Colentina speist.

Region

Walachei

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Hauptstadt Rumäniens. Bukarest ist das einzige Munizipium (*municipiu*), das ein eigenes Verwaltungsgebiet innerhalb des Kreissystems (*Judeţe*) des Landes bildet, zudem Sitz des Patriarchen der rumänisch-orthodoxen Kirche und der römisch-katholischen Erzdiözese Bukarest.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Das Stadtwappen[2] zeigt einen goldenen bekrönten Adler (Krone Mirceas des Alten) auf blauem Schild, in den Krallen Schwert und Zepter, im Schnabel ein Kreuz, unterhalb ein Spruchband in den rumänischen Nationalfarben mit dem Motto *Patria şî dreptul meu* (= Meine Heimat und mein Recht), auf der Brust des Adlers ein roter Schild mit dem Stadtpatron, dem hl. Demetrios dem Neuen von Basarbowo (Sfântul- Cuvios Dimitirie cel Nou Basarabov), mit den Attributen eines Soldatenheiligen. Das Wappen ist bekrönt von sieben Zinnen, auf der mittleren ein schwarzer Adler mit Kreuz im Schnabel.

Prä-urbane Entwicklung

Paläolithische und neolithische (u. a. Gumelniţa-Kultur) sowie bronzezeitliche (u. a. Tei-Kultur) Funde auf dem heutigen Stadtgebiet lassen auf eine frühe Besiedlung schließen.[3] Römische und slawische Funde gelten als Belege für Siedlungskontinuität.[4] Die günstige Lage an Ost-West-Handelswegen zwischen den Übergängen im Karpatenbogen und der Donau im Süden und dem Schwarzen Meer im Osten prägte die Entwicklung nachhaltig.

Mittelalter und frühe Neuzeit

Ansätze einer urbanen Entwicklung stehen im 15. Jahrhundert im Zusammenhang mit der Etablierung des Fürstentums Walachei. Neben den ersten Fürstensitzen Argisch/Curtea de Argeş und Tergowisch/Târgovişte diente die Siedlung bald als Herrschersitz (*Cetate de scaun*). Basarab I. (Negru Vodă) soll im 14. Jahrhundert den Bau einer Befestigungsanlage an der Dâmboviţa veranlasst haben. Schon unter Vlad III. Drăculea (dem "Pfähler") lassen sich Bautätigkeiten am alten Fürstenhof (*Curtea veche*) nachweisen; ein von ihm 1459 gezeichnetes Dokument enthält die erste Erwähnung der Stadt als *Grad (= Burg) Bucureşti*. In den folgenden 250 Jahren wuchs die Bedeutung des Ortes, der sich unter Constantin Brâncoveanu (†1714) endgültig als Fürstensitz etablierte. Kämpfe mit den Osmanen und innenpolitische Verwicklungen brachten wiederholte Zerstörungen der Stadt und einen Wechsel des Fürstensitzes (mit Tergowisch/Târgovişte) mit sich.



Ioan Alexandru Paraschivescu (1855–1901):
Mahalaud Dracului [Wikimedia Commons].

Bis dahin entwickelte sich um die mittelalterliche Burg eine unbefestigte Siedlung urbanen Charakters, die nach und nach umliegende Dörfer als *Mahala* (Vorstadt) integrierte, vor allem nach ihrer Erhebung zur Hauptstadt, insbesondere unter Constantin Brâncoveanu. Zur Zeit der Fanarioten entstanden zahlreiche Brücken über die Dâmboviţa, wo ferner Wassermühlen das Bild prägten. Die Mahalas bestanden aus unregelmäßig um die Kirchen gruppierten einstöckigen Holzbauten, daneben beherrschten die massiveren Bojarenhäuser mit Gärten das Stadtbild. Prägendes Element waren zudem die Gasthöfe für reisende Händler (rum. *han*).

19. Jahrhundert

Nach dem Ende der Fanariotenherrschaft (vgl. Rumänien) schwand der osmanische Einfluss zusehends. 1789–1791 war Bukarest von österreichischen Truppen unter Friedrich Josias von Sachsen-Coburg-Saalfeld, zwischen 1807 und 1812 im Russisch-Türkischen Krieg von russischen Truppen besetzt. Um 1800 wurde die Stadt von Erdbeben und Pestwellen erschüttert.

In der Übergangszeit zum souveränen Staat Rumänien ist die Niederschlagung des Aufstands unter Tudor Vladimirescu 1821 durch die Osmanen stadtgeschichtlich bedeutsam, ferner als Modernisierungsschub das "Organische Reglement" (erstes verfassungsartiges Gesetzeswerk in Rumänien) unter russischer Protektion (nach dem Russisch-Osmanischen Krieg 1828/29).

In die Auflösungserscheinungen des Osmanischen Reichs hinein verbreitete sich von Bukarest ausgehend die Walachische Revolution von 1848, die in Bukarest von Nicolae Bălcescu, Gheorghe Magheru, Ion Brătianu und anderen betrieben wurde. Auf Ersuchen Russlands wurde der Aufstand durch eine Intervention osmanischer Truppen im September 1848 beendet. Die Zeit der Besetzungen dauerte an: Im Krimkrieg 1853–1856 wurde Bukarest abwechselnd von russischen, osmanischen und österreichischen Truppen besetzt. 1861 wurde der Ort Hauptstadt des unter Alexandru Ioan Cuza aus den Donaufürstentümern Moldau und Walachei gebildeten vereinigten Fürstentums Rumänien. Nach innenpolitischen Verwicklungen wurde Karl Eitel Friedrich von Hohenzollern-Sigmaringen 1866 als Carol I. Fürst des jungen Staates, der 1878 endgültig vom Osmanischen Reich unabhängig und 1888 Königreich wurde. Unter Carol I. brachten Reformen und Modernisierungsbestrebungen dem stetig wachsenden Bukarest eine Blütezeit. Bis zum Ersten Weltkrieg schritt die Industrialisierung zügig voran, woran auch zahlreiche deutsche Akteure ihren Anteil hatten (vgl. unten).

20. Jahrhundert und Gegenwart

Den bulgarischen Expansionsbestrebungen wurde nach dem Zweiten Balkankrieg mit dem Frieden von Bukarest (1913) Einhalt geboten. Nach anfänglicher Neutralität trat Rumänien 1916 auf Seiten der Entente in den Ersten Weltkrieg ein; in der Folge wurde Bukarest von Dezember 1916 bis November 1918 von den Achsenmächten besetzt, die rumänische Regierung nach Jassy/Iaşi verlegt.

Die großen Gebietsgewinne für Rumänien nach dem Ersten Weltkrieg durch den Vertrag von Trianon (1920) bedeuteten auch für die Hauptstadt des nun selbstbewusst auftretenden Nationalstaats einen Aufschwung. Kulturell und politisch wurde die im 19. Jahrhundert begonnene Hinwendung nach Westeuropa intensiviert.

Als Rumänien am 23. November 1940 auf Seiten des Deutschen Reichs in den Zweiten Weltkrieg eintrat, wurden deutsche Truppen u. a. in Bukarest und Umgebung stationiert, um wichtige Ölfelder zu schützen. Nachdem das Land am 23. August 1944 nach einem Staatsstreich auf die Seite der Alliierten gewechselt war, wurde Bukarest sukzessive von sowjetischen, amerikanischen und schließlich deutschen Streitkräften bombardiert. Am 31. August 1944 marschierte die Rote Armee in die Stadt ein.



Blick vom Hotel Intercontinental auf den Universitätsplatz (*Piaţa 21. decembrie 1989*) [Foto: © T. Schares].

Als Hauptstadt der Sozialistischen Republik Rumänien (1948–1989) verdoppelte Bukarest seine Einwohnerzahl und verdreifachte sein Areal innerhalb von 40 Jahren. Der Zentralismus der Zeit des Königreichs setzte sich fort, sodass Bukarest auch in kommunistischer Zeit politischer, wirtschaftlicher und kultureller Mittelpunkt des Landes war. Bauliches Symbol dieser Periode ist die *Casa Scînteii* (heute: "Haus der freien Presse" - *Casa presei libere*), die nach dem Vorbild der Moskauer Lomonossow-Universität im Stil des Sozialistischen Realismus erbaut wurde und die Presseverlage und -agenturen des Landes beherbergte.

Bukarest war Hauptschauplatz der revolutionären Ereignisse von 1989, die zum Sturz Nicolae Ceauşescus führten, und nach Temeswar/Timişoara die zweite Stadt, in der die Proteste aufflammten. Die Gründung der demokratischen Republik Rumänien brachte der alten und neuen Hauptstadt einen wirtschaftlichen Aufschwung, aber auch spezifische Verwerfungserscheinungen (Straßenhunde und Straßenkinder, Innenstadtbrachen, Bauruinen, überalterte Infrastruktur und ein unzureichend funktionierendes Verwaltungswesen).

Verwaltung

Die Stadt ist in sechs Sektoren mit je eigener Verwaltung und Bürgermeisterei aufgeteilt, daneben hat die Stadt einen Oberbürgermeister (*Primarul general al municipiului*).

Bevölkerung und Religion

Als Handelsplatz hatte Bukarest traditionell ein internationales Gepräge und bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs eigene armenische, griechische, jüdische, türkische, aber auch kleinere deutsche und verschiedene slawische u. a. Viertel und entsprechende religiöse Gemeinden. Dieses Gepräge ist in der Zeit des Kommunismus zurückgedrängt worden und zeigt sich heute am deutlichsten an den erhaltenen Sakralbauten der verschiedenen Gemeinden: armenische Kirche, lutherische Kirche, römisch-katholische Erzdiözesankirche, italienische katholische Kirche, griechische Kirche, mehrere Synagogen u. a. m.

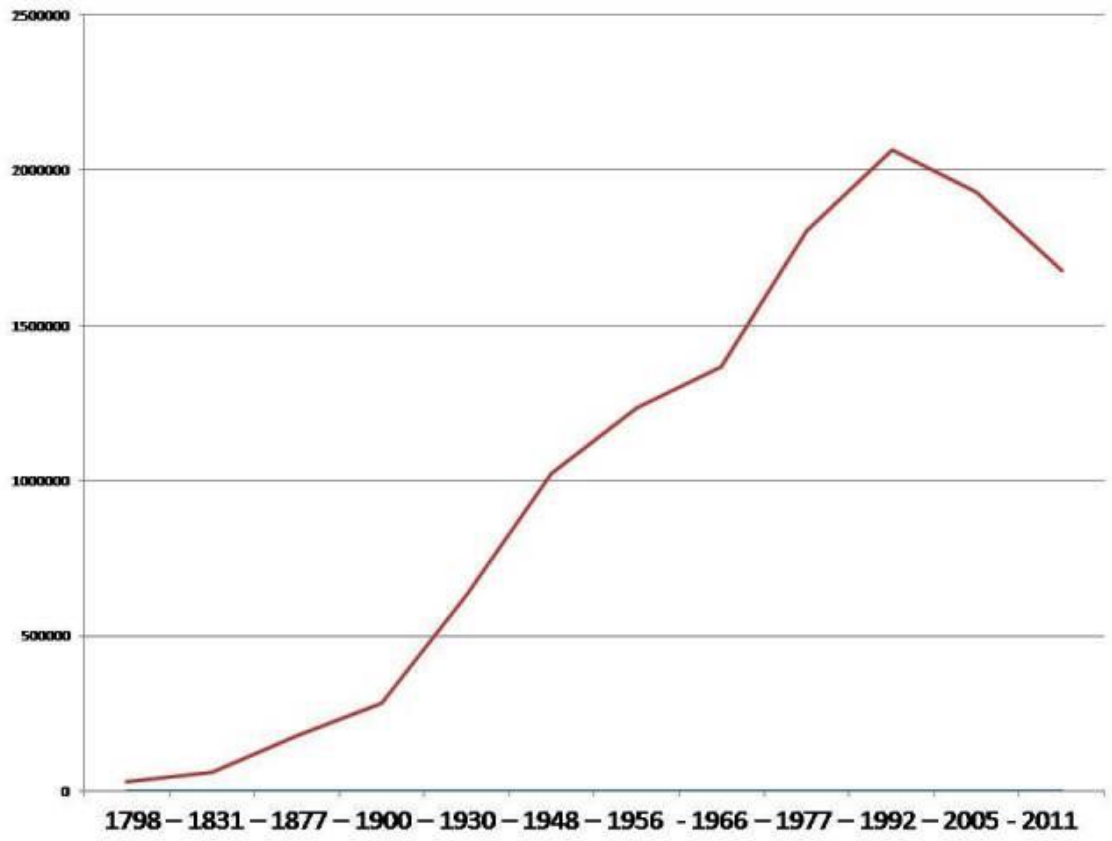
Heute bekennen sich die meisten Rumänen in Bukarest zur rumänisch-orthodoxen Kirche, daneben gibt es kleine griechisch-katholische, römisch-katholische und evangelisch-reformierte Gemeinden sowie eine geringe Zahl von Juden und Muslimen.

Nach dem sprunghaften Wachstum der Stadt im 19. und 20. Jahrhundert geht die Bevölkerung seit einiger Zeit zurück, die Spitze war Anfang der 1990er Jahre mit über 2 Millionen Einwohnern erreicht, denen gegenwärtig (2011) 1,68 Millionen Einwohner gegenüberstehen (vgl. Abb.). Nach der Volkszählung [*Recensământ*] 2011 besteht die Bevölkerung Bukarests zu über 96 % aus Rumänen, weniger als 4 % bezeichnen sich als einer anderen Ethnie zugehörig.[5]

Bevölkerungsstruktur Bukarests nach der Volkszählung 2011 (obere Zeile; darunter zum Vergleich 2002).

Gesamt	rumän.	Roma	ungar.	deutsch	ukr.	türk.	tatar.	russ.	andere	keine Angabe
1.677.985	1.646.230	3.525	3.012	922	199	2.147	272	774	10.272	10.632
1.926.334	1.869.069	27.322	5.834	2.358	425	2.473	363	1.141	14.953	545

Bevölkerungsentwicklung Bukarests (nach verschiedenen Quellen)



Baugeschichte

Aus allen historischen Phasen der Stadt haben sich Bauwerke erhalten. Prägend ist das Nebeneinander orientalischer und okzidentalischer Elemente, die im Brâncoveanu-Stil (z. B. Schloss Mogoşoaia im Norden der Stadt, Kreţulescu-Kirche) künstlerisch verschmolzen sind. Typisch sind zudem durch Plätze verbundene Boulevards (etwa die sternförmig am Triumphbogen-Platz zusammentreffenden Boulevards), zwischen denen sich unübersichtliche Viertel und (ehemalige) Vorstädte mit verwinkelten orientalischen Gassen befinden. Baulich findet sich neben dieser auf dem Balkan einzigartigen Stilverschmelzung jeder seit dem 19. Jahrhundert entwickelte architektonische Stil westlicher Prägung, vom Klassizismus über den Jugendstil, das Bauhaus und den Sozialistischen Realismus bis zur Postmoderne. Aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts stammen kulturelle Prachtbauten wie das Nationaltheater (1852), das Athenäum (1888), das Hauptgebäude der Universität (1869), die zentrale Universitätsbibliothek (1895) u. a. m. Innerstädtisch hält stadtarchitektonische Frankophilie (die der Stadt den Beinamen "Klein-Paris" *Micul Paris*, gab) und auch die internationale Moderne Einzug, Triumphbogen und der Telefonpalast (*Palatul Telefoanelor*) im Art-Deco-Stil sind hierfür beispielhaft.

Eine der größten Zäsuren in der neueren Stadtgeschichte bildet das Erdbeben vom 4. März 1977, dessen große Zerstörungen von KP- und Staatschef Ceauşescu als Vorwand für eine durchgreifende Umstrukturierung der Innenstadt im Stil des Sozialistischen Realismus genommen wurden, der etwa ein Fünftel der Altstadtfläche zum Opfer fielen. Kern der Umgestaltung ist der monströse "Boulevard des Sieges des Sozialismus" (heute *Bulevardul Unirii*) als Ost-West-Achse mit dem nicht weniger megalomanen "Palast des Volkes" (heute Parlamentspalast, rum. *Palatul Parlamentului*). Schon vorher hat der Sozialismus im Stadtbild seine Spuren in Form von Wohnblocks und dem in den 1950er Jahren erbauten, der Moskauer Lomonossow-Universität nachempfundenen "Haus der freien Presse" (*Casă presei libere*) hinterlassen.

Kritisch zu werten ist in der Gegenwart das Fehlen eines Strukturentwicklungsplans für Bukarest auch 20 Jahre nach der Wende.

Verkehr, Wirtschaft



Bukarest (Holzschnitt: 1717) [Wikimedia Commons].

Ende des 18. Jahrhunderts wurden Kanalisierungsarbeiten und der Bau einer Wasserleitung durchgeführt, außerdem erblühte das Manufakturwesen.

Die bisher fertiggestellten Autobahnen Rumäniens verbinden Bukarest im Nordwesten mit Piteşti und im Osten mit Konstanza/Constanţa. Rumäniens größter Bahnhof *Gara de Nord* (Anbindung der Stadt an die Bahnlinie 1869) und die Flughäfen Băneasa und Otopeni im Norden machen die Stadt zum nationalen und internationalen Verkehrskreuz. Bukarest ist wirtschaftliches Zentrum des Landes, zahlreiche Dienstleister und Banken haben hier ihren Hauptsitz. Ein Großteil der Medienunternehmen ist in der Hauptstadt ansässig, zudem die Bukarester Börse und das große Ausstellungsgelände *Romexpo*. Für die Stadt und den sie umschließenden Kreis (*Judeţ*) Ilfov spielen die metallverarbeitende und die Maschinenbauindustrie eine bedeutende Rolle.

Bildung

Bukarest hat acht staatliche Universitäten: Universität Bukarest (UB), Polytechnische Universität (*Politehnica*), Universität für Bauwesen (UTCB), Universität für Landwirtschaft und Veterinärmedizin, Universität für Medizin und Pharmazie, Universität für Architektur und Stadtplanung, Wirtschaftsakademie (ASE), Hochschule für Politik und Verwaltung. Zudem sind Hochschulen für Kunst und Design, Musik, Film sowie Polizei- und Militärakademien angesiedelt; die zahlreichen privaten Universitäten sorgten in jüngerer Zeit z. T. für Skandale ("Diplomfabriken"). In der Hauptstadt befinden sich auch der Hauptsitz der Rumänischen Akademie und die Nationalbibliothek.

Literatur

Bukarest ist als Hauptstadt auch Kultur- und Medienzentrum des Landes. Die meisten bedeutenden Verlage Rumäniens haben hier ihren Sitz. Auch nach der Wende war der legendäre Bukarester Kriterion-Verlag der wichtigste Verlag für deutschsprachige Literatur (und andere Minoritätenliteraturen) Rumäniens. Einige der wichtigsten rumänischen Schriftsteller stammten oder stammen aus Bukarest, z. B. Tudor Arghezi, Mircea Eliade, Mircea Cărtărescu (der der Stadt in seiner Romantrilogie *Orbitor* ein literarisches Denkmal gesetzt hat). Die deutschsprachigen Autoren Paul Celan (1920–1970) und Alfred Margul-Sperber (1898–1967) hatten enge Verbindungen zu Bukarest; Oscar Walter Cisek (1897–1966) war in Bukarest geboren.

Deutsche in Bukarest

Davon, dass Deutsche seit dem späten Mittelalter in Bukarest ansässig waren, zeugen im ehemaligen Händlerviertel der Altstadt die Namen der Leipziger Straße (*Str. Lipscani*) und der benachbarten Str. Smârdan, die vormals Deutsche Straße (*Uliţa Nemţească*) hieß. Im 19. Jahrhundert, unter Carol I., bestimmte eine größere Anzahl Deutscher das kulturelle (bemerkenswert v. a. die publizistische Tätigkeit[6]) und wirtschaftliche Leben der Stadt mit. In der Stadt wirkten die Bildhauerfamilie Storck und der Hofbildhauer des Königshauses, Emil Wilhelm Becker, der u. a. das bedeutende Grabmal des unbekannten Soldaten im Carol-Park schuf. Der Bierbrauer Erhard Luther gründete 1869 die noch heute existierende Griviţa-Brauerei.[7] 1930 hatte Bukarest über 14.000 deutsche Einwohner.[8]

Die heute in Bukarest lebende kleine Gruppe der Altreich- (oder Regats-)Deutschen ist stark überaltert; es handelt sich vornehmlich um Angehörige und Nachkommen der deutschsprachigen Minderheit in Rumänien, die in der kommunistischen Zeit wegen ihrer Arbeit in Industrie und Dienstleistungsberufen sowie v. a. im Kulturbereich (Kriterion-Verlag, Tageszeitung *Neuer Weg*, erscheint bis heute als *Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien*) in die Hauptstadt kamen.[9] Sie sind in der Ortsgruppe des "Demokratischen Forums der Deutschen in Rumänien" (*Forumul de centru Bucureşti*) organisiert. Neben dem staatlichen Goethe-Kolleg (*Colegiul German Goethe*) gibt es eine Reihe deutschsprachiger Erziehungs- und Bildungseinrichtungen.

Gedächtnis- und Erinnerungskultur

In Straßen- und Platznamen wird bedeutender Ereignisse der Nationalgeschichte (Vereinigung der Fürstentümer, Vereinigung von Großrumänien, Revolution von 1989) gedacht, durch Benennung nach diesen Ereignissen selbst (*Piaţa Unirii* = "Vereinigungsplatz", *Piaţa Revoluţiei*, *Calea Victoriei* usw.) oder durch Benennung nach historischen Persönlichkeiten.[10]

Die Zeit des Königreichs und besonders des "deutschen" Königs Carol I. wird im öffentlichen Bewusstsein, in Publikationen, Filmen u. a., zum "goldenen Zeitalter" verklärt.

Die Aufarbeitung des im 20. Jahrhunderts geschehenen Unrechts und problematischer Ereignisse der jüngeren Geschichte ist dagegen schleppend und spielt im öffentlichen Leben und Bewusstsein eine untergeordnete Rolle. Das Pogrom gegen Juden (1941), die Deportation Tausender Juden und Roma nach Transnistrien und die Verbrechen des kommunistischen Regimes finden wenig Ausdruck in der Erinnerungskultur. Seit 2009 gibt es ein von dem in Ploieşti geborenen Bildhauer Peter Jacobi geschaffenes Holocaust-Memorial.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Axel Barner (Hg.): Stadtführer Bukarest. Bukarest 1995.
- Constantin C. Giurescu: Istoria Bucureştilor [Geschichte Bukarests]. 3. Aufl. Bucureşti 2009.
- Birgitta Gabriela Hannover: Bukarest. Die rumänische Hauptstadt und ihre Umgebung. Berlin 2008.
- Nicolae Iorga: Istoria Bucureştilor [Geschichte Bukarests]. Bucureşti 2008 (Neuauflage der Originalausgabe Bucureşti 1939).
- Paul Jeute: Bukarest. Historischer Kontext und Prägung der urbanen Entwicklung durch das herrschende politische Leitbild. München 2011.

- Hans Liebhardt: Deutsche in Bukarest. Zwei-drei Jahrhunderte erlebter Geschichte. Bukarest 2003.
- Hans Liebhardt: In Bukarest und Altrumänien. Deutsche Spuren noch und noch. Bukarest 2006.
- Hans-Christian Maner: Deutsche Spuren in der Geschichte Bukarests. Begegnung und Wirken zwischen Offenheit und Abkapselung. Notizen aus Reiseberichten und Erinnerungen. In: Südostdeutsche Vierteljahresblätter 46/3 (1997), S. 245-255.
- Hans Petri: Geschichte der evangelischen Gemeinde zu Bukarest. Leipzig 1939 (Beiträge zur Kenntnis des Deutschtums in Rumänien 2).
- Christa Stache, Wolfram G. Theilemann (Hg.): Evangelisch in Altrumänien. Forschungen und Quellen zur Geschichte der deutschsprachigen evangelischen Kirchengemeinden im rumänischen Regat. Hermannstadt, Bonn 2012 (Veröffentlichungen des evangelischen Zentralarchivs in Berlin 9; Miscellanea ecclesiastica 9).
- Joachim Vossen: Bukarest. Die Entwicklung des Stadtraums von den Anfängen bis zur Gegenwart. Berlin 2004.

Weblinks

- http://www.pmb.ro/ (Internetseite des Oberbürgermeisters)
- http://www.muzeulbucurestiului.ro/main.html (Seite des Museums für Stadtgeschichte/*Muzeul Municipului Bucureşti*)

Anmerkungen

[1] Die Nachkommen des Fürsten Vlad Dracul erhielten bspw. den Geschlechtsnamen "Drăculești".

[2] Es ersetzt durch Beschluss Nr. 76 vom 26.7.1993 des Oberbürgermeisters (*Primăria generală a Capitalei*) das sozialistische Stadtwappen; das erste Stadtwappen aus dem 19. Jahrhundert wird in dem Entwurf aufgegriffen, vgl. http://www1.pmb.ro/pmb/bucuresti/hot76.htm (Zugriff 22.04.2013).

[3] Abb. von Fundstücken bei Giurescu: Istoria, S. 841 (Tafel 1).

[4] Vermutet wird ein römisches *castrum*, das allerdings bislang nicht nachgewiesen werden konnte.

[5] Hier die Zahlen laut vorläufigem Endergebnis (*rezultate preliminare*) des vom Nationalen Statistikamts (*Institutul național de statistică*) durchgeführten Zensus 2011, vgl. http://www.recensamantromania.ro/rezultate-2/ (Zugriff 22.04.2013). Zumindest die Zahl der in Bukarest lebenden Roma betreffend müssen die Ergebnisse der Zählung von 2011 mit Vorsicht betrachtet werden (vgl. 2002), die Angaben beruhen auf der Muttersprache laut eigener Angabe; die Ungenauigkeit des Zählverfahrens und der Durchführung ist m. E. bereits kurz nach Abschluss publik geworden, vgl. Allgemeine Zeitung für Rumänien, 2.11.2011, http://www.adz.ro/artikel/artikel/volkszaehlung-verlief-mit-geringer-praezision/ (Zugriff 22.04.2013).

[6] Vgl. Horst Fassel: Die kulturelle Identität der Bukarester Deutschen. In: Banatica. Beiträge zur deutschen Kultur 4/1996, Sonderheft Nation oder Ethnien? Wege und Irrwege, S. 82-98, hier S. 84.

[7] Hierzu die Einzelbetrachtungen bei Liebhardt: Deutsche und Liebhardt: In Bukarest.

[8] Volkszählung 1930: Institutul central de statistică: Recensământul general al populației României din 29 decemvrie 1930. București: Monitorul oficial 1930.

[9] Vgl. Angelika Herta, Martin Jung (Hg.): Vom Rand ins Zentrum. Die deutsche Minderheit in Bukarest. Berlin 2011, S. 8ff.

[10] Die jetzige *Piaţa Charles de Gaulle* hieß im Verlauf der vergangenen 100 Jahre beispielsweise nacheinander: *Pta. M. Eminescu*, *Pta. Adolf Hitler*, *Pta. Generalisimul I.V. Stalin* und *Pta. Aviatorilor*. Dass Systemwechsel extensive Umbenennungsaktionen nach sich ziehen, die auch auf die Bewohner verwirrend wirken können, zeigt folgendes Beispiel: Eine U-Bahn-Station an der Kreuzung *Calea Griviţei - Bd. Ion Mihalache* trägt den Namen *1. Mai*, weil der *Bd. Ion Mihalache* früher *Bd. 1. Mai* hieß, mittlerweile hat jedoch eine wichtige Straße in einem anderen Stadtteil diesen Namen.

Zitation

Thomas Schares: Bukarest/Bucureşti. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2013. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54190.html

Bunzlau/Bolesławiec

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Bunzlau

Amtliche Bezeichnung

poln. Bolesławiec

Lateinische Bezeichnung

Boleslavia

Etymologie

Der Stadtname leitet sich nach dem Geschichtsschreiber Magister Friedrich Holstein vom Namen Herzog Boleslaus' des Langen (Bolesław I. Wysoki, 1127–1201), *Boleslaw alto*, ab.

2. Geographie

Lage

Bunzlau liegt an den nördlichen Ausläufern des Katzengebirges (*Wzgórza Trzebnickie*) am Bober (*Bóbr*) auf 51° 16' nördlicher Breite, 15° 34' östlicher Länge, je ca. 40 km von Görlitz/Zgorzelec im Westen und von Liegnitz/Legnica im Osten entfernt.

Region

Niederschlesien

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Polen. Bunzlau ist Sitz des Landkreises Bunzlau (*Powiat Bolesławiecki*) und der gleichnamigen Landgemeinde in der Woiwodschaft Niederschlesien (*Województwo Dolnośląskie*).

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Das Stadtwappen zeigt (historisch in unterschiedlicher Form) eine rote, von Zinnen gekrönte Stadtmauer mit zentralem Tor und drei Türmen auf silbernem Grund; im Tor ist ein Schild in Gold mit dem schwarzen schlesischen Adler sichtbar.

Archäologische Bedeutung

Älteste Spuren menschlicher Besiedlung im Raum Bunzlau sind für die jüngere Phase des späten Paläolithikums (ca. 10.000 v. Chr.) nachgewiesen. Bis ins frühe Mittelalter sind alle in Schlesien vertretenen Kulturen nachweisbar. Archäologische Untersuchungen förderten Überreste einer Töpferei der Neuzeit mit 18.000 Fragmenten keramischer Objekte des 15. und 16. Jahrhunderts zutage (Sonderausstellung des Keramikmuseums in Bunzlau und im Schlesischen Museum Görlitz 2012/13).

Mittelalter

Boleslaus der Lange, der 1163 aus Thüringen nach Schlesien zurückkehrte, gründete wohl auf dem heutigen Gebiet von Bunzlau eine Burg, wodurch sich auch der mittelalterliche Name der Ansiedlung erklären würde ("Bolezlauez[c]", um 1202, u. ä.). 1202 wurde Bunzlau zur Kastellanei. Die Stadtgründung erfolgte durch Boleslaus II. den Kahlen nach Magdeburger Recht vor 1251. Während des Mittelalters wanderten deutsche Kolonisatoren zu, durch die Bunzlau zu einer Ansiedlung von etwa 15 ha an der west-östlich verlaufenden "Hohen Straße" wurde. Für den Zeitraum 1251–1326 sind 45 Bürgernamen ermittelt, von 34 bestimmbaren Namen waren 32 deutsche und 2 polnische. Nach 1232 erbauten die Kreuzherren mit dem doppelten weißen Kreuz das Hospital zum hl. Geist. 1428 plünderten Hussiten die Stadt.

Frühe Neuzeit

Eine Reihe von Baumaßnahmen konnte im 16. Jahrhundert dank der wirtschaftlichen Blüte Bunzlaus durchgeführt werden: Umbau des Rathauses, Befestigung der Stadtmauer, Vollendung der 1531 begonnenen Wasserleitung. Nach einer Reihe von Naturkatastrophen trafen Bunzlau im Dreißigjährigen Krieg zahlreiche Einquartierungen fremder Truppen mit den bekannten Folgen, die 1642 in der Ermordung von 117 Bürgern durch die Schweden gipfelten. 1770 wurde Bunzlau zur Garnisonsstadt.

19. Jahrhundert



Das 1819 errichtete Denkmal für den russischen Feldmarschall Fürst Michail Illarionowitsch Kutusow (1745-1813), der zu Beginn der Befreiungskriege im April 1813 in Bunzlau verstarb (Foto vor 1945).
[Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 63707].

Trotz der Beeinträchtigung durch die Napoleonischen Kriege entwickelte sich die Stadt stetig weiter. Bunzlau wurde Verwaltungszentrum eines Landkreises.

20. Jahrhundert

Der Erste Weltkrieg beeinträchtigte Bunzlau vorübergehend (Verarmung und Rückgang der Bevölkerung). Während des Nationalsozialismus wurden auch hier die bürgerlichen Parteien zugunsten der NSDAP verdrängt. Das Pogrom gegen die Juden am 9. November 1938 fand, mit allen Konsequenzen, auch hier statt. Im Februar 1945 wurde die Stadt von der russischen Armee eingenommen. 70 % der baulichen Substanz Bunzlaus waren 1945 zerstört. Die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung der Nachkriegszeit ist der anderer schlesischer Städte vergleichbar.

Bevölkerungsentwicklung

Für das 13. Jahrhundert sind ca. 2.000 Einwohner nachgewiesen. 1549 lebten ca. 2.300, 1648 nur noch 80 Menschen in Bunzlau. Danach verlief die Entwicklung stetig nach oben: 1738 waren es 2.315, 1787 3.093, 1825 4.081 und 1871 8.812 Einwohner. Aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung stieg auch die Einwohnerzahl rapide: 1905 15.782 und 1937 20.500 Einwohner. Kriegsbedingt ging sie im 20. Jahrhundert zunächst zurück (1946: 3.145 Einwohner), um dann wieder zu steigen: 2005 ca. 41.000, 2011 40.119 Einwohner; in neuer Zeit sind die Zahlen allerdings wieder rückläufig.

Wirtschaft

Ab 1298 ist Bunzlau als Zollstätte belegt. Die Einwohner lebten von Handwerk, Handel, Landwirtschaft und Bergbau (Eisenerz, Gold, Tonerde). Vor allem die Produkte der Tuchmacher, Schuhmacher und Kürschner trugen zur mittelalterlichen Blüte der Stadt bei. Der Dreißigjährige Krieg führte zum baulichen und wirtschaftlichen Niedergang. Ab 1650 begann der Wiederaufbau der Stadt, die traditionellen Gewerbe (Kammgarnspinnerei, Töpferei) entwickelten sich. Bunzlauer Keramik war in Schlesien und darüber hinaus sehr gefragt. 1846 gewann die Stadt durch den Anschluss an die Eisenbahnlinie Dresden-Breslau/Wrocław weiter an wirtschaftlicher Bedeutung: Eine Glashütte (1866), eine Tonröhrenfabrik (1871) und eine Spinnerei (1871) schufen zahlreiche Arbeitsplätze. Seit den 1970er Jahren wird in Bunzlau wieder die traditionelle Töpferware hergestellt.

Religions- und Kirchengeschichte

Im Zuge der Reformation wurden viele Bunzlauer nach 1522 evangelisch. 1925 lebten in Bunzlau 2.575 Katholiken und 14.438 Protestanten.

Schon 1361 ist eine "Judengasse" erwähnt. Mehrfach wurden Juden aus Bunzlau vertrieben. Erst 1817 gab es einen jüdischen Friedhof, 1878 wurde eine Synagoge gebaut. Von 21 jüdischen Einwohnern (1822) stieg ihre Zahl auf 194 (1880) und sank auf 64 (1938) ab.

Besondere kulturelle Institutionen

Schon 1594 wurde in Bunzlau eine lateinische *Comedia* aufgeführt, 1609 eine deutsche Komödie. Das Bunzlauer Landestheater "Deutsche Bühne" gastierte in vielen schlesischen Städten. Ein Stadttheater existierte seit 1857. Von 1925 bis 1944 bestand das Schlesische Landestheater von Bunzlau. Ab 1909 gab es ein städtisches Museum, das nach 1945 in ein Keramik-Museum umgewandelt wurde.

Bildung und Wissenschaft

Die Lateinschule wurde vor 1393 errichtet, ab 1742 gab es eine katholische und eine evangelische Schule. 1744 wurde eine deutsche Schulanstalt gegründet. Die 1754 gegründete "Waisen- und Schulanstalt" wurde erweitert und ihr 1929 ein Gymnasium angeschlossen. Seit 1897 gab es zwei Berufsschulen und die staatliche Keramische Fachschule; damit erreichte Bunzlau auf dem Bildungssektor ein beachtliches Niveau. Die Staatliche Keramische Fachschule erlebte zwischen 1925 und 1933 durch die Teilung des Lehrangebots in einen chemisch-technischen (Dr. Eduard Berdel) und einen gestalterischen Zweig (Professor Artur Hennig) einen beträchtlichen Aufschwung.

Aus Bunzlau stammen einige berühmte Persönlichkeiten: Martin Gerstmann, Bischof von Breslau (1527–1585) sowie die Dichter Martin Opitz (von Boberfeld) (1597–1639), Andreas Tscherning (1611–1659) und Andreas Scultetus (um 1622–1647). Opitz wurde als Sohn eines Fleischers in Bunzlau geboren und besuchte die Lateinschule der Stadt. Er ging dann auf das Maria-Magdalenen-Gymnasium in Breslau und auf das Akademische Gymnasium in Beuthen an der Oder/Bytom Odrzański. Es schlossen sich Stellen als Hauslehrer in Heidelberg und in den Niederlanden an. Bedingt durch den Dreißigjährigen Krieg wandte er sich nach Jütland. Dort nahm er eine Einladung von Fürst Gábor Bethlen nach Weißenburg/Alba Iulia in Siebenbürgen an. Bald aber kehrte er nach Schlesien zurück und wurde Rat bei Herzog Georg Rudolf von Liegnitz/Legnica. Er starb in Danzig/Gdańsk an der Pest. Mit seinem Werk setzte Opitz Maßstäbe für die Dichtung in Deutschland, die sich aufgrund seines Eintretens entschiedener vom Latein ab- und der Volkssprache zuwandte.

Kunstgeschichte und Kunsthandwerk



Frühneuzeitliche Ansicht der Stadt Bunzlau von 1739. Ausschnitt aus dem Sammelbild P 2448: Scenographia Urbium Silesiae, Tab. VIII, gezeichnet von F. B. Werner und ediert von Homans Erben (Nürnberg 1737-1752). [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. P 2448 AUS6].

Die Stadtanlage ist geprägt von Ring, Bürgerhäusern und Stadtmauer. Bunzlau hat drei Pfarrkirchen: Die katholische Pfarrkirche St. Maria Himmelfahrt wurde 1261 zuerst erwähnt. Der heutige Bau stammt unter Beibehaltung seiner spätgotischen Grundstruktur überwiegend aus dem späten 17. Jahrhundert. St. Maria Hilf wurde in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts gegründet; der heutige Bau wurde vor allem in der Mitte des 18. Jahrhunderts errichtet und im Inneren zu Beginn des 20. Jahrhunderts u. a. nach Entwürfen von Hans Poelzig erneuert. St. Maria Rosenkranz geht auf das 13./14. Jahrhundert zurück. Das ehemalige Dominikanerkloster stammt aus dem 13. Jahrhundert, wurde teilweise abgerissen und mehrfach modernisiert. Das Rathaus auf dem Ring wurde 1432/33 erbaut und ebenfalls verschiedentlich umgebaut. Der Maler Theodor Blätterbauer (1823–1906) wurde in Bunzlau geboren.

Bekannt ist die Stadt für ihre charakteristischen braunen und blauen Keramikerzeugnisse ("Bunzeltippel" genannt), die oft mit Schwämmeltechnik verziert sind. Markenzeichen wurde das "Pfauenauge"-Dekor. Der über zwei Meter "große Topf" des Meisters Joppe stand als Wahrzeichen der Bunzlauer Töpferkunst auf dem Ring (1753–1945). In Bunzlau wurde das Töpferhandwerk nach dem Zweiten Weltkrieg fortgeführt und erlebte nach 1989 einen neuen Aufschwung. Vertriebene, aus Bunzlau stammende Töpfer stellten nach 1945 auch in verschiedenen Orten der Bundesrepublik Deutschland "Bunzlauer Keramik" her.

Buch- und Druckgeschichte

Schon im 17. Jahrhundert wurde in Bunzlau gedruckt, 1750 kam eine Druckerei im Waisenhaus hinzu.

Gedächtnis- und Erinnerungskultur

1953 übernahmen Siegburg und der Rhein-Sieg-Kreis die Patenschaft über die Bunzlauer. Daher unterhält die Bundesheimatgruppe Bunzlau hier eine Heimatstube mit zahlreichen Exponaten Bunzlauer Keramik und anderen Erinnerungsstücken. Bunzlau und Siegburg verbindet seit 1992 eine Städtepartnerschaft.

2012 wurde in Bunzlau eine historische Porträtplastik des Dichters Martin Opitz neu geschaffen und aufgestellt.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Tadeusz Bugaj, Krystyna Matwijowski (Red.): Bolesławiec. Zarys monografii miasta [Bunzlau. Umriss der Stadt in Einzeldarstellungen]. Wrocław, Bolesławiec 2001 (Monografie Regionalne Dolnego Śląska).
- Barbara Glinkowska, Stefan Krabath, Anna Bober-Tubaj, Agata Bojanowska, Michał Karpiński, Andrzej Olejniczak, Tadeusz Orawiec, Anna Puk, Robert Szwed (Hg.): U źródeł bolesławieckiej ceramiki. Bolesławiec jako jeden z ośrodków garncarstwa środkowoeuropejskiego od XV do XVII w. / Von den Anfängen der Bunzlauer Keramik – Funde des 15.–17. Jahrhunderts aus einem mitteleuropäischen Zentrum der Töpferei. Muzeum Ceramiki w Bolesławcu, Schlesisches Museum zu Görlitz 2012.
- Imke Ristow: Artur Hennig (1880–1959). Das gestalterische Werk und die Lehrtätigkeit an der Staatlichen Keramischen Fachschule Bunzlau. Weimar 1999.
- Kristine Späth: Töpferei in Schlesien. Bunzlau und Umgebung. München 1979 (Silesia 23).
- Maria Starzewska, Teresa Wolanin: Artystyczna kamionka Bolesławiecka. Katalog zbiorów muzeum narodowego we Wrocławiu i muzeum ceramiki w Bolesławcu [Künstlerisches Steinzeug aus Bunzlau. Katalog der Sammlungen des staatlichen Museum in Breslau und des Keramikmuseums in Bunzlau]. Wrocław 1995 (Katalogi zbiorów muzeum narodowego we Wrocławiu).

Weblinks

- http://um.boleslawiec.pl/umbc/ (offizielle Internetseite der Stadt Bunzlau)
- http://www.muzeum.boleslawiec.net/pl/site (Keramikmuseum Bunzlau)
- http://www.bkge.de/heimatsammlungen/35087.html (Informationsseite zur Bunzlauer Heimatstube in Siegburg)
- http://www.herderinstitut.de/bildkatalog/index/index?searchfield_parameter=bunzlau&newperspective=thumbnails (Abbildungen zu Bunzlau/Bolesławiec im Bildarchiv des Herder-Instituts, Marburg)

Zitation

Detlef Haberland: Bunzlau/Bolesławiec. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2013. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54182.html (Stand 14.03.2013).

Busau/Bouzov (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Bydgoszcz → Bromberg/Bydgoszcz
siehe Bromberg/Bydgoszcz

Bytom → Beuthen/Bytom
siehe Beuthen/Bytom

C

Caransebeş → Karansebesch/Caransebeş/ Karánsebes
siehe Karansebesch/Caransebeş/ Karánsebes

Carei → Großkarol/Carei/Nagykároly
siehe Großkarol/Carei/Nagykároly

Cenad → Tschanad/Cenad/Csanád
siehe Tschanad/Cenad/Csanád

Cernăuţi → Czernowitz/Černivci/Cernăuţi
siehe Czernowitz

Cēsis → Wenden/Cēsis
siehe Wenden/Cēsis

Charkow/Charkiv (in Bearb.)
Dieser Text ist in Bearbeitung.

Charlottenburg/Charlotenburg/Şarlota/Saroltavár

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Charlottenburg

Amtliche Bezeichnung

rum. Şarlota

Anderssprachige Bezeichnungen

ung. Saroltavár; alte Benennung (nicht mehr in Gebrauch): Baricza (rum. Bariţa, ung. Baritza)[1]; schwowisch: Schalotteborch

Etymologie

Die Siedlung soll nach der Ehefrau oder der Tochter (Charlotte) des Grafen Karl von Clary und Aldringen, des damaligen Präsidenten der Banater kaiserlichen Verwaltung, benannt worden sein.

2. Geografie

Lage

Charlottenburg liegt im Südosten der Großen Ungarischen Tiefebene auf einem leichten Abhang (Seehöhe 149–268 m), auf 45° 58´nördlicher Breite, 21° 31´östlicher Länge, 40 km nordöstlich von Temeswar/Timişoara.

Topographie

Das Dorf liegt in der Banater Bergsau.

Region

Banat

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Charlottenburg liegt im rumänischen Banat, Kreis Timiş, Gemeinde Bogda/Neuhof.

3. Geschichte und Kultur

Archäologische Bedeutung

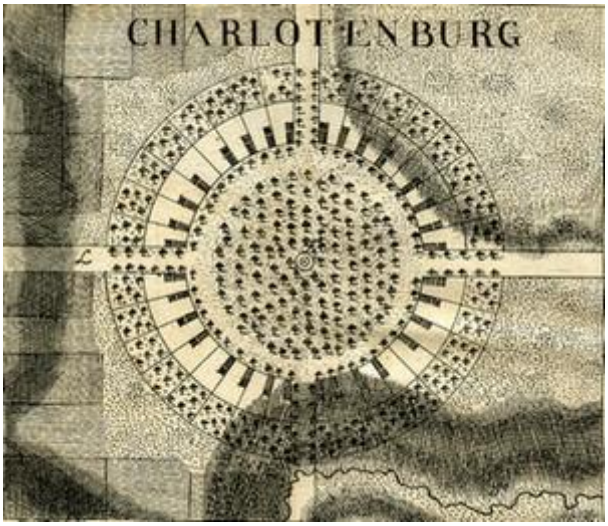
Der "römische Graben" wurde um 250 n. Chr. angelegt und war im 18. Jahrhundert noch sichtbar, wie Francesco Griselini berichtet.

Allgemeine Geschichte

Die Anwesenheit des "römischen Grabens" in der Nähe des Dorfes läßt vermuten, dass zurzeit der Arbeiten zumindest zeitweilig eine Siedlung bestanden hat.

Mittelalter

Die Gemarkung der späteren Siedlung Charlottenburg gehörte zur Gemeinde Baritza; dieser Ortsname wurde auch später parallel zum offiziellen Charlottenburg verwendet.



Barocker Siedlungsplan des Dorfes Charlottenburg.(Francesco Griselini: Geschichte des temeswarer Banat, Bd. 1. Archiv Stiftung Donauschwäbisches Zentralmuseum, Ulm)

Neuzeit

Die eigentliche Geschichte des Dorfes beginnt mit der Siedlungspolitik der österreichischen Behörden. Es wird angenommen, dass ein erster Gründungsversuch zurzeit Kaiser Karls VI. unternommen wurde, doch wurde das Dorf während einer Pestepidemie verlassen (Toroc 18). Der zweite, gelungene Versuch begannt 1771 im Rahmen des zweiten Schwabenzuges (1763–1772). Das Dorf war vermutlich für 30 Familien vorgesehen und war aufgrund eines typisch barocken Siedlungsplans in Form eines "Runddorfes" konzipiert. In den ersten 50 Jahren nach der Gründung zählte das Dorf 30 Häuser, erst später nahm deren Anzahl langsam zu, bis auf 57 Häuser im Jahr 2000 und 65 im Jahr 2003.

Zurzeit der Gründung und bis zum Jahr 1849 war das Dorf Teil des Kameral-Banats und der ungarischen königlichen Verwaltung. Zwischen 1849 und 1861 wurde dieses Gebiet dem Kronland "Serbische Wojwodschaft und Temeser Banat" eingegliedert; nach dem österreichisch-ungarischen Ausgleich gehörte es bis 1919 zum Königreich Ungarn, danach wurde es Teil des Königreichs Rumänien.

Zeitgeschichte

Die wichtigste Zäsur der Dorfgeschichte stellt die Deportation der deutschen Einwohner in die Sowjetunion dar. In der Nacht zum 15. Januar 1945 wurden 22 Einwohner aus Charlottenburg verschleppt, von denen 16 zurückgekehrt sind (Toroc 65-66, 74).

Die darauffolgenden Jahrzehnte brachten tiefgreifende Veränderungen mit sich, von denen der Abzug der deutschen Bevölkerung das Bild des Dorfes am meisten geprägt hat. Die Elektrifizierung wurde 1964 beendet.

Verwaltung

Charlottenburg gehört zur Gemeinde Bogda; hier befindet sich der Sitz des Bürgermeisters und des Kommunalrats; der zuständige Gerichtsort ist Temeswar.

Bevölkerung

Wegen der geringen Einwohnerzahl ist die Bevölkerungsentwicklung einfach nachzuverfolgen. Die meisten der 171 Erstsiedler stammten aus dem Südtirol (Welschtirol, 57), aus Lothringen (12) und aus Baden-Württemberg (10). Im Jahr 1820 wurden 303 Einwohner gezählt (289 Deutsche), 1880 und 1900 waren es 298 (davon 224 bzw. 251 Deutsche), 1938 gab es 267 Einwohner (197 Deutsche) und 249 Einwohner (davon 242 Deutsche) im Jahr 1940. 2002 wurde eine Gesamteinwohnerzahl von 199 ermittelt, darunter nur noch zwei Deutsche. Interessant ist die Entwicklung der ethnischen Zusammensetzung der Dorfbevölkerung: Bis 1880 wurden keine Rumänen oder Ungarn gezählt, nur "andere Ethnien"; die Zahl der Rumänen und Ungarn nahm erst später zu, sank um 1940 stark und nahm nach dem Zweiten Weltkrieg wieder zu (Zahlen nach Toroc 27).

Wirtschaft

Es herrschten Ackerbau, Tierzucht und Weinbau vor, doch gab es auch Handwerker.

In den letzten zwei Jahrzehnten wuchs die touristische Bedeutung Charlottenburgs; wichtigste Attraktion ist der erste Jagdtiergarten Rumäniens.

Religion

Die Mehrheit der Dorfeinwohner war römisch-katholisch. Die Orthodoxen waren gering an Zahl, bis nach dem Zweiten Weltkrieg blieb ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung unter einem Zehntel. Die Existenz einer eigenen Dorfkirche ist ab 1777 belegt. Anfangs gab es wahrscheinlich nur ein Gebetshaus oder eine Kapelle, deren Existenz im Dorf seit den Jahren 1805–1808 belegt ist. Die heutige Kirche wurde 1875–1876 von der Familie Sina de Hodos und Kizdia gestiftet, Sie wurde in den letzten Jahren renoviert und für die Bedürfnisse der orthodoxen Kirche umgebaut.

Neben römisch-katholischen und orthodoxen Gläubigen gab es vereinzelt Protestanten (1861: 2), Juden (1880: 3) und Anhänger anderer Religionen (1900: 2).

Bildung

Eine Schule bestand schon zur Zeit der Ansiedlung 1771; ab den zwei letzten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts sind auch die Namen der Lehrer überliefert. Nach 1980 war der Unterricht nur noch rumänischsprachig.

Alltagskultur

Das wichtigste Dorffest war die Kirchweihe ("Kerweih") Ende Oktober. Aus diesem Anlass wurde ein Dorffest organisiert, bei welchem die spezifischen Trachten bewundert werden konnten; die Feierlichkeiten wurden anschließend im Rahmen der Familie fortgesetzt.

Gedächtnis- und Erinnerungskultur

Hauptpunkt der Erinnerungskultur des Dorfes sind die Gedenktafeln mit den Namen der Gefallenen der zwei Weltkriege.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

Francesco Griselini: Versuch einer politischen und natürlichen Geschichte des Temeswarer Banats in Briefen an Standespersonen und Gelehrte. Bd. I. Wien 1780.

- Vasile Aurel Toroc: Jahrhunderte vergehen. Das Heim bleibt trotzdem. Monographie des Dorfes Charlottenburg. [Temeswar] 2003.

Weblinks

- www.sarlota.de (Homepage des Dorfes)

Zitation

Lajos-Loránd Madly: Charlottenburg/Şarlota. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54195.html (Stand 06.02.2012).

[1] Siehe M. Attila Szabó: Erdély, Bánság és Partium történeti és közigazgatási helységnévtára [Historisches und administratives Ortsnamenbuch Siebenbürgens, des Banats und Partiums]. CD-Ausgabe, Eintrag Charlotenburg.

Chorzów → Königshütte/Chorzów

siehe Königshütte/Chorzów

Cieszyn → Teschen/Cieszyn/Český Těšín

siehe Teschen/Cieszyn/Český Těšín

Cilli/Celje (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Constanţa → Konstanza/Constanţa

siehe Konstanza/Constanţa

Csanád → Tschanad/Cenad/Csanád

siehe Tschanad/Cenad/Csanád

Czernowitz/Černivci/Cernăuţi

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Czernowitz

Amtliche Bezeichnung

ukr. Černivci

Anderssprachige Bezeichnungen

russ. Černovcy; rum. Cernăuţi; poln. Czerniowce

Etymologie

Die Herkunft des Stadtnamens ist nicht abschließend geklärt. Er geht möglicherweise auf das polnische *czern* (= Furt) zurück, da an dieser Stelle ein mittelalterlicher Handelsweg den Pruth querte. Andere Quellen leiten den Namen von dem slawischen Begriff *černo* (=

schwarz) her und verstehen ihn als Hinweis auf die Färbung der Stadtmauern unter dem Fürstengeschlecht der Rurikiden.

2. Geographie

Lage

Czernowitz liegt im Süden der westlichen Ukraine auf 48º 18' nördlicher Breite, 25º 56' östlicher Länge, 248 m über NHN, ca. 40 km von der rumänischen und 60 km von der moldawischen Grenze entfernt.

Topographie

Die Stadt in der Nähe der ukrainischen Waldkarpaten liegt überwiegend rechtsseitig des Pruth, eines Nebenflusses der Donau.

Region

Bukowina

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Ukraine. Czernowitz ist Hauptstadt der Oblast' Czernowitz (*Černivec'ka oblast'*) und Sitz der Gebietsverwaltung. Die Stadt ist heute in drei Bezirke aufgeteilt (*Rajony Peršotravnevyj, Ševčenkivs'kyj* und *Sadhirs'kyj* [dt. Sadagora]).

3. Geschichte und Kultur

Wappen

Das erste Stadtwappen erhielt Czernowitz 1784. In der österreichischen, der rumänischen, der sowjetischen und der ukrainischen Periode war es Wandlungsprozessen unterworfen. Heute orientiert es sich z. T. wieder am alt-österreichischen Wappen und zeigt ein mit sieben Zinnen besetztes silbernes Stadttor auf rotem Grund mit dem goldenen Dreizack als Symbol der Ukraine.

Gebräuchliche oder historische Beinamen

"Jerusalem am Pruth", "Klein-Wien", "jüdisches Eldorado Österreichs". Diese geographisch-ideellen Zuschreibungen sind zeitgenössische Prägungen aus dem 19. und frühen 20. Jahrhundert.

Mittelalter

Czernowitz wurde urkundlich erstmals 1408 in einem Handelsfreibrief des moldauischen Fürsten Alexander des Guten (Alexandru cel Bun) als Zollstelle erwähnt. In einem Städteverzeichnis des ruthenischen Fürstentums Halyč aus dem 12. Jahrhundert ist ein *Cern-Askyi* (= Czernowitz?) am Pruth nachgewiesen. Im 15. Jahrhundert war der Ort ein Marktflecken im Einzugsgebiet des wichtigen Warenumschlagplatzes Suczawa/Suceava und wurde 1497 während des Kriegs zwischen Stefan dem Großen (Stefan cel Mare) und Polen niedergebrannt. Czernowitz war bis 1774 Teil des Fürstentums Moldau, das ab 1512 in Vasallenabhängigkeit zum osmanischen Reich stand.

Neuzeit

Nach dem Russisch-Türkischen Krieg von 1768–1774 wurden Czernowitz und die Bukowina durch eine österreichische Militäreinheit besetzt, wodurch eine Verbindung zwischen Nordsiebenbürgen und Galizien (1772 annektiert durch Joseph II.) hergestellt wurde. Nach

Verhandlungen mit der osmanischen Seite gehörten Czernowitz und die Bukowina seit 1775 zur österreichischen Krone und wurden in das Kronland Galizien und Lodomerien integriert. Seit 1782 kam es zur Ansiedlung deutschsprachiger Kolonisten (Handwerker und Bauern) aus Südwestdeutschland, Böhmen, dem Banat und der Zips. Ihnen war eine langjährige Steuerfreiheit und Befreiung vom Militärdienst zugesichert worden. In Rosch/Roša bei Czernowitz – später Teil der Stadt – siedelten vornehmlich sogenannte "Schwaben", die aus Südwestdeutschland stammten und später das Bild der Czernowitzer Deutschen nachhaltig prägten. Ab 1789 erleichterte das Judenordnungspatent Josef II. Juden in Galizien und der Bukowina die Berufswahl und garantierte ihnen Pachtrechte, was eine verstärkte Ansiedlung aus verschiedenen Teilen der Habsburgermonarchie zur Folge hatte. Auch Juden aus Russland kamen ohne Aufruf in die Region.

Czernowitz erhielt 1832 die volle städtische Selbstverwaltung und wurde, nachdem der Bukowina die Regionalautonomie mit einer eigenen Landesregierung (ab 1854) und einem Landtag in Czernowitz (ab 1861) zugesprochen worden war, zur Landeshauptstadt des Kronlandes (bis 1918). Durch den Ausbau von Verwaltung und städtischer Infrastruktur zogen ab Mitte des 19. Jahrhunderts Beamte, Lehrer und Angehörige von freien Berufen in die Stadt, unter ihnen viele Juden, die sich mehrheitlich an der deutsch-österreichischen Kultur orientierten. Sie bildeten über viele Jahrzehnte hinweg den bedeutendsten kulturellen und wirtschaftlichen Faktor in der Stadt und sorgten mit einem dichten Netz an Wohltätigkeits- und Bildungsvereinen für eine außerordentliche zivilgesellschaftliche Entwicklung.

Zeitgeschichte



Das ehemalige Jüdische Nationalhaus (errichtet 1908), heute Kulturpalast in Czernowitz/Černivci [Foto: M. Winkler].

Czernowitz war bis 1914 eine wichtige Garnisonsstadt der Habsburgermonarchie mit mehreren k. k. Regimentern. Es wurde im Ersten Weltkrieg zwischen 1914 und 1917 dreimal von russischen Truppen besetzt (die längste Besatzungszeit dauerte vom 18. Juni 1916 bis zum 3. August 1917). In dieser Zeit kam es zu umfänglichen Fluchtbewegungen der Stadtbevölkerung in westliche Kronländer. Nach der Rückeroberung durch österreichische

Truppen im August 1917 zogen am 11. November 1918 rumänische Einheiten in Czernowitz ein. In den Pariser Friedensverträgen von 1919 wurden die Bukowina und Czernowitz Rumänien zugesprochen. Die Zwischenkriegszeit war gekennzeichnet durch Rumänisierungsprozesse, was schließlich Ende der 1930er Jahre in die Aberkennung der rumänischen Staatsbürgerschaft für ein Drittel der jüdischen Stadtbewohner mündete. Obwohl im geheimen Zusatzprotokoll zum "Hitler-Stalin-Pakt" vom 23. August 1939 nur auf Bessarabien ein Anspruch erhoben worden war, forderte die sowjetische Regierung kurz vor Ablauf eines Ultimatums an Rumänien (26. Juni 1940) auch die Annexion der Bukowina. Am 28. Juni 1940 wurde die Nordbukowina inklusive Czernowitz von sowjetischen Einheiten besetzt. Der am 5. September 1940 unterzeichneten "Deutsch-sowjetrussischen Vereinbarung über die Umsiedlung der deutschstämmigen Bevölkerung aus den Gebieten von Bessarabien und der Nördlichen Bukowina in das Deutsche Reich" folgte zwischen dem 27. September und dem 17. November 1940 die fast vollständige Umsiedlung der deutschen Volksgruppe. Nach dem Überfall des Deutschen Reiches auf die Sowjetunion kam es in Czernowitz ab dem 6. Juli 1941 zu Verbrechen an der großen jüdischen Bevölkerungsgruppe, nachdem rumänische Einheiten und ein Kommando der SD-Einsatzgruppe D unter Otto Ohlendorf die Stadt erreicht hatten. Sie verwüsteten jüdische Einrichtungen, brannten den Israelitischen Tempel nieder und erschossen mehrere hundert Juden, darunter Repräsentanten der jüdischen Gemeinde wie den Oberrabbiner Abraham Jakob Mark. Fast 50.000 Czernowitzer Juden wurden in einem Ghetto zusammengepfercht. Im Oktober und November 1941 und im Juni 1942 folgten Deportationen von 32.530 Juden in die Lager Transnistriens. Mit Hilfe von Sonderausweisen (Autorisationen) konnten 15.633 Juden in Czernowitz verbleiben.[1] Am 28. März 1944 erreichte die Rote Armee Czernowitz. Von 1947 bis 1991 gehörte die Stadt zur Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik. Seit Dezember 1991 ist Czernowitz Teil der unabhängigen Ukraine.

Bevölkerung

Die Bevölkerung in Czernowitz nahm seit 1775 (2.300 Einwohner) stetig zu. 1832 zählte Czernowitz etwa 11.000 Einwohner, unter ihnen Rumänen, Ukrainer (Ruthenen), Deutsche, Juden, Polen und andere Ethnien. Die Zahl der Einwohner stieg im Zeitraum von rund 40 Jahren von 33.884 (1869)[2] auf 87.113 Menschen (1910). Die Einwohnerschaft setzte sich 1910 aus Juden (32,8 %), Ukrainern (17,5 %), Polen (17,1 %), Rumänen (15,4 %), Deutschen (14,7 %) und Angehörigen anderer Nationalitäten (2,5 %) zusammen. 48,4 % der Stadtbewohner gaben bei der Befragung Deutsch als ihre Umgangssprache an.[3] 1930 lebten in Czernowitz laut Zensus 112.427 Personen, darunter 42.592 Juden (37,9 %), 30.367 Rumänen (27 %), 16.359 Deutsche (14,5 %), 11.130 Ukrainer (9,9 %), 8.986 Polen (8 %) und 2.993 Angehörige sonstiger Ethnien (2,7 %, hauptsächlich Russen und Ungarn). Bei dieser Erhebung gaben 32.731 Einwohner Jiddisch als Muttersprache an und 26.223 Deutsch.[4] Zwischen 1940 und 1946 wurde die Bevölkerung infolge der Deportation der Juden nach Sibirien und Transnistrien, der Umsiedlung der Deutschen, der Flucht bzw. der Repatriierung der Rumänen und schließlich eines gesteuerten Zuzugs von Ukrainern, Russen und Angehörigen weiterer Ethnien (darunter viele Juden) aus anderen Gebieten der Sowjetunion fast vollständig ausgetauscht. Etwa 30 % der jüdischen Bevölkerung hatten die Kriegsjahre überlebt. Sie übersiedelten mehrheitlich bis 1946 nach Rumänien und emigrierten später nach Palästina/Israel. Der Zensus von 2001 ergab für Czernowitz 236.691 Einwohner, unter ihnen 189.021 Ukrainer (79,9 %), 26.733 Russen (11,3 %), 10.553 Rumänen (4,5 %), 3.829 Moldawier (1,6 %) und 6.555 Andere (darunter 1.408 Polen, 1.308 Juden und 971 Weißrussen).[5] Nach der Erhebung von 2013 zählt Czernowitz 258.842 Einwohner.[6]

Wirtschaft

Czernowitz ist die wirtschaftlich bedeutendste Stadt im Südwesten der Ukraine und ein wichtiger Standort der Textilindustrie, des Maschinenbaus und der Nahrungsmittelindustrie. Die Stadt ist auch Dienstleistungszentrum und verfügt über einen der größten Warenmärkte in der Ukraine (*Kalynivs'kyj rynok*, 35 ha). Gemeinsam mit Lemberg/L'viv, Kiew/Kyïv und Odessa/Odesa ist Czernowitz touristischer Anziehungspunkt in der Ukraine. Die Stadt besitzt einen internationalen Flughafen.

Gesellschaft



Das 1910 errichtete Deutsche Haus in Czernowitz/ Černivci (2013) [Foto: M. Winkler].

Die Mehrsprachigkeit der städtischen Bevölkerung und eine relativ gleichmäßige Verteilung der Ethnien förderten lange Zeit eine Toleranzpraxis und die Fähigkeit zum Dialog zwischen den Kulturen. Es ist unbestritten, dass die alltäglich erlebten sprachlichen und nationalen Disparitäten die interkulturelle Wahrnehmung der Bewohner schulen konnten. Ab den 1860er Jahren bildete sich in Czernowitz eine vielschichtige Gesellschaftsstruktur heraus, was sich im Vereins- und Pressewesen und in den rumänischen, ukrainischen, polnischen, deutschen und jüdischen Nationalhäusern widerspiegelte. Die Deutschen gründeten den "Verein der christlichen Deutschen" (1897) und erbauten das "Deutsche Haus" (1910), die jüdische Bevölkerung errichtete das "Jüdische Nationalhaus" (1908), differenzierte sich dann aber im Unterschied zu den anderen Ethnien stärker aus und es entstanden – neben den Großgruppen der assimilierten und deutsch-akkulturierten Juden – auch zionistische und sozialistische (bundistische) Milieus. Da viele Jahre lang "übergeordnete politische Gemeinsamkeiten höher bewertet wurden als Partikularinteressen"[7], kam es häufig zu einer interethnischen und -konfessionellen Zusammenarbeit in den Bereichen Kultur, Bildung und Politik. Industrialisierung und Nationalbewegungen führten in Czernowitz vor 1914 auch zu sozialen und politischen Spannungen, die im Vergleich zu anderen Städten in der Habsburgermonarchie allerdings weniger stark ausgeprägt waren. Nach 1918 wirkte sich die neue Machtkonstellation auch auf das Zusammenleben in Czernowitz aus. Deutsche, Juden, Ukrainer und Polen hatten – obwohl sie faktisch die Mehrheit bildeten – nur noch den Status einer Minderheit mit rechtlichen Einschränkungen. Die staatlich forcierte Rumänisierung von Verwaltung und öffentlichen Einrichtungen (Schulen, Universität, Theater) veränderte das gesellschaftliche Klima in der Stadt. Gleichzeitig setzten diese Maßnahmen Impulse zur Kompensation frei und soziale Netzwerke und das kulturelle Leben der einzelnen Nationen entwickelten sich besonders gut. Ab Mitte der 1930er Jahre beförderten wirtschaftliche Krisen und die Radikalisierung poli-

tischer Gruppierungen eine gesellschaftliche Erosion, die auch mit dem Verlust bürgerlicher Freiheiten insbesondere für Juden und Ukrainer nach der Einführung der Königsdiktatur 1938 verbunden war.

Religions- und Kirchengeschichte

Deutsche Kolonisten begannen 1797 in Czernowitz mit der Führung der Kirchenmatrikel der evangelischen Pfarrei (Augsburger Bekenntnis). 1814 wurde die erste katholische Pfarrkirche fertiggestellt. Die Stadt besaß ab 1873 ein Erzbistum mit Sitz des Metropoliten, dem alle Orthodoxen der im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder unterstellt waren. Die jüdische Gemeinde verwaltete etwa 70 Synagogen (darunter den Israelitischen Tempel und die Große Synagoge) und Bethäuser. Die Verteilung der Konfessionen der Czernowitzer Bevölkerung entsprach zumeist der ethnischen Struktur. Die Erhebung für 1890 ergab: 32 % jüdisch (17.359 Personen), 27,4 % römisch-katholisch (14.822), 12 % griechisch-katholisch (6.522), 22,9 % griechisch-orientalisch (= orthodox, 12.431), 5 % evangelisch (2.697), 0,7 % andere.[8] Bis 1940 bildeten die Juden die größte Religionsgemeinde. Heute gehören die Bewohner mehrheitlich zur ukrainischen orthodoxen Kirche (Kiewer Patriarchat und Moskauer Patriarchat), andere zur ukrainischen griechisch-katholischen und zur autokephalen orthodoxen Kirche.



Stadttheater Czernowitz/Černivci, Postkarte von 1905 [Archiv M. Winkler]

Besondere kulturelle Institutionen

Von kultureller Bedeutung ist das Theater, erbaut von den Architekten Ferdinand Fellner und Hermann Helmer im Jahr 1905. Die Stadt beherbergt u. a. ein Kunstmuseum im Gebäude der ehemaligen Sparkasse (im Stil der Wiener Secession), ein ethnographisches Museum (1863 gegründet), das Czernowitzer Museum für jüdische Geschichte und Kultur der Bukowina und das Staatliche Archiv des Gebiets Czernowitz (*Deržavnyj arhiv Černivec'koï oblasti*) mit einem der größten deutschsprachigen Akten- und Pressebestände außerhalb des deutschen Sprachraums. Von kulturhistorischer Bedeutung ist auch der jüdische Friedhof mit ca. 50.000 Grabanlagen.

Čeljabinsk (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Černivci → Czernowitz/Černivci/Cernăuţi

siehe Czernowitz/Černivci/Cernăuţi

Český Těšín → Teschen/Cieszyn/Český Těšín

siehe Teschen/Cieszyn/Český Těšín

Bildung und Wissenschaft



Nationale Jurij-Fed'kovyč-Universität Czernowitz/Černivci, Hauptgebäude (2013), ehemals erzbischöfliche Residenz [Foto: M. Winkler].

Spracherlasse und neue Schulgesetze beförderten ab den 1870er Jahren ein ausgeprägt vielfältiges Schulwesen in Czernowitz. Es kam zur Gründung von Lehrerbildungsanstalten und Bildungsvereinen, die zur gesellschaftlichen Modernisierung beitrugen, aber auch die Nationalisierung des Bildungswesens verstärkten. 1875 wurde die Franz-Josephs-Universität (heute Nationale Jurij-Fed'kovyč-Universität Černivci) als östlichste deutschsprachige Universität mit drei Fakultäten (Rechtswissenschaft, Philosophie und Theologie, Letztere auch mit Rumänisch und Ruthenisch als Unterrichtssprache) gegründet. Bedeutende Professoren waren der Ökonom Joseph A. Schumpeter, der Rechtssoziologe Eugen Ehrlich, der Anglist Leon Kellner und die Historiker Ion Nistor und Raimund Friedrich Kaindl.

Kunstgeschichte

Die Bevölkerungsexplosion in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ging einher mit städtebaulichen Erweiterungen und reger Bautätigkeit. Das weitgehend intakte Stadtbild wird geprägt durch Bauten des Historismus und der frühen Moderne aus der Habsburger Zeit; als Beispiele seien neben dem Theater das Rathaus nach Vorbild italienischer Stadtpaläste (1847–1848, Architekten Andreas Mikulicz und Adolf Marin) und der Bahnhof mit Motiven des Neobarock und des Jugendstils genannt. Das bedeutendste Architekturdenkmal ist die 1882 vollendete ehemalige Residenz des Erzbischöflichen Metropoliten (heute Universitätsgebäude) in einem neogotisch-byzantinischen Mischstil (1864–1882, Architekt Josef Hlavka), seit 2011 UNESCO-Welterbe. Die Große Synagoge in maurischen Formen (1873–1878, Architekt Julian Zachariewicz) wurde 1941 von den deutschen Besatzern in Brand gesetzt. Im stark veränderten Bau ist seit 1959 ein Kino untergebracht.

Pressegeschichte


Czernowitzer
Allgemeine Zeitung
Vom Tage.
Feuilleton.
Erste Probenummer, gratis.

Czernowitzer Allgemeine Zeitung, Titelblatt der ersten Ausgabe vom 29. Dezember 1903 [Foto: M. Winkler].

Czernowitz war das größte Zentrum deutschsprachiger Presse außerhalb des deutschen Sprachraums in der Zeit zwischen 1848 und 1940. Neben einzelnen Akteuren (Philipp Menczel, Adolf Wallstein), die maßgeblich zur Modernisierung des Pressewesens in der Stadt beitrugen, hing dieser Presseboom auch mit den zahlreichen Vereinen (politische Vereine, Kultur- und Bildungsvereine u. a.), die eigene Zeitungen und Zeitschriften herausbrachten, zusammen. Es erschienen schätzungsweise 300 deutschsprachige Periodika, darunter Tages- und Wochenzeitungen, Monatsschriften und Fachorgane. Die wichtigsten Tageszeitungen waren die *Bukowinaer Rundschau* (1882–1907), die *Czernowitzer Allgemeine Zeitung* (1903–1940) und das *Czernowitzer Morgenblatt* (1918–1940).

Literatur

Die literarische Produktion Czernowitzer Autoren hat den Mythos der Stadt mitbegründet. Die Wahrnehmung der Stadt wird bis heute von den Zeugnissen namhafter Dichter beeinflusst; es war eine "besondere Landschaft […], die viele Künstler, Dichter, Kunst-, Literatur- und Philosophieliebhaber beherbergte" (Rose Ausländer), in der "Menschen und Bücher lebten" (Paul Celan) oder in der ein schlicht als "Wunder" (Alfred Margul-Sperber) beschriebener Aufschwung der deutschsprachigen Lyrik in den 1920er und 1930er Jahren möglich war. Czernowitz war Geburts- und Aufenthaltsort bedeutender deutsch- und jiddischsprachiger Schriftsteller und Lyriker. Zu den bekanntesten zählen Karl Emil Franzos, Paul Celan (eigentlich Paul Antschel), Rose Ausländer, Selma Meerbaum-Eisinger, Alfred Margul-Sperber, Moses Rosenkranz, Alfred Gong, Alfred Kittner, Immanuel Weissglas, Gregor von Rezzori, Elieser Steinbarg, Itzik Manger und Josef Burg. Darüber hinaus belegen auch die Werke der ukrainischen Autoren Osyp Jurij Fed'kovyč und Ol'ha Kobyljans'ka sowie des in Israel lebenden und auf Hebräisch schreibenden Schriftstellers Aharon Appelfeld eine herausragende literarische Qualität.

Gedächtnis- und Erinnerungskultur

Bis 1991 kam es in Czernowitz in jeder Epoche zu einem umfänglichen Austausch der Straßennamen, ebenso verschwanden nationale Denkmäler und es wurden neue errichtet. Heute erinnern viele Gedenktafeln an Politiker, Literaten und Künstler – unabhängig von Nationalität und ideologischen Ausrichtungen. Die in Europa, USA und Israel lebenden ehemaligen Czernowitzer und ihre Nachfahren pflegen in Publikationen und auf Internetseiten die Erinnerungen an die Stadt. Die Rezeption des kulturellen und literarischen Erbes hat sich in den letzten Jahren auch auf ukrainischer Seite verstärkt. Das jährlich im September stattfindende Poesiefestival "Meridian Czernowitz" (seit 2010) inklusive einer literarischen Kooperation mit der Leipziger Buchmesse (2012–2014) und die ukrainisch-deutsche Kulturgesellschaft am Czernowitzer "Zentrum Gedankendach" (2009 gegründet) sind gegenwärtig die beiden wichtigsten Adressen, die in ihren Veranstaltungen die kulturelle und literarische Vergangenheit mit zeitgenössischen Kunstformen verbinden. Auftritte junger europäischer Künstler und Autoren sowie ein writer-in-residence-Programm fördern den Austausch zwischen Kreativen aus zahlreichen Ländern. Das Paul Celan Literaturzentrum (*Literaturnyj Celanivs'kyj centr*, Eröffnung geplant im September 2014) wird den Erinnerungsdiskurs über das kulturelle Erbe der Stadt weiter vertiefen.

4. Diskurse/Kontroversen

Im Zuge der politischen Umwälzungen in Czernowitz zwischen 1775 und 1991 entstanden national geprägte Historiographien, die teilweise eine ideologische Umdeutung oder Verfälschung geschichtlicher Prozesse betrieben und dem multiethnischen Charakter der Stadt nicht gerecht wurden. Bis heute entzünden sich Debatten zwischen rumänischen und ukrainischen Historikern an der Frage nach dem "nationalen" Ursprung der Stadt und der Region. In der rumänischen Historiographie wird beispielsweise die Besetzung der Stadt 1918 als Befreiung von der österreichischen Herrschaft interpretiert, Czernowitz und die Nordbukowina wird zum ursprünglich "rumänische[n] Territorium"[9] erklärt und die nationalistische Bewegung idealisiert. In der sowjetischen Lesart wurde die Herrschaft bis 1918 ebenfalls als "österreichische Besetzung" und die Phase 1918–1940 als "Okkupation des bojarischen Rumäniens"[10] bezeichnet. In der Ukraine kursieren seit 1993 wieder Schriften der Organisation Ukrainischer Nationalisten, die die Nordbukowina einschließlich Czernowitz historisch als ukrainisches Stammesgebiet deklarieren.[11]

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Andrei Corbea-Hoisie (Hg.): Czernowitz. Jüdisches Städtebild. Frankfurt/M. 1998.
- Andrei Corbea-Hoisie: Czernowitzer Geschichten. Über eine städtische Kultur in Mittelosteuropa. Wien u. a. 2003 (Literatur und Leben 63).
- Cecile Cordon, Helmut Kusdat (Hg.): An der Zeiten Ränder. Czernowitz und die Bukowina. Geschichte, Literatur, Verfolgung, Exil. Wien 2002.
- Mariana Hausleitner: Eine wechselvolle Geschichte. Die Bukowina und die Stadt Czernowitz vom 18. bis zum 20. Jahrhundert. In: Helmut Braun (Hg.): Czernowitz. Die Geschichte einer untergegangenen Kulturmetropole. Berlin 2005, S. 31-81.
- Marianna Hirsch, Leo Spitzer: Ghosts of Home. The Afterlife of Czernowitz in Jewish Memory. Berkeley, Los Angeles 2009.
- Ion Lihaciu: Czernowitz 1848–1918. Das kulturelle Leben einer Provinzmetropole. Kaiserslautern u. a. 2012 (Bukowinastudien 1).
- Winfried Menninghaus: »Czernowitz/Bukowina« als Topos deutsch-jüdischer Geschichte und Literatur. In: Lyrik. Über Lyrik. Sonderheft Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken. H. 600 (1999), S. 345-357.

- Markus Winkler: Jüdische Identitäten im kommunikativen Raum: Presse, Sprache und Theater in Czernowitz bis 1923. Bremen 2007 (Die jüdische Presse – Kommunikationsgeschichte im europäischen Raum/The European Jewish Press - Studies in History and Language 4).

Periodika

- Spiegelungen. Zeitschrift für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas (2006ff.).

Weblinks

- http://www.city.cv.ua/ (Seite des Stadtrats in ukrainischer Sprache)
- http://www.czernowitz.de (Seite mit Informationen zu Neuerscheinungen und Veranstaltungen zu Czernowitz und der Bukowina in deutscher Sprache
- http://czernowitz.ehpes.com/ (Fotos, Dokumente und Diskussionen zur jüdischen Geschichte von Czernowitz in englischer Sprache)
- http://www.meridiancz.com/ (Meridian Czernowitz - Internationale literarische Korporation)
- http://www.gedankendach.org (Ukrainisch-deutsche Kulturgesellschaft an der Nationalen Jurij-Fed'kovyč-Universität Černivci)

Anmerkungen

[1] Liviu Cărare: Concluziile Comisiei de anchetă pentru "Cercetarea neregulilor săvârşite cu ocazia evacuării evreilor din Cernăuţi" (1941) [Die Ergebnisse der Untersuchungskommission für die "Ermittlung von Verstößen bei der Evakuierung der Czernowitzer Juden" (1941)]. In: Anuarul Institutului de Istorie "G. Bariţiu" L (2011) [Jahrbuch des Instituts für Geschichte "George Bariţiu"]. Series Historica, S. 252.

[2] Orts-Repertorium des Herzogthums Bukowina. Auf Grundlage der Volkszählung vom 31. Dezember 1869 bearbeitet. Czernowitz 1872, S. 3.

[3] Die Ergebnisse der Volks- und Viehzählung vom 31. Dezember 1910 im Herzogtume Bukowina nach den Angaben der k. k. statistischen Zentral-Kommission in Wien, zusammengestellt und veröffentlicht vom statistischen Landesamte des Herzogtums Bukowina. Czernowitz 1913 (Mitteilungen des statistischen Landesamtes des Herzogtums Bukowina 17), S. 55.

[4] Sabin Manuilă: Recensământul general al populaţiei României din 29 Dec. 1930 [Allgemeine Volkszählung für Rumänien vom 29. Dezember 1930]. Vol. 2. Bucureşti 1938, S. 384.

[5] Najbil'šinacional'nosti u mistach, selyščach ta selach Černivec'koïoblasti za perepysom 2001 r. [Nationalitäten in den Städten, Kleinstädten und Dörfern des Gebietes Czernowitz/Černivci laut Zensus von 2001] (http://www.ukrcensus.gov.ua/, Zugriff 19.11.2013).

[6] Deržavna služba statystyky Ukraïny: čysel'nist' najavnoho naselennja Ukraïny [Staatliches Amt für Statistik der Ukraine: Daten zur Bevölkerung der Ukraine]. Kyïv 2013, S. 108.

[7] Emanuel Turczynski: Geschichte der Bukowina in der Neuzeit. Zur Sozial- und Kulturgeschichte einer mitteleuropäisch geprägten Landschaft. Wiesbaden 1993 (Studien der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund 14), S. 9.

[8] Special-Orts-Repertorium der Bukowina. Neubearbeitung auf Grund der Ergebnisse der Volkszählung vom 31. December 1890. Herausgegeben von der k. k. Statistischen Central-Commission. Bd. XIII: Bukowina. Wien 1894, S. 1.

[9] Mariana Hausleitner: Die Rumänisierung der Bukowina. Die Durchsetzung des nationalstaatlichen Anspruchs Großrumäniens 1918–1944. München 2001 (Südosteuropäische Arbeiten 111), S. 449.

[10] Kurt Scharr: "Die Landschaft Bukowina". Das Werden einer Region an der Peripherie 1774–1918. Wien u. a. 2010, S. 251.

[11] Hausleitner: Rumänisierung (Anm. 9), S. 449f.

Zitation

Markus Winkler: Czernowitz/Černivci. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2013. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54198.html (Stand: 25.11.2013).

D

Danzig/Gdańsk

1. Toponymie

Deutschsprachige Bezeichnung

Danzig (früher auch: Dantzig)

Amtliche Bezeichnung

poln. Gdańsk

Anderssprachige Bezeichnungen

kaschubisch: Gduńsk; ital. Danzica; litauisch: Gdanskas; lat. Gedanum (seltener: Dantiscum)

Etymologie

Die Etymologie ist ungeklärt. Heute geht man von einer slawischen Herkunft aus, danach soll "Gdańsk" so viel wie "an dem Fluss Gdania" gelegener Ort heißen. Früher wurde es mit dem bei Jordanes erwähnten "Giötheschantz" in Verbindung gebracht; in der Volksetymologie hielt sich lange ein Bezug zu "Tanz/tanzen".

2. Geographie

Lage

Danzig liegt auf 54° 21′ Nord, 18° 39′ Ost.

Topographie

Danzig entstand an der Mündung der Mottlau in die (Danziger) Weichsel, kurz bevor diese in die Ostsee mündet, in einem ursprünglich von leichten Erhöhungen (Kämpen) im Flussdelta geprägten Gebiet. Heute hat sich die Küste weiter nach Norden verschoben. Die Stadt liegt zwischen einer bewaldeten Endmoränenlandschaft mit vielen Taleinschnitten und Seen (Teil des Baltischen Höhenrückens) und der Danziger Bucht auf flachem Terrain.

Region

Die Großregion heißt historisch Pomorze Gdańskie (Danziger Pommern) oder - seltener - Pomorze Nadwiślańskie (Weichselpommern) bzw. Pomorze Wschodnie (Ostpommern). Auf Deutsch wird meist die Bezeichnung Pommerellen verwendet. Historisch lag Danzig zwischen 1454 und 1772 im Königlichen Preußen, danach bis 1920 in Westpreußen.

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Heute ist Danzig Hauptstadt der Woiwodschaft Pomorze (województwo pomorskie; wörtlich übersetzt, aber nicht der deutschen Regionalbezeichnung entsprechend: Woiwodschaft Pommern). Es ist die sechstgrößte Stadt Polens (2010: 457.000 Einwohner), beherbergt zahlreiche wissenschaftliche und kulturelle Institutionen und ist Sitz eines katholischen Erzbistums.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Das Wappen der Stadt Danzig zeigt zwei weiße Kreuze auf rotem Grund (in dieser Form bekannt seit 1368), die nach dem Übergang Danzigs an Polen 1454 um eine goldene Krone ergänzt wurden. Auch die Flagge der Freien Stadt Danzig zeigte - im linken Drittel - dieses Wappen, das nach 1945 mit veränderter Krone übernommen wurde.

Gebräuchliche Beinamen

Danzig wurde im 19. Jahrhundert aufgrund seiner altertümlichen und pittoresken Bausubstanz gerne das "Nürnberg an der Ostsee" oder "Venedig des Nordens" genannt. In den 1980er und 1990er Jahren hieß es - da sich hier das Zentrum der Solidarność befand - manchmal "heimliche Hauptstadt Polens"; heute nennt es sich "Bernsteinhauptstadt" oder "Stadt der Freiheit".

Archäologische Bedeutung

Danzig ist eine der wichtigsten archäologischen Stätten Polens. In einer ersten Grabungsphase seit 1948 wurde v. a. im Bereich der frühmittelalterlichen slawischen Burg gegraben, auf deren Reste man ebenso stieß wie auf Grundmauern der Deutschordensburg. Seit 1987 wurden zahlreiche neue Grabungsfelder erschlossen. Neue Datierungsmethoden ließen Zweifel daran aufkommen, ob die slawische Burg bereits am Ende des 10. Jahrhunderts existiert hat; die frühesten Funde stammen von ca. 1060. Da die spätesten Funde auf die Mitte des 12. Jahrhunderts fallen, ist außerdem fraglich, ob hier bis 1308 durchgehend eine Burg bestanden hat. Bestätigt wurde hingegen das Vorhandensein einer Brandschicht, die die These von der Zerstörung Danzigs 1308 untermauert. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts wurden bei Grabungen unter der Markthalle die Fundamente einer bisher nicht bekannten Vorgängerin der Nikolaikirche freigelegt. Viele Funde werden im Archäologischen Museum ausgestellt.

Allgemeine (politische) Geschichte

Mittelalter

Erstmals erwähnt wird Danzig in der Vita des hl. Adalbert. Der Bischof kam auf seiner Missionsreise zu den Prußen 997 durch das Fischerdorf "Gyddanyzc", das damals zeitweise dem polnischen Herzog Bolesław Chrobry gehörte. Erst ab 1116 konnten polnische Herrscher das Gebiet endgültig unterwerfen und christianisieren; ihre Stellvertreter führten Pommerellen als Herzöge zu Beginn des 13. Jahrhunderts in die Selbständigkeit. Die deutschrechtliche Stadt wurde vielleicht schon um 1224, wahrscheinlich aber um 1263 gegründet. Nach dem Aussterben der Herzöge wechselten die Besitzer mehrfach. Der Versuch von Herzog Władysław Łokietek, mit Unterstützung des Deutschen Ordens Danzig zurückzugewinnen, scheiterte, die Ordensritter wendeten sich gegen ihn und eroberten am 12./13.11.1308 die Stadt. Dabei wurde ein erheblicher Teil der Einwohner getötet; anschließend zerstörte der Orden Burg und Stadt, um Brandenburgern und Polen einen möglichen Stützpunkt in seiner Interessenzone zu nehmen.



Rechtstadt Danzig/Gdańsk mit Marienkirche und Rathaus (Postkarte: vor 1945) [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 138650].

Um 1340 begann der Deutsche Orden in Danzig mit dem Bau einer neuen Burg. Die Bautätigkeit konzentrierte sich nun auf die Rechtstadt, die 1342 das Kulmer Recht erhielt und bald befestigt wurde. Das nördlich davon gelegene alte Stadtgebiet entwickelte sich als "Altstadt" zum Wohnort v. a. von Handwerkern. Mit der 1380 gegründeten Jungstadt versuchte der Orden mit wenig Erfolg, der Rechtstadt Konkurrenz zu machen.

1361 schickte die Rechtstadt erstmals einen Vertreter zu einer hansischen Versammlung, seit 1377 fehlte sie auf keinem Hansetag mehr und beteiligte sich auch an den Kriegen der Hanse. Nach der Niederlage des Deutschen Ordens bei Tannenberg 1410 huldigte die Stadt dem polnischen König, doch nach dessen Rückzug aus Preußen war Danzig zur Rückkehr unter die Ordensherrschaft gezwungen. 1440 trat Danzig dem gegen den Orden gerichteten "Preußischen Bund" bei; 1454 huldigte es dem polnischen König, die Bürger zerstörten Ordensburg und Jungstadt. Nach dem Dreizehnjährigen Krieg (1454–1466) besiegelte der Frieden von Thorn (1466) die Zugehörigkeit des Königlichen Preußen zu Polen. 1557 wurde Danzig zum Vorort des preußischen Hansequartiers. 1519–1525 nahm die Stadt am letzten Krieg Polens gegen den Deutschen Orden teil.

Neuzeit

In der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts wurde Danzig durch die polnisch-schwedischen Auseinandersetzungen in Mitleidenschaft gezogen; mehrfach wurde der Weichselhandel behindert bzw. blockiert. Polnische Versuche, in Danzig eine königliche Flotte aufzubauen, konnten lange erfolgreich behindert werden. Neue Bemühungen der Krone zur besseren Kontrolle der Stadt (*Statuta Karnkoviana*, 1570) führten zum Krieg gegen den 1575 gewählten König Stefan Bathory: 1577 scheiterte dessen Eroberungsversuch nach mehrwöchiger Belagerung. Als Gustav Adolf 1626 mit der Besetzung Danzigs drohte, rief dieses König Sigismund zu Hilfe; der Krieg zog sich bis 1629 hin. Im Waffenstillstand erstritt sich Schweden Einnahmen aus dem Danziger Hafenzoll. Im Zweiten Nordischen Krieg (1655–1660) blieb Danzig trotz großer Verluste durch Verteidigungsausgaben, Kontributionen, Hemmung des Weichselhandels und Verwüstung des städtischen Landgebiets auf polnischer Seite. Aus dem Großen Nordischen Krieg (1700–1721) konnte sich Danzig nur durch große Geldzahlungen an die Kriegsparteien heraushalten. 1734 stellte es sich bei der Königswahl auf die Seite Stanisław Leszczyńskis und verteidigte diesen wochenlang gegen die Belagerung durch seinen Kontrahenten August III. und dessen russische Verbündete.

Preußen war seit den 1760er Jahren bemüht, den Danziger Handel zu behindern, 1772 verleibte es sich das ganze Königliche Preußen mit Ausnahme von Danzig und Thorn/Toruń ein. Umschlossen von Zollgrenzen erlebte die Stadt eine Wirtschaftskatastrophe. Bemühungen, die städtische Verfassung zu retten, schlugen fehl, 1793 besetzte Preußen Danzig. Dabei leisteten einige Bürger Widerstand, der rasch überwunden werden konnte. Auch der Aufstand einiger Gymnasiasten scheiterte 1797.

1807 wurde Danzig zwei Monate von französischen Truppen belagert und nach der Einnahme zur Freien Stadt erklärt. Die Rückkehr zur alten republikanischen Verfassung erwies sich als trügerischer Schein: Unter einem von Napoleon eingesetzten Herzog (François-Joseph Lefebvre) musste Danzig erhebliche Kontributionen zahlen, eine große französische Garnison unterhalten und war wirtschaftlich nicht lebensfähig. Die russisch-preußische Belagerung von 1813 dauerte knapp ein Jahr und hatte katastrophale Folgen (6.000 tote Zivilisten, Zerstörungen, Überschuldung). Erst in den 1850er Jahren erholte sich Danzig, nicht zuletzt durch den energischen Oberbürgermeister Leopold von Winter. Seit 1866 lag die Stadt im Norddeutschen Bund, seit 1871 im Deutschen Reich, wo sie als Zentrum des Liberalismus bekannt wurde. Im Zuge der Entwicklung zur Großstadt wurde die Infrastruktur modernisiert (Schleifung der Wälle, Bau neuer Verwaltungsgebäude, Krankenhäuser, eines Bahnhofs usw.).

Zeitgeschichte

Im Versailler Vertrag wurde Danzig mit einem 1.952 qkm umfassenden Gebiet zur Freien Stadt unter Kontrolle des Völkerbunds erklärt (offizielle Gründung 15.11.1920); für zehn Jahre war der parteilose Heinrich Sahm Senatspräsident. Die politischen Verhältnisse spiegelten meist die Situation in Deutschland wider; Mitte-Rechts- und Mitte-Links-Koalitionen wechselten einander ab. Die Beziehungen zu Polen waren gespannt; zahlreiche Streitigkeiten (Westerplatte, Briefkastenstreit usw.) wurden vor den Völkerbundsrat in Genf gebracht. Nach drei DNVP-geführten Regierungsjahren erhielt die NSDAP bei den Wahlen im Mai 1933 50% der Stimmen; neuer Senatspräsident wurde Hermann Rauschning, der eine Annäherung an Polen einleitete (Rücktritt Ende 1934, Nachfolger Arthur Greiser). Die Gleichschaltung kam aufgrund der Völkerbundkontrolle nur langsam voran; bei vorgezogenen Neuwahlen erreichte die NSDAP im April 1935 trotz massiver Behinderung der Opposition nur 59,3%. Die übrigen Parteien wurden bis 1937 sukzessive verboten. Ab Herbst 1938 verlangte Deutschland mehrfach die Rückkehr Danzigs zum Reich. Am 1.9.1939 brach mit der Beschießung des polnischen Munitionsdurchgangslagers Westerplatte der Zweite Weltkrieg aus - mit Waffengewalt wurde die Polnische Post eingenommen; die Eroberung der Westerplatte dauerte sieben Tage. Danzig wurde Teil des Deutschen Reichs, Hauptstadt des Reichsgaus Danzig-Westpreußen (Gauleiter: Albert Forster) und nannte sich seit Dezember 1940 "Hansestadt Danzig". Im KZ Stutthof, östlich von Danzig, wurden Mitglieder der polnischen Minderheit und Danziger Oppositionelle festgehalten; 1944 war es an der "Endlösung" der Judenfrage beteiligt (65.000 Todesopfer, darunter 35.000 Juden). Im März 1945 kesselte die Rote Armee Danzig ein; bei der Eroberung bis zum 28.3. wurde die historische Innenstadt größtenteils zerstört.

Das politische System im kommunistischen Polen war zunächst totalitär, später, seit 1956, gab es beschränkte Möglichkeiten der gesellschaftlichen Mitwirkung. Danzig wurde zum beliebten Reiseziel, zunächst für den inländischen, seit den 1970er Jahren auch für den ausländischen Tourismus. Nach Studentenprotesten 1968 kam es im Dezember 1970 wegen Preiserhöhungen zu Streiks auf den Werften und zu Massendemonstrationen in der Stadt, die wenige Tage später mit mehreren Todesopfern brutal niedergeschlagen wurden. In den Jahren danach organisierte sich die politische Opposition. Versorgungsschwierig-

keiten lösten im Sommer 1980 erneut Streiks auf der Lenin-Werft aus, an deren Spitze sich der Elektriker Lech Wałęsa stellte. Ende August unterzeichnete das Streikkomitee eine Vereinbarung mit der Regierung (Zulassung freier Gewerkschaften, Meinungsfreiheit usw.). Danzig wurde zum Sitz der "Solidarność". Die Einführung des Kriegsrechts im Dezember 1981 bedeutete eine Zäsur, doch 1989 ergriff die Demokratisierung des Landes auch Danzig. Lech Wałęsa wurde 1990 zum Staatspräsidenten gewählt (bis 1995). 1997 feierte die Stadt ihr 1000-jähriges Bestehen.

Verwaltung

Bis 1308 herrschten Herzöge über Danzig, die teilweise auch in der Stadt residierten. In der Ordenszeit gab es in der Rechtstadt einen "Sitzenden Rat" mit Bürgermeister, Stellvertreter und zwölf Ratsherren sowie den "Gemeinen Rat" als Vertretung des Patriziats. Beide Gremien verschmolzen im 15. Jahrhundert zur Ersten Ordnung, während die Schöffen als Zweite Ordnung hinzukamen. Das städtische Leben wurde durch ein Gesetzbuch, die "Willkür", geregelt. Die Altstadt besaß einen eigenen Rat. Durch die "Statuta Sigismundi" wurde 1526 eine 100 Mitglieder umfassende, in vier Quartiere unterteilte Dritte Ordnung als Vertretung des Volks eingeführt. Gegen Versuche des Königs, im Zuge der Landesreform von 1569 (Inkorporation des Königlichen Preußens) mehr Einfluss auf die Stadtverwaltung zu gewinnen (1570 *Statuta Karnkoviana*), leistete Danzig erfolgreich Widerstand.

Nach 1454 bezeichnete sich Danzig als "Republik". Es besaß das Recht, einen Vertreter zu den polnischen Wahlreichstagen zu schicken, und engagierte sich im preußischen Landtag. Die Krone war in Danzig mit einem Burggrafen vertreten. Die Stadt hatte eigene Vertreter in mehreren Staaten und unterhielt eine eigene Garnison. Die Rechtsprechung fiel größtenteils in den Aufgabenbereich des Schöffengerichts.

Zu Beginn der preußischen Zeit unterstand der Danziger Magistrat der Kriegs- und Domänenkammer in Marienwerder; in der Freien Stadt Danzig (1807–1814) wurden die drei Ordnungen wieder eingesetzt. 1815 wurde die Stadt Hauptstadt eines Regierungsbezirks und der Provinz Westpreußen (1823 mit Ostpreußen zusammengelegt, seit 1878 wieder eigenständig). Der Magistrat wurde von einer Stadtverordnetenversammlung kontrolliert (seit 1853 nach dem allgemeinen Dreiklassenwahlrecht gewählt).

Die Freie Stadt Danzig (1920–1939) wurde von einem Senat regiert, dem ein vom Parlament "Volkstag" gewählter Präsident vorstand; die Funktion des Staatsoberhauptes nahm der Völkerbund durch einen Hochkommissar wahr. Teile der Verwaltung waren an Polen abgegeben (Eisenbahn) oder internationalisiert worden (Hafen); Danzig wurde Teil des polnischen Zollgebiets, besaß aber seit 1923 eine eigene Währung (Gulden). Nach Auflösung der Freien Stadt erhielt Danzig 1939 wieder eine kommunale Selbstverwaltung.

1945 wurde Danzig Hauptstadt der Woiwodschaft Danzig; gleich nach der Eroberung begann der Aufbau einer neuen polnischen Verwaltung. Erste (gelenkte) Wahlen zum Stadtparlament ("Städtischer Nationalrat") fanden 1954 statt. Seit 1973 gab es wieder Oberbürgermeister ("Stadtpräsidenten"), doch erst ab 1990 konnten sie frei gewählt werden. 1999 wurde Danzig nach der Gebietsreform Hauptstadt der Woiwodschaft Pomorze.

Wirtschaft und Gesellschaft

Bevölkerung

Danzig hatte zu Zeiten des Herzogtums Pommerellen 3.000 bis 4.000, zeitweilig vielleicht bis zu 10.000 Einwohner und wurde vermutlich meist von slawischen Fischern und Handwerkern bewohnt. Seit den 1220er Jahren sind deutsche Siedler nachzuweisen. Nach der

Zerstörung von 1308 wurde die Stadt v. a. von Zuwanderern aus deutschsprachigen Gebieten neu besiedelt. Um 1430 betrug die Einwohnerzahl ca. 20.000; ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte sie mit ca. 70.000 in der Mitte des 17. Jahrhunderts. Das Bürgertum sprach durchweg Deutsch (bzw. Niederdeutsch); Zuwanderer etwa aus Schottland, den Niederlanden, England und Polen assimilierten sich rasch. Durch den großen Handelsverkehr kamen zahlreiche Ausländer - nicht nur Polen - nach Danzig. Für polnischsprachige Einwohner und Gäste gab es polnische Gottesdienste; viele Bürgersöhne lernten Polnisch, um sich auf ihr Erwerbsleben vorzubereiten. Ab Mitte des 17. Jahrhunderts stagnierte die Bevölkerungszahl; am Ende des 18. Jahrhunderts ging sie bis auf 35.000 zurück. Erst um 1860 war die Zahl von 70.000 Einwohnern wieder erreicht; 1915 war sie (auch durch Eingemeindungen) auf 192.000 angewachsen (1939: 250.000). Die polnische Minderheit organisierte sich seit den 1870er Jahren, blieb aber sehr klein (wenige Prozent). Deutsch war weiterhin durchweg Umgangssprache, mit einem rückläufigen Anteil von Niederdeutsch und steigender Bedeutung der Stadtsprache "Missingsch". In der Freien Stadt war Deutsch die Amtssprache; für die polnische Sprache galten Sonderregelungen. So durften polnische Danziger ihre Kinder auf staatliche Schulen mit polnischer Unterrichtssprache schicken, außerdem gab es polnische Privatschulen. Der Anteil der Danziger Staatsbürger polnischer Nationalität betrug ca. 3,5%, außerdem lebten in Danzig zahlreiche Polen ohne Danziger Pass. Die Polen waren im Volkstag stets mit eigenen Abgeordneten vertreten.

1945–1948 wurden fast alle Deutschen, die nicht vor Ende der Kampfhandlungen geflohen waren, zur Übersiedlung nach Deutschland gezwungen; die Vertriebenen organisierten sich in verschiedenen Verbänden und Vereinen. Bis 1948 waren bereits 150.000 Polen nach Danzig zugewandert, die meisten aus Zentralpolen und 15–18% aus den ehemaligen polnischen Ostgebieten. Der Prozess der Aneignung der fremden Stadt dauerte Jahrzehnte. Derweil wuchs die Stadt weiter und erreichte um 2000 eine Einwohnerzahl von ca. 460.000. Ethnisch ist die Bevölkerung sehr homogen; die deutsche Minderheit zählt wenige hundert Mitglieder. Einige Bedeutung besitzen die Kaschuben.

Wirtschaft

In prähistorischer Zeit war Danzig ein Zentrum der Bernsteinverarbeitung; ein wichtiger Handelsweg führte von der Weichselmündung nach Süden (Bernsteinstraße). Der Fluss war eine der wichtigsten Kommunikationsarterien des mittelalterlichen Ostmitteleuropa, hier wurden Getreide, Holz und Holzprodukte flussabwärts transportiert, während stromaufwärts Fisch und Salz, bald auch Luxuswaren gehandelt wurden. Der Danziger Hafen gewann zu Beginn des 13. Jahrhunderts an Bedeutung. Alsbald etablierte sich die Stadt auch als Zentrum der handwerklichen Produktion. Seit 1260 fand alljährlich ein großer Jahrmarkt (Dominik) statt.

In der Ordenszeit blühten Handel und Handwerk weiter auf, u. a. wegen der großen Nachfrage nach Holz und Getreide in Westeuropa. Als Importwaren wurden Tuche und Heringe immer wichtiger. Weithin bekannt war Danzig für sein Bier und seine Holzverarbeitung. 1450 segelten ca. 600 Schiffe unter Danziger Flagge. Die Getreideausfuhr erreichte Mitte des 17. Jahrhunderts ihren Höhepunkt. Den Transport übernahmen jetzt größtenteils niederländische Schiffe. Aufgrund des Stapelrechts schöpften Danziger Kaufleute auch dann Gewinne ab, wenn sie am Weiterverkauf nicht direkt beteiligt waren. Für Polen war Danzig von gewaltiger wirtschaftlicher Bedeutung; um 1600 liefen 3/4 des polnischen Außenhandels über die Stadt. Beim produzierenden Gewerbe gewann die Tuchmacherei zeitweise große Bedeutung; auch Gold- und Kunstschmiede, Bernsteindreher und Möbeltischler hatten viel Erfolg. Ab dem Zweiten Nordischen Krieg gingen der Warenumschlag und damit der Wohlstand stark zurück, um am Ende des 18. Jahrhunderts ganz einzubrechen.

Die preußische Zeit bedeutete einen langsamen Aufschwung, wobei der Handel im 19. Jahrhundert an Bedeutung verlor, während Industrie, Dienstleistungen und Verwaltung wichtiger wurden. Zur Verbesserung der Verlademöglichkeiten wurde der Hafen ausgebaut und zunehmend nach Neufahrwasser direkt an der Weichselmündung verlegt. Zwischen 1871 und 1913 wuchs der Warenumschlag stark, Danzig war vor dem Ersten Weltkrieg fünftgrößter Ostseehafen. Seit 1852 bestand Anschluss an die preußische Ostbahn. Größte Industriebetriebe waren die Werften (1850 Gründung der Königlichen, später Kaiserlichen Werft, 1889 der Schichau-Werft); forcierte Industrialisierungsbemühungen hatten am Ende des 19. Jahrhunderts nur wenig Erfolg.

Die Freie Stadt (1920–1939) litt unter dem politischen Antagonismus zu Polen, dem verringerten Absatzmarkt und unter dem Bau des nahen polnischen Hafens Gdingen/Gdynia; dennoch fanden Teile der Industrie neue Absatzmärkte in Polen. Bis 1923 florierte das Bankenwesen; die Hyperinflation wurde mit Einführung des Guldens im September 1923 beendet. Die Haushaltsfinanzierung gelang nur durch erhebliche Staatsverschuldung. 1933 betrug die Erwerbslosenquote über 20%. Durch Beschäftigungsprogramme konnte die NSDAP diese Quote verringern, die Überschuldung zwang 1935 jedoch zu einer Abwertung des Guldens um 42%. Im Zweiten Weltkrieg stellten die Werften auf Rüstungsproduktion um.

Nach dem Krieg wurde Danzig als Industriestandort entwickelt (Werften, Zulieferindustrie); auch der Hafen wurde konsequent ausgebaut, so seit den 1970er Jahren durch den Nordhafen direkt an der Danziger Bucht. Gleichzeitig entwickelte sich die Stadt zu einem Verwaltungs- und Bildungszentrum. Nach 1990 behielt der Hafen seine Bedeutung, die Rolle der Industrie (auch der Werften) ging zurück, während der Dienstleistungssektor stark wuchs. Die verbesserte Verkehrsanbindung (Flughafen, Autobahn) gab neue wirtschaftliche Impulse. Der Fremdenverkehr wurde zur wichtigen Einnahmequelle. Nach dem EU-Beitritt Polens sank die Arbeitslosenrate stark; die Mittel aus den EU-Strukturfonds erlaubten zahlreiche Infrastrukturinvestitionen.

Gesellschaft

Tonangebend waren in Danzig seit dem 14. Jahrhundert die Kaufleute. Mehrfach bildeten sich über viele Jahrzehnte stabile Konstellationen von Ratsgeschlechtern, die die wichtigsten Positionen unter sich aufteilten und sich langsam aus dem wirtschaftlichen Alltagsgeschäft zurückzogen. Vielfach kam es zu sozialen Spannungen, meist weil Handwerker oder Kaufleute dem Rat Selbstherrlichkeit und Misswirtschaft vorwarfen. Schon 1456 scheiterte ein vom Kaufmann Martin Kogge angeführter Aufstand, in den 1520er Jahren kam es zu neuen Auseinandersetzungen. Auslöser waren damals wie auch 1673–1675 konfessionelle Fragen; bei anderen Unruhen (um 1650, 1677, 1748–1752) ging es um Forderungen nach größerer politischer Mitwirkung.

Im 19. Jahrhundert änderte sich durch die Zuwanderung aus der näheren Umgebung die Sozialstruktur rasch. Die Zahl der Arbeiter stieg, es kam zu Arbeitskämpfen; auch in der Zwischenkriegszeit blieb ein latenter Konflikt zwischen Arbeitern und Bürgertum bestehen. Nach 1945 wurde Danzig als Arbeiterstadt neu gegründet; ein Bürgertum entwickelte sich nur langsam, die Bildungsschichten blieben schmal und wenig vernetzt.

Kultur

Religions- und Kirchengeschichte

Danzig wurde 997 vorübergehend christianisiert; eine nachhaltige Christianisierung setzte aber erst zu Beginn des 12. Jahrhunderts ein, als Herzog Bolesław III. Krzywousty

(Schiefmund) es dem Bistum Leslau/Włocławek unterstellte. Um 1178 wurde das Zisterzienserkloster Oliva/Oliwa gegründet. Die Stadt entwickelte sich zu einem religiösen Zentrum mit zahlreichen Kirchen und Klöstern. Die Reformation hielt um 1520 Einzug in die Stadt (1577 königliches Recht auf freie Religionsausübung). 1650 gehörten ca. 87% der Einwohner dem lutherischen Bekenntnis an, 6% waren Calvinisten und 7% Katholiken. Seit 1612 durften nur Lutheraner öffentliche Ämter bekleiden. Die Zahl der Katholiken wuchs unaufhörlich - um 1800 waren es bereits ca. 20%, 1910 33%. 1925 wurde für die Freie Stadt das Bistum Oliva gegründet. Juden hatten in Danzig lange kein Wohnrecht, hielten sich aber vielfach in den nicht zur Stadt gehörenden Vorstädten auf; Mennoniten durften sich nach Zahlung eines Schutzgeldes in Danzig niederlassen. Im 19. Jahrhundert entfielen diese Beschränkungen. 1910 waren 1,4% der Einwohner mosaischen Glaubens. Ab 1933 wurden die Juden diskriminiert, 1939/40 organisierte die jüdische Gemeinde die kollektive Auswanderung von ca. 90% der Danziger Juden. Nach 1945 war die neue Danziger Bevölkerung weitgehend katholisch, keine Kirche blieb in evangelischer Hand. Daneben etablierten sich Gemeinden der orthodoxen und der katholisch-orthodoxen (unierten) Kirche, 1990 wurde in Oliva eine Moschee eröffnet und nach jahrzehntelanger Pause wurde auch die jüdische Gemeinde reaktiviert.

Besondere kulturelle Institutionen

Bücher wurden in Danzig in verschiedenen Bibliotheken gesammelt, u. a. seit 1596 in der Ratsbibliothek, aus der später die Stadtbibliothek hervorging, deren Bestände 1945 größtenteils erhalten blieben (heute: Danziger Bibliothek der Polnischen Akademie der Wissenschaften). Das Staatsarchiv hingegen erlitt größere Verluste. 1870 wurde im ehemaligen Franziskanerkloster ein Stadtmuseum eröffnet (heute Nationalmuseum). Das Staatliche Landesmuseum für Danziger Geschichte in Oliva wurde 1945 zerstört. Heute bestehen u. a. ein Historisches Museum der Stadt sowie ein Zentrales Meeresmuseum; im Bau sind ein Museum des Zweiten Weltkriegs sowie das Internationale Solidarność-Zentrum.

Das Theater nahm im 18. Jahrhundert durch fahrende Truppen einen Aufschwung, 1801 wurde das Stadttheater eröffnet, das mehr als ein Jahrhundert lang kulturelles Zentrum sein sollte. Es wurde 1935 zum Staatstheater ausgebaut. In der Volksrepublik Polen erhielt Danzig ein Theater (Neubau 1967), eine Oper, eine Kunst- sowie eine Musikhochschule; seit 2011 wird an einem Shakespeare-Theater gebaut.

Bildung und Wissenschaft

Schulen sind in Danzig seit dem 14. Jahrhundert nachweisbar, 1558 wurde das Gymnasium gegründet (seit 1643 "Akademisches Gymnasium"). 1621 entstand in Alt Schottland außerhalb der Stadt ein Jesuitenkolleg. Danziger Bürgersöhne besuchten im Mittelalter bevorzugt die Universitäten von Erfurt, Wien, Krakau/Kraków und Leipzig, nach der Reformation zogen sie meist nach Wittenberg, Heidelberg und Königsberg/Kaliningrad. 1734 entstand die Naturforschende Gesellschaft. Von den Danziger Historikern der Frühen Neuzeit sind Caspar Schütz oder Joachim Pastorius zu nennen, außerdem der auch als Jurist profilierte Gottfried Lengnich. International bekannt wurde der Astronom Johannes Hevelius.

Im 19. Jahrhundert trat neben das Städtische Gymnasium ein Königliches Gymnasium. Um die Regionalhistoriographie machte sich seit 1879 der Westpreußische Geschichtsverein verdient; Theodor Hirsch und Paul Simson waren die wichtigsten lokalen Historiker. 1904 eröffnete Wilhelm II. die Technische Hochschule, die in der Freien Stadt um eine Geisteswissenschaftliche Abteilung erweitert wurde; sie wurde 1945 als "Politechnika" reaktiviert. Die 1946 gegründete Pädagogische Hochschule wurde 1970 zur Universität er-

weitert. Außerdem entstanden Hochschulen für Musik, Kunst und Sport sowie in den 1990er Jahren private Hochschulen.

Alltagskultur

Bis zum Ende des 14. Jahrhunderts herrschte Wohnbebauung aus Holz oder Fachwerk vor, danach wurde vornehmlich aus Backsteinen gebaut. Da größere Teile der Stadt auf feuchtem Grund entstanden, konnten keine tiefen Keller angelegt werden; zu den deshalb höher gelegen Erdgeschossen führten Treppen und kleine Terrassen, aus denen sich in der Frühen Neuzeit die kunstvoll verzierten, für Danzig typischen Beischläge entwickelten. Das bürgerliche Leben wurde in der Frühen Neuzeit durch Luxusordnungen immer stärker eingeschränkt, etwa was die Form und Größe von Familienfeiern oder die einzelnen Berufsgruppen zustehende Kleidung anbetraf (Sozialdisziplinierung). Das gesellige Leben des gehobenen Bürgertums konzentrierte sich in den Bankenbrüderschaften, die sich im Artushof trafen (bis 1742), daneben waren die Zünfte von großer Bedeutung. Seit dem 18. Jahrhundert entwickelte sich ein differenziertes Vereinswesen. Die ärmeren Bevölkerungsschichten lebten in teils engen, dunklen Wohnungen, hatten nur eingeschränkt Zugang zu frischem Wasser; vielfach wurden die Abfälle direkt auf den Gassen entsorgt. Da im 19. Jahrhundert mehrfach schwere Choleraepidemien die Stadt heimsuchten, wurde in den 1870er Jahren eine moderne Kanalisation (die erste auf dem europäischen Festland) und Trinkwasserzufuhr gebaut.

Kunstgeschichte und Architektur

Danzig war in Mittelalter und Früher Neuzeit von größter Bedeutung für die Entwicklung von Kunst und Architektur in Nordost- und Ostmitteleuropa, insbesondere aufgrund seiner vermittelnden Funktion zwischen Ost und West. Es inszenierte sich als Zentrum repräsentativer bürgerlicher Bautätigkeit, etwa mit der 1343 begonnenen Marienkirche. Der Backsteingotik sind auch die meisten anderen Kirchen in den historischen Stadtteilen zuzurechnen - St. Johannis, die altstädtische Pfarrkirche St. Katharinen oder die Klosterkirchen St. Nikolai und St. Brigitten, deren Bau größtenteils bis ca. 1500 beendet war. Die Kunstwerke im Kircheninneren stammen neben der Gotik vielfach aus Renaissance und Barock. Das im 15. Jahrhundert gekaperte Altarbild von Hans Memling *Das Jüngste Gericht* wurde jahrhundertelang in St. Marien ausgestellt; heute ist es im Nationalmuseum zu besichtigen.

Bedeutendstes weltliches Bauwerk war das ab 1379 errichtete Rechtstädtische Rathaus; in direkter Nachbarschaft befand sich mit dem Artushof der größte bürgerliche Versammlungsort der Stadt. Seit 1343 wurde an einer Stadtmauer mit zahlreichen Wehrtürmen und Toren gebaut, darunter das am Mottlauhafen gelegene Krantor.

Zur künstlerischen Blüte gelangte Danzig am Ende des 16. und in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts. Unter Einfluss der Renaissance, niederländischer und italienischer Vorbilder wurde der Hauptstraßenzug - Langgasse und Langer Markt - umgestaltet: Rathaus und Artushof erhielten teils neue Fassaden, mit Grünem, Langgässer und Hohem Tor entstanden drei prächtige neue Eingangstore, zahlreiche Bürgerhäuser wurden im neuen Stil gebaut. Die Sommerratsstube des Rathauses wurde kostbar ausgestattet, mit einem zentralen Deckengemälde von Isaak van den Blocke (Apotheose des Danziger Handels). Viele Künstler und Baumeister stammten von auswärts, etwa aus den Niederlanden, blieben aber teils ein Leben lang in Danzig, darunter der Maler Anton Möller. Einziges bedeutendes Barockbauwerk ist die Königliche Kapelle.

Im 19. Jahrhundert wurden zahlreiche alte Gebäude abgerissen (mehrere Stadttore, fast alle Beischläge und Vorbauten, Klöster); die vielen neuen Verwaltungsgebäude entstanden

meist im Stil der Neugotik bzw. der Neorenaissance. Das altertümliche Danzig wurde u.a. von Johann Carl Schultz auf Kupferstichen festgehalten. In der Freien Stadt entstanden nur wenige bedeutende Gebäude; die NS-Neuplanung der Stadt wurde nur ansatzweise verwirklicht.

Nach der Zerstörung der historischen Innenstadt 1945 begann 1948 die beispiellose Rekonstruktion der Rechtstadt in idealisierten frühneuzeitlichen Formen; die Altstadt wurde vereinfacht wiederaufgebaut. Moderne Architektur entstand am Rande der historischen Innenstadt sowie in den Außenbezirken. In den 1980er und 1990er Jahren lieferte die künstlerische und intellektuelle Auseinandersetzung mit dem deutschen Kulturerbe viele Impulse.

Musik und Theater

In der Frühen Neuzeit waren die Kirchen Zentren der bürgerlichen Musikkultur, vor allem die Kapelle an St. Marien spielte auf hohem Niveau. Von deren Kapellmeistern machten sich etwa Andreas Hakenberger oder Johann B. Chr. Freißlich einen guten Namen. Das Musikleben des 19. Jahrhunderts stützte sich auf verschiedene Orchester, auch auf Militärkapellen; zahlreiche reisende Virtuosen besuchten die Stadt. Führender Komponist der Zeit war Friedrich Wilhelm Markull. Nach 1945 entwickelte sich eine breite Musiklandschaft, zu der eine zeitweise sehr vitale Jazzszene gehörte.

Buch- und Druckgeschichte

Erstmals gedruckt wurde in Danzig 1498, später entstanden mehrere Druckereien, u. a. die Ratsdruckerei. Seit 1618 gab es in Danzig gedruckte Zeitungen, seit der Mitte des 18. Jahrhunderts erschienen zahlreiche moralische Wochenschriften; auch die Flugblattproduktion war zeitweise sehr umfangreich. Im 19. Jahrhundert entwickelte sich ein modernes Pressewesen, wichtig waren die liberale "Danziger Zeitung" (ab 1858) und die nationalliberalen "Danziger Neuesten Nachrichten" (ab 1894). Die Danziger Verlage hatten keine überregionale Bedeutung. Nach 1945 etablierte sich der "Dziennik Bałtyki" als führende Tageszeitung; an Verlagen machte neben dem Wydawnictwo Morskie seit den 1990er Jahren der Verlag słowo/obraz terytoria landesweit von sich reden.

Literatur

Danzig war nie Zentrum des literarischen Schaffens gewesen, konnte aber in der Barockzeit einige bedeutende Dichter für einige Zeit an sich binden, etwa Martin Opitz, der hier seine letzten Lebensjahre verbrachte. Viele Literaten arbeiteten als Lehrer am Akademischen Gymnasium. Im 19. Jahrhundert hatten Autoren in den lokalen Zeitungen Veröffentlichungsmöglichkeiten, was etwa Wilhelm Schumacher oder Walter Domansky nutzten. Bekanntester Danziger Dichter war der südlich von Danzig geborene Dramatiker Max Halbe,der jedoch nie länger in der Stadt lebte. In der Zwischenkriegszeit traten einige begabte Dichter hervor (z. B. Willibald Omankowski); auch Stanisław Przybyszewski arbeitete hier einige Jahre. Die von Carl Lange gegründeten "Ostdeutschen Monatshefte" entwickelten sich zur angesehenen Kulturzeitschrift.

Literarische Bedeutung erlangte Danzig erst mit Günter Grass (1999 Literaturnobelpreis), dessen Danzig-Roman *Die Blechtrommel* 1959 für Furore sorgte. Seine Rezeption in Danzig war in den 1980er Jahren mitentscheidend für die Entdeckung der fremden, deutschen Vergangenheit durch die jüngere Generation; mit Paweł Huelle und Stefan Chwin knüpften zwei landesweit bekannt gewordene polnische Schriftsteller an Grass an.

Militärgeschichte

In republikanischer Zeit besaß Danzig eine eigene Garnison, die in Kriegszeiten aufgestockt wurde; außerdem gab es eine Bürgerwehr. Im 19. Jahrhundert wurde es zur preußischen Garnisonsstadt und beherbergte zahlreiche Regimenter; zeitweise war die preußische Marine hier stationiert. 1891 wurde Danzig Sitz des XVII. Armeekorps und erhielt eine Kriegsschule. In der Zwischenkriegszeit war Danzig entmilitarisiert; Polen konnte 1925 auf der Halbinsel Westerplatte ein Munitionsdurchgangslager errichten.



Das Westerplatte-Heldendenkmal 1939–1945, enthüllt 1966 (Postkarte: in/nach 1966) [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv. Inv. Nr. 190669].

Gedächtnis- und Erinnerungskultur

In der Frühen Neuzeit wurden die runden Jahrestage des Übergangs an Polen feierlich begangen, später, bis ins 20. Jahrhundert, der Übergang an Preußen von 1793. Die lokale Gesellschaft erinnerte sich außerdem an Belagerungen oder an bedeutende Mitbürger. Die moderne Stadthistoriographie setzte in der Mitte des 19. Jahrhunderts ein; bald darauf entstand in den Zeitungen ein Forum für populäre Stadtgeschichte. Die Freie Stadt Danzig war sehr bemüht, sich in die Kontinuität der Glanzzeiten der Stadt zu stellen. Nach 1945 betonten die neuen Machthaber vor allem die polnischen Kontexte der Stadt; erst in den 1980er Jahren begann eine Neuentdeckung ihrer verdrängten deutschen Vergangenheit. Denkmäler erinnern heute an wichtige Ereignisse der Stadtgeschichte (Westerplatte, Polnische Post, Arbeiterproteste von 1970 usw.).

4. Diskurse/Kontroversen

Zahlreiche Aspekte der Danziger Geschichte waren in der Vergangenheit zwischen der deutschen und der polnischen Historiographie (und Politik) umstritten. Dazu zählte etwa die Eroberung Danzigs durch den Deutschen Orden 1308. Während deutsche Historiker meinten, dabei seien nur wenige Ritter ums Leben gekommen, vertraten polnische Historiker die Auffassung, Tausende von Einwohnern seien ermordet und die Stadt zerstört worden. Archäologie und Mediävistik haben jüngst die "polnische" Meinung mit stichhaltigen Argumenten unterstützt.[1]

Uneins war sich die Geschichtsschreibung auch über das staatsrechtliche Verhältnis Danzigs zu Polen. Während die deutsche Seite bestrebt war, die Stadt als möglichst autonom darzustellen, hob die polnische Seite die engen Beziehungen zur Krone hervor. Neue Forschungen belegen die pragmatische, der jeweiligen Situation angepasste Politik der Stadt.

Die Zerstörung von 1945 wurde in der Volksrepublik Polen lange den Deutschen angelastet; nach 1989 wurde die Schuld der Roten Armee gegeben. Mittlerweile stellt sich heraus, dass verschiedene Faktoren ausschlaggebend waren - mutwillige Vernichtung durch die Rotarmisten ebenso wie um sich greifende Brände in der verlassenen Stadt.

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Jan Baszanowski: Przemiany demograficzne w Gdańsku w latach 1601–1846 [Demographischer Wandel in Danzig zwischen 1601 und 1846]. Gdańsk 1995.
- Maria Bogucka: Das alte Danzig. Alltagsleben vom 15. bis 17. Jahrhundert. Aus dem Polnischen von Eduard Merian. München 1987.
- Edmund Cieślak (Hg.): Historia Gdańska [Geschichte Danzigs]. 5 Bde. Gdańsk, Sopot 1978–[1999].
- Jacek Friedrich: Neue Stadt in altem Gewand. Der Wiederaufbau Danzigs 1945–1960. Aus dem Polnischen von Heidemarie Petersen. Köln u. a. 2010 (Visuelle Geschichtskultur 4).
- Gottfried Lengnich: Ius publicum civitatis Gedanensis, oder: Der Stadt Danzig Verfassung und Rechte. Nach der Originalhandschrift des Danziger Stadtarchivs. Hg. von Otto Günther. Danzig 1900 (Quellen und Darstellungen zur Geschichte Westpreussens).
- Peter Oliver Loew: Danzig und seine Vergangenheit, 1793–1997. Die Geschichte einer Stadt zwischen Deutschland und Polen. Osnabrück 2003 (Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau 9).
- Peter Oliver Loew: Das literarische Danzig, 1793 bis 1945. Bausteine für eine lokale Kulturgeschichte. Frankfurt/M. u. a. 2009 (Danziger Beiträge zur Germanistik 25).
- Peter Oliver Loew: Danzig. Biographie einer Stadt. München 2011.
- Henryk Paner (Hg.): Gdańsk średniowieczny w świetle najnowszych badań archeologicznych i historycznych [Das mittelalterliche Danzig im Licht der neuesten archäologischen und historischen Forschungen]. Gdańsk 1998.
- Paul Simson: Geschichte der Stadt Danzig. 3 Bde. Danzig 1913–1918.
- Jarosław Załęcki: Przestrzeń społeczna Gdańska w świadomości jego mieszkańców. Studium socjologiczne [Der soziale Raum Danzigs im Bewusstsein seiner Einwohner. Soziologische Studie]. Gdańsk 2003.

Zitation

Peter Oliver Loew: Danzig/Gdańsk. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54199.html (Stand 06.03.2012).

[1] Błażej Śliwiński: Rzeź i zniszczenie Gdańska przez Krzyżaków w 1308 roku [Das Gemetzel und die Zerstörung Danzigs durch den Deutschen Orden 1308]. Gdańsk 2006.

Debreţin → Debrezin/Debrecen (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Debrezin/Debrecen (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Deutschendorf/Poprad

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Deutschendorf

Amtliche Bezeichnung

slwk. Poprad

Anderssprachliche Bezeichnungen

ung. Poprád

Etymologie

Der slowakische und ungarische Stadtname leitet sich von dem Fluss Popper (slwk. *Poprad*, ung. *Poprád*) ab, einem Nebenfluss des Dunajez (*Dunajec*) und damit der Weichsel, der als einziger großer Fluss der Slowakei zur Ostsee fließt. Es sind unter anderem folgende historische Bezeichnungen bekannt: Villa Theutonicalis (1244), Popprat (1300), Villa Tedescha (1310), Teutschendorff (1328), Popradzaza (1346) und Dewchendorff (1412).

2. Geographie

Lage

Deutschendorf liegt auf 49° 3' nördlicher Breite, 20° 18' östlicher Länge, 672 m über NHN, etwa 78 km nordwestlich von Kaschau/Košice.

Topographie

Deutschendorf liegt im Unter-Tatra-Kessel (slwk. *Podtatranská kotlina*) am südöstlichen Fuße der Hohen Tatra und zugleich am Fluss Popper.

Region

Zips (slwk. *Spiš*, ung. *Szepes*, lat. *Scepusium*, poln. *Spisz*), eine historische Landschaft auf dem Gebiet der heutigen nordöstlichen Slowakei entlang der Popper, die früher zu Oberungarn gehörte.

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Slowakei. Deutschendorf ist Hauptstadt des Kreises Deutschendorf (*Okres Poprad*).

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Das Stadtwappen verweist auf die Gebirgslage von Deutschendorf: Sein Schild zeigt über einem weißsilbernen Gebirgszug einen tiefblauen Himmel. Die Berge sind mittig mit zwei roten gekreuzten Pfeilen versehen. In der vollständigen, zu besonders feierlichen Anlässen verwendeten Version wacht mit dem Heiligen Ägidius einer der 14 Nothelfer über den Schild. Nachweise eines intensiven Kults um den Heiligen reichen bis ins 12. Jahrhundert.

Mittelalter

In der Mitte des 13. Jahrhunderts kamen die ersten deutschen Siedler aus Schlesien, Thüringen und vor allem Sachsen auf Einladung des ungarischen Königs Béla IV. (1206-1270), der die nach den Mongoleneinfällen von 1241/1242 entvölkerten Landstriche der Zips wieder besiedeln wollte. Das ergibt sich unter anderem aus einer Urkunde aus dem Jahre 1251, worin der Ort als „Villa Theutonicalis“ bezeichnet wird und in der schon von sechs Orten die Rede ist, die den heutigen Stadtteilen entsprechen. Das sehr ländliche Deutschendorf stand zu dieser Zeit ganz im Schatten des 1256 erstmalig erwähnten Georgenberg (slwk. *Spišská Sobota*, ung. *Szepesszombat*), das 1271 die Stadtrechte erhielt und sich schon im 13 Jahrhundert durch die Vielfalt der dort ansässigen Handwerker auszeichnete. An Bedeutung gewann Deutschendorf mit dem stetigen Zuzug deutscher Siedler, wovon die Bezeichnung Sächsisch-Deutschendorf (slwk. *Saský Poprad*, ung. *Popradzaza*) zeugt. Von 1344 bis 1412 gehörte Deutschendorf zur Provinz der 24 Zipser Städte, die der so genannten Zipser Willkür unterlag. Sie entstand aus der Gemeinschaft der Zipser Sachsen, denen der ungarische König Stefan V. (1239-1272) 1271 umfangreiche Privilegien, darunter eine Selbstverwaltung in Leutschau/Levoča, erteilte. Ab 1412 war Deutschendorf Bestandteil des „polnischen Faustpfandes“, das seine Wurzeln in der Auseinandersetzung zwischen Kaiser Sigismund von Luxemburg (1368-1437) und dem polnischen König Wladislaw II. (1362-1434) hatte.

Neuzeit

Von 1772 bis 1876 gehörte Deutschendorf zur Provinz der 16 Zipser Städte, die ihren Sitz in Zipser Neu(en)dorf/Spišská Nová Ves hatte. 1778 bestätigte Maria Theresia (1717-1780) die früheren Privilegien dieser Städte und garantierte ihnen Selbstverwaltung. In diesem Zusammenhang erhielt Deutschendorf das Recht zur Abhaltung von Märkten. Im Zweiten Weltkrieg galt Deutschendorf als Zentrum des Widerstands gegen die deutschen Truppen. 1942 wurde in der Stadt ein Sammellager errichtet, von dem aus die Juden aus dem Gebiet der Slowakei ins Vernichtungslager Auschwitz transportiert wurden.

Verwaltung

Im Zuge einer Verwaltungsreform, die das Ende der traditionellen Magistratsordnung markierte, wurde Deutschendorf 1923 zur Großgemeinde, 1927 Zentrum des neu geschaffenen Kreises Deutschendorf. Die heutige Stadt entstand durch die Eingemeindung mehrerer Gemeinden nach 1945. Stadtoberhaupt von Deutschendorf ist heute ein hauptamtlicher Oberbürgermeister. Es gibt sechs Stadtteile mit eigenen Parlamenten sowie ein Stadtparlament.

Bevölkerung

Die demographische Entwicklung Deutschendorfs ist seit dem Ende des 19. Jahrhunderts verhältnismäßig gut dokumentiert. 1880 waren die Deutschen die zahlenmäßig stärkste Bevölkerungsgruppe in allen heutigen Stadtteilen.[1] Sie stellten mindestens 67 % aller Einwohner: Deutschendorf 67 % = 659 Einwohner; Georgenberg (*Spišská Sobota*) 67 % = 538 Einwohner; Michelsdorf (*Straže pod Tatrami*) 70 % = 404 Einwohner; Groß (*Veľká*) 78 % = 887 Einwohner; Matzdorf (*Matejovce*, 1977 eingemeindet) 84 % = 763 Einwohner.

Entwicklung der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung (1880-1910)[2]

	1880: 1.034 Einwohner, davon:	**1890: 1.156 Einwohner, davon:**	**1900: 1.530 Einwohner, davon:**	**1910: 2.283 Einwohner, davon:**
Deutsche	659	655	737	818
Slowaken	279	399	517	758
Ungarn	40	99	261	689

Bis 1930 sank der deutsche Anteil an der Bevölkerung auf teilweise knapp über 20 %; in Matzdorf waren 75 % aller Bewohner Deutsche. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurden die Deutschen systematisch vertrieben. Bei der Volkszählung 2001 bekannten sich 0,2 % von 56.157 Deutschendorfern zur deutschen Nationalität. 94,1 % bezeichneten sich als Slowaken, 2,1 % als Roma, 1 % als Tschechen und 0,2 % als Ungarn.[3]

Wirtschaft

Mitte des 16. Jahrhunderts wurden Slowaken und Polen politisch und ökonomisch einflussreicher; zuvor waren in der Regel die deutschen Siedler Motor der wirtschaftlichen Entwicklung, etwa die in Georgenberg ansässigen Handwerker. Auch der Aufbau erster industrieller Unternehmen geht auf die Deutschen am Ort zurück, darunter die Gründung der ersten Papierfabrik im Jahre 1692. Deutschendorf verlor zusehends seinen bis dahin ländlichen Charakter. Seit 1871 war Deutschendorf an die Kaschau-Oderberger Bahn angeschlossen, womit es dem bis dahin dominanten Georgenberg endgültig den Rang ablief. Nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgte ein starkes wirtschaftliches Wachstum, vor allem auf dem industriellen Sektor (Ausbau der Waggonfabrik). Bis heute sind in Deutschendorf einige Industrieunternehmen ansässig, darunter der Haushaltsgerätehersteller Whirlpool. Der Anschluss an die Autobahn Pressburg/Bratislava–Kaschau hat die Verkehrsanbindung erheblich verbessert. Die Stadt lebt vor allem vom Tourismus.

Religions- und Kirchengeschichte

Zusammensetzung der Bevölkerung nach konfessioneller Zugehörigkeit[4]

	1880: 1.034 Einwohner, davon:	**1890: 1.156 Einwohner, davon:**	**1900: 1.530 Einwohner, davon:**	**1910: 2.283 Einwohner, davon:**
römisch-katholisch	413	544	787	1.351
griechisch-katholisch	2	4	7	22
evangelisch-lutherisch	531	596	516	567
evangelisch-reformiert	11	4	14	42
jüdisch	77	108	202	297
orthodox	k. A.	k. A.	2	4
Unitarier	k. A.	k. A.	2	k. A.

Bei der Volkszählung von 2001 bekannten sich 65,9 % der Deutschendorfer zum römisch-katholischen Glauben, 7,3 % zur Evangelischen Kirche A. B. und 3,7 % zur griechisch-katholischen Konfession; ohne Bekenntnis waren 16,8 %.[5]

Besondere kulturelle Institutionen

Im Unter-Tatra-Museum (*Podtatranské múzeum*) im Stadtteil Georgenberg sind Exponate zur Geschichte Deutschendorfs und der näheren Region zu sehen. In der Tatra-Galerie (*Tatranská galéria*), die in einem ehemaligen Kraftwerk untergebracht ist, werden überwiegend Werke lokaler Künstler gezeigt. Die Stadt ist außerdem Sitz mehrerer Verlage.

Deutschendorf bewarb sich als Wintersportzentrum mehrfach um die Ausrichtung olympischer Winterspiele.

Kunstgeschichte und Literatur



Hauptplatz mit St. Ägidius-Kirche (Postkarte 1916). [Foto: BKGE].

Die größte kunsthistorische Bedeutung hat der 1946 eingemeindete, etwa zwei Kilometer vom Zentrum entfernte Stadtteil Georgenberg. Hier befindet sich die römisch-katholische Kirche des hl. Georg (1273), die unter anderem einen Altar von Meister Paul von Leutschau (14./15. Jahrhundert) aufweist. In der ursprünglich im spätromanischen Stil gebauten, 1464 gotisierten Kirche befindet sich außerdem eine 1662 fertiggestellte Orgel mit 814 Holzpfeifen. Die Kirche des hl. Georg bildet den Mittelpunkt eines weitläufigen, durch zahlreiche Bürgerhäuser umrahmten Platzes. Dieser Komplex ist 1950 zur denkmalgeschützten Zone erklärt worden.

Im Zentrum von Deutschendorf, und damit auch dem gleichnamigen Stadtteil, befindet sich die große frühgotische Ägidiuskirche mit einem freistehenden Renaissance-Glockenturm.

Im heute zu Deutschendorf gehörenden Georgenberg wurde der slowakische Schriftsteller Martin Novák (Martin Novatius, vermutlich 1620-1686) geboren.

Bildung

In Deutschendorf wird wie in kaum einer anderen slowakischen Stadt mit Ausnahme der Hauptstadt Pressburg die deutsche Sprache gepflegt. Führende Einrichtung ist dabei das das bilinguale Dominik-Tatarka-Gymnasium.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

Aktualizácia zásad ochrany, obnovy a prezentácie hodnôt územia pamiatkovej rezervácie Spišská Sobota [Aktualisierung der Prinzipien des Schutzes und der Erneuerung sowie Präsentation der Werte des Gebiets der Denkmalzone Georgenberg]. Hg. v. Krajský Pamiatkový úrad Prešov [Denkmalschutzbehörde des Verwaltungsbezirks Prešov]. Prešov 2006. URL: http://www.pamiatky.sk/Content/ZASADY/SP_Sobota/0101-SP-Sobota-text.pdf

Weblinks

- http://naseobce.sk/mesta-a-obce/1539-poprad (Portal Unsere Gemeinden. Kurzporträt aller slowakischen Kommunen, mit historischem Abriss)
- http://portal.statistics.sk/files/historicko-demograficky_lexikon_obci_sr_1880_1910_1.5.pdf (Historisch-demographisches Lexikon der Gemeinden der Slowakei für die Jahre 1880 bis 1910)

Anmerkungen

[1] Digitales Archiv der ungarischen Gesellschaftswissenschaften: http://mtdaportal.extra.hu/adatbazisok.html (Abruf 20.10.2014).

[2] Historisch-demographisches Lexikon der Gemeinden der Slowakei für die Jahre 1880 bis 1910: http://portal.statistics.sk/files/historicko-demograficky_lexikon_obci_sr_1880_1910_1.5.pdf (Abruf 17.09.2014).

[3] Statistisches Amt der Slowakischen Republik, http://app.statistics.sk/mosmis/sk/scitanie.jsp?txtUroven=440706&lstObec=523381 Abruf 20.10.2014).

[4] Statistisches Amt der Slowakischen Republik: http://app.statistics.sk/mosmis/sk/scitanie.jsp?txtUroven=440706&lstObec=523381 (Abruf 20.10.2014).

[5] Statistisches Amt der Slowakischen Republik: http://app.statistics.sk/mosmis/sk/scitanie.jsp?txtUroven=440706&lstObec=523381 (Abruf 20.10.2014).

Zitation

Karin Rogalska: Deutschendorf/Poprad. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32368 (Stand 02.01.2015).

Deutsch-Weißkirch/Viscri (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Dorpat/Tartu (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Doxau/Doksany (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Dünaburg/Daugavpils (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Dux/Duchcov (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

E

Eger → Erlau/Eger/Jáger

siehe Erlau/Eger/Jáger

Eger/Cheb (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Elbing/Elbląg

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Elbing

Amtliche Bezeichnung

poln. Elbląg

Anderssprachige Bezeichnungen

lat. Elbinga, Elbingus; pruss. Elbings; russ. El'blong; lit. Elbingas; lett. Elblonga; tschech. Elbinek

Etymologie

Der Name der Stadt ist identisch mit dem Namen des kleinen Flusses Elbing, an dem sie liegt. Der Name bedeutet Flüsschen (vgl. schwedisch *Elf* = Fluss, ing = Diminutivform).

2. Geographie

Lage

Elbing liegt auf 54º 10' nördlicher Breite, 19º 24' östlicher Länge, 52 Kilometer südöstlich von Danzig/Gdańsk, 85 km nordwestlich von Allenstein/Olsztyn, 95 km südwestlich von Königsberg/Kaliningrad.

Topographie

Elbing liegt in der Elbinger Niederung am rechten Ufer des Flusses Elbing (*Elbląg*) nahe dessen Mündung in das Frische Haff (*Zalew Wiślany*), am Südwestrand der Elbinger Höhe (197 m).

Region

Früher: Westpreußen; heute: Pomorze

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Polen. Kreisfreie Stadt und Sitz eines Kreises in der Woiwodschaft Ermland-Masuren (*Województwo Warmińsko-Mazurskie*). 1970–1998 war Elbing Woiwodschaftshauptstadt. Schon seit 1815 gab es einen Landkreis Elbing, 1874 wurde die Stadt kreisfrei. 1818–1920 gehörte Elbing zum Regierungsbezirk Danzig in der Provinz Westpreußen (1829–1878: Provinz Preußen), 1922–1939 zum Regierungsbezirk Westpreußen (Sitz: Marienwerder) in der Provinz Ostpreußen.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Das Wappen ist geteilt und zeigt zwei Tatzenkreuze (Ordenskreuze): oben in Weiß (Silber) ein rotes Kreuz, unten in Rot vor goldenem Netz ein weißes (silbernes) Kreuz. Silber und Rot sind auch die Farben von Elbings "Mutterstadt" Lübeck; das Netz verweist auf den Fischfang.

Allgemeine Geschichte

Mittelalter



Stadtansicht Elbing mit Häuserreihe am Elbingfluss und Turm der Nikolaikirche (Dia: vor 1945) [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 201161].

Unweit der einstigen prußisch-wikingischen Streusiedlung Truso, die an einer Bucht des Frischen Haffs, dem späteren Drausensee (*Jezioro Druzno*), lag und im 9. Jahrhundert eine Blütezeit als Handelsplatz erlebt hatte, begann der Deutsche Orden im Jahr 1237 mit dem Bau einer Burg (ab 1246 bis Anfang 14. Jh. in Stein ausgebaut). Diese war von 1251 bis 1309 Haupthaus des Deutschen Ritterordens in Preußen und Sitz der Landmeister von Preußen, danach Sitz des Großspittlers. Unmittelbar nördlich der Burg, östlich des Elbing-Flusses, ließen sich Lübecker Kaufleute, meist westfälischer Abkunft, und andere Siedler nieder und gründeten im Zusammenwirken mit dem Orden im Jahr 1237 die Hafenstadt Elbing, die 1246 das Lübische Stadtrecht erhielt. In den 1240er, 1260er und 1270er Jahren mussten sich Stadt und Burg mehrerer Angriffe der Prußen erwehren. Nach einem Stadtbrand 1288 erfolgte der Wiederaufbau in Stein. Die Stadt war stark befestigt; um 1300 wurde eine Mauer mit 14 Wehrtürmen, zwischen 1410 und 1437 ein äußerer Wall mit Türmen und einem Graben errichtet. Im 13. und 14. Jahrhundert entstanden der Stadt gegenüber, am Westufer des Elbing-Flusses, zahlreiche Speicher. Um 1337 gründete der Orden südöstlich der Stadt eine selbständige Neustadt – nur für Handwerker und Ackerbürger, nicht für Kaufleute –, die 1343 mit dem Lübischen Recht ausgestattet wurde; 1478 schlossen sich beide Städte zusammen.

Elbing, von seiner Gründung an für rund 150 Jahre lang bedeutendster Seehafen des Preußenlandes, war 1358 Mitbegründer und fortan führendes Mitglied der Hanse. Um 1315 und 1360 (und auch später, etwa 1656–1660) wütete in Elbing die Pest. 1440 schlossen die preußischen Hansestädte Elbing, Danzig und Thorn/Toruń den Preußischen Bund. 1452 ließen sie sich ihre Rechte und Privilegien von Kaiser Friedrich III. bestätigen, damit diese

nicht vom Deutschen Orden eingeschränkt würden. Nachdem die Polen das Elbinger Ordensschloss 1414 erfolglos belagert hatten, nahmen die Bürger Elbings 1453 an der Belagerung des Ordensschlosses durch die Polen teil und zerstörten 1454 das Schloss, dessen Ruinen 1554 weitgehend beseitigt wurden. 1454 huldigte die Stadt dem polnischen König Kasimir IV. (Kazimierz IV Jagiellończyk), an den sie der Orden 1466, im Zweiten Thorner Frieden, abtreten musste.

Neuzeit

Von 1466 bis 1772 gehörte Elbing zum königlichen Preußen (Preußen königlich-polnischen Anteils), wobei es seine Sonderstellung als autonome Stadtrepublik bewahrte. Um 1620 trat Elbing aus der Hanse aus. Im Dreißigjährigen Krieg nahm der schwedische König Gustav II. Adolf die Stadt ein; sie war im 17. und frühen 18. Jahrhundert dreimal (1626–1635, 1655–1660, 1703–1710) schwedisch besetzt. 1626 bis 1635 wurde um die ganze Stadt, Vorstädte und Speicherinsel ein weiterer Festungsgürtel mit Bastionen und Gräben angelegt. 1657 wurde Elbing vom polnischen König an den Großen Kurfürsten verpfändet. Während des Nordischen Krieges, 1710 bis 1712, und des Siebenjährigen Krieges, 1758 bis 1762, war Elbing von Russland okkupiert. Bei der Ersten Teilung Polens 1772 wurde Elbing ein Teil des Königreichs Preußen, Provinz Westpreußen. 1807 wurde die Stadt von französischen Truppen besetzt und zu einer Kontribution gezwungen. Im 19. Jahrhundert entwickelte sich Elbing zur Industriestadt. Es hatte stets eine sozialdemokratische Mehrheit und war in den 1920er Jahren eine Hochburg der Kommunisten. Aufgrund des Versailler Vertrags blieb Elbing zusammen mit dem rechts von Nogat und Weichsel gelegenen Teil Westpreußens beim Deutschen Reich; es war fortan die größte Stadt des Regierungsbezirks Westpreußen.

Zeitgeschichte

1938 wurden in der sog. Kristallnacht die 1823/24 erbaute Synagoge und Geschäftshäuser jüdischer Bürger zerstört. Im Zweiten Weltkrieg wurden als Außenstelle des KZ Stutthof fünf Arbeitslager für polnische Zwangsarbeiter eingerichtet. Nach dreiwöchiger Belagerung wurde Elbing am 10. Februar 1945 von der Roten Armee eingenommen. 60–65 % aller Gebäude fielen dem Feuersturm zum Opfer; bis auf 6 Gebäude waren alle Bauten der Altstadt zerstört. Ein Großteil der Zivilbevölkerung flüchtete aus Elbing, viele ertranken im Frischen Haff; die in der Stadt Verbliebenen wurden vertrieben. Am 19. Mai 1945 wurde die Stadt von der sowjetischen Besatzungsmacht an Polen übergeben. Menschen aus Zentralpolen und aus dem 1945 an die Sowjetunion gefallenen früheren Nordostpolen wurden angesiedelt. Die Altstadt blieb lange ein Trümmerfeld, 1958 begann man mit den Aufräumarbeiten, 1990 mit dem Wiederaufbau. Nach Danzig war auch Elbing 1970 und 1980 ein Ort des Widerstands gegen die sowjetische Staatsmacht.

Bevölkerung

Im Jahr des Übergangs an Preußen, 1772, hatte Elbing 10.733 Einwohner,[1] 1792 waren es 14.157.[2] Laut der preußischen Volkszählung von 1905 waren in den Kreisen Elbing Stadt und Elbing Land 94.065 Personen deutschsprachig und 280 Personen polnisch- bzw. kaschubischsprachig. Die Stadt Elbing zählte im Dezember 1910 58.636 Einwohner, darunter 115 mit polnischer Muttersprache.[3] Im Januar 1945 zählte Elbing 100.000 Einwohner,[4] am 14. Februar 1946 waren es 21.000. Nach starkem Zuzug von Polen und Eingemeindungen umliegender Ortschaften hatte Elbing 1977 wieder 100.000 und 1990 ca. 132.000 Einwohner. 2010 lebten in Elbing 126.049 Personen.[5] Juden hatten bis 1772 kein Bürgerrecht; 1792 wurden 12 Personen jüdischen Glaubens registriert.[6]

Wirtschaft

Bis kurz vor Ende des 14. Jahrhunderts politisch und wirtschaftlich wichtiger als Danzig, wurde Elbing danach von der älteren, größeren und noch wohlhabenderen Nachbarstadt überflügelt. Gegenüber dem zurückgehenden Fernhandel gewann im 15. Jahrhundert die Bierbrauerei an Bedeutung. Während der kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Danzig und dem König von Polen Stephan Báthory 1576/77 konnte Elbing seine Stellung als Handelsplatz ausbauen. Ab 1579 (Gründung der *Eastland Company*) unterhielt es intensive Handelsbeziehungen zu England; mehrere Kaufmannsfamilien aus England und Schottland zogen nach Elbing. Auch nach 1772, als Elbing bereits zu Preußen gehörte, Danzig jedoch noch nicht, profitierte die kleinere Stadt wirtschaftlich. 1837 gründete Ferdinand Schichau (1814–1896) die Schichau-Werke, die zunächst Dampfschiffe, später auch Lokomotiven bauten.[7] Nach dem Bau der Eisenbahnlinie über Elbing hinaus bis nach Königsberg 1853 erlebte die Stadt einen weiteren wirtschaftlichen Aufschwung. Seit 1878 gab es in Elbing die Zigarrenfabrik Loeser & Wolff, die 1916 3.740 Menschen beschäftigte und als Europas größte Fabrik ihrer Branche galt.[8] 1906 gründete Franz Komnick (1857–1938) ein Werk, das v. a. Nutzfahrzeuge baute. Weitere Betriebe waren eine Brauerei, eine Branntweinbrennerei, eine Schokoladenfabrik und eine Großmolkerei. In der Zeit des Nationalsozialismus wurden die Schichau-Werke ausgebaut – sie hatten zuletzt 18.000 Beschäftigte – und noch eine Flugzeugfabrik errichtet. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Elbing erneut Industriestadt; nach Einstellung des Schiffbaus beherbergt es heute Maschinen-, Transportmittel-, Holz-, Lebensmittel-, Leder-, Textil- und Möbelindustrie.

Bis 1945 führte die Reichsstraße 1 (Aachen-Tilsit) durch die Stadt.

Gesellschaft

Bürgerschaftliches humanitäres Engagement in Elbing konzentrierte sich in der St.-Georgenbrüderschaft. Es gab einen Verein zur Hebung des Fremdenverkehrs für Elbing und Umgebung. Unter den Sportvereinen waren besonders prominent die Ruderklubs "Vorwärts" und "Nautilus".

Religions- und Kirchengeschichte

Die Burg des Deutschen Ordens in Elbing war zugleich Residenz des ermländischen Bischofs Anselm, der hier 1274 starb. Mit der Gründung der Stadt entstanden die St.-Nikolai-Kirche, die Marienkirche und das Dominikanerkloster, bald danach außerhalb der Stadtmauer als Filiale der Stadtpfarrkirche die Kirche zum hl. Jakob sowie weitere Gotteshäuser. Mit einer Erhebung von Bürgern gegen den Stadtrat begann 1525 die Reformation, während der König von Polen Sigismund I. (Zygmunt I) auf der Rückkehr zum katholischen Glauben bestand. 1550 wurde Elbing vom König Sigismund II. August (Zygmunt II August) die volle Glaubensfreiheit zugesichert. Die Nikolaikirche wurde 1577 von den Lutheranern übernommen, 1617 dem katholischen Klerus zurückgegeben; 1626 mit dem Einzug des schwedischen Königs wurde sie protestantisch, 1660, nach dem Frieden von Oliva, wiederum katholisch. Alle übrigen Kirchen Elbings blieben bis 1945 protestantisch; Hauptkirche der Lutheraner war von 1542 bis 1945 die Marienkirche. Seit 1992 ist Elbing Sitz einer katholischen Diözese innerhalb des Erzbistums Ermland. 1823/24 wurde die Elbinger Synagoge gebaut.

Bildung und Wissenschaft

Bereits Anfang des 14. Jahrhunderts bestand in Elbing eine vom Rat der Stadt und der Pfarrkirche St. Nikolai gemeinsam getragene Schule. 1535 wurde unter dem Einfluss der

Reformation als erstes im Preußenland das Elbinger Gymnasium[9] gegründet; der erste Rektor war der Humanist und reformierte Protestant Wilhelm Gnaph(a)eus (1493–1568), ein Emigrant aus den Niederlanden. Auseinandersetzungen zwischen dem Stadtrat und den ermländischen Bischöfen um die Konfession der Rektoren wurde durch ein 1558 vom König von Polen Sigismund II. August gewährtes, 1576 von seinem Nachfolger Stephan Báthory bestätigtes Privileg zugunsten der evangelischen Schule beendet. 1644/45 war Johann Amos Comenius (Jan Amos Komenský, 1592–1670) Rektor des Gymnasiums. Insgesamt besaß Elbing bis 1945 drei höhere Schulen und seit 1926 eine Pädagogische Akademie. Heute hat Elbing eine staatliche Fachhochschule (*Państwowa Wyższa Szkoła Zawodowa w Elblągu*) und eine private Humanistisch-Ökonomische Hochschule (*Elbląska Uczelnia Humanistyczno-Ekonomiczna*).

Bis zum Zweiten Weltkrieg beherbergte Elbing mehrere wertvolle Büchersammlungen: die 1601 gegründete Gymnasial-, spätere (ab 1846) Stadtbibliothek (mit über 200 Handschriften und über 100 Wiegendrucken), die Bibliothek des Stadtarchivs, das Stadtmuseum mit der ehemaligen Bibliothek der Dominikaner sowie die Bibliotheken an der Nikolai- und an der Marienkirche. Diese Bücherschätze wurden 1945 stark dezimiert, vieles befindet sich in Danzig und Thorn, anderes gelangte von dort nach Elbing zurück. Die wichtigste Bibliothek ist heute die Elbinger Cyprian-Kamil-Norwid-Bibliothek (*Biblioteka Elbląska im. Cypriana K. Norwida*) im wiederaufgebauten Hl.-Geist-Hospital. Seit 1951 existiert zudem die Ermländisch-Masurische pädagogische Bibliothek (*Warmińsko-Mazurska Biblioteka Pedagogiczna im. Karola Wojtyły*).

Im einstigen Krameramtshaus (1624) war bis 1945 das Elbinger Heimatmuseum ("Carl-Pudor-Museum") untergebracht; außerdem gab es das Städtische Museum in einem 1647 erbauten großen Giebelhaus. Im alten Gymnasium residiert das heutige Archäologisch-Historische Museum (*Muzeum Archeologiczno-Historyczne w Elblągu*). Das Elbinger Staatsarchiv hat heute seinen Sitz in Marienburg/Malbork (*Archiwum Państwowe w Elblągu z siedzibą w Malborku*).

Publikationsort der Elbinger Stadthistoriker ist derzeit das Jahrbuch *Rocznik Elbląski* (1961ff.), das an die Tradition des *Elbinger Jahrbuchs* (1920ff.), des Organs der 1873 gegründeten Elbinger Altertumsgesellschaft, anknüpft. Heute gibt es in Elbing eine wissenschaftliche (*Elbląskie Towarzystwo Naukowe im. Jana Myliusa*) und eine kulturelle Gesellschaft (*Elbląskie Towarzystwo Kulturalne*). Um die Stadtgeschichte kümmert sich auch die "Truso-Vereinigung e. V. - Gemeinnütziger Zusammenschluss für Elbinger Kultur und Wissenschaft".

Kunstgeschichte

Von den zahlreichen Türmen und Toren der Stadtbefestigung blieb nur das 1319 erbaute Markttor erhalten. Die Ruinen des Ordensschlosses wurden Anfang des 16. Jahrhunderts weitgehend abgetragen, ein Teil steht bis heute. Die 1237 begonnene Nikolaikirche wurde ab 1240 in Stein als dreischiffige Hallenkirche erbaut, im 14. und 15. Jahrhundert erheblich vergrößert (mit Bronzetaufbecken von Meister Bernhuser von 1387, Kreuzigungsgruppe von Johann von der Matten), 1777 bei einem Brand stark zerstört, in reduzierter Form wiederaufgebaut (bis 1790, Turmneubau – eine Kopie des um 1600 aufgesetzten schlanken Renaissance-Turmhelms – erst 1906/07). Im Krieg nur relativ wenig zerstört, dominiert die Nikolaikirche mit ihrem 97 Meter hohen Turm auch heute die Altstadt. Ab etwa 1248 entstand das Dominikanerkloster mit der St.-Marien-Kirche; 1504 niedergebrannt, wurde die Kirche verändert wieder aufgebaut, sie dient heute als Kunstgalerie (*Centrum Sztuki Galeria EL*). Ab 1242 wurde das Hl.-Geist-Hospital mit Hospitalkirche

erbaut. Ferner entstanden die St.-Georgs-Hospitalkirche, nach einem Brand 1400 wiederaufgebaut und Hl.-Leichnam-Kirche benannt, ab 1340 die Hl.-Drei-Könige-Kirche in der Neustadt (abgebrochen und 1888 neu errichtet); außerhalb der Stadtmauer die St.-Jakobs-Kirche (1601 abgebrochen) und die St.-Annen-Kirche (Neubau 1901).



Markttor Elbing (Postkarte: vor 1945)
[Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv,
Inv. Nr. 102601].

Das Rathaus am "Alten Markt" fiel 1777 dem Feuer zum Opfer; es wurde 1779 bis 1782 an anderer Stelle neu errichtet. Backsteingiebelhäuser aus allen Epochen von der Gotik (meist mit Staffelgiebel) über Renaissance (z. B. sog. Kamelhaus, 1651) und Barock bis zum Historismus prägten die Altstadt; auch einige sog. Beischläge hatten sich erhalten.

Nach den verheerenden Zerstörungen 1945 begann man 1990 mit der Rekonstruktion von Teilen der Altstadt unter Verwendung historistischer Bauformen (Spitzgiebelhäuser mit Fachwerkimitationen). Der Wiederaufbau der St.-Nikolai-Kirche war 1990 bereits abgeschlossen.

In Elbing lebte und arbeitete um 1640/1650 der Maler Vitus Heinrich, von dem einige Werke im Dom zu Frauenburg erhalten sind. Das Hauptwerk des Malers Bartholomäus Strobel d. J., *Gastmahl des Herodes und Enthauptung Johannes'des Täufers*, im Auftrag König Władysławs IV., entstand um 1642 in Elbing.[10] Von 1670 bis 1700 wirkte in Elbing der Steinbildhauer Andreas Silber.[11]

Von 1965 bis 1973 und seit 1986 wird in Elbing die "Biennale der räumlichen Formen" (*Biennale Form Przestrzennych*) veranstaltet; die dabei geschaffenen Skulpturen sind an vielen Stellen der Stadt ausgestellt.

Theater, Musik, Literatur, Presse

1846 wurde in Elbing ein Theaterbau eröffnet.[12] Das heutige Stadttheater (*Teatr im. Aleksandra Sewruka w Elblągu*) spielte ab 1966 im Elbinger Kulturhaus und hat sein Domizil seit 1976 in einem eigenen Theaterbau.

In Elbing geboren wurden die Musiker und Komponisten Johann Benjamin Groß (1809–1848) und Hieronymus Truhn (1811–1886) sowie der Dirigent Max Gabriel (1861–1942).

Der Elbinger Bürgermeister und Gelehrte Friedrich Zamehl (1590–1647) publizierte Sammlungen neulateinischer Epigramme. Gebürtige Elbinger waren auch die Barockdichter Daniel Bärhol(t)z (1641–1688) und Christian Wernicke (1661–1725), der Schriftsteller und Slawist Heinrich Nitschmann (1826–1905), Verfasser einer Geschichte der polnischen Literatur und Übersetzer polnischer Gedichte, sowie die Schriftsteller Paul Fechter (1880–1958), Literarhistoriker und Autor der Komödie *Der Zauberer Gottes*, und Albrecht Schaeffer (1885–1950), Autor des Romans *Helianth*. In Elbing lebte die Schriftstellerin und Jugendbuchautorin Johanne Satori (eigentlich: Neumann, 1786–1863), Gründerin einer Leihbibliothek.[13] Heute gibt es in Elbing die Veranstaltungsreihe "Elbinger Literarischer Herbst" (*Elbląska Jesień Literacka*) sowie den "Elbinger Alternativen Literarischen Klub" (*Elbląski Alternatywny Klub Literacki*). Über das Elbinger Kulturleben nach 1945, das er selbst mit prägte, schrieb der Maler, Schriftsteller, Kunst- und Literaturkritiker Ryszard Tomczyk (geb. 1931).[14]

Das erste Elbinger Presseerzeugnis waren ab 1787 die *Elbingschen Anzeigen*.[15] Die führende Elbinger Tageszeitung war früher die *Elbinger Zeitung* und ist heute der *Dziennik Elbląski*.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Edward Carstenn: Elbinger Geschichte. Essen-Bredeney 1951 (Elbinger Hefte 5). – 2. Aufl. Hg. v. Hans Werner Hoppe, Hans-Jürgen Schuch. Münster u. a. 1982.
- Wiesław Długokęcki (Red. [Hg.]): Zbiory zabytkowe Biblioteki Elbląskiej. Materiały z sesji naukowej zorganizowanej w Bibliotece Elbląskiej 24 listopada 2006 r. [Die historischen Sammlungen der Elbinger Bibliothek. Materialien der wissenschaftlichen Tagung in der Elbinger Bibliothek, 24.11.2001. Elbląg 2006.
- Magdalena Dubiella-Polakowska: Życie społeczne Elbląga w latach 1945–2000 [Das soziale Leben Elbings in den Jahren 1945–2000]. Elbląg 2002.
- Fridrun Freise: Elbing. In: Wolfgang Adam, Siegrid Westphal (Hg.): Handbuch kultureller Zentren der Frühen Neuzeit. Städte und Residenzen im alten deutschen Sprachraum. Bd. 1. Berlin, Boston 2012, S. 467-502.
- Klaus Garber (Hg.): Handbuch des personalen Gelegenheitsschrifttums in europäischen Bibliotheken und Archiven. Im Zusammenwirken mit der Forschungsstelle Literatur der Frühen Neuzeit und dem Institut für Kulturgeschichte der Frühen Neuzeit der Universität Osnabrück. Bd. 21/22: Elbing - Elbląg. Mit einer bibliotheksgeschichtlichen Einleitung und einer kommentierten Bibliographie v. Fridrun Freise. Hg. v. Fridrun Freise unter Mitarbeit v. Stefan Anders u. Sabine Beckmann. 2 Tle. Hildesheim u. a. 2008.
- Stanisław Gierszewski: Elbląg. Przeszłość i teraźniejszość [Elbing. Vergangenheit und Gegenwart]. Gdańsk 1970. - Wyd. 2, popraw. i rozszerz. [2., verb. u. erw. Aufl.] ebd. 1978. – Wyd. 3, popraw. i rozszerz. [3., verb. u. erw. Aufl.] ebd. 1988.
- Stanisław Gierszewski †, Andrzej Groth [ab Bd. 2: Andrzej Groth] (Red. [Hg.]): Historia Elbląga. Opracowanie zbiorowe [Geschichte Elbings. Sammelwerk]. Gdańsk 1993ff. – T. [Bd.] 1: S. Gierszewski †, A. Groth (Red. [Hg.]): Do 1466 r. [Bis 1466]. 1993. – T. [Bd.] 2, cz. [Tl.] 1: A. Groth (Red. [Hg.]): 1466–1626. 1996. – T. [Bd.] 2, cz. [Tl.] 2: A. Groth (Red. [Hg.]): 1626–1772. 1997. – T. [Bd.] 3, cz. [Tl.] 1: A.

Groth (Red. [Hg.]): 1772–1850. 2000. – T. [Bd.] 3, cz. [Tl.] 2: A. Groth (Red. [Hg.]): 1851–1920. 2001. – T. [Bd.] 4: Marek Andrzejewski (Red. [Hg.]): 1918–1945. 2002.
- Andrzej Groth (Red. [Hg.]): 750 lat praw miejskich Elbląga. Księga pamiątkowa [750 Jahre Stadtrechte Elbings. Eine Gedenkschrift]. Gdańsk 1996.
- Karl Hauke, Horst Stobbe: Die Baugeschichte und die Baudenkmäler der Stadt Elbing. Stuttgart 1964 (Bau- und Kunstdenkmäler des deutschen Ostens, Reihe B 6).
- Dieter Heckmann (Hg.): Beiträge zur Handels- und Wirtschaftsgeschichte Elbings und Danzigs in Mittelalter und Neuzeit. Münster 2013 (Quellen und Darstellungen zur Geschichte Westpreußens 36).
- Bernhart Jähnig, Hans-Jürgen Schuch (Hg.): Elbing 1237–1987. Beiträge zum Elbing-Kolloquium im November 1987 in Berlin. Münster 1991 (Quellen und Darstellungen zur Geschichte Westpreußens 25).
- Theodor Lockemann: Elbing. Berlin-Halensee 1926 (Deutschlands Städtebau).

- Hans-Jürgen Schuch: Elbing. Aus 750 Jahren Geschichte der Ordens-, Hanse- und Industriestadt. Bad Münstereifel 1989 (Ostdeutsche Städtebilder 5).
- Jerzy Sekulski: Książka w Elblągu do roku 1772 [Das Buch in Elbing bis 1772] (Biblioteczka Elbląska 8). Gdańsk 1990.
- Joanna Szkolnicka: Życie literackie i biblioteki w Elblągu w latach 1918–1945 [Literarisches Leben und Bibliotheken in Elbing in den Jahren 1918–1945]. In: Rocznik Elbląski 22 (2009), S. 131–140.
- Dorota Wcisła, Jerzy Wcisła: Kto jest kim w Elblągu. Who is who in Elblag. Elbląg 1999.

Periodika

- Rocznik Elbląski [Elbinger Jahrbuch] (1961ff.)

Weblinks

- http://www.elblag.pl (Homepage der Stadt Elbing/Elbląg)
- http://historia.bibliotekaelblaska.pl/ (Elbinger Stadtbibliothek, Portal zur Elbinger Geschichte)
- http://muzycznyelblag.pl/en (Digitales Archiv für die Elbinger Musikgeschichte)
- http://elbing-elblag.eu/ (Gesellschaft der deutschen Minderheit in Elbing)
- http://www.hans-pfau-elbing.de/ (Elbinger Heimatseite von Hans-Joachim Pfau)
- http://www.aefl.de/ordld/700%20Jahre%20Elbing/neu220105/700jahre.htm (Elbinger Heimatseite von Christa Mühleisen)

Anmerkungen

[1] 750 Jahre Elbing. Ordens- und Hansestadt - Industrie- und Hochschulstadt. Historische Ausstellung in Bildern, Dokumenten, Modellen und Kunst. Westpreußisches Landesmuseum, Münster. [Münster 1987], S. 23.

[2] Schuch: Elbing, S. 35.

[3] Hans-Jürgen Schuch: 750 Jahre Elbinger Stadtgeschichte. In: Bernhart Jähnig, Hans-Jürgen Schuch (Hg.): Elbing 1237–1987. Beiträge zum Elbing-Kolloquium im November 1987 in Berlin. Münster 1991 (Quellen und Darstellungen zur Geschichte Westpreußens 25), S. 9-30, hier S. 24.

[4] Schuch: 750 Jahre (wie Anm. 3), S. 24.

[5] Quelle: http://pl.wikipedia.org/wiki/Ludno%C5%9B%C4%87_Elbl%C4%85ga.

[6] Schuch: Elbing, S. 35.

[7] Helga Tödt: Die Krupps des Ostens. Schichau und seine Erben – eine Industriedynastie an der Ostsee. Berlin 2012.

[8] Hans-Jürgen Schuch: Loeser und Wolff. Aus der Geschichte einer Weltfirma. In: Udo Arnold (Hg.): Preußische Landesgeschichte. Festschrift für Bernhart Jähnig zum 60. Geburtstag. Marburg 2001 (Einzelschriften der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung 22), S. 405-423.

[9] Vgl. Marian Pawlak: Die Geschichte des Elbinger Gymnasiums in den Jahren 1535–1772. In: Sabine Beckmann, Klaus Garber (Hg.): Kulturgeschichte Preußens königlich polnischen Anteils in der Frühen Neuzeit. Tübingen 2005 (Frühe Neuzeit 103), S. 371-394.

[10] Jacek Tylicki: Elbings frühneuzeitliche Malerei und Zeichnung bis zum Jahr 1772. In: Beckmann, Garber: Kulturgeschichte (wie Anm. 9), S. 695-735, hier S. 708ff., 717.

[11] Wiesława Rynkiewicz-Domino: Bauwesen und Kunsthandwerk in Elbing von der Mitte des 16. Jahrhunderts bis etwa 1772. In: Beckmann, Garber: Kulturgeschichte (wie Anm. 9), S. 637-693, hier S. 670ff.

[12] Vgl. Bruno Th[omas] Satori-Neumann: Dreihundert Jahre berufsständisches Theater in Elbing. Die Geschichte einer ostdeutschen Provinzialbühne. Nach den Quellen dargestellt. Bd. 1: 1605-1846. Danzig 1936 (Quellen und Darstellungen zur Geschichte Westpreußens 20). – Bd. 2: Berufsständisches Theater in Elbing 1846–1888. Hg. v. Hermann Kownatzki. Marburg 1962.

[13] Alfred Podlech: Elbinger Autoren und Literatur aus fünf Jahrhunderten. Bremerhaven u. a. 1976 (Elbinger Hefte 35).

[14] Ryszard Tomczyk: Życie kulturalne w Elblągu w latach 1945–1985 [Das kulturelle Leben in Elbing in den Jahren 1945–1985]. Gdańsk 1987 (Biblioteczka Elbląska 5); Ryszard Tomczyk, Janusz Ryszkowski: Elbląg literacki. Rzecz o kształtowaniu się środowiska literackiego w Elblągu w latach 1945–1995 [Elbing literarisch. Über die Herausbildung des literarischen Lebens in Elbing in den Jahren 1945–1995]. Elbląg 2000 (Biblioteka Seka 1).

[15] Vgl. Marek Andrzejewski: Prasa w Elblągu. 1787–1945 [Die Presse in Elbing. 1787–1945]. Gdańsk 2005 (Biblioteczka Elbląska 12).

Zitation

Jens Stüben: Elbing/Elbląg. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2013. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54208.html (Stand 11.02.2013).

Elbogen/Loket

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Elbogen

Amtliche Bezeichnung

tschech. Loket

Lateinische Bezeichnung

Cubitum

Etymologie

Das tschechische Wort *loket* und das lateinische Wort *cubitum* bedeuten auf Deutsch "Ellenbogen". Die Stadt liegt auf einem an drei Seiten von der Eger (Ohře

2. Geographie

Lage

50° 11′ nördlicher Breite, 12° 45′ östlicher Länge. Auf einem Felshügel gelegen, überragt die Burg Elbogen die gleichnamige Stadt. Elbogen liegt ca. 10 km südwestlich von Karlsbad/Karlovy Vary.

Region

Böhmen

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Tschechische Republik. Elbogen gehört zum Bezirk Falkenau (*Okres Sokolov*) in der Region Karlsbad (*Karlovarský kraj*).

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Der Wappenschild wird von einem Löwen gehalten, der sich hinter dem Schild befindet und mit seiner Rechten einen Schlüssel greift. Das redende Stadtwappen in Rot zeigt eine silberne, von Zinnen bekrönte Mauer mit Tor, über der sich ein Schwertarm befindet. Die beiden inneren Zinnen sind jeweils mit einer von einem silbernen Balken durchzogenen Rose versehen.

Mittelalter

Fundamentreste belegen eine Befestigungsanlage in der Mitte des 12. Jahrhunderts. Burg und Ort wurden zu Beginn des 13. Jahrhunderts von den Staufern erworben und in das Königreich Böhmen eingegliedert. Die Siedlung erhielt noch vor der Mitte des 13. Jahrhunderts das Marktrecht und wurde Ende des 13. Jahrhunderts zur Stadt erhoben. 1240 erhielt der Orden der Kreuzherren mit dem roten Stern von König Wenzel I. das Patronat u. a. über die Burgkirche von Elbogen. Otakar II. Přemysl förderte die Niederlassung deutscher Siedler in der Region.

Elbogen ist der (legendäre) Ort der Annäherung Wilhelm Hases von Waldeck (*Vilém Zajíc z Valdeka*), der zu Beginn des 14. Jahrhunderts an der Spitze des böhmischen Adels stand,

und des böhmischen Königs Johann von Luxemburg, der die Stellung des böhmischen Adels 1318 im sog. Frieden von Taus/Domažlice anerkannte.

Die Burg war durch ihre Lage an der Handelsstraße von Prag/Praha nach Eger/Cheb von (politischer) Bedeutung; mehrere Aufenthalte von Regenten sind belegt. Zudem war Elbogen der Ausstellungsort zahlreicher Urkunden.

Burg und Stadt Elbogen wurden mehrfach verpfändet, u. a. 1434 von König Sigismund an seinen Kanzler Kaspar Schlick, dessen Familie die Pfandschaft bis Mitte des 16. Jahrhunderts innehatte.

Neuzeit

Mitte des 16. Jahrhunderts wurden Burg und Stadt vom Habsburger Ferdinand I. konfisziert, vorübergehend unter die Herrschaft der Herren von Plauen gestellt und zum Ende des 16. Jahrhunderts an Kaiser Rudolf II. und somit an die böhmische Krone verkauft. Die Stadt verlor ab dem 17. Jahrhundert an wirtschaftlicher und administrativer Bedeutung.

Bevölkerung

1885: 3.298 Einwohner, überwiegend Deutsche; 1939: 3.594; 1950: 2.255; 1980: 1.822; 2012: 3.144 Einwohner.[1]

Kirchengeschichte

Graf Sebastian Schlick erließ im Jahre 1522 in Elbogen die erste evangelische Kirchenordnung in Böhmen.

Wirtschaftsgeschichte

Das reichhaltige Kaolinvorkommen in der Karlsbader Region begünstigte, wie auch im nahen Schlaggenwald/Horní Slavkov, die Etablierung von Porzellanmanufakturen und -fabriken. 1815 gründeten die Brüder Eugen und Rudolf Haidinger aus Wien in Elbogen eine Porzellanfabrik, die ab 1918 als "Epiag" firmierte.

Ab 1925 betrieb der spätere NS-Politiker Karl-Hermann Frank (ab 1943: Reichsminister im Protektorat Böhmen und Mähren) in Elbogen eine Buchhandlung, die zu einer wichtigen Anlaufstelle für nationalistische und nationalsozialistische Kräfte unter der deutschsprachigen Bevölkerung Westböhmens wurde.

Kunstgeschichte

Aus der frühesten Zeit der Befestigungsanlage haben sich Überreste einer kleinen Rotunde (2. Hälfte 12. Jh.), die als Sakralraum genutzt worden war, erhalten. Die Burg wurde um unter Wenzel IV. in der Zeit um 1400 umfassend umgestaltet. Die Stadtbrände von 1480, 1504 und 1725 gingen jeweils mit starken Zerstörungen der Bebauung einher.

Das Rathaus von 1686 (errichtet nach Plänen von Abraham Leuthner von Grundt) und die Dreifaltigkeitssäule von 1719 dominieren den Marktplatz. Die barocke Annenkapelle wurde 1744 von der Stadt aus Dank dafür erbaut, dass diese von den Zerstörungen der französischen Armee im Österreichischen Erbfolgekrieg verschont geblieben war. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts erfolgte der Neubau der barocken Pfarrkirche St. Wenzeslaus unter Wolfgang Braunbock und seinem Sohn. Der Hochaltar wurde vermutlich von Jakob Eberl, die Altarbilder von Peter Brandel und Elias Dollhopf geschaffen.

Gedächtnis- und Erinnerungskultur

1953 hat die Stadt Illertissen die Patenschaft für die Vertriebenen aus dem Kreis Elbogen übernommen, aus der sich eine Städtepartnerschaft entwickelte.[2] Die in Illertissen entstandene Heimatsammlung wurde kontinuierlich erweitert und präsentiert sich heute als Egerländer-Elbogener Heimatmuseum.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Ivan Hlaváček: Elbogen. In: Robert-Henri Bautier u. a. (Hg.): Lexikon des Mittelalters. Bd. 3: Codex Wintoniensis bis Erziehungs- und Bildungswesen. München, Zürich 1986, Sp. 1778.
- Joachim Rogall: Loket. In: Joachim Bahlcke, Winfried Eberhard, Miloslav Polívka (Hg.): Handbuch der historischen Stätten. Böhmen und Mähren. Stuttgart 1998, S. 133-136 (u. a. mit tschechischsprachiger Bibliographie).

Weblinks

- http://www.loket.cz/ (Internetpräsenz der Stadt Loket in tschechischer Sprache)

Anmerkungen

[1] Vgl. Bahlcke, Eberhard, Polívka: Böhmen und Mähren und http://www.czso.cz/csu/2012edicniplan.nsf/t/00002BD91A/$File/13011203.pdf (Počet obyvatel v obcích České republiky k 1. 1. 2012 [Volkszählung in den Kommunen der Tschechischen Republik zum 1. Januar 2012]).

[2] Siehe unter http://www.bkge.de/heimatsammlungen/index.html.

Zitation

Marco Bogade: Elbogen/Loket. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2013. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54209.html (Stand 21.02.2013).

Engels/Ėngel's (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Eperies/Prešov/Eperjes

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Eperies, 1939–1945 Preschau

Amtliche Bezeichnung

slowak. Prešov

Anderssprachige Bezeichnungen

ung. Eperjes; lat. Fragopolis oder Eperiessinum; ukr. Пряшів (translit. Prjašiv)

Etymologie

Der Ortsname Eperies geht nach gängiger Auffassung auf die Bezeichnung "eperjes" zurück, die im Ungarischen einem vom Wort "eper" (= Erdbeere) abgeleiteten Adjektiv entspricht und sich mit "reich an Erdbeeren" übersetzen lässt. Der Legende nach verlor der ungarische König Béla II. der Blinde während eines Halts unweit des heutigen Eperies sein Gefolge. Während er sich den Weg zurück ertastete, stieß er immer wieder auf Erdbeeren, mit denen er Hunger und Durst stillen konnte. Nachdem ihn seine Ritter abends gefunden hatten, nannte er das nächstgelegene Dorf, das heutige Eperies, "Eperjes". Der slowakische Historiker Ferdinand Uličný sieht in dieser Legende keine wissenschaftlich haltbare Erklärung; vielmehr leite sich der Ortsname vom Familiennamen Preš (nachrangig Praš) ab, der um die slawische Possessivendung -ov ergänzt und später im Deutschen und Ungarischen verballhornt worden sei.[1] Die Uneinigkeit hinsichtlich des Ursprungs des Ortsnamens ist vor dem Hintergrund der andauernden Auseinandersetzungen zwischen slowakischen und ungarischen Eliten unter anderem um die Deutungshoheit über die Geschichte des historischen Oberungarn zu sehen. Aus Sicht der Verfasserin gibt es sehr gute Gründe für die gängige Deutung. Eperies ist tatsächlich ein traditionell sehr ertragreiches Anbaugebiet auch für Erdbeeren. Der Familienname Preš entspricht im Slowakischen der Bezeichnung für die bei der Weinlese eingesetzte Traubenpresse, ist also, wie nicht wenige Wörter im Slowakischen, ganz offensichtlich ein Lehnwort aus dem Deutschen. Deutsche Siedler wiederum trafen erst in Eperies ein, als hier schon mehrere Jahrzehnte eine festgefügte Gemeinde bestand, die längst einen Namen hatte. Die Bezeichnung Prešov setzte sich erst im Laufe des 16. Jahrhunderts durch.

2. Geographie

Lage

49° 0' nördlicher Breite, 21° 14' östlicher Länge, 354 m über NHN.

Topographie

Eperies liegt an den nördlichen Ausläufern des Scharoscher Berglandes (slowak. *Šarišská vrchovina*) und am nördlichen Rand des Kaschauer Talbeckens.

Region

Šariš, eine Landschaft im Umkreis der Scharoscher Burg (slowak. *Šarišský hrad*) bei Groß-Scharosch (slowak. *Veľký Šariš*, ung. *Nagysáros*).

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Slowakei. Eperies, die drittgrößte slowakische Stadt, ist Hauptstadt sowohl des Kreises als auch des Verwaltungsbezirks Eperies. In der Stadt befindet sich die Metropolie der Griechisch-katholischen Kirche der Slowakei.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Stadtwappen ist ein gotischer Schild in den Grundtönen Rot und Silber. In einer oberen Leiste sind der Stadtverwaltung zufolge drei Rosen angeordnet; sie beruft sich dafür auf die Urkunde über die Erteilung des Wappens durch den ungarischen König László V. (La-

dislav Postumus) aus dem Jahre 1453, in der ausdrücklich von "Rosen auf weißem Felde" die Rede ist. Nicht wenige wollen dort jedoch ganz im Sinne der Ortsnamenslegende drei Erdbeeren erblicken. Darunter wechseln sich zwei rote und zwei silberfarbene Streifen ab.

Mittelalter

In der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts trafen die ersten deutschen Siedler in Eperies ein. In der Mitte des 13. Jahrhunderts folgte eine weitere Welle von Deutschen, die auf Geheiß des ungarischen Königs Béla IV. kamen, um die nach den Mongoleneinfällen von 1241/42 entvölkerten Landstriche zu besiedeln. Im Jahre 1299 wurde Eperies durch den ungarischen König András III. das Stadtrecht verliehen. 1374 wurde der Ort zur Königlichen Freistadt erhoben. Seit 1480 gehörte Eperies mit Bartfeld/Bardejov, Kaschau/Košice, Leutschau/Levoča und Zeben/Sabinov zur *Pentapolitana* bzw. *Pentapolis*, einem Bündnis der fünf bedeutendsten Königlichen Freistädte im östlichen historischen Oberungarn.

Neuzeit

Eperies galt als Hochburg der Reformation. Dies ist nach gängiger Auffassung vor allem auf den hohen Anteil von Deutschen an der Stadtbevölkerung zurückzuführen, die dafür sorgen konnten, dass sich die Schriften der deutschen Reformatoren rasch verbreiteten. 1531 wurde in der Stadt die erste evangelische Kirchengemeinde auf dem Gebiet der heutigen Slowakei gegründet. 1548 fand eine erste Synode statt, bei der die Protestanten das Augsburger Bekenntnis verabschiedeten; dieses wurde aber schon 1549 durch die *Confessio Pentapolitana* abgemildert.

1696 und 1710 fiel der Großteil der Stadtbevölkerung einer damals in ganz Ungarn grassierenden Pestepidemie zum Opfer. 1710 und 1788 wurde Eperies durch Feuersbrünste weitgehend vernichtet. 1752 wurde die bedeutende Salzmine der Stadt überflutet; bei dem Unglück kamen alle Bergarbeiter ums Leben. Nach diesen Rückschlägen fand Eperies nie wieder zu seiner einstigen wirtschaftlichen Stärke zurück, zumal die Stadt 1887 nochmals in weiten Teilen bis auf die Grundmauern niederbrannte.

Verwaltung

Stadtoberhaupt von Eperies ist heute der (hauptamtliche) Oberbürgermeister. Es gibt sieben Stadtteile mit eigenen Parlamenten sowie ein Stadtparlament. In Eperies sind ein Kreis- und ein Bezirksgericht ansässig.

Bevölkerung

Ab der Mitte des 16. Jahrhunderts siedelten sich vermehrt Roma in Eperies an. Im 19. Jahrhundert ließen sich dort viele Ruthenen und Ungarn nieder, was die Stadt zu einem Ort werden ließ, an dem ungewöhnlich viele Kulturen friedlich zusammenlebten. Heute ist die Bevölkerung von Eperies nahezu einheitlich slowakisch. Dennoch leben hier, und das ist in der Slowakei, wo sich in der Regel nur wenige Minderheiten den Raum mit der Mehrheitsbevölkerung teilen, einzigartig, Vertreter nahezu aller in der Slowakei anerkannten Minderheiten, die das Stadtgevschehen ausdrücklich mit ihren kulturellen Besonderheiten bereichern. 2001 waren 93,7 % der Bevölkerung Slowaken, 1,4 % Roma, 1,2 % Ruthenen und 1,1 % Ukrainer.[2]

Wirtschaft

Als Stadt mit einer langen Tradition des Salzabbaus galt Eperies im Mittelalter als wohlhabend. Im 14. Jahrhundert erlebte es dank der intensiven Entwicklung von Handel und Handwerk einen rasanten wirtschaftlichen Aufschwung. Epidemien und Feuersbrünste

markierten im 18. Jahrhundert den Anfang seines allmählichen Niedergangs. Die Wirtschaft stagnierte. Daran änderte sich selbst nach dem Anschluss von Eperies an die Kaschau-Oderberger Bahn kaum etwas. Ende des 19. Jahrhunderts mussten Eperies und sein Umland einen enormen Bevölkerungsrückgang verkraften, da nahezu die Hälfte der Einwohner die *Šariš* verließ. Bis heute gilt Eperies trotz seiner Größe als rückständig und ist nur bedingt attraktiv für Investoren, die sich zumeist bei industriellen Textilien und Verpackungsmaterialien sowie im Bereich Maschinenbau engagieren.

Religions- und Kirchengeschichte

Die Eperieser galten als eifrige Unterstützer der das gesamte 17. Jahrhundert andauernden anti-habsburgischen Aufstände im Zuge von Gegenreformation und Rekatholisierung. 1667 wurde ein evangelisches Kollegium gegründet. Doch schon 1673 mussten alle drei protestantischen Kirchen in der Stadt übergeben werden. Im selben Jahr ließ sich der Jesuitenorden in Eperies nieder, zwei Jahre zuvor hatten sich die Franziskaner dort angesiedelt.

All das führte dazu, dass die Eperieser offen mit Emmerich Thököly sympathisierten. Dafür büßten sie beim berüchtigten "Eperieser Blutgericht" (auch "Eperieser Schlachtbank") unter Vorsitz des habsburgischen Generals Antonio Caraffa: Zwischen dem 5. März und dem 12. September 1687 wurden 24 protestantische Bürger und Adlige enteignet und in überaus langwierigen Prozeduren hingerichtet.

Eperies war seit Mitte des 19. Jahrhunderts Vorreiter im Kampf für die Gleichberechtigung der Juden in Großungarn. Das war Leo Holländer zu danken, der 1830 der erste Vorsitzende der jüdischen Gemeinde wurde. Sein Vater Marek Holländer, der die Neptun-Fontäne auf dem Hauptplatz stiftete, war der erste Jude überhaupt gewesen, der sich in Eperies auf Dauer niederließ. 1871 gab es in Eperies eine orthodoxe und eine reformierte jüdische Glaubensgemeinschaft. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren 17,6 % der Stadtbevölkerung mosaischen Glaubens; heute leben in Eperies noch rund 50 Juden.[3]

Bei der Volkszählung 2001 bekannten sich 66,8 % der Einwohner zum römisch-katholischen, 8,9 % zum griechisch-katholischen und 4,8 % zum protestantischen Glauben. 13,6 % gaben kein religiöses Bekenntnis an.[4]

Besondere kulturelle Institutionen

Das evangelische Kollegium ist heute Sitz der 1956 eingerichteten Scharoscher Galerie, einer der ältesten Regionalgalerien der Slowakei.

Bildung und Wissenschaft

Die Universität in Eperies (*Prešovská univerzita v Prešove*) hat sich unter anderem mit ihrem germanistischen Institut einen guten Namen gemacht. Ältester Bereich ist die Griechisch-katholische Theologische Fakultät, die aus der 1880 gegründeten Griechisch-katholischen Theologischen Akademie hervorging.

Kunstgeschichte

Die bedeutendsten Sehenswürdigkeiten von Eperies finden sich rund um den Hauptplatz (*Hlavné námestie*). Zu ihnen zählen die Franziskanerkirche (*Františkánsky kostol*), die griechisch-katholische Kirche (*Gréckokatolický katedrálny chram sv. Jána Krstiteľa*) und der griechisch-katholische Bischofspalast (*Gréckokatolický biskupský palác*), die orthodoxe Synagoge (*Ortodoxná synagóga*) und das Caraffa-Gefängnis (*Caraffova väznica*). Un-

ter den weltlichen Bauten sind die früheren Wasserwerke (*Kumšt*) und die Bosák-Bank (*Bosákova banka*) hervorzuheben.

Die Altstadt von Eperies gilt als eine der am sorgfältigsten restaurierten in der Slowakei. Hervorzuheben ist, dass die Stadt wegen ihrer traditionellen ethnischen und kulturellen Vielfalt stets eine Sonderrolle hatte, aufgrund derer sie auch zu Zeiten des Kommunismus etwa den Erhalt und die kontinuierliche Pflege von Gotteshäusern durchsetzen konnte, darunter auch die Instandhaltung der prächtigen orthodoxen Synagoge, die zuletzt Anfang der 1990er Jahre umfassend restauriert wurde.

Gedächtnis- und Erinnerungskultur

Eperies setzt zunehmend auf den Tourismus und besinnt sich in diesem Zusammenhang mehr und mehr auf seine Vergangenheit. Inzwischen dienen die städtischen Baudenkmäler vor allem als Anhaltspunkte zur Entfaltung einer betont slowakischen Identität. Zugleich werben die Stadtväter mit dem besonderen multikulturellen Flair ihrer Stadt.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Jozef Baďurík, Péter Kónya (Hg.): Slovensko v Habsburskej monarchii 1526–1918 [Die Slowakei in der Habsburgermonarchie 1526–1918]. Bratislava 2000.
- Péter Kónya: Národnostné a konfesijné pomery v slobodnom kráľovskom meste Prešov v 16.–18. storočí [Nationale und konfessionelle Verhältnisse in der königlichen Freistadt Eperies im 16.–18. Jahrhundert]. In: Michaela Kokojanová (Red.): Bürger, Adel und Klerus in den Residenzstädten der frühen Neuzeit (16.–18. Jahrhundert). Sammelband mit Beiträgen der gleichnamigen Konferenz veranstaltet in Proßnitz, 25.–27. April 1995 vom Museum der Proßnitzer Region in Proßnitz/Muzeum Prostejovska v Prostejove. Proßnitz 1997, S. 276-290.
- Imrich Michnovič, Alexander Ernst (Red.): Prešov – eine Stadt und ihre Geschichte. 2., verb. Aufl. Prešov 2001.

Anmerkungen

[1] Vgl. Švorc, Peter u.a., Sprievodca po historickom Prešove (Führer durch das historische Eperies), Prešov 1997, S. 14.

[2] http://app.statistics.sk/mosmis/eng/scitanie.jsp?txtUroven=000000&lstObec=524140 (Zugriff 21.08.2013).

[3] http://www.slovak-jewish-heritage.org/presov-orthodox-synagogue.html?&L=1 (Zugriff 21.08.2013).

[4] Vgl. Anm. 2.

Zitation

Karin Rogalska: Eperies/Prešov. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2013. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54211.html (Stand 21.08.2013).

Eperjes → Eperies/Prešov/Eperjes

Siehe Eperies/Prešov/Eperjes

Erlau/Eger/Jáger

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Erlau

Amtliche Bezeichnung

ungar. Eger

Lateinische Bezeichnung

Agria

Sonstige Bezeichnungen

slowak. Jáger

2. Geographie

Lage

47° 89' nördlicher Breite, 20° 37' östlicher Länge.

Topographie

Ortschaft im Nordosten Ungarns, gelegen im Donau-Theiß-Zwischenstromland der Großen Ungarischen Tiefebene an den südwestlichen Ausläufern des Bükk-Gebirges, 130 km nordöstlich von Budapest und 140 km nordwestlich von Debrezin/Debrecen/Debreţin.

Region

Nord-Ungarn (Észak-Magyarország)

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Republik Ungarn. Erlau ist Sitz des Komitats (ung. *megye*) Heves, des Kleingebiets Eger (*Egri Kistérség*) und des Erzbistums Eger.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Das heutige Wappen entstand Ende des 17. Jahrhunderts. Im blauen Feld des kielbogenförmigen Schildes befindet sich auf grüner Basis eine Burgmauer aus weißen Steinen mit drei Basteien, zwei Schießscharten und drei offenen Toren. Auf dem mittleren Turm windet sich eine Schlange um ein Schwert mit goldenem Griff (Symbol der Falschheit, die durch den Glauben besiegt wird); darüber befinden sich ein silberner sechseckiger Stern und eine Sonnenscheibe. Im linken Feld des Schildes ist ein tänzelndes weißes Einhorn (Element aus dem Wappen des Bischofs von Erlau Georg Fenesy [1686–1689]), im rechten oberen Feld ein goldener Adler mit ausgebreiteten Flügeln dargestellt, der in den Krallen ein offenes Buch hält. Der Adler symbolisiert den Evangelisten Johannes, den Schutzpatron der Kathedrale und der Diözese von Erlau.

Gebräuchliche Beinamen

Wegen ihrer Funktion als Bildungszentrum und ihres dynamischen kulturellen Lebens wird die Stadt auch das "ungarische Athen" genannt.

Mittelalter

Die Gräber aus der Zeit der Landnahme Ende des 9. Jahrhunderts und die aus dem 10. Jahrhundert stammenden Kirchenruinen im Burgbereich belegen eine bedeutende Zentrumsfunktion der Siedlung seit der Niederlassung der Magyaren (896). König Stephan I. (997/1000–1038) gründete hier zwischen 1005 und 1010 ein Bistum. Damals wurde die dem hl. Evangelisten Johannes gewidmete Kathedrale erbaut, in der König Emmerich (1196–1204) begraben wurde. Während des Mongolensturms (1241/42) wurde der Ort fast gänzlich zerstört und die Bevölkerung dezimiert. Anschließend wurde die Stadt neu errichtet und mit Mauern umgeben; um die Kirche wurde eine Burg gebaut. Der mittelalterliche Straßenname "Italien" erinnert an italienische Siedler. Auch Deutsche kamen in die Stadt. Unter den Bischöfen ist der aus Schlesien stammende Johann Beckensloer (ca. 1435–1489) zu erwähnen, der 1473 Erzbischof von Gran/Esztergom/Ostrihom und 1487 Erzbischof von Salzburg wurde.

Neuzeit

Die Burg spielte eine wichtige Rolle während der Türkenkriege im 16. Jahrhundert. Mit einer kleinen Besatzung verteidigte Stefan Dobó 1552 die Burg vierzig Tage lang erfolgreich gegen die Osmanen. Anschließend wurde die Festung von italienischen Genieoffizieren modernisiert und blieb bis 1596, als sie von den Osmanen besetzt wurde, ein wichtiger Standort der ungarischen Grenzverteidigung. Nach fast halbjähriger Belagerung wurde sie 1687 befreit. Zur Zeit des Aufstands von Franz II. Rákóczi (1703–1711) war Erlau Zentrum des von den Habsburgern abgetrennten oberungarischen Landesteils. Der Wiederaufbau und der Aufschwung begannen im 18. Jahrhundert, vor allem dank der Tätigkeiten der Kirchenführer. Die Bischöfe und das Domkapitel des umgebenden Besitztums von Erlau (z. B. Egerszalók, Kerecsend, Maklár) kamen in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts aus dem Rheingebiet, dem Elsass und Bayern. Unter den Bischöfen ist Karl Eszterházy (1761–1799) hervorzuheben, der als Mäzen und Bauherr wirkte. Aufgrund einer Vereinbarung mit Erzbischof Béla Bartakovits (1850–1873) wurde die Stadt 1854 eigenständig.

Verwaltung

Selbstverwaltung der Stadt Erlau mit Komitatsrecht.

Bevölkerung

1785 hatte Erlau 17.083 Einwohner, 1880 waren es 20.699 (darunter 318 Deutsche) und 1910 26.807 (darunter 263 Deutsche). 2011 lebten in der Stadt 56.530 Personen. Ethnische Zusammensetzung (2001): Ungarn 96 %; Sinti und Roma 0,9 %; Deutsche 0,2 %.

Wirtschaft

Unter den historischen Weinregionen des Landes kann Erlau auf eine der ältesten Traditionen zurückblicken. International bekannt ist der Rotwein "Erlauer Stierblut" (*Egri Bikavér*). Das 1893 gegründete Tabakwerk war einer der wichtigsten Arbeitgeber der Stadt und des Umlandes. 1948 verstaatlicht, ging es 1991 in den Besitz des Philip-Morris-Konzerns über. 2004 wurde es geschlossen.

Religions- und Kirchengeschichte

Während der Türkenkriege ließen sich Serben in Erlau nieder, die im 17. Jahrhundert die Kirche des Augustinerordens für ihre serbisch-orthodoxen Gottesdienste nutzten und ab 1785 an dieser Stelle die Rác-Kirche bauten. In osmanischer Zeit wurden einige Kirchen in Moscheen umgewandelt, so jene des Franziskanerklosters. Unter habsburgischer Herrschaft konnte sich in Erlau die Reformation kaum durchsetzen. 1804 wurde das römisch-katholische Bistum zum Erzbistum erhoben. 1880 waren 85,76 % der Einwohner römisch-katholischen, 11,26 % jüdischen, 1,33 % reformierten und 1,15 % evangelisch-lutherischen Glaubens. 2001 waren 62,4 % römisch-katholisch, 7,8 % reformiert, 0,9 % griechisch-katholisch, 0,7 % evangelisch; 18 % gehörten keiner Konfession oder Kirche an, 9,4 % machten keine Angaben.

Besondere kulturelle Institutionen

Géza-Gárdonyi-Theater zu Erlau (1955) (*Egri Gárdonyi Géza Színház*); István-Dobó-Museum, Zentrum der erzbischöflichen Sammlungen (*Érseki Gyűjteményi Központ*).

Bildung und Wissenschaft

1692 wurde ein Zisterzienser-Gymnasium gegründet (heute *Gárdonyi Géza Ciszterci Gimnázium*), 1741 ein erzbischöfliches Rechtslyzeum und 1754 ein erzbischöfliches theologisches Institut (heute *Egri Érseki Papnevelő Szeminárium*). Bischof Karl Eszterházy gründete 1762 ein Lyzeum und 1769 die erste medizinische Schule des Landes. Im Gebäude des Erlauer Lyzeums wurde 1828 die landesweit erste ungarischsprachige pädagogische Schule eröffnet. Heutige Bildungseinrichtungen sind das István-Dobó-Gymnasium, das Erzsébet-Szilágyi-Gymnasium mit Kollegium und die Pädagogische Hochschule Karl Eszterházy (*Eszterházy Károly Tanárképző Főiskola*). Wertvoll sind die Sammlungen der Diözesanbibliothek (*Egri Főegyházmegyei Könyvtár*).

Kunstgeschichte

Das bis heute erhalten gebliebene, 40 m hohe Minarett der 1624 von Arnaut-Pascha errichteten Kethuda-Moschee gilt als nördlichstes Beispiel osmanischer Architektur. In habsburgischer Zeit erhielt Erlau seine barocke Prägung. Werke des Würzburgers Heinrich Fassola († 1799), der seit 1758 in Erlau und Umgebung tätig war, schmücken zahlreiche Fassaden barocker Baukunst. Die nach Plänen von Josef Hild im klassizistischen Stil errichtete Basilika (1831–1837) wurde 1970 von Papst Paul VI. in den Rang einer *basilica minor* erhoben. Der barocke erzbischöfliche Palast wurde in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts nach Plänen von Giovanni Battista Carlone erbaut. Für die bevölkerungsreiche serbische Kolonie wurde 1785–1799 die orthodoxe Rác-Kirche im sog. Zopfstil errichtet.

Literatur

Géza Gárdonyi (1863–1922), der Schüler im Erlauer Lyzeum war und das letzte Jahrzehnt seines Lebens in Erlau verbrachte, widmete seinen bekannten historischen Roman *Egri csillagok (Sterne von Eger,* 1901) den heldenhaften Verteidigern der Stadt gegen die osmanischen Belagerer von 1552.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- István Bitskey: Püspökök, írók, könyvtárak. Egri főpapok irodalmi mecenatúrája a barokk korban [Bischöfe, Schriftsteller, Bibliotheken. Das Mäzenatentum hoher Kleriker aus Erlau in der Barockzeit]. Eger 1997.
- Ernő Deák: Das Städtewesen der Länder der ungarischen Krone (1780–1918). Bd. II/1: Ausgewählte Materialien zum Städtewesen. A: Königliche Freistädte-Munizipalstädte. Wien 1989 (Österreichische Akademie der Wissenschaften. Veröffentlichungen der Kommission für Wirtschafts-, Sozial- und Stadtgeschichte 4), S. 656-661.
- Béla Kovács: Az egri egyházmegye története 1596-ig [Geschichte der Diözese Erlau bis 1596]. Eger 1987 (Az Egri Főegyházmegye Sematizmusa 3).
- Antal Molnár: Le Saint-Siège, Raguse et les missions catholiques de la Hongrie Ottomane 1572–1647. Rome, Budapest 2007 (Studia Bibliotheca Academiae Hungariae – Roma 1).
- József Nagy: Eger története [Geschichte von Erlau]. Budapest 1978.
- István Sugár: The Basilica of Eger. Budapest 1981.
- István Sugár: Az egri püspökök története [Geschichte der Bischöfe von Erlau]. Budapest 1984.

Periodika

- *Agria* (1963ff.)
- *Archivum* (1973ff.)

Weblinks

- http://www.eger.hu/ (Internetseite der Stadt in ungarischer Sprache)
- http://www.eger.egyhazmegye.hu/ (Kirchenprovinz)
- http://www.egrivar.hu/ (Burgmuseum "István Dobó")
- http://www.hevesarchiv.hu/ (Komitatsarchiv Heves)

Zitation

Tamás Fedeles: Erlau/Eger. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/57055.html (Stand 09.07.2012).

Esseg/Osijek/Eszék (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Eszék → Esseg/Osijek/Eszék (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Esztergom → Gran/Esztergom/Ostrihom

siehe Gran/Esztergom/Ostrihom

F

Falkenau/Sokolov (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Fellin/Viljandi (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Földvár → Marienburg/Feldioara/Földvár (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Frankenstadt/Baja (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Frankfurt (Oder) (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Franzensbad/Františkové Lázně (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Frauenburg/Frombork

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Frauenburg

Amtliche Bezeichnung

poln. Frombork

Lateinische Bezeichnungen

Castrum Dominae Nostrae, Civitas Warmiensis

Etymologie

Der seit dem Mittelalter gebräuchliche Name Frauenburg beziehungsweise dessen lateinisches Äquivalent *Castrum Dominae Nostrae* bezieht sich auf Maria, Patronin der Kathedrale.

2. Geographie

Lage

Frauenburg liegt auf 54° 21′ nördlicher Breite, 19° 41′ östlicher Länge, am Frischen Haff, das durch die Frische Nehrung von der Danziger Bucht getrennt wird, ca. 70 km östlich von Danzig/Gdańsk, ca. 30 km nordöstlich von Elbing/Elbląg.

Region

Ermland

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Polen; Woiwodschaft Ermland-Masuren (*Województwo warmińsko-mazurskie*), Kreis (*Powiat*) Braunsberg/Braniewo, Stadt und Sitz der gleichnamigen Landgemeinde.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Das heutige Stadtwappen zeigt im roten Feld eine silberne Stadtmauer mit zwei Türmen und geschlossenem, goldfarbenem Tor, über der Mauer eine als Halbfigur erfasste Darstellung der Maria im blauen Mantel mit Kind auf dem Arm. Ältere Varianten aus der preußischen/deutschen Zeit zeigen die Muttergottes ohne Kind über einer dreitürmigen Mauer.

Mittelalter

Hauptsitz des 1243 gegründeten Bistums Ermland war ursprünglich das 10 km östlich von Frauenburg gelegene Braunsberg/Braniewo. Nach dessen Zerstörung durch die Prußen in den 70er Jahren des 13. Jahrhunderts verlegte der ermländische Bischof Heinrich Fleming (um 1230-1300) den Sitz des Domkapitels an einen wehrhaften Ort, eine Anhöhe am Ufer des Frischen Haffs, und ließ dort eine Burg, Frauenburg, errichten. Die Existenz einer früheren prußischen Siedlung oder Feste an dieser Stelle ließ sich bisher nicht nachweisen. Am Fuße des Domberges entstand die vom Lokator Gerhard Fleming gegründete gleichnamige Stadtsiedlung (1278 erstmals erwähnt, 1310 Handfeste nach Lübischem Recht), die noch vor 1320 aus der Oberhoheit des Bischofs unter die des Domkapitels kam. Während der kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen dem Deutschen Orden und Polen von 1414 und 1454-1466 wurde die Stadt mehrmals geplündert. Nach der Niederlage des Deutschen Ordens und dem Zweiten Thorner Frieden 1466 kam Frauenburg mit dem Ermland unter die Oberhoheit der Polnischen Krone.

Neuzeit

Während des sogenannten Reiterkriegs 1520 wurde die Stadt von den Truppen des letzten Hochmeisters des Deutschen Ordens Albrecht von Hohenzollern (1490-1568) erobert und geplündert. Im ersten Jahr des Polnisch-Schwedischen Krieg von 1626-1629 plünderten die von Braunsberg her anrückenden Schweden den Dombezirk – damals wurde die Innenausstattung des Doms von Truppen Gustav Adolfs (1594-1632) teils vernichtet, teils nach Schweden geraubt – und die Stadt. 1772, bei der ersten Teilung Polens, kam Frauenburg zusammen mit dem Ermland als Teil der Provinz Ostpreußen unter preußische Verwaltung.

19./20. Jahrhundert

1818 wurde Frauenburg im Zuge der preußischen Verwaltungsreform dem neugegründeten Kreis Braunsberg unterstellt. 1837 verlegten die ermländischen Bischöfe ihre Residenz

von Heilsberg/Lidzbark Warmiński wieder nach Frauenburg. 1927 wurden die Stadt und der Dombezirk zu einer Verwaltungseinheit vereint. Am 9. Februar 1945 wurde Frauenburg während der Eroberung durch die Rote Armee zu 80 % zerstört, kam anschließend unter polnische Verwaltung und verlor vorübergehend (bis 1959) die Stadtrechte. 1966-1973 wurde der historische Stadtkern neu bebaut.

Bevölkerungsentwicklung

1890 lebten in der Stadt 2.458 überwiegend katholische (92 %) Einwohner, 1939 3.000.[1] Nach 1945 wurden die in Frauenburg noch verbliebenen Deutschen vertrieben, an ihrer Stelle siedelten sich Polen, überwiegend Vertriebene aus den ehemaligen polnischen Ostgebieten, an. Heute leben in der Stadt 2.463 Personen.[2]

Wirtschaft

Seit Mitte des 15. Jahrhunderts verfügte die Stadt über einen Hafen am Frischen Haff, ihre Bewohner lebten überwiegend von Fischfang, Handel (vor allem mit Salz und Garn) und Handwerk (überwiegend im Dienst der Domherren). Einen bescheidenen wirtschaftlichen Aufschwung erlebte Frauenburg nach 1837, als die gesamte Diözesanverwaltung dorthin verlegt wurde. 1899 bekam die Stadt Eisenbahnanbindungen an Braunsberg und Elbing. Aufgrund ihrer Lage am Haff und der gut erhaltenen historischen Bausubstanz entwickelte sie sich zu einem Fremdenverkehrsort. Auch nach dem Wiederaufbau in der Nachkriegszeit bildet die Tourismusbranche die Haupteinnahmequelle der Einwohner.

Religions- und Kirchengeschichte



Stadtansicht Frauenburg mit Dom. [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 125730].

Die kirchengeschichtliche Bedeutung des Ortes reicht in die Gründungszeit zurück, als in den späten 70er Jahren des 13. Jahrhunderts die Domburg als Sitz des ermländischen Domkapitels und Standort der Kathedrale errichtet wurde. Die Bischöfe selbst residierten zwischen 1350 und 1795 auf der Burg Heilsberg/Lidzbark Warmiński, danach kurzfristig in Oliva/Oliwa bei Danzig. 1837 wurde Frauenburg zum Bischofssitz und somit zum Verwaltungszentrum der gesamten Diözese. 1945 wurde der Sitz der Diözese nach Allenstein/Olsztyn verlegt.

Die Stadt blieb von der Reformation weitgehend unberührt; erst ab 1772, nach dem Anschluss des Ermlandes an Preußen, gab es dort eine evangelische Gemeinde. Auch im Laufe des 19. Jahrhunderts blieben die evangelischen Einwohner in der Minderheit (1890 waren es 176 von 2.458 Einwohnern).[3] Im Laufe des 19. Jahrhunderts siedelten sich in Frau-

enburg auch einige jüdische Familien an, ihre Anzahl blieb jedoch zu gering, um eine eigenständige Gemeinde zu bilden.[4]

Wissenschaft



„Kopernikusturm“ an der Stadtmauer in Frauenburg. [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 139162].

Zwischen 1510 und 1543 lebte und arbeitete in Frauenburg – mit kurzen Unterbrechungen – der Astronom, Mathematiker und ermländische Domherr Nikolaus Kopernikus (1473-1543). Der mündlichen – eher zweifelhaften – Überlieferung zufolge diente ihm ein Befestigungsturm in der Nordwest-Ecke des Dombezirks als Wohn- und Arbeitsstätte, der heute als „Kopernikusturm“ bezeichnet wird. Vermutlich betrieb er seine Studien jedoch in einem Domherrenhaus außerhalb des Dombezirks. In Frauenburg schrieb Kopernikus auch an seinem bekanntesten Werk *De revolutionibus orbium coelestium*, das entscheidend zur Herausbildung des heliozentrischen Weltbildes beigetragen hat. Kopernikus’ Grabstätte im Frauenburger Dom geriet im Laufe der Jahrhunderte in Vergessenheit. Erst 2005 wurden bei archäologischen Untersuchungen in Altarnähe Skelettfragmente gefunden, die man anhand von Genanalysen mit hoher Wahrscheinlichkeit als sterbliche Überreste des Astronomen identifizierte. 2010 wurden sie im Dom feierlich wieder beigesetzt.

Frauenburg beherbergt heute ein Kopernikus-Museum (*Muzeum Mikołaja Kopernika*).

Kunstgeschichte und Architektur

Dombezirk: Der Bezirk mit der Kathedralkirche und der sie umgebenden Wehrmauer mit Türmen wurde auf einem an drei Seiten durch Schluchten geschützten Plateau am Ufer des Haffs angelegt. Die erste Anlage mit hölzerner Kirche und Erd-Holz-Befestigung wurde 1278 erstmals dokumentarisch erwähnt; 1305 wurde an der Ostseite der Kirche ein Kapitelhaus verzeichnet. Die räumliche Anordnung des Komplexes entwickelte sich im Laufe des 14. Jahrhunderts, die aus Backstein auf Feldsteinunterbau errichteten Wehrmauern wurden bis ins 17. Jahrhundert mit Türmen versehen, umgebaut und verstärkt (1683-1689 wurde der Glockenturm in der Südwest-Ecke, nach seinem Stifter „Radziejowski-Bastei“ genannt, ausgebaut und erhöht). Zur Anlage gehören der quadratische „Kopernikus-Turm“ auf der Westseite sowie das von zwei Türmen flankierte Eingangstor im Süden, dem ein Rondell vorgelagert war (Fundamente erhalten). An der Innenseite der Mauer wurden Häuser für die Domherren errichtet (teilweise erhalten, die ältesten von ihnen wie die St.-Marien-Kurie an der Nordseite im Kern aus dem 15. Jh.); weitere Häuser für die Kanoniker befanden sich außerhalb der Wehrmauer (sieben Kanonikerhäuser aus dem 14.-19. Jh. erhalten).



Dom Frauenburg von Südwest. [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 103024].



Langhaus des Frauenburger Doms. [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 103025].

Kathedrale Mariä Himmelfahrt und St. Andreas: Der Bau der heutigen Kathedrale an der Stelle der ersten hölzernen Kirche im nördlichen Bereich des Burgplateaus begann 1329 unter Bischof Heinrich Wogenapp (Amtszeit 1329-1334). Die Weihe des Chors erfolgte 1342; 1388 war die Kirche vollendet (Jahreszahl in der Vorhalle). Der dreischiffige, achtjochige Hallenbau aus Backstein mit gerade abgeschlossenem, fünfjochigem Chor und Sterngewölben besitzt reich dekorierte Giebel an Ost- und Westseite sowie vier kleine Ziertürme an den Gebäudeecken; auf die Errichtung eines großen Turmes musste – vermutlich wegen eines durch den Deutschen Orden erlassenen Verbots – verzichtet werden. Das Vorbild der Westfassade war vermutlich die Pelpliner Abteikirche. An der Westseite befindet sich eine Vorhalle mit einer Stiftungsinschrift auf einem Buchstabenfries sowie einem aufwändig dekorierten Kalksteinportal (außen mit Tierdarstellungen, innen mit Darstellungen von Aposteln, Propheten, Klugen und Törichten Jungfrauen sowie Christus als Weltenrichter). An der Nordwand sind Fragmente von Wandmalereien aus der Zeit um 1500 erhalten. Die ursprünglich gotische Ausstattung wurde nach der weitgehenden Plünderung 1626 durch barocke Elemente ersetzt; erhalten sind unter anderem der ehemalige Hochaltar von 1504, das runde Epitaph des 1426 verstorbenen Domherrn Bartholomäus

Boreschow sowie das Konarski-Epitaph, höchstwahrscheinlich ein Frühwerk von Andreas Schlüter (1659/1660-1714).

Das Bischöfliche Palais an der Südostseite des Doms wurde 1523-1537 vom Bischof Mauritius Ferber (1471-1537) erbaut, 1727 unter Bischof Christoph Andreas Szembek (1680-1740) barock umgestaltet; 1945 brannte es bis auf die Grundmauern nieder, 1965-1970 wurde es wiederaufgebaut. In dem schlichten Putzbau auf hufeisenförmigem Grundriss ist heute das Kopernikus-Museum untergebracht.

Stadtanlage: Die Stadt auf rechteckigem Grundriss mit gitterförmigem Straßennetz und quadratischem Marktplatz ist entlang des im 14. Jahrhunderts angelegten Baudekanals (*Mała Bauda; Kanał Kopernika*) entstanden. Nach den Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg wurde sie weitgehend modern wiederaufgebaut.

Ehemalige katholische Pfarrkirche St. Nikolaus: Der ca. 1340-1355 errichtete Hallenbau brannte während des Ständekrieges 1454-1466 aus und wurde ab ca. 1474 wiederaufgebaut; 1507 Neuweihe. 1945 ausgebrannt, wurde sie in der Nachkriegszeit notdürftig wiederhergestellt und als städtisches Heizwerk benutzt. Es handelt sich um eine dreischiffige Hallenkirche mit mächtigen, durch Blenden gegliederten Giebeln an der Ost- und Westseite; im Inneren sind teilweise Sterngewölbe erhalten.

Das 1437 erstmals erwähnte Heilig-Geist-Hospital mit St.-Anna-Kapelle war 1507-1519 im Besitz der Antonitermönche aus Tempzin in Mecklenburg, wurde 1686 erweitert, nach Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg 1978-1989 restauriert und ist heute Sitz des Museums für Medizingeschichte. Das Gebäude ist als Verbindung von Hospital und Kirche konzipiert; im Chor haben sich Fragmente von Wandmalereien aus der Zeit um 1430, unter anderem die Darstellung des Jüngsten Gerichts, erhalten.

Gedenk- und Erinnerungskultur

Im Zentrum der Erinnerungskultur steht der berühmteste Einwohner der Stadt, Nikolaus Kopernikus.

2001 wurde am Ufer des Frischen Haffs ein Gedenkstein für die im Januar/Februar 1945 über das Eis flüchtenden Ostpreußen enthüllt.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Michael Antoni (Bearb.): Dehio-Handbuch der Kunstdenkmäler West- und Ostpreußen. Die ehemaligen Provinzen West- und Ostpreußen (Deutschordensland Preußen) mit Bütower und Lauenburger Land. München u.a. 1993, S. 178-187.
- Christofer Herrmann: Mittelalterliche Architektur im Preußenland. Untersuchungen zur Frage der Kunstlandschaft und -geographie. Petersberg 2007 (Studien zur internationalen Architektur und Kulturgeschichte 56).
- Małgorzata Jackiewicz-Garniec, Mirosław Garniec: Burgen im Deutschordensland Preußen. Olsztyn 2009, S. 142-153.
- Anneliese Triller: Frauenburg. In: Erich Weise (Hg.): Handbuch der historischen Stätten Ost- und Westpreußen. Stuttgart 1981, S. 56-59.

Weblinks

- http://www.frombork.pl/strona-42-Historia_miasta+Historia_miasta.html (Seite der Stadt Frauenburg/Frombork zur Stadtgeschichte)
- http://www.herder-institut.de/bildkatalog/index/index?searchfield_parameter=frauenburg&newperspective=thumbnails (Abbildungen zu Frauenburg/Frombork im Bildarchiv des Herder-Instituts, Marburg)

Anmerkungen

[1] Michael Rademacher: Deutsche Verwaltungsgeschichte von der Reichseinigung 1871 bis zur Wiedervereinigung 1990: http://www.verwaltungsgeschichte.de/braunsberg.html#ew33brbgfrauenburg (Abruf 27.11.2014).

[2] GUS-Główny Urząd Statystyczny [Hauptamt für Statistik]: www.stat.gov.pl, Stand 30.06.2013 (Abruf 26.12.2013).

[3] http://www.verwaltungsgeschichte.de/braunsberg.html (Anm. 1) (Abruf 26.12.2013).

[4] In den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts lebten in Frauenburg etwa 30 Personen jüdischen Glaubens, die der Gemeinde im benachbarten Braunsberg angehörten. Vgl. die vom Museum der Geschichte der polnischen Juden „Polin“ in Warschau entwickelten Seiten zur jüdischen Lokalgeschichte in Polen: http://www.sztetl.org.pl/pl/article/frombork/5,historia/ (Abruf 26.12.2013). Vgl. auch Aloys Sommerfeld: Juden im Ermland. In: Michael Brocke, Margret Heitmann, Harald Lordick (Hg.): Zur Geschichte und Kultur der Juden in Ost- und Westpreußen. Hildesheim 2000 (Netiva: Wege deutsch-jüdischer Geschichte und Kultur; Studien des Salamon Ludwig Steinheim Instituts 2), S. 41-46.

Zitation

Beata Lejman, Tomasz Torbus: Frauenburg/Frombork. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32375 (Stand 10.12.2014).

Friedland → Grenzdurchgangslager Friedland

1. Kurzbeschreibung

Das Grenzdurchgangslager (GDL) Friedland bei Göttingen wurde am 20. September 1945 eröffnet und ist seither kontinuierlich in Betrieb. Seit dem 1. Januar 2011 ist es Teil und Standort der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen (LAB NI) und erfüllt Aufgaben als bundesweit einzige Erstaufnahmeeinrichtung für Spätaussiedler, als Landesaufnahmeeinrichtung für Spätaussiedler, als Landesaufnahmestelle für jüdische Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion, als Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerber sowie für UNHCR-Flüchtlinge im Rahmen von Resettlement- und Relocationprogrammen.

2. Historischer Überblick

Die Entstehung des Lagers Friedland ist eine Folge des Zweiten Weltkriegs und der nationalsozialistischen Expansions- und Vernichtungspolitik. Die Mehrheit der das GDL durchlaufenden Menschen – Flüchtlinge, Vertriebene, Evakuierte, entlassene Kriegsgefangene, Displaced Persons, Aussiedler – kam als mehr oder weniger direkte Folge des Zweiten Weltkriegs hierher.



Flüchtlinge warten vor „Nissenhütten“ auf ihre Abfertigung, 1945.
[Foto: Städtisches Museum Göttingen].

Errichtet wurde das Lager Friedland im September 1945 von der britischen Militärverwaltung nahe der Grenze zur amerikanischen und zur sowjetischen Besatzungszone ca. 15 km südlich von Göttingen. Den unmittelbaren Kontext bildeten die massenhaften Kriegsfolgemigrationen um das Jahr 1945. Hatten die ersten Flüchtlinge schon im Winter 1944/45 Niedersachsen erreicht, so gelangten ab Sommer 1945 Geflüchtete in großer Zahl in die britische Besatzungszone. Die Militärverwaltung versuchte, den Zuzug in ihre Zone zu kontrollieren sowie angesichts der schwierigen Versorgungslage zu begrenzen, und ordnete zu diesem Zweck die Einrichtung des Lagers Friedland sowie acht weiterer Durchgangslager in der Provinz Hannover an. Grundlegende Aufgaben waren die Registrierung, Versorgung und Weiterleitung der in die britische Zone Einreisenden, mithin die Kanalisierung der unüberschaubaren Zahl von Ortlosen und Umherwandernden der Nachkriegsgesellschaft. In der Versorgung und Betreuung der Ankommenden übernahmen Wohlfahrtsverbände und Kirchen früh eine tragende Rolle.

In der Frühzeit des Lagers Friedland trafen vornehmlich fünf Personenkreise im Lager ein: 1. Flüchtlinge, die alleine oder in kleinen Gruppen aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße in die westlichen Besatzungszonen kamen, 2. Rückwanderer und Evakuierte, 3. Vertriebene und/oder im Rahmen von Transporten und „*Operations*“ systematisch Ausgesiedelte, 4. entlassene Kriegsgefangene und 5. Grenzgänger aus der sowjetischen Besatzungszone. Je nach ehemaligem Wohnort, letztem Aufenthaltsort, Verbleib von Angehörigen und Zuzugsmöglichkeiten durchliefen sie das Lager Friedland in Ost-West- oder West-Ost-Richtung. Von 1945 bis 1949 passierten ca. 1,7 Millionen Menschen das Lager. Die meisten blieben nur wenige Stunden oder Tage.

Neben seiner Hauptfunktion als Durchgangslager übernahm das Lager Friedland punktuell auch weitere Aufgaben: 1947-1951 und erneut 1960-1963 fungierte es als Auffanglager für alleinreisende Jugendliche und junge Männer aus der SBZ/DDR, 1949-1952 auch als Wohnlager für Displaced Persons und ausländische Flüchtlinge, für die sich andere niedersächsische Behörden nicht mehr zuständig zeigten. Seit 1948 diente Friedland zudem als

Entlassungslager für deutsche Soldaten, die aus westalliierter oder sowjetischer Kriegsgefangenschaft in die britische Zone zurückkehrten. Nach Schließung des Entlassungslagers Münster/Westfalen war es ab April 1949 das einzige Entlassungslager für ehemalige Wehrmachtsangehörige in der Bundesrepublik.

Überregionale und internationale Bekanntheit erlangte das Lager Friedland durch die Ankunft der letzten Entlassenen aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft 1953/54 und 1955/56. Die sogenannte „Heimkehr der Zehntausend" war ein bedeutendes Medienereignis der frühen Bundesrepublik. Das Lager Friedland wurde emotionaler Bezugspunkt für die Hoffnungen und Wünsche Vieler und zugleich Bühne für vielschichtige politische Inszenierungen im Kalten Krieg.

Mit der „Operation Link" begann im März 1950 die Aufnahme von Aussiedlern, zunächst nur aus Polen, die in den folgenden Jahrzehnten zur Hauptaufgabe des GDL wurde. Seit 1950 wurden über zwei Millionen (Spät-) Aussiedler in Friedland registriert, davon gut die Hälfte aus Polen, und verstärkt seit 1986 ca. eine Million aus der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten. Seit dem 1.Oktober 2000 ist das GDL die bundesweit einzige Erstaufnahmeeinrichtung für Spätaussiedler.

Als zeitlich befristete Ausnahme übernahm das GDL seit den 1950er Jahren wiederholt die Erstaufnahme internationaler Flüchtlinge: Zwischen November 1956 und Januar 1957 wurden 3.555 Flüchtlinge aus Ungarn, die nach der Niederschlagung des demokratischen Aufstands in den Westen flüchteten und von denen knapp 11.000 in der Bundesrepublik Aufnahme fanden, in Friedland betreut. Nach dem Putsch gegen die demokratische Regierung Allende trafen im Januar 1974 70 Flüchtlinge aus Chile als „Kontingentflüchtlinge" außerhalb des Asylverfahrens ein und wurden bis zu vier Monate im GDL Friedland untergebracht. Ende 1978 wurden im Rahmen einer humanitären Hilfsaktion rund 1.000 Flüchtlinge aus Vietnam im GDL Friedland aufgenommen. Ein Teil der Flüchtlinge verblieb mehrere Monate im Lager; andere wurden bereits nach wenigen Tagen in sogenannte ‚zentrale Unterkünfte' weitergeleitet. Bis Mitte der 1980er Jahre folgten weitere Flüchtlinge aus Vietnam, insgesamt ca. 4.500.

Neben der Aufnahme dieser Kontingentflüchtlinge wird das GDL Friedland in den 1970er und 1980er Jahren kurzzeitig auch zur ‚Asylbewerberunterkunft wider Willen'. Vor dem Hintergrund der Überbelegung des bundesweit einzigen „Sammellagers für Ausländer" in Zirndorf (Bayern) wurden von 1974 bis 1976 knapp 150 Asylsuchende aus verschiedenen Ländern dem GDL Friedland zugewiesen. Zwischen 1984 und 1986 wurden aufgrund zu geringer Kapazitäten der zuständigen Aufnahmeeinrichtungen in Niedersachsen über 5.500 Asylsuchende, vornehmlich aus dem Libanon, der Türkei und Indien, aufgenommen.

Zwischen 1. Juli 1998 und 30. September 2000 und seit 1. März 2004 übernahm das GDL auch die Funktion der Landesaufnahmestelle Niedersachsen für jüdische Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion.

2009 wurden im Rahmen des Resettlement-Programms des UNHCR erstmals irakische Flüchtlinge im GDL Friedland aufgenommen. Seit September 2012 treffen regelmäßig Flüchtlinge im Rahmen der Resettlement- und Relocationprogramme – mehrheitlich aus Eritrea, dem Sudan, Äthiopien, Irak und Syrien – im GDL Friedland ein. Überdies erfüllt das GDL Friedland seit dem 1. Januar 2011 gemeinsam mit dem Standort Braunschweig nun offiziell die Funktion der Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerber für Niedersachsen.

3. Bedeutung in der deutschen Erinnerungskultur



Die Friedlandglocke, 2014. [Foto: Joachim Baur].

Spätestens seit den frühen 1950er Jahren, wesentlich befördert durch die „Heimkehr der Zehntausend“ 1955/56, knüpfte sich an das GDL Friedland ein erinnerungskultureller Diskurs an. Neben dem Topos „Tor zur Freiheit“, der seit den frühen 1950er Jahren vor allem aus dem Umfeld der im GDL tätigen Wohlfahrtsverbände verbreitet wurde,[1] fand dies seinen sichtbarsten Ausdruck in mehreren Denkmalen vor Ort. Zu nennen sind insbesondere die Friedlandglocke, die Heimkehrer-Statue „Griff in die Freiheit“ und die „Friedland-Gedächtnisstätte“ auf dem Hagenberg sowie die Glocken und verschiedene Kunstwerke im Inneren der katholischen Kirche St. Norbert. Sämtliche genannte Bauten datieren aus dem Zeitraum von 1949 (Weihe der Friedlandglocke) bis 1967 (Einweihung der Friedland-Gedächtnisstätte und Aufstellung der Steinskulptur „Griff in die Freiheit“), wobei sich eine Verdichtung erinnerungskultureller Aktivitäten um die Mitte der 1950er Jahre erkennen lässt. Die Denkmale sind damit ganz in die bundesdeutsche Mentalitätsgeschichte der 1950er und 1960er Jahre eingebettet. Inhaltliche Bezüge der Denkmale beschränken sich im Wesentlichen auf die beiden Friedländer Großgruppen der Flüchtlinge und Vertriebenen einerseits sowie, und zwar überwiegend, der entlassenen Kriegsgefangenen andererseits. Der Verband der Heimkehrer, Kriegsgefangenen und Vermisstenangehörigen Deutschlands (VdH) trat (neben den Kirchen) auch als maßgeblicher Träger institutionalisierter Erinnerung in Friedland in Erscheinung. In der Ikonografie der Denkmale kommt ein stein-, bild- und textgewordener deutscher Viktimisierungsdiskurs der westdeutschen Nachkriegszeit zum Ausdruck, der sich gleichermaßen am Schicksal von Flüchtlingen und Vertriebenen wie der deutschen Kriegsgefangenen festmacht.[2] Durch die wiederholte Verwendung von christlichen Motiven, Symbolen und narrativen Bezügen lässt sich des Weiteren (analog zu anderen Vertreibungs- oder auch Kriegerdenkmalen) eine religiöse Aufladung und Sakralisierung dieses Opferdiskurses erkennen. Hintergründe und Ursachen für Flucht und Vertreibung beziehungsweise Kriegsgefangenschaft und Rückkehr deutscher Soldaten – der „historische Tiefenraum von Mord und Vertreibung, die geschichtliche Abfolge von deutschen Erst- und anschließenden Folgeverbrechen“[3] – bleiben in den Denkmalen ausgeblendet. Über die Denkmale hinaus schlug sich die Friedland-Erinnerung in anderen Formen nieder, etwa in Liedern, Gedichten, dem Film „Die Glocke

von Friedland“ oder dem „Friedland-Preis“ des VdH. „Allerdings verlor das Lager trotz seiner emotionalen, symbolischen und politischen Aufladung schon seit Ende der 1950er Jahre außerhalb des lokalen und regionalen Umfeldes an öffentlicher Aufmerksamkeit.“[4] In der persönlichen und Familienerinnerung von Menschen, die selbst im GDL Aufnahme fanden, insbesondere von Aussiedlern und Spätaussiedlern, nimmt Friedland demgegenüber vielfach einen ganz eigenen, dauerhaft erinnerten Platz ein.

4. Errichtung des „Museums Friedland“

Mit fraktionenübergreifendem Beschluss vom 11. Oktober 2006 forderte der Niedersächsische Landtag die Landesregierung auf, die historische Bedeutung des GDL Friedland angemessen zu würdigen. Der Aufbau eines Museums Friedland wird durch das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport koordiniert. Begleitet wird er von einem Kuratorium, einem wissenschaftlichen Beirat und einem lokalen Arbeitskreis gesellschaftlicher Gruppen. Die wissenschaftliche Konzeption und Realisierung erfolgt durch das Ausstellungsbüro „Die Exponauten. Ausstellungen et cetera“ (Berlin).

Die Dauerausstellung des Museums Friedland wird sich in drei Teile gliedern: in einen chronologischen Überblick von der Gründung des Lagers bis heute im historischen Bahnhofsgebäude von Friedland (1890), in thematische Vertiefungen in einem zu errichtenden Neubau am Rande des GDL sowie in einen ebenfalls zu errichtenden „Museumspfad“ über das Gelände des östlichen Lagerteils mit Einbeziehung historischer Bauten und Denkmale. Die Eröffnung der Überblicksausstellung im Bahnhofsgebäude soll 2015 erfolgen.[5]

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Derek John Holmgren: „Gateway to freedom“ and instrument of order. The Friedland Transit Camp, 1945-1955. Chapel Hill 2010.
- Dagmar Kleineke: Das Grenzdurchgangslager Friedland: Heimkehrer, Flüchtlinge und Vertriebene, Um- und Aussiedler. In: Klaus J. Bade, Jochen Oltmer (Hg.): Zuwanderung und Integration in Niedersachsen seit dem Zweiten Weltkrieg. Osnabrück 2002, S. 131-165.
- Sascha Schiessl: Das Lager Friedland als „Tor zur Freiheit“. Vom Erinnerungsort zum Symbol bundesdeutscher Humanität. In: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 84 (2002), S. 99-124.
- Wilfried F. Schoeller: Mythos der Heimkehr. Das Grenzdurchgangslager Friedland. In: Ders.: Deutschland vor Ort. Geschichten, Mythen, Erinnerungen. München 2005, S. 296-311.
- Birgit Schwelling: Gedenken im Nachkrieg. Die „Friedland-Gedächtnisstätte“. In: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe, 5 (2008) H. 2, URL: http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Schwelling-2-2008.

Weblink

http://www.museum-friedland.de (Homepage des Museums Friedland)

Anmerkungen

[1] Schießl: Das Lager Friedland als „Tor zur Freiheit“.

[2] Schwelling: Gedenken im Nachkrieg.

[3] Schoeller: Mythos der Heimkehr, S. 303.

[4] Schießl: Das Lager Friedland als „Tor zur Freiheit“, S. 100.

[5] URL: www.museum-friedland.de (Abruf 08.09.2014).

Zitation

Joachim Baur: Grenzdurchgangslager Friedland. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p36233 (Stand 09.10.2014).

Friedland/Frýdlant v Čechách

1. Toponymie



Das Stadtwappen von Friedland.

Deutsche Bezeichnung

Friedland; auch: Friedland in Böhmen

Amtliche Bezeichnung

tsch. Frýdlant v Čechách

Lateinische Bezeichnung

älteste Erwähnung 1278 als *castrum Vridelant*[1]

Etymologie

Der erste Wortbestandteil "Fried-" verweist auf mhd. "vride" in der Bedeutung "Einfriedung, Zaun". "Friedland" bezeichnete demnach wahrscheinlich ein unter Schutz gestelltes Gebiet, das entsprechend eingezäunt bzw. umfriedet war.[2]

2. Geographie

Lage

50° 55' 16.73" Nord, 15° 04' 41.62" Ost, 296m ü. NHN; gelegen in Nordböhmen unweit der polnischen Grenze am nordwestlichen Rand des Isergebirges, ca. 20 km nördlich der Regionenhauptstadt Reichenberg/Liberec.

Topographie

Friedland erstreckt sich am Fuße des Isergebirges über eine Fläche von ca. 31 km². Die Stadt wird von der Wittig/Smědá durchzogen und ist von einer bewaldeten sowie durch Felder bewirtschafteten Hügellandschaft umgeben.

Region

Böhmen. Die Region um Friedland wird im tschechischen Sprachgebrauch auch als *Frýdlantsko* bezeichnet.

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Tschechische Republik, Region Reichenberg (*Liberecký kraj*), ehem. Bezirk Reichenberg (*okres Liberec*).

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Das Stadtwappen zeigt auf blauem und grünem Grund eine silberne, doppeltürmige Befestigung mit goldenem Tor und roten Turmhauben mit goldenen Kugelaufsätzen. Mittig zwischen den Türmen befindet sich das braune Hirschhorn in Gold aus dem Wappen des Adelsgeschlechts Biberstein.

Mittelalter

Seit dem 6. Jahrhundert war die Gegend von slawischen Stämmen besiedelt. Das Gebiet gehörte seit dem 12. Jahrhundert zur Herrschaft Seidenberg, die den Bischöfen von Meißen unterstand. Entlang der Stadt verliefen verschiedene Handelswege. Wohl um diese zu schützen, errichteten die Ronow Mitte des 13. Jahrhunderts einen Wachturm auf dem Basaltfelsen über der Wittig, der später zur Burg ausgebaut wurde. Bereits damals bestanden wahrscheinlich Siedlungen unterhalb des Felsens. Erstmals erwähnt wurde Friedland 1278, als König Přemysl Otakar II. die Herrschaft an die Meißener Herren von Biberstein verkaufte. Diese ließen Burg und Stadt erweitern und befestigen. Zwischen 1428 und 1433 wurde Friedland von Hussiten angegriffen, die die Burg niederbrannten.



Das Schloss von Friedland. [Wikimedia Commons/Rawac]

Neuzeit

1537 wurde Friedland zur Stadt erhoben. Nach dem Tod Christoph von Bibersteins 1551 kam die Herrschaft samt Stadt zurück an die Böhmische Kammer, 1558 an die schlesischen Herren von Redern, die Friedland zur Residenz ausbauen ließen. Sie förderten darüber hinaus die Leineweberei und die Tuchmacherei und legten damit den Grundstein für den Aufstieg Nordböhmens zu einem Zentrum der Textilindustrie. Da Christoph von Redern in der böhmischen Ständerebellion auf Seiten der Protestanten kämpfte, wurde sein Besitz 1620 konfisziert, 1622 an Albrecht von Waldstein verkauft, der sein nordböhmisches, 1624 zum Fürstentum, 1627 zum Herzogtum erhobenes Territorium nach Friedland

benannte. Als Residenzstadt diente jedoch das weiter südlich gelegene Jitschin/Jičín. 1634 wurde das Herzogtum aufgelöst, die Herrschaft Friedland kam in den Besitz der Familie Gallas (ab 1759 Clam-Gallas) und blieb dort bis 1945. Während des Dreißigjährigen Krieges wurde die Stadt mehrfach von den Schweden besetzt und durch Brände in Mitleidenschaft gezogen. Die Textilindustrie verhalf Friedland seit dem 19. Jahrhundert zu wirtschaftlichem Aufschwung. Ein wirtschaftlicher Erfolg wie in Reichenberg/Liberec wurde jedoch nicht erreicht.

Zeitgeschichte

Von 1919 bis 1938 gehörte Friedland zur neu gegründeten Tschechoslowakei. Zwischen 1939 und 1945 war die Stadt als "Friedland (Isergebirge)" Teil des Reichsgaues Sudetenland. 1945 wurde Friedland bombardiert und von sowjetischen Truppen besetzt. Die deutschsprachige Bevölkerung wurde nach 1945 vertrieben.[3]

Verwaltung

Die städtische Selbstverwaltung besteht aus folgenden Ämtern und Gremien: Bürgermeister, Stadtrat, Stadtvertretung, Finanz- und Kontrollausschuss.

Bevölkerung

Ursprünglich slawisch besiedelt, wurden seit dem 13. Jahrhundert vor allem deutschsprachige Handwerker in Friedland ansässig. Die deutschsprachige Bevölkerungsmehrheit blieb bis zu Flucht und Aussiedlung 1945/46 bestehen. Danach kamen v. a. Tschechen aus Mittelböhmen in die Stadt. Einwohner 1843: 4124; 1900: 6241 (6230 Deutsche); 1930: 6314 (5514 Deutsche); 1950: 4447.[4] Heute zählt Friedland 7590 Einwohner (Stand: 01.01.2011).[5]

Wirtschaft

Friedland ist ein wichtiger Standort der Textilindustrie, des Maschinenbaus und der Holzverarbeitung. Eine wichtige Einnahmequelle bildet der Tourismus.

Religions- und Kirchengeschichte

Folgende christliche Gemeinden sind in Friedland ansässig: römisch-katholische, orthodoxe, neuhussitische Kirche sowie Evangelische Kirche der Böhmischen Brüder.

Besondere kulturelle Institutionen

Das Stadtmuseum im Rathaus beherbergt eine Sammlung frühgeschichtlicher Objekte, Volkskunst, Gemälde, angewandte Kunst sowie Exponate zur Geschichte Friedlands. Die Stadt hat zudem ein Eisenbahnmuseum.

Bildung und Wissenschaft

In Friedland gibt es ein Gymnasium sowie eine Forst- und Wirtschaftsmittelschule (*Střední škola hospodářská a lesnická*).

Kunstgeschichte

Die Anfänge von Burg und Schloss gehen auf den Bau eines Rundturmes ab Mitte des 13. Jahrhunderts zurück. Unter den Bibersteinern wurde seit Ende des 15. Jahrhunderts die Anlage zu einer Burg mit mehrflügeligem Palas, Wall, Ringgräben und Basteien ausgebaut. Mitte des 16. Jahrhunderts erweiterte Marco Spatio die Vorburg um ein Renaissanceschloss mit Sgraffito-Fassade und Giebeln. 1598–1602 wurde westlich des Renaissance-

schlosses eine Kapelle angebaut. Die schwedischen Besatzer sicherten die Burg 1646/47 mit Barbakanen und Basteien. Nach Bränden 1676 und 1682 wurde die Burg wiederhergestellt, im Inneren durch Marco A. Canevalle frühbarock umgestaltet. Weitere Anbauten kamen Mitte des 18. Jahrhunderts hinzu, u. a. der Kastellan-Flügel. 1801 wurde die Burg in ein Museum umgewandelt, eines der frühesten Museen dieser Art überhaupt, in dem u. a. Landschaftsbilder von Petr Brandl sowie das Waldstein-Gemälde Christian Kaulfertschs aufbewahrt werden. Im 19. Jahrhundert wurden die Hoffassaden im Stile der Neorenaissance umgestaltet.[6]



Das Rathaus von Friedland.
[Wikimedia Commons/Rawac]

Die Kirche der Kreuzfindung wurde 1498 errichtet, 1501–1555 zu einer dreischiffigen Halle mit Seitenemporen (1560) umgebaut und 1713/14 barockisiert. In der Kirche befindet sich u. a. die Grabkapelle mit dem Grabmal der Familie Redern, das G. Hendricks aus Amsterdam 1610 im Auftrag Katharina von Rederns als dreiteilige Säulenädikula mit bronzenen Ganzfigurenporträts Melchior (Mitte), Katharina (links) und Christoph von Rederns gestaltete. Das Rathaus wurde 1892–1896 durch den Wiener Architekten Franz von Neumann im Stil der Neorenaissance errichtet. Die ursprünglich katholische, heute von der orthodoxen Gemeinde genutzte Kirche der Heiligen Maria Magdalena entstand Ende des 14. Jahrhunderts. Die Mariensäule wurde 1723 in Erinnerung an die Pestepidemien in der Stadt auf dem heutigen T. G.-Masaryk-Platz aufgestellt und Ende des 19. Jahrhunderts in die Nähe der Kreuzfindungskirche verlegt. Der Aussichtsturm auf dem Resselberg wurde 1907 erbaut.[7]

Gedächtnis- und Erinnerungskultur

Eine wichtige Identifikationsfigur für die Stadt ist Albrecht von Waldstein (Wallenstein). Seines Wirkens in Friedland wird mit Teilen der Dauerausstellung in Schloss und Stadtmuseum sowie mit den alle zwei Jahre stattfindenden Waldstein-Feierlichkeiten gedacht. Den

zentralen T. G.-Masaryk-Platz ziert seit 2011 ein Brunnen mit bronzener Waldstein-Statue von 1934.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Rudolf Anděl: Frýdlantsko. Minulost a současnost kraje na úpatí Jizerských hor [Die Region Friedland. Vergangenheit und Gegenwart einer Region am Fuße des Isergebirges]. Liberec 2002.
- Eberhard Holtz: Friedland. In: Joachim Bahlcke, Winfried Eberhard, Miloslav Polívka (Hg.): Handbuch der historischen Stätten. Böhmen und Mähren. Stuttgart 1998 (Kröners Taschenausgabe 329), S. 155-156.
- Karel Kuča: Města a městečka v Čechách, na Moravě a ve Slezsku [Städte und Ortschaften in Böhmen, Mähren und Schlesien], Bd. 1. Praha 1996, S. 838-846.

Weblink

- http://www.mesto-frydlant.cz/ (Webpräsenz der Stadt Friedland)

Anmerkungen

[1] Vgl. Kuča: Města a městečka, S. 838.

[2] Vgl. Antonín Profous: Místní jména v Čechách, jejich vznik, původní význam a změny [Ortnamen in Böhmen. Ihre Entstehung, ursprüngliche Bedeutung und Veränderungen], Bd. 1. Bearb. v. Jan Svoboda u. a. Praha 1960, S. 484f.

[3] Zur Geschichte der Stadt vgl. Holtz: Friedland, S. 155-156; Kuča: Města a městečka, S. 838-846.

[4] Vgl. Kuča: Města a městečka, S. 838.

[5] Vgl. Počet obyvatel v obcích České republiky k 01.01.2011 [Die Einwohnerzahlen in den Gemeinden der Tschechischen Republik zum 01.01.2011]. In: Český Statický Úřad, 2011. URL: http://www.czso.cz/csu/2011edicniplan.nsf/t/760029E11D/$File/13011103.pdf (Zugriff 22.02.2012).

[6] Zur Geschichte der Burg vgl. Emanuel Poche (Hg.): Umělecké památky Čech [Kunstdenkmäler Böhmens], Bd. 1. Praha 1977, S. 346-354, hier v. a. S. 346f.; Rudolf Anděl (Hg.): Severní Čechy [Nordböhmen] (= Hrady, zámky a tvrze v Čechách, na Moravě a ve Slezsku [Burgen, Schlösser und Festungen in Böhmen, Mähren und Schlesien] 3). Prag 1984, S. 116-123; Frýdlant. In: August Sedláček: Hrady, zámky a tvrze království Českého [Burgen, Schlösser und Festungen des Königreichs Böhmen], Bd. 10. Praha 1932, S. 177-192.

[7] Zu weiteren wichtigen Gebäuden der Stadt vgl. Kuča: Města a městečka, S. 838-846, hier v. a. S. 841; Emanuel Poche: Kunstdenkmäler in der Tschechoslowakei: Böhmen und Mähren. Leipzig 1986, S. 375-376, hier S. 376; Poche: Umělecké památky Čech (wie Anm. 6), S. 349-354.

Zitation:

Ilka Waßewitz: Friedland/Frýdlant v Čechác. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54219.html (Stand 16.04.2012).

Frombork → Frauenburg/Frombork

siehe Frauenburg/Frombork

Fünfkirchen/Pécs (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Fürstenstein/Książ (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

G

Galič → Halitsch/Halyč/Galič (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Gdańsk → Danzig/Gdańsk

siehe Danzig/ Gdańsk

Gdingen/Gdynia (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Glatz/Kłodzko

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Glatz

Amtliche Bezeichnung

poln. Kłodzko; tsch. Kladsko

Lateinische Bezeichnung

lat. Glacia

Etymologie

Älteste Nennung bei Cosmas von Prag (Beginn 12. Jahrhundert): *castellum Cladsco* (von tsch. *kláda* = Balken)

2. Geographie

Lage

50° 40' nördliche Breite, 16° 40' östlicher Länge.

Topographie

Glatz liegt an dem Fluss (Glatzer) Neiße auf 294 m im sog. Glatzer Kessel, der im Tertiär durch Brüche und Heraushebung der Randgebirge (höchste Erhebung: Glatzer Schneeberg, 1425 m) ausgebildet wurde. Das Innere des Kessels wird durch Höhenzüge und Bergkuppen bestimmt. Diese wurden postglazial herausgebildet und sind z. T. vulkanischen Ursprungs.

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Seit Gründung der über der Neiße gelegenen Burg und späteren Stadt 981 n. Chr. gehörte sie zunächst zum Herrschaftsgebiet der böhmischen Adelssippe der Slavnikiden und war danach Teil des Herzogtums bzw. (bis 1742) Königreichs Böhmen. 1459 wurde die böhmische Grafschaft Glatz durch König Georg von Podiebrad gegründet. Seit 1526 stand sie unter der Oberhoheit der Habsburger als Könige von Böhmen, seit 1742 gehörte sie zu Schlesien und damit zu Preußen bzw. dem späteren Deutschen Reich. Seit 1945 gehört Glatz zu Polen.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Das Glatzer Stadtwappen wurde von den Landesfürsten übernommen. Es zeigt den silbernen böhmischen doppelgeschwänzten Löwen mit goldener Krone auf rotem Grund.

Historische Beinamen

In der Glatzer Mundart wurde der Name der Stadt "Glootz" ausgesprochen. Spottname seit der Gegenreformation im 17. Jahrhundert war die Bezeichnung "Glatzer Natzla". Sie leitet sich vom Namen Ignatius her, dem Ordensgründer der Jesuiten, die das Land rekatholisierten. Deshalb wurde dieser Name häufig als Taufname verwendet. Später verlor er seine abschätzige Bedeutung.



Ring Glatz/Kłodzko mit Rathaus (Postkarte: vor 1945) [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv. Inv. Nr. 139383].

Mittelalter

In den Auseinandersetzungen zwischen Böhmen und Polen gründete nach Aussage des Prager Chronisten Cosmas (1045–1125) Fürst Slavnik (Vater des hl. Adalbert) in der *provincia Cladzco* das *castellum Cladzco contra Poloniam*. Vor der aus Holz erbauten Burg bildete sich ein *suburbium*, für das 1184 eine nordwestlich der Burg gelegene Wenzelskirche als Marktkirche belegt ist. Die Marktsiedlung an der wichtigen Straße Prag/Praha – Nachod/Náchod – Glatz – Wartha/Bardo – Breslau/Wrocław lag vermutlich südlich der Burg, nordöstlich des späteren Ringes. Durch den Glatzer Pfingstfrieden 1137 wurde Glatz Böhmen zugesprochen. 1033 und 1114 brannten Burg und Marktsiedlung ab; ihr Wiederaufbau erfolgte 1129. 1186 wird Glatz in der ersten urkundlichen Erwähnung als *forum* (Marktort) bezeichnet. Unter Herzog Soběslav (Reg. 1125–1140) wurden Burg und Marktsiedlung befestigt. Herzog Friedrich (Reg. 1178–1189) und seine Gemahlin Elisabeth übertrugen dem Johanniterorden, der in Glatz ein Hospital errichtet hatte, die Wenzelskirche und die St. Georgskapelle sowie Grund und Boden. 1194 wurde ihnen die Marienkapelle (später Pfarrkirche) übergeben. Ab etwa 1220 ließen sich Deutsche in der Marktsiedlung nieder; die deutsche Namensform "Glatz" ist erstmals 1223 überliefert. Um 1250 gründeten die Minoriten als Bettelorden eine Niederlassung. Glatz erhielt das Magdeburger Stadtrecht vor 1275; zu diesem Termin werden Vogt u

nd Bürger genannt. Von 1280 bis 1290 waren Glatz und das Glatzer Land Lehen des Breslauer Piastenherzogs Heinrich IV. Nach dessen Tod (1290) fiel Glatz durch Lehensvergabe des deutschen Königs Rudolf I. von Habsburg wieder an Böhmen. Das 1350 von dem Prager Erzbischof Arnestus/Ernst von Pardubitz (Amtszeit 1344–1364) errichtete Augustiner-

chorherrenstift brachte einen kulturellen Aufschwung. Während sich Glatz im Hussitenkrieg 1428 zu halten vermochte, wurde das Umland verwüstet. Die Stadt wurde von dem böhmischen Magnaten Puotha von Czastolowitz verteidigt, dem Kaiser Sigismund 1431 das Glatzer Land verpfändete, nachdem er ihm 1426 das Münzrecht verliehen hatte. Das Glatzer Land entwickelte sich zu einem Territorium, das 1459 in Übereinstimmung mit Kaiser Friedrich III. durch König Georg von Podiebrad zur Grafschaft erhoben wurde. Glatz war nun Residenzort der aus dem Podiebrad-Geschlecht stammenden Grafen von Glatz.

Neuzeit

Nach dem Verkauf der Grafschaft stand die Stadt von 1501 bis 1567 unter wechselnden Pfandherrschaften, u. a. unter Herzog Ernst von Bayern (Reg. 1549–1560). Trotz der gegenreformatorischen Maßnahmen der Habsburger und des Herzogs Ernst von Bayern war Glatz seit den 1530er Jahren protestantisch. Unter dem Schutz der Habsburger entstand 1597 eine Niederlassung der Jesuiten. Nach der für die Habsburger siegreichen Schlacht am Weißen Berg (1620) leistete eine antihabsburgische Opposition, die sich mit dem "Winterkönig" Friedrich V. von der Pfalz verbündet hatte, in Glatz dem kaiserlichen Heer noch bis 1622 Widerstand. Es kam zur Vertreibung der protestantischen Geistlichen, zur Erhebung von Sondersteuern und zur Rekatholisierung. Die Neuprivilegierung von 1629 brachte den Verlust des eigenen Steuerrechts sowie der Gerichtsbarkeit. Die Ratswahl erfolgte mit Einwilligung des Landeshauptmanns. Glatz litt unter nachwirkenden Folgen des Dreißigjährigen Krieges und der Pest von 1680, die 1.500 Opfer forderte. 1742 wurden Burg und Stadt von Friedrich II. für Preußen erobert und Schlesien angegliedert. Die ab 1743 erweiterte Festung wurde im Siebenjährigen Krieg erobert (1760), hielt aber der Belagerung durch die napoleonischen Truppen 1806 stand. Durch die Befestigung wurde die Entwicklung der Stadt sehr behindert.

19. und 20. Jahrhundert

Nach 1871 dominierte politisch die katholische Zentrumspartei, während die sozialdemokratische Arbeiterbewegung eine geringere Rolle spielte.

Nach dem Ersten Weltkrieg existierten Pläne mancher tschechoslowakischer Politiker, Glatz und die Grafschaft zu annektieren, was aber durch den Widerstand der deutschen Einwohner misslang. Trotz Mehrheit der Weimarer demokratischen Parteien bei den Märzwahlen 1933 gelang den Nationalsozialisten mit Terrormethoden die Gleichschaltung, so durch einen Überfall auf den Magistrat im April 1933 und die Verhaftung des Bürgermeisters. Terror wurde auch gegen die katholische Kirche ausgeübt, v. a. aber gegen die Juden, deren Synagoge in der "Kristallnacht" 1938 durch Brandstiftung vernichtet wurde. Während des Zweiten Weltkriegs diente die Festung zum Teil als Kriegsgefangenen- und KZ-Außenlager von Groß Rosen. In der Endphase des Zweiten Weltkriegs fanden viele westdeutsche und Breslauer Evakuierte Unterkommen in Glatz. Von Kriegsschäden blieb Glatz verschont. Die Rote Armee nahm die Stadt erst am 9. Mai 1945 ein; im Juni 1945 wurde die Verwaltung polnischen Beauftragten übergeben. Im Februar 1946 begann die Zwangsmigration der deutschen Einwohner, v. a. in die Britische Zone. In den Jahren 1945–1958 war die Zugehörigkeit des Glatzer Landes zwischen Polen und der Tschechoslowakei umstritten. Nach dem Zweiten Weltkrieg konnte sich Glatz zu einem kulturellen Zentrum Niederschlesiens entwickeln. Nach dem Ende der kommunistischen Diktatur ging 1990 aus den Bürgerkomitees der Solidarność eine demokratische Stadtregierung hervor.

Bevölkerung

War die Glatzer Bevölkerung ursprünglich tschechisch, wurden seit der Herrschaft der böhmischen Könige Přemysl Otakar II. und Wenzel/Václav II. im 13. Jahrhundert Deutsche angesiedelt, die sich mit der ortsansässigen tschechischen Bevölkerung vermischten. Eine tschechische Minderheit existierte bis ins 16. Jahrhundert, danach waren die Einwohner bis 1945 überwiegend deutsch. Ab 1945/46 überwiegend polnische Einwohner. 1890: 13.501; 1925: 16.563; 1933: 19.000; 1939: 20.575; 2003: 30.100 Einwohner.

Wirtschaft

Im Mittelalter errang Glatz Bedeutung durch sein Tuchgewerbe. Die Wirtschaftsentwicklung stagnierte nach dem Dreißigjährigen Krieg durch die Konkurrenz der Wirtschaft auf den Adelshöfen, in preußischer Zeit aufgrund der einengenden Befestigung. Nach Beseitigung der Befestigung (ab 1864) und dem Anschluss an das Eisenbahnnetz (Linien Breslau/Wrocław – Mittelwalde/Międzylesie – Prag/Praha; Glatz – Bad Reinerz/Duszniki-Zdrój; Glatz – Waldenburg/Wałbrzych) entwickelten sich die Industrien (Eisengießerei, Maschinenfabrik, Gamaschenfabrik, Zigarrenfabrik, Bierbrauerei). Heute besitzen der Verwaltungs- und der Tourismussektor sowie die Fabrikation technischer Anlagen und Möbel Bedeutung.

Gesellschaft

Im Mittelalter waren die Zünfte an der Stadtherrschaft beteiligt. Im 19. Jahrhundert zeigten sich Ansätze einer Arbeiterbewegung, die sich gegenüber dem geschlossenen politischen Katholizismus der Kulturkampfzeit nur schwach entwickeln konnte. Seit der Gegenreformation entstanden kirchlich bestimmte Zusammenschlüsse von Laien (Brüderschaften, Kongregationen, Sodalitäten), die im 19. Jahrhundert ihre Fortsetzung im katholischen Vereinswesen fanden. Nach der NS-Diktatur kam es durch die Zwangsmigration der deutschen und der Neuansiedlung der polnischen Einwohnerschaft zu einem Bevölkerungsaustausch.

Religions- und Kirchengeschichte

Von Prag aus missioniert, gehörte Glatz bis 1972 zur Erzdiözese Prag. Seit dem 13. Jahrhundert war die Stadt Sitz eines Dekanats (zeitweilig auch eines Archidiakonats) und seit dem 12. Jahrhundert Sitz einer Johanniterkommende, der auch das Patronatsrecht an der Pfarrkirche zustand. Um 1250 ließen sich Minoriten nieder, 1350 erfolgte die Gründung eines Augustinerchorherrenstifts durch den Prager Erzbischof Ernst von Pardubitz, das nach der Blütezeit im 14./15. Jahrhundert (Lateinschule, Skriptorium) 1597 von den Jesuiten übernommen wurde. 1475 kam es zur Gründung eines Franziskanerklosters. Von den 1530er Jahren bis 1622 war Glatz protestantisch (Schwenckfelder und Lutheraner). Im Zuge der Gegenreformation kehrten die Minoriten und Franziskaner zurück. Vorherrschend die Jesuiten, die nun auch die Johanniterkommende übernahmen, Rekatholisierung durch Barockkatholizismus. Nach 1742 gab es in Glatz wieder eine lutherische Gemeinde. Ab 1810 entwickelte sich eine jüdische Gemeinde, deren mittelalterliche Gemeinde mit Synagoge 1492 durch Ausweisung vernichtet worden war. In den 1930er Jahren war die Stadt zu 90 % katholisch. Nach 1945 wurde die katholische Tradition durch die polnischen Einwohner der Stadt fortgesetzt. Heute existieren in Glatz Niederlassungen der Franziskaner, Jesuiten und Klarissen.

Kulturelle Institutionen

Seit 1906 (bis 1945/46) existierte das Glatzer Heimatmuseum mit wechselnden Standorten. 1963 wurde das Museum des Glatzer Landes (*Muzeum Ziemi Kłodzkiej*), errichtet, das

sich seit 1986 im ehemaligen Jesuitenkonvikt befindet. Die Archivbestände des ehemaligen Stadtarchivs werden heute im Staatsarchiv Breslau (*Archiwum Państwowe we Wrocławiu*) aufbewahrt; zudem ist in Glatz das Dekanatsarchiv des ehemaligen Erzbischöflichen Generalvikariats angesiedelt.

Bildung und Wissenschaft

Ab dem 13. Jahrhundert gab es in Glatz eine Lateinschule der Johanniter, die im 16. Jahrhundert zur Lateinschule der Stadt wurde; seit 1365 existiert zudem eine Lateinschule der Augustinerchorherren. Nach 1622 gab es nur noch das Jesuitengymnasium, im 19. Jahrhundert kamen höhere Mädchenschulen hinzu. Seit 1914 besitzt die Stadt eine Knaben-Mittelschule, seitdem wurden auch Berufs- und Fachschulen sowie Gymnasien gegründet.

Alltagsgeschichte

Der Tourismus wurde durch den Glatzer Gebirgsverein von 1881 (GGV) seit Mitte des 19. Jahrhunderts sehr gefördert. Die Glatzer Mundart zählt zu den schlesischen (ostmitteldeutschen) Mundarten mit starker Eigenprägung.



Die Glatzer Innenstadt von Süden gesehen (Dia: 2000) [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv. Inv. Nr. 147149].

Kunstgeschichte

Das älteste Bauwerk, die sog. Brücktorbrücke, stammt von 1390. Das Rathaus von 1397 und der Turm von 1654 wurden nach einem Brand 1887/90 wieder aufgebaut. Sakralbauten sind die gotische Pfarrkirche (Bauzeit 1364–1522), die 1685 durch die Bauhütte von Carlo Lurago barockisiert wurde, die Minoritenkirche und das Kloster (barocker Neubau von 1678–1732). Weitere Baudenkmäler sind das barocke Jesuitenkolleg mit Konvikt (1656–1698) und die Franziskanerkirche von 1479, die im 18. Jahrhundert barock umgestaltet, ab 1835 als evangelische Gemeinde- und Garnisonskirche genutzt wurde und heute als Kirche der Klarissen dient. Als bedeutende Kunstschätze gelten u. a. die Glatzer Madonna (ca. 1350), die sich heute in der Gemäldegalerie im Kunstforum Berlin befindet, das barocke Deckengemälde von Viktor Anton Scheffler im Refektorium des Minoritenklosters (1733), die Fresken und Gemälde von Karl Dankwart in der Pfarrkirche und im Jesuitenkolleg (1693ff.).

Musik

In Glatz wirkten der Meistersinger Hieronymus Linke (1545), der Organist und Komponist Georg Thyle (1567) und der Jesuitenpater Simon Praunstein (1571–1624), auf den Litaneien, Hymnen und eine Passion in deutscher Sprache zurückgehen. Zahlreiche geistliche und

weltliche Kompositionen hinterließ der Organist der Stadtkirche Franz Otto (1732–1805). Der bedeutendste Glatzer Komponist war Eduard Tauwitz (1812–1894), der neben vier Opern und über 250 Kirchenliedern auch eine *Feierliche Messe* (1863) schuf.

Buch- und Druckgeschichte

Im Skriptorium des Augustinerchorherrenstifts entstand Ende des 14. Jahrhunderts der sog. *Florians-Psalter* in lateinischer, deutscher (ostmitteldeutschem Dialekt) und polnischer Sprache für die polnische Königin Hedwig von Anjou/Jadwiga Andegaweńska. In der Bibliothek des Glatzer Jesuitengymnasiums wurden Handschriften und Wiegendrucke aufbewahrt; im ausgehenden 16. Jahrhundert existierte eine Stadtdruckerei. In der Zeit der Gegenreformation war Glatz durch die Druckereien von Ignaz Konstantin Schubart (nachgewiesen 1682–1699) und Franz Pega ein bedeutender Druck- und Verlagsort. Hier erschien 1675 die vollständige Ausgabe des *Cherubinischen Wandersmanns* von Angelus Silesius. Bedeutende Druckereien des 18. Jahrhunderts war die Teichmannsche Druckerei, seit 1790 die Offizin der Familie Pompejus.

Literatur

In Glatz wirkten der Spielmann te Glaich (Minnesang, 1343), der Probst Johannes († 1382, zweibändiger Psalmenkommentar um 1370) und der Probst Michael Czacheritz († 1489), der ab 1457 die *Chronica Monasterii canonicorum Regularium in Glacz* schuf, die von anonymen Autoren bis etwa 1504 fortgesetzt wurde (ediert 2003 durch Wojciech Mrozowicz). Der Meistersinger Hieronymus Linke schuf um 1545 Lieder und Theaterstücke. Um 1600 wirkte der Glatzer Humanistenzirkel um den *poeta coronatus* Andreas Calagius (1549–1609), Rektor der Städtischen Lateinschule. Die *Glaciographia* oder *Glätzische Chronica* von Georg Aelurius entstand 1624. In Glatz geboren wurde der Philologe, Lyriker und Sekretär Goethes Friedrich Wilhelm Riemer (1774–1845). Von 1961 bis 1974 fand jährlich der "Glatzer Poetenfrühling" (*Kłodzka Wiosna Poetycka*) statt. Das literarische Milieu bestimmten Jan Kulka (1937–2000), Bogusław Michnik (geb. 1945) und Anna Zelenay, die sich im Glatzer Literaturklub (*Kłodzki Klub Literacki*) zusammenschlossen und ab 1970 den *Glatzer Almanach* (*Kłodzki Almanach Literacki*) herausgaben.

Militärgeschichte

Seit 1742 ist Glatz Sitz einer Kommandantur und Garnison, für die 1906 neue Kasernen auf dem Puhuberg (heute: *ulica Wyspiańskiego*) errichtet wurden. Die Kommandantur wurde von 1919 bis 1933 mit der "Verteidigung des Grenzlandes" beauftragt. Die Garnison bildete das sog. Achtunddreißiger Regiment.

Gedächtnis- und Erinnerungskultur

Die Diskussion um die "Wiedergewinnung von Glatz als polnische Stadt" (1945) ist trotz der immer noch existenten Tafel am Glatzer Rathaus weitgehend durch die Akzeptanz der deutschen Geschichte überwunden. Heute Wertschätzung der deutschen Geschichte und Kultur dieser Stadt durch die polnischen Bürger.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Ondřej Felcman, Eva Semotanová: Kladsko. Proměny středoevropského regionu. Historická atlas [Das Glatzer Land. Entwicklung einer mitteleuropäischen Region. Historischer Atlas]. Hradec Kralové 2005.

- Ryszard Gładkiewicz (Hg.): Kłodzko. Dzieje miasta [Glatz. Eine Stadtgeschichte]. Kłodzko 1998.
- Arno Herzig, Małgorzata Ruchniewicz: Geschichte des Glatzer Landes. Hamburg 2006. Polnische Ausgabe: Dzieje Ziemi Kłodzkiej. Wrocław 2006 (2. Aufl. 2008).
- Arno Herzig, Małgorzata Ruchniewicz (Hg.): W kraju Pana Boga. Źródła i materiały do dziejów Ziemi Kłodzkiej od X do XX wieku [Im Herrgottsländchen. Quellen und Materialien zur Geschichte des Glatzer Landes vom 10. bis zum 20. Jahrhundert]. 2., erw. Aufl. Kłodzko 2010.
- František Musil: Kladsko. Praha 2007 (Stručná historie stát°u 45).
- Tausend Jahre Glatz. Die Entstehung einer schlesischen Stadt, 981–1981. Zusammenstellung und Bildauswahl Jörg Marx. Leimen/Heidelberg 1982 (Glatzer Heimatbücher 7).

Weblinks

- http://www.klodzko.pl/klodzko/klodzko_15/index.php?option=com_content&view=article&id=175&Itemid=167 (Offizielle Internetseite der Stadt Glatz mit deutscher Sprachversion)
- http://www.dawneklodzko.pl/ (Das alte Glatz)

Zitation

Arno Herzig: Glatz/Kłodzko. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54222.html (Stand 13.12.2012).

Gleiwitz/Gliwice

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Gleiwitz

Amtliche Bezeichnung

poln. Gliwice

Anderssprachige Bezeichnungen

oberschl. Glywicy, lat. Glivitium, tschech. Glivice oder Hlivice

Etymologie

Es gibt mehrere Theorien bezüglich der Herkunft des Stadtnamens. „Gleiwitz" wird entweder mit dem im mittelalterlichen Schlesien gebräuchlichen Eigennamen „Gliw" bzw. „Gliwa" oder mit der slawischen Bezeichnung „gliw" für einen sumpfigen, feuchten Boden in Verbindung gebracht.

2. Geographie

Lage

Gleiwitz liegt auf 50° 17' nördlicher Breite und 18° 40' östlicher Länge, etwa 30 km westlich von Kattowitz/Katowice.

Topographie

Gleiwitz liegt im Westen des oberschlesischen Industriegebietes an der Klodnitz, einem rechten Zufluss der Oder.

Region

Oberschlesien

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Polen. Gleiwitz ist die viertgrößte Stadt der Woiwodschaft Schlesien (*Śląsk*), Hauptstadt des Kreises Gleiwitz (*powiat gliwicki*) und eine kreisfreie Stadt.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Das Wappen von Gleiwitz ist zweigeteilt; es zeigt links den halben goldenen Adler des oberschlesischen Wappens auf blauem Grund, rechts auf rotem Grund einen silbernen Zinnenturm mit blauem Kegeldach. Das Wappen wurde 1964 eingeführt und geht auf eine Siegeldarstellung zurück, die bereits um 1400 in Gebrauch war.

Bis 1945 wurde ein 1629 von Kaiser Ferdinand II. verliehenes Wappen verwendet, das neben dem oberschlesischen Adler den schwarzen Habsburger Adler zeigt.

Mittelalter

Seit ca. 1260 existierte bereits eine deutschrechtliche Stadt an der Klodnitz, davor eine slawische Marktsiedlung, die auf dem Weg zwischen Krakau/Kraków und Breslau/Wrocław lag (in Alt-Gleiwitz, vermutlich in der Gegend der *ul. Kozielska*/ Coseler Straße). 1276 wird Gleiwitz erstmalig in den Quellen greifbar. Das Gebiet von Gleiwitz gehörte zunächst zum Herzogtum Oppeln, gelangte nach dessen Teilung 1281 zum Herzogtum Cosel-Beuthen. Mit dessen Teilung 1355 fiel Gleiwitz an Herzog Primislaus von Teschen, bereits zwei Jahrzehnte später erfolgte die Aufteilung der Region zwischen den Herzögen von Oels und Teschen bzw. Auschwitz. 1430 wurde die Stadt zum Angriffsziel der Hussiten, angeführt von Sigismund Korybut, einem Verwandten des polnischen Königs Wladislaw Jagiello und Kandidaten für die böhmische Krone, mehrere Monate später eroberte Konrad VII. von Oels sie zurück. Mit dem Aussterben der Piastenlinie von Oels 1492 ging die Stadt an die Oppelner Piasten. Seit 1475 galt in der Stadt das Magdeburger Recht.

Frühe Neuzeit

Gleiwitz blieb bis 1532 im Besitz des Oppelner Zweiges der schlesischen Piasten, fiel nach dessen Aussterben im Mannesstamm als erledigtes Lehen an die böhmische Krone und somit in den Besitz der Habsburger. 1557 wurde die Stadt zusammen mit neun umliegenden Dörfern als Herrschaft Gleiwitz von Kaiser Ferdinand I. verpfändet. Nachdem der Stadtrat 1596 von Kaiser Rudolf II. die Grundherrschaft erkauft hatte, wurde Gleiwitz zur freien Königsstadt (Immediatstadt). 1742 wurde es infolge des Ersten Schlesischen Krieges an Preußen angegliedert. Beschleunigt u. a. durch Feuersbrünste (1596, 1601, 1711, 1730, 1735, auch 1813 und 1820) erlebte die Stadt bis ins frühe 19. Jahrhundert einen allmählichen Niedergang.



Die gründerzeitliche Wilhelmstraße/al. Zwycięstwa heute [Foto: B. Störtkuhl].

19. Jahrhundert

Die Entwicklung der Hütten- und Bergbauindustrie bescherte Gleiwitz einen rapiden wirtschaftlichen Aufschwung (s. Wirtschaft). Auch architektonisch veränderte die Stadt ihr Gesicht: in der Innenstadt wurden neue private und öffentliche Gebäude errichtet und eine moderne Infrastruktur geschaffen. Seit 1894 fuhren in Gleiwitz Straßenbahnen, zunächst Pferdebahnen, seit 1898 Fahrzeuge mit elektrischem Antrieb.

20. Jahrhundert

Nach den polnischen Aufständen in Oberschlesien 1919–1921 und der Volksabstimmung im März 1921 über die künftige staatliche Zugehörigkeit der Region verblieb Gleiwitz wie die Nachbarstädte Hindenburg/Zabrze und Beuthen/Bytom beim Deutschen Reich und wurde zur Grenzstadt. 1925 bekam Gleiwitz einen Flughafen mit Verbindungen nach Berlin und Breslau sowie einen eigenen Rundfunksender (1935 wurde der Sender durch einen Neubau ersetzt, dessen hölzerner Sendeturm mit 111 m heute noch die höchste Holzkonstruktion der Welt ist). Unter dem Decknamen „Unternehmen Tannenberg“ verübte am 31. August 1939 die SS in polnischen Uniformen einen Anschlag auf den Gleiwitzer Sender, der einen Tag später als propagandistisches Argument für den Angriff auf Polen diente.

Während des Zweiten Weltkriegs blieb Gleiwitz zunächst von Kriegshandlungen verschont. Zwischen März 1944 und Januar 1945 waren in Gleiwitz vier Nebenlager des Konzentrationslagers Auschwitz in Betrieb. Am 24. Januar 1945 wurde die Stadt durch die Rote Armee besetzt. Im März 1945 kam Gleiwitz unter polnische Verwaltung. Der Großteil der deutschstämmigen Einwohner wurde vertrieben; in der Stadt siedelten sich Polen an, zumeist Vertriebene aus den ehemaligen Ostgebieten. Die Industriebetriebe wurden verstaatlicht.

In und um Gleiwitz entstanden neue Siedlungen, die Nachbarorte Alt-Gleiwitz/Stare Gliwice, Laband/Łabędy, Schechowitz/Czechowice und Eichenkamp-Siedlung/Wilcze Gardło wurden eingemeindet.

Bevölkerungsentwicklung

Im Mittelalter und der Frühen Neuzeit hatte Gleiwitz überwiegend polnischsprachige Einwohner. 1787 lebten in der Stadt 1.872 Personen.[1]

Währen des wirtschaftlichen Aufschwungs im 19. Jahrhundert kam es zum verstärkten Zuzug von Siedlern aus dem Westen, deutsch war v. a. das technische Fachpersonal. 1852 stieg die Bevölkerungszahl auf 9.173, 1905, nach Eingemeindung der Orte Petersdorf/Szobiszowice und Trinneck/Trynek, auf 61.326.[2] 1910 waren 74 % der Einwohner deutscher Muttersprache, was in etwa den Ergebnissen der Abstimmung 1921 in der Stadt entsprach. 1939 zählte Gleiwitz 114.048 Einwohner.[3] Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die deutschen Bewohner vertrieben, an ihrer Stelle siedelten sich Vertriebene aus ehemaligen polnischen Ostgebieten an. Im Jahr 2010 hatte Gleiwitz 195.472 Einwohner.[4]

Wirtschaft

Im 15. Jahrhundert erlebte die Stadt eine bescheidene Blütezeit (Stapelrecht, Hopfenanbau, später Zentrum der Tuchmacherei und Tuchhandels).

Erst die Entwicklung der Hütten- und Bergbauindustrie im 19. Jahrhundert brachte der Stadt einen regen wirtschaftlichen Aufschwung. 1796 wurden die Königliche und später die Gleiwitzer Hütte mit dem ersten Koksofen auf dem europäischen Festland gegründet, angeregt durch Berghauptmann Graf Friedrich Wilhelm von Reden und projektiert von den Architekten Friedrich Wedding und John Baildon. Seit 1804 existierte hier eine bedeutende Munitions-, Kanonen- und Kunstgießerei. Im zweiten Jahrzehnt des 19. Jahrhundert entstanden dort die ersten, nach dem Entwurf von Karl Friedrich Schinkel gefertigten Abzeichen für den von König Friedrich Wilhelm III. gestifteten Orden des Eisernen Kreuzes.

1927 wurden Ellguth-Zabrze/Ligota Zabrska, Sosnitza/Sośnica, Richtersdorf/Wójtowa Wieś und Zernik/Żerniki in das Stadtgebiet eingemeindet.

Um den Transport der Steinkohle und Eisenprodukte zu erleichtern, erbaute man 1792–1812 den Klodnitzkanal, der auf ca. 50 km Länge die Klodnitz mit der Oder (in Cosel) verband. In den Jahren 1934–1939 wurde der alte Klodnitzkanal durch den Gleiwitz-Kanal ersetzt (eingeweiht im Dezember 1939 als Adolf-Hitler-Kanal).

1845 begann der Bau der Eisenbahnverbindung nach Oppeln/Opole und Breslau.

Mit dem Wachstum der Hütten- und Bergbauindustrie entstanden in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in und um Gleiwitz zahlreiche neue Betriebe, darunter Brauereien, Ziegel- und Kalkbrennereien, Sägewerke, Druckereien sowie eine Asphalt- und eine Pappfabrik.

Aus der Übersiedlung von Betrieben und Institutionen aus dem polnischen Kattowitz zog Gleiwitz in der Zwischenkriegszeit trotz der allgemein angespannten Wirtschaftslage einen gewissen Nutzen. Nach 1945 wurde ein großer Teil der Maschinen aus den Gleiwitzer Stahlwerken demontiert und in die Sowjetunion abtransportiert. In der Nachkriegszeit entwickelte sich Gleiwitz erneut zu einem wichtigen Zentrum der Stahl- und Rüstungsindustrie (Stahlwerk *Łabędy* im Stadtteil Laband/Łabędy). Nach der politischen Wende 1989 blieb Gleiwitz ein bedeutender wirtschaftlicher Standort der Region. 1998 verlegte General Motors einen Teil der Opel-Produktion in das neuerbaute Automobilwerk in Gleiwitz, in der Stadt entstehen mehrere Sonderwirtschaftszonen und ein Technopark.

Gesellschaft

Trotz des verstärkten Zuzugs aus dem Westen im 19. Jahrhundert blieb Gleiwitz während der preußischen Herrschaft ein Zentrum der polnisch-oberschlesischen Kultur: Seit 1845 wurden hier polnische Kalender und Zeitschriften verlegt (*Opiekun Katolicki, Iskra, Sztandar Polski*). Obwohl Gleiwitz nach der Abstimmung von 1921 bei Deutschland verblieb, blieben die polnischen Institutionen und Verbände weiterhin aktiv (u. a. der Verband der Polen in Deutschland [*Związek Polaków w Niemczech*], die Polnische Volksbank).

Religions- und Kirchengeschichte

Über die Verbreitung der Reformation in Gleiwitz im 16. Jahrhundert ist – abgesehen von einer Nachricht des Bischofs von Breslau von 1587, dass Nichtkatholiken in der Stadt kein Bürgerrecht erwerben könnten – wenig bekannt. Mit dem Zuzug der deutschen Bevölkerung im Zuge der Industrialisierung stieg auch die Zahl der evangelischen Einwohner. 1809 wurde die evangelische Gemeinde gegründet, der 1815 die Barbarakirche überlassen wurde. 1890 waren 3.709 der 19.667 Einwohner evangelisch, 1939 waren es 13.993 von 114.048 Einwohnern.[5]

Die ersten quellengesicherten Informationen über jüdische Bewohner der Stadt stammen aus dem 17. Jahrhundert. Nach 1750 wurde in Gleiwitz eine jüdische Gemeinde gegründet, die 1763 über ein eigenes Gebetshaus und 1812 über eine Synagoge sowie eine Schule verfügte. In diesem Jahr lebten in der Stadt 46 jüdische Familien mit 174 Mitgliedern,[6] 1890 stieg ihre Zahl auf 1.767.[7] 1861 wurde eine neue Synagoge im mauretanischen Stil errichtet, die in der „Reichskristallnacht“ 1938 gebrandschatzt und anschließend gesprengt wurde. Nach 1933 wurden die meisten Gleiwitzer Juden vertrieben oder ermordet. An das jüdische Leben in Gleiwitz erinnern noch der alte Friedhof an der ehemaligen Löwenstraße (*pl. na Piasku*) und der Neue Friedhof an der Lindenstraße (*ul. Poniatowskiego*) mit einem Denkmal für die während des Nationalsozialismus ermordeten Juden.

Besondere kulturelle Institutionen

1899 wurde das Theater eröffnet. Seit 1945 Kriegsruine, wird es gegenwärtig wieder vom 2001 gegründeten Musiktheater (*Gliwicki Teatr Muzyczny*) bespielt.

Seit 1945 befindet sich in der sog. Piastenburg (*Zamek Piastowski*) das Historische Museum.



Das Eichendorff-Lyceum (heute Teil der Technischen Universität) an der ehemaligen Kattowitzer Straße/ ul. Pstrowskiego, errichtet 1923–1930 nach Entwurf des Gleiwitzer Stadtbaurats Karl Schabik [Archiv B. Störtkuhl].

Bildung und Wissenschaft

Gleiwitz ist Sitz einer Technischen Universität (*Politechnika Śląska*), die 1945 unter Mitwirkung der aus Lemberg/Ľviv vertriebenen polnischen Wissenschaftler neu gegründet wurde und sich im Nachkriegspolen zu einem wichtigen wissenschaftlichen Zentrum entwickelte.

Literatur

Literarische Bedeutung erlangte die Stadt in der *Gleiwitzer Tetralogie* des Schriftstellers Horst Bienek (1930–1987). In den vier Romanen verbindet der in Gleiwitz geborene und 1946 vertriebene Autor die Erinnerung an die eigene Kindheit mit der Chronik Oberschlesiens während des Zweiten Weltkrieges.

Kunstgeschichte und Architektur

Der mittelalterliche Stadtkern mit gitterförmigem Straßennetz wurde auf ovalem Grundriss angelegt. Entlang der Hauptachse (NW-SO), zwischen dem Beuthener (Weißen) und Ratiborer (Schwarzen) Tor, verlaufen die beiden Verkehrsadern, die den quadratischen Marktplatz (Ring) flankieren. Die mittelalterlichen Stadtmauern wurden im 18. und 19. Jahrhundert nahezu vollständig geschleift.

In den Bürgerhäusern am Ring haben sich einige Reste der spätmittelalterlichen Bausubstanz erhalten (einige gotische Keller). Die meisten Häuser wurden 1957–1960 in vereinfachten historisierenden Formen wiederaufgebaut.



Erich Mendelsohn: Seidenhaus Weichmann
an der ehemaligen Wilhelmstraße/al.
Zwycięstwa (1922/23) [Archiv B. Störtkuhl].

Die Erweiterung der Stadt seit dem Ende des 18. Jahrhunderts erfolgte vorwiegend in nördlicher Richtung, entlang der repräsentativen Wilhelmstraße (*ul. Zwycięstwa*), die von vorwiegend historistischen Geschäfts- und Wohnbauten gesäumt wird. Ein Schlüsselwerk der Moderne ist das Seidenhaus Weichmann (Nr. 37), das erste Warenhaus des mit diesem Bautypus berühmt gewordenen Architekten Erich Mendelsohn (1921/22). In Konkurrenz zum nunmehr polnischen Kattowitz entstanden in der Zwischenkriegszeit zahlreiche repräsentative Bauten, etwa das ehemalige Hotel „Haus Oberschlesien“ (1922–1928, Richard

Gaze & Alfred Böttcher), das als vornehmstes Hotel Oberschlesiens galt. Nach dem Brand von 1945 im Stil des sozialistischen Realismus wiederaufgebaut, ist es heute Sitz der Stadtverwaltung. Ein Schwerpunkt der Bautätigkeit lag seit dem späten 19. Jahrhundert auf dem Bau neuer Wohnviertel.

Die innerhalb der historischen Stadtmauern gelegene Pfarrkirche Allerheiligen wird 1335 dokumentarisch erwähnt (ein Pfarrer bereits 1279). Die heute dreischiffige Hallenkirche aus Backstein mit einschiffigem Chor entstand in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts und wurde 1930-1933 umgebaut.

Die katholische Filialkirche St. Bartholomäus im ehemaligen Dorf Petersdorf (heute Stadtteil Szobiszowice) wurde der Überlieferung zufolge 1232 von Templern errichtet, im 15. Jahrhundert und nach 1626 umgebaut. Der gotische, möglicherweise in den Grundmauern z. T. noch romanische Saalbau mit quadratischem Westturm aus Kalkbruchstein hat eine Innenausstattung aus der Barockzeit (Kanzel, Altar, Taufbecken).

Der modernistische Saalbau der Christ-König-Kirche an der *ul. S. Okrzeji* (ehem. Stadtwaldstraße), Ecke *ul. ks. Józefa Poniatowskiego*, ehem. Leipziger Straße) wurde 1934–1935 von Carl Mayr erbaut. Der Eingangsbereich im Westen ist als markanter, in Höhe und Breite gestaffelter flachgedeckter Querriegel gestaltet.

Das Rathaus auf dem Ring wurde im 15. Jahrhundert errichtet und mehrmals umgebaut. Der heutige Bau stammt überwiegend aus dem frühen 20. Jahrhundert.

Die Villa Caro in der Niederwallstraße (*ul. Dolnych Wałów*) 8a wurde 1885 im Neorenaissancestil für Oskar Caro, den Besitzer der Gleiwitzer Drahtfabrik, erbaut. Seit 1934 dient sie als Museum.

Das ehemalige Eichendorff-Gymnasium für Mädchen (heute *Wydział Inżynierii Środowiska i Energetyki Politechniki Śląskiej*) in der *ul. Konarskiego* Nr. 22 zählt zu den wichtigsten spätexpressionistischen Bauten in Oberschlesien. Der 1928 vom Stadtbaurat Carl Schabik entworfene fünfgeschossige Baukörper fällt durch spitz vorkragende, an Schiffsbuge erinnernde Treppenhäuser auf.

Die ehemalige Königliche Hütte (heute *Gliwickie Zakłady Urządzeń Technicznych GZUT*) wurde 1796 gegründet und umfasst insgesamt 18 in die Denkmalliste eingetragene Gebäude in klassizistischem bzw. Rundbogenstil aus der Zeit um 1840. In einer der Produktionshallen (heute *Muzeum Odlewnictwa Artystycznego*) werden Kunstgusserzeugnisse der Hütte von 1796 bis heute präsentiert, darunter Werke von Theodor Kalide (1801–1866).

Die Siedlung Eichenkamp (*Wilcze Gardło*) am südwestlichen Stadtrand wurde von Rudolf Fischer als Mustersiedlung der SA im Rahmen der Aktion „Dankopfer der Nation" 1937–1941 errichtet.

5. Bibliographische Hinweise

- Jan Drabina (Hg.): Historia Gliwic [Geschichte Gleiwitz']. Gliwice 1995.
- Leszek Jodliński: Gliwice znane i nieznane [Gleiwitz – bekannt und unbekannt]. Gliwice 2007.
- Magistrat Gleiwitz (Hg.); Stadtbaurat Carl Schabik (Bearb.): Gleiwitz. Berlin-Halensee 1928 (Deutschlands Städtebau).

- Przemysław Nadolski: Historia osadnictwa Żydów w Gliwicach – sytuacja prawna Żydów na Śląsku do I wojny światowej [Jüdische Siedlungsgeschichte in Gleiwitz – die rechtliche Situation der Juden in Schlesien bis zum Ersten Weltkrieg]. In: Bożena Kubit (Hg.): Żydzi Gliwiccy. Muzeum w Gliwicach. Gliwice 2006, S. 47-63.
- Józef Pilch: Leksykon Zabytków Architektury Górnego Śląska [Lexikon der Kunstdenkmäler Oberschlesiens]. Warszawa 2006, S. 268-276.
- Damian Recław (Hg.). Gliwice znane i nieznane II [Gleiwitz – bekannt und unbekannt 2]. Gliwice 2008.
- Tomasz Torbus: Gleiwitz/Gliwice. In: Ernst Badstübner, Dietmar Popp, Andrzej Tomaszewski, Dethard von Winterfeld (Hg.); Slawomir Brezicki, Christine Nielsen (Bearb.): Dehio-Handbuch der Kunstdenkmäler in Polen. Schlesien. München, Berlin 2005, S. 289-297.
- Hugo Weczerka: Gleiwitz. In: Ders. (Hg.): Handbuch der historischen Stätten. Schlesien. Stuttgart 1977, S. 123-127.

Anmerkungen

[1] Weczerka: Gleiwitz, S. 125.

[2] Weczerka: Gleiwitz, S. 125f.

[3] http://www.verwaltungsgeschichte.de/gleiwitz.html (Zugriff 16.05.2013).

[4] Główny Urząd Statystyczny, Wybory do Sejmu i Senatu 2011. URL: http://pkw.gov.pl (9.10.2011).

[5] http://www.verwaltungsgeschichte.de/gleiwitz.html (Zugriff 16.05.2013).

[6] Nadolski: Historia, S. 55.

[7] http://www.verwaltungsgeschichte.de/gleiwitz.html (Zugriff 30.05.2013).

Zitation

Beata Lejman, Tomasz Torbus: Gleiwitz/Gliwice. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2013. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54223.html (Stand 05.06.2013).

Gliwice → Gleiwitz/Gliwice

Siehe Gleiwitz/Gliwice

Glogau/Głogów

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Glogau

Amtliche Bezeichnung

Głogów

Etymologie

Laut dem *Gelben Buch*, einer handschriftlichen Chronik aus dem 16. Jahrhundert, soll Glogau seinen Namen von dem polnischen Wort *głóg* (= Dornbusch) erhalten haben, da der Ort immer wieder durch kriegerische Auseinandersetzungen zerstört und die Trümmer von Dornbüschen überwuchert worden seien.

2. Geographie

Lage

Glogau liegt auf 51° 40′ nördlicher Breite, 16° 5′ östlicher Länge, ca. 100 km nordwestlich von Breslau/Wrocław am Oder-Übergang und an den alten Handelsstraßen Berlin – Breslau – Krakau/Kraków und Görlitz/Zgorzelec – Posen/Poznań – Königsberg/Kaliningrad.

Region

Niederschlesien

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Polen; Glogau ist eine Kreisstadt in der Woiwodschaft Niederschlesien und gehört zum Bistum Zielona Góra-Gorzów.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Das Glogauer Wappen ist durch ein Kreuz in vier Felder unterteilt und trägt in der Mitte ein kleines Schild mit der goldenen Initiale "G" auf rotem Grund. Das blaue Feld links oben zeigt eine Mondsichelmadonna mit Kind im Strahlenkranz – die Schutzpatronin der Glogauer Kollegiatskirche –, im Feld daneben befindet sich der schwarze schlesische Adler mit Halbmond und Kreuz (ohne Krone) auf goldenem Grund. Im hellblauen Feld rechts unten sitzt eine Krähe auf einem Ast (Wappen der Familie Corvinus/Hunyadi), das rote Feld links unten zeigt einen Stierkopf (Wappen des königlichen Hauptmanns Hans von Loos).

Mittelalter

1010 ist eine slawische Siedlung *Urbs Glogaua* bei Thietmar von Merseburg erwähnt. Diese älteste Ansiedlung lag auf der Insel (damals Eiland am rechten Oderufer), auf der sich auch die bei Thietmar genannte Kastellaneiburg befand. Im 12. Jahrhundert entstand dort das älteste Kollegiatstift in Schlesien. Nachdem das Herzogtum Glogau durch die Teilung des Fürstentums Breslau 1251 entstanden war, verlor die Insel an Bedeutung. Konrad I., der erste Herzog von Glogau, errichtete 1253 seine Residenz am linken Oderufer und gründete neben der Burg eine Stadt nach Magdeburger Recht.

Frühe Neuzeit

Nach dem Aussterben der Glogauer Piastenlinie kam das Herzogtum unter die Herrschaft des Matthias Corvinus (1488–1496), danach wurde es von den Jagiellonen (1496–1526) regiert und stand schließlich bis 1742 unter habsburgischer Herrschaft. Während des Dreißigjährigen Krieges wurde Glogau zur Festung ausgebaut. 1632 eroberten protestantische Truppen die Stadt. 1642 wurde sie von Schweden besetzt (bis 1650). 1742 erfolgte die Annexion Schlesiens durch Preußen. 1758 wurde die Stadt von einem verheerenden Brand heimgesucht, der den Großteil der öffentlichen Bauten, darunter auch die Glogauer Friedenskirche, zerstörte.

19. Jahrhundert

Während der Belagerung durch Napoleonische Truppen 1806–1814 wurde Glogau stark in Mitleidenschaft gezogen. Ihre Funktion als Festung behielt die Stadt auch im 19. Jahrhundert – erst 1873 wurde die Befestigungslinie nach Osten verschoben, Anfang des 20. Jahrhunderts schließlich aufgegeben.

20. Jahrhundert

1902 beschloss man die Schleifung der Befestigungsmauern; anschließend wurde die Stadt planmäßig ausgebaut und modernisiert. Während des Ersten Weltkriegs erhielt die Stadt erneut den Status einer Festung, wurde allerdings nicht von den Kriegshandlungen in Mitleidenschaft gezogen. 1920 wurde Glogau zum Stadtkreis.

Angesichts des Vorrückens der Roten Armee 1944 wurde Glogau erneut zur Festung erklärt. Während der sieben Wochen andauernden Kämpfe bis zur Kapitulation am 1. April 1945 wurde die Innenstadt nahezu komplett zerstört. In den 1990er Jahren begann man den teilweise historisierenden Wiederaufbau auf der Grundlage der historischen Parzellierung der Altstadt, der bis heute andauert. Nach dem Krieg wurde die deutsche Bevölkerung vertrieben, an ihrer Stelle siedelten sich Polen an - überwiegend Vertriebene aus den ehemaligen Ostgebieten Polens.

Bevölkerungsentwicklung

Um 1400 betrug die Einwohnerzahl[1] ca. 10.000 Personen, im Laufe der folgenden Jahrhunderte wurde Glogau mit fast 20.000 Einwohnern die zweitgrößte Stadt Schlesiens (nach Breslau). Einen verheerenden Kahlschlag brachte der Dreißigjährige Krieg, nach dessen Ende Glogau nur noch 122 Einwohner hatte. Während der ersten preußischen Volkszählung (1745) betrug die Einwohnerzahl 6.323 Personen. Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung des 19. Jahrhunderts wuchs auch die Bevölkerung. 1890 lebten in Glogau 20.529 Personen (davon 13.614 evangelisch, 5.989 katholisch, 863 Juden). 1939 zählte die Stadt 30.172 Einwohner (21.135 evangelisch, 8.067 katholisch, 123 Juden). In den Jahren 1945–1947 wurde die deutsche Bevölkerung größtenteils vertrieben, an ihrer Stelle siedelten sich neue Bewohner, überwiegend aus den ehemaligen polnischen Ostgebieten, an. Im Jahr 1961 hatte die Stadt 9.179 überwiegend katholische Einwohner, im Jahr 2011 betrug die Einwohnerzahl 69.608.[2]

Wirtschaft

Durch den Ausbau der Schifffahrt auf der Oder und den Bau der Eisenbahnlinie Glogau – Sagan/Żagań und Berlin – Breslau (1844) erlebte Glogau einen wirtschaftlichen Aufschwung. Die Rüster-Vorstadt um den Winterhafen und den Bahnhof entwickelte sich seit den 1860er Jahren zum Industrie- und Handelszentrum der Stadt. Der größte Industriebetrieb und wichtigste Arbeitgeber der Stadt ist seit ihrer Eröffnung 1967 die Kupferhütte, was zu einem rapiden Bevölkerungsanstieg führte.

Religions- und Kirchengeschichte

1249 ließen sich Franziskaner in der Stadt nieder, gefolgt von Dominikanern (1258), Klarissen und Kreuzherren mit dem roten Stern (1318). Außerhalb der Stadtmauern entstand 1465 das Bernhardinerkloster. 1633 hielt die Gegenreformation in Glogau Einzug. Mit dem Westfälischen Frieden 1648 wurde den Protestanten in Glogau der Bau einer der drei schlesischen Friedenskirchen gewährt (1652 geweiht, anschließend als evangelische Pfarrkirche genutzt, 1758 beim Stadtbrand zerstört). Im Zuge der Gegenreformation wurde in der Stadt in den Jahren 1696–1722 die Jesuitenkirche Corpus Christi mit Kollegium er-

baut. 1810 kam es im Rahmen der Säkularisation zur Enteignung der Kollegiatskirche und der Klöster, die überwiegend als Waffenlager oder Kasernen genutzt wurden.

Die in den 1890er Jahren errichtete Synagoge wurde in der "Reichskristallnacht" 1938 durch Brandstiftung zerstört und anschließend abgerissen.

Literatur und Musik

Das *Glogauer Liederbuch* (um 1480) zeugt von der reichen Musikkultur der Stadt im ausgehenden Mittelalter. Ab 1606 gab es in Glogau eine Druckerei, hier wurden auch polnische Schriften gedruckt. Zu den bekannten Glogauern zählen der Kleriker Kaspar Elyan (ca. 1435–1486), der erste Drucker Schlesiens, der Arzt und Verfasser der ersten Landesgeschichte Schlesiens, Joachim Cureus (1532–1573), sowie der Syndikus und Dichter Andreas Gryphius (1616–1664). Nach den Jesuiten, die eine Reihe von Schulschauspielen aufführten, wirkte hier zeitweise die Dichterin Anna Louisa Karsch (1722–1791). Musikalische Zentren waren die Friedenskirche mit einer Orgel von Gottlieb Benjamin Engler aus Breslau (1775) und der Dom mit einer Orgel des Glogauer Orgelbaumeisters Kaspar Gottlieb Neumann (1752). E.T.A. Hoffmann war hier 1798 Referendar und verfasste die Erzählung *Die Jesuitenkirche in G.* in Erinnerung an diese Zeit. In Glogau wurde Johann Samuel Ersch geboren (1766–1828), der als Lexikograph und Bibliograph deutschlandweit bekannt wurde. In Glogau lebte der über Schlesien hinaus bekannte Philosoph, Schriftsteller und Kulturhistoriker Georg Gustav Fülleborn (1769–1803). 1833 gründete Carl Flemming den gleichnamigen Verlag, der bis 1931 bestand und die bedeutendste graphische Anstalt und Kartendruckerei der ehemaligen deutschen Ostgebiete war. Fritz Reuter schilderte in seiner Autobiographie *Ut mine Festungstid* (1862) die Zeit seiner Haft in Glogau. Der Kirchenforscher und Mitbegründer des Berliner Quickborn-Arbeitskreises Hermann Hoffmann (1878–1972) und der Schriftsteller Arnold Zweig (1887–1968) wurden hier geboren.

Architektur- und Kunstgeschichte

Der mittelalterliche Stadtkern hatte einen regelmäßigen Grundriss mit einem rechteckigen Ring (Marktplatz), in dessen Mitte das Rathaus entstand. Ende des 13. Jahrhunderts begann die Errichtung einer zur Oder hin offenen Stadtmauer aus Backstein mit sieben Toren. In der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts wurde ein zweiter Mauerring mit Basteien angelegt, 1471 und 1480 die Kollegiatkirche auf der Insel befestigt. Seit dem Dreißigjährigen Krieg wurden die Befestigungsanlagen mehrfach verstärkt. In der preußischen Zeit hatte Glogau das bestausgebaute Fortifikationssystem in Schlesien mit Kurtinenmauern, Basteien und einer

Zitadelle östlich der Stadt; Reste der Mauern aus dem 16. Jahrhundert und die südöstliche Bastei aus dem 17./18. Jahrhundert sind erhalten geblieben.



Markt Glogau/Głogów mit Rathaus (Postkarte: vor 1945) [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv. Inv. Nr. 107296].

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts begann die Schleifung der Befestigung, was einen städtebaulichen Boom auslöste. 1905 entstand ein moderner Bebauungsplan für die Stadt. Ein Teil der ehemaligen Fortifikationen wurde zu Parkanlagen umgestaltet, und mit dem Bau neuer Wohnviertel dehnte sich die Stadt nach Süden und Südosten aus.1945 ging der Großteil der historischen Bebauung verloren, darunter die ehemaligen Bürgerhäuser der Altstadt und die mittelalterlichen Klöster der Franziskaner, der Klarissen und der Bernhardiner.

Die ehemalige Kollegiat- und Stiftskirche St. Maria ist einer der ältesten Bauten Glogaus und wurde in den 1120er Jahren errichtet. Während der Herrschaft Konrads I. (1253–1273) entstand eine romanische dreischiffige Basilika, die in den Jahren 1413–1466 einen gotischen Umbau erlebte. Die im Januar 1945 zerstörte Kirche befindet sich noch im Wiederaufbau; die überwiegend barocke Ausstattung ist verloren.

Die ehemalige katholische Stadtpfarrkirche St. Nikolaus wurde 1230–1240 als erste romanische Basilika errichtet und nach 1253 als Pfarrkirche der neugegründeten Stadt genutzt. Nach einem Brand Ende des 13. Jahrhunderts begann der Umbau im gotischen Stil; Ende des 14. Jahrhunderts wurde der Bau zur Hallenkirche umgestaltet. 1581–1628 war die Kirche protestantisch. 1945 brannte die Kirche aus (gegenwärtig Ruine).

Die katholische Pfarrkirche St. Nikolaus (die ehemalige Jesuitenkirche) entstand wie das Jesuitenkolleg 1696–1722 (Entwurf Giulio Simonetti). 1776 wurde der Bau vom preußischen Staat übernommen, zunächst als Lager, nach der Restaurierung 1825–1826 als Garnisonskirche genutzt. Nach der Zerstörung 1945 erfolgte 1957–1964 der Wiederaufbau als Emporen-Hallenkirche. Die teilweise erhaltene Ausstattung aus der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts wurde durch Ausstattungsstücke der evangelischen Kirche in Freystadt/Kożuchów ergänzt.

Die Burg der Glogauer Herzöge (Archäologisch-historisches Museum) geht auf die in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts am linken Oderufer errichtete erste Burg Konrads I. zurück und wurde ab der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts in die Stadtbefestigung inte-

griert. Nach der Zerstörung 1480 wurde er von Sigismund Jagiello, dem amtierenden Herzog von Glogau, wiederaufgebaut und in den Jahren 1652–1669 zu einer barocken Schlossanlage umgestaltet. Nach der Zerstörung 1945 wurde das Schloss 1971–1983 wiederaufgebaut und die Innenräume musealen Bedürfnissen angepasst.

Das erste Rathausgebäude Glogaus wird 1302 erwähnt. Nach Bränden von 1420 und 1433 erneuert, wurde das Rathaus 1574 im Renaissancestil umgestaltet und 1831–1834 durch einen Neubau im neugotischen Stil mit Neurenaissance-Elementen ersetzt. Nach der Zerstörung 1945 wurde der Bau 1989 bis 1995 wiederaufgebaut. Im Ratskeller hat sich das Sterngewölbe aus der Zeit um 1500 erhalten.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Julius Blaschke: Geschichte der Stadt Glogau und des Glogauer Landes. Glogau 1913.
- Głogów/Glogau. In: Ernst Badstübner, Dietmar Popp, Andrzej Tomaszewski, Dethard von Winterfeld (Hg.), Sławomir Brzezicki, Christine Nielsen (Bearb.): Dehio-Handbuch der Kunstdenkmäler in Polen. Schlesien. München u. a. 2005, S. 298-305.
- Arnold Hasse (Hg.): Glogau. Berlin-Friedenau 1926 (Monographien deutscher Städte 17).
- Jarosław Kuczer: Szlachta w życiu społeczno-gospodarczym księstwa głogowskiego w epoce habsburskiej (1526–1740) [Der Adel im sozialen und wirtschaftlichen Leben des Herzogtums Glogau in der Habsburger Zeit (1526–1740)]. Zielona Góra 2007.
- Hanna Nogossek (Hg.): Annäherungen – Ansichten von Glogau. Zbliżenia. Widoki Głogowa. Marburg/L. 1997.

Weblink

- http://www.glogow.pl/ (Webpräsenz der Stadt in polnischer Sprache)

Anmerkungen

[1] Nach Rafael Rokaszewicz: 1000 lat Głogowa w datach. URL: http://www.glogow.pl/1000lat/index.php?option=com_content&view=article&id=88&Itemid=1 (Zugriff 16.11.2012).

Angaben zur Bevölkerungsentwicklung im 19. Jahrhundert und vor 1939: Michael Rademacher: Stadt und Landkreis Glogau. URL: http://www.verwaltungsgeschichte.de/glogau.html (Zugriff 16.11.2012).

[2] Główny Urząd Statystyczny, Wybory do Sejmu i Senatu 2011. URL: http://pkw.gov.pl (Zugriff 16.11.2012).

Zitation

Beata Lejman, Tomasz Torbus: Glogau/Głogów. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54224.html (Stand 16.11.2012).

Głogów → Glogau/Głogów

Siehe Glogau/Głogów

Głogówek → Oberglogau/Głogówek

Siehe Oberglogau/Głogówek

Gnesen/Gniezno (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Goldenkron/Zlatá koruna (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Goldenkron/Zlatá Koruna

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Goldenkron

Amtliche Bezeichnung

Zlatá Koruna

Lateinische Bezeichnung

Sancta Corona Spinea

Etymologie

König Přemysl Ottokar II. (um 1232-1278) übereignete dem im 13. Jahrhundert gegründeten Zisterzienserkloster eine vom französischen König Ludwig IX. (1214-1270) geschenkte Reliquie, die Dornenkrone Christi, womit die Benennung des Monasteriums in direktem Zusammenhang steht. Der erst 1315 belegte Klostername Goldenkron ging auf den sich zusammen mit der klösterlichen Ansiedlung entwickelnden Ort über.

2. Geographie

Lage

Goldenkron liegt auf 48° 51' nördlicher Breite, 14° 22' östlicher Länge, 473 m ü. NHN, 170 km südwestlich von Prag/Praha, ca. 8 km nordöstlich von Böhmisch Krumau/Český Krumlov.

Topographie

Goldenkron liegt links des Flusses Moldau (*Vltava*) auf einer von drei Seiten umflossenen Landzunge am Rande des Plansker Waldes (*Blanský*), eines Vorgebirges des Böhmerwaldes.

Region

Böhmen

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Tschechische Republik. Goldenkron gehört zur Region Südböhmen (*Jihočeský kraí*) im Bezirk Böhmisch Krumau (*Okres Český Krumlov*).

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Gemeindewappen: silberner Wappenschild mit mittig eingestelltem azurblauem Schild mit gelber dreizackiger antiker Krone sowie vier roten Rosen, je eine in jeder Himmelsrichtung, die auf die Herren von Rosenberg aus dem Geschlecht der Witigonen verweisen.

Mittelalter

Im Jahr 1263 erfolgte am Ort die Fundation eines Zisterzienserklosters durch König Přemysl Ottokar II. unter dem Namen *Sancta Corona Spinea* (Heiligenkron/Svatá Koruna), der Legende nach aus Dankbarkeit für seinen Sieg über die Magyaren. Das Monasterium wurde mit Mönchen aus dem Mutterkloster Heiligenkreuz in Niederösterreich besetzt, womit es zur Filiationslinie von Morimond gehört. Die Paternität ging 1281 an das Kloster Plaß/Plasy in Westböhmen über, und König Wenzel II. (1271-1305) bestätigte 1284 die Stiftung und die Privilegien. Zuvor war das Monasterium 1276/1277 geplündert worden und lag wüst.

Die wirtschaftliche Basis der Abtei bildeten umfangreiche Landschenkungen der Krone, die damit ihren Machtbereich ausweiten konnte und landwirtschaftlich nutzbares Land gewann. Westlich der Abtei entstand in ca. acht Kilometer Entfernung ein Meierhof, aus dem der spätere Ort Böhmisch Krumau hervorging. Dieser wurde 1253 als Stadt erstmals erwähnt, und dort befand sich die Krumauer Burg der regional bedeutsamen Witigonen. Eine frühere slawische Besiedlung der Region lässt sich für die Zeit seit dem 6. Jahrhundert nachweisen.

1420 und 1429 brannte das Kloster bei wiederholten Streifzügen der Hussiten nieder, und die Mönche kehrten erst 1437 zurück. Zudem wurde das Monasterium 1420-1422 von König Sigismund (1368-1437) an Ulrich II. von Rosenberg (1403-1462) verpfändet. Das Patronatsrecht sowie den Landbesitz erhielten die Herren von Rosenberg aber erst 1493 von König Wladislaw II. (1456-1516).

Neuzeit

Das Patronat ging 1622 an die Eggenberger und 1719 an die Schwarzenberger über. Im Zuge von Bildungsbestrebungen entstand auf Initiative von Abt Bohumír Bylanský (1724-1788), der dem Kloster von 1755 bis 1785 vorstand, dort 1774 eine öffentliche Schule. 1785 wurde das Monasterium durch Kaiser Joseph II. (1741-1790) aufgelöst und der Besitz verstaatlicht. Die ehemaligen klösterlichen Gebäude dienten danach als Manufakturen und Wohnstätten. Der sich an das Kloster anschließende Ort wurde als Dorf ausgewiesen, und mit der Aufhebung der Grundherrschaft in Böhmen entstand 1848 die Gemeinde Goldenkron im Gerichtsbezirk Krumau.

20. Jahrhundert

Goldenkron gehörte nach Gründung der Tschechoslowakei 1918 zum Bezirk Český Krumlov, verblieb nach dem Münchener Abkommen 1938 bei der Tschechoslowakei und gehörte 1939-1945 zum Bezirk Budweis im Protektorat Böhmen und Mähren. 1940 wurde das Kloster von der Gestapo beschlagnahmt. Nach dem Zweiten Weltkrieg kam Goldenkron zur wiedereingerichteten Tschechoslowakei zurück.

Zur Gemeinde gehören heute die Ortsteile Plešovice (*Pleschowitz*) und Rájov (*Rojau*) sowie die Ortslage Nová Koruna.

Bevölkerungsentwicklung

1930: 542, 1950: 422, 1991: 389, 2012: 722,[1] 2013: 724[2] Einwohner.

Bau- und Kunstgeschichte



Ansichtskarte (Rückseite mit Poststempel von 1899): Goldenkron, mittig die Klosteranlage. [Foto: BKGE].

Gegen Ende des 13. Jahrhunderts wurden wohl erste klösterliche Holzbauten errichtet. Unter König Wenzel II. erfolgte dann ein großzügiger Steinbau. Die Abtskapelle ist für 1387 belegt, die St.-Margareten-Kirche kurze Zeit später. Der älteste erhaltene Bau ist die Schutzengelkapelle aus der Zeit um 1270/1280 im Norden des Klostergeländes. Dabei handelt es sich – wie bei dem vergleichbaren Bau in der Abtei Plaß – um eine für Zisterzienserklöster ungewöhnliche Doppelkapelle mit Kreuzrippengewölbe und einem ursprünglich angeschlossenen polygonen Presbyterium sowie jüngeren Wandmalereien (1763) von František Jakub Prokyš (1713-1791). An sie schließt der zweigeschossige Kleine Konvent an.

Die schlicht gestaltete und in mehreren Bauphasen errichtete Klosterkirche ist eine dreischiffige, ursprünglich kreuzrippengewölbte Basilika von acht Jochen mit Querhaus, Polygonalchor und Arkadenvorhalle, an die im Süden die Klausur mit Kreuzgang anschließt. Der Bau begann im letzten Drittel des 13. Jahrhunderts, seinen Abschluss fand er nach der Mitte des 14. Jahrhunderts. Für 1359 ist die Anstellung von Michael Parler aus der Bauhütte der Parler als Steinmetz vor Ort belegt. Beachtenswert ist unter anderem ein großes Maßwerkrundfenster mit Terrakottaelementen und Stuckrahmen im Querhausostarm.

Im Norden des monastischen Areals liegt das zweiflügelige Abtshaus mit Kapelle aus dem 14. Jahrhundert. Daneben gab es Speicher, Hospital, Schmiede und eine kleine ergrabene Kapelle. Darüber hinaus liegt die zweischiffige Margaretenkapelle aus der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts beim Klostertor.

Zur kirchlichen Ausstattung gehören unter anderem das Tafelbild *Madonna von Goldenkron* (um 1400) im Querhaus (Original in der Prager Nationalgalerie), der klassizistische Hauptaltar mit spätbarocken Statuen der Ordensheiligen (1772) von Jakob Eberle (1718-1783) und das Altarbild *Mariä Himmelfahrt* (1854) von Karl Philippot. Die barocken Wand- und Deckenmalereien wurden um 1772 von einem unbekannten Meister ausgeführt.

Größere Umbauten und Erneuerungen der klösterlichen Architektur erfolgten im 17. und 18. Jahrhundert im Barock- und Rokokostil (1663 unter Mitwirkung von Pietro und Giovanni Spinetti). Im 20. Jahrhundert, besonders seit 1960, gab es mehrere Restaurierungskampagnen.

Besondere kulturelle Institutionen

Im ehemaligen Kloster befinden sich eine Außenstelle der Wissenschaftlichen Staatsbibliothek Budweis/České Budějovice sowie eine Gedenkstätte des böhmischen Schrifttums.

Gedächtnis- und Erinnerungskultur

Mehrere Sepulkraldenkmäler befinden sich in der ehemaligen Klosterkirche.

1995 wurde das ganze Klosterareal zum nationalen Kulturdenkmal erklärt.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Václav Bůžek: Goldenkron. In: Joachim Bahlcke, Winfried Eberhard, Miloslav Polívka (Hg.): Handbuch der historischen Stätten. Böhmen und Mähren. Stuttgart 1998 (Kröners Taschenausgabe 329), S. 165f.
- Jiří Kuthan: Die mittelalterliche Baukunst der Zisterzienser in Böhmen und Mähren. München, Berlin 1982, S. 222–258.
- Jiří Kuthan: Gloria Sacri Ordinis Cisterciensis. Praha 2005 (Opera Facultatis Theologiae Catholicae Universitatis Carolinae Pragensis, Historia et historia artium 3).
- Jiří Kuthan: Splendor et Gloria Regni Bohemiae. Kunstwerke als Herrschaftszeichen und Symbole der Staatsidentität. Praha 2007 (Opera Facultatis Theologiae catholicae Universitatis Carolinae Pragensis Historia et historia artium 6), Kapitel 13, S. 505–536.
- Emanuel Poche: Böhmen und Mähren. Ein Bildhandbuch. Darmstadt 1986 (Kunstdenkmäler in der Tschechoslowakei), S. 461–462.
- Matthias Prangerl: Urkundenbuch des ehemaligen Cistercienserstiftes Goldenkron in Böhmen. Wien 1872 (Fontes rerum Austriacarum 2, Diplomataria et acta 37).

Weblink

www.ckrumlov.cz (mehrsprachige, offizielle Seite der Stadt)

Anmerkungen

[1] Vgl. Bůžek: Goldenkron, S. 165 f.; Počet obyvatel v obcích České republiky k 1.1.2012 [Volkszählung in den Kommunen der Tschechischen Republik zum 1. Januar 2012]. URL: http://www.czso.cz/csu/2012edicniplan.nsf/t/00002BD91A/$File/13011203.pdf (Abruf 26.11.2014).

[2] Počet obyvatel v obcích České republiky k 1.1.2013 [Volkszählung in den Kommunen der Tschechischen Republik zum 1. Januar 2013]. URL: http://www.czso.cz/csu/2013edicniplan.nsf/engt/50002DF52B/$File/13011303.pdf (Abruf 26.11.2014).

Zitation

Serafine Christine Kratzke: Goldenkron/Zlatá Koruna. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32383 (Stand 09.02.2015).

Göllnitz/Gelnica/Gölnicbánya (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Gölnicbánya → Göllnitz/Gelnica/Gölnicbánya (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Gorki/Gor'kij/Nižnij Novgorod (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Gorki → Gorki/Gor'kij/Nižnij Novgorod (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Görlitz/Zgorzelec

1. Toponymie

Amtliche Bezeichnungen

Görlitz, poln. Zgorzelec

Anderssprachige Bezeichnungen

tschech. Zhořelec; lat. Gorlicium, civitas Gorlicense

Etymologie

Der Stadtname leitet sich von dem altobersorbischen *Zgorelc (= Siedlung auf einem ausgebrannten Waldstück, Brandrodungssiedlung) her.

2. Geographie

Lage

Görlitz liegt auf 51° 1' Nord, 15° 0' Ost, etwa 100 km östlich von Dresden an der deutsch-polnischen Grenze.

Topographie



Görlitz und Zgorzelec gegen Süd. [Foto: Andreas Bednarek].



Luftbild des 1846 eröffneten Neiße-Viadukts, das heute zum Anlagenvermögen der polnischen Staatsbahn gehört. [Foto: Andreas Bednarek].

Görlitz – einschließlich seines Ostteils, der seit 1945 polnischen Stadt Zgorzelec – liegt zu beiden Seiten der Lausitzer Neiße (poln. *Nysa Łużycka*), im Hügelland des Naturraums Östliche Oberlausitz, der im Süden durch das Zittauer Gebirge gegen das Böhmische Becken abgeriegelt wird.

Region

Oberlausitz

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Bundesrepublik Deutschland, Freistaat Sachsen, Sitz des Kreises Görlitz. Die Stadt ist Sitz des katholischen Bistums Görlitz. – Görlitz-Ost/Zgorzelec: Republik Polen, Woiwodschaft Niederschlesien (*Województwo Dolnośląskie*), Kreis Zgorzelec (*Powiat Zgorzelecki*).

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Die Wappenverleihung erfolgte durch Kaiser Karl IV. (1316-1378) und wurde 1433 durch Kaiser Sigismund (1368-1437) erneuert. Das heutige Wappen der deutschen Stadt Görlitz orientiert sich am historischen Vorbild und zeigt auf gespaltenem Schild rechts den schwarzen, doppelköpfigen Reichsadler (für Kaiser und König) auf goldenem Grund, links einen aufrechten, nach rechts schreitenden doppelgeschwänzten, silbernen Löwen mit gol-

dener Krone auf rotem Grund (Zugehörigkeit der Stadt zur böhmischen Krone). Löwe und Adler halten mit der rechten Pranke beziehungsweise mit dem Schnabel eine goldene Kaiserkrone, die die Reichsunmittelbarkeit symbolisieren sollte.

Das Wappen der Stadt Zgorzelec wird seit 1960 verwendet und nimmt Bezug auf das erste Görlitzer Stadtsiegel (1298). Zwischen zwei Wehrtürmen ist unter einem Topfhelm mit Adlerflug ein nach rechts gelehnter dreieckiger Schild mit dem schlesischen Adler zu finden.

Archäologische Bedeutung

1981/1984 wurde im Zuge der Arbeiten in der Pfarrkirche St. Peter und Paul der Grundriss des spätromanischen Vorgängerbaus aufgedeckt. Grabungen auf dem Görlitzer Hausberg Landeskrone (1909, 1929, 1937/1938 und 1969/1970) ergaben Hinweise auf eine Besiedlung seit dem 10. Jahrhundert sowie eine spätere Befestigung.

Mittelalter

Die überlieferte Ersterwähnung erfolgte im Jahr 1071 als „villa Goreliz“ in einer Urkunde Kaiser Heinrichs IV. (1050-1106). Zu Füßen einer Burg über den Neißeufern hatte sich im 12. Jahrhundert eine Kaufmannssiedlung entlang des Lunitzbaches entwickelt. Zu Beginn des 13. Jahrhunderts erfolgte die Verlegung auf das Hochplateau über dem Westufer der Lausitzer Neiße. Die Siedlung prosperierte durch die günstige Lage an der *via regia*, der alten transkontinentalen Ost-West-Fernhandelsroute; damit einher ging auch eine erste Bebauung des Brückenkopfes am Ostufer. Die Stadt, die ab 1329 Teil des Königreich Böhmens war, erhielt zahlreiche Privilegien. Nach 1469 gehörte Görlitz zum Machtbereich des ungarischen und böhmischen Königs Mathias Corvinus (1443-1490).

Neuzeit

Der Dreißigjährige Krieg hatte verheerende Folgen für Görlitz. Infolge des Friedens von Prag/Praha (1635) kam die Stadt mit der Oberlausitz unter sächsische Hoheit.

Während des Siebenjährigen Krieges (1756-1763) und der napoleonischen Herrschaft zwischen 1807 und 1813 wurde die Stadt Durchmarschgebiet der Armeen und Opfer ständiger Einquartierungen. Infolge des Wiener Friedensvertrags kam sie 1815 mit dem nordöstlichen Teil der Oberlausitz zu Preußen und wurde dem Amt Liegnitz/Legnica der Provinz Schlesien zugeschlagen. Ab den 1830er Jahren erlebte Görlitz eine wirtschaftliche und kulturelle Blütezeit. Ab 1875 griff die Bebauung auf das Ostufer über.

Die größte Zäsur in der neuesten Stadtgeschichte war die Festlegung der Oder-Neiße-Linie als neue Grenze nach dem Zweiten Weltkrieg 1945. Der westliche Teil mit der historischen Altstadt kam zur SBZ, später DDR (Bezirk Dresden); der östliche Teil gelangte unter polnische Verwaltung und hieß zunächst Zgorzelice, ab 1946 Zgorzelec. Mit der Vertreibung der deutschen Bevölkerung kamen erste polnische Neusiedler in der Oststadt an. Der Zentralismus in Politik und Wirtschaft der DDR drängte die Stadt Görlitz an den Rand der Bedeutungslosigkeit. Am 17. Juni 1953 war sie eines der wichtigsten regionalen Zentren des Aufstands gegen die Staatsgewalt. Nach 1989 veränderten neue Strukturen in Politik und Verwaltung das Leben in Görlitz.

Verwaltung

Seit dem Ende des 13. Jahrhunderts ist die Ausbildung einer bürgerlichen Selbstverwaltung in Görlitz zu beobachten. 1346 schlossen sich Bautzen, Görlitz, Kamenz, Lau-

ban/Lubań Śląski, Löbau und Zittau zum Oberlausitzer Sechsstädtebund zusammen. Durch die kaiserliche Bestätigung und die Übertragung richterlicher Gewalt über Adel, Bürger und Bauern wuchs das politische Gewicht der Städte. Seit der Einführung der kommunalen Selbstverwaltung 1833 wurde ein Magistrat nach preußischem Muster gebildet, der von einem Bürgermeister geleitet wurde.

Bevölkerung

Die Einwohnerzahl blieb lange Zeit konstant; noch um 1800 wurden ca. 9.000 Einwohner gezählt.[1] Ab 1820 ist ein stetiger Anstieg zu verzeichnen; im Jahr 1900 lebten in Görlitz 80.932 Menschen.[2] Die höchsten Einwohnerzahlen wurden 1939 mit 93.823 und 1949, bedingt durch den Flüchtlingsstrom, mit 101.742 Personen registriert. Seitdem war im westlich der Lausitzer Neiße gelegenen Görlitz ein stetiger, rascher werdender Rückgang zu verzeichnen, der erst in jüngster Zeit scheinbar die Talsohle erreicht hat: 1988 77.609, 2012 54.956 Einwohner.[3] Im polnischen Zgorzelec leben heute 32.000 Menschen.[4]

Wirtschaft

Von alters her stützte sich die – oft in Handelsgesellschaften mit weitverzweigten Beziehungsgeflechten organisierte – Kaufmannschaft vor allem auf Waidhandel, Tuchherstellung und Tuchhandel, die für Görlitz noch im 19. Jahrhundert eine erhebliche Bedeutung hatten.

Die Einführung der preußischen Gewerbeordnung 1845 verlieh dem Pioniergeist und Unternehmerwillen des Bürgertums neue Impulse. Zu den Pionieren der Görlitzer Industrialisierung gehörte Christoph Lüders (1803-1872), dessen Unternehmen mit der Entwicklung eines Schnelltriebwagens, des sogenannten „Fliegenden Hamburgers“, weltweites Aufsehen erregte. Ein bedeutendes Unternehmen war auch die 1852 gegründete Maschinenbauanstalt und Eisengießerei, deren Erzeugnisse, vor allem Turbinen, Dampfmaschinen und Generatoren, sich eines ausgezeichneten Rufes erfreuten. Beide Unternehmen fusionierten 1923 zur WUMAG. In der Zeit des Nationalsozialismus profitierte das Unternehmen von Zwangsarbeitern des KZ-Außenlager in Biesnitz bei Görlitz.

Heute gehört der Waggonbau zum kanadischen Unternehmen Bombardier; die Firma Siemens unterhält in der ehemaligen Maschinenbau-Anstalt seine Turbinenbausparte.



Heutiges Bahnhofsensemble (Neubau 1914-1917) und Bahnanlagen. [Foto: Andreas Bednarek].

1847 wurde Görlitz an das preußische und das sächsische Eisenbahnnetz angeschlossen. Die industrielle Entwicklung konzentrierte sich vornehmlich auf das Westufer. Auf dem

Ostufer spielte nach 1945 als größter Arbeitgeber das Braunkohlekraftwerk Turow südlich von Zgorzelec eine bedeutsame Rolle.

Nach 1989 führte in Görlitz die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit zur Schließung zahlreicher Firmen; andere eroberten mit neuen Ideen und Produkten, aber auch mit neuen Eigentümern einen Platz in der regionalen und überregionalen Wirtschaft (z. B. Waggonbau [Bombardier], Süßwaren [Hoinkis]). In Zgorzelec hat sich seit 1988 die Firma Citronex zum größter Bananenimporteur Europas entwickelt, der seit 2008 dort auch die größte Reifeanlage des Kontinents für Bananen betreibt.

Religions- und Kirchengeschichte

Mit den evangelischen Predigten setzte sich ab 1521 in Görlitz die Reformation durch und ließ das katholische Kirchenwesen untergehen. Seit 1825 unterstand Görlitz dem Breslauer Konstitorium (ab 1934 Bischof). 2004 schloss sich das Kirchengebiet der Landeskirche Berlin-Brandenburg an. Ein katholischer Gottesdienst wurde erst 1829 wieder in Görlitz gefeiert. Der Anteil katholischer Gläubiger wuchs nur langsam. Nach 1945 wurde der Sitz des Bischofs nach Görlitz verlegt. Ehemals zum Bistum Breslau gehörig, wurde 1945 zunächst ein erzbischöfliches Amt, 1994 ein eigenes Bistum errichtet.

In Zgorzelec gehört heute der größte Teil der Bevölkerung der römisch-katholischen Kirche an (Bistum Liegnitz). Darüber hinaus spielen in der Stadtgeschichte griechische Flüchtlinge eine Rolle; seit 2002 besitzt die Gemeinde eine griechisch-orthodoxe Kirche – die Heilige-Konstantin-und-Helena-Kirche (*Cerkiew Świętych Konstantyna i Heleny*).

Ein jüdisches Viertel und eine jüdische Bevölkerung sind bis zu ihrer Vertreibung im 14. Jahrhundert nachgewiesen. Eine Neuansiedlung erfolgte nach 1847. Bis zur nationalsozialistischen Verfolgungs- und Vernichtungspolitik ab 1933 entwickelte sich eine starke jüdische Bürgerschaft, die wesentlich das Kulturleben von Görlitz beeinflusste.

Besondere kulturelle Institutionen

Seit 1872 besteht das Museum für Altertum und Kunst; seit 1902 existieren mit der Oberlausitzer Gedenkhalle Räume für ein Kaiser-Friedrich-Museum (heute: *Dom Kultury* in Zgorzelec). 1932 wurde nach einem Umbau der Kaisertrutz in die Görlitzer Museumslandschaft eingefügt. Die städtischen Sammlungen zogen ab 1951 in das ehemalige Gebäude der 1779 gegründeten Oberlausitzischen Gesellschaft der Wissenschaften um. Mit der vollständig erhaltenen Bibliothek vereint dieses Gesellschaftshaus unter dem Leitspruch „in uno museum“ eine private wissenschaftliche Sammlung im Sinne des Enzyklopädismus der Aufklärungszeit mit den städtischen Exponaten. Das Physikalische Kabinett im sogenannten Barockhaus stellt Versuche zur Erforschung der Elektrizität Adolf Traugott von Gersdorffs (1744-1807) vor, eines der Mitbegründer der Wissenschaftsgesellschaft. Die hier präsentierten Alpenmodelle gehören zu den ältesten ihrer Art. Eine der wichtigsten wissenschaftlichen Einrichtungen ist das Senckenberg-Museum, das aus der Naturforschenden Gesellschaft hervorging (Schwerpunkte: Zoologie, Botanik und Mineralogie). Seit 2001 öffnete das Schlesische Museum im Schönhof seine Ausstellungen und bewahrt durch Sammlungs- und Forschungstätigkeit das Erbe der reichen schlesischen Provinz. In Zgorzelec befindet sich das Lausitzer Museum (poln.: *Muzeum Łużyckie*).



Das städtische Theater (Gerhart-Hauptmann-Theater). [Foto: Andreas Bednarek].

Seit 1850 besteht das städtische Theater, das sich nach und nach in der Theaterwelt einen guten Ruf erwarb. 2011 fusionierte es mit dem Zittauer Theater zur Gerhart-Hauptmann-Theater Görlitz-Zittau GmbH. Seit 1995 wird jährlich das internationale Straßentheaterfestival *ViaThea* veranstaltet.

Die Neue Lausitzer Philharmonie führt Werke aller Genres auf.

Bildung und Wissenschaft

Görlitz gewann im 16. Jahrhundert für die Wissenschaften an Bedeutung. Zu den führenden Denkern des frühen 17. Jahrhunderts gehörte der einst in Görlitz beheimatete Jacob Böhme (1575-1624); sein Wohnhaus liegt heute im polnischen Zgorzelec (ul. Daszyńskiego 12). Mit seinem theosophischen Hauptwerk *Aurora oder die Morgenröte im Aufgang* legte er die Grundlagen für die klassische deutsche Philosophie. Die Forschung zu dem Werk des großen Denkers liegt heute in den Händen des Internationalen Jacob Böhme-Instituts Görlitz

1779 gründeten Vertreter des Stadtbürgertums mit aufgeklärten Adligen die Oberlausitzische Gesellschaft der Wissenschaften (s.o).



Gymnasium Augustum (1854-1856) [Foto: Andreas Bednarek].

1565 wurde das Gymnasium Augustum in den Räumen des alten Franziskanerklosters eröffnet; es hatte einen hervorragenden Ruf und zog Bürgersöhne und Adlige aus Schlesien und Böhmen an. In der DDR-Zeit wurde das Gymnasium in eine Polytechnische Oberschule umgewandelt, ehe es nach der politischen Wende als Gymnasium mit musischem Profil wiederbelebt wurde. Neben einem zweiten Gymnasium beheimatete Görlitz eine

Fachschule, deren Studienangebot sich seit den 1960er und 1970er Jahren auf Elektronik und Elektrotechnik konzentrierte. Nach 1989/1990 wurde die Fachschule in eine Fachhochschule umgewandelt und mit dem Standort Zittau zusammengeführt.

Kunstgeschichte und Architektur

Görlitz zählt über 4.000 architektonische und städtebauliche Einzeldenkmale von zum Teil einzigartiger Qualität und wird mitunter als größtes deutsches Flächendenkmal bezeichnet. Als Modellstadt der Denkmalpflege wird sie seit den frühen 1990er Jahren sukzessive saniert.

Die Nikolaikirche, die älteste Kirche der Stadt, wurde 1298 erstmals erwähnt. Zwischen 1225 und 1235 entstand die Peter-und-Paulskirche als dreischiffige Basilika. Ihr Neubau als raummächtigste obersächsische Hallenkirche fand 1497 seinen baulichen Abschluss. Die Dreifaltigkeitskirche war ursprünglich Teil des Franziskanerklosters, das im Zuge der Reformation 1563 aufgelöst wurde.



Blick über die Neiße zur Peterskirche mit Altstadtbrücke (2004). [Foto: Andreas Bednarek].



Katholische Kreuzkirche (1852/1853, August Soller [1805-1853]). [Foto: Andreas Bednarek].

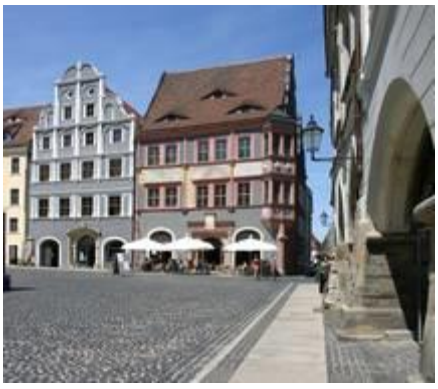


Alte Synagoge (1869). [Foto: Andreas Bednarek].

Die Steinmetzarbeiten in der Frauenkirche sind herausragende Beispiele der spätgotischen Bauplastik. Das im 15. Jahrhundert entstandene „Heilige Grab“ ist einer der ältesten symbolischen Landschaftsgärten Deutschlands. 1853 weihte die katholische Gemeinde mit der Heilig-Kreuz-Kirche ihr erstes nachreformatorisches Gotteshaus in Görlitz, ein zweites wurde 1898-1900 errichtet. Für die evangelische Gemeinde entstanden 1898-1901 die Lutherkirche und 1913-1916 die Kreuzkirche. Besonders erwähnenswert ist die 1937/1938 erbaute Christuskirche im Stadtteil Rauschwalde (Otto Bartning [1883-1959]). Görlitz besitzt zwei Synagogen, die alte (umgebaut 1869 und seit 1911 mit anderer Nutzung) und die neue Synagoge (1909-1911). Beide Bauten haben fast unbeschadet den Nationalsozialismus überstanden und befinden sich in einer schrittweisen Instandsetzung.



Luftaufnahme des Untermarkts. [Foto: Andreas Bednarek].



Untermarkt: Häuser an der Nordseite. [Foto: Andreas Bednarek].



Görlitzer Hallenhaus Untermarkt 3, Blick in die Zentralhalle. [Foto: Andreas Bednarek].

Weitere architektonische Kostbarkeiten sind die Hallenhäuser, die eindrucksvoll das Wohn- und Geschäftsleben der Görlitzer Fernhändler im späten 15. und frühen 16. Jahrhundert repräsentieren. Hinter einem oft kunstvoll gestalteten, manchmal auch schlichten Eingangsportal verbergen sich weiträumige Erdgeschoss- und Zentralhallen.

Die Stadterweiterungen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erfolgten auf beiden Ufern der Neiße; im heutigen Zgorzelec haben sich eine Reihe von Wohnsiedlungen aus den Jahrzehnten vor und nach dem Ersten Weltkrieg erhalten (z.B. Gartenstadt Rabenberg).

Musik

Bereits in der Frühen Neuzeit erfreute sich Görlitz einer regen Musikkultur, vor allem an der Kantorei der Hauptpfarrkirche St. Peter und Paul, durch die Ratsmusik und am städtischen Gymnasium. 1570 gründete der Görlitzer Bürgermeister Bartholomäus Scultetus (1540-1614) das *Convivium musicum*; die Musikvereinigung bestand bis zum Beginn des Dreißigjährigen Krieges.

Seit 1803 gibt es Belege für regelmäßige Konzerte der Stadtkapelle. Ab 1889 sind die Schlesischen Musikfeste eng mit dem kulturellen Leben der Stadt verbunden. Alle zwei bis drei Jahre trafen sich hier Chöre und Klangkörper aus ganz Deutschland, um gemeinsam mit einheimischen Künstlern vielbeachtete Aufführungen zu gestalten. Für die Musikfeste entstand 1910 ein Saalbau mit 2.000 Sitzplätzen nach Plänen des Berliner Architekten Bernhard Sehring (1855-1941).

Buch- und Druckgeschichte

Die erste belegte Buchdruckerei der Stadt errichtete der aus Lauban stammende Crispin Scharffenberg 1553 und ab 1565 ist eine ständige Druckerei nachweisbar. Mit dem ab 1768 zunächst von Friedrich Fickelscherer herausgegebenen *Lausitzischen Magazin* etablierte sich ein Periodikum, das bis heute von der Oberlausitzischen Gesellschaft der Wissenschaften fortgeführt wird.

Literatur

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde Görlitz zu einem Treffpunkt zahlreicher Künstler und Literaten. Der Rechtsanwalt Paul Mühsam (1876-1960) bewies mit Werken wie *Sonett aus der Einsamkeit* (1926) und *Stufen zum Licht* (1933) eine lyrische Begabung. Hervorzuheben sind auch der in Görlitz aufgewachsene Arno Schmidt (1914-1979). Seine fruchtbarste Schaffenszeit erlebt der Kupferstecher und Publizist Johannes Wüsten in Görlitz. Er war mit dem Görlitzer Ludwig Kunz(1900-1976) befreundet, der die „Freie Gruppe: Die Lebenden“ hier begründete.

Militärgeschichte

1830 wurde Görlitz Garnisonsstadt. Auf der höchsten Stelle der Altstadt entstand in den Jahren 1854-1858 eine Kaserne. Später wurde in der Oststadt die „Neue Kaserne“ („Rote Kaserne“) errichtet. 1935 entstand an der Hermsdorfer Straße die Kleist-Kaserne, ein Jahr später im Stadtteil Moys die Winterfeldt-Kaserne.

Gedächtnis- und Erinnerungskultur

Ihrem Oberbürgermeister Gottlob Ludwig Demiani (1786-1846), der die Weichen für die wirtschaftliche Blüte der Stadt im 19. und frühen 20. Jahrhundert gestellt hatte, setzten die Görlitzer 1862 ein vom Dresdener Bildhauer Johannes Schilling (1828-1910) geschaffenes Denkmal auf dem Marienplatz, nachdem sie ihm zu Ehren den alten Rademarkt vor den Toren der Altstadt kurz nach seinem Tod in Demianiplatz umbenannt hatten. Der Frankfurter Stadtbaudirektor Martin Elsaesser (1884-1957) gestaltete in der Nikolaikirche ein Denkmal für die Gefallenen des Ersten Weltkriegs, eines der interessantesten Zeugnisse expressionistischer Kunst in Görlitz.

In Zgorzelec erinnert die Gedenkstätte des STALAG VIII A an das 1940-1944 existierende Kriegsgefangenenlager mit bis zu 47.000 gefangenen Soldaten. Den über 3.000 im Frühjahr 1945 hier gefallenen Soldaten der II. Polnischen Armee gedenkt das Gräberfeld an der Ulica Bohaterów II Armii Wojska Polskiego.

4. Diskurse/Kontroversen

Eine der großen Kontroversen der letzten zwei Jahrzehnte ist das Ringen um die kulturelle Identität der Görlitzer. Zwei Lager stehen sich gegenüber: die Vertreter der Oberlausitz und die Schlesiens. Ausgangspunkt ist die Teilung der Oberlausitz 1815. Über Jahrhunderte hinweg war die Oberlausitz ein einheitlicher Kulturraum, der seitdem in einen sächsischen und einen preußischen Machtbereich geteilt war. Die Oberlausitz war Teil der preußischen Provinz Schlesien geworden und nach 1945 einzig verbliebener Teil Schlesiens auf deutschem Boden. Das führte insbesondere nach 1990 zu heftigen Identitätsdebatten. Vielfältige Argumente für die schlesische und auch für die oberlausitzische Identität wurden ins Feld geführt, die jeweils ausgrenzen, nicht versöhnen und insofern keine befriedigende Lösung bieten.[5] In gleicher Weise ist „Flucht und Vertreibung“ ein Thema in Görlitz. Nach 1945 setzte in den an Polen gefallenen Gebieten östlich der Neiße die Vertreibung der deutschen Bevölkerung ein. Viele ließen sich mit der Hoffnung auf eine baldige Rückkehr zunächst in Görlitz, westlich der Neiße, nieder. Die verordnete „deutsch-polnische Freundschaft“ (Görlitzer Abkommen von 1950) hatte in Görlitz mit der sozialdemographischen Entwicklung in den Nachkriegsjahren jedoch keine Grundlage. Erst nach 1990 gingen Görlitz und Zgorzelec aufeinander zu und vereinbarten partnerschaftliche Beziehungen unter dem Markenzeichen einer „Europastadt“; seit 2004 verbindet unter anderem die als Fußgängerbrücke wiedererrichtete Altstadtbrücke beide Stadthälften. Träger der Entwicklung ist insbesondere die Nachkriegsgeneration.

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Ines Anders, Peter Wolfrum: Görlitz. Historische Ansichten in vier Jahrhunderten. Würzburg 1997.
- Joachim Bahlcke (Hg.): Geschichte der Oberlausitz. Herrschaft, Gesellschaft und Kultur vom Mittelalter bis zum Ende des 20. Jahrhunderts. Leipzig 2001.
- Andreas Bednarek: Die städtebauliche Entwicklung von Görlitz im 19. Jahrhundert. Görlitz 1991 (Schriftenreihe des Ratsarchivs der Stadt Görlitz 15).
- Andreas Bednarek: Görlitz, so wie es war. Düsseldorf 1993.
- Michael Guggenheimer: Görlitz. Schicht um Schicht. Spuren einer Zukunft. Bautzen 2004.
- Peter Haslinger (Hg.): Historisch-topographischer Atlas schlesischer Städte / Historyczno-topograficzny atlas miast śląskich. Bd. 1: Görlitz/Zgorzelec. Bearb. v. Christoph Waack, übers. v. Dariusz Gierczak. Marburg/L., Wrocław 2010.
- Maritta Iseler: Bauwesen und Architektur der Stadt Görlitz. Repräsentationsformen an der Schwelle zur frühen Neuzeit. Bernstadt 2014.
- Richard Jecht: Geschichte der Stadt Görlitz. 2 Bde. Görlitz 1927-1934.
- Ernst-Heinz Lemper: Görlitz. Eine historische Topographie. 2., überarb. Aufl. Görlitz 2009.
- Wilfried Rettig: Eisenbahnknoten Görlitz. Egglham 1994.

Periodika

- Görlitzer Magazin. Geschichte und Gegenwart der Stadt Görlitz und ihrer Umgebung (1987ff.)
- Neues Lausitzisches Magazin. Zeitschrift der Oberlausitzischen Gesellschaft der Wissenschaften zu Görlitz e. V. (1822-1926).

Weblinks

- http://www.goerlitz.de (Internetseite der Stadt)
- http://www.unser-goerlitz.de (Internetportal der Via Regia Buchhandlung)
- http://www.zgorzelec.eu/ (Internetseite der Stadt Zgorzelec in polnischer Sprache)
- http://www.schlesisches-museum.de/ (Seite des Schlesischen Museums zu Görlitz)

Anmerkungen

[1] Richard Jecht: Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Stadt Görlitz im 1. Drittel des 19. Jh. Görlitz 1916, S. 18.

[2] Verwaltungsbericht der Stadt Görlitz 1900 (Ratsarchiv Görlitz).

[3] Stadtverwaltung Görlitz (Hg.): Stadt Görlitz. Fakten und Zahlen. Görlitz 2012.

[4] Europastadt Görlitz/Zgorzelec: http://www.goerlitz.de/de/wirtschaft/wirtschaftsstandort/europastadt-goerlitz-zgorzelec.html (Abruf 19.11.2014).

[5] Ein Vertreter entsprechender Positionen ist das „Kuratorium Einige Oberlausitz e.V.“, das eine Petition an den Sächsischen Landtag richtete. Siehe dazu : www.unsere-oberlausitz.de (Abruf 19.11.2014).

Zitation

Andreas Bednarek: Görlitz/Zgorzelec. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32386 (Stand 24.11.2014).

Gottschee/Kočevje (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Góra Świętej Anny → St. Annaberg/Góra św. Anny

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Annaberg (1934: St. Annaberg, 1941-1945: Annaberg O. S.)

Amtliche Bezeichnung

Góra Świętej Anny/Sankt Annaberg (seit 2008 zweisprachig)

Etymologie

Ursprünglich auch "Chelmberg" oder "Góra Chełmska" genannt nach der altpolnischen Bezeichnung *chełm* für Hügel. In der Frühen Neuzeit war das vormalige Georgskirchlein namensgebend, weshalb der Berg längere Zeit auch "Georgiberg", "Georgenberg" oder "Sankt Georgenberg" hieß. Der heutige Name, der sich erst im 18. Jahrhundert etablierte, ist mit der Wallfahrtskirche der hl. Anna verbunden.

2. Geographie

Lage

Der St. Annaberg liegt auf 50° 27' Nord, 18° 10' Ost oberhalb der gleichnamigen Ortschaft südöstlich von Oppeln/Opole sowie nordwestlich von Gleiwitz/Gliwice.

Topographie

Der Inselberg St. Annaberg bildet die höchste Erhebung der polnischen Woiwodschaft Oppeln (Województwo opolskie).

Region

Oberschlesien

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Polen; Woiwodschaft Oppeln; Gemeinde Leschnitz/Leśnica.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Der Ort Sankt Annaberg führt kein eigenes Wappen.

Kirchen- und Klostergeschichte

Der St. Annaberg ist von herausragender politischer und religiöser Bedeutung sowohl für Polen als auch für die deutsche Minderheit der Region. Der Komplex aus Wallfahrtsbasilika, Kloster und Kalvarienberg ist der wichtigste katholische Wallfahrtsort in Oberschlesien.



Das Kloster auf dem St. Annaberg.[Friedrich Bernhard Werner: Silesia in Compendioseu Topographia das ist Praesentatio undBeschreibung des Herzogthums Schlesiens, 18. Jh. (Wikimedia Commons)]

Die ersten schriftlichen Zeugnisse über den Annaberg finden sich im späten 15. Jahrhundert; demnach stifteten 1480 der damalige Grundherr von Poremba/Poręba, Christof Strela (Krzysztof Strzała), und sein Sohn Krystek eine Kirche zu Ehren des hl. Georg. Laut einer Urkunde des Breslauer Bischofs Johann Thurzo vom 25. Juni 1516 übergab Nikolaus Strela (Mikołaj Strzała) die neue St.-Anna-Kirche in die Zuständigkeit des Pfarrers von Leschnitz.[1] Schon zu jener Zeit waren der Berg und das Gnadenbild der hl. Anna Selbdritt, der Schutzpatronin der Kaufleute, der Mütter und der Bergleute, ein Ziel von Wallfahrten. Die im 15. Jahrhundert angefertigte Lindenholzfigur, die Reliquien der hl. Anna enthalten soll, befindet sich spätestens seit Ansiedlung der Franziskanermönche im Hauptaltar der Wallfahrtsbasilika.[2] 1637 kamen die Grafen von Gaschin in Besitz von Poremba samt dem Annaberg.[3] Graf Melchior Ferdinand von Gaschin initiierte 1655 die Ansiedlung von zwanzig Mönchen des Franziskanerordens, die ihre Klöster in Lemberg/L'viv/Lwów und Krakau/Kraków durch den Schwedeneinfall in Polen verloren hatten. Seit dem 5. August 1656 gehörte die Kirche offiziell den Franziskanern, die zunächst einen Klosterbau aus Holz errichteten. Im Jahr 1665 begann der Bau der barocken Wallfahrtskirche St. Anna (Kościoł św. Anny), die acht Jahre später geweiht wurde.[4]

1700–1709 errichtete der italienische Architekt Domenico Signo im Auftrag des Grafen Georg Adam von Gaschin den Kalvarienberg mit drei großen und 30 kleineren Kapellen zu den wichtigsten Stationen des Leidenswegs Christi. Das heutige Klostergebäude entstand zwischen 1733 und 1749. Steigende Pilgerzahlen führten im 18. Jahrhundert zum Um- und Ausbau der Klosteranlage: 1760–1764 ließ Graf Anton von Gaschin weitere Kapellen errichten, 1781 wurde die Kirche erweitert. Die katholischen Oberschlesier besuchten den Annaberg vermehrt, seit Friedrich II. von Preußen grenzüberschreitende Wallfahrten verboten hatte und die populärere Wallfahrtskirche Jasna Góra bei Tschenstochau/Częstochowa nicht mehr erreichbar war.

Mit dem Säkularisationsedikt vom 10. Oktober 1810 ging der Klosterbesitz an den preußischen Staat über. 1813 wurden die Gebäude zeitweise als Pulvermagazin genutzt. Graf Leopold von Gaschin versuchte vergeblich, auf dem Rechtsweg das Kloster als sein Eigentum zu beanspruchen. Die vertriebenen Franziskaner kehrten 1860 auf Geheiß des neuen Besitzers, des Breslauer Fürstbischofs Heinrich Förster, zurück, doch schon 1875 wurde das Kloster im Kontext von Bismarcks Kulturkampf erneut aufgelöst. Zwölf Jahre später kehrten die Brüder abermals zurück, Kloster und Kapellen des Kalvarienbergs wurden erneuert.

1912 bis 1914 entstand die Lourdesgrotte, welche Platz für bis zu 15.000 Pilger bietet. In den Jahren 1929 bis 1934 wurde ein Pilgerheim errichtet. Trotz der nationalen Spannungen im geteilten Oberschlesien, in deren Zentrum der Annaberg stand (vgl. "Politische Geschichte") wurden auch in der Zwischenkriegszeit religiöse Bücher und Schriften sowohl in polnischer als auch in deutscher Sprache gedruckt. Die bilinguale Seelsorge dauerte bis zum Jahr 1939, als die nationalsozialistischen Behörden ein Verbot für polnischsprachige Andachten erließen. Am 13. November 1940 mussten die Franziskanermönche das Kloster ein drittes Mal in der Geschichte des Annaberges verlassen.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges übernahmen polnische Mönche das Kloster. Jetzt durften Messen nur auf Polnisch gehalten werden. Die in den 1950er Jahren neobarock umgestaltete St.-Anna-Kirche wurde 1980 anlässlich des 500-jährigen Jubiläums des Kirchberges von Papst Johannes Paul II. zur *Basilica Minor* erhoben. Ein besonderes Ereignis für den Wallfahrtsort war der Besuch dieses Papstes, der 1983 auf den Feldern vom St. Annaberg gemeinsam mit einer Million Gläubigen Gottesdienst feierte.

Seit dem 4. Juni 1989 werden auf dem Annaberg auch wieder Gottesdienste und alljährliche Wallfahrten in der Sprache der deutschen Minderheit gefeiert. Eine am 3. Juni 2001 veranstaltete Minderheitenwallfahrt diente als symbolischer Akt der Aussöhnung aller Minderheiten in Polen mit der polnischen Mehrheit.[5]

Politische Geschichte

Neben seiner religiösen Bedeutung spielt der Annaberg im Bewusstsein deutscher und polnischer Schlesier auch eine herausgehobene Rolle als Symbol der Konfrontation zweier nationaler Ideologien, weswegen er auf beiden Seiten mit nationalen Emotionen belastet war und zum Teil noch ist.

Als sich in einer Volksabstimmung über die staatliche Zugehörigkeit Oberschlesiens im März 1921 eine Mehrheit für den Verbleib bei Deutschland aussprach, besetzten polnische Aufständische den strategisch wichtigen Annaberg. Vom 21. bis zum 27. Mai 1921 fand in dessen Umland die größte Schlacht des dritten Aufstandes in Oberschlesien statt, in deren Verlauf der Wallfahrtsberg von deutschen Freikorps zurückerobert wurde.[6] Die Ereignisse der Schlesischen Aufstände wurden auf deutscher ebenso wie auf polnischer Seite sowohl zu demokratischen als auch zu totalitaristischen Zeiten für nationalistische Propaganda instrumentalisiert.

Nach der Teilung Oberschlesiens 1922 verblieb der Annaberg beim Deutschen Reich. 1934–1936 entstand im Steinbruch eine in Gestalt eines Amphitheaters angelegte NS-"Thingstätte" mit 7.000 Sitz- und 23.000 Stehplätzen. 1937/38 wurde nach dem Entwurf von Robert Tischler auf dem Felsplateau darüber das "Reichsehrenmal der Freikorpskämpfer" als Mausoleum für die deutschen Gefallenen der Schlesischen Aufstände errichtet, das am 22. Mai 1940 eingeweiht wurde. Es war geplant, den Annaberg in 'Ahnenberg' umzubenennen.[7] Nach Absicht der nationalsozialistischen Planer sollten hier ein Zentrum der

deutschen Kulturpropaganda und gleichzeitig ein Gegengewicht zur sakralen Wallfahrtsstätte entstehen.[8] 1940 wurden die Franziskaner vertrieben. Auf dem Annaberg errichteten die NS-Behörden ein Durchgangslager für 'Volksdeutsche', das später als "Reichsautobahnlager" für Juden und Polen, ab 1941 als Lager für sowjetische Kriegsgefangene, ab November 1942 für jüdische Kranke[9] und ab August 1943 für jüdische Gefangene genutzt wurde.[10] Im Januar 1945 wurde es aufgelöst.

1946 wurde das Mausoleum im Rahmen einer patriotischen Manifestation gesprengt.[11] An seiner Stelle wurde am 19. Juni 1955 ein monumentales Ehrenmal für die polnischen Kämpfer enthüllt, als Symbol des "ewigen Kampfes Polens mit dem deutschen Drang nach Osten".[12] Der Entwurf stammte von dem Bildhauer Xawery Dunikowski, der 1940–1944 in Auschwitz inhaftiert war. 1961 wurde am Fuße des Bergs das Museum der Aufständischen (Muzeum Czynu Powstańczego) eröffnet. Einst "umkämpftes Objekt nationaler Sinnprojektionen",[13] gilt der Annaberg heute sowohl als trennendes Symbol wie auch als Ort der Begegnung.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Danuta Berlińska: Symbole einer schwierigen Geschichte im Oppelner Schlesien. In: Zbigniew Mazur (Hg.): Das deutsche Kulturerbe in den polnischen West- und Nordgebieten. Wiesbaden 2003 (Studien der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund 34), S. 161-183.
- Juliane Haubold-Stolle: Der heilige Berg Oberschlesiens - der Sankt Annaberg als Erinnerungsort. In: Marek Czapliński, Hans-Joachim Hahn, Tobias Weger (Hg.): Schlesische Erinnerungsorte. Gedächtnis und Identität einer mitteleuropäischen Region. Görlitz 2005, S. 201-220.
- Fryderyk Kremser: Góra Św. Anny - Leśnica [St. Annaberg - Leschnitz], broszura, Leśnica 1991.
- Joanna Lubos-Kozieł (Hg.): Pielgrzymowanie i sztuka. Góra Świętej Anny i inne miejsca pielgrzymkowe na Śląsku [Wallfahrt und Kunst. Der St. Annaberg und andere Wallfahrtsorte in Schlesien]. Wrocław 2005 (Historia Sztuki 22, Acta Universitatis Wratislaviensis 2846).
- Janusz Oszytko: Obóz pracy przymusowej dla Żydów na Górze św. Anny (1941–1945) [Zwangsarbeitslager für Juden auf dem St. Annaberg (1941–1945)]. In: Krzysztof Pilarczyk, Stefan Gąsiorowski (Hg.): Żydzi i Judaizm we współczesnych badaniach polskich. Materiały z konferencji Kraków 24.–26.11.1998. Kraków 2000 (Żydzi i judaizm 2), S. 325-337.
- Józef Szulc: Wokół Góra Sw. Anny. Krótka monografia gminy Leśnica [Rund um den St. Annaberg. Eine kurze Monographie der Gemeinde Leschnitz]. Leśnica 1996.

Weblink

- http://www.swanna.pl/ (Webpräsenz des Klosters; ebd. Archiwum Klasztoru Franciszkanów na Górze św. Anny, Ordo Fratrum Minorum Conventualium - OFM Conv. [The Archive of the Franciscan Priory on Anne's Mountain] 47-154 Góra Św. Anny ul. Klasztorna 6).

Anmerkungen

[1] Vgl. Norbert Bonczyk: Góra Chełmska. Góra Św. Anny - wspomnienia z roku 1875 [Chelmberg. St. Annaberg - Erinnerung aus dem Jahr 1875]. Krzyża, Opole 1985, S. 107.

[2] Vgl. Fryderyk Kremser: Góra Św. Anny - Leśnica [St. Annaberg - Leschnitz]. Leśnica 1991.

[3] Vgl. Bonczyk: Góra Chełmska (Anm. 1), S. 107.

[4] Vgl. Bonczyk: Góra Chełmska (Anm. 1), S. 112ff.

[5] Vgl. Jürgen Joachimsthaler: Philologie der Nachbarschaft. Erinnerungskultur, Literatur und Wissenschaft zwischen Deutschland und Polen. Würzburg 2007, S. 120f.

[6] Vgl. Kai Struve: Oberschlesien nach dem Ersten Weltkrieg: Studien zu einem nationalen Konflikt und seiner Erinnerung. Marburg 2003 (Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung 19), S. 27ff.

[7] Vgl. Bonczyk: Góra Chełmska (Anm. 1), S. 125.

[8] Vgl. Karl Mendrygalla: Ein Vorschlag zum Annaberg-Denkmal. Eine Siedlung als Denkmal. In: Der Oberschlesier. Oberschlesische Wochenschrift 12 (1934), S. 722f.

[9] Vgl. Oszytko: Obóz pracy przymusowej dla Żydów, S. 337.

[10] Vgl. Franciszek *Hawranek* (Hg.)*:* Encyklopedia powstań śląskich [Lexikon der Schlesischen Aufstände]. Opole 1984, S. 151.

[11] Vgl. Berlińska: Symbole einer schwierigen Geschichte, S. 177.

[12] Vgl. Kremser: Góra Św. Anny (Anm. 2), o. S.

[13] Vgl. Joachimsthaler: Philologie der Nachbarschaft (Anm. 5), S. 208.

Zitation

Felicitas Söhner: Sankt Annaberg/Góra Świętej Anny. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54414.html (Stand 16.04.2012).

Gräfenberg/Lázně Jeseník (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Gran/Esztergom/Ostrihom

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Gran

Amtliche Bezeichnung

ung. Esztergom

Anderssprachige Bezeichnungen

slowak. Ostrihom, lat. Solva, latinisiert Strigonium

Etymologie

Es gibt mehrere Erklärungen des lateinischen Namens, die wahrscheinlichste führt ihn auf den lateinischen Namen der Donau (*Ister*) zurück (am deutlichsten im slowak. Ortsnamen). Der deutsche Name leitet sich vom Fluss Gran (slowak. *Hron*) ab, der gegenüber auf der linken Seite in die Donau mündet.

2. Geographie

Lage

Gran liegt auf 47º 8' nördlicher Breite, 18º 44' östlicher Länge, etwa 50 km nordwestlich von Budapest.

Topographie

Gran liegt auf der rechten Seite der Donau/Duna westlich der Plintenburger Berge (*Visegrádi-hegység*), am Fuße der Pilischer Berge (*Pilis hegység*). Der Ort ist die nördlichste Stadt am Donauknie und heute ein Grenzübergang zwischen Ungarn und der Slowakei (zur Nachbarstadt Štúrovo).

Region

Zentral-Transdanubien (*Közép-Dunántúl*)

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Republik Ungarn; Komitat Komorn-Gran (*Komárom-Esztergom Megye*); Kleingebiet Gran; Sitz des Erzbistums Esztergom-Budapest bzw. des Primas von Ungarn.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Das heutige Wappen der Stadt geht auf ein Siegel aus dem 12. Jahrhundert zurück. Im Vordergrund des unten abgerundeten Schildes ist eine Burgmauer mit dem Wappenschild der Árpáden zu sehen. Im oberen Feld befindet sich auf blauem Hintergrund eine viertürmige Burg mit einem Tor und einem Schloss dahinter. Die neunstreifige rot-weiße Flagge verweist auf die Dynastie der Arpaden.

Historische Beinamen

Gran ist seit der Staatsgründung Zentrum der römisch-katholischen Kirche Ungarns (*caput, mater et magistra ecclesiarum Hungariae*) und wird als "ungarisches Rom", seit dem 19. Jahrhundert auch als "ungarisches Zion" bezeichnet. In der Alltagssprache benutzen Einheimische die kurze Form *Egom*.

Archäologische Bedeutung

Die Siedlung ist seit frühen Zeiten kontinuierlich bewohnt. An diesem Ort errichteten die Römer eine Burg namens *Solva*, die ein wichtiges Element im römischen Grenzverteidigungssystem (*limes*) war.

Allgemeine Geschichte

Mittelalter

Keltische, awarische und hunnische Funde kennzeichnen den siedlungsfreundlichen Charakter des aus der Donau hochaufragenden Plateaus. Slawen errichteten hier im 9. und 10. Jahrhundert eine der wichtigsten Burgen des Fürstentums Neutra/Nitra und des Großmährischen Reiches. Nach der ungarischen 'Landnahme' stieg Gran zum Zentrum des werdenden Staates auf. Die Burg war bis 1256 zunächst Residenz der ungarischen Großfürsten, dann der Könige, zugleich Mittelpunkt des Komitats Gran und der 1001 gegründeten Erzdiözese. Auf der Reise ins Heilige Land wurden hier der römisch-deutsche Kaiser Friedrich I. Barbarossa und seine Begleiter von König Géza II. (1141–1162) empfangen. In Gran arbeitete bis Mitte des 13. Jahrhunderts die einzige Münzstätte des Landes. König Béla IV. (1235–1270) wurde in der Franziskanerkirche begraben. Der Erzbischof von Gran war Primas von Ungarn und krönte die ungarischen Könige. Zur Erzdiözese Gran gehörten die Bistümer Neutra/Nitra, Raab/Győr, Agram/Zagreb, Wesprim/Veszprém, Fünfkirchen/Pécs, Erlau/Eger, Waitzen/Vác, Wardein/Oradea, Tschanad/Cenad und Siebenbürgen/Transilvania/Erdély, das Missionsbistum Milkow/Milcov sowie die exemten, direkt dem Primas unterstellten Propsteien der Zipser und der Siebenbürger Sachsen. In der Bischofsstadt Gran ließen sich deutsche und wallonische (in den Quellen als *Latini* bezeichnete) Handwerker und Kaufleute nieder.



Die Belagerung von Gran 1595. [Franz Hogenberg: Die Stat vnd schlos gran, Köln ca. 1595, Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf, urn:nbn:de:hbz:061:2-21508]

Neuzeit

Nach der Besetzung durch die Osmanen (1543) flüchtete der Erzbischof nach Tyrnau/Trnava, residierte aber in der Regel in Pressburg/Bratislava. Gran wurde zu einer wichtigen türkischen Festung ausgebaut und zum Zentrum eines Sandschak. 1594 wurde der Ort von ungarischen und habsburgischen Truppen belagert und 1595 eingenommen. 1605 fiel Gran wieder in türkische Hände, bevor es 1683 endgültig von den Habsburgern erobert wurde. 1706 wurde Gran kurzzeitig von den Aufständischen besetzt, die Franz II. Rákóczi anführte. 1708 wurde der Ort zur königlichen Freistadt erhoben. Nach der Rückkehr des Erzbischofs nach Gran (1820) erlebte die Stadt einen wirtschaftlichen Aufschwung, der von den damals neu angesiedelten Deutschen und Slowaken mitgetragen wurde. 1876 erhielt Gran den Rechtsstatus einer Stadt mit geordnetem Magistrat.

Zeitgeschichte

Während des Ersten Weltkrieges wurde am Stadtrand, in der heutigen Gartenstadt, das größte Gefangenenlager der österreichisch-ungarischen Monarchie eingerichtet. Infolge des Friedensvertrages von Trianon (1920) verlor Gran einen großen Teil seines regionalen Einzugsgebietes. Während des Zweiten Weltkrieges erlitt die Stadt infrastrukturelle Schäden, auch zahlreiche öffentliche Versorgungsbetriebe wurden zerstört. 1944 wurde die Maria-Valeria-Brücke, die Gran mit Štúrovo verband, zerstört und erst 2001 neu gebaut. Die Deutschen wurden ab 1945 vertrieben, seit 2002 erinnert eine Gedenktafel an dieses Ereignis. Gran war während des antikommunistischen Volksaufstandes von 1956 ein Zentrum des Widerstandes, der in Fürstprimas József Kardinal Mindszenty seinen prominentesten Fürsprecher fand. Gran war zwischen 1989 und 2011 Sitz des Verfassungsgerichts der Republik Ungarn.

Bevölkerung

1785 hatte Gran 5.492 Einwohner, 1840 8.608, 1869 8.780 und 1910 16.863 (davon 93 % Ungarn, 4 % Deutsche, 1,7 % Slowaken). Heute (2011) beträgt die Bevölkerungszahl 30.858, davon sind 93 % Ungarn, 2,4 % Sinti und Roma, 1,4 % Deutsche und 1,3 % Slowaken.

Religions- und Kirchengeschichte

Konfessionelle Zugehörigkeit der Bewohner (Stand 2001): römisch-katholisch: 66 %, griechisch-katholisch: 1 %, reformiert: 7 %, evangelisch-lutherisch: 1 %, Andere: 1 %, keiner Konfession oder Kirche angehörig: 12 %, unbekannt: 12 %. Die Ordensgemeinschaft der Franziskaner ist seit dem 13. Jahrhundert ansässig.

Besondere kulturelle Institutionen

Die Stadt beherbergt folgende Einrichtungen: Christliches Museum (*Keresztény Múzeum*), Hl. Adalbert Zentrum (*Szent Adalbert Központ*), Balassa Bálint Museum (*Balassa Bálint Múzeum*), Graner Burgmuseum des Ungarischen Nationalmuseums (*Magyar Nemzeti Múzeum Esztergomi Vármúzeuma*), Burgtheater (*Esztergomi Várszínház*).

Bildung und Wissenschaft

In Gran ansässig sind eine Theologische Hochschule, das Franziskanergymnasium, eine Stätte für die Erzbischöfliche Priesterausbildung, das Archiv des Primas und Hauptdomkapitels sowie die Kathedralbibliothek.



Die Basilika von Gran/Esztergom.[Foto: K. Gündisch]

Kunstgeschichte

Die im klassizistischen Stil von Josef Hild errichtete Basilika wurde 1856 geweiht. Integriert wurde damals die im Renaissancestil

erbaute Bakócz-Kapelle aus dem 16. Jahrhundert. Die Basilika ist Ungarns größter und Europas fünfthöchster Sakralbau.

Musik

Die von Franz Liszt komponierte *Graner Messe* wurde bei der Einweihung der Basilika aufgeführt.

Literatur

Hier starb 1594 der Renaissancedichter Bálint Balassa; der Dichter und Übersetzer Mihály Babits (1883–1941) lebte über eine längere Zeit in Gran.

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Margit Beke (Hg.): Esztergomi érsekek 1001–2003 [Die Bischöfe von Gran, 1001–2003]. Budapest 2003.
- Pál Cséfalvy: Esztergom: The Cathedral, the Treasury and the Castle Museum. Budapest 2002.
- István Horváth: Gran (Esztergom) zur Zeit Stephans des Heiligen. In: Alfried Wieczorek, Heinz-Martin Hinz (Hg.): Europas Mitte um 1000. Bd. 2. Stuttgart 2000, S. 576-580.
- Ernő Marosi: Die Anfänge der Gotik in Ungarn. Esztergom in der Kunst des 12.–13. Jahrhunderts. Budapest 1984.
- Emese Nagy: Esztergom, l'un des premiers centres royaux de la Hongrie. In: Zbornik Narodnoj Muzeja Beograd 9–10 (1979), S. 225-232.
- Dóra Sallay (Hg.): Keresztény Múzeum - Christian Museum - Christliches Museum. CD-ROM. Esztergom 2004.
- Ádám Somorjai (Hg.): Letters to the Presidents. Cardinal Mindszenty to the Political Leaders of the United States. Mindszenty bíboros követségi levelei az Egyesült Államok elnökeihez, 1956–1971. Budapest 2011.

Periodika

- *Komárom-Esztergom Megyei Önkormányzat Levéltára Évkönyvei* [Jahrbücher des Archivs der Komitatsselbstverwaltung Komorn-Gran], Esztergom

Weblinks

- www.esztergom.hu (mehrsprachige Webpräsenz der Stadt)
- www.bazilika-esztergom.hu (Esztergomer Basilika)
- www.primarch.hu (Esztergom-Budapester Erzdiözese)
- www.keresztenymuzeum.hu (Christliches Museum)

Zitation

Tamás Fedeles: Gran/Esztergom. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54232.html (Stand 15.02.2012).

Graudenz/Grudziądz (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Grodno/Hrodna (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Groß Stein/Kamień Śląski (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Groß Ullersdorf/Velké Losiny (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Großkarol/Carei/Nagykároly

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Großkarol

Amtliche Bezeichnung

rum. Carei

Anderssprachige Bezeichnungen

ung. Nagykároly; jidd. Krole oder Kruli; türk. Karolvar; lat. Magno Carolyinum

Etymologie

Der Name der Ortschaft lässt sich auf das alte ungarische Wort „karuly“ (heute: „karvaly“, Sperber) zurückführen. Es handelt sich dabei um den Wappenvogel der Familie Károlyi, die die Entwicklung der Stadt maßgebend beeinflusst hat.

2. Geographie

Lage

Großkarol liegt auf 47° 41′ nördlicher Breite, 22° 28′ östlicher Länge im nordwestlichen Grenzgebiet Rumäniens, etwa 10 km von der ungarisch-rumänischen Staatsgrenze entfernt sowie 35 km südwestlich von Sathmar/Satu Mare/Szatmárnémeti und ca. 100 km nordöstlich von Großwardein/Oradea/Nagyvárad.

Topographie

Die Stadt (Meereshöhe 130,5 m) befindet sich zwischen den Tiefebenen der Flüsse Somesch (rum. *Someş*, ung. *Szamos*), Crasna (ung. *Kraszna*) und Eriu (ung. *Èr*).

Region

Großkarol ist Teil der historischen Region Sathmar und gehört damit zum so genannten ‚Partium' (Gen. Pl. von *Partes regni Hungariae adnexae*), das zusammen mit dem Banat und dem historischen Siebenbürgen (rum. *Ardeal*, ung. *Erdély)* die heute als Siebenbürgen (auch Transsylvanien, rum. *Transilvania*, ung. *Erdély*) bezeichnete Großregion bildet. Das Partium, also die ostungarischen Komitate jenseits der Theiß (rum. *Tisa*, ung. *Tisza*), gehörte von der Mitte des 16. Jahrhunderts bis ins späte 17. Jahrhundert zum Herrschaftsgebiet der siebenbürgischen Fürsten.

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Rumänien. Großkarol ist die zweitwichtigste Stadt im Kreis Sathmar. Zwischen 1780 und 1926 war sie dank der gräflichen Familie Károlyi Sitz des Komitats. 1926 wurde sie dem Kreis Sălaj (ung. *Szilágy*), 1945 dem Kreis Frauenbach (dt. auch Neustadt, rum. *Baia Mare*, ung. *Nagybánya*) zugeteilt. Seit der rumänischen Verwaltungsreform von 1968 gehört Großkarol wieder zum Kreis Sathmar.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Das dreigeteilte Stadtwappen mit der für das Munizipalrecht stehenden Burgkrone zeigt im oberen roten Dreieck den Sperber, das Symbol der Familie Károlyi. Der linke Turm auf blauem Grund steht für das Károlyi-Schloss, die berühmteste Sehenswürdigkeit der Stadt. Das rechts abgebildete Denkmal des rumänischen Soldaten wurde nach dem Zweiten Weltkrieg in Erinnerung an die im Kampf gegen den deutschen und ungarischen „Faschismus" Gefallenen erstellt.

Mittelalter

Erstmals 1213 schriftlich erwähnt, verdankt Großkarol seine Entwicklung einerseits der geographischen Lage, andererseits der Familie Károlyi, die zur Sippe Kaplon (Nachfahren des ungarischen Stammesführers Kond) gehörte und die Gegend als ihr Hausgut beherrschte. Im 14. Jahrhundert wurde der in den Quellen *Karul* genannte Ort zum Zentrum der Kaplon-Güter, und Simon Kaplon änderte den Familiennamen in Karol.

Einen Meilenstein in der Entwicklung der Siedlung bedeutete das Jahr 1346, in dem sie das Recht auf einen Wochenmarkt erlangte, das wenige Jahrzehnte später auch auf Jahrmärkte ausgedehnt wurde. 1428 trennte sich die Siedlung Karol von der Puszta Karol und ist ab diesem Zeitpunkt als Groß-Karol bekannt. Die landwirtschaftlich geprägte Ortschaft erhielt Mitte des 15. Jahrhunderts den Status eines Vororts mit eingeschränktem Stadtrecht, das heißt, sie wurde zum Marktflecken (Oppidum).

In der folgenden Zeit verwüsteten osmanische Raubzüge die Gegend, und in andauernden Kämpfen wurden mehrere Dörfer (u. a. Vada oder Kozard) vernichtet, deren Bevölkerung sich in der Stadt niederließ. Auch während des Bauernaufstands unter dem Anführer Georg Dózsa (um 1470–1514) kam es in der Umgebung zu Zerstörungen.

Neuzeit



2012 errichteter Gedenkstein in Großkarol [Foto: Enikő Dácz].

Erst nach dem Kuruzzenaufstand, der mit dem Sathmarer Friedensvertrag 1711 endete, begann eine lang andauernde Entwicklungsphase. Ab 1712 siedelte Alexander Károlyi (1669–1743), der im selben Jahr den Grafentitel erhielt, Kolonisten aus Süddeutschland an (siehe auch „Sathmarschwaben"), ebenso evangelische Slowaken aus der Karpato-Ukraine, griechisch-katholische Rumänen, Ruthenen sowie Juden aus Galizien. Diese Maßnahmen sollten vorrangig die wirtschaftliche Entwicklung der Gegend fördern, dienten aber zugleich der Konsolidierung der zuvor schwächelnden katholischen Kirche. Von den etwa 1.400 im Jahr 1712 angesiedelten Siedlern aus dem süddeutschen Raum ergriffen in den folgenden Jahren viele die Flucht, da sich die Lebensbedingungen trotz der gewährten Privilegien als schwer erwiesen. Weitere Ansiedlungswellen folgten in den nächsten Jahrzehnten, wobei es an Konflikten mit den Einheimischen nicht mangelte.

Dank der Neusiedler standen Großkarol und seine Umgebung im 18. und 19. Jahrhundert im Zeichen einer wirtschaftlichen sowie demographischen Blüte; die Erhebung zur Stadt erfolgte 1848. Zugleich wurde die Ortschaft aber auch von mehreren Katastrophen heimgesucht: 1834 zerstörte und beschädigte ein großes Erdbeben viele Gebäude, dem 1836 sowie 1887 zwei erhebliche Sachschäden verursachende Brände folgten.

Die schwäbische Bevölkerung war seit dem frühen 19. Jahrhundert sowohl von staatlicher als auch von kirchlicher Seite einem ständig wachsenden Magyarisierungsdruck ausgesetzt. Die soziale Zusammensetzung der Siedlungen – es fehlte eine intellektuelle Elite – begünstigte die sich verstärkenden Assimilierungsprozesse.

Zeitgeschichte

Nach dem Ersten Weltkrieg fiel Großkarol Rumänien zu. Der Machtwechsel hatte zur Folge, dass die Stadt ab 1919 von rumänischen Bürgermeistern regiert wurde, während die Vizebürgermeister Ungarn blieben. Zwischen 1940 und 1945 gehörte Großkarol, als Folge des sogenannten ‚Wiener Schiedsspruchs', wieder zu Ungarn. In dieser Zeit wurde die jüdische Bevölkerung der Stadt zuerst ins Ghetto, danach in Vernichtungslager deportiert. Ab 1943 wechselten viele Sathmarer Schwaben von der ungarischen Armee in die Waffen-SS. Im Januar 1945 wurden die arbeitsfähigen deutschen Bewohner zur Zwangsarbeit in

die Sowjetunion deportiert, sodass die Anzahl der schwäbischen Bevölkerung auch in der Umgebung drastisch zurückging.

Die Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg veränderten das Stadtbild: Mit seinen vielen Wohnblocks erhielt Großkarol das Antlitz einer sozialistischen Stadt.

Bevölkerung

Die Volkszählungen belegen einen kontinuierlichen Bevölkerungsanstieg bis 1992. 1789 hatte die Stadt 7.823 Einwohner, die Zahl verdoppelte sich fast bis 1890 (13.475) und erreichte im Jahr 1992 26.372 Einwohner. Der entgegengesetzte Trend zeigte sich nach dem Systemwechsel in Rumänien (2002: 23.182 Einwohner, 2011: 21.112 Einwohner).[1]

Durch die Geschichte der Region bedingt, war Großkarol immer multiethnisch geprägt, wobei die Ungarn lange dominierten. 1880 waren 95,7 % der Bevölkerung ungarischsprachig, 2,8 % rumänisch- und 1,2 % deutschsprachig. Bis 1910 wuchs der Anteil der Bewohner, die Ungarisch als Muttersprache angaben, auf 98,1 % (Rumänisch: 1,3 %, Deutsch: 0,4 %). Die Kategorie „Sonstige“ (Ruthenen, Slowaken usw.) lag bis 1910 immer unter einem Prozent. Die Machtwechsel in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts spiegelten sich auch in den statistischen Zahlen wider, da die jeweils herrschende Macht die Vielfalt der Bevölkerung im eigenen nationalen Interesse homogenisierte.

Die im 18. Jahrhundert angesiedelte jüdische Bevölkerung wuchs im 19. Jahrhundert durch die Einwanderung aus Galizien an; im Zweiten Weltkrieg und nach der darauf folgenden Auswanderung ging ihre Zahl drastisch zurück, sodass Großkarol 1992 keine jüdischen Einwohner mehr hatte.

Nach der politischen Wende von 1989 bekannten sich 1992 53,4 % als Ungarn, 40,2 % als Rumänen, 4,6 % als Deutsche und 1,5 % als Roma. Der im Vergleich mit den früheren Volkszählungen hohe Anteil der deutschen Bevölkerung ist durch die Bemühungen des rumänischen Staates zu erklären, den nach 1920 größtenteils magyarisierten Donauschwaben wieder eine größere nationale Entfaltung zu ermöglichen. 2011 wies die Statistik 51,8 % Ungarn, 38,2 % Rumänen, 2,2 % Deutsche und 2,1 % Roma nach. Die letzte Volkszählung erfasste zahlenmäßig 479 Deutsche.

Wirtschaft

Für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt war die Ansiedlung der Schwaben, unter denen es zahlreiche Handwerker gab, von maßgebender Relevanz. Positiv wirkte sich auch der im 19. Jahrhundert erfolgte Ausbau der Infrastruktur aus. 1871 wurde die Bahnstrecke Debrezin/Debrecen–Sathmar übergeben, 1887 die Verkehrslinie Großkarol–Zillenmarkt/Zalău/Zilah–Siben/Jibou/Zsibó und 1905 Großkarol–Salka/Mátészalka. Alle drei Bahnlinien bezogen Großkarol in ihre Trassenführung ein.

Während die in der Stadt organisierten Märkte in der Region eine hohe Anziehungskraft entfalteten, hatte der Handel insgesamt wenig Gewicht. Die Industrie entwickelte sich nur langsam, was teilweise auf den Wassermangel zurückzuführen war, der erst durch den Ausbau des Kanalsystems in den 1970er Jahren behoben werden konnte. Nach 1950 setzte eine staatliche Industrialisierung ein. Zu den größeren Unternehmen zählten die Fabrik UNIO für Bergbaumaschinen und eine erst 1986 gegründete Zuckerfabrik.

Für Touristen attraktiv ist Großkarol durch das Károlyi-Schloss und ein Thermalbad.

Religions- und Kirchengeschichte



Die Kalvarienkirche beherbergt heute eine deutsche und eine rumänische katholische Gemeinde. Die Festgottesdienste sind teilweise dreisprachig (rumänisch, deutsch, ungarisch). [Foto: Enikő Dácz].

Da die Familie Károlyi während der Reformation aus der katholischen Kirche austrat, fanden in der Folgezeit mehrere reformierte Synoden in der Ortschaft statt. Die im 17. Jahrhundert erfolgte Rückkehr der Familie zum Katholizismus zog konfessionelle Konflikte nach sich, sodass bei den Ansiedlungen auch die Religion der Siedler beachtet wurde.

Als 1804 das Bistum von Erlau/Eger aufgelöst wurde, gab es Pläne, dieses in Großkarol neu zu gründen. Diese scheiterten jedoch an den Károlyis.

Die Nationsbildungsprozesse wirkten sich auch auf das religiöse Leben der Stadt aus, sodass es seit dem 18. Jahrhundert zwei griechisch-katholische Gemeinden gab, eine ungarischsprachige und eine rumänischsprachige. Als 1912 das griechisch-katholische Bistum von Deroch/Hajdúdorog gegründet wurde, kam es mehrfach zu Konflikten mit der ungarischen Kirchenleitung, die sich für den Gebrauch der ungarischen Sprache einsetzte.

Die rumänischen und ruthenischen Orthodoxen benutzten bis ins 18. Jahrhundert gemeinsam eine Kirche, danach bauten sich die Ersteren ein eigenes Gotteshaus. Am 13. November 1918 wurde in einer Versammlung die Gründung des Rumänisch-Orthodoxen Nationalen Vikariats Großkarol verkündet, das bis zum 19. Juni 1919 existierte, als es dem orthodoxen Bistum Großwardein eingegliedert wurde. 1931 wurde das Rumänisch-Orthodoxe Protopopiat Großkarol gegründet. Die orthodoxe Kathedrale „Die Helden des Volkes“ im Zentrum der Stadt wurde unter dem Patronat des hl. Demetrius nach der Wende von 1989 errichtet.



Synagoge von Großkarol.

In der Stadt gab es zu Beginn des 20. Jahrhunderts neben der Synagoge, die bis heute zu sehen ist, mehrere jüdische Bethäuser. Nach andauernden Konflikten spaltete sich 1934 die jüdische Gemeinde, sodass innerhalb der orthodoxen Gemeinde eine zweite gegründet wurde.

Die gegenwärtige konfessionelle Zusammensetzung der Bevölkerung zeigt, dass die katholische Kirche mit 37,4 % der Bevölkerung weiterhin die meisten Gläubigen hat. Der Anteil der Orthodoxen beträgt 33,3 %, der Griechisch-Katholischen 6,1 % und der Reformierten 20,5 %. Die weiteren konfessionellen Gemeinden sind zahlenmäßig sehr klein und haben einige Dutzend Gläubige.[2]

Bildung und kulturelle Institutionen

Die konfessionelle und ethnische Vielfalt spiegelt sich auch im mehrsprachigen Schulwesen der Stadt wider, das bis heute den Besuch einer deutschsprachigen Grundschule ermöglicht. Die traditionsreiche katholische Bildungsanstalt der Piaristen, die nach wie vor zahlreiche Schüler aus der Region anzieht, konnte sich im 18. Jahrhundert solcher Persönlichkeiten wie des bekannten Linguisten Miklós Révai (1750–1807) rühmen. In der ehemaligen reformierten Schule begann der erste Übersetzer der Bibel ins Ungarische, Gáspár Károli (gest. 1591), 1540 seine Ausbildung.

In Großkarol gab es schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts zahlreiche Vereine, vom bürgerlichen Lesekreis bis zu Gesangs- und Wohltätigkeitsvereinen. Das 1907 eröffnete Stadttheater wurde in den letzten Jahren saniert und in seinem Originalzustand wiederhergestellt. Im Schloss der Familie Károlyi befindet sich das Museum der Stadt (*Muzeul Municipal Carei*), das mit drei ständigen Ausstellungen aufwartet und auch als Kulturzentrum dient.

Kunstgeschichte



Haupteingang des Károlyi-Schlosses [Foto: Enikő Dácz, 2013].

Das kunstgeschichtlich wertvollste Gebäude der Stadt ist das Schloss der Familie Károlyi. 1482 ließ László Lancz Károlyi (1449−1489) mit Erlaubnis des Königs Matthias (1443−1490) ein Steinhaus bauen, das 1592 zur Abwehr osmanischer Angriffe zur Burg erweitert wurde (u. a. legte man einen Wassergraben an), sodass die Festung in den „Türkenkriegen“ nicht eingenommen werden konnte. Nach einem Umbau Ende des 17. Jahrhunderts wurde sie 1794 abgetragen, um einem neuen Schloss Platz zu machen, das 100 Jahre später wieder wesentliche Veränderungen erfuhr. Nach dem Ersten Weltkrieg diente das Gebäude abwechselnd als Militärschule, Krankenhaus, Lyzeum und Kulturhaus.

Der Familiensitz der Károlyis war Schauplatz mehrerer geschichtlicher Ereignisse: Hier sammelten sich (unter dem Befehl von László Károlyi) die Truppen aus dem Komitat Sathmar vor der Schlacht von Mohatsch/Mohács; hier begannen 1621 die in Nikolsburg/Mikulov fortgesetzten Friedensverhandlungen zwischen dem Fürsten von Siebenbürgen und den Habsburgern. Darüber hinaus wurden hier 1711 die Verhandlungen zwischen dem Grafen Alexander Károlyi als Kuruzzenführer und dem in habsburgischen Diensten stehenden Grafen Johann Pálffy (1664–1751) geführt. Zu den berühmten Besuchern zählen Franz Rákóczi II. (1676–1735) und mehrere Mitglieder der kaiserlichen Familie, unter anderem der Kronprinz Rudolf (1858–1889).

Literatur

Der Bibelübersetzer Gaspár Károli kam um 1530 in Großkarol zur Welt, hier wurden auch die ungarische Schriftstellerin Margit Kafka (1880–1918) und der Soziologe, Politiker und Publizist Oszkár Jászi (1875–1957) geboren. Jászi engagierte sich in den Debatten über die Nationalitätenfrage zu Beginn des 20. Jahrhunderts und beeinflusste durch seine Schriften maßgeblich den öffentlichen Diskurs.

Der Dichter der ungarischen Hymne, Ferenc Kölcsey (1790–1838), war in Großkarol als Beamter tätig; der Maler Mihály Munkácsy (1844–1900) war hier Tischlerlehrling.

4. Diskurse/Kontroversen

Konfessionelle und ethnische Kontroversen (Katholiken vs. Reformierte, ungarische vs. rumänische Griechisch-Katholiken, Ungarn vs. Rumänen, Ungarn vs. Schwaben) flammten immer wieder auf. Die Positionen der einzelnen Gruppen hingen von der Politik der jeweils aktuellen Macht ab, die zeitweise auch die Minderheiten gegeneinander ausspielte, zum Beispiel die rumänische Regierung in der Zwischenkriegszeit die Schwaben gegen die Ungarn.



1964 errichtetes Denkmal des rumänischen Soldaten; Bildhauer: Gheza/Géza Vida (1913−1980), Entwurf: Anton Dâmboianu (gest. 1995) [Foto: Wikimedia Commons. Pixi CC BY 2.5].

Spannungen zeigen sich auch aktuell auf politischer Ebene zwischen den Ungarn und Rumänen, wenn es um symbolische Fragen geht, zum Beispiel, als auf dem neuen Stadtplan für Touristen das Denkmal des rumänischen Soldaten nicht als Sehenswürdigkeit verzeichnet wurde.

Die Identifikationsfrage der Schwaben, die überwiegend ungarischsprachig sind, gehört zu den latenten Konflikten, die sich – trotz einer grundsätzlich guten Zusammenarbeit zwischen dem Demokratischen Forum der Deutschen und der ungarischen Interessenvertretung/Partei – vor lokalen Wahlen oder Volkszählungen intensivieren. Dass die Beziehungen nicht ganz störungsfrei sind, zeigte sich auch, als in den Dörfern der Umgebung deutsche Klassen nicht mehr weitergeführt werden konnten, weil die Eltern ihre Kinder in die ungarische Abteilung einschrieben, um die finanzielle Unterstützung des ungarischen Staates zu erhalten.

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Zoltán Benedek: Nagykároly. Carei. Großkarol. Orosháza 1994.
- Anders E. B. Blomqvist: Economic Nationalizing in the Ethnic Borderlands of Hungary and Romania. Stockholm 2014. URL: http://su.diva-portal.org/smash/get/diva2:753257/FULLTEXT01.pdf.
- Sándor Halmos: Szatmár vármegye zsidósága [Das Judentum des Komitats Sathmar]. Nyíregyháza 2008.

- Josef Volkmar Senz: Geschichte der Donauschwaben. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Eine volkstümliche Darstellung. München 1987 (Beiträge zur donauschwäbischen Heimat- und Volksforschung III/37).
- Dorel Augustin Silagi: Istoricul comunităților confesionale din Protopopiatul Ortodox Român – Carei [Die Geschichte der konfessionellen Gemeinden aus dem Rumänisch-orthodoxen Protopopiat – Großkarol]. Baia Mare 2009.
- Amadil Ujfalussy: Nagykároly [Großkarol]. In Samu Borovszky u. a. (Hg.): Magyarország vármegyéi és városai (Magyarország monografiája) – a magyar korona országai történetének, földrajzi, képzőművészeti, néprajzi, hadügyi és természeti viszonyainak, közmüvelődési és közgazdasági állapotának enciklopédiája [Die Komitate und Städte Ungarns (Monographie Ungarns) – Enzyklopädie der Geschichte, Geographie, bildenden Künste, Ethnologie, der militärischen, natürlichen Gegebenheiten und kulturellen sowie wirtschaftlichen Zustände der Länder der ungarischen Krone]. Arcanum, digitale Ausgabe, 2014. URL: http://mek.oszk.hu/09500/09536/html/0020/8.html.
- András Vári, Judit Pál, Stefan Brakensiek: Herrschaft an der Grenze. Mikrogeschichte der Macht im östlichen Ungarn im 18. Jahrhundert. Köln, Weimar, Wien 2014 (Adelswelten 2).
- Balázs Béla Végh: Kultúraváltás a Nagykároly környéki sváboknál [Kulturwechsel bei den Schwaben in der Gegend von Großkarol]. In: Korunk XXII/3 (2011), S. 105–109.
- Paula Virag (Koordinatorin): 300 de ani de la colonizarea șvabilor dunăreni în comitatul Satu Mare [300 Jahre nach der Kolonisierung der Donauschwaben im Komitat Sathmar]. Satu Mare 2012.
- István Vonház: A szatmármegyei német telepítés [Die deutsche Ansiedlung im Komitat Sathmar]. Budapest 1914.

Weblinks

- http://www.municipiulcarei.ro/ (Webpräsenz der Stadt)
- http://e-castellum.eu/ (Webpräsenz des Museums der Stadt)

Anmerkungen

[1] Für die hier und im Folgenden genannten Zahlen zur Bevölkerungsanzahl und -zusammensetzung gilt: Die Daten der rumänischen Volkszählungen sind auf der Seite des Rumänischen Statistischen Amtes zugänglich: http://www.recensamantromania.ro/istoric/lista-recensafmintelor-populaaiei/ (Abruf 12.02.2015), die Jahrbücher des Ungarischen Statistischen Amtes können unter http://epa.niif.hu/01600/01678 (Abruf 12.02.2015) nachgeschlagen werden.

[2] Siehe dazu die Ergebnisse der Volkszählung 2011. URL: http://www.recensamantromania.ro/wp-content/uploads/2012/08/TS8.pdf (Abruf: 18.07.2015).

Zitation

Enikő Dácz: Großkarol/Carei. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2015. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32395 (Stand 14.09.2015).

Großwardein/Oradea

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Großwardein

Amtliche Bezeichnung

rum. Oradea (bis 1925: Oradea Mare)

Anderssprachige Bezeichnungen

ung. Nagyvárad; lat. Magnovaradinum; türk. Varat; slowak. Veľký Varadín; poln. Wielki Waradyn; jidd. Groysvardeyn

Etymologie

Die Bezeichnungen werden auf das ungarische Wort „vár(ad)“ (Burg) zurückgeführt; vergleiche außerdem das germanische Wort für „Verteidigung“ im Sinne von „Festung“: ahd. *werī*, mhd. *Were*. Die heutige Bezeichnung ist über das lateinische Wort „Varadinum“ entstanden.

2. Geographie

Lage

Großwardein liegt auf 47° 3' nördlicher Breite, 21° 56' östlicher Länge.

Topographie

Großwardein liegt am Rand der Großen Ungarischen Tiefebene an den Ausläufern der Siebenbürger Westkarpaten (*Munţii Apuseni*), am Austritt der Schnellen Kreisch (*Crişul Repede*), des nördlichen der drei Kreisch-Flüsse, die den Gebirgszug in Ost-West-Richtung durchqueren.

Region

Der heutige rumänische Kreis Bihor (ung. *Bihar*) mit dem Hauptort Großwardein ist Teil der historischen Region Kreischgebiet (rum. *Crişana*, ung. *Körösvidék*) zwischen den Flüssen Mieresch (rum. *Mureş*, ung. *Maros*) im Süden und Theiß (rum. *Tisa*, ung. *Tisza*) im Westen und den Apuseni-Bergen im Osten sowie Teil des Gebiets unter der historischen Sammelbezeichnung für die ostungarischen Provinzen jenseits der Theiß, Partium (Genitivus pluralis von *Partes regni Hungariae adnexae*), die im 16. Jahrhundert zum Fürstentum Siebenbürgen kamen.

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Rumänien. Großwardein ist Hauptstadt des Kreises (*Judeţ*) Bihor (ung. *Bihar*).

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Das Stadtwappen besteht aus einem Schild mit siebentürmiger silberner Mauerkrone. Der horizontal geteilte Schild zeigt in den oberen zwei Dritteln auf blauem Grund links den Erzengel Michael und rechts einen gekrönten, doppelschwänzigen Löwen, die ein silbernes Kreuz halten. Das untere rote Schilddrittel zeigt die stilisierte Feste Großwardein, darin ein aufgeschlagenes Buch.

Geschichte

Auf den Resten der römischen Siedlung Salca begann die varadinische Geschichte im Königreich Ungarn mit der Erhebung zum Bischofssitz durch König Ladislaus/László I. den Heiligen (1077-1095). Erstmals 1113 urkundlich erwähnt, ist die Stadt Grablege mehrerer ungarischer Herrscher, unter anderem Ladislaus' I. und Sigismunds von Luxemburg. Im 13. Jahrhundert entstand die namengebende Festung. Um den hl. Ladislaus, dessen Schädelreliquiar sich in Großwardein befand (heute in Raab/Győr aufbewahrt), entstand ein Pilgerkult. 1474 wurde Großwardein von den Osmanen belagert und erobert. Nach dem Zerfall Ungarns nach der Schlacht bei Mohatsch/Mohács (1526), in der auch der Wardeiner Bischof Francis Perenyi fiel, wurde Großwardein mit dem *Partium* unter Johann Zápolya (Szapolyai Janós, 1487-1540) mit osmanischer Duldung dem Fürstentum Siebenbürgen zugeschlagen. 1598 widerstand die Stadt einer türkischen Belagerung im Rahmen einer Strafexpedition gegen den walachischen Woiwoden Michael den Tapferen (Mihai Viteazul, 1558-1601), der kurzzeitig die Fürstentümer Walachei, Moldau und Siebenbürgen unter seine Herrschaft gebracht hatte. 1660 wurden Stadt und Region von den Osmanen eingenommen. Großwardein war kurzzeitig Hauptstadt des *Eyalets Varat* (osman. Verwaltungsbezirk), bis die Stadt 1692 von den Habsburgern erobert wurde. 1699 wurde Großwardein im Frieden von Karlowitz Teil des Fürstentums Siebenbürgen im Habsburger Königreich Ungarn. Die erhaltene barocke Stadtarchitektur zeugt vom wirtschaftlichen und kulturellen Aufschwung der Stadt. Nach dem österreichisch-ungarischen Ausgleich von1867 wurde Großwardein Hauptstadt des ungarischen Komitats Bihar (rum. *Bihor*). Um die Jahrhundertwende erlebte die Stadt einen weiteren Aufschwung, den sie nicht zuletzt ihren wirtschaftlich und kulturell sehr aktiven jüdischen Einwohnern verdankte. 1870 wurde Großwardein zur Munizipalstadt erhoben.

Im Vertrag von Trianon (1920) wurde der größte Teil des besetzten Bihar, das Kreischgebiet, dem Königreich Rumänien zugeschlagen. Durch den Zweiten Wiener Schiedsspruch kam das Gebiet von 1940 bis 1944 wieder kurzzeitig zu Ungarn, wurde nach dem Wechsel Rumäniens auf die Seite der Alliierten im Zweiten Weltkrieg noch im Herbst 1944 von Rumänien besetzt und erneut dem rumänischen Territorium einverleibt. Mit ungarischer Unterstützung war zuvor der größte Teil der jüdischen Bevölkerung im Mai und Juni 1944 von den Nationalsozialisten deportiert und ermordet worden.[1]

In der Zeit der kommunistischen Herrschaft verdoppelte die Stadt ihre Bevölkerung; im Zuge der forcierten Industrialisierung und Urbanisierung durch staatliche Wohnungsbauprogramme entstanden auch in Großwardein uniforme Plattenbausiedlungen in den Vorstadtvierteln (z. B. Nufărul).

Bevölkerungsstruktur und -entwicklung

Durch die zahlreichen territorialen Verwerfungen im Grenzgebiet zwischen christlich-europäischer und muslimisch-orientalischer Einflusssphäre hat sich schon in der frühen Neuzeit das polyethnische Erscheinungsbild der Stadt entwickelt. In habsburgischer Zeit stieg die Bevölkerungszahl rasant von 4.245 Einwohnern im Jahr 1785 auf 16.115 (1828), 38.557 (1890) und 61.034 (1910).[2] 1930 wurden in der nun zum Königreich Rumänien gehörenden Stadt 82.687 Einwohner gezählt.[3] Die Höchstzahl wurde 1992 mit rund 223.000 Einwohnern erreicht, seitdem ist ein über dem Landesdurchschnitt liegender Rückgang zu verzeichnen mit rund 183.000 verbleibenden Einwohnern bei der letzten Volkszählung 2011.[4] Die Bevölkerungsmehrheit bildeten bis ins 20. Jahrhundert Ungarn (1840 gaben 65 % der Bewohner Ungarisch als Muttersprache an, 1910 waren es 91,04 %), gefolgt von den rumänischsprachigen (1840: 10 %, 1910: 5,62 %) und den deutschsprachigen Einwohnern (1840: 5 %, 1910: 2,21 %).[5] Von ca. 50.000 Einwohnern waren

um 1900 etwa 1.400 Deutsche. Eine bunte Vielfalt mit prägendem jüdischem Element, ungarischer Mehrheit und kleinem Anteil rumänischer Bevölkerung im 19. Jahrhundert wurde unter zunächst ungarischem, dann rumänischem Nationalismus in den Volkszählungen in die jeweilige Richtung homogenisiert, so wurden etwa die Juden in den Volkszählungen üblicherweise der ungarischen Bevölkerung zugeschlagen; noch heute werden viele Roma als Rumänen gezählt, da sie sich teilweise nur zögerlich zu ihrer Ethnie bekennen. Von den bis 1944 gut ein Viertel der Bevölkerung ausmachenden jüdischen Einwohnern überlebten nur wenige den Holocaust. 2011 bildeten die Rumänen mit 72 % die Mehrheit der Bevölkerung, der Anteil der Ungarn fiel auf 24,5 %.[6]

Die Volkszählung erfasste noch 182 Deutsche. In unmittelbarer Nachbarschaft gibt es nur eine einzige deutsch besiedelte Gemeinde (Neupalota). Das deutsche Element war in der Stadtdemographie nie stark ausgeprägt. Über die jüdischen Gemeinden sowie über die (k.u.k.) Verwaltung und das Militär spielte aber deutsche, das heißt vor allem österreichische, Kultur mittelbar eine Rolle (s. Architektur).

Wirtschaft und Verkehr

Die Stadt ist seit jeher Drehkreuz der Wirtschaft und des Verkehrs in Nordwestrumänien. Ein Hauptweg aus Westeuropa über Ungarn nach Siebenbürgen führte durch die Stadt. Der nach 1849 und insbesondere nach 1867 vorangetriebene Ausbau des Schienennetzes spielte im 19. und 20. Jahrhundert eine vergleichbare Rolle. In derselben Zeit entwickelte sich das Bank- und Kreditwesen. Im wichtigsten Wirtschaftszentrum des Kreischgebiets spielt gegenwärtig neben diversen Industrien (u. a. Metallverarbeitung, Lebensmittel, Chemie, Elektronik) der tertiäre Sektor die wesentliche Rolle.

Religionen und Konfessionen

Im Mittelalter war die Bevölkerung von Großwardein durchgehend römisch-katholisch und die Stadt als Wallfahrtsort mit dem Grab des hl. Königs Ladislaus von Bedeutung. Das 1077 gegründete römisch-katholische Bistum wurde 1930 mit dem Bistum Sathmar/Satu Mare vereinigt. Im Reformationszeitalter setzten sich hier neben dem Calvinismus zeitweise auch radikalere Strömungen wie der Antitrinitarismus (Unitarismus) durch. 1777 wurde das griechisch-katholische Bistum Großwardein gegründet, das 1948 vom kommunistischen Staat aufgelöst wurde – ein Schritt, den der Papst nicht anerkannte. Nach dem Tod des Bischofs Valeriu Traian Frenţiu (1875-1952) in einem Gefängnis setzte der Papst einen Administrator ein. 1990 konnte mit Vasile Hossu (1919-1997) wieder ein griechisch-katholischer Bischof geweiht werden. Ein griechisch-orthodoxes Bistum besteht seit 1920. 1803 wurde die erste Synagoge gebaut; 1870 teilte sich die jüdische Glaubensgemeinschaft in eine orthodoxe und eine neologische Gruppe, die jeweils eigene Synagogen errichteten. Die konfessionelle Vielfalt ist für die Stadt seit Jahrhunderten kennzeichnend: 1910 beispielsweise waren 30,89 % römisch-katholisch, 30,32 % reformiert, 23,62 % mosaisch, 7,24 % griechisch-orthodox und 5,27 % griechisch-katholisch.[7] Die Deutschen waren entweder römisch-katholisch oder gehörten der kleinen, überwiegend ungarischen evangelischen Kirchengemeinde Augsburger Bekenntnisses an. Gemäß der Volkszählung von 2002 gibt es neben der Majorität der Rumänisch-Orthodoxen (ca. 60 %) in nennenswerter Zahl Reformierte (16,35 %), Katholiken (11,23 %), Pfingstler (4,62 %), Baptisten (3,59 %), Griechisch-Katholische (3,32 %), und unter anderem noch 0,08 % Juden.[8]

Kulturelle Institutionen

Neben dem Staatstheater (*Teatru Regina Maria*) hat Großwardein eine Philharmonie (*Filarmonica de stat*) und ein Kinder- und Jugendtheater (T*eatrul pentru Copii şi Tineret*

Arcadia). Zu den Museen der Stadt gehören das naturkundliche und historische Museum der Kreischregion (*Muzeul Țării Crișurilor*) und das dem bedeutenden ungarischen Dichter, der einige Jahre in der Stadt lebte und arbeitete, gewidmete Ady-Endre-Museum. Es gibt eine Reihe rumänisch- und ungarischsprachiger Tageszeitungen und Verlagshäuser sowie regionale Fernseh- und Radiosender. Auch das Demokratische Forum der Deutschen in Rumänien, Ortsgruppe Großwardein, ist politisch und kulturell (auch ethnienübergreifend) in der Stadt aktiv.

Bildung und Wissenschaft

In Großwardein gibt es über 40 Schulen, darunter mehrere mit Klassenzügen in deutscher Sprache (u. a. *Liceul Național „Mihai Eminescu“* und *Școala generală „Dacia“*) beziehungsweise Deutschunterricht. Neben der staatlichen Universität (gegr. 1990) sind unter anderem die wichtige Privatuniversität „Partium“ mit Unterricht in ungarischer Sprache sowie die unter baptistischer Leitung betriebene Privatuniversität „Emanuel“ angesiedelt.



Römisch-katholische Kirche St. Ladislaus links, rechts Gebäude der Stadtverwaltung vom Kreischufer aus. [Foto: Thomas Schares].

Architektur und Kunstgeschichte



Römisch-katholische Kirche St. Ladislaus links, rechts Gebäude der Stadtverwaltung vom Kreischufer aus. [Foto: Thomas Schares].



Großwardein in einem Druck aus dem Jahr 1617.
[http://commons.wikimedia.org/wiki/File:
Fn_braun-varadinum.jpg; CC-PD-Mark].

Deutliche architektonische Spuren haben das Barockzeitalter und die Moderne der Jahrhundertwende im „Paris an der Kreisch“ hinterlassen. Neben der größten Barockkirche Rumäniens, der Basilika St. Mariä Himmelfahrt (rum. *Înălțarea Fecioarei Maria*, ung. *Szent László-székesegyház*), die heute eine Kopie des Kopfreliquiars des hl. Ladislaus beherbergt und damit wie die römisch-katholische Barockkirche St. Ladislau an den entsprechenden Kult erinnert, und dem ehemaligen Bischofspalast nahebei sind zahlreiche weitere Barockbauwerke erhalten, etwa die sogenannte Mondkirche. Ganze Straßenzüge, insbesondere die heutige *Calea Republicii* (Hotel Astoria), weisen eine Fülle von Jugenstilarchitektur in unterschiedlichen Erhaltungszuständen auf, das bekannteste Gebäude ist die Passage *Vulturul Negru* (Schwarzer Adler). Erwähnenswert sind ferner die Reste der Ende des 16. Jahrhunderts entstandenen pentagonalen Festung im Vauban-Stil sowie das neoklassizistische Staatstheater und das Gebäude der Bürgermeisterei, beide erbaut um 1900. Von den verschiedenen Synagogen der jüdischen Gemeinden ist die Neologe Synagoge Zion (1878) am Kreischufer die bemerkenswerteste und im Stadtbild auffälligste; die orthodoxe Synagoge befindet sich in der *Strada Mihai Viteazul* (siehe auch Abschnitt „Diskurse/Kontroversen“).

Musik

Kulturgeschichtlich bedeutend ist die Gründung eines der ersten modernen Orchester und Musiktheater Europas: Im 18. Jahrhundert waren Johann Michael Haydn (1737-1806) und Karl Ditters von Dittersdorf (1739-1799) Kapellmeister und Hofkomponisten am Hof des Bischofs Adam Patačić (1717-1784) und führten dort zahlreiche Opern auf, bevor 1769 der Orchesterbetrieb auf Weisung von Maria Theresia (1717-1780) eingestellt werden musste.

4. Diskurse/Kontroversen

Historiographische Kontroversen bestehen im Fall von Großwardein hinsichtlich der Frühgeschichte der Stadt, für die rumänischerseits eine dakisch-römische Kontinuität postuliert, ungarischerseits aber eine eigene kulturbringende Rolle beansprucht wird. Das rumänisch-orthodoxe Bistum beruft sich auf uralte Wurzeln und ungebrochene Kontinuität, das griechisch-katholische weist darauf hin, dass die „Union mit der Kirche Roms“ im 18. Jahrhundert von allen orthodoxen Priestern der Region beschlossen und realisiert wurde. Die Zerstörung der Gräber des hl. Ladislaus, des hl. Emmerich und des Königs/Kaisers Sigismund in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts wird von der ungarischen Historiographie den Osmanen angelastet, von der rumänischen aber protestantischen Aufständischen.

Kleinere rezente Ereignisse wie etwa das Anbringen und Entfernen ungarischsprachiger Straßenschilder oder die Umbenennung des Staatstheaters (*Teatrul Regina Maria*, nach Marie von Edinburgh, Frau des rumänischen Königs Ferdinand I.) zeigen, dass die Beziehungen zwischen der rumänischen und der ungarischen Bevölkerung der Stadt keinesfalls störungsfrei sind.



Verfallene Synagoge an der Strada Primăriei. [Foto: Thomas Schares].

Die zu großen Teilen von den Nationalsozialisten mit ungarischer Unterstützung deportierten und in Vernichtungslagern getöteten Angehörigen der jüdischen Gemeinden Großwardeins haben, obwohl es im Hof der orthodoxen Synagoge ein Holocaust-Denkmal gibt, bislang keine angemessene Würdigung in der urbanen Erinnerungskultur gefunden, wie das Beispiel der dem Verfall preisgegebenen und gegenwärtig (2013) als Obstlager verwendeten Synagoge in der *Strada Primăriei* belegt.

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Ernő Deák: Das Städtewesen der Länder der ungarischen Krone (1780-1918). Bd. II/1. Wien 1989.
- András Emődi (Hg.): Tanulmányok Nagyvárad újkori történetéből [Studien zur Geschichte der Stadt Großwardein]. Nagyvárad 2009 (Miscellanea Historica Varadinensia 1).
- Gheorghe Gorun, Gabrile Moisa,Tereza Mozes, Liviu Borcea: Istoria orașului Oradea [Geschichte der Stadt Großwardein]. Oradea 2008.
- Franz Metz: Johann Michael Haydn – seine Beziehungen zur Dommusik in Temeswar und Großwardein. Karlsruhe 1997 (Südosteuropäische Musikhefte 1).
- Terézia Kerny: Der Ladislaus-Kult in Ungarn. In: Harald Prickler (Red.): Die Ritter. Burgenländische Landesausstellung 1990. Eisenstadt 1990 (Burgenländische Forschungen, Sonderband, 8), S. 60-63.

Weblinks

- www.oradea.ro (Seite der Stadtverwaltung)

Anmerkungen

[1] Exemplarisch der Lebensbericht von Zelma Klein: Mein Zeugnis als Warnung. Bearb. v. Harald Roth. Konstanz 2006; in französischer Sprache (Übers. des ung. Originals): Éva Heyman: J'ai vécu si peu: Journal du ghetto de Oradea. Genf 2013.

[2] Deák: Städtewesen, S. 282.

[3] Volkszählung von 1930 (*Recensământul general al populației României din 29 decemvrie 1930. Editura Institutului central de statistică București*): www.recensamantromania.ro (Abruf: 26.06.2014).

[4] Nach den offiziellen Volkszählungen (*recensamânt*) 2002 und 2011 sowie den Angaben aus früheren Zählungen und Schätzungen. Vgl. die Webseite des nationalen Statistikinstituts Ru

mäniens (*Institutul național de statistica*): www.insse.ro (Abruf: 26.06.2014).

[5] Deák: Städtewesen, S. 282.

[6] Nach der Volkszählung 2011: www.insse.ro (Anm. 4).

[7] Deák: Städtewesen, S. 283.

[8] Nach der offiziellen Volkszählung 2002: www.insse.ro (Anm. 4).

Zitation

Thomas Schares: Großwardein/Oradea. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32393 (Stand 30.06.2014).

Grulich/Králiky (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Grünberg/Zielona Góra (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Grüner Berg/Zelená hora (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Grüssau/Krzeszów

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Grüssau

Amtliche Bezeichnung

poln. Krzeszów

Weitere Bezeichnungen

tschech. Křešov, lat. „Gratia Sanctae Mariae“ (in einem Schreiben Herzog Bolkos I. [Regierungszeit 1278–1301] von 1291)

Etymologie

Die in den mittelalterlichen Dokumenten greifbaren Namen *Gresebor, Grissobor, Cresowbor, Cressowe, Crissowe* oder *Crissorium* werden in der Forschung bisher überwiegend mit der altslawischen Bezeichnung für einen dunklen Wald/Urwald (poln. *bór*) in Verbindung gebracht.[1]

2. Geographie

Lage

Grüssau liegt auf 50° 44‘ nördlicher Breite, 16° 03‘ östlicher Länge, ca. 450–470 m über NHN, ca. 8 km südöstlich von Landeshut/Kamienna Góra und ca. 30 km südöstlich von Hirschberg/Jelenia Góra, am Fluss Zider (*Zadrna*).

Region

Niederschlesien

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Republik Polen, Woiwodschaft Niederschlesien (*Województwo dolnośląskie*). Grüssau ist ein Ortsteil der Gemeinde Landeshut/Kamienna Góra; in den Jahren 1945–1954 und 1973–1976 war es eine eigenständige Gemeinde.

3. Geschichte und Kultur

Mittelalter

Die Geschichte der Ortschaft ist eng mit der Geschichte des Klosters verbunden, dessen Stiftung von Heinrich II. dem Frommen (1196/1207–1241), Herzog von Schlesien, bereits 1240 geplant war, jedoch erst nach seinem Tod von seiner Witwe Anna von Böhmen (gest. 1265) verwirklicht werden konnte. Die am 8. Mai 1242 gegründete Propstei wurde mit Benediktinermönchen aus Opatowitz/Opatovice in Ostböhmen besiedelt, 1292 wurde das Kloster von Zisterziensern aus Heinrichau/Henryków übernommen. Infolge zahlreicher Schenkungen des Herrscherhauses und des schlesischen Adels gehörten im ausgehenden Mittelalter fast 40 Dörfer und zwei Städte, Liebau/Lubawka und Schömberg/Chełmsko Śląskie, zum Stiftsland. Diese Ländereien behielt das Stift – mit geringen Veränderungen – bis zur Säkularisierung 1810. Während der Hussitenkriege, 1426/1427, wurde das Kloster eingenommen und zerstört; erst 1454 waren die Gebäude vollständig wiederhergestellt.

Neuzeit

Mit dem Einzug der Reformation in Schlesien in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts stagnierte das Klosterleben; die Zahl der Mönche nahm ab, die benachbarten Orte Landeshut und Schweidnitz/Świdnica wurden zu wichtigen Zentren der Reformation. Als besonders tragisch für die Abtei erwies sich der Dreißigjährige Krieg: 1620 wurde der Grüssauer Abt in Schömberg ermordet; in den folgenden Jahren wurde Grüssau mehrmals von den brandenburgischen und schwedischen Truppen heimgesucht, das Klostergebäude ausgeplündert und weitgehend zerstört. Mit der Amtszeit des Abtes Bernhard Rosa (1624–1696) ab 1660 begann eine Blütezeit des Ortes; die Kirchen wurden wiederhergestellt und modernisiert. In der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts folgte der Neubau der Klosterkirche;

der Umbau des Klosters konnte wegen des Ausbruchs des Ersten Schlesischen Krieges (1740) nicht mehr vollendet werden. 1742 fiel Grüssau zusammen mit der Provinz Schlesien an Preußen.

19. und 20. Jahrhundert

1810 wurde die Abtei säkularisiert und die Kirche in eine Pfarrkirche umgewandelt. Die letzten Mönche verließen Grüssau 1820. Die Reform der preußischen Verwaltung gliederte Grüssau 1816 in den Landkreis Landeshut ein. Seit 1874 war Grüssau Sitz des gleichnamigen Amtsbezirks. 1919 siedelten sich in der ehemaligen Abtei Benediktinermönche aus dem Prager Emmaus-Kloster an. 1924 wurde der Konvent erneut in den Rang einer Abtei erhoben. 1940 wurde die Abtei von den Nationalsozialisten beschlagnahmt und als Durchgangslager für Umsiedler und internierte Juden genutzt. Im Frühjahr 1945 wurde Grüssau von russischen Truppen besetzt; 1946 mussten die letzten deutschstämmigen Mönche das Kloster verlassen und ließen sich in Bad Wimpfen nieder. 1947 wurden die Klostergebäude mit polnischen Benediktinerinnen aus Lemberg/L'viv/Lwów besiedelt.

Bevölkerungsentwicklung

1939 zählte Grüssau 1.585 Einwohner, die überwiegend katholisch waren.[2] 1946 wurde die deutsche Bevölkerung, einschließlich der in der Abtei lebenden Mönche, vertrieben. In der Gemeinde siedelten sich Polen an, überwiegend Vertriebene aus den ehemaligen polnischen Ostgebieten. Heute leben in der Gemeinde 1.527 Personen (Stand 2010).[3]

Wirtschaft

Die wirtschaftliche Entwicklung des landwirtschaftlich geprägten Ortes wurde seit dem Mittelalter durch die Abtei bestimmt. Im Besitz der Zisterzienser befanden sich zahlreiche Handwerksbetriebe wie Schmieden, Brauereien und Mühlen in Grüssau und Umgebung. Noch vor der Zerstörung des Klosters durch die Hussiten 1426 hatte sich Grüssau als ein Zentrum der Marienverehrung etabliert; die Wallfahrten belebten die lokale Wirtschaft. Die Verbreitung der Reformation in Schlesien im Laufe des 16. Jahrhunderts stürzte die Abtei in eine Wirtschaftskrise: Die adligen Schenkungen gingen zurück, die Zahl der Mönche sank auf zwölf. Die Wiederentdeckung des verschollenen Marienbildes im Jahr 1622 (s. Religionsgeschichte) brachte einen kurzen Aufschwung in der Pilgerbewegung, der jedoch vom Dreißigjährigen Krieg unterbrochen wurde. 1650 wurde die Marienwallfahrt wiedereingeführt; als eines der wichtigsten Zentren der Marienverehrung in Schlesien prosperierte Grüssau auch wirtschaftlich. Mit der Säkularisierung 1810 trat eine Stagnation ein; der klösterliche Besitz wurde verstaatlicht. 1899 erhielt Grüssau Eisenbahnanschluss durch den Bau der Strecke Landeshut–Albendorf/Wambierzyce. Auch heute ist die örtliche Wirtschaft vom Wallfahrtstourismus geprägt.

Religions- und Kirchengeschichte

Der Marienkult in Grüssau reicht bis in die Gründungszeit des Klosters im 13. Jahrhundert zurück. Vermutlich schon zu dieser Zeit wurde das Grüssauer Gnadenbild – eine Ikone der Barmherzigen Muttergottes vom Typus der Hodegetria aus dem 13. Jahrhundert, die 1426 vor dem Hussiteneinfall versteckt und während der Renovierung der Sakristei 1622 zufällig wiedergefunden wurde – zum Ziel von Pilgerfahrten. Im Zuge der Gegenreformation in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts blühte das religiöse Leben in Grüssau wieder auf. 1669 wurde die St.-Joseph-Bruderschaft gegründet, 1675–1678 ein Kalvarienberg errichtet. Nach der Schließung der Abtei im Zuge der Säkularisierung wurde Grüssau ab den 1920er Jahren erneut zum religiös-kulturellen Mittelpunkt der Region. Seit der Wende

1989 hat die Bedeutung des Ortes als Marienwallfahrtszentrum stark zugenommen; 1998 wurde die Grüssauer Marienkirche in den Rang einer *Basilica Minor* erhoben.

Kunstgeschichte und Architektur



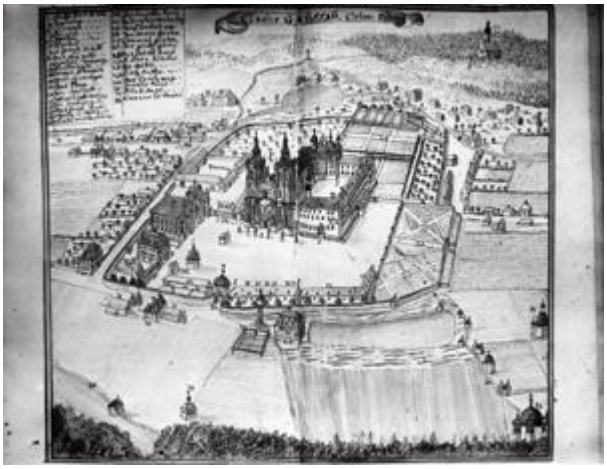
Klosterkirche Grüssau von Südwest (Postkarte). [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 140329].



Langhaus der Klosterkirche Grüssau nach Osten. [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 232972].

Ehemalige Stiftskirche (heute Pfarrkirche St. Maria Himmelfahrt): Der gotische Vorgängerbau wurde 1292 durch den Breslauer Bischof Johannes Romka (gest. 1301) eingeweiht. Unter Abt Innozenz Fritsch (Amtszeit 1727–1734) wurde 1728–1735 die neue barocke Kirche errichtet; der Entwurf wird mit dem Kreis um Kilian Ignaz Dientzenhofer (1689–1751) in Verbindung gebracht, die Bauarbeiten leitete der Stiftsbaumeister Joseph Anton Jentsch (1698–1758) aus Hirschberg. Die bildhauerische Ausschmückung der Fassade wurde von Ferdinand Maximilian Brokoff (1688–1731) begonnen und von dessen Schüler

Anton Dorazil (um 1695-1759) vollendet. Die Kirche ist eine Wandpfeilerkirche mit Emporengeschoss auf kreuzförmigem Grundriss mit fünfjochigem Langhaus und apsidial geschlossenem Chor. Hier befinden sich ein Deckengemälde von Georg Wilhelm Neunhertz (gest. 1749), das Hauptaltargemälde Mariä Himmelfahrt von Peter Johann Brandl (1668–1735), im Erdgeschoss des nördlichen Querhausarms die Loreto-Kapelle (1728) und östlich der Chorachse das Mausoleum („Fürstenkapelle“) der Herzöge von Schweidnitz-Jauer (1735–1747) mit den gotischen Sarkophagen der Herzöge Bolko I. und Bolko II. (1326–1368). Die konkav-konvex geschwungene Doppelturmfassade ist mit reichem Skulpturendekor versehen.



Ansicht des Klosters Grüssau (nach Zeichnung von F. B. Werner 1690-1778). [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 4d5946].

Ehemalige Zisterzienserabtei (heute Benediktinerinnenkloster): Im Süden schließt an die Stiftskirche ein ursprünglich mittelalterlicher Vierflügelbau mit Klostergarten an, der 1662 von dem Baumeister Martin Schuppert umgebaut und auf drei Geschosse aufgestockt wurde. Von dem Entwurf Johann Gottlieb Fellers für einen Neubau des Klosters konnte 1774–1782 nur der Südflügel realisiert werden. Der stark verfallene gotische Westflügel wurde 1873 abgerissen. Das heutige Gebäude ist ein Zweiflügelbau, bestehend aus einem niedrigeren älteren Teil mit einem gotischen Kapitelsaal aus der Mitte des 15. Jahrhunderts und einem höheren Barockteil. Im Ost-Risalit befindet sich eine zweigeschossige Bibliothek mit klassizistischer Ausstattung.

Katholische Kirche St. Joseph: Die Wandpfeilerkirche wurde 1692–1695 anstelle der mittelalterlichen Pfarrkirche für die neugegründete St.-Joseph-Bruderschaft erbaut; Stifter war Abt Bernhard Rosa. Die Arbeiten nach anonymem Entwurf wurden vom Stiftsbaumeister Martin Urban geleitet und nach Einsturz beider Fassadentürme 1693 (nicht wiederaufgebaut) durch Michael Klein (gest. 1725) vollendet. Das fünfjochige Langhaus wird von miteinander verbundenen Seitenkapellen mit Emporen flankiert, der langgestreckte Chor an der Nordseite schließt mit einer halbrunden Apsis. An den Wänden und am Gewölbe befindet sich ein Malereizyklus mit Szenen aus dem Marienleben sowie Darstellungen zum hl. Joseph von Michael Willmann (1630-1706), seinem Sohn Michael Willmann d. J. und dem Stiefsohn Johann Christoph Liska – neben Wahlstatt/Legnickie Pole wohl die qualitätsvollsten barocken Wandmalereien Schlesiens.

Der weiträumig in die Landschaft komponierte Grüssauer Kalvarienberg – manche der insgesamt 33 Stationen liegen drei bis vier Kilometer vom Kloster entfernt – entstand unter Abt Bernhard Rosa in den Jahren 1660-1696; 1703-1717 wurden die Kapellen umge-

baut. Westlich des Klosters befindet sich die fünfte Station „Bethlehem“/„Betlejem“, ein über dem Wasser errichteter oktogonaler Holzpavillon mit erhaltenen barocken Fresken (ca. 1674).

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Henryk Dziurla: Krzeszów. Wrocław u. a. 1974.
- Henryk Dziurla (Hg.): Krzeszów uświęcony łaską [Grüssau voller Gnade]. Wrocław 1997.
- Grzegorz Grajewski: Krzeszów/Grüssau. In: Ernst Badstübner, Dietmar Popp, Andrzej Tomaszewski, Dethard von Winterfeld (Hg.), Sławomir Brzezicki, Christine Nielsen (Bearb.): Dehio-Handbuch der Kunstdenkmäler in Polen. Schlesien. München, Berlin 2005, S. 495-502.
- Stephan Kaiser: Kloster Grüssau/Klasztor Krzeszów. Kloster mit Marienkirche. Regensburg 1996 (Kleine Kunstführer 2301).
- Katarzyna Rogalska: Kaplica Narodzenia Pańskiego w Krzeszowie jako kopia Groty Betlejemskiej na tle innych założeń tego typu w Europie [Die Kapelle zur Geburt Christi in Grüssau als Kopie der Grotte von Betlehem im Kontext ähnlicher Anlagen dieses Typs in Europa]. In: Dzieła i interpretacje [Werke und Interpretationen] 13 (2012), S. 27-44.
- Ambrosius Rose: Grüssau. In: Hugo Weczerka (Hg.): Schlesien. Handbuch der Historischen Stätten. Stuttgart 1977 (Kröners Taschenausgabe 316), S. 167-168.
- Ambrosius Rose: Kloster Grüssau. Stuttgart, Aalen 1974.

Weblinks

- http://www.kulturwerk-schlesien.de/kulturlandschaftschlesien/kloesterundkirchen/artikel/304.Kloster_Gruessau_Krzeszw.html (Website des Kulturwerks Schlesien, Würzburg)
- http://www.herder-institut.de/bildkatalog/index/index?searchfield_parameter=gr%C3%BCssau&newperspective=thumbnails (Abbildungen zu Grüssau/Krzeszów im Bildarchiv des Herder-Instituts, Marburg)

Anmerkungen

[1] Rose: Grüssau, S. 167.

[2] Michael Rademacher: Deutsche Verwaltungsgeschichte von der Reichseinigung 1871 bis zur Wiedervereinigung 1990: http://www.verwaltungsgeschichte.de/landeshut.html#ew39lhisgruessau (Abruf 27.11.2014).

[3] Angaben nach GUS - Główny Urząd Statystyczny [Hauptamt für Statistik]: http://www.stat.gov.pl/gus (Abruf 05.11.2014).

Zitation

Tomasz Torbus, Beata Lejman: Grüssau/Krzeszów. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32398 (Stand 09.09.2015).

Gumbinnen/Gusev

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Gumbinnen

Amtliche Bezeichnung

russ. Gusev

Anderssprachige Bezeichnungen

lit. Gusevas, Gumbinė, poln. Gąbin, Głąbin

Etymologie

Der Ortsname leitet sich vermutlich ab von litauisch gumbine (= Knotenstock, knorrige Äste). Die Umbenennung in "Gusev" erfolgte im Jahr 1946 zu Ehren des russischen Hauptmanns Sergej I. Gusev (1918–1945).

2. Geographie

Lage

Gumbinnen liegt auf 54° 35' nördlicher Breite, 22° 11' östlicher Länge, 57 m über NHN, ca. 120 km östlich von Kaliningrad und 40 km westlich der Grenze zu Litauen.

Topographie

Gumbinnen liegt am Zusammenfluss der Flüsse Pissa (russ. Pissa) und Rominte (russ. Krasnaja) in der flachwelligen Grundmoränenebene an der Nordabdachung des Baltischen Landrückens.

Region

Große Wildnis, Preußisch-Litauen

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Russische Föderation, Oblast Kaliningrad, Rayon Gusev.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Die heutige Flagge und das Wappen zeigen auf rotem, schräglinks geteiltem Grund oben einen Elchkopf mit Schaufeln, unten einen aufrechten Pfeil (im Wappen auf damasziertem Grund); das Wappen bekrönt ein zinnenbewehrter Turm. Bis 1945 stand an Stelle des Elchs der halbe preußische Adler, 1936 wurde die ursprüngliche schräge Teilung durch eine senkrechte ersetzt.

Vor- und Frühgeschichte

Bodenfunde belegen die Besiedlung der Flussmündung um 9000 v. Chr.

Mittelalter

Im 13. Jahrhundert bestanden dörfliche Siedlungen beidseits der Pissa; aus einem erhöht liegenden Dorf (Bisserkehmen oder Bisserkeim) ging das spätere Gumbinnen hervor.

Neuzeit

1545 erfolgte ein Kirchenbau unter Herzog Albrecht von Brandenburg-Ansbach; 1580 wird das Kirchdorf erstmals unter dem Namen Gumbinnen erwähnt. 1642 war das Dorf mit ca. 150 Einwohnern das größte im Hauptamt Insterburg. In den Jahren 1709–1711 entvölkerten Pest und Hungersnöte den Ort, anschließend kam es zur planmäßigen Neuanlage im Zuge des Retablissements unter Friedrich Wilhelm I.; die Verleihung der Stadtrechte 1724 gilt als Gründungsjahr Gumbinnens. Die Wiederbesiedlung geschah vor allem durch Glaubensflüchtlinge, als größte Gruppe kamen 1732 evangelisch-lutherische Salzburger Exulanten. Im Siebenjährigen Krieg (1756–1763) wurde der Ort durch russische Truppen besetzt.



Stadtansicht Gumbinnen/Gusev (Postkarte: vor 1945) [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 61665].

Im Ersten Weltkrieg war die Umgebung Gumbinnens bereits im August 1914 Kriegsschauplatz; in der Stadt gab es in geringem Umfang Zerstörungen, die im Zuge des Wiederaufbaus beseitigt wurden.

Im Oktober 1944 wurde die Innenstadt durch einen Luftangriff stark zerstört. Kurz darauf kam es zur Panzerschlacht südlich von Gumbinnen, was die Flucht der Zivilbevölkerung einleitete. Im Januar 1945 wurde die Stadt durch die Rote Armee eingenommen und besetzt. 1946 waren von 1.410 Einwohnern 270 Deutsche, darunter viele Waisen, für die ein Heim eingerichtet worden war. 1948 wurden die letzten nicht geflohenen deutschen Einwohner ausgewiesen; die neue Bevölkerung stellten fortan überwiegend Russen und Weißrussen.

Verwaltung

Die Stadt war Sitz der Kammerdeputation der Preußischen Kriegs- und Domänenkammer (ab 1723), später Hauptsitz der Litauischen Kriegs- und Domänenkammer (ab 1736), des

Kreises (1818–1945) und des Regierungsbezirks (1878–1945) Gumbinnen; heute Hauptstadt des Rayons Gusev.

Bevölkerung

Jahr[1]	Einwohner*	protestant.*	kath.*	jüdisch*
1850	7.000			
1875	9.100			
1890	12.200		270	95
1925	19.000	18.200	420	200
1933	20.000	19.250	410	160
1939	22.180	20.820	570	33
1959	14.100			
1970	22.100			
1989	27.000			
2010	28.260			

*alle Angaben gerundet.

Wirtschaft

Bereits im 18. und 19. Jahrhundert war Gumbinnen ein wichtiger Verwaltungs- (staatliche Verwaltung, Bahn, Post) und Militärstandort im nordöstlichen Preußen. Daneben waren vor allem Betriebe ansässig, die Agrarprodukte weiterverarbeiteten (Mühle, Molkerei, Brauerei, Brennerei, Holzverarbeitung, Woll- und Leinenweberei) bzw. mit ihnen handelten. 1860 wurde Gumbinnen Station an der Bahnstrecke Königsberg-Stallupönen, nach 1900 kamen weitere Zugverbindungen hinzu. Im Zuge der Industrialisierung siedelten sich in Gumbinnen Maschinenbaufirmen und Eisengießereien an oder wurden wie die 1642 erstmals erwähnte Mühle zu Großbetrieben. In den 1920er Jahren entstand das Ostpreußenwerk als zentrales Elektrizitätswerk in Gumbinnen. Nach 1945 bestanden Textil-, Elektro- und Futtermittelindustrie

Religion

Die Bevölkerung war mehrheitlich protestantisch (ev.-lutherisch und ev.-reformiert); die katholische und die jüdische Gemeinde blieben dagegen relativ klein (s. Tabelle); 1939 lebten nur noch 33 von zuvor 160 Einwohnern jüdischen Glaubens in Gumbinnen. Heute existiert eine russisch-orthodoxe Gemeinde und in der ehemaligen Salzburger Kirche eine der wenigen lutherischen Gemeinden der Oblast.

Architektur, Stadtbild

Der Stadtkern zeigt die planmäßige Anlage der Stadt im 18. Jahrhundert um den Marktplatz; auf diesem befand sich bis 1945 ein Standbild Friedrich Wilhelms I. von Christian Daniel Rauch vor dem klassizistischen Regierungsgebäude (sog. Alte Regierung) von Karl Friedrich Schinkel (1832–1836, zerstört); angrenzend der Sitz der Bezirksregierung (sog. Neue Regierung) von Richard Saran (1908–1910, erhalten). Ebenfalls nach Plänen von Schinkel wurde die Salzburger Kirche erbaut, die 1838–1840 am Standort der 1754 errichteten, wegen Baufälligkeit abgerissenen Kirche der Salzburger entstand. Die ehemalige Kreuzkirche (1899) ist nach Aufbau einer Kuppel heute russisch-orthodoxe Kirche. Gumbinnen besaß ein von drei- bis viergeschossigen Bauten geprägtes kleines Stadtzentrum und ausgedehnte Vororte mit niedriger Bebauung, zwei Kasernen und Gewerbebetrieben.

Die nicht schiffbare Pissa teilt die Stadt in west-östlicher Richtung. Die Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs sind teilweise bis heute im Stadtbild sichtbar. Das als Wahrzeichen Gumbinnens geltende Elch-Standbild (errichtet 1912 auf der Dammpromenade) wurde in sowjetischer Zeit in den Kaliningrader Zoo umgesetzt und kehrte Anfang der 1990er Jahre nach Gusev zurück.

Bildungseinrichtungen

Gumbinnen verfügte seit 1763 über ein Gymnasium, erhielt 1810 die erste höhere Mädchenbildungsanstalt und 1872 die erste Landwirtschaftsschule in Ostpreußen. 1929/30 kam eine staatliche Ingenieursschule hinzu.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Rolf Engels: Die preußische Verwaltung von Kammer und Regierung Gumbinnen (1724–1870). Köln, Berlin 1974.
- Dietrich Goldbeck, Herbert Sticklies: Gumbinnen Stadt und Land. Bilddokumentation eines ostpreußischen Landkreises 1900–1982. Hg. von der Kreisgemeinschaft Gumbinnen in der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. Bielefeld 1985.
- Aleksandr M. Ivanov: Gumbinnen – Gusev. Kaliningrad 2003 [in russ. Sprache].
- Rudolf Grenz: Stadt und Kreis Gumbinnen. Eine ostpreußische Dokumentation. Marburg/L. 1971.

Weblinks

- http://www.verwaltungsgeschichte.de/gumbinnen.html

Anmerkungen

[1] Vgl.: www.verwaltungsgeschichte.de/gumbinnen.html; de.wikipedia.org/wiki/Gussew.

Zitation

Heinke M. Kalinke: Gumbinnen/Gusev. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2013. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54244.html (Stand 06.11.2013).

Gusev → Gumbinnen/Gusev

siehe Gumbinnen/Gusev

Gutwasser/Dobrá Voda (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Győr → Raab/Győr

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Raab

Amtliche Bezeichnung

ung. Győr

Anderssprachige Bezeichnungen

lat., in römischer Zeit: Arrabona, seit dem Mittelalter: Iaurinum; slowak. Ráb

2. Geographie

Lage

Raab liegt auf 47° 41' nördlicher Breite, 17° 38' östlicher Länge, 120 km von Budapest und Wien, 80 km von Pressburg/Bratislava entfernt.

Topographie

Ortschaft an der Mündung der Raab (*Rába*) und der Rabnitz (*Rábca*) in die Kleine Donau (*Mosoni Duna*) im Osten der Kleinen Ungarischen Tiefebene (*Kisalföld*).

Region

West-Transdanubien (*Nyugat-Dunántúl*)

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Ungarn. Raab ist Sitz des Komitats Raab-Wieselburg-Ödenburg (*Győr-Moson-Sopron Megye*), Zentrum des Kleingebiets Győr und Sitz des römisch-katholischen Bistums Raab/Győr.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Im rechten, blauen Feld des seitlich gebogenen Scheibenschildes ist der hl. Erzmärtyrer Stephan, der Patron der Stadt, zu sehen. In der Rechten hält er einen Stein (Hinweis auf seine Steinigung), in der Linken einen Palmenzweig (Symbol des Martyriums). In der oberen Hälfte des zweigeteilten linken Schildbereichs befindet sich auf blauem Grund eine steinerne Burg mit Turm und offenem Tor; im unteren Feld sind auf rotem Grund drei silberne Wellen dargestellt, welche die Flüsse der Stadt symbolisieren.

Beinamen

Wegen seiner drei Flüsse wird Raab "Stadt der Flüsse" genannt.

Archäologische Bedeutung

In römischer Zeit standen hier ein Militärlager am Donau-Limes und die blühende Stadt Arrabona (daher die deutsche Bezeichnung von Stadt und Fluss Raab). Später wurde die Ortschaft u. a. von Hunnen, Awaren und Franken besiedelt.

Mittelalter

Zur Zeit der ungarischen Landnahme ließ sich auf diesem Gebiet der Stamm der Arpaden nieder. König Stephan I. (der Heilige) gründete hier Anfang des zweiten Jahrtausends ein Bistum und eine Burggrafschaft, die später zum Sitz des Komitats Győr wurde. Aufgrund seiner verkehrsgünstigen Lage war der Ort bereits früh ein bedeutendes Handelszentrum, im 14. Jahrhundert dann auch Grenzposten und Kalisalzlager. Die Raaber Burg und ihre Verteidiger spielten eine wichtige Rolle in den Kämpfen gegen den böhmischen König Ot-

tokar II. Přemysl (1253–1278). 1271 erhielt die Siedlung von König Stephan V. eine Privilegierung nach deutschem Recht. Es entstand eine Stadt mit regelmäßigem Grundriss.

Neuzeit

Nach der Schlacht bei Mohács (1526) spielte Raab eine Schlüsselrolle in der Türkenabwehr; die Festung war ein wichtiges Glied der Grenzburgenkette und Sitz des Raaber Präsidiums. 1594 öffnete der Burghauptmann den Osmanen die Festungstore; vier Jahre später konnten die Habsburger unter Adolf von Schwarzenberg die Festung zurückerobern. König Matthias II. (1608–1619) ernannte Raab zur privilegierten Minderstadt, die Bewohner wurden von Steuerzahlungen befreit. Maria Theresia (1740–1780) erhob die Stadt 1743 zur königlichen Freistadt.

Nach der sog. Raaber Schlacht unweit der Stadt kam Raab für einige Monate unter französische Herrschaft. In der Ungarischen Revolution 1848/49 besetzte General Haynau die Stadt (1849), die anschließend von ungarischen Truppen belagert wurde. Dadurch verlangsamte sich die Stadtentwicklung für etwa anderthalb Jahrzehnte. Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts erlebte die Stadt wieder einen Aufschwung mit spürbarer industrieller Entwicklung; Raab wurde bis Ende des Jahrhunderts zu der nach der Hauptstadt am stärksten industrialisierten Stadt Ungarns.

Zeitgeschichte

Während des Zweiten Weltkrieges wurde Raab stark beschädigt, sodass die Sanierungsarbeiten bis Anfang der 1950er Jahre dauerten. Im Frühjahr 1945 wurde die Stadt von der Roten Armee besetzt. Damals verlor der "Frauenverteidiger" Bischof Vilmos Apor (1941–1945) als Märtyrer sein Leben, er wurde 1997 von Papst Johannes Paul II. seliggesprochen. Im ungarischen Volksaufstand 1956 spielte Raab eine bedeutende Rolle. Die Stadt kam ab den 1960er Jahren wieder in Schwung und ist heute ein wichtiges wirtschaftliches und kulturelles Zentrum Nordungarns.

Verwaltung

Selbstverwaltung der Stadt Raab mit Komitatsrecht (*Győr Megyei Jogú Város Önkormányzata*). Minderheiten-Selbstverwaltungen der Deutschen, Kroaten, Sinti und Roma, Polen, Rumänen und Armenier.

Bevölkerung

1785 zählte die Stadt 13.421 Einwohner, 1840 waren es 18.000 (davon 4 % Deutsche), 1880: 20.981 (davon 6,77 % Deutsche), 1910: 42.589 (davon 2,63 % Deutsche und 1,31 % Slowaken).[1] 2009 betrug die Bevölkerungszahl 130.476. Ethnische Zusammensetzung (2001): Ungarn 95 %, Deutsche 0,8 %, Sinti und Roma 0,6 %, Kroaten 0,2 %.

Wirtschaft

Wegen ihrer günstigen geographischen Lage ist Raab ein attraktiver Standort für ausländische Unternehmen. Mehrere internationale Unternehmen - z. B. Audi und Philips - bauten hier ihre ostmitteleuropäischen Filialen. Ein traditionelles ungarisches Unternehmen ist der 1896 gegründete Nutzfahrzeughersteller Raba (heute *Rába Járműipari Holding Nyrt*).

Religions- und Kirchengeschichte

Die ab 1598 betriebene Gegenreformation führte dazu, dass die Mehrheit der Bevölkerung römisch-katholisch ist. Konfessionelle Zugehörigkeit der Bewohner: 1840: 70,8 % katholisch, 25,5 % lutherisch, 3,2 % helvetisch-reformiert; 1880: 69,1 % katholisch, 14,8 % lu-

therisch, 4,6 % helvetisch-reformiert, 11,1 % mosaisch; 1910: 71,6 % katholisch, 10,2 % lutherisch, 5,0 % helvetisch-reformiert, 12,6 % mosaisch;[2] 2001: 66,5 % katholisch, 6,1 % lutherisch, 5,1 % helvetisch-reformiert, 0,4 % griechisch-katholisch; 10,4 % gehörten keiner Konfession oder Kirche an; die Konfession von 10,6 % der Bewohner war unbekannt.[3]

Besondere kulturelle Institutionen

Nationaltheater Raab (*Győri Nemzeti Színház*), Ballett Raab (*Győri Balett*), Xántus-János-Museum (*Xántus János Múzeum*), Stadtbibliothek (*Városi Könyvtár*). Im 18. und 19. Jahrhundert war in Raab ein deutsches Theater in Betrieb.

Bildung und Wissenschaft

In Raab sind das Czuczor-Gergely-Bencés-Gymnasium (*Czuczor Gergely Bencés Gimnázium*) mit Kolleg, das Katholische Schulzentrum Vilmos Apor, die zweisprachige Baross-Gábor-Schule für Wirtschaftliche Berufsbildung (*Baross Gábor Közgazdasági és Két Tanítási Nyelvű Szakközépiskola*), die Universität Szent István (*Szent István Egyetem*), die Westungarische Apáczai-Csere-János-Universität (*Nyugat-Magyarországi Egyetem Apáczai Csere János Kar*) und die Theologische Hauptschule Raab (*Győri Hittudományi Főiskola*) angesiedelt. Zudem sind das Komitatsarchiv Győr-Moson-Sopron, das Stadtarchiv Raab, das Raaber Diözesanarchiv sowie die Schatzkammer und die Bibliothek der Raaber Diözese in der Stadt ansässig.

Kunstgeschichte

Das im 17. und 18. Jahrhundert im barocken Stil umgestaltete Stadtzentrum ist bis heute erhalten. Zu den bedeutenden historischen Gebäuden zählen die Kathedrale, das Schloss Zichy und das alte Rathaus. In der Kathedrale wird eine aus dem Mittelalter stammende Herme des hl. Ladislaus aufbewahrt.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- József Bana, Gyula Morvai: Győr története a kezdetektől napjainkig [Geschichte Raabs von den Anfängen bis heute]. Győr 1997.
- Lajos Boros: A győri székesegyház [Die Kathedrale von Raab]. Budapest 1985.
- József Búzás: Kanonische Visitationen der Diözese Raab aus dem 17. Jahrhundert. 4 Bde. Eisenstadt 1966–1969 (Burgenländische Forschungen 52-55).
- Tamás Czvikovszky: A város háza. A győri városháza története és bemutatása [Das Haus der Stadt. Geschichte des Raaber Rathauses und Führer durch dieses]. Győr 2009.
- Tamás Kiss (Hg.): A Győri Egyházmegye ezer éve [1000 Jahre Diözese Raab]. [Győr] 2000.
- Raimund Temel: Die Diözesanbischöfe von Raab/Györ, Steinamanger/Szombathely und Eisenstadt. Ein biographisches Nachschlagewerk. Eisenstadt 2008.

Jahrbücher, Zeitschriften

- Arrabona. Múzeumi közlemények [Jahrbuch des Xántus-János-Museums] (1959ff.)
- Győri Tanulmányok [Raaber Studien] (1973ff.)

Weblinks

- www.gyor.hu (Webpräsenz der Stadt Raab)
- www.gyor.egyhazmegye.hu (Diözese Raab)
- www.vleveltar.gyor.hu (Stadtarchiv Raab)

Anmerkungen

[1] Ernő Deák: Königliche Freistädte - Munizipalstädte. Das Städtewesen der Länder der ungarischen Krone (1780–1918). Teil 2: Ausgewählte Materialien zum Städtewesen A. Wien 1989 (Österreichische Akademie der Wissenschaften. Veröffentlichungen der Kommission für Wirtschafts-, Sozial- und Städtegeschichte 4), S. 37.

[2] Deák: Königliche Freistädte, S. 38.

[3] Zsuzsanna Józsa (Hg.): A Magyar Köztársaság helységnévtára 2003 [Das Ortsverzeichnis der Republik Ungarn 2003]. Budapest 2003, S. 386.

Zitation

Tamás Fedeles: Raab/Győr. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/57056.html (Stand 04.09.2012).

Gyulafehérvár;Weißenburg → Karlsburg (früher Weißenburg)/Alba Iulia

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Weißenburg, Weissenbrich, ab 1718 Carlsburg, Karlsburg

Amtliche Bezeichnung

rum. Alba Iulia, früher rum. Bălgrad

Anderssprachige Bezeichnungen

ung. Gyulafehérvár, selten Károlyfehérvár, Erdélyfehérvár, Fehérvár; lat. Apulum, Alba Iulia, Alba Carolina, Caropolis; griech. (wohl nach dem dakischen Ortsnamen) Apoulon

Etymologie

Die Slawen nannten die Siedlung wegen ihrer Außenmauern aus weißem Kalkstein *Bălgrad* (= weiße Burg). Der Name wurde im Ungarischen (*Fehérvár)* und Deutschen (*Weißenburg)* übernommen. Die Namen Alba Iulia und Gyulafehérvár finden sich in lateinischen Urkunden des 13.–15. Jahrhunderts in mehreren Variationen: Alba Transilvaniae/Erdélyfehérvár, Alba Gyle, Alba Giule, Alba Iule. Ein *gyula* war der Anführer einer magyarischen Gruppe, die sich hier im 10. Jahrhundert niederließ. 1718 wurde der Ort nach Kaiser Karl VI. (König Karl/Károly III. von Ungarn) benannt.

2. Geographie

Lage

Karlsburg liegt auf 46° 4' nördlicher Breite und 21° 35' östlicher Länge, 270 m über NHN, etwa 100 km südlich von Klausenburg/Cluj-Napoca und 70 km nordwestlich von Hermannstadt/Sibiu.

Topographie

Karlsburg befindet sich im Zentrum der siebenbürgischen Hochebene, östlich des Trascău-Gebirges, das zu den Siebenbürgischen Westgebirgen gehört. Es liegt auf einer Terrasse über dem Fluss Mieresch (rum. Mureş), nahe der Mündung des Ampoi (ung. Ompoly) in den Mieresch.

Region

Siebenbürgen

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Rumänien. Karlsburg ist Hauptstadt des rumänischen Landkreises (*judeţ*) Alba und seit 1968 ein Munizipium (*municipiu*). Nach der Etablierung des Fürstentums Siebenbürgen wurde Weißenburg 1546 fürstliche Residenz. Hier befinden sich die Verwaltungssitze der rumänischen Planungsregion "Zentrum", einer der acht Wirtschaftsregionen Rumäniens. Zudem sind die Metropolitansitze eines rumänisch-orthodoxen und eines römisch-katholischen Erzbistums angesiedelt.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Das Stadtwappen besteht aus einem dreieckigen Schild mit abgerundeten Kanten. Das obere Feld zeigt die eiserne Krone Rumäniens auf einem Hermelin, das linke Feld auf blauem Hintergrund den Goldenen Adler für die Walachei. Im rechten Feld, auf rotem Hintergrund, der Kopf eines Auerochsen für die Moldau. Das mittlere Feld stellt zwei stehende rote Löwen mit einem schwarzen Schwert auf sieben Hügeln dar. Über dem Schild erscheint die Burgkrone als Symbol des Munizipalrechts. Der Adler auf der Krone deutet auf den Rang des Ortes hin.

Archäologische Bedeutung, Vor- und Frühgeschichte, Antike

Auf dem heutigen Stadtgebiet wurden eine neolithische Siedlung und zahlreiche Gegenstände aus der Bronzezeit gefunden. Bei Sanierungsarbeiten in der Burg 2011 wurde in der Nähe des römisch-katholischen Doms, innerhalb des ehemaligen Kastells, ein römischer Tempel mit einer Statue der Göttin Nemesis entdeckt. Unweit davon wurde damals auch die erste christliche Kirche Siebenbürgens aus der Mitte des 10. Jahrhunderts ausgegraben. Archäologen vermuten, dass es sich um den Sitz des Bischofs Hyerotheos handelt, der als Missionar aus Byzanz in die Gegend kam.

Nach der Eroberung Dakiens durch die Römer wurde das dakische Apoulon zum *castrum*, später *municipium*, Apulum ausgebaut, war ab 107 n. Chr. Zentrum der römischen Besatzung (Legion XIII. Gemina), zeitweise Verwaltungssitz der Provinz *Dacia Apulensis* und mit ca. 30.000 Einwohnern die bevölkerungsreichste Stadt Dakiens. Nach dem römischen Rückzug unter Aurelian (271) wurden ostgermanische und halbnomadische Stämme hier ansässig. Diesen folgten im 7. Jahrhundert Slawen. Die Römerstadt verfiel, doch bestand in den schützenden Ruinen eine ländlich geprägte Siedlung fort.[1]

Mittelalter

Im 10. Jahrhundert baute hier eine magyarische Gruppe unter Führung eines *gyula* ein Herrschaftsgebiet aus, das von König Stephan I. dem Heiligen 1003 gewaltsam in das Königreich Ungarn integriert wurde. 1009 wurde ein römisch-katholisches Bistum gegründet, das bis heute besteht. 1241 wurde die Stadt durch einen Mongolenangriff verwüstet, 1277

und 1317 von Siebenbürger Sachsen, die ihre Eigenkirchlichkeit gegenüber dem siebenbürgischen Bischof verteidigen wollten. Da die Stadt dem Bischof unterstand, mit den freien siebenbürgisch-sächsischen Nachbarstädten nicht konkurrieren konnte und seit Ende des 14. Jahrhunderts wiederholten Angriffen der aus dem Miereschtal heranziehenden Osmanen ausgesetzt war, konnte sich Weißenburg im Mittelalter nie zu einer Handels- oder Handwerksmetropole entwickeln.

Der Ort war Sitz des Komitats *Fehér*, nach dessen Teilung des Komitats *Alsó Fehér* (rum. Alba Inferioară, dt. Unter-Weißenburg). Hier tagten wiederholt die siebenbürgischen Landtage, unter ihnen die für das rumänische Selbstverständnis wichtige Zusammenkunft von 1291, als neben den drei Ständen des ungarischen Adels, der Szekler und der Siebenbürger Sachsen auch die Rumänen teilnahmen. Der hier residierende Komitatsgespan (*ispán*) war in der Regel gleichzeitig Vizewoiwode Siebenbürgens. 1442 errang der Woiwode Johannes Hunyadi in der Nähe von Weißenburg einen Sieg über die Osmanen.

Neuzeit

Nach dem Zerfall des ungarischen Königreichs wurde die Stadt zwischen 1542 und 1690 Sitz der Fürsten von Siebenbürgen, die nach der Reformation und der Vertreibung des siebenbürgischen Bischofs in dessen Palais residierten. Die meisten Landtage dieser Zeit fanden in Weißenburg statt. 1542 wurde hier Johann II. Sigismund Szapolyai zum ungarischen König gewählt. In der ungarischen Geschichtsschreibung wird die Stadt als Hauptstadt des im Osten fortbestehenden Königreichs Ungarn bezeichnet. 1591 hielt der Sachsengraf Albrecht Huet in Weißenburg eine denkwürdige Rede, in der er die Privilegien der Siebenbürger Sachsen mit historischen und naturrechtlichen Argumenten verteidigte. 1599 zog der walachische Fürst Michael der Tapfere (Mihai Viteazul) nach der Eroberung des Landes in Weißenburg ein und wurde hier 1600 vom Landtag zum Fürsten von Siebenbürgen gewählt. Da Michael auch die Moldau besetzt hatte, unterstanden nun die drei später zu Rumänien gehörenden Provinzen Walachei, Moldau und Siebenbürgen erstmals, allerdings nur kurzzeitig (bis 1601), einem einzigen Herrscher. Die symbolisch überhöhte "erste Vereinigung der drei rumänischen Länder" sollte 1918 eine wesentliche Rolle bei der Einberufung der Nationalversammlung der Rumänen nach Karlsburg spielen.

1602 wurde der Ort von Truppen des habsburgischen Generals Giorgio Basta verwüstet, der der Herrschaft Michaels des Tapferen ein Ende setzte. Unter dem Fürsten Gabriel/Gábor Bethlen (1613-1629) wurde Weißenburg im "italienischen Stil" (Spätrenaissance/Frühbarock) wiederaufgebaut. 1657 wurde die Stadt von tatarischen Truppen in Brand gesetzt, die Siebenbürgen mit Duldung der Osmanen verwüsteten. 1661 eroberten Osmanen die Stadt.

1687 besetzten österreichische Truppen Weißenburg, das nun in die Habsburgermonarchie integriert wurde. 1704 wurde hier Franz II. Rákoczi, der Führer der antihabsburgischen Bewegung in Ungarn, zum Fürsten Siebenbürgens gewählt. Nach der Niederschlagung des Aufstandes (1711) ließ Kaiser Karl VI. den Ort ab 1714 nach Plänen von Giovanni Visconti zur Festung im Vauban-Stil ausbauen; die Arbeiten wurden 1738 abgeschlossen. Symbol der neuen Herrschaft war auch die Umbenennung der Stadt im Jahr 1718. Obwohl offiziell angeordnet, haben die Ungarn den Ort in den seltensten Fällen "Károlyfehérvár" genannt und den alten Namen beibehalten, während sich der deutsche Ortsname durchsetzen konnte. Karlsburg wurde in habsburgischer Zeit nicht mehr Hauptstadt Siebenbürgens, wohl aber die wichtigste Garnisonsstadt. Hier wurden 1785 die Anführer eines Aufstandes der siebenbürgischen Rumänen aufs Rad geflochten und hingerichtet. Während der Revo-

lution von 1848/49 wurde Karlsburg kurzzeitig von ungarischen Revolutionären besetzt, dann von österreichisch-russischen Truppen zurückerobert.

Zeitgeschichte

Auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker trafen am Ende des Ersten Weltkrieges, während des Zerfalls der österreichisch-ungarischen Monarchie, am 1. Dezember 1918 in Karlsburg rund 10.000 Vertreter der Siebenbürger Rumänen zusammen und beschlossen auf einer Nationalversammlung den Anschluss Siebenbürgens an das Königreich Rumänien. Die damals verkündeten Beschlüsse von Karlsburg sagten auch den anderen Völkern der Region weitgehende Minderheitenrechte im neuen Staat Großrumänien zu. Nach der internationalen Anerkennung des Anschlusses durch den Friedensvertrag von Trianon (1920) wurde König Ferdinand I. von Hohenzollern-Sigmaringen in der zu diesem Zweck erbauten Vereinigungskathedrale (rum. *Catedrala Sf. Treime, catedrala Reîntregirii Neamului şi a Încoronării*) an symbolträchtigem Ort zum König von Großrumänien gekrönt.

Verwaltung

Die Stadt wird von einem Bürgermeister und einem Stadtrat (21 Sitze) geleitet. Es sind drei juristische Instanzen, das Obergericht (*Curtea de Apel),* das Berufungsgericht *(Tribunalul Alba Iulia*) und der Gerichtshof *(Judecatoria)* in der Stadt ansässig.

Bevölkerung

1785 hatte die Stadt 13.928 Einwohner, 1840 waren es 25.000. Die Zahl schrumpfte bis 1857 auf 20.615 und stieg dann bis 1880 wieder auf 22.761 an. 1880 gaben 76,07 % der Bevölkerung an, magyarischer, 4,76 % deutscher, 12,88 % rumänischer Sprachzugehörigkeit zu sein. 1910 wurden 58.481 Einwohner gezählt, davon 83,38 % mit magyarischer, 12,44 % mit rumänischer und 2,76 % mit deutscher Sprachzugehörigkeit.[2] Die höchste Zahl deutscher Bewohner wurde 1900 mit 1.343 Personen erreicht (8,11 % der Gesamtbevölkerung).[3] Bis in die 1990er Jahre ist die deutsche Einwohnerzahl aufgrund der Auswanderung stark gesunken. 1992 wurde der Höchststand der Einwohnerzahl erreicht: 71.168 Personen. Darunter waren noch 461 Deutsche. 2002 hatte Karlsburg 66.406, 2011 61.045 Einwohner.[4]

Wirtschaft

Karlsburgs Wirtschaft ist von der Bau-, Lebensmittel-, Textil- und Lederindustrie geprägt. Die Porzellanmanufaktur und der Weinbau zählen zu den wichtigsten Wirtschaftszweigen der Stadt. Nach der Wende 1989/90 und insbesondere nach der Burgsanierung der letzten Jahre nahm die Bedeutung des Tourismus zu.

Religions- und Kirchengeschichte

Das römisch-katholische Bistum beherrschte die Stadt seit seiner Gründung (1009). 1991 wurde es zum Erzbistum erhoben. Unterstützt von einigen Fürsten entfalteten sich hier mehrere reformatorische Bewegungen, vor allem der Antitrinitarismus (Unitarismus) und der Calvinismus. Das römisch-katholische Bistum wurde zeitweise aufgelöst und erstand erst 1715, auf Druck der Habsburger, wieder. Umstritten ist die Frage, ob Michael der Tapfere 1600 in Karlsburg ein griechisch-orthodoxes Bistum oder nur eine Kirche gestiftet hat. 1698 beschloss die von Bischof Atanasie Anghel geleitete orthodoxe Synode von 38 Protopresbytern auf Initiative des Wiener Hofes die Vereinigung mit der römischen Kirche. Es entstand die griechisch-katholische (unierte) Kirche der Siebenbürger Rumänen. Der Sitz des Bistums der griechisch-katholischen Kirche war anfangs Karlsburg, dann Fo-

garasch/Făgăraș und Blasendorf/Blaj, wo er sich auch heute befindet. Die orthodoxe Kirche bestand jedoch in Teilen weiter und erstarkte im 18. Jahrhundert zunehmend. 1761 wurde der orthodoxe bischöfliche Sitz wieder besetzt, allerdings der Hermannstädter Orthodoxen Metropolie untergeordnet. 2005 wurde das Erzbistum Alba Iulia der neu gegründeten orthodoxen Metropolie Klausenburg zugeordnet.

1627 erhielten sephardische Juden – nur in Karlsburg – die Erlaubnis zur Niederlassung auf siebenbürgischem Boden und errichteten in der Unterstadt eine Synagoge.

Konfessionelle Zugehörigkeit der Stadtbewohner: 1880:[5] 35,60 % römisch-katholisch, 35,69 % calvnistisch,13,80 % griechisch-katholisch, 5,35 % mosaisch, 4,31% lutherisch, 3,45 % unitarisch (antitrinitarisch), 1,45 % griechisch-orthodox; 1910:[6] 34,08 calvinistisch, 31,28 % römisch-katholisch, 14,22 % griechisch-katholisch, 11,59 % mosaisch, 3,32 % lutherisch, 3,16 % unitarisch, 2,23 % griechisch-orthodox;1930:[7] 38,3 % orthodox, 21,4 % griechisch-katholisch, 14,7 % reformiert, 10,5 % römisch-katholisch, 7,2 % evangelisch, 6,5 % mosaisch; 2002:[8] 80 % orthodox, 2,6 % griechisch-katholisch, 1,2 % reformiert, 2,5 % römisch-katholisch, <1 % evangelisch.

Kulturelle Institutionen

Das Vereinigungsmuseum (*Muzeul Naţional al Unirii*) ist im ehemaligen Militärkasino (erbaut 1851–1853) untergebracht und beherbergte ursprünglich Funde archäologischer Ausgrabungen. Der Vereinigungssaal, in dem 1918 der Anschluss Siebenbürgens an Rumänien beschlossen wurde, ist ein Symbol des rumänischen Nationalbewusstseins.

Die Batthyaneum-Bibliothek (*Biblioteca Batthyaneum*) wurde 1780 im Barockgebäude einer ehemaligen Kirche eingerichtet. Sie beherbergt seltene Bücher und eine Sammlung von Inkunabeln, u. a. Teile des *Lorscher Evangeliars*, des *Codex Aureus* und des *Codex Burgundus*. 1792 wurde hier das erste astronomische Observatorium des Landes geschaffen.

Das 1952 eröffnete Puppentheater "Prichindel" ist eines der bekanntesten in Europa.

Bildung und Wissenschaft

Der siebenbürgische Fürst Gabriel/Gábor Bethlen gründete in Weißenburg am 1. Mai 1620 ein Kollegium, das 1622 in das "Akademische Bethlen-Kolleg" (*Collegium Academicum Bethlenianum)* umgewandelt wurde; unter anderen deutschen Gelehrten lehrte hier zeitweise auch der Dichter Martin Opitz. 1629 erhielt das Kolleg den Rang einer akademischen Schule und es wurden eine Theologische, eine Philosophische und eine Philologische Fakultät eingerichtet. 1658 zog es nach Strassburg am Mieresch/Aiud um. In Karlsburg sind heute das Nationalkollegium *Horea, Cloşca şi Crişan*, das Orthodoxe und das Römisch-Katholische Seminar sowie drei Hochschulen angesiedelt: die Universität "1. Dezember 1918" (*Universitatea "1 Decembrie 1918"*), die Akademie für Informatik, Technische Wissenschaften, Wirtschaft, Recht und Verwaltung (*Academia Informatizată pentru Ştiinţe Tehnice, Economice, de Drept şi Administraţie*) und die Rumänische Wirtschaftsschule der Industrie- und Handelskammer (*Şcoala Română de Afaceri a Camerelor de Comerţ şi Industrie*).

Kunstgeschichte

Das Stadtbild ist geprägt von der siebeneckigen, sternförmigen Festung im Vauban-Stil, die 1714 begonnen und an den Ecken mit Bastionen befestigt wurde. Mehrere reich gestaltete Torbauten (u. a. das Karlstor um 1720) ermöglichten den Zugang zur Festung.

Die römisch-katholische Kathedrale St. Michael, die in großen Teilen vor allem im 12. und 13. Jahrhundert im romanischen Stil errichtet und später erweitert worden war (frühgotischer Chorabschluss), ist einer der bedeutendsten Bauten der Romanik im alten Königreich Ungarn; die im 16. Jahrhundert angebaute Lázó-Kapelle ist ein schönes Beispiel der Frührenaissance in Siebenbürgen. Das Bischofspalais geht auf das späte 15. Jahrhundert zurück und wurde vor allem im 17. Jahrhundert erneuert. Aus dieser Zeit stammt auch das in den schlichten Formen der Spätrenaissance und des Frühbarock errichtete Hauptportal. Seit 1542 wurde es von den Fürsten Siebenbürgens bewohnt. Das Stadtpalais der ungarischen Adelsfamilie Apor ist der eindrucksvollste mittelalterliche Profanbau in Karlsburg; es wurde im 18. Jahrhundert im Barockstil umgebaut und ist heute Sitz des Rektorats der Universität.

Die als Nationaldenkmal fungierende Vereinigungskathedrale wurde in den 1920er Jahren an zentraler Stelle innerhalb der Festungsanlage gebaut.

Die Route der drei Festungsanlagen (*Traseul celor 3 fortificaţii*) ermöglicht Besuchern eine Reise durch drei Epochen: das römische castrum der *Legion XIII. Gemina*, die mittelalterliche und die frühneuzeitliche Burg.

Die Holzkirche "Michael der Tapfere" wird dem walachischen Fürsten zugeschrieben und war im 17. Jahrhundert vielleicht ein Zentrum des orthodoxen Bistums Siebenbürgen.

Buch- und Druckgeschichte

Zentrum des Buchdruckes in Siebenbürgen war bis 1590 Kronstadt, dann Karlsburg. Hier wurden u. a. 1648 die erste rumänische Bibelübersetzung und 1699 die erste rumänische Fibel (*Bucoavna de la Bălgrad)* gedruckt.

4. Diskurse/Kontroversen

Mit Karlsburg stehen unterschiedliche historiographische und religionshistorische Kontroversen in Verbindung. Zum einen geht es um die Kontinuität der rumänischen Bevölkerung auf siebenbürgischem Boden (ununterbrochene Fortdauer der dakisch-römischen Bevölkerung von der Antike bis heute), die von der rumänischen Geschichtsschreibung als Argument für das historische Recht auf Siebenbürgen postuliert, von ungarischer Seite aber negiert wird. Zum anderen geht es um die Kontroversen zwischen verschiedenen Religionsgemeinschaften, für die Karlsburg eine symbolische Bedeutung hat. Die römisch-katholische Kirche beruft sich auf ihre tausendjährige Vergangenheit (große Millenniumsfeier 2009), die griechisch-orthodoxe Kirche betont die Existenz eines eigenen Bistums in Karlsburg seit der Zeit Michaels des Tapferen. Für die griechisch-katholische Kirche ist es der Ort der Gründung ihrer Glaubensgemeinschaft.

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Gheorghe Anghel: Cetăţile medievale de la Alba Iulia [Die mittelalterlichen Burgen in Weissenburg]. In: Apulum 13 (1975), S. 245-271.
- Thomas Nägler: Alba Iulia. In: Harald Roth (Hg.): Handbuch der historischen Stätten. Siebenbürgen. Stuttgart 2003, S. 5-10.
- Ernst Wagner (Bearb.): Quellen zur Geschichte der Siebenbürger Sachsen 1191–1975. Köln u. a. 1976 (Schriften zur Landeskunde Siebenbürgens 1), S. 258-271.

Periodika

- *Discobolul* [Der Diskobolos], 1996ff. (Literarische Zeitschrift, Online-Archiv 2006ff. URL: http://www.revista-discobolul.ro/)

Weblinks

- http://www.apulum.ro/index-de.htm (Offizielle Webpräsenz der Stadt Karlsburg u. a. in deutscher und englischer Sprache)
- http://www.bibnat.ro/Filiala-Batthyaneum-s75-ro.htm (Seite der Batthyaneum-Bibliothek - Rumänische Nationalbibliothek/Biblioteca Batthyaneum - Biblioteca Naţionala a Romaniei in rumänischer Sprache)
- http://mnuai.ro/muzeu/ (Seite des Vereinigungsmuseums Karlsburg/Istoricul Muzeului Naţional al Unirii Alba Iulia in rumänischer Sprache)

Anmerkungen

[1] Vgl. Roth: Handbuch, S. 5.

[2] Ernő Deák: Königliche Freistädte – Munizipalstädte. Das Städtewesen der Länder der ungarischen Krone (1780–1918). Teil II/1: Ausgewählte Materialien zum Städtewesen A. Wien 1989 (Österreichische Akademie der Wissenschaften. Veröffentlichungen der Kommission für Wirtschafts- Sozial- und Städtegeschichte 4), S. 365.

[3] Vgl. Varga Árpád: Fehér megye településeinek etnikai (anyanyelvi/nemzetiségi) adatai 1850–2002 [Ethnische Daten (Sprache/Staatsangehörigkeit) der Ortschaften des Kreises Alba zwischen 1850-2002] Online Dokument: http://www.kia.hu/konyvtar/erdely/erd2002/abetn02.pdf (Zugriff 26.09.2013).

[4] Vgl. die Volkszählungswebseite Rumäniens http://www.recensamantromania.ro/wp-content/uploads/2012/02/Comunicat_DATE_PROVIZORII_RPL_2011_.pdf (Zugriff 26.09.2013).

[5] Deák (wie Anm. 2), S. 366.

[6] Deák (wie Anm. 2), S. 366.

[7] Vgl. Recensământul general al populației României din 29 Decemvrie 1930 [Generalvolkszählung der Rumänischen Bevölkerung vom 29. Dezember 1930]. Bd. 2, S. 522.

[8] Vgl. Varga Árpád: Fehér megye településeinek etnikai (anyanyelvi/nemzetiségi) adatai 1850-2002 [Ethnische Daten (Sprache/Staatsangehörigkeit) der Ortschaften des Kreises Alba zwischen 1850–2002] Online Dokument: http://www.kia.hu/konyvtar/erdely/erd2002/abetn02.pdf (Zugriff 26.09.2013).

Zitation

Cornelia Guju: Karlsburg (früher Weißenburg)/Alba Iulia. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2013. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54273.html (Stand 26.09.2013).

H

Haindorf/Hejnice (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Halitsch/Halyč/Galič (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Hapsal/Hapsalu (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Heiligelinde/Święta Lipka (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Heinrichau/Henryków (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Heltau/Cisnădie (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Hermannstadt/Sibiu (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Himmelwitz/Jemielnica

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Himmelwitz

Amtliche Bezeichnung

poln. Jemielnica, dt. Himmelwitz

Etymologie

Als namensgebend wird die slawische Benennung für Mistel (*jemela*) vermutet.

2. Geographie

Lage

Das Dorf liegt nordöstlich von Groß Strehlitz/Strzelce Opolskie und nordwestlich von der mittelalterlichen Burg Tost/Toszek.

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Republik Polen; Hauptort der gleichnamigen Landgemeinde im Landkreis Groß Strehlitz/Powiat Strzelecki in der Woiwodschaft Oppeln/Województwo opolskie.

3. Geschichte und Kultur



Wappen der Gemeinde Himmelwitz/Jemielnica [Wikimedia Commons]. Foto: Matthiasp CC BY-SA 3.0

Gebräuchliche Symbolik

Auf dem Wappen steht ein Zisterziensermönch auf blau-gelbem Grund (einflussreiche Rolle des hiesigen Klosters). Zu seiner Linken ist Getreide dargestellt (landwirtschaftlicher Charakter der Gemeinde). Zur Rechten des Mönchs steht ein mistelbewachsener Baum (Ortsname).

Historische und heute gebräuchliche Bezeichnungen

Der Ortsname im Laufe der Jahrhunderte in verschiedenen Quellen: Gemelnici (1225), Jemelnicha (1285), Gemelnitz (1302), Gemmelniche (1310), Gemilnicz (1364), Gemelnitz (1366), Gimmelnycz (1401), Giemelnicz (1485), Jemmelnitz (1608), Himmelwitz (1616), Gimmelwitz (1677), Gemelnicium (1699), Himmelwitz (1776), Химмельвиц (1945), I-mielnica (1945), Jemielnica (1947), Jemielnica/Himmelwitz (2006).

Allgemeine Geschichte

Der Ort wurde am 29. November 1225 erstmals urkundlich erwähnt.[1] Aufgrund häufiger Brände und auch Aktenvernichtung sind aus der Gründungszeit nur wenige Daten vorhanden. Das Himmelwitzer Zisterzienserkloster wurde 1283 durch Herzog Boleslaus I. von Oppeln gestiftet und vor 1289 mit etwa 20 Ordensbrüdern des Klosters Rauden besiedelt.[2] Das Kloster zählte zu den ärmsten in Schlesien. "Erst mit Herzog Albert von Groß Strehlitz, dem 'zweiten Fundator', der 1361 dem Stift mehrere Dörfer und Mühlen schenkte",[3] verbesserte sich die Situation; dennoch erlangte es nie die kulturelle Bedeutung von Leubus/Lubiąż oder Rauden/Rudy. Im Jahr 1428 wurde das Kloster von Hussiten niedergebrannt. Mit dem Kloster ist der Name des in Görlitz geborenen Abtes Johannes Nucius (Amtszeit 1591-1620) verbunden, der auch als Komponist wirkte. Im Dreißigjährigen Krieg wurde das Kloster mehrfach von Hussiten überfallen und ausgeplündert.[4] Im 17. Jahrhundert zählte das Dorf ungefähr 500 Einwohner, vorwiegend Bauern, Gärtner und Häusler. Der Personenstand reduzierte sich gegen Ende des 18. Jahrhunderts aufgrund der Pest und der Schlesischen Kriege um etwa 15%. Während eines verheerenden Brandes im Jahr 1733 wurden das Kloster, die Klosterkirche, 22 Bauernhöfe sowie das Dach der

Pfarrkirche zerstört. Anschließend wurden die Abtei und die dreischiffige Basilika im barocken Stil von Grund auf erneuert, erweitert und im heutigen Erscheinungsbild aufgebaut. Zwei Altarbilder der Stiftskirche werden dem berühmten Barockmaler Michael Willmann zugeschrieben.[5]

Die 1750 gegründete, bis 1801 bestehende klösterliche Lateinschule, in welcher sowohl polnische als auch deutsche Schüler unterrichtet wurden, hatte einen guten Ruf; 1790 zählte sie 80 Schüler.[6]



Klosterkirche in Himmelwitz/Jemielnica
[Wikimedia Commons] Foto: Ludek CC-BY-SA

Während der Napoleonischen Kriege wurde das Kloster 1813/14 in ein Lazarett umgewandelt. Die 500 während einer Typhusepidemie dort verstorbenen französischen Soldaten wurden auf dem benachbarten Friedhof beigesetzt. 1810 wurde die Säkularisation des Klosters durch die preußische Staatsregierung umgesetzt und die Klosterkirche zur Pfarrkirche umgewidmet. Einige Gebäudeteile des Stifts blieben erhalten, die übrigen verfielen oder wurden abgetragen; ein Großteil der Bücher und Manuskripte des Klosterbestands gelangte in die Universitätsbibliothek Breslau/Wrocław. 1826 erwarb Graf Andreas Maria von Renard den Klosterbesitz. Die barocke Klosterkirche blieb bis heute nahezu unversehrt. 1818 wurde die Gemeinde Himmelwitz in den neu gebildeten Landkreis Groß Strehlitz eingegliedert, welchem sie bis 1945 angehörte.

Im April 1945 führte die provisorische polnische Verwaltung den Ortsnamen Imielnica ein, 1947 wurde der Ort in Jemielnica umbenannt und 1950 der Woiwodschaft Oppeln angegliedert. Im Juni 1945 wurden 100 deutsche einheimische Familien in ein Lager für Auszusiedelnde in Blottnitz/Błotnica Strzelecka abtransportiert.[7] Himmelwitz ist ein Gründungsort der Deutschen Minderheit in Oberschlesien; im Restaurant von Richard Urban fanden ab 1988 die ersten Treffen der Minderheit der Oppelner Region statt.

Bevölkerung und Gesellschaft

Die schlechte wirtschaftliche Lage führte ab der Mitte des 19. Jahrhunderts zu Abwanderungen in die Industriemetropolen Oberschlesiens, ins westliche Deutschland und in die USA. In der oberschlesischen Volksabstimmung 1921 stimmten 50,7 % der Einwohner für

die polnische, 49,3 % für die deutsche Zugehörigkeit. Die Himmelwitzer Bevölkerung wuchs entgegen dem allgemeinen Bevölkerungsrückgang in Schlesien infolge von Auswanderungen von 1.656 im Jahr 1910 auf 2.686 im Jahr 1939 an. Im Jahr 2006 hatte Himmelwitz 3.500 Einwohner. Der Ort ist auch im 21. Jahrhundert noch ländlich geprägt, obwohl die meisten Bewohner mittlerweile im Industrie- und Dienstleistungssektor außerhalb ihrer Gemeinde tätig sind. 2002 gaben in der nationalen Volkszählung 53,1 % der Einwohner die polnische und 32,7 % eine andere Nationalität an. Von diesen votierten 24,3 % für die deutsche, 8,1 % für die offiziell nicht anerkannte schlesische Nationalität. 14,2 % ordneten sich keiner Nationalität zu.[8] Am 28. August 2006 wurde in der Gemeinde Deutsch als zweite Amtssprache eingeführt. Seit dem 14. November 2008 trägt der Ort neben dem polnischen auch den deutschen Ortsnamen; die zweisprachigen Ortstafeln wurden im Oktober 2010 aufgestellt.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Ernst Badstübner, Dietmar Popp, Andrzej Tomaszewski, Dethard von Winterfeld (Hg.): Dehio-Handbuch der Kunstdenkmäler in Polen: Schlesien. München u. a. 2005, S. 404-407.
- Heinrich Grüger: Die Zisterzienser in Schlesien und ihre Bedeutung für barocke Kultur und Frömmigkeit. In: Archiv für schlesische Kirchengeschichte 44 (1986), S. 67-81.
- Georg-Paul Krusch (Hg.): Chronik des Zisterzienser Stiftes, der Pfarrei und der Gemeinde Himmelwitz. o.O. 1985.
- Józef Pater (Hg.): Schematismen des Fürstbistums Breslau 1724 und 1738. Köln u. a. 1994 (Forschungen und Quellen zur Kirchen- und Kulturgeschichte Ostdeutschlands 26), S. 125f.
- Jerzy Rajman: Die Gründung der Zisterzienserabtei Himmelwitz auf dem Hintergrund der Siedlungsgeschichte im Raum von Groß Strehlitz und Tost. In: Archiv für schlesische Kirchengeschichte 49 (1991), S. 231-255.
- Nicola Remig, Inge Steinsträßer (Red.): Ausstellungskatalog Klosterdämmerung (vom Umbruch zum Aufbruch; 1810-2010). 200 Jahre Säkularisation in Schlesien am Beispiel der Zisterzienserklöster. Königswinter-Heisterbacherrott 2011, S. 130-141.
- Andreas Rüther: Region und Identität. Schlesien und das Reich im späten Mittelalter. Köln 2010 (Neue Forschungen zur schlesischen Geschichte 20).
- Alfred Sabisch: Himmelwitz. In: Hugo Weczerka (Hg.): Handbuch der historischen Stätten. Schlesien. Stuttgart 1977, S. 186f.
- Joanna Seydak: Die Zisterzienserabtei Himmelwitz. In: Ulrich Knefelkamp, Wolfgang F. Reddig (Hg.): Klöster und Landschaften: Zisterzienser westlich und östlich der Oder. Begleitband zur Ausstellung der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) 1998. Frankfurt/O 1999, S. 176-177.

Weblinks

- http://www.jemielnica.pl/ (Website des Ortes)
- Archiwum Parafialne w Jemielnicy (Pfarrgemeindearchiv Himmelwitz): Kronika klasztorna w kopii z początku XIX w. (Klosterchronik in Kopie aus dem frühen 19. Jh.), Księgi metrykalne z XVII-XVIII w. (Verzeichnisse aus dem 17. und 18. Jh.). http://www.jemielnica.opole.opoka.org.pl (Website der Pfarrei).

- http://www.dokumentyslaska.pl/cds%2002/himmelwitz/index.html (Urkunden des Klosters Himmelwitz)
- http://www.wbc.poznan.pl/dlibra/docmetadata?id=19423&from=&dirids=1 (Regesten zur schlesischen Geschichte)

Zitation

Felicitas Söhner: Himmelwitz/Jemielnica. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54258.html (Stand 23.01.2012).

[1] Vgl. Colmar Grünhagen (Hg.): Regesten zur schlesischen Geschichte. Bd. 1: Bis zum Jahre 1250. 2., umgearb. und verm. Aufl. Breslau 1884 (Codex Diplomaticus Silesiae 7), S. 153.

[2] Vgl. Wilhelm Wattenbach (Hg.): Urkunden der Klöster Rauden und Himmelwitz, der Dominicaner und Dominicanerinnen in der Stadt Ratibor. Breslau 1859 (Codex Diplomaticus Silesiae 2), S. 79.

[3] Ausstellungskatalog Klosterdämmerung, S. 130.

[4] Vgl. Grüger: Die Zisterzienser, S. 72.

[5] Vgl. Weczerka: Handbuch, S. 186f.

[6] Ulrich Seng: Die Schulpolitik des Bistums Breslau im 19. Jahrhundert. Wiesbaden 1989 (Studien der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund 4), S. 346.

[7] Vgl. die Liste der inhaftierten Personen im Archiwum Państwowe w Opolu/Staatsarchiv Oppeln (Sig. 45/0210/000).

[8] Vgl. Główny Urząd Statystyczny [Zentralamt für Statistik]: Wyniki Narodowego Spisu Powszechnego Ludności i Mieszkań 2002 w zakresie deklarowanej narodowości oraz języka używanego w domu [Ergebnisse der nationalen Volkszählung zu Bevölkerung und Wohnen 2002 im Hinblick auf erklärte Nationalität und Familiensprache], Warszawa.

Hindenburg/Zabrze → Zabrze (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Hirschberg/Jelenia Góra

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Hirschberg

Amtliche Bezeichnung

poln. Jelenia Góra

Weitere Bezeichnungen

1927-1945 Hirschberg im Riesengebirge; tschech.: Jelení Hora, früher: Hiršperk, auch Hornšperk; lat. Cervimontium, Mons Cervi

Etymologie

In den ältesten Urkunden aus dem 13. Jahrhundert wird der Ort als Hyrzberc, Hyrspergk oder Hirssbergk bezeichnet.

2. Geographie



Hirschberg (Luftbild 1930).
[Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 58793].

Lage

50° 54′ nördlicher Breite, 15° 44′ östlicher Länge, am Fluss Bober (poln. *Bóbr*, tschech. *Bobr*), einem linken Nebenfluss der Oder (poln./tschech. *Odra*), gelegen, ca. 90 km südwestlich von Breslau/Wrocław und 70 km östlich von Görlitz/Zgorzelec im Hirschberger Tal (*Kotlina Jeleniogórska*) am Fuß des Riesengebirges (*Karkonosze*).

Region

Niederschlesien

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Republik Polen; Woiwodschaft Niederschlesien (*Województwo dolnośląskie*), Stadtgemeinde. 1975-1998 war Hirschberg/Jelenia Góra Hauptstadt der gleichnamigen Woiwodschaft.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Das heutige Wappen der Stadt zeigt auf silbernem Feld einen roten Hirsch mit großem Geweih, auf drei grünen Hügeln stehend. Das Tier blickt nach rechts, im Maul hält es drei Eicheln. Der Hirsch als Wappentier der Stadt wird bereits in der mittelalterlichen Symbolik verwendet, etwa auf den städtischen Siegeln aus dem 14. und 15. Jahrhundert. Darstellungen, die an die heutige Form erinnern (mit Helmkleinod in Form eines Hirsches, mit diagonal geteiltem, silber-blauem Hintergrund), wurden seit der Mitte des 17. Jahrhunderts verwendet.[1]

Mittelalter

Einer Legende zufolge soll der polnische Herzog Bolesław III. Schiefmund (1085-1138) während einer Jagd in dieser Gegend einen verwundeten Hirsch verfolgt haben. Von der Schönheit der Landschaft beeindruckt, habe er nach 1108 an der Stelle der heutigen Stadt auf dem Hausberg (pl. *wzgórze Krzywoustego*) eine Burg errichten lassen. Wahrscheinlicher ist es jedoch, dass die Stadt erst kurz vor 1281 auf unbesiedeltem Land gegründet wurde. 1288 werden die Einwohner von Hirschberg in einer Urkunde des Herzogs Bolko I. von Löwenberg-Jauer (um 1253-1301) als „Bürger“ bezeichnet, 1299 die Stadt selbst als „civitas“. Unter Herzog Bolko II. von Schweidnitz-Jauer (1308-1368) bekam sie 1338 das Meilenrecht und in den Folgejahren weitere Privilegien zur wirtschaftlichen Betätigung. Nach dem Tod des Herzogs erhielt seine Witwe Agnes (um 1315-1392) ein lebenslanges Nießrecht über das Herzogtum Schweidnitz-Jauer, das jedoch gleichzeitig als erledigtes Lehen an die Krone Böhmen fiel. 1377 erwarb die Stadt das Schulzenamt.

1395-1404 war Hirschberg im Besitz des böhmischen Oberstburggrafen und Landeshauptmanns Johann Kruschina von Lichtenburg (vor 1370-1407). Im Kontext der Hussitenkriege (1425-1433) wurde 1433 die seit 1291 belegte Burg am Hausberg westlich der Stadt geschleift, um zu verhindern, dass die Angreifer sich dort verschanzten; die Stadt konnte erfolgreich verteidigt werden.

Neuzeit

1502 erhielt Hirschberg vom böhmischen König Wladislaw II. (1456-1516) das Recht der freien Ratswahl. 1550 wurde die Stadt durch einen Brand beschädigt. Im Dreißigjährigen Krieg wurde sie mehrmals belagert (1634 verheerender Stadtbrand, 1640/1641 teilweise Zerstörung) und zur Zahlung von Kontributionen verpflichtet. Nach dem Ersten Schlesischen Krieg 1742 fiel Hirschberg wie fast ganz Schlesien an Preußen.

19./20. Jahrhundert

Nach der preußischen Verwaltungsreform von 1816 wurde Hirschberg zum Sitz des gleichnamigen Landkreises. Seit 1922 bildete Hirschberg einen eigenen Stadtkreis. 1924 wurde der Gutsbezirk Hartau, 1928 der Gutsbezirk Schwarzbach in die Stadt eingegliedert. Im Zweiten Weltkrieg ist die Stadtbebauung von den Kriegshandlungen verschont geblieben. 1945 kam Hirschberg zu Polen. 1976 wurden die Nachbargemeinden Bad Warmbrunn (*Cieplice Śląskie-Zdrój*), Hermsdorf (*Sobieszów*), Maiwaldau (*Maciejowa*), 1988 Agnetendorf (*Jagniątków*) eingemeindet.

Bevölkerungsentwicklung

Um die Mitte des 16. Jahrhunderts lebten in Hirschberg ca. 3.500 Einwohner, bei der Volkszählung von 1787 6.295.[2] Infolge der Industrialisierung des 19. Jahrhunderts stiegen die Bevölkerungszahlen (1890: 16.214, 1925: 28.763, 1939: 32.764).[3] Nach dem Einmarsch der Roten Armee und dem Anschluss der Stadt an Polen wurden die meisten noch verbliebenen Deutschen vertrieben. An ihrer Stelle siedelten sich Polen an, oft selbst Vertriebene aus den ehemaligen polnischen Ostgebieten. 1975 zählte die Stadt 58.780 Einwohner, 1989 – nach der Eingemeindung von Agnetendorf – 93.782, 2013 82.369.[4]

Wirtschaft

Bereits im Mittelalter galt die Stadt als ein wichtiges Zentrum für Handel (speziell für Transithandel) und Handwerk in Schlesien. 1338 wurde ihr das Meilenrecht verliehen, 1355 das Salz- und Bergwerksrecht sowie die Freiheit von Abgaben im Handel mit Böhmen, 1361 das Waag- und Münzrecht und 1366 die gegenseitige Zollfreiheit mit Breslau.

Seit 1519 wurden in der Stadt Jahrmärkte abgehalten. Ab der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts entwickelte sich Hirschberg zum Zentrum der Leinenweberei (insbesondere der Schleierweberei, die der Schuhmacher Joachim Girnth 1570 auf der Rückreise von Holland eingeführt hatte). Diese günstige Entwicklung wurde vom Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges unterbrochen. 1658 wurde in Hirschberg eine Kaufmannssozietät gegründet, was zur Belebung des lokalen Handels entscheidend beitrug. Die Stadt konnte ihren alten Status als Zentrum für Leinen- und Schleierweberei wiedererlangen und bis zum Ausbruch der Schlesischen Kriege beibehalten. Mit der Industrialisierung des 19. Jahrhunderts wurden die Textilmanufakturen durch industrielle Produktion verdrängt; in der Stadt etablierten sich neben der Leinenindustrie auch Maschinen-, Papier- und Zementfabriken sowie Mehl- und Schneidemühlen. 1866 bekam Hirschberg Eisenbahnanschluss nach Görlitz und Berlin, ein Jahr später nach Waldenburg/Wałbrzych und Breslau, und wurde als Mittelpunkt des an Schlössern und Landgütern reichen Hirschberger Tals und als Tor zum Riesengebirge zum beliebten Ausflugs- und Touristenort.

Religions- und Kirchengeschichte

1524 wurde in Hirschberg die Reformation eingeführt; 1566 wurde neben der Stadtkirche ein evangelisches Schulhaus errichtet (1650 in ein katholisches Pfarrhaus umgewandelt). Trotz gegenreformatorischer Maßnahmen und Ansiedlung von Jesuiten blieb Hirschberg ein wichtiges protestantisches Zentrum . Auf Grundlage der Altranstädter Konvention von 1707 musste Kaiser Joseph I. (1678-1711) den Protestanten in Schlesien Zugeständnisse machen; er gewährte unter anderem den Bau der sogenannten Gnadenkirchen in Hirschberg, Freystadt/Kożuchów, Landeshut/Kamienna Góra, Militsch/Milicz, Sagan/Żagań und Teschen/Cieszyn. Die Mehrheit der Stadteinwohner war bis 1945 evangelisch: 1890: 12.206 von 16.214 Personen, 1939: 23.982 von 32.764).[5]

Juden siedelten sich in Hirschberg vermutlich schon im 14. Jahrhundert an und hatten an der heutigen ul. Szkolna (Judengasse) auch ein eigenes Gebetshaus. Mit den Vertreibungen des 15. und 16. Jahrhunderts verließen jüdische Familien die Stadt. Erst seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert wurden dort erneut jüdische Einwohner verzeichnet (1797 waren es 3 Personen).[6] Im Laufe des 19. Jahrhunderts entwickelte sich in Hirschberg eine jüdische Gemeinde, 1846 errichtete sie eine Synagoge in der heutigen ul. Kopernika (ehem. Priesterstraße 20). 1890 lebten in der Stadt 388 jüdische Einwohner, 1925 266.[7] In der Reichspogromnacht wurde die Synagoge verwüstet und danach abgerissen. Die meisten der in der Stadt verbliebenen Juden starben in den Vernichtungslagern.

Kunstgeschichte und Architektur

Die Stadt wurde auf ovalem Grundriss angelegt, mit rasterförmigem Straßennetz und rechteckigem Ring mit Rathaus in der Mitte und Kaufbänken, sogenannten Siebenhäusern, an der Westseite. Im 18. Jahrhundert wurde die Stadt nach Osten um die Schildauer Vorstadt und nach Süden um die Langgassen-Vorstadt erweitert. Die Stadtmauern wurden 1832-1839 größtenteils geschleift; einige Türme und Basteien blieben erhalten. Die Neubesiedelung der Stadt nach 1945 erfolgte mit einiger Verzögerung; dies führte teilweise zum Verfall der Bausubstanz. Die Ringbebauung wurde bis in die frühen 1960er Jahre wiederhergestellt.

Ein hölzerner Vorgängerbau der katholischen Pfarrkirche St. Erasmus und Pankratius ist bereits im ausgehenden 13. Jahrhundert belegt; 1288 wird ein Pfarrer erwähnt. Der heutige Bau wurde um 1380-1400 bis Mitte des 15. Jahrhunderts errichtet. 1524-1629 war die Kirche protestantisch; 1662 wurde sie auf Veranlassung der Jesuiten grundlegend renoviert. Die Ausstattung der dreischiffigen Basilika mit Westturm und Zwiebelhelm ist im Wesent-

lichen barock, so der Hauptaltar, der 1713-1718 von dem Bildhauer Thomas Weißfeldt (1670-1721) und dem Tischler David Hielscher geschaffen wurde.

Die ehemalige evangelische Gnadenkirche (seit 1957 katholische Pfarrkirche Hl. Kreuz und Garnisonskirche) wurde gemäß den Auflagen der Altranstädter Konvention 1709-1718 außerhalb der Stadtmauern errichtet. Den Entwurf nach Vorbild der Stockholmer Katharinenkirche fertigte der aus Reval/Tallinn stammende und in Liegnitz/Legnica ansässige Architekt Martin Frantz (1679-1742). Der Zentralbau auf dem Grundriss eines griechischen Kreuzes ist im Ostarm um ein quadratisches Joch mit dem Altaraufbau verlängert. Die Kreuzarme haben Tonnengewölbe, über der Vierung erhebt sich eine Kuppel mit Tambour und Laterne. Die Wand- und Gewölbemalereien Felix Anton Schefflers (1701-1760) und Johann Franz Hoffmanns (1699/1701-1766) entstanden 1734-1751. Um die Kirche liegt ein weitläufiger Friedhof, umgeben von einer Mauer mit 19 Grabkapellen von Hirschberger Patrizierfamilien (1716-1770er Jahre), die den Kirchenbau mitfinanzierten. Ein Großteil der wertvollen Grabplatten mit Inschriften wurde nach 1945 zerstört.



Rathaus Hirschberg (Foto vor 1945).
[Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 233640].

Die St.-Anna-Kapelle entstand 1515 durch die Umgestaltung des Schildauer Torturms. Sie war bis 1650 evangelisch, später im Besitz der Jesuiten und ab Mitte des 19. Jahrhunderts altkatholisch. 1709-1715 wurde sie renoviert und umgebaut. Damals entstanden die Wandmalereien und die Ausstattung im Inneren.

1744-1747 wurde das Rathaus an der Stelle eines Vorgängers aus dem 16. Jahrhundert erbaut (Architekt: Christoph Gottlieb Hedemann). 1924 und 1957-1959 fanden Renovierungen statt. Um 1910 wurde es mit den benachbarten „Siebenhäusern“ verbunden. Es handelt sich um einen dreigeschossigen Rechteckbau mit Mansardwalmdach und zentralem, viereckigem Turm mit oktogonalem Helm.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Grzegorz Grajewski: Jelenia Góra/Hirschberg. In: Ernst Badstüber, Dietmar Popp, Andrzej Tomaszewski, Dethard von Winterfeld (Hg.), Sławomir Brzezicki, Christiane Nielsen (Bearb.): Dehio-Handbuch der Kunstdenkmäler in Polen. Schlesien. München, Berlin 2005, S. 387-402.

- Günter Grundmann: Hirschberg. In: Hugo Weczerka (Hg.): Handbuch der historischen Stätten. Schlesien. Stuttgart 1977, S. 189-193.
- Andrea Langer: Die Gnadenkirche „Zum Kreuz Christi“ in Hirschberg. Zum protestantischen Kirchenbau Schlesiens im 18. Jahrhundert. Stuttgart 2003.

Weblinks

- http://jeleniagora.pl/view/start.html (Seite der Stadt Hirschberg/Jelenia Góra mit virtuellem Stadtspaziergang)
- http://www.herder-institut.de/bildkatalog/index/index?searchfield_parameter=Hirschberg&newperspective=thumbnails (Abbildungen zu Hirschberg/Jelenia Góra im Bildarchiv des Herder-Instituts, Marburg)

Anmerkungen

[1] Vgl. die Webseite der Stadt Jelenia Góra: http://um.jeleniagora.pl/index.php?option=com_content&view=article&id=66%3Aherb-miasta&catid=18%3Asymbole-miasta&Itemid=48&lang=pl (Abruf 30.12.2013).

[2] Grundmann: Hirschberg, S. 192.

[3] Michael Rademacher: Deutsche Verwaltungsgeschichte von der Reichseinigung 1871 bis zur Wiedervereinigung 1990: http://www.verwaltungsgeschichte.de/hirschberg.html (Abruf 30.12.2013).

[4] GUS Główny Urząd Statystyczny [Hauptamt für Statistik]: http://stat.gov.pl/ (Abruf 30.12.2013).

[5] http://www.verwaltungsgeschichte.de/hirschberg.html (Abruf 30.12.2013).

[6] Vgl. die vom Jüdischen Museum in Warschau „*Polin*“ entwickelten Seiten zur jüdischen Lokalgeschichte in Polen: http://www.sztetl.org.pl/pl/article/jelenia-gora/5,historia/ (Abruf 30.12.2013).

[7] http://www.verwaltungsgeschichte.de/hirschberg.html (Abruf 30.12.2013).

Zitation

Beata Lejman, Tomasz Torbus: Hirschberg/Jelenia Góra. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32416 (Stand 09.09.2015).

Hohenfurth/Vyšší Brod

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Hohenfurth

Amtliche Bezeichnung

Vyšší Brod

Lateinische Bezeichnung

Altum vodum

2. Geographie

Lage

Hohenfurth liegt auf 48° 37′ nördlicher Breite, 14° 19′ östlicher Länge, ca. 30 km südlich von Krumau/Český Krumlov an der Moldau (tschech. *Vltava*).

Region

Böhmen

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Tschechische Republik. Hohenfurth gehört zur Region Südböhmen (*Jihočeský kraj*) im Bezirk Krumau (*Okres Český Krumlov*)

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Auf dem Tympanon des Portals in der nördlichen Chorkapelle der Klosterkirche ist ein Wappenschild aus dem späten 13. Jahrhundert mit der fünfblättrigen Rose der Herren von Rosenberg abgebildet; dieses redende Wappen findet sich an verschiedenen Orten im Klosterbezirk wieder.



Zisterzienserkloster Hohenfurth/Vyšší Brod, Ansicht von Norden [Foto: Ackermann-Gemeinde, Bamberg].

Mittelalter

Als Siedlung der Witigonen existierte Hohenfurth bereits in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts; urkundlich wird der Ort erstmals in Zusammenhang mit der Gründung des Zisterzienserklosters (Mutterkloster ist Stift Wilhering in Oberösterreich, Primarabtei Morimond) durch Wok I. von Rosenberg im Jahre 1259 genannt. Zum wirtschaftlichen Erfolg des Klosters trugen u. a. Zuwendungen der Rosenberger und anderer Zweige der Witigonen bei, über die stiftseigene Urbare (das früheste aus den 1370er Jahren und damit das älteste bekannte Urbar in Böhmen) berichten. Belege für den Wohlstand des Klosters sind

die von der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts bis in das 14. Jahrhundert errichteten zentralen Gebäude des Klosterkomplexes.

Neuzeit

In der Zeit Wilhelms von Rosenberg (†1592) entstand das Abthaus, das später als Apotheke genutzt wurde. In der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts wurde ein neues Konventsgebäude im Süden des mittelalterlichen Klosterareals errichtet. Unter Abt Quirinus Mickl (1711–1767) wurde in den Jahren 1753–1755 die Klosterbibliothek um- und ausgebaut.

Zeitgeschichte

Die politischen Systemwechsel spiegeln sich in der Klostergeschichte wider: Der Konvent wurde nach Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren im Jahre 1941 von den Nationalsozialisten aufgelöst und zeitweilig als Umsiedlungslager für Bukowinadeutsche, später für Bessarabiendeutsche, und als Lazarett genutzt. 1945 wurde das Stift wiederbesiedelt und 1950 von der kommunistischen Regierung erneut aufgelöst; seit 1990 ist wieder eine Zisterziensergemeinschaft aktiv.

Bevölkerung

1930: 2.017 Einwohner, davon 1.731 Deutsche; 1991: 1.973 Einwohner; 2012: 2.551 Einwohner.[1]

Kunstgeschichte

Die 1260–1270 am Marktplatz errichtete Dekanatskirche St. Bartholomäus wurde 1422 während der Hussitenkriege zerstört und im 16. und 17. Jahrhundert wiederauf- und ausgebaut.



Zisterzienserkloster Hohenfurth/Vyšší Brod, Kreuzgang [Foto: Ackermann Gemeinde, Bamberg].

Im Zentrum der Geschichte und Kunstgeschichte von Hohenfurth steht das Zisterzienserkloster. Die dreischiffige, 1360–1370 als gewölbte Hallenkirche errichtete Klosterkirche,

die nach einem Querhaus mit Kapellen und einem Vorchorjoch nach Osten in einem polygonalen Chor endet, steht im Mittelpunkt des Klosterbezirks. Der Kreuzgang schließt sich dem Kirchenschiff nach Süden an; Sakristei und Kapitelsaal befinden sich südlich des Querhauses. Einige Teile der 1259 geweihten, ursprünglich aus Holz errichteten Kirche stammen aus der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts, darunter der Kreuzgang, das vom südlichen Querschiff in die Sakristei führende Portal mit einem reliefverzierten Tympanon (Hand Gottes inmitten von Weinblättern) aus der Zeit um 1270/80 sowie der Kapitelsaal auf quadratischem Grundriss, dessen dreistrahlige Gewölberippen von einem zentralen, achteckigen Pfeiler getragen werden. Refektorium und Dormitorium des Klosters wurden am Ende des 14. Jahrhunderts hinzugefügt.

Ein mit dem Notnamen Meister von Hohenfurth (tschech. *Mistr Vyšebrodského cyklu*) betitelter Künstler schuf vor 1347 für den Hauptaltar der Klosterkirche einen Zyklus von neun Tafelbildern mit Szenen aus dem Leben Jesu, die sich heute in der Prager Nationalgalerie (Agneskloster) befinden. Ihr Auftraggeber war Peter I. von Rosenberg (Petr I. z Rožmberka; 1291–1347), der sich als Stifter mit Stifterwappen auf der Tafel zur Geburt Christi darstellen ließ. Abt Christoph von Knoll gab 1524/25 die spätgotischen Altäre des hl. Rochus und der hl. Barbara in Auftrag.

Franz Linhart Wullimann und Franz Georgius fertigten 1644–1646 den heutigen Hochaltar der Kirche an.

Die zahlreichen Grablegen der Witigonen/Rosenberger im Klosterareal aus der Zeit vom 13. bis zum Beginn des 17. Jahrhunderts belegen die enge Verbindung zur Gründerfamilie. Zu den bedeutendsten Sepulkraldenkmälern gehören die figurale Grabplatte des Abtes Christoph Knoll (†1542) und das Epitaph der Rosenberger aus dem frühen 17. Jahrhundert.

Der neugotische Kirchturm ersetzt seit 1862 seinen barocken Vorgänger.

Besondere kulturelle Institutionen

Die Klosterbibliothek hat einen Bestand von etwa 70.000 Bänden, darunter ein Konvolut von Handschriften aus dem hohen und späten Mittelalter sowie Inkunabeln.

Gedächtnis- und Erinnerungskultur

1979 hat die Stadt Ellwangen die Patenschaft für die Bürger aus dem südböhmischen Kreis Kaplitz (einschließlich der Orte Kaplitz/Kaplice, Gratzen/Nové Hrady und Hohenfurth) übernommen.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Joachim Bahlcke, Winfried Eberhard, Miloslav Polívka (Hg.): Handbuch der historischen Stätten: Böhmen und Mähren. Stuttgart 1998, S. 195-197 (u. a. mit tschechischsprachiger Bibliographie).
- Heimatkreis Kaplitz (Hg.): Das Kloster der Witigonen. 750 Jahre Zisterzienserstift Hohenfurth/Vyšší Brod, Südböhmen, 1259–2009. Begleitband zur Ausstellung im Rahmen der Patenschaft der Großen Kreisstadt Ellwangen für die Vertriebenen aus dem ehemaligen Kreis Kaplitz in Südböhmen; Schlossmuseum Ellwangen/Jagst, Baden Württemberg, Oktober 2009 bis Januar 2010. Donauwörth 2009.

- Heimatkundlicher Verein für Südböhmen (Hg.): Deutsche Kulturlandschaft an Moldau und Maltsch. München 1986.
- Jiří Kuthan: Vyšší Brod. Hohenfurt, denkmalgeschütztes Areal, ehemaliges Kloster. České Budějovice 1989.
- Jaroslav Pešina: Mistr Vyšebrodského cyklu. Praha 1982. Ders.: Der Meister des Hohenfurther Zyklus. Prag 1982.

Weblinks

- http://www.ckrumlov.info/docs/de/region_histor_klasvb.xml (offizielle Webpräsenz der Stadt)

Anmerkungen

[1] Vgl. Bahlcke, Eberhard, Polívka: Böhmen und Mähren und http://www.czso.cz/csu/2012edicniplan.nsf/t/00002BD91A/$File/13011203.pdf (Počet obyvatel v obcích České republiky k 1. 1. 2012 [Volkszählung in den Kommunen der Tschechischen Republik zum 1. Januar 2012])

Zitation

Marco Bogade: Hohenfurth/Vyšší Brod. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54262.html (Stand 04.12.2012).

I

Iaşi → Jassy/Iaşi

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Jassy, veraltet: Jaßenmarkt

Amtliche Bezeichnung

rum. Iaşi

Anderssprachige Bezeichnungen

lat. Jassium; russ. Яссы, translit. Jassy; ung. Jászvásár; armen. Yash; türk. Yaş

Etymologie

In der rumänischen Sprache wird die Stadt auch als „Iaşii“ oder „Târgul Iaşilor“ bezeichnet, was wörtlich „der Markt der Jassen“ bedeutet. Bei den „Jassen“ handelt es sich um Angehörige reiternomadischer Turkvölker, die sich im Hochmittelalter vor allem auf dem Gebiet des Kumanenreiches im nördlichen Schwarzmeerraum niederließen.

2. Geographie

Lage

Jassy liegt im Nordosten Rumäniens, ca. 20 km von der Grenze zur Republik Moldau entfernt, auf 47° 09′ nördlicher Breite und 27° 38′ östlicher Länge.

Topographie

Jassy erstreckt sich auf den Uferwiesen und Terrassen des Flusses Bahlui sowie auf sieben Hügeln.

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Das Munizipium Jassy ist Kreishauptstadt des Landkreises Jassy (*Iaşi*) und die viertgrößte Stadt Rumäniens. In der Regionalaufteilung der EU gehört Jassy zur rumänischen Entwicklungsregion Nordost, die den niedrigsten Entwicklungsgrad in Rumänien aufweist.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Auf dem Stadtwappen sind auf rotem Grund ein weißes Stadttor sowie darüber ein weißes Pferd und eine goldene Krone dargestellt; Letztere sind „Symbole der Macht“.[1]

Gebräuchliche oder historische Beinamen

Jassy ist auch als „Stadt der hundert Kirchen“ und als „Stadt der sieben Hügel“ bekannt.

Archäologische Bedeutung

Durch intensive archäologische Forschungen, besonders nach 1950, wurden unweit von Jassy Spuren paläolithischer (Silexwerkzeuge) und neolithischer Kulturen (Cucuteni-Keramik) ausgegraben.[2]

Allgemeine (politische) Geschichte

1408 wurde Jassy während der Herrschaft von Alexandru cel Bun (Alexandru dem Guten, gest. 1432) in einem Dokument, das das Handelsprivileg für Kaufleute aus Lemberg/L'viv/Lwów besiegelt, zum ersten Mal erwähnt. Die urbane Entwicklung begann ab dem 13. Jahrhundert, beeinflusst von der Intensivierung des Handels in der Moldau, der damit zusammenhängenden wirtschaftlichen Entwicklung und dem Zuzug von Handwerkern sowie der strategisch guten Lage inmitten des Fürstentums.

Jassy hatte ab 1563 – mit Unterbrechungen – die Funktion einer Hauptstadt des Fürstentums Moldau inne. Von 1859 bis 1861 war Jassy die gemeinsame Hauptstadt der vereinigten Fürstentümer der Walachei und Moldau und wurde in dieser Eigenschaft 1862 durch Bukarest/Bucureşti abgelöst. Im Ersten Weltkrieg, 1916–1918, wurde Jassy noch einmal provisorischer Regierungssitz Rumäniens.

Pogrom von Jassy

Am 26. Juni 1940 stellte die Sowjetunion Rumänien ein Ultimatum, in dem gefordert wurde, Bukarest solle seine Truppen und seine Administration aus Bessarabien, der nördlichen Bukowina und dem Herza-Gebiet unverzüglich abziehen. Rumänien akzeptierte die Bedingungen, um eine bewaffnete Auseinandersetzung zu vermeiden. Die absurde Annahme, dass Juden für die Abtretung dieser Territorien verantwortlich waren, wurde ein gängiges Klischee,[3] ebenso Gerüchte, dass Juden sowjetischen Flugzeugen, die die Stadt im Juni 1941 bombardierten, Signale gesendet hätten. Dies trug dazu bei, die Juden pauschal mit antikommunistischen Feindbildern in Verbindung zu bringen.[4] Mit den Vorbereitungen für den Angriff rumänischer und deutscher Armeen auf die Sowjetunion verstärkte sich die antijüdische Hetze in der grenznahen Stadt. Unmittelbar nach dem Überfall auf die Sowjetunion wurden am 29. Juni 1941 und in den folgenden Tagen in Jassy Schätzungen zufolge bis zu 13.000 Juden ermordet: Etwa 3.500 wurden von rumänischen und deutschen Soldaten zusammengetrieben, auf dem Gelände des Polizeihauptquartiers in Jassy gefangen gehalten und erschossen,[5] andere wurden ermordet, als deutsche und rumänische Soldaten im jüdischen Viertel plünderten. Zwei Züge wurden für die „Evakuierung" der übrig gebliebenen Juden bereitgestellt. Es handelte sich um Züge, in denen Karbid transportiert worden war. Dort waren die Juden tagelang eingesperrt, ohne Luft zum Atmen, Wasser oder Nahrung, teilweise schwer verletzt; viele starben.[6]

Bevölkerungsentwicklung

Ab dem 15. Jahrhundert wuchs Jassy stetig; die Bevölkerung stieg durch den Zuzug verschiedener Gruppen an: Menschen aus den benachbarten Dörfern, Armenier, Deutsche aus Siebenbürgen (die sich vor allem in der sog. „Sächsischen" Straße, hinter der heutigen Metropolie, ansiedelten), Rumänen und Ungarn aus Siebenbürgen, Griechen, Russen und andere.[7]

1912 hatte Jassy 75.229 Bewohner, davon waren fast die Hälfte, 42 %, Juden.[8] 1930 zählte die Stadt 102.872 Einwohner, darunter 63.168 Rumänen, 34.662 Juden, 980 Deutsche, 918 Russen und andere.[9] Vor dem Zweiten Weltkrieg waren etwa die Hälfte (45.000) der Stadtbewohner Juden.[10] Um die Jahrtausendwende (2002) war Jassy mit ca. 321.000 Einwohnern nach Bukarest noch die zweitgrößte Stadt Rumäniens.[11] Im darauffolgenden Jahrzehnt nahm die Bevölkerung der Stadt, vor allem bedingt durch den wirtschaftlichen Umstrukturierungsprozess, kontinuierlich ab, sodass in Jassy 2011 nur noch 263.000 Einwohner lebten,[12] darunter 89 Deutsche.[13]

Wirtschaft

Die Stadt lag im Mittelalter an der Fernhandelsstraße von Istanbul nach Kiew/Kyjiv. Die Hauptstadtfunktion ab dem späten 16. Jahrhundert und die Ansiedlung jüdischer, armenischer und griechischer Kaufleute in der Frühen Neuzeit wirkten sich positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung Jassys aus und belebten vor allem den Handel, für den an dieser Schnittstelle zwischen Osmanischem Reich, Habsburgermonarchie und Polen beziehungsweise Russland besonders gute Bedingungen vorlagen. Die Industrialisierung der Stadt begann erst im späten 19. Jahrhundert und wurde vom kommunistischen Regime intensiv vorangetrieben, sodass die Bevölkerung ab den 1950er Jahren massiv anstieg. Die wichtigsten Wirtschaftsbranchen Jassys sind gegenwärtig die Pharmaindustrie, die Metallurgie, der Maschinenbau, die Textilindustrie, der Bankensektor und der Tourismus. In der Stadt sind mehrere Softwareunternehmen angesiedelt.

Religions- und Kirchengeschichte

Die Stadt hatte mehr als 50 Synagogen, 43 griechisch-orthodoxe Kirchen, eine armenische Kirche, ein römisch-katholisches und ein protestantisches Gotteshaus.[14] Noch 1930 waren ca. 34 % der Einwohner jüdischen Glaubens und 60 % orthodoxer Konfession. Für 2002 ergab die Volkszählung 92,5 % Orthodoxe und 4,9 % Katholiken.[15]

Besondere kulturelle Institutionen

1840 wurde das erste Nationaltheater der rumänischen Fürstentümer in Jassy eröffnet. Hier entstanden auch das erste Naturkundemuseum Rumäniens und das erste jiddischsprachige Theater weltweit (1876), gegründet von Abraham Goldfaden (1840–1908), Verfasser von Operetten und Dramen. Im Rumänischen Literaturmuseum werden vor allem Aspekte der rumänischen Literaturgeschichte nach 1848 präsentiert.

Bildung und Wissenschaft



Alexandru-Ioan-Cuza-Universität [Foto (2007):
Wikimedia Commons. Claudiu Mihăilă CC BY-SA 3.0].

In der Zeit der Phanarioten (→ Rumänien) wurde in Jassy eine griechische höhere Schule eingerichtet, in der neben Theologie auch Mathematik, Geographie und Philosophie unterrichtet wurden. 1860 wurde in Jassy die erste rumänische Hochschule gegründet, die heute den Namen Alexandru-Ioan-Cuza-Universität (*Universitatea Alexandru Ioan Cuza)* trägt. Der Germanistik-Lehrstuhl der Universität gibt seit 1983 die *Jassyer Beiträge zur Germa-*

nistik heraus. Weitere wichtige Hochschulen in Jassy sind die Technische Universität Gheorghe Asachi und die Universität für Medizin und Pharmazie Gr. T. Popa. Der bedeutende siebenbürgisch-sächsische Germanist und Theologe Karl Kurt Klein (1897–1971) wurde 1923 evangelischer Pfarrer in Jassy und 1932 zum Professor für Germanistik an der örtlichen Universität sowie zum Direktor der Universitätsbibliothek berufen.

Kunstgeschichte und Kunsthandwerk



Trei Ierarhi-Kirche, Litografie (1837)
von Auguste Raffet (1804-1860).

Im 17. Jahrhundert erfuhr Jassy eine kirchlich-kulturelle Blütezeit, wovon unter anderem die prachtvolle Kirche Trei Ierarhi mit orientalischen Steinornamenten und das Cetăţuia-Kloster zeugen. In der Druckerei der Trei Ierarhi-Kirche wurde 1643 erstmals ein Predigtenbuch in rumänischer Sprache gedruckt.

Die Holzschnitzerei ist eine traditionelle Volkskunst in Jassy und der Moldau.

Literatur

1863/1864 wurde in Jassy die literarische Junimea-Gesellschaft gegründet, der bedeutende Schriftsteller, Philologen, Historiker und Juristen wie Titu Maiorescu (1840–1917), Petre P. Carp (1837–1919), Mihai Eminescu (1850–1889), Ioan Slavici (1848–1925), Ion Creangă (1839–1889) und Ion Luca Caragiale (1852–1912) angehörten. Die Vereinigung spielte eine überragende Rolle in der rumänischen Kultur des 19. Jahrhunderts und prägte insbesondere auch die rumänische Historiographie. Die Mitglieder dieser Gesellschaft besetzten wichtige Führungspositionen innerhalb der Konservativen Partei und stellten mehrere rumänische Ministerpräsidenten und Minister.

Der 1995 gegründete Verlag Polirom ist einer der größten Verlage in Rumänien und spielt eine wichtige Rolle bei der Förderung der zeitgenössischen jungen rumänischen Literatur (Autoren sind u. a. Răzvan Rădulescu und Ana Maria Sandu).

Gedächtnis- und Erinnerungskultur



Am 28. Juni 2011 aufgestellter Obelisk, der einen älteren Obelisken aus dem Jahr 1976 ersetzte. [Foto: Wikimedia Commons. Rgvis CC BY-SA 3.0].

In Jassy gibt es mehrere Denkmäler für die Opfer der Deportationszüge und des Pogroms von 1941; 1976 wurde vor der Großen Synagoge, dem einzigen erhalten gebliebenen jüdischen Gotteshaus Jassys, ein Obelisk zur Erinnerung aufgestellt.

4. Diskurse/Kontroversen

Erst im Juni 2003, nach mehr als 50 Jahren Rechtfertigungsdiskursen und der Ablehnung jeder Verantwortung der Rumänen für die Verfolgung und Ermordung der Juden, hat die rumänische Regierung auf internationalen Druck die Internationale Kommission („Wiesel-Kommission“)[16] zur Erforschung des Holocausts in Rumänien gebildet.[17]

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- József Benedek: Raumplanung und Regionalentwicklung. In: Thede Kahl, Michael Metzeltin, Mihai-Răzvan Ungureanu (Hg.): Rumänien. Raum und Bevölkerung, Geschichte und Geschichtsbilder, Kultur, Gesellschaft und Politik heute, Wirtschaft, Recht und Verfassung, Historische Regionen. Wien, Berlin 2008 (Österreichische Osthefte. Zeitschrift für Mittel-, Ost- und Südosteuropaforschung 48/2006, Sonderband), S. 105–130.
- Cristina Ciucu: Der rumänische Holocaust: Leugnung und Revisionismus. In: Iulia Dondorici (Hg.): Rumänien heute. Wien 2011 (Passagen Europa Süd-Ost), S. 69–82.
- Claudia Popescu: The Economy of a Regional Metropolis. Case-study: Iaşi, Romania. In: Transylvanian Review of Administrative Sciences 33E (2011), S. 255–276 (URL: www.rtsa.ro/en/367,the-economy-of-a-regional-metropolis.-case-study-ia-350;i-romania.html).
- Hugo Weczerka: Das Fürstentum Moldau und die Deutschen. In: Isabel Röskau-Rydel (Hg.): Galizien (Bukowina, Moldau). Berlin 1999 (Deutsche Geschichte im Osten Europas [10]), S. 329–378.

Weblinks

- http://culturainiasi.ro/ (Ankündigung kultureller Veranstaltungen in Jassy, in rum. Sprache)
- http://www.memorialmuseums.org/orte/view/577/Jassy (Gedenkstättenportal zu Orten der Erinnerung in Europa. Informationen der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas zum Pogrom in Jassy, in dt. Sprache)
- http://www.gymsered.sk/comeniusweb/sammelwerk_EU.pdf (Projekt Comenius: Volksproduktion, Volkshandwerke in Europa – gestern und heute, u. a. in dt. Sprache)
- http://www.icc.ro/ro (Internetauftritt des Gemeinderats Jassy, in rum. Sprache)
- http://www.recensamantromania.ro/rezultate-2/ (Internetseite des Nationalen Instituts für Statistik zu den rumänischen Volkszählungen, in rum. Sprache)

Anmerkungen

[1] Projekt Comenius: Volksproduktion, Volkshandwerke in Europa – gestern und heute. URL: http://www.gymsered.sk/comeniusweb/sammelwerk_EU.pdf (Abruf 11.09.2014).

[2] Constantin Cihodaru, Gheorghe Platon (Hg.): Istoria oraşului Iaşi [Die Geschichte der Stadt Jassy]. Bd. 1. Iaşi 1980, S. 20, 22.

[3] Comisia internaţională pentru studierea Holocaustului în România: Raport final [Internationale Kommission zur Erforschung des Holocaust in Rumänien: Abschlussbericht], S. 84. URL: http://www.inshr-ew.ro/raportul-wiesel (Abruf 11.09.2014).

[4] Armin Heinen: România, Holocaustul şi logica violenţei [Rumänien, der Holocaust und die Logik der Gewalt]. Iaşi 2011, S. 124.

[5] Gedenkstättenportal zu Orten der Erinnerung in Europa/Jassy: http://www.memorialmuseums.org/denkmaeler/view/1047/Erinnerung-an-die-Opfer-des-Pogroms-vom-Juni-1941 (Zugriff 11.09.2014).

[6] Raport final (Anm. 3), S. 118ff.

[7] Cihodaru, Platon (Hg.): Istoria oraşului Iaşi (Anm. 2), S. 52ff.

[8] Lucian Boia: Geschichte und Mythos. Über die Gegenwart des Vergangenen in der rumänischen Gesellschaft. Köln, Weimar, Wien 2003, S. 203.

[9] Recensământul general al populaţiei României din 29 decembrie 1930 [Rumänische Volkszählung vom 29. Dezember 1930]. Bd. 2. Bucureşti 1938.

[10] Gedenkstättenportal zu Orten der Erinnerung in Europa/Jassy (Anm. 5).

[11] Peter Jordan, Thede Kahl: Ethnische Struktur. In: Thede Kahl, Michael Metzeltin, Mihai-Răzvan Ungureanu (Hg.): Rumänien. Raum und Bevölkerung, Geschichte und Geschichtsbilder, Kultur, Gesellschaft und Politik heute, Wirtschaft, Recht und Verfassung, Historische Regionen. (Österreichische Osthefte. Zeitschrift für Mittel-, Ost- und Südosteuropaforschung 48/2006, Sonderband), S. 63–88, hier S. 76ff.

[12] Comisia Centrală pentru recensământul populaţiei şi al locuinţelor [Zentrale Kommission für die Zählung der Bevölkerung und des Wohnraums] (Hg.): Comunicat de presă din

2 februarie 2012 privind rezultatele provizorii ale Recensământului Populaţiei şi Locuinţelor [Pressemitteilung vom 2. Februar 2012 über die vorläufigen Ergebnisse der Volks- und Wohnungszählung]. URL: http://www.recensamantromania.ro/rezultate-2/ (Abruf 17.05.2012).

[13] Institutul Național de Statistică: Rezultate provizorii [Nationales Institut für Statistik: Zwischenergebnisse]. URL: http://www.recensamantromania.ro/ rezultate-2/ (Abruf 17.05.2012).

[14] Weczerka: Das Fürstentum Moldau, S. 366.

[15] Populaţia stabilă după principalele religii la recensământul din anul 2011 [Die Wohnbevölkerung ausgewiesen nach den wichtigsten Religionen gemäß der Volkszählung von 2011]. URL: http://www.recensamantromania.ro/rezultate-2/ (Abruf 17.05.2012).

[16] Raport final (Anm. 3).

[17] Ciucu: Der rumänische Holocaust, S. 74–77.

Zitation

Arinda Crăciun: Jassy/Iaşi. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2015. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32402 (Stand 16.03.2015).

Iglau/Jihlava (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Insterburg/Černjachovsk (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Ivano-Frankiv'sk/Ivano-Frankovsk (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

J

Jassy/Iaşi

siehe Iaşi

Jauer/Jawor

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Jauer

Amtliche Bezeichnung

poln. Jawor

Etymologie

Der Name der Stadt, die bis 1203 im Polnischen auch „Jawr“ genannt wird, wird abgeleitet von der slawischen Bezeichnung des Bergahorns *(jawor)*, der in den Sudeten weit verbreitet ist.

2. Geographie

Lage

Jauer liegt auf 51° 3′ nördlicher Breite, 16° 12′ östlicher Länge, ca. 70 km westlich von Breslau/Wrocław am rechten Ufer der Wütenden Neiße (*Nysa Szalona*), eines rechten Nebenflusses der Katzbach (*Kaczawa*).

Topographie

Die Stadt liegt in der Ebene von Jauer, die Teil der Mittelschlesischen Ebene (pl. *Równina Chojnowska/Haynauer Ebene*) ist.

Region

Niederschlesien

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Polen. Jauer ist eine Stadt im Landkreis (*powiat*) Jauer (*Jawor*) und liegt in der Woiwodschaft Niederschlesien (*Województwo dolnośląskie).* 1975−1998 gehörte die Stadt zur Woiwodschaft Liegnitz (*Województwo legnickie*).

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Das Wappen von Jauer zeigt auf blauem Schild den Stadtpatron St. Martin zu Pferd, der mit einem Bettler seinen Mantel teilt. Die Darstellung erscheint bereits auf Siegeln des 13. Jahrhunderts.

Archäologische Bedeutung

Archäologische Forschungen brachten auf dem Stadtgebiet Spuren einer jungsteinzeitlichen Siedlung aus der Zeit um 5000 v. Chr. zutage. Zahlreiche Funde stammen aus der Zeit der Lausitzer Kultur (ca. 1300−300 v. Chr.). Um 1900 entdeckte man beim Bau der

Bahnlinie zwischen Alt-Jauer/Stary Jawor und Brechelshof/Brachów ein Brandgräberfeld, aus dem über 1.000 Urnen geborgen wurden.

Mittelalter

Bereits im frühen Mittelalter wird an der Stelle der späteren Stadt eine alte slawische Siedlung an der Kreuzung der Handelswege Dresden−Breslau und Liegnitz/Legnica−Prag/Praha greifbar und erstmals in Quellen des 11. Jahrhunderts (*Thietmar-Chronik*) erwähnt. Der Zeitpunkt der Verleihung des Stadtrechts ist nicht überliefert; 1242 besaß Jauer nachweislich einen Pfarrer, 1275 wird es in einer Urkunde als Stadt bezeichnet. 1278−1346 war Jauer Hauptstadt des gleichnamigen, von Herzog Boleslaus II. dem Wilden (*Bolesław Rogatka*, um 1217−1278) gegründeten Fürstentums, das 1368 mit dem Fürstentum Schweidnitz/Świdnica vereint wurde. Bis 1392 gehörte Jauer zu den selbständigen Piastenfürstentümern; nach dem Aussterben der Linie Jauer-Schweidnitz ging es an die böhmische Krone über.

Frühe Neuzeit

Nach 1526 wurde Jauer zu einem Zentrum der Reformation. Während des Dreißigjährigen Krieges wurde die Stadt schwer zerstört, insbesondere durch einen großen Brand im Jahr 1648, der durch den Sturm der kaiserlichen Truppen verursacht wurde.

1742 gelangte Jauer infolge der Schlesischen Kriege mit dem übrigen Schlesien unter preußische Herrschaft. 1776 erlitt die Stadt erneut schwere Brandschäden. 1788 wurde sie Standort einer Garnison.

19. Jahrhundert

Während der Befreiungskriege 1813 war in Jauer das Lützow'sche Korps stationiert. Am 26. August fand in unmittelbarer Nähe die Schlacht an der Katzbach statt; das Arsenal der Stadt diente nach der Schlacht zeitweise als Lager für französische Kriegsgefangene. Durch die preußische Verwaltungsreform des frühen 19. Jahrhunderts wurde Jauer Hauptstadt eines Landkreises. Nach 1819 wurde die Garnison der Stadt vergrößert und mit weiteren Kasernen und Übungsplätzen ausgestattet. In den 1820er Jahren begann der Abriss der alten Stadttore, in den 1860er Jahren wurden die restlichen Stadtmauern geschleift. 1849 wurde Jauer Sitz des Kreisgerichtes.1895 wurde bei einem Stadtbrand unter anderem das Rathaus zerstört.

20. Jahrhundert

Mit der Verwaltungsreform von 1932 wurde der Kreis Jauer aufgelöst und die Stadt dem Landkreis Liegnitz angegliedert. Nach der Machtübernahme durch die NSDAP 1933 wurde der Kreis Jauer, vergrößert um den Landkreis Bolkenhain, neu gebildet. Im Februar 1945 wurde bei der Einnahme der Stadt durch die Rote Armee die historische Innenstadt, unter anderem im Bereich des Rings, zerstört (Wiederaufbau in den 1960er Jahren). Im April 1945 übernahm die polnische Verwaltung Jauer. 1974 wurde der Kreis Jauer aufgelöst, 1999 wiedererrichtet.

1991 verließ die Garnison der Nordgruppe der sowjetischen Armee die Stadt.

Bevölkerungsentwicklung

Um 1555 soll Jauer etwa 3.500, um 1610 ca. 4.500−5.000 Einwohner gehabt haben.[1] Am Ende des Dreißigjährigen Krieges 1648 lebten nur noch etwa 60 Familien in der Stadt.[2] 1787 lag die Einwohnerzahl bei 4.042; sie stieg mit der Industrialisierung des

19. Jahrhunderts kontinuierlich an: 5.298 (1825), 11.576 (1890), 13.728 (1939).[3] Nach dem Ende der Kriegshandlungen verblieben 1945 in der Stadt noch rund 1.500 deutsche Einwohner, die in den kommenden Jahren zwangsausgesiedelt wurden. Gleichzeitig siedelten sich Polen an, teilweise selbst Vertriebene aus den ehemaligen polnischen Ostgebieten bzw. Umsiedler aus anderen Teilen Polens.[4] 1961 lag die Einwohnerzahl bei 14.001, 1970 bei 15.655.[5] Heute leben in Jauer 23.767 Menschen (Stand 2014).[6]

Wirtschaft

Als Handelszentrum erlebte Jauer im 14. Jahrhundert einen beträchtlichen Aufschwung, im 16. Jahrhundert auch als Zentrum der Leinenweberei, im 17. und 18. Jahrhundert als Druckerstadt (die erste Druckerei von Johann Oeckel wurde 1683 eröffnet). Seit Mitte des 19. Jahrhunderts entstanden neue Industriezweige, unter anderem Wagenbau und Ofenfabrikation, zudem etablierten sich Zigarren-, Leder-, Zucker,- Holzwaren-, Eisenwaren-, Seifen-, Tuch- und Teppichfabriken sowie Fabriken für Landwirtschaftsmaschinen, Mühlenwerke und Betriebe der Steinindustrie. Der Eisenbahnanschluss im Jahr 1856, der Jauer mit Liegnitz und Striegau/Strzegom verband, förderte die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt. Berühmt wurde die 1846 gegründete Lebkuchenfabrik Lauterbach, die ihre Spezialität, die „Bienenkörbe“, in viele Länder Europas und nach Nordamerika exportierte. 1862 nach dem Bau des Gaswerks erhielt die Stadt Gasbeleuchtung, 1888 neue Wasserwerke, 1919 Elektrizität.

Nach 1945 blieben die bisherigen wichtigsten Industriezweige der Region wie Öfen- und Landwirtschaftsmaschinenherstellung erhalten, ebenso die Produktion von Haushaltschemie und Reinigungsmitteln (ehemalige Seifenfabrik). Die größten Betriebe wie der Haushaltschemiehersteller „Pollena“ oder die Metallbauwerke wurden nach 1989 privatisiert und bilden die wichtigsten Arbeitgeber der Region. Seit September 1996 findet jedes Jahr im September eine Brotmesse statt, an der Bäcker und Konditoren aus Polen, Sachsen und Tschechien ihre Produkte ausstellen. Seit 2001 gehört Jauer zur Sonderwirtschaftszone Landeshut/Kamienna Góra.

Religions- und Kirchengeschichte



Protestantische Friedenskirche (Postkarte, vor 1905).
[Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 140985].

1526 hielt die Reformation in Jauer Einzug, seitdem bildeten Einwohner evangelischen Glaubens die Mehrheit; auch im Dreißigjährigen Krieg stand die Bevölkerung aufseiten der Protestanten. Nach dem Westfälischen Frieden 1648 entstand in Jauer eine der drei protestantischen Friedenskirchen in Schlesien (neben Glogau/Głogów und Schweidnitz). Bis 1945 blieb die Mehrheit der Bevölkerung evangelisch: 1890 68,5 %, 1939 73,8 %.[7] Nach den Vertreibungen und Umsiedlungen infolge des Zweiten Weltkriegs ist die Bevöl-

kerung der Stadt mehrheitlich katholisch, seit 1991 gibt es in Jauer wieder eine evangelische Gemeinde.

Für 1364 ist erstmals eine jüdische Gemeinde verzeichnet, nach 1420 wurden die Juden vertrieben, die Synagoge (vermutlich 1364 errichtet) wurde zur Adalbert-Kapelle umgestaltet. Erst Anfang des 19. Jahrhunderts siedelten sich wieder Juden in Jauer an, bildeten allerdings keine selbständige Gemeinde, sondern gehörten der Gemeinde in Liegnitz an. 1849 lebten in der Stadt 109 Personen jüdischen Glaubens, 1884 waren es 128, 1933 68 und 1939 17 Personen.[8] Nach dem Zweiten Weltkrieg siedelte sich in Jauer eine kleine Gruppe von Holocaustüberlebenden an, die eine eigene jüdische Gemeinde bildeten, die meisten von ihnen verließen jedoch Polen in den fünfziger Jahren.

Kunstgeschichte und Architektur

Der mittelalterliche Kern mit einem regulären Straßennetz war von Stadtmauern mit annähernd herzförmigem Verlauf umgeben. Bis heute bestehen mit der sogenannten Engelsburg und dem Striegenturm des ehemaligen Striegauer Tors Fragmente des äußeren Mauerrings.

Einige der giebelständigen Laubenganghäuser (16.–19. Jh.), die ursprünglich den gesamten Ring umgaben, haben sich an dessen Süd- und Westseite erhalten. Bemerkenswert ist das Haus „Zum goldenen Bienenkorb“, der ehemalige Sitz der Lebkuchenfabrik Lauterbach. Der moderne Wiederaufbau in den 1960er Jahren folgte den Proportionen der historischen Bebauung. Die ehemalige Pfarrschule am Kirchplatz (*pl. Kościelny*) aus dem späten 16. Jahrhundert wurde einschließlich der Fassaden-Sgraffiti rekonstruiert.

Die Pfarrkirche St. Martin wurde 1242 erstmals erwähnt; der heutige gotische Hallenbau aus Sandsteinquadern mit zwei Westtürmen entstand im Wesentlichen 1330–1370. Figürliche Schlusssteine, das Portal in der Südwand der Sakristei und die 1981 freigelegten floralen Wandmalereien im südlichen Schiff stammen aus der Zeit um 1400. 1526–1650 wurde die Kirche von Protestanten genutzt; nach Rückgabe an die Katholiken erfolgte die barocke Ausgestaltung im Geist der Gegenreformation; erhalten sind unter anderem Altäre mit Bildern von Felix Anton Scheffler (1701–1760) und der Willmann-Schule (um 1730).

Der Fachwerkbau der evangelischen Friedenskirche jenseits der Stadtmauern nahe dem Goldberger Tor entstand 1654–1656 nach dem Entwurf von Albrecht Saebisch (1610–1688) aus Breslau, die Ausführung übernahm der örtliche Zimmerermeister Andreas Gamper (Kempner). Durch den Einbau von vier Emporengeschossen fasst die dreischiffige Basilika bis zu 5.500 Besucher. Restaurierungen wurden unter anderem Mitte des 19. Jahrhunderts sowie – in deutsch-polnischer Kooperation – 1998–2002 vorgenommen. 2001 wurde der Bau, ebenso wie die Schweidnitzer Friedenskirche, in die Liste des Weltkulturerbes der UNESCO aufgenommen.



Rathaus Jauer (Postkarte, vor 1945).
[Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 140956].

Die dreiflügelige Burg liegt auf einer Anhöhe über dem Mühlgraben und war ursprünglich von Wehrmauern (13./14. Jh.) umgeben. Nach der Gründung des Fürstentums Jauer 1278 wurde sie zu einer gemauerten Residenz ausgebaut. 1392–1741 war die Burg Sitz des Landeshauptmanns der böhmischen, dann der habsburgischen Krone. Nach einem Brand 1552 wurde die gotische Burg zum Renaissanceschloss umgestaltet; ein weiterer Umbau erfolgte 1648 unter Landeshauptmann Otto von Nostitz (1608−1664). Funktionsänderungen haben die stilistischen Merkmale des Baus weitgehend verwischt: 1746−1945 diente die Burg als psychiatrische Heilanstalt, als Unterkunft für Zwangsarbeiter sowie als Frauengefängnis. Heute wird das Gebäude von verschiedenen Institutionen und Handwerksbetrieben genutzt.

Das Rathaus am Ring wurde um 1373 erstmals erwähnt. Der mehrfach umgestaltete gotische Bau wurde 1895 durch einen Brand zerstört; der Neubau (1896/97) von Hermann Guth (1851–1924) in Formen der Neorenaissance bewahrte den mittelalterlichen Turm.

Bildung und Kultur

1355 kam in Jauer Nicolaus Magni (gest. 1435), Theologe und Rektor der Universitäten in Prag und Heidelberg, zur Welt.

1799 eröffnete das Städtische Theater in der ehemaligen Tuchhalle. 1867−1869 erfolgte der Umbau zu Bank und Börse. Seit 1875 war im Obergeschoss erneut ein Theater eingerichtet; vermutlich stammt die prächtige Neorenaissance-Ausstattung aus dieser Zeit.

1818 wurde die *Jauersche Zeitung* gegründet (bis 1945).

1929 nahm auf Initiative der örtlichen Mäzenatenfamilie Koschwitz das Regionalmuseum seine Tätigkeit auf. 1949 wiedereröffnet (*Muzeum regionalne w Jaworze*), zog es in den 1970er Jahren um in das ehemalige spätgotische Bernhardinerkloster (1486−1492). Ein Sammlungsschwerpunkt ist die mittelalterliche Sakralkunst aus Schlesien.

Jährlich zwischen Mai und September finden die sogenannten Jauerer Friedenskonzerte (*Jaworskie Koncerty Pokoju*) mit Künstlern aus Polen, Deutschland und Tschechien in der historischen Friedenskirche statt.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Hans Caspary: Die schlesischen Friedenskirchen in Schweidnitz und Jauer. Ein deutsch-polnisches Kulturerbe. 2., überarb. und erw. Aufl. Potsdam 2009 (Potsdamer Bibliothek östliches Europa – Kunst).
- Anna Grynszpan (Red.): Jawor. Dzieje i zabytki [Jauer. Geschichte und Kunstdenkmäler]. Jawor 2007.
- Ulrich Hutter: Die Friedenskirche zu Jauer, genannt Zum Heiligen Geist. Lübeck 1983.
- Beata Lejman: Jawor/Jauer. In: Ernst Badstüber, Dietmar Popp, Andrzej Tomaszewski, Dethard von Winterfeld (Hg.), Sławomir Brzezicki, Christiane Nielsen (Bearb.): Dehio-Handbuch der Kunstdenkmäler in Polen. Schlesien. München, Berlin 2005, S. 378–385.
- Piotr Pacak: Kalendarium historii Jawora [Kalendarium der Geschichte von Jauer]: http://www.jawor.pl/pliki/1/kalendarium_historii_miastaaa.pdf.
- Jan Rybotycki: Jawor od zarania dziejów do roku 1263 [Jauer von der Frühgeschichte bis 1263]. Jawor 1984 (Biblioteczka Towarzystwa Miłośników Jawora 1).
- Hugo Weczerka: Jauer. In: Ders. (Hg.): Handbuch der historischen Stätten. Schlesien. Stuttgart 1977 (Kröners Taschenausgabe 316), S. 206−210.

Weblink

- http://www.herder-institut.de/bildkatalog/index/index?searchfield_parameter=Jauer&newperspective=thumbnails (Abbildungen zu Jauer/Jawor im Bildarchiv des Herder-Instituts, Marburg)

Anmerkungen

[1] Weczerka: Jauer, S. 208.

[2] Piotr Pacak: Kalendarium historii Jawora [Kalendarium der Geschichte von Jauer]. http://www.jawor.pl/pliki/1/kalendarium_historii_miastaaa.pdf (Abruf 21.12.2014).

[3] Weczerka: Jauer, S. 209; und Michael Rademacher: Deutsche Verwaltungsgeschichte von der Reichseinigung 1871 bis zur Wiedervereinigung 1990. URL: http://www.verwaltungsgeschichte.de/jauer.html (Abruf 21.12.2014).

[4] Zur Besiedlung und Bevölkerungsstruktur der sog. „wiedergewonnenen Gebiete“ vgl. C[zesław] Osękowski: Społeczeństwo Polski zachodniej i północnej w latach 1945−1956. Procesy integracji i dezintegracji [Die Gesellschaft der polnischen West- und Nordgebiete in den Jahren 1945−1956. Integrations- und Desintegrationsprozesse]. Zielona Góra 1994; Ders.: Zur polnischen Besiedlung der ehemals deutschen Gebiete nach dem Zweiten Weltkrieg. Lebuser Land und Kreis Gubin. URL: http://www.transodra-online.net/de/node/1410 (Abruf 26.09.2015).

[5] Weczerka: Jauer, S. 210.

[6] GUS - Główny Urząd Statystyczny [Hauptamt für Statistik]: http://stat.gov.pl/obszary-tematyczne/ludnosc/ludnosc/ludnosc-stan-i-struktura-ludnosci-oraz-ruch-naturalny-w-przekroju-terytorialnym-stan-w-dniu-31-xii-2014-r-,6,17.html (Abruf 25.09.2015).

[7] www.verwaltungsgeschichte.de/jauer.html (Anm. 3).

[8] Onlineportal zur Geschichte der Juden in Polen: http://www.sztetl.org.pl/pl/article/jawor/5,historia/ (Abruf 21.12.2014).

Zitation

Beata Lejman, Tomasz Torbus: Jauer/Jawor. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2015. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32271 (Stand 19.10.2015).

Jawor → Jauer/Jawor

Siehe Jauer/Jawor

Jáchymov → Sankt Joachimsthal/Jáchymov

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Sankt Joachimsthal

Amtliche Bezeichnung

tschech. Jáchymov

Lateinische Bezeichnung

Sancti Joachimi



Radiumbad St. Joachimsthal im Erzgebirge (Postkarte: vor 1945) [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv. Inv. Nr. 182427].

Etymologie

Die Stadt ist benannt nach dem hl. Joachim, der Legende nach Gatte der hl. Anna und Vater der Jungfrau Maria. Schutzpatrone der nahe gelegenen Bergstädte Annaberg und Marienberg waren die beiden weiblichen Mitglieder dieser Familie.

2. Geographie

Lage

Sankt Joachimsthal liegt auf 50° 21′ nördlicher Breite und 12° 55′ östlicher Länge, 146 km nordwestlich von Prag/Praha und 20 km nördlich von Karlsbad/Karlovy Vary, auf 672 m über NHN.

Topographie

Die Stadt liegt im Tal der Weseritz (*Jáchymovský potok*), eines Zuflusses der Weißeritz, in den südlichen Ausläufern des Erzgebirges.

Region

Böhmen

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Tschechische Republik. Sankt Joachimsthal liegt in der Region Karlsbad (*Karlovarský kraj*) und gehört zum Bezirk Karlsbad (*Okres Karlovy Vary*).

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Das der freien Bergstadt zu Regensburg am 15. Juli 1546 durch König Ferdinand verliehene Stadtwappen besteht aus einem in vier gleich große Teile geteilten Schild. Das obere linke und das untere rechte Feld zeigen ein Wappen mit rotem und goldenem Schild, auf welchem ein Löwe mit doppeltem Schwanz und Krone dargestellt ist. In den beiden anderen Feldern sind Berge, im Kreuz des Wappens zwei Berghammer dargestellt. Das Wappen wird vom hl. Joachim und der hl. Anna gehalten.

Gebräuchliche oder historische Namen

Bevor die Stadt 1519 ihren jetzigen Namen erhielt, war sie als "Konradsgrün" bekannt. Für das 16. Jahrhundert ist die gebräuchliche Kurzform "Thal", von der sich auch die Bezeichnung einer Münzsorte ("Thaler") ableitet, in Aufzeichnungen von Bergknappen belegt.

Mittelalter

1454 kam die von den bis dahin herrschenden Vohburgern gegründete Ortschaft Konradsgrün in den Besitz der Familie Schlick. Aus den Aufzeichnungen eines Pfarrers von Sankt Joachimsthal, Mathesius († 1565), geht hervor, dass die Gegend von Deutschen bewohnt war und sich zudem Überreste älterer Siedlungen finden ließen. Die Quellen des Zeitraums sind jedoch spärlich.[1]

Neuzeit

In einem 1512 angelegten Stollen wurden große Mengen an Erzen gefunden, was zu einem wirtschaftlichen Aufschwung der Stadt führte. Da benachbarte Bergwerke in Böhmen und Sachsen wegen der dort herrschenden Aufstände nicht in Betrieb waren, kam es zu einem regen Zuzug nach Konradsgrün. Angesichts der Entwicklung des Bergbaus setzten die Grafen von Schlick 1517 einen Berghauptmann, einen Bürgermeister und einen Richter ein und begannen mit dem Bau des Schlosses Freudenstein. Nach einer kurzen Rebellion im selben Jahr wurden erste Verordnungen erlassen und die *Annaberger Bergordnung* für gültig erklärt. Bald waren 914 Zechen in Betrieb, in denen rund 8.000 Bergknappen beschäftigt waren. Das gewonnene Silber wurde auf direktem Wege an die großen Handels-

häuser der Fugger in Augsburg und der Welser in Nürnberg verkauft. Damit trat die Stadt in direkte Konkurrenz zum Silberbergbau in Schwaz in Tirol.[2]

Auf dem Landtag 1519 erhob König Ludwig II. die Siedlung zur königlichen freien Bergstadt und gab ihr den Namen Joachimsthal. Gleichzeitig verlieh er den Grafen von Schlick das Münzrecht, woraufhin in St. Joachimsthal eine Münzstube errichtet wurde.1534 verlieh die Familie Schlick der Gemeinde eine Reihe von Privilegien, u. a. das Recht auf die Wahl des Stadtpfarrers. Erster Seelsorger der Stadt wurde M. Johannes Sylvius Egranus.

Streitigkeiten mit der Stadt führten vier Jahre später zu einem zweiten Aufstand der Bergleute, der bald beigelegt werden konnte. Schwerwiegenden Charakter hatte der dritte Aufstand 1525, bei dem der Bürgermeister gefangen genommen, das Rathaus und das gräfliche Schloss gestürmt und die Urkunden mit Privilegien sowie die Gerichtsbücher vernichtet wurden. 1534–1537 wurde eine neue Münzstätte errichtet, die nun im Besitz des böhmischen Königs war. 1583 fielen die Münze, das Rathaus und 15 Häuser einem Brand zum Opfer.[3]

Sankt Joachimsthal befand sich seit seiner Gründung im Besitz der Grafen von Schlick, bis der protestantische Graf Hieronymus Schlick sich in der Schlacht bei Mühlberg (1547), bei der es zur Vernichtung des Schmalkaldischen Bundes kam, gegen den Kaiser stellte und seine Rechte und Besitzungen an Habsburg verlor.

Seit Beginn des 17. Jahrhunderts nahmen die Einnahmen aus dem Bergbau stetig ab, was zu einer Verarmung der Stadt führte. 1624 waren noch zwei kaiserliche Schmelzhütten in Betrieb. Nach dem Schmalkaldischen Krieg und dem Rückgang des Bergbaus beeinträchtigte der Dreißigjährige Krieg die Stadtentwicklung mit Einquartierungen, schweren Kontributionen und Kriegssteuern. Ab 1635 kam es wiederholt zu Plünderungen und Brandschatzungen, denen auch Schloss Freudenstein zum Opfer fiel. 1645 erlebte die Stadt eine Pestepidemie.

1651 wurde die kaiserliche Münze von Sankt Joachimsthal nach Prag verlegt, 1665 und 1666 kein Silber mehr geschmolzen.

Während des Siebenjährigen Krieges wurde die Stadt erneut gebrandschatzt (1758, 1759 und 1763). 1853 begann der österreichische Hüttenchemiker Adolf Patera in Sankt Joachimsthal mit der Herstellung von Urangelb und legte damit den Grundstein der k. k. Uranfarbenfabrik. Diese verhalf der Stadt zu einem erneuten Aufschwung, bevor sie 1873 durch eine Brandkatastrophe fast vollständig vernichtet wurde.

Zeitgeschichte

Mit dem Ende der Habsburgermonarchie fiel die Stadt 1918 an die Tschechoslowakei und wurde infolge des Münchner Abkommens am 29. September 1938 zusammen mit dem sog. Sudetenland dem Deutschen Reich angeschlossen. Damit begann die Vertreibung der in Böhmen lebenden jüdischen Bevölkerung. Im Zuge der Umsetzung des 1941 erarbeiteten "Göring-Programms" wurden zuerst französische, später sowjetische Kriegsgefangene in den Minen von Sankt Joachimsthal eingesetzt.

Unter sowjetischer Herrschaft wurden zwischen 1945 und 1948 Tschechen, Slowaken und Deutsche durch "Volksgerichte" in Straflager verbannt. Die Zahl der Internierten wird auf ca. 200.000 Personen geschätzt. Es kam zur gewaltsamen Vertreibung der deutschen Bevölkerung, von der aufgrund des Arbeitskräftemangels u. a. deutsche Bergleute verschont blieben.[4] In Sankt Joachimsthal wurden mehrere Straf- und Internierungslager errichtet,

in denen die in den Bergwerken eingesetzten Zwangsarbeiter untergebracht waren, u. a. die nach ihrem Standort in der Nähe der Bergwerksschächte benannten Lager Svornost, Eliás I und II sowie das kleinere Vykmanov II.[5] Dort internierte Personen wurden beim Abbau von Uran für das sowjetische Atomwaffenprogramm eingesetzt, bis der Uranabbau 1964 eingestellt wurde.

Bevölkerung

Für 1516 lassen sich 1.050 Einwohner nachweisen. Durch die rasante Entwicklung des Bergbaus wuchs die Bevölkerung bis 1534 auf 18.200 an.[6] Für die nachfolgenden Jahrhunderte kann zur Schätzung der Bevölkerungszahl nur auf Häuserzählungen zurückgegriffen werden, wonach die Stadt 1601 über 2.000 Einwohner hatte. Bis 1830 stieg die Bevölkerungszahl auf 4.337 an. Ein Jahrhundert später lebten 5.957 Menschen in St. Joachimsthal, davon knapp 91 % Deutsche.[7] Nach dem Zerfall der Habsburgermonarchie lebten überwiegende Deutsche in der Stadt (1931: 7.400 Einwohner, davon 96 % Deutsche[8]), bis ab den 1930er Jahren vermehrt tschechische Zuwanderer in die Stadt kamen. 1939 wurden 6.388, 1947 6.806 Menschen gezählt, heute beträgt die Einwohnerzahl 2.999 (Stand 2011).[9]

Wirtschaft

Im 15. Jahrhundert dominierte die Waldwirtschaft. Mit dem beginnenden 16. Jahrhundert gewann die Montanwirtschaft sprunghaft an Bedeutung: Zwischen 1516 und 1545 wurde Silber im Wert von 10.431.091 fl. und bis 1617 im Wert von 4.757.165 Talern abgebaut. Der Bergbau erlebte Ende des 18. Jahrhunderts einen erneuten Aufschwung, als Blei, Wismut und Farbkobalt geschürft wurden, zwischen 1755 und 1805 betrug die Ausbeute 62.381 Zentner Farbkobalt.

Im 19. Jahrhundert siedelten sich Industriebetriebe der Handschuh-, Puppen-, Papiermaché-, Korkwaren- und Tabakfabrikation rund um die Stadt an. Die 1561 gegründete Spitzen-Produktion der Barbara Uthmann erlebte einen erneuten Aufschwung.

Anziehungspunkt für Touristen heute ist die im Sommer 1911 fertiggestellte k.k. Kuranstalt für Radiumtherapie.[10] Neben dem Fremdenverkehr sind für den Bezirk Karlsbad besonders die Porzellan- und Glaserzeugung von Bedeutung.

Religions- und Kirchengeschichte

Ende des 16. und Anfang des 17. Jahrhunderts erlebte die Stadt eine religiöse Spaltung im Zuge der Verbreitung des Protestantismus, zu dem sich die meisten Stadtbewohner bekannten. Als die Ortschaft während des Dreißigjährigen Krieges rekatholisiert wurde, wanderten viele Bürger und Bergleute ins protestantische Sachsen ab.

Bildung und Wissenschaft

Die bedeutendste Schule der Stadt war die im 16. Jahrhundert gegründete Lateinschule, deren Bibliothek über die Landesgrenzen hinweg Bedeutung besaß. Schule und Bibliothek sind in ihrer ursprünglichen Form nicht mehr erhalten, das Bezirksmuseum Karlsbad beherbergt jedoch wertvolle Exemplare der ehemaligen Büchersammlung.[11]

Kunstgeschichte

Der Bau der Stadtkirche begann 1534 unter der Leitung der Baumeister Hans Kopp und Wolf Müller und wurde 1540 fertiggestellt. 1545 stifteten die Grafen von Schlick einen dreiteiligen Flügelaltar, der Lucas Cranach zugeschrieben wird. Ein großer Stadtbrand

vernichtete die Stadtkirche 1873 bis auf ihre Umfassungsmauern. 1874–1876 wurde sie nach Entwürfen des Prager Dombaumeisters Josef Mocker und des Baumeisters Karl Friedrich Richter aus Johanngeorgenstadt im neugotischen Stil wiedererrichtet.

Eine aus Sandstein gefertigte Dreifaltigkeitssäule südlich der Stadtkirche wurde 1703 errichtet. An der Südspitze des Kirchenplatzes befindet sich eine Sandsteinstatute des hl. Johannes.

Das 1531 eingerichtete Rathaus wurde nach mehreren Brandkatastrophen 1901 nach Plänen des Baumeisters Anton Hammerschmidt renoviert.[12]

Musik

Die Musik spielte im Leben der Bergleute und der anderen Stadtbewohner bereits in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts eine wichtige Rolle. Neben flotten Bergreihen entstanden fromme christliche Gesänge. Das bekannte Lied *Lob auf St. Joachimsthal (Was wollen wir aber singen)* war an die Grafen von Schlick gerichtet.

Literatur

Einer der wichtigsten Autoren Sankt Joachimsthals ist der Stadtarzt und Apotheker Georgius Agricola (1494–1555), der aufgrund seiner Werke (u. a. *De re metallica libri XII*) auch als "Vater der Mineralogie" gilt. In der Stadt lebte der deutsche Theologe und Reformator Johannes Mathesius (1504–1565).

4. Diskurse/Kontroversen

In der Stadtgeschichtsschreibung nehmen das 20. Jahrhundert, die Herrschaft des kommunistischen Regimes und die Grausamkeiten um den Betrieb des Arbeitslagers oft einen breiten Raum ein, während die Bedeutung der einst blühenden Bergstadt für Zentraleuropa im Mittelalter und in der Neuzeit in den Hintergrund rückt.

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Hana Güntherová: Ein kleiner Spaziergang durch die Geschichte des ersten Radonbades der Welt: Jáchymov – St. Joachimsthal. O. O. (Karlovy Vary) 1991.
- Peter Hilsch: Sankt Joachimsthal (Jáchymov, Bez. Karlsbad). In: Joachim Bahlcke, Winfried Eberhard, Miloslav Polívka (Hg.): Böhmen und Mähren. Stuttgart 1998 (Handbuch der historischen Stätten), S. 540-542 (mit älterer Literatur).
- Landesstelle für Erzgebirgische und Vogtländische Volkskultur Schneeberg und Karlovarské Muzeum (Hg.): St. Joachimsthal in der Zeit Georgius Agricola. Zur Geschichte einer Bergstadt im 16. Jahrhundert. Bearb. von Götz Altmann. Schneeberg 1994.
- Otfrid Pustejovsky: Stalins Bombe und die "Hölle von Joachimsthal". Münster 2009.

Weblinks

- www.mestojachymov.cz (Offizielle Homepage der Stadt)
- http://www.genealogienetz.de/reg/SUD/bez-joachimsthal/joachimsthal.html (Homepage des Vereins für Computergenealogie e.V.)
- http://de.kvmuz.cz/kontakt/jachymov-museum (Offizielle Homepage des Bezirksmuseums Karlsbad)

Anmerkungen

[1] K.K. Ministerium für Öffentliche Arbeiten (Hg.): St. Joachimsthal. Wien 1911, S.7-8.

[2] Joseph Braunbeck: Der strahlende Doppeladler. Nukleares aus Österreich-Ungarn. Graz 1996, S. 10-11.

[3] K.K. Ministerium für Öffentliche Arbeiten (Hg.): St. Joachimsthal. Wien 1911, S. 8-10.

[4] Rainer Karlsch, Zbynek Zeman: Urangeheimnisse. Berlin 2002, S. 61-69.

[5] Pustejovsky: Stalins Bombe, S. 289.

[6] K.K. Ministerium für Öffentliche Arbeiten (Hg.): St. Joachimsthal. Wien 1911, S. 7-26.

[7] Pustejovsky: Stalins Bombe, S. 36.

[8] Hilsch: Sankt Joachimsthal, S. 542.

[9] Czech Statistical Office (Hg.): Demographic Yearbook of Towns of the Czech Republic (2002–2011), Tab. 174. URL: http://www.czso.cz/csu/2012edicniplan.nsf/engt/780032188B/$File/401812174.pdf (Zugriff 26.01.2013).

[10] Der Radiumkurort St. Joachimsthal. In: Österreichische Zeitschrift für Berg- und Hüttenwesen 10 (1912), S. 135-136.

[11] Vgl. http://de.kvmuz.cz/o-nas-muzeum-karlovy-vary (Zugriff 26.01.2013)

[12] Richard Schmidt: Topographie der Historischen und Kunst-Denkmale. Der politische Bezirk Skt. Joachimsthal. Prag 1913, S. 42-124.

Zitation

Christian Gepp: Sankt Joachimsthal/Jáchymov. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2013. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/57053.html (Stand 22.03.2013).

Jáger → Erlau/Eger/Jáger

Siehe Erlau/Eger/Jáger

Jekaterinoslaw/Dnipropetrowsk (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Jelenia Góra → Hirschberg/Jelenia Góra

siehe Hirschberg/Jelenia Góra

Jelgava → Mitau/Jelgava

Siehe Mitau/Jelgava

Jemielnica → Himmelwitz/Jemielnica

siehe Himmelwitz/Jemielnica

K

Kaliningrad → Königsberg/Kaliningrad

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Königsberg i. Pr., Königsberg (Pr) (1936–1945)

Amtliche Bezeichnung

Kaliningrad (Калининград)

Anderssprachige Bezeichnungen

lit. Karaliaučius (Kaliningradas), poln. Królewiec

Etymologie

Die Stadt Königsberg erhielt ihren Namen zu Ehren des böhmischen Königs Ottokar II. Přemysl (um 1332–1278). Nach dem Tod des langjährigen (1922–1946) Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR Michail Ivanovič Kalinin (1875–1946) wurde sie 1946 in Kaliningrad (wörtlich *Kalininstadt*) umbenannt.

2. Geographie

Lage

Kaliningrad (54° 44′ Nord, 20° 29′ Ost) ist die westlichste Großstadt der Russischen Föderation und liegt am Fluss Pregel (russ. *Pregolja*), der sie mit zwei Armen durchfließt, unweit seiner Mündung in das Frische Haff (*Kaliningradskij zaliv*). Im Norden und Westen grenzt die Stadt an die Ostseehalbinsel Samland (*Kaliningradskij poluostrov* [wörtlich: *Kaliningrader Halbinsel*]), im Osten und Süden an die Pregelniederung.

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Kaliningrad ist Teil des Gebietes (Oblast) Kaliningrad (*Kaliningradskaja oblast'*), des Föderationskreises Nordwestrussland (*Severo-zapadny federalny okrug*) und Exklave der Russischen Föderation. Es gliedert sich in drei Stadtbezirke (Rajons): Leningrader, Moskauer und Zentralrajon.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik



Wappen des historischen Königsbergs.



Wappen von Kaliningrad.

Das Wappen von Kaliningrad zeigt auf blauem Grund eine stilisierte Kogge mit geblähtem Segel, mit russischer Seefahne und dem altstädtischen Wappen am Mast.

Das historische Stadtwappen von Königsberg ist ein dreigeteiltes Kompositwappen und zeigt die drei Wappenbilder der vormals selbstständigen Städte Altstadt, Löbenicht und Kneiphof, überwölbt vom gekrönten preußischen Adler mit den Initialen FWR (Friedrich Wilhelm Rex für König Friedrich Wilhelm I. [1688–1740]).

Archäologische Bedeutung

Bereits in der Jungsteinzeit ist eine Besiedlung des späteren Stadtgebiets durch kammkeramische Funde belegt. Eine prußische Fliehburg, ein Ankerplatz und ein Fischerdorf konnten archäologisch nachgewiesen werden.

Deutschordenszeit (1255–1525)



Altstadt mit Kneiphof, Speicherviertel und Schloss von Nordosten (Foto um 1925) [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 90491].

Lübecker Bestrebungen, am Pregel eine Tochterstadt zu gründen, sind nicht zur Ausführung gelangt. Gründer Königsbergs war der Deutsche Orden als Landesherr, der auf dem Hügel Twangste 1255 im Zuge eines Missionszugs gegen die Prußen eine Burg errichtete, die dem Kreuzfahrer und an dem Missionszug beteiligten Böhmenkönig Ottokar II. Přemysl gewidmet war. Eine außerhalb gelegene Siedlung mit dem prußischen Namen Twangste wurde im Zuge des Prußenaufstands 1262 vernichtet. Nach dem Friedensschluss mit den Prußen und dem Zuzug von Siedlern vor allem aus niederdeutschen Regionen entstanden durch Lokation drei Städte mit Kulmer Recht: Königsberg Altstadt (1286), Löbe-

nicht (1300) und Kneiphof (1327). Dies bedeutete die volle Selbstverwaltung durch Bürgermeister, Rat und Schöffenbank. Zünfte und Gewerke bildeten sich aus. Jede Stadt besaß eine eigene Pfarrkirche und einen Markt. Die Altstadt, zwischen Burg und Pregel gelegen, war die größte und mächtigste Siedlung; der östlich anschließende Löbenicht war eine Handwerker- und Ackerbürgerstadt und der auf der Pregelinsel gelegene Kneiphof war durch Fernkaufleute geprägt. Altstadt und Kneiphof verfügten über Hospitäler. Zur Burg gehörten die alten prußischen Dörfer Tragheim und Sackheim, Roßgarten und Neue Sorge sowie die Burgfreiheit. Zur Altstadt gehörten Lomse, Steindamm, die Laak, Roßgarten und die Hufen, das einzige Stadtdorf Königsbergs, zum Kneiphof die vordere und hintere Vorstadt und Haberberg.

Kneiphof war Sitz des samländischen Domkapitels, welches dem Deutschen Orden inkorporiert war; diese Inkorporation bedeutete nicht den Verlust der weltlichen Hoheitsrechte (Bischofssitz war Fischhausen/Primorsk). Gemäß der päpstlichen Zirkumskriptionsbulle von 1243, die die Rechtsgrundlage der Bistümer im Gebiet des Deutschen Ordens bildete, wurde das Territorium der Bistümer im Jahr 1254 im Verhältnis 2 zu 1 zwischen dem Deutschen Orden und dem jeweiligen Bischof aufgeteilt, wobei den Bischöfen ein Drittel als weltliches Herrschaftsgebiet zufiel; von dem bischöflichen Teil erhielt das Kapitel ein Drittel.

Die Burg von Königsberg, Namensgeber der Deutschordenskomturei, war seit 1311 Sitz des Obersten Marschalls des Deutschen Ordens, der ab 1330 zugleich Komtur von Königsberg war. 1330 bis 1380 wurde im Kneiphof der gotische Dom errichtet, er war auch Pfarrkirche der Stadt. Im Löbenicht gründete der Deutsche Orden unter Hochmeister Heinrich Dusemer (um 1280–1353) 1349 ein Nonnenkloster mit benediktinischer Regel.

Die Stadt war Ausgangspunkt der sogenannten „Litauerreisen“ (Feldzüge von europäischen Adligen mit dem Deutschen Orden, die als Kreuzzüge galten), welche bis zum Ende des 14. Jahrhunderts bedeutende Hochadlige nach Königsberg führten. Der Königsberger Konvent war, nach Marienburg/Malbork, der größte in Preußen.

In der Auseinandersetzung zwischen den preußischen Ständen und dem Deutschen Orden in der Mitte des 15. Jahrhunderts, in der die drei Städte wechselnde Positionen bezogen, stellte sich schließlich vor allem Kneiphof gegen den Landesherrn und wurde von Altstadt und Löbenicht mit Unterstützung des Deutschen Ordens besiegt. Die drei Städte Königsberg bekannten sich 1456 wieder zur Landesherrschaft des Deutschen Ordens, nachdem dieser Polen in der Schlacht von Konitz/Chojnice (1454) besiegt hatte. Nach dem Dreizehnjährigen Krieg (1454–1466) musste der Orden den westlichen Teil Preußens im Zweiten Frieden von Thorn/Toruń (1466) an Polen-Litauen abtreten. Mit dem Verlust der Marienburg 1457 wurde die Königsberger Burg Sitz des Hochmeisters des Deutschen Ordens.

Reformation und herzogliche Zeit (1525–1701)

In der Amtszeit des Hochmeisters Friedrich von Sachsen (1473–1510) begann ab 1498 die Säkularisierung des Restordenslandes. Der letzte Hochmeister in Preußen, Albrecht von Brandenburg-Ansbach (1490–1568), erwählt 1511, führte das Land seit 1523 der Reformation zu. Albrecht hatte in Königsberg prunkvoll hofgehalten und, unpassend für einen geistlichen Herrn, Turniere veranstaltet; sein verlorener Reiterkrieg (1519–1521) gegen Polen-Litauen hatte die Finanzen des Ordenslandes und Königsbergs ruiniert. Der Hochmeister legte 1525 den Ordensmantel nieder und wurde polnischer Lehnsmann. Staatsrechtlich wurde das ehemalige Ordensland im Vertrag von Krakau/Kraków (8. April 1525) zu einem erblichen Herzogtum Albrechts unter polnischer Lehnshoheit.

Das 16. Jahrhundert war eine Zeit des Wohlstands in Königsberg (Errichtung der Börse gegen Ende des 16. Jahrhunderts, Ausweitung des Handels), was sich besonders in einer gesteigerten Festkultur, einer regen Bautätigkeit in der Stadt und am Umbau der Ordensburg zum Fürstenschloss ausdrückte. Der wirtschaftliche Aufschwung war unter anderem dadurch zu erklären, dass die Stadt vom Dreißigjährigen Krieg verschont blieb; zudem wuchs die 1544 gegründete Albertus-Universität (Albertina) und erlangte große Bedeutung für die Stadt.

Aber auch konfessionelle Konflikte und die Pestjahre 1620, 1629, 1639 und 1653, die viele Menschenleben forderten, prägten das Leben in Königsberg. In den Jahren 1626–1627 entstand eine Wallbefestigung der Stadt; deren Fertigstellung bis 1634, ein gemeinsames Werk aller drei Städte, fortifizierte ganz Königsberg. Im Schwedischen Krieg (1630–1635) versuchte Königsberg vergeblich von Brandenburg-Preußen unabhängig zu werden.

Preußen blieb polnisches Lehen, bis der Große Kurfürst Friedrich Wilhelm (1620–1688) in den Verträgen von Labiau/Polessk (1656), Wehlau/Snamensk und Bromberg/Bydgoszcz (1657) sowie Oliva/Oliwa (1660) die volle Souveränität erlangte, und das durchaus gegen den Willen der Königsberger. Die Durchsetzung einer absolutistischen preußischen Herrschaft gegen die Relikte mittelalterlicher städtischer Eigenständigkeit erfolgte spätestens, als der Kurfürst den sogenannten Königsberger Aufstand (1656–1663) unter Hieronymus Roth (1606–1678) gewaltsam niederschlug. Sympathien erwarb sich der Kurfürst, als er 1678/1679 den Einfall der Schweden zurückschlug. Seit 1663 trat der Einfluss städtischer Administration zugunsten der landesherrlichen deutlich zurück: Die Landesbehörden wurden im Schloss konzentriert und das landesherrliche Regiment griff immer mehr in die Stadt und ihren florierenden Handel ein.

Modernisierung in der königlichen Zeit (1701–1918)



Die Krönung Friedrichs I. auf einem Gemälde von Anton Werner (1843–1915) aus dem Jahr 1887.

Am 18. Januar 1701 krönte sich Friedrich III. (1657–1713) in der Königsberger Schlosskirche zum König Friedrich I. in Preußen und stiftete den Orden vom Schwarzen Adler in der preußischen Krönungsstadt. Nach der Krönung wurde Königsberg allmählich modernisiert: Pumpen ersetzten Brunnen, Straßen wurden verbreitert, die Wasserableitung wurde systematisiert.

In den Jahren 1708 bis 1710 hatte das östliche Preußen starke Bevölkerungsverluste durch die Pest hinzunehmen, die auch Königsberg hart traf. Der Wiederaufbau des Landes und eine Umgestaltung der Stadt erfolgten seit 1714 unter Friedrich Wilhelm I., auch durch Salzburger Exulanten, die freilich in geringer Zahl nach Königsberg kamen. Königsberg, das bereits seit 1655 eine Garnison beherbergte, entwickelte sich zunehmend zur barockisierten Garnisonsstadt mit Kasernen, breiten Straßen und Straßenbeleuchtung (1731).

Am 13. Juni 1724 wurden die drei Städte Altstadt, Löbenicht und Kneiphof zur Stadt Königsberg vereinigt. Das Rathaus von Kneiphof wurde Sitz des Magistrats, der vom König durch die Kriegs- und Domänenkammer (seit 1723) reformiert wurde. Fortan gab es einen dirigierenden und zwei weitere Bürgermeister, wobei der König sich das Recht vorbehielt, einen Oberbürgermeister zur Kontrolle zu ernennen. Bei dieser gestrafften Verwaltung blieb für die Mitwirkung der Bürgerschaft kaum mehr Raum. Durch die Einführung merkantilistischen Wirtschaftens (ausgebildet um 1750) entstanden Manufakturen (oft von Textilien), die im Wesentlichen von englischen, französischen und jüdischen Kaufleuten betrieben wurden.

Während der Regierungszeit Friedrichs II. (des Großen; 1712–1786) ab 1740 florierte die Wirtschaft in Königsberg. In den Kriegen Friedrichs II. (1740–1745; 1756–1763) wurde Königsberg wiederholt Kriegsschauplatz, war von 1758 bis 1761 von russischen Truppen besetzt und musste hohe Kontributionszahlungen leisten, was aber dem Aufschwung der Stadt letztlich keinen Abbruch tat. 1764 wurde Königsberg (besonders Löbenicht und Sackheim) von schweren Bränden heimgesucht.

Durch die Erste Teilung Polens (1772) entstanden die von Berlin aus regierten Provinzen Ost- und Westpreußen. Königsberg wurde Hauptstadt von Ostpreußen.

Preußens Niederlage gegen Napoleon und die Preußischen Reformen

Nachdem Preußen in den Koalitionskriegen von Napoleon geschlagen worden war, hielt Marschall Nicolas Jean-de-Dieu Soult (1789–1851) am 16. Juni 1806 Einzug in Königsberg, hiernach Napoleon Bonaparte (1769–1821). Nach 39 Tagen endete die Besatzung, in deren Zuge Königsberg durch Kontributionen sowie die Kontinentalsperre erheblich geschwächt wurde. Von 1808 bis 1809 lebte die königliche Familie in Königsberg. Die Stadt wurde Zentrum der Preußischen Reformen, die den geschlagenen Staat in Gesellschaft und Administration grundlegend modernisierten. Die königlichen Reformkommissionen arbeiteten im Schloss. Die preußische Städteordnung von 1808 beseitigte die ständischen Unterschiede, gab allen männlichen Bürgern das Zensuswahlrecht und trennte Legislative und Exekutive.

1811 suchte ein schwerer Brand die Stadt heim. Die Schäden in Höhe von 13 Millionen Talern wurden durch die Feuerversicherung kaum gedeckt. 1812 wurde die Judenemanzipation per Gesetz festgestellt. Im gleichen Jahr erhoben die Franzosen erneut erhebliche Kontributionen für den Russlandfeldzug. Als 1813 König Friedrich Wilhelm III. (1770–1840) mit dem „Aufruf an mein Volk“ in Breslau/Wrocław die Bürger Preußens zum Kampf gegen Napoleon Bonaparte aufrief, forderte Generalgouverneur Ludwig Yorck von Wartenburg (1759–1830) im Haus der Ostpreußischen Landschaft in Königsberg die Aufstellung der Landwehr und trug damit zum organisierten Befreiungskampf gegen Napoleon bei.

Im Vormärz war Königsberg ein Vorort des politischen Liberalismus. Die Forderung des Landtags vom 5. September 1840 nach einer allgemeinen Landesrepräsentation stieß bei König Friedrich Wilhelm IV. (1795–1861) auf taube Ohren – so gärte es in Königsberg

weiter auf Versammlungen, auf denen Reden gehalten wurden. Protagonisten waren Jakob Friedrich Alexander Jung (1799–1884), Johann Jacoby (1805–1877), Ferdinand Falkson (1820–1900) und Ferdinand Gregorovius (1821–1891). 1848 kam es dann zum friedlichen Umsturz für Demokratie und Verfassung in Preußen. In die deutsche Nationalversammlung wurde Eduard von Simson (1810–1899), in die preußische Theodor von Schön (1773–1856) und Raphael Kosch (1803–1872) gewählt. Ergebnis der Revolution war eine konstitutionelle Monarchie. Der Revolution folgte die Epoche der Reaktion; die Überwachung politisch liberaler Akteure und das Bestreben, weitere revolutionäre Tendenzen abzuwehren, prägten das Stadtleben durch politische Stagnation.

Infrastrukturelle Modernisierung der Stadt in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts

Die 1850er bis 1870er Jahre sind von einer Modernisierung der Infrastruktur Königsbergs bei gleichzeitiger politischer Stabilität und Beharrung gekennzeichnet. Von 1843 bis 1864 wurden die Festungswerke erneuert. Im November 1852 erhielt Königsberg eine Gasbeleuchtung (Kohlevergasung). 1853 wurde der Bahnhof eingeweiht, telegrafische Verbindung nach Berlin bestand seit 1854. Mit der Vollendung der Preußischen Ostbahn 1860, die in Eydtkuhnen/Černyševskoe endete und die Stadt sowie Ostpreußen mit Berlin verband, war die Provinzialisierung Königsbergs, das über Jahrhunderte das geistige Zentrum Preußens gewesen war, durch Berlin abgeschlossen. Königsberg wurde zu einem Knotenpunkt im nordosteuropäischen Verkehr. Die Garnison wurde nach der Reichsgründung (1871) vergrößert. 1872 wurde der Ausbau einer Gürtelfestung aus Forts und Werken angeordnet, die bis 1884 gebaut wurde.

Zu einem Teil war Königsberg eine Beamtenstadt, etwa durch den Sitz des Oberpräsidiums. Seit 1829 waren die beiden Provinzen Ost- und Westpreußen als Provinz Preußen mit der Hauptstadt Königsberg vereinigt. Nach der erneuten Teilung der Provinz 1878 war die Stadt wiederum nur Provinzhauptstadt Ostpreußens sowie Hauptstadt des Regierungsbezirks Königsberg.

Erster Weltkrieg (1914–1918) und Weimarer Zeit (1919–1933)

Königsberg und Ostpreußen, exponiert gegenüber Russland gelegen, waren schon zu Beginn des Weltkriegs gefährdet, als die zarische Armee in die Ostprovinz eindrang; sie wurde allerdings in der Schlacht von Tannenberg (1914) entscheidend geschlagen. Die Stadt litt, wie andere deutsche Städte, an Lebensmittel- und Rohstoffknappheit, als 1918 die Revolution unblutig siegte. Die Macht übernahm die Volksmarinedivision, die sie aber bereits am 4. März 1919 wieder an die Reichswehr verlor. Durch die Bestimmung des Vertrags von Versailles (1919), die Polen über Pommerellen einen Zugang zum Meer eröffnete (sogenannter „Polnischer Korridor“), war Ostpreußen vom Deutschen Reich abgetrennt, was die ohnehin großen wirtschaftlichen Probleme der agrarwirtschaftlich dominierten Region – trotz nicht unerheblicher Hilfe des Reichs – noch verschärfte. Der neue Bürgermeister Hans Lohmeyer (1881–1968) prägte in seiner Amtszeit 1919–1933 die politische Geschichte der Stadt; sein Stellvertreter war seit 1920 Carl Goerdeler (1884–1945), der später am Attentat auf Adolf Hitler vom 20. Juli 1944 maßgeblich beteiligt war. Durch Auflassung der Festung entstand der umfangreiche Grüngürtel Königsbergs.

Zeit des Nationalsozialismus (1933–1945) und Zweiter Weltkrieg

In der Zeit des Nationalsozialismus war Königsberg Sitz der Gauleitung für Ostpreußen unter Gauleiter Erich Koch (1896–1984), der später als Reichskommissar in der Ukraine wirkte und als Kriegsverbrecher verurteilt wurde. Die Spitzen der Stadt wurden mit Mitgliedern der NSDAP besetzt, politische Gegner entfernt. Oberbürgermeister Lohmeyer

wurde zunächst suspendiert und dann pensioniert, ihm folgte Hellmuth Will (1900–1982) bis 1945. 1934, 1938 und 1939 wurde die Stadt durch Eingemeindungen erheblich vergrößert.

Mit der „Machtergreifung“ erlebte die Stadt antisemitischen Terror und Denunziationen gegen die etwa 3.500 Juden, deren Zahl sich bis 1939 mehr als halbierte. In der sogenannten „Reichskristallnacht“ wurden die Alte und die Neue Synagoge durch Brände zerstört. Am 24. Juni 1942 fand die erste Deportation von 465 Königsberger Juden statt, die in das Vernichtungslager Maly Trostenez bei Minsk verschleppt und dort ermordet wurden.



Schloss Königsberg am Kaiser Wilhelm Platz [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 148599, Fotograph: Hans-Joachim Flessing].

Die Lage im Nordosten des Reichs schütze Königsberg zunächst lange vor Luftangriffen der Alliierten. Massive Luftangriffe erfolgten im August 1944 durch britische Bomberverbände, die den Stadtkern fast vollständig zerstörten. Etwa 200.000 Bürger wurden obdachlos. Ende Januar 1945 wurde Königsberg, durch die sowjetische Armee bereits eingeschlossen, zur Festung erklärt und ein Ausweichen der Zivilbevölkerung untersagt. Am 9. April 1945 kapitulierte die Wehrmacht unter General Otto Lasch (1893–1971) in Königsberg, in dem sich noch 110.000 Zivilisten befanden. Die Zeit der Kampfhandlungen und der anschließenden russischen Besetzung waren durch Gewalttaten, Vergewaltigungen, Verschleppungen und Kriegsverbrechen gegenüber der Zivilbevölkerung seitens Angehöriger der Roten Armee geprägt.

Im Juni 1945 stellte eine russische Volkszählung noch 73.000 Königsberger Einwohner mit deutscher Staatsangehörigkeit fest; von diesen überlebten, nach früherer Schätzung, aufgrund von Hunger, Krankheiten und Gewalttaten nur 25.000.[1] Andere Wissenschaftler gehen von geringeren Bevölkerungs- und Opferzahlen aus, wobei die Genauigkeit der Zählungen aufgrund der Kriegs- und Nachkriegsereignisse in Frage zu stellen ist.[2]

Die verbliebenen deutschen Einwohner wurden 1948 in die SBZ verbracht; eine kleine Minderheit blieb in der nun sowjetischen Stadt, die mit Bürgern der Sowjetunion, zumeist Russen, Weißrussen und Ukrainer, sowie Militärpersonen besiedelt wurde.

Seit 1946: Jüngste Entwicklungen

1946 wurde Königsberg in Kaliningrad umbenannt und die Stadt wurde militärisches Sperrgebiet mit dem eisfreien Hafen Pillau/Baltijsk als Hauptstützpunkt der sowjetischen Baltischen Flotte. Nach dem Potsdamer Abkommen war das nördliche Ostpreußen unter sowjetische Verwaltung gestellt. Mit Verweis auf den propagierten „urslawischen Boden“ und der Begründung, dass Russland keine eisfreien Ostseehäfen habe, annektierte die UdSSR den nördlichen Teil Ostpreußens. Königsberg wurde zu einer sowjetischen Musterstadt in Plattenbauweise.

Wirtschaft

Die drei mittelalterlichen Städte und das spätere Königsberg waren durch den Handel geprägt. Im Kneiphof lebten im Mittelalter die Kaufleute; ihre Speicherhäuser befanden sich aus Gründen des Brandschutzes in einem eigenen Viertel, der Lastadie. Zünfte und Gilden boten den Kaufleuten und Handwerkern einen organisatorischen Rahmen. Die Altstadt war seit 1340 Mitglied der Hanse und beschickte bis 1579 die Hansetage. Königsberg war auch Sitz eines der beiden Großschäffer (eine Art leitender Handelsbeauftragter) des Deutschen Ordens und damit Teil eines Handelsnetzes, das weit über Preußen hinausreichte und mit dem der Orden bis 1466 als Monopolist gewinnbringend Bernstein, Kupfer, Wachs und Pelze exportierte. Die Königsberger Kaufleute standen hierzu in Konkurrenz; sie handelten im Wesentlichen mit Getreide und Holz.

Die Zeit Friedrichs des Großen (seit 1740) stellte eine erste wirtschaftliche Blütezeit Königsbergs dar. Der Hafen der Stadt war der größte der preußischen Monarchie und um 1783/1784 immer noch ein bedeutender Seehandelsplatz mit erheblichen Umsätzen. 1801 wurde die neu erbaute Börse eingeweiht. 1848 verfügten die in Königsberg niedergelassenen Reeder über 38 Handelsschiffe.

Im Zuge der Industrialisierung erfuhr die Wirtschaft Königsbergs ab der Mitte des 19. Jahrhunderts einen erheblichen Aufschwung. Von großer Bedeutung war die Union-Gießerei, die schon bald Maschinen baute, später auch Schiffe und Lokomotiven. Zunehmend erfasste die Industrialisierung auch die anderen Wirtschaftsbranchen wie Brennereien und Mühlen. Mit dem Bahnanschluss nach Russland wurde Königsberg zum größten deutschen Getreidehafen, der polnische und russische Agrargüter umschlug. Auch für Tee war die Stadt ein bedeutender Handelsplatz. Die Reedereien nahmen Aufschwung, so Meyhöfer und Kleyenstüber. 1864 fand erstmals ein bedeutender Wirtschaftskongress in Königsberg statt: die 24. Versammlung der deutschen Land- und Forstwirte. Nach der Abtrennung Ostpreußens durch den Vertrag von Versailles (1919) wurde der Hafen zum Hochseehafen ausgebaut. Die Deutsche Ostmesse Königsberg (seit 1920) war die zweitgrößte Wirtschaftsschau des Deutschen Reichs. Indem die Stadt Wirtschaftsbetriebe und die Stadtbank gründete, konnte sie wirtschaftlich bestehen („Königsberger System“). Bis 1930 wurde der Hafen erweitert und auf dem Devauer Feld ab 1922 ein Flughafen gebaut.

Bis 1945 war Königsberg mit Eisengießereien und zahlreichen Fabriken (besonders Zellstoffproduktion) das industrielle Zentrum Ostpreußens. Während des Zweiten Weltkriegs arbeitete auch die Schichau-Werft für die Rüstung, unter Ausnutzung von Zwangsarbeitern.

Heute sind chemische Industrie, der Maschinenbau sowie Werften und die Fischereiflotte bedeutsam.

Bevölkerung

Bevölkerungsentwicklung[3]

Jahr	Einwohnerzahl
1450	8.000-10.000
Ende des 17. Jahrhunderts	40.000
1755	50.000
1797/98	50.000
1850	74.000
1867	über 100.000
1900	190.000
1914	266.604
1925	275.000
1937	372.000
9. April 1945	110.000
1956	188.000
1993	400.000
2014	448.000

Neben Deutschen gab es seit dem Mittelalter litauische, prußische und polnische Bevölkerungsteile, wobei prußische Gruppen bis in das 18. Jahrhundert assimiliert waren. Polnische und litauische Gruppen sind statistisch erst für die 1920er Jahre nachweisbar, wo sie etwa 900 beziehungsweise 700 Personen umfassten.[4] Die Bewohner sprachen den niederdeutschen Dialekt des Mittelalters. In der Neuzeit wurde die Bürgerschaft auch durch englische, holländische und schottische Einwanderung heterogener. Die drei Städte Königsbergs waren um 1700 zusammen doppelt so groß wie die Hauptstadt Berlin. Ethnisch besteht die Bevölkerung heute (2014) aus Russen (87,4 %), Ukrainern (4 %), Weißrussen (3,8 %), Armeniern (0,7 %), Tataren (0,5 %), Litauern (0,5 %), Deutschen (0,4 %), Polen (0,3 %) und Sonstigen (2,4 %).[5]

Religions- und Kirchengeschichte

Die im Zuge der Kreuzzugsbewegung und der sogenannten deutschen Ostsiedlung entstandene Stadt war Sitz des katholischen Domkapitels des Bistums Samland. Bis 1525 führte Albrecht von Brandenburg-Ansbach die Reformation ein. Johannes Brismann (1488–1549), Mitarbeiter Martin Luthers (1483–1546), predigte im Königsberger Dom und wurde Berater des Bischofs, ebenso wie Johannes Poliander (1487–1541). Schloßprediger in Königsberg wurde der spätere Kirchenlieddichter und Bischof von Pomesanien Paul Speratus (1484–1551). 1524 fand ein Klostersturm in Königsberg statt.

Unter Joachim Friedrich (1546–1608) wurde auf polnischen Wunsch auch wieder eine katholische Kirche im Löbenicht errichtet. Dazu kam noch eine Jesuitenmission (1780 entfernt), die eine Schule gründete. Der Streit zwischen den Lutheranern und Anhängern anderer evangelischer Reformatoren spielte im Alltag und an der Albertina noch lange eine große Rolle. Fünf neue lutherische Kirchen entstanden in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts.

Trotz einer katholischen, einer jüdischen und einer mennonitischen Minderheit blieb Königsberg lutherisch geprägt. Um 1925 gehörten etwa 92 % der Königsberger der evangelisch-unierten Konfession an, 5 % waren Katholiken, 1,45 % Juden, 0,1 % Mennoniten.[6] Im Mittelalter gab es keine Juden in Königsberg, wohl erst ab 1680.[7] Die jüdische Gemeinde war eine der größten des Kaiserreichs.[8] Jüdisches Leben wurde im Zeitalter des Nationalsozialismus aus Königsberg getilgt.

Die Bewohner sind heute zumeist russisch-orthodoxer Konfession. Königsberg ist Kathedralsitz der Diözese von Kaliningrad und Baltijsk. Etwa 1.000 Russlanddeutsche sind in 38 evangelischen Gemeinden in der Stadt und Umgebung wieder eingebunden.[9] Das Deutsch-Russisches Haus (*Nemecko-russkij dom*) in Kaliningrad leistet als Begegnungsstätte von Russlanddeutschen und russischer Mehrheitsbevölkerung einen wichtigen Beitrag zum interkulturellen Dialog.[10]

Bildung und Wissenschaft

Die älteste Schule Königsbergs war die Domschule, die wohl kurz nach 1296 eingerichtet wurde. Der Rat der Altstadt gründete 1337 eine Pfarrschule, Löbenichts Schule wird 1441 erwähnt. Die drei städtischen Schulen wurden im Zuge der Reformation Lateinschulen unter Aufsicht der evangelischen Geistlichkeit. Außerdem bestanden weiterhin in jeder Stadt eine deutsche Schule sowie Kirchschulen und Winkelschulen. Unter König Friedrich Wilhelm I. wurde das Schulwesen 1730 reformiert. 1753 gab es elf Armenschulen; hinzu kamen Regimentsschulen. Mit den Humboldt'schen Reformen wurden die humanistischen Gymnasien gegründet; das erste Preußens war das Königsberger Friedrichskolleg. Die drei Lateinschulen wurden städtisch, Volksschulen wurden 1867 eingerichtet. Im Jahr 1914 verfügte die Stadt über das Altstädtische und das Kneiphöfische Gymnasium, das Friedrichskolleg, das Wilhelmgymnasium, das Hufengymnasium, das Realgymnasium sowie vier Real- und Oberrealschulen.



Albertus-Universität und Denkmal Friedrich Wilhelms III. (Foto vor 1916) [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 181498].



Kant-Denkmal und Neue Universität in Königsberg (Foto vor 1945) [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 90916).

1544 gründete Herzog Albrecht die nach Marburg zweite protestantische Universität in Europa, die Albertus-Universität, die schnell Zulauf erhielt. Albrecht hatte ihr drei Aufgaben zugedacht: die Evangelisierung über das Herzogtum hinaus, die Verbreitung humanistischer Bildung und die Heranbildung akademisch-gebildeter Eliten. Seit 1755 hielt der Königsberger Immanuel Kant (1724–1804), zunächst als Privatdozent, später als Professor, seine Lehrveranstaltungen ab, die unter anderen Johann Gottfried Herder (1744–1803) beeinflussten. Kant, der wohl berühmteste Sohn der Stadt, hat seine Heimatstadt nie dauerhaft verlassen. Durch ihn wurde die Königsberger Universität zu einem Zentrum der europäischen Philosophie. An der Albertina bestand ein lebendiges Studententum, das sich in Corps und Burschenschaften (Corps Masovia, gegr. 1830, Corps Hansea Königsberg, gegr. 1876, Burschenschaft Germania, gegr. 1843), in der Zeit vor 1848 unterdrückt und im Geheimen, organisierte. Auch die Albertina erhielt im Zuge der Preußischen Reformen neue Impulse, so durch Johann Friedrich Herbart (1776–1841), und wurde erweitert. 1862 wurde das neue Universitätsgebäude eingeweiht. Die Albertina wuchs bis 1914 auf 1.650 Studenten, bis zum Sommer 1930 auf 4.113 Studenten (761 Frauen); zuvor war sie 1927 nochmals erweitert worden. Sie war wissenschaftlich neben Kant durch Namen geprägt wie Andreas Osiander (1498–1552), Johannes Voigt (1786–1863), Karl Lachmann (1793–1851), Ernst August Hagen (1797-1880), Ernst von Leyden (1832–1910), Felix Dahn (1834–1912), Julius Walter (1841–1922), Hans Prutz (1843–1929) Ludwig Lichtheim (1845–1928) oder Hans Rothfels (1891–1976). Die von Hagen gegründete Kunstakademie bestand seit 1841. 1907 kam noch eine Handelshochschule hinzu.

Die seit 1948 zunächst als Pädagogische Hochschule bestehende Baltische Föderale Immanuel-Kant-Universität (*Baltijskij federal'nyj universitet imeni Immanuila Kanta*) (mit dieser Benennung seit 2010) als Volluniversität versteht sich als Nachfolgerin der Albertina. Weitere bedeutende Hochschulen in Königsberg sind die Baltische Staatliche Akademie für Fischereiflotte (*Baltijskaja Gosudarstvennaja Akademija Rybopromyslovogo Flota*), das Baltische Institut für Ökonomie und Finanzen (*Baltijskij institut ėkonomiki i finansov*), das Baltische Militärische Marineinstitut (*Baltijskij vojenno-morskoj institut*), die Akademie für Management des Innenministeriums Russlands in Kaliningrad (*Akademija upravlenija Ministerstva vnutrennich del Rossijskoj Federacii*), die Schule für internationales Business Kaliningrad (*Kaliningradskaja škola meždunarodnogo biznesa*) und die Staatliche Technische Universität Kaliningrad (*Kaliningradskij gosudarstvennyj techničeskij universitet*).

Zu den bedeutenden Museen gehören das Immanuel-Kant-Museum (*Muzej Immanila Kanta*), das Dom-Museum (*Kënigsbergskij sobor*), das Museum für Kunst und Geschichte (*Kaliningradskij oblastnoj istoriko-chudožestvennyj muzej*) sowie das Museum des Weltozeans (*Muzej mirovogo okeana*).

Gesellschaft

Bis gegen Ende des 19. Jahrhunderts waren die aus dem Mittelalter stammenden Zünfte wichtige gesellschaftliche Vereinigungen. Auch ein lebendiges Vereinswesen (politische, kaufmännische, Gesangs-, Gewerbe-, Turn- und Schützenvereine) entwickelte sich in Königsberg.

Kunstgeschichte



Holzbrücke und Dom in Königsberg (Postkarte, vor 1945) [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 190725].



Kriegszerstörungen nach dem Luftangriff vom 27. August 1944: Hausruinen am Pregel mit dem Dom (Foto) [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 4c268].

Der Königsberger Dom (um 1325 begonnen) ist auf der Kneiphofinsel gelegen. Die Kirche, eine dreischiffige Hallenkirche aus Backstein, bedeutendster gotischer Sakralbau Ostpreußens, war Kathedralkirche des Bistums Samland, Grablege von Albrecht von Brandenburg-Ansbach, Luther von Braunschweig (um 1275–1335) und Immanuel Kant. Auch die Wallenrodtsche Bibliothek war hier untergebracht. 1944/1945 wurde die Kirche schwer beschädigt – der Wiederaufbau erfolgt seit 1992.

Das zunächst als gotische Vierflügelanlage nach 1255 errichtete Schloss, das zuletzt als Behörden- und Museumsbau (u. a. Staatsarchiv, Silberbibliothek und Prussia-Museum) diente, war vielen Umbauten unterworfen. Im Schloss wurden auch Gemälde des Königsberger Impressionisten Lovis Corinth (1858–1925) gezeigt. Die Ruine wurde 1968 gesprengt; an ihrer Stelle entstand der bis heute unvollendete Block des „Hauses der Räte“ (*Dom Sovjetov)*.

Nach den Stadtbränden von 1769, 1775 und 1783 wandelte sich das Stadtbild grundlegend, indem Privathäuser wie Kirchen, so die 1777 vollendete barocke katholische Kirche, im zeitgenössischen klassizistischen Stil neu erbaut wurden.

1824 wurde die altstädtische Kirche geschlossen, wegen ihres Verfalls abgetragen und der Platz von Peter Joseph Lenné (1789–1866) gestaltet. 1838 bis 1845 wurde die neue altstädtische Kirche nach einem Entwurf von Karl Friedrich Schinkel (1781–1841) erbaut; 1870–1875 entstand die Neue Börse im Stil der Neorenaissance.

Für den Philosophen Kant errichtete die Stadt 1864 eine Statue, welche schließlich 1885 am Paradeplatz aufgestellt wurde, sowie ein Ehrengrab (1881) als Denkmal am Dom. 1992 wurde ein Neuguss vor der Universität aufgestellt.



Haus der Technik (Postkarte, vor 1945)
[Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 181264].

1905 begann die Entfestigung, die zwar nie vollständig ausgeführt wurde, der Stadtentwicklung aber dennoch neue Möglichkeiten bot. Die Schlossteichpromenade wurde angelegt; in den Vororten entstanden Wohnsiedlungen und Grünanlagen wie der Park Luisenwahl (1913), der Tiergarten (1896) und das erste Freilichtmuseum Deutschlands (1912). Bedeutende Gebäude der Moderne waren die Stadthalle und das Haus der Technik. Die 1912 eingeweihte Stadthalle, ein modernes Gebäude mit Stahlkonstruktion, besaß die größten Veranstaltungssäle (1.600 Sitzplätze) der Stadt. Das Haus der Technik wurde als Ausstellungshaus auf der Deutschen Ostmesse 1925 von dem Architekten Hanns Hopp (1890–1971), der vom Expressionismus und später vom Bauhaus beeinflusst war, als Klinkerbau errichtet. Hopp war auch verantwortlich für den Bau des Parkhotels (1930–1931), der Ostpreußischen Mädchengewerbeschule (1928) und des Neuen Funkhauses (1932–1933).

Stark in Mitleidenschaft gezogen wurden durch das Bombardement von 1944 das Schloss, sämtliche Kirchen der Innenstadt sowie die Albertina und mit ihnen alle historischen Gebäude der Stadt. Die Ruinen Königsbergs wurden abgetragen, große Grünflächen und Plattenbauten nehmen heute ihren Platz ein. Historisierende Bauten (Fischdorf) wurden auf dem Gelände des Fischmarkts in der Nähe des Doms errichtet, wie es auch Pläne zur Wie-

dererrichtung von Altstadt und Kneiphof gibt. Die deutschen Siedlungen außerhalb der historischen Stadtkerne sowie Fabriken blieben erhalten und wurden von den neuen Bewohnern entsprechend genutzt.

Musik und Theater

Im Mittelalter wurde in den Kirchen, Klöstern und Schulen Königsbergs geistliche Musik gepflegt. Schon Hochmeister Friedrich von Sachsen hatte eine Hofkapelle eingerichtet. In der herzoglichen Zeit gehörten Chor und Orchester an den Fürstenhof zu Repräsentationszwecken im Geist der Renaissance und Reformation, für die sich Albrecht ebenso tatkräftig einsetzte wie für das Orgelspiel. Unter Georg Friedrich (Reg. 1577–1603) kam eine fränkische Hofkapelle nach Königsberg, und Theodor Riccio (1540–1600) komponierte in italienischer Manier, während Johannes Eccard (1553–1611) Stücke im Stil der niederländischen Schule schuf. Die bedeutendsten Musiker des 17. Jahrhunderts waren Johann Stobäus (1580–1646) und Heinrich Albert (1604–1651). Unter Friedrich Wilhelm I. (Reg. 1713–1740) blühte kirchliche und Orgelmusik. Um 1790 wurden in der Pregelstadt regelmäßig Opern und Singspiele geboten. Die Konzerte des Musikdirektors Friedrich August Riel (1774–1845), Lehrer von Königin Luise (1776–1810), stellten einen Höhepunkt des Kulturlebens dar. Auch Joseph von Eichendorff (1788–1857) wirkte mit seinem romantischen Repertoire in Königsberg. Im 19. Jahrhundert blühten die Gesangvereine, öffentlichen Konzerte und Musikfeste. Die Opernmusik Richard Wagners (1813–1883, 1836/37 am Königsberger Stadttheater tätig) stieß in der Stadt auf ein geteiltes Echo. Louis Köhler (1820–1886) war Königsbergs führender Musikkritiker und auch musikalisch tätig. Im 20. Jahrhundert waren Wilhelm Furtwängler (1886–1954), Hans Knappertsbusch (1888–1965) und Karl Böhm (1894–1981) Gastdirigenten in Königsberg. Das Opernhaus – 1806 zunächst als erstes Stadttheater erbaut, 1918 als reines Opernhaus wiedereröffnet und 1924 mit dem Neuen Schauspielhaus zum Ostpreußischen Landestheater zusammengelegt – war unter der Leitung von Hans Schüler (1897–1963) von 1928 bis 1932 die avantgardistischste Oper Deutschlands.

Nach dem Umbau der alten Komischen Oper zum Neuen Schauspielhaus (1927) spielten hier Künstler wie Paul Wegener (1874–1948), Emil Jannings (1884–1950) und Agnes Straub (1890–1941); es entwickelte sich zu einem der modernsten Theater Deutschlands.

Literatur

Der Deutsche Orden, das Domkapitel und die Geistlichkeit der drei Städte versorgten sich mit vornehmlich geistlicher Literatur, über deren Umfang wir nur fragmentarisch informiert sind. Mit der Reformation erfuhr die Schrift eine erneute Aufwertung, sodass Albrecht den Grundstock für die *bibliotheca nova* legte, die später königliche Bibliothek und 1919 Staatsbibliothek wurde. Auch der Buchhandel, -druck und das Verlagswesen (z. B. Gräfe und Unzer, seit 1722) erfuhr seit dieser Zeit einen Aufschwung. Bedeutende Zeitungen wurden die *Königsberger Hartungsche Zeitung*, die *Ostpreußische Zeitung*, die *Ostpreußische Woche* (vorher *Königsberger Woche*), die *Königsberger Allgemeine Zeitung*, der *Königsberger Anzeiger* und die *Königsberger Volkszeitung*. Heute ist der *Königsberger Express* die wichtigste deutschsprachige Zeitung der Stadt.

Für das 17. Jahrhundert ist der barocke Königsberger Dichterkreis (sog. „Kürbishütte“) um Simon Dach (1605–1659), Robert Roberthin (1600–1648) und Johann Peter Titz (1619–1689) zu erwähnen. Wichtige Vertreter des Hochbarock waren Christian Donatus (1622–1679) und Michael Kongehl (1646–1710). Unter Friedrich Wilhelm I. war die geistliche Dichtung, so die pietistische Lyrik Johann Valentin Pietschs (1690–1726), bedeutend. Neben Kant und Herder repräsentieren zahlreiche Schriftsteller der Aufklärung und der Rom-

antik – Johann Georg Hamann (1730–1788), Theodor Gottlieb von Hippel der Ältere (1741–1796), Johann Friedrich Reichardt (1752–1814), Zacharias Werner (1768–1823) und Ernst Theodor Amadeus (E. T. A.) Hoffmann (1776–1822) – das sogenannte „Königsberger Jahrhundert“ (1701-1806). Im Vormärz war Cäsar von Lengerke (1803–1855) als Dichter tätig. Ernst Wichert (1831–1902) und Felix Dahn (1834–1912) prägten das literarische Leben in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts genauso wie zu ihrer Zeit Agnes Miegel (1879–1964), Walter Heymann (1882-1915) und Ernst Wiechert (1887-1950), die einer späteren Generation angehörten. Im Goethebund, geleitet von Ludwig Goldstein (1867–1943), fanden sich Literaten zusammen, die Königsberg literarisch, etwa durch Lesungen bedeutender Dichter, mit dem Reich verbanden. Nach dem Ende der deutschen Stadt erschienen nicht wenige Titel, so etwa Hans Graf von Lehndorffs (1910–1987) *Ostpreußisches Tagebuch* oder Max Fürsts (1905-1978) *Gefilte Fisch,* die der Erinnerungsliteratur zuzurechnen sind.

Gedächtnis- und Erinnerungskultur

Nach der zwangsweise durchgeführten Umsiedlung der letzten Deutschen aus Königsberg erinnerten sich die Vertriebenen und Flüchtlinge in ihrer neuen Heimat insbesondere in den Vertriebenenverbänden an das ehemals deutsche Königsberg; das Museum Stadt Königsberg in Duisburg bewahrt bis heute das Erbe der Königsberger.[11] Die nach Deutschland geretteten Bestandteile der Königsberger Archive werden im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz in Berlin verwahrt. Mit der Auflösung der Sowjetunion (1991) entkrampfte sich das deutsch-russische Verhältnis, und zunehmend setzten sich die Einwohner von Kaliningrad unter offizieller Förderung mit der fast 700-jährigen deutschen Geschichte ihrer Stadt auseinander.



Das Königstor (Postkarte, vor 1927)
[Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 181491].

Die Person Immanuel Kants, der schon zu Sowjetzeiten geschätzt wurde, ist ein gemeinsamer Anknüpfungspunkt für Deutsche und Russen. In wirtschaftlich-touristischer Hinsicht lässt man etwa kulinarische Königsberger Traditionen, wie das Bier Ostmark oder Königsberger Klopse, in der Exklave wiederaufleben. Pläne zum Wiederaufbau des Doms sind umgesetzt worden, die Rekonstruktion von Stadtteilen der deutschen Zeit gelangten dagegen über das Planungsstadium nicht hinaus. Das restaurierte Königstor hat sich zum Wahrzeichen der russischen Stadt entwickelt. Eine mögliche Rückbenennung in „Königsberg“ ist immer wieder Gegenstand lebhafter Diskussion.

4. Diskurse/Kontroversen

Nach selektiv-ideologisch geprägten Wahrnehmungen und Darstellungen der Provinz Ostpreußen als „Bollwerk des Protestantismus“[12] oder als „Bollwerk gegen das Slawen-

tum“[13] in der deutschen Stadt- oder Landesgeschichtsschreibung brachten Historiker zunehmend differenzierende Urteile und Deutungen ins Spiel.[14] Die Kriegsverbrechen der Roten Armee und die Entrechtung der verbliebenen Deutschen sind nach wie vor kontroverse Themen, da die Beurteilung auch von der politischen oder nationalen Ausrichtung bestimmt bleibt.[15]

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Robert Albinus: Königsberg Lexikon. Stadt und Umgebung …für alle, die Königsberg lieben. Würzburg 2002.
- Michael Antoni (Hg.): Dehio-Handbuch der Kunstdenkmäler West- und Ostpreußens. Die ehemaligen Provinzen West- und Ostpreußen (Deutschordensland Preußen) mit Bütower und Lauenburger Land. München, Berlin 1993 (Handbuch der deutschen Kunstdenkmäler), S. 301–320.
- Hartmut Boockmann: Ostpreußen und Westpreußen. Berlin 1992 (Deutsche Geschichte im Osten Europas).
- Per Brodersen: Die Stadt im Westen. Wie Königsberg Kaliningrad wurde. Göttingen 2008.
- Bernhard Fisch, Marina Klemeševa: Zum Schicksal der Deutschen in Königsberg 1945–1948 (im Spiegel bisher unbekannter russischer Quellen). In: Zeitschrift für Ostmitteleuropaforschung 44 (1995), S. 391–400.
- Kurt Forstreuter: Das Preußische Staatsarchiv in Königsberg. Ein geschichtlicher Rückblick mit einer Übersicht über seine Bestände. Göttingen 1955 (Veröffentlichungen der Niedersächsischen Archivverwaltung 3).
- Klaus Garber: Das alte Königsberg. Erinnerungsbuch einer untergegangenen Stadt. Weimar u. a. 2008.
- Fritz Gause: Die Geschichte der Stadt Königsberg in Preußen. 3 Bde. Köln u. a. 1965–1971.
- Gerhard von Glinski, Peter Wörster: Königsberg. Die ostpreußische Hauptstadt in Geschichte und Gegenwart. Bad Münstereifel, Bonn, Berlin 1990 (Ostdeutsche Städtebilder 6).
- Walther Hubatsch: Albrecht von Brandenburg-Ansbach. Deutschordens-Hochmeister und Herzog in Preußen 1490–1568. Heidelberg 1960 (Studien zur Geschichte Preußens 8).
- Walther Hubatsch (Hg.): Geschichte der evangelischen Kirche Ostpreußens. 3 Bde. Göttingen 1968. (Besonders Bd. 2, S. 45–53; Bd. 3, S. 199–203, 236–254, 324–327, 532–536, 548–552).
- Bernhart Jähnig (Hg.): 750 Jahre Königsberg. Beiträge zur Geschichte einer Residenzstadt auf Zeit. Marburg 2008 (Tagungsberichte der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung 23).
- Ruth Kibelka: Die deutsche Bevölkerung zwischen Anpassung und Ausweisung nördlich und südlich der Memel (1945–1948). Berlin 1997.
- Erwin Kroll: Musikstadt Königsberg. Freiburg i. Br. 1966.
- Hugo Linck: Königsberg 1945–1948. 5. Aufl. Leer 1987.
- Jürgen Manthey: Königsberg. Geschichte einer Weltbürgerrepublik. München 2005.
- Hans Mendthal (Hg.): Urkundenbuch der Stadt Königsberg in Preußen, Bd. 1 (1256–1400). Königsberg 1910.
- Stefanie Schüler-Springorum: Die jüdische Minderheit in Königsberg/Preußen 1871–1945. Göttingen 1996 (Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 56).

- Werner Stark: Kant in Königsberg. In: Heike Müns, Matthias Weber (Hg.): „Durst nach Erkenntnis ...“ Forschungen zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. Zwei Jahrzehnte Immanuel-Kant-Stipendium. München 2007 (Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 29), S. 11–36.
- Christian Tilitzki: Die Albertus-Universität Königsberg. Ihre Geschichte von der Reichsgründung bis zum Untergang der Provinz Ostpreußen (1871–1945). Bd. 1: 1871–1918. Osnabrück 2012.
- Wulf D. Wagner, Heinrich Lange: Das Königsberger Schloss. Eine Bau- und Kulturgeschichte. Regensburg 2011.
- Axel E. Walter (Hg.): Königsberger Buch- und Bibliotheksgeschichte. Köln u. a. 2004 (Aus Archiven, Bibliotheken und Museen Mittel- und Osteuropas 1).
- Erich Weise (Hg.): Ost- und Westpreußen. Stuttgart 1981 (Handbuch der Historischen Stätten [13]), S. 100–107.

Bibliographien und Jahrbücher

- Ernst Wermke (Hg.): Bibliographie der Geschichte von Ost- und Westpreußen bis 1929, mit einem Nachtrag von 1962; 1930-1938; 1937-1970; 1971-1974. Aalen, Bonn-Bad Godesberg, Marburg 1962–1978.
- Preußenland. Jahrbuch der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung und der Copernicus-Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens; Mitteilungen aus dem Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (1963ff.).

Weblinks

- http://www.hiko-owp.eu/ (Historische Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung)
- http://www.stadtgemeinschaft-koenigsberg.de/ (Gemeinschaft ehem. Königsberger)
- http://www.museumkoenigsberg.de/ (Museum Stadt Königsberg in Duisburg)
- http://www.klgd.ru/ (Stadtrepräsentanz von Kaliningrad)
- https://www.gsta.spk-berlin.de/ (Archivbestände zu Königsberg)
- http://www.herder-institut.de/bildkatalog/index/index?searchfield_parameter=k%C3%B6nigsberg&newperspective=thumbnails (Abbildungen zu Königsberg/Kaliningrad im Bildarchiv des Herder-Instituts, Marburg)

Anmerkungen

[1] Gause: Geschichte der Stadt Königsberg, Bd. 3, S. 172–174.

[2] Die genannten Zahlen etwa bei Linck: Königsberg 1945–1948, S. 75; geringere Zahlen bei Fisch, Klemeševa: Zum Schicksal der Deutschen, S. 399–400. Zur Problematik der Rechnung: Kibelka: Die deutsche Bevölkerung, S. 220ff.

[3] Daten nach Gause: Geschichte der Stadt Königsberg, Bd. 1, S. 119 und 560 (für 1450 und 17. Jahrhundert); Ders.: Geschichte der Stadt Königsberg, Bd. 2, S. 148, 293 und 761 (1755, 1797/98, 1914); Ders.: Geschichte der Stadt Königsberg, Bd. 3, S. 104 und 172 (1925, 09.04.1945); Boockmann: Ostpreußen und Westpreußen, S. 369 (1850, 1867, 1900); Antoni (Hg.): Dehio-Handbuch, S. 302 (1937, 1993); Ergebnisse der Volkszählung

1956: http://istmat.info/files/uploads/17165/narhoz_sssr_1956_svodnyy.pdf (Abruf 30.01.2015). Die Daten für 2014 sind aus Meldedaten errechnet: http://www.gks.ru/free_doc/doc_2013/bul_dr/mun_obr2013.rar (Abruf 30.01.2015); vgl. von Glinski, Wörster: Königsberg, S. 140.

[4] Gause: Geschichte der Stadt Königsberg, Bd. 3, S. 103.

[5] Zensus 2010: http://kaliningrad.gks.ru/wps/wcm/connect/rosstat_ts/kaliningrad/ru/census_and_researching/census/national_census_2010/score_2010/ (Abruf 15.04.2015).

[6] Gause: Geschichte der Stadt Königsberg, Bd. 3, S. 104.

[7] Gause: Geschichte der Stadt Königsberg, Bd. 1, S. 502.

[8] Schüler-Springorum: Die jüdische Minderheit in Königsberg/Preußen, S. 43–46, S. 367.

[9] http://www.propstei-kaliningrad.info/ (Abruf 15.04.2015).

[10] http://www.drh-k.ru/deu/ (Abruf 15.04.2015).

[11] Exemplarisch sei auf den 1989 erstmals publizierten Erinnerungsbericht von Michael Wieck verwiesen: Zeugnis vom Untergang Königsbergs. Ein Geltungsjude berichtet. (Taschenbuchausgabe München 2005).

[12] Paul Genrich, Professor der Theologie an der Albertina, zitiert nach Tilitzki: Die Albertus-Universität Königsberg, S. 442.

[13] Hans Rothfels: Die Albertina als Grenzlanduniversität. In: Ders.: Ostraum, Preussentum und Reichsgedanke. Historische Abhandlungen, Vorträge und Reden. Leipzig 1935, S. 129–145, hier S. 129f. Weiteres hierzu: Robert Traba: Ostpreußen – die Konstruktion einer deutschen Provinz. Eine Studie zur regionalen und nationalen Identität. 1914–1933. Osnabrück 2010 (Klio in Polen 12).

[14] Vgl. dazu „5. Bibliographische Hinweise“.

[15] Die deutsche Opferperspektive betont etwa: Hubertus Knabe: Tag der Befreiung? Das Kriegsende in Ostdeutschland. Berlin 2005. Vgl. die russische Perspektive bei Peter Jahn (Hg.): Triumph und Trauma. Sowjetische und postsowjetische Erinnerung an den Krieg 1941–1945. Berlin 2005, S. 48–51; vgl. auch Jutta Scherrer: Sowjetunion/Russland. Siegesmythos versus Vergangenheitsaufarbeitung. In: Monika Flacke (Hg.): Mythen der Nationen. 1945 – Arena der Erinnerungen. Bd. 2. Berlin 2004, S. 619–670.

Zitation

Marcus Wüst: Königsberg/Kaliningrad. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2015. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32293 (Stand 17.04.2015).

Kalisch/Kalisz (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Kalocsa → Kalotscha/Kalocsa

siehe Kalotscha/Kalocsa

Kalotscha/Kalocsa

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Kalotscha, Kollotschau

Amtliche Bezeichnung

ung. Kalocsa

Lateinische Bezeichnung

Colocia

Etymologie

Bezüglich der Herkunft des Ortsnamens existiert eine Reihe von Theorien. Der Humanist Petrus Ransanus nahm an, dass der Name auf das vormals auf diesem Gebiet ansässige Volk der *Colotiana* zurückgeht. Laut der mehrheitlich akzeptierten Theorie leitet sich die Bezeichnung von dem slawischen Wort *kaluzsni* her und verweist auf die sumpfige Beschaffenheit des Gebiets.

2. Geographie

Lage

Kalotscha liegt auf 46° 32' nördlicher Breite, 18° 59' östlicher Länge, 120 km von Budapest entfernt.

Topographie

Kalotscha liegt im Gebiet zwischen Donau und Theiß, auf der linken Seite der Donau im Zentrum des *Sárköz* von Kalotscha. Der Vajas, ein Nebenfluss der Donau, durchfließt die Stadt.

Region

Südliche Große Ungarische Tiefebene (*Dél-Alföld*)

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Republik Ungarn. Kalotscha gehört zum Komitat Bács-Kiskun (*Bács-Kiskunmegye*) und zum Kleingebiet Kalotscha (*Kalocsai Kistérség*). Die Stadt ist Sitz des Erzbistums *Kalocsa-Kecskemét*, das auch für die in diesem Gebiet siedelnden römisch-katholischen Deutschen zuständig war.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Im roten Feld des Stadtwappens ist eine Burgmauer mit zwei Basteien und einem Tor zu sehen. Auf beiden Basteien steht jeweils ein Storch mit einer goldenen Schlange im

Schnabel. Über der Burgmauer befindet sich ein Malteserkreuz (Symbol des Erzbistums). Im unteren Teil des Wappenschildes ist eine blaue Fläche als Symbol der für die Stadtgeschichte wichtigen Donau abgebildet.

Archäologische Bedeutung

In Kalotscha wurden Gräber aus der Bronzezeit und aus der Zeit der ungarischen Landnahme entdeckt.

Mittelalter

Seit Ende des 9. Jahrhunderts herrschten hier die Arpaden. Nach dem Sieg über die "Schwarzen Ungarn" (*Ungri Nigri*) gründete König Stephan I. (der Heilige) zeitgleich das Erzbistum Kalotscha und das Bistum Fünfkirchen/Pécs.

König Ladislau I. (1077–1095) gründete das zweite Zentrum des Erzbistums in Batsch/Bács mit dem Ziel, die südlichen Einflussgebiete Ungarns für die römisch-katholische Kirche zu missionieren. Die Burg wurde im 14. Jahrhundert errichtet und war durchgehend im Besitz des Erzbistums. 1405 wurde die Stadt zur Minderstadt erhoben. Zwei Erzbischöfe verloren ihr Leben in Schlachten zur Verteidigung Ungarns: Ugrin Csák bei Muhi (1242) im Kampf gegen die Mongolen und Pál Tomori bei Mohatsch/Mohács (1526) gegen die Osmanen.

Neuzeit

Die Siedlung wurde 1529 von den Osmanen besetzt; sowohl der Klerus als auch ein Teil der Bewohner konnten entkommen. Beim Abzug der Osmanen 1686 wurde die Burg samt umliegenden Gebäuden zerstört. Mit der Wiedererrichtung des Erzbistums 1710 begann der Neuaufbau der Ortschaft. Ungarn und Südslawen aus umliegenden Komitaten siedelten sich in Kalotscha an, das 1713 erneut die Rechte einer Minderstadt erhielt. Nachdem 1872 der Status einer Minderstadt abgeschafft worden war, wurde Kalotscha 1875 zur Großgemeinde; 1921 erhielt es den Rang einer Stadt.

Zeitgeschichte

Obwohl Kalotscha von den Ereignissen des Zweiten Weltkriegs nicht direkt betroffen war, verlangsamte sich das Wirtschaftswachstum im 20. Jahrhundert. Infolge der kommunistischen Machtübernahme kam es 1951 zu einem Schauprozess gegen Erzbischof József Grősz, in dessen Verlauf mehrere Kleriker hingerichtet wurden. Dank ihrer Landwirtschaftsunternehmen begann sich die Stadt in der Zeit nach 1961 wieder zu entwickeln.

Verwaltung

Selbstverwaltung der Stadt Kalotscha.

Bevölkerung

Aufgrund von Steuerkonskriptionen aus dem 16. und 17. Jahrhundert wird geschätzt, dass der Ort damals ca. 600–700 Einwohner hatte. 1880 waren 92,52 % der 15.789 Einwohner ungarischer und 2,57 % deutscher Sprachzugehörigkeit. 1910 lebten nur noch 11.727 Menschen hier, davon sprachen 97,02 % Ungarisch und 2,17 % Deutsch.[1] 2011 lebten in Kalotscha 17.165 Personen. Die ethnische Zusammensetzung (2001): Ungarn: 95,2 %; Sinti und Roma: 3,4 %; Deutsche: 1,2 %; Kroaten: 0,3 %; Serben und Slowaken: jeweils 0,2 %.[2]

Wirtschaft

Ein wichtiges Unternehmen der Stadt ist die Kalotschaer Gewürzpaprika GmbH (*Kalocsai Fűszerpaprika Zrt.*) für die Verarbeitung der in der Umgebung produzierten Paprika.

Religions- und Kirchengeschichte

Konfessionelle Zugehörigkeit der Bewohner: 1880: 95,52 % römisch-katholisch, 3,68 % mosaisch, unter 1 % reformiert; 1910: 93,03 % römisch-katholisch, 5,05 % mosaisch, 1,49 % reformiert;[3] 2001: 68,6 % römisch-katholisch, 6,9 % reformiert, 1 % evangelisch-lutherisch, 22,4 % konfessionslos.[4]

Besondere kulturelle Institutionen

Die erzbischöfliche Bibliothek von Kalotscha verfügt mit 130.000 Bänden über die älteste und größte Sammlung der Region. Weitere Einrichtungen: Erzbischöfliche Schatzkammer, Theater, Paprikamuseum.

Bildung und Wissenschaft

Das erste Gymnasium in Kalotscha wurde 1764 gegründet, bis 1859 von den Piaristen, danach von den Jesuiten geführt. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde eine pädagogische Schule, später eine Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik gegründet. Heute besteht in Kalotscha zudem das Hl.-Stephan-Gymnasium (*Szent István Gimnázium*). Das Diözesanarchiv (*Kalocsai Főegyházmegyei Levéltár*) bewahrt wichtige Quellen zur Kirchengeschichte der Region, auch der deutschen Siedler, auf.

Alltagskultur

Im 19. Jahrhundert wurden Erzeugnisse der Volkskunst aus Kalotscha (z. B. Holzschnitzerei, Wandmalerei, Hafnerei) in weiten Kreisen bekannt. Die traditionelle Stickerei aus Kalotscha genießt heute internationale Anerkennung.

Kunstgeschichte

Erzbischof Ádám Patachich (1776–1784) ließ den erzbischöflichen Palast und das Schloss im Barockstil errichten; auch die erzbischöfliche Bibliothek und das Priesterseminar sind mit seinem Namen verbunden. Erzbischof Gábor Patachich (1733–1745) ließ die Kathedrale im Stil des italienischen Barock bauen. Die dreischiffige Basilika mit zwei Türmen erhielt ihre heutige Form während der Umbauarbeiten zwischen 1910 und 1912.

Musik

Der mit Kardinal Lajos Haynald (1867–1891) befreundete Pianist und Komponist Franz Liszt hielt sich wiederholt in Kalotscha auf und gab hier Konzerte.

4. Diskurse/Kontroversen

Gegenwärtig gibt es eine Kontoverse bezüglich der Gründung des Erzbistums Kalotscha. Die Mehrheit der beteiligten Historiker ist sich einig, dass Kalotscha um 1002 als Bistum gegründet und einige Jahre später, mit der Erweiterung der Kirche, zur Erzdiözese erhoben wurde. Neuere Forschungen lassen indes annehmen, dass König Stephan I. das kirchliche Zentrum im Jahr 1009 gegründet und sofort zum Erzbistum erhoben hat.

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- István Boros: Bibliothek des Münsters von Kalocsa. Budapest 1994.
- László Koszta: State Power and Ecclesiastical System in Eleventh Century Hungary. In: István Petrovics, Sándor László Tóth (Hg.): "In my spirit and thought I remained a European of Hungarian origin". Medieval Historical Studies in Memory of Zoltán J. Kosztolnyik. Szeged 2010, S. 67-78.
- László Koszta (Hg.): Kalocsa történetéből [Aus der Geschichte von Kalotscha]. Kalocsa 2000.
- Antal Molnár: Le Saint-Siège, Raguse et les missions catholiques de la Hongrie Ottomane 1572–1647. Rome, Budapest 2007 (Bibliotheca Academiae Hungariae-Roma, Studia 1).
- Kálmán Tímár: Liszt Ferenc és Kalocsa. Adatok Kalocsa zenetörténetéhez. [Franz Liszt und Kalotscha. Beiträge zur Musikgeschichte Kalotschas]. Kalocsa 1936.
- Tamás Tóth: La rinascita della Chiesa d'Ungheria dopo la conquista turca nell'attività di Gábor Patachich e di Ádám Patachich, Arcivescovi di Kalocsa-Bács (1733–1784). Roma 2006.
- József Török, László Legeza: A kalocsai érsekség évezrede [Das Jahrtausend der Erzdiözese Kalotscha]. Budapest 1999.
- József Udvardy: A kalocsai érsekek életrajza (1000–1526) [Das Lebensbild des Erzbischofs von Kalotscha (1000–1526)]. Köln 1991 (Dissertationes Hungaricae ex historia Ecclesiae 11).

Weblinks

- http://www.asztrik.hu/ (Erzdiözese von Kalocsa-Kecskemét)
- http://www.kalocsa.hu/ (Die Stadt Kalotscha)
- http://archivum.asztrik.hu/ (Erzdiözesanarchiv Kalotscha)
- http://konyvtar.asztrik.hu/ (Erzbischöfliche Bibliothek von Kalotscha)

Anmerkungen

[1] Ernő Deák: Königliche Freistädte - Munizipalstädte. Das Städtewesen der Länder der ungarischen Krone (1780–1918). Teil 2: Ausgewählte Materialien zum Städtewesen A. Wien 1989 (Österreichische Akademie der Wissenschaften. Veröffentlichungen der Kommission für Wirtschafts-, Sozial- und Städtegeschichte 4), S. 717-718.

[2] Zsuzsanna Józsa (Hg.): A Magyar Köztársaság helységnévtára 2003 [Das Ortsverzeichnis der Republik Ungarn]. Budapest 2003.

[3] Deák: Königliche Freistädte, S. 718.

[4] Zsuzsanna Józsa (Hg.): A Magyar Köztársaság helységnévtára 2003 [Das Ortsverzeichnis der Republik Ungarn 2003]. Budapest 2003.

Zitation

Tamás Fedeles: Kalotscha/Kalocsa. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54268.html (Stand 08.10.2012).

Kamenz/Kamieniec Ząbkowicki

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Kamenz, Camenz, Camenz in Schlesien

Amtliche Bezeichnung

poln. Kamieniec Ząbkowicki (früher: Kamieniec nad Ochną, Kamieniec nad Nysą)

2. Geographie

Lage

50˚ 31' nördlicher Breite, 16˚52' östlicher Länge. Kamenz liegt 72 km südlich von Breslau/Wrocław und 10 km südlich von Frankenstein/Ząbkowice Śląskie.

Topographie

In der Nähe der Mündung des Pausenbaches/Budzówka in die Glatzer Neisse/Nysa Kłodzka im Sudetenvorland.

Region

Schlesien

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Gemeinde im Landkreis Frankenstein (*Powiat Ząbkowice Śląskie*) in der Woiwodschaft Niederschlesien (*Województwo dolnośląskie*), Polen.

3. Geschichte und Kultur

Mittelalter

Im Zusammenhang mit der Befestigung der böhmischen Landesgrenzen durch Břetislav II. wurde die Burg Kamenz 1096 erstmals urkundlich erwähnt. 1137 gelangte Kamenz zu den Piasten; ab 1200 unterstand die Region dem schlesischen Geschlecht der Pogarell/Pogorzelowie, ab 1290 dem Herzogtum Schweidnitz-Jauer und ab 1322 dem Herzogtum Münsterberg.

Das schlesische Adelsgeschlecht Pogarell brachte den Orden der Augustiner-Chorherren vom Breslauer Sandstift nach Kamenz: Vinzenz von Pogarell stiftete 1210 die Propstei und wurde erster Propst. Das Kloster erhielt Grundbesitz von Vinzenz' Bruder Janusz aus Michelau/Michałów, Wälder in der Nähe von Banau/Dzbanów und Felder bei Peilau/Pilawa vom schlesischen Herzog Heinrich dem Bärtigen (1230). Nach dem Tod des Breslauer Abtes Ullrich kehrte Vinzenz 1243 nach Breslau zurück und wurde Abt des Klosters der hl. Jungfrau Maria auf dem Sand. Aufgrund von wirtschaftlichen Schwierigkeiten und dem Verfall geistlicher Werte wurden die Chorherren gegen ihren Willen aus Kamenz entfernt und 1247 durch Zisterzienser aus Leubus/Lubiąż ersetzt - eine Entscheidung des Bischofs Thomas I., die von Papst Innozenz IV. 1251 bestätigt wurde. Die Zisterzienser waren wirtschaftlich sehr erfolgreich und konnten den Klosterbesitz erweitern und ausbauen (u. a. Neubau der Kirche und des Klosterkomplexes im 14. Jahrhundert). Der Münsterberger Herzog Bolko II. übertrug dem Kloster 1333/34 die sog. oberen Herrschaftsrechte (u. a. Laienjurisdiktion). Im Jahre 1352 verkaufte sein Sohn Nikolaus der Kleine Kamenz an den böhmischen König Karl IV.; ab 1451 gehörte Kamenz wieder zum

Herzogtum Münsterberg. Im Zuge der Hussitenkriege erlitt das Kloster zwischen 1425 und 1428 schwere Zerstörungen.

Neuzeit

Die Entwicklung des Klosters stagnierte infolge der Hussitenkriege, der Reformation im 16. Jahrhundert, des Dreißigjährigen Krieges und nicht zuletzt der Pestepidemie von 1633, die nur ein Drittel der Bevölkerung überlebte. Ab der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts erlebte das Kloster unter den Äbten Augustin von Neudeck (1681–1702) und Gerhard Woywoda (1702–1732) einen wirtschaftlichen und kulturellen Aufschwung, der sich unter anderem im Um- bzw. Ausbau der Klostergebäude niederschlug. 1742 kam Kamenz infolge der Schlesischen Kriege Friedrichs II. zu Preußen. Nach der Säkularisation des Klosters 1810 gelangte das Klosterinventar (Archiv, Bibliothek, Kunstdenkmäler) zu großen Teilen nach Breslau; die Kirche selbst wurde eine katholische Pfarrkirche. Im Jahre 1812 wurde Kamenz von Friederike Louise Wilhelmine von Oranien, Frau von Wilhelm I. der Niederlande, erworben. 1835 entstand die erste Schule. 1872 wurde Kamenz selbständige Dorfgemeinde; es gab ein Standesamt, eine Apotheke und eine Arztpraxis. Der Bahnhof mit dem Namen Kamenz befand sich seit 1873 im benachbarten Gallenau/Goleniów. 1838–1873 wurde in Kamenz eine repräsentative Residenz für Prinzessin Marianne von Oranien-Nassau und ihren Gatten Albrecht von Preußen errichtet. Das Schloss wurde 1945/46 von sowjetischen Soldaten eingenommen, geplündert und niedergebrannt. Nach dem Zweiten Weltkrieg und der Vertreibung der deutschen Bevölkerung siedelten sich Bewohner der ehemaligen polnischen Ostgebiete und anderer Teile Polens in Kamenz an.

Religions- und Kirchengeschichte

1848 wurde eine evangelische Schule eingeweiht. 1882 bis 1885 erfolgte der Bau der evangelischen Kirche der hl. Dreifaltigkeit als Stiftung von Prinzessin Marianne nach einem Entwurf von Ferdinand Martius. Das ev. Dekanat Kamenz bestand 1869 aus insgesamt neun Pfarrgemeinden: Baitzen/Byczeń, Briesnitz/Brzeźnica, Kamenz/Kamieniec Ząbkowicki, Frankenberg/Przyłęk, Heinrichswalde/Laski, Hemmersdorf/Ożary, Maifritzdorf/Mąkolno, Reichenau/Topola und Wartha/Bardo.

Kunstgeschichte

Die in Kamenz seit 1210 anwesenden Augustiner-Chorherren bauten hier die erste romanische Kirche, deren Existenz 1216 und 1230 urkundlich bestätigt wird. Mit dem Bau des gotischen Klosters wurde in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts begonnen. 1350 wurden die Kirche und das Klostergebäude fertiggestellt. Zu Beginn des 18. Jahrhunderts wurde die Kirche barockisiert und im Jahre 1722 wieder geweiht. Die Altargemälde Mariä Himmelfahrt und Hl. Dreifaltigkeit stammen von Michael Willmann, die Gemälde des St.-Benedikt-Altars und des St.-Bernhard-Altars von Johann Christoph Lischka. 1702–1732 wurde die Maria-Magdalena-Friedhofskirche gebaut.

Nach einem Brand 1817 wurde die Klosterkirche wiederhergestellt; das Klostergebäude wurde zum großen Teil abgerissen. Im erhaltenen Prälatenflügel befindet sich seit 1992 eine Außenstelle des Staatlichen Archivs Breslau (*Archiwum Państwowe w Kamieńcu Ząbkowickim*).

1838 wurde mit dem Bau des neugotischen Schlosses nach dem Entwurf von Karl Friedrich Schinkel begonnen, realisiert von Ferdinand Martius. Die 1945 ruinierte Anlage wird seit 1988 wiederaufgebaut. Peter Joseph Lenné schuf die Gartenanlagen 1858–1868.

Sozial- und Wirtschaftsgeschichte

Im Jahre 1260 wurden Pilz/Plice, Johnsbach/Janowiec, Riegersdorf/Potworów, Grochwitz/Grochowiska, Baumgarten/Braszowice, Pawelwitz/Pawłowice, Rosewitz/Różana, Schönheide/Przedborowa, Kleutsch/Kluczowa, Habendorf/Owiesno, Schrom/Śrem und Reichenau/Topola, 1300 Wolmsdorf/Sosnowa dem Kloster angeschlossen. Eine wirtschaftliche Hochphase hängt mit der Ansiedlung der Leubuser Zisterziensermönche zusammen. 1340 erhielt das Kloster das Recht des freien Handels auf dem Klosterplatz.

1681 wurden das Abtschloss, eine Brauerei, eine Bäckerei, eine Gaststätte und ein neues Vorwerk gebaut. Seit 1835 wurde Porzellan hergestellt. 1874 entstand die Bahnanbindung nach Frankenstein/Ząbkowice; nach dem Bau anderer Verbindungsstrecken wurde Kamenz zu einem wichtigen Bahnverkehrsknoten. 1886 existierten eine Dampfmühle, eine Brennerei, eine Holzfabrik, ein Gasthof, eine Molkerei, eine Post, eine Ziegelei und später auch eine Glasschleiferei.

Bevölkerung

Die Zahl der Einwohner betrug: 1784: 988; 1885: 935; 1929: 2.600; 1939: 2.510; 1970: 3.884; 2006: 4.200; 2011: 4.600.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Ernst Badstübner, Dietmar Popp, Andrzej Tomaszewski, Dethard von Winterfeld (Hg.): Polen - Schlesien. München, Berlin 2005 (Dehio-Handbuch der Kunstdenkmäler in Polen. Schlesien), S. 415-419.
- Marek Gaworski: Kamieniec Ząbkowicki 1096–2006. Na szlaku cystersów [Kamenz 1096–2006. Auf der Zisterzienserroute]. Strzelce Opolskie 2006.
- Stefan Gnaczy: Kamieniec Ząbkowicki zaprasza [Kamenz lädt ein]. Kamieniec Ząbkowicki 2011.
- Klosterdämmerung - vom Umbruch zum Aufbruch. 200 Jahre Säkularisation in Schlesien am Beispiel der Zisterzienserklöster. Ausstellungskatalog/Zmierzchklasztorów - odprzełomu do czasów najnowszych. 200 lat sekularyzacji na Śląsku na przykładzie klasztorów cystersów. Katalog wystawy. Königswinter-Heisterbacherrott 2011, S. 82-93.
- 900 Jahre Kamenz: Spuren deutscher und polnischer Geschichte - 900 lat Kamieńca Ząbkowickiego: ślady niemieckiej i polskiej historii. Görlitz 1996.
- Hugo Weczerka (Hg.): Handbuch der historischen Stätten: Schlesien. Stuttgart 1977, S. 213-215.

Weblinks

- http://www.kamzab.pl/pl (Webpräsenz des Ortes in polnischer Sprache)

Anmerkungen

[1] Vgl. Gnaczy: Kamieniec Ząbkowicki (2011).

Zitation

Anna Adamczyk: Kamenz/Kamieniec Ząbkowicki. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54269.html (Stand 14.05.2012).

Kamieniec Ząbkowicki → Kamenz/Kamieniec Ząbkowicki

siehe Kamenz/Kamieniec Ząbkowicki

Kamienna Góra → Landeshut/Kamienna Góra

siehe Landeshut/Kamienna Góra

Karaganda (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Karánsebes → Karansebesch/Caransebeş/ Karánsebes

Siehe Karansebesch/Caransebeş/Karánsebes

Karansebesch/Caransebeş/ Karánsebes

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Karansebesch

Amtliche Bezeichnung

rum. Caransebeş

Lateinische Bezeichnung

Karan/Karán, Sebus, Karan et Sebes, Karansebes

Anderssprachige Bezeichnungen

ung. Karánsebes; serb., kroat. Karanšebeš

Etymologie

Pesty Frigyes leitet Karán vom altung. *Kavarán* ab; andere Erklärungen nehmen einen keltischen (*Caran* = steiniger Ort) oder einen türkischen (*Kara* = schwarz) Ursprung an. *Kavarás, -ni* bedeutet auf Ungarisch 'Rühren'. *Sebes* (slaw. der/die Schnelle) wurde nach dem gleichnamigen Fluss benannt, der unweit der Stadt in die Temesch mündet. Die Siedlungen wurden Anfang des 17. Jahrhunderts vereinigt.

2. Geographie

Lage

45º 25´ nördlicher Breite und 22º 13´ östlicher Länge.

Topographie

Karansebesch liegt in der Karansebescher Tiefebene, umsäumt von den Gebirgsketten Ţarcu, Semenic und Poiana Ruscă, umgeben von den Flüssen Temesch (rum. Timiş, ung. Temes), Potoc, Mühlbach (rum. Sebeş, ung. Sebes) und Bistra, etwa 100 km südöstlich von Temeswar/Timişoara.

Region

Banat

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Rumänien. Karansebesch ist die zweitgrößte Stadt des Kreises Caraş-Severin und wurde 1995 zum Munizipium erhoben. Seit 1865 ist die Stadt Sitz eines orthodoxen Bistums.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Ein mittelalterliches Siegel der Stadt ist 1457 und 1503 belegt. Das heutige Stadtwappen wurde 1999 eingeführt und trägt oben eine für die Munizipien spezifische silberne Mauerkrone. Der Schild zeigt oben eine von Sonne und Mond gesäumte Burg mit einer schwertbewaffneten Hand darüber, unten links die Allegorie des drachentötenden hl. Georg und rechts ein römischer Soldat mit Speer als Verkörperung des Gottes Virtus, der für militärische Tapferkeit steht. Die Flagge der Stadt ist weiß-blau, die Farben des ehemaligen Grenzregiments.

Archäologische Bedeutung

Eine Besiedlung des heutigen Stadtgebietes ist bereits für die Frühsteinzeit belegt; die wichtigsten späteren Funde stammen aus der Jungsteinzeit (Stadtteil *Balta Sărată*) und der Bronzezeit (Stadtteil *Dealul Mare*). Unweit der Stadt liegt die ehemalige römische Festung *Tibiscum*, in deren Areal auch dakische Artefakte ausgegraben wurden.

Mittelalter

Die erste urkundliche Erwähnung des Ortes erfolgte 1289, ein halbes Jahrhundert später wird er als *Oppidum* (1325 bzw. 1365) erwähnt. Karansebesch wurde aufgrund seiner Bedeutung für das südöstliche Verteidigungswerk des ungarischen Königtums mehrfach von den ungarischen Königen inspiziert.

Neuzeit

Im 15. Jahrhundert war die Stadt Sitz des Karansebescher und des Lugoscher Banats, zudem Zentrum des Severiner Komitats. Bis zur osmanischen Eroberung (1658) gehörten das Lugoscher und das Karansebescher Banat zu den *Partes regni Hungariae adnexae,* die dem Fürsten von Siebenbürgen unterstanden. Nach der osmanischen Besetzung der Stadt (1658) gehörte der Sandschak Lugosch/Karansebesch zum Temeswarer Vilajet.

1688 wurde die Stadt von österreichischen Truppen besetzt. Dank des Friedens von Passarowitz/Pojarevac (1718) konnte sich die österreichische Herrschaft im Banat festigen. Während erneuter österreichisch-türkischer Kriegshandlungen wurde Karansebesch 1738 und 1788 von den Osmanen verwüstet. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts wurden Deutsche in Karansebesch wie in der gesamten Region angesiedelt, die als Banater Schwaben bekannt sind. Im Jahr 1872 erhielt Karansebesch Stadtrechte. Bis 1873 war es Zentrum des rumänisch-illyrischen Grenzregiments Nr. 13 (1768–1873) innerhalb der österreichischen Militärgrenze. Nach der administrativen Umgestaltung von 1876 gehörte Karansebesch zum Komitat Krassó-Szörény.

Zeitgeschichte

Im Oktober 1918 wurde infolge des Belgrader Waffenstillstandes das gesamte Banat bis Anfang 1919 von serbischen Truppen besetzt; 1919 wurde Karansebesch in das Rumäni-

sche Königreich integriert. In kommunistischer Zeit war der Ort kurzzeitig Sitz der Region Severin (1950–1952), dann bis 1968 des Rayons gleichen Namens. Danach wurde Reschitza/Reşiţa Kreisvorort, Karansebesch trat in den Hintergrund.

Verwaltung

Das Munizipium Karansebesch wird von einem Bürgermeister und 19 Stadträten geleitet. In der Stadt ist die erste gerichtliche Instanz (*Judecătoria Caransebeş*) ansässig, das Gericht zweiten Grades befindet sich in Reschitza/Reşiţa/Resicabánya (*Tribunalul Caraş-Severin*), das Appellationsgericht in Temeswar/Timişoara (*Curtea de Apel Timişoara*).

Bevölkerungsentwicklung

Die Einwohnerzahl stieg von 2.837 im Jahr 1828 auf 4.764 im Jahr 1880 (darunter 53 % Rumänen, 33 % Deutsche, 6 % Ungarn und 2 % Juden) und auf 7.638 im Jahr 1910 (49 % Rumänen, 30 % Deutsche, 17 % Ungarn, 5 % Juden). Sie wuchs bis 1930 auf 10.089, bis 1966 auf 18.838 und bis 1992 auf 31.389 (davon 28.183 Rumänen, 1.180 Deutsche, 737 Roma). Danach ging die Einwohnerzahl zurück auf 28.000 im Jahr 2009 (92 % Rumänen, je 2 % Deutsche, Ukrainer und Roma, 1 % Ungarn und 1 % sonstige Nationalitäten).

Wirtschaft

Schon im Mittelalter war Karansebesch wegen seiner Lage an der Kreuzung mehrerer Handelsstraßen ein wichtiges Handelszentrum. In den Jahren 1875–1878 wurde es an das Eisenbahnnetz angeschlossen. Die lokale Wirtschaft basiert traditionell auf der Holzverarbeitung; nach dem Zweiten Weltkrieg verlagerte sich der Schwerpunkt auf die industrielle Produktion: Im Jahr 1971 wurde die Maschinenbaufabrik ICM eingeweiht, 1979 wurde die Anbindung an internationale Transportnetze mit dem Bau eines Flughafens vollendet. Nach 1990 begünstigen private Investitionen die touristische Entwicklung der Stadt.

Religions- und Kirchengeschichte

Das Franziskanerkloster wurde 1385 erstmals erwähnt und bestand bis 1558. Zur Zeit der Einführung der Reformation im 16. Jahrhundert unterhielten die Jesuiten in Karansebesch eine Mission und eine konfessionelle Schule; ihre Tätigkeit wurde in den ersten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts wiederbelebt. Zudem wurde eine katholische Pfarrkirche im Zentrum errichtet (1738). Die orthodoxe St.-Georgs-Kirche wurde 1739 erbaut und nach 1865 zur bischöflichen Kathedrale erhoben; die zweite orthodoxe Kirche stammt aus den letzten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts. Die Synagoge der Stadt wurde 1893 errichtet. Wie jede Banater Stadt hatte auch Karansebesch eine jüdische Gemeinde (ungefähr 5 % der Bevölkerung), aber auch eine der größten rumänischsprachigen reformierten Gemeinden. Nach der Wende erhielten die Gemeinden der Baptisten, Pfingstler und Adventisten eigene Gotteshäuser.

Besondere kulturelle Informationen

Die größte museale Einrichtung der Stadt, das "Kreismuseum für Ethnographie und Geschichte des Grenzregiments", ist in der ehemaligen Grenzer-Kaserne im Stadtzentrum untergebracht. In der zum Kulturhaus gehörenden Kunstgalerie werden wechselnde Ausstellungen gezeigt.

Bildung und Wissenschaft

Eine erste katholische Schule ist für die zweite Hälfte des 16. Jahrhunderts belegt (ca. 1560–1582); später unterhielten die Franziskaner Schuleinrichtungen. Im Jahr 1820 wurde

ein orthodoxes Theologieinstitut gegründet, das 1876 um ein pädagogisches Institut erweitert wurde und seit der Zwischenkriegszeit die orthodoxe Theologische Akademie bildet.

Kunstgeschichte

Die meisten Baudenkmäler haben sich bis heute erhalten, so die Kaserne des Grenzregiments im barocken Stil (errichtet 1733–1754), die neugotische Synagoge und das Bahnhofsgebäude (1875). Die Mehrheit der bedeutenden Baudenkmäler wurde in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts errichtet. Der deutsche Maler Julius Stürmer (1915–2011) wurde in Karansebesch geboren.

Musikvereine

Am Anfang der städtischen Musikkultur stehen kirchliche Einrichtungen; erst im 19. Jahrhundert findet eine Differenzierung in geistliche und weltliche Musik statt, insbesondere durch die Gründung von Gesangsvereinen: der deutsche "Karansebescher Gesang- und Musikverein" (1867), der rumänische Gesang- und Musikverein (1876/1877) und der Chor der Handwerker (*Corul Meseriaşilor*, 1888).

Buch- und Druckgeschichte

Mit dem Namen Stadt verbunden ist eine der ältesten rumänisch-orthodoxen Schriften, das *Karansebesches Octoihos*, obwohl die Schrift zwischen 1582 und 1583 in der Moldau entstanden ist. Außerdem haben sich Karansebescher Kleriker an der ersten rumänischen Übersetzung des Alten Testaments (*Palia de la Orăştie*) von Broos 1582 beteiligt.

Militärgeschichte

Die strategische Rolle der Stadt als militärische Befestigung ist für die Stadtgeschichte von zentraler Bedeutung, so im Rahmen der Dakerkriege (100–106) als Festung *Tibiscum* und im Mittelalter als Grenzbefestigung des ungarischen Königreiches. Eine Festung im italienischen Stil wurde von den Habsburgern nach der Besetzung des Banats ab 1688 errichtet. Hier befand sich ein Zentrum der von den Habsburgern errichteten Banater Militärgrenze. Unweit der Stadt fand am Anfang des österreichisch-türkischen Krieges (1787–1791) im Jahr 1788 die Schlacht von Karansebesch statt.

Gedächtnis- und Erinnerungskultur

Bis 1919 befand sich im Stadtpark die Büste Franz Josefs I. (errichtet 1906 unter der Mitwirkung des János Fadrusz) – es wurde in jenem Jahr entfernt und später eingeschmolzen; die Bronze wurde für die Herstellung der Statue des Generals Ioan Drăgălina (1943) verwendet. Wichtige Denkmäler sind zudem die Statue *Pro Patria* (1918), die Büsten des Bischofs Ioan Popasu (1918 an der Stelle eines Standbildes der Kaiserin Elisabeth errichtet), des Generals Traian Doda (1995) und des Karansebescher Bischofs und ersten Patriarchen Großrumäniens Miron Cristea sowie die Denkmäler der Antikommunisten und der Helden der Revolution 1989.

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Petru Bona: Caransebeş. 700 de ani de atestare documentară [Karansebesch. 700 Jahre urkundlicher Erwähnung]. Caransebeş 1990.
- Petru Bona: Caransebeş. Contribuţii istorice [Karansebesch. Historische Beiträge]. Caransebeş 1989.

- Ernő Deák: Königliche Freistädte – Munizipalstädte: Das Städtewesen der Länder der ungarischen Krone (1780–1918). Teil 2: Ausgewählte Materialien zum Städtewesen. A. Wien 1989 (Österreichische Akademie der Wissenschaften. Veröffentlichungen der Kommission für Wirtschafts-, Sozial- und Stadtgeschichte 4), S. 720-728.
- Pesty Frigyes: A Szörényi bánság és Szörény vármegye története [Geschichte des Severiner Banats und des Severiner Komitats]. 3 Bde. Budapest 1877–1878.
- Andrei Ghidiu, Iosif Bălan: Monografia oraşului Caransebeş [Die Monographie der Stadt Karansebesch]. Caransebeş 1909 (Nachdruck Timişoara 2000).

- Liviu Groza: Aspecte militare ale Caransebeşului medieval [Die militärischen Aspekte des mittelalterlichen Karansebesch]. Lugoj 1993.
- Edgar Müller: Betrachtungen zur Geschichte meiner Heimatstadt. Karansebesch 1975.
- Mihály Pfeiffer: Karánsebes városa [Die Stadt Karansebesch]. Karánsebes 1913.
- Harald Roth (Hg.): Handbuch der historischen Stätten. Siebenbürgen. Stuttgart 2003 (Kröner Taschenbuchausgabe 330), S. 46-47.

Weblinks

- www.caransebes.ro (mehrsprachige offizielle Webpräsenz der Stadt)
- www.primaria-caransebes.ro (rumänischsprachige Seite der Munizipalverwaltung)

Zitation

Lajos-Loránd Madly: Karansebesch/Caransebeş. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54271.html (Stand 07.08.2012).

Karlovy Vary → Karlsbad/Karlovy Vary

siehe Karlsbad/Karlovy Vary

Karlsbad/Karlovy Vary

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Karlsbad, bis ins 16. Jahrhundert auch Warmbad

Amtliche Bezeichnung

tsch. Karlovy Vary

Etymologie

Der tschechische Stadtname leitet sich von dem Wort *var* (= kochend, heiß*; vary* = heiße Quellen) ab.

2. Geographie

Lage

Karlsbad liegt auf 50° 14' nördlicher Breite, 12° 52' östlicher Länge, 360-390 m über NHN, 130 km nordwestlich von Prag/Praha.

Topographie

Die Stadt liegt am Zusammenfluss von Eger (*Ohře*) und Tepl (*Teplá*) zwischen Erzgebirge und Kaiserwald (*Slavkovský les*).

Region

Westböhmen

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Tschechische Republik. Karlsbad ist Verwaltungssitz der Region Karlsbad (*Karlovarský kraj*).

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Das Wappen zeigt drei silberne Wellenbalken auf rotem Grund, darüber einen silbernen, nach links gewandten böhmischen Löwen (frühester Beleg auf einem Ratssiegel aus dem Jahr 1507).

Mittelalter

Der Sage nach wurden die Thermalquellen Karlsbads von Kaiser Karl IV. während einer Hirschjagd entdeckt. Dafür, dass sie schon vor dem 14. Jahrhundert bekannt waren, spricht unter anderem der um 1200 bekannte Name *Tepla* für die Tepl (= heißer Fluss). Das um die Quellen entstandene, nach dem Kaiser benannte Karlsbad erhielt 1370 die Rechte einer königlichen Stadt (Elbogener Stadtrecht) verliehen. 1437 wurde die Stadt an den königlichen Kanzler Kaspar Schlick verpfändet.

Neuzeit

Als ärztlicher Entdecker der Heilkräfte Karlsbads gilt Wenzel Payer. Er empfahl 1522 das Trinken der heißen Quellen und unternahm als erster eine Analyse des Karlsbader Wassers. Nach der Enteignung des Adelsgeschlechts der Schlick im Jahr 1547 blieb Karlsbad Königliche Kammerstadt. Von den Verwüstungen durch eine Tepl-Überschwemmung 1582 und einen großen Stadtbrand 1604 und von den Folgen der Pestepidemie 1633/34 und des Dreißigjährigen Krieges erholte sich die Stadt nur langsam. 1707 bestätigte Kaiser Joseph I. Karlsbad alle Privilegien. Im 18. Jahrhundert erlebte Karlsbad einen großen wirtschaftlichen und kulturellen Aufschwung – einziger Einschnitt war der Stadtbrand des Jahres 1759. Ende des 18. und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts war Karlsbad das bevorzugte Bad des russischen Hochadels.

Im August 1819 fanden in Karlsbad unter Ägide des österreichischen Außenministers und späteren Staatskanzlers Metternich die geheimen "Karlsbader Konferenzen" statt. Als deren Resultat wurden die Karlsbader Beschlüsse erlassen, die Maßnahmen zur Überwachung und Bekämpfung liberaler und nationaler Tendenzen im Deutschen Bund festlegten und die Souveränität der Einzelstaaten stark einschränkten.

Der seit dem 18. Jahrhundert stark aufgeblühte Karlsbader Kurbetrieb wurde durch einen Ausbau der balneologischen Forschung professionalisiert und weiträumig propagiert. Die Badereise, ursprünglich ein Privileg adliger Schichten, entwickelte sich zu Beginn des 19. Jahrhunderts zu einem Statussymbol des aufstrebenden Bürgertums. Einen weiteren Anstieg der Gästezahlen brachte der Anschluss an das europäische Eisenbahnnetz im Jahr

1870. Die Versendung von Karlsbader Mineralwasser, von Sprudelsalz und Sprudelseife verbreitete den "Ruhm" der Badestadt.

Mit dem Ersten Weltkrieg endete die Blütezeit des Karlsbader Kurbetriebs. 1918 zerfiel die Donaumonarchie. Anlässlich der Gründung der Ersten Tschechoslowakischen Republik kam es zu heftigen Protestkundgebungen für ein Selbstbestimmungsrecht "Deutschböhmens".

Konrad Henlein verkündete am 24. April 1938 in Karlsbad das "Karlsbader Programm" der Sudetendeutschen Partei, dessen acht Punkte bewusst unerfüllbar gehalten waren und in dem man sich erstmals deutlich zum Nationalsozialismus bekannte. Anfang Oktober 1938 erfolgte der Anschluss der Randgebiete der Tschechoslowakei, des "Sudetenlandes", an das Deutsche Reich. Am 1. Mai 1939 wurde Karlsbad aus dem Landkreis Karlsbad herausgelöst und bildete mit den eingemeindeten Orten Aich/Doubí, Altrohlau/Stará Role, Drahowitz/Drahovice, Espenthor/Olšová Vrata, Fischern/Rybáře, Meierhöfen/Dvory, Pirkenhammer/Březová und Weheditz/Bohatice nun den Stadtkreis Karlsbad. Karlsbad war Verwaltungssitz des am 1. Mai 1939 gegründeten Regierungsbezirkes Eger im "Reichsgau Sudetenland".

Der Zweite Weltkrieg brachte den Kurbetrieb zum Erliegen. Karlsbad wurde Lazarettstadt. Bombardierungen im September 1944 und im April 1945 zerstörten den Bahnhof und große Teile der Stadt, wobei das Kurviertel nicht betroffen war.

Am 8. Mai 1945 wurde Karlsbad der tschechischen Verwaltung übergeben. Am 11. Mai besetzte die Rote Armee die Stadt. Die deutsche Bevölkerung wurde vertrieben. Die Kureinrichtungen wurden verstaatlicht.

Konfessionen

Mitte des 16. Jahrhunderts setzte sich in Karlsbad die Reformation durch. Bis in die 1620er Jahre wurde daran festgehalten. Dann setzte in Karlsbad die Gegenreformation ein. Erst Mitte des 19. Jahrhunderts wurden auf Drängen der Kurgäste wieder evangelische Gottesdienste abgehalten.

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts entstand die jüdische Gemeinde Karlsbads. Sie wuchs innerhalb kürzester Zeit zur viertgrößten Böhmens an und konnte im Jahre 1900 1.600 Mitglieder verzeichnen. Im Jahre 1930 betrug die Mitgliederzahl 2.120.

Bevölkerung

Einwohnerzahlen des Stadtgebietes Karlsbad[1]

Jahr	**Einwohner**
1850	3.733
1869	7.887
1880	11.767
1880	13.225
1900	16.417
1910	20.122

1921	22.099
1930	23.901
1950	19.880
1961	24.419
1970	23.913
1980	20.966
1991	17.268
2001	15.908

Nach der Volkszählung vom 14. April 1920 lebten im Bezirk Karlsbad 72.471 Deutsche, 1.811 Tschechen, 167 Juden, 63 übrige und 2.363 "Ausländer", davon gaben 71.871 ihre Konfession als römisch-katholisch, 1.828 als evangelisch, 2.681 als jüdisch an.[2]
Von den 23.901 Einwohnern des Stadtkreises Karlsbad waren nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1930 23.901 Deutsche, 1.446 Tschechen und 1.309 Ausländer.[3]

Heute leben in Karlsbad und den inzwischen eingemeindeten Ortschaften 50.172 Personen.

Wirtschaft

Die "weiße Industrie" des Bädertourismus war in Karlsbad wie im gesamten Westböhmen im 19. und in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts der bedeutendste Wirtschaftsfaktor. Karlsbad besitzt zwölf mineralreiche Quellen, deren stärkste und bekannteste der 72° heiße Sprudel ist. Auch heute noch ist der Tourismus der größte Wirtschaftszweig der Stadt, bedeutsam ist zudem die Nahrungsmittel- und die Getränkeindustrie: Mineralwässer (Mattoni, Magnesia), Becherovka (als "Karlsbader Becherbitter" im frühen 19. Jahrhundert erstmals hergestellt) und Karlsbader Oblaten gelten als wichtige Produkte der Stadt. Im 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhundert s wurden die häufig aufwändig bemalten Porzellane aus Pirkenhammer/Březova, Giesshübel/Stružná, Dallwitz/Dalovice, Aich/Doubí, Altrohlau/Stará Role und Schlaggenwald/Horní Slavkov) in alle Welt exportiert. Bis heute ist Karlsbader Porzellan sehr berühmt. Ein weiteres wirtschaftlich bedeutendes Unternehmen stellt die seit 1893 in Karlsbad ansässige Glasfabrik Moser dar. Die Firma heißt bis heute Moser.

Besondere kulturelle Institutionen

Seit Ende des 19. Jahrhunderts besitzt Karlsbad eine Pferderennbahn, seit 1904 einen Golfplatz, seit 1905 Tennisplätze. Das Karlsbader Museum (*Karlovarské muzeum*) wurde in den 1860er Jahren gegründet. Heute hat es Dependancen in Neudek/Nejdek, Joachimsthal/Jachymov, Bergstadt Platten/Horní Blatná und Luditz/Žlutice. Das Karlsbader Kurorchester besteht seit 1806. Vom Interpreten hochwertiger Tanzmusik (unter Josef Labitzky) entwickelte es sich unter August Labitzky zum anerkannten Sinfonieorchester. Das erste Theater, das "Becher-Theater", wurde 1788 eröffnet. Seit 1946 findet jährlich das Internationale Filmfestival Karlsbad statt.

Kunstgeschichte

Neben der zum medizinischen Kurbetrieb gehörenden Architektur der Kolonnaden (z. B. Mühlbrunn-Kolonnade von Josef Zítek, 1871–1875/83), der Brunnentempel und Badehäu-

ser (z. B. Militärbadehaus von Wenzel Hagenauer, 1852-1855; Bad III von Ludwig Renner, Gustav Hain und Eduard Labitzky, 1867; Elisabeth-Bad/Bad V von Franz Drobny, 1904–1906) mussten für die Kurgäste "Konversationsräume", Theater und Kirchen errichtet werden. Luxuriös ausgestattete palastartige Hotelkomplexe (z. B. Grand-Hotel Pupp; Hotel Imperial von Ernest Hébrard, 1910–1912; Hotel Richmond von Gustav Hain und Eduard Labitzky, 1927) boten vor allem seit der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert dem vermögenden Bürgertum die Möglichkeit, den mondänen Lebensstil der Aristokratie nachzuahmen. Das Wiener Atelier Ferdinand Fellner und Hermann Helmer, das mit seinen Zentralbauten in der gesamten Monarchie vertreten war, errichtete in Karlsbad u. a. den Neubau des Theaters (1886), das "Kaiserbad"/Bad I (1895 eingeweiht), Teile des Grand-Hotels Pupp (1896–1913), die Sprudelkolonnade (1878–1879; 1939 wegen starker Korrosionsschäden demontiert) und das Schützenhaus. Die malerische Ausstattung des Theaters übernahm das Wiener "Atelier Künstlerkompagnie" (Gustav Klimt, Ernst Klimt und Franz Matsch). An Jugendstilbauten sind u. a. zu nennen: das um 1900 errichtete Felix-Zawojski-Haus, das 1900–1904 von Friedrich Setz erbaute Gebäude der Hauptpost und die Markthalle (1913). Architektonische Akzente setzten in den 1970er Jahren das Hotel Thermal (1967–1976) und die Gagarin-Kolonnade von Jaroslav Otruba (1971–1975). Der geringen Anpassung an die historische Bäderarchitektur wegen wurden diese Bauten ab den späten 1980er Jahren öffentlich lautstark kritisiert.

Der älteste noch bestehende Sakralbau ist die St.-Urban-Kirche im Stadtteil Fischern/Rybáře aus der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts. Auch die romanische St.-Leonhard-Kirche, von der nur noch Ruinen erhalten sind, wurde im 13. Jahrhundert erstmals erwähnt.

Um 1500 wurde die 1841 umgebaute Friedhofskirche St. Andreas errichtet. Auf dem Andreas-Friedhof, der nach dem Auflassen des Friedhofs um die Maria-Magdalena-Kirche entstanden war und heute "Mozart-Park" heißt, befinden sich einige interessante Grabdenkmale, u. a. für den Berliner Architekten Friedrich Gilly (1771–1800) und den 1844 in Karlsbad verstorbenen Mozartsohn Franz Xaver Wolfgang. Die evangelische Kirche wurde 1856 als Bethaus eingeweiht (Baumeister: Gustav Hein), später mehrmals umgebaut und erweitert. Künstlerisch bedeutend ist die katholische Dekanalkirche Maria Magdalena, die 1732–1736 von Kilian Ignaz Dientzenhofer erbaut wurde. Die ältere englische Kirche im neugotischen Stil von Oscar Mothes bestand bis 1877; der Backsteinbau der neuen anglikanischen Kirche von Josef Slowak aus Karlsbad wurde 1877 geweiht. Den Zentralbau der russisch-orthodoxen Kirche St. Peter und Paul errichtete 1893–1897 der Franzensbader Architekt Gustav Wiedemann. Die im maurisch-romanischen Stil gehaltene Synagoge wurde 1875–1877 von Christoph Adolf Wolff aus Stuttgart erbaut. Sie wurde in der Reichspogromnacht am 9. November 1938 zerstört. 1864 errichtete man den neuen Karlsbader Friedhof am Fuße des Dreikreuzberges. Auf ihm ruht auch eine große Zahl von Toten des Ersten und Zweiten Weltkrieges, darunter Verstorbene aus den Krankenhäusern und Lazaretten, die insbesondere aus Berlin evakuiert wurden, sowie zivile Kriegsopfer.

Gedächtnis- und Erinnerungskultur

Neben der 1715–1716 von Oswald Josef Wenda geschaffenen Dreifaltigkeitssäule auf dem Marktplatz besitzt Karlsbad eine Reihe von Denkmälern berühmter Kurgäste, wie die Büste Peters des Großen von Thomas Seidan (1877), die Goethe-Büste von Adolf von Donndorf (1883), das Schillerdenkmal von Friedrich Ohmann (1909), das Beethoven-Denkmal von Hugo Uher (1929), die Smetana-Büste von Josef Wagner (1950), die Dvořák-Statue von Karel Kuneš (1974), das Karl-Marx-Denkmal von Karel Kuneš (1988). Daneben erinnert eine große Zahl von Gedenktafeln an den Aufenthalt berühmter Kurgäste in der Ba-

destadt. Aussichtstürme und Erinnerungsmale am Rande der Wanderwege in den umliegenden Wäldern (z. B. Findlater-Obelisk von 1804, Freundschaftshöhe) stellen seit ihrer Errichtung End- und Zielpunkte von Spaziergängen der Kurgäste dar.
An den Gründer der Stadt, Kaiser Karl IV. erinnern heute drei Denkmäler: eine 1739 geschaffene Sandsteinplastik, die zum 500-jährigen Stadtjubiläum von Josef Max gefertigte Jubiläumssäule mit einer Statue des Kaisers (1857) und das Karl IV-Denkmal von Otakar Švec (1955).

1953 hat die Stadt Wiesbaden die Patenschaft über die Karlsbader übernommen. In Wiesbaden befindet sich heute das vom Karlsbader Heimatverband getragene Karlsbader Museum (Oranienstraße 3).

Der Name Karlsbad formiert häufig als Werbeträger: So wirbt das französische Bad Chaudes-aigues mit der Bezeichnung "Le Carlsbad Français", Bad Bertrich nannte sich "Das milde Karlsbad", Bad Mergentheim warb mit "Das deutsche Karlsbad". "Carlsbad" heißt - nach dem böhmischen Vorbild - seit den 1880er Jahren auch eine Stadt mit Mineralquelle an der Pazifikküste im Süden des US-Bundesstaats California, ebenso seit 1889 eine Stadt in New Mexico, deren Brunnenwasser eine ähnliche Zusammensetzung aufweist wie das Karlsbader Wasser. Schließlich existiert auch in Ontario ein Ort Carlsbad.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Festschrift zur Versammlung Deutscher Naturforscher und Ärzte. Bd. 1. Karlsbad 1902.
- Milan Augustin (Staatliches Bezirksarchiv Karlsbad), Ludwig J. Weigert (Heimatverband der Karlsbader) (Hg.): Karlsbader historische Schriften. 2 Bde. Eine Auswahl aus Historický sborník Karlovarska I-V (1993–1997). Karlovy Vary 2002, 2010.
- Stanislav Burachovič: Karlovy Vary a jejich vlastivědné písemnictví [Karlsbad und sein heimatkundliches Schrifttum]. Karlovy Vary 2000 (Malé karlovarské Monografie 1).
- Anton Gnirs: Topographie der historischen und kunstgeschichtlichen Denkmale in dem Bezirke Karlsbad (Prag 1933). Hg. vom Collegium Carolinum, bearb. von Anna Gnirs. München 1996 (Handbuch der Sudetendeutschen Kunstgeschichte 8).
- Peter Hilsch: Artikel Karlsbad (Karlovy Vary). In: Joachim Bahlcke, Winfried Eberhard, Miloslav Polívka (Hg.): Handbuch der historischen Stätten. Böhmen und Mähren. Stuttgart 1998, S. 249-253.
- Dolf Köhler (Bearb.): Karlsbad. Dokumentation. Die Stadt und ihre Stadtkreisgemeinden. Berichte – Personenangaben – Zahlen. Dazu fünf Beiträge zu geschichtlichen und heimatkundlichen Themen. Hg. vom Heimatverband der Karlsbader e. V. Wiesbaden, Grünwald b. München 1981.
- Masumi Schmidt-Muraki: Karlsbad – weltweit. Aus den "Karlsbader Erzählungen". In: Karlsbader Zeitung. Folge 7, 46.1996, S. 220-222.
- Heinz Schubert: Karlsbad. Ein Weltbad im Spiegel der Zeit. München 1980.
- Mirjam Triendl-Zadoff: Nächstes Jahr in Marienbad. Gegenwelten jüdischer Kulturen in der Moderne. Göttingen 2007 (Jüdische Religion, Geschichte und Kultur 6), passim.
- Johannes Urzidil: Goethe in Böhmen. 2., erw. Aufl. Zürich, Stuttgart 1965.
- Anna Zídková: Fellner a Helmer v Karlových Varech [Fellner und Helmer in Karlsbad]. Karlovy Vary 1996, passim.

Weblinks

- http://www.karlovyvary.cz/de/ (Webpräsenz der Stadt, u. a. in deutscher und englischer Sprache)

Anmerkungen

[1] 1850–1970 nach Retrospektivní Lexikon obcí Československé Socialistické Republiky [Retrospektives Lexikon der Gemeinden der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik] 1850–1970. Praha 1978; 1980–2001 nach Historický lexikon obcí České Republiky [Historisches Lexikon der Gemeinden der Tschechischen Republik] 1869–2005, i. Díl. Praha 2006.

[2] Statistický lexikon obcí v Čechách. Úřední seznam míst podle zák [Statistisches Lexikon der Gemeinden im Land. Offizielle Ortsliste]. ze dne 14. dub. 1920. Praha 1923, S. 256.

[3] Statistisches Gemeindelexikon des Landes Böhmen auf Grund der Volkszählungsergebnisse vom 1. Dezember 1930. Prag 1935, S. 391.

Zitation

Elisabeth Fendl: Karlsbad/Karlovy Vary. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2013. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54272.html (Stand 31.10.2013).

Karlsburg (früher Weißenburg)/Alba Iulia

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Weißenburg, Weissenbrich, ab 1718 Carlsburg, Karlsburg

Amtliche Bezeichnung

rum. Alba Iulia, früher rum. Bălgrad

Anderssprachige Bezeichnungen

ung. Gyulafehérvár, selten Károlyfehérvár, Erdélyfehérvár, Fehérvár; lat. Apulum, Alba Iulia, Alba Carolina, Caropolis; griech. (wohl nach dem dakischen Ortsnamen) Apoulon

Etymologie

Die Slawen nannten die Siedlung wegen ihrer Außenmauern aus weißem Kalkstein *Bălgrad* (= weiße Burg). Der Name wurde im Ungarischen (*Fehérvár)* und Deutschen (*Weißenburg)* übernommen. Die Namen Alba Iulia und Gyulafehérvár finden sich in lateinischen Urkunden des 13.–15. Jahrhunderts in mehreren Variationen: Alba Transilvaniae/Erdélyfehérvár, Alba Gyle, Alba Giule, Alba Iule. Ein *gyula* war der Anführer einer magyarischen Gruppe, die sich hier im 10. Jahrhundert niederließ. 1718 wurde der Ort nach Kaiser Karl VI. (König Karl/Károly III. von Ungarn) benannt.

2. Geographie

Lage

Karlsburg liegt auf 46° 4' nördlicher Breite und 21° 35' östlicher Länge, 270 m über NHN, etwa 100 km südlich von Klausenburg/Cluj-Napoca und 70 km nordwestlich von Hermannstadt/Sibiu.

Topographie

Karlsburg befindet sich im Zentrum der siebenbürgischen Hochebene, östlich des Trascău-Gebirges, das zu den Siebenbürgischen Westgebirgen gehört. Es liegt auf einer Terrasse über dem Fluss Mieresch (rum. Mureş), nahe der Mündung des Ampoi (ung. Ompoly) in den Mieresch.

Region

Siebenbürgen

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Rumänien. Karlsburg ist Hauptstadt des rumänischen Landkreises (*judeţ*) Alba und seit 1968 ein Munizipium (*municipiu*). Nach der Etablierung des Fürstentums Siebenbürgen wurde Weißenburg 1546 fürstliche Residenz. Hier befinden sich die Verwaltungssitze der rumänischen Planungsregion "Zentrum", einer der acht Wirtschaftsregionen Rumäniens. Zudem sind die Metropolitansitze eines rumänisch-orthodoxen und eines römisch-katholischen Erzbistums angesiedelt.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Das Stadtwappen besteht aus einem dreieckigen Schild mit abgerundeten Kanten. Das obere Feld zeigt die eiserne Krone Rumäniens auf einem Hermelin, das linke Feld auf blauem Hintergrund den Goldenen Adler für die Walachei. Im rechten Feld, auf rotem Hintergrund, der Kopf eines Auerochsen für die Moldau. Das mittlere Feld stellt zwei stehende rote Löwen mit einem schwarzen Schwert auf sieben Hügeln dar. Über dem Schild erscheint die Burgkrone als Symbol des Munizipalrechts. Der Adler auf der Krone deutet auf den Rang des Ortes hin.

Archäologische Bedeutung, Vor- und Frühgeschichte, Antike

Auf dem heutigen Stadtgebiet wurden eine neolithische Siedlung und zahlreiche Gegenstände aus der Bronzezeit gefunden. Bei Sanierungsarbeiten in der Burg 2011 wurde in der Nähe des römisch-katholischen Doms, innerhalb des ehemaligen Kastells, ein römischer Tempel mit einer Statue der Göttin Nemesis entdeckt. Unweit davon wurde damals auch die erste christliche Kirche Siebenbürgens aus der Mitte des 10. Jahrhunderts ausgegraben. Archäologen vermuten, dass es sich um den Sitz des Bischofs Hyerotheos handelt, der als Missionar aus

Byzanz in die Gegend kam.

Nach der Eroberung Dakiens durch die Römer wurde das dakische Apoulon zum *castrum*, später *municipium*, Apulum ausgebaut, war ab 107 n. Chr. Zentrum der römischen Besatzung (Legion XIII. Gemina), zeitweise Verwaltungssitz der Provinz *Dacia Apulensis* und mit ca. 30.000 Einwohnern die bevölkerungsreichste Stadt Dakiens. Nach dem römischen Rückzug unter Aurelian (271) wurden ostgermanische und halbnomadische Stämme hier

ansässig. Diesen folgten im 7. Jahrhundert Slawen. Die Römerstadt verfiel, doch bestand in den schützenden Ruinen eine ländlich geprägte Siedlung fort.[1]

Mittelalter

Im 10. Jahrhundert baute hier eine magyarische Gruppe unter Führung eines *gyula* ein Herrschaftsgebiet aus, das von König Stephan I. dem Heiligen 1003 gewaltsam in das Königreich Ungarn integriert wurde. 1009 wurde ein römisch-katholisches Bistum gegründet, das bis heute besteht. 1241 wurde die Stadt durch einen Mongolenangriff verwüstet, 1277 und 1317 von Siebenbürger Sachsen, die ihre Eigenkirchlichkeit gegenüber dem siebenbürgischen Bischof verteidigen wollten. Da die Stadt dem Bischof unterstand, mit den freien siebenbürgisch-sächsischen Nachbarstädten nicht konkurrieren konnte und seit Ende des 14. Jahrhunderts wiederholten Angriffen der aus dem Miereschtal heranziehenden Osmanen ausgesetzt war, konnte sich Weißenburg im Mittelalter nie zu einer Handels- oder Handwerksmetropole entwickeln.

Der Ort war Sitz des Komitats *Fehér*, nach dessen Teilung des Komitats *Alsó Fehér* (rum. Alba Inferioară, dt. Unter-Weißenburg). Hier tagten wiederholt die siebenbürgischen Landtage, unter ihnen die für das rumänische Selbstverständnis wichtige Zusammenkunft von 1291, als neben den drei Ständen des ungarischen Adels, der Szekler und der Siebenbürger Sachsen auch die Rumänen teilnahmen. Der hier residierende Komitatsgespan (*ispán*) war in der Regel gleichzeitig Vizewoiwode Siebenbürgens. 1442 errang der Woiwode Johannes Hunyadi in der Nähe von Weißenburg einen Sieg über die Osmanen.

Neuzeit

Nach dem Zerfall des ungarischen Königreichs wurde die Stadt zwischen 1542 und 1690 Sitz der Fürsten von Siebenbürgen, die nach der Reformation und der Vertreibung des siebenbürgischen Bischofs in dessen Palais residierten. Die meisten Landtage dieser Zeit fanden in Weißenburg statt. 1542 wurde hier Johann II. Sigismund Szapolyai zum ungarischen König gewählt. In der ungarischen Geschichtsschreibung wird die Stadt als Hauptstadt des im Osten fortbestehenden Königreichs Ungarn bezeichnet. 1591 hielt der Sachsengraf Albrecht Huet in Weißenburg eine denkwürdige Rede, in der er die Privilegien der Siebenbürger Sachsen mit historischen und naturrechtlichen Argumenten verteidigte. 1599 zog der walachische Fürst Michael der Tapfere (Mihai Viteazul) nach der Eroberung des Landes in Weißenburg ein und wurde hier 1600 vom Landtag zum Fürsten von Siebenbürgen gewählt. Da Michael auch die Moldau besetzt hatte, unterstanden nun die drei später zu Rumänien gehörenden Provinzen Walachei, Moldau und Siebenbürgen erstmals, allerdings nur kurzzeitig (bis 1601), einem einzigen Herrscher. Die symbolisch überhöhte "erste Vereinigung der drei rumänischen Länder" sollte 1918 eine wesentliche Rolle bei der Einberufung der Nationalversammlung der Rumänen nach Karlsburg spielen.

1602 wurde der Ort von Truppen des habsburgischen Generals Giorgio Basta verwüstet, der der Herrschaft Michaels des Tapferen ein Ende setzte. Unter dem Fürsten Gabriel/Gábor Bethlen (1613-1629) wurde Weißenburg im "italienischen Stil" (Spätrenaissance/Frühbarock) wiederaufgebaut. 1657 wurde die Stadt von tatarischen Truppen in Brand gesetzt, die Siebenbürgen mit Duldung der Osmanen verwüsteten. 1661 eroberten Osmanen die Stadt.

1687 besetzten österreichische Truppen Weißenburg, das nun in die Habsburgermonarchie integriert wurde. 1704 wurde hier Franz II. Rákoczi, der Führer der antihabsburgischen Bewegung in Ungarn, zum Fürsten Siebenbürgens gewählt. Nach der Niederschlagung des Aufstandes (1711) ließ Kaiser Karl VI. den Ort ab 1714 nach Plänen von Giovanni Vis-

conti zur Festung im Vauban-Stil ausbauen; die Arbeiten wurden 1738 abgeschlossen. Symbol der neuen Herrschaft war auch die Umbenennung der Stadt im Jahr 1718. Obwohl offiziell angeordnet, haben die Ungarn den Ort in den seltensten Fällen "Károlyfehérvár" genannt und den alten Namen beibehalten, während sich der deutsche Ortsname durchsetzen konnte. Karlsburg wurde in habsburgischer Zeit nicht mehr Hauptstadt Siebenbürgens, wohl aber die wichtigste Garnisonsstadt. Hier wurden 1785 die Anführer eines Aufstandes der siebenbürgischen Rumänen aufs Rad geflochten und hingerichtet. Während der Revolution von 1848/49 wurde Karlsburg kurzzeitig von ungarischen Revolutionären besetzt, dann von österreichisch-russischen Truppen zurückerobert.

Zeitgeschichte

Auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker trafen am Ende des Ersten Weltkrieges, während des Zerfalls der österreichisch-ungarischen Monarchie, am 1. Dezember 1918 in Karlsburg rund 10.000 Vertreter der Siebenbürger Rumänen zusammen und beschlossen auf einer Nationalversammlung den Anschluss Siebenbürgens an das Königreich Rumänien. Die damals verkündeten Beschlüsse von Karlsburg sagten auch den anderen Völkern der Region weitgehende Minderheitenrechte im neuen Staat Großrumänien zu. Nach der internationalen Anerkennung des Anschlusses durch den Friedensvertrag von Trianon (1920) wurde König Ferdinand I. von Hohenzollern-Sigmaringen in der zu diesem Zweck erbauten Vereinigungskathedrale (rum. *Catedrala Sf. Treime, catedrala Reîntregirii Neamului şi a Încoronării*) an symbolträchtigem Ort zum König von Großrumänien gekrönt.

Verwaltung

Die Stadt wird von einem Bürgermeister und einem Stadtrat (21 Sitze) geleitet. Es sind drei juristische Instanzen, das Obergericht (*Curtea de Apel)*, das Berufungsgericht *(Tribunalul Alba Iulia*) und der Gerichtshof *(Judecatoria)* in der Stadt ansässig.

Bevölkerung

1785 hatte die Stadt 13.928 Einwohner, 1840 waren es 25.000. Die Zahl schrumpfte bis 1857 auf 20.615 und stieg dann bis 1880 wieder auf 22.761 an. 1880 gaben 76,07 % der Bevölkerung an, magyarischer, 4,76 % deutscher, 12,88 % rumänischer Sprachzugehörigkeit zu sein. 1910 wurden 58.481 Einwohner gezählt, davon 83,38 % mit magyarischer, 12,44 % mit rumänischer und 2,76 % mit deutscher Sprachzugehörigkeit.[2] Die höchste Zahl deutscher Bewohner wurde 1900 mit 1.343 Personen erreicht (8,11 % der Gesamtbevölkerung).[3] Bis in die 1990er Jahre ist die deutsche Einwohnerzahl aufgrund der Auswanderung stark gesunken. 1992 wurde der Höchststand der Einwohnerzahl erreicht: 71.168 Personen. Darunter waren noch 461 Deutsche. 2002 hatte Karlsburg 66.406, 2011 61.045 Einwohner.[4]

Wirtschaft

Karlsburgs Wirtschaft ist von der Bau-, Lebensmittel-, Textil- und Lederindustrie geprägt. Die Porzellanmanufaktur und der Weinbau zählen zu den wichtigsten Wirtschaftszweigen der Stadt. Nach der Wende 1989/90 und insbesondere nach der Burgsanierung der letzten Jahre nahm die Bedeutung des Tourismus zu.

Religions- und Kirchengeschichte

Das römisch-katholische Bistum beherrschte die Stadt seit seiner Gründung (1009). 1991 wurde es zum Erzbistum erhoben. Unterstützt von einigen Fürsten entfalteten sich hier mehrere reformatorische Bewegungen, vor allem der Antitrinitarismus (Unitarismus) und

der Calvinismus. Das römisch-katholische Bistum wurde zeitweise aufgelöst und erstand erst 1715, auf Druck der Habsburger, wieder. Umstritten ist die Frage, ob Michael der Tapfere 1600 in Karlsburg ein griechisch-orthodoxes Bistum oder nur eine Kirche gestiftet hat. 1698 beschloss die von Bischof Atanasie Anghel geleitete orthodoxe Synode von 38 Protopresbytern auf Initiative des Wiener Hofes die Vereinigung mit der römischen Kirche. Es entstand die griechisch-katholische (unierte) Kirche der Siebenbürger Rumänen. Der Sitz des Bistums der griechisch-katholischen Kirche war anfangs Karlsburg, dann Fogarasch/Făgăraş und Blasendorf/Blaj, wo er sich auch heute befindet. Die orthodoxe Kirche bestand jedoch in Teilen weiter und erstarkte im 18. Jahrhundert zunehmend. 1761 wurde der orthodoxe bischöfliche Sitz wieder besetzt, allerdings der Hermannstädter Orthodoxen Metropolie untergeordnet. 2005 wurde das Erzbistum Alba Iulia der neu gegründeten orthodoxen Metropolie Klausenburg zugeordnet.

1627 erhielten sephardische Juden – nur in Karlsburg – die Erlaubnis zur Niederlassung auf siebenbürgischem Boden und errichteten in der Unterstadt eine Synagoge.

Konfessionelle Zugehörigkeit der Stadtbewohner: 1880:[5] 35,60 % römisch-katholisch, 35,69 % calvnistisch,13,80 % griechisch-katholisch, 5,35 % mosaisch, 4,31% lutherisch, 3,45 % unitarisch (antitrinitarisch), 1,45 % griechisch-orthodox; 1910:[6] 34,08 calvinistisch, 31,28 % römisch-katholisch, 14,22 % griechisch-katholisch, 11,59 % mosaisch, 3,32 % lutherisch, 3,16 % unitarisch, 2,23 % griechisch-orthodox;1930:[7] 38,3 % orthodox, 21,4 % griechisch-katholisch, 14,7 % reformiert, 10,5 % römisch-katholisch, 7,2 % evangelisch, 6,5 % mosaisch; 2002:[8] 80 % orthodox, 2,6 % griechisch-katholisch, 1,2 % reformiert, 2,5 % römisch-katholisch, <1 % evangelisch.

Kulturelle Institutionen

Das Vereinigungsmuseum (*Muzeul Naţional al Unirii*) ist im ehemaligen Militärkasino (erbaut 1851–1853) untergebracht und beherbergte ursprünglich Funde archäologischer Ausgrabungen. Der Vereinigungssaal, in dem 1918 der Anschluss Siebenbürgens an Rumänien beschlossen wurde, ist ein Symbol des rumänischen Nationalbewusstseins.

Die Batthyaneum-Bibliothek (*Biblioteca Batthyaneum*) wurde 1780 im Barockgebäude einer ehemaligen Kirche eingerichtet. Sie beherbergt seltene Bücher und eine Sammlung von Inkunabeln, u. a. Teile des *Lorscher Evangeliars*, des *Codex Aureus* und des *Codex Burgundus*. 1792 wurde hier das erste astronomische Observatorium des Landes geschaffen.

Das 1952 eröffnete Puppentheater "Prichindel" ist eines der bekanntesten in Europa.

Bildung und Wissenschaft

Der siebenbürgische Fürst Gabriel/Gábor Bethlen gründete in Weißenburg am 1. Mai 1620 ein Kollegium, das 1622 in das "Akademische Bethlen-Kolleg" (*Collegium Academicum Bethlenianum)* umgewandelt wurde; unter anderen deutschen Gelehrten lehrte hier zeitweise auch der Dichter Martin Opitz. 1629 erhielt das Kolleg den Rang einer akademischen Schule und es wurden eine Theologische, eine Philosophische und eine Philologische Fakultät eingerichtet. 1658 zog es nach Strassburg am Mieresch/Aiud um. In Karlsburg sind heute das Nationalkollegium *Horea, Cloşca şi Crişan*, das Orthodoxe und das Römisch-Katholische Seminar sowie drei Hochschulen angesiedelt: die Universität "1. Dezember 1918" (*Universitatea "1 Decembrie 1918"*), die Akademie für Informatik, Technische Wissenschaften, Wirtschaft, Recht und Verwaltung (*Academia Informatizată pentru Ştiinţe Tehnice, Economice, de Drept şi Administraţie*) und die Rumänische Wirt-

schaftsschule der Industrie- und Handelskammer (*Şcoala Română de Afaceri a Camerelor de Comerţ şi Industrie*).

Kunstgeschichte

Das Stadtbild ist geprägt von der siebeneckigen, sternförmigen Festung im Vauban-Stil, die 1714 begonnen und an den Ecken mit Bastionen befestigt wurde. Mehrere reich gestaltete Torbauten (u. a. das Karlstor um 1720) ermöglichten den Zugang zur Festung.

Die römisch-katholische Kathedrale St. Michael, die in großen Teilen vor allem im 12. und 13. Jahrhundert im romanischen Stil errichtet und später erweitert worden war (frühgotischer Chorabschluss), ist einer der bedeutendsten Bauten der Romanik im alten Königreich Ungarn; die im 16. Jahrhundert angebaute Lázó-Kapelle ist ein schönes Beispiel der Frührenaissance in Siebenbürgen. Das Bischofspalais geht auf das späte 15. Jahrhundert zurück und wurde vor allem im 17. Jahrhundert erneuert. Aus dieser Zeit stammt auch das in den schlichten Formen der Spätrenaissance und des Frühbarock errichtete Hauptportal. Seit 1542 wurde es von den Fürsten Siebenbürgens bewohnt. Das Stadtpalais der ungarischen Adelsfamilie Apor ist der eindrucksvollste mittelalterliche Profanbau in Karlsburg; es wurde im 18. Jahrhundert im Barockstil umgebaut und ist heute Sitz des Rektorats der Universität.

Die als Nationaldenkmal fungierende Vereinigungskathedrale wurde in den 1920er Jahren an zentraler Stelle innerhalb der Festungsanlage gebaut.

Die Route der drei Festungsanlagen (*Traseul celor 3 fortificaţii*) ermöglicht Besuchern eine Reise durch drei Epochen: das römische castrum der *Legion XIII. Gemina*, die mittelalterliche und die frühneuzeitliche Burg.

Die Holzkirche "Michael der Tapfere" wird dem walachischen Fürsten zugeschrieben und war im 17. Jahrhundert vielleicht ein Zentrum des orthodoxen Bistums Siebenbürgen.

Buch- und Druckgeschichte

Zentrum des Buchdruckes in Siebenbürgen war bis 1590 Kronstadt, dann Karlsburg. Hier wurden u. a. 1648 die erste rumänische Bibelübersetzung und 1699 die erste rumänische Fibel (*Bucoavna de la Bălgrad)* gedruckt.

4. Diskurse/Kontroversen

Mit Karlsburg stehen unterschiedliche historiographische und religionshistorische Kontroversen in Verbindung. Zum einen geht es um die Kontinuität der rumänischen Bevölkerung auf siebenbürgischem Boden (ununterbrochene Fortdauer der dakisch-römischen Bevölkerung von der Antike bis heute), die von der rumänischen Geschichtsschreibung als Argument für das historische Recht auf Siebenbürgen postuliert, von ungarischer Seite aber negiert wird. Zum anderen geht es um die Kontroversen zwischen verschiedenen Religionsgemeinschaften, für die Karlsburg eine symbolische Bedeutung hat. Die römisch-katholische Kirche beruft sich auf ihre tausendjährige Vergangenheit (große Millenniumsfeier 2009), die griechisch-orthodoxe Kirche betont die Existenz eines eigenen Bistums in Karlsburg seit der Zeit Michaels des Tapferen. Für die griechisch-katholische Kirche ist es der Ort der Gründung ihrer Glaubensgemeinschaft.

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Gheorghe Anghel: Cetăţile medievale de la Alba Iulia [Die mittelalterlichen Burgen in Weissenburg]. In: Apulum 13 (1975), S. 245-271.
- Thomas Nägler: Alba Iulia. In: Harald Roth (Hg.): Handbuch der historischen Stätten. Siebenbürgen. Stuttgart 2003, S. 5-10.
- Ernst Wagner (Bearb.): Quellen zur Geschichte der Siebenbürger Sachsen 1191–1975. Köln u. a. 1976 (Schriften zur Landeskunde Siebenbürgens 1), S. 258-271.

Periodika

- *Discobolul* [Der Diskobolos], 1996ff. (Literarische Zeitschrift, Online-Archiv 2006ff. URL: http://www.revista-discobolul.ro/)

Weblinks

- http://www.apulum.ro/index-de.htm (Offizielle Webpräsenz der Stadt Karlsburg u. a. in deutscher und englischer Sprache)
- http://www.bibnat.ro/Filiala-Batthyaneum-s75-ro.htm (Seite der Batthyaneum-Bibliothek - Rumänische Nationalbibliothek/Biblioteca Batthyaneum - Biblioteca Naţionala a Romaniei in rumänischer Sprache)
- http://mnuai.ro/muzeu/ (Seite des Vereinigungsmuseums Karlsburg/Istoricul Muzeului Naţional al Unirii Alba Iulia in rumänischer Sprache)

Anmerkungen

[1] Vgl. Roth: Handbuch, S. 5.

[2] Ernő Deák: Königliche Freistädte – Munizipalstädte. Das Städtewesen der Länder der ungarischen Krone (1780–1918). Teil II/1: Ausgewählte Materialien zum Städtewesen A. Wien 1989 (Österreichische Akademie der Wissenschaften. Veröffentlichungen der Kommission für Wirtschafts- Sozial- und Städtegeschichte 4), S. 365.

[3] Vgl. Varga Árpád: Fehér megye településeinek etnikai (anyanyelvi/nemzetiségi) adatai 1850–2002 [Ethnische Daten (Sprache/Staatsangehörigkeit) der Ortschaften des Kreises Alba zwischen 1850-2002] Online Dokument: http://www.kia.hu/konyvtar/erdely/erd2002/abetn02.pdf (Zugriff 26.09.2013).

[4] Vgl. die Volkszählungswebseite Rumäniens http://www.recensamantromania.ro/wp-content/uploads/2012/02/Comunicat_DATE_PROVIZORII_RPL_2011_.pdf (Zugriff 26.09.2013).

[5] Deák (wie Anm. 2), S. 366.

[6] Deák (wie Anm. 2), S. 366.

[7] Vgl. Recensământul general al populației României din 29 Decemvrie 1930 [Generalvolkszählung der Rumänischen Bevölkerung vom 29. Dezember 1930]. Bd. 2, S. 522.

[8] Vgl. Varga Árpád: Fehér megye településeinek etnikai (anyanyelvi/nemzetiségi) adatai 1850-2002 [Ethnische Daten (Sprache/Staatsangehörigkeit) der Ortschaften des Kreises

Alba zwischen 1850–2002] Online Dokument: http://www.kia.hu/konyvtar/erdely/erd2002/abetn02.pdf (Zugriff 26.09.2013).

Zitation

Cornelia Guju: Karlsburg (früher Weißenburg)/Alba Iulia. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2013. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54273.html (Stand 26.09.2013).

Karlstadt/Karlovac (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Kaschau/Košice/Kassa (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Kassa → Kaschau/Košice/Kassa (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Käsmark/Kežmarok

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Käsmark/Kesmark (in Zipser Mundart: Kejsenmark)

Amtliche Bezeichnung

slwk. Kežmarok

Anderssprachige Bezeichnungen

ung. Késmárk; lat. Kesmarkium; poln. Kieżmark

Etymologie

Der Ortsname geht auf das Wort „Käsemarkt“ zurück.

Als historische Namen sind unter anderem bekannt Kasmark (1269), Kazmarc villa (1270), Kesmark (1269, 1270, 1294), Kümark (1294), Forum Caseonum (1301) und Forum Casaeorum (1307).

2. Geographie

Lage

Käsmark liegt auf 49° 8' nördlicher Breite, 20° 26' östlicher Länge, 630 m über NHN, ca. 15 km nordöstlich von Deutschendorf/Poprad.

Topographie

Käsmark liegt in der Hohen Tatra und unweit des Leutschauer Gipfels am Fluss Popper (slwk. *Poprad*), der in den Dunajez (slwk. *Dunajec*), einen rechten Nebenarm der Weichsel, mündet.

Region

Oberzips; die Zips (slwk. *Spiš*, ung. *Szepes*, lat. *Scepusium*, poln. *Spisz*) ist eine zum früheren Oberungarn gehörende historische Landschaft auf dem Gebiet der heutigen nordöstlichen Slowakei entlang der Popper.

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Slowakei. Käsmark ist Hauptstadt des Kreises Käsmark (*okres Kežmarok*).

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Das seit 1463 ununterbrochen gebräuchliche Stadtwappen ist zweigeteilt. In der unteren Hälfte wechseln sich insgesamt vier Querstreifen in roter und weißer Farbe ab (Bezugnahme auf das Wappen der Arpaden). Die obere Hälfte erinnert an die Zeit, als Käsmark königliche Freistadt war. Der Hintergrund ist in tiefem Blau gehalten. Darauf sind zwei Schwerter gekreuzt, zwischen denen (oben) eine Krone und (unten) eine rote Blume schweben.

Mittelalter

Die Gründung der Stadt Käsmark ging vergleichsweise ungewöhnlich vonstatten: Käsmark wuchs im 13. Jahrhundert aus drei Ansiedlungen zusammen, für die Kirchenbauten vor 1251 belegt sind: Dabei handelte es sich um eine Ansiedlung von Zipser Sachsen (Kirche der hl. Elisabeth), ein slowakisches Fischerdorf (Kirche des hl. Kreuzes) und eine ungarische Grenzwache (Kirche des hl. Michael). In der Regel siedelten sich Deutsche auf dem Gebiete der heutigen Slowakei in bereits vorhandenen Siedlungen an und fügten sich relativ nahtlos in das von ihnen vorgefundene gesellschaftliche Gefüge ein.

Funde aus dem 12. und 13. Jahrhundert weisen auf zuvor schon vorhandene sakrale Bauten hin. 1269 wurden durch den ungarischen König Bela IV. (1206-1270) zunächst der deutschen Siedlung in Käsmark die Stadtrechte verliehen; infolgedessen wuchsen die drei vohandenen Ansiedlungen rasch zusammen. Zur königlichen Freistadt mit politischen und wirtschaftlichen Vorrechten wurde Käsmark 1380 erhoben; die damit verbundenen Privilegien wurden 1655 bestätigt. Im 15. Jahrhundert erlangte die Stadt eine Fülle von Rechten, darunter 1419 das Recht zur Abhaltung von zwei Jahrmärkten, 1438 die Halsgerichtsbarkeit und 1463 das Wappenrecht. 1435 wurde der Stadt das Stapelrecht zugestanden, das angesichts der wichtigen Handelsroute nach Krakau/Kraków von großer Bedeutung war. Um dieses Privileg hatte Käsmark zuvor fast ein ganzes Jahrhundert lang mit dem nicht weit entfernten Leutschau/Levoča gerungen.

Seit 1440 war Käsmark Verwaltungszentrum der Zips und damit Sitz des Zipser Gespans. 1463 wurde die städtische Burg errichtet. Dies geschah vor dem Hintergrund, dass Käsmark immer wieder Schauplatz kriegerischer Auseinandersetzungen wurde. Historisch belegt sind 13 Kriege, die sich auf dem Gebiet des historischen Stadtkerns abspielten. Eine nicht unbedeutende Rolle spielten dabei Rivalitäten mit der Stadt Leutschau.

Neuzeit

1530 kam die Stadt im Zuge der Querelen um die Herrschaft über Großungarn vorübergehend in die Gewalt des siebenbürgischen Fürsten Johann Zápolyas (1487-1540). Im ausgehenden 17. Jahrhundert stand Käsmark auf Seiten der antihabsburgischen Aufstände ungarischer Adeliger, darunter Georgs II. Rákóczi (1621-1660) sowie des in der Stadt selbst geborenen Imre Tököli (siehe „Berühmte Persönlichkeiten“). Allerdings versetzte Kaiser

Ferdinand III. (1608-1657) Käsmark 1655 wieder in den Rang einer königlichen Freistadt. 1848/1849 erlebte die Stadt den Aufenthalt russischer Truppen, die zur Niederschlagung der ungarischen Revolution eingesetzt wurden. Im Laufe des 19. Jahrhunderts wurden die Stadtmauern niedergelegt und an ihrer Stelle Obst- und Gemüsegärten angelegt. Die Stadt blieb zwar eine wichtiges kulturelles Zentrum und eine Handelsniederlassung, erlebte aber keine nennenswerte Industrialisierung.

Zwischen 1941 und 1944 war in Käsmark das „Institut für Heimatforschung“ als Einrichtung der deutschen nationalsozialistischen Ostforschung unter der Leitung von Franz Beranek (1902-1967) tätig. Im Herbst 1944 wurden rund 75 Prozent aller Käsmarker Juden in Vernichtungslager oder Ghettos deportiert oder fielen Exekutionen zum Opfer; der Rest überlebte durch Untertauchen.[1]

Seit 1950 steht die historische Altstadt unter Denkmalschutz.

Verwaltung

Stadtoberhaupt von Käsmark ist heute ein hauptamtlicher Oberbürgermeister. In Käsmark ist ein Kreisgericht ansässig.

Bevölkerung

Entwicklung der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung (1880-1910)[2]

	1880: 4.475 Einwohner, davon:	**1890: 4.897 Einwohner, davon:**	**1900: 5.606 Einwohner, davon:**	**1910: 6.317 Einwohner, davon:**
Deutsche	3.222	3.225	3.408	3.242
Slowaken	705	1.005	1.074	1.606
Ungarn	347	574	952	1.314

Käsmark galt jahrhundertelang als Zentrum deutschsprachiger Kultur auf dem Gebiete der heutigen Slowakei; bis 1944 stellte die Deutschen etwa ein Drittel der Einwohner.[3] Zudem verfügte die Stadt über eine aktive jüdische Gemeinde, deren 1.200 Mitglieder 1940 etwa 14 % der Bevölkerung ausmachten; Anfang 1944 lebten nur noch 118 Juden in Käsmark.[4] Heute leben gut 17.000 Menschen in Käsmark und die Bevölkerung ist weitgehend homogen slowakisch: Bei der Volkszählung 2001 bekannten sich 95,2 % der Einwohner zur slowakischen, 0,8 % zur tschechischen und 0,4 % zur deutschen Nationalität. 1,6 % bezeichneten sich als Roma.[5]

Wirtschaft

Käsmark galt über Jahrhunderte als wirtschaftlich florierende Stadt. Zwischen dem 15. und 19. Jahrhundert gab es um die 40 Zünfte. Besonders bekannte Gewerbezeweige waren in Käsmark die Erzeugung hochwertiger Web- und Goldschmiedearbeiten sowie die Färberei und die Tuchmacherei. Ende des 19. Jahrhunderts stagnierte die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt, die nicht an die Kaschau-Oderberger Bahn angeschlossen wurde. Heute ist Käsmark Zentrum der slowakischen Textil- und Holzverarbeitungsindustrie.

Religions- und Kirchengeschichte

Käsmark gehörte traditionell zu den Hochburgen des Protestantismus auf dem Gebiet der heutigen Slowakei. Dennoch war es kein Vorreiter der Reformation, erlangte vielmehr erst einige Jahrzehnte später wegen einer Vielfalt von Kultur- und Bildungsstätten eine ent-

sprechende Bedeutung. Davon zeugen nicht zuletzt die Kunstfertigkeit, mit der die Artikularkirche gestaltet wurde (s. Kunstgeschichte), und die Ausnahmestellung des Evangelischen Lyzeums, das weit über die Grenzen Großungarns einen hervorragenden Ruf hatte.

Zusammensetzung der Bevölkerung nach konfessioneller Zugehörigkeit (1880-1910)[6]

	1880: 4.475 Einwohner, davon:	**1890: 4.897 Einwohner, davon:**	**1900: 5.606 Einwohner, davon:**	**1910: 6.317 Einwohner, davon:**
römisch-katholisch	1.949	2.421	2.829	3.454
griechisch-katholisch	92	105	155	138
evangelisch-lutherisch	1.801	1.603	1.610	1.543
evangelisch-reformiert	84	95	103	95
jüdisch	541	659	907	1.050

Bei der Volkszählung 2001 bekannten sich 77,5 % der Einwohner zum römisch-katholischen Glauben, 4,8 % zur Evangelischen Kirche A. B. und 2,6 % zum griechisch-katholischen Glauben.[7]

Besondere kulturelle Institutionen

1524 ist erstmals das Vorhandensein eines Theaters in der Stadt erwähnt.

In Käsmark gibt es zwei bedeutende Bibliotheken: In der historischen Lyzeumsbibliothek aus dem 18. Jahrhundert finden sich rund 150.000 Bände, vielfach einzigartige Ausgaben historischer Bücher. Hier werden vor allem Schulbücher und Lehrwerke aus verschiedenen Jahrhunderten aufbewahrt; mit diesem Schwerpunkt gilt die Bibliothek in Ostmitteleuropa als einzigartig. Die Stadtbibliothek, die in der im 17. Jahrhundert errichteten und 1818/1819 umgebauten Redoute untergebracht ist, besitzt rund 50.000 Bücher.

Seit 1991 findet in Käsmark alljährlich das größte Festival europäischer Volkshandwerkskunst (*ELRO*) statt.

Bildung, Wissenschaft und Publizistik

Von Käsmark gingen unter anderem wesentliche Impulse zur Erkundung der Hohen Tatra aus. Als erste zog 1565 Beata Laska (1515-1576) aus, um das Hochgebirge systematisch zu erkunden. Ihr folgten nur wenig später die Geographen David Fröhlich und Georg (Juraj) Buchholz (1688-1737). Im 18. Jahrhundert unternahm der Historiker und Naturkundler Christian Genersich (1759-1825) weitere Exkursionen.

1776 wurde das zunächst als Gymnasium geführte Evangelische Lyzeum erbaut; hier wurde bis 1852 gelehrt.

Zwischen 1880 und 1942 erschien in Käsmark die deutschsprachige „Karpathen-Post“ als eine der wichtigsten Tageszeitungen der Zips.

Berühmte Persönlichkeiten

Aus Käsmark stammten eine ganze Reihe historischer Persönlichkeiten, etwa Emmerich Graf Thököly (Imre Tököli, 1657-1705), der zwischen 1678 und 1687 den ungarischen Aufstand gegen die Habsburger anführte, ferner der österreichische Feldzeugmeister Paul Kray von Krajowa (1735-1804), der posthum im 19. Jahrhundert als einer der bedeutendsten Militärs Österreichs verehrt wurde. Dazu gehörten auch der Historiker und Statistiker Martin von Schwartner (1759-1823) und die Gelehrten Georg Buchholtz, Jakob Buchholtz (1696-1758) und Thomas Mauksch (1749-1832). Auch der slowakische Filmregisseur Juraj Herz und der österreichische Marktforscher Fritz Karmasin (1930-2013) wurden in Käsmark geboren.

Kunstgeschichte



Käsmark/Kezmarok, (Kataster-)Karte von 1870,
aktualisiert 1939. [Quelle: Nationale Denkmalschutzbehörde
der Slowakischen Republik:
www.pamiatky.sk/Content/ZASADY/Kezmarok/0205-KK-histor-katastral-mapa.pdf].

Der historische Stadtkern von Käsmark besticht durch eine vergleichsweise geschlossene Bauweise. Heute wegen einer schlecht ausgebauten Verkehrsinfrastruktur schwierig zu erreichen, gilt es vielen Slowaken doch als die schönste Stadt ihres Landes. Das hängt vor allem mit der Vielfalt der Baustile und Fassaden zusammen, die sich in der doch recht kleinen Stadt auf verhältnismäßig engem Raum zu einem harmonischen Ganzen fügen.

Zu den bedeutendsten Bauten in Käsmark zählen das Evangelische Lyzeum und die innen prachtvoll gestaltete Artikularkirche; beide sind seit 1985 nationale Kulturdenkmäler.

Das Evangelische Lyzeum entstand nach und nach im Zeitraum 1774 bis 1865. 1774-1776 wurde nach den Plänen von M. Kraus zunächst ein eingeschossiger Bau neben der Artikularkirche errichtet, der 1820 um ein zweites, 1865 um ein drittes Geschoss ergänzt wurde; die Fassade wurde jeweils nach Plänen von V. Lazary angepasst.

Als Artikularkirche werden evangelische Holzkirchen auf dem Gebiet des früheren Oberungarn bezeichnet. Sie entstanden als Zugeständnisse an die evangelischen Gemeinden nach den Beschlüssen des Ödenburger Landtages von 1681 außerhalb der Stadtmauern und durften weder Turm noch Glocken haben. Sie mussten aus besonders leichtem Material und ohne Steine, Ziegel und Metallnägel gebaut werden (Beschlüsse „Artikuli“ 25 und 26). Sie waren nach dem Vorbild der nach den Friedensschlüssen 1648 errichteten schlesi-

schen Friedenskirchen in Schweidnitz/Świdnica, Jauer/Jawor und Glogau/Głogów in Kreuzform errichtet und besaßen in der Regel ein Tonnengewölbe. Die Artikularkirche in Käsmark, die seit 2008 zum UNESCO-Weltkulturerbe zählt, ist eines von fünf solchen Gotteshäusern auf dem Gebiet der heutigen Slowakei. Es handelt sich um einen Nachfolgebau der ursprünglichen Artikularkirche der hl. Dreifaltigkeit, für die 1682 ein Standort hinter dem Oberen Tor, bei einem im Jahre 1593 erbauten steinernen Gasthaus, festgelegt wurde; mit den Bauarbeiten wurde aber erst 1687 begonnen. Von ihr sind nur noch das Taufbecken aus dem Jahre 1690 und steinerne Epitaphe erhalten, die vermutlich 1688 entstanden; der Grundriss der heutigen Artikularkirche ist mit dem des von vornherein als Provisorium angelegten ursprünglichen Gotteshauses identisch. 1717 wurde mit den Arbeiten für den Nachfolgebau begonnen. Das zum Bau der Kirche verwendete Holz wurde im Laufe der Jahrhunderte zunehmend durch Ziegel ersetzt. Letztmals modernisiert wurde das Gebäude zwischen 1991 und 1996.

In Käsmark finden sich weitere sakrale Bauten aus mehr als sieben Jahrhunderten. Zwischen 1444 und 1498 wurde die spätgotische Basiilika der Erhöhung des hl. Kreuzes erbaut, die zu den größten Kirchen ihrer Art in der Zips gehört.

Die Stadtburg entstand im 15. Jahrhundert auf den Mauern des Klosters der hl. Elisabeth. Sie gehörte lange zum Besitz der Familie Thököly. Im Eingangsbereich sind bis heute die Überreste der Klosterkirche zu erkennen. Im Jahre 1787 wurde die Burg bei einem Großbrand in Schutt und Asche gelegt. Die Ruine verfiel danach über mehr als zwei Jahrhunderte. Anfang des 20. Jahrhunderts wurden die Überreste des Baus grundlegend überholt.

Sehenswert ist auch das 1461 fertiggestellte Rathaus, das im gotischen Stil errichtet wurde. Binnen dreier Jahrhunderte wurde es mehrfach stark umgestaltet. Der letzte große Umbau geschah 1799.

1914 entstand der Bahnhof von Käsmark, der durch eine Fülle von Ornamenten im Sezessionsstil auffällt.

Gedächtnis- und Erinnerungskultur

Seit 1950 steht der historische Stadtkern von Käsmark unter Denkmalschutz. Heute spielt Käsmark eine wichtige Rolle bei der Suche nach identitätsstiftenden Momenten in der erst seit 1993 staatlich eigenständigen Slowakei.

Käsmark hält die Erinnerung an den über Jahrhunderte prägenden Einfluss der Deutschen bis heute engagiert aufrecht, etwa mit entsprechenden Treffen deutscher Muttersprachler aus der gesamten Slowakei. Dagegen geschieht in Käsmark selbst wenig zur Erforschung der vergleichsweise großen Rolle, welche die Nationalsozialisten der Stadt offenbar zudachten, indem sie hier ein Institut für Heimatforschung einrichteten, das Erkenntnisse weit über den Horizont der Zips hinaus liefern sollte.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Nora Baráthová: Osobnosti dejín Kežmarku [Persönlichkeiten aus der Geschichte Käsmarks]. Kežmarok 2004.
-
- Johann Liptak: Geschichte des deutschen evangelischen Gymnasiums A.B. in Kesmark. Kežmarok 1983.

-
- Ilpo Tapani Piirainen, Arne Ziegler: Das älteste Gerichtsbuch der Stadt Käsmark-Kežmarok aus den Jahren 1533-1553. Levoča 1998.
-
- Haya Meiri-Minerbi: Juden in Kesmark und Umgebung zur Zeit der Schoáh. Jüdisches Leben und Leiden in der Slowakei. Aus dem Hebräischen von Magali Zibaso. Hg. von Erhard Roy Wiehn. Konstanz 2002.

Weblinks

- http://www.pamiatky.sk/Content/ZASADY/Kezmarok/0101-KK-text.pdf (Historische Entwicklung Käsmarks)
- http://www.pamiatky.sk/Content/ZASADY/Kezmarok/0401-KK-historicky-vyvoj.pdf (Übersicht zur Geschichte Käsmarks)
- http://portal.statistics.sk/files/historicko-demograficky_lexikon_obci_sr_1880_1910_1.5.pdf (Historisch-demographisches Lexikon der Gemeinden der Slowakei für die Jahre 1880 bis 1910)

Anmerkungen

[1] Enzyklopädie der jüdischen Gemeinden in der Slowakei: http://www.jewishgen.org/yizkor/pinkas_slovakia/slo505.html (Abruf 20.10.2014).

[2] Historisch-demographisches Lexikon der Gemeinden der Slowakei für die Jahre 1880 bis 1910: http://portal.statistics.sk/files/historicko-demograficky_lexikon_obci_sr_1880_1910_1.5.pdf (Abruf 17.09.2014).

[3] Ondrej Pöss. Nemci na Slovensku [Deutsche in der Slowakei]. http://www.ludovakultura.sk/index.php?id=3850 (Abruf 17.09.2014).

[4] Enzyklopädie der jüdischen Gemeinden (Anm. 1).

[5] Statistisches Amt der Slowakischen Republik: http://app.statistics.sk/mosmis/sk/scitanie.jsp?txtUroven=440703&lstObec=523585 (Abruf 20.10.2014).

[6] Historisch-demographisches Lexikon (Anm. 2).

[7] Statistisches Amt (Anm. 5).

Zitation

Karin Rogalska: Käsmark/Kežmarok. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32228 (Stand 02.01.2015).

Kattowitz/Katowice (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Kauen/Kaunas/Kowno (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Kelling/Câlnic (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Kelnek → Kelling/Câlnic (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Kemerovo (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Kerc → Kerz/Cârţa/Kerc (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Kerz/Cârţa/Kerc (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Kežmarok → Käsmark/Kežmarok

siehe Käsmark/Kežmarok

Késmárk → Käsmark/Kežmarok

siehe Käsmark/Kežmarok

Kętrzyn → Rastenburg/Kętrzyn

siehe Rastenburg/Kętrzyn

Kiew/Kyjiv/Kiew

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Kiew

Amtliche Bezeichnung

ukr. Київ, translit. Kyjiv

Anderssprachige Bezeichnungen

russ. Киев, translit. Kiev; poln. Kijów

Etymologie

Laut Gründungslegende in der altrussischen Nestorchronik (1116) wurde die Siedlung Kiew von den einer ostslawischen Fürstenfamilie angehörenden Brüdern Kyj, Šček und Choryv und ihrer Schwester Lybed im 5./6. Jahrhundert gegründet. Die Geschwister bauten demnach ihrem ältesten Bruder Kyj zu Ehren eine Burg und nannten sie Kiew.[1]

2. Geographie

Lage

Kiew liegt im nördlichen Teil der zentralen Ukraine auf 50° 27' nördlicher Breite, 30° 30' östlicher Länge.

Topographie

Kiew liegt am Dnepr (*Dnipro*), der eine eingeschränkt schiffbare Verbindung zum Schwarzen Meer herstellt.

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Die Stadt ist seit 1932 administratives Zentrum der Region Oblast Kiew. Sie ist eigenständig und nicht Teil des Oblast Kiew. Seit August 1991 ist Kiew Hauptstadt der Ukraine.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik



Altes Wappen (1672) [http://starkiev.com].



Gegenwärtiges Wappen Kiews

Schutzpatrone sind der Erzengel Michael und der Apostel Andreas, der auf einem Hügel am Dnepr ein Kreuz errichtet haben soll.

Gebräuchliche Beinamen

Kiew wird auch als „Mutter aller russischen Städte“ (Nestorchronik), „Jerusalem des Ostens", „Hauptstadt der goldenen Kuppeln“ und „Herz der Ukraine“ bezeichnet.[2]

Archäologische Bedeutung

Ergebnisse archäologischer Forschungen haben gezeigt, dass die „Stadt von Kyj“ am Altkiewer Berg (*Starokyjivs'ka*) im 5./6. Jahrhundert entstand.

Mittelalter



Das von dem Architekten Andrei I. Melenski (1766-1833) 1802 bis 1808 erbaute, bis heute erhaltene Denkmal liegt in Podil. Es soll an die Verleihung des Magdeburger Rechts an die Stadt Kiew 1494 erinnern; Foto von ca. 1860 [http://starkiev.com].

Kiew war zunächst Hauptsiedlungsort des ostslawischen Poljanenstammes, dann der Kiewer Rus und wirtschaftliches, politisches und geistiges Zentrum des Fürstentums Kiew (9. Jahrhundert). Laut Nestorchronik wurde die Stadt erstmals im Jahr 862 erwähnt. Kiew führte Befreiungskriege gegen Byzanz und das Chasarenreich. Das Stadtgebiet war in eine Oberstadt (Verwaltungs- und geistiges Zentrum) und eine Unterstadt (russ. *Podol*, ukr. *Podil;* Gewerbebereich) geteilt, in der vor allem Händler und Handwerker wohnten.

Unter der Herrschaft Wladimirs I. des Heiligen (um 956–1015) wurden in Kiew Paläste und Befestigungsanlagen errichtet. Nach seinem Tode fiel die Stadt an seinen Sohn Jaroslaw den Weisen (1019–1054), der Kultur und Bildung aktiv förderte. Der Herstellung von Wirtschafts- und politischen Beziehungen dienten dynastische Eheschließungen. Die Tochter des Kiewer Großfürsten Vsevolod I. (1030–1093), „Adelheid von Kiew“ (Jewpraksia, Eupraxia 1071–1109), wurde mit dem deutschen König Heinrich IV. (1050-1106) vermählt. Die Tochter des Fürsten Danilo von Halyč (Reg. 1215–1264), Sophia (ca. 1244-1290), heiratete den Grafen Heinrich V. von Schwarzburg-Blankenburg (ca. 1235-1287). So wurden die Verbindungen Kiews, wo Händler aus aller Welt Waren anboten und sich viele Geistliche und Pilger sowie Gesandte der wichtigsten Fürstenhöfe Europas aufhielten, zu den deutschen Ländern und Westeuropa verstärkt.

Um 1200 schwächten Herrschaftskämpfe das Reich, das sich in Teilgebiete aufspaltete. 1240 wurde Kiew von den Mongolen und Tataren zerstört. Bis zu diesem Zeitpunkt waren Deutsche über Wolhynien nach Kiew ausgewandert; nach Abschneidung der Verbindungen ließ die Auswanderung nach. Zum Wiederaufbau der Städte und des Gewerbes nach 1240 wurden erneut unter anderem Deutsche angeworben.

Als bedeutende Stadt des Großfürstentums Litauen (Eroberung Kiews 1362) erhielt Kiew 1494 das Magdeburger Stadtrecht, das bis 1857 in Kraft blieb. Es wurde die Grundlage der Selbstverwaltung Kiews und fand Eingang in das Rechtssystem des ukrainischen Staates.

Zeitgeschichte

1917 wurde Kiew Hauptstadt der Ukrainischen Volksrepublik, 1918 der Ukrainischen Nationalrepublik und 1934 der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik (USSR). Nach der „Schlacht um Kiew“ im Zweiten Weltkrieg (Mitte August bis Ende September 1941) dauerte die nationalsozialistische Besatzung der schwer zerstörten Stadt vom 19. September 1941 bis zum 6. November 1943. In dieser Zeit wurden in Kiew sowjetische Kriegsgefangene und Zivilisten, darunter vor allem Juden, in großer Zahl getötet. Die vorliegenden Schätzungen bewegen sich zwischen 100.000 und 200.000 Opfern. Allein bei dem Massaker in der nahe gelegenen Schlucht Babyn Jar (russ. *Babij Jar*) am 29./30. September 1941 wurden etwa 33.000 Juden ermordet. 1942 wurde am Nordrand der Stadt ein Außenlager des Konzentrationslagers Sachsenhausen errichtet. Kiew wurde nach Kriegsende wieder aufgebaut. 1986 geriet die Hauptstadt der Ukraine infolge der sog. Tschernobyl-Katastrophe weltweit in die Medien. Seit dem 24. August 1991 ist Kiew Hauptstadt der unabhängigen Ukraine. Die „Orange Revolution“ (2005) und der sog. „Euromajdan“ (2013/14) haben die Stadt global bekannt gemacht.

Wirtschaft

In der Handelsstadt Kiew kreuzten sich die Wege über die Nord-Süd-Flüsse und über die Ost-West-Landwege. Die *via regia* führte über Mainz, Erfurt und Breslau/Wrocław nach Kiew.[5]Es bestanden Verbindungen nach Polen, Ungarn, Deutschland, Frankreich und England; der Handelsweg *Von den Warägern zu den Griechen*, von Skandinavien nach Byzanz und in den vorderen Orient, führte durch Kiew. Nach Thietmar von Merseburg (11. Jahrhundert) gab es hier über 400 von Kaufleuten unter anderem aus Holland, Deutschland, Böhmen, Ungarn, Skandinavien und dem Orient besuchte Kirchen und acht Märkte.[6] Seit Beginn des 13. Jahrhunderts gründeten kleine Gruppen Deutscher aus Mainz, Lübeck und Wien Handelskolonien in Kiew (*Podol; Podil*), *Volodymyr* und *Volyn*.



Chreščatykstraße; koloriertes Foto um 1900 [http://starkiev.com].

Mit beginnender neuzeitlicher Ansiedlung seit Anfang des 18. Jahrhunderts eröffnete der deutsche Apotheker Johann Geiter 1728 in der Unterstadt die erste privat geführte Apotheke Kiews; das erhaltene Haus beherbergt heute ein Apothekenmuseum. Während die Deutschen zunächst vor allem Militärangehörige waren, kamen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts Handel- und Gewerbetreibende dazu. Die Kiewer Deutschen waren vielfach wohlhabend. Zahlreiche ihrer Geschäfte lagen an der zentralen Chreščatykstraße, wo viele Aushängeschilder deutsche Beschriftungen hatten.

Bedeutend wurden die 1840 von Johann Sigismund Eismann (1794–1862) gegründete Ziegelei und die 1860 von Wilhelm Richert errichtete Bierbrauerei, die sich zu einem modernen Betrieb entwickelte (seit 1954 Sektkellerei Stolichniy [*Stoličnyj*]). Firmen aus dem Deutschen Reich unterhielten in der Stadt Zweigbetriebe oder Vertretungen (Deutz Motorenbau, Siemens, Singer u. a.). Am Stadtrand gab es deutsche Bauernwirtschaften.

Bevölkerung und Gesellschaft

Anfang des 20. Jahrhunderts lebten 400.000 Deutsche in der Ukraine.[7] Die frühesten genaueren Angaben über die Bevölkerungsverhältnisse liegen als Ergebnisse der ersten allgemeinen Volkszählung des Russischen Reiches von 1897 vor. Danach lebten im Gouvernement Kiew 79,2 % Ukrainer, 12,1 % Juden, 5,9 % Russen, 1,9 % Polen sowie Deutsche (ohne Angabe). Im Kreis Kiew (einem von zwölf Kreisen des Gouvernements) lebten 56,2 % Ukrainer, 11,1 % Juden, 26,9 % Russen, 3,4 % Polen und 1,1 % Deutsche.[8] Die Stadt Kiew hatte 1897 insgesamt 247.723 Einwohner, darunter 1.408 Aussiedler aus Österreich-Ungarn, 436 aus dem Königreich Preußen, 352 Personen aus anderen deutschen Staaten und 207 Franzosen. Der Adel zählte 18.704 Personen, davon gaben als Muttersprache an: 11.741 (62,8 %) Russisch, 5.583 (29,8 %) Polnisch, 907 (4,8 %) Ukrainisch und 263 (1,4 %) Deutsch. Die Kaufleute und ihre Familien zählten 5.064 Personen, Russisch sprachen 2.307 (45,6 %), Jiddisch (bzw. Hebräisch) 2.238 (44,2 %), Deutsch 198 (3,9 %), Ukrainisch 152 (3,0 %), Polnisch 85 (1,7 %).[9] Insgesamt gaben in Kiew 4.354 Personen (1,8 %) Deutsch als Muttersprache an.[10] Heute ist Kiew mit über 2,8 Millionen Einwohnern die größte Stadt der Ukraine.[11]

Religions- und Kirchengeschichte

Handelskontakte mit Byzanz führten 988 zur Übernahme des griechisch-orthodoxen Glaubens durch den Großfürsten Wladimir I. den Heiligen, der sich von byzantinischen Priestern taufen und eine Massentaufe von Bewohnern Kiews im Dnepr durchführen ließ, worauf er das Christentum zur Staatsreligion erklärte. Heute befindet sich am Dneprufer ein Denkmal des Apostels Andreas, ein Kreuz in den Händen haltend. Gegenwärtig zählt Kiew fast 200 Gotteshäuser unterschiedlicher Religionen und Glaubensrichtungen.

Das von den Mönchen Antonios und Theodosios 1051 gegründete Kiewer Höhlenkloster (*Pečerska Lavra*; seit 1990 UNESCO-Weltkulturerbe) verschaffte der Stadt über Jahrhunderte die Führungsrolle in der osteuropäischen Christenheit; von hier aus verbreitete sich das Christentum über ganz Russland. Diese älteste und größte Klosteranlage Kiews ist bis heute geistliches Zentrum und Anziehungspunkt der orthodoxen Christenheit. Der Klosterkomplex, dessen Name auf ausgedehnte, einst von Mönchen bewohnte Höhlen zurückgeht, besteht aus über 70 Gebäuden aus unterschiedlichen Epochen (11.-19. Jahrhundert). Die durch Galerien miteinander verbundenen, von Mauern umgebenen Obere und Untere Lavra erstrecken sich auf 28 Hektar. Im Kloster arbeiteten und lebten Künstler, Wissenschaftler und Architekten. In der Oberen Lavra befindet sich der über 96 Meter hohe Glockenturm, der bis heute der höchste nicht nur in Kiew, sondern in der gesamten Ukraine

und Russland ist. In der Unteren Lavra sind Wirtschaftsgebäude, eine Akademie sowie vier weitere Kirchen zu finden.

Die ab 1767 belegten evangelischen Gottesdienste der anfangs etwa 300 Seelen umfassenden deutschen Gemeinde fanden zuerst im Wohnhaus des Apothekers statt. 1794/95 wurde in der Spas'kaja-Straße (*Podol*) die schlichte Holzkirche der hl. Katharina errichtet. Nach dem Brand von 1811 begann 1812 der Bau einer weiteren Holzkirche auf einer Anhöhe („Deutscher Berg") im Stadtteil Lipki (= „unter den Linden"). Die nun steinerne St.-Katharinen-Kirche (Architekten Johann Waldemar [*Ivan*] Strom [1823-1887], und Paul Johann Schleifer [1814-1879]) wurde 1857 eingeweiht. Auf dem Kirchengelände wurde 1852 eine lutherische Schule mit deutscher Unterrichtssprache eingerichtet. 1874 wurde die Zahl der evangelischen Deutschen Kiews mit 2.330 ermittelt, 1904 gab es 4.700.[12] Die deutsche evangelische Gemeinde löste sich unter dem politischen Druck der Stalinzeit 1937 auf, die Kirche wurde 1938 geschlossen, ab 1973 war hier die Direktion des Staatlichen Museums für Volksarchitektur und Brauchtum der Ukraine (*Nacional'nyj muzej narodnoji architektury ta pobutu Ukrajiny*) untergebracht. 2000 wurde die St.-Katharinen-Kirche renoviert; sie ist heute im Besitz der deutschen evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde.[13]



St.-Katharinen-Kirche; Foto um 1900 [http://starkiev.com].



Gegenwärtiger Zustand nach der Restaurierung

Die Volkszählung von 1897 erfasste erstmals auch die konfessionelle Zugehörigkeit: In Kiew lebten 187.935 (75,9 %) Orthodoxe, 32.093 (13,0 %) Juden, 19.230 (7,8 %) Römisch-Katholische, 4.708 (1,9 %) Protestanten, 1.835 (0,74 %) Altgläubige, 1.757 (0,70 %) Muslime. Bei der Befragung gaben 68,7 % der Orthodoxen, 10,1 % der Protestanten,

6,2 % der Juden und 4,7 % der Katholiken das Russische als Muttersprache an. Für 29,0 % der Orthodoxen und 1,8 % der Katholiken stellte das Ukrainische die Muttersprache dar. Das Jiddische als Muttersprache gaben 93,0 % der Juden an, das Polnische 83,7 % der Katholiken und 3,3 % der Protestanten. Als deutsche Muttersprachler bezeichneten sich 78,8 % der Protestanten und 2,6 % der Katholiken.[14]

Besondere kulturelle Einrichtungen

Kiew ist mit mehr als 140 Museen und etwa 130 Bibliotheken das bedeutendste Kulturzentrum der Ukraine. Im Chanenko-Kunstmuseum (ehemals „Museum für Westliche und Orientalische Kunst“) ist das Oberteil der bemalten Holzfigur der hl. Ursula von Köln („Kölner Meister“, Ende 15. Jh.) aufbewahrt. Zu den bedeutendsten Kunstwerken gehört das „Porträt der Ehefrau“, das Paul Schleifer seiner Gemahlin Karolina (geb. Schnauffert) gewidmet hat und das im Nationalen Kunstmuseum aufbewahrt wird.[15]

Bildung und Wissenschaft



St.-Wladimir-Universität; Postkarte Anfang 20. Jahrhundert [Archiv der Nationalen Taras Schewtschenko Universität Kiew].



Nationale Taras-Schewtschenko-Universität; heutige Ansicht [Foto: V. Sološenko].

In Kiew befinden sich heute 99 Hochschulen, Akademien und Colleges. Herausragend sind die Nationale Taras-Schewtschenko-Universität (gegründet 1834 als St.-Wladimir-Universität) und die Nationale Technische Universität der Ukraine („Polytechnisches Institut Kiew“, gegründet 1898).

Die Deutschen bildeten eine gut ausgebildete Bevölkerungsgruppe – mit Unterschieden im Ausbildungsniveau zwischen Protestanten und Katholiken – und waren im akademischen Bereich überproportional vertreten.

In den Jahren 1919-1922 unterrichtete Heinrich Neuhaus (1888-1964; Klaviervirtuose, Schriftsteller, Kunstwissenschaftler) am Kiewer Konservatorium. Zu den bekannten Kie-

wer Musikern und Komponisten deutscher Herkunft gehören auch Felix Blumenfeld (1863-1931) oder Hans Bullerian (1885-1948).

Die St.-Wladimir-Universität integrierte sich rasch in die europäische Wissenschaftslandschaft und bot auch deutschen Gelehrten Forschungs- und Karrieremöglichkeiten. Rektoren waren unter anderem der Ökonom Nikolai Karl Paul von Bunge (1823-1895), der Botaniker Ernst Rudolph von Trautvetter (1809-1889) und der Jurist Nikolai Edler von Rennenkampff (1832-1899).

Der erste Rektor der Universität Mihajlo Maksymovyč (1804-1873) würdigte den Gründer und Direktor des Botanischen Gartens (1839) Ernst Rudolph von Trautvetter, der sich „in Kiew ein ewiges Andenken geschaffen“ habe. Nachfolger 1879-1894 wurde der Botaniker Johannes Theodor Schmalhausen (1849-1894).[16]

Auf den Gebieten Pharmazie und Medizin sind die Wissenschaftsbeziehungen gut erforscht: Den Lehrstuhl für Physiologie des Menschen übernahm 1842 Karl Eduard Miram aus Mitau/Jelgava (1811-1887); 1843 wurde Wilhelm Gustav Becker (1811-1874) Extraordinarius für allgemeine Therapie; 1845 übernahm Alexander Walter aus Reval (1817/18-1889) den Lehrstuhl für Anatomie und Mikrographie. Eine bedeutende Persönlichkeit für Kiew wurde der 1846 aus Dresden zugezogene Arzt und Pathologe Friedrich Georg Mering (1822-1887), 1854 Professor, 1860 geadelt, ab 1871 Sprecher der Kiewer Duma.

Der aus einer moldawischen Herrscherfamilie stammende Petro Mohyla (um 1595-1647) gründete als Abt des Kiewer Höhlenklosters 1632 auf dem Klostergelände die höhere orthodoxe Schule. Als Metropolit setzte er sich für Kirchenreformen ein und hielt jährliche Synoden mit Klerikern und Laien ab. 1701 wurde dem Mohyla-Kollegium der Status einer Akademie zuerkannt, die ein wichtiger Ort orthodoxer und kirchenslawischer Bildung und Kultur wurde und mit westeuropäischen Universitäten in Kontakt stand. Unter den Absolventen der Mohyla-Akademie waren 14 Hetmane, unter anderem Petro Dorošenko (1627-1698), Ivan Masepa (1644-1709) und Pylyp Orlyik (1672-1742), zudem Historiker, Schriftsteller und Philosophen, unter anderem Grygorij Skovoroda (1772-1794), Meletij Smotryz’kyj (1577-1633) und Feofan Prokopovyč (1681-1736). Der in Königsberg geborene Innozenz Giesel (um 1600-1683) war Student, Professor und von 1646 bis 1652 Rektor der Mohyla-Akademie, wo er zur Orthodoxie konvertierte und Archimandrit des Höhlenklosters wurde. Seine 1674 publizierte Chronik des Kiewer Reiches (Synopsis) erfuhr zahlreiche Neuauflagen.[17] 1751 wurde in der Mohyla-Akademie die deutsche Sprache als akademisches Pflichtfach eingeführt; deutschsprachige Wissenschaftsliteratur (Samuel von Pufendorf, Christian Thomasius, Johannes Micraelius) wurde in der Mohyla-Akademie intensiv rezipiert.

Architektur



Hotel Continental, erbaut 1895-1897 von Eduard Bradtmann und Georg Schleifer. Heute wird das Gebäude von der Nationalen Kunstakademie der Ukraine genutzt. Foto um 1900 [http://starkiev.com].



Dnepr-Eisenbahnbrücke des Architekten Amand Struve; Foto um 1880 [http://starkiev.com].

Als befestigter Eingang in die Stadt dienten mehrere Tore; das mächtigste war das bis heute im Stadtbild erhaltene, 1017-1024 nach dem Vorbild des Stadttors von Konstantinopel erbaute „Goldene Tor“. Als wichtige Bauwerke Kiews gelten darüber hinaus die mit 13 Kuppeln versehene Sophienkathedrale (seit 1990 UNESCO-Weltkulturerbe) mit Mosaiken aus dem 12. Jahrhundert, die barocke Andreaskirche und die 1999/2000 rekonstruierte Mariä-Himmelfahrt-Kathedrale (Baubeginn 1073).

Das Kiewer Stadtbild wurde durch ausländische, darunter auch deutsche bzw. deutschstämmige, Architekten mitgeprägt. Von Johann Gottfried Schädel (1746-1748) stammen

das Saborovski-Tor, der Glockenturm der Sophienkathedrale und der „Große Glockenturm“ der Mariä-Himmelfahrt-Kathedrale. Der Sohn Paul Schleifers, Georg Schleifer (1855–1913), hatte maßgeblichen Einfluss auf den Bauboom und die Infrastruktur (Wasserversorgung, Straßenbahn, Stadttheater) Kiews und plante Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts das als „Kiewer Paris“ bezeichnete Viertel. Von ihm stammen das Solovyov-Theater (erbaut zusammen mit Eduard Bradtmann [1856-1926]) und die Hotels „Continental“ und „Frankfurt“. Zu erwähnen ist auch der Ingenieur und Unternehmer Amand Struve (1835-1898), der 1868-1870 die damals längste Eisenbahnbrücke überhaupt (1.068 m) über den Dnepr baute.

Gedächtnis- und Erinnerungskultur

In Kiew gibt es mehrere Orte des Gedenkens an das Massaker von Babyn Jar sowie die Gedenkstätte „Nationalmuseum der Geschichte des Zweiten Weltkrieges 1941-1945“ (ukr. Національний музей історії Великої Вітчизняної Війни 1941-1945 років; translit. Nacional'nij muzej istoriji Velykoji Vitčyznjanoji Vijny 1941-1945 rokiv). Zu erwähnen sind ferner der Poštova-Friedhof mit Gräbern von ca. 20.000 deutschen Soldaten sowie der Bajkov-Friedhof mit Gräbern bekannter Persönlichkeiten.

Bibliographische Hinweise

Literatur

- Nikolaus Arndt, Helmut Holz (Mitarb.): Deutsche in der Nordukraine – Wolhynien und Kiew. Begleitheft zu einer Ausstellung des Historischen Vereins Wolhynien e. V. Wiesentheid 1999.
- Natalija O. Bilous (Hg.): Samovrjaduvannja v Kyjevi: istorija ta sučasnist’. Materialy mižnarodnoji konferenciji, prysvjachenoji 500-riččju nadannja Kyjevu mahdeburz’koho prava Kyjiv 26./27. lystopada 1999 [Selbstverwaltung in Kiew: Geschichte und Gegenwart. Materialien der internationalen Konferenz „500 Jahre Verleihung des Magdeburger Rechts an die Stadt Kiew“]. Deutsch-ukrainische Konferenz anläßlich des 500-jährigen Jubiläums der Verleihung des Magdeburger Rechts an die Stadt Kiew. Kyjiv 2000.
- Bohdan Čyrko: Nacional’ni menšosti na Ukrajini u 20-30 roky [Nationale Minderheiten in der Ukraine in den 20er-30er Jahren]. In: Ukrajins’kyj istoryčnyj žurnal 1 (1990), S. 5-9.
- Hleb Ivakin: Opovidi pro starodavnyj Kyjiv [Erzählungen über das alte Kiew]. Kyjiv 1982.
- Ivan Kulynyč, Natalija Kryvec’: Narysy z istoriji nimec’kych kolonij v Ukrajini. Instytut istoriji Ukrajiny [Aufsätze zur Geschichte der deutschen Kolonien in der Ukraine. Institut für Geschichte der Ukraine]. Kyjiv 1995.
- Werner Paul (Hg.): Kiew. Annäherung an eine Stadt. München 1989.
- Günther Schäfer: Kiev. Rundgänge durch die Metropole am Dnepr. 3. Aufl. Berlin 2011 (Trescher-Reihe Reisen).
- Tatjana Terjoschina, Claus-Jürgen Roepke (Hg.): Kiew. St. Katharinen-Kirche, Gemeinde, Glaube. Festschrift zur Wiedereinweihung der Kirche. München 2000.
- Petro Toločko: Drevnij Kiev [Das alte Kiew]. Kiev 1976.

Schriftenreihe

- Wissenschaftsbeziehungen im 19. Jh. zwischen Deutschland und Russland auf den Gebieten der Chemie, Pharmazie und Medizin. 7 Bde. Aachen 2008-2011 (Relatio-

nes 1-7); vgl. dazu die Datenbank: URL: http://drw.saw-leipzig.de/personendatenbank.html.

Weblinks

- reisen-kiew.com (Informationen insbesondere über Deutsche in Kiew; mit Literaturangaben)
- http://starkiev.com (Sammlung historischer Fotografien zur Geschichte Kiews)

Anmerkungen

[1] Erich Donnert: Das Kiewer Russland. Kultur und Geistesleben vom 9. bis zum beginnenden 13. Jahrhundert. Leipzig 1983, S. 23-25.

[2] J. S. Komarov: Mij Kyjiv. Navč. Posib [Mein Kiew. Lehrhandbuch]. Kyjiv 2011, S. 2.

[3] Maj Pančuk, Olena Kowalčuk, Bogdan Čirko: Nacional'na Nimec'ka menšyna v Ukrajini y 1920-30-ch rokach [Die nationale deutsche Minderheit in der Ukraine in den 1920er und 1930er Jahren]. In: Nimec'ki poselenci v Ukrajini: istorija ta s'ohodennja: Monohrafija. [Deutsche Siedler in der Ukraine: Geschichte und Gegenwart: Monographie] Kyjiv 2006, S. 320-324, hier S. 320.

[4] URL: pollotenchegg.livejournal.com/tag/census%201897 (Zugriff: 13.12.2014).

[5] Claus Remer: Die Ukraine im Blickfeld deutscher Interessen. Ende des 19. Jahrhunderts bis 1917/18. Frankfurt/M. 1997 (Europäische Hochschulschriften, Reihe 3, Geschichte und ihre Hilfswissenschaften 763), S. 12f.

[6] Donnert: Das Kiewer Russland (Anm. 1), S. 138.

[7] Pančuk, Kowalčuk, Čirko: Nacional'na Nimec'ka (Anm. 3), S. 320.

[8] URL: http://pollotenchegg.livejournal.com/tag/census%201897 (Zugriff: 13.12.2014); Fedir Ernst: Kyjiv. Providnyk [Kiew. Reiseführer]. Kyjiv 1930.

[9] Fedir Ernst: Kyjiv. Providnyk [Kiew. Reiseführer]. Kyjiv 1930, S. 35.

[10] Viktor Krieger: Deutsche aus Russland gestern und heute. Volk auf dem Weg. 7. Aufl. Stuttgart 2006, S. 9.

[11] URL: http://www.citypopulation.de/php/ukraine-kievcity_d.php (Zugriff: 13.12.2014).

[12] Tatjana Terjoschina: «Fürchte dich nicht, du kleine Herde". Die Geschichte der evangelisch-lutherischen Gemeinde in Kiew. In: Terjoschina/Roepke: Kiew, S. 63-92, hier S. 81 und 83. Die ebenfalls bei Terjoschina genannte Zahl von „rund 13.000 Seelen" (S. 69) bei Beginn des Ersten Weltkriegs ist offenbar auf das Gouvernement bezogen.

[13] Leonid Novohat'ko: Nimci i nimec'ka kul'tura v Ukrajini [Deutsche und deutsche Kultur in der Ukraine]. Kyjiv 2003.

[14] Vsevolod Naulko: Chto i vidkoly žyve v Ukrajini [Wer wohnt seit wann in der Ukraine]. Kyjiv 1998, S. 8, 14; URL: pollotenchegg.livejournal.com/tag/census%201897 (Zugriff: 28.05.2014).

[15] T. Ananjewa, O. Drug, A. Mokroussowa, I. Abramowa: Das „Porträt der Ehefrau“ von Paul Schleifer; Abbildung in: Der historische Almanach. Heft 3, Kiewer Album, Kiew 2004, S. 16.

[16] Viktor Korotky, Wasiliy Ul’janovs’kyj: Z imenem svjatoho Volodymyra. Kyjivs’kyj universytet u dokumentach ta spohadach učasnikiv u 2 kn. [Im Namen des heiligen Wladimir. Die Kiewer Universität in Dokumenten, Materialien und Erinnerungen der Mitglieder in 2 Bänden]. Kn. [Bd.] 1. Kyjiv 1994, S. 98.

[17] Innozenz Giesel: Synopsis. Kiev 1681. Faksimile mit Einleitung hg. von Hans Rothe. Köln u. a. 1983 (Bausteine zur Geschichte der Literatur bei den Slaven 17).

Zitation

Victoria Soloschenko, Matthias Weber: Kiew/Kyjiv. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32288 (Stand 10.06.2014).

Kirchdrauf/Spišske Podhradie/ Szepesváralja (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Kischinau/Chișinău/Kišinëv (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Kišinëv → Kischinau/Chișinău/Kišinëv (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Kisszeben → Zeben/Sabinov/Kisszeben

Siehe Zeben/Sabinov/Kisszeben

Kišinëv → Kischinau/Chișinău/Kišinëv (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Kladrau/Kladruby

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Kladrau

Amtliche Bezeichung

tsch. Kladruby

2. Geographie

Lage

Die Stadt Kladrau liegt 34 km westlich von Pilsen/Plzeň.

Region

Böhmen

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Lage in der Region Pilsen/Plzeňský kraj, ehem. Bezirk Tachau/Okres Tachov, im Westen der Tschechischen Republik.

3. Geschichte und Kultur

Wappen, Flagge

Stadtmauer vor blauem Hintergrund, auf dem sich ein Kruzifix sowie die flankierenden Maria und Johannes befinden. In der Toröffnung der Mauer kniet ein Herrscher in devotionaler Haltung, wobei seine Krone vor ihm auf einem Kissen liegt. Ein von zwei Engeln getragenes und ein mit einer Krone versehenes Wappenschild mit der Initiale „M“ des Kaiser Matthias (1557–1619) im Bild krönt die Toröffnung.

Mittelalter

Kladrau wurde in Zusammenhang mit der Gründung des Benediktinerklosters durch den böhmischen Herzog Vladislav I., dessen Grablege sich in der Klosterkirche befindet, im Jahre 1115 erstmals urkundlich erwähnt. Die Gründungsurkunde des Klosters wird dabei in der Wissenschaft als Fälschung aus dem späten 12. Jahrhundert diskutiert. Die mit Mönchen aus Zwiefalten besetzte Abtei profitierte von der wirtschaftlich günstigen Lage an dem später „Goldene Straße“ genannten Handelsweg zwischen Nürnberg und Prag/Praha. Die Klosterkirche wurde im Jahr 1233 in Anwesenheit von König Wenzel I. geweiht. Eine Urkunde des böhmischen Königs aus demselben Jahr bestätigt das von Herzog Vladislav III. erteilte Marktrecht der Stadt von 1197. Die politischen Unruhen während und nach der Regierungszeit Přemysl Ottokars II. (†1278) zogen auch die Klosteranlage in Mitleidenschaft. In der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts wurden unter Abt Ratzek von Prostibor/Racek z Prostiboře der Ostchor der Klosterkirche sowie die Allerheiligenkapelle errichtet.

Neuzeit

In einer Urkunde von 1616 privilegierte Kaiser Matthias die Stadt Kladrau mit der roten Wachsfreiheit und fügte in das Stadtwappen seine Initiale „M“ ein. Der Wiederaufbau der in Folge der Hussitenkriege und des Dreißigjährigen Krieges stark beschädigten Anlage erfolgte im frühen 18. Jahrhundert. Die ursprünglich als romanische Basilika erbaute Klos-

terkirche Mariä Himmelfahrt wurde dabei in den Jahren 1712 bis 1726/28 durch den Architekten und Maler Johann bzw. Giovanni Santini-Aichel (1677–1723) in den Formen der Barockgotik umgestaltet. Für die Innenausstattung der Kirche waren u. a. die die Brüder Cosmas Damian und Egid Quirin Asam zuständig; der Skulpturenschmuck entstand im Umkreis von Matthias Bernhard Braun und Karel Legát. Im Anschluss an das so genannte Alte Konventsgebäude im Süden der Kirche entstand von 1729–1739 das Neue Konventsgebäude als Vierfügelanlage nach einem Entwurf von Kilian Ignatz Dientzenhofer (1689–1751). 1785 wurde das Kloster infolge der Josephinischen Reformen säkularisiert. 1825 erwarb Alfred I. zu Windisch-Graetz das Klosterareal, das bis 1945 in Familienbesitz blieb.

Zeitgeschichte

Große Teile der Bibliothek sowie das Familienarchiv haben sich erhalten.

4. Diskurse/Kontroversen

Die Publikation von Wilhelm Weschta *Kladrau - Geschichte eines Klosters und einer Stadt* (Dinkelsbühl 1966) ist die einzige bisher erschienene neuere monographische Abhandlung zur Stadt- und Klostergeschichte. Sie pendelt zwischen historisch fundierter und annotierter Forschung gerade zur Frühzeit des Klosters und der Stadt sowie revanchistischen Kommentierungen vor allem zur Geschehensgeschichte im 20. Jahrhundert.

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Joachim Bahlcke, Winfried Eberhard, Miloslav Polívka (Hg.): Handbuch der historischen Stätten: Böhmen und Mähren. Stuttgart 1998, S. 262.
- Ulrich Fürst: Die lebendige und sichtbahre Histori. Programmatische Themen in der Sakralarchitektur des Barock (Fischer von Erlach, Hildebrandt, Santini). Regensburg 2002 (Studien zur christlichen Kunst 4), S. 195-264.

Weblinks

http://kladruby.euweb.cz/

Zitation

Marco Bogade: Kladrau/Kladruby. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2011. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/52906.html (Stand 04.01.2012).

Kladruby → Kladrau/Kladruby

siehe Kladrau/Kladruby

Klausenburg/Cluj-Napoca/Kolozsvár (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Kłodzko → Glatz/Kłodzko

siehe Glatz/Kłodzko

Kolozsvár → Klausenburg/Cluj-Napoca/Kolozsvár (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Kolberg/Kołobrzeg (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Komotau/Chomotov (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Königgrätz/Hradec Králové (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Königsberg/Kaliningrad

siehe Kaliningrad

Königsberg/Nová Baňa/Újbánya

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Königsberg

Amtliche Bezeichnung

slowak. Nová Baňa

Anderssprachige Bezeichnungen

ung. Újbánya; lat. Regiomontum

Etymologie

Im Jahre 1337 wird der Ort erstmals als "Seunich" erwähnt, dem im Slowakischen *Štiavnik* ('ein sich Plackender') entspricht. Für das Jahr 1348 ist unter der Bezeichnung *Nová Baňa* ('Neues Bergwerk') ein Wappen belegt. Die deutsche Bezeichnung nimmt Bezug auf die Erhebung Königsbergs zur Königlichen Frei- und Bergstadt 1345 und wohl auch auf die Förderung der zum königlichen Regal gehörenden Bodenschätze.

2. Geographie

Lage

48° 25′ Nord, 18° 38′ Ost, 224 m über NHN.

Topographie

Königsberg liegt am Eingangstor in die Schemnitzer Berge, die zu den Westkarpaten gehören und einen Teil des Slowakischen Mittelgebirges bilden.

Region

Pohronie (Gebiet entlang des Flusses Gran/Hron), historische Landschaft Barsch (slowak. Tekov, ung. Bars).

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Slowakei; Königsberg ist neben Scharnowitz/Žarnovica die einzige Stadt im heutigen Kreis Žarnovica. Auf regionaler Ebene gehört es zum Verwaltungsbezirk Neusohl/Banská Bystrica/Besztercebánya.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Das seit 1976 gebräuchliche Stadtwappen zeigt die gekreuzten Bergmannswerkzeuge Schlägel und Werkeisen in silberner Farbe auf blauem Grund, oben durch eine Goldkrone, unten durch eine goldene Lilie ergänzt. Das 1348 erstmals belegte Wappen hat die Form eines Sechsecks; in dessen Mitte ist eine sitzende Madonna mit dem Jesuskind abgebildet. Der ungarische König Ludwig der Große opfert beiden seine Krone.

Archäologische Bedeutung

Archäologische Funde lassen auf eine Besiedlung seit der späten Steinzeit schließen. Münzfunde aus dem 2. und 3. nachchristlichen Jahrhundert belegen rege Handelskontakte während der Römerzeit. Aus der Zeit des Zerfalls des Großmährischen Reiches Ende des 9. Jahrhunderts rühren bis heute sichtbare Spuren einer unweit von Königsberg gelegenen Festung.

Mittelalter

Seit Ende des 13. Jahrhunderts wurde in Königsberg Gold- und Silbererz abgebaut. 1355 wurde die Gemarkung Königsbergs erstmals schriftlich festgelegt.

Seit dem 14. Jahrhundert, als die ersten deutschen Siedler in der Region eintrafen, gehörte Königsberg zusammen mit Schemnitz/Banská Štiavnica/Selmecbánya, Neusohl/Banská Bystrica/Besztercebánya, Kremnitz/Kremnica/Körmöcbánya, Libethen/Ľubietová/Libétbánya, Dilln/Banská Belá/Fejérbánya und Pukanz/Pukanec/Bakabánya zum Bund der sieben freien Bergstädte und erlebte eine erste Blütezeit. Einen guten Ruf genossen im Mittelalter Mühlsteine, Schmiedearbeiten, Textilien und Töpferwaren sowie Obst aus Königsberg.

Neuzeit

1664 wurde Königsberg von den Osmanen fast vollständig zerstört, Ende des 17. Jahrhunderts durch die Pest nahezu entvölkert. Anfang des 18. Jahrhunderts gewann der Bergbau an Bedeutung; 1722 nahm der Engländer Isaac Potter hier die erste Dampfmaschine auf dem europäischen Kontinent in Betrieb.

Zeitgeschichte

Am 29. August 1944 schloss sich Königsberg dem Slowakischen Nationalaufstand gegen das unter nationalsozialistischem Einfluss stehende slowakische Regime an; er wurde vom Balkon des Olik-Hauses im Herzen der Stadt ausgerufen. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges und der deutschen Besatzung (29. März 1945) wurde Königsberg systematisch zum Verkehrsknotenpunkt ausgebaut.

Verwaltung

Königsberg besitzt ein Stadtamt mit Oberbürgermeister sowie eine Stadtverordnetenversammlung. Zuständiges Gericht ist das Kreisgericht Neusohl/Banská Bystrica/Besztercebánya.

Bevölkerung

Beim ersten Zensus in Königsberg (1682) wurden 840 Personen gezählt; im Jahre 1900 lebten dort 4.813 Menschen. Aufgrund der Quellenlage sind kaum verlässliche Aussagen zur historischen Gemengelage der Nationalitäten möglich.

Die Zahl der Einwohner ist von 2000 bis 2010 von 7.464 auf 7.301 gesunken. Bei der Volkszählung von 2002 gehörten 97,5% aller Einwohner der slowakischen Nationalität an, der Rest zählte sich v. a. zur Gruppe der Roma. 0,4% (etwa 30 Personen) bezeichneten sich als Deutsche.

Wirtschaft

Königsberg war von jeher durch den Bergbau geprägt; 1723 wurde die erste Teilhabergesellschaft für den Abbau von Golderzen gegründet. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts rentierte sich der Bergbau allerdings immer weniger und die letzte Mine wurde am 17. Mai 1887 geschlossen. 1936 wurde der Bergbau in Königsberg wiederbelebt, konnte seine alte Bedeutung jedoch nicht wiedererlangen. Seit dem 17. Jahrhundert spielte auch die Glasindustrie eine wichtige Rolle. Am 4. Juni 1630 gründete der Schlesier Michael Ulmb im heutigen Stadtteil *Stará Huta* ('Alte Hütte') den ersten glasverarbeitenden Betrieb. Heute prägen Hersteller von Baumaterialien, holzverarbeitende Betriebe und touristische Dienstleister die Wirtschaft Königsbergs.

Religions- und Kirchengeschichte

Die Bevölkerung Königsbergs ist traditionell überwiegend katholisch. Bei der Volkszählung 2002 bekannten sich 83,5% der Einwohner zum römisch-katholischen Glauben, 11,5% gaben kein religiöses Bekenntnis an.

Besondere kulturelle Institutionen

Wichtigste kulturelle Einrichtung Königsbergs ist das im Gebäude des ehemaligen Rathauses untergebrachte Museum für die Region Pohronie. Dort werden historische Ausstellungen mit lokalem und regionalem Bezug sowie zeitgenössische Kunst aus Königsberg und der Umgebung gezeigt.

Kunstgeschichte

Königsberg ist für seine sakralen Bauten bekannt, darunter die nach 1391 errichtete gotische Elisabeth-Kirche, die Kirche des hl. Kreuzes auf dem Kalvarienberg aus dem Jahre 1826 und die zwischen 1843 und 1847 errichtete Statue der hl. Dreifaltigkeit vor dem Museum.

Literatur

Königsberg war zeitweise Wohnort des slowakischen Literaten František Švantner (1912–1950).

Gedächtnis- und Erinnerungskultur

Königsberg bemüht sich, die Erinnerung an die mittelalterliche Blütezeit der Stadt wachzuhalten; so künden Schilder dem Besucher von der einstigen Königlichen Freistadt. Allerdings fehlt es der Stadt aktuell an finanziellen Mitteln zu nachhaltigem Denkmalschutz. Gedenktafeln für die Teilnehmer des Slowakischen Nationalaufstands prägen das Stadtbild.

4. Diskurse/Kontroversen

Die Vertreibung von Deutschen aus Königsberg nach dem Zweiten Weltkrieg wurde bisher in der Forschung nicht ausdrücklich thematisiert. Das hängt u. a. mit einem nach wie vor kaum aufgearbeiteten historischen Trauma zusammen: Am "schwarzen Sonntag" des 21. Januar 1945 töteten Angehörige der unter dem Decknamen "Edelweiß" operierenden Partisanenabwehrgruppe 218 in Kniehen/Kľak und Rauer Bergeshand/Ostrý Grúň unweit von Königsberg 146 Zivilisten. Sie verübten damit das größte Massaker des Zweiten Weltkriegs auf dem Gebiet der heutigen Slowakei. Von der das gesamte Gebiet der heutigen Slowakei erfassenden "Reslowakisierung" in den Jahren 1946 und 1947 blieb das bereits seit 1930 als "rein slowakisch" eingestufte Königsberg ausgenommen.

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Ivan Herčko: Stredné Pohronie na starých pohľadnicach [Die mittlere Pohronie-Region auf alten Postkarten]. Bratislava 2010.
- Margaréta Horváthová, Nemci na Slovensku. Etnokultúrne tradície z aspektu odsídlenia, remesiel a odievania [Die Deutschen in der Slowakei. Ethnokulturelle Traditionen unter den Aspekten Ansiedlung, Handwerk und Bekleidung]. Dunajská Streda 2002, S. 33-41 u. 53-64.
- Peter Kartous, Jozef Novák, Ladislav Vrteĺ: Erby a vlajky miest v Slovenskej republike [Wappen und Flaggen der Städte in der Slowakischen Republik]. Martin 1991.
- Dušan Kováč: Dejiny Slovenska [Geschichte der Slowakei]. Bratislava, Praha 2010.
- Frieder Monzer: Slowakei: Unterwegs zwischen Donau, Tatra und Beskiden. 3. akt. und erw. Aufl. Berlin 2009.
- Jörg Meier, Ilpo Tapani Piirainen, Klaus-Peter Wegera: Deutschsprachige Handschriften in slowakischen Archiven: Vom Mittelalter bis zur Frühen Neuzeit. Bd. 2: Mittelslowakei. Bearb. von Mikuláš Čelko. Berlin u. a. 2009.
- Stanislav Mičev: Slovenské národné povstanie 1944 [Der Slowakische Nationalaufstand 1944]. Banská Bystrica 2010.

Weblinks

- http://www.pohronskemuzeum.sk/publikc/zdejinrvas.pdf(Aus der Geschichte der handwerklichen Produktion und Dienstleistungen in Königsberg)
- http://www.novabana.sk/historia_22.html (Seite zur Geschichte der Stadt Königsberg in slowakischer Sprache)
- http://www.novabana.sk/turisticke-zaujimavosti_202.html(Seite zu den Sehenswürdigkeiten der Stadt in slowakischer Sprache)
- http://www.permon.eu/7.html (Seite zur Geschichte des Bundes der mittelslowakischen Bergwerksstädte in slowakischer Sprache)
- http://www.webnoviny.sk/rozhovory/pred-67-rokmi-zazilo-slovensko-najvac/452093-clanok.html?from=panel_plainarticle (Zeitungsartikel zu dem Massaker bei Königsberg im Jahr 1945 in slowakischer Sprache)

Zitation

Karin Rogalska: Königsberg/Nová Baňa. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54287.html (Stand 21.05.2012).

Königshütte/Chorzów

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Königshütte

Amtliche Bezeichnung

poln. Chorzów

Etymologie

Der Name Königshütte leitet sich von der gleichnamigen Eisenhütte ab, deren Siedlungen mit Teilen der umliegenden Gemeinden 1868 zur Stadt Königshütte zusammengefasst wurden. Die Hütte erhielt im Jahr 1800 zu Ehren König Friedrich Wilhelms III. von Preußen diesen Namen.

2. Geographie

Lage

50° 18' nördlicher Breite, 18° 57' östlicher Länge. Königshütte grenzt an Beuthen/Bytom und Kattowitz/Katowice.

Topographie

Königshütte liegt auf einer Hochebene, die Teil des Schlesischen Hochlandes ist. Die Stadt ist reich an Kohle- und Erzvorkommen.

Region

Oberschlesien

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Polen. Königshütte liegt in der Woiwodschaft Schlesien. Die Stadt ist Mitglied im 2007 von vierzehn kreisfreien Städten gegründeten Oberschlesischen Metropolenverbund (*Górnośląski Związek Metropolitalny*).

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Das der Stadt am 18. Oktober 1869 verliehene Wappen nimmt Bezug auf ihre Zugehörigkeit zu Schlesien, auf Wilhelm I. von Preußen (Krone und Monogramm) und auf den Bergbau (Schlägel und Eisen). Nach 1922 behielt die nunmehr polnische Stadt das Wappen bis 1934 bei. Erst mit der Eingemeindung des Ortes Chorzow/Chorzów wurde ihr ein neues Wappen verliehen, das auf die Zugehörigkeit zu Oberschlesien und die Gründung Chorzows durch einen Ritterorden verweist. Dieses ist bis heute in Gebrauch, wurde jedoch während der deutschen Besatzungszeit (1939–1945) durch das von Wilhelm I. verliehene Wappen ersetzt.

Gebräuchliche Beinamen

Vereinzelt findet sich der Beiname "Die Wiege des Bergbaus", wobei dieser auch für die Stadt Tarnowitz/Tarnowskie Góry verwendet wird.

Mittelalter

Bis zur Industrialisierung gab es auf dem Gebiet der heutigen Stadt nur kleine Ansiedlungen, u. a. das Dorf Chorzow, das 1136 in einer päpstlichen Urkunde Erwähnung fand.

Neuzeit



Die Königshütte in Chorzów (Grafik, 1808, Sammlung Haselbach) [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv. Inv.-Nr. P 1355]

Auf Betreiben des preußischen Berghauptmanns (1795–1807, seit 1779 Direktor des schlesischen Oberbergamtes) Graf Friedrich Wilhelm von Reden (1752–1815) wurde bei Beuthen 1796 die Steinkohlengrube "Carl von Hessen" (seit 1800 Königsgrube) abgeteuft, nachdem 1791 ein Steinkohleflöz von 3 m Mächtigkeit entdeckt worden war. In nächster Umgebung wurde 1797–1802 die "Königshütte" errichtet und ab 1798 mit dem Bau an der Arbeiterkolonie Königshütte begonnen. 1868 wurde die Stadt Königshütte per Dekret von Wilhelm I. von Preußen gegründet. Am 1. Mai 1869 wurde die Städteordnung eingeführt, am 20. Juni 1884 der Name in "Königshütte Oberschlesien" geändert. Am 1. April 1898 schied die Stadt aus dem Kreis Beuthen aus und wurde in einen eigenen Stadtkreis umgewandelt. In der Volksabstimmung in Oberschlesien am 20. März 1921 über die nationale Zugehörigkeit votierten 74,75 % der Stadtbewohner für den Verbleib beim Deutschen Reich, dennoch fiel die Stadt durch die Teilung des Abstimmungsgebiets am 15. Mai 1922 an Polen. Ihr Name wurde ins Polnische übersetzt: Królewska Huta.

Zeitgeschichte

Nach der Volksabstimmung 1921 kam es zur teilweisen Abwanderung der deutschen Bevölkerung, wobei eine deutsche Mehrheit im Stadtparlament vertreten blieb. Mit der Eingemeindung von Neu-Heiduk/Nowe Hajduki und Chorzow 1934 wurde die Stadt in "Chorzów" umbenannt. Diese Eingemeindungen veränderten die Verhältnisse zugunsten der polnischen Parteien, da die hinzugekommenen Orte stärker polnisch geprägt waren. 1939 wurde die Gemeinde Bismarckhütte/Batory eingemeindet.

Nach dem Einmarsch der Wehrmacht 1939 wurden große Teile der polnischen Bevölkerung ins "Generalgouvernement" verdrängt und der frei werdende Wohnraum bis Ende 1944 v. a. durch zuwandernde Deutsche belegt. Die Bombenevakuierungen in den west-

deutschen Großstädten verstärkten diesen Prozess seit 1943. Darüber hinaus wurden sog. Volksdeutsche aus Südosteuropa in Königshütte angesiedelt.

Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge wurden einquartiert und mussten für die zur Front berufenen Deutschen in den Industriebetrieben arbeiten. In Königshütte befanden sich mindestens zwei Nebenlager des KZ Auschwitz und fünf Arbeitslager.

Die Rote Armee nahm die Stadt ab dem 28. Januar 1945 fast kampflos und unzerstört ein. Eine Flucht war bis kurz vor dem Eintreffen der Armee verboten, sodass große Teile der Bevölkerung in der Stadt verblieben. Der als "deutsch" definierte Bevölkerungsteil wurde teilweise in die Sowjetunion verschleppt oder von den polnischen Behörden über die Oder-Neiße-Linie vertrieben. Die Vertreibung wurde aber nicht so rigide gehandhabt wie in anderen ehemaligen Teilen des Deutschen Reiches östlich von Oder und Neiße. Dringend benötigte qualifizierte Arbeiter erhielten ein Bleiberecht oder wurden zum Verbleib gezwungen. Bis Ende 1945 erklärten sich 41.000 Königshütter dem polnischen Staat gegenüber loyal.

Zudem wanderten aus Zentralpolen und den ehemaligen polnischen Ostgebieten Polen nach Königshütte ein. Erst in den Jahren 1956–1958 kam es zu einer verstärkten Auswanderung der deutschen Bevölkerung in die beiden deutschen Staaten, nach dem Warschauer Vertrag 1970 folgte eine zweite Ausreisewelle.

Bevölkerungsentwicklung

Im Jahr der Stadtgründung 1868 lebten 14.151 Einwohner in Königshütte.[1] Die Stadt wuchs während der Industrialisierungsphase stark an und war bereits 1875 mit 26.040 Einwohnern die größte Stadt in Oberschlesien. Diese Position behielt sie bis zu Beginn der 1920er Jahre; fehlende Erweiterungsmöglichkeiten hemmten seither ihre Entwicklung.[2]

1977 war mit 156.600 Einwohnern der Höchststand der Bevölkerung Königshüttes erreicht; seither hat die Stadt ein gutes Viertel ihrer Einwohner verloren.[3] Mit 111.536 Einwohnern im Jahr 2012 ist Königshütte heute nach Einwohnern die zwölftgrößte Verwaltungseinheit des aus 27 Städten, Gemeinden und Kreisen bestehenden oberschlesischen Industriegebiets.[4]

Wirtschaft und Verkehr

Aufgrund reicher Steinkohlevorkommen wurde 1797 auf der Grube der Schacht "König" niedergebracht. Zur Wasserhaltung kam hier eine der ersten Dampfmaschinen auf dem europäischen Festland zum Einsatz. Am 25. September 1802 wurde der erste Kokshochofen angeblasen, der mit 14 m der größte Europas war. Die Hütte entwickelte sich gut und war bald die größte Einrichtung ihrer Art auf dem europäischen Kontinent.

Kurzzeitig florierte ein Kurbetrieb mit dem aus den Gruben geförderten Wasser, der mit der Industrialisierung wieder verschwand. Weitere Unternehmen der Schwerindustrie und des verarbeitenden Gewerbes siedelten sich an oder kamen mit den Eingemeindungen hinzu. Die Industriebetriebe wurden nach dem Zweiten Weltkrieg ausgebaut, die Königsgrube in "Prezydent" und "Barbara-Wyzwolenie" geteilt. Seit dem Strukturwandel ist die Schwerindustrie auch in Königshütte auf dem Rückzug: Zahlreiche Betriebe wurden geschlossen. Kleinere und mittlere Dienstleistungs- und Handelsunternehmen konnten die Arbeitsplatzverluste nur bedingt ausgleichen, sodass die Arbeitslosenquote in Königshütte eine der höchsten in Oberschlesien ist.

Die erste Bahnstrecke auf dem heutigen Stadtgebiet führte seit 1847 von Schwientochlowitz/Świętochłowice über Heiduk nach Myslowitz/Mysłowice; erst 1873 erhielt die Stadt Königshütte einen Anschluss ans Eisenbahnnetz. Seit 1894 existiert eine dampfbetriebene Kleinbahn, die 1898 elektrifiziert wurde.

Religions- und Kirchengeschichte

1871 lag der Anteil der Bewohner Königshüttes mit römisch-katholischem Glaubensbekenntnis bei 83,3 %. Dieser Wert erhöhte sich bis 1910 leicht auf 86,9 %, während der Anteil der evangelischen Bevölkerung im selben Zeitraum ebenso zurückging (von 13,4 % auf 11,8 %) wie der der jüdischen Bevölkerung (von 3,3 % auf 1,3 %).[5]

Die jüdische Gemeinde von Königshütte entstand um 1860 und zählte 1939 rund 5.000 Mitglieder (1871: 500; 1910: 1.500),[6] umfasste aber auch einige Nachbargemeinden. Die große Synagoge wurde 1874 erbaut und nach dem Einmarsch der Wehrmacht 1939 niedergebrannt. Fast die gesamte jüdische Bevölkerung Königshüttes wurde deportiert und ermordet.

Besondere kulturelle Institutionen

Auf dem Gelände des 1870–1872 von der Hüttenverwaltung angelegten Hüttenparks (des späteren Redenparks) befindet sich heute der Oberschlesische ethnographische Park (*Górnośląski Park Etnograficzne*), ein Kultur- und Erholungspark mit einem Freilichtmuseum (über siebzig historische Holzgebäude aus der Region), dem größten Planetarium Polens (*Planetarium Śląskie*), einem Zoologischen Garten (*Śląski Ogród Zoologiczny*) und dem Schlesischen Stadion (*Stadion Śląski*).

Bildung und Wissenschaft

Einzelne Institute der Schlesischen Universität Kattowitz befinden sich in Königshütte.



Kaiserstraße Königshütte/Chorzów (Postkarte: vor 1927) [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv. Inv.-Nr. 141180]

Alltagskultur

1920 wurde in Königshütte der heutige Fußballklub FC Ruch Chorzów als FC Ruch Bismarkhuta gegründet und 1923 mit dem deutschen Verein Bismarckhütter Ballspielclub zwangsvereinigt. 1939 wurde der Verein mit der Eingemeindung Bismarckshüttes in KS Ruch Chorzów umbenannt. Nach weiteren Umbenennungen unter deutschem und später sowjetischem Einfluss erhielt er 1956 seinen alten polnischen Namen zurück. Der Rekordmeister Ruch (= "die Bewegung") gilt als Verein der schlesischen Aufständischen und

dient vielen Anhängern als Träger schlesischer Identität. Als Abgrenzung zum Polnischen werden von Anhängern des Vereins bei Heimspielen auch Banner mit der deutschen Übersetzung "Ruch Königshütte" gezeigt.

Kunstgeschichte

In Königshütte haben sich einige Industriegebäude erhalten, z. B. der 1987 stillgelegte Förderturm des Schachts Heinrich (später *Elżbieta*), ein in Burgform angelegter neugotischer Bau mit rundem Förderturm, sowie der 1993 stillgelegte Förderturm der Königsgrube (später *Prezydent* und *Polska*) in Stahlskelettbauweise (1933).

Adolph Menzel (1815–1905) malte auf Grundlage von Skizzen, die er im Schienenwalzwerk in Königshütte angefertigt hatte, zwischen 1872 und 1875 *Das Eisenwalzwerk*, das als eines der ersten Gemälde die Industrialisierung als von Maschinen dominierten Arbeitsprozess zeigt (heute in der Alten Nationalgalerie, Berlin).

Die älteste Kirche Königshüttes ist die 1599 erbaute St.-Laurentius-Kirche, eine Schrotholzkirche, die 1936–1938 von Knurow/Knurów nach Königshütte versetzt wurde. Im neugotischen Stil wurden die evangelische Elisabethkirche (1840–1844) und die katholische Barbarakirche (1852) erbaut, in der St.-Antonius-Kirche (1931–1934; Adam Ballenstedt) verbinden sich Expressionismus und Art Déco. In der Zwischenkriegszeit entstanden zahlreiche öffentliche Bauten im Stil der Moderne, u. a. die Volksschulen an der ul. 3-go Maja (1929–1931; Wociech Soboń) und der ul. Farna (1930–1932; Karol Schayer, Antoni S. Olszewski) sowie das Hochhaus der Städtischen Sparkasse (1936/37; Stanisław Tabeński).

Gedächtnis- und Erinnerungskultur

Besondere Bedeutung in der Geschichte Königshüttes haben zwei Denkmäler: Das von Theodor Kalide entworfene Denkmal des Grafen Friedrich Wilhelm von Reden, der als einer der "Väter der oberschlesischen Industrie" gilt, wurde 1853 auf dem Redenberg eingeweiht (1939 beschädigt, 1940 restauriert, 1941 neu aufgestellt, 1945 zerstört). 2002 wurde ein neues Reden-Denkmal auf dem Hüttenplatz aufgestellt. Bedeutend ist auch das "Denkmal des aufständischen Hüttenwerkers", das 1927 mit Blick nach Norden zur nächstgelegenen deutsch-polnischen Grenze errichtet wurde (1939 entfernt, nach dem Krieg erneut aufgestellt).

Die Stadt Oberhausen übernahm 1955 die Patenschaft für Königshütte. Es fanden allerdings nur zwei Heimattreffen statt, seit den 1970er Jahren wird diese Patenschaft nicht mehr aktiv betrieben.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Sławomir Brzezicki: Chorzów/Königshütte; Chorzów – Batory/Bismarckhütte; Chorzów – Stary Chorzów/Chorzow. In: Ernst Badstübner, Dietmar Popp, Andrzej Tomaszewski, Dethard von Winterfeld (Hg.): Dehio-Handbuch der Kunstdenkmäler in Polen: Schlesien. München, Berlin 2005, S. 225-228, S. 228, S. 228f.
- Peter Chmiel: Die Städte des Oberschlesischen Industriegebietes nach 1945. Grundzüge der demographischen Entwicklung. In: Oberschlesisches Jahrbuch 5 (1989), S. 107-126.

- Festschrift für das "Treffen der Königshütter" am 21., 22. und 23. September 1962 in der Patenstadt Oberhausen (Rhld.). Königshütte. Hg. vom Vertriebenenamt der Stadt Oberhausen. Düsseldorf [1962].
- Marian Gałuszka: Chorzów wczoraj. Königshütte gestern. Gliwice 1996.
- Grzegorz Grzegorek: Encyklopedia Chorzowa [Königshütte-Lexikon]. Chorzów, Erdmannswille, Hajduki Dolne, Hajduki Górne, Królewska Huta, Maciejkowice, Nowe Hajduki, Pniaki, Szarlociniec, Wielkie Hajduki. Katowice 2009 (Male encyklopedie Małych Ojczyzn).
- Jenny Mügel: Die Königshütte. Versuch einer Darstellung früher Industriearchitektur am Beispiel des oberschlesischen Industriereviers. Berlin 2004.
- Paul Rother: Chronik der Stadt Königshütte Oberschlesien. Dülmen 1994.
- Hugo Weczerka: Königshütte (Chorzów). In: Ders. (Hg.): Handbuch der historischen Stätten. Stuttgart 1977, S. 236f.

Weblinks

- http://www.chorzow.eu (Webpräsenz der Stadt Königshütte)
- http://www.muzeum.chorzow.pl/ (Stadtmuseum Königshütte)
- http://www.muzeumgpe-chorzow.pl/ (Freilichtmuseum Ethnographischer Park in Oberschlesien, Königshütte)
- http://www.sbc.org.pl/dlibra/aresults?action=SearchAction&QI=03E97E0099F6FF09EE5BAE56C8CB38B6-1 (Historische Adressbücher der Stadt Königshütte)

Anmerkungen

[1] Gałuszka: Chorzów wczoraj, S. 7.

[2] Hans-Jakob Tebarth: Bevölkerungs- und Stadtentwicklung des Regierungsbezirks Oppeln im Zeitalter der Industrialisierung. In: Oberschlesisches Jahrbuch 5 (1989), S. 1-18, hier S. 8.

[3] http://www.stat.gov.pl/cps/rde/xbcr/gus/rs_rocznik_demograficzny_2012.pdf, S. 93 (Zugriff 27.09.2013).

[4] http://www.stat.gov.pl/cps/rde/xbcr/gus/rs_rocznik_demograficzny_2012.pdf, S. 44 (Zugriff 27.03.2013).

[5] Walther Hubatsch (Hg.): Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815–1945. Reihe A: Preußen. Bd. 4: Schlesien, Stichwort Kreis Königshütte-Stadt. [Hg. v.] Johann-Gottfried-Herder-Institut, Marburg/L. 1976, S. 217f.; Karl Brämer: Die Stadt Königshütte in Oberschlesien. Ein statistischer Abriß und ein Beispiel. In: Zeitschrift des Königlich Preussischen Statistischen Bureaus 31 (1891), S. 201-226, hier S. 207.

[6] Gałuszka: Chorzów wczoraj, S. 8.

Zitation

Stephan Müller: Königshütte/Chorzów. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2013. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/58495.html (Stand 27.09.2013).

Konstanza/Constanţa

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Konstanza (auch Konstantza); veraltet: Kostendsche, Küstendsche (-i), Konstanzia

Amtliche Bezeichnung

rum. Constanţa

Anderssprachige Bezeichnungen

lat. Constantiana, Tomi(s); griech. Τόμοι; türk. Küstendsche (-dž-), Küsten(d)je; engl. veraltet: Kustendj(i)e

Etymologie

Der Name der früheren griechisch-römischen Stadt am gleichen Ort "Constantiana" und daher auch der heutige Name leiten sich von dem konstantinischen Kaisergeschlecht der Spätantike ab und erinnern an Constantiana, die Schwester Konstantins des Großen.

2. Geographie

Lage

Die Stadt liegt auf 44° 10' nördlicher Breite, 28° 38' östlicher Länge 14 m über NN.

Topographie



Konstanza, Marktplatz mit Ovid-Denkmal um 1940.
[Foto: Bundesarchiv N 1603, Bild-031/Horst Grund/CC-BY-SA].

Erbaut auf den Resten des antiken Tomi(s), dehnt sich die Stadt im Norden bis zum Siutghiol-See (einem der für die Landschaft kennzeichnenden Lagunenseen) und zum Ortsteil Mamaia, im Süden bis zur Mündung des Donau-Schwarzmeer-Kanals und dem dortigen Hafen (Gemeinde Agigea) aus, der an den südlichen Küstenort Eforie-Nord grenzt. Der älteste Teil der Stadt befindet sich auf einer Landzunge; von dort aus erstrecken sich ihre neueren Gebiete halbkreisförmig ins Hinterland. Das Klima ist warmgemäßigt und vollfeucht, kontinental mit mediterranen Einflüssen.

Region

Dobrudscha (*Dobrogea*)

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Rumänien. Konstanza ist Verwaltungssitz des gleichnamigen Kreises (*Judeţul Constanţa*).

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Im Stadtwappen steht die das rumänische Munizipialrecht symbolisierende, gebräuchliche Mauerkrone mit sieben Zinnen auf blauem Schild. Das Wappenbild zeigt eine goldene Fortuna am Bootsheck, das Steuerruder in der rechten Hand haltend; im linken Arm trägt sie ein Füllhorn. Sie symbolisiert die glückliche Hand beim Steuern der Schiffe, die den Hafen verlassen und den Reichtum über das Meer mitbringen.

Vorgeschichte und Altertum

Die Stadtgeschichte Konstanzas im engeren Sinne beginnt mit der griechischen Kolonisation in der Schwarzmeerregion, im Zuge derer neben Callatis (heute Mangalia) und Histria auch Tomi(s), das spätere Konstanza, als eine der ersten griechischen (milesischen) Kolonien an der Westküste des *Pontos Euxenios* entstand. Von Skythen und Kelten umgeben und immer wieder bedroht, außerdem innerhalb der persischen Einflusssphäre, wurde Tomis im ersten vorchristlichen Jahrhundert römisch, unter Burebista (gest. 44 v. Chr.) kurzzeitig dem Reich der Daker einverleibt und ab 29 v. Chr. endgültig römisch. Am bekanntesten ist die römische Kolonialstadt in der Provinz *Moesia inferior*, zeitweilig Verwaltungssitz des Statthalters der eigenen Provinz *Scythia*, für den Aufenthalt des römischen Dichters Publius Ovidius Naso, der von Augustus hierher in die Verbannung geschickt wurde und im Exil (8–17 n. Chr.) seine *Tristia* und *Epistulae ex ponto* schrieb. In der Spätantike erlebte die Stadt eine wirtschaftliche und kulturelle Blüte und wurde in "Constantia(na)" umbenannt.

Nach der Antike prägten u. a. Wandervölker (Goten, Awaren) die Geschicke der Stadt und der Region. Die antiken Stadtstrukturen Konstanzas wurden dabei weitgehend zerstört. Konstanza erlangte Bedeutung als frühchristliches Zentrum.

Mittelalter und Frühe Neuzeit

Nach den ephemeren spätantiken und frühmittelalterlichen Herrschaften wandernder Völker (Goten, Gepiden, Hunnen, Slawen u. a.) in der Dobrudscha wurde die Region abwechselnd Teil des byzantinischen Reiches und der bulgarischen Reiche: von 679–971 Teil des Ersten Bulgarischen Reichs und, nach vorübergehender Zugehörigkeit zu Byzanz, von 1186–1250 Teil des Zweiten Bulgarischen Reichs. Die Expansion der Mongolen im 12.–13. Jahrhundert hinterließ bis heute sichtbare Spuren in der Bevölkerungsstruktur der Stadt. Im 13. und 14. Jahrhundert prägten genuesische Kaufleute Hafen und Stadt, woran der 1860 errichtete Leuchtturm (*Farul Genovez*) erinnert. Im 14. Jahrhundert entstand aus der westlichen Schwarzmeerküste durch Abspaltung das bulgarische Teilreich Dobrudscha (*Karwuna [Balčik]*). Nach der Schlacht von Nikopolis 1396 fiel die Dobrudscha mit Konstanza für lange Zeit an das Osmanische Reich und lediglich Anfang des 15. Jahrhunderts kam das Gebiet kurzzeitig unter die Herrschaft des walachischen Woiwoden Mircea d. Ä. (1355–1418). Unter den Osmanen wurde in der Dobrudscha der Sandschak Tulcea im *Eyalet Silistra* eingerichtet. Es kam zur Ansiedlung von Türken und Tataren; der bis in die heutige Zeit in der Region präsente Islam erlebte einen Aufschwung.

Vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart

Als die Dobrudscha 1878 nach den Russisch-Türkischen Kriegen dem Königreich Rumänien zufiel, hatte Konstanza ca. 5.000 Einwohner. Nach der Eingliederung ins Königreich Rumänien begannen in Konstanza die "Rumänisierung" und die Urbanisierung. Nachdem schon 1860 von einem britischen Unternehmen eine Eisenbahnlinie zwischen Konstanza und Cernavodă an der Donau gebaut worden war, brachte der Bau der Donaubrücke 1895 endgültig die Anbindung an die westlichen Landesteile. Gleichzeitig begann unter der Leitung von Ingenieur Anghel Saligny der Ausbau des Konstanzaer Hafens, der rasch der wichtigste Hafen und einzige Hochseehafen Rumäniens wurde.



Das 1910 fertiggestellte Kasino von Konstanza, im Hintergrund die Hafenanlagen [Foto: T. Schares]

Im Ersten Weltkrieg war Konstanza Kriegsschauplatz, als es 1916 von den Mittelmächten erobert und besetzt wurde. In der Zwischenkriegszeit wurde die Stadt ein wichtiger Handelsknotenpunkt, was sie zu einem bevorzugten Ziel der alliierten Bomberverbände machte. Der Hafen von Konstanza war für viele v. a. osteuropäische Juden eine der wenigen Möglichkeiten, eine Ausreise bzw. Flucht vor der Verfolgung durch das NS-Regime auf dem Seeweg nach Israel anzutreten.[1] Im kommunistischen Rumänien wurden die Kriegsschäden im Hafen in den 1950er Jahren wieder behoben, zudem wurde der 1949 begonnene Donau-Schwarzmeer-Kanal in den 1980er Jahren vollendet, was Konstanza endgültig zu einer der wichtigsten Hafenstädte am Schwarzen Meer machte. Gleichzeitig wurde Konstanza für den Badetourismus erschlossen; der nördliche, eingemeindete Stadtteil Mamaia wurde zum prototypischen Urlaubsort der rumänischen Schwarzmeerküste.

Wirtschaft und Gesellschaft

Bevölkerungsstruktur und -entwicklung

Zwischen 1910 (ca. 30.000) und 1980 (ca. 300.000) hat sich die Bevölkerungszahl Konstanzas etwa verzehnfacht. Kurz nach der Wende wurde die Spitze mit ca. 350.000 Einwohnern erreicht (1992). In postkommunistischer Zeit schrumpfte die Bevölkerung wieder. Der Census von 2011 ergab eine Einwohnerzahl von 254.693 und belegt damit einen Rückgang um gut 20 % seit 2002.[2]

Gegen Ende der osmanischen Zeit lebten in Konstanza weniger als 10.000 Menschen (1899: 12.725 Einwohner),[3] davon waren je ca. 30 % Tataren und Griechen, 10 % Rumänen, zudem gab es größere Gruppen von Bulgaren und Juden[4] sowie Roma, Türken, Armenier und Dobrudschadeutsche. Um 1900 waren je ca. ein Viertel Rumänen und Grie-

chen, daneben lebten kleinere Gruppen der genannten Ethnien in der Stadt.[5] Von den zurzeit ca. 260.000 Einwohnern sind laut Selbstaussage über 90 % Rumänen, je ca. 7.000 Türken und Tataren, ca. 1.800 Mazedonier, ca. 2.000 Roma; zudem gibt es Kleinstgruppen von Ungarn (ca. 250), Lipowanern (ca. 600) und Deutschen (ca. 80).[6]

Wirtschaft

Neben Maschinenbau- und Lebensmittelproduktionsbetrieben mittlerer Größe bilden der Hafen und der Tourismus die wirtschaftlichen Säulen Konstanzas. Der größte Schwarzmeerhafen Rumäniens hat durch den Donau-Schwarzmeer-Kanal über europäische Binnenwasserwege direkte Verbindung nach Rotterdam; die Flussschifffahrt macht ein Viertel des Hafenverkehrs aus. Zusammen mit den angeschlossenen Werften ist der Hafen der größte Wirtschaftsfaktor der Stadt und der Region. Der jährliche Warenumschlag beläuft sich auf 40 bis 60 Millionen Tonnen. Für den Tourismus sind die Strände und Seebäder sowie das in der Stadt noch bestens erfahrbare antike Erbe von Bedeutung.

Kultur

Religionen und Konfessionen

Die rumänische Mehrheitsbevölkerung ist überwiegend rumänisch-orthodoxer Konfession (ca. 90 %), von den ansässigen Minderheiten sind die Lipowaner altgläubig russisch-orthodox, die Ungarn und Deutschen mehrheitlich evangelisch-reformiert. Die römisch-katholische Kirche hat eine eigene Pfarrei (St. Anton/Sf. Anton). Prägend bis heute ist der Islam, wofür die große Moschee an der Piaţa Ovidiu ein sichtbares Zeichen ist. Zu der ansässigen turko-tatarischen Minorität findet auch ein geringer Zuzug arabischer Muslime statt. Ca. 6 % der Bevölkerung Konstanzas sind gegenwärtig Muslime (2012).

Kulturelle Institutionen

Neben dem Nationalmuseum für Geschichte und Archäologie (*Muzeu de Istorie Naţională şi Arheologie*) an der Piaţa Ovidiu, das früher die Stadtverwaltung beherbergte, gibt es ein ethnographisches Museum (*Muzeu de Artă Populară*), ein Kunstmuseum (*Muzeu de Artă*) und ein Marinemuseum (*Muzeu Marinei Române*). Große Bühnen sind das Nationaltheater für Oper und Ballett (*Teatru Naţional de Opera şi Balet "Oleg Danovski"*) und das Staatstheater (*Teatru de Stat*).

Bildung und Wissenschaft

In Konstanza gibt es 2012 ca. 500 Schulen zur primären und sekundären Ausbildung, von denen das Nationalkolleg (*Colegiul Naţional*) *Mircea cel Bătrân* die bekannteste und traditionsreichste ist. Neben der staatlichen Universität (*Universitatea "Ovidiu" Constanţa*) mit über 20 Fakultäten und Instituten sind in der Stadt die Marineuniversität (*Universitatea Maritimă*) mit seeschiffahrtsbezogenen Studiengängen und ein Meeresforschungsinstitut (*Institutul Naţional de Cercetare-Dezvoltare Marină "Grigore Antipa"*) sowie eine Marineakademie (*Academia Navală "Mircea cel Bătrân"*) angesiedelt.

Architektur und Kunstgeschichte

In der Altstadt finden sich Baudenkmäler aus griechisch-römischer Zeit; bemerkenswert ist das römische Gebäude mit Mosaik (*Edificiul Roman cu Mozaic*), ehemals Teil des Forums, das eines der nicht nur landesweit größten erhaltenen Fußbodenmosaike beherbergt, daneben ist eine erst 1988 entdeckte Grabkammer (*Cavoul Hypogeu*) von Bedeutung.



Ovid-Statue [Foto: T. Schares]

Kunstgeschichtliche Artefakte aus allen Besiedlungszeiten des Kreises Konstanza finden sich im Nationalmuseum. Die wichtigsten Gebäude der Stadt sind das Nationalmuseum (1911–1921) im Brâncoveanu-Stil, die davor errichtete Ovid-Statue (1877 von Ettore Ferrari geschaffen), die große Moschee (*Moscheea Mare Carol I.* bzw. *Moscheea Mahmudie*, erbaut 1910 auf Geheiß König Carols I.), das im gleichen Jahr im Art-Nouveau-Stil erbaute Kasino an den Klippen und die Geamia Hunchiar Moschee aus dem Jahr 1867. Die orthodoxe Kathedrale St. Peter und Paul (*Catedrala Arhiepiscopală Sf. Ap. Petru şi Pavel*) in griechisch-römischem Stil stammt aus den 1890er Jahren, die römisch-katholische Pfarrkirche St. Anton (*Biserica Romano-Catolică Sf. Anton*) wurde 1937 aus rotem Backstein mit Kampanile und Vierungskuppel in norditalienischem Stil erbaut. Das ehemalige Hotel Carol I. aus dem Jahr 1882 wird seit 1978 von den rumänischen Streitkräften als Flottenkommandantur genutzt.

Insgesamt weist Konstanza neben der sozialistischen Blockarchitektur der älteren Stadtteile umfangreiche Bausubstanz aus den "neuen" Gründerjahren der Stadt nach 1878 bis zum Ersten Weltkrieg auf, die sich allerdings zum großen Teil in verschiedenen Stufen des Verfalls befindet. Repräsentatives Beispiel hierfür ist, neben dem Kasino, das "Haus mit den Löwen" (*Casa cu Lei*), das in den Jahren 1895–1898 von dem Architekten Ioan Berindei für den armenischen Kaufmann Dicran Emerzian im genuesischen Stil erbaut wurde.

4. Deutsche Spuren in Konstanza

Im Zuge der Ansiedlung der Dobrudschadeutschen ab Mitte des 19. Jahrhunderts siedelten sich auch deutsche Einwanderer in Konstanza an: 1887 hatte die deutsche evangelische Gemeinde 210 Mitglieder und stand in engem Kontakt mit der Nachbargemeinde in Anadolchioi. 1895 bekam die Gemeinde eine Kirche und 1901 eine evangelische Schule (die einzige deutsche Konfessionalschule in der Dobrudscha), gestiftet von Sophie Luther, Frau des Bukarester Bierbrauers Erhard Luther. Das in der heutigen *Strada Sarmizegetuza* befindliche Gebäude dient gegenwärtig den verbliebenen Resten der Gemeinde als Kultur- und Begegnungszentrum. In der Zwischenkriegszeit geht man von der folgenden konfessionellen Verteilung bei den Deutschen in der Dobrudscha aus: 55,3 % evangelisch-lutherisch, 32,5 % römisch-katholisch, 11 % Baptisten, 1,1 % Adventisten und andere.[7] Die deutsche Bevölkerung in Konstanza war im Gegensatz zum Rest der sog. Dobrud-

schadeutschen eher urban geprägt und vielfach siedelten sich Einzelne im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs und der Expansion der Stadt hier an. Beispielhaft hierfür ist die 1887 von den Brüdern Gruber erbaute erste Bierbrauerei in Konstanza, die 1929 eine Jahresproduktion von 40.000 Litern hatte.

Die Zahl der nach der nationalsozialistischen Umsiedlung 1940 und nach späteren Familienzusammenführungen noch verbliebenen Deutschen in Konstanza wurde durch regionale Migration anderer Rumäniendeutscher in die Dobrudscha nur wenig aufgestockt. 2002 lebten in der Dobrudscha 398 Deutsche;[8] die offizielle Zählung von 2011 gibt für den Kreis Konstanza 139 Deutsche an. Organisiert sind die wenigen verbliebenen Deutschen in der Zweigstelle des "Demokratischen Forums der Deutschen in Rumänien" und in der Evangelischen Gemeinde der Deutschen Konstanzas (*Comunitatea evanghelică a Germanilor din Constanţa*).

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Irina Bajdechi: Die deutsche Gemeinschaft aus der Dobrudscha. Ihre Beziehungen mit den anderen Institutionen. Vergangenheit, Gegenwart und Perspektiven. Universität Bukarest 2010 (Unveröff. Bachelorarbeit).
- Livia Buzoianu, Maria Bărbulescu: Tomis. In: Dimitrios V. Grammenos, Elias K. Petropoulos (Hg.): Ancient Greek Colonies in the Black Sea 2. Bd. 1. Oxford 2007 (BAR International Series 1675 [1-2]), S. 287-336.
- M[arin] D. Ionescu: Cercetări asupra Oraşului Constanţa. Geografie şi Istorie [Untersuchungen zur Stadt Konstanza. Geographie und Geschichte]. Bucuresci 1897.
- Doina Păuleanu, Radu Florescu: Constanţa. Constanţa 2002.
- Gustav Rückert: Das erste Bier aus Konstanza. Aus: Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien. Zitiert nach: http://www.banatblog.eu/das-erste-bier-aus-konstanza (Zugriff am 15.11.2012).
- Andrea Schmidt-Rösler: Die deutschen evangelischen Gemeinden in der Dobrudscha. In: Christa Stache, Wolfram G. Theilemann (Hg.): Evangelisch in Altrumänien. Forschungen und Quellen zur Geschichte der deutschsprachigen evangelischen Kirchengemeinden im rumänischen Regat. Sibiu, Bonn 2012 (Veröffentlichungen des evangelischen Zentralarchivs in Berlin 9), S. 98-121.
- Robert Stănciugel, Liliana Monica Bălaşa: Dobrogea în Secolele VII-XIX. Evoluţie istorică [Die Dobrudscha im 12. bis 15. Jahrhundert. Historische Entwicklung]. Bucureşti 2005.
- Mihail Şerbănescu: Constanţa. Constanţa 2009.
- Paul Traeger: Die Deutschen in der Dobrudscha. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Wanderungen in Osteuropa. Stuttgart 1922 (Schriften des Deutschen Auslands-Instituts Stuttgart, A: Kulturhistorische Reihe 6).
- Petru Vulcan, Mihail Măldărescu: Istoricul oraşului Constanţa [Geschichte der Stadt Konstanza]. Constanţa 1911.

Weblinks

- http://www.primaria-constanta.ro (Webseite der Stadtverwaltung Konstanza)

Anmerkungen

[1] Zur exemplarischen Geschichte des 1942 im Schwarzen Meer versenkten Schiffs "Struma", das jüdische Flüchtlinge nach Palästina bringen sollte, vgl.: Dalia Ofer: Struma. In: Israel Gutman: Encyclopedia of the Holocaust. New York 1990, S. 1417.

[2] Vgl. Comunicat de presă 2 februarie 2012 privind rezultatele provizorii ale Recensământului Populaţiei şi Locuinţelor – 2011 [Pressekommuniqué vom 2. Februar 2012 zu den vorläufigen Resultaten der Volks- und wohnungszählung 2011]. URL: http://www.constanta.insse.ro/phpfiles/COMUNICAT_RPL_CONSTANTA.pdf (Zugriff am 15.11.2012). Die ethnische Zusammensetzung wird hier bewusst nicht in Tabellenform wiedergegeben, da die Angaben der diversen Zählungen nicht immer zuverlässig sind. Dies gilt auch für die Zählung aus dem Jahr 2011, da sich bspw. Roma bei Befragungen oft nicht zu ihrer Ethnie bekennen. Die Zuordnung zu einer Ethnie im Census beruht auf Selbsteinschätzung und ist daher ein statistisch zweifelhafter Wert.

[3] Brockhaus' kleines Konversationslexikon, 5. Aufl. Leipzig 1911.

[4] Die *Encyclopaedia Judaica* gibt für 1899 die Zahl von 957 und für 1930 die Zahl von 1821 Juden in Konstanza an (Bd. 14, 1971, Sp. 914). Die jüdische Bevölkerung von Konstanza wurde 1941 in Arbeitslager und teilweise nach Transnistrien deportiert.

[5] Eine detaillierte Übersicht für das Jahr 1895 gibt Ionescu: Cercetări, S. 88. Hier werden außerdem noch folgende Ethnien genannt: Franzosen, Italiener, Engländer und Niederländer.

[6] Detaillierte Angaben zur ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung der Norddobrudscha finden sich bei Josef Sallanz: Bedeutungswandel von Ethnizität unter dem Einfluss von Globalisierung. Die rumänische Dobrudscha als Beispiel. Potsdam 2007 (Potsdamer geographische Forschungen 26), bes. S. 311ff; vgl. ferner Stănguicel, Bălăşa: Dobrogea, S. 200ff.

[7] Schmidt-Rösler: Die deutschen evangelischen Gemeinden, S. 99.

[8] Schmidt-Rösler: Die deutschen evangelischen Gemeinden, S. 121.

Zitation

Thomas Schares: Konstanza/Constanţa. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54290.html (Stand 15.11.2012).

Körmöcbánya → Kremnitz/Kremnica/Körmöcbánya (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Köslin/Koszalin (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Kowno → Kauen/Kaunas/Kowno (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Krakau/Kraków (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Kremnitz/Kremnica/Körmöcbánya (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Kronstadt/Braşov/Brassó (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Krumau/Český Krumlov (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Krzeszów → Grüssau/Krzeszów

siehe Grüssau/Krzeszów

Kukus/Kuks (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Kulm/Chełmno nad Wisłą

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Kulm

Amtliche Bezeichnung

poln. Chełmno nad Wisłą

Weitere Bezeichnungen

Culm, lat. Culmen

Etymologie

Der Name ist topographischen Ursprungs (lat. *Culmen* – höchster Punkt, dt. Kulm – Berggipfel) als Bezeichnung einer auf einer Anhöhe gelegenen Siedlung. Auch der polnische Name „Chełmno“ (im Mittelalter „Chołmien“) leitet sich von der altpolnischen Bezeichnung eines Hügels (*Chełm*/Helm) ab.[1]

2. Geographie

Lage

53° 22′ nördlicher Breite, 18° 25′ östlicher Länge, 75 m über NHN. Kulm liegt auf einer Anhöhe über dem östlichen Ufer der Weichsel (*Wisła*), ca. 40 Kilometer nördlich von Thorn/Toruń und ca. 30 Kilometer nordöstlich von Bromberg/Bydgoszcz, innerhalb der historischen Region Kulmer Land (*Ziemia chełmińska*).

Region

Kulmer Land (Pommerellen/Westpreußen)

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Republik Polen; Woiwodschaft Kujawien-Pommerellen (*Województwo kujawsko-pomorskie*); Kreisstadt des gleichnamigen Kreises (*powiat Chełmiński*).

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Das heutige Stadtwappen zeigt im blauen Feld neun braune Hügel in drei Reihen geordnet, in den mittleren Hügel ist ein dunkelbraunes Malteserkreuz eingefügt. Im unteren Bereich sind drei horizontal angeordnete blaue Wasserwellen abgebildet. Oberhalb der Wappenkartusche befindet sich eine goldene offene Krone. Die ältesten Darstellungen aus dem 13. Jahrhundert zeigten einen Ordensritter zu Pferd mit einem Banner, auf dem ebenfalls mehrere Wellen oder Hügel mit einem Kreuz zu sehen waren.

Archäologische Bedeutung

Die Geschichte der Besiedlung im Gebiet der Stadt Kulm reicht in die Zeit der Lausitzer Kultur zurück (7.−5. Jh. v. Chr.). Spuren einer Siedlung wurden auf dem Lorenzberg (*Góra św. Wawrzyńca*), einem Hügel in dem ca. drei Kilometer südwestlich von Kulm gelegenen Dorf Kaldus/Kałdus, gefunden; in diesem Bereich entstand später die frühmittelalterliche Siedlung.

Mittelalter

1065 wird in den Quellen die zum Königreich Polen gehörige Siedlung Culmen verzeichnet, die im Bereich des heutigen Dorfes Kaldus am Lorenzberg situiert war. Während archäologischer Grabungen wurden dort Reste einer unvollendeten gemauerten Basilika aus der ersten Hälfte des 11. Jahrhunderts gefunden. 1216 wurde die Siedlung von den Prussen zerstört. 1222 übergab Herzog Konrad von Masowien (1187/1188−1247) den Ort an Christian (um 1180−1245), den ersten Bischof von Preußen. Nach dessen Gefangennahme kam das Kulmer Land in den Besitz des Deutschen Ordens, der 1232 eine neue Siedlung (Althaus Kulm, heute *Starogród Chełmiński*) und eine Burg errichtete (einige Kilometer südlich der alten Siedlung). 1233 erhielt Kulm das Stadtrecht, die sogenannte „Kulmer Handfeste“, die dem Magdeburger Recht nachgebildet worden und auch für andere Stadtgründungen im Ordensland vorbildlich war. Um die Mitte des 13. Jahrhunderts (1247?)[2] wurde die Stadt an die heutige Stelle verlegt (einige Kilometer flussabwärts); in Althaus Kulm wurde eine Komturburg errichtet; 1251 wurde erstmals ein Komtur erwähnt. Ob dort zeitweilig der Landmeister Preußens residierte, ist umstritten. Die untergegangene Burg besaß bis zum 15. Jahrhundert eine der Hauptreliquien des Ordenslandes Preußen – das Haupt der Hl. Barbara (danach in Marienburg). Nach dem Niedergang der Ordensherrschaft kam Kulm 1466 in den Besitz der polnischen Krone und wurde zur Hauptstadt der gleichnamigen Woiwodschaft.

Neuzeit

Ab 1505 wurde die Stadt durch den polnischen König Alexander Jagiello (1461−1506) den Kulmer Bischöfen unterstellt. Im Laufe des 16. Jahrhunderts erfolgte ihre Umgestaltung im Stil der Renaissance (Rathaus, Bürgerhäuser), die Stadtmauer wurde erneuert. Infolge der Lubliner Union von 1569 büßte die Stadt – wie alle Städte im Königlichen Preußen außer Danzig/Gdańsk – ihre Autonomie ein. Die polnisch-schwedischen Kriege

1626−1629 und 1655−1660 sowie der Große Nordische Krieg führten zum Niedergang der Stadt. In Kulm und seinem Umland kam es mehrmals zu Plünderungen; Seuchen dezimierten die Bevölkerung. Nach der Ersten Teilung Polens 1772 fiel die Stadt an Preußen und wurde Teil der 1773 gegründeten Provinz Westpreußen.

19./20. Jahrhundert

In den Jahren 1807–1815 gehörte Kulm zum Herzogtum Warschau, nach dessen Auflösung wurde es zur westpreußischen Kreisstadt.

1920 kam Kulm erneut unter polnische Herrschaft und wurde eine Kreisstadt in der neuentstandenen Woiwodschaft Pommerellen (*Województwo pomorskie*). Mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs wurden einige hundert Einwohner der Stadt und ihrer Umgebung als staatsfeindlich geltende Mitglieder der deutschen Minderheit inhaftiert und auf sogenannten Verschleppungsmärschen ins Landesinnere geführt; dabei kamen mindestens ca. 40 Menschen ums Leben. Anschließend war die polnische Bevölkerung Verfolgungen ausgesetzt; ca. 2.000 Personen aus Kulm, der Umgebung, aber auch aus Graudenz/Grudziądz wurden im Nachbarort Klammer/Klamry erschossen. Vor allem die gebildeten Polen wurden Opfer einer in Westpreußen besonders brutal durchgeführten ethnischen Säuberung. Die jüdische Minderheit wurde deportiert und 1941 in Kulmhof (*Chełmno nad Nerem*) bei Koło im sogenannten Warthegau ermordet. Am 27. Januar 1945 wurde die Stadt von der sowjetischen Armee erobert; Kulm wurde zur Kreisstadt in den Grenzen der Volksrepublik Polen.

Wirtschaft

Durch ihre günstige Lage an der Weichsel und an den Handelswegen entwickelte sich die Stadt bereits im frühen Mittelalter zu einem wichtigen Wirtschafts- und Verwaltungszentrum des Piastenstaates mit einem Markt und einer Burg. Im Laufe des 14. Jahrhunderts behielt Kulm seine Stellung als Knotenpunkt im Transithandel und wurde Mitglied der Hanse (bis 1437). Die kriegerischen Auseinandersetzungen des 17. und 18. Jahrhunderts führten zum wirtschaftlichen Niedergang; erst die Industrialisierung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts brachte einen neuen Aufschwung: Die Wasserversorgung der Stadt wurde durch den Bau eines neuen Wasserturmes und Leitungen verbessert, Kulm bekam ein Gaswerk (1867) und eine Eisenbahnverbindung (Marienburg/Malbork–Thorn, 1883), westlich von Althaus Kulm entstand vor dem Ersten Weltkrieg ein neues Stadtviertel mit öffentlichen Einrichtungen (Stadtverwaltung, Krankenhaus etc.).

Nach 1945 wurden in der Stadt mehrere neue Industriebetriebe eröffnet (Möbel- und Maschinenbau) und es entstanden neue Siedlungen. Eine Brücke über die Weichsel ermöglichte die schnellere Anbindung an die Städte am westlichen Weichselufer, nach Schwetz/Świecie sowie Bromberg.

Bevölkerungsentwicklung

Seit dem Mittelalter lebten in Kulm polnische und deutsche Einwohner, die letzteren kamen meistens als Siedler in das Ordensland. Im Laufe des 16. und 17. Jahrhunderts siedelten sich in Kulm auch Holländer und Schotten an, die vor religiösen Konflikten in ihren Heimatländern geflüchtet waren; einige von ihnen erlangten in der Stadt hohes gesellschaftliches Ansehen, wie der aus Schottland stammende Kaufmann Walter Forbes (geb. 1678), der 1725–1733 das Bürgermeisteramt innehatte. Zum Zeitpunkt der Angliederung an Preußen 1772 zählte die Stadt 1.644 Einwohner, die überwiegend polnischsprachig und katholisch waren.[3] In den folgenden Jahren kam es zu einem kontinuierlichen Zuzug deutscher Bevölkerung, die Einwohnerzahl stieg 1816 auf 3.616, 1875 auf 9.628.[4] Unter

anderem wurden der „General der Panzertruppe“ der Wehrmacht, Heinz Guderian (1888−1954), der „Heidedichter“ Hermann Löns (1866−1914), der Politiker Kurt Schumacher (1895−1952), Mitbegründer der SPD, sowie der Geograph und Begründer der polnischen Forschungsstation in Spitzbergen (norw. *Polske Polarstasjonen Hornsund*) Jan Szupraczyński (geb. 1934) in Kulm geboren. Bei der Volkszählung von 1905 bekannten sich 57 % der 11.665 Bürger zur polnischen Nationalität und zum katholischen Glauben.[5] In der Stadt wirkten mehrere polnische Kulturvereine, erschienen polnischsprachige Zeitungen. Nach dem Anschluss Kulms an den neu entstandenen polnischen Staat 1920 wanderten viele Einwohner deutscher Nationalität nach Deutschland aus.[6]

Zu Beginn des Zweiten Weltkrieges, nach der Angliederung der Region an das Deutsche Reich kam es zu Zwangsumsiedlungen polnischer Einwohner, nach 1945 mussten die verbliebenen Deutschen Kulm verlassen.

Heute beträgt die Einwohnerzahl 20.434.[7]

Bildung

Die ersten Versuche, in Kulm eine Universität zu gründen, wurden bereits während der Ordensherrschaft unternommen. Auf Bitten des Hochmeisters Konrad Zöllner von Rotenstein (um 1325−1390) verlieh Papst Urban VI. (um 1318−1389) der Stadt 1386 ein Privileg zur Gründung des *studium generale*, das Projekt konnte jedoch nicht realisiert werden. Ebenfalls als erfolglos – wohl aufgrund der unsicheren politischen und wirtschaftlichen Lage – erwiesen sich weitere Versuche zur Gründung einer Universität in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts. 1473 wurde in der Stadt ein Gymnasium eröffnet, das von der Ordensgemeinschaft der Brüder vom gemeinsamen Leben geleitet wurde und bis in die 1650er Jahre eine der bekanntesten Schulen im Königlichen Preußen war. Zur Wiederbelebung des höheren Schulwesens in Kulm kam es in den 1670er Jahren. Bischof Jan Małachowski (1623−1699; Amtszeit 1676−1681) siedelte in der Stadt die Vinzentiner an, die die Leitung des Priesterseminars und des neueröffneten Gymnasiums, der Kulmer Akademie, übernahmen. Die Akademie stand von Anfang an in enger Beziehung zur Krakauer Universität und wurde ab 1756 offiziell deren Filiale. Nach der Angliederung Kulms an Preußen begann der Niedergang der Akademie, 1818 wurde sie geschlossen. 1837 wurde in Kulm ein preußisches Gymnasium eröffnet.[8]

Religions- und Kirchengeschichte

Nach 1517 gewann in Kulm – wie in anderen preußischen Städten – die Reformationsbewegung an Einfluss, die allerdings auf heftige Gegenreaktion der Stadtherren, der Kulmer Bischöfe, stieß. Infolge der durch Bischof Piotr Kostka (Amtszeit 1574−1595) eingeleiteten Gegenreformation mussten viele Bürger evangelischen Glaubens (überwiegend Deutsche) Kulm verlassen. Bis Ende des 18. Jahrhunderts bildeten die Katholiken die Bevölkerungsmehrheit.

Bis ins späte 18. Jahrhundert war es den Juden verboten, sich in der Stadt niederzulassen; erst mit der Angliederung an Preußen wurde das Verbot aufgehoben. Vermutlich 1820 entstand in Kulm eine selbständige Gemeinde, 1843 wurde die Synagoge erbaut. Nach der Gründung des polnischen Staates 1919 sind auch viele jüdische Einwohner aus der Stadt ausgewandert. 1932 wurde die Kulmer Gemeinde, die zunehmend unter Mitgliederschwund litt, an die Gemeinde in Graudenz angegliedert. 1816 lebten in Kulm 2.637 Einwohner katholischen, 587 evangelischen Glaubens und 442 Juden; 1905 waren von 11.665 Einwohnern 7.505 katholisch, 3.845 evangelisch und 284 jüdisch.

Kunstgeschichte und Architektur

Die Stadtbebauung überstand den Zweiten Weltkrieg ohne nennenswerte Schäden. Der schachbrettförmige Stadtkern um den großen Marktplatz mit dem Rathaus und den Kirchen St. Marien und St. Jakobi und Nikolaus sowie die weitgehend erhaltenen Stadtmauern gehen auf die mittelalterliche Planung zurück. In die Stadt führten ursprünglich sieben Tore; nur das Graudenzer Tor aus dem 13./14. Jahrhundert ist unverändert geblieben.



Marienkirche (Foto, 1999) [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 132274, Fotograf: Wolfgang Schekanski].

Der monumentale Ziegelbau der Pfarrkirche St. Marien in der südlichen Ecke des Marktplatzes entstand ca. 1280−1331 als dreischiffige Halle mit Kreuzrippengewölbe, gerade geschlossenem Chor und Doppelturmfassade im Westen (NW-Turm 1501 fertiggestellt, SW-Turm unvollendet) – vermutlich das Vorbild für den Königsberger Dom. Die achteckigen Pfeiler des Innenraums sind mit zwölf Apostelfiguren als sinnbildlichen Trägern der Kirche versehen; die Wände waren ursprünglich mit Wandmalereien verziert (freigelegt 1925). Die Ausstattung stammt überwiegend aus der Barock- und der Rokokozeit.



Zisterzienserinnenkloster Kulm (Postkarte, vor 1906) [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 141620].

Vermutlich an der Stelle einer kleinen Deutschordensburg gab es ab 1266 ein Zisterzienserinnenkloster. Die einschiffige St.-Johannes-Kirche mit einer Nonnenempore entstand in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts. Sie besitzt gotische Bauplastik und die älteste Epitaphplatte des Kulmer Landes von ca. 1275 (von Arnold Lieschoren); der Rest der Innenausstattung stammt aus der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts.

Die Pfarrkirche St. Peter und Paul (ehem. Dominikanerkirche) mit langgestrecktem, polygonal geschlossenem Chor wurde nach 1244 als Klosterkirche des zwischen 1228 und 1238 entstandenen Dominikanerklosters erbaut. Ursprünglich einschiffig, wurde sie im 14. Jahrhundert zur zweischiffigen Halle ausgebaut, im 17. Jahrhundert um ein drittes Schiff erweitert. Die Westseite ziert ein gotischer Giebel aus dem frühen 15. Jahrhundert. Nach der Aufhebung des Klosters 1822 wurde die Kirche evangelisch (bis 1945).

Die Pfarrkirche St. Jakobi und Nikolaus (ehem. Franziskanerkirche) entstand wohl zusammen mit dem 1258 gegründeten Franziskanerkloster. In der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts wurde sie zu einem dreischiffigen pseudobasilikalen Bau mit kurzem Langhaus und gerade geschlossenem Chor umgestaltet. 1806 wurde das Kloster aufgehoben, die Klostergebäude abgerissen und die Kirche als Gymnasialkirche genutzt (neugotische Ausstattung aus dieser Zeit).

Die Kirche des ehemaligen Hospitals zum hl. Geist des Deutschen Ordens, ein Saalbau mit quadratischem Westturm, wurde ca. 1280−1290 in der Südecke der Altstadt errichtet. Im Innenraum befindet sich ein hölzernes Tonnengewölbe; Reste der Ausmalung stammen aus der Zeit um 1500.



Rathaus [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 141634].

Das freistehende Rathausgebäude inmitten des Marktplatzes wurde 1567−1572 unter Verwendung des gotischen Vorgängerbaus errichtet, vermutlich von Architekten aus der Region des Comer Sees („Komasken“), die auch die Schöpfer des Posener Rathauses waren. Es ist eines der seltenen Beispiele manieristischer Architektur italienischer Prägung im Königlichen Preußen. Der auf rechteckigem Grundriss angelegte Bau wird von einer reich verzierten Attika bekrönt; den hohen, in der Mitte aufgesetzten Turm ziert eine barocke Haube. Seit 1983 befindet sich im Rathaus das Museum des Kulmer Landes.

In der Altstadt haben sich ca. 200 Wohnhäuser aus dem 14. bis 19. Jahrhundert erhalten.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Ernst Bahr: Kulm. In: Erich Weise (Hg.): Handbuch der historischen Stätten. Ost- und Westpreußen. Stuttgart 1981 (Kröners Taschenausgabe 317), S. 111−113.
- Marian Biskup (Hg.): Dzieje Chełmna i jego regionu [Geschichte Kulms und seiner Region]. Toruń 1968 (Prace popularnonaukowe 9).
- Tadeusz Chrzanowski, Marian Kornecki: Chełmno. Wrocław 1991.

- Christofer Herrmann: Mittelalterliche Architektur im Preußenland. Untersuchungen zur Frage der Kunstlandschaft und -geographie. Petersberg 2007 (Studien zur internationalen Architektur- und Kulturgeschichte 56).
- Sławomir Jóźwiak: Translokacje Chełmna a powstanie komturstw staro- i nowochełmińskiego [Translokationen von Kulm und die Entstehung der Komtureien Althaus Kulm und Kulm]. In: Roman Czaja, Janusz Tandecki (Hg.): Studia nad dziejami miast i mieszczaństwa w średniowieczu [Studien zur Geschichte der Städte und des Bürgertums im Mittelalter]. Toruń 1996, S. 83–94.
- Hugo Jüttner: Zur Geschichte des Culmer Gymnasiums während der dritten 25 Jahre seines Bestehens. Culm 1914.
- Jerzy Kałdowski: Ratusz w Chełmnie [Das Rathaus in Kulm]. Toruń 1984.
- Eugenia Kwiatkowska: Chełmno współczesne na tle jego przeszłości [Das heutige Kulm vor dem Hintergrund der Geschichte]. Toruń 1984.
- Władysław Łęga: Ziemia Chełmińska [Das Kulmer Land]. Wrocław 1961 (Prace i materiały etnograficzne 17).
- Teresa Mroczko, Marian Arszyński: Architektura gotycka w Polsce [Gotische Architektur in Polen]. Warszawa 1995, S. 40−44.
- Andreas Prause: Die nationalsozialistische Okkupation Kulms 1939−1945. URL: www.chelmno.info/ns/ [1997].
- Anna Soborska-Zielińska: Z dziejów gminy żydowskiej w Chełmnie [Aus der Geschichte der jüdischen Gemeinde in Kulm]. Chełmno 2007.
- Tomasz Torbus: Die Konventsburgen im Deutschordensland Preußen. München 1998 (Schriften des Bundesinstituts für ostdeutsche Kultur und Geschichte 11).

Weblink

- http://www.herder-institut.de/bildkatalog/index/index?newperspective=thumbnails&with_picture=0&tree[Orte]=17194 (Abbildungen zu Kulm im Bildarchiv des Herder-Instituts, Marburg)

Anmerkungen

[1] Halina Turska: Nazwy miejscowe powiatu chełmińskiego [Ortsnamen im Kreis Kulm]. In: Biskup (Hg.): Dzieje Chełmna, S. 101−108, hier S. 101.

[2] Der genaue Zeitpunkt der Verlegung ist in der Forschung umstritten. Vgl. Torbus: Konventsburgen, S. 463. Zum neuesten Standpunkt siehe Jóźwiak: Translokacje Chełmna, S. 3f. Konträr dazu s. Franz Schulz: Die ursprüngliche Lage der Stadt Culm und ihre Translocation. In: Altpreußische Monatsschrift 11 (1874), S. 513–532.

[3] Nach Zenon Nowak: Dzieje Chełmna do końca XVIII w. [Die Geschichte Kulms bis zum Ende des 18. Jahrhunderts]. In: Biskup (Hg.): Dzieje Chełmna, S. 110−181, hier S. 171.

[4] Michael Rademacher: Deutsche Verwaltungsgeschichte von der Reichseinigung 1871 bis zur Wiedervereinigung 1990. URL: http://www.verwaltungsgeschichte.de/dan_culm.html (Abruf 11.12.2013).

[5] Nach: Gemeindelexikon für das Königreich Preußen auf Grund der Materialien der Volkszählung vom 1. Dezember 1905. Berlin 1908.

[6] Zwischen 1920 und 1931 5.630 Personen aus dem gesamten Kreis Kulm. Vgl. Mieczysław Wojciechowski: Powiat i miasto Chełmno w okresie międzywojennym (1920−1939) [Der Kreis und die Stadt Kulm in der Zwischenkriegszeit (1920−1939)]. In: Biskup (Hg.): Dzieje Chełmna, S. 272−312, hier S. 273.

[7] Stand 31.12.2014: Główny Urząd Statystyczny (GUS): http://stat.gov.pl/obszary-tematyczne/ludnosc/ludnosc/ludnosc-stan-i-struktura-ludnosci-oraz-ruch-naturalny-w-przekroju-terytorialnym-stan-w-dniu-31-xii-2014-r-,6,17.html (Abruf 25.09.2015).

[8] Ludwig Adolf Wiese: Das höhere Schulwesen in Preußen. Historisch-statistische Darstellung. Bd. 1. Berlin 1864, S. 78−81.

[9] Bolesław Danilczuk: Chełmno w okresie zaboru pruskiego [Kulm während der preußischen Besatzung]. In: Biskup (Hg.): Dzieje Chełmna, S. 201−251, hier S. 208f.

Zitation

Tomasz Torbus: Kulm/Chełmno nad Wisłą. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2015. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32365 (Stand 12.10.2015).

Kulmhof → Shoah (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Kuttenberg/Kutná Hora (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Kyjiv → Kiew/Kyjiv/Kiev

siehe Kiew/Kyjiv/Kiev

L

Laibach/Ljubljana

1.Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Laibach

Amtliche Bezeichnung

slowen. Ljubljana

Anderssprachige Bezeichnungen

lat. Labacum; it. Lubiana

Etymologie

Die deutsche Bezeichnung "Leibach" wurde erstmals in den Jahren 1112–1125 erwähnt. Der Name soll vom altbairischen Wort "Labach" (= Sumpfland) stammen. Der slawische bzw. romanische Name "Luwigana" wurde erstmals 1146 erwähnt.

2. Geographie

Lage

Laibach liegt auf 46° 03' nördlicher Breite, 14° 30' östlicher Länge, auf 298 m über NHN, etwa 90 km nordöstlich von Triest/Trieste und 390 km südwestlich von Wien.

Topographie

Die Stadt liegt an der Grenze zwischen den Julischen und den Dinarischen Alpen, im südlichen Teil des Talkessels von Laibach, am Fluss Laibach (Ljubljanica).

Region

Krain

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Laibach ist seit 1991 Hauptstadt der Republik Slowenien. Die Stadt ist Sitz der römisch-katholischen Erzdiözese, der orthodoxen Kirche und der islamischen Gemeinschaft Sloweniens.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Das Stadtwappen zeigt auf rotem Grund eine silberne Stadtmauer mit Wachturm, auf dem ein grüner Drachen sitzt. Der Drache bezieht sich möglicherweise auf den hl. Georg, den Schutzpatron der Stadt.

Archäologie

Archäologische Funde reichen bis ins Paläolithikum zurück. Eine dauerhafte Besiedlung beginnt um 2000 v. Chr. Die römische Siedlung Emona/Aemona (*Colonia Iulia Aemona*) hatte bereits um 14 n. Chr. eine befestigte Stadtmauer und wurde 452 von Hunnen nieder-

gerissen. Archäologische Funde belegen eine slawische Besiedlung vom 6. bis zum 9. Jahrhundert.

Mittelalter

Mit dem Zusammenwachsen der Siedlungen und der Grundherrschaften zwischen dem Fluss Laibach, dem befestigten Hügel mit der Burg und den Überresten der römischen Siedlung Emona entwickelte sich seit 1230 die Stadt Laibach. Ihre frühe Entwicklung wurde durch zwei Faktoren entscheidend begünstigt: zum einen durch das Geschlecht der Spanheim, das im 11. Jahrhundert als Herzöge von Kärnten die Herrschaft in der Region übernahm, zum anderen durch die sich hier kreuzenden Handelswege: In nord-südlicher Richtung verlief die pannonisch-adriatische Verkehrsverbindung, in west-östlicher Richtung die Handelsstraße nach Kroatien und Bosnien. 1270–1276 nahm der böhmische König Otokar Přemysl die Krain mit Laibach in Besitz. Im Jahr 1278 fiel die Stadt an die Habsburger; diese übergaben sie an den Grafen von Görz (1279–1335). 1335 kamen die Krain und Laibach endgültig unter habsburgische Herrschaft. Laibach diente fortan als Stützpunkt bei der Ausdehnung der habsburgischen Herrschaft in Richtung Adria und Triest. Nach der Eroberung Bosniens durch die Osmanen und der Verschlechterung der Beziehungen zwischen den Habsburgern und der Republik Venedig nahm im 15. Jahrhundert die strategische Bedeutung der Stadt zu.

Neuzeit

Zu Beginn des 16. Jahrhunderts war Laibach Hauptstadt des Herzogtums Krain, Bistumssitz und das bedeutendste Wirtschaftszentrum auf dem Gebiet mit slowenisch sprechender Bevölkerung. 1797 zogen erstmals französische Truppen in die Krain ein, 1805 wurde die Stadt ein zweites, 1809 ein drittes Mal von Franzosen besetzt. Da Napoleon Laibach nach dem Frieden von Schönbrunn im Oktober 1809 zur Hauptstadt der Illyrischen Provinzen machte, nahm seine Bedeutung 1809–1813 als Sitz des Gouverneurs und der französischen Verwaltung zu. Nach der Restauration der österreichischen Herrschaft 1813 wurde Laibach zum Zentrum des Laibacher Guberniums, das Krain und Kärnten umfasste. 1821 war die Stadt Schauplatz des Kongresses der Heiligen Allianz. Nach Verlust des Gubernialsitzes 1849 war sie nur noch Hauptstadt der Krain. In Laibach tagte nach 1861 der Krainer Landtag und hier hatte die Landesregierung ihren Sitz.

Das äußere Erscheinungsbild der Stadt war bis 1848 noch deutsch. Auf Deutsch führten die Gebildeten und die höheren Schichten die Konversation, deutsch waren die Straßenbezeichnungen und öffentliche Aufschriften. Trotz des ausgeprägten deutschen Charakters der Stadt setzte die slowenische kulturelle Bewegung ihre in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts begonnene Arbeit auf dem Gebiet der slowenischen Sprache und Literatur in Laibach fort. Mit dem Aufschwung der slowenischen Bewegung nach 1861 übernahm Laibach die Führung im slowenischen kulturellen und politischen Leben. Hier wurde die Mehrzahl der slowenischen Vereine gegründet und hier erschienen die wichtigsten slowenischen Zeitungen und Kulturzeitschriften. Bis in die 1880er Jahre hinein wurde zwischen der slowenischen und der deutschen Partei in der Stadt ein Kampf um die politische Vorherrschaft geführt. Von 1868 bis 1882 hatten die Deutschen die Mehrheit im Stadtrat inne; dann übernahmen die Slowenen endgültig die Stadtverwaltung. In den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts bot die Stadt ein zweisprachiges Erscheinungsbild, ab 1908 wurden die zweisprachigen Straßenbezeichnungen durch slowenische ersetzt.

In den Jahren 1917/18 war Laibach das Zentrum der jugoslawischen Bewegung, die sich nach der Konstituierung des Reichsrates 1917 entwickelte. Im August 1918 wurde hier der

Nationalrat für die slowenischen Länder und Istrien konstituiert, der nach dem Zerfall Österreich-Ungarns die slowenische Nationalregierung bildete.

Zeitgeschichte

Mit der Gründung des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen 1918 wurde Laibach Hauptstadt des jugoslawischen Slowenien. Aufgrund der zentralistischen Staatsverfassung war das Land in zwei Kreise geteilt, weswegen Laibach nur für die Hälfte des slowenischen Gebiets administrativ zuständig war. Mit der Königsdiktatur (1929) gewann die Stadt jedoch den Status als administrative Hauptstadt zurück, als sie Hauptstadt des Draubanats (*Dravska banovina*) wurde, das das gesamte slowenische Gebiet Jugoslawiens umfasste.

1941 wurde Laibach von der italienischen Armee besetzt und Sitz des Hochkommissars für die *Provincia di Lubiana*, die den Großteil Unter- und Innerkrains umfasste. Nachdem sich die deutsche NS-Führung für die Umsiedlung der Deutschen aus den von Italien besetzen Gebieten entschieden hatte, wurden im Januar 1942 – wie die Gottscheer Deutschen in das Gebiet an der Save und Sotla – 1.055 Deutsche aus Laibach und anderen Teilen der *Provincia di Lubiana* in die Oberkrain umgesiedelt (einige Hundert siedelten später noch um).[1]

Da die traditionellen slowenischen Parteien mit Italien einen *Modus vivendi* suchten, ergriff in der Widerstandsbewegung eine kleine Gruppe von Kommunisten die Initiative und gründete die "Befreiungsfront". In ihr waren verschiedene politische Gruppen vertreten, doch deklarierten die Kommunisten den Kampf zur Abrechnung mit den politischen Gegnern bald als "sozialistische Revolution". Nach der Kapitulation Italiens 1943 wurde die Provinz Laibach ein Teil der deutschen Operationszone "Adriatisches Küstenland". An der Spitze der Provinzverwaltung stand ein slowenischer Präsident, der dem deutschen Oberkommissär in Triest unterstellt war. Am 9. Mai 1945 wurde Laibach von Partisanentruppen besetzt und ganz Slowenien in das neue kommunistische Jugoslawien eingegliedert. Nach dem Krieg wurde die deutschsprachige Bevölkerung, wie aus anderen Teilen Jugoslawiens und Sloweniens, aus Laibach vertrieben. Nach Angaben der jugoslawischen geheimen Staatspolizei wurden in den Jahren 1945/46 447 deutschsprachige Einwohner aus Laibach und 89 aus der Umgebung der Stadt nach Österreich ausgesiedelt (die tatsächliche Zahl ist aber sicher höher).[2]

1945 wurde Laibach Hauptstadt der Teilrepublik Slowenien. In den slowenischen Auseinandersetzungen mit der kommunistischen Zentrale in Belgrad spielte es seit 1945 eine bedeutende Rolle. In den 1980er Jahren wurde Laibach zum Zentrum des Widerstands gegen den Druck der jugoslawischen und serbischen kommunistischen Eliten.

Bevölkerung

Laibach hatte im 14. Jahrhundert etwa 4.000 Einwohner, im 18. Jahrhundert über 9.000 und 1846 18.583.[3] Im 17. und 18. Jahrhundert sprach die soziale Oberschicht Deutsch und Italienisch, während die einfachere Bevölkerung eine Mischung aus slowenischen und deutschen Wörtern verwendete. Die sprachlichen Praktiken änderten sich in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts auffällig; bei der Volkszählung im Jahr 1880 gaben von 24.511 Einwohnern nur noch 5.719 Personen (23,3 %) Deutsch als Umgangssprache an. Bei den späteren Volkszählungen wurde der nachfolgende Stand ermittelt:[4]

Jahr	insgesamt	Slowenisch	Deutsch	Sonstige
1890	30.505	24.199	5.127 (16,8 %)	389
1900	36.547	29.733	5.423 (14,8 %)	444
1910	41.727	33.846	5.950 (14 %)	/

Der Anstieg der Bevölkerung vor dem Ersten Weltkrieg resultiert neben neu zugezogenen Einwohnern aus der Erweiterung des Stadtgebiets.

Die jüdische Gemeinschaft hatte nur wenige Mitglieder: nach der Vertreibung der Juden aus Innerösterreich im Jahr 1515 siedelte sich erst zur Zeit der französischen Regierung 1811 wieder eine jüdische Familie in der Stadt an. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts lebten in Laibach etwas mehr als 100 Juden.

Anstieg der Bevölkerung nach dem Ersten Weltkrieg[5]

Jahr	damaliges Stadtgebiet	heutiges Stadtgebiet
1931		79.391
1948	59.765	120.571
1971	98.599	215.185
1991	173.853	267.008
2012		272.554

Wirtschaft

Haupteinnahmequelle Laibachs war seit dem Mittelalter der von Italien nach Norden (und umgekehrt) führende Kommissionsgroßhandel. Obwohl im 19. Jahrhundert Industriebetriebe entstanden, wurde die Stadt zunächst kein bedeutendes Wirtschaftszentrum. Auch nach 1918 entstanden neue Fabriken, doch entwickelte sich Laibach erst nach 1945 zu einem wichtigen industriellen Zentrum. In den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts hatte Laibach die meisten Industriearbeiter Sloweniens. Der Handel und das Verkehrswesen blieben wichtige Geschäftszweige. Nach der Unabhängigkeit Sloweniens 1991 erlebte die Stadt einen Deindustrialisierungsprozess.

Gesellschaft

Noch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts stellten Dienstboten, Handwerker, Gehilfen und Lehrlinge die Mehrzahl der Einwohner; nur rund ein Achtel gehörte dem Adel, dem Klerus oder dem Beamtentum an oder war Rentier. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts stieg die Zahl der Arbeiter, der Beamten, der Freiberufler und der slowenischen Intelligenz. 1921 waren weniger als 26 % der Bevölkerung in Industrie und Handwerk beschäftigt. Erst nach 1945 kam es zu einem steilen Anstieg der Beschäftigten in Industrie und Wirtschaft: ihre Zahl nahm bis zum Jahr 1972 weiter zu, um anschließend wieder zurückzugehen. Dieser Abwärtstrend setzte sich auch nach 1991 fort.

Religions- und Kirchengeschichte

Das Bistum Laibach wurde 1461 von Kaiser Friedrich III. gegründet, um den Einfluss Venedigs und des Patriarchen von Aquileja im habsburgischen Territorium einzudämmen. Das Bistum wurde dem Heiligen Stuhl unterstellt. Seit Beginn der 1540er Jahre lag die Stadtverwaltung in protestantischen Händen. Infolge der Rekatholisierung mussten die protestantischen Bürger die Stadt verlassen. Joseph II. erhob das Bistum 1787 zu einer Metropolie. Seit 1807 war Laibach wieder einfaches Bistum und bis 1830 direkt dem Hei-

ligen Stuhl, von 1830 bis 1933 der Erzdiözese Görz und seit 1933 wieder dem Heiligen Stuhl unterstellt.

1851 bekam Laibach erneut eine protestantische Kirche. Die Anzahl der Protestanten blieb weiterhin gering (1910: 365); ein Großteil davon waren deutschsprachige Bürger. 1934 wurde in der Stadt eine orthodoxe Kirche errichtet. Papst Johannes XXIII. erhob das Bistum von Laibach 1961 zu einem dem Heiligen Stuhl unterstellten Erzbistum. Nach 1945 stiegen die Mitgliederzahlen der evangelisch-lutherischen, mit dem Zuzug von Menschen aus Serbien und Montenegro auch die der orthodoxen Religionsgemeinschaften.

Bildung und Wissenschaft

Im 16. Jahrhundert wurden die Schulen in Laibach von den Protestanten betrieben, die auch das erste Gymnasium der Stadt gründeten. Mit der Gegenreformation kamen 1597 Jesuiten in die Stadt, die im Rahmen des Jesuitenkollegiums das Studium der Philosophie und der Theologie anboten. Nach der Auflösung des Jesuitenordens konnten Philosophie und Theologie im staatlichen Lyzeum studiert werden. Die Franzosen gründeten während der Zeit der Illyrischen Provinzen in Laibach die sog. "Écoles centrales" (1811 in "Akademie" umbenannt). Nach der Restaurierung der österreichischen Macht wurde das Lyzeum als höhere Schule erneuert. Mit der Auflösung der Lyzeen in Österreich (1849) blieb die theologische Lehranstalt als einzige höhere Schule übrig.

Die erste wissenschaftliche Gesellschaft der Stadt, die sogenannte *Academia Operosorum*, wurde 1693 nach Vorbild der italienischen Akademie gegründet. Im 19. Jahrhundert fanden wissenschaftliche Aktivitäten im Rahmen des 1821 gegründeten Landesmuseums und der in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstandenen Fachvereine statt. Die Gründung der slowenischen Universität in Laibach war seit 1848 eine der slowenischen nationalen Forderungen, zu ihrer Gründung kam es aber erst nach der Entstehung des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen 1919. 1938 wurde die Akademie der Wissenschaften und der Künste gegründet.

Kunstgeschichte

Die Anfänge der Burg über der Stadt reichen bis ins 12. Jahrhundert zurück; ihr heutiges Erscheinungsbild erhielt sie im 15. und 16., teilweise im 19. Jahrhundert. Seit der Gegenreformation erfuhr die Stadt vielerorts Barockisierungsmaßnahmen. Eine architektonische Erneuerung erfolgte im 18. Jahrhundert: Neben der Domkirche wurden das Priesterseminar mit der ersten wissenschaftlichen Bibliothek der Stadt und rund 30 Paläste im Barockstil errichtet. Ende des 18. Jahrhunderts wurden mehrere Gebäude im klassizistischen Stil erbaut, im 19. Jahrhundert überwogen historisierende Stile.

1895 wurden weite Teile der Stadt von einem Erdbeben zerstört. Das Stadtzentrum erlebte im folgenden Jahrzehnt mit den Palästen im Sezessionsstil eine urbanistische und bauliche Modernisierung. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde Laibach maßgeblich durch einen Schüler des Wiener Architekten Otto Wagner, Josef Plečnik, geprägt. Neben ihm arbeiteten in den 1930er Jahren Architekten funktionalistischer Richtung, die auch die Architektur nach dem Zweiten Weltkrieg prägte.

Buch und Druckgeschichte

Die erste Druckerei in Laibach wurde 1575 gegründet. Ende des 18. Jahrhunderts gab es in der Stadt bereits drei Druckereien. 1784 begann Ignatz A. Kleinmayr mit dem Druck der *Laibacher Zeitung*, die bis 1918 herausgegeben wurde. In der zweiten Hälfte des 19. und im 20. Jahrhundert erschienen in Laibach die wichtigsten slowenischen Zeitungen und

Zeitschriften, in den Jahren 1869–1893 gaben auch die Deutschen ihre Zeitung heraus (1869–1880 *Laibacher Tagblatt*, 1880–1893 *Laibacher Wochenblatt*). Nach der Gründung des jugoslawischen Königreichs 1918 war die Mehrzahl der slowenischen Verlage in Laibach ansässig; hier erschienen (und erscheinen heute noch) die meisten slowenischen Zeitungen und Bücher.

Gedenk- und Erinnerungskultur

Zu den bemerkenswerten Denkmälern der Stadt gehören – neben den Palästen und Kirchen im Barockstil – die im 19. und 20. Jahrhundert errichteten Denkmäler zum Gedenken an slowenische Kulturschaffende (z. B. für die Dichter Valentin Vodnik und France Prešeren sowie für den Autor Primož Trubar). Das Franz-Joseph-Denkmal und das Denkmal zu Ehren des in Laibach geborenen, auf Deutsch schreibenden Dichters Anton Alexander Graf Auersperg (Anastasius Grün) wurden nach dem Ersten Weltkrieg entfernt. Das gleiche Schicksal erlebten die zu Ehren von König Peter I. und König Aleksander I. Karadjordjević errichteten Denkmäler nach der italienischen Besatzung 1941. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden mehrere Denkmäler für die slowenische Widerstandsbewegung während des Zweiten Weltkriegs und deren kommunistische Anführer errichtet.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Vasilij Melik, Tone Ferenc, Miro Pak, Martin Horvat, Andreja Žigon: Ljubljana. In: Enciklopedija Slovenije 6. Ljubljana 1992, S. 218-248.
- Ferdo Gestrin (Hg.): Zgodovina Ljubljane. Prispevki za monografijo [Die Geschichte Laibachs. Beiträge zu einer Monographie]. Ljubljana 1984.
- Stefan Karner: Die deutschsprachige Volksgruppe in Slowenien. Aspekte ihrer Entwicklung 1939–1997. Klagenfurt u. a. 1998, passim.
- Dragan Matić: Nemci v Ljubljani 1861–1918 [Die Deutschen in Laibach 1861–1918]. Ljubljana 2002.
- Breda Mihelič: Urbanistični razvoj Ljubljane [Die urbanistische Entwicklung von Laibach]. Ljubljana 1983.
- Dušan Nećak (Hg.): "Nemci" na Slovenskem 1941–1955 ["Die Deutschen" in Slowenien 1941–1955]. Ljubljana 1998 (Razprave Filozofske Fakultete), passim.
- Peter Vodopivec: Laibach/Ljubljana. Die Hauptstadt der Republik Slowenien. In: Harald Heppner (Hg.): Hauptstädte zwischen Save, Bosporus und Dnjepr. Geschichte – Funktion – nationale Symbolkraft. Wien u. a. 1998, S. 9-29.

Anmerkungen

[1] Tone Ferenc: Nemci na Slovenskem med drugo svetovno vojno [Die Deutschen in Slowenien im Zweiten Weltkrieg]. In: Nećak (Hg.): "Nemci" na Slovenskem, S. 109.

[2] Ebd., S. 136-139. Nach einem anderen Bericht aus dem Jahr 1952 wurden aus Laibach "nur" 262 deutschsprachige Einwohner vertrieben; diese Zahl ist jedoch viel zu niedrig.

[3] Sergij Vilfan: Zgodovina Ljubljane do začetka 16. stoletja [Die Geschichte Laibachs bis zum Anfang des 16. Jahrhunderts]. In: Gestrin (Hg.): Zgodovina Ljubljane, S. 88; Jože Žontar: Ljubljana v 18. in v prvi polovici 19. stoletja [Laibach im 18. und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts]. In: Gestrin (Hg.): Zgodovina Ljubljane, S. 172.

[4] Matić: Nemci v Ljubljani, S. 433.

[5] Melik, Ferenc, Pak, Horvat, Žigon: Ljubljana, S. 232-235.

Zitation

Peter Vodopivec: Laibach/Ljubljana. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2013. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54297.html (Stand 16.10.2013).

Landeshut/Kamienna Góra

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Landeshut, bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts auch Landshut.

Amtliche Bezeichnung

poln. Kamienna Góra

Etymologie

Die Herkunft des Namens "Landeshut" ist nicht eindeutig geklärt. Die mittelalterliche Burganlage wird in der polnischen Literatur als *straż* (= Wache) bezeichnet.

2. Geographie

Lage

Landeshut liegt auf 50° 47' nördlicher Breite, 16° 20' östlicher Länge, etwa 26 km südöstlich von Hirschberg/Jelenia Góra und etwa 90 km südwestlich von Breslau/Wrocław.

Topographie

Landeshut liegt am Fluss Bober (Bóbr), in der Senke zwischen dem zum Riesengebirge (*Karkonosze*) gehörenden Landeshuter Kamm (*Rudawy Janowickie*) und dem Waldenburger Bergland (*Góry Walbrzyskie*) sowie dem Rabengebirge (*Góry Krucze*) auf 468 m Höhe.

Region

Niederschlesien

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Landeshut ist eine Kreisstadt in der Woiwodschaft Niederschlesien (*Województwo dolnośląskie*) in Polen. Die Stadt ist Sitz des Landkreises Landeshut (*Powiat Kamiennogórski*). Stadt und Landkreis sind Mitglied in der Euroregion Neisse (*Nisa, Nysa*).

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Der älteste Nachweis eines Stadtsiegels datiert von 1371. Das Wappen von Landeshut ist zweigeteilt. Die linke Seite zeigt eine zweitürmige Wehranlage auf blauem Grund, rechts befindet sich ein in Silberfarbe gehaltener Ritter in wehrhafter Ausrüstung auf rotem Grund.

Mittelalter

Besiedlung und wirtschaftliche Erschließung wurden durch die schlesischen Piasten gefördert, insbesondere durch die 1242 gegründete Benediktinerpropstei Grüssau/Krzeszów, ab 1292 Zisterzienserabtei, zu deren Besitz das spätere Stadtgebiet gehörte. Die Siedlung wurde vermutlich 1289/1292 nach deutschem Recht angelegt. Hier kreuzten sich zwei strategisch wichtige Verkehrsverbindungen. 1334 bestätigte Herzog Bolko II. von Schweidnitz-Jauer die Stadtrechte. Landeshut entwickelte sich zu einem bedeutenden Zentrum der Tuchmacherei, des Garn- und Leinenhandels.

1368/1392 fiel das Herzogtum Schweidnitz-Jauer an Böhmen. Beim Hussiteneinfall 1426 kam es zur völligen Zerstörung der Stadt.

Neuzeit

1526 übernahmen die Habsburger die Herrschaft in Schlesien. Der Dreißigjährige Krieg führte zu einem gravierenden wirtschaftlichen Niedergang.

Nach dem ersten Schlesischen Krieg 1742 fiel Landeshut an Preußen. Mit der Neuordnung Preußens 1815 expandierte die Stadt, die Wehranlage wurde niedergelegt, das Stadtgebiet erweitert. Ab 1816 wurde Landeshut Sitz des gleichnamigen Landkreises in der Provinz Schlesien, Regierungsbezirk Liegnitz (*Legnica*).

1903 wurde ein neues Kreiskrankenhaus (Mariannenstift) eingeweiht, 1904 der Betrieb in der Kaiserin-Auguste-Viktoria-Volksheilstätte aufgenommen (heute Medizinische Fachklinik für Orthopädische Chirurgie, Rheumatologie und Rehabilitation [*Dolnośląskie Centrum Rehabilitacji* Sp. z o. o. Kamienna Góra]). Zwischen 1903 und 1928 kam es zur Eingemeindung mehrerer Orte.

Zeitgeschichte

Bei der Reichstagswahl vom 5. März 1933 entfielen im Landkreis Landeshut von 47.163 der abgegebenen gültigen Stimmen 25.586 auf die NSDAP.[1] Während des Zweiten Weltkrieges unterhielt die Deutsche Erd- und Steinwerke GmbH (DEST) in Landeshut ein Außenlager des Konzentrationslagers Groß-Rosen. Das dafür genutzte unterirdische Stollensystem wird heute für touristische Zwecke genutzt. Viele Betriebe stellten während des Krieges auf Rüstungsproduktion um. Auswärtige Firmen verlagerten ihre kriegsbedingten Produktionsstätten nach Landeshut.

Die Stadt wurde am 9. Mai 1945 kampflos von der Roten Armee eingenommen, der überwiegende Teil der deutschen Bevölkerung 1946–1948 vertrieben. Ab 1945 kamen polnische Neusiedler nach Landeshut.

Bevölkerung

Für das Jahr 1787 sind 2.790 Einwohner nachgewiesen. Die Bevölkerung wuchs im 19. und 20. Jahrhundert kontinuierlich. 1843 lebten in Landeshut 5.076, 1890 bereits 7.572 und 1933 13.907 Menschen. 1939 hatte Landeshut 13.461 Einwohner,[2] 2012 waren es 20.342.[3]

Wirtschaft

Für das Jahr 1658 ist eine Zunft der Züchner (Bettzeugweber) belegt. 1677 schlossen sich die Kaufleute zu einer Kaufmanns-Sozietät zusammen. Die frühindustriellen Unruhen des 18. Jahrhunderts und die Schlesischen Weberaufstände 1844–1848 ergriffen auch die Lan-

deshuter Weber. Mithilfe technischer Neuerungen expandierte die Textilindustrie in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Bedeutende Betriebe waren u. a. die Weberei und Flachsspinnerei Kramsta-Methner & Frahne A.G., die Leinen- und Gebildweberei Grünfeld, Leinenindustrie Albert Hamburger AG. Daneben ließen sich eine Reihe mittelständischer Industriebetriebe in der Stadt nieder. 1849 wurde die Handelskammer Landeshut gegründet.

Der wirtschaftliche Aufschwung wurde optimiert durch die Anbindung der Stadt an das schlesische Hauptschienennetz (1869–1905). Bis 1989 war die Textilindustrie vorherrschend.

Gesellschaft

Das gesellschaftliche Leben der Stadt wurde seit dem Mittelalter durch die Zünfte und die Kirchen bestimmt. 1897 traten die Landeshuter Textilfacharbeiter dem Deutschen Textilarbeiter-Verband bei. Eine Kuriosität war der "Karnöffel-Bürgerunterstützungsverein", der in einem kombinierten Würfel- und Kartenspiel das spielerische mit dem sozialen Element verband.

Religions- und Kirchengeschichte

Die Stadtpfarrkirche St.-Peter-und-Paul wurde erstmals 1294 erwähnt. Nach der Einführung der Reformation setzte sich in Landeshut mehrheitlich die protestantische Lehre durch. Zwischen 1562 und 1654 fanden evangelische Gottesdienste in der bisher katholischen Stadtpfarrkirche statt. Zur Zeit der Gegenreformation erfolgte die habsburgische Rekatholisierung. Im Zuge der Altranstädter Konvention kam es 1707 zum Bau der evangelischen Gnadenkirche Zur-Heiligen-Dreifaltigkeit.

Ab 1812 ließen sich jüdische Siedler in Landeshut nieder; 1858 wurde eine Synagoge errichtet, die 1938 zerstört wurde. Die jüdischen Einwohner fielen mehrheitlich der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik zum Opfer. Die heutige polnische Bevölkerung ist überwiegend katholisch.

Bildung und Wissenschaft

Die 1709 der Gnadenkirche angeschlossene Lateinschule wurde nach der Säkularisation als Stadt- und Bürgerschule, später als Realgymnasium weitergeführt. Die Stadt verfügte als Mittelzentrum über mehrere konfessionsgebundene Volksschulen, über eine städtische Mittelschule sowie über berufliche Aus- und Weiterbildungsstätten. Nach 1945 knüpfte das polnische Staatliche Gymnasium an die Tradition an. An der Lateinschule wirkte von 1743-1757 als musikalischer Leiter der Musikpädagoge und Schriftsteller Ernst Daniel Adami (1716-1795). Für die allgemeine Bildung in Landeshut war die 1727 gestiftete "von Wallenberg-Fenderlinsche Bibliothek" bedeutsam. 1949 gelangte der Bestand in die Universitätsbibliothek Warschau/Warszawa, 1968 wurde ein großer Teil davon der Universitätsbibliothek Lodz/Łódź übergeben. 1932 etablierte sich ein Heimatmuseum, dessen Sammlungen nach 1945 in das Schlesische Webereimuseum übergingen.

Kunstgeschichte

Im historischen Zentrum befinden sich etliche barocke Patrizierhäuser und Bauten des 19. Jahrhunderts. Das 1905 im Stil der Neorenaissance errichtete Rathaus besitzt Treppenhäuser mit neugotischen Gewölbedecken und im Ratssaal drei Glasfenster von Eduard Kämpffer (1859-1926).

Der älteste Gebäudeteil der Stadtpfarrkirche St.-Peter-und-Paul stammt aus dem 14. Jahrhundert. Wertvoll sind der Renaissancealtar, das steinerne Taufbecken von 1580, die barocke Kanzel und die Orgelempore. Der Flügelaltar der hl. Anna (1520) wurde nach 1945 in das Breslauer Nationalmuseum verbracht. Die Wandmalereien aus dem 19. und 20. Jahrhunderts stammen von Josef Langer (1865-1918) und Jan Molga (1917-2001).

Die Gnadenkirche wurde 1709-1720 nach Plänen von Martin Frantz aus Reval/Tallinn errichtet. Wertvolle Ausstattungsstücke waren der Altar mit dem Hauptmotiv der hl. Dreifaltigkeit, die Kanzel von 1722 sowie die Menzel-Orgel von 1723. Die Inneneinrichtung wurde in den 1950er Jahren demontiert und in die Warschauer Garnisonkirche verbracht. Nach der Übernahme durch die polnische katholische Gemeinde erhielt die Kirche den Namen "Rosenkranzkirche" (*Kościół Matki Boskiej Różańcowej*) und erfuhr 1958-1966 grundlegende Veränderungen. Die Ausmalungen stammen von Jan Molga und Paul Mitka (1904-1979).

In Landeshut wurde der Baumeister und Architekt Carl Gotthard Langhans (1732-1808) geboren, der das Brandenburger Tor in Berlin schuf. Auch der Maler und Grafiker Friedrich Iwan (1889-1967) stammt aus Landeshut.

Presse

1871 gab der Buchdruckereibesitzer und Verleger Armin Werner das *Landeshuter Tageblatt* heraus. Ein 1840 gegründetes *Wochenblatt* erhielt 1865 die Bezeichnung *Landeshuter Kreisblatt*, ab 1922 *Landeshuter Zeitung*. 1904 gründete der Arbeitersekretär Hermann Krätzig MdR (1871-1954) das Parteiblatt *Landeshuter Volkszeitung*.

Erinnerungskultur

Die Stadt Wolfenbüttel (Niedersachsen) pflegt seit 1951 eine Patenschaft/ Partnerschaft mit Landeshut. Die Sammlungen der Landeshuter Heimatstube wurden 2013 als Dauerleihgabe dem Webereimuseum in Landeshut (*Muzeum*Tkactwa w *Kamiennej Górze)* übergeben.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Grzegorz Grajewski: Kamienna Góra/Landeshut. In: Ernst Badstübner, Dietmar Popp, Andrzej Tomaszewski, Dethard von Winterfeld (Hg.), Sławomir Brzezicki, Christine Nielsen (Bearb.): Dehio-Handbuch der Kunstdenkmäler in Polen. Schlesien. München u. a. 2005, S. 419-421.
- Erich Kunick (Hg.): Heimatbuch des Kreises Landeshut in Schlesien. 2 Bde. Landeshut 1929 (Neuauflage Wolfenbüttel 1954).
- Wolfgang Kraus, Brigitte Riedel, Karl-Heinz Wehner (Hg.): Geschichte der evangelischen Gnadenkirche Landeshut/Schlesien. Festschrift zum 300-jährigen Jubiläum der Grundsteinlegung 1709-2009. Wolfenbüttel 2010 (Schriftenreihe des Arbeitskreises Landeshut 5).
- Muzeum Tkactwa Dolnośląskiego w Kamiennej Górze (Hg.): Z dziejów Kamiennej Góry [Aus der Geschichte Landeshuts]. Kamienna Góra 2005.
- Wilhelm Carl Adolph Perschke: Verzeichniß der öffentlichen von Wallenberg-Fenderlinschen Bibliothek zu Landeshut in Schlesien, nebst eingestreuten Erläuterungen und einer Geschichte dieser Stiftung. Landeshut 1829.
- Barbara Skoczylas-Stadnik: Kościół Łaski w Kamiennej Górze [Die Gnadenkirche in Landeshut]. Legnica 2012.

Weblinks

- http://www.bkge.de/heimatsammlungen/35480.html (Dokumentation der Heimatsammlungen in Deutschland)
- http://fabian.sub.uni-goettingen.de/fabian?Universitaetsbibliothek%28Warschau%29 (Handbuch der historischen Buchbestände in Deutschland, Österreich und Europa. Hg. von Bernhard Fabian, digitalisiert von Günter Kükenshöner, hier: Universitätsbibliothek Warschau)
- http://de.gross-rosen.eu (Museum Groß-Rosen in Rogoźnicy)
- http://www.kamienna-gora.pl. (Offizielle Webseite der Stadt Kamienna Góra)
- http://www.landeshut.info (Orts- und Ahnenforschung im Kreis *Landeshut* in Schlesien)
- http://www.muzeumtkactwa.pl (Webseite des Webereimuseums Kamienna Góra/Landeshut)
- http://www.verwaltungsgeschichte.de/landeshut.html. (Deutsche Verwaltungsgeschichte von Landeshut/Schlesien, 1871-1945)

Anmerkungen

[1] http://www.verwaltungsgeschichte.de/landeshut.html (Zugriff am 15.9.2013).

[2] Nach Kunick: Der Kreis Landeshut in Zahlen. In: Ders.: Heimatbuch, S. 631 ff.

ders.: Zahlen zur Landwirtschaft und zur Bevölkerung unseres Kreises. In: ders.: Heimatbuch (1954), S.187-190; http://www.landeshut.info (Zugriff am 15.9.2013).

[3] http://www.citypopulation.de/php/poland-dolnoslaskie_d.php?cityid=0207011 (Zugriff am 15.9.2013).

Zitation

Inge Steinsträßer: Landeshut/Kamienna Góra. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/60075.html (Stand 21.03.2014).

Landsberg an der Warthe/Gorzów Wielkopolski (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Langenau/Câmpulung Muscel (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Lauban/Lubań Śląski (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Legnica → Liegnitz/Legnica

Siehe Liegnitz/Legnica

Legnickie Pole → Wahlstatt/Legnickie Pole

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Wahlstatt

Amtliche Bezeichnung

poln. Legnickie Pole; 1945-1948 Dobre Pole

Etymologie

Der deutsche Name Wahlstatt beziehungsweise Walstatt ist eine mittelhochdeutsche Bezeichnung für Schlachtfeld und bezieht sich auf die 1241 ausgetragene Schlacht Heinrichs II. des Frommen (1196/1207-1241), Herzog von Schlesien und Seniorherzog von Polen, gegen die Mongolen.[1] Die polnische Bezeichnung des Ortes Dobre Pole beruht auf der irrtümlichen Übersetzung des deutschen Namens Wolstat/Walstat. Legnickie Pole heißt Liegnitzer (Schlacht-)Feld.

2. Geographie



Ortsansicht Wahlstatt, mittig die Evangelische Kirche (Foto 1931). [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. BAG_1226a].



Ortsansicht Wahlstatt, mittig Benediktinerkloster mit Klosterkirche (Foto 2000). [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 147033].

Lage

Wahlstatt liegt auf 51° 9′ nördlicher Breite, 16° 15′ östlicher Länge, ca. 10 km südöstlich von Liegnitz/Legnica.

Region

Niederschlesien

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Polen. Wahlstatt ist eine Gemeinde im Kreis Liegnitz (*Powiat legnicki*) in der Woiwodschaft Niederschlesien (*Województwo dolnośląskie*).

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Das Wappen der Gemeinde Wahlstatt wurde erst 1990 entworfen. Es zeigt im oberen Feld das Brustbild des niederschlesischen schwarzen Adlers auf goldenem Grund, im unteren Feld auf hellblauem Hintergrund ein silbernes Schwert mit einem ebenfalls silbernen Pfeil gekreuzt, dazwischen ein goldenes Kreuz. Das Schwert und das Kreuz symbolisieren das christliche, der Pfeil das mongolische Heer; sie beziehen sich auf die 1241 ausgetragene Schlacht.[2]

Mittelalter

Am 9. April 1241 fand vor Liegnitz die Schlacht zwischen den Truppen von Herzog Heinrich dem Frommen (Henryk Pobożny) und dem Heer der Goldenen Horde, das auf seinem Eroberungszug in Polen eingefallen war und anschließend weiter Richtung Böhmen und Ungarn marschierte, statt. Das von einigen Templern und Deutschordensrittern unterstützte, jedoch zahlenmäßig unterlegene polnische Heer erlitt eine Niederlage, der Herzog fiel. Heinrichs Mutter Herzogin Hedwig (1174-1243) und seine Witwe Anna von Böhmen (gest. 1265) stifteten auf dem Schlachtfeld (der Legende nach an jener Stelle, an der der kopflose Leichnam des Herzogs gefunden worden war) eine Propstei, die sie mit Benediktinern aus Opatowitz/Opatovice in Ostböhmen besetzten.

Neuzeit

Als Abt Gregor II. Rüdiger (gest. 1535) im Kontext der Reformation in Schlesien keinen Nachfolger mehr erhielt, zog Herzog Friedrich II. (1480-1547) von Liegnitz die Propstei Wahlstatt ein und verkaufte das Gut an seinen Rat Hans von Leyningen. 1592 kam es in den Besitz der Familie von Braun. Während des Dreißigjährigen Krieges wurde die Ortschaft von den schwedischen Truppen zerstört. 1703 wurde das mittlerweile überschuldete Gut erneut von den Benediktinern erworben. 1742 fiel Wahlstatt zusammen mit der Provinz Schlesien an Preußen. 1762 diente das Kloster einige Tage als Quartier für König Friedrich II. (1712-1786).

19./20. Jahrhundert

Im Zuge der Säkularisation wurden die Besitztümer der Benediktiner in Wahlstatt 1810 verstaatlicht und kamen in Privatbesitz. 1813 bekam der preußische Generalfeldmarschall Gebhard Leberecht von Blücher (1742-1819) für seine Verdienste bei der Schlacht an der Katzbach den Titel des Fürsten von Wahlstatt verliehen, ab 1847 kam auch das Gut in den Besitz der Familie Blücher. In den Jahren 1836-1920 war das ehemalige Klostergebäude der Sitz einer Kadettenanstalt, während des Zweiten Weltkriegs diente das Kloster als Kriegsgefangenenlager für französische, jugoslawische und sowjetische Offiziere. Nach

1945 kam die Gemeinde unter polnische Verwaltung. In den Klostergebäuden wurde 1957 eine psychiatrische Klinik eingerichtet, seit 1961 dienen sie als Pflegeanstalt.

Wirtschaft

Seit dem Mittelalter war die lokale Wirtschaft vor allem durch Landwirtschaft geprägt; nach dem Zweiten Weltkrieg fanden viele Einwohner Beschäftigung im nahe gelegenen Liegnitz, einem Zentrum der Kupferindustrie.

Bildung

In der Staatlichen Kadettenanstalt wurden zunächst 40, später 200 Kadetten unterrichtet. Zu ihren berühmtesten Schülern zählt Paul von Hindenburg (1847-1934), der dort 1859 aufgenommen wurde. Im Kontext der Bestimmungen des Friedensvertrags von Versailles wurde die Kadettenanstalt 1920 in eine staatliche Bildungsanstalt umgewandelt; 1934 wurde sie zur „Nationalpolitischen Erziehungsanstalt“ (Napola) umfunktioniert.

Bevölkerung

1939 lebten in Wahlstatt 1.104 größtenteils deutschsprachige Einwohner.[3] Nach 1945 wurde die deutsche Bevölkerung vertrieben, an ihrer Stelle siedelten sich Polen an – überwiegend Vertriebene aus den ehemaligen polnischen Ostgebieten. Die Einwohnerzahl beträgt heute 1.336 (2012).[4]

Religions- und Kirchengeschichte

Die 1241 gestiftete Benediktinerpropstei wurde 1535 aufgelöst, die Klosterkirche evangelisch. 1703 wurde das Kloster mit Unterstützung des Kaisers Leopold I. (1640-1705) erneut von den Benediktinern erworben, die Klosterkirche allerdings musste – aufgrund der 1707 zwischen Katholiken und Protestanten geschlossenen Altranstädter Konvention – wieder an die Letzteren zurückgegeben werden und blieb bis 1945 evangelisch. Die Benediktiner lebten bis zur Säkularisation des Klosters 1810 in Wahlstatt. Zur Erinnerung an die Gefallenen der Schlacht von 1241 wurde in der Wahlstätter Kirche bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs am ersten Sonntag nach Ostern der sogenannte „Kriegssonntag“ gefeiert. Die Feier, die sich im Laufe der Jahre zu einem Volksfest entwickelte und zahlreiche Besucher anzog, wurde auch unter dem Namen „Ohrensonntag“ oder „Ohrenfest“ bekannt: Der Überlieferung von Jan Długosz (1415-1480) nach sollen die Mongolen nach der Schlacht allen gefallenen Christen die Ohren abgeschnitten und damit neun Säcke gefüllt haben, um sie als Siegeszeichen für den Großkhan nach Qara Qorum zu schicken.

Kunstgeschichte und Architektur

Ehemalige evangelische Pfarrkirche Hl. Dreifaltigkeit und St. Maria: Die gotische Saalkirche wurde vermutlich in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts errichtet, anstelle des von Herzogin Hedwig gestifteten Vorgängerbaus; bis 1535 unter Patronat der Benediktiner, nach der Auflösung der Propstei bis 1945 (mit Unterbrechung 1703-1708) evangelisch. Während des Dreißigjährigen Kriegs wurde sie durch Schweden geplündert, nach Brand von 1706 umgebaut. Seit 1961 Sitz des Museums der Schlacht bei Wahlstatt. Der Backsteinsteinbau mit quadratischem, kreuzgratgewölbtem Chor trägt steile Satteldächer; 1706 wurde er an der Südseite um eine große Vorhalle mit Empore im Obergeschoss erweitert.



Klosterkirche, Blick vom Innenhof (Foto 1931).
[Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. BAG_1282].



Langhaus der Klosterkirche (Foto 1931).
[Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. BAG_1187].



Kuppelfresko der Klosterkirche (Foto 1931).
[Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. BAG_1198].

Ehemaliges Benediktinerkloster und Kirche Hl. Kreuz und St. Hedwig: Der barocke Klosterkomplex wurde 1723-1738 nach Entwürfen des böhmischen Architekten Kilian Ignaz Dietzenhofer (1689-1751) auf Initiative des Abtes Othmar Zinke (1664-1738) aus dem böhmischen Braunau/Broumov errichtet; die Kirchenweihe erfolgte 1738. Nach der Säkularisierung 1810 wurden die Klostergebäude in ihrer neuen Funktion als Kadettenschule ausgebaut (1836-1841 Neubau des Flügels an der Gartenfassade); 1894-1898 erfolgte eine Umgestaltung im neubarocken Stil. Die Anlage wurde auf rechteckigem Grundriss errichtet, mit zentral eingefügter Kirche, deren Fassade in der Klosterflucht leicht zurückgesetzt ist. Das Langhaus ist ein Zentralraum, der durch die Verschränkung seiner ellipsenförmigen Gewölbefelder dynamisch bewegt wirkt. Die Hauptfassade zeigt eine wellenförmige Linienführung mit zwei Türmen, reiche Verzierung aus Pilastern, ionischen Säulen und Figuren der Benediktinerheiligen. Der Innenraum ist ein herausragendes barockes Gesamtkunstwerk: Die Wandpfeiler sind umstellt von Säulen mit Kompositkapitellen und barocken Stuckornamenten; die Deckenfresken des Müncheners Cosmas Damian Asam (1686-1739) zeigen die Auffindung des Kreuzes durch die Kaiserin Helena, die Kreuzverehrung bei allen Völkern der Welt, die Glorie des hl. Benedikt und die Auffindung des Leichnams des Herzogs Heinrich; in dieser Szene werden auch mongolische Truppen mit – bereits im 15. Jahrhundert in den *Annales* des polnischen Historikers Jan Długosz überlieferten – feuerspeienden papierenen Drachenköpfen gezeigt.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Konstanty Kalinowski: Barock in Schlesien. Geschichte, Eigenart und heutige Erscheinung. München 1990, S. 151-154.
- Beata Lejman: Legnickie Pole/Wahlstatt. In: Ernst Badstüber, Dietmar Popp, Andrzej Tomaszewski, Dethard von Winterfeld (Hg.), Sławomir Brzezicki, Christiane Nielsen (Bearb.): Dehio-Handbuch der Kunstdenkmäler in Polen. Schlesien. München, Berlin 2005, S. 520-543.
- Gotthard Münch: Wahlstatt. In: Hugo Weczerka (Hg.): Handbuch der historischen Stätten. Schlesien. Stuttgart 1977 (Kröners Taschenausgabe 316), S. 552-554.

Weblinks

- http://kulturportal-west-ost.eu/korrespondenzen/den-vereinnahmungen-folgt-das-einvernehmen/ (Website des Ostdeutschen Kulturrats)
- http://www.herder-institut.de/bildkatalog/index/index?searchfield_parameter=Wahlstatt&offsetpage=0&newperspective=thumbnails (Abbildungen zur Wahlstatt/ Legnickie Pole im Bildarchiv des Herder-Instituts, Marburg)

Anmerkungen

[1] Jacob und Wilhelm Grimm: Deutsches Wörterbuch. 16 Bde. in 32 Teilbänden. Leipzig 1854-1961. Bd. 27, Sp. 1361. URL: http://woerterbuchnetz.de/DWB/?lemid=GW05208 (Abruf 19.12.2013).

[2] Beschreibung des Wappens und seiner Symbolik vom Leiter des Projekts Piotr Dymmel: http://www.legnickiepole.pl/images/stories/file/gmina/opracowanie_herb.pdf (18.12.2013).

[3] Michael Rademacher: Deutsche Verwaltungsgeschichte von der Reichseinigung 1871 bis zur Wiedervereinigung 1990. URL: http://www.verwaltungsgeschichte.de/liegnitz.html#ew39lgntwahlst (Abruf 27.11.2014).

[4] GUS - Główny Urząd Statystyczny [Hauptamt für Statistik]: www.stat.gov.pl, Stand 30.06.2012 (Abruf 21.12.2013).

Zitation

Beata Lejman, Tomasz Torbus: Wahlstatt/Legnickie Pole. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2015. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32430 (Stand 20.02.2015).

Leitmeritz/Litoměřice (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Lemberg/L'viv/Lwów

1. Typonomie

Deutsche Bezeichnung

Lemberg

Amtliche Bezeichnung

ukr. Львів, translit. L'viv

Anderssprachige Bezeichnungen

poln. Lwów; jidd. Lemberg; russ. Львов, translit. L'vov; lat. Leopolis

Etymologie

Lemberg ist nach Lev (Löwe), dem Sohn des Fürsten von Galizien-Wolhynien Danylo Romanovyč (Halyc'kyj), benannt.

2. Geographie

Lage

49º 49' 48" nördlicher Breite, 24º 00' 51" östlicher Länge.

Topographie

Lemberg liegt etwa 70 km östlich der polnischen Grenze und 160 km nördlich der östlichen Karpaten, 296 m über dem Meeresspiegel. Das Flüsschen Poltva fließt durch die Stadt.

Region

Ostgalizien

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Westliche Ukraine; Lemberg ist Hauptstadt des Gebiets L'viv, Sitz der Gebietsverwaltung, von Erzbistümern der Ukrainischen Griechisch-Katholischen Kirche und der Römisch-Katholischen Kirche sowie von Bistümern der Ukrainischen Autokephalen Orthodoxen Kirche, der Ukrainischen Orthodoxen Kirche - Kyjiver Patriarchat, der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (Moskauer Patriarchat) und der Armenischen Apostolischen Kirche.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Das Stadtwappen wurde von den galizisch-wolhynischen Fürsten übernommen. Es zeigt einen goldenen Löwen in einem goldenen steinernen Tor mit drei Türmen auf hellblauem Grund.

Gebräuchliche und historische Beinamen

Leopolis semper fidelis (Lemberg – immer treu), Stadt der Löwen.

Archäologische Bedeutung

Erste archäologische Funde stammen aus dem 5. Jahrhundert. Spuren aus dem 9. Jahrhundert werden dem westslawischen Stamm der Lendizen zugeordnet, die im 10. Jahrhundert auf dem Schlossberg eine befestigte Siedlung errichteten.

Mittelalter

Auf einem Hügel Lembergs ließ Fürst Danylo (1223–1264, seit 1253 König) eine Burg errichten. Sein Sohn Lev (1270–1301) baute die Stadt aus und machte sie zu seiner Residenz. Erstmals erwähnt wurde Lemberg im Jahre 1256. Zwischen 1340 und 1349 gehörte die Stadt zum Litauischen Reich. 1349 fiel Lemberg an die polnische Krone, bei der es – mit Ausnahme eines kurzen ungarischen Intermezzos (1370–1387) unter König Ludwig von Polen und Ungarn - bis zur Ersten Teilung Polens blieb. Lemberg erhielt 1356 das Magdeburger Stadtrecht und 1444 das Stapelrecht. Zusammen mit früheren Handelsprivilegien und der verkehrsgünstigen Lage bildete dieses die Voraussetzung für den wirtschaftlichen Aufschwung der Stadt.

Neuzeit

In der Frühen Neuzeit war Lemberg ein geistiges Zentrum der östlichen Orthodoxie, zudem existierten zwei jüdische Gemeinden. Im 17. Jahrhundert wurde die Stadt mehrfach vergeblich von Osmanen und Kosaken belagert. 1704 nahmen schwedische Truppen unter Karl XII. die Stadt nach kurzer Belagerung ein. Die Kriegsverwüstungen und die Umorientierung der Handelsströme ließen Lemberg verarmen. Im Jahre 1772 fiel die Stadt nach der Ersten Teilung Polens an das Habsburgerreich und wurde Hauptstadt des Königreichs Galizien und Lodomerien.



Galizischer Landtag in Lemberg/Ľviv (Postkarte: vor 1919) [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 113863].

Zunächst war Deutsch die Verwaltungs- und Bildungssprache, seit der Mitte des 19. Jahrhunderts verlagerte sich der Schwerpunkt zu Polnisch, das nach den Reichsreformen 1867 Deutsch als Verwaltungssprache in den Hintergrund drängte. Lemberg erhielt 1870 Selbstverwaltung mit einem Magistrat, der von den städtischen – vorwiegend polnischen – Eliten gewählt wurde. Lemberg war Sitz des galizischen Landtags und der Statthalterei sowie Mittelpunkt des polnischen, jüdischen und ruthenischen/ukrainischen Genossenschafts- und Parteiwesens.

Zeitgeschichte

Während des Ersten Weltkriegs wurde Lemberg für mehrere Monate von russischen Truppen besetzt. Nach dem Zusammenbruch Österreich-Ungarns wurde Lemberg Hauptstadt der Westukrainischen Volksrepublik, deren Truppen am 1. November 1918 die Kontrolle über die Stadt übernahmen. Es folgten dreiwöchige Straßen- und Häuserkämpfe gegen polnische Milizen, die nach Eintreffen von Entsatztruppen mit einem polnischen Sieg endeten. Nach Abzug der ukrainischen Truppen kam es zu einem dreitägigen Pogrom, der v. a. von polnischen Soldaten begangen wurde und bei dem 74 Juden ermordet wurden. Vorwand war die angebliche Kollaboration der jüdischen Bevölkerung mit den Ukrainern. Mit dem Sieg Polens im polnisch-ukrainischen Krieg endete auch die Existenz der Westukrainischen Volksrepublik und Lemberg wurde Hauptstadt einer polnischen Woiwodschaft. Der öffentliche Raum wurde polonisiert und die ukrainische Bevölkerung diskriminiert. Seit dem alliierten Botschafterbeschluss von 1924 gehörte die Region zu Polen.

Als Ergebnis des Hitler-Stalin-Pakts fiel die Stadt nach kurzer Belagerung an die Sowjetunion und die Region wurde nach einem unfreien Volksentscheid in die Ukrainische SSR integriert. Terror und Repressionen gegen alle Teile der Bevölkerung kennzeichneten diese Phase. Die deutsche Minderheit wurde ins Deutsche Reich ausgesiedelt. Am 30. Juni 1941

wurde die Stadt von deutschen Truppen eingenommen. Mitglieder der Organisation Ukrainischer Nationalisten (Bandera-Fraktion) proklamierten eine ukrainische Regierung, die von den Deutschen nicht anerkannt wurde. Am selben Tag begann ein Pogrom gegen die jüdische Bevölkerung, dem etwa 7.000 Personen zum Opfer fielen. Die Täter stammten überwiegend aus Kreisen der ukrainischen Milizen, die mit den Deutschen kollaborierten. In den folgenden beiden Jahren kam die gesamte jüdische Bevölkerung entweder im Ghetto, im Zwangsarbeiterlager Lemberg oder im Vernichtungslager Bełżec ums Leben. Während des Krieges ermordeten die deutschen Besatzer auch zahllose Ukrainer und Polen. Gleichzeitig verschärfte sich der ukrainisch-polnische Konflikt. Nach Rückkehr der Roten Armee im Juli 1944 wurde fast die gesamte polnische Bevölkerung gezwungen, die Stadt zu verlassen. Nationalukrainische Partisanen kämpften noch jahrelang bewaffnet gegen die Sowjetisierung der Region. Ukrainer aus Polen, aus dem ländlichen Umland und aus der Ost- und Zentralukraine sowie zahlreiche Arbeiter und Funktionäre aus der Sowjetunion, darunter viele Russen, kamen in die Stadt.

Unter sowjetischer Herrschaft wuchs die Stadt rapide und wurde industrialisiert, gleichzeitig wurde sie zum kulturellen und wissenschaftlichen Zentrum ausgebaut. In den 1980er Jahren wurde sie zum Zentrum der ukrainischen Unabhängigkeitsbewegung.

Bevölkerung

Mit dem Aufschwung zum Handelszentrum fand eine ethnisch gemischte Zuwanderung statt. Im 15. und 16. Jahrhundert lebten Polen, Ruthenen, Juden, Armenier, Griechen, Italiener und Tataren in der Stadt. 1544 hatte die Stadt etwa 3.000 Einwohner, 2.700 Menschen lebten in den Vorstädten.[1] 1772 hatte Lemberg etwa 30.000 und 1910 206.100 Einwohner: 88,9 % gaben 1910 Polnisch, 8,7 % Ruthenisch (Ukrainisch) und 2,3 % Deutsch als Umgangssprache an. Nach einer Gebietsreform hatte Lemberg 1931 312.231 Einwohner. Im Zensus von 2001 waren von gut 700.000 Einwohnern 88,1 % Ukrainer, 8,9 % Russen, 0,9 % Polen, 0,4 % Weißrussen, 0,3 % Juden und 0,1 % Andere. Spannungen bestehen zwischen der ukrainischen Mehrheit und der jetzt größten Minderheit, der russischen.

Wirtschaft

Lemberg hat einen bedeutenden Bankensektor und ist ein industrielles Zentrum der Ukraine, besonders wichtig sind die Nahrungsmittelindustrie, der Maschinenbau und die chemische Industrie. Zunehmend wichtig wird der internationale Tourismus. Die Stadt besitzt einen internationalen Flughafen.

Gesellschaft

Zwischen 1939 und 1945 wurde die Bevölkerung als Folge des Holocaust und der Vertreibung bzw. Umsiedlung der Polen fast vollständig ausgetauscht. Nur etwa 20 % der Bevölkerung von 1948 hatte schon vor 1939 in der Stadt gelebt.

Religions- und Kirchengeschichte



Ring Lemberg/Ľviv (Postkarte: 1916) [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 114115]

1910: 51 % Römisch-Katholische (meist Polen), 28 % Juden, 19 % Griechisch-Katholische (davon etwa 2/3 Ukrainer); knapp 2 % gehörten anderen Religionsgemeinschaften an. Dazu zählte auch die evangelische Kirche, der meist Deutsche angehörten. 1931: 50,4 % waren römisch-katholisch, 15,93 % griechisch-katholisch und 31,9 % jüdisch. 1,69 % gehörten anderen Religionsgemeinschaften an. 2001 gehörten 45 % der Bevölkerung der Ukrainischen Griechisch-Katholischen Kirche an, 31 % der Ukrainischen Orthodoxen Kirche – Kyjiver Patriarchat, 5 % der Ukrainischen Autokephalen Orthodoxen Kirche, 3 % der Ukrainischen Orthodoxen Kirche – Moskauer Patriarchat und 3 % anderen Glaubensgemeinschaften.

Besondere kulturelle Institutionen

Bedeutend ist das Lemberger Opernhaus, es gibt zahlreiche Theater und eine Philharmonie. In der Stadt sind das Zentrale Staatliche Historische Archiv in Lemberg (CDIAL) und das Staatliche Archiv des Gebiets Lemberg (DALO) angesiedelt. Wichtige Bibliotheken sind neben der Stefanyk-Bibliothek (früher Ossolineum) die Universitätsbibliothek und die Bibliothek der Ukrainischen Akademie der Wissenschaften. Zu den bedeutenden Museen zählen das Historische Museum, das Ukrainische Nationalmuseum, die Gemäldegalerie und das Ethnographische Museum.

Bildung und Wissenschaft

Lembergs bedeutendsten Hochschulen sind die Nationale Ivan-Franko-Universität, die Nationale Polytechnische Universität, die Ukrainische Katholische Universität und die Nationale Medizinische Danylo-Halyc'kyj-Universität.

Alltagskultur

Lemberg ist ein beliebter Touristenort. Seit der Unabhängigkeit der Ukraine findet eine Rückbesinnung auf die multikulturellen Traditionen statt.

Der erste polnische Fußballklub (*Czarni Lwów*) wurde 1903 in Lemberg gegründet.

Kunstgeschichte

Bedeutende Sehenswürdigkeiten sind die gotische Lateinische Kathedrale (14./15. Jahrhundert), die Armenische Kathedrale (14. Jahrhundert) und die Griechisch-Katholische Georgs-Kathedrale (18. Jahrhundert). Lemberg hat einen sehenswerten Marktplatz, dessen

Gebäude nach dem Brand im Jahre 1527 teilweise im Renaissancestil wieder aufgebaut wurden. Weitere bedeutende Baudenkmäler sind der im Renaissancestil gehaltene Korniakt-Turm sowie die im 19. Jahrhundert errichteten Gebäude des ehemaligen galizischen Landtags (heute Universität) und des Operntheaters.

Buch- und Druckgeschichte

Der russische Buchdrucker Ivan Fjodorov (um 1518-1583) wirkte einige Jahre in Lemberg; 1580 wurde hier die erste kirchenslawische Bibel gedruckt. Nach 1867 war die Stadt Zentrum des galizischen Zeitungswesens.

Literatur

Zu den wichtigsten Autoren, die in Lemberg wirkten oder über die Stadt schrieben, zählen Sholem Alejchem, Ivan Franko, Aleksander Fredro, Zbigniew Herbert, Maria Konopnicka, Stanisław Lem, Joseph Roth, Leopold von Sacher-Masoch, Markijan Šaškevyč, Vasyl Stefanyk, Leopold Staff, Adam Zagajewski.

Militärgeschichte

Lemberg war vor 1914 Sitz eines k. u. k. Armeekorps.

Gedächtnis- und Erinnerungskultur

Polnische Denkmäler wurden nach 1945 mehrheitlich zerstört oder nach Polen gebracht. Übrig geblieben sind nur wenige, darunter das Mickiewicz-Denkmal von 1904. Nach dem Zerfall der Sowjetunion wurden alle sowjetischen Denkmäler mit Ausnahme der Denkmäler der Sowjetarmee und Denkmäler ukrainischer Dichter und Politiker gestürzt und Straßennamen entsprechend geändert. Zahlreiche neue Denkmäler wurden errichtet, die den ukrainischen Charakter der Stadt unterstreichen. Das Stadtzentrum wurde von der UNESCO 1998 zum Weltkulturerbe erklärt.

4. Diskurse/Kontroversen

Die Geschichte Lembergs ist umstritten. Eine Gruppe ukrainischer Intellektueller betont den ukrainischen Charakter der Stadt und interpretiert die polnische Zeit als 'Fremdherrschaft', eine zweite betont dagegen die Traditionen der Multiethnizität und der Koexistenz mehrerer Religionen. Streit gab es nach der ukrainischen Unabhängigkeit über die Rekonstruktion des Friedhofs der polnischen Gefallenen des polnisch-ukrainischen Krieges 1918/19 ('Friedhof der Verteidiger Lembergs'). Als Symbol der Aussöhnung zwischen Polen und der Ukraine wurde der Friedhof zwar wiederhergestellt, aber nach Einspruch der Stadtverwaltung mussten Inschriften entfernt werden, die der dominanten ukrainischen Geschichtsinterpretation widersprachen. Teil des ukrainischen Erinnerungskomplexes auf dem Lyčakivs'kyj-Friedhof ist auch das umstrittene Denkmal der ukrainischen (SS-) Division Galizien mit Ehrengräbern. Proteste aus der Zentral- und Ostukraine, aber auch aus dem Ausland erregte die Errichtung eines Denkmals für den Vorsitzenden der Organisation Ukrainischer Nationalisten, Stepan Bandera.

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Tarik Youssef Cyril Amar: The Making of Soviet Lviv 1939–1963. Princeton 2006.
- Delphine Bechtel: Das ukrainische Lemberg/L'viv seit 1991. Stadt der selektiven Erinnerung. In: Matthias Weber, Burkhard Olschowsky, Ivan Petranský, Attila Pók, Andrzej Przewoźnik (Hg.): Erinnerungsorte in Ostmitteleuropa. Erfahrungen der

Vergangenheit und Perspektiven. München 2011, S. 97-110. Siehe im selben Band auch die Beiträge von Christoph Mick: Lemberg/Lwów/L'viv – die multiethnische Stadt, S. 123-138 und Adam Redzik: Überlegungen zu Lemberg/Lwów als Erinnerungsort der Polen, S. 97-110.
- John Czaplicka (Hg.): Lviv. A City in the Crosscurrents of Culture. Cambridge 2005 (Harvard Ukrainian Studies, special issue 24).
- Peter Fässler, Thomas Held, Dirk Sawitzki (Hg.): Lemberg – Lwów – Lviv. Eine Stadt im Schnittpunkt europäischer Kulturen. 2., unveränd. Aufl. Köln u. a. 1995.
- Grzegorz Hryciuk: Polacy we Lwowie 1939–1944. Życie codzienne [Polen in Lemberg 1939–1944. Alltagsleben]. Warszawa 2000.
- L'viv – Istoryčni Narysy. L'viv 1996.
- Christoph Mick: Kriegserfahrungen in einer multiethnischen Stadt. Lemberg 1914–1947. Wiesbaden 2010 (Quellen und Studien/Deutsches Historisches Institut Warschau 22).
- Heidemarie Petersen: Judengemeinde und Stadtgemeinde in Polen. Lemberg 1356–1581. Wiesbaden 2003 (Forschungen zur osteuropäischen Geschichte 61).
- Leszek Podhorodecki: Dzieje Lwowa [Geschichte Lembergs]. Warszawa 1993.
- William Jay Risch: The Ukrainian West. Culture and the Fate of Empire in Soviet Lviv. Cambridge/Mass. 2011 (Harvard Ukrainian Studies).

Periodika

- Lwów. Miasto – Społeczeństwo – Kultura; L'viv. Misto – Suspil'stvo – Kul'tura [Lemberg. Stadt – Gesellschaft – Kultur]. Kraków oder L'viv 1996 ff.
- Galicja i jej dziedzictwo [Galizien und sein Erbe]. Rzeszów 1994 ff.

Weblinks

- http://www.city-adm.lviv.ua (Seite des Stadtrats)
- http://www.lvivcenter.org (Seite des Zentrum für Stadtgeschichte Ostmitteleuropas in Lemberg)
- http://www.map.inlviv.com (Stadtplan)
- http://www.lwow.eu (Fotos, Aufsätze, Informationen)
- http://www.ji-magazine.lviv.ua (NGO Unabhängige Kulturzeitschrift "ji" in Lemberg)

Anmerkungen

[1] Petersen: Judengemeinde, S. 50.

Zitation

Christoph Mick: Lemberg/Ľviv. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2013. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54302.html (Stand 30.01.2013).

Leningrad → Sankt Petersburg/Sankt-Peterburg/Leningrad

Siehe Sankt Petersburg/Sankt-Peterburg/Leningrad

Leszno → Lissa/Leszno

Siehe Lissa/Lezno

Leubus/Lubiąż (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Leuthen/Lutynia

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Leuthen

Amtliche Bezeichnung

poln. Lutynia

2. Geographie

Lage

Das Dorf Leuthen liegt im Südwesten Polens, 20 km westlich der niederschlesischen Hauptstadt Breslau/Wrocław und 15 km östlich von Neumarkt in Schlesien/Środa Śląska.

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Woiwodschaft Niederschlesien/Województwo dolnośląskie, Kreis Neumarkt in Schlesien/Powiat średzki, Gemeinde Nimkau/Gmina Miękinia (1945-54: eigenständige Gemeinde Leuthen/Lutynia).

3. Geschichte

Das Dorf Leuthen

Das Dorf Leuthen wurde im Jahre 1346 erstmals urkundlich erwähnt. Zu ihm gehören eine gotische Josefskirche (15. Jh.) und eine neugotische, ehem. evangelische Kirche (heute katholische Filiale).

Die Schlacht bei Leuthen (1757)

Das bekannteste Ereignis der Ortsgeschichte ist die Schlacht bei Leuthen am 5. Dezember 1757, eine der wichtigsten militärischen Auseinandersetzungen des Siebenjährigen Krieges (1756-63) zwischen Preußen und Österreich, die den Aufstieg des Königreichs Preußen zur europäischen Großmacht ebnete.

Nach einer Reihe von Niederlagen preußischer Truppen hatte König Friedrich II. (1712-86) in der Schlacht bei Roßbach (Kurfürstentum Sachsen) am 5. November 1757 ein Reichsexekutionsheer und französische Einheiten besiegt. Friedrichs Ziel war nun die erneute Inbesitznahme Schlesiens, das von österreichischen Truppen besetzt gehalten wurde.



Der Choral von Leuthen. Nach einem Gemälde von Wilhelm Camphausen (1818-85). (Bruno Schrader [Hg.]: Friedrich der Große und seine Zeit in Bild und Wort, Hamburg 1910, S. 117)

Am Morgen des 5. Dezember 1757 nahm ein großes österreichisches Heer unter Karl Alexander von Lothringen, das dem herannahenden preußischen Heer zahlenmäßig zweifach überlegen war, im Hügelland bei dem Dorf Leuthen in einer langen Reihung Aufstellung. Das preußische Heer vollzog anfangs Scheinangriffe auf dem linken Flügel, um dann auf dem rechten Flügel mit zunächst für die Österreicher verborgenen Infanterie- und Kavallerieeinheiten den entscheidenden Angriff zu führen. Friedrich II. und seine Generäle wandten dabei erstmals mit Erfolg die "schiefe Schlachtordnung" an. Nach der weitgehenden Auflösung der österreichischen Ordnung entbrannte in Leuthen ein Stellungskampf, insbesondere um den Kirchhof, der bis zum Abend mit einer vernichtenden Niederlage der Österreicher endete. Für Friedrich II. stand damit der Weg nach Breslau und zur endgültigen Inbesitznahme Schlesiens durch Preußen offen.

4. Erinnerungskultur

Neben der realhistorischen Bedeutung der Schlacht bei Leuthen steht deren Symbolwert für die preußisch-protestantische Geschichte zweiten Grades: Sie beinhaltet militärische Aspekte der Schlacht, ihre Vereinnahmung für eine protestantische Siegkultur sowie Anekdoten. Kaum ein Ereignis der Schlesischen Kriege ist häufiger auf Stichen, Historiengemälden und Zeichnungen festgehalten worden als die Schlacht von Leuthen. Novellen, Romane und Lieder bilden den literarischen Zweig dieser Erinnerungskultur.

Erinnert wurde in erster Linie an die geschickte Strategie des quantitativ unterlegenen preußischen Heeres, die wider Erwarten den Sieg herbeigeführt habe. Hierbei wurde vor allem das Geschick des Reitergenerals Hans Joachim von Zieten und des

Generalleutnants Georg Wilhelm von Driesen hervorgehoben.

Nach der Schlacht stimmten die etwa 25.000 überlebenden preußischen Soldaten den protestantischen Choral "Nun danket alle Gott" an. Dieser wurde daraufhin in Preußen

zu einer "vaterländischen Hymne" und zu einem Symbol protestantischer Siegesgewissheit, die bei zahlreichen preußischen Militärfeierlichkeiten inszeniert wurde. Der Sieg Friedrichs II. erhielt damit eine quasi-sakrale Überhöhung.



Friedrich der Große in Schloss Lissa. Grafik nach Adolf Menzel. (Franz Kugler: Geschichte Friedrichs des Grossen, Leipzig 1840, S. 366)

Eine der bekanntesten, allerdings ahistorischen Anekdoten berichtet von einem angeblichen ungeschützten Besuch Friedrichs II. im österreichischen Feldlager beim Schloss Deutsch-Lissa/Leśnica am Abend nach der Schlacht ("Bon soir, Messieurs, gewiss werden Sie mich hier nicht vermuten. Kann man hier auch noch mit unterkommen?"); die überrumpelten österreichischen Wachen sollen den König voller Ehrerbietung begrüßt haben. Diese Erzählung diente dazu, das Bild des verwegenen und furchtlosen Monarchen zu festigen.

Mehrere Denkmäler erinnerten vor 1945 an die Schlacht: der 1824 von König Friedrich Wilhelm III. errichtete "Altar von Leuthen", eine 12 m hohe Granitsäule (1854) an der Stelle, an der Friedrich II. die Schlachtordnung konzipiert haben soll, sowie ein 24 m hoher Obelisk (1907), der den Ort markierte, an dem die Soldaten nach der Schlacht den Choral von Leuthen anstimmten. Der Verherrlichung preußischen Soldatentums diente der 1933 in den deutschen Kinos angelaufene historische Spielfilm "Choral von Leuthen" (Regie: Carl Froelich).

Zwischen 1921 und 1945 existierte im Dorf Leuthen ein Museum der Schlacht bei Leuthen, um dessen Neueinrichtung sich seit 2003 der Verein der Freunde Leuthens (Stowarzyszenie Przyjaciół Lutyni) bemüht. Der 250. Jahrestag der Schlacht wurde 2007 mit großem Aufwand begangen.

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Bernhard R. Kroener: "Nun danket alle Gott." Der Choral von Leuthen und Friedrich der Große als protestantischer Held. Die Produktion politischer Mythen im 19. und 20. Jahrhundert. In: Gerd Krumeich, Hartmut Lehmann (Hg.): "Gott mit uns". Nation, Religion und Gewalt im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Göttingen 2000 (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 162), S. 105-134.
- Tobias Weger: Die Schlacht von Leuthen - Mythos und Erinnerungsort. In: Silesia Nova 2/2 (2007), S. 55-65.
- Rościsław Żerelik, Stanisław Rosik, Grzegorz Borowski (Hg.): Bitwa pod Lutynią (1757). Historia i tradycja [Die Schlacht bei Leuthen (1757). Geschichte und Tradition]. Wrocław 2010.

Weblinks

- http://www.theartofbattle.com/battle-of-leuthen-1757.htm
- http://books.google.de/books?id=R4IMAAAAYAAJ&printsec=frontcover&dq=geschichte+friedrichs+des+grossen&hl=de&ei=NVTOToSuOY_m-gbKv429Dg&sa=X&oi=book_result&ct=result&resnum=1&ved=0CEAQ6AEwAA# (Franz Kugler: Geschichte Friedrichs des Großen. Leipzig 1840, S. 353-368, mit den bekannten Grafiken Adolph von Menzels).

Zitation

Tobias Weger: Leuthen/Lutynia. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2011. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54304.html (Stand 07.12.2011).

Leutschau/Levoča (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Libau/Liepaja

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Libau

Amtliche Bezeichnung

lett. Liepāja

Anderssprachige Bezeichnungen

russ. Лиепая (Liepaja); lit. Liepoja; poln. Lipawa

Etymologie

Bis Mitte des 16. Jahrhunderts wird Libau als „Liwa“ erwähnt. 1560 erscheint zum ersten Mal die deutsche Bezeichnung „Libawe“. Weitere frühe Namensformen sind Liiw, Liva, Liba. Im Livischen bedeutet *liiw* Sand. Der Name Liepāja wird im Lettischen mit Linden assoziiert, weil im Wortstamm das lettische Wort *liepa* (=Linde) enthalten ist.

2. Geographie

Lage

Libau liegt auf 56° 31' nördlicher Breite und 21° 1' östlicher Länge, ca. 200 km südwestlich von Riga/Rīga.

Topographie

Libau liegt im äußersten Westen Lettlands auf der Nehrung zwischen dem Libauer See und der Ostsee.

Region

Kurland

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Lettland. Libau gehört zur Region Kurland (*Kurzeme*) und war bis zur Verwaltungsreform 2009 soziales und administratives Zentrum des Landkreises Libau (*Liepāja*). Seitdem ist Libau eine von neun lettischen Republik-Städten.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik



Flagge Libaus (1938) mit integriertem Wappen.

Das Wappen aus dem Jahr 1625 zeigt auf silbernem Grund den roten kurländischen Löwen mit Doppelschwanz auf grünem Boden, der mit seinen Vorderpfoten eine grüne Linde stützt. Es ist auch in der Mitte der Flagge der Stadt Libau aus dem Jahr 1938 zu sehen, die zwei waagerechte Streifen (rot und grün) aufweist.

Seit 1999 hat die Stadt Libau eine offizielle Hymne: *Pilsēta, kurā piedzimst vējš* (Stadt, in der der Wind geboren wird). Die Musik (1973) stammt von dem lettischen Komponisten Imants Kalniņš, der Text von dem lettischen Dichter Māris Čaklais (1940-2003).

Mittelalter

Die Ursprünge Libaus sind in dem kleinen Fischerdorf Liwa am gleichnamigen, heute versandeten Flüsschen Liwa (*Lyva*) zu suchen. Der schmale Streifen zwischen dem heutigen Libauer See und dem Meer wurde von den Vorfahren der Liven, finno-ugrischen Stämmen, und ab dem vierten Jahrhundert n. Chr. von Kuren bewohnt.

Erstmals werden das Dorf Liwa (*Lyva dorp*) und der Hafen Liwa (*Lyva portus*) 1253 beziehungsweise 1267 in zwei Teilungsverträgen zwischen dem Deutschen Orden und Bischof Heinrich von Kurland (gest. 1274) erwähnt, als deren Ergebnis der Hafen dem Bischof, das Dorf dem Deutschen Orden überlassen wurde. 1291 wird *castrum Lyva* als Besitz des kurländischen Domkapitels erwähnt.

1413 wird Liwa erstmals als eine Siedlung bezeichnet. Der flandrische Ritter Ghillebert de Lannoy (1386-1462), der über Preußen nach Livland kam, schrieb in seinem Tagebuch: „...ich kam in eine Stadt, die Liwa genannt wird und am Liwa-Flusse liegt.“[1] Fünf Jahre später wurde der Ort von Litauern niedergebrannt; viele Einwohner wurden erschlagen.

Neuzeit

Im 15. Jahrhundert machte sich die Versandung des Flüsschens und des Hafens bemerkbar. Als dieser in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts endgültig versandete, wurde ein

neuer Hafen angelegt, wodurch sich die Siedlung nach Süden verschob. In den 1560er Jahren wurde neben dem neuen Hafen der Marktplatz zum Mittelpunkt des öffentlichen Lebens.

Nach Auflösung des livländischen Zweiges des Deutschen Ordens im Jahr 1561 erlebte Libau wechselnde Machthaber. 1560 verpfändete Gotthard von Kettler (1517-1587), der letzte Landmeister des Deutschen Ordens in Livland und ab 1561 erster Herzog von Kurland und Semgallen, Libau als Teil der Grobiner (*Grobiņa*) Vogtei an den Brandenburger Markgrafen und preußischen Herzog Albrecht (1490-1568); 1609 kehrte Libau als Mitgift seiner Tochter Sophie (1527-1591) nach Kurland zurück.

Am 18. März 1625 gewährte der kurländische Herzog Friedrich Kettler (1569-1642) Libau das Stadtrecht, das ein Jahr später durch König Sigismund III. Wasa von Polen (1566-1632) bestätigt wurde. Seitdem entwickelte sich Libau zu einer bürgerlichen Stadt, geführt vom Kaufmannsstand. In den Schwedisch-Polnischen Kriegen im 17. und 18. Jahrhundert, in denen es unter anderem um die Vorherrschaft im Baltikum ging, wurde Libau von Schweden, Sachsen und Polen erobert. Gravierende Verluste erlitt die Stadt 1661, 1698 und 1710 durch Pestepidemien und einen Großbrand.

Im Siebenjährigen Krieg (1756–1763) wurde Libau von Russen besetzt (1757/58). 1794 kam es in Libau zu Zusammenstößen zwischen polnischen Insurgenten und russischen Soldaten, die 1795 mit dem Anschluss Kurlands an Russland endeten. Im Krimkrieg (1855) erfolgte eine Blockade des Libauer Hafens durch englische Schiffe. 1878 wurde in Libau die russische Städteordnung eingeführt; 1889 wurde die Ratsverfassung endgültig aufgehoben.

Zeitgeschichte

Libau war im Ersten Weltkrieg die erste große Festung in der Kette der russischen Grenzbefestigungen, die von deutschen Truppen eingenommen wurde – mit einem gleichzeitigen Angriff von Land und von See im Mai 1915. Im gleichen Jahr wurde Libau in den Militärstaat Ober Ost der deutschen Besatzungsmacht eingegliedert. Aber schon Ende 1914 hatte eine Flüchtlingsbewegung in Kurland eingesetzt – rund 400 000 Einwohner verließen ihre Heimat. Vom 6. Januar bis 8. Juli 1919 war Libau, infolge der sowjetischen Besetzung Rigas, Sitz der Regierung Lettlands, das im November 1918 seine Unabhängigkeit erklärt hatte. Am 16. April 1919 putschten Deutschbalten in Libau, und die lettische Regierung unter Ministerpräsident Kārlis Ulmanis (1877-1942) wurde gewaltsam gestürzt. Die Regierung und der Ministerpräsident konnten auf das britische Schlachtschiff „Saratow“ entkommen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Libau zur Militärstadt mit der größten Militärbasis der UdSSR mit 26.000 Soldaten – einem Drittel aller Einwohner.[2] Außerdem wurde Libau zu einer „geschlossenen Stadt“ erklärt; das Betreten war nur mit einer Sondererlaubnis möglich. 1967 wurde der Handelshafen geschlossen, nach der Unabhängigkeit Lettlands 1992 wurde er wieder eröffnet.

Bevölkerung

Im 13. Jahrhundert lebten in Libau nicht mehr als 100, im 16. Jahrhundert 400 bis 500 Einwohner.[3] 1897 waren von 64.489 Einwohnern 24.918 Letten, 11.627 Deutsche, 9.461 Juden, 7.492 Russen, 6.007 Polen, 3.587 Litauer; 1.397 fielen in die Kategorie „Sonstige“. 1914 war die Einwohnerzahl auf 94.000 gestiegen (ohne Kriegshafen). 1920 lebten hier noch 51.583 Personen: 26.927 Letten, 5.864 Deutsche, 9.758 Juden, 1.773 Russen, 2.904

Polen, 3.777 Litauer, 580 Sonstige. 1935 betrug die Einwohnerzahl 57.098, davon 38.845 Letten, 4.520 Deutsche, 7.379 Juden, 1.943 Russen, 2.261 Polen, 1.587 Litauer, 107 Esten und 356 Sonstige. 1967 lebten in Libau 86.100 Personen,[4] bis 1990 stieg die Einwohnerzahl auf 114.337, bis zum Jahr 2013 sank sie auf 73.469.[5]

Wirtschaft



Ansicht des Libauer Hafens; Stich von Wilhelm Siegfried von Stavenhagen (1814-1881). [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 227405].

Die eigentlich strategisch günstige Lage Libaus an der Ostsee und zwischen der Residenz des Deutschen Ordens in Marienburg/Malbork sowie dem Sitz der livländischen Ordensmeister in Riga hatte im Mittelalter keinen Einfluss auf den Handel. Ende des 15. Jahrhunderts wurden lediglich Fleisch, Fisch, Butter und Holz in nordostdeutsche Städte exportiert. Erst ab dem 16. Jahrhundert nahm die Bedeutung des Hafens von Libau für den kurländischen Handel zu.

Der Zusammenbruch des Deutschen Ordens brachte dem Ort nicht nur neue Besitzer, sondern auch wirtschaftlichen Aufschwung. Die Zugehörigkeit zu Preußen aktivierte den Landhandel mit Polen-Litauen. Als der größte Handelskonkurrent, die Stadt Riga, 1621 nach Schweden eingegliedert wurde, entwickelten sich Libau und Windau/Ventspils zu neuen Handelszentren des Herzogtums Kurland. Um 1625 kam es auch zur Versandung des neuen Hafens. Einen weiteren Versuch des Hafenausbaus unternahm Herzog Jakob (1610-1682); von 1697 bis 1703 erfolgte noch eine Hafenerweiterung, was letztlich im 18. Jahrhundert erneut zu wirtschaftlichem Aufschwung führte. 1737 wurden der Hafen vertieft und Molen errichtet, was zu einer Belebung der Schifffahrt führte. 1783 erreichte Russland ein Verbot des gesamten Außenhandels. 1858 erfolgte ein erneuter Ausbau des eisfreien Hafens, der den Handel an sich zog. Ende des 19. Jahrhunderts wurden der Vorhafen, der Handelshafen, der Winterhafen und der Kriegshafen (1890–99) angelegt. Anfang des 20. Jahrhunderts verkehrten Dampferlinien nach Windau, Riga, Sankt Petersburg/Leningrad, Stettin/Szczecin, Lübeck, Kopenhagen, Hamburg, London, Hull, Antwerpen und New York. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden Frachtgüter nach Finnland, Schweden, Dänemark, in beide deutschen Staaten, nach England, Frankreich, Kuba, Brasilien und in die Vereinigten Arabischen Republiken verschifft.

Der Bahnanschluss Libaus beschleunigte den Handel enorm. 1871 wurde die Strecke Libau–Moscheiken/Mažeikiai (Litauen)–Romny (Ukraine) eröffnet. 1900 kam die Verbindung Libau–Hasenpoth/Aizpute, 1915 Libau–Preekuln/Priekule–Memel/Klaipėda (Ostpreußen, heute Litauen) sowie Libau–Goldingen/Kuldīga und 1917/29 Libau–

Mitau/Jelgava dazu. 1899 wurde in der Stadt die erste elektrische Straßenbahn im Baltikum eröffnet.

In den zahlreichen Fabriken Libaus wurden Anilin und andere chemische Güter erzeugt sowie Dachpappe, Draht, Nägel, Kartonagen, Metallwaren, Werkzeuge, Schuhe, Zündhölzer, Ölpressen, Korken, Konserven, Liköre und Seife hergestellt und Tabak verarbeitet. Die wichtigsten Exportwaren waren Getreide und Holz. Im Ersten Weltkrieg wurde die Industrie weitgehend vernichtet, der Wiederaufbau erfolgte zum großen Teil durch ausländisches Kapital.

Ende der 1950er Jahre wurde in Libau der Flughafen ausgebaut.

Besondere kulturelle Institutionen, Bildung

In Libau gibt es fünf Museen, darunter das 1924 eröffnete Stadtmuseum (*Liepājas muzejs*), ein Theater und die älteste Philharmonie im Baltikum, das Libauer Symphonie Orchester (*Liepāja Symphony Orchestra*, seit 1883: *Liepājas simfoniskais orķestris*).

Aus der Libauer Pädagogischen Akademie entstand 2008 die Universität Libau (*Liepājas Universitāte*).

Kunstgeschichte



Dreifaltigkeitskirche (Foto vor 1935). [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 227397].

Die St.-Annen-Kirche wurde erstmals 1509 als Fachwerkbau erwähnt. Imposant ist der von Nikolaus Soeffrens d. J. (1662-1710) geschaffene Barockaltar. Altar und Kanzel sowie der Beichtstuhl aus dem Jahr 1611 gehören zu den ältesten Kirchenausstattungsgegenständen in Lettland.

Die Dreifaltigkeitskirche ist die größte protestantische Kirche Lettlands. Erbaut wurde sie 1742-1750 nach einem Entwurf des Königsberger Architekten Johann Christoph Dorn (geb. 1671) mit Formen der Schlossarchitektur und sorgfältig aus Sandstein gearbeiteten Finessen des Fassadenschmucks, Pilastern und Skulpturen. Der 18 mal 44 Meter große, helle Innenraum ist mit weltlichem Prunk ausgestaltet. Weltbekannt ist die von dem Rigaer

Orgelbauer Heinrich Andreas Contius (1708-1792/95) im Rokokostil erbaute Orgel, die 1885 von dem Stettiner Orgelbauer Barnim Grüneberg (1828-1907) auf 131 Register erweitert wurde. Bis 1912 die größte Orgel der Welt, gehört sie auch heute noch zu den eindrucksvollsten Orgeln Europas.

Sehenswert sind in Libau auch einige Bürgerhäuser und Speicher aus dem 17. und 18. Jahrhundert.

Gedächtnis- und Erinnerungskultur

2009 bewarb sich Libau als Europäische Kulturhauptstadt 2014, musste aber Riga den Vorrang lassen. Libau und Darmstadt sind seit 1993 Partnerstädte.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Imants Lancmanis: Libau. Eine baltische Hafenstadt zwischen Barock und Klassizismus. Aus dem Lettischen übersetzt von Ursula Reimers. Köln 2007.
- Libau. In: Hans Feldmann, Richard von Kymmel, Dagmar Lydike, Heinz von zur Mühlen, Clara Redlich, Sigrid Weikert-Girgensohn: Baltisches historisches Ortslexikon. T. 2: Lettland (Südlivland und Kurland). Köln 1990 (Quellen und Studien zur Baltischen Geschichte 8/II), S. 344–346.
- C[onstantin] Mettig: Baltische Städte. Skizzen aus der Geschichte Liv-, Est- und Kurlands. 2., verm. Aufl. Riga 1905, S. 298–310.
- Ādolfs Šilde: Latvijas vēsture [Geschichte Lettlands] 1914-1940. Stockholm 1976.
- Alexander Wegner: Geschichte der Stadt Libau. Libau 1878. (Nachdruck 1970).

Weblinks

- http://www.liepaja.lv/page/30 (Internetseite der Stadt Libau)
- http://www.filmportal.de/video/oesel-genommen (Historische Filmaufnahmen zu Militärtransporten im Hafen von Libau)
- http://www.herder-institut.de/bildkatalog/index/index?searchfield_parameter=libau&newperspective=thumbnails (Abbildungen zu Libau im Bildarchiv des Herder-Instituts, Marburg)

Anmerkungen

[1] Zitiert nach: Lancmanis: Libau, S. 6.

[2] http://www.liepaja.lv/page/1510 (Abruf 08.12.2014).

[3] Lancmanis: Libau, S. 6, 8.

[4] Libau. In: Feldmann u.a.: Baltisches historisches Ortslexikon, S. 345.

[5] Datenbank der Lettischen Statistischen Behörde: http://www.csb.gov.lv/ (Abruf 06.02.2014).

Zitation

Anda Godlinski: Libau/Liepāja. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32308 (Stand 23.12.2014).

Libétbánya → Libeten/Ľubietová/Libétbánya (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Libeten/Ľubietová/Libétbánya (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Libinsdorf/Karlov (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Liegnitz/Legnica

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Liegnitz

Amtliche Bezeichnung

poln. Legnica (früher Lignica)

Anderssprachige Bezeichnungen

tschech. Lehnice; lat. Lignitium

Etymologie

Der Name Legnica (tschech. soviel wie "kleines Lager") leitet sich von slawischen Wörtern wie *legowisko* (= Lager, Rastplatz) und *legać* (= liegen, rasten) ab, was im Zusammenhang mit der Lage der Stadt am Übergang über die Katzbach (*Kaczawa*) steht.

2. Geographie

Lage

Liegnitz liegt auf 51° 13' nördlicher Breite, 16° 10' östlicher Länge, 69 Kilometer westlich der Regionshauptstadt Breslau/Wrocław.

Topographie

Die Stadt liegt in der mittelschlesischen Ebene an der Mündung der Schwarzwasser (*Czarna Woda*) in die Katzbach, einen linken Nebenfluss der Oder.

Region

Schlesien

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Polen. Liegnitz ist kreisfreie Stadt in der Woiwodschaft Niederschlesien (*Dolny Śląsk*) und seit 1992 Sitz des Bistums Legnica. Von 1975 bis 1998 war es Hauptstadt der Woiwodschaft Legnica (*Województwo legnickie).*

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Auf dem der Stadt 1453 verliehenen Wappen ist ein nach links steigender, goldener und doppelschwänziger Löwe auf blauem Grund mit zwei silbernen Schlüsseln in den Pranken abgebildet. Diese symbolisieren die Schlüssel des hl. Petrus, der gemeinsam mit dem hl. Paulus Patron der Stadtpfarrkirche ist.

Historische Beinamen und Spottnamen

Vor 1945 war Liegnitz wegen seiner Ausrichtung auf die Landwirtschaft im Deutschen Reich als "Gurkenstadt" bekannt. In der Zeit der Volksrepublik Polen wurde die Stadt wegen ihrer Funktion als Stützpunkt der Roten Armee auch als "Klein-Moskau" (*mała Moskwa*) bezeichnet.

Mittelalter

Archäologische Ausgrabungen belegen, dass innerhalb der heutigen Stadtgrenzen schon in der Zeit des 6. bis 8. Jahrhunderts eine Siedlung existierte. Um die Wende vom 9. zum 10. Jahrhundert wurde an dieser Stelle ein slawischer Burgwall errichtet. Bereits vor der Gründung der frühesten Siedlung kreuzte am Flussübergang die Hohe Straße, eine der wichtigsten mittelalterlichen und neuzeitlichen Verkehrsverbindungen, andere Handelsrouten.



Die Marienkirche in Liegnitz/Legnica
[Foto: A. R. Białachowski].

Der Ort wurde erstmals 1149 in einer Urkunde des piastischen Herzogs Bolesław IV. Kraushaar erwähnt**.** Seit Ende des 10. Jahrhunderts gehörte Liegnitz mit Schlesien zu Polen. Dies änderte sich 1138 mit dem Tod Bolesławs III. von Polen und der Einführung der Senioratsverfassung, die das Königreich in mehrere Herzogtümer aufteilte. Der älteste Sohn Bolesławs, der Herzog von Schlesien, Seniorherzog von Polen und Begründer der Schlesischen Piastenlinie, Władysław II. der Vertriebene, musste das Land infolge eines Bruderkrieges 1146 verlassen und Zuflucht im Heiligen Römischen Reich suchen. 1163 erhielt sein ältester Sohn, Bolesław I. der Lange, Mittel- und Niederschlesien und damit auch Liegnitz, wo er, sein Nachfolger Heinrich I. der Bärtige und dessen Sohn Heinrich II. häufig residierten. 1241 fiel Herzog Heinrich II. der Fromme auf der nahegelegen Wahlstatt/Legnickie Pole in der Schlacht gegen eine mongolische Streitmacht. Nach der Niederlage des deutsch-polnischen Heeres wurde Liegnitz mehrere Tage belagert, jedoch nicht erobert. Zwischen 1242 und 1252 verlieh der Sohn Heinrichs II., Bolesław II. der Wilde, dem Ort das Magdeburger Recht. Nach 1331 wurde Liegnitz mit ganz Schlesien böhmisches Lehngut. Beim Wiederaufbau nach einem Großbrand 1338 wurde das Stadtgebiet zunehmend erweitert und bis Ende des Jahrhunderts mit einer neuen Stadtmauer umgeben. In den Jahren 1347 und 1349 erlebte die Stadt Pestepidemien.

Im Zuge der Hussitenkriege Anfang des 15. Jahrhunderts wurde Liegnitz belagert, aber nicht zerstört. 1419 wurde die Stadt, indem sie nach dem Tod Wenzels II. in den Besitz von Ludwig II. überging, Teil des neuen Herzogtums Liegnitz-Brieg. 1446 wurden im Anschluss an einen Judenpogrom alle Juden aus der Stadt vertrieben. Als Elisabeth von Bra

ndenburg, die Witwe Ludwigs II., 1449 starb, begann im Herzogtum der sog. Liegnitzer Lehnstreit. Im Mai 1452 huldigte die Stadt dem böhmischen König Ladislaus Postumus, der ihr am 12. März 1453 ein neues Wappen verlieh. 1454 kam es zu einem Aufstand des einfachen Volkes gegen das Patriziat. Der Lehnstreit wurde erst 1468 beigelegt, nachdem Friedrich I. dem tschechischen König erneut gehuldigt hatte.

Neuzeit

In den 1620er Jahren konnte die Stadt ihren Wohlstand durch den Ankauf von Landgütern und Wäldern in ihrer nächsten Umgebung vermehren. Der Dreißigjährige Krieg, zunächst für die Stadt ohne Auswirkungen, war dennoch präsent; 1621 ließ Herzog Georg Rudolf die Befestigungsanlagen ausbauen. Nach 1627 wurde die Stadt von schwedischen, sächsischen und kaiserlichen Truppen mehrmals besetzt und ausgeplündert. Nach ihrer Niederlage gegen die Sachsen am Lindenbusch 1634 brannten kaiserliche Truppen auf Befehl des Feldmarschallleutnants Hieronymus von Colloredo-Waldsee die Vorstädte nieder. Aufgrund der Vereinbarungen des Westfälischen Friedens blieb das Herzogtum weiterhin evangelisch.

Mit dem Tod des fünfzehnjährigen Herzogs Georg Wilhelm im Jahre 1675 erlosch die letzte schlesische Piastenlinie; die Habsburger zogen das Lehen ein und Liegnitz wurde Sitz des Landeshauptmannes. Für die Stadt wirkte sich der Herrschaftswechsel negativ aus, einerseits aufgrund der kaiserlichen Rekatholisierungspolitik, andererseits aufgrund politischer Einschränkungen, die dem Patriziat auferlegt wurden: Der Stadtrat wurde zum "Magistrat", zu einer Verwaltungsbehörde, herabgestuft. Erst nach dem Altranstädter Frieden (1706), der den Protestanten in Schlesien gewisse Freiheiten zugestand, wurde die Politik der Gegenreformation eingeschränkt.

Im Zuge des Österreichischen Erbfolgekrieges marschierte Friedrich II. von Preußen 1741 in Schlesien ein und eroberte Liegnitz. 1757 wurde die Stadt von Österreich eingenom-

men, von Preußen jedoch kurz darauf zurückerobert. Nach diesem Sieg ließ Friedrich II. die Wälle niederreißen, wodurch Liegnitz seine Rolle als Festung verlor. Nach Ende des Siebenjährigen Krieges 1763 blieb die Stadt mit ganz Schlesien bei Preußen.

19. und 20. Jahrhundert



Das Piastenschloss mit dem Hedwigsturm im Vordergrund und dem Petersturm im Hintergrund [Foto: A. R. Białachowski].

Nach der preußischen Niederlage bei Jena und Auerstedt 1806 wurde Liegnitz von Bayern und Württembergern kampflos eingenommen. Die bis 1813 dauernde Besatzung durch die Franzosen, die mit Kontributionszahlungen und Einquartierungen verbunden war, überstand die Stadt ohne größere Schäden.

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatte Liegnitz wiederholt unter Missernten und Cholera- (1831/32, 1837) bzw. Pockenepidemien (1835) zu leiden. 1860 wurde die Stadt Garnisonsstandort.

Am Ende des Ersten Weltkrieges erlebte die Stadt eine Hungersnot. In den für Deutschland unruhigen Jahren 1918–1923 blieb Liegnitz von Aufständen verschont. Mit dem Anfang der Revolution und dem Ausruf der Weimarer Republik am 9. November 1918 folgte eine Belebung des politischen Lebens in Liegnitz. Im Juli rückte in Liegnitz das Freikorps Faupel-Görlitz ein. Am 15. März 1920 kam es infolge des Kapp-Putsches zu schweren Auseinandersetzungen vor dem Alten Rathaus.

Am 18. März 1925 wurde in Liegnitz die erste NSDAP-Ortsgruppe gegründet, die 1929 36 Mitglieder zählte. In der sog. "Kristallnacht" vom 9. zum 10. November 1938 wurde die Stadtsynagoge in Brand gesteckt und Geschäfte jüdischer Kaufleute verwüstet. Die Gestapo verhaftete zahlreiche Juden, die anschließend in Konzentrationslager deportiert wurden (die letzten im Juni 1942).

Während des Zweiten Weltkrieges stieg die Einwohnerzahl aufgrund der kriegsbedingten Evakuierung westdeutscher Betriebe auf rund 90.000 Personen an. Als am 20. Januar 1945 die Rote Armee in Oberschlesien einmarschierte, war die Evakuierung der Stadtbevölke-

rung längst im Gange. Am 9. Februar 1945 wurde Liegnitz von russischen Truppen besetzt, die einen Großteil der Altstadt samt Schloss niederbrannten.

Obwohl am 25. April 1945 die ersten polnischen Verwaltungskräfte in Liegnitz eintrafen, herrschte in der Stadt bis 1947 ein Durcheinander von Zivil- und Militärverwaltung. 1945 wurde sie in "Lignica", später in "Legnica" umbenannt. Zur Zeit der Volksrepublik Polen war in Liegnitz eine Gruppe der Roten Armee stationiert, wodurch größere Stadtteile zur Sperrzone für die polnische Bevölkerung wurden.

Bevölkerungsentwicklung

Während des Dreißigjährigen Krieges und infolge einer Pestepidemie (1633) verringerte sich die Einwohnerzahl der Stadt von rund 8.000 auf 2.422 Personen. Anfang des 19. Jahrhunderts war Liegnitz eine Provinzstadt mit nicht mehr als 7.000 Einwohnern und entwickelte sich nur langsam. In den Jahren 1855–1869 wuchs die Stadt durch Eingemeindungen; die Einwohnerzahl stieg auf mehr als 27.000, wodurch Liegnitz ab dem 1. Januar 1874 einen eigenen Stadtkreis bildete.

Jahr	Einwohner
1577[1]	6.500
1639	2.442
1742[2]	5.279
1807[3]	7.260
1845	14.302
1871	23.433 (inklusive Militär 1.643)
1919[4]	70.369
1939	78.456
1946[5]	24.357
1950	39.010
1960	64.185
1970	75.843
2002[6]	107.100
2011[7]	102.979

Wirtschaft

1844 wurde die Eisenbahnlinie Liegnitz-Breslau eröffnet. In den folgenden Jahren kamen die Verbindungen nach Bunzlau/Bolesławiec (1845), Dresden und Berlin (1846) hinzu. 1873 wurde die Höhere Landwirtschaftsschule gegründet, was ebenso wie der weitergehende Ausbau des Bahnnetzes (Verbindungen u. a. mit Goldberg/Złotoryja, 1884, und Steinau an der Oder/Ścinawa, 1898) die Entwicklung eines intensiven Gemüseanbaus förderte. Vor 1945 war die Wirtschaft der Stadt insgesamt stark differenziert – 1939 waren hier 2.735 Groß- und Kleinbetriebe mit Arbeitsplätzen für ca. 14.000 Menschen ansässig. Bedeutend waren v. a. der Gemüseanbau und die Klavierbaufirma von Eduard Seiler (heute in Kitzingen am Main), wo seit 1849 jährlich etwa 3.000 Instrumente gefertigt wurden.

Insbesondere in den 1950er Jahren entstanden in Liegnitz Unternehmen für Maschinenbau, Holzverarbeitung und Textilproduktion. Der wichtigste Arbeitgeber war in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg die 1959 eröffnete Kupferschmelzhütte. 1995 entstand in Liegnitz

eine Sonderwirtschaftszone (*Legnicka Specjalna Strefa Ekonomiczna*), was in den letzten Jahren zu einem anhaltenden Wirtschaftsaufschwung führte.

Religions- und Kirchengeschichte



Die Mazewa auf dem jüdischen Friedhof in Liegnitz/Legnica [Foto: A. R. Białachowski].

Herzog Friedrich II. führte 1522 in Liegnitz die Reformation ein. Das katholische Archidiakonat und das Benediktinerinnenkloster blieben erhalten. 1810 wurden das Benediktinerinnenkloster, das Franziskanerkloster und das Haus des Leubuser Abtes säkularisiert.

Anfang des 20. Jahrhunderts waren die Evangelischen (~80 %), Katholiken (>20 %) und Juden (1 %) die größten Konfessionen in Liegnitz.[8] Zudem nennt der Stadtführer vom Jahr 1927 acht kleinere Glaubensgemeinschaften. Heute ist die Stadt der Sitz des Bistums Legnica und zählt 14 römisch-katholische,[9] eine griechisch-katholische, eine orthodoxe und fünf protestantische Gemeinden.

In Liegnitz befindet sich ebenfalls eine jüdische Gemeinde, die zurzeit etwa 40-50 Mitglieder zählt und einen 1837 eröffneten Friedhof verwaltet.[10] Er gehört zu den besterhaltenen Anlagen seiner Art in Niederschlesien.

Besondere kulturelle Institutionen

1962 wurde im ehemaligen Stadthaus der Leubuser Äbte das Kupfer-Museum (*Muzeum Miedzi*) mit drei Außenstellen eingerichtet, einem Teil der Ritterakademie, der Schlosskapelle und dem Museum zur Schlacht von Wahlstatt. Im Gebäude des Alten Stadttheaters (erbaut 1842) befindet sich heute ein staatliches Theater (*Teatr im. Heleny Modrzejewskiej w Legnicy).*

Bildung und Wissenschaft

Im 13. Jahrhundert wirkte in Liegnitz der Mönch und Gelehrte Witelo, dessen Hauptwerk *Perspectiva* als einflussreiche Studie zur Optik gilt. Seine Arbeit gewann an Bedeutung, als Johannes Kepler 1604 sein Buch *Ad Vitellionem Paralipomena, Quibus Astronomiae Pars Optica Traditur* als Ergänzung zu Witelos Werk publizierte.

1526 wurde in Liegnitz die deutschlandweit erste evangelische Universität gegründet, die jedoch nach drei Jahren infolge von Streitigkeiten zwischen den Professoren und aufgrund finanzieller Schwierigkeiten wieder geschlossen wurde. 1700 wurde ein Jesuitenkollegium

eröffnet und im Jahr 1708 eine Ritterakademie für Adelssöhne geschaffen, die 1811 auch für Bürgerliche geöffnet und 1901 in ein staatliches Gymnasium umgewandelt wurde, in welcher Form sie bis 1945 existierte.

Zurzeit gibt es in der Stadt u.a. zwei staatliche Hochschulen, die Staatliche Witelon- Fachhochschule in Liegnitz und eine Außenstelle der Technischen Universität Breslau, wie auch das Niederschlesische Zentrum für berufliche Aus- und Weiterbildung.

Kunstgeschichte



Die St.-Johannes-Kirche mit dem Piastenmausoleum [Foto: A. R. Białachowski].

Das älteste Liegnitzer Sakralgebäude ist die im 12. Jahrhundert errichtete Marienkirche, die später auch Liebfrauenkirche genannt wurde. Der Bau der Hauptkirche der Stadt, der St.-Peter-und-Paul-Kirche, begann im Jahr 1329; Ende des 19. Jahrhunderts wurde die Kirche im neugotischen Stil renoviert. Die St.-Johannes-Kirche wird erstmals 1294 erwähnt, in ihr wurde nach dem Tod des letzten Piastenherzogs 1675 das Piastenmausoleum als neue Fürstengruft errichtet.

Um die Wende des 12. und 13. Jahrhunderts wurde das Liegnitzer Piastenschloss im romanischen Stil erbaut. Nach einem Brand im Jahr 1835 wurde die alte Piastenresidenz nach Plänen von Karl Friedrich Schinkel zu einem neugotischen Bau umgebaut.

Am Liegnitzer Ring befinden sich mehrere Bauwerke aus verschiedenen Epochen, u. a. die aus der Renaissance stammenden "Heringsbuden", das Haus mit dem Wachtelkorb und das 1737–1741 erbaute Alte Rathaus. In unmittelbarer Nähe des Rings befindet sich die Ritterakademie.

Im Stadtpark war früher ein exotischer Palmenhain mit Warmwasserteich angelegt. Für die Deutsche Gartenbau- und Schlesische Gewerbeausstellung "GUGALI" (im Volksmund "Gurken, Gartenbau, Liebe") wurde 1927 eine aufwendig gestaltete Gartenanlage geschaffen.

Musik

Die berühmteste Persönlichkeit des Liegnitzer Musiklebens war der in Liegnitz geborene Musikmeister, Dirigent und Komponist Johann Ernst Benjamin Bilse (1816–1902), der ab 1842 als Stadtmusikus die Liegnitzer Stadtkapelle (später Bilse'sche Kapelle) leitete. Musiker dieser Kapelle gründeten 1882 das Berliner Philharmonische Orchester (später Berliner Philharmoniker).

Buch- und Druckgeschichte

Indem Simprecht Froschauer im Jahr 1528 die erste Druckerei in Liegnitz gründete, wurde die Stadt zum zweiten Druckort Schlesiens. Von 1589 bis 1677 wurde das Buch- und Druckgewerbe in Liegnitz von der Familie Schneider geprägt.

Am 6. April 1836 wurde in Liegnitz die erste Ausgabe des *Liegnitzer Stadtblatts* gedruckt, das ab 1886 und bis zum 7. Februar 1945 als *Liegnitzer Tageblatt* erschien. Zwischen dem 24. Juni 1945 und dem Spätherbst des Jahres erschien unter sowjetischer Aufsicht die *Deutsche Zeitung*, zu jener Zeit das einzige deutschsprachige Blatt in Polen.

Literatur

In der Frühen Neuzeit war Liegnitz ein wichtiges literarisches Zentrum. Der bedeutende deutsche Barockdichter Martin Opitz (1597–1639) hielt sich einige Zeit am Hof Herzog Johann Christians von Liegnitz und Brieg auf; der Dichter Friedrich von Logau (1605–1655) verbrachte hier seine letzten Jahre als Regierungsrat.

Am 15. September 1919 wurde in Liegnitz der Logaubund gegründet, dem Dichter und Schriftsteller Schlesiens angehörten, u. a. Helmut Wocke, Erich Worbs, Hans Zuchold und Horst Lange. Der literarische Zusammenschluss war Herausgeber der Zeitschrift *Die Saat*, die bis 1924 erschien.

Die deutsche Dichterin Therese Chromik (*1943) wurde in Liegnitz geboren.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Edward Białek: Der Logaubund Liegnitz und die Zeitschrift "Die Saat" in der literarischen Kultur Niederschlesiens nach dem Ersten Weltkrieg. Dresden 2012.
- Edward Białek, Hubert Unverricht (Hg.): Literarisches Liegnitz. Dresden, Wrocław 2008 (Beihefte zum Orbis Linguarum 76).
- Edward Białek, Hubert Unverricht (Hg.): Geistiges Leben in Liegnitz vom 17. bis zum 20. Jahrhundert. Aufsätze zur Literatur-, Musik- und Kunstgeschichte. Dresden, Wrocław 2010 (Beihefte zum Orbis Linguarum 96).
- Tadeusz Gumiński, Edward Wiśniewski: Legnica i okolice [Liegnitz und seine Umgebung]. Legnica, Wrocław 2001.
- Marian Haisig (Hg.): Legnica. Monografia historyczna miasta [Liegnitz. Eine geschichtliche Monographie der Stadt]. Wrocław u. a. 1977.
- Gerhard Kaske, Horst Hiller: Liegnitz. Die schlesische Gartenstadt. Berlin, Bonn 1992.

Periodika

- *Szkice legnickie* [Liegnitzer Skizzen]

- Beiträge zur Liegnitzer Geschichte der Historischen Gesellschaft Liegnitz e. V.

Weblinks

- http://www.portal.legnica.eu/ (Offizielles Stadtportal)
- http://liegnitz.pl/ (Seite zur Geschichte der Stadt vor 1945)
- http://www.liegnitz.info/ (Seite der Historischen Gesellschaft Liegnitz e. V.)
- http://www.liegnitz.info/hist_jahresgaben.html (Liste der Publikationen der Historischen Gesellschaft Liegnitz e. V.)

Anmerkungen

[1] 1577–1639: Haisig (Hg.): Legnica, S. 47.

[2] Haisig (Hg.): Legnica (Anm. 1), S. 128.

[3] 1807–1871: Haisig (Hg.): Legnica (Anm. 1), S. 145.

[4] 1919–1939: Haisig (Hg.): Legnica (Anm. 1), S. 215.

[5] 1946–1970: Haisig (Hg.): Legnica (Anm. 1), S. 285.

[6] Główny Urząd Statystyczny (Hauptstatistik-Amt). http://demografia.stat.gov.pl/bazademografia/Downloader.aspx?file=pl_lud_2002_02_09.zip&sys=lud (Zugriff am 21.10.2012).

[7] Główny Urząd Statystyczny (Anm. 6).

[8] Friedheim Finke: Aus dem Lebenslauf der Stadt Liegnitz. Skizzen zur Geschichte einer deutschen Stadt in Schlesien. Lorch Württemberg 1986, S. 101.

[9] http://diecezja.legnica.pl/teksty/parafie.php?f=L (Zugriff am 25.11.2013).

[10] Tamara Włodarczyk: Życie żydowskie w Legnicy po zakończeniu wojny [Jüdisches Leben in Liegnitz nach dem Ende des Krieges]. In: Słowo Żydowskie, Nr 8 (486)/2012, S. 29.

Zitation

Artur Robert Białachowski: Liegnitz/Legnica. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2013. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54308.html (Stand 29.11.2013).

Lippa/Lipova/Lippa (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Lissa/Leszno

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Lissa, Polnisch Lissa

Amtliche Bezeichnung

poln. Leszno

2. Geographie

Lage

Lissa liegt auf 51° 52' nördlicher Breite, 16° 34' östlicher Länge, ca. 70 km südwestlich von Posen/Poznań und 90 km nordwestlich von Breslau/Wrocław.

Region

Posen

Staatliche und regionale Zugehörigkeit

Polen. Lissa ist eine kreisfreie Stadt in der Woiwodschaft Großpolen (*Wielkopolska*).

Historische Zugehörigkeit

1793 kam Lissa im Zuge der polnischen Teilungen an Preußen. Nach dem Wiener Kongress (1814/15) gehörte Lissa zum Kreis Fraustadt/Provinz Posen im Regierungsbezirk Posen. Nach dem Ersten Weltkrieg kam Lissa auf Grundlage des Versailler Vertrags wieder zum polnischen Staat. Mit dem Überfall auf Polen 1939 wurde die Stadt dem Reichsgau Wartheland angegliedert und 1941 in "Lissa (Wartheland)" umbenannt. 1945 kam Lissa wieder an Polen und wurde 1975 Sitz der Woiwodschaft Leszno. Seit 1999 kreisfreie Stadt in der Woiwodschaft Großpolen (*Wielkopolska*).

3. Geschichte und Kultur

Mittelalterliche Geschichte

Erste urkundliche Erwähnung des Dorfes 1393. Die Verleihung des Handelsprivilegs durch den Woiwoden Rafał IV. Leszczyński 1547 führte zu einem raschen Wachstum der Stadt. Seit 1561 war Lissa Handelsplatz mit Magdeburger Recht.

Frühneuzeitliche Geschichte

1656 wurde Lissa im schwedisch-polnischen Krieg fast vollständig zerstört. Viele Einwohner suchten v. a. in Schlesien Zuflucht, ein Teil kehrte anschließend nach Lissa zurück.

Geschichte im 19. Jahrhundert

Im Jahr 1887 wurde Lissa Sitz der Kreisverwaltung.

Geschichte im 20. Jahrhundert

Nach dem Ersten Weltkrieg (1920) wurde Lissa auf Grundlage des Versailler Vertrags wieder an Polen abgetreten. Im Zweiten Weltkrieg wurde die Stadt bereits im September 1939 von deutschen Truppen besetzt, mit dem so genannten Reichsgau Wartheland dem

Deutschen Reich angeschlossen und 1941 in „Lissa (Wartheland)" bzw. „Lissa (Posen)" umbenannt. Am 21. Oktober 1939 wurden 20 Angehörige der örtlichen Intelligenz und Eliten der Stadt öffentlich exekutiert. 20 % der Lehrerschaft Lissas wurden noch im Jahr 1939 von den Besatzern hingerichtet. Auch die 184 Angehörigen (Stand: Juni 1939) der jüdischen Gemeinde Lissa wurden Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. In der Umgebung Lissas wurde ein Zwangsarbeiterlager für Polen und polnischen Juden aufgebaut. Vermutlich mehr als 7.200 Menschen (die Zahl ist in der Forschung noch umstritten) aus Stadt und Kreis Lissa wurden ins Generalgouvernement verschleppt und viele von ihnen dort in Konzentrationslagern ermordet; viele kamen als Zwangsarbeiter ins Deutsche Reich. Bis 1943 brachten die Nationalsozialisten 4.000 sog. volksdeutsche Ansiedler in den Kreis Lissa. In Lissa entstand ein aktives Zentrum des Widerstands gegen die deutsche Besatzung. Seit 1945 gehört Lissa wieder zu Polen. Die deutsche Bevölkerung wurde vollständig ausgesiedelt. Die Rolle als kulturelles Zentrum der Region und „Stadt der Schulen" behielt Lissa auch nach dem Zweiten Weltkrieg. 1977 entstand die Stadtbibliothek; in den 1970er Jahre etablierte sich auch eine differenziertere Lokalpresse. 1993 Gründung der ersten Hochschule. Erhebung zur Woiwodschaftshauptstadt im Jahr 1975. Seit 1999 ist Lissa freie Kreisstadt und Sitz der Bezirksverwaltung.

Religions- und Kirchengeschichte

1516 ließen sich die ersten Böhmischen Brüder in Lissa nieder; nach der Niederlage des protestantischen Schmalkaldischen Bundes 1547 wanderten sie verstärkt ins Posener Land ein und gründeten zahlreiche Gemeinden. Die Gemeinde in Lissa gehörte zu den wichtigsten und gewann an Bedeutung als 1628 1.500 bis 2.000 böhmische Exulanten, unter ihnen Jan Amos Komenský (Comenius), Zuflucht suchten. Die Brüdergemeinde unterhielt die erste Druckerei Lissas, die vor allem Werke Comenius' druckte. Die Stadt blieb auch nach Comenius' Wirken und trotz der Gegenreformation ein Zentrum des polnischen Protestantismus. Nach dem Bau der Synagoge (1626) und der lutherischen Heilig-Kreuz-Kirche (1635) verfügten die vier großen, in der Stadt ansässigen Konfessionen über eigene Gotteshäuser. Seit dem 17. Jahrhundert ist in Lissa eine bedeutende jüdische Gemeinde nachweisbar. Sie war neben Posen/Poznań die bedeutendste in Großpolen und unterhielt eine Talmudschule, mehrere allgemein bildende Schulen, zwei Hospitäler, verschiedene Wohlfahrtseinrichtungen und trug einige Vereine zur Förderung der jüdischen Religionswissenschaften. Das jüdische Viertel Lissas wurde 1707 im Verlauf des Nordischen Kriegs sowie 1767 und 1799 durch Stadtbrände mehrmals zerstört. 1799 wurde die neu erbaute Synagoge eingeweiht, die 1905 durch einen Neubau ersetzt wurde.

Sozial- und Wirtschaftsgeschichte

Entscheidend für die wirtschaftliche Entwicklung der jungen Stadt, die neben Posen die wichtigste Stadt Großpolens war, waren bis ins 18. Jahrhundert hinein vor allem das Weberhandwerk und die Mühlen sowie der Handel mit ihren Produkten nach Schlesien. Die in Lissa ansässige jüdische Bevölkerung war vor allem als Handwerker und Händler tätig. Besonders eng waren die Handelsbeziehungen mit Breslau, wo die Juden Lissas bis 1870 eine eigene Synagoge unterhielten. 1856 erfolgte der Bau der ersten Bahnstrecke Großpolens Posen – Lissa – Breslau. Mit dem Ausbau weiterer Verbindungen (nach Glogau/Głogów, Kalisch/Kalisz, Landsberg a.d.W./Gorzów Wlkp.) etablierte sich Lissa als wichtiger Eisenbahnknotenpunkt in Großpolen. Die Urbanisierungs- und Industrialisierungsprozesse des 19. Jahrhunderts erfassten auch Lissa Hier siedelten sich v. a. Industrien für Landmaschinen sowie zur Weiterverarbeitung und Veredelung landwirtschaftlicher Produkte an. Auch der Handel mit landwirtschaftsnahen Produkten und das Handwerk blieben wichtige Wirtschaftszweige. Seit ca. 1880 stieg die Zahl der polnischen Handwerker an. 1882 erfolgte die Gründung eines Handwerksvereins für Deutsche und Polen, zehn

Jahre später gründeten die Polen jedoch einen eigenen Gewerbeverein, da die nun betonten nationalen Unterschiede die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen zunehmend überdeckten. Die ehemals wichtige Tuchfabrikation konnte sich im 19. Jahrhundert in Lissa nicht behaupten, viele Tuchmacher siedelten in die Nähe von Lodz/Łódź um, wo ein neues Zentrum der Textilindustrie entstand. Lissa blieb ein Bildungszentrum mit zahlreichen Schulen, Verlagen und Buchhandlungen. In der Volksrepublik Polen veränderte sich die Wirtschaftsstruktur der Stadt hin zu wenigen Großbetrieben der landwirtschaftliche Rohstoffe, Lebensmittel- und Metall verarbeitenden Industrien. Handel und Handwerk wurden genossenschaftlich organisiert.

Bevölkerungsgeschichte

Bis zur deutschen Besatzung im Zweiten Weltkrieg lebte in Lissa eine gemischte Bevölkerung sowohl hinsichtlich des Bekenntnisses (Juden, Katholiken, Lutheraner, Böhmische Brüder) als auch hinsichtlich der Muttersprache (Deutsch, Polnisch, Tschechisch) bzw. der nationalen Zugehörigkeit, die ab dem 19. Jahrhundert das religiöse Bekenntnis als Zuordnungskategorie sukzessive ablöste. Die jüdische, vorwiegend deutschsprachige Bevölkerung stellte mit 400-500 Einwohnern, die im Norden der Stadt in einem eigenen Bezirk lebten, bis 1793 fast die Hälfte der Einwohner. Katholiken fanden sich überwiegend in der polnischen Bevölkerung, unter den Böhmischen Brüdern gab es anfänglich auch polnische Anhänger, die Lutheraner waren mehrheitlich deutschsprachig. Im Zuge der Zugehörigkeit zu Preußen bzw. dem Deutschen Kaiserreich setzten Germanisierungstendenzen ein, die zum Ende des 19. Jahrhunderts u. a. durch den (planmäßigen) Zuzug von deutschen Beamten und Lehrern verstärkt wurden. Die Angliederung an Preußen wurde von der jüdischen Gemeinde begrüßt und beschleunigte die Emanzipation und Germanisierung der Juden, die in großer Zahl deutsche Namen annahmen und sich in deutsch-vaterländischen Vereinen engagierten.

Die allgemeine Wirtschaftskrise, die durch die neue Grenzziehung nach dem Ersten Weltkrieg gestörten Handelsbeziehungen nach Schlesien – Lissa kam nach dem Ersten Weltkrieg auf Grundlage des Versailler Vertrags wieder zum polnischen Staat –, die damit einhergehende hohe Arbeitslosigkeit sowie verstärkte nationale Gegensätze zwischen Deutschen und Polen führten zu massiven Wanderungsbewegungen in der Stadt und der Region (Abwanderung eines Großteils der deutschen Bevölkerung, auch jüdischer Religion; Rückwanderung von Polen aus dem Rheinland und Berlin). Die polnischen Einwohner stellten 1939 mit über 90 % die Bevölkerungsmehrheit. Die deutsche Besatzung beendete durch Deportation und Ermordung der letzten Juden die fast 400-jährige Geschichte der ehemals bedeutenden jüdischen Gemeinde Lissas.

Jahr	Einwohner	Protestanten	Katholiken	Juden
~1650*	14.-15.000			
~1675*	mind. 5.000			
~1790*	8-10.000	50%	10%	40%
1817*	7.700	40%	13%	47%
1849*	9.200	49%	17%	34%
1905*	16.000	53%	41%	6%
1920**	17.300	26%	71%	3%
1939**	21.300	8%	91%	1%
1990	57.700			
2007	64.000***			

* gerundete Zahlen nach: Historia Leszna (1997), S. 188.

** gerundete Zahlen nach: Historia Leszna (1997), S. 238.

*** gerundet nach: Główny Urząd Statystyczny, Ludność. Stan i Struktura w Przekroju Terytorialnym. Stan w dniu 30 VI 2007 r.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Jerzy Gaj: Historia Leszna [Geschichte Lissas]. Leszno 1997.
- Aron Heppner, Isaak Herzberg: Aus Vergangenheit und Gegenwart der Juden und der jüdischen Gemeinden in den Posener Landen – nach gedruckten und ungedruckten Quellen. Koschmin, Bromberg 1909, S. 596-613.
- Stanisław Karwowski: Kronika Miasta Leszna [Stadtchronik Lissa]. Poznań 1877.

Zitation

Heinke Kalinke: Lissa/Leszno. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2011. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/52964.html (Stand 13.03.2012).

Ljubljana → Laibach/Ljubljana

Siehe Laibach/Ljubljana

Löcse → Leutschau/Levoča (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Lodz/Łódź

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Lodz, Lodsch, Litzmannstadt (1940–1945)

Amtliche Bezeichnung

poln. Łódź

Anderssprachige Bezeichnungen

lat. Lodzia; jidd. Lodzh

Etymologie

Ein Dorf "Lodzia" ist erstmals für die 1330er Jahre belegt. Bis zum 16. Jahrhundert wurden die Namensvariationen mit der Endung "a" geschrieben: Lodza, Lodzya, Łodzia. Erst im 18. Jahrhundert kommt die moderne Form "Łódź" bzw. "Lodz" vor. Oft wird angenommen, der Städtename leite sich vom Namen des naheliegenden Flusses Łódka ab. Wahrscheinlich geht er jedoch auf das altpolnische Wort *Łodzia* (= Fischerboot, kleines Schiff; Łódź bedeutet auch "Boot") zurück. Andere Hypothesen berufen sich auf den Namen "Wodzisław", auf eine Herleitung von *łoza* (= Weidengebüsch) oder von *ród* (= Stamm).[1]

2. Geographie

Lage

Lodz liegt auf 51º 45' nördlicher Breite und 19º 28' östlicher Länge, ca. 130 km westlich von Warschau/Warszawa.

Topographie

Lodz liegt in der Nähe der Quellen von Ner und Bzura. Bis heute prägen Wälder die Umgebung der Stadt. Die zahlreichen Bäche und Flüsse waren wichtig für die Industrialisierung der Stadt.

Region

Mittelpolen

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Polen. Lodz ist Hauptstadt der Woiwodschaft Lodz. Die Stadt ist kreisfrei, dient aber als Sitz des Kreises Ost-Lodz (*powiat łódzki wschodni).* Lodz ist zudem Sitz des gleichnamigen Erzbistums der Römisch-Katholischen Kirche, Sitz der Diözese Lodz-Posen der Polnisch-Orthodoxen Kirche und Sitz der Diözese Warschau der Evangelisch-Augsburgischen Kirche.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Das Stadtwappen zeigt ein goldenes Boot (*Łódź*) mit Ruder auf rotem Schild. Die Stadtflagge ist Rot-Gold mit mittig platziertem Wappen.



Stadtansicht Lodz/Łódź (Postkarte: vor 1939) [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv.-Nr. 191536].

Gebräuchliche oder historische Beinamen

Wegen ihrer Textilindustrie erhielt die Stadt im 19. Jahrhundert den Beinamen "polnisches Manchester". Der Begriff "Das Gelobte Land" wurde durch den Roman *Ziemia Obiecana* (1899) von Władysław Reymont populär, obwohl der Autor diesen Namen ironisch gebrauchte. Der Schriftsteller Zygmunt Bartkiewicz (1867–1944) bezeichnete Lodz als *złe miasto* (die böse Stadt). Solchen negativen Darstellungen wird heute entgegengearbeitet. Da die wichtigste Filmschule Polens in Lodz ansässig ist, wird die Stadt auch liebevoll "HollyŁódź" genannt.

Mittelalter

Erstmalig erwähnt wurde das Dorf 1332.[2] Im Jahr 1423 erhielt Lodz von Władysław II. Jagiełło das Magdeburger Stadtrecht. Bis 1798 war die Stadt im Besitz des Bischofs von Włocławek (Leslau/Kujawien).

Neuzeit

Nach der Zweiten Teilung Polens (1793) wurde Lodz zunächst Preußen angegliedert, ab 1807 dem Herzogtum Warschau und 1815 dem Königreich Polen ("Kongresspolen"). Die Stadt ist für ihr rasantes Wachstum, Industrialisierung, Arbeiterbewegung und Streiks im 19. und frühen 20. Jahrhundert bekannt. Die boomende Textilindustrie zog tausende von deutschsprachigen Einwanderern, u. a. aus Böhmen, Sachsen und Schlesien, sowie jiddisch- und polnischsprachige Einwanderer aus den überwiegend ländlichen Regionen Kongresspolens an. Das rapide Wachstum führte immer wieder zu Streiks und Unruhen, u. a. dem sog. Lodzer Aufruhr (*Bunt Łódzki*) von 1892, einem mehrtägigen blutigen Konflikt zwischen Aufständischen und russischen Truppen. Lodz war zudem einer der Hauptschauplätze der Russischen Revolution 1905–1907.

Im Zuge des Ersten Weltkriegs wurde die Stadt im Dezember 1914 von deutschen Truppen eingenommen und 1915 dem "Generalgouvernement Warschau" angegliedert; sie blieb bis 1918 unter deutscher Besatzung.

Im neugegründeten polnischen Staat der Zwischenkriegszeit wurde Lodz zum Woiwodschaftssitz. Die Lodzer Wirtschaft erholte sich jedoch nur langsam vom Verlust der russischen Absatzmärkte, sodass Fabrikarbeiter mehrere Streiks, u. a. 1928, 1933 und 1938, organisierten.

Zeitgeschichte

1918 gründete u. a. der ortsansässige Kaufmann Adolf Eichler die Deutsche Volkspartei, die nach den Wahlen zur Polnischen verfassunggebenden Nationalversammlung (1919–1922) aufgelöst wurde. In den 1920er Jahren war die Deutsche Sozialistische Arbeitspartei Polens, die mit der Polnischen Sozialistischen Partei kooperierte, die größte Partei der Deutschen in Lodz. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Deutschland kam es im April 1933, am sog. Schwarzen Palmsonntag, zu anti-deutschen Ausschreitungen.



Markttreiben auf dem Marktplatz von Lodz/Łódź (Postkarte: vor 1916) [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv.-Nr. 191543].

In den 1930er Jahren gewann der 1924 von August Utta und Joseph Spickermann gegründete Deutsche Volksverband an Bedeutung und behauptete die eigenen regionalen Interessen sowohl gegenüber der Deutschen Vereinigung aus Posen-Pommerellen als auch gegenüber der Jungdeutschen Partei aus Bielitz/Bielsko. Die zunehmende Radikalisierung der Lodzer Deutschen, besonders durch Ludwig Wolff, der ab 1938 DVV-Führer war, trug dazu bei, dass viele "Volksdeutsche" in Lodz während des Zweiten Weltkriegs zur Kollaboration mit den deutschen Besatzern bereit waren.

Nach der Zerschlagung Polens wurde Lodz im November 1939 dem Deutschen Reich angegliedert (Reichsgau Posen, später Wartheland oder "Warthegau") und im April 1940 in "Litzmannstadt" (nach dem deutschen General Karl Litzmann, 1850–1936) umbenannt. In der Stadt befand sich der Sitz der Einwandererzentralstelle und der Umwandererzentrale, die zentral für die "Germanisierung" und den Holocaust im Reichsgau Wartheland waren. Die Lodzer Juden wurden im Frühjahr 1940 in ein Ghetto im Norden der Stadt (*Bałuty*) verbracht. Ende 1941 wurde im nahegelegenen Kulmhof/Chełmno ein Vernichtungslager errichtet, in dem ein großer Teil der Ghettoinsassen ermordet wurde. Auch Juden, Polen und Roma aus den annektierten und okkupierten polnischen Gebieten wurden dorthin deportiert. Weitere Opfer stammten aus Deutschland, Österreich, dem "Protektorat Böhmen und Mähren" sowie anderen europäischen Ländern. Am 19. Januar 1945 wurde Lodz von sowjetischen Truppen von der deutschen Besatzung befreit.

In der unmittelbaren Nachkriegszeit war Lodz aufgrund der starken Zerstörung Warschaus *de facto* Hauptstadt Polens. Die Stadt wurde ein wichtiges Zentrum jüdischen Lebens für Holocaust-Überlebende und Evakuierte aus der Sowjetunion.

Anfang 1971 protestierten Textilarbeiterinnen gegen die drastische Erhöhung der Lebensmittelpreise, die daraufhin von der kommunistischen Regierung zurückgenommen wurde. In den 1980er Jahren war die Stadt ein Zentrum der Solidarność-Bewegung.

Verwaltung

Der Stadtpräsident wird im Rahmen von Kommunalwahlen (*wybory samorządowe*) gewählt, die alle vier Jahre stattfinden. 2011 hatte der Stadtrat 43 Mitglieder.

Bevölkerung

1820 hatte Lodz lediglich 799 Einwohner.[3] Nach 1820 verzeichnete die Stadt ein rapides Wachstum, hauptsächlich aufgrund der wachsenden Textilindustrie. Große Bevölkerungsverluste erlitt sie während des Ersten und vor allem während des Zweiten Weltkriegs.

Die Nationalitätenstruktur der Stadt Lodz vor dem Ersten Weltkrieg (nach Wiesław Puś):[4]

	1897		**1913**	
Nationalität	in Tsd.	%	in Tsd.	%
Polen	145,6	46,4	251,7	49,7
Juden	92,4	29,4	171,9	34,0
Deutsche	67,3	21,4	75,0	14,8
Russen	7,4	2,4	6,3	1,3
Andere	1,3	0,4	1,2	0,2
Insgesamt	314,0	100,0	506,1	100,0

Die Nationalitätenstruktur der Stadt Lodz in der Zwischenkriegszeit:[5]

	1921		**1931**	
Nationalität	Anzahl	%	Anzahl	%
Polen	279.846	61,9	356.987	59,0
Juden	138.851	30,7	191.720	31,7
Deutsche	31.670	7,0	53.562	8,9
Andere	1.607	0,4	2.353	0,4
Insgesamt	451.974	100,0	604.629	100,0[6]

Nach Schätzungen gab es 1939 etwa 388.000 Polen, 230.000 Juden und 60.000 Deutsche in der Stadt.[7] 1945 hatte die Stadt ungefähr 300.000 Einwohner, diese Zahl stieg in den folgenden Jahrzehnten an. Seit 1990 sind die Bevölkerungszahlen rückläufig.

Bevölkerungsentwicklung nach dem Statistischen Büro der Stadt Lodz (in Tsd.):[8]

1975	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2009	2010	2011
798,3	835,7	847,9	848,3	823,2	798,4	767,6	742,4	730,6	725,1

In der Woiwodschaft Lodz wohnten 2011 2.538.677 Menschen, darunter 1.489, die sich als Deutsche bezeichneten.[9]

Wirtschaft

Während des Zweiten Weltkriegs enteigneten die deutschen Besatzer die jüdischen Laden- und Fabrikbesitzer. Weil die Produktionskapazitäten der Baumwollindustrie im Deutschen Reich den Bedarf deckten, schlossen die Deutschen viele kleinere und mittlere Betriebe in Lodz.[10] Nach dem Krieg wurden weitere Betriebe verstaatlicht. Der politische Umbruch 1989/90 und insbesondere der damit verbundene Verlust von Absatzmärkten für Textilien in der ehemaligen Sowjetunion, trafen die lokale und regionale Wirtschaft hart. Trotzdem spielt die Textilindustrie bis heute eine wichtige Rolle, wie auch die elektrotechnische, die Maschinenbau- und die chemische Industrie. Einige internationale Firmen (Gillette, Dell Computers) haben Niederlassungen in Lodz. Die ehemalige Poznański-Textilfabrik wurde 2006 als Manufaktura-Einkaufszentrum wiedereröffnet.

Gesellschaft

Der Zusammenbruch der Textilindustrie und anderer Branchen nach 1989 brachte große soziale Veränderungen mit sich: 1995 lag die Arbeitslosenquote bei 15,6 %, bis 2007 hatte sie sich auf 8,5 % verringert.[11] Im Vergleich zu anderen polnischen Großstädten verzeichnet Lodz jedoch noch immer eine hohe Arbeitslosigkeit und niedrige Gehälter.[12]

Religions- und Kirchengeschichte

1931 waren von 604.600 Einwohnern 340.200 (56,3 %) Katholiken, 56.100 (9,3 %) Protestanten, 202.500 (33,5 %) Juden und 5.800 (0,9 %) einer anderen Konfession zugehörig. Die deutsche Minderheit gehörte überwiegend der Evangelisch-Augsburgischen Kirche an. In der Woiwodschaft Lodz bekennen sich 2.022.825 Menschen zur Römisch-Katholischen und 27.500 zur Orthodoxen Kirche (*Polski Autokefaliczny Kościół Prawosławny*). Unter den Protestanten gehört die größte Gruppe (3.902 Menschen) der Evangelisch-Augsburgischen Kirche an.[13] 2011 umfasste die jüdische Gemeinde in Lodz einige hun-

dert Polen. Zu ihrem religiösen Leben gehören zwei Synagogen, eine *Mikwe* und ein jüdisches Kulturzentrum.

Besondere kulturelle Institutionen

Das Stadtmuseum (*Muzeum Miasta Łodzi*) befindet sich im Poznański-Palast und bietet u. a. ein Pantheon großer Persönlichkeiten aus Lodz (u. a. Karl Dedecius). In der ehemaligen "Weißen Fabrik" von Ludwig Geyer ist heute das Zentrale Textilmuseum (*Centralne Muzeum Włókiennictwa w Łodzi*) untergebracht und das Manufaktura-Einkaufszentrum beherbergt ein Museum zur Geschichte der ehemaligen Poznański-Fabrik. Des Weiteren gibt es das Museum der Unabhängigkeitstraditionen (*Muzeum Tradycji Niepodległościowych*), das Archäologische und das Ethnologische Museum (*Muzeum Archeologiczne i Etnograficzne w Łodzi*). Die Filiale des Staatsarchivs und die Stadt- und Regionalbibliothek enthalten Sammlungen zur Geschichte der Stadt und ihrer Umgebung. Von Bedeutung sind darüber hinaus die lokalen Büros der Polnischen Akademie der Wissenschaften (PAN) und des Instituts für Nationales Gedenken (IPN). Die Stadt hat mehrere Theater (*Teatr Muzyczny, Teatr Nowy, Teatr im. Stefana Jaracza*), darüber hinaus eine Musikakademie und mehrere Orchester. Die Oper von Lodz befindet sich im Großen Theater (*Teatr Wielki*). Die Philharmonie ist nach dem Komponisten und Pianisten Artur Rubinstein (1887–1982) benannt, der in Lodz geboren wurde.

Bildung und Wissenschaft

In Lodz sind mehrere Hochschulen, u. a. die Universität (*Uniwersytet Łódzki*), die Technische Universität (*Politechnika Łódzka*) und die Medizinische Universität (*Uniwersytet Medyczny*), angesiedelt. Die Staatliche Hochschule für Film, Fernsehen und Theater (*Państwowa Wyższa Szkoła Filmowa, Telewizyjna i Teatralna im. Leona Schillera w Łodzi*) genießt internationales Ansehen. Das Marek-Edelman-Zentrum für Dialog (*Centrum dialogu im. Marka Edelmana w Łodzi*) versteht sich als Forum für historische und aktuelle Fragen der Interkulturalität.



Die Piotrowska-Straße in Lodz/Łódź (Postkarte: vor 1910) [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv.-Nr. 191603].

Kunstgeschichte

Entlang der Piotrkowska-Straße befinden sich architektonisch interessante Bürgerhäuser, Paläste und Kirchen im Stil des Neobarock, der Neogotik und des Neoklassizismus. Einzigartig ist das architektonische Erbe der Industriekultur, z. B. die Poznański-Fabrik und die Scheibler-Fabrik (*Księży Młyn*). Der Architekt Daniel Libeskind wurde 1946 in Lodz geboren.

Druckgeschichte

Vor dem Zweiten Weltkrieg gab es mehrere polnische, jiddische und deutsche Lokalzeitungen. Die wichtigsten deutschsprachigen Zeitungen der Zwischenkriegszeit waren die bürgerliche *Neue Lodzer Zeitung*, die konservativ-nationalistische *Lodzer Freie Presse* und die sozialistische *Lodzer Volkszeitung*. Seit der Wende dominieren Lokalausgaben der großen Tageszeitungen sowie der *Dziennik Łódzki*, dessen Ursprünge im 19. Jahrhundert liegen.

Literatur

Lodz diente als Kulisse für dystopische Geschichten, welche die industrialisierte Stadt anprangern, u. a. die Romane *Ziemia Obiecana* (*Das gelobte Land*) von Władysław Reymont (1899) und *Złe miasto: Obrazy z 1907 roku* (*Die böse Stadt: Bilder aus dem Jahre 1907*) von Zygmunt Bartkiewicz (1911). Im Lodz von 1919 spielt der Roman *Hotel Savoy* von Joseph Roth (1924). Der Übersetzer und Autor Karl Dedecius, der ein sympathischeres Bild der Stadt und ihres multiethnischen Charakters zeichnet, wurde 1921 in Lodz geboren.

Gedächtnis- und Erinnerungskultur

Die Stadt beruft sich auf eine multiethnische Vergangenheit, die in der touristischen Werbung romantisch verklärt wird. Von 2002 bis 2009 gab es das Festival "Dialog der vier Kulturen", das heute in neuer Form wiederbelebt wird (2013). Entlang der Piotrkowska-Straße stehen Denkmäler für Persönlichkeiten der Stadt (u. a. Władysław Reymont, Julian Tuwim, Artur Rubinstein und die Industriellen Karl Scheibler, Izrael Poznański und Ludwik Grohman). Auf dem Areal des ehemaligen Ghettos und auf dem jüdischen Friedhof sind Tafeln sowie Wandbilder angebracht, die an den Holocaust erinnern. Des Weiteren gibt es eine Gedenkstätte und ein Museum am Bahnhof Radegast/Radogoszcz, von dem aus ab 1942 die Deportation aus dem Lodzer Ghetto in die Todeslager stattfand. Im "Park der Überlebenden" (*Park Ocalałych*) wurde 2009 den "Gerechten unter den Völkern" ein Denkmal gewidmet.

In Deutschland ist Lodz bekannt durch das Lied "Theo, wir fahr'n nach Lodz", einen Schlager von Vicky Leandros (1974), der auf ein jiddisches Lied zurückgeht.

4. Diskurse/Kontroversen

Die deutsche Geschichtsschreibung über Lodz hat sich vor allem mit den in der Stadt lebenden Deutschen befasst. Die Hauptträger dieses "deutschen Lodz" waren die Vertriebenenorganisationen von Deutschen aus Polen, insbesondere die Landsmannschaft Weichsel-Warthe, sowie Institute für die Erforschung Ostmitteleuropas. In der Nachkriegszeit war die in Deutschland präsente Erinnerung an das "deutsche Lodz" daher hauptsächlich eine unkritische Opfer- und Märtyrergeschichte. Dies wird besonders im Hinblick auf die deutsche Minderheit in der Zwischenkriegszeit sowie in der Ausblendung des Holocaust und des Zweiten Weltkriegs deutlich.[14] Schon vor dem Ersten Weltkrieg stellte die Multiethnizität der Stadt, die auch im Begriff "lodzermensch" bzw. "Lodzer Mensch" ihren Ausdruck fand, für viele ein Problem der Entnationalisierung dar. Nach 1989 sind die multiethnischen Ursprünge von Lodz weitgehend positiv umgewertet worden. In neueren Erzählungen werden der traditionellen Trias von Deutschen, Polen und Juden nun auch Russen hinzugefügt.[15] Kontrovers diskutiert wird die erzwungene Kooperation des Vorsitzenden des Judenrats im Ghetto in Lodz, Chaim Mordechai Rumkowski, mit den deutschen Besatzern.

5. Bibliographische Hinweise

Fachliteratur

- Winson Chu: The "Lodzermensch". From Cultural Contamination to Marketable Multiculturalism. In: Kristin Kopp, Joanna Niżyńska (Hg.): Germany, Poland and Postmemorial Relations. In Search of a Livable Past. New York, Basingstoke (UK) 2012, S. 239-258.
- Stefan Dyroff, Krystyna Radziszewska, Isabel Röskau-Rydel (Hg.): Lodz jenseits von "Fabriken, Wildwest und Provinz". Kulturwissenschaftliche Studien über die Deutschen in und aus den polnischen Gebieten. München 2009 (Polono-Germanica 4).
- Jürgen Hensel (Hg.): Polen, Deutsche und Juden in Lodz 1820–1939. Eine schwierige Nachbarschaft. Osnabrück 1999 (Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau 1).
- Beate Kosmala: Schwierigkeiten des Gedenkens. Das Ghetto Litzmannstadt als Erinnerungsort in Polen und Deutschland. In: Zeitschrift für Geschichte 55 (2007), S. 743-763.
- Andreas Kossert: "Gelobtes Land"? Religiosität und Unternehmer in der Industriegesellschaft. Lodz und Manchester im langen 19. Jahrhundert. In: Jörg Gebhard, Rainer Lindner, Bianka Pietrow-Ennker (Hg.): Unternehmer im Russischen Reich. Sozialprofil, Symbolwelten, Integrationsstrategien im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Osnabrück 2006, S. 143-163.
- Andrzej Lech, Krystyna Radziszewska, Andrzej Rykała (Hg.): Społeczność żydowska i niemiecka w Łodzi po 1945 roku [Die jüdische und die deutsche Gemeinschaft in Lodz nach 1945]. Łódź 2010.
- Stanisław Liszewski: Łódź. Monografia Miasta [Lodz. Monographie der Stadt]. Łódź 2009.
- Andrea Löw: Juden im Getto Litzmannstadt. Lebensbedingungen, Selbstwahrnehmung, Verhalten. Göttingen 2006 (Schriftenreihe zur Łódzer Getto-Chronik).
- Joanna B. Michlic: Łódź in the Postcommunist Era. In Search of a New Identity. In: John Czaplicka, Nida Gelazis, Blair A. Ruble (Hg.): Cities after the Fall of Communism: Reshaping Cultural Landscapes and European Identity. Baltimore 2009, S. 281-303.
- Uwe Rada: "Die Zukunft heißt Lodz". In: Jahrbuch Polen 18 (2007), S. 44-55.
- Paweł Samuś (Hg.): Polacy – Niemcy – Żydzi w Łodzi w XIX-XX w.: Sąsiedzi dalecy i bliscy [Polen – Deutsche – Juden in Łódź im 19. und 20. Jahrhundert. Ferne und nahe Nachbarn]. Łódź 1997.
- Karl Schlögel: Lodz – Suche nach dem "Gelobten Land". In: Ders.: Promenade in Jalta und andere Städtebilder. 2. Aufl. Frankfurt/M. 2006, S. 126-138.

Jahrbücher und Zeitschriften

- *Acta universitatis lodziensis: Folia Historica*, 1980ff.
- *Kronika miasta Łodzi* [Chronik der Stadt Lodz], 1991ff.
- *Tygiel Kultury* [Schmelztiegel der Kultur], 1996ff.

Weblinks

- http://www.difmoe.eu/ (Seite des Vereins Digitales Forum Mittel- und Osteuropa e. V. [DiFMOE] mit Digitalisaten deutschsprachiger Bücher, Periodika und Bildern mit Lodzer Schwerpunkt)

- http://www.wimbp.lodz.pl/wimbp/ (Hauptseite der Biblioteka Cyfrowa Regionalia Ziemi Łódzkiej in polnischer und englischer Sprache)
- http://www.muzeum-lodz.pl/ (Seite des Stadtmuseums Lodz mit Foto- und Postkartensammlungen in polnischer und englischer Sprache)
- http://www.lodz.ap.gov.pl/wystawy.html (Online-Ausstellung des Staatsarchivs Lodz in polnischer Sprache)
- http://www.stat.gov.pl/lodz/index_PLK_HTML.htm (Statistiken des Statistischen Amtes in Lodz für die Woiwodschaft Lodz, die Stadt Lodz und die Kreise)
- http://www.lodzjews.org/root/form/de/fundacja2/index.asp (mehrsprachige Seite der Stiftung Fundacja Monumentum Iudaicum Lodzense)
- http://www.getto-chronik.de/de (*Chronik des Gettos Lodz/Litzmannstadt – Das letzte Jahr* der interdisziplinären Arbeitsstelle Holocaustliteratur an der Justus-Liebig-Universität Gießen in Zusammenarbeit mit der Universität Lodz und dem Staatsarchiv Lodz mit Informationen und Dokumentationen)

Anmerkungen

[1] Maria Malec: Słownik etymologiczny nazw geograficznych Polski [Etymologisches Wörterbuch geographischer Namen in Polen]. Warszawa 2003, S. 151; Słownik geografii turystycznej Polski [Wörterbuch der touristischen Geographie Polens]. T. [Bd.] I: A-N. Warszawa 1956, S. 490-497.

[2] Andere Quellen sprechen von 1337. Siehe Kazimierz Badziak: Zarys dziejów Łodzi do 1918 roku. In: Liszewski: Łódź. Monografia Miasta, S. 28.

[3] Filip Sumierski, Bronisław Chlebowski, Władysław Walewski (Hg.): Słownik geograficzny Królestwa Polskiego i innych krajów słowiańskich [Geographisches Wörterbuch des Königreichs Polen und anderer slawischer Länder]. Tom [Bd.] 5. Warszawa 1884, S. 678.

[4] Wiesław Puś: Die Berufs- und Sozialstruktur der wichtigsten ethnischen Gruppen in Lodz und ihre Entwicklung in den Jahren 1820–1914. In: Hensel (Hg.): Polen, Deutsche und Juden, S. 36.

[5] Die folgenden Daten basieren auf den staatlichen Volkszählungen in der Zwischenkriegszeit: 1921 wurde nach Nationalität gefragt, 1931 nach Muttersprache und Religion.

[6] Ludwik Mroczka: Dynamika rozwoju i struktura społeczno-zawodowa głównych grup etnicznych w Łodzi w latach 1918–1939 [Die Entwicklungsdynamik und die sozialberufliche Struktur der größten ethnischen Gruppen in Lodz 19181939]: In: Samuś (Hg.): Polacy - Niemcy - Żydzi, S. 101.

[7] Mroczka: Dynamika rozwoju (Anm. 6), S. 101.

[8] Urząd statystyczny w Łodzi [Statistisches Amt Łódź]: http://www.stat.gov.pl/lodz/39_PLK_HTML.htm (Zugriff 02.10.2013); Informacje o mieście – 2012 [Informationen über die Stadt – 2012]: http://www.stat.gov.pl/lodz/69_1169_PLK_HTML.htm (Zugriff 02.10.2013); Tablice Przeglądowe/Ważniejsze dane o Łodzi [Übersichtstabellen. Grundlegende Daten zur Stadt], S. 86-87: http://www.stat.gov.pl/cps/rde/xbcr/lodz/ASSETS_12m_MAJOR_DATA.pdf (Zugriff 02.10.2013).

[9] Główny Urząd Statystyczny [Haupt-Statistikamt]: Ludność. Stan i struktura demograficzno-społeczna. Narodowy Spis Powszechny Ludności i Mieszkań 2011 [Bevölkerung. Demographisch-sozialer Stand und Struktur. Nationales Verzeichnis der Bevölkerung und des Wohnungswesens 2011]. Warszawa 2013, S. 271 (Tabl. 32. Ludność według identyfikacji narodowo-etnicznych [Tabelle 32. Bevölkerung nach national-ethnischer Identifikation]): http://www.stat.gov.pl/cps/rde/xbcr/gus/LUD_ludnosc_stan_str_dem_spo_NSP2011.pdf (Zugriff 02.10.2013).

[10] Aleksandra Jewtuchowicz, Andrzej Suliborski: Struktura gospodarcza Łodzi w latach 1918–1989 [Die wirtschaftliche Struktur in Lodz von 1918 bis 1939]. In: Liszewski: Łódź. Monografia Miasta, S. 310.

[11] Stanisław Liszewski: Warunki życia mieszkanców Łodzi w III Rzeczypospolitej [Lebensbedingungen der Einwohner in Lodz in der 3. Republik]. In: Liszewski: Łódź. Monografia Miasta, S. 424; Urząd statystyczny w Łodzi: http://www.stat.gov.pl/lodz/39_PLK_HTML.htm (Zugriff 02.10.2013); Informacje o mieście – 2012 [Informationen über die Stadt – 2012]: http://www.stat.gov.pl/lodz/69_1169_PLK_HTML.htm (Zugriff 02.10.2013); Tablice Przeglądowe/Łódź na tle dużych miast w Polsce [Übersichtstabellen/Łódź in Hinsicht auf andere Großstädte in Polen], S. 324: http://www.stat.gov.pl/cps/rde/xbcr/lodz/ASSETS_12m_LODZ_NA_TLE_DUZYCH_MIAST.pdf (Zugriff 02.10.2013).

[12] Das Durchschnittsgehalt in Lodz lag 2011 bei PLN 3.427,06 (2010: PLN 3.243,15). Przeciętne miesięczne wynagrodzenie w gospodarce narodowej w latach 1950–2012 (podstawa wymiaru emerytur i rent) [Der durchschnittliche Monatslohn in der Volkswirtschaft 1950–2012 (auf Grundlage von Renten)]: http://www.stat.gov.pl/gus/5840_1630_PLK_HTML.htm.

[13] Urząd statystyczny w Łodzi: Podstawowe dane/Województwo [Grunddaten/Woiwodschaft]: http://www.stat.gov.pl/lodz/index_PLK_HTML.htm (Zugriff 02.10.2013); Dane wojewódzkie (Źródło: Rocznik Statystyczny Województwa Łódzkiego 2012) [Woiwodschaftsdaten (Quelle: Statistisches Jahrbuch der Woiwodschaft Łódź 2012)]: http://www.stat.gov.pl/lodz/38_PLK_HTML.htm (Zugriff 02.10.2013); Ludność – Dane wojewódzkie 2012/Ludność. Wyznania religijne: http://www.stat.gov.pl/lodz/69_968_PLK_HTML.htm (Zugriff 02.10.2013); Niektóre wyznania religijne w 2011 r., Tabl. 34 (70) [Einige Konfessionen im Jahre 2011, Tabelle 34 (70)], S. 129: http://www.stat.gov.pl/cps/rde/xbcr/lodz/ASSETS_12w_05.pdf (Zugriff 02.10.2013).

[14] Wolfgang Kessler: Lodz nach Lodz. Beobachtungen zu Erinnerung und Gedächtnis der Deutschen aus Lodz nach 1945. In: Dyroff, Radziszewska, Röskau-Rydel (Hg.): Lodz jenseits von "Fabriken, Wildwest und Provinz", S. 163.

[15] Siehe Ingo Eser: Lodz – Blick(e) auf eine Stadtgeschichte. In: Dyroff, Radziszewska, Röskau-Rydel (Hg.): Lodz jenseits von "Fabriken, Wildwest und Provinz", S. 31-55.

Zitation

Winson Chu: Lodz/Łódź. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2013. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54312.html (Stand 02.10.2013).

Loket → Elbogen/Loket

Siehe Elbogen/Loket

Losonc → Losontz/Lučenec/Losonc

Siehe Losontz/Lučenec/Losonc

Losontz/Lučenec/Losonc

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Losontz, früher Loschontz, vor allem in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts auch Lizenz

Amtliche Bezeichnung

slowak. Lučenec

Anderssprachige Bezeichnungen

ung. Losonc, lat. Lutetia Hungaricorum

Etymologie

Der Ursprung des Namens ist bis heute nicht geklärt. In mittelalterlichen lateinischen Texten werden Stadt und Umgebung wohl aufgrund der damaligen geographischen Gegebenheiten – das Territorium wird als schlammig und morastig beschrieben - als *Lutetia Hungaricorum* bezeichnet. Der Universalgelehrte Matthias Bel führte den Ortsnamen im 18. Jahrhundert auf den Reichtum der Gegend an Wiesen und Weideplätzen zurück. In einer von Béla IV. 1247 ausgestellten Urkunde heißt die Stadt "Luchunch". Darauf gründet sich die heute gängige Deutung, der zufolge die ungarischen Siedler im 10. Jahrhundert schon eine slawische, nach dem Fluss Luchunch benannte Siedlung vorfanden.

2. Geographie

Lage

48° 19′ 53″ nördlicher Breite, 19° 40′ 15″ östlicher Länge, 190 Meter über dem Meeresspiegel.

Topographie

Losontz liegt im südslowakischen Talkessel, der zur Losontz-Kaschauer-Senke und damit zu den Inneren Westkarpaten gehört.

Region

Losontz liegt in der historischen Region Neograd/Novohrad/Nógrád, dem Gebiet des gleichnamigen, nach der Burg Neograd/Nógrád benannten historischen Komitats. Es gehört zur Tourismusregion Poiplie entlang des Flusses Eipel (slowak. Ipeľ, ung. Ipoly).

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Slowakei. Losontz ist Kreisstadt des gleichnamigen Bezirks. Auf regionaler Ebene gehört es zum Verwaltungsbezirk Neusohl/Banská Bystrica/Besztercebánya.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Das seit dem 16. Jahrhundert gebräuchliche, in seiner heutigen Form erstmals 1703 belegte und seit 1984 wieder verwendete Wappen zeigt einen Pelikan auf grünblauem Schild. Die Bezugnahme auf den Vogel, der in der christlichen Ikonographie seine toten Jungen mit dem eigenen Blut wieder ins Leben holt, ist zahlreichen verheerenden Bränden geschuldet, die Losontz über die Jahrhunderte erlebte und von denen es sich stets wieder erholte.

Gebräuchliche und historische Ortsnamen

Insgesamt sind mehr als 30 historische Ortsnamen bekannt, die mehr oder weniger Abwandlungen des ursprünglichen Luchunch darstellen. 1786 wird die Stadt erstmals mit der deutschen Bezeichnung Loschontz genannt. Der Name ist die Eindeutschung des seit dem 15. Jahrhundert gebräuchlichen ungarischen "Losonc", das auf das 1552 ausgestorbene ungarische Adelsgeschlecht der Losonci verweist, welches seit dem ausgehenden 14. Jahrhundert über Losontz herrschte. Lizenz" ist der Versuch einer Eindeutschung des Ortsnamens, der sich allerdings auf Dauer nur in der heutigen Slowakei durchgesetzt hat. Das hängt wohl mit dem angespannten Verhältnis zwischen der Slowakei und Ungarn zusammen: Wegen der jahrhundertelangen Herrschaft der Ungarn über einen Großteil des Gebiets der heutigen Slowakei vermeiden die - nach wie vor um ihre Identität ringenden - Slowaken bei Übersetzungen von Ortsnamen möglichst eine Nähe zum Ungarischen - wie sie sich bei der Verwendung von "Losontz" ergeben würde.

Archäologische Bedeutung

Von einer ersten Besiedlung des Gebiets zeugen Funde von Arbeitsgeräten aus der Steinzeit.

Mittelalter

Im Jahre 1128 soll der hl. Lambert von Neuwerk in Losontz eine Marienkapelle errichtet haben. Seit 1200 unterstand der Ort den ungarischen Adelsgeschlechtern Zaah und Szemere. 1275 wurden deutsche Bergleute vom ungarischen König Ladislaus IV. mit der Suche nach Silber in Losontz beauftragt. Erst seit 1451 hat Losontz nachweislich Stadtrechte.

Neuzeit

In der Schlacht von Losontz siegte 1451 die hussitische Armee von Johann von Giskra über die Einheiten des Ungarn Johann Hunyadi. Anschließend wurde der Ort in Brand gesetzt, damit er den ungarischen Einheiten keine Zuflucht bieten konnte. In den Jahren 1622, 1755, 1819 und 1887 brannten erneut große Teile der Stadt nieder; bei der ersten von drei Cholera-Epidemien in der Geschichte von Losontz 1703 starben rund 300 Bürger. 1876 wurde Losontz zur Stadt mit geordnetem Magistrat erhoben.

Zeitgeschichte

1918–1938 und 1944–1992 gehörte Losontz zeitweise zur Tschechoslowakei. Infolge des Ersten Wiener Schiedsspruchs vom 2. November 1938 kam es bis 1944 wieder zu Ungarn. Im Zweiten Weltkrieg war Losontz ein hart umkämpfter Verkehrsknotenpunkt, bei dessen Verteidigung vom 13. auf den 14. Januar 1945 hunderte Wehrmachtsoldaten fielen.

Verwaltung

Losontz besitzt ein Stadtamt mit Oberbürgermeister sowie eine Stadtverordnetenversammlung. Zuständiges Gericht ist das Kreisgericht Lučenec.

Bevölkerung

Seit dem 18. Jahrhundert wurden zahlreiche Glaser aus Deutschland und Österreich in der Gegend um Losontz angesiedelt; bis ins 19. Jahrhundert stieg ihr Anteil an der Bevölkerung kontinuierlich. 1880 bildeten die Deutschen 6,62 % der Gesamtbevölkerung von 5.027 Einwohnern, 1910 waren es 3,31%. Ungarischsprachige bildeten 1880 mit 71,79 % und 1910 mit 82,19 % die Bevölkerungsmehrheit. 1945 wurden beide Gruppen vertrieben. Trotzdem zählt Losontz in der heutigen Slowakei zu den Städten, in denen sich ein vergleichsweise hoher Anteil der Einwohner zur ungarischsprachigen Minderheit bekennt; nach Angaben des Statistikamtes der Slowakischen Republik waren es 2002 13,11 % der rund 24.000 Einwohner. Die Nähe zu Ungarn macht sich auch in einem relativ ausgeprägten Dialekt dieser Bevölkerungsgruppe bemerkbar. Zur deutschen Minderheit bekannten sich 0,03 % der Losontzer.

Wirtschaft

1695 erhielt Losontz das Marktrecht, 1706 eine Poststation, über die es mit Neusohl/Banská Bystrica/Besztercebánya und Großsteffelsdorf/Rimavská Sobota/Rima Szombat verbunden war. Im 19. Jahrhundert wurde die Pest-Losontzer Bahn eröffnet. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstanden in Losontz kleinere Industriebetriebe, zu denen Anfang des 20. Jahrhunderts eine Fabrik für Landwirtschaftsmaschinen hinzukam. In der Zwischenkriegszeit stagnierte die wirtschaftliche Entwicklung. Heute zählen Losontz und die umliegende Region zu den wirtschaftlich am schwächsten entwickelten Gebieten der Slowakei.

Religions- und Kirchengeschichte

1557 wurde Losontz protestantisch, 1609 calvinistisch. Die habsburgische Gegenreformation führte dazu, dass 1880 wieder 46,09 % der Bevölkerung römisch-katholisch war; lutherisch waren 28,66 %, calvinistisch 8,06 %, 17,11 % der Einwohner waren jüdischen Glaubens (Synagoge 1925 erbaut). Bei der Volkszählung von 2002 bekannten sich 57 % der Einwohner zur römisch-katholischen, rund 15 % zur protestantischen und 21 % zu keiner Konfession.

Besondere kulturelle Institutionen

Das Neograder Museum & Galerie am Kubinyi-Platz ist die zentrale kulturelle Einrichtung von Losontz.

Kunstgeschichte

Am Kubinyi-Platz befinden sich mehrere Prachtbauten in neugotischem Stil sowie das 2006 eingeweihte, drei Wolkenkratzer umfassende Bauensemble Goldener Phönix. Ein zentrales Bauwerk der Stadt ist die 1851–1853 in neugotischem Stil erbaute frühere calvinistische Kirche, die jedoch nicht mehr für Gottesdienste genutzt wird. Nur wenige Schritte entfernt, in der T.-G.-Masaryk-Straße, ist die vom Jugendstil geprägte Neograder Bibliothek angesiedelt.

Gedächtnis- und Erinnerungskultur

Aufgrund der allgemein schlechten Wirtschaftslage unternimmt die Stadt Losontz wenig zur Geschichtspflege (Stand 2012); bezeichnend dafür ist der zunehmende Verfall der Synagoge. Die Aufarbeitung der Stadtgeschichte liegt bisher in der Hand von Laien, sie erfolgt daher nicht unter wissenschaftlichen Gesichtspunkten.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Ernő Deák: Das Städtewesen der Länder der ungarischen Krone (1780–1918). Bd. II/1: Ausgewählte Materialien zum Städtewesen. A: Königliche Freistädte-Munizipalstädte. Wien 1989 (Österreichische Akademie der Wissenschaften. Veröffentlichungen der Kommission für Wirtschafts-, Sozial- und Stadtgeschichte 4), S. 512-517.
- Margaréta Horváthová: Nemci na Slovensku. Etnokultúrne tradície z aspektu odsídlenia, remesiel a odievania [Die Deutschen in der Slowakei. Ethnokulturelle Traditionen unter den Aspekten Ansiedlung, Handwerk und Bekleidung]. Dunajská Streda u. a. 2002 (Interethnica 4), S. 33-41 u. 53-64.
- Vladimír Segeš: Hlavné črty vojenstva v stredovekej Európe [Grundzüge der mittelalterlichen Kriegsführung in Europa]. In: Husiti na Slovensku. Zborník Novohradského múzea z konferencie pri príležitosti 550. výročia bitky pri Lučenci [Hussiten in der Slowakei. Tagungsband des Neograder Museums anlässlich des 550. Jahrestages der Schlacht von Losontz]. Lučenec 2004, S. 28-42.

Weblinks

- http://www.lucenec.sk (offizielle Webpräsenz der Stadt)
- http://www.lucenec.sk/historia.phtml?id3=21965 (Seite zur Stadtgeschichte in slowakischer Sprache; Informationen zur Namensgeschichte und zu Wappen, historische Aufnahmen)
- http://www.nogradhistoria.eu/data/files/187646377.pdf (Losontz als regionales nationales Zentrum zu Beginn des 20. Jahrhunderts)

Zitation

Karin Rogalska: Losontz/Lučenec. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54310.html (Stand 10.07.2012).

Lublin

1. Toponymie

Amtliche Bezeichnung

Lublin

Anderssprachige Bezeichnungen

lat. Lublinum; lit. Liublinas; russ. Ljublin

Etymologie

Um die Herkunft des Namens ranken sich verschiedene Legenden. Sprachwissenschaftler führen "Lublin" auf einen Gründer oder Besitzer namens "Lubel" oder "Lubla" zurück.

2. Geographie

Lage

Lublin liegt im Osten Polens, etwa 90 km von der ukrainischen Grenze entfernt, 170 km südöstlich von Warschau/Warszawa auf 51° 14' nördlicher Breite, 22° 34' östlicher Länge.

Topographie

Die größte polnische Stadt östlich der Weichsel (*Wisła*) liegt am nördlichen Rand der Lubliner Hochebene auf mehreren Hügeln am Fluss *Bystrzyca*. Die Region Lublin (poln. *Lubelszczyzna*) gilt als "Tor zur Ukraine".

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Polen. Die kreisfreie Stadt Lublin ist die Hauptstadt der Woiwodschaft Lublin und Sitz der römisch-katholischen Erzdiözese Lublin.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Das Stadtwappen zeigt einen auf den Hinterbeinen stehenden Ziegenbock mit einem Weinstock auf grünem (unten) und rotem (oben) Grund.



Blick auf die Lubliner Altstadt
(Foto: http://lublin.travel/).

Gebräuchliche Beinamen

Auf das Wappen geht die Bezeichnung "Ziegenstadt" (*kozi gród*) zurück. Als jüdische Stadt erhielt Lublin im 17./18.Jahrhundert den Ehrentitel "Mutter der Städte" und wurde im 19. Jahrhundert auch als "polnisches Jerusalem" bezeichnet.

Archäologische Bedeutung

Archäologische Funde im Stadtgebiet lassen sich neolithischen Kulturen zuordnen.

Mittelalter

Der Hügel Czwartek war bereits im frühen Mittelalter besiedelt. Lublin wird erstmals 1198 in Wincenty Kadłubeks *Chronika Polonorum* erwähnt. Władysław I. Ellenlang (Władysław I Łokietek) verlieh der Stadt 1317 das Magdeburger Stadtrecht. Nach der Zerstörung durch die Tataren 1341 ließ König Kasimir der Große (Kazimierz III Wielki) eine Stadtbefestigung anlegen. 1386 wurde der litauische Großfürst Jogaila (Jagiełło) vom polnischen Adel in Lublin zum König von Polen (Władysław II. Jagiełło) bestimmt. Er heiratete die polnische Thronerbin Jadwiga. Als König Władysław II Jagiełło führte er in Personalunion das Königreich Polen und das Großfürstentum Litauen.

Neuzeit

1569 beschloss der *Sejm* in der "Union von Lublin" (*Unia Lubelska*) die Umwandlung der polnisch-litauischen Personalunion in eine Realunion: Die polnisch-litauische Adelsrepublik entstand als Wahlmonarchie. Lublin erlebte verschiedene Besetzungen: 1655–1657 von schwedischen Truppen, 1792 auf Befehl Katharinas II. von russischen, 1795–1809 von österreichischen (Lublin gehörte nun zu "West-Galizien"), 1809 von polnischen Truppen unter Dominik Dziewanowski. Nach dem Wiener Kongress wurde die Stadt Teil des Russland zugeordneten Königreichs Polen (Kongresspolen) und 1837 Hauptstadt des Gouvernements. Während des Ersten Weltkriegs besetzten deutsche und österreichisch-ungarische Truppen im Sommer 1915 die Stadt.

Zeitgeschichte

Am 7./8. November 1918 wurde die provisorische Regierung des unabhängigen Polen unter Leitung von Ignacy Daszyński in Lublin gebildet, das bis zur Konstituierung der Regierung in Warschau mehrere Tage lang Hauptstadt Polens war.



Zerstörung der Bima in einem Bethaus des jüdischen Viertels in Lublin, März 1942
(Foto: Czesław Gawdzik).

Im Zweiten Weltkrieg war Lublin wegen seiner Grenzlage besonders von deutschen Truppenbewegungen und Kriegshandlungen betroffen. Am 9. September 1939 bombardierten deutsche Fliegerverbände Lublin, am 17. September besetzten deutsche Truppen die Stadt. Im selben Monat erfolgte die Abschiebung der noch in Deutschland lebenden Juden, die in einem "Reichsghetto" für alle Juden im Gebiet um Lublin konzentriert werden sollten. Die erste große Deportation von deutschen Juden aus dem "Altreich" (über 1.100 Menschen) erfolgte am 13. Februar 1940 aus Stettin/Szczecin.[1] 1941 gab Heinrich Himmler bei einem Besuch in Lublin dem SS- und Polizeiführer des Distrikts Lublin, Odilo Globocnik, den Auftrag zum Bau eines Gefangenenlagers. Vom Herbst 1941 an wurde das "Kriegsgefangenenlager der Waffen-SS Lublin" in Majdanek südöstlich der Stadt gebaut, im Februar 1943 wurde es in "Konzentrationslager Lublin" umbenannt. Bis zum Herbst 1943 kamen von den vermutlich insgesamt 150.000 Gefangenen des Lagers etwa 80.000 Häftlinge um, zwei Drittel davon Juden: Männer, ab Oktober 1942 auch Frauen, politische Häftlinge und Kinder aus fast 30 Ländern – vor allem Polen, Sowjetbürger, Tschechen. Von Juli 1942 bis Oktober 1943 wurden im Rahmen der "Aktion Reinhardt" auch aus dem Distrikt Lublin des Generalgouvernements Juden und Roma in den drei Vernichtungslagern Bełżec, Sobibór und Treblinka ermordet. Der geschlossene jüdische Wohnbezirk in Lublin wurde am 17. April 1943 liquidiert, die letzten Bewohner in die Lager Majdanek, Bełżec und Sobibór deportiert. Am 3./4. November 1943 fanden Massenerschießungen, die sog. "Aktion Ernte-

fest", statt. Allein in Majdanek kamen mehr als 17.000 Juden um. Kurz vor der Besetzung der Stadt durch sowjetische und verbündete polnische Einheiten erschossen am 22. Juli 1944 deutsche Truppen etwa 200 Häftlinge im Gefängnis im Schloss. Am 23. Juli 1944 wurde das KZ Majdanek befreit.[2] Danach wurde das Lager vom NKWD als Gefängnis für Mitglieder des polnischen Untergrundstaates genutzt; außerdem wurden hier deutsche Kriegsgefangene untergebracht.

Von Juli bis Dezember 1944 hatte die von Stalin eingesetzte polnische Regierung ihren Sitz in Lublin. Nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelte sich Lublin zu einem Zentrum von Bildung, Wissenschaft und Industrie. Im Juli 1980 streikten Arbeiter in Świdnik und Lublin (noch vor den Werftarbeitern in Danzig/Gdańsk) - die freie Gewerkschaft "Solidarność" setzte sich für eine Demokratisierung des Landes ein. Seit dem Beitritt Polens zur Europäischen Union befindet sich Lublin erneut in einer Randlage.

Bevölkerung

Im Laufe des 19. Jahrhunderts nahm die Zahl der Einwohner stark zu. Vor dem Zweiten Weltkrieg hatte Lublin 122.000 Einwohner, danach 99.400. Die bisher höchste Einwohnerzahl von über 359.000 erreichte die Stadt 1999. Heute ist Lublin mit über 348.000 Einwohnern die neuntgrößte Stadt Polens (Woiwodschaft Lublin: 2,15 Millionen).

Bevölkerungsentwicklung

Jahr	Gesamt	Juden	Protestanten	Russisch-Orthodoxe
1807*	7.082	49,7 %	1,94 %	0,32 %
1835	14.028	56,8 % (1837)	1,21 % (1837)	0,32 % (1837)
1860	18.304	49,8 %	2,37 % (1859)	7,23 % (1859)
1890	52.065	49,3 %	1,9 %	8,42 %
1914	83.126			
1939**	122.000			
1946	99.400			
1960	181.304			
1999***	359.154			
2012****	348.120			

* Daten bis 1914 nach Archivrecherchen von Jörg Gebhard. Vgl. Gebhard: Lublin, S. 362. Gebhard weist darauf hin, dass es sich um Richtwerte, nicht um absolute Zahlen handelt.

** 1939–1979 Roczniki statystyczne GUS. http://pl.wikipedia.org/wiki/Ludno%C5%9B%C4%87_Lublina (Zugriff 22.03.2013).

*** 1995–2008 Bank danych regionalnych GUS. http://pl.wikipedia.org/wiki/Ludno%C5%9B%C4%87_Lublina (Zugriff 22.03.2013).

**** Vgl. http://www.stat.gov.pl/cps/rde/xbcr/gus/l_ludnosc_stan_struktura_30062012.pdf (Zugriff 22.03.2013).

Lublin hatte bis zum Zweiten Weltkrieg einen großen jüdischen Bevölkerungsanteil: 1807 stellten die Juden die Hälfte der Einwohner (von 7.100), 1939 ein Drittel (von 122.000).

Die Lubliner Juden wurden durch die Vernichtungspolitik der deutschen Besatzer ausgelöscht, die Judenstadt und der jüdische Stadtteil Wieniawa zerstört.



Evangelische Kirche in Lublin
(Foto: http://lublin.travel/).

Die ersten Industriellen der Stadt waren meist fremdethnischer Herkunft, darunter auch deutschstämmige, protestantische Unternehmer und Kaufleute, die oft aus Posen/Poznań und Warschau kamen.[3] Zu den bekannten Lubliner Deutschstämmigen zählen die Industriellen Rudolf, August und Julius Vetter, Albert und Emil Plage sowie Heinrich Sachs, ebenso der evangelische Pastor Aleksander Schoeneich. Der evangelische Landesbischof Juliusz Bursche kam am 6. September 1939 nach Lublin, nachdem er Warschau kurz nach Kriegsbeginn verlassen musste. Nach einem Gottesdienst in der evangelischen Kirche in Lublin wurde er am 3.10.1939 von der Gestapo verhaftet. Ihm wurde Verrat am deutschen Volk und Polonisierung der evangelischen Kirche in Polen vorgeworfen.

Wirtschaft

Lublin befand sich innerhalb Polen-Litauens in einer zentralen Lage an den Handelswegen zwischen Ost und West und wurde zu einem wichtigen Handelsplatz in Ostmitteleuropa. Durch die Verlegung der Hauptstadt von Krakau/Kraków nach Warschau (1596), die polnischen Teilungen sowie den Wiener Kongress geriet Lublin in eine Randlage. An der Peripherie dominierten Landwirtschaft, Handwerk und Kleinhandel. Der kurzzeitige Aufschwung im 19. Jahrhundert (1877 Eröffnung der Eisenbahnlinie nach Warschau und Kowel) führte zu einem Wandel des Stadtbildes und zur

Modernisierung der Infrastruktur Lublins, war aber mit dem Ersten Weltkrieg beendet. Unter der deutschen Besatzung im Zweiten Weltkrieg wurde der Distrikt Lublin zum Zentrum jüdischer Zwangsarbeit im Generalgouvernement. Nach 1945 entwickelten sich Bau-, Elektro-, Schwerindustrie- und metallverarbeitende Betriebe sowie Maschinenbau neben den Bereichen Handel und Dienstleistungen. Wichtigste Wirtschaftszweige sind bis heute die Autoindustrie und das Bildungswesen. Der Ende 2012 eröffnete Flughafen bietet der Stadt eine neue internationale Anbindung.

Gesellschaft

Charakteristisch für Lublin war jahrhundertelang eine Teilung in jüdische und nichtjüdische Lebenswelten. 1535 erhielt Lublin das Privileg *De non tolerandis Judaeis* (bis 1862), eine selbstständige Judenstadt entstand. 1578 begründete König Stefan Báthory

(Batory) das Krontribunal im Rathaus in Lublin als höchste Gerichtsinstanz für den Adel in Kleinpolen, 1580 den sog. Vierländersejm als Selbstverwaltungsorgan (*Va'ad Arba' Aratzot*) der polnischen Juden (bis 1764).

Im 19. Jahrhundert gab es parallele, aber keine gemeinsamen Entwicklungen (Entstehung eines Proletariats, Vereinsgründungen, politische Parteien).[4] Industrielle wie die Brauereibesitzer August und Julius Vetter wurden zu Sponsoren des städtischen Bildungswesens.

Religions- und Kirchengeschichte

Lublin wurde geprägt durch eine konservativ-katholische ebenso wie eine konservativ-ostjüdische Tradition. 1260 kamen Dominikaner nach Lublin, Ende des 16. Jahrhunderts machten Jesuiten die Stadt zu einem Zentrum der Gegenreformation. 1805 wurde Lublin Bischofssitz. Es ist bis heute ein Zentrum des polnischen Katholizismus.

Auch andere christliche Gemeinschaften lebten in Lublin: 1390 wurden erstmals Orthodoxe erwähnt, um 1560 "polnische Brüder" (antitrinitarischer Arianer), seit Mitte des 16. Jahrhunderts auch Calvinisten. 1784 genehmigte König Stanislaus II. August (Stanisław II August) den Bau der evangelisch-augsburgischen Kirche mit Schule und Krankenhaus.

Das jüdische Lublin entwickelte sich zu einem bedeutenden aschkenasischen Zentrum, einer Hochburg orthodoxer Frömmigkeit mit berühmten Rabbinern und Lehrautoritäten. Hier lebte der Begründer des Chassidisymus, Zaddik Ya'akov Yitsḥak Horowitz (1745–1815), der „Seher von Lublin".

Bildung und Wissenschaft

Jesuiten gründeten Ende des 16. Jahrhunderts ein Kolleg. Seit 1812 gab es ein Gymnasium, in den 1860er Jahren kamen weitere hinzu. Elementarschulen waren staatlich, katholisch, evangelisch (seit 1836), jüdisch (seit 1844) und russisch-orthodox (seit 1865). Russisch war seit 1866 Pflichtfach in Lubliner Schulen.

1918 wurde im neuen polnischen Staat die Katholische Universität Lublin (*Katolicki Uniwersytet Lubelski [KUL]*) gegründet. 1944 entstand die staatliche Marie-Curie-Skłodowska-Universität (*Uniwersytet Marii Curie-Skłodowskiej [UMCS]*), aus der später weitere Hochschulen ausgegliedert wurden. Mit etwa 84.000 Studierenden (Studienjahr 2011/12)[5] an fünf Universitäten und sechs weiteren Hochschulen ist Lublin heute ein wichtiges akademisches Zentrum.

Die jüdische Gelehrtenstadt hatte ca. 1530 eine erste Talmud-Akademie und bekannte Rabbiner wie Solomon (Shelomoh ben Yeḥi'el) Luria (ca. 1510–1573). 1930 kam es zur Gründung der modernen jüdischen Talmudhochschule der Gelehrten von Lublin (*Jeszywas Chachmej Lublin*), einer zentralen Hochschule des orthodoxen Judentums. Sie wurde im September 1939 von den deutschen Besatzern geschlossen und im Innern verwüstet. 2007 wurde die restaurierte Synagoge in dem Gebäude wiedereröffnet.

Alltagskultur

Die Vorstädte *Piaski und Czwartek* oder das Städtchen *Wieniawa* waren typische jüdische Schtetl. In der nicht-jüdischen Stadt entstanden wegen der monatelangen Gerichtssitzungen des Krontribunals repräsentative Palais des polnischen Adels.

Kunstgeschichte



Kirchenschiff der gotischen Kapelle der hl. Dreifaltigkeit/Kaplica Trójcy Swiętej (Muzeum Lubelskie w Lublinie, Foto: Piotr Maciuk).

Neben den mittelalterlichen Stadttoren *Brama Krakowska* und *Grodzka* und dem Rathaus (1389) sind die Dominikanerkirche von 1342, die Heilig-Geist-Kirche von 1419, dasBernhardinerkloster von 1470 und der neugotische Trinitätsturm von Antonio Corazzi von 1819 bemerkenswert. Außergewöhnlich ist die 1418 fertiggestellte Ausmalung der gotischen Schlosskapelle aus dem 13. Jahrhundert mit polychromen ruthenisch-byzantinischen Fresken (Meister Andrej im Auftrag von Władysław II. Jagiełło). Nach einem Großbrand 1575 wurde die Stadt im Stil der Renaissance wiederaufgebaut. Im Schlossmuseum befindet sich das Gemälde *Unia Lubelska* von Jan Matejko (1869).

Buch- und Druckgeschichte

Jiddische Bücher, Bibelübersetzungen und Talmudausgaben wurden bereits im 16. Jahrhundert in Lublin gedruckt. So entstand 1536 in der Druckerei von Chaim Schwarz ein Gebetbuch für Feiertage (*Machsor*) mit polnischer Übersetzung.[6]

Literatur

1584 starb der Renaissancedichter Jan Kochanowski in Lublin, der den Abschluss der Lubliner Union 1569 und die Lehenshuldigung Albrechts II. Friedrich von Hohenzollern an den polnischen König Sigismund August miterlebte und in seinen Gedichten festhielt. In seiner *Reise nach Polen* (1924) beschrieb Alfred Döblin die Judenstadt von Lublin. Der 1903 in Lublin geborene Avantgardedichter der Zwischenkriegszeit Józef Czechowicz starb bei einem Bombenangriff auf Lublin am 9. September 1939. Das Konzentrationslager Majdanek ist Thema des Gedichts von Johannes R. Becher *Kinderschuhe aus Lublin*.

Gedächtnis- und Erinnerungskultur

Wichtiger Gedenkort Lublins ist der *pl. Litewski* im Zentrum der Stadt. Hier sollen 1569 polnische und litauische Adlige die Union von Lublin beschlossen haben, an die ein Obelisk erinnert. Auf dem ehemaligen Paradeplatz finden noch heute offizielle Feiern statt.

Die jeweiligen Besatzer demonstrierten hier ihre Macht: durch Umbenennungen in "Adolf-Hitler-Platz" bzw. "Józef-Stalin-Platz" sowie durch den Bau der in Lublin als Fremdkörper empfundenen orthodoxen Kirche (1873–1876) an diesem Platz,[7] oder die Errichtung eines "Dankes-Denkmals" für die Sowjetarmee 1945, das zu Beginn der 1990er Jahre demontiert und 1991 durch ein Denkmal für Marschall Józef Piłsudski ersetzt wurde.



Grabmal der Familie Vetter auf dem evangelischen Friedhof in der ul. Lipowa
(Foto: http://lublin.travel/).

Der Friedhof an der *ul. Lipowa* zeigt ein "Kaleidoskop der Geschichte der nichtjüdischen Stadt"[8], auf ihm findet man auch die Gräber der deutschstämmigen Lubliner Industriellen (Plage, Scholtz, Vetter, Voigt).

Das Denkmal für Stefan Kardinal Wyszyński und Papst Johannes Paul II. (Karol Wojtyła) im Innenhof der KUL erinnert an die beiden eng mit der KUL und Lublin verbundenen berühmten Polen.

Bereits im Oktober 1944 entstand auf dem Gelände des KZ Majdanek das erste Museum zum Gedenken an die Opfer des Holocaust. Die Gedenkstätte spielte auch im Prozess der deutsch-polnischen Versöhnung eine zentrale Rolle, als 1965 eine erste Fahrt von Aktion Sühnezeichen aus der DDR eine Gruppe junger Frauen nach Majdanek führte (parallel zu einer Fahrt junger Männer nach Auschwitz).[9]

Jörg Gebhard schreibt, das kollektive Gedächtnis der Stadt sei "als ausschließlich nichtjüdisches fassbar": "Dieser Diskurs der örtlichen Gesellschaft vollzog sich unter der Prämisse fast beständiger, mehr oder weniger deutlicher Fremdbestimmung ganz unterschiedlicher Natur – zarischer Obrigkeitsstaat, nazistische Gewaltherrschaft, stalinistische Diktatur, poststalinistischer Sozialismus." Opfer des Konflikts zwischen "verordneter" Erinnerung und eigener historischer Erfahrung der Einwohner war "die Erinnerung an die multiethnische Vergangenheit Lublins, vor allem an ihre vormalige jüdische Hälfte, deren Existenz nach 1944 systematisch negiert und verdrängt wurde."[10]

Der Erinnerung an die Lubliner Juden und ihre Geschichte widmen sich heute neue Initiativen und Vereine sowie das Kulturzentrum "Brama Grodzka – Teatr NN". Jüdische Friedhöfe wurden restauriert und erinnern an ehemalige Lubliner Juden – darunter berühmte Rabbiner und Gelehrte.

Seit 1989 ist der Prozess einer neuen Geschichtsbetrachtung und Selbstdefinition in Gang gekommen. Impulse für die öffentliche Beschäftigung mit der multiethnischen und multikonfessionellen Geschichte Lublins brachte auch die Bewerbung um den Titel Kulturhauptstadt Europas 2016, bei der die Stadt dem Mitbewerber Breslau/Wrocław unterlag.

4. Diskurse/Kontroversen

Die jahrhundertelang stark jüdisch geprägte Stadt findet großes Interesse in Wissenschaft, Medien und Öffentlichkeit.[11] Allerdings gibt es auch feindselige Reaktionen: Akteure der lokalen Kulturinstitutionen und Gedenkstätten wurden mehrfach Zielscheibe antisemitischer gewalttätiger Übergriffe.

Das Staatsarchiv Lublin (*Archiwum Państwowe w Lublinie*) verfügt über Akten der historischen städtischen und Gouvernement-Behörden. Zum jüdischen Lublin findet man Bestände in Warschau (*Archiwum Główne Akt Dawnych, Żydowski Instytut Historyczny*) und Jerusalem (*Central Zionist Archives*).

Forschungsdesiderate bestehen in Bezug auf die Zeit der österreichisch-ungarischen Besetzung Lublins im Ersten Weltkrieg.[12]

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Mogens Dyhr, Ingeborg Zint: Lubliner Jiddisch. Ein Beitrag zur Sprache und Kultur des Ostjiddischen im 20. Jahrhundert anhand eines Idiolekts. Tübingen 1988.
- Jörg Gebhard: Lublin. Eine polnische Stadt im Hinterhof der Moderne (1815–1914). Köln u. a. 2006.
- Claudia Kuretsidis-Haider, Irmgard Nöbauer, Winfried R. Garscha, Siegfried Sanwald, Andrzej Selerowicz (Hg.): Das KZ Lublin-Majdanek und die Justiz. Strafverfolgung und verweigerte Gerechtigkeit. Polen, Deutschland und Österreich im Vergleich. Graz 2011.
- Wojciech Lenarczyk, Dariusz Libionka (Hg.): Erntefest 3–4 listopada 1943. Zapomniany epizod Zagłady [Die "Aktion Erntefest" vom 3.–4. November 1943. Ein vergessenes Kapitel des Judenmords]. Państwowe Muzeum na Majdanku. Lublin 2009.
- Bogdan Musial: Deutsche Zivilverwaltung und Judenverfolgung im Generalgouvernement. Eine Fallstudie zum Distrikt Lublin 1939–1944. Wiesbaden 1999 (Deutsches Historisches Institut Warschau, Quellen und Studien 10).
- Dieter Pohl: Von der "Judenpolitik" zum Judenmord. Der Distrikt Lublin des Generalgouvernements 1939–1944. Frankfurt/M. 1993 (Münchner Studien zur neueren und neusten Geschichte 3).
- Wolfgang Wilhelmus unter Mitarbeit von Irmfried Garbe: Die Lubliner Judenliste. Die erste Deportation deutscher Juden vom 13. Februar 1940 aus dem pommerschen Regierungsbezirk Stettin. In: Zeitgeschichte regional. Mitteilungen aus Mecklenburg-Vorpommern. Sonderheft 3, 1/2009.

Weblinks

- http://www.jewishgen.org/yizkor/lublin/lublin.html (The book of Lublin. [Übersetzung von "Dos bukh fun Lublin" www.jewishgen.org/yizkor/lublin/lublin.html]. Hg. von den ehemaligen Einwohnern Lublins in Paris 1952)
- http://www.kirkuty-lublin.pl/ (Foundation for the Protection of Lublin Jewish Cemetries/Fundacja Chrońmy cmentarze żydowskie w Lublinie. Seite mit Fotos, Plänen und Informationen zu den jüdischen Friedhöfen Lublins)
- www.majdanek.eu (Staatliches Museum Majdanek / Państwowe Muzeum na Majdanku)
- http://www.sztetl.org.pl/pl/city/lublin/ (Internetforum "Wirtualny Sztetl" des Museums für die Geschichte der polnischen Juden / Muzeum Historii Żydów Polskich in Warschau mit Bildmaterial von Erinnerungsgegenständen, Fotos von Synagogen und Gebetshäusern, Friedhöfen, Lubliner Juden)
- http://www.sztetl.org.pl/pl/article/lublin/16,relacje-wspomnienia/ (Berichte, Erinnerungen)
- http://teatrnn.pl/(Kulturzentrum Brama Grodzka/Ośrodek Brama Grodzka - Teatr NN. Seite mit Dokumenten, Fotos und Texten zu Kultur und Geschichte Lublins)
- http://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/Lublin (Darstellung der jüdischen Geschichte Lublins)
- http://www.zamek-lublin.pl/index.php?l=pl&r=1 (Regionalmuseum Lublin / Muzeum Lubelskie w Lublinie)

Anmerkungen

[1] Wilhelmus, Garbe: Die Lubliner Judenliste.

[2] Die Opferzahlen des Konzentrationslagers Majdanek wurden nach 1944 unterschiedlich angegeben. Sie schwanken zwischen 1,7 Millionen (1944) und etwa 80.000 Opfern (Kranz 2007). Vgl. Tomasz Kranz: Die Erfassung der Todesfälle und die Häftlingssterblichkeit im KZ Lublin. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 55 (2007), H. 3, S. 220-244, hier S. 243.

[3] Gebhard: Lublin, S. 16f.

[4] Gebhard: Lublin, S. 28.

[5] http://www.stat.gov.pl/cps/rde/xbcr/lublin/ASSETS_Prezentacja-konferencja_12.06.2012.pdf (Zugriff 22.03.1013).

[6] Arno Lustiger: http://library.fes.de/fulltext/historiker/00712001.htm (Zugriff 26.02.2013)

[7] Alfred Döblin erlebte ihren Abriss mit: Alfred Döblin: Reise in Polen. München 1987, S. 158f.

[8] Gebhard: Lublin, S. 276.

[9] Die Frauen arbeiteten zwei Wochen in Majdanek und jäteten Unkraut an dem Massengrab, "wo am 3. November 1943, an einem einzigen Tag, 18.400 Menschen erschossen worden sind, von der SS zynisch 'Unternehmen Erntefest' genannt. Und sie säuberten die Wege im 'Rosengarten', wo Frauen und Kinder vor der Vergasung untergebracht waren – Rosengarten genannt wegen der Blutlachen, die nach dem 'Entladen' der Transporte dort

entstanden." Konrad Weiß: Lothar Kreyssig. Prophet der Versöhnung. Gerlingen 1998 (Zeugen der Zeit), S. 384.

[10] Gebhard: Lublin, S. 29.

[11] 2012 wurde die Darstellung des jüdischen Lublin von Majer Bałaban "Die Judenstadt von Lublin" von 1919 in Lublin nachgedruckt. Zeitgleich wurde die polnische Übersetzung von Jan Doktór "Żydowskie miasto w Lublinie" veröffentlicht.

[12] Vgl. Stephan Lehnstaedt: Das Militärgeneralgouvernement Lublin. Die "Nutzbarmachung" Polens durch Österreich-Ungarn im Ersten Weltkrieg. In: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 61 (2012), S. 1-26.

Zitation

Maria Luft: Lublin. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2013. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54314.html (Stand 22.03.2013).

Lučenec → Losontz/Lučenec/Losonc

Siehe Losontz/Lučenec/Losonc

Lugoj → Lugosch/Lugoj/Lugos

Siehe Lugosch/Lugoj/Lugos

Lugosch/Lugoj/Lugos

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Lugosch

Amtliche Bezeichnung

rum. Lugoj

Anderssprachige Bezeichnungen

ung. Lugos; serb., kroat. Lugoš; lat. Lugas, Lucas

Etymologie

Der Ortsname könnte sich aus den Begriffen *liugas* (geto-dakisch: Sumpf), *Lugos* (keltische Gottheit), *locus/lucus* (lat. Ort/Wald), *lug/luh* (slaw. Sumpf), *rogoz* (slaw., rum. Schilf) oder *lugas* (ung. Laube) herleiten.

2. Geographie

Lage

45º 41´ nördlicher Länge, 21º 54´ östlicher Breite.

Topographie

Lugosch liegt in niedrigem Hügelland auf 123 m ü. NHN an der Temesch/Timiş und wird von diesem Fluss in zwei Hälften geteilt.

Region

Banat, Rumänisches Banat

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Rumänien, Kreis Timiş; die Stadt ist das zweitgrößte Munizipium des Kreises und seit 1850 Sitz des griechisch-katholischen Bistums des Banat.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Das Wappen zeigt oben links zwei silberne Türme, die durch eine Brücke über einem Fluss verbunden sind (Symbol der Vereinigung von Deutsch- und Rumänisch-Lugosch), oben rechts auf hellblauem Grund einen silbernen Wolf über einer goldenen Krone (Motiv aus dem historischen Stadtwappen) und unten auf rotem Hintergrund eine Lyra (Symbol der kulturellen Rolle der Stadt). Über dem Schild befindet sich die silberne Munizipalitäts-Mauerkrone.

Archäologische Bedeutung

Die Gegend um Lugosch hat in den dakisch-römischen Kriegen (101–106) eine wichtige Rolle gespielt; die Ortschaft Tapia (*Tapae*), wo ein Gefecht von Dakern und Römern stattgefunden hat, ist heute ein Stadtteil von Lugosch.

Mittelalter

Lugosch wird erstmals 1334 in päpstlichen Zehntlisten erwähnt und spielte eine wichtige Rolle im Grenzverteidigungssystem des mittelalterlichen Ungarn. Nach der Schlacht von Nikopolis (1396) setzen osmanische Einfälle ein, woraufhin die Befestigungen verstärkt wurden. 1440 wird Lugosch als *oppidum* erwähnt und war Zentrum mehrerer walachischer Grenzdistrikte. Hundert Jahre später wurde Lugosch zur *civitas* und 1551 zur königlichen Freistadt erhoben.

Neuzeit

In der Zeit des autonomen siebenbürgischen Fürstentums unter osmanischer Oberhoheit (Mitte des 16. bis Ende des 17. Jahrhunderts) gehörten das Lugoscher und das Karansebescher Banat bis zur habsburgischen Eroberung als *partes regni Hungariae adnexae* zum Fürstentum. 1695 wurde bei Lugosch ein österreichisches Heer unter General Friedrich Ambros Graf Veterani von den Osmanen vernichtend geschlagen, der General fiel in der Schlacht. Aufgrund des Friedens von Passarowitz (1718) kam Lugosch unter österreichische Herrschaft.

Im Zuge der Besiedlung des Banats durch die Habsburger entstand der Stadtteil "Deutsch-Lugosch" auf dem linken Ufer der Temesch. Nach Eingliederung des Banats in das Ungarische Königreich (1778/79) wurde Lugosch zum Zentrum des Komitats Krassó (später Krassó-Szörény). 1795 erfolgte die Vereinigung von Deutsch- und Rumänisch-Lugosch. Während der Revolution von 1848/49 war Lugosch das Zentrum der rumänischen Nationalbewegung im Banat, in der Stadt wurden zwei Volksversammlungen abgehalten.

Zeitgeschichte

Am 3. November 1918 fand in Lugosch eine Nationalversammlung statt, die das Selbstbestimmungsrecht des rumänischen Volkes einforderte. Nach dem Anschluss von Siebenbürgen an Rumänien durch die Nationalversammlung von Karlsburg/Alba Iulia am 1. De-

zember 1918, völkerrechtlich aufgrund des Vertrags von Trianon (1920), gehörte Lugosch zum rumänischen Staat. Nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgte eine massive Industrialisierung. Lugosch wurde Vorort des Kreises Severin. Nach der administrativen Neuordnung von 1950 wurde Lugosch Rayonsvorort in der Region Temeswar/Timişoara (ab 1960 Region Banat). 1968 wurde es Zentrum des wieder geschaffenen Kreises (*judeţ*) Lugosch. Im Dezember 1989 war Lugosch die zweite vom Kommunismus befreite Stadt Rumäniens.

Verwaltung

Die Stadt wird von einem Bürgermeister und 19 Stadträten geleitet. In Lugosch ist ein Gericht erster Instanz angesiedelt (*Judecătoria Lugoj*), die höheren juristischen Instanzen befinden sich in Temeswar/Timişoara/Temesvár.

Bevölkerung

Die seit dem 19. Jahrhundert durchgeführten Volkszählungen belegen eine Mehrheit rumänischer Stadtbewohner; der Anteil der Ungarn stieg seit dem österreichisch-ungarischen Ausgleich an. Im Jahr 1828 hatte Lugosch 5.710 Einwohner, 1880 waren es 11.287 (der Muttersprache nach 42,99 % Rumänen, 40,16 % Deutsche, 12 % Ungarn). Die Stadtbevölkerung nahm stetig zu, von 19.126 Einwohnern 1910 (34,69 % Ungarn, 31,42 % Rumänen, 31,04 % Deutsche) auf 27.871 im Jahr 1941 (51,6 % Rumänen, 21,7 % Deutsche und 17 % Ungarn). 1992 hatte Lugosch 50.939 Einwohner, 2002 waren es noch 44.636 (82,9 % Rumänen, 9,6 % Ungarn und 2,9 % Deutsche).

Wirtschaft

Die Wirtschaft der Stadt war bis zum Beginn der industriellen Entwicklung im 19. Jahrhundert ländlich geprägt; in den 1870er Jahren wurde Lugosch an das Eisenbahnnetz angebunden, es wurden mehrere Industriebetriebe gegründet und das Stadtbild wurde modernisiert. Ein Symbol der Stadt wurde die 1902 eröffnete Eisenbrücke über die Temesch.

Gesellschaft

Die kulturelle Bedeutung der Stadt nahm für die rumänische Bevölkerung mit dem Revolutionsjahr 1848 und der Gründung des Banater griechisch-katholischen Bistums zu, welche für die rumänische Nationalbewegung im Banat auch politische Bedeutung hatte. Nach dem Dualismus wurde Lugosch zu einem wichtigen Zentrum des rumänischen politischen und Vereinslebens. Die ersten Zünfte und Innungen der Stadt wurden in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts gegründet.

Religions- und Kirchengeschichte

Die konfessionelle Struktur der Stadtbevölkerung folgte den Trennlinien der ethnischen Zusammensetzung. Die wichtigsten in der Stadt vertretenen konfessionellen Gruppen waren die Römisch-Katholischen, die Orthodoxen und die Griechisch-Katholischen. Heute gibt es in der Stadt orthodoxe, römisch- und griechisch-katholische sowie neoprotestantische Kirchen. 1880 wurden 4.184 römisch-katholische, 4.089 orthodoxe, 1.253 jüdische und 1.052 griechisch-katholische Gläubige gezählt. 2005 bezeichneten sich 76 % als Orthodoxe, 10 % als Römisch-Katholische, 4,1 % als Reformierte und 3,1 % als Anhänger der Pfingstlergemeinden.

Besondere kulturelle Institutionen

Wichtige kulturelle Einrichtungen der Stadt sind das Museum für Geschichte, Ethnographie und Bildende Künste, das städtische Theater (*Traian Grozăvescu*) und das Kulturhaus.

Bildung und Wissenschaft

Die Anfänge des Schulwesens in Lugosch gehen auf das 16. Jahrhundert zurück. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts wurde die erste rumänische Schule im Westen des heutigen Rumänien eröffnet. 1996 wurde die private Europäische Universität Drăgan gegründet.

Kunstgeschichte

Die bedeutenden Baudenkmäler der Stadt sind der Turm der orthodoxen Hl.-Nikolaus-Kirche (14. Jahrhundert), die römisch-katholische Kirche im Barockstil (1733), die griechisch-orthodoxe barocke Kathedrale (1759–1766), das Gästehaus der Post (heute Sitz des orthodoxen Erzpriesteramtes, 1726), die griechisch-katholische Kathedrale im klassizistischen Stil (1843–1851), die Synagoge (1843) und das klassizistische Theatergebäude (1900).

Musik

Der städtische Chor *Ion Vidu* besteht seit 1810; im Jahr 1852 wurde unter der Leitung des Lehrers Paul Wusching ein weiterer Gesangverein gegründet. Die bekanntesten aus Lugosch stammenden Musiker sind der Tenor Traian Grozăvescu (1895–1927) und die Komponisten Tiberiu Brediceanu (1877–1968) und Walter Michael Klepper (1929–2008).

Buch- und Druckgeschichte

Erste Buchdruckereien entstanden in Lugosch im Zusammenhang mit der Einrichtung des griechisch-katholischen Priesterseminars.

Literatur

Zu den bekanntesten Autoren aus dieser Stadt zählen der Journalist und Schriftsteller Karl Wilhelm von Martini (1821–1885) und der Journalist Aurel Popovici (1863–1917), der 1906 das föderalistische Konzept der "Vereinigten Staaten von Groß-Österreich" vorschlug. Heute hat Lugosch mehrere Literaturzirkel, etwa *Banatul* und *Pro Arte*, der neben Buchpräsentationen auch Kunstausstellungen veranstaltet. Es wird auch die Dichtung in banatdeutscher Mundart gepflegt.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Ernő Deák: Das Städtewesen der Länder der ungarischen Krone (1780–1918). 2. Teil. Ausgewählte Materialien zum Städtewesen. A. Königliche Freistädte-Munizipalstädte. Wien 1989, S. 758-763.
- Nicu Dumitrescu: Lugoj [Lugosch]. București 1971.
- Pesty Frigyes: A Szörényi bánság és Szörény vármegye története [Geschichte des Severiner Banats und des Severiner Komitats]. 3. Bd. Budapest 1878.
- István Iványi: Lugos rendezett tanácsú város története [Geschichte der Stadt mit geregeltem Magistrat Lugosch]. Szabadka 1907.

- Gheorghe Luchescu: Lugojul cultural-artistic [Das kulturell-künstlerische Lugosch]. Lugoj 1975.
- Bakk Miklós: Lugosi krónika [Lugoser Chronik]. Temesvár 1998.
- Dan Popescu: Ghid turistic - Lugoj și împrejurimi [Touristenführer - Lugosch und Umgebung]. Lugoj 1993.
- Harald Roth: Handbuch der historischen Stätten. Siebenbürgen. Stuttgart 2003 (Kröner Taschenbuchausgabe 330), S. 110.

Weblinks

- www.primarialugoj.ro (offizielle Webpräsenz des Lugoscher Bürgermeisters in rumänischer Sprache)
- www.lugojul.ro (allgemeine Seite der Stadt in rumänischer Sprache)
- www.lugojonline.ro (mehrsprachige Online-Zeitung)

Zitation

Lajos-Loránd Madly: Lugosch/Lugoj. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54315.html (Stand 19.06.2012).

Lugos → Lugosch/Lugoj/Lugos
Siehe Lugosch/Lugoj/Lugos

Lutynia → Leuthen/Lutynia
Siehe Leuthen/Lutynia

L'viv → Lemberg/L'viv/Lwów
Siehe Lemberg/L'viv/Lwów

Lwów → Lemberg/L'viv/Lwów
Siehe Lemberg/L´viv/Lwów

Lyck/Ełk (in Bearb.)
Dieser Text ist in Bearbeitung

Łódź → Lodz/Łódź
Siehe Lodz/Łódź

M

Mährisch-Ostrau/Ostrava (→ Autor/in gesucht)
Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Majdanek → Lublin
Siehe Lublin

Malbork → Marienburg/Malbork

Siehe Marienburg/Malbork

Marburg an der Drau/Maribor

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Marburg

Amtliche Bezeichnung

slowen. Maribor

Etymologie

Die deutsche Bezeichnung geht auf das 12. Jahrhundert zurück, der slowenische Name wurde erstmals 1836 von dem Slawisten Stanko Vraz (1810-1851) verwendet.

2. Geographie

Lage

Die Stadt liegt auf 46° 33′ 17″ nördlicher Breite und 15° 38′ 48″ östlicher Länge, etwa 100 km nordöstlich von Laibach/Ljubljana.

Topographie

Marburg liegt am Fuße des südlich der Stadt gelegenen Bachergebirges (*Pohorje*), am Ufer der Drau (*Drava*). Nördlich von Maribor befindet sich die Hügellandschaft „Windische Bühel“ (*Slovenske Gorice).*

Region

Untersteiermark (s. Steiermark oder Slowenien)

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Maribor ist die zweitgrößte Stadt der seit 1991 selbständigen Republik Slowenien.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Das Stadtwappen fußt auf dem Stadtsiegel von 1282 und zeigt zwei Mauertürme, ein silbernes Stadttor im roten Feld und darüber eine herabstürzende silberne Taube. Die Flagge ist weiß-rot, in ihrer unteren Hälfte befindet sich das Stadtwappen.

Gebräuchliche oder historische Beinamen

Der Zusatz „an der Drau“ wurde 1910 eingeführt, um die Stadt von „Marburg an der Lahn“ (Hessen) zu unterscheiden.

Archäologische Bedeutung

Archäologische Funde bezeugen menschliche Ansiedlungen in der Stadt und in deren Umgebung schon in der Kupferzeit (24.-19. Jh. v. Chr.). Eine stärkere Besiedlung erfolgte in der Jüngsten Bronzezeit (ab 10. Jh. v. Chr.). Eine besonders wichtige Fundstätte ist der Burgstall, eine befestigte Siedlung aus dem 8. Jahrhundert v. Chr. Zwischen dem 3. und

dem 1. Jahrhundert v. Chr. siedelten sich am Ostalpenrand (etwa im Gebiet des heutigen Kärnten und der heutigen Untersteiermark) die Kelten an. Zu römischer Zeit (15 v. Chr. bis 5. Jh. n. Chr.) existierte am Drau-Ufer eine Zwischenstation für nach Flavia Solva (heute Wagna bei Leibnitz) reisende Händler. Anfang des 5. Jahrhunderts n. Chr. fielen die Germanen ins Land ein. Dann siedelten sich nach und nach Slawen in dem Gebiet an. Deutliche Spuren slawischer Herkunft gibt es seit dem 10. Jahrhundert.

Mittelalter



Grundriss der Stadt Marburg mit den drei wichtigsten Stadtoren: Burgtor, Kärntnertor, Drautor (1824). [Abb.: Pokrajinski arhiv Maribor (PAM, Regionalarchiv Marburg), Zbirka Franciscejski kataster (Sammlung des Franziskaner Kataster): P 35 Maribor].

Wahrscheinlich verlegte das Geschlecht der Spanheimer (auch Sponheimer), das aus Rheinfranken stammte, während des Investiturstreits zwischen Papst und König um 1100, bei dem es sich auf die Seite Roms und des Erzbischofs von Salzburg stellte, den Sitz der „Mark an der Drau“ auf den Pyramidenberg, einen etwa 400 m hohen Hügel oberhalb der heutigen Stadt Marburg, weil dieser zum Gebiet der Erzdiözese Salzburg gehörte. Dort errichteten dann vermutlich die Otokaren oder, wie sie auch hießen, die Traungauer, die von 1056 bis 1192 die Steiermark regierten, die „Marchburg“ („Obermarburg“). Bernhard von Spanheim (um 1125-1147), der im Landbuch von Österreich und Steier (1245)[1] als „Graf von Marburg“ bezeichnet wurde, kam auf dem Zweiten Kreuzzug in Laodicea (Kleinasien) ums Leben. Sein Erbe ging auf sein Mündel Otakar III. (um 1125-1164) über.

Unter der Burg entstand im 11. Jahrhundert eine Siedlung, die etwa in der Mitte des 12. Jahrhunderts zu einer beachtlichen Größe heranwuchs und den Namen der Burg annahm. Sie entwickelte sich aus zwei verschiedenen Ansiedlungen: einer älteren bäuerlichen Siedlung und einer bürgerlichen Ansiedlung von Gewerbetreibenden und Händlern am Ufer der Drau. Im Jahr 1209 wird sie in einer Urkunde des Babenbergers Leopold VI. (1176-1230) erstmals als „Forum Marchpurch“ und 1254 als „Stadt“, „civitas“, erwähnt. Nach dem Aussterben der Babenberger 1246 fiel die Steiermark und somit Marburg zunächst an den ungarischen König Bela IV. (1206-1270), dann an Böhmens König Ottokar II. Přemysl (um 1232-1278), schließlich, 1282, an die Habsburger.

Neuzeit



Marburg an der Drau im 17. Jahrhundert. Darstellung des Topographen Georg Matthäus Vischer, 1681 [Abb.: PAM].



Marburg um 1910: Das Lendviertel mit dem Landturm und dem Landhaus Venedig, „Drau-Venedig“ genannt. [Abb.: PAM, Zbirka fotografij in razglednic (Sammlung von Fotografien und Postkarten), Inv. 8976].

Über 600 Jahre lang, bis 1918, stand Marburg unter der Herrschaft der Habsburger. Seit Mitte des 15. Jahrhunderts lebte die Steiermark, damit auch Marburg, unter andauernder ungarischer und türkischer Bedrohung, die auch das ganze 16. und 17. Jahrhundert mitbestimmte. 1797, 1805 und 1809 marschierten die Franzosen unter Napoleon (1769-1821) in die Stadt ein, die sie im Januar 1810 endgültig verließen.

Hatte in Marburg bis zur Mitte des 19.Jahrhunderts die Nationalität im öffentlichen Leben keine wesentliche Bedeutung – Deutsche und Slowenen fühlten sich hauptsächlich als Steirer und Österreicher –, begann die nationale Frage in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, angefacht vom „Völkerfrühling“, akut zu werden. Im Ersten Weltkrieg gewannen die nationalen Auseinandersetzungen zwischen Deutschen und Slowenen an Schärfe, geschürt von Übergriffen der Militärgerichtsbarkeit, die sich oft pauschal gegen „die Slowenen“ richtete.

Zeitgeschichte

Der Erste Weltkrieg bedeutete eine scharfe Zäsur. General Rudolf Maister (1874-1934) übernahm das Militärkommando der Stadt. Mit seiner Hilfe wurde Marburg Teil des neugegründeten Staates „Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen“ (ab 1929 „Königreich Jugoslawien“). Aus der überwiegend deutschen Stadt Marburg wurde eine slowenische Stadt. Viele Deutsche wanderten entweder aus oder wurden vertrieben. Marburg wurde Sitz des Marburger Kreises; dieser bildete 1929, vereint mit dem Laibacher Kreis, die Drau-Banschaft.

Mit dem Einmarsch der deutschen Truppen im April 1941 ging eine radikale Germanisierungspolitik einher. Alle slowenischen Vereine und Organisationen wurden aufgelöst, die slowenische Sprache aus den Schulen, Ämtern und Kirchen verbannt, Slowenen massenhaft deportiert, allen voran viele Geistliche. Zahllose Slowenen wurden in Gefängnisse und Konzentrationslager verbracht, wo viele starben.

Aufgrund der hier angesiedelten deutschen Rüstungsbetriebe wurde Marburg Ziel alliierter Luftangriffe, bei denen 47 % aller Gebäude zerstört wurden. Kommunistische Kräfte organisierten den Widerstand gegen die Besatzer, wobei es ihnen nicht nur um den Kampf gegen die Deutschen ging, sondern auch um die angestrebte Machtübernahme nach dem Krieg.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Slowenien mit Marburg Teil der kommunistisch gelenkten Volksrepublik Jugoslawien. Unter anderem bezeugen die Massengräber im Ortsteil Tezno und auf den Bachern (*Pohorje*; nordslowenisches Mittelgebirge) die Radikalität der neuen Machthaber.

Am 25. Juni 1991 wurde Slowenien, das bis zum Zusammenbruch Jugoslawiens eine Teilrepublik dieses Vielvölkerstaats gewesen war, ein unabhängiger, demokratischer Staat.

2012 war Marburg Kulturhauptstadt Europas.

Bevölkerung

Marburg hat gegenwärtig 95.171 Einwohner, mit Umland 168.000 (2011).[2] Die erste Volkszählung fand 1770 statt. Damals hatte Marburg 1.723 Einwohner. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts verzeichnete die Stadt ein starkes Wachstum. Bis 1918 war sie eine überwiegend deutsche ‚Insel‘ inmitten eines slowenisch besiedelten Landes; so zählte Marburg nach der Volkszählung 1910 79 % Deutsche und 14 % Slowenen. Dies änderte sich völlig nach dem Ersten Weltkrieg. Nach der Volkszählung 1921 lebten 67 % Slowenen und nur noch 21 % Deutsche in der Stadt.[3] Laut Volkszählung lebten 2002 in Slowenien (hauptsächlich im Raum Marburg, Cilli/Celje und Gottschee/Kočevje) nur noch 1.628 Personen mit deutscher Umgangssprache.[4] In Marburg gaben damals 234 Personen Deutsch als Muttersprache an, das sind 0.2 % der Bevölkerung.[5]

Wirtschaft

Marburg war im Mittelalter eine aufstrebende Stadt. Einen großen Aufschwung erlebte sie in der Zeit von 1335 bis 1450. Das älteste erwähnte Gewerbe ist die Müllerei, sehr wichtig waren jedoch auch der Holzhandel, die Lederverarbeitung und – bis heute – der Weinbau. Von Ende des 15. bis Mitte des 18. Jahrhunderts erfolgte dann aber – hervorgerufen von Naturkatastrophen, Seuchen, dem Einfall der Türken sowie heftigen innersteirischen Auseinandersetzungen – ein schneller wirtschaftlicher Niedergang. Nach der Erbauung der Handelsstraße Wien–Triest im 18. Jahrhundert unter Kaiser Karl VI. (1685-1740) sowie

der Kärntnerbahn und der Südbahn Mitte des 19. Jahrhunderts entwickelte sich die Stadt dann jedoch zu einem wichtigen Handelsplatz und Industriestandort. Zwischen den Weltkriegen wuchs die Industrie stark an: Die Metallindustrie und Textilwirtschaft florierten, das Drau-Kraftwerk Fall nahm seine Arbeit auf. Nach dem Zweiten Weltkrieg sorgte die Planwirtschaft mit der Arbeiterselbstverwaltung für Stagnation und neuerlichen Niedergang. Mit der Wende zur Demokratie und zur Marktwirtschaft nach 1991 verbesserte sich die wirtschaftliche Situation, doch war dieser Übergang ein schwieriger Prozess, in dessen Verlauf zunächst viele Marburger Betriebe schließen mussten.

Religions- und Kirchengeschichte

1311 entstand mit Genehmigung des Salzburger Erzbischofs Konrad I. (1106-1147) die Marburger Urpfarre, das erste christliche Zentrum der Region. Im Jahr 1859 verlegte Bischof Anton Martin Slomšek (1800-1862) den Sitz der Diözese Lavant von St. Andrä in Kärnten nach Marburg. Durch diesen Wechsel und die damit verbundene Veränderung der Bistumsgrenzen entstand eine Diözese, die überwiegend slowenisch war und in welcher fast alle slowenischen Pfarreien der Untersteiermark erfasst waren. 1924 wurde das Bistum aus der Kirchenprovinz Salzburg herausgelöst und direkt Rom unterstellt, später, 1962, in „Maribor-Lavant“ umbenannt und schließlich, 1968, der neugegründeten Kirchenprovinz Ljubljana (Laibach) zugeschlagen. 2006 wurde es zum römisch-katholischen Erzbistum erhoben, und Marburg wurde zum Sitz der Metropolie.

Die Protestanten, die im 16. Jahrhundert in Wildenau/Betnava, heute Stadtteil von Marburg, ansässig waren, mussten um 1600 der Gegenreformation weichen; erst 1862 konnte die evangelische Gemeinde von Marburg neu gegründet werden.

Eine jüdische Gemeinde existierte in Marburg von der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts bis zur Ausweisung der Juden 1496 durch Kaiser Maximilian I. (1459-1519).[6]

Bildung und Wissenschaft

1758 gründeten Jesuiten das Jesuitenkolleg und das erste Gymnasium der Stadt. Ein Priesterseminar und ein Knabenseminar wurden 1859 errichtet. Außerdem entstand 1882 die Wein- und Obstbauschule. 1975 erfolgte die Gründung der Universität Marburg/Maribor.

Kunstgeschichte

Als historisch besonders markante Sehenswürdigkeiten präsentieren sich die Kathedrale St. Johannes der Täufer (erbaut 13.-18. Jh.), die Stadtburg (erbaut 1478-1483 von Kaiser Friedrich III. [1415-1493], im 16. Jh. erneuert und erweitert vom italienischen Architekten Domenico dell’Allio [um 1515-1563]), die barocke Pestsäule des Bildhauers Josef Straub (1743) und die Franziskanerkirche (Basilika der Mutter der Barmherzigkeit) im neoromanischen Stil des Wiener Architekten Richard Jordan (1847-1922), ferner die Synagoge, heute Stätte vieler kultureller Veranstaltungen, sowie der Wasserturm (1555), der Teil der Stadtbefestigung war und heute eine Fotogalerie beherbergt.

Literatur und Theater

Das Theaterwesen nahm in der Stadt einen besonderen Rang ein. Das erste Theater wurde 1811 in der aufgelassenen Heiligengeistkirche am Domplatz (heute *Slomškov trg*) errichtet, bis sich 1852 der Vorhang in einem neuen Gebäude hob. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts waren in Marburg vor allem drei über die Grenzen des Landes hinaus bekannte Künstler tätig: der Dramenautor Ludwig Anzengruber (1839-1889) sowie die Schauspieler Josef Kainz (1858-1910) und Max Pohl (1855-1935).[7] Alljährlich wird im

Sommer am linken Drau-Ufer im Stadtbezirk Lent/Lend ein Festival veranstaltet mit bunten Musik-, Theater und Kleinkunstdarbietungen. Im September findet jeweils ein international vielbeachtetes Kammermusik-Festival statt.

Buch- und Druckgeschichte

Die erste Druckerei Marburgs wurde 1795 gegründet. Ab 1862 erschien die Zeitung *Correspondent für Untersteiermark*, die später den Namen *Marburger Zeitung* trug und deutschnational ausgerichtet war. Das erste slowenische Blatt, *Slovenski gospodar* [Der slowenische Arbeitgeber], erschien 1867-1941. Die politische Zeitung *Slovenski narod* [Slowenisches Volk], gegründet 1868, siedelte 1871 nach Laibach über.

Gedenk- und Erinnerungskultur



Slomškov trg [Slomsek Platz] mit dem Dom, 1929. [Abb.: PAM, Zbirka fotografij in razglednic (Sammlung von Fotografien und Postkarten), Inv. 2532].

Vor dem Marburger Dom konnte 1991 die Bronzeskulptur des Bildhauers Marjan Drev enthüllt werden, die Anton Martin Slomšek zeigt, der als bedeutender Reformer im Bischofsamt sowie als großer slowenischer Pädagoge und Schriftsteller verehrt wird. Die Denkmäler von Kaiser Franz Joseph I., Kaiser Joseph II., Erzherzog Johann und Admiral Tegetthoff wurden nach dem Ersten Weltkrieg abgerissen.

4. Diskurse/Kontroversen

In Marburg trafen zwei Völker ebenso konfliktreich wie zusammenwirkend aufeinander – die Geschichte muss zum Teil auch heute noch aufgearbeitet werden. Bis zum Ende des Ersten Weltkrieges dominierten die Deutschen, dann mussten viele unter Zwang die Stadt verlassen („Los-von-Rom-Bewegung“, Verfolgung unschuldiger Slowenen durch die Militärgerichtsbarkeit während des Ersten Weltkriegs, „Blutiger Sonntag“[8] usw.).[9] Die deutschen Besatzer verübten in den Jahren 1941 bis 1945 schwere Verbrechen an Slowenen. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurden wiederum Deutsche verfolgt und deportiert.[10]

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Klemen Jelinčič Boeta: Judje na Slovenskem v srednjem veku [Die Juden in Slowenien im Mittelalter]. Ljubljana 2009.

- Marjeta Ciglenečki: Maribor/Marburg an der Drau. Ein kunstgeschichtlicher Rundgang. Potsdam 2012.
- Jože Curk, Bruno Hartmann, Jože Koropec (Hg.): Maribor skozi stoletja [Marburg durch die Jahrhunderte]. Maribor 1991.
- Tamara Griesser-Pečar: Das zerrissene Volk. Slowenien 1941-1945. Okkupation, Kollaboration, Bürgerkrieg, Revolution. Wien 2003.
- Tamara Griesser-Pečar: Maribor/Marburg an der Drau. Eine kleine Stadtgeschichte. Wien, Köln, Weimar 2011.
- Bruno Hartmann: Dogajanja in osebnosti [Ereignisse und Persönlichkeiten]. Maribor 1998.
- Stefan Karner: Die deutschsprachige Volksgruppe in Slowenien. Aspekte ihrer Entwicklung 1939-1997. Klagenfurt, Ljubljana, Wien 1998.
- Stefan Karner: Die Steiermark im 20. Jahrhundert. Graz 2000.
- Martin Moll: Politische Organisationen und öffentlicher Raum in der Steiermark. In: Helmut Rumpler, Peter Urbanitsch (Hg.): Politische Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft. Wien 2006 (Die Habsburger Monarchie, Bd. VIII), S. 397-449.
- Željko Oset, Aleksandra Berberih Slana, Žarko Lazarevič (Hg.): Mesto in gospodarstvo. Mariborsko gospodarstvo v 20. stoletju [Stadt und Wirtschaft. Die Marburger Wirtschaft im 20. Jahrhundert]. Ljubljana, Maribor 2010.
- Rudolf Gustav Puff: Maribor, Marburg in Steiermark. Seine Umgebung, Bewohner und Geschichte. 2 Bände. Graz 1847.
- Norbert Weiss: Die Bürger von Marburg an der Drau bis 1600. Prosopographische Untersuchung. Graz 1998 (Schriftenreihe des Instituts für Geschichte 10/1-2). Graz 1998.

Weblinks

- http://www.maribor.si/ (offizielle Homepage der Stadt)
- http://www.stat.si/Popis2002/si/rezultati/rezultati_red.asp?ter=SLO&st=60 (Volkszählung von 2002, Ergebnisse)

Anmerkungen

[1] Historisch-topographische Übersicht über die Besitzungen der Fürsten Österreichs aus dem Hause der Babenberger und Traungauer bis in das 13. Jahrhundert.

[2] Offizielle Homepage der Stadt: http://www.maribor.si/ (Abruf 24.09.2014).

[3] Antoša Leskovec: Politični in kulturni razvoj Maribora 1752-1850 [Die politische und kulturelle Entwicklung Marburgs 1752-1850]. In: Curk, Hartmann, Koropec (Hg.): Maribor skozi stoletja [Marburg durch die Jahrhunderte], S. 195-218, hier S. 280; Stefan Karner: Die deutschsprachige Volksgruppe, S. 26.

[4] Volkszählung von 2002, Ergebnisse: http://www.stat.si/Popis2002/si/rezultati/rezultati_red.asp?ter=SLO&st=60 (Abruf 24.09.2014).

[5] Volkszählung von 2002, Material und Informationen: http://www.stat.si/popis2002/gradivo/informacija-96.pdf (Abruf 24.09.2014). Allerdings machten 4.407 Personen keine Angaben zu ihrer Muttersprache.

[6] Boeta: Judje na Slovenskem [Die Juden in Slowenien], S. 277-281, 367-374.

[7] Bruno Hartmann: Dogajanja in osebnosti [Ereignisse und Persönlichkeiten], S. 224-227, 240-249.

[8] Am 27.1.1919, einem Sonntag, demonstrierten in Marburg Deutschösterreicher. Nachdem eine amerikanische Delegation unter Oberstleutnant Sherman Miles (1882-1966) eingetroffen war, kam es zu einer Schießerei, die mehrere Tote und Verwundete zur Folge hatte.

[9] Mehr dazu: Griesser-Pečar: Maribor/Marburg an der Drau, S. 148-178, 204-234; Martin Moll: Erster Weltkrieg und die politische Justiz in Österreich-Ungarn. In: Oto Luthar, Jurij Perovšek (Hg.): Zbornik Janka Pleterskega [Sammelband für Janko Pleterski]. Ljubljana 2003, S. 253-283, hier S. 260-262; Karner: Die Steiermark im 20. Jahrhundert, S. 49-51, 120-122, 130-134; Martin Moll: Politische Organisationen und öffentlicher Raum in der Steiermark. In: Helmut Rumpler, Peter Urbanitsch (Hg.): Politische Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft. Wien 2006 (Die Habsburger Monarchie, Bd. VIII), S. 397-449, hier S. 429-449.

[10] Milko Mikola: Revolucionarno nasilje na Štajerskem 1941-1945 [Revolutionäre Gewalt in der Steiermark 1941-1945]. Mohorjeva, Celje 2014; Roman Leljak: Ethnische Säuberung in Slowenien. Die Vertreibung der Deutschen in den Jahren 1945/46. Radenci 2013; Griesser-Pečar: Maribor/Marburg an der Drau, S. 257-299; Griesser-Pečar: Das zerrissene Volk, S. 18-36.

Zitation

Tamara Griesser-Pečar: Marburg an der Drau/Maribor. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32317 (Stand 24.09.2014).

Maria Radna/Radna/Máriaradna (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Máriaradna → Maria Radna/Radna/Máriaradna (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Maria Schnee/Międzygórze (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Maria Teinitz/Mariánská Týnice (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Maria-Theresiopel/Subotica/ Szabadka (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Mariaschein/Bohuzdov (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Maribor → Marburg an der Drau/Maribor

Siehe Marburg an der Drau/Maribor

Marienbad/Mariánské Lázně (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Marienburg/Feldioara/Földvár (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Marienburg/Malbork

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Marienburg

Amtliche Bezeichnung

poln. Malbork

Lateinische Bezeichnungen

Mariaeburgum, Mariae castrum, Marianopolis

Etymologie

Die ab ca. 1280 an dieser Stelle vom Deutschen Orden errichtete Burg wurde zu Ehren der Ordenspatronin Gottesmutter Maria Marienburg genannt; dieser Name etablierte sich auch für die südwestlich der Burg angelegte Siedlung.

2. Geographie



Blick auf Hochschloss (rechts) und Hochmeisterpalast (links)
[Dia: Tomasz Torbus].



Marienburg von Nordwesten (Postkarte, vor 1936)
[Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 142547].

Lage

Marienburg liegt auf 54° 2′ nördlicher Breite, 19° 3′ östlicher Länge, 6 m über NHN, ca. 60 km südöstlich von Danzig/Gdańsk und 30 km südwestlich von Elbing/Elbląg.

Topographie

Marienburg liegt am Fluss Nogat, einem östlichen Mündungsarm der Weichsel (*Wisła*).

Region

15 – 18. Jahrhundert Königliches Preußen, ab 1773 Westpreußen; heute: *Pomorze Gdańskie*.

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Polen. Marienburg liegt in der Woiwodschaft Pommerellen (*Województwo pomorskie*) und ist Kreisstadt des Kreises Marienburg (*Powiat Malborski*).

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Das Wappen zeigt auf silbernem Grund eine rote, dreitürmige Burg mit erhöhtem Mittelturm und blauen Turmdächern, bekrönt von goldenen Kugeln, im mittleren Turm ein Tor mit einem zu zwei Drittel geschlossenen goldenen Gatter. Die Version vor 1945 zeigte den Turm belegt mit dem silbernen Schild des Hochmeisters und einem Deutschordensschild vor dem Tor.

Archäologische Bedeutung

Die Geschichte der Besiedlung auf dem Gebiet der Stadt reicht in die jüngere Steinzeit zurück. Es wurden auch Relikte gefunden, die auf Kontakte der lokalen Bevölkerung mit dem Römischen Reich hindeuten; diese waren bedingt durch die Nähe zur sogenannten Bernsteinstraße, der wichtigen Handelsroute zwischen dem Süden und der Ostseeküste.

Mittelalter



Westseite des im 14. Jahrhunderts erbauten
Hochmeisterpalastes [Foto: M. Schumacher, 2008].

Im frühen Mittelalter gehörte die Gegend zum prußischen Stammesgebiet Pomesanien und kam 1250 unter die Herrschaft des Deutschen Ordens. 1276 verlieh der Landmeister Konrad von Thierberg d. Ä. (gest. 1276 oder 1279) der Siedlung Marienburg die kulmischen Stadtrechte. 1279–1280 begann der Orden am rechten Ufer der Nogat mit dem Bau einer Burg, welche bis zur Mitte des 15. Jahrhunderts in mehreren Bauphasen errichtet wurde und zunächst die ältere Komturei in Zantir/Zantyr ersetzen sollte. 1309 beschloss der Orden, den Hochmeistersitz von Venedig nach Marienburg zu verlegen; die Burg wurde somit zum Verwaltungszentrum des Ordensstaates, in dem neben dem Hochmeister als weitere Mitglieder der Führungsspitze des Ordensstaates der Großkomtur, Großtressler und Großschäffer residierten. In der Nachbarschaft der Burg entwickelte sich die Stadt mit eigener Befestigung, einem Rathaus und einer Pfarrkirche. Nach der Niederlage des Ordens gegen die polnisch-litauischen Truppen in der Schlacht bei Tannenberg 1410 verteidigte der Deutsche Orden unter dem Schwetzer Komtur, dem späteren Hochmeister Heinrich von Plauen (1370–1429), die Burg erfolgreich zwei Monate lang. Die Stadt wurde dabei von den Ordensrittern niedergebrannt, um den Angreifern keinen Schutz zu gewähren. 1454, während des Ständekrieges, wurde Marienburg von den Polen und dem Preußischen Bund erneut erfolglos belagert. 1457 wurde die Burg von den Ordenssöldnern für den aus-

stehenden Sold an den polnischen König Kasimir IV. Jagiello (*Kazimierz IV Jagiellończyk*, 1427–1492) verkauft; einige Wochen später gelang es dem Orden, die Stadt zurückzuerobern. Erst nach einer 34-monatigen Belagerung durch polnische und Danziger Truppen kam es zur Kapitulation.

Frühe Neuzeit

Von 1457 bis ins frühe 17. Jahrhundert diente die Burg den polnischen Königen bei Reisen nach Danzig als Residenz. Sie war Starostensitz, diente als Staatsgefängnis und war 1652–1772 Sitz eines Jesuitenkollegs. 1466–1772 war Marienburg Hauptstadt der gleichnamigen Woiwodschaft im Königlichen Preußen.

Während der polnisch-schwedischen Kriege 1626–1629 und 1656–1660 war Marienburg von schwedischen Truppen besetzt, die Stadtbebauung und die Burg erlitten dabei erhebliche Schäden. Infolge der ersten Teilung Polens 1772 gelangte Marienburg unter preußische Verwaltung.

19./20. Jahrhundert

Die mittlerweile stark verfallene Burg wurde ab 1772 zur preußischen Kaserne und zum Speicher umgebaut; nach den Plänen David Gillys (1748–1808) sollte die Burganlage gänzlich abgebrochen werden.

Während der Napoleonischen Kriege diente Marienburg zeitweise als Quartier für französische Truppen; es kam zu Plünderungen, die Stadt musste Kontributionszahlungen an die Franzosen leisten. Im Zuge der preußischen Verwaltungsreform wurde Marienburg zum Sitz des gleichnamigen Landkreises im Regierungsbezirk Danzig der Provinz Westpreußen.

1804 wurde nach Interventionen einiger preußischer Intellektueller, unter anderem Max von Schenkendorf (1783–1817), der Abbruch der Burg gestoppt. Ab 1817 begann unter der Leitung des Oberpräsidenten der Provinz Westpreußen Theodor von Schön (1773–1856), begrüßt und publizistisch unterstützt durch dessen Freund Joseph von Eichendorff (1788–1857),[1] der planmäßige Wiederaufbau der Burg, der in mehreren Etappen bis 1945 durchgeführt wurde. Ab 1882 datiert der auf bauhistorischen Forschungen basierende Wiederaufbau der Anlage unter Conrad Steinbrecht (1849–1923) und danach Bernhard Schmid (1872–1947). Ab 1934 wurde mit dem Bau eines großen Amphitheaters auf der Ostseite der Burg begonnen. Die Pläne für den Neubau einer „NS-Ordensburg“ nordöstlich der mittelalterlichen Anlage wurden nicht mehr verwirklicht. Während der Offensive der Roten Armee im Frühjahr 1945 wurden die Stadtbebauung und die Burg, die deutscherseits zur „Festung“ deklariert worden war, weitgehend zerstört.



Souvenirverkauf [Foto: M. Schumacher, 2008].



Nach Kriegsende kam die Stadt unter polnische Verwaltung. Die systematischen Restaurierungs- und Wiederaufbauarbeiten an der Burg, die bis heute andauern, begannen nach einem Brand der Anlage 1961 und der Gründung des eigenständigen Burgmuseums (zuvor Filiale des Warschauer Heeresmuseum). Zuletzt wurde das Neue Tor (ehem. Hindenburgtor) saniert; 2014 begannen die Arbeiten an dem letzten noch nicht wiederaufgebauten Teil der Anlage, der Schlosskirche mit der freistehenden Madonnenfigur (Mitte 14. Jh.) in der Chornische am Außenbau. 1997 wurde die Burg in die UNESCO-Liste des Weltkulturerbes eingetragen. Sie ist ein beliebtes Ziel für Touristen.

Bevölkerungsentwicklung

1420 lebten in Marienburg ca. 400 Bürgerfamilien, 1570 ca. 3.000, 1772 3.635 Personen.[2] Im Laufe des 19. Jahrhunderts, im Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen Aufschwung der Stadt, stieg die Bevölkerungszahl und lag 1890 bei 10.279 Personen.[3] Bei der Volksbefragung von 1910 gaben ca. 3 % der Einwohner des Landkreises Marienburg an, zweisprachig (polnisch und deutsch) zu sein.[4] Bei der Volksabstimmung von 1920 sprachen sich 17.805 der 20.342 Stimmberechtigten für den Verbleib bei Deutschland, 191 für Polen aus.[5] 1939 zählte Marienburg 26.159 Einwohner.[6] Nach Kriegsende wurden die meisten noch in der Stadt lebenden Deutschen vertrieben. An ihrer Stelle siedelten sich Polen an, überwiegend Vertriebene aus den ehemaligen polnischen Ostgebieten. Heute leben in der Stadt 39.158 Personen (Stand 2013).[7]

Wirtschaft

Bereits im 14. Jahrhundert verfügte die Stadt Marienburg über Marktrechte; seit dem Spätmittelalter, während der polnischen Herrschaft, profitierte sie auch vom Handel mit Getreide und Holz. Mit den kriegerischen Auseinandersetzungen des 17. und 18. Jahrhunderts kam die wirtschaftliche Stagnation; einen Aufschwung brachte erst die Industrialisierung: 1857 bekam Marienburg eine Eisenbahnanbindung nach Elbing und Dirschau/Tczew; in der Stadt entstanden mehrere Industriebetriebe, darunter eine Zuckerfabrik und ein Gaswerk. In der Nachkriegszeit etablierten sich in der Stadt mehrere Betriebe der Lebensmittel- und Maschinenbauindustrie.

Religions- und Kirchengeschichte

Ob die Stadt während der Ordensherrschaft wegen der hier aufbewahrten Reliquien als Wallfahrtsort fungierte, ist umstritten.

Seit 1526 wurden in der Marienburger St.-Georgen-Kirche evangelische Gottesdienste gefeiert, bald danach auch in anderen Kirchen der Stadt. Seit 1598 – nach einer entsprechenden Entscheidung des polnischen Reichstages in Krakau/Kraków und infolge der Abwehrmaßnahmen der Gegenreformation – war St. Georgen bis zur ersten Teilung Polens 1772 und der Angliederung an Preußen die einzige Pfarrkirche der Lutheraner in Marien-

burg. Im 19. und frühen 20. Jahrhundert bekannte sich die Mehrheit der Einwohner zum evangelischen Glauben (1890: 6.027 von 10.279, 1933: 15.590 von 26.159 Personen).[8]

Der Deutsche Orden duldete keine Juden auf seinem Territorium. Dies änderte sich auch nach 1466 unter der polnisch-litauischen Krone nicht, da für die Städte Königlich-Preußens das *Privilegium de non tolerandis ludaeis* weiterhin keine jüdische Ansiedlung zuließ (in Danzig bis 1620, in anderen Städten bis ins 18. Jh.). Erst seit dem frühen 19. Jahrhundert siedelten sich in Marienburg jüdische Familien an. 1830 errichtete die Gemeinde ihre erste Synagoge; die Neue Synagoge nach dem Entwurf von Carl Lübke in der Schulgasse (heute *ul. Szkolna*) wurde 1898 eingeweiht (während der Reichspogromnacht 1938 niedergebrannt, nach 1945 abgetragen). 1871 zählte die jüdische Gemeinde 337 Mitglieder, ihre Zahl sank in den kommenden Jahrzehnten (1895 auf 180, 1938 auf 60 Personen).[9]

Architektur- und Kunstgeschichte



Das Hochschloss von Südosten (Postkarte, vor 1945) [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 142513].



Schlosskirche der Marienburg von Osten (Postkarte, vor 1945) [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 142529].

Ehemalige Burg des Deutschen Ordens: Den ältesten Bereich der Burg bildet das als Vierflügelanlage konzipierte Konventshaus, das Hochschloss. Nach 1309, im Zusammenhang mit der Ernennung zum Hochmeistersitz, wurde die noch unvollendete Anlage für die neue Funktion ausgebaut, die Burgkapelle zur sogenannten Schlosskirche vergrößert und um die im Erdgeschoss eingerichtete St.-Anna-Kapelle als Grablege für die Hochmeister ergänzt. Um den größten preußischen Konvent unterbringen zu können, wurde im Südflügel das Obergeschoss verdoppelt; man baute einen hohen Schlossturm, der neben seiner Wachtfunktion als weithin sichtbares Symbol der Ordensmacht fungierte. An der Choraußenwand der Kirche wurde in einer Nische ein mit farbigem Glasmosaik überzogenes, vollplastisches Madonnenbild angebracht (1945 zerstört). Die sogenannte Goldene Pforte, das Eingangsportal der Kirche, stammt noch aus der Zeit vor 1300 (reiche, teilweise vergoldete Verzierung mit Darstellungen der Klugen und Törichten Jungfrauen, Ecclesia, Synagoge, Fabelwesen). Bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts wurde das Gelände südlich des Konventhauses mit einer dreiflügligen Anlage bebaut, die später Mittelschloss genannt wurde. Im Westteil entstand der Große Remter, der größte Repräsentationsraum des Schlosses, mit einem auf schlanken, achteckigen Pfeilern gestützten Sterngewölbe. Der mit prachtvollem Giebel ausgestattete Nordflügel diente als Wohnstätte des Komturs und Firmarie.



Sommerremter der Marienburg (Dia, vor 1945)
[Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 90969].

Im ausgehenden 14. Jahrhundert wurde das Südende des Westflügels des Mittelschlosses nach Westen hin vergrößert und zu einem eigenständigen, stark aus der Mauerflucht tretenden Gebäude, dem Hochmeisterpalast, ausgebaut. Der architektonisch und künstlerisch bedeutsamste Bereich der Anlage vom Typus eines Wohndonjons, möglicherweise nach Plänen des Baumeisters Nikolaus Fellenstein (ca. 1350–1427) errichtet, beherbergte weitere Repräsentationsräume: den Sommer- und den Winterremter, beide mit sechzehnrippig ausstrahlendem Sterngewölbe auf schlanker Granitsäule. Im Winterremter sind Reste von Wandgemälden aus dem frühen 15. Jahrhundert erhalten. Infolge der Funktionsänderung der ehemaligen Vorburg, die zum Mittelschloss ausgebaut wurde, entstand nördlich der Anlage ein neuer Wirtschaftsbereich, später als Niederburg bezeichnet. Diese Vorburg dehnt sich weit über die heutigen Bahngleise hinaus aus, die im 19. Jahrhundert durch das Gelände verlegt wurden. Zu den hiesigen Bauten gehören der Karwan, das Zeughaus und die 1358 für die Halbbrüder und Schwestern errichtete Laurentiuskapelle. Um alle Teile des Schlosses zieht sich die turmbewehrte Ringmauer, die 1310–1330 als erste Befestigungslinie mit da-

vorliegendem Graben errichtet wurde. Nach der Belagerung von 1410 wurden die Befestigungslinien verstärkt (sogen. Plauen-Bollwerk, das allerdings erst 1417–1448, nach der Absetzung des Hochmeisters Heinrich von Plauen, entstand); weitere Verbesserungsarbeiten am Verteidigungssystem erfolgten während der schwedischen Besatzung 1656–1660.

Stadtbebauung: Trotz der Zerstörungen von 1945 ist das mittelalterliche Stadtbild in Grundzügen erkennbar: zwei Parallelstraßen in Nord-Süd-Richtung und ein langgestreckter breiter Markt in der Mitte. Der Marktplatz bewahrte bis 1945 sein charakteristisches Gepräge durch Lauben an der Straßenseite der Häuser. Der Wiederaufbau nach 1945 erfolgte modern. Die Stadtbefestigung aus der Mitte des 14. Jahrhunderts ist teilweise (z. B. das Töpfertor) erhalten; das 1945 zerstörte Marientor am südlichen Ende des Marktplatzes wurde in historischen Formen rekonstruiert.

Katholische Pfarrkirche St. Johannes: Der Vorgängerbau aus dem 13. Jahrhundert wurde während der Belagerung 1457–1460 zerstört. 1468–1523 wurde ein Neubau errichtet und nach 1534 das teilweise abgestürzte Gewölbe erneuert. Es handelt sich um einen dreischiffigen Hallenbau aus Backstein ohne Chor, der ursprünglich mit Zellengewölben ausgestattet war und nach dem Einsturz von 1534 mit Rippengewölben erneuert wurde. Die Ausstattung stammt aus dem 15. – 19. Jahrhundert. In der Mitte der Südfront erhebt sich ein Turm auf quadratischem Unterbau (1635 vollendet) mit hölzernem Glockenstuhl.



Marktplatz und Altes Rathaus in Marienburg
(Postkarte, vor 1945)
[Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 103784].

Das ehemalige Rathaus (heute Kulturzentrum) wurde in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts als Backsteinbau mit Zierelementen aus Kalkstein und Granit errichtet. Nach den Zerstörungen von 1457–1460 wurde es in der heutigen Form umgebaut. Der gestaffelte Nordgiebel, mit Blendenschmuck versehen, stammt noch aus dem 14. Jahrhundert, der Südgiebel, der mit Halbbögen ausgestattet wurde, aus dem 15. Jahrhundert. Im Erdgeschoss befindet sich ein Laubengang und Gewölbe, das Obergeschoss wird an der Marktseite durch flache Lisenen gegliedert. Die Fenster mit Steinkreuz sind in spitzbogige Blenden eingefügt.

Das ehemalige Jerusalem-Hospital des Deutschen Ordens, ein im Kern aus dem 14. Jahrhundert stammender, um 1600 erneuerter Bau, wurde in den 2000er Jahren in deutsch-polnischer Kooperation restauriert und dient heute als Kulturzentrum.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Michael Antoni (Bearb.): Dehio-Handbuch der Kunstdenkmäler. West- und Ostpreußen. Die ehemaligen Provinzen West- und Ostpreußen (Deutschordensland Preußen) mit Bütower und Lauenburger Land. München, Berlin 1993, S. 384-398.
- Hartmut Boockmann: Das ehemalige Deutschordensschloß Marienburg 1772–1945. Die Geschichte eines politischen Denkmals. In: Hartmut Boockmann, Arnold Esch, Hermann Heimpel, Thomas Nipperdey, Heinrich Schmidt: Geschichtswissenschaft und Vereinswesen im 19. Jahrhundert. Beiträge zur Geschichte historischer Forschung in Deutschland. Göttingen 1972 (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 1), S. 121–162.
- Wiesław Długokęcki: Elita władzy miasta Malborka w średniowieczu [Die Herrschaftselite der Stadt Marienburg im Mittelalter]. Malbork 2004.
- Artur Dobry, Christofer Hermann: Malbork. Pałac Wielkich Mistrzów i Wielki Refektarz [Marienburg. Der Hochmeisterpalast und der Große Remter]. Olsztyn 2007.
- Mieczysław Haftka: Malbork. Album-przewodnik, rys historyczny i podstawowe informacje o zabytkach [Marienburg. Album und Führer, historischer Abriss und grundlegende Informationen zu den Kunstdenkmälern]. Warszawa 1993.
- Sławomir Jóźwiak, Janusz Trupinda: Organizacja życia na zamku krzyżackim w Malborku w czasach wielkich mistrzów (1309–1457) [Die Organisation des Alltagslebens im Ordensschloss Marienburg zur Zeit der Hochmeister (1309-1457)]. Malbork 2007.
- Heinrich Knapp: Das Schloß Marienburg in Preußen. Quellen und Materialen zur Baugeschichte nach 1456. Lüneburg 1990.
- Bernhard Schmid: Die Marienburg. Ihre Baugeschichte. Aus dem Nachlaß herausgegeben, ergänzt und mit Abbildungen versehen von Karl Hauke. Würzburg 1955 (Deutsche Baukunst im Osten 1; Der Göttinger Arbeitskreis: Veröffentlichung 120).
- Tomasz Torbus: Die Konventsburgen im Deutschordensland Preußen. München 1998 (Schriften des Bundesinstituts für ostdeutsche Kultur und Geschichte 11).
- Torbus Tomasz: Die Marienburg im polnischen Pressespiegel 1945–1973. Der Wiederaufbau und die „Domestizierung eines fremden Erbes“. In: Bernd Ulrich Hucker, Eugen Kotte, Christine Vogel (Hg.): Die Marienburg. Vom Machtzentrum des Deutschen Ordens zum mitteleuropäischen Erinnerungsort. Paderborn u. a. 2013, S. 207–221.
- Erich Weise: Marienburg. In: Ders. (Hg.): Handbuch der historischen Stätten. Ost- und Westpreußen. Stuttgart 1981 (Kröners Taschenausgabe 317), S. 128–133.
- Rainer Zacharias: Wallfahrtsort Marienburg. In: Westpreussen-Jahrbuch 38 (1988), S. 95–110.

Weblink

http://www.herder-institut.de/bildkatalog/index/index?searchfield_parameter=marienburg+malbork&newperspective=thumbnails (Abbildungen zu Marienburg/Malbork im Bildarchiv des Herder-Instituts, Marburg)

Anmerkungen

[1] Joseph von Eichendorff: Die Wiederherstellung des Schlosses der deutschen Ordensritter zu Marienburg. Berlin 1844.

[2] Weise: Marienburg, S. 131f.

[3] Michael Rademacher: Deutsche Verwaltungsgeschichte von der Reichseinigung 1871 bis zur Wiedervereinigung 1990. URL: http://www.verwaltungsgeschichte.de/marienburg_op.html (Abruf 29.12.2013).

[4] Leszek Belzyt: Sprachliche Minderheiten im preußischen Staat 1815–1914. Marburg 1998 (Quellen zur Geschichte und Landeskunde Ostmitteleuropas 3), S. 98.

[5] http://www.herder-institut.de/bestaende-digitale-angebote/e-publikationen/dokumente-und-materialien/liste-aller-module/source/40/sourceVersion/40/action/show/controller/Source.html (Abruf: 29.12.2013).

[6] http://www.verwaltungsgeschichte.de/marienburg_op.html (Anm. 3).

[7] GUS-Główny Urząd Statystyczny [Hauptamt für Statistik]: http://www.stat.gov.pl/cps/rde/xbcr/gus/L_ludnosc_stan_struktura_30-06-2013.pdf (Abruf 29.12.2013).

[8] http://www.verwaltungsgeschichte.de/marienburg_op.html (Anm. 3).

[9] Vgl. die vom Jüdischen Museum in Warschau „*Polin*“ entwickelten Seiten zur jüdischen Lokalgeschichte in Polen: http://www.sztetl.org.pl/pl/city/malbork/ (Abruf 29.12.2013).

Zitation

Beata Lejman, Tomasz Torbus: Marienburg/Malbork. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2015. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32481 (Stand 13.10.2015).

Marienwerder/Kwidzyn (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Marosvásárhely → Neumarkt am Mieresch/Târgu Mureş

Siehe Neumarkt am Mieresch/Târgu Mureş

Martinsberg/Pannonhalma

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Martinsberg

Amtliche Bezeichnung

ung. Pannonhalma (früher Szentmárton, Győrszentmárton)

Anderssprachige Bezeichnungen

lat. Mons Sacer Pannoniae, monasterium, castrum Sancti Martini de Pannonia; slowak. Rábsky Svätý Martin

Etymologie

Die lateinische Bezeichnung der Stadt geht auf die Ende des 10. Jahrhunderts gegründete Benediktinerabtei, die deutsche Bezeichnung Martinsberg auf den hl. Martin von Tours zurück, den Schutzpatron des Mönchsklosters. Die heutige ungarische Namensform *Pannonhalma* (Berg/Hügel Pannoniens) wurde von dem Benediktinermönch Izidor Guzmics zur Zeit der ungarischen Spracherneuerung (1824) geprägt.

2. Geographie

Lage

Martinsberg liegt auf 47° 32' nördlicher Breite, 17° 44' östlicher Länge, 20 km südsüdöstlich von Raab/Győr und 132 km westlich von Budapest.

Topographie

Ortschaft im Nordwesten Ungarns im Hügelland von Sokoró (*Sokorói-dombság*).

Region

Nord-Transdanubien (*Észak-Dunántúl*)

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Ungarn; Komitat Raab-Wieselburg-Ödenburg (*Győr-Moson-Sopron Megye*). Sitz der Benediktinerabtei Pannonhalma (*Pannonhalmi Bencés Főapátság*).

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Offizielles Stadtwappen ist seit 1995 ein zweigeteilter dreieckiger Schild, dessen oberes blaues Feld den hl. Martin auf einem Ross sitzend mit einem Schwert in der rechten und einem Umhang mit der linken Hand zeigt. Vor der Figur ist ein kniender Bettler zu sehen. Im unteren grünen Feld sind rechts eine goldene Weinrebe, links ein offenes Buch und mittig das Gebäude der Abtei von Martinsberg auf einem grünen Hügel dargestellt.

Archäologische Bedeutung

Auf dem Gebiet wurden römische, avarische und hunnische Relikte gefunden.

Mittelalter

Zu Ehren des hl. Martin von Tours, der in der etwa 120 km entfernt gelegenen römischen Provinzstadt Savaria/Sabaria (heute Steinamanger/Szombathely) 334 geboren worden sein soll, gründete Großfürst Géza (972–997) im Jahr 996 die Benediktinerabtei mit Mönchen aus Bayern. Der Aufbau der Abtei wurde von König Stephan I. (997/1000–1038) beendet, der sie privilegierte und direkt dem Heiligen Stuhl unterstellte. In der doppelchörigen Bauweise der ersten Kirche zeigen sich architektonische Einflüsse des Heiligen Römischen Reiches. Die Benediktinerabtei von Martinsberg war die bedeutendste im mittelalterlichen Königreich Ungarn und genoss die Privilegien der Abtei von Montecassino. Einer der herausragenden Äbte, Uros (1207–1243), führte groß angelegte Bau- und Befestigungsarbeiten durch, dank derer die Siedlung dem Angriff der Tataren (1242) standhielt. Das nahe der Abtei gelegene Dorf wurde während des Mongolensturms zerstört und begann sich erst im Zuge seines Wiederaufbaus im 14. Jahrhundert zu entwickeln. 1338 hatte der Ort eine eigenständige Pfarrei und wurde Mitte des 15. Jahrhunderts zur Minderstadt (lat. *oppidum*) erhoben.

Neuzeit

Im Zuge einer von Abt Máté Tolnai (1500–1535) durchgeführten Reform wurde Martinsberg in den Rang einer Hauptabtei erhoben und bildete fortan das Zentrum der aus mehreren Mönchshäusern bestehenden Kongregation. Seit 1540 war das befestigte Mönchskloster als Vorburg für Raab/Győr ein wichtiges Glied des ungarischen Grenzverteidigungssystems. Während der osmanischen Besatzung wurde die Siedlung zerstört und die Mönche waren mehrfach zur Flucht gezwungen. Ende des 17. Jahrhunderts besiedelte die Hauptabtei das Dorf erneut. Zu dieser Zeit kamen neben Ungarn auch zahlreiche Deutsche aus Bayern und Niederösterreich sowie Tschechen aus Mähren nach Martinsberg, das infolge des anhaltenden Wirtschafts- und Bevölkerungswachstums erneut zur Minderstadt erhoben wurde. Auf der Flucht vor den Napoleonischen Truppen verlegte der Raaber Bischof seinen Sitz 1809 für kurze Zeit nach Martinsberg.

Zeitgeschichte

Bis 1965 nannte sich der Ort offiziell *Győrszentmárton*, dann wurde er in Pannonhalma umbenannt. 1970 wurde er zur Großgemeinde, 2000 zur Stadt erhoben. Nach der Wende (1990) erhielt Martinsberg erneut eine Diözese; das Gebiet wird heute von einem zum Bischof geweihten Hauptabt geleitet. Im Sommer des Jahres 2011 wurde die Urne mit dem Herzen Ottos von Habsburg in der Abtei Pannonhalma bestattet.

Verwaltung

Selbstverwaltung der Stadt Martinsberg (*Pannonhalma Város Önkormányzata)*.

Bevölkerung

1785 zählte die Siedlung 2.605 Einwohner, 1857 waren es 3.109, 1880 2.986 (davon 2 % Deutsche), 1941 3.125 (davon 0,3 % Deutsche) und 1980 4.096 (davon 0,1 % Deutsche). 2001 hatte Martinsberg 3.907 Einwohner, nach ethnischer Zusammensetzung 90,2 % Ungarn, 0,7 % Deutsche, 0,6 % Sinti und Roma sowie jeweils 0,1 % Slowaken und Rumänen. 2010 betrug die Bevölkerungszahl 3.917.[1]

Wirtschaft

Der stetig wachsende Tourismus ist der wichtigste Wirtschaftszweig der Stadt. Die Abtei verfügt über einen Buchverlag (Benediktiner-Verlag [*Bencés Kiadó*]); die nach eigenen Rezepten hergestellten Produkte erfreuen sich zunehmender Beliebtheit.

Religions- und Kirchengeschichte

Konfessionelle Zugehörigkeit der Bewohner (2001): römisch-katholisch: 80 %, helvetisch-reformiert: 2,2 %, evangelisch: 0,8 %, griechisch-katholisch: 0,4 %, andere: 1,6 %. 1,8 % gehören keiner Konfession oder Kirche an, die Konfession von 13,4 % der Bewohner ist unbekannt.

Bildung und Wissenschaft

In Martinsberg sind die allgemeine Miklós-Radnóti-Schule (*Radnóti Miklós ÁltalánosIskola*), das Benediktiner-Gymnasium Pannonhalma (*Pannonhalmi Bencés Gimnázium*) und die Kirchenmusikfachschule mit Kolleg (*Egyházzenei Szakközépiskolaés Kollégium*) angesiedelt.

Mit 400.000 Bänden zählt die Hauptabteibibliothek zu Europas größten kirchlichen Bibliotheken. Unter den Schätzen des Archivs der Hauptabtei befinden sich die Gründungsur-

kunden der Klöster Martinsberg (1001/1002, interpoliert) und Tihany (1055); Letztere gilt als erstes ungarisches Sprachdenkmal.

Kunstgeschichte

Die heutige Basilika der Benediktinerabtei wurde in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts in spätromanisch-frühgotischem Stil errichtet. Das südliche Seitentor der Basilika (*porta speciosa*) weist Einflüsse von Reims und Chartres auf. Die in spätgotischem Stil erbauten Gewölbe der Hallenkrypta, des Presbyteriums der dreischiffigen Kirche und des Kreuzgangs wurden Ende des 15. Jahrhunderts fertiggestellt. Seine heutige Form erhielt der Bau durch Umbauarbeiten im Stil des Barock und des Klassizismus.

Musik

Seit 2003 wird das Arcus-Temporum-Kunst-Festival Pannonhalma (*Arcus Temporum Pannonhalmi Művészeti Fesztivál*) veranstaltet, zudem finden regelmäßig klassische Musikkonzerte in der Abteikirche statt.

Gedächtnis- und Erinnerungskultur

Die Abtei von Martinsberg und ihre Umgebung zählen seit 2011 zum UNESCO-Weltkulturerbe. 1992 wurde das Landschaftsschutzgebiet Pannonhalma geschaffen.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Gáspár Csóka, Kornél Szovák, Imre Takács: Die Erzabtei Pannonhalma. Pannonhalma 1998.
- László Erdélyi: A pannonhalmi Szent Benedek-rend története. I-XII [Geschichte des Benediktinerordens Martinsberg. 12 Bde.]. Budapest 1902–1912.
- József Hapák, Szilveszter Sólymos: Pannonhalma. Budapest 2008 (deutsche Ausgabe).
- István Mészáros: Iskola Szent Márton hegyén. A Pannonhalmi Bencés Gimnázium története [Die Schule auf dem Berg des Heiligen Martin. Die Geschichte des Benediktinergymnasiums Martinsberg]. Pannonhalma 1990.
- József Pál, Ádám Somorjai: Mille anni di storia dell'Arciabbazia di Pannonhalma [Die tausendjährige Geschichte der Erzabtei Martinsberg]. Roma, Pannonhalma 1997.
- Imre Takács: Die Erneuerung der Abteikirche von Pannonhalma im 13. Jahrhundert. In: Acta Historiae Artium 38 (1996), S. 31-65.
- Imre Takács (Hg.): Mons sacer, 996–1996. Pannonhalma 1000 éve, I–III. [Mons sacer 996–1996. Tausend Jahre Martinsberg. 3 Bde.]. Pannonhalma 1996.

Periodika

- *Pannonhalmi Szemle* [Rundschau von Martinsberg]

Weblinks

- http://pannonhalma.hu/ (offizielle Webpräsenz der Stadt)
- http://phbences.hu (Benediktiner-Gymnasium Martinsberg)
- http://www.arcustemporum.hu/ (Kunstfestival Martinsberg)
- http://collections.osb.hu/ (Sammlungen der Erzabtei)

Anmerkungen

[1] Magyarország történeti statisztikai helységnévtára. 19. Győr-Moson-Sopron megye [Historisch-statistisches Ortsverzeichnis für Ungarn. Bd. 19: Komitat Raab-Ödenburg-Wieselburg]. Red. József Kovacsics. Budapest 2002, S. 181; Zsuzsanna Józsa (Hg.): A Magyar Köztársaság helységnévtára 2003 [Ortsverzeichnis für die Republik Ungarn 2003]. Budapest 2003, S. 746; A Magyar Köztársaság helységnévkönyve 2010. január 1. Gazetteer of the Republic of Hungary 1st January, 2010. Budapest 2010, S. 26.

Zitation

Tamás Fedeles: Martinsberg/Pannonhalma. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54328.html (Stand 10.09.2012).

Melnik/Mělník (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Memel/Klaipėda (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Minsk (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Mitau/Jelgava

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Mitau

Amtliche Bezeichnung

lett. Jelgava

Anderssprachige Bezeichnungen

russ. Елгава (translit. Jelgava), митава (translit. Mitau); poln. Jełgawa

Etymologie

Der Name Jelgava lässt sich von dem livischen Wort *Jelgab* (= die Stadt) ableiten. Der Ursprung des deutschen Namens „Mitau“ ist unklar, möglicherweise abgeleitet vom mittelniederdeutschen Wort *mitowe* (= mitten in der Au).

2. Geographie

Lage

Mitau liegt auf 56º 8' nördlicher Breite und 23º 7' östlicher Länge, 41 km südwestlich von Riga/Rīga.

Topographie

Mitau liegt zwischen den Flüssen Aa (*Lielupe*) und Drixe (*Driksa*).

Region

Mitau liegt in Semgallen (*Zemgale*), einer der fünf Regionen Lettlands, im Südwesten des Landes.

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Mitau ist als eine von neun Republik-Städten Lettlands administratives Zentrum des gleichnamigen Distrikts.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Das erste Wappen verlieh Herzog Gotthard Kettler seiner Residenz 1576. Der Elch als Wappentier wurde in das aktuelle Wappen übernommen, das einen Elchkopf (als Symbol für Semgallen) auf purpurrotem Grund, davor einen Schild mit dem Nationalwappen Lettlands zeigt.

Mittelalter

Erste Siedlungsspuren stammen aus dem 10. Jahrhundert. In Quellen aus der Zeit zwischen 1263 und1266 (*Livländische Reimchronik*, Chronik des Hermann von Wartberge) wird der Ort erstmals im Zusammenhang mit dem Bau einer Burg durch den Meister des Livländischen Ordens (Kreuzritter), Konrad von Mandern, als Mitau bzw. Mitow/Mitaw/Mytowe erwähnt. Die darauffolgenden 300 Jahre war Mitau Sitz der Ordenskomtur und damit politisches und administratives Zentrum des Ordens. Die erste Besiedlung durch Handwerker und Händler erfolgte Ende des 14. Jahrhunderts.

Neuzeit

Nach dem Zerfall des Ordensstaates und mit der Gründung des Herzogtums Kurland-Semgallen 1562 entwickelte sich Mitau als Haupt- und Residenzstadt unter dem ersten Herzog Gotthard Kettler (Reg. 1561–1587). 1573 erhielt Mitau Stadtrecht. Unter den Söhnen Gotthard Kettlers wurde das Herzogtum 1596 geteilt und Mitau fiel mit Semgallen an Herzog Friedrich (Reg. 1587-1642). Nach dessen Tod wurde Jakob Kettler (Reg. 1642–1681) Herzog des wiedervereinten Herzogtums. Seine merkantilistische Wirtschaftspolitik führte zu einem kurzzeitigen wirtschaftlichen Aufschwung der Stadt. Es entstanden Kolonien in Gambia und Tobago. In der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts setzte ein wirtschaftlicher Niedergang ein, der durch wechselnde Besatzungszeiten besiegelt wurde: Im Nordischen Krieg wurde Mitau 1701 von schwedischen, vier Jahre später von russischen Einheiten besetzt. Bei ihrem Abzug 1706 wurden Schloss und Stadt weitgehend zerstört. Im 18. Jahrhundert führten andauernde starke Spannungen zwischen Adel und Herzogshof zu machtpolitischen Auseinandersetzungen, deren Ursachen in der territorialen und politischen Einflussnahme der russischen Regierung zu suchen sind. In der Regierungszeit von Herzog Ernst Johann Birons Sohn Peter (1769–1795) forderte eine bürgerliche Union poli-

tische Partizipation auf den vom kurländischen Adel geführten Landtagen ein (1790), und 1793 machten Müllergesellen während des so genannten Mülleraufstandes ihre Rechte gegenüber dem Herzog geltend. Beide Bestrebungen verliefen erfolglos, der Mülleraufstand wurde blutig niedergeschlagen. 1795 kam es zur Abdankung Peters und zur Annexion des nunmehr aufgelösten Herzogtums Kurlands durch das Russische Reich. Aus dem Herzogssitz wurde der Sitz des russischen Generalgouvernements Kurland, und die Stadt wurde in „Mitawa“ (russ. Митава) umbenannt. Von 1798 bis 1801 und erneut von 1804 bis 1807 quartierte sich der im Exil lebende französische König Ludwig XVIII. in Mitau ein. Nach einer kurzen Besatzung durch die französischen Truppen Napoleons I. 1812 folgte im selben Jahr die Rückeroberung durch russische Einheiten.

Im Ersten Weltkrieg marschierten deutsche Truppen in Mitau ein, und die Stadt wurde Sitz der deutschen Militärverwaltung in Kurland (Juli/August 1915 bis Januar 1919). Als Gegenwehr zu den anrückenden Bolschewiki wurde im Dezember 1918 die Kompagnie unter Wolfert von Rahden als Einheit der sich formierenden Landwehr gegründet. Zeitgleich bereitete sich die Lettische Sozialdemokratische Partei durch die Etablierung eines Räteregimes auf die Besatzungszeit vor. Mit dem Einzug der Roten Armee gingen Haussuchungen, Verhaftungen, Deportationen und Ermordungen führender deutscher Vertreter aus Kirche, Politik und Wirtschaft einher. Nach kurzer russischer Besatzung wurde Mitau Verwaltungszentrum Semgallens in der unabhängigen Republik Lettland. 1924 schloss sich Mitaus deutsche Minderheit zum Wählerverband Mitau zusammen. Dem folgten in verschiedenen Städten Wählerverbände. Die bürgerlich ausgerichtete Partei wurde 1934 nach der Auflösung der Saeima unter Kārlis Ulmanis aufgelöst.

1939 verließ infolge des von Adolf Hitler ausgesprochenen Aufrufs zur Umsiedlung die Mehrheit der deutschen Bevölkerung Lettland. Während des Zweiten Weltkriegs war Mitau zunächst von sowjetischen Truppen (Juni 1940 bis Juni 1941), dann von deutschen Truppen besetzt. Im Sommer 1941 wurde ein Großteil der jüdischen Bevölkerung ermordet. Im Juni 1944 brannte die Stadt nieder. In der sowjetischen Unionsrepublik Lettland begann ihr Wiederaufbau.

Zeitgeschichte

Nach der zweiten Unabhängigkeitserklärung Lettlands 1990/91 gewann Mitau v. a. durch die Errichtung der Landwirtschaftlichen Universität Lettlands und als Zentrum des Verwaltungsbezirks Semgallen Bedeutung.

Bevölkerung

1795 hatte Mitau 9.948 Einwohner, davon 51,5 % (5.120) Deutsche, 35,6 % (3.546) Letten (Polen und Litauer sind hier mit einbezogen), 10,4 % (1.039) Juden sowie 2,4 % (243) Russen. Eine 1797 durchgeführte Revision ergab, dass Adlige und Gelehrte in ähnlich großer Zahl vertreten waren (300 bzw. 309 Personen) und dass die Mehrheit der Kaufleute (675 deutsche Personen gegenüber 82 Russen) sowie der Handwerker (1.668 Deutsche gegenüber 175 Letten) sich als Deutsche registrieren ließ.[1]

Bis 1863/64 stieg die Bevölkerung auf 22.901 an. Mitau war damit die zweitgrößte Stadt im lettischsprachigen Teil der Ostseeprovinzen. Bis 1897 stieg die Zahl der Einwohner auf 35.131: Die quantitativ stärkste Bevölkerungsgruppe stellten die Letten mit 45,7 % (16.053), gefolgt von 20,2 % (7.079) Deutschen, 16,6 % (5.829) Juden und 12,2 % (4.235) Russen.

Die Zahl der Einwohner sank infolge des Ersten Weltkriegs auf 11.000. Erst 1935 ist ein Anstieg der Einwohnerzahl auf 34.099 zu verzeichnen. Nach dem Bevölkerungseinbruch infolge des Holocausts und des Zweiten Weltkriegs stieg die Zahl 1959 auf 36.300 und fünf Jahre später auf 45.300.

Die aktuelle Bevölkerungszahl liegt bei 64.279 Einwohnern: 55 % Letten, 29 % Russen, 6 % Weißrussen, 3 % Ukrainer, 2 % Polen, 2 % Litauer (Stand: Dezember 2010).

Wirtschaft, Infrastruktur

Mitau war aufgrund seiner Lage zwischen Preußen und Litauen einerseits und Riga und St. Petersburg andererseits der zentrale Markt- und Handelsplatz Kurlands, der von Kaufleuten und Adel frequentiert wurde. In den 1830er Jahren erfolgte die infrastrukturelle Anbindung Mitaus an das Umland durch den Anschluss an die Landstraße von Riga nach Schaulen/Šiaulai. 1868 wurde die Eisenbahnlinie Mitau-Riga eröffnet, 1873 eine Verbindung nach Mežeikiai. Insbesondere durch die Anbindung an Riga konnte die deutsche und jüdische Mitauer Kaufmannschaft prosperieren. 1896 schlossen sich die christlichen (d.h. deutschen, russischen, lettischen, nicht aber die jüdischen) Kaufleute zu einer Interessengemeinschaft zusammen. In den 1860er Jahren, kurz vor Aufhebung des Zunftzwanges, war ein Drittel der städtischen Bevölkerung (abgesehen vom Militär) dem Handwerk zuzurechnen.[2]

Religions- und Kirchengeschichte

Die gesetzliche Legalisierung der Juden in Kurland von 1799 und die Duldungspolitik Herzog Peter Birons seit 1763 führten in Mitau zu einem Anstieg der jüdischen Bevölkerung, zu einer erhöhten Gemeindearbeit und ausgeprägteren Organisationsstruktur. Mit der Anstellung eines „Judenmissionars“ 1866 (seit 1871: Pastor Rudolf Hermann Gurland, 1831-1905) wurde Mitau zum Zentrum der von der evangelischen Synode aller drei Ostseeprovinzen betriebenen „Judenmission“.[3] Die Ausweisungspolitik gegenüber den Juden in Kurland beendete im Ersten Weltkrieg das Gemeindeleben.

Bildung, Wissenschaft und Gesellschaften



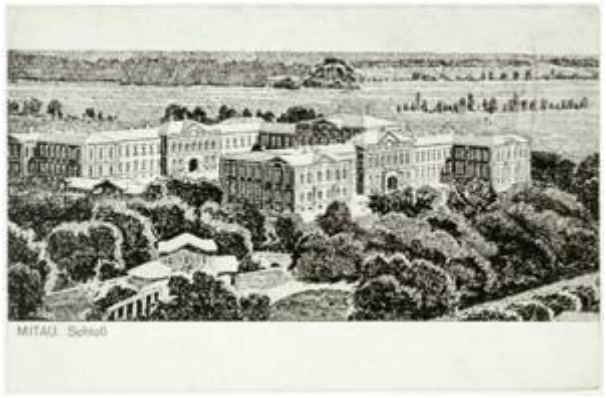
Fassade der Academia Petrina (Foto 1938).
[Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 147734].

Mit der Gründung der *Academia Petrina* 1775 schuf Peter Biron das erste wissenschaftliche Zentrum im lettischsprachigen Raum. In dem nach Plänen von Severin Jensen (1723-1809) gebauten zweigeschossigen rechteckigen Kuppelbau mit Mittelrisalit und zweistöckigem Turm arbeiteten u. a. die Mathematiker Wilhelm Gottlieb Beitler (1745-1811), Magnus Georg Paucker (1787-1855) sowie der Naturwissenschaftler Johann Jacob Färber (1743-1799). Bekannte Absolventen waren u.a. der Folklorist Krišjānis Barons (1835-1923), der Dichter Juris Alunāns (1832-1864) und der Dramatiker Adolfs Alunāns (1848-1912). Heute befindet sich das Ģ. Eliass Museum für Geschichte und Kunst der Stadt Jelgava (*Ģ. Eliasa Jelgavas Vēstures un mākslas muzejs*) im Gebäude.

Noch im Gründungsjahr erschien die erste Ausgabe der Mitauschen Politischen und Gelehrten Zeitung als erste Publikation der Academia Petrina. 1815 wurde die Kurländische Gesellschaft für Literatur und Kunst und 1818 das Kurländische Provinzialmuseum gegründet. Von 1819 bis 1939 erschienen die Sitzungsberichte der Kurländischen Gesellschaft für Literatur und Kunst. Um 1900 begann sich neben dem Vereinsleben der Deutschen ein von Letten geführtes Vereinsleben zu etablieren: Die Mitauer Lettische Literarische Gesellschaft gab die Wochenzeitung *Latviešu avīzes* (Lettische Zeitung) und von 1903 bis 1905 die Monatszeitschrift *Vērotājs* (Beobachter) heraus. Von 1900 bis 1902 erschien die erste lettischsprachige Zeitschrift, *Modes Vēstnesis* (Mode-Nachrichten); die Zeitschrift *Tēvija* (Vaterland) wurde zwischen 1901 und 1903 von dem Vorsitzenden des Lettischen Vereins in Mitau und späteren lettischen Staatspräsidenten Jānis Čakste (1859-1927) herausgegeben.

Architektur

Ende des 18. Jahrhunderts wandelte sich das barocke Stadtbild Mitaus durch die Entstehung klassizistischer Bauten. Mit dem Abbau der Festungswälle 1816 und durch amtliche Reglementierungen wurde eine Vereinheitlichung des Stadtbildes angestrebt. Nach wie vor dominierte eine Holzbauweise, v.a. bei privaten Wohnhäusern. Neben kunstvollen Holzzimmereiarbeiten war für Mitau die häufige Verwendung einer aus den deutschen Ländern übernommenen Fachwerkbauweise charakteristisch. Neben den Bauten des deutschen Bürgertums existierten die vom Herzog und vom (deutschen) Adel errichteten Profanbauten des Spätbarock und Klassizismus. Als erster Stadtarchitekt wurde der Chemnitzer Otto Dietze (1832-1890) 1863 berufen.



Postkarte (vor 1945): Schloss Mitau. [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 191117].

Das Schloss Mitau (lett. *Jelgavas pils* o. *Kurzemes hercogu pils*) wurde, nach Abbruch des alten herzoglichen Residenzschlosses, an der Stelle der 1265 erbauten Ordensburg mit Unterbrechungen von 1738 bis 1772 errichtet. Zwischen 1740 und 1763 leitete Francesco

Bartholomeo Rastrelli (1700–1771), Baumeister am russischen Zarenhof, den im Stil des Barock gehaltenen Bau. Die Innenausstattung des Schlosses übernahmen der Berliner Bildhauer und Stuckateur Johann Michael Graff und der Hofmaler Hartmann Friedrich Barisjen (1724–1796). Nach dem Ersten Weltkrieg wurde das Schloss als Landwirtschaftskammer Lettlands genutzt. Der Komplex wurde 1937 nach Plänen Eižens Laubes (1880–1967) erweitert. Der Zweite Weltkrieg brachte die erneute Zerstörung des Schlosses. Heute befindet sich die Landwirtschaftliche Universität Lettlands (*Latvijas Lauksaimniecības universitāte*) im Schloss.

Die evangelisch-lutherische St.-Anna-Kirche (*Svētās Annas luterāņu baznīca*) der lettischen Gemeinde lässt sich seit 1573 belegen. Aus der Holzkirche wurde 1638-1641 ein Ziegelsteinbau nach Plänen Johann Kothauers errichtet; zuvor, 1619-1621, war der Turm nach Plänen Arend Fröninks aus Stein angebaut worden. Die St.-Georgs-Kirche (heute *Vissvētas Jaunavas Marijas nevainīgās ieņemšanas katoļu baznīca*) der römisch-katholischen Gemeinde wurde 1643/44 erbaut, 1904 abgebrochen und 1906 vom Architekten Karl Eduard Strandmann (1867-1946) im neogotischen Stil wieder aufgebaut. Die St.-Trinitatis- oder Dreifaltigkeitskirche (*Svētās Trīsvienības luterāņu baznīca*) wurde in den Jahren 1573-1575, 1592-1604 und 1688 als Hauptkirche der deutschen lutherischen Gemeinde erbaut. Alle drei Kirchen wurden 1944 zerstört. Die beiden erstgenannten wurden nach dem Krieg wieder aufgebaut, die St. Trinitatis- oder Dreifaltigkeitskirche wurde 1954 mit Ausnahme des Turmes abgerissen.

Die Große Synagoge der jüdischen Gemeinde wurde in den 1860er Jahren unweit der St.-Trinitatis-Kirche von Otto Dietze errichtet.

Buchdruck

1660 wurde die erste Hofbuchdruckerei in Mitau durch Michael Karnall gegründet, in der v. a. kleinformatige Bücher gedruckt wurden. Beispiele bekannter Verlagstätigkeiten und Druckerzeugnisse aus Mitau sind der Verlag von Johann Friedrich Hartknoch (1740–1789), in dem erste Werke von Immanuel Kant und Johann Gottfried Herder herausgegeben wurden, und die Zeitung *Mitauische Nachrichten von Staats-, gelehrten und einheimischen Sachen,* die seit 1766 unter Christian Liedtke (1733–1766) erschien. Der Errichtung der *Academia Petrina* im 18. Jahrhundert folgten die Ansiedlungen einer Buchhandlung und einer Druckerei (Druckerei Steffenhagen) sowie die Gründung einer öffentlichen Bibliothek.

Kunst

Die Brüder Johann und Tobias Heintz (1590-1617) wurden für ihre Tischler- und Schnitzarbeiten bekannt, die im Dom und im Neuen Schloss zu Riga zu sehen sind; in Mitau befinden sich in der St.-Trinitatis-Kirche (Kanzel und Altar) weitere Holzarbeiten.

Erster bedeutender Hofmaler war der gebürtige Coburger Porträtmaler Friedrich Hartmann Barisien (1724-1769), der zahlreiche Porträts von Mitauern schuf. Über Mitau hinaus bekannte Künstler waren u. a. der in Dresden geborene und ausgebildete Maler, Restaurator und Kulturhistoriker Julius Döring (1818-1898), die Landschaftsmaler Julius Woldemar Fedders (1838-1909) und Johann Walter (1869-) sowie der Stadtarchitekt Oskar Alexander Johann Baar (1848-1914), die Miniaturmalerein Anna Louise von Berner (1795-1868) und der Zeichner Wilhelm Siegfried Stavenhagen (1814-1881). Im 20. Jahrhundert erlangten die Maler Karlis Baltgailis (1893-1979) und Jānis Plase (1892-1923), beide Gründungsmitglieder der (Rigaer) Künstlervereinigung Zaļā vārna (Die grüne Krähe), internationale Bedeutung.

Musik

Mit der Berufung des aus Regensburg stammenden Komponisten und Violinisten Franz Adam Veichtner (1741-1822) als herzoglicher Konzert- und Kapellmeister 1765 erfuhr das Mitauer Musikleben einen Aufschwung. Nach Auflösung der Hofkapelle entstanden in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts von Deutschen geführte musikalische Vereine, u.a. die Mitauer Liedertafel.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Latvijas Mākslas akadēmijas Mākslas vēstures institūts (Hg.): Senā Jelgava [Das alte Mitau], zusammengestellt von Elita Grosmane. Riga 2010.
- Latvijas Mākslas akadēmijas Mākslas vēstures institūts (Hg.): Jelgava: Arhitektūras un Mākslas Virtuālā Rekonstrukcija [Mitau: Virtuelle Rekonstruktion von Architektur und Kunst]. CD-Rom, 2., erw. Aufl. Riga 2008.
- Erwin Oberländer, Volker Keller (Hg.): Kurland. Vom polnisch-litauischen Lehnsherzogtum zur russischen Provinz. Dokumente zur Verfassungsgeschichte 1561–1795. Paderborn u. a. 2008.
- Karl-Otto Schlau: Zur Gründungs- und Verfassungsgeschichte der Stadt Mitau (Jelgava) in Kurland (1265-1795). In: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 42 (1993), S. 507-547.
- Karl-Otto Schlau: Mitau im 19. Jahrhundert. Wedemark-Elze 1995.
- E. Schmidt: Mitau und Umgebung mit den kurischen Herzogschlössern in Wort und Bild. Riga 1913.

Weblinks

- www.jelgava.lv (Webpräsenz der Stadt)
- www.jvmm.lv (Museum für Geschichte und Kunst der Stadt Jelgava/Ģ. Eliasa Jelgavas Vēstures un mākslas muzejs)
- www.pilis.lv (Schloss Jelgava)
- http://www.herder-institut.de/bildkatalog/index/index?searchfield_parameter=Mitau&newperspective=thumbnails (Abbildungen zu Mitau/Jelgava im Bildarchiv des Herder-Instituts, Marburg)

Anmerkungen

[1] Hinzu kamen andere Berufs- bzw. Standespersonen. Vgl. Schlau: Mitau im 19. Jahrhundert, S. 385a.

[2] Schlau: Mitau im 19. Jahrhundert, S. 208.

[3] Zur jüdischen Bevölkerung s. Svetlana Bogojavlenska : Die jüdische Gesellschaft in Kurland und Riga 1795-1915. Paderborn u.a. 2012, hier S. 53.

Zitation

Anja Wilhelmi: Mitau/Jelgava. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32478 (Stand 02.01.2015).

Mohatsch/Mohács (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Mollwitz/Małujowice (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Moskau/Moskva

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Moskau

Amtliche Bezeichnung

russ. Москва (sprich Moskwa), translit. Moskva

2. Geographie

Lage

Moskau befindet sich in der Mitte des europäischen Teils der Russischen Föderation, zwischen den Flüssen Oka und Wolga (55° 45″ nördliche Breite, 37° 37″ östliche Länge).

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Moskau ist die Hauptstadt der Russischen Föderation, das Verwaltungszentrum des Zentralen Föderationskreises (seit Mai 2000) und das administrative Zentrum des Gebietes Moskau (seit Januar 1929).

3. Geschichte und Kultur

Allgemeine Geschichte

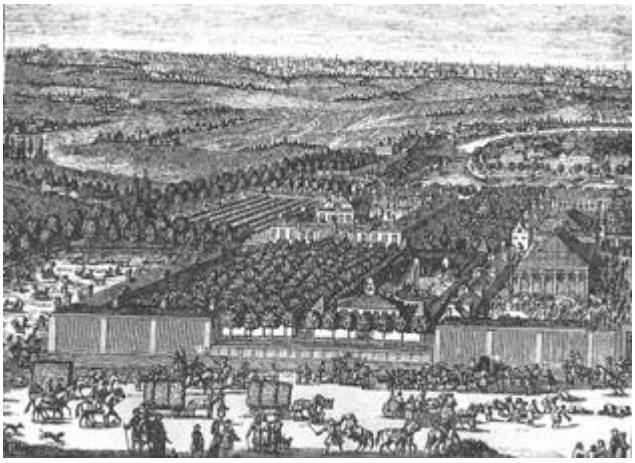


Plan der Stadt Moskau aus dem Jahre 1517.
[Sigmund v. Herbertstein: Beschreibung Moskaus der Hauptstadt in Russland samt des moskovitischen Gebietes 1557, ausgew. u. eingel. v. B. Picard, Graz u. a. 1966.]

Zum ersten Mal schriftlich erwähnt wurde Moskau im Jahr 1147, als Fürst Jurij Dolgorukij am Ufer des Flusses Moskva eine Festung bauen ließ. In den Jahren 1237–1238 wurde Moskau von den Truppen des Khanes Batyi gebrandschatzt. Seit der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts war es das Zentrum des selbstständigen Moskauer Fürstentums. Im Jahr 1326 wurde die Residenz der Metropoliten der russisch-orthodoxen Kirche nach Moskau verlegt. Unter dem Fürsten Dmitrij Donskoj wurde es ein Zentrum für die Organisation des Kampfes gegen das Joch der Goldenen Horde. Im 14. bis zur ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts entwickelte sich Moskau zu einem großen Handelszentrum Russlands, wohin die westeuropäischen Kaufleute kamen. Hauptstadt des russischen Staates wurde es Ende des 15. Jahrhunderts, zur Zeit Ivans des Großen (1462–1505). Nach der Verlegung der Hauptstadt des russischen Staates nach Sankt Petersburg (1712) ist Moskau der Status eines Wirtschafts- und kulturellen Zentrums des Landes geblieben. Ab 1918 war es Hauptstadt der RSFSR, ab 1922 der UdSSR.

Entstehung und Entwicklung der deutschen Kolonie bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts

Die ersten Siedlungen von Ausländern in Moskau entstanden Ende des 15. Jahrhunderts unter der Herrschaft des Zaren Iwan III. (1462–1505). In diesen sog. Kolonien lebten hauptsächlich ausländische Handwerksmeister, Kaufleute und Militärfachleute. Unter Vasilij III. (1505–1533) wurde für die ausländischen Militärangehörigen auch ein besonderer Vorort in Zamoskvoreč'e gegründet, der den Namen "Nalej" oder "Nalejka" bekam. Dort war die aus Litauern, Polen und Deutschen bestehende persönliche Leibwache des Zaren angesiedelt.[1] Die erste Siedlung von Ausländern, die komplett vor die Stadtgrenzen Moskaus verlegt wurde, entstand in den 60er Jahren des 16. Jahrhunderts unter Iwan IV., dem Schrecklichen (1533–1584), als sich im Zuge des Livländischen Krieges (1558–1583) der Zustrom von Kriegsgefangenen aus dem Baltikum und auch von Ausländern, die vom Zaren in den Dienst gestellt wurden, nach Moskau verstärkte.[2] Zu dieser Zeit entstanden kleinere militärische, von Hauptleuten angeführte und nach nationalen Merkmalen (Dänen, Schotten, Deutsche, Schweden u. a.) zusammengesetzte Abteilungen. Als Lebensraum wurde den Ausländern eine besondere Örtlichkeit am anderen Ufer des Flusses Jauza zugewiesen, die den Namen "Ausländer-" (*Inozemskaja*) oder "Deutsche Vorstadt" (*Nemeckaja sloboda*) bekam. Die Vorstadt wurde im Stadtteil Zamoskvoreč'e, nur zwei Werst vom Kreml entfernt, angelegt. Gegen Ende der 1570er Jahre lebten in der Deutschen Vorstadt bereits an die 4.000 Menschen. Das Adjektiv "deutsche" in der Bezeichnung der Vorstadt bezog sich nicht speziell auf die Deutschstämmigen, sondern auf alle Ausländer.[3] Im Winter 1578 wurde die Deutsche Vorstadt von Opritschniks des Zaren geplündert, wurden die Häuser und Kirchen zerstört und ein Teil ihrer Einwohner (ca. 400 Menschen) getötet. Die Zerstörung der Vorstadt stand im Zusammenhang mit den Misserfolgen an der Livländischen Front, aber auch mit in der Vorstadt vermuteten Spionen. Unter Boris Godunov (1598-1605) betrug die Zahl der Deutschen und anderer Europäer in den Moskauer Streitkräften 2.500. In der "Zeit der Wirren" (1598–1613) nahmen deutsche "Militärs" an Kriegshandlungen teil, und zwar sowohl auf der Seite der Regierungstruppen als auch auf der Seite der "Usurpatoren". 1610 fiel die neue Ausländer-Vorstadt während des polnischen Angriffs auf Moskau einem Brand zum Opfer. Während dieser Zeit ging die Zahl der deutschen Militärs stark zurück. Ein Teil von ihnen fiel im Kampf, andere verließen Russland, da ihr Sold nicht ausbezahlt wurde. Trotz aller Wirren blieb ein Teil der Deutschen in der russischen Hauptstadt zurück.



Blick auf den Gutshof von F. Golovin im Stadtteil Lefortovo und auf die Deutsche Vorstadt. [Gravur von A. Shoonebeck, 1705. Moskovskie nemcy - četyre veka s Rossiej, Moskva 1999]

Seit den 1630er Jahren stieg die Zahl der Ausländer, besonders die der Deutschen, die auf Initiative des Patriarchen Filaret, des Vaters von Zar Michail Fedorovič (1613–1645), eingeladen worden sind. Mit dem Aufbau ausländischer Truppen neuer Ordnung, in denen deutsche Militärs Kommandoposten innehatten, ging die Moskauer Führung dazu über, in "deutschen Landen" Militärs auf Vertragsbasis anzuwerben (1631–1634).

Am 4. Oktober 1652 ließ Aleksej Michajlovič (1645–1676), der Vater Peters I., alle aus Westeuropa Stammenden außerhalb der Stadtgrenzen von Moskau in die frühere Ausländervorstadt aussiedeln; die nun "Neu-Deutsche" oder einfach "Deutsche Vorstadt" hieß. Die Herrschaft Peters I. (1682–1725) war für die Deutsche Vorstadt weniger durch Zuzug "ausländischer Dienstleute" gekennzeichnet als durch eine spürbare Zunahme der Zahl der Handwerksmeister und Angehörigen anderer Berufe. Eine wichtige Rolle spielte dabei das Manifest Peters I. vom 16. April 1702, in welchem Ausländer sowohl für den Staatsdienst als auch für private Tätigkeiten nach Russland eingeladen wurden. Das Manifest garantierte den Ausländern Glaubensfreiheit und freie Ein- und Ausreise aus dem Russischen Staat.[4] Seit 1719 wurden die Einwohner der Deutschen Vorstadt offiziell zu der Gesamteinwohnerzahl Moskaus gezählt. Seit Mitte des 18. Jahrhunderts zogen Angehörige der ausländischen Intelligenz (Lehrer, Ärzte, technische Fachkräfte etc.) aus der Deutschen Vorstadt in unterschiedliche Stadtteile Moskaus. Ende des 18. Jahrhunderts verwandelte sich das Territorium der Deutschen Vorstadt allmählich in einen aristokratischen Stadtteil Moskaus, in dem nicht mehr nur ausländische Handwerksmeister unterschiedlicher Nationalität, sondern auch russische Kaufleute und Adelige lebten. 1840 betrug die Zahl der deutschsprachigen Einwohner Moskaus schon mehr als 5.000. Dies entsprach einem Anteil von 1,5% der Gesamtbevölkerung der alten Hauptstadt.

Bevölkerung (19./20. Jahrhundert)

Gemäß der Moskauer Volkszählung von 1882 hatte die Stadt 753.500 Einwohner, und nur ein wenig mehr als ein Viertel (26,2%) davon waren in Moskau geborene Personen. Nach der ersten Allrussischen Volkszählung (Januar 1897) lebten in Moskau 1.038.600 Menschen, von denen nur 272.600 aus der Stadt stammten. Nach der städtischen Volkszählung vom 31. Januar 1902 lebten in Moskau 1.175.000 Menschen, nach der Zählung im Februar 1907 1.346.000, und die Volkszählung vom 6. März 1912 registrierte bereits 1.618.000 Personen. Im November 1915 erreichte Moskau die Zahl von 1.984.000 Einwohnern (zu

dieser Zeit belegte es bereits den sechsten Platz unter den Städten Europas). Zu Beginn der 1870er Jahre war die Bevölkerung Moskaus in nationaler Hinsicht relativ homogen: Die Zentralmacht bemühte sich nach Kräften, keine "Fremden" (*inorodcy*) nach Moskau zu lassen. Nach der Volkszählung von 1871 waren 95,6% der Stadtbevölkerung Russen, und der Anteil aller anderen Nationalitäten betrug lediglich 4,4%. Von der nichtrussischen Bevölkerung waren die meisten (1,8%) Deutsche; 0,9% waren Juden, 0,6% Polen, 0,3% Franzosen, 0,2% Tataren und 0,1% Armenier. Gemäß den Volkszählungen von 1882–1912 betrug der prozentuale Anteil der Russen an der Stadtbevölkerung wie früher etwas mehr als 95%. Die Volkszählung von 1897 zeigte die Zuwanderung von Ukrainern und Weißrussen, doch ging deren Zahl 1912 aufgrund einer raschen Assimilation erheblich zurück. Auch gemäß der Volkszählung von 1912 blieben die Deutschen auf Platz zwei, obwohl ihr prozentualer Anteil an der Bevölkerung der Hauptstadt ständig zurückging. An dritter Stelle standen die Polen, an vierter die Tataren, an fünfter die Juden.

Tabelle 1[5]

Bevölkerungsstruktur Moskaus 1871-1939 nach Nationalitäten (in % der Gesamtbevölkerung)											
	1871	1882	1897	1902	1912	1920	1923	1926	1933	1937	1939
Russen	95,6	94,5	95,0	95,3	95,2[6]	84,8	87,2	87,8	87,5	87,4	87,4
Ukrainer	keine Angaben	keine Angaben	0,4	0,1	0,2	0,2	0,4	0,8	1,5	1,8	2,2
Weißrussen	keine Angaben	keine Angaben	0,1	0,0	-	0,3	0,2	0,7	0,6	0,6	0,6
Deutsche	1,82	2,01	1,7[7]	1,62	1,3[8]	0,6	0,5	0,4	0,3	0,3	0,2
Juden	0,94	1,6	0,5	0,4	0,4	2,7	5,6	6,5	6,6	6,2	6,0
Polen	0,6	0,6	0,9	0,9	1,1	1,4	1,2	0,9	0,6	0,5	0,3
Franzosen	0,34	0,3	0,2	0,2	0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	keine Angaben	keine Angaben
Tataren	0,15	0,2	0,4	0,5	0,6	0,2	0,8	0,9	1,0	1,3	1,4
Armenier	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	0,4	0,3
Letten	0,03	0,0	0,0	0,0	0,2	0,9	0,6	0,5	0,4	0,3	0,2
Sonstige	0,4	0,7	0,6	0,8	0,8	8,7[9]	3,2	1,2	1,2	1,2	1,4

Zum Wendepunkt in der Geschichte des russischen Staates wurde die Oktoberrevolution von 1917. Aufgrund von Emigration, Deportation, Einberufung zur Armee sowie Teilnahme am Bürgerkrieg sank die Zahl der Moskauer Deutschen im Vergleich zur Vorkriegszeit auf unter ein Drittel. Während vor dem Ersten Weltkrieg etwa 20.000 deutschstämmige russische Staatsangehörige in der Stadt gelebt hatten, waren es bei der Volkszählung von 1926 nur noch 8.600.

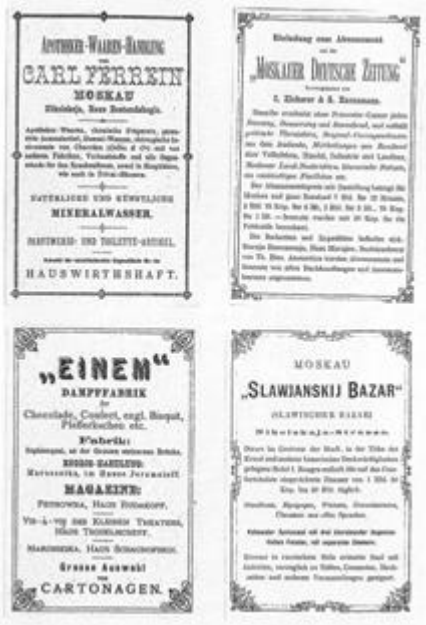
Konfessionelle Gliederung der deutschsprachigen Bevölkerung

Nach der Volkszählung von 1882 machten die Orthodoxen Moskaus beinahe 94% der Gesamtbevölkerung aus; auf die anderen Glaubensgemeinschaften entfielen lediglich 6%. Unter den Deutschen überwogen die Protestanten (Lutheraner und Reformierte) während des gesamten Untersuchungszeitraums. Betrug ihr Anteil im Jahre 1871 86,8%, so machte er 1902 bereits 89,4% aus (s. Tabelle 2). Gleichzeitig sank der Anteil der deutschen Katholiken ein wenig von 9,4% (1871) auf 7,1% (1902). Fast um die Hälfte verringerte sich der Anteil der orthodoxen Deutschen von 3,8% (1871) auf 1,97% (1902).

Tabelle 2[10]

Deutschsprachige Bevölkerung nach Konfessionen 1871-1902						
Jahr	Protestanten		Römisch-Katholische		Orthodoxe	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
1871	9.099	86,8	990	9,4	396	3,8
1897	15.403	88,7	1.201	6,9	417	2,4
1902	15.810	89,4	1.259	7,1	349	1,97

Ständestruktur



Deutschsprachige Reklame in Moskau Ende des 19. Jahrhunderts. [P. Grossman, J. Knöbel: Führer durch Moskau und Umgebung, Moskau 1882.]

Bei der ständischen Gliederung der Moskauer Deutschen (nach der Volkszählung von 1871) betrug der Anteil der adeligen Oberschicht im Jahre 1871 14,6%. Davon gehörten 6,3% dem erblichen Adel an. In Moskau, das als wichtigstes Handelszentrum des Landes betrachtet wurde, war der Anteil der nichtadeligen gehobenen Schicht, zu der die Kaufleute und Ehrenbürger gehörten, bei der deutschen Gruppe in Moskau deutlich größer (17,7%) als in St. Petersburg, wo er nur 10,3% erreichte. Mit einem Fünftel war das Gewicht der deutschen Mittelschicht, des sog. Klein- oder Stadtbürgertums, sehr groß. Betrachtet man die soziale Struktur der deutschsprachigen Gruppe im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung Moskaus (nach der Volkszählung von 1897), so stellt man fest, dass der deutschsprachige Adel (5,4%), die Ehrenbürger (5,43%) und die Kaufleute (5,12%) relativ stark unter den oberen Zehntausend der Moskauer Hauptstadt vertreten waren.

Tabelle 3[11]

Anteil der deutschsprachigen Einwohner in sämtlichen Ständen innerhalb der Gesamtbevölkerung Moskaus 1897								
	Erbadel		Personenadel		Ehrenbürger		Kaufleute	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
Deutsche	822	2,36	997	3,04	1.145	5,43	989	5,12
Gesamtbevölkerung	34.780	100	32.762	100	21.101	100	19.307	100
	meščane		Bauern		Ausländer		insgesamt	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
Deutsche	5.815	2,6	1.006	0,16	6.093	45,7	17.358	1,78
Gesamtbevölkerung	218.104	100	614.459	100	13.318	100	978.537	10

Bildungs- und Berufsstruktur



Gebäude der reformierten Schule (1911–1912).
[Moskovskie nemcy - četyre veka s Rossiej, Moskva 1999]

Zum Zeitpunkt der Volkszählung von 1897 konnten 57,1% der Moskauer Bevölkerung lesen und schreiben. Der Anteil der Lese- und Schreibkundigen unter der deutschsprachigen Bevölkerung Moskaus betrug über 88%. Nach der Volkszählung von 1897 waren die größten Gruppen innerhalb der deutschsprachigen Diaspora im verarbeitenden Gewerbe (26,4%), im Handels- und Finanzsektor (21,0%) und in den freien Berufen (14,8%) tätig.

Recht groß war der Anteil der Personen, die freiberuflich arbeiteten (14,8%) bzw. von ihren Kapitaleinkünften lebten (8,8%). Die deutschsprachige Diaspora in Moskau war in Bereichen wie Medizin, Wissenschaft, Kunst, Bildung und Erziehung überproportional stark vertreten.

Kirche

Im Zuge der Einrichtung dauerhafter Ausländersiedlungen wurde in Moskau die erste lutherische Gemeinde in Russland gegründet, deren Anfänge auf das Jahr 1559 zurückgehen. Die endgültige Ausformung des lutherischen Gemeindelebens in Moskau vollzog sich 1576 zur Zeit Iwans IV. (1533–1584) mit dem Bau der ersten lutherischen Kirche der Stadt. Mitte der 1630er Jahre erhielt diese Kirche zu Ehren des Namenspatrons des Zaren Michail Fedorovič ihren Namen St. Michael. Anfang der 1640er Jahre errichteten Offiziere in der Gegend der Petrovka-Straße eine eigene Kirche, die wenig später den Namen St.-Petri-Pauli-Kirche bekam. Im November 1904 wurde die neue St.-Johannis-Gemeinde gegründet.



Die evang.-luth. Michaeliskirche. [G. Stricker (Hg.): Deutsche Geschichte im Osten Europas, Rußland, Berlin 1997]

Die Pastoren der evangelischen Gemeinden der Stadt waren herausragende Persönlichkeiten, die nicht nur in der Geschichte Moskaus, sondern auch im russischen Geistesleben insgesamt deutliche Spuren hinterließen. So systematisierte und katalogisierte z. B. Johann Wettermann 1565 die berühmte Bibliothek des Zaren Iwan IV., Johann Gregorii gründete im Auftrag des Zaren Aleksej Michailovič das erste russische Theater. Pastor Ernst Glück wurde durch das von ihm 1703 gegründete Gymnasium und seine Übersetzung der Bibel ins Lettische (1685–1689) und Russische (1699–1705) bekannt. Probst Benjamin Heidecke zeichnete sich nicht nur als Übersetzer und Verfasser von Lehrbüchern aus, sondern auch als Herausgeber der in gebildeten russischen Kreisen sehr populären Journale *Russischer Merkur* (Riga) und *Konstantinopel und St. Petersburg, der Orient und der Norden* (St. Petersburg). Oberpastor Heinrich von Dieckhoff stand an der Wiege der ersten Schulen für taubstumme (1860) und blinde (1882) Kinder in Russland.[12]

Die Liquidation der Moskauer deutschen Kolonie sowie der evangelischen Gemeinde als ihr Kern begann mit dem Dekret über die Trennung von Kirche und Staat vom 23. Januar 1918, das die Basis für eine allgemeine Diskriminierung der Gläubigen in der UdSSR schuf. Zu Staatseigentum wurden nicht nur die den evangelischen Gemeinden in Moskau gehörenden Grundstücke, Kirchen- und Schulgebäude und Pastorenwohnungen erklärt, sondern auch die karitativen Einrichtungen. Ein Teil der Gemeindemitglieder hörte aus Angst vor staatlicher Verfolgung auf, die Gottesdienste zu besuchen oder sich gar in der Kirche zu engagieren. Nach Angaben des kirchlichen Rechenschaftsberichts der Petri-Pauli-Kirche gab es im Jahr 1928 nur noch 1.642 registrierte Lutheraner. Die Mitte der 1930er Jahre einsetzenden Repressionen gegen deutsche Pastoren in Moskau führten nicht nur zur Schließung der evangelisch-lutherischen Kirchen der russischen Hauptstadt, sondern auch zur völligen Auflösung ihrer Gemeinden.

1991 wurde die evangelisch-lutherische Petri-Pauli-Gemeinde in Moskau neu gegründet.

Gesellschaft

Unmittelbar nach Ausbruch der Kriegshandlungen gegen Deutschland im Ersten Weltkrieg stellten die russischen Behörden die auf ihrem Territorium lebende deutsche Bevölkerung unter besondere Kontrolle. Die antideutschen Kampagnen beschränkten sich nicht auf politische Repressionen, sondern schlossen auch Sprache und Religion betreffende Diskriminierungen, ein faktisches Verbot kulturell-aufklärerischer und ökonomischer Aktivitäten, Enteignungen nach nationalen Kriterien usw. ein. Die Maßnahmen richteten sich nicht nur gegen Angehörige der Feindstaaten Deutschland und Österreich-Ungarn, sondern auch gegen deutschstämmige russische Staatsangehörige.

1915 wurde in Moskau eine breit angelegte Kampagne des "Kampfes gegen die deutsche Übermacht" gestartet, in deren Verlauf die Moskauer Deutschen aus den Vertretungsorganen der Geschäftswelt entfernt wurden. Wenig später wurden die meisten deutschen Firmen unter Regierungskontrolle gestellt. Es sind zahlreiche Fälle überliefert, in denen Moskauer Deutsche, auch solche mit russischer Staatsbürgerschaft, allein aufgrund eines bloßen Verdachtes auf Spionagetätigkeit verhaftet oder ausgesiedelt wurden.



Volksversammlung vor dem Pogrom (28.05.1915) am Minin-Požarskij-Denkmal auf dem Roten Platz. [S. A. Rjabičenko: Tri dnja iz žizni neizvestnoj Moskvy. Pogromy 1915 g, Moskva 2000]

Inspiriert durch Entscheidungen höher stehender Behörden, angeheizt durch regelmäßige antideutsche Ausfälle in der Presse und ermuntert durch Repräsentanten der lokalen Ver-

waltung rotteten sich Einwohner Moskaus vom 27. bis 29. Mai 1915 zusammen und verwüsteten die deutschen Geschäfte und Fabriken der Stadt - nach unterschiedlichen Quellen 732 Räumlichkeiten: Geschäfte, Lagerräume, Kontore und sogar Privatwohnungen. Der Sachschaden belief sich auf über 50 Millionen Rubel. Die Pogrome, Plünderungen und Brandstiftungen in der Stadt wurden erst mit Hilfe regulärer Truppen gestoppt, die am Morgen des 29. Mai in Moskau eintrafen.

Die Pogrome vom Mai 1915 beschleunigten den Liquidationsprozess der deutschen Handels- und Industrieunternehmen in der Stadt und im Gouvernement. Nur einigen wenigen deutschen Unternehmen gelang es, die Kriegsjahre zu überstehen. Gleichzeitig war der größte Teil ihrer Besitzer, ihrer Führungskräfte und ihres ingenieurtechnischen Personals gezwungen, Moskau zu verlassen.

Den Schlusspunkt in der jahrhundertelangen Geschichte der deutschen Kolonie in Moskau setzte die Sonderverordnung des Staatlichen Verteidigungskomitees der UdSSR über die Deportation von Bürgern deutscher Nationalität aus Moskau und dem Gebiet Moskau vom 6. September 1941.[13] Bis zum 19. September 1941 wurden von den 5.500 durch die Organe des NKVD aufgespürten deutschstämmigen Moskauern (Politimmigranten fielen nicht unter dieses Kontingent) 3.524 in drei Zügen in das Gebiet Karaganda (Kasachische SSR) deportiert.[14]

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Victor Dönninghaus: Die Deutschen in der Moskauer Gesellschaft: Symbiose und Konflikte (1494–1941). München 2002 (Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 18).
- Vera A. Kovrigina: Nemeckaja sloboda Moskvy i ee žiteli v konce XVII - pervoj četverti XVIII veka [Die Deutsche Vorstadt Moskaus und ihre Bewohner vom Ende des 17. bis zum ersten Viertel des 18. Jahrhunderts]. Moskva 1998.
- Erich Franz Sommer: Die Deutschen in Moskau und St. Petersburg. In: Boris Meissner, Helmut Neubauer, Alfred Eisfeld (Hg.): Die Russlanddeutschen. Gestern und heute. Köln 1992 (Nationalitäten- und Regionalprobleme in Osteuropa 6), S. 127-141.

Anmerkungen

[1] Sigismund v. Herberstein: Beschreibung Moskaus, der Hauptstadt in Russland, samt des moskovitischen Gebietes 1557. Ausgewählt u. eingeleitet von B. Picard. Graz u. a. 1966, S. 167f.

[2] Conrad Bussow: Zeit der Wirren. Moskowitische Chronik der Jahre 1584 bis 1613. Berlin, Leipzig 1991, S. 33f.; Sommer: Die Deutschen in Moskau und St. Peterburg, S. 128f.

[3] Ju. P. Miklaševskaja, M. S. Cepljaeva (Hg.): Lefortovo. Deutsche Siedlung in Moskau. Moskau 1995, S. 9.

[4] Margarete Busch: Deutsche in St. Petersburg 1865–1914. Identität und Integration. Essen 1995, S. 17.

[5] I. N. Gavrilova: Demografičeskaja istorija Moskvy [Die demographische Geschichte Moskaus]. Moskva 1997, S. 277f.; M. Ja. Vydro: Naselenie Moskvy (po materialam perepisej naselenija 1871-1970 gg.) [Die Bevölkerung Moskaus (auf der Basis der Volkszählungen von 1871 bis 1970)]. Moskva 1976, S. 30.

[6] Die Weißrussen sind unter der russischen Bevölkerung von 1912 berücksichtigt.

[7] Offenbar wurde in diese Berechnung die Bevölkerung der Moskauer Vororte einbezogen (nach unserer Rechnung 1,8%).

[8] Die Berechnungen wurden allem Anschein nach im Hinblick auf die gesamte Bevölkerungszahl durchgeführt, einschließlich der Moskauer Vororte. Meinen eigenen Berechnungen zufolge betrug der Anteil der deutschsprachigen Bevölkerung in den städtischen Randgebieten im Jahre 1912 ca. 1,96%.

[9] Hierunter sind hauptsächlich Personen erfasst, die ihre Nationalität nicht angegeben haben.

[10] Errechnet nach: Statističeskie svedenija o žiteljach g. Moskvy po perepisi 12 dekabrja 1871 goda [Statistische Daten über die Bewohner Moskaus nach der Volkszählung vom 12. Dezember 1871]. Moskva 1874, S. 35-47; Pervaja Vseobščaja perepis' naselenija Rossijskoj imperii, 1897 g., t. XXIV. Gorod Moskva. Tetrad' 2-ja [Die Erste Allrussische Volkszählung 1897. Bd. 24: Stadt Moskau. Heft 2]. Moskva 1904, S. 66-69; Perepis' Moskvy 1882 goda. Vyp. III [Die Volkszählung in Moskau 1882. Ausgabe 3]. Moskva 1885, S. 222-225.

[11] Errechnet nach: Pervaja Vseobščaja perepis' (Anm. 10), S. 246f.

[12] Dönninghaus: Die Deutschen, S. 146f.

[13] "Mobilizovat' nemcev v rabočie kolonny... I. Stalin". Sbornik dokumentov (1940-e gody) ["Mobilisiert die Deutschen in den Arbeitskolonnen… I. Stalin". Gesammelte Dokumente (1940er Jahre)]. Sost. N. F. Bugaj. Moskva 1998, S. 26.

[14] Alfred Eisfeld, Victor Herdt (Hg.): Deportation, Sondersiedlung, Arbeitsarmee: Deutsche in der Sowjetunion 1941 bis 1956. Köln 1996 (Veröffentlichung Göttinger Arbeitskreis 453), S. 86.

Zitation

Victor Dönninghaus: Moskau/Moskva. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54335.html (Stand 15.05.2012).

Moskva → Moskau/Moskva

Siehe Moskau/Moskva

Most → Brüx/Most

Siehe Brüx/Most

Mukačeve → Munkatsch/Munkačeve/Munkács/ Mukačevo

Siehe Munkatsch/Munkačeve/Munkács/ Mukačevo

Munkatsch/Munkačeve/Munkács/ Mukačevo

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Munkatsch

Amtliche Bezeichnung

ukr. Mukačeve

Anderssprachige Bezeichnungen

ung. Munkács, jidd. Minkatsch

Etymologie

Entwicklung vom ungarischen „munka“ (Arbeit).

2. Geographie

Lage

Munkatsch liegt am Fluss Latorica, einem Nebenfluss der Theiß (*Tisa*), an der Grenze zwischen der Pannonischen Tiefebene und den nordöstlichen Karpaten, 250 km südwestlich von Lemberg/L’viv/Lwów. Seehöhe: 128 m, Lage: 48° 26‘ nördlicher Breite, 22° 43‘ östlicher Länge.

Region

Karpato-Ukraine

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Ukraine. Als kreisfreie Stadt ist Munkatsch Sitz der Verwaltung des gleichnamigen Kreises (*Rajon*) sowie eines römisch-katholischen und eines griechisch-katholischen Bistums.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Das Stadtwappen zeigt St. Martin von Tours. Erstmals nachgewiesen ist es in einer Urkunde aus dem Jahr 1376, die von Elisabeth Piast (1305-1380), Mutter des ungarischen Königs Ludwig I. (1326-1382), ausgestellt wurde.

Geschichte

Die Siedlung Munkatsch wurde zwischen dem 6. und 9. Jahrhundert von Slawen bewohnt. Am Ende des 9. Jahrhunderts eroberten Magyaren das Gebiet. Im 14. Jahrhundert wurde der ruthenische Fürst Fjodor Korjatovich mit dieser Region vom ungarischen König Ludwig I. belehnt. Er baute die im 13. Jahrhundert errichtete Grenzburg aus, die in unmittelbarer Nähe der Ortschaft lag. Munkatsch erhielt 1378 einige städtische Privilegien und wurde vom ungarischen König 1445 zur freien Stadt erhoben. Daraus ergaben sich Konflikte zwischen den Bürgern und den Burgherren, die auf den Steuerleistungen und Feudaldiensten der Bewohner bestanden.



Die Festung von Munkatsch, Abbildung aus dem 17. Jahrhundert. [Abb.: Wikimedia Commons, gemeinfrei].

Im 16. und 17. Jahrhundert oszillierte die Stadt zwischen dem von den Habsburgern beherrschten Königreich Ungarn und dem 1541 entstandenen Fürstentum Siebenbürgen, das unter der Oberhoheit des Osmanischen Reiches stand. Im 17. Jahrhundert wurde Munkatsch von polnischen und tatarischen Armeen erobert und geplündert. Während des „Großen Türkenkrieges“ wurde die Burg zwischen 1686 und 1688 von habsburgischen Truppen belagert. Verteidigt wurde sie von Ilona Zrínyi (1643-1703), Frau des Emmerich Thököly (1657-1705), des Anführers eines anti-habsburgischen Aufstandes. Zrínyis Sohn, der siebenbürgische Fürst Franz II. Rákóczi (1676-1735), versuchte in den Kuruzzen-Kriegen (1703-1711) die Habsburger aus Ungarn und Siebenbürgen zu verdrängen und baute die Festung von Munkatsch zu einem wichtigen Stützpunkt aus. Nach der Niederlage Rákóczis und der Wiederherstellung der habsburgischen Herrschaft wurde die Region um Munkatsch samt Festung der Familie Schönborn verliehen. Die Schönborns siedelten deutsche und jüdische Einwanderer aus Deutschland und Polen (Galizien) an. Deutsche Bauern ließen sich im Vorort Palanka nieder. Im 19. Jahrhundert wurde die Stadt allmählich modernisiert, wozu die Eisenbahnlinie Budapest–Lemberg/L’viv wesentlich beitrug.

Nach dem Zusammenbruch Österreich-Ungarns fiel Munkatsch an die Tschechoslowakei. Im Ersten Wiener Schiedsspruch wurde die Stadt 1938 Ungarn zugesprochen. Die Juden der Stadt wurden 1944 nach Auschwitz transportiert und ermordet. 1944 eroberte die Rote Armee Munkatsch. Seither war die Stadt Teil der Sowjetunion beziehungsweise der Ukraine.

Verwaltung

Die Stadt wird von einem Bürgermeister und 42 Abgeordneten geführt.

Bevölkerung

Eine magyarische und ruthenische Bevölkerung ist seit dem Mittelalter nachweisbar, in dem auch die ersten deutschen Einwanderer sich in der Gegend von Munkatsch ansiedelten. Im 17. Jahrhundert entstand Plankendorf, eine Siedlung neben der Burg. Mainfränkische Siedler ließen sich Mitte des 18. Jahrhunderts in der Munkatscher Domäne nieder. Der dreisprachige Charakter der Stadt ging während des 19. Jahrhunderts weitgehend verloren; viele Deutsche gingen zunächst in der magyarischen Volksgruppe auf. Durch die forcierte Industrialisierung in der Sowjetunion nahm die Bevölkerung wesentlich zu, insbesondere durch den Zuzug von Ukrainern, die schnell die Mehrheit in der Stadt stellten.

Die Zahl der Deutschen hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg durch Flucht, Vertreibung und Zwangsumsiedlung innerhalb der Sowjetunion drastisch reduziert. Deutsche Einrichtungen wurden von der Sowjetunion nicht erhalten. Nach der Auflösung der Sowjetunion sind die verbliebenen Deutschen mehrheitlich nach Deutschland ausgesiedelt.

Jiddischsprachige Juden waren in Munkatsch seit dem 18. Jahrhundert präsent. Aufgrund einer starken Zuwanderung aus Galizien und Russland nahm die jüdische Bevölkerung im Laufe des 19. Jahrhunderts rasch zu. Am Vorabend des Ersten Weltkriegs machte sie fast die Hälfte der Stadt aus. Die blühende jüdische Gemeinde wurde während des Zweiten Weltkriegs fast vollständig zerstört. Überlebende wanderten nach New York aus; in Munkatsch selbst ist eine kleine Gemeinde verblieben.

Bevölkerung von Munkatsch nach Muttersprache, 1880-2001						
[1]	1880	1910	1921	1930	1941	2001
magyarisch	5.287 (54,82)	12.868 (73,44)	4.864 (23,31)	5.561 (21,3)	20.211 (63,95)	7.000 (8,5)
deutsch (inkl. jiddisch)	2.287 (23,71)	3.078 (17,82)	385 (1,85)	991 (3,8)	882 (2,79)	1.600 (1,9)
ruthenisch u. ukrainisch	1.599 (16,58)	1.394 (8,07)	4.936 (23,66)	6.476 (24,81)	4.256 (13,47)	63.000 (77,1)
andere (u.a. slowakisch und tschechisch)	471 (4,88)	117 (0,68)	10.608 (51,19)	13.074 (50,09)	6.253 (19,79)	8.700 (10.4)

Wirtschaft

Bis in das 19. Jahrhundert wurde Munkatsch durch das Handwerk und die Landwirtschaft (Weinbau) geprägt. Eine langsame Industrialisierung begann am Ende des 19. Jahrhunderts (Tabakfabrikation), doch wurde sie erst in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg beschleunigt (Entstehung einer Lebensmittel-, Möbel- und Textilindustrie).

Religions- und Kirchengeschichte

Das St.-Nikolaus-Kloster in unmittelbarer Nähe der Stadt wurde im 15. Jahrhundert gegründet. Es diente als Sitz eines orthodoxen Bischofs. Nach der Union von Ungwar/Užhorod im Jahre 1646 wurde das Kloster zum Zentrum der griechisch-katholischen Kirche Nordostungarns. Obwohl das Bistum in der Mitte des 18. Jahrhunderts seinen Sitz nach Ungwar verlegte, wurde ein neues, repräsentatives Gebäude errichtet. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die griechisch-katholische Kirche mit der orthodoxen Kirche zwangsvereinigt und das Kloster in ein Frauenkloster umgewandelt.

Munkatsch hatte die bedeutendste orthodoxe jüdische (chassidische) Gemeinde der Karpato-Ukraine. Vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zum Zweiten Weltkrieg waren die Rabbinerfamilie Sapira und die örtliche Jeschiwa weit über die Stadt hinaus bekannt. 1924 wurde ein jüdisches Gymnasium von zionistischen Juden gegründet, das aber von den ultrakonservativen Chassiden und selbst Rabbi Sapira (1872-1937) heftig kritisiert wurde.

Die Bevölkerung von Munkatsch nach Religionszugehörigkeit, 1880-1941						
[2]	1840	1880	1910	1921	1930	1941
römisch-katholisch	980 (24,49)	1.848 (19,16)	3.520 (20,38)	4.346 (20,83)	5.742 (22,0)	6.670 (21,11)
griechisch-katholisch	1.388 (34,69)	2.339 (24,26)	4.081 (23,62)	4.735 (22,69)	6.378 (24,43)	7.864 (24,88)
evangelisch-lutherisch	87 (2,18)	116 (1,2)	190 (1,1)			295 (0,93)
reformiert	895 (22,37)	872 (9,04)	1.771 (10,25)	1.355 (6,49)	376 (1,44)	2.836 (8,97)
israelitisch	651 (16,27)	4.468 (46,33)	7.675 (44,43)	10.012 (47,98)	11.313 (43,34)	13.488 (42,68)

Besondere kulturelle Institutionen

Die Bibliothek des orthodoxen St.-Nikolaus-Frauenklosters ist die reichste Büchersammlung der Karpato-Ukraine.

Seit den 1990er Jahren sind einige deutsche Vereine gegründet worden, darunter der Verein „Wiedergeburt“ (1990).

Bildung und Wissenschaft

Ein modernes Schulwesen entstand in Munkatsch erst im 19. Jahrhundert. In der Volksschule wurde in drei Sprachen (Ungarisch, Deutsch, Ruthenisch) unterrichtet, seit den 1860er Jahren nur auf Ungarisch. Ein höheres Schulwesen mit ungarischer Unterrichtssprache gibt es seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. Deutschsprachige Institutionen (Schule, Presse) wurden erst in der Zwischenkriegszeit gegründet, aber nach dem Zweiten Weltkrieg völlig abgeschafft. Heute ist das Schulwesen von der ukrainischen Sprache geprägt, wobei manche Schulen auf Ungarisch unterrichten. Ein deutsches Schulwesen existiert in Munkatsch nicht.

2009 wurden zwei Fachhochschulen zusammengefasst und in die Staatliche Universität (*Mukačivs'kyj Deržavnyj Universytet*) umgewandelt.

Tourismus



Die Festung von Munkatsch heute. [Foto: Galvm CC BY-SA 3.0 WikimediaCommons].

Die Burg, die zwischen dem 14. und 19. Jahrhundert eine wichtige militärische Rolle spielte und zwischen 1711 und 1896 als Gefängnis genutzt wurde, ist eines der meist besuchten Baudenkmäler der Karpato-Ukraine.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Yeshayahu A. Jelinek: The Carpathian diaspora. The Jews of Subcarpathian Rus' and Mukachevo 1848-1948. New York 2007 (East European monographs 721).
- Georg Melika: Die Deutschen der Transkarpatien-Ukraine. Entstehung, Entwicklung ihrer Siedlungen und Lebensweise im multiethnischen Raum. Marburg 2002 (Schriftenreihe der Kommission für Deutsche und Osteuropäische Volkskunde in der Deutschen Gesellschaft für Volkskunde e. V. 84).

Anmerkungen

[1] Quellen: 1880-1941: József Kepecs (Hg.): Kárpátalja településeinek nemzetiségi (anyanyelvi) adatai (1880-1941) [Angaben über die Nationalitäten (Muttersprachen) der Örtlichkeiten der Karpato-Ukraine]. Budapest 1996, S. 100, 174; 2001: URL: http://2001.ukrcensus.gov.ua/results/general/nationality/zakarpatia/ (Zugriff 18.07.2014).
Die Angaben in Klammern stellen den prozentualen Anteil dar.

[2] József Kepecs (Hg.): Kárpátalja településeinek vallásai adatai (1880-1941) [Angaben über die Religionsbekentnisse der Örtlichkeiten der Kapatho-Ukraine (1880-1941)]. Budapest 2000, S. 89, 152.
Die Angaben in Klammern stellen den prozentualen Anteil dar.

Zitation

Bálint Varga: Munkatsch/Mukačeve. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32314 (Stand 18.07.2014).

Munkács → Munkatsch/Munkačeve/Munkács/ Mukačevo

Siehe Munkatsch/Munkačeve/Munkács/Mukaччevo

N

Nagydisznód → Heltau/Cisnădie (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Nagykároly → Großkarol/Carei/Nagykároly

Siehe Großkarol/Carei/Nagykároly

Nagyszeben → Hermannstadt/Sibiu (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Nagyszombat → Tyrnau/Trnava

Siehe Tyrnau/Trnava

Namslau/Namysłów

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Namslau

Amtliche Bezeichnung

poln. Namysłów

Etymologie

Der Name "Namysłów" leitet sich vermutlich von dem altslawischen Eigennamen *Namysł* her.

2. Geographie

Lage

Namslau liegt auf 51° 5' nördlicher Breite und 17° 42' östlicher Länge, ca. 60 km östlich von Breslau/Wrocław und 55 km nördlich von Oppeln/Opole an der Weide (*Widawa*), einem Nebenfluss der Oder.

Region

historisch: Niederschlesien; heute: sog. Oppelner Schlesien

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Polen. Namslau ist eine Kreisstadt in der Woiwodschaft Oppeln und Hauptort der gleichnamigen Stadt- und Landgemeinde.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Das Stadtwappen zeigt auf gelbem Grund das Brustbild des schwarzen schlesischen Adlers mit Mondsichel, darunter einen roten sechszackigen Stern als Symbol der Jungfrau Maria (*Stella Maris*), der Patronin der Stadt. Das Wappen in dieser Form war bereits im 13. Jahrhundert als Siegel in Gebrauch.

Mittelalter

Eine Siedlung "Namizlow" wird in Quellen 1233 im Zusammenhang mit der Besiedlung des Gebiets durch den Deutschen Orden genannt. Für 1239 ist in Namslau ein herzoglicher Wirtschaftshof belegt. 1249 verlieh Boleslaw II. von Schlesien Namslau das Stadtrecht. Bis Ende des 13. Jahrhunderts gehörte die Stadt zum Herzogtum Breslau, von 1312 bis 1323 war sie Hauptstadt des kurzlebigen Herzogtums Namslau. 1348 fiel die Stadt an die böhmische Krone. Während der Hussitenkriege wurde sie 1418 und 1428 erfolglos belagert.

Frühe Neuzeit

1526 gelangte Namslau wie ganz Schlesien unter die Herrschaft der Habsburger. Im Dreißigjährigen Krieg wurde die Stadt von den Schweden nach längerer Belagerung erobert und stark beschädigt. 1703 verkaufte Kaiser Leopold I. die Burg von Namslau an den Deutschen Orden, der dort eine Kommende einrichtete (bis zur Säkularisierung 1810). 1742 fiel die Stadt an Preußen und wurde Sitz des gleichnamigen Kreises.

19. Jahrhundert

1806/07 wurde Namslau mehrfach von napoleonischen Truppen besetzt. 1810 wurde sie Garnisonstadt und Sitz des 2. Schlesischen Ulanenregiments. Im selben Jahr wurde das Schloss säkularisiert und verkauft.

20. Jahrhundert

Mit der Grenzziehung nach dem Ersten Weltkrieg fiel der Ostteil des Kreises Namslau (Reichthal/Rychtal mit dem sog. Reichthaler Ländchen) an Polen.

Als einziger Landkreis Niederschlesiens nahm Namslau 1921 an der Volksabstimmung teil. Während des Zweiten Weltkriegs befand sich in Namslau ein Nebenlager des Konzentrationslagers Groß-Rosen. Am 21. Januar 1945 eroberte die Rote Armee die Stadt, während der Kämpfe wurde die Innenstadt stark beschädigt. Am 30. April 1945 kam die Stadt unter polnische Verwaltung, die deutschen Einwohner wurden großteils vertrieben, an ihrer Stelle siedelten sich polnische Vertriebene aus den ehemaligen Ostgebieten Polens an.

Wirtschaft

Namslau etablierte sich schon im Mittelalter als Zentrum der Leinenherstellung und des Handels. Bereits Ende des 14. Jahrhunderts wurden dort zwei Jahrmärkte veranstaltet. Zum wirtschaftlichen Aufschwung der Stadt trug die Verlagerung der Handelsroute von Breslau nach Krakau/Kraków über Namslau Mitte des 15 Jahrhunderts bei.

Nach der Zerstörung der Stadt im Dreißigjährigen Krieg und dem großen Brand von 1688 erfolgte ein wirtschaftlicher Niedergang, von dem sich Namslau erst im 19. Jahrhundert langsam erholte. Hierzu trug der Bau der Eisenbahnlinie nach Breslau (1868) und Oppeln (1889) bei. In den städtischen Mühlen, Sägewerken und Ziegeleien wurden v. a. regionale land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse verarbeitet. Bekannt wurde Namslau insbesondere durch die Großbrauerei Haselbach, die an die bis ins frühe 14. Jahrhundert zurückreichende lokale Tradition des Bierbrauens anknüpfte. Die nach 1945 verstaatlichte Brauerei existiert noch heute (*Browar Namysłów*).

Bevölkerungsentwicklung

1787 zählte Namslau 2.561 Einwohner. Im Laufe des 19. Jahrhunderts stieg die Zahl auf 6.183 (1905) und 1939 auf 8.184.[1] In der Volksabstimmung von 1921 sprachen sich 97,5 % der Bevölkerung für den Verbleib bei Deutschland aus.[2] Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die deutsche Bevölkerung größtenteils vertrieben, an ihrer Stelle siedelten sich polnische Vertriebene aus den ehemaligen polnischen Ostgebieten an. 1961 lag die Einwohnerzahl bei 8.553, 1971 bei 11.200[3] und 2012 bei 16.097[4] Personen.

Religions- und Kirchengeschichte

1525/26 wurde in Namslau die Reformation eingeführt, was die Übernahme der städtischen Pfarrkirche St. Petrus und Paulus sowie des Franziskanerklosters zur Folge hatte (erst nach der Durchsetzung der Gegenreformation 1654 rekatholisiert). Die Protestanten errichteten erst in preußischer Zeit (1752–1754) ein Bethaus. Bis 1945 war die Mehrheit der Bewohner von Namslau evangelisch (53,5 %).[5]

Die ersten Quellenhinweise auf jüdische Einwohner stammen aus dem 14. Jahrhundert. Nach dem kaiserlichen Edikt von 1582 mussten Juden Namslau verlassen; erst nach dem Dreißigjährigen Krieg ließen sich erneut einzelne Familien in der Stadt nieder. 1787 lebten 40 Juden in Namslau (1,6 % der Einwohner)[6], 1794 entstand hier ein jüdischer Friedhof, dessen Spuren sich bis heute erhalten haben. 1856 wurde die Synagoge in der Bahnhofstraße (heute *ul. Dubois*) erbaut, zudem gab es eine jüdische Schule. In dieser Zeit erreichte auch die Gemeinde in Namslau ihre maximale Größe (239 Personen, 5,7 %). Sie verkleinerte sich in den späteren Jahrzehnten kontinuierlich. 1939 waren nur noch 16 Personen jüdischen Glaubens verzeichnet.

Kunstgeschichte/Architektur

Der mittelalterliche Stadtkern hat die Form eines langgestreckten Dreiecks mit dem Schloss an der Westspitze und einem gitterförmigen Straßennetz mit dem Ring (Marktplatz) im Zentrum. Ab 1350 entstand die erste Stadtmauer mit dem Breslauer Tor im Westen und dem Krakauer Tor im Osten. Im 17. und 18. Jahrhundert wurden die Mauern zu Bastionsbefestigungen erweitert. Die historische Bebauung der Altstadt ist fragmentarisch erhalten geblieben, zu den ältesten Teilen gehören einige Häuser am Ring aus dem 16. und 17. Jahrhundert. Das L-förmige Rathaus mit markantem Turm wurde 1374–1389 vom Baumeister Peter errichtet; Teile der gotischen Bausubstanz haben sich trotz zahlreicher Umbauten seit dem 15. Jahrhundert erhalten.

Ein Vorgängerbau an der Stelle der heutigen katholischen Pfarrkirche St. Petrus und Paulus, einer gotischen Hallenkirche (1370–1410), wurde 1321 erstmals erwähnt. Zwischen 1525 und 1655 war die Kirche evangelisch. In den folgenden Jahrhunderten wurden mehrmals Renovierungsarbeiten vorgenommen, zuletzt 1887–1893 die Regotisierung der Kirche.

Das ehemalige Franziskanerkloster ist 1285 und 1321 als Konvent der Jungfrau Maria erwähnt. Die gotische Backsteinkirche entstand in mehreren Etappen zwischen 1321 und dem ersten Viertel des 16. Jahrhunderts. Um 1675 wurde sie barockisiert und nach der Säkularisierung vom Militär, später von der Stadt als Lager genutzt. Seit der Renovierung 1957–1959 ist sie wieder katholische Pfarrkirche. Das Klostergebäude wurde um 1675 anstelle eines gotischen Vorgängerbaus errichtet.

Die Burg von Namslau wird erstmals 1312 erwähnt. Seit 1360 erfolgte auf Anweisung Kaiser Karls IV. der Bau einer gemauerten Anlage, die im zweiten Viertel des 16. Jahr-

hunderts um einen Westflügel und ein Torgebäude erweitert wurde. Im 18. Jahrhundert entstand der Südflügel; die Burg war 1703–1810 Sitz der Namslauer Kommende des Deutschen Ordens. Nach der Säkularisierung des Ordens gelangte sie in Privatbesitz, wurde mehrmals umgebaut und restauriert. 1895 erwarb sie der Brauereibesitzer Anton Haselbach. Als Kunstliebhaber legte er eine Sammlung von über 4.000 Graphiken mit topographischen Ansichten aus Schlesien an. Heute gehört die Burg zur Brauerei.

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Mateusz Goliński, Elżbieta Kościk, Jan Kęsik: Namysłów – z dziejów miasta i okolic [Namslau – aus der Geschichte der Stadt und des Umlands]. Namysłów 2006.
- Kazimierz Kuliński: Pieczęcie i herby miasta Namysłowa [Siegel und Wappen der Stadt Namslau]. Namysłów 2006.
- Beata Lejman: Namysłów/Namslau. In: Ernst Badstübner, Dietmar Popp, Andrzej Tomaszewski, Dethard von Winterfeld (Hg.), Slawomir Brezicki, Christine Nielsen (Bearb.): Dehio-Handbuch der Kunstdenkmäler in Polen. Schlesien. München, Berlin 2005, S. 639-643.
- Mateusz M. Magda: Tajemnice Ziemi Namysłowskiej [Geheimnisse des Namslauer Landes]. Namislavia, Namysłów 2011.
- Dietmar Popp, Ulrike Lorenz, Jerzy Ilkosz, Markus Bauer (Hg.): Zeitreisen. Historische Schlesien-Ansichten aus der Graphiksammlung Haselbach. Ausstellungskatalog. Marburg, Wrocław 2008.
- Hugo Weczerka: Namslau (Namysłów). In: Ders.: Handbuch der historischen Stätten. Schlesien. Stuttgart 1977, S. 326-328.

Weblinks

- http://www.namyslow.eu/ (Offizielle Homepage der Stadt in polnischer Sprache)

Anmerkungen

[1] Einwohnerzahlen nach Weczerka: Namslau, S. 328.

[2] http://www.herder-institut.de/startseite/dokumente-und-materialien/moduluebersicht/zweite-polnische-republik/materialien.html?tx_himmat_pi1%5BshowUid%5D=169&cHash=64c5894541f8d9b304ebee841028f938 (Zugriff 03.06.2013).

[3] Einwohnerzahlen nach Weczerka: Namslau, S. 328.

[4] GUS. URL: www.stat.gov.pl (Stand 30.07.2012).

[5] http://www.verwaltungsgeschichte.de/namslau.html (Zugriff 03.06.2013).

[6] Einwohnerzahlen nach http://www.sztetl.org.pl/pl/article/namyslow/5,historia/?action=view (Zugriff 03.06.2013).

Zitation

Beata Lejman, Tomasz Torbus: Namslau/Namysłów. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2013. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/57502.html (Stand 03.06.2013).

Namysłów → Namslau/Namysłów

Siehe Namslau/Namysłów

Narwa/Narva (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Neisse/Nysa

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Neisse

Amtliche Bezeichnung

poln. Nysa

Lateinische Bezeichnung

Nissa

Etymologie

Benannt nach dem Fluss Neiße (Glatzer Neiße/*Nysa Kłodzka*), der Anfang des 12. Jahrhunderts erstmals bei Cosmas von Prag als *flumen nomine Nizza(m)* genannt wird.

2. Geographie

Lage

Neisse liegt auf 50° 45' nördlicher Breite, 17° 20' östlicher Länge etwa 80 km südlich von Breslau/Wrocław.

Topographie

Neisse liegt im hügeligen Vorland des zu den Sudeten gehörenden Altvatergebirges am Zusammenfluss von Biele (*Biała Głuchołaska/Bělá*) und (Glatzer) Neiße auf 187 m über NHN.

Region

Oberschlesien



Stadtansicht Neisse/Nysa (Postkarte: vor 1939) [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 142969]

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Polen. Neisse gehört seit 1950 zur Woiwodschaft Oppeln (Województwo opolskie). Im 13. Jahrhundert gehörte die Stadt zum Herzogtum Schlesien (Kastellanei Ottmachau), ab 1342 zum geistlichen Fürstentum der Breslauer Bischöfe (Fürstentum Neisse-Grottkau, historisch zu Niederschlesien gehörig), war ab 1742 preußisch, gehörte seit 1871 zum Deutschen Reich und seit 1945 zu Polen.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Ab 1260 ist ein Stadtsiegel bezeugt. Das Wappen zeigt auf rotem Grund sechs silberne Lilien im Verhältnis drei zu zwei zu eins (Ableitung aus dem bischöflichen Landeswappen).

Gebräuchliche Beinamen

"Schlesisches Rom"

Archäologische Bedeutung

1938 fanden Grabungen an der Pfarrkirche St. Jakobus statt, die, angeblich 1198 geweiht, nach einem Brand in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts neu errichtet wurde. Die heutige Hallenkirche wurde nach einem erneuten Brand 1401 erbaut.

Mittelalter

Neisse zählt zu den ältesten schlesischen Städten; eine erste Siedlung bestand dort vermutlich schon im 10. Jahrhundert. Der Breslauer Bischof Jarosław legte 1201 testamentarisch Neisse als Hauptstadt des geistlichen Fürstentums fest.

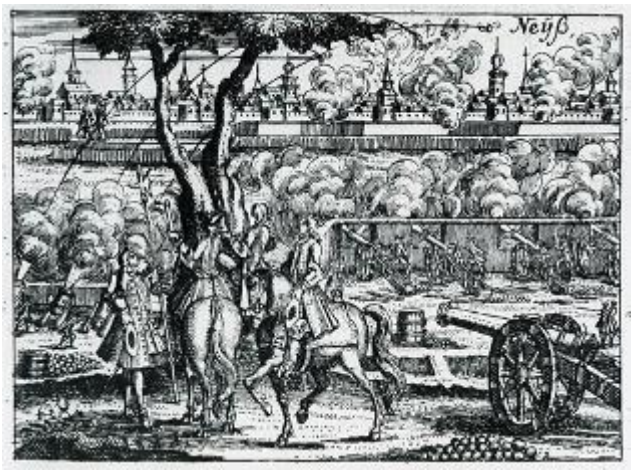


Stadtansicht Neisse/Nysa mit Kämmereigebäude und St. Peter und Paul im Hintergrund (2004). [Foto: T. Weger/CC BY-SA 3.0]

Neisse wird erstmals 1223 als Stadt nach flämischem Recht mit einem Vogt Walter erwähnt. Eine ältere slawische Siedlung ist in der späteren Altstadt aufgegangen, die außerhalb der benachbarten planmäßig errichteten Stadt gelegen war. 1308 übernahm Neisse das Magdeburger Stadtrecht. Stadtherr war der Breslauer Bischof, der seit 1342/44 als ein von den Piasten unabhängiger geistlicher Fürst über Blutgerichtsbarkeit und Marktrecht verfügte. Nach Beilegung von Konflikten mit der Bürgerschaft 1313 lag das Stadtregiment weitgehend bei Rat und Schöffen. 1428 belagerten Hussiten erfolglos die Stadt; es kam zur Zerstörung der Vororte und des Umlands. Nach der Krise im 15. Jahrhundert führte die Lage an der Straße Wien-Breslau zu einem erneuten Aufschwung Neisses als Handelsstadt, u. a. durch Tuch- und Weinhandel mit Österreich, Böhmen, Mähren und Ungarn.

Neuzeit

Nach Einführung der Reformation in Breslau war Neisse im 16. und 17. Jahrhundert fast ununterbrochen Residenzstadt der Breslauer Bischöfe, was mit einem wirtschaftlichen und kulturellen Aufschwung verbunden war. Durch Kauf der Vogteirechte 1551 erhielt die Stadt weitgehende Unabhängigkeit vom Bischof. Doch kam es im Zug der Gegenreformation zu Konflikten unter Bischof Karl von Habsburg (reg. 1608–1624), der 1609 die Ausübung der im Majestätsbrief durch Kaiser Rudolf II. 1609 garantierten Konfessionsfreiheiten verhinderte. Karl verbot den Protestanten in der Stadt 1616 alle "Zusammenrottungen und Conventicula" und ließ einen der zwei städtischen Gesandten, die die Beschwerden der Neisser Bürger auf dem schlesischen Fürstentag vorgebracht hatten, gefangen nehmen und hinrichten. Bei Ausbruch des Dreißigjährigen Kriegs 1618 entzog sich der Bischof dem Versuch der Neisser Bürger, ihn gefangen zu setzen, durch Flucht zu seinem Schwager, dem polnischen König Sigismund III. Nach dem Sieg Ferdinands II. am Weißen Berg bei Prag/Praha begann 1620 die Gegenreformation mit der Niederlassung der Jesuiten, die ein Kolleg und (erfolglos) eine Universität gründeten. Es folgte der Wegzug der protestantischen Bürger, die 1622 fast ¾ der Bürgerschaft ausmachten, sodass die Stadt 1647 nur noch 3.500 Einwohner zählte, während es 1551 noch 7.300 gewesen waren. Ein Teil der Verluste war allerdings den Kriegsereignissen und Seuchen zuzuschreiben.



Die Beschießung von Neisse/Nysa am 19.02.1741 (Grafik) [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 128414]

Ab 1650 wurde Neisse nach niederländischem System zur Festung mit breiten Festungsgräben ausgebaut. 1741 kam es zur Übergabe an die preußischen Truppen. In preußischer Zeit wurde der Ausbau der Festung fortgesetzt und die Friedrichsstadt zur Unterbringung der Garnison von über 4.000 Mann angelegt.

Durch die Säkularisation 1810 wurden Stifte und Klöster aufgelöst, die Gebäude als städtische und staatliche Einrichtungen genutzt. Das politische Klima in Neisse war im 19. Jahrhundert konservativ gestimmt. Im Kulturkampf und auch danach war Neisse eine Hochburg der katholischen Zentrumspartei, sodass hier mit dem Katholikentag 1899 eine große "Heerschau des politischen Katholizismus" stattfand. 1911 wurde Neisse kreisfreie Stadt. Die demokratisch legitimierte Vormachtstellung des Zentrums wurde 1933 durch die 'Gleichschaltung' der Nationalsozialisten beendet.

Zeitgeschichte

Bei Einmarsch der sowjetischen Truppen im April 1945 wurde Neisse zu 75 % zerstört. 1946 kam es zur Zwangsmigration der deutschen Einwohner. Anschließend wurde die Stadt unter die Verwaltung der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR) gestellt. Seit 1989/90 hat Neisse eine demokratische Stadtregierung.

Verwaltung

Der Breslauer Bischof regierte durch einen Erbvogt (Schultheiß) als Stadtherr; nach dem Vergleich 1313 wurden Rat und Schöffen die bestimmenden Kräfte in der Stadt. 1551 erwarb Neisse die Vogtei. Ab 1742 wurde das Stadtregiment durch die preußische Regierung bestimmt, ab 1809 erhielt die Stadt die Selbstverwaltung nach preußischer Städteverordnung. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden Kommunalwahlen nach dem Dreiklassenwahlrecht abgehalten; ab 1919 erfolgte eine Demokratisierung des kommunalen Wahlrechts (bis 1933). Ab 1946 herrschte Wahlrecht nach kommunistischer Bestimmung, ab 1990 freies Wahlrecht.

Wirtschaft und Gesellschaft

In der Schedelschen Weltchronik von 1493 werden die Einwohner als *plebs rustica polonici ydeomatis* (Stadtbevölkerung polnischer Zunge) beschrieben. Im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit beherbergte Neisse als Residenz- und Handelsstadt an der Straße Wien –

Breslau ein florierendes Handwerk (Goldschmiede). Gehandelt wurde u. a. mit Tuch, Leinwand und Wein.

Wichtigster Wirtschaftsfaktor war seit dem 18. Jahrhundert das Militär, zudem eine bescheidene Textilindustrie. Die Industrie konnte sich erst nach Schleifung der Festung 1919 entfalten. Die Bevölkerung stieg dadurch an, der Wohnungsbau und die Industrieentwicklung wurden gefördert. Heute hat Neisse Bedeutung als Tourismus- und Verwaltungsstadt.

Bevölkerungsentwicklung: 1787: 5.863, 1825: 10.398, 1905: 25.390, 1939: 37.859, 1961: 24.710 Einwohner.[1] 2005 lebten in der Stadt 47.500 Einwohner.

Religions- und Kirchengeschichte

Das kulturelle Leben Neisses im Mittelalter wurde weitgehend durch den Bischof und die geistlichen Orden bestimmt, neben den Minoriten und Kreuzherren seit 1474 auch von den Franziskanern. Die seit dem 13. Jahrhundert als Bürgerkirche erbaute St.-Jakobus-Kirche fungierte seit 1477 als Sitz eines Kollegiatstifts und von 1539 bis 1608 als Grablege von sechs Bischöfen. Zudem war sie Nebendom der Breslauer Bischöfe. Seit der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts gab es in der Stadt eine jüdische Gemeinde, die eine Synagoge und einen Friedhof unterhielt. 1466/68 wurden die Juden nach dem Vorwurf eines angeblichen Ritualmords und Hostienfrevels aus der Stadt vertrieben.

Die humanistische Einstellung der Bischöfe ermöglichte eine Ausbreitung der Reformation, gegen die sich jedoch das Domkapitel stellte, das ein demonstratives Bekenntnis zur lutherischen Konfession zu verhindern wusste. Energische gegenreformatorische Maßnahmen fanden unter Bischof Karl von Habsburg statt, der die konfessionellen Zusagen des Majestätsbriefs (1609) verweigerte und v. a. nach dem Sieg Ferdinands II. 1620 mittels der Berufung von Jesuiten 1622 und der Gründung einer Universität Neisse zu rekatholisieren suchte. Eine evangelische Gemeinde für Zivilpersonen und Militärangehörige konnte sich erst 1742 bilden, sie erhielt ab 1816 die ehemalige Franziskanerkirche als Stadtpfarrkirche. Ab 1751 gab es in Neisse wieder eine jüdische Gemeinde, seit den 1830er Jahren auch eine Synagoge, deren Neubau von 1892 in der "Kristallnacht" 1938 zerstört wurde. Ab 1873 hatte Neisse auch eine altkatholische Gemeinde.

Besondere kulturelle Institutionen

In der ehemaligen bischöflichen Residenz ist heute ein Museum für Vor-, Früh- und Stadtgeschichte sowie für Wohnkultur, Kunstgewerbe und Malerei des 15.–20. Jahrhunderts untergebracht. Im Glockenturm der Jakobuskirche befindet sich ein Museum der sakralen Kunst mit Neisser Goldschmiedearbeiten. Die mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Klöster und Stifte beherbergen Bibliotheken, darunter die der Jesuiten mit über 100 Handschriften und über 200 Inkunabeln.

Bildung und Wissenschaft

Die Pfarrschule in Neisse wird erstmals 1366 erwähnt. Ab 1418 gab es ein Gymnasium, ab 1586 ein Pädagogium und ab 1624 das Jesuitengymnasium Carolinum (berühmte Schüler waren u. a. der spätere polnische König Michał Korybut Wiśniowecki und der Medizinnobelpreisträger Konrad Bloch).

Heute sind in der Stadt ein Lyzeum, eine medizinische Fachhochschule und eine staatliche Fachhochschule mit einem Institut für Fremdsprachen und einer germanistischen Abteilung angesiedelt.

Alltagskultur

1851 kam es zur Gründung der Gesellschaft "Philomatie" zur Vermittlung von Wissenschaften. Seit 1897 besteht der Neisser Kunst- und Altertumsverein, der ein Stadtmuseum gründete.



Die St.-Jakobus-Kirche in Neisse/Nysa 2003. [Foto: T. Weger/CC BY-SA 3.0]

Kunstgeschichte

Neisse hat zahlreiche Kirchen. Mitte des 13. Jahrhunderts begann der Bau der gotischen Pfarrkirche St. Jakobus als Hallenkirche, der 1430 durch den Baumeister Peter von Frankenstein beendet wurde. Seit 1474 erfolgte der Bau des (Kampanile-)Glockenturms, der 1516 mit dem 3. Obergeschoss beendet wurde. Zur Ausstattung der nach 1945 wiederaufgebauten St.-Jakobus-Kirche gehören gotische und Renaissance-Grabtumben der Bischöfe sowie die Anna-Selbdritt-Gruppe von 1500. Weitere Baudenkmäler sind die ehemalige Jesuitenkirche St. Marien (1687–1692) von Michael Klein mit Freskenbildern von Karl Dankwart (1689), die 1720–1728 errichtete ehemalige Kreuzherrenkirche St. Peter und Paul (wohl auch von Michael Klein) mit Fresken der Gebrüder Scheffler (1730) und die 1602 erbaute Stadtwaage mit Spätrenaissance-Giebel, die 1947/48 in vereinfachter Form wieder aufgebaut wurde.

Musik

Kirchenmusik ist für Neisse im 15. Jahrhundert anhand des Codex Mf. 2016 (Musikalisches Institut der Universität Breslau) nachweisbar. Um 1500 gab es einen Stadtpfeifer. Von dem bedeutendsten schlesischen Komponisten und Zisterzienserabt Johannes Nucius (1560–1624) sind Aufführungen seiner fünf- oder sechsstimmigen Motetten durch dessen Freund Georg Wolff, Signator des Stadtgymnasiums, in Neisse belegt. In den Neisser Druckereien erschienen im 16. und 17. Jahrhundert zahlreiche Gesangbücher. In der Hofkapelle des Bischofs Karl von Habsburg wirkten Komponisten als Hofkapellmeister

Buch- und Druckgeschichte

Die Stadtdruckerei, die durch den Bischof Balthasar von Promnitz gegründet wurde, ist ab 1555 mit 259 Drucken im 16. Jahrhundert bezeugt, darunter das *Testamentum Novum Deutsch* des Hieronymus Emser (1571) als katholisches Gegenstück zu Luthers Bibelübersetzung. Die Stadtdruckerei existierte bis Ende des Zweiten Weltkriegs. Bedeutendste Leistung des Druckers J. Cruciger war die Schlesienkarte des Martin Helwig von 1561. Obgleich die Druckerei als katholisches Pendant zu den protestantischen Druckereien Bre-

slaus gegründet wurde, publizierte der Drucker Johann Schubarth auch evangelische Werke, so 1622 bei Beginn der Gegenreformation das Gebetbuch *Suspiria* (Seufzer) des Magisters Nikolaus Anther mit dem Untertitel *Seufzer und Gebete vor die evangelischen Kirchen zu Neisse und andere fromme Christen, so der reinen augsburgischen Confession von Herzen verwandt und zugethan sind, in diesen letzten betrübten Läuften und Zeiten täglich zu sprechen*.

Literatur

Die bedeutendsten Autoren Neisses waren der Dichter des Jungen Deutschland Friedrich von Sallet (1812–1843) und der Expressionist Max Herrmann (Herrmann-Neisse) (1886–1941). Die letzten Jahre seines Lebens (1855–1857) verbrachte Joseph von Eichendorff (1788–1857) in Neisse, wo er auf Bitten des Breslauer Bischofs Heinrich Förster eine Hedwigs-Legende konzipierte, von der aber nur die Einleitung posthum veröffentlicht wurde.

Erinnerungskultur

Joseph von Eichendorffs Grab auf dem Jerusalemer Friedhof in Neisse ist nach der Zerstörung des Eichendorff-Hauses im Zweiten Weltkrieg Anziehungspunkt für zahlreiche Touristen. Das 1888 enthüllte und 1945 zerstörte Eichendorff-Denkmal in der Nähe des Friedhofs wurde 2002 mit Hilfe deutscher Sponsoren wiedererrichtet.

4. Diskurse/Kontroversen

Im Diskurs um den Gründungsvorgang der Stadt gehen ältere Autoren von der Altstadt als Weiterentwicklung der ehemaligen slawischen Siedlung aus, während die Gründungsstadt unabhängig davon als Stadt nach dem deutschen Recht angelegt worden sei. Eine neuere Deutung (W. Irgang) geht davon aus, dass der 1223 erwähnte Vogt Walter Vorsteher einer Gemeinde nach deutschem Recht in der Altstadt gewesen ist, und interpretiert die Neugründung der planmäßig angelegten Stadt Nyza als Ergebnis städtebaulicher bzw. verteidigungstechnischer Überlegungen.

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Werner Bein, Vera Schmilewski, Ulrich Schmilewski (Bearb.): Neisse. Das schlesische Rom im Wandel der Jahrhunderte. Würzburg 1988.
- Detlef Haberland (Hg.): "Die Großstadt rauscht gespenstisch fern und nah". Literarischer Expressionismus zwischen Neisse und Berlin. Berlin 1995 (Tagungsreihe der Stiftung Haus Oberschlesien 6).
- Wojciech Kunicki (Hg.): Neisse. Texte und Bilder. Unter Mitarb. von Marta Kopij und Gabriela Połutrenko. 2., durchges. Auflage. Nysa 2005.
- Wojciech Kunicki, Monika Witt (Hg.): Neisse. Kulturalität und Regionalität. Nysa 2004 (Germanistische Studien, Beiheft 1).
- Christine Nielsen: Nysa/Neisse. In: Ernst Badstübner, Dietmar Popp, Andrzej Tomaszewski, Dethard von Winterfeld (Hg.), Sławomir Brzezicki, Christine Nielsen (Bearb.): Dehio-Handbuch der Kunstdenkmäler in Polen. Schlesien. München u. a. 2005, S. 669-697.
- Paul Ronge: Neisse (Nysa). In: Hugo Weczerka (Hg.): Schlesien. Stuttgart 1977 (Handbuch der historischen Stätten), S. 331-338.
- Aleksandra Szewczyk: Mecenat artystyczny biskupów wrocławskich w dobie reformacji i potrydenckiej odnowy Kościoła [Das Kunstmäzenatentum der Breslauer Bi-

schöfe in der Zeit der Reformation und der tridentinischen Erneuerung der Kirche] (1520–1609). Wrocław 2011.

Weblinks

- http://www.nysa.eu/ (mehrsprachige Webpräsenz der Stadt)

Anmerkungen

[1] Weczerka (Hg.): Handbuch, S. 336.

Zitation

Arno Herzig: Neisse/Nysa. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2013. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54339.html (Stand 12.02.2013).

Neuenberg/Novo Brdo (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Neumarkt am Mieresch/Târgu Mureş

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Neumarkt am Mieresch

Amtliche Bezeichnung

Târgu Mureş (ältere Schreibweise: Tîrgu Mureş)

Anderssprachige Bezeichnungen

lat. Novum Forum Siculorum; ung. Marosvásárhely; gr. Agropolis/Areopolis; siebenbürg.-sächs. Nai Muark[1]

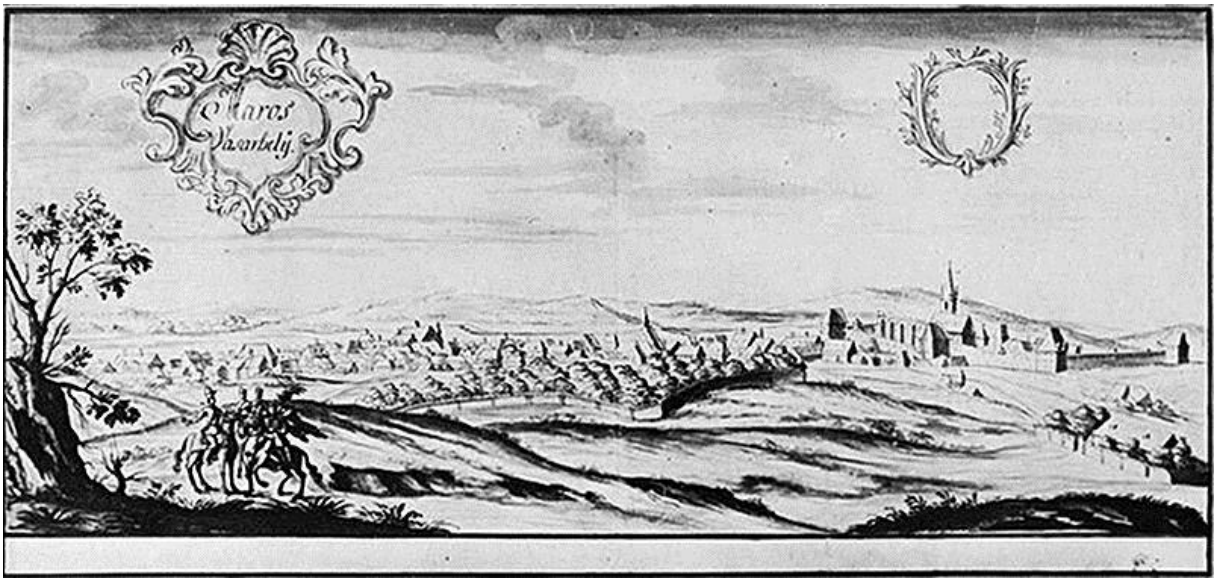
2. Geographie

Lage

46º 33' nördliche Breite, 24º 34' östliche Länge.

Topographie

Ortschaft am Treffpunkt der Transsylvanischen Hochebene (rum. Câmpia Transilvaniei) mit dem Tal des Flusses Mieresch (rum. Valea Mureşului) und dem Tal des Flusses Niersch (rum. Valea Nirajului), etwa 117 km nordwestlich von Hermannstadt/Sibiu, 127 km südöstlich von Klausenburg/Cluj-Napoca und 93 km südlich von Bistritz/Bistriţa.



Johann I. Haas: Die ungarische Stadt Neumarkt am Mieresch und Burg (Marosvásárhely magyar város és vár), 1736. [Bibliothek der Lodovika-Akademie, Budapest]

Region

Siebenbürgen

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Rumänien; Hauptstadt des Kreises Mieresch (rum. județul Mureș).

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Im blauen Feld des dreieckigen Wappenschildes befindet sich ein geharnischter Arm, der ein gerades Schwert mit aufgespießtem Bärenkopf hält; in der rechten Ecke oben eine goldene Waage; über dem Wappenschild eine runde Burgmauer mit sieben Türmen.

Archäologische Bedeutung

Bei mehreren Ausgrabungen wurden auf dem Gelände der Burgkirche der nördliche und westliche Flügel des Franziskanerklosters und der im 15. Jahrhundert zur Kirche führende Ziegelweg sowie sechs weitere ältere Siedlungsschichten, die Spuren bis in die Steinzeit offenlegen, entdeckt.

Mittelalter

In den ersten urkundlichen Erwähnungen der Stadt (1323) heißt der Ort "Szeklermarkt" (*Forum Siculorum, Zekel Wasarhe*). Hier fanden Wochen- und Jahrmärkte statt und hier wurde die Ochsensteuer eingetrieben. Neumarkt war Vorort des Szeklerstuhles Mieresch (ung. Maros). Früh entstand hier ein erstes Kloster der Dominikaner, das aber 1241 im Mongolensturm zerstört wurde. Danach errichteten die Franziskaner ein Kloster, nebenan entstand die gotische Pfarrkirche

Neuzeit

Während eines Szekleraufstandes für die Wahrung der vom Fürsten bedrohten Sonderrechte ließ Fürst Stephan Báthory (1571–1576) die befestigte Kirche belagern. Mitte des 16.

Jahrhunderts wurden die Franziskaner im Zuge der Reformation vertrieben und ihre Kirche wurde von Anhängern der Calvinisten genutzt. Infolge einer Plünderung und Brandschatzung der Stadt 1602 begannen die Bewohner auf Rat von Tamás Borsos (1566–1633) den Umbau des befestigten Klosters zur Burg. Die Burg diente im 18. Jahrhundert als Kaserne und verfiel dann. 1616 erhob Fürst Gabriel Bethlen (1613–1629) die Minderstadt Székelyvásárhely zur Freien Königlichen Stadt unter dem Namen Maros-Vásárhely (Neumarkt am Mieresch). Die Stadt war bis 1848 Sitz der königlichen Landesgerichtstafel, des höchsten siebenbürgischen Appellationsgerichtes. In der Folgezeit erlebte die Stadt nach der Eingemeindung umliegender Dörfer eine Blütezeit.



Der Hauptplatz in Neumarkt am Mieresch (Maros-Vásárhely). [Die österreich-ungarische Monarchie in Wort und Bild. Ungarn, Bd. 6. Wien 1902, S. 295]

1661 wurde die Burg für kurze Zeit von den Osmanen besetzt. Nach dem Übergang unter habsburgische Herrschaft kamen im Zuge der gegenreformatorischen Aktivitäten Wiens 1702 die Jesuiten nach Neumarkt. 1728 begannen die Bauarbeiten an der Johannes dem Täufer gewidmeten zweitürmigen Kirche. 1707 wurde hier Franz II. Rákóczi (ung. Rákóczi Ferenc), Anführer des Aufstandes gegen die Habsburger (1703–1711), zum Fürsten von Siebenbürgen proklamiert. 1848 wurde der Ort für einige Monate von kaiserlichen Truppen besetzt. 1876 wurden Teile des Komitats Thorenburg (rum. Turda, ung. Torda) mit dem Szeklerstuhl Mieresch zum Komitat Maros-Torda zusammengeschlossen.

Zeitgeschichte

Die Stadt erlebte Anfang des 20. Jahrhunderts unter dem ungarischen Bürgermeister György Bernády (1900–1902; 1926–1929) einen Aufschwung: Infrastrukturmaßnahmen, Errichtung von Schul- und Universitätsgebäuden, des heutigen Kulturpalasts sowie des Rathauses im Sezessionsstil. Nach dem Ersten Weltkrieg gelangte Siebenbürgen infolge des Vertrags von Trianon (1920) unter rumänische Herrschaft. Der rumänische Bürgermeister Emil Dandea (1922–1926; 1934–1937) führte den Ausbau der Stadt fort und ließ die orthodoxe und die griechisch-katholische Kirche im Stadtzentrum erbauen.



Das Rathaus mit Turm und der Kulturpalast in Neumarkt am Mieresch. [Foto: B. Moldovan]

Zwischen 1949 und 1967 war Neumarkt Vorort der Autonomen Ungarischen Region (rum. Regiunea Autonomă Maghiară), die die minderheitenfreundliche Politik des kommunistischen Regimes illustrieren sollte, aber keine eigentliche Autonomie bedeutete, vielmehr eine starke Überwachung durch die Bukarester Zentrale zur Folge hatte. 1967 wurde die Fiktion im Zuge einer administrativen Neuaufteilung beseitigt und Neumarkt zum Vorort des Kreises Mieresch bestimmt. In den 1970er Jahren wurde mit der Industrialisierung (Chemisches Kombinat) auch eine bewusste Rumänisierungspolitik verbunden. Nach der Wende (1989) erlebte Neumarkt im März 1990 blutige Auseinandersetzungen zwischen Rumänen und Ungarn, den sog. Schwarzen März.

Verwaltung

Munizipium Neumarkt am Mieresch/Municipiul Târgu Mureş.

Bevölkerungsentwicklung

Die Bevölkerung der Stadt Neumarkt am Mieresch zwischen 1850 und 2011.[2]

Jahr	Gesamtbevölkerung	Rumänen	Ungarn	Deutsche	Andere
1880	13.192	5,10%	85,60%	3,94%	5,36%
1930	38.517	25,43%	58,12%	1,64%	14,81%
1966	80.912	27,5%	70,6%	0,5%	1,4%
1992	161.216	46,2%	51,6%	0,3%	1,9%
2011	127.849	51,96%	44,86%	0,15%	3,03%

Religions- und Kirchengeschichte

Konfessionelle Zugehörigkeit der Bewohner (2002): Orthodoxe: 46,74%; Reformierte: 30,06%; Römisch-Katholische: 13,50%; Griechisch-Katholische: 2,60%; Atheisten: 0,37%; Freikirchler und andere: 36,79%.[3]

Bildung und Wissenschaft

Medizinische Universität (rum. Universitatea de Medicină şi Farmacie); Sapientia - Ungarische Wissenschaftsuniversität Siebenbürgen (ung. Sapientia Erdélyi Magyar Tudományegyetem), Privatuniversität "Petru Maior".

Kunstgeschichte

Anfang des 19. Jahrhunderts legte Graf Sámuel Teleki die Grundlagen der Teleki-Bibliothek mit 40.000 Bänden, unter ihnen 66 Inkunabeln sowie der *Vásárhelyer Codex*, eine Pergamenthandschrift der Annalen des Tacitus mit dem Wappen der Hunyadi. 1955 wurden die Bibliothek des ehemaligen Reformierten Kollegs sowie die Manuskripte und persönlichen Objekte von János und Farkas Bolyai aus der Bolyai-Gedenkstätte in die Bibliothek überführt. Der im Stil der Sezession gebaute Kulturpalast besitzt einen prachtvollen Spiegelsaal, dessen Glasfenster mit Szenen aus Szekler-Balladen verziert sind. Die aus dem frühen 20. Jahrhundert stammende Orgel im Konzertsaal ist heute Rumäniens drittgrößte Orgel

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Balázs Orbán: Marosszék [Der Stuhl Mieresch]. In: A Székelyföld leírása történelmi, régészeti, természetrajzi s népismereti szempontból [Beschreibung des Szeklerlandes aus historischer, archäologischer, naturwissenschaftlicher und volkskundlicher Sicht]. Pest 1868, S. 1-12, 106-153.
- Das Maros-Tordauer Comitat. In: Siebenbürgen in Wort und Bild. Mit einer Einleitung von Krista Zach und durch ein Ortsregister ergänzt. Köln u. a. 2004 [Vollst. Nachdr. von Bd. 23 (Ungarn, Bd. 6), Wien 1902] (Schriften zur Landeskunde Siebenbürgens 28), S. 287-308.
- Pál-Antal Sándor: Die Herausbildung der Szeklerstühle. In: Harald Roth (Hg.): Die Szekler in Siebenbürgen. Von der privilegierten Sondergemeinde zur ethnischen Gruppe. Köln u. a. 2008 (Siebenbürgisches Archiv 40), S. 126-149.
- Tom Gallagher: The violence in Tîrgu Mureş and its aftermath. In: Theft of a nation. Romania since communism. London 2005, S. 84-89.
- Ernő Deák: Königliche Freistädte - Munizipalstädte. Das Städtewesen der Länder der ungarischen Krone (1780-1918), Teil 2. Ausgewählte Materialien zum Städtewesen. Wien 1989 (Veröffentlichungen der Kommission für Wirtschafts-, Sozial- und Stadtgeschichte / Österreichische Akademie der Wissenschaften 4), S. 370-375.

Weblinks

- http://www.tirgumures.ro (offizielle Webpräsenz der Stadt)
- http://www.mures.ro (Portalwebseite der Stadtbewohner)
- http://www.tgmures-metropolitan.ro/ (Webseite des Verbandes der Metropolregion Târgu Mureș)

Anmerkungen

[1] Ernst Wagner: Historisch-statistisches Ortsnamenbuch für Siebenbürgen. Mit einer Einführung in die historische Statistik des Landes. Köln u. a. 1977 (Studia Transsylvanica 4), S. 344.

[2] E. Árpád Varga: Maros megye településeinek etnikai (anyanyelvi/nemzetiségi) megoszlása százalék szerint 1850 und 2002. [Ethnische (Muttersprache/Staatsangehörigkeit) Verteilung in Prozenten der Siedlungen im Kreis Mieresch zwischen 1850–2002]: http://www.kia.hu/konyvtar/erdely/erd2002.htm (Zugriff am 06.01.2012).

[3] Centru de resurse pentru diversitate etnoculturală [Zentrale Stelle für Informationen über die ethnisch-kulturelle Vielfalt]: http://www.edrc.ro/recensamant.jsp?regiune_id=2568&judet_id=2798&localitate_id=2799 (Zugriff am 06.01.2012).

Zitation

Beáta Moldovan: Neumarkt am Mieresch/Târgu Mureş. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/56393.html (Stand 22.03.2012).

Neumarkt/Środa Śląska

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Neumarkt in Schlesien

Amtliche Bezeichnung

poln. Środa Śląska

Etymologie

Der polnische Ortsname leitet sich vom Wochentag Mittwoch (poln. *środa*) ab, der in der Stadt Markttag war. Auch die deutsche Bezeichnung verweist auf die Rolle der Stadt als Handelsplatz.

2. Geographie

Lage

Neumarkt liegt auf 51° 9' nördlicher Breite, 16° 35' östlicher Länge, ca. 30 km westlich von Breslau/Wrocław.

Topographie

Die Stadt liegt auf der Neumarkter Platte, die sich zwischen Oder (*Odra*), Katzbach (*Kaczawa*), Wütender Neiße (*Nysa Szalona*) und dem Striegauer Wasser (*Strzegomka*) erstreckt. Durch die Stadt fließt das Neumarkter Wasser (*Średzka Woda*), ein Nebenfluss der Oder.

Region

Niederschlesien

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Polen. Neumarkt liegt in der Woiwodschaft Niederschlesien und ist Hauptstadt des Landkreises Neumarkt (*Powiat Środa Śląska*).

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Das Wappen besteht aus zwei Teilen: Das rechte weiße Feld zeigt einen Weinstock mit drei Reben und vier Blättern, ein Hinweis auf die Weinbautradition der Region. Im linken Feld ist auf goldenem Grund ein halber schlesischer Adler zu sehen. Das Wappen ist seit dem 14. Jahrhundert in Gebrauch.



Ring Neumarkt/Środa Śląska mit katholischer Pfarrkirche (Postkarte: vor 1945) [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 236346].

Mittelalter

Aufgrund der günstigen Lage an der Hohen Straße (Via regia) entstand an der Stelle des späteren Neumarkt im 12. Jahrhundert eine Marktsiedlung. Die Stadt wurde vermutlich 1211 gegründet (als civitas erstmalig 1238 genannt). Die Verbindung früher flandrischer Stadtrechte mit dem Magdeburger Recht – erneuert 1235 vom Breslauer Herzog Heinrich dem Bärtigen – wurde vorbildhaft für viele polnische Stadtgründungen nach sog. Neumarkter Recht. Für 1266 ist in der Stadt eine Kastellanburg als Sitz des herzoglichen Statthalters nachgewiesen. Nach dem Tod Herzog Heinrichs IV. 1335 fiel Neumarkt mit dem Herzogtum Breslau an die Böhmische Krone, die Burg wurde Sitz eines Hauptmanns. Während des Hussiteneinfalls 1428 wurde die Stadt geplündert und gebrandschatzt.

Neuzeit

1570 erwarb der Stadtrat die Erbvogtei und übernahm damit die Verwaltung der Stadt. Während des Dreißigjährigen Krieges kam es zu schweren Zerstörungen, die hauptsächlich durch große Stadtbrände 1633/34 und 1641 verursacht wurden. 1741 kam die Stadt unter preußische Verwaltung. Stark in Mitleidenschaft gezogen wurden Neumarkt und seine Bevölkerung während des Siebenjährigen Krieges 1757/58, als in der Stadt eine Seuche ausbrach, und während der Napoleonischen Kriege. Mit der preußischen Verwaltungsreform 1816 wurde Neumarkt Hauptstadt des Landkreises Neumarkt.

Zeitgeschichte

Im Februar 1945 nahm die sowjetische Armee Neumarkt ein, im April erfolgte die Übergabe an die polnische Verwaltung. Anstelle der vertriebenen deutschen Einwohner ließen sich Vertriebene aus den ehemaligen polnischen Ostgebieten nieder.

Wirtschaft

Im Verlauf des 15. und im 16. Jahrhundert erlebte Neumarkt einen wirtschaftlichen Aufschwung in Handel und Handwerk. Die Stadt war im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit ein Zentrum des Weinbaus, die hier produzierten Weine gehörten zu den besten in Schlesien. Noch unter habsburgischer Herrschaft entstand 1711 eine Tabakfabrik, mit der eine im 19. Jahrhundert intensive Tabak- und Zigarettenproduktion begann. 1742 wurde eine Porzellanfabrik, 1750 eine Seidenfabrik gegründet. Die 1843 eröffnete Eisenbahnstrecke zwischen Breslau und Liegnitz/Legnica verlief zunächst einige Kilometer abseits der Stadt; erst 1926 folgte der Anschluss durch eine Schmalspurbahn.

Nach der Wende haben sich in Neumarkt mehrere ausländische Unternehmen, u. a. der Automobilbranche und eine Fabrik des Coca-Cola-Konzerns, niedergelassen. Seit einigen Jahren wird in der Region die Tradition des Weinbaus wiederbelebt.

Bevölkerungsentwicklung

1621 zählte Neumarkt 4.071 Einwohner.[1] Infolge der Kriegshandlungen und des wirtschaftlichen Niedergangs im 17. und 18. Jahrhundert sank ihre Zahl bis 1749 auf 1.774. Mit der Industrialisierung und dem wirtschaftlichen Aufschwung des 19. Jahrhunderts stieg die Einwohnerzahl wieder, bis 1825 auf 3.075 und bis 1890 auf 5.860 Personen.[2] Im Jahr 1939, nach der Eingemeindung von Flämischdorf, Probstei und Pfaffendorf, zählte die Stadt 6.420 Einwohner.[3] Heute leben in Neumarkt 9.239 Menschen (Stand 2012).[4]

Religions- und Kirchengeschichte

1523 wurde in Neumarkt die Reformation eingeführt. Die Franziskanerkirche wurde 1527 evangelisch, das Kloster wurde zum städtischen Armenhospital umfunktioniert. Nach 1654 wurden im Zuge der Gegenreformation die Pfarrkirche und die Klosterkirche wieder den Katholiken überlassen, 1675 zogen die Franziskaner wieder in das Kloster ein, wo sie bis zur Säkularisation 1812 blieben. Bis zum Zweiten Weltkrieg war die Mehrheit der Bewohner evangelischen Glaubens (im Landkreis 1890: 51 %, 1939: 60 %).[5]

Quellengesicherte Hinweise zum jüdischen Leben in Neumarkt stammen aus dem 14. Jahrhundert. Um die Mitte des Jahrhunderts kam es in der Stadt zu Pogromen und anschließend zur Vertreibung der jüdischen Bevölkerung. Erst 1812 siedelten sich wieder Juden in Neumarkt an. Im selben Jahr wurde eine jüdische Gemeinde gegründet, 1862 die Synagoge erbaut. 1890 zählte die Gemeinde 86 Mitglieder, 1933 waren es 62.[6]

Besondere kulturelle Institutionen

1920 eröffnete das Stadtmuseum, das seit 1935 in der Dreifaltigkeitskirche untergebracht ist. Nach dem Zweiten Weltkrieg nahm das Museum seine Arbeit 1964 wieder auf, zunächst als Museum für Holz-Kunsthandwerk, heute als Regionalmuseum (*Muzeum Regionalne*) mit Sitz im gotischen Rathaus.

Die wichtigste Exponatgruppe ist der 1985 bei Bauarbeiten entdeckte sog. Schatz von Neumarkt, bestehend aus Münzen und Kleinodien, von denen die ältesten aus der Zeit um 1200 stammen. Am wertvollsten ist eine adlergeschmückte Krone aus dem frühen 14. Jahrhundert, die möglicherweise der ersten Gattin Kaiser Karls IV., Blanca de Valois, gehörte. Karl IV. verpfändete die Objekte vermutlich bei dem jüdischen Kaufmann Muscho, der sie wohl im Kontext der Seuchen und des antijüdischen Pogroms in Neumarkt um 1350 vergrub.

Kunstgeschichte und Architektur

Der mittelalterliche Stadtkern ist annähernd quadratisch, im Zentrum liegt der Ring mit dem Rathaus. Die Stadtmauern des späten 13. Jahrhunderts wurden zu Beginn des 19. Jahrhunderts niedergelegt und die fünf Tore abgerissen. Im nordwestlichen Teil der Stadt sind Reste der zu Beginn des 19. Jahrhunderts abgetragenen mittelalterlichen Kastellanburg erhalten. Sie gehörte ab 1335 der Böhmischen Krone und war später im Besitz verschiedener Magnaten. An ihrer Stelle entstand 1896 das Amtsgericht.

Die Pfarrkirche St. Andreas wurde ab 1248 anstelle eines Vorgängerbaus als Backsteinbasilika errichtet. In den 1380er Jahren entstand der gotische Chor. Um 1500 gehörte die Kirche den Breslauer Kreuzherren mit dem Roten Stern. 1540–1654 war sie protestantisch. 1670–1675 wurde sie im Zuge der Gegenreformation barockisiert; erhalten ist u. a. der Hauptaltar mit Skulpturen von Tobias Stahlmeyster und einem Gemälde von Georg Wilhelm Neunhertz. Die neogotische Zweiturmfassade entstand 1828, der freistehende, rechteckige Backstein-Glockenturm (Wachturm) stammt aus der Mitte des 14. Jahrhunderts.

Die um 1234 von Heinrich dem Bärtigen und seiner später heiliggesprochenen Gemahlin Hedwig gestiftete Kirche Mariä Geburt war ursprünglich Teil des Aussätzigenspitals. Zwischen 1349 und 1535 gehörte die Kirche den Benediktinern, in deren Auftrag in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts das Kirchenschiff in gotischen Formen entstand. 1816 zum städtischen Waffenmagazin umgebaut, erhielt der Bau 1871 wieder eine sakrale Funktion. Nach Zerstörungen im Jahr 1945 wurde die Kirche erst 1983 wieder aufgebaut, wobei Elemente des romanischen Ursprungsbaus entdeckt wurden.

Die Franziskanerkirche der hl. Kreuzerhöhung (ehemals Kloster-, heute Pfarrkirche) entstand ab 1378 bis Mitte des 15. Jahrhunderts als dreischiffige Backsteinhalle anstelle eines Vorgängerbaus. Nach der Säkularisation 1810 diente sie als Magazin. 1933 wurde sie von der evangelischen Gemeinde nach einem Projekt von Paul Klein wieder für den Gottesdienst adaptiert.

Das gotische Rathaus entstand in den Jahrzehnten um 1400 anstelle der ehemaligen Kaufkammern, deren Räumlichkeiten im Mittelblock zum Teil erhalten sind. In der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts wurde das Gebäude im Renaissancestil umgebaut. Letzte Renovierungsarbeiten erfolgten 1983/84. Der zweigeschossige Backsteinbau mit quadratischem Turm im Westen erstreckt sich "L"-förmig um einen kleinen Innenhof. Der gotische Giebel der Südfassade ist mit (1997 rekonstruierten) polychromen Malereien verziert; auch in den Innenräumen wurden gotische und manieristische Polychromien freigelegt.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Beata Lejman: Środa Śląska/Neumarkt. In: Dehio-Handbuch der Kunstdenkmäler in Polen. Schlesien. München, Berlin 2005, S. 919-924.
- Jerzy Pietrusiński: Herrscherschmuck aus der Schatzkammer der Luxemburger im Goldschatz von Neumarkt in Schlesien. In: King John of Luxembourg (1296–1346) and the art of his era. Prague 1998, S. 189-200.
- Hugo Weczerka: Neumarkt (Środa Śląska). In: Ders. (Hg.): Handbuch der historischen Stätten. Schlesien. Stuttgart 1977, S. 342-347.

Weblinks

- http://www.srodaslaska.pl/www/main.xml (Offizielle Webpräsenz der Stadt)

Anmerkungen

[1] Vgl. Weczerka: Neumarkt, S. 346.

[2] Zahlen nach http://www.verwaltungsgeschichte.de/neumarkt.html (Zugriff 18.06.2013).

[3] Weczerka: Neumarkt, S. 346.

[4] Stand vom 30. Juni 2012. Główny Urząd Statystyczny (GUS), http://www.stat.gov.pl/cps/rde/xbcr/gus/l_ludnosc_stan_struktura_30062012.pdf (Zugriff 18.06.2013).

[5] http://www.verwaltungsgeschichte.de/neumarkt.html (Zugriff 18.06.2013).

[6] http://www.sztetl.org.pl/pl/city/sroda-slaska/ (Zugriff 18.06.2013).

Zitation

Beata Lejman/Tomasz Torbus: Neumarkt/Środa Śląska. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2013. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/57503.html (Stand 26.06.2013).

Neusatz/Novi Sad/Újvidék (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Neusohl/Banská Bystryca (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Besztercebánya → Neusohl/Banská Bystryca (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Neutra/Nitra

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Neutra

Amtliche Bezeichnung

slowak. Nitra

Anderssprachige Bezeichnungen

ung. Nyitra, lat. Nitra

Etymologie

Der Name leitet sich von dem indoeuropäischen Wort *nid* (= fließen) und dem gotischen Wort *ahwa* (= Wasser) her, die zusammen das Wort *Nitrahwa* ergeben. Der Name wird erstmals in Quellen aus dem 9. Jahrhundert erwähnt.

2. Geographie

Lage

Neutra liegt auf 48° 19' nördlicher Breite und 18° 5' östlicher Länge, 92 km nordöstlich von Pressburg/Bratislava.

Topographie

Neutra liegt am gleichnamigen Fluss im Neutraer Hügelland (*Nitrianska pahorkatina*); in dieser Gegend geht das Tribetz-Gebirge (*Tribeč*) in das Donautiefland über.

Region

Westslowakei (slowak. *Západné Slovensko*), früher: Oberungarn (slowak. *Horná Zem*, ung. *Felvidék, Felső-Magyarország*)

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Republik Slowakei. Neutra ist Hauptstadt des Kreises Neutra (*Nitriansky kraj*) und seit dem 9. Jahrhundert Sitz einer römisch-katholischen Diözese.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Das Stadtwappen von Neutra stammt aus dem Mittelalter. Es zeigt einen geharnischten Arm, der eine Flagge hält, die das Doppelkreuz im Bild trägt.

Mittelalter



Die dem hl. Emmeram geweihte Bischofskirche in Neutra/Nitra. [Wikimedia Commons]. Foto: CC BY-SA 3.0/Pe-Jo

Nachdem das Gebiet von Kelten, Dakern und germanischen Völkerschaften bewohnt war, ließen sich im 6. Jahrhundert Slawen nieder. Im frühen 9. Jahrhundert entstand hier ein slawisches Fürstentum unter Pribina († 860 oder 861), der 828 im Vorort Neutra die erste Kirche bauen ließ. Der großmährische Fürst Mojmír I. († 846) gliederte Neutra dem großmährischen Staat an, die Siedlung blieb Sitz eines Teilfürstentums. Es ist möglich (aber nicht durch Quellen belegt), dass die "Slawenapostel" Konstantin († 869) und Method († 865) auch in Neutra tätig waren. Ende des 9. Jahrhunderts erlebte die Stadt unter Fürst Swatopluk († 894) eine Blütezeit; ein Bistum wurde gegründet, das bis zum Untergang des großmährischen Reiches bestand. Anfang des 10. Jahrhunderts fiel Neutra an die Magyaren. In der frühen Árpádenzeit (11.–12. Jahrhundert) war die Stadt Sitz einiger ungarischer Thronfolger. Das Bistum wurde im frühen 12. Jahrhundert vom ungarischen König Koloman/Kálmán (1095–1116) im Kontext der Reorganisation der kirchlichen Strukturen des mittelalterlichen Ungarn wiedergegründet. Die Stadt fungierte als Sitz des gleichnamigen Komitats. Béla IV. (1235–1270) erhob die Stadt zur königlichen Freistadt, doch wurde dieses Privileg später von den örtlichen Bischöfen einschneidend begrenzt. Im Hochmittelalter wurde die Stadt mehrfach geplündert und kurzzeitig von böhmischen und polnischen Königen sowie von Hussiten erobert.

Neuzeit

Nach der Schlacht bei Mohács (1526) und der osmanischen Eroberung von Ofen/Buda (1541) befand sich Neutra im direkten Spannungsfeld habsburgischer und osmanischer Machtinteressen. Das Umland wurde mehrfach geplündert, die Stadt selbst 1663/64 von Osmanen besetzt. 1632 bestätigte König Ferdinand II. (1619–1637) eine Reihe von städtischen Privilegien. Die Stadt spielte im ersten Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts, während des Aufstands des siebenbürgischen Fürsten Franz II. Rákóczi (1676–1735), eine wichtige militärische Rolle. 1708 wurde sie von kaiserlichen Truppen belagert und zerstört. Im 18. Jahrhundert wurde Neutra, besonders die Obere Stadt und die Burg, im Barockstil neu erbaut, im Laufe des 19. Jahrhunderts wurden Vorstädte und umliegende Dörfer integriert.

Zeitgeschichte

1918 wurde Neutra Teil der ersten Tschechoslowakischen Republik. In der Zwischenkriegszeit stagnierte die Entwicklung der Stadt, nachdem sie die administrative Funktion als Komitatssitz verloren hatte. Der Zweite Weltkrieg war auch in Neutra mit vielen Opfern verbunden: Die zahlreichen Mitglieder der jüdischen Gemeinde wurden Opfer des Holocaust; 1945 wurde die Stadt durch sowjetische Luftangriffe zerstört.

Nach 1945 begann in Neutra der intensive sozialistische Ausbau inklusive Industrialisierung und Massenwohnungsbau. Heute ist Neutra die viertgrößte Stadt der Slowakei.

Verwaltung

Die Stadt ist in 13 Bezirke aufgeteilt. Der Stadtrat besteht aus 31 Räten, die Verwaltung wird von einem Bürgermeister geleitet.



Die Synagoge in Neutra/Nitra. [Wikimedia Commons]. Foto: CC BY-SA 3.0/Pudelek (Marcin Szala)

Bevölkerung

Im Jahr 1785 hatte Neutra 3.505 Einwohner. Bei der Volkszählung 1869 wurden 10.683 Stadtbewohner registriert; bis zur Jahrhundertwende wuchs ihre Zahl auf 14.752 (1900) an.[1] 1930 machten 21.283 Einwohner Neutra zur sechstgrößten Stadt der Slowakei. Ein starker Bevölkerungszuwachs ist nach 1945 zu beobachten: 1991 lebten in der Stadt fast 90.000 Personen.[2] Mitte des 19. Jahrhunderts sprach die Mehrheit der Bevölkerung Slowakisch, deren Minderheiten Ungarisch, Deutsch und Jiddisch. Die ersten zuverlässigen Daten zur Sprache stammen aus dem Jahr 1880, als 38,7 % der Bewohner Slowakisch, 31,1 % Deutsch oder Jiddisch und 27,5 % Ungarisch als Muttersprache angaben.[3] In den folgenden Jahrzehnten lässt sich ein rascher Magyarisierungsprozess feststellbar: Der Anteil der Ungarn stieg bis 1910 auf 59,41 % gegenüber 30,02 % Slowaken. Deutsch als Muttersprache gaben 9,96 % der Einwohner an. 22,38 % der Bevölkerung waren Juden, die meisten sprachen Ungarisch oder Deutsch.[4] Nach dem Ersten Weltkrieg kehrte sich dieser Prozess völlig um, und die Mehrheit der Bewohner bezeichnete sich als (Tschecho-)Slowaken (1930: 87 % [Tschecho-]Slowaken, 5 % Ungarn, 4 % Juden und 3 % Deutsche).[5] Obwohl der ungarische Bevölkerungsanteil rasch schrumpfte, blieb der Mittelstand in der Zwischenkriegszeit von einer binationalen, slowakisch-ungarischen Kultur geprägt. Die Änderungen in den statistischen Daten zeugen nicht nur von dem hohen Druck nationalisierender Staatspolitik, sondern auch von einer bedeutenden nationalen Indifferenz. Seit dem Zweiten Weltkrieg ist Neutra nahezu einsprachig (1991: 97,2 % Slowaken und Tschechen, 1,9 % Ungarn).[6]

Wirtschaft

Neutras Wirtschaft war bis Mitte des 19. Jahrhunderts von Handwerk und Landwirtschaft, insbesondere vom Weinbau geprägt. Obwohl die Stadt ein Marktzentrum ihres Umlandes war, verhinderte ihre periphere Lage die Ansiedlung größerer Unternehmen; eine Anbindung an die Haupteisenbahnlinien erfolgte erst 1876. Die Industrialisierung hielt in den 1870er Jahren mit der Gründung kleiner Fabriken Einzug; eine bedeutende Industriestadt

(Lebensmittelindustrie, Kunststoffbearbeitung, Kraftfahrzeugteile) wurde Neutra jedoch erst nach dem Zweiten Weltkrieg.

Gesellschaft

In der Zeit der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie (1867–1918) war Neutra eine Hochburg der liberalen Partei, obwohl die Bischöfe sich für die christlich-soziale Bewegung einsetzten. In der Zwischenkriegszeit spielten von den größeren politischen Parteien der Slowakei die Sozialdemokraten und die Christsozialisten in Neutra eine herausgehobene Rolle.

Religions- und Kirchengeschichte

Im 11. Jahrhundert wurde am Zoborberg in unmittelbarer Nähe der Stadt ein Benediktinerkloster gegründet, dessen Ruinen bis heute erhalten sind. Die dort ansässigen Mönche Zoerard und Benedikt wurden 1083 heiliggesprochen und in der Hl.-Emmeram-Kirche begraben. Die Reformation erfasste auch das Gebiet des Neutraer Bistums, die Stadt blieb jedoch mehrheitlich katholisch geprägt. Eine bedeutsame Figur der Gegenreformation, Ferenc Forgách, besetzte das Neutraer Bistum zwischen 1596 und 1607, danach wurde er Graner Erzbischof. Vom 18. Jahrhundert bis zum Zweiten Weltkrieg wurde Neutra vorwiegend von Katholiken (1840: 96,41 %; 1880: 77,86 %; 1910: 74,46 %) und Juden (1840: 3,2 %; 1880: 20,26 %; 1910: 22,38 %), aber auch von Protestanten lutherischen oder helvetischen Glaubens (1880: 1,24 %; 1910: 2,84 %) bewohnt.[7] 1908 spaltete sich von der jüdisch-orthodoxen Gemeinde eine kleine neologische Gemeinde ab. Seit der Deportation und Ermordung der Juden im Zweiten Weltkrieg ist die Stadt im Wesentlichen katholisch: 2001 bezeichneten sich 74 % der Einwohner als Katholiken und 17 % als Atheisten.[8]

Besondere kulturelle Institutionen

Der nationale Oberungarische Magyarische Kulturverein (*Felvidéki Magyar Közművelődési Egyesület*) wurde 1883 mit Sitz Neutra gegründet (aufgelöst 1919). Das 1900 gegründete Museum des Neutraer Landes (*Ponitranske múzeum)* basiert auf einer Sammlung des Piaristengymnasiums. Der Bischofssitz verfügt über eine bedeutende Bibliothek.

Bildung und Wissenschaft

Das Bildungswesen in Neutra war eng mit der katholischen Kirche verbunden. 1702 gründeten Piaristen ein Gymnasium, 1715 eröffnete die Diözese ein Priesterseminar. Den Anfang des weltlichen höheren Bildungswesens markiert 1952 die Gründung einer Fachhochschule für Landwirtschaft, die 1996 zur Universität erhoben wurde (Slowakische Landwirtschaftliche Universität zu Neutra/*Slovenská poľnohospodárska univerzita v Nitre*). Die 1959 gegründete Fachhochschule mit Pädagogik-Schwerpunkt wurde 1992 zur Universität und erhielt 1996 den Namen Konstantin-Philosoph-Universität zu Neutra (*Univerzita Konštantína Filozofa v Nitre*).

Alltagskultur

Einer Legende zufolge hat der Schmied Corgoň durch seine Riesenkraft türkische Belagerer von der Stadt abgeschreckt.



Das Gebäude des Großen Seminars in Neutra/Nitra. [Wikimedia Commons]. Foto: CC BY-SA 3.0/Wizzard

Kunstgeschichte

Die Burg erhielt ihre heutige Gestalt im 17. Jahrhundert durch bischöfliche Bauten. Die Kathedrale des hl. Emmeram (letzter Umbau 1736) ist romanischen Ursprungs. Die Festungsanlagen wurden in der Frühen Neuzeit zum Schutz gegen Osmanenangriffe gebaut. Bedeutende Baudenkmäler finden sich auch in der Oberen Stadt: das Große Seminar, das Palais für Kanoniker und das Franziskanerkloster. Die einzige Synagoge der Stadt stammt aus dem Jahr 1911.

Presse- und Theatergeschichte

Deutsche (*Neutraer Zeitung*, *Neutra-Trenchiner Zeitung*) und ungarische Zeitungen erschienen seit den 1870er Jahren. Nach dem Ersten Weltkrieg entstand das slowakische Pressewesen (*Nitrianske noviny*), daneben wurden bis in die 1930er Jahre auch einige ungarische Blätter (*Nyitrai Lapok*, *Nyitramegyei Szemle*, *Nyitravármegye*) herausgegeben.

Theateraufführungen in ungarischer und deutscher Sprache gab es in Neutra seit 1821. Das erste Theatergebäude wurde 1883 eröffnet, ein ständiges Ensemble jedoch erst nach 1949 gegründet. Zwischen 1883 und 1918 gab es nur ungarische, seit 1919 nur slowakische Aufführungen. Nach der Zerstörung des Theatergebäudes im Zweiten Weltkrieg (Neubau erst 1992) wurden Theaterstücke im Kulturhaus (*Narodny dom)* aufgeführt; seit 1979 trägt das Theater den Namen seines ehemaligen Direktors Andrej Bagar (*Divadlo Andreja Bagara*). Jährlich finden in Neutra zwei Theaterfestivals statt.

Militärgeschichte

Die 1890 erbaute Kaserne des 14. ungarischen Landwehr-Infanterieregiments dient heute als Markthalle.

Gedächtnis- und Erinnerungskultur

Im Rahmen der ungarischen Millenniumsfeiern wurde 1896 ein Denkmal (ein Obelisk mit dem Totemvogel der heidnischen Magyaren) auf dem Zoborberg errichtet, das1921 zerstört wurde. 1933 fanden Feierlichkeiten zum Gedenken an Fürst Pribina statt. Bedeutende Denkmäler sind den "Slawenaposteln" und Pribina gewidmet.

4. Diskurse/Kontroversen

Die Denkmäler symbolisieren die gegensätzliche Erinnerungskultur der Slowaken und der Magyaren hinsichtlich der Vergangenheit der Stadt und deren kulturelle Prägung im Laufe der Jahrhunderte. In der nationalen slowakischen Geschichtsschreibung und im öffentlichen Diskurs wird Neutra als älteste slowakische Stadt und sogar als "Wiege des Slowakentums" dargestellt, eine Deutung, die z. B. auch in den Pribinafeierlichkeiten von 1933 zum Ausdruck kam. Ungarische und einige slowakische Historiker zweifeln eine Kontinuität von der altslawischen Siedlung zur modernen slowakischen Stadt an.

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Charles R. Bowlus: Nitra: when did it become a part of the Moravian realm? Evidence in the Frankish sources. In: Early Medieval Europe 17 (2009), H. 3, S. 311-328.
- Richard Marsina (Hg.): Nitra v slovenských dejinách [Neutra in der slowakischen Geschichte]. Martin 2002.
- Juraj Zajonc: Prečo je Nitra staroslávne mesto [Warum ist Neutra eine ehrwürdige Stadt]. In: Eduard Krekovič, Elena Mannová, Eva Krekovičová (Hg.): Mýty naše Slovenské [Die Mythen unserer Slowakei]. Bratislava 2005, S. 134-149.
- Ida Zubácka: Nitra za prvej Československej republiky [Neutra in der ersten Tshechoslowakischen Republik]. Nitra 1997.

Periodika

- *Nitrianske noviny* (Neutraer Nachrichten)
- *Nitriansky ohlas* (Neutraer Antwort)

Weblinks

- www.nitra.sk (Webpräsenz der Stadt in slowakischer Sprache)
- www.nitra.eu (Webpräsenz der Stadt in englischer Sprache)
- http://www.biskupstvo-nitra.sk (Webpräsenz des Bistums)
- http://www.nitra-slovensko.eu (Seite zur Stadtgeschichte)

Anmerkungen

[1] Ernő Deák: Königliche Freistädte – Munizipalstädte. Das Städtewesen der Länder der ungarischen Krone (1780–1918). Teil 2: Ausgewählte Materialien zum Städtewesen A. Wien 1989 (Veröffentlichungen der Kommission für Wirtschafts-, Sozial- und Stadtgeschichte/Österreichische Akademie der Wissenschaften 4), S. 542.

[2] adatbank.sk/sl/11/databaza_obci (Zugriff 05.03.2013).

[3] A magyar korona országaiban az 1881. év elején végrehajtott népszámlálás eredményei [Die ungarischen Länder 1881. Die Ergebnisse der in diesem Jahr durchgeführten Volkszählung]. Budapest 1882 (www.mtdaportal.extra.hu/adatbazisok, Zugriff 10.07.2013).

[4] Deák: Königliche Freistädte (Anm. 1), S. 542.

[5] Vgl. adatbank.sk/sl/11/databaza_obci.

[6] Vgl. adatbank.sk/sl/11/databaza_obci.

[7] Deák: Königliche Freistädte (Anm. 1), S. 542.

[8] Vgl. adatbank.sk/sl/11/databaza_obci.

Zitation

Bálint Varga: Neutra/Nitra. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2013. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54343.html (Stand 16.09.2013).

Nieder Lindewiese/Dolní Lipova (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Nikolaev (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Nikopol' (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Nitra → Neutra/Nitra

Siehe Neutra/Nitra

Nová Baňa → Königsberg/Nová Baňa/Újbánya

Siehe Königsberg/Nová Baňa/Újbánya

Nowograd Wolynsk (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Nowogrodek/Nowogródek (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Nowosibirsk (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Nysa → Neisse/Nysa

Siehe Neisse/Nysa

O

Oberglogau/Głogówek

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Oberglogau (früher auch Klein Glogau oder Kraut Glogau)

Amtliche Bezeichnung

poln. Głogówek

Anderssprachige Bezeichnungen

schles. Kraut Glôge; tschech. Malý Hlohov, auch Horní Hlohov; lat. Glogovia minor

Etymologie

Der Name der Stadt leitet sich ab vom polnischen Wort *głóg* für "Weißdorn", der früher in dieser Gegend üppig wuchs. Der Name "Kraut Glogau" bezieht sich wohl auf den Anbau des Weißkohls in der Region.

2. Geographie

Lage

Oberglogau liegt auf 50° 22' nördlicher Breite, 17° 52' östlicher Länge, ca. 44 km südlich von Oppeln/Opole, 10 km von der tschechischen Grenze entfernt, am rechten Ufer der Hotzenplotz (*Osobłoga*), eines linken Nebenflusses der Oder.

Region

Oberschlesien

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Polen. Oberglogau ist eine Stadt im Kreis Neustadt O.S. (*Powiat Prudnik*) in der Woiwodschaft Oppeln.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Das Wappen der Stadt zeigt drei silberne Sicheln mit goldenen Griffen und drei goldene Weinreben, die auf die Tradition des Weinbaus in der Region hinweisen. Es ist in dieser Form seit dem 17. Jahrhundert bekannt.

Mittelalter

Die frühesten Quellenhinweise auf das Dorf "Glogov" stammen aus dem Jahr 1226. Die zum Herzogtum Oppeln gehörige Siedlung bekam wohl um 1275 das Stadtrecht.[1] 1283 bis 1532 war Oberglogau die zweite Residenzstadt der Herzöge von Oppeln. 1295 wird Conradus de Glezyn (Konrad Larisch) als Erbvogt von Oberglogau verzeichnet. 1327 kam die Stadt zusammen mit dem Herzogtum Oppeln als Lehen zur Böhmischen Krone. 1373 wurde das Stadtrecht nach dem Magdeburger Recht erneuert. 1428 wurde die Stadt durch Hussiten teilweise zerstört und geplündert.



Schloss Oberglogau/Głogówek (Postkarte: vor 1945) [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 108940].

Neuzeit

1532 kam die Stadt unter habsburgische Lehensherrschaft. 1561 gelangte sie in den Besitz der Familie Oppersdorff, die, 1626 in den Reichsgrafenstand erhoben, bis 1945 hier ansässig war. 1582 wurde die Stadt teilweise durch einen Brand, 1643 im Dreißigjährigen Krieg beschädigt. Während des Zweiten Nordischen Krieges diente das Schloss in Oberglogau dem polnischen König Jan Kasimir und seiner Frau Marie Luise 1655 zwei Monate lang als Zufluchtsort. Infolge der schlesischen Kriege gelangte Oberglogau 1742 unter preußische Herrschaft und wurde Garnisonstadt. 1765 wurde die Stadt erneut von einem Brand heimgesucht. 1818 verlor Oberglogau den Status der Kreisstadt zugunsten von Neustadt O.S./Prudnik.

In der Volksabstimmung von 1921, die über die staatliche Zugehörigkeit Oberschlesiens entscheiden sollte, votierten über 95 % der Stadtbewohner für den Verbleib bei Deutschland.[2]

Zeitgeschichte

Während des Angriffs der Roten Armee 1945 wurden ca. 40 % der Stadtbebauung zerstört. Nach dem Krieg kam die Stadt unter polnische Verwaltung, ein Teil der deutschen Einwohner wurde vertrieben; an ihrer Stelle kamen polnische Vertriebene aus den ehemaligen Ostgebieten Polens.

Bevölkerungsentwicklung

1794 lag die Einwohnerzahl Oberglogaus bei 2.142.[3] 1858 zählte die Stadt 3.937 Einwohner, 1895 stieg ihre Zahl auf 5.706, von denen rund 10 % polnischsprachig waren und 43 % Deutsch und Polnisch beherrschten. 1936 lebten in der Stadt 7.742 Personen. Heute zählt Oberglogau 5.631 Einwohner.

Nach dem Zweiten Weltkrieg verblieb eine deutsche Minderheit in der Stadt. Bei der Volkszählung von 2002 bezeichneten sich 24,8 % der Gemeindebevölkerung als Deutsche und 1,4 % als "Schlesier".[4] Seit 2009 ist die Gemeinde offiziell zweisprachig, zum 1. Dezember 2009 führte sie – bis auf die Ortsteile Kazimierz (Kasimir), Racławice Śląskie (Deutsch Rasselwitz), Szonów (Schönau) und Tomice (Thomnitz) – zweisprachige Ortsbezeichnungen ein.

Wirtschaft

Seit dem Mittelalter lag der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit der Stadtbewohner in der Landwirtschaft (auch Weinbau) und Viehzucht sowie in geringem Maße in der Tuchherstellung und im Handel. In der zweiten Hälfte des 17. und im 18. Jahrhundert erlebte sie als Sitz des Majorats der Familie Oppersdorff einen bescheidenen wirtschaftlichen Aufschwung. 1876 wurde Oberglogau an das Eisenbahnnetz (Kandrzin – Neustadt) angeschlossen. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstanden in der Stadt mehrere neue Kommunalbauten, 1881 eine Zuckerfabrik. Die seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert als Familienbetrieb existierende Honigkuchenfabrik "Knieling" wurde nach 1947 unter dem Namen "Piast" verstaatlicht und der bekannteste Hersteller von Süßwaren der Region (nach 1990 privatisiert).

Religionsgeschichte

1264 ließen sich Franziskaner in Oberglogau nieder und errichteten eine Kirche und ein Kloster. 1428 wurde das Kloster durch Hussiten zerstört. Herzog Bolko V. (1425–1460) unterstützte die Hussiten, ließ die Franziskaner aus Oberglogau vertreiben und säkularisierte deren Güter. Um 1480 kam der Orden zurück in die Stadt.

Die Reformation konnte in Oberglogau nur kurzfristig Fuß fassen und äußerte sich u. a. in der Auflösung des Franziskanerklosters 1565. 1628 ließ sich der Orden erneut in der Stadt nieder und blieb bis zur Säkularisierung 1810. Die Familie Oppersdorff blieb katholisch und habsburgtreu, auch nach der Annexion Schlesiens durch Preußen.[5] Auch im Laufe des 19. Jahrhunderts, als die Stadt als Sitz einer preußischen Garnison fungierte, bildeten die evangelischen Einwohner eine Minderheit: 1858 lebten in der Stadt nur 208 Personen evangelischen Glaubens (von 3.937).[6] Bei der Volksabstimmung 1921 votierte der Besitzer des Fideikommisses Oberglogau, Hans Georg Graf von Oppersdorff, für eine Abtretung an Polen, da die Stadt "im katholischen Polen besser geborgen [sei] als im protestantischen, glaubenslosen Norddeutschland."[7]

Die ersten Quellen über jüdische Einwohner Oberglogaus stammen aus dem Jahr 1349.[8] Nach den Vertreibungen des 16. und 17. Jahrhunderts kam es erst im ausgehenden 18. Jahrhundert zur Gründung einer jüdischen Gemeinde, die ab 1820 über einen eigenen Friedhof und ab 1851 über eine hölzerne Synagoge verfügte. 1864 wurde diese durch einen gemauerten Neubau ersetzt. 1880 zählte die jüdische Gemeinde 180 Mitglieder. 1933 lebten 63 Personen jüdischen Glaubens in der Stadt.[9] Während der "Reichskristallnacht" wurde die Synagoge angezündet (heute ist sie weitgehend umgebaut und wird als Wohnbau genutzt).

Literatur, Geistesgeschichte und Musik

Im Franziskanerkloster von Oberglogau lebte und wirkte Nikolaus von Cosel (*um 1390 in Cosel, Herzogtum Cosel; † nach 1423), ein schlesischer Theologe und Schriftsteller.

1806 besuchte Ludwig van Beethoven auf Einladung des Grafen Franz Joachim Wenzel von Oppersdorff Oberglogau und widmete ihm seine 4. Sinfonie. In dem 1977 eröffneten Beethoven-Saal im Schloss von Oberglogau finden regelmäßig Kammerkonzerte statt.

Kunstgeschichte und Architektur

Die Stadt wurde auf einem schachbrettförmigen Grundriss angelegt und von Ringmauern umgeben (im späten 19. Jahrhundert geschleift). Von den ehemals drei Stadttoren steht nur mehr das um 1700 errichtete barocke Burgtor; daneben befindet sich der quadratische Tor-

turm (14./15. Jahrhundert). Das Stadtbild ist gut erhalten; im Bereich des Rings finden sich zahlreiche Bürgerhäuser des 17.–19. Jahrhunderts mit überwiegend zweigeschossiger, giebelständiger Architektur.



Rathaus Oberglogau/Głogówek (Postkarte: vor 1945) [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 109277].

Die im Kern gotische, barock überformte katholische Pfarrkirche St. Bartholomäus südwestlich des Rings wird 1284 erstmalig erwähnt. 1379 wurde sie zur Kollegiatsstiftskirche erhoben. Nach Zerstörungen durch Hussiten 1428 und einem Brand 1582 jeweils erneuert, erhielt sie 1776–1781 eine Innenausstattung im Barockstil. 1906 wurde sie von Josef Langer restauriert und ausgemalt. In der Oppersdorff'schen Kapelle nördlich des Chores befindet sich die Gruft der Familie.

Die Franziskanerkirche nordwestlich des Rings wurde nach ihrer Zerstörung durch Hussiten 1428 als Saalkirche mit geradem Chorschluss und Querhauskapellen wiederaufgebaut. In der nördlichen Kapelle stiftete Georg von Oppersdorff eine Nachbildung der *Casa Santa* in Loreto, die südliche diente ebenfalls als Familiengruft der Oppersdorff. Neben der Franziskanerkirche befindet sich ein nach mehreren Bränden stark umgebautes hl. Grab, das 1634 von Georg von Oppersdorff als Nachbildung des hl. Grabes in Jerusalem gestiftet wurde.

Der mittelalterliche Vorgängerbau des Schlosses wurde Ende des 13. Jahrhunderts von den Oppelner Piastenherzögen auf einem Bergrücken errichtet. 1532–1561 residierte hier die Familie von Zedlitz, danach bis 1945 die Familie von Oppersdorff.

Mitte des 16. Jahrhunderts wurde das alte Schloss abgerissen. Der heutige Baukomplex entstand in zwei Hauptbauphasen: Das sog. Oberschloss mit flankierenden Türmen wurde 1561–1571 unter Johann von Oppersdorff im Renaissancestil errichtet. 1606 wurde an der Ostseite mit dem Bau des sog. Niederschlosses begonnen. 1645–1668 wurde die bis heute erhaltene Schlosskapelle errichtet, wohl unter Mitwirkung der Steinmetzen Jakob Schwabe und Salomon Steinhafer, und im Inneren um 1780 mit Fresken von Franz Anton Sebastini ausgemalt. Heute beherbergt das Schloss das Regionalmuseum (*Muzeum Regionalne*).

Das in der Mitte des Rings gelegene Rathaus wurde 1608 im Stil der Spätrenaissance errichtet. 1880 erfolgte eine partielle Umgestaltung; nach Kriegszerstörungen wurde das Gebäude 1955–1957 wiederhergestellt.

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Tadeusz Chrościcki: Głogówek. Wrocław u. a. 1977.
- Aleksandra Derkacz, Łukasz Szała, Marek Szała (Hg.): Ziemia Głogówecka [Das Oberglogauer Land]. Głogówek 2009.
- Jerzy Gorzelik: Oberglogau (Głogówek) – eine oberschlesische Residenzstadt im Zeitalter des Barock. In: Beate Störtkuhl (Hg.): Hansestadt – Residenz – Industriestandort. Beiträge der 7. Tagung des Arbeitskreises deutscher und polnischer Kunsthistoriker in Oldenburg, 27.-30. September 2000. München 2002 (Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 19), S. 201-209.
- Beata Lejman: Głogówek/Oberglogau. In: Ernst Badstübner, Dietmar Popp, Andrzej Tomaszewski, Dethard von Winterfeld (Hg.), Sławomir Brzezicki, Christine Nielsen (Bearb.): Dehio-Handbuch der Kunstdenkmäler in Polen. Schlesien. München, Berlin 2005, S. 306-311.
- Johannes Preisner, Günter Hauptstock: Geschichte der Stadt Oberglogau. 3 Bde. Menden 2005–2008.
- Ewa Wółkiewicz: Kapituła kolegiacka św. Bartłomieja w Głogówku [Die Kollegiatsstiftskirche St. Bartholomäus in Oberglogau]. Opole 2005.

Anmerkungen

[1] Die Authentizität der auf das Jahr 1275 datierten Gründungsurkunde ist umstritten. Vgl. Schlesisches Urkundenbuch. Bd. 1, Nr. 143 und Wółkiewicz: Kapituła, S. 12

[2] http://www.oberschlesien-ka.de/abstimmung/neustadt.htm (Zugriff 20.06.2013).

[3] Einwohnerzahlen nach Chrościcki: Głogówek, S. 36f.

[4] http://www.stat.gov.pl/gus/8185_PLK_HTML.htm (Zugriff 27.06.2013).

[5] Vgl. dazu Gorzelik: Oberglogau, S. 201.

[6] Einwohnerzahlen nach Chrościcki: Głogówek, S. 37.

[7] Zitiert nach: Gunnar Anger: Oppersdorff, Hans Georg Graf von. In: Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon (BBKL). Bd. 21. Nordhausen 2003, Sp. 1095-1112.

[8] http://www.sztetl.org.pl/pl/article/glogowek/5,historia/ (Zugriff 20.06.2013).

[9] Zahlen nach http://www.sztetl.org.pl/pl/article/glogowek/5,historia/ (Zugriff 20.06.2013).

Zitation

Beata Lejman/Tomasz Torbus: Oberglogau/Głogówek. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2013. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/57504.html (Stand 28.06.2013).

Oberwischau/Vişeul de Sus (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Ödenburg/Sopron (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Odesa → Odessa/Odesa

Siehe Odessa/Odesa

Odessa/Odesa

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Odessa

Amtliche Bezeichnung

Odesa

Anderssprachige Bezeichnungen

russ. Odessa

Etymologie

Die Herkunft des Stadtnamens geht auf die griechische Siedlung *Odessos* zurück, die vermutlich in der Nähe der bulgarischen Stadt Varna/Warna bestand. Eine zweite (offiziell nicht anerkannte) Herleitung führt den Namen der Stadt auf die Probleme mit der Trinkwasserversorgung während ihrer Entstehung zurück. Danach habe die Begründerin der Stadt, Zarin Katharina die Große (1729-1796), angeordnet, den französischen Ausdruck *assez d'eau* (genug Wasser) rückwärts zu lesen und die Stadt so zu benennen.[1]

2. Geographie

Lage

Die Stadt befindet sich im Süden der Ukraine auf 46° 29' nördlicher Breite, 30° 44' östlicher Länge, 40 m über NHN, ca. 50 km von der moldawischen Grenze entfernt.

Topographie

Odessa liegt am gleichnamigen Meerbusen (Odesskyj zaliv) des Schwarzen Meeres. Weite Teile der Stadt befinden sich auf einem Hochplateau, das sich etwa 40 m über dem Meeresspiegel erstreckt. Die Stadt ist von einer trockenen Steppenlandschaft umgeben. Wichtigste Wasserquelle ist der Dnister (ca. 40 km lange Wasserleitung).

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Ukraine. Odessa ist Hauptstadt der Oblast Odessa (*Odess'ka oblast'*) und Sitz der Gebietsverwaltung. Die Stadt ist heute in vier Bezirke aufgeteilt (*Rajony Primorskyj, Kiivs'kyj, Malinovs'kyj* und *Surovs'kyj*).

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik



„Ich liebe meine Stadt!“ – Das Wappen Odessas (oben links), ein goldgerahmter silberner Flussanker auf rotem Grund, ist im Stadtbild allgegenwärtig. Hier zusammen mit dem Richelieu-Denkmal. [Foto: Kai Witzlack-Makarevich].

Gebräuchliche oder historische Beinamen



„Herzlich willkommen in der Heldenstadt Odessa!“ lautet der Schriftzug am Hauptbahnhof. [Foto: Kai Witzlack-Makarevich].

Odessa ist nicht nur der Name einer Stadt, sondern bezeichnet auch einen Mythos, der Erwartungen und Vorstellungen lebendig werden lässt.[2] Ihre zahlreichen Beinamen sind Ausdruck des ganz besonderen „cosmopolitan localism“[3] der Stadt, ihrer Bedeutung für das Russische Reich, oder sie beziehen sich auf ihre Bewohner oder ihre geographische Lage: „Odessa-Mama“, „Palmyra des Südens“ (Anspielung auf Sankt Petersburg als „Palmyra des Nordens“), „Perle am Meer“, „Russisches Italien“, „Liberalste russische Stadt“, „Hauptstadt Südrusslands“, „Beste Stadt Neurusslands“, „Schönste Perle der russi-

schen Krone“, „Heitere Hauptstadt am Schwarzen Meer“, „Südliches Tor nach Europa“ (Anspielung auf Sankt Petersburg/Sankt-Peterburg/Leningrad als „Tor nach Europa“), „Goldene Stadt“, „Stadt der Spekulanten und Musikanten“, „Hauptstadt der jiddischen und hebräischen Literatur“. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Odessa der Ehrentitel „Heldenstadt“ verliehen.

Entstehung



Das Denkmal für die Begründerin Odessas, Zarin Katharina II., auf dem Katharinenplatz im Stadtzentrum. [Foto: Kai Witzlack-Makarevich].

Odessa wurde Ende des 18. Jahrhunderts (1794) von der Zarin Katharina der Großen zusammen mit weiteren Städten in der Region gegründet, um den Machtanspruch des Zarenreiches auf die neurussischen Gebiete am Schwarzen Meer zu untermauern, die dem Osmanischen Reich zuvor in den sogenannten Türkenkriegen abgerungen worden waren. Zunächst wurde die Bezeichnung der eroberten osmanischen Festung *Chadžibej* (türk. Hacıbey) beibehalten; der Name Odessa wurde erstmals im Januar 1795 verwendet. Ausgrabungen erbrachten den Nachweis, dass sich auf dem Stadtgebiet eine griechische Siedlung befunden hatte. In ihren Anfangsjahren wurde die Stadt insbesondere von Ausländern geprägt, die sich um ihre rasante Entwicklung große Verdienste erwarben und bis heute durch Denkmäler und Straßennamen im Stadtbild präsent sind. Als Statthalter setzte die deutschstämmige Katharina den in Neapel geborenen Spanier José de Ribas (1749-1800) ein, der mit dem holländischen Architekten und Ingenieur Frans de Wollant (1752-1818) den Grundstein für den Aufstieg der „Perle am Meer“ legte.

„Goldenes Zeitalter“

Mit der Thronbesteigung Zar Alexanders I. (1777-1825), 1801, nahm das „Goldene Zeitalter“ Odessas seinen Anfang. Ihren Aufstieg verdankt die Stadt insbesondere dem französischen Herzog Armand Emmanuel des Plessis, duc de Richelieu (1766-1822), der die Geschicke Odessas von 1803 bis 1814 lenkte. De Richelieu erwirkte zahlreiche Vergünstigungen und finanzielle Unterstützungen für die Stadt; die Bedeutung des Hafens und des Handels (vor allem Getreidehandel) wuchsen, und Odessa konnte sich gegen seine Konkurrenten Chersson/Cherson, Očakiv und Mykolajiu/Mykolaïv durchsetzen. Die Stadt wurde faktisch zum Regierungszentrum Neurusslands. Das Stadtoberhaupt gestattete allen Konfessionen die Errichtung religiöser Gebäude und trug so wesentlich zum Klima der Toleranz in Odessa bei. Odessa galt als besonders europäisch und wurde daher bei der einheimischen Oberschicht des Zarenreiches als das „russische Italien“ auch immer beliebter. Während der Regierungszeit von Michail Vorontsov (1782-1856) von 1823 bis 1846

machte Odessa, das um 1850 die reichste Stadt des russischen Imperiums war, eine beeindruckende Entwicklung durch, vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht.

„Silbernes Zeitalter“

Das „Silberne Zeitalter“ der Stadt begann um 1860 mit den großen Reformen Alexanders II. (1818-1881). Die neue liberale Lebensart und Geisteshaltung in Russland schien Odessa überflüssig zu machen. Auf der anderen Seite kamen nach der Bauernbefreiung immer mehr Menschen in die mythische „Goldene Stadt“, für deren Arbeitskraft es während der wirtschaftlichen Krise nach dem Krimkrieg (1853-1856) nur wenig Nachfrage gab. So sah sich Odessa erstmals mit großer Armut konfrontiert.

20. Jahrhundert

Während der revolutionären Umwälzungen 1905 war auch Odessa Schauplatz von Auseinandersetzungen zwischen Gegnern und Anhängern der alten Ordnung. Bekannt ist die Meuterei der Besatzung des im Hafen von Odessa liegenden Panzerkreuzers *Potemkin*. In den Wirren des Ersten Weltkriegs sowie von Oktoberrevolution und Bürgerkrieg musste die Stadt einige Machtwechsel erdulden und erlitt einen erheblichen Bevölkerungsrückgang, ehe sich die Rote Armee 1920 durchsetzen konnte und Odessa Teil der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik wurde.

Nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 konnte die Stadt von August bis Oktober 73 Tage lang verteidigt werden. Die deutsch-rumänische Besatzung begann am 16. Oktober 1941 und endete am 10. April 1944. Odessa war Teil der rumänischen Gebietseinheit Transnistrien und sollte langfristig zu Rumänien gehören. Das rumänische Besatzungsregime war deshalb gegenüber der nichtjüdischen Bevölkerung vergleichsweise milde (Schulen, Hochschulen und Theater blieben geöffnet). Die Kriegsschäden fielen in Odessa nicht so verheerend aus wie in anderen ukrainischen Städten. Nach der Besatzung war die Stadt regionales Verwaltungszentrum der Ukrainischen Sowjetrepublik und gehört seit dem Auseinanderbrechen der Sowjetunion 1991 zur Ukraine. In den Transformationsjahren kam es zu einer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Neuordnung in der Stadt. Eine Städtepartnerschaft mit Regensburg besteht seit 1990.

Wirtschaft und Verkehr

Odessa ist vor allem eine Handelsstadt. Ihr Aufstieg war insbesondere Folge des Getreidehandels, der bis etwa 1860 fest in griechischer Hand war. Mit der zunehmenden Armut in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts machte die Floskel von der „zufälligen Stadt“ die Runde, die von Neidern in der Region und der russischen Hauptstadt geprägt wurde. Odessa sei künstlich aus dem Boden gestampft worden und habe seinen Aufstieg allein günstigen Begleitumständen zu verdanken, wie etwa dem Status als Freihafen (bis 1859). Der Stadt fehle es an Substanz; sie lebe auf Kosten der anderen und solle endlich ‚richtig russisch‘ werden. Der Anschluss ans Eisenbahnnetz (1865) verlief schleppend und sorgte schließlich nicht für die erhoffte wirtschaftliche Belebung.

Odessas Seehafen ist der größte der Ukraine und bis heute ein wichtiger Arbeitgeber. In den vergangenen Jahren mussten viele unrentable Industriebetriebe schließen, was sich auf der anderen Seite positiv auf die Umwelt-, vor allem die Wasserqualität, ausgewirkt hat und damit auf die Stellung Odessas als eines der wichtigsten touristischen Zentren und einer der bedeutendsten Kurorte der Ukraine.



Auf dem Privoz-Markt schlägt das Herz der Stadt.
[Foto: Maik Voigt].

Neben dem Beherbergungs- und Bewirtungsgewerbe spielt vor allem der Einzelhandel eine große Rolle: Der „Siebte Kilometer“ außerhalb der Stadt ist einer der größten Märkte Osteuropas, seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert befindet sich im Zentrum der Lebensmittelmarkt „Privoz“, und die Straßen um den „Alten Pferdemarkt“ verwandeln sich an den Wochenenden in einen riesigen Trödelmarkt; der „Neue Markt“ ist einer der ältesten der Stadt. Im Frühjahr 2013 gab die EU-Kommission grünes Licht für die Zahlung von Fördermitteln für die Verlängerung der Pipeline Odessa–Brody bis nach Płock in Polen.

Neben seinem imposanten Bahnhof verfügt Odessa über einen internationalen Busbahnhof und einen kleinen Flughafen. Der öffentliche Personennahverkehr ist gut ausgebaut. Wie in allen größeren Städten der ehemaligen Sowjetunion kommt privaten Sammeltaxis (maršrutki) eine große Bedeutung als lokaler Verkehrsträger zu.

Gesellschaft und Bevölkerungsentwicklung

Insbesondere Armenier, Bulgaren, Deutsche, Engländer, Franzosen, Griechen, Holländer, Italiener, Moldawier, Spanier und Türken folgten dem Aufruf des Zaren, sich in der neuen Stadt im Süden Russlands anzusiedeln. Vor allem aber auf Juden, die hier Niederlassungsfreiheit und gleiche Rechte genossen, übte Odessa eine große Anziehungskraft aus. Auch entflohene Leibeigene konnten hier legal sesshaft werden. Hauptsächlich in den ersten Jahren der Stadt wurde diese stark von Ausländern geprägt, deren Wohngebiete einst an den (inzwischen teilweise umbenannten) Straßennamen zu erkennen waren. So verdankte die ulica Remeslennaja (Handwerksstraße) ihren Namen den dort ansässigen deutschen Handwerkern. Der Lustdorfskaja doroga (Lustdorfer Weg), eine der längsten Straßen der Stadt, führt zur früheren gleichnamigen deutschen Siedlung. Das legendäre Viertel der Moldawier trägt bis heute den Namen Moldavanka.


Aus der Geschichte
der
Entstehung und Entwickelung
der
evangelisch-lutherischen Kolonien
in den Gouvernements
Bessarabien und Cherson,
speciell in kirchlicher Beziehung.
Von
M. Fr. Schrenk,
Pastor in Glückstal.
Odessa.
1901.

Im multikonfessionellen und vielsprachigen Odessa wurden auch deutsche Bücher verlegt.
[Foto: Kai Witzlack-Makarevich].

Die ersten deutschen Kolonisten, die dem Lockruf Katharinas II. und Alexanders I. nach Neurussland gefolgt waren, trafen 1803 in der Gegend von Odessa ein. 1804 gab es in Odessa 51 deutsche Handwerker, die in 17 Gewerken tätig waren. Die deutschen Siedler stammten vor allem aus Sachsen, Preußen, Bayern und Württemberg, wovon die Namen ihrer Siedlungen Zeugnis ablegen, von denen es in der Region Odessa etwa 500 gab: Stuttgart, Reutlingen, Tübingen oder Schwieberdingen.[4] Das deutlichste Merkmal der deutschen Präsenz war die „Handwerkerkolonie“, die zunächst eigenen Gesetzen unterlag und selbst verwaltet wurde. Der langjährige Stadtvater Herzog de Richelieu schrieb, in keinem Land der Welt gebe es auf engstem Raum eine solch große Anzahl von Angehörigen verschiedener Völker. Die ethnische Vielfalt trug erheblich zur Toleranz und zum Aufstieg der Stadt bei, machte sie aber auch zur Zielscheibe der Kritik russisch-nationalistischer Kräfte, die immer wieder gegen die „liberalste russische Stadt“ polemisierten. Mitte des 19. Jahrhunderts waren die Straßenschilder russisch und italienisch (die am meisten gesprochenen Sprachen). Beim Zensus 1897 wurden 55 Sprachen gezählt. Um 1900 war etwa die Hälfte der Stadtbevölkerung russischsprachig.[5]

Im Jahr nach der Gründung zählte die Stadt knapp 2.500 Einwohner. Diese Zahl stieg bis 1815 auf 35.000 und bis 1861 auf rund 115.000. Vor dem Ersten Weltkrieg lebten in Odessa dann etwa 630.000 Menschen.[6] Im ausgehenden 19. Jahrhundert waren unter den Einwohnern der Stadt rund 10.000 Deutsche (knapp 3 % der Gesamtbevölkerung).[7]

Die Ausreisewellen nach der Revolution 1917, der Zweite Weltkrieg, Zwangsumsiedlungen, der Holocaust und die Emigration zahlreicher verbliebener jüdischer Bewohner der Stadt seit den 1970er Jahren, vor allem in die USA und ab 1991 nach Deutschland, haben die Bevölkerungsstruktur wohl unumkehrbar verändert. Nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion 1941 wurden auch die Deutschen aus Odessa deportiert; von den wenigen in der Stadt verbliebenen Deutschen verließen viele während des Krieges die Region in Richtung Deutschland. Seit 1973 leben in Odessa mehr als eine Millionen Menschen. Diese Zahl blieb bis heute weitestgehend konstant. Die Mehrheit stellen (russischsprachige)

Ukrainer, die verstärkt nach 1945 aus ländlichen Regionen in die Stadt übersiedelten und im Zuge ihrer Anpassung an das städtische Leben einen Sprachwechsel zum Russischen vollzogen (rund zwei Drittel), und Russen (rund ein Drittel). Heute fällt der Anteil der übrigen Ethnien der Stadt, darunter der Deutschen, kaum mehr ins Gewicht. 2001 bekannten sich etwa 950 Einwohner zur deutschen Nationalität, von denen etwa 100 Deutsch als Muttersprache angaben. Die überwältigende Mehrheit nannte Russisch als Muttersprache (über 80 %).[8]

Das Odessaer Russisch

Der multiethnische Charakter des „Babylon am Schwarzen Meer“ führte zu einer im damaligen Russland einzigartigen Sprachenvielfalt. Mitte des 18. Jahrhunderts hörte man auf den Straßen von den Einheimischen „Russisch, Englisch, Italienisch, Deutsch, Jüdisch, Tatarisch, Polnisch, Türkisch, Griechisch, Bulgarisch, Armenisch, Moldauisch, Ungarisch, Dalmatisch, Französisch, Schwedisch, Spanisch und noch mehrere andere Sprachen.“[9] Unter dem Einfluss dieser Sprachenvielfalt bildete sich so in der Stadt „eine bezaubernde Variante der russischen Sprache“ heraus, die „zu keiner Zeit die Gemüter gleichgültig gelassen hat.“ Die Einschätzungen reichen von „leidenschaftlichen Liebeserklärungen [...] bis hin zu Verteufelungen der verdammenswerten und für die russische Sprache zerstörerischen Odessismen“.[10] Der Schriftsteller Vladimir Žabotinski (Jabotinsky; 1880-1940) schrieb 1930 zu dem Vorwurf, die *lingua franca* der Stadt wäre ein ‚verdorbenes‘ Russisch, jene sei erstens nicht verdorben und zweitens gar kein Russisch. Diese Sprache zeuge davon, dass die Odessiten einfach anders denken als die befreundeten Nachbarvölker Russen und Ukrainer. Inzwischen ist das Odessaer Russisch allerdings „eine bedrohte sprachliche Varietät.“[11]

Religionsgeschichte



Nach umfangreichen Restaurierungsarbeiten ist die deutsche Kirche im Stadtzentrum wieder geöffnet. [Foto: Kai Witzlack-Makarevich].

Die Bewohner gehören heute mehrheitlich verschiedenen christlich-orthodoxen Glaubensrichtungen an . Einige religiöse und ethnische Minderheiten (z. B. Juden, Deutsche, Muslime, Bulgaren, Armenier oder Griechen) verfügen über eigene kulturelle und religiöse Zentren. Die erste deutsche Kirche entstand bereits 1804 im 20 km entfernten Gross Liebenthal (heute *Velikodolinskoe*) für die umliegenden evangelischen Siedlungen wie Lustdorf, Alexanderhilf, Neuburg oder Freudenthal. In Odessa selbst wurde 1827 eine lutherische Kirche errichtet. Der erste deutsche Pfarrer war von 1803 bis 1811 Johann Heinrich Christian Pfersdorf aus Thüringen.

Deutsches Wahrzeichen der Stadt ist die von dem Architekten Hermann Scheurembrandt im neuromanischen Stil erbaute und 1897 geweihte St.-Pauls-Kirche. Die Kirche wurde 1937 geschlossen und verfiel zusehends. Der letzte Pfarrer, Karl Vogel (seit 1933), wurde im gleichen Jahr vom NKWD erschossen. 1966 konnten Odessaer Bürger zwar den geplanten Abriss des Gotteshauses noch verhindern, das Gebäude brannte 1976 aber vollständig aus. Im Jahr 2005 begann der Wiederaufbau mit Mitteln aus Deutschland, vor allem aus Bayern. So wurde die größte Glocke von der Partnerstadt Regensburg gestiftet. Seit 2010 ist die Kirche wieder geöffnet. Ihr ist eine diakonische Sozialstation angegliedert.

Jüdische Geschichte

Ein jüdischer Grabstein mit der Jahreszahl 1770 lässt darauf schließen, dass Juden bereits vor der eigentlichen Stadtgründung in der Region ansässig waren. 1795 lebten in der Stadt 250 jüdische Bürger.[12] In den Folgejahren wanderten Juden vor allem aus Wolhynien, Podolien und Litauen ans Schwarze Meer aus, später kamen Juden aus Deutschland und Galizien nach Odessa, insbesondere aus dem galizischen Brody, nach dem 1841 eine der größten Synagogen benannt wurde. Damals lebten bereits rund 12.000 Juden in der Stadt.[13] Wegen der Schwierigkeiten, sich in den Metropolen Sankt Petersburg und Moskau/Moskva niederzulassen, war Odessa ein Anziehungspunkt für säkulare und gebildete Juden aus dem gesamten Zarenreich. Dank des liberalen Klimas in der Stadt genossen diese weitreichende Rechte und brachten sich aktiv in die Belange der Stadt ein. Juden waren vor allem im medizinischen Bereich, im Handel und Bankengewerbe oder als Anwälte tätig. Das oft bemühte Klischee von der wohlhabenden jüdischen Oberschicht der Stadt entspricht jedoch nicht den Tatsachen. Die meisten Juden gehörten zur städtischen Mittelschicht und ein Drittel lebte in Armut. Odessa sollte Ende des 19. Jahrhunderts eines der Zentren der zionistischen Bewegung werden (insbesondere „Palästinensisches Komitee“ um Leon Pinsker [1821-1891]), die angesichts zunehmender antijüdischer Ressentiments bis hin zu Pogromen immer größeren Zulauf fand. Um 1900 war mehr als jeder dritte Einwohner Odessas Jude. Dieser Anteil hatte sich seit 1854 beinahe verdoppelt.[14]

Bereits 1826 wurde die erste russisch-jüdische Schule gegründet, die unter ihrem Direktor Basilius Stern (1798-1853) nicht nur in Neurussland ein hohes Ansehen genoss. Eine Mädchenschule folgte 1835, und Mitte des 19. Jahrhunderts gab es in Odessa rund 70 jüdische Bildungseinrichtungen. Heute sind es immerhin wieder sechs Schulen mit regulärem Unterricht. Jüdische Schüler besuchten jedoch auch öffentlich-staatliche Schulen und Gymnasien, nicht zuletzt das angesehene Richelieu-Lyzeum, an denen 1902 beinahe 10 % der Schüler jüdischer Herkunft waren.
(siehe unten auch „Wissenschaft“)

Eine erste Synagoge wurde bereits unmittelbar nach der Stadtgründung Ende des 18. Jahrhunderts errichtet. An ihrer Stelle steht seit 1859 die Hauptsynagoge, die nach Zweckentfremdung als Naturkundemuseum und Turnhalle in sowjetischer Zeit seit 1997 wieder als

Gebetshaus und Begegnungsort genutzt wird. Anfang des 20. Jahrhunderts zählte Odessa etwa 70 Synagogen und kleinere Gebetshäuser. Zu Beginn der 1990er Jahre war nur noch eine Synagoge in Betrieb.

Die Stadt hat eine zentrale Bedeutung für die jüdische Kultur und Wissenschaft. (siehe unten auch „Literatur, Musik, Film“)

Im Zuge der liberalen Reformen Alexanders II. in den 1860er Jahren wechselte die jüdische Gemeinde der Stadt zunehmend vom Jiddischen und Deutschen zum Russischen und trug so maßgeblich zur Stärkung des russischen Charakters der von Ausländern geprägten Stadt und nicht zuletzt der Gemeinde selbst bei. Von Juden begründete karitative Einrichtungen, die allen Bürgern offenstanden, spielten eine große Rolle für den sozialen Zusammenhalt.

Das Zusammenleben von Juden und übriger Bevölkerung war jedoch auch in Odessa nicht frei von Spannungen: Die Stadt war Schauplatz des ersten Pogroms in Russland (1821), dem in Odessa sieben weitere folgten, das größte davon im Oktober 1905 mit 299 Opfern an vier Tagen. Während des Zweiten Weltkriegs beteiligten sich die aus Vertretern der deutschen Minderheit rekrutierten „Selbstschutz-Einheiten“ aktiv an der Ausrottung ihrer jüdischen Mitbürger. Die deutschen Besatzer und ihre rumänischen Verbündeten verbrannten am 19. Oktober 1941 etwa 25.000 Odessiten jüdischer Nationalität, an die heute ein Denkmal erinnert. Im Zuge einer Vergeltungsaktion für einen Anschlag gegen die Okkupanten (67 Tote) wurden Tausende Juden ermordet; im Odessaer Ghetto starben weitere Tausende, und eine viel größere Zahl wurde in die Vernichtungslager deportiert.[15] Von diesen Gräueltaten konnte sich die jüdische Gemeinde Odessas nie wieder erholen; der jüdische Anteil an der Gesamtbevölkerung fällt heute kaum mehr ins Gewicht, was auch auf die Auswanderung vieler der verbleibenden Juden der Stadt zurückzuführen ist.

Besondere kulturelle Institutionen

Wichtigste kulturelle Einrichtung und architektonisches Wahrzeichen der Stadt ist die von Ferdinand Fellner (1847-1916) projektierte und 1887 eröffnete Oper. Ferner sind das Russische und das Ukrainische Theater, die in der Ende des 19. Jahrhunderts errichteten Neuen Börse befindliche Philharmonie, die Musikalische Komödie sowie die zahlreichen Museen zu nennen, insbesondere das Literaturmuseum, das Stadtgeschichtliche Museum und das bereits 1825 begründete Archäologische Museum. Deutsche Einwohner betrieben mehrere musische Zentren, aus einem von ihnen ging die direkt gegenüber der Kirche St. Paul gelegene heutige Musikalische Akademie hervor. Zentrum der deutschen Kultur und Sprache ist heute das Bayerische Haus. Das nach seinem ersten Besitzer, dem sächsischen Konditor Bernhard Liebmann, benannte Café Liebmann war in Odessa ein beliebter Treffpunkt von Künstlern und Intellektuellen. Mittelpunkt des jüdischen Lebens der Stadt sind vor allem das jüdische Kulturzentrum „Beit Grand“ und das Internationale jüdische Gemeindezentrum „Migdal“.

Wissenschaft

Odessa ist einer der wichtigsten Wissenschaftsstandorte der Ukraine. Die Neurussische Universität ging 1865 aus dem Richelieu-Lyzeum hervor. Einige der renommiertesten Professoren der Neurussischen Universität, der Vorläuferin der heute wichtigsten Hochschule der Stadt, der Staatlichen Menčykov-Universität, waren deutscher Abstammung, wie etwa der bekannte deutschbaltische Historiker Ernst von Stern (1859-1924). Es bestehen darüber hinaus eine große Polytechnische Hochschule sowie kleinere Einrichtungen zur Aus-

bildung von Juristen, Medizinern, Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaftlern sowie Meeresforschern. Eine jüdische Universität wurde 2007 ins Leben gerufen.

Architektur und Stadtentwicklung

Die regelmäßige Anordnung der Straßen im Zentrum erinnert an die damalige Hauptstadt Sankt Petersburg. Die Gebäude im alten Odessa wurden zunächst im Stil des Empire errichtet, später vor allem im neoklassischen Stil. Der Deutsche Karl Desmet begründete den Botanischen Garten (1822). Ihr europäisches Antlitz verdankt die Stadt nicht zuletzt auch deutschen Architekten wie Hermann Scheurembrandt, Waldemar Kundert oder Paul Ulrich Klein. Der Schaden, den die sowjetische Stadtplanung in Odessa anrichtete, war vor allem im von Kriegsschäden weitestgehend verschonten Stadtzentrum sehr begrenzt. Die nach 1917 im sozialistischen Stil errichteten Bauten, etwa Wohngebiete (insbesondere die nach Parteichef Nikita Sergeevič Chruščëv [Nikita Chruschtschow, 1894-1971] benannten *Chruščevy*) oder Sanatorien, fügten sich ins Stadtbild ein und verbreiten heute oft einen nostalgischen Charme. Seit 1991 verändert sich die architektonische Ästhetik der Stadt durch zahlreiche Neubauten, wie etwa das Luxuseinkaufszentrum *Sady pobedy* (Gärten des Sieges) am Platz des 10. April, die ohne Rücksicht auf das gewachsene Stadtbild errichtet werden.



Die Oper ist das architektonische Wahrzeichen der Stadt. [Foto: Kai Witzlack-Makarevich].



Die 192 Stufen der Potemkinschen Treppe führen Neuankömmlinge vom Hafen hinauf ins Stadtzentrum. [Foto: Maik Voigt].

Wahrzeichen der Stadt ist neben der prunkvollen im Stil des Neobarock errichteten Oper die zwischen 1837 und 1841 angelegte Potemkin-Treppe, die vom Hafen ins Stadtzentrum hinaufführt. Zu den bekanntesten Bauten der Stadt gehört ferner die 1898-1899 von dem einheimischen Architekten Lev L'vovič Vlodek (1842-vermutl. 1918) errichtete Passage im Zentrum. Die 1936 von den kommunistischen Machthabern zerstörte russisch-orthodoxe Verklärungskathedrale (*Spaso-Preobraženskij Kafedral'nyj Sobor*), erstrahlt seit 2010 wieder in altem Glanz.

Literatur, Musik, Film

Vor allem für die russische und die jüdische Literatur hat die Stadt eine weitreichende Bedeutung. Oft ist es kaum möglich und wohl auch nicht sinnvoll, zwischen beiden zu unterscheiden, sofern jüdische Autoren sich des Russischen bedienten. Symbolhaft für die Verschmelzung des russischen und jüdischen Elements steht das weltbekannte literarische Duo Il'ja Arnol'dovič Il'f (Ilja Ilf, 1897-1937) und Jevgenij Petrov (Pseudonym für Jevgenij Petrovič Kataev – Jewgeni Petrow, 1903-1942) (u. a. *Die zwölf Stühle*, *Das Goldene Kalb*). Il'f (eigentlich Iechiel Leib Fainsilberg) war Jude und Petrov Russe, und es konnte bislang nicht geklärt werden, welche Teile des gemeinsamen Werks von welchem Autor verfasst wurden.



Dem russischen Dichter Alexander Puschkin errichteten die Einwohner Odessas auf dem Primorski bul'var (Boulevard am Meer) ein Denkmal. [Foto: Kai Witzlack-Makarevich].

Der große russische Dichter Aleksandr Sergeevič Puškin (Alexander Puschkin, 1799-1837) lebte in den Jahren 1823/1824 in Odessa, wenn auch anfangs nicht ganz freiwillig: Er war, wie ein Jahr später der polnische Dichterfürst Adam Mickiewicz (1798-1855), in den „staubigen Süden" verbannt worden und begann hier mit der Arbeit an seinem Meisterwerk *Eugen Onegin*. Die Schriftstellerinnen Anna Andreevna Achmatova (Anna Achmatowa, 1889-1966) und Vera Michajlovna Inber (1890-1972) wurden in Odessa geboren. Osip Aronovič Rabinovič (1817-1869) gab in Odessa die erste russischsprachige jüdische Zeitung heraus (*Rassvet* 1860-1861). Mit seinem Roman *Kalejdoskop* begründete er die russisch-jüdische literarische Tradition. Jakov Petrovič Polonskij (1819-1898) schilderte

1879 seine Eindrücke aus Odessa in dem Roman *Deševij Gorod* (Die billige Stadt). Der junge Maksim Gor'kij (Maxim Gorki, 1868-1936) machte bei seinen Wanderungen durch Russland 1891 in Odessa Station, wo er sich als Lastenträger im Hafen verdingte. In seiner Erzählung *Čelkaš* (*Tschelkasch*, 1895) vermittelte er ein authentisches Bild der schwierigen Arbeitsbedingungen im Odessaer Hafen.

Ihren zentralen Stellenwert für die russischsprachige Literatur erlangte die Stadt mit Beginn des 20. Jahrhunderts. Aleksandr Ivanovič Kuprin (Alexander Kuprin, 1870-1938) schilderte Odessa immer wieder in seinen Erzählungen. Die *Geschichten aus Odessa* des Odessiten Isaak Ėmmanuilovič Babel' (Isaak Babel, 1894-1940) haben für das literarische Erbe der Stadt einen hohen Stellenwert. Odessa nimmt auch im Leben des Nobelpreisträgers Ivan Alekseevič Bunin (Ivan Bunin, 1870-1953) einen festen Platz ein. Konstantin Georgievič Paustovskij (Konstantin Paustovski, 1892-1962) setzte Odessa in seiner *Zeit der großen Erwartungen* (1958) ein literarisches Denkmal. Wichtige Vertreter der „Odessaer Schule" waren etwa Valentin Petrovič Katajev (Valentin Katajew, 1897-1986) und Jurij Karlovič Oleša (Juri Olescha, 1899-1960). Der Kinderbuchautor Kornej Ivanovič Čukovskij (Kornej Tschukowskij, 1882-1962; u. a. *Doktor Aibolit*) wuchs in Odessa auf und verbrachte hier seine Jugend.

Der zentrale Odessa-Roman ist sicherlich der 1936 im französischen Exil erschienene Roman Pjatero (Die Fünf) des zionistischen Aktivisten Vladimir Evgen'evic Žabotinskij (Vladimir Jabotinsky), ein Abgesang auf das alte Odessa, das schon damals Geschichte war.[16] Weitere bedeutende jüdische Autoren, die in Odessa wirkten, sind Semën Grigor'evich Frug (1860-1916) oder Mordechaj Ben-Ammi (1854-1932). Insbesondere der Prosa-Autor und Dramaturg Semën Solomonovič Juškevič (1868-1927) popularisierte das „jüdische Thema" und verbreitete wie Isaak Babel die Sprache der Stadt (siehe oben „Das Odessaer Russisch") im ganzen Land. Wichtige Beiträge zur Etablierung des Jiddischen als Literatursprache leisteten der „jüdische Čechov" Scholem Alejchem (1859-1916) und Mendele Moicher Sforim (1836-1917), die in Odessa lebten. Der israelische Nationaldichter und Klassiker der hebräischen Poesie, Chaim Nachman Bialik (1873-1934), ist ebenfalls eng mit Odessa verbunden; hier erschienen sein erster Sammelband (1902) und seine erste Gesamtausgabe (1908). Auch der auf Hebräisch schreibende Lyriker und Übersetzer Saul Černichovskij (Saul Tschernichowski, 1875-1943) begann seinen literarischen Weg in Odessa. Semën Markovič Dubnov (Simon Dubnow, 1860-1941) verfasste in Odessa um 1900 einige seiner wichtigsten Arbeiten zur jüdischen Geschichte. Leonid Osipovič Utësov (Leonid Utesov, 1895-1982), der „König des sowjetischen Jazz", wurde in Odessa geboren. Auch die weltbekannten Geigenvirtuosen David Fëdorovič Ojstrach (David Oistrach, 1908-1974) und Igor' Davidovič Ojstrach (Igor Oistrach) stammen aus Odessa.

Die Stadt wurde und wird von zahlreichen Interpreten immer wieder besungen, vor allem von Leonid Utësov (Denkmal im Stadtzentrum). Als eines der bekanntesten Lieder gilt das oft kopierte Chanson *Ach Odessa, du Perle am Meer* von Modest Jefimovič Tabačnikov (1913-1977) aus dem Jahr 1936. Hymne der Stadt ist das *Lied von Odessa* aus der Operette *Die weiße Akazie* von Maksim Isaakovič Dunajevskij.

Weltweite Bekanntheit erlangte Odessa durch Sergej Michajlovič Ėjzenštejns (Sergej Eisenstein, 1898-1948) Stummfilm Panzerkreuzer Potemkin aus dem Jahr 1925. Der in Odessa spielende Roman *Zelenij furgon* (Der grüne Wagen) von Aleksandr Vladimirovič Kozačinskij (1903-1943) von 1938 wurde von den Odessaer Kinostudios zweimal verfilmt (1959 und 1983). Erwin Geschonneck (1906-2008) spielte am Deutschen Theater, das von 1934-1939 bestand. Aus jüngerer Zeit stammt die zweiteilige musikalische Komödie

Primorski bul'var (Boulevard am Meer; 1988) von Regisseur Aleksandr Nikolaevič Polynnikov.

Gedächtnis- und Erinnerungskultur



Mahnmal für die Opfer der Repressionen der 1930er und 1940er Jahre auf dem Friedhof Nr. 2, 9. Mai 2014. [Foto: Kai Witzlack-Makarevich].

Der Tag der Stadtgründung wird seit 1844 am 2. September mit zahlreichen Veranstaltungen begangen. Odessa begründete damit eine Tradition in Russland. Zentrale Gedenktage sind der Tag des Sieges am 9. Mai und der Tag der Befreiung der Stadt am 10. April, die an 1945 erinnern. Für das *Mahnmal für die Opfer der Repressionen der 1930er und 1940er Jahre* fand sich im Stadtzentrum kein Platz. Es findet auf dem Friedhof Nr. 2 nur wenig Beachtung. Am 200. Jahrestag der Stadtgründung 1994 erhielten die meisten Straßen im Stadtzentrum ihre vorrevolutionären Namen zurück. Die Prachtstraße im Zentrum trägt heute den Namen des ersten Statthalters de Ribas. Alte Denkmäler oder Gedenktafeln wurden teilweise durch neue ersetzt, russischsprachige durch ukrainischsprachige. Der jüdischen Geschichte der Stadt widmet sich seit 2002 das von der jüdischen Gemeinde eröffnete Museum „Migdal Schoraschim"; die Ermordung der Juden während des Zweiten Weltkriegs wird im „Holocaust-Museum" geschildert.



Feierlichkeiten am Denkmal des unbekannten Matrosen, 9. Mai 2014. [Foto: Kai Witzlack-Makarevich].

4. Diskurse/Kontroversen

Die Entstehung, Entwicklung und Kultur Odessas sind fest mit Russland verbunden. Nach einem Vierteljahrhundert der Zugehörigkeit zur Ukraine ist Odessa nach wie vor eine russischsprachige Stadt, auch wenn das Ukrainische in den vergangenen Jahren ein wenig an Boden gewinnen konnte und ethnische (russischsprachige) Ukrainer heute die Mehrheit bilden. Trotzdem ist Odessa keine russische Stadt und es entwickelte sich hier ein stärkeres Gefühl der Zugehörigkeit zur Ukraine als im Osten des Landes oder auf der Krim. Damit sind in Odessa die Kräfteverhältnisse zwischen pro-ukrainischen und pro-russischen Kräften gleichmäßiger verteilt als in der West- oder Ostukraine oder der Hauptstadt Kiew, woraus ein gefährliches Konfliktpotential resultiert. Im Zuge der politischen Krise in der Ukraine 2013/2014 blieb es in der Stadt zunächst lange Zeit ruhig. Es schien, als überlagere die urbane Identität der „Heiteren Hauptstadt am Schwarzen Meer" den russisch-ukrainischen Gegensatz. Am 2. Mai 2014 kamen jedoch bei Auseinandersetzungen zwischen beiden Lagern nach offiziellen Verlautbarungen etwa 50 Menschen ums Leben, die meisten beim Brand des Gewerkschaftshauses auf dem Schnepfenfeld unweit des Hauptbahnhofs. Die genauen Umstände dieser Katastrophe wie auch die Todesursachen vieler Opfer wurden bislang nicht aufgeklärt.[17] Aktuell wird die frühere Zugehörigkeit der Stadt zu Neurussland von russischer Seite missbraucht, um den Fortbestand Odessas innerhalb der Ukraine infrage zu stellen.

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Dorotei Atlas: Staraja Odessa: ee druz'ja i nedrugi [Das alte Odessa. Seine Freunde und Feinde]. Odessa 1911 [Nachdruck Odessa 1992].
- Boris A. Ėdel'man: Prošloe i nastojaščee Odessy [Vergangenheit und Gegenwart Odessas]. Odessa 2012.
- Viktor Rafailovič Fajtel'berg-Blank, Tat'jana Nikolaevna Kolesničenko: Serebrjanyj vek južnoj palmiry [Das silberne Zeitalter der Palmyra des Südens]. 2 Bde. Odessa 2007.
- Viktor Rafailovič Fajtel'berg-Blank, Tat'jana Nikolaevna Kolesničenko: Odessa v ėpochu leninskoj i stalinskoj diktatury [Odessa während der Diktatur Lenins und Stalins]. Odessa 2008.
- Viktor Rafailovič Fajtel'berg-Blank, Boris Nikolaevič Razumnyj: Odessa vo vremja Velikoj Otečestvennoj vojny [Odessa im Großen Vaterländischen Krieg (= Zweiten Weltkrieg)]. Odessa 2009.
- Oleg Gubar': Očerki rannej istorii evreev Odessy [Frühe Geschichte der Juden in Odessa]. Odessa 2013.
- Guido Hausmann: Universität und städtische Gesellschaft in Odessa, 1865-1917: Soziale und nationale Selbstorganisation an der Peripherie des Zarenreiches. Stuttgart 1995 (Quellen und Studien zur Geschichte des östlichen Europa 49).
- Patricia Herlihy: Odessa. A history, 1794-1914. Cambridge, Massachusetts 1986.
- Vera Kalmykova, Vadim [Gerševič] Perel'muter: Odessa – Moskva – Odessa. Jugozapadny veter v russkoj literature [Odessa – Moskau – Odessa. Ein südwestlicher Wind in der russischen Literatur]. Moskva 2014.
- Ė[l'vira] G[ermanovna] Plesskaja-Zebol'd: Odesskie nemcy: 1803-1920 [Die Deutschen von Odessa: 1803-1920]. Odessa 1999.
- Aleksandr Rapoport (Hg.). Odessa v russkoj poėzii [Odessa in der russischen Dichtung]. Moskva 2012.

- Aleksandr de-Ribas: Staraja Odessa – istoričeskie očerki i vospominanija [Das alte Odessa – Historische Skizzen und Erinnerungen]. Odessa 1990 [Nachdruck der Erstauflage von 1913].
- Ė[l'vira] Plesskaja-Zebol'd: Kak ostat'sja verujuščim v period peremen [Von der Bewahrung des Glaubens in Zeiten der Veränderung]. In: Klaus-Jürgen Röpke (Hg.): Cerkov Sv. Pavla Odessa. Cerkov, Obščina, Vera, Partnery [Die Kirche St. Paul zu Odessa. Kirche, Gemeinde, Glaube, Partner]. Lindenberg 2010, S. 72-95.

Weblinks

- http://www.odessa.ua/ (Offizielle Internetpräsenz der Stadt Odessa. Informationen in ukrainischer, russischer und englischer Sprache)
- http://www.beit-grand.odessa.ua/ (Jüdisches Kulturzentrum „Beit Grand" – Informationen zum jüdischen Leben Odessas, Theater, Kindergarten, Jugendclub, Sprachkurse. Informationen in russischer Sprache)
- http://www.migdal.ru/ (Jüdisches Gemeindezentrum „Migdal" – Theater, Museum, Angebote für Kinder und Jugendliche, Stadtführungen durch das jüdische Odessa. Informationen in russischer und englischer Sprache)
- http://www.univer-habad.od.ua/ (Südukrainische jüdische Universität Chabad-Odessa. Informationen in russischer Sprache)
- http://www.odessa.ua/museums/136/ (Staatliches Literaturmuseum Odessa. Informationen in russischer Sprache)
- http://opera.odessa.ua/ (Staatsoper Odessa. Informationen in ukrainischer, russischer und englischer Sprache)
- http://www.bayernhaus.com.ua/ (Bayerisches Haus Odessa - Sprachkurse und Sprachdienstleistungen, kulturelle Veranstaltungen. Informationen in russischer und deutscher Sprache)
- http://diakonia.od.ua/ (Diakoniestation der Kirche St. Paul in Odessa. Informationen in russischer Sprache. Deutsch in Vorbereitung.)

Anmerkungen

[1] Eduard Edin: Assedo. Literaturnyj Pejzaž [Literarische Landschaft]. In: Slovo/Word 47 (2005). URL: http://magazines.russ.ru/slovo/2005/47/assed3.html/ (Abruf 13.05.2014).

[2] Jan Paul Hinrichs: De mythe van Odessa [Der Mythos von Odessa]. Amsterdam 2011.

[3] Tanya Richardson: Kaleidoscopic Odessa. History and place in contemporary Ukraine. Toronto u.a. 2012, S. 17.

[4] Klaus-Jürgen Röpke: Ne bojsja, maloe stado [Fürchte Dich nicht, kleine Herde]. In: Ders. (Hg.): Cerkov Sv. Pavla Odessa. Cerkov, Obščina, Vera, Partnery [Die Kirche St. Paul zu Odessa. Kirche, Gemeinde, Glaube, Partner]. Lindenberg 2010, S. 50-71, hier S. 50f.

[5] Herlihy: Odessa, S. 242.

[6] Herlihy: Odessa, S. 234.

[7] Herlihy: Odessa, S. 242.

[8] Evgenij Mikolajovič Stepanov: Rosijs'ke Movlennja Odesi [Die russische Sprache von Odessa]. Odessa 2004, S. 61.

[9] Johann Georg Kohl: Reisen in Südrussland. Dresden und Leipzig 1841, S. 56.

[10] Lew Zybatow: Die Sprache von Odessa und von ‚Klein-Odessa' (New York, Brighton Beach). In: Ders. (Hg.): Sprachwandel in der Slavia. Die slavischen Sprachen an der Schwelle zum 21. Jahrhunderts. Ein internationales Handbuch, Teil 1. Frankfurt am Main 2000 (Linguistik International 4), S. 941-958, hier S. 941.

[11] Zybatow: Sprache von Odessa (Anm. 10), S. 953.

[12] Herlihy: Odessa, S. 251.

[13] Kohl: Reisen (Anm. 9), S. 51.

[14] Herlihy: Odessa, S. 251.

[15] Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas. Gedenkstättenportal zu Orten der Erinnerung in Europa: Odessa. URL: http://www.memorialmuseums.org/orte/view/357/Odessa (Abruf 13.06.2014).

[16] Vladimir Žabotinski: Pjatero [Die Fünf]. Char'kov 2011. Dt.: Vladimir Jabotinsky: Die Fünf. Roman. Aus dem Russischen von Ganna-Maria Braungardt und Jekatherina Lebedewa. Berlin 2012 (Die andere Bibliothek 336).

[17] Dumskaya.net: Pričiny smerti bol'še poloviny pogibših v Dome profsojusov do sich por neizvestny [Die Todesursache von über der Hälfte der Opfer im Gewerkschaftshaus ist nach wie vor unklar], 22.5.2014. URL: http://dumskaya.net/news/prichiny-smerti-bolshe-poloviny-pogibshih-v-dome-035963/ (Abruf: 07.06.2014).

Zitation

Kai Witzlack-Makarevich: Odessa/Odesa. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32498 (Stand 03.11.2014).

Oels/Oleśnica

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Oels

Amtliche Bezeichnung

poln. Oleśnica

Etymologie

Der Name der Siedlung leitet sich wahrscheinlich von den in den umliegenden Wäldern wachsenden Erlen (poln. *olszyna* = Erle, Erlengebüsch) ab.

2. Geographie

Lage

Oels liegt auf 51° 12′ nördlicher Breite, 17° 23′ östlicher Länge, 150 m über NHN, etwa 30 km nordöstlich von Breslau/Wrocław.

Topographie

Oels liegt in der Schlesischen Tiefebene am linken Ufer des Oelsbachs (Oleśnica), eines Nebenflusses der Weide (*Widawa*).

Region

Niederschlesien

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Polen. Oels ist eine Stadt und Gemeinde im Kreis (*powiat*) Oleśnica in der Woiwodschaft Niederschlesien (*Województwo dolnośląskie*).

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Das Wappen der Stadt Oels, das seit dem 15. Jahrhundert in Dokumenten Verwendung findet, zeigt einen silbernen Adler als Symbol des Stadtpatrons, des Evangelisten Johannes, auf einem schildartigen roten Brustpanzer. Der Adler steht auf einem goldenen Band mit der Aufschrift „S+IOEVAN“, die ebenfalls auf den Evangelisten hinweist. Der Ritterhelm über dem Panzer trägt als Zier eine gold-silberne Krone und darüber eine silberne Mondsichel mit drei zinnenbewehrten Türmen. Das Vollwappen ist mit einer bordeauxroten Helmdecke geschmückt.

Mittelalter

Auf dem Gebiet der heutigen Stadt befand sich eine Siedlung, die an der antiken Bernsteinstraße auf dem Weg von Breslau nach Kalisch/Kalisz lag. Die frühgeschichtliche Entwicklung ist wegen der Namensgleichheit mit anderen schlesischen Ortschaften unklar. Die älteste Quelle mit eindeutigem Bezug ist eine Urkunde Herzog Heinrichs I. (um 1165−1238) von 1230, die den Pfarrer in *Olesniz* erwähnt. In den Jahren 1247 und 1250 wurde Oels als „Kastellanburg“ bezeichnet. 1255 erhielt Oels das Lokationsprivileg nach Neumarkter Recht vom Breslauer Herzog Heinrich III. (1227/1230−1266). 1294 gelangte die Stadt in den Besitz der Piastenlinie von Glogau. Um 1313 entstand infolge der Aufteilung der Besitztümer Herzog Heinrichs III. von Glogau (1251/1260−1309) unter dessen Söhne das Herzogtum Oels; ab ca. 1320 war die Stadt Residenz der Oelser Piasten. 1492, nach dem Tod Konrads X. (des jungen Weißen, 1420−1492), des letzten Piasten dieser Linie, kam sie als Lehen der Böhmischen Krone unter die Herrschaft der Münsterberger Linie der Podiebrads.

Neuzeit

1634 wurde Oels von den schwedischen Truppen eingenommen und geplündert, eine Epidemie verursachte schwere Bevölkerungsverluste. Durch die Heirat der Elisabeth Maria (1625−1686), Tochter des letzten Herzogs aus der Familie Podiebrad, mit Silvius I. Nimrod (1622−1664) 1649 gelangte Oels in den Besitz der Herzöge von Württemberg-Weiltingen, allerdings nicht mehr als echtes Lehen, sondern als Mediatfürstentum. 1730 zerstörte ein Brand einen Großteil der Stadtbebauung. 1742 fielen Stadt und Herzogtum wie ganz Niederschlesien an Preußen. Nach dem Tod des letzten württembergischen Herzogs Karl Christian Erdmann (1716−1792) wurde sein Schwiegersohn, Friedrich August von Braunschweig-Wolfenbüttel (1740−1805), mit Oels belehnt. Nachdem dieser 1805 kinderlos verstarb, ging der Besitz an die Familienlinie Braunschweig-Lüneburg. 1807 wurde Oels Kreisstadt, 1850 Garnisonsstadt.

1884 starb die Linie Braunschweig-Oels aus, das Herzogtum wurde aufgelöst. Das Lehnsgut wurde vom preußischen Staat eingezogen und in ein Thronlehen umgewandelt, dessen Besitzer der jeweilige preußische Kronprinz sein sollte. Nach 1918 zog Kronprinz Wilhelm von Preußen (1882−1951) in das Schloss von Oels. 1926 wurde ihm das Thronlehen vom preußischen Staat als Privatbesitz anerkannt.

Zeitgeschichte

Im Januar 1945 wurde Oels von der Roten Armee eingenommen, ca. 70 % der Bebauung wurde zerstört, darunter auch das historische Zentrum. Im Juli 1945 kam die Stadt unter polnische Verwaltung. Der Wiederaufbau erfolgte in mehreren Etappen (1957−1960, 1962−1966, 1970−1976) weitgehend in zeitgenössischen Formen. Auch nach dem Krieg behielt Oels seine Funktion als Truppenstützpunkt und militärisches Schulungszentrum bei, bis heute sind in der Stadt mehrere Einheiten der polnischen Armee stationiert.

Bevölkerung

1710 zählte Oels 3.608 Einwohner, diese Zahl reduzierte sich nach dem Stadtbrand von 1730 (1758: 3.144 Einwohner).[1] Der wirtschaftliche Aufschwung des 19. Jahrhunderts und die Umwandlung in eine Garnisonsstadt ließen die Einwohnerzahlen schnell steigen; 1825 lebten in der Stadt 5.205 Menschen, 1905 10.944 und 1939 18.183.[2] Nach 1945 wurden die deutschen Einwohner von Oels größtenteils vertrieben, an ihrer Stelle siedelten sich polnische Vertriebene aus den ehemaligen Ostgebieten sowie zwangsumgesiedelte Ukrainer aus dem Bieszczady-Gebirge an. 1961 zählte die Stadt 20.847 Einwohner,[3] 2014 lag ihre Zahl bei 37.355.[4]

Wirtschaft

Vom Mittelalter bis ins frühe 19. Jahrhundert galt Oels vor allem als Zentrum der Tuchmacherei sowie des Schuhmacher- und des Tischlerhandwerks.

Ein wirtschaftlicher Aufschwung erfolgte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts durch die Industrialisierung der traditionellen Handwerksbranchen mit der Gründung von Möbel- und Schuhfabriken. 1868 wurde die Eisenbahnlinie Breslau–Oels–Kreuzburg/Kluczbork eröffnet. 1913 entstand das Reichsbahn-Ausbesserungswerk, das 1945 von den Polnischen Staatsbahnen (PKP) übernommen wurde und bis heute der größte Arbeitgeber der Stadt ist.

Religions- und Kirchengeschichte

1538 führte Herzog Johann von Podiebrad (1509−1565) die Reformation ein. Da auch die Nachfolger des Hauses Podiebrad aus der Familie Württemberg-Weiltingen evangelisch waren, hat sich die Gegenreformation in Oels nach dem Dreißigjährigen Krieg nicht durchsetzen können. Bis 1945 blieb die Mehrheit der Einwohner evangelisch (1939 waren es 77 %).[5]

Jüdische Einwohner wurden in Oels schon im Mittelalter erwähnt. Um 1500 eröffneten Juden in Oels eine Druckerei, die hebräische Schriften herstellte. Um 1530 wurden die Juden aus der Stadt vertrieben; die Synagoge aus dem späten 14. Jahrhundert diente ab 1535 als Arsenal und seit 1695 als evangelische Salvatorkirche.[6] Seit 1750 gab es in Oels wieder eine jüdische Gemeinde, 1839 wurde eine neue Synagoge erbaut (1938 abgebrannt). 1880 lebten in Oels 268 Personen jüdischen Glaubens, 1939 18 Personen.[7] Nach 1945 haben sich in Oels neben einer überwiegenden katholischen Mehrheit auch eine orthodoxe und eine ukrainische griechisch-katholische Gemeinde niedergelassen.

Kunstgeschichte und Architektur

Trotz der Zerstörungen infolge des Zweiten Weltkriegs ist die mittelalterliche Anlage der Stadt mit Grundzügen der Stadtmauern und Befestigungsanlagen (Breslauer Torturm) sowie dem sich von Südwesten darbietenden malerischen Stadtpanorama mit zahlreichen Türmen bis heute erkennbar.

Um 1900 entwickelten sich die Vorstädte im Süden und Osten; Wohn- und Villenviertel sowie öffentliche Gebäude entstanden (1890 die Post, 1903-1905 das Amtsgericht sowie eine Reihe von Schulen). In der Zwischenkriegszeit entstanden unter anderem moderne Kaufhäuser, Wohnsiedlungen am südlichen und östlichen Stadtrand sowie Sport- und Freizeitanlagen im Norden.

Die heutige Pfarrkirche St. Johannes (sog. Schlosskirche) am Schlossgraben im südwestlichen Teil der Stadt wurde 1230 erstmals erwähnt. Die dreischiffige gotische Backsteinbasilika wurde in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts begonnen und bis ca. 1510 ausgebaut. 1700−1708 wurde die Kirche barockisiert; nach Einsturz der Gewölbe und des Westgiebels erfolgte 1906−1908 der Wiederaufbau. Die jüngste Restaurierung fand 1996−1998 statt. Architektonische Details der Gotik, zahlreiche Grabmale und Epitaphien aus dem 16. und 17. Jahrhundert sowie die reiche neuzeitliche Ausstattung – die hölzerne Empore mit biblischen Szenen, Kanzel, Fürstenloge, Orgel und Hauptaltar – sind erhalten. 1698−1700 entstand an der Südseite des Chors die Grabkapelle der Herzöge von Württemberg-Oels, in die das Renaissancegrab des Herzogs Johann von Podiebrad und seiner Frau Christina Katharina von Schidlowitz (gest. 1556) übertragen wurde.



Schloss von Oels (Postkarte, vor 1927). [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 143296].



Ring mit Rathaus (Postkarte, vor 1945). [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 143282].

Auf einer Anhöhe im Südwesten der Stadt bestand schon im zweiten Viertel des 14. Jahrhunderts ein gemauertes Schloss. Der heutige Renaissancecharakter des um einen trapez-

förmigen Innenhof gruppierten Baus mit Ziergiebeln, Erkern und Laubengängen beruht vor allem auf den Ausbaumaßnahmen unter den Herzögen Johann und Karl II. Podiebrad (1545−1617) in den letzten Jahrzehnten des 16. Jahrhunderts; die Pläne lieferten die in Brieg/Brzeg tätigen sogenannten Komasken (nach ihrer Herkunft aus der Region des Comer Sees) Franziskus Parr aus Bissone (auch Pahr, gest. 1580) sowie Bernardo Niuron aus Lugano (1564? −1608?); erwähnt wird um 1561 auch Kaspar Khune (Gaspare Cuneo). Im Innern sind Renaissancekamine und -gewölbe sowie Ausstattungselemente des 16.−19. Jahrhunderts erhalten. Am Südostflügel finden sich Reste der figürlichen Sgraffito-Malerei. 1891−1906 wurde der gesamte Komplex durch den Architekten Joseph Maas restauriert; weitere Restaurierungsmaßnahmen erfolgten im Laufe des 20. Jahrhunderts.

Das gotische Rathaus entstand um 1410. Nach der Zerstörung bei einem Stadtbrand 1823 erfolgte der Wiederaufbau in klassizistischen Formen. 1945 bis auf den Turm zerstört, wurde das Rathaus 1959−1966 in Anlehnung an die Vorkriegsform wiederhergestellt.

Bildung und Kultur

Während der Herrschaft Karls II. Podiebrad wurde Oels mit seinem neu eröffneten *gymnasium illustre* (auch Herzogliches Gymnasium Oels), an dem später, 1692−1707, der schlesische Gelehrte Johann Sinapius (1657−1725) als Prorektor tätig war, sowie einer umfangreichen herzoglichen Bibliothek, damals einer der größten in Schlesien, zu einem wichtigen Kultur- und Kunstzentrum. In seinen *Erinnerungen aus meinem Leben* schildert der Schriftsteller Gustav Freytag (1816−1895), der das Gymnasium ab 1829 besuchte, unter anderem seine Schulzeit in Oels.

1649 wurde der schlesische Mystiker Johannes Scheffler (Angelus Silesius; 1624−1677) Leibarzt von Silvius I. Nimrod.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Jakub Kostowski: Oleśnica/Oels. In: Ernst Badstüber, Dietmar Popp, Andrzej Tomaszewski, Dethard von Winterfeld (Hg.), Sławomir Brzezicki, Christiane Nielsen (Bearb.): Dehio-Handbuch der Kunstdenkmäler in Polen. Schlesien. München, Berlin 2005, S. 685−693.
- Maria Starzewska: Oleśnica. Wrocław, Warszawa, Kraków (Śląsk w zabytkach sztuki) 1963.
- Wojciech Mrozowicz, Przemysław Wiszewski: Oleśnica od czasów najdawniejszych po współczesność [Oels von den frühesten Zeiten bis zur Gegenwart]. Wrocław 2006.
- Hugo Weczerka: Oels. In: Ders.: Handbuch der historischen Stätten. Schlesien. Stuttgart 1977 (Kröners Taschenausgabe 316), S. 368−373.

Weblink

- http://www.herder-institut.de/bildkatalog/index/index?searchfield_parameter=oels&newperspective=thumbnails (Abbildungen zu Oels im Bildarchiv des Herder-Instituts, Marburg)

Anmerkungen

[1] Weczerka: Oels, S. 372.

[2] Weczerka: Oels, S. 373.

[3] Weczerka: Oels, S. 373.

[4] Stand 31.12.2014: Główny Urząd Statystyczny (GUS): http://stat.gov.pl/obszary-tematyczne/ludnosc/ludnosc/ludnosc-stan-i-struktura-ludnosci-oraz-ruch-naturalny-w-przekroju-terytorialnym-stan-w-dniu-31-xii-2014-r-,6,17.html (Abruf 25.09.2015).

[5] Michael Rademacher: Deutsche Verwaltungsgeschichte von der Reichseinigung 1871 bis zur Wiedervereinigung 1990. URL: http://www.verwaltungsgeschichte.de/oels.html (Abruf 10.07.2013).

[6] Leszek Ziątkowski: Dzieje Żydów we Wrocławiu [Geschichte der Juden in Breslau]. Wrocław 2000, S. 36.

[7] http://www.verwaltungsgeschichte.de/oels.html (Anm. 5).

Zitation

Beata Lejman, Tomasz Torbus: Oels/Oleśnica. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2015. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32275 (Stand 15.10.2015).

Ofen/Buda → Budapest/Ofen und Pest (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Offenburg/Baia de Arieș (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Oleśnica → Oels/Oleśnica

Siehe Oels/Oleśnica

Olmütz/Olomouc

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Olmütz

Amtliche Bezeichnung

tsch. Olomouc

Anderssprachige Bezeichnungen

lat. Eburum oder Olomucium; mährisch-hannakisch Olomóc oder Holomóc; poln. Ołomuniec

Etymologie

Die Herkunft des erstmals 1055 in der Chronik des Cosmas von Prag bezeugten Namens „Olomucz“ ist umstritten. Am wahrscheinlichsten ist die Erklärung, dass sich „Olomouc“ von den beiden alttschechischen Wörtern „holy“ (= kahl) und „mauc“ (= Berg) ableitet, während die Ableitung von dem hypothetischen Personennamen „Olomút“ (assimiliert in der Endung zu c „Dorf in Olomuts Besitz“ bedeutend) in der Forschung keine Anerkennung gefunden hat.

2. Geographie

Lage

Olmütz liegt auf 49° 36’ nördlicher Breite, 17° 16’ östlicher Länge, 76 km nordöstlich von Brünn/Brno und 252 km östlich von Prag/Praha.

Topographie

Die sechstgrößte Stadt der Tschechischen Republik liegt in der fruchtbaren Hanna-Ebene (Haná) in Mittelmähren, in einer Flussaue der Mittleren March (Střední Morava) an der Einmündung der Feistritz (Bystřice). Die Stadtmitte erhebt sich dabei 219 m über N.H.N.

Region

Mähren

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Tschechien. Verwaltungssitz der Region Olmütz (*Olomoucký kraj*); bis 1641 Hauptstadt Mährens. Seit 1526 mit den Ländern der Wenzelskrone habsburgisch, fungierte Olmütz seit 1850 als Bezirkshauptstadt (ebenso seit 1918 in der Ersten Tschechoslowakischen Republik). 1939-1945 gehörte Olmütz zum Protektorat Böhmen und Mähren.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Seit dem ausgehenden 13. Jahrhundert zeigt das Wappen auf blauem Schild einen goldgekrönten rot-weiß geschachteten Adler mit goldener Bewehrung (mährischer Adler), nach 1558 begleitet in den vier Ecken von je einer goldenen Majuskel „S“, „P“, „Q“, „O“ („*Senatus populusque Olomucensis*“ = „Senat und Volk von Olmütz“).

Königin Maria Theresia (1717-1780) ließ 1758 das Wappen mit dem österreichischen Bindenschild und den Initialen „FMT“ als Mittelschild (babenbergischer Schild) in Anerkennung der Standhaftigkeit der Festung Olmütz gegen die preußischen Truppen unter König Friedrich II. (1712-1786) ausschmücken. Die Initialen standen für Kaiser Franz I. (1708-1765) und die Kaiserin („Francisus, Maria Theresia“). Nach 1918 trat an die Stelle des Mittelschilds mit Buchstaben vorübergehend nur ein weißes Rechteck, 1993 kehrten die Buchstaben SPQO in das Wappen zurück.

Mittelalter

Keramikfunde verweisen auf eine nördlich des Michaelsberges gelegene frühslawische Siedlung vor der Mitte des 7. Jahrhunderts. Nachfolgend setzte eine dauerhafte Besiedlung im Gebiet der heutigen Vorstadt Povel, rund 2 km südlich des Petersberges, ein. Auf dem Petersberg selbst entstand im Zuge großmährischer Zentralisierungsbestrebungen um 800 ein Burgwall als Zentralort. Nach dessen Zerstörung zu Beginn des 10. Jahrhunderts wurde dieser hier sowie auf dem Wenzelsberg neu errichtet und bildete den Ausgangspunkt für die Entstehung der Přemyslidenburg, in deren Umfeld sich Kaufleute und Handwerker aus der Umgebung sowie neu herbeiströmende Kolonisten niederließen.

Die Burg auf dem Petersberg diente nach der endgültigen Inkorporation Mährens in das Herzogtum Böhmen 1019/20 als Sitz des Olmützer Teilfürsten Břetislav I. (um 1005-1055), seit 1034 Herzog von Böhmen. Dessen Sohn Otto der Schöne (gest. 1087) begründete 1061 zusammen mit seinem Bruder Konrad (um 1035-1092) die Dynastie der mährischen Přemysliden und begann noch vor 1070 mit der Errichtung eines neuen weltlichen Sitzes auf dem nördlichen Wenzelsberg. Nach dem Aussterben des hiesigen Přemyslidenzweiges um 1200 ging jedoch dessen Bedeutung zurück, nach 1253 verlor die Burg ihre Funktion ganz. 1306 wurde hier König Wenzel III. (1289-1306) als letzter Repräsentant der Hauptlinie der přemyslidischen Dynastie ermordet.



Vedute der Stadt Olmütz in: Jan Willenberg: Bartholoměj Paprocký z Glogol, Zrcadlo slawného Margkrabstwij Morawského [Spiegel der berühmten Markgrafschaft Mähren]. Olomutii (Olomouc) 1593, fol. 380v. [Vědecká knihovna v Olomouci, Sammlung historischer Fonds in Olmütz, Signatur II 32.078].

Parallel zum Bedeutungsverlust der Fürstenburg nahm jedoch die Verdichtung der Siedlungen im Westen zu, die durch Verschmelzung zur Stadt erwuchsen und deren Mittelpunkt die teilweise in ältere Zeit zurückreichenden Kirchen bildeten. Für die topographische Entwicklung der Stadt ist zudem die wohl noch im 12. Jahrhundert erfolgte Anlage der beiden Marktplätze (Oberring und Niederring) entscheidend.

Unter König Wenzel I. (um 1205-1253) erfolgte zwischen 1239 und 1248 die Lokation der Stadt Olmütz zu Magdeburger Recht. 1352 bestätigte Markgraf Johann Heinrich von Mähren (1322-1375) die Stellung von Olmütz als Oberhof für die Städte Magdeburger Rechts in Mähren. Letzteres wurde erst um 1709 durch böhmisches Stadtrecht abgelöst. 1261, 1278 und 1291 erhielt die Stadt Markt- und Zollprivilegien.

Im 1271 genannten Rat erscheinen fast ausschließlich Bürger mit deutschen Namen (in vorhussitischer Zeit ¾-Mehrheit). Aus Sachsen ist wohl die ansonsten in Böhmen und Mähren einzigartige Bestimmung übernommen, dass nur Deutsche in den Rat gewählt werden sollen. Erst für 1343 ist der erste tschechische Ratsherr mit Namen Milota bezeugt. Der dominierende Einfluss des deutschen Patriziats spiegelte sich in der ablehnenden Haltung gegenüber dem Hussitismus wider, der Olmütz an die Spitze der antihussitisch gesinnten Städte Mährens treten ließ. Bereits seit dem 13. Jahrhundert tagten die mährischen Stände und das Landgericht abwechselnd in Olmütz und Brünn. 1314 bezeichnete König Johann von Luxemburg (1296-1346) Olmütz als Hauptstadt der Markgrafschaft Mähren. 1479 schlossen Wladislaw II. Jagiello von Böhmen und Ungarn (1456-1516) und Matthias Corvinus (1443-1490) den Olmützer Vertrag, der die bestehende Doppelherrschaft in den Ländern der Böhmischen Krone legalisierte.

Neuzeit

Die lutherische Reformation fand in Olmütz rasch Verbreitung. Während der Bischof den katholischen Glauben repräsentierte, stand ein erheblicher Teil der Bürger auf Seiten des Protestantismus. Spätestens seit 1602 beherrschten jedoch die Katholiken erneut das Rathaus.

Im Böhmischen Ständeaufstand 1618-20 stand Olmütz auf Seite der ständischen Freiheiten. Im September 1622 wurde der Besitz der verbliebenen Repräsentanten des Ständedirektoriums aus den Reihen der Bürger konfisziert. Mit der Überführung der Landtafeln nach Brünn 1641 büßte Olmütz seine Stellung als Hauptstadt der Markgrafschaft Mähren ein. Die schwedische Besatzung 1642-50 hatte katastrophale Folgen für die Stadt: Nach dem Abzug waren von den 700 Häusern der Stadt nur noch 168 bewohnbar. Zudem wüteten 1643 Feuersbrünste, drei große Hungersnöte und 1645 eine Pestepidemie. 1655 wurde Olmütz zur Festung erklärt, im 18. Jahrhundert schrittweise ausgebaut und mit einer ständigen Besatzung versehen.



Reste des Festungsringes mit Stadttor, 19. Jahrhundert. [Foto: Fotosammlung des Vlastivědné muzeum Olomouc (Stadtmuseum Olmütz), AV 066975].

Im Revolutionsjahr 1848 beherbergte Erzbischof Maximilian Joseph Freiherr von Sommerau-Beeckh (1769-1853) den wegen der Unruhen in Wien geflohenen kaiserlichen Hof. Im erzbischöflichen Palais übertrug Kaiser Ferdinand I. (1793-1875) am 2. Dezember 1848 dem 18-jährigen Franz Joseph I. (1830-1916) die Regierung. 1848 schufen Deutsche und Tschechen jeweils eigene politische Organisationen (*Lípa slovanská*, Eintracht und Concordia).

1850 geriet Olmütz in den Fokus der europäischen Öffentlichkeit, da hier die sogenannte Olmützer Punktation (auch „Olmützer Vertrag“) geschlossen wurde, ein diplomatisches Abkommen zwischen Preußen, Österreich und Russland über die Beendigung des preußisch-österreichischen Konflikts von 1848/50, in dem Preußen vorläufig auf seinen Führungsanspruch verzichtete.

Unter den liberalen Bürgermeistern Josef von Engel (1830-1900) und Karl Brandhuber (1846-1934) galt die Devise: „Olmütz lieber klein, aber deutsch!“.

1886 hob Kaiser Franz Joseph I. den Festungsstatus auf. Trotz der nationalen Abschottungspolitik des Rathauses (bis 1918 regierten ausschließlich deutsche Bürgermeister die Stadt) verstärkte sich in Olmütz im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts der tschechische Bevölkerungsanteil.

Zeitgeschichte

Nach der Gründung der Tschechoslowakischen Republik 1918 ging die Stadtverwaltung, auch in Folge der Eingemeindung von 13 umliegenden Dörfern und der Bildung von Groß-Olmütz, in tschechische Hände über.

Bei den Parlamentswahlen 1935 stimmten 14,9 % der Einwohner für Konrad Henleins (1898-1945) Sudetendeutsche Partei (SdP). Am 15. März 1939 besetzten mit der Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren Soldaten der 5. Heeresgruppe der Deutschen Wehrmacht Olmütz und wurden dabei von der deutschen Stadtbevölkerung mehrheitlich bejubelt. Die Verfolgung der jüdischen Bevölkerung erreichte in Olmütz 1942 ihren Höhepunkt, nachdem in der Schule in der Halkova-Straße ein Internierungslager eingerichtet worden war. Von Juni/Juli des Jahres bis März 1945 ließen die Besatzer 3.498 Juden in vier Wellen nach Theresienstadt transportieren, von wo aus sie meist in Vernichtungslager deportiert wurden. Protektorats- beziehungsweise Besatzungsbehörden standen 1939-45 der Stadtverwaltung vor.



Olmütz im Mai 1945, Einzug der Roten Armee. [Foto: Fotosammlung des Vlastivědné muzeum Olomouc (Stadtmuseum Olmütz), CV 003740].

Die Rote Armee marschierte am 8. Mai 1945 in Olmütz ein. Mit Kriegsende wurde die verbliebene deutsche Bevölkerung zunächst in Internierungslagern konzentriert (u. a. Lager Neu-Hodolein/Nové Hodolany) und dann bis 1946 gewaltsam vertrieben. Gegenüber 1938 sank die Einwohnerzahl von Olmütz so um etwa 17.000, Ende 1946 gab es nur noch 2.000 Deutsche in Olmütz (zumeist aus Mischehen), von denen aber lediglich 84 als „Antifaschisten“ anerkannt wurden.[1]

Heute ist die Universitäts- und Kulturstadt Olmütz neben Ostrau/Ostrava das wichtigste Wirtschafts- und Verkehrszentrum in Nordmähren, seit der Verwaltungsreform im Jahre 2000 Verwaltungssitz der Region und Sitz eines der beiden tschechischen Obergerichte. Seit 1971 steht die Altstadt unter Denkmalschutz.

Bevölkerungsentwicklung

Zeit	Einwohner[2]
15. Jahrhundert	ca. 3.500-4.000
1640	30.000
1650	1.675
1880	20.176 (12.879 Deutsche, 6.123 Tschechen)
1919	23.622 (9.772 Tschechen, 8.019 Deutsche, 1.010 Juden)
1930	66.440 (darunter 14.617 Deutsche, 2.189 Juden)
1950	63.878
1980	102.112
2011	100.043 (2006: 0,15 % Deutsche)

Wirtschaft

Zunftmäßig organisiertes Handwerk und Gewerbe (v. a. Tuchhandel) prägte das Bild von Olmütz bis weit in die Neuzeit, ebenso lokaler und Fernhandel (Polen, Baltikum, Russland). 1841 erhielt Olmütz durch die Verbindung Olmütz–Prerau/Přerov einen Eisenbahnanschluss, vier Jahre später folgte die Strecke Olmütz–Prag. Eine Industriearbeiterschaft fehlte zunächst fast völlig. In den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts erlangten vor allem Metall-, Leder- und Lebensmittelindustrie (u. a. Zuckerwerk der Unternehmerfamilie Primavesi) Bedeutung.

Gesellschaft

1910 bestanden 288 deutsche (174) und tschechische (114) Vereine. Die Deutschen engagierten sich unter anderem im Turnverein (1851 gegründet), im Musikverein (1851) und im Gewerbeverein (1885), die Tschechen im *Sokol* (Der Falke, 1869), in der *Matice školská* (Schulischer Mutterfonds, 1872) und in der *Česká obchodnická beseda* (Tschechische Handelsakademie, 1902). Das Kulturleben bestimmten zudem die 1900 gegründete Gesellschaft der Kunstfreunde in Olmütz, die 1923 entstandene Olmützer Zweigstelle der Prager *Jednota filosofická* (Philosophische Gesellschaft), die sich um einen Dialog zwischen deutschen, tschechischen und jüdischen Intellektuellen bemühte, und 1910-1930 der intellektuelle „Engelmann-Kreis“.

Religions- und Kirchengeschichte

Im Jahre 1063 initiierte der böhmische Herzog Vratislav II. (um 1035-1092) die Neugründung des einstigen großmährischen Bistums Olmütz. Erster Bischof wurde der aus dem bayerischen Kloster Niederaltaich stammende Benediktinermönch Johannes (gest. 1085).

Der Olmützer Teilfürst Otto der Schöne stiftete, gemeinsam mit seiner Gemahlin Eufemia (um 1045/55-1111), 1078 unweit der Olmützer Burg das zunächst mit Benediktinern aus Prag-Břevnov besetzte und nachfolgend mehrfach mit Besitz ausgestattete Benediktinerkloster St. Stephan (seit dem 12. Jahrhundert: Hradisch [*Hradisko*]).

Bereits seit dem deutschfreundlichen Bruno von Schauenburg (um 1205-2181) residierten die Metropoliten hauptsächlich in Kremsier/Kroměříž und nach der Eroberung durch die Hussiten 1432 in der neu erbauten Burg Wischau/Vyškov, während Kapitel und Generalvikar im Wesentlichen in Olmütz verblieben. Als entschiedener Gegner des Hussitismus profilierte sich landesweit Bischof Johann der Eiserne (eigentlich von Bucca, gest. 1430), der sich auch militärisch im Kampf gegen die „Häretiker“ engagierte. Bischof Stanislaus von Thurzo (1470-1540) machte Olmütz zu einem Zentrum humanistischer Gelehrsamkeit.



Granum cathalogi praesulum Moraviae – kurze Chronik der Olmützer Bischöfe bis 1435, von einem unbekannten Olmützer Kanoniker vor 1440 verfasst. [Zemský archiv Opava, pobočka Olomouc (Landesarchiv Troppau, Zweigstelle Olmütz) CO.205, f. 203v; Eigentümer: Erzbistum Olmütz].

In schneller zeitlicher Abfolge ließen sich in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts alle wichtige Orden in Olmütz nieder: 1213 entstand das Augustiner-Nonnenstift St. Jakob (nach der Aufhebung 1524 an die Minoriten übergegangen). Vermutlich 1250 folgten die Franziskaner, spätestens 1237 die Dominikaner zu St. Michael. Die Gründung des Klarissenklosters St. Klara stand möglicherweise im Zusammenhang mit den Plänen einer Erhöhung des Olmützer Bistums zum Erzbistum, die aber erst 1777 realisiert wurden. 1287 folgte die Errichtung des Dominikanerinnenklosters St. Katharina. Die katholische Restauration nach der hussitischen Revolution führte zu weiteren Ordensniederlassungen: Seit 1434 bildeten die Augustinerchorherren aus Landskron/Lanškroun und Prosnitz/Prostějov, die in Olmütz Zuflucht vor den Hussiten gesucht hatten, einen eigenen Konvent, der 1492/93 die Allerheiligenkapelle als Sitz übertragen erhielt. Nachfolgerin der von den Hussiten zerstörten Kartause Dolein wurde 1443 die Kartause Mariä Himmelfahrt in Olmütz. Bald nach den Besuchen des Franziskanerpredigers Johannes Kapestran (1386-1456) entstanden 1457-68 am nordwestlichen Stadtrand Kirche (heute Mariä Unbefleckte Empfängnis) und Kloster der Franziskaner-Barfüßer (Bernhardiner).

Die Reformation Martin Luthers fand in Olmütz breite Aufnahme. 1528 endeten mehrere Täufer auf dem Scheiterhaufen. Die Olmützer Bischöfe standen gegenüber dem religiösen Zersetzungsprozess anfänglich ganz im Hintergrund, erst Bischof Wilhelm Prusinovsky (1534-1572) rief die Jesuiten in die Stadt, die 1566/67 in das vormalige Minoritenkloster einzogen. In den Jahren 1782-84 wurde ein Großteil der Klöster im Zuge der von der Auf-

klärung getragenen Josephinischen Reformen aufgehoben. Mit dem Prämonstratenserkloster Hradisch wurde die Propstei Heiligenberg säkularisiert, das Kloster selbst Sitz des Josephinischen Generalseminars zur Priesterausbildung. Als Vizerektor und späterer Rektor wirkte hier 1787-90 Josef Gobrovsky (1753-1829), der Begründer der slawischen Altertumswissenschaft. Seit 1795 diente das Kloster als Militärlazarett, das Jesuitenkolleg als Kaserne.

1140 berichten die Quellen erstmals von niedergelassenen Juden. 1454 wurden diese wie in allen königlichen Städten Mährens vertrieben. Erst nach 1848 konnten sie sich wieder dauerhaft in Olmütz niederlassen. 1895-97 wurde auf dem Platz am Theresientor (heute *Palachovo náměstí*) nach Plänen des Wiener Architekten Jakob Gärtner (1861-1921) eine Synagoge im orientalisch-byzantinischen Stil erbaut, die nach dem Einmarsch der Wehrmacht in der Nacht zum 16. März 1939 niederbrannte. Nach der Deportation der Juden während des Zweiten Weltkriegs kam es erst in Folge der Samtenen Revolution 1991 zur Gründung einer neuen eigenständigen jüdischen Gemeinde.

Bildung und Wissenschaft

Bereits Bischof Protasius von Boskowitz und Černahora (gest. 1482) zeigte sich dem Humanismus gegenüber aufgeschlossen. Stanislaus Thurzó von Béthlenfalva (1470-1540), seit 1497 Bischof, machte Domkapitel und Landeshauptstadt Olmütz zu einem humanistisch-geprägten länderübergreifenden Sitz neulateinischer Dichtung, philologischer Gelehrsamkeit und geschichtlicher Forschung. Zum Olmützer Humanistenkreis gehörten unter anderem Stephan Taurinus (Olomucensis, ca. 1485-1519), der in seiner *Stauromachia* zugleich ein Lobgedicht auf Olmütz verfasste, Augustin Käsbrot (Augustinus Olomucensis, 1467-1513) sowie die Celtis-Schüler Gregor Nitsch und Martin Sinapinus, die 1502 die bis 1511 bestehende Gelehrtengesellschaft „*Sodalitas litteraria Marcomannia*“ (auch Meierhofiana) gründeten. Johannes Dubravius (1486-1553), Humanist und Diplomat, war seit 1541 Bischof von Olmütz, und trat als Geschichtsschreiber (*Historia regni Bohemiae*, 1552), aber auch als Autor einer Anweisung zur Fischzucht und Fischereitechnik (*De piscinis*, 1596) hervor. Er nahm zugleich als Vertreter des böhmischen Königs und späteren Kaisers Ferdinand I. (1503-1564) an den böhmischen Landtagen teil und verhandelte mit den Ständen über die Türkenhilfe.

1573 wurde die von den Jesuiten errichtete Schule durch Papst Gregor XIII. (1502-1585) und Kaiser Maximilian II. (1527-1576) als Universität privilegiert; diese zweitälteste Hochschule in den Böhmischen Ländern wurde bis zur Aufhebung des Ordens 1773 durch die Jesuiten verwaltetet. 1778 erfolgte ihre Verlegung nach Brünn. In den 1880er Jahren nach Olmütz zurücktransferiert gewann die Anstalt erst 1827 erneut den Status einer Universität (k. k. Franzens-Universität), bevor 1860 die komplette Auflösung erfolgte. Erhalten blieb lediglich die selbständige (seit 1919 Kyrill- und Method-) Theologische Fakultät. Nach Schließung aller tschechischen Hochschulen im Protektorat Böhmen und Mähren nahm die Alma mater erst 1946 unter dem Namen Palacký-Universität ihre Tätigkeit wieder auf.

In der zweiten Hälfte des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts spielten deutsche Schulen eine wichtige Rolle, insbesondere das k. k. deutsche Staatsgymnasium sowie die 1854 gegründete k. k. deutsche Ober-Realschule. Absolventen des Staatsgymnasiums waren unter anderem der Philosoph und Mathematiker Edmund Husserl (1859-1938), der in Olmütz geborene österreichische Schriftsteller Franz Spunda (1890-1963) sowie der spätere Exponent des Nationalsozialismus Arthur Seyß-Inquart (1892-1946). 1869 wurde das tschechische Slawische Gymnasium gegründet, 1895 die tschechische Mädchenanstalt. 1900 zog

im sogenannten Elisabethinum die deutsche Anstalt ein, die der bedeutende Repräsentant des Olmützer Kulturlebens, Josef Föhner (1849-1933), leitete.

1746 gründete Joseph Freiherr von Petrasch (1714-1772) in Olmütz die „*Societas incognitorum eruditorum in terris Austriacis“*, eine aufgeklärte Gelehrtengesellschaft, als erste dieser Art in den habsburgischen Ländern mit in- und ausländischen Mitgliedern. Die Gesellschaft diente der Förderung der Wissenschaften und gab die Zeitschrift *Ollmützer Monathlichen Auszüge Alt- und neuer Gelehrter Sachen* heraus.

Die Anfänge der Olmützer Studienbibliothek (heute Wissenschaftliche Bibliothek in Olmütz [*Vědecká knihovna v Olomouci*]) sind mit dem Einzug der Jesuiten in Olmütz 1566 verbunden.

Kunstgeschichte und Architektur

Auf dem Areal des Wenzelsberges entstand seit 1104-07 die große Basilika St. Wenzel. Die ursprünglich romanische Basilika wurde 1184-99 erweitert und ist in ihrem Kern in der später mehrfach umgestalteten Domkirche erhalten geblieben. Parallel zur Hauptachse der Basilika wurde im Nordosten unter Beteiligung rheinischer Bauhandwerker der romanische Bischofspalast errichtet. Bereits 1204 durch eine Feuersbrunst schwer in Mitleidenschaft gezogen wurde der im 13. Jahrhundert erneuerte und als Nationaldenkmal geltende Bau nach dem Zweiten Weltkrieg umfassend renoviert und rekonstruiert. Bischof Bruno von Schauenburg ließ die 1268 geweihte ältere Johanneskapelle im Stil der westfälischen Gotik vor dem Bischofspalast errichten.

Die Rivalität zwischen Brünn und Olmütz fand ihren sichtbaren Ausdruck auch in den großen sakralen Neubauten und der aufwendigen Ausstattung der beiden Hauptkirchen St. Jakob in Brünn und St. Mauritz in Olmütz. Nach der verheerenden Feuersbrunst 1398 wurde drei Jahre später der Neubau von St. Mauritz mit der Errichtung eines Turms begonnen. Wiederholt durch Brände unterbrochen zog sich der Ausbau des gewaltigen dreischiffigen Langhauses fast eineinhalb Jahrhunderte hin. Die 1246-75 für die Dominikaner neu erbaute frühgotische Hallenkirche St. Michael ist, ebenso wie der aus der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts stammende gotische Kreuzgang des Klosters, in wichtigen Teilen bis heute erhalten. Zu den bekanntesten Werken der Spätgotik gehören neben der Pfarrkirche St. Mauritz die Hieronymuskapelle im Rathaus (vor 1488) und das Barfüßerkloster.



Die 35 m hohe, 1754 vollendete barocke Dreifaltigkeitssäule auf dem Olmützer Oberring ist seit 2000 UNESCO-Weltkulturerbe. [Foto: Thomas Krzenck].

Vor 1530 entstanden im Renaissancestil die äußere Doppeltreppe und das Portal des Rathauses, die Grabkapelle des Olmützer Bürgers Wenzel Edelmann (gest. 1572?) an der Südseite des Chores von St. Mauritz (vor 1572), die Familiengruft Bischofs Stanislaus Pavlovskýs (gest. 1598) am Chor des Domes (Stanislauskapelle, 1582-91) sowie zahlreiche Bürgerhäuser und Adelspalais an Ober- und Niederring (u. a. Edelmann-Palais am Oberring,1572-86; Hauenschild-Palais am Niederring, 1583).

Nach dem Dreißigjährigen Krieg und dem Abzug der Schweden wurde die Stadt barock umgestaltet. So entstand unter anderem die bischöfliche (heute erzbischöfliche) Residenz (1665-69). Das Prämonstratenserkloster Hradisch erhielt seine heutige Gestalt 1659-1736. Hierzu zählte auch die 1629-33 etwa 8 km nordöstlich von Olmütz auf einem Höhenrücken von dem Olmützer Bürger Jan Andrysek (1595-1673) errichtete Wallfahrtskirche Heiligenberg (*Svatý Kopeček*), die 1670-90 ihr heutiges Aussehen erhielt. In Olmütz selbst entstanden seit dem Ende des 17. Jahhrunderts zahlreiche barocke Brunnen (u.a. Herkules- und Cäsarbrunnen auf dem Oberring, Neptun- und Jupiterbrunnen auf dem Niederring sowie der Tritonenbrunnen vor dem Klarissenkloster). Zur Erinnerung an die Pestepidemie 1713-15 wurden 1716-54 die monumentale Dreifaltigkeitssäule auf dem Obbering und 1716-27 die Mariensäule auf dem Niederring errichtet.

Theater- und Musikgeschichte

Bereits seit dem 17. Jahrhundert traten deutsche und italienische Wandertruppen in Olmütz auf. 1770 wurde das erste richtige Theater als Königlich städtisches Nationaltheater oberhalb der Fleischbänke auf dem Niederring 25 eröffnet, schon 1828 begann der Bau eines neuen Theatergebäudes nach Plänen des Wiener Architekten Josef Kornhäusel (1782-1860). Das Olmützer Königliche Stadttheater war 1883 eines der ersten Engagements des jungen, damals noch unbekannten Kapellmeisters Gustav Mahler (1860-1911). In Olmütz wurde der Operettenkomponist Leo Fall (1873-1925) geboren. Am Theater debütierten oder wirkten unter anderem Leo Slezak (1873-1946), Adele Sandrock (1863-1937) und Tilla Durieux (1880-1971). Zur Inthronisation des Erzbischofs Rudolf von Österreich (1788-1831) in der Olmützer Kathedrale komponierte Ludwig van Beethoven seine *Missa solemnis*.

Literatur- und Pressegeschichte

Aus dem 12. Jahrhundert stammt der berühmte liturgische Codex *Horologium Olomucense* (1142/43). Mit dem Humanismus in Olmütz um 1500 waren auch die Anfänge des Buchdrucks verbunden (1499, Matthias Preinlein [zwischen 1486-1499 bezeugt]).

Seit 1848 erschienen das *Olmützer Lokal-Anzeigeblatt* sowie die *Olmützer Zeitschrift*, seit 1877 die literarische und heimatkundliche Zeitschrift *Moravia*, bevor 1882 Redaktion und Druck nach Brünn übersiedelten. Seit 1880 kam die Zeitung *Mährisches Tagblatt* hinzu. Unter den tschechischen Periodika erlangte vor allem seit 1872 die *Beseda* Bedeutung.

Zu den wichtigsten deutschsprachigen aus Olmütz stammenden Autoren zählte Franz Spunda (1890-1963). Die Atmosphäre in Olmütz vor und nach 1945 hat Peter Härtling, der in Olmütz 1942-45 die Schule besuchte, in seinen Romanen *Nachgetragene Liebe* (1980) und *Leben lernen* (2003) sowie in seiner Erzählung *Božena* (1994) eindrucksvoll beschrieben.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Arcibiskup Theodor Kohn (1893-1904). Neklidný osud talentovaného muže [Erzbischof Theodor Kohn (1893-1904). Das bewegte Schicksal eines talentierten Mannes]. Ausstellungskatalog. Olmütz 2013.
- Josef Föhner: Olmützer Erinnerungen. Olmütz 1930.
- Martin Hájek: Odsun Němců z Olomouce [Die Vertreibung der Deutschen aus Olmütz]. Olomouc 2014.
- Johann Kux: Geschichte der königlichen Hauptstadt Olmütz bis zum Umsturz 1918. Reichenberg/Olmütz 1937.
- Lukáš Motyčka, Veronika Opletalová (Hg): Literární procházky německou Olomoucí – Literarische Wanderungen durch das deutsche Olmütz. Olomouc 2012.
- Jindřich Schulz (Hg.): Dějiny Olomouce [Geschichte der Stadt Olmütz], 2 Bde. Olomouc 2009.
- Vladimír Spáčil (Hg.): Nejstarší městská kniha olomoucká z let 1343-1420 [Das älteste Olmützer Stadtbuch aus den Jahren 1343-1420]. Olomouc 1982.
- Libuše Spáčilová: Deutsche Testamente von Olmützer Bürgern. Entwicklung einer Textsorte in der Olmützer Stadtkanzlei in den Jahren 1416-1566. Wien 2000.
- Libuše Spáčilová, Vladimír Spáčil: Památná kniha olomoucká (Kodex Václava z Jihlavy) z let 1430-1492 [Das Olmützer Memorialbuch. Der Codex des Wenzel von Iglau aus den Jahren 1430-1492]. Olomouc 2004.
- Peter Wörster: Humanismus in Olmütz. Landesbeschreibung, Stadtlob und Geschichtsschreibung in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts. Marburg 1994.

Periodika

- Historická Olomouc: Sborník příspěvků [Das historische Olmütz: Sammelband] (http://fft4.upol.cz/veda_a_vyzkum/publikace/historicka_olomouc.html).
- Olomoucký archivní sborník [Olmützer Archiv-Almanach] (http://www.archives.cz/zao/olomouc/publikace/).
- Ročenka Státního okresního archivu v Olomouci [Jahrbuch des Staatlichen Bezirksarchivs in Olmütz] (1993-2002).

Weblinks

- www.olomouc.eu (mehrsprachige Homepage der Stadt Olmütz)
- www.tourism.olomouc.eu (Tourismusportal der Stadt Olmütz)
- www.vmo.cz (Internetseite des Heimatkundlichen Museums in Olmütz)
- www.archives.cz/olomouc/ (Internetpräsenz des Staatlichen Bezirksarchiv Olmütz)
- www.olmuart.cz (Website des Kunstmuseums Olmütz mit Link zum Erzdiözesanmuseum)
- www.ado.cz (Internetseite des Erzbistums Olmütz)
- www.ac-olomouc.cz (Homepage des Archäologischen Zentrums Olmütz)
- www.kehila-olomouc.cz (mehrsprachige Internetseite der Jüdischen Gemeinde Olmütz)
- www.vkol.cz/de (Internetseite der Wissenschaftlichen Bibliothek Olmütz in deutscher Sprache mit Link zur Digitalbibliothek)
- www.prager-literaturhaus.com/?page=kulturni-krajina&town=13 (Verweis des Prager Literaturhauses auf die Arbeitsstelle für deutschmährische Literatur in Olmütz mit Link in deutscher Sprache)
- www.moric-olomouc.cz (tschechischsprachige Internetseite der römisch-katholischen Pfarrei St. Mauritz in Olmütz mit historischem Abriss der Geschichte der Stadtkirche)

Anmerkungen

[1] Karel Konečný: Od Košického vládního programu k únoru 1948 [Vom Kaschauer Regierungsprogramm bis zum Februar 1948]. In: Jindrich Schulz (Hg.): Dějiny Olomouce [Geschichte der Stadt Olmütz], Bd. 2, S. 275-290, hier S. 278.

[2] Daten nach: Oldřich Juryšek: Dějiny Olomouce 1017-1920 [Geschichte der Stadt Olmütz 1017-1920]. Olomouc 2008; und: „Olomouc“. URL: cs.wikipedia.org/wiki/Olomouc (Zugriff 25.08.2014).

Zitation

Thomas Krzenck: Olmütz/Olomouc. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32500 (Stand 03.09.2014).

Olomouc → Olmütz/Olomouc

Siehe Olmütz/Olomouc

Omsk (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Opole → Oppeln/Opole

Siehe Oppeln/Opole

Oppeln/Opole

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Oppeln

Amtliche Bezeichnung

poln. Opole

Lateinische Bezeichnung

Oppelia, Oppolia

Etymologie

Der Name wird wissenschaftlich auf den slawischen Stamm der Opolini (Opolanen) des 9. Jahrhunderts, volkstümlich auf poln. *pole*, d. h. "Feld" oder "Gefilde", zurückgeführt.

2. Geographie

Lage

Oppeln liegt auf 50° 40' nördlicher Breite, 17° 55' östlicher Länge, auf 154 m Höhe, etwa 8 km südlich der Einmündung des Flusses Malapane in die Oder.

Topographie

Die Stadt liegt beidseits der Oder in einer Ebene und schließt eine Insel (Pascheke, Pascheka) mit ein.

Region

Schlesien; Oberschlesien.

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Republik Polen (*Rzeczpospolita Polska*), darin Woiwodschaft Oppeln (*Województwo opolskie*), deren Hauptstadt Oppeln seit ihrer Gründung 1950 ist. Innerhalb der Woiwodschaft Oppeln bildet die Stadt einen eigenen Stadtkreis (*powiat miejski*).

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Die Blasonierung ist von etwa 1300 bis 1945 gespalten, rechts in blau ein halber, rotbewehrter goldener Piasten-Adler, links in blau ein halbes goldenes Kleeblattkreuz (Anspielung auf die im Dom verwahrte Heilig-Kreuz-Reliquie). Das aktuelle Wappen kennt keine Rotbewehrung des Adlers. Über dem Schild befindet sich als Oberwappen eine fünfzackige Mauerkrone. Die Flagge ist seit etwa 1890 gelb-blau mit Stadtwappen im gelben Feld, heute ohne Stadtwappen.

Mittelalter

Slawische Siedlung im Norden der späteren Insel Pascheke seit dem 9. oder 10. Jahrhundert, die um 1000 Kastellanei wurde. Unter dem aus dem Hause der Piasten stammenden Herzog Kasimir I. von Oppeln-Ratibor in der Zeit zwischen 1211 und 1217 Begründung einer Siedlung deutscher *hospites* (Zuwanderer) auf dem Gebiet der späteren Altstadt, die wohl 1241 durch die Mongolen zerstört wurde. Lokation einer größeren Stadt nach deutschem Recht nach 1241, vermutlich unter Herzog Ladislaus von Oppeln-Ratibor, die in einer umstrittenen Urkunde 1254 erstmals *civitas* (Stadt) genannt wurde und 1327 das Neumarkter und 1410 das Magdeburger Stadtrecht erhielt.

1281–1532 war Oppeln nach der Teilung des Herzogtums Oppeln-Ratibor unter den Söhnen Ladislaus' Sitz des gleichnamigen Herzogtums, das ab dem Jahr 1327 der Krone

Böhmens unterstand und damit Teil des Heiligen Römischen Reiches war. Die Stadt selbst wurde vom 13. bis zum 15. Jahrhundert von den Erbvögten von Oppeln regiert. Ein stärkerer Einfluss der Bürgerschaft auf die Stadtgeschäfte entwickelte sich im 15. Jahrhundert.

Neuzeit

Mit Aussterben der Piasten der Oppelner Linie fiel das Herzogtum 1532 an die Krone Böhmens und damit an die Habsburger. Zwischen 1551 und 1666 wurde Oppeln von Letzteren mehrmals verpfändet, zuletzt 1645–1666 an Polen. 1742 fiel es nach dem Ersten Schlesischen Krieg an Preußen und wurde Kreissitz. 1809 begann die kommunale Selbstverwaltung mit der Einführung der Steinschen Städteordnung für die besitzenden Schichten. 1816 wurde Oppeln Verwaltungssitz des gleichnamigen schlesischen Regierungsbezirks. Dies und der Ausbau zu einem Eisenbahnknotenpunkt ab 1843 führten zu einem starken Bevölkerungswachstum, dazu kamen ab 1891 Eingemeindungen. Am 15. Mai 1899 wurde Oppeln aufgrund dieses Wachstums zu einem eigenen Stadtkreis erhoben.

Im Reichstag wurde der Wahlkreis Oppeln 1867–1871 durch (Frei-)Konservative, 1872–1907 durch Angehörige des katholischen Zentrums und 1907–1918 durch den Polen Paweł Brandys vertreten. Der Erfolg Brandys' war allerdings dem Umland geschuldet, so erzielte er beispielsweise in der Stadt bei der Reichstagswahl am 12. Januar 1912 nur 8,2% der Stimmen. Nach der ersten allgemeinen Kommunalwahl vom 9. November 1919 vertraten 21 Ratsmitglieder deutsche und drei polnische Parteien.

Zeitgeschichte

Am 28. Februar 1919 durch den polnischen Vertreter auf der Pariser Friedenskonferenz, Roman Dmowski, für Polen beansprucht und diesem im Vorentwurf des Versailler Friedensvertrags zunächst auch zugesagt, wurde Oppeln in dessen endgültiger Fassung wie der größte Teil Oberschlesiens einer Volksabstimmung unterworfen. Von Februar 1920 bis Juli 1922 war die Stadt Sitz der interalliierten Plebiszitkommission zur Durchführung dieser Volksabstimmung, bei der am 20. März 1921 im Stadtkreis Oppeln 20.816 Wähler (95%) für das Deutsche Reich und 1.098 (5%) für Polen, im Landkreis Oppeln 69,4% für das Deutsche Reich und 30,6% für Polen stimmten. Auf eine weitere Beanspruchung des Stadtkreises Oppeln und des größten Teils des Landkreises Oppeln wurde durch den polnischen Abstimmungskommissar Wojciech Korfanty am 22./23. März 1921 verzichtet. Der Teilungsspruch des Obersten Rates der Siegermächte vom 20. Oktober 1921 beließ Stadt- und Landkreis Oppeln vollständig beim Deutschen Reich.

Um im Vorfeld der Abstimmung dem polnischen Werben entgegenzutreten, wurde am 14. Oktober 1919 die Provinz Schlesien in zwei Provinzen, Nieder- und Oberschlesien, geteilt, wobei der bisherige Regierungsbezirk Oppeln die neue Provinz Oberschlesien mit Oppeln als Hauptstadt und Sitz des Provinziallandtags bildete. Weiter erhielt die Provinz Oberschlesien 1920 das Recht, im Falle eines Verbleibs bei Deutschland im Rahmen einer zusätzlichen Volksabstimmung den Austritt aus Preußen zu bestimmen. Bei diesem Plebiszit stimmten am 3. September 1922 in Oppeln 15.854 (94,4%) für einen Verbleib bei Preußen und 945 (5,6%) für ein eigenständiges Land Oberschlesien innerhalb des Deutschen Reiches. Dies entsprach dem mehrheitlichen Wählerwillen der gesamten Provinz.



Der mittelalterliche Turm des Piastenschlosses und das 1930-1934 errichtete Regierungsgebäude der Provinz Oberschlesien, heute Woiwodschaftsamt. [Foto: B. Störtkuhl]

Politisch dominierte während der Weimarer Republik in Oppeln das Zentrum, das 1919–1932 bei allen Reichstagswahlen stärkste Partei wurde. Erst bei der nicht mehr völlig freien Reichstagswahl vom 5. März 1933 wurde die NSDAP, die 42,1% der Stimmen erzielte, stärkste Kraft. Am 1. April 1938 wurden die Provinzen Nieder- und Oberschlesien wieder vereinigt, wodurch Oppeln erneut Sitz des Regierungsbezirks Oppeln wurde. Zum 1. April 1941 erfolgte nach der Besetzung Polens eine nochmalige Teilung der Provinz Schlesien, wobei Oppeln wiederum zu Oberschlesien gehörte, dieses Mal allerdings ohne Hauptstadt zu sein. Am 24. Januar 1945 marschierten Truppen der 1. Ukrainischen Front der Roten Armee in das zuvor von den NS-Behörden nahezu völlig evakuierte Stadtzentrum ein, die auf der linken Oderseite gelegenen Stadtteile wurden im März 1945 besetzt. Der Zerstörungsgrad der Stadt lag bei 25%.

Nach dem Zweiten Weltkrieg kam die Stadt unter polnische Verwaltung, da sie östlich der Oder-Neiße-Linie lag. Obwohl in Oppeln selbst kaum noch Deutsche wohnen, gilt die Stadt als Zentrum der deutschen Minderheit in Polen. Die Stadt, die durch Zuwanderung aus dem ehemaligen Ostpolen, aber auch aus Zentralpolen, Bevölkerungswachstum und Eingemeindungen stark anwuchs, konnte bei allen polnischen Verwaltungsreformen ihre 1950 errungene Stellung als Hauptstadt einer Woiwodschaft wahren und damit die aus der preußischen Zeit stammende Tradition als Verwaltungszentrum fortsetzen.

Verwaltung

Wohl ab der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts bis spätestens 1482 unterstand das Stadtregiment den Erbvögten von Oppeln. Schöffen gab es wohl ebenfalls ab dem 13. Jahrhundert, diese gelten ab der Verleihung des Neumarkter Rechtes 1327 als sicher. Ein Stadtrat dürfte bereits Mitte des 13. Jahrhunderts existiert haben, mit vier Mitgliedern gilt er für 1297 als gesichert, die erste namentliche Erwähnung eines Ratsherrn erfolgte 1387, die Amtsperiode dauerte ein Jahr. Ein Bürgermeister wird erstmals 1409 genannt. Spätestens 1579 wurde die Ratsherrenzahl auf fünf angehoben. Ab der Einführung der Städteordnung des Freiherrn vom Stein 1809 gab es 24 Stadtverordnete.

Bevölkerung

Entwicklung der Stadt in Bevölkerungszahlen:[1]

Jahr	Einwohner	deutschsprachig	Polnischsprachig	zweisprachig*		
12. Jhdt	~ 500					
um 1350	2.000–2.500					
1550	~ 1.400					
1600	~ 1.800					
1650	~ 1.500					
1700	~ 1.900					
1756	2.456					
1799	2.839					
1821	5.203					
1840	6.969	6.594 (94,6%)	375 (5,4%)			
1861	9.608	9.189 (95,6%)	419 (4,4%)			
1890	19.206	14.851 (77,3%)	3.479 (18,1%)	834 (4,3%)		
1900	30.112	22.810 (75,7%)	5.805 (19,3%)	1.451 (4,8%)		
1910	33.907	27.128 (80,0%)	5.371 (15,8%)	1.385 (4,1%)		
1925	41.330	37.587 (90,9%)	327 (0,8%)	3.392 (8,2%)		
1933	44.354	42.965 (96,9%)	165 (0,4%)	1.203 (2,7%)		
1939	50.540					
1945 (Mai)	4.042					
1950	38.500					
1960	67.200					
1970	86.510					
1985	116.000					
2002	129.946	3.279 (2,5%)	116.759 (89,9%)	8.578 (6,6%)	921 (0,7%)	409 (0,3%)
2010	125.710					

* Vgl. dazu die Erläuterung in Abschnitt 4.

Wirtschaft

Im 14. und 15. Jahrhundert hatten das textilverarbeitende Gewerbe und der Tuchhandel starke Bedeutung. Entsprechende Zünfte werden für das 13. und 14. Jahrhundert angenommen, sind jedoch urkundlich erstmalig 1421 greifbar. Des Weiteren benötigte der Hof des Herzogtums entsprechende Arbeitskräfte, offenbar v. a. niederrangiger Herkunft. Acht Stadtbrände während des 16.–18. Jahrhunderts sowie veränderte Wege des Tuchhandels machten v. a. das 17. Jahrhundert in Oppeln zu einer Zeit des wirtschaftlichen Niedergangs. Erst mit der Erhebung zum Verwaltungssitz 1816, der Inbetriebnahme der ersten Eisenbahnlinie 1843 und dem Beginn des industriellen Abbaus von Muschelkalk zur Zementproduktion 1857 kam es zu einem neuerlichen Wirtschaftsaufschwung. Das Oppelner Umland wird aufgrund der Zementherstellung auch als "weißes Oberschlesien" (im Unterschied zum "schwarzen" - dem Industrierevier - und dem "grünen" - der agrarischen Gebiete im Süden) bezeichnet.

Gesellschaft

Im Mittelalter waren überwiegend Bürger mit deutschen Nachnamen in den städtischen Gremien tätig, ab dem 16. Jahrhundert auch solche mit polnischen Nachnamen. Nationalitätenkonflikte sind für das Mittelalter nicht überliefert. Nach der Zuwanderung von Polen im 16. Jahrhundert gab es eine polnischsprachige Bevölkerungsmehrheit in der Stadt, mit der Erhebung Oppelns zum Verwaltungssitz spätestens ab der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wieder eine deutliche deutschsprachige Mehrheit. Während des Kaiserreichs nahm der Anteil der polnischsprachigen Bevölkerung durch Zuzug und Eingemeindungen wieder zu, in der Weimarer Republik erfolgte ein Zuzug von Deutschen aus dem polnischen Ostoberschlesien und eine Abwanderung polnischer Bewohner nach Polen. Nach Kriegsende wurden 1945–1947 große Teile der deutschen Bevölkerung vertrieben, allerdings gelang es einigen Deutschen, sich als Polen verifizieren zu lassen ("Autochthone") und auf dieser Grundlage in der Stadt zu verbleiben.

Religions- und Kirchengeschichte

Die 1223 geweihte Kreuzkirche wurde Pfarrkirche Oppelns und Kollegiatstift. Zudem entstand im 13. Jahrhundert ein Franziskaner-, wohl im 14. Jahrhundert auch ein Dominikanerkloster. 1525 Einzug des Protestantismus, 1557–1604 evangelischer Gottesdienst im verlassenen Dominikanerkloster. 1625 im Zuge der Gegenreformation Schließung der evangelischen Kirche. Unter preußischer Herrschaft ab 1742 stieg der Anteil an Protestanten wieder an, im 19. und frühen 20. Jahrhundert blieb die Struktur der Religionsgemeinschaften recht stabil:[2]

Jahr	Einwohner	Katholiken	Evangelische	Juden
1821	5.203	3.875 (74,5%)	1.160 (22,3%)	168 (3,2%)
1837	6.821	4.928 (72,2%)	1.564 (22,9%)	329 (4,8%)
1861	9.608	6.800 (70,7%)	2.218 (23,1%)	590 (6,1%)
1890	19.206	14.520 (75,6%)	3.964 (20,7%)	712 (3,7%)
1900	30.114	22.508 (74,7%)	6.903 (23,0%)	696 (2,3%)
1910	33.907	25.935 (76,5%)	7.406 (21,9%)	532 (1,6%)
1925	41.507	32.437 (78,2%)	8.426 (20,3%)	528 (1,3%)
1933	44.680	34.744 (77,8%)	9.122 (20,4%)	525 (1,2%)

Jüdische Bewohner werden erstmals 1349 genannt; 1427 herzogliches Privileg, 1563 Vertreibung der Juden. In der preußischen Zeit begann erneut der Zuzug von Juden, der sich nach der Einführung der Niederlassungsfreiheit im Zuge der preußischen Reformen verstärkte. In den 1850er und 1860er Jahren erreichte der jüdische Bevölkerungsanteil seinen Höhepunkt, während des Kaiserreichs und der Weimarer Republik war er rückläufig. Nach 1933 wurde der Großteil der jüdischen Bevölkerung in die Emigration gezwungen bzw. deportiert und ermordet.

1972 wurde durch Papst Paul VI. das Bistum Oppeln gegründet.

Bildung und Wissenschaft

Mit Gründung der Universität Oppeln *(Uniwersytet Opolski)* 1994 und der Aufstufung des Politechnikums zur Technischen Universität (*Politechnika Opolska*) 1996 erhielt Oppeln binnen kürzester Zeit zwei Universitäten.



Die Pfennigbrücke (Most groszowy) mit Stadtwappen, die von der Altstadt über den Mühlgraben auf die Insel Pascheke führt. [Foto: B. Conrad]

Kunstgeschichte

Neben den im Kern aus dem Mittelalter stammenden Sakralbauten wie der Bergelkirche, der Kathedrale zum hl. Kreuz und der Franziskanerkirche zählt das 1820–1822 (Turm 1860–1864) im florentinischen Renaissancestil erbaute Rathaus zu den Baudenkmälern. 1934 Einsturz des Turms und anschließender Wiederaufbau bis 1936. Abriss des Piastenschlosses 1928–1930 mit Ausnahme eines Turmes.

Deutschsprachige Publizistik

Deutschsprachige Amtsblätter: Amtsblatt des Regierungspräsidenten in Oppeln (1816–1945); Stadtblatt für Oppeln (1828–1841) bzw. Stadt-Blatt (1841–1899) bzw. Stadt-Blatt zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Stadtkreises Oppeln (1899–1938). Deutschsprachige Zeitungen: Wochenblatt für Stadt und Land (1864–1890) bzw. Oppelner Zeitung (1890–1935); Oppelner Nachrichten (1895–1935); Oberschlesische Tageszeitung (1925–1936) bzw. OS-Tageszeitung/Oppelner Nachrichten (1936–1944); Oberschlesische Nachrichten (1990–1991) bzw. Oberschlesische Zeitung (1991–1995) bzw. Schlesisches Wochenblatt (1995–2011) bzw. Wochenblatt (seit 2011).

Militärgeschichte

Neben der Kastellanei im Mittelalter war Oppeln ab 1670 mit Unterbrechungen bis 1945 Garnisonsstadt.

4. Diskurse/Kontroversen

Die Mehrheit der Forscher (Dziewulski, Veldtrup) geht davon aus, dass eine früher für echt gehaltene Urkunde bezüglich des Stadtrechts von 1254 eine Fälschung ist.

Oppeln geriet zu Beginn des 20. Jahrhunderts in den Sog des "Volkstumskampfes", der auch vor den Historikern beider Seiten (Steinert, Dziewulski u. Hawranek) nicht haltmachte. So bemühte sich die polnische Geschichtswissenschaft um den Nachweis, dass Oppeln den Charakter einer binationalen Stadt polnischen Ursprungs gehabt hätte. Zu Recht wurde darauf verwiesen, dass in die preußischen Volkszählungen ab 1890 die Kategorie der "Zweisprachigen" mit dem Ziel, den polnischsprachigen Bevölkerungsanteil zu reduzieren, eingeführt worden war. Umgekehrt ignorierte die polnische Historiographie v. a. während der Volksrepublik die Tatsache, dass der polnische Stimmenanteil bei Wahlen und Abstimmungen stets viel geringer als der Anteil der Polnischsprachigen ausfiel, polnische Muttersprache und Zugehörigkeitsgefühl zu Deutschland in Oberschlesien sich demnach

keineswegs ausschlossen. Die in diesem Zusammenhang (auch in der Stadtgeschichte Oppelns von Dziewulski u. Hawranek) als vermeintlicher Gegenbeleg oft zitierten Zahlen zur Volksabstimmung 1921, die für die Wohnhaften im Vergleich zu den ebenfalls wahlberechtigten Weggezogenen einen deutlich höheren Stimmenanteil zugunsten Polens behaupten, sind gefälscht und gehen auf das polnische Plebiszitkomitee zurück.

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Władysław Dziewulski, Franciszek Hawranek (Hg.): Opole. Monografia miasta [Oppeln. Eine Stadtmonographie]. Opole 1975.
- Krystian Heffner, Wolfgang Kreft (Bearb.): Opole, Oppeln. Marburg 2011 (Historisch-topographischer Atlas schlesischer Städte 2).
- Franz Idzikowski: Geschichte der Stadt Oppeln. Oppeln 1863.
- Walter Kuhn: Oppeln. In: Hugo Weczerka (Hg.): Handbuch der historischen Stätten: Schlesien. 2. Aufl. Stuttgart 2003, S. 378-385.
- Walter Kuhn: Die zweimalige Lokation von Oppeln. In: Zeitschrift für Ostforschung 26 (1977), S. 244-270.
- Bernard Linek, Krzysztof Tarka: Opole na przestrzeni wieków. Historiografia wobec nowych metod badania dziejów miasta [Oppeln im Laufe der Jahrhunderte. Die Historiographie angesichts neuer Methoden der Stadtgeschichtsforschung]. Opole 2008.
- Günther Schiedlausky, Rolf Hartmann, Hilde Eberle (Bearb.): Die Bau- und Kunstdenkmäler des Stadtkreises Oppeln. Breslau 1939 (Die Bau- und Kunstdenkmäler Schlesiens 4).
- Otto Spisla: Oppeln in den Stürmen der Zeit. Opole w zawierusze czasu [Übersetzung ins Polnische Peter Baron]. Ratingen-Hösel [1996].
- Alfred Steinert: Oppeln. In: Heinz Stoob (Hg.), Peter Johanek (Bearb.): Schlesisches Städtebuch. Neubearbeitung. Stuttgart u. a. 1995 (Deutsches Städtebuch, Neubearbeitung, 1), S. 317-323.
- Dieter Veldtrup: Prosopographische Studien zur Geschichte Oppelns als herzoglicher Residenzstadt im Mittelalter. Berlin 1995 (Schriften der Stiftung Haus Oberschlesien, Landeskundliche Reihe 7).

Weblink

- http://www.opole.pl/ (Webpräsenz der Stadt Oppeln)

Anmerkungen

[1] Quellen: 12. Jahrhundert: Kuhn: Die zweimalige Lokation von Oppeln, S. 249; um 1350: Veldtrup: Prosopographische Studien, S. 375; 1756: Felix Triest: Topographisches Handbuch von Oberschlesien. Bd. 1. Breslau 1864, S. 45;1550–1700, 1799–1871, 1939–1985: Steinert: Oppeln, S. 319; 1890–1933: Wiesław Lesiuk: Ludność Opola i jej struktura [Die Bevölkerung Oppelns und ihre Struktur]. In: Dziewulski, Hawranek (Hg.): Opole, S. 264; 2002–2010: Internetseite des Polnischen Statistischen Hauptamtes GUS/Główny Urząd Statystyczny (Zugriff am 2. Mai 2012); 2002: http://demografia.stat.gov.pl/BazaDemografia/NSP2002.aspx hier Link 4, Zeile 408; 2010: http://www.stat.gov.pl/cps/rde/xbcr/gus/PUBL_l_ludnosc_stan_struktura_31_12_2010.pdf, hier S. 42.

[2] Quelle für die Zahlen für die Jahre 1821 bis 1910: Lesiuk: Ludność Opola, S. 268; 1861: Triest: Topographisches Handbuch (Anm. 1), S. 54; 1925: Statistik des Deutschen

Reichs. Bd. 401. Berlin 1930, S. 362; 1933: Statistik des Deutschen Reichs. Bd. 451. Berlin 1936, S. 48.

Zitation

Benjamin Conrad: Oppeln/Opole. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54359.html (Stand 02.05.2012)

Oradea → Großwardein/Oradea
Siehe Großwardein/Oradea

Orenburg (→ Autor/in gesucht)
Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Ossegg/Osek (→ Autor/in gesucht)
Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Ostrihom → Gran/Esztergom/Ostrihom
Siehe Gran/Esztergom/Ostrihom

Ostrowo/Ostrów Wielkopolski (→ Autor/in gesucht)
Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Oświęcim → Auschwitz/Oświęcim
Siehe Auschwitz/Oświęcim

Óradna → Rodenau/Rodna Veche (→ Autor/in gesucht)
Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

P

Pannonhalma → Martinsberg/Pannonhalma
Siehe Martinsberg/Pannonhalma

Pardubitz/Pardubice (→ Autor/in gesucht)
Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Pernau/Pärnu (in Bearb.)
Dieser Text ist in Bearbeitung.

Pest → Budapest (→ Autor/in gesucht)
Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Philippsdorf/Filipov (→ Autor/in gesucht)
Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Pilsen/Plzeň (→ Autor/in gesucht)
Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Piła → Schneidemühl/Piła
Siehe Schneidemühl/Piła

Pinsk/Pińsk (→ Autor/in gesucht)
Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Plaß/Plasy (→ Autor/in gesucht)
Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Pleskau/Pskov (→ Autor/in gesucht)
Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Ploiești (in Bearb.)
Dieser Text ist in Bearbeitung

Płock (in Bearb.)
Dieser Text ist in Bearbeitung.

Pokrovsk → Engels/Ėngel's (→ Autor/in gesucht)
Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Polazk/Polozk (→ Autor/in gesucht)
Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Poprad → Deutschendorf/Poprad
Siehe Deutschendorf/Poprad

Posen/Poznań (in Bearb.)
Dieser Text ist in Bearbeitung.

Potsdam → Potsdamer Abkommen (→ Autor/in gesucht)
Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Pozsony → Pressburg/Bratislava/Pozsony (in Bearb.)
Dieser Text ist in Bearbeitung.

Prag/Praha (in Bearb.)
Dieser Text ist in Bearbeitung.

Prázsmár → Tartlau/Prejmer
Dieser Text ist in Bearbeitung.

Prejmer → Tartlau/Prejmer
Siehe Tartlau/Prejmer

Prešov → Eperies/Prešov/Eperjes
Siehe Eperies/Prešov/Eperjes

Pressburg/Bratislava/Pozsony (in Bearb.)
Dieser Text ist in Bearbeitung.

Prišib (→ Autor/in gesucht)
Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Proskau/Prószków

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Proskau

Amtliche Bezeichnung

poln. Prószków

Etymologie

Der Ortsname ist wohl slawischen Ursprungs und leitet sich von Eigennamen – „Proszek“, „Proszko“, „Prosimir“ – ab. Seine deutschen Formen „Proskow“, „Pruskow“, „Proskau“ wurden ab dem 14. Jahrhundert verwendet.[1] In der Vergangenheit war der Ort auch unter dem polnischen Namen „Prusków“ bekannt.[2]

2. Geographie

Lage

Proskau liegt auf 50° 33' nördlicher Breite, 17° 55' östlicher Länge, ca. 10 km südwestlich von Oppeln/Opole.

Region

Oberschlesien

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Polen. Proskau liegt in der Woiwodschaft Oppeln, Landkreis Oppeln (*Powiat Opolski*) und ist Sitz der gleichnamigen Gemeinde.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Das erste, 1564 verliehene Stadtwappen zeigte einen gespaltenen Schild mit einem Pfeil und einem nach unten geöffneten Hufeisen. Das heutige Wappen der Stadt ist in vier Teile geteilt: Das erste und vierte Feld haben gold-schwarze Farben und zeigen einen springenden Hirsch. Das zweite und das dritte Feld sind vertikal in zwei Hälften gespalten, die linke ist silberfarben und die rechte rot. In den silbernen Feldern ist jeweils ein rotes Hufeisen zu sehen, in den roten ein silbernes, beide stehen jeweils mit geschlossener Seite zueinander. Die Symbolik wurde vom Stammwappen der Familie Prószkowski (von Proskau), der einstigen Herrscher der Stadt, übernommen.

Archäologische Bedeutung

Menschliche Siedlungen auf dem Gebiet des heutigen Proskau gab es bereits in der Bronzezeit (Nekropole mit Urnengräbern aus der Zeit um 800 v. Chr.). Auch aus dem 1. bis 4. Jahrhundert n. Chr. finden sich Spuren menschlicher Aktivitäten (Wohnhäuser und Schmelzöfen zur Eisenherstellung).

Mittelalter

Einer heute nicht mehr greifbaren Quelle zufolge soll 1250 ein Vorfahre der Familie Prószkowski (von Proskau), Stanislaus, in Proskau eine Burg errichtet haben.[3] Ab 1311 wird ein Dorf mit dem Namen „Proscow“ im Besitz des gleichnamigen Adelsgeschlechts im Herzogtum Oppeln urkundlich erwähnt. Eine von Herzog Bolko II. (1308-1368) unterzeichnete Urkunde von 1336 überliefert die Schenkung des Landgutes Proskau an die Herren von Proskau und ihre rechtmäßigen Nachfolger. 1443 werden in Proskau eine Kirche und eine Pfarrei erwähnt.

Neuzeit

Am 24. April 1560 erhielt Proskau auf Bestreben Georgs von Proskau vom Kaiser Ferdinand I. (1503-1564) das Stadtrecht verliehen. Während des Dreißigjährigen Krieges wurde die Stadt 1644 von schwedischen Truppen geplündert und niedergebrannt. 1741 kam Proskau mit dem gesamten Herzogtum Oppeln unter preußische Verwaltung. 1757 zerstörte erneut ein Großbrand die Stadt.

Nach dem Aussterben der Familie von Proskau fiel die Stadt 1769 durch Erbschaft an die Familie von Dietrichstein zu Nikolsburg, die sie 1783 an König Friedrich II. von Preußen (1712-1786) verkaufte.

19./20. Jahrhundert

Im Zuge der preußischen Verwaltungsreform verlor Proskau 1809 das Stadtrecht. Der Proskauer Gemeindevorsitzende benutzte dennoch weiterhin den Titel des Bürgermeisters. 1945 kam Proskau unter polnische Verwaltung und bekam 2004 die Stadtrechte wieder verliehen.

Wirtschaft



Ortsansicht Proskau. Postkarte, vor 1939. [Abb. Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv. Inv.-Nr. 143616].

Im Mittelalter wurde in der Gegend von Proskau Eisenerz im Tagebau gefördert und verarbeitet, jedoch lebten die Einwohner der kleinen Stadt bis ins 19. Jahrhundert überwiegend von Ackerbau, Viehzucht und Handwerk.

Auf der Grundlage örtlicher Tonvorkommen gründete Graf Leopold von Proskau 1763 eine Fayence-Manufaktur, die bis 1850 bestand („Proskauer Fayencen“). Nach wirtschaftlichen Schwierigkeiten wurde die Manufaktur 1783 an den preußischen Staat verkauft,

konnte sich aber gegen die Konkurrenz von Meißen und der Königlichen Porzellanmanufaktur Berlin nicht durchsetzen.

Das 19. Jahrhundert brachte Proskau einen bescheidenen wirtschaftlichen Aufschwung; in der Stadt siedelten sich mehrere Ziegeleien, ein Sägewerk, eine Brauerei und eine Landmaschinenfabrik an.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das Gelände der Pomologie (siehe unten) weiterhin für Obstanbau verwendet. Die meisten Einwohner der Kleinstadt arbeiten heute im benachbarten Oppeln.

Bildung

Die Gründung der Königlichen Landwirtschaftlichen Akademie (1847) sowie des Königlichen Pomologischen Instituts (1868) trugen zur wirtschaftlichen Entwicklung Proskaus bei. Auf dem als „Pomologie“ bezeichneten Gelände wurden moderne landwirtschaftliche Einrichtungen, Schulungs- und Wohnräume für Lehrer und Schüler, ein Park sowie ein Hotel für die Besucher der jährlich stattfindenden Gartenbauausstellungen errichtet. Die seit 1915 „Königliche Schule des Obstgarten- und des Gartenbaus“ genannte Einrichtung arbeitete zwischen 1924 und 1944 unter dem Namen „Einjährige Gartenschule“ weiter. 1947 nahm die Schule als Staatliches Gartenbaulyzeum den Betrieb wieder auf; sie entwickelte sich in den folgenden Jahrzehnten zu einer der bekanntesten Ausbildungsstätten für Gartenbau in Polen. In den 1990er Jahren ging die Anzahl der Schüler deutlich zurück.

Bevölkerungsentwicklung

Den Quellenhinweisen zufolge wurde in Proskau im ausgehenden 17. Jahrhundert sowohl Deutsch als auch Polnisch gesprochen, die Stadt und das benachbarte Ellguth Proskau/Ligota Prószkówska zählten damals rund 600 Einwohner.[4] Die zunehmende Industrialisierung, vor allem aber die Gründung der Königlichen Landwirtschaftlichen Akademie und des Pomologischen Instituts führten zu einem Bevölkerungsanstieg: 1825 lebten hier 915, 1855 2.196, 1910 2.290 und 1939 2.512 Personen.[5] Bei der Volkszählung von 1910 bekannten sich 431 der 2.290 Einwohner zur polnischen Nationalität. Bei der Volksabstimmung von 1921 stimmten 91 % der Einwohner für den Verbleib Oberschlesiens bei Deutschland. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde ein Teil der deutschen Einwohner vertrieben. Bei der Volkszählung von 2011 bekannten sich 30,9 % der 2.650 Einwohner zur deutschen und 4 % zur schlesischen Nationalität.[6] Seit 2006 ist die Gemeinde Proskau offiziell zweisprachig. Die Einwohnerzahl beträgt heute ca. 2.700 Personen.

Religions- und Kirchengeschichte

Da die Familie Prószkowski katholisch blieb, konnte die Reformation in Proskau nicht Fuß fassen; Ende des 17. Jahrhunderts waren alle rund 600 Einwohner katholisch.[7] Erst mit dem Übergang der Stadt unter preußische Verwaltung und dem Zuzug von Angestellten der Gutsverwaltung und der Fayencefabrik entstand dort eine evangelische Gemeinde (1787), die ihre Gottesdienste im Schloss, ab 1886 in der neuerbauten Kirche feierte. 1890 zählte die evangelisch-lutherische Pfarrgemeinde in Proskau 472 Mitglieder, 350 davon waren Stadteinwohner.[8]

Nach dem Zweiten Weltkrieg verblieben in der Stadt nur wenige evangelische Familien, der letzte Gottesdienst in der evangelischen Kirche fand 1978 statt.

Kunstgeschichte und Architektur

Die Bebauung des rechteckigen Marktplatzes stammt im Wesentlichen aus dem 18. und dem frühen 19. Jahrhundert. Bis 1926 standen in der historischen Stadt das Oppelner und das Neustädter Tor. Die barocke Kirche St. Georg wurde seit den 1670er Jahren bis 1687 als Stiftung Georg Christophs II. von Proskau von Giovanni (Johann) Seregno und seinen Söhnen Antonio und Domenico errichtet. Die barocke Ausstattung der Saalkirche aus der Zeit um 1700 mit Altären, Kanzel, Taufbecken, Patronatsloge und Deckenfresken ist erhalten.

Anstelle einer mittelalterlichen Residenz und teilweise unter Verwendung der Mauern ließ Georg von Proskau ab 1563 ein neues Schloss in den Formen der Spätrenaissance errichten. Nach Zerstörungen im Dreißigjährigen Krieg erfolgte unter Georg Christoph II. von Proskau 1677-1683 der Wiederaufbau nach dem Entwurf von Giovanni Seregno; dabei entstanden unter anderem die beiden Fassadentürme. Die aufgrund der Funktionsänderung im 19. Jahrhundert stark veränderte vierflügelige Anlage mit mächtigen Eckrisaliten umschließt einen Innenhof, der ursprünglich Arkaden besaß. Das Eingangsportal mit Quaderrahmen trägt über Doppelpilastern einen Segmentgiebel mit der Stiftertafel Georgs von Proskau (1563); darüber befinden sich zwei Kartuschen mit dem Wappen von Proskau (1677). An den beiden rückseitigen Risaliten wurden 1934 figurale und geometrische Sgraffitto-Dekorationen des Renaissancebaus freigelegt, die unter anderem Schlachten- und mythologische Szenen zeigen. Im Inneren sind mehrere Räume mit ihrer Ausstattung aus dem späten 17. Jahrhundert erhalten; besonders prachtvoll sind das Oratorium und der sogenannte Rittersaal. Zum Teil auf den ehemaligen Bastionen aus dem 17. Jahrhundert wurde um 1800 ein Landschaftspark angelegt.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Erhard Heinrich, Andrzej Pawełczyk: Proskau. Eine Geschichte im Überblick. Prószków 2000.
- Beata Lejman: Prószków/Proskau. In: Ernst Badstübner, Dietmar Popp, Andrzej Tomaszewski, Dethard von Winterfeld (Hg.), Sławomir Brzezicki, Christine Nielsen (Bearb.): Dehio-Handbuch der Kunstdenkmäler in Polen. Schlesien. München u. a. 2005, S. 765-768.
- Zenobiusz Mierzejewski: Park arboretum w Prószkowie [Das Aboretum in Prószków]. Opole 2001.
- Stiftung Haus Oberschlesien (Hg.): Glanzpunkte schlesischer Keramik: Fayencen aus Proskau und Glinitz in Museen und Sammlungen. Katalog zu Beständen in Museen und Privatsammlungen sowie zu Angeboten des Kunsthandels. Ratingen-Hösel 2007 (Digitale Quellen zur schlesischen Kulturgeschichte 4).
- Grzegorz Szołtysik: Studium zasobów przyrodniczych, krajobrazowych, i kulturowych zespołu parkowo-zabytkowego w Pomologii w gminie Prószków wraz z przyległymi gruntami, Rada Programowa ds Ochrony Zasobów Przyrodniczych i Kulturowych Gminy Prószków Stowarzyszenia „Zielona Ziemia“ [Studium der biologischen, landschaftlichen und kulturellen Ressourcen der Denkmal- und Parkanlage in Pomologia in der Gemeinde Prószków und anliegender Gebiete, Programmrat zum Schutz der biologischen und kulturellen Ressourcen der Gemeinde Prószków der Gesellschaft „Zielona Ziemia/Grüne Erde“]. Prószków 2007.
- Hugo Weczerka: Proskau (Prószków, Kr. Oppeln). In: Ders. (Hg.): Handbuch der historischen Stätten. Schlesien. Stuttgart 1977, S. 420f.

Weblink

- http://www.proszkow.pl (offizielle Webseite der Stadt)
- http://www.herder-institut.de/bildkatalog/index/index?searchfield_parameter=proskau&newperspective=thumbnails (Abbildungen zu Proskau/Prószków im Bildarchiv des Herder-Instituts, Marburg)

Anmerkungen

[1] Stanisława Sochacka: Słownik etymologiczny nazw geograficznych Śląska [Etymologisches Wörterbuch der geographischen Namen Schlesiens] Bd. 11, Opole 2004, S. 17, 20.

[2] Józef Lompa: Krótki rys jeografii Szląska dla nauki początkowej [Kurzer Aufriss der Geographie Schlesiens für die ersten Schuljahre]. Głogówek 1847, S. 28.

[3] Erwähnt u. a. von Johannes Sinapius: Des Schlesischen Adels anderer Theil oder Fortsetzung Schlesischer Curiositäten. Leipzig 1728, S. 181, ohne Quellenangabe.

[4] Laut bischöflichen Visitationen in der Gemeinde Proskau in den Jahren 1687/88, 1697 und 1713 wurden dort Prädigten in beiden Sprachen abgehalten. Heinrich, Pawełczyk: Proskau, S. 27.

[5] Alle Angaben zu Bevölkerungszahlen nach Heinrich, Pawełczyk: Proskau, S. 28.

[6] stat.gov.pl (Abruf 11.09.2014).

[7] Heinrich, Pawełczyk: Proskau, S. 27.

[8] Heinrich, Pawełczyk: Proskau, S. 40.

Zitation

Beata Lejman, Tomasz Torbus: Proskau/Prószków. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32276 (Stand 03.12.2014).

Prószków → Proskau/Prószków

Siehe Proskau/Prószków

Przemyśl (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Příbram (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Pukanec → Pukantz/Pukanec/Bakabánya

Siehe Pukantz/Pukanec/Bakabánya

Pukantz/Pukanec/Bakabánya

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Pukanz, bis ins 20. Jahrhundert auch Pukkanz

Amtliche Bezeichnung

slowak. Pukanec

Anderssprachige Bezeichnungen

ung. Bakabánya; lat. Terra Banensium

Etymologie

1075 wird der Ort erstmals als "Villa Baka" erwähnt. Der Ort gehörte der Familie Baka (= Infanterist) aus dem Geschlecht Hont-Pázmány. Im Slowakischen wird der Name mit "Bukan" oder "Pukan" transkribiert (ein Pukanec wiederum ist ein Angehöriger des Adelsgeschlechts Baka).

Ab 1290 setzt sich die bis heute für Pukanz gebräuchliche ungarische Bezeichnung *Bakabánya* (*bánya* = Mine) durch. Über die Jahrhunderte sind zahlreiche weitere Bezeichnungen belegt, darunter Nemeth Baka (1310), Backabanya (1321), Pukano (1331), Bakamya (1352), Pwkancz (1492), Bwka Banya (1496), Nemetbacka oder Backabanya (1512) sowie Pukanecz (1773) u. a.

2. Geographie

Lage

48° 21′ nördlicher Breite, 18° 43′ östlicher Länge, 354 m über NHN.

Topographie

Pukanz liegt am Fuße der Schemnitzer Berge, die zu den Westkarpaten gehören und einen Teil des Slowakischen Mittelgebirges bilden.

Region

Poiplie, ein Gebiet entlang des slowakisch-ungarischen Grenzflusses Eipel (slowak. Ipeľ, ung. Ipoly); historische Landschaft Hont (slowak. Hont, ung. Hont[h]).

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Slowakei. Pukanz ist eine Gemeinde im Kreis Lewenz (slowak. Levice, ung. Léva). Auf regionaler Ebene gehört es zum Verwaltungsbezirk Neutra (slowak. Nitra, ung. Nyitra).

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Das im Grundton Blau gehaltene Stadtwappen zeigt zwei silberne gekreuzte Bergmannsschlägel, die mit goldenen Handgriffen versehen sind. Sie sind unter einer silbernen Mitra angeordnet, die ebenfalls Goldverzierungen aufweist. Mit den Werkzeugen ist der Bezug

zur einst bedeutenden Bergwerksstadt hergestellt, mit der Mitra wird auf die einst herausragende Stellung der katholischen Nikolauskirche in Pukanz verwiesen. Die Anordnung der Wappenelemente weist auf die tiefe Religiosität der Bergleute hin.

Mittelalter

1323 wurde Pukanz durch den ungarischen König Karl I. Robert das Stadtrecht verliehen, 1345 wurde der Ort zur Königlichen Freistadt erhoben. Der Bergbau konzentrierte sich auf den Abbau von Gold und Silber in der Stadt und dem näheren Umland.

Anfang des 14. Jahrhunderts trafen die ersten deutschen Siedler in der Region ein. Die seit 1310 belegte Ortsbezeichnung *Nemethbaka* (= Deutschen-Baka) für Pukanz ist ein wichtiges Indiz dafür, dass Deutsche dort stark vertreten waren. Ihre Blütezeit erlebte die Stadt im 15. Jahrhundert.

Pukanz gehörte zusammen mit Königsberg/Nová Baňa, Schemnitz/Banská Štiavnica,Neusohl/Banská Bystrica, Kremnitz/Kremnica, Libethen/Ľubietová und Dilln/Banská Belá zum Bund der sieben freien Bergstädte im damaligen Oberungarn. Zwischen 1424 und 1548 gehörte der Ort, wie weitere Bergstädte, zur Apanage der ungarischen Königinnen.

Neuzeit

1548 erhielt Pukanz durch Ferdinand I. zahlreiche Privilegien, darunter das Recht auf eigene Halsgerichtsbarkeit. Ab 1564 war die Stadt ständig dem Ansturm der Osmanen ausgesetzt, fiel aber erst 1640 in deren Hände. Im Jahre 1664 steckten die Osmanen Pukanz in Brand. Dabei wurde die Stadt fast völlig zerstört. 1876 wurde Pukanz von einer Königlichen Freistadt zum Dorf herabgestuft.

Verwaltung

Pukanz hat ein Gemeindeamt mit Bürgermeister sowie eine Gemeindevertretung.

Bevölkerung

1880 hatte Pukanz insgesamt 3.222 Einwohner, 1930 waren es 3.037, 2001 noch 2.155 und am 31. Dezember 2011 1.984. Ende des 19. Jahrhunderts spielte die deutschstämmige Bevölkerung in Pukanz kaum noch eine Rolle. Zwischen 1880 und 1910 sank ihr Anteil an der Bevölkerung von 0,5 auf 0,1 %. Bis zur Volkszählung 2001 blieb dieser Prozentsatz konstant. Den größten Anteil an der Bevölkerung haben seit Ende des 19. Jahrhunderts Slowaken. Seither stellen sie im Schnitt 95 % der Einwohner von Pukanz, nur im Jahr 1900 sank ihr Anteil an der Bevölkerung kurzfristig auf 88,8 %.[1]

Wirtschaft

Im 18. und 19. Jahrhundert kam es zum Niedergang des Bergbaus. 1774 war nur noch eine Goldmine in Betrieb. Seit 1823 wurde der Bergbau in Pukanz industriell betrieben. Für das Jahr 1842 findet sich letztmals eine Eintragung über die Schließung einer Mine; 1891 wurde der Bergbau in Pukanz endgültig eingestellt. Heute ist die Herstellung von Keramik neben der Versorgung von Tagestouristen die wichtigste Einnahmequelle des Ortes.

Religions- und Kirchengeschichte

1433 stießen die Hussiten nach Pukanz vor. Die ungarische Königin Maria (1505–1558), zu deren Apanage Pukanz gehörte, war dem Humanismus gegenüber sehr aufgeschlossen und duldete die Verbreitung der Reformation in den Bergstädten. 1559 arbeitete der

Schemnitzer Pfarrer Ulrich Kammerherr auf Grundlage des Augsburger Bekenntnisses für den Bund der sieben freien Bergstädte die *Confessio Heptapolitana* aus. Diese wurde durch Kaiser Ferdinand I. und den Erzbischof von Gran/Esztergom Miklós Oláh bestätigt. Péter Pázmány 1616 Erzbischof von Gran wurde, drängte allerdings die Reformation auch in den Bergstädten systematisch zurück. Die Bevölkerung von Pukanz ist seither überwiegend katholisch. Bei der Volkszählung 2001 bekannten sich 63,1 % der Einwohner zum römisch-katholischen und 20,1 % zum protestantischen Glauben. 14,2 % gaben kein religiöses Bekenntnis an.[2]

Besondere kulturelle Institutionen

Wichtigste kulturelle Einrichtung von Pukanz ist das 2007 eröffnete Töpfereimuseum Ján Frank. Besucher können sich über Geschichte und Gegenwart der Keramik in Pukanz und Umgebung informieren.

Kunstgeschichte

Pukanz ist v. a. für die ab 1506 errichtete römisch-katholische Kirche des hl. Nikolaus bekannt. Sie zählt zu den wenigen Kirchen im Süden der heutigen Slowakei mit nahezu vollständig erhaltener gotischer Ausstattung, darunter fünf Altäre, z. B. der Altar des Salvator aus dem Jahre 1488 von Meister Paul von Leutschau. Dieser betätigte sich jahrelang in den Kirchen der sieben Bergstädte, bevor er in Leutschau/Levoča seine berühmte Werkstatt einrichtete. Anfang der 1940er Jahre wurde die Kirche grundlegend restauriert.

Sehenswert sind auch die Überreste einer Burg aus dem 16. Jahrhundert, die evangelische Kirche aus dem Jahre 1935 und ein 2005 eröffneter Lehrpfad zum historischen Bergbau.

Literatur

Der evangelische Kirchengelehrte Georg Petermann (1710–1792) wurde in Pukanz geboren. Aus Pukanz stammte auch der slowakische Pädagoge Ľudovít Bakoš (1919–1974).

Gedächtnis- und Erinnerungskultur

Die Erinnerung an die glorreichen Zeiten des Bergbaus in Pukanz wird v. a. in Ungarn wachgehalten. Da der Ort nahe der slowakisch-ungarischen Grenze liegt, zählen Tagesausflüge zur Kirche des hl. Nikolaus seit einigen Jahren zum Pflichtprogramm vieler Schulen in Nordungarn. Literatur zur Entwicklung von Pukanz über die Jahrhunderte gibt es vor allem in ungarischer Sprache.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Gábor Máté: Az alsó-magyarországi bányavárosok etnikai képének történeti és földrajzi vizsgálata [Historische und volkskundliche Untersuchung über das ethnische Bild der niederungarischen Bergstädte]. In: Földrajzi Értesítő 2007 (56), S. 181-204.
- Jörg Meier, Ilpo Tapani Piirainen, Klaus-Peter Wegera (Hg.): Deutschsprachige Handschriften in slowakischen Archiven. Vom Mittelalter bis zur Frühen Neuzeit. Bd. 2: Mittelslowakei. Bearb. von Mikuláš Čelko. Berlin u. a. 2009. (Online: http://books.google.de/books?id=5s54HNGFMSQC&pg=RA1-PA592&lpg=RA1-PA592&dq=Pukantz&source=bl&ots=T42Gx64n4x&sig=PSdK9WId3oQWMRt0KVhhR0_Pppk&hl=en&sa=X&ei=UhDnULHCKuGK4ATTg4HgBw&ved=0CFYQ6AEwBw#v=onepage&q=Pukantz&f=false, Zugriff 11.02.2013).

- Günther Freiherr von Probszt: Die niederungarischen Bergstädte. Ihre Entwicklung und wirtschaftliche Bedeutung bis zum Übergang an das Haus Habsburg (1546). München 1966.

Quellen

- Johann David: Continuatio Corporis Juris Et Systematis Rerum Metallicarum. Oder Vermehrung deß Neü-verfasten Berg-Buchs, Mit der Berg-Ordnung Der Cron Ungarn, Und denen Erleütterungen zweyer Alten Berg-Ordnungen der sieben freyen Königlichen Berg-Städte, I. Cremnitz, und Königsberg, II. Schemnitz, Neusohl, Buggantz, Dülln, und Libeten: Nebst einer Vorrede, von der Nutzbarkeit der Bergwercke, auch was für Mittel solche zu erheben und in guten Stand zu bringen seyn. Frankfurt/M. 1703.
- Caspar Stainhofer: Perckhordnung der Freyen Künigklichen Perckhstätt in der Cron Hungern, Als Crembnitz, Schembnitz, Neuensoll, Buggans, Künigsperg, Düllen vnnd Libeten: sambt andern vmbligenden, vnd gedachter Cron Hungern eingeleibten, Gold, Silber, Kupffer vnd anderer Metall Perckwerchen. Wien 1571.

Weblinks

- http://www.e-obce.sk/obec/pukanec/2-historia.html (mehrsprachige Seite zu historischen Bezeichnungen für Pukanz)
- http://www.1000ev.hu/index.php?a=3&param=5733 (Seite über die Gesetzgebung zur Herabstufung Pukanz von der Königlichen Freistadt zum Dorf in ungarischer Sprache)
- http://www.pukanec.sk/kostol-svateho-mikulasa.phtml?id3=73987 (Seite über die Kirche des hl. Nikolaus in Pukanz mit Bildmaterial in slowakischer Sprache)
- http://www.landesmuseum.at/pdf_frei_remote/JbGeolReichsanst_016_0355-0417.pdf (Bericht über "Das südwestliche Ende des Schemnitz-Kremnitzer Tachytstockes" von Ferdinand Freiherr von Andrian)

Anmerkungen

[1] Vgl. hierzu die umfangreichen Tabellen bei Gábor Máté: Az alsó-magyarországi bányavárosok etnikai képének történeti és földrajzi vizsgálata [Historische und volkskundliche Untersuchung über das ethnische Bild der niederungarischen Bergstädte] In: Földrajzi Értesítő 2007 (56), S. 181 ff., insbesondere S. 193 u. 197.

[2] Štatistický úrad Slovenskej republiky (Statistisches Amt der Slowakischen Republik), sodb.infostat.sk/sodb/sk-text/2001/data118.aspx.

Zitation

Karin Rogalska: Pukanz/Pukanec. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2013. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54381.html (Stand 11.02.2013).

R

Raab/Győr

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Raab

Amtliche Bezeichnung

ung. Győr

Anderssprachige Bezeichnungen

lat., in römischer Zeit: Arrabona, seit dem Mittelalter: Iaurinum; slowak. Ráb

2. Geographie

Lage

Raab liegt auf 47° 41' nördlicher Breite, 17° 38' östlicher Länge, 120 km von Budapest und Wien, 80 km von Pressburg/Bratislava entfernt.

Topographie

Ortschaft an der Mündung der Raab (*Rába*) und der Rabnitz (*Rábca*) in die Kleine Donau (*Mosoni Duna*) im Osten der Kleinen Ungarischen Tiefebene (*Kisalföld*).

Region

West-Transdanubien (*Nyugat-Dunántúl*)

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Ungarn. Raab ist Sitz des Komitats Raab-Wieselburg-Ödenburg (*Győr-Moson-Sopron Megye*), Zentrum des Kleingebiets Győr und Sitz des römisch-katholischen Bistums Raab/Győr.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Im rechten, blauen Feld des seitlich gebogenen Scheibenschildes ist der hl. Erzmärtyrer Stephan, der Patron der Stadt, zu sehen. In der Rechten hält er einen Stein (Hinweis auf seine Steinigung), in der Linken einen Palmenzweig (Symbol des Martyriums). In der oberen Hälfte des zweigeteilten linken Schildbereichs befindet sich auf blauem Grund eine steinerne Burg mit Turm und offenem Tor; im unteren Feld sind auf rotem Grund drei silberne Wellen dargestellt, welche die Flüsse der Stadt symbolisieren.

Beinamen

Wegen seiner drei Flüsse wird Raab "Stadt der Flüsse" genannt.

Archäologische Bedeutung

In römischer Zeit standen hier ein Militärlager am Donau-Limes und die blühende Stadt Arrabona (daher die deutsche Bezeichnung von Stadt und Fluss Raab). Später wurde die Ortschaft u. a. von Hunnen, Awaren und Franken besiedelt.

Mittelalter

Zur Zeit der ungarischen Landnahme ließ sich auf diesem Gebiet der Stamm der Arpaden nieder. König Stephan I. (der Heilige) gründete hier Anfang des zweiten Jahrtausends ein Bistum und eine Burggrafschaft, die später zum Sitz des Komitats Győr wurde. Aufgrund seiner verkehrsgünstigen Lage war der Ort bereits früh ein bedeutendes Handelszentrum, im 14. Jahrhundert dann auch Grenzposten und Kalisalzlager. Die Raaber Burg und ihre Verteidiger spielten eine wichtige Rolle in den Kämpfen gegen den böhmischen König Ottokar II. Přemysl (1253–1278). 1271 erhielt die Siedlung von König Stephan V. eine Privilegierung nach deutschem Recht. Es entstand eine Stadt mit regelmäßigem Grundriss.

Neuzeit

Nach der Schlacht bei Mohács (1526) spielte Raab eine Schlüsselrolle in der Türkenabwehr; die Festung war ein wichtiges Glied der Grenzburgenkette und Sitz des Raaber Präsidiums. 1594 öffnete der Burghauptmann den Osmanen die Festungstore; vier Jahre später konnten die Habsburger unter Adolf von Schwarzenberg die Festung zurückerobern. König Matthias II. (1608–1619) ernannte Raab zur privilegierten Minderstadt, die Bewohner wurden von Steuerzahlungen befreit. Maria Theresia (1740–1780) erhob die Stadt 1743 zur königlichen Freistadt.

Nach der sog. Raaber Schlacht unweit der Stadt kam Raab für einige Monate unter französische Herrschaft. In der Ungarischen Revolution 1848/49 besetzte General Haynau die Stadt (1849), die anschließend von ungarischen Truppen belagert wurde. Dadurch verlangsamte sich die Stadtentwicklung für etwa anderthalb Jahrzehnte. Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts erlebte die Stadt wieder einen Aufschwung mit spürbarer industrieller Entwicklung; Raab wurde bis Ende des Jahrhunderts zu der nach der Hauptstadt am stärksten industrialisierten Stadt Ungarns.

Zeitgeschichte

Während des Zweiten Weltkrieges wurde Raab stark beschädigt, sodass die Sanierungsarbeiten bis Anfang der 1950er Jahre dauerten. Im Frühjahr 1945 wurde die Stadt von der Roten Armee besetzt. Damals verlor der "Frauenverteidiger" Bischof Vilmos Apor (1941–1945) als Märtyrer sein Leben, er wurde 1997 von Papst Johannes Paul II. seliggesprochen. Im ungarischen Volksaufstand 1956 spielte Raab eine bedeutende Rolle. Die Stadt kam ab den 1960er Jahren wieder in Schwung und ist heute ein wichtiges wirtschaftliches und kulturelles Zentrum Nordungarns.

Verwaltung

Selbstverwaltung der Stadt Raab mit Komitatsrecht (*Győr Megyei Jogú Város Önkormányzata*). Minderheiten-Selbstverwaltungen der Deutschen, Kroaten, Sinti und Roma, Polen, Rumänen und Armenier.

Bevölkerung

1785 zählte die Stadt 13.421 Einwohner, 1840 waren es 18.000 (davon 4 % Deutsche), 1880: 20.981 (davon 6,77 % Deutsche), 1910: 42.589 (davon 2,63 % Deutsche und 1,31 % Slowaken).[1] 2009 betrug die Bevölkerungszahl 130.476. Ethnische Zusammensetzung (2001): Ungarn 95 %, Deutsche 0,8 %, Sinti und Roma 0,6 %, Kroaten 0,2 %.

Wirtschaft

Wegen ihrer günstigen geographischen Lage ist Raab ein attraktiver Standort für ausländische Unternehmen. Mehrere internationale Unternehmen - z. B. Audi und Philips - bauten hier ihre ostmitteleuropäischen Filialen. Ein traditionelles ungarisches Unternehmen ist der 1896 gegründete Nutzfahrzeughersteller Raba (heute *Rába Járműipari Holding Nyrt*).

Religions- und Kirchengeschichte

Die ab 1598 betriebene Gegenreformation führte dazu, dass die Mehrheit der Bevölkerung römisch-katholisch ist. Konfessionelle Zugehörigkeit der Bewohner: 1840: 70,8 % katholisch, 25,5 % lutherisch, 3,2 % helvetisch-reformiert; 1880: 69,1 % katholisch, 14,8 % lutherisch, 4,6 % helvetisch-reformiert, 11,1 % mosaisch; 1910: 71,6 % katholisch, 10,2 % lutherisch, 5,0 % helvetisch-reformiert, 12,6 % mosaisch;[2] 2001: 66,5 % katholisch, 6,1 % lutherisch, 5,1 % helvetisch-reformiert, 0,4 % griechisch-katholisch; 10,4 % gehörten keiner Konfession oder Kirche an; die Konfession von 10,6 % der Bewohner war unbekannt.[3]

Besondere kulturelle Institutionen

Nationaltheater Raab (*Győri Nemzeti Színház*), Ballett Raab (*Győri Balett*), Xántus-János-Museum (*Xántus János Múzeum*), Stadtbibliothek (*Városi Könyvtár*). Im 18. und 19. Jahrhundert war in Raab ein deutsches Theater in Betrieb.

Bildung und Wissenschaft

In Raab sind das Czuczor-Gergely-Bencés-Gymnasium (*Czuczor Gergely Bencés Gimnázium*) mit Kolleg, das Katholische Schulzentrum Vilmos Apor, die zweisprachige Baross-Gábor-Schule für Wirtschaftliche Berufsbildung (*Baross Gábor Közgazdasági és Két Tanítási Nyelvű Szakközépiskola*), die Universität Szent István (*Szent István Egyetem*), die Westungarische Apáczai-Csere-János-Universität (*Nyugat-Magyarországi Egyetem Apáczai Csere János Kar*) und die Theologische Hauptschule Raab (*Győri Hittudományi Főiskola*) angesiedelt. Zudem sind das Komitatsarchiv Győr-Moson-Sopron, das Stadtarchiv Raab, das Raaber Diözesanarchiv sowie die Schatzkammer und die Bibliothek der Raaber Diözese in der Stadt ansässig.

Kunstgeschichte

Das im 17. und 18. Jahrhundert im barocken Stil umgestaltete Stadtzentrum ist bis heute erhalten. Zu den bedeutenden historischen Gebäuden zählen die Kathedrale, das Schloss Zichy und das alte Rathaus. In der Kathedrale wird eine aus dem Mittelalter stammende Herme des hl. Ladislaus aufbewahrt.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- József Bana, Gyula Morvai: Győr története a kezdetektől napjainkig [Geschichte Raabs von den Anfängen bis heute]. Győr 1997.
- Lajos Boros: A győri székesegyház [Die Kathedrale von Raab]. Budapest 1985.
- József Búzás: Kanonische Visitationen der Diözese Raab aus dem 17. Jahrhundert. 4 Bde. Eisenstadt 1966–1969 (Burgenländische Forschungen 52-55).
- Tamás Czvikovszky: A város háza. A győri városháza története és bemutatása [Das Haus der Stadt. Geschichte des Raaber Rathauses und Führer durch dieses]. Győr 2009.

- Tamás Kiss (Hg.): A Győri Egyházmegye ezer éve [1000 Jahre Diözese Raab]. [Győr] 2000.
- Raimund Temel: Die Diözesanbischöfe von Raab/Györ, Steinamanger/Szombathely und Eisenstadt. Ein biographisches Nachschlagewerk. Eisenstadt 2008.

Jahrbücher, Zeitschriften

- Arrabona. Múzeumi közlemények [Jahrbuch des Xántus-János-Museums] (1959ff.)
- Győri Tanulmányok [Raaber Studien] (1973ff.)

Weblinks

- www.gyor.hu (Webpräsenz der Stadt Raab)
- www.gyor.egyhazmegye.hu (Diözese Raab)
- www.vleveltar.gyor.hu (Stadtarchiv Raab)

Anmerkungen

[1] Ernő Deák: Königliche Freistädte - Munizipalstädte. Das Städtewesen der Länder der ungarischen Krone (1780–1918). Teil 2: Ausgewählte Materialien zum Städtewesen A. Wien 1989 (Österreichische Akademie der Wissenschaften. Veröffentlichungen der Kommission für Wirtschafts-, Sozial- und Städtegeschichte 4), S. 37.

[2] Deák: Königliche Freistädte, S. 38.

[3] Zsuzsanna Józsa (Hg.): A Magyar Köztársaság helységnévtára 2003 [Das Ortsverzeichnis der Republik Ungarn 2003]. Budapest 2003, S. 386.

Zitation

Tamás Fedeles: Raab/Győr. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/57056.html (Stand 04.09.2012).

Raby/Rabí (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Radautz/Rădăuţi (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Rastenburg/Kętrzyn

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Rastenburg

Amtliche Bezeichnung

poln. Kętrzyn

Anderssprachige Bezeichnungen

lit. Kentšynas (Raistpilis); russ. Kentšin

Etymologie



Denkmal für Wojciech Kętrzyński. [Foto: Jens Stüben 2013].

Der alte Name der Stadt soll von dem prußischen Wort „Rast“ (Pfahl) abgeleitet sein, während er in einer Chronik von 1726 volksetymologisch auf die Absicht der Stadtgründer, in Rastenburg „zu rasten und zu ruhen“, zurückgeführt wird.[1] Der polnische Name lautete Rastembork. Der seit 1946 amtliche polnische Name Kętrzyn geht zurück auf den im benachbarten Lötzen als Adalbert von Winkler geborenen polnischen Historiker Wojciech Kętrzyński (1838-1918), der sich für das Polentum in Masuren einsetzte.

2. Geographie

Lage

Rastenburg liegt auf 54º 5' nördlicher Breite, 21º 23' östlicher Länge, 87 Kilometer südöstlich von Königsberg/Kaliningrad, 65 Kilometer nordöstlich von Allenstein/Olsztyn.

Topographie

Die Stadt liegt zwischen dem Fluss Guber (*Guber*), einem Nebenfluss der Alle (*Łyna*), und dem (vom Deutschen Orden angelegten) Oberteich (*Jezioro miejskie*).

Region

Masuren (*Mazury*), früher: Barten (Bartener Land).

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Polen. Gemeinde und Sitz des gleichnamigen Kreises (*powiat*) in der Woiwodschaft Ermland und Masuren (*Województwo Warmińsko-Mazurskie*). 1818-1945 existierte ein Kreis Rastenburg im Regierungsbezirk Königsberg in der Provinz Ostpreußen (1829-1878: Provinz Preußen).

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Das Wappen zeigt auf grünem Hügel in Weiß drei grüne Fichten sowie hinter dem mittleren und vor den beiden seitlichen Fichtenstämmen einen schreitenden Braunbären (bis zum 17. Jh. einen Eber). Das Wappen soll an die Lage der Stadt am Rande des das damalige Ordensland begrenzenden Waldgebietes, der Großen Wildnis, erinnern.

Mittelalter



Postkarte (vor 1944): Stadtansicht Rastenburg mit der St.-Georgs-Kirche. [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 143660].



Postkarte (vor 1945): Die Ordensburg Rastenburg. [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 143672].

In der Nähe einer Siedlung der unterworfenen prußischen Barten, angeblich Rast geheißen, errichtete der Deutsche Orden um 1329 eine hölzerne Burg mit Erdwall und Palisaden. Die Festung und die gleichzeitig gegründete Siedlung wurden 1345 und 1347 durch Litauer unter den Großfürsten Algirdas (1296-1377) und Kęstutis (um 1297-1382) erobert und zerstört, jedoch sofort an neuer Stelle in Stein wiedererrichtet. Eine Wehrmauer wurde gezogen, deren südwestliche Ecke die St.-Georgs-Kirche mit einer von insgesamt 13 Basteien bildete. 1357 erhielt die Ortschaft „Rastinburc“ durch den Komtur zu Balga eine Handfeste als Stadt nach kulmischem Recht, die 1378 durch den Ordenshochmeister bestätigt wurde. Im 15. Jahrhundert wurde östlich angrenzend eine kleine Neustadt angelegt; außerhalb der Stadtmauer lag an der Stelle der ersten Siedlung ein Kirchdorf, die spätere Bauernvorstadt. Die Ordensburg war bis 1417 dem Komtur zu Balga, bis 1422 dem Komtur zu

Rhein/Ryn unterstellt. Danach war der Pfleger zu Rastenburg, Kommandant der Burg und Verwaltungsbeamter, direkt dem Hochmeister untergeben. Nach dem Ende der Ordensherrschaft war die Burg Sitz eines Amtshauptmanns.

Rastenburg war Mitglied des 1440 geschlossenen „Preußischen Bundes“. Die Bürger der Stadt überfielen zu Beginn des Dreizehnjährigen Krieges 1454 die Burg, ertränkten den Pfleger und huldigten dem König von Polen, mussten sich aber 1461 dem Ordenshochmeister ergeben. Rastenburg gehörte weiterhin zum Ordensland, nach dessen Säkularisierung 1525 zum Herzogtum Preußen.

Neuzeit

Das Jahrhundert von 1525 bis 1625 war für Rastenburg eine gute Zeit; es galt als drittreichste Stadt im östlichen Preußen nach Königsberg und Memel/Klaipėda. Mehreren Pest- oder Choleraepidemien, besonders in den Jahren 1625 und 1658, erlagen viele Rastenburger, darunter fast alle Schüler. 1560, 1674, 1761 und 1821 erlitt die

Stadt durch Brände große Zerstörungen. Während des Ersten und Zweiten Polnisch-Schwedischen Krieges im 17. Jahrhundert erlebte die Stadt Besetzungen durch polnische beziehungsweise schwedische Truppen. Während des Siebenjährigen Krieges, in den Jahren 1758-1762, besetzten russische Truppen Rastenburg. Durchziehende russische Soldaten sowie französische Truppen unter Napoleon (1769-1821) und Eugène de Beauharnais (1781-1824) plünderten die Stadt 1807 beziehungsweise 1807 und 1812.

Ab 1897 stand in Rastenburg die älteste brandenburgisch-preußische Garnison, das 1626 gegründete Grenadier-Regiment, das später „König Friedrich der Große“ genannt wurde. Am Anfang des Ersten Weltkriegs, Ende August 1914, besetzten russische Truppen kurzzeitig die Stadt und verschleppten Zivilpersonen.

Zeitgeschichte

1940/1941 wurde im Rastenburger Stadtwald nahe dem Gut Görlitz/Gierłoż, fünf Kilometer östlich der Stadt, das Führerhauptquartier „Wolfsschanze“ angelegt. Am 20. Juli 1944 wurde hier durch Claus Schenk Graf von Stauffenberg (1907-1944) der missglückte Anschlag auf Adolf Hitler (1889-1945) verübt. Anfang 1945 wurden die Altstadt, die Burg und Teile der Vorstadt von den sowjetischen Truppen völlig zerstört. Der Großteil der Rastenburger war geflüchtet, einige wurden ermordet oder nach Russland deportiert und die restliche deutsche Bevölkerung zwangsausgesiedelt. 1945-1949 kamen Menschen aus den ehemals östlichen Teilen Polens sowie – im Rahmen der „Aktion Weichsel“ (*akcja Wisła*), 1947 – zwangsausgesiedelte Ukrainer aus Südostpolen in die Stadt, die 1946 umbenannt wurde.[2]

Bevölkerung

Die Einwohnerzahl Rastenburgs betrug im Jahr 1809 2.267 Personen, 1825 3.500, 1865 5.500, 1885 7.200, 1900 11.144 (davon 1.826 Militärpersonen), 1939 19.650 Personen. Ende 2012 lebten in der Stadt 28.256 Menschen.

Die Bevölkerungszahl des Kreises Rastenburg im Jahr 1900 betrug 46.142 Personen; davon gaben als Muttersprache(n) an: 273 Polnisch, 187 Deutsch und Polnisch, 120 Deutsch und Masurisch, 63 Masurisch, 6 Litauisch.[3]

Wirtschaft

Bis ins frühe 19. Jahrhundert lebten in Rastenburg vorwiegend Handwerker, Kaufleute und Ackerbürger. 1843 entstand die Eisen- und Glockengießerei Gebr. Reschke. Von 1863 bis 1925 bestand die Maschinenfabrik von Rudolf Lentz, die zeitweise 350 Personen beschäftigte. Nach dem Anschluss an das Eisenbahnnetz 1867 (Strecke Königsberg–Prostken/Prostki) entstanden unter anderem die Rastenburger Zuckerfabrik AG, die Rastenburger Brauerei AG und die Hefefabrik von H. Wilcke. In Rastenburg arbeitete bis 1945 das drittgrößte Mühlenwerk Ostpreußens. Heute beherbergt die Stadt elektrotechnische (Philips), Bekleidungs- (Warmia), Polstermöbel- (MIT-Furninova), Nahrungsmittel- (Majonezy) und andere Industrie.

Religions- und Kirchengeschichte

Der Statthalter des Hochmeisters erklärte sich 1524 für die Reformation und entsandte einen evangelisch-lutherischen Prediger nach Rastenburg. 1531 fand in Rastenburg ein theologisches Kolloquium statt, das gegen die Lehren von aus Schlesien gekommenen Wiedertäufern und Schwenckfeldern gerichtet war. 1555 fügte sich Rastenburg einem Erlass des Herzogs Albrecht (1490-1568), in dem er die Annahme der vom Luthertum abweichenden Lehre des Königsberger Theologen Andreas Osiander (1498-1552) befahl.

1903 lebten in Rastenburg 10.167 Protestanten, 767 Katholiken, 64 Baptisten.[4] Evangelische Gottesdienste in polnischer Sprache fanden bis ins 19. Jahrhundert in der sogenannten Polnischen Kirche statt, die heute als St.-Johannes-Kirche der evangelisch-augsburgischen Gemeinde dient. Gotteshaus der Katholiken war die St.-Katharinen-Kirche. Seit 1946 ist auch die St.-Georgs-Kirche, seit 1999 Basilica minor, katholisch. Unter den weiteren Gotteshäusern ist die Kirche des hl. Basilius des Großen der unierten (ukrainischen griechisch-katholischen) Kirche zu nennen. 1871 waren 118 Rastenburger jüdischen Glaubens;1885 waren es 150, 1905 138, 1925 109.[5] Wie überall in Deutschland, wurden die Juden zur Zeit des Nationalsozialismus entrechtet, deportiert und ermordet.

Bildung, kulturelle Institutionen, Wissenschaft



Das Freimaurerlogenhaus. [Foto: Jens Stüben 2013].

Unter den Rastenburger Schulen ragt die 1546 gegründete, kirchlicher Aufsicht unterstellte Lateinschule, das spätere (ab 1896) Herzog-Albrecht-Gymnasium (heute: *Liceum Ogólnokształcące im. Wojciecha Kętrzyńskiego*), hervor, eines der ältesten Gymnasien Ostpreußens. Zu seinen Schülern zählten neben Wojciech Kętrzyński der Physiker und Nobelpreisträger Wilhelm Wien (1864-1928) und der Politologe Helmut Wagner. Für Mädchen

gab es die Hindenburg-Oberschule. Heute besitzt die Stadt zahlreiche Bildungseinrichtungen, darunter eine Außenstelle der Hochschule für Informatik und Wirtschaft Allenstein (*Wyższa Szkoła Informatyki i Ekonomii TWP w Olsztynie*).

In der Burg haben das Wojciech-Kętrzyński-Stadtmuseum (*Muzeum im. Wojciecha Kętrzyńskiego w Kętrzynie*) und die Wojciech-Kętrzyński-Stadtbibliothek (*Miejska Biblioteka Publiczna w Kętrzynie)* mit dem Arno-Holz-Lesesaal (*Czytelnia im. Arno Holza*) ihren Sitz. Das ehemalige Freimaurerlogenhaus dient als Deutsch-polnisches Arno-Holz-Kulturzentrum (*Polsko-Niemieckie Centrum kultury im. Arno Holza*). Alljährlich finden in der Burg, in der Reihe „Rastenburger Schlosstreffen“ (*Kętrzyńskie Spotkania Zamkowe*), Konzerte statt.

Kunstgeschichte



Die St.-Georgs-Kirche. [Foto: Jens Stüben 2013].

Die Ordensburg Rastenburg wurde um 1360-1370 in Stein (teilweise aus Feldsteinen) errichtet und im 16., 17. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts mehrmals umgebaut.

Um 1357-1370 entstand die zunächst einschiffige Pfarrkirche St. Georg. Sie wurde im 15. Jahrhundert zu einer dreischiffigen Hallenkirche ausgebaut. Als Wehrkirche erhielt sie einen 48 Meter hohen Wehrturm, der in die – 1350 begonnene, noch heute teilweise erhaltene – Stadtmauer integriert ist, und einen etwas später ergänzten, um 1485 aufgestockten Glockenturm. Das Langhaus wurde um einen 1515 fertiggestellten Chor verlängert. Die etwas früher angebaute St.-Jakob-Kapelle diente seit 1599 als Taufkapelle. Im Inneren bemerkenswert sind Kanzel (1594) und Orgel (1721).[6]



Der frühere Wilhelmsplatz, heute Plac marszałka Józefa Piłsudskiego, mit Blick auf die St.-Katharinen-Kirche (Foto 1915). [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 125499].

Die Kirche der Bauernvorstadt, St. Katharinen, galt als älter; sie wurde 1704 restauriert, verfiel dann aber und wurde 1820 abgebrochen. 1895/1896 wurde in der Nähe, der Königsberger Vorstadt, eine neue St.-Katharinen-Kirche als dreischiffige Hallenkirche im Stil der Neugotik gebaut. Um die Mitte des 16. Jahrhunderts wurde die St.-Georgs-Kapelle zu einer kleinen Kirche (Polnische Kirche) erweitert. 1694 entstand die Hospitalkirche zum Hl. Geist.



Das 1886 fertiggestellte Rathaus. [Foto: Jens Stüben 2013].

Die beiden Stadttore, Hohes und Mühlentor, wurden 1819 abgebrochen.

1860-1864 wurde das Freimaurerlogenhaus im Tudorstil erbaut. Nachdem das gotische Rathaus am Alten Markt 1783 abgerissen werden musste, wurde 1886 in der ehemaligen Bauernvorstadt ein neues Rathaus fertiggestellt, 1896 das Landratsamt, 1907 der Neubau des Herzog-Albrecht-Gymnasiums. Diese Bauten sind bis heute erhalten, ebenso einige Jugendstilbürgerhäuser.

Eine neue Synagoge wurde 1916 eingeweiht, sie wurde 1938 zerstört.

Literatur, Kunst, Musik, Presse



Gedenktafel für Arno Holz. [Foto: Jens Stüben 2013].

In Rastenburg geboren wurde der Dichter Arno Holz (1863-1929),[7] der seiner Geburtsstadt – ohne ihren Namen zu nennen – einige teils als Kindheitserinnerungen deklarierte Passagen in Gedichten und Erzählungen widmete.

Ferner stammen die Begründerin der Landfrauenbewegung und Sachbuchautorin Elisabet Böhm (1859-1943), der Jugend- und Sachbuchautor Werner Quednau (1913-2004), der Bildhauer Waldemar Grzimek (1918-1984) und der Dirigent Siegfried Tiefensee (1922-2009) aus Rastenburg.

Der Dichter Johannes Bobrowski (1917-1964) lebte als Schüler mehrere Jahre in Rastenburg. In der Nähe Rastenburgs geboren wurden die Schriftstellerin Adda von Königsegg (1872-1945) und der Schriftsteller Arno Surminski.

Jahrzehntelang war die 1831-1945 erscheinende *Rastenburger Zeitung* die einzige Zeitung im südöstlichen Ostpreußen. In der Paten- und Partnerstadt Wesel erscheint halbjährlich seit 1968, herausgegeben von der Kreisgemeinschaft Rastenburg, das Heimatblatt *Rund um die Rastenburg*.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- [Carl] Beckherrn: Rastenburg historisch-topographisch dargestellt. Rastenburg 1880.
- Wiesław Gogan: Rastembork/Kętrzyn w przeszłości. Dzieje miasta do 1945 roku. Rastenburg in der Vergangenheit. Geschichte der Stadt bis 1945. Hg. v. Kulturzentrum Ostpreußen, Ellingen. Ellingen 2013.
- Rudolf Grenz: Der Kreis Rastenburg. Ein ostpreußisches Dokumentarwerk. Marburg 1976.
- Tadeusz Korowaj: Rastenburg/Kętrzyn. Dzieje miasta [Rastenburg. Geschichte der Stadt]. Kętrzyn 2012.
- Zofia Licharewa: Kętrzyn. Z dziejów miasta i powiatu [Rastenburg. Aus der Geschichte der Stadt und des Kreises]. Olsztyn 1962.
- [Diethelm B.] Wulf, [Raimund] Tiesler: Das war unser Rastenburg/Ostpreußen. Bildhafte Erinnerungen an Stadt und Kreis. 2., korr. Aufl. Leer 1983, Neudruck 1996.

Weblinks

- http://www.ostpreussen.net/ostpreussen/orte.php?stadt=11 (Website mit Informationen zur Stadtgeschichte)
- http://www.miastoketrzyn.pl/ (offizielle Website der Stadt)
- http://www.it.ketrzyn.pl/ (touristische Website)
- http://www.herder-institut.de/bildkatalog/index/index?searchfield_parameter=rastenburg&newperspective=thumbnails (Abbildungen zu Rastenburg/Kętrzyn im Bildarchiv des Herder-Instituts, Marburg)

Anmerkungen

[1] Grenz: Kreis Rastenburg, S. 55.

[2] Vgl. Brigitte Jaeger-Dabek: Die Akcja Wisła – Zwangsumsiedlung der Ukrainer 1947. In: Ermland-Masuren-Journal, 31.1.2014. URL: http://ermland-masuren-journal.de/die-akcja-wisla-zwangsumsiedlung-der-ukrainer-1947/#prettyPhoto (Abruf 23.10.2014).

[3] Quellen: „Kętrzyn“: http://pl.wikipedia.org/wiki/K%C4%99trzyn#Demografia (Abruf 03.09.2014); Führer durch Rastenburg. Nebst Plan der Stadt und Ansichten. Rastenburg 1903, S. 5; Die Volkszählung am 1. Dezember 1900 im Deutschen Reich. Teil 2. Bearb. im Kaiserlichen Statistischen Amt. Berlin 1903 (Statistik des Deutschen Reichs 151), S. 394, 738.

[4] Führer durch Rastenburg (Anm. 3), S. 5.

[5] Grenz: Der Kreis Rastenburg, S. 241f.

[6] Vgl. Ernst Witt: Sankt Georg, die Wehrkirche zu Rastenburg. Berlin 1933 (Kunstwissenschaftliche Studien 14).

[7] Vgl. Charlotte Burba: Die königl.-preuß.-privil. Apotheke zum Schwarzen Adler am Alten Markt in Rastenburg. In: Rund um die Rastenburg, Bd. 4, Nr. 8 vom Juni 1990, S. 506-511; Jens Stüben: „… wie ich aus dem bittersten Nordnordosten“. Arno Holz und Ostpreußen. In: Krzysztof D. Szatrafski (Hg.): Arno Holz i jego dzieło. W 150. rocznicę urodzin poety. Materiały z sympozjum historyczno-literackiego Kętrzyn, 26-27 kwietnia 2013 r. = Arno Holz und sein Werk. Zum 150. Geburtstag des Dichters. Materialien zum historisch-literarischen Symposium Kętrzyn, 26.-27. April 2013. Kętrzyn 2013, S. 65-79.

Zitation

Jens Stüben: Rastenburg/Kętrzyn. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32530 (Stand 03.12.2014).

Rauden/Rudy (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Ráb → Raab/Győr

Siehe Raab/Győr

Regensburg (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Reichenberg/Liberec (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Reschitza/Reşiţa/Resicabánya

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Reschitza, auch Reschitz

Amtliche Bezeichnung

rum. Reşiţa

Anderssprachige Bezeichnungen

ung. Resicabánya oder Resica; serb. Rešica

Etymologie

Die im Banater Bergland häufigen Ortsnamenendungen „-itz“ und „-owa“ deuten auf eine slawische Landnahme hin. Der Name Reschitza geht auf ein vor 1769 bestehendes Dorf zurück. Talaufwärts wurden die „Eisenwerke Röschitz“ mit einer Siedlung gegründet, die Deutsch-Reschitza, später Montan-Reschitza genannt wurde.

2. Geographie

Lage

Reschitza liegt auf 45° 18’ nördlicher Breite, 21° 53’ östlicher Länge im Banater Bergland etwas abseits der alten Handelsstraßen zwischen dem Pannonischen Becken und dem unteren Donauraum, die entlang der Donau oder über die „porta orientalis“ führen.

Topographie

Reschitza befindet sich im engen oberen Abschnitt des Bersautales (*Bârzava*) unterhalb des höchsten Gipfels (Semenik, 1.455 m) des Banater Berglands. Diese „Wasserstube“ des Banats bot mit ihrem Holzreichtum und hohen Wasserkraftaufkommen ideale Bedingungen für die damalige Montanindustrie.

Region

Reschitza ist das Zentrum des Banater Berglands und der dortigen Montanindustrie.

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Reschitza gehört seit 1920 zu Rumänien und wurde 1968 zur Hauptstadt des Kreises Karasch-Severin (*Judeţ Caraş-Severin*) bestimmt, der Teil der „Entwicklungsregion V West“ ist.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik



Aktuelles Stadtwappen

Das Wappen Reschitzas wurde 1925 bei der Erhebung zur Stadt verliehen. Gekrönt von einer siebenzackigen Mauerkrone, weist der Schild vier Felder auf. Der obere Querbalken zeigt eine schwarze Dampflokomotive auf rotem Grund; sie symbolisiert die Blütezeit des Maschinenbaus und damit der Stadt. Darunter befinden sich zwei blaue Dreiecke. Im linken symbolisiert ein goldener Eichenzweig den Waldreichtum, im rechten eine goldene Leier das reiche Kulturleben. Sie trennt ein silberner Kegel, der für die Bodenschätze steht, mit einem roten Hochofen aus der Anfangszeit der Stadt.

Archäologische Bedeutung und Mittelalter

Auf dem Stadtgebiet gibt es wenige Fundstellen archäologischer Relikte ab der Jungsteinzeit. Bis 1769 existieren nur wenige schriftliche Zeugnisse.

Neuzeit



Das zentrale Schwerindustriegebiet Reschitzas (2003): Mitte rechts: Maschinenbauwerk; Mitte: Walzwerk; Mitte links: Hüttenwerk. [Foto: Hans-Heinrich Rieser].



Erste in Reschitza gebaute Dampflokomotive (1872) im Freilichtmuseum der Stadt (1999). [Foto: Hans-Heinrich Rieser].

Nach dem Verlust der schlesischen Eisenwerke im Ersten Schlesischen Krieg suchte der Wiener Hof Ersatz unter anderem im erzreichen Banater Bergland. Der Banater Bergrat Christoph Traugott Delius (1728-1779) schlug 1768 für neue Hochöfen den Standort Reschitza mit dessen reichen Vorräten an Holz und Wasserkraft vor, wo nach Genehmigung und Baubeginn (1769) die Hochöfen „Franziskus“ und „Josephus“ 1771 angeblasen wurden. Sie waren Grundlage eines bis in die 1980er Jahre stets aufstrebenden Konzerns der eisenschaffenden und eisenverarbeitenden Industrie, der die Grundlage für die parallele Entwicklung der Siedlung Reschitza zur Großstadt bildete.

Bis Anfang 1855 waren die „Reschitzer Werke“ Teil des k.k. Montanärars, des staatlichen Bergbau- und Schwerindustriebesitzes der Habsburgermonarchie. Parallel zu deren ständigem Ausbau wuchs die Siedlung durch den Zuzug von Fachkräften aus den habsburgischen Montangebieten, vor allem der Steiermark und der Slowakei, sowie durch rumänische Arbeitskräfte aus dem Umland. Dann verkaufte die Monarchie die Werke samt allen Hütten- und Bergwerken, großen Wald- und Landwirtschaftsflächen und vielen Siedlungen an die 1855 gegründete „K. K. Privilegierte Österreichische Staatseisenbahngesellschaft“ (StEG). Bis 1918 baute diese die Werke erheblich aus und modernisierte sie nach neuesten Standards. Sie bedienten vor allem den enormen Eisenbahnbedarf: Schienen, Räder, Radreifen und ab 1872 auch Dampflokomotiven.

Zeitgeschichte

Von 1867 bis zum Ende des Ersten Weltkriegs war das Banater Montanrevier in der habsburgischen Doppelmonarchie Teil des ungarischen Komitats Krassó. 1920 wurde es mit dem Vertrag von Trianon nach Rumänien eingegliedert und bildete bis in die 1960er Jahre dessen zweitwichtigstes Industriegebiet. Die Reschitzer Werke wurden am 10. Juni 1920 in die Gesellschaft „Uzinele de Fier și Domeniile Reșița” (U.D.R.) mit mehrheitlich rumänischem Kapital überführt. Die Umstellung auf ein neues Staatsregime, die Abkoppelung von mitteleuropäischen Märkten und Entwicklungen und die Wirtschaftskrise 1931/32 bremsten die Entwicklung der Werke und der Stadt; die Zahl der Beschäftigten schwankte zwischen 23.352 (1923) und 10.700 (1933). Erst die Rüstungs-, später die Kriegskonjunktur sorgten für einen neuen Aufschwung. Ab 1939 standen die Werke als Teil der „Hermann-Göring-Werke“ unter direktem Einfluss des ‚Dritten Reichs‘. Ende 1944 erhielt die rumänische Regierung wieder die Kontrolle über das Banater Bergland. Am 15.Januar 1945 begann die Deportation der Deutschen aus Rumänien in die Sowjetunion, die in erheblichem Maße auch Reschitza betraf. Allerdings retteten rumänische Vorgesetze viele Banater davor, indem sie zu unabkömmlichen Fachkräften für die Kriegsproduktion erklärt wurden.



Reschitza (1992): im Vordergrund das neue sozialistische Zentrum, dahinter die Schwerindustrie.
[Foto: Hans-Heinrich Rieser].

Im Zuge der Verstaatlichung der Industrien Rumäniens am 10./11. Juni 1948 wurden die Reschitzer Werke von den übrigen Werken, ihrem Grundbesitz und den Siedlungen getrennt. Als Schwerindustrieeinheiten wurden sie stark gefördert, ihre Kapazitäten und Mitarbeiterzahl erhöht. Damit wuchs die Stadt erheblich. In den 1960er Jahren entstand ein erstes Wohnblockviertel. Anfang der 1970er Jahre wurde hier eines der wenigen „sozialistischen Stadtzentren“ in Rumänien verwirklicht. Hierfür und für ein Warmwalzwerk wurden über 300 ältere Wohnhäuser abgebrochen. Als Ersatz baute man ein neues Stadtviertel mit 1.200 Blockwohnungen.

1989 war Reschitza mit 110.900 Einwohnern eine Großstadt; die Schwerindustriekombinate hatten knapp 30.000 Mitarbeiter. Nach dem Umbruch von 1989 verloren die Werke ihre politisch motivierte Förderung und erlebten einen dramatischen Niedergang. Die Stadt verlor fast ein Drittel ihrer Einwohner und stürzte aus einer bevorzugten Stellung in die Rolle eines Armenhauses der Region.

Verwaltung

Das Munizipium Reschitza wird von einem gewählten Stadtrat regiert und von einem direkt gewählten Bürgermeister repräsentiert und verwaltet.

Bevölkerung

1716/18 war das Banat stark entvölkert. Vor 1771 gab es ein rumänisches Dorf (1717: 250, 1771: 750 Einwohner).[1] Seit der Ansiedlung der „Eisenwerke Röschitz“ mit der Siedlung Deutsch-Reschitza stieg die Einwohnerzahl durch Zuzug von Arbeitern aus der Umgebung und von Facharbeitern aus den Habsburger Montanrevieren kontinuierlich. Schübe gab es vom Einstieg der StEG bis in die „Gründerzeit“ (von 2.772 [1848][2] auf 18.264 Einwohner [1910][3]) und durch die sozialistische Industrialisierung zwischen 1948 und 1990 (von etwa 25.000 auf 110.900 Einwohner). Eine kurze Stagnationsphase erlebte Reschitza nach dem Ersten Weltkrieg. Seit Beginn der 1990er Jahre sinkt die Einwohnerzahl parallel zum Niedergang der Werke rapide; 2011 betrug sie noch 73.282.

Entwicklung der Gesamtbevölkerung und der Zahl der Beschäftigten in den Montanwerken in Reschitza[4] Jahr	Gesamtbevölkerung	Beschäftigte Montanwerke
1871	6.302	3.081
1891	12.819	3.797

1930	25.307	6.445
1956	47.305	15.510
1966	63.3021	17.085
1970	67.980	23.610

Die beiden Teile Reschitzas blieben bis 1871 getrennt, aber auch danach dominierten Rumänen im kleineren alten Teil, während der neue vor allem Deutsche und Slowaken beherbergte. Die Anforderungen der Werke bestimmten auch die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung: Rumänen stellten die große Mehrheit des Banater Berglands. Sie besetzten vorwiegend die Wald-, Holz-, Köhler- und Transportgewerbe für die Montanindustrie, später auch Arbeitsplätze in Hütten- und Bergwerken. Deutsche wurden bis 1918 kontinuierlich als Fachkräfte angeworben, ebenso Slowaken. Ungarn kamen als Händler, später auch als Verwaltungs- und Fachkräfte. Viele Roma lebten von der Goldwäsche an den Flüssen oder widmeten sich der Blechbearbeitung.

In der Gesamtstadt behielten die Deutschen bis zum Zweiten Weltkrieg die relative Mehrheit. An zweiter Stelle kam die große, schnell wachsende Gruppe der Rumänen und danach die deutlich kleineren Gruppen der Ungarn, Slowaken und Roma. Nach dem Zweiten Weltkrieg schrumpfte die Zahl der Deutschen durch Kriegsteilnahme, Deportation und Abwanderung deutlich. Sie erholte sich aber durch Rückkehr und Zuzug wieder und blieb bis in die 1970er Jahre relativ stabil bei rund 10.000. Danach sank sie, gemessen an anderen deutschen Siedlungsgebieten in Rumänien, bis Mitte der 1990er Jahre relativ langsam ab. Erst als in den Werken kaum noch Arbeit zu finden war, erhöhte sich die Abwanderung auch hier.

Die Zahl der Rumänen nahm nach 1945 durch den Ausbau der Fabriken weiterhin schnell zu, sie stellen über 80 % der Bevölkerung. Die Zahl der Ungarn stagnierte in der Nachkriegszeit bei etwa 4.000 Personen, andere Minderheiten nahmen leicht ab, die Zahl der Roma erhöhte sich. Von der Bevölkerungsabnahme seit der Wende sind die Minderheiten stärker betroffen, sie nahmen alle deutlich, manche drastisch ab. Dennoch stellen sie seit 1992 rund 20% der Bevölkerung Reschitzas.

Entwicklung der Nationalitäten in Reschitza[5]							
Jahr	1891	1930	1956	1966	1977	1992	2011
Gesamtbevölkerung	12.819	25.307	47.305	63.302	84.786	96.918	73.282
Rumänen	2.582	10.023	31.355	46.496	67.388	83.307	59.832
Ungarn	868	2.217	3.637	4.145	4.522	4.048	1.553
Deutsche	7.425	11.488	9.716	10.354	9.650	5.322	1.255
Roma	-	463	540	284	1.007	1.944	1.043
Ukrainer	27	18	20	103	254	538	231
"Jugoslawen"[6]	32	82	319	603	985	1.240	636
Russen	-	45	57	37	50	22	7
Juden	-	301	166	82	91	36	23
Slowaken	931	450	362	244	157	169	59
Türken	-	1	4	5	3	2	7
Bulgaren	-	21	36	44	40	38	13
Tschechen	-	-	930	792	562	210	74

Griechen	-	3	3	6	7	4	3
Polen	-	42	64	50	35	9	4
andere Ethnien	954	112	81	53	35	29	55

Wirtschaft



Reschitza (1999): Blick durch die Arbeiterwohnstraße Strada Furnalelor (Hochöfenstraße) auf den noch bestehenden Hochofen. [Foto: Hans-HeinrichRieser].

Reschitza ist eine typische Montanstadt. Seine Entstehung und Entwicklung verdankt es der Eisenverhüttung mit ihrer umfangreichen Palette an vor- und nachgelagerten Zulieferund Verarbeitungsbetrieben. Bei der Montanwirtschaft erreichte Reschitza eine überragende Bedeutung für die Habsburgermonarchie und für ganz Südosteuropa, hier bis in die 1960er Jahre.

Nach 1989 waren die bisher abgeschotteten Werke nicht weltmarktfähig und fielen sehr schnell zurück; 1992 erlosch nach 220 Jahren das Feuer unter den Hochöfen. Stahl- und Walzwerk arbeiten heute für einen russischen Konzern. Mit den Werken schrumpften die meist damit verflochtenen anderen Wirtschaftszweige. Obwohl das Hütten- und das Maschinenbauwerk heute nur noch rund ein Drittel ihrer früheren Stärke haben, sind sie nach wie vor Kern der städtischen Wirtschaft. Davon unabhängige Branchen konnten kaum Fuß fassen, weshalb die wirtschaftliche Lage der Stadt weiterhin schwierig ist.

Religions- und Kirchengeschichte

Wie in den meisten Montangebieten ist in Reschitza eine ausgeprägte Volksfrömmigkeit zu beobachten. Sie findet Ausdruck in zahlreichen Kirchen und deren Erhalt auch unter kommunistischer Herrschaft. Besonders kam sie zum Vorschein, als die örtliche Parteiführung entschied, die orthodoxe Barockkirche Rumänisch-Reschitzas Anfang der 1970er Jahre nicht dem neuen sozialistischen Stadtzentrum zu opfern, und sie hinter die Wohnblocks verschob.

Die große Mehrheit der Bevölkerung ist rumänisch-orthodox (Volkszählung 2011: 84,6 %), gefolgt von einer kleinen Gruppe römisch-katholischer Bürger (6,6 %). Protestanten spielen nur eine geringe Rolle; dagegen erlebten die bis 1989 verbotenen Pfingstler und Baptisten mit je etwa 1.500 Gläubigen einen starken Zulauf.



Reschitza (1999): neues Zentrum mit verschobener rumänisch-orthodoxer Barockkirche unter der Kalksteinseilbahn. [Foto: Hans-Heinrich Rieser].



Reschitza (1995): Hochofen; links im Vordergrund die neue rumänisch-orthodoxe Kirche. [Foto: Hans-Heinrich Rieser].

Besondere kulturelle Institutionen

Das 1927 errichtete „Kulturhaus“ der Arbeiter ist der zentrale Veranstaltungsort für Versammlungen, Konzerte, Theateraufführungen.

Im „Museum des Banater Berglands“ wird die Entwicklung der Region erforscht und dargestellt. Bedeutend sind die technischen Denkmale der Stadt: ein Dampflokomotiven-Freilichtmuseum mit 16 Typen aus Reschitzaer Produktion, darunter die erste dort gebaute Lok (1872); ferner das Wasserkraftwerk „Grebla“ (1905). Viele Elemente der Industriekultur werden noch gar nicht als Denkmale erkannt.

Bildung und Wissenschaft

Das Schulwesen umfasst heute Einrichtungen aller Stufen, darunter mehrere Gymnasien.

Besondere Bedeutung hatte in Reschitza immer die berufliche Ausbildung, die in den Betrieben in der mitteleuropäischen Form der dualen Ausbildung erfolgte – bis 1973. Nach 1948 kamen Fach-, dann Fachhochschulen (1972) für die Schwerindustrie hinzu. 1992 entstand daraus die „Eftimie-Murgu-Universität“ mit einer großen technischen Fakultät.

Alltagskultur

Der Alltag der Menschen in Reschitza war und ist auf die Arbeit in der Schwerindustrie ausgerichtet. Die Fach- und Werkssprache blieb über lange Zeit Deutsch, in manchen Abteilungen bis nach 1945. Bis heute finden sich viele deutsche Fachbegriffe und Alltagsworte im Rumänisch der Reschitzaer.[7] In den Fabriken spielt die sprachliche, ethnische und religiöse Vielfalt der Region praktisch keine Rolle.

Arbeiterbewegung

Als eines der größten Industriezentren der Habsburgermonarchie und Südosteuropas war Reschitza auch ein Zentrum der Arbeiterbewegung. Von der Gründung an gab es die „Bruderlade"; es galt die „Maximilianische Bergordnung", die neben den Pflichten auch die Rechte der Beschäftigten regelte. Durch die StEG wurden 1855 moderne Regeln eingeführt, zum Teil aber Arbeiterrechte auch beschnitten. Daher gründete die Arbeiterschaft 1861 den „Arbeiterhilfsverein" und 1868 eine Filiale des „Allgemeinen Arbeitervereins". Nach mitteleuropäischem Vorbild rief man kulturelle Vereinigungen für die Arbeiterschaft ins Leben: 1868 einen „Gesangsverein", 1876 einen „Arbeiterbildungsverein" und 1881 einen „Allgemeinen Leseverein"; auch diese dienten der Stärkung und gleichzeitig der Verschleierung der Arbeiterbewegung. Aus den Streiks der 1890er Jahre entstanden Gewerkschaften: am 14.4.1900 der „Allgemeine Arbeiter-Gewerkverein" und am 13.12.1903 die „Reschitzaer Metallarbeitergewerkschaft". Bis in die Zwischenkriegszeit war die Versammlungs- und Veröffentlichungssprache der Reschitzaer Arbeiterbewegung Deutsch.

Architektur

In der Industriestadt Reschitza erfolgten ein steter Wandel und eine schnelle Anpassung der Bausubstanz an die wirtschaftlichen und technischen Notwendigkeiten der Schwerindustrie. Dadurch sind wenige Relikte der frühen Industriearchitektur übrig geblieben. Bemerkenswert ist das „Universal"-Kaufhaus im Stil des Kubismus der 1920er Jahre. Für Rumänien eine Besonderheit ist das „sozialistische Stadtzentrum", wie es in ähnlich ‚klassischer' Ausführung nur in sehr wenigen Orten im Lande verwirklicht wurde.

Theater und Musik

Theater- und Konzertaufführungen fanden meist im Rahmen der Arbeiterorganisationen statt. Feste eigene Institutionen gab es hierfür nicht. Interessierte organisierten sich in „Zirkeln", es gab eine „Philharmonische Vereinigung".

Druckwesen

Ab 1868 gab es die Zeitung *Bersau*, ab 1887 die *Resiczaer Zeitung*, beides lokale, auf die Arbeiterschaft ausgerichtete Blätter. Heute erscheint die rumänische Lokalzeitung *Timpul*.

Gedächtnis- und Erinnerungskultur

Im zentralen Park in Reschitza steht ein Denkmal für die Russlanddeportierten, derer jährlich am 15. Januar gedacht wird.

4. Diskurse/Kontroversen

Gelegentlich wird eine Trennung der im Banater Bergland konzentrierten, von Bergbau und Industrie geprägten „Berglanddeutschen" und den eher bäuerlich geprägten „Banater Schwaben" der Ebene herausgestellt, die allerdings in wissenschaftlichen Publikationen nicht expliziert wird.

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Julius Baumann: Geschichte der Banater Berglanddeutschen Volksgruppe. Wien 1989 (Eckart-Schriften 109).
- Douasutedouazecişicinci (225) de ani de siderurgie la Reşiţa. Schiţă monografică (1771-1996) [Zweihundertfünfundzwanzig Jahre Hüttenwerke in Reschitza (1771-1996)]. Reşiţa 1996.
- Rudolf Gräf: Domeniul Banaţean al StEG – 1855-1920 [Die Banater Domäne der StEG -1855-1920]. Reşiţa 1997.
- Dan Perianu: Istoria Uzinelor din Reşiţa – 1771-1996 [Geschichte der Werke in Reschitza – 1771-1996]. Reşiţa 1996.
- Hans-Heinrich Rieser: Das rumänische Banat - eine multikulturelle Region im Umbruch. Stuttgart 2001 (Schriftenreihe des Instituts für Donauschwäbische Geschichte und Landeskunde 10).
- V. Sencu, I. Bacanaru: Judeţul Caraş-Severin [Kreis Karasch-Severin]. Bucureşti 1976 (Judeţele Patriei [Institutul de Geografie]).

Weblinks

- http://www.primaria-resita.ro/portal/CarasSeverin/Primarie/portal.nsf/Index/100?OpenDocument (Stadtverwaltung Reschitza)
- http://www.banater-berglanddeutsche.de/home.php?id=a13b13c1de&adm (Heimatverband der Banater Berglanddeutschen)

Anmerkungen

[1] Douasutedouazecişicinci (225) de ani de siderurgie la Reşiţa. [Zweihundertfünfundzwanzig Jahre Hüttenwerke in Reschitza], S. 25.

[2] Douasutedouazecişicinci (225) de ani de siderurgie la Reşiţa. [Zweihundertfünfundzwanzig Jahre Hüttenwerke in Reschitza], S. 25.

[3] Gräf: Domeniul Banaţean [Die Banater Domäne], S. 244.

[4] Quelle: Douasutedouazecişicinci (225) de ani de siderurgie la Reşiţa [Zweihundertfünfundzwanzig Jahre Hüttenwerke in Reschitza], S. 81ff.

[5] Quelle: 1891: Gräf: Domeniul Banaţean [Die Banater Domäne], S. 247f. Die Daten für die Jahre von 1930 bis 1992 stammen aus der offiziellen Verlautbarung der Ergebnisse der Volkszählung von 1992 durch das rumänische Statistikamt; die für 2011 aus der entsprechenden Verlautbarung. http://www.recensamantromania.ro/ (Abruf: 24.06.2014).

[6] Serben, Kroaten, Slowenen (1992 werden die Slowenen unter „andere Nationalitäten“ geführt).

[7] „Der Zug kommt!“ heißt beispielsweise im Rumänischen „Vine trenul!“, aber in Reschitza hört man „Vine ţugul!“ (ţ=z).

Zitation

Hans-Heinrich Rieser: Reschitza/Reşiţa. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32232 (Stand 16.10.2014).

Resicabánya → Reschitza/Reşiţa/Resicabánya

Siehe Reschitza/Reşiţa/Resicabánya

Reşiţa → Reschitza/Reşiţa/Resicabánya

Siehe Reschitza/Reşiţa/Resicabánya

Reval/Tallinn (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Rezsőháza → Rudolfsgnad/Knićanin/Rezsőháza (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Riga/Rīga

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Riga

Amtliche Bezeichnung

lett. Rīga



Blick auf Riga vom Turm der Petrikirche.
[Foto: E. Garleff]

Anderssprachige Bezeichnungen

russ. Рига

Etymologie

Der Name Riga geht auf die Gründung der Stadt am Riege-Bach (*Rīdzene*) zurück, der hier in die Düna (*Daugava*) mündete, jedoch zugeschüttet wurde und nur noch am Straßenverlauf nachvollziehbar ist.

Das später gebräuchliche Zitat "Riga rigat gentes" aus der Chronik Heinrichs von Lettland († um 1259) wurde auf einer vom Direktor der Stadtbibliothek Nicolaus Busch (1864–1933) als Devise empfohlenen Erinnerungsmedaille zum 700-jährigen Stadtjubiläum 1901 geprägt. Es unterstreicht den multiethnischen Charakter der Stadt.

2. Geographie

Lage

56º 57' nördliche Breite, 24º 6' östliche Länge.

Topographie

Die Altstadt liegt 16 km von der Ostsee entfernt am Unterlauf der Düna an deren beiden Ufern, die nördlichen Vorstadtbezirke erstrecken sich bis an die Rigasche Bucht. Das dünn besiedelte südliche und westliche Hinterland weist ausgedehnte Moore und Sümpfe auf. Die von der letzten Eiszeit geprägte Landschaft um Riga ist gekennzeichnet von zahlreichen kleinen Seen, östlich und nördlich der Altstadt gab es noch im ausgehenden 19. Jahrhundert größere Sanddünen.

Region

Livland

Staatliche und administrative Zugehörigkeit



Ehemaliges Livländisches Ritterhaus, seit 1919 Sitz der *Saeima*. [Foto: E. Garleff]

Seit 1919 war Riga die Hauptstadt des Staates Lettland, 1940–1991 der Lettischen Sozialistischen Sowjetrepublik, heute bildet die Stadt das politische, wirtschaftliche und kulturelle Zentrum des Landes mit dem Sitz des Staatspräsidenten, staatlichen und kommunalen Behörden einschließlich der Ministerien, dem Parlament (*Saeima*) sowie ausländischen Vertretungen. Als größte Stadt des Baltikums besteht Riga aus drei Stadtbezirken (*rajons*) und drei Vorstädten (*priekšpilsētas*). Die Universität steht als größtes akademisches Zent-

rum der baltischen Region mit 17.000 Studierenden, 13 Fakultäten und über 20 Forschungsinstituten in enger Kooperation mit der internationalen Wissenschaft (z. B. ERASMUS-Programme). Von einem Erzbischof in Riga wird als Lettlands mitgliederstärkste religiöse Gemeinschaft die Evangelisch-Lutherische Kirche Lettlands (*Latvijas Evaņģēliski Luteriskā Baznīca*) geleitet. Diese besteht seit 2007 neben der sieben Propsteien umfassenden Erzdiözese Rīga mit der Rigaer Dom als Pfarrkirche aus den Bistümern Daugavpils und Liepāja. In Riga befindet sich zudem das einzige katholische Priesterseminar des Landes.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik



Das Rigaer Stadtwappen

Das Rigaer Stadtwappen zeigt auf silbernem Grund ein geöffnetes Tor zwischen zwei Türmen als Symbol der Stadtrechte, unter dem Gatter einen goldenen Löwenkopf. Zwei gekreuzte schwarze Schlüssel über dem Tor symbolisieren das Patronat des Papstes, die goldene Krone darüber die Unterordnung unter den Bischof. Träger des großen Wappens sind zwei goldene Löwen auf grauer Konsole. 1656 erhielt Riga das Recht, die schwedische Krone im Wappen zu führen, das 1788 von Katharina II. (1729–1796), 1925 durch den Staatspräsidenten Lettlands, 1967 durch die Sowjetherrschaft und 1988 erneut durch den Staatspräsidenten bestätigt wurde. In der Flagge Rigas von 1937 erscheint das Wappen auf zwei horizontalen, hellblauen und weißen Streifen.

Mittelalter

Auf dem rechten Düna-Ufer existierte eine Siedlung der Liven, bis Ende des 12. Jahrhunderts Kaufleute aus Gotland hier Handelsbeziehungen aufnahmen. Nach mehreren fehlgeschlagenen Stadtgründungen begründete 1201 Bischof Albert von Bekeshovede (Buxhoeveden, um 1165–1229) aus Bremen die Stadt Riga als Bischofssitz, Stützpunkt der Kolonisierung und Handelsplatz. Riga entwickelte sich zur Hauptstadt Livlands (*Vidzeme*).



Denkmal für Bischof Albert am Rigaer Dom. [Foto: Wikimedia Commons]

Nach der Gründung war Riga Sitz des Bischofs, seit 1255 des Erzbischofs und des Ordensmeisters. Früh gewannen die sich ansiedelnden Kaufleute an Einfluss: 1225 wählte der Rigaer Rat den bisher vom Bischof eingesetzten Stadtvogt. 1211 erhielt die Stadt gotländisches, 1294/97 Hamburger Recht und 1350 eigenes Rigisches Stadtrecht mit Ratsverfassung und Gilden der Kaufleute und Handwerker. Seit 1282 bildete Riga als Mitglied der Hanse einen Machtfaktor in der sog. Livländischen Konföderation aus fünf deutschen geistlichen Territorien: dem Erzbistum Riga, den Bistümern Dorpat, Ösel-Wiek und Kurland sowie dem Gebiet des Deutschen Ordens als stärkste Landesherr. Dessen von einem Landmeister geführter und direkt dem Hochmeister unterstellter livländischer Zweig konkurrierte als eigenständige kirchliche Organisation mit dem Erzbischof. Während ihrer zahlreichen auch mit Waffen ausgetragenen Auseinandersetzungen suchten die Bischöfe Schutz bei auswärtigen Mächten (z. B. Dänemark) oder beim Deutschen Kaiser. Seit 1492 erkannte der Erzbischof von Riga den Deutschen Orden als die Schutzmacht Livlands an und beteiligte sich u. a. mit eigenem Heereskontingent an der Schlacht am Smolinasee 1502 gegen die Russen.

Neuzeit



Riga im 16. Jahrhundert. [A. Saur: Theatrum Urbium. Warhafftige Contrafeytung/ und Summarische Beschreibung/ fast aller vornemmen und namhaff-

tigen Stätten/ Schlössern und Klöster (...), Frankfurt 1610]

Mit Einführung der Reformation 1522 ging die Macht der Erzbischöfe zu Ende. Nachdem die Livländische Konföderation infolge des Livländischen Krieges (1558–1561) auseinandergebrochen war, blieb Riga zunächst selbstständig als freie Reichsstadt des Heiligen Römischen Reiches. Als dessen Hilfe bei neuen russischen Angriffen ausblieb, huldigte die Stadt 1581 dem polnischen König Stefan Bathory (1522–1586) und wurde Sitz des Starosten. Unter der 40-jährigen polnisch-litauischen Herrschaft erwehrten sich die Bürger Rekatholisierungsbestrebungen der polnischen Krone, wobei es zu sozialen Unruhen kam. 1621 eroberte König Gustav II. Adolf im Zuge seines Eingreifens in den Dreißigjährigen Krieg die Stadt Riga, die von seinen Nachfolgern wegen ihrer strategischen Bedeutung neu befestigt wurde. Im russisch-schwedischen Krieg 1656–1658 hielt Riga einer russischen Belagerung stand und blieb bis Anfang des 18. Jahrhunderts die zweitgrößte Stadt im schwedischen Reich mit weitgehender Selbstverwaltung.

Nach weiteren Belagerungen durch russische (1656) und sächsisch-polnische Truppen (1700) musste sich Riga im Großen Nordischen Krieg am 4. Juli 1710 den russischen Truppen wegen der Pest und einer Hungersnot in der Stadt ergeben. Bei den Verhandlungen über die Kapitulationsbedingungen gestand Zar Peter I. (1672–1725) im Sommer 1710 alle Forderungen zu, womit Riga seine politische und soziale Ordnung behielt. Als Teil der neuen Großmacht war es ab 1796 Hauptstadt des Gouvernements Livland, eines der drei Ostseegouvernements des Zarenreiches. Bis Ende des 19. Jahrhunderts wurde Riga zu einem der wichtigsten Häfen Russlands ausgebaut, die Bevölkerung verzehnfachte sich von 1850 bis 1900. Seit dem Mittelalter gehörten zur Stadt auch ein ausgedehntes Patrimonialgebiet sowie größere, teilweise entfernt gelegene Landgüter.

19. Jahrhundert

Während der industriellen Revolution entwickelte sich Riga von einer Provinzstadt zur modernen Großstadt.



Riga vor dem Ersten Weltkrieg, Postkarte. [Archiv R. Adolphi]

Die Verfassung blieb zunächst ständisch-aristokratisch, wobei der Rat oder Magistrat als Verwaltungsbehörde und Gericht aus vier Bürgermeistern und 16 Ratsherren (je acht Juristen und Kaufleuten) bestand und sich durch Kooptation ergänzte. In der Großen oder St. Marien-Gilde waren die Kaufleute vertreten, in der Kleinen oder St. Johannis-Gilde die zünftigen Handwerksmeister, jeweils von einer Ältestenbank geleitet. Ihre Vertreter waren v. a. an der Verwaltung der städtischen Finanzen beteiligt. 1865 bildeten die zwanzig Ratsmitglieder, 783 Bürger der Großen und 886 der Kleinen Gilde nur 1,8% der Bewohner Rigas. Mehrere v. a. von der deutschbaltischen liberalen Presse (*Baltische Monatsschrift, Rigaer Zeitung*) seit den 1860er Jahren unterstütze Reformpläne scheiterten an der russischen Regierung, die 1877 eine neue Städteordnung verfügte. Durch Wahl nach drei Steuerklassen konnten sich nun erstmals auch Letten aktiv an der städtischen Politik beteiligen, wenn auch 1878 von 72 Stadtverordneten nur zwei Letten und vier Russen waren. 1892 beseitigte eine neue Städteordnung das Dreiklassenwahlrecht und gab dem russischen Gouverneur im Zusammenhang mit den allgemeinen Russifizierungsmaßnahmen erhebliche Einwirkungsmöglichkeiten.[1] Ab 1901 machte sich das deutschbaltische Stadthaupt (Bürgermeister) George Armitstead (1847–1912) verdient um die Infrastruktur, das Schulwesen und die Wohlfahrtspflege Rigas, woran heute ein Denkmal erinnert.

20. Jahrhundert

Der Erste Weltkrieg unterbrach jäh Rigas Entwicklung, als ca. 200.000 Einwohner für Rüstungszwecke nach Zentralrussland evakuiert wurden. Nach der Eroberung durch deutsche Truppen im September 1917 wurde in Riga am 18 November 1918 die unabhängige Republik Lettland ausgerufen. Deren parlamentarische Regierung unter Kārlis Ulmanis (1877–1942) konnte sich erst nach Kämpfen mit bolschewistischen und weißrussischen Truppen sowie mit der deutschbaltischen Landeswehr und reichsdeutschen Freikorps im Laufe des Jahres 1919 durchsetzen. Der Frieden von Riga beendete am 18. März 1921 den polnisch-sowjetischen Krieg.

In der Zwischenkriegszeit nahmen die nationalen Minderheiten Lettlands kulturelle Autonomierechte wahr und konnten aufgrund der Schulautonomie (1919) ihr gesamtes Bildungswesen weitgehend selbstständig gestalten (z. B. das Herder-Institut als private deutsche Hochschule). Im Rigaer Stadtrat und v. a. im Parlament (*Saeima*) trat der deutschbaltische Minderheitenpolitiker Paul Schiemann (1876–1944) hervor, an den eine Gedenkplakette am ehemaligen Gebäude der von ihm geleiteten *Rigaer Rundschau* erinnert. Einschränkungen erfuhren die Minderheiten durch Kirchenenteignungen und ab 1934 durch wirtschaftliche Maßnahmen der autoritären Ulmanis-Herrschaft.

Als unmittelbare Folge des Hitler-Stalin-Pakts wurden die Deutschbalten im Herbst 1939 nach Westpreußen und in den sog. Warthegau umgesiedelt. Nach der Besetzung Rigas durch sowjetische Truppen im Juni 1940 fanden erste Deportationen der lettischen Bevölkerung statt. Deutsche Truppen eroberten am 1. Juli 1941 die Stadt, die 1941–1944 Verwaltungssitz des Generalkommissars für den Generalbezirk Lettland und Zentrum des Reichskommissariats Ostland wurde. Die jüdische Bevölkerung (1933 ca. 44.000 Menschen) wurde von Juli 1941 bis 1943 zusammen mit aus dem Deutschen Reich deportierten Juden im Rigaer Ghetto interniert, größtenteils ermordet oder in Konzentrationslager wie das sog. Arbeits- und Erziehungslager Salaspils oder das KZ Riga-Kaiserwald im ehemaligen Villenvorort Mežaparks deportiert. Die Kämpfe 1944 führten zu schweren Schäden in der Altstadt Rigas (*Vecrīga*). Nach der erneuten sowjetischen Okkupation Lettlands wurde Riga die Hauptstadt der Lettischen Sozialistischen Sowjetrepublik.

Im Zusammenhang mit Perestroika und Glasnost entwickelte sich Riga zum Zentrum der lettischen Unabhängigkeitsbewegung. 1990 erklärte die *Saeima* die Wiederherstellung der Unabhängigkeit. Nach zeitweiliger Besetzung des Parlamentsgebäudes durch sowjetische Militäreinheiten erkannte die Sowjetunion am 21. August 1991 die Unabhängigkeit Lettlands an. Riga wurde wieder zur Hauptstadt eines souveränen lettischen Staates.

Bevölkerung

Ethnische Zusammensetzung Rigas nach Umgangssprache 1867 bis 1913[2]

Nationalität nach Sprache	1867	1881	1897	1913
Deutsche	43.980 (42,9 %)	66.775 (39,4%)	65.332 (25,5%)	80.823 (15,9%)
Letten	24.199 (23,6%)	49.974 (29,5%)	106.541 (41,7%)	205.204 (40,4%)
Russen	25.772 (25,1%)	31.976 (18,9%)	43.338 (16,9%)	110.620 (21,8%)
Juden	5.254 (5,1%)	14.222 (8,4%)	16.521 (6,5%)	21.771 (4,3%)
Polen	(–)	3.197 (1,9%)	12.869 (5,0%)	36.868 (7,2%)
Sonstige	3.385 (3,3%)	3.176 (1,9%)	11.278 (4,4%)	52.190 (10,4%)
Gesamt	102.590 (100%)	169.320 (100%)	255.879 (100%)	507.476 (100%)

Während 1867 die Deutschbalten noch ca. 43% der Gesamtbevölkerung ausmachten, änderte sich die ethnische Zusammensetzung bis 1913 grundlegend, als von den Stadtbewohnern ca. 40% Letten und nur noch knapp 17% Deutschbalten waren.[3] Diese Umkehrung früherer Verhältnisse beruhte u. a. darauf, dass mit der Aufhebung des Zunftzwangs in den Städten und der Einführung der russischen Städteordnung 1877/78 den städtischen besitzenden Letten auch ein eingeschränktes Kommunalwahlrecht gewährt wurde - 1892 wurde das Dreiklassenwahlrecht endgültig aufgehoben. In Riga behielten die Deutschbalten bis 1913 allerdings die Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung (51 von 80 Sitzen).

Heute ist Riga die bevölkerungsreichste Stadt des Baltikums, wenn seine Einwohnerzahl auch seit 1990 infolge der Auswanderung russischsprachiger Bevölkerungsteile, der Übersiedlungsbewegung nach Westeuropa sowie niedriger Geburtenraten zurückgeht. 2009 betrug der Anteil der Letten an der Stadtbevölkerung 42,3%, während 41,3% Russen waren, 4,3% Weißrussen und 3,9% Ukrainer; hinzu kamen 2,0% Polen und 6,2% Angehörige anderer Ethnien. Anfang 2011 hatte Riga 703.581 Einwohner auf einer Fläche von 307,17 km² und damit eine Bevölkerungsdichte von 2.290,53 Einwohnern je km². Der Ballungsraum umfasst 882.000 Einwohner.

Wirtschaft

Riga konnte seine Position als wichtigste Hafenstadt des Baltikums seit dem 17. Jahrhundert ausbauen. An der gesamten Ein- und Ausfuhr Schwedens zeitweise mit einem Drittel beteiligt, entwickelte es sich zur größten Stadt des schwedischen Reiches. Im späten 16. und im 17. Jahrhundert stieg die Ausfuhr (Flachs, Hanf, deren Samen) und die Stadt wurde durch das damit verbundene Leihgeschäft zum Bankier Litauens und Weißrutheniens.

1879 stand Riga mit 145 Fabriken und über 12.000 Arbeitern hinsichtlich der Arbeiterzahl an dritter, nach Produktionsumfang an vierter Stelle im Zarenreich. Die Verfünffachung der Bevölkerung Rigas in nur 1½ Generationen wurde vor allem durch den Zuzug vom flachen Land bewirkt und bedeutete einen enormen Verstädterungsprozess in einer bis dahin stark ländlich geprägten Region.

Bildung und Wissenschaft

Im Zusammenhang mit der Industrialisierung gründeten Rigaer Kaufleute 1862 ein Polytechnisches Institut samt Vorschule und Handelsabteilung mit mehreren Fakultäten, die es als technische Ausbildungsstätten in Russland noch nicht gab. Bedingt durch den rasanten Industrialisierungsprozess wurden vor allem Maschinenbauer ausgebildet, u. a. Friedrich Zander (1887–1933), der Begründer der sowjetischen Raumfahrt. Die Konjunktur des Eisenbahnbaus förderte die Ausbildung von Ingenieuren und Chemikern, v. a. während der Lehrtätigkeit des späteren Nobelpreisträgers Wilhelm Ostwald (1853–1932). Mit dem Chemiker Paul Walden (1863–1957) und dem Nationalökonomen Karl August Lieventhal (1844–1900) waren noch vor dem Ersten Weltkrieg zwei Letten Direktoren des Rigaer Polytechnikums, das 1913/14 mit 2.088 seine höchste Studentenzahl erreichte. 1915 wurde es nach Moskau/Moskva evakuiert, im Oktober 1918 unter der deutschen Okkupation kurzzeitig in Riga wieder eröffnet. 1919 erfolgte die Umwandlung in die Universität Lettlands (*Latvijas Universitāte*) mit 13 Fakultäten und ca. 23.800 Studierenden als größte Universität Lettlands. 1958 wurde die Technische Universität Riga (*Rīgas Tehniskā universitāte*) begründet.

Architektur, Museen

Die Innenstadt Rigas wurde 1997 in das UNESCO-Weltkulturerbe aufgenommen v. a. aufgrund der Vielfalt seiner Jugendstilarchitektur. Durch die Pläne für weitere städtebauliche Maßnahmen am linken Düna-Ufer besteht allerdings die Gefahr, dass Riga auf die Rote Liste des gefährdeten Welterbes gesetzt wird.

Städtebaulich umfasst Riga den mittelalterlichen Kern, einen Halbkreis von Boulevards um die Altstadt sowie die Neustadt mit regelmäßig angelegten Straßenzügen. Die Altstadt konnte als geographisches Zentrum rechts der Düna ihren Festungscharakter trotz der Schleifung der Befestigungsanlagen (1857–1863) bewahren. Die nach Abriss der Stadtmauer entstandenen Freiflächen wurden zum Stadtpark mit Stadtkanal (*Pilsētas kanāls*) umgestaltet, der heute Altstadt und Neustadt trennt.

Zentrum der Altstadt ist der Marktplatz (*Rātslaukums*) mit dem Rathaus (*Rīgas rātsnams*) sowie dem Schwarzhäupterhaus (*Melngalvju nams*), das 1999 wiedererrichtet wurde, nachdem es im Krieg zerstört und die Ruine anschließend gesprengt worden war. Der gotische Ursprungsbau mit der Fassade im Stil der niederländischen Renaissance stammt von 1334 und diente ab 1477 der kaufmännischen Vereinigung der Schwarzenhäupter als Versammlungsort. Auf dem Platz vor dem Gebäude steht eine Rolandstatue.

Den Grundstein des Rigaer Doms (*Rīgas Doms*) wurde 1211 von Bischof Albert gelegt, die Ende des 19. Jahrhunderts erbaute Orgel zählt zu den größten der Welt. Der Turm der 1209 erstmals erwähnten Petrikirche (*Svētā Pētera baznīca*) wurde mehrfach, zuletzt im Zweiten Weltkrieg, zerstört und wieder aufgebaut. Die Jakobikirche (*Svētā Jēkaba katedrāle*) aus dem Jahr 1225 ist heute die katholische Kathedrale Rigas.



Kleine (St. Johannis) Gilde, Neubau 19. Jh.
[Foto: E. Garleff]

Das ab 1330 als Festung für den Schwertbrüderorden errichtete Rigaer Schloss (*Rīgas pils*) dient als Sitz des Staatspräsidenten. In dem 1867 im florentinischen Stil errichteten Ritterschaftshaus befindet sich seit 1919 die *Saeima*. Weitere historische Denkmäler sind die Rigaer Börse (*Rīgas Birža*) von 1852, der Konventhof (*Konventa sēta*) mit Ursprüngen im 13. Jahrhundert, das im 15.–17. Jahrhundert errichtete Gebäudeensemble der Drei Brüder (*Trīs braļi*), das Schwedentor (*Zviedru vārti*), die Häuser der Kleinen (*Mazā Ģilde*) und der Großen Gilde (*Lielā Ģilde*), das Mentzendorff-Haus (*Mencendorfa nams*) von 1695 sowie das Dannenstern-Haus (*Dannenšterna nams*). Das 1935 errichtete Freiheitsdenkmal (*Brīvības piemineklis*) zwischen Alt- und Neustadt mit einer weiblichen Allegorie der Freiheit auf einem 19 Meter hohen Obelisk stellt auf seitlichen Flachreliefs historische Ereignisse dar.

In der Neustadt befinden sich zahlreiche Gebäude mit Jugendstilfassaden, v. a. in der Elizabetes und Alberta iela, mit Arbeiten von Michail Eisenstein (1867–1921). Zum Lehrkörper des Polytechnikums gehörte als erster Lette Eižens Laube (1880–1967), der mit anderen lettischen und deutschen Architekten die schönsten Bauten des sich nach der Jahrhundertwende durchsetzenden nationalen Romantismus schuf. Die besondere Ausprägung des Rigaer Jugendstils besteht in der Vereinigung lettischer und deutscher Elemente durch Verbindung lettischer Holzbaukunst mit Einflüssen aus Deutschland und Österreich.[4] Zahlreiche Zeugnisse dieses v. a. im letzten Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg verbreiteten Baustils überdauerten als gemeinsames kulturelles Erbe bis heute. Um die Jahrhundertwende wurden im Grüngürtel um die Altstadt zahlreiche repräsentative Gebäude errichtet. 1876–1884 entstand die Orthodoxe Kathedrale (*Kristus Piedzimšanas pareizticīgo katedrāle*) im neubyzantinischen Stil. Im südlich gelegenen Stadtteil Moskauer Vorstadt (*Maskavas forštate*) befinden sich die ehemaligen Zeppelin-Hallen des Zentralmarkts (*Centrāltirgus*), der im stalinistischen Zuckerbäckerstil 1958 erbaute Kulturpalast (*Zinātņu akadēmijas augstceltne*), die klassizistische protestantische Jesuskirche (*Jēzus Luterāņu baznīca*) als größte Holzkirche Lettlands sowie die Ruinen der Synagoge nahe dem ehemaligen Ghetto.



Detail einer Jugendstilfassade in der Elizabetes iela 10b, erbaut von M. Eisenstein 1903.
[Foto: M. Bogade]

An Kunstmuseen gibt es in Riga das im Gebäude der ehemaligen Börse untergebrachte Museum für ausländische Kunst (*Ārzemju mākslas muzejs*) und das Lettische Nationale Kunstmuseum (*Nacionālais mākslas muzejs*). Im Pulverturm (*Pulvertornis*) von 1650, einem Überrest der früheren Stadtbefestigung, befindet sich das Lettische Kriegsmuseum (*Kara muzejs*). Das Museum der lettischen Juden (*Muzejs Ebreji Latvijā*) veranschaulicht die Geschichte der Rigaer Juden vom 18. Jahrhundert bis 1941, das Lettische Geschichtsmuseum (*Vēstures muzejs*) im Rigaer Schloss widmet sich der Landesgeschichte. Das heutige Rigaer Museum für Stadtgeschichte und Schifffahrt (*Rīgas vēstures un kuģniecības muzejs*) geht auf die Privatsammlung des Rigaer Arztes Nikolai v. Himsel (1729–1764) und auf das 1890 mit Hilfe der Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde eingerichtete Dommuseum zurück.[5] Es ist damit eines der ältesten Museen Europas, zu dessen "Kulturhauptstadt 2014" Riga ernannt wurde.

Riga weist eine Reihe öffentlicher Parkanlagen auf, deren älteste und größte der 1814 angelegte Wöhrmannsche Garten (*Vērmanes dārzs*) in der Innenstadt ist. Die zuvor hier gestandenen Holzhäuser waren aus Furcht vor einer napoleonischen Belagerung niedergebrannt worden. Den Wassergraben an der ehemaligen Stadtbefestigung begleitet der sog. Basteiberg als ein ca. drei Kilometer langer Park (*Kanālmalas apstādījumi*). Der Kronwald-Park (*Kronvalda parks*) entstand auf einem dem Deutschen Schützenverein von Zar Alexander II. geschenkten Gelände. Die Anlagen der Esplanade (*Esplanāde*) befinden sich bei der orthodoxen Kathedrale. Die Gartenstadt Mežaparks ist ein Anfang des 20. Jahrhunderts in den Wäldern nördlich der Stadt gebauter Villenvorort mit mehreren Waldfriedhöfen wie dem Brüderfriedhof (*Brāļu kapi*) als Soldatenfriedhof.

Theater, Musik

Die Lettische Nationaloper (*Nacionālā opera*) befindet sich seit 1919 im neoklassizistischen Gebäude des ehemaligen Deutschen Theaters. Eines der größten Theater des Landes ist das 1919 begründete Lettische Nationaltheater (*Nacionālais teātris*). Seit 1883 arbeitet das Rigaer Russische Theater (*Mihaila Čehova Rīgas Krievu teātris*) als ältestes professionelles Dramentheater Lettlands.

Seit dem 17. Jahrhundert entwickelte sich Riga zum bedeutendsten Musikzentrum des Baltikums. 1760 wurde die Rigaer Musikgesellschaft begründet mit privaten Orchestern wie jenem des Deutschbalten Baron Otto Hermann von Vietinghoff (1722–1792), aus dem sich

das Orchester der 1782 begründeten Oper bildete. In Riga wirkten u. a. Johann Valentin Meder (1649–1719), Johann Gottfried Müthel (1728–1788) und Georg Michael Telemann (1748–1831). Im 19. Jahrhundert existierten mit der deutschen Kunstmusik und dem von Letten weiterentwickelten folkloristischen Liedgut zwei musikalische Traditionen parallel. 1837–1839 arbeitete Richard Wagner (1813–1883) als Kapellmeister an der Oper, die internationales Niveau erreichte. Heute werden klassische Konzerte auch im Schwarzhäupterhaus und in der Großen Gilde veranstaltet.

1873 wurde die Tradition der lettischen Sängerfeste in Riga begründet, 2003 fanden die gemeinsamen Sängerfeste der drei baltischen Staaten Aufnahme in die UNESCO-Liste der Meisterwerke des mündlichen und immateriellen Erbes der Menschheit.

Literatur

Der Priester Heinrich von Lettland († um 1259) verfasste 1224–1227 das *Chronicon Livoniae* als wichtigste Quelle zur frühen baltischen Missionsgeschichte. Darin beschrieb er die Eroberung und Christianisierung der Liven, Esten und Letten aus Sicht der Rigaer Kirche.



Das Denkmal für J. G. Herder auf dem Herder-Platz in Riga wurde 1864 errichtet und nach dem Zweiten Weltkrieg erneuert. [Foto: E. Garleff]

Seit dem 18. Jahrhundert entwickelte sich Riga zu einem wichtigen Verlagsort, in dem u. a. Johann Friedrich Hartknoch (1744–1789) die Literatur der deutschen Aufklärung druckte und Johann Gottfried Herder (1744–1803) eine Stelle an der Domschule vermittelte; Herder lehrte und predigte 1764–1769 in Riga, sein Denkmal befindet sich heute seitlich des Doms. Zu den bedeutendsten Autoren Rigas gehören zahlreiche Letten wie Rūdolfs Blaumanis (1863–1908), der seine Texte zum Teil auch auf Deutsch verfasste, der Volkskundler und Schriftsteller Krišjānis Barons (1835–1923) oder der Politiker und Schriftsteller Jānis Rainis (1865–1929), denen die Stadt Denkmäler widmete. Aber auch die in Riga lebenden ethnischen Minderheiten schufen bedeutende literarische Werke wie Irina Saburowa (1907–1979) mit ihrem Riga-Roman oder mehrere in Riga geborene deutschbaltische Autoren wie Werner Bergengruen (1892–1964), Bruno Goetz (1885–1954), Korfiz Holm (1872–1942), Manfred Kyber (1880–1933), Walter Pogge van Ranken (1913–1982),

Sigismund von Radecki (1891–1970); in oder bei Riga gestorben sind Monika Hunnius (1858–1934), Johann Reinhold v. Lenz (1778–1854) und Garlieb Merkel (1769–1850).[6]

Aktuelle lettisch-deutsche Kooperation

Seit 1992 entwickelt Domus Rigensis das Deutschbaltisch-Lettische Zentrum (*Latviešu-Vācbaltu Centrs*) als Begegnungsstätte von Letten und Deutschen mit zahlreichen Aktivitäten, um das gemeinsame kulturelle Erbe der Stadt Riga zu bewahren. In Kooperation v. a. mit dem Deutschbaltischen Kulturwerk der Carl-Schirren-Gesellschaft (Lüneburg)[7] und der Deutsch-Baltischen Gesellschaft (Darmstadt) werden in Vortragsveranstaltungen und Ausstellungen, durch die Dokumentation früherer Arbeitsstätten bekannter Deutschbalten sowie durch Publikationen den derzeitigen wie auch den ehemaligen Einwohnern Rigas und deren Nachkommen Kenntnisse über das Zusammenleben vermittelt.[8] Darüber hinaus berät und informiert die Geschäftsstelle im Mentzendorff-Haus auch andere Besucher Rigas.

4. Diskurse/Kontroversen

Mit ihrem methodischen Ansatz einer *interethnischen Verflechtungsgeschichte* trug Ulrike von Hirschhausen zur Überwindung eines lange vorherrschenden "ethnozentrischen Narrativs" bei. Ihr zufolge bewirkten Urbanisierung, Industrialisierung und Nationsbildung eine politische, gesellschaftliche und kulturelle Mobilisierung der städtischen Gesellschaft, die Riga in den Jahrzehnten vor 1914 in eine "ethnisch segmentierte Stadt" zerfallen ließ.[9] In Überwindung der bisher national orientierten Historiographie mit der Deutung der lettischen Geschichte als Passionsgeschichte und der deutschbaltischen als Verlust der Kulturträgerschaft betrachtet die Verfasserin die ethnischen Gruppen in ihrer "gegenseitigen Bedingtheit, Abhängigkeit und Wechselwirkung". Im Ersten Weltkrieg brach die "hochdifferenzierte Öffentlichkeit" dieser unterschiedlichen ethnischen Milieus in Riga abrupt zusammen, nachdem die multiethnische Struktur die städtische Gesellschaft zuvor ebenso stark mobilisiert wie polarisiert hatte. Denn die "Politisierung von Ethnizität" einerseits und die "Ethnisierung von Kultur" andererseits hatten seit den 1860er Jahren eine ausgeprägte "ethnische Segmentierung der städtischen Gesellschaft" bewirkt mit dem gewaltsamen Höhepunkt in der Revolution von 1905. Die Herausforderungen dieser Multiethnizität führten in Riga einerseits zu einer fortschrittlichen Kommunalpolitik, u. a. in der Tradition ständischer Selbstverwaltung mit der ersten städtischen Sozialversicherung des Zarenreiches 1908. Andererseits entwickelte sich eine differenzierte Vereinslandschaft mit ca. 700 Vereinen am Vorabend des Ersten Weltkrieges. Wegen der gleichzeitigen Polarisierung konnten aber "weder Gemeinwohl noch Kultur, weder berufliche noch sportliche Interessen […] seit der Jahrhundertwende dort verbinden, wo Ethnizität trennte". Der Appell der Verfasserin, dem bisher besonders betonten genuinen deutschen Einfluss jenen der Letten und Russen gleichgewichtig gegenüberzustellen, ist allerdings nicht unwidersprochen geblieben.[10]

Eine lettische Kontroverse entbrannte um das Lettische Okkupationsmuseum (*Latvijas Okupācijas muzejs*), das 1993 im ehemaligen Gebäude des Museums der Roten lettischen Schützen von 1970 mit einer Ausstellung über das erste sowjetische Besatzungsjahr eröffnet wurde. Die Wahl gerade dieses Ortes als "ironische Zweckentfremdung" löste heftige Debatten aus, in denen die einen den neuen Inhalt begrüßten, aber das schwarze Gebäude im Zentrum der historischen Altstadt abreißen wollten, andere sich wiederum gegen den neuen Inhalt wandten und das Gebäude in ursprünglicher Gestalt zu erhalten suchten.[11] Schließlich setzte sich das Konzept durch, unter dem Begriff 'Okkupation' die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umwälzungen der Jahre 1939–1991 als Folgen der repressiven sowjetischen und nationalsozialistischen Besatzungspolitik an eben dieser

Stelle zu interpretieren. Mit einer Dauer- und jährlich 2-3 Wechselausstellungen ist das Okkupationsmuseum inzwischen eines der meistbesuchten Museen in Riga.

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Carl-Schirren-Gesellschaft Lüneburg (Hg.): 800 Jahre - unser gemeinsames Riga. Beiträge deutschbaltischer Autoren zum 800-jährigen Jubiläum der Stadt Riga 2001. Lüneburg 2001.
- Friedrich Benninghoven: Rigas Entstehung und der frühhansische Kaufmann. Hamburg 1961 (Nord- und osteuropäische Geschichtsstudien 3).
- Andreas Fülberth: Tallinn - Riga - Kaunas. Ihr Ausbau zu modernen Hauptstädten 1920–1940. Köln u. a. 2005 (Das Baltikum in Geschichte und Gegenwart 2).
- Bernhard Hollander: Riga im 19. Jahrhundert. Ein Rückblick. Riga 1926 (Nachdruck Hannover-Döhren 1970).
- Andrejs Holcmanis: Vecrīga - pilsētbūvniecisks ansamblis [Alt-Riga - ein städtebauliches Ensemble]. Rīga 1992 (Latvijas arhitektūras un mākslas pieminekļi 213).
- Jānis Krastiņš: Jugendstil in der Rigaer Baukunst. Michelstadt 1992.
- Jānis Lejnieks: Rīga, kuras nav [Ein Riga, das es nicht gibt]. Rīga 1998 (Latvijas arhitektūras un mākslas pieminekļi).
- Jānis Lejnieks: Rīgas arhitektūra [Die Architektur Rigas]. Rīga 1989.
- C[onstantin] Mettig: Geschichte der Stadt Riga. Riga 1897 (Nachdruck Hannover-Döhren 1980).
- Eduard Mühle, Norbert Angermann (Hg.): Riga im Prozeß der Modernisierung. Studien zum Wandel einer Ostseemetropole im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Marburg 2004 (Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung 21).
- Erwin Oberländer, Kristine Wohlfart (Hg.): Riga. Portrait einer Vielvölkerstadt am Rande des Zarenreiches 1857–1914. Paderborn u. a. 2004.
- Rīga sociālisma laikmetā 1917–1975 [Riga im Zeitalter des Sozialismus]. Rīga 1980.
- Marģers Vestermanis: Juden in Riga. Auf den Spuren des Lebens und Wirkens einer ermordeten Minderheit. Ein historischer Wegweiser. 3., verb. und erw. Aufl. in dt. Sprache Bremen 1995.
- Anja Wilhelmi (Hg.): 300 Jahre Kultur(en) in Riga. Eine Stadt in Europa. Lüneburg 2003 (Nordost-Archiv N. F. 11, 2002)
- Reinhard Wittram: Zur Geschichte Rigas. Schicksale und Probleme im Rückblick auf 750 Jahre Stadtgeschichte 1201–1951 (Vortrag). Bovenden [1951].

Weblinks

- http://www.riga-facts.de (Stadtinformation in deutscher Sprache)
- http://www.domus-rigensis.eu (mehrsprachige Seite des Deutschbaltisch-Lettischen Zentrums)
- http://www.balt-hiko.de (Baltische Historische Kommission)

Zitation

Michael Garleff: Riga/Rīga. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54389.html (Stand 25.08.2014).

[1] Wilhelm Lenz [sen.]: Die Entwicklung Rigas zur Großstadt. Kitzingen/M. 1954 (Marburger Ostforschungen 2).

[2] Nach Ulrike v. Hirschhausen: Die Grenzen der Gemeinsamkeit. Deutsche, Letten, Russen und Juden in Riga 1860–1914 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 172). Göttingen 2006, S. 57, 58.

[3] Genauere Zahlen bei Mark R. Hatlie: Bevölkerungsverschiebungen in Riga während des Welt- und Bürgerkrieges 1914–1919. In: Heinrich Wittram (Hg.): Der ethnische Wandel im Baltikum zwischen 1850–1950. Lüneburg 2005 (Baltische Seminare 11), S. 53-80, hier S. 54-71.

[4] Jānis Krastiņš: Verbindungen zwischen Lettland und den Deutschen auf dem Gebiet der bildenden Kunst und der Architektur. In: Wilfried Schlau (Hg.): Tausend Jahre Nachbarschaft. Die Völker des baltischen Raumes und die Deutschen. München 1995, S. 271-278, hier S. 276.

[5] Ilona Galvanovska, Alnis Mitris, Ilgvars Gradovskis: Rigas Vēstures un kugniecības Muzejs [Das Rigaer Geschichts- und Schifffahrtsmuseum]. Rostock 1992; Margit Romang, Ilona Celmiņa (Hg.): Das Dommuseum in Riga - Ein Haus für Wissenschaft und Kunst/Doma Muzejs Rīgā - Templis Zinātnei un Mākslai. Marburg 2001, S. XVI.

[6] Vgl. Gero von Wilpert: Deutschbaltische Literaturgeschichte. München 2005; May Redlich: Lexikon deutschbaltischer Literatur. Eine Bibliographie. Köln 1989.

[7] Michael Garleff: Domus Rigensis - Carl-Schirren-Gesellschaft. Aspekte der wissenschaftlichen Zusammenarbeit. In: Jahrbuch online 2 (2011). http://www.carl-schirren-gesellschaft.de/JO-Inhalt.htm (Zugriff 21.05.2012).

[8] So am 11.6.1994 durch das Anbringen einer Tafel am Gebäude der ehemaligen Rigaer Rundschau, deren Chefredakteur P. Schiemann war, oder die zusätzlich illustrierte Übersetzung des Romans Zigfrīds fon Fēgezaks/Siegfried von Vegesack: Senči un Pēcteči. Piezīmes no Senās Livonijas vēstuļu Lādes 1689–1887 [Vorfahren und Nachkommen. Aufzeichnungen aus einer altlivländischen Brieflade]. Rīga 2011.

[9] Ulrike von Hirschhausen: Die Grenzen der Gemeinsamkeit. Deutsche, Letten, Russen und Juden in Riga 1860-1914. Göttingen 2006 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 172), S. 12.

[10] Rezension von Axel von Campenhausen. In: Jahrbuch des baltischen Deutschtums 55:2008 (2007), S. 257-266, hier S. 266.

[11] Valters Nollendorfs: Das Lettische Okkupationsmusem vor und nach dem Umbau. In: Baltica 1 (2011), S. 4-23, hier S. 7.

Rīga → Riga/Rīga

Siehe Riga/Rīga

Rodenau/Rodna Veche (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Rosenberg/Rožmberk (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Rowno/Rivne/Równe (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Równe → Rowno/Rivne/Równe (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Rudolfsgnad/Knićanin/Rezsőháza (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Ruma (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Rzeszów

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Reichshof (1941-1945)

Amtliche Bezeichnung

poln. Rzeszów

Anderssprachige Bezeichnungen

ukr. Ряшів (translit. Riaschiv); tschech. Řešov; lat. Resovia

Etymologie

Die Etymologie des Namens Rzeszów ist nicht geklärt. Die Hypothese, der Name gehe auf ein durch deutsche Kolonisten gegründetes deutsches „Reichshof“ zurück, wurde unter anderem von deutschen Historikern widerlegt.[1] Einer anderen Theorie zufolge gaben die Deutschen bei der Stadtgründung nach dem Magdeburger Recht im 14. Jahrhundert der Stadt den Namen Resche.[2] Nach einer Legende referiert der Name der Stadt auf ihren vermeintlichen Begründer Rzech, Rzesz oder Rzetysław.

2. Geographie

Lage

Rzeszów liegt auf 50°12′20″ nördlicher Breite, 22°31′58″ östlicher Länge, etwa 160 km östlich von Krakau/Kraków.

Topographie

Die Stadt liegt im Übergangsbereich zwischen dem Karpatenvorland (*Podkarpacie*) und dem Sendomir-Talkessel (*Kotlina Sandomierska*) an der Weisslok (*Wisłok*), einem Nebenfluss des San.

Region

Kleinpolen, Galizien

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Polen. Rzeszów ist Hauptstadt der Woiwodschaft Karpatenvorland (*Podkarpackie*) und Bischofssitz.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Das Stadtwappen zeigt ein weißes Kavalleriekreuz in blauem Feld.

Mittelalter

Die erste dokumentierte Erwähnung des Stadtnamens stammt aus dem Jahre 1354, als Jan Pakosławic (gest. 1374) von König Kasimir III. dem Großen (1310-1370) das Gründungsprivileg nach dem Magdeburger Recht erhielt. Bereits 1363 gab es eine Pfarrkirche, ab 1406 eine Pfarrschule. Im 15. Jahrhundert entwickelte sich die Stadt schnell, was mit ihrer Lage an wichtigen Handelswegen verbunden war. In der Zeit vom Ausgang des 16. Jahrhunderts bis Ende der 40er Jahre des 17. Jahrhunderts erlebte Rzeszów sein goldenes Zeitalter: 1591 wurde das Rathaus errichtet, 1600 begann der Aufbau der Burg, 1629 wurde das Bernhardiner-Burgkloster gestiftet.

Neuzeit

1638 ging die Stadt in den Besitz der Magnatenfamilie Lubomirski über. Die Regierungszeit der Lubomirskis kann in zwei Phasen eingeteilt werden. In der ersten entwickelte sich die Stadt unaufhörlich: 1658 gründete Jerzy Sebastian Lubomirski (1616–1667) das Piaristenkollegium, damals eine der wenigen Oberschulen in Polen, 1681 wurde ein Bibliotheksstudium an der Bernhardinerkirche eingerichtet, man pflegte Kunst und Kultur am Hof. Die zweite Phase bedeutete einen wirtschaftlichen Verfall der Stadt: Zahlreiche Brände (1681, 1728) und die Pest sowie die Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten haben Rzeszów stark betroffen. 1772 begann mit der ersten Teilung Polens die 146 Jahre währende Geschichte der Stadt unter habsburgischer Herrschaft. 1773 wurde Rzeszów mit etwa 3.000 Einwohnern zur Kreisstadt (cyrkuł). Die günstige Lage an der sogenannten Kaiser-Chaussee, einem neu errichteten Handelsweg, der zur wirtschaftlichen Belebung Galiziens wesentlich beitrug, bekräftigte die Rolle Rzeszóws als einer Handelsstadt. 1845 erhielt Rzeszów den Status einer Freien Stadt. Dieses Faktum sowie die Rechtshandlungen aus der ersten Hälfte der 60er Jahre des 19. Jahrhunderts, die eine größere Autonomie in Galizien ermöglichten, hatten einen positiven Einfluss auf die weitere Entwicklung der Stadt. 1858 wurde Rzeszów durch eine Eisenbahnlinie mit Krakau und 1863 mit Lemberg/L'viv/Lwów verbunden.

20. Jahrhundert

Bereits am Anfang des Jahrhunderts gab es Gaswerke und eine Gas-Straßenbeleuchtung. 1911 wurden Elektrizitätswerke in Betrieb genommen. Kurz vor dem Ersten Weltkrieg profitierte die Stadt von dem Ausbau der Militärinfrastruktur in den nördlichen Gebieten

der österreichisch-ungarischen Monarchie. Der Reichtum der Stadt ermöglichte einige Bauinvestitionen (Schulen, Umbau des Rathauses, Wasserversorgung und Kanalisation). In den Jahren 1937-1939 entstanden im Rahmen des Zentralen Industriekreises (*Centralny Okręg Przemysłowy COP*) Flugzeugmotorenwerke und eine Filiale der Posener Militärwerke „Cegielski“. Im Zweiten Weltkrieg wurde Rzeszów zum Teil zerstört. Die jüdische Bevölkerung wurde von den deutschen Nationalsozialisten fast vollständig deportiert. 1945 wurde die Stadt zur Woiwodschaftshauptstadt, was ihren Rang wesentlich steigerte. Die 1950er

und 1960er Jahre brachten eine rasche Entwicklung: Es entstanden neue Betriebe, öffentliche Gebäude und Wohnsiedlungen. Eine Folgeerscheinung des Papstbesuches Johannes Pauls II. (1920-2005) im Jahr 1991 war die Gründung der Diözese Rzeszów 1992.

Heute ist die Stadt mit über 180.000 Einwohnern das wichtigste Industrie-, Handels-, Kultur- und Bildungszentrum im Südosten Polens.

Bevölkerungsentwicklung

Die Frage nach der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung Rzeszóws im Mittelalter ist strittig. Es lassen sich einerseits geringe Spuren einer russischen Bevölkerung feststellen, was mit der Lage der Stadt im Grenzbereich zwischen Polen und Ruthenien verbunden war. Doch andererseits erfolgte die polnische Besiedlung des ganzen Grenzgebietes mit besonderer Dynamik, was sich unter anderem in der Namensgebung Rzeszóws und umliegender Ortschaften widerspiegelt.[3] Außerdem waren auch andere ethnische Gruppen in Rzeszów vertreten. Die Stadt müsse – so Kurt Lück – „nach ihrer Gründung dt. Bewohner gehabt haben“, denn es sei „kaum anzunehmen, dass sie neben den zahlreichen dt. Nachbarstädten eine Ausnahme gebildet“ habe.[4] Allerdings verschwanden jegliche Spuren der deutschen Ansiedler nach einem Stadtbrand im Jahr 1427.[5] Im 16. Jahrhundert kamen die ersten Juden in die Stadt. Bald übertraf ihre Zahl die der Christen. 1674 gab es 1.400 Juden in Rzeszów; Anfang des 19. Jahrhunderts lebten hier 3.575 Juden und nur 1.029 Christen. Der Geschichte der Rzeszower Juden setzte der Zweite Weltkrieg ein Ende: knapp 20.000 Einwohner jüdischer Herkunft wurden ermordet.[6]

Jahr	Einwohner[7]
1910	23.700
1918	24.200
1939	41.000
1946	29.407
1950	28.133
1955	52.142
1960	62.526
1970	83.105
1980	121.321
1990	153.041
2000	162.501
2010	178.227

Rzeszów ist nach Warschau/Warszawa die Stadt mit der zweithöchsten Geburtenrate in Polen. 2013 zählte sie 184.102 Einwohner.[8]

Wirtschaftliche Situation heute

Zu den wichtigsten Einnahmequellen zählen die Flugzeug- und die pharmazeutische Industrie. In Rzeszów sind ferner folgende Industriesektoren vertreten: Herstellung von Haushaltsgeräten (Fa. Zelmer), Lebensmittelproduktion, Bekleidungs- und Schuhherstellung, Möbelindustrie und Telekommunikation. Zu den wichtigsten Industrieunternehmen gehören: WSK PZL Rzeszów (Flugzeugindustrie), MTU Aero Engine Polska (Flugzeug-Systeme), BorgWarner (Autoteile), Polfa (Pharmaindustrie), Koral (Speiseeisproduzent) und Elektromontaż (Baubranche).

Besondere kulturelle Institutionen

Seit 1974 bietet die Rzeszówer Philharmonie mit ihrem 85-köpfigen Orchester ein abwechslungsreiches Programm und ein jährlich stattfindendes Musikfestival in dem nahegelegenen Landshut/Łańcut. Neben dem staatlichen Wanda-Siemaszkowa-Theater und dem Puppentheater „Maska“ sind noch einige private Theater in der Stadt tätig. Seit 1969 findet alle drei Jahre das Weltfestival auslandspolnischer Folklorebands (*Światowy Festival Polonijnych Zespołów Folklorystycznych*) statt.

Bildung und Wissenschaft

Die erste in den Quellen erwähnte Pfarrschule wurde im 14. Jahrhundert gegründet. Bedeutung als Bildungszentrum erlangte die Stadt aber erst mit der Gründung des Piaristenkollegiums (1658). 1784 wurde auf der Grundlage des Kollegiums die Kaiserlich-Königliche Hauptschule mit drei Klassen eröffnet. Man unterrichtete unter anderem Deutsch, Religion und Latein. 1772-1876 waren in der Stadt noch zwei Volksschulen tätig. Seit 1871 gab es in Rzeszów Mädchenschulen mit dem Ziel, Frauen (als Folge der Emanzipation) für die neuen Sozial- und Familienrollen vorzubereiten. 1918 existierten hier elf Grundschulen und vier allgemeine Schulen. 1938/39 lernten in allen Schulen der Stadt insgesamt 7.948 Schüler. Nach dem Krieg wurde das Schulsystem der Stadt reaktiviert. 1983 gab es 24 Grundschulen und 8 Oberschulen. Heute sind es 26 Grundschulen, über 40 Oberschulen aller Typen und sieben Hochschulen mit 54.000 Studierenden.[9] Seit 2001 ist Rzeszów Universitätsstadt. Die Universität entstand durch die Verbindung der 1963 gegründeten Pädagogischen Hochschule und einer Filiale der Maria-Curie-Skłodowska-Universität Lublin.

Kunstgeschichte und Architektur



Das Rathaus von Rzeszów (Postkarte, vor 1945). [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 69534].



Die Postkarte (nach 1945) zeigt den Glockenturm der Pfarrkirche Rzeszów. [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 114357].

Die Pfarrkirche St. Adalbert und Stanislaus (*św. Wojciecha i Stanisława*) ist einer der ältesten Sakralbauten Rzeszóws. Sie soll noch vor 1363 errichtet worden sein und wurde nach einer Zerstörung um 1434 wiederaufgebaut. Die Rzeszówer Burg wurde mutmaßlich Ende des 16. Jahrhunderts errichtet. In der Nähe befindet sich das Sommer-Palais der Familie Lubomirski mit einem schönen Park. Der Rzeszówer Marktplatz mit seinen historischen Steinhäusern aus dem 15.-19. Jahrhundert und einem 400 Meter langen unterirdischen Gang wird auf der Westseite vom neugotischen Rathaus aus dem 16. Jahrhundert (umgebaut im 19. Jh.) begrenzt. Im Piaristenkloster mit der Kreuzkirche, das heute das Landesmuseum (*Muzeum Okręgowe*) beherbergt, befindet sich das Lubomirski-Mausoleum. Von der ehemals jüdischen Prägung der Stadt zeugen noch die „Kleine“ (16.-17. Jh.) und die „Große“ Synagoge (spätes 17. Jh.).

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Zdzisław Budzyński, Jan Draus, Jacek Kawałek (Hg.): Encyklopedia Rzeszowa [Enzyklopädie von Rzeszów]. Rzeszów 2004.
- Sylwester Czopek (Hg.): Rzeszów – Rzeszowszczyzna. Przeszłość daleka i bliska (materiały pomocnicze dla nauczycieli) [Rzeszów und sein Umland. Ferne und nahe Vergangenheit (Materialien für Lehrer)]. Rzeszów 2000.
- Władysław Hennig, Elżbieta Kurowska: Rzeszów. Przewodnik [Rzeszów. Ein Stadtführer]. Rzeszów 2010.
- Hubert Kotarski, Krzysztof Malicki: Stolica Podkarpacia wczoraj i dziś. Studium socjologiczne społecznych aspektów przemian w Rzeszowie w latach 1989-2009 [Die Hauptstadt des Karpatenvorlands gestern und heute. Soziologische Studie der gesellschaftlichen Aspekte der Transformationsprozesse in Rzeszów 1989-2009]. Rzeszów 2013.

Weblinks

- http://www.rzeszow.pl/ (Offizielles Stadtportal)
- http://www.rzeszow.pl/miasto-rzeszow/historia/historia-rzeszowa (Zur Geschichte der Stadt)
- http://www.herder-institut.de/bildkatalog/index/index?searchfield_parameter=Rzesz%C3%B3w&newperspective=thumbnails (Abbildungen zu Rzeszów im Bildarchiv des Herder-Instituts, Marburg)

Anmerkungen

[1] Akta radzieckie rzeszowskie: 1591-1634 [Rzeszówer Ratsakten: 1591-1634]. Hg. v. Adam Przyboś. Wrocław, Kraków 1957, S. VI; Deutsche Besiedlung Kleinpolens und Rotreussens im 15. Jahrhundert (Landkarte). Bearb. und gez. v. Kurt Lück. (o. O.) 1934.

[2] Adam Przyboś: Z przeszłości Rzeszowa. Wykład inauguracyjny [Aus der Vergangenheit Rzeszóws. Antrittsvorlesung]. In: Annales de l'École normale superieure à Cracovie. Kraków, Rzeszów 1964 (Roczniki Naukowo-Dydaktyczne. Z. 1 [23]), S. 17-27, hier S. 18.

[3] Draus (Hg.): Encyklopedia Rzeszowa [Enzyklopädie von Rzeszów], S. 287.

[4] Kurt Lück: Deutsche Aufbaukräfte in der Entwicklung Polens. Plauen i. Vogtland 1934, S. 529.

[5] Draus (Hg.): Encyklopedia Rzeszowa [Enzyklopädie von Rzeszów], S. 287.

[6] Draus (Hg.): Encyklopedia Rzeszowa [Enzyklopädie von Rzeszów], S. 289.

[7] http://pl.wikipedia.org/wiki/Rzesz%C3%B3w#Demografia (Abruf 29.08.2014).

[8] Rzeszów. Statistische Daten: http://www.rzeszow.pl/miasto-rzeszow/dane-statystyczne/rzeszow-w-liczbach (Abruf 29.08.2014).

[9] „Statistisch gesehen ist Rzeszów eine Studentenstadt“: www.archiwum.wyborcza.pl/Archiwum/1,0,7658773,20121013RZ-DLO,Rzeszow_statystycznie_studentami_stoi.html (Abruf 29.08.2014).

Zitation

Tomasz Jabłecki: Rzeszów. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014. URL: http://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32240 (Stand 03.12.2014).

S

Sabinov → Zeben/Sabinov/Kisszeben

Siehe Zeben/Sabinov/Kisszeben

Sagan/Żagań

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Sagan

Amtliche Bezeichnung

poln. Żagań

Etymologie

„Sagan“ ist wahrscheinlich die Ableitung vom urslawischen Flurnamen „*Zagon*“ (= gepflügtes Ackerstück).

2. Geographie

Lage

Einst als „Schlesiens nordwestliche Eingangspforte“ bezeichnet,[1] liegt Sagan mit 51° 37` nördlicher Breite und 15° 19` östlicher Länge ca. 100 m über NN auf beiden Seiten des mittleren Bobers (*Bóbr*), eines linken Nebenflusses der Oder (poln./tschech. *Odra*); noch auf Saganer Gebiet mündet bei Luthrötha/Lutnia die Tschirne (*Czerna*) in den Bober. Bis Breslau/Wrocław (südöstlich) sind es ca. 140 km und bis Görlitz/Zgorzelec (südwestlich) ca. 60 km.

Die Ausläufer des Lausitzer Grenzwaldes (*Wzniesienia Żarskie*) umgeben die Stadt im Westen, im Osten sind es die Ausläufer der Dalkauer Berge (*Wzgórza Dalkowskie*). Das Waldgebiet der Niederschlesischen und Lausitzer Heide (*Bory Dolnośląskie*) reicht im Süden bis an das Stadtgebiet heran.

Region

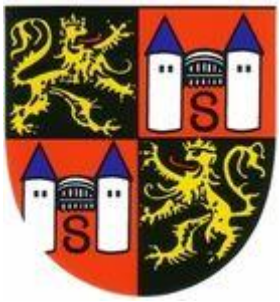
Niederschlesien

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Republik Polen; Sagan ist Verwaltungssitz des Landkreises Żagań (*Powiat Żagański*) in der Woiwodschaft Lebus (*Województwo Lubuskie*).

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik



Historisches Wappen von Sagan.



Wappen der Stadt Żagań.

Das von Kaiser Rudolf II. (1576−1612) 1602 der Stadt Sagan verliehene Wappen blieb bis 1968 im Gebrauch. Es ist viergeteilt; im ersten und vierten Feld steht je ein goldener gekrönter Löwe auf schwarzem Grund. Das zweite und dritte Feld enthält je ein Stadttor mit zwei Türmen auf rotem Grund. Ein Gitter verbindet die Türme, darunter steht ein großes „S“.

Das seit 1993 gültige Wappen fußt auf dem Motiv des ältesten Stadtsiegels von 1305. Auf rotem Grund steht eine Wehrmauer mit Zinnen, in der Mitte erhebt sich ein Torturm mit zwei Fenstern und einem dreieckigen Dach. Im offenen Tor darunter steht ein Ritter ohne Kopfbedeckung mit einer Lanze in der rechten und einem dreieckigen Adlerschild in der linken Hand. Über der Mauer rechts vom Turm ist ein Helm mit Pfauenfederkamm abgebildet und links der schlesische Adler mit steigendem Halbmond auf der Brust.

Die Saganer Stadtfarben sind rot-weiß; die Stadtfahne hat die Farben rot, gelb und rot, die historischen Farben des Fürstentums Sagan.

Fürstentum Sagan

Sagan gehörte ab 1252 zum Piasten-Fürstentum Glogau, um 1280 wurde Sagan Residenz eines Teilfürstentums, 1413 erfolgte die endgültige Trennung vom Fürstentum Glogau. 1473 gelangte das Fürstentum Sagan an das Haus Wettin, 1549 im Tausch an die Krone Böhmen. 1553−1601 waren die fürstlichen Kammergüter verpfändet, ab 1558 an die Familie von Promnitz auf Sorau/Żary. 1601−1646 war Sagan wieder im Besitz Habsburgs; von 1628 bis 1634 besaß es der kaiserliche Feldherr Albrecht von Wallenstein (1583−1634) als Lehen. 1646 erwarb Fürst Wenzel Eusebius von Lobkowitz (1603−1677) die Herrschaft. Mit dem Übergang Schlesiens an Preußen (1742) kam auch das Fürstentum Sagan unter preußische Oberhoheit. Im März 1786 verkaufte die Familie Lobkowitz Sagan an Peter Biron Herzog von Kurland, Livland und Semgallen (1724−1800). Nach Peters Tod erbte

Wilhelmine Prinzessin von Kurland (1781−1839) das Fürstentum, dessen Verwaltung sie 1805 übernahm. Ihr folgte Peters zweite Tochter Pauline Fürstin von Hohenzollern-Hechingen (1782−1845). Sie überließ Sagan 1844 ihrer jüngeren Schwester Dorothea Herzogin von Talleyrand-Périgord und Dino (1793−1862). Mit der 1844 erfolgten Einrichtung des Preußischen Thronlehens Fürstentum Sagan durch Friedrich Wilhelm IV. (1840−1861) wurde für Herzogin Dorothea und ihre Nachkommen als Herzöge von Talleyrand-Périgord und Valençay der rechtliche Status des Fürstentums festgelegt. 1862−1898 war Dorotheas Sohn Ludwig Napoleon (1811−1898) Herzog von Sagan, ihm folgte sein Sohn Boso I. (1832−1910). Herzog Howard (1909−1929) war der letzte Herzog von Sagan, mit seinem Tod 1929 erlosch der Herzogstitel. 1935 endete die Lehnseigenschaft der 1929 gegründeten Herrschaft Waldgut Sagan.

Mittelalter

1202 tritt ein *Stephanus de Sagan castellanus* als Zeuge in einer Urkunde für das Kloster Leubus/Lubiąż auf. Die polnische Kastellaneiburg aus der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts lag auf dem späteren Galgenberg. Nordwestlich davon befand sich das slawische Dorf Sagan mit der 1284 erwähnten St.-Vinzenz-Kirche, nach 1400 als „Alden-Sagan“ überliefert, später Altkirch/Stary Żagań genannt. Im Verlauf der hochmittelalterlichen Ostsiedlung entstand vor 1260 am rechten Ufer des Mühlgrabens, eines Seitenarmes des Bobers, die Stadt Sagan nach Magdeburger Recht mit rechteckigem Ring und schachbrettartigem Straßennetz. 1280 und 1284 wird Sagan *civitas* genannt. Um 1280 erfolgte eine Erweiterung nach Osten mit dem „Neuen Ring“ (seit 1886 Ludwigsplatz [*pl. Słowiański*]).

Nach 1270 verlor die alte Kastellanei ihre Funktion, am Sorauer Tor entstand eine neue Burganlage. Herzog Primko I. von Sagan-Sprottau/Szprotawa-Steinau/Śinawa (gest. 1289) verlegte 1284 das Augustiner-Chorherrenstift von Naumburg am Bober/Nowogród Bobrański nach Sagan.

Eine ursprünglich vorhandene Holz-Erde-Befestigung ersetzte man nach der Stadterweiterung durch eine Steinmauer mit Wallgraben und drei Toren sowie zwei Pforten.

Neuzeit

Von 1351 bis 1730 wurde Sagan mehrfach von Bränden heimgesucht; der letzte zerstörte fast die gesamte Stadt. Von 1312 bis 1696 brach die Pest fünfzehnmal in der Stadt aus. Sagans Lage im Bobertal führte oft zu großen Schäden durch Hochwasser, besonders in den Jahren 1804 und 1897.

Seit dem 15. Jahrhundert hatte Sagan vermehrt unter kriegerischen Ereignissen zu leiden: den Hussitenkriegen (1419−1439), dem Bruderkrieg der Saganer Piastenherzöge (1461−1472), dem Dreißigjährigen (1618−1648) und dem Siebenjährigen Krieg (1756−1763). Nach dem Ende der Napoleonischen Kriege begann jedoch ab 1815 eine ruhigere Epoche. Gefördert durch das Haus Biron, konnte sich Sagan in den folgenden Jahrzehnten zu einem modernen Gemeinwesen entwickeln.

Zeitgeschichte

1923 erfolgte die Eingemeindung von Fischendorf/Rybaki und 1928 einem Teil von Luthrötha und zahlreichen Gutshöfen (1905: 23,73 km², 1928: 32,54 km²).[2] Neue Siedlungen entstanden Ende der 1920er Jahre, vor allem im Norden, Osten und Westen der Stadt.

Die seit 1925 in Schlesien agierende NSDAP erlangte bei den Reichstagswahlen im Juli 1932 in Sagan 18.109 Stimmen, dagegen fiel ihr Anteil bei der Märzwahl 1933 mit 6.077 Stimmen bedeutend geringer aus.[3]

Nach mehrtägigen Kämpfen besetzten Einheiten der sowjetischen 1. Ukrainischen Front die Stadt am 16. Februar 1945. Bei Kriegsende war Sagan über 80 % zerstört. Wegen fehlenden Wohnraums wurden erst 1947 polnische Neubürger angesiedelt; die deutsche Bevölkerung war bereits 1945/46 weitgehend ausgewiesen worden.

Verwaltung



Alter Ring (Buttermarkt) und Stadtpfarrkirche
[Foto: Klaus Lindner].

Sagans erstes Rathaus lag inmitten eines Häuserblocks auf dem Alten Ring (*Rynek*). Nach dem Stadtbrand von 1486 erbaute man ein neues Rathaus an der Ecke Alter Ring / Sorauer Straße (*ul. II Armii Wojska Polskiego*), das zuletzt 1879/80 umgebaut und bis zu seiner Zerstörung 1945 genutzt wurde.

Für 1303 wird ein Bürgermeister genannt, seit 1354 der *proconsul* als sein Stellvertreter. Ratsmitglieder, Älteste und Geschworene wurden von der Bürgergemeinde gewählt; eine herzogliche Bestätigung ist erstmals zu 1477 überliefert. Die 1808 in Preußen erlassene Städteordnung brachte auch für Sagan die städtische Selbstverwaltung (Stadtverordnete).

Seit 1810 besaß Sagan ein eigenes Stadtgericht; ab 1877 bestand das königliche Amtsgericht im ehemaligen Augustinerkloster.

Nach 1741 waren Stadt und Fürstentum erst der Kriegs- und Domänenkammer Glogau/Głogów unterstellt, seit 1815/16 dem Regierungsbezirk Liegnitz/Legnica. 1741 bildete man den Kreis Sagan mit der Kreisstadt Sagan. 1932 wurden die Kreise Sagan und Sprottau zum Kreis Sprottau zusammengelegt, Sagan blieb Kreisstadt.

Bevölkerung

1620 lebten in der Stadt und den Vorstädten ca. 4.000 Einwohner.[4] Zu Beginn des Siebenjährigen Krieges (1756) waren es 2.900 Einwohner,[5] danach ist ein kontinuierlicher Bevölkerungsanstieg festzustellen. 1944 war ein vorläufiger Höchststand mit 22.700 Einwohnern erreicht.[6] Nach der Vertreibung der deutschen Bevölkerung und Ansiedlung polnischer Ostvertriebener betrug 1961 die Einwohnerzahl 19.200 und 1970 21.500.[7] Gegenwärtig hat Sagan 26.931 Einwohner (Stand 2015).[8]

Wirtschaft

Zusammen mit den Augustiner-Chorherren förderten die Saganer Herzöge Konrad II. Köberlein (gest. 1304) und Primko I. (gest. 1289) die Ansiedlung von Tuchmachern aus Meißen und Thüringen. Dank der günstigen Lage Sagans an der Niederen Straße konnte sich ein lebhafter Handel mit Tuchen nach Polen und Russland entwickeln. Das im 14. und 15. Jahrhundert sehr erfolgreiche Saganer Tuchmachergewerbe erlebte aufgrund wiederholter Brände, Pest und Krieg zunächst einen Niedergang, der erst mit der Einführung der Dampfkraft und dem Wandel vom kleinen Handwerksbetrieb zur Tuchherstellung auf industrieller Basis endete. Trotz der besonders schwierigen Wirtschaftslage in Schlesien nach 1918 blieb die Saganer Tuchfabrikation bis 1944/45 der bestimmende Produktionszweig. Mit dem Textilgewerbe zusammen entstanden Färbereien, Maschinenfabriken, Metall- und Eisengießereien sowie Tuchversandgeschäfte.

1351 erhielt Sagan mit der Verleihung des Bierschrotamts das Recht zum Bierbrauen. Die Bierbrauerei auf industrieller Basis begann 1820 mit der Gründung der Brauerei Tivoli Moritz Baudach; 1863 entstand aus der Braukommune die Brauerei Bergschlößchen GmbH.

1873 gründete man den Kaufmännischen Verein; 1879 nahm die Handelskammer für die Kreise Sagan und Sprottau in Sagan ihre Arbeit auf.

Sagan erhielt im Juli 1846 Eisenbahnanschluss an der Niederschlesischen Zweigbahn Hansdorf/Jankowa–Sprottau–Glogau. Direkte Verbindungen nach Breslau und Berlin kamen erst 1875 zustande. Im Winterhalbjahr 1937/38 hielten 13 Eil- und Schnellzüge in Sagan; heute dient der Bahnhof nur noch dem Regionalverkehr (Stand 2015).

Militärgeschichte

Seit 1742 ist Sagan Garnisonstadt. Die erste Saganer Kaserne lag in der Nähe der alten Sorauer Brücke. 1884/86 ließ der Fiskus die Planitz- (Artillerie-) Kaserne am Kasernen-/Pestalozziplatz (*pl. Orląt Lwowskich)* bauen. Wichtig für die Saganer Garnison war der 1898 südlich von Sprottau in der Mallmitzer Heide angelegte Truppenübungsplatz Neuhammer/Świętoszów. Nach dem Ersten Weltkrieg nutzten Reichswehr und Wehrmacht die vorhandenen militärischen Einrichtungen. Zusätzlich wurde zwischen Kasernen- und Artilleriestraße (*ul. Bolesława Kędzierzawego*) die Großgörschen-Kaserne gebaut. 1937 entstand an der Sorauer Chaussee (*przy Szosie Żarskiej*) die Panzer-Kaserne am Dachsberg. Die Luftwaffe nutzte den Fliegerhorst Küpper bei Sagan/Stara Kopernica.

Während des Zweiten Weltkriegs existierten auf einem ehemaligen Exerzierplatz an der Halbauer Chaussee (*ul. Lotników Alianckich*) das Kriegsgefangenenlager Stalag (= Stammlager) VIII C und seit 1942 das Stalag Luft III im Saganer Forst, Schauplatz eines Fluchtversuchs von 80 Piloten der alliierten Streitkräfte im März 1944, der mit der Erschießung der meisten Flüchtigen endete; nur drei Gefangene entkamen.

Nach 1945 wurden die Kasernen in der Stadt und auf dem Dachsberg von russischen und polnischen Einheiten weitergenutzt, die jahrelang das Leben in der Stadt prägten. Gegenwärtig ist in Sagan das Kommando der 11. Panzerdivision der polnischen Streitkräfte „König Jan III Sobieski“ stationiert (Stand 2015).

Religions- und Kirchengeschichte

Bis zur Reformationszeit gab es nur zwei Klöster, das Augustiner-Chorherrenstift, dessen Stiftskirche zugleich Stadtpfarrkirche war, und das Franziskanerkloster (bis 1539). Unter

Paul Lemberg (geb. 1480), dem Abt des Augustinerstifts, fand die Lehre Martin Luthers Eingang in die Stadt. Während Sagan überwiegend evangelisch wurde, bestand das Augustinerstift unter dem Schutz Habsburgs weiter. Von 1524 bis 1633 wechselte mehrfach die Konfessionszugehörigkeit der Stadtpfarrkirche; bis 1628 war auch die Franziskanerkirche jahrelang evangelisch.



Gnadenkirche zur Heiligen Dreifaltigkeit um 1940
[Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 56397;
Foto: Günther Grundmann].

1628 rief Herzog Wallenstein (1583−1634) die Jesuiten nach Sagan und übergab ihnen Kirche und Kloster der Franziskaner. Die gegenreformatorischen Maßnahmen (seit 1667) des Fürsten Lobkowitz gipfelten in der 1668 im Fürstentum Sagan durchgeführten Kirchenreduktion. Bis 1668 diente noch die Kreuzkirche dem evangelischen Gottesdienst, danach besuchten die evangelischen Saganer sogenannte Grenz- und Zufluchtskirchen entlang der Grenzen des Fürstentums. Auf Grund der Altranstädter Konvention (1707) wurde 1709/10 die außerhalb der Stadt auf der rechten Boberseite liegende Gnadenkirche Zur Heiligen Dreifaltigkeit erbaut. Die evangelischen Saganer besaßen von da an eine eigene Kirche, die katholischen Bürger nutzten weiterhin fünf Kirchen für ihre Gottesdienste.[9]

In Sagan gab es eine kleine Gemeinde der Altlutheraner, die sich nach 1830 von der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union getrennt hatten.

Um 1825 sind 71 Juden in Sagan nachgewiesen. Bis 1885 stieg die Anzahl auf 164, um dann wieder zu sinken (1895: 144, 1905: 113).[10] 1925 gab es in Sagan noch 97 Juden, 1933 waren es 64 und 1939 lebten noch sieben Juden in der Stadt.[11] 1856/57 hatte sich die jüdische Gemeinde in einer Bastion der alten Stadtmauer am späteren Nizzaplatz (heute *pl. Wolności)* ihre Synagoge gebaut, die am 9./10. November 1938 zerstört wurde.

Kulturelle Institutionen

Im ehemaligen Augustinerstift befindet sich über der Annakapelle die barocke Klosterbibliothek, deren wertvollste Bestände infolge der Säkularisation nach Breslau gelangten.

1905 hatte der Saganer Volksbildungsverein in der Knaben-Mittelschule eine Volkslesehalle und eine Volksbibliothek eingerichtet. Im selben Gebäude war bis 1928 das 1891 gegründete Altertums-/Heimatmuseum untergebracht.

Für 1659 ist in Sagan eine erste Theateraufführung der Jesuiten bezeugt. Unter Herzog Peter Biron (gest. 1800) richtete man im Schloss ein Theater ein. Aufführungen gab es nur in den Wintermonaten, jedermann hatte Zutritt. Sagan besaß kein eigenes Theaterensemble, verschiedene schlesische Wanderbühnen gaben Gastspiele im Apollo-Theater, dem „Stadttheater“ am Ludwigsplatz (*pl. Słowiański*) und im Konzerthaus an der Stadtwiese (*ul. Jana Pawla II*).

Das Musikleben bestimmten der Saganer Musikverein und das Saganer Symphonieorchester.

Bildung und Wissenschaft

Das Staatliche Gymnasium, die Herzog-Friedland-Schule, ging auf die 1628/29 von Wallenstein eingerichtete Jesuitenschule zurück.

Von 1873 bis 1923 besaß Sagan ein evangelisches Lehrerseminar und bis Ende des Ersten Weltkriegs eine Präparandenanstalt; eine staatliche Aufbauschule für Mädchen gab es bis 1929. Die Städtischen Berufs- und Berufsfachschulen, die Volkshochschule, die Landwirtschaftliche Schule und die Heeresfachschule ergänzten die Saganer Bildungseinrichtungen.

Der Astronom und Mathematiker Johannes Kepler (1571−1630) lebte und arbeitete auf Einladung Wallensteins von 1628 bis 1630 in Sagan. Hier erschienen 1630 die *Ephemeriden*, Keplers Gestirnberechnungstafeln.

Als Reformer des katholischen Schulwesens in Schlesien gilt Johann Ignaz von Felbiger (1724−1788), der 50. Abt des Saganer Chorherrenstifts, der von 1758 bis 1778 das Stift leitete. Auf dem Dach der Stadtpfarrkirche ließ Felbiger 1770 einen Blitzableiter anbringen – den ersten in Schlesien.

Aus Sagan stammte ebenfalls Adolf Engler (1844−1930), der 1889 als Ordinarius und Direktor des Botanischen Gartens und Museums nach Berlin berufen wurde.

Kunstgeschichte und Architektur



Stadtpfarrkirche St. Mariae Himmelfahrt [Foto: Klaus Lindner].

Die katholische Stadtpfarrkirche St. Mariae Himmelfahrt am Klosterhof (*plac Klasztory*), die ehemalige Augustinerkirche, wurde in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts als dreischiffige Basilika errichtet. Nach den Stadtbränden von 1472 und 1486 baute man sie als Hallenkirche wieder auf, ab 1515 erfolgte die Aufstockung von Langhaus und Gewölbe. An der Westseite ist die Fassade als fünfstufiger Treppengiebel gestaltet; der Backsteinturm erhielt nach dem Stadtbrand von 1730 sein Mansardwalmdach. Die überwiegend barocke Ausstattung ist erhalten. – Die dreiflügelige Klosteranlage, im Norden und Westen an die Stadtmauer angrenzend, entstand zu Beginn des 14. Jahrhunderts; die Wirtschaftsgebäude stammen aus dem 15. und 16. Jahrhundert. Nach 1810 richtete die Stadt in einem Teil der Klostergebäude zunächst das Steueramt, später dann Amtsgericht und Gefängnis ein. Im ehemaligen Konvikt befindet sich heute ein Touristenhotel.

Die heutige katholische Gymnasialkirche St. Petrus und Paulus geht auf das 1284/85 gegründete Franziskanerkloster zurück. Ursprünglich eine gotische Saalkirche, wurde Ende des 15. Jahrhunderts das Langhaus umgebaut; 1495 erhielt die Kirche ihre äußere Gestalt. Nach dem Brand von 1688 erfolgte der Wiederaufbau als Jesuitenkirche mit barocker Ausstattung. – Das ehemalige Franziskanerkloster an der Gymnasialstraße wurde 1652 abgerissen und dort 1653 ein Jesuitenkollegium und eine Jesuitenschule erbaut. Nach dem Stadtbrand von 1688 begann man 1689 mit dem Neubau des Kollegiums. Nach der Ordensauflösung 1773 wurde im Kollegiumsgebäude (südlicher Teil) die Jesuitenschule als „Königliches Schulinstitut“ fortgeführt, die Jesuitenkirche wurde zur Gymnasialkirche. Das Seminargebäude (nördlicher Teil) diente von 1838 bis 1928 als Frauengefängnis; von 1928 bis 1945 waren dort das Heimatmuseum und Kreisbehörden untergebracht. Seit dem Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg werden die Gebäude für eine Textil- und Handelsfachschule sowie die Polizei genutzt.

Die auf der linken Boberseite auf einem Friedhof liegende katholische Kirche St. Mariae Heimsuchung, die gotische „Bergelkirche“ von 1484, wurde im 17. und 18. Jahrhundert erweitert und barockisiert. Daneben befindet sich die Hl.-Grab-Kapelle, ein Quaderbau aus Sandstein, 1598 als Nachbau der Emmerich’schen Grabkapelle in Görlitz errichtet.

1334 wurde die katholische Kirche zum Heiligen Kreuz an der Sprottauer Straße (*ul. Szprotawska*) erbaut; bereits seit 1284 existierte hier ein Hospital für Leprakranke. Von 1845 bis 1849 ließ Herzogin Dorothea die Kirche als Begräbnisstätte für die katholischen Mitglieder des Herzogshauses umbauen. In der Nähe stiftete sie das St.-Dorotheen-Hospital mit Marienhaus und Dorotheenschule (1859). Heute befindet sich in dem Komplex das Europäische Musikzentrum.

1296 wird die an der Freystädter Straße (*ul. Armii Krajowej*) liegende katholische Heilig-Geist- oder Propsteikirche („Hospitalkirche“) erstmals genannt, bereits 1292 das dazugehörende Hospital.1701−1702 errichtete man anstelle des Vorgängerbaus von 1444/1482 eine barocke Saalkirche. Erhalten ist die Barockausstattung vom Beginn des 18. Jahrhunderts.



Kirche zum Heiligen Kreuz [Foto: Klaus Lindner].



Turm der ehemaligen Gnadenkirche [Foto: Klaus Lindner].

Die evangelische Gnadenkirche Zur Heiligen Dreifaltigkeit am Kirchplatz (*pl. Królowej Jadwigi*) war ursprünglich ein hölzerner Saalbau mit abgeschrägten Ecken und einem kleinen Turm auf der Südseite. 1809 begann man, die Kirche zu ummauern (bis 1859). 1843−1845 erhielt die Gnadenkirche einen neuen Turm mit durchbrochenem Spitzhelm aus Gusseisen, dazu die Sakristei an der Nordseite. Für die evangelischen Mitglieder der Familie Biron wurde im Untergeschoss des Turms die herzogliche Gruft mit der darüber liegenden Gruftkapelle eingerichtet. Nach dem Zweiten Weltkrieg verfiel die bei den Kampfhandlungen im Februar 1945 nur gering beschädigte Kirche; als Steinbruch genutzt, wurde sie 1965 abgetragen. Der Turm blieb stehen und wurde nach umfassender Renovierung 2004 als Aussichtsturm eröffnet. In der leeren Kurländergruft ist nur der im Gewölbe eingemauerte Grundstein von 1843 zu sehen (Stand 2015).



Herzogliches Schloss, Postkarte vor 1945
[Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 109464].

Südlich vom Ludwigsplatz (*pl. Słowiański*) liegt das herzogliche Barockschloss. Seit 1299 befand sich dort der Sitz der Saganer Herzöge. 1629 ließ Wallenstein den Bau einer vierflügeligen Anlage mit Basteien an den Ecken beginnen. Unter seinem Nachfolger von Lobkowitz wurde nach Entwürfen des Architekten Antonio della Porta (um 1631−1702) ein Neubau als dreiflügelige hufeisenförmige Anlage auf den Fundamenten des Vorgängerbaus begonnen. Das Wallenstein-Lobkowitz-Schloss war 1693 weitgehend vollendet. Unter der kurländischen Herrschaft wurden am Äußeren des Schlosses nur notwendige Sicherungsmaßnahmen vorgenommen, dagegen wurden der Innenausbau und die Vermehrung der Kunstsammlungen fortgeführt. Ende 1944 begann die Verlagerung der Kunstwerke, deren Verbleib weitgehend unbekannt ist. Das Schloss wird heute von städtischen Einrichtungen und als Kulturpalast genutzt.

Herzogin Dorothea und ihr Sohn Ludwig Napoleon ließen den Schlossgarten und die weitläufigen Parkanlagen zu einem Landschaftspark umgestalten, der 1945 und in den folgenden Jahren teilweise zerstört wurde.



Herzogliches Landhaus und Gymnasialkirche
[Foto: Klaus Lindner].

In der Nähe des Schlosses befinden sich zwei weitere herzogliche Bauten. Das am Ludwigsplatz 1793 als Witwensitz für Herzogin Dorothea von Kurland errichtete Herzogliche Landhaus, ein spätbarockes Stadtpalais mit klassizistischen Elementen, beherbergte später herzogliche Behörden. Heute arbeitet hier die Stadtverwaltung. – Gegenüber dem Schloss entstand um 1800 die Herzogliche Kammer als herzogliches Regierungsgebäude, heute Sitz des Bezirksgerichts, ebenfalls ein spätbarocker Bau mit klassizistischen Elementen.

Neben dem Palais an der Stadtwiese 7 (*ul.*

Neben dem Palais an der Stadtwiese 7 (*ul. Jana Pawła II*), um 1800 als Rechteckbau mit Erd- und Halbgeschoss und niedrigem Walmdach errichtet, und der Meyer'schen Fabrikantenvilla von 1847, Stadtwiese 15, sind am Alten Ring einige Patrizierhäuser erhalten; in der Stadt findet man vereinzelt noch Barock- und Bürgerhäuser aus dem 18. und 19. Jahrhundert.



Hohe Straße (ul. Warszawska) und Ratsturm
[Foto: Klaus Lindner].

Das Saganer Wahrzeichen am Alten Ring, der Ratsturm von 1331, musste 1868/69 erneuert werden; er erhielt damals eine Loggia nach florentinischem Vorbild und eine beleuchtete Uhr.

Nach den Kriegszerstörungen 1945 trug man beschädigte und baufällige Häuser ab, das alte gewachsene Straßennetz wurde aufgegeben und neue Wohnblöcke unregelmäßig auf freigeräumte Flächen gesetzt. Auf der linken Boberseite entstanden in den 1970er Jahren die Großsiedlungen *XXX−lecia PRL* und *Bema*; auf dem rechten Boberufer liegt die *Osiedle Łąkowa*.

1996 wurde Sagan in das Regierungsprogramm zur Rettung und Revitalisierung historischer Städte in Polen aufgenommen. Archäologische Untersuchungen zum geplanten Wiederaufbau alter Bürgerhäuser erfolgten daraufhin im Bereich Hohe Straße (*ul. Warszawska*), Ludwigsplatz (*pl. Słowiański*) und Brüderstraße (*ul. Bracka*); die ehemaligen Baulücken dort sind inzwischen weitgehend beseitigt (Stand 2015).

Buch- und Druckgeschichte

Wallenstein ließ 1629 für Johannes Kepler eine Druckerei einrichten, die um 1630 wieder einging. 1765 gab es in der Sorauer Straße eine Druckerei, die Felbigers Schulbücher (z. B. den *Saganischen* oder *Schlesischen Katechismus*) druckte. Herzog Peter Biron veranlasste 1793 die Einrichtung der Herzoglichen Hofbuchdruckerei, die zuletzt Benjamin Krause gehörte. Seit 1796 gab die Hofbuchdruckerei die *Niederschlesische Allgemeine Zeitung* (*Saganer Wochenblatt*) heraus. Das *Saganer Tageblatt* erschien im Verlag von Schlesinger und Lenich. 1929 wurde die Druckerei und Kalligraphische Anstalt Kurt Liebig gegründet.

Literatur

Der in Sagan geborene Carl Weisflog (1770−1828), 1802 Stadtrichter und 1827 Stadtgerichtsdirektor in Sagan, schrieb − angeregt durch seine Bekanntschaft mit E.T.A. Hoff-

mann − eine Vielzahl von fantastischen Novellen und gehörte zu den meistgelesenen Autoren im dritten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts.

In der 1921 geschriebenen und 1932 publizierten Novelle *Reise nach Sagan* von Traud Gravenhorst (1882−1968) bilden Schloss Sagan, die Boberlandschaft und die Umgebung der Stadt im Jahre 1808 den Hintergrund für die aufkeimende Leidenschaft zwischen dem alternden Fürsten Charles Maurice Talleyrand und der jungen kurländischen Prinzessin Dorothea Biron.

Gedächtnis- und Erinnerungskultur



Kepler-Denkmal [Foto: Klaus Lindner].

In der Grünanlage an der Stadtwiese (*ul. Jana Pawła II*) liegt ein 2000 aufgestellter Gedenkstein mit Bild und Inschrift „Johannes Kepler. Astronom. 1571−1630“. Der Stein ist die Rekonstruktion des Keplerdenkmals von 1930 in der Kammerau, dem oberen Teil der herzoglichen Parkanlagen (*Park Górny*). Ein weiteres Zeugnis der deutschen Vergangenheit ist der 1909 erbaute Bismarckturm auf dem Galgenberg im Park Belaria.

Das Touristische Informationszentrum (*Centrum Informacji Turystycznej*) hat den Saganer Fürstenweg (*Żagański Szlak Książęcy*) eingerichtet, ein mehrsprachig beschilderter Rundgang zu alten und neuen Sehenswürdigkeiten.

An der Halbauer Chaussee (*ul. Lotników Alianckich)* befindet sich auf dem Gelände der ehemaligen Kriegsgefangenenlager seit 1971 das Museum des Martyriums der alliierten Kriegsgefangenen (*Muzeum Martyrologii Alianckich Jeńców Wojennych*), jetzt das Museum des Kriegsgefangenen-Vernichtungslagers (*Muzeum Obozów Jenieckich w Żaganiu*).

Seit 1976 gab es in der Volkshochschule Detmold die Heimatstube Sagan-Sprottau, deren Sammlungen seit 2014/15 im Haus Schlesien (Königswinter) aufbewahrt werden.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Katarzyna Adamek, Marian Ryszard Świątek: Żagań znany i nieznany [Sagan – bekannt und unbekannt]. Żagań 2002.
- Werner Bein (Hg.): Sagan und Sprottau in der schlesischen Geschichte. „Les vues de Sagan“. Im Auftrag der Stiftung Kulturwerk Schlesien hg. Würzburg 1992.
- Festschrift zum Saganer Heimatfest. Pfingsten 1927. Hg. vom Fest- und Presse-Ausschuß. Sagan 1927.

- Felix Hoffmann: Die Kurländergruft in der Gnadenkirche zur heiligen Dreifaltigkeit. Ein Gedenkblatt zur Erinnerung an die letzte Beisetzung am 13. März 1878. In: Illustrierter Haus-Kalender für den Kreis Sagan (Fürstentums-Kalender) 1938. Sagan 1937, S. 25f.
- Artur Hryniewicz: Żagań/Sagan. In: Ernst Badstübner, Dietmar Popp, Andrzej Tomaszewski, Dethard von Winterfeld (Hg.), Sławomir Brzezicki, Christine Nielsen (Bearb.): Dehio-Handbuch der Kunstdenkmäler in Polen. Schlesien. München, Berlin 2005, S. 1196−1204.
- Hans Lauschke: Führer durch Sagan und Umgebung. Im Auftrag des Verkehrs-Vereins bearb. Sagan [1910].
- Kurt Liebig: Erinnerungen an Sagan. Köln-Rodenkirchen 1953.
- Lokalny program rewitalizacji dla miasta [Örtliches Stadterneuerungsprogramm]. Żagań 2005.
- Georg Steller: Wallenstein baut am Saganer Schloß (1628−1634). In: Felix Matuszkiewicz, Georg Steller: Unsere Sagan-Sprottauer Heimat. Köln-Rodenkirchen 1956, S. 50−90.
- Georg Steller: Sagan. In: Hugo Weczerka (Hg.): Handbuch der historischen Stätten. Schlesien. 2., verb. u. erw. Aufl. Stuttgart 2003 (Kröners Taschenausgabe 316), S. 462−467.
- Marian Ryszard Świątek: Żagań na dawnej karcii pocztowej / Sagan auf alten Ansichtskarten. Żagań 1999.
- Marian Ryszard Świątek: Pozdrowenia z Żagania. Żagań na starej karcie pocztowej 1896−1918 / Gruss aus Sagan. Sagan auf alten Postkarten 1896−1918. Wrocław 2002.
- Marian Ryszard Świątek, Katarzyna Adamek-Pujszo: Palac i park w Żaganiu na dawnej karcie pocztowej / Schloss und Park in Sagan auf alten Ansichtskarten. Lubsko [2006].
- Ute Ueberschär- von Livonius: Sagan 1944. In: Gerd R[olf] Ueberschär [Hg.]: Orte des Grauens. Verbrechen im Zweiten Weltkrieg. Darmstadt 2003, S. 217−223.
- J[ulius] Wohlfahrt, G[eorg] Michael: Gedenkblätter für die evangelische Gemeinde Sagan zur Feier des 200jährigen Jubiläums ihrer Gnadenkirche am 14. bis 16. Mai 1909. Sagan 1909.
- Żagań. In: Jerzy Kwiatek, Teofil Lijewski (Bearb.): Leksykon miast polskich [Polnisches Städte-Lexikon]. Warszawa 1998, S. 1078−1080.
- Robert Zarzycki: Żagań 1945−50 [Sagan 1945−50]. Żagań 2005.

Weblinks

- http://umzagan.nazwa.pl/um/ (Webpräsenz der Stadt Żagań, mehrsprachig)
- http://www.herder-institut.de/bildkatalog/index/index?newperspective=thumbnails&with_picture=0&tree[Orte]=29331 (Abbildungen zu Sagan/Żagań im Bildarchiv des Herder-Instituts, Marburg)

Anmerkungen

[1] Karl Baedeker: Schlesien. Riesengebirge. Grafschaft Glatz. Reisehandbuch. 2. Aufl. Leipzig 1938, S. 6.

[2] Karl Handke, Georg Steller: Beschreibung der schlesischen Kreise Sagan und Sprottau (nach dem Umfange des Kreises Sprottau ab 1.10.1932). Lippstadt 1968, S. 171, 196.

[3] Die Wahlen zum Reichstag am 31. Juli und 6. November 1932 und am 5. März 1933 (Sechste bis achte Wahlperiode). Bearb. im Statistischen Reichsamt. Berlin 1935 (Statistik des Deutschen Reichs 434). S. 47, 178.

[4] Handke, Steller: Beschreibung (Anm. 2), S. 57.

[5] Handke, Steller: Beschreibung (Anm. 2), S. 57.

[6] Handke, Steller: Beschreibung (Anm. 2), S. 244.

[7] Steller: Sagan, S. 467.

[8] http://umzagan.nazwa.pl/um/ (Abruf 03.07.2015).

[9] Von 20.441 Einwohnern (1939) waren 15.373 Evangelische, 4.227 Katholiken und 115 sonstige Christen (Michael Rademacher: Deutsche Verwaltungsgeschichte von der Reichseinigung 1871 bis zur Wiedervereinigung 1990. URL: http://www.verwaltungsgeschichte.de/sprottau.html [Abruf 02.08.2015]).

[10] Handke, Steller: Beschreibung (Anm. 2). S. 132, 155, 171.

[11] http://www.verwaltungsgeschichte.de/sprottau.html (Anm. 9).

Zitation

Klaus Lindner: Sagan/Żagań. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2015. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p38962 (Stand 09.10.2015).

Salzburg/Ocna Sibiului (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Sankt Joachimsthal/Jáchymov

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Sankt Joachimsthal

Amtliche Bezeichnung

tschech. Jáchymov

Lateinische Bezeichnung

Sancti Joachimi



Radiumbad St. Joachimsthal im Erzgebirge (Postkarte: vor 1945) [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv. Inv. Nr. 182427].

Etymologie

Die Stadt ist benannt nach dem hl. Joachim, der Legende nach Gatte der hl. Anna und Vater der Jungfrau Maria. Schutzpatrone der nahe gelegenen Bergstädte Annaberg und Marienberg waren die beiden weiblichen Mitglieder dieser Familie.

2. Geographie

Lage

Sankt Joachimsthal liegt auf 50° 21′ nördlicher Breite und 12° 55′ östlicher Länge, 146 km nordwestlich von Prag/Praha und 20 km nördlich von Karlsbad/Karlovy Vary, auf 672 m über NHN.

Topographie

Die Stadt liegt im Tal der Weseritz (*Jáchymovský potok*), eines Zuflusses der Weißeritz, in den südlichen Ausläufern des Erzgebirges.

Region

Böhmen

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Tschechische Republik. Sankt Joachimsthal liegt in der Region Karlsbad (*Karlovarský kraj*) und gehört zum Bezirk Karlsbad (*Okres Karlovy Vary*).

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Das der freien Bergstadt zu Regensburg am 15. Juli 1546 durch König Ferdinand verliehene Stadtwappen besteht aus einem in vier gleich große Teile geteilten Schild. Das obere linke und das untere rechte Feld zeigen ein Wappen mit rotem und goldenem Schild, auf welchem ein Löwe mit doppeltem Schwanz und Krone dargestellt ist. In den beiden anderen Feldern sind Berge, im Kreuz des Wappens zwei Berghammer dargestellt. Das Wappen wird vom hl. Joachim und der hl. Anna gehalten.

Gebräuchliche oder historische Namen

Bevor die Stadt 1519 ihren jetzigen Namen erhielt, war sie als "Konradsgrün" bekannt. Für das 16. Jahrhundert ist die gebräuchliche Kurzform "Thal", von der sich auch die Bezeichnung einer Münzsorte ("Thaler") ableitet, in Aufzeichnungen von Bergknappen belegt.

Mittelalter

1454 kam die von den bis dahin herrschenden Vohburgern gegründete Ortschaft Konradsgrün in den Besitz der Familie Schlick. Aus den Aufzeichnungen eines Pfarrers von Sankt Joachimsthal, Mathesius († 1565), geht hervor, dass die Gegend von Deutschen bewohnt war und sich zudem Überreste älterer Siedlungen finden ließen. Die Quellen des Zeitraums sind jedoch spärlich.[1]

Neuzeit

In einem 1512 angelegten Stollen wurden große Mengen an Erzen gefunden, was zu einem wirtschaftlichen Aufschwung der Stadt führte. Da benachbarte Bergwerke in Böhmen und Sachsen wegen der dort herrschenden Aufstände nicht in Betrieb waren, kam es zu einem regen Zuzug nach Konradsgrün. Angesichts der Entwicklung des Bergbaus setzten die Grafen von Schlick 1517 einen Berghauptmann, einen Bürgermeister und einen Richter ein und begannen mit dem Bau des Schlosses Freudenstein. Nach einer kurzen Rebellion im selben Jahr wurden erste Verordnungen erlassen und die *Annaberger Bergordnung* für gültig erklärt. Bald waren 914 Zechen in Betrieb, in denen rund 8.000 Bergknappen beschäftigt waren. Das gewonnene Silber wurde auf direktem Wege an die großen Handelshäuser der Fugger in Augsburg und der Welser in Nürnberg verkauft. Damit trat die Stadt in direkte Konkurrenz zum Silberbergbau in Schwaz in Tirol.[2]

Auf dem Landtag 1519 erhob König Ludwig II. die Siedlung zur königlichen freien Bergstadt und gab ihr den Namen Joachimsthal. Gleichzeitig verlieh er den Grafen von Schlick das Münzrecht, woraufhin in St. Joachimsthal eine Münzstube errichtet wurde.1534 verlieh die Familie Schlick der Gemeinde eine Reihe von Privilegien, u. a. das Recht auf die Wahl des Stadtpfarrers. Erster Seelsorger der Stadt wurde M. Johannes Sylvius Egranus.

Streitigkeiten mit der Stadt führten vier Jahre später zu einem zweiten Aufstand der Bergleute, der bald beigelegt werden konnte. Schwerwiegenden Charakter hatte der dritte Aufstand 1525, bei dem der Bürgermeister gefangen genommen, das Rathaus und das gräfliche Schloss gestürmt und die Urkunden mit Privilegien sowie die Gerichtsbücher vernichtet wurden. 1534–1537 wurde eine neue Münzstätte errichtet, die nun im Besitz des böhmischen Königs war. 1583 fielen die Münze, das Rathaus und 15 Häuser einem Brand zum Opfer.[3]

Sankt Joachimsthal befand sich seit seiner Gründung im Besitz der Grafen von Schlick, bis der protestantische Graf Hieronymus Schlick sich in der Schlacht bei Mühlberg (1547), bei der es zur Vernichtung des Schmalkaldischen Bundes kam, gegen den Kaiser stellte und seine Rechte und Besitzungen an Habsburg verlor.

Seit Beginn des 17. Jahrhunderts nahmen die Einnahmen aus dem Bergbau stetig ab, was zu einer Verarmung der Stadt führte. 1624 waren noch zwei kaiserliche Schmelzhütten in Betrieb. Nach dem Schmalkaldischen Krieg und dem Rückgang des Bergbaus beeinträchtigte der Dreißigjährige Krieg die Stadtentwicklung mit Einquartierungen, schweren Kontributionen und Kriegssteuern. Ab 1635 kam es wiederholt zu Plünderungen und Brandschatzungen, denen auch Schloss Freudenstein zum Opfer fiel. 1645 erlebte die Stadt eine Pestepidemie.

1651 wurde die kaiserliche Münze von Sankt Joachimsthal nach Prag verlegt, 1665 und 1666 kein Silber mehr geschmolzen.

Während des Siebenjährigen Krieges wurde die Stadt erneut gebrandschatzt (1758, 1759 und 1763). 1853 begann der österreichische Hüttenchemiker Adolf Patera in Sankt Joachimsthal mit der Herstellung von Urangelb und legte damit den Grundstein der k. k. Uranfarbenfabrik. Diese verhalf der Stadt zu einem erneuten Aufschwung, bevor sie 1873 durch eine Brandkatastrophe fast vollständig vernichtet wurde.

Zeitgeschichte

Mit dem Ende der Habsburgermonarchie fiel die Stadt 1918 an die Tschechoslowakei und wurde infolge des Münchner Abkommens am 29. September 1938 zusammen mit dem sog. Sudetenland dem Deutschen Reich angeschlossen. Damit begann die Vertreibung der in Böhmen lebenden jüdischen Bevölkerung. Im Zuge der Umsetzung des 1941 erarbeiteten "Göring-Programms" wurden zuerst französische, später sowjetische Kriegsgefangene in den Minen von Sankt Joachimsthal eingesetzt.

Unter sowjetischer Herrschaft wurden zwischen 1945 und 1948 Tschechen, Slowaken und Deutsche durch "Volksgerichte" in Straflager verbannt. Die Zahl der Internierten wird auf ca. 200.000 Personen geschätzt. Es kam zur gewaltsamen Vertreibung der deutschen Bevölkerung, von der aufgrund des Arbeitskräftemangels u. a. deutsche Bergleute verschont blieben.[4] In Sankt Joachimsthal wurden mehrere Straf- und Internierungslager errichtet, in denen die in den Bergwerken eingesetzten Zwangsarbeiter untergebracht waren, u. a. die nach ihrem Standort in der Nähe der Bergwerksschächte benannten Lager Svornost, Eliás I und II sowie das kleinere Vykmanov II.[5] Dort internierte Personen wurden beim Abbau von Uran für das sowjetische Atomwaffenprogramm eingesetzt, bis der Uranabbau 1964 eingestellt wurde.

Bevölkerung

Für 1516 lassen sich 1.050 Einwohner nachweisen. Durch die rasante Entwicklung des Bergbaus wuchs die Bevölkerung bis 1534 auf 18.200 an.[6] Für die nachfolgenden Jahrhunderte kann zur Schätzung der Bevölkerungszahl nur auf Häuserzählungen zurückgegriffen werden, wonach die Stadt 1601 über 2.000 Einwohner hatte. Bis 1830 stieg die Bevölkerungszahl auf 4.337 an. Ein Jahrhundert später lebten 5.957 Menschen in St. Joachimsthal, davon knapp 91 % Deutsche.[7] Nach dem Zerfall der Habsburgermonarchie lebten überwiegende Deutsche in der Stadt (1931: 7.400 Einwohner, davon 96 % Deutsche[8]), bis ab den 1930er Jahren vermehrt tschechische Zuwanderer in die Stadt kamen. 1939 wurden 6.388, 1947 6.806 Menschen gezählt, heute beträgt die Einwohnerzahl 2.999 (Stand 2011).[9]

Wirtschaft

Im 15. Jahrhundert dominierte die Waldwirtschaft. Mit dem beginnenden 16. Jahrhundert gewann die Montanwirtschaft sprunghaft an Bedeutung: Zwischen 1516 und 1545 wurde Silber im Wert von 10.431.091 fl. und bis 1617 im Wert von 4.757.165 Talern abgebaut. Der Bergbau erlebte Ende des 18. Jahrhunderts einen erneuten Aufschwung, als Blei, Wismut und Farbkobalt geschürft wurden, zwischen 1755 und 1805 betrug die Ausbeute 62.381 Zentner Farbkobalt.

Im 19. Jahrhundert siedelten sich Industriebetriebe der Handschuh-, Puppen-, Papiermaché-, Korkwaren- und Tabakfabrikation rund um die Stadt an. Die 1561 gegründete Spitzen-Produktion der Barbara Uthmann erlebte einen erneuten Aufschwung.

Anziehungspunkt für Touristen heute ist die im Sommer 1911 fertiggestellte k.k. Kuranstalt für Radiumtherapie.[10] Neben dem Fremdenverkehr sind für den Bezirk Karlsbad besonders die Porzellan- und Glaserzeugung von Bedeutung.

Religions- und Kirchengeschichte

Ende des 16. und Anfang des 17. Jahrhunderts erlebte die Stadt eine religiöse Spaltung im Zuge der Verbreitung des Protestantismus, zu dem sich die meisten Stadtbewohner bekannten. Als die Ortschaft während des Dreißigjährigen Krieges rekatholisiert wurde, wanderten viele Bürger und Bergleute ins protestantische Sachsen ab.

Bildung und Wissenschaft

Die bedeutendste Schule der Stadt war die im 16. Jahrhundert gegründete Lateinschule, deren Bibliothek über die Landesgrenzen hinweg Bedeutung besaß. Schule und Bibliothek sind in ihrer ursprünglichen Form nicht mehr erhalten, das Bezirksmuseum Karlsbad beherbergt jedoch wertvolle Exemplare der ehemaligen Büchersammlung.[11]

Kunstgeschichte

Der Bau der Stadtkirche begann 1534 unter der Leitung der Baumeister Hans Kopp und Wolf Müller und wurde 1540 fertiggestellt. 1545 stifteten die Grafen von Schlick einen dreiteiligen Flügelaltar, der Lucas Cranach zugeschrieben wird. Ein großer Stadtbrand vernichtete die Stadtkirche 1873 bis auf ihre Umfassungsmauern. 1874–1876 wurde sie nach Entwürfen des Prager Dombaumeisters Josef Mocker und des Baumeisters Karl Friedrich Richter aus Johanngeorgenstadt im neugotischen Stil wiedererrichtet.

Eine aus Sandstein gefertigte Dreifaltigkeitssäule südlich der Stadtkirche wurde 1703 errichtet. An der Südspitze des Kirchenplatzes befindet sich eine Sandsteinstatute des hl. Johannes.

Das 1531 eingerichtete Rathaus wurde nach mehreren Brandkatastrophen 1901 nach Plänen des Baumeisters Anton Hammerschmidt renoviert.[12]

Musik

Die Musik spielte im Leben der Bergleute und der anderen Stadtbewohner bereits in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts eine wichtige Rolle. Neben flotten Bergreihen entstanden fromme christliche Gesänge. Das bekannte Lied *Lob auf St. Joachimsthal (Was wollen wir aber singen)* war an die Grafen von Schlick gerichtet.

Literatur

Einer der wichtigsten Autoren Sankt Joachimsthals ist der Stadtarzt und Apotheker Georgius Agricola (1494–1555), der aufgrund seiner Werke (u. a. *De re metallica libri XII*) auch als "Vater der Mineralogie" gilt. In der Stadt lebte der deutsche Theologe und Reformator Johannes Mathesius (1504–1565).

4. Diskurse/Kontroversen

In der Stadtgeschichtsschreibung nehmen das 20. Jahrhundert, die Herrschaft des kommunistischen Regimes und die Grausamkeiten um den Betrieb des Arbeitslagers oft einen breiten Raum ein, während die Bedeutung der einst blühenden Bergstadt für Zentraleuropa im Mittelalter und in der Neuzeit in den Hintergrund rückt.

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Hana Güntherová: Ein kleiner Spaziergang durch die Geschichte des ersten Radonbades der Welt: Jáchymov – St. Joachimsthal. O. O. (Karlovy Vary) 1991.
- Peter Hilsch: Sankt Joachimsthal (Jáchymov, Bez. Karlsbad). In: Joachim Bahlcke, Winfried Eberhard, Miloslav Polívka (Hg.): Böhmen und Mähren. Stuttgart 1998 (Handbuch der historischen Stätten), S. 540-542 (mit älterer Literatur).
- Landesstelle für Erzgebirgische und Vogtländische Volkskultur Schneeberg und Karlovarské Muzeum (Hg.): St. Joachimsthal in der Zeit Georgius Agricola. Zur Geschichte einer Bergstadt im 16. Jahrhundert. Bearb. von Götz Altmann. Schneeberg 1994.
- Otfrid Pustejovsky: Stalins Bombe und die "Hölle von Joachimsthal". Münster 2009.

Weblinks

- www.mestojachymov.cz (Offizielle Homepage der Stadt)
- http://www.genealogienetz.de/reg/SUD/bez-joachimsthal/joachimsthal.html (Homepage des Vereins für Computergenealogie e.V.)
- http://de.kvmuz.cz/kontakt/jachymov-museum (Offizielle Homepage des Bezirksmuseums Karlsbad)

Anmerkungen

[1] K.K. Ministerium für Öffentliche Arbeiten (Hg.): St. Joachimsthal. Wien 1911, S.7-8.

[2] Joseph Braunbeck: Der strahlende Doppeladler. Nukleares aus Österreich-Ungarn. Graz 1996, S. 10-11.

[3] K.K. Ministerium für Öffentliche Arbeiten (Hg.): St. Joachimsthal. Wien 1911, S. 8-10.

[4] Rainer Karlsch, Zbynek Zeman: Urangeheimnisse. Berlin 2002, S. 61-69.

[5] Pustejovsky: Stalins Bombe, S. 289.

[6] K.K. Ministerium für Öffentliche Arbeiten (Hg.): St. Joachimsthal. Wien 1911, S. 7-26.

[7] Pustejovsky: Stalins Bombe, S. 36.

[8] Hilsch: Sankt Joachimsthal, S. 542.

[9] Czech Statistical Office (Hg.): Demographic Yearbook of Towns of the Czech Republic (2002–2011), Tab. 174. URL: http://www.czso.cz/csu/2012edicniplan.nsf/engt/780032188B/$File/401812174.pdf (Zugriff 26.01.2013).

[10] Der Radiumkurort St. Joachimsthal. In: Österreichische Zeitschrift für Berg- und Hüttenwesen 10 (1912), S. 135-136.

[11] Vgl. http://de.kvmuz.cz/o-nas-muzeum-karlovy-vary (Zugriff 26.01.2013)

[12] Richard Schmidt: Topographie der Historischen und Kunst-Denkmale. Der politische Bezirk Skt. Joachimsthal. Prag 1913, S. 42-124.

Zitation

Christian Gepp: Sankt Joachimsthal/Jáchymov. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2013. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/57053.html (Stand 22.03.2013).

Sankt-Peterburg → Sankt Petersburg/Sankt-Peterburg/Leningrad

Siehe Sankt Petersburg/Sankt-Peterburg/Leningrad

Sankt Petersburg/Sankt-Peterburg/Leningrad

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Sankt Petersburg

Amtliche Bezeichnung

russ. Санкт-Петербург, Sankt-Peterburg

Lateinische Bezeichnung

Petropolis – gebräuchlich etwa in den lateinischen Publikationen der Akademie der Wissenschaften zu Sankt Petersburg während des 18. und 19. Jahrhunderts.

Etymologie

Die Stadt wurde 1703 nicht etwa nach dem Stadtgründer Zar Peter I. (dem Großen, 1672–1725), sondern nach dem Apostel Simon Petrus benannt. Mit Ausbruch des Ersten Weltkriegs wurde die Stadt am 18. August 1914 in Petrograd – wörtlich „Peterstadt“ – umbenannt, weil der bisherige Name zu „deutsch“ klang. Nach Lenins Tod 1924 wurde die Stadt am 26. Januar 1924 zu Leningrad. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion erhielt sie nach einer Volksabstimmung am 6. September 1991 wieder ihren ursprünglichen Namen. Dagegen behielt das umliegende Verwaltungsgebiet (föderative Einheit) Oblast Leningrad (russ. *Leningradskaja Oblast'*) nach einem Beschluss des dortigen Gebietssowjets den alten Namen.

2. Geographie

Lage

Sankt Petersburg liegt auf 59° 56′ nördlicher Breite, 30° 16′ östlicher Länge an der Mündung der Newa (*Neva*) in den Finnischen Meerbusen und damit in die Ostsee.

Topographie

Die ursprünglich in einem waldreichen und steinarmen Sumpfgebiet erbaute Stadt besteht aus 42 Inseln; anfangs war deren Zahl größer, zahlreiche Zwischenkanäle wurden jedoch mittlerweile zugeschüttet. Durch ihre Lage wenige Meter über dem Meeresspiegel ist die Stadt stets durch Hochwasser bedroht.

Region

Sankt Petersburg liegt im Nordwesten Russlands und gilt als Tor des Landes nicht nur zur Ostsee, sondern auch zum geographisch nicht fest umrissenen „*Russkij sever*“, dem „russischen Norden“ bis zum Weißen Meer.

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Sankt Petersburg ist ein Föderationssubjekt der Russländischen Föderation. Die Stadt ist Verwaltungssitz des Föderationskreises Nordwestrussland (*Severo-zapadnyj federal'nyj okrug*).Seit 2008 ist sie Sitz des Verfassungsgerichts Russlands.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Das Wappen der Stadt zeigt zwei silberne gestürzte und gekreuzte Anker auf rotem Grund, von einem goldenen Zepter senkrecht überlegt. Auf dem Schild thront eine goldene Zarenkrone, hinter ihm kreuzen sich zwei russische Reichszepter mit dem russischen Doppeladler als Knauf. Das blaue Band des Ordens des heiligen Andreas umgibt den Schild. Die beiden Anker finden sich auch in der Flagge der Stadt.

Gebräuchliche und historische Beinamen

Auch in der Zeit, als die Stadt Leningrad hieß, nannten ihre Bewohner sie „Piter“, nach 1991 nicht selten „Leningrad“. Für ihre Leistungen und wegen des Schicksals ihrer Bewohner während der deutschen Belagerung im Zweiten Weltkrieg bekam sie am 1. Mai 1945 den Beinamen „Heldenstadt“ verliehen.

Gründung der Stadt im Großen Nordischen Krieg

Peter der Große eroberte das Gebiet des Newadeltas am Beginn des Großen Nordischen Krieges (1700–1721) von Schweden und ließ an diesem neuen russischen Zugang zur Ostsee 1703 eine Festung, die Peter-und-Paul-Festung, und eine Werft, die sogenannte Admiralität, errichten. Damit beerbte Sankt Petersburg nach 1703 Archangelsk als bedeutendste russische Hafenstadt, weil es sehr viel länger eisfrei war als die Stadt am Weißen Meer. Die Nutzung des Mündungsdeltas als Hafen erwies sich jedoch als nicht einfach: Die im Ladogasee entspringende Newa ist mit 40 Kilometern kurz, vergleichsweise schnell fließend und führt viele Sedimente mit sich. Geringer Tiefgang, Versandung und Hochwassergefahr waren und sind Probleme für Hafen und Stadt.

Schon im Jahr der Stadtgründung lief das erste große Handelsschiff in Sankt Petersburg ein. Der Große Nordische Krieg behinderte zunächst die Entwicklung des Handels: Im Sommer 1704 beschoss eine schwedische Flottille die auf Kotlin in Bau befindliche Festung Kronschlot, sodass der Zar wenig später befahl, diese gesamte, der Stadt vorgelagerte Insel zu befestigen und zum Militär- und Handelshafen auszubauen; aus ihr wurde 1723 Kronstadt (Kronštadt). In Sankt Petersburg begannen Binnen- und Seehandel langsam anzulaufen, im Schatten des Krieges und mit Unterstützung Peters I. Die Verlegung des Hofes und zentraler Regierungs- und Verwaltungsbehörden in die Stadt 1712, mit der eine starke Konzentration von Militär einherging, trug zur Entwicklung Sankt Petersburgs ebenso bei wie die beginnende Erschließung des nordwestrussischen Flussnetzes über ein Kanalsystem, für das zahlreiche Wasserbauingenieure angeworben wurden.

Wirtschaftlicher Aufstieg und Marinerüstung im 18. und 19. Jahrhundert

Die schnell wachsende Hauptstadt, deren Bewohner Peter zunächst mit Zwang an die Newa (*Neva*) beordert hatte, die dann aber bald auch freiwillig kamen, brauchte unter anderem Lebensmittel und Baumaterial; beides wurde über Fluss und Meer in die Stadt transportiert. 1722, im ersten Jahr nach Ende des Großen Nordischen Krieges, liefen mehr als hundert auswärtige Schiffe in Sankt Petersburg ein, davon 35 aus englischen Häfen, 22 aus den Niederlanden; noch davor rangierten jedoch die norddeutschen Häfen mit allein zwölf Schiffen aus Lübeck. Rohstoffe und Halbfertigprodukte, insbesondere Eisen, dominierten die Ausfuhr aus dem Petersburger Hafen im 18. Jahrhundert, während Fertig- und Luxusprodukte, nicht zuletzt für die Bedürfnisse des Hofes, die Einfuhr bestimmten.

Auch wenn der Anteil russischer Handelsfahrer im Lauf der nächsten Jahrzehnte in den Städten rund um die Ostsee bedeutend wachsen sollte, standen der Ostseehandel und auch der Güterumschlag in Sankt Petersburg nicht nur im 18. Jahrhundert im Zeichen der englischen Vorherrschaft. Die Ostseeflotte der russischen Kriegsmarine wurde jedoch erfolgreich aufgebaut. Die Admiralität baute Schiffe, die in den Kriegen mit Schweden ihre Hochseetüchtigkeit bewiesen. Die Festungsinsel Kronstadt im Finnischen Meerbusen avancierte in mehrfacher Hinsicht zum Tor Sankt Petersburgs: Hier wurde im 18. Jahrhundert bereits der Zoll für einfahrende Schiffe erhoben, und hier mussten insbesondere die großen englischen und niederländischen Handelsschiffe vor Anker gehen, um den regen Schiffsverkehr auf der Newa nicht zu behindern. Von Kronstadt aus wurden die Güter auf Frachtschiffen an der „Strelka“, der Spitze der Wasilij-Insel (*Vasil'evskij Ostrov*) zur Großen Newa hin, angelandet. Zwischen Lagerhäusern entstand hier auch die erste Börse der Stadt. Um 1840 zeigte sich, dass die alte Admiralität den Anforderungen der Hauptwerft einer weltweit agierenden Flotte nicht mehrgerecht wurde. Sukzessive wurde die Werft zum Marineministerium und administrativen Hauptquartier der Kriegsflotte umgebaut, während die neue Werft stadtauswärts verlegt wurde, wo sie noch heute als Werft für Neubauten und Schiffsreparaturen in Betrieb ist. Freilich war auch die neue Werft zentrumsnah. Matrosen und Werftarbeiter waren in der Stadt ebenso allgegenwärtig wie die Arbeiter auf den Schuten (kleine Lastschiffe ohne eigenen Antrieb) und Transportschiffen, die die Metropole über die Kanäle versorgten. Orte wie der berühmte Heumarkt (*Sennaja Ploščad'*) konnten über die Fontanka, einen Nebenarm der Newa, mit Lebensmitteln versorgt werden. In einem Stadtviertel wie Neu-Holland, das im 18. Jahrhundert zwischen Krjukow- und Admiralitätskanal entstand, existierte nicht nur eine kleine Werft für Flussschiffe, es wurde auch zum zentralen Lagerort für Schiffsbauholz der Admiralität.

Politische Konflikte im 19. und 20. Jahrhundert



Militär vor dem Winterpalast, Januar 1905
[Foto: Bundesarchiv, Bild 183-S01260 / CC BY-SA].

Im 19. Jahrhundert wurde Sankt Petersburg zu einem maßgeblichen Ort politischer Konflikte im Zarenreich. Im Dekabristenaufstand im Dezember 1825 probten adlige Verschwörer einen Aufstand mit dem Ziel, in Russland eine Verfassung einzuführen. 1881 ermordete die Terrororganisation „Volkswille“ Zar Alexander II. (1818–1881) und wollte so eine Revolution entfachen – zunächst ohne unmittelbaren Erfolg.

Seit der Wende des 19. zum 20. Jahrhundert beteiligten sich zunehmend auch Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Matrosen und Soldaten an der zunächst ökonomisch motivierten Politisierung des Lebens in der Stadt. In der Russischen Revolution von 1905 waren sie beim Marsch auf den Winterpalast am 9. Januar unter den Opfern dieses sogenannten Petersburger Blutsonntags. Die Matrosen hatten die Niederlagen des Russisch-Japanischen Krieges 1904/1905 und des Ersten Weltkrieges am eigenen Leib erfahren und gehörten als meuternde Flotte auch zu denjenigen Gruppen, die in der Februarrevolution 1917 Zar Nikolaus II. (1868–1918) zur Abdankung zwangen. Sie verhalfen im Oktober 1917 dem Putsch der Bolschewiki zum Erfolg, indem sie sich den Roten Garden anschlossen und Anfang 1918 die gewählte konstituierende Versammlung Russlands im Taurischen Palais auflösten. Viele sahen jedoch ihre Vorstellungen von einer Revolution nicht verwirklicht, und so erhoben sich zu Beginn des Jahres 1921 die Matrosen von Kronstadt, die 1918/1919 im Bürgerkrieg die konterrevolutionäre „weiße“ Offensive gegen Petrograd zurückgeschlagen hatten, um das Räteprinzip durchzusetzen. Erst nach ihrer Niederlage kontrollierten die Bolschewiki die Stadt komplett.

Im Zweiten Weltkrieg konnte die Rote Armee Kronstadt gegen anrückende deutsche Flottenverbände halten. Sie schützte so Leningrad während der todbringenden fast 900-tägigen Blockade durch deutsche Truppen und ihre Verbündeten vom September 1941 bis in den Januar 1944 vor deutschen Angriffen von der Meerseite.

Wirtschaftliche Entwicklung im 20. Jahrhundert

Nach dem Verlust der politischen Bedeutung im Zuge der Oktoberrevolution hatte Leningrad Mühe, an seine Tradition als Handelshafen wieder anzuknüpfen. Dies hatte sich schon vor dem Ersten Weltkrieg abgezeichnet, als der Anteil an der Abwicklung russischer Exporte über See von 38 Prozent im Jahr 1832 auf 15 Prozent im Jahr 1902 zurückgegangen war. Konkurrenz mit Odessa/Odesa und Riga/Rīga etwa, aber auch der Ausbau des Bahnnetzes hatten dazu beigetragen. Nach 1945 wurden die Häfen der baltischen Sowjetrepubliken Estland, Lettland und Litauen und des Kaliningrader Gebietes in ihrer Funktion, damit teilweise in Konkurrenz zu Leningrad, auf die zentral gelenkte Wirtschaft der Sowjetunion ausgerichtet.

Erst nach dem Zweiten Weltkrieg bezog man in die notwendige Erweiterung der Stadt neben Wohn- auch neue Hafenquartiere ein. Seit dem Generalplan von 1966 projektierte man im Westen der Wasilij-Insel neue Stadtviertel am Meer, die vor Hochwasser sicher sein und zugleich mit einem neuen Hafen auch ein zeitgemäßes Gesicht des sozialistischen Leningrad bieten sollten. Als Ergebnis wurde 1982 ein Passagierschiffhafen für Kreuzfahrtschiffe eingeweiht. Er wurde bis in das Jahr 2008 auch um Containerterminals erweitert. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Unabhängigkeit der baltischen Staaten, schließlich ihrer Integration in die Europäische Union hat Sankt Petersburg für Russland in seiner Bedeutung als Hafen wieder gewonnen. Heute ist der „Seehafen von Sankt Petersburg“ der größte unter den Häfen am Finnischen Meerbusen, liegt aber separiert vom historischen Stadtkern.

In gewisser Weise ist diese vom Wasser geformte Stadt heute durch eine Abwesenheit des Hafens gekennzeichnet, auch wenn zahlreiche Straßennamen im Zentrum noch an die maritime Vergangenheit erinnern. Von Sankt Petersburgs knapp fünf Millionen Einwohnern sind nur einige zehntausend im Hafensektor selbst beschäftigt. Zum Selbstbild der Stadt und ihrer Bewohner gehören freilich Seehandel und Marine weiterhin. Die Feierlichkeiten zum jedes Jahr Ende Juli begangenen „Tag der Flotte“ fallen in Sankt Petersburg besonders üppig aus, die Tradition der russischen Präsenz an der Ostsee von Peter dem Großen und den Anfängen der Stadt über die Sowjetzeit bis in die Gegenwart wird beschworen.

Bevölkerung

Sankt Petersburg war seit seiner Gründung 1703 eine multiethnische, multireligiöse und multikonfessionelle Stadt. Hier siedelten nicht nur Russen, die in den ersten Jahren der Stadt dorthin abgeordnet wurden, sondern zunächst vor allem finno-ugrische Ethnien der Umgebung. Mit dem Wachstum der Stadt strömten zahlreiche Handwerker, Tagelöhner, Kaufleutenach Sankt Petersburg, aber auch Menschen, die in der Staatsverwaltung gebraucht wurden und in den Garnisonen der Stadt dienten. Von Beginn an spielten Deutsche eine nicht unwichtige Rolle: Sie zogen seit dem großen Anwerbungsmanifest Peters I. 1702 aus dem Reich nach Sankt Petersburg. Darüber hinaus migrierten zahlreiche Deutschbalten nach dem Frieden von Nystad (1721) aus den im Großen Nordischen Krieg Russland angegliederten Provinzen Livland und Estland in die Hauptstadt und kamen in wichtige Positionen in Verwaltung, Wissenschaft, Kunst und Musik sowie im Handwerk.[1]

Während der Regierungszeit Peters des Großen siedelten sich in der Residenzstadt vor allem Handwerker an, die den steigenden Bedarf des Adels nach Luxuskleidung, Möbeln und Geräten befriedigen konnten oder die Berufe ausübten, die in Russland zu diesem Zeitpunkt noch nicht vertreten waren (z. B. Uhrmacher). Um 1720 waren 13 Prozent aller in Zünften organisierten Handwerker Ausländer, während der Anteil der Fremden (*inozemcy*) an der Gesamtbevölkerung der Stadt bei sieben Prozent lag. Für die gesamte Regierungszeit Peters I. sind die Namen von 172 Holländern, 138 Deutschen (davon 84 aus Hamburg, 10 aus Lübeck) und 92 Engländern nachgewiesen.

Im 19. Jahrhundert kamen verstärkt Arbeiter aus bäuerlichen Milieus aus dem gesamten russländischen Imperium in die Metropole an der Newa. So fanden sich in der Stadt vor und nach der Revolution von 1917 neben Russen auch Ukrainer, Deutsche, Esten Letten, Polen, Litauer, Juden und andere Völkerschaften Russlands beziehungsweise der Sowjetunion. Interessanterweise existieren für die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg differenziertere Zahlen:

	1869	1910
Russen	555.000	1.568.000
Belorussen	3.000	70.000
Ukrainer	500	17.000
Juden	6.700	35.100
Esten	4.000	23.400
Letten	2.800	18.500
Finnen	18.000	18.000
Schweden	5.100	3.000
Polen	17.400	65.000

Litauer	600	11.500
Deutsche	42.500	43.200
Franzosen	3.100	3.700
Engländer	2.100	2.200
Tataren	2.000	7.300
Übrige	4.200	17.800
Gesamt	667.000	1.905.600[2]

Unter den Ausländern in der Stadt hatten die Deutschen bis zum Ersten Weltkrieg den zahlenmäßig größten Anteil. Sie lebten im 18. Jahrhundert vor allem auf der Admiralitätsseite der Newa, aber auch auf der gegenüberliegenden Seite, der Wasilij-Insel. In beiden Stadtteilen wurden den fremden, also nichtorthodoxen Konfessionen angesichts der Zahl der Gläubigen eigene Friedhöfe zugewiesen. 1789 sollen in Sankt Petersburg 18.000 Deutsche gewohnt haben, die damit etwa 8 Prozent der Einwohnerschaft bildeten. 1818 waren es sogar 24.000 Deutsche. Bei den Bevölkerungszählungen der nächsten Jahrzehnte und bei der ausgezeichnet dokumentierten Volkszählung von 1897 wurde nach der Muttersprache gefragt, sodass die Statistik nicht zwischen Deutschen und deutschsprachigen Juden, Finnen, Esten oder Letten trennte. Während die absolute Zahl mit um die 50.000 deutschsprachigen Einwohnern etwa gleich blieb, sank ihr Anteil an der rasch wachsenden Bevölkerung der Stadt jedoch bis auf etwa 2,6 Prozent bei der Zählung 1910. Rund ein Drittel aller Ausländer in Sankt Petersburg waren bis zur Jahrhundertwende Staatsbürger des Deutschen Reiches, doch wurde deren Zahl bis zum Jahr 1910 geringer und belief sich dann nur noch auf etwa 1.600 Menschen. Der Anteil der Deutschen aus den baltischen Provinzen nahm ebenfalls ab, und zwar von rund 10.000 im Jahr 1869 auf etwa 6.000 im Jahr 1910.

Erster Weltkrieg und Revolution bedeuteten für die Petersburger Deutschen den großen Exodus. Im sowjetischen Leningrad waren Organisationsformen nach religiösen oder gar ethnischen Prinzipien nicht die Politik der Bolschewiki. Für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg kann man erst recht nur noch in einem sehr begrenzten Maße von einer Geschichte der Deutschen in Petrograd/Leningrad sprechen. Nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion und der Belagerung Leningrads, die den Bewohnerinnen und Bewohnern der Stadt unendliches Leid brachte, war eine Herausstellung deutscher Identität und deutschkonnotierter Erinnerungsorte kaum mehr möglich. Die wenigen noch in der Stadt lebenden Leningrader Deutschen waren noch vor oder gleich nach der Blockade deportiert worden.

Zu den Petersburger Deutschen im weiteren Sinne zählen auch die Bewohner der bäuerlich geprägten Kolonien um die Stadt herum. Sie waren dem Anwerbungsmanifest Katharinas II. (1729–1796) aus dem Jahre 1762 gefolgt, sind aber in Struktur und Kultur eher mit anderen deutschen Kolonisten im Zarenreich vergleichbar und hatten wenig Verbindung zum urbanen Raum der pulsierenden Metropole.

Die Gesamtbevölkerungszahlen der Stadt basieren für das 18. Jahrhundert auf Schätzungen, die in der Historiographie vorgenommen worden sind. Auffällig sind das starke Wachstum Sankt Petersburgs in der Phase der Industrialisierung, die Zahl der Flüchtlinge in der Stadt während des Ersten Weltkrieges sowie die Verluste durch Revolution (1917) und Bürgerkrieg (bis 1922) wie auch die Auswirkungen der regionalen Neuordnung 2002.

Jahr	Einwohner (Stadt)
1725	75.000
1750	150.000
1800	300.000
1846	336.000
1869	667.000
1897	1.264.900
1910	1.905.000
1915	2.318.600
1920	722.000
1936	2.739.800
1944	2.559.000
1959	2.899.955 (mit Vororten: 3.321.196)
1989	4.460.424 (mit Vororten: 5.023.506)
2002	4.661.219
2010	4.879.566[3]

Deutsche in Wirtschaft und Gesellschaft

Zarin Anna Ivanovna (1693–1740) warb, ihrer Jagdleidenschaft folgend, Jäger und Forstexperten vor allem aus Sachsen an. Während ihrer Regierungszeit (1730–1740), die von der russischen Historiographie negativ als Zeit der „Deutschenherrschaft“ charakterisiert wurde, erlangten der Bochumer Pastorensohn Andrej Ivanovič (Heinrich Johann Friedrich) Ostermann (1687–1747), der aus dem Oldenburgischen stammende Kanalbauexperte Burkhard Christoph von Münnich (1683–1767) und der kurländische Adlige Ernst Johann von Biron (1690–1772) als Favoriten der Kaiserin überragende Bedeutung. Eine solch starke Stellung deutschsprachiger Favoriten bei Hofe sollte einmalig bleiben. Auch nahm im Verlauf der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts die Bedeutung deutschsprachiger Fachkräfte für den Hof ab, weil sich die französische Hofkultur in einem hohen Maße durchsetzte. Dies änderte nichts daran, dass bei Hofe, in den Garderegimentern der Stadt und im Verwaltungsapparat Deutsche aus dem Reich und dem Baltikum Karriere machten und stark vertreten waren. Der in Hanau geborene Georg Ludwig Graf von Cancrin (1774–1845) war beispielsweise von 1823 bis 1844 russischer Finanzminister (und heiratete in den russischen Hochadel ein). Konstantin Alexander Karl Wilhelm Christoph von Benckendorff aus Reval/Tallinn (1781–1844) avancierte als General zum Chef der 1826 als „III. Abteilung der eigenen Kanzlei seiner Kaiserlichen Majestät“ gegründeten Geheimpolizei. Solche Karrieren waren selbst in den Zeiten eines verstärkten russischen Nationalismus seit den 1870er Jahren keine Seltenheit. Erst im Vorfeld des Ersten Weltkrieges wurde in der Öffentlichkeit der Vorwurf möglicher Illoyalität gegenüber dieser Personengruppe laut. Dies betraf auch die aus Deutschland angeheirateten Angehörigen des Zarenhauses , die in der Geschichte des Russländischen Reiches seit der Zeit Peters I. zeitweise überragende Bedeutung erlangten, zuvörderst die Anhalt-Zerbster Prinzessin Sophie Friederike, die als Katharina II. (die Große) 34 Jahre über Russland herrschte.

In der Oberschicht der Stadt waren die Deutschen überproportional vertreten: 1897 gehörte ein Drittel der Deutschen dem Adel und der rechtlichen Kategorie der sogenannten Ehren-

bürger an. Ein weiteres Drittel wurde zur breiten Mittelschicht, dem „meščanstvo“, gezählt;[4] dies waren vor allem Handwerker und Kleinhändler. Das letzte Drittel gehörte zur Gruppe der Hausangestellten (auch Erzieher und Lehrer) und zu den städtischen Unterschichten. Der Bildungsgrad der Deutschen war überdurchschnittlich hoch, ebenso wie daraus folgend ihre Repräsentanz in Bildungsberufen, in der Kunstwissenschaft, in Erziehung, Gesundheitswesen und Medizin.

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts war zum Beispiel das Bankhaus der Familie Stieglitz führend. Ludwig Stieglitz (1779–1843), 1803 aus dem hessischen Arolsen eingewandert, gelang es zum Hofbankier aufzusteigen und russische Anleihen bei Banken in London und Amsterdam unterzubringen. Er war an zahlreichen Gesellschaften beteiligt, unter anderen der Petersburg-Lübecker Dampfschifffahrtsgesellschaft. In den Jahren 1840–1850 finanzierte das Bankhaus Stieglitz den Eisenbahnbau von Sankt Petersburg nach Moskau/Moskva. Ludwigs Sohn, Alexander Baron Stieglitz (1814–1884), avancierte zum Chef der russischen Reichs-Staatsbank und betätigte sich als Mäzen. Einen besonderen Platz in der Petersburger Industrie nahm die Berliner Firma „Siemens und Halske [russisch: *Galske*]“ ein: Mitte des 19. Jahrhunderts begannen die Brüder Siemens das Telegrafennetz in Russland zu bauen. Der Vertreter dieser Firma in Sankt Petersburg war Carl von Siemens (1929–1906), der die russische Staatsangehörigkeit annahm und in den Erbadel aufstieg. Unter seiner Leitung wurde eine ganze Reihe von Telegrafenleitungen eingerichtet, darunter Sankt Petersburg–Kronstadt (erstmals in der Welt wurde dabei ein Unterseekabel verlegt). 1883 versorgte diese Firma den Newski-Prospekt (Nevskij Prospekt), dann den Winterpalast, das Konservatorium und andere Gebäude mit elektrischem Licht.

Aber auch die mittelständischen deutschen Handwerker konnten sich durch Spezialisierung eine starke Position erarbeiten. Ihre Handwerksbetriebe bildeten sich einerseits dort, wo die meisten Deutschen wohnten, aber je nach Sparte waren sie auch in der ganzen Stadt vertreten. Dies betraf insbesondere die Metzgereien beziehungsweise Wurstmachereien und zu einem großen Teil das Bäckerhandwerk, das freilich durch russische Bäckereiketten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts unter Druck geriet. Die vier größten Bierbrauereien der Metropole waren in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in deutscher Hand. Auf dem Newski-Prospekt, der sich zur Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert zur urbanen Pracht- und Flaniermeile entwickelte, war zu dieser Zeit noch jedes vierte Ladengeschäft in deutscher Inhaberschaft. Uhren und Juwelen, Schreibwaren und Werkzeuge, Grammophone und Schuhe wurden für eine wohlhabende Kundschaft gehandelt.

Schneller als die überwiegend in Zünften organisierten Handwerker assimilierten sich die Angehörigen der Oberschicht, die im imperialen Adel des Kaiserreiches aufgingen. 1869 gaben mehr als 3.000 Deutsche Russisch als Muttersprache an. Deutsche heirateten sehr oft gemischt ethnisch und gemischt konfessionell, und so akkulturierten sich insbesondere neu in den Adel Aufgestiegene sehr schnell.

Das 19. Jahrhundert war die große Zeit nicht nur der deutschen Vereine und Gesellschaften. Ende des 18. Jahrhunderts entstand etwa die „Deutsche Kaufmannsgesellschaft für Bälle“, deren Mitglieder nicht nur Deutsche, sondern auch andere „Tanzfreunde“ werden konnten. Die Gesellschaft „Palme“ verschrieb sich seit der Wende zum 19. Jahrhundert dem Ziel, deutschen Handwerkern aus den sogenannten Ostsee-Provinzen des Russländischen Reiches Hilfe zu leisten. Erholung, Geselligkeit und Bildung sollten vor den Verlockungen der Metropole bewahren. Renommiert war der 1772 gegründete „Deutsche Klub“, der bis 1914 existierte; eine Mitgliedschaft im ausschließlich Männern vorbehaltenen Klub war auch für russische Adlige Prestigesache. Freilich war es für deutsche und russische Adlige ebenso wichtig, Mitglied im „Englischen Klub“ zu sein. Mit der Gegner-

schaft zwischen Deutschen und Russen im Ersten Weltkrieg wurden die meisten Vereinigungen ebenso verboten wie die deutsche Sprache als Kommunikationsmittel in Wort und Schrift. Nur wenige Vereinigungen, wie die traditionsreiche „Deutsche Medizinische Gesellschaft“, hielten auch nach der Oktoberevolution noch bis in die 1920er Jahre Veranstaltungen ab, die aber sukzessive verboten wurden.

Religions- und Kirchengeschichte

Sankt Petersburg war von Beginn an eine von der Orthodoxie als Mehrheitskonfession geprägte Stadt. 1713 wurde mit dem Alexander-Newski-Kloster (*Aleksandro-Nevskaja lavra*) ein geistliches Zentrum ersten Ranges geschaffen, 1724 wurden die Reliquien des heiligen Alexander Newski dorthin überführt. Der Petersburger Metropolit nahm hier seinen Sitz. Weitere bedeutende Kirchenbauten, etwa die Kirche „Nikolaus der Seefahrer“ (*Nikol'skij morskoj sobor*), die Isaakskathdrale (*Isaakevskij sobor*) am Senatsplatz oder die Kasaner Kathedrale (*Kazanskij sobor*) am Newski-Prospekt, prägen das Stadtbild seit dem 18. Jahrhundert. Aber so wie die Bevölkerung multiethnisch zusammengesetzt war, so war sie auch in religiöser Hinsicht heterogen. Schon in den ersten Jahrzehnten der Existenz der Stadt bildeten sich Gemeinden anderer christlicher Konfessionen, nach den Teilungen Polens auch jüdische Gemeinden, die in sich sprachlich und in ihren Riten stark differenziert waren, schließlich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auch muslimische Gemeinden. Die vom Emir von Buchara finanzierte Sankt Petersburger Moschee war bei ihrer Eröffnung 1913 die größte Moschee in Europa.



St.-Petri-Kirche zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

Den Protestanten in Sankt Petersburg standen seit dem 18. Jahrhundert neun Kirchen zur Verfügung, von denen sechs den Deutschen vorbehalten waren, während die anderen drei mit Letten und Esten gemeinsam besucht wurden. Die größte der Gemeinden ist die Petri-Gemeinde mit einer Vorgängerbauten folgenden Kirche (gebaut 1833–1838 von Alexander Brüllow) auf dem Newski-Prospekt, die 3.000 Sitzplätze fasste. Zu dieser Gemeinde gehörten die evangelischen Verwandten des Kaiserhauses, der deutschbaltische Adel sowie zahlreiche Großkaufleute. Nach der Oktoberrevolution wurde die Kirche im Rahmen der antireligiösen Politik verstaatlicht, 1937 umfunktioniert und ab 1962 als Schwimmbad genutzt. Seit 1993 ist sie die Bischofskirche der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Russland, der Ukraine, in Kasachstan und Mittelasien und die Kirche der deutschen evangelisch-lutherischen St.-Annen- und St.-Petri-Gemeinde.

Verwaltung

Sankt Petersburg hatte von Beginn an einen Generalgouverneur als Haupt. Heute ist die Stadt ein eigenes Föderationssubjekt, das sich seit 2002, als Eingemeindungen vorgenommen wurden, in 18 „Rajon“ genannte Stadtbezirke gliedert, die ihrerseits in insgesamt 111

Verwaltungseinheiten der nächsten Ebene unterteilt sind. Im Zuge der Stadtreform Peters I. wurde ein Magistrat geschaffen, dessen Aufgabe aber vornehmlich die Steuererhebung war. Erst im Zuge der Städtereform Alexanders II. 1870 kam es zu einer Selbstverwaltung; einer nach dem Zensusprinzip gewählten Stadtduma wurde die Verantwortung für städtische Aufgaben übertragen. Nach 1917 erfolgte eine formale Verwaltungsorganisation gemäß dem Räteprinzip.

Architektur und städtebauliche Entwicklung

Im 18. Jahrhundert wurde die Stadt zu einer Residenz mit prachtvollen Bauten wie dem Winterpalast. Auch der Adel errichtete am Ufer der Großen Newa, aber auch entlang der „großen Perspektiven“, wie dem Newski-Prospekt, zahlreiche Palais im Stile des Barock und später des Klassizismus. Zusammen mit dem Kranz von Sommerresidenzen der Herrscherinnen und Herrscher des Imperiums um die Stadt herum (*Zarskoje Selo/ Carskoe Selo, Peterhof/Petergof, Pawlowsk/Pavlovsk, Gatschina/Gatčina, Oranienbaum*) bilden sie ein einzigartiges architektonisches Ensemble, dessen Dominanz auch in der sowjetischen Zeit nicht gebrochen werden konnte.

Unter anderem die Industrialisierung machte aus der ersten Stadt des Imperiums aber auch eine der Arbeiter, Soldaten und Matrosen. Zu den die Flussläufe und Kanäle säumenden Prachtfassaden der Paläste und Verwaltungsbauten kamen zunehmend Massenwohnquartiere, kleinere und größere Werften und Industriebetriebe. Die Wasserverschmutzung wurde im Verlaufe der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts für eine Bevölkerung zum Problem, die sich bis um das Jahr 1900 aus der Newa versorgte und ihre Abwässer in das Flusssystem einleitete.

Kulturelle Institutionen, Bildung und Wissenschaft



Akademie der Wissenschaften (Postkarte, vor 1945)
[Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 55273].

Sankt Petersburg war durch seine Position als Hauptstadt nach 1712 Standort von wichtigen Kultur- und Bildungsinstitutionen. Mit der Gründung einer Akademie der Wissenschaften 1725, die von Peter I. konzipiert, unter Katharina I. eröffnet wurde, kamen zahlreiche bedeutende Wissenschaftler aus dem deutschsprachigen Raum in die Stadt.[5] Der berühmte aus Tübingen stammende Naturforscher Johann Georg Gmelin (1709–1755) und der im westfälischen Herford geborene bedeutende Historiker Gerhard Friedrich Müller (1705–1783) können als prominente Beispiele gelten. 1727 reisten die ersten Setzer und Drucker aus den deutschen Ländern nach Petersburg, die die akademische Druckerei ausbauten. Die deutschen und schweizerischen Gelehrten bildeten bald einen russischen wissenschaftlichen Nachwuchs heran, behielten aber über das ganze 18. und frühe

19. Jahrhundert hinweg eine bedeutende Position im Wissenschaftsbetrieb der Stadt. Deutschsprachige Hauslehrer und Privatschulen bereiteten vor allem die Söhne des Adels auf das Studium und den Staatsdienst vor.

Neben der Akademie der Wissenschaften mit ihren historischen Gebäuden an der Newa ist die Kunstkammer Peters I. ebenso zu nennen wie die 1755 gegründete Akademie der Künste. Zusätzlich zu einer der Akademie angegliederten, wenig florierenden Universität existierte seit 1787 ein imperiales Lehrerbildungsinstitut und ab 1819 eine eigenständige Universität. Im Verlauf des 19. Jahrhunderts trat eine ganze Reihe von technischen und medizinischen Instituten hinzu, die in der sowjetischen Zeit ergänzt wurden und nach 1991 teilweise den Rang einer Universität erhielten. Die Stadt zog im 19. Jahrhundert zahlreiche deutschbaltische Studenten an, die im imperialen Apparat Karriere machen wollten. Sankt Petersburg ist auch heute noch eine Stadt der Studierenden.

Es existiert eine historisch gewachsene Landschaft an Spitzeninstitutionen der Kultur: Hierzu gehören die 1795 gegründete Nationalbibliothek und das bereits zur Regierungszeit (1742–1761) Elisabeths (1709–1761) erbaute erste Gebäude des Mariinskij-Theaters. Auf den Theaterbühnen der Stadt sowie im Kleinen Opernhaus waren im 19. Jahrhundert auch temporär deutsche Theatertruppen zu sehen. Die Eremitage (*Ėrmitaž*), die zur Zeit Katharinas II. gegründete Kunstsammlung, die heute die Alte und Neue Eremitage sowie den gesamten Winterpalast umfasst, und das Russische Museum (*Gosudarstvennyj Russkij muzej*) im Michaels-Palais beherbergen Sammlungen von Weltgeltung.

Eine erste deutsche Schule, die im 18. und 19. Jahrhundert erhebliches Renommee erlangte, entstand im Rahmen der Petri-Gemeinde. 1912 hatte die Petrischule etwa 1.600 Schüler, davon etwa 25 Prozent Russen. Finanziert wurde sie bis dahin zu einem Teil durch die deutsch-lutherische Gemeinde der nahegelegenen St.-Petri-Kirche. Im Zuge zunehmender Spannungen zwischen Russland und Deutschland mit Beginn des Ersten Weltkriegs wurde die Unterrichtssprache der Schule zwangsweise von Deutsch auf Russisch umgestellt. Zwar blieb die deutsche Sprache weiterhin einer der Schwerpunkte der Petrischule, zahlreiche Lehrer und Schüler mussten durch die Umstellung aber die Schule verlassen. Während der Zeit der Sowjetunion wurde die Petrischule umbenannt, erhielt aber 1996 ihren historischen Namen wieder zurück. Sie hat heute etwa 500 Schüler. Die Petrischule wurde zum Ausgangspunkt eines differenzierten und verzweigten deutschsprachigen Schulwesens mit Elementar- und weiterführenden Schulen, das nach der Oktoberrevolution weitgehend verschwand.

Deutschsprachige Presse

Die deutschsprachige *Sankt Petersburgische Zeitung* ist die älteste Zeitung Sankt Petersburgs und zweitälteste Zeitung ganz Russlands (nach den *Vedemosti)* und wurde als Wochenzeitung gegründet. Ab 1831 erschien sie als Tageszeitung. Bis 1874 war sie im Besitz der Russischen Akademie der Wissenschaften, dann des Ministeriums für Volksbildung. Beide Institutionen verpachteten die Zeitung: Unter der Redaktion (1852–1874) des Hofrates Friedrich Clemens Meyer von Waldeck (1824–1899) wurde die Zeitung modernisiert. 1878 wurde sie an den deutschbaltischen Journalisten Paul von Kügelgen (1843–1904) verpachtet. Die Zeitung wurde nun zum führenden deutschsprachigen Organ der Gebildeten im Ostseeraum. Nach seinem Tod führten seine Kinder Paul Siegwart von Kügelgen (1875–1952) und Carlo von Kügelgen (1876–1945) das Blatt fort.

An der Jahreswende 1914/1915 stellte die *Sankt Petersburgische Zeitung* ihr Erscheinen ein. Zu ihren Konkurrenzblättern im späten 19. Jahrhundert zählte der *Sankt Petersburger*

Herold. Die *St. Petersburgische Zeitung* erscheint seit 1991 monatlich mit einer Auflage von etwa 7.000 Exemplaren. Sie wendet sich zweisprachig an Touristen, Geschäftsleute, Russlanddeutsche sowie an Deutschland interessierte Petersburger.

Gedächtnis- und Erinnerungskultur

In der Gedächtnis- und Erinnerungskultur werden einerseits Leid und Bedrückung mit den Deutschen verbunden. Die fast 900 Tage dauernde Belagerung durch deutsche Truppen und ihre Verbündeten während des Zweiten Weltkrieges sind zentraler Bestandteil der Erinnerung, der bislang noch keinen angemessenen musealen Ort im Stadtbild gefunden hat.

Die Erinnerung an die Petersburger Deutschen ist dagegen überwiegend positiv. Ihr Wirken für das russländische Imperium, in Wirtschaft und Gesellschaft wird gewürdigt, was etwa in den Resakralisierungen der St.-Petri-Kirche auf dem Newski-Prospekt und der St.-Annen-Kirche an der *Kiročnajaulica*, wo auch Raum für thematisch einschlägige Wechselausstellungen ist, zum Ausdruck kommt. Nachdem in der sowjetischen Zeit, insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg, die Deutschen aus der Stadtgeschichte herausgeschrieben wurden, kehrten sie im Zuge der reichen Literaturproduktion aus Anlass des 300. Geburtstages der Stadt gleichsam wieder zurück. Seit den 1990er Jahren finden regelmäßig wissenschaftliche Konferenzen zu den „Deutschen in Sankt Petersburg“ statt, die von russischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern organisiert werden. Sie werden somit in ein großes imperiales Narrativ über Sankt Petersburg integriert, das einerseits die multiethnische und multikonfessionelle Vergangenheit betont, zugleich aber auch die Tendenz verstärkt, alles positiv in ein gesamtrussisch-nationales Narrativ einzubeziehen, was zur Grandeur Russlands beigetragen hat. Hierzu gehören auch die Ethnien der Stadt, deren historisches Zentrum seit 1990 UNESCO-Weltkulturerbe ist.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Pëtr E. Bucharkin(Hg.): Triveka Sankt-Peterburga. Ėnciklopedija v trechtomach [Drei Jahrhunderte Sankt Petersburg. Eine Enzyklopädie in drei Bänden]. Sankt-Peterburg 2001ff.
- Margarete Busch: Deutsche in St. Petersburg 1865–1914. Identität und Integration. Essen 1995.
- Irina B. Čerkaz’janova: Leningradskie nemcy. Cud’ba voennych pokolenij [Leningrader Deutsche. Das Schicksal der Kriegsgeneration]. Sankt-Peterburg 2011.
- Dittmar Dahlmann, Klaus Heller, Tamara Igumnowa, Jurij A. Petrow, Kai Reschke (Hg.): „Eine große Zukunft. Deutsche in Rußlands Wirtschaft“. Begleitband zur Ausstellung, deutsche und russische Fassung. Berlin 2000.
- Erich Donnert: St. Petersburg. Eine Kulturgeschichte. Köln u. a. 2002.
- Jörg Ganzenmüller: Das belagerte Leningrad 1941–1944. Eine Stadt in den Strategien von Angreifern und Verteidigern. Paderborn 2005.
- Peter Hoffmann: Sankt Petersburg. Stadt und Hafen im 18. Jahrhundert. Berlin 2003.
- Natalija V. Juchneva: Ėtničeskij sostav i ėtnosocial’naja struktura naselenija Peterburga. Vtoraja polovina XIX – načalo XX v. Statističeskij analiz [Ethnische Zusammensetzung und ethnosoziale Struktur der Bevölkerung Petersburgs. Zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts – Beginn des 20. Jahrhunderts. Statistische Analyse]. Leningrad 1984.
- Valentin M. Koval’čuk (Hg.): Sankt-Peterburg. 300 let istorii [Sankt Petersburg. 300 Jahre Geschichte]. Sankt-Peterburg 2003.
- Jan Kusber: Kleine Geschichte St. Petersburgs. Regensburg 2009.

- W. Bruce Lincoln: Sunlight at midnight. St. Petersburg and the rise of modern Russia. New York 2002.
- Ute Schneider: Die St. Petersburger Zeitung in den Jahren 1888–1913. Eine Quelle zum Buch- und Bibliothekswesen im St. Petersburg der Jahrhundertwende. In: Gutenberg-Jahrbuch 1988, S. 359–377.
- Karl Schlögel, Frithjof Benjamin Schenk, Markus Ackeret (Hg.): Sankt Petersburg. Schauplätze einer Stadtgeschichte. Frankfurt/Main 2007.
- Karl Schlögel: Petersburg. Das Laboratorium der Moderne 1909–1921. 3. Aufl. Frankfurt/Main 2009.

Weblink

- http://www.herder-institut.de/bildkatalog/index/index?tree[Orte]=27679&with_picture=0&newperspective=thumbnails (Abbildungen zu Sankt Petersburg/Sankt-Peterburg im Bildarchiv des Herder-Instituts, Marburg)

Anmerkungen

[1] Auch zum Folgenden: Gerd Stricker (Hg.): Russland. Berlin 1997 (Deutsche Geschichte im Osten Europas), S. 36–42; Kusber: Kleine Geschichte, S. 16–25.

[2] Revunenkova u.a. (Hg.):Mnogonacional'nyj Peterburg. Istorija, Religija [Multinationales Petersburg. Geschichte, Religion]. Sankt-Peterburg 2002, S. 26f.

[3] Bevölkerungszählung von 2010 auf: http://www.gks.ru/free_doc/new_site/perepis2010/croc/Documents/Vol1/pub-01-05.pdf (Abruf 02.11.2014); für die (ungefähren) Zahlen zum 18. und 19. Jahrhundert vgl. Semenova: Byt' i naselenieSankt-Peterburga (XVIII vek) [Alltagsleben und Bevölkerung Sankt Petersburgs (18. Jahrhundert)]. Moskva, Sankt-Peterburg 1998, S. 36–49 und passim; Revunenkova u.a. (Hg.):Mnogonacional'nyj Peterburg [Multinationales Petersburg] (Anm. 2), S. 23, 56, 183–185. Für das 20. Jahrhundert vgl.: Thomas Bohn: St. Petersburg/Leningrad – Bauernmetropole und industrielle Großstadt. In: Helmuth Hubel, Joachim von Puttkamer, Ulrich Steltner (Hg.): Ein europäisches Russland oder Russland in Europa? – 300 Jahre St. Petersburg. Baden-Baden 2004 (Jenaer Beiträge zur Politikwissenschaft 9), S. 125–140, hier S. 127f.

[4] Revunenkova (Hg.):Mnogonacional'nyj Peterburg [Multinationales Petersburg] (Anm. 2), S. 84–88.

[5] Dazu beispielsweise Peer Hempel: Deutschsprachige Physiker im alten Sankt Petersburg. Georg Parrot, Emil Lenz und Moritz Jacobi im Kontext von Wissenschaft und Politik. München 1999 (Schriften des Bundesinstituts für Ostdeutsche Kultur und Geschichte 14).

Zitation

Jan Kusber: Sankt Petersburg/Sankt-Peterburg. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2015. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32260 (Stand 18.03.2015).

Sarajewo/Sarajevo (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Saratow/Saratov (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Saroltavár → Charlottenburg/Charlotenburg/Şarlota/Saroltavár

Siehe Charlottenburg/Charlotenburg/Şarlota/Saroltavár

Sasau/Sázava (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Sathmar/Satu Mare/Szatmárnémeti

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Sathmar

Amtliche Bezeichnung

rum. Satu Mare

Anderssprachige Bezeichnungen

ung. Szatmárnémeti; jidd. Satmar, Satmer oder Sacmer, lat. Satmarinum

Etymologie

Der offizielle Name der Stadt wurde 1919 in Satu Mare geändert; zuvor waren im Rumänischen die Bezeichnungen Sătmar oder Sătmar-Mintiu gebräuchlich. Bezüglich des Ursprungs des Ortsnamens gibt es mehrere konkurrierende Theorien, die von der Ableitung aus dem deutschen „Salzmarkt“ bis hin zur Zurückführung auf den Personennamen „Zothmar“ oder die rumänische Bezeichnung für großes Dorf „sat mare“ reichen. Der ungarische Name für Mintiu „Németi“ kommt aus dem slawischen „nemci“, das heißt „Deutsche“.

2. Geographie

Lage

Sathmar liegt auf 47° 47′ nördlicher Breite, 22° 52′ östlicher Länge im nordwestlichen Grenzgebiet Rumäniens, etwa 10 km von der rumänisch-ungarischen Grenze entfernt sowie etwa 70 km nordwestlich von Frauenbach/Baia Mare/Nagybánya.

Topographie

Die Stadt befindet sich im Nordwesten der historischen Region Sathmar, die auch heute ungarische Gebiete umfasste. Sie liegt am Fluss Somesch (rum. *Someş*, ung. *Szamos*) auf einer Meereshöhe von 126 m. Bis zur Regulierung der Flüsse Somesch und Crasna (ung. *Kraszna*) sowie der Entwässerung des Ecsedi-Moors im 18. beziehungsweise 19. Jahrhundert war die Gegend sumpfig mit ausgedehnten Wäldern.

Region

Sathmar ist Teil des historischen Partiums (Gen. Pl. von *Partes regni Hungariae adnexae*), das zusammen mit dem Banat und dem historischen Siebenbürgen (rum. *Ardeal*, ung. *Erdély)* die heute als Trans(s)ylvanien (rum. *Transilvania*, ung. *Erdély)* bezeichnete Großregion bildet. Das Partium, also die ostungarischen Komitate jenseits der Theiß (ung. *Tisza*, rum. *Tisa*), gehörte von der Mitte des 16. Jahrhunderts bis ins späte 17. Jahrhundert zum Herrschaftsgebiet der siebenbürgischen Fürsten.

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Rumänien. 1952–1960 gehörte Sathmar zum Kreis Frauenbach (auch Neustadt, rum. *Baia Mare*, ung. *Nagybánya*), 1960–1968 zum Kreis Marmarosch (rum. *Maramureş*, ung. *Máramaros*) und seit 1968 ist es Hauptstadt des gleichnamigen Kreises.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik



Das Stadtwappen mit einer Krone,
die das Munizipalrecht symbolisiert,
zeigt auf blauem Grund eine Burg mit zwei Rittern.
Im Eingang steht als verbreitete Figur der Heraldik
ein doppelschwänziger Löwe mit ausgestreckter Zunge.

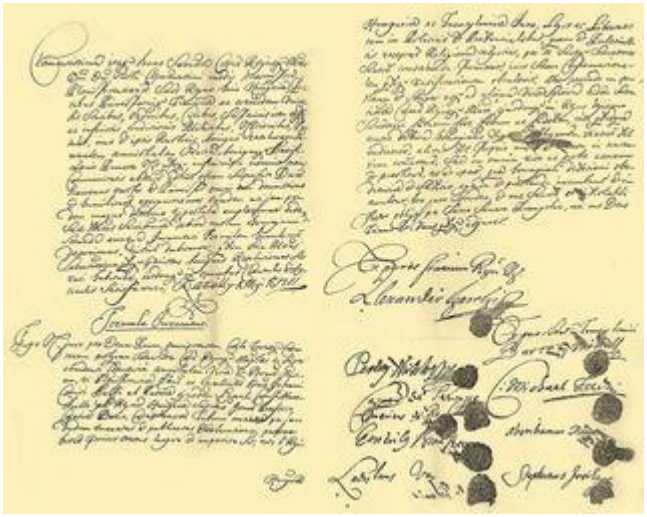
Mittelalter

Die Städte, aus denen das heutige Sathmar hervorging, lagen an den beiden Ufern des Somesch, südlich Sathmar, nördlich Mintiu. Letztere gehörte zu den ersten deutschen Ansiedlungen (1006) unter dem Schutz der Königin Gisela von Ungarn (984/985-1060), Gattin des hl. Stefan (969-1038). Die Burg Zothmar existierte schon vor der Ankunft der Ungarn, eine genaue Datierung lässt sich jedoch nicht mehr vornehmen.

Die deutsche Ortschaft wurde urkundlich erstmals in einem Freibrief von 1230 genannt, der den Siedlern Privilegien gewährte. 1241 verwüsteten die Tataren die Gegend, sodass die damalige Erdburg wahrscheinlich zu diesem Zeitpunkt zerstört wurde. Ab 1310 durften Klosterbrüder ihr Salz in der Stadt verkaufen, wodurch die Ortschaft zu einem Zentrum des Salzhandels aufstieg.

Neuzeit

Die Burg spielte in der Verteidigung der Region jahrhundertelang eine zentrale Rolle und wechselte oft ihren Besitzer. Sie gehörte unter anderem König Matthias Corvinus (1443–1490), dem Somlyó-Zweig der Báthory-Dynastie, Fürst Gabriel Bethlen (um 1580–1629), Fürst Stefan Bocskay (1557–1606), Georg Rákóczi I. (1593–1648) und Emmerich Thököly (1657–1705). Im 16. Jahrhundert, als die Báthorys die Burg erhielten, ließen sie diese befestigen. Durch die Neuregulierung des Flusses lag sie nun auf einer Insel, wodurch ihr strategischer Wert erheblich stieg. In der zweiten Hälfte des Jahrhunderts wurde die Umgebung Schauplatz heftiger Kämpfe und mehrfach verwüstet. Die siegreichen kaiserlichen Truppen befestigten die Burg, und Kaiser Maximilian II. (1527–1576) sowie Kaiser Rudolf (1552–1612) bekräftigten 1571 beziehungsweise 1577 die Privilegien beider Städte, die viermal jährlich Markt halten durften. Ein weiterer Meilenstein war die Ansiedlung deutscher Soldaten; zwischen ihnen und der örtlichen Bevölkerung kam es später zu mehreren Konflikten, die in einer bewaffneten Auseinandersetzung kulminierten, nach welcher König beziehungsweise Kaiser Leopold I. (1640–1705) über die aufständischen Adligen eine Reihe von Sanktionen, unter anderem Todesstrafen, verhängte.



Originalurkunde des Friedens von Sathmar (unterzeichnet am 1. Mai 1711), mit dem Auseinandersetzungen zwischen Habsburg, den ungarischen Ständen und aufständischen Kuruzzen formal beendet wurden.

Als 1705 Franz Rákóczi II. (1676–1735) die Burg eroberte und sie abtragen lassen wollte, konnten sich die Bewohner der Stadt noch erfolgreich wehren, später setzte jedoch Alexander Károlyi (1669–1743) den Abbau durch. Vor dem Frieden von Sathmar 1711 wurde die Stadt abwechselnd von Kuruzzen und Labanzen geplündert.[1] Ein Jahr später vereinigten sich Sathmar und Mintiu, wobei die praktische Umsetzung dieser vom Pressburger Landtag getroffenen Entscheidung trotz der baldigen Erteilung des Status einer freien königlichen Stadt (1715) noch Jahrzehnte dauerte.

Nachdem die Pest die Bevölkerung zweimal (1719, 1742) dezimiert hatte, begann nach einem großen Erdbeben 1834 eine eindrückliche Entwicklung: Die dörfliche Erscheinung der Stadt veränderte sich durch zahlreiche neue Bauten; in den folgenden Jahrzehnten entstanden unter anderem das Kasino und das Theater, die bis heute das Stadtbild prägen.

Zeitgeschichte



Blick auf Sathmar, links das 1984 errichtete, 97 Meter hohe Rathaus [Foto: Wikimedia Commons. Pixi CC BY-2.5].

Nach dem Ersten Weltkrieg fiel Sathmar Rumänien zu. Während des Zweiten Weltkriegs, nach dem „Zweiten Wiener Schiedsspruch“ von 1940, gehörte es kurzzeitig zu Ungarn. 1944 internierten die ungarischen Behörden 17.000 Juden aus der Stadt sowie der Umgebung im örtlichen Ghetto; nur wenige entkamen anschließend dem Tod im deutschen Vernichtungslager. Nachdem das Sathmar-Gebiet 1945 wieder an Rumänien gefallen war, folgte die Deportation von 5.000 Schwaben aus dem Kreis Sathmar zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion, von denen nur ein Teil bis 1949 zurückkehren konnte, da die Überlebenden auch nach Deutschland entlassen wurden. Dies schwächte die deutsche Minderheit erheblich. (Siehe „Sathmarschwaben“).

Die weiteren Maßnahmen des neuen kommunistischen Regimes, vor allem die Verstaatlichung der wichtigsten Fabriken, Enteignungen, Verhaftungen, Auflösung der Brüder- und Schwesterorden, veränderten die Stadt von Grund auf und führten zu einer zusätzlichen Marginalisierung der Schwaben.

Anfang der 1960er Jahre begannen im Sinne des im ganzen Land durchgesetzten politischen Programms die Bauarbeiten an den neuen Hochhaus-Stadtvierteln.

Nach dem Hochwasser von 1970, das viele Menschenleben und große Schäden an der Bausubstanz gefordert hatte, wurde der Bau weiterer Brücken beschlossen. Der berühmte Architekt Nicolae Porumbescu (1919–1999) plante ein neues Zentrum, das größte und teuerste Projekt der letzten fünfzig Jahre. Trotz aller stadtplanerischen Bemühungen blieb dieser Komplex ein Fremdkörper in der Stadt.

Während der landesweiten revolutionären Ereignisse von 1989 gab es in Sathmar sieben Tote.

Bevölkerung

Die Zahl der Einwohner stieg seit der ersten Volkszählung 1880 von 19.708 auf 34.892 im Jahr 1910. Bis zur Wende von 1989 war das Wachstum ununterbrochen, die Bevölkerung verdoppelte sich zwischen 1956 (52.096) und 1977 (101.860) und stieg bis 1992 auf

130.584 Einwohner an. Seitdem geht die Zahl drastisch zurück, 2011 wurden nur noch 102.411 Personen gezählt.[2]

1880 gaben 88,9 % Prozent der Bevölkerung Ungarisch als Muttersprache an, 5 % Rumänisch und 3,8 % Deutsch. Bis 1910 nahm der Anteil des Ungarischen noch zu, das 94,8 % der Einwohner als Muttersprache deklarierten; Rumänisch lag bei 2,8 %, Deutsch bei 1,8 %. Die Zugehörigkeit zum neuen Staat nach dem Ersten Weltkrieg zeigte sich auch in den Statistiken: 1920 wurden 66 % Ungarn, 12,2 % Rumänen, 0,4 % Deutsche sowie 21 % Juden gezählt. Die Zahlenangaben der offiziellen Volkszählungen verschoben sich in Folge der mehrfachen Machtwechsel so bedeutend, dass sie kaum als zuverlässige Angaben gelten können, sondern stattdessen für die Veranschaulichung der Machtpraktiken geeignet sind. 1966 waren 46,4 % der Bevölkerung Rumänen, 50,5 % Ungarn, 0,8 % Deutsche, 0,7 % Juden und 1,2 % Roma. Bis zur letzten Volkszählung 2011 verschoben sich die Anteile erneut: 54,2 % Rumänen, 34,6 % Ungarn, 1 % Deutsche (knapp 1.000 Personen unterschiedlicher Muttersprache, da der Sprachverlust weit vorangeschritten ist) und 1,2 % Roma.

Obwohl man nicht von einer kontinuierlichen Präsenz von Juden in Sathmar sprechen kann, prägten sie die Geschichte und das wirtschaftliche Leben maßgebend. Erst im 17. Jahrhundert erlaubte man ihnen, in die Stadt zu ziehen, vertrieb sie aber bald darauf. Für das 18. Jahrhundert gibt es widersprüchliche Angaben: Einerseits sollen im Jahr 1735 siebzehn Juden in Sathmar gelebt haben, andererseits gaben die späteren Volkszählungen keine jüdische Bevölkerung an. Offiziell kam es 1842 zur Gründung der jüdischen Gemeinde, und ab diesem Zeitpunkt wuchs das Judentum der Stadt kontinuierlich. 1910 waren 20,6 % der Sathmarer Bevölkerung jüdisch. Bis 1880 wurden 80 % der Juden ungarischsprachig, dieser Anteil stieg bis zum Ersten Weltkrieg auf fast 100 %. Ab 1950 setzte die Auswanderung nach Israel ein, was sich später durch Nicolae Ceauşescus (1918−1989) Politik intensivierte.

Für die Schwaben der Region ist Sathmar das kulturelle und politische Zentrum, hier befindet sich der Sitz des Demokratischen Forums der Deutschen des Kreises, der damit verbundenen Sathmarer Stiftung für internationale Zusammenarbeit sowie des Deutsch-rumänischen Wirtschaftsvereins für die Region Sathmar. Die Sathmarer Stiftung unterstützt seit über zwanzig Jahren kleine Betriebe und mittelständische Unternehmen in den umliegenden Ortschaften, wo Schwaben leben.

Wirtschaft

Die Wirtschaft beruhte in Sathmar jahrhundertelang auf dem in Zünften organisierten Handwerk. Seit dem 16. Jahrhundert wuchs die Zahl der Zünfte kontinuierlich, im 19. Jahrhundert lebten in der Stadt 1.075 Meister. Der Ausbau der Bahnstrecken Großkarol–Sathmar (1871), Sathmar–Marmaroschsiget/Sighetu Marmaţiei/Máramarossziget (1872) und Sathmar–Frauenbach (1884) gab der wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt neuen Schwung. Zu Beginn des 20. Jahrhundert existierten mehrere Fabriken in der Stadt, zum Beispiel die 1912 eröffnete „Unio“, die Waggons produzierte. Zwischen den zwei Weltkriegen gab es in der Stadt knapp dreißig Banken. In der kommunistischen Zeit wurde die Industrie ausgebaut, besonders in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre kam es zur Erweiterung von Fabriken. Nach der Wende zog die günstige Lage mehrere Investoren in die Stadt, darunter sind die deutschen Unternehmen am wichtigsten, gefolgt von den dänischen und französischen. Von besonderem Gewicht sind der Maschinenbau sowie die Lebensmittel- und Textilindustrie.

Religion

Seit dem 13. Jahrhundert war das Sathmarer katholische Pfarramt Archidiakonat und dem Erzbischof von Gran/Esztergom direkt untergeordnet. 1527 erreichte die Reformation die Gegend; sie setzte sich so schnell durch, dass bald die katholischen Gemeinden in den Städten der Region aufgelöst wurden. Nachdem den ansässigen Ruthenen, Serben und Griechen die freie Ausübung ihrer orthodoxen Konfession gewährt wurde und die Osmanen 1660 die Stadt und Festung Großwardein besetzten, siedelten mehrere Serben und Griechen nach Sathmar über.



Römisch-katholischer Dom
[Foto: Wikimedia Commons.
Beckstet CC BY 2.5].



Um 1890 erbaute Synagoge
[Foto: Wikimedia Commons.
Frazzone CC BY 2.5].

Für die Entwicklung der Stadt war die Gründung des römisch-katholischen Bistums 1804, nach dem Aufstieg von Erlau/Eger zum Erzbistum, ein wichtiger Meilenstein. Bischof János Hám (1781–1857), der 1848–1849 auch ungarischer Primas war, trug maßgebend zum Ausbau des modernen Sathmar bei, unter anderem indem er viele neue Gebäude er-

richten ließ, darunter zum Beispiel die Kalvarienkirche. Auch der von außen klassizistisch geprägte Dom erlangte seine aktuelle Form in dieser Zeit. Die Kapelle des Bischofspalastes ist wegen ihres Altars, der ursprünglich in der Kirche von Erdeed/Ardud/Erdőd stand und vor dem sich der ungarische Nationaldichter Sándor Petőfi (1823–1849) vermählt hatte, eine touristische Attraktion.

Unter den katholischen Kirchen der Stadt hat die Kalvarienkirche einen besonderen Status, da hier die Gottesdienste auf Deutsch, Ungarisch und Rumänisch gehalten werden; sie beherbergt eine rumänische sowie eine deutsche Gemeinde.

Im späten 17. Jahrhundert wurde die erste griechisch-katholische Gemeinde gegründet, die slawischsprachige Gottesdienste feierte. Da sich schrittweise das Ungarische als Kirchensprache durchsetzte, kam es zusätzlich 1803 zum Bau einer griechisch-katholischen Kirche für eine rumänischsprachige Gemeinde.

Die Gründung der orthodoxen Parochie erfolgte 1919, in der Zwischenkriegszeit wurde die orthodoxe Hauptkirche errichtet. An mehreren Orten der Stadt sind seit der Wende von 1989 weitere orthodoxe Kirchen gebaut worden.

Mitte des 19. Jahrhunderts errichtete die jüdisch-orthodoxe Glaubensgemeinschaft ihre erste Synagoge, Ende des Jahrhunderts kam es nach internen Spannungen zum Bruch, sodass man die Status-Quo-ante-Gemeinde gründete. In der Stadt gab es drei Synagogen und 25 Gebetshäuser. Die Synagoge im eklektizistischen Stil, die um 1890 gebaut wurde, kann bis heute besucht werden.

Bildung und kulturelle Institutionen

Sathmar ist seit Jahrhunderten mit zahlreichen Bildungsanstalten kulturelles Zentrum der Region. Schon im 13. Jahrhundert gab es in der Stadt eine Schule der Dominikanerbrüder. Während der Reformation wurden die katholischen Bildungsanstalten geschlossen und durch neue protestantische ersetzt. Das immer reicher werdende Angebot (u. a. das Jesuiten-, das Paulanerkolleg, das Mädchengymnasium, die bürgerliche, die israelitische, die römisch-katholische und die reformierte Schule oder die Lehrerinnenbildungsanstalten) zog im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts viele Jugendliche in die Stadt und trug hierdurch zu ihrer Entwicklung bei.

Zu den heute renommiertesten Schulen zählen das Mihai-Eminescu-Gymnasium, das 1997 gegründete Deutsche Theoretische Johann-Ettinger-Gymnasium (mit über 600 Schülern aller in Sathmar lebenden Ethnien) und das Ferenc-Kölcsey-Gymnasium. Nach 1990 wurden mehrere Hochschulen sowie Universitätsfilialen gegründet, unter anderem ein regionales Zentrum der Babeş-Bolyai-Universität Klausenburg/Cluj-Napoca/Kolozsvár.

Die Sathmarer Filiale der ASTRA (rum. *Asociaţiunea Transilvană pentru Literatura Română şi Cultura Poporului Român*, dt. *Siebenbürgischer Verein für Rumänische* Literatur und *Kultur* des *Rumänischen* Volkes), der Kölcsey-Kreis (ung. *Kölcsey Kör*) sowie das Demokratische Forum der Deutschen prägen durch ihre Kulturarbeit das kulturelle Angebot der Stadt.

Das erste, Mitte des 19. Jahrhunderts gebaute Theater musste abgetragen werden, das heutige klassizistische Gebäude wurde 1892 eingeweiht. Die Stadt beschäftigt seit 1956 eine ständige ungarische und seit 1968 auch eine rumänische Theatergruppe. Die 1921 ins Leben gerufene Sathmarer Philharmonische Gesellschaft wirkt nach mehreren Verwandlungen und Namensänderungen als Dinu-Lipatti-Philharmonie. In der Stadt gibt es mehrere

Literaturkreise, die zum Beispiel nach Ioan Slavici (1848–1925) und Endre Ady (1877–1919) benannt sind.

Das Kreismuseum Sathmar (*Muzeul Judeţean Satu Mare*) hat eine historische und eine ethnographische bzw. Kunstsektion und führt zugleich internationale Forschungsprojekte durch, unter anderem auch zur schwäbischen Minderheit.

Kunstgeschichte

Auf dem Sathmarer Hauptplatz vermischen sich unterschiedliche Stile: Sezession, Klassizismus, Neugotik, Eklektizismus und der Baustil der kommunistischen Zeit. Der ehemalige Vécsey-Palast beherbergt heute das Kunstmuseum, eine Kunstgalerie ist im neuen Zentrum untergebracht.

Der Maler Aurel Popp (1879–1960), der zur zweiten Generation der sogenannten „Frauenbacher Malerschule“ gehörte, sowie der Grafiker Pál Erdős (1913–1996) lebten und arbeiteten in Sathmar.

Publizistik

Die erste Zeitung der Stadt war der *Szatmáry Értesítő* (Sathmarer Bote), welcher zahlreiche weitere folgten; in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurden 24 neue Zeitungen in der Stadt gegründet. Heute gibt es mehrere rumänische und ungarische lokale Blätter; monatlich einmal wird auch die *Schwabenpost* (auf Deutsch, Ungarisch und Rumänisch) publiziert.

Literatur

Der ungarische Dichter Jenő Dsida (1907–1938) wurde in Sathmar geboren, ebenso stammen zwei bekannte zeitgenössische ungarische Autoren, Zsolt Láng und András Ferenc Kovács, aus der Stadt. Persönlichkeiten wie Ferenc Kölcsey (1790–1838), Verfasser der ungarischen Hymne, die ungarischen Schriftsteller Margit Kafka (1880–1918) und Gyula Krúdy (1878–1933) oder der rumänische Autor Ioan Slavici (1848−1925) gingen in Sathmar zur Schule.

4. Diskurse/Kontroversen

Anfang der 1920er Jahre gab es eine Debatte unter den rumänischen Intellektuellen, ob der von der Bevölkerung und einigen Historikern, unter anderem Nicolae Iorga (1871−1940), benutzte Name „Sătmar“ oder das von dem Politiker Vasile Lucaciu (1852−1922) propagierte „Satu Mare“ offiziell gelten solle.

Immer wieder kommt es heute zwischen Ungarn und Rumänen zu kleineren Diskussionen, wenn es um symbolische Themen wie Straßennamen oder sonstige öffentliche Repräsentationsangelegenheiten geht.

Die Identifikationsfrage der Schwaben, die überwiegend ungarischsprachig sind, wird hauptsächlich vor den lokalen Wahlen thematisiert und steht auch bei der Einschulung der Kinder zur Debatte, da von ihrer Anzahl die Existenz von Abteilungen oder Schulen abhängt. Die Position der deutschen Klassen wurde durch die ungarischen staatlichen Förderprogramme, die für Auslandsungarn gelten, geschwächt.

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Anders E. B. Blomqvist: Economic Nationalizing in the Ethnic Borderlands of Hungary and Romania. Stockholm 2014. URL: http://su.diva-portal.org/smash/get/diva2:753257/FULLTEXT01.pdf.
- László Bura: Zsidó oktatás Szatmárba [Jüdisches Bildungswesen in Sathmar]. In: Satu Mare – studii şi comunicări XV−XVI [Sathmar – Aufsätze und Mitteilungen XV−XVI]. Satu Mare 1988–1989, S. 471–482.
- László Bura: Iskolavárosunk Szatmárnémeti [Unsere Schulstadt Sathmar]. Csíkszereda 1999.
- László Bura: Szatmárnémeti kialakulása és fejlődése épületei és műemlékei tükrében [Die Gründung und Entwicklung von Sathmar im Lichte seiner Gebäude und Denkmäler]. Szatmárnémeti 2005.
- Viorel Ciubotă, Liuba Horvat, Mihailo Delegan: Biserica „Sfântul Nicolae“ din Mintiu – Satu Mare: istorie şi contemporanitate [Die Heiliger-Nicolae-Kirche in Mintiu – Sathmar: Geschichte und Gegenwart]. Satu Mare 2010.
- Ioan Corneanu, Lacrima Camelia-Teocan: Evreii sătmăreni. Istorie şi destin [Die Sathmarer Juden. Geschichte und Schicksal]. Arad 2010.
- Sándor Muhi: Szatmárnémeti városismertető [Stadtführer Sathmar]. 2., erw. Aufl. Szatmárnémeti 2003.
- Josef Volkmar Senz: Geschichte der Donauschwaben. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Eine volkstümliche Darstellung. München 1987 (Beiträge zur donauschwäbischen Heimat- und Volksforschung III/37).
- Patrik Tátrai: Etnikai Térszerkezet változásai a történeti Szatmárban [Die Veränderungen der ethnischen Raumstruktur im historischen Sathmar]. Budapest 2010.
- András Vári, Judit Pál, Stefan Brakensiek: Herrschaft an der Grenze. Mikrogeschichte der Macht im östlichen Ungarn im 18. Jahrhundert. Köln, Weimar, Wien 2014 (Adelswelten 2).

Weblinks

- www.satu-mare.ro (Webpräsenz der Stadt)
- http://www.muzeusm.ro/ (Webpräsenz des Kreismuseums)

Anmerkungen

[1] Die Kuruzzen (ung. *kurucok*, rum. *curuţi, slow. kuruci*) waren Mitglieder und Truppen der antihabsburgischen Aufstandsbewegung (1672−1711) in Ungarn. Die Anhänger der Habsburger waren die Labanzen (ung. *labancok*, rum. *labanţi*, slow. *labanci*).

[2] Für die hier und im Folgenden genannten Zahlen zur Bevölkerungszahl und -zusammensetzung gilt: Die Daten der rumänischen Volkszählungen sind auf der Seite des Rumänischen Statistischen Amtes zugänglich: http://www.recensamantromania.ro/istoric/lista-recensafmintelor-populaaiei/ (Abruf 12.02.2015), die Jahrbücher des Ungarischen Statistischen Amtes können unter http://epa.niif.hu/01600/01678 (Abruf 12.02.2015) nachgeschlagen werden.

Zitation

Enikő Dácz: Sathmar/Satu Mare. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2015. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32245 (Stand 16.09.2015).

Satu Mare → Sathmar/Satu Mare/Szatmárnémeti

Siehe Sathmar/Satu Mare/Szatmárnémeti

Schäßburg/Sighişoara/Segesvár (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Schaulen/Šiauliai (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Schemnitz/Banská Štiavnica (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Schitomir/Žytomyr (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Schlaggenwald/Horní Slavkov (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Schneidemühl/Piła

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Schneidemühl

Amtliche Bezeichnung

poln. Piła

Lateinische Bezeichnung

Pila

Etymologie

"Piła" heißt auf Polnisch Säge.

2. Geographie

Lage

Die Stadt liegt im Nordwesten Polens auf 53° 9' nördlicher Breite und 16° 44' östlicher Länge, 80 km nördlich von Posen/Poznań und ebenso weit westlich von Bromberg/Bydgoszcz am Fluss Küddow (*Gwda*).

Region

Heute Großpolen

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Republik Polen, Hauptstadt des Landkreises Schneidemühl (*Powiat Piła*) in der Woiwodschaft Großpolen (*Województwo wielkopolskie*).

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Das Wappen der Stadt zeigt einen über grüne Felder springenden roten Hirsch auf weißem (silbernem) Hintergrund. 1605 erhielt das Wappentier durch die polnische Königin Konstanze, die Gemahlin Sigismunds III., eine goldene Krone; die Ergänzung war vermutlich ein Zeichen des Patronats der Königin, die zahlreiche Bauvorhaben in der Stadt unterstützte.[1] 1945 übernahm die polnische Verwaltung das Wappen, das seit den1960er Jahren in vereinfachter Form ohne Krone geführt wird. Die Flagge besteht aus den horizontal angeordneten Farben Weiß (Silber), Rot und Grün.

Mittelalter

Im Jahre 1380 wurde "Pyla" ein Privileg erteilt, das u. a. den Bau einer Kirche vorsah. Vor diesem Hintergrund wird das Jahr 1380 auch als Gründungsjahr der Stadt angesehen. In einem Brief aus dem Jahr 1456 wurde zum ersten Mal der Name "Pyla" in Verbindung mit dem Namen "Snydemole" urkundlich erwähnt. Dabei handelte sich um zwei verschiedene Ortschaften: die ältere polnische Ansiedlung Pyla und die jüngere deutsche Ansiedlung Snydemole. Beide sind später miteinander zu einer Stadt verschmolzen.

Neuzeit

1513 erhielt "Pyla" vom polnischen König Sigismund I. das Magdeburger Stadtrecht. Mit der Ersten Teilung Polens 1772 ging die Stadt an Preußen über. Zwei große Stadtbrände 1626 und 1834 vernichteten einen Großteil der historischen Bausubstanz.

19. Jahrhundert

Mit der Errichtung des Herzogtums Warschau durch Napoleon I. kam Schneidemühl 1807 kurzfristig erneut unter polnische Herrschaft; nach dem Wiener Kongress 1815 gehörte es in der preußischen Provinz Posen zum Regierungsbezirk Bromberg und zum Kreis Chodziesen (später Kolmar).[2] Infolge der Eröffnung der preußischen Ostbahn im Jahr 1851 entwickelte sich die Stadt zu einem wichtigen Eisenbahnknotenpunkt.

20. Jahrhundert



Schneidemühl, Oberpräsidium und Regierungsdienstgebäude am Pferdemarkt [Foto: Bilder aus der Grenzmark, Berlin 1931, S. 7].

1914 schied Schneidemühl aus dem Landkreis Kolmar aus und wurde ein eigener Stadtkreis. Infolge des Versailler Vertrages wurden große Teile der Provinzen Posen und Westpreußen zugunsten Polens vom Deutschen Reich abgetrennt; Schneidemühl verblieb bei Deutschland, wurde Grenzstadt und 1922 Hauptstadt der aus den nördlichen und westlichen Teilen der Provinz Posen und dem westlichen Teil der Provinz Westpreußen neu gebildeten Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen.[3] 1938 wurde das bereits zuvor umstrittene und unwirtschaftliche Konglomerat der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen an die Nachbarprovinzen angegliedert; Schneidemühl fiel an die Provinz Pommern und wurde Hauptstadt des Regierungsbezirkes Grenzmark Posen-Westpreußen.

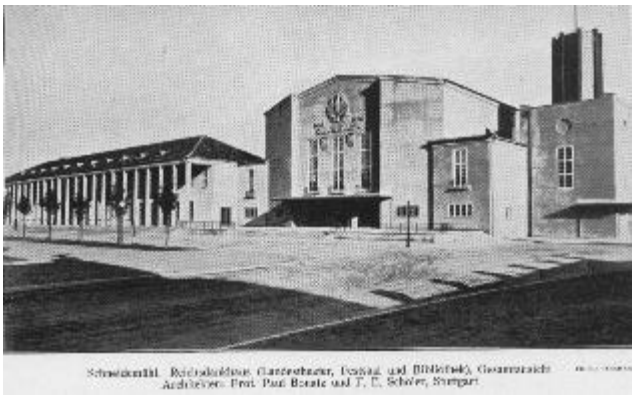
Während des Zweiten Weltkrieges wurden 72 % der Stadt, im Zentrum etwa 90 % aller Gebäude, zerstört. Am 14. Februar 1945 besetzte die Rote Armee die Stadt. Im April 1945 wurde Schneidemühl in die polnische Woiwodschaft Posen (*Województwo poznańskie*) eingegliedert. In den Jahren 1946–1975 war es Hauptstadt eines Landkreises und 1975–1998 Hauptstadt der Woiwodschaft Piła (*Województwo pilskie*). Seit 1999 ist Schneidemühl wieder Hauptstadt des gleichnamigen Landkreises in der Woiwodschaft Großpolen (*Województwo wielkopolskie*).

Bevölkerung und Wirtschaft

Im Jahr 1774 hatte Schneidemühl 1.322 Einwohner.[4] Unter preußischer Verwaltung nach 1772 und insbesondere nach der Eröffnung der Ostbahn 1851 erlebte die Stadt einen bedeutenden Aufschwung, sodass die Einwohnerzahl 1900 19.655 erreichte. Der Anteil der polnischen Bevölkerung schrumpfte von über 50 % auf unter 5 %.[5] Aufgrund der guten Eisenbahnverbindungen nach Berlin siedelten sich in der Stadt zahlreiche Industriebetriebe an, 1914 entstand hier ein großer Zweigbetrieb der Albatros Flugzeugwerke. Zudem wurde Schneidemühl ein bedeutender Flugzeugstützpunkt. Im Jahre 1915 erreichte die Einwohnerzahl 28.457.[6] Als Schneidemühl 1922 zur Provinzhauptstadt erhoben wurde und sich hier zahlreiche Behörden und Institutionen ansiedelten, stieg die Zahl auch durch den Zustrom von Aussiedlern aus Polen:[7] 1939 gab es in der Stadt 45.791 Einwohner, davon 155 Juden.[8] 1940 wurden 160 Juden in Schneidemühl verhaftet, später deportiert und ermordet.[9] Zwischen 1939 und 1945 kamen 5.262 Einwohner ums Leben, das Schicksal von weiteren 10.521 ist ungeklärt.[10] 1945 kam es zu einem nahezu vollständigen Bevölkerungsaustausch. Die deutschen Einwohner wurden größtenteils vertrieben.

Nach der Erhebung der Stadt zur Woiwodschaftshauptstadt wuchs ihre Einwohnerzahl auf 71.000 im Jahr 1990. 2002 gaben in der nationalen Volkszählung 121 Personen eine andere als die polnische Nationalität an, davon 47 die deutsche.[11]

Architektur



Reichsdankhaus Schneidemühl, Architekten: Paul Bonatz, F. E. Scholer [Foto: Bilder aus der Grenzmark, Berlin 1931, S. 11].

Architektonisch bedeutend sind die gut erhaltenen Bauten aus der Zwischenkriegszeit. Zu den größten Bauvorhaben gehörte die Bebauung am Danziger Platz (früher Pferdemarkt; pl. *Plac Stanisława Staszica*) in der inneren Stadt nahe dem Hauptbahnhof durch die deutschen Baukünstler Paul Bonatz, German Bestelmeyer und Peter Behrens.[12] Um einen rechteckigen Platz wurden das Regierungsgebäude, das Konsistorium, das Finanz- und Hauptzollamt sowie das "Reichsdankhaus", bestehend aus einem Saal- und Theaterbau mit anschließendem Bibliotheksgebäude, errichtet.[13] Außerdem entstanden in der Stadt zahlreiche Wohnhäuser, neue Schulen (Freiherr-vom-Stein-Gymnasium), Kirchen (St.-Antonius-Kirche) und weitere öffentliche Bauten. Im sozialen Wohnungsbau übertraf Schneidemühl in der Zwischenkriegszeit alle Städte ähnlicher Größe in Deutschland.[14]

Gedächtnis- und Erinnerungskultur

Die Heimatvertriebenen und einige ihrer Nachkommen sind heute im Heimatkreis Schneidemühl e. V. mit Sitz in Cuxhaven organisiert und treten als Herausgeber des *Schneidemühler Heimatbriefs* auf. 1992 wurde der Freundeskreis "Deutsche Sozial-Kulturelle Gesellschaft in Schneidemühl" gegründet. Sie pflegt die Zusammenarbeit mit unterstützenden und befreundeten Organisationen im Ausland sowie mit der Stadt Cuxhaven, die seit 1957 Patenstadt von Schneidemühl ist.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Bilder aus der Grenzmark Posen-Westpreußen. Berlin 1931.
- Karl Boese: Geschichte der Stadt Schneidemühl. Sonderheft der Grenzmärkischen Heimatblätter. Schneidemühl 1935.
- Zygmunt Boras, Zbigniew Dworecki: Piła. Zarys Dziejów (do roku 1945) [Schneidemühl. Abriss der Geschichte (bis 1945)]. Piła 1993.
- Deutscher Ostbund (Hg.), Emanuel Ginschel, Franz Lüdtke (Bearb.): Ostmark: Mittlere Ostmark, Grenzmark, Posen-Westpreußen. Berlin 1927 (Deutschlands Städtebau).

- W. Hildt: Schneidemühl. Berlin u. a. 1929 (Die deutsche Stadt).
- Józef Kokot: Die Not der preußischen Ostprovinzen. Warszawa 1958 (Deutsche Zeugnisse 3).
- Magistrat (Hg.), Max Reichardt (Bearb.): Schneidemühl. Die Hauptstadt der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen. Berlin 1930.
- Verein Schneidemühler Heimathaus (Hg.): Grenz- und Regierungsstadt Schneidemühl einst und heute. Cuxhaven 1979.
- Heimatkreis Schneidemühl e. V. (Hg.): Grenz- und Regierungsstadt Schneidemühl. Zeittafel zur Geschichte der Stadt Schneidemühl. Bielefeld 1998.
- Marek Fijałkowski, Tomasz Wola: Z dziejów Kościoła Ewangelickiego w Pile [Aus der Geschichte der evangelischen Kirche in Schneidemühl]. Piła 2009.

Weblinks

- http://www.pila.pl (Offizielle Webpräsenz der Stadt)
- http://www.schneidemuehl.net (Heimatkreis Schneidemühl e. V.)
- http://www.schneidemuehl.net/Pila/Dfkg/DFKG.html (Die Deutsche Sozial- Kulturelle Gesellschaft, Schneidemühl)

Anmerkungen

[1] R. P. Becker: Kurzgefaßte Geschichte der politischen Gemeinde. In: Magistrat (Hg.), Reichardt (Bearb.): Schneidemühl, S. 8.

[2] Becker (wie Anm. 1), S. 8-23.

[3] Die Entstehung dieses Konglomerates hatte ausschließlich politische Gründe und sollte den Revisionsanspruch gegen die im Versailler Vertrag festgelegte deutsch-polnische Grenze manifestieren. Vgl. Ingo Materna, Wolfgang Ribbe (Hg.): Brandenburgische Geschichte. Berlin 1995, S. 570-572.

[4] Vgl. http://www.schneidemuehl.net/Geschichte/Geschichte%20der%20Stadt/Geschichte%20der%20Stadt%20Schneidemuehl.htm (Zugriff 22.04.2013). Aus: Heimatkreis Schneidemühl: Grenz- und Regierungsstadt.

[5] Becker (wie Anm. 1), S. 22 und S. 30.

[6] Becker (wie Anm. 1), S. 22.

[7] Becker (wie Anm. 1), S. 30.

[8] Heimatkreis Schneidemühl: Grenz- und Regierungsstadt, S. 126.

[9] Weitere Informationen zu Deportationen der Juden aus Schneidemühl siehe: www.geocities.ws/schneidemuehl_pila/deportations.html(Zugriff 22.04.2013).

[10] Gedenktafel in Brokeswalde/Cuxhaven.

[11] GłównyUrządStatystyczny.

[12] Siehe auch http://www.dawna.pila.pl/ (alte Stadtpläne, Fotos und Filme) sowie http://www.dawna.pila.pl/czytelnia/plac_gdanski.php (Danziger Platz) (Zugriff 22.04.2013).

[13] Vgl. W. Hildt: Die bauliche Entwicklung der Provinzhauptstadt Schneidemühl nach dem Weltkriege. In: Magistrat, Reichardt: Schneidemühl, S. 32-36.

[14] Vgl. Becker (wie Anm. 1), S. 30.

Zitation

Joanna Lorenc: Schneidemühl/Piła. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2013. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54405.html (Stand 22.04.2013).

Schüttenhofen/Sušice (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Schweidnitz/Świdnica

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Schweidnitz

Amtliche Bezeichnung

poln. Świdnica

Anderssprachige Bezeichnungen

lat. Swidnicium (Henel 1613); tschech. Svídnice

Etymologie

Der Name Schweidnitz ist slawischer Herkunft, seine Bedeutung ist jedoch unklar (entweder von *świdwa* = Hartriegel-Strauch nach Irgang, von *świdnica*, der poln. Bezeichnung für den Wasserlauf Bögenwasser nach Weczerka oder von *swide*, der poln. Bezeichnung für eine in der Region vorkommende Weidenart). Auch könnte die lautliche Verbindung zu dem im Wappen von 1501 dargestellten Eber ('Schwein') bei der Namengebung eine Rolle gespielt haben. Sichere Belege für eine dieser Varianten sind nicht vorhanden. Die Namensgebung nach einem im 8. Jahrhundert in der Gegend des heutigen Schweidnitz lebenden heidnischen Räuber "Swido" oder "Swidno" lässt sich ebenfalls nicht mit Gewissheit belegen.

2. Geographie

Lage

Schweidnitz liegt rund 50 km südwestlich von Breslau/Wrocław an der Schweidnitzer Weistritz zwischen Zobten/Sobótka und dem Eulengebirge auf 50° 51′ nördlicher Breite und 16° 29′ östlicher Länge.

Region

Niederschlesien

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Polen. Schweidnitz ist Sitz des Landkreises Schweidnitz und gehört zur Woiwodschaft Niederschlesien (*Województwo dolnośląskie*). Seit 2004 ist die Stadt Sitz des neu gegründeten Bistums Świdnica.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Das Wappen ist quadriert und hat im ersten und vierten schwarzen Feld je eine goldene Krone, im zweiten silbernen einen nach rechts schreitenden roten Greif und im dritten silbernen einen nach links springenden schwarzen Eber. Das große Siegel der Stadt von 1315 hat einen nach rechts schreitenden Greif mit Umschrift, das Schöffensiegel von 1335 einen nach links gerichteten Eber mit stilisierten Ranken. Das kleine Siegel der Stadt von 1452 hat unter der Königskrone zwei angekettete Schilde mit Eber (rechts) und Greif (links), darunter in der Mitte ein Engel, ein Schriftband haltend.

Mittelalter

Nach Crato von Krafftheim soll Schweidnitz 1070 als slawische Siedlung gegründet worden sein, ist aber erstmals 1243 quellenmäßig belegt. Um 1100 soll Peter Wlast (Piotr Włostowic[z]) in Schweidnitz eine Holzkirche erbaut haben. 1163 kam die Stadt als zu Breslau gehörig unter die Herrschaft von Boleslaus I. dem Langen (Bolesław I. Wysoki). Unter Burggraf Heinrich I. wurde 1220 ein Franziskanerkloster gegründet (nach Schickfuß), Heinrich III. verlieh Schweidnitz 1244 das Brau-Urbar. 1250 wurde hier das Magdeburger Recht eingeführt und 1363 von Bolko II. von Schweidnitz bestätigt. Für 1274 wird ein Vogt erwähnt. Zwischen 1200 und 1350 siedelten sich auch im Raum Schweidnitz deutsche Handwerker und Bauern in großer Zahl an. Heinrich III. begünstigte zudem den Zuzug von vertriebenen Juden aus Breslau. 1283 wurde der Orden der Kreuzherren mit dem roten Stern aus Breslau nach Schweidnitz berufen und ihnen die Leitung des Michaelishospitals übergeben.

Mit Bolko I. begann 1290 die Herrschaft der Schweidnitzer Herzöge, die die Stadtbefestigung verbesserten und die umliegenden Dörfer wehrhafter machten. Der Handel erlebte einen neuen Aufschwung. Bolkos Sohn Bernhard stiftete den Dominikanern Kloster und Kirche zum hl. Kreuz (1311 geweiht). 1328 erteilte Herzog Bolko II. den Juden die Genehmigung für den Bau einer Synagoge. Die gotische Stadtkirche St. Stanislaus und Wenzel (Kościół par. ŚŚ. Stanisława i Wacława) wurde anstelle eines 1250 erwähnten Vorgängerbaus 1330 bis 1386 errichtet und nach einem Brand bis 1535 wiederaufgebaut. In den Jahren 1361, 1374, 1389, 1391 und 1406 wurde die Stadt durch Großfeuer zum Teil schwer zerstört, aber immer wieder schnell aufgebaut. 1413, 1495, 1497 und auch später noch verschiedentlich suchte die Pest Schweidnitz heim. Nach dem Tod der Herzogin Agnes 1392 fiel die Stadt zusammen mit dem Herzogtum Schweidnitz der Krone Böhmens zu.

Frühe Neuzeit

Die Reformation war im Raum Schweidnitz durch die Hussiten bereits im 15. Jahrhundert vorbereitet worden und fand schnell Anhänger. Schon 1522 wurde die neue Lehre mit Billigung des amtierenden Pfarrers gepredigt; in den unmittelbar der böhmischen Krone un-

terstehenden Erbfürstentümern Schweidnitz und Jauer/Jawor erbauten Protestanten zahlreiche neue Kirchen und gründeten Gemeinden.

1575 entzog Kaiser Maximilian II. aufgrund eines tödlichen Zwischenfalls, der sich in Schweidnitz mit einem kaiserlichen Ritter zugetragen hatte, der Stadt das Obergericht, erkannte ihr die freie Ratswahl ab und verlegte das Land- und Manngericht sowie die Kanzleien der Fürstentümer nach Jauer. Damit hatte das Renommee der Stadt eine erhebliche Einbuße erlitten, auch wenn die Rechte 1580 wiedererlangt werden konnten.

Schweidnitz hatte zunächst in vergleichsweise geringem Maße unter dem Dreißigjährigen Krieg zu leiden, aber die Einquartierung von Tausenden Mansfelder und Wallensteinscher Soldaten anfangs der 1620er Jahre, Hungersnot, Verwüstung und nicht zuletzt sachliche und finanzielle Verluste verursachten erhebliche Schäden. Die Zahl der Einwohner sank auf 200 Personen (1648). Hinzu kam, dass die erhoffte Religionsfreiheit ausblieb und erst 1710 nach der Altranstädter Konvention der Glockenturm der Friedenskirche eingeweiht werden konnte.

Unter Friedrich dem Großen nahmen zwar die Einquartierungen, bedingt durch die preußischen Truppenbewegungen während der Schlesischen Kriege, nicht ab, aber Verwüstungen und Drangsalierungen unterblieben, gleichwohl waren die kriegsbedingten Schäden erheblich. Gegen Ende des Jahrhunderts unterstützte der preußische König den Wiederaufbau der Stadt finanziell.

19. Jahrhundert

Die politische Lage zu Beginn des neuen Jahrhunderts war zunächst stabil, bis sich die Napoleonischen Kriege auf Schweidnitz auswirkten. 1805 suchte Napoleon nach Stützpunkten in Schlesien, um von diesen aus gezielt militärisch gegen Preußen vorgehen zu können. Schweidnitz wurde neben Glatz/Kłodzko zu einer der stärksten preußischen Festungen in Schlesien ausgebaut und war von großer strategischer Bedeutung. Die Stadt wurde jedoch von französischen Truppen eingenommen und bis 1808 besetzt gehalten. Bis 1813 investierte die Kommune aufgrund dieser militärischen Erfahrung v. a. in die Reparatur der Festungswerke, wodurch Schweidnitz in Hinblick auf seine wirtschaftliche Entwicklung einen Rückschlag erlebte. Erst 1867 wurden die Befestigungen endgültig geschleift und Stadterweiterungen ermöglicht, die den zunehmenden Verkehr und den vermehrten Handel begünstigten.

1810 fand auch in Schweidnitz die Säkularisation statt: Diejenigen Klöster, die nicht als Krankenhäuser oder Schulen dienten, wurden der Stadt zugewiesen und für die verschiedensten Zwecke umgewidmet.

Im Revolutionsjahr 1848 entluden sich die Spannungen zwischen Garnison und Bürgertum in Tumulten und Kampfhandlungen.

20. Jahrhundert

Der Übergang vom Kaiserreich zur Republik vollzog sich in Schweidnitz verhältnismäßig ruhig. Neben den im Deutschen Reich üblichen Einschränkungen, was die Entwicklung von Industrie und Handel nach dem Versailler Vertrag betraf, war auch Schweidnitz von einer hohen Arbeitslosigkeit betroffen. Die 1925 in Schlesien gegründete NSDAP erhielt bei den Wahlen im Jahre 1932 großen Zulauf, und der Schweidnitzer Nationalsozialist Georg Trzeciak bekam einen Sitz im Preußischen Landtag. Die politische Gleichschaltung

vollzog sich hier wie in anderen Teilen des Reichs. Die Verfolgung der Juden führte auch in Schweidnitz 1938 zur Zerstörung der Synagoge und jüdischer Geschäfte.

Der aus dem nahen Kreisau/Krzyżowa stammende Jurist Helmuth James Graf von Moltke gründete einen Widerstandskreis, der sich zweimal 1942 und noch einmal 1943 auf seinem Gut traf, um eine staatliche Ordnung Deutschlands nach der Niederlage des NS-Regimes zu planen. Der "Kreisauer Kreis" wurde jedoch aufgedeckt, seine Mitglieder teilweise hingerichtet.

Im Januar 1945 erreichte die sowjetische Armee Schlesien, die Front kam ca. 10–15 km östlich von Schweidnitz zum Stehen. Am 8. Mai 1945 rückten sowjetische Truppen in die kaum zerstörte Stadt ein.

Bevölkerungsentwicklung

Bis 1300 sind nur deutsche Personennamen nachweisbar. Zwischen 1301 und 1326 sind 208 Personennamen bezeugt, von den 163 bestimmbaren Namen sind 158 deutsch und fünf polnisch.[1] 1550 hatte Schweidnitz ca. 5.000, 1580 ca. 6.000 und 1648 200 (Angabe unsicher) Einwohner. 1745 lebten hier 7.000, 1794 9.100, 1816 9.850 und 1861 15.000 Personen. Bevölkerungsentwicklung im 20. Jahrhundert: 1900 28.000, 1920 33.500, 1937 35.500, 1946 21.448, 1960 39.100 und 1983 58.000 Einwohner.[2] Im Jahr 2011 hatte die Stadt ca. 60.000 Einwohner.

Wirtschaft

Das im Mittelalter blühende Goldschmiedehandwerk lässt sich mit einer Meisterliste ab 1378 belegen, auch aus der Zunft der Zinngießer werden schon 1379 14 Namen genannt.

Bei der 1563 vom Magistrat herausgegebenen Apothekenordnung der Stadt Schweidnitz handelt es sich um die erste gedruckte schlesische Apothekenordnung.



Hauptbahnhof Schweidnitz (Postkarte: vor 1945) [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 109491]

Nach der französischen Besetzung wurde schon 1808 die Gewerbefreiheit wiederhergestellt und der Innungszwang aufgehoben, sodass in der Folge eine Reihe von Fabriken und Handwerksbetrieben entstehen konnte. 1834 etablierte sich in Schweidnitz die Orgelbaufirma von Christian Gottlieb Schlag, der zusammen mit den Betrieben von Richard Landau und Robert Kollibay den Orgelbau in und für Schlesien zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor machte und die musikalische Tradition der Region auf handwerklicher Ebene

fortsetzte. 1844 erhielt Schweidnitz Anschluss an die Bahnstrecke Breslau - Waldenburg/Wałbrzych, wodurch die Industrialisierung der Stadt beträchtlich vorangetrieben wurde. Ansässig wurden Firmen der Maschinen-, Elektro- und Rundfunkindustrie sowie Möbel- und Spielzeugfabriken. 1882 gründete Richard Max Krause in Schweidnitz eine Terrakotta-Fabrik, die mit Erfolg arbeitete, bis er 1930 infolge der Weltwirtschaftskrise Konkurs anmelden musste.

In der nach dem Zweiten Weltkrieg stark gewachsenen Stadt sind heute u. a. Elektro- und Textilindustrie, Möbelherstellung sowie lederverarbeitende Betriebe ansässig. Ausländische Investoren siedelten Zulieferbetriebe für die Autoindustrie an.

Religionsgeschichte

Schon 1522 traten in Schweidnitz lutherische Prädikanten auf und fanden eine Reihe von Bürgern, die sich der neuen Lehre anschlossen. Nach der Verordnung Kaiser Maximilians II. 1565 zur freien Ausübung der Religion begann sich das protestantische Leben in Schweidnitz zu entfalten. Entsprechend der kirchlichen Lehre wurde auch der Schulunterricht im Sinne Philipp Melanchthons umgestaltet.

Mit dem Einzug der Liechtensteinschen Dragoner unter Graf Dohna 1629 nahm die Gegenreformation in der Stadt ein bisher nicht gekanntes Ausmaß an: Die Zwangskonversion wurde mit Nachdruck und zum Teil mit Gewalt durchgesetzt, für die Kinder wurde der katholische Schulbesuch obligatorisch, die protestantischen Pfarrer mussten die Stadt verlassen. Die Dragoner verließen Schweidnitz zwar nach einem Jahr, aber nunmehr zogen die Jesuiten ein, um die Rekatholisierung weiterzuverfolgen. 1632 rückten schwedische und sächsische Truppen in die Stadt ein und vertrieben ihrerseits Jesuiten, Dominikaner und Minoriten.

Mit dem Frieden von 1648 wurde die konfessionelle Frage in den habsburgischen Erblanden zwar nicht gelöst, aber aufgrund schwedischer Intervention enthielt der Westfälische Frieden Sonderbestimmungen, nach denen in den habsburgischen Erbfürstentümern Glogau/Głogów, Jauer und Schweidnitz ausnahmsweise je eine evangelische Kirche aus Holz errichtet werden durfte ("Friedenskirchen"). 1654 wurde für die Stadt eine neue Kirchenordnung, die "Augsburgische Confession", herausgegeben, 1656/1657 wurde die Friedenskirche hl. Dreifaltigkeit in Schweidnitz erbaut. Gleichwohl hatten evangelische Bürger der Region weiterhin unter gegenreformatorischen Maßnahmen zu leiden. Der Vertrag von Altranstädt 1707 zwischen Karl XII. von Schweden und Kaiser Josef I. bekräftigte die Religionszusagen des Majestätsbriefs von 1619 und die friedensvertraglichen Bestimmungen von 1648, sodass sich die Lage etwas entspannte.

Der Kirchenkampf hielt erst wieder 1937/38 in der Schweidnitzer Gemeinde Einzug, als eine fünfte Pfarrstelle mit einem Pfarrer besetzt werden sollte, der den "Deutschen Christen" angehörte; durch den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wurde diese Auseinandersetzung nicht weiter verfolgt.

Der Mittelpunkt des katholischen Gemeindelebens ist bis heute die Pfarrkirche St. Stanislaus und Wenzel. Im Siebenjährigen Krieg wurde das Gotteshaus als Getreidemagazin genutzt, von 1778 bis 1780 wurde es erneut beschlagnahmt. Zwar konnte 1830 das 500. Jubiläum des Baubeginns gefeiert werden, doch aufgrund der restriktiven Religionspolitik in Preußen war es erst 1867 möglich, die Genehmigung zur Abhaltung einer Fronleichnamsprozession zu erlangen, die jedoch im Zuge des Kirchenkampfes 1870 wieder rückgängig gemacht wurde. Erst in den 1880er Jahren bahnte sich eine kirchenpolitische Entspannung an, die auch in Schweidnitz nach und nach Erfolge zeitigte (Rückkehr der Ursulinen und

der Hedwigsschwestern). Auch die Arbeit der katholischen Gemeinde war während des NS-Regimes beeinträchtigt. Insgesamt ist das Verhältnis zwischen Protestanten und Katholiken (ab 1890) etwa 3:2.

Juden werden erstmals 1285 erwähnt. 1453 wurden die Juden aus Schweidnitz vertrieben. Erst 1799 ist wieder ein Jude ansässig. Auch im 19. und 20. Jahrhundert leben nur wenige Juden in Schweidnitz.[3]

5. Kunst-, Literatur- und Kulturgeschichte

Schweidnitz ist reich an Baudenkmälern: die katholische Pfarrkirche St. Stanislaus und Wenzel und v. a. die evangelische Friedenskirche Hl. Dreifaltigkeit (2001 Aufnahme in die Liste des UNESCO-Weltkulturerbes) sind hier zu nennen. Daneben sind bemerkenswert das barocke Jesuitenkollegium, der barocke Stadthof der Grüssauer Äbte sowie das mehrfach umgebaute Rathaus, in dem heute ein Museum für Handelsgeschichte eingerichtet ist. Die Bürgerhäuser der Altstadt stammen vorwiegend aus dem 16. und 17. Jahrhundert, während die Wohnsiedlung im Nordwesten von Schweidnitz eher historistische und Jugendstilformen aufweist.

Auch Literatur und Gelehrsamkeit hatten ihren Platz in Schweidnitz. Um 1470 wurde hier Thomas Stoltzer geboren, der als Komponist weit über Schlesien hinaus bekannt wurde. Einer der bedeutendsten schlesischen Gelehrten, Caspar Ursinus Velius, wurde um 1493 hier geboren. Er war Erzieher Maximilians II., dann Historiograph Ferdinands I. und wirkte auch als neulateinischer Dichter. Rektor der Lateinschule war Laurentius Corvinus, der in Schlesien maßgeblich zur Verbreitung des Humanismus beitrug. In den Umkreis Luthers gehören die Predigten von Esaias Heidenreich und die Lieder Joachim Sartorius'. Daniel Czepko von Reigersfeld (1605–1660) lebte ab 1636 in Schweidnitz als Pfarrer und verfasste neben zahlreichen geistlichen Gedichten auch historiographische Arbeiten sowie das Epos *Coridon und Phyllis*. Benjamin Schmolck (1672–1737), Pfarrer in Schweidnitz ab 1702, erreichte mit seinen über 1.200 geistlichen Liedern breite Schichten der Bevölkerung. Ihr persönlicher Ton und ihre Eingängigkeit lassen sie als Dichtungen in der Nachbarschaft des Pietismus erscheinen. Johann Christian Günther (1695–1723) lebte über fünf Jahre in Schweidnitz und empfing hier wesentliche Anregungen für sein dichterisches Schaffen: durch seinen Lehrer Leubscher und seine große Liebe Magdalena Eleonore Jachmann.

Die Bedeutung Schweidnitz' als Stadt der Literatur ließ im 19. Jahrhundert nach. 1860 etablierte sich hier der Heege-Verlag als einer der wichtigen Mundart-Verlage Schlesiens, in dem auch Werke eines der berühmten Mundartdichter Schlesiens, Carl von Holteis, erschienen.

Für den 1928 in Schweidnitz geborenen Schriftsteller Armin Müller, der in Weimar lebte, wurde seine Vaterstadt zum schmerzlichen Memoria-Ort.

Besondere kulturelle Institutionen

Schweidnitz als Stadt mit einem Gymnasium hatte auch eine Theater-Tradition: Zunächst waren es die Schuldramen der Jesuiten, die hier aufgeführt wurden, später Stücke von Wandertruppen, bis schließlich 1822 ein festes Theater eröffnet werden konnte.

6. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Werner Bein, Ulrich Schmilewski (Bearb.): Schweidnitz im Wandel der Zeiten. Würzburg 1990.
- Artur Hryniewicz: Świdnica/Schweidnitz. In: Ernst Badstübner, Dietmar Popp, Andrzej Tomaszewski, Dethard von Winterfeld (Hg.): Dehio-Handbuch der Kunstdenkmäler in Polen. Schlesien. München 2005, S. 925-936.
- Wacław Korta (Hg.): Świdnica. Zarys monografii miasta [Schweidnitz. Skizze einer Stadtmonographie]. Wrocław, Świdnica 1995 (Monografie Regionalne Dolnego Śląska).
- Theo Johannes Mann: Geschichte der Stadt Schweidnitz. Ein Gang durch 700 Jahre deutscher Kultur in Schlesien. Reutlingen 1985.
- Leonhard Radler: Schweidnitz. In: Hugo Weczerka (Hg.): Schlesien. Stuttgart 1977 (Handbuch der historischen Stätten), S. 491-496.

Weblinks

- http://um.swidnica.pl/pages/strona-glowna.php?lang=PL (mehrsprachige Webpräsenz der Stadt)
- http://kosciolpokoju.pl/ (Friedenskirche Schweidnitz)

Anmerkungen

[1] Die Daten nach Heinz Stoob, Peter Johanek (Hg.): Schlesisches Städtebuch. Stuttgart u. a. 1995 (Deutsches Städtebuch. Handbuch städtischer Geschichte 1), S. 398.

[2] Die Zahlen bis hierhin nach ebd., S. 398.

[3] 1849 lebten 174 Juden in Schweidnitz, 1880 waren es 339, 1925 150 und 1939 25. Diese Angaben nach ebd., S. 402, die Zahl für 1939 nach http://www.verwaltungsgeschichte.de/schweidnitz.html(Verf.: Michael Rademacher) (Zugriff 15.1.2013).

Zitation

Detlef Haberland: Schweidnitz/Świdnica In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2013. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54182.html (Stand 21.02.2013).

Schwihau/Švihov (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Seelau/Želiv (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Segesvár → Schäßburg/Sighişoara/Segesvár (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Seksard/Szekszárd

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Seksard, auch gebräuchlich: Sechsard, Sechshard

Amtliche Bezeichnung

ung. Szekszárd

Lateinische Bezeichnung

Im römischen Zeitalter: Alisca; seit dem Mittelalter: Saxardia.

2. Geographie

Lage

46° 35' nördlicher Breite, 18° 7' östlicher Länge.

Topographie

Ortschaft im Übergangsbereich von der Ungarischen Tiefebene zur Transdanubischen Hügellandschaft (*Dunántúli-dombság*) am Rande der Seksarder Hügellandschaft (*Szekszárdi-dombság*) und dem Sárközer Moorgebiet. Seksard liegt 160 km südlich von Budapest und 60 km nordöstlich von Fünfkirchen/Pécs.

Region

Südtransdanubien (*Dél-Dunántúl*)

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Republik Ungarn. Seksard ist das Verwaltungszentrum des Komitats Tolnau/Tolna und Zentrum des Kleingebiets Szekszárd.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Auf blauem Hintergrund sind vier rote Ziegelreihen abgebildet, darüber ein offener, waagerecht zweigeteilter Glockenturm mit einer goldenen Glocke im unteren und einer Weintraube im oberen Teil. Auf der rechten Seite des Turmes ist eine Weinrebe, auf der linken Seite sind drei Ähren zu sehen. Über dem Schild befindet sich eine goldene Krone. Der Glockenturm erinnert an die 1794 abgebrannte Kirche des Benediktinerklosters.

Historische Beinamen

Seit den 1990er Jahren wird die Ortschaft nach ihrem Schutzpatron die "Stadt des hl. Ladislau" genannt.

Archäologische Bedeutung

In römischer Zeit gab es an der Stelle eine kleine Siedlung mit Namen "Alisca" in der Nähe des Grenzabschnittes (*limes*) entlang der Donau.

Mittelalter

Die Ortschaft gewann im Mittelalter durch eine von König Béla I. (1060–1063) gegründete Benediktinerabtei an Bedeutung. Der Stifter wurde hier begraben. Im Besitz der Abtei befand sich das Dorf "Zaczard", das zugleich Sitz der Kämmerei weiterer dreißig zugehöriger Siedlungen war. Der Konvent der Abtei war im Mittelalter ein glaubwürdiger Ort für Urkundenbestätigungen. Die Abtei wurde 1529 von den Osmanen zerstört, der Ort 1541 von ihnen besetzt.

Neuzeit

Zur Zeit der osmanischen Besatzung wurde Seksard Verwaltungssitz eines Sandschaks. Im Sommer 1543 fand in der Nähe der Ortschaft eine von den Ungarn gewonnene Schlacht gegen die Osmanen statt. Nach deren Vertreibung ließ Abt Mihály Mérey (1693–1719) das mittelalterliche Kloster wieder aufbauen. Nach der Niederschlagung des Aufstandes von Franz Rákóczi II. ließ Abt Mérey 1711 die ruinöse Abteikirche wieder aufbauen. Auf Betreiben seines Nachfolgers Abt Joseph von Trautson (1717–1757), später Erzbischof von Wien, kamen Siedler aus dem deutschsprachigen Raum in den Ort, der bis 1777 im Besitz der Abtei blieb und dann bis 1848 Königsgut war. Seksard ist seit 1779 Sitz des Komitats Tolnau/Tolna.

1905 wurde die Ortschaft zu einer Stadt mit geordnetem Rat (*rendezett tanácsú város*) erhoben. Nach dem Ersten Weltkrieg beanspruchte das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen die Ortschaft.

Zeitgeschichte

1994 wurde Seksard zur Stadt mit Komitatsrecht.

Verwaltung

Selbstverwaltung der Stadt Seksard mit Komitatsrecht (*Szekszárd Megyei Jogú Város Önkormányzata*). Es besteht die Deutsche Minderheitenselbstverwaltung Seksard.

Bevölkerung

Seksard zählte 1836 9.011, 1870 12.001, 1900 15.066, 1941 15.909, 1960 19.419, 1980 34.648, 1996 37.070 und 2009 33.883 Einwohner. Die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung 2001: 95 % Ungarn, 5 % Deutsche, 1 % Sinti und Roma sowie jeweils 0,1 % Kroaten, Slowaken und Serben.

Wirtschaft

Bis Mitte des 19. Jahrhunderts erlebte Seksard eine Blütezeit der Zünfte, nach deren Abschaffung die industrielle Entwicklung der Stadt stagnierte.

Während der Weltwirtschaftskrise Anfang des 20. Jahrhunderts erlebte die Stadt einen starken wirtschaftlichen Rückgang. Die traditionell auf Landwirtschaft, hauptsächlich auf Weinanbau und -produktion basierende Wirtschaft nahm erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wieder einen Aufschwung. Seksard und sein Umland sind seit dem Mittelalter ein exzellentes Weinbaugebiet.

Religions- und Kirchengeschichte

Die konfessionelle Zugehörigkeit der Bewohner setzte sich wie folgt zusammen: 1836 waren 82,5 % römisch-katholisch, 17 % reformiert, 0,3 % evangelisch, 0,2 % jüdisch; die

Konfession von 8 % der Einwohner war unbekannt. 1900 waren 72 % römisch-katholisch, 13,5 % reformiert, 1,5 % evangelisch und 5 % jüdisch. 2001 waren 53,5 % römisch-katholisch, 10,4 % reformiert, 0,3 % griechisch-katholisch und 3,2 % evangelisch; 0,8 % gehörten anderen und 22,6 % keiner Konfession oder Kirche an, die Konfession von 9,2 % der Einwohner war unbekannt.

Besondere kulturelle Institutionen

In der Stadt ist das einzige deutsche Theater Ungarns, die Deutsche Bühne angesiedelt. Zudem gibt es das Wosinszky-Mór-Komitatsmuseum (*Wosinszky Mór Megyei Múzeum*) und die Mihály-Babits-Gedenkstätte (*Babits Mihály Emlékház*).

Bildung und Wissenschaft

In Seksard gibt es das János-Garay-Gymnasium, die Gyula-Illyés-Fakultät der Universität Fünfkirchen/Pécs, die Illyés-Gyula-Komitatsbibliothek und das Komitatsarchiv Tolna.

Kunstgeschichte

Die Christi-Himmelfahrts-Kirche in der Innenstadt wurde zwischen 1802 und 1805 im sog. Zopfstil gebaut. Bis heute zählt das 56 m lange und 22 m breite Gebäude zu den größten einschiffigen Kirchen Ostmitteleuropas.

Literatur

Das städtische Gymnasium trägt den Namen des in der Stadt geborenen Dichters und Übersetzers János Garay (1812–1853). Ebenfalls in Seksard geboren wurde Mihály Babits (1883–1941), einer der herausragenden ungarischen Dichter der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Márta Fata (Hg.): Die Schwäbische Türkei. Lebensformen der Ethnien in Südwestungarn. Sigmaringen 1997 (Schriftenreihe des Instituts für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde 5).
- Tamás Fedeles: Szekszárd. In: Pécser Diözese (Hg.), Árpád Duczon (Red.): Unser europäisches Erbe. Die Pécser und die Đakovoer Diözesen stellen sich vor. Pécs 2008, S. 80-87.
- János Kolta: Rund um Städte in Südwestungarn: Szekszárd, Pécs, Kaposvár. 2. erw. Aufl. Budapest 1987.
- Josef Schmidt, Johann Müller: Herkunft deutscher Ansiedler im Komitat Tolnau (Tolna). Auswertung der Kirchenbücher. Sindelfingen 1995 (Schriftenreihe zur donauschwäbischen Herkunftsforschung 50, Deutsche Ansiedler in Ungarn).
- János Kaczián (Hg.): Tolna Megye Kézikönyve - Handbook of Tolna County [Handbuch des Komitates Tolna]. Budapest 1997.

Jahrbücher

- A Wosinszky Mór Megyei Múzeum Évkönyve [Jahrbuch des Museums Mór Wosinszky] (1970ff.)

Weblinks

- www.szekszard.hu (mehrsprachige Webpräsenz der Stadt)
- www.dbu.hu (zweisprachige Website der Deutschen Bühne Ungarn)
- www.tolnalev.hu (mehrsprachige Webpräsenz des Komitatsarchivs Tolna)
- http://wmmm.hu (mehrsprachige Website des Museums Mór Wosinszky)

Zitation

Tamás Fedeles: Seksard/Szekszárd. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/57055.html (Stand 04.07.2012).

Selmecbánya → Schemnitz/Banská Štiavnica (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Sereth/Siret (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern? Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Sewastopol/Sevastopol' (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern? Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Skalitz/Skalica/Szakolca (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern? Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Slavgorod (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern? Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Sobibor → Shoah (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Sopot → Zoppot/Sopot

Siehe Zoppot/Sopot

St. Annaberg/Góra św. Anny

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Annaberg (1934: St. Annaberg, 1941-1945: Annaberg O. S.)

Amtliche Bezeichnung

Góra Świętej Anny/Sankt Annaberg (seit 2008 zweisprachig)

Etymologie

Ursprünglich auch "Chelmberg" oder "Góra Chełmska" genannt nach der altpolnischen Bezeichnung chełm für Hügel. In der Frühen Neuzeit war das vormalige Georgskirchlein namensgebend, weshalb der Berg längere Zeit auch "Georgiberg", "Georgenberg" oder "Sankt Georgenberg" hieß. Der heutige Name, der sich erst im 18. Jahrhundert etablierte, ist mit der Wallfahrtskirche der hl. Anna verbunden.

2. Geographie

Lage

Der St. Annaberg liegt auf 50° 27' Nord, 18° 10' Ost oberhalb der gleichnamigen Ortschaft südöstlich von Oppeln/Opole sowie nordwestlich von Gleiwitz/Gliwice.

Topographie

Der Inselberg St. Annaberg bildet die höchste Erhebung der polnischen Woiwodschaft Oppeln (Województwo opolskie).

Region

Oberschlesien

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Polen; Woiwodschaft Oppeln; Gemeinde Leschnitz/Leśnica.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Der Ort Sankt Annaberg führt kein eigenes Wappen.

Kirchen- und Klostergeschichte

Der St. Annaberg ist von herausragender politischer und religiöser Bedeutung sowohl für Polen als auch für die deutsche Minderheit der Region. Der Komplex aus Wallfahrtsbasilika, Kloster und Kalvarienberg ist der wichtigste katholische Wallfahrtsort in Oberschlesien.



Das Kloster auf dem St. Annaberg. [Friedrich Bernhard Werner: Silesia in Compendio seu Topographia das ist Praesentatio und Beschreibung des Herzogthums Schlesiens, 18. Jh. (Wikimedia Commons)]

Die ersten schriftlichen Zeugnisse über den Annaberg finden sich im späten 15. Jahrhundert; demnach stifteten 1480 der damalige Grundherr von Poremba/Poręba, Christof Strela (Krzysztof Strzała), und sein Sohn Krystek eine Kirche zu Ehren des hl. Georg. Laut einer Urkunde des Breslauer Bischofs Johann Thurzo vom 25. Juni 1516 übergab Nikolaus Strela (Mikołaj Strzała) die neue St.-Anna-Kirche in die Zuständigkeit des Pfarrers von Leschnitz.[1] Schon zu jener Zeit waren der Berg und das Gnadenbild der hl. Anna Selbdritt, der Schutzpatronin der Kaufleute, der Mütter und der Bergleute, ein Ziel von Wallfahrten. Die im 15. Jahrhundert angefertigte Lindenholzfigur, die Reliquien der hl. Anna enthalten soll, befindet sich spätestens seit Ansiedlung der Franziskanermönche im Hauptaltar der Wallfahrtsbasilika.[2] 1637 kamen die Grafen von Gaschin in Besitz von Poremba samt dem Annaberg.[3] Graf Melchior Ferdinand von Gaschin initiierte 1655 die Ansiedlung von zwanzig Mönchen des Franziskanerordens, die ihre Klöster in Lemberg/L'viv/Lwów und Krakau/Kraków durch den Schwedeneinfall in Polen verloren hatten. Seit dem 5. August 1656 gehörte die Kirche offiziell den Franziskanern, die zunächst einen Klosterbau aus Holz errichteten. Im Jahr 1665 begann der Bau der barocken Wallfahrtskirche St. Anna (Kościoł św. Anny), die acht Jahre später geweiht wurde.[4]

1700–1709 errichtete der italienische Architekt Domenico Signo im Auftrag des Grafen Georg Adam von Gaschin den Kalvarienberg mit drei großen und 30 kleineren Kapellen zu den wichtigsten Stationen des Leidenswegs Christi. Das heutige Klostergebäude entstand zwischen 1733 und 1749. Steigende Pilgerzahlen führten im 18. Jahrhundert zum Um- und Ausbau der Klosteranlage: 1760–1764 ließ Graf Anton von Gaschin weitere Kapellen errichten, 1781 wurde die Kirche erweitert. Die katholischen Oberschlesier besuchten den Annaberg vermehrt, seit Friedrich II. von Preußen grenzüberschreitende Wallfahrten verboten hatte und die populärere Wallfahrtskirche Jasna Góra bei Tschenstochau/Częstochowa nicht mehr erreichbar war.

Mit dem Säkularisationsedikt vom 10. Oktober 1810 ging der Klosterbesitz an den preußischen Staat über. 1813 wurden die Gebäude zeitweise als Pulvermagazin genutzt. Graf Leopold von Gaschin versuchte vergeblich, auf dem Rechtsweg das Kloster als sein Eigentum zu beanspruchen. Die vertriebenen Franziskaner kehrten 1860 auf Geheiß des neuen Besitzers, des Breslauer Fürstbischofs Heinrich Förster, zurück, doch schon 1875 wurde

das Kloster im Kontext von Bismarcks Kulturkampf erneut aufgelöst. Zwölf Jahre später kehrten die Brüder abermals zurück, Kloster und Kapellen des Kalvarienbergs wurden erneuert.

1912 bis 1914 entstand die Lourdesgrotte, welche Platz für bis zu 15.000 Pilger bietet. In den Jahren 1929 bis 1934 wurde ein Pilgerheim errichtet. Trotz der nationalen Spannungen im geteilten Oberschlesien, in deren Zentrum der Annaberg stand (vgl. "Politische Geschichte") wurden auch in der Zwischenkriegszeit religiöse Bücher und Schriften sowohl in polnischer als auch in deutscher Sprache gedruckt. Die bilinguale Seelsorge dauerte bis zum Jahr 1939, als die nationalsozialistischen Behörden ein Verbot für polnischsprachige Andachten erließen. Am 13. November 1940 mussten die Franziskanermönche das Kloster ein drittes Mal in der Geschichte des Annaberges verlassen.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges übernahmen polnische Mönche das Kloster. Jetzt durften Messen nur auf Polnisch gehalten werden. Die in den 1950er Jahren neobarock umgestaltete St.-Anna-Kirche wurde 1980 anlässlich des 500-jährigen Jubiläums des Kirchberges von Papst Johannes Paul II. zur *Basilica Minor* erhoben. Ein besonderes Ereignis für den Wallfahrtsort war der Besuch dieses Papstes, der 1983 auf den Feldern vom St. Annaberg gemeinsam mit einer Million Gläubigen Gottesdienst feierte.

Seit dem 4. Juni 1989 werden auf dem Annaberg auch wieder Gottesdienste und alljährliche Wallfahrten in der Sprache der deutschen Minderheit gefeiert. Eine am 3. Juni 2001 veranstaltete Minderheitenwallfahrt diente als symbolischer Akt der Aussöhnung aller Minderheiten in Polen mit der polnischen Mehrheit.[5]

Politische Geschichte

Neben seiner religiösen Bedeutung spielt der Annaberg im Bewusstsein deutscher und polnischer Schlesier auch eine herausgehobene Rolle als Symbol der Konfrontation zweier nationaler Ideologien, weswegen er auf beiden Seiten mit nationalen Emotionen belastet war und zum Teil noch ist.

Als sich in einer Volksabstimmung über die staatliche Zugehörigkeit Oberschlesiens im März 1921 eine Mehrheit für den Verbleib bei Deutschland aussprach, besetzten polnische Aufständische den strategisch wichtigen Annaberg. Vom 21. bis zum 27. Mai 1921 fand in dessen Umland die größte Schlacht des dritten Aufstandes in Oberschlesien statt, in deren Verlauf der Wallfahrtsberg von deutschen Freikorps zurückerobert wurde.[6] Die Ereignisse der Schlesischen Aufstände wurden auf deutscher ebenso wie auf polnischer Seite sowohl zu demokratischen als auch zu totalitaristischen Zeiten für nationalistische Propaganda instrumentalisiert.

Nach der Teilung Oberschlesiens 1922 verblieb der Annaberg beim Deutschen Reich. 1934–1936 entstand im Steinbruch eine in Gestalt eines Amphitheaters angelegte NS-"Thingstätte" mit 7.000 Sitz- und 23.000 Stehplätzen. 1937/38 wurde nach dem Entwurf von Robert Tischler auf dem Felsplateau darüber das "Reichsehrenmal der Freikorpskämpfer" als Mausoleum für die deutschen Gefallenen der Schlesischen Aufstände errichtet, das am 22. Mai 1940 eingeweiht wurde. Es war geplant, den Annaberg in 'Ahnenberg' umzubenennen.[7] Nach Absicht der nationalsozialistischen Planer sollten hier ein Zentrum der deutschen Kulturpropaganda und gleichzeitig ein Gegengewicht zur sakralen Wallfahrtsstätte entstehen.[8] 1940 wurden die Franziskaner vertrieben. Auf dem Annaberg errichteten die NS-Behörden ein Durchgangslager für 'Volksdeutsche', das später als "Reichsautobahnlager" für Juden und Polen, ab 1941 als Lager für sowjetische Kriegsgefangene, ab

November 1942 für jüdische Kranke[9] und ab August 1943 für jüdische Gefangene genutzt wurde.[10] Im Januar 1945 wurde es aufgelöst.

1946 wurde das Mausoleum im Rahmen einer patriotischen Manifestation gesprengt.[11] An seiner Stelle wurde am 19. Juni 1955 ein monumentales Ehrenmal für die polnischen Kämpfer enthüllt, als Symbol des "ewigen Kampfes Polens mit dem deutschen Drang nach Osten".[12] Der Entwurf stammte von dem Bildhauer Xawery Dunikowski, der 1940–1944 in Auschwitz inhaftiert war. 1961 wurde am Fuße des Bergs das Museum der Aufständischen (Muzeum Czynu Powstańczego) eröffnet. Einst "umkämpftes Objekt nationaler Sinnprojektionen",[13] gilt der Annaberg heute sowohl als trennendes Symbol wie auch als Ort der Begegnung.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Danuta Berlińska: Symbole einer schwierigen Geschichte im Oppelner Schlesien. In: Zbigniew Mazur (Hg.): Das deutsche Kulturerbe in den polnischen West- und Nordgebieten. Wiesbaden 2003 (Studien der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund 34), S. 161-183.
- Juliane Haubold-Stolle: Der heilige Berg Oberschlesiens - der Sankt Annaberg als Erinnerungsort. In: Marek Czapliński, Hans-Joachim Hahn, Tobias Weger (Hg.): Schlesische Erinnerungsorte. Gedächtnis und Identität einer mitteleuropäischen Region. Görlitz 2005, S. 201-220.
- Fryderyk Kremser: Góra Św. Anny - Leśnica [St. Annaberg - Leschnitz], broszura, Leśnica 1991.
- Joanna Lubos-Kozieł (Hg.): Pielgrzymowanie i sztuka. Góra Świętej Anny i inne miejsca pielgrzymkowe na Śląsku [Wallfahrt und Kunst. Der St. Annaberg und andere Wallfahrtsorte in Schlesien]. Wrocław 2005 (Historia Sztuki 22, Acta Universitatis Wratislaviensis 2846).
- Janusz Oszytko: Obóz pracy przymusowej dla Żydów na Górze św. Anny (1941–1945) [Zwangsarbeitslager für Juden auf dem St. Annaberg (1941–1945)]. In: Krzysztof Pilarczyk, Stefan Gąsiorowski (Hg.): Żydzi i Judaizm we współczesnych badaniach polskich. Materiały z konferencji Kraków 24.–26.11.1998. Kraków 2000 (Żydzi i judaizm 2), S. 325-337.
- Józef Szulc: Wokół Góra Sw. Anny. Krótka monografia gminy Leśnica [Rund um den St. Annaberg. Eine kurze Monographie der Gemeinde Leschnitz]. Leśnica 1996.

Weblink

- http://www.swanna.pl/ (Webpräsenz des Klosters; ebd. Archiwum Klasztoru Franciszkanów na Górze św. Anny, Ordo Fratrum Minorum Conventualium - OFM Conv. [The Archive of the Franciscan Priory on Anne's Mountain] 47-154 Góra Św. Anny ul. Klasztorna 6).

Anmerkungen

[1] Vgl. Norbert Bonczyk: Góra Chełmska. Góra Św. Anny - wspomnienia z roku 1875 [Chelmberg. St. Annaberg - Erinnerung aus dem Jahr 1875]. Krzyża, Opole 1985, S. 107.

[2] Vgl. Fryderyk Kremser: Góra Św. Anny - Leśnica [St. Annaberg - Leschnitz]. Leśnica 1991.

[3] Vgl. Bonczyk: Góra Chełmska (Anm. 1), S. 107.

[4] Vgl. Bonczyk: Góra Chełmska (Anm. 1), S. 112ff.

[5] Vgl. Jürgen Joachimsthaler: Philologie der Nachbarschaft. Erinnerungskultur, Literatur und Wissenschaft zwischen Deutschland und Polen. Würzburg 2007, S. 120f.

[6] Vgl. Kai Struve: Oberschlesien nach dem Ersten Weltkrieg: Studien zu einem nationalen Konflikt und seiner Erinnerung. Marburg 2003 (Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung 19), S. 27ff.

[7] Vgl. Bonczyk: Góra Chełmska (Anm. 1), S. 125.

[8] Vgl. Karl Mendrygalla: Ein Vorschlag zum Annaberg-Denkmal. Eine Siedlung als Denkmal. In: Der Oberschlesier. Oberschlesische Wochenschrift 12 (1934), S. 722f.

[9] Vgl. Oszytko: Obóz pracy przymusowej dla Żydów, S. 337.

[10] Vgl. Franciszek *Hawranek* (Hg.)*:* Encyklopedia powstań śląskich [Lexikon der Schlesischen Aufstände]. Opole 1984, S. 151.

[11] Vgl. Berlińska: Symbole einer schwierigen Geschichte, S. 177.

[12] Vgl. Kremser: Góra Św. Anny (Anm. 2), o. S.

[13] Vgl. Joachimsthaler: Philologie der Nachbarschaft (Anm. 5), S. 208.

Zitation

Felicitas Söhner: Sankt Annaberg/Góra Świętej Anny. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54414.html (Stand 16.04.2012).

Stargard/Stargard Szczeciński (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Stettin/Szczecin

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Stettin

Amtliche Bezeichnung

poln. Szczecin

Lateinische Bezeichnung

Sedinum

Etymologie

Die Etymologie ist ungeklärt. Mögliche Herleitungen gehen von slavisch *ščit (Anhöhe – poln. „szczyt“) oder *ščet (Damm) aus.

2. Geographie



Postkarte: Stadtansicht Stettin (nach 1945)
[Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 72274].

Lage

Lage: 53° 26′ Nord, 14° 34′ Ost, etwa 120 km nordöstlich von Berlin. Höhe: 1-148 m ü. NHN, Fläche: 300 km^2.

Topographie

Das Stadtzentrum liegt auf den Anhöhen des westlichen Ufers der unteren Oder (*Odra*), die nördlich der Stadt in den Dammer See (*Jezioro Dąbskie*) und das Stettiner Haff (*Zalew Odrzański*) übergeht. Das Stadtgebiet erstreckt sich nach Osten bis zum Rand der vom Hauptarm der Oder und dem Nebenarm Reglitz (*Regalica*) gebildeten Niederung.

Region

Pommern: bis 1945: Vorpommern, ab 1945: Westpommern (*Pomorze Zachodnie)*.[1]

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Republik Polen. Stettin ist Sitz der Verwaltung der 1999 geschaffenen Woiwodschaft Westpommern (*Województwo Zachodniopomorskie*); zuvor war es seit 1950 Zentrum der Woiwodschaft Stettin (*Województwo Szczecińskie)*. Bis 1945 war Stettin Sitz des Oberpräsidiums der Provinz Pommern und des – Vorpommern und das westliche Hinterpommern umfassenden – Regierungsbezirks Stettin. Die Stadt ist seit 1992 Sitz des Erzbischofs von Stettin-Cammin (*Archidiecezja szczecińsko-kamieńska*).

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Das Wappen zeigt einen roten Greifenkopf, der sich von der gleichnamigen pomoranischen Fürstendynastie herleitet, mit goldener Krone auf blauem Grund. Es wird mit nur geringen Veränderungen seit Ende des 13. Jahrhunderts verwendet.

Archäologische Bedeutung

Archäologische Forschungen haben eine eisenzeitliche Burganlage (ca. 500 v. Chr.) auf dem Schlosshügel nachgewiesen. Eine slawische Siedlung bestand seit der zweiten Hälfte des 8. Jahrhunderts, eine Burgsiedlung mit Suburbium zwischen Schlosshügel und Oder entstand in der Mitte des 9. Jahrhunderts. Da verlässliche schriftliche Quellen erst für das

12. Jahrhundert vorliegen, haben archäologische Forschungen eine große Bedeutung für die Stadtgeschichte.

Mittelalter

Die erste schriftliche Erwähnung Stettins findet sich in den Viten des Bischofs Otto von Bamberg (um 1065–1139) aus der ersten Hälfte des 12. Jahrhunderts im Kontext der Christianisierung Pommerns. 1121 eroberte der polnische König Bolesław Krzywousty (Schiefmund, 1085–1138) die Stadt und schuf damit die Voraussetzung für die Missionsreisen Bischof Ottos in den Jahren 1124 und 1128. Zu diesem Zeitpunkt war Stettin ein politisches und kultisches Zentrum mit einer burgständischen Verfassung. Die Stadt war bereits dicht bebaut und hatte als wirtschaftliches Zentrum an der Odermündung die frühstädtische Handelssiedlung Wollin/Wolin abgelöst. Frühere Identifizierungen Stettins in einem Ortsnamen in dem auf das Jahr 992 bezogenen *Dagome iudex*-Regest gelten inzwischen als nicht mehr haltbar.

In der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts suchte der pomoranische Herzog Bogislaw I. (um 1130–1187) gegen dänische Angriffe Schutz beim Heiligen Römischen Reich und Polen und huldigte 1181 Kaiser Friedrich I. (um 1122–1190). Die dänische Herrschaft über die Stadt dauerte von 1185 bis zur Schlacht von Bornhöved 1227. 1237 übertrug Herzog Barnim I. (um 1210–1278) die Rechtsprechung in der Stadt den deutschen Stadtbewohnern, und 1243 erhielt Stettin das Magdeburger Stadtrecht. Mit der deutschrechtlichen Lokation der Stadt ging ihre topographische Neuordnung einher: Die bereits bebauten Bereiche an der Oder erhielten eine neue Straßen- und Parzellenstruktur, und die zunächst außerhalb der Stadt gelegene Kirche St. Jakobi wurde nun zum Mittelpunkt der deutschen Stadtgemeinde. Außerdem wurde 1249 die Burg geschleift und auf ihrem Gelände die Marienkirche errichtet. Ab 1263 ist der Stadtrat belegt und ab 1283 dann eine Stadtmauer. Die Selbständigkeit der Stadt endete 1345 unter Herzog Barnim III. (um 1303–1368), der einen neuen Burgbau durchsetzte. Mit Beginn der Hohenzollernherrschaft im benachbarten Brandenburg kam es zu längeren Auseinandersetzungen zwischen den pomoranischen Greifen und den Hohenzollern und auch unter den verschiedenen Linien der Greifendynastie um Stettin, bis 1493 Herzog Bogislaw X. (1454–1523) schließlich im Gegenzug für die Befreiung von Lehnsabhängigkeit den Sukzessionsanspruch der Hohenzollern bei einem Aussterben der Greifendynastie anerkannte.

Neuzeit

Unter Bogislaw X., der in ganz Pommern herrschte und die Landesverwaltung reformierte, wurde Stettin ständige Residenz des Herzogs. 1534 nahmen die pommerschen Herzöge die Reformation an, 1535 publizierte Johannes Bugenhagen (1485–1558) die erste pommersche Kirchenordnung. Bereits zuvor war Paul von Rode (1489–1563) als lutherischer Prediger in Stettin tätig. 1570 war die Stadt Schauplatz des Stettiner Kongresses, der den Siebenjährigen Nordischen Krieg beendete. Während des Dreißigjährigen Kriegs wurde Stettin 1630 vom schwedischen König Gustav II. Adolf (1594–1632) eingenommen. 1637 endete mit dem Tod von Bogislaw XIV. (1580–1637) die Greifendynastie; Stettin blieb aber unter schwedischer Herrschaft. Im Zweiten Nordischen Krieg 1655–1660 war die Stadt Kriegsschauplatz, wurde aber nicht eingenommen. 1677 wurde Stettin vom Großen Kurfürsten (Friedrich Wilhelm von Brandenburg, 1620–1688) besetzt, dann allerdings an Schweden zurückgegeben. Im Großen Nordischen Krieg wurde Stettin 1713 von russischen Truppen belagert und erobert, dann jedoch an Brandenburg-Preußen abgetreten, was im Frieden von Stockholm 1720 bestätigt wurde. Nach der Übernahme durch Preußen wurden drei große Forts – Leopold, Wilhelm und Preußen – angelegt. Von 1806 bis 1813 war die Stadt von napoleonischen Truppen besetzt.

In der Epoche der Industrialisierung wurde die städtische Infrastruktur umfassend erweitert und modernisiert. Nach der Anlage des ersten Bahnhofs entstand ab den 1840er Jahren die Neustadt als südliche Stadterweiterung. Die Niederlegung der Stadtbefestigung 1873 führte zu weiteren Stadterweiterungen auf dem Gelände des Forts Leopold (Verwaltungsgebäude und Museum an der Hakenterrasse [*wały Chrobrego*]) und des Forts Wilhelm (Mietwohnungsbau). Teile des Geländes des ehemaligen Forts Preußen werden bis in die Gegenwart militärisch genutzt.

Zeitgeschichte

Im Frühjahr 1919 kam es zu längeren revolutionären Auseinandersetzungen in der Stadt. 1939 entstand das Stadtgebiet von Groß-Stettin unter Eingemeindung zahlreicher benachbarter Orte, unter anderem Altdamm (*Dąbie*) und Pölitz (*Police*). Im November 1938 wurde die Synagoge an der Grünen Schanze (*ul. Dworcowa*) zerstört. Im Februar 1940 wurden die jüdischen Bewohner aus Stettin als erster deutscher Großstadt in das Generalgouvernement deportiert. Während des Zweiten Weltkriegs wurde Stettin durch Bombenangriffe 1943-1944 erheblich zerstört. Am 26. April 1945 wurde die Stadt durch die Rote Armee (1. Belorussische Front) eingenommen.

In der Folgezeit entstanden zwei konkurrierende Stadtverwaltungen: eine polnische unter Piotr Zaremba (1910–1993) ab dem 28. April und eine (kommunistische) deutsche Anfang Mai. Am 5. Juli 1945 übergab der sowjetische Stadtkommandant dann die Stadtverwaltung an den Stadtpräsidenten Zaremba. Die Westgrenze der Stadt war bis Oktober 1945 zugleich auch die Westgrenze Polens. Der Hafen blieb bis 1947 weitgehend unter Kontrolle der sowjetischen Armee, durch ihn liefen unter anderem die Demontagetransporte aus der Sowjetischen Besatzungszone. Bis 1955 bestand dort noch eine sowjetische Umladestation. Ab Februar 1946 wurden über „Etappenpunkte“ der Repatriierungsbehörde die deutsche Bevölkerung ausgesiedelt und polnische Zuwanderer (Displaced Persons sowie aus den Ostgebieten ausgesiedelte Polen) an ihre neuen Wohnsitze weitergeleitet. Zugleich wurde Stettin für mehrere Jahre zu einer Zwischenstation für mehr als 30.000 Juden, die aus dem östlichen Europa nach Palästina oder in den Westen emigrieren wollten.

Im Dezember 1956 kam es in Stettin zu Protesten und Straßenschlachten, bei denen das sowjetische Konsulat gestürmt und verwüstet wurde. 1959 unterstrich der Besuch des sowjetischen KP-Generalsekretärs Nikita Chruščëv (1894–1971) die – von vielen der neuen Bewohner als unsicher empfundene – Zugehörigkeit der Stadt zu Polen. Bei Unruhen nach Preiserhöhungen im Dezember 1970 wurde das Woiwodschaftskomitee der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) in Brand gesetzt, 16 Personen wurden von der Miliz und Armee erschossen oder kamen ums Leben. Anschließend kam es zum ersten Besetzungsstreik auf der Werft, bis der Besuch des neuen Generalsekretärs Edward Gierek (1913–2011) Ende Januar den Streik beendete. Am 18. August 1980 begann eine erneute Streikwelle auf der Werft und in zahlreichen anderen Betrieben in der Stadt. Am 30. August wurde dann – einen Tag vor dem Danziger Abkommen – die erste Vereinbarung zwischen den Streikenden (unter der Leitung von Marian Jurczyk) und der Regierung geschlossen, in deren Folge die unabhängige Gewerkschaft Solidarność entstand. Nach der Verhängung des Kriegsrechts im Dezember 1981 und dem Verbot von Solidarność kam es im Sommer 1988 zu einer erneuten Streikwelle.

Nach den Vereinbarungen des Runden Tisches 1989 fanden im Mai 1989 erste demokratische Kommunalwahlen statt, bei denen in Stettin 52 von 60 Sitzen an Listen aus dem Solidarność-Lager fielen. Erster nicht-sozialistischer Stadtpräsident war Jan Bielecki. Von 1998 bis 2006 war der frühere Streikführer Marian Jurczyk Stadtpräsident; in seiner Amts-

zeit kam es jedoch wegen seiner nationalistischen Politik und Vorwürfen der Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit zu zahlreichen politischen Kontroversen. Stadtpräsident seit 2006 ist Piotr Krzystek (Bürgerplattform, seit 2010 unabhängig).

Verwaltung und Justiz

Mit der Einführung des Magdeburger Stadtrechts war die Einrichtung eines Schöffenkollegiums verbunden, aus dem der Stadtrat hervorging. Von der Mitte des 14. Jahrhunderts bis zum Ende der Greifendynastie war Stettin Residenz der Herzöge und seit Bogislaw X. Zentrum der Landesverwaltung. Nach der Übernahme durch Preußen wurde die städtische Selbständigkeit stark eingeschränkt; Stettin wurde Sitz zahlreicher Provinzialbehörden, aber auch der pommerschen Stände (repräsentativer Barockbau, 1726/1727).

Die preußische Städtereform Anfang des 19. Jahrhunderts führte zur Ausbildung einer neuen städtischen Selbstverwaltung. Nachdem das schwedische Vorpommern 1815 an Preußen gefallen war, wurde Stettin zum Sitz des Oberpräsidiums der neuen Provinz Pommern. Letzter Oberpräsident war von Januar 1934 bis zum Kriegsende der NS-Gauleiter Franz Schwede(-Coburg) (1888–1960).

Bevölkerung

Zur Zeit der Missionierung durch Otto von Bamberg 1124 hatte Stettin ca. 3.000–5.000 Einwohner. Bis Mitte des 14. Jahrhunderts stieg die Zahl auf 8.000–9.000 an und lag bis zur Übernahme durch Preußen 1721 nicht über 11.000 Bewohnern. Die ursprünglich slawische, pomoranischsprachige Bevölkerung bildete ab dem 14. Jahrhundert überwiegend die niedrigeren Schichten der Stadtbevölkerung. Der ethnische Wandel war jedoch nicht nur ein Ergebnis von Migration, sondern auch von Akkulturationsprozessen im Zusammenhang mit sozialem Aufstieg.

Zu Beginn der preußischen Zeit wanderten mehr als 600 Hugenotten nach Stettin zu. Juden sind in Stettin ab 1271 belegt, in der Frühen Neuzeit wurde ihnen jedoch von schwedischen wie preußischen Behörden der Aufenthalt in der Stadt untersagt. Eine jüdische Gemeinde entstand erst nach dem Emanzipationsedikt von 1812. In der Berufsstruktur der jüdischen Bevölkerung dominierten freie Berufe, Groß- und Kleinkaufleute und Gewerbetreibende, daneben sind auch Fabrikanten wie der Textilunternehmer Nathan Marx (1873–1929) zu nennen. Die Zahl der jüdischen Einwohner erreichte ca. 2.400 im Jahr 1880 und stieg dann trotz der zunehmenden Gesamtbevölkerung der Stadt nur noch geringfügig. Im 19. Jahrhundert wuchs die Bevölkerung Stettins rapide von 19.000 (1805) über 65.000 (1864) auf 141.000 (1895). Bis zu Beginn des Ersten Weltkriegs stieg die Bevölkerungszahl auf 249.000 an. Mit der Schaffung von Groß-Stettin betrug sie 1939 380.000 Einwohner.[2] 1940 wurde die jüdische Bevölkerung in das Generalgouvernement deportiert; nur wenige von ihnen überlebten den Holocaust. Im Sommer 1945 lebten ca. 85.000 Menschen in Stettin; die meisten von ihnen waren Deutsche, die zum Teil nach Kriegsende nach ihrer Evakuierung in die Stadt zurückgekehrt waren beziehungsweise von der sowjetischen Besatzungsmacht dorthin zurückgeschickt wurden. Nach der fast vollständigen Zwangsaussiedlung der deutschen Bewohner wohnten 1950 180.000 Menschen in Stettin. Anders als etwa in Oberschlesien oder in Masuren war der Anteil ‚autochthoner' (deutschsprachiger) Einwohner – abgesehen von der temporären Weiterbeschäftigung deutscher „Experten" – nach 1945 sehr gering. Von der starken jüdischen Einwanderung bis Anfang der 1950er Jahre blieben nur wenige Personen dauerhaft in Stettin. Die antisemitische Kampagne 1968 brachte das jüdische Leben in der Stadt dann weitestgehend zum Erliegen. Bis 1965 stieg die Einwohnerzahl auf 312.000, 1980 betrug sie 388.000. Danach hat

sie sich weniger stark verändert, in den letzten Jahren ist sie schwach rückläufig: 2009 betrug sie 411.000 und 2013 408.000.[3]

Wirtschaft

Stettin war im Mittelalter Teil des hansischen Handelsnetzes, die städtische Wirtschaft beruhte vor allem auf dem Handel mit Getreide (bereits 1243 erwähnt) und Fisch (Vitten auf Schonen). Ab Ende des 13. Jahrhunderts beanspruchte Stettin das Stapelrecht für den Handel auf der Oder und mit dem Hinterland. Haupteinfuhrgüter waren Hering, Salz und Tuche. Der Handel der Stadt erstreckte sich vor allem auf die westliche Ostsee und das Hinterland der Stadt. Eine Zunahme des Fernhandels durch den Öresund war in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts festzustellen. Überregionale Bedeutung hatte bis zu seinem Bankrott 1572 das Handels- und Bankhaus Loitz, das auch in Danzig/Gdańsk und Lüneburg tätig war und über weitreichende Handelsbeziehungen im Nord- und Ostseeraum verfügte.

1752 wurde der Stettiner Stapelzwang abgeschafft. Ende des 18. Jahrhunderts bestimmten dann Schiffbau, Tabakmanufaktur und Zuckerraffinerie die städtische Wirtschaft. 1843 wurde die Eisenbahnlinie nach Berlin fertiggestellt, und in den folgenden Jahren stieg der Hafenumschlag. 1851 entstand die „Vulcan"-Werft, weitere Industriezweige waren Zement- und Chemiewerke, später auch Eisen- und Automobilindustrie. Nach dem Ersten Weltkrieg kam es zu einem Niedergang von Hafen und Werften. Ab 1938 spielte die Rüstungsindustrie mit den Hydrierwerken Pölitz eine wichtige Rolle.

Die Wirtschaftsstruktur Stettins innerhalb der Volksrepublik Polen wurde von Hafen, Werft und Reederei geprägt. Die Stettiner Werft konnte sich nach dem Umbruch von 1989 zunächst behaupten, wurde aber 2009 geschlossen; das Gelände ist seitdem ungenutzt.

Gesellschaft

Das mittelalterliche Stettin war geprägt von Kaufleuten, Handwerkern und Fischern. Neben der slawischen Burgsiedlung waren ab der Mitte des 12. Jahrhunderts deutsche Kaufleute in der Stadt anzutreffen. Der mit der deutschrechtlichen Lokation verbundene sprachlich-soziale Wandel vollzog sich ohne Berichte über ethnische Spannungen in einem Zeitraum von etwa 200 Jahren (zehn Generationen). Gesellschaftliches Zentrum der Kaufleute war das Seglerhaus am Heumarkt unweit des Alten Rathauses.

Anfang des 15. Jahrhunderts kam es in Stettin wie in anderen Hansestädten zu sozialen Unruhen und Forderungen der Zünfte nach Beteiligung am Stadtregiment. Weitere soziale Konflikte gab es Ende des 16., Anfang des 17. Jahrhunderts. Die vorrevolutionären Proteste von 1847 werden als „Kartoffelrevolution" bezeichnet. Mit der Industrialisierung und der Zunahme des Hafenumschlags bildete sich neben einer kleinen Oberschicht von Großkaufleuten und Industriellen eine breite Unterschicht, die nach der Mitte des 19. Jahrhunderts schätzungsweise bis zu 50 % der städtischen Bevölkerung umfasste. Das politische Spektrum nach der Reichsgründung dominierten zunächst Konservative und Liberale, nach dem Ende des Sozialistengesetzes erhielt die SPD bis 1912 zwischen einem Viertel und einem Drittel der Wählerstimmen.

Religions- und Kirchengeschichte

Stettin wurde durch den Bischof Otto von Bamberg 1124–1128 christianisiert; dabei wurden das Triglav-Heiligtum auf dem Schlosshügel und die anderen slawischen Kultorte zerstört. Die Reformation begann in Stettin 1523 mit einem Schriftwechsel zwischen dem Stadtrat und Martin Luther (1483–1546). 1526 war Paul von Rode (1489–1563) erster pro-

testantischer Prediger an St. Jakobi. 1871 waren 90 % der Stadtbevölkerung protestantisch und jeweils 2,5 % jüdisch und katholisch. Die 1873 aus Backstein errichtete Synagoge wurde 1938 zerstört.

Von 1935 bis zur Schließung 1937 leitete Dietrich Bonhoeffer (1906–1945) das Predigerseminar der protestantischen Bekennenden Kirche in Finkenwalde (*Zdroje*), das heute ein Stadtteil Stettins ist.

Für die katholische polnische Bevölkerung (Anteil an der Gesamtbevölkerung in der Woiwodschaft Westpommern 2011: über 94 %) wurde nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst ein apostolischer Administrator eingesetzt. Nach der Unterzeichnung des Warschauer Vertrags entstand 1972 ein katholisches Bistum Stettin-Cammin, das 1992 zum Erzbistum erhoben wurde. Im Juni 1987 besuchte Papst Johannes Paul II. (1920–2005) Stettin und feierte eine Messe mit mehr als 600.000 Menschen, die den Auftakt für die politischen Umwälzungen von 1989 bildete.

Kulturelle Institutionen

Das Städtische Museum entstand aus den Sammlungen mehrerer Vereine und Privatleute und erhielt unter der Leitung von Walter Riezler (1878–1965) im Jahr 1913 einen Neubau im Zentrum der Hakenterrasse. Nach 1945 wurde es Teil des Nationalmuseums (*Muzeum Narodowe w Szczecinie)*, zu dem unter anderem auch das Gebäude des Ständehauses und das stadthistorische Museum (*Muzeum Historii Szczecina*) im Alten Rathaus gehören. Teile der Bestände des Museums gelangten nach 1945 nach Kiel und befinden sich seit 1999 im Pommerschen Landesmuseum in Greifswald. Das Pommersche Provinzialarchiv, das 1900 ein eigenes Gebäude erhielt, ist seit 1946 Teil der polnischen Staatsarchive. Als zentrale Bibliothek entstand 1947 die Woiwodschaftsbibliothek aus der 1874 gegründeten früheren Stadtbibliothek, die sich unter der Ägide von Erwin Ackerknecht (1880–1960) zu einer der modernsten kommunalen Büchereien im deutschsprachigen Raum entwickelt hatte; seit 1994 nennt sie sich Pommersche Bibliothek (*Książnica Pomorska*). Das Stadttheater auf dem Königsplatz wurde 1849 errichtet; nach Kriegszerstörungen wurde es 1953 abgerissen. Ebenfalls im Zweiten Weltkrieg zerstört wurde das von Franz Schwechten (1841–1924) gebaute Konzert- und Vereinshaus, an dessen Stelle 2014 ein Neubau errichtet wurde (Fabrizio Barozzi, Alberto Veiga). Die Oper hat seit 1978 ihren Sitz im Schloss.

Bildung und Wissenschaft

Eine Ratsschule bei St. Jakobi bestand ab 1391. 1543 wurde das Fürstliche Pädagogium als akademisches Gymnasium gegründet; es hatte bis 1666 über 5.000 Studenten. Fortgeführt wurde es als Gymnasium Carolinum und Gymnasium Academicum beziehungsweise Königliches und Stadt-Gymnasium im 19. Jahrhundert. Zu den weiteren Gymnasien zählt das 1830 gegründete Marienstiftsgymnasium (heute *II.* und *IX. Liceum Ogólnokształcące*). Im 19. Jahrhundert wurden zudem mehrere wissenschaftliche Gesellschaften gegründet, unter anderem die Pommersche Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde und der Entomologische Verein.

Nach 1945 entstanden mehrere Hochschulen in Stettin: die Technische Hochschule (*Politechnika Szczecińska*, jetzt *Zachodniopomorski Uniwersytet Techniczny*); aus der Handelsakademie von 1946 und der Pädagogischen Hochschule von 1973 sowie weiteren Hochschulen ging 1985 die Universität (*Uniwersytet Szczeciński*) hervor. Zu nennen sind auch die Meeresakademie (*Akademia Morska*, 1947) und die Pommersche Medizinische Akademie (*Pomorska Akademia Medyczna*, 1948).

Städtebauliche Entwicklung

Die moderne Entwicklung Stettins ist vor allem durch den Mietwohnungsbau geprägt, der auf dem einstigen Festungsgelände und in den früheren Vororten der Stadt entstand. Bezüge zur städtebaulichen Entwicklung Berlins sind unübersehbar, so wurde das Trinkwasser- und Kanalisationsnetz von dem späteren Berliner Stadtbaurat James Hobrecht (1825–1902) in den 1860er Jahren projektiert. Straßenbahnen wurden 1879 eingeführt, zudem waren die Vororte an und jenseits der Oder durch Fährlinien mit dem Stadtzentrum verbunden. Eine wichtige Rolle spielt der ab 1900 angelegte Hauptfriedhof, der bis heute genutzt wird.



„Podzamcze“ – die neue „Altstadt“ Stettins an der Oder
[Foto: Jörg Hackmann, 2010].

Die zerstörten Bereiche des mittelalterlichen Stadtkerns wurden seit Ende der 1950er Jahre modern wiederaufgebaut, die an der Oder gelegenen Plätze und Straßen (*Podzamcze*) blieben dagegen weitgehend unbebaut oder wurden in breite Straßen und Straßenbahntrassen umgewandelt. Nach 1945 wurden die Neubauviertel an den Rändern der Stadt, in denen seit den 1980er Jahren auch zahlreiche katholische Kirchen entstanden, zu bevorzugten Wohnquartieren. Eine Wiederbelebung des mittelalterlichen Stadtkerns an der Oder setzte erst in den 1980er Jahren ein.

Alltagskultur

Die Zunahme von Freizeit auch für breitere Bevölkerungskreise beförderte im ausgehenden 19. Jahrhundert die Entstehung einer ausgeprägten, sozial und inhaltlich differenzierten Vereinskultur. Zu ihr zählten zunächst zahlreiche Gesangs-, Turn- und Schützenvereine sowie nach den Reichseinigungskriegen auch Kriegervereine. Zudem gab es zahlreiche Wassersportvereine; eine erste Badeanstalt am Fluss Parnitz (*Parnica*) entstand in den 1890er Jahren. Beliebte Ausflugsziele in der Stadt waren die von dem Zementfabrikanten Johannes Quistorp errichteten Grünanlagen (heute: *Jasne Błonia* und *Park im. Kasprowicza*), der Quistorpturm im Eckerberger Wald (*Las Arkoński*), die Grabower Anlagen (*Park im. Żeromskiego*) sowie der Königsplatz (*plac Grunwaldzki*), auf dem zahlreiche Konzerte stattfanden, und die Hakenterrasse. Das erste Kino entstand 1907 (heute: *Kino Pionier*).

Kunstgeschichte und Architektur



Postkarte: Stettiner Schloss mit Uhrturm (vor 1945)
[Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 177430].

Von der mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Bebauung sind nur einzelne Bauten erhalten, meist mit erheblichen Eingriffen nach Kriegszerstörungen im Zweiten Weltkrieg und durch den von Moderne geprägten Wiederaufbau. Von den Sakralbauten ist die Jakobikirche als Hauptkirche der Stadt zu nennen: eine gotische dreischiffige Hallenkirche mit Umgangschor aus der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts. Nach Kriegszerstörungen wurde die Kirche von 1971 bis 2008 (neuer Turmhelm) wiederaufgebaut. Von den gotischen Kirchen sind außerdem die ehemalige Franziskanerkirche St. Johannes und die heute einschiffige Peter-und-Pauls-Kirche nördlich des Schlosses erhalten.



Stettiner Schloss heute [Foto: Jörg Hackmann, 2010].

Von den weltlichen Bauten ist an erster Stelle das Schloss der pommerschen Herzöge zu nennen, in dem sich heute zahlreiche Kulturinstitutionen befinden. Beim Wiederaufbau ab 1955 ist der äußere Zustand von 1573 rekonstruiert worden: Das Schloss besteht aus drei manieristischen Flügeln mit Attika und flachen Dächern sowie dem spätgotischen Südflügel mit Uhrturm (1538), der durch einen (inzwischen verkleideten) modernen Stahlbetonriegel mit dem Westflügel verbunden ist. Weitere erhaltene Bauten sind das gotische Alte Rathaus (in der neu aufgebauten Altstadt), der Loitzenhof (spätgotischer Sitz der Bankiersfamilie aus dem 15. Jahrhundert), einige Palais aus Barock und Klassizismus sowie zwei barocke Stadttore.



Hakenterasse (Foto vor 1945) [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 177285].

Ab 1901 wurde die nach dem Oberbürgermeister Hermann Haken (1828-1916) benannte Terrasse nördlich des Schlosses an der Oder angelegt. Sie umfasst neben einer großen Freitreppe das städtische Museum (heute Nationalmuseum), das Oberpräsidium (heute Woiwodschaftsverwaltung) sowie Zoll- und Versicherungsverwaltungen (heute *Akademia Morska*). Zu erwähnen ist außerdem die 1913 errichtete frühere Garnisonskirche als einer der ersten Kirchenbauten aus Beton (heute Herz-Jesu-Kirche).

Die Altstadt unterhalb des Schlosses blieb nach Kriegszerstörungen bis in die 1980er Jahre weitgehend eine Freifläche, bevor eine Rekonstruktion nach dem Modell der Elbinger Retroversion begann, die bis heute noch nicht abgeschlossen ist.

Musik

Frühe Zentren der Musikkultur in Stettin waren der Herzogshof und die Kirchen. Zu nennen ist hier der Komponist Philipp Dulichius (1562–1631), der Professor am Fürstlichen Pädagogium und Kantor an der Marienkirche war. Der Komponist Carl Loewe (1796–1869) wirkte ab 1820 als Organist an St. Jakobi und als städtischer Musikdirektor. Heute hat Stettin neben einer Oper und einer Philharmonie auch eine Kunstakademie mit zwei musikalischen Abteilungen.

Buch- und Druckgeschichte

Buchdrucker gab es in Stettin seit dem 16. Jahrhundert. Im 19. Jahrhundert waren Buchhändler wie Friedrich Heinrich Morin auch als Verleger tätig. Als Presseorgane seit dem 19. Jahrhundert treten die *Neue Stettiner Zeitung*, die *Pommersche Zeitung*, das *Stettiner Tageblatt* und der *Generalanzeiger für Stettin* hervor. Von den nach 1945 herausgegebenen Tageszeitungen erscheinen der *Głos Szczeciński* (das ehemalige Parteiorgan der PVAP) und der *Kurier Szczeciński* bis heute.

Literatur

Aus Stettin stammt der Schriftsteller Alfred Döblin (1878–1957), der allerdings bereits ab 1888 in Berlin lebte. Zu nennen sind außerdem der Historiker und Schriftsteller Franz Kugler (1808–1858) sowie der Schriftsteller und Publizist Robert Prutz (1816–1872), der in Stettin das Marienstiftsgymnasium besuchte und nach Tätigkeiten in Berlin, Halle und Hamburg ab 1857 wieder in Stettin lebte.

Seit dem Ende der Volksrepublik hat sich in Stettin eine lebendige polnische Literaturszene entwickelt, die von der deutsch-polnischen Grenzlage ihren Ausgangspunkt nimmt. *Pogranicza* (Grenzregionen) ist der programmatische Titel einer Literaturzeitschrift, die

von 1994 bis 2012 erschien. Bekannte Gegenwartsautoren sind Artur David Liskowacki und Inga Iwasiów.

Gedächtnis- und Erinnerungskultur

Die Denkmäler aus preußisch-deutscher Zeit sind weitgehend verschollen oder zerstört. Auf ihren Sockeln beziehungsweise an ihrer Stelle entstanden neue Denkmäler. So ersetzt heute das Denkmal der Dankbarkeit (an die Sowjetische Armee) das Denkmal für Wilhelm I.; Adam Mickiewicz steht an der Stelle von Friedrich III. und eine Madonna auf der Mondsichel auf dem Sockel des Loewe-Denkmals vor der Jakobikirche. Erhalten und in jüngster Zeit restauriert wurden zahlreiche künstlerisch wertvolle Grabmäler auf dem Zentralfriedhof.

Einen Wandel in der Erinnerungskultur markierte das Stadtjubiläum 1993 aus Anlass des 750. Jahrestags der Verleihung des Magdeburger Stadtrechts. In die 1990er Jahre fällt auch die Rekonstruktion der nach 1945 bis auf das Alte Rathaus völlig verschwundenen Altstadt, in der sich eine neue Zuwendung zur bürgerlich-deutschen Kultur der Stadt spiegelt.

4. Diskurse/Kontroversen



1898 auf dem Rathausplatz errichteter Brunnen von Ludwig Manzel [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 177132].



Manzelbrunnen mit Sedina-Skulptur (vermutlich im Zweiten Weltkrieg eingeschmolzen) [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 177141].

Die Betrachtung der Stadtgeschichte war nach 1945 bis in die 1980er Jahre hinein scharf getrennt zwischen bundesdeutscher und polnischer Öffentlichkeit. Während die deutschen Diskurse über die Stadtgeschichte mit Otto von Bamberg begannen und mit der Vertreibung der deutschen Bevölkerung endeten, konzentrierten sich polnische Historiker und Archäologen auf die Frühgeschichte der Stadt und die Entwicklung nach 1945. Die letzte deutsche wissenschaftliche Stadtgeschichte stammt von Martin Wehrmann aus dem Jahr 1911; von der vierbändigen polnischen Stadtgeschichte, die Gerard Labuda von 1963 bis 1998 herausgab, behandelt der gesamte erste Band die Vorgeschichte Stettins bis ins 10. Jahrhundert und der vierte Band die Zeit seit 1945. Den Epochen vom Mittelalter bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs wurde deutlich weniger Raum gewidmet als etwa in anderen polnischen Stadtgeschichten nach 1945. Bei diesen deutschen und polnischen Betrachtungsweisen handelte es sich eher um ein Nebeneinander zweier Monologe als um Kontroversen zwischen widerstreitenden Deutungen. Zu ersten gemeinsamen deutsch-polnischen Geschichtsprojekten kam es erst in den 1990er Jahren.[4]

Seit 2004 hat das Online-Portal „Sedina“ zu Diskussionen über die Darstellung der Stadtgeschichte in der polnischen Öffentlichkeit geführt. In den letzten Jahren hat sich außerdem eine kontroverse Diskussion um die Rekonstruktion der Sedina-Skulptur von Ludwig Manzel (1858–1936) auf dem erhaltenen Sockel vor dem früheren Roten Rathaus entwickelt.

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Tadeusz Bialecki: Historia Szczecina. Zarys dziejów miasta od czasów najdawniejszych do 1980 r. [Geschichte Stettins. Abriss der Stadtgeschichte von den frühesten Zeiten bis 1980]. Wrocław 1992.
- Tadeusz Bialecki (Hg.): Encyklopedia Szczecina [Enzyklopädie Stettins]. 4 Bde. Szczecin 1999-2007.
- Jörg Hackmann: Stettin. Zur Wirkung der deutsch-polnischen Grenze auf die Stadtentwicklung nach 1945. In Georg Stöber, Robert Maier (Hg.): Grenzen und Grenzräume in der deutschen und polnischen Geschichte. Scheidelinie oder Begegnungsraum? Hannover 2000 (Studien zur internationalen Schulbuchforschung 104), S. 217–234.
- Gerard Labuda (Hg.): Dzieje Szczecina [Geschichte Stettins]. 4 Bde. Warszawa 1963–1998.
- Rafał Makała: Między prowincją a metropolią. Architektura Szczecina w latach 1891–1918 [Zwischen Provinz und Metropole. Die Architektur Stettins in den Jahren 1891–1918]. Szczecin 2011.
- Jan Musekamp: Zwischen Stettin und Szczecin. Metamorphosen einer Stadt von 1945 bis 2005. Wiesbaden 2010 (Veröffentlichungen des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt 27).
- Jan M. Piskorski, Bogdan Wachowiak, Edward Włodarczyk: Stettin. Kurze Stadtgeschichte. Poznań 1994.
- Maciej Słomiński, Rafał Makała, Małgorzata Paszkowska: Szczecin barokowy. Architektura lat 1630–1780 [Das barocke Stettin. Die Architektur der Jahre 1630–1780]. Szczecin 2000.
- Stettin/Szczecin 1945–1946. Dokumente – Erinnerungen / Dokumenty – Wspomnienia. Hrsg. von Ostsee-Akademie Lübeck-Travemünde, Historisches Institut der Universität Stettin. 2. Aufl. Rostock 1995.
- Martin Wehrmann: Geschichte der Stadt Stettin. Stettin 1911.

- Wolfgang Wilhelmus: Die Namensliste der 1940 aus dem Regierungsbezirk Stettin deportierten Juden. Rostock 2009 (Zeitgeschichte regional. Sonderheft 3).

Weblinks

- http://encyklopedia.szczecin.pl (eine von dem Verein Sedina initiierte und mit der Technik von Wikipedia angelegte Internetenzyklopädie zu Stettin, an der sich zahlreiche Institutionen der Stadt beteiligen)
- http://www.sedina.pl (Internetportal der „Liebhaber des früheren Stettin", enthält zahlreiche Materialien und Texte zur Geschichte Stettins)
- http://www.herder-institut.de/bildkatalog/index/index?searchfield_parameter=stettin&newperspective=thumbnails (Abbildungen zu Stettin/Szczecin im Bildarchiv des Herder-Instituts, Marburg)

Anmerkungen

[1] Die deutsche Bezeichnung „Pommern" (von: slavisch *pomor'e [Land am Meer]) und die polnische Bezeichnung „*Pomorze*" sind semantisch nicht deckungsgleich. Letztere umfasst den gesamten Raum von Vorpommern bis zur heutigen russischen Staatsgrenze zwischen Elbing/Elbląg und Königsberg/Kaliningrad. Hinterpommern wird im Polnischen als *„Pomorze Zachodnie"* (wörtlich: Westpommern) bezeichnet. Diese Benennung für die Küstenregion östlich der Oder ergibt sich aus der Unterscheidung gegenüber *„Pomorze Wschodnie"* (wörtlich: Ostpommern), das auch als *„Pomorze Gdańskie"* (wörtlich: Danziger Pommern [Pommerellen]) bezeichnet wird. Mit der Grenzziehung von 1945 wird im Deutschen nicht mehr die Oder, sondern die deutsch-polnische Grenze als Grenze zwischen Vor- und Hinterpommern betrachtet. Im Polnischen trennt die Staatsgrenze *Pomorze Zachodnie* von *Pomorze Przednie* (früher: *Zaodrzańskie*). S. dazu auch „Pommern".

[2] Zahlenangaben zur Bevölkerung Stettins bis 1980 nach: Piskorski, Wachowiak, Włodarczyk: Stettin, S. 19, 33, 79, 106, 114, 122, 136.

[3] Urząd Statystyczny w Szczecinie (Hg.): Ludość, ruch naruralny i migracje w województwie zachodniopomorskim w 2013 r. [Bevölkerung, natürliche Veränderung und Migrationen in der Wojewodschaft Westpommern]. URL: http://szczecin.stat.gov.pl/download/gfx/szczecin/pl/defaultaktualnosci/756/5/1/1/ludnosc_ruch_naturalny_2013.pdf (Abruf 21.11.2014); s. außerdem die Lokale Datenbank des Polnischen Statistischen Zentralamtes: http://stat.gov.pl/bdl/ (Abruf 21.11.2014).

[4] Stettin/Szczecin 1945-1946. Dokumente – Erinnerungen / Dokumenty – Wspomnienia.

Zitation

Jörg Hackmann: Stettin/Szczecin. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2015. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32459 (Stand 24.02.2015).

Stolp/Słupsk (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Stuhlweißenburg/Székesfehérvár (in Bearb.)
Dieser Text ist in Bearbeitung.

Stutthof/Sztutowo (in Bearb.)
Dieser Text ist in Bearbeitung.

Suczawa/Suceava (→ Autor/in gesucht)
Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Swinemünde/Świnoujście (→ Autor/in gesucht)
Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Szabadka → Maria-Theresiopel/Subotica/ Szabadka (→ Autor/in gesucht)
Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Szakolca → Skalitz/Skalica/Szakolca (→ Autor/in gesucht)
Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Szászfehéregyháza → Deutsch-Weißkirch/Viscri (in Bearb.)
Dieser Text ist in Bearbeitung.

Szczecin → Stettin/Szczecin
Siehe Stettin/Szczecin

Szegedin/Szeged (in Bearb.)
Dieser Text ist in Bearbeitung.

Szekszárd → Seksard/Szekszárd
Siehe Seksard/Szekszárd

Szepesvár → Zipser Burg/Spišský Hrad/ Szepesvár (→ Autor/in gesucht)
Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Szepesváralja → Kirchdrauf/Spišske Podhradie/ Szepesváralja (→ Autor/in gesucht)
Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Środa Śląska → Neumarkt/Środa Śląska
Siehe Neumarkt/Środa Śląska

Świdnica → Schweidnitz/Świdnica
Siehe Schweidnitz/Świdnica

Şarlota → Charlottenburg/Charlotenburg/Şarlota/Saroltavár
Siehe Charlottenburg/Charlotenburg/Şarlota/Saroltavár

T

Tarnów

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Tarnow oder Tarnau (veraltet)

Amtliche Bezeichnung

poln. Tarnów

Anderssprachige Bezeichnungen

tsch. Tarnov oder Trnov; lat. Tarnovia

Etymologie

Der Name Tarnów leitet sich von dem polnischen Wort für Schlehenstrauch (poln. *tarnina*) ab, welcher einst die umliegenden Hügel dicht bewuchs (so der polnische Historiograph Jan Długosz [1415–1480]). Eine Legende spricht vom Ritter Tarn, der hier eine Siedlung gründete und als ihr Besitzer zum Stammvater des Leliwita-Geschlechts wurde.

2. Geographie

Lage

Tarnów liegt auf 50° 00′ 45″ nördlicher Breite, 20° 59′ 18″ östlicher Länge, 84 Kilometer östlich der Hauptstadt der Woiwodschaft, Krakau/Kraków.

Topographie

Die Stadt liegt auf der Tarnower Hochebene (*Płaskowyż Tarnowski*) am Fluss Biała mit seinem Nebenfluss Wątok und am Dunajetz (auch Dunajez oder selten Dohnst; poln. *Dunajec*).

Region

Kleinpolen, Galizien.

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Polen. Tarnów ist eine kreisfreie Stadt in der Woiwodschaft Kleinpolen (*województwo małopolskie*) und seit 1783 Sitz des Bistums Tarnów.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Das Stadtwappen zeigt einen nach oben geöffneten Halbmond, über dem sich ein sechsstrahliger goldener Stern befindet, beides auf blauem Hintergrund.

Mittelalter

1124 erwähnte der päpstliche Gesandte Kardinal Aegidius von Tusculum (1080-1140) zum ersten Mal schriftlich den Namen Tarnów. Am 7. März 1330 erhielt Tarnów die Stadtrechte nach Magdeburger Recht.[1] Mit dem Ausgang des 15. Jahrhunderts begann

das Goldene Zeitalter der Stadt. Der Großhetman der polnischen Krone, Jan Amor Tarnowski (1488–1561), brachte Renaissance-Künstler und -Baumeister in die Stadt.

Frühe Neuzeit

1547 wurden die Tarnower Güter zur Grafschaft. Zum Gutsherrn wurde 1570 Fürst Konstanty Ostrogski (1526–1608). Bald darauf wurden sie aber parzelliert und kamen in den Besitz der Magnatenfamilien Zamojski und Lubomirski. Die Parzellierung, Interessenkonflikte der einzelnen Stadtherren, Brände (z.B. 1617), Seuchen (z.B. 1652) sowie Plünderungen durch die Schweden (1655 und 1656) trugen allmählich zum Verfall der Stadt bei. 1662 hatte Tarnów nur noch 768 Einwohner. Die jüdische Gemeinde gewann dafür immer mehr an Bedeutung. Sie besaß eine Synagoge und einen eigenen Friedhof.

Nach dem Tod Aleksander Dominik Lubomirskis (1693–1720) ging Tarnów mit den anliegenden Gütern 1723 in den Besitz Paweł Karol Sanguszkos (1680–1750), Fürst und künftiger Großmarschall Litauens, über. Die Sanguszkos lebten in Tarnów bis 1945.

Galizien

1772 wurde Tarnów infolge der Ersten Teilung Polens der Habsburgermonarchie einverleibt (Königreich Galizien und Lodomerien). Im selben Jahr wurde die Stadt zum Garnisonsstandort, 1782 zum Kreis (*cyrkuł*). Die österreichische Obrigkeit nahm gravierende Eingriffe in die urbane Struktur der Stadt vor (u.a. Abbau der Schutzbefestigungen und neue Straßennetzgestaltung). 1838 wurde das Theologische Seminar gegründet. 1846 brach unter Führung von Jakub Szela (1787–1860) ein Bauernaufstand aus („*rzeź galicyjska*“ = „galizischer Massenmord“), der durch Hunger und Not auf dem Lande wie auch durch die Propaganda der österreichischen Administration hervorgerufen worden und gegen die Leibeigenschaft gerichtet war.

Das 19. Jahrhundert war auch durch die Entwicklung von Industrie und Wirtschaft gekennzeichnet: Die Stadt wurde mit 21.779 Einwohnern (1870) bald zur drittgrößten Stadt in Galizien. 1910 wurde der Bau einer modernen Wasserversorgung und Kanalisation vollendet; fertiggestellt wurden auch die Elektrizitätswerke und das neue Bahnhofsgebäude. 1911 wurde eine Straßenbahnlinie eröffnet. Es entstanden monumentale Sakralbauten, moderne öffentliche Gebäude (Bibliotheken, Theater, Banken, Schulen), und das Vereinsleben blühte.

Am 5. Mai 1915, nach der Offensive der österreichischen Truppen, wurde die russische Besatzung aus der Stadt zurückgedrängt. Am 14. Oktober 1918 verkündete der Stadtrat die „tatsächliche Entstehung des unabhängigen Polen“, und Tarnów wurde der Warschauer Regierung unterstellt.

Zeitgeschichte

Die allmähliche wirtschaftliche Wiederbelebung der Stadt in der Zwischenkriegszeit wurde durch den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges empfindlich gestört. Am 7. September 1939 trafen die Wehrmachtstruppen in Tarnów ein. Es begannen die ersten Deportationen der polnischen und jüdischen Bevölkerung. Von den 25.000 jüdischen Einwohnern wurde ein Viertel im Ghetto umgebracht; die Überlebenden wurden in Vernichtungslager, unter anderem nach Auschwitz und Bełżec, gebracht und dort größtenteils ermordet.

Am 18. Januar 1945 wurde Tarnów von der Roten Armee befreit. 1975–1997 war die heutige Kreisstadt Tarnów Hauptstadt einer Woiwodschaft.

Bevölkerungsentwicklung

Die Einwohnerzahl Tarnóws betrug im 14. Jahrhundert etwa 800; ein Fünftel davon waren Deutsche. Im 15. Jahrhundert verließen die meisten Deutschen die polnische Stadt; ein Teil von den Verbliebenen wurde polonisiert. Am Ausgang des 16. Jahrhunderts lebten hier unter anderem auch protestantische Schotten, Italiener und Ungarn. Eine deutliche Bevölkerungszunahme ist erst in den 40er Jahren des 18. Jahrhunderts zu verzeichnen. Nach der Einverleibung der Stadt in die Habsburgermonarchie 1772 waren in Tarnów österreichische Militärtruppen stationiert. Mit der neuen Stadtherrschaft kamen einige deutsche Kolonisten und vor allem Geistliche, Ingenieure, Offiziere und Beamte österreichischer, deutscher und tschechischer Herkunft nach Tarnów.[2] 1777 erreichte die Einwohnerzahl 3.013 (darunter etwa 900 Juden), acht Jahre später waren es schon 5.785 Einwohner. In den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts zählte Tarnów 36.571 Einwohner.[3] Heute hat die Kreisstadt etwa 120.000 Einwohner.

Jahr	**Einwohner**[4]
16. Jh.	1.200
1655	200
1870	21.779 (darunter etwa 45 % Juden)
1939	55.000 (darunter etwa 45 % Juden)
1946	33.108
1955	58.796
1965	77.799
1975	97.805
1985	115.857
1990	121.216
1996	122.359
2007	116.118

Wirtschaft

Tarnów war im Mittelalter ein bedeutendes Handels- und Handwerkszentrum mit einigen Zünften (u.a. Maurerhandwerk und Goldschmiedekunst). Am Ende des 16. Jahrhunderts waren in der Stadt mehr als 100 Handwerker tätig.

Mit der Gründung der Maschinen- und Werkzeugfabrik von Franciszek Eliasiewicz (1815–1871) 1852 hatte Tarnów teil an den Industrialisierungsprozessen des 19. Jahrhunderts. 1856 erhielt die Stadt eine Eisenbahnverbindung mit Krakau und 1862 mit Lemberg/L’viv/Lwów.

In der Zwischenkriegszeit brachte insbesondere der Bau der Stickstoffwerke (*Zakłady Azotowe*) in Tarnów-Mościce 1927–1928 einen wirtschaftlichen Aufschwung. Nach dem Krieg, 1949, entstanden Elektromotorenwerke, 1951 wurden die ehemaligen Schienenfahrzeugreparaturwerke zu Mechanik-Werken umgestaltet, die Waffen, Kühlgeräte und Werkzeugmaschinen produzierten. Es entwickelten sich zahlreiche Betriebe (u.a. Konfektion, Obst- und Gemüseverarbeitung, Waschmaschinenfabrik „Pralfa“).

Seit 2001 lockt die Einrichtung einer Sonderwirtschaftszone ausländische Investoren in die Stadt: Der Farben- und Lackhersteller Becker hat seine Niederlassung in Tarnów und die Autoreifenfabrik American Goodyear ihr Logistik-Zentrum. Das größte Unternehmen sind

jedoch nach wie vor die Stickstoffwerke; zu den größeren Arbeitgebern in der Umgebung gehören auch die Elektromotoren-Fabrik Tamel und die Mechanik-Werke.

Besondere kulturelle Institutionen

In Tarnów finden regelmäßig Film-, Theater- und Musikfestspiele statt, darunter seit 1987 das zweitälteste Filmfestival in Polen „*Tarnowska Nagroda Filmowa*“ (Tarnower Filmpreis), alle zwei Jahre im Sommer die Kammerfestspiele „*Bravo Maestro*“ und das „*Międzynarodowy Festiwal Muzyki Odnalezionej*“ (Internationales Festival der Wiedergefundenen Musik),[5] das unter der Schirmherrschaft des Staatspräsidenten Polens und des Brüsseler Ausschusses für Kultur und Bildung ins Leben gerufen wurde. Das Festival setzt sich zum Ziel, europäische Musikwerke zu präsentieren, die Jahrzehnte und manchmal sogar Jahrhunderte lang als vergessen galten. Beachtenswerte, regelmäßige Veranstaltungen sind ferner das „*Festiwal Komedii Teatralnej Talia*“ (Festival der Theaterkomödie „Thalia“) und die „*Dni Pamięci Żydów Galicyjskich Galicjaner Sztetl*“ (Gedenktage der Galizischen Juden).

Bildung und Wissenschaft

Die erste Pfarrschule in Tarnów wurde in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts gegründet. 1756 wurde eine akademische Kolonie der Jagiellonen-Universität Krakau eröffnet, in der anfangs polnische und in den 30er und 40er Jahren des 19. Jahrhunderts fast überwiegend deutsche Lehrer unterrichteten.[6] Starke Germanisierungsprozesse dauerten bis in die 60er Jahre des 19. Jahrhunderts hinein an. In den Elementar- und Trivialschulen vermittelte man den Schülern Loyalität der Besatzungsmacht gegenüber. Nach dem Ersten Weltkrieg waren die achtklassigen Gymnasien grundsätzlich humanistisch ausgerichtet. Mit der Einführung einer Schulreform nach den Vorschlägen von Janusz Jędrzejewicz (1885–1951) 1932 wurden diese Schulen zu vierklassigen Gymnasien und zweiklassigen Lyzeen umgestaltet. 1933 wurden ein privates Gymnasium und ein Lyzeum für Mädchen gegründet. In den 1930er Jahren waren in der Stadt auch Lehrerfortbildungsschulen tätig. Nach dem Zweiten Weltkrieg vergrößerte sich vor allem die Zahl von Grund- und Oberschulen. In den 1990er Jahren begann die Entwicklung des Hochschulwesens. Im Schuljahr 2007/08 fanden sich 44 öffentliche und 47 Schulen in freier Trägerschaft sowie fünf Hochschulen in Tarnów, unter anderem die Staatliche Berufshochschule *(Państwowa Wyższa Szkoła Zawodowa)* und die Wirtschaftshochschule *(Małopolska Wyższa Szkoła Ekonomiczna).*

Kunstgeschichte und Architektur



Der Marktplatz von Tarnów mit dem Rathaus in der Mitte (Postkarte, vor 1945). [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 71219].

Die im Zweiten Weltkrieg unzerstört gebliebene Altstadt von Tarnów gilt als „Perle der polnischen Renaissance“. Ihr schachbrettartiger Grundriss mit dem zentralen Marktplatz entstand nach der Verleihung der Stadtrechte 1330. Inmitten des Marktplatzes steht das im 14. Jahrhundert im gotischen Stil errichtete Rathaus mit einer mächtigen Renaissance-Attika (spätes 16. Jh.). Die umliegenden Steinhäuser stammen im Wesentlichen aus dem 16.–18. Jahrhundert; besonders beachtenswert sind die Renaissance-Fassaden des *Dom Mikołajowski* (Nikolaus-Haus) von 1524 und des *Dom Florencki* (Florenz-Haus) aus der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts.



Postkarte (vor Juli 1917): Der Markplatz (rynek) von Tarnów mit Blick auf den Dom. [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 114587].

Der im Kern gotische Dom aus dem 14. Jahrhundert birgt die Grabmäler der Familien Tarnowski und Ostrogski. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden unter anderem monumentale Sakralbauten errichtet (Neue Synagoge, Kirche der Missionare und ein neuer Domturm). Es entstanden neue Schulen, Bibliotheken, Theatersäle, Bankhäuser und ein neues Bahnhofsgebäude. In den 1830er Jahren wurden die städtische Markthalle und das Gebäude des Kreisgerichts erbaut.

In der Stadt finden sich noch viele jüdische Spuren: die sogenannte Bima, die Überreste der Alten Synagoge, die 1939 abgebrannt wurde, die alte Mikwe, das rituelle Tauchbad (1904), und der jüdische Friedhof aus dem 16. Jahrhundert.

Literatur

Die Schriftstellerin Elżbieta Drużbacka, die häufig „polnische Sappho“ genannt wird, wurde um 1695 vermutlich in Großpolen geboren und ist 1765 in Tarnów gestorben. Mit Tarnów waren auch Mieczysław Jastrun (Mojsze Agatsztajn, 1903–1983), polnischer Dichter und Übersetzer deutscher, französischer und russischer Poesie, sowie Roman Brandstaetter (1906–1987), Erzähler, Lyriker, Dramatiker und Übersetzer, verbunden.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Kazimierz Bańburski: Przewodnik po Tarnowie: informator turystyczny [Tarnów. Ein Stadtführer] Tarnów 2000.
- Kazimierz Bańburski: Tarnów. Narodziny miasta. Wydane w 670 rocznicę nadania Tarnowowi praw miejskich [Tarnów. Die Geburt der Stadt. Herausgegeben am 670. Jahrestag der Verleihung der Stadtrechte]. Tarnów 2000.
- Leszek Kałkowski (Hg.): Determinanty jakości życia w Tarnowie [Determinanten der Lebensqualität in Tarnow]. Tarnów 2011.

- Ewa Łączyńska-Widz, Dawid Radziszewski: Tarnów. 1000 Years of Modernity. Warszawa, Tarnów 2012.
- Bartosz Marciniak, Aleksander Strojny: Tarnów: perła renesansu [Tarnów: Perle der Renaissance]. Kraków 2007.
- Andrzej Niedojadło (Hg.): Encyklopedia Tarnowa [Tarnów-Lexikon]. Tarnów 2010.
- Andrzej Niedojadło: Hrabstwo Tarnowskie w XVII i XVIII wieku [Die Tarnower Grafschaft im 17. und 18. Jahrhundert]. Tarnów 2011.
- Wiesław Ziobro: Tarnów and its surroundings. Guidebook. Rzeszów 2011.

Weblinks

- http://www.tarnow.pl/ (Offizielles Stadtportal)
- http://www.mmtarnow.com/p/historia.html (Seite zur Geschichte der Stadt)
- http://www.it.tarnow.pl (Touristische Information)
- http://www.herder-institut.de/bildkatalog/index/index?searchfield_parameter=Tarn%C3%B3w&newperspective=thumbnails (Abbildungen zu Tarnów im Bildarchiv des Herder-Instituts, Marburg)

Anmerkungen

[1] Bańburski: Tarnów. Narodziny miasta [Tarnów. Die Geburt der Stadt], S. 13.

[2] Niedojadło (Hg.): Encyklopedia Tarnowa [Enzyklopädie von Tarnów], S. 244.

[3] Niedojadło (Hg.): Encyklopedia Tarnowa [Enzyklopädie von Tarnów], S. 243-245.

[4] Niedojadło (Hg.): Encyklopedia Tarnowa [Enzyklopädie von Tarnów], S. 243.

[5] Marciniak, Strojny: Tarnów, S. 25-27.

[6] Akademische Kolonien waren Sekundarschulen, die unter dem Protektorat unter anderem der Krakauer Universität gegründet wurden und Absolventen der Krakauer Schule als Lehrer anstellten.

Zitation

Tomasz Jabłecki: Tarnów. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32465 (Stand 31.10.2014).

Tartlau/Prejmer

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Tartlau

Amtliche Bezeichnung

rum. Prejmer

Anderssprachige Bezeichnungen

ung. Prázsmár; lat. Tartilleri, Tertillou

2. Geographie

Lage

Tartlau liegt auf 45° 43′ nördlicher Breite und 25° 46′ östlicher Länge, 17 km nordöstlich der Kreishauptstadt Kronstadt/Braşov, in einer Höhe von 519 m. ü. M., am Ausgang des Bosau-Passes (rum. *Pasul Buzăului*).

Region

Burzenland (rum. *Ţara Bârsei*) im Südosten Siebenbürgens

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Rumänien. Kreis Kronstadt/Braşov.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik



Das heutige Wappen zeigt ein auf einer blauen Kugel stehendes weißes Kreuz auf rotem Grund. Es ist vom Viehbrandzeichen des Ortes abgeleitet.

Mittelalter

1211 wurde in der Verleihungsurkunde, die König Andreas II. (um 1177−1235) dem Deutschen Orden ausstellte, der Grenzfluss „Tortillou“ bzw. „Tartelove“ erwähnt. Höchstwahrscheinlich wurde der Ort vom Ritterorden gegründet und mit Zuwanderern aus dem Heiligen Römischen Reich sowie aus der Hermannstädter Grafschaft (lat. *comitatus Cibiniensis*) besiedelt. 1240 übertrug König Béla IV. (1206−1270) das Patronat über die vier Burzenländer Gemeinden Marienburg/Feldioara, Petersberg/Sânpetru, Honigberg/Hârman und Tartlau dem Zisterzienserkloster Kerz/Cârţa (erste urkundliche Nennung von Tartlau). 1241, 1278, 1285 und 1335 wurde der Ort von den Mongolen geplündert. Tartlau gehörte zur Burzenländer Grafschaft, ab 1377 zum Burzenländer Distrikt und bildete zusammen mit zwölf weiteren Gemeinden und der Stadt Kronstadt eine Gerichts-und Verwaltungseinheit; kirchlich gehörte der Ort sowohl vor als auch nach der Reformation zum Burzenländer Kapitel. 1415 wird der Hann (lat. *villicus*, Ortsvorsteher) von „Tartlaw“, 1424 der Ortsrichter (lat. *iudex*) urkundlich erwähnt. 1421 zerstörten die Osmanen erstmals den Ort. 1460 wird erstmals eine Dorfschule (Schulleiter Antonius) erwähnt. 1471 wird der Ort als Marktflecken (lat. *oppidum*) bezeichnet und ist lange Zeit die größte unter den Distriktsgemeinden. Zwischen 1449 und 1873 führten die Tartlauer einen schier unendlichen Rechtsstreit mit den Adligen von Kreuzburg (lat. *Cruceburg*, heute untergegangener Ort),

dann mit der Adelsfamilie Béldi von Bodeln (rum. *Budila*), um ihre Freiheiten zu bewahren. Die Lage am Ausgang des Bosau-Passes, einem Einfallstor nach Siebenbürgen, und in der Nähe weiterer Pässe im Karpatenbogen setzte Tartlau wiederholt auswärtigen Angriffen aus, die eine besonders starke Sicherung der Kirche (Wehrkirche, Kirchenburg) erforderlich machten. Auch ein Verhau wurde vermutlich schon im 14. Jahrhundert rund um das Dorf angelegt.

Frühe Neuzeit

1529 wurde Tartlau durch den Moldauer Fürsten Petru Rareş (1483–1546) eingeäschert. 1531 wurde der Ort im Auftrag des Fürsten Johann Szapolyai (1487−1540) von Stephan Majláth (ca. 1489–1550) angegriffen und die Burg belagert. 1552 brannte der Moldaufürst Ștefan Rareș (1531–1552) als Verbündeter der Osmanen den Ort nieder. 1599 und 1600 wurden die Burzenländer Gemeinden durch Truppen Michaels des Tapferen (1558−1601) niedergebrannt. 1611 wurde die Burg, zum einzigen Mal in ihrer Geschichte, von Truppen des Fürsten Gabriel Báthory (1589–1613) eingenommen und der Ort niedergebrannt. Weitere Einfälle von Türken, Tataren, Moldauern, Munteniern und Kosaken erfolgten 1658 und 1687, wobei der Ort verwüstet, die Kirchenburg aber erfolglos belagert wurde. 1704 plünderten die antihabsburgischen Aufständischen unter Franz II. Rákóczi (1676–1735), die Kuruzen, den Ort und brannten ihn nieder. 1706 besetzten kaiserliche Truppen die Kirchenburg.

Neuzeit und Zeitgeschichte

In der habsburgischen Zeit entwickelte sich Tartlau zu einer Großgemeinde, in der neben der Landwirtschaft auch das Handwerk gedieh. Mehrere Brände, Seuchen und Erdbeben suchten im 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts den Ort heim. Ende der 1860er-Jahre gründete der Lehrer Johann Copony eine Papierfabrik, die bis 1922 bestand, als an ihrer Stelle eine wollverarbeitende Tuchfabrik errichtet wurde, die in kommunistischer Zeit zum größten Arbeitgeber des Ortes (rd. 1.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter) ausgebaut wurde, nach der politischen Wende 1989/90 aber verfiel und 2000 abgerissen wurde. Eine 1912 geplante Gartenstadt-Siedlung „Neu-Tartlau“ wurde wegen des Ersten Weltkrieges nicht verwirklicht. Die Agrarreformen von 1923 und 1945 trafen insbesondere die deutschen Landwirte. 1945 wurden auch aus Tartlau die arbeitsfähigen Deutschen zur „Wiederaufbauarbeit“ in die Sowjetunion deportiert. Die Verstaatlichung der Banken und Betriebe (1948) und die Vergenossenschaftung der Landwirtschaft (1950 Gründung einer Kollektivwirtschaft) führten zum wirtschaftlichen Niedergang des Ortes. Hingegen übernahm der staatliche Landwirtschaftsbetrieb die Forellenzucht und baute sie aus.

Die deutsche Bevölkerung begann seit den 1960er-Jahren, verstärkt nach 1977 und, in einer Art Massenexodus, in den frühen 1990er-Jahren in die Bundesrepublik Deutschland auszusiedeln. 2007 wurde auf der Gemarkung von Tartlau der derzeit größte Industriepark Rumäniens eröffnet.

Bevölkerung

1510 lebten in Tartlau 230 Hauswirte, 4 Sedler (Mieter), 11 Witwen, 8 Arme, 3 Müller, 1 Glöckner, 12 Hirten und 6 Diener.[1]

1850 lebten in Tartlau 3.263 Menschen, 1880 waren es 3.233. 1930 gehörten zu den insgesamt 5.085 Bewohnern 2.279 Deutsche, 2.211 Rumänen und 430 Ungarn.[2] Anlässlich der Volkszählung von 2011 wurden in Tartlau 8.472 Einwohner erfasst, unter ihnen 7.349 Rumänen, 510 Roma, 154 Ungarn und 71 Deutsche.[3]

Architektur- und Kunstgeschichte



Ringmauer und Glockenturm von Osten [Fotos: Hermann Fabini].

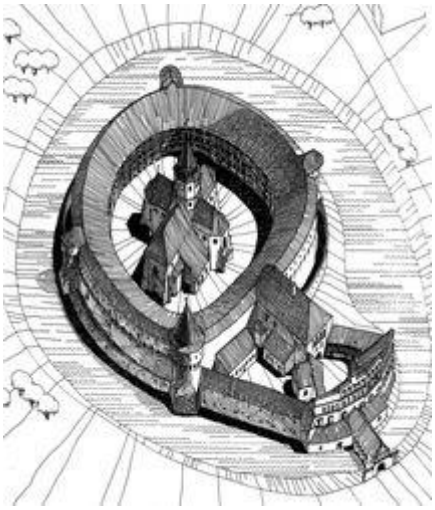


Burghof im Südosten der Kirche.

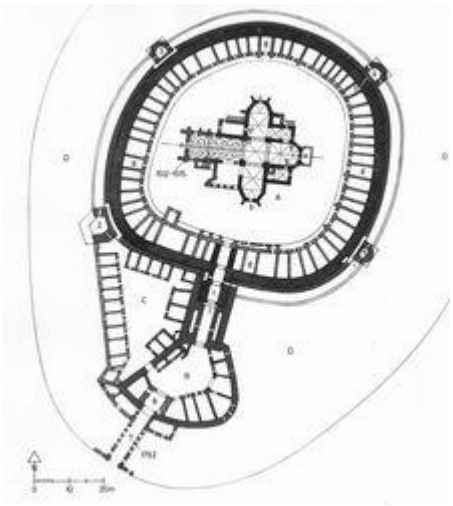
Um 1218 wurde, vermutlich durch den Deutschen Orden, mit dem Bau der Heiligkreuzkirche über dem Grundriss eines griechischen Kreuz begonnen. Nach einer Bauunterbrechung erfolgte die Vollendung ab 1240 unter dem Patronat der Kerzer Abtei im Stil der Zisterziensergotik (Gewölbe- und Fensterdetails). Bei Umbauarbeiten zwischen 1461 und 1515 wurde der westliche Kreuzarm nach Westen hin verlängert. Zwischen 1962 und 1970 erfolgte eine umfangreiche Restaurierung durch die staatliche Denkmalpflege, 1992 förderte die Siebenbürgisch-Sächsische Stiftung weitere Restaurierungsarbeiten. Der gotische Flügelaltar stammt aus der Mitte des 15. Jahrhunderts; das 1525−1526 datierte Chorgestühl weist Renaissancemotive auf.



Kirchenburg von Norden [Foto und Zeichnungen: Hermann Fabini].



Isometrische Darstellung der Burg.



Grundriss der Kirchenburg.

Die unbefestigte Kreuzkirche ist von einem besonders massiven Bering umgeben. Die starke Befestigung ist darauf zurückzuführen, dass Tartlau die am östlichsten gelegene sächsische Gemeinde ist und daher feindlichen Truppen, die über den Bosau-Pass kamen, besonders ausgesetzt war. Ein erster Bering mit einer Mauerstärke von etwa 3 m entstand vermutlich im 13. Jahrhundert; er wurde im 15. Jahrhundert ummantelt, mit einem Wehrgang versehen und mit vier Flankierungstürmen der Burg verstärkt. In ihrer heutigen Form sind die Ringmauern 12−14 m hoch und haben eine Dicke von durchschnittlich 4,5 m. Der innere Durchmesser des Berings beträgt 72 m. Die Außenfassade der Vorburg ist mit Blendarkaden im Renaissancestil dekoriert. Zwischen Vorburg und Westburg begrenzt eine Schildmauer einen Zwinger, der Bäckerhof genannt wird. 1998 wurde die Kirchenburg Tartlau zum UNESCO-Weltkulturerbe erklärt.

Neben der Wehrkirche stehen noch die 1791 errichtete griechisch-orthodoxe Peter-und-Paul-Kirche sowie die 1846−1848 erbaute Schule unter Denkmalschutz.[4]

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Erwin Amlacher: Wehrbauliche Funktion und Systematik siebenbürgisch-sächsischer Kirchen- und Bauernburgen. München 2002 (Veröffentlichungen des Instituts für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas e. V. an der Ludwig-Maximilians-Universität München, Wissenschaftliche Reihe 95), S. 150–155.
- Robert Csallner: Der königliche Markt Tartlau. Hermannstadt 1930.
- Hermann Fabini: Atlas der siebenbürgisch-sächsischen Kirchenburgen und Dorfkirchen. Hermannstadt, Heidelberg, Bd. 1. 1998, S. 727−735.
- Hermann Phleps: Auf Spuren der ersten Bauten des deutschen Ritterordens im Burzenland in Siebenbürgen. Berlin 1927.
- Harald Roth: Prejmer. In: Harald Roth (Hg.): Handbuch der historischen Stätten. Siebenbürgen. Stuttgart 2003 (Kröners Taschenausgabe 330), S. 144–146.
- Mihaela Sanda Salontai: Biserica fortificată din Prejmer [Die Wehrkirche von Tartlau]. Bucureşti 2006.
- Werner Schunn: Daten zur Geschichte der Gemeinde Tartlau. Böblingen 2005.
- Werner Schunn (Hg.): Chronik von Tartlau im sächsischen Burzenland, provincia Barcensis. Nach Thomas Tartler 1755, Martin Thieskes 1865, Johann Teutsch 1987. Böblingen 1988.

Weblinks

- http://www.tartlau.eu/ (deutschsprachige Homepage der Heimatortsgemeinschaft Tartlau e. V. mit zahlreichen Daten zur Geschichte, Wirtschaft und Kultur des Ortes)
- http://www.e-primarii.ro/primaria-prejmer/istorie.php (rumänischsprachige Homepage des Bürgermeisteramtes Tartlau, mit Daten zur Geschichte, Kultur und aktuellen Situation des Ortes)

Anmerkungen

[1] Schunn (Hg.): Chronik von Tartlau. Nach Thomas Tartler, S. 27.

[2] Wagner: Ortsnamenbuch, S. 378f.

[3] Ergebnisse der Volkszählung von 2011, Band II, Kapitel 8: Ethnische und konfessionelle Struktur der sesshaften Bevölkerung, nach Kreisen und diesen zugehörigen Gemeinden gegliedert: http://www.recensamantromania.ro/noutati/volumul-ii-populatia-stabila-rezidenta-structura-etnica-si-confesionala (Abruf: 02.12.2015).

[4] Vgl. Verzeichnis der historischen Baudenkmäler Rumäniens, geordnet nach Kreisen und dazu gehörenden Ortschaften: http://patrimoniu.gov.ro/images/LMI/LMI2010.pdf (Abruf: 01.12.2015).

Zitation

Hermann Fabini, Konrad Gündisch: Tartlau/Prejmer. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2015. URL: http://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32283 (Stand 11.12.2015).

Taschkent/Toshkent (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Târgu Mureş → Neumarkt am Mieresch/Târgu Mureş

Siehe Neumarkt am Mieresch/Târgu Mureş

Temeswar/Timişoara

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Temeswar; seit etwa 1920 auch Temeschburg; in Österreich auch Temeschwar

Amtliche Bezeichnung

rum. Timişoara

Anderssprachige Bezeichnungen

ung. Temesvár; serb. Temišvar; lat. castrum Tymes, castrum Tymesiensis

Etymologie

"Temesch" ist der Name des Hauptflusses im Banat, "-war" die eingedeutschte Form des ungarischen vár (= Burg).

2. Geographie

Lage

Temeswar liegt auf 45° 45' nördlicher Breite, 21° 13' östlicher Länge im Südosten des Pannonischen Beckens bzw. des mittleren Donauraumes im Schnittbereich alter Handelsstraßen von der Ostsee zur Ägäis bzw. von der Adria und Mitteleuropa zum Schwarzen Meer.

Topographie

Temeswar befindet sich am Übergang von der "höheren Ebene" des Banats, einem löß-überdeckten, pleistozänen Schwemmfächer der Marosch, zu der einst amphibischen "niederen Ebene", der sehr breiten Aue des Temeschflusssystems. Dabei entwickelte sich die Stadt an einem der wenigen Übergänge über dieses Flusssystem, den sie als "Burg", also als befestigte Stadt, sicherte.

Region

Temeswar war die Hauptstadt der historischen Region Banat, heute ist es das Zentrum von deren rumänischem Teil.

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Temeswar ist die größte und wirtschaftlich bedeutendste Stadt im Westen Rumäniens. Seit 1968 ist es Hauptstadt des Kreises Temesch (*Judeţ Timiş*). Im Vorfeld des EU-Beitritts Rumäniens 2007 wurde es Sitz der neu geschaffenen "Entwicklungsregion V Vest", die der NUTS II-Stufe der territorialen EU-Verwaltungsgliederung angehört. Temeswar ist ferner Sitz eines rumänisch-orthodoxen Metropoliten, eines römisch-katholischen und eines serbisch-orthodoxen Bischofs.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Die Flagge der Stadt zeigt ein weißes oder silbernes Kreuz auf rotem Grund.
Das Wappen existiert seit der Erhebung zur königlichen Freistadt, die bis heute durch die siebenzackige Mauerkrone auf dem Wappenschild versinnbildlicht wird. Der Schild ist in drei Teile geteilt. Die untere Hälfte zeigt die Festung auf grünem Grund mit vorbeifließender Bega; links über der Festung steht die Sonne, rechts der abnehmende Mond als Symbole für die Siege der Habsburger über das Osmanische Reich. Die obere Hälfte ist vertikal geteilt: Links befanden sich bis Ende des Ersten Weltkriegs vier waagerechte silberne Balken auf rotem Grund, welche die vier Hauptflüsse des Banats symbolisierten. Seit der Zwischenkriegszeit – ausgenommen in der sozialistischen Ära – wacht dort ein goldener Löwe über der silbernen Trajansbrücke auf rotem Grund. Rechts oben befindet sich ein mit zwei Stadtflaggen geschmückter Wasserturm auf blauem Grund. Nach 1989 wurde die rechte Flagge durch das Symbol der damals in Temeswar ausgebrochenen rumänischen Revolution, die rumänische Trikolore mit Loch (dem ausgeschnittenen sozialistischen Wappen), ersetzt.
Als Brustschild zierte der habsburgische Doppeladler mit den Insignien Josephs II. das Wappen; nach dem Ersten Weltkrieg wurde es durch das schwarz-weiß geviertelte Hohenzollern-Wappen des rumänischen Königshauses ersetzt.

Gebräuchliche oder historische Beinamen

Der bis heute gebräuchliche Beiname "Klein-Wien" weist auf die enge Bindung des ab 1718 wieder aufgebauten Banater Vorortes an die Hauptstadt des Habsburgerreiches sowie auf Parallelen in der Funktion, Architektur und Lebensweise der beiden Städte hin.

Archäologische Bedeutung

Das Kerngebiet der Stadt liegt in einem Senkungsgebiet und war häufig Kriegsereignissen ausgesetzt, sodass archäologische Relikte verschüttet bzw. zerstört wurden. Lediglich im nördlichen Stadtgebiet finden sich limesartige Strukturen, die der kurzzeitigen römischen Herrschaft im Banat zugeschrieben werden.

Mittelalter

1154 wird der Ort erstmals in einer arabischen Quelle erwähnt. 1177 wird ein *comitatus Tymesiensis* genannt, was die Existenz eines Verwaltungssitzes in der später größten Siedlung der Region vermuten lässt. 1212 nennt eine Urkunde Andreas' II. ein *castrum Tymes*, dessen Lage aber unbekannt ist. 1266 wird die Stadt in einer Schenkungsurkunde Stephans

II. erwähnt; sie existiert zu dieser Zeit offenbar schon länger als "Burg", also als zentraler, befestigter Ort.

1307–1315 ließ Karl I. Robert von Anjou Temeswar von italienischen Städtebaumeistern zu einer Festung ausbauen, die ihm von 1315 bis 1323 als Königssitz diente. Mehrere Klöster wurden gegründet; der Franziskaner Pelbart von Temeswar (ca. 1435–1504) ist als Bibelkommentator und Prediger berühmt geworden.

1394 standen osmanische Truppen erstmals vor der Stadt. Bis zu ihrer Eroberung 1552 diente sie häufig als Aufmarschplatz für Feldzüge gegen die Osmanen und war ein Eckpfeiler der Türkenabwehr. Große Bedeutung erlangte Temeswar unter dem 1441 zum Grafen von Temesch ernannten Johannes Hunyadi, der 1446–1456 ungarischer Reichsverweser war. Er baute die Stadt nach einem Erdbeben 1443 wieder auf und machte sie zu seinem Hauptsitz. Nach seinem Tod während der Schlacht von Belgrad (1456) sank die Bedeutung der Stadt.

Neuzeit

1514 wurde der Bauernaufstand unter Georg Doscha (György Dózsa, Gheorghe Doja) vor den Mauern Temeswars blutig niedergeschlagen. Auf dem Richtplatz des Anführers wurde später eine Marienkapelle errichtet. Während der ab 1520 unter Süleyman dem Prächtigen wieder einsetzenden Eroberungszüge gegen Wien bildete Temeswar lange ein stabiles Bollwerk der Türkenabwehr. Während Belgrad/Beograd 1521, Mohatsch/Mohács 1526 und Ofen/Buda 1541 fielen, konnte diese Sumpffestung erst 1552 nach mehrfacher Belagerung erobert werden.

Temeswar gelangte anschließend für 164 Jahre unter osmanische Herrschaft. Gleichrangig mit Ofen und Belgrad war der Ort Hauptstadt eines Paschaliks, behielt seine zentralen Funktionen und galt den Osmanen als Sprungbrett für die Eroberung Europas: "…jene, die Buda erobern, haben eine Stadt erworben, aber die, die Temeswar erobern, haben ein Land gewonnen", besagte ein türkischer Spruch.

In den Rückeroberungskriegen nach 1683 konnten die Habsburger die osmanische Festung Temeswar, anders als Festungen wie Belgrad (1688), Nisch/Niš (1691) oder Sarajewo/Sarajevo (1697), nicht besetzen. Daher blieb sie samt ihrem Umland, dem späteren Banat, auch im Frieden von Karlowitz/Karlovci (1699) beim Osmanischen Reich. Erst Prinz Eugen gelang es im dritten Türkenkrieg, die Festung nach fast zweimonatiger Belagerung am 12. Oktober 1716 einzunehmen.

Mit dem Frieden von Passarowitz/Požarevac (1718) wurde Temeswar als Hauptstadt und zentrale Festung des neuen Kronlandes Banat direkt dem Kaiser unterstellt. Der Wiener Hof entschied, die zerstörte Stadt nach barocken Planvorstellungen neu aufzubauen und mit einer Vauban-Festung zu umgeben. Die Stadt erhielt ihre bis heute erhaltene Struktur: die Innenstadt ("Festung" genannt) mit ihrem Gitternetzgrundriss und im Abstand der Schussfeldtiefe vier Vorstädte, darunter die für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt und des ganzen Banats wichtige Vorstadt "Fabrik".

1778 musste Kaiserin Maria Theresia dem Druck der ungarischen Magnaten nachgeben und das Banat ins "Gebiet der Stephanskrone" rückgliedern. Temeswar wurde zum Komitatsvorort herabgestuft und erlangte seine vormalige administrative Bedeutung nie wieder. Im Gegenzug wurde es 1781 von Kaiser Joseph II. zur königlichen Freistadt erhoben und erhielt damit Privilegien, was der wirtschaftlichen Entwicklung bis zum Ende des Ersten Weltkriegs starken Auftrieb verlieh.



Ein typisches Wohngeschäftshaus im Sezessionsstil an der Südseite des Domplatzes (Foto: 2008) [© H. Rieser].

Im Zuge des ungarischen Aufstands gegen die Habsburger 1848/49 wurde Temeswar ein letztes Mal belagert (25.4.–9.8.1849), dann von habsburgischen Truppen unter General Haynau entsetzt. Nach der Niederschlagung des Freiheitskampfes wurden die "Serbische Woiwodschaft und das Temescher Banat" mit der Hauptstadt Temeswar aus dem Stephansreich ausgegliedert und als Kronland direkt Wien unterstellt. Bereits elf Jahre später musste der Kaiser 1860 den alten Zustand wiederherstellen und Temeswar fiel in die Rolle eines ungarischen Komitatsvorortes zurück. Obwohl politisch und administrativ weniger bedeutend, nahm Temeswar in den Gründerjahren (1868–1918) eine herausragende, nicht selten eine Vorreiterrolle bei der wirtschaftlichen, technischen und urbanen Entwicklung Österreich-Ungarns und Südosteuropas ein. Die Magyarisierungspolitik dieser Zeit hinterließ in Temeswar geringere Spuren als in anderen ungarischen Großstädten.

Zeitgeschichte

Nach dem Ersten Weltkrieg war das Banat zwischen Serbien und Rumänien umstritten. Temeswar wurde am 19.11.1918 erst von serbischen, dann am 3.8.1919 von rumänischen Truppen besetzt. Im Vertrag von Trianon (1920) wurde die Stadt zusammen mit den nordöstlichen zwei Dritteln des Banats Rumänien zugesprochen. Durch den Wechsel der Zugehörigkeit zum weniger entwickelten Rumänien, die damit verbundene Zerschneidung wirtschaftlicher Verflechtungen mit dem Westen und die Depression der frühen 1930er Jahre wurde die Entwicklung der Stadt in der Zwischenkriegszeit stark gehemmt. Erst in der Vorkriegs- und Kriegskonjunktur blühte das Wirtschaftsleben kurzfristig wieder auf.

In beiden Weltkriegen kaum von Kriegshandlungen direkt betroffen, erlebte die Stadt jeweils danach längere Stagnations-, kurzzeitig sogar Rückschrittsphasen.

Im sozialistischen Rumänien war Temeswar Hauptstadt einer Region bzw. ab 1968 eines Kreises (*Judeţ*) und eine bedeutende Industriestadt, ihre Entwicklung aber war wegen der fehlenden sozialistischen Schlüsselindustrie, der vielen Minderheiten und der Lage an der "unsicheren" Westgrenze deutlich gehemmt.

Die periphere Lage der Stadt, ihre in den Augen der Zentralmacht geringe Bedeutung und die Multiethnizität ihrer Bevölkerung sind Gründe dafür, dass die "Revolution" in Rumänien am 15.12.1989 bei der ungarischen Minderheit Temeswars in Gang kam. Sie wurde von einer multiethnischen, multilingualen Studentenschaft, die aber völlig hoffnungslos war, über die kritischen ersten Tage getragen und schließlich von der Arbeiterschaft zum Erfolg geführt.

Nach einer Depressionsphase bis Mitte der 1990er Jahre entwickelte sich die Stadt nach Bukarest/Bucureşti und Hermannstadt/Sibiu am besten in ganz Rumänien. Sprachenvielfalt und Lage ermöglichten einen intensiven Austausch mit dem "Westen", vor allem mit Italien, Ungarn und dem deutschsprachigen Raum.

Verwaltung

Das Munizipium Temeswar wird von einem gewählten Stadtrat regiert und von einem direkt gewählten Bürgermeister repräsentiert und verwaltet.

Bevölkerung

Nach der Eroberung durch die Osmanen (1552) und erneut nach der Rückeroberung durch die Habsburger (1716/18) wurde jeweils nahezu die gesamte Einwohnerschaft ausgetauscht. Nach 1716 wurde die Stadt durch die Abordnung von Militärs und Beamten sowie mittels der Anwerbung von Handwerkern und Kaufleuten wieder aufgesiedelt. Seither wuchs sie nahezu kontinuierlich. Besondere Schübe gab es durch die Zuwanderung von Arbeitskräften in der "Gründerzeit" zwischen 1880 und 1910 (Anstieg der Einwohnerzahl von 33.000 auf 72.000) und durch die sozialistische Industrialisierung zwischen 1948 und 1992 (von 112.000 auf 330.000 Einwohner). Kurze Stagnationsphasen erlebte diese Entwicklung in der 1873er-Krise, während der beiden Weltkriege und in den 1990er Jahren.

2011 wurden in Temeswar 301.761 Einwohner gezählt. Damit ist es nach Bukarest/Bucureşti und Klausenburg/Cluj-Napoca die drittgrößte Stadt Rumäniens.

Ethnische Gruppen

Nach der Rückeroberung 1716/18 wurde Temeswar aus militärischen und merkantilistischen Gründen schnell wiederbesiedelt. Zum einen nahmen Stadt und Umland den Flüchtlingsstrom meist orthodoxer Christen aus dem Osmanischen Reich auf, vorwiegend Serben, aber auch Rumänen und Bulgaren. Zum anderen war der Zuzug oder die Abordnung von Personen aus dem gesamten Habsburger Machtbereich wichtig, hauptsächlich Deutsche, aber auch Ungarn und in geringerer Zahl Tschechen, Slowaken und Franzosen. Benötigte Spezialisten wurden aus ganz Europa angeworben, z. B. Italiener (Seidenraupenzucht, Reisanbau) oder Holländer (Wasserbau). Temeswar ist seit dieser Zeit eine von vielen ethnischen Gruppen geprägte Stadt, von denen aber bis in die 1960er Jahre keine eine absolute Dominanz ausübte. Anfangs sollten innerhalb der Festung nur deutsche Katholiken angesiedelt werden, was aber nie eingehalten wurde. Die Namen der Vorstädte zeigen, welche Gruppe überwog: "deutsche Maierhöfe", später Josephstadt, und "rumänische Maierhöfe", später Elisabethstadt. Die Fabrikstadt mit ihren Manufakturen, später vielen Industriebetrieben, zog Arbeitskräfte aus allen Gruppen an und war daher stets am stärksten ethnisch durchmischt.

Neben mehr als fünfzehn kleineren prägen seit 1718 vier große Minderheiten die Bevölkerung der Stadt. Im 18. Jahrhundert spielten die Serben eine größere Rolle, im 19. Jahrhundert sank ihr Anteil aber von gut 10 % auf etwa 3 % ab. Seit der Zwischenkriegszeit stellen sie gut 2 % der Bevölkerung. Ab Mitte des 19. Jahrhunderts stieg der Anteil der Ungarn

bis zum Ersten Weltkrieg von 11 % auf 40 % an und nimmt seither kontinuierlich ab. Der Anteil der Rumänen, die bis in die 1850er Jahre die zweitstärkste Gruppe gebildet hatten, ging nach 1867 bis zum Ersten Weltkrieg von 18 % auf unter 10 % zurück; in der Zwischenkriegszeit stellten sie rund ein Viertel der Temeswarer Bevölkerung und nach dem Zweiten Weltkrieg gut die Hälfte.

Die deutschen Einwohner Temeswars bildeten von 1716 bis zum Ersten Weltkrieg die wirtschaftlich, gesellschaftlich und meist auch politisch einflussreichste Gruppe. Zahlenmäßig lag ihr Anteil im 18. Jahrhundert sowie zwischen 1880 und 1900 bei leicht über 50 % und sank in der Zwischenkriegszeit auf 30 % ab. Obwohl die Deutschen aus Rumänien nicht vertrieben wurden, verringerte sich ihre Zahl nach dem Zweiten Weltkrieg durch Kriegsereignisse, Flucht und Deportation in die Sowjetunion auf fast die Hälfte. Insbesondere nach 1977 siedelten viele von ihnen in die Bundesrepublik aus. Nach der Grenzöffnung 1990 kam es zu einem Exodus, sodass 1992 nur noch 3,9 % der Temeswarer Bevölkerung Deutsche waren. Seither sinkt ihr Anteil kontinuierlich.

Tabelle 1: Anteil der vier großen ethnischen Gruppen an der Gesamtbevölkerung Temeswars[1]

Jahr	Gesamt	Rumänen		Deutsche		Ungarn		"Jugoslawen"*	
		absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
1854	20.560	3.807	18,52	8.775	42,68	2.346	11,41	1.770	8,61
1880	33.694	3.403	10,10	19.071	56,60	7.780	23,09	1.752	5,20
1890	39.884	3.613	9,06	22.301	55,91	10.657	26,72	1.545	3,87
1900	53.033	3.440	6,49	25.673	48,41	17.864	33,68	1.423	2,68
1910	72.555	7.566	10,43	31.644	43,90	28.552	39,35	3.482	4,80
1930	102.390	25.207	24,62	33.162	32,39	31.773	31,03	2.237	2,18
1956	142.257	75.855	53,32	24.326	17,10	29.968	21,07	3.065	2,15
1966	174.243	109.100	62,61	25.058	14,38	31.016	17,80	4.188	2,40
1977	269.353	191.742	71,19	28.429	10,55	36.724	13,63	7.069	2,62
1992	334.115	274.511	82,16	13.206	3,95	31.785	9,51	7.841	2,35
2002	317.660	271.677	85,52	7.157	2,25	24.287	7,65	6.311	1,98

* Serben, Kroaten, Slowenen (1992 werden die Slowenen unter "andere Nationalitäten" geführt)

Tabelle 2: Entwicklung der Nationalitäten in Temeswar[2]

Jahr	1930	1956	1966	1977	1992
Gesamtbevölkerung	102.390	142.257	174.243	269.353	334.115
Rumänen	25.207	75.855	109.100	191.742	274.511
Ungarn	31.773	29.968	31.016	36.724	31.785
Deutsche	33.162	24.326	25.058	28.429	13.206
Roma/Zigeuner	379	122	120	1.109	2.668
Ukrainer	63	56	71	299	756
"Jugoslawen" *	2.237	3.065	4.188	7.069	7.841
Russen	717	135	174	163	90
Juden	7.264	6.700	2.590	1.629	549
Tataren	2	6	3	5	4
Slowaken	652	575	490	404	675
Türken	67	15	28	27	27
Bulgaren	279	280	475	942	1.314
Tschechen		649	516	481	227
Griechen	8	34	43	35	48
Polen	105	181	149	123	84
Armenier	11	42	54	42	37
andere Ethnien	202	177	137	125	267
nicht deklariert	262	71	31	5	26

* Serben, Kroaten, Slowenen (1992 werden die Slowenen unter "andere Nationalitäten" geführt)

Wirtschaft

Die Wirtschaft der Stadt profitiert bis heute von einem landwirtschaftlich außerordentlich ertragreichen Umland und von der Nähe des Banater Berglands mit seinen Bodenschätzen, Rohstoffen und Halbfertigprodukten. Parallel zum Aufbau der Festung wurde östlich die "Fabrikstadt" mit modernsten Manufakturen errichtet. Aus ihnen und aus größeren Handwerksbetrieben entwickelten sich im Laufe des 19. Jahrhunderts Industriebetriebe, die teilweise bis heute Bestand haben. Nahrungsmittel-, Textil- (darunter Seide) und Lederproduktion waren bis zum Zweiten Weltkrieg die wichtigsten Branchen. Es folgten Metallverarbeitung und der bis heute bedeutende chemische Sektor. Der Maschinenbau gewann in den letzten 150 Jahren an Gewicht, wobei sich die Stadt sehr früh auf die Elektroindustrie spezialisierte. Der Handel spielte von Beginn an eine tragende Rolle, insbesondere der Umschlag landwirtschaftlicher Güter aus dem Umland. Der Fernhandel stagnierte während der wiederholten Kriege, verstetigte sich im Laufe des 18. Jahrhunderts und erhielt durch den Bau des Begakanals (1776) einen starken Auftrieb. Nach der Erschließung des Banats durch Eisenbahnen (1857) verlagerte sich der Handel mit Nahrungsmitteln auf die großen Dörfer des Umlandes. Heute ist Temeswar ein Handelszentrum mit internationalen Beziehungen. 1846 wurde in Temeswar die erste Sparkasse und 1850 die Industrie- und Handelskammer gegründet, die mit einer Unterbrechung (1949–1990) bis heute besteht.

Am 8. Juli 1869 ging in Temeswar eine Pferdestraßenbahn in Betrieb – die fünfte weltweit –, die 1899 elektrifiziert wurde. Der Strom dafür wurde ab 1903 in einem Wasserkraftwerk am Begakanal erzeugt. Am 12. November 1884 brannte hier die erste elektrische Straßenbeleuchtung Europas. In kommunistischer Zeit besaß Temeswar neben Bukarest den einzigen internationalen Flughafen Rumäniens. Dieser entwickelte sich nach 1990 schnell zu einem Drehkreuz im ostmitteleuropäischen Flugverkehr.

Religions- und Kirchengeschichte

Die religiöse Zusammensetzung der Bevölkerung spiegelt ihre ethnische Vielfalt. Die größten Gemeinden waren um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert: die römisch-katholische (1840: 51 %; 1880: 65 %; 1920: 67 % der Bevölkerung), die orthodoxe (1840: 40 %; 1880: 14,5 %; 1910: 15 %) und die mosaische (1840: 6 %; 1880: 12 %; 1910: 9 %).[3] 1655 – noch in osmanischer Zeit – wird der Sitz eines orthodoxen Metropoliten erwähnt. Die Kathedralkirche des heutigen rumänisch-orthodoxen Erzbistums befindet sich auf der Lloydzeile. In der Innenstadt steht seit dem frühen 18. Jahrhundert auch der Dom des serbisch-orthodoxen Bischofs.

1730 wurde das seit 1030 bestehende römisch-katholische Bistum Tschanad/Cenad mit Sitz in Temeswar neu gegründet. Im 18. Jahrhundert wurden der Dom und ein Bischofspalais errichtet. Die römisch-katholische Gemeinde der Stadt ist heute die ethnisch am stärksten differenzierte; ihr gehören u. a. Ungarn, Deutsche, Bulgaren, Slowaken und Italiener an. Reformierte Gläubige sind vorwiegend Ungarn, evangelische (A. B.) vorwiegend Deutsche. Eine jüdische Gemeinde war seit 1718 in der Stadt vertreten und errichtete zwei größere Synagogen. Nach 1989 traten in Temeswar einige evangelikale Kirchen und Bewegungen (Baptisten, Pfingstler etc.) mit effektiver Werbung auf.

Besondere kulturelle Institutionen

Erste Aufführungen im Theater der Stadt sind ab 1753 nachgewiesen. Ab 1767 gab es im "Raizischen Rathaus", dem heutigen Lenaulyzeum, einen festen Theatersaal. Nach einem Brand dieses Theaters wurde 1873–1875 der heutige Theaterbau am ehemaligen Peterwardeiner Tor errichtet – als einer der ersten des später berühmten Wiener Ateliers Fellner & Helmer. Nach einem Brand in den 1920er Jahren mit einer Neo-Brâncoveanu-Fassade versehen, wird es heute von der rumänischen Oper, dem rumänischen Nationaltheater, einem ungarischen und einem deutschen Staatstheater bespielt.

1871 wurde das Banater Museum gegründet; sein Hauptsitz ist das im 19. Jahrhundert für diesen Zweck umgebaute mittelalterliche Hunyadi-Kastell.

Bildung und Wissenschaft

Im Mittelalter bestanden Klosterschulen wie jene der Franziskaner, die 1717 neu aufgebaut wurde; 1725 richteten die Jesuiten eine Lateinschule ein, ab 1770 folgten auch staatliche Schulen. 1775 hatte jeder Temeswarer Stadtteil Schulen, an denen in deutscher Sprache unterrichtet wurde. Ab 1756 gab es auch Schulen mit serbischer, später solche mit rumänischer Unterrichtssprache. 1776 wurde die "Temeswarer Normalschule" als Lehrerbildungsanstalt gegründet. Im 19. Jahrhundert wurden weitere höhere Schulen eröffnet, 1870 das Lenau-Realgymnasium und 1897 ein erstes Vollgymnasium. Schulunterricht aller Stufen wurde durchgehend bis heute in den Sprachen der großen ethnischen Gruppen der Stadt angeboten. Im deutschen Lenaulyzeum sind gegenwärtig nur noch rund 5 % der Schüler deutscher Herkunft, 95 % sind Rumänen, Ungarn oder andere.



Ostfront der Loydzeile mit der rumänisch-orthodoxen Kathedrale am südlichen Ende. Im Vordergrund das Loyd-Palais, ehemals Börse, heute Sitz der Politechnica (Foto: 2009) [© H. Rieser].

1920 wurde eine Technische Hochschule (Polytechnikum) gegründet. Nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden aus Vorläuferinstitutionen eine medizinische und eine landwirtschaftliche Universität. Aus einem pädagogischen Institut entwickelte sich 1962 die stark geisteswissenschaftlich ausgerichtete West-Universität (*Universitatea de Vest*). Alle vier Hochschulen bestehen bis heute, zudem haben sich nach 1990 einige private Universitäten etabliert.

Alltagskultur

Bis heute ist der Alltag der Menschen in Temeswar durch die außerordentliche sprachliche, ethnische und religiöse Vielfalt mit vielfältigen kulturellen Interferenzen beeinflusst. Alteingesessene Temeswarer sprechen meist drei (Rumänisch, Deutsch, Ungarisch), oft vier (Serbisch) Sprachen und verwenden diese im Alltag. Das Temeswarer Deutsch zeigt deutliche Wiener Einflüsse.

Architektur



Serbisch-orthodoxe Christi-Himmelfahrts-Kathedrale mit dazugehörigem Bischofspalais an der Westseite des Domplatzes in Temeswar (Foto: 2008) [© H. Rieser].

Die Innenstadt weist einen klassischen barocken Gitternetzgrundriss auf und ist wie die älteren Stadtteile von barocken, z. T. neobarocken Gebäuden geprägt. Der römisch-katholische und der serbisch-orthodoxe Dom am Domplatz sind herausragende kirchliche, der Gouverneurspalast, das Alte Rathaus und das Mercy-Haus bedeutende profane Gebäude dieser Stilepoche. In der Gründerzeit wurden mehrere Gebäude im Sezessionsstil errichtet, etwa an der Lloydzeile. Zwei Wassertürme und das im Jugendstil gebaute Wasserkraftwerk sind als typische Funktionsbauten dieser Zeit hervorzuheben. Im Bauhausstil entstanden in der Zwischenkriegszeit einzelne Gebäude auf dem nach und nach bebauten Glacis. Zudem stammen die beiden Endpunkte der heutigen Zentralstraße der Stadt, der *Piaţa Victoriei* (dt. Lloydzeile oder Korso), aus dieser Zeit: die Theaterfassade (1920er Jahre) und die rumänisch-orthodoxe Kathedrale (1936–1948) im sog. Brâncoveanu-Stil.

Theater und Musik

Wie in allen wichtigen Städten des Habsburgerreichs wurde das Theater- und Musikleben Temeswars stark vom Wiener Kunstbetrieb beeinflusst und von den von dort abgeordneten Beamten und Militärs sowie der deutschsprachigen Bürgerschaft getragen. 1858 wurde der Temeswarer Musikverein gegründet, 1871 die Banater Philharmonie. Schnell folgten Chorgründungen bei allen ethnischen Gruppen und in den Stadtteilen.

Druckwesen

Die erste Druckerei in Temeswar wurde 1771 von Matthias Heimerl gegründet, der im gleichen Jahr auch die erste Zeitung des Banats herausgab, die *Temeswarer Nachrichten*. Danach gab es eine rege, sich schnell ändernde Presselandschaft in den vier Hauptsprachen, aber auch in den Sprachen der kleineren Minderheiten (z. B. der Bulgaren). Zum Teil gab es zwei- und dreisprachige Organe und sogar in der sozialistischen Zeit wurden Zeitungen und Zeitschriften zumindest in den vier Sprachen gedruckt.

Gedächtnis- und Erinnerungskultur

Temeswar bewirbt sich für das Jahr 2020 um den Titel einer Europäischen Kulturhauptstadt.

4. Diskurse/Kontroversen

Gelegentlich scheint der rumänisch-ungarische Konflikt auf, aber die Stadt eignet sich wegen des stets kleinen ungarischen und des historisch ebenfalls kleinen rumänischen Bevölkerungsanteils nicht für dessen Austragung - im Gegensatz zu den oft "bipolaren" Städten Siebenbürgens.

Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es in der Gruppe der Banater Schwaben einen Zwist um den deutschen Namen. Die stärker national bis teilweise nationalsozialistisch geprägten Eliten, die während des Krieges und in der Nachkriegszeit im "Reich"[4] eine Rolle gespielt hatten, wollten den "deutschen" Namen Temeschburg durchsetzen, der in der Bundesrepublik Deutschland lange als offizieller Name beispielsweise bei der Geburtsortnennung in Ausweisen verwendet wurde. Wer den Namen Temeswar benutzte, wurde von dieser Gruppe nicht selten als "Madjarone", also als Ungarnfreund, geschmäht, während andere Kreise einem Nationalismus vorwarfen, weil man nicht das offizielle rumänische "Timişoara" verwandte. Heute hat sich der von den in Rumänien lebenden Banatern gebrauchte Name Temeswar durchgesetzt, der auch auf habsburgischen Karten oder in Schillers Wallenstein-Trilogie verwendet wird.

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Ernő Deák: Königliche Freistädte - Munizipalstädte. Das Städtewesen der Länder der ungarischen Krone (1780–1918). Teil 2/1: Ausgewählte Materialien zum Städtewesen A. Wien 1989 (Österreichische Akademie der Wissenschaften. Veröffentlichungen der Kommission für Wirtschafts-, Sozial- und Städtegeschichte 4), S. 311-317.
- Ioan Munteanu, Rodica Munteanu: Timişoara [Temeswar]. Timişoara 2002.
- Mihai Opriş: Timişoara. Mică monografie urbanistică [Temeswar. Kleine urbanistische Monographie]. Bucureşti 1987.
- Hans-Heinrich Rieser: Temeswar. Geographische Beschreibung der Banater Hauptstadt. Sigmaringen 1992 (Schriftenreihe des Instituts für Donauschwäbische Geschichte und Landeskunde 1).
- Hans-Heinrich Rieser: Temeswar – die multiethnische Hauptstadt des Banates. In: Frauke Kraas, Jörg Stadelbauer (Hg.): Nationalitäten und Minderheiten in Mittel- und Osteuropa. Wien 2002 (Ethnos 60), S. 100-117.
- Consiliul Popular al Municipiului Timişoara (Hg.), Ştefan Pascu (Red.): Timişoara 700. Pagini din trecut şi de azi [700 Jahre Temeswar. Seiten aus der Vergangenheit und Gegenwart]. Timişoara 1969.
- Martin Eichler, Dan Leopold Ciobotaru, Martin Rill: Temeswar/Timişoara. Eine Perle des Banats. München 2010.

Weblinks

- http://www.primariatm.ro/index.php (Stadtverwaltung Temeswar)

Anmerkungen

[1] Quelle: bis 1910 aus Rieser: Temeswar. Geographische Beschreibung, S. 86; ab 1930 nach Daten der Volkszählung 1992 errechnet; 2002: Mitteilung der Stadtverwaltung Temeswar.

[2] Quelle: Nach Daten der Volkszählung 1992 errechnet.

[3] Deák: Königliche Freistädte, S. 314.

[4] Im Banat und in Siebenbürgen sprach man auch lange nach dem Zweiten Weltkrieg noch vom "Reich", wenn man das deutsche Binnenland, vorzugsweise die Bundesrepublik Deutschland meinte.

Zitation

Hans-Heinrich Rieser: Temeswar/Timişoara. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2013. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54429.html (Stand 04.03.2013).

Temesvár → Temeswar/Timişoara

Siehe Temeswar/Timişoara

Tepl/Teplá

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Tepl

Amtliche Bezeichnung

tschech. Teplá

2. Geografie

Lage

Stadt und Stift Tepl liegen ca. 15 km östlich von Marienbad/Mariánské Lázně auf 49° 58′ nördlicher Breite, 12° 53′ östlicher Länge.

Region

Böhmen

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Tschechische Republik. Tepl gehört zur Region Karlsbad (*Karlovarský kraj*) im Bezirk Eger (*Okres Cheb*).

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Das Stadtwappen trägt in Anlehnung an das Wappen der Herren von Wrtba/z Vrtby auf gelbem Grund drei schwarze Hirschgeweihe im Bild. Diese gehen auf das böhmische Adelsgeschlecht der Hroznatovci mit dem Stiftsgründer Hroznata von Ovenec (ca. 1160–1217) als Urahn zurück.

Mittelalter

Der Zuzug deutschsprachiger Siedler in die im 12. und 13. Jahrhundert überwiegend slawisch geprägte Region um Tepl erfolgte im Laufe des 15. Jahrhunderts. In der Mitte des 17. Jahrhunderts – nach dem Ende des Dreißigjährigen Krieges – war das Gebiet überwiegend deutschsprachig. Das Stift und der etwa 2 km entfernte Ort Tepl wurden im späten 12. Jahrhundert (vermutlich 1193) im Zusammenhang mit der Gründung des Prämonstratenserklosters Tepl durch Hroznata von Ovenec erstmals urkundlich erwähnt. Die Stiftskirche wurde 1232 von dem Prager Bischof Johann von Draschitz/z Dražice unter König Wenzel I. geweiht. Die Tepler Äbte waren, beginnend mit Sigismund Hausmann (1448–1506), vom späten 15. Jahrhundert bis nach dem Zweiten Weltkrieg deutschsprachig.



Prämonstratenserkloster Tepl/Teplá. Ansicht von Nordwesten [Foto: M. Bogade].

Neuzeit

1422 brannte das Stift während der Hussitenkriege nieder. Im Dreißigjährigen Krieg wurde es 1643 von den Schweden geplündert. Nach einem Brand 1659 wurde die Stiftskirche, ebenso wie das gesamte Stift, vor allem unter Abt Raimund II. Wilfert (1688–1724) Ende des 17. und zu Beginn des 18. Jahrhunderts umfassend um- und ausgebaut. Die in weiten Teilen heute noch dominierende barocke Ausstattung der Kirche geht auf das Abbatiat des Hieronymus Ambros (1741–1767) zurück. Tepl blieb von der josephinischen Aufhebung der Klöster im Jahre 1781 verschont. Der Tepler Abt Karl Prokop Reitenberger (1813–1827) gründete im frühen 19. Jahrhundert Marienbad, das 1818 als Kurort anerkannt wurde.

Zeitgeschichte

Die Klosteranlage wurde nach dem Zweiten Weltkrieg als Militärkaserne genutzt und stand nach 1978 leer. Nach der "Samtenen Revolution" von 1989 wurde das Stift wieder den Prämonstratensern übergeben; ab 1991 wurde es wiederbesiedelt und wurden Restaurierungsarbeiten an dem zum Teil immens in Mitleidenschaft gezogenen Gebäude eingeleitet. Seit 2008 ist das Stift Nationales Kulturdenkmal (*Národní kulturní památka*) der Tschechischen Republik.

Bevölkerung

1900: 3.000 (nur Deutsche); 1930: 2.474 (82 Tschechen); 1950: 1.080; 1991: 2.924; 2013: 3.052.[1]

Kunstgeschichte

Das Zentrum der Klosteranlage bildet die Klosterkirche Mariä Verkündigung, eine spätromanische, dreischiffige Hallenkirche aus dem späten 12. und frühen 13. Jahrhundert (geweiht 1232). Die Anlage wurde unter Abt Raimund II. Wilfert Ende des 17. Jahrhunderts barockisiert. Die ursprüngliche Form der Halle mit Kirchenschiff, einem östlichen Querhaus mit drei Apsiden, deren mittlere im 14. Jahrhundert gotisiert wurde, ist auch nach der Barockisierung noch erkennbar. Die Kirche besitzt eine Westfassade in spätromanischen bzw. frühgotischen Formen mit einem im späten 19. Jahrhundert eingebauten Portal. Die Türme erhielten nach Plänen des Baumeisters Christoph Dientzenhofer (1655–1722) ihren Abschluss; auf ihn gehen das zweigeschossige Konventsgebäude und die mit ihrer reich gestalteten Giebelseite aus der westlichen Gebäudeflucht hervortretende Prälatur auf der Südseite der Kirche zurück.



Supraporta am Tordurchgang [Foto: M. Bogade].

Die barocke Ausstattung der Stiftskirche entstand vor allem unter Abt Hieronymus Ambros. Der Egerländer Maler Elias Dollhopf (1703–1773) freskierte den Bau unter anderem mit einem Zyklus von Szenen aus dem Leben des sel. Hroznata im Querschiff. Der in Prag/Praha geborene Bildhauer Ignatz Franz Platzer (1717–1787) schuf 1750/59, zusammen mit dem Prager Hofsteinmetzen Josef Lautermann, den Hochaltar, den Kreuzaltar, den Altar der heiligen Johannes und Paul sowie verschiedene Kleinplastiken auf den Seitenaltären. An der Nordseite des Bauensembles entstanden 1902–1910 nach dem Entwurf von Josef Schaffer in formaler Anlehnung an die Prälatur die Bibliothek (mit einem Bestand von ca. 100.000 Bänden, darunter mittelalterliche Handschriften und Inkunabeln) und das Museum.

Das geografische und kunsthistorische Zentrum der Stadt Tepl bilden die sog. Dekanalkirche (heutiger Bau 1762–1765) und die barocke Dreifaltigkeitssäule von Wolfgang Braunbock aus dem Jahre 1721.

Religions- und Kultgeschichte



Sel. Hroznata, flankiert von zwei Engeln. Skulpturengruppe am Hauptportal der Prälatur aus der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts [Foto: M. Bogade].

Der sel. Hroznata stiftete Ende des 12. Jahrhunderts der Legende nach das Prämonstratenserkloster Tepl (besiedelt von der Abtei Strahov bei Prag) und das etwa 20 km südwestlich von Pilsen/Plzeň gelegene Prämonstratenserinnenkloster Chotieschau/Chotěšov. Die in ihrer Intensität oszillierende lokale Verehrung des sel. Hroznata in Tepl und Chotieschau, dessen Kult 1887/98 bestätigt wurde, war, wie Petr Kubín belegt, vom Mittelalter bis in die Neuzeit unabhängig von der nationalen Zugehörigkeit der Gläubigen. Hroznatas Ge-

beine befanden sich bis 1898 im Mittelschiff vor dem Hochaltar der Kirche und wurden anlässlich seiner Kultbestätigung in einem Reliquienschrein in das nördliche Seitenschiff transloziert.

Literaturgeschichte

Johannes von Tepl (Jan ze Teplé, auch Johannes von Saaz/Jan ze Žatce, Johannes von Schüttwa/Jan ze Šitboře, ca. 1350–1414) verfasste um 1400 die Prosadichtung *Der Ackermann aus Böhmen*, die 1460 erstmals verlegt wurde.

Gedächtnis- und Erinnerungskultur

Die hessische Stadt Butzbach übernahm 1954 die Patenschaft für die Heimatvertriebenen aus Tepl. Der Heimatkreis Tepl-Petschau e. V., der 1967 eine Dokumentation über das Tepler Land herausgegeben hat,[2] unterhält seit den 1950er Jahren die Heimatstube Tepler Hochland in Butzbach (vgl. http://www.bkge.de/heimatsammlungen/50931.html).

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Petr Kubín: Blahoslavený Hroznata. Kritický životopis [Der sel. Hroznata. Ein kritischer Lebenslauf]. Praha 2000.
- Peter Hilsch: Tepl. In: Joachim Bahlcke, Winfried Eberhard, Miloslav Polívka (Hg.): Handbuch der historischen Stätten: Böhmen und Mähren. Stuttgart 1998, S. 603-604 (u. a. mit tschechischsprachiger Bibliografie).
- P. Vlček, P. Sommer, D. Foltýn: Encyklopedie českých klášterů [Enzyklopädie der böhmischen Klöster]. Praha 1998, S. 665-670.
- Basil Grassl: Geschichte und Beschreibung des Stifts Tepl. Pilsen 1910.

Weblinks

- http://www.klastertepla.cz (zweisprachige Homepage des Klosters)
- http://www.tepla.cz (Homepage der Stadt Tepl/Teplá)

Anmerkungen

[1] Vgl. Hilsch: Tepl, S. 604 und http://www.czso.cz/csu/2013edicniplan.nsf/engt/50002DF52B/$File/13011303.pdf: Počet obyvatel v obcích České republiky k 1. 1. 2013 [Die Volkszählung in den Kommunen der Tschechischen Republik zum 1. Januar 2013] (Zugriff 11.03.2014).

[2] Josef Schmutzer, Otto Zerlik (Hg.): Das Tepler Land. Die große Dokumentation des Heimatkreises Tepl-Petschau im sudetendeutschen Bäderdreieck. Was die Stiftstürme erzählen. Heimat der Chorherren und Musiker. Zur Erinnerung, Erbauung und steten Mahnung. Geisenfeld 1967.

Zitation

Marco Bogade: Tepl/Teplá. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54430.html (Stand 11.03.2014).

Teplá → Tepl/Teplá

Siehe Tepl/Teplá

Teplitz-Schönau/Teplice-Šanov (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Teschen/Cieszyn/Český Těšín

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Teschen

Amtliche Bezeichnung

poln. Cieszyn; tschech. Český Těšín

Anderssprachige Bezeichnungen

poln.-schles. Ćeszyn, Czeski Ćeszyn; lat. Tessin

Etymologie

Der Legende nach gründeten die drei Fürstenbrüder Bolek, Lešek und Těšek (tschech.) beziehungsweise Bolko, Leszko und Cieszko (poln.) die Stadt im Jahr 810 aus Freude über ihr unverhofftes Treffen am heute sogenannten Dreibrüderbrunnen. Těšín/Cieszyn hieße demnach „Freudenort“ oder „Freudenstadt“ vom tschechischen *tešit se* beziehungsweise polnischen *cieszyć się* (= sich freuen). Der Name könnte auch von einem der Gründer Těšek/Cieszko oder vom polnischen Verb *ciesać* (= hauen, roden) abgeleitet worden sein.

2. Geographie



Blick vom Piastenturm auf die entlang der Olsa geteilte Stadt. Links das polnische Cieszyn und rechts das tschechische Český Těšín. [Foto: Kai Witzlack-Makarevich].

Lage

Die Doppelstadt liegt im Osten der Tschechischen Republik beziehungsweise im Süden der Republik Polen auf 49º 45' nördlicher Breite, 18º 38' östlicher Länge, etwa 250-380 m ü. NHN, ca. 40 km von der slowakischen Grenze entfernt.

Topographie



Grenze im Stadtzentrum auf der Brücke der Freundschaft. Blick von Polen nach Tschechien. Im Hintergrund der orginalgetreue Nachbau des Kaffeehauses Avion. [Foto: Kai Witzlack-Makarevich].

Teschen befindet sich im westlichen Teil des Schlesischen Vorgebirges (poln. *Pogórze Śląskie*, tschech. *Podbeskydská pahorkatina*), eines Ausläufers der Westbeskiden (poln. *Pogórze Zachodniobeskidzkie*, tschech. *Západobeskydské podhůří*), und erstreckt sich beiderseits des Flusses Olsa (poln. *Olza*, tschech. *Olše*). Der Fluss bildet heute die Grenze zwischen Polen und Tschechien. Der Grenzübertritt ist im Stadtzentrum über zwei Brücken möglich.

Region

Schlesien, Teschener Schlesien

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Polen: Woiwodschaft Schlesien (*Województwo śląskie*), Kreis Teschen (*Powiat cieszyński*). Tschechien: Region Mähren-Schlesien (*Moravskoslezský kraj*), Bezirk Karwin (*Okres Karviná*).

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik



Das Wappen des polnischen Cieszyn.

Die Stadtwappen von Cieszyn und Český Těšín gehen auf das 14. Jahrhundert zurück und sind bis heute im Wesentlichen identisch. Sie zeigen im blauen Schild über der Olsa eine weiße Burg mit zwei spitzbedachten Zinnentürmen zur Seite, zwischen ihnen ein Tor mit halboffenem Gitter. Dies symbolisiert die Verteidigungsbereitschaft der Stadt bei gleichzeitiger Offenheit. Über allem schwebt der Adler des Herzogtums Teschen mit ausgestreckten Flügeln. Im Wappen Cieszyns trägt der Adler eine Krone.

Mittelalter

Die erste urkundliche Erwähnung der Stadt erfolgte 1155 als *Tescin* in einer Bulle des Papstes Hadrian IV. (gest. 1159). Um 1220 erhielt Teschen das Löwenberger Stadtrecht und ist damit eine der ältesten polnischen Städte. 1290 wurde Teschen unter Mesko I. (geb. zwischen 1252 und 1256, gest. vor 1315) Residenzstadt des gleichnamigen Herzogtums. Mesko begründete damit die Linie der Teschener Piasten.

(siehe auch „Teschener Schlesien“)

Neuzeit

Im 17. und 18. Jahrhundert brachten der Dreißigjährige Krieg, Einfälle von Schweden und Tataren, Glaubenskämpfe und der preußisch-österreichische Krieg große Verheerungen mit sich (siehe auch „Teschener Schlesien“). 1779 besiegelten Preußen und Österreich in der Stadt den "Frieden von Teschen", mit dem der Bayerische Erbfolgekrieg (1778-1779) beendet wurde.

Zeitgeschichte



Die historische Altstadt (hier die ulica Głęboka) befindet sich im polnischen Cieszyn. [Foto: Kai Witzlack-Makarevich].



Um den Bahnhof entstand nach 1920 die tschechoslowakische Stadt Český Těšín. [Foto: Kai Witzlack-Makarevich].

Seit der Teilung der Stadt 1920 entlang der Olsa verläuft die Grenze zwischen Polen und Tschechien (bis 1992 Tschechoslowakei) mitten durch die Stadt (siehe auch „Teschener Schlesien“). Polen fiel die Altstadt mit dem Marktplatz sowie fast allen Verwaltungsgebäuden und historischen Wahrzeichen zu, die Tschechoslowakei erhielt die links der Olsa gelegene Neustadt (Teschen-West/Sachsenberg) um den logistisch wichtigen Bahnhof. 1938 nutzte Polen die Schwäche Prags in der Sudetenkrise zur Revision der Grenzziehung. Am 2. Oktober rückten polnische Truppen nach Český Těšín ein, über das eine „Sturzflut von Polonisierungsmaßnahmen“ niederging.[1] Während des Zweiten Weltkriegs wurde die Stadt ins Deutsche Reich eingegliedert (Kreis Teschen). Nach Kriegsende hatte die Grenzziehung von 1920 wieder Gültigkeit.

Bevölkerung und Gesellschaft

Verlässliche Angaben zur Bevölkerungszahl liegen erst für das Jahr 1880 vor, als diese nach österreichischen Zählungen knapp 13.000 Personen betrug, davon nach Konfession

71 % Katholiken, 21 % Evangelische und 8 % Juden beziehungsweise nach Nationalität 50 % Deutsche, 36 % Polen und 14 % Tschechen. Bis 1910 wuchs die Einwohnerzahl auf rund 22.500 an, wobei sich der Anteil der Deutschen um 10 % erhöhte.[2] Nach der Teilung setzte zunächst eine Abwanderungsbewegung der deutschen Bevölkerung aus der polnischen Stadthälfte ein. Der Anteil der Deutschen sank auch, weil sich in der polnischen Volkszählung von 1921 viele Schlesier und Juden erstmals als solche bekennen konnten und nicht mehr den Deutschen zugerechnet wurden, womit die Polen plötzlich die Bevölkerungsmehrheit stellten (60 % gegenüber 31 % Deutschen). Auch in Český Těšín war man bemüht, den Anteil der Tschechen über den tatsächlichen Zuzug statistisch hochzurechnen. Ihr Anteil stieg von (1910) 2,5 % (im damaligen Teschen-West, aus dem Český Těšín hervorgehen sollte) auf (1930) 45 % (Deutsche 1910: 64 %, 1930: 34 %).[3] Die Schlesier konstituierten sich 1908 im „Bund der Schlesier“ als ethnische Gruppe. In Český Těšín war der Schlesier Józef Kożdoń (1873-1949), Schlesische Volkspartei, seit 1923 Bürgermeister, bis er 1938 wegen seiner dezidiert antipolnischen Haltung von der neuen polnischen Verwaltung aus der Stadt ausgewiesen wurde. Die statistischen Manipulationen wiederholten sich 1939 mit umgekehrten Vorzeichen: In der nun zum Deutschen Reich gehörenden Stadt waren 60 % der rund 26.500 Einwohner Deutsche (Polen 32 %, Tschechen 1 %),[4] 1943 sogar fast 90 %.[5] Am 3. Mai 1945 wurde Teschen ohne Gegenwehr von der Roten Armee eingenommen, weshalb der Stadt Zerstörungen erspart blieben. Die während des Krieges nach Teschen gekommenen Reichsdeutschen und ein Teil der eingesessenen deutschen Bevölkerung waren zu diesem Zeitpunkt bereits geflohen. Die verbleibenden Deutschen wurden anschließend ausgewiesen, viele von ihnen erst nach jahrelanger Gefangenschaft. Heute hat Cieszyn etwa 35.000 und Český Těšín rund 25.000 Einwohner. In beiden Städten ist die Bevölkerungszahl zurzeit leicht rückläufig.[6] Český Těšín ist mit etwa 5.000 dort lebenden ethnischen Polen bis heute ein wichtiges Zentrum der polnischen Minderheit in Tschechien.[7]

Wirtschaft und Verkehr

Zu einer Anbindung der Stadt an die Kaiserstraße von Wien nach Lemberg/L’viv/Lwów kam es 1775. Der Anschluss an das Eisenbahnnetz erfolgte 1869 im Zuge des Baus der Linie Oderberg/Bohumín–Kaschau/Košice. Die seit 1911 zwischen Bahnhof (heute im tschechischen Teil) über die Olsa und den Hauptmarkt zur Bielitzer Straße (heute im polnischen Teil) verkehrende Straßenbahnlinie stellte ihren Betrieb 1921 ein. Sie war das letzte und kleinste (11 Stationen) Verkehrsprojekt dieser Art, das in der Habsburgermonarchie verwirklicht wurde. Die Netze des öffentlichen Nahverkehrs beider Teilstädte wurden bis heute nicht wieder miteinander verbunden. Die letzte Zugverbindung zwischen beiden Teilen wurde Ende 2009 gestrichen.

Teschen entwickelte sich im 19. Jahrhundert zu einem wichtigen Zentrum des Druckereiwesens Österreich-Ungarns. Diese Tradition fand nach der Teilung in beiden Teilstädten eine Fortsetzung und wird seit 1996 in einem Museum dargestellt.

Religions- und Kirchengeschichte



Eines der wenigen Gräber mit deutscher Inschrift auf dem alten jüdischen Friedhof im heute polnischen Cieszyn. [Foto: Kai Witzlack-Makarevich].

Die aufgrund der Altranstädter Konvention 1709-1730 errichtete Teschener Gnadenkirche (Jesukirche) fasst bis zu 10.000 Gläubige und ist damit heute die größte protestantische Kirche Ostmitteleuropas. In der Kirche befindet sich die nach Bogumił Tschammer (1711-1787) benannte Bibliothek, mit 22.000 Bänden der umfangreichste evangelische Bibliotheksbestand Polens. 2009 wurde das „Museum des Protestantismus“ eröffnet. Heute leben in Cieszyn 4.500 Protestanten. Älteste katholische Kirche ist die um 1263 im gotischen Stil errichtete Pfarrkirche St. Maria Magdalena. Sie erhielt nach dem Stadtbrand Ende des 18. Jahrhunderts eine spätbarocke-klassizistische Fassade und einen Turm.

Die ältesten Gräber auf dem Alten jüdischen Friedhof tragen Inschriften aus der Zeit der Wende vom 14. zum 15. Jahrhundert.[8] 1849 wurde Teschen Rabbinatssitz. Zwischen 1880 und 1910 verdoppelte sich der jüdische Bevölkerungsanteil auf über 2.000 Personen[9] und stieg bis 1939 weiter an. Ein jüdisches Gebetshaus bestand seit 1640 zunächst im sogenannten Jüdischen Haus der Familie Singer, der ältesten jüdischen Einrichtung der Stadt.[9] Die erste Synagoge wurde 1801 eröffnet und 1838 durch ein größeres Gebäude ersetzt (Erweiterung 1878), das im September 1939 von den deutschen Besatzern zerstört wurde. Außerdem bestanden zahlreiche kleinere jüdische religiöse Einrichtungen. Mit dem Erstarken des Nationalismus im 19. Jahrhundert stand die jüdische Bevölkerung oft vor dem Dilemma, sich für eine der drei dominierenden ethnischen Gruppen entscheiden zu müssen. Die Juden in Teschen orientierten sich zumeist am deutschen Kulturkreis, was nach 1918 eine Umorientierung erforderlich machte. Insgesamt erleichterte es jedoch die ethnische und konfessionelle Vielfalt der Region den Juden, ihren Platz in diesem christlich geprägten Umfeld zu finden. Im Zweiten Weltkrieg wurde das jüdische Leben in Teschen ausgelöscht.

Besondere kulturelle Institutionen und Veranstaltungen



Das Adam-Mickiewicz-Theater in Cieszyn wurde 1909/1910 als „Deutsches Theater Teschen“ errichtet. [Foto: Kai Witzlack-Makarevich].

Das heutige Adam-Mickiewicz-Theater in Cieszyn wurde 1909/1910 nach Plänen der Wiener Architekten Ferdinand Fellner (1847-1916) und Hermann Helmer (1849-1919) vom „Teschner Theaterbau-Verein“ errichtet und fungierte bis zum Zweiten Weltkrieg als „Deutsches Theater Teschen“, wurde aber auch an eine polnische Theatergruppe verpachtet. Das 1945 begründete *Těšínské divadlo* (Theater Těšín, zusätzlich mit polnischsprachiger Bühne) residiert seit 1961 in einem Neubau.

Der Erforschung von Stadt und Region widmen sich das *Muzeum Těšínska* (Museum der Teschener Region) auf tschechischer sowie das *Muzeum Śląska Cieszyńskiego* (Museum des Teschener Schlesien) und die *Książnica Cieszyńska* (Teschener Bibliothek) auf polnischer Seite.

Mitte Juni wird in Anlehnung an die drei legendären Stadtgründer mit zahlreichen Veranstaltungen das „Fest der drei Brüder“ begangen, bei dem die Stadt symbolisch für drei Tage vereint wird. Wichtige Veranstaltungen sind außerdem das „Festival ohne Grenzen“ und „Kino an der Grenze“.

Architektur und städtebauliche Entwicklung



Der Piastenturm und die auf der 20-Złoty-Banknote abgebildete Rotunde auf dem Schlossberg. [Foto: Kai Witzlack-Makarevich]

Im Jahr 1789 vernichtete ein Brand beinahe die gesamte Stadt; fast alle heutigen Gebäude wurden nach diesem Datum errichtet. Eine rege Bautätigkeit erfolgte insbesondere zwischen 1820 und 1850 (Spätklassizismus, Biedermeier). Dabei orientierte man sich stark an der Architektur der Hauptstadt Wien, was zu dem Beinamen „Klein-Wien“ führte. Die architektonischen Wahrzeichen Teschens sind die romanische Rotunde, die auf dem aktuellen 20-Złoty-Schein abgebildet und nicht nur einer der ältesten Sakralbauten, sondern auch eines der ältesten erhaltenen Baudenkmäler Polens überhaupt ist (vermutlich um 1200), sowie, ebenfalls auf dem Schlossberg, der etwa 30 m hohe Piastenturm (um 1500). Die im 14. Jahrhundert errichtete gotische Wehrburg wurde im Dreißigjährigen Krieg zerstört. In ihrem unteren Teil errichteten die Habsburger 1840 ein klassizistisches Jagdschloss nebst Orangerie. Der Ausbau der ehemaligen westlichen Vorstadt zur voll funktionsfähigen modernen Stadt Český Těšín nach der Teilung 1920 war eines der Prestigeprojekte des jungen tschechoslowakischen Staates.

Pressegschichte

Die Zeitungslandschaft der Stadt war bis 1939 äußerst vielfältig, viele Blätter gingen jedoch schnell wieder ein. Ihre Ausrichtung verläuft nicht immer eindeutig entlang der ethnischen, sprachlichen oder politischen Linien. So erschien 1877 erstmals die politische Wochenzeitung *Nowy czas* (Neue Zeit) in polnischer Sprache, jedoch mit deutschnationaler Orientierung. Mit dem *Tygodnik Cieszyński (*Teschener Wochenblatt, 1848-1949), später *Gwiazdka Cieszyńska* (Teschener Sternchen, 1851-1939), wurden „die Grundlagen für eine polnische und z. T. auch polnisch-tschechische Kultur- und Literaturbewegung in der Teschener Region“ geschaffen.[10] 1860 erschien im Verlag Prochaska mit dem *Schlesischen Anzeiger* die erste deutschsprachige Zeitung Teschens, die ab 1862 als Tageszeitung *Silesia* weitergeführt wurde. Der deutsch-jüdische Verleger und Feuilletonist Jakob Reichmann gab nach dem Ersten Weltkrieg unter anderem die *Teschner Zeitung*, das *Teschner Montags-Blatt* und das *Teschner Kreisblatt* heraus. Die Bewegung der Schlesier hat ihre Wurzeln in der Wochenzeitschrift *Nowiny dla ludu wiejskiego* (Nachrichten für die Landbevölkerung, gegründet 1848) und fand im *Ślązak* (Schlesier), dem Organ der Schlesischen Volkspartei, eine Fortsetzung (1909-1923). Mit den *Noviny Těšínské* (Teschener

Nachrichten) erschien 1894 (bis 1919) die erste tschechischsprachige Zeitung der Region, die zeitweilig durch antijüdische Ressentiments auffiel. 1929-30 kam auf Jiddisch die *Szlezysze Cajtung* (Schlesische Zeitung) heraus. Nach 1918 ging das deutschsprachige Zeitungswesen in Cieszyn stark zurück, nur die Wirtschaftszeitung *Schlesischer Merkur* hielt sich bis 1939. Insbesondere die *Nowiny Śląska Cieszyńskiego* (Nachrichten aus dem Teschener Schlesien) und die *Śląska Brigada* (Schlesische Brigade) riefen nach 1920 zu einer Revision der Grenzziehung auf. In Český Těšín erschienen in der Zwischenkriegszeit 16 der 29 polnischen Zeitungen der Tschechoslowakei (nicht alle gleichzeitig), und seit 1945 wird hier mit dem *Głos Ludu* (Volksstimme) die heute einzige polnischsprachige Zeitung Tschechiens verlegt.

Gedächtnis- und Erinnerungskultur

Die Enthüllung eines Denkmals für Tomáš Masaryk (1850-1937) in Český Těšín anlässlich des 90. Stadtjubiläums 2010 (das 1924 errichtete Denkmal für den ersten Staatspräsidenten der Tschechoslowakei war 1938 nach dem polnischen Einmarsch zerstört worden) in Anwesenheit des polnischen Botschafters in Tschechien und des Bürgermeisters von Cieszyn stieß innerhalb der polnischen Minderheit auf geteiltes Echo.

Auf der polnischen Seite hält seit 1933 Herzog Mesko I. genau dort sein Schwert in Richtung der tschechischen Nachbarn, wo 1908 ein Denkmal für Kaiser Franz Joseph I. (1830-1916) eingeweiht wurde. Die Namen eines 1930 von deutschen Veteranen in Český Těšín errichteten Denkmals für die Opfer des Ersten Weltkrieges wurden 1945 geschliffen und im Jahr 2000 wiederhergestellt.

4. Diskurse/Kontroversen

Wie zahlreiche ehemals multiethnische Städte Ostmitteleuropas hat Teschen seinen multikulturellen und mehrsprachigen Charakter durch die historischen Ereignisse des 20. Jahrhunderts weitgehend eingebüßt. Dieser ist heute nur noch auf den Friedhöfen lebendig. Während die politische Grenze spätestens seit dem Abbau der Grenzkontrollen nach dem Beitritt Polens und Tschechiens zum Schengener Abkommen 2007 kein Hindernis mehr darstellt, bilden heute negative Vorurteile und Stereotype die wirksamste Trennlinie.[11]

Die Ereignisse um die Teilung der Stadt nach dem Ersten Weltkrieg werden zwischen beiden Seiten kontrovers diskutiert.[12] Dies gilt ebenfalls für die Annexion des Gebietes 1938, mit der Polen bei der Zerschlagung der letzten Demokratie und des wichtigsten Verbündeten der Westmächte in der Region eine aktive Rolle spielte. Insbesondere die polnische Minderheit habe sich gegenüber dem tschechoslowakischen Staat nicht loyal verhalten.[13] Die Polen warfen der Tschechoslowakei ihrerseits Missachtungen der Minderheitenrechte vor.[14] In den letzten Jahren werden zunehmend gemeinsame Projekte wie Ausstellungen oder Publikationen auf den Weg gebracht.[15] Die deutsche Geschichte der Doppelstadt spielt in der aktuellen Forschung eine wichtige Rolle, wofür beispielhaft die Herausgabe der Stadtchronik des langjährigen Teschener Bürgermeisters Aloys Kaufmann (1772-1847) genannt sein soll.[16]

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Petra Blažejová, Gabriela Chromocová: Tomáš Garrigue Masaryk a Český Těšín [Tomáš Garrigue Masaryk und Český Těšín]. Český Těšín 2010.

- Zdenék Jirásek u. a. (Hg.): Český Těšín 1920-1989. Válečné a poválečné osudy města [Český Těšín 1920-1989. Das Schicksal der Stadt während des Krieges und in der Nachkriegszeit]. Opava 2011.
- Burkhard Olschowsky (Hg.): Geteilte Regionen – geteilte Geschichtskulturen? Muster der Identitätsbildung im europäischen Vergleich. München 2013 (Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 47).
- Idzi Panic u.a. (Hg.): Dzieje Cieszyna od pradziejów do czasów współczesnych [Die Geschichte Teschens vom Altertum bis zur Gegenwart]. 3 Bände. Cieszyn 2010.
- Franciszek Pasz: Żydzi i my w Cieszynie [Die Juden und wir in Teschen]. Cieszyn 1997.
- Anton Peter: Geschichte der Stadt Teschen. Teschen 1888.
- Mirosława Pindór: Teatr w Cieszynie i jego stuletnie dzieje (1910-2010) [Das Theater in Teschen und seine einhundertjährige Geschichte (1910-2010)]. Cieszyn 2010.
- Ludger Udolph, Christian Prunitsch (Hg.): Teschen. Eine geteilte Stadt im 20. Jahrhundert. Dresden 2009.
- Franz Waschek: Teschen. Ostschlesiens Hauptstadt: Einst und Jetzt: 1848-1901. Rückblicke auf Teschens Entwicklung in den letzen 55 Jahren. Teschen 1901.
- Alicja Wiatr: Schlesien: Český Těšín und Cieszyn. In: Helga Schultz (Hg.): Stadt – Grenze – Fluss. Europäische Doppelstädte. Berlin 2005, S. 65–117.

Weblinks

- http://www2.muzeumct.cz/ (*Muzeum Těšínska* – Museum, Forschungsstätte, Archiv, Bibliothek – Informationen zur Geschichte der Region in tschechischer Sprache)
- http://www.kc-cieszyn.pl/ (*Książnica Cieszyńska* – Forschungsstätte, Archiv, Bibliothek – Informationen zur Geschichte der Region in polnischer Sprache)
- http://www.muzeumcieszyn.pl/ (Muzeum Śląska Cieszyńskiego – Dauer- und Wanderausstellungen zur Geschichte der Region in polnischer Sprache)
- http://www.noiva-tesin.cz/ (Lesecafé und kulturelles Begegnungszentrum Avion, Veranstaltungen, Ausstellungen, großes Literaturangebot zur Geschichte von Stadt und Region in tschechischer Sprache)
- http://www.domnarodowy.pl/ (Cieszyński Ośrodek Kultury „Dom Narodowy“ – Kulturzentrum „Haus des Volkes“ in polnischer Sprache)

Anmerkungen

[1] Moritz Landwehr von Pragenau, Walter Kuhn: Geschichte der Stadt Teschen. Würzburg 1976, S. 112.

[2] von Pragenau, Kuhn: Geschichte (Anm. 1), S. 92-94.

[3] Výbor pro územní správu a národnosti Ceske národní rady v Praze [Ausschuss für Gebietsverwaltung und Volksgruppen des Tschechischen Nationalrats] (Hg.): Nástin dějin Těšínska [Abriss der Geschichte Teschens]. Ostrava 1992, S. 162.

[4] Výbor: Nástin [Abriss] (Anm. 3), S. 162.

[5] von Pragenau, Kuhn: Geschichte (Anm. 1), S. 115.

[6] Jakub Marcjasz: W Cieszynie i Czeskim Cieszynie ubywa mieszkańców [Cieszyn und Český Těšín verlieren Einwohner]. In: gazetacodzienna.pl vom 16.2.2012. URL:

http://gazetacodzienna.pl/artykul/gospodarka/w-cieszynie-i-czeskim-cieszynie-ubywa-mieszkancow (Zugriff 30.7.2014).

[7] Kevin Hannan: Borders of Language and Identity in Teschen Silesia. New York 1996 (Berkeley Insights in Linguistics and Semiotics), S. 54.

[8] Janusz Spyra: Ztracený svět Židů na Těšínském Slezsku = Utracony Świat Żydów na Śląsku Cieszyńskim [Die untergegangene jüdische Welt im Teschener Schlesien]. Bystřice nad Olší 2013, S. 9.

[9] Dazu: http://www.sztetl.org.pl/ru/article/cieszyn/11,-/41030,dom-zydowski-ul-mennicza-4-/ (Abruf 29.10.2014).

[10] Robert Luft: Das Teschener Schlesien als nationale und regionale Geschichtslandschaft. Tschechische, polnische, deutschsprachige und schlesische Perspektiven der Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert. In: Udolph, Prunitsch (Hg.): Teschen, S. 11-41, hier S. 15.

[11] Ludger Udolph: Lyrik in Teschen. Renata Putzlachers Dialog mit Michail Bulgakov. In: Udolph, Prunitsch (Hg.): Teschen, S. 117-125, hier S. 117.

[12] Radosław Zenderowski. Die "verstümmelte" Stadt: Teschens mitteleuropäisches Schicksal. In: Udolph, Prunitsch (Hg.): Teschen, S. 57-68, hier S. 62.

[13] Dan Gawrecki: Těšínsko v období mezi světovými vákami (1918-1938) [Das Gebiet Teschen in der Zwischenkriegszeit (1918-1938)]. In: Výbor: Nástin [Abriss] (Anm. 3), S. 81-117, hier S. 82 (tschechischer Standpunkt); Piotr Kołakowski: Polsko-czechosłowackie walki o Śląsk Cieszyński w styczniu 1919 [Der polnisch-tschechoslowakische Kampf um das Teschener Schlesien im Januar 1919]. In: Słupskie Studia Historyczne 18 (2005), S. 195-209, hier S. 195f. (polnischer Standpunkt).

[14] Gawrecki: Těšínsko v období (Anm. 13), hier S. 97-99.

[15] Krzystof Nowak: Życie polityczne i społeczne w latach 1922-1939 [Politik und Gesellschaft in den Jahren 1922-1939]. In: Panic u.a. (Hg.): Dzieje Cieszyna [Die Geschichte Cieszyns]. Bd. 3: Cieszyn od Wiosny Ludów do III Rzeczypospolitej [Teschen vom Völkerfrühling bis zur III. Rzeczpospolita], S. 255-312, hier S. 290.

[16] Irena Cichá: Tramvají po Těšíně - Tramwajem po Cieszynie [Mit der Straßenbahn durch Teschen]. Český Těšín 2008; Spyra: Ztracený svět Židů [Die untergegangene jüdische Welt] (Anm. 8).

[17] Aloys Kaufmann: Gedenkbuch der Stadt Teschen. Hrsg. und kommentiert von Ingeborg Buchholz-Johanek unter Mitwirkung von Janusz Spyra. 4 Bände. Cieszyn 2007.

Zitation

Kai Witzlack-Makarevich: Teschen/Cieszyn/Český Těšín. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32470 (Stand 03.11.2014).

Tetschen-Bodenbach/Děčín (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Thorn/Toruń

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Thorn

Amtliche Bezeichnung

pol. Toruń

Lateinische Bezeichnung

lat. Thorunia, Torunium

Etymologie

Nach Erkenntnis einiger Sprachforscher und Historiker leitet sich der Name Toruń vom altslawischen Wort *tor* (= ein gebahnter Weg, also etwa "Siedlung am Wege") ab.[1]



Blick auf die mittelalterliche Altstadt von Thorn/Toruń vom gegenüberliegenden Weichselufer. [CC BY-SA 3.0/ T. Weger]

2. Geographie

Lage

53° 1′ nördlicher Breite, 18° 36′ östlicher Länge.

Topographie

Thorn liegt unterhalb der Mündung der Drewenz/Drwęca in die Weichsel/Wisła an der Weichsel im Osten der Bromberger-Thorner Niederung.

Region

Westpreußen. Die Stadt liegt am Berührungspunkt der historischen Landschaften Kujawien, Kulmer und Dobriner Land. Der Teil am rechten Weichselufer liegt im Kulmer Land, der Teil am linken Flussufer in Kujawien.

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Republik Polen. Thorn ist kreisfreie Stadt in der Woiwodschaft Kujawien-Pommern, Sitz des Woiwodschaftsmarschalls, seiner Regierung und des Woiwodschaftsparlaments. Seit 1992 ist Thorn Sitz des Bistums Toruń (*Diecezja Toruńska*).

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Bis zur Vereinigung von Alt- und Neustadt besaßen die Städte unterschiedliche Wappen. Auf dem neuen Wappen ist vor silbernem Hintergrund eine rote Stadtmauer mit drei Türmen abgebildet, im mittleren Turm befindet sich ein halb geöffnetes Tor. Das Wappen wird von einem blau gewandeten, knienden Engel gehalten, der in der rechten Hand einen Schlüssel hält. Die Engelsgestalt erschien erstmals auf dem Stadtsiegel von 1470. In der Zeit der Volksrepublik wurde der Engel aus dem Wappen entfernt; seit 1991 wird das Wappen in seiner ursprünglichen Form verwendet. Die Thorner Fahne zeigt zwei Streifen – weiß und blau, in der Mitte befindet sich das Stadtwappen.

Archäologische Bedeutung

Erste Besiedlungsspuren stammen aus der Steinzeit; Ausgrabungen bestätigen die Existenz einer Siedlung zwischen 1000 und 1500 v. Chr.

Mittelalter



Der Dankser (Abortturm) an der Ruine der Deutschordensburg in Thorn/Toruń.
[CC BY-SA 3.0/ T. Weger]

Im 8. Jahrhundert entstand auf dem Gebiet des späteren Ordensschlosses eine Siedlung, die im 10. Jahrhundert zur Kontrolle des Verkehrs auf der Weichsel und zum Schutz des Flussübergangs diente.[2] Die Burg wurde an der Wende vom 12. zum 13. Jahrhundert zerstört, wahrscheinlich infolge eines Prußenüberfalls.[3] 1231 errichtete der Deutsche Orden am rechten Weichselufer in der Gegend des Dorfes Alt-Thorn (*Stary Toruń*) eine Befestigung. Die entstandene Siedlung erhielt 1233 mit der Kulmer Handfeste Stadtrechte. Aufgrund häufiger Weichselüberschwemmungen sowie der endgültigen Regelung der Eigentumsverhältnisse im Kulmer Land zwischen Konrad von Masowien und dem Deutschen Orden kam es 1236 zur Verschiebung Thorns flussaufwärts an seine heutige Lage.[4] 1251 wurde unter Berücksichtigung der Stadtverschiebung die Lokationsurkunde erneuert. Kurz danach begann an der Stelle der alten Burg der Bau eines Ordensschlosses. Die rasche

Stadtentwicklung und die damit verbundene Nachfrage nach Handwerkserzeugnissen führten 1264 zur Gründung der Thorner Neustadt.

Die Krise des Ordensstaates und die damit einhergehende Hemmung der Wirtschaft führten im 15. Jahrhundert zu einer wachsenden Unzufriedenheit der Stadtbürger. 1440 wurde in Marienwerder/Kwidzyn der Preußische Bund gegründet, dem Thorn angehörte; 1454 kam es in Thorn zu einem bewaffneten Aufstand gegen den Deutschen Orden, der den Niedergang seiner Herrschaft in diesem Gebiet einläutete. Die Thorner Bürger eroberten das Ordensschloss und trugen es ab. Am 8. März 1454 wurden Neustadt und Altstadt zu einem Verwaltungsgebiet vereint; später gliederte man auch das Gebiet des abgerissenen Ordensschlosses ein. Der Aufstand der preußischen Stände und die am 6. März 1454 vom polnischen König Kazimierz Jagiellończyk vollzogene Inkorporation des Ordensstaates in das Polnische Reich markierten den Anfang des Dreizehnjährigen Krieges. Infolge des Zweiten Thorner Friedens (1466) fiel Thorn als königliche Stadt an das Königreich Polen

Neuzeit

Die schwedischen Kriege des 17. Jahrhunderts sowie der Nordische Krieg brachten der Stadt große Zerstörungen. Die Folgen der Kriege des 17. und 18. Jahrhunderts sowie einer Pestepidemie von 1708 bis 1710 ließen die Stadt verarmen.

1724 kam es zum "Thorner Tumult". Der darauf folgende Prozess ("Thorner Blutgericht") führte u. a. zur Hinrichtung des evangelischen Bürgermeisters Johann Gottfried Rösner (Amtszeit 1703–1724) und neun weiterer Bürger. Die Protestanten sollten ihre Kirchen den Katholiken übergeben, der Stadtrat sollte künftig zur Hälfte aus Katholiken und Protestanten bestehen. Das scharfe Urteil und v. a. die Hinrichtung des Bürgermeisters fanden ein breites Echo in ganz Europa.

Nach der Ersten Teilung Polens 1772 blieb Thorn innerhalb des polnischen Staates; allerdings wurde es von seinen "Gewerbegebieten" abgeschnitten. Im Zuge der preußischen Blockade wurden alle Straßen, die von Thorn nach Danzig/Gdańsk und Polen

20. Jahrhundert

Infolge des Versailler Friedensvertrages wurde Thorn dem polnischen Staat angegliedert und kam am 18. Januar 1920 offiziell unter polnische Verwaltung. Thorn wurde Hauptstadt der Woiwodschaft Pommerellen (*Województwo Pomorskie*). Die Stadt und ihre Straßen wurden modernisiert, neue Stadtteile wurden angegliedert (u. a. 1936–1938 Amberg/Podgórz, Stewken/Stawki und Rodeck/Rudak am linken Weichselufer). Am 7. September 1939 wurde Thorn von deutschen Truppen besetzt. Im Herbst 1939 wurden die Thorner Juden nach Großpolen und Lodz/Łódź abtransportiert, gleichzeitig begannen die Aussiedlungen und Verhaftungen polnischer Einwohner (ein Teil der Verhafteten wurde im Wald von Barbarken/Barbarka ermordet). In der Stadt wurden sog. Umsiedler aus dem Baltikum, Bessarabien, Danzig/Gdańsk und anderen Gebieten einquartiert. Die Einführung der Deutschen Volksliste (DVL) bedeutete einen statistischen Anstieg der Zahl deutscher Einwohner – nach deutschen Angaben hatte die Stadt im Oktober 1944 ca. 67.000 deutsche Einwohner (darunter ca. 44.246 Polen, die als III. und IV. Gruppe auf der DVL eingetragen waren).[5]

Am 14. Januar 1945 begann die Winteroffensive der Roten Armee, die am 1. Februar in Thorn einmarschierte. Nach der "Befreiung" der Stadt belegten die polnische Verwaltung und die russischen Militärorgane diejenigen Bevölkerungsteile mit Sanktionen, die während des Krieges zur deutschen Nationalität gerechnet wurden: In den Arbeitslagern Fort

XV in Stewken/Stawki und in Rodeck/Rudak (später auch in Potulice) wurden sog. Reichsdeutsche, Volksdeutsche und zuerst auch Personen der I. und II. Gruppe der DVL interniert. Personen deutscher Nationalität wurden in westliche Besatzungszonen ausgesiedelt. Unter den in den Gruppen II., III. und IV. der DVL eingetragen Einwohnern wurde eine "Rehabilitierungsprozedur" durchgeführt; in der Stadt wurden Personen aus den ehemaligen polnischen Ostgebieten angesiedelt.

Nach dem Krieg verlor Thorn seine Funktion als Verwaltungszentrum, wurde jedoch nach der Verwaltungsreform 1975 erneut Woiwodschaftshauptstadt. 1999 entstand infolge einer Verwaltungsreform die Woiwodschaft Kujawien-Pommern mit der Hauptstadt Bromberg/Bydgoszcz.

Bevölkerung

Die bedeutende Rolle Thorns für den mittelalterlichen Handel führte zur Ansiedlung von Kaufleuten aus Schlesien, den Lausitzen, Großpolen und Kujawien. Die Präsenz von Siedlern aus dem Rheinland ist erstmals 1262 mit einem aus Köln stammenden Thorner Ratsherrn belegt. An der Wende vom 13. zum 14. Jahrhundert kamen auch Siedler aus Westfalen nach Thorn.

Bevölkerungsentwicklung[6]

Jahr	1454	um 1550	1793	1920	1939	1946	1991
Einwohner	ca.10.850	ca. 12.000	ca. 6.000	37.356	78.769	ca. 68.000	202.360

Da sich die Bestimmung der nationalen Abstammung für die Thorner Bevölkerung des Mittelalters und der Frühen Neuzeit schwierig gestaltet, weisen ältere Schätzungen von Historikern große Differenzen auf; oft wurden die Ergebnisse durch die Nationalität und die politischen Ansichten der Wissenschaftler beeinflusst. Neue Untersuchungsergebnisse von Krzysztof Mikulski beziffern den Anteil der polnischstämmigen Bevölkerung für das Jahr 1394 in der Alten Stadt auf ca. 6,5 % und in der Vorstadt auf ca. 20 %.[7]

Der starke Rückgang der Einwohnerzahl in der Zeit des 17. bis zum Ende des 18. Jahrhunderts ist auf Kriege, eine Pestepidemie (Schätzungen sprechen von 4.000-5.000 Epidemieopfern) sowie auf die ungünstige Lage Thorns in den Jahren zwischen 1772 und 1793, als es vom Hinterland abgeschnitten war, zurückzuführen.[8]

Im Laufe des 19. Jahrhunderts vergrößerte sich aufgrund der Ansiedlung preußischer Beamter und Militärs die deutsche Bevölkerung; 1910 waren ca. 44–45 % der Stadteinwohner Polen.[9] Thorn hatte auch eine jüdische Gemeinde, die 1812 170 Personen zählte.[10] In den 1920er und 1930er Jahren hatte sich die Einwohnerzahl mehr als verdoppelt, allerdings verschob sich die nationale Zusammensetzung: Die Zahl der Deutschen sank von 6.242 (1920) auf ca. 2.500 (1939), die Zahl der Juden stieg von 147 (1920) auf 857 (1939) Personen. In dieser Zeit lebten in Thorn auch etwa 200–250 Russen und Ukrainer, sowohl "weiße" Emigranten aus Russland als auch ehemalige Soldaten aus Einheiten, die zusammen mit polnischen Truppen gegen die Bolschewiki gekämpft hatten.[11]

Wirtschaft

Dank ihrer Lage an der Weichsel und an wichtigen Handelsrouten war Thorn schon im 13. Jahrhundert eine bedeutende Handelsstadt (u. a. Tuchwaren, Salz, Wein und Pfeffer) und trat 1280 der Hanse bei. Ende des 13. Jahrhunderts führte der Konflikt zwischen dem

Deutschen Orden und Polen zu einer Krise des Thorner Handels. 1500 wurde die damals einzige feste Weichselbrücke fertiggestellt. Ende des 15. bis Mitte des 17. Jahrhunderts erlebte Thorn einen wirtschaftlichen und kulturellen Aufschwung; von der Mitte des 18. Jahrhunderts bis zu den Teilungen Polens entwickelte sich vor allem die Lebensmittel- und Textilbranche.

Einen Impuls für die Industrieentwicklung brachten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Eisenbahnverbindungen nach Bromberg/Bydgoszcz, Warschau/Warszawa, Allenstein/Olsztyn und weiter nach Insterburg/Černjachovsk. Zu den wichtigsten Wirtschaftsunternehmen gehörten Ziegeleien, Landmaschinen- und Lebkuchenfabriken, in den 1920er und 1930er Jahren vermehrt Maschinenbau- und Lebensmittelbetriebe. Ab Ende der 1950er Jahre gewann erneut die Textilbranche an Bedeutung. Die Entstehung einer pommerschen ökonomischen Sonderzone im Jahre 2006 im 2 km von Thorn entfernten Lissomitz/Łysomice brachte neue Investoren in die Region.

Gesellschaft und Kultur

Ab Mitte des 19. Jahrhunderts entwickelte sich Thorn zu einem Zentrum der polnischen Nationalbewegung. Es entstanden zahlreiche wirtschaftliche Institutionen und Organisationen, z. B. eine Industriegesellschaft (*Towarzystwo Przemysłowe*), eine Anleihegesellschaft (*Towarzystwo Pożyczkowe*) und eine Kreditbank (*Bank Kredytowy*), außerdem Kultur- und Bildungsvereinigungen, die zur Stärkung der polnischen Mittelklasse beitrugen. Ab 1867 wurde die erste polnischsprachige Zeitung in Westpreußen – die *Gazeta Toruńska* (Thorner Zeitung) – herausgegeben und 1875 die Wissenschaftliche Gesellschaft (*Towarzystwo Naukowe*) gegründet, die die Gründung des Polnischen Museums (*Muzeum Polskie*) und der Wissenschaftlichen Bibliothek (*Biblioteka Naukowa*) initiierte. Zudem gab es Organisationen, deren Mitglieder überwiegend aus der deutschen Bevölkerung stammten, z. B. den Handwerkerverein, den Beamtenverein oder den Vorschussverein. In Thorn erschienen mit dem *Thorner Wochenblatt* (ab 1867 *Thorner Zeitung*) und der *Thorner Ostdeutschen Zeitung* zwei deutschsprachige Zeitungen.

1839 wurde der Coppernicus-Verein gegründet um den Bau des Kopernikusdenkmals in Thorn zu unterstützen. Nach der Denkmalsenthüllung 1853 wurde er in Coppernicus-Verein für Wissenschaft und Kunst umbenannt und gab die *Mitteilungen des Coppernicusvereins für Wissenschaft und Kunst zu Thorn* heraus. Die Bestände der Bibliothek der Wissenschaftlichen Gesellschaft, des Coppernicus-Vereins, des Thorner Gymnasiums und der Ratsbibliothek wurden 1923 zusammengeführt und von der neu gegründeten Stadtbücherei (*Książnica Miejska*) übernommen.

1802 wurde in Thorn das Stadttheater gegründet, 1904 das neue, bis heute erhaltene Theatergebäude gebaut. In den 1920er und 1930er Jahren fanden neben Aufführungen des polnischen Stadttheaters im Gebäude der Gesellschaft Deutsches Heim auch Vorstellungen des Laientheaters Deutsche Bühne statt.

Bildung und Wissenschaft

1568 wurde ein evangelisches Gymnasium gegründet, das 1594 zum Akademischen Gymnasium erhoben wurde und eine eigene Bibliothek erhielt. Das hohe Bildungsniveau, die qualifizierten Professoren (u. a. lehrte dort Christoph Hartknoch) sowie die Popularisierung moderner Lehren und Ideen machten das Gymnasium im 17. Jahrhundert zu einem kulturellen und wissenschaftlichen Zentrum Polens.

Schon in den 1920er Jahren bestanden Pläne zur Gründung einer Universität, doch der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges unterbrach die Vorbereitungen. Erst im August 1945 wurde die Nikolaus-Kopernikus-Universität gegründet, die u. a. die Traditionen der polnischen Universität von Wilna/Vilnius/Wilno fortführte. Im selben Jahr wurde die Universitätsbibliothek gegründet, in deren Bestand sich u. a. Inkunabeln und Handschriften aus der Staats- und Universitätsbibliothek Königsberg sowie eine Sammlung zur Geschichte der Ostseeregion befinden.

Seit dem Mittelalter wurden die Stadtakten in einem im Rathaus untergebrachten Archiv gesammelt, wo man später auch das Preußische Archiv und die Akten benachbarter Städte aufbewahrte. Heute sind diese Sammlungen Bestandteil des Staatsarchivs in Thorn (*Archiwum Państwowe w Toruniu*).

Religions- und Kirchengeschichte



Die Thorner Innenstadt mit Blick auf die Kathedrale St. Johann. [CC BY-SA 3.0/ T. Weger]

1557 wurde durch Zygmunt August in Thorn die Reformation eingeführt. Die Marienkirche und Jacobskirche wurden evangelisch, in St. Johann fanden bis 1596 sowohl katholische Messen als auch evangelische Gottesdienste statt. 1645 fand in Thorn auf Initiative des polnischen Königs Władysław IV. das *Colloquium Charitativum* statt - ein Treffen von Katholiken und Protestanten, dessen Ziel eine Verständigung zwischen beiden Konfessionen war. 1724 kam es zu Ausschreitungen zwischen Thorner Protestanten und Katholiken und zur Zerstörung des Jesuitenklosters durch Protestanten (s. o. "Thorner Blutgericht"). In den Jahren 1755–1756 wurde am Markt eine evangelische Kirche erbaut (heute Hl.-Geist-Kirche). Die Kirche durfte sich nicht von den benachbarten Gebäuden abheben und keinen Turm besitzen. Der Turm wurde Ende des 19. Jahrhunderts nachträglich gebaut. Bis 1945 blieb die Kirche evangelisch. Eine zweite evangelische Kirche (Dreifaltigkeitskirche) wurde 1824 an der Stelle des 1818 abgerissenen Rathauses am Neustädtischen Markt errichtet; sie wurde 1927–1945 als orthodoxe Kirche genutzt. 1847 wurde an der Stelle der heutigen *ulica Szczytna 12* eine Synagoge mit jüdischem Gemeindehaus und jüdischer Schule errichtet, die 1939 von den deutschen Besatzern abgerissen wurde.

Kunstgeschichte

Aufgrund seiner mittelalterlichen Bausubstanz gehört das Thorner Stadtzentrum zu Polens bedeutendem Kulturerbe. Dazu zählen die Kirche St. Johann (v. a. 13. und 14. Jahrhundert, seit 1992 Kathedrale des neu entstandenen Bistums Thorn), die Pfarrkirche St. Jakob (be-

gonnen 1309), die Marienkirche, das Altstädtische Rathaus, das im Laufe des 13. und 14. Jahrhunderts gebaut und 1703 während der Belagerung der Stadt durch die Schweden zerstört wurde (1722–1737 wieder aufgebaut). Bedeutend sind auch die mittelalterliche Stadtmauer mit den Stadttoren und Basteien (u. a. der Schiefe Turm), die Ruinen des Ordensschlosses, die gotische Brücke in der Most-Pauliński-Straße, die Kornspeicher aus dem 14.–18. Jahrhundert, der Komplex der gotischen Häuser (u. a. das Kopernikus-Haus aus dem 15. und das Eskens-Haus aus dem 14. Jahrhundert), das Haus "Zum Stern" mit seiner spätbarocken Fassade und die barocken Bürgerhäuser (Dąmbski-Palast, Fenger-Palast und Meissner-Palast).

Erwähnenswert sind zudem der Sitz der Wissenschaftlichen Gesellschaft (1881), der im Neorenaissancestil erbaute Artushof (Ende 19. Jahrhundert), die neogotische Kirche der Hl. Katharina (1894–1897) sowie das Jugendstiltheater (1903/04).

Besondere kulturelle Institutionen

Zu den bedeutenden historischen und kunsthistorischen Museen der Stadt gehören das Stadtmuseum im Altmarktrathaus mit dem Kopernikus-Haus, das Eskenshaus und das Haus "Zum Stern" (Fernostkunstmuseum), das Volkskundemuseum (Freilichtmuseum mit historischen bäuerlichen Bauten) sowie das Freilichtmuseum der Panzerfortifikation der Festung Thorn.

Militärgeschichte

Am Ende des Krieges gegen Schweden (1626–1628) wurde in der Stadt über den Bau neuzeitlicher Befestigungen nach Plänen von Anton Petersen, Peter Mönning und Kaspar von Wanken entschieden. Nach Beendigung der Arbeiten um 1649 besaß Thorn eine der modernsten Befestigungsanlagen in Polen.

Mit der Zuteilung zu Preußen 1815 wurde Thorn Grenzstadt zu Russland; bestehende Befestigungen wurden ausgebaut und modernisiert, neue Militäreinrichtungen entstanden. 1871 wurde Thorn zur Festung erhoben, 1878–1892 wurden neue Festungsanlagen errichtet. Es entstand ein Ring von freistehenden Forts in einer Entfernung von 3 bis 3,5 km von der Stadtmitte, sodass die Stadtbefestigung aus zwei Ringen, einem inneren (alte Befestigung) und einem äußeren (neu), bestand. Auch neue Militärbauten entstanden: Kasernen, ein Garnisonskrankenhaus, eine Garnisonskirche und Militärwohnungen. 1920 wurde der innere Befestigungsring liquidiert, der äußere Befestigungsring und die Militäreinrichtungen wurden fortan von der polnischen Armee genutzt.

Gedächtnis- und Erinnerungskultur



Nikolaus-Kopernikus-Denkmal.
[CC BY-SA 3.0/ T. Weger]

Die bis heute erhaltene historische Bebauung der Altstadt und der Neustadt erinnert an die Bedeutung Thorns im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit. 1997 wurden Altstadt, Neustadt und Ordensschlossruine in die Liste des UNESCO-Weltkulturerbes aufgenommen. Die zahlreichen gotischen Bauten sind eines der Stadtmerkmale, darauf basiert auch der aktuelle Werbeslogan der Stadt *Toruń – gotyk na dotyk* (Thorn – Gotik hautnah).

An den in Thorn geborenen Astronomen Nikolaus Kopernikus erinnern ein Denkmal auf dem Marktplatz und das Museum in seinem Geburtshaus (*Dom Kopernika*). Darüber hinaus ist er Namensgeber der Universität, die in der nahe gelegenen Ortschaft Sängerau/Piwnice ein nach ihm benanntes astronomisches Observatorium betreibt.

Ein weiteres Erkennungsmerkmal der Stadt sind ihre erstmals in Quellen des 14. Jahrhunderts erwähnten Lebkuchen, vor allem die "Thorner Kathrinchen" (*katarzynki*). Die erste, Mitte des 18. Jahrhunderts von Johann Weese eröffnete Lebkuchenmanufaktur war Anfang des 20. Jahrhunderts eines der größten Unternehmen in Thorn. 1945 wurde es verstaatlicht und in *Fabryka Cukiernicza "Kopernik"* umbenannt, nach 1989 dann in eine Aktiengesellschaft umgewandelt.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Atlas historyczny miast polskich [Historischer Atlas polnischer Städte]. Bd. 1: Antoni Czacharowski (Red.): Prusy królewskie i Warmia [Königliches Preußen und Ermland]. H. 2: Janusz Tandecki, Zenon Kozieł (Red.): Toruń [Thorn]. Toruń 1995.
- Marian Biskup (Hg.): Historia Torunia [Geschichte Thorns]. 3 Bde. Toruń 1992–2006.
- Reinhold Heuer: Siebenhundert Jahre Thorn 1231–1931. Danzig 1931 (Ostland-Darstellungen 1).

- Ernst Kestner: Beiträge zur Geschichte der Stadt Thorn. Nach archivalischen Quellen mitgetheilt. Thorn 1883.
- Julius Emil Wernicke (Bearb.): Geschichte Thorns aus Urkunden, Dokumenten und Handschriften. 2 Bde. Thorn 1839–1842.

Bibliographie

- Henryk Baranowski (Hg.): Bibliografia miasta Torunia [Bibliographie der Stadt Thorn]. Bd. 1: Do roku 1971 [Bis 1971]. 2. Aufl. Toruń 1999 (Roczniki Towarzystwa Naukowego w Toruniu 88,3); Bd. 2: 1972–1993 wraz z uzupełnieniami [1972–1993 mit Nachträgen]. Toruń 1996 (Roczniki Towarzystwa Naukowego w Toruniu 87,2).

Weblinks

- http://www.torun.pl/ (offizielle mehrsprachige Webpräsenz der Stadt)
- http://historicus.umk.pl/kart/planyde.html (Cartographia Thoruniana)
- http://kpbc.umk.pl/ (Kujawsko-Pomorska Biblioteka Cyfrowa)
- http://www.torun.ap.gov.pl/ (mehrsprachige Seite des Staatsarchivs in Thorn)
- http://www.sztetl.org.pl/pl/city/torun/ (Virtuelles Schtetl)

Anmerkungen

[1] Tomasz Jasiński: Początki Torunia na tle osadnictwa średniowiecznego [Die Anfänge Thorns im Kontext der mittelalterlichen Besiedlung]. In: Zapiski Historyczne 46 (1981) H. 4, S. 5–34, hier S. 11f.

[2] Jasiński: Początki, S. 13, 16.

[3] Vgl. Jadwiga Chudziakowa: Badania nad średniowiecznym ośrodkiem miejskim na terenie Torunia w latach 1969–1972 [Forschungen zum mittelalterlichen Stadtkern von Thorn in den Jahren 1969–1972]. In: Zapiski Historyczne 38 (1973) H.3, S. 69–81, hier S. 75ff; Jasiński: Początki, S. 14 ff.; Krzysztof Mikulski: Przestrzeń i społeczeństwo Torunia od końca XIV do początki XVIII wieku [Raum und Gesellschaft Thorns vom Ausgang des 14. bis Anfang des 18. Jahrhunderts]. Toruń 1999, S. 25f.

[4] Mikulski: Przestrzeń, S. 26ff.

[5] Jan Sziling: Struktura narodowościowa Torunia w okresie okupacji niemieckiej (1939–1945) [Die nationale Struktur in Thorn während der deutschen Besatzung (1939–1945)]. In: Mieczysław Wojciechowski (Hg.): Mniejszości narodowe i wyznaniowe w Toruniu w XIX i XX wieku [Nationale und religiöse Minderheiten in Thorn im 19. und 20. Jahrhundert]. Toruń 1993 (Stosunki narodowościowe i wyznaniowe na Pomorzu w XIX i XX wieku 3), S. 161-172, hier S. 171.

[6] Janusz Tandecki: Toruń. Historia i rozwój przestrzenny [Thorn. Geschichte und räumliche Entwicklung]. In: Atlas historyczny miast polskich. Bd.1: Antoni Czacharowski (Hg.): Prusy królewskie i Warmia. H. 2: Janusz Tandecki, Zenon Kozieł (Bearb.): Toruń. Toruń 1995, Marian Biskup (Hg.): Toruń dawny i dzisiejszy. Zarys dziejów [Thorn einst und jetzt. Abriss der Geschichte]. Warszawa u. a. 1983,

[7] Krzysztof Mikulski: Struktura etniczna mieszkańców i status społeczny ludności pochodzenia polskiego w Toruniu od końca XIV do połowy XVII wieku [Die ethnische

Struktur der Einwohner und der soziale Status der Bevölkerung polnischer Abstammung in Thorn vom Ende des 14. bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts]. In: Roczniki Historyczne 63 (1997), S. 111-129.

[8] Tandecki: Toruń, S. 7f; Stefan Cackowski: Pierwszy okres zaboru pruskiego i Księstwo Warszawskie (1793–1815) [Die erste Periode des preußischen Teilungsgebiets und des Herzogtums Warschau (1793–1815)]. In: Biskup: Toruń, S. 301-328, hier S. 301ff.

[9] Kazimierz Wajda: Pod ponownym panowaniem pruskim (1815–1920) [Abermals unter preußischer Herrschaft (1815–1920)]. In: Biskup: Toruń, S. 329-417, hier S. 366.

[10] Cackowski: Pierwszy, S. 318.

[11] Mieczysław Wojciechowski: W czasach Drugiej Rzeczypospolitej (1920–1939) [In der Zeit der Zweiten Republik (1920–1939)]. In: Biskup: Toruń, S. 417-490, hier S. 429f.; Zbigniew Karpus: Rosjanie i Ukraińcy w Toruniu w latach 1920–1939 [Russen und Ukrainer in Thorn in den Jahren 1920–1939]. In: Wojciechowski: Mniejszości, S. 81-96; Tandecki: Toruń, S. 11.

Zitation

Beata Lakeberg: Thorn/Toruń. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54434.html (Stand 10.07.2012).

Tiflis/Tbilisi (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Tilsit/Sovětsk (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Timişoara → Temeswar/Timişoara

Siehe Temeswar/Timişoara

Tiraspol (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Tokaj

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Tokaj (auch Tokay)

Amtliche Bezeichnung

ung. Tokaj

Etymologie

Die Bezeichnung „Tokaj“ ist mit großer Wahrscheinlichkeit alttürkischer Herkunft und bedeutet etwa „Wald am Fluß entlang“.

2. Geographie

Lage

Tokaj liegt auf 48° 12’ nördlicher Breite, 21° 42’ östlicher Länge, 54 km südöstlich vom Komitatssitz Miskolc.

Topographie

Tokaj liegt am Zusammenfluss der Flüsse Theiß (Tisza) und Bodrog im Nordosten Ungarns. Die Stadt ist heute das Zentrum des ungarischen Teils des Weinbaugebietes im Tokajer Bergland (Tokaj-Hegyalja).

Region

Nordungarn (*Észak-Magyarország*), Sempliner Gebirge (*Zempléni-hegység*), Tokajer Bergland (*Tokaj-Hegyalja*).

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Ungarn. Komitat Borsod-Abaúj-Zemplén (*Borsod-Abaúj-Zemplén Megye*); Zentrum des Bezirks Tokaj (*Tokaji járás*) und der Tokajer Kleinregion (*Tokaji kistérség*).

3. Geschichte und Kultur

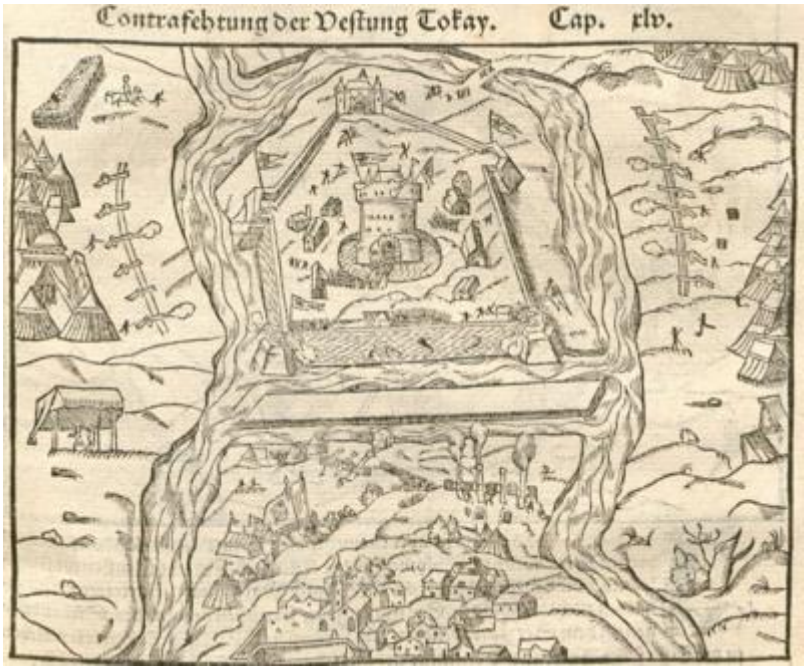
Gebräuchliche Symbolik

Das seit Anfang des 20. Jahrhunderts gebräuchliche Wappenbild ist auf das aus dem Jahr 1549 überlieferte Siegel zurückzuführen. In einem blauen, unten spitz zulaufenden Wappenschild ist ein grüner Dreiberg zu sehen; auf der mittleren Wölbung steht ein goldenes (gelbes) Kreuz, auf dem sich eine eherne (rote) Schlange schlängelt; auf den beiden anderen Wölbungen ist je ein goldener (gelber) Rebstock mit üppigen Weintrauben abgebildet.

Vor- und Frühgeschichte

Das Tokajer Bergland war bereits vor der Völkerwanderung bewohnt. Die ältesten Funde werden der Gravettienkultur beziehungsweise dem Äneolithikum zugeordnet.

Mittelalter



Darstellung der Festung Tokaj in der „Cosmographey“ von Sebastian Münster (1488–1552; Ausgabe 1578).

Nach der Auflösung des Awarenreiches um 800 siedelten sich Onogur-Bulgaren im Tokajer Bergland an. Die landnehmenden Ungarn erschienen hier um 895. Im 12. Jahrhundert wurden altfranzösische und wallonische Siedler sesshaft. Die Siedlungsnamen „Tornyosnémeti“ und „Tornyospálca“ können auch auf deutsche Ansiedler hinweisen. 1476 wurde Tokaj Marktflecken. Johann Zápolya (1487–1540) wurde 1526 in der Versammlung von Tokaj zum ungarischen König gewählt. Die Tokajer Burg war danach Schauplatz zahlreicher kriegerischer Auseinandersetzungen zwischen Johann I. und dem Gegenkönig Ferdinand I. (1526–1564). In der Folge der Reformation trat ein bedeutender Teil der Großgrundbesitzer im Tokajer Bergland zur protestantischen Konfession über.

Neuzeit

Seit der Mitte des 16. Jahrhunderts wuchs die militärische und politische Bedeutung von Tokaj. 1604 wurde Tokaj durch die Feldzüge von Giorgio Basta (1544–1607) verwüstet. Eine Blütezeit erlebte es als Besitz der Rákóczi-Familie 1616–1660. Seit der Mitte des 17. Jahrhunderts wurde die politische Lage immer unsicherer, was durch den Aufstand gegen die habsburgische Herrschaft unter der Führung des Grafen Imre Thököly (1657–1705) (Kuruzenkriege) noch gesteigert wurde. 1660 besetzten die kaiserlichen Heere die Burg. Seit 1663 arbeitete der Festungsbaumeister Lucas Georg Ssicha an der Tokajer Burg. 1704 ließ Ferenc II. Rákóczi (1676–1735) die in seinem Besitz stehende Burg zerstören. 1711 wurde sein Großgrundbesitz konfisziert und dem österreichischen Fürsten Johann Leopold Donath Trautson (1659–1724) verliehen. Danach wurden die entvölkerten Gebiete des Tokajer Berglandes in mehreren Phasen mit deutschen Kolonisten besiedelt (z. B. Trautsondorf/Hercegkút, Karlsdorf/Károlyfalva, Ratkau/Rátka, Rakomas/Rakamaz). Ende des 18. Jahrhunderts wanderten auch Juden aus Österreichisch-Schlesien und Galizien ein. In der Revolution und im Freiheitskampf von 1848/1849 focht der ungarische General György Klapka (1820–1892) seine erste erfolgreiche Schlacht gegen habsburgische Truppen in Tokaj.

Zeitgeschichte

Im Zweiten Weltkrieg wurde der größte Teil der jüdischen Bevölkerung Tokajs 1944 vor allem in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau deportiert. Nach der sowjetischen Besetzung erfolgte − zwischen 1944 und 1945 von Tokaj aus geleitet − die Verschleppung der ungarischen und der deutschen Bevölkerung der Komitate Szabolcs und Zemplén in sowjetische Zwangsarbeitslager (russ. *malenkaya rabota*, dt. kleine Arbeit).[1]

Bevölkerung

Nach der Volkszählung von 1784–1787 hatte Tokaj 2.942 Einwohner.[2] 1880 waren von 4.479 Einwohnern 86,8 % Ungarn, 4,4 % Slowaken, 3,8 % Deutsche, 0,7 % Ruthenen und 1,1 % Sonstige. 1910 lebten 5.105 Menschen in Tokaj, davon waren 98,9 % Ungarn, 0,7 % Deutsche, 0,3 % Slowaken, 0,1 % Sonstige.[3] Heute (2014) beträgt die Bevölkerungszahl 4.514, davon sind 99 % Ungarn und 1 % Sinti und Roma, die in Tokaj auch über eine Minderheiten-Selbstverwaltung verfügen.[4]

Wirtschaft

Bei der Errichtung von Schiffmühlen um 1570 wirkten auch deutsche Müller mit. Der Weinhandel und sonstige Warenverkehr war zunächst in der Hand von Polen. Um die Mitte des 17. Jahrhunderts bildete sich eine bedeutende Händlerschicht mit der Ansiedlung von „Griechen“ (d. h. aus dem Osmanischen Reich stammende christliche Armenier, Serben, Bulgaren, Albaner), dann auch von Russen und Ruthenen und seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts zudem eine Händlerschicht von Juden heraus.[5] Das Tokajer Weinbaugebiet wurde als erstes in der Welt bereits 1737 mit einer königlichen Anordnung zum geschlossenen Weinbaugebiet erklärt. Tokaj wurde Ende des 19. Jahrhunderts zu einem der Zentren der Önologie im Tokajer Bergland. Heutzutage sind der Weinanbau und der damit verbundene Weinverkauf bedeutende Wirtschaftsfaktoren.

Militärgeschichte

Die Tokajer Burg spielte an der Fährstelle im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit eine strategische Rolle. Lazarus von Schwendi (1522–1583) als Generalkapitän der deutschen Heere gegen die Türken eroberte nicht nur die Burg zurück, sondern organisierte auch die Verteidigung des ganzen Berglandes.

Ausgrabungen bei der Burg (*Rákóczi vár*) werden seit 2007 vorgenommen.

Religions- und Kirchengeschichte



Der Jüdische Friedhof in Tokaj [Wikimedia Commons. PMATAS CC BY-SA 4.0].

1411 gründeten die Pauliner ein Kloster in Tokaj, 1712 ließen sich die Kapuziner und 1723 die Piaristen hier nieder. Neben der in den 1830er Jahren errichteten ehemaligen Synagoge ist auch der Jüdische Friedhof erhalten.

1880 waren von 4.479 Einwohnern 1.734 römisch-katholisch, 461 griechisch-katholisch, 986 reformiert, 126 evangelisch-lutherisch, 1.161 jüdisch, 10 griechisch-orientalisch und eine Person sonstiger Konfession; 1910 waren 2.055 römisch-katholisch, 638 griechisch-katholisch, 1.183 reformiert, 104 evangelisch-lutherisch, 1.119 jüdisch, 2 griechisch-orientalisch; vier Personen fielen in die Kategorie „Sonstige“.[6]

Besondere kulturelle Institutionen

Die Stadt beherbergt folgende Einrichtungen: den Anfang des 15. Jahrhunderts errichteten Rákóczi-Keller (*Rákóczi Pince*), das Tokajer Museum (*Tokaji Múzeum*, im Haus der ehemaligen griechischen Händler), das Ede-Paulay-Theater (*Paulay Ede Színház*), die ehemalige Synagoge als Kultur- und Konferenzzentrum (*Kulturális és Konferencia Központ*), die ehemalige orthodoxe Kirche als Tokajer Galerie (*Tokaji Galéria*) sowie die Ferenc-Németi-Stadtbibliothek (*Németi Ferenc Városi Könyvtár*).

Das Tokajer Weinfestival (*Tokaji Borfesztivál*) und ein Schriftstellertreffen (*Tokaji Írótábor*) werden im Sommer, die Weinlesetage (*Tokaji Szüreti Napok*) im Oktober veranstaltet.

Alltagskultur

Tokajs Name verschmolz mit der Weinbereitung, mit dem „Ausbruch“ (*aszú*, Wein aus Trockenbeeren). Die Spätlese (Beginn am 28. Oktober) – eine Voraussetzung für die Herstellung des „Ausbruchs“ – ist auf das Ende der 1490er Jahre zurückzuführen; damals beginnt der „Tokajer“ Weltruf zu erlangen. Bereits der berühmte Arzt Paracelsus (Philippus Theophrastus Aureolus Bombastus von Hohenheim, 1493−1541) suchte Anfang der 1520er Jahre Tokaj und das Tokajer Bergland auf, vermutlich um sich vom Goldgehalt der Tokajer Weinreben und der Heilkraft des Tokajers überzeugen zu können. Der Tokajer wurde zum Lieblingsgetränk von Päpsten, Herrschern und Künstlern. In der Weltliteratur

wird er häufig thematisiert, so zum Beispiel in den *Abenteuern des Freiherrn von Münchhausen* von Gottfried August Bürger (1747−1794), im *Faust* von Johann Wolfgang von Goethe (1749−1832), im *Faust* von Nikolaus Lenau (1802−1850) oder in dem Roman *Wo warst du, Adam?* von Heinrich Böll (1917−1985). Hervorzuheben ist noch *Lob des Tokayers* von Gabriele von Baumberg (1768−1839).

Kunstgeschichte

In der historischen Altstadt sind Wohnhäuser aus dem 17. bis 19. Jahrhundert bis heute erhalten (Barock-, Zopfstil, Klassizismus, Historismus). Zu den bedeutenden historischen Gebäuden zählen die griechisch-katholische Kirche Nikolaus von Myra im Barockstil, die neoromanische römisch-katholische Herz-Jesu-Kirche und das Rákóczy-Dessewffy-Schloss im Barockstil.

Der Maler Tibor Tenkács (1913–1998) lebte in der Stadt.

Musik, Publizistik und Literatur

Der ungarische Dichter Bálint Balassi (1554–1594) lebte eine kurze Zeit in Tokaj. Der Journalist und Schriftsteller György Urházi (1823–1873), der Schauspieler und Übersetzer Ede Paulay (1836–1894) sowie der Dirigent und Komponist József Záborszky (1918–2015) wurden in Tokaj geboren. Der Dichter und Autor von Kirchenliedern Ferenc Némethi starb 1565 als Burgkapitän von Tokaj den Heldentod. In seiner Kindheit verbrachte der Dichter Nikolaus Lenau (1802–1850) zwei Jahre in Tokaj.

Tokaji Hírek (Tokajer Nachrichten) ist eine monatlich erscheinende Zeitung.

Gedächtnis- und Erinnerungskultur

Das Tokajer Weinbaugebiet wurde 2002 in die Liste des UNESCO-Weltkulturerbes aufgenommen.[7]

4. Diskurse/Kontroversen

Ein Teil des Tokajer Berglandes liegt in der heutigen Slowakei. Strittig war die Markenbezeichnung „Tokajer“: Der Gerichtshof der EU entschied 2014, dass auch in der Slowakei die Bezeichnung „*Vinohradnícka oblast' Tokaj*“ benutzt werden darf.

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- László Alkonyi: The wine of freedom. A szabadság bora. Budapest 2000 (Borbarát 1).
- Iván Balassa: Tokaj-Hegyalja szőleje és bora. Történeti-néprajzi tanulmány [Die Traube und der Wein im Tokajer Bergland. Eine historisch-ethnographische Studie]. Tokaj 1991 (mit deutschsprachiger Zusammenfassung, S. 711–724).
- Iván Balassa: Zur Geschichte der deutschen Kolonisation im Tokaier Bergland. In: Iván Balassa, Claus Klotz, Karl Manherz: Beiträge zur Volkskunde der Ungarndeutschen. A magyarországi németek néprajzához. Budapest 1975, S. 67–99.
- János Bencsik, István Orosz (Hg.): Tokaj Várostörténeti tanulmányok. I., II. [Tokaj. Studien zur Stadtgeschichte]. Tokaj 1995.
- János Bencsik (Hg.): Tokaj Várostörténeti tanulmányok. III. [Tokaj. Studien zur Stadtgeschichte]. Tokaj 2002.

- János Bencsik (Hg.), Attila Ulrich: Tokaj Várostörténeti tanulmányok. IV. [Tokaj. Studien zur Stadtgeschichte]. Tokaj 2003.
- Tokaj-hegyaljai album. Tokaj-hegyaljaer Album. Album de la Tokay-hegyalja. Album of the Tokay-hegyalja. Pest 1867. Reprint: József Szabó, István Török (Hg.). Budapest 1984.

Weblinks

- http://www.tokaj.hu/tokaj/index.html (offizielle Internetseite der Stadt in ungarischer und englischer Sprache)
- https://www.youtube.com/watch?v=_Gpknk3wQm8 (die Burg von Tokaj im 15. und 17. Jahrhundert auf der Grundlage historischer Quellen)
- http://tokajiborlovagrend.hu/en/the-confrerie-de-tokaj/ (Tokajer Weinritterorden [*Tokaji Borlovagrend*])
- http://tokajimuzeum.hu/index.php?oldal=muzeumtortenet (Tokajer Museum [*Tokaji Múzeum*])

Anmerkungen

[1] Unter den zu Zwangsarbeit in die Sowjetunion Verschleppten befand sich auch der Deutsche Mátyás Stumpf (1905–1945), Priester von Tokaj, der in einem russischen Zwangsarbeitslager in Donezk verstarb. Seit 1992 befindet sich in der römisch-katholischen Herz-Jesu-Kirche eine entsprechende Gedenktafel: „Hochwürden Mátyás Stumpf, erzbischöflicher Ratsherr, war seit 1941 als Pfarrer dieser Kirche tätig. 1945 verstarb er unter den Verschleppten seiner Gemeinde in einem sowjetischen Zwangsarbeitslager. Er lebte 41 Jahre lang. In der Ferne befindet sich sein ungekennzeichnetes Grab, aber sein Andenken wird die Tokajer röm.-kath. Kirchengemeinde in Ehren bewahren. 1992.“

[2] Sándor Frisnyák: Történeti földrajz. A Szatmár-Beregi síkság, a Rétköz, a Nyírség, és a Zemplén-hegység 18.–19. századi földrajza [Historische Geographie. Die Geographie der Sathmar-Bereger Ebene, von Rétköz, von Nyírség und des Sempliner Gebirges im 18.–19. Jahrhundert]. Nyíregyháza 1985, S. 71.

[3] Péter Takács: A polgárosodó kamarai mezőváros. Tokaj 1850–1918 [Der sich verbürgerlichende kammereigene Marktflecken. Tokaj 1850–1918]. In: Bencsik, Orosz (Hg.): Tokaj I, S. 271–301, hier S. 273. 1880 bekannten sich 25,9 % der Bevölkerung zum jüdischen Glauben, 1910 waren es 21,9 % (siehe dazu die absoluten Zahlen im Abschnitt zur Religions- und Kirchengeschichte). Die Verminderung der Zahlen zwischen 1880 und 1910 hängt mit dem Wegzug der jüdischen Bevölkerung vor allen nach Miskolc, Nyíregyháza, Pest und Szerencs zusammen.

[4] Nach den Angaben des Statistischen Amtes vom 01.01.2014 http://www.ksh.hu/apps/shop.kiadvany?p_kiadvany_id=35528&p_lang=HU (Abruf 01.03.2015).

[5] László Veres: Városi ipar és kereskedelem a 16.-17. században [Städtische Industrie und Handel im 16.–17. Jahrhundert]. In: Bencsik, Orosz: Tokaj I, S. 125–137, hier S. 132.

[6] Takács: A polgárosodó (Anm. 3), S. 274.

[7] http://whc.unesco.org/en/list/1063.

Zitation

Tünde Radek: Tokaj. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2015. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32476 (Stand 30.06.2015).

Tomsk (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Toruń → Thorn/Toruń

Siehe Thorn/Toruń

Törzburg/Bran

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Törzburg; Etymologie: Aus der ehemaligen Bezeichnung des Ortes *Terch, Turcz, Turci* > Törz(burg), namengebend wohl der nahebei fließende Bach Turcu.[1]

Amtliche Bezeichnung (Ort)

rum. Bran; Etymologie: Unklar, evtl. aus ung. *Baranmezö* ("braunes Feld"), möglicherweise auch aus slav. бороться (russ. kämpfen) oder "Tor": ворота (russ.), brána (tschech.).[2]

Ungarische Bezeichnung

Törcsvár; Etymologie: Hybride Lehnbildung aus dem dt. "Törzburg".

Lateinische (hist.) Bezeichnung

Castrum T(h)erch, Törz, Turz, Turchaw, Thewrh[3]

2. Geographie

Lage

45° 31′ 2,8″ Nord, 25° 22′ 15,2″ Ost.



Törzburg (Törcsvár). [Die österreich-ungarische Monarchie in Wort und Bild. Ungarn, Bd. 6. Wien 1902, S. 63]

Topographie und Region

Die Törzburg befindet sich etwa 30 km südlich von Kronstadt/Braşov zwischen dem Butschetsch-Gebirge/Munţii Bucegi/Bucsecs-hegység im (Süd-)Osten und dem Königsstein/Munţii Piatra Crailului/Királykő-hegység im (Nord-)Westen, an der engsten Stelle zwischen den Bergen Dealul Cetăţii und Măgura, vom Ende des Passes her öffnet sich im Nordosten das Burzenland/Ţara Bârsei/Barcaság und im Südwesten das weite Tal der Gemeinde Moesch/Moieciu/Moécs. Dieser Standort markiert den nördlichen Ausgang des gleichnamigen Törzburg-Passes (Pasul Rucăr-Bran), der als eine der wichtigsten Passstraßen im Karpatenknie Kronstadt mit Langenau/Câmpulung Muscel und damit Siebenbürgen mit der Walachei verbindet und im Mittelalter große merkantile und militärische Bedeutung hatte.

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Zunächst unter direkter Verwaltung der Könige von Ungarn als Herrschaft (*Dominium* mit 13 umliegenden Ortschaften) durch Kastellane, befand sich die Burg als Pfand ab 1498 im Besitz der Kronstädter Sachsen, ab 1651 (Kroner 2006) bzw. 1650[4] endgültig und bestätigt durch Fürst Georg II. Rákóczi; zeitweise auch kurz und wiederholt im Besitz der Fürsten der Walachei. Als siebenbürgische Grenzbefestigung territoriale Zugehörigkeit zum Königreich Ungarn und später zur Habsburgermonarchie. Nach Verlust der Bedeutung als Grenzposten und Militärstützpunkt unter Verwaltung des Kronstädter Forstamts (Kroner 2006). Nach Plänen, die Burg dem österreichischen Kaiser Karl I. (ung. König IV. Károly) als Krönungsgeschenk zu überreichen, was durch den Ausgang des Ersten Weltkriegs nicht mehr vollzogen werden konnte, wurde die Burg am 17. Juni 1921 von der Stadt Kronstadt der Königin Maria von Rumänien geschenkt. Im kommunistischen Rumänien verstaatlicht, wurde die Burg 2006 an Dominic von Habsburg, Sohn der Prinzessin Ileana von Rumänien, restituiert (vgl. Kroner 2006). Gegenwärtig wird die Burg von einer Verwaltungsgesellschaft geführt.

3. Geschichte und Bedeutung

Die Törzburg wurde als Gegenleistung für ihnen gewährte Rechte 1377 von den Burzenländer Sachsen aus Kronstadt für den ungarischen König Ludwig I. den Großen (Nagy Lájos) als Grenzbefestigung zum Schutz vor den beginnenden Türkeneinfällen erbaut, aber auch gegen das im Süden erstarkende Fürstentum Walachei. Neben der Grenzbewachung und -verteidigung kam der Burg auch die Aufgabe der Zollrechtsausübung zu. Die Törz-

burg mit der umliegenden zugehörigen Herrschaft unterstand zunächst direkt den ungarischen Königen, die die Kastellane ernannten. Mit der Etablierung walachischen Territorialbesitzes nördlich der Karpaten in Hamlesch/Amnaş und Fogarasch/Făgăraş Ende des 14. Jahrhunderts unter Mircea dem Alten (cel Bătrân, †1418) kam die Törzburg erstmals kurzzeitig in Besitz und unter Verwaltung der Fürsten der Walachei, wobei das Zollrecht bei Kronstadt blieb. Als Reaktion auf einen Vorstoß der Osmanen 1421 ins Burzenland und auf die schwankende Herrschafts- und Bündnispolitik in der Walachei unterstellte König Sigismund die Törzburg den siebenbürgischen Woiwoden. Wiederholt spielte die Burg eine Rolle bei spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Feldzügen und militärischen Auseinandersetzungen; in den Türkenkriegen waren die Burg und der Pass aber eher Nebenkriegsschauplatz, da die türkischen Heere in der Regel die Karpatenpässe mieden. Beschreibungen und Erwähnungen der Törzburg gibt es aus dieser Zeit u.a. vom französischen Diplomaten Jacques Bongars (1585) und vom italienischen Reisenden und Militärexperten Filippo Pigafetta (1595).

Eine wichtigere Rolle spielte die Burg schließlich bei innersiebenbürgischen Auseinandersetzungen: 1612 wurde die Törzburg vom siebenbürgischen Fürsten Gabriel Báthory während seiner Konflikte mit den Sachsen und dem walachischen Woiwoden eingenommen. Unter seinem Nachfolger Gabriel Bethlen kam es zu massiven Umbau- und Erneuerungsarbeiten an der Burg, während die Rechte der Kronstädter bezüglich Burgbesitz, militärischer Kontrolle und Zollrecht neu geregelt wurden. Im Zuge der militärischen Auseinandersetzungen zwischen Georg II. Rákóczy, den Türken und den Fürsten der Walachei gelangte die Törzburg mit ihrer Herrschaft endgültig wieder in den Besitz der Kronstädter. Mit der Reorganisation der Grenzverteidigung im Habsburgerreich begann die militärische Bedeutung der Törzburg zu schwinden; mit der Verlegung der Zollstelle 1836 verlor die Burg auch diese Funktion, nach der Abschaffung der Grundherrschaft Mitte des 19. Jahrhunderts endete auch das Törzburger Dominium.

Bis zur Schenkung der Burg an die rumänische Königin diente die Törzburg als Sitz der Kronstädter Forstbehörde. Nach der Abdankung des rumänischen Königs 1947 wurde die Burg verstaatlicht und ab 1957 als Museum genutzt. Gegenwärtig ist die Törzburg als Monument und Museum mit 195.000 Besuchern im Jahr 2011 eines der beliebtesten Touristenziele in Rumänien.[5]

4. Zur Baugeschichte

Die von den Kronstädtern errichtete steinerne Befestigungsanlage[6] wurde vermutlich auf den Resten einer hölzernen, durch die Deutschordensritter während ihres kurzen Aufenthalts (1211-1225) im Burzenland errichteten Wehranlage (Dietrichstein) erbaut, darauf lässt die Formulierung der durch Ludwig I. von Ungarn ausgestellten Urkunde zum Burgenbau schließen: "novum castrum in lapide Tydrici aedificare".[7] Insgesamt ist die Törzburg eine gut erhaltene mittelalterliche Burg, wenn auch bauliche Veränderungen, teils aufgrund von Zerstörungen – einmal ist der Pulverturm explodiert (1593) –, teils anderweitige massive Umbauten (besonders 1554, 1619) und Erweiterungen, etwa 1630 durch Gabriel Bethlen,[8] im Laufe der Zeit zum heutigen eklektischen Aussehen der Burg geführt haben. Die Übergabe an die Königsfamilie hat vor allem das Burginnere durch die Anpassung an die Bedürfnisse einer königlichen Wohnstätte im frühen 20. Jahrhundert (unter Leitung des Hofarchitekten Carol Liman) stark verändert und das heutige Erscheinungsbild geprägt, welches nicht mehr die Wehrhaftigkeit, sondern die Bequemlichkeit und Repräsentativität des Baus in den Vordergrund rückt.



Der Innenhof der Törzburg. [Foto: T. Schares]

Die Burg ist gebaut auf einem länglichen, viereckigen, unregelmäßigen Grundriss mit einer maximalen Ost-West-Ausdehnung von ca. 40 m und einer maximalen Nord-Süd-Ausdehnung von ca. 17 m. Die Anlage wird dominiert von dem wuchtigen, viereckigen Turm (Donjon) an der breiten Nordseite, heute mit zum Burginneren hin gewölbtem Pultdach und Dachreitertürmchen als Ausguck, sowie einem etwas niedrigeren runden Turm mit Kegeldach im Westen und vorgelagertem bastionartigem Rundwehrbau-Fundament als Abschluss zur Passseite. Am aus dem Grundriss heraustretenden Tor- und Wachhaus mit Treppenaufgang als Burgzugang an der Südostkante findet sich als Abschluss zur länglichen Südmauer ein weiterer niedriger halbrund vorspringender Rundbau mit Kegeldach, der eine Wendeltreppe umschließt, daneben liegt ein weiterer neuzeitlicher Anbau mit Ausgang zum Burgpark hin. Im Burghof fallen die Fachwerkelemente besonders der umlaufenden Balkonage sowie außen an der Nordseite auf. Der Hauptwohnbau schließt die östliche schmalere Kante der Anlage mit einer massiven Mauer aus behauenen Natursteinen ab. Die eng gestaffelte, vom natürlichen Felsfundament vorgegebene Struktur ist geprägt durch die gedrängte, insgesamt fünfgeschossige Gebäudeanordnung im Inneren und den dadurch komplett von Gebäuden umschlossenen Innenhof.

5. Diskurse/Kontroversen

Die historische Bedeutung der Törzburg wird überlagert von Populärmythen. Bis heute beruht die touristische Anziehungskraft der Burg auf angeblichen Aufenthalten des walachischen Woiwoden Dracula/Vlad III. Drăculea bzw. Ţepeş, wenn auch vor kurzem die Exponate im Burginneren um diese nicht belegbaren Bezüge zum historischen Dracula weitgehend bereinigt wurden. Diese Mythen wurden von den rumänischen Behörden im Rahmen des staatlich forcierten Dracula-Tourismus in den 1970er Jahren lanciert, wirtschaftlich ausgebeutet und wirken bis heute nach. In den Beschreibungen des Grafensitzes im Roman *Dracula* von Bram Stoker will man ebenfalls die Törzburg erkannt haben, was den Mythos als Dracula-Burg zusätzlich nährt. Ein zweiter – sichtbarer – Populärmythos hängt mit der Schenkung der Burg an die rumänische Königsfamilie und dem Nimbus der Burg als favorisierter Aufenthaltsort der Königin Maria und der Prinzessin Ileana zusammen, deren Nachkommen gegenwärtig wieder im Besitz derselben sind, wodurch der Charakter des zur königlichen Wohnanlage umgebauten Wehrbaus wieder stark in den Vordergrund gerückt wird. Beide Populärmythen verstellen den Blick auf den historischen Charakter der Burg als Grenzbefestigung, Zollstation und herrschaftlicher Sitz und sind eben auch (was die zweite betrifft) evident in den z. T. massiven baulichen Verfälschungen der ursprünglichen Substanz vor allem im Burginneren. Zumindest der Umbau der Festungsanlage in eine neuzeitmonarchische, romantisierende Herrscherresidenz muss aber als Tatsache und Status Quo der gegenwärtigen Situation der Burg sowie als Teil der (Bau-)Geschichte betrachtet und in ihre geschichtliche und kulturelle Beschreibungsdimension integriert werden.

6. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Gheorghe Anghel: Mittelalterliche Burgen in Transsilvanien. Bukarest 1973 (dt. Übers. der rum. Ausg. 1972).
- George Avanu: Bran. Sinfonia Culorilor [Törzburg. Sinfonie der Farben]. 2. Aufl. Bucureşti 2008.
- Titus Haşdeu: Cetatea Bran [Die Festung Törzburg]. Bucureşti 1968.
- Emil Micu: Castelul Bran [Die Törzburg]. Bucureşti 1957.
- Michael Kroner: Warum Habsburger und nicht Hohenzollern? In: Siebenbürgische Zeitung vom 19.9.2006 (http://www.siebenbuerger.de/zeitung/artikel/kultur/5701-warum-habsburger-und-nicht.html).
- Harald Roth (Hg.): Handbuch der historischen Stätten: Siebenbürgen. Stuttgart 2003.
- Fritz Schuster: Die Törzburg und das Törzburger Dominium. In: Kronstädter Zeitung 90-92 (1917).
- Gustav Treiber: Die Törzburg. In: Jahrbuch des Burzenländer Sächsischen Museums 1 (1925), S. 122-126.

Weblinks

- www.bran-castle.com (Webpräsenz der Verwaltungsgesellschaft der Törzburg)
- http://www.ghidbran.ro/despre-bran.php (Webpräsenz der Gemeinde Bran)
- http://www.probran.ro (Weitere Seite mit Informationen über Bran)

Zitation

Thomas Schares: Törzburg/Bran. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54440.html (Stand 13.02.2012).

[1] Vgl. Gernot Nussbächer: Aus Urkunden und Chroniken. Beiträge zur siebenbürgischen Heimatkunde. Bd. 5. Bukarest 1981, S. 42.

[2] Vgl. Nussbächer: Aus Urkunden, S. 43.

[3] Vgl. I[oan] Clinciu: Din trecutul Branului [Aus der Vergangenheit Brans] In: Transilvania. Revista asociaţiunii pentru literatura română şi cultura poporului român 6 (1910), S. 393-414, hier S. 400, so die Bezeichnungen in Dokumenten vor der Erbauung der jetzigen Burg auf dem Dietrichstein; auch die Bezeichnungen Lapis Tiderici und castrum in lapide Tydrici sind belegt, ebd. Vgl. auch Abschn. 4.

[4] Siebenbürgen in Wort und Bild. Mit einer Einleitung von Krista Zach und durch ein Ortsregister ergänzt. Vollständiger Nachdruck der Ausgabe Wien 1902. Köln u. a. 2004 (Schriften zur Landeskunde Siebenbürgens 28), S. 64.

[5] Im Vergleich zu 70.000 Besuchern auf Burg Eisenmarkt/Hunedoara, der einzigen vergleichbaren spätmittelalterlichen Burganlage in Siebenbürgen, im gleichen Jahr. Vgl. Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien Nr. 4814 (20. Jan. 2012), S. 12. Nach anderen Quellen soll die Törzburg, gegenüber 517.000 Besuchern im Jahr 2010, bis Oktober 2011 mehr als 430.000 Besucher gehabt haben. Vgl. die Informationen des Direktors (http://www.gandul.info/magazin/bran-astra-brukenthal-si-peles-in-topul-celor-mai-

vizitate-muzee-din-romania-in-2011-9004385, Artikel vom 24.11.2011, und andere rumänische Internetquellen). Eine weitere Verifizierung der Zahlen ist nicht möglich.

[6] Grundriss bei Anghel (1973) und im Internet: www.burgenwelt.de.

[7] Vgl. Nussbächer: Aus Urkunden, S. 42.

[8] Siebenbürgen in Wort und Bild, S. 374.

Trautenau/Trutnov

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Trautenau

Amtliche Bezeichnung

tsch. Trutnov

Etymologie

Möglicherweise gebildet aus dem Flussnamen Úpa; nach dem Chronisten Simon Hüttel abgeleitet von Ritter Albrecht von Trautenberg, mittelhochdeutsch Truthnow/Trutenowe.

2. Geographie

Lage

Trautenau liegt in Nordböhmen im Tal des Flusses Aupa/Úpa und am Fuße des Riesengebirges/Krkonoše auf 414 m Höhe und auf 50° 33' 39.2" nördlicher Breite und 15° 54' 46.1" östlicher Länge.



Der Rübezahlplatz in Trautenau/Trutnov mit Blick auf das Rathaus (2008). [Foto: C. Schubert]

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Tschechien; Region Královéhradecký kraj, Bezirk/okres Trutnos. Bezirksstadt mit 21 Ortsteilen; der Bezirk umfasst 1.147 km^2.

Gebräuchliche Symbolik

Bezugnehmend auf die Lindwurmsage, die sich mit dem Bau der Stadt verbindet, zeigt das Wappen einen vor dem Stadttor liegenden Drachen und einen Raben mit goldenem Ring im Schnabel.

3. Allgemeine Geschichte

Mittelalter

Das älteste Dokument ist eine kirchliche Urkunde von 1260, in der von *Upa primum* und *Upa secundum* die Rede ist, in Verbindung mit der Handelsstraße "Trautenauer Steig", die von Prag/Praha bis etwa Breslau/Wrocław führte. Diese berührte den Ort Úpa, der aller Wahrscheinlichkeit nach auf eine slawische Gründung zurückgeht. Im Zuge der von Ottokar/Otakar II. begonnenen Besiedlungspolitik (1256–1273) wurde das Riesengebirge von deutschen Einwanderern erschlossen. In einer Urkunde König Wenzels/Václav II. aus dem Jahr 1301 findet sich die erste schriftliche Erwähnung des Namens *Novum Trutnow*. In dieser Zeit war Ägidius von Schwabenitz, der auch ein Kloster gründete, Besitzer des Ortes. Eine Urkunde vom 27. Januar 1340 bestätigt die städtischen Rechte Trautenaus (Magdeburger Recht). 1399 wurde die Stadt zum königlichen Leibgedinge Wenzels IV. für seine Gemahlin, Sophie von Bayern. Der Besitz des Burglehens wechselte zwischen verschiedenen Adelsfamilien. Während der Hussitenkriege wurden Trautenau sowie das Kloster 1421 durch einen Brand zerstört.

Neuzeit

Im Dreißigjährigen Krieg wurde die Stadt mehrfach angegriffen und teilweise zerstört. Auch der Schlesische Krieg und der Siebenjährige Krieg hinterließen Spuren, besonders erstgenannter, da Friedrich II. und seine Truppen 1745 in der Stadt Quartier nahmen. Der Flachsanbau und das Leinengewerbe waren schon im 16. Jahrhundert von wirtschaftlicher Bedeutung; 1592 wurde in Trautenau eine Leinweberzunft gegründet. 1775 fand ein Aufstand von Bauern aus dem Umland in Trautenau sein verlustreiches Ende. Johann Faltis gründete 1835 die erste mechanische Flachsgarnspinnerei in Jungbuch bei Trautenau, in der Stadt selbst entstand 1854 eine Spinnerei. Die Schlacht bei Trautenau im Deutschen Krieg am 27. Juni 1866 endete mit einem Sieg der österreichischen Truppen über Preußen. Im Zuge der fortschreitenden Industrialisierung nahm die Bevölkerungszahl zu. Zahlreiche Bauten wurden errichtet, so 1862 das neue Rathaus, 1869 der Bahnhof oder 1885 die Synagoge. Vom Ersten Weltkrieg war Trautenau nicht unmittelbar betroffen. Durch Gründung der Tschechoslowakischen Republik 1918 traten einschneidende politische Veränderungen ein.

Zeitgeschichte

In den 1920er Jahren brach der Absatzmarkt der Leinenindustrie ein; hohe Arbeitslosigkeit war die Folge. Obzwar die Verwaltung mehr und mehr durch tschechische Beamte besetzt wurde, hat der deutsche Bürgermeister Hieronymus Siegel 1919–1927 und 1931–1933 der Stadt vorgestanden. In den 1930er Jahren verschärfte sich die Situation zwischen der deutschen und der tschechischen Bevölkerung, 1935 erhielt die von Konrad Henlein gegründete Sudetendeutsche Partei 40,7% der Stimmen. Nach dem Münchener Abkommen, im Oktober 1938, marschierten deutsche Truppen ein, der Landkreis Trautenau wurde geschaffen. Besonders für die jüdische Bevölkerung wurde die Lage zunehmend bedrohlich; im November 1938 wurde die Synagoge zerstört. Während des Zweiten Weltkrieges kam es zu einem einzigen Bombenangriff im Frühjahr 1944. Mit dem Einmarsch der sowjetischen Armee ab dem 9. Mai 1945 endete die Vorherrschaft der Nationalsozialisten; die Vertreibung der deutschen Bevölkerung begann unmittelbar danach.[1]

Wirtschaft und Gesellschaft

Entwicklung der Stadt in Bevölkerungszahlen:[2]

Jahr	Einwohner
1260	ca. 200
1583	ca. 1000
1771	ca. 1950
1880	11.239
1913	16.988
1930	15.920

Bei Trautenau handelte es sich um eine überwiegend von Deutschen katholischer Konfession besiedelte Stadt. Mit Gründung der Tschechoslowakischen Republik stieg der Anteil der tschechischen Bevölkerung: Hatte dieser 1921 bei 9,3% gelegen, so wurden 1930 12,8% verzeichnet.[3] 1930 waren 2,32% Einwohner jüdischen Glaubens. 1938 hatte Trautenau 14.584 Einwohner, davon 11.412 Deutsche und 2.791 Tschechen.[4] Bevölkerungszahl Stand 1. Januar 2011: 30.819.[5]

Wirtschaft

Neben der Leinenindustrie war der Bergbau von Bedeutung, der im 16. Jahrhundert während der Lehnsherrschaft des Berghauptmanns und Ritters Christoph von Gendorf zu einer ersten Blüte gelangte. Auch existierte von etwa 1505 bis 1846 im Stadtgebiet eine Papiermühle. Des Weiteren ist der Tourismus wichtig, der bereits im 19. Jahrhundert seinen Aufschwung nahm. Seit 1871 ist Trautenau an das Eisenbahnnetz angeschlossen. Heute sind vorwiegend Betriebe der Elektroindustrie angesiedelt.

Besondere kulturelle Institutionen

In der Stadt sind ein Städtisches Museum, das Museum des Riesengebirgsvorlandes und das Staatliche Bezirksarchiv Trautenau angesiedelt. Die jüngste Einrichtung ist das 2010 eröffnete Kulturzentrum UFFO.

Erinnerungskultur

Zur Schlacht bei Trautenau (1866) wurde ein Lehrpfad eingerichtet, der vom Ringplatz oder Rübezahlplatz/Krakonošovo náměstí zum Denkmal des Generals Ludwig von Gablenz auf dem Kapellenberg/Janský vrch und zur Kapelle des hl. Johannes des Täufers führt. Zum Gedenken an die Gründungssage wird jährlich eine metallene Lindwurmfigur am Turm des Alten Rathauses befestigt. Der zerstörten Synagoge und dem jüdischen Friedhof sind heute Gedenkstätten gewidmet.

Kunstgeschichte

Das Zentrum des historischen Stadtkerns bildet der in viereckiger Form angelegte und von Laubengängen umsäumte Ringplatz/Rübezahlplatz. Dort befindet sich das ursprünglich im Renaissancestil errichtete und nach einem Brand 1861 im Stil der Neugotik aufgebaute Rathaus. Auf dem Platz stehen die barocke Dreifaltigkeitssäule aus dem Jahr 1704 sowie

der Rübezahlbrunnen von 1892. Die spätbarocke Kirche der Geburt der Jungfrau Maria wurde von 1756 bis 1782 von dem Baumeister Leopold Niederecker errichtet. Die Kirche des hl. Wenzel mit Renaissanceturm, barockem Hauptaltar und bemaltem Epitaph von 1606 wird bereits Anfang des 14. Jahrhunderts erwähnt. Im Stadtteil Parschnitz/Poříčí steht die Kirche der Heiligen Peter und Paul, erbaut 1897 bis 1903 vom Trautenauer Baumeister Vincenz Baier. Eine wechselvolle Geschichte hat die Kapelle des hl. Johannes des Täufers, 1714 von Johann Moritz Dreyschock auf dem Kapellenberg erbaut, 1745 niedergebrannt und 1811 wieder errichtet und geweiht. Auf dem 1875 angelegten Friedhof befindet sich die Kapelle des hl. Kreuzes des Trautenauer Baumeisters Adolf Bohaty. Ebenfalls von einem Trautenauer Architekten wurde 1900 die evangelische Christuskirche errichtet, die heute als Konzertsaal genutzt wird. Zum Stadtbild gehört die Skulptur des hl. Johannes von Nepomuk (1728) des böhmischen Bildhauers Georg Patzák, auch die Figurengruppe der Heiligen Familie (1730) wird dem Künstler zugeschrieben. Der Bildhauer Emil Schwantner (1890–1956, 1920–46 in Trautenau ansässig) ist bekannt durch Tierskulpturen, Kriegs- und Grabdenkmäler sowie die Darstellung von Bauern und Handwerkern.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Joachim Bahlcke, Winfried Eberhard, Miroslav Polívka (Hg.): Handbuch der historischen Stätten: Böhmen und Mähren. Stuttgart 1998, S. 618-621.
- Simon Hüttel: Chronik der Stadt Trautenau (1484–1601). Prag 1881 (Deutsche Chroniken aus Böhmen 2).
- Reinhard Lamer: Trautenau. Geschichte einer deutschen Stadt. Wien u. a. 1971.
- Julius Lippert: Geschichte der Stadt Trautenau. Prag 1863 (Beiträge zur Geschichte Böhmens, Abt. 3, Ortsgeschichten 1).
- Jürgen G. Nagel: Trautenau. Stadt und Umland zur Zeit der deutschen Besiedlung. Hg. v. Riesengebirgler Heimatkreis Trautenau e. V. Nürnberg 1996.
- Staatliches Bezirksarchiv Trutnov [Státní Okresní Archiv Trutnov] (Hg.): Trutnovská radnice. Kapitoly z dějin města Trutnova a jeho samosprávy [Das Rathaus von Trautenau. Kapitel aus der Geschichte der Stadt Trautenau und seiner Selbstverwaltung]. Trutnov 2010.
- Rudolf M. Wlaschek: Jüdisches Leben in Trautenau, Nordostböhmen: ein historischer Rückblick. Dortmund 1991 (Veröffentlichungen der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund, Reihe B, 44).

Weblinks

- www.trutnov.cz (mehrsprachige Website der Stadt)
- www.trautna.de (heimatgeschichtliche Seite in deutscher Sprache)

Zitation

Claudia Schubert: Trautenau/Trutnov. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/56066.htm (Stand 07.03.2012).

[1] Vgl. Homepage www.trautna.de, Stichwort Vertreibung, die dortigen Angaben entstammen den Akten des Staatlichen Bezirksarchivs Trautenau (www.soka-tu.mstu.cz/).

[2] Lamer: Trautenau, S. 209.

[3] Lamer: Trautenau, S. 181.

[4] nach Ludek Jirásek: Po prevratu 1918. In: Trutnovká radnice, S. 75.

[5] www.czso.cz/csu/2011edicniplan.nsf/engt/760029E11D/$File/13011103.pdf.

Trebitsch/Třebíč (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Treblinka → Shoah (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Trebnitz/Trzebnica

1.Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Trebnitz

Amtliche Bezeichnung

poln. Trzebnica

Etymologie

Der Name leitet sich vermutlich von dem polnischen Verb *trzebić* (= roden, abholzen) ab, wohl als Bezeichnung für eine Siedlung, die auf einer gerodeten Fläche entstand.[1]

2. Geographie

Lage

Trebnitz liegt auf 51° 18′ nördlicher Breite und 17° 4′ östlicher Länge etwa 20 km nördlich von Breslau/Wrocław im Katzengebirge (*Wzgórza Trzebnickie*), ca. 160 m über dem Meeresspiegel.

Region

Niederschlesien

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Polen. Trebnitz ist heute Sitz eines Kreises (*powiat*) in der Woiwodschaft Niederschlesien (*Województwo dolnośląskie*).

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Das Stadtwappen von Trebnitz zeigt auf blauem Feld den weißhaarigen und bärtigen Kopf des Stadtheiligen Petrus mit Nimbus zwischen zwei gekreuzten goldenen Schlüsseln (Symbol des Apostels). Die Darstellung findet sich bereits auf mittelalterlichen Siegeln.

Archäologische Bedeutung

Am Hang der am Rand der Stadt gelegenen Anhöhe, im Volksmund „Katzenberg“ genannt, entdeckten Archäologen Spuren von 500.000 Jahre alten Siedlungen des *homo erectus*, die ältesten auf dem Gebiet des heutigen Polen.

Mittelalter

Die Siedlung wird 1138 erstmals erwähnt. 1202 stifteten der schlesische Herzog Heinrich I. der Bärtige (um 1165−1238) und seine Gemahlin Hedwig von Andechs-Meranien (1174−1243) in Trebnitz eine Zisterzienserinnenabtei, das erste Frauenkloster in Schlesien. 1224 bekam die Siedlung das Markt-, 1250 das Stadtrecht. 1257 erwarb die Stadt vom Kloster das Schulzenamt. Seit 1323 gehörte Trebnitz zum Herzogtum Oels (*Oleśnica*) und wurde mit ihm ein Lehen der böhmischen Krone. 1430 wurden die Stadt und das Kloster von Hussiten, 1474 von Truppen des böhmischen Königs Matthias Corvinus (1443−1490) geplündert. 1480 übertrug Herzog Konrad von Oels dem Kloster sämtliche Rechte über die Stadt (bis 1810).

Frühe Neuzeit

Im 16. Jahrhundert wurde Trebnitz von mehreren Bränden und einer großen Pestepidemie heimgesucht. Im Dreißigjährigen Krieg wurden das Kloster und die Stadt stark beschädigt; seit den 1670er Jahren erfolgte der Wiederaufbau im Geist des Barock. 1742 kam die Stadt unter preußische Verwaltung und wurde teilweise vom Kloster unabhängig.

19. Jahrhundert

1816 wurde Trebnitz zum Sitz des gleichnamigen Landkreises.

Infolge der Säkularisierung 1810 wurden das Kloster und seine Besitzungen Staatseigentum. Die Klostergebäude wurden zeitweise als Gefangenenlager und Lazarett genutzt, anschließend an Privatleute verkauft und zu einem Fabrikgebäude umfunktioniert. 1870 erwarb der Malteserorden einen Teil der Klostergebäude und errichtete dort ein Hospital; in den anderen Teil zogen Borromäerinnen ein, die bald darauf das gesamte Klosterensemble bewirtschafteten und sich ebenfalls der Krankenpflege widmeten.

20. Jahrhundert und jüngste Entwicklungen

Bei Kämpfen und der Besetzung von Trebnitz durch die Rote Armee im Januar 1945 wurden ca. 75 % der Bausubstanz zerstört, darunter das historische Stadtzentrum. Im April wurde Trebnitz unter polnische Verwaltung gestellt. Seit 1945 dienen Trebnitz und sein Umland überwiegend als Naherholungsgebiet und Wohnvorort des nahe gelegenen Breslau.

Bevölkerungsentwicklung

1776 zählte Trebnitz 1.974 Einwohner.[2] Infolge des wirtschaftlichen Aufschwungs im 19. Jahrhundert stieg die Bevölkerungszahl kontinuierlich an: 4.744 Einwohner (1875), 5.333 (1890), 8.505 (1939).[3] Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die deutsche Bevölkerung größtenteils aus Trebnitz vertrieben, an ihrer Stelle siedelten sich polnische Einwohner an – Vertriebene aus den ehemaligen polnischen Ostgebieten und Umsiedler aus Zentralpolen.[4] Heute hat Trebnitz 12.952 Einwohner (Stand 2014).[5]

Wirtschaftsgeschichte

Das Kloster in Trebnitz fungierte schon seit dem 13. Jahrhundert als Pilgerstätte der hl. Hedwig; dies bildete die wirtschaftliche Grundlage des Ortes.[6] Im Laufe des 18. Jahrhunderts entwickelte sich Trebnitz zu einem Zentrum der Tuchmacherei. Im 19. Jahrhundert florierte die Textilindustrie, eine Tuchfabrik wurde im ehemaligen Klostergebäude eröffnet. 1886 bekam Trebnitz eine Eisenbahnverbindung nach Breslau. Mit der Eröffnung der Heilquelle St. Hedwig 1888 wurde die Stadt zum Kurort ausgebaut.

Religions- und Kirchengeschichte

Die Mitbegründerin der Zisterzienserinnenabtei, Herzogin Hedwig, wählte nach dem Tod ihres Gatten das Kloster als Witwensitz und wurde nach ihrem Tod 1243 in der Klosterkirche bestattet. 1267 wurde Hedwig von Schlesien, die weit über die Grenzen Schlesiens hinaus bekannt war, heiliggesprochen.

Im Zuge der Verbreitung der Reformation in Schlesien im Laufe des 16. Jahrhunderts entstand in Trebnitz eine protestantische Gemeinde. 1525 wurde in der Pfarrkirche St. Petrus und Paulus ein protestantischer Geistlicher eingesetzt. Die Kirche blieb bis 1947 evangelisch; in der Stadt bildeten die evangelischen Einwohner bis 1945 die Mehrheit (1890: ca. 63 %),[7] heute stellen in Trebnitz wie in ganz Polen die Katholiken mit ca. 87 % die deutliche Mehrheit der Bevölkerung, auch die ehemalige evangelische Kirche St. Petrus und Paulus gehört heute einer katholische Gemeinde. Das Kloster blieb bestehen, musste allerdings aufgrund stagnierender Pilgerzahlen und Schenkungen finanzielle Einbußen hinnehmen. Im Zuge der gegenreformatorischen Maßnahmen nach dem Dreißigjährigen Krieg wurde die Pilgerbewegung verstärkt gefördert, insbesondere durch den Umbau der Kirche und die Errichtung eines prunkvollen Grabmonuments der Heiligen. Die Tradition der Wallfahrt wird auch heute fortgeführt. Bereits im Mittelalter gab es in Trebnitz eine jüdische Gemeinde, die allerdings im Zuge der um die Mitte des 15. Jahrhunderts verstärkten Judenverfolgung vertrieben wurde. Erst im Laufe des 19. Jahrhunderts siedelten sich Juden wieder in Trebnitz an; ihre Gemeinde zählte 1871 127, 1935 167 Mitglieder.[8] In den 1830er Jahren errichtete die Gemeinde ihre erste Synagoge, die 1871 – aufgrund der steigenden Zahl der Gemeindemitglieder – einem Neubau wich (1938 von den Nationalsozialisten zerstört).

Kunstgeschichte und Architektur



Rathaus und Kreishaus in Trebnitz (Postkarte vor 1908). [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 145583].

Am rechteckigen Marktplatz (Ring) liegt das barocke Rathaus, das anstelle eines im Dreißigjährigen Krieg zerstörten Vorgängerbaus als Stiftung der Äbtissin Sophia I. Korczinski errichtet wurde (Wiederaufbau nach 1945). Ein Vorgängerbau der Pfarrkirche St. Petrus und Paulus wird bereits im 12. Jahrhundert erwähnt, er geht vermutlich auf eine Stiftung des polnischen Magnaten Peter Wlast (um 1080−1153) zurück. 1854-1855 wurde die Kirche im neugotischen Stil umgebaut; im aufgehenden Mauerwerk haben sich mittelalterliche Relikte erhalten. Nach 1947 diente der Bau zeitweise als Lager und verfiel, 1987 übernahm ihn die katholische Pfarrei. Nach umfassender Renovierung wird er wieder als Gotteshaus genutzt.

Auf dem Hügel im Park im nordwestlichen Teil der Stadt sind Relikte der Burg erhalten, die 1322 erstmals erwähnt und 1432 geschleift wurde.

Vom Ausbau zum Kurort zeugen unter anderem der von Hubert Jantke (1866−1925) entworfene Kurkomplex an der *ul. Leśna* (Buchenwaldstraße, 1887/88), ein neubarockes Krankenhaus mit Kapelle an der *ul. Stawowa* (Marienstraße, 1902) sowie zahlreiche Villen hauptsächlich im Neubarock und Jugendstil.



Kloster Trebnitz mit Turm der jetzt katholischen Pfarrkirche (Postkarte, vor 1945). [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 145596].

Die Klosteranlage der ehemaligen Zisterzienserinnenabtei besteht aus der Kirche und den im Süden anschließenden, in der heutigen Form spätbarocken Klostergebäuden (1697−1726), in denen das Provinzialat der Borromäusschwestern und das städtische Krankenhaus untergebracht sind. Die im Kern romanische Klosterkirche (jetzt katholische Pfarrkirche St. Maria, St. Hedwig und St. Bartholomäus) wurde ca. 1203−1241 errichtet (die Quellen erwähnen u. a. den Steinmetz Jakub und den Maurer Dalemir aus Haasenau/Zajączków bei Trebnitz). 1741−1789 erfolgte die Barockisierung der Kirche, unter den Äbtissinnen Margaretha III. von Wostrowsky und Schalka und Bernarda I. Paczinsky aus Tenczyn (nahe Krakau/Kraków).



Kloster Trebnitz mit Kirche von Nordwesten (Postkarte, vor 1945). [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 145610].

Zahlreiche mittelalterliche Steinmetzarbeiten sind erhalten wie etwa die Tympanonreliefs im spätromanischen Seitenportal der Westfassade (1218−1230) mit der Darstellung des Harfe spielenden Königs Davids, Bathseba und ihrer Dienerin, das Seitenportal in der nördlichen Querschiffwand (etwa 1250; thronende Muttegottes mit Engeln) sowie das frühgotische Portal zwischen der Hedwigskapelle und dem Chor (etwa 1290; Marienkrönung und Kreuzigung).

Die Ausstattung mit Werken bedeutender schlesischer Künstler stammt überwiegend aus der Umbauphase im 18. Jahrhundert, darunter der barocke Hochaltar mit dem Gemälde der Himmelfahrt Mariä und der hl. Dreifaltigkeit (1747−1748) von Philipp Christian Bentum (um 1690−1757)[9] und die Kanzel (1739−1745). Vor dem Altar befindet sich die archaisierende Doppeltumba Herzog Heinrichs I. des Bärtigen und des Hochmeisters des Deutschen Ordens Konrad von Feuchtwangen (gest. 1296) von etwa 1685. Die Mittelschiffpfeiler schmückt ein Gemäldezyklus über das Leben der hl. Hedwig (1735) aus der Werkstatt von Michael Willmann (1630−1706); die Blätter der Seitenaltäre zwischen den Schiffen stammen zum Teil von Willmann selbst. Den Orgelprospekt auf der Westempore (1903) schuf Hans Poelzig (1869−1936). Unter dem Chor befindet sich der älteste Teil der Kirche, die 1214 vollendete

Hallenkrypta des hl. Bartholomäus.

Die 1268 nach der Heiligsprechung errichtete Kapelle der hl. Hedwig südlich des Chores ist der erste gotische Bau auf dem Gebiet des damaligen Polens; sie wurde von Herzog Wladislaus von Breslau (1237−1270), Erzbischof von Salzburg, gestiftet. Im Zentrum der Kapelle steht das Grabdenkmal der hl. Hedwig von 1679−1680 mit Säulen aus schwarzem und rosa Marmor und hölzernem Baldachin, darunter die halb liegende Figur der Heiligen aus Alabaster, angefertigt (um 1750) von Franz Joseph Mangoldt (1695−1761).

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Krystyna Białoskórska: Nowe elementy w badaniach nad architekturą i historią budowy kościoła opackiego cysterek w Trzebnicy oraz zagadnienie pochodzenia uczestniczących w niej warsztatów [Neue Forschungsergebnisse zu Architektur und Baugeschichte der Zisterzienserinnenklosterkirche in Trebnitz und das Problem der Herkunft der daran beteiligten Werkstätten]. In: Andrzej M. Wywra, Antoni Kiełbasa (Hg.): Cysterki w dziejach i kulturze ziem polskich, dawnej Rzeczypospolitej i Europy Środkowej. Poznań 2004, S. 380−409.Tadeusz Broniewski: Trzebnica. Wrocław 1959 (Śląsk w zabytkach sztuki).
- Dagobert Frey: Die ehemalige Zisterzienserinnenkirche in Trebnitz – Untersuchungen und Grabungen. In: Deutsche Kunst und Denkmalpflege 11 (1937), S. 10−23.
- Dagobert Frey, Alfred Zinkler, Günther Grundmann: Die Klosterkirche in Trebnitz − ein Denkmal deutscher Kunst der Kolonisationszeit in Schlesien. Breslau 1940.
- Führer durch Stadt und Bad Trebnitz i. Schlesien. Körperschaft: Verkehrs- und Verschönerungsverein „Trebnitz“. Trebnitz 1926.
- 700 Jahre Trebnitz [Festschrift]. Hg. vom Heimatverein Trebnitz/Oberschwöditz e. V. Red.: Hiltrud Schrade. Trebnitz 1995.
- Joseph Gottschalk: Trebnitz. In: Hugo Weczerka (Hg.): Handbuch der historischen Stätten. Schlesien. Stuttgart 1977 (Kröners Taschenausgabe 316), S. 542−544.
- Heinrich Grüger: Der Konvent von Trebnitz (Trzebnica) bis zum Ende der habsburgischen Gegenreformation – ein Überblick. In: Józef Swastek, Michał Kaczmarek (Hg.): Księga Jadwiżańska. Międzynarodowe Sympozjum Naukowe: Święta Jadwiga w dziejach i kulturze Śląska. Wrocław - Trzebnica, 21−23 września 1993 roku [Das Buch der hl. Jadwiga. Internationale wissenschaftliche Tagung: Die hl. Jadwiga in der Geschichte und Kultur Schlesiens]. Wrocław 1995 (Acta Universitatis Wratislaviensis 1720), S. 83−98.
- Romuald Kaczmarek: Mauzoleum Świętej Jadwigi w Trzebnicy [Das Mausoleum der hl. Hedwig in Trebnitz]. Wrocław, 1993.
- Romuald Kaczmarek, Jacek Witkowski: Kaplica Św. Jadwigi w Trzebnicy. Wyposażenie i funkcjonowanie [Die Kapelle der hl. Hedwig in Trebnitz]. In: Wywra/Kiełbasa 2004 [s.o.] Wywra/Kiełbasa 2004 [s.o.], S. 345−368.
- Konstanty Kalinowski: Barock in Schlesien. Geschichte, Eigenart und heutige Erscheinung. München 1990, S. 147−150.
- Beata Lejman: Trzebnica/Trebnitz. In: Ernst Badstübner, Dietmar Popp, Andrzej Tomaszewski, Dethard von Winterfeld (Hg.), Slawomir Brezicki, Christine Nielsen (Bearb.): Dehio-Handbuch der Kunstdenkmäler in Polen. Schlesien. München, Berlin 2005, S. 958−963.
- Jerzy Rozpędowski: Trzebnickie opactwo cysterek w średniowieczu: problem datowania i pochodzenia warsztatu [Das Trebnitzer Zisterzienserinnenklosterkirche im Mittelalter: Fragen der Datierung und der Herkunft der Werkstatt]. In: Wywra/Kiełbasa 2004 [s.o.], S. 410−430.

Weblinks

- http://www.trzebnica.sds.pl/ (Webseite des Klosters Trebnitz)
- http://www.sztetl.org.pl/pl/article/trzebnica/5,historia/ (Onlineportal zur Geschichte der Juden in Polen)
- http://www.herder-insti-

tut.de/bildkatalog/index/index?searchfield_parameter=trebnitz&newperspective=thumbnails (Abbildungen zu Trebnitz/Trzebnica im Bildarchiv des Herder-Instituts, Marburg)

Anmerkungen

[1] Stanisława Sochacka: Słownik etymologiczny nazw geograficznych Śląska [Etymologisches Wörterbuch der geographischen Namen in Schlesien]. Opole 2009, S. 98f.

[2] http://www.trzebnica.pl/cms/php/strona.php3?cms=cms_trze2&lad=a&id_dzi=9&id_men=32 (Abruf 01.08.2013).

[3] Michael Rademacher: Deutsche Verwaltungsgeschichte von der Reichseinigung 1871 bis zur Wiedervereinigung 1990. URL: http://www.verwaltungsgeschichte.de/trebnitz.html (Abruf 01.08.2013).

[4] Zur Besiedlung und Bevölkerungsstruktur der Wiedergewonnenen Gebiete: C[zesław] Osękowski: Społeczeństwo Polski zachodniej i północnej w latach 1945−1956. Procesy integracji i dezintegracji, [Die Gesellschaft der polnischen West- und Nordgebiete in den Jahren 1945-1956. Integrations- und Desintegrationsprozesse]. Zielona Góra 1994.

[5] GUS - Główny Urząd Statystyczny [Hauptamt für Statistik]: http://stat.gov.pl/obszary-tematyczne/ludnosc/ludnosc/ludnosc-stan-i-struktura-ludnosci-oraz-ruch-naturalny-w-przekroju-terytorialnym-stan-w-dniu-31-xii-2014-r-,6,17.html (Abruf 25.09.2015).

[6] Organisierte Pilgerfahrten nach Trebnitz werden seit 1448 verzeichnet. Vgl. Kaczmarek, Witkowski: Kaplica Św. Jadwigi w Trzebnicy, S. 355.

[7] http://www.verwaltungsgeschichte.de/trebnitz.html (Anm. 3).

[8] Onlineportal zur Geschichte der Juden in Polen: http://www.sztetl.org.pl/pl/article/trzebnica/5,historia/ (Abruf 01.08.2013).

[9] Beata Lejman: Philip Christian Bentum. Malarz śląskiego baroku [Philip Christian Bentum. Maler des schlesischen Barock]. Warszawa 2008, S. 90−96.

Zitation

Beata Lejman, Tomasz Torbus: Trebnitz/Trzebnica. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2015. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32277 (Stand 20.10.2015).

Trnava → Tyrnau/Trnava

Siehe Tyrnau/Trnava

Troppau/Opava (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Trutnov → Trautenau/Trutnov

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Trautenau

Amtliche Bezeichnung

tsch. Trutnov

Etymologie

Möglicherweise gebildet aus dem Flussnamen Úpa; nach dem Chronisten Simon Hüttel abgeleitet von Ritter Albrecht von Trautenberg, mittelhochdeutsch Truthnow/Trutenowe.

2. Geographie

Lage

Trautenau liegt in Nordböhmen im Tal des Flusses Aupa/Úpa und am Fuße des Riesengebirges/Krkonoše auf 414 m Höhe und auf 50° 33' 39.2" nördlicher Breite und 15° 54' 46.1" östlicher Länge.



Der Rübezahlplatz in Trautenau/Trutnov mit Blick auf das Rathaus (2008). [Foto: C. Schubert]

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Tschechien; Region Královéhradecký kraj, Bezirk/okres Trutnos. Bezirksstadt mit 21 Ortsteilen; der Bezirk umfasst 1.147 km^2.

3. Allgemeine Geschichte

Gebräuchliche Symbolik

Bezugnehmend auf die Lindwurmsage, die sich mit dem Bau der Stadt verbindet, zeigt das Wappen einen vor dem Stadttor liegenden Drachen und einen Raben mit goldenem Ring im Schnabel.

Mittelalter

Das älteste Dokument ist eine kirchliche Urkunde von 1260, in der von *Upa primum* und *Upa secundum* die Rede ist, in Verbindung mit der Handelsstraße "Trautenauer Steig", die

von Prag/Praha bis etwa Breslau/Wrocław führte. Diese berührte den Ort Úpa, der aller Wahrscheinlichkeit nach auf eine slawische Gründung zurückgeht. Im Zuge der von Ottokar/Otakar II. begonnenen Besiedlungspolitik (1256–1273) wurde das Riesengebirge von deutschen Einwanderern erschlossen. In einer Urkunde König Wenzels/Václav II. aus dem Jahr 1301 findet sich die erste schriftliche Erwähnung des Namens *Novum Trutnow*. In dieser Zeit war Ägidius von Schwabenitz, der auch ein Kloster gründete, Besitzer des Ortes. Eine Urkunde vom 27. Januar 1340 bestätigt die städtischen Rechte Trautenaus (Magdeburger Recht). 1399 wurde die Stadt zum königlichen Leibgedinge Wenzels IV. für seine Gemahlin, Sophie von Bayern. Der Besitz des Burglehens wechselte zwischen verschiedenen Adelsfamilien. Während der Hussitenkriege wurden Trautenau sowie das Kloster 1421 durch einen Brand zerstört.

Neuzeit

Im Dreißigjährigen Krieg wurde die Stadt mehrfach angegriffen und teilweise zerstört. Auch der Schlesische Krieg und der Siebenjährige Krieg hinterließen Spuren, besonders erstgenannter, da Friedrich II. und seine Truppen 1745 in der Stadt Quartier nahmen. Der Flachsanbau und das Leinengewerbe waren schon im 16. Jahrhundert von wirtschaftlicher Bedeutung; 1592 wurde in Trautenau eine Leinweberzunft gegründet. 1775 fand ein Aufstand von Bauern aus dem Umland in Trautenau sein verlustreiches Ende. Johann Faltis gründete 1835 die erste mechanische Flachsgarnspinnerei in Jungbuch bei Trautenau, in der Stadt selbst entstand 1854 eine Spinnerei. Die Schlacht bei Trautenau im Deutschen Krieg am 27. Juni 1866 endete mit einem Sieg der österreichischen Truppen über Preußen. Im Zuge der fortschreitenden Industrialisierung nahm die Bevölkerungszahl zu. Zahlreiche Bauten wurden errichtet, so 1862 das neue Rathaus, 1869 der Bahnhof oder 1885 die Synagoge. Vom Ersten Weltkrieg war Trautenau nicht unmittelbar betroffen. Durch Gründung der Tschechoslowakischen Republik 1918 traten einschneidende politische Veränderungen ein.

Zeitgeschichte

In den 1920er Jahren brach der Absatzmarkt der Leinenindustrie ein; hohe Arbeitslosigkeit war die Folge. Obzwar die Verwaltung mehr und mehr durch tschechische Beamte besetzt wurde, hat der deutsche Bürgermeister Hieronymus Siegel 1919–1927 und 1931–1933 der Stadt vorgestanden. In den 1930er Jahren verschärfte sich die Situation zwischen der deutschen und der tschechischen Bevölkerung, 1935 erhielt die von Konrad Henlein gegründete Sudetendeutsche Partei 40,7% der Stimmen. Nach dem Münchener Abkommen, im Oktober 1938, marschierten deutsche Truppen ein, der Landkreis Trautenau wurde geschaffen. Besonders für die jüdische Bevölkerung wurde die Lage zunehmend bedrohlich; im November 1938 wurde die Synagoge zerstört. Während des Zweiten Weltkrieges kam es zu einem einzigen Bombenangriff im Frühjahr 1944. Mit dem Einmarsch der sowjetischen Armee ab dem 9. Mai 1945 endete die Vorherrschaft der Nationalsozialisten; die Vertreibung der deutschen Bevölkerung begann unmittelbar danach.[1]

Wirtschaft und Gesellschaft

Entwicklung der Stadt in Bevölkerungszahlen:[2]

Jahr	Einwohner
1260	ca. 200
1583	ca. 1000

1771	ca. 1950
1880	11.239
1913	16.988
1930	15.920

Bei Trautenau handelte es sich um eine überwiegend von Deutschen katholischer Konfession besiedelte Stadt. Mit Gründung der Tschechoslowakischen Republik stieg der Anteil der tschechischen Bevölkerung: Hatte dieser 1921 bei 9,3% gelegen, so wurden 1930 12,8% verzeichnet.[3] 1930 waren 2,32% Einwohner jüdischen Glaubens. 1938 hatte Trautenau 14.584 Einwohner, davon 11.412 Deutsche und 2.791 Tschechen.[4] Bevölkerungszahl Stand 1. Januar 2011: 30.819.[5]

Wirtschaft

Neben der Leinenindustrie war der Bergbau von Bedeutung, der im 16. Jahrhundert während der Lehnsherrschaft des Berghauptmanns und Ritters Christoph von Gendorf zu einer ersten Blüte gelangte. Auch existierte von etwa 1505 bis 1846 im Stadtgebiet eine Papiermühle. Des Weiteren ist der Tourismus wichtig, der bereits im 19. Jahrhundert seinen Aufschwung nahm. Seit 1871 ist Trautenau an das Eisenbahnnetz angeschlossen. Heute sind vorwiegend Betriebe der Elektroindustrie angesiedelt.

Besondere kulturelle Institutionen

In der Stadt sind ein Städtisches Museum, das Museum des Riesengebirgsvorlandes und das Staatliche Bezirksarchiv Trautenau angesiedelt. Die jüngste Einrichtung ist das 2010 eröffnete Kulturzentrum UFFO.

Erinnerungskultur

Zur Schlacht bei Trautenau (1866) wurde ein Lehrpfad eingerichtet, der vom Ringplatz oder Rübezahlplatz/Krakonošovo náměstí zum Denkmal des Generals Ludwig von Gablenz auf dem Kapellenberg/Janský vrch und zur Kapelle des hl. Johannes des Täufers führt. Zum Gedenken an die Gründungssage wird jährlich eine metallene Lindwurmfigur am Turm des Alten Rathauses befestigt. Der zerstörten Synagoge und dem jüdischen Friedhof sind heute Gedenkstätten gewidmet.

Kunstgeschichte

Das Zentrum des historischen Stadtkerns bildet der in viereckiger Form angelegte und von Laubengängen umsäumte Ringplatz/Rübezahlplatz. Dort befindet sich das ursprünglich im Renaissancestil errichtete und nach einem Brand 1861 im Stil der Neugotik aufgebaute Rathaus. Auf dem Platz stehen die barocke Dreifaltigkeitssäule aus dem Jahr 1704 sowie der Rübezahlbrunnen von 1892. Die spätbarocke Kirche der Geburt der Jungfrau Maria wurde von 1756 bis 1782 von dem Baumeister Leopold Niederecker errichtet. Die Kirche des hl. Wenzel mit Renaissanceturm, barockem Hauptaltar und bemaltem Epitaph von 1606 wird bereits Anfang des 14. Jahrhunderts erwähnt. Im Stadtteil Parschnitz/Poříčí steht die Kirche der Heiligen Peter und Paul, erbaut 1897 bis 1903 vom Trautenauer Baumeister Vincenz Baier. Eine wechselvolle Geschichte hat die Kapelle des hl. Johannes des Täufers, 1714 von Johann Moritz Dreyschock auf dem Kapellenberg erbaut, 1745 niedergebrannt und 1811 wieder errichtet und geweiht. Auf dem 1875 angelegten Friedhof befindet sich die Kapelle des hl. Kreuzes des Trautenauer Baumeisters Adolf Bohaty. Eben-

falls von einem Trautenauer Architekten wurde 1900 die evangelische Christuskirche errichtet, die heute als Konzertsaal genutzt wird. Zum Stadtbild gehört die Skulptur des hl. Johannes von Nepomuk (1728) des böhmischen Bildhauers Georg Patzák, auch die Figurengruppe der Heiligen Familie (1730) wird dem Künstler zugeschrieben. Der Bildhauer Emil Schwantner (1890–1956, 1920–46 in Trautenau ansässig) ist bekannt durch Tierskulpturen, Kriegs- und Grabdenkmäler sowie die Darstellung von Bauern und Handwerkern.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Jindřich Francek: Trautenau. In: Joachim Bahlcke, Winfried Eberhard, Miroslav Polívka (Hg.): Handbuch der historischen Stätten. Böhmen und Mähren. Stuttgart 1998 (Kröners Taschenausgabe 329), S. 618-621.
- Simon Hüttel: Chronik der Stadt Trautenau (1484–1601). Prag 1881 (Deutsche Chroniken aus Böhmen 2).
- Reinhard Lamer: Trautenau. Geschichte einer deutschen Stadt. Wien u. a. 1971.
- Julius Lippert: Geschichte der Stadt Trautenau. Prag 1863 (Beiträge zur Geschichte Böhmens, Abt. 3, Ortsgeschichten 1).
- Jürgen G. Nagel: Trautenau. Stadt und Umland zur Zeit der deutschen Besiedlung. Hg. v. Riesengebirgler Heimatkreis Trautenau e. V. Nürnberg 1996.
- Staatliches Bezirksarchiv Trutnov [Státní Okresní Archiv Trutnov] (Hg.): Trutnovská radnice. Kapitoly z dějin města Trutnova a jeho samosprávy [Das Rathaus von Trautenau. Kapitel aus der Geschichte der Stadt Trautenau und seiner Selbstverwaltung]. Trutnov 2010.
- Rudolf M. Wlaschek: Jüdisches Leben in Trautenau, Nordostböhmen: ein historischer Rückblick. Dortmund 1991 (Veröffentlichungen der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund, Reihe B, 44).

Weblinks

- www.trutnov.cz (mehrsprachige Website der Stadt)
- www.trautna.de (heimatgeschichtliche Seite in deutscher Sprache)

Anmerkungen

[1] Vgl. Homepage www.trautna.de, Stichwort Vertreibung, die dortigen Angaben entstammen den Akten des Staatlichen Bezirksarchivs Trautenau (www.soka-tu.mstu.cz/).

[2] Lamer: Trautenau, S. 209.

[3] Lamer: Trautenau, S. 181.

[4] nach Ludek Jirásek: Po prevratu 1918. In: Trutnovká radnice, S. 75.

[5] www.czso.cz/csu/2011edicniplan.nsf/engt/760029E11D/$File/13011103.pdf.

Zitation

Claudia Schubert: Trautenau/Trutnov. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/56066.htm (Stand 12.05.2015).

Trzebnica → Trebnitz/Trzebnica

Siehe Trebnitz/Trzebnica

Tschanad/Cenad/Csanád

1. Typonymie

Deutsche Bezeichnung

Tschanad, im 18. Jahrhundert auch Deutsch-Tschanad, Serbisch-Tschanad und Ungarisch-Tschanad

Amtliche Bezeichnung

rum. Cenad

Anderssprachige Bezeichnungen

ung. Csanád, früher Marosvár; serb. Čanad; lat. Morisena, Chanad

2. Geographie

Lage

Tschanad liegt auf 46º 7' nördlicher Breite, 20º 34' östlicher Länge, 43 km östlich von Szegedin/Szeged und 72 km nordwestlich von Temeswar/Timişoara am linken Ufer des Mieresch (rum. *Mureş*).

Region

Banat

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Ortschaft im heutigen Rumänien. Tschanad gehört zum Landkreis (*judeţ*) Temesch (rum. Timiş, ung. Temes). Es war Zentrum des römisch-katholischen Bistums Tschanad und eines ehemaligen ungarischen Komitats.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Das heutige Wappen der Gemeinde ist dreigeteilt: Im rechten Feld steht vor goldenem Hintergrund ein römischer Legionär mit aufgesetztem Helm, einen Schild in der linken und einen Speer in der rechten Hand haltend. Das linke Feld zeigt weißes Pergament auf rotem Hintergrund, umgürtet mit einer Ähre, darüber ein weißes Kreuz. Im unteren, blauen Teil des Schildes befinden sich eine Burg mit zwei Basteien und einem Tor in der Mitte sowie eine hellblaue Welle, die den Fluss Mieresch symbolisiert. Über dem Wappenschild befindet sich eine Burg mit drei Basteien. Sie soll das römische c*astrum* (auch *Urbs Morisena)* symbolisieren, das sich auf der Gemarkung von Tschanad befand.

Mittelalterliche Geschichte



Kalksteinsarkophag des hl. Gerhard (11. Jh.). [Foto: W. Konschitzky, © Gerhardsforum Banater Schwaben e. V.]

Im 10. Jahrhundert bestand hier ein orthodoxes Kloster der Basilianer. König Stephan der Heilige (997/1000–1038) gründete in der Region nach dem Sieg über den dem byzantinischen Ritus anhängenden Stammesfürsten Ajtony (1028) ein römisch-katholisches Bistum (1030), das zum Erzbistum Kalotscha (ung. Kalocsa) gehörte und dessen erster Bischof der aus Venedig stammende Gerhard (Gellért) von Sagredo wurde. Er begann den Bau der dem hl. Georg geweihten Kathedralkirche und gründete eine Diözesanschule. 1046 wurde er von heidnischen Magyaren bei Ofen (ung. Buda) vom Gellértberg in die Donau geworfen, 1083 als Märtyrer heiliggesprochen. Tschanad wurde von Stephan auch zum Zentrum des gleichnamigen Komitats (ung. *megye*) bestimmt. Ort und Komitatsburg wurden 1241 von den Mongolen vernichtet. Das Domkapitel wirkte seit dem 13. Jahrhundert als glaubwürdiger Ort (*locus credibilis)* für die Authentifizierung von Urkunden. In der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts ließ Bischof Albert Hangácsi (1459–1466) die Burg neu errichten. Die Ortschaft erlitt während des ungarischen Bauernaufstands von 1514 beträchtliche Zerstörungen; Bischof Nikolaus Csáky wurde hingerichtet.

Geschichte seit der frühen Neuzeit

Auf Befehl des siebenbürgischen Statthalters George Martinuzzi wurde die Burg 1551 kampflos den Osmanen übergeben, geriet abwechselnd in habsburgische und osmanische Gewalt und stand von 1613 bis 1685 ununterbrochen unter der Herrschaft der Osmanen. Im Sinne des Friedens von Karlowitz (1699) wurde die Burg 1701 abgebrochen und serbische Wehrbauern angesiedelt. Bischof Ladislaus Nádasdy (1710–1730) gründete das Bistum neu und warb deutsche Siedler vornehmlich aus dem Rhein-Mosel-Gebiet und aus dem Sauerland für das Diözesangebiet an. 1738 wurde der Bischofssitz nach Temeswar verlegt und das Bistum in Tschanad-Temeswar umbenannt. Ende des 19. Jahrhunderts lebten in Tschanad 3.244 Deutsche, die 44 % der Gesamtbevölkerung stellten.

Zeitgeschichte

1919 gehörte Tschanad für kurze Zeit zu Serbien. Aufgrund des Friedensvertrags von Trianon (1920) fiel der Ort an das Königreich Rumänien. 1923 zog der Bischof von Temeswar nach Szegedin, wohin auch der Bischofssitz 1931 offiziell verlegt wurde. 1982 wurde das Bistum in Szegedin-Tschanad umbenannt. Der rumänische Teil des Tschanader Bistums wurde dem 1930 gegründeten Bistum Temeswar angegliedert. 1944/45 flüchtete ein Teil der deutschen Bewohner in den Westen, die Zurückgebliebenen wurden zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion deportiert.



Die römisch-katholische Hl.-Gerhards- Kirche in Tschanad. [Foto: Walter Konschitzky, © Gerhards-Forum Banater Schwaben e. V.]

Nach 1967 begann die Aussiedlung deutscher Einwohner in die Bundesrepublik Deutschland. 1977 lebten nur noch 1.419 (28 %) Deutsche in Tschanad, von denen nach der Wende 1989/90 die Mehrzahl auswanderte, so dass ihr Anteil bis 2002 auf 48 sank. Nunmehr stellten sie noch 1 % der Gesamteinwohnerschaft (4.263), die zu 66 % aus Rumänen, zu 16 % aus Magyaren, zu 8,7 % aus Roma und zu 6,3 % aus Serben bestand. Konfessionell gliederte sich die Bevölkerung 2002 in 70,2 % griechisch-orthodoxe, 22,4% römisch-katholische, 3,2 % griechisch-katholische, 0,5 % reformierte und 3,7 % Bürger anderer Glaubensrichtungen.

2002 wurde die rumänisch-ungarische Grenzregion Csanád-Kis-Zobor gebildet, die von der EU gefördert wird.

Kunstgeschichte

Das einzige bedeutende Baudenkmal ist die 1869 eingeweihte römisch-katholische Gerhards-Kirche. Hier wird ein aus dem 11. Jahrhundert stammeder Kalksteinsarkophag aufbewahrt, in dem sich einst die Reliquien des heiligen Gerhard befunden haben sollen.

Literatur

In Tschanad ist vermutlich das philosophisch-theologische Werk *Deliberatio supra hymnum trium puerorum* des hl. Gerhard entstanden, das sich heute in der Bayerischen Staatsbibliothek in München befindet (Signatur Clm. 6211).

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- László Blazovich (Hg.): Csanád megye levéltára 1710–1950 [Das Archiv des Komitats Tschanad 1710–1950]. Szeged 1984.
- Nikolaus Engelmann: Zur Geschichte der Tschanad-Temeswarer Diözese. Homburg 1981.

- Koloman Juhász: Das Tschanad-Temesvarer Bistum im frühen Mittelalter 1030–1307. Einfügung des Banats in die westeuropäische germanisch-christliche Kulturgemeinschaft. Münster 1930.
- Koloman Juhász: Das Tschanad-Temesvarer Bistum im Spätmittelalter 1307–1552. Paderborn 1964.
- Koloman Juhász: Das Tschanad-Temesvarer Bistum während der Türkenherrschaft 1552–1699. Untergang der abendländisch-christlichen Kultur im Banat. Dülmen 1938.
- Martin Roos: Erbe und Auftrag. Die alte Diözese Csanád. Band 1: Von den Anfängen bis zum Ende der Türkenzeit.1030–1716. Temeswar 2009.
- Gabriel Silagi: Untersuchungen zur 'Deliberatio supra hymnum trium puerorum' des Gerhard von Csanád. München 1967 (Münchener Beiträge zur Mediävistik und Renaissance-Forschung 1).
- Şerban Turcuş: Saint Gerard of Cenad or The Destiny of a Venetian around the Year One Thousand. Cluj-Napoca 2006 (Bibliotheca rerum Transsilvaniae 37).

Weblinks

- http://www.cenad.ro/ (offizielle Webpräsenz der Gemeinde)

Zitation

Tamás Fedeles: Tschanad/Cenad. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54443.html (Stand 09.01.2012).

Tschenstochau/Częstochowa (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Tyrnau/Trnava

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Tyrnau

Amtliche Bezeichnung

slowak. Trnava

Anderssprachige Bezeichnungen

lat. Tirnavia, Tyrnavia; ung. Nagyszombat

Etymologie

Die lateinische Bezeichnung sowie die daraus abgeleiteten deutschen und slowakischen Namen sind auf den durch die Stadt fließenden Bach Trnávka (altslaw. *Tŕň* = Dorn) zurückzuführen. Der ungarische Ortsname „Nagyszombat“ (= „Großer Samstag“) entstand in Anlehnung an in der Stadt abgehaltene Samstagsmärkte.

2. Geographie

Lage

Tyrnau liegt auf 48º 23' nördlicher Breite, 17º 36' östlicher Länge, 49 km nordöstlich von Pressburg/Bratislava und 47 km nordwestlich von Neutra/Nitra.

Topographie

Die Ortschaft liegt im Tyrnauer Hügelland (*Trnavská pahorkatina*) zwischen den Kleinen Karpaten (*Malé Karpaty*) und dem Tal der Waag (*Váh*).

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Slowakische Republik, Tyrnauer Landschaftsverband (Trnavský kraj). Die Stadt ist Zentrum der 1977 errichteten slowakischen Kirchenprovinz und Sitz des Erzbistums Tyrnau.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Das Wappen zeigt auf blauem Feld ein goldenes Rad mit sechs Speichen, welches ein Christogramm symbolisiert. In der Mitte des Rades ist ein Christusbildnis zu sehen. Die griechischen Buchstaben A und Ω symbolisieren den Anfang und das Ende der Welt, die Buchstaben R und C stehen für *Regia Civitas* (königliche Stadt).

Historische Beinamen

Erzbischof Péter Pázmány (1570–1637) gründete in Tyrnau zahlreiche katholische Institutionen, weshalb man dieses Zentrum der ungarischen Gegenreformation auch "das kleine Rom" oder "das slowakische Rom" nannte.

Mittelalter

Die Siedlung wurde 1211 erstmals schriftlich erwähnt. Tyrnau war ein wichtiges wirtschaftliches Zentrum des Komitats Pressburg. Seine Rolle im Handel hängt mit der ortsansässigen jüdischen Gemeinschaft und einer hier eingerichteten Zollstation zusammen. König Béla IV. (1235–1270) verlieh Tyrnau durch einen Freibrief (1238) den Titel einer Königlichen Freistadt. Nach dem Mongolensturm (1241) kamen bayerische und österreichische Siedler in die Stadt, was zur Veränderung der ethnischen Zusammensetzung führte: Deutsche stellten nunmehr die Mehrheit. 1382 starb Ludwig I., König von Ungarn (1342–1382), in Tyrnau. 1432 wurde die Stadt von Hussiten unter Blažek Borotín geplündert. Gemäß einer Verfügung von König Matthias Corvinus (1458–1490) wurden in jährlichem Wechsel Deutsche und Slowaken, die damals die zweitgrößte ethnische Gruppe der Stadt bildeten, zum Vorstand der Stadt gewählt.

Neuzeit

Der Erzbischof und das Domkapitel von Gran/Esztergom verlegten auf der Flucht vor den Osmanen 1532 ihren Sitz nach Tyrnau, wo er bis 1820 verblieb. Erzbischof Miklós Oláh (1553–1568) siedelte Jesuiten an, gründete eine Schule und machte die Stadt durch seine humanistische Hofhaltung zu einem geistigen und kulturellen Zentrum. Mit der Ansiedlung von vor den Osmanen flüchtenden Ungarn etablierte sich in Tyrnau eine ungarische Bevölkerungsmehrheit; 1574 wurde das Statut der Stadt in ungarischer Sprache verfasst. 1545 und 1550 wurden von Ferdinand I. von Habsburg (1526–1564) zwei ungarische Reichstage einberufen. Während des 15-jährigen Krieges (1591–1606) und während des Bocskai-Aufstandes (1604–1606) wurde Tyrnau für kurze Zeit von feindlichen Truppen

besetzt. 1645 wurde die Stadt von dem siebenbürgischen Fürsten Georg I. Rákóczi erobert. Am 26. Dezember 1704 fand im Rahmen des sog. Rákóczi-Aufstandes die Schlacht bei Tyrnau statt, in der die Kuruzen unter Franz II. Rákóczi eine Niederlage gegen habsburgische Truppen (Labanzen) erlitten. Anfang des 19. Jahrhunderts wurde die Stadt von französischen Truppen besetzt.

Zeitgeschichte

Nach dem Ersten Weltkrieg kam Tyrnau infolge des Friedensvertrages von Trianon (1918) zur Tschechoslowakischen Republik; 1939–1945 gehörte es zur Slowakei. 1996 wurde die Stadt Zentrum der neu gegründeten Verwaltungsregion Tyrnauer Landschaftsverband der 1993 unabhängig gewordenen Slowakischen Republik.

Verwaltung

1238 wurde Tyrnau von Béla IV. mit einem Privileg ausgestattet. An der Spitze der königlichen Freistadt *(libera Civitas)* stand ein jährlich gewählter Stadtrichter *(iudex),* der sie gemeinsam mit einem aus zwölf Mitgliedern bestehenden Stadtrat (*iurati cives*) leitete. Die Stadtbürger erhielten Steuerfreiheit im mittelalterlichen Königreich Ungarn.

Bevölkerungsentwicklung

1840 hatte Tyrnau 6.800 Einwohner, davon nach Sprachzugehörigkeit 38 % Slowaken, 33 % Deutsche und 15 % Ungarn. 1880 hatte die Stadt 10.824 Einwohner, davon 56 % Slowaken, 25,5 % Deutsche, 14,2 % Ungarn, und 1910 14.501 Einwohner, davon 53 % Slowaken, 15 % Deutsche, 30,3 % Ungarn.[1] 2011 hatte Tyrnau 65.578 Einwohner, davon 98,8 % Slowaken, 0,7 % Tschechen, 0,2 % Ungarn und 0,3 % Sonstige.[2]

Wirtschaft

Die vorteilhafte Lage an Verkehrswegen zwischen Böhmen, Mähren, der Zips, Schlesien, Polen, Ungarn und weiteren Regionen förderte bereits im Mittelalter den Handel in Tyrnau. Der Aufschwung der Stadt im 19. Jahrhundert erfolgte mit dem Ausbau der Infrastruktur. Zwischen Tyrnau und Pressburg begann 1846 die erste ungarische Pferdebahn den Personentransport. Zahlreiche internationale Industriebetriebe und slowakische Unternehmen haben heute in Tyrnau Niederlassungen.

Religions- und Kirchengeschichte

In der Neuzeit wurden in Tyrnau zahlreiche Diözesansynoden und Provinzsynoden abgehalten (u. a. 1561, 1566, 1633, 1734). Im 16. Jahrhundert manifestierten sich sowohl lutherische als auch calvinistische Strömungen, verloren jedoch im 17. Jahrhundert unter dem Einfluss der Gegenreformation wieder an Gewicht. Die konfessionelle Zugehörigkeit der Bewohner stellt sich folgendermaßen dar: 1840 waren 94,1 % der Einwohner römisch-katholisch, 0,6 % griechisch-orthodox, 4 % protestantisch und 1,3 % jüdischen Glaubens. 1910 waren 80,8 % der Einwohner römisch-katholisch, jeweils 0,2 % griechisch-katholisch und griechisch-orthodox, 4,7 % protestantisch und 14 % jüdisch.[3] 2001: 71,85 % römisch-katholisch, 0,2 % griechisch-katholisch, 0,11 % griechisch-orthodox, 2,93 % evangelisch, 6,54 % andere, 18,37 % Konfessionslose bzw. unbekannte Religionszugehörigkeit. 2011: 60 % römisch-katholisch, 0,3 % griechisch-katholisch, 0,15 % griechisch-orthodox, 2,3 % evangelisch.[4]

Besondere kulturelle Institutionen

In Tyrnau sind das Ján-Palarik-Theater und die Ján-Koniarek-Galerie ansässig.

Bildung und Wissenschaft

Kardinal Péter Pázmány, Erzbischof von Gran, gründete 1635 eine Universität in Tyrnau, die 1777 nach Ofen/Buda verlegt wurde (Vorläuferin der dortigen Loránd-Eötvös-Universität und der katholischen Péter-Pázmány-Universität). 1992 öffnete die Universität Tyrnau (*Trnavská univerzita*) ihre Tore. Seit 1997 existiert zudem die staatliche St.-Kyrill-und-Method-Universität (*Univerzita sv. Cyrila a Metoda*). 1787 fertigte Anton Bernolák in Tyrnau die erste slowakische Sprachkodifikation an.

Kunstgeschichte

Teile der Burgmauer aus dem 13.–14. Jahrhundert haben sich erhalten. Die katholischen Sakralbauten des Stadtzentrums haben zur Bezeichnung Tyrnaus als "Kleines Rom" und "Slowakisches Rom" geführt: Die spätgotische St.-Nikolaus-Kirche (erbaut 14./15. Jahrhundert) ist der älteste Sakralbau der Stadt; sie wurde zwischen 1542 und 1820 von den Graner Erzbischöfen als Kathedrale genutzt. Die Basilika ließ Péter Pázmány 1629–1637 zu Ehren Johannes' des Täufers errichten; sie diente zwischenzeitlich als Universitätskirche. Der doppeltürmige, einschiffige Bau schließt in einem Sanktuarium. Die barocke Jesuitenkirche stammt aus dem 17. Jahrhundert. Die Hl.-Anna-Kirche wurde im 18. Jahrhundert mit einem seltenen elliptischen Grundriss erbaut; unter dem Altar der hl. Maria befindet sich die Reliquie der Märtyrer von Kaschau/Košice/Kassa. Der erzbischöfliche Palast wurde von Nikolaus Oláh 1542–1562 im Renaissancestil erbaut. Ein Wahrzeichen der Stadt ist der Stadtturm (1574) am Dreifaltigkeitsplatz. Das 1793 errichtete Rathaus wurde Ende des 18. Jahrhunderts im klassizistischen Stil umgestaltet.

Musik

Der ungarische Komponist Zoltán Kodály (1882–1967) war 1899 Abiturient des katholischen Gymnasiums der Stadt, wo er sein Chorwerk *Stabat Mater* komponierte.

Literatur

1578 gründete Miklós Telegdi in Tyrnau die Domkapitel-Druckerei, die bis 1609 bestand. Zwischen 1648 und 1777, bis zur Verlegung der Universität nach Ofen/Buda, arbeitete in der Stadt die Universitätsdruckerei. Hier erschien 1626 die erste vollständige ungarische Version der Heiligen Schrift, die von dem Jesuitenmönch György Káldy übersetzt wurde. Péter Pázmány schrieb einen Teil seines gegenreformatorischen Werks *Az isteni igazságra vezérlő kalauz* [Leitfaden für die göttliche Wahrheit] (Pressburg 1613) in Tyrnau.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- István Bitskey: Katholische Erneuerung im europäischen Kontext. Der Fall Oberungarns im 17. Jahrhundert. In: Klára Papp, János Barta, Attila Bárány, Attila Györkös (Hg.): The First Millennium of Hungary in Europe. Debrecen 2002, S. 349-364.
- Jaroslav Dubnický: Ranobarokový univerzitný kostol v Trnave [Die frühbarocke Universitätskirche in Tyrnau]. Bratislava 1948.
- István Käfer: Az egyetemi nyomda négyszáz éve [Vierhundert Jahre Universitätspresse], 1577–1977. Budapest 1977.
- Stefan Kazimir: Vývoj ekonomicko-sociálnej štruktúry mesta Trnavy v poslednej tretine 16. storočia a v 17. storočí [Die Entwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Struktur der Stadt Tyrnau im letzten Drittel des 16. und im 17. Jahrhundert]. In: Historický Časopis 18 (1970), S. 48-90.

- Vladimír Rábik: Topografia mesta Trnava v stredoveku [Die Topographie der Stadt Tyrnau im Mittelalter]. In: Jaroslava Žuffová (Hg.): Pamiatky Trnavy a Trnavského kraja 10. Trnava 2007, S. 7-16.
- Vladimír Rábik: Trnava [Tyrnau]. In: Martin Štefánik, Ján Lukačka (Hg.): Lexikon stredovekých miest na Slovensku. Bratislava 2010, S. 523-551.
- Michal Stetina: Trnavské tlačiarne [Tyrnauer Drucker] 1578–1968. Bratislava 1970.
- 1238–1938. Túto knihu vydala rada mesta Trnavy na pamat' 700 ročného jubilea [Dieses Buch wurde vom Rat der Stadt Tyrnau anlässlich des 700-jährigen Jubiläums veröffentlicht]. Trnava 1938.

Weblinks

- http://www.trnava.sk/sk (Internetseite der Stadt Tyrnau)
- http://www.truni.sk (Internetseite der Universität Tyrnau)

Anmerkungen

[1] Ernő Deák: Königliche Freistädte - Munizipalstädte. Das Städtewesen der Länder der ungarischen Krone (1780–1918). Teil 2: Ausgewählte Materialien zum Städtewesen A. Wien 1989 (Österreichische Akademie der Wissenschaften. Veröffentlichungen der Kommission für Wirtschafts-, Sozial- und Stadtgeschichte 4), S. 176.

[2] Vgl. http://www.trnava.sk/userfiles/download/attachment/Obyvate%C4%BEstvo2011-2polrok.pdf (Zugriff 17.04.2013).

[3] Vgl. Deák (wie Anm. 1), S. 177.

[4] Vgl. http://www.trnava.sk/userfiles/download/attachment/ourak_demo_Trnava_Obce_SODB-2011.pdf (Zugriff 17.04.2013).

Zitation

Tamás Fedeles: Tyrnau/Trnava. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2013. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54445.html (Stand 17.04.2013).

U

Újbánya → Königsberg/Nová Baňa/Újbánya
Siehe Königsberg/Nová Baňa/Újbánya

Újvidék → Neusatz/Novi Sad/Újvidék (→ Autor/in gesucht)
Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Ústí nad Labem → Aussig/Ústí nad Labem
Siehe Aussig/Ústí nad Labem

V

Varasd → Warasdin/Varaždin/Varasd
Siehe Warasdin/Varaždin/Varasd

Varaždin → Warasdin/Varaždin/Varasd
Siehe Warasdin/Varaždin/Varasd

Veszprém → Wesprim/Veszprém
Siehe Wesprim/Veszprém

Viipuri → Wiborg/Vyborg/Viipuri
Siehe Wiborg/Vyborg/Viipuri

Villány (→ Autor/in gesucht)
Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Vízakna → Salzburg/Ocna Sibiului (→ Autor/in gesucht)
Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Vladivostok (→ Autor/in gesucht)
Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Vyborg → Wiborg/Vyborg/Viipuri
Siehe Wiborg/Vyborg/Viipuri

Vyšší Brod → Hohenfurth/Vyšší Brod
Siehe Hohenfurth/Vyšší Brod

W

Wahlstatt/Legnickie Pole

Siehe Legnickie Pole

Waldenburg/Wałbrzych

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Waldenburg, Waldenburg in Schlesien

Amtliche Bezeichnung

poln. Wałbrzych

2. Geographie

Lage

In einem Talkessel des Waldenburger Berglands auf 50° 46' nördlicher Breite, 16° 17' östlicher Länge und 450 m Höhe gelegen.

Region

Schlesien

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Republik Polen, Woiwodschaft Niederschlesien (*województwo dolnośląskie*); die Stadt gehört zum Landkreis Waldenburg (*powiat wałbrzyski*).

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Bestimmendes Wappenelement ist seit dem 17. Jahrhundert ein aus der Erde wachsender Baum, seit 1809 mit Gebirge im Hintergrund.

Mittelalter

Die Gründung Waldenburgs erfolgte wohl zwischen 1290 und 1293; eine erste urkundliche Erwähnung stammt aus der Zeit um 1305. Teilelemente des Stadtrechts sind für 1426 belegt, wobei der Besitz des Stadtrechts bereits für das Ende des 14. Jahrhunderts vermutet wird. Waldenburg gehörte bis ins 17. Jahrhundert den Herren von Neuhaus.

Neuzeit

In der Frühen Neuzeit entwickelte sich die Kleinstadt gering; während des Dreißigjährigen und des Siebenjährigen Krieges musste sie starke Bevölkerungsverluste hinnehmen musste. Waldenburg gehörte ab 1682 der Familie von Czettritz; ab 1738 unterstand die seit 1740/42 preußische Mediatstadt den Grafen von Hochberg auf dem nahegelegenen Schloss Fürstenstein. Die bei den Bürgern unbeliebte Grundherrschaft der Grafen von Hochberg wurde mit der Einführung der Stein'schen Städteordnung 1809 im Bereich der Stadtverwaltung beseitigt. Versuche der Bürgerschaft, durch Boykott der Grundzinszahlung die Grundherrschaft ganz zu beseitigen, scheiterten. Erst nachdem es im Zuge der Revolution von 1848 zu Unruhen gekommen war, konnte 1852 die Ablösung der Lasten und Grundzinsen erreicht werden.

Nach den Befreiungskriegen kam die Stadt 1816 zum Kreis Schweidnitz; bereits 1818 wurde dieser geteilt und ein eigener Kreis Waldenburg geschaffen.



Die Ostseite des Rings in Waldenburg/Wałbrzych.
(Foto: B. Conrad)

Dem Beginn des industriellen Bergbaus (Waldenburger Revier) und dem Anschluss an das Eisenbahnnetz 1853 folgte ein starker Anstieg der Einwohnerzahl, auch in den umliegenden Gemeinden. Der Zuzug von Arbeitern schlug sich auch politisch nieder: Wurde der Reichstagswahlkreis Waldenburg 1867–1884 mit Hans XI., Graf von Hochberg, Fürst von Pleß und Freiherr von Fürstenstein durch ein Mitglied des alteingesessenen Adels vertreten, der der konservativen Reichspartei angehörte, so folgten diesem zunächst Liberale, ehe sich bei der Reichstagswahl 1893 erstmals ein Kandidat der SPD durchsetzte. 1898–1918 wurde der Wahlkreis durch Hermann Sachse (SPD) im Reichstag vertreten; Sachse gehörte 1919/20 auch der Weimarer Nationalversammlung an. Bis einschließlich 1930 war die SPD stärkste politische Kraft bei allen Reichstagswahlen, ehe ab 1932 die NSDAP diese Position einnehmen konnte.

Zeitgeschichte

Im Zweiten Weltkrieg unzerstört, wurde Waldenburg am 8. Mai 1945 durch Truppen der 1. Ukrainischen Front der Roten Armee kampflos besetzt. Der größte Teil der deutschsprachigen Einwohner, die nicht geflüchtet waren, wurde zwischen 1945 und 1947 vertrieben. Aufgrund ihrer Bedeutung für den Bergbau verblieb, anders als im restlichen Niederschlesien, eine deutsche Minderheit in Waldenburg, deren Angehörige 1951 überwiegend die polnische Staatsangehörigkeit zugesprochen bekamen. Diese Deutschen genossen in den 1950er Jahren als anerkannte Minderheit Sonderrechte im Schulwesen und in kulturellen Belangen. Sie siedelten zwischen 1955 und 1960 nahezu vollständig in die Bundesrepublik Deutschland über. Während der Volksrepublik Polen wuchs Waldenburg zur Großstadt an. Der unrentabel gewordene Bergbau wurde 1999 eingestellt.

Verwaltung

Der Magistrat bestand ab 1707 aus einem Bürgermeister und zwei Ratsherren, ab 1765 aus einem Bürgermeister, zwei Senatoren und einem Gemeindeältesten. Mit der Einführung der Stein'schen Städteordnung wurde 1809 eine 24 Mitglieder zählende Stadtverordneten-versammlung eingerichtet.

Bevölkerung

Bevölkerungsentwicklung[1]

Jahr	Einwohner
1743	605
1799	1.540
1841	2.464
1871	10.434
1900	15.106
1910	18.915
1925	44.111
1939	64.136
1950	94.000
1960	120.200
1985	135.000
2002	130.269*
2011	120.175

* davon nach Nationalität 96,6 % (125.840) polnisch, 3,1 % (4.022) keine, 0,1 % (151) deutsch, 0,2 % (255) andere.

Es kam in der Geschichte Waldenburgs dreimal zu größeren Eingemeindungen, nämlich zu Beginn der Weimarer Republik (1919), während der NS-Zeit (1934) und zur Zeit der Volksrepublik Polen (1950).

Die Stadtbevölkerung bestand im Mittelalter, in der Frühen Neuzeit und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts praktisch ausschließlich aus Deutschsprachigen. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts siedelten sich kleine Gruppen Tschechisch- und Polnischsprachiger an. 1954 wurde die deutsche Bevölkerung in Stadt- und Landkreis Waldenburg auf maximal 25.000 Personen geschätzt, etwa ein Sechstel der Gesamtbevölkerung.

Wirtschaft

Im 17. und 18. Jahrhundert waren Leinenhandel und Tuchweberei der dominierende Wirtschaftssektor; 1818 wurde der erste mechanische Webstuhl auf dem europäischen Festland in Betrieb genommen. Im 19. Jahrhundert löste der bereits seit dem 16. Jahrhundert betriebene Steinkohlebergbau den Leinenhandel als wichtigsten Wirtschaftszweig ab. Waldenburg war zudem ein Zentrum der schlesischen Porzellanmanufaktur; hier war die in den

1830er Jahren entstandene Manufaktur von Carl Krister angesiedelt, deren Produktion ab den 1950er Jahren unter dem Namen "Krzysztof" von polnischer Seite fortgesetzt wurde.

Gesellschaft

Von überregionaler Bedeutung war 1869 ein mehrwöchiger Streik von Bergarbeitern des Waldenburger Reviers, nachdem die Gründung einer Ortsgruppe der liberalen Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine durch die Arbeitgeber abgelehnt worden war. Diese kompromisslose Haltung führte später zur Stärkung der sozialistischen Gewerkschaften.

Religions- und Kirchengeschichte

Seit der Reformation war die Stadtbevölkerung bis ins 19. Jahrhundert überwiegend evangelisch, im 19. Jahrhundert stieg durch Arbeitsmigranten der Anteil der Katholiken. 1925 waren von 44.111 Einwohnern 58,6 % (25.849) evangelischer Konfession, 35,2 % (15.522) katholischer Konfession und 0,5 % (220) jüdischen Glaubens. Bemerkenswert ist der im Vergleich zu Deutschland insgesamt (1925: 64,1 % evangelisch, 32,4 % katholisch, 0,9 % Juden) zu diesem Zeitpunkt hohe Anteil an Konfessionslosen.[2]

Architektur und Städtebau

Zu den ältesten erhaltenen Gebäuden gehört das 1604–1628 erbaute Schloss der Familie Czettritz im Stadtteil Ober-Waldenburg. Die wichtigsten Kirchen und Bürgerhäuser am Ring stammen aus dem 18. und 19. Jahrhundert, das neue Rathaus aus der Mitte des 19. Jahrhunderts. Im Verlauf des 19. Jahrhunderts dehnte sich die Stadt schnell in Nordwest- und Südrichtung - vom Ring gesehen - aus. Die zersplitterte Gemeindestruktur des Waldenburger Reviers und die geringe Flächengröße Waldenburgs führte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts beständig zu Problemen in der Stadtplanung, die erst mit dem 1896 beginnenden Landerwerb, der Einrichtung des Stadtbauamts 1906 und den Eingemeindungen zu Beginn der Weimarer Republik allmählich eine Lösung erfuhren. In der Zeit der Weimarer Republik erlangte der städtische Wohnungsbau, der insbesondere der Bergarbeiterschaft zugutekam, einen ersten Höhepunkt.

4. Diskurse/Kontroversen

In der Nachkriegszeit gab es eine deutsch-polnische Kontroverse darüber, ob eine im 17. Jahrhundert für das Jahr 1191 genannte Siedlung mit Waldenburg identisch und die Stadt demnach womöglich slawischen Ursprungs sei. Von polnischen Historikern wurde dies behauptet, von deutschen Historikern bestritten. Dabei geriet die Sachfrage gegenüber der für das nationale Selbstverständnis wichtigen Darstellung in den Hintergrund. Ein Beweis für die Behauptung, der in der Quelle genannte Ort - so er je existiert hat - und das wohl zwischen 1290 und 1293 gegründete Waldenburg seien identisch, konnte bisher nicht erbracht werden.

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Bernhard Grund: Das kulturelle Leben der Deutschen in Niederschlesien unter polnischer Verwaltung 1947–1958. Bonn, Berlin 1967 (Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland).
- Artur Hryniewicz: Wałbrzych/Waldenburg. In: Ernst Badstüber u. a. (Hg.): Dehio-Handbuch der Kunstdenkmäler in Polen. Schlesien. München, Berlin 2005, S. 981-987.

- Joachim Köhler: Waldenburg. In: Hugo Weczerka (Hg.): Handbuch der historischen Stätten. Schlesien. 2., verb. u. erw. Aufl. Stuttgart 2003 (Kröners Taschenausgabe 316), S. 554-557.
- Konrad Pflug: Chronik der Stadt Waldenburg in Schlesien. Waldenburg i. Schl. 1908.
- Bruno Paschky: Waldenburg/Schl. In: Heinz Stoob, Peter Johanek (Hg.): Schlesisches Städtebuch. Stuttgart u. a. 1995 (Deutsches Städtebuch, begründet von Erich Keyser, Neubearbeitung 1), S. 440-445.
- Patenschaftsarbeitskreis Waldenburger Bergland, Dortmund (Hg.), Heinrich Bartsch (Verf.): Unvergessene Waldenburger Heimat. Ein Buch der Erinnerung, Liebe und Treue. Norden 1969.

Weblink

- http://www.um.walbrzych.pl/ (Internetseite der Stadt)

Anmerkungen

[1] Quelle: Für 1743–1910 und 1939–1985: Paschky, S. 441. Für 1925: Statistik des Deutschen Reichs. Bd. 401. Berlin 1930, S. 361. Für 2002–2010 von der Internetseite des poln. statist. Hauptamtes (Zugriff am 24. August 2012): http://www.stat.gov.pl/cps/rde/xbcr/gus/PUBL_nsp2002_tabl4.xls, hier Zeile 67, http://www.stat.gov.pl/cps/rde/xbcr/gus/LU_NSP2011_ludnosc_w_gminach_stan_31032011.xls, hier Blatt 2, Zeile 185.

[2] Quelle: Für Waldenburg: Statistik des Deutschen Reichs. Bd. 401. Berlin 1930, S. 361. Für Deutschland: Die Welt in Maß und Zahl. Geographie, Wirtschaft und Kirchenkunde aller Erdteile und Länder. Freiburg/Breisgau 1932, S. 9.

Zitation

Benjamin Conrad: Waldenburg/Wałbrzych. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54449.html (Stand 27.08.2012).

Wałbrzych → Waldenburg/Wałbrzych

Siehe Waldenburg/Wałbrzych

Wambierzyce → Albendorf/Wambierzyce

Siehe Albendorf/Wambierzyce

Warasdin/Varaždin/Varasd

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Warasdin

Amtliche Bezeichnung

kroat. Varaždin

Anderssprachige Bezeichnungen

ung. Varasd; lat. Varasdinum

Etymologie

Die Schreibweise des Ortsnamens in den ältesten Urkunden vom 11. bis 15. Jahrhundert war nicht einheitlich (z. B. Garestin, Guarastin, Warasd, Worosd, Worost und Vorosd). Herkunft und ursprüngliche Bedeutung des Namens sind nicht eindeutig geklärt. Einige Wissenschaftler erklären die Namensbedeutung mit der Lokativform „várasdon“ des ungarischen Diminutivs „várasd“ (= Städtchen).

2. Geographie

Lage

Warasdin liegt auf 46° 18' nördlicher Breite und 16° 20' östlicher Länge, ca. 70 km nördlich von Agram/Zagreb, 169-173 m über NHN.

Topographie

Die Stadt liegt am westlichen Drauufer am Rand der Pannonischen Tiefebene und der Alpen.

Region

Österreichische Militärgrenze

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Republik Kroatien. Warasdin ist Verwaltungssitz des Warasdiner Komitats (Gespanschaft *Varaždinska županija*). Seit 1997 ist die Stadt Sitz der katholischen Diözese Warasdin.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

König Matthias Corvinus (1443-1490) verlieh der Stadt 1464 Wappen und Siegel. Das Wappen zeigt auf blauem Feld einen Engel, der einen Schild hält. Auf dem horizontal rot-weiß gestreiften Schild steht ein viereckiger Turm mit goldenem Kreuz auf der Spitze. Links vom Turm befindet sich ein goldener Halbmond, rechts ein goldener Stern. Rund um den Schild läuft die Inschrift *Sigillum majus ciuitatis Warasdien[sis]*. Das Wappen und das nach ihm gestaltete Siegel wurden 1464-1934 amtlich genutzt.

Gebräuchliche oder historische Beinamen

In der Neuzeit wurde Warasdin wegen seiner barocken Baukunst „Stadt des Barocks“, wegen seiner zahlreichen Kirchtürme „Klein-Rom“ und wegen der luxuriösen Lebensführung ihrer Einwohner im 18. Jahrhundert „Klein-Wien“ genannt.

Archäologische Bedeutung

Durch Warasdin führten römische Straßen, welche die historischen Ortschaften Pettau/Ptuj (lat. Poetovio) und Bad Warasdin/Varaždinske Toplice (lat. Aquae Iassae) mit Sissek/Sisak (lat. Siscia) und Esseg/Osijek (lat. Mursa) verbanden.

Mittelalter

Warasdin gehörte bis 1102 zum Kroatischen Königreich (925-1102) und danach bis 1526 zum Königreich Ungarn-Kroatien (Personalunion). Während des Mongolensturms 1241/42

erlitt die Stadt Zerstörungen. Nachdem János Hunyadi (1387-1456) und seinen Soldaten im Streit mit den Grafen von Cilli die Eroberung der Warasdiner Festung misslungen war, brannten sie die Stadt 1446 aus Rache nieder. Warasdiner Stadtteile wurden durch wiederholte Brände (1220, 1420, 1435, 1582, 1587) teilweise zerstört; 1592 wurden die Vorstädte, das Rathaus (*Domus civitatis*) und die Pfarrkirche vernichtet. Im 16. Jahrhundert wurden Burg und Stadt zur Osmanenabwehr befestigt und mit einem Wassergraben umgeben.

Neuzeit



Die alte Warasdiner Burg/Festung Ende des 19. Jahrhunderts. [Abb.: Magdalena Lončarić: Grad Varaždin (Die Stadt Warasdin): In: Gradovi i općine Republike Hrvatske (Die Städte und Gemeinden der Republik Kroatien). Zagreb 2004, S. 136].

Zwischen 1527 und 1918 gehörte Warasdin zur Habsburgermonarchie. Von 1591 bis 1845 fielen Burg und Altstadtgemeinde (Festungsgemeinde, siehe unter Verwaltung) als Erbschaft an die Adelsfamilie Erdödy. Die Erdödys waren gleichzeitig die Gespane des Warasdiner Komitats und die Kapitäne der Stadtgemeinde.

Eine Blütezeit erlebte die Stadt nach 1767, als Königin Maria Theresia (1717-1780) das Kroatische Königliche Konsilium (kroat. Hrvatsko kraljevsko vijeće, lat. Consilium Regium Croaticum) mit Sitz in Warasdin und mit dem Ban(us) an der Spitze gründete. In kurzer Zeit entwickelte sich Warasdin von einer Kleinstadt der Handwerker und Händler zu einer modernen mitteleuropäischen Stadt, deren Stadtbild prunkvolle Adelspaläste prägten. Diesen Status verlor die Stadt unerwartet nach dem großen Brand 1776, infolge dessen die staatlichen Institutionen nach Agram verlegt wurden.

Zeitgeschichte

Nach dem Ersten Weltkrieg gehörte Warasdin zum Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (1918-1929), zum Königreich Jugoslawien (1929-1941), dann zum Unabhängigen Staat Kroatien (1941-1945), zur Föderativen Volksrepublik Jugoslawien (1945-1963), zur Sozialistischen Föderativen Volksrepublik Jugoslawien (1963-1991) und seit der kroatischen Unabhängigkeit (1991) zur Republik Kroatien.

Bereits im ersten Jahr der neu gegründeten Staatsgemeinschaft (1919) kam es in Warasdin zum Aufstand der kroatischen Offiziere, die von der Regierung durch serbische ersetzt wurden, und linksorientierten Bürgern. Es gab sieben Tote und viele verletzte, 250 Aufständische wurden inhaftiert und nach einjähriger Haft in Nisch/Niš in Serbien 1920 vor

Gericht gestellt. Aus Anlass des Aufstandes löste die Belgrader absolutistische Regierung am 24 November 1919 die Warasdiner Stadtverwaltung auf.

Mit der Verkündung des Unabhängigen Staats Kroatien (NDH, Nezavisna država Hrvatska) am 10. April 1941 wurde Warasdin Sitz der Regionalverwaltung der sogenannten Großgespanschaft Zagorje. Schon am nächsten Tag, am 11. April, marschierte in Warasdin die deutsche Armee ein, wobei eine serbische Brigade mit ihrem General gefangen genommen wurde. Vom 12. bis 14. Juli wurden nach Schätzungen 200-300 Juden festgenommen und nach Agram in ein Zentrallager transportiert. Am 24. Mai 1944 wurde Warasdin von den Alliierten bombardiert, wobei zwar keine großen Zerstörungen entstanden, aber 30 Menschen getötet und 37 schwer verletzt wurden.

Nach Kriegsende 1945 kam es zu Racheakten der Kommunisten an ihren früheren Gegnern. Der offizielle Plan der kommunistischen Geheimpolizei OZNA vom 31. März 1945 für die Verhaftung der „Volksfeinde“, eigentlich politischer Gegner, in Warasdin enthielt 443 namentlich genannte Personen. Es wurde noch eine weitere Liste mit ca. 80 Namen angekündigt.[1]

Diese Personen, unter welchen sich auch die Mitglieder des (Deutschen) Kulturbundes befanden, wurden von den kommunistischen Gerichten zu Todesstrafen oder zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Auf dem Warasdiner Stadtfriedhof sind außerdem 39 deutsche Soldaten und Kriegsgefangene beerdigt.

Im ‚Heimatkrieg‘ Kroatiens gegen die Jugoslawische Armee und serbische Rebellen (1991-1995) übergab sich in Warasdin nach neuntägigem Kampf das 32. Korps der Jugoslawischen Armee (JNA) mit seinen Befehlshabern (930 Soldaten mit Offizieren) am 22. September 1991 den kroatischen Streitkräften.

Verwaltung

Seit Verleihung des Privilegs der freien königlichen Stadt (1209) an die „villa varasd“ durch König Andreas II. (1177-1235) existierten auf dem Gebiet der Stadt Warasdin zwei Gemeinden: die Altstadtgemeinde und die freie königliche Gemeinde. Die Warasdiner Altstadtgemeinde (auch Festungs- oder Burggemeinde, kroat. *Starogradska općina, lat. Castrum Varasd*) stand unter der Verwaltung von Burggrafen (*comites castri*), die den Königen unterstellt waren. Ab dem 15. Jahrhundert wurde sie etwa zwei Jahrhunderte lang von den jeweiligen Burgbesitzern verwaltet. Die freie königliche Stadtgemeinde Warasdin (kroat. *slobodna Varoš Varaždin,* lat. *libera Villa Varasd* oder *libera Civitas Warasdi(n)ensis*) stand dagegen unter direkter Verwaltung der Könige, hatte aber ihre örtliche Selbstverwaltung. Jährlich wurden am ersten Sonntag nach dem St. Martinstag die Amtsleute gewählt, darunter der Stadtrichter (*rihtardus*, kroat. *sudec/sodec*, lat. *judex*) und 12 Stadträte. Beide Gemeinden wurden erst 1861 vereint.

Bevölkerung

1772 lebten in Warasdin 1.635 Bürger, die Gesamtzahl der Einwohner betrug etwa 2.000. 1857 hatte die Stadt 9.358 Einwohner (davon 310 Deutsche, 220 Ungarn und 20 Angehörige anderer Nationalitäten). Die Deutschen waren überwiegend als Kaufleute und die Ungarn als Handwerker tätig. 1880 waren von 11.445 Warasdiner Bürgern nach Muttersprache 8.909 Kroaten und Serben, 866 Deutsche, 753 Ungarn, 725 Slowenen, 127 Tschechen und Slowaken, 47 Italiener, 12 Polen und 6 anderer Nationalität.[2] Die erste Einwohnerzählung nach dem Zweiten Weltkrieg (1948) verzeichnete 17.314 Einwohner, während es

1981 bereits 39.545 waren.[3] 1991 betrug die Einwohnerzahl der Stadt 41.846, darunter waren 14 Deutsche.[4]

Wirtschaft

Zentral für die wirtschaftliche Entwicklung Warasdins war zunächst die Landwirtschaft: Bereits mit dem königlichen Freistadtprivileg erhielt die Stadtgemeinde umfängliche Besitzungen in ihrer unmittelbaren Nähe. Georg von Brandenburg (1484-1543) beispielsweise, Besitzer der Warasdiner Burg von 1509 bis 1523, lud 1513 über 60 Gutsverwalter aus Ungarn, Kroatien und Steiermark nach Warasdin ein, um mit ihnen über die Verwaltung seiner Besitzungen zu beraten.[5]

1406 erhielten die Warasdiner von Sigismund von Luxemburg (1368-1437) das Recht, regelmäßig Märkte in der Stadt abzuhalten; ab 1431 durften sie im ganzen Königreich Handel betreiben. Organisiertes Handwerk ist schon für das 15. Jahrhundert nachgewiesen; die erste Zunftordnung – für Wundärzte, Barbiere und Bademeister – stammt von 1557. Bis 1795 entstanden zehn weitere Zünfte (mit z. T. dreisprachigen Zunftordnungen in kroatischer, lateinischer und deutscher Sprache).

Seit dem 18. Jahrhundert wurden Manufakturen gegründet, Mitte des 19. Jahrhunderts waren es 14. Bis 1930 war ein kontinuierlicher wirtschaftlicher Aufschwung zu verzeichnen. 1931 gab es 699 Handwerks- und 362 Handelsbetriebe sowie 25 Industrieunternehmen mit der Textilindustrie an der Spitze. Vorherrschende Wirtschaftszweige nach dem Zweiten Weltkrieg waren Textil-, Holz-, Metall- und Nahrungsmittelindustrie, die heute nur noch teilweise ausgeprägt sind. Ergänzt werden sie durch eine größere Zahl kleiner Gewerbetreibender, die eine ganze Reihe von Produktions- und Dienstleistungstätigkeiten anbieten.[6]

Gesellschaft



Stadtansicht (1732), Titelbild des „Albums der Marianischen Kongregation Warasdiner Bürger germanice nationis“. [Abb.: Miroslav Klemm: Varaždin i okolica u prošlosti (Warasdin und die Umgebung in der Vergangenheit). In: 80 godina Gradskog muzeja Varaždin (80 Jahre des Stadtmuseums Warasdin). Varaždin 2006, S. 12].

Warasdiner Bürger *germanice nationis* gründeten 1731 im Rahmen des Jesuitenkollegs eine Marianische Kongregation. Vereinigungen mit Statuten in deutscher Sprache waren der Warasdiner Wohlthätigkeits-Verein (gegr. 1830), die Gesellschaft der Musikfreunde und die Freiwillige Feuerwehr (gegr. 1864).

Religions- und Kirchengeschichte

Im 16. Jahrhundert unterstützte die Adelsfamilie Ungnad die Verbreitung des Protestantismus in Warasdin. Baron Hans Ungnad (1493-1564) siedelte 1560 nach Urach in Württemberg über, wo er eine Druckerei gründete und von 1561 bis 1564 protestantische Werke in kroatischer und slowenischer Sprache druckte. Da der Protestantismus in Warasdin zu dieser Zeit Fuß fassen konnte, forderte das kroatische Parlament (*Sabor*) 1613 die Ablösung der damaligen Stadtverwaltung. Eine echte Gegenreformation setzte erst mit dem Eintreffen der Jesuiten im Jahre 1628 ein und bewirkte, dass die Mehrheit der Bevölkerung römisch-katholisch blieb.

1857 waren 8.983 der Einwohner katholisch, 336 jüdisch, 25 orthodox und 14 gehörten anderen Religionsgemeinschaften an. 1880 waren 10.500 der Warasdiner katholischen, 589 israelitischen, 217 evangelischen und 98 orthodoxen Glaubens; 31 bekannten sich zu anderen Konfessionen.[7]

Besondere kulturelle Institutionen

1923 wurde das Städtische Museum Warasdin (*Gradski muzej Varaždin*) mit je einer archäologischen, historischen, kunsthistorischen und entomologischen Abteilung eröffnet. In der Stadt angesiedelt sind zudem seit 1951 das Staatsarchiv Warasdin (*Državni arhiv Varaždin*), seit 1983 eine Zweigstelle der Kroatischen Akademie der Wissenschaften

(*Zavod HAZU*), die Städtische Bibliothek „Metel Ožegović“ (*Gradska knjižnica „Metel Ožegović“*) und das Warasdiner Nationaltheater.

Bildung und Wissenschaft

Erste Quellen zu organisiertem Schulunterricht in Warasdin stammen aus dem 13. Jahrhundert. Schon 1550 forderte die Stadtverwaltung die Eltern auf, ihre Kinder und Pflegekinder in die Schule zum Unterricht zu schicken. 1588 wurde das Amt des Schulrektors offiziell eingeführt. 1636 gründeten Jesuiten ein Gymnasium, 1771 eröffneten Pauliner eine Trivialschule; zudem ist für diese Zeit eine deutschsprachige Schule belegt. Ursulinen eröffneten 1777 eine Mädchenschule. Maria Theresia führte die allgemeine Schulpflicht für Kinder ab sechs Jahren ein und gründete 1769 in Warasdin das *Studium Politico-Camerale*. Zwischen 1826 und 1875 hatte Warasdin eine israelitische Schule, die 1875 mit der Allgemeinen Volksschule zusammengelegt wurde. In den 1960er Jahren wurden die Höhere Textilschule (1961), die Höhere Wirtschaftsschule (1962) und die Höhere Geotechnische Schule (1970) gegründet, die alle später in Fachhochschulen oder Fakultäten einer Universität umgewandelt wurden.

Alltagskultur


Historisch Statistisch topographische
Beschreibung
der königlichen Freystadt
Varasdin
von
Ladislaus Ebner
der rechtsgelehrten königlichen Freystadt
Ober Notär und des Comitats gleichen
Nahmen Gerichtsstuhl Beysitzer
1827

Titelseite von Ladislaus Ebners Historisch statistisch topographische Beschreibung der königl. Freistadt Varasdin (Varasdin 1827). [Abb.: Magdalena Lončarić: Tiskarstvo u Varaždinu 1586-1946 (Die Druckindustrie in Warasdin). Gradski muzej (Stadtmuseum) Varaždin 2007, S. 13, Katalog-Nr. 40].

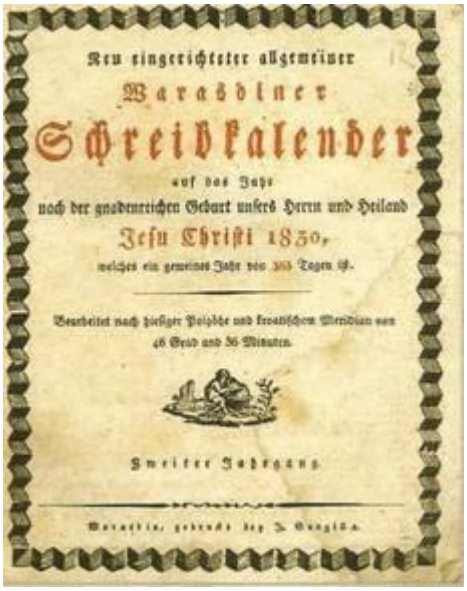
Sprachliche Besonderheiten in Warasdin beschrieb 1827 Ladislaus Ebner (1780-1851): [...] Die herrschende Sprache in dieser Stadt ist die croatische [...]; Die lateinische ist bey den Behörden die Geschäftssprache, [...] für die Gymnasial-Jugend vorgeschrieben, und meyst die Conversations-Sprache der wissenschaftlich gebildeten Männer. Nebst der Local-Sprache ist seit undenklichen Zeiten die deutsche Sprache sehr im Schwunge und jeder Fremde würde sich wundern, in einer croatischen Stadt, im Handel und Wandel, in Kaffe- und Wirthshäusern und in allen öffentlichen Unterhaltungsorten, ja in der innern Stadt fast ausschliessend, so wie in einem grossen Teile der Vorstädte, die deutsche Sprache [...] so

verallgemeint zu finden, dass er sich eher in einer Stadt Deutschlands, als auf croatischem Boden wähnte [...].[8]

Kunstgeschichte

Warasdin gilt als besterhaltene Stadt des Barocks, des Rokoko und des Klassizismus in Nordkroatien. Die Pfarrkirche des hl. Nikolaus und die St.-Veit-Kirche stammen aus dem Mittelalter, wurden jedoch in der Barockzeit erweitert und umgebaut. Die 1642-1646 von Jesuiten erbaute Kirche Mariä Himmelfahrt ist das bedeutendste frühbarocke sakrale Bauwerk der Stadt. Auch die mittelalterliche, 1582 bis auf die Grundmauern niedergebrannte Franziskaner- (St.-Johannes-) Kirche wurde 1650 im Barockstil wiedererrichtet. Die 1722-1729 erbaute Ursulinenkirche (Jesu Christi Geburt) gilt als harmonischster Sakralbau der Stadt. Zu den Barockbauten zählen auch die außerhalb des Stadtkerns entstandenen Kapellen des hl. Florian (1669-1672), des hl. Fabian und Sebastian (1681) und des hl. Rochus (1690). Die meisten der heute erhaltenen Bauten Warasdins stammen aufgrund des Stadtbrands von 1776 aus dem späten 18. und der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts (Klassizismus).

Buch- und Druckgeschichte


Neu eingerichteter allgemeiner
Warasdiner
Schreibkalender
auf das Jahr
nach der gnadenreichen Geburt unsers Herrn und Heiland
Jesu Christi 1830,
welches ein gemeines Jahr von 365 Tagen ist.
Berechnet nach hiesiger Polhöhe und französischem Meridian von
46 Grad und 36 Minuten.
Zweiter Jahrgang.

Titelbild des Warasdiner Schreibkalenders - erschienen jährlich 1830-1897. [Abb.: Lončarić: Tiskarstvo u Varaždinu 1586-1946, S. 13, Katalog-Nr. 44 (wie Bild 3)].

Das erste Buch in Warasdin wurde von dem wandernden Buchdrucker Johannes Manlius (1586-1587) gedruckt. 1770 gründete der Wiener Drucker Johann Thomas von Trattner (1717-1798) hier eine Niederlassung, die nach dem Stadtbrand 1776 nach Agram übersiedelte. 1820 ließ sich der Grazer Buchdrucker Johannes Sangilla (1777-1832) nieder, der 55 Werke (22 in kroatischer, 19 in deutscher und 14 in lateinischer Sprache) druckte. Seine Druckerei wurde von der Familie Platzer bis 1924 fortgeführt. Eine zweite Buchdruckerei gründete 1882 Gustav Kleinberger.

1830 bis 1897 erschien jährlich der *Warasdiner Schreibkalender für Katholiken, Protestanten, Griechen und Juden* in deutscher Sprache. 1848 erschien kurzzeitig (29.4.-10.6.)

die deutschsprachige Wochenschrift *Der Lucifer* mit dem Beiblatt *Warasdiner Neuigkeitsbote*.

Militärgeschichte

Ein organisierter Stadtschutz ist schon für das 15. Jahrhundert belegt. Die Stadtviertel unterstanden den Viertelmeistern (*Quartari*), die zusammen mit dem Stadtrichter Gewehre und Pulver verwahrten. Im 16. Jahrhundert standen gewählte Hauptleute an der Spitze zweier Kompanien, die aus Bürgern kroatischer und deutscher Nationalität (*germanice nationis*) bestanden. Beide Kompanien unterstanden dem Kapitän der Burggemeinde. 1538 führte König Ferdinand I. (1503-1564) aufgrund der Türkengefahr eine ständige militärische Besatzung mit Sitz der Befehlshaber in Warasdin ein (ab 1630 Generalat Warasdin).

Gedächtnis- und Erinnerungskultur

Zum Zwecke der touristischen Werbung wird heute für Warasdin oft das Syntagma „Die Stadt des Barocks, der Blumen und der Musik“ genutzt, die Wendung wird gern kombiniert mit dem Refrain aus Emmerich Kálmáns Operette *Gräfin Mariza* (1924) „Komm mit nach Warasdin“.

Die Gesellschaft für Verschönerung der Stadt errichtete 1927 dem aus Braunschweig stammenden Arzt Wilhelm Bernhard Müller (1785-1863), der sich als Stadtphysikus (seit 1826) für die Anlegung des Stadtparks, den Anbau von Bäumen und die Errichtung der Krankenanstalten eingesetzt hatte, ein Denkmal im Stadtpark.

Ein Grabmal auf dem Warasdiner Friedhof erinnert an 33 hier begrabene deutsche Soldaten, die im Zweiten Weltkrieg fielen oder als Kriegsgefangene zur Zwangsarbeit verurteilt wurden.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Mirko Androić: Ekonomika srednjovjekovnog grada Varaždina [Die Wirtschaft der mittelalterlichen Stadt Warasdin]. Varaždin 2009.
- Mirko Androić: Sechshundert Jahre Geschichte der königlichen Freistadt Varaždin. 13.–18. Jahrhundert. In: Internationales kulturhistorisches Symposion Mogersdorf 1972. Bd. 4. Szombathely 1974, S. 169–198.
- Mirko Androić: Starogradska varaždinska općina [Warasdiner Altstadtgemeinde]. Varaždin 2008.
- Ladislaus Ebner: Historisch statistisch topographische Beschreibung der königl. Freystadt Varasdin. Varasdin 1827.
- Rudolf Horvat: Povijest grada Varaždina [Geschichte der Stadt Warasdin]. Varaždin 1993.
- Miroslav Klemm: Barokna umjetnost u Varaždinu [Die barocke Kunst in Warasdin]. In: Encyclopedia moderna 18/48 (1988), S. 117–120.
- Ivy Lentić-Kugli: Varaždin: Povijesna urbana cjelina grada [Der historisch-urbanistische Kern der Stadt Warasdin]. Zagreb 1977 (Društvo Povjesničara Umjetnosti Hrvatske 24).
- Magdalena Lončarić: Grad Varaždin [Die Stadt Warasdin]. In: Gradovi i općine Republike Hrvatske [Die Städte und Gemeinden der Republik Kroatien]. Zagreb 2004, S. 136–146.

Periodika

- Godišnjak Gradskog muzeja Varaždin [Jahrbücher des Stadtmuseums], 1961-1988.
- Protocolla magistratus liberae et regiae civitatis Varasdini. [Magistratsprotokolle der freien und königlichen Stadt Warasdin]. Archivum publicum civitatis Varasdini [Öffentliches Archiv der Stadt Warasdin], Tomus [Bände] I(1990)–XI(2006).
- The Croatian Academy of Sciences and Arts: Papers of the Institute for scientific research work in Varaždin: Radovi Zavoda za znanstveni rad Varaždin. [Arbeiten des Instituts der Akademie der Wissenschaften in Warasdin], Bd. 1(1986) - 23(2012).

Weblinks

www.varazdin.hr (Internetpräsenz der Stadt Warasdin)

www.gmv.hr (mehrsprachige Seite des Stadtmuseums)

dav.arhivpro.hr (mehrsprachige Seite des Staatsarchivs)

www.biskupija-varazdinska.hr (Seite des Bistums in kroatischer Sprache)

Anmerkungen

[1] Plan rada za preuzimanje grada Varaždina [Arbeitsplan für die Übernahme der Stadt Warasdin]. In: Partizanska i komunistička represija i zločini u Hrvatskoj 1944.-1946. Dokumenti. Zagreb i središnja Hrvatska [Repression und Verbrechen von Partisanen und Kommunisten in Kroatien 1944-1946. Dokumente. Zagreb und Zentralkroatien]. Hrsg. von Hrvatski institut za povijest, Podružnica za povijest Slavonije, Srijema i Baranje Slavonski Brod, Hrvatski institut za povijest Zagreb. [Kroatisches Institut für Geschichte, Zweigstelle für Geschichte Slawoniens, Syrmiens und Baranja Slavonski Brod, Kroatisches Institut für Geschichte]. Zagreb 2008, S. 223-237.

[2] Horvat: Povijest grada Varaždina [Geschichte der Stadt Warasdin], S. 398.

[3] M. Lončarić: Grad Varaždin [Die Stadt Warasdin].

[4] Popis stanovništva 1991 [Volkszählung 1991]. In: Narodnosni sastav stanovništva Hrvatske po naseljima [Nationale Zusammensetzung der Bevölkerung Kroatiens nach Siedlungen]. Hrsg. von Republički zavod za statistiku [Staatliches Statistisches Amt]. Zagreb 1992.

[5] Richard Klier: Dr. med. Johann Weinman, Rat und Gesandter des Markgrafen Georg von Brandenburg in Ungarn. In: Südost-Forschungen 29 (1970), S. 270-289, hier S. 272.

[6] Miroslav Žugaj, Milivoj Ređep: Die Wirtschaft der Stadt Waraždin (1181-1977). In: Smotra, Rundschau. Zeitschrift der Kroatisch-Deutschen Gesellschaft Zagreb (1997), H. 3, S. 47-56.

[7] Horvat: Povijest grada Varaždina [Geschichte der Stadt Warasdin], S. 398.

[8] Ebner: Beschreibung der königl. Freistadt Varasdin, S. 99-100.

Zitation

Vid Lončarić: Warasdin/Varaždin. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32432 (Stand 23.07.2014).

Warschau/Warszawa (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Wartha/Bardo

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Wartha

Amtliche Bezeichnung

poln. Bardo

Anderssprachige Bezeichnungen

tschech. Brdo

Etymologie

Der Name Bardo (von urslaw. *brdo, tschech. brdo bzw. altpoln. bardo = "Hügel") ist bereits bei Cosmas 1096 (Brido) und in verschiedenen Formen bis zum Ende des 13. Jahrhunderts erwähnt (Barda 1155, Bardou, Berdov 1189, Bardo 1203). Der Name "Wartha", der erstmals 1290 als Warda, später als Wartha (1318) und Warthe (1743) auftaucht, ist höchstwahrscheinlich eine Anpassung an die deutsche Aussprache des slawischen Ortsnamens.[1]

2. Geographie

Lage

Wartha liegt auf 50˚ 30' nördlicher Breite, 16˚ 44' östlicher Länge, ca. 10 km nordöstlich von Glatz/Kłodzko, auf 260-320 m über NHN.

Topographie



Wartha liegt in einer auf drei Seiten eingeschlossenen Talschlucht der Glatzer Neiße (poln. *Nysa Kłodzka*), am Ende des Durchbruchs des Flusses durch das Warthagebirge (poln. *Góry Bardzkie*). Die Stadt liegt am linken Ufer, die ehemalige Vorstadt Haag am rechten Ufer.

Region

Schlesien

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Republik Polen, Woiwodschaft Niederschlesien (*województwo dolnośląskie*). Bis 1975 und wieder seit 1999 gehört die Stadt zum Landkreis Frankenstein (*powiat ząbkowicki*). Die Pfarrei Wartha gehört zum Dekanat Kamenz (*Kamieniec Ząbkowicki*) im Bistum Schweidnitz (Świdnica).

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Das Stadtwappen zeigt die gekrönte Gottesmutter auf einem Thronsessel, das Jesuskind mit dem Reichsapfel auf dem Schoss haltend. Das Wappen wiederholt das Motiv der mittelalterlichen Madonnenfigur von Wartha (Objekt des Marienkults).

Mittelalter

Strategisch günstig am Pass zwischen Schlesien und dem Glatzer Kessel gelegen, gehört Wartha zu den ältesten Siedlungen der Region. Schon 1096 wird hier eine Burganlage zum Schutz der Neißebrücke genannt, die spätestens im 10.–11. Jahrhundert entstanden sein muss. Sie wurde möglicherweise von Böhmen errichtet, wechselte wegen ihrer Grenzlage im Laufe der andauernden böhmisch-polnischen Kämpfe des 11. und 12. Jahrhunderts oft die Zugehörigkeit. 1189 wurde erstmals eine Kapelle erwähnt, die der Breslauer Bischof Laurentius 1210 samt dem umliegenden Besitz dem Augustinerkloster in Kamenz/Kamieniec Ząbkowicki schenkte. Das Kloster, das 1247 von den Zisterziensern übernommen wurde, blieb bis zur Säkularisation 1810 Grundherr in Wartha; ein kleinerer Teil der Grundherrschaft lag bei der Stadt Frankenstein/Ząbkowice. In der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts stabilisierte sich endgültig Warthas Zugehörigkeit zu Schlesien; das Ende der böhmisch-polnischen Streitigkeiten ermöglichte den wirtschaftlichen Aufschwung der Siedlung. Infolge der politischen Zersplitterung Schlesiens gehörte Wartha seit 1248 zum Herzogtum Breslau, später zum Herzogtum Fürstenberg-Jauer (ab 1290) und zum Fürstentum Münsterberg-Frankenstein (seit 1321; als Teil davon seit 1335 unter böhmischer Lehnshoheit). Wartha wurde Ende des 13. Jahrhunderts zum Marktort erhoben; nach 1300 erhielt es das Stadtrecht. Seitdem wurde das städtische Gemeinwesen durch einen Vogt geleitet. 1425 wurde Wartha von Hussiten gebrandschatzt, 1428 erneut von Hussiten verwüstet.

Neuzeit

1526 übernahmen die Habsburger die Lehnshoheit über Wartha als die neuen Könige von Böhmen; 1569 wurde die Stadt direkt der böhmischen Krone unterstellt. 1711 brach in der Stadt ein großer Brand aus, von dem nur sechs Häuser verschont blieben.

Ende 1740 wurde Wartha von preußischen Truppen besetzt und Teil des preußischen Staates. 1807 verteidigte Preußen die Stadt erfolglos gegen das französische Heer.

19. Jahrhundert und Zeitgeschichte

In die Zeit der Industrialisierung fallen rege Aktivitäten der städtischen Verwaltung: 1860 wurde eine Waisenerziehungsanstalt zu St. Hedwig gestiftet, 1868 wurde das städtische Elisabeth-Krankenhaus gebaut.

Am 8. Mai 1945 wurde Wartha von sowjetischen Truppen kampflos besetzt und anschließend als "Bardo" Teil des polnischen Staates. Kirche und Kloster wurden von polnischen Redemptoristen übernommen, die deutsche Bevölkerung bis 1946 ausgesiedelt und durch polnische Zuwanderer ersetzt. Die kommunistische Regierung verstaatlichte alle Wirtschaftsbetriebe und beseitigte praktisch die städtische Selbstverwaltung. Die Stadt wurde von der polnischen Verwaltung anfänglich als Dorf eingestuft, durch den Ausbau der Zellulose- und Papierindustrie erfolgte jedoch ein schnelles Wachstum. 1954 wurde Wartha als stadtartige Siedlung (*osada*) eingestuft, 1969 wurden ihr erneut die Stadtrechte verliehen.

Verwaltung

Bis etwa 1280 verblieb das örtliche Gericht in den Händen eines Kastellans. 1299 wurde die Obergerichtsbarkeit durch das Stift Kamenz übernommen. Die Stadt wurde anschließend jahrhundertelang durch Vögte geleitet, denen Schöffen zur Seite standen. 1792 wurde ein Magistrat eingesetzt (Bürgermeister mit Ratsmännern) und das Vogt- und Schöffengericht aufgelöst. Mit der Städteordnung wurde 1809 die Abhängigkeit vom Stift Kamenz und von der Patrimonialgerichtsbarkeit der Herrschaft Kamenz beendet. Nach 1849 war das Kreisgericht Frankenstein für Wartha zuständig.

Bevölkerung

Die Bürgerschaft kam während des Prozesses der Stadtbildung in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts vor allem aus Obersachsen, der Lausitz und Thüringen; bis nach 1300 mischte sie sich mit der ursprünglichen slawischen Bevölkerung. 1905 gaben alle Einwohner Deutsch als ihre Muttersprache an.[2] Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die bisherige Einwohnerschaft ausgesiedelt und durch teilweise aus den an die Sowjetunion gefallenen Ostgebieten stammende Polen ersetzt. Bevölkerungsentwicklung: 1773: 561, 1828: 866, 1850: 1.023, 1885: 1.155[3]/1.189, 1910: 1.416, 1938: 1.767, 1950: 2.334,[4] 1970: 2.736, 1980: 3.200,[5] 1993: 3.019,[6] 2011: 2.794 Einwohner.

Wirtschaft

Nach dem Verlust seiner strategischen Bedeutung im Mittelalter entwickelte sich Wartha spätestens ab dem 15. Jahrhundert zum Wallfahrtsort und erlebte diesbezüglich eine Blütezeit um 1700 (bis zu 150.000 Prozessionswallfahrer und unzählige Einzelwallfahrer). In diesem Zusammenhang entstanden zahlreiche Gasthöfe und Herbergen sowie ein Devotionalienhandel. Seit etwa 1880 wurde die Stadt auch von sog. Sommerfrischlern aufgesucht.

Im 19. Jahrhundert entwickelte sich die Papierfabrik von Josef Poppe, die u. a. Eisenbahnkarten für zahlreiche deutsche Gesellschaften herstellte. 1873 wurde Wartha an die wichtige Eisenbahnlinie Breslau/Wrocław – Glatz – Mittelwalde angebunden. Darüber hinaus entwickelte sich die Produktion von Pfefferkuchen. Nach 1945 wurde die Papierindustrie bedeutend ausgebaut; ab 1954 waren hier die Warthaer Zellulose- und Papierwerke (*Bardzkie Zakłady Celulozowo-Papiernicze*) ansässig. Nach 1990 brach die industrielle Produktion bis auf kleinere Papier- und Möbelbetriebe zusammen; heute hat die Stadt vor allem als Wallfahrtsort und lokales Handelszentrum Bedeutung.

Religions- und Kirchengeschichte

Eine angebliche Erscheinung der Gottesmutter führte um 1200 zu der Aufstellung eines Gnadenbildes und ersten Pilgerfahrten nach Wartha. Mit einer zweiten Erscheinung am 5. Mai 1400 setzten die von den Zisterziensern betreuten Marienwallfahrten ein, die die Stadtgeschichte bis in die Gegenwart prägen. Als Teil der Klosterherrschaft Kamenz und

als Wallfahrtsort blieb Wartha während der Reformationszeit katholisch. Die wenigen evangelischen Gläubigen wurden nach Giersdorf/Opolnica eingepfarrt. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts kamen jährlich bis zu 80.000 Pilger nach Wartha, 1920 waren es noch 40.000–50.000 Personen; die Zahlen gingen nach der Grenzsperre gegen die Tschechoslowakei jedoch stark zurück.

Um die Wallfahrt zu betreuen, siedelten sich im 1810 säkularisierten Kloster im Jahr 1900 Redemptoristen an. 1916 wurde das Ursulinenkloster St. Angela eröffnet.

Konfessionelle Gliederung der Bevölkerung: 1905: 1.186 Katholiken, 126 Evangelische,[7] 1925: 1.433 Katholiken, 123 Evangelische.[8] Ortstypisch während der Frühlings- und Sommermonate waren zahlreiche Prozessionen mit Gesang und Musik. Nach 1945 verstärkte sich das zahlenmäßige Übergewicht der Katholiken; lutherische Gottesdienste finden heute gelegentlich in Giersdorf statt.

Besondere kulturelle Institutionen

Im Kloster ist seit 1967 das Museum für Sakrale Kunst (*Muzeum Sztuki Sakralnej*) untergebracht (barocke Malerei, Skulptur und das Buch *Diva Wartensis* von 1655).

Bildung und Wissenschaft

Wartha hatte seit dem 17. Jahrhundert eine katholische Schule und seit 1889 eine evangelische Volksschule. Darüber hinaus gab es die sog. Maidenschule im Ursulinenkloster und eine Landwirtschaftsschule. Heute ist ein Gymnasium ansässig.

Alltagskultur

Bis 1945 war die gebirgsschlesische (Frankensteiner) Mundart mit starken Anklängen an die Glatzer Mundart verbreitet.

Kunstgeschichte

Wichtigstes Baudenkmal ist die barocke Marienwallfahrtskirche (Basilika Heimsuchung der Heiligsten Frau Maria), die 1687–1704 im Auftrag der Kamenzer Äbte Augustin Neudeck und Gerhard Woiwode nach Plänen des in Neisse/Nysa ansässigen Baumeisters Michael Klein anstelle zweier mittelalterlicher Vorgängerbauten errichtet wurde: der um 1315 geweihten Kirche St. Wenzeslaus ("böhmische Kirche") sowie der 1403–1420 erbauten "deutschen Kirche". Die repräsentative Doppelturmfassade der heutigen Kirche ist das Wahrzeichen von Wartha. Das Gnadenbild, die spätromanische Holzfigur der Madonna mit Kind (12.–13. Jahrhundert), ist eine der ältesten erhaltenen Plastiken aus Schlesien. Zur barocken Innenausstattung der Emporenbasilika gehören die Kanzel von Johann Joseph Weiss (1696), der Hochaltar mit dem Gemälde Mariä Heimsuchung von Michael Willmann (1705) und das Orgelwerk von Franz Josef Eberhardt mit dem mächtigen Rokokoprospekt von Heinrich Hartmann (1755–1759).

Neben der Kirche wurde 1712–1716 auch das zweiflügelige Klostergebäude neu errichtet. Heute dient es als Wohnung der Redemptoristen und als Museum (s. o.).

1617–1619 wurde am sog. Kalvarienberg (*Góra Bardzka*), dem Ort der mittelalterlichen Marienerscheinungen, im Auftrag des Bischofs von Breslau Erzherzog Karl eine Kapelle erbaut. Zum Wallfahrtskomplex gehört auch ein Rosenkranzweg mit 10 aufwändig gestalteten Kapellen aus den Jahren 1902–1939; eine Kapelle entstand 1989.

An der Hauptstraße (*ul. Główna*) sind einige der Pilger-Gasthäuser aus dem 17. und 18. Jahrhundert erhalten. Reste mittelalterlicher Befestigungs- bzw. Burganlagen finden sich nördlich (10.–13. Jahrhundert) sowie am Steilufer der Glatzer Neiße südwestlich der Stadt (12.–13. Jahrhundert).

Literatur

Die Stadt erscheint als Schauplatz in den Werken der polnischen Gegenwartsautoren Andrzej Sapkowski (*Narrenturm*) und Olga Tokarczuk (*Bardo. Szopka* [*Wartha. Die Krippe*]).

Militärgeschichte

Die Befestigungen aus der Zeit des Dreißigjährigen Krieges wurden von Preußen im 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts ausgebaut; die Stadt war vorübergehend (1794–1806) Sitz eines preußischen Infanterieregiments.

Gedächtnis- und Erinnerungskultur

1988 übernahm die Gemeinde Reken (Kreis Borken) die Patenschaft für die ehemaligen Einwohner von Wartha. In der Klosterkirche Maria Veen in Reken wurde eine Kopie der Warthaer Gnadenfigur der Muttergottes aufgestellt.[9]

4. Diskurse/Kontroversen

Die Frage der politischen und ethnischen Zugehörigkeit der Ansiedlung zwischen Polen und Böhmen vor der deutschen Besiedlung ist aus Mangel an Quellen weitgehend ungeklärt.

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Bardo. In: Marek Staffa (Hg.): Słownik geografii turystycznej Sudetów [Lexikon der touristischen Geographie der Sudeten]. Bd. 12: Góry Bardzkie [Warthagebirge]. Wrocław 1993.
- Werner Bein, Ulrich Schmilewski (Hg.): Wartha. Ein schlesischer Wallfahrtsort. Würzburg 1994.
- Tadeusz Chrzanowski: Bardo. Wrocław, Warszawa u. a. 1980 (Śląsk w zabytkach sztuki 24).
- Joseph Gottschalk: Wartha. In: Hugo Weczerka (Hg.): Handbuch der historischen Stätten. Schlesien. Stuttgart 1977, S. 560-562.
- Artur Hryniewicz: Bardo/Wartha. In: Ernst Badstübner, Dietmar Popp, Andrzej Tomaszewski, Dethard von Winterfeld (Hg.), Sławomir Brzezicki, Christine Nielsen (Bearb.): Dehio-Handbuch der Kunstdenkmäler in Polen. Schlesien. München, Berlin 2005, S. 116f.

Quellen

- Bohuslaus Aloysius Balbinus: Diva Wartensis. Prag 1655 (deutsche Übersetzung von Ferdinand August Tanner von Löwenthal, Prag 1657).
- Sebastian Kleinwächter: Erneutes und vermehrtes Wartenbuch. Neiße 1711.
- J. D. Hatscher: Kurze Geschichte des Wallfahrtsortes Wartha. Wartha 1857.
- Julius Peter: Frankenstein, Camenz und Wartha in Schlesien. Glatz (1885).

- Joseph Schweter: Wartha. Geschichte dieses Wallfahrtsortes und der Wallfahrten dorthin. Schweidnitz 1922.

Weblinks

- www.bardo.pl (Website der Stadtverwaltung)
- http://www.frankenstein-schlesien.de/index.html (Deutschsprachige Heimatseite zum Kreis Frankenstein in Schlesien)

Anmerkungen

[1] Kazimierz Rymut (Hg.): Nazwy miejscowe Polski. Historia – pochodzenie – zmiany [Ortsnamen Polens. Geschichte – Herkunft – Veränderungen]. Bd. 1: A-B. Kraków 1996, S. 79.

[2] Gemeindelexikon für das Königreich Preußen, H. 6. Schlesien. Auf Grund der Materialen der Volkszählung vom 1. Dezember 1905 und anderer amtlicher Quellen. Berlin 1908.

[3] Julius Peter: Frankenstein, Camenz und Wartha in Schlesien nebst Reichenstein, Silberberg, Warthapaß, Königshainer Spitzberg und deren Umgebungen. Handbuch für Reisende und Einheimische. Glatz o. J. (1885).

[4] Miasta polskie w Tysiącleciu [Polnische Städte im Millennium]. Wrocław, Warszawa u. a. 1967, S. 545.

[5] Weczerka: Handbuch der historischen Stätten, S. 452.

[6] Jerzy Kwiatek, Teofil Lijewski: Polska. Podręczny leksykon geograficzny [Polen. Geografisches Handlexikon], Toruń (o. J.), S. 333.

[7] Meyers Großes Konversations-Lexikon, Bd. 20. Leipzig 1909, S. 392.

[8] Weczerka: Handbuch der historischen Stätten, S. 452.

[9] Gemeinde Reken. URL: http://www.reken.de/index.phtml?NavID=355.115&La=1 (Zugriff am 19.07.2013).

Zitation

Wojciech Wagner: Wartha/Bardo. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2013. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54452.html (Stand 12.12.2013).

Weißenburg → Karlsburg (früher Weißenburg)/Alba Iulia

Siehe Karlsburg (früher Weißenburg)/Alba Iulia

Welehrad/Velehrad (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Wenden/Cēsis

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Wenden

Amtliche Bezeichnung

lett. Cēsis

Anderssprachige Bezeichnungen

lat. Wenden; estn. *Võnnu*, russ. Kes′/Cesis

Etymologie

Der Name Wenden ist finno-ugrischer Herkunft. Er wird auf den finno-ugrischen Volksstamm der Wenden zurückgeführt, der aus dem livischen Teil Kurlands am Fluss Windau stammte und in der Region seit dem 12. Jahrhundert siedelte. Der Begriff Wenden war im Mittelalter auch gebräuchlich für Slawen bzw. fremde Völker, die zum Christentum bekehrt wurden. Der Ortsname Wenden könnte eine Verbindung dieser Bedeutungen sein. Die livländischen Wenden haben keine Gemeinsamkeiten mit den westslawischen Wenden.

2. Geographie

Lage

Wenden liegt auf 57° 19' nördlicher Breite und 25° 17' östlicher Länge, ca. 77 km nördlich der lettischen Hauptstadt Riga/Rīga.

Topographie

Die Stadt befindet sich in Lettland an der Livländischen Aa (*Gauja*).

Region

Livland

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Lettland. Wenden gehört heute zur Region Südlivland (*Vidzeme*) und ist soziales und administratives Zentrum des Landkreises Wenden (*Cēsis*).

3. Geschichte und Kultur



Wappen von Wenden/Cēsis [Grafik: www.cesis.lv]

Gebräuchliche Symbolik

Das Wappen aus dem Jahr 1383 zeigt auf blauem Hintergrund eine rote Mauer mit fünf Türmen. Das geöffnete Tor symbolisiert das Stadtrecht. Darauf steht ein Krieger mit ausgebreiteten Armen, der in der rechten Hand ein Schwert, in der linken Hand einen Schild hält.

Mittelalter

Als Mönche des Schwertbrüderordens (*Fratres milicie Christi de Livonia)* Anfang des 13. Jahrhunderts die heutige Region Wenden erreichten, stießen sie auf die Volksstämme der Lettgallen, Liven und Wenden. Obwohl die Christianisierung in Livland meist mit blutigen Kämpfen verbunden war, "freuten sich [die Wenden] über die Ankunft des Priesters"[1] und ließen sich aus pragmatischen Gründen bekehren. Als Ausgleich leisteten die Ordensbrüder Hilfe bei der Bekämpfung der äußeren Feinde der ansässigen Bevölkerung, gegen Esten und Russen.

Vermutlich lebten die Ordensbrüder ab 1207 gemeinsam mit Wenden auf dem Nussberg (*Riekstukalns*). Um 1213/14 bauten sie auf dem benachbarten Hügel eine steinerne Burg, deren Überreste noch heute erhalten sind. Im Süden und Osten dieses neuen Sitzes der Schwertbrüder entstand ein Dorf. 1221 wurde es von Wenden und Schwertbrüdern in Brand gesetzt, nachdem es einem russischen Angriff nicht standhalten konnte. Um 1224/27 wird Wenden als Hakelwerk (eine nichtagrarische Siedlung neben einer Burg) erwähnt, in dem sich vor allem deutsche Kaufleute ansiedelten. Nachdem 1236 ein großer Teil der Schwertbrüder in der Schlacht bei Saule gegen die Litauer ums Leben gekommen und der Schwertbrüderorden als livländischer Zweig in den Deutschen Orden eingegliedert worden war, nahm die Bedeutung der Zitadelle Wenden weiter zu. Ab 1297 war die Burg häufiger Aufenthaltsort der livländischen Ordensmeister.

In der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts erhielt Wenden das Rigaer Stadtrecht und schloss sich dem Kaufmanns- und Städtebund der Hanse an.

Ab den frühen 1480er Jahren (Aufstand der Rigaer Bürgerschaft) bis zum Ende der livländischen Selbstständigkeit 1560/61 wurde Wenden anstelle von Riga zur Hauptburg der Ordensmeister.[2] Der Bekannteste unter ihnen war Wolter von Plettenberg (1494-1535).

Neuzeit

Nach Auflösung des livländischen Zweiges des Deutschen Ordens im Jahr 1561 erlebte Wenden wechselnde Machthaber. Im Livländischen Krieg (1558-1583) um die Vorherrschaft im ehemaligen Gebiet des Deutschen Ordens Livland wurde die Stadt 1560 von Russen geplündert und 1562 von Polen besetzt. 1577 kam es wieder zur Belagerung und Plünderung durch die Truppen Iwans des Schrecklichen, was zu einem im damaligen Europa viel beachteten Ereignis führte: Mehr als 300 Einwohner Wendens flüchteten sich aus Angst in die Burg, wo sie sich nach fünf Tagen Belagerung unter Heinrich Boismann in die Luft sprengten.[3]

1582 wurde Wenden nach Polen, 1601 nach Schweden eingegliedert, 1703 abermals von Russen erobert, zerstört und in das russische Zarenreich eingegliedert. 1710 erlitt Wenden schwere Verluste durch eine Pestepidemie. 1777 ging die Burg an die Adelsfamilie von Sievers über. Das Anwesen blieb bis zur Agrarreform der Lettischen Republik 1920 im Besitz der Familie.

Zeitgeschichte

Nach der Gründung der Lettischen Republik am 18. November 1918 wurde Wenden lettisch. Nach dem Ersten Weltkrieg nahm der lettische Freiheitskrieg den Charakter eines Bürgerkrieges an. Am 16. April 1919 putschten Deutschbalten in Libau/Liepāja und setzten Andrievs Niedra als neuen Ministerpräsidenten lettischer Abstammung ein. Im Juni 1919 kam es in Wenden zu militärischen Auseinandersetzungen beider Parteien: Die vereinigten estnischen und lettischen Truppen griffen die deutschen Truppen von Norden her an und schlugen sie am 22./23. Juni. Die Alliierten schalteten eine Militärmission ein und die lettische Regierung unter Kārlis Ulmanis nahm die Arbeit wieder auf. Am 3. Juli wurde der Waffenstillstand von Strasdenhof vereinbart und die deutschbaltischen Gruppen wurden in die lettische Nationalarmee eingegliedert.

Bevölkerung

1744 hatte Wenden 600, 1836 2.000 und 1853 1.632 Einwohner.[4] 1897 waren von 6.356 Einwohnern 4.164 Letten, 872 Deutsche, 712 Russen, 326 Juden, 160 Polen und 85 Esten. 1914 war die Einwohnerzahl auf 7.400 gestiegen. 1920 lebten hier noch 6.452 Personen, davon 277 Deutsche. Bis 1935 stieg die Einwohnerzahl auf 8.747, davon 8.020 Letten, 221 Deutsche, 194 Russen und 180 Juden. 1976 lebten hier 19.400 Personen.[5] 2013 zählte Wenden 16.093 Einwohner.[6]

Wirtschaft

Neben Riga und Reval/Tallinn war Wenden die dritte Stadt Livlands, die seit 1472 das Recht hatte, Münzen zu prägen. Die günstige Lage an der Handelsstraße Riga-Dorpat/Tartu-Pleskau/Pskov begünstigte schon früh den Handel mit Russland. Im 16. Jahrhundert wurde die Stadt ein bedeutsamer Warenumschlagplatz von Salz und Heringen aus dem Westen und Wachs und Pelzen aus dem Osten.

Nach kriegsbedingtem Bedeutungsverlust kam es Mitte des 19. Jahrhunderts wieder zum wirtschaftlichen Aufschwung. Kalkofen, Ziegelei, Steinbruch und Färbereien nahmen die Arbeit auf. Im Zuge der Industrialisierung wurde Wenden 1889 an die Eisenbahnlinie Riga-Walk/Valka angeschlossen.

Die Brauerei in Wenden ist die älteste in Lettland - schon ab 1590 wurde im Schloss Bier gebraut. 1878 erbaute Graf Emanuel von Sievers eine neue Brauerei außerhalb der Schlossmauern.

Religions- und Kirchengeschichte

In der Zeit der Reformation kam es in Livland unter dem Ordensmeister Wolter von Plettenberg zu einer paradoxen Situation: In diesem Staat der katholischen Kirche wurde dem Luthertum Glaubensfreiheit gewährt. Schon 1524 verkündete in Wenden der Geistliche Bernhard Brugmann den lutherischen Glauben, was großen Anklang bei einheimischen Adligen und Bürgern der Stadt fand. Da die Religionszugehörigkeit der Bauern von der konfessionellen Entscheidung der Gutsherren abhing, reagierten die leibeigenen Bauern indifferent auf die evangelische Lehre.

Besondere kulturelle Institutionen

Das einzige Museum in Wenden ist das Geschichts- und Kunstmuseum (*Cēsu vēstures un mākslas muzejs*), das in der Burganlage untergebracht ist.

Kunstgeschichte

Die gotische Johanniskirche, der größte lettische Kirchenbau außerhalb Rigas, wurde vermutlich zwischen 1281 bis 1284 als dreischiffige turmlose Hallenkirche mit gestrecktem Chor und polygonaler Apsis erbaut. Als Hauptkirche des Deutschen Ordens beherbergt sie Grablegen von Ordensmeistern, u. a. von Wolter von Plettenberg. Im 15. Jahrhundert wurde sie modernisiert und vergrößert, im 17. Jahrhundert stürzte sie ein. Der neogotische Altar stammt aus dem Jahr 1858; das Altargemälde *Golgatha* schuf der estnische Maler J. P. Keller (1860).



Ruine der Ordensburg in Wenden/Cēsis, 2013 [Foto: A. Godlinski].

Die Burganlage mit der Burg der Deutschordensmeister (13. Jahrhundert) bildet den historischen Stadtkern Wendens. Heute sind zwei Gebäudeflügel aus Kalkstein erhalten. Anfang des 15. Jahrhunderts zum Konventhaus umgebaut, erhielt die Burg im ersten Viertel des 16. Jahrhunderts runde Artillerietürme und der Wohnraum der Ordensmeister im Hauptturm unter Wolter von Plettenberg ein reich dekoriertes spätgotisches Sternengewölbe. Fünfzig Jahre nach ihrer Sprengung 1577 wurde die Burg saniert und erneut bezogen. Seit Beginn des 18. Jahrhunderts verfiel sie. Graf Carl Gustav von Sievers (1772-1856) verlegte den Herrensitz auf die sogenannte Neue Burg, ein zweistöckiges Schloss mit Mansarddach. Die Burgruine wurde mit malerischen Parkanlagen zu einer einzigartigen Kulturlandschaft ergänzt. Sein Sohn Emanuel von Sievers (1817-1909) hinterließ ein umfangreiches künstlerisches Œuvre mit Ansichten von Burg und Park.

Die Burg des Deutschordensmeisters, die Neue Burg, die Johanniskirche, die Parkanlage und der historische Stadtkern von Wenden sind archäologische und architektonische Denkmäler staatlicher Bedeutung Lettlands.

Gedächtnis- und Erinnerungskultur

2006 feierte Wenden sein 800-jähriges Jubiläum. 2009 bewarb es sich als Europäische Kulturhauptstadt 2014, musste aber Riga den Vorrang lassen. Wenden und Achim bei Bremen sind seit 1991 Partnerstädte.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Wenden. In: Hans Feldmann, Richard von Kymmel, Dagmar Lydike, Heinz von zur Mühlen, Clara Redlich, Sigrid Weikert-Girgensohn: Baltisches historisches Ortslexikon. T. 2: Lettland (Südlivland und Kurland). Köln 1990 (Quellen und Studien zur Baltischen Geschichte 8/II), S. 690-693.
- Kaspars Kļaviņš: Cēsis - ein Symbol der Geschichte Lettlands. Cēsis 2012.
- C(onstantin) Mettig: Baltische Städte. Skizzen aus der Geschichte Liv-, Est- und Kurlands. 2., verm. Aufl. Riga 1905. S. 115-129.
- Klaus Neitmann: Riga und Wenden als Residenzen des livländischen Landmeisters im 15. Jahrhundert. In: Udo Arnold (Hg.): Stadt und Orden. Das Verhältnis des Deutschen Ordens zu den Städten in Livland, Preußen und im Deutschen Reich. Marburg 1993 (Quellen und Studien zur Geschichte des Deutschen Ordens 44), S. 59-93.
- Jegor von Sivers: Wenden, seine Vergangenheit und Gegenwart. Ein Beitrag zur Geschichte Livlands. Riga 1857 (Nachdruck Hannover-Döhren 1975).

Weblinks

- http://www.cesis.lv/de (Internetseite der Stadt Cēsis)

Anmerkungen

[1] Heinrici: Chronicon Livoniae, X, 14, (S. 67).

[2] Neitmann: Riga und Wenden.

[3] Mettig: Baltische Städte, S. 115-129.

[4] Sivers: Wenden, S. 7.

[5] Wenden. In: Baltisches historisches Ortslexikon, S. 690 ff.

[6] Daten der Volkszählung 2013. Vgl. http://data.csb.gov.lv/Table.aspx?layout=tableViewLayout1&px_tableid=Sociala%5cIkgad%c4%93jie+statistikas+dati%5cIedz%c4%abvot%c4%81ji%5cIedz%c4%abvot%c4%81ji+skaits+un+t%c4%81+izmai%c5%86as%5cIS0150.px&px_language=lv&px_type=PX&px_db=Sociala&rxid=992a0682-2c7d-4148-b242-7b48ff9fe0c2 (Zugriff 28.11.2013).

Zitation

Anda Godlinski: Wenden/Cēsis. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2013. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54455.html (Stand 28.11.2013).

Werro/Voru (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Wesenberg/Rakvere (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Wesprim/Veszprém

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Wesprim, kaum gebräuchlich: Weißbrunn

Amtliche Bezeichnung

ung. Veszprém

Anderssprachige Bezeichnungen

lat. Vesprim; slowak. Vesprím, Besprim

Etymologie

Die Ortschaft ist mit großer Wahrscheinlichkeit nach *Bezprim* benannt, dem Sohn Bolesławs I. des Tapferen von Polen und seiner Frau, der Tochter des ungarischen Großfürsten Géza.

2. Geographie

Lage

Wesprim liegt auf 47° 5' nördlicher Breite, 17° 54' östlicher Länge, 120 km südwestlich von Budapest, 45 km von Stuhlweißenburg/Székesfehérvár und 18 km vom Plattensee (Balaton) entfernt.

Topographie

Ortschaft im Wesprimer Hochland (*Veszprémi-fennsík*), das an das Bakonygebirge (*Bakony-hegység*), das Wiesenfeld (*Mezőföld*) und das Balaton-Hochland (*Balaton-felvidék*) grenzt.

Region

Mittleres Transdanubien (*Közép-Dunántúl*)

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Ungarn. Sitz des Komitats Wesprim (*Veszprém Megye*), Zentrum des Kleingebiets Wesprim und Sitz der Erzdiözese Wesprim.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Im roten Wappenschild mit grüner Sohle befindet sich nach rechts gerichtet ein Kämpe auf weißem Ross, der in seiner erhobenen Rechten ein Schwert und mit der Linken den Zaum hält. Auf dem Schild ist ein goldener Helm mit roten Gittern, darüber eine Krone mit fünf Zacken zu sehen. Aus der Krone heraus zeigt sich ein Husar im blauen Dolman (Husarenjacke [*dolmány*]), der in seiner Rechten einen Säbel hält.

Gebräuchliche Beinamen

Wesprim wird auch die "Stadt der Königinnen" genannt, da es im Mittelalter zur Apanage der ungarischen Königinnen gehörte.

Mittelalter



Die Gisela-Kapelle aus dem 13. Jahrhundert. [Foto: T. Fedeles]

Eine awarische oder fränkische Festung auf dem Burgberg wurde um 896 von den Arpaden erobert. Stephan I. (der Heilige) gründete hier 1009 ein dem Erzengel Michael geweihtes Bistum. Stephans Gattin Gisela residierte in Wesprim und war Patronin des Nonnenklosters Wesprimtal. Im 13. Jahrhundert wurde ihr zu Ehren die Domkirche ("Gisela-Kapelle") errichtet. Die Siedlung war durchgehend im Besitz des Bistums und des Domkapitels. Die hier erbaute Burg war zugleich Komitatszentrum. Die Wesprimer Bischöfe waren seit dem 14. Jahrhundert Gespane des Komitats. Die Burg überstand den Mongolensturm, wurde jedoch einige Jahrzehnte später (1278) von dem hohen Adligen Peter Csák und seinen Truppen besetzt und niedergebrannt.

Neuzeit

Während der Bürgerkriegsperiode nach 1526 wurde Wesprim abwechselnd von König Ferdinand I. (1526–1564) und dem Gegenkönig Johann I. Szapolyai (1526–1540) besetzt. Auch die Geschichte des 16. und 17. Jahrhunderts ist von Unruhen geprägt. 1552 besetzten Osmanen die Ortschaft, welche anschließend Sitz eines Sandschaks wurde. Bevor die Christen Wesprim 1566 zurückerobern konnten, wurden Stadt und Burg von den Osmanen niedergebrannt. Ende des 16. Jahrhunderts gelangte Wesprim erneut für einige Jahre unter osmanische Herrschaft. Während des Aufstands von Franz II. Rákóczi wurde Wesprim 1704 von habsburgischen Truppen ruiniert, da es die Kuruzzen unterstützt hatte. Im 18. Jahrhundert begannen der Wiederaufbau der Stadt und der Burg; der Dom und der Bischofspalast wurden im barocken Stil errichtet. Mitte des 19. Jahrhunderts fand die erste Bürgermeisterwahl statt. Die früher von der Kirche kontrollierte Ortschaft wurde 1875 zur Stadt mit geordnetem Rat erklärt.

Zeitgeschichte

Anfang des 20. Jahrhunderts war die Entwicklung der Ortschaft von schwungvoller Industrialisierung und einer Erweiterung ihrer Bildungsanstalten gekennzeichnet. Dank der Chemieindustrie und der darauf aufbauenden Universität expandierte Wesprim nach 1945. Nach der Wende wurde es zur Stadt mit Komitatsrecht (1990). Zur Pflege der Traditionen

der deutschen Bevölkerung der Stadt und ihrer Umgebung wurde 1991 der Deutsche Klub Wesprim gegründet.

Verwaltung

Selbstverwaltung der Stadt Wesprim mit Komitatsrecht.

Bevölkerung

Wesprim hatte 1785 7.082 Einwohner, 1857 waren es 12.655 und 1880 12.575 (davon 4,3 % Deutsche). Lag die Bevölkerungszahl 1930 bei etwa 18.000, stieg sie 1970 auf über 30.000 und 1989 auf über 66.000 Personen an.[1] 2009 hatte Wesprim 63.405 Einwohner.[2] Ethnische Zusammensetzung (2001): Ungarn 94,7 %, Deutsche 1,7 %, Sinti und Roma 0,3 %, Ukrainer 0,1 %, unbekannt 3,2 %.

Wirtschaft

Der internationale Bauprodukte-Hersteller Bramac gehört zu den erfolgreichsten Unternehmen der Stadt. Ein wichtiger Wirtschaftszweig ist der Tourismus (Sehenswürdigkeiten der Stadt und des nahe gelegenen Plattensees/Balaton).

Religions- und Kirchengeschichte

Die geistliche Betreuung der katholischen Christen wurde im 17. Jahrhundert von Laien (*lincenciatus*) und Mitgliedern der Jesuiten-Mission Andocs durchgeführt.

Papst Johannes Paul II. erhob das Bistum 1993 zur Erzdiözese. Konfessionelle Zugehörigkeit der Bewohner (2001): römisch-katholisch 57 %, helvetisch-reformiert 9,7 %, lutherisch 3,1 %, griechisch-katholisch 0,5 %, andere 0,7 %. 19 % gehören keiner Konfession oder Kirche an; die Konfessionszugehörigkeit von 10 % der Wesprimer Bevölkerung war unbekannt.[3]

Besondere kulturelle Institutionen

In Wesprim sind das Wesprimer Petőfi-Theater (*Veszprémi Petőfi Színház*), das Königin-Gisela-Museum (*Gizella Királyné Múzeum*) und das Museum der ungarischen Bauindustrie (*Magyar Építőipari Múzeum*) ansässig.

Bildung und Wissenschaft

In der Wesprimer Domschule erfolgte im Mittelalter eine Ausbildung auf hohem Niveau, wovon auch die *Codices* in der Bibliothek zeugen. Vom Ende des 15. Jahrhunderts ist eine Liste der ausgeliehenen Bücher erhalten geblieben.

In Wesprim sind die Pannonische Universität (*Pannon Egyetem*), die Bischöfliche Theologische Hauptschule (*Veszprémi Érseki Hittudományi Főiskola*), das Lovassy-László-Gymnasium und das Vetési-Albert-Gymnasium ansässig. Zudem sind eine Bischöfliche Bibliothek (*Veszprémi Érseki Könyvtár*), das Komitatsarchiv (*Veszprém Megyei Levéltár*), das Bischöfliche und Domkapitel-Archiv (*Veszprémi Érseki és Káptalani Levéltár*) und die Eötvös-Károly-Komitatsbibliothek (*Eötvös Károly Megyei Könyvtár*) angesiedelt.

Alltagskultur

Die Herren-Handballmannschaft MKB Wesprim ist als zweifache Gewinnerin des Europapokals der Pokalsieger (1992, 2008) und Silbermedaillengewinnerin der EHF Champions League (2002) international erfolgreich.



Sankt-Michael-Dom Wesprim. [Foto: T. Fedeles]

Kunstgeschichte

Zu den Baudenkmälern Wesprims gehören die Sankt-Michael-Basilika (*Szent Mihály-bazilika*), der Bischofspalast, das Burgviertel und die Gisela-Kapelle.

Musik

In Wesprim werden das Wesprimfest (*Veszprémi Ünnepi Játékok*) (2004ff.) und und das Straßenmusikfestival (2000ff.) ausgerichtet.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- József Hungler: A török kori Veszprém [Wesprim in der Türkenzeit]. Veszprém 1986 (A Veszprém Megyei Levéltár kiadványai 4).
- Zsuzsa Fodor V. (Hg.): Tudomány és művészet Veszprémben a 13–15. Században [Wissenschaft und Kunst in Wesprim im 13.–15. Jahrhundert]. Veszprém 1996.
- Antal Molnár: Le Saint-Siège, Raguse et les missions catholiques de la Hongrie Ottomane 1572–1647. Rom, Budapest 2007 (Bibliotheca Academiae Hungariae-Roma. Studia I).
- János Pfeiffer: A veszprémi egyházmegye történeti névtára (1630–1950). Püspökei, kanonokjai, papjai [Historisches Namensbuch der Diözese Wesprim (1630–1950). Bischöfe, Kanoniker, Pfarrer]. München 1987 (Dissertationes Hungaricae ex historia Ecclesiae VIII).
- László Solymosi: Könyvhasználat a középkor végén. (Könyvkölcsönzés a veszprémi székesegyházi könyvtárban) [Buchnutzung im ausgehenden Mittelalter (Buchausleihe der Wesprimer Diözesanbibliothek). In: László Szelestei Nagy (Hg.): Tanulmányok a középkori magyarországi könyvkultúráról. Budapest 1989 (Az Országos Széchényi Könyvtár Kiadványai Új Sorozat 3), S. 77-119.
- Konrad Szántó: Das Leben der seligen Gisela, der ersten Königin von Ungarn. Thaur 1988.

Jahrbücher, Zeitschriften

- Veszprémi Megyei Múzeumok Közleményei [Mitteilungen der Museen des Komitats Wesprim] (1963ff.)

Weblinks

- www.veszprem.hu (Webpräsenz der Stadt Wesprim)
- www.vek.veszprem.hu (Erzbischöfliche Bibliothek Wesprim)
- www.vel.veszprem.hu (Diözesanarchiv Wesprim)
- www.vmmuzeum.hu (Museen des Komitats Wesprim)

Anmerkungen

[1] Magyarország történeti statisztikai helységnévtára. 2. Veszprém megye [Historisch-statistisches Ortsverzeichnis für Ungarn. Bd. 2: Komitat Wesprim]. Red. József Kovacsics. Budapest 1991, S. 234.

[2] Zsuzsanna Józsa (Hg.): A Magyar Köztársaság helységnévtára 2003 [Ortsverzeichnis für die Republik Ungarn 2003]. Budapest 2003, S. 1037.

[3] Józsa (Hg.): A Magyar Köztársaság helységnévtára, S. 1037.

Zitation

Tamás Fedeles: Wesprim/Veszprém. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/57057.html (Stand 05.09.2012).

Wiborg/Vyborg/Viipuri

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Wiborg (in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts noch Wiburg)

Amtliche Bezeichnung

russ. Vyborg

Anderssprachige Bezeichnungen

finn. Viipuri; schwed. Viborg

Etymologie

Es gibt mehrere volksetymologische Herleitungen: „Viehburg“ (deutsch), nach einem Ureinwohner „Vipunen“ (finnisch), nach „Vybor“, Sohn eines Nowgoroder Fürsten (russisch). Wissenschaftlich wird der Stadtname aber auf „Burg auf der Weihestätte“ (Weihestätte = „vi“ in der skandinavischen Religionsterminologie) zurückgeführt.

2. Geographie

Lage

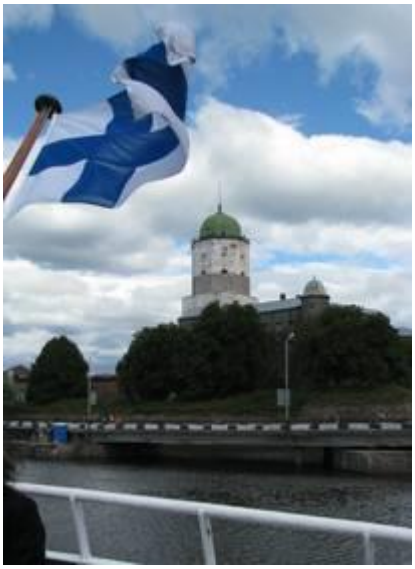
Wiborg (60° 42′ N, 28° 46′ O, ca. 120 km nordwestlich von Sankt Petersburg/Sankt-Peterburg/Leningrad) liegt am Südrand des Karelischen Isthmus, der Landenge zwischen der Ostsee und dem Ladogasee. Über Wiborg verbinden die Eisenbahn und die Europastraße 18 Sankt Petersburg mit Helsinki/Helsingfors. Ein 40 km breiter Landübergang zum im Norden an der Stadt vorbeifließenden Vuoksi bildete im Mittelalter den Anfang des Ranefahrerwegs, einer Schmuggelroute weiter durch den Ladogasee und den Wolchow hinauf zur russischen Handelsrepublik Nowgorod/Novgorod.

Topographie

Die Wiborger Burg wurde auf einer Insel in der Seeenge, Altstadt und Festungsgürtel beiderseits der Seeenge angelegt, die die innere Meeresbucht Zaliv kovš (finn. *Salakkalahti*) von der äußeren Meeresbucht, der Wiborger Bucht (*Vyborgskij zaliv*), Teil des offenen Finnischen Meerbusens, trennt. In die innere Meeresbucht mündet der Saimaakanal (*Sajmenskij kanal*, finn. *Saimaan kanava*, erbaut 1844–1856), der das ostfinnische Binnenseensystem des Saimaa bei Lappeenranta erreicht.

Der Einfluss der Ostsee mildert das subarktische Kontinentalklima; die Durchschnittstemperatur beträgt im Februar -8°, im Juli +17° C.

Region



Wiborger Schloss – Die finnische
Fahne weht nicht mehr vom Turm,
sondern vom Saimaa-Kanal-
Ausflugsschiff [Foto: Robert Schweitzer].

Wiborg wurde in finnischer Zeit zur historischen Landschaft Karelien gezählt, obwohl der ethnographische Kernraum Kareliens weiter nördlich und zu großen Teilen auf historisch russischem Gebiet liegt. Die Sowjetunion machte die Stadt zur Hauptstadt des am Anfang des Winterkriegs begründeten Marionettenstaats „Karelo-Finnische Sozialistische Sowjetrepublik“, schlug sie jedoch am Ende des Weltkriegs der Russischen Föderation zu.

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Russische Föderation; Wiborg ist Hauptort der kommunalen Einheit Rayon Wiborg (*Municipal'noe obrazovanie „Vyborgskij rajon“*) im Bezirk Leningrad (*Leningradskaja oblast'*), der zum Nordwestrussischen Kreis der Russischen Föderation (*Severo-zapadnyj federal'nyj okrug*) gehört. Die Stadt selbst bildet eine dem Rayon untergeordnete kommunale Einheit *(Municipal'noe obrazovanie „Gorod Vyborg“).*

Wiborg ist Sitz eines Bischofs der Russisch-orthodoxen Kirche im Metropolitanbezirk Sankt Petersburg.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Charakteristisch für das Wappen ist der Buchstabe W in Gold; drei darüber stehende goldenen Kronen (in rotem Feld) als Anklang an das schwedische Wappen fielen 1817 weg, hinzu trat – nun unterhalb des W – ein Bild der Festung in Silber. Das heutige Wappen entspricht dem älteren, wobei der Schild durch einen goldenen Streifen geteilt ist.

Archäologische Bedeutung

Das Stadtgebiet ist wegen ungünstiger ökonomischer und ideologischer Rahmenbedingungen noch wenig erforscht. In der Region gibt es Spuren recht intensiver steinzeitlicher Besiedlung, die sich wegen Landhebung und darauf folgender Flussumkehrung ausdünnte. Die Lage am nördlichen Zweig des eurasischen Handelswegs belegen charakteristische Funde, unter anderem arabischer Münzen.

Mittelalter

Die jetzige Stadt entwickelte sich abseits einer älteren Siedlung im Schutz der 1293 von Schweden auf Nowgorod Tribut zahlendem Gebiet gegründeten Inselfestung. Bereits zwei Jahre danach lud König Birger Magnusson (1280–1321) Kaufleute der Ostseestädte ein, obwohl erst 1323 der Frieden von Nöteborg zustande kam. Wiborg war Anlaufhafen für den bei Embargos genutzten Ranefahrerweg (Schmugglerweg) nach Nowgorod, und das Interesse der bis 1534 recht selbständigen Schlosshauptleute am Russlandhandel zog fortgesetzt Deutsche in die Stadt. 1534 setzte Gustav I. Wasa (1496–1560) die Königsherrschaft durch.

Neuzeit

Mit dem Ausgreifen Schwedens an die Newa (Frieden von Stolbovo 1617) wandelte sich Wiborg vom Grenzort zum östlichen Verwaltungszentrum Finnlands und Stützpunkt schwedischer Kultur. Ein Jahr nach der Niederlage Schwedens bei Poltava 1709 im Großen Nordischen Krieg (1700–1721) wurde die Stadt – wie die Baltischen Provinzen Schwedens – von Russland erobert, aber allmählich zusammen mit ihrer Region („Altes Finnland“) mit einer von schwedischem Recht und deutscher Amtssprache bestimmten bescheidenen Autonomie ausgestattet,[1] die 1784–1796 in die katharineische Statthalterschaftsverfassung überführt wurde. Nachdem 1809 die östliche Reichshälfte Schwedens an Russland gefallen war, wurden 1812 Wiborg und sein Umland dem neu geschaffenen autonomen Großfürstentum Finnland als weiteres Gouvernement mit Wiborg als Hauptstadt eingegliedert.

Zeitgeschichte

Finnland löste sich nach der Oktoberrevolution 1917 von Russland. Wiborg wurde zu einem wichtigen Kampfplatz im nachfolgenden finnischen Bürgerkrieg, den die „Weißen“ mit deutscher Hilfe gewannen, worauf sie die Wahl eines Deutschen zum König betrieben. In Abkehr von dem im Ersten Weltkrieg geschlagenen Deutschland erklärte sich Finnland dann 1919 zu einer unabhängigen Republik. Nach dem verlorenen sowjetisch-finnischen Winterkrieg von 1939/1940 abgetreten, wurden Wiborg und seine Region, nachdem sie zunächst im Zuge des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion von Finnland wiedererobert worden waren, 1944 endgültig sowjetisch und damit 1991 russisch. Nach Glasnost‘ und Perestrojka setzte ab 1990 ein lebhafter Grenzverkehr von Finnland nach Sankt Petersburg ein. Wiborg kann aber im Schatten von Sankt Petersburg nicht an die Bedeutung anknüpfen, die es als zweitwichtigste und zweitgrößte Stadt Finnlands hatte.

Verwaltung

Im Mittelalter mussten mindestens die Hälfte der Bürgermeister schwedische Bürger sein.[2] Russland hielt die angestammte Stadtfreiheit aufrecht und behandelte die Region analog zu den deutsch geprägten Ostseeprovinzen; unter der 1784–1797 zusammen mit der Statthalterschaftsverfassung geltenden Städteordnung waren auch Russen Ratsherren. In der Autonomiezeit wurde die angestammte Stadtfreiheit in eine moderne Selbstverwaltung umgestaltet und 1944 durch das Rätesystem abgelöst. Seit 2004 hat die Stadt einen Rat von 20 nach Bezirken gewählten Deputierten; sie nehmen über einen Ausschuss mit staatlichem Einfluss das Verwaltungshaupt unter Vertrag.

Bevölkerung

Das urkundliche Material weist bis 1534 einen Anteil von über 60 % deutscher Namen auf.[3] Neben der finnischsprachigen Bevölkerungsmehrheit konsolidierte sich bis 1710 ein schwedischer Bevölkerungsanteil, um dann zugunsten des russischen abzunehmen. 1809 hatte Wiborg 12,5 % deutschsprachige Einwohner. Die Urbanisierung ließ eine finnischsprachige Stadt entstehen, die anderen Sprachen hielten sich aber unter anderem wegen der Revolutionsemigration bis 1944.[4]

Einwohnerzahlen und Zusammensetzung der Bevölkerung nach Muttersprache

	1812[5]	**1870**	**1910**	**1930**[6]
Einwohnerzahl, davon:	2.961	13.466	48.846	72.239
Deutsch	12,5 % 362	4,5 % 610	0,7 % 349	0,6 % 439
Russisch	29,2 % 846	24,2 % 3.257	10,7 % 5.240	2,5 % 1.807
Schwedisch	14,2 % 412	16,8 % 2.261	6,5 % 3.195	2,9 % 2.103
Finnisch	43,9 % 1.273	50,8 % 6.845	81,3 % 39.749	93,6 % 67.609

Dann bewirkte die fast vollständige Evakuierung der ansässigen Einwohner einen Bevölkerungsaustausch und es entstand eine russische Stadt, deren Einwohnerzahl sich von ca. 2.500 (1945) zügig auf 65.188 (1970) steigerte und sich seit 1986 um die 80.000 bewegt.[7]

Wirtschaft

Wiborgs Wirtschaftsschwerpunkt war von Anfang an der Handel; das bekannteste Handelshaus, von dem Bremer Einwanderer Johann Friedrich Hackmann (1755–1807) seit 1790 aufgebaut, stieg im 19. Jahrhundert in die Metallverarbeitung (u. a. Küchenbedarf) ein und entwickelte sich zu einem modernen finnischen Industriekonzern, der erst nach 2000 in größeren Unternehmen aufging. Heute bestehen in der Umgebung bedeutende Zellulosefabriken. Die hier beginnende Gaspipeline Nord Stream nach Lubmin greift seit 2011 die im Mittelalter bestehende Funktion Wiborgs für den Direktzugang Deutschlands zu russischen Rohstoffen wieder auf.

Gesellschaft

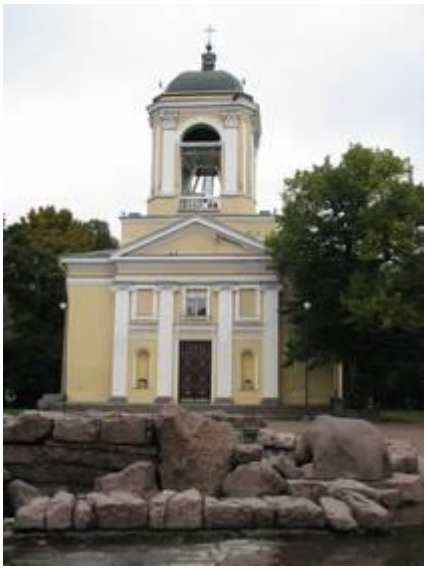


Totengedenkstein von 1993 – Versöhnungszeichen und Erinnerung an das viersprachige Wiborg [Foto: Robert Schweitzer].

Im viersprachigen Wiborg verteilten sich die Russen gleichmäßig auf alle Schichten. Die Deutschsprachigen waren 1870 fast zu zwei Dritteln, die Schwedischsprachigen zu einem Drittel Angehörige der 13,6 % der Gesamtbevölkerung umfassenden Oberschicht. Die Finnen waren in der Unterschicht überrepräsentiert.[8]

Religions- und Kirchengeschichte

Wiborg beherbergte im Mittelalter die nördlichsten Klöster von Franziskanern und Dominikanern. Der protestantische Bischofssitz konsolidierte sich mit der Reformation in Schweden, das Luthertum genoss auch nach 1710 neben der erstarkenden Orthodoxie im Rahmen einer Konsistorialverfassung Religionsfreiheit.



St. Peter und Paul, erste Kirche der Deutschen Gemeinde Wiborgs; 1799 zur gemeinsamen Nutzung mit der Schwedischen Gemeinde erbaut [Foto: Robert Schweitzer].



Des Zaren deutsche Untertanen im Finnländischen Gouvernement: Vers aus dem Einweihungschoral der deutschen Kirche St. Peter und Paul; er schmückt die restaurierte Vorhalle in den vier Sprachen des alten Wiborg [Foto: Robert Schweitzer].

1636 entstand die älteste deutsche Gemeinde in Finnland mit dem Recht der Pfarrerwahl aus Deutschland (bis 1944). Heute nimmt die sehr kleine Gemeinde der evangelischen Peter-und-Pauls-Kirche die Tradition der Viersprachigkeit wieder auf. Das 1892 gegründete russisch-orthodoxe Bistum war für ganz Finnland zuständig und wurde Keimzelle der seit 1923 autokephalen Finnischen Orthodoxen Kirche.

Besondere kulturelle Institutionen

Die 1806 von Lehrern des deutschen Gymnasiums als Leseverein gegründete Stadtbibliothek hatte ihren Schwerpunkt auf deutschsprachiger schöner Literatur. 1910 wurden die existierenden Bibliotheken zu einer modernen Stadtbibliothek vereinigt. Seit 1935 in einem beispielgebenden Gebäude von Alvar Aalto (1898–1976) untergebracht, trägt sie seit 1998 seinen Namen und wurde 1994–2014 restauriert.[9] Eine berühmte Bibliothek mit europäischer Literatur des 18. Jahrhunderts beherbergte das Schlösschen Monrepos vor den Toren der Stadt. Sie wird seit dem Zweiten Weltkrieg in der Nationalbibliothek in Helsinki verwahrt. Die deutsche Oberschicht Wiborgs zog im 19. Jahrhundert viele deutschsprachige Theatertruppen auf ihrer Route nach Sankt Petersburg an.[10] In dem dafür 1841 errichteten Theaterhaus spielte ab 1899 ein festes Ensemble, das 1931 mit dem Arbeitertheater zum Stadttheater fusionierte. Das heutige Wiborg hat kein festes Theater mehr.

Das stilvolle Gebäude des Kunstmuseums (1930, Uno Ullberg [1879–1944]) beherbergt heute die „Wiborger Eremitage“ (*Ėrmitaž-Vyborg*), eine Außenstelle des gleichnamigen Kunstmuseums in Sankt Petersburg.

Bildung und Wissenschaft

Der Hof des bis 1534 relativ selbständigen Schlosslehens war vor allem 1525–1534 unter Graf Johann von Hoya (nach 1480–1535), dem Schwager Gustav Wasas, eine Pflanzstätte höfischer Kultur.

Mit der Erhebung zum protestantischen Bischofssitz wurde Wiborg Standort eines Gymnasiums. 1790 gründete Katharina die Große (1729–1796) die Normalschule als Musterschule der deutschen Schulen in Kernrussland; 1805 entstand ein von der Universität Dorpat/Tartu beaufsichtigtes deutsches Gymnasium (bis 1842), in das Abgänger eines flächendeckenden Netzes von sechs Kreisschulen (u. a. in Savonlinna und Sortavala) aufgenommen wurden. Ein deutschsprachiges Privatgymnasium hielt sich bis 1881.[11]

Die Versuche der Zwischenkriegszeit, neben den vielfältigen Gymnasien und Fachschulen eine Hochschule zu gründen, scheiterten. Seit 2000 existiert eine Filiale der Pädagogischen Alexander-Herzen-Universität Sankt Petersburg.

Alltagskultur

Wiborg war als ummauerte mittelalterliche Stadt, aber auch nach seiner schachbrettartigen Umgestaltung als Festungsstadt der nordöstlichste Vorposten mitteleuropäischer Kleinstadturbanität. Die Mehrsprachigkeit mit dem Finnischen als über Jahrhunderte „schulferner“ *lingua franca* führte zu anekdotenträchtigen Soziolekten. Charakteristisch war das gute Verhältnis zwischen Deutschen und Russen in der Oberschicht.

Kunstgeschichte und Architektur



Kirche des Dominikanerklosters,
seit 1554 Domkirche, seit 1710 in
militärischen Gebrauch oder leerstehend
[Foto: Robert Schweitzer].



Amtssitz des späteren Königs Friedrich von Württemberg
in seiner Zeit als Statthalter in Wiborg. [Foto: Robert Schweitzer].

Der in schwedischer Zeit geschaffene Schachbrettgrundriss der Stadt („Regularität“) hat die mittelalterliche Bausubstanz Wiborgs in Hinterhöfen versteckt; die im Kern mittelalterlichen früheren Klosterkirchen liegen in Ruinen. Aber in der Statthalterschaftszeit ist das Empire-Ensemble einer kleinen Residenz entstanden, abgerundet von der schwedisch-deutschen lutherischen Peter-Pauls-Kirche und der russisch-orthodoxen Verklärungskirche. Wiborgs architektonischer Reiz liegt vor allem in den Qualitätsbauten des finnischen Jugendstils und der Moderne, die auch heute – eher als die wenigen Bauten der Sowjetzeit – als identitätsstiftend angesehen werden.

Literatur und Musik



Deutsche Finnlandbegeisterung:
Landeskundliches Poem eines
deutschen Kreisschulinspektors
(1808) [Foto: Robert Schweitzer].

Der deutschstämmige Jakob Frese (1691–1729) wurde der bedeutendste Dichter schwedischer Zunge seiner Zeit. Der Kreisschulinspektor August Thieme (1780–1860) legte 1808 mit seinem 600-zeiligen Poem *Finnland* ein frühes Zeugnis deutscher Finnlandbegeisterung ab. Noch angesehener unter den deutschen Dichtern der Zeit war der Zarenerzieher und Besitzer von Monrepos, Ludwig Heinrich von Nicolay (1737–1820).

Die Wiborger Deutschen waren ein Motor des Musiklebens. Der erste Sinfoniker Finnlands war der Wiborger Deutsche Ernst Mielck (1877–1899), ein früh verstorbener Schüler Max Bruchs (1838–1920).

Druck- und Pressegeschichte

Eine Druckerei entstand an dem schwedischen Gymnasium; es wurde von dem Schöpfer der finnischen Bibelübersetzung, Mikael Agricola (um 1509–1557), besucht. In russischer Zeit konnte sich erst ab 1814 wieder eine Druckerei halten, die von 1823 bis 1832 *Wiborgs Wochenblatt* herausgab; dann wurde die Presse finnisch und schwedisch.

Militärgeschichte

Wiborg war seit seiner Gründung eine Grenzfestung, deren Bedeutung sich mit der schwedischen Ostexpansion ab 1617 verlor, aber mit Frontstellung nach Westen in russischer Zeit wieder auflebte. Besonders nach dem schwedischen Angriffskrieg von 1788 bis 1790 wurde es zum Zentrum des von General Alexander Suvorov (1730–1800) geplanten Festungsgürtels durch das östliche Finnland und eine bedeutende Garnison. 1939–1944 erlitt die Stadt kriegsbedingt starke Zerstörungen.

Gedächtnis- und Erinnerungskultur



Das Schlösschen Monrepos als ein Knoten im Netz europäischen Geisteslebens: Von hier führte der Zarenerzieher und Dichter Ludwig Heinrich von Nicolay (1737–1820) seine literarische Korrespondenz. [Foto: Robert Schweitzer].

Wiborg zählt zu den 41 „Historischen Siedlungen“ (*Istoričeskie naselenija*) im Sinne des Gesetzes der Russischen Föderation von 2010 und ist dabei die einzige ehemals ummauerte mittelalterliche Stadt.[12] In die touristische Verwertung dieses Status gehen einerseits einige diffuse skandinavische und hanseatische Bezüge ein. Andererseits ziehen das Schlösschen Monrepos und sein Park trotz seines bescheidenen Erhaltungszustandes mit dem Rekurs auf die auch deutsch geprägte Aufklärung in Nordosteuropa Besucher an. Dominant ist – neben dem innerrussischen – jedoch der Tourismus aus Finnland, der die finnischen Spuren in der ehemals zweitgrößten Stadt des Landes sucht und in Kooperationsprojekten zu deren Erhaltung mündet. Das 700-jährige Jubiläum 1993 wurde bewusst

als Fest zweier Nationen gefeiert und erinnerte mit der Enthüllung der viersprachigen Gedenktafel für die Kriegstoten an die multikulturelle Vergangenheit. Dem schwedischen Element huldigte die Wiederaufstellung der Statue des Stadtgründers Tyrgils Knutsson (gest. 1306), dem finnischen die der Statue des Reformators und Bibelübersetzers Mikael Agricola. Zugleich traten allerdings deutliche Symbole des russischen Nationalismus hinzu wie die Errichtung des ersten Denkmals für den Admiral Peters des Großen (1672–1725), Fëdor Matveevič Apraksin (1661–1728), in Russland 300 Jahre nach der Eroberung von 1710 (das 1910 errichtete und 1918 geschleifte Denkmal des Zaren Peter selbst steht wieder seit 1954). Charakteristisch ist die Ersetzung des Kalinin-Denkmals ab 2010 durch ein ausgedehntes Ensemble von Reliefs über russische Kriegserfolge im Zusammenhang mit der Verleihung des Ehrentitels „Stadt des kriegerischen Ruhms“ (*gorod voinskoj slavy*). Das Lenin-Denkmal ist noch erhalten.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Carl Jacob Gardberg, Per-Olof Weilin: Wiborg: en stad i sten [Wiborg: eine Stadt aus Stein]. Esbo 1996.
- Evgenij Evgen'evič Kepp: Vyborg: Chudožestvennye dostoprimečatelnosti [Wiborg und seine Kunstdenkmäler]. Vyborg 1992.
- Löha Krykoff, Jevgeni Balashov, Elvira Kropova: Sellainen on Viipuri [Das ist Wiborg heute!]. Hg. von Vladimir Waldin. Vyborg u.a. 1993.
- Gabriel Lagus: Ur Wiborgs historia [Aus Wiborgs Geschichte]. D. [Bd.] 1–2. Wiborg 1893–1895.
- Petri Neuvonen, Tuula Pöyhiä, Tapani Mustonen: Vyborg – architekturnyj putevoditel‘ [Architekturführer Wiborg]. Vyborg 2006.
- Johan Wilhelm Ruuth: Wiborg stads historia [Geschichte der Stadt Wiborg]. Bd. 1–2. Wiborg 1906.
- Robert Schweitzer: Die Wiborger Deutschen. Helsinki 1993.
- Alexander Siegfried: Aus der Geschichte der Wiborger deutschen Gemeinde. In: Deutsch-evangelisch in Finnland 30 (1943), Folge 1, S. 4–13.
- Viipurin kaupungin historia [Geschichte der Stadt Wiborg], kirjoittanut [auf der Grundlage des Werkes von] J[ohan] W[ilhelm] Ruuth, uudistanut [neu bearbeitet von] Erkki Kuujo. Osa [Teil] 1–5. Lappeenranta 1974–1982.

Periodika

- Viipurin suomalaisen kirjallisuusseuran toimitteita [Schriften der Wiborger finnischen Literaturgesellschaft], 1976ff.
- Viborgs Nyheter [Wiborger Nachrichten], 1953ff. (Neue Folge; jährlich erscheinende Kulturzeitschrift, Traditionsträger der 1899–1939 erschienenen Zeitung)

Weblink

- http://vbglenobl.ru/ (Offizielle Website des Wiborger Rayons, mit Unterabteilung für die Stadt Wiborg)

Anmerkungen

[1] Erkki Kuujo: Deutsch als Amtssprache in Altfinnland. In: Edgar Hösch, Hermann Beyer-Thoma (Hg.): Finnland-Studien 2. Wiesbaden 1993 (Veröffentlichungen des Osteuropa-Institutes München: Reihe Geschichte 63), S. 27–32.

[2] In der Literatur hält sich hartnäckig der Irrtum, dass mindestens die Hälfte der Bürgermeister Deutsche sein mussten, so auch bei Joachim Heldt, Reinhold Weisflog: Finnland. In: Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums. Bd. 2. Stuttgart 1934, S. 499–514. (Ansonsten ist dieser Beitrage aber trotz der Tendenz des Gesamtwerks immer noch grundlegend und erstaunlich wenig ideologisiert).

[3] Viipurin kaupungin historia I [Geschichte der Stadt Wiborg I], S. 146f.; Rolf Dencker: Finnlands Städte und hansisches Bürgertum (bis 1471). In: Hansische Geschichtsblätter 77 (1959), S. 13–93, hier S. 52, gibt etwas niedrigere Zahlen an.

[4] Marika Tandefelt (Hg.): Viborgs fyra språk under sju sekel [Wiborgs vier Sprachen in sieben Jahrhunderten]. Esbo 2002.

[5] Für die Jahre bis 1910 vgl. Viipurin kaupungin historia IV [Geschichte der Stadt Wiborg IV], S. 40–43, 254f. u. 259–261; Summen nicht 100 %.

[6] Suomen virallinen tilasto. 6: Väestötilastoa. 71:3 Viipurin väestölaskenta 27.11.1930. Taululiitteitä [Offizielle Statistik von Finnland. 6: Bevölkerungsstatistik. 71:3 Die Volkszählung in Wiborg vom 27.11.1930. Tabellenbeilage], S. 24–25, Sp. 40.

[7] https://ru.wikipedia.org/wiki/%D0%92%D1%8B%D0%B1%D0%BE%D1%80%D0%B3, unter Gliederungspunkt 3: Naselenie [Bevölkerung] (Abruf 13.12.2014).

[8] Schweitzer: Die Wiborger Deutschen, S. 96, unter (korrigierendem) Rückgriff auf Viipurin kaupungin historia IV [Geschichte der Stadt Wiborg IV], S. 254f.

[9] Michael Spens: Viipuri Library, 1927–1935, Alvar Aalto [Die Stadtbibliothek Wiborg, erbaut von Alvar Aalto 1927-1935]. London 1994; Ljubov‘ Kudrjavceva (Hg.): Alvar Aalto: karelskij šedevr [Alvar Aaltos Meisterwerk in Karelien]. Vyborg 2008.

[10] Sven Hirn: Teatern i Viborg 1743–1870 [Das Theater in Wiborg 1743-1870]. Helsingfors 1970.

[11] Edgar Hösch: Deutsche Pädagogen in Altfinnland an der Wende zum 19. Jahrhundert. In: Finnland-Studien 2 (Anm. 1), S. 33–61. Vgl. auch Harald Hornborg, Ingegerd Lundén Cronström (Hg.): Viborgs gymnasium 1805-1842: biografisk matrikel [Das Wiborger Gymnasium 1805–1842: eine biographische Matrikel]. Helsingfors 1961.

[12] Prikaz Ministerstva kul’tury Rossijskoj Federacii, Ministerstva regional’nogo razvitija Rossijskoj Federacii ot 29. Ijulja 2010 g. N 418/339 „Ob utverždenii perečnja istoričeskich poselenij“ [Verordnung des Kultur- und des Regionalentwicklungsministeriums der Russischen Föderation vom 29.7.2010 N 418/339 „Über die Festschreibung der Liste historischer Siedlungen“]. Russkaja gazeta: federal’nyj vypusk, Nr. 5298, 29.9.2010.

Zitation

Robert Schweitzer, unter Mitarbeit von Michail Kostolomov: Wiborg/Vyborg. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2015. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32536 (Stand 27.02.2015).

Wien (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Wilna/Vilnius/Wilno (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Wilno → Wilna/Vilnius/Wilno (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Windau/Ventspils (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Wrocław → Breslau/Wrocław

Siehe Breslau/Wrocław

Wukowar/Vukovar (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Z

Zabrze (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Zaporož’e

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Zaporož'e (auch: Saporoshje, Saporoschje, Saporischschja, Saporischja oder Saporishshja)

Amtliche Bezeichnung

ukr. Zaporižžja

Anderssprachige Bezeichnungen

russ. Zaporož'e, historisch: Aleksandrovsk

Etymologie

Der heutige Stadtname bezieht sich auf die Lage der Stadt am Dnepr. Er leitet sich von dem russischen Wort porogi (= Stromschnelle) ab. Die Gebiete am Dnepr südöstlich von Kiew/Kyïv wurden einst als Gebiete za porogami (= "hinter den Stromschnellen") bezeichnet.

2. Geographie

Lage

Zaporož'e liegt ca. 70 km südlich von Dnepropetrovsk am Unterlauf des Dnepr auf 47° 50' nördlicher Breite und 35° 8' östlicher Länge. Das Stadtgebiet umfasst auch Chortycja (Plautdietsch: Gortiz), die größte Insel des Dnepr. Sie ist ca. 13 km lang und 1,5–2 km breit.

Topographie

Zaporož'e liegt in der osteuropäischen Tiefebene, einer Steppenzone mit fruchtbaren Schwarzerdeböden.

Region

Schwarzmeergebiet

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Zaporož'e ist die sechstgrößte Stadt der Ukraine.[1] Die kreisfreie Stadt ist politisches, kulturelles und industrielles Zentrum sowie Hauptstadt und Verwaltungszentrum der gleichnamigen Oblast.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Der obere Teil des zweigeteilten Stadtwappens zeigt zwei gekreuzte Kosaken-Musketen auf grünem Grund. Im unteren Teil befindet sich auf himbeerfarbenem Grund ein schwarzer Bogen mit drei Pfeilen, deren Spitzen nach unten zeigen. Das Wappen symbolisiert den siegreichen Kampf der Kosaken gegen die Tataren. Seit dem 31. Januar 2003 wieder offizielles Stadtwappen, ist es weitgehend dem Wappen der Stadt Aleksandrovsk aus dem Jahr 1811 nachempfunden.

Archäologische Bedeutung

Im 8. und 7. Jahrhundert v. Chr. fielen Skythen in die Gebiete nördlich und östlich des Schwarzen Meeres ein; archäologische Funde in Kamenka-Dneprovskaja in der heutigen Oblast Zaporož'e zeugen von Überlieferungen skythischer Nomadenstämme. Historiker vermuten hier das administrative und ökonomische Zentrum der Steppen-Skythen.[2]

Mittelalter

Zwischen dem 9. und dem 13. Jahrhundert wurde die heutige Oblast Zaporož'e von Slawen bevölkert, von denen viele die Gegend im 13. Jahrhundert im Zuge der mongolischen Invasion (Goldene Horde) wieder verließen. Im 14. Jahrhundert siedelten sich aus polnischer Leibeigenschaft entflohene Kosaken in dem Gebiet an.

Neuzeit

Unter Historikern umstritten ist, wann genau sich erste Siedlungskerne herausbildeten. Ab 1552 gab es auf der heutigen Insel Chortycja eine Festung, die den Kosaken als Stützpunkt für die Tatarenabwehr diente. Ukrainische Historiker sehen in der sog. *Zaporižskaja Sič* die erste Form autonomer ukrainischer Staatlichkeit.[3]

Im 18. Jahrhundert wurden die Kosaken der Herrschaft der russischen Zaren unterworfen und zur Verteidigung der Außengrenzen des Russischen Reiches eingesetzt. Während des russisch-türkischen Krieges (1768–1774) errichteten sie 1770 auf Befehl Katharinas II. am Unterlauf des Dnepr eine Festung, neben der die Ortschaft Aleksandrovsk, die spätere Stadt Zaporož'e, entstand. Die Festung war Teil einer Verteidigungslinie gegen die Tataren, zu der sechs weitere Festungen gehörten. 1775 wurde aus der Festung Aleksandrovsk eine Vorstadt.



Gebäude der 1895 von Mennoniten gegründeten Mädchenschule in Zaporož'e [Foto: © M. Leppert].

Auf Einladung Katharinas II. siedelten sich 1789 Mennoniten aus Danzig/Gdańsk, später auch aus Westpreußen, auf Chortycja an und gründeten die erste deutsche Kolonie auf dem Territorium der heutigen Ukraine. Unklar ist heute die genaue Zahl der Dörfer, die zur Mutterkolonie gehörten. Im Laufe des 18. und 19. Jahrhunderts bildeten sich aus der "Altkolonie Chortycja" zahlreiche Tochtersiedlungen. Nach Stumpp befanden sich auf dem Gebiet der heutigen Oblast Zaporož'e 170 deutsche Siedlungen.[4] Einige ehemalige Ortschaften der Mennoniten, darunter die Dörfer Einlage/Kičkas, Insel Chortica/Ostrov Chortica, Alt-Kronsweide/Velikij Lug und Rosenthal/Kanzerovka, gehören heute zu Zaporož'e. Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges konnte die Chortycja-Siedlung wirtschaftlich prosperieren.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts wurde die Stadt Aleksandrovsk dem Gouvernement Jekaterinoslaw zugeteilt, 1806 wurde sie Kreisstadt. Bis zum Ersten Weltkrieg entwickelte sie sich von einer Provinzstadt zu einem regionalen Handels- und Verkehrsknotenpunkt.

20. Jahrhundert

Im Dezember 1917 erreichte die Oktoberrevolution Aleksandrovsk. Am 2. Januar 1918 ergriffen die Bolschewiki die Macht und begannen mit der Enteignung aller großen Fabriken, auch diejenigen der Deutschen. Von März bis November 1918 war Aleksandrovsk kurzzeitig von österreichischen und deutschen Truppen besetzt. In den Wirren des Bürgerkrieges (1918–1921) wurde die Stadt von verheerenden Plünderungen, schweren Kämpfen, einer Hungersnot und einer Typhusepidemie heimgesucht. Zahlreiche Mennoniten wurden Opfer der mordenden und plündernden Banden des Anarchistenführers Nestor Machno (1888–1934). Nach der Rückeroberung der Stadt durch die Bolschewiki wurde Aleksandrovsk 1921 in 'Zaporož'e' umbenannt. In der Folgezeit war die Politik der Sowjets von einer fortschreitenden Industrialisierung, von "Entkulakisierung" und Zwangskollektivierung bestimmt, worunter auch die Deutschen zu leiden hatten. 1932/33 erlitt die Stadt eine schreckliche Hungersnot (*Holodomor*). 1939 wurde Zaporož'e Verwaltungszentrum. Während des Zweiten Weltkriegs wurden große Teile der Stadt zerstört und diese zeitweise von deutschen Truppen besetzt (1941–1943), ehe sie von der Roten Armee rückerobert werden konnte. In diesem Zeitraum deportierten die Sowjets die meisten Mennoniten aus Chortycja, vor allem nach Sibirien und Kasachstan. Zahlreiche deutsche Kriegsgefangene wurden in dem sowjetischen Kriegsgefangenenlager 100 inhaftiert, viele von ihnen kamen in der Haft ums Leben. Deutsche Kriegsgefangene wurden auch zum Wiederaufbau der Stadt herangezogen.

Bevölkerung

In der gesamten Oblast Zaporož'e lebten 2001 ca. 2.200 ethnische Deutsche. In der Stadt Zaporož'e stellten bei einer Einwohnerzahl von 815.300 Personen Russen vor Weißrussen und Bulgaren die größte Minderheit; der Anteil der Deutschen an der Stadtbevölkerung lag bei knapp 0,1 %.[5] Heute hat Zaporož'e 771.950 Einwohner (Stand: März 2012).[6]

Wirtschaft

Seit den 1860er Jahren erlebte die Stadt einen wirtschaftlichen Aufschwung und es entstanden erste Werkstätten und Fabriken. Die Mennoniten taten sich mit der Gründung von Fabriken für landwirtschaftliche Maschinen und Mühlen hervor. Seit den 1870er Jahren entwickelte sich Aleksandrovsk zu einem wichtigen Zentrum der Nahrungsmittelindustrie, begünstigt durch den Anschluss der Eisenbahn in südlicher Richtung an die Linie nach

Sevastopol' (1875) und den Bau des städtischen Hafens. Ende des 19. Jahrhunderts wurde Aleksandrovsk ein Zentrum für landwirtschaftlichen Maschinenbau – die Landmaschinen der Firmen Lepp & Wallmann[7] und Abraham Koop wurden zu Verkaufsschlagern.[8]



Die sog. 'Burg' von Andreas Wallmann von Lepp & Wallmann beherbergt heute einen Teil des ukrainischen Bildungsministeriums [Foto: © M. Leppert].

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts setzte sich der rasante wirtschaftliche Aufschwung u. a. in der Bau- und der Textilindustrie fort. 1915 wurde mit dem Bau von Flugzeugmotoren, 1927 mit dem Bau des Wasserkraftwerkes DneproGES (fertiggestellt 1932) begonnen. Seit den 1930er Jahren durchlief die Stadt ein Industrialisierungs- und Modernisierungsprogramm, in dessen Rahmen Betriebe der Schwerindustrie angesiedelt und das Bauprojekt 'Socgorod' umgesetzt wurde.[9] In den 1960er Jahren entwickelte sich die Stadt mit dem Bau der populären Automarke Zaporožets (heute AvtoZAZ-Daewoo) zu einem Zentrum der Automobilindustrie.

Religions- und Kirchengeschichte

Zu diesem Abschnitt liegen bisher keine Angaben vor.

Kunstgeschichte

Im Stadtteil *Verchnjaja Chortycja* sind etliche ehemals mennonitische Gebäude erhalten, darunter eine Mädchenschule, die Villa des Mühlenherstellers Jakob Dyck (1811–1875) sowie die im Jugendstil erbaute 'Burg' der Fabrikantenfamilie Wallmann.

4. Gedächtnis- und Erinnerungskultur

Ein Denkmal erinnert an die Repressionen gegen die Mennoniten während der Stalin-Herrschaft. Landesweites und internationales Aufsehen erregte 2010 die Einweihung eines Stalin-Denkmals, auf das ukrainische Nationalisten mehrere Anschläge verübten. Heute befindet sich das Denkmal hinter Panzerglas abgeschirmt in der örtlichen Parteizentrale der Kommunistischen Partei.



Denkmal für die Mennoniten von Zaporož'e, Erinnerung an die Opfer stalinistischen Terrors und religiöser Verfolgung (2009) von Paul Epp [Foto: © M. Leppert].

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Heinrich Bergen: Chortitza Colony Atlas. Altkolonie. Saskatoon 2004.
- Gerhard Fast: Das Ende von Chortitza. Winnipeg 1973.
- Isaac Peter Klassen: Die Insel Chortitza. Stimmungsbilder, Gedanken, Erinnerungen. Winnipeg 1997.
- Nickoli J. Kroeker: First Mennonite villages in Russia 1789–1943. Khortitsa, Rosenthal. Vancouver 1981.
- Adina Rieger, Delbert Plett: Diese Steine. Die Russlandmennoniten. Manitoba 2001, S. 49-136.
- Henry Schapansky: The Old Colony (Chortitza) of Russia. Early History and first Settlers in the Context of the Mennonite Migrations. New Westminster 2001.
- Karl Stumpp: Die deutschen Siedlungen im Gebiet Saporoshje, ehemals die Gouvernements Taurien und der südliche Teil von Jekaterinoslaw (Dnjepropetrowsk). In: Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland (Hg.): Heimatbuch der Deutschen aus Rußland (1957), S. 5-12.
- Natalia Ostasheva Venger: The Mennonite Industrial Dynasties in Alexandrovsk. In: Journal of Mennonite Studies 21 (2003), S. 89-110.

Weblinks

- http://www.meria.zp.ua/test/ (Offizielles Portal der Stadtverwaltung in ukrainischer Sprache)
- http://chortiza.heimat.eu/ (Portal für mennonitische Geschichte und Ahnenforschung in deutscher Sprache)

Anmerkungen

[1] Stand März 2012. Vgl. http://www.zp.ukrstat.gov.ua/images/stories/Chisl__dem_03_12.pdf (Zugriff 29.04.2013).

[2] So bei Boris Nikolaevic Grakov: Kamenskoe gorodišče na dnepre [Die befestigte Siedlung Kamenskoje am Dnepr]. Moskva 1954 (Materialy i issledovanija po archeologii SSSR 30).

[3] Insbesondere der seit 1648 gegen die polnische Herrschaft gerichtete Aufstand des Kosakenführers Bogdan Chmel'nickij (1595–1657) gilt in den Augen vieler ukrainischer Historiker als erster Versuch der Schaffung eines ukrainischen Staates. Einen guten Überblick dazu liefert F. E. Sysyn: Bohdan Chmel'nyc'kyj's Image in Ukrainian Historiography since Independence. In: Österreichische Osthefte 42 (2000), S. 179-188.

[4] Vgl. Stumpp: Die deutschen Siedlungen, S. 10.

[5] Die Zahlen stammen von der offiziellen Homepage zum Zensus im Jahr 2001. URL: http://2001.ukrcensus.gov.ua (Zugriff 29.04.2013). Zahlen zur historischen Bevölkerungsentwicklung liegen bisher nicht vor.

[6] Staatliches Komitee für Statistik der Ukraine. URL: http://www.zp.ukrstat.gov.ua/images/stories/Chisl__dem_03_12.pdf (Zugriff 29.04.2013).

[7] Ursprünglich handelte es sich um eine Uhrmacherwerkstatt, die von Peter Lepp (1817–1871) gegründet wurde. 1880 wurde dessen Schwager Andreas Wallmann (1857–1930) Teilhaber.

[8] Vgl. Dietmar Neutatz: Ländliche Unternehmer im Schwarzmeergebiet. Die südukrainische Landmaschinenindustrie vor dem Ersten Weltkrieg. In: Dittmar Dahlmann (Hg.): "…das einzige Land in Europa, das eine große Zukunft vor sich hat." Deutsche Unternehmen und Unternehmer im Russischen Reich im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Essen 1998 (Veröffentlichungen des Instituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 8), S. 541-574, hier S. 549ff.

[9] *Socgorod* beschreibt das Konzept des Aufbaus einer sozialistischen Stadt, in der die städtischen Funktionsbereiche Wohnen, Arbeit, Erholung und Verkehr voneinander getrennt sind. Dieses Konzept geht auf den sowjetischen Städteplaner Nikolaj Aleksandrovič Miljutin (1889–1942) zurück. Im Fall von Zaporož'e wurde zwischen 1929 und 1937 ein Gebäudekomplex von Wohnhäusern am linken Ufer des Stausees errichtet.

Zitation

Manuel Leppert: Zaporož'e/Zaporižžja. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2013. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54462.html (Stand 21.05.2013).

Zeben/Sabinov/Kisszeben

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Zeben, selten Seben

Amtliche Bezeichnung

slwk. Sabinov

Anderssprachige Bezeichnungen

ung. Kisszeben; lat. Cibinium minus

Etymologie

Einer in Ungarn beliebten Legende zufolge gründete der ungarische König Andreas II. (um 1177-1235) die Stadt zum Gedenken an seine noch in der Verlobungszeit verstorbene Braut Sabina, die dem Geschlecht der Tarkő (auch: Tarczay) aus dem gleichnamigen Ort (heute slowak. *Kamenica*, ung. auch *Kamenyica*) entstammte. Historisch erstmals erwähnt ist Zeben im Jahre 1248 als „Sceben“. Weitere historische Bezeichnungen sind unter anderem Scybinium (1299), Zyben (1322), Zeben (1395), Szabinow (1773).

2. Geographie

Lage

Zeben liegt auf 49° 6' nördlicher Breite, 21° 6' östlicher Länge, 324 m über NHN, knapp 25 km von der polnischen Grenze entfernt.

Topographie

Zeben liegt im Scharoscher Bergland, das zu den Äußeren Westkarpaten gehört.

Region

Scharosch (slwk. Šariš, ung. Sáros), eine nach der Burg Scharosch (slowak. Šarišský hrad) in Groß-Scharosch/Veľký Šariš benannte Landschaft mit der drittgrößten slowakischen Stadt Eperies/Prešov als Zentrum; historisches Komitat Scharosch (slwk. Šarišská župa/stolica, ung. Sáros vármegye), im früheren Oberungarn.

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Slowakei. Zeben ist eine Gemeinde im Kreis Zeben (slwk. *Sabinov*, ung. *Kisszeben*). Auf regionaler Ebene gehört es zum Verwaltungsbezirk Eperies (slwk. *Prešov*, ung. *Eperjes*).

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Das Wappen knüpft an die Hinrichtung von Johannes dem Täufer an. Es besteht aus einem Schild, der durch eine schwarze, von links unten nach rechts oben verlaufende Diagonale in eine rote und eine blaue Hälfte geteilt ist. Mittig ist das Haupt Johannes’ des Täufers zu sehen, das sich auf einer silbernen Schüssel befindet; ins Auge stechen die wallenden goldfarbenen Haare.

Das Banner der Stadt ist ebenfalls in Rot und Blau gehalten, wobei die beiden Hälften von einer rot-blau gestreiften Verzierung umgeben sind. Die Mitte erinnert an das Wappen; Johannes der Täufer ist allerdings als Schlafender und mit schwarzen Haaren dargestellt, der wegen seines blauen Gewandes mit dem Schild zu einer Einheit verschmilzt. Die langen Haare des Heiligen sind traditionell ein Symbol für seine asketische und engelsgleiche Lebensweise. Johannes der Täufer wird gleichermaßen in der orthodoxen, der katholischen und der evangelischen Kirche verehrt, sodass sich in der Bezugnahme auf ihn die Vielfalt der christlichen Kirchen in Zeben widerspiegelt.

Mittelalter

Am 28. Januar 1299 wurde Zeben, basierend auf dem Scharoscher Recht, gemeinsam mit Eperies und Groß-Scharosch vom ungarischen König Andreas III. (um 1265-1301) das Stadtrecht verliehen. 1405 oder 1406 erhob König Sigismund von Luxemburg (1368-1437) den Ort zur Königlichen Freistadt. Seit Ende des 15. Jahrhunderts war er Mitglied der *Pentapolitana*, des Bundes der fünf bedeutendsten freien Königsstädte im früheren Oberungarn; ihm gehörten noch Bartfeld/Bardejov, Eperies, Kaschau/Košice und Leutschau/Levoča an. 1490 wurde Zeben durch die Truppen des polnischen Königs Johann I. (1459-1501) besetzt; von 1506 bis 1518 verpfändete der böhmisch-ungarische König Wladislaw II. (1456-1516) Zeben seinem Palatin Emmerich Perényi. Sein Sohn Ludwig II. (1506-1526) kaufte die zwischenzeitlich verarmte Stadt wieder frei.

Seit Mitte des 12. Jahrhunderts siedelten sich in Zeben Deutsche an. Von ihrer Bedeutung für die Entwicklung des Ortes zeugt beispielsweise der Umstand, dass sie im Privileg von 1299 ausdrücklich erwähnt sind. Zwischen dem 14. und 16. Jahrhundert unterhielten sie eigene Gotteshäuser.

Neuzeit

Die Zeit vom 16. bis zum Anfang des 18. Jahrhunderts gilt als Zebens Blütezeit. Für das 18. und 19. Jahrhundert hingegen ist ein massiver Niedergang der Stadt charakteristisch. 1709 fiel mehr als die Hälfte der Bevölkerung einer Pestepidemie zum Opfer. 1794 starben nach einer verheerenden Missernte 2.278 Einwohner, viele Menschen verließen ihre Heimat für immer. Die Stadt erregte noch einmal größeres Aufsehen, als sich die Jugend von Zeben in bemerkenswerter Geschlossenheit an der Ungarischen Revolution von 1848/1849 beteiligte. 1876 wurde Zeben zur Stadt mit geordnetem Magistrat erhoben.

Bevölkerung

1566 hatte Zeben rund 2.000 Einwohner, 1828 waren es 2.780. 1910 lebten in Zeben 3288 Menschen, davon 1.640 Slowaken, 1.168 Magyaren, 341 Deutsche und 120 Roma.[1] Ende 2011 hatte Zeben 12.715 Einwohner.[2] Bei der Volkszählung 2001 bezeichneten sich 90,6 % der Sabinover als Slowaken, 6,4 % waren Roma, 0,5 % Tschechen, 0,4 % Ukrainer und 0,4 % Rusinen.[3]

Wirtschaft

Die Bevölkerung von Zeben widmete sich traditionell der Landwirtschaft; 95,4 % der 2.332 ha umfassenden Fläche der Stadt wurden 1910 landwirtschaftlich genutzt. Nach der Erhebung zur Königlichen Freistadt entwickelten sich auch nennenswerte Handels- und Handwerksstrukturen. Einige Bürger der Stadt wurden so wohlhabend, dass sie Weinkeller außerhalb der Stadtbefestigung erwarben. Im Zuge des Niedergangs im 18. und 19. Jahrhundert wurde Zeben allerdings mehr und mehr zur Provinzstadt, deren Einwohner sich mühsam mit Obst- und Gemüseanbau über Wasser hielten. 1910 gab es in der Stadt einen einzigen größeren Betrieb mit 38 Beschäftigten.[4] Nach 1960 wurden Holzverarbeitungs- und Maschinenbauunternehmen angesiedelt.

Religions- und Kirchengeschichte

Zeben war Vorreiter der Reformation auf dem Gebiet der heutigen Slowakei; im 16. und 17. Jahrhundert fanden dort zahlreiche Synoden der protestantischen Kirche im Scharosch statt. Die Gegenreformation hatte erhebliche Änderungen zur Folge, 1840 waren bereits 69,4 % der 2.793 Einwohner römisch-katholisch, 22,2 % waren evangelisch und 7,7 % griechisch-katholisch. Bis 1910 sank der Anteil der römisch-katholischen Bevölkerung auf

57,7 %, jener der evangelischen auf 7,9 %. Dafür stieg der Anteil der griechisch-katholischen Einwohner auf 18,6 % und jener der mosaischen Glaubensangehörigen auf 13,3 %.[5] 2001 bekannten sich 74,1 % der Bevölkerung zum römisch-katholischen und 10,5 % zum griechisch-katholischen Glauben; 5,5 % waren konfessionslos, 4,2 % Protestanten und 1,5 % Orthodoxe.[6]

Bildung und Wissenschaft

Die Lehranstalten Zebens galten seit der Reformation als überaus modern. Von diesem Ruf profitierte die Stadt ungeachtet ihres zwischenzeitlichen Niedergangs bis ins 20. Jahrhundert. Im Oktober 1740 wurde das Piaristengymnasium ins Leben gerufen. Von 1867 bis 1877 lehrte und lebte der bekannte Slowakist Bohuš Nosák-Nezabudov (1818-1877) in Zeben. Von 1922 an formierte sich hier die „Gruppe Palárik“, von der wichtige Impulse für das slowakische Theater der Zwischenkriegszeit ausgingen.

Aus Zeben stammte der erste Direktor der evangelisch-theologischen Lehranstalt in Wien Johann Wächter (1767-1827); der Historiker Karl Wagner (1732-1790) starb in der Stadt.

Besondere kulturelle Institutionen

Im Juni 2012 wurde in der östlichen Bastei, dem Sitz des einstigen Piaristengymnasiums, das Stadtmuseum eröffnet. Es zeigt unter anderem Werke des bekanntesten Malers der Stadt Ernest Stenhur (1893-1931) sowie Exponate zur Stadtgeschichte.

Kunstgeschichte

Entlang des langgestreckten Freiheitsplatzes (*Námestie slobody*) und in seiner unmittelbaren Nähe befinden sich die architektonisch bedeutsamsten Bauten von Zeben, darunter der Glockenturm aus der Renaissancezeit, Überreste der Befestigung aus dem 15. Jahrhundert sowie zahlreiche gut erhaltene Bürgerhäuser, außerdem ein weitläufiger Park.

Vier Kirchen dominieren das Stadtbild: die nach Johannes dem Täufer benannte römisch-katholische Kirche und die römisch-katholische Kirche Mariä Himmelfahrt, außerdem das griechisch-katholische Gotteshaus des Allerheiligsten Herzen Jesu und die protestantische Kirche.

Der Grundstein zur Johannes-Kirche wurde im Jahre 1461 gelegt. Das Gotteshaus wurde wegen wiederholt starker Beschädigungen durch Brände über die Jahrhunderte mehrfach grundlegend umgestaltet. Mitte der 1990er Jahre fand eine Restaurierung statt, die sich an Stilelementen des ausgehenden 15. und 16. Jahrhunderts orientierte. Meister Paul aus Leutschau (zwischen 1465/1470-1480 und 1537-1542) fertigte den Hauptaltar der Kirche; dieser ist heute im Ungarischen Nationalmuseum in Budapest ausgestellt.

In Zeben wurde der bei der Oscar-Verleihung im Jahre 1966 als bester fremdsprachiger Film ausgezeichnete tchechoslowakische Film „Der Laden auf dem Korso/Das Geschäft auf der Hauptstraße“ (slowak. *Obchod na korze*) gedreht.

Der Maler Tivadár Kosztka Csontháry (1853-1919) wurde in Zeben geboren.

Gedächtnis- und Erinnerungskultur

Ende der 1990er Jahre – und damit im Kontext der erst seit 1993 staatlich eigenständigen Slowakei und für eine Gemeinde ihrer Größenordnung relativ früh – gab die Stadt die erste zusammenfassende Darstellung ihrer Geschichte in slowakischer Sprache in Auftrag; diese erschien im Jahre 2000.[7] Dem federführenden Autor Peter Kónya wird allerdings vorge-

worfen, die Verfasser hätten sich zu sehr auf die ungarischen Bezüge zur Stadtgeschichte konzentriert und nur unzureichend mit der traditionellen Vielfalt der Nationalitäten auseinandergesetzt. 2013 bemühte sich Zeben um eine intensive Anbindung an die Europäische Kulturhauptstadt Kaschau. Die Stadt präsentiert sich der Öffentlichkeit beispielsweise gemeinsam mit Bartfeld, Eperies, Kaschau und Leutschau im Rahmen des Kulturprojekts „Pentapolitana".

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Peter Kónya u. a.: Dejiny Sabinova [Geschichte Zebens]. Sabinov 2000.
- Krajský pamiatkový úrad Prešov, Pamiatková zóna Sabinov. Zásady ochrany pamiatkového územia – aktualizácia [Bezirksdenkmalschutzbehörde Sabinov, Denkmalzone Sabinov. Prinzipien des Schutzes des denkmalgeschützten Gebiets – aktualisierte Ausgabe]. Prešov 2010. URL: www.pamiatky.sk/Content/PZ_ZASADY/Sabinov/010_Sabinov_PZ_text.pdf.
- Ladislav Tajták: K otázke koncepcie dejín východného Slovenska [Zur Frage einer Konzeption der Geschichte der Ostslowakei]. URL: www.shs.sav.sk/zjazd11/Tajtak-K_otazkam_koncepcie_dejin_vychodneho_Slovenska.pdf.

Weblink

http://www.e-obce.sk/obec/sabinov/2-historia.html (Ausführliche Darstellung der Historie Zebens unter besonderer Berücksichtigung der Bevölkerungsentwicklung)

Anmerkungen

[1] Ernő Deák: Das Städtewesen der Länder der ungarischen Krone (1780-1918). Bd. II/1: Ausgewählte Materialien zum Städtewesen. A: Königliche Freistädte-Munizipalstädte. Wien 1989 (Österreichische Akademie der Wissenschaften. Veröffentlichungen der Kommission für Wirtschafts-, Sozial- und Stadtgeschichte 4), S. 136. Der Autor bezeichnet die Roma allerdings irrtümlicherweise als „Rumänen".

Statistikamt der Slowakischen Republik: http://app.statistics.sk/mosmis/eng/demografia.jsp?txtUroven=000000&lstObec=525146 (Abruf 21.10.2014).

[3] Statistikamt der Slowakischen Republik (Anm. 2).

[4] Deák: Städtewesen (Anm. 1), S. 139.

[5] Deák: Städtewesen (Anm. 1), S. 136.

[6] Statistikamt der Slowakischen Republik (Anm. 2).

[7] Kónya u.a.: Dejiny Sabinova [Geschichte Zebens].

Zitation

Karin Rogalska: Zeben/Sabinov/Kisszeben. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32444 (Stand 08.12.2014).

Zgorzelec → Görlitz/Zgorzelec

Siehe Görlitz/Zgorzelec

Zipser Burg/Spišský Hrad/ Szepesvár (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Zlatá Koruna → Goldenkron/Zlatá Koruna

Siehe Goldenkron/Zlatá Koruna

Zoppot/Sopot

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Zoppot

Amtliche Bezeichnung

poln. Sopot

Anderssprachige Bezeichnungen

kaschubisch Sopòt, Sopòtë, Copòtë, Copòt

Etymologie

Die Herkunft des Stadtnamens ist nicht abschließend geklärt. Wahrscheinlich ist er slawischen Ursprungs und leitet sich von dem Wort *potòk* = "rauschender Bach" ab.

2. Geographie

Lage

54° 44′ 51″ nördliche Breite, 18° 56′ 83″ östliche Länge. Zoppot liegt an der polnischen Ostseeküste. Im Norden grenzt die Stadt an Gdingen/Gdynia, im Süden an Danzig/Gdańsk; sie bildet die Mitte der sogenannten Dreistadt/Trójmiasto.

Staatliche und regionale Zugehörigkeit

Republik Polen; kreisfreie Stadt in der Woiwodschaft Pommern/Pomorze mit 38.141 Einwohnern (Stand 31.12.2010).[1]

Historische Zugehörigkeit

Zoppot geriet 1309 mit weiten Teilen Pommerellens unter die Herrschaft des Deutschen Ordens, bis der Ort 1466 durch den Zweiten Thorner Frieden an die polnische Krone fiel. Im Zuge der Ersten Teilung Polens 1772 kam Zoppot zu Preußen. Nach dem Ersten Weltkrieg wurden Danzig und Zoppot zur Freien Stadt Danzig unter Völkerbundmandat erklärt. Im Zuge der Besetzung Polens 1939 wurden Danzig und Zoppot dem Dritten Reich angeschlossen. Nach Kriegsende 1945 wurde Zoppot durch das Potsdamer Abkommen erneut Teil des polnischen Staates.

3. Geschichte und Kultur



Stadtwappen von Zoppot/Sopot

Gebräuchliche Symbolik

Stadtsymbole sind das Wappen, die Flagge sowie die Stadthymne Hejnał.

Das Wappen besteht aus einem mauerbekrönten Schild, es zeigt eine weiße Möwe mit gespannten Flügeln auf blauem Grund, die sich mit einem weißen (silbernen) Dorsch auf einem gelben Sandhügel niederlässt.

Die Flagge besteht aus einem Rechteck mit einem Seitenverhältnis von 1,5:1. Sie hat zwei gleichbreite Streifen; der obere ist blau und der untere gelb. In der Mitte prangt eine weiße Möwe mit gespannten Flügeln und einem weißen Dorsch in den Fängen.

Der Hejnał wurde 2001 zur Hundertjahrfeier Zoppots von Tadeusz Kossak komponiert und ist eine triumphale Melodie, die täglich um zwölf Uhr vom Leuchtturm erklingt und bei offiziellen Feierlichkeiten gespielt wird.

Mittelalterliche Geschichte

Die erste urkundliche Erwähnung Zoppots geht auf den 5. März 1283 zurück. Herzog Mestwin II. von Pommerellen überschrieb dem Zisterzienserkloster Oliva/Oliwa 15 Dörfer, darunter Zoppot. Diese Schenkung war eine Entschädigung für das an den Deutschen Orden abgetretene Land Mewe/Gniew, das vorher dem Kloster gehört hatte. In dieser Zeit war Zoppot ein kleines Bauerndorf, das dem Kloster in Oliva zu Grundzins und Scharwerksdiensten verpflichtet war.

Frühneuzeitliche Geschichte

Im 17. Jahrhundert erlebte Zoppot seine erste Blütezeit. Durch das Aufstreben Danzigs geriet das Umland immer mehr unter den Einfluss der Hansestadt und reiche Kaufleute suchten mit ihren Familie Erholungsmöglichkeiten im Grünen. Es finden sich auf das Jahr 1550 datierte Erbpachtverträge des Klosters Oliva mit Danziger Patriziern. Reiche Kaufmannsfamilien wie Borkmann, Uphagen, Kleefeld, Giese, von Frantzius bauten die Höfe zu Lust-, Land- und Sommersitzen um oder errichteten prachtvolle Neubauten.

Während des Zweiten Nordischen Krieges 1655 wurde Zoppot durch Plünderungen, Brandschatzungen, Einquartierungen und Zwangsabgaben schwer getroffen. Im Zuge der Friedensverhandlungen von Oliva quartierten sich 1660 sowohl die schwedische als auch

die polnische Partei in verschiedenen Höfen ein und übertrafen sich gegenseitig durch Feste und höfischen Prunk. 1696 wüteten die Truppen des Gegenkönigs Prinz Franz Ludwig von Bourbon-Conti in Zoppot und der Umgebung, bevor sie von August dem Starken und seinen Verbänden vertrieben wurden. Am schwersten traf Zoppot der Polnische Thronfolgekrieg (1733−1736): Als Stanisław Poniatowski, der sich Stanisław Leszczyński angeschlossen hatte, 1734 von Zoppot nach Danzig fliehen konnte, brannten die Truppen des später siegreichen Königs Augusts III. von Sachsen das Dorf als Vergeltung nieder.

Nach der Ersten Teilung Polens 1772 wurde Zoppot preußisch.

Geschichte im 19. Jahrhundert

Im Zuge der napoleonischen Kriege wurde Zoppot 1807 von Franzosen und dann 1813 von Kosaken ausgeplündert. Mit der französischen Armee kam auch der Arzt Dr. Johann Georg Haffner (1777-1831) nach Danzig. Er erkannte die vorteilhafte Lage Zoppots als Erholungsort und pachtete 1823 ein Stück Land an der Stranddüne, wo er eines der ersten "Kaltbäder" errichtete. Die steigende Zahl der Badegäste machte bald den Ausbau der Kuranlagen notwendig; unter anderem wurde 1830 ein breiter Seesteg angelegt, der heute mit 515 m zu den Wahrzeichen Zoppots zählt. Auch die Eröffnung der Pommerschen Eisenbahn von Danzig nach Berlin 1870 beschleunigte die Stadtentwicklung. Von 1840 bis 1899 stieg die Einwohnerzahl von etwa 800 auf über 10.000 an.

Geschichte im 20. Jahrhundert

Zoppots Wachstum wurde durch die Erlangung der Stadtrechte am 8. Oktober 1901 weiter begünstigt; zahlreiche Bäderbauten wurden errichtet, unter anderem das imposante dritte Kurhaus. Den Ersten Weltkrieg überstand Zoppot ohne Schäden. Es wurde 1920 auf Grundlage des Versailler Vertrages als kreisfreie Stadt Teil der Freien Stadt Danzig unter Völkerbundmandat. Die Eröffnung des Kasinos im Kurhaus (1920) brachte der Stadt große Einnahmen, von denen das heute als Grand Hotel bekannte Kasino-Hotel errichtet wurde. Auch die 1909 erbaute Waldoper erlebte in den 20er und 30er Jahren eine Blütezeit. Die Wagner-Waldfestspiele machten Zoppot bekannt und zu einem "nordischen Bayreuth". 1929 wuchs die Zahl der Einwohner auf über 30.000 und die der Badegäste auf etwa 28.000 an. Zoppot erfreute sich nicht nur bei Deutschen und Polen großer Beliebtheit, auch wohlhabende Gäste aus anderen Teilen Europas besuchten die sog. "Riviera des Nordens". Dies lag an der für die Region einmaligen Attraktivität des Ostseebads als exklusives Urlaubs- und Erholungszentrum (Kasino, Pferderennbahn, Sommerresidenz des Kronprinzen) sowie an der guten Verkehrsanbindung.



Seesteg Zoppot (Postkarte: vor 1930) [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv. Inv. Nr. 146305].

Durch den vom polnischen Staat forcierten Ausbau des Hafens in Gdingen geriet der Danziger Hafen unter Konkurrenzdruck. Die Weltwirtschaftskrise 1929 und die damit einhergehende hohe Arbeitslosigkeit verschlimmerten die wirtschaftliche Situation, die zu einem politischen Rechtsruck führte. Die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) gewann die Neuwahlen 1930 und die NSDAP unter Führung von Albert Forster wurde zweitstärkste Kraft im Danziger Volkstag. Drei Jahre später erlangte Letztere die absolute Mehrheit und mit Danzig wurde Zoppot zu einer Hochburg der Nationalsozialisten. Die Diskriminierung von Juden und Polen gipfelte zunächst in der Brandschatzung der Synagoge 1938. Nach dem Überfall auf Polen und dem Anschluss der Freien Stadt Danzig an das Dritte Reich (Reichsgau Westpreußen, später Danzig-Westpreußen) verschlimmerte sich die Situation weiter. Vor allem Angehörige der jüdischen und polnischen Intelligenz wurden verhaftet und in Konzentrationslagern ermordet. Von Kriegshandlungen war die Stadt erst 1945 betroffen. Zoppot wurde nach kurzen, aber schweren Kämpfen am 23. März von der Roten Armee erobert. Viele Gebäude, unter anderem das Kurhaus, wurden zerstört, allerdings waren die Schäden im Vergleich zu dem in Trümmern liegenden Danzig überschaubar; zahlreiche Jugendstilvillen und die Bäderarchitektur blieben erhalten. Die deutschen Einwohner Zoppots, die nicht evakuiert wurden oder geflohen waren, wurden bis November 1946 ausgesiedelt.

1945 wurde Zoppot Teil der Volksrepublik Polen. Die geräumten Wohnungen und Häuser wurden von der umgesiedelten polnischen Bevölkerung eingenommen. In den ersten Nachkriegsjahren wuchs die Einwohnerzahl Zoppots schnell an und war 1950 mit 36.000 bereits höher als 1939. Die kommunistische Regierung förderte erfolgreich den Ausbau Zoppots zum Erholungsort für den Massentourismus. Parallel dazu organisierte man zahlreiche Kulturveranstaltungen wie das alljährlich stattfindende "Sopot Jazz Festival". Obwohl Zoppot zu einem Urlaubsort für alle Menschen einer klassenlosen Gesellschaft werden sollte, büßte es auch in der kommunistischen Ära nur wenig von seinem exklusiven Charakter ein, wie die Besuche von Hauptakteuren aus Kultur (Zbigniew Cybulski, Andrzej Wajda) und Politik (Bolesław Bierut, Władysław Gomułka, Wojciech Jaruzelski) belegen. Der Tourismus bildet auch im 21. Jahrhundert die wichtigste Einnahmequelle der Stadt.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Małgorzata Buchholz-Todoroska: Zoppot als Sommerfrische der Danziger vom 17. bis zum ausgehenden 19. Jahrhundert. In: Małgorzata Omilanowska, Beate Störtkuhl (Hg.): Stadtfluchten - Ucieczki z miasta. Warszawa 2011 (Das gemeinsame Kulturerbe/Wspólne Dziedzictwo 7), S. 77-86.
- Ansgar Haller: Die Ausformung von Öffentlichkeit in Danzig im 18. Jahrhundert bis zur zweiten Teilung Polens im Jahre 1793. Hamburg 2005 (Studien zur Geschichtsforschung der Neuzeit 42), S. 327.
- Hans-Jürgen Kämpfert: Zoppot im Rückblick. In: Gilbert H. Gornig (Hg.): Deutsch-polnisches Symposium. Die Stadt Zoppot nach 100 Jahren in Rückblick und Gegenwart. Lübeck 2004 (Schriftenreihe der Danziger Naturforschenden Gesellschaft 7), S. 41-53.
- Małgorzata Omilanowska: Polen an der Ostsee. Die Konstruktion einer visuellen Staatsidentität in der Ostseeregion (1918-1939). In: Beate Störtkuhl, Jens Stüben, Tobias Weger (Hg.): Aufbruch und Krise. Das östliche Europa und die Deutschen nach dem Ersten Weltkrieg. München 2010 (Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 41), S. 35-53.

- Jerzy Stankiewicz, Bohdan Szemer: Gdańsk. Krajobraz i architektura zespołu miejskiego [Danzig. Landschaft und Architekur des Stadtverbunds]. Warszawa 1971, S. 20-23.

Weblinks

- http://www.sopot.pl (Website der Stadt)
- http://www.muzeumsopotu.pl/pl (Museum Zoppot)
- Piotr Pelczar: Historia Sopotu. Część I: od średniowiecza do wybuchu I wojny światowej http://histmag.org/?id=2528

Zitation

Paweł Mehring: Zoppot/Sopot. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/56394.html (Stand 24.01.2012).

[1] http://www.stat.gov.pl/cps/rde/xbcr/gus/PUBL_rs_rocznik_demograficzny_2011.pdf (S. 49).

Zuckmantel/Zlaté hory (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Żagań → Sagan/Żagań

Siehe Sagan/Żagań

REGIONEN

A

Altairegion (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

B

Baltikum

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Baltikum, Baltische Region, Baltische Länder

Anderssprachige Bezeichnungen

russ. Pribaltijskij kraj; engl. Baltic Countries

Etymologie

Der Begriff "Baltikum" leitet sich vom lateinischen "Baltia" ab und geht wie "baltisch" auf die Formulierung *Mare balticum* für die Ostsee zurück. Seit etwa 1600 wurde er von den meisten europäischen Sprachen als Bezeichnung für Land und Leute der Region, Ende des 18. Jahrhunderts von der damaligen Oberherrschaft des Zarenreiches aus dem Russischen für die Ostseeprovinzen Est-, Liv- und Kurland übernommen. Im 19. Jahrhundert verwendeten die dort ansässigen Deutschen die Substantivierung "Balten". "Baltikum" als Sammelbezeichnung für das deutsche Okkupationsgebiet bürgerte sich im Ersten Weltkrieg ein. Nach der Begründung selbständiger Staaten 1918 durch Esten, Letten und Litauer nannten sich die bis dahin als Oberschicht dominierenden baltischen Deutschen "Deutschbalten" (in den 1930er Jahren "Baltendeutsche"). Seitdem bezeichnen sich Esten, Letten und Litauer dem internationalen Sprachgebrauch entsprechend (*The Baltic States, Les États baltes*) vielfach als "Balten". Heute versteht man unter dem Baltikum im weiteren Sinne die drei "baltischen Staaten" Estland (*Eesti*), Lettland (*Latvia*) und Litauen (*Lietuva*), wobei es allerdings umstritten ist, ob es das gemeinsame Bewusstsein einer "baltischen Identität" gibt.

Sprachwissenschaftlich kennzeichnet "baltisch" innerhalb der indoeuropäischen Sprachen die nähere Verwandtschaft des Lettischen und Litauischen mit dem ausgestorbenen Prußischen (Altpreußischen) gegenüber den finno-ugrischen Sprachen Livisch und Estnisch.

2. Geographie

Lage

Das Baltikum liegt in dem Gebiet etwa zwischen 60º bis 54º nördlicher Breite und 28º bis 21º östlicher Länge.

Topographie

Die baltische Region wird geprägt vom Baltischen Landrücken, im Norden begrenzt von Endmoränen und im Süden von ebenen Sandflächen. Von der Ostsee greifen Tieflandbuchten in sie hinein. Von Kurland (*Kurzeme*) nach Osten hat die nacheiszeitliche Landhebung die besondere Form von Kliffs und Strandwällen hervorgebracht. Dieser aus Kalkstein bestehende sog. Glint fällt an der estländischen Küste stellenweise bis über 50 m steil ins Meer ab. Die im Süden anschließenden Grund- und Endmoränen mit Hügellandschaften bis über 300 m Höhe ermöglichen eine bessere Bodennutzung. Anschwemmungen und Verlandun-

gen hatten die Bildung von Flach- und Hochmooren zur Folge. Sie nehmen in Estland fast 20 % und in Lettland bis 8 % der Fläche ein, in Litauen dagegen nur 2 %.

Zwischen der kurisch-litauischen Endmoräne und dem Höhenrücken von Suwalki (*Suvalkija*) liegt das in zahlreiche Kleinlandschaften gestaffelte Siedlungsgebiet der Litauer, offen nach Osten und Südosten gegen die Ebenen und Waldgebiete Weißrusslands. Niederlitauen (*Žemaiten*) im Nordwesten ist ein bewaldetes Hügelland mit zahlreichen Seen, das jenseits der Memel (*Nemunas*) im Süden von den Waldgebieten der *Suvalkija* abgelöst wird. Östlich an *Žemaiten* schließt sich die mittellitauische Ebene mit schweren und feuchten Böden an. Im Bereich des Baltischen Höhenrückens liegt Ostlitauen mit Hochlitauen (*Aukštaiten*) und dem Zentrum Wilna/Vilnius.

Als östliche Randgebiete der Ostsee und westliche Ausläufer der russischen Ebenen kennzeichnet die baltischen Länder, v. a. Litauen, ein west-östliches Klimagefälle. Der von der Ostsee beeinflusste Küstenbereich speichert im Sommer Wärme und gibt sie im Winter wieder ab, was eine maximale Erwärmung erst im August und die stärkste Abkühlung im Februar zur Folge hat. Bemerkenswert sind hier eine zum Landesinneren zunehmende Süd-Nord-Abnahme der Temperatur sowie ein West-Ost-Übergang vom maritimem zum kontinentalen Klima. Die Vereisung der Ostsee dauert von Kurland (*Kurzeme*) nach Norden jährlich über 50 Tage, die Wahrscheinlichkeit der Eisbildung beträgt an der Küste vom Rigaer Meerbusen nach Norden 100 %.

Historische Geographie

Seit dem Mittelalter veränderten sich mit den wechselnden Herrschaftsverhältnissen vielfach auch die Grenzen in der baltischen Region. Grenzverschiebungen ergaben sich v. a. im Prozess der Staatsbildungen, als 1917 die russischen Gouvernements Estland und Livland zu eigenständigen Verwaltungseinheiten wurden. Estland und Lettland behielten ihre Grenzen nach den Freiheitskriegen 1918–1920, wobei zu Lettland mit Lettgallen (*Latgale*) das ehemalige Polnisch-Livland hinzukam, dessen Bevölkerung sich durch den katholischen Glauben von den überwiegend protestantischen Letten und Esten unterschied. Bei den katholischen Litauern wich die enge Verbundenheit mit Polen nach dem Ersten Weltkrieg einer tiefen Gegnerschaft, verstärkt durch die Annexion des Gebiets um die historische Hauptstadt Wilna durch Polen. Das bis dahin deutsche Memelgebiet (*Klaipėda*) wurde als autonomes Gebiet Litauen angegliedert.

Siedlungsmuster



Völker und Stämme um 1300 [Karte: Johansen/Mühlen: Deutsch und Undeutsch im mittelalterlichen und früh-neuzeitlichen Reval, 1973, S. 33].

Die baltischen Staaten verfügen über eine relativ kleine Landesfläche, ihre Bevölkerungsdichte ist aufgrund der geringen Einwohnerzahl sehr niedrig. Ein hoher Bevölkerungsanteil Estlands und Lettlands lebt in den Hauptstädten. Reval/Tallinn weist mit knapp 400.000 Einwohnern, Riga/Rīga mit ca. 750.000 Einwohnern die dominierenden Zahlen auf. Wilna mit ca. 575.000 Einwohnern wird von der knapp 500.000 Einwohner zählenden zweitgrößten Stadt Kauen/Kaunas gefolgt. Das landesweite Siedlungsmuster in Litauen ist von größeren Mittelstädten (bis 100.000 Einwohner) sowie zahlreichen Kleinstädten geprägt und somit weit ausgeglichener als in den beiden anderen, dünner besiedelten baltischen Staaten. Während das ländliche Siedlungsmuster in Litauen vor allem durch kleine Haufensiedlungen gekennzeichnet ist, herrschen in Estland und Lettland Einzelhofsiedlungen vor.[1]

3. Geschichte und Kultur

Mittelalter

Noch im 12. Jahrhundert konnten die finno-ugrischen Finnen, Esten und Liven wie auch die baltischen lettischen Stämme sowie die der Litauer und Prußen keine stammesübergreifende staatliche Organisation bilden. Ihre Unabhängigkeit verloren sie an der Wende zum 13. Jahrhundert durch das Zusammenwirken kaufmännischer, kirchlicher und staatlicher Kräfte im Ostseeraum im Zusammenhang mit der Schwertmission.

Die Kolonisation Altlivlands erfolgte durch Missionare und niederdeutsche Kaufleute; den militärischen Schutz gewährten der Schwertbrüderorden und der Deutsche Ritterorden. Der 1199 zum Bischof von Livland geweihte Bremer Domherr Albert von Buxhoeveden (um 1165–1229) gründete 1201 die Stadt Riga. Er verband sein Missionswerk mit dem deutschen Königtum und dem Papst, der Livland als *Terra Mariana* (Marienland) der Jungfrau Maria weihte. Nördlich gründete der Schwertbrüderorden 1230 mit deutschen Kaufleuten aus Gotland die Stadt Reval/Tallinn. Als selbständige ritterliche Genossenschaft neben dem Bischof und seinen ritterlichen Vasallen beanspruchte er ein Drittel des eroberten Landes.

Der livländische Ordenszweig war zwar dem Bischof unterstellt, musste als geistlicher Ritterorden aber dem Papst gehorchen, was zu dauernden Konflikten führte.



Politische Karte des Baltikums im Mittelalter, um 1260 [Wikimedia Commons]. Karte: MapMaster, Attilos, NordNordWest/CC BY-SA 3.0

Nach dem Erwerb des dänischen Estland 1346 bildete sich statt eines Einheitsstaates die sog. "Livländische Konföderation" aus fünf geistlichen Territorien, deren größtes das des Deutschen Ordens war. Ihr Verhältnis glich einem permanenten Bürgerkrieg, aus dem die Ritterschaften als eigentliche Sieger hervorgingen. Sie wirkten seit etwa 1420 an den allgemeinen Landtagen als dem wichtigsten Organ der altlivländischen Konföderation mit, wo seit Ende des 15. Jahrhunderts auch Riga, Reval und Dorpat/Tartu vertreten waren, deren Bürger sich in Gilden organisierten. Als lockerer Staatenbund aus geistlichen und weltlichen Territorien glich Altlivland dem Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation. Im Unterschied zu Preußen wanderten nur wenige deutsche Bauern ins Baltikum ein. Die ursprünglich freien estnischen und lettischen Landbewohner wurden bis Ende des 14. Jahrhunderts in die Unfreiheit gedrückt. Der Deutsche Orden und die Gutsherren beherrschten den ländlichen Raum, während die Städte durch Stifte und Klöster, durch hansische Kaufleute und deutsche Handwerker geprägt waren.

Litauen im Mittelalter

Aufgrund seiner Eigenstaatlichkeit im Mittelalter unterschied sich die historische Entwicklung Litauens seit dem 13. Jahrhundert von jener der nördlichen baltischen Länder. Die estnisch-, livisch- und lettischsprachigen Gebiete kamen unter deutsche Herrschaft und wuchsen in den lateinisch-niederdeutsch geprägten Ostseeraum hinein. Das Großfürstentum Litauen dagegen überwölbte als eigenständiges politisches Gebilde die konfessionelle Scheidelinie zwischen Ost- und Westkirche ebenso wie die sprachlichen Grenzen zwischen Ostslawen und baltischen Litauern. Seit Ende des 13. Jahrhunderts entwickelte sich Litauen zum gefürchteten Gegenspieler des Deutschen Ordens, dessen Eroberungsversuche aber scheiterten. Als Vielvölkerstaat wurde Litauen seit Ende des 13. Jahrhunderts von der heidnischen Gediminiden-Dynastie geführt. Das Heidentum ermöglichte einerseits einen Sonderweg mit dem Erhalt der ethno-kulturellen Eigenart, andererseits verhinderte es eine Modernisierung der Gesellschaft.

Das Großfürstentum Litauen behauptete sich gegen die Bedrohungen durch den Deutschen Orden und das Großfürstentum Moskau sowie gegenüber dem seit 1385 in unterschiedli-

chen Unionen mit ihm verbundenen Polen. Es umschloss eine ethnisch wie sprachlich unterschiedliche Bevölkerung von Ostslaven, Litauern, Polen und Juden sowie kleinere Gruppen von Deutschen und Tataren und ermöglichte das Nebeneinander verschiedener Religionsgemeinschaften wie Orthodoxen und Katholiken, seit 1596 auch Unierten, mehrerer protestantischer Richtungen, mosaischer Juden und muslimischer Tataren. Religiöse Verfolgungen waren in Litauen bis zum Beginn des 18. Jahrhunderts nahezu unbekannt.

Die Litauer blieben zunächst ohne eigene Schriftsprache, es wurde neben Latein, Deutsch und später Polnisch eine westrussische Kanzleisprache verwendet. Die Oberschicht des litauischen Adels verschmolz anfangs z. T. mit den Ostslawen, seit 1387 zunehmend sprachlich und kulturell mit den Polen. Dennoch blieb auch nach der Realunion mit Polen 1569 die litauische Nation neben der polnischen erhalten. Als das Großfürstentum mit großen Teilen des Königreichs Polen durch dessen Teilungen 1772, 1793 und 1795 sowie durch den Wiener Kongress 1815 unter russische Herrschaft kam, konnten die ethnischen, sozialen, wirtschaftlichen und religiösen Eigentümlichkeiten von der russischen Zentralregierung nicht vollständig beseitigt werden.

Die Hanse

Während in Litauen nur indirekte Beziehungen zur Hanse bestanden, wurde Livland schon im 13. Jahrhundert zum integrativen Bestandteil des hansischen Wirtschaftssystems. Das zeigte sich im Wohlstand der größeren baltischen Städte und in der Übernahme von Rechtsnormen aus Lübeck, Gotland und Hamburg. Damit wurde eine Tradition bürgerlicher Organisationsformen, Rechtsvorstellungen und von Elementen der Baukultur begründet. Riga entwickelte sich zur Nahtstelle des Ost-West-Handels. Die zwölf baltischen Hansestädte übernahmen erstmals eine wirtschaftliche Vermittlungsfunktion zwischen Mittel- und Osteuropa. Nicht zuletzt ihnen verdankt es Livland, dass es am Ende des Mittelalters eine Region abendländischer kultureller Prägung und staatlicher Unabhängigkeit (mit der Vorherrschaft einer deutschen Elite über estnische, livische und lettische Bauern) war.

Neuzeit



Livoniae nova Descriptio. Abraham Ortelius: Theatrum Orbis Terrarum. Antwerpen 1573–1598.

Der Widerstand gegen Zar Ivan IV. (1547–1584) brach im Krieg 1558–1562 endgültig zusammen. Nach der Niederlage des Ordens 1560 unterwarf sich Reval dem protestantischen Schweden. Livland und später Riga huldigten dem katholischen Polen-Litauen unter Sigismund II. August (1520–1572); die Insel Ösel (*Saaremaa*) wurde dänisch. Unter dem letzten

Ordensmeister Gotthard Kettler (1517–1587) bildete sich 1561 aus den an der Düna (*Daugava*) gelegenen Landschaften Kurland und Semgallen das weltliche Herzogtum Kurland, das bis 1795 unter polnischer Oberhoheit stand.

Die Reformation

Der Untergang des Ordensstaates war u. a. eine Folge der früh über die "hansische Schiene" der Städte sich ausbreitenden lutherischen Reformation. Diese förderte Bibelstudium und Predigt in den Volkssprachen. Deutsche Geistliche übersetzten die Bibel, es entstanden erste estnische und lettische Grammatiken und Wörterbücher. Der u. a. durch die Reformation markierte Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit war durch den Ausbau des estnischen, lettischen und litauischen Volksschulwesens von erheblicher Bedeutung für die gesamte Kultur- und Bildungsarbeit. Schriftkultur und Alphabetisierung der Landbevölkerung unterschieden die baltische Region bis in die Neuzeit von benachbarten russischen Regionen und waren Voraussetzungen für die Entstehung der Nationalbewegungen. Eine wichtige Rolle spielte dabei die Gemeinschaftsbewegung der Herrnhuter Brüdergemeine, durch die religiöse estnische und lettische Literatur verbreitet wurde. Unter schwedischer Oberhoheit entstanden zahlreiche Bauten im Renaissance- und Barockstil. Kurland entwickelte sich unter den Herzögen Kettler und Biron zu einer eigenständigen Adelsrepublik, deren barocke Kultur in den Schlossbauten von Mitau/Jelgava und Ruhenthal/Rundāle ihren Höhepunkt fand.

In Polen-Litauen führte die Zersplitterung in drei reformatorische Bekenntnisse zum Zusammenbruch des Protestantismus, als Königtum und katholische Kirche eine gegenreformatorische Offensive durchführten, mit der sie ihrerseits das Schul- und höhere Bildungswesen sowie die Landessprachen förderten. Langfristig jedoch verlangsamte die Rekatholisierung eine Modernisierung des ethnischen Litauens und Lettgallens im Vergleich zu Livland. Die enge Verbindung mit Polen führte Litauen auf einen anderen Weg als Livland, wofür die Bezeichnungen "Kontinentalität" und "Katholizismus" für Litauen sowie "Maritimität" und "Protestantismus" für Livland geprägt worden sind.[2]

18. Jahrhundert

Unter Katharina II. (1762–1796) verschärfte sich die rechtliche und soziale Lage der estnischen und lettischen Bauern von der Erbuntertänigkeit zur kaum eingeschränkten Leibeigenschaft. Wichtig für die interethnischen Beziehungen wurde neben dem Pietismus vor allem die Aufklärung, die aus Berlin und Ostpreußen in die Ostseeprovinzen wirkte, wo sie viele Anhänger im Adel und unter den Literaten fand. Zu ihnen gehören August Wilhelm Hupel (1737–1819) mit seinen das estnische und lettische Zeitschriftenwesen begründenden Zeitschriften und mehr noch Garlieb Merkel (1769–1850) mit der aufsehenerregenden Schrift *Die Letten*, in der er drastisch die Not der lettischen Landbevölkerung schilderte und moralisch-politische Forderungen erhob.[3]

Während des Nordischen Krieges (1700–1721) wurde das Baltikum völlig zerstört, die Bevölkerungszahl ging um die Hälfte zurück. Zar Peter I. (1672–1725) sicherte im Sommer 1710 der Stadt Riga ihre politische und soziale Ordnung zu, Livland und Estland wurden autonome russische Gouvernements wie Ende des Jahrhunderts auch Kurland. Fußend auf dem Privilegium *Sigismundi Augusti* von 1561 gewährte Peter I. in den sog. Kapitulationen den Glauben nach dem Augsburger Bekenntnis, Sicherung der evangelisch-lutherischen Landeskirche sowie Bestätigung der deutschen ständischen Selbstverwaltung mit deutschem Gerichtswesen. Diese in der deutschbaltischen Geschichtsauffassung lange als "Verträge staatsrechtlichen Charakters im Sinne des früheren ständisch-mittelalterlichen Staatsrechts"[4] interpretierten Kapitulationen prägten die politische und soziale Situation in Liv-, Est- und Kurland über zwei Jahrhunderte.

19. Jahrhundert

Die mit den baltischen Agrarreformen verbundene Umwandlung des agrarökonomischen Systems schuf die Grundlagen der nationalen Emanzipation der Esten und Letten. 1816–1819 gaben die Ritterschaften das Recht an der Person der Bauern auf, behielten aber jenes am Grund und Boden. Im Agrargesetz von 1849 konnten die Pächter als Partner der Gutsbesitzer mit öffentlichen Krediten Grund und Boden erwerben, die Fronpacht wurde durch die Geldpacht ersetzt mit dem politischen Ziel der Bildung eines wirtschaftlich unabhängigen Standes bäuerlicher Eigentümer. Die selbständig gewordenen Bauern beteiligte man aber nicht an der politischen Führung des Landesstaates, mit dem Übergang zur Geldpacht und zum Bauernlandverkauf wurde die ständische Ordnung ökonomisch zwar gesprengt, politisch jedoch versteinerte sie.

Mit der Freizügigkeit nach der Bauernemanzipation konnten neue Erwerbszweige erschlossen und mit der Urbanisierung lokale Begrenztheiten überwunden werden. Denn die Abschaffung der Leibeigenschaft setzte Arbeitskräfte für Großunternehmen in den Städten frei, wobei als Motor der Industrialisierung seit der Jahrhundertmitte der Eisenbahnbau wirkte. Mit der bis 1914 voll ausgebauten Industriewirtschaft nahmen die Ostseeprovinzen ökonomisch eine Vorreiterrolle im Zarenreich ein. Häfen und Großstädte begünstigten diese Entwicklung hier gegenüber Litauen, wo erst in den 1890er Jahren die Metallindustrie anwuchs und die Urbanisierung in den agrarisch geprägten Gouvernements keinen entscheidenden Faktor darstellte.

Bei Esten und Letten war der hohe Grad der Alphabetisierung für den Prozess der sozialen und politischen Differenzierung von ausschlaggebender Bedeutung. Während 1897 in den innerrussischen Gouvernements nur 30 % lesen konnten, waren es in Estland und Livland über 90 %. Die nationale Bewegung begann als Kultur- und Bildungsbewegung. Die russische Administration versuchte, die baltischen nationalen Bestrebungen für ihre Politik eines Nationalismus panslawistischer Prägung zu instrumentalisieren. Die neue russische Präsenz seit Beginn der 1880er Jahre fand ein sichtbares Zeichen im Bau der orthodoxen Kathedrale auf dem Domberg in Reval. Als Höhepunkt der staatlichen Unifizierungspolitik wurde zwischen 1887 und 1890 das gesamte Schul- und Hochschulwesen russifiziert.

In Litauen wurde die Leibeigenschaft erst mit der russischen Bauernbefreiung 1861 abgeschafft. Das nationale Erwachen richtete sich hier gegen die Großrussen, die Weißrussen im östlichen Siedlungsraum sowie gegen die frühere polnische Oberschicht aus Großgrundbesitz und Stadtadel. Der Anstoß kam aus der 1803 wiedereröffneten Universität Wilna als der Geburts- und Pflegestätte der "lituanistischen Bewegung". Am polnischen Aufstand von 1863/64 beteiligten sich in größerem Umfang auch litauische Bauern. Zur anschließenden Unterdrückungspolitik gehörten Repressalien gegen die katholische Kirche und das Druckverbot für litauische Publikationen in lateinischer Schrift, das mit dem illegalen Einschleusen von Schriften aus Ostpreußen durch sog. "Bücherträger" unterlaufen wurde. Eine Ansiedlung russischer Kolonisten wie im litauischen Gebiet fand in den Ostseeprovinzen nicht statt. Zu wichtigen Widerstandszentren und Pflegestätten der litauischen Sprache wurden Priesterseminare. In der Frontstellung gegen russisch-orthodoxe Kirche und slawophile Partei gingen hier im Unterschied zu Esten und Letten Religion und Nationalismus eine enge Symbiose ein. Die Lebensgemeinschaft mit Polen löste sich, in offenem Konflikt forderten die "Litwomanen" nun gegen Polonisierungsversuche die nationale Gleichberechtigung der Litauer.

20. Jahrhundert

Während der revolutionären Unruhen wurden 1905/06 in den Ostseeprovinzen zahlreiche Gutshäuser zerstört und deutschbaltische Adlige und Pastoren ermordet, was harte Strafmaßnahmen zur Folge hatte. Zu den Auswirkungen der Revolution gehörten Erleichterungen auf dem Gebiet des muttersprachlichen Schulwesens. Im folgenden Jahrzehnt entwickelte sich eine Zivilgesellschaft bei den baltischen Völkern. In Litauen hatten die Unruhen eine anti-russische und nicht anti-klerikale Tendenz, die russischen Strafkommandos waren hier weniger einschneidend als in den Ostseeprovinzen. Nach Umwandlung der zarischen Autokratie in eine konstitutionelle Monarchie mit der Reichsduma als Volksvertretung konnten sich baltische Politiker an der Legislative beteiligen. Wenn auch Autonomieforderungen nicht durchzusetzen waren, bildete ihre Tätigkeit doch eine wichtige Vorstufe für die Epoche der Selbständigkeit im Sinne einer "Vorschule parlamentarischer Erfahrung".[5]

Erster Weltkrieg und Staatsgründungen

Zu Anfang des Ersten Weltkriegs beschränkten sich die nationalpolitischen Forderungen der Esten, Letten und Litauer auf Autonomie mit administrativem Zusammenschluss nach ethnischen Prinzipien. Bereits 1915 eroberten deutsche Truppen das gesamte von Litauern besiedelte Gebiet. Die Besetzung von Libau/Liepāja und Mitau hatte die Flucht von 3/5 der Bevölkerung Kurlands zur Folge, insgesamt wurde über ein Drittel des lettischen Volkes entwurzelt. Litauische und lettische Flüchtlinge bildeten in Russland Hilfskomitees als nationale Sammelpunkte und es kam zur Aufstellung der ersten nationallettischen Truppeneinheiten in Russland, die an der Düna-Front eingesetzt wurden.

Nach dem Sturz der Zarenherrschaft in der Februarrevolution 1917 forderte Ende März 1917 ein Demonstrationszug von 40.000 Esten zum Sitz der provisorischen Regierung in Petrograd die Zusammenlegung des estnischen Siedlungsgebietes, worauf das Gouvernement Estland, Nordlivland und die Inseln zu einer administrativen Einheit zusammengefasst wurden. Nach der Oktoberrevolution konnte ein sog. "Rettungskomitee" unter Konstantin Päts (1874–1956) unmittelbar vor der Besetzung Revals durch deutsche Truppen am 24.2.1918 den selbständigen Freistaat proklamieren, was zwar von der deutschen Okkupationsmacht nicht anerkannt wurde, seitdem aber als Gründungstag der Republik Estland gilt. Die Letten forderten volle Selbstbestimmung erst nach der Einnahme Rigas durch deutsche Truppen im September 1917. Ein lettischer Volksrat proklamierte am 18.11.1918 im städtischen Theater in Riga feierlich das unabhängige demokratische Lettland. Im September 1917 forderten litauische Politiker in Wilna die Bildung eines unabhängigen demokratischen Staates. Nach internen Auseinandersetzungen über das Zusammengehen mit Deutschland und nach Verkündung der Wiederherstellung des Staates mit der Hauptstadt Wilna im Dezember 1917 wählte man im Juli 1918 Herzog Wilhelm von Urach (1864–1928) zum litauischen König. Im November wurde der Beschluss über die Bildung einer konstitutionellen Monarchie wieder aufgehoben und Augustinas Voldemaras (1883–1942) im Rahmen einer demokratischen Verfassung zum Ministerpräsidenten ernannt.

Freiheitskrieg

Im Kampf gegen die Rote Armee, die das Baltikum als Brückenkopf zur Durchsetzung der "Weltrevolution" betrachtete, gelang es den Esten innerhalb eines Jahres deren weit vorgerückte Truppen aus dem Lande zu drängen. In Lettland musste die "Baltische Landeswehr" neben der aus deutschen Freiwilligen gebildeten "Eisernen Brigade" am 2.1.1919 Riga räumen und sich über Mitau nach Libau zurückziehen. Ihr Stoßtrupp stürzte am 16.4.1919 im sogen. "Libauer Putsch" die Regierung Ulmanis, am 22.5.1919 wurde Riga zurückerobert. Estnische Truppen setzten ihre Offensive in Nordlettland fort und siegten am 22./23.6.1919

in der Schlacht bei Wenden/Cēsis gegen die Landeswehr, wobei sich tief verwurzelte historische Ressentiments entluden. Den Erfolg über die sog. "baltischen Barone" werteten die Esten als Vergeltung für das 700-jährige Unrecht. Die erst kurz zuvor gegründete litauische Armee konnte bis Ende des Sommers 1919 das gesamte litauische Territorium befreien. Die Forderungen des historischen Partnerlandes Polen nach politischer Einheit führten zur völligen Entfremdung der beiden einst so eng verbundenen Nationen.

Im Friedensvertrag von Dorpat (2.2.1920) erhielt Estland von der RSFSR das Petschurgebiet (*Petseri*) und eine Entschädigungszahlung von 15 Millionen Goldrubeln. Der Abschluss dieses Vertrags brachte beiden Staaten ihre erste völkerrechtliche Anerkennung. Lettland erhielt bei seiner Offensive zur Befreiung Lettgallens Unterstützung von Polen, dem wegen der Spannungen mit Litauen an guten Beziehungen zu Lettland gelegen war. Unmittelbar vor der entscheidenden Wende im polnisch-sowjetischen Krieg erfolgte am 1.8.1920 die Unterzeichnung des Friedens in Riga, der den Bedingungen des Dorpater Friedens entsprach. Das seit 1629 von Livland getrennte Lettgallen wurde nunmehr wieder mit den übrigen lettischen Gebieten verbunden. Die litauisch-sowjetischen Friedensverhandlungen führten am 12.7.1920 zur Unterzeichnung des Vertrages in Moskau nach dem Vorbild des Dorpater Friedens.

Nationale Zusammensetzung und Sprachkenntnisse der Bevölkerung Lettlands

	Anteile in %						Sprachkenntnisse 1989		
	1935		1959		1989			Zweitsprache	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	Nationalsprache	lettisch	russisch
Gesamtbevölkerung	1950502		2093985		2666567		89,9	10,4	39,5
Letten	1427612	75,7	1297881	62,0	1387646	52,0	97,4	1,3	65,7
Russen	206499	10,6	556448	26,6	905515	34,0	98,8	21,1	1,1
Weißrussen	26867	1,4	61587	2,9	119702	4,5	32,2	15,5	29,7
Polen	48949	2,5	59774	2,9	60388	2,3	27,1	22,8	33,8
Ukrainer	1844	0,1	29440	1,4	92101	3,5	49,5	8,9	43,8
Litauer	22913	1,2	32383	1,5	34630	1,3	63,9	40,3	36,0
Juden	93479	4,8	36592	1,8	22897	0,9	22,5	27,0	17,5
Zigeuner	–	–	4301	0,2	7044	0,3	84,7	52,3	28,6
Tataren	–	–	1836	0,1	4828	0,2	46,7	6,6	44,6
Deutsche	62144	3,2	1610	0,1	3774	0,1	34,0	16,6	36,1
Esten	7014	0,4	4610	0,2	3312	0,1	50,3	28,7	40,1
Moldawier	–	–	230	–	3223	0,1	69,0	7,7	60,6
Armenier	–	–	1060	0,1	3069	0,1	53,1	8,1	67,6
Aserbaidsch.	–	–	–	–	2765	0,1	72,4	5,5	60,1
Tschuwaschen	–	–	–	–	1491	0,1	47,9	6,8	44,8

Quelle: baltisches jahrbuch 1989, S. 264

Nationale Zusammensetzung und Sprachkenntnisse der Bevölkerung Litauens

	Anteile in %						Sprachkenntnisse 1989		
	1923		1959		1989		National-	Zweitsprache	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	sprache	litauisch	russisch
Gesamt-bevölkerung	2158159		2711445		3673362		99,6	0,2	37,4
Litauer	1739489	80,6	2150767	79,3	2924048	79,6	99,6	0,2	37,4
Russen	50727	2,3	231014	8,5	345597	9,4	95,6	33,5	3,3
Polen	65628	3,0	230107	8,5	257988	7,0	84,8	15,5	57,9
Weißrussen	4421	0,2	30256	1,1	63076	1,7	40,4	17,0	34,7
Ukrainer	–	–	17692	0,7	44397	1,2	50,9	16,9	41,9
Juden	154321	7,2	24672	0,9	12312	0,3	35,7	38,0	22,2
Letten	14883	0,7	6318	0,2	4228	0,1	68,6	43,7	29,3
Tataren	–	–	3023	0,1	5107	0,1	32,0	14,3	43,5
Deutsche	88568	4,1	11166	0,4	2058	0,1	42,1	35,7	26,1
Zigeuner	–	–	1238	–	2718	0,1	81,8	45,2	26,5
Armenier	–	–	471	–	1648	–	60,9	13,3	48,5
Uzbeken	–	–	–	–	1452	–	88,2	3,7	64,1
Moldawier	–	–	164	–	1448	–	70,9	10,7	58,4

Quelle: baltisches jahrbuch 1989, S. 265

Nationale Zusammensetzung und Sprachkenntnisse der Bevölkerung Estlands

	Anteile in %						Sprachkenntnisse 1989		
	1934		1959		1989		National-	Zweitsprache	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	sprache	estnisch	russisch
Gesamt-bevölkerung	1126413		1196791		1565662		94,0	5,5	24,1
Esten	993496	88,2	892653	74,6	963269	61,5	98,9	0,6	33,6
Russen	92656	8,2	240227	20,1	474815	30,3	98,6	13,7	1,1
Ukrainer	–	–	15769	1,3	48273	3,1	44,2	6,9	39,7
Weißrussen	–	–	10930	0,9	27711	1,8	31,9	6,1	29,9
Finnen	–	–	16699	1,4	16622	1,1	31,0	33,3	38,9
Juden	4434	0,4	5436	0,5	4613	0,3	12,4	26,1	13,0
Tataren	–	–	1535	–	4058	0,3	55,4	6,3	51,2
Deutsche	16345	1,5	–	–	3466	0,2	36,0	14,7	35,5
Letten	5435	0,5	2888	0,2	3135	0,2	57,2	21,5	42,6
Polen	–	–	2256	0,2	3008	0,2	20,0	13,2	29,0
Litauer	–	–	1616	0,1	2568	0,2	62,7	12,6	56,3
Armenier	–	–	–	–	1669	0,1	50,1	8,4	44,7
Aserbaidsch.	–	–	–	–	1238	0,1	70,2	3,9	57,3
Moldawier	–	–	–	–	1215	0,1	54,6	5,0	51,9
Tschuwaschen	–	–	–	–	1163	0,1	47,5	5,3	45,0

Quelle: baltisches jahrbuch 1989, S. 266

Minderheitengesetzgebung

Die Minderheitenpolitik der baltischen Staaten besaß Modellcharakter. Die litauische Verfassung von 1922 enthielt weitgehende Autonomierechte der Minderheiten, die allerdings vom bald einsetzenden nationalen Chauvinismus zunehmend eingeengt wurden. In Lettland erklärte ein Schulautonomiegesetz am 8.8.1919 das gesamte Schulwesen der nationalen Minderheiten für autonom. Unter der Oberaufsicht des staatlichen Bildungsministeriums wurden besondere "Bildungsministerien" für jede Minderheit gebildet, deren Chefs ihr Schulsystem selbständig verwalteten mit dem Recht, an Kabinettssitzungen bei allen ihr kulturelles Leben betreffenden Fragen teilzunehmen.

Das estländische "Gesetz über die Kulturselbstverwaltung der nationalen Minoritäten" vom 2.2.1925 gab allen Minderheiten, die über 3.000 freiwillige Eintragungen in ein Nationalre-

gister nachwiesen, die Möglichkeit, sich als öffentlich-rechtliche Körperschaften zu konstituieren. Die Organe der Kulturselbstverwaltung durften bindende Verordnungen erlassen, ihre Beamten und Lehrer ernennen sowie selbständig Steuern erheben, womit der Staat wesentliche Hoheitsbefugnisse auf die Kulturselbstverwaltungen der nationalen Minderheiten übertrug, deren Loyalitätspflicht ausdrücklich betont wurde. Dieses vorbildlich liberal gestaltete Kulturautonomiegesetz wurde als "Antrittsvisitenkarte vor den Augen der westlichen Welt" bezeichnet.[6]

Autoritäre Regierungen

Litauen verließ als erste baltische Republik die demokratisch-parlamentarischen Grundlagen, als die Armee 1926 in einem Staatsstreich das Parlament besetzte und den Kriegszustand erklärte. Es wurde ein Präsidialregime unter Antanas Smetona (1874–1944) als Präsident und Augustinas Voldemaras als Ministerpräsident etabliert. Durch die neue Verfassung vom 15.5.1928 wurde der Staatspräsident anstelle des Landtags zum eigentlich gesetzgebenden Organ. Mit Hilfe des Kriegszustandes konnte Voldemaras eine diktatorische Regierung führen, bis ihn Smetona im September 1929 verhaften ließ. Nach einem vergeblichen Putschversuch wurden 1935 die Parteien ganz verboten. In der Verfassung vom Februar 1938 erfuhr das Präsidialregime zwar eine gewisse Legalisierung, gewann aber durch autoritäre Elemente den Charakter eines diktatorischen Einparteienstaates. Der als "Volksführer" auftretende Smetona knüpfte an die Tradition des alten Großfürstentums Litauen als Großmacht an.

Das Parlament Estlands nahm im März 1932 eine Grundgesetzinitiative zur Stärkung der Präsidentenmacht an, die im August in einer Volksabstimmung zwar abgelehnt, von der antidemokratischen Bewegung der sog. Freiheitskämpfer aber aufgenommen und im Oktober 1933 erneut zur Annahme gebracht wurde. Mit dem Staatspräsidenten als Schlüsselfigur wurde der extreme Parlamentarismus der Verfassung von 1920 ins Gegenteil einer fast absoluten Präsidialverfassung gekehrt. Am 12.3.1934 erklärte Konstantin Päts den Ausnahmezustand und verbot die "Freiheitskämpfer". Im Herbst endete die demokratische Periode Estlands, und die sog. "Ära des Schweigens" begann mit einem dreijährigen Ausnahmezustand. Aufgrund der neuen Verfassung regierte Päts mit Dekreten, im März 1935 wurden die Parteien aufgelöst, an deren Stelle eine neue Einheitsorganisation sowie berufsständische Interessenvertretungen traten. Eine neu einberufene Konstituante bestätigte die am 1.1.1938 in Kraft tretende Präsidialverfassung.

Auch in Lettland wollten verschiedene Gruppen die bestehende Ordnung nach deutschem und italienischem Vorbild durch eine faschistische ersetzen. Gegen sie verhängte Ministerpräsident Kārlis Ulmanis (1877–1942) am 15.3.1934 den Kriegszustand und vereinigte unter Ausschaltung des Parlaments, Beseitigung der Parteien und Suspendierung der Verfassung in seiner Person die gesetzgebende Gewalt sowie die Ämter des Ministerpräsidenten und des Staatspräsidenten. Ulmanis propagierte das vom Nationalsozialismus übernommene Führerprinzip ideologisch mit pseudo-historischen Rückgriffen. Die Machtkonzentration in einer Hand entwickelte sich zu einer Diktatur, die alle Bereiche des öffentlichen Lebens nach dem Führerprinzip umgestaltete.

Verlust der Selbständigkeit

Im August/September 1939 erfolgte in den geheimen Zusatzprotokollen des Hitler-Stalin-Pakts und des Deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrages die für die Existenz der baltischen Staaten entscheidende Aufteilung in Interessensphären. Die der Sowjetunion darin zugestandene "territorialpolitische Umgestaltung" innerhalb ihres Einflussbereiches wurde sogleich eingeleitet mit ultimativ durchgesetzten Beistandspakten und Verträgen über

die Gewährung von Stützpunkten mit Estland (28.9.), Lettland (5.10.) und Litauen (11.10.). Mitte Juli 1940 wurden nach sowjetischem Muster Parlamentswahlen durchgeführt, die Abgeordneten erklärten in analogem Vorgehen die baltischen Staaten zu sozialistischen Sowjetrepubliken und stellten Anfang August im Obersten Sowjet in Moskau Anträge auf "Eingliederung" in den sowjetischen Staatsverband. Es handelte sich dabei um keine freiwillige Vereinigung auf vertraglicher Grundlage, sondern um eine gewaltsame Aneignung fremden Staatsgebiets, d. h. eine völkerrechtlich verbotene Annexion.[7] Damit unterschied sich der völkerrechtliche Status der baltischen Sowjetrepubliken grundlegend von dem der anderen Unionsrepubliken.

Im Zuge der Massendeportationen vom Juni 1941 wurden aus Estland ca. 11.000, aus Lettland 16.000 und aus Litauen 21.000 (nach einigen Quellen 34.000) Personen ins Innere der Sowjetunion deportiert. Einschließlich der bereits im August 1940 begonnenen Deportationen wurde damit bis Juli 1941 ein großer Teil der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Eliten der baltischen Völker verschleppt.

Mit der deutschen Okkupation im Sommer 1941 wechselten im Baltikum lediglich die Formen der Gewaltherrschaft. Estland, Lettland, Litauen und Weißrussland wurden von der neuen Besatzungsmacht zum "Reichskommissariat Ostland" zusammengefasst, womit sie weder administrativen Sonderstatus noch politische Autonomie erhielten. Das Fernziel einer Umwandlung des Baltikums in ein deutsches Land sollte durch "Eindeutschung der rassisch positiv zu bewertenden Elemente", durch Kolonialisierung germanischer Völker sowie durch Aussiedlung und Liquidierung "unerwünschter" Volksgruppen verwirklicht werden. Am stärksten betroffen war davon die jüdische Bevölkerung. Mit beispielloser Brutalität wurde sie zusammen mit zahlreichen, aus anderen besetzten Gebieten Deportierten in Riga und Wilna fast vollständig ermordet. Zum Teil mit Hilfe liauischer Kollaborateure wurden nahezu 90 % der im Jahre 1941 noch 230.000 Personen zählenden jüdischen Minderheit Litauens getötet. In Estland fanden schätzungsweise 1.000, in Lettland 66.000 Juden den Tod.

Mit der Wiederbesetzung der baltischen Länder durch die Rote Armee begann 1944/45 eine von Terror begleitete tiefgreifende Sowjetisierung in allen Bereichen, die auch von dem Partisanenkampf nicht aufgehalten werden konnte. Im kulturellen Bereich galt zwar die Devise "National in der Form, sozialistisch im Inhalt", und die nationalen Sprachen, Literaturen oder das Brauchtum wurden offiziell gefördert. Diese von der KP gelenkte Kulturarbeit aber hatte der Schaffung einer "einheitlichen multinationalen Sowjetkultur" zu dienen, so dass die Völker des Baltikums ihre ethnische Eigenständigkeit gegenüber dem Ideal des "Sowjetmenschen" verteidigen mussten. Einer kurzen Tauwetterperiode nach Stalins Tod 1953 folgte 1964–1984 eine Zeit der Stagnation mit zunehmender Zentralisierung.

Die "Singende Revolution"

Die von Michail Gorbatschow (*1931) unter den Leitbegriffen Glasnost und Perestrojka 1985 eingeleitete Reformpolitik wurde nirgendwo in der Sowjetunion so einmütig begrüßt wie im Baltikum. Die Bedeutung ökologischer Themen zeigte sich 1987 im Protest gegen den von der Moskauer Zentralregierung in Nordestland geplanten umfassenden Phosphoritabbau, dessen Durchführung eine ökologische Katastrophe und die forcierte Zuwanderung russischer Arbeitskräfte zur Folge gehabt hätte. Gegen industrielle Großprojekte erhob sich auch Widerstand in Lettland hinsichtlich des geplanten Baus eines weiteren Kraftwerks an der Düna (*Daugava*) sowie in Litauen gegen die Errichtung eines dritten Kernkraftwerks Ignalina.

Nach Manifestationen zu den Unabhängigkeitstagen und zum Gedenken an die Opfer des Stalinismus konstituierten sich in allen drei baltischen Republiken im Oktober 1988 sog. Volksfronten als nationalitätenübergreifende Sammlungsbewegungen, die Autonomie zunächst noch innerhalb einer erneuerten Sowjetunion verwirklichen wollten. Im Unterschied zu vergleichbaren "Runden Tischen" in anderen Ländern des Umbruchs bildeten die Volksfronten gut organisierte Massenbewegungen mit Verzahnungen bis in die Reihen der KP-Mitglieder hinein. Sie wirkten durch Massenkundgebungen wie die Sängerfeste oder die eindrucksvolle Menschenkette, mit der am 23.8.1989 rund eine Million Teilnehmer die Hauptstädte Reval, Riga und Wilna miteinander verbanden im gemeinsamen Protest gegen den 50 Jahre zuvor abgeschlossenen Hitler-Stalin-Pakt und dessen Folgen.

Der Oberste Sowjet in Reval beschloss am 16.11.1988 eine Souveränitätserklärung mit der Oberhoheit der Gesetze der Estnischen Sozialistischen Sowjetrepublik (ESSR) auf ihrem Territorium. Im Mai/Juli 1989 folgten Litauen und Lettland mit ähnlichen Deklarationen. Aus der Einsicht, dass eine Demokratisierung der Gesellschaft mit Moskau nicht zu erreichen sei, erstrebten die Volksfronten nun die volle staatliche Unabhängigkeit. Litauen erklärte am 11.3.1990 die Wiederherstellung der unabhängigen demokratischen Republik mit Berufung auf die Unabhängigkeitserklärung von 1918 und setzte die Verfassung von 1938 weitgehend wieder in Kraft. Das folgende Duell mit Moskau verlief über Machtdemonstrationen in Form von Panzeraufmärschen bis zu Repressionsmaßnahmen, vor allem einer schmerzhaften Wirtschaftsblockade.

Wie zu Beginn der Perestrojka übernahmen die baltischen Republiken auch in dieser Phase eine Vorreiterrolle für die demokratische Bewegung in der Sowjetunion. Im Schatten des Golfkrieges verschärfte sich die Situation, als Moskau durch gezielte Maßnahmen die Lage im Baltikum zu destabilisieren suchte. Das wurde verhindert durch den gewaltlosen Widerstand, durch die demokratischen Kräfte in Russland selbst sowie den energischen Protest in westlichen Ländern. Hilfreich war auch die Unterstützung des russischen Parlamentspräsidenten Boris Jelzin (1931–2007), der während des Armee-Einsatzes gegen die litauische Bevölkerung am 13.1.1991 auf einer Krisensitzung in Reval seinen baltischen Amtskollegen Beistand versprach.

Das Anknüpfen an die Zeit der Selbständigkeit, in Litauen auch an die einstige historische Bedeutung, erfolgte im Bewusstsein einer engen Zugehörigkeit zum westlichen Europa. Alle drei Völker bemühten sich in ihrem erneuten "nationalen Erwachen", diese jahrzehntelang verschütteten Wurzeln wieder freizulegen. Als während des Moskauer Putsches im August 1991 sowjetische Panzerkolonnen in Marsch gesetzt wurden und die Bürger im Baltikum die Barrikaden verstärkten, folgte das Parlament Estlands dem Beispiel Litauens und beschloss am 20. August die Unabhängigkeitserklärung. Am folgenden Tage setzte auch Lettland die Unabhängigkeit von der Sowjetunion offiziell in Kraft.

Die seit den 1990er Jahren demokratisch und marktwirtschaftlich orientierten baltischen Staaten sind sicherheitspolitisch seit dem 29.3.2004 als NATO-Mitglieder abgesichert. Diese Tatsache sowie vor allem der erhebliche Anteil russischsprachiger Einwohner in Estland und Lettland bildeten den Grund für Einmischungsversuche Russlands. Die Vollmitgliedschaft in der EU seit dem 1.5.2004 wird als "Rückkehr nach Europa" betrachtet und hat die baltischen Staaten wieder in Europa integriert.

4. Wirtschaft und Gesellschaft

Bevölkerung

Bevölkerungsentwicklung der baltischen Staaten (ohne Neuzuwanderung) im und nach dem Zweiten Weltkrieg[8]

	Estland	Lettland	Litauen
Bevölkerung Mitte Oktober 1939 (Litauen: mit Wilnagebiet, ohne Memelgebiet)	1.130.000	2.000.000	2.950.000
Abwanderung November 1939 bis Mai 1941 (inkl. der Deutschbalten)	-20.000	-70.000	-50.000
Sowjetische Deportationen und Exekutionen 1940/41	-15.000	-35.000	-35.000
Mobilisierung für die Sowjetarmee 1941 und 1944/45	-35.000	-20.000	-60.000
Flucht in die Sowjetunion 1941	-30.000	-40.000	-20.000
Exekutionen und Deportationen unter deutscher Herrschaft 1941–1944 (darunter etwa 250.000 Juden)	-10.000	-90.000	-200.000
Nach Deutschland verschleppte Zwangsarbeiter 1941–1944	-15.000	-35.000	-75.000
Als Soldaten auf deutscher Seite gefallen	-15.000	-40.000	-10.000
Sowjetische Exekutionen und Deportationen 1944/45	-30.000	-70.000	-50.000
Flucht in den Westen 1942–1945 (vor allem über Skandinavien)	-60.000	-100.000	-50.000
Rückkehr nach Deutschland verschleppter Zwangsarbeiter 1945	+5.000	+10.000	+20.000
Rückkehr aus Sowjetunion und Sowjetarmee 1944/45	+20.000	+20.000	+20.000
Abwanderung nach Polen	-	-	-150.000
Bevölkerungsentwicklung aufgrund von Gebietsgewinnen und -verlusten 1940–1945 (Estland und Lettland: Verlust von Gebietsstreifen an die Russische Sowjetrepublik; Litauen: Gewinn einiger weißrussischer Gebiete sowie des Memelgebietes)	-70.000	-50.000	+125.000
andere Verluste	-5.000	-80.000	-15.000
Bevölkerung Ende 1945	850.000	1.400.000	2.400.000
Sowjetische Deportationen 1946–1953	-80.000	-100.000	-260.000
Opfer des Partisanenkrieges	-15.000	-25.000	-50.000
Rückkehr aus der Sowjetunion oder der Sowjetarmee nach 1945	+100.000	+100.000	+40.000
Einwanderung von Russen, Weißrussen und Ukrainern	+230.000	+535.000	+160.000
Geburtenüberschuss	+70.000	+100.000	+350.000
Bevölkerung Anfang 1955	1.155.000	2.010.000	2.640.00

Wirtschaft

Litauen war kein Passland wie Alt-Livland, selbst die Memel zog den Handel nicht wie die Düna auf sich. Der Fernhandel erstreckte sich bis Grodno/Hrodna und Wilna und berührte die litauischen Landschaften nördlich der Memel kaum. Ohne ein größeres Flusssystem wurde die Düna zumindest für Flößerei genutzt, die Livländische Aa (*Gauja*) war als der Hauptfluss Südlivlands im Mittelalter bis nach Wolmar/Valmiera schiffbar. Der Wasserweg erreichte über den Peipussee (*Peipsi järv*), den Pleskauer See (*Pihkva järv*) und die Narowa (*Narva jõgi*) den Anschluss an Pleskau/Pskov und Narwa/Narva und damit den Landweg nach Novgorod.

Nach Durchführung der sozial und ökonomisch erfolgreichen Agrarreformen mussten alle drei baltischen Staaten die Folgen des Ersten Weltkrieges überwinden und die Landwirtschaft intensivieren. Im Kornanbau wurde Autarkie erreicht. Konsumgenossenschaften bauten Ladenketten auf, und Produktionsgenossenschaften gewannen an Bedeutung. Für notwendige Innovationen wurden Kreditgenossenschaften mit Staats- und Agrarbanken als Kapitalgebern gebildet. In Estland konnten dank der Kriegsentschädigung die Brennschiefervorkommen als Hauptreichtum des Landes erschlossen werden. Der Export des daraus gewonnenen Öls, Benzins und Asphalts brachte zunehmend ausländisches Kapital ins Land. 1929–1939 wurde die Ölherstellung um das 16-fache, die Rohstoffproduktion um das Dreifache gesteigert.

Die wichtigsten Außenhandelspartner der baltischen Staaten bildeten Deutschland und Großbritannien mit wachsender Exportabhängigkeit vom nationalsozialistischen Deutschland. Der innerbaltische Handel spielte eine untergeordnete Rolle, eine Zollunion kam nicht zustande. Die Lizenzvergabe aufgrund der Devisenbewirtschaftung führte Anfang der dreißiger Jahre zu einer Art Monopolisierung der Importe. Die unterstützenden und schützenden Maßnahmen machten deutlich, dass ein "Mittelweg zwischen kapitalistischer Privatwirtschaft und interventionistischer Staatswirtschaft immer stärker zugunsten der letzteren verlassen wurde".[9] Es gelang den baltischen Staaten, eine begrenzte, aber wachsende Verflechtung der Gesamtwirtschaft mit dem europäischen Markt zu erreichen, die aber nicht verschont blieb von der Belastung der Nachkriegsdepression der frühen 1920er Jahre, den Konjunkturschwankungen, der Weltwirtschaftskrise und dem von der Außenwirtschaftspolitik des Dritten Reiches ausgehenden Druck.

Religion

Beim Übertritt zum Christentum erhielt sich in Dorfgemeinschaften lange der alte Volksglaube. Die estnischen, lettischen und litauischen Bauern übernahmen zwar den Heiligenkult, passten ihn aber ihrer Volkstradition an. Heidnische Riten wurden auf Dorffriedhöfen beibehalten und alte Heiligtümer (Quellen, Haine, Bäume, die Schlange) weiterhin verehrt. Mit der Christianisierung begann aber ein Kulturtransfer in Form von neuen Technologien, Büchern und westeuropäischer Kunst, wobei Livland mehr von Deutschen beeinflusst wurde, Litauen von Polen und Russen. Eine wesentliche Rolle spielten dabei die Universitäten, die von Absolventen aus dem Baltikum besucht wurden. Livländer studierten vorwiegend in Leipzig und Rostock, Litauer seit Ende des 14. Jahrhunderts in Krakau/Kraków. Nach der Reformation wurden die Universitäten Wittenberg und Königsberg besucht, vereinzelt auch italienische. Im 15. Jahrhundert erfolgte eine beachtliche Zuwanderung von Geistlichen, Juristen, Ärzten, Künstlern und Architekten, die selbst bei kürzeren Aufenthalten einen Beitrag zur Verbreitung westeuropäischer Kultur leisteten.

Bildung

Wichtige kulturelle Zentren waren die Kirchen in Riga und Wilna sowie die von den Mönchsorden der Franziskaner und Dominikaner errichteten Klöster, von denen es zu Beginn der Reformation in Livland etwa 30 gab. Besonders in den Städten Riga, Reval, Dorpat sowie Wilna und Kaunas erblühte das kulturelle Leben, wobei seit dem 13. Jahrhundert die Domschulen eine wichtige Rolle spielten. Die höhere Bildung blieb allerdings auf die Oberschichten beschränkt, die neben der lateinischen in Livland vorwiegend die niederdeutsche, in Litauen die kirchenslawische (altweißrussische), seit Mitte des 16. Jahrhunderts auch die polnische Sprache gebrauchte. Die Gebildeten waren in Livland deutscher, in Litauen auch italienischer und polnischer Herkunft. Erst seit dem 16. Jahrhundert finden sich unter ihnen zunehmend Esten, Letten und Litauer.

Das Dorfmilieu der Bauern, in Litauen auch der kleinen Gutsbesitzer, behielt die Rolle als Traditionsträger von Kultur, Sprache und Bräuchen. Ihre bäuerliche Lebensweise war bestimmt von Sesshaftigkeit, Problemen bei der Übernahme des Christentums, von gesellschaftlichen Schranken zwischen Landbewohnern und Städtern, in Livland zusätzlich von ethnischen Gegensätzen. Bei stärkeren Einflüssen des Volksglaubens fanden städtische Kulturelemente nur langsam Eingang auf dem Lande, und die ethnische Eigenart der estnischen und lettischen Bevölkerung wurde hier ebenso bewahrt wie bei der litauischen Oberschicht.

Sprache/Literatur

In den ehemaligen Ordensländern Est-, Liv- und Kurland sowie im nördlichen Ostpreußen prägte das deutsche evangelisch-lutherische Schrifttum die entstehenden Schriftsprachen. Den Weg in die europäische Literatur fanden die estnische und lettische Literatursprache über das Deutsche, die litauische über das Polnische. Die zweisprachig aufgewachsenen Autoren des altlitauischen Schrifttums bedienten sich des Litauischen als Umgangssprache, des Polnischen oder Lateinischen als Schriftsprache. In seiner aus dem 13. Jahrhundert stammenden *Livländischen Chronik* beschrieb der Priester Heinrich von Lettland († um 1259) die Eroberung und Christianisierung der Liven, Esten und Letten aus Sicht der Rigaer Kirche. In der *Livländischen Reimchronik* dominiert die Sicht der herrschenden neuen Mächte. Litauische Chroniken behandeln die Gründung des litauischen Reiches und die Abstammungsproblematik, mit der die herrschenden Geschlechter vor Ansprüchen aus Moskau und Polen geschützt werden sollten. Insgesamt sind diese Werke sowohl beim Orden als auch bei den Litauern oft in stark propagandistischem und polemischem Stil verfasst. Erst die Ausweitung der Lese- und Schreibfähigkeit, die universitären Kenntnisse und die Verbreitung humanistischer Ideen bewirkten eine Lösung der Autoren von der obrigkeitlichen Sicht. Kritik an den örtlichen Zuständen enthalten litauische Traktate nach 1520 sowie besonders die *Chronica der Provinz Lyfflandt* (1578) von Balthasar Russow (1536–1600).

Architektur

Das erste aus Stein errichtete Gebäude in Livland war die nach 1180 begonnene romanische Festungskirche von Uexküll/Ikšķile. Die frühesten erhaltenen Kunstgegenstände sind in Estland die im 13. Jahrhundert vollendeten Kalksteinplastiken der Kirche zu Wolde/Waljal auf der Insel Ösel (*Saaremaa*). Aus dem 14. Jahrhundert stammen die Terrakottafiguren der Johanniskirche (*Jaani kirik*) zu Dorpat, von denen heute noch insgesamt über 425 Kopfdarstellungen, Sitzskulpturen und Flachreliefs erhalten sind. Als Stücke individueller Prägung zählen sie zu den bedeutendsten Zeugnissen mittelalterlicher Bildhauer- und Terrakottakunst. Der größte Sakralbau Alt-Livlands war der Dorpater Dom mit seinem Ende des 14. Jahrhunderts angebauten Umgangschor. Die Nikolai- und die Olaikirche in Reval besaßen

als *Ecclesiae mercatoriae* (Kaufmannskirchen) kurze und breite Langhäuser und in der Urform einen massiven, festungsartigen Westturm nach westfälischem Vorbild.

Im 13. und 14. Jahrhundert wurden in Livland über 150 Steinburgen errichtet, in Litauen bis Ende des 16. Jahrhunderts etwa 20. In den livländischen Städten dominierte Steinarchitektur, in den litauischen bis zum 15. Jahrhundert die Holzbauweise. Die prächtigsten städtischen Bauten waren neben den Kirchen die Rat- und Gildenhäuser sowie die mit zahlreichen Wehrtürmen versehenen Stadtmauern von Riga und Reval. Einflüsse örtlicher Bautraditionen sind bereits früh in der Architektur der Herrenhäuser festzustellen, die sich bis Mitte des 18. Jahrhunderts von Bauernhäusern generell nur durch ihre Ausmaße unterschieden.

Zu den hochwertigen Kunstschätzen Revals gehören die im 15. Jahrhundert geschnitzten Gestühlwangen im Rathaus sowie die 1478–1482 entstandenen gemalten Flügel des von dem Lübecker Hermen Rode (1485–1504) geschaffenen Altars in der Nikolaikirche. Dessen Zeitgenosse Bernt Notke (1440–1517) schuf 1463 seinen *Totentanz*, von dem heute die ersten 13 Figuren dort erhalten sind. Der bedeutendste mittelalterliche Künstler Estlands war der Porträtist Michel Sittow (1469–1525/26), der nach Lebensstationen in West- und Nordeuropa 1518 in seine Heimatstadt Reval zurückkehrte. Während des reformatorischen Bildersturmes wurden 1524 viele sakrale Kunstwerke vor allem in Reval, Dorpat und Pernau/Pärnu zerstört.

Universitäten

Die 1632 von Gustav Adolf (1594–1632) begründete Universität Dorpat bildete nach ihrer Wiederbegründung im 19. Jahrhundert einen Kristallisationspunkt baltisch-deutscher Kulturbeziehungen. Als "deutsche" Hochschule konnte sie in eigenverantwortlicher Leitung in universitärer Autonomie eine ausgeprägte Vermittler-Rolle wahrnehmen. Die staatliche statt der zunächst vorgesehenen ritterschaftlichen Leitung wirkte sich in den liberalen 1860er Jahren positiv aus, negativ dagegen im massiven Eingriff ab 1890, als sie vollends russifiziert wurde. In ihrer Blütezeit erbrachten Naturwissenschaften, Medizin, Theologie und Rechtsgeschichte weit nach Russland ausstrahlende Leistungen. Zu den bedeutendsten Forschern gehörten der spätere Admiral Ferdinand von Wrangell (1796–1870), der Astronom Wilhelm Struve (1793–1864) sowie der Biologe und Entdecker der Eizelle Karl Ernst von Baer (1792–1876). Die Universität Dorpat wurde ebenso wie das 1862 auf Initiative Rigaer Kaufleute errichtete Polytechnikum mit dem späteren Begründer der sowjetischen Raumfahrt Friedrich Zander (1887–1933) und dem Chemiker und späteren Nobelpreisträger Wilhelm Ostwald (1853–1932) durch engen Berufungsaustausch mit deutschen Universitäten zu einer bedeutenden Brücke des Wissenstransfers zwischen Ost und West.

Die 1579 aus einem Jesuitenkolleg entstandene Universität Wilna entwickelte sich zum Zentrum wissenschaftlicher und pädagogischer Arbeit in Litauen. Im 18. Jahrhundert lehrte hier u. a. der Botaniker und Revolutionär Georg Forster (1754–1794), Ernst Gottfried Groddeck (1762–1825) verfasste das erste Handbuch für griechische Literatur in Europa und zählte zu seinen Schülern den polnischen Nationaldichter Adam Mickiewicz (1798–1855) und den Historiker Ignacy Lelewel (1786–1861). Aufgrund der polnischen Besetzung kam es 1922 zur Gründung der litauischen Universität Kaunas, wo der Schriftsteller Vincas Kreve-Mickevičius (1882–1954) als Sozialwissenschaftler lehrte.

Literatur

Alle drei baltischen Länder entwickelten eine im europäischen Vergleich herausragende Buchproduktion, in der die epische Literatur ebenso wie die Lyrik einen festen Platz einnahm. Zu den bedeutendsten, in wechselseitigem kulturellem Austausch stehenden Autoren

aller Ethnien gehören in Estland Anton Hansen Tammsaare (1878–1940), Jaan Kross (1920–2007) und Viivi Luik (* 1946), in Lettland Rūdolfs Blaumanis (1862–1908), Rainis (Jānis Pliekšāns, 1865–1929) und Zenta Maurina (1897–1978), in Litauen Kristijonas Donelaitis (1714–1780), Maironis (Jonas Mačiulis, 1862–1932) und Ieva Simonaitytė (1897–1978) sowie die jüdischen Schriftsteller Mathias Straschun (1817–1885), Selig Schachnowitz (1874–1952), Abraham Sutzkever (1913–2010) und Grigori Kanowitsch (* 1929), die Russin Irina Saburowa (1907–1979) oder die Deutschbalten Theodor Hermann Pantenius (1843–1915), Werner Bergengruen (1893–1964), Gertrud von den Brincken (1892–1982) und Siegfried von Vegesack (1881–1974).

5. Diskurse/Kontroversen

In der Historiographie gab es im 20. Jahrhundert eine intensive Debatte über die Bewertung der baltischen Geschichte des 19. Jahrhunderts. Von sowjetlettischer Seite wurde mit den bald schulbildenden Begriffen "Kulturträgertum" und "Apologetentum" die deutschbaltische Dominanz gebrandmarkt; der deutschbaltische Adel habe sich gemeinsam mit dem russischen in einer "oligarchischen Opposition" zu Neuerungen befunden, die führende Schicht habe vor allem Angst vor sozialökonomischen Veränderungen gehabt. Gegen die These von der Interessenidentität des baltischen Adels mit der russischen Selbstherrschaft erklärte Reinhard Wittram die Stellung der Deutschen in den Ostseeprovinzen mehr aus ihrer numerischen Schwäche.[10] Diese teils massive Konfrontation ist durch neuere Arbeiten zu Russifizierung und Reformpolitik überwunden, denn es wurde deutlich, dass es neben der einst von Carl Schirren (1826–1910) geprägten Formel des "Ausharrens" und "Festhaltens" auch immer Widerspruch und sogar Opposition innerhalb der Deutschbalten gegeben hat. In Auseinandersetzung auch mit der neueren estnischen agrarhistorischen Forschung[11] kristallisiert sich heraus, dass weder "Fürsorge" allein noch etwa planmäßige "Unterdrückung" einen tragfähigen Interpretationsrahmen für die ritterschaftliche Politik mehr bieten.[12]

In der historischen Forschung werden die damaligen Bemühungen, nichtrussische Ethnien des Zarenreiches in den verschiedensten Bereichen den Russen anzugleichen, inzwischen differenzierter bewertet. Denn entgegen der vor allem von deutschbaltischen Historikern vertretenen Auffassung einer durchgängigen Russifizierungspolitik gab es weder ein in sich geschlossenes einheitliches Russifizierungskonzept noch verlief die Russifizierungspolitik geradlinig und kontinuierlich. Die ethnische Integrationspolitik kann auch als Bestandteil einer notwendigen Modernisierung des Gesamtstaates betrachtet werden.[13]

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Céline Bayou, Matthieu Chillaud (Hg.): Les États baltes en transition. Le retour à l'Europe. Bruxelles u. a. 2012 (Géopolitique et résolution des conflits 13).
- Michael Garleff: Die baltischen Länder. Estland, Lettland, Litauen vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Regensburg 2001 (Ost- und Südosteuropa, Geschichte der Länder und Völker).
- Anders Henriksson: Vassals and Citizens. The Baltic Germans in Constitutional Russia, 1905–1914. Marburg 2009 (Materialien und Studien zur Ostmitteleuropa-Forschung 21).
- John Hiden, Patrick Salmon: The Baltic Nations and Europe. Estonia, Latvia and Lithuania in the Twentieth Century. London, New York 1991.
- Tālavs Jundzis (Hg.): The Baltic States at Historical Crossroads. Political, economic and legal problems and opportunities in the context of international cooperation at the beginning of the 21st century. 2., durchges. und erw. Auflage Riga 2001.

- Andres Kasekamp: A History of the Baltic States. Houndmills, Basingstoke, Hampshire 2010 (Palgrave Essential Histories).
- Zigmantas Kiaupa, Ain Mäesalu, Ago Pajur, Gvido Straube: The History of the Baltic Countries. 3., durchges. Auflage Tallinn 2002.
- Boris Meissner (Hg.): Die baltischen Nationen. Estland, Lettland, Litauen. 2., erw. Auflage Köln 1991 (Nationalitäten- und Regionalprobleme in Osteuropa 4).
- Olaf Mertelsmann (Hg.): The Sovietization of the Baltic States, 1940–1956. Tartu 2003.
- Romuald J. Misiunas, Rein Taagepera: The Baltic States: Years of Dependence 1940–1990. Berkeley 1993.
- Gert von Pistohlkors (Hg.): Baltische Länder. Berlin 1994 (Deutsche Geschichte im Osten Europas).
- Wilfried Schlau (Hg.): Tausend Jahre Nachbarschaft. Die Völker des baltischen Raumes und die Deutschen. München 1995.
- Graham Smith (Hg.): The Baltic States. The national self-determination of Estonia, Latvia and Lithuania. Basingstoke, Hampshire u. a. 1996.
- Ralph Tuchtenhagen: Geschichte der baltischen Länder. München 2005 (C. H. Beck Wissen 2355).

Bibliographien und Periodika

- Baltische Bibliographie (1953–1993 jährlich in der *Zeitschrift für Ostforschung*, danach als Einzelbände: Paul Kaegbein [Bearb.]: Baltische Bibliographie. Schrifttum über Estland, Lettland, Litauen 1994. Mit Nachträgen [Bibliographien zur Geschichte und Landekunde Ostmitteleuropas, Nr. 16]. Marburg 1995; Baltische Bibliographie 1995 [Nr. 19] Marburg 1996; Baltische Bibliographie 1996 [Nr. 21] Marburg 1997; Baltische Bibliographie 1997 [Nr. 22] Marburg 1998; Baltische Bibliographie 1998 [Nr. 24] Marburg 2000; Baltische Bibliographie 1999 [Nr. 28] Marburg 2002; Baltische Bibliographie 2000 [Nr. 35] Marburg 2005).
- Baltische Hefte. Vierteljahresschrift für Gegenwartsfragen, Kultur und Wissenschaft des Baltikums, Hannover-Döhren (1 [1954]–21 [1975/1977]).
- Baltische Rundschau, Wilna (1994ff.)
- Commentationes Balticae. Jahrbuch des Baltischen Forschungsinstituts, Bonn (1953-1964/1966).
- Forschungen zur Baltischen Geschichte, Tartu (2006ff.)
- Jahrbuch des baltischen Deutschtums, Lüneburg (Bd. 1 [1954] 1953ff.)
- Journal of Baltic Studies, USA (1970ff.)
- Latvijas vēstures institūta žurnāls [Zeitschrift des Instituts für Geschichte Lettlands], Rīga (1936–1940, 1991ff.)
- Nordost-Archiv N. F., Lüneburg (1992ff.)
- Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung, Marburg (1994ff. [1952–1994: *Zeitschrift für Ostforschung*]).
- Renate Wittram-Hoffmann: Baltische Monatsschrift (Baltische Monatshefte). Register 1859–1939. Marburg/L. 1973 (Wissenschaftliche Beiträge zur Geschichte und Landeskunde Ost-Mitteleuropas 92).

Weblinks

- http://www.bbl-digital.de/ (Baltisches Biographisches Lexikon digital [BBLd]. Digitalisierungsprojekt der Baltischen Historischen Kommission)

- http://www.balt-hiko.de/online-publikationen/baltisches-rechtsw%C3%B6rterbuch/ (Hermann Blaese † [Bearb.], Otto-Heinrich Elias, Alfred Schönfeldt [Red.]: Baltisches Rechtswörterbuch 1710–1940. Online-Publikation der Baltischen Historischen Kommission)
- http://www.academiabaltica.de/ (Academia Baltica, Lübeck)
- http://www.carl-schirren-gesellschaft.de/ (Carl-Schirren-Gesellschaft e. V., Lüneburg)
- http://www.dbgg.de/ (Deutsch-Baltische Genealogische Gesellschaft e. V.)
- http://www.deutsch-balten.de/ (Deutsch-Baltische Gesellschaft e. V.)

Anmerkungen

[1] Harald Standl: Das Baltikum - ein kleiner landeskundlicher Überblick. In: Ost-West. Europäische Perspektiven 7 (2006), H. 1, S. 3-8, Tab. S. 7.

[2] Carsten Goehrke: Das Baltikum an einer Schnittstelle europäischer Geschichte: ein Rückblick. In: Carsten Goehrke, Jürgen v. Ungern-Sternberg (Hg.): Die baltischen Staaten im Schnittpunkt der Entwicklungen. Vergangenheit und Gegenwart. Basel 2002 (Texte und Studien 4), S. 179-193, hier S. 181.

[3] Garlieb Merkel: Die Letten vorzüglich in Liefland am Ende des philosophischen Jahrhunderts. Nach der Ausgabe Leipzig 1796 hg. von Thomas Taterka. Wedemark 1998 (Beiträge zur baltischen Geschichte 17).

[4] Reinhard Wittram: Baltische Geschichte. Die Ostseelande Livland, Estland, Kurland 1180–1918. Grundzüge und Durchblicke. Darmstadt 1973, S. 133.

[5] Georg v. Rauch: Geschichte der baltischen Staaten. München 1990, S. 27.

[6] Hans Rothfels: Das Baltikum als Problem internationaler Politik. In: Hans Rothfels: Zeitgeschichtliche Betrachtungen. 2., durchges. Auflage Göttingen 1963, S. 217-235, hier S. 223; Cornelius Hasselblatt: Minderheitenpolitik in Estland. Rechtsentwicklung und Rechtswirklichkeit 1918–1995. Hamburg 1996 (Bibliotheca Baltica), S. 58; Rauch: Geschichte (wie Anm. 5), S. 138.

[7] Boris Meissner: Die Sowjetunion, die baltischen Staaten und das Völkerrecht. Köln 1956.

[8] Quelle: Helmut Meyer: Geschichte der baltischen Länder. In: Geschichte 1989, H. 3, S. 37.

[9] Gert von Pistohlkors: Estland, Lettland, Litauen 1920–1940. In: Handbuch der Europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Bd. 6. Stuttgart 1987, S. 729-768, hier S. 762.

[10] Reinhard Wittram: Methodologische und geschichtstheoretische Überlegungen zu Problemen der baltischen Geschichtsforschung. In: Zeitschrift für Ostforschung 20 (1971), S. 601-640.

[11] Juhan Kahk: Bauer und Baron im Baltikum. Versuch einer historisch-phänomenologischen Studie zum Thema "Gutsherrschaft in den Ostseeprovinzen". Tallinn 1999.

[12] Gert v. Pistohlkors: Die Stellung der Deutschen in der Geschichte der Esten, Letten und Litauer. In: Nordost-Archiv N.F. 1 (1992), S. 89-122, hier S. 116.

[13] Vgl. den Literaturbericht von Gert v. Pistohlkors: "Russifizierung" in den Baltischen Provinzen und in Finnland im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert. In: Zeitschrift für Ostforschung 33 (1984), S. 592-606; jüngst Gert v. Pistohlkors: Die Ostseeprovinzen als "westliches Randgebiet" des Russischen Reiches. Zur Erinnerung an den amerikanischen Historiker Edward Carl Thaden (1928–2008). In: Jahrbuch des baltischen Deutschtums 60: 2013 (2012), S. 226-244.

Zitation

Michael Garleff: Baltikum. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2013. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54111.html (Stand 02.05.2013).

Banat (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Banater Bergland (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Baškirien (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Batschka (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Bessarabien

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Bessarabien

Anderssprachige Bezeichnungen

rum. Basarabia, ukr. und russ. Bessarabija

Etymologie

Die Landschaft am Nordwestufer des Schwarzen Meeres, zwischen den Flüssen Dnister (auch Dnjestr; rum. *Nistru*), Pruth (rum. *Prut*) und Donau (rum. *Dunărea*) gelegen, trug erst infolge des Bukarester Friedensvertrages von 1812 offiziell den Namen „Bessarabien“. Als selbstständige Gebietsbezeichnung erschien „Bessarabien“ erstmals in den russisch-türkischen Friedensverträgen des ausgehenden 18. Jahrhunderts neben „Moldau“ und „Walachei“. Damit kennzeichnete man Südbessarabien, das die Rumänen „Tataria“ oder „Bugeac“ (Budschak, tatar. Winkel/Dreieck) nannten. Der Name erinnerte an das walachische Fürstengeschlecht Basarab, dessen Gebiet zeitweise auch die Region jenseits des Pruths und nördlich der Donaumündung umfasste.

2. Geographie

Lage

Das Gebiet Bessarabiens umfasste eine Fläche von ca. 45.000 km²; seine Nord-Süd-Ausdehnung betrug ca. 200 km, seine Ost-West-Ausdehnung im Uferbereich des Schwarzen Meeres ebenfalls ca. 200 km, dagegen hatte es im Norden eine Breite von nur ca. 22 km. Im Nordwesten reichte Bessarabien bis an die historischen Landschaften Bukowina (auch Buchenland; rum. *Bucovina*, ukr. *Bukovyna*) und Galizien (poln. *Galicja*, ukr. *Galyčyna*), im Nordosten an Podolien (rum. *Podolia*, ukr. *Podillja*) heran. Im Süden grenzte die Donau mit ihren Mündungsarmen Bessarabien zur Dobrudscha (rum. *Dobrogea*, bulg. *Dobrudža*) hin ab. Die bessarabische Schwarzmeerküste erstreckte sich von der Donaumündung bis zum Dnister-Liman, der Mündungslagune des Dnister.

Topographie

Das Landschaftsbild Südbessarabiens ist – bis auf einen etwa 45 km breiten, völlig ebenen Streifen entlang der Schwarzmeerküste – hügelig-wellig und durch Steppen charakterisiert. Den nördlichen Teil Bessarabiens kennzeichnen die Ausläufer der Karpaten.

Historische Geographie

Seit dem 14. Jahrhundert gehörte das Gebiet Bessarabiens zum Fürstentum Moldau und stand damit ab dem 16. Jahrhundert unter osmanischem Einfluss. Der südliche Teil, die Budschak-Region, wurde 1484 dem Osmanischen Reich angegliedert. Ab 1812 bis zum Zusammenbruch des Russischen Reiches bildete die Region zwischen den Flüssen Pruth und Dnister das westlichste und kleinste Gouvernement Neu-Russlands mit der Hauptstadt Kischinau/Chişinău und erhielt den Namen „Bessarabien“. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs ist die staatliche Zugehörigkeit Bessarabiens insbesondere zwischen dem Fürstentum und späterem Königreich Rumänien auf der einen und dem Russischen Reich beziehungsweise der Sowjetunion auf der anderen Seite umkämpft (s. Abschnitt „Geschichte und Kultur“). 1917 wurde mit der Demokratischen Republik Moldau erstmals ein eigenständiger Staat auf dem Gebiet Bessarabiens gegründet, der allerdings bereits 1918 wieder in den rumänischen Staat integriert wurde. 1940/41 und dann erneut ab dem Sommer 1944 wurde in Nord- und Mittelbessarabien (inklusive der östlich des Dnister gelegenen Gebiete der heutigen Region Transnistrien) die Moldauische Sozialistische Sowjetrepublik (Moldavskaja Sovetskaja Socialističeskaja Respublika; MSSR) gegründet, Südbessarabien gehörte der Ukrainischen Sowjetrepublik an. Gegenwärtig ist Südbessarabien Teil der Republik Ukraine, während Nord- und Mittelbessarabien sowie Transnistrien die Republik Moldau bilden.

3. Geschichte und Kultur

Vor- und Frühgeschichte

Bessarabien war schon im Altertum Durchzugsgebiet verschiedener Völker, beispielsweise der Griechen, der Skythen, der Sarmaten, der Römer, der Thraker, der Goten, der Hunnen und der Slawen, die Spuren ihrer jeweiligen Kultur hinterließen. Exemplarisch deutlich wird dies an den verschiedenen historischen Benennungen der heute ukrainischen Stadt Bilhorod-Dnistrousjkyj/Bilhorod-Dnistrovs’kyj (türk. *Akkerman*, rum. *Cetatea Albă*), die um 600 v. Chr. am Westufer des Dnister-Limans als griechische Stadt *Tyras* gegründet, von den Römern *Alba Julia* und von slawischen Stämmen zur Zeit der Völkerwanderung *Belgorod* („weiße Stadt“) genannt wurde. Griechen und Skythen waren in vorchristlicher Zeit durch enge wirtschaftliche und kulturelle Kontakte verbunden. Die Grabhügel der Skythen im südlichen Bessarabien, die sogenannten *Kurgane*, zeugen von der großen Kultur dieses Volkes.

Ukrainische Ausgrabungen haben über 20 größere und kleinere Grabhügel nachgewiesen. Von der Ausdehnung des Römischen Reiches im Nordosten künden die beiden Trajanswälle in Südbessarabien.

Neuzeit

Ab dem späten 15. beziehungsweise 16. Jahrhundert stand das Fürstentum Moldau, zu dem die Region Bessarabien gehörte, ebenso wie das Fürstentum Walachei unter osmanischer Suzeränität. Zar Alexander I. (1801-1825) gelang es im Russisch-Türkischen Krieg 1806-1812 Bessarabien zu erobern. Mit dem Frieden von Bukarest am 16./28. Mai 1812 musste das Osmanische Reich das ostmoldauische Gebiet jenseits des Pruths an das Russische Reich abtreten.

Nach der Niederlage im Krimkrieg 1853-1856 verlor Russland den südwestlichen Teil Bessarabiens an das Fürstentum Moldau. Es erhielt das Ismailer und das Kaguler Gebiet erst auf dem Berliner Kongress 1878 zurück, trotz heftiger Proteste seitens des seit 1859 aus den beiden Fürstentümern Moldau und Walachei entstandenen Fürstentums Rumänien. Bessarabien blieb danach bis 1917 in den Grenzen von 1812 ein Teil des Russischen Reiches.

20. Jahrhundert

Infolge des Zerfalls des Russischen Reiches im Revolutionsjahr 1917 war Bessarabien für kurze Zeit politisch selbstständig. Im April gründeten rumänische Intellektuelle die Nationale Moldauische Partei (Partidul Naţional Moldovenesc), die die Einheit aller Rumänen propagierte und das politische Geschick Bessarabiens entscheidend mitbestimmen sollte. Sie setzte die Bildung eines Landesrates (Sfatul Ţării) durch, der rumänisch dominiert – 70 % delegierte Rumänen und 30 % Nichtrumänen – war. Bei seiner ersten Sitzung am 4. Dezember kam es bereits zu Spannungen zwischen den ethnischen Vertretern. Der Landesrat proklamierte am 15. Dezember 1917 die Autonomie Bessarabiens als Moldauische Demokratische Republik im Rahmen der Russischen Sowjetrepublik. Eine Regierung wurde ernannt, allgemeines Wahlrecht, garantierte Minderheitenrechte und die Landreform – einschließlich des Verbots der Kolonisierung Bessarabiens – angekündigt.

In dieser Zeit begann die Auflösung der Ostfront, und russische Truppenteile überschwemmten das angrenzende Bessarabien, was nahezu anarchische Zustände hervorrief. Am 4. Januar 1918 beriet der unterbesetzte Landesrat, ob man um rumänische Militärhilfe bitten sollte, da er um seine innenpolitische Macht bangte. Am 20. Januar 1918 trafen sich einige Mitglieder des Landesrats unter konspirativen Bedingungen und beschlossen, rumänische Einheiten anzufordern. Aus Furcht vor revolutionären Übergriffen hatte die rumänische Regierung aber bereits am 12. Januar 1918 die Intervention in Bessarabien geplant, und am 20. Januar 1918 setzten sich die Truppen in Bewegung. Bessarabien befand sich unter Kriegsrecht, und die Gegner der rumänischen Okkupation wurden mundtot gemacht.

Am 6. Februar 1918 erklärte eine Mehrheit im Landesrat die Unabhängigkeit von Russland. In einem geheimen Zusatzprotokoll des vorläufigen Friedensvertrags von Buftea hatten die Mittelmächte Rumänien freie Hand in Bessarabien gelassen. Für die rumänische Regierung war der Anschluss Bessarabiens beschlossene Sache. Letztlich stimmte auch der Landesrat in seiner Sitzung am 9. April 1918 in Anwesenheit hochrangiger rumänischer Regierungsvertreter der bedingten, dann am 10. Dezember 1918 der bedingungslosen Angliederung an Rumänien zu.

Mit Kriegsende und den Pariser Friedensverträgen konnte das Königreich Rumänien sein Territorium und die Bevölkerungszahl verdoppeln. Die Angliederungen Siebenbürgens, der

Bukowina, Bessarabiens sowie von Teilen des Banats (ung. *Bánság*), die vor dem Ersten Weltkrieg zur Doppelmonarchie Österreich-Ungarn oder zu Russland gehört hatten, verwandelten das werdende Großrumänien in einen multiethnischen Staat mit etwa 30 % nichtrumänischen Einwohnern.

Im Süden des Kreises Akkerman kam es 1924 zu einem Aufstand in Tatar Bunar/Tatarbunary, in dem sich politische, soziale und ethnische Probleme überlagerten. Der rumänischen nationalliberalen Regierung lieferte der Aufstand die Legitimation, um schließlich die Kommunistische Partei zu verbieten und politische „Säuberungsaktionen" durchzuführen. Unter den verfolgten Linken befanden sich viele Juden und Slawen. Die Kommunisten hatten einen Volksentscheid für Bessarabien und die Bukowina über die territoriale Zugehörigkeit der Regionen gefordert. Um die Ansprüche auf Bessarabien aufrechtzuerhalten, errichtete die Sowjetunion als Antwort auf die Niederschlagung des Aufstands bei Tatar Bunar im Oktober 1924 die Autonome Moldauische Sozialistische Sowjetrepublik, die in dem schmalen Gebietsstreifen östlich des Dnisters mit der Hauptstadt Tiraspol, später Balta, entstand. Zehn Jahre später nahm die Sowjetunion zwar diplomatische Beziehungen zu Rumänien auf, aber die Bessarabienfrage blieb ausgeklammert. Die bedrohte Grenzlage brachte es mit sich, dass Bessarabien bis auf die Regierungszeiten der Nationalen Bauernpartei 1928-1933 unter Kriegsrecht stand, was starke Beeinträchtigungen für die Zivilgesellschaft bedeutete (Zeitungszensur, Einschränkung der Versammlungsfreiheit etc.).

Kurz vor Beginn des Zweiten Weltkriegs schlossen das Deutsche Reich und die Sowjetunion einen Nichtangriffspakt, der in seinem „Geheimen Zusatzprotokoll" die vorläufige Aufteilung der Interessensphären beider Länder beinhaltete und unter anderem Bessarabien dem Machtbereich der Sowjetunion überließ. Im Juni 1940 informierte der sowjetische Außenminister Wjatscheslaw Michailowitsch Molotow (1890-1986) den deutschen Gesandten in Moskau/Moskva, dass die „Bessarabische Frage" keinen Aufschub mehr dulde, und stellte der rumänischen Regierung das Ultimatum, Bessarabien und die Nordbukowina an die Sowjetunion abzutreten beziehungsweise binnen dreier Tage zu räumen. Bereits am 28. Juni 1940, vor Ablauf der Frist, besetzten sowjetische Truppen die Bukowina. Rumänisches Militär und zivile Angestellte verließen diese Gebiete oft überstürzt und panikartig, da wenig Zeit für einen geordneten Rückzug blieb.

Vom 2. August 1940 bis Juni 1941 bildete Bessarabien mit der Autonomen Moldauischen Sozialistischen Sowjetrepublik die eigenständige Moldauische Sozialistische Sowjetrepublik (MSSR). Während der sowjetischen Herrschaft zwischen Juni 1940 und Juni 1941 wurden viele Rumänen als „Klassenfeinde" in Lager deportiert.

Nachdem die Rote Armee Bessarabien im Juni 1940 eingenommen hatte, wurde die Umsiedlung sämtlicher Angehöriger der deutschen Minderheit ins Deutsche Reich vereinbart. Die Volksdeutsche Mittelstelle führte die Umsiedlung der 93.342 Deutschen aus Bessarabien durch. Die Umsiedler wurden absichtlich nicht gemeinsam angesiedelt, da sie im „deutschen Volkskörper" aufgehen sollten.

Im Juni 1941 eroberte die rumänische Armee als Bündnispartner des Deutschen Reichs Bessarabien zurück. Sie verübte unterstützt von der deutschen Einsatzgruppe D einen Massenmord an der jüdischen Bevölkerung. Von einer Viertelmillion Juden aus der Vorkriegszeit waren nur noch 56.000 am Leben, als die vom rumänischen Diktator Ion Antonescu (1882-1946) bereits am 21. Juni 1941 verfügte Deportation aller Juden Bessarabiens und der Bukowina in das rumänische Besatzungsgebiet Transnistrien zwischen Dnister und südlichem Bug verwirklicht wurde. In Transnistrien starb die Hälfte der Juden aus Bessarabien durch Hunger und Mangelkrankheiten.

Drei Jahre blieb das Gebiet unter rumänischer Verwaltung, bis die Sowjetarmee Bessarabien 1944 erneut besetzte (s. dazu den Beitrag „Republik Moldau“).

Politische Geschichte der Bessarabiendeutschen

Nach der Februarrevolution 1917, als sich die Deutschen in Russland als Gesamtheit organisieren durften, konnte sich auch unter den Deutschen Bessarabiens ein eigenständiges politisches Leben entwickeln. Aus dieser Arbeit ging nach dem Ersten Weltkrieg der Deutsche Volksrat für Bessarabien hervor. In den rumänischen Parlamenten waren die Bessarabiendeutschen anfangs durch mehrere Personen in unterschiedlichen Parteien vertreten. Als sie dann der Deutschen Parlamentspartei und deren Wahlkartellen mit der jeweiligen Regierungspartei folgten, sprang für die Bessarabiendeutschen stets nur ein Listenplatz heraus. Diesen nahm ab 1926 bis zum Ende der parlamentarischen Zeit 1937 der evangelische Oberpastor Daniel Haase (1877-1939) ein, der ab 1926 eine ganze Reihe Führungsämter in seiner Person vereinte.

Da bereits 1921 ein Deutscher in Tatar Bunar von Slawen ermordet worden war, kämpften 1924 deutsche Kolonisten gemeinsam mit rumänischen Soldaten gegen die Aufständischen, deren Anführer aus Sowjetrussland stammten. Die Regierung der Nationalliberalen Partei versprach danach, den Einsatz der Deutschen durch Zugeständnisse im Schulbereich zu honorieren. Doch Haase erlangte keine ausreichende Unterstützung für die deutschen Volksschulen. Die zwischen 1928 und 1933 regierende Nationale Bauernpartei kündigte zwar an, die Subventionen zu zahlen, zu denen sich der rumänische Staat im Minderheitenschutzvertrag 1919 verpflichtet hatte. Doch durch die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise konnten ihre Regierungen seit 1930 nicht einmal die Gehälter der rumänischen Beamten voll ausbezahlen. Die seit 1934 regierenden Nationalliberalen förderten wieder vor allem rumänische Schulen. Einige Deutsche erhofften sich einen sozialen Aufstieg durch die Ausbildung an der evangelischen Lehrerbildungsanstalt in Sarata. Doch die Absolventen wurden von den staatlichen Volksschulen selten eingestellt. So entstand an dieser Anstalt ab Dezember 1933 ein Kreis, der seine Hoffnung auf Unterstützung aus dem Deutschen Reich setzte. Er nannte sich „Bessarabische Deutsche Erneuerungsbewegung Volksdienst“, analog zur bereits in Bessarabien verbreiteten „Nationalsozialistischen Selbsthilfebewegung der Deutschen in Rumänien“ (NSDR). Der bessarabische Zweig der Nationalsozialistischen Selbsthilfebewegung mit seinem Gauleiter, dem Lehrer an der Wernerschule (siehe unten) Johannes Wagner (1891-1967), verstand den „Volksdienst“ zunächst nur als Konkurrenz und weigerte sich, gemeinsam mit diesem gegen Haases „Ämterhäufung“ vorzugehen. Aus Sicht des „Volksdienstes“ stand einem Zusammengehen mit der „Selbsthilfe“ nichts im Wege, außer dem verweigerten Einsatz für Haases politische Demission.

Die Landesführung der NSDR in Hermannstadt/Sibiu, seit Dezember 1933 „Nationale Erneuerungsbewegung der Deutschen in Rumänien“ (NEDR), ordnete schließlich ein Zusammengehen mit dem „Volksdienst“ an, offenbar auch in der Hoffnung, dadurch der NS-Bewegung in Bessarabien mehr Mitglieder zuzuführen. Die Rechnung ging auf. Der „Volksdienst“ löste sich auf, und fast sämtliche Mitglieder traten in die NEDR ein, was eine Sogwirkung auf weitere potentielle Mitglieder aus der Lehrerschaft ausübte.

Im Verein mit der NEDR wurde Haase im Februar 1934 zur vorzeitigen Niederlegung des Volksratsvorsitzes gezwungen. Die anschließenden Neuwahlen in die volkspolitischen Körperschaften führten zu einem Wahlsieg der NEDR. Weil Wagner auf staatlichen Druck das Amt als Gauleiter niederlegen musste, wollte er weiterhin Lehrer an der Wernerschule bleiben, bestimmte Fritz Fabritius (1883-1957) auf Anraten des Tarutinoer Rechtsanwalts Artur Fink den Leiter des Wirtschaftsverbandes Otto Broneske (1899-1989) zu dessen Nachfolger.

Das neue „Volksprogramm“ war bis in Einzelheiten dem siebenbürgisch-sächsischen vom 1. Oktober 1933 entlehnt. Auch nach Auflösung der NEDR im Juni 1934 arbeiteten die neu zusammengesetzten Volksräte, ab Herbst 1935 Gauräte, weiter.

Eine starke Konkurrenz erwuchs dem neuen Gaurat nicht in der radikal-nationalsozialistischen DVR (Deutsche Volkspartei in Rumänien), die sich in Bessarabien unter der Führung von Rechtsanwalt Artur Fink ab Januar 1936 formierte, sondern durch die rechtsradikale Cuzapartei und nach Auflösung derselben 1935 durch die Fusion mit Octavian Gogas (1881-1938) Agrarpartei *(Partidul Naţional-Agrar)* durch die National-Christliche Partei *(Partidul Naţional-Creştin).* Die antisemitische und Minderheiten gegenüber feindlich eingestellte Liga zu Christlich-Nationaler Verteidigung (*Liga Apărării Naţionale Creştjne* [LANC]) Alexandru C. Cuzas (1857-1946) hatte für Bessarabien ein Sonderprogramm erarbeitet und eine deutsche Sektion gegründet, deren Vorsitzender der Gemeindearzt in Beresina Robert Koch (geb. 1898) war. Der Zulauf zu dieser Partei und ihre Mitgliederzahl waren weitaus größer als bei der DVR. Man warb mit ähnlichen Parolen und Emblemen wie die Nationalsozialisten und betonte die gemeinsame christliche Grundlage im Kampf gegen das Judentum.

Die bessarabiendeutsche politische Landschaft erfuhr durch das Eindringen des Nationalsozialismus eine weitere Zersplitterung. Das angestrebte Ideal einer einheitlichen „Volksgemeinschaft“ schwand proportional mit ihrer zunehmenden Propagierung und der versuchten gewaltsamen Durchsetzung.

Bevölkerung und Wirtschaft

Der Handel zwischen Russland, Polen und den rumänischen Fürstentümern lag im 18. Jahrhundert in den Händen der Griechen, Armenier und Juden. Das südliche Bessarabien war bis 1812 zwar spärlich besiedelt, aber keineswegs menschenleer. Der Russisch-Türkische Krieg 1806-1812 hatte die dort einstmals ansässigen, dem islamischen Glauben angehörenden Nogajer Tataren aus diesem Gebiet verdrängt. Zar Alexander I. ließ den Budschak vor allem mit Deutschen, Bulgaren und Gagausen, einem türkisch sprechenden Volksstamm, aufsiedeln.

Die Einwanderung deutschsprachiger Bevölkerungsteile nach Bessarabien markierte das Ende einer längeren Kolonisationspolitik der russischen Krone, die zur Besiedelung neu eroberter und brachliegender Ländereien betrieben worden war. Im Zuge dieser Siedlungspolitik entstanden seit 1814 bis zum Ersten Weltkrieg 150 Siedlungen, deren Bewohner überwiegend aufgrund wirtschaftlicher Motive aus- beziehungsweise weitergewandert waren. Die ersten Ortsgründungen 1814 waren Tarutino/Tarutine, Borodino und Krasna/Krasne. In den deutschen Siedlungen lebten außer Lutheranern, die den Hauptanteil stellten, auch Katholiken – Krasna, Emmental/Pervomaisc, Larga und Balmas/Balmaz – und Reformierte – Schabo (Siedlung mit deutsch- und französischsprachigen Schweizern) und Hoffnungstal. Religiös motivierte Einwanderungen ließen die Orte Teplitz/Tepliza (1817) und Sarata (1822) entstehen. Alle Siedler hatten Privilegien erhalten, nicht zuletzt war ihnen freie Religionsausübung gestattet. Lediglich die Mission unter der orthodoxen Bevölkerung war den Andersgläubigen strengstens verboten.

Bereits im 18. Jahrhundert waren russische Leibeigene nach Bessarabien geflohen, und orthodoxe Sondergruppen wie Altgläubige (*Raskolniki*), später Lipowaner genannt, hatten sich in die Sümpfe der Donaumündung zurückgezogen.

In den mittleren und nördlichen Regionen Bessarabiens siedelten vor allem orthodoxe Moldauer beziehungsweise Rumänen. Unter ihnen fanden sich Großgrundbesitzer, freie Bauern

und abhängige landlose Bauern. Rumänische Adlige, die in Bessarabien geblieben waren, wurden 1818 den russischen Adligen rechtlich gleichgestellt. Sie waren später in der Verwaltung tätig und assimilierten sich vielerorts an russische Kreise.

Ukrainer hatten sich im Norden und im Süden Bessarabiens niedergelassen, wo sie bei rumänischen oder russischen Gutsbesitzern, später auch bei deutschen Bauern arbeiteten. Eigene Landparzellen wie die Kolonisten erhielten sie nicht.

Nach 1812 verdichtete sich die jüdische Bevölkerung vor allem im Norden und in den Städten. Sie verdiente sich zumeist mit Handelsgeschäften ihren Lebensunterhalt. Jüdische Getreidehändler wickelten gewöhnlich den Vertrieb des in Bessarabien geernteten Getreides ab.

Mit Aufhebung der Provinzautonomie 1828 wuchs die russische Bevölkerung in den Städten, wo sie oft anstelle rumänischer Beamter in der Verwaltung und der Justiz arbeitete. Russisch blieb die einzige Amtssprache. Lediglich die deutschen Kolonisten unterstanden bis 1871 der Kolonialbehörde und verwalteten sich weitgehend autonom.

Unter den Einwohnern Bessarabiens fühlten sich vor allem die Rumänen einem Assimilationsdruck ausgesetzt, zumal die Zahl der rumänischen Volksschulen kontinuierlich sank und ab 1867 nur noch in russischer Sprache unterrichtet wurde. Seit den 1870er Jahren durften keine rumänischen Publikationen mehr eingeführt werden. Zudem waren die Rumänen mit der gesamten orthodoxen Bevölkerung der russisch-orthodoxen Kirche eingegliedert, und Ende der 1880er Jahre wurde die Liturgie nur noch in Kirchenslawisch zelebriert, das die Bauern nicht verstanden.

Im Zuge der großen Reformen im Russischen Reich unter Zar Alexander II. (1818-1881) wurde mit Gesetz vom 4. Juni 1871 das Fürsorgekomitee, die Behörde für die ausländischen Ansiedler, aufgelöst. Bis 1873 waren die Selbstverwaltungsorgane der Deutschen, die Gebiets- und Schulzenämter, in das Zemstvo-System eingegliedert und Russisch als Kanzlei- und Verkehrssprache eingeführt.

Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht 1874, die 4 bis 6 Jahre dauerte, bedeutete für die ehemaligen deutschen Kolonisten den Verlust eines ihrer wichtigsten Privilegien. Als Folge davon setzten größere Auswanderungen aus Bessarabien ein: über die Pruth/Jalpug-Grenze ins benachbarte Rumänien oder über die Donau in die Dobrudscha, aber auch nach Nord- und Südamerika. In den Kriegen, die Russland nach 1874 führte, kämpften Bessarabiendeutsche auf russischer Seite, zunächst im Krieg gegen die Türken 1877/78, dann im Russisch-Japanischen Krieg 1904/05 und schließlich auch im Ersten Weltkrieg.

Kontakte zu anderen Ethnien wie Bulgaren, Ukrainern, Rumänen, Russen, Juden oder kleineren Minderheiten, die teilweise in Nachbardörfern lebten, beschränkten sich im ländlichen Bereich bis zur Weltkriegszeit auf wirtschaftlichen Austausch und Handel. Von Bulgaren bezog man sein Gemüse, jüdischen Händlern verkaufte man die landwirtschaftlichen Überschüsse, Ukrainer waren als Saison- oder Jahresarbeiter angestellt und Russen begegnete man in der Verwaltung. In Marktorten wie Tarutino, Arzis und Sarata trafen sich Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu Geschäftsabschlüssen, Vieh- und Warenhandel.

Die Landfrage bildete eines der wichtigsten Probleme Anfang der 1920er Jahre. Im Januar/Februar 1915 hatte die russische Regierung sämtlichen deutschen Landbesitz enteignet und die Deportation der deutschen Bevölkerung in östliche Landesteile vorgesehen. Wolhyniendeutsche und die Deutschen in Nordbessarabien waren bereits zwangsumgesiedelt. Ein

heftiger Wintereinbruch 1916 und der Ausbruch der Februarrevolution 1917 verhinderten den Abtransport der Bessarabiendeutschen. Zwar annullierte die provisorische Regierung 1917 die Enteignungen, ebenso die rumänische Regierung 1919, aber bis zur Durchführung der Agrarreform durften keine Besitzveränderungen stattfinden, also keine Erbübertragungen, Verkäufe etc. Nachdem das gesamtrumänische Parlament der bessarabischen Agrarreform zugestimmt hatte, begann man ab 1920 mit der Enteignung aller Güter, die größer als 100 ha waren. Landlose erhielten 6-8 ha zugeteilt, zu wenig, um damit allein eine Familie ernähren zu können. Prozesse um enteignetes Land konnten sich bis Ende der 1920er Jahre hinziehen. Durch die Agrarreform verloren die Deutschen in Bessarabien rund 64.000 ha (25 %) ihres früheren Landbesitzes.

Einen wirtschaftlichen Aufschwung in der Landwirtschaft verhinderten zunächst verschiedene Missernten und die ab 1930 in Rumänien durchschlagende Weltwirtschaftskrise. Neue Absatzmärkte für landwirtschaftliche Produkte aus Bessarabien, die zuvor über Odessa/Odesa ins gesamte Russische Reich gingen, mussten erst erschlossen und die Transportwege in die westlichen Landesteile ausgebaut werden. Die Eisenbahnen liefen in russischer Spurbreite und mussten erst auf mitteleuropäischen Standard umgestellt werden. Noch 1930 existierten nur ca. 165 km gute, befestigte Straßen. Überschüssiges Getreide konnte über Brăila oder Galatz/Galaţi verschifft werden, aber man musste lange Anfahrtswege zu den Frachthäfen in Kauf nehmen.

Einen Wirtschaftsverband gründete die deutsche Bevölkerung Bessarabiens 1921 in Tarutino, um den Zwischenhandel in den eigenen Reihen zu halten und den Großhandel mit landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten aufzubauen. Noch 1930 arbeitete die Mehrheit der Deutschen in der Landwirtschaft und in Handwerksberufen (95 %). Eine mittelständische Industrie fand sich vor allem in Marktorten wie Tarutino, Sarata, Arzis und aufstrebenden Gemeinden.

Die rumänische Volkszählung von 1930 zählte gut 2,8 Millionen Menschen auf dem Gebiet Bessarabiens, deren Mehrheit (56,2 %) die moldauische, rumänischsprachige Bevölkerung stellte. Darüber hinaus siedelten im Land größere Minderheitengruppen wie Russen (12,3 %), Ukrainer (11 %), Juden (7,2 %) und Bulgaren (5,7 %), Gagausen (3,4 %) und Roma. Die seit 1814 eingewanderten Deutschen hatten einen Anteil von 2,8 % an der Gesamtbevölkerung Bessarabiens und konzentrierten sich im Süden, wo sie 15 bis 16 % der Einwohnerschaft des Kreises Akkerman ausmachten.[1]

In den 22 Jahren der rumänischen Herrschaft versuchten besonders die Regierungen der Nationalliberalen Partei durch rumänische Schulen die Minderheiten zu rumänisieren. Doch das gelang nur unzureichend, denn in den Städten wurde weiterhin vor allem Russisch und Jiddisch gesprochen. Die rumänischen Zeitungen konnten sich trotz Subventionen nicht halten, dagegen erschienen mehrere russische Blätter und eine jiddische Tageszeitung.

Kirchen- und Schulgeschichte

Die deutschsprachige und die jüdische Bevölkerung unterhielten eigene Kirchenschulen, in denen muttersprachlicher Unterricht, wenn auch seit 1890 mit Einschränkungen, stattfinden konnte. Eine Lehrerbildungsanstalt bestand in der deutschen Kolonie Sarata seit 1844, und weiterführende Schulen für Mädchen und Jungen eröffnete man nach 1905 in Tarutino. Deutsche und Juden wiesen die höchsten Alphabetisierungsraten im multiethnischen Bessarabien auf, während die Moldauer/Rumänen den niedrigsten Bildungsstand hatten.

Die lutherischen Gemeinden Bessarabiens waren bis 1918 in die Evangelisch-Lutherische Kirche in Russland eingebunden. Mit der Besetzung Bessarabiens durch rumänisches Mili-

tär ab Frühjahr 1918 waren die 121 lutherischen Kirchengemeinden in Bessarabien mit 66.385 Seelen von ihrer Kirchenleitung in St. Petersburg/Sankt Peterburg/Leningrad abgeschnitten. Zwangsläufig musste man nun über eine kirchliche Neuordnung nachdenken, die zum vertraglichen Anschluss – seit 1927 unter einer gemeinsamen Kirchenordnung – an die Evangelische Kirche Augsburger Bekenntnis in Siebenbürgen beziehungsweise in Rumänien führte. Der Zusammenschluss unter einer Kirchenordnung löste unter der lutherischen Bevölkerung Bessarabiens einen Kirchenstreit aus, der erst nach zehn Jahren völlig beigelegt werden konnte.

Der Tarutinoer Kirchenbezirk bildete unter den an die siebenbürgische Kirche angeschlossenen lutherischen Kirchen und Gemeinden den zahlenmäßig größten Bezirk. 1927 zählte man rund 71.000 Seelen in 127 Kirchengemeinden. Bis 1940 hatte sich die Zahl der Kirchengemeinden auf 142 und die Seelenzahl auf 82.213 erhöht, die in 12 Kirchspielen und drei selbstständigen Pfarrgemeinden betreut wurden. 50 % der lutherischen Kirchspiele umfassten mehr als zehn Gemeinden. In den Kirchspielsorten amtierte jeweils ein Pastor, in den übrigen Gemeinden versahen sogenannte „Küsterlehrer“ pastorale wie schulische Aufgaben. Diese nicht ordinierten „Hilfsgeistlichen“ vor Ort übten bis auf die Feier des Heiligen Abendmahls, der Konfirmation und der kirchlichen Trauung sämtliche pastoralen Dienste aus. Die Finanzierung der gesamtkirchlichen Arbeit hatte sich Ende der 1920er Jahre zu einer schweren Finanzkrise in der bessarabischen lutherischen Kirche ausgewachsen.

Die Mehrheit der deutschen Volksschulen war in den 1920er Jahren dem Sog einer schleichenden Verstaatlichung erlegen. Diesen Prozess begünstigten die ungeklärte Rechtslage der „Kirchengemeindeschulen“, divergierende schulpolitische Ziele von Konsistorium und Volksrat einerseits, Lehrkräften und Lehrerverein andererseits, fehlende Finanzmittel in Gemeinden und Konsistorium sowie staatliche Zentralisierungs- und Rumänisierungsbestrebungen. Während 1926/27 noch 18 % (23) aller Volksschulen als Kirchenschulen arbeiteten, sank ihr Bestand bis 1931 auf nur mehr 2,3 % (Alexanderfeld/Alexanderfeld, Neu-Dennewitz/Swetlyi, Sofiewka/Sofievca) von ca. 126.

Die Mehrzahl bessarabiendeutscher Elementarschullehrer arbeitete daher bis 1939 in staatlichen Volksschulen. Ihre Ausbildung hatten sie noch überwiegend an der Lehrerbildungsanstalt in Sarata, genannt Wernerschule, absolvieren können. Ab 1934 weigerte sich die rumänische Regierung, Wernerschulabsolventen in den deutschen Volksschulen anzustellen, womit der Deutsch- und Religionsunterricht zurückgedrängt und die pädagogischen Klassen der Wernerschule ausgedünnt wurden.

Die drei höheren Schulen, die Wernerschule sowie die beiden Gymnasien in Tarutino, hatten sich einer Verstaatlichung widersetzt und blieben in kirchlicher Trägerschaft. Lediglich die Wernerschule in Sarata konnte mit dem Schulgeld 90 % ihres Haushalts bestreiten, die beiden Gymnasien waren existentiell auf Zuschüsse angewiesen, die vom Centralvorstand der Gustav-Adolf-Stiftung in Leipzig und vor allem vom VDA (Verein, später Volksbund für das Deutschtum im Ausland) aus Deutschland kamen. Erst unter totalitären Bedingungen erhielten die deutschen Gemeinden in Bessarabien einen Großteil ihrer Kirchenschulen und Schulgebäude zurück, doch die im Herbst 1940 erfolgte Umsiedlung der Bessarabien-, Bukowina- und Dobrudschadeutschen ins Deutsche Reich beendete nicht nur diese Entwicklung, sondern das gesamte Siedlungsgeschehen.

Kulturelle Betätigungen der Deutschen

Ein bescheidenes kulturelles und literarisches Wirken entfaltete sich im Rahmen der Musik-, Bildungs- und Kulturvereine, die insbesondere nach dem Ersten Weltkrieg in den deut-

schen Gemeinden Bessarabiens ins Leben traten. Ortschroniken wurden geschrieben, poetische und Prosa-Literatur entstanden, die in den bessarabiendeutschen Zeitschriften und Kalendern veröffentlicht wurden. 1922 gründete man ein Heimatmuseum in Sarata, das die eigene Geschichte reflektierte und darstellte.

Im November 1919 erschien erstmals die *Deutsche Zeitung Bessarabiens*. Seit Februar 1935 publizierte der Deutsche Volks- respektive Gaurat für Bessarabien ein eigenes Wochenblatt, das *Deutsche Volksblatt*. Beide Zeitungen erschienen bis 1940 und erweiterten im Laufe der Zeit ihr Angebot um berufs- oder gruppenspezifische Beilagen, zum Beispiel für Lehrer, Landwirte, Frauen. Ebenfalls ab 1935 veröffentlichte die Gaujugendführung des Volksrats ein Jugendblatt, *Die Jugend*, das ab 1938 in allen deutschsprachigen Gebieten Rumäniens verbreitet war. Den *Bessarabischen Beobachter*, 1932 als Sprachrohr der deutschen Kultur- und Berufsvereine entstanden, übernahm schon am 15. Oktober 1933 die Nationalsozialistische Selbsthilfebewegung der Deutschen in Rumänien als *Kampfblatt der N.S.D.R.* Mit Auflösung der NSDR beziehungsweise NEDR im Juli 1934 durch die rumänische Regierung verschwand diese Zeitung.

Von 1920 bis 1939 erschien ununterbrochen der *Deutsche Volkskalender für Bessarabien. Jahrbuch der Deutschen in Bessarabien*. Ab 1936 publizierte das *Deutsche Volksblatt* den *Deutschen Bauernkalender*. Vier Kalenderjahrgänge (1922, 1925, 1932 und 1933) produzierte der Sarataer Buchhändler Albert Knauer (geb. 1890) mit seinem *Heimatkalender für die deutschen Bewohner Bessarabiens und der Dobrudscha*.

Ab 1. Januar 1936 gab das Tarutinoer Konsistorium den *Sonntagsgruß. Christlicher Wegweiser für das deutsche Volk in Bessarabien* mit erbaulichen narrativen Texten wie amtlichen Nachrichten aus dem Bezirkskonsistorium heraus.

Gedächtnis- und Erinnerungskultur

Zum Erhalt von Geschichte und Kultur der Bessarabiendeutschen gründeten Bessarabiendeutsche am 25. Mai 1952 das Heimatmuseum der Deutschen aus Bessarabien, das auch gegenwärtig einige Etagen im Heimathaus in Stuttgart für Ausstellungsfläche, Bibliothek, Archiv und Verwaltungsräume in Anspruch nimmt. Nach 1991 begannen ehemalige Umsiedler, in ihren Herkunftsorten Kirchen und Schulgebäude zu restaurieren. Daher sieht man heute dort mehr Spuren der Deutschen als zur Zeit der Sowjetunion, als die meisten Gebäude zweckentfremdet waren. Die Fusion von Hilfskomitee, Landsmannschaft und Heimatmuseumsverein zu einem einzigen Bessarabiendeutschen Verein erfolgte 2005. Die Aufarbeitung und Tradierung der eigenen Geschichte hat außer den im Heimatmuseum gesammelten materialen Resten viele Ortschroniken, Erlebnisberichte im seit 1949 erscheinenden Jahrbuch der Deutschen aus Bessarabien sowie literarische und wissenschaftliche Abhandlungen hervorgebracht. Mit der Einrichtung einer Historischen Kommission 2009 intensivierte man die Auseinandersetzung mit den eigenen Verstrickungen in die nationalsozialistische Geschichte. Forschungsarbeiten entstanden zu „verschwundenen“ Umsiedlern, die der Euthanasie zum Opfer fielen, und zum Einfluss der NS-Ideologie auf die Bessarabiendeutschen anhand der in Bessarabien erschienenen Presseerzeugnisse.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Detlef Brandes: Von den Zaren adoptiert. Die deutschen Kolonisten und Balkansiedler in Neurußland und Bessarabien 1751-1914. München 1993 (Schriften des Bundesinstituts für ostdeutsche Kultur und Geschichte 2).

- Luminiţa Fassel: Das deutsche Schulwesen in Bessarabien (1812-1940). Eine komparativ-historische und sozio-kulturelle Untersuchung. München 2000 (Veröffentlichungen des Südostdeutschen Kulturwerks, Reihe B, Wissenschaftliche Arbeiten 75).
- Mariana Hausleitner: Deutsche und Juden in Bessarabien 1814-1941. Zur Minderheitenpolitik Russlands und Großrumäniens. München 2005 (Veröffentlichungen des Instituts für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas (IKGS) an der Ludwig-Maximilians-Universität München, Wissenschaftliche Reihe 102: Geschichte und Zeitgeschichte).
- Dirk Jachomowski: Die Umsiedlung der Bessarabien-, Bukowina- und Dobrudschadeutschen. Von der Volksgruppe in Rumänien zur „Siedlungsbrücke“ an der Reichsgrenze. München 1984 (Buchreihe der Südostdeutschen Historischen Kommission 32).
- Cornelia Schlarb: Tradition und Wandel. Die evangelisch-lutherischen Gemeinden in Bessarabien 1814-1940. Köln u. a. 2007 (Studia Transylvanica 35).
- Ute Schmidt: Die Deutschen aus Bessarabien. Eine Minderheit aus Südosteuropa (1814 bis heute). 3., unveränd. Aufl. Köln 2006.
- Ute Schmidt: Bessarabien. Deutsche Kolonisten am Schwarzen Meer. Potsdam 2008 (Potsdamer Bibliothek östliches Europa – Geschichte).
- Olga Schroeder: Die Deutschen in Bessarabien 1914-1940. Eine Minderheit zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Stuttgart 2012 (Schriften des Heimatmuseums der Deutschen aus Bessarabien 45).
- Stefanie Wolter: NS-Einfluss auf die Deutschen in Bessarabien. Eine Pressedokumentation. Stuttgart 2013 (Schriften des Heimatmuseums der Deutschen aus Bessarabien 46).

Bibliographien

- Olga Schröder-Negru: Bibliographie zur Geschichte und Kultur der Bessarabiendeutschen 1918-1940. Düsseldorf 2001 (Forschungen zur Geschichte und Kultur der Russlanddeutschen 11).
- Flavius Solomon: Identitate etnică şi minorităţi în Republica Moldova. O bibliografie [Ethnische Identität und Minderheiten in der Republik Moldova. Eine Bibliografie]. Iaşi 2001.

Periodikum

Jahrbuch der Deutschen aus Bessarabien (1949ff.).

Weblinks

http://www.bessarabien.de/ (Bessarabiendeutscher Verein e. V.)

Anmerkungen

[1] Vgl. Hildrun Glass: Zerbrochene Nachbarschaft. Das deutsch-jüdische Verhältnis in Rumänien (1918-1938). München 1996 (Südosteuropäische Arbeiten 98), S. 50-54.

Zitation

Cornelia Schlarb: Bessarabien. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32551 (Stand 28.08.2014).

Böhmen (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Bosnien → Bosnien und Herzegowina

Siehe Bosnien und Herzegowina (Begriffe, Konzepte und Institutionen)

Brandenburg → Ostbrandenburg/Neumark/Ziemia Lubuska (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Bukowina (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

C

Cammin (Hochstift)

1. Toponymie

Die Bezeichnung „Hochstift“ für das weltliche Herrschaftsgebiet der Camminer Bischöfe findet sich nicht in zeitgenössischen Quellen. Dort ist vom „Stift Cammin“, später auch vom „Bistum Cammin“ die Rede. Damit hält vor allem seit der Säkularisierung des Stiftslands im 16. Jahrhundert eine begriffliche Unschärfe Einzug, denn als Stift beziehungsweise Bistum wurde ursprünglich das gesamte geistliche Hoheitsgebiet des Camminer Bischofs verstanden, das sich von Bütow/Bytów im Osten bis Güstrow im Westen, von der Ostsee bis in die nördlichen Teile der Neu- und der Uckermark erstreckte.

2. Geographie



Das pommersche Bistum Cammin. Zum Bistum gehörten im Westen Güstrow, im Südwesten Prenzlau, im Süden Soldin und Landsberg, im Osten Stolp und Bütow. [Karte: Thomas Helms; abgedruckt in: Norbert Buske: Pommern. Territorialstaat und Landesteil von Preußen. Ein Überblick über die politische Entwicklung. Die Rolle Vorpommerns seit 1945. Schwerin 1997, S. 15].



Das Hochstift Cammin, das weltliche Fürstentum der Camminer Bischöfe, um 1400. [Karte: Thomas Helms; abgedruckt in: Norbert Buske: Pommern. Territorialstaat und Landesteil von Preußen. Ein Überblick über die politische Entwicklung. Die Rolle Vorpommerns seit 1945. Schwerin 1997, S. 16].

Das Hochstift Cammin teilte in Hinterpommern das Herrschaftsgebiet der pommerschen Herzöge in drei voneinander getrennte Bereiche: Östlich vom Hochstift lagen das Land Schlawe/Sławno und die Landvogtei Stolp/Słupsk, südöstlich die Länder Belgard an der Persante/Białogard und Neustettin/Szczecinek sowie westlich die Landvogtei Greifenberg/Gryfice und die anderen den Greifen unterstehenden Gebiete östlich von Oder (*Odra*), Stettiner Haff (*Zalew Szczeciński*) und Dievenow (*Dziwna*). Das Gebiet des Hochstifts wurde im Norden durch die Ostseeküste begrenzt, im Süden durch die damals weit ins Land ragende Neumark (*Nowa Marchia*) um Schivelbein/Świdwin und Falkenburg/Złocieniec. Die bedeutendsten Städte im Hochstift waren Kolberg/Kołobrzeg und Köslin/Koszalin, die auch in der Hanse aktiv waren. Daneben gab es mit Körlin/Karlino und Bublitz/Bobolice sowie zeitweise auch Arnhausen/Lipie, Pollnow/Polanów und Zanow/Sianów mehrere Kleinstädte, in denen sich Bischofsburgen befanden. Die namensgebende Stadt Cammin/Kamień Pomorski lag dagegen nicht im Territorium des Hochstifts. Weitere so genannte Stiftsschlösser waren über das gesamte Hochstift verteilt. Seit dem ausgehenden 16. Jahrhundert entwickelte sich Köslin zur Residenz der Camminer Titularbischöfe aus dem Greifenhaus,

woran schließlich in preußischer Zeit angeknüpft wurde, als Köslin Sitz eines der drei Regierungsbezirke in der Provinz Pommern wurde.

Die Infrastruktur des Hochstifts wurde durch die in Teilen schiffbaren Flüsse Persante (*Parsęta*) und Radüe (*Radew*) bestimmt, während Köslin über den Mühlenbach (*Dzierżecinka*) und den Jamunder See (*Jezioro Jamno*) ursprünglich auch einen Zugang zur Ostsee besaß. Außerdem führten mehrere große Handelsstraßen spätestens seit dem Mittelalter durch das Gebiet, zum einen parallel zur Ostseeküste über die Städte Körlin, Kolberg und Köslin, zum anderen die alte Salzstraße von Kolberg über Körlin beziehungsweise Bublitz in Richtung Gnesen/Gniezno und Posen/Poznań.

Neben dem Kerngebiet des Hochstifts gab es zwei größere, strategisch wichtige Exklaven im westlichen Hinterpommern, die im Spätmittelalter und in der Frühen Neuzeit zum weltlichen Herrschaftsbereich der Bischöfe von Cammin gehörten, wenn auch deren Hoheitsrechte seitens der pommerschen Herzöge immer wieder bestritten wurde: Burg und Amt Gülzow/Golczewo auf halber Strecke zwischen den Städten Cammin und Greifenberg sowie die (Titular-)Grafschaft Naugard/Nowogard und die Herrschaft Massow/Maszewo, südlich von Gülzow gelegen. Die Grafen von Eberstein waren seit 1274 für Naugard Lehnsfolger der Camminer Bischöfe, während sie 1466 Massow von den pommerschen Herzögen als Pfand erwarben, die es kurz zuvor der bischöflichen Hoheit entzogen hatten. Mit dem Erlöschen des gräflichen Hauses von Eberstein in Pommern 1663 belehnte der Große Kurfürst (Friedrich Wilhelm von Brandenburg, 1620-1688) Herzog Ernst Bogislaw von Croÿ (1620-1684) mit Massow und Naugard, ehe sie nach seinem Tode als erledigte Lehen an die Hohenzollern heimfielen, die sie fortan ihren landesherrlichen Domänen zuschlugen.

3. Geschichte und Kultur

Das Bistum Cammin geht auf das missionarische Wirken Bischof Ottos von Bamberg (1102-1139) zurück, der bei zwei Reisen 1124/1125 zuerst die Pomoranen im Oderraum und in Hinterpommern und danach 1128 die Lutizen in Vorpommern zum christlichen Glauben bekehrte. Dieses Missionswerk war eng verbunden mit dem Interesse Herzog Wartislaws I. von Pommern (um 1100-1148) an einer Herrschaftssicherung über das sich gerade herausbildende slawische Fürstentum an der südlichen Ostseeküste. Seine Dynastie, die „Greifen“, übte in den kommenden Jahrhunderten die Schirmherrschaft über die pommersche Kirche aus und bestimmte maßgeblich deren Geschicke. Nach dem Tod Ottos von Bamberg wurde mit der Einführung Adalberts (Amtszeit 1140-etwa 1160) in das Bischofsamt in Wollin/Wolin 1140 das Bistum Pommern begründet. Nach wenigen Jahren wurde der Sitz des Bistums nach Grobe bei Usedom verlegt, ehe es schließlich Mitte der 1170er Jahre seine Heimstatt in Cammin fand.

Noch in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts war es den Camminer Bischöfen gelungen, innerhalb ihrer Diözese ein eigenes weltliches Territorium, das Hochstift Cammin, zu schaffen. Richteten sich diese Bemühungen 1240 noch auf das Land Stargard/Stargard Szczeciński, so tauschten sie dieses bereits 1248 gegen eine Hälfte des Landes Kolberg. Mit der Erwerbung der anderen Hälfte wenige Jahrzehnte später sowie des Landes Bublitz hatte das Stiftsgebiet im Wesentlichen seine äußeren Konturen gewonnen, die als Kreisgrenzen bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges sichtbar blieben.

Vom frühen 13. bis in die Mitte des 14. Jahrhunderts erfolgte im Hochstift ein intensiver Landesausbau, von dem zahlreiche neue dörfliche Siedlungen künden, die ähnlich wie im Bereich anderer geistlicher Grundherren, zum Beispiel der Zisterzienserklöster in Vor- und Hinterpommern, eine starke Konzentration von Hagenhufendörfern zeigen. Gerade in der Gründung der Städte im Stiftsgebiet sah der Bischof seine Aufgabe als Landesherr , wobei

Bischof Hermann von Gleichen (Amtszeit 1251-1288) besonders hervortrat. Ihm verdanken auch die beiden bedeutendsten Vororte im Hochstift, Kolberg (1256) und Köslin (1266), ihre Bewidmung mit dem lübischen Stadtrecht. Auch die kleinen Städte Körlin und Bublitz übernahmen zentralörtliche Funktionen, nicht zuletzt durch den Umstand, dass die an ihrem Rand gelegenen jeweiligen Stiftsschlösser den Bischöfen als Residenzen dienten.

Dank dieses ausgedehnten weltlichen Territoriums und einer klugen Politik gegenüber den pommerschen Herzögen und den Markgrafen von Brandenburg vermochten die ersten Camminer Bischöfe ihren geistlichen Zuständigkeitsbereich weit über die Grenzen des Herzogtums Pommern auszudehnen. Neben der nördlichen Neumark um Soldin/Myślibórz und Landsberg/Gorzów Wielkopolski sowie der nördlichen Uckermark um Prenzlau gehörten auch große Teile des östlichen Mecklenburgs bis einschließlich Güstrow zum Bistum Cammin. Cammin zählte zu den größten Diözesen innerhalb des Heiligen Römischen Reiches (Deutscher Nation). Es hatte einen exemten Status, das heißt, keinem der benachbarten Erzbistümer gelang es, seine Oberhoheitsansprüche gegenüber Cammin durchz

usetzen. Der in seinen ältesten, noch romanischen Teilen auf das letzte Viertel des 12. Jahrhunderts zurückgehende Dom zu Cammin bildete das repräsentative geistliche Zentrum des gesamten Bistums. Im Hochstift Cammin war der Dom St. Marien zu Kolberg als Konkollegiatkirche die vornehmste geistliche Einrichtung. Darüber hinaus bestanden im Bistum noch Stiftskirchen in Stettin/Szczecin (St. Marien und St. Otten), in Greifswald (St. Nikolai), in Güstrow und in Soldin.

Seit dem frühen 15. Jahrhundert wurde das Hochstift Cammin offiziell in der Reichsmatrikel verzeichnet. Damit war der Bischof von Cammin ein anerkannter Reichsfürst. Auch wenn es den pommerschen Herzögen immer wieder gelang, die Camminer Bischöfe dem Greifenhaus dienstbar zu machen, so blieb doch das

Stiftsgebiet formal ein selbständiges Territorium. Das zeigte sich nicht zuletzt bei der Einführung der Reformation, die im Hochstift erst zehn Jahre später als im Herzogtum Pommern stattfand. Seit 1556 dienten die Einkünfte des Camminer Bischofsstuhls dem Unterhalt von Angehörigen des Greifenhauses, die als Titularbischöfe das Territorium regierten. Herzog Ernst Bogislaw von Croÿ (1620-1684), der Neffe des letzten regierenden Herzogs von Pommern, Bogislaw XIV. (1580-1637), verzichtete schließlich 1650 gegen eine Abfindung zugunsten des kurfürstlichen Hauses Brandenburg auf seine Bischofswürde. Zu seiner Abfindung gehörten große Teile der Einkünfte des Hochstifts Cammin, unter anderem die Ämter Gülzow/Golczewo und Bublitz sowie die Dompropstei Kucklow/Kukułowo, sodass eine gewisse Kontinuität noch bis zu seinem Tod gegeben war. Die Domkapitel in Cammin und Kolberg wurden erst zu Beginn des 19. Jahrhunderts aufgehoben, als Preußen nach den Niederlagen gegen Napoleon (1769-1821) in eine schwere ökonomische Krise geriet.

Das Bistum Cammin war mit dem Westfälischen Frieden in ein weltliches Fürstentum umgewandelt und dem Kurfürstentum Brandenburg zugesprochen worden. Die Hohenzollern führten daraufhin bis zum Ende des Kaiserreiches 1918 offiziell in der großen Fassung den Titel und das Wappen eines Fürsten von Cammin. In administrativer Hinsicht war der Name noch bis zu einer Kommunalreform 1872 sichtbar. So lange bestand nämlich noch auf dem Gebiet des früheren Hochstifts der sogenannte Fürstentumer Kreis, ehe dieser in die Kreise Kolberg-Körlin, Köslin und Bublitz aufgeteilt wurde.

Die geistliche Leitung innerhalb des Herzogtums Pommern hatte mit der Reformation die Landesherrschaft übernommen, die diese von eigens dafür eingerichteten Konsistorien, darunter einem für das Hochstift Cammin in Kolberg, administrieren ließen. In der Nachfolge

des Greifenhauses übernahmen diese Funktion in Vorpommern die schwedische Krone und in Hinterpommern die Hohenzollern. Letztere zentralisierten die kirchliche Verwaltung der meisten ihrer Territorien schrittweise in Berlin. Für die Kirchenprovinz Pommern der Preußischen Landeskirche war schließlich ein Konsistorium in Stettin, das dem Oberkirchenrat in Berlin unterstand, zuständig.

4. Bibliographische Hinweise

- Sabine Bock, Werner Buchholz, Michael Lissok, Jana Olschewski, Haik Thomas Porada: Das Bistum und das Hochstift Cammin. Bericht über die Exkursion im Rahmen der 38. Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft für pommersche Kirchengeschichte. In: Pommern – Zeitschrift für Kultur und Geschichte 49 (2011), H. 4, S. 36-43.
- Werner Buchholz: Die Residenzen geistlicher Reichsfürsten im Norden des Sacrum Imperium Romanum zwischen Ausbau und Gefährdung 1500-1806. In: Gerhard Ammerer, Ingonda Hannesschläger, Jan Paul Niederkorn, Wolfgang Wüst (Hg.): Höfe und Residenzen geistlicher Fürsten. Strukturen, Regionen und Salzburgs Beispiel in Mittelalter und Neuzeit. Ostfildern 2010 (Residenzenforschung 24), S. 303-343.
- Erwin Gatz, Jürgen Petersohn: Bistum und Hochstift Kammin um 1500. In: Erwin Gatz (Hg.): Atlas zur Kirche in Geschichte und Gegenwart. Heiliges Römisches Reich – Deutschsprachige Länder. Regensburg 2009, S. 86-87.
- Andreas Niemeck: Bischöfe von Cammin. In: Werner Paravicini (Hg.), Jan Hirschbiegel, Jörg Wettlaufer (Bearb.): Höfe und Residenzen im spätmittelalterlichen Reich. Ein dynastisch-topographisches Handbuch. Teilbd. 1: Dynastien und Höfe. Ostfildern 2003 (Residenzenforschung 15.1.1), S. 519-522.
- Jürgen Petersohn: Bischof, Konzil und Stiftsstadt. Die Bischöfe von Kammin und die Hansestadt Kolberg im Obedienzkampf zwischen Basel und Rom. In: Heribert Müller, Johannes Helmrath (Hg.): Studien zum 15. Jahrhundert. Festschrift für Erich Meuthen. München 1994, S. 255-268.
- Jürgen Petersohn: Kammin. In: Erwin Gatz (Hg.), unter Mitwirkung von Clemens Brodkorb: Die Bischöfe des Heiligen Römischen Reiches, 1198 bis 1448. Ein biographisches Lexikon. Berlin 2001, S. 251-266, 307-309, 696-697.
- Jürgen Petersohn: Kammin. In: Erwin Gatz (Hg.), unter Mitwirkung von Clemens Brodkorb: Die Bischöfe des Heiligen Römischen Reiches, 1448 bis 1648. Ein biographisches Lexikon. Berlin 1996, S. 92f., 195-197, 225f., 333f., 361, 457f., 578, 684f., 731f., 742, 752, 759, 797f.
- Jürgen Petersohn: Die Kamminer Bischöfe des Mittelalters. Amtsbiographien und Bistumsstrukturen vom 12. bis 16. Jahrhundert. Schwerin 2015 (Beiträge zur pommerschen Landes-, Kirchen- und Kunstgeschichte 19).
- Haik Thomas Porada: Zur Bedeutung von Konfession und Dynastie im Leben des letzten Bischofs von Cammin, Ernst Bogislaw von Croy. In: Michael Lissok, Haik Thomas Porada (Hg.): *Christi Ehr vnd gemeinen Nutzen willig zu fodern vnd zu schützen*. Beiträge zur Kirchen-, Kunst- und Landesgeschichte Pommerns und des Ostseeraums. Festschrift für Norbert Buske. Schwerin 2014 (Beiträge zur pommerschen Landes-, Kirchen- und Kunstgeschichte 18), S. 511-572.
- Ralf-Gunnar Werlich: Das Camminer Bistumswappen und sein Auftreten in der Heraldik der Greifenherzöge. Gewidmet Norbert Buske zu seinem 75. Geburtstag. In: Pommern – Zeitschrift für Kultur und Geschichte 49 (2011), H. 4, S. 4-13.
- Ralf-Gunnar Werlich: Verschollene Quellen zur Camminer Bistumsgeschichte aus Bast und Cammin in alten Fotografien. Anmerkungen zu bischöflichen Wappen und Zeugnissen der Greifenherrschaft. In: Pommern – Zeitschrift für Kultur und Geschichte 49 (2011), H. 4, S. 4-7.

Zitation

Haik Thomas Porada: Cammin (Hochstift). In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32541 (Stand 06.01.2015).

D

Dobrudscha

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Dobrudscha

Anderssprachige Bezeichnungen

rum. Dobrogea; bulg. Dobrudža; türk. Dobruca; engl. Dobrudja (auch Dobruja); franz. Dobroudja

Etymologie

Der Name der Dobrudscha geht vermutlich auf das kumanische Herrschergeschlecht Dobrotič (rum. Dobrotici) zurück. Andere Theorien leiten den Namen der Region aus dem Slawischen ab; die Bedeutung wäre dann 'Eichenwald' bzw. 'Eichenhain' (*dăb* = Eiche, *rošta* = Hain).

2. Geographie

Lage Der Region

Die historische Region Dobrudscha umfasst das Gebiet zwischen dem Schwarzen Meer bei Balčic, dem Donaudelta und dem Unterlauf der Donau bis westlich der Stadt Tutrakan. Im Süden ist die historische Dobrudscha begrenzt durch die bergige Landschaft Ludogorje in Bulgarien.

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Die Dobrudscha war bis 1878 Teil des Osmanischen Reiches. Aufgrund des Berliner Vertrags (1878) kam der größere nördliche Teil der Region zu Rumänien. Die zu Bulgarien gehörende Süddobrudscha wurde 1913 nach dem Zweiten Balkankrieg (Friedensvertrag von Bukarest) von Rumänien annektiert, fiel aber 1940 (Vertrag von Craiova) wieder an Bulgarien zurück.

Die Norddobrudscha (rum. *Dobrogea Veche* oder *Dobrogea de Nord*, bulg. *Severna Dobrudža*) besteht aus zwei Verwaltungskreisen, die jeweils nach ihrer größten Stadt - Konstanza/Constanţa (bulg. Kjustendža, türk. Köstence) und Tulcea (bulg. Tulča, türk. Tulça) - benannt sind. Die im Südosten Rumäniens gelegene Region hat eine Gesamtfläche von 15.570 km^2. Die Süddobrudscha (bulg. *Južna Dobrudža*, rum. *Cadrilater*, *Dobrogea Nouă* oder *Dobrogea de Sud*) erstreckt sich im Nordosten Bulgariens über 7.565 km^2. Sie besteht im Wesentlichen aus den Verwaltungsbezirken Dobritsch (bulg. Dobrič, rum. Bazargic, türk. Pazarcık) und Silistra (rum. Durostor, lat. Durostorum). Die gesamte Fläche der historischen Region umfasst somit gut 23.000 km^2.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Das Wappen der Dobrudscha entstand nach 1878 und zeigt zwei sich gegenüberstehende goldene Delphine auf blauem Hintergrund. Es ist auch Teil des rumänischen Staatswappens.

Vor- und Frühgeschichte

Auf dem Gebiet der Dobrudscha lebten in der Antike die Geten, ein mit den Dakern verwandter Zweig der Thraker, sowie die Skythen, ein Volk iranischer Herkunft. Im 4. Jahrhundert v. Chr. war das Gebiet unter dem Namen *Scythia minor* bekannt. Ab 700 v. Chr. wurden als griechische Handelskolonien an der Schwarzmeerküste die Stadtstaaten Istros (heute die Ruinenstadt Histria), Tomis (Konstanza/Constanţa), Partenopolis (Costineşti) und Kallatis (Mangalia) sowie an der Donau Axiopolis (Cernavodă) als griechische Handelskolonien errichtet. Neben der Seefahrt war für die griechische Bevölkerung der Region der Getreideanbau von Bedeutung. Die erste dauerhafte griechische Kolonie wurde nach der Vertreibung der Skythen und Kimmerier errichtet.

Geschichte bis 1500

Von der Mitte des 1. bis zur Mitte des 3. Jahrhunderts n. Chr. war der Raum Teil der römischen Provinz *Moesia*, später von *Moesia Inferior*. Das 109 n. Chr. errichtete *Tropaeum Traiani* in Adamklissi erinnert an die Eroberung Dakiens durch die Römer. Die Römer konnten die Region knapp 200 Jahre lang halten. Durch Einfälle von Wandervölkern wurden die einst blühenden Siedlungen vernichtet.

Seit Ende des 3. bis ins 13. Jahrhundert stand das Gebiet der heutigen Dobrudscha abwechselnd unter oströmischer (byzantinischer) und bulgarischer Herrschaft. Unter der Hegemonie des kumanischen Herrschergeschlechts der Dobrotič erlangte die Dobrudscha Mitte des 14. Jahrhunderts eine gewisse Eigenständigkeit.

Während der Herrschaft von Mircea dem Alten (Mircea cel Bătrân), Fürst der Walachei (1386–1418), wanderten Gruppen von Balkan-Walachen zu der bereits in der Dobrudscha siedelnden walachisch-moldauischen Bevölkerung zu.

Zu Beginn des 15. Jahrhunderts wurde die Dobrudscha von den Osmanen erobert, in den Sandschak von Tulcea (*Sancak Tulça*) eingegliedert und durch Ansiedlung von Türken gesichert.

Geschichte bis 1800

Zu Beginn des 16. Jahrhunderts ist auf der Handelsroute von Konstantinopel/İstanbul nach Lemberg/L'viv/Lwów eine nicht unerhebliche Anzahl von Armeniern in die Dobrudscha eingewandert. Seit dem 16. Jahrhundert sind in der Dobrudscha Roma dokumentiert, die zum Islam übergetreten sind. Ab Mitte des 17. Jahrhunderts sind Griechen und Juden in der Region hauptsächlich in urbanen Siedlungen nachgewiesen. Sie waren dort vor allem als Kaufleute tätig.

Nach dem Schisma der russisch-orthodoxen Kirche von 1654 und der Legalisierung der Verfolgung der Reformgegner (russ. *raskol'niki*) durch die Regentin Sofija (1685) flohen etwa eine Million Altgläubige aus religiösen Gründen aus dem Zarenreich, zum Teil in die nördliche Dobrudscha, wo sie als russische Lipowaner (rum. *lipoveni*, russ. *starovery*, *staroobrjadcy*, selten *lipovane*) bekannt sind. Anfang des 18. Jahrhunderts entstanden vermehrt bulgarische Siedlungen.

Da sich die ukrainischen Kosaken von Zaporož'e einer Besiedlung ihres Gebiets mit Russen nach Beendigung des Russisch-Türkischen Krieges 1774 widersetzten, deportierte Zarin Katharina II. ihre Führung nach Sibirien und zerschlug ihre Militärorganisation. Daraufhin flüchteten etwa 5.000 ukrainische Kosaken ins Donaudelta.

Geschichte im 19. Jahrhundert

Ab 1842 wanderten in vier Wellen deutsche Siedler über Bessarabien und das südliche Russland hauptsächlich aus ökonomischen Gründen in die osmanische Dobrudscha. Es handelte sich dabei nicht um eine staatlich organisierte Zuwanderung, sie verlief eher zufällig, als Sekundärsiedlung. Die deutschen Zuwanderer hatten sich dem "Kolonisation-Reglement für die Türkei" zu unterwerfen. Die Zahl der Deutschen in der Dobrudscha machte im Jahre 1930 noch rund 15.000 Personen aus.

Kabaïli-Tataren kamen im 18. Jahrhundert aus Bessarabien in die Region. Unter den Dobrudscha-Tataren bilden die Krimtataren, die nach dem Krimkrieg (1853–1856) in die Dobrudscha einwanderten, die größte Gruppe.

Auflösungserscheinungen des Osmanischen Reiches sind bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts deutlich bemerkbar. Durch die Wahl eines gemeinsamen Fürsten wurde 1859 die Voraussetzung für die Vereinigung der Moldau und der Walachei geschaffen. Die Festigung der Union der beiden Fürstentümer wurde 1866 mit der Wahl des deutschen Prinzen Karl von Hohenzollern-Sigmaringen zum Fürsten gesichert. Nach dem Russisch-Türkischen Krieg 1878 kam es erneut zu territorialen Veränderungen. Auf dem Berliner Kongress (Juni bis Juli 1878) beschlossen die Großmächte, Rumänien als souveränen Staat anzuerkennen. Sie entschieden sich für eine Zweiteilung der Region in die Nord- und die Süddobrudscha. Die Norddobrudscha kam zu Rumänien, die Süddobrudscha wurde Bulgarien zugesprochen. Bukarest musste dafür das südliche Bessarabien (die Kreise Bolgrad, Cahul und Ismail) an das Russische Reich abtreten.

Geschichte im 20. Jahrhundert

Die rumänischen Regierungen erhoben Anspruch auf ein geschlossenes Territorium und die Kontrolle über eine homogene Bevölkerung. Die Realisierung dieser Ziele hatte eine kulturelle und sprachliche Vereinheitlichung zur Folge. In der Dobrudscha wurde die Bevölkerungsmehrheit von Muslimen und Bulgaren durch eine groß angelegte Ansiedlungspolitik der Bukarester Regierung zugunsten der rumänischen Bevölkerungsgruppe massiv verändert. Durch gesetzliche Regelungen und die Einführung neuer staatlicher Verwaltungsstrukturen wurde das öffentliche Leben rumänisiert. Schließlich wurde den muslimischen und bulgarischen Bevölkerungsgruppen durch Enteignung von 75 % ihres Bodenbesitzes die Lebensgrundlage weitgehend entzogen, woraufhin viele das Land verließen.

Aufgrund der Neuansiedlung von Rumänen stieg die Einwohnerzahl der Norddobrudscha trotzdem kontinuierlich an, von 147.246 Personen im Jahr 1880 auf 267.808 im Jahr 1900. Größere aromunische Gruppen aus dem Südbalkan wanderten ab 1923 in die Dobrudscha ein. In der Zwischenkriegszeit kam es erneut zu einer großen Auswanderungswelle der Dobrudscha-Muslime, die aus ökonomischen, politischen, religiösen und sozialen Gründen in die Türkei emigrierten. Von 1923 bis 1940 kämpfte die Innere Dobrudschanische Revolutionäre Organisation (bulg. *Вътрешна добруджанска революционна организация*, rum. *Organizaţia Internă Revoluţionară Dobrogeană*) für die Rückgliederung der Süddobrudscha an Bulgarien. Sie wurde von Bulgarien als Freiheitsbewegung eingestuft und von Rumänien als Terror-Organisation.



Die Dobrudscha 1919–1940.
[Rechte J. Sallanz/U. Dolezal]

Der Vertrag von Craiova (1940), durch den die Dobrudscha endgültig in einen rumänischen Nordteil und einen bulgarischen Südteil geteilt wurde, führte zu einer ethno-territorialen Entmischung von Bulgaren und Rumänen in der Region, die mit dem diplomatischen Euphemismus "Bevölkerungsaustausch" umschrieben wurde. Innerhalb von drei Monaten mussten daraufhin rund 100.000 Rumänen die Süd- und etwa 61.000 Bulgaren die Norddobrudscha verlassen. Die Rumänen wurden auf dem Besitz der ausgewiesenen Bulgaren und ab 1941 auch in Bessarabien angesiedelt. Gleichzeitig wurden aufgrund eines Abkommens zwischen dem Deutschen Reich und Rumänien rund 14.000 Dobrudschadeutsche in den Warthegau und in das Protektorat Böhmen und Mähren umgesiedelt.

Auch während der Zugehörigkeit Rumäniens und Bulgariens zum Warschauer Pakt blieben die Beziehungen zwischen den beiden Ländern distanziert. Seit dem Beitritt zur Europäischen Union sind die rumänisch-bulgarischen Beziehungen wegen der Dobrudscha nicht mehr so stark belastet.

Bevölkerung

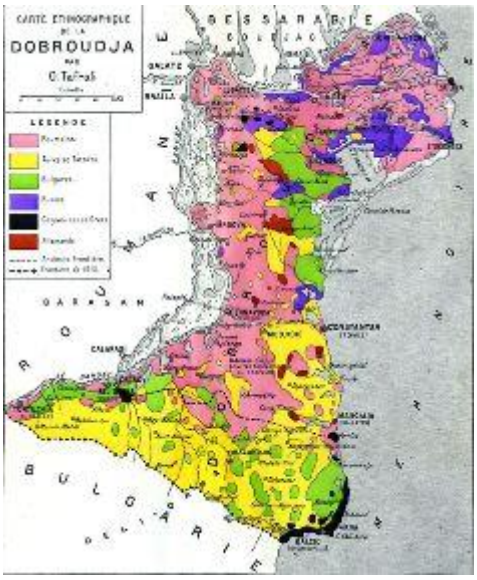
Die Dobrudscha bildet auch heute ein ethnisches und kulturelles Mosaik, wenngleich die Anzahl der Angehörigen ethnischer Minderheiten stark abgenommen hat.

Norddobrudscha[1]

Bevölkerung nach Ethnien	**1880**	**1899**	**1913**	**1930**	**1956**	**1966**	**1977**	**1992**	**2002**
Gesamtbevölkerung	139.671	258.242	380.430	437.131	593.659	702.461	863.348	1.019.766	971.643
Rumänen	43.671 31 %	118.919 46 %	216.425 56,8 %	282.844 64,7 %	514.331 86,6 %	622.996 88,7 %	784.934 90,9 %	926.608 90,8 %	883.620 90,9 %
Tataren	29.476 21 %	28.670 11 %	21.350 5,6 %	15.546 3,6 %	20.239 3,4 %	21.939 3,1 %	22.875 2,65 %	24.185 2,4 %	23.409 2,4 %
Bulgaren	24.915 17 %	38.439 14 %	51.149 13,4 %	42.070 9,6 %	749 0,13 %	524 0,07 %	415 0,05 %	311 0,03 %	135 0,01 %
Türken	18.624 13 %	12.146 4 %	20.092 5,3 %	21.748 5 %	11.994 2 %	16.209 2,3 %	21.666 2,5 %	27.685 2,7 %	27.580 2,8 %
Russen (Lipowaner)	8.250 6 %	12.801 5 %	35.859 9,4 %[2]	26.210 6 %	29.944 5 %	30.509 4,35 %	24.098 2,8 %	26.154 2,6 %	21.623 2,2 %
Ukrainer	455 0,3 %	13.680 5 %		33 0,01 %	7.025 1,18 %	5.154 0,73 %	2.639 0,3 %	4.101 0,4 %	1.465 0,1 %
Griechen	4.015 2,8 %	8.445 3 %	9.999 2,6 %	7.743 1,8 %	1.399 0,24 %	908 0,13 %	635 0,07 %	1.230 0,12 %	2.270 0,23 %
Deutsche	2.461 1,7 %	8.566 3 %	7.697 2 %	12.023 2,75 %	735 0,12 %	599 0,09 %	648 0,08 %	677 0,07 %	398 0,04 %
Roma	702 0,5 %	2.252 0,87 %	3.263 0,9 %	3.831 0,88 %	1.176 0,2 %	378 0,05 %	2.565 0,3 %	5.983 0,59 %	8.295 0,85 %

Süddobrudscha[3]

Bevölkerung nach Ethnien	1910	1930	2001
Gesamtbevölkerung	282.007	378.344	357.217
Bulgaren	134.355 47,6 %	143.209 37,9 %	248.382 69,5 %
Türken	106.568 37,8 %	129.025 34,1 %	76.992 21,6 %
Roma	12.192 4,3 %	7.615 2 %	25.127 7 %
Tataren	11.718 4,2 %	6.546 1,7 %	4.515 1,3 %
Rumänen	6.348 2,3 %	77.728 20,5 %	591 0,2 %



Ethnographische Karte der Dobrudscha, 1918. [O. Tafrali: La Roumanie Transdanubienne (La Dobroudja), Paris 1918]

Wirtschaft

Für das Osmanische Reich war die Dobrudscha als Grenzregion strategisch wichtig. Durch sie führte auch ein bedeutender Handelsweg, der von Istanbul über Babadag (türk. Babadağ) und Isaccea (türk. İshakçı) nach Polen führte. In osmanischer Zeit lebte die Bevölkerung hauptsächlich von Ackerbau, Viehzucht und Fischfang.

Rund 80 % der Dobrudschadeutschen waren in der Landwirtschaft tätig, etwa 14 % waren Handwerker. Erst nach dem Ersten Weltkrieg gründeten sie einige wenige Unternehmen. Trotz der günstigen Bodenverhältnisse führte der große Geburtenüberschuss unter den Dobrudschadeutschen dazu, dass die in der Region übliche Realteilung eine zunehmende Verarmung bedingte. 1940 waren über 40 % der Dobrudschadeutschen landlose Bauern. Etwa ein Viertel der deutschen Landwirte besaß zwei bis fünf Hektar Boden, ganz wenige waren Besitzer von mehr als 50 Hektar.

Wichtigste Industriezweige in der Region sind Schiffbau und -instandsetzung sowie die Verarbeitung regionaler Agrarerzeugnisse. Die bis 1989 bedeutende fischverarbeitende Industrie hat ihre Produktion stark verringert. Für die Energieproduktion ist das Atomkraftwerk Cernavodă von großer Bedeutung. Einen wichtigen Wirtschaftsfaktor in der gesamten Region bildete der Tourismus. Nach 1989 ging der Schwarzmeertourismus dramatisch zurück. Während sich der Tourismus am bulgarischen Goldstrand schnell erholte, gibt es an der rumänischen Küste so gut wie keinen organisierten internationalen Tourismus mehr.

Religions- und Kirchengeschichte

Ein christliches Bistum in der Provinz *Scythia Minor* lässt sich für das 4. Jahrhundert in Tomis (Konstanza) nachweisen. Christliche Inschriften (4.–6. Jahrhundert n. Chr.) wurden des Weiteren auch in Kallatis (Mangalia), Ulmetum (Pantelimon), Dinogetia (Garvăn) und Histria entdeckt; auf den gleichen Zeitraum lassen sich die Basiliken datieren, die in Tomis, Tropaeum Traiani (Adamclisi), Piatra Frecăţei oder in Niculiţel gefunden wurden. Nach der Zerstörung von Tomis im Jahre 587 durch die Awaren zerfiel das Bistum. Ein weiteres christliches Zentrum hat sich nach der Christianisierung der Bulgaren von 865 in Durostorum (Silistra) etabliert. Nach 971 unterstand die Region zwischen Donau und Schwarzem Meer dem byzantinischen Bischof von Durostorum. Zu Beginn des 13. Jahrhunderts taucht Bitzina/Vicina (Isaccea) als orthodoxes Bistum und Sitz eines Franziskanerklosters auf. Der letzte Bischof Hyakinthos musste vor den Mongolen fliehen; er wurde 1359 erster ungrovalachischer Metropolit.

Aus osmanischer Zeit sind neben Moscheen und muslimischen Friedhöfen auch Mausoleen und Grabdenkmäler von muslimischen Heiligen und osmanischen Herrschern erhalten, etwa in Babadag (türk. Babadağ), Isaccea (türk. İshakçı) oder Cernavodă (türk. Boğazköy). Die Dobrudscha-Muslime bekennen sich fast ausnahmslos zum sunnitischen Islam hanafitischer Rechtsschule. In der Süddobrudscha leben zudem noch Gagausen, ein orthodoxes Turkvolk.

Die Mehrheit der Bevölkerung in der Norddobrudscha ist rumänisch-orthodox und in der Süddobrudscha bulgarisch-orthodox. Die russischen Lipowaner bekennen sich mehrheitlich zum orthodoxen Glauben alten Ritus und verfügen über eine eigene Kirchenhierarchie mit Sitz in Brăila. Die Mehrheit der Dobrudschadeutschen war evangelisch-lutherisch. Sie wurden vom Evangelischen Oberkirchenrat zu Berlin betreut, der auch Pfarrer entsandte; zwischen 1923 und 1940 gehörten sie der Evangelischen Kirche A. B. in Rumänien an. Die römisch-katholischen Kirchengemeinden unterstanden ab 1883 der Erzdiözese Bukarest/Bucureşti, die dafür sorgte, dass zumindest zum Teil deutsche Priester in den Gemeinden tätig werden konnten. Des Weiteren gab es unter den Dobrudschadeutschen Baptisten und Adventisten.

Kulturelle Institutionen

In den historischen, archäologischen und ethnographischen Museen von Konstanza, Tulcea, Baltschik, Dobritsch und Silistra wird mit wertvollen Sammlungen auf die kulturelle Bedeutung der Region beginnend mit der Steinzeit aufmerksam gemacht. In der Region befinden sich zahlreiche griechische und römische Ruinen, wie die frühchristlichen Basiliken in Niculiţel oder in Kallatis/Mangalia, die Nekropolen in Histria und in Kawarna sowie das Handelshaus mit römischem Fußbodenmosaik aus dem 4. Jahrhundert in Konstanza.

Bildung

Nach 1878 wurde in der Dobrudscha nicht nur das rumänische Schulwesen ausgebaut. 1891 wurde in Babadag das Muslimisch-theologische Seminar eingerichtet, um die Ausbildung von religiösem Personal für die Moscheen und von Lehrern für die muslimische Konfessi-

onsschule in der Region zu sichern. Es bestand (ab 1901 in Medgidia) bis 1967 und wurde 1992 als zweisprachiges Kemal-Atatürk-Kolleg wiederbegründet. Universitäre Zentren entstanden in der Dobrudscha im 20. Jahrhundert. Aus dem 1961 in Konstanza errichteten Pädagogischen Institut ging 1990 die Ovid-Universität hervor. Mit dem Zusammenschluss verschiedener Institutionen wurde ferner 1990 in Konstanza das Zivile Marine Institut gegründet, das 2000 seinen Namen in Universitatea Maritimă din Constanţa änderte. In der Süddobrudscha wurde 1992 das International University College of Dobrich gegründet. Seit 1997 verfügt die Universität Ruse in Silistra über eine Pädagogische Fakultät.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Detlef Brandes: Von den Zaren adoptiert. Die deutschen Kolonisten und die Balkansiedler in Neurußland und Bessarabien 1751–1914. München 1993 (Schriften des Bundesinstituts für ostdeutsche Kultur und Geschichte 2).
- Wilfried Heller, Josef Sallanz (Hg.): Die Dobrudscha. Ein neuer Grenzraum der Europäischen Union. Sozioökonomische, ethnische, politisch-geographische und ökologische Probleme. München, Berlin 2009 (Südosteuropa-Studien 76).
- Dirk Jachomowski: Die Umsiedlung der Bessarabien-, Bukowina- und Dobrudschadeutschen. Von der Volksgruppe in Rumänien zur "Siedlungsbrücke" an der Reichsgrenze. München 1984 (Buchreihe der Südostdeutschen Historischen Kommission 32).
- Ortfried Kotzian: Die Umsiedler. Die Deutschen aus West-Wolhynien, Galizien, der Bukowina, der Dobrudscha und in der Karpatenukraine. München 2005 (Studienbuchreihe der Stiftung Ostdeutscher Kulturrat 11).
- Josef Sallanz: Bedeutungswandel von Ethnizität unter dem Einfluss von Globalisierung. Die rumänische Dobrudscha als Beispiel. Potsdam 2007 (Potsdamer Geographische Forschungen 26).
- Andrea Schmidt-Rösler: Rumänien nach dem Ersten Weltkrieg. Die Grenzziehung in der Dobrudscha und im Banat und die Folgeprobleme. Frankfurt/M. u.a. 1994 (Europäische Hochschulschriften Reihe 3, Geschichte und ihre Hilfswissenschaften 622).

Weblinks

Bibliotheken

- http://www.biblioteca.ct.ro/(Biblioteca Judeţeană "Ioan N. Roman" Constanţa [Ioan N. Roman-Kreisbibliothek Konstanza])
- http://www.tulcealibrary.ro/ (Biblioteca Judeţeană "Panait Cerna" Tulcea [Panait Cerna-Kreisbibliothek Tulcea]).
- http://www.libdobrich.bg/ (Регионална библиотека "Дора Габе" Добрич [Dora Gabe-Regionalbibliothek Dobritsch]).

Museen

- http://www.minac.ro/ (Muzeul de Istorie Naţională şi Arheologie Constanţa [Museum für Nationalgeschichte und Archäologie Konstanza]).
- http://muzeuetno.wordpress.com/ (Muzeul de Artă Populară Constanţa [Museum für Volkskunst Konstanza])
- http://www.info-delta.ro/orasul-tulcea-23/muzeul-de-istorie-si-arheologie--144.html (Muzeul de Istorie şi Arheologie Tulcea [Museum für Geschichte und Archäologie Tulcea])

- http://meaptulcea.wordpress.com/ (Muzeul de Etnografie şi Artă Populară Tulcea [Museum für Ethnographie und Volkskunst Tulcea])
- http://museum-dobrich.net(Regional Museum of History in Dobrich [Historisches Regionalmuseum Dobritsch])
- http://www.museumbalchik.com/ (Исторически музей Балчик [Historisches Museum Baltschik])
- http://museumsilistra.net1.cc/ (Регионален исторически музей Силистра [Historisches Regionalmuseum Silistra])

Anmerkungen

[1] Vgl. Grégoire Danesco: Dobrogea - La Dobroudja. Étude de Géographie physique et ethnographique. Bucarest 1903; Jean N. Roman: La population de la Dobrogea. D'apres le recensement du 1er janvier 1913. In: Anghel Demetrescu: La Dobrogea roumaine. Études et documents. Bucarest 1919; Sabin Mănuilă: La Population de la Dobroudja. Bucarest 1939 ; INS = Institutul Naţional de Statistică (Hg.): Recensământul populaţiei şi al locuinţelor 18 martie 2002. Vol. IV: Populaţie - Structură etnică şi confesională [Volks- und Wohnungszählung vom 18. März 2002. Bd. 4: Bevölkerung - Ethnische und konfessionelle Struktur]. Bucureşti 2003.

[2] 1913 wurden Russen und Ukrainer in einer gemeinsamen Rubrik geführt.

[3] Vgl. Sabin Mănuilă: La Population de la Dobroudja. Bucarest 1939; Население към 01.03.2001 г. по области и етническа група: http://www.nsi.bg/Census/Ethnos.htm.

Zitation

Josef Sallanz: Dobrudscha. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54120.html (Stand 21.06.2012).

Dongebiet (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Draheim (Starostei)

1. Toponymie und Geographie

Das Land zwischen Drage (*Drawa*) und Küddow (*Gwda*) trat im Jahre 1286 in einer Urkunde des polnischen Herzogs Przemysław II. (1257-1296) in die schriftlich überlieferte Geschichte ein. Der zentrale und für die gesamte Starostei Draheim (*Starostwo Drahimskie*) namengebende Ort Alt Draheim/Stare Drawsko liegt auf einer Landzunge zwischen Dratzigsee (*Jezioro Drawsko*) im Westen und Sarebensee (*Jezioro Żerdno*) im Osten im Bereich des Pommerschen Höhenrückens. Es steht zu vermuten, dass der Name Draheim entweder vom Fluss Drage oder vom Dratzigsee, der seinerseits wiederum in einer Beziehung zum alteuropäischen Gewässernamen des Flusses steht, abgeleitet wurde.



Draheim. [Karte: Michael Hammermeister, als Illustration zum Beitrag von Lissok, Porada: Die frühere Starostei Draheim, umgezeichnet nach der Vorlage von Christoph Motsch aus: Motsch: Grenzgesellschaft und frühmoderner Staat, S. 73].

Die Starostei Draheim stellte eine etwa 20 km lange Landzunge zwischen Hinterpommern, der Neumark und Großpolen dar. Nach der einzigen Stadt im Gebiet dieser Starostei wird in der älteren Literatur auch vom Land Tempelburg gesprochen.

2. Geschichte und Kultur

Mittelalter und Frühe Neuzeit

Das kaum besiedelte Gebiet war bereits vor seiner ersten Erwähnung in den Quellen zwischen Pommern und Polen mehr als ein Jahrhundert lang umstritten. In diesem Grenzsaum, der nach Westen auch noch die Neumark umfasste, betätigten sich im 12. bis 14. Jahrhundert eine ganze Reihe von geistlichen Orden: 1286 wurden vom polnischen Herzog Przemysław II. die Templer in dieses Gebiet gerufen, auf deren wenige Jahre dauernde Präsenz der Name der später, vermutlich in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts, zur Stadt erhobenen Siedlung Tempelburg/Czaplinek zurückgeht. Bereits seit 1296 hatten die Markgrafen von Brandenburg über diese Niederlassung des Templerordens die Oberherrschaft beansprucht. Auch nach der Aufhebung des Ordens 1312 übertrugen die Brandenburger dieses Land zunächst nicht, wie es von Papst Clemens V. (Amtszeit 1305-1314) gefordert wurde, dem Johanniterorden, der es somit erst schrittweise zu seinem Besitz machen konnte. Aber das Land zwischen Drage und Küddow kam auch in den nachfolgenden Jahrzehnten nicht zur Ruhe. 1368 hatte Markgraf Otto der Faule von Brandenburg (1341/42-1379) seinen Lehensanspruch an König Kasimir I. den Großen (Kazimierz III Wielki) von Polen (1310-1370) abgetreten. In diesen Jahren kam es zu schweren Grenzfehden zwischen den pommerschen Herzögen und polnischen Adelsgeschlechtern, insbesondere den Czarnkowskis, bei denen das Schloss Tempelburg sowie die kleine Johannisburg bei Machlin/Machliny zerstört wurden. Damit blieb dem Johanniterorden nur noch die strategisch wichtige Burg Draheim, die bis ins 18. Jahrhundert die einzige Wehranlage dieser Landschaft darstellte.

Die Johanniterherrschaft endete zu Beginn des 15. Jahrhunderts im Chaos: Nachdem 1407 polnische und deutsche Adlige Draheim überfallen und eingenommen hatten, verübten sie von hier aus Raubzüge auf die wichtige West-Ost-Verbindung, die über Tempelburg ins Deutschordensland verlief; auch die Handelsstraße zwischen der Saline in Kolberg/Kołobrzeg und Polen war dadurch beeinträchtigt. Die an jener Handelsstraße gelegene neumärkische Stadt Dramburg/Drawsko Pomorskie beendete 1422 dieses Treiben, indem ihre Truppen die Burg Draheim erstürmten und deren polnische Besatzung vertrieben. Als die Dramburger sich allerdings nach dem im gleichen Jahr geschlossenen Frieden von Melnosee/Mełno weigerten, Draheim an die polnische Krone auszuliefern, griff der Deutsche Orden ein und übertrug Burg und Land endgültig an die polnische Krone. Die Starostei Draheim bildete – als Teil des Kreises (*Powiat*) Deutsch Krone (in den polnischen und brandenburgisch-preußischen Quellen jener Zeit noch als *Wałcz*, *Crone* oder *Arnscrone* bezeichnet) zum Palatinat Posen gehörend und zeitweise von einem Unterstarosten verwaltet – den nordwestlichsten Zipfel des polnischen Staatsverbandes, de jure bis zur Ersten Teilung Polens 1772 beziehungsweise bis zum Warschauer Vertrag von 1773.

Die unmittelbare polnische Herrschaft endete allerdings bereits mit dem Vertrag von Bromberg/Bydgoszcz im Jahre 1657, als die Verpfändung des Krongutes an das Kurfürstentum Brandenburg festgelegt wurde. Brandenburg konnte die Pfandherrschaft jedoch erst mit einiger Verzögerung 1668 antreten. Bis 1726 wurde Draheim als sogenanntes Schatullamt von der Kammer in Berlin aus direkt für den brandenburgischen Kurfürsten beziehungsweise ab 1701 für den preußischen König mittels eines Amtmannes auf Schloss Draheim verwaltet, danach wie andere Ämter auch als Domäne verpachtet.

Betrachtet man im 17. Jahrhundert die Geschichte der Kriege und der damit einhergehenden Verwüstungen, so wird die Verschiedenheit der polnischen Starostei Draheim gegenüber dem übrigen Hinterpommern sehr deutlich: Schon bevor der Dreißigjährige Krieg Pommern erreichte, befand sich Polen im Krieg mit Schweden. Während der Dreißigjährige Krieg dann in Vorpommern mit den kaiserlich-schwedischen Kämpfen 1637/1638 und in Hinterpommern mit dem so genannten Krockow'schen Einfall 1643 kulminierte, waren die Kampfhandlungen in Polen beendet. Dagegen hatte Pommern in der Frühphase des Schwedisch-Polnischen Krieges 1655-1660 außer als Durchmarschgebiet für die schwedischen Truppen kaum zu leiden – die Feste Draheim war dafür aber eine der ersten polnischen Wehranlagen, die die Schweden unter Arvid Wittenberg (1606-1667) 1655 einnahmen und besetzten. Auch in den preußisch-russischen Auseinandersetzungen während des Siebenjährigen Krieges wiederholte sich dieses Phänomen, als zum Beispiel der katholische Geistliche in Tempelburg für seine Kirche und sich eine polnische Hoheit in Anspruch nahm, um von den russischen Plünderungen verschont zu bleiben. Für die Bewohner Draheims und der angrenzenden neumärkischen und pommerschen Gebiete bedeuteten diese zeitlich versetzten Handlungsstränge eine Möglichkeit zu aktiver Positionierung – die Grenze war beweglich, und die in ihrer Nähe wohnenden Menschen wussten diesen Umstand für sich zu nutzen.

Die Sonderrolle Draheims innerhalb des preußischen Staates und damit auch die direkte Berliner Unterstellung des Amtes endeten erst nach 1773. Die von den preußischen Behörden empfundene „Widerspenstigkeit" seiner Bewohner lässt sich in den Quellen allerdings auch in den Jahrzehnten danach immer wieder feststellen. Schließlich ging Draheim mitsamt den umliegenden neumärkischen und ursprünglich polnischen, dann westpreußischen, Exklaven 1817 endgültig im pommerschen Kreis Neustettin/Szczecinek, der zum Regierungsbezirk Köslin/Koszalin gehörte, auf. 1938 erfolgte im Zuge einer Verwaltungsreform innerhalb des preußischen Staates die Umgliederung des gesamten Kreises Neustettin in den neu geschaffenen Regierungsbezirk Grenzmark Posen-Westpreußen mit Sitz in Schneidemühl/Piła innerhalb der Provinz Pommern.

Religions- und Kirchengeschichte

Neben der bei einem Pfand immer üblichen Wiedereinlösbarkeit musste Brandenburg mit dem Bromberger Vertrag die Stellung der katholischen Kirche in der Starostei Draheim als unantastbar zusichern. Wie große Teile der Bevölkerung in Polen waren auch die Bewohner der Starostei Draheim im 16. Jahrhundert zum evangelischen Glauben übergetreten. Im Zuge der Gegenreformation wurden dann 1625 durch den zum Katholizismus konvertierten Starosten Johann Czarnkowski (um 1590-1641) die evangelischen Prediger aus Tempelburg ausgewiesen und alle Kirchen der Starostei Draheim wieder dem Bischof von Posen/Poznań unterstellt. Es bestand nun für 100 Jahre die Situation, dass zwar fast alle Bewohner der Starostei evangelisch waren, sie aber keinerlei kirchliche Räume zur Verfügung hatten und für die Unterhaltung des katholischen Geistlichen in Tempelburg herangezogen wurden. Lediglich in der Burg von Alt Draheim gab es in brandenburgischer Zeit eine reformierte Schlosskirche.

Bevölkerung

In den Zeitraum vor dem Dreißigjährigen Krieg fällt die intensive Besiedlung dieses Grenzgürtels. Pommersche und neumärkische Bauern, in ihrer Heimat häufig dem Druck der sich ausbreitenden Leibeigenschaft entfliehend, wurden von polnischen Magnaten in dem dünn besiedelten Gebiet im 16. und frühen 17. Jahrhundert angesiedelt. Ihre Rechtsstellung, oft untermauert durch Freischulzenprivilegien, war eindeutig besser als in ihren Herkunftsgebieten. Ihnen oblag als Wehrbauern aber auch der aktive Schutz dieses Grenzraumes.

Erst nach der Integration der Starostei Draheim in den pommerschen Kreis Neustettin lassen sich in dem ursprünglich von Adligen freien Amt Draheim beispielsweise mit dem Verkauf des dann so bezeichneten Vorwerks Adlig Draheim im Jahre 1818 die ersten adligen Familien nachweisen. Hier ließ sich im 19. Jahrhundert die ursprünglich in Schwedisch-Pommern und Schweden nobilitierte und begüterte Familie von Schmiterlöw nieder. So erklärt sich auch, dass das Wappen dieser Familie (gemeinsam mit dem der von Arnim, die ebenfalls im 19. Jahrhundert hier Güter, unter anderem das ehemals den von der Goltz gehörige Heinrichsdorf/Siemczyno, erwarben) dem der Stadt Tempelburg in einem der vier Fenster im Neustettiner Kreistagssaal zugeordnet war, als im Juni 1902 das neue Gebäude der staatlichen und kommunalen Kreisverwaltung bezogen wurde.

3. Bibliographische Hinweise

- Ernst Bahr: Die Starostei Draheim zwischen 1565 und 1632. In: Baltische Studien (NF) 57 (1971), S. 27-42.
- Ernst Bahr, Roderich Schmidt: Alt Draheim. In: Helge bei der Wieden, Roderich Schmidt (Hg.): Handbuch der historischen Stätten Deutschlands. Bd 12: Mecklenburg/Pommern. Stuttgart 1996 (Kröners Taschenausgabe 315), S. 147f.
- Ernst Bahr, Klaus Conrad: Tempelburg. In: Helge bei der Wieden, Roderich Schmidt (Hg.): Handbuch der historischen Stätten Deutschlands. Band 12: Mecklenburg/Pommern. Stuttgart 1996 (Kröners Taschenausgabe 315), S. 300f.
- Fritz Bahr: Kirchengeschichte des Landes Draheim. In: Blätter für Kirchengeschichte Pommerns, Bände 4, 5 und 7. München, Stettin 1929-1931. (zugleich theol. Diss. Greifswald 1929; Forschungen zur Kirchengeschichte Pommerns 1. Stettin 1931).
- Hans-Joachim Falk: Die Flucht und die Ausweisungen aus dem Deutschen Osten dargestellt an einem pommerschen Landkreis (Neustettin) (Dissertation Hamburg 1952). Hg. von Heinz Jonas. Woltersdorf 1995 (Erlebnisberichte zur Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, Pommern, Kreis Neustettin, Ostdokumente 2, Nr. 139 und 140, Bundesarchiv Koblenz und weitere Berichte).

- Hellmuth Heyden: Kirchengeschichte Pommerns. Köln-Braunsfeld 1957 (Osteuropa und der deutsche Osten, Reihe 3, Bände 5.1 und 5.2).
- Winfried Irgang: Urkunden und Regesten zur Geschichte des Templerordens im Bereich des Bistums Cammin und der Kirchenprovinz Gnesen. Nach der Vorlage von Helmut Lüpke neu bearbeitet. Köln, Wien 1987 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Pommern, Reihe IV: Quellen zur pommerschen Geschichte 10).
- Julius Kohte (Bearb.): Die Bau- und Kunstdenkmäler der Provinz Pommern. Dritter Teil: Der Regierungsbezirk Köslin. Band III: Die Kreise Schivelbein, Dramburg, Neustettin, Bublitz und Rummelsburg. Stettin 1934, S. 72-74, S. 80f., S. 94-97.
- Michael Lissok, Haik Thomas Porada: Die frühere Starostei Draheim und die Stadt Tempelburg – Gemeinsames Seminar von Greifswalder und Stettiner Studenten im März 2002. In: Pommern – Kultur und Geschichte 40 (2002), H. 2, S. 2-9.
- Helmut Lüpke: Das Land Tempelburg – Eine historisch-geographische Untersuchung. In: Baltische Studien (NF) 35 (1933), S. 43-97.
- Christoph Motsch: Grenzgesellschaft und frühmoderner Staat. Die Starostei Draheim zwischen Hinterpommern, der Neumark und Großpolen (1575-1805). Göttingen 2001 (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 164).
- Karl Roelcke: Vom pommerschen Südostwinkel – ein Rückblick auf 25 Jahre Leben und Wirken in Stadt und Kreis Neustettin. Neustettin 1926 (Reprint Woltersdorf 1995).

Zitation

Haik Thomas Porada: Draheim (Starostei). In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32543 (Stand 03.12.2014).

E

Ermland (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

G

Galizien

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnungen

Königreich Galizien und Lodomerien; Kronland Galizien

Anderssprachige Bezeichnungen

poln. Galicja, ukr. Halyčyna, jidd. Galitsien

Etymologie

Der offizielle Name des von Österreich annektierten, zuvor südpolnischen Gebietes, „Königreich Galizien und Lodomerien“, leitete sich von den latinisierten Namen der ehemaligen ruthenischen Fürstentümer Halicz (ukr. *Halyč*, poln. *Halicz*) und Wladimir (ukr. *Volodymyr*, poln. *Włodzimierz*) ab.

2. Geographie

Lage

Galizien liegt zwischen den Karpaten im Süden (Beskiden im Südwesten, Ostkarpaten im Südosten) und der Weichsel im Nordwesten sowie den Flüssen Bialka (*Biała*) im Westen und Sbrutsch (*Zbrucz*) im Osten. Im Allgemeinen werden heute die bis zur polnisch-ukrainischen Grenze reichenden südpolnischen Gebiete als Westgalizien und die östlich davon liegenden als Ostgalizien bezeichnet.

Topographie

Galizien weist verschiedene landschaftliche Formen auf: im Süden das Karpatengebirge mit dem nördlichen Teil der Hohen Tatra, daran angrenzend die westgalizische Tiefebene, die zwischen dem hügeligen Krakauer Gebiet im Westen mit seinen Jura- und Kreidevorkommen sowie Steinkohle- und Erzvorkommen und der podolischen Platte im Osten liegt. Zahlreiche Flüsse durchziehen diese Region. Zu den größten zählen die Weichsel (*Wisła*), der Bug, der Styr, der Sbrutsch und der San. Zwischen San und Dnister sowie Bug und Styr führt die europäische Wasserscheide hindurch: Im Westen fließen die Flüsse der Ostsee zu, im Osten dem Schwarzen Meer. Mit der westgalizischen Tiefebene eng verbunden ist die ostgalizische Grabensenke. Etwa ein Viertel des Landes ist bewaldet, wobei die Wälder ungleichmäßig verteilt sind. Besonders waldreich sind die östlichen und westlichen Karpaten. Der Ackerboden ist ergiebig, besonders fruchtbar ist die Schwarzerde in Ostgalizien.

Staatliche und regionale Zugehörigkeit

Die polnischen Woiwodschaften Kleinpolen (*Województwo małopolskie*) und Karpatenvorland (*Województwo podkarpackie*) sowie ein kleiner Teil der Woiwodschaft Schlesien (*Województwo śląskie*), das Gebiet um Bielitz-Biala/Bielsko-Biała und Saybusch/Żywiec, umfassen heute das Territorium des ehemaligen Westgalizien. Das frühere Ostgalizien setzt sich heute aus den ukrainischen Bezirken (*Oblast*) Lemberg/L’viv, Stanislau/Ivano-Frankivsk, Tarnopol/Ternopil’ sowie aus Teilen des Bezirks Czernowitz/Černivci zusammen.

Historische Geographie

Als „Galizien“ wird das südpolnische Gebiet bezeichnet, das 1772 infolge der Ersten Teilung Polens an Österreich fiel und aus der polnischen Provinz Kleinpolen (*Polonia Minor*) bestand. Das österreichische Kronland Galizien grenzte im Westen an Österreichisch-Schlesien, Preußisch-Schlesien und das Königreich Polen (russisches Teilungsgebiet), im Nordosten an Russland, im Osten an die Moldau und Bessarabien sowie im Süden an Ungarn und Siebenbürgen. Im Rahmen der Dritten Teilung Polens 1795 gewann Österreich Krakau/Kraków und Umgebung sowie große Gebiete im Nordwesten hinzu, sodass die Grenze Galiziens bis knapp vor Warschau/Warszawa reichte. Dieses als „Neu-Galizien“ bezeichnete Gebiet wurde aber 1809 von polnischen Truppen zurückerobert, und die Grenzen des österreichischen Teilungsgebietes umfassten in etwa wieder die Grenzen Galiziens von 1772. Im Vertrag von Schönbrunn 1815 erhielt die Stadt Krakau den Status einer Freien Stadt und bildete mit ihrer engeren Umgebung eine Enklave in Galizien, bis sie 1846 wieder in das Kronland Galizien eingegliedert wurde. 1849 wurde der Kreis Czernowitz im Südosten zu einem eigenen Kronland, dem Herzogtum Bukowina, erhoben. Bis 1918 blieben die Grenzen Galiziens unverändert, von den verschiedenen Frontverläufen im Ersten Weltkrieg abgesehen. Nach der Pariser Friedenskonferenz am 18. Juni 1919 wurden die Gebiete des ehemaligen Ostgalizien bis zum Grenzfluss Sbrutsch der Zweiten Republik Polen zugestanden.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Das Wappen des Kronlandes Galizien und Lodomerien besteht aus einem blauen, längs geteilten und mit einer Königskrone geschmückten Schild. In der linken Hälfte (Galizien) wird er durch einen roten Querbalken mit einer Dohle oberhalb und drei goldenen Kronen unterhalb, zwei davon direkt unterhalb des Querbalkens und eine unter den zwei Kronen, unterteilt. In der rechten Hälfte (Lodomerien) befinden sich zwei silbern und rot geschachte Querbalken.

Neuzeit



Die Statthalterei Lemberg (Postkarte, vor 1919).
Ab 1850 unterstand der Statthalterei Lemberg
der ostgalizische Regierungsbereich. [Herder-Institut,
Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 114108].

Infolge der Ersten Teilung Polens 1772 war zunächst österreichisches Militär in dem neuen Kronland stationiert und übernahm für die ersten Monate die administrativen Aufgaben, die anschließend von den aus den deutschsprachigen Gebieten der Habsburgermonarchie entsandten Beamten übernommen wurden. In der Hauptstadt Galiziens, Lemberg/Lwów/L’viv,

befand sich das Landesgubernium mit einem Landesgouverneur (nach 1848 Statthalter) an der Spitze, dem Gubernialbeamte und mittlere Beamte sowie Hilfskräfte zur Seite standen. Den im Laufe der Zeit auf 18 beziehungsweise 19 (mit Czernowitz) reduzierten Kreisen standen Kreishauptleute (nach 1848 Bezirkshauptleute) vor, die wiederum von Kreiskommissaren (nach 1848 Bezirkskommissaren) und niederem Personal bei ihrer Arbeit unterstützt wurden. Bis 1848 nahmen Deutsche oder Tschechen die höchsten Verwaltungsämter ein. Erst nach der Revolution im März 1848 wurden diese Ämter auch Polen übertragen, die schon eine beachtliche Beamtenkarriere in der galizischen Verwaltung zurückgelegt hatten. Manche von ihnen bekleideten später sogar Ministerposten in der Wiener Regierung, wie etwa der galizische Statthalter Agenor Graf Gołuchowski (1812–1875), der 1859 zum Innenminister ernannt wurde.



Mickiewicz-Gasse in Lemberg mit Smolka-Denkmal auf einer Postkarte aus dem Jahr 1915. Der Politiker Franciszek Smolka (1810-1899) vertrat polnische Interessen unter anderem als Mitglied des Reichstags und Reichsrats in Österreich. Das 1913 errichtete Denkmal wurde im Zweiten Weltkrieg zerstört. [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 114148].

Nach dem Österreichisch-Ungarischen Ausgleich 1867 machte die Wiener Regierung den polnischen Politikern umfassende Zugeständnisse für eine weitgehende Autonomie Galiziens. 1867 wurde die polnische Sprache als Unterrichts- und Amtssprache eingeführt. 1870/1871 folgte die Einführung der polnischen Sprache an den Universitäten und Hochschulen. Nach wie vor blieben politische Entscheidungen abhängig von Wien, allerdings ermöglichten die Selbstverwaltungsstrukturen Galiziens der polnischen Verwaltungselite, die nun die Schlüsselpositionen einnahm und die deutsch-österreichischen Beamten, die nicht der polnischen Sprache mächtig waren, ersetzte, einen großen Einfluss auf die landespolitischen Entscheidungen. Dadurch befand sich die polnische Bevölkerung des österreichischen Teilungsgebiets im Gegensatz zu der des preußischen und des russischen Teilungsgebiets in einer äußerst vorteilhaften Lage.

Bei den anderen nationalen Gruppen stieß diese Begünstigung der Polen in Galizien allerdings auf Kritik, insbesondere bei den Ruthenen/Ukrainern, die als fast gleich große Bevölkerungsgruppe in keinerlei Weise ihrem Anteil entsprechend in den galizischen Behörden repräsentiert waren. Der zunehmende Antagonismus zwischen Polen und Ukrainern nahm Anfang des 20. Jahrhunderts durch das tödliche Attentat auf den galizischen Statthalter Andrzej Graf Potocki (1861–1908) gewalttätige Züge an. Seit Ende des 19. Jahrhunderts sah sich die jüdische Bevölkerung, die etwa 10 % der Gesamtbevölkerung ausmachte, mit zunehmenden antisemitischen Kampagnen konfrontiert.

Zeitgeschichte



Kaiser Karl I. (1887-1922) von Österreich vor
Soldaten in Tarnopol während des Ersten Weltkrieges
[Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 126216].

Im Ersten Weltkrieg musste auch die galizische Bevölkerung einen hohen Blutzoll leisten, da Galizien zu einem Schauplatz des Kriegsgeschehens an der Ostfront wurde und sich die Fronten zwischen den deutschen und österreichischen Truppen auf der einen und den russischen Truppen auf der anderen Seite immer wieder verschoben. Zum Ende des Ersten Weltkriegs verließen die zuvor gemeinsam in der österreichischen Armee kämpfenden polnischen und ukrainischen Soldaten und Offiziere die Armee und bildeten eigene Regimenter, die sich seit dem 1. November 1918 in Ostgalizien erbitterte Kämpfe lieferten. Nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit Polens am 11. November 1918 rief die nationalukrainische Regierung am 13. November die Westukrainische Volksrepublik mit Stanislau/Stanislaviv/Stanisławów als Hauptstadt aus. Im polnisch-ukrainischen Kampf um Lemberg und Ostgalizien 1918/1919 gingen die Polen als Sieger hervor.

Bis zum deutschen Überfall auf Polen am 1. September 1939 blieb die 1919 festgelegte Grenze bestehen. Dann wurden die südpolnischen Gebiete von deutschen Truppen besetzt und bildeten als Distrikt Krakau bis Januar 1945 einen Teil des Generalgouvernements. Entsprechend dem geheimen Zusatzprotokoll des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes vom 24. September 1939 wurde Ostgalizien bis zum Fluss San von der Sowjetunion besetzt und blieb bis zum deutschen Angriff auf die Sowjetunion im Juni 1941 unter sowjetischer Besatzung. Als Distrikt Galizien wurde es dann in das Generalgouvernement eingegliedert. Ende 1944 wurde dieses Gebiet wieder von der Roten Armee zurückerobert. Die seit 1945 zwischen der Volksrepublik Polen und der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik bestehende Grenze ist seit 1991 auch die Grenze zwischen der Republik Polen und der unabhängigen Ukraine.

Bevölkerung und Gesellschaft

Zwischen 1776 und 1848 verdoppelte sich die Bevölkerung Galiziens beinahe.

Jahr	Einwohner[1]
1776	2.628.483
1786	3.224.000
1801	3.644.892
1818	3.760.319
1828	4.435.435
1848	5.290.974

Im Westen Galiziens lebten mehrheitlich Polen, im Osten Galiziens mehrheitlich Ruthenen (Ukrainer). Juden lebten in beiden Teilen Galiziens, mehrheitlich jedoch in ostgalizischen Städten, da in zahlreichen westgalizischen Städten noch das Privileg *De non tolerandis Judaeis* aus dem 16. Jahrhundert seine Wirkung zeigte.

Um 1848 verzeichnete der westgalizische Wadowicer Kreis 272.870 Einwohner, von denen 263.225 römisch-katholisch, demzufolge mehrheitlich Polen waren. Darüber hinaus wurden 2.135 Evangelische Augsburgischen und Helvetischen Bekenntnisses sowie 7.500 Juden gezählt. Im Krakauer Kreis waren von 146.000 Einwohnern 143.338 römisch-katholisch (Polen), 62 griechisch-katholisch (Ruthenen), 1.700 Evangelische A. und H. B. sowie 10.040 Juden. Im Przemyśler Kreis waren von 272.793 Einwohnern 74.870 römisch-katholisch (Polen) und 175.449 griechisch-katholisch (Ruthenen). Außerdem lebten hier 1.464 Evangelische A. und H. B. sowie 19.834 Juden. Der einzige Kreis in Ostgalizien, in dem die polnische Bevölkerung nur einen geringfügig kleineren Anteil als die ruthenische (ukrainische) Bevölkerung hatte, war der Lemberger Kreis, in dem die Zugehörigkeit der Bevölkerung zu den verschiedenen Konfessionen wie folgt aussah: Von 194.292 Einwohnern waren 74.289 römisch-katholisch, 86.950 griechisch-katholisch, 230 armenisch-katholisch, 807 Evangelische A. und H. B. sowie 12.337 Juden. Im Czortkower Kreis, dem am östlichsten gelegenen Kreis an der Grenze zu Russland, gehörten von 220.184 Einwohnern 47.260 dem römisch-katholischen, 160.003 dem griechisch-katholischen, 228 Evangelische A. und H. B. sowie 11.693 dem mosaischen Glauben an.[2]

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts verzeichnen Volkszählungen in Galizien einen weiteren Bevölkerungszuwachs:

Jahr	Einwohner[3]
1869	5.418.016
1880	5.958.907
1890	6.607.816
1900	7.315.938
1910	8.025.679

Deutsche gab es schätzungsweise in den Jahren 1786: 18.000, 1812: 26.000, 1846: 49.300, 1869: 67.500, 1880: 75.500, 1900: 77.500 und 1910: 69.500.[4] Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung Galiziens betrug im gesamten Zeitraum nicht mehr als ein bis drei Prozent. Im Gegensatz zur ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in dem Volkszählungen nach der konfessionellen Zugehörigkeit durchgeführt wurden, galt in den Volkszählungen seit 1869 die Frage nach der Umgangssprache als Mittel zur Erhebung der nationalen Zugehörigkeit. Als Umgangssprachen waren jedoch nur die anerkannten Sprachen Deutsch, Polnisch und Ruthenisch zugelassen, daher hatten die Juden keine Möglichkeit Jiddisch als Umgangssprache anzugeben.

Die gesellschaftlichen Verhältnisse änderten sich zwischen 1772 und 1918 nur wenig. Die große Mehrheit der Bevölkerung stellte die bäuerliche Schicht (Polen und Ruthenen), von denen die meisten nur über ein kleines Stück Land verfügten, das kaum ein Auskommen für die Familie bot. Zwar verbesserte sich 1782 die rechtliche Lage der Bauern nach der Aufhebung der Leibeigenschaft durch Joseph II. (1741–1790), allerdings blieben die Frondienste, die dem Staat und zum größeren Teil den Grundbesitzern geleistet werden mussten, bis 1848 bestehen. Ausgedehnte Ländereien befanden sich dagegen im Besitz einer kleinen Zahl von Adeligen. Das Bürgertum war anfangs schwach entwickelt und erfuhr erst im Lau-

fe des 19. Jahrhunderts eine Stärkung. Ende des 19. Jahrhunderts kam es aufgrund der Überbevölkerung und dem Arbeitsmangel zu einer anhaltenden Auswanderung vor allem in die Vereinigten Staaten von Amerika sowie nach Kanada.

Wirtschaft



Die nach der österreichischen Kronprinzessin Stephanie (1864–1945) benannte Erzherzogin-Stephanie-Grotte im Salzbergwerk bei Wieliczka (Postkarte, vor 1945) [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 72881].

Etwa 80 % der galizischen Bevölkerung lebte noch um 1900 von der Landwirtschaft. Der Grundbesitz der Agrarbevölkerung umfasste vornehmlich kleine landwirtschaftliche Betriebe von ein bis zehn Hektar. Auf den zum Teil sehr ergiebigen Anbauflächen wurden Getreide und Mais angebaut. Eine große Bedeutung hatte die Zucht von Nutzvieh und Geflügel, die ebenso wie Molkereiprodukte und Eier auch außerhalb des Kronlandes Absatz fanden. Zahlreiche Gestüte polnischer Aristokraten bedienten neben den staatlichen Gestüten die große Nachfrage nach Pferden. Fast 40 % der österreichischen Staatsforste entfielen auf Galizien und warfen einen großen Ertrag ab. Daneben gab es auch Privatforste in Händen adeliger und nichtadeliger Grundbesitzer, die Produkte aus Holz herstellen ließen und im In- und Ausland absetzten. Durch die Modernisierung der Betriebe mit Wasser- und Dampfsägen erlebte die Holzindustrie seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts einen Aufschwung. Ein besonders einträglicher Wirtschaftszweig für den Staat war die Steinsalzgewinnung in den westgalizischen Salzbergwerken Wieliczka, den damals größten Österreichs, und in Bochnia. Auch in Ostgalizien gab es Salzbergwerke, von denen sich das größte in Drohobytsch/Drohobyč/Drohobycz befand. Seit den 1880er Jahren spielte die Erdölgewinnung in Ostgalizien eine herausragende Rolle. So zählten die Ölfelder bei Borys-lau/Boryslav/Borysław und Drohobytsch zu den damals ergiebigsten Ölfeldern Europas. Die Ölproduktion deckte damals den gesamten Bedarf der Habsburgermonarchie und konnte sogar noch exportiert werden. Zu den wichtigen Bodenschätzen zählten auch die Steinkohlevorkommen in Westgalizien sowie die verschiedenen Erzvorkommen in ganz Galizien.

Die Hausindustrie und das Kleingewerbe verloren im Laufe der Industrialisierung an Bedeutung und wurden schrittweise durch die Neugründung von Fabriken verdrängt (Eisen- und

Metallindustrie, Textilindustrie, Papierfabriken, Möbelherstellung, Brauereien in Saybusch/Żywiec und Okocim, Spirituosenfabriken u. a.). Ein Teil der verarmten bäuerlichen Bevölkerung versuchte nun als Fabrikarbeiter den Lebensunterhalt seiner Familien zu sichern. Ein wichtiger Faktor für die Industrialisierung Galiziens war der Ausbau des Eisenbahnwesens, das ebenfalls neue Arbeitsmöglichkeiten bot. Wirtschaftliche Bedeutung hatten auch die zahlreichen Kurorte mit ihren Heilquellen (Krynica, Szczawnica, Iwonicz, Rymanów, Truskavec'/Truskawiec u. a.).

Religions- und Kirchengeschichte

Der multikonfessionelle Charakter Galiziens hatte sich schon im Mittelalter herausgebildet. Neben der römisch-katholischen Konfession war auch die armenisch-katholische Konfession vertreten. Als die griechisch-orthodoxen Bischöfe Polen-Litauens 1595/1596 eine Union mit der römisch-katholischen Kirche (Union von Brest) schlossen, hielt die griechisch-orthodoxe Geistlichkeit in Lemberg zunächst an der Orthodoxie fest und widersetzte sich über hundert Jahre lang der Union. Erst im Jahre 1700 wurde die Union eines Teils der Orthodoxen mit der römisch-katholischen Kirche in Warschau bestätigt. Die mit Rom unierten Gläubigen wurden als Unierte oder griechisch-katholische Gläubige bezeichnet.

Juden lebten seit dem 14. Jahrhundert in Kleinpolen und standen unter dem Schutz der polnischen Könige, die ihnen die Ausübung ihrer religiösen Riten gestatteten. Der Protestantismus fand seit dem 16. Jahrhundert Anhänger insbesondere in adeligen Kreisen, konnte jedoch infolge der Gegenreformation nicht Fuß fassen. Erst seit 1774 durften sich im Rahmen des Ansiedlungspatentes von Kaiserin Maria Theresia (1717 1780) Protestanten in Galizien niederlassen. Die Niederlassungserlaubnis wurde dann 1781 in einem weiteren Patent von Joseph II. erweitert. Die Stellung der Juden in der Gesellschaft wurde im 1789 erlassenen Toleranzpatent Josephs II. geregelt.



Tempel-Synagoge in Lemberg (auch: Neue Synagoge). Die 1846 eingeweihte Synagoge wurde 1941 von den Nationalsozialisten zerstört.



Evangelische Kirche in Lemberg
[Foto (2007): Isabel Röskau-Rydel].

Eine Besonderheit der Stadt Lemberg war, dass sie seit 1808 drei Erzbistümer beherbergte: das römisch-katholische, das armenisch-katholische sowie das 1808 zum griechisch-katholischen Erzbistum (Metropolie) erhobene Bistum.



Römisch-katholische Kathedrale
Mariae Himmelfahrt in Lemberg
[Foto (2015): Isabel Röskau-Rydel].



Armenisch-katholische Kathedrale in Lemberg
[Foto (2015): Isabel Röskau-Rydel].



Griechisch-katholische Sankt-Georgs-Kathedrale
in Lemberg [Foto (2015): Isabel Röskau-Rydel].

Die konfessionelle Zugehörigkeit der 1848 5.290.974 Einwohner zählenden Gesamtbevölkerung Galiziens stellte sich wie folgt dar: 2.315.822 griechisch-katholisch, 2.285.537 römisch-katholisch, 339.607 jüdisch, 307.619 griechisch-orthodox (nicht uniert), 33.800 Evangelische A. und H. B., 4.674 armenisch-katholisch, 2.020 Lipowaner, 1.272 armenisch-apostolisch (nicht uniert), 372 Mennoniten und 251 Karaiten.[5] 1910 sah die konfessionelle Gliederung folgendermaßen aus: 3.732.290 römisch- und armenisch-katholisch, 3.379.233 griechisch-katholisch, 871.804 israelitisch, 37.693 evangelisch und 2.841 griechisch und armenisch (nicht uniert).[6]

Sprachen

Von der Annektierung des Gebietes durch Österreich 1772 bis 1867 war das Deutsche die Amts- und Unterrichtssprache (in manchen Bereichen war dies anfangs auch Latein). Die polnische Sprache blieb zwar die *lingua franca* der einheimischen Bevölkerung, verlor aber ihre Bedeutung im öffentlichen Bereich. Ruthenisch (Ukrainisch) sprach die Landbevölkerung in Ostgalizien. Die Umgangssprache der orthodoxen Juden war das Jiddische, darüber hinaus sprachen sie je nach Wohnort Polnisch, Ruthenisch oder Deutsch. Das Armenische wurde nur noch im kirchlichen Bereich verwendet.

Wissenschaft

Die erst 1784 durch Kaiser Joseph II. gegründete Lemberger Universität bedeutete für die seit 1364 bestehende Krakauer Universität keine Konkurrenz. Nach der Eingliederung Krakaus und seiner Umgebung in Galizien infolge der Dritten Teilung Polens 1795 wurde die Lemberger Universität auf Bestreben Wiens 1805 in ein Lyzeum umgewandelt und nur noch die wissenschaftlich auf einem höheren Niveau stehende Krakauer Universität erhalten. Als 1809 Krakau von polnischen Truppen besetzt wurde, verlor das Kronland Galizien damit seine einzige Universität. Das Lyzeum in Lemberg wurde 1817 wieder zu einer Universität erhoben, auf eine medizinische Fakultät wurde jedoch aus Kostengründen verzichtet und nur ein medizinisch-chirurgisches Studium eingerichtet. Neben der Universität bestand seit 1871 auch eine polytechnische Hochschule.

Eine große wissenschaftliche Bedeutung für Galizien erlangte das vom Präfekten der Wiener Hofbibliothek Maximilian Graf Ossoliński (1748–1826) 1817 in Lemberg gestiftete Ossolinskische Nationalinstitut (*Zakład Narodowy im. Ossolińskich*), das Werke der polnischen und slawischen Literatur und Geschichte sammeln sollte und dessen Grundstock die umfangreichen Sammlungen Ossolińskis nach dessen Tod im Jahre 1826 bildeten. Seit dem 16. Jahrhundert bestand die von ruthenischen Bürgern der Stadt gegründete Stauropigianische Bruderschaft, der geistliche und weltliche Mitglieder angehörten. Die Bruderschaft

widmete sich vornehmlich kirchlichen Belangen und leitete eine Schule für ruthenische Kinder. Darüber hinaus besaß die Bruderschaft, die 1788 in ein Institut umgewandelt wurde, eine Druckerei, wo zahlreiche Druckerzeugnisse in kyrillischer Schrift hergestellt wurden. Mit der Gründung der Ševčenko-Gesellschaft im Jahre 1873 verfügten die Ruthenen über eine eigene wissenschaftliche Einrichtung, in deren wissenschaftlicher Zeitschrift Forschungen in ruthenischer Sprache veröffentlicht wurden.

Eine Bibliothek mit zahlreichen naturwissenschaftlichen Werken gehörte zum Naturkundemuseum des Grafen Włodzimierz Dzieduszycki (1825–1899) in Lemberg. Die Universitätsbibliothek in der galizischen Hauptstadt bot den Wissenschaftlern die Möglichkeit, neuere wissenschaftliche Publikationen einzusehen; eine viel ältere und größere Sammlung stellte dagegen die Jagiellonische Bibliothek (*Biblioteka Jagiellońska*) in Krakau dar. Die bedeutendste außeruniversitäre wissenschaftliche Einrichtung in Krakau, die 1872 gegründete Polnische Akademie der Gelehrsamkeit (*Polska Akademia Umiejętności*), verfügte ebenfalls über eine umfangreiche Bibliothek.

Literatur und Publizistik

Eine ruthenische Schriftkultur bildete sich seit den 1830er Jahren durch die literarischen Werke von drei ruthenischen Seminaristen aus, die sich für eine Verbesserung der Bildung der ruthenischen Bevölkerung einsetzten: Markijan Šaškevyč (1811–1843), Ivan Vahylevyč (1811–1866) und Jakiv Holovackyj (1814–1888). Zu den bekanntesten ruthenischen/ukrainischen Schriftstellern Galiziens zählte Ivan Franko (1856–1916), der auch auf Deutsch und Polnisch publizierte.

Seit der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden in Galizien deutsche und polnische Zeitungen und Zeitschriften herausgegeben. Die größte Verbreitung hatten damals die *Lemberger Zeitung* (Erscheinen 1866 eingestellt) und die *Gazeta Lwowska*, die jeweils eine eigene Redaktion hatten. Seit 1848 erschienen in zunehmender Zahl polnische und ruthenische Zeitungen und Zeitschriften sowie später auch Zeitungen in Jiddisch.

Zu den bekanntesten polnischen Schriftstellern im Galizien der ersten und zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zählte der Komödiendichter Aleksander Graf Fredro (1793–1876), dessen Theaterstücke in Krakau und Lemberg aufgeführt wurden. Ein in jener Zeit sehr gern gelesener Schriftsteller deutsch-polnisch-französischer Herkunft war Wincenty Pol (Vinzenz Poll von Pollenburg; 1807–1872), der seine Werke in polnischer Sprache verfasste. Bekannte polnische Schriftsteller der Jahrhundertwende, die in Galizien geboren wurden und die Literaturströmung des „Jungen Polen“ nachhaltig mitprägten, waren Jan Kasprowicz (1860–1926), Kazimierz Przerwa-Tetmajer (1865–1940), Stanisław Wyspiański (1869–1907), Lucjan Rydel (1870–1918), Leopold Staff (1878–1957) und Stanisław Witkiewicz (1885–1939). Große Bekanntheit erlangte der aus dem ostgalizischen Drohobytsch stammende Bruno Schulz (1892–1942) in der Zwischenkriegszeit. Bekannte deutschsprachige Schriftsteller und Publizisten, die ihre Kindheit oder Jugend in Galizien verbrachten, waren Karl Emil Franzos (1848–1904), Leopold von Sacher-Masoch (1836–1895), Soma Morgenstern (1890–1976) und Joseph Roth (1894–1939), die sich in ihren Werken immer wieder mit galizischen Themen befassten. Von seiner in Galizien verbrachten Kindheit und Jugend wurde auch der Religionsphilosoph Martin Buber (1878–1965) stark geprägt.

Kunstgeschichte

Die in Galizien wirkenden Künstler konnten auf eine jahrhundertelange künstlerische Tradition in Südpolen zurückblicken. Die sakralen und weltlichen Gebäude in Galizien, insbesondere in Krakau und Lemberg, zeugen von den Einflüssen der Romanik, Gotik, Renais-

sance und dem Barock auf die Architektur in Südpolen. Zahlreiche Künstler aus Italien und Deutschland wirkten hier. Zu den bekanntesten Werken deutscher Künstler zählt der Hochaltar (1477–1496) von Veit Stoß (um 1447–1533) in der Krakauer Marienkirche. Im 19. Jahrhundert entstanden in Lemberg und Krakau Gebäude, deren Architektur meist an die in Wien anknüpfte (wie etwa die der Operntheater). Die Krakauer Schule für Schöne Künste brachte unter der Leitung des bekannten Historienmalers Jan Matejko (1838–1893) hervorragende Maler hervor, die meist auch einige Jahre an den Kunstakademien in Wien, München oder Paris verbrachten. Zu den bedeutendsten Malern Galiziens zählen unter anderem Henryk Rodakowski (1823–1894), Juliusz (1824–1899) und Wojciech Kossak (1857–1942), Artur Grottger (1837–1867), Maurycy Gottlieb (1856–1879), Włodzimierz Tetmajer (1861–1923), Olga Boznańska (1865–1940), Józef Mehoffer (1869–1946) und Stanisław Wyspiański (1869–1907).

Gedächtnis- und Erinnerungskultur

Seit der politischen Wende reisen vermehrt Polen, deren Familien aus dem ehemaligen Ostgalizien stammen, in die Westukraine. Das Interesse der nach 1945 geborenen Kinder, die Orte der Kindheit der Elterngeneration kennenzulernen, ist groß. So widmete sich beispielsweise der 1945 in Lemberg geborene und in Gleiwitz/Gliwice aufgewachsene polnische Dichter und Schriftsteller Adam Zagajewski in einigen Gedichten seiner Geburtsstadt. Auf ukrainischer Seite befasst man sich seit der Unabhängigkeit der Ukraine intensiv mit der Geschichte des ehemaligen Galizien, wobei das Interesse nicht so sehr der polnischen Zeit, sondern vielmehr der österreichischen Herrschaft gilt. Zu den bekanntesten Schriftstellern der Westukraine, die das ehemalige Galizien thematisieren, zählt der aus Stanislau stammende Schriftsteller Jurij Andruchovyč, dessen Bücher sowohl ins Deutsche als auch ins Polnische übersetzt wurden. Auch die Kinder- und Enkelgeneration der in Galizien geborenen deutschen Kolonisten halten regen Kontakt mit den ehemaligen Heimatorten ihrer Großeltern.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Waldemar Bukowski, Bogusław Dybaś, Zdzisław Noga (Hg.): Galicja na józefińskiej mapie topograficznej 1779–1783 [Die Josephinische Landesaufnahme von Galizien 1779-1783]. Bd. 1, Teil A, Sektionen 1–30. Kraków 2012.
- Zbigniew Fras: Galicja [Galizien]. Wrocław 1999.
- Stanisław Grodziski: W królestwie Galicji i Lodomerii [Im Königreich Galizien und Lodomerien]. 2. Aufl. Kraków 2005.
- Alexander von Guttry: Galizien. Land und Leute. München, Leipzig 1916.
- Agnieszka Kawalec, Wacław Wierzbieniec, Leonid Zaszkilniak (Hg.): Galicja 1772–1918. Problemy metodologiczne, stan i potrzeby badań [Galizien 1772–1918. Methodologische Fragen, Forschungsstand und -desiderate]. Bd. 1–3. Rzeszów 2011.
- Rudolf A. Mark: Galizien unter österreichischer Herrschaft. Verwaltung – Kirche – Bevölkerung. Marburg/L. 1994 (Historische und landeskundliche Ostmitteleuropa-Studien 13).
- Jacek Purchla, Wolfgang Kos, Zanna Komar, Monika Rydiger, Werner Michael Schwarz (Hg.): Mythos Galizien. Wien 2015 (Sonderausstellung des Wien-Museums 401).
- Isabel Röskau-Rydel (Hg.): Galizien, Bukowina, Moldau. Berlin 1999 (Deutsche Geschichte im Osten Europas).
- Ukraina. Przewodnik krytyki politycznej. Z Jarosławem Hrycakiem rozmawia Iza Chruślińska [Ukraine. Vademecum der politischen Kritik. Ein Gespräch Iza

Chruślińskas mit Jarosław Hrycak]. Mit einem Vorwort von Adam Michnik. Gdańsk, Warszawa 2009.
- Larry Wolff: The Idea of Galicia. History and Fantasy in Habsburg Political Culture. Stanford, California 2010.

Weblinks

- http://www.galizien-deutsche.de/ (Webseite des Hilfskomitees der Galiziendeutschen e. V. mit Informationen zur Geschichte der Deutschen in Galizien)
- http://www.herder-institut.de/bildkatalog/index/index?searchfield_parameter=Galizien&newperspective=thumbnails (Abbildungen zu Galizien im Bildarchiv des Herder-Instituts, Marburg)

Anmerkungen

[1] Mark: Galizien unter österreichischer Herrschaft, S. 53.

[2] Hipolit Studnicki: Das Königreich Galizien und Lodomerien, sammt dem Großherzogthume Krakau und dem Herzogthume Bukowina, in geographisch-historisch-statistischer Beziehung. Lemberg 1853, Tabelle, zwischen S. 6–7.

[3] Mark: Galizien unter österreichischer Herrschaft, S. 70.

[4] Walter Kuhn: Bevölkerungsstatistik des Deutschtums in Galizien. Wien 1930 (Schriften des Instituts für Statistik der Minderheitsvölker an der Universität 7), S. 156, Tab. 2.

[5] Stupnicki: Das Königreich Galizien und Lodomerien (Anm. 2), Tabelle zwischen S. 6 und 7.

[6] Peter Urbanitsch: Die Deutschen in Österreich. Statistisch-deskriptiver Überblick, Tabelle 6: Die konfessionelle Gliederung nach Ländern und Umgangssprachen 1910. In: Adam Wandruszka, Peter Urbanitsch (Hg.): Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. III: Die Völker des Reiches, 1. Teilband. Wien 1980, S. 33–153, hier S. 59.

Zitation

Isabel Röskau-Rydel: Galizien. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2015. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32557 (Stand 14.07.2015).

Generalgouvernement

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete (26.10.1939–31.07.1940), danach nur Generalgouvernement; GG

Anderssprachige Bezeichnungen

poln. Generalne Gubernatorstwo und Generalna Gubernia; ukr. General’naja Gubernija

Etymologie

Der Begriff „Generalgouvernement“ rekurriert auf das „Generalgouvernement Warschau“, ein deutsch besetztes Gebiet im Ersten Weltkrieg, aber auch auf die gleichnamige zarisch-russische Verwaltung Polens vor 1914.

2. Geographie

Lage

Das Generalgouvernement umfasste Gebiete des polnischen Staates vor 1939, gelegen zwischen dessen im Herbst 1939 ins Reich eingegliederten (westlich: Teile der Provinz Schlesien sowie Reichsgau Wartheland, nordwestlich: Teile des Reichsgaus Danzig-Westpreußen; nordöstlich: Regierungsbezirk Zichenau) sowie den sowjetisch besetzten Teilen (bzw. ab August/September 1941 dem Reichskommissariat Ukraine [östlich] und dem Bezirk Białystok [nordöstlich]); ab Sommer 1941 kamen weitere Teile Galiziens hinzu. Im Süden grenzte es an die Slowakei, Ungarn und nach der Erweiterung auch an Rumänien im Südosten. Zunächst hatte es eine Fläche von 96.559 km^2, später von 142.113 km^2.[1]

Historische Geographie

Das Generalgouvernement war ein Territorium unter deutscher Besatzung im Zweiten Weltkrieg auf dem Gebiet Polens. Es hatte einen bewusst unklaren administrativen Status und firmierte deshalb auch als „Nebenland des Reiches“. Seine Grenzen hatten keine historischen Vorläufer und beruhten auf Absprachen zwischen Deutschland und der Sowjetunion. Es löste am 26. Oktober 1939 eine Militärverwaltung ab. Zum 1. August 1941 wurde das GG um den Distrikt Galizien erweitert. Mit dem Vormarsch der Roten Armee seit Sommer 1944 wurde das Territorium stückweise kleiner und war seit Januar 1945 komplett befreit. Ein offizielles Datum der Auflösung des GG existiert nicht.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Das Generalgouvernement hatte keine eigene Flagge oder Wappen und verwandte die Symbolik des Deutschen Reiches.

Zeitgeschichte

Das Generalgouvernement entstand am 26. Oktober 1939 nach der Invasion in Polen durch das nationalsozialistische Deutschland, die am 1. September 1939 begann und mit der vollständigen Niederlage der polnischen Truppen am 6. Oktober 1939 endete. Von Beginn an gingen die Okkupanten gegen die Zivilbevölkerung vor, wobei zunächst die polnischen Eliten Ziel der Gewaltverbrechen waren. Die sogenannten Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD verfolgten gezielt die einheimischen Spitzen aus Politik, Wissenschaft, Kultur und Kirche und ermordeten bis Frühjahr 1940 in ganz Polen über 60.000 Menschen.

In der Folge entwickelten die Nationalsozialisten zwei Ziele für das besetzte Gebiet: wirtschaftliche Ausbeutung und Germanisierung. Während ersteres die Indienstnahme für die eigene Kriegswirtschaft und die völlige Ausbeutung der Einheimischen bedeutete, lief das zweite auf Vertreibungen und Massenmord hinaus. Zunächst wurden aber aus den ins Deutsche Reich eingegliederten Gebieten 350.000 Polen und Juden ins GG vertrieben. Dort wiederum hatten Umsiedlungsaktionen wie in Zamość, wo von Ende 1942 bis Sommer 1943 rund 110.000 Polen vertrieben und 9.000 „Volksdeutsche“ (teils aus Bessarabien und der Bukowina) angesiedelt wurden, eher Testcharakter, bedeuteten für die Betroffenen jedoch großes Leid. Eine weitergehende Germanisierung verhinderte der verlorene Krieg, in dessen

Verlauf deutschstämmige polnische Staatsbürger nach Westen ziehen mussten. Gigantomanische Pläne, Städte wie Warschau/Warszawa oder Krakau/Kraków auf ein Zehntel ihrer Vorkriegsbevölkerung zu reduzieren und als rein deutsch umzugestalten, wurden nicht realisiert.

Opfer der deutschen Rassenpolitik waren insbesondere die Juden. Sie waren seit 1940 unter Federführung der Zivilverwaltung einer Separierung von der übrigen Bevölkerung des GG unterworfen und wurden in 342 Ghettos gezwungen. Dort unterlagen sie einer Politik gezielter Enteignung und Aushungerung, die allein in Warschau 80.000 Todesopfer forderte.[2] Nach einer kurzen Phase, in der die Besatzer auf die Arbeiterschaft der größeren Ghettos zurückgriffen, begannen sie im Sommer 1942 im Rahmen der „Aktion Reinhardt“ mit der systematischen Vernichtung in den auf dem Territorium des GG errichteten Lagern Bełżec, Treblinka, Majdanek und Sobibór, in denen sie etwa 1,8 Millionen der insgesamt 2,2 Millionen jüdischen Opfer des GG ermordeten.[3]

In einem solch totalen Ausmaß wurden nicht-jüdische Polen nicht verfolgt. Die genaue Zahl der zivilen Toten lässt sich nur schätzen. Unter direkter Gewalteinwirkung starben im GG etwa eine halbe Million Polen; die Zahlen werden aber wesentlich höher, wenn auch indirekte Folgen wie Unterernährung oder Krankheiten mit einbezogen werden. Die Widerstandsbewegungen konnten gegen diese Politik eindrucksvolle Zeichen setzen und in vielen Fällen individuelle Hilfe leisten, waren aber den deutschen Kräften letztlich nicht gewachsen. Erst die Rote Armee befreite Polen im Januar 1945.

Nur wenige der deutschen Verantwortlichen wurden vor Gericht gestellt, einige wenige begingen Selbstmord, die meisten lebten unbestraft in Deutschland. Prominente Ausnahmen sind der Generalgouverneur Hans Frank (1900–1946), der im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde. Die Alliierten lieferten auch einige Funktionäre an die Volksrepublik Polen aus, die zum Beispiel Franks Stellvertreter Joseph Bühler (1904–1948) und Ernst Boepple (1887–1950) zum Tode verurteilte, aber etwa den Warschauer Stadthauptmann Ludwig Leist (1891–1967) nur mit acht Jahren Haft bestrafte.

Verwaltung



Administrative Gliederung des Generalgouvernements ab Sommer 1941 [Karte: Wikimedia Commons. XrysD CC BY-SA 3.0].

Hans Frank herrschte in bewusster Abkehr vom besiegten polnischen Staat von Krakau aus. Die Okkupationsverwaltung gliederte sich in die vier, nach ihren wichtigsten Städten benannten Distrikte Krakau, Lublin, Radom und Warschau, zu denen während des Feldzugs gegen die Sowjetunion noch Galizien mit dem Gouverneurssitz Lemberg/L'viv/Lwów hinzukam. Unter dem Generalgouverneur regierten in den Distrikten jeweils Gouverneure, denen wiederum insgesamt 59 Stadt- und Kreishauptleute untergeordnet waren. Die Besatzungsadministration kam mit wenigen deutschen Kräften aus, denn die polnische Kommunalverwaltung wurde – im Gegensatz zu anderen staatlichen Strukturen – nicht aufgelöst, sondern existierte als reine Befehlsempfängerin weiter. 1940 waren rund 7.300 Okkupanten im Apparat des Generalgouverneurs tätig, bis 1944 stieg diese Zahl auf 18.550. Dazu kamen zahlreiche Deutsche etwa in der Post- und Bahnverwaltung (Deutsche Post Osten bzw. Ostbahn) sowie der Wehrmacht. So etablierten die Besatzer eine komplette Administration und Jurisdiktion spiegelbildlich zu der im Deutschen Reich; die entsprechenden Hauptabteilungen in Krakau sowie auf Distrikt- und Kreisebene korrespondierten damit. Rechtsetzungsbefugnis hatten außerdem der Ministerrat für die Reichsverteidigung sowie der Beauftragte für den Vierjahresplan, beide in Berlin. Das GG hatte zum Reich eine Währungs-, Polizei- und Zollgrenze.

Von besonderer Bedeutung für Massenmord und Germanisierung war die Organisation von SS und Polizei, die mit dem Höheren SS- und Polizeiführer (HSSPF) Friedrich-Wilhelm Krüger (1894–1945) sowie seit dem 10. November 1943 seinem Nachfolger Wilhelm Koppe (1896–1975) ein beträchtliches Eigenleben entwickelte und mit der Zivilverwaltung um Kompetenzen konkurrierte. Dem HSSPF nachgeordnet waren SS- und Polizeiführer auf Distriktebene; sie verfügten über 50.000-70.000 Mann. Sie waren insbesondere seit 1942 für den Holocaust verantwortlich.[4]

Bevölkerung

Eine offizielle Bevölkerungszählung gab es im GG nicht, sämtliche Zahlen beruhen auf der Extrapolation von Vorkriegsstatistiken. Demnach lebten dort 1940 ca. 10 Millionen Polen, 1,5 Millionen Juden (darunter knapp 200.000 aus den ins Reich eingegliederten polnischen Westgebieten umgesiedelte), 500.000 Ukrainer sowie 90.000 Goralen und je weitere wenige tausend Weißrussen sowie Rusinen. Nach der Eingliederung Galiziens 1941 lebten im Generalgouvernement knapp 18 Millionen Menschen, darunter 11,2 Millionen Polen, 2,2 Millionen Juden, 3,7 Millionen Ukrainer.[5]

Die Zahl der deutschstämmigen polnischen Staatsbürger war in der zeitgenössischen Propaganda stark umstritten. 1931 hatten in einem Gebiet, das später ungefähr dem Generalgouvernement entsprach, 310.000 Menschen deutschsprachige Vorfahren. Für das Generalgouvernement gehen Quellen 1942 – nach Umsiedlungen von etwa 330.000 „Volksdeutschen", die westlich der Weichsel lebten, in den Reichsgau Wartheland – von rund 130.000 Deutschstämmigen aus.[6] Da die Nationalsozialisten daran interessiert waren, dass sich möglichst viele Menschen in die „Deutsche Volksliste" einschrieben, waren die Kriterien dafür entsprechend niedrig. Bei einer Einteilung in vier Kategorien, die den Grad der Deutschstämmigkeit wiedergeben sollten, waren weit über zwei Drittel den untersten beiden Gruppen zugeordnet und in den Augen der Besatzer oftmals kaum als Deutsche zu identifizieren.

Auch unabhängig von der deutschen Minderheit war die polnische Gesellschaft ethnisch heterogen. Die Besatzer förderten die Gegnerschaft der einzelnen Gruppen, was trotz mancherlei Solidarität und Hilfe über nationale Grenzen hinweg nicht selten zu blutigen Auseinandersetzungen führte. Juden waren zudem häufig Opfer von Denunziationen, oft mit dem Zweck der persönlichen Bereicherung. Wie die ukrainische Minderheit leisteten auch sie Widerstand gegen die Deutschen; am bekanntesten wurde der Aufstand im Warschauer Ghetto im April/Mai 1943, der brutal niedergeschlagen wurde; 12.000 jüdische Opfer waren während der Kampfhandlungen zu beklagen, das Ghetto wurde dem Erdboden gleichgemacht.

Wirtschaft

Das Generalgouvernement war in weiten Teilen agrarisch geprägt, lediglich in Warschau und im Gebiet um Radom gab es nennenswerte Industriebetriebe. Die deutsche Wirtschaftspolitik war keineswegs konsistent und schwankte zwischen Entgegenkommen und Repressalien, wobei letztere deutlich überwogen. Harte Ablieferungspflichten mit Sanktionen wie Konzentrationslagerhaft oder abgebrannten Höfen führten aber ebenso wenig zum Ziel wie Zwangsarbeit in Lagern und Fabriken. Trotz stetig steigender Gewalt, die zumindest gewisse Erfolge bei der Aufbringung von Ressourcen ermöglichte, erfüllte das GG zu keiner Zeit die hochgesteckten Erwartungen, die die Deutschen an seine ‚Nutzbarmachung' hatten. Gigantisch mutet alleine die Zahl von 1,2 Millionen ins Reich verschleppten Zwangsarbeitern an, was unter der arbeitsfähigen Bevölkerung einen Anteil von über 15 % bedeutete.

Militärgeschichte



Juden beim Verladen von Munition auf dem Nachschubbahnhof in Izbica (55 km südöstlich von Lublin) im Juli 1941. Ab 1942 wurde der Ort zu einem Transit-Ghetto für Juden im Zuge ihrer Deportation insbesondere in die Vernichtungslager Bełżec und Sobibór. [Foto: Bild 146-1991-014-08 / Paris / CC BY-SA].

Das GG war im Sommer 1941 Aufmarschgebiet für den Überfall auf die Sowjetunion und bot der Wehrmacht zudem zahlreiche neu errichtete Truppenübungsplätze. Für die Versorgung der Ostfront war es von zentraler Bedeutung und diente der Auffrischung und Erholung von in Kämpfen dezimierten Truppenteilen, die unter dem Kommando des Militärbefehlshabers im Generalgouvernement standen; selten hielten sich weniger als eine halbe Million deutsche Soldaten dort auf. Unter unmittelbaren Kriegseinwirkungen litt 1939 insbesondere die Stadt Warschau, während andere Orte wie etwa Krakau oder Lublin zunächst unversehrt blieben. Gerade Warschau wurde 1944 während des dortigen Aufstands systematisch in Trümmer gelegt und wies rund 90 % zerstörte Bausubstanz auf.

Gesellschaft

Quasi-staatliche Strukturen entwickelte der polnische Widerstand (*Polskie Państwo Podziemne*), der damit zum Überleben der Gesellschaft im besetzten Gebiet beitrug. In enger Verbindung mit der Exilregierung in London gab es einen militärischen (Heimatarmee, *Armia Krajowa*) und einen administrativen Arm, der zum Beispiel über ein Presse- und Sozialwesen, aber auch über eine eigene Rechtsprechung verfügte. Höhepunkt des Widerstands war der – erfolglose – Warschauer Aufstand im Sommer 1944, der zur Ermordung von über 150.000 Einwohnern der Stadt und deren fast völliger Zerstörung führte. Es existierte keine staatliche Kollaboration, die von Seiten der Besatzer auch gar nicht erwünscht war; die Zusammenarbeit etwa mit Dorfvorstehern war fast ausschließlich erzwungen.

Besondere kulturelle Institutionen



Ankündigung einer Kunstausstellung in Krakau [Foto (vermutl. März 1941): Bundesarchiv, Bild 183-L24355 / CC BY-SA].

Die Deutschen unterdrückten systematisch die polnische Kultur und schlossen beispielsweise Theater und Konzertsäle oder auch Kinos, während Museen geplündert wurden. Gleichzeitig etablierten sie ein umfassendes Angebot für die Besatzer, um ihren eigenen Anspruch auf Herrschaft zu legitimieren – zum Beispiel die „Philharmonie des Generalgouvernements“ in Krakau, die „Deutschen Kulturtage“ in Warschau oder die *Krakauer Zeitung*. Kulturpolitik wurde so zum Mittel der Germanisierung.

Bildung und Wissenschaft

Ähnlich wie im Bereich der Kultur verboten die Deutschen den Einheimischen jegliche Bildung über den Besuch von Volksschulen hinaus. Universitätsdozenten wurden gezielt verfolgt und ermordet; als „Sonderaktion Krakau“ verhaftete die SS am 6. November 1939 beispielsweise 183 Angehörige der dortigen Universität und verschleppte sie in Konzentrationslager. Für ihre eigenen Bedürfnisse errichteten die Besatzer zum Beispiel Gymnasien mit Lehrern aus dem Reich, während sie ihre Präsenz im GG durch Auftragsforschung historisch zu legitimieren suchten, etwa im Rahmen des 1940 in Krakau gegründeten Instituts für Deutsche Ostarbeit. Auf die Exklusion von höherer Bildung reagierte der polnische Widerstand mit der Gründung von Untergrunduniversitäten, an denen der Unterricht im Geheimen fortgesetzt wurde; in den größeren Ghettos gab es zudem religiöse Schulen und höhere Bildung unterhalb des Universitätsniveaus.

Alltagskultur

Der Alltag im GG war von Gewalt als Grunderfahrung geprägt. Er verlief getrennt anhand ethnischer Grenzen, wobei die nationalsozialistische Rassenhierarchie das Wohlergehen bestimmte: Die Juden führten bereits in den Ghettos einen täglichen Kampf ums Überleben, der von Hunger, Krankheiten und extremer materieller Not geprägt war; selbst unter diesen Bedingungen gelang es allerdings teilweise, heimlich ein soziales Leben aufrechtzuerhalten. Letzteres gilt noch in viel größerem Maße für die Polen, die sich auch dank eines florierenden Schwarzmarkts mit allerlei Dingen des täglichen Bedarfs versorgen konnten. Zudem waren ihre offiziellen Nahrungsrationen etwas höher – aber auch sie erhielten zeitweise nur 650 Kalorien täglich, während es weniger als 200 für Juden waren. Die Angst vor der deutschen Willkür, vor Misshandlungen, Verhaftungen oder der Verschleppung zur Zwangsar-

beit blieb ständig präsent, während es für Juden seit 1942 die Deportation in die Vernichtungslager war, die sie am meisten fürchteten.

Jenseits des von ihnen ausgeübten Terrorregimes lebten die Deutschen höchst privilegiert. Als ‚Herrenmenschen' galten für sie andere moralische Grundsätze als in der Heimat, was vor allem den Anspruch einer Legitimität der Gewalt gegen die einheimische Bevölkerung sowie einen engen, kameradschaftlichen Zusammenhalt in einer als fremd und feindlich empfundenen Umgebung bedeutete. Materieller Wohlstand angesichts einer extremen Ausplünderung des Landes, vielfältige kulturelle und soziale Angebote speziell für sie, aber auch Angst vor Widerstand erfüllten ihr Dasein. Die „Volksdeutschen" profitierten darüber hinaus von der Enteignung polnischer und jüdischer Betriebe und Wohnungen, die sie kostengünstig übernehmen konnten; diesen sozialen Aufstieg bezahlten sie mit dem Hass ihrer Nachbarn.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Karl Baedeker (Hg.): Das Generalgouvernement. Reisehandbuch. Leipzig 1943 (Baedeker's Reisehandbücher 830).
- Bernhard Chiari (Hg.): Die polnische Heimatarmee. Geschichte und Mythos der Armia Krajowa seit dem Zweiten Weltkrieg. München 2003 (Beiträge zur Militärgeschichte 57).
- Barbara Engelking, Jacek Leociak: The Warsaw Ghetto. A Guide to the Perished City. New Haven 2009.
- Lars Jockheck: Propaganda im Generalgouvernement. Die NS-Besatzungspresse für Deutsche und Polen 1939–1945. Osnabrück 2006 (Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau 15).
- Stephan Lehnstaedt: Okkupation im Osten. Besatzeralltag in Warschau und Minsk. 1939–1944. München 2010 (Studien zur Zeitgeschichte 82).
- Czesław Madajczyk: Polityka III Rzeszy w okupowanej Polsce [Die Politik des Dritten Reichs im besetzten Polen]. 2 Bde. Warszawa 1970 (gekürzte deutsche Ausgabe Berlin 1987).
- Bogdan Musial: Deutsche Zivilverwaltung und Judenverfolgung im Generalgouvernement. Eine Fallstudie zum Distrikt Lublin 1939–1944. Wiesbaden 1999 (Deutsches Historisches Institut: Quellen und Studien 10).
- Markus Roth: Herrenmenschen. Die deutschen Kreishauptleute im besetzten Polen – Karrierewege, Herrschaftspraxis und Nachkriegsgeschichte. Göttingen 2009 (Beiträge zur Geschichte des 20. Jahrhunderts 9).
- Tomasz Szarota: Warschau unter dem Hakenkreuz. Leben und Alltag im besetzten Warschau, 1.10.1939–31.7.1944. Paderborn 1985 (Sammlung Schöningh zur Geschichte und Gegenwart).
- Martin Winstone: The Dark Heart of Hitler's Europe. Nazi Rule in Poland under the General Government. London 2015.

Anmerkungen

[1] Baedeker: Das Generalgouvernement, S. XXVII.

[2] Ruta Sakowska: Menschen im Ghetto. Die jüdische Bevölkerung im besetzten Warschau 1939–1943. Osnabrück 1999 (Klio in Polen 2), S. 40.

[3] Dariusz Libionka: Akcja Reinhardt-Zagłada Żydów w Generalnym Gubernatorstwie [Aktion Reinhardt – die Vernichtung der Juden im Generalgouvernement]. Warszawa 2004.

[4] Zu den Zahlenangaben vgl. Stephan Lehnstaedt: „Ostnieten“ oder Vernichtungsexperten? Die Auswahl deutscher Staatsdiener für den Einsatz im Generalgouvernement Polen 1939–1944. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 53 (2007), S. 701–721.

[5] Madajczyk: Polityka III Rzeszy. Bd. 2, bes. S. 165–176; Baedeker: Das Generalgouvernement, S. XXVII.

[6] Andreas Strippel: NS-Volkstumspolitik und die Neuordnung Europas. Rassenpolitische Selektion der Einwandererzentralstelle des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD (1939–1945). Paderborn 2011 (Sammlung Schöningh zur Geschichte und Gegenwart), S. 212–219.

Zitation

Stephan Lehnstaedt: Generalgouvernement. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2015. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32558 (Stand 30.04.2015).

Generalgouvernement Warschau

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Generalgouvernement Warschau

Anderssprachige Bezeichnung

Poln.: Generalne Gubernatorstwo Warszawskie

Etymologie

Der Begriff „Generalgouvernement“ rekurriert auf die gleichnamigen russischen Verwaltungseinheiten in Polen vor 1914.

2. Geographie



Kartographische Darstellung der deutsch bzw. österreichisch-ungarisch besetzten Gebiete Generalgouvernement Warschau, Militärgeneralgouvernement Lublin sowie Ober Ost [Erich Wunderlich (Hg.): Handbuch von Polen (Kongreß-Polen). Beiträge zu einer allgemeinen Landeskunde. 2., verm. Aufl. Berlin 1918 (Veröffentlichungen der Landeskundlichen Kommission beim Kaiserlich Deutschen Generalgouvernement Warschau)].

Lage

Das Generalgouvernement (GG) Warschau war ein deutsch besetztes Gebiet im Ersten Weltkrieg mit etwa 62.000 km^2, das die früher russischen Gouvernements Kalisch/Kalisz, Petrikau/Piotrków Trybunalski, Płock, Siedlce und Warschau/Warszawa umfasste. Es grenzte im Westen und Norden an das Deutsche Reich; die Grenze zum k. u. k. Militärgeneralgouvernement Lublin bildete im Süden die Pilica, im Südosten die Weichsel (*Wisła*). Im Osten begann jenseits des Bug das Etappengebiet der deutschen Armeen.

Topographie

Das Gebiet ist weitestgehend flach und wird von Flüssen wie Weichsel, Bzura, Wieprz und anderen geprägt. Sandboden mit landwirtschaftlicher Nutzung wechselt sich mit teils ausgedehnten Waldgebieten ab.

3. Geschichte und Kultur

Zeitgeschichte



Einmarsch deutscher Kavallerie in Warschau am 5. August 1915
[Foto: Bundesarchiv, Bild 183-R42025/ CC BY-SA].



Feldpostkarte vom 20. Januar 1916
[Landesarchiv Baden-Württemberg.
Abteilung Staatsarchiv Sigmaringen
N 1/85 T 1 Nr. 7 Bild 1, Permalink
www.landesarchiv-bw.de/plink/?f=6-456919-1,
www.landesarchiv-bw.de/nutzungsbedingungen].

Bereits Ende 1914 etablierten die Deutschen im von ihnen besetzten Teil Russisch-Polens ein Generalgouvernement mit der Industriestadt Lodz/Łódź und dem religiösen Zentrum Tschenstochau/Częstochowa; das bedeutende Kohlenrevier von Dąbrowa ging zu etwa einem Drittel an Österreich-Ungarn. Am 5. Januar 1915 übernahm eine Zivilverwaltung unter dem Oberbefehl eines Generalgouverneurs die Zuständigkeit für diese Gebiete. Nach Siegen

im Sommer 1915 kam die polnische Hauptstadt Warschau hinzu, die am 24. August neuer Verwaltungssitz und Namensgeberin des Generalgouvernements Warschau wurde.

Die deutsche Politik seit 1914 zielte zuvörderst auf eine möglichst umfassende wirtschaftliche Ausnutzung des Landes und auf die Rekrutierung von Soldaten für die eigene Armee ab. Darüber hinaus verhandelten Berlin und Wien die „polnische Frage“, führten also die Debatte um die Zukunft des Landes in einem künftigen Nachkriegseuropa, wobei über das GG Warschau und über das von Österreich-Ungarn besetzte Militärgeneralgouvernement Lublin als gemeinsames polnisches Territorium gesprochen wurde. Die Vorstellungen, wie der polnische „Kuchen“ zu verteilen sei, waren meist uneinheitlich, ja unvereinbar, und wurden bis Kriegsende nicht umgesetzt.



Mittels einer Postkarte stellt Generalgouverneur Hans von Beseler seine Unterstützung der Proklamation des Königreichs Polen zur Schau.

Währenddessen wurde Politik vor Ort gemacht, wobei sich Generalgouverneur Generaloberst Hans von Beseler (1850−1921) als entscheidender Akteur erwies, der sowohl seine österreichischen Pendants in Lublin als auch die polnischen Eliten immer wieder vor vollendete Tatsachen stellte. Auf ihn ging auch die Proklamation des Königreichs Polen am 5. November 1916 zurück. Im Namen der beiden Kaiser wurde ein selbständiger Staat mit erblicher Monarchie und Verfassung versprochen, wobei die konkrete politische und geographische Ausgestaltung erst nach dem Krieg begonnen werden sollte. Wesentlicher Grund für die Proklamation war der Wunsch, im Land Soldaten anzuwerben, was die Haager Landkriegsordnung in Feindesgebiet verbot. Indem also Polen formal aus dem Russischen Reich gelöst wurde, hielt man diese Vorschrift ein.

Am 11. November 1918 wurden die deutschen Truppen durch Polen entwaffnet und die Regierungsgewalt in die Hände von Józef Piłsudski (1867−1935) gegeben. Das Generalgouvernement war damit durch die Republik Polen (*Rzeczpospolita Polska*) ersetzt, die auch andere Territorien umfasste.

Verwaltung

Generalgouverneur von Beseler wurde direkt vom deutschen Kaiser ernannt und unterstand nur ihm; er war für die Richtlinien der Politik zuständig, aber die konkrete Umsetzung und Ausführung oblag einer Zivilverwaltung unter Wolfgang von Kries (1868−1945), die den Berliner Reichsbehörden nachgeordnet und ansonsten unabhängig war. Beseler amtierte bis Kriegsende, Kries bis Mitte 1918; auf ihn folgten Maximilian von Sandt (1861−1918) und Otto von Steinmeister (1860−1937). Mitte 1918 kamen die Deutschen mit 6.000 eigenen

Beamten und gut 100.000 im Lande stationierten Soldaten aus,[1] die in 11 Gouvernements und 32 Kreiskommandos disloziert waren.

Der Bevölkerung wurde ab Sommer 1916 ein Kommunalwahlrecht eingeräumt, aber die Einteilung in Kurien benachteiligte sie, weil sie nur für eine Kurie abstimmen durfte. Ein Jahr später durften auch Bürgermeister gewählt werden. Gleichzeitig existierte seit dem 14. Januar 1917 ein polnischer Staatsrat (*Tymczasowa Rada Stanu*), der theoretisch die Selbständigkeit des Landes vorbereiten und später die Regierungsgewalt ausüben sollte, aber nur nach und nach gewisse Befugnisse erlangte. Das Gremium war auch für das k. u. k. Militärgeneralgouvernement Lublin zuständig. Die Polen betrachteten die deutschen Maßnahmen als vorwiegend propagandistisch und sahen in den neu geschaffenen Institutionen keine gleichrangigen Partner. Die Selbstverwaltung hatte deshalb Legitimationsprobleme, war von den Besatzern abhängig und musste ständig zwischen polnischen und deutschen Interessen lavieren, ohne echte Kompetenzen ausüben zu dürfen.

Am 12. September 1917 wurde von den Besatzern darüber hinaus der Regentschaftsrat (*Rada Regencyjna*) ins Leben gerufen, dem der Warschauer Stadtpräsident Zdzisław Lubomirski (1865−1943), der Warschauer Erzbischof Aleksander Kakowski (1862−1938) sowie der Politiker Józef Ostrowski (1850−1922) angehörten und der als eine Art Exekutivgremium des Staatsrats gelten kann. Er erklärte am 7. Oktober 1918 zunächst die unter deutscher Besatzung nicht zu realisierende Unabhängigkeit Polens und ernannte am 25. Oktober 1918 mit Józef Świeżyński (1868−1948) zudem den ersten Ministerpräsidenten, der nicht der Bestätigung durch die Besatzer bedurfte.

Bevölkerung

Exakte Angaben zur Bevölkerungszahl liegen nicht vor. Die Besatzer schrieben die russischen Vorkriegszahlen von 1897 fort, die zum Beispiel Flüchtlinge, Kriegstote und Vertriebene nicht berücksichtigten. Demnach lebten im Generalgouvernement Warschau sechs Millionen Menschen, davon 603.000 deutschstämmige und 1.084.000 jüdischstämmige – entsprechend 10 % beziehungsweise 18 % der Gesamtbevölkerung; die ukrainische Minderheit war viel kleiner.[2]

Die Deutschen versuchten, die russische Diskriminierung der Juden zu verringern, gingen aber spätestens seit 1917 zu einer pro-polnischen Politik über und förderten die Gleichstellung der Juden nur noch wenig. Damit wollten sie einem angenommenen polnischen Antisemitismus entgegenkommen. Dennoch war etwa die formale Anerkennung der Juden als Religionsgemeinschaft, die Warschau im November 1916 verkündete, ein Schritt hin zu einer Emanzipation. Die deutsche Minderheit erhielt eigene Schulen, wurde aber ansonsten nicht politisch bevorzugt. Eine „Germanisierung“ des Gebiets fand nicht statt. Ganz im Gegenteil empfahl Beseler, die ethnischen Deutschen ins Reich zurückzuschicken, eben weil es sich hier um einen polnischen Staat handele.

Wirtschaft

Die beiden Großstädte Warschau und insbesondere Lodz waren durch Industrie, Letztere vor allem durch Textilindustrie, geprägt. Es gab mehrere hunderttausend Arbeiter, die sehr bald ohne Beschäftigung waren, weil eine Rohstoffversorgung nicht mehr möglich und von den Besatzern auch gar nicht mehr gewollt war. So ließ sich einerseits Konkurrenz für die heimische Wirtschaft ausschalten, andererseits hoffte man, die Arbeitslosen als Arbeitsmigranten ins Reich holen zu können.



Mittels öffentlich plakatierter Ausschreibungen versuchte die Arbeiterzentrale Arbeitskräfte für Tätigkeiten im Deutschen Reich anzuwerben. [Abb. in: Magnus Hirschfeld (Hg.): Sittengeschichte des Weltkrieges. Bd. 1. Leipzig 1930, S. 403].

Letzteres war durch ein verhältnismäßig effektives System organisiert, das von der Deutschen Arbeiterzentrale gelenkt wurde. Diese privatwirtschaftliche Institution war bereits vor 1914 für die Vermittlung von Erntehelfern nach Preußen zuständig gewesen und setzte ihre Tätigkeit nun als Monopolistin mit Regionalbüros im deutsch besetzten Polen fort. Insgesamt gelang es, den Bedarf weitgehend zu decken, denn auf dem Lande war die bisherige Tradition eine gern wahrgenommene Möglichkeit, gutes Geld zu verdienen. Zwang wurde bei der Anwerbung nicht angewandt, auch war eine Bezahlung gesichert; eine garantierte Rückkehr nach eigenem Belieben gab es allerdings nicht. Im Sommer 1918 waren zwischen 200.000 und 240.000 Polen in Deutschland, darunter trotz einer oft antisemitischen Politik 30.000−35.000 Juden.[3]

Die Besatzer waren schon im April 1915 mit Problemen konfrontiert, die polnische Stadtbevölkerung zu ernähren; die Verwüstungen durch die Kampfhandlungen hatten Ernte, Magazine und Versorgungswege schwer getroffen. Um dennoch eine Ausfuhr zu ermöglichen, wurde daher mit einem umfassenden Rationierungssystem der Verbrauch eingeschränkt. Im Mai 1917 erhielten die Warschauer nur noch 131 g Brot und 205 g Kartoffeln pro Tag, während der Tagesverzehr vor Kriegsausbruch noch bei 720 g Brot gelegen hatte.[4] Diese Mengen reichten nicht zum Überleben, führten zu massivem Preisanstieg und einem großen Schwarzmarkt. Die Besatzer rechtfertigten die dennoch stattfindende Ausfuhr nach Deutschland, etwa von Kartoffeln, mit dem dort ebenfalls herrschenden Hunger; nur selten und bei manchen Lebensmitteln lagen die Rationen im Generalgouvernement über den deutschen Quoten.

Einen umfassenderen Export gab es trotz verschiedenster Zwangsmaßnahmen, die sich immer wieder mit Perioden verstärkten ökonomischen Anreizes abwechselten, nicht. Zu keiner Zeit konnten die Mittelmächte die hochfliegenden Erwartungen an mögliche Nahrungsmittellieferungen in die Heimat erfüllen – auch, weil eine gezielte Hungerpolitik für Polen nicht in ihrer Absicht lag.

Militärgeschichte

Die Hoffnung der Mittelmächte, in Polen Soldaten zu rekrutieren, erfüllte sich nicht. Die „Polnischen Legionen“, eine Einheit aus Freiwilligen unter dem nach Unabhängigkeit strebenden Piłsudski, wollten die Führung der Mittelmächte nicht akzeptieren. Als diese Soldaten am 9. Juli 1917 den Eid auf die beiden Kaiser verweigerten, wurde das Scheitern von Beselers Strategie überdeutlich: Nicht einmal diese Truppe konnte als Teil der deutschen Armee eingesetzt werden. 15.000 Legionäre wurden daraufhin interniert, während unter dem Kommando des polnischen Regentschaftsrats ab Herbst 1918 in der „Polnischen Wehrmacht“ lediglich 9.000 Mann dienten. Im Vergleich zu rund 700.000 polnischen Soldaten aus Preußen spielten diese keine Rolle in den Kämpfen des Ersten Weltkriegs.

Gesellschaft

Unter der Besatzung traten ethnische und soziale Konflikte in der Bevölkerung kaum offen zutage; das Streben nach einem unabhängigen Nationalstaat einte die politischen Parteien. Da 2,2 Millionen polnische Soldaten in den Armeen der drei Kaiserreiche kämpften, war das soziale Leben eingeschränkt und oft von praktischen Sorgen um das Überleben beziehungsweise die materielle Versorgung bestimmt. Darüber hinaus erlaubten die Deutschen ein reges politisches Leben. An den Wahlen durften selbst linke Parteien wie die *Polska Partia Socjalistyczna* oder die *Socjaldemokracja Królestwa Polskiego i Litwy* und ihre jeweiligen Abspaltungen teilnehmen – selbst wenn sie immer wieder in Flugblättern die Besatzer, deren Politik und die mit ihnen zusammenarbeitenden Organe kritisierten. In diesem Sinne war es durchaus möglich, Unzufriedenheit mit den herrschenden Umständen zu äußern. Seit Juli 1915 kam es im Generalgouvernement sogar immer wieder zu Streiks. Ihre Zahl nahm mit fortschreitender Kriegsdauer zu – allein zwischen April und September 1918 gab es 36 Lohnverhandlungen. Kompromisse waren vor allem in den kriegswichtigen Bergwerken im Südosten die Regel, wobei 1917/18 zusätzlich Lebensmittel geliefert und Kooperativen gegründet wurden. Bei diesen 36 Streiks erfüllte das Generalgouvernement sechs Mal alle und 19 Mal Teile der Forderungen.[5]

Die Mittelmächte sicherten sich ihre Herrschaft über die Einheimischen auf vielfältige Weise. Gewalt gehörte auch zu den Methoden, aber sie war weder das bevorzugte, noch ein besonders häufig angewandtes Mittel, um Gehorsam zu erzwingen. Ganz im Gegenteil reagierten die Mittelmächte häufig milde auf Gegengewalt. Körperliche Strafen, insbesondere die Todesstrafe, suchten sie möglichst zu vermeiden und griffen hauptsächlich dann darauf zurück, wenn sie selbst angegriffen wurden, die Sicherheitslage gefährdet war oder ganz allgemein ihre Macht grundsätzlich in Frage gestellt wurde. Dies war selten der Fall.

Bildung und Wissenschaft

Die Warschauer Universität, die einzige des Generalgouvernements, war seit 1870 rein russischsprachig und zudem bei Kriegsbeginn geschlossen worden. Die Deutschen zelebrierten am 15. November 1915 die feierliche Wiedereröffnung als polnisches Institut. Als problematisch erwies sich die Auswahl des Lehrpersonals für die über 1.000 Studenten, denn in Deutschland gab es so gut wie keine qualifizierten Polnisch sprechenden Akademiker. Solche aus dem österreichisch-ungarischen Galizien wollte Beseler möglichst vermeiden, weil er einen negativen Einfluss des Bündnispartners auf die deutschen Bemühungen um eine Selbstinszenierung als Freund der Polen befürchtete. Schlussendlich kam eine Liste mit 36 Köpfen zusammen, die auch unter den Wissenschaftlern Zustimmung fand.

Im Mai 1917 kam es zu ernsthaften Konflikten, als die Studenten der polnischen Maiverfassung von 1793 gedenken wollten. Die Deutschen verhafteten bei einer Kundgebung zwei

von ihnen, woraufhin im Gegenzug ein allgemeiner Universitätsstreik ausgerufen wurde, der auch die Technische Hochschule betraf. Die Besatzer reagierten mit der Schließung der von ihnen ebenfalls wiedereröffneten Technischen Hochschule (Politechnika), woraufhin die Studenten die Forderung nach vollständiger Autonomie für die Universitäten überreichten. Nachdem die Studenten der ultimativen Aufforderung, ihren Streik zu beenden, nicht nachgekommen waren, schlossen die Deutschen am 23. Juni 1917 auch die Universität. Um dieses Debakel symbolischer Politik zu beenden, ließ Beseler die beiden Hochschulen im Herbst an den Staatsrat übergeben, der im November 1917 die feierliche Wiedereröffnung vollzog und nun die alleinige Hoheit ausübte.

Die Schulpolitik wiederum sollte von Anfang an als Beweis dafür herhalten, dass die Deutschen bereit seien, echte Kompetenzen an Polen abzutreten. Ganz wesentlich war die Abschaffung des Russischen als Unterrichtssprache. Deutsch sollte nun als Fremdsprache bereits an Volksschulen gelehrt werden, aber es kam zu größeren Verstimmungen, als die Besatzer dieses Idiom für deutsche und jüdische Schüler zur Unterrichtssprache erklärten. Tatsächlich handelte es sich dabei weniger um den Versuch einer Germanisierung der Juden, vielmehr erkannten die Okkupanten das Jiddische schlicht nicht als eigenständige Sprache an und wollten darin nur einen deutschen Dialekt sehen; im Dezember 1915 mussten sie ihren Irrtum korrigieren.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Werner Basler: Deutschlands Annexionspolitik in Polen und im Baltikum 1914−1918. Berlin (Ost) 1962.
- Werner Conze: Polnische Nation und deutsche Politik im Ersten Weltkrieg. Köln 1958 (Ostmitteleuropa in Vergangenheit und Gegenwart 4).
- Jesse Curtis Kauffman: Warsaw University under German occupation. State building and nation *Bildung* in Poland during the Great War. In: First World War Studies 4 (2013), S. 65–79.
- Stephan Lehnstaedt: Two Kinds of Occupation? German and Austro-Hungarian Economic Policy in Congress Poland, 1915−1918. In: Joachim Bürgschwentner, Matthias Egger, Gunda Barth-Scalmani (Hg.): Other fronts, other wars? First World War Studies on the Eve of the Centennial. Leiden, Boston 2014 (History of warfare 100), S. 197–217.
- Stephan Lehnstaedt: Imperiale Ordnungen statt Germanisierung. Die Mittelmächte in Kongresspolen, 1915−1918. In: Osteuropa 64 (2014), H. 2-4, S. 221–232.
- Piotr Mikietyński: Niemiecka droga ku Mitteleuropie. Polityka II Rzeszy wobec Królestwa Polskiego (1914−1916) [Der deutsche Weg nach Mitteleuropa. Die Politik des II. Reichs gegenüber dem Königreich Polen (1914-1916)]. Kraków 2009.
- Marta Polsakiewicz: Spezifika deutscher Besatzungspolitik in Warschau 1914−1916. In: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 58 (2009), S. 501–537.
- Robert Michael Spät: Für eine gemeinsame deutsch-polnische Zukunft? Hans Hartwig von Beseler als Generalgouverneur in Polen 1915−1918. In: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 58 (2009), S. 469–500.
- Włodzimierz Suleja: Tymczasowa Rada Stanu [Der Provisorische Staatsrat]. Warszawa 1998.
- Christian Westerhoff: Zwangsarbeit im Ersten Weltkrieg. Deutsche Arbeitskräftepolitik im besetzten Polen und Litauen 1914−1918. Paderborn, München 2012 (Studien zur Historischen Migrationsforschung 25).

Anmerkungen

[1] Archiwum Główne Akt Dawnych, Warschau, 314-2 / 15. Generalgouverneur an Verwaltungschef im GGW, 1.7.1918.

[2] Politisches Archiv des Auswärtigen Amts Berlin, R 21577, Bl. 233 f: Eugen Lewizky: Der östliche Kriegsschauplatz und die osteuropäischen Völkerschaften, III. Druckschrift vom 15.7.1916 (mit Zahlen aus Statystyka Polski 1913, S. 46-49, die wiederum auf der Volkszählung von 1897 beruhen).

[3] Westerhoff: Zwangsarbeit im Ersten Weltkrieg, S. 259 f.

[4] Polsakiewicz: Spezifika deutscher Besatzungspolitik, S. 531.

[5] Westerhoff: Zwangsarbeit im Ersten Weltkrieg, S. 278f.

Zitation

Stephan Lehnstaedt: Generalgouvernement Warschau. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2015. URL: http://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p42286 (Stand 15.09.2015).

Gottschee (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Grafschaft Glatz

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Grafschaft Glatz

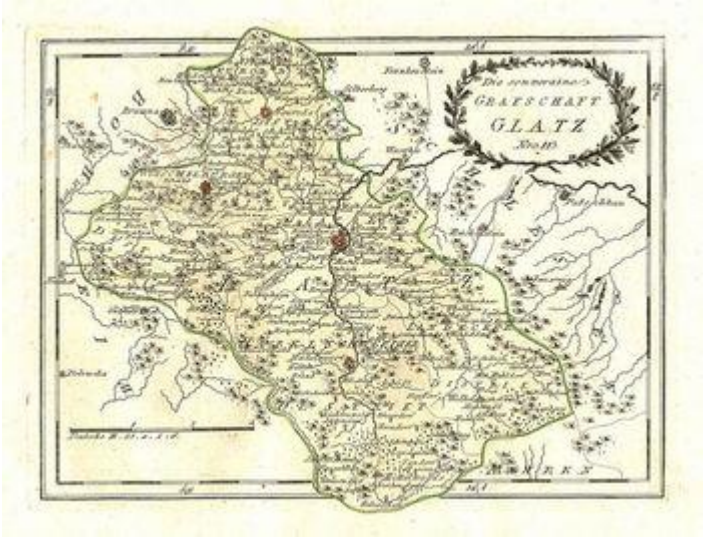
Anderssprachige Bezeichnungen

poln. Hrabstwo Kłodzkie; tschech. Hrabství kladské; lat. Comitatus Glaciensis

Etymologie

Die Grafschaft wurde nach ihrem Zentrum, dem Residenzort Glatz/Kłodzko, benannt.

2. Geographie

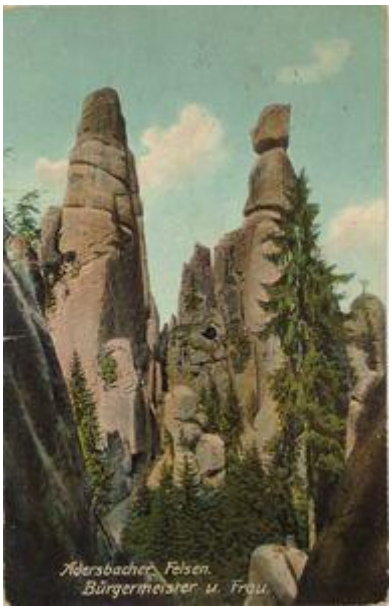


Die Grafschaft Glatz auf einem Kupferstich (um 1791) des österreichischen Kartografen und Verlegers Franz von Reilly (1766−1820).

Lage

Das Gebiet der Grafschaft Glatz umfasste ca. 16.636 km^2 und war in etwa identisch mit dem des heutigen polnischen *Powiat* (Kreis) *kłodzki* (auch *Ziemia Kłodzka* [Glatzer Land] genannt).

Topographie



Das Gebiet der Grafschaft Glatz wurde im Norden durch das Eulengebirge (poln. *Góry Sowie),* im Osten durch das Reichensteiner Gebirge (*Góry Złote)*, das Bielengebirge (*Góry Bialskie)* und das Glatzer Schneegebirge (*Masyw Śnieżnika)*,

im Westen durch das Habelschwerdter Gebirge (*Góry Bystrzyckie)* und das Adlergebirge (*Orlické hory)* und im Nordwesten durch das Heuscheuergebirge (*Góry Stołowe)* begrenzt. Das Gebiet entstand geologisch im Tertiär durch Brüche und Heraushebungen der Randgebirge. Das Innere des „Glatzer Kessels“ wird durch Höhenzüge und Bergkuppen bestimmt, die zum Teil vulkanischen Ursprungs sind, zum Teil postglazial herausgebildet wurden.

Im „Böhmischen Winkel“ (tschech.: *Český koutek*; poln.: *Czeski Zakątek*), im Westen der Grafschaft Glatz unmittelbar an der Grenze zu Böhmen gelegen, befindet sich die Adersbach-Weckelsdorfer Felsenstadt (*Adršpašsko-Teplické skály*) – eine zerklüftete, tief eingeschnittene Sandsteinformation, die bis heute eine Touristenattraktion darstellt. [Postkarte, datiert 1907: BKGE-Archiv].

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik



Wappen der Grafschaft Glatz. In: Vierteljahresschrift für Geschichte und Heimatkunde der Grafschaft Glatz 2 (1882/83), Vorsatzblatt.

Das Wappen der Grafschaft Glatz von 1459, das von dem Wappen der böhmischen Podiebrad-Familie abgeleitet ist, zeigt einen Schild mit drei diagonal verlaufenden roten Streifen. Nach der Annexion der Grafschaft durch Preußen wurde es in das preußische Gesamtwappen aufgenommen. Als weiteres Symbol wird die sogenannte Glatzer Rose, eine Trollblume, verwendet.

Beiname

Von den Schlesiern wurden die Bewohner der Grafschaft Glatz wegen ihrer häufig auf „a“ ausgehenden Dialektworte und ihrer Heimat im Gebirge als die „von üba drüba“ (die von

oben droben) bezeichnet. Nach dem häufig vorkommenden Vornamen Ignatius wurden die Bewohner auch Glatzer „Natzla“ genannt. Wegen der zahlreichen sakralen Zeugnisse in der Landschaft kam seit dem 19. Jahrhundert die Bezeichnung „Herrgottsländchen“ (poln. „*Kraj Pana Boga*“) für die Grafschaft Glatz in Gebrauch.

Mittelalter

Nach dem böhmischen Chronisten Cosmas von Prag (ca. 1045–1125) besaß bereits Herzog Slavnik (gest. 981) „Cladsko“ als böhmische Grenzfestung, die in der im 10. Jahrhundert stattfindenden Auseinandersetzung zwischen Polen und Böhmen von strategischer Bedeutung war.

Nach der Niederlage des böhmischen Königs Ottokar II. Přemysl (um 1232–1278) 1278 verlieh der römisch-deutsche König Rudolf von Habsburg (1218−1291) das Glatzer Land an den Breslauer Herzog Heinrich IV. (um 1256–1290). Nach dessen Tod kam es an die böhmische Krone zurück und wurde 1348 von Kaiser Karl IV. (1316−1378) als König von Böhmen zusammen mit den schlesischen Fürstentümern dem Königreich Böhmen förmlich „inkorporiert“; es verblieb bei Böhmen bis zur Annexion durch Preußen im Jahr 1742.

Die Hussitenkriege führten zu einer stärkeren Verbindung mit dem benachbarten schlesischen Herzogtum Münsterberg/Ziębice, dessen Herzog Johann (Regierungszeit 1410−1428) im Kampf gegen die Hussiten 1428 vor den Toren von Glatz, das nicht eingenommen wurde, fiel. Kaiser Sigismund (1368–1437) verpfändete 1431 das Glatzer Land sowie Frankenstein/Ząbkowice Śląskie an den böhmischen Magnaten Puotha von Czastolowitz (gest. 1434), der sich – 1422 als königlicher Landeshauptmann eingesetzt – bei der Verteidigung von Glatz hervorgetan hatte. Durch Verkauf kam das Glatzer Land an König Georg von Podiebrad (1420–1471), der es am 24. Juni 1459 zur Grafschaft erhob, was 1462 von Kaiser Friedrich III. (1415–1493) bestätigt wurde, der gleichzeitig die Söhne Georgs zu Grafen von Glatz und Herzögen von Münsterberg ernannte. Die Podiebrads verkauften 1501 die Grafschaft an den Grafen Ulrich von Hardeck (gest. 1535).

Neuzeit

Nach wechselnden Pfandschaften unter der Oberherrschaft der seit 1526 als Könige von Böhmen regierenden Habsburger (von 1549 bis 1560 Pfandherr Ernst von Bayern) lösten sich 1567 die Grafschafter Stände aus der Pfandschaft aus. Seitdem stand die Grafschaft – mit der Unterbrechung 1618–1622 – bis 1742 unter direkter Herrschaft der Habsburger.

Nach der Rebellion der Glatzer mit den böhmischen protestantischen Ständen gegen den böhmischen König Ferdinand II. (1578–1637) und der Niederlage von 1622 wurden die „rebellischen“ Grafschafter durch den Verlust von Lehen und vorübergehend ihrer Privilegien (Neuprivilegierung 1629 durch Kaiser Ferdinand II.) bestraft, Adelsgüter wurden an einen katholischen, den Habsburgern loyalen Adel vergeben und die lutherischen Prediger und Lehrer vertrieben. Die Städte mussten in Zukunft für jedes Fass Bier einen halben Gulden „Rebellionssteuer“ entrichten. Der Adel setzte die Gutsherrschaft durch, die bäuerlichen und unterbäuerlichen Schichten verloren ihre persönliche Freiheit und wurden außer zu Geldabgaben zu Diensten herangezogen, was nach 1650 zu langandauernden Aufständen führte.

Im Zuge der Schlesischen Kriege kam die Grafschaft Glatz zusammen mit dem größten Teil Schlesiens 1742 an Preußen. Die habsburgische Ständeordnung wurde abgeschafft, doch blieb die Grafschaft Glatz als politische Einheit bestehen. Ab 1815 gehörte der Landkreis Glatz zur Provinz Preußen und zum Regierungsbezirk Breslau/Wrocław.

Die in Schlesien durch den Adel verschleppten Reformen führten zu Aufständen während der Revolution 1848/1849; doch erst 1850 kam es durch Sondergesetze zur Bauernbefreiung auf allen Gütern.

Zeitgeschichte

Nach dem Ersten Weltkrieg erhob die neu gegründete Tschechoslowakische Republik Ansprüche auf das Gebiet der Grafschaft Glatz, blieb aber nach heftigen Protesten der Einwohner erfolglos. Nach der Machtübernahme durch die NSDAP 1933 wurde das politische Leben ‚gleichgeschaltet'. Vereinzelt leisteten Geistliche der Katholischen Kirche Widerstand gegen die NS-Herrschaft. Die Grafschaft Glatz wurde von den Sowjets erst nach Kriegsende besetzt. Durch das Protokoll der Potsdamer Konferenz kam das Gebiet zu Polen. Ab März 1946 wurde die deutsche Bevölkerung vertrieben, ab 1947 wurde die Verwaltung von den polnischen Kommunisten übernommen.

Die Solidarność-Bewegung der 1980er Jahre wurde im Glatzer Land unterstützt und zählte 1981 ca. 30.000 Mitglieder. Nach dem Umbruch von 1989 etablierte sich eine demokratische Gesellschaftsordnung.

Verwaltung und Verfassung

In slawischer Zeit unterstanden Verwaltung und Justiz (*Zuda*) dem Burggrafen von Glatz. Nach intensiver Besiedlung des Landes durch Kolonisten aus dem Westen und Schlesien wurde das Magdeburger Recht für die Städte im 14. und 15. Jahrhundert und das emphyteutische Recht für die Dorfbewohner eingeführt. In der urkundlichen Überlieferung werden bereits 1278 ein Vogt und ein Richter aufgeführt, was auf die Geltung des Magdeburger Rechts hindeutet. Für den Adel galt eine eigene Gerichtsbarkeit (Mannengericht), die dem Burggrafen von Glatz unterstand. Er war der oberste Landrichter, unter dem die Städte und Dörfer ihre Rechtspflege betrieben: in den Städten durch das Kollegium der Schöffen mit dem Vogt an der Spitze, in den Dörfern durch Schöffengerichte unter der Leitung des Dorfbesitzers (Patrimonialgerichtsbarkeit), darunter die Nachkommen der Lokatoren, die seit dem 15. Jahrhundert als Freirichter einen eigenen Stand bildeten.

Die Grafschaft Glatz war in sechs Verwaltungsbezirke, sogenannte Distrikte, gegliedert: Glatz, Habelschwerdt (*Bystrzyca Kłodzka*) Landeck (*Lądek-Zdrój*), Hummel (tschech. *Homole*), Neurode (*Nowa Ruda*) und Wünschelburg (*Radków*).

Durch die preußische Neuordnung nach 1742 wurden die Stände abgeschafft. Der Adel behielt aber seine Privilegien. Die Zivilverwaltung („Policeywesen") unterstand der Kriegs- und Domänenkammer in Breslau. Die Städte verloren weitgehend ihre Verwaltungshoheit. Die Verwaltung der Dörfer lag im Rahmen der Gutsherrschaft bei den Gutsherren. An der Spitze des Kreises Glatz stand der Landrat. Nach 1818 wurde mit Habelschwerdt im Süden der Grafschaft ein weiterer Kreis eingerichtet, ein dritter 1850 mit Neurode im Nordwesten, der allerdings 1936 wieder aufgelöst wurde. Nach 1945 wurden die Kreise Glatz und Habelschwerdt beibehalten und der Kreis Neurode 1954 wiedererrichtet.

Bevölkerung

Für den Zeitraum vom Ende des 11. bis zum Beginn des 13. Jahrhunderts sind slawische Siedler in den Tälern nachgewiesen (die Flussbezeichnungen Neiße, Weistritz, Biele sind slawischen Ursprungs). In der zweiten Hälfte des 13. und in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts kamen deutschsprachige Siedler (vermutlich von Thüringen und Schlesien) in das Glatzer Land, die vor allem auf dem Lande Waldhufendörfer häufig neben den slawischen Siedlungen errichteten. Rechtsbasis war das *ius teutonicum*, das den siedelnden Bau-

ern die persönliche Freiheit und die Verfügung über die Produkte zugestand. Die slawische Bevölkerung ging nach der Kolonisierung im 13./14. Jahrhundert in der deutschen Bevölkerung auf. Eine tschechischsprachige Minderheit gab es im sogenannten Böhmischen Winkel bei Kudowa. Seit der Zwangsmigration der deutschen Einwohner 1946 dominieren polnische Bewohner.

Bevölkerungsentwicklung:[1]

1750	45.000 Einwohner
1910	174.652 Einwohner
1939	181.000 Einwohner
1946	104.000 (polnische) Einwohner
2000	134.000 Einwohner

Wirtschaft



Bad Kudowa, Kurplatz. Aufgrund von Heilquellen entwickelte sich der Kur- und Bädertourismus zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor in der Grafschaft Glatz. Ein Zentrum war und ist bis heute der Kurort Bad Kudowa/Kudowa-Zdrój/Lázně Chudoba am Fuß des Heuscheuergebirges. [Postkarte, nicht datiert: BKGE-Archiv].



Das luxuriöse Kurhotel „Fürstenhof“ (heute „Polonia“), um 1906 in Bad Kudowa von der Aktiengesellschaft

Kudowa errichtet, war gesellschaftlicher Treffpunkt
für Gäste aus ganz Europa. [Postkarte, datiert 1929: BKGE-Archiv].

Von herausgehobener Bedeutung sind die Holz- und Papier- sowie Textil- und Bekleidungsindustrie, die Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Kohle- und Erzabbau, Agrarwirtschaft, außerdem Bäder-Tourismus und Erholungstourismus allgemein. Ein Eisenbahnnetz wurde seit den 1870er Jahren eingerichtet, zunächst die Strecke Breslau–Glatz−Mittelwalde/Międzylesie.

Infolge der Kollektivierung nach dem Zweiten Weltkrieg stagnierte die Wirtschaft, aufgrund fehlender Investitionen verkam die Infrastruktur. Nach der Integration Polens in die Europäische Union 2004 setzte allmählich eine wirtschaftliche Erholung ein.

Religions- und Kirchengeschichte

Von der Entstehung des Kirchenwesens bis 1972 gehörte das Glatzer Land zum (Erz-)Bistum Prag. Im 14. Jahrhundert wurde das vom Prager (Erz-)Bischof abhängige Kirchensystem ausgebaut. Die Patronatsrechte lagen weitgehend beim Adel oder beim König. Seit 1169 ließen sich die Johanniter in Glatz nieder, die die Pfarrechte erhielten; seit 1240 erfolgte die Niederlassung der Minoriten in der Stadt. Nach der Errichtung zahlreicher Pfarrkirchen im Land wurde seit Mitte des 13. Jahrhunderts ein Dekanat eingerichtet. 1349 gründete der Prager Erzbischof Arnestus von Pardubitz (um 1300–1364) ein Augustiner-Chorherrenstift mit einem Scriptorium und einer Lateinschule. 1475 wurde durch die Podiebrad-Familie ein Franziskanerkloster in Glatz errichtet. 1597 wurde das Augustiner-Chorherrenstift durch den Papst aufgehoben und der Besitz dem Jesuitenorden übergeben.

Ab 1530 waren mit den Täufern in Habelschwerdt und den Schwenckfeldern in Glatz sowie in einigen Dörfern reformatorische Bewegungen aktiv. Seit den 1560er Jahren setzte sich die lutherische Lehre durch, doch der Katholizismus behauptete sich unter habsburgischer Oberherrschaft, die nach 1622 die vollständige Rekatholisierung des Landes gegen den Widerstand der Bevölkerung betrieb. Seit dem ausgehendem 17. Jahrhundert wurde die Bevölkerung unter dem Einfluss der reaktivierten Orden und des Adels durch den Barockkatholizismus für die katholische Kirche gewonnen, die fast ausschließlich das Kirchenleben bestimmte. Nach 1742 bildeten sich unter preußischer Herrschaft protestantische Gemeinden heraus. Durch das preußische Säkularisierungsgesetz 1810 wurden die Ordensniederlassungen aufgehoben. Nach der Vertreibung der deutschen Katholiken und Protestanten 1946 unterstellte August Kardinal Hlond (1881–1948) das Glatzer Dekanat unter die Befugnisse des Breslauer Erzbischofs, was 1972 durch Rom endgültig bestätigt wurde. Seit 1972 gehört das Glatzer Land zur Diözese Schweidnitz/Świdnica.

Nach der Vertreibung der seit 1300 existierenden jüdischen Gemeinde im ausgehenden 15. Jahrhundert bildete sich seit 1820 erneut eine jüdische Gemeinde, deren ca. 225 Mitglieder (1857) beziehungsweise 300 Mitglieder (um 1900) sich über die Städte und Kurorte der Grafschaft verteilten. 1884 erfolgte die Errichtung einer Synagoge in Glatz mit einer dreigeteilten plastisch gestalteten Fassade und Kuppel, Architekt war Albert Grau aus Breslau. Die Synagoge wurde im Novemberpogrom 1938 von den Nationalsozialisten in Brand gesteckt. Nach den Deportationen 1943/44 wurden elf jüdische Einwohner ermordet. Ab 1946 kam es zur Bildung einer polnisch-jüdischen Gemeinde mit mehr als 2.000 Mitgliedern, die nach 1948 mehrheitlich emigrierten.

Besondere kulturelle Institutionen

Besondere kulturelle Institutionen befanden sich vor allem in Glatz. Die ehemaligen Bibliotheken der Klöster (Jesuiten, Minoriten, Franziskaner) wurden nach der Säkularisation 1810 aufgelöst. Im 19. und 20. Jahrhundert entstanden zahlreiche Stadt- und Pfarrbibliotheken. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts existierte ein bedeutendes Schlosstheater in Grafenort/Gorzanów unter zeitweiliger Leitung des Dichters Karl von Holtei (1798–1880). In den Bädern wurden saisonale Kurtheater betrieben. Neben den Stadtarchiven (Glatz, Habelschwerdt) gab es zahlreiche Adelsarchive, deren Relikte in der sogenannten Heimaturkundei Grafschaft Glatz gesammelt wurden, heute im Staatsarchiv Breslau (*Archiwum Państwowe we Wrocławiu)*.

Bildung

Das Bildungswesen war weitgehend in Glatz konzentriert. In Habelschwerdt gab es ein Lehrerseminar, eine Oberschule, eine Höhere Mädchenschule sowie eine Kaufmännische und Gewerbliche Fortbildungsschule. Eine Weberei-Lehrstätte existierte in Neurode.

Gesellschaft und Alltagskultur



In der Grafschaft Glatz entfalteten sich im 19. Jahrhundert ein vielfältiges kirchliches Vereinswesen (Kongregationen, Kolping) sowie Theater- und Gesangsvereine; ein „Gebirgs-Verein der Grafschaft Glatz“ wurde 1881 gegründet.

Politisch war von 1871–1933 das Zentrum vorherrschend; 1933 erhielt die NSDAP in den Kreisen Glatz und Neurode 40 %, im Kreis Habelschwerdt 55 % der Stimmen (Reichsdurchschnitt 43,9 %). Seit der politischen Wende 1989 dominieren Parteien, die aus der Solidarność-Bewegung hervorgegangen sind.

In der Grafschaft Glatz wurde ein reichhaltiger Lied- (z. B. *Und in dem Schneegebirge*) und Sagenschatz (Begegnung mit dem Numinosen: Marienerscheinungen, aber auch Puschmännel [Rübezahl-Motiv], Waldfrauen) tradiert.

Gedenktafel anlässlich des 125-jährigen Bestehens des Glatzer Gebirgsvereins; in der Mitte ist die Glatzer Rose abgebildet. [Foto: Wikimedia Commons. Grzegorz Wysocki CC BY-SA].

Kunstgeschichte

Aufgrund des Holzreichtums wurde in den Gebirgsdörfern Blockhaus-Bauweise bevorzugt. Häufig findet man das Umgebindehaus, eine Mischung von Schrotholz- und Fachwerkbau. In den langgestreckten Waldhufendörfern wurden Viereckhöfe auch zu Verteidigungszwecken in der ungeschützten Dorfanlage errichtet. In den Bauerndörfern stand neben der Wohnküche mit Kachelofen im Zentrum die gute Stube mit dem „Herrgottswinkel“, der ein Kruzifix und/oder Andachtsbilder beziehungsweise Devotionalien zeigte.

Die wichtigsten Bauwerke der Grafschaft befanden und befinden sich in Glatz.



Die Wallfahrtskirche „Maria Schnee“ bei Wölfelsgrund/ Międzygórze wurde 1782 eingeweiht. [Postkarte, nicht datiert; BKGE-Archiv].

Gotische Wehrkirchen aus dem 14./15. Jahrhundert wurden vielfach im 17./18. Jahrhundert barockisiert (Altlomnitz/Stara Łomnica, Altwilmsdorf/Stary Wielisław, Eisersdorf/Żelazno, Grafenort/Gorzanów, Neuwaltersdorf/Nowy Waliszów, Oberhannsdorf/Jaszkowa Górna, Oberschwedeldorf/Szalejów Górny, Winkeldorf/Kąty Bystrzyckie). Zudem entstanden bedeutende Barockkirchen in Albendorf/Wambierzyce (1713–1720) und Neundorf/Nowa Wieś (1702–1751), wie auch in fast allen Dörfern Barockkirchen aus der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts vorhanden sind.

Es finden sich zahlreiche Schlossbauten aus dem 17.–19. Jahrhundert: Bürgerhäuser im Renaissance- und Barockstil auf dem Ring in Glatz, Habelschwerdt und Bad Landeck/Lądek Zdrój.



Bedeutende Kunstwerke sind die *Glatzer Madonna*, ein Tafelbild von 1350, sowie Arbeiten der Prager Schule und des Barockmalers Karl Dankwart (gest. 1704). Madonnendarstellungen wie die *Rengersdorfer Löwenmadonna* (1370), die *Schlegeler Madonna* (vor 1300) und in Altwilms- dorf (14. Jh.) sowie die *Glatzer Madonna mit dem Spatz* (14. Jh.) zählen ebenso zu bedeutenden Plastiken wie die Mariensäulen der Barockzeit in Glatz (1682 von Adam Beyerhof) und Bad Reinerz/Duszniki-Zdrój (1725) oder die Dreifaltigkeitssäule in Habelschwerdt (1736 von Anton Jörg). Wichtige Barockkanzeln finden sich in den Pfarrkirchen von Glatz (1716/17 von Michael Klar d. Ä.) und Albendorf (Magnificat-Kanzel von Carl Flacker, 1723).

Die Glatzer Madonna. Das Tafelbild aus dem 14. Jahrhundert befindet sich heute in der Berliner Gemäldegalerie.

Musik

Von Musizierfreudigkeit zeugen Dorforchester und Chöre; Dorflehrer traten vielfach auch als Komponisten von Messen in Erscheinung (Ignaz Reimann [1820–1885]). Grafschafter, die ihre Musikerkarrieren vor allem in Wien, Prag/Praha oder Berlin erlebten, waren Emanuel Aloys Förster (1748–1823), Eduard Tauwitz (1812–1894) und Heinrich Reimann (1850–1906).

Buch- und Druckgeschichte

Im 14./15. Jahrhundert entstand das Scriptorium im Augustiner-Chorherrenstift in Glatz. Im 17. Jahrhundert war Glatz unter der Druckerfamilie Schubart und dem Verleger Andreas Frantz Pega (in Glatz nachgewiesen: 1682–1700) ein bedeutendes Verlagszentrum im Dienst der Gegenreformation in Schlesien. Als Verlag im 19. und 20. Jahrhundert von gewisser Bedeutung war Franke's Buchhandlung in Habelschwerdt. In Neurode erschien in dem Verlag von Wenzel Wilhelm Klambt (1811−1883) die über die Grenzen der Grafschaft Glatz hinaus gelesene politisch-kulturelle Wochenzeitung *Der Hausfreund* mit ca. 150.000 Abonnenten (1914).

Literatur

Aus dem Klessetal in der südlichen Grafschaft Glatz stammt vermutlich der Dichter Dietrich von der Glesse (2. Hälfte 13. Jh.), der die Versnovelle *Der Borte* verfasst hat. Ein bedeutendes chronikalisches Werk des Mittelalters aus dieser Region ist die *Cronica Monasterii canonicorum Regularium in Glacz* des Propstes Michael Czacheritz (Amtszeit 1456–1489). Als Meistersinger dichtete in Glatz im 16. Jahrhundert der Kürschner Hieronymus Linck (um 1565 in Glatz nachgewiesen). Um 1600 entstand die Kasualdichtung der Späthumanisten. Bedeutendstes späthumanistisches Werk war die *Glaciographia* (Leipzig 1625) des Georg Aelurius (Georg Katschker, 1596–1627). Als Vertreter der reichhaltigen schlesischen Barockdichtung aus der Grafschaft Glatz gilt Georg Gloger aus Habelschwerdt

(1603–1631). Aus Glatz stammte Friedrich Wilhelm Riemer (1774–1845), Autor und Sekretär Goethes. Namhafte Autoren im 19./20. Jahrhundert aus der Grafschaft Glatz waren Hermann Stehr (1864–1940) und Joseph Wittig (1879–1949). Als Mundartdichter ist Robert Karger (1874–1946) zu nennen. Moderne Autorinnen sind Monika Taubitz und die polnische Dichterin Olga Tokarczuk, die in den 1990er Jahren in der Nähe von Neurode lebte und dort ihren Roman *Dom dzienny, dom nocny* (1999) (dt. Titel: *Taghaus, Nachthaus*) schrieb, der das Leben der polnischen Neusiedlergeneration thematisiert.

Gedächtnis- und Erinnerungskultur


Vierteljahrsschrift
für
Geschichte und Heimathskunde
der
Grafschaft Glatz.
Redigirt
von
Edmund Scholz.
I. Jahrgang (1881/82).

Die „Vierteljahresschrift für Geschichte und Heimatkunde der Grafschaft Glatz“, in der vor allem Quellen zur Landesgeschichte und -kunde veröffentlicht sind, erschien in zehn Bänden von 1881/82 bis 1890/91. Die Bände 1−4 wurden von E. Scholz, die Bände 5−10 von F. Volkmer und W. Hohaus redigiert.

Eine regionale Identität als Grafschafter bildete sich in deutlicher Abhebung von Schlesien heraus; dies wird in der Kartographie um 1650 deutlich.[2] Eine historiographische Tradition ist seit Georg Aelurius’ Glaciographia zu beobachten. Im 19. Jahrhundert verfasste der katholische Geistliche Joseph Kögler (1765–1817) Ortschroniken auf der Basis intensiver Quellenforschung. In den 1880er Jahren intensivierte sich die historische Forschung mit Publikationen der Direktoren des Habelschwerdter Lehrerseminars Franz Volkmer (1845–1930), Wilhelm Hohaus (1844–1909) und Edmund Scholz (1835–1920).

Nach 1945 entstanden auf deutscher Seite Darstellungen auf der Basis des überlieferten Literatur- und Quellenbestandes im Umfeld des 1949 durch Alois Bartsch (1902–1982) und Georg Goebel (1900–1965) gegründeten *Grafschafter Boten*. Auf tschechischer Seite entwickelte sich eine intensive Forschung zur Geschichte der Grafschaft Glatz durch die Historiker der Universität Königgrätz/Hradec Králové. Zu nennen sind die Publikation der Zeitschrift *Kladský Sborník* (Glatzer Jahrbuch) in mehreren Bänden (1997ff.) sowie des Atlas *Kladsko. Proměny středoevropského regionu. Historický atlas* (2005). Auf polnischer Seite werden seit 1948 historische Forschungen in der Zeitschrift *Rocznik Ziemi Kłodzkiej* (Jahrbuch des Glatzer Landes) publiziert; seit 1989 erscheint die Zeitschrift *Ziemia Kłodzka*.

Nach der politischen Wende gründete sich auf Initiative von Janusz Laska die Glatzer Bildungsgesellschaft (*Kłodzkie Towarzystwo Oświatowe*), die eine gemeinsame deutsch-polnische Forschung zur Geschichte des Glatzer Landes anregte. Als Ergebnisse publizierten Arno Herzig und Małgorzata Ruchniewicz unter anderem eine Quellen- und Materialiensammlung zur Geschichte des Glatzer Landes vom 10. bis zum 20. Jahrhundert. Auf deutscher Seite gründete sich 1986 die Arbeitsgemeinschaft Grafschaft Glatz (AGG), deren *AGG-Mitteilungen* durch Dieter Pohl (2002ff.) herausgegeben werden.

Persönlichkeiten, die für die Erinnerungskultur der Grafschaft Glatz von Bedeutung sind, waren Arnestus von Pardubitz (gest. 1364), erster Erzbischof von Prag, der in der Glatzer Pfarrkirche begraben liegt, die Gewerkschafterin Emma Ihrer (1857–1911) sowie der katholische Priester Gerhard Hirschfelder (1907–1942), der im KZ Dachau umkam und 2010 seliggesprochen wurde.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Arne Franke, Katrin Schulze: Schlösser und Herrenhäuser in der Grafschaft Glatz. Ein Architektur- und Parkreiseführer. Würzburg 2009.
- Arno Herzig, Małgorzata Ruchniewicz: Im Herrgottsländchen. Quellen und Materialien zur Geschichte des Glatzer Landes vom 10. bis zum 20. Jahrhundert / W kraju Pana Boga. Źrodła i materiały do dziejów Ziemi Kłodzkiej od X do XX wieku. Kłodzko 2003.
- Arno Herzig, Małgorzata Ruchniewicz: Geschichte des Glatzer Landes / Dzieje Ziemi Kłodzkiej. Hamburg, Wrocław 2006.
- Joseph Kögler: Die Chroniken der Grafschaft Glatz. 5 Bände. Neu bearbeitet und herausgegeben von Dieter Pohl. Modautal, Köln 1992–2003 (Geschichtsquellen der Grafschaft Glatz / A. Neue Folge 1−5).

Weblinks

- http://www.grafschaft-glatz.de/fotos/glatz/o-hann.htm (Sammlung zeitgenössischer Fotografien)
- http://www.grafschaft-glatz.de/bilder/ (Sammlung historischer Abbildungen)
- http://www.jüdische-gemeinden.de/index.php/gemeinden/e-g/729-glatz-schlesien (Informationen über die jüdische Bevölkerung von Glatz)

Anmerkungen

[1] Aloys Bernatzky: Lexikon der Grafschaft Glatz. Mit Kurzbiographien berühmter Grafschafter von Nina Hötzel-Strauch. Leimen/Heidelberg 1984 (Glatzer Heimatbücher 8), S. 26.

[2] Klaus Lindner (Hg.): Zwischen Oder und Riesengebirge. Schlesische Karten aus fünf Jahrhunderten. Berlin 1987 (Ausstellungskataloge. Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz 29), S. 101, Nr. 89.

Zitation

Arno Herzig: Grafschaft Glatz. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2015. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p43123 (Stand 23.07.2015).

Grenzmark Posen-Westpreußen

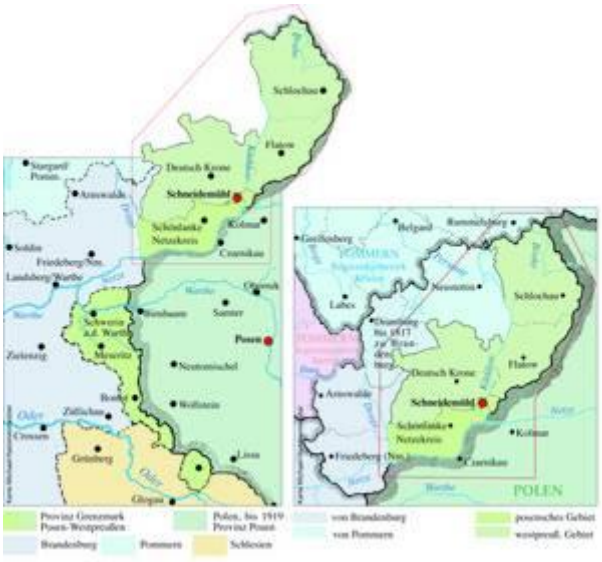
1. Toponymie

Der Begriff „Grenzmark Posen-Westpreußen“ geht vermutlich auf den von Mai bis August 1919 amtierenden Oberpräsidenten der Provinz Westpreußen, Bernhard Schnackenburg (1867–1924), zurück. Ihm ging es darum, die beim preußischen Staat verbliebenen Gebiete westlich der Weichsel der ansonsten weitgehend an Polen verloren gegangenen Provinzen Westpreußen und Posen so zusammenzufassen, dass sie, mit einem „Traditionsnamen“ belegt, auch künftig an den Verlust erinnern sollten.

Die Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen wurde mit dem „Ostmarkengesetz“ vom 22. Juli 1922, einem preußischen Gesetz zur Neuordnung der kommunalen Verfassung und der Verwaltung in der sogenannten Ostmark, geschaffen. Die Provinz bestand ab dem 1. August 1922 und war deckungsgleich mit dem ebenfalls mit diesem Gesetz geschaffenen Regierungsbezirk Schneidemühl/Piła. Die Bezeichnung für die preußische Provinz und – nach deren Auflösung – ab 1938 für den neu geschaffenen gleichnamigen Regierungsbezirk innerhalb der Provinz Pommern hatte bis zum Jahr 1945 Bestand.

2. Geographie

Lage und administrative Gliederung



Die Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen bestand von 1922 bis 1938. 1938 wurde aus dem Hauptteil der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen unter Einbeziehung pommerscher und brandenburgischer Kreise der pommersche Regierungsbezirk „Grenzmark Posen-Westpreußen“. [Karte: Michael Hammermeister; bei Schley: Das Wappen der Grenzmark Posen-Westpreußen, S. 28].

Die Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen bestand zwischen 1922 und 1938 aus drei unterschiedlich großen, nicht zusammenhängenden Gebieten, die östlich an die preußischen Provinzen Pommern, Brandenburg und Schlesien angrenzten. Dabei handelte es sich um neun Kreise: Schlochau/Człuchów, Flatow/Złotów und Deutsch Krone/Wałcz (vorher Provinz Westpreußen) im Norden sowie südlich davon Schneidemühl, Netzekreis, Schwerin an

der Warthe/Skwierzyna, Meseritz/Międzyrzecz, Bomst/Babimost und Fraustadt/Wschowa (vorher Provinz Posen). Der Netzekreis mit dem Landratsamt in Schönlanke/Trzcianka war am 15. Dezember 1919 aus den beim Deutschen Reich verbliebenen Gebietsresten der posenschen Kreise Filehne/Wieleń, Czarnikau/Czarnków und Kolmar/Chodzież gebildet worden. Mit dem neuen Kreisnamen wurde an den Netzedistrikt erinnert, der bei der Ersten Teilung Polens 1772 an Preußen gelangt war. Auch bei den Kreisen Schlochau, Flatow, Meseritz, Bomst, Schwerin an der Warthe und Fraustadt waren jeweils mehrere Gemeinden an den neuen polnischen Staat gefallen. Aus dem westpreußischen Kreis Konitz/Chojnice, der zum größeren Teil in polnische Hoheit überging, wurden einzelne Gemeinden 1919/1920 in den Kreis Schlochau eingegliedert. Zwischen den Kreisen der neuen Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen kam es noch verschiedentlich zu Verschiebungen auf Gemeindeebene.

Sitz des Oberpräsidenten, in der Grenzmark zugleich der Regierungspräsident, war Schneidemühl. Der Landeshauptmann, der dem Provinzialverband (= höherer Kommunalverband innerhalb einer preußischen Provinz) vorstand, hatte seinen Sitz in Meseritz. Die Provinz hatte eine Fläche von 7.695 km², auf der 332.442 Menschen (1938) lebten. Die größte Stadt war das seit 1914 kreisfreie Schneidemühl (1939: 45.791 Einwohner).[1]



Der 1938 neu gebildete Regierungsbezirk Grenzmark Posen-Westpreußen bestand als einer von drei pommerschen Bezirken nur knapp sieben Jahre; die gleichnamige Provinz existierte immerhin 16 Jahre. [Karte: Michael Hammermeister; bei Schley: Das Wappen der Grenzmark Posen-Westpreußen, S. 29].

Der nördliche Teil der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen umfasste 1938 mit einer Gesamtfläche von 5.787 km² die Landkreise Schlochau, Flatow, Deutsch Krone, den Netzekreis und den Stadtkreis Schneidemühl. In 15 Städten und 296 Landgemeinden lebten zu diesem Zeitpunkt 251.000 Menschen. Mit der Auflösung der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen, bei der die südlichen Kreise an die Provinzen Brandenburg und Schlesien fielen, und der Schaffung des gleichnamigen pommerschen Regierungsbezirks, in den auch die beiden neumärkischen Kreise Friedeberg/Strzelce Krajeńskie und Arnswalde/Choszczno integriert waren, wuchs die Provinz Pommern bei der Volkszählung am 17. Mai 1939 auf 2.393.844 Einwohner an, bei einer Gesamtfläche von 38.409 km².[2]

Kirchliche Administration

Nachdem ab 1919 die Konsistorien und Generalsuperintendenten in Berlin und Stettin/Szczecin vorübergehend gemeinsam die kirchliche Aufsicht im Gebiet der Grenzmark wahrgenommen hatten, wurde 1923 in Schneidemühl ein evangelisches Konsistorium für

die in sieben Superintendenturen untergliederte neue Kirchenprovinz Grenzmark Posen-Westpreußen innerhalb der preußischen Landeskirche eingerichtet. Hier hatte auch der Generalsuperintendent der Kirchenprovinz seinen Amtssitz. Nach 1938 wurde vorübergehend die Grenzmark in die Zuständigkeit des Berliner Konsistoriums und des dortigen Generalsuperintendenten übergeben, schließlich ab 1941 dann eine Außenstelle des Stettiner Konsistoriums in Schneidemühl offiziell eingerichtet, der neue Regierungsbezirk Grenzmark Posen-Westpreußen also in die Kirchenprovinz Pommern eingegliedert.

Auch auf katholischer Seite war infolge der neuen Staatsgrenzen nach dem Versailler Vertrag eine Neugliederung notwendig geworden, die in mehreren Schritten erfolgte. 1920 entstand in Tütz/Tuczno eine Erzbischöfliche Delegatur, schließlich eine Apostolische Administratur für die beim Deutschen Reich verbliebenen Gebiete des Erzbistums Gnesen-Posen (*Archidiecezja gnieźnieńska-poznańska*) und des Bistums Kulm (*Diecezja chełmińska*). 1926 war diese Administratur nach Schneidemühl verlegt worden, die schließlich als Freie Prälatur Schneidemühl dem am 13. August 1930 gegründeten Erzbistum Breslau (*Archidiecezja wrocławska*) unterstellt wurde.[3]

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Wie alle preußischen Provinzen sollte auch die Grenzmark Posen-Westpreußen ein Wappen und eine Flagge erhalten, wobei bereits bei Gründung der Provinz im Sommer 1922 an eine Verbindung von Elementen der Wappen und Flaggen der vormaligen preußischen Provinzen Posen und Westpreußen gedacht wurde. Kern der folgenden Auseinandersetzungen um ein passendes Wappen war die Frage, wie der posensche weiße Adler so in das Wappen eingebunden werden könnte, dass sich daraus keine polnischen Ansprüche auf die Grenzmark ableiten ließen. Nach mehreren abgelehnten Entwürfen wurde am 10. Februar 1925 vom preußischen Ministerium des Inneren das Wappen der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen genehmigt, wonach im silbernen Schild ein schwarzer, mit Gold bewehrter Adler mit roter Zunge steht, zwischen dessen Hals und rechtem Flügel ein geharnischter rechter Arm herauswächst, welcher ein Schwert mit goldenem Griff horizontal über dem Kopf des Adlers schwingt. Auf der Brust trägt dieser Adler einen roten Herzschild, der mit einem silbernen, mit Gold bewehrten Adler mit roter Zunge belegt ist. Dieses neue Wappen wurde in der Folgezeit allerdings kaum publik gemacht. Sowohl in der Grenzmark als auch außerhalb der Provinz gab es gewichtige Stimmen, die sich gegen eine Verwendung des früheren Wappens der Provinz Posen im Herzschild des Grenzmarkwappens aussprachen. Daraufhin wurde am 28. Juli 1929 vom Staatsministerium des Inneren in Berlin eine Änderung dahingehend bestätigt, dass nunmehr die seit dem 9. Juni 1923 vom Provinziallandtag der Grenzmark bestätigte Gestaltung der Flagge für einen neuen Herzschild Pate stehen sollte. Diese Flagge zeigte auf der dem Mast zugewandten Seite von oben nach unten die Farben der Provinz Westpreußen (Schwarz-Weiß-Schwarz) und in dem abgewandten Feld die Farben der Provinz Posen (Weiß-Schwarz-Weiß). Letztere waren erst 1886 eingeführt worden, um die bis dahin gebräuchliche posensche Provinzialflagge in den Farben Rot-Weiß zu verdrängen.

Deutsche Gebietsverluste nach dem Ersten Weltkrieg

Schon vor dem Ende des Ersten Weltkrieges deutete sich an, dass die Ostgrenze des Deutschen Reiches keinen Bestand haben würde (z. B. 14-Punkte-Programm von Woodrow Wilson [1856–1924]). Bereits wenige Wochen nach dem Waffenstillstand von Compiègne brach Ende Dezember 1918 in Posen/Poznań ein polnischer Aufstand aus. Dessen Ziel war die Loslösung der Gebietsteile, die bei der Ersten und Zweiten Teilung Polens, 1772 und

1793, in den preußischen Staat integriert worden waren, um daraus zusammen mit den ebenfalls seit den Teilungen Polens zum Russischen Reich und zu Österreich gehörenden Gebieten eine neue polnische Republik zu bilden. Nicht nur die Stadt Posen, sondern auch weite Teile der gleichnamigen Provinz fielen rasch unter polnische Kontrolle. Während man auf deutscher Seite davon ausging, dass die während des polnischen Aufstands nicht besetzten Teile der Provinz Posen weiterhin beim Deutschen Reich verbleiben könnten, und diese daraufhin vorläufig dem Regierungspräsidenten des Regierungsbezirks Bromberg/Bydgoszcz, Friedrich von Bülow (1868–1936), unterstellt wurden, sollte mit dem Friedensvertrag von Versailles lediglich ein schmaler Randstreifen im Westen der Provinz Posen beim Deutschen Reich verbleiben. Zudem musste das Deutsche Reich den größten Teil der Provinz Westpreußen, die zu diesem Zeitpunkt mehrheitlich von muttersprachlich Deutschen bewohnt wurde, abtreten. Die ehemalige Provinz Westpreußen wurde in vier Teile aufgespalten: Neben dem westlichsten Teil mit Deutsch Krone, Flatow und Schlochau, der in der Folgezeit Bestandteil der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen wurde, wurden die östlichsten Kreise der Provinz Westpreußen zu einem Regierungsbezirk Westpreußen mit Sitz in Marienwerder/Kwidzyn zusammengefasst, der der Provinz Ostpreußen zugeschlagen wurde. Aus dem Nordosten mit dem wirtschaftlichen und administrativen Zentrum der Provinz Westpreußen wurde die Freie Stadt Danzig/Wolne Miasto Gdańsk gebildet. Die zentralen Teile der Provinz Westpreußen fielen dagegen an den polnischen Staat, der daraus 1919 die Woiwodschaft Pommerellen (*Województwo pomorskie*) schuf, die von deutscher Seite fortan als „Korridor“ bezeichnet wurde.

Ab 1919 verließen die meisten deutschsprachigen Einwohner der vormaligen preußischen Provinzen Posen und Westpreußen, soweit diese unter polnische Hoheit fielen, ihre Heimat. Hintergrund dafür war die im Artikel 297b des Versailler Vertrages geschaffene Optionsmöglichkeit der Bewohner dieser Gebiete: Optierten sie für den Verbleib in der deutschen Staatsangehörigkeit, konnten sie ausgewiesen werden; entschieden sie sich für die neue polnische Staatsangehörigkeit, konnte ihnen die Aufnahme verweigert werden. In beiden Fällen mussten sie mit einer Ausweisung aus dem polnischen Staatsgebiet rechnen. In der Folgezeit führte die rigide Minderheitenpolitik der polnischen Regierung zur mehr oder weniger freiwilligen Abwanderung von weit mehr als der Hälfte der deutschsprachigen Bevölkerung. Viele fanden in den benachbarten preußischen Provinzen eine Bleibe und schlossen sich dort seit den frühen 1920er Jahren zu Landsmannschaften der Posener und Westpreußen zusammen, die in ihren Organisationsformen auf lokaler Ebene bereits die Strukturen der ostdeutschen Landsmannschaften im Westen Deutschlands nach 1945 vorwegnahmen. Gerade bei der Aufsiedlung von Gütern, die infolge der Wirtschaftskrise in der Zwischenkriegszeit forciert wurde, erhielten viele Flüchtlinge aus Posen und Westpreußen im ostelbischen Raum Siedlerstellen. Auch in der Grenzmark Posen-Westpreußen fanden viele eine neue Heimat. Nicht zuletzt die Stadt Schneidemühl spielte eine wichtige Rolle als Auffang- und Durchgangsstation für die Flüchtlinge aus den östlich angrenzenden Gebieten.

Die Genese der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen

Das preußische Ministerium des Inneren in Berlin verfügte 1919 die Zusammenfassung der westlichen Reste der Provinzen Westpreußen und Posen unter einer einheitlichen Verwaltung, für die am 20. November 1919 eine Regierungsstelle in Schneidemühl geschaffen wurde. Dabei handelte es sich de facto um das hierher verlegte Regierungspräsidium Bromberg. In den folgenden drei Jahren wurden verschiedenste Ideen entwickelt, wie mit den Gebietssplittern umzugehen sei. Diese reichten von deren Eingliederung in die Nachbarprovinzen Pommern, Brandenburg und Schlesien, wobei ein Provinzialverband an die Herkunft dieser Kreise aus den alten Provinzen Posen und Westpreußen erinnern sollte, bis hin zur Bildung einer neuen Provinz. Die Diskussionen über die zukünftige administrative Gestalt

verliefen auf regionaler und staatlicher Ebene in der Folgezeit durchaus unterschiedlich. Während in der Grenzmark selbst alle Parteien bis auf die KPD den Gedanken der Bildung eines neuen Provinzialverbandes und damit der Eigenständigkeit gegenüber den drei großen preußischen Nachbarprovinzen im Westen favorisierten, kam es im Berliner Landtag zu einer massiven Auseinandersetzung, bei der die SPD, die USPD und die KPD aus wirtschaftlichen Gründen die Bildung einer Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen strikt ablehnten, während die bürgerliche Landtagsmehrheit den Gesetzentwurf unterstützte. Die weite Teile der politischen Öffentlichkeit der Weimarer Republik einende Ablehnung des Versailler Vertrages und der damit verbundene Revisionismus gegenüber der neuen Ostgrenze des Deutschen Reiches spielte hierbei eine zentrale Rolle. Der Name der im Sommer 1922 neugeschaffenen Provinz war Teil dieses politischen Programms, die von ihrem ersten Oberpräsidenten Friedrich von Bülow als „Promontorium“ gegenüber befürchteten weitergehenden polnischen Gebietsansprüchen charakterisiert wurde.[4]

Wirtschaftliche Herausforderungen

Die Provinzialverwaltung in Schneidemühl stand in den folgenden Jahren vor erheblichen Problemen, die sich aus dem Verlust des östlichen Hinterlandes ergeben hatten. Die wirtschaftlichen Verflechtungen waren zerstört. Zahlreiche Verkehrswege, die innerhalb des preußischen Staates seit dem frühen 19. Jahrhundert errichtet worden waren, wurden mit der Grenzziehung des Jahres 1919 zerschnitten. So führte zum Beispiel der Verlust des Bahnhofs Bentschen/Zbąszyń seitens der Deutschen Reichsbahn und des Zolls zur Errichtung des ein paar Kilometer weiter westlich, nördlich von Bomst gelegenen Grenzbahnhofs Neu Bentschen/Zbąszynek. Während der Güterbahnhof bereits 1925 fertiggestellt war, folgten der Personenbahnhof, die Post und das Zollamt im Heimatstil erst 1930. Insgesamt waren in diesen Jahren knapp 400 Wohnungen, eine evangelische und eine katholische Kirche, die Gemeindeverwaltung sowie weitere öffentliche Gebäude für die vor allem aus Beamten und ihren Familien bestehende Einwohnerschaft des neuen Ortes errichtet worden.

Auch andere öffentliche Einrichtungen, von Verwaltungssitzen über Krankenanstalten bis hin zu Schulen, die in Preußen immer für die gesamte jeweilige Provinz beziehungsweise den Landkreis geschaffen worden waren, standen nicht mehr zur Verfügung, da sie sich häufig in den Gebietsteilen befanden, die nun unter polnische Hoheit gefallen waren. In all diesen Bereichen galt es, neue Strukturen zu errichten. Aufgrund der wirtschaftlichen Schwäche des neuen Verwaltungsgebildes war das nur mit erhöhten Dotationen des preußischen Staates möglich, die aber in der Zeit der Hyperinflation und der anschließenden Weltwirtschaftskrise lediglich bedingt helfen konnten. Die Landeshauptleute der Provinzen Ostpreußen, Grenzmark Posen-Westpreußen, Pommern, Brandenburg, Nieder- und Oberschlesien verfassten 1930 die in Königsberg/Kaliningrad gedruckte 24-seitige Denkschrift *Die Not der preußischen Ostprovinzen*, die an den Reichspräsidenten Paul von Hindenburg (1847–1934) gerichtet war und in der diese Provinzen übergreifend als „Ostmark“ bezeichnet wurden. In der Folge wurde ein umfangreiches Gesetzespaket unter dem Titel „Osthilfe“ geschnürt, mit dem die wirtschaftliche Not im Osten des Deutschen Reiches gelindert und die damit verbundene Abwanderung von Arbeitskräften gestoppt werden sollte. In der öffentlichen Debatte wurde der Schutz des „Deutschtums“ gegenüber der drohenden „polnische Gefahr“ genutzt, um beim preußischen Staat und auch auf Reichsebene fortgesetzt Zuschüsse für die „Ostmark“ zu akquirieren.

Zu den markantesten Zeugnissen für die kurze Phase der Konstituierung einer Grenzmark-Identität zählt die in Schneidemühl errichtete neue Provinzialverwaltung am Danziger Platz. In städtebaulicher Hinsicht wurde hier zwischen 1925 und 1929 ein beeindruckendes Ensemble als Forum geschaffen, bestehend aus dem Regierungsgebäude, dem evangelischen

Konsistorium für die Kirchenprovinz Grenzmark, dem Behördenhaus mit Finanz- und Zollamt sowie dem von Paul Bonatz (1877-1956) entworfenen Reichsdankhaus für das Landestheater und das Landesmuseum mit Bibliothek.

Administrative Neuordnungen nach der nationalsozialistischen Machtübernahme

Mit dem Preußenschlag am 20. Juli 1932, mit dem die Staatsgewalt im Freistaat Preußen auf die Reichsregierung übergegangen war, und mit der Machtübernahme im Deutschen Reich durch die NSDAP Ende Januar 1933 setzte in vielen Regionen eine administrative Neugliederung ein, so auch in der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen. Mit dem Ausscheiden des Oberpräsidenten Friedrich von Bülow aus dem Amt im Januar 1933 übernahm Hans von Meibom (1879–1960) diese Aufgabe. Als DNVP-Mitglied trat er bereits nach den Reichstagswahlen vom März 1933 von seinem Amt zurück. Daraufhin wurde Wilhelm Kube (1887–1943), dem Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg, die Verwaltung der Grenzmark in Personalunion übertragen. Im Mai 1933 erfolgte die Fusion des Gaus Brandenburg mit dem Gau Ostmark zum neuen Gau Kurmark unter der Ägide von Wilhelm Kube, der seit 1928 die Funktion eines Gauleiters der NSDAP in Brandenburg bekleidet hatte. Ein Jahr später wurde die Provinzialverwaltung in Schneidemühl dem brandenburgischen Oberpräsidium unterstellt. Schließlich wurde 1937 in Frankfurt an der Oder, wo das östliche der beiden Regierungspräsidien der Provinz Brandenburg seinen Dienstsitz hatte, auch die administrative Zuständigkeit für die Grenzmark konzentriert.

Als am 21. März 1938 das Gesetz über die Gebietsbereinigung in den östlichen preußischen Provinzen erlassen worden war, schien die seit 1933 angebahnte Entwicklung ihren folgerichtigen Abschluss zu finden. Der Netzekreis, der Stadtkreis Schneidemühl, die Kreise Deutsch Krone, Flatow und Schlochau sowie die neumärkischen Kreise Friedeberg, Arnswalde und Soldin/Myślibórz sollten zusammen mit den pommerschen Kreisen Dramburg/Drawsko Pomorskie und Neustettin/Szczecinek unter der Bezeichnung „Regierungsbezirk Grenzmark Posen-Westpreußen“ in die Provinz Brandenburg integriert werden. Die Kreise Schwerin an der Warthe, Meseritz und der nördliche Teil des aufgelösten Kreises Bomst sollten dem brandenburgischen Regierungsbezirk Frankfurt an der Oder zugeschlagen, der südliche Teil des Kreises Bomst und der Kreis Fraustadt schließlich in den schlesischen Regierungsbezirk Liegnitz/Legnica integriert werden. Vermutlich aufgrund der Intervention des einflussreichen pommerschen Gauleiters Franz Schwede-Coburg (1888–1960) wurde am 2. September 1938 ein Änderungsgesetz erlassen, wonach der geplante Regierungsbezirk Posen-Westpreußen mit dem administrativen Zentrum Schneidemühl, allerdings ohne den neumärkischen Kreis Soldin, der Provinz Pommern zugeordnet wurde. Die für die beiden südlichen Gebietsstreifen der vormaligen Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen schon im März vorgesehenen Eingliederungen in die Provinzen Brandenburg und Schlesien erlangten zum 1. Oktober 1938 Gültigkeit.

Als nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges die polnische Republik im Oktober 1939 eine militärische Niederlage erlitt, wurden ihre westlichen Gebiete Teil des Deutschen Reiches. Am 26. Oktober 1939 entstand der Reichsgau Danzig, der am 2. November in Reichsgau Danzig-Westpreußen umbenannt wurde. Während in diesen Verwaltungsbezirk mit der Freien Stadt Danzig, dem Regierungsbezirk Westpreußen (Marienwerder) und der Woiwodschaft Pommerellen drei große Teile der 1919/1920 aufgelösten Provinz Westpreußen integriert wurden, verblieben die westlichen Kreise unverändert im Regierungsbezirk Grenzmark Posen-Westpreußen der Provinz Pommern. Gleiches galt für die westlichsten Kreise der ehemaligen Provinz Posen, die bis zum September 1938 zur Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen gehört hatten und dann den Provinzen Pommern, Brandenburg und Schlesien angegliedert worden waren, wo sie auch nach der Bildung des am 1. November 1939 ge-

schaffenen Reichs- und Parteigaus Posen, ab 29. Januar 1940 unter der Bezeichnung Reichsgau Wartheland, verblieben.

Trotz der administrativen Festlegungen vom Herbst 1938 entwickelten sich Sonderregelungen zwischen den nunmehr für die vormalige Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen zuständigen Provinzialverwaltungen. So wurde zum Beispiel die 1904 gegründete „Provinzial-Irrenanstalt Obrawalde bei Meseritz“, die seit 1938 in der Provinz Brandenburg lag, als „Heil- und Pflegeanstalt Obrawalde“ trotzdem der Aufsicht des Provinzialverbandes Pommern unterstellt und von Stettin aus verwaltet. Sie erlangte eine traurige Bedeutung bei der Organisation und Abwicklung der frühen Krankenmorde in der Provinz Pommern, die zu den ersten massenhaften Tötungsaktionen von als „geisteskrank“ klassifizierten Menschen während des Zweiten Weltkrieges im Deutschen Reich und in den eroberten Gebieten gehörten.

Angliederung an Polen nach dem Zweiten Weltkrieg

Bis Ende Juli 1944 die sogenannte Pommernstellung für einen erwarteten Angriff der Roten Armee hektisch ausgebaut wurde, gehörte der Regierungsbezirk Grenzmark Posen-Westpreußen wie ganz Hinterpommern zu den Landschaften in Ostmitteleuropa, die kaum direkt von aktiven Kampfhandlungen des Zweiten Weltkriegs betroffen waren. Mit dem Beginn der Offensive der Roten Armee an der Weichsel (*Wisła*) am 12. Januar 1945 änderte sich dies grundlegend. Aufgrund seiner großen strategischen Bedeutung wurde Schneidemühl von den deutschen Truppen besonders energisch verteidigt. Vom 28. Januar bis zum 14. Februar wurde der Kessel gehalten, ehe nach einem weitgehend missglückten Ausbruchversuch auch diese Stadt aufgegeben werden musste. Bei Beginn der Winteroffensive am 14./15. Februar 1945 waren bereits weite Teile des Regierungsbezirks Grenzmark Posen-Westpreußen von sowjetischen und polnischen Truppen besetzt. Arnswalde, das ebenfalls eingekesselt war, fiel am 21. Februar, Schlochau am 25. Februar, Neustettin am 27. Februar und schließlich Dramburg am 4. März. Bedingt durch den Frontverlauf und die heftigen Kämpfe entlang dieser Linie zwischen Ende Januar und Anfang März sind fast alle Städte und unzählige Dörfer des Regierungsbezirks Grenzmark Posen-Westpreußen stark bis sehr stark zerstört worden. Diese Feststellung trifft in vollem Umfang auch für die zu diesem Zeitpunkt zu Brandenburg und Schlesien gehörenden Kreise der früheren Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen zu.

Bereits mit dem Vordringen der Roten Armee setzte eine Massenflucht ein, auf die in den kommenden Monaten unter polnischer Verwaltung eine Vertreibung der verbliebenen deutschen Bevölkerung folgte. Das Gebiet der früheren Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen wurde 1945/1946 auf die neu geschaffenen polnischen Woiwodschaften Stettin (*Województwo szczecińskie*), Posen (*Województwo poznańskie*) und Pommerellen (*Województwo pomorskie*, seit 1950 nach dem Verwaltungssitz als Wojwodschaft Bromberg bezeichnet) aufgeteilt. Bei Verwaltungsreformen 1950, 1975 und 1998 kam es zu mehrfachen Veränderungen sowohl hinsichtlich der Anzahl und Größe als auch der Namen der Woiwodschaften in Polen. Nach der seit 1999 gültigen Verwaltungsgliederung gehört Schlochau zur Woiwodschaft Pommerellen (*Województwo pomorskie*), Flatow, Schneidemühl und Schönlanke zur Woiwodschaft Großpolen (*Województwo wielkopolskie*), Deutsch Krone zur Woiwodschaft Westpommern (*Województwo zachodniopomorskie*) sowie Schwerin an der Warthe, Meseritz, Bomst und Fraustadt zur Woiwodschaft Lebus (*Województwo lubuskie*).

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Thomas Beddies: Die pommersche Heil- und Pflegeanstalt im brandenburgischen Obrawalde bei Meseritz. In: Baltische Studien – Pommersche Jahrbücher für Landesgeschichte N.F. 84 (1998), S. 85–114.
- Christian Gahlbeck (Bearb.): Archivführer zur Geschichte Ostbrandenburgs bis 1945. München 2007 (Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 31).
- Generaldirektion der Staatlichen Archive Polens: Staatsarchiv Landsberg an der Warthe – Wegweiser durch die Bestände bis 1945, bearbeitet unter der Redaktion von Dariusz Aleksander Rymar. München 2007 (Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 25).
- Historischer und geographischer Atlas von Mecklenburg und Pommern. Hg. im Auftrag der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern. Teil 2: Mecklenburg und Pommern – das Land im Rückblick. Schwerin 1997.
- Walther Hubatsch (Hg.): Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815–1945. Reihe A: Preußen. Band 1: Ost- und Westpreußen, bearbeitet von Dieter Stüttgen, Band 2: Teil 1: Provinz Posen, bearbeitet von Dieter Stüttgen, Teil 2: Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen, bearbeitet von Walther Hubatsch. Marburg an der Lahn 1975.
- Peter Johanek, Franz-Joseph Post (Hg.), Thomas Tippach (Bearb.): Städtebuch Hinterpommern. Neubearbeitung. Hg. im Institut für vergleichende Städtegeschichte an der Universität Münster. Stuttgart 2003 (Deutsches Städtebuch. Handbuch städtischer Geschichte 3,2).
- Brigitte und Klaus-Dieter Kreplin (Bearb.): Die Gemeinden und Wohnplätze Pommerns nach dem Stand von 1932 mit Ergänzungen 1919 bis 1945. Teil A und B. Herdecke 1994 (Veröffentlichungen aus dem Genealogischen Archiv Kreplin 1A/B).
- Christoph Schley: Das Wappen der Grenzmark Posen-Westpreußen. Vor 89 Jahren – „Geburt“ der Grenzmark Posen-Westpreußen. In: Pommern – Zeitschrift für Kultur und Geschichte 40 (2002), H. 3, S. 28–33.
- Karl-Albert Wegener (Hg.): Historisches Ortschaftsverzeichnis Hinterpommern. Bearb. und hg. vom Institut für Angewandte Geodäsie im Auftrag des Bundesministeriums des Innern. Frankfurt/M. 1994 (Reihe historischer Ortschaftsverzeichnisse für ehemals zu Deutschland gehörige Gebiete – Zeitraum 1914 bis 1945 4).

Anmerkungen

[1] Dietmar Lucht: Pommern. Geschichte, Kultur und Wirtschaft bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges. 2. Aufl. Köln 1998 (Historische Landeskunde – Deutsche Geschichte im Osten 3), S. 127–128, 182–185.

[2] Eberhard Völker, Manfred Pawlitta (Mitarb.): Pommern und Ostbrandenburger. München 2000 (Vertreibungsgebiete und vertriebene Deutsche – Studienbuchreihe der Stiftung Ostdeutscher Kulturrat 9), S. 99.

[3] Ernst Bahr, Klaus Conrad: Schneidemühl. In: Helge bei der Wieden, Roderich Schmidt (Hg.): Handbuch der historischen Stätten Deutschlands. Mecklenburg/Pommern. Stuttgart 1996 (Kröners Taschenausgabe 315), S. 272-273, hier S. 273.

[4] Friedrich von Bülow: Die Grenzmark Posen-Westpreußen. In: Friedrich Heiss, Arnold Hillen Ziegfeld (Hg.): Deutschland und der Korridor. Berlin 1933, S. 163.

Zitation

Haik Thomas Porada: Grenzmark Posen-Westpreußen. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2015. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32545 (Stand 29.10.2015).

Großpolen

1. Toponymie

Anderssprachige Bezeichnungen

poln. Wielkopolska; lat. Polonia Maior; engl. Greater Poland; franz. Grande-Pologne

Etymologie

Mit der Bezeichnung *Polonia Maior*, die sich erstmals gegen Mitte des 13. Jahrhunderts im Zusammenhang mit Herzog Boleslaus dem Frommen (Bolesław Pobożny) nachweisen lässt, wurde nicht auf die geographische Ausdehnung der betreffenden Region verwiesen, sondern auf deren besondere Wichtigkeit für den polnischen Staat. Nur ganz vereinzelt fand die Bezeichnung *Polonia Magna* Anwendung. Die polnische Variante *Wielkopolska* trat erstmals Mitte des 15. Jahrhunderts auf.

2. Geographie

Lage

Großpolen liegt im mittleren Teil der Großpolnischen Tiefebene (*Nižina Wielkopolska*) und wird durch den Mittellauf der Warthe (*Warta*), den Mittel- und Unterlauf der Prosna sowie durch weitere kleine Nebenflüsse zu einer Einheit zusammengefasst. Diese Abgrenzung erfolgte weniger durch naturräumliche als vielmehr durch politisch-administrative Grenzen. Die sich im 13. und 14. Jahrhundert herausgebildete räumliche Ausdehnung hat im Wesentlichen bis in die Gegenwart Gültigkeit. Bereits im Mittelalter grenzte Großpolen im Südwesten an Schlesien und im Nordwesten entlang der Drage (*Drawa*) an die Mark Brandenburg. Im Norden grenzte es an Pommerellen, nach Nordosten wurde es durch die Netze (*Noteć*) von Kujawien getrennt (wenn auch das jenseits der Netze gelegene Bromberg/Bydgoszcz seit 1815 zur Provinz Posen und 1920–1938 zur polnischen Woiwodschaft Posen gehörte). Seine weiteste Ausdehnung nach Osten erreichte Großpolen bei Grzegorzew nahe Koło, im Südosten grenzte es an die Woiwodschaft Sieradz.



Großpolen im Mittelalter (Wielko Polska epoki Piastowskij/Großpolen in der piastischen Epoche)

[Kodeks diplomatyczny Wielkopolski. T. 4: Zawiera suplement, indeks, tablice z pieczeciami, mapa wielkopolska, Poznan 1881],
Großformat: Wikimedia Commons.

Topographie

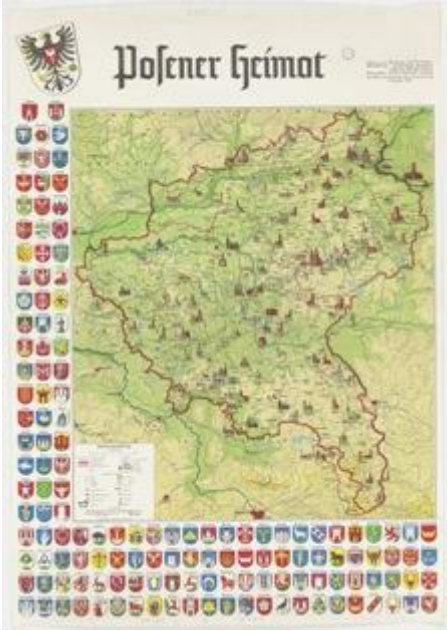
Großpolen weist neben wenigen Erhebungen viele Seen auf, die zur Großpolnischen (*Pojezierze Wielkopolskie*), der Lissaer (*Leszczyńskie*) sowie in Teilen zur Pommerschen Seenplatte (*Zachodniopomorskie*) gehören. Die größten Flüsse sind die Warthe, die Netze, die Obra und die Prosna, an denen entlang sich bedeutende Handels- und Verkehrswege in West-Ost-Richtung ausbildeten. Großpolen ist zu rund einem Viertel bewaldet. Der ca. 130.000 ha große Netze-Urwald, auch Netzer Heide (*Puszcza Notecka*) genannt, am nordwestlichen Rand Großpolens sowie der südlich von Posen/Poznań gelegene Großpolnische Nationalpark (*Wielkopolski Park Narodowy*) ist das zweitgrößte zusammenhängende Waldgebiet Polens; direkt östlich schließt sich der Rogaliner Landschaftspark (*Rogaliński Park Krajobrazowy*) mit dem europaweit größten Bestand alter Eichen an.

Grenzen, staatliche und regionale Zugehörigkeit

Seit ihrer Ausformung im Mittelalter bis zu den Teilungen Polen-Litauens Ende des 18. Jahrhunderts bildete die Grenze Großpolens im Norden, Westen und Südwesten zugleich auch die Grenze des polnischen Staates. Seit 1320 gliederte sich Großpolen auf in die Posener Woiwodschaft – mit den Kreisen Posen und Kosten/Kościan sowie dem Fraustädter und dem Deutsch Kroner Gebiet (ziemia wschowska, ziemia wałęcka) – in seiner Westhälfte und die Kalischer Woiwodschaft – mit den Kreisen Kalisch/Kalisz, Pyzdry, Konin, Gnesen/Gnieźno, Exin/Kcynia und Nakel/Nakło - in seiner Osthälfte. In einer zweiten, seltener verwendeten Beschreibung aus dem 16. Jahrhundert wurde unter Großpolen ein nach Osten um Masowien und Podlachien erweitertes Gebiet (*szeroka Wielkopolska*) verstanden.

1768 wurde aus den Kreisen Gnesen, Exin und Nakel die Gnesener Woiwodschaft gebildet. Infolge der Ersten und Zweiten Teilung Polen-Litauens (1772 und 1793) geriet Großpolen unter preußische Herrschaft und ging in den Provinzen Südpreußen und (zu einem geringen Teil) Westpreußen auf. 1807–1815 war Großpolen, verteilt auf die Departements Posen, Kalisch und Bromberg, gänzlich in das Herzogtum Warschau inkorporiert. Infolge der Bestimmungen des Wiener Kongresses 1815 fiel der östliche Abschnitt mit den Kreisen Kalisch und Konin an das zu Russland gehörige Königreich Polen; die übrigen großpolnischen Gebiete bildeten das preußische Großherzogtum (nach 1848: Provinz) Posen – lediglich die Gebiete um Deutsch Krone/Wałcz und Flatow/Złotów wurden in den westpreußischen Regierungsbezirk Marienwerder eingegliedert. Nach der Wiedererrichtung des polnischen Staates 1918 verblieben die beiden Gebiete um Fraustadt/Wschowa und Meseritz/Międzyrzecz sowie um Schönlanke/Trzcianka und Schneidemühl/Piła, zusammen mit Deutsch Krone und Flatow, als Grenzmark Posen-Westpreußen beim Deutschen Reich. Auf polnischem Territorium entsprach Großpolen seitdem, jeweils mit geringen territorialen Veränderungen, der Woiwodschaft Posen (1919–1938), unter deutscher Besatzung dem nach Osten bis über Lodz/Łódź hinaus ausgedehnten Reichsgau Posen (1939–1940) bzw. Wartheland (29.1.1940–1945), ab 1945 der Woiwodschaft Posen (kleinere Grenzkorrekturen 1950), deren Territorium 1975 ganz oder teilweise auf neun kleinere Woiwodschaften verteilt wurde, von denen schließlich seit der jüngsten Territorialreform von 1999 sieben wiederum ganz oder teilweise die Woiwodschaft Großpolen bilden.

3. Geschichte



Übersichtskarte mit den Wappen aller Städte der Provinz Posen [Paul Pott: Posener Heimat, hg. von Posener Stimmen, Lüneburg 1964].

Gebräuchliche Symbolik

Das Wappen der Woiwodschaft Großpolen zeigt einen ungekrönten weißen Adler auf rotem Grund. Dieses Motiv geht auf ein Siegel des großpolnischen Herzogs Przemysław II. zurück.

Beinamen

Während der preußischen Herrschaft nach 1815 wurde von der deutschen Bevölkerung und Historiographie vielfach die Bezeichnung "Posener Land" verwendet, in Anlehnung an die offizielle Bezeichnung "Großherzogtum Posen" bzw., nach 1848, "Provinz Posen". Die ebenfalls lange Zeit gebräuchliche Bezeichnung "Wartheland" wird mit Rücksicht auf den gleichnamigen nationalsozialistischen Reichsgau inzwischen nicht mehr genutzt. Mit den Begriffen "Ostmark" bzw. "Ostmarken" wurden in der deutschen Publizistik im Zeitraum vom späten 19. Jahrhundert bis in die 1930er Jahre hinein die Provinzen Posen und Westpreußen bezeichnet.

Vor- und Frühgeschichte

Die ältesten Spuren menschlicher Besiedlung auf großpolnischem Gebiet stammen aus dem 13. vorchristlichen Jahrtausend. Während des Neolithikums wurden insbesondere die fruchtbaren Gebiete in der nördlich von Posen gelegenen Pałuki-Region dauerhaft besiedelt. In Bruszczewo, gelegen im mittleren Obratal, sind Überreste einer bedeutenden bronzezeitlichen Siedlung archäologisch erschlossen worden. Seit der Bronzezeit überwogen kulturelle Einflüsse aus nordwestlicher Richtung, die sich in Erscheinungsformen der Einzelgrab- sowie Glockenbecherkultur manifestierten, gegenüber den schwächer werdenden Impulsen aus dem Donauraum. Aus der frühen Eisenzeit sind in dem nordöstlich von Gnesen gelegenen Biskupin die Überreste eines Burgwalls der Lausitzer Kultur (550–400 v. Chr.) erhalten geblieben und in Form eines Freilichtmuseums rekonstruiert worden.

Mittelalter

Seit der Mitte des 9. Jahrhunderts hatten sich die Siedlungsstruktur und der Organisationsgrad der in Großpolen ansässigen westslawischen Stämme so weit verdichtet, dass sich hierarchische Herrschaftsmuster auszubilden begannen. Zu dieser Zeit gelang es dem an der Warthe siedelnden Stamm der Polanen, sich gegen die von der Ostseeküste her erfolgenden Angriffe der Prußen zu behaupten und die eigene politische Macht auszudehnen. Die in Gnesen beheimatete Dynastie der Piasten stand an der Spitze des frühmittelalterlichen Staatsgebildes. Unter Führung von Mieszko I., der 966 den christlichen Glauben annahm und 968 in Posen ein Missionsbistum einrichten ließ, wurden die benachbarten Goplanen unterworfen. Mit dem "Akt von Gnesen" im Jahr 1000, auf dem sich Kaiser Otto III. mit der Einrichtung des Erzbistums Gnesen einverstanden erklärte, sowie mit der in Gnesen verkündeten, aber erst 1025 vollzogenen Krönung von Mieszkos Sohn Boleslaus dem Tapferen (Bolesław Chrobry) zum König von Polen, wurde Großpolen zur Keimzelle des polnischen Staates. In der Zeit der Teilfürstentümer (1138–1320) verschob sich das politische Zentrum des polnischen Staates nach Kleinpolen, und das großpolnische Herzogtum zerfiel in mehrere Teilgebiete um Posen, Gnesen und Kalisch. Herzog Przemysław II. konnte die Teilgebiete zwar wieder unter seiner Herrschaft vereinigen und inspirierte so wohl auch die Ende des 13. oder im 14. Jahrhundert verfasste Großpolnische Chronik (Kronika Wielkopolska); mit seinem Tod 1296 endete jedoch die Linie der großpolnischen Piasten. In dem 1320 durch die Krönung des Piasten Wladyslaw Ellenlang (Władysław Łokietek) zum König Polens wiedervereinigten Gesamtstaat endete die Existenz des großpolnischen Herzogtums, an dessen Stelle die Posener und die Kalischer Woiwodschaft traten. Die beiden Woiwodschaften bildeten seit dem 14. Jahrhundert – dies war eine Ausnahme in der mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Adelsrepublik – einen gemeinsamen Landtag (sejmik), der in Schroda/Środa Wielkopolska und Kolo/Koło zusammentrat, und verfügten über einen gemeinsamen Generalstarost als königlichen Statthalter. Vor dem Hintergrund der territorialen Expansion des polnischen Staates unter Kasimir dem Großen (Kazimierz III Wielki) waren die großpolnischen Gebiete im 14. Jahrhundert und dann auch im 15. Jahrhundert wiederholt Schauplatz kriegerischer Auseinandersetzungen mit dem Deutschen Orden.

Neuzeit

In der Frühen Neuzeit wurde oligarchischen Tendenzen das Ideal einer möglichst breiten Machtbeteiligung des Adels entgegengestellt. Stärker als alle anderen Gebiete Polens war Großpolen von den Verheerungen durch den Polnisch-Schwedischen Krieg 1655–1660 (auch als *Potop*, die "Kriege der blutigen Sintflut" bezeichnet) betroffen, bei dem rund ein Drittel seiner Bevölkerung ums Leben kam. Auch in den Schlesischen Kriegen und im Siebenjährigen Krieg litt die Bevölkerung Großpolens in besonders starkem Maße, nun eher in Form von Requirierungen und Einquartierungen. Diese Erfahrungen von Machtlosigkeit trugen dazu bei, dass die großpolnischen Teilnehmer der Konföderation von Bar 1768, darunter häufiger als anderswo in Polen auch Stadtbürger, anstelle von radikalen eher gemäßigt-reformatorische Ansichten vertraten.

Infolge der Ersten Teilung Polen-Litauens, die sich im Falle Preußens von 1773 bis 1776 hinzog, gingen vom großpolnischen Territorium die nordöstlichen Teile der Woiwodschaft Gnesen, zunächst rechts und dann auch links der Netze, in preußische Herrschaft über; betroffen davon waren etwa 20 % der großpolnischen Bevölkerung. Mit der Zweiten Teilung Polens fiel das übrige Großpolen (abgesehen von den Korrekturen zugunsten Russlands 1815) gänzlich an Preußen, das sich von da an bis 1918 mit einer großen polnischsprachigen Minderheit innerhalb seiner Grenzen auseinandersetzen musste.

Die aus dieser Konstellation erwachsenden Probleme wurden von der Staatsführung durchaus erkannt. Sie räumte dem Großherzogtum Posen unter den preußischen Provinzen eine Sonderstellung ein, die sich u. a. in der Ernennung eines königlichen Statthalters, des polnischen, Preußen gegenüber loyalen Aristokraten Antoni Radziwiłł, manifestierte; auch blieb das Großherzogtum außerhalb des Deutschen Bundes. Nach dem Ausbruch des Novemberaufstands 1830 in dem zu Russland gehörigen Königreich Polen, dem sich auch zahlreiche Polen aus dem Großherzogtum anschlossen, wurde das Amt des Statthalters aufgelöst und der Assimilationsdruck gegenüber der polnischen Bevölkerung verstärkt. Wenn auch in staatsrechtlicher Hinsicht keinerlei Unterschied zwischen einem "deutschen" und einem "polnischen" Bevölkerungsteil bestand, erfolgte nun eine gezielte Förderung der deutschen Sprache und des deutschen Personals im Verwaltungs-, Rechts- und Schulwesen. Zeitgenössische Kommentatoren verdammten (sofern sie Polen waren) bzw. glorifizierten (sofern sie Deutsche waren) diese Entwicklung als "Germanisierung", doch hat dieser Begriff wegen seiner Unschärfe in der Historiographie in den letzten Jahrzehnten an Bedeutung verloren.



Die Provinz Posen im Jahre 1849 – Regierungsbezirk Bromberg [v. Münchow: Karte des Grossherzogthums Posen in physischer, topographischer u. administrativer Hinsicht, wie auch in militärischer, religiöser u. commercieller Beziehung, in zwei Blättern, Posen 1849].



Die Provinz Posen im Jahre 1849 – Regierungsbezirk Posen [v. Münchow: Karte des Grossherzogthums Posen in physischer, topographischer u. administrativer Hinsicht, wie auch in militärischer, religiöser u. commercieller Beziehung, in zwei Blättern, Posen 1849].

In Reaktion auf diese Herausforderung wurde Großpolen unter der Führung des Posener Arztes Karol Marcinkowski (1800–1846) in den 1830er Jahren zum Ausgangspunkt der sog. Organischen Arbeit (*praca organiczna*). Sie zielte auf die Stärkung der Wirtschaftskraft und der Bildungsgrundlagen möglichst breiter Kreise der polnischen Bevölkerung und wurde vom gebildeten Bürgertum (der sog. *Inteligencja*), das sich nun als eigenständige Gesellschaftsschicht herauszubilden begann, im Verbund mit den reformorientierten Vertretern des polnischen Gutsadels organisiert. Neben einer Reihe wissenschaftlicher und kultureller Einrichtungen in der Provinzhauptstadt Posen stärkten bis 1914 die Gründung von rund 500 Volksbibliotheken und die Stipendienvergabe durch den Verein für Unterrichtshilfe (*Towarzystwo Naukowej Pomocy*) das Bildungswesen und nationale Zusammengehörigkeitsgefühl der polnischen Bevölkerung in der Provinz. Weder die 1886 gegründete Ansiedlungskommission für Posen und Westpreußen noch das kulturell-wirtschaftliche Programm zur "Hebung des Deutschtums" in den Städten 1898–1914 verhinderten das wirtschaftliche Erstarken der polnischen Bevölkerung.

Zeitgeschichte

Die militärische Niederlage des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg war noch nicht gleichbedeutend mit der Wiedereingliederung der großpolnischen Gebiete in den am 11. November 1918 proklamierten polnischen Staat, der zunächst nur Kongresspolen und Westgalizien umfasste. Erst der am 27. Dezember ausgebrochene Großpolnische Aufstand, der zwischen polnischen Truppenteilen und deutschen Grenzschutzverbänden ausgetragen wurde und am 16. Februar 1919 mit dem Trierer Waffenstillstandsabkommen endete, besiegelte den Übergang von neun Zehnteln des Gebietes der ehemaligen Provinz Posen an Polen. Die Nationaldemokratie (*Endecja*) wurde zur dominierenden politischen Kraft und pflegte ein großpolnisches Regionalbewusstsein in Abgrenzung zur Zentralregierung in Warschau, wurde allerdings durch den Staatsstreich Józef Piłsudskis 1926 nachhaltig geschwächt.

Bereits zwei Wochen nach dem deutschen Überfall auf Polen am 1. September 1939, der den Zweiten Weltkrieg einleitete, war Großpolen vollständig von deutschen Truppen besetzt. Ab Oktober 1939 war Arthur Greiser Gauleiter und Reichsstatthalter der Reichsgaues Posen bzw. Wartheland. Als Resultat seiner an Brutalität noch über die Zustände in den übrigen deutsch besetzten Gebieten hinausgehenden Germanisierungs- und Strafmaßnahmen schwebte Greiser ein für das Deutsche Reich vorbildhafter "Mustergau" vor. Rund eine halbe Million Menschen wurde aus dem Wartheland ausgesiedelt, 70.000 christliche Polen ermordet; von den 1939 im Gebiet des späteren Warthegaus lebenden 435.000 Juden überlebten nur wenige Tausend die nationalsozialistische Vernichtungspolitik.

Am 20. Januar 1945 erging von den deutschen Behörden der offizielle Befehl zur Evakuierung des Warthegaus. Der weit überwiegende Teil der deutschen Bevölkerung begab sich auf die Flucht.

4. Bevölkerung und Gesellschaft

Zwischen dem 10. und dem 14. Jahrhundert stieg die Bevölkerungszahl von 170.000–180.000 auf 300.000–320.000,[1] wobei die östlichen und südlichen Landesteile eine höhere

Bevölkerungsdichte aufwiesen als die westlichen Gebiete und die Region um Gnesen am dichtesten besiedelt war. War zunächst Gnesen die Hauptstadt des Piastenreiches, übernahm um die Mitte des 13. Jahrhunderts das 1253 erstmals urkundlich erwähnte Posen diese Funktion. Seit der Mitte des 13. Jahrhunderts breiteten sich in Großpolen Stadtgründungen nach deutschem Recht aus, wobei insbesondere das Magdeburger sowie das daraus abgeleitete Neumarkter Recht zur Anwendung kamen. Waren es zunächst überwiegend deutsche Siedler, die den Aufrufen der Landesherren zur Niederlassung in den neugegründeten Städten Folge leisteten, so waren im Verlauf des 14. Jahrhunderts zunehmend polnische Siedler für Städtegründungen nach deutschem Recht verantwortlich. Großpolen entwickelte sich im Verlaufe des Mittelalters zu der am stärksten urbanisierten Region Polens, Mitte des 15. Jahrhunderts zählte man hier rund 120 Städte. Ende des 15. Jahrhunderts lebte ein Drittel der Bevölkerung in Städten, darunter in steigender Zahl Glaubensflüchtlinge aus Böhmen und Schlesien. Die Stadtbevölkerung war ganz überwiegend polnisch. Zuwanderer aus deutschen Ländern sowie deren Nachkommen, auch solche in städtischen Führungspositionen, wurden im Spätmittelalter zu einem beträchtlichen Teil polonisiert. Mitte des 15. Jahrhunderts kam die deutsche Einwanderung völlig zum Erliegen.

Verglichen mit dem übrigen Polen war im frühneuzeitlichen Großpolen der Kleinadel sehr stark und das Magnatentum nur schwach vertreten. Charakteristisch war zudem die Vielzahl kleinerer Städte. Zwischen dem frühen 16. und der Mitte des 17. Jahrhunderts wurden weitere 28 Städte gegründet, darunter Schneidemühl (1513) und Lissa/Leszno (1547). Um 1660 lebte 28 % der Bevölkerung in Städten, während dieser Wert in Kleinpolen bei 15 und in Masowien bei 12 % lag.[2] Diese Entwicklung wurde seit Mitte des 16. Jahrhunderts von einer erneuten bäuerlichen Siedlungsbewegung aus den deutschen Territorien flankiert, die auf Initiative polnischer Grundbesitzer und im 17. Jahrhundert auch aufgrund gegenreformatorischen Drucks aus dem habsburgischen Schlesien erfolgte. Neben diesen zumeist protestantischen Siedlern, unter denen sich auch zahlreiche Kaufleute und Handwerker befanden, siedelten sich in den durch den Großen Nordischen Krieg und die Pest entvölkerten Gebieten um Posen herum zwischen 1719 und 1750 etwa 400 Katholiken aus dem Bistum Bamberg an. Im Verlauf des 18. Jahrhunderts stieg die Bevölkerungszahl von 640.000 auf rund 800.000,[3] wobei von einem etwa zehnprozentigen deutschen Bevölkerungsanteil im Zeitraum der Teilungen 1772–1795 auszugehen ist.

Die nur sehr zögerliche Industrialisierung Großpolens im 19. Jahrhundert drückte sich auch in einem niedrigen Arbeiteranteil an der Bevölkerung aus, sodass auch der Anteil der Stadtbevölkerung fast das gesamte Jahrhundert hindurch bei 28 % (also dem Wert aus der Frühen Neuzeit) verharrte. Erst 1910 erreichte dieser Wert 35 %. Trotz einiger positiver Impulse, die von der Organischen Arbeit ausgingen, boten sich dem polnischen Bürgertum in einer von deutschem Verwaltungs- und Militärpersonal geprägten Gesellschaft bis weit ins 19. Jahrhundert hinein kaum Aufstiegschancen.

Die Bevölkerungszahlen des zu Preußen gehörigen Teiles Großpolens entwickelten sich wie folgt: 781.220 (1810, n), 820.176 (1816), 958.806 (1822), 1.056.278 (1831), 1.233.850 (1840), 1.352.013 (1849), 1.503.496 (1861), 1.583.843 (1871),[4] 1.703.397 (1880), 1.751.642 (1890), 1.887.275 (1900) und 2.099.831 (1910).[5] Für die Kreise Kalisch und Konin liegen für die Zeit nach 1815 die folgenden Werte vor: 283.461 (1850), 432.237 (1880) und 536.498 (1895).[6] Das Bevölkerungswachstum von 39 % zwischen 1849 und 1910 war, auch bedingt durch eine zahlreiche Auswanderung nach Übersee sowie in andere Teile Preußens oder des Deutschen Reiches, deutlich niedriger als in Oberschlesien (193 %), das einer stärkeren Industrialisierung unterlag, oder in Galizien (160 %), wo die ländlichen Regionen übervölkert waren.[7]

Der Anteil der ausschließlich deutschsprachigen Bevölkerung stieg im Verlauf des 19. Jahrhunderts stetig leicht an. Gemäß der auf der Konfessionszugehörigkeit beruhenden amtlichen Nationalitätsstatistik, die seit den 1880er Jahren "Deutsche" und "Juden" zusammenfasste, entwickelte sich das Verhältnis zwischen Polen und Deutschen wie folgt: 65,9 % Polen zu 27,7 % Deutschen (1815), 64,3 % /28,9 % (1831), 63,8 % /29,86 % (1840), 62,36 % /32,58 % (1861), 65,1 % /34,9 % (1882), 62,95 % /37,04 % (1900) und 61,33 % /38,67 % (1910).[8] In einigen Städten im Grenzgebiet, z. B. in Rawitsch/Rawicz, Meseritz, Bromberg und Schönlanke, gab es eine deutsche Bevölkerungsmehrheit.

Die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zunehmenden Spannungen zwischen den sich als "deutsch" bzw. als "polnisch" verstehenden Bevölkerungsteilen verschärften sich auch aufgrund staatlicher Maßnahmen und Verordnungen, wie z. B. seit 1871 die kontinuierlich stärker werdende Verankerung der deutschen Unterrichtssprache im Schulwesen, 1885–1890 die Zwangsausweisung von rund 30.000 Polen nach Russland und Österreich oder 1908 zum einen das Vereinsgesetz, das die Verwendung der deutschen Sprache bei öffentlichen Versammlungen vorsah, zum anderen das Enteignungsgesetz, das kaum Anwendung fand, aber für die preußische Regierung eine verheerende Außenwirkung hatte. Flankiert wurde diese Politik durch den 1894 von privater Seite in Posen gegründeten "Verein zur Förderung des Deutschtums in den Ostmarken" (1899 umbenannt in "Deutscher Ostmarkenverein", bekannt auch als "Hakatisten"). Der Sitz des Vereins, der hauptsächlich in den Provinzen Posen und Oberschlesien tätig war, wurde 1896 nach Berlin verlegt.

Im wiedererrichteten Polen sank der deutsche Bevölkerungsanteil rapide und betrug 1936 nur noch 9,6 %.[9] Am deutlichsten zeigte sich diese Entwicklung in den Großstädten: Zwischen 1910 und 1931 ging der deutsche Bevölkerungsanteil in Posen von rund 42 % auf rund 2 % zurück; in Bromberg von 77,5 % auf 8,5 %.[10] Die Gesamtzahl der Bevölkerung in der Woiwodschaft Posen stieg zwischen 1921 und 1939 von rund 2 Millionen auf etwas mehr als 2,5 Millionen Menschen.[11]

Im Reichsgau Posen bzw. Wartheland lebten in den ersten Kriegsjahren knapp 5 Millionen Menschen, darunter etwa 325.000 Deutsche und 4,2 Millionen christliche Polen.[12] Insgesamt 625.000 Polen waren bis 1944 von Zwangsumsiedlungen betroffen, davon 160.000 aus dem Territorium der ehemaligen Woiwodschaft Posen in das Generalgouvernement. 540.000 sog. "Volksdeutsche" wurden im Reichsgau Wartheland angesiedelt.[13] Darunter waren rund 51.000 (andere Quellen sprechen von 56.000[14]) Deutschbalten, 125.000 Deutsche aus Wolhynien und Galizien sowie 50.000 Deutsche aus dem Schwarzmeergebiet. Bis Januar 1945 stieg die Zahl der Deutschen im Warthegau auf ca. 1 Million.[15] Die bundesrepublikanische Volkszählung von 1950 ergab, dass sich besonders viele Posener Deutsche in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen (je 38.000) sowie in Bayern und Hessen (je 11.000) niedergelassen hatten.[16] Innerhalb des Bundes der Vertriebenen ist die 1949 gegründete Landsmannschaft Weichsel-Warthe für die zu Großpolen zählenden Gebiete zuständig. Nach Schätzungen der 1990 gegründeten Sozial-Kulturellen Gesellschaft der Deutschen Minderheit des Warthelandes (*Towarzystwo Społeczno-Kulturalne Mniejszości Niemieckiej Ziemi Wielkopolskiej*) lebten Anfang der 1990er Jahre in den historischen Grenzen Großpolens ungefähr 2.000 Personen, die sich der deutschen Minderheit als zugehörig empfanden.[17]

5. Wirtschaft und Landwirtschaft

In Mittelalter und Früher Neuzeit waren die großpolnischen Gebiete im gesamtpolnischen Vergleich in wirtschaftlicher Hinsicht überdurchschnittlich gut entwickelt. Ein Grund hierfür war die starke Nachfrage aus den weiter westlich gelegenen deutschen Gebieten, die insbesondere in dem florierenden Seehandel über Danzig/Gdańsk zum Ausdruck kam. Der

in Großpolen besonders stark vertretene Kleinadel war stärker als die andernorts dominierenden Magnatenfamilien auf eigene wirtschaftliche Aktivitäten angewiesen. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts entwickelten sich eine florierende Textilindustrie (insbesondere in Rawitsch, Lissa und Fraustadt) und die Nahrungsmittelindustrie.

Auf Handel und Textilindustrie wirkten sich die Teilungen Polens äußerst negativ aus. Die Landwirtschaft konnte hingegen insofern profitieren, als im Großherzogtum Posen bereits 1823 eine umfassende Agrarreform durchgeführt wurde, die zur Etablierung größerer Bauernhöfe beitrug. In den Jahren 1882–1912 stieg dort die landwirtschaftliche Produktion um rund 200 %, im russischen Teilungsgebiet hingegen nur um etwa 70 %. Die 1886 eingerichtete Ansiedlungskommission für Posen und Westpreußen kaufte bis 1914 461.000 ha Land für deutsche Siedler auf, davon allerdings 334.000 aus deutscher Hand, sodass sich keine signifikante Stärkung der deutschen Landbevölkerung erreichen ließ. Handwerk und Gewerbe befanden sich im 19. Jahrhundert überwiegend in deutscher Hand. Landwirtschaft und Kleingewerbe waren auch in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vorherrschend. So bildete – neben den 1846 in Posen als Eisenwarenhandlung entstandenen metallverarbeitenden Werken Hipolit Cegielskis – die Chemie- und Kunstdüngerfabrik in Luban/Luboń – heute unter dem Namen Luvena S.A. – bis in die 1920er Jahre hinein eine der wenigen bedeutenden Industriebetriebe Großpolens.

An Bodenschätzen ist in heutiger Zeit lediglich ein Braunkohlevorkommen um Konin von Bedeutung. Die wichtigsten Anbaupflanzen sind Getreide (u. a. Roggen, Weizen und Gerste), Zuckerrüben, Raps und vor allem Kartoffeln. Daneben wächst die Bedeutung von Branchen der Spitzentechnologie und von Dienstleistungen.

6. Kultur

Religionsgeschichte

Mit dem im Jahr 1000 in Gnesen errichteten Erzbistum blieb Großpolen auch in der Zeit der Teilfürstentümer (1138–1320) das geistliche Zentrum Polens, das den Zusammenhalt der einzelnen polnischen Herzogtümer bewahrte. Mit Ausnahme eines kurzen Zeitabschnitts zu Beginn des 21. Jahrhunderts war der Erzbischof von Gnesen zugleich immer auch Primas der katholischen Kirche in Polen. Nachdem bereits der Hussitismus in Großpolen im 15. Jahrhundert vergleichsweise viele Anhänger gefunden hatte, wirkte auch die lutherische Reformation schnell in die westlichen Regionen Großpolens hinein. Mitte des 16. Jahrhunderts ließen sich zudem zahlreiche Anhänger der Böhmischen Brüder in Großpolen nieder, ihr bedeutendster Vertreter war der tschechische Theologe und Pädagoge Jan Amos Comenius (*Komenský*), der in den 1630er Jahren in Lissa wirkte.

Unter den 1848 im Großherzogtum Posen lebenden knapp 410.000 Protestanten befanden sich lediglich 8.500 (2 %) Polen, während von den knapp 848.000 Katholiken immerhin 52.000 (6,1 %) Deutsche waren.[18] 1910 waren weniger als 1 % der polnischsprachigen Bevölkerung Großpolens evangelisch, von der deutschsprachigen Bevölkerung hingegen 17,5 % katholisch.[19] Die ständige Zu- und Abwanderung in den Reihen der deutschen Bevölkerung verstärkte bei den wenigen dauerhaft vor Ort verbleibenden evangelischen Christen den Eindruck, in einer Diaspora zu leben.

Der jüdische Anteil an der Gesamtbevölkerung ging aufgrund der starken Abwanderung in westliche preußische Provinzen von 6,4 % (51.959) im Jahre 1816 auf nur noch 1,3 % im Jahre 1910[20] zurück, was nicht zuletzt an dem immer stärker werdenden Antisemitismus im Rahmen des sich verschärfenden deutsch-polnischen Gegensatzes lag.

Auch in der Zweiten Polnischen Republik bekannten sich die Protestanten, die 1931 9,4 % der Gesamtbevölkerung der Woiwodschaft Posen stellten,[21] überwiegend zur deutschen Nationalität. Die in Großpolen verbliebenen Juden fühlten sich zumeist der deutschen Kultur zugehörig und strebten mehrheitlich außer Landes. Um 1930 lag ihr Bevölkerungsanteil nur noch bei 0,2 %.[22]

Wissenschaft

Das Fehlen einer Universität in Großpolen – die Lubrański-Akademie (gegründet 1519) und das Jesuitenkollegium (gegründet 1573) hatten sich vergeblich um die entsprechenden königlichen Privilegien bemüht – wurde im 19. Jahrhundert sowohl von der deutschen als auch von der polnischen Bevölkerung beklagt; Posen blieb bis 1918 die einzige preußische Provinz ohne Universität. Die preußischen Behörden genehmigten lediglich die Einrichtung der von 1903 bis 1919 in Posen bestehenden Königlichen Akademie. Von einer regulären Universität, so befürchtete man, hätte die polnische Bevölkerung mehr profitiert als die deutsche. Von polnischer Seite wurde 1857 der Posener Verein der Freunde der Wissenschaften (*Poznańskie Towarzystwo Przyjaciół Nauk*) ins Leben gerufen. Die 1885 in Posen gegründete Historische Gesellschaft für die Provinz Posen entwickelte sich bis zum Ersten Weltkrieg zum mitgliederstärksten Geschichtsverein im Deutschen Reich. Im neuen polnischen Staat nannte sie sich zunächst Historische Gesellschaft für Posen, dann ab 1935 Historische Gesellschaft für Polen; 1939 wurde sie in Historische Gesellschaft für das Wartheland umbenannt. 1950 erfolgte in Marburg eine Neugründung als Historisch-Landeskundliche Kommission für Posen und das Deutschtum in Polen, die sich 1997 in Kommission für die Geschichte der Deutschen in Polen umbenannte.

Am 7. Mai 1919 eröffneten die polnischen Behörden die Posener Universität (*Uniwersytet Poznański*), bis 1920 unter dem Namen Piasten-Universität (*Wszechnica Piastowska*), die unter deutscher Besatzung der 1940–1944 bestehenden Reichsuniversität weichen musste und 1955 in Adam-Mickiewicz-Universität (*Uniwersytet im. Adama Mickiewicza*) umbenannt wurde. Heutzutage ist der Großteil der Forschungseinrichtungen und Hochschulen Großpolens in Posen konzentriert.

Kunst und Literatur

Sieht man von einer Reihe von Buchdruckern, Buchhändlern und Kunsthandwerkern ab, beteiligte sich die deutsche Bevölkerung in Großpolen bis weit in das 19. Jahrhundert hinein kaum am künstlerischen und literarischen Schaffen. Seit 1890 entwickelte sich die Gattung des "Ostmarkenromans", die Elemente der Trivial- und Heimatliteratur miteinander verband und zumeist das Schicksal neu ins Posener Land gezogener Deutscher sowie deren Aufeinandertreffen mit der in negativen Stereotypen dargestellten polnischen Bevölkerung thematisierte; mindestens 60 derartige Werke sind bis 1918 erschienen.

In kunstgeschichtlicher Hinsicht war Großpolen seit dem Mittelalter insbesondere durch die Sakralarchitektur geprägt. Von herausragender Bedeutung sind die beiden frühgotischen Dombauten in Posen und Gnesen, deren heutige Gestalt im Wesentlichen aus dem 13. und 14. Jahrhundert stammt. Die aus dem 12. Jahrhundert stammenden Bronzetüren am Südportal des Gnesener Doms, die den Lebensweg des hl. Adalbert zeigen, sind das wohl bedeutendste Kunstwerk der polnischen Romanik. Wie auch in den übrigen Regionen Polens waren Renaissance und Barock stark durch italienische Künstler geprägt, so besonders eindrucksvoll in Form des 1550-1560 durch Giovanni Battista di Quadro in Posen errichteten Rathauses. Die Epoche der Aufklärung stand im Zeichen der Errichtung klassizistischer Adelsresidenzen, so z. B. in Rogalin, Pawłowice und Czerniejew für die Familien Raczyński, Mielżyński und Lipski.

7. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Paweł Anders, Włodzimierz Łęcki, Piotr Maluśkiewicz (Hg.): Słownik krajoznawczy Wielkopolski [Landeskundliches Lexikon Großpolens]. Warszawa, Poznań 1992.
- Antoni Gąsiorowski: Terytorium i podziały Wielkopolski w rozwoju historycznym [Territorium und Aufteilung Großpolens in der historischen Entwicklung]. In: Przegląd Wielkopolski (1999), 1-2, S. 13-23.
- Walther Hubatsch (Hg.): Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte. Reihe A: Preußen. Bd. 2, Teil I: Provinz (Großherzogtum) Posen. Bearb. v. Dieter Stüttgen. Teil II: Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen. Bearb. v. Walther Hubatsch. Marburg/L. 1975.
- Witold Jakóbczyk (Hg.): Dzieje Wielkopolski [Geschichte Großpolens]. Bd. 2: 1793–1918. Poznań 1973.
- Michał Kobusiewicz (Hg.): Pradzieje Wielkopolski. Od epoki kamienia do średniowiecza [Vorgeschichte Großpolens. Von der Steinzeit bis zum Mittelalter]. Poznań 2008.
- Jacek Kowalski: Gotyk wielkopolski. Architektura sakralna XIII–XVI w. [Gotik in Großpolen. Sakralarchitektur vom 13. bis 16. Jh.]. Poznań 2010.
- Dariusz Matelski: Mniejszosc niemiecka w Wielkopolsce w latach 1919–1939 [Die deutsche Minderheit in Großpolen 1919–1939]. Poznań 1997.
- Joachim Rogall: Die Deutschen im Posener Land und in Mittelpolen. München 1993 (Studienbuchreihe der Stiftung Ostdeutscher Kulturrat 4).
- Jerzy Topolski: Die Rolle Großpolens in der Geschichte Polens. In: Jerzy Strzelczyk (Hg.): Slawen, Deutsche und Dänen in zwei historischen Grenzregionen (Schleswig-Holstein und Großpolen). Vorträge einer gemeinsamen Konferenz des Instituts für Geschichte der Adam-Mickiewicz-Universität Poznań und des Historischen Seminars der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. Poznań, 23.–25. Oktober 1997. Poznań 2001 (Publikacje Instytutu Historii UAM 38), S. 223-230.
- Jerzy Topolski (Hg.): Dzieje Wielkopolski. T. 1: Do 1793 roku [Geschichte Großpolens. Bd. 1: Bis 1793]. Poznań 1969.
- Jerzy Topolski: Wielkopolska poprzez wieki [Großpolen durch die Jahrhunderte]. Poznań 1999.

Bibliographien, Jahrbücher, Zeitschriften

- Bibliografia regionalna Wielkopolski, Poznań 1962ff.
- Jahrbuch Weichsel-Warthe, Wiesbaden 1955ff.
- Kronika Wielkopolski, Poznań 1973ff.
- Przegląd Wielkopolski, Poznań 1987ff.

Weblinks

- http://www.ptpn.poznan.pl/BHW/BHW_main.htm (Bibliographie der Geschichte Großpolens für die Jahre 1939–2000/Bibliografia historii Wielkopolski za lata 1939–2000)
- http://www.wbc.poznan.pl/dlibra (Großpolnische Digitale Bibliothek /Wielkopolska Biblioteka Cyfrowa)
- www.deutsche-polen.de (Kommission für die Geschichte der Deutschen in Polen)

Anmerkungen

[1] Topolski: Wielkopolska, S. 57.

[2] Jerzy

[3] Jerzy Topolski: Procesy osadnicze i urbanizacyjne. Bilans demograficzny Wielkopolski w XVIII w. [Siedlungs- und Urbanisierungsprozesse. Die demografische Bilanz Großpolens im 18. Jh.]. In: Ders. (Hg.): Dzieje Wielkopolski. Tom I: Do roku 1793, S. 795-814, hier S. 811f.

[4] S[tanisław] Borowski: Okres 1815–1870. Ludność [Der Zeitraum 1815–1870. Bevölkerung]. In: Witold Jakóbczyk (Hg.): Dzieje Wielkopolski. Tom II: Do Lata 1793–1918, S. 67-78, hier S. 67.

[5] S[tanisław] Borowski: Okres 1871–1918. Ludność [Der Zeitraum 1871–1918. Bevölkerung]. In: Witold Jakóbczyk (Hg.): Dzieje Wielkopolski. Tom II: Do Lata 1793–1918, S. 361-373, hier S. 361.

[6] Bolesław Szczepański: Wschodnia część Wielkopolski w latach 1815–1918. Ludność [Der östliche Teil Großpolens in den Jahren 1815–1918. Bevölkerung]. In: Witold Jakóbczyk (Hg.): Dzieje Wielkopolski. Tom II: Do Lata 1793–1918, S. 773-781, hier S. 778f.

[7] Topolski: Wielkopolska, S. 199.

[8] Jerzy Kozłowski: Deutsche in Großpolen im 19. Jahrhundert. In: Strzelczyk (Hg.), S. 121-140, hier S. 129.

[9] Matelski: Mniejszość niemiecka w Wielkopolsce, S. 30.

[10] Rogall: Die Deutschen im Posener Land, S. 130.

[11] Topolski: Wielkopolska, S. 255; Matelski: Mniejszość niemiecka w Wielkopolsce, S. 36.

[12] Michael Alberti: Die Verfolgung und Vernichtung der Juden im Reichsgau Wartheland 1939–1945. Wiesbaden 2006 (Deutsches Historisches Institut Warschau. Quellen und Studien 17), S. 34; Markus Roth: Nationalsozialistische Umsiedlungspolitik im besetzten Polen – Ziele, beteiligte Institutionen, Methoden und Ergebnisse. In: Eckhart Neander, Andrzej Sakson (Hg.): Umgesiedelt – Vertrieben. Deutschbalten und Polen 1939–1945 im Warthegau. Marburg 2010 (Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung 29), S. 9-20, hier S. 14.

[13] Topolski: Wielkopolska, S. 304.

[14] Andrzej Sakson: Einführung. In: Neander, Sakson (wie Anm. 12), S. 4.

[15] Joachim Rogall: Die Räumung des "Reichsgaus Wartheland" vom 16. bis 26. Januar 1945 im Spiegel amtlicher Berichte. Sigmaringen 1993, S. 26.

[16] Rogall: Die Deutschen im Posener Land, S. 180.

[17] Andrzej Sakson: Socjologiczna charakterystyka mniejszości niemieckiej w Polsce ze szczególnym uwzględnieniem Wielkopolski w latach 1945/89–1993 [Die soziologische Charakteristik der deutschen Minderheit in Polen unter besonderer Berücksichtigung Großpolens in den Jahren 1945/89–1993]. In: Ders. (Hg.): Polska - Niemcy - Mniejszość Niemiecka w Wielkopolsce. Przeszłość i teraźniejszość. Poznań 1994, S. 141-155, hier S. 150.

[18] Zygmunt Zieliński: Kościół katolicki w Wielkim Księstwie Poznańskim w latach 1848–1856 [Die katholische Kirche im Großherzogtum Posen in den Jahren 1848–1856]. Lublin 1973, S. 33.

[19] Witold Matwiejczyk: Nation und Konfession in Großpolen zur Zeit des "Nationalitätenstreits" (1871–1914). Bemerkungen zur deutsch- und polnischsprachigen Historiographie. In: Rainer Bendel (Hg.): Kirchen- und Kulturgeschichtsschreibung in Nordost- und Ostmitteleuropa. Initiativen, Methoden, Theorien. Berlin 2006, S. 113-138, hier S. 114.

[20] Rogall: Die Deutschen im Posener Land, S. 68ff.

[21] Olgierd Kiec: Die evangelischen Kirchen in der Wojewodschaft Posen (Poznań) 1918–1939. Wiesbaden 1998 (Deutsches Historisches Institut Warschau: Quellen und Studien 8), S. 15.

[22] Alberti (wie Anm. 12), S. 28.

Zitation

Christoph Schutte: Großpolen. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2013. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54146.html (Stand 22.08.2013).

H

Hauerland (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

K

Kärnten

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Kärnten

Amtliche Bezeichnung

Kärnten (in Gemeinden mit mehr als 10 % slowenischsprachiger Bevölkerung auch Koroška).

Anderssprachige Bezeichnungen

slowen. Koroška; lat. Carinthia; ital. Carinzia; engl. Carinthia

Etymologie

Karanto, Karantanien, wahrscheinlich keltischen Ursprungs; wird auch mit dem altslowenischen *Korotan* (= *Koroška* oder *Koroško,* ursprünglich Adjektiv *korot-sk*) in Verbindung gebracht. Um 700 n. Chr. werden in einer schriftlichen Quelle (*Geograph von Ravenna*) die *Carontani* erwähnt. Ende des 8. Jahrhunderts berichtet der Historiograph Paulus Diaconus (auch: Paul Warnefried) von *Carantanum.*

2. Geographie

Lage

Kärnten liegt auf 46° 22'–47° 8' nördlicher Breite und 12° 39'–15° 4' östlicher Länge.

Flächenmäßige Größe: 9.533,1 km^2. Kärnten liegt am Südostrand der Alpen und grenzt an die österreichischen Bundesländer Tirol (im Westen), Salzburg (im Norden) und Steiermark (im Norden und Osten); im Süden grenzt es an die Republiken Slowenien und Italien.

Topographie

Das Land weist hochalpine - vor allem im Nordwesten mit Dutzenden Bergen über 3.000 m. ü. NHN (hier befindet sich der 3.798 m. ü. NHN liegende Großglockner, Österreichs höchster Berg) - und alpin bergig-hügelige Geländestrukturen (1.000–2.800 m ü. NHN) sowie Beckenlandschaften auf. Knapp 60 % der Landesfläche ist bewaldet.

Staatliche Zugehörigkeit

Kärnten ist ein Bundesland der Republik Österreich.

Historische Geographie

In der Frühgeschichte und im Mittelalter umfassten *Noricum,* dann *Karantanien,* später die Mark Kärnten, schließlich das Herzogtum Kärnten zeitweise ein deutlich größeres Territorium, das neuzeitliche Kärnten umfasste bis 1919 rund 10.300 km^2. Nach dem Vertrag von St. Germain (1919) musste das Land rund 7,5 % seines Gebietes abtreten: das Mießtal (*Mežiška dolina*), das Seeland (*Zgornje-Jezersko* und *Spodnje-Jezersko*), heute zum Territorium der Republik Slowenien gehörig, und das Kanaltal (*Val Canale*), heute Teil der Republik Italien.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Gemäß der Landesverfassung von 1996 für das Land Kärnten, Artikel 6, sind die Landesfarben gelb-rot-weiß (auf der Landesflagge drei waagrechte, gleich breite Streifen). Das Landeswappen ist das historische: Schild von Gold und Rot gespalten; vorn drei schwarze, rotbezungte und -bewehrte Löwen übereinander; hinten ein silberner Balken. Der gekrönte Turnierhelm mit rot-goldenen Decken trägt zwei goldene Büffelhörner, die außen mit je fünf goldenen Stäbchen besteckt sind, von denen rechts je drei schwarze, links je drei rote Lindenblätter herabhängen.

Vor- und Frühgeschichte

Die Erschließung Kärntens setzte ab dem mittleren bis oberen Paläolithikum (ca. 100.000–10.000 v. Chr.) ein. Archäologische Quellenfunde aus einer Tropfsteinhöhle im Burgberg von Griffen (Nähe Völkermarkt) belegen für die Zeiträume um 40.000 v. Chr., 10.000–3.000 v. Chr. und 3.000–1.900 v. Chr. wiederholte Niederlassungen mit Kontinuitätscharakter. Im Äneolithikum (3.000-1.900 v. Chr.) entstanden Streusiedlungen, die auf eine Sesshaftigkeit der Bewohner hinweisen. Archäologisches Quellenmaterial aus der folgenden Urnenfelderzeit (1.400–750 v. Chr.) wurde in mehreren Orten entdeckt. In der Hallstattzeit (ca. 750–ca. 250 v. Chr.) gab es ebenso zahlreiche Siedlungen. Eine wichtige Niederlassung seit dieser Zeit ist auf der Gurina im Gailtal lokalisierbar. Hier kreuzten sich Wege aus der Carnia über den Plöckenpass und das Findenig-Törl, Verkehrsverbindungen, die auch von den oberitalienischen Venetern benützt worden sind.



Noricum. Karte aus: Österreich zur Römerzeit, in: Friedrich Wilhelm Putzger: Historischer Weltatlas zur allgemeinen und österreichischen Geschichte, hg. Ernst Bruckmüller. Wien 2000, S. 19.

Um die Mitte des 3. Jahrhunderts erfolgte die Zuwanderung keltischer Stämme, die sich mit der ortsansässigen Bevölkerung vermischten und um 250 v. Chr. das Reich *Noricum* (dt. Norikum) mit der Hauptstadt auf dem Magdalensberg gründeten. Die *Noriker* - der Name wird von Polybios und Strabo erstmals um 150 v. Chr. erwähnt – unterhielten alsbald Handelsbeziehungen mit dem immer mächtiger werdenden Römischen Reich. Das dem südli-

chen Nachbarn gewährte *hospitium publicum* (Gastfreundschaftsvertrag) wird 15. v. Chr. mehr oder weniger durch eine friedliche Unterwerfung unter die römische Herrschaft abgelöst. Beide Umstände zeitigten eine wirtschaftliche Prosperität, die dank des Metallreichtums des alpinen Gebietes (vorwiegend Eisen) bis zum Zerfall des Imperium Romanum – und mit Einschränkungen darüber hinaus - anhielt. Um 45 n. Chr. wurde *Noricum* eine vollwertige römische Provinz. Die Hauptstadt *Virunum* auf dem Zollfeld (nahe der heutigen Landeshauptstadt Klagenfurt) war bis Anfang des 3. Jahrhunderts Metropole von *Noricum*. Dieses wurde im Zuge der Diokletianischen Reformen (um 295 n. Chr.) in ein *Noricum Ripense* (*Ufernorikum*) und ein *Noricum Mediterraneum* (*Binnennorikum*) unterteilt. *Virunum* blieb bis um 470 n. Chr. administratives Zentrum von *Binnennorikum*, das seit dem Ende des 3. Jahrhunderts auch die pannonische *Colonia Poetovio* (Pettau/Ptuj in der späteren Untersteiermark, heute Slowenien) umfasste.

Mittelalter

Mit dem Ende des Weströmischen Reiches geriet *Noricum* zunächst in den Einflussbereich germanischer Nachfolgereiche. Ostgoten, Skiren, kurzfristig Byzanz, ab 568 die Langobarden, ab 591 slawische Stämme, die, meist von den Awaren bedroht, aber zeitweise mit diesen auch verbündet waren, kontrollierten das Land. Im Westen stießen die "Alpenslawen" auf die Bayern. Die militärische Auseinandersetzung mit dem germanischen Nachbarn mündete in einer Niederlage. 595 und um oder wenig nach 610 konnten die Bayern mit Hilfe verbündeter Awaren besiegt werden. Die Konfrontationen bewirkten die Bildung eines weitläufigen Grenzraumes, der die Geschicke Mittel- und Südosteuropas nicht nur im Früh- und Hochmittelalter entscheidend prägte. Bedingt durch die Schwächung der Awaren, die vor Konstantinopel eine Niederlage erlitten hatten (626) und zudem durch interne Stammesfehden geschwächt waren, konnten die Alpenslawen unter Samo für rund drei Jahrzehnte ein Königreich errichten, das sich von den Sudeten bis nach Karantanien erstreckte.

Als der karantanische Slawenfürst Boruth 740 den bayerischen Herzog Odilo um Unterstützung gegen die wieder erstarkten Awaren ersuchte, übernahmen bayerische Adelige die politische Führung im Lande. Diese dauerte bis 788, als Karantanien mit Bayern unter die Dominanz des karolingischen Frankenreiches geriet. Nach der Eingliederung von Karantanien in den neu organisierten fränkischen Herrschaftsbereich führte der damit einhergehende Verlust der bisherigen politischen Position einheimischer Slawenfürsten zu einem Aufruhr (819–823). Sieger der Auseinandersetzungen blieb der friulanische Herzog Balderich, dem der Kaiser die Oberhoheit über das vom Aufstand betroffene Gebiet zugesprochen hatte. Ludwig der Fromme (seit 781 fränkischer König, ab 814 Kaiser des Gesamtreiches) führte 828 in Karantanien die fränkische Grafschaftsverfassung ein, wodurch bayerisches Recht für die meisten Bewohner des Landes Gültigkeit erlangte.

Nach der Übernahme der Verwaltung Karantaniens (876) durch Arnulf von Kärnten, einen illegitimen Sohn des Karolingerkönigs Karlmann, setzte im Sog zahlreicher Schenkungen an die Bistümer Salzburg, Aquileja und Freising sowie an verschiedene weltliche Ministeriale eine Zuwanderung nach Karantanien ein. Die zumeist dem bäuerlichen Milieu angehörigen Siedler kamen vorwiegend aus dem deutsch-fränkischen Raum.

887 wurde Arnulf von Kärnten König des ostfränkischen Reiches, 896 Kaiser. Ein kurzfristiges politisches Zentrum in dieser Zeit war die karolingische Pfalz Karnburg (nahe Klagenfurt), Standort eines Monumentes (bestehend aus Resten einer römisch-ionischen Säule) besonderer Art: des Fürstensteins (heute im Klagenfurter Landhaus aufgestellt), eines Rechtssymbols, das wahrscheinlich aus der Frühzeit des slawischen Karantaner-"Staates" stammt und dem mit dem Herzogstuhl (auf dem Zollfeld bei Maria Saal) – wahrscheinlich

aus der zweiten Hälfte des 9. Jahrhunderts stammend – bei der Einsetzung der jeweiligen Landesherren eine bemerkenswerte politische Symbolfunktion zukam: Dabei traten der neue Herrscher und die lokalen Adligen als gleichberechtigte Partner in Erscheinung.

Unter den römisch-deutschen Kaisern Otto I. und Otto. II wurden im Süden und Osten neue territoriale Organisationsstrukturen - u. a. Marken unter Einschluss von Karantanien - geschaffen, die eine Kontrolle der Alpenübergänge und der Straßenverbindungen zwischen dem Heiligen Römischen Reich und dem italischen Gebiet ermöglichten.

Nach einem Aufstand des bayerischen Herzogs Heinrich II. des Zänkers löste Otto II. die Mark Kärnten aus dem Verband Bayerns und vereinigte das Land mit der Markgrafschaft von Verona sowie den Marken Istrien und Krain zu einem selbständigen Herzogtum, dem sechsten im Reich und ältesten im Ostalpenraum. Die bis zur Mitte des 12. Jahrhunderts andauernde führende Machtposition des Kärntner Herzogs verweist auf die besondere strategische und politische Bedeutung dieses Raumes im Hochmittelalter. 1269 bis 1276 wurde das Land in Personalunion durch König Ottokar II. von Böhmen erstmals mit Österreich, Steiermark und Krain vereinigt, 1286–1335 dominierten in Kärnten Herzöge aus dem Hause Görz-Tirol. 1335 belehnte Kaiser Ludwig IV. die Herzöge Albrecht und Otto von Österreich mit dem Herzogtum Kärnten, das fortan bis 1918 im Verband des Habsburgerreiches verblieb. Am Übergang vom Spätmittelalter zur Neuzeit sah sich das Land mit wiederholten Türken- bzw. Ungarneinfällen (1473–1483, 1480–1490) und Bauernaufständen - vor allem jenem des Jahres 1515 - konfrontiert.

Neuzeit und neuere Geschichte

Die Neuzeit wurde wesentlich durch die Ausbreitung der Lehre Martin Luthers geprägt. Die Stände, die seit der Regentschaft Kaiser Friedrichs III., mitbedingt durch die Türkenkriege, gegenüber dem Landesherrn und den Habsburgern eine politisch gewichtige Stellung einnehmen konnten, waren maßgebliche Akteure bei der Verbreitung protestantischer Lehren. Mitte des 16. Jahrhunderts setzte das aus 16 Geistlichen, zwei Herren, 96 Rittern und höhergestellten Knechten sowie Vertretern dreier Städte und alten Ministerialen gebildete Stände-Kollektiv nachhaltige bildungspolitische und bauarchitektonische Akzente: 1552–1563 mit der Einrichtung des *Collegium Sapientiae et Pietatis*, 1574–1594 mit dem Bau des Landhauses sowie der Dom- und Stadtpfarrkirche in Klagenfurt (1591 fertiggestellt), dem größten von Protestanten je in Österreich erbauten Gotteshaus). Die Stände unterstützten den aus Krain stammenden Geistlichen Primož Trubar (lat./dt. *Primus Truber*), der wiederholt Laibach/Ljubljana verlassen musste, bei der Produktion und Verbreitung des *Catechismus in der windischenn Sprach*' und einer Bibelübersetzung. Trubar gilt als Begründer der slowenischen Literatur und der modernen slowenischen Schriftsprache.

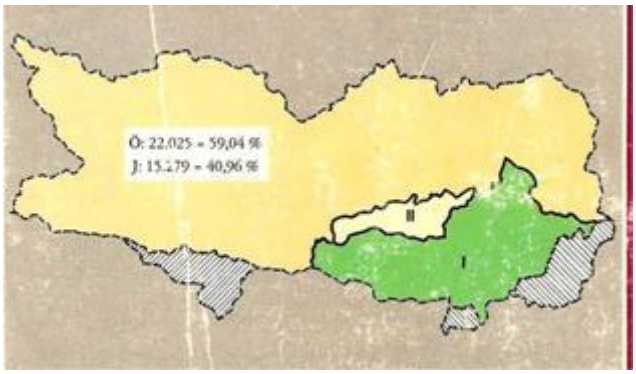
Die teilweise mit großer Härte betriebene Gegenreformation unter Ferdinand II. (seit 1595 Regent von Innerösterreich, d. h. von Kärnten, Krain und Steiermark, ab 1619 römisch-deutscher Kaiser) hinterließ besonders in Kärnten eine bis weit in das 20. Jahrhundert reichende mentale Hypothek. In der Mitte des 18. Jahrhunderts wurden die bambergischen Besitzungen an Maria Theresia (1759) verkauft. Damit verlor das feudale mittelalterliche System, wenngleich nur auf der Ebene des Verhältnisses zwischen Landesherrn und Grundherren, seine Bedeutung. Der gesellschaftliche Stellenwert der Grundherrschaften verringerte sich nach der in den Jahren 1848/49 beschlossenen und in den Folgejahren durchgeführten *Grundentlastung*. Mitverantwortlich dafür waren zweifellos die Auswirkungen der Französischen Revolution, aber auch Ideen der Frühaufklärung, die in Kärnten im "Herbertkreis", durch Bekannte rund um die Erzherzogin Marianne und im Buchdrucker und Verleger Ignaz Edler von Kleinmayr führende Repräsentanten fand. Angehörige der Klagenfurter Industri-

ellenfamilie Herbert standen in den letzten zwei Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts mit damaligen Geistesgrößen wie Immanuel Kant, Johann Benjamin Erhard, Johann Gottlieb Fichte, Karl Leonhard Reinhold, Friedrich Schiller und Johann Heinrich Pestalozzi in Verbindung.

Von der napoleonischen Ära wurde Kärnten sehr früh direkt berührt. Erste Kampfhandlungen fielen in die Jahre 1797, 1799 und 1800. Ende März 1797 eroberte Napoléon Bonaparte die Städte Villach und Klagenfurt. Der Friede von Campoformio (1797) und wenige Jahre später jener von Pressburg/Bratislava (1805) machten Kärnten zu einem Grenzland, nachdem der französische Kaiser Napoléon I. ein Königreich Italien geschaffen hatte, das sich aus Venetien, Istrien und Dalmatien zusammensetzte.

Die 1848/49 neu gewonnene politische Landeseinheit war gefährdet, als nicht nur lokale Repräsentanten der slowenischsprachigen Bevölkerung die Forderung nach Schaffung eines vereinten Sloweniens erhoben. Dieses Postulat bildete den Nukleus eines Themas - die "nationale Frage" -, das künftig die Politik des multiethnischen Kärntens ständig herausforderte. Im Wesentlichen standen sich dabei zwei Lager gegenüber, die weltanschaulich allerdings keineswegs homogen waren: einerseits eine zumeist antiklerikal und/oder liberal orientierte deutsche Mehrheitsbevölkerung, die politisch und wirtschaftlich das Land dominierte, andererseits eine zum Teil von Geistlichen unterstützte, politisch kaum einflussreiche slowenische Bevölkerung, die sich meist in der Minderzahl befand und nur in einigen Gebieten südlich der Drau die Mehrheit bildete. Deren nationalpolitische Identität reichte von ethnoslowenischen über nationalslowenische Vorstellungen bis hin zur komplexen "Kärntner Wesenseinheit". Das Ringen um sprachliche und damit gesamtkulturelle Gleichberechtigung dieser ethnischen Gruppe in Kärnten war vielschichtig, denn es taten sich dabei nicht nur innen-, sondern auch außenpolitische Konfliktfelder auf.

Zeitgeschichte



Abstimmungszonen in Kärnten (1920). Karte aus: Die Volksabstimmung 1920 in Kärnten, in: Der 10. Oktober 1920. Kärntens Tag der Selbstbestimmung. Vorgeschichte - Ereignisse - Analysen, hg. vom Kärntner Landesarchiv unter Mitarbeit von Alfred Ogris u. a., Titelseite.

In der breiten Öffentlichkeit des Landes nehmen die politischen Ereignisse der Jahre 1918 bis 1920 eine Schlüsselfunktion ein. Nach dem Zerfall des Habsburgerstaates, in dessen Verband Kärnten fast sechs Jahrhunderte eingegliedert war, wurde das ehemalige Kronland mit Gebietsforderungen des neugegründeten Königreiches der Serben, Kroaten und Slowenen (= SHS-Staat) konfrontiert. Der Kampf um die Grenze mündete, nach wechselhaften Erfolgen der Kontrahenten, im Juni 1919 in einer militärischen Besetzung von Teilen Kärntens durch SHS-Truppen, aber in einem diplomatischen Sieg im Sinne der jahrhundertelang

bestehenden historisch gewachsenen Landeseinheit. Denn die alliierten Siegermächte ordneten ein Plebiszit an. Konzipiert wurden zwei Abstimmungszonen. Bei einem Entscheid zugunsten des SHS-Staates in der ersten Abstimmungszone war eine weitere vorgesehen. Die Kärntner Volksabstimmung am 10. Oktober 1920 ergab ein deutliches Ergebnis: 59,04 % oder 22.025 Wahlberechtigte, darunter mehr als 10.000 slowenischsprachige Kärntner, votierten für einen Verbleib bei der jungen Republik Österreich, 40,96 % oder 15.279 Optanten für einen Anschluss an das Königreich Jugoslawien.

Die nationale Frage in Kärnten war damit keineswegs geklärt. Nicht zuletzt aufgrund der 1918–1920 gewonnenen Erfahrungen blieb sie ein brisantes Konfliktthema in der Landespolitik. Der Nationalsozialismus konnte sich nicht zuletzt auch deshalb in Kärnten schon Ende der 1920er, Anfang der 1930er Jahre etablieren; der blutige Juliputsch der Nationalsozialisten gegen den autoritären Ständestaat (1934) dauerte im Süden Österreichs am längsten an. Und nach dem "Anschluss" (März 1938) stellte der ehemalige NS-Mustergau Kärnten drei von sieben Gauleitern.



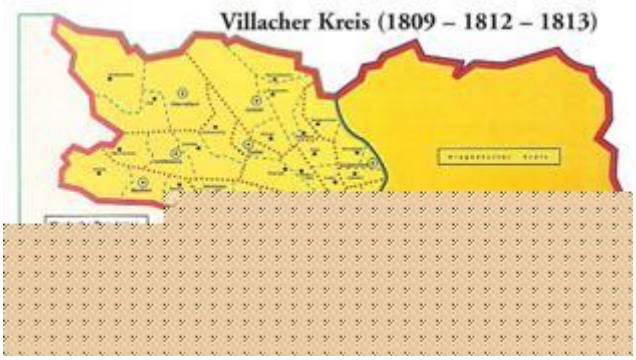
Gebietsforderungen Jugoslawiens an Österreich, 1947/1949. Kartenentwurf Ludwig-Boltzmann-Institut, Wien/Graz, Grundlagenmaterial vom Verfasser Ulfried Burz.

Die NS-Herrschaft zeitigte vor allem für die slowenischsprachige Bevölkerung nachhaltige Folgen. Im April 1942 wurden fast 1.000 Angehörige in einer Nacht- und Nebelaktion nach Deutschland deportiert. Protesten lokaler Repräsentanten war nur ein geringer Erfolg beschieden. Diese und andere repressive Maßnahmen der NS-Machthaber verschärften den Partisanenkampf im Süden Österreichs, der allerdings nicht nur auf eine Befreiung von der NS-Diktatur abzielte. Bis 1947/1949 erhob das siegreiche kommunistische Jugoslawien offiziell Gebietsansprüche, die bei einer Realisierung für Kärnten einen Verlust von 2.470 km^2 (rd. 26 % des Gesamtterritoriums) oder rund 180.000 Einwohnern (40 % der damaligen Bevölkerung) nach sich gezogen hätten.

Das daraus resultierende politische Klima im Grenzland Kärnten schwächte nach 1945 noch mehr die Position der Slowenen bei den wiederholten Forderungen nach Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen. Ein Dauerthema, die Ortstafelfrage, scheint durch eine Übereinkunft von 2011 gelöst worden zu sein. Andere Anliegen der slowenischen Volksgruppe harren noch einer Lösung.

Verwaltungsgeschichte

Ab 1570 unterstand Kärntens weltliche Administration – gemeinsam mit Krain und der Steiermark – den Behörden in Graz. 1747 ließ Maria Theresia eine repräsentative landesfürstliche Behörde mit unmittelbarer Abhängigkeit von der Wiener Kanzlei einrichten, ein Jahr später drei Kreisämter: Ober-, Mittel- und Unterkärnten. Der Verkauf der bambergischen Besitzungen an Maria Theresia (1759) erweiterte den Verwaltungsraum.



Villacher und Klagenfurter Kreis. Karte aus: Villacher Kreis, in: Fräss-Ehrfeld (Hg.): Napoleon und seine Zeit. Kärnten - Innerösterreich - Illyrien. Klagenfurt 2009, S. 19.

In der Zeit des josephinischen Zentralismus wurde Kärnten erneut direkt vom Gouverneur Innerösterreichs mit Sitz in Graz administriert. 1804 wurde Kärnten dem Gubernium Graz zugeteilt. 1809 wurde der Villacher Kreis gemeinsam mit Osttirol, Krain, Kroatien rechts der Save und dem schon 1805 abgetretenen Istrien und Dalmatien zu den "Illyrischen Provinzen" zusammengefasst und direkt von französischen Behörden geleitet, die in Laibach residierten. Der Klagenfurter Kreis fiel unter die Verwaltungshoheit (bis 1825) des Guberniums Graz. Für kurze Zeit (1813) war Kärnten ein geschlossenes Verwaltungsgebiet, dann übernahm das Laibacher Gubernium die leitende Funktion für Oberkärnten, ab 1825 auch für den Klagenfurter Kreis.

Der Erklärung des neuen, erstmals auf breiterer Basis gewählten Kärntner Landtages (August 1848), wonach das Herzogtum unteilbar sei, wurde erst durch das kaiserliche Patent vom 13. März 1849 entsprochen. Kärnten wurde wieder zu einem selbständigen Kronland im Rahmen der Habsburgermonarchie. In der NS-Zeit erfuhr der Gau Kärnten territoriale Erweiterungen durch Osttirol und durch Teile der heutigen Republik Slowenien und Oberitaliens.



NS-Herrschaftsraum im Süden 1941-1945. Karte aus: Maurice Williams, deutsche Bearbeitung Ulfried Burz, Claudia Fräss-Ehrfeld: Gau, Volk und Reich. Friedrich Rainer und der österreichische Nationalismus. Eine politische Biographie nach Selbstzeugnissen. Klagenfurt 2005, S. 19.

Bevölkerungsentwicklung

Vergleichbare Sprachenerhebungsdaten, die im Zusammenhang mit Zahlen zur Bevölkerungsentwicklung Kärntens für die Geschichte des Landes bedeutsam sind, stehen erst seit 1846 zur Verfügung.[1] Aufgrund einer Militärkonskription gab Karl Freiherr von Czoernig-Cernhausen eine *Ethnographische Karte der Monarchie* heraus. Kärnten – in den damaligen Grenzen – hatte 1846 rund 318.000 Einwohner. Davon gaben 95.544 Slowenisch als Umgangssprache an (rund 30 % der Gesamtbevölkerung).1880 wurden im Land rund 349.000 Personen als ortsanwesende Wohnbevölkerung registriert, darunter 29,3 % mit slowenischer Umgangssprache.1910 zählte Kärnten rund 396.000 Einwohner, 20,7 % mit slowenischer Umgangssprache; nach dem Ersten Weltkrieg und dem Verlust von Landesteilen waren es rund 371.000 Bewohner, davon 10,04 % mit slowenischer Umgangssprache (Volkszählung 1923). 1939 bewohnten rund 416.000 Personen das Gebiet (ohne den Kreis Lienz!), darunter 10,4 %, die Slowenisch und "Windisch" als Umgangssprache deklarierten.

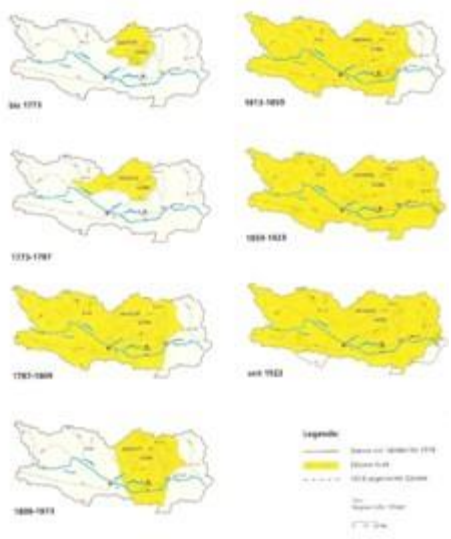
Nach dem Zweiten Weltkrieg siedelten in Kärnten rund 475.000 Personen, davon 8,9 % mit slowenischer und/oder windischer Umgangssprache (Volkszählung 1951); 2001 waren es rund 559.000 Personen, darunter 2,2 % % mit slowenischer Umgangssprache.

Sieht man von der nach wie vor komplexen Diskussion zu den verschiedenen Spracherhebungsdaten ab, ist grundsätzlich zu konstatieren, dass sich der Anteil der slowenischsprachigen Bevölkerung in Kärnten von rund 30 % im Jahr 1846 auf 2,2 % im Jahr 2001 reduzierte. Als Ursachen für den deutlichen Rückgang der slowenischen Sprachkompetenz können genannt werden: Assimilationsmechanismen, geringe Karrieremöglichkeiten und eingeschränkte berufliche Chancen. Im letzten Jahrzehnt wird die slowenische Sprache wieder vermehrt erworben.

Wirtschaft

Bedeutsam ist seit jeher die Land- und Forstwirtschaft. Sie war für den weitaus überwiegenden Teil der Bevölkerung bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts Existenzgrundlage. Nicht nur im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts spielte zudem die metallerzeugende Industrie eine nicht unbedeutende Rolle. Heute ist Kärnten nach wie vor kaum industrialisiert, sieht man von einigen größeren Unternehmen, beispielsweise der Infineon Technologies Austria AG, der Wietersdorfer Gruppe, der Mahle Filtersysteme GmbH, der Treibacher Industrie AG und der Heraklith AG, ab. Der Dienstleistungssektor, darunter ein wichtiges wirtschaftliches Standbein des Landes, der Tourismus, ist - nach dem raschen sozialen Wandel seit den 1930er Jahren - mit Abstand der größte Arbeitgeber: 1981 waren rund 52 %, 2001 rund 66 % in diesem Bereich tätig, 1923 nur rund 18 %.

Religionsgeschichte



Territoriale Entwicklung der Diözese Gurk. Karte aus: Peter G. Tropper: Das Christentum in Kärnten. Vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Kehl 2005, S. 46.

Die christliche Missionstätigkeit in Kärnten setzte ab dem Ende des 3. und dem beginnenden 4. Jahrhundert n. Chr. ein, ausgehend vom *Patriarchat Aquileja,* und wurde im 8. und 9. Jahrhundert maßgeblich von Salzburg aus weitergeführt. Zu Beginn des zweiten Jahrtausends kam es zu Gründungen bedeutsamer Klöster in St. Georgen am Längsee, Ossiach, Gurk, Millstatt und St. Paul. Erste Bischofssitze waren *Virunum* bei Klagenfurt und *Teurnia* bei Spittal an der Drau. 1072 erfolgte die Gründung des Bistums Gurk, 1228 des Bistums Lavant. 1578 setzte der Aufbau einer evangelisch-protestantischen Kirchenstruktur in Kärnten ein; für ein Vierteljahrhundert befand sich der Sitz der Wiener Superintendenz in Villach. Vorwiegend unterstützt durch die seit 1604 im Land tätigen Jesuiten, schien im öffentlichen Raum Kärntens die Rekatholisierung binnen weniger Jahre abgeschlossen. Doch vor allem in abgelegenen Tälern Oberkärntens hielt sich ungeachtet der Religionspolitik der Habsburger ein Kryptoprotestantismus: In den 1730er Jahren wurden 180 Kärntner Protestanten, nach einer offenen Rebellion gegen die Jesuiten-Grundherrschaft Millstatt, nach Siebenbürgen ausgesiedelt, bis 1752 insgesamt 851 Personen aus 334 Familien. Nach dem Toleranzpatent Josephs II. (1781) und insbesondere nach dem von Franz Joseph I. erlassenen Protestantenpatent (1861) schwand die Bedeutung des Kryptoprotestantismus. 1787 kam es zur Neuordnung der Diözesangrenzen. Damals übersiedelte der Gurker Bischof nach Klagenfurt. 1859 wurde die Diözese Lavant zum Bistum Marburg an der Drau/Maribor. Seit damals ist das Territorium der Diözese Gurk nahezu deckungsgleich mit dem Bundesland Kärnten.

Militärgeschichte

Im Unterschied zu den Nachbarländern Tirol und Steiermark, die durch ihre Grenzlage anderen Notwendigkeiten Rechnung tragen mussten, hat Kärnten erst ab der Mitte des 18. Jahrhunderts eine gewisse militärgeschichtliche Bedeutung. Zwei Kasernenareale wurden um 1768 bzw. 1773 in Klagenfurt eingerichtet, nach den Italienfeldzügen (1859) und dem Krieg gegen Preußen (1866) weitere. Villach wurde 1864 zur zweiten, Wolfsberg ab 1888 zur dritten Garnisonsstadt, später folgten Spittal an der Drau und Bleiburg. In der NS-Zeit wurde die Waffen-SS-Junkerschule in Klagenfurt-Lendorf gebaut, nicht nur eine Anerken-

nung der Machthaber für das hohe Engagement der NSDAP in der Verbotszeit, sondern wohl auch, weil das Soldatentum in Kärnten seit dem Ersten Weltkrieg und dem darauf folgenden *Kärntner Abwehrkampf* in der Gesellschaft einen besonderen Stellenwert hatte.

Literatur

Die *Millstätter Genesis*, zu den ältesten Dichtungen im deutschen Sprachraum zählend, wurde vermutlich im dortigen Kloster geschrieben. Für die mittelhochdeutsche Dichtung sind Spuren literarischer Tätigkeiten im Umfeld des Hofes von Herzog Bernhard von Spanheim (Beginn des 13. Jahrhunderts) nachweisbar. Um 1220 verfasste *Heinrich von dem Türlin* das aus rund 30.000 Versen bestehende, für den deutschsprachigen Kulturraum bedeutsame Abenteuer-Epos *Der aventiure krône*. Im 19. Jahrhundert erzielte Adolf Ritter von Tschabuschnigg (u. a. auch österreichischer Justizminister) mit seinen Werken überregionale Aufmerksamkeit. Im 20. und 21. Jahrhundert kommen aus dem verhältnismäßig kleinen Kärnten nachhaltige Impulse. In den 1950er Jahren gastierte in Maria Saal am Tonhof wiederholt die literarische Avantgarde Österreichs. National oder international renommierte Schriftstellerpersönlichkeiten sind u. a.: Ingeborg Bachmann, Bernhard C. Bünker, Gerhart Ellert, Antonio Fian, Humbert Fink, Egyd Gstättner, Michael Guttenbrunner, Maja Haderlab, Peter Handke, Milka Hartmann, Alois Hotschnig, Gustav Januš, Gert Jonke, Christine Lavant, Florjan Lipuš, Lorenz Mack, Janko Messner, Lydia Mischkulnig, Engelbert Obernosterer, Josef Friedrich Perkonig, Peter Turrini, Dolores Viesèr, Josef Winkler, Werner Winkler, Guido Zernatto, die allerdings nicht selten das Land verließen; so beispielsweise Ingeborg Bachmann, Namensgeberin eines renommierten Preises, der im Rahmen eines Literaturwettbewerbs seit 1977 verliehen wird. Es handelt sich um eine der wichtigsten Kulturveranstaltungen im deutschsprachigen Raum.

Musik

Kärnten blickt musikgeschichtlich auf eine lange Tradition, besonders im Bereich der Volksmusik, zurück. Die Zahl der Chöre und kleinen Gesangsgemeinschaften ist geradezu Legion. Namhafte Repräsentanten sind u. a. Anton Anderluh, Hanzi Artač, France Czigan, Stefan Gerdej, Gerhard Glawischnig, Josef Inzko, Thomas Koschat, Günther Mittergradnegger, Justinus Mulle, Valentin Polanšek und Hans Streiner. In der jüngeren Vergangenheit gewannen zudem zeitgenössische Kompositionswerke einheimischer Musiker – Günther Antesberger, Norbert Artner, Nikolaus Fheodoroff, Dieter Kaufmann, Gerd Kühr, Thomas Modrej, Gerhard Prinz, Bruno Strobl – weit über die Region hinaus an Bedeutung.

Bildende Kunst und Architektur

Werke der Architektur und der Bildenden Kunst aus der Frühgeschichte, der Antike und dem 11. bis 16. Jahrhundert aus und in Kärnten zählen zu den herausragenden ihrer Zeit: Werkzeuge und Kultgegenstände aus der Hallstattkultur (z. B. Frög), Architekturreste von frühchristlichen Kirchenanlagen (z. B. Hemmaberg bei Globasnitz/Globasnica), Mosaikböden von Teurnia und Virunum, Bauten der Romanik (z. B. Gurk, Millstatt, St. Paul i. Lavanttal), der Gotik (z. B. Friesach, Kötschach, Villach). Im 20. Jahrhundert erhielt Günter Domenig für Bauten wie das Steinhaus am Ossiacher See, das Ausstellungsgebäude in der Heft/Hüttenberg und den Zubau des Klagenfurter Stadttheaters internationale Anerkennung.

Bildende Künstler wie die Maler des *Nötscher Kreises* (Sebastian Isepp, Anton Kolig, Anton Mahringer, Franz Wiegele), Werner Berg, Hans Bischoffshausen, Herbert Boeckl, die Kunstschaffenden Kiki Kogelnik, Bruno Gironcoli und die Künstlergeneration um Karl Brandstätter, Otto Eder, Werner Hofmeister, Giselbert Hoke, Lisa Huber, Cornelius Kolig,

Maria Lassnig, Valentin Oman, Arnulf Rainer, Meina Schellander und Hans Staudacher zählen international zu den erfolgreichen Vertretern ihres Genres.

Bildung, besondere kulturelle Einrichtungen

Als bedeutendste Bildungseinrichtung des Landes gilt die – 1970 zunächst als Hochschule für Bildungswissenschaften gegründete – Alpen-Adria-Universität Klagenfurt (seit 2002) mit vier Fakultäten: Kulturwissenschaft, Technik, Wirtschaftswissenschaften, Interdisziplinäre Forschung und Fortbildung. Im Studienjahr 2012/2013 waren hier rund 11.000, darunter rund 1.700 ausländische, Studierende eingeschrieben.

Weitere Forschungs-, Dokumentations- und Bildungseinrichtungen, deren Bedeutung teilweise weit über Kärnten hinausgeht, sind das Kärntner Landesarchiv mit einer umfangreichen Publikationstätigkeit, das in die Alpen-Adria-Universität integrierte Robert Musil-Institut für Literaturforschung/Kärntner Literaturarchiv, das Kärntner Bildungswerk und der Geschichtsverein für Kärnten. Regelmäßig in der Region stattfindende Veranstaltungen sind der Carinthische Sommer, die Chorakademie Ossiach, der Internationale Chorwettbewerb Schloss Porcia in Spittal an der Drau, die Musikwochen Millstatt, das Musikforum Viktring, die Trigonale, das Wörthersee-Classics-Festival. Weitere, breit gefächerte Kulturangebote bieten die Burgarena Finkenstein, die Friesacher Burghofspiele, die Komödienspiele Porcia (Spittal an der Drau), die Südkärntner Sommerspiele. Bedeutend sind das Theater am Stiftshof (Eberndorf) und das Theater auf der Heunburg.

4. Bibliographische Hinweise

Bibliographien

- Rotraud Stumfohl: Kärntner Bibliographie. Das Schrifttum über Kärnten aus den Jahren 1971–1975, 1976–1980. Klagenfurt 1984,1989.
- Friedrich Zopp: Kärntner Bibliographie. Das Schrifttum über Kärnten aus den Jahren 1945–1959, 1962–1965, 1966–1970. Klagenfurt 1961–1975.
- Institut für Geschichte an der Universität Klagenfurt (Hg.): Österreichische Historische Bibliographie; CD-ROM-Ausgabe (Klagenfurt 1993); Online-Ausgabe: wwwg.uni-klu.ac.at/oehb/.

Literatur

- Claudia Fräss-Ehrfeld: Geschichte Kärntens. Bd. 1: Das Mittelalter. Klagenfurt 1984. Bd. 2: Die Ständische Epoche. Klagenfurt 1994.
- Claudia Fräss-Ehrfeld (Hg.): Napoleon und seine Zeit. Kärnten – Innerösterreich – Illyrien. Klagenfurt 2009 (Archiv für Vaterländische Geschichte und Topographie 96).
- Paul Gleirscher: Karantanien. Das slawische Kärnten. Klagenfurt 2000.
- Kärntner Landesarchiv (Hg.), Alfred Ogris, Wilhelm Deuer, Barbara Felsner, Wilhelm Wadl, Evelyne Webernig (Mitarb.): Der 10. Oktober 1920. Kärntens Tag der Selbstbestimmung. Vorgeschichte – Ereignisse – Analysen. Klagenfurt 1990.
- Kärntner Landesregierung (Hg.), Peter Karpf, Thomas Kassl (Red.): Kärnten Dokumentation. Sonderband 01. Die Ortstafelfrage aus Expertensicht. Eine kritische Beleuchtung. Klagenfurt 2006.
- Stefan Karner (Hg.), Peter Fritz, Peter Pirnath, Stefanie Vavti (Mitarb.): Kärnten und die nationale Frage. 5 Bde. Klagenfurt, Ljubljana, Wien 2005. Bd. 1: Stefan Karner, Janez Stergar (Hg.): Kärnten und Slowenien - "Dickicht und Pfade"; Bd. 2: Claudia Fräss-Ehrfeld, Helmut Rumpler (Hg.): Kärnten und Wien. Zwischen Staatsidee und Landesbewusstsein; Bd. 3: Ulfried Burz, Heinz-Dieter Pohl (Hg.): Politische Festtags-

kultur - Einheit ohne Einigkeit?; Bd. 4: Werner Drobesch, Augustin Malle (Hg.): Nationale Frage und Öffentlichkeit; Bd. 5: Stefan Karner, Andreas Moritsch (Hg.): Aussiedlung – Verschleppung – nationaler Kampf.
- Rudolf Leeb, Maximilian Liebmann, Georg Scheibelreiter, Peter G. Tropper: Geschichte des Christentums in Österreich. Von der Spätantike bis zur Gegenwart. Österreichische Geschichte. Erg.-Bd. 3. Wien 2003. Mit Kärnten-Bezug besonders S. 33f., S. 46-49, S. 162f., S. 170, S. 174-176., S. 308-319, S. 418-421.
- Friedrich Wilhelm Leiter: Carinthia Romana und die römische Welt. Festschrift für Gernot Piccottini zum 60. Geburtstag. Klagenfurt 2001 (Aus Forschung und Kunst 34).
- Andreas Moritsch (Hg.), Harald Krahwinkler (Red.): Alpen-Adria. Zur Geschichte einer Region. Klagenfurt, Ljubljana, Wien 2001.
- Janko Pleterski: Slowenisch oder deutsch? Nationale Differenzierungsprozesse in Kärnten (1848–1914). Klagenfurt 1996.
- Helmut Rumpler (Hg.), Ulfried Burz (Mitarb.): Kärnten. Von der deutschen Grenzmark zum österreichischen Bundesland. Wien u. a. 1998 (Geschichte der österreichischen Bundesländer seit 1945 6/2).
- Peter Štih, Vasko Simoniti, Peter Vodopivec: Slowenische Geschichte. Gesellschaft – Politik – Kultur (Veröffentlichungen der Historischen Landeskommission für Steiermark 40 / Zbirka Zgodovinskega Časopisa 34). Graz 2008.
- Arnold Suppan: Jugoslawien und Österreich 1918–1938. Bilaterale Außenpolitik im europäischen Umfeld. Wien 1996 (Veröffentlichungen des österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts 14), besonders S. 473-558; S. 677-688; S. 746-813; S. 854-867; S. 875-885; S. 967-1012.
- Hellwig Valentin: Der Sonderfall. Kärntner Zeitgeschichte 1918–2004/08. Akt. u. erw. Neuauflage Klagenfurt, Ljubljana, Wien 2009.
- Hellwig Valentin, Susanne Haiden, Barbara Maier (Hg.): Die Kärntner Volksabstimmung 1920 und die Geschichtsforschung. Leistungen, Defizite, Perspektiven. Klagenfurt 2002.
- Wilhelm Wadl (Hg.): Glaubwürdig bleiben. 500 Jahre protestantisches Abenteuer. Wissenschaftlicher Begleitband zur Kärntner Landesausstellung 2011 in Fresach. Klagenfurt 2011 (Archiv für Vaterländische Geschichte und Topographie 101).
- Thomas Zeloth: Bevölkerungsbewegung und Wirtschaftswandel in Kärnten 1918–2001. Demographische Überlebensstrategien einer österreichischen Randregion. Klagenfurt 2002 (Archiv für Vaterländische Geschichte und Topographie 86).

Weblinks

- http://www.uni-klu.ac.at/ (Alpen-Adria-Universität Klagenfurt)
- http://www.kath-kirche-kaernten.at/ (Archiv der Diözese Gurk)
- http://www.fh-kaernten.at/ (Fachhochschule Kärnten)
- http://www.landesarchiv.ktn.gv.at/ (Kärntner Landesarchiv)
- http://www.landesmuseum.ktn.gv.at/210225_DE (Kärntner Landesmuseum)
- http://www.geschichtsverein.ktn.gv.at/ (Geschichtsverein für Kärnten)
- http://www.naturwissenschaft-ktn.at/ (Naturwissenschaftlicher Verein für Kärnten)

Anmerkungen

[1] Quellen: 1880: K.K. Statistischen Central-Commission (Hg.): Special-Ortsrepertorium von Kärnten. Wien 1883 [C. Kr. Statistični Centralni Komisiji (Hg.): Obširen Immenik Krajev na Koroško, Wien 1883], S. 98; 1910: Statistische Zentralkommission (Hg.): Spezialortsrepertorium der Österreichischen Länder. Bearb. auf Grund der Ergebnisse der Volks-

zählung vom 31. Dezember 1910. Kärnten (Wien 1918), S. 86; 1923 und 1951: Österreichisches Statistisches Zentralamt (Hg.): Ortsverzeichnis von Österreich. Bearb. auf Grund der Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Juni 1951. Wien 1953, S. 167; 1939 (Bevölkerung): Statistische Übersichten für den Reichsgau Kärnten. Zusammengestellt vom Statistischen Amt für die Reichsgaue der Ostmark. Wien 1939, S. 1; Daten zur slowenischen und "windischen" Umgangssprache für 1939 nach Arnold Suppan: Die österreichischen Volksgruppen. Tendenzen ihrer gesellschaftlichen Entwicklung im 20. Jahrhundert. Wien 1983 (Schriftenreihe des Instituts für Österreichkunde), S. 18; 2001 (Bevölkerung): Statistik Austria (Hg.): Volkszählung 2001. Hauptergebnisse II – Kärnten. Wien 2004, S. 40; Daten zur slowenischen und "windischen" Umgangssprache für 2001 nach Peter Ibounig: Volksgruppen zählen – mittels Volkszählungen? Die Angaben zur Umgangssprache in den österreichischen Volkszählungen / Preštevanje narodnih skupnosti – s pomočjo popisov prebivalstva? Podatki o občevalnem jeziku v avstrijskih popisih prebivalstva. In: Peter Karpf, Thomas Kassl, Werner Platzer, Udo Puschnig (Hg.): Kärnten Dokumentation. Bd. 27. Klagenfurt Wörthersee 2011, S. 63-82, hier S. 71; die Prozentwerte zum slowenischsprachigen Anteil an der Gesamtbevölkerung Kärntens beruhen auf Berechnungen des Verfassers.

Zitation

Ulfried Burz: Kärnten. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54127.html (Stand 10.03.2014).

Karpato-Ukraine

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Karpato-Ukraine, Karpatenukraine, Transkarpatien

Amtliche Bezeichnung

ukr. Закарпатська область, translit. Zakarpats'ka Oblast'

Anderssprachige Bezeichnungen

ung. Kárpátalja; slowak., tschech. Podkarpatská Rus; rum. Regiunea Transcarpatia

2. Geographie

Lage

Das Gebiet bildet die Oblast' Zakarpats'ka (Amtssitz Ungwar/Užhorod) in der westlichen Ukraine. Die Region ist durch die Karpaten von der übrigen Ukraine getrennt; sie grenzt an Polen, die Slowakei, Ungarn und Rumänien.

Topographie

Die Oblast' umfasst ein Gebiet von 12.777 km^2, sie reicht von der Tiefebene des Tals der Theiß (rum., slowak. Tisa, ung. Tisza) im Südwesten bis zu den nordöstlichen Karpaten.

Historische Geographie

Bis 1918 war die Region als "Nordostungarn" oder "Östliches Oberungarn" (*Északkeleti Felvidék*) bekannt und umfasste die ungarischen Komitate Ung, Bereg, Ugocsa und Marmarosch (*Máramaros*). Die Grenzen des Gebietes kristallisierten sich erst nach seiner Eingliederung in die Tschechoslowakei (1919) unter dem Namen Subkarpatische Rus (*Podkarpatská Rus*) heraus. Die heutigen Grenzen des Gebiets bestehen seit 1946.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik



Das längs geteilte Wappen aus dem Jahr 1920 zeigt die ukrainischen Nationalfarben Blau und Gelb sowie in Weiß einen roten, aufrecht stehenden Bären.

Mittelalter

Slawische und awarische Siedlungen entstanden im frühen Mittelalter. Nach der ungarischen Landnahme Ende des 9. und Anfang des 10. Jahrhunderts gehörte die Region zu Ungarn. Im 14. Jahrhundert ließ sich der ruthenische Fürst Fjodor Korjatovich in Munkatsch/Mukačeve nieder.

Neuzeit



Karpato-Ukraine 1920-1939. [Karte: Wikimedia Commons. Martin Proehl CC BY-SA 2.5].

Im 16. und 17. Jahrhundert fiel das Gebiet mehrmals an die Fürsten von Siebenbürgen. Ende des 17. und Anfang des 18. Jahrhunderts war es Ausgangspunkt antihabsburgischer Aufstände (Imre Thököly, Franz Rákóczi II). Zum ungarischen Teil der Österreichisch-Ungarischen Monarchie gehörend, spielten sich in den Städten der Region gleichzeitig Modernisierungs- und Magyarisierungsprozesse ab. Ein russinischer Nationalismus entstand in den 1850er Jahren, verschwand aber bald ohne Spuren. Nach dem Zusammenbruch der

Doppelmonarchie kamen mehrere politische Zukunftskonzepte auf (Autonomie innerhalb Ungarns, Autonomie innerhalb der Tschechoslowakei, Angliederung an die Ukraine). Die Region wurde dann unter dem Namen "Podkarpatská Rus" ohne Autonomie in die Tschechoslowakei eingegliedert. Einen autonomen Status erhielt sie erst 1938; er währte nur kurze Zeit. Im Zuge des Ersten Wiener Schiedsspruchs wurde die überwiegend von Magyaren bewohnte Tiefebene im Südwesten (einschließlich der drei wichtigsten Städte Ungwar, Munkatsch und Bergsaß/Berehove) Ungarn zugesprochen. Im März 1939, nach der Unabhängigkeitserklärung der Slowakei, annektierte Ungarn den Rest der Karpato-Ukraine mit deutscher Einwilligung. Zwischen 1941 und 1944 wurde die beträchtliche jüdische Bevölkerung des Gebiets in den Massakern bei Kam'janez' Podil's'kyj und im Vernichtungslager Auschwitz fast vollständig ermordet. Viele Ungarn und Deutsche flohen Ende 1944 vor der Roten Armee, die Verbliebenen wurden in Arbeitslager in der Sowjetunion deportiert. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das Gebiet an die Sowjetrepublik Ukraine angeschlossen. Obwohl in einem Referendum 1991 mit 78 % der Stimmen ein autonomer Status innerhalb der Ukraine gefordert wurde, erkannte Kiew diese Abstimmung nicht an und die Region wurde direkt den Kiewer Behörden unterstellt.

Verwaltung

Die Zakarpats'ka Oblast' ist in fünf kreisfreie Städte (Ungwar, Munkatsch, Bergsaß, Hust und Čop) und 13 Kreise (*Rajons*) unterteilt.

Bevölkerung

Die Gebirge der Karpato-Ukraine sind traditionell von Russinen, einer Untergruppe der Ukrainer, bewohnt. Nach dem Ersten und besonders nach dem Zweiten Weltkrieg stieg ihr Anteil auch an der Stadtbevölkerung stark an. Gemeinsam mit den übrigen Ukrainern und den Russen stellen die einheimischen Russinen in den Städten Ungwar, Munkatsch und Hust die Mehrheit, in Bergsaß eine starke Minderheit.

Die größte Minderheit des Gebiets, die Ungarn, siedelt in der Tiefebene im Südwesten. Am Vorabend des Ersten Weltkriegs waren sämtliche Städte der Region überwiegend von Ungarn bewohnt; seitdem nimmt ihr Anteil stetig ab. Gegenwärtig hat Bergsaß als einzige Stadt eine (relative) ungarische Mehrheit; in Munkatsch und Ungwar sank ihr Anteil unter 10 %. Dennoch bilden die Ungarn im Bergsasser Kreis die absolute Mehrheit und in den Kreisen Ungwar und Vinograd eine große Minderheit.

Seit dem Mittelalter, insbesondere im 18. Jahrhundert, wanderten deutschsprachige Siedler aus Mainfranken, Nieder- und Oberösterreich und dem Böhmerwald in die Region ein. Es bildeten sich zwei Sprachinseln in Palanka bei Munkatsch und im Tal der Tereswa in der Nähe von Hust. Anders als in ungarischen Regionen wie dem Banat oder Transdanubien entstanden in der Karpato-Ukraine keine größeren deutschen Siedlungen. Ohne kompakte Siedlungsgebiete und nationale Institutionen gingen viele Deutschen in der ungarischen Nation auf. Im Rahmen der Volkszählung 1930 wurden 13.804

Kaschubei

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Kaschubei

Anderssprachige Bezeichnungen

poln. Kaszuby; kasch. Kaszëbë; lat. Cassubia

Etymologie

In einer Bulle von Papst Gregor IX. aus dem Jahr 1238 wird Fürst Bogusław als *dux Cassubia* bezeichnet. Gemeint war damit ein Landstrich im mittleren Gebiet zwischen Oder und Weichsel; später wurde der Begriff auf den heute damit bezeichneten, weiter östlich gelegenen Raum übertragen.[1]

2. Geographie



Die Kaschubei [Karte: J. Neumann, 2012 © Projekt Erinnerung und Identität in der Kaschubei, FU Berlin]

Lage

Die Kaschubei ist in erster Linie eine Kulturlandschaft, die keine eindeutigen Grenzen hat. Sie ist als Siedlungsgebiet der Kaschuben definiert. Im Norden und Nordosten wird die Region von der Ostsee und der Danziger Bucht begrenzt. Im Süden erstreckt sie sich bis nach Konitz/Chojnice, im Osten bis nach Schöneck/Skarszewy und vor die Tore von Danzig/Gdańsk. Die Westgrenze lässt sich nicht genau festlegen, sie verläuft in Pommern ungefähr auf der Höhe von Stolp/Słupsk.

Topographie

Das Kerngebiet bildet die sog. Kaschubische Schweiz, eine hügelige Seenlandschaft mit dem Turmberg (328 m). Die Landschaft ist stark bewaldet.

Staatliche, regionale und kirchliche Zugehörigkeit

Republik Polen, die Kaschubei ist Teil der Woiwodschaft Pommern (*Województwo Pomorskie)* und erstreckt sich auf die Landkreise Putzig/Puck, Neustadt/Wejherowo, Lauenburg/Lębork, Bütow/Bytów, Karthaus/Kartuzy, Praust/Pruszcz Gdański, Berent /Kościerzyna und Konitz/Chojnice.

Im Bereich der römisch-katholischen Kirche gehört die Region zum Erzbistum Danzig sowie zum Bistum Pelplin.

Historische Geographie

Die Kaschuben sehen sich als Nachfolger der Pomoranen, die einst das Gebiet beiderseits der unteren Oder bis zur Weichsel besiedelten. Das westliche Gebiet gelangte bereits im Mittelalter unter deutschen Einfluss; v. a. infolge der Reformation übernahmen die Westkaschuben die deutsche Sprache und Kultur. Lediglich im östlichen Teil haben sich die Kaschuben, v. a. aufgrund ihres überwiegend katholischen Glaubens, erhalten.

Historisch wird die Region mit unterschiedlichen Namen bezeichnet: "Pomoranien" und "Pomorze" bezeichnen das gesamte Küstenland; "Pommern" ("Hinterpommern") die preußische Provinz mit dem westlichen Teil der Kaschubei; und "Westpreußen", "Pommerellen" sowie "Königliches Preußen Polnischen Anteils" den östlichen Teil der Kaschubei. Erst im 20. Jahrhundert erlangte der Begriff Kaschubei für diese Region größere Bedeutung.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Das Wappen der Kaschubei zeigt einen Greif auf gelbem Grund. Der Greif leitet sich vom Wappen des pommerschen Greifengeschlechts ab und symbolisiert die Woiwodschaft Pomorskie. Die kaschubische Flagge ist schwarz-gelb.

Mittelalter

Die Kaschuben sind ein westslawisches Volk, das aus den Pomoranen hervorging und vermutlich im 6. und 7. Jahrhundert den Küstenraum besiedelte. Polen versuchte mehrfach, das Gebiet einzunehmen, konnte sich aber nicht dauerhaft behaupten. Im 12. Jahrhundert etablierte sich das Greifengeschlecht im westlichen Pommern, das später unter deutschen Einfluss gelangte, im östlichen Teil hingegen die Samboriden unter polnischer Oberhoheit. 1294 starb das Geschlecht der Samboriden aus; die Nachfolgekriege entschied 1309 der Deutsche Orden für sich. Im Zweiten Frieden von Thorn 1466 verlor der Orden Pommerellen und Danzig an Polen, sie bildeten ein autonomes Gebiet innerhalb des Königreichs Polen, bekannt als "Königliches Preußen Polnischen Anteils".[2]

Neuzeit

Das Herrschaftsgebiet der Greifen unterlag einer schleichenden Germanisierung, Polnisch-Preußen hingegen einer Polonisierung. Beide Prozesse hatten keinen Zwangscharakter, sondern ergaben sich durch die enge Verbindung mit dem deutschen bzw. polnischen Kulturraum. 1637 starb das Greifengeschlecht, das die Reformation eingeführt hatte, aus, und im Zuge des Westfälischen Friedens wurde Hinterpommern ein Teil Brandenburgs. Königlich Preußen konnte seine Autonomie innerhalb des Königreichs Polen bzw. Polen-Litauens (ab 1569) bewahren. Mit der ersten Teilung Polens 1772 wurde die Kaschubei unter preußischer Herrschaft vereinigt, 1793 kam die Stadt Danzig hinzu. Die neugewonnenen Gebiete bildeten die Provinz Westpreußen, die westliche Kaschubei verblieb bei Pommern.

Nach der Niederlage des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg wurde die Kaschubei im Versailler Vertrag dreigeteilt: Danzig wurde mit dem Landkreis Danziger Höhe zur Freien Stadt Danzig unter Aufsicht des Völkerbundes. Die pommerschen Landkreise der Kaschubei verblieben beim Deutschen Reich. Das mittlere Gebiet mit Zugang zur Ostsee wurde als Woiwodschaft Pommerellen (*Województwo Pomorskie*) Teil der Republik Polen.[3]

Zeitgeschichte

Zu Beginn des Zweiten Weltkrieges wurden Danzig und die Woiwodschaft Pommerellen als Reichsgau Danzig-Westpreußen unter der Führung des NSDAP-Gauleiters Albert Forster

(1902-1952) in das Deutsche Reich eingegliedert. Deutsche Einheiten ermordeten Juden, vermeintliche polnische Nationalisten und Gebildete, die sie der Führung eines Widerstandes verdächtigten, zudem viele polnische und kaschubische Bauern und Arbeiter, wobei Rache und Habgier ein verbreitetes Motiv waren. Alleine im Piasnitzer Wald bei Neustadt wurden ca. 12.000 Menschen erschossen, darunter auch viele Deutsche aus psychiatrischen Anstalten in Pommern. Gegen Ende des Krieges flüchteten die meisten Deutschen vor der Roten Armee. Die verbliebenen Deutschen wurden vertrieben oder reisten freiwillig aus. Die freigewordenen Besitzungen wurden an Polen und Kaschuben aus der Region oder aus anderen Teilen Polens, vor allem aus dem nunmehr sowjetischen Ostpolen, verteilt.[4]

In der sozialistischen Zeit begann eine starke Polonisierung des Gebietes. Die kaschubische Kultur wurde kaum gepflegt, Regionalismen waren unerwünscht. Deutsche Spuren wurden beseitigt. Seit der Wende 1989 erlebt die Region einen Boom der bislang unterdrückten kaschubischen Kultur und stellt ihre Besonderheiten heraus.[5]

Verwaltung und Verfassung

Seit der Reform der polnischen Lokalverwaltung 1999 befindet sich die gesamte Kaschubei erstmals in einer Verwaltungseinheit - der Woiwodschaft Pomoranien (*Województwo Pomorskie*) mit Sitz in Danzig. Oberstes Selbstverwaltungsorgan ist der *Sejmik*, der alle vier Jahre gewählt wird und einen *Marszałek* als Exekutivorgan bestimmt.

Wirtschaft und Gesellschaft

Bevölkerung

Die Kaschubei ist seit dem Mittelalter eine multiethnische Region. Neben den Kaschuben lebten hier Polen, Deutsche und Juden. Deutsche kamen im Zuge der deutschen Ostsiedlung, vor allem zur Zeit des Deutschen Ordens im 14. und 15. Jahrhundert, zum Teil auch in der Zeit Polnisch-Preußens (1466-1772) sowie nach der Eingliederung des Gebietes in den preußischen Staat 1772 in das Land. Jüdische Siedlungen entstanden in der Zeit des Königreichs Polens nur in beschränktem Maße, während in der pommerschen Kaschubei Juden lebten. Ab 1772 ließen sich mehr Juden in der wirtschaftlich wachsenden Region nieder, der jüdische Anteil blieb aber gering.

Im letzten Drittel des 19. und zu Anfang des 20. Jahrhunderts kam es zu einer starken Abwanderung aus der wirtschaftsschwachen Region, der sog. Ostflucht, v. a. Juden und Deutsche wanderten ins Ruhrgebiet und nach Amerika aus. Im Kaiserreich ergriff die preußische Regierung im Zuge ihrer antipolnischen Politik Maßnahmen, um das Gebiet zu germanisieren. Nachdem die zentrale Kaschubei mit dem Versailler Vertrag 1919/20 Teil der Republik Polen geworden war, gingen 60 bis 80 % der Deutschen ins Deutsche Reich oder nach Danzig. Die polnische Politik war darauf ausgerichtet, das Gebiet zu "entdeutschen" (*odniemczanie*).[6] Mit der Ermordung der Juden durch die deutschen Besatzer und der Flucht und Vertreibung der Deutschen während und nach Ende des Zweiten Weltkriegs endete die multiethnische Geschichte der Kaschubei.

Für die Kaschubei liegen keine separaten Bevölkerungsstatistiken vor. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts sollen hier rund 170.000 Kaschuben gelebt haben.[7] Die zweite polnische Volkszählung 1931 ergab für die kaschubischen Landkreise der Woiwodschaft Pommerellen: 258.418 Einwohner (91,4 %) waren polnischsprachig und 23.267 (8,2 %) deutschsprachig. 399 Einwohner waren jüdischen Glaubens (0,1 %). Die Kaschuben wurden nicht gesondert erfasst, sondern zur Gruppe der Polen gezählt.[8] In den Kreisen Lauenburg und Bütow im Deutschen Reich lebten Ende der 1920er Jahre 2.997 Polen, darunter rund 1.000

Kaschuben (1939). Bei einer Volkszählung 2002 erklärten rund 53.000 Polen, zu Hause vorwiegend Kaschubisch zu sprechen.[9]

Wirtschaft

Die Kaschubei ist eine landwirtschaftlich geprägte Region. Es überwiegen kleine und mittlere Bauernhöfe, zudem gibt es zahlreiche Gutsbetriebe (in der Volksrepublik staatlich, heute wieder privat). In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde vor allem Getreide angebaut, meist Roggen, zudem Zuckerrüben und Kartoffeln. Im Küstenbereich und an den vielen Seen war die Fischerei ein wichtiger Erwerbszweig. Ab den 1840er Jahren wurden die Verkehrswege durch den Bau von Chausseen und Kreisstraßen erheblich verbessert, ab den 1870er Jahren folgte die Eisenbahn. Im Zuge der Industrialisierung entstanden vor allem Verarbeitungsbetriebe für landwirtschaftliche Erzeugnisse, Sägewerke und Ziegeleien. In der Zwischenkriegszeit wurde das Fischerdorf Gdingen/Gdynia zum Großhafen ausgebaut und eine Bahntrasse zum Kohletransport aus Oberschlesien errichtet.[10]

Nach dem Zweiten Weltkrieg enteignete die Volksrepublik die Gutsbesitzer und errichtete staatliche Großbetriebe, während die Kleinbauern ihre Höfe behalten konnten. Bis zum Ende des Sozialismus arbeitete ein großer Teil der Beschäftigten in der Landwirtschaft, seit den 1990er Jahren ist dieser Anteil gering. Die wichtigsten Arbeitgeber sind heute die großen Städte (v. a. Danzig und Gdingen). Erheblich zugenommen hat der Tourismus.[11]

Gesellschaft

Bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, teilweise auch bis 1945, waren Deutsche unter der Stadtbevölkerung und auch unter den Großbauern und Gutsbesitzern besonders stark vertreten. Die Bauernhöfe mittlerer Größe waren größtenteils in polnischer Hand, die Kaschuben besaßen v. a. kleine Betriebe und waren als Landarbeiter tätig. Der pommersche Teil der Kaschubei war deutsch geprägt, lediglich in einigen Ortschaften gab es eine starke polnisch-kaschubische Minderheit. Mit dem zunehmenden deutsch-polnischen Gegensatz, vor allem durch den Kulturkampf in den 1870er Jahren, bildete sich eine zweigeteilte Zivilgesellschaft heraus, die jeweils auf getrennten deutschen bzw. polnischen Organisationen beruhte.

Kultur

Religions- und Kirchengeschichte

Die meisten Deutschen waren Protestanten, die Polen und Kaschuben überwiegend Katholiken. Der Katholizismus spielt bis heute eine entscheidende Rolle für die kaschubische Identität. Es gab auch protestantische Kaschuben, vor allem in Hinterpommern, sowie katholische Deutsche, die oft kaschubische Wurzeln hatten. Im 19. Jahrhundert bildete sich aber die bis heute dominante Vorstellung heraus: Pole = Katholik, Deutsche = Protestant. Seit dem Zweiten Weltkrieg gibt es hier keine evangelische oder jüdische Gemeinde mehr.

Besondere kulturelle Institutionen

1956 wurde die Kaschubische Vereinigung (ab 1964: Kaschubisch-Pomoranische Vereinigung [*Zrzeszenie Kaszubsko-Pomorskie*]) gegründet, die sich aber auf die Pflege von Folklore und Bauernkultur beschränken musste und sich erst in den späteren Jahren der Volksrepublik der kaschubischen Identität widmen durfte. Heute ist sie die wichtigste Institution zur Pflege des kaschubischen Kulturerbes. Seit 1996 besteht in Danzig das Kaschubische Institut unter der Leitung von Prof. Dr. Józef Borzyszkowski, das u. a. eine rege Publikationstätigkeit betreibt. Es gibt zahlreiche kaschubische Museen, von denen der Kaschubische Ethnographische Park, ein 1906 gegründetes Freilichtmuseum in Sanddorf/Wdzydze, das bedeutendste ist.



Remus-Denkmal auf dem Marktplatz von Berent/Koscierzyna, 2011. Der Roman *Das abenteuerliche Leben des Remus* von Aleksander Majkowski (1876–1938) ist das bekannteste Werk der kaschubischen Prosa [Foto: R. Borchers].

Sprache und Literatur

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstand eine Bewegung zur Erhaltung der kaschubischen Volkskultur und Sprache. Sie trug erheblich zur Entwicklung einer Literatur bei, die v. a. aus Gedichten, Volksliedern, Legenden, Anekdoten und Märchen besteht. Der wichtigste kaschubische Roman mit dem Titel *Remus* stammt von Aleksander Majkowski.[12] Eine Standardisierung der Sprache gibt es bis heute nicht, sie besteht aus verschiedenen Dialekten. Das Kaschubische ist inzwischen als eigenständige westslawische Sprache anerkannt und hat in Polen den Status einer Regionalsprache, die seit den 1990er Jahren in Schulen unterrichtet wird und an der Universität Danzig studiert werden kann.

Gedächtnis- und Erinnerungskultur

Während in der zentralistischen Volksrepublik Polen regionale Identitäten nicht gepflegt wurden, kam es nach 1989 zu einem regelrechten Boom der kaschubischen Kultur. Die Kulturpflege hat inzwischen einen stark folkloristischen Charakter und spielt eine große Rolle bei der touristischen Vermarktung der landschaftlich reizvollen Region. Bei einer Befragung der Kaschuben um Putzig im Rahmen einer soziologischen Untersuchung im Jahr 2006 erklärten 80 %, dass sie sich in erster Linie als Polen fühlen. Das Kaschubische – die Sprache, die Kultur – bildet eine Art regionale "Subidentität" innerhalb der national-polnischen Identität.[13]

4. Diskurse/Kontroversen

Seit der Wende 1989 hat der Begriff "Kaschubei" im gesellschaftlichen Diskurs, als Identifikationspunkt für die Bewohner der Region und in der Wissenschaft eine breitere Bedeutung erlangt. In Polen gibt es Widerstände gegen diesen Trend, da Kritiker bezweifeln, ob es die Kaschuben als separate Gruppe überhaupt gibt und in der Stärkung regionaler Identitäten (ebenso in Schlesien) die Gefahr eines Separatismus sehen. Sie bedienen sich für die

Bezeichnung der Region eher des Begriffs "Pomorze". In Deutschland wurde die Kaschubei als Raum bislang noch nicht als eigenständiger Untersuchungsgegenstand betrachtet, die Forschung konzentriert sich auf die alten deutschen Provinzen Westpreußen und Pommern.

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Barbara Bojarska: Eksterminacja inteligencji polskiej na Pomorzu Gdańskim (wrzesień-grudzień 1939) [Die Vernichtung der polnischen Intelligenz in Pommerellen (September-Dezember 1939)]. Poznań 1972 (Badania nad okupacj, a niemieck, a w Polsce 12).
- Roland Borchers, Katarzyna Madoń-Mitzner (Hg.): Erinnerungen aus der Kaschubei. Erfahrungen und Identitäten 1920 –1939 – 1945. Oldenburg 2014 (Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 54).
- Miłosława Borzyszkowska-Szewczyk, Christian Pletzing (Hg.): Jüdische Spuren in der Kaschubei. Ein Reisehandbuch / Śladami żydowskimi po Kaszubach. Przewodnik. Gdańsk, Lübeck 2010.
- Józef Borzyszkowski, Dietmar Albrecht (Hg.): Kaschubisch-pommersche Heimat. Geschichte und Gegenwart / Pomorze – mała ojczyzna Kaszubów. Historia i współczesność. Gdańsk, Lübeck 2000.
- Gerard Labuda: Kaszubi i ich dzieje [Die Kaschuben und ihre Geschichte]. Gdańsk 1996.
- Gerard Labuda: Historia Kaszubów w dziejach Pomorza. Czasy średniowieczne [Die Geschichte der Kaschuben im Rahmen der Geschichte Pomeraniens. Mittelalter]. Gdańsk 2006.
- Bernhard Lauer, Hanna Nogossek (Hg.): Polen, Deutsche und Kaschuben. Alltag, Brauchtum und Volkskultur auf dem Gut Hochpaleschken in Westpreußen um 1900. Kassel 1997 (Ausstellungen im Brüder-Grimm-Museum, Große Reihe 4).
- Cezary Obracht-Prondzyński, Tomasz Wicherkiewicz (Hg.): The Kaszubs. Past and Present. Bern 2011.
- Marlena Porębska: Das Kaschubische. Sprachtod oder Revitalisierung? Empirische Studien zur ethnolinguistischen Vitalität einer Sprachminderheit in Polen. München 2006 (Slavistische Beiträge 452).

Periodika

- Acta Cassubiana (Jahrbuch, Gdańsk, 1999ff.)

Weblinks

- www.instytutkaszubski.pl (Kaschubisches Institut)
- www.kaszubi.pl (Kaschubisch-Pomeranische Vereinigung)
- www.muzeum-wdzydze.gda.pl (Kaschubischer Ethnographischer Park)
- www.muzeum.wejherowo.pl (Museum Kaschubisch-Pomeranischen Schrifttums und Musik)
- http://www.oei.fu-berlin.de/geschichte/team/borchers/Projekte/drittmittelprojekt_kaschubei.html ("Erinnerung und Identität in der Kaschubei" [2011–2013], Projekt am Osteuropa-Institut der FU Berlin)

Anmerkungen

[1] In der Bulle geht es um eine Schenkung an den Johanniterorden bei Stargard in Pommern. Unklar ist, ob Bogislaw I. (gest. 1187) oder sein Sohn Bogislaw II. (gest. 1220) gemeint ist. Gerard Labuda: Historia Kaszubów w dziejach Pomorza. Czasy średniowieczne [Die Geschichte der Kaschuben im Rahmen der Geschichte Pomeraniens. Mittelalter]. Gdańsk 2006, S. 38-40.

[2] Gerard Labuda: Historia Kaszubów w dziejach Pomorza. Czasy średniowieczne [Die Geschichte der Kaschuben im Rahmen der Geschichte Pomeraniens. Mittelalter]. Gdańsk 2006, S. 44-53.

[3] Włodzimierz Borodziej: Geschichte Polens im 20. Jahrhundert. München 2010, S. 105-110.

[4] Gerhard Olter: Niemcy na Pomorzu Gdańskim po 1945 roku [Die Deutschen in Pommerellen nach 1945]. In: Andrzej Chodubski, Andrzej Waśkiewicz (Hg.): Tożsamość kulturowa. Szkice o mniejszościach narodowych na Pomorzu Gd. 2 [Kulturelle Identität. Skizzen über nationale Minderheiten in Pommerellen 2]. Gdańsk 2002, S. 21-26.

[5] Cezary Obracht-Prondzyński: Kaszubi. Między dyskryminacją a regionalną podmiotowością [Die Kaschuben. Zwischen Diskriminierung und regionaler Identität]. Gdańsk 2002, S. 162.

[6] Hugo Rasmus: Pommerellen – Westpreußen 1919–1939. München 1989, S. 16-56.

[7] Stefan Ramułt: Słownik języka kaszubskiego, czyli pomorskiego [Wörterbuch der kaschubischen, also pomeranischen Sprache]. Kraków 1893, S. 30.

[8] Drugi powszechny spis ludności z dn. 9.XII 1931r. Województwo Pomorskie [Zweite Volkszählung vom 9.12.1931. Wojewodschaft Pommerellen]. Warszawa 1938, S. 30-34. Angaben für die Landkreise (inkl. Städte) Konitz, Karthaus, Berent und Seekreis (Neustadt, Putzig) ohne Gdingen, darunter auch nicht-kaschubische Gebiete dieser Landkreise, z. B. Teile der Koschneiderei. Gesamteinwohnerzahl 282.620.

[9] Karl Keller: Die fremdsprachige Bevölkerung in den Grenzgebieten des Deutschen Reiches. Berlin 1929, Tab. 1 und 2; Hans Fenske: Die Verwaltung Pommerns 1815–1945. Köln 1993, S. 11f.; Narodowy Spis Powszechy Ludności i Mieszkań 2002 [Nationale Zählung der Bevölkerung und der Wohnungen]. Główny Urząd Statystyczny, Warszawa 2002.

[10] Friedrich-Wilhelm Henning: Die wirtschaftliche Entwicklung auf dem Lande, in: Ernst Opgenoorth (Hg.): Handbuch der Geschichte Ost- und Westpreußens 3. Lüneburg 1998, S. 81-90.

[11] Jan Perszon: Kultura religijna jako element tożsamości Kaszubów [Religionskultur als Element der kaschubischen Identität]. In: Adela Kuik-Kalinowska, Daniel Kalinowski (Hg.): Wielkie Pomorze. Tożsamość i wielokulturowość [Groß-Pommern. Identität und Multikulturalität]. Gdańsk / Słupsk 2011, S. 53-56.

[12] Aleksander Majkowski: Das abenteuerliche Leben des Remus. Teil I, Deutsche Ausgabe. Köln 1988 [kaschubische Originalausgabe: Toruń 1938].

[13] Cezary Obracht-Prondzyński: Dilemmas of Modern Kashubian Identity and Culture. In: ders., Tomasz Wicherkiewicz (Hg.): The Kashubs – Past and Present. Bern 2011, S. 181-190.

Zitation

Roland Borchers: Kaschubei. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/55217.html (Stand 11.09.2014).

Kleinpolen → Galizien

Siehe Galizien

Komi Republik (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Königliches Preußen → Pommerellen/Westpreußen

Siehe Pommerellen/Westpreußen

Krain

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Krain

Anderssprachige Bezeichnungen

slow. Kranjska, engl. Carniola

Etymologie

Die Bezeichnung geht zurück auf den vorindogermanischen Begriff *Kar(n)* für Stein, Fels. Daher rührt der Name des Fürstentums Karantanien (lat. *Carantanum*) im heutigen Kärnten während des 7./8. Jahrhunderts und der dem Herzogtum Kärnten südlich vorgelagerten Mark Carniola, der „kleinen Carnia". Dieses Grenzland wurde in der Volkssprache *Creina marcha* genannt. Für die bereits ansässige slawischsprechende Bevölkerung hatte *creina*, *krajina* die Bedeutung von Landschaft und Grenzland.

2. Geographie

Lage



Laibach, gezeichnet, in: „Malerische Ansichten aus Krain" (1842–1848), litographiert und herausgegeben von Joseph Wagner (1706–1780).



Wagners „malerische Ansicht“ von Krainburg.

Mit den Städten Laibach/Ljubljana und Krainburg/Kranj bildete Krain über Jahrhunderte hinweg den Mittelpunkt des slowenischen Sprachgebietes. Im Norden wird es durch die Karawanken und die Steiner Alpen begrenzt, im Süden durch die slowenisch-kroatische Staatsgrenze (entlang des Flusses Kulpa [*Kolpa*]), die den südlich von Laibach ansteigenden Hochwald durchschneidet. Westlich des Triglav (der mit 2.864 m höchsten Erhebung Sloweniens) geht Krain in bewaldetes Karstgebiet über, das zum slowenischen Küstenland (*Primorska*) zählt; im Nordosten verläuft die Abgrenzung zwischen Krain und der slowenischen Steiermark (Untersteiermark, *Štajerska*) von den Steiner Alpen ausgehend dem Verlauf des Flusses Save (*Sava*) folgend bis zur slowenisch-kroatischen Grenze entlang einer Linie von Nordwesten nach Südosten.

Topographie

Krain lässt sich topographisch sinnvoll in drei Gebiete unterteilen. Erstens: Oberkrain (*Gorenjska*) im Norden einschließlich Laibach ist geprägt von der Gebirgswelt der Julischen Alpen. Seit 1981 besteht hier der Triglaver Nationalpark. In unmittelbarer Nähe, rund um Aßling/Jesenice, sind Auswirkungen der Industrialisierung während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts unübersehbar (Eisen- und Kohlebergbau). Zweitens: Innerkrain (*Notranjska*) im Südwesten verfügt über kein städtisches Zentrum. Im Westen Innerkrains orientiert man sich eher am venezianisch geprägten Koper (slow.)/Capodistria (ital.), im Osten eher an Laibach. Als Unterzentren in dieser Region können Loitsch/Logatec, Adelsberg/Postojna und Zirknitz/Cerknica gelten. Geomorphologisch ist Innerkrain vom Karst geprägt, also von zerklüfteter Felsen- und Höhlenlandschaft, die etwa 15.000 Grotten umfassen soll (gut 6.000 davon gelten als erkundet). Die porösen Böden Innerkrains sind landwirtschaftlich wenig ergiebig. Drittens: Südlich von Laibach, zwischen Innerkrain und Untersteiermark (*Štajerska*), erstreckt sich Unterkrain (*Dolenjska*), eine hügelige, reich bewaldete, überwiegend agrarisch geprägte Gegend. Von ihrer früheren Funktion als Grenzland (zur Abwehr von Angriffen aus dem Osmanischen Reich) zeugen zahlreiche Burgen, Schlösser und Wehrkirchen. Innerhalb Unterkrains weisen die Gottschee und Weiß-Krain (*Bela Krajina*) Spezifika auf. Das Gottscheegebiet, schwer zugänglicher Hochwald mit dem städtischen Zentrum Gottschee/Kočevje, wurde über sechs Jahrhunderte hinweg (bis zu ihrer Aussiedlung auf Befehl Adolf Hitlers [1889–1945] Ende 1941) von der Anwesenheit deutschsprachiger Siedler geprägt. Im südöstlichen Grenzgebiet, in dem kaum Gottscheedeutsche lebten, mit den Zentren Möttling/Merling/Metlika und Tschernembl/Črnomelj, spricht man von Weiß-Krain, der *Bela Krajina*, wo lichte Birkenwälder und das wohl wärmste, stabilste Kontinentalklima Sloweniens dominieren.

3. Geschichte und Kultur

Symbolik

Zunächst roter, unter den Habsburgern seit 1335 blauer, nach links blickender Adler mit goldener Krone, rotem Schnabel und roter Zunge sowie rot-goldgelb geschachteter Brustspange, in der Regel auf goldgelbem Grund dargestellt; Landesfarben Blau und Gold.

Vor- und Frühgeschichte

Archäologische Funde zeugen davon, dass Krain seit der Altsteinzeit immer wieder besiedelt war, wobei diese Kulturen Randgebiete umfangreicherer Siedlungszentren im Donau- und Adriaraum darstellten. Auch der mit der Jungsteinzeit verbundene revolutionäre Wandel vom Jagen und Sammeln zu Ackerbau und Viehzucht ist mit Siedlungsspuren bei Cilli/Celje, Igg/Ig und Laibach nachgewiesen. In der älteren Eisenzeit erreichte die Besiedlung wohl schon Ausmaße wie zu Beginn des Mittelalters. Seit dem 4. Jahrhundert v. Chr. beeinflusste keltische La-Tène-Kultur die Region. Die norischen Kelten errichteten das *Regnum Noricum* und ließen bei Celeia, dem späteren Cilli, ihre Silbermünzen prägen. Seit dem 2. Jahrhundert v. Chr. unterhielt das norisch-keltische Königreich Handelskontakte mit dem *Imperium Romanum*. Dieses wurde politisch, militärisch, wirtschaftlich und kulturell in der Adria-Region immer dominanter, ehe es 10 v.Chr. das Königreich der norischen Kelten kampflos inkorporierte. Die folgende, vierhundertjährige Romanisierung führte in Krain zu einem enormen Entwicklungsschub. Es entstanden Legionssiedlungen, Veteranen ließen sich nieder, die Bevölkerungsdichte stieg, zahlreiche Dörfer und Straßen wurden gebaut; mit der *Via Gemina* entstand eine wichtige Handelsstraße von Aquileia in Richtung Osten; Emona an der Stelle des heutigen Laibach, Celeia und Poetovium (aus dem Pettau/Ptuj hervorging) bildeten die wichtigsten städtischen Zentren und seit der Christianisierung von Rom beziehungsweise Aquileia aus fungierten sie als Bischofssitze. Nach dem Vorbild der römischen Provinzialverwaltung entstand die kirchliche Organisation der Diözesen.

Seit Ende des 4. Jahrhunderts hielt das römische Verteidigungssystem nicht mehr stand. Das Machtvakuum, welches der Zusammenbruch des Weströmischen Reiches hinterließ, füllten in Krain vorübergehend Westgoten, Ostgoten, Hunnen, Langobarden und Awaren.

Mittelalter

Zusammen mit den Awaren, turksprachigen Nomaden, erreichten auch slawischsprechende, Sesshaftigkeit anstrebende und in kleinen Sozialverbänden lebende ‚Kriegerbauern' die Region. Ihre Ansiedlung erfolgte zunächst vom Norden her über die Ostalpen, danach, vor allem im 6. Jahrhundert, auch aus südöstlicher Richtung. Die Landnahme vollzog sich prozessual, unkoordiniert und ohne zentrale Steuerung. Allerdings führte die „Slawisierung des flachen Landes" (Edgar Hösch) zu einem massiven Bevölkerungsaustausch und im Zuge dessen zu einer Neugestaltung der Sprach- und Kulturverhältnisse. Die Slawen assimilierten sich nicht, sondern behielten ihre Mundarten und Lebensweise bei; ihre Immigration erwies sich als dauerhaft.

Im 7. Jahrhundert gehörten die Krainer Slawen zu den Untertanen des Fürstentums Karantanien, welches infolge der awarischen Bedrängung im 8. Jahrhundert zu einem von Franken beziehungsweise Bayern abhängigen Klientelfürstentum abstieg. Ehe es in Krain zu einer eigenständigen Machtbildung kam, wurde auch diese Region als Grenzland zur Sicherung und Strukturierung des unter Karolingern und Ottonen entstehenden Heiligen Römischen Reiches (Deutscher Nation) eingegliedert. Davon zeugen die Christianisierung der Slawen von Salzburg (bis zur Drau/Drava) und von Aquileia (südlich des Drau-Flusses) aus, gegen die es teils massive Widerstände in der Bevölkerung gab, und die Schenkungen kaiserlichen

Besitzes an weltliche und geistliche Kronvasallen. Dabei erwarben vor allem bayerische Bistümer umfangreichen Grundbesitz in Krain. In den *Fränkischen Reichsannalen* des Jahres 820 werden die *Carniolenses*, die Carniolenser, als Bewohner des Grenzlandes *Carniola* bezeichnet. Mit dieser Inkorporation entstand eine Sozialstruktur, die bis ins 19. Jahrhundert reproduziert und mit dem Aufkommen der Ideen des Nationalismus und der Demokratie problematisch wurde: Die Oberschichten waren überwiegend deutschsprachig, die Unterschichten waren überwiegend slawisch- beziehungsweise slowenischsprachig (s. auch „Bevölkerung, Gesellschaft und Religion“).

Die Angriffe der Magyaren in der ersten Hälfte des 10. Jahrhunderts unterbrachen diese Neustrukturierung und stellten sie einige Jahrzehnte lang in Frage. Danach sicherten – von Westen nach Osten – die Mark Verona, die Mark Istrien, die Mark Krain, die Mark an der Sann, die Mark an der Drau und die Karantaner Mark die südöstliche Grenze des Heiligen Römischen Reiches. Nach innen hatten die Markgrafen die Grundherrschaft und das System des Feudalismus zu stabilisieren. Krain wurde wirtschaftlich und strategisch so attraktiv, dass der ambitionierte böhmische König Otokar Přemysl II. (um 1232–1278) es in den siebziger Jahren des 13. Jahrhunderts temporär okkupierte. Die aufstrebenden Habsburger, die den Höhenflug des Přemysliden beendeten, übernahmen Laibach im Jahr 1278 und das Land Krain 1335. Für die nächsten gut 580 Jahre blieb Krain habsburgisch. Im Jahr 1364 erhoben die Habsburger es zum Herzogtum.

Neuzeit

Die Bevölkerung Krains litt unter den militärischen Auseinandersetzungen der Habsburger mit den Fürsten von Cilli, die 1456 ausstarben. Sie fühlte sich Ende des 15. Jahrhunderts zu wenig geschützt vor den zahlreichen Angriffen aus dem Osmanischen Reich. Die Stände Krains beschwerten sich und forderten mehr Unterstützung gegen die „Türkengefahr“. Auch die ungarischen Söldnerheere des Matthias Corvinus (1443–1490), der 1485 Wien erobert hatte, verwüsteten Krain. Nur der überraschende Tod dieses Königs von Ungarn rettete die Habsburger. Sie stabilisierten den Südosten ihres Herrschaftsgebietes, indem sie die Länder Steiermark, Kärnten, Krain, Görz und Istrien zu Innerösterreich zusammenfassten und seit 1564 mit Hilfe der innerösterreichischen Zentralverwaltung regierten.



Österreich-Ungarn 1910: Krain (rot) als Kronland der Habsburgermonarchie.

In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts ordnete Maria Theresia (1717–1780) eine Verwaltungsreform an. Die innerösterreichische Zentralverwaltung wurde aufgelöst, die Länder Kärnten, Steiermark und Krain wurden zu einem Gubernium zusammengeschlossen, das von Graz aus regiert wurde. Nach der Niederlage Österreichs im fünften Koalitionskrieg

1809 ließ Napoleon (1769–1821) von der nördlichen Adria bis zur Bucht von Cattaro die sogenannten Illyrischen Provinzen einrichten, denen auch Krain zugeschlagen wurde. Nach Abzug der Franzosen wurde Laibach zum Verwaltungszentrum der Länder Kärnten und Krain, die fortan zu einem Gubernium zusammengefügt wurden. Während des Vormärz entwickelte sich hier eine kleine slowenische Nationalbewegung, die 1848 ein ethnisch begründetes Nationalprogramm vorlegte.

Nach der Niederschlagung der Revolution 1848/1849 arrangierten sich die Repräsentanten der slowenischen Nationalbewegung rasch mit den monarchischen und gegenrevolutionären Kräften sowie mit dem Neoabsolutismus der 1850er Jahre. (s. auch „Bevölkerung, Gesellschaft und Religion“)

Zeitgeschichte



Blick auf den Triglav. Briefmarke, ausgegeben anlässlich der Eingliederung okkupierter Gebiete, darunter Teile der Oberkrain, ins Deutsche Reich (Erstausgabetag 29. September 1941).

Im Zuge der Gründung des ersten jugoslawischen Staates nach dem Ersten Weltkrieg ging das Land Krain im Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen auf. Bis zur Zerstörung Jugoslawiens durch Hitler-Deutschland im April 1941 prägte ein slowenisches *nation building*, in dem die Raumvorstellung von Krain aufgehoben wurde, die Region. Dementsprechend wurde die am 12. November 1920 in Rapallo geregelte Abtretung nicht nur des Küstenlandes, sondern auch des Westens Oberkrains und Innerkrains an Italien als Verlust „slowenischen Landes“ kommuniziert (nach dem Zweiten Weltkrieg erhielt Slowenien diese Gebiete zurück).

Mit der Zerschlagung Jugoslawiens spaltete die deutsch-italienische Okkupation Krain erneut. Hitler befahl, die von Deutschland okkupierten Gebiete, die Untersteiermark und den Norden Oberkrains, „wieder deutsch zu machen“, Laibach und das übrige Krain überließ er Italien. Auch die Gottschee lag im italienischen Besatzungsgebiet. Somit bedeutete die Losung „Heim ins Reich“ für die Gottscheedeutschen Aussiedlung und *finis mundi*. Das dezentrale, überföderalisierte zweite Jugoslawien der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ließ Platz für eine zunehmende slowenische Eigenständigkeit, die 1991 zur Unabhängigkeitserklärung der Republik Slowenien führte. Krain wurde nicht mehr Verwaltungseinheit, es blieb ein historischer Begriff, überwölbt vom slowenischen nationalen Diskurs.

Bevölkerung, Gesellschaft und Religion

Im Zuge der nachkarolingischen Kolonisation kamen auch deutschsprachige Bauern und Handwerker nach Krain. Die markanteste Kolonisationsleistung stellt die Erschließung der Gottschee seit Beginn des 14. Jahrhunderts dar.

Die zahlreichen Bauernaufstände im 15./16. Jahrhundert, die alle brutal niedergeschlagen wurden, zeigen, dass die größtenteils slawisch- beziehungsweise slowenischsprachige Landbevölkerung mit den Verhältnissen unter innerösterreichischer Verwaltung nicht zufrieden war. Allerdings gingen die meisten und größten Bauernaufstände vom Gottscheegebiet aus; die Aufstände waren also im Wesentlichen nicht national (Slowenen vs. Deutsche), sondern sozial motiviert (Bauer vs. Grundherr).

Die Resonanz, welche die Reformation seit den 1520er Jahren in Krain fand, weist darauf hin, dass auch viele Vertreter der katholischen Kirche sowie des weltlichen und geistlichen Adels die Habsburger schwächen oder ganz abschütteln wollten. Der Landeshauptmann und die Stände förderten die Gründung einer protestantischen Schule in Laibach. Die Landeskirche schloss sich der Reformation an. Der Prediger Primus Truber (1508–1586) war begeistert von der Idee, die Heilige Schrift in den Sprachen der Bevölkerung zu vermitteln. Seine Übersetzungen bilden die ersten Bücher, die in „windischer“ oder alt-slowenischer Sprache 1550 und 1555 gedruckt wurden. Der Leiter der protestantischen Schule, Adam Bohoritsch (um 1520–1598), schrieb auf Lateinisch die erste Grammatik für slawische Sprachen unter Berücksichtigung der „windischen“ Sprache; sie erschien 1584. Im gleichen Jahr wurde die komplette Bibelübersetzung von Georg Dalmatin (um 1547–1589), Trubers Nachfolger als Prediger, in „windischer“ Sprache gedruckt; diese Bibel diente noch den Philologen des 18./19. Jahrhunderts als Orientierung bei der Kodifizierung der slowenischen Schriftsprache.

Auf Dauer wollten die Habsburger den Protestantismus nicht dulden. Von etwa 1580 bis 1630 ließen sie die Region rekatholisieren. Etwa 750 Adlige verließen Innerösterreich, davon 104 aus Krain. Die Rekatholisierungskommissionen ließen Tausende von protestantischen Büchern verbrennen. Die Gegenreformation unterbrach die Weiterentwicklung der slowenischen Schriftsprache für fast zweihundert Jahre.

Die josephinische Kirchen- und Schulpolitik der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts lenkte unweigerlich die Aufmerksamkeit auf die Sprachverhältnisse im Land und die Notwendigkeit, die „windische“ oder „crainerische“ Sprache zu pflegen. So bestand zum Beispiel der Laibacher Bischof Karl von Herberstein (1719–1787) in den 1780er Jahren darauf, nur Pfarrer zu weihen, die auch in der Sprache der slawischen Gläubigen frei predigen konnten. Zwar blieben die Behörden in Graz und Wien dabei, dass Deutsch generell Unterrichtssprache sei. Doch in den dörflichen Sonntags- und Trivialschulen mussten die Kinder zunächst in ihrer Umgangssprache erreicht werden. Im Rahmen einer neuartigen „Vaterländerei“ (Josef Matl) erarbeiteten Gelehrte, Geistliche und Schriftsteller Wörterbücher, Grammatiken, Fibeln, Schulbücher und erste Zeitungen, mit denen die slowenische Schriftsprache gesichert und weiterentwickelt wurde. Gefördert wurde dies auch in den Illyrischen Provinzen: Für knapp vier Jahre erlebten die Krainer Bürgerliches Gesetzbuch, einheitliches Steuersystem, Gewerbefreiheit und allgemeine Wehrpflicht. Verwaltungssprache wurde Französisch, unterrichtet wurde aber auf ‚Slovenzisch‘.

Nach 1813 war die Entwicklung Krains von wirtschaftlicher Stagnation, politischer Unterdrückung und lebhafter Pflege der slowenischen Sprache geprägt. Dies führte bis Mitte des 19. Jahrhunderts einerseits zur Kodifizierung der slowenischen Sprache (in Abgrenzung zur

kroatischen Sprache), andererseits zur Veränderung und Erweiterung des krainischen Landespatriotismus zu einem slowenischen Nationalbewusstsein. Die Zeitschrift *Carniolia*, die von 1838 bis 1844 als *Vaterländische Zeitschrift und Unterhaltungsblatt für Kunst, Literatur, Theater und geselliges Leben* in Laibach erschien, ist Ausdruck des Versuchs, eine übernationale, patriotische Loyalität zu Krain zu fördern. Mit diesem Ziel scheiterten Herausgeber und Verleger, Leopold Kordesch (1808–1879), Franz Hermann von Hermannsthal (1799–1875) und Josef Blasnik (1800–1872), aber *Carniolia* belegt deutsch-slowenisches Miteinander und deutsch-slowenische Wechselbeziehungen vor der nationalen Konfrontation. Diese kam landesweit erstmals während der Revolution von 1848 in der Petitionsbewegung für ein „Vereintes Slowenien“ zum Ausdruck, die auf die Vereinigung der Slowenen in einem eigenen Königreich (innerhalb der Habsburgermonarchie) mit eigenem Landtag und slowenischer Verwaltungs- und Unterrichtssprache zielte.

Die Lockerung von Zensur und Vereinsrecht nach dem Ende des Neoabsolutismus 1859 sowie die Liberalisierung seit 1867 beschleunigten die nationale Differenzierung, wobei die slowenisch-nationalen Kräfte bis Ende der 1860er Jahre konservativ-katholisch ausgerichtet blieben, die deutschnationalen überwiegend liberal orientiert waren. Nach dem Vorbild der tschechischen Nationalbewegung veranstalteten sogenannte „Jungslowenen“, die sich gegenüber den „Altslowenen“ radikaler und liberal gaben, von 1868 bis 1871 nationalpolitische Versammlungen unter freiem Himmel (*tabori*). Damit setzte die politische Differenzierung der slowenischen Nationalbewegung, die den Laibacher Gemeinderat seit 1882 und den Landtag von Krain seit 1883 dominierte, ein. Mehr als in den Nachbarländern gelang der slowenischen Nationalbewegung in Krain eine Art Slowenisierung des öffentlichen Lebens. Im Jahr 1895 erschütterte ein schweres Erdbeben die Landeshauptstadt. Bürgermeister Ivan Hribar (1851–1941) setzte bei der notwendigen Erneuerung nationale Akzente, um aus Laibach Ljubljana zu machen. Allerdings: Alle drei politischen Richtungen der slowenischen Nationalbewegung, die in Krain präsent waren – konservativ-klerikale, liberale und sozialdemokratische Kräfte – hielten bis gegen Ende des Ersten Weltkriegs an ihrer Loyalität zur Dynastie der Habsburger fest.

Den die nationalen Konfrontationen verschärfenden Umgangssprachenstatistiken zufolge ging in Krain von 1880 bis 1910 die Zahl der Deutschen von 29.392 auf 27.915 zurück (Bevölkerungsanteil von 6,2 % auf 5,4 %). In Laibach sank demnach der Bevölkerungsanteil der ‚Deutschen‘ in der gleichen Zeit von 21 auf 14 % (die Zahlen dürfen nicht überbewertet werden; die Angabe der Umgangssprache entschied über die Zugehörigkeit zu einer Nationalität; dabei durften die Familienvorstände nur eine Sprache pro Person angeben, was der weitverbreiteten Mehrsprachigkeit in Krain und der Habsburgermonarchie insgesamt nicht gerecht werden konnte.[1]

Den Volkszählungen 1921 und 1931 zufolge ging der Anteil deutscher Muttersprachler wegen Abwanderung und Assimilation im slowenischen Landesteil Jugoslawiens von 41.514 auf 28.998 zurück. Zudem ordnete Hitler 1941 die Beendigung der gottscheedeutschen Besiedlung an; knapp zwölftausend Gottscheedeutsche zogen um ins Ranner Dreieck nördlich des Flusses Gurk (*Krka*), weniger als hundert blieben zurück. Nach dem Zweiten Weltkrieg bekannten sich bei der Volkszählung von 1948 im slowenischen Landesteil des zweiten jugoslawischen Staates nur noch 2.406 Personen als deutsche Muttersprachler (1.824 Deutsche und 582 Österreicher); die Zahl sank in den folgenden Jahrzehnten auf unter 800 (1953: 1.907; 1961: 986; 1971: 700; 1981: 546; 1991: 745.[2]

Wirtschaft

Die Entwicklung der Mark Krain wurde begünstigt durch den Handel über die Bernsteinstraße von Aquileia nach Pettau (weiter Richtung Kroatien und Bosnien). Die „Herren von Krain“, wie sich die Markgrafen aus den Geschlechtern der Babenberger und der Spanheimer nannten, förderten seit dem 11. Jahrhundert die Landwerdung und den Landesausbau Krains: sie sicherten die Grenzen und sorgten für eine Festigung der Herrschaft und Verwaltung; sie trieben den Wegebau sowie den Ausbau von Märkten und Städten voran. An der Stelle der römischen Siedlung Emona entstand im 12./13. Jahrhundert die Stadt Laibach und wurde zum politischen und wirtschaftlichen Mittelpunkt des Landes.

Der Niedergang der Republik Venedig Anfang des 17. Jahrhunderts schadete Krain wirtschaftlich; der überregionale Handel ließ deutlich nach. Die Verlegung der Residenz von Graz nach Wien im Jahr 1619 ist ein äußerliches Zeichen der sozialökonomischen Peripherisierung Krains und seiner Nachbarländer. Auf die Verelendung immer größerer Bevölkerungskreise reagierte der absolutistische Staat mit Disziplinierung und merkantilistischer Wirtschaftspolitik. Der Merkantilismus verlieh der wirtschaftlichen Entwicklung Innerösterreichs einige Impulse, wobei ein Nord-Süd-Gefälle erhalten blieb. Im krainischen Idria/Idrija, wo seit 1493 Quecksilber gefördert wurde, entstand seit den 1740er Jahren der weltweit größte Lieferant von Quecksilber. In Laibach stieg die Zahl vermögender Großkaufleute, Verleger und Spediteure signifikant an. Die nach 1750 beginnende Trockenlegung des Laibacher Moores ist ebenfalls Ausdruck einer gewissen wirtschaftlichen Belebung, die aber schwächer als in den nördlichen Nachbarländern blieb.

Die josephinischen Reformen der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts brachten einige Erleichterungen für die Landbevölkerung: Das Bauernlegen wurde verboten, die Fron- beziehungsweise Robotdienste begrenzt, die Leibeigenschaft wurde aufgehoben, die Bewegungsfreiheit erweitert. Mit Hilfe „Ökonomischer Gesellschaften“ versuchte man die Landwirtschaft zu modernisieren. Die Transformation von der Agrar- zur Industriegesellschaft erfolgte in Krain während des oben angesprochenen *nation building* zwischen den beiden Weltkriegen. Auch im zweiten Jugoslawien zählte Krain zu den am höchsten entwickelten und am besten strukturierten Regionen des Gesamtstaates.

Gedächtnis-und Erinnerungskultur

Die slowenische Nationalbewegung hat bereits Mitte des 19. Jahrhunderts „krainerisch“ durch „slowenisch“ ersetzt. Nach 1918 hat die Geschichtsschreibung, die auf der krainischen Landesgeschichte basierte, diese neu definiert. Sie thematisierte die germanizacija „slowenischer Gebiete“ in der Vergangenheit, sie schrieb slowenische Nationalgeschichte und lehnte dabei auch das Projekt einer jugoslawischen Historie ab.[3] Es scheint, als hätte sich die historische Zunft im zweiten jugoslawischen Staat intensiver als vor 1941 in die jugoslawische Geschichtswissenschaft integriert. Das Bewusstsein slowenischer Eigenart blieb jedoch erhalten. Ohne größere Friktionen hat die historische Zunft ab 1991 die slowenische Eigenstaatlichkeit als Erfüllung der nationalen Forderungen von 1848 legitimiert.[4] Für die Erinnerung an Krain blieb und bleibt dabei nicht viel Raum. Allerdings kennt die interessierte Öffentlichkeit die Zeitschrift *Kronika* (Chronik), die seit 1952 regionalgeschichtliche Beiträge publiziert, auch über Akteure, Ereignisse und Entwicklungen aus der Geschichte des Landes Krain.

Wohl am stärksten popularisiert wurden die Bezeichnungen „Krain“ und „Oberkrain“ lange Zeit durch die Musik der „Original Oberkrainer“. Allerdings hat die traditionelle Volksmusik der Region mit diesem Anfang der 1950er Jahre kreierten Musikstil nicht viel gemeinsam.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Mitja Ferenc, Joachim Hösler (Hg.): Spurensuche in der Gottschee. Deutschsprachige Siedler in Slowenien. Potsdam 2011 (Potsdamer Bibliothek Östliches Europa – Geschichte).
- Harald Heppner (Hg.): Slowenen und Deutsche im gemeinsamen Raum. Neue Forschungen zu einem komplexen Thema. München 2002 (Buchreihe der Südostdeutschen Historischen Kommission 38).
- Edgar Hösch: Geschichte der Balkanländer. Von der Frühzeit bis zur Gegenwart. München 1995.
- Joachim Hösler: Slowenien. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Regensburg 2006 (Ost- und Südosteuropa – Geschichte der Länder und Völker).
- Joachim Hösler: Von Krain zu Slowenien. Die Anfänge der nationalen Differenzierungsprozesse in Krain und der Untersteiermark von der Aufklärung bis zur Revolution, 1768 bis 1848. München 2006 (Südosteuropäische Arbeiten 126).
- Jože Korinšek (Hg.): Entdecken Sie Slowenien! Übersetzung aus dem Slowenischen von Wolfgang Zitta. Ljubljana 1995.
- Marco Kranjc: Kulturschock Slowenien. Bielefeld 2009.
- Josef Matl: Südslawische Studien. München 1965.
- Mira Miladinović-Zalaznik: Deutsch-slowenische literarische Wechselbeziehungen. Ljubljana 2002.
- Dušan Nećak (Hg.): Die „Deutschen“ in Slowenien (1918–1955). Kurzer Abriß. Ljubljana 1998.
- Klaus Detlef Olof, Miloš Okuka (Hg.): Traumreisen und Grenzermessungen. Reisende aus fünf Jahrhunderten über Slowenien. Klagenfurt 1995.
- Petra Rehder: Slowenien. München 1999 (beck’sche reihe länder).
- Peter Štih, Vasko Simoniti, Peter Vodopivec: Slowenische Geschichte. Gesellschaft – Politik – Kultur. Aus dem Slowenischen übersetzt von Michael Kulnik. Graz 2008.
- Johann Weichard Freiherr von Valvasor: Die Ehre des Herzogthums Krain. I. und II. Band. Laibach und Nürnberg 1689; 2., unveränderte Auflage. Hg. von Janez Krajec, Vincenz Novak und Josef Pfeifer. Rudolfswerth 1877–1879.
- Krista Zach, Mira Miladinović Zalaznik (Hg.): Querschnitte. „… Der wissendlich Romanen für Historien ausgibt …“. Deutsch-slowenische Kultur und Geschichte im gemeinsamen Raum. München 2001.

Weblinks

- http://kronika.zrc-sazu.si (Homepage der slowenischsprachigen Zeitschrift *Kronika* für slowenische Regional- und Lokalgeschichte)
- www.slovenia.info/de (Offizielles deutschsprachiges Portal der slowenischen Tourismuszentrale)

Anmerkungen

[1] Hösler: Von Krain zu Slowenien, S. 67 ff.

[2] Nećak: Die „Deutschen“ in Slowenien, S. 102.

[3] Siehe zum Beispiel Dragotin Lončar: Politično življenje Slovencev [Das politische Leben der Slowenen]. Ljubljana 1921; Josip Mal: Zgodovina slovenskega naroda [Die Geschichte der slowenischen Nation].Celje 1928/29; Fran Zwitter: Prebivalstvo na Slovenskem

od XVIII. stoletja do današnih dni [Die Bevölkerung in Slowenien vom 18. Jahrhundert bis zu den heutigen Tagen]. Ljubljana 1936; Francè Škerl: Ljubljana v prvem desetletju ustavne dobe 1860-1869 [Laibach im ersten Jahrzehnt der Verfassungszeit, 1860-1869]. Ljubljana 1938.

[4] Siehe zum Beispiel Janko Prunk: Slovenski narodni vzpon. Narodna politika (1768–1992) [Der slowenische nationale Aufstieg. Die nationale Politik, 1768–1992]. Ljubljana 1992; Ders.: Slowenien. Ein Abriss seiner Geschichte. Ljubljana 1996 [zahlreiche Auflagen und Übersetzungen]; vgl. auch Štih/Simoniti/Vodopivec: Slowenische Geschichte.

Zitation

Joachim Hösler: Krain. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2015. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32564 (Stand 12.02.2015).

Kreischgebiet (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Krim (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Krotoszyn (Fürstentum) (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Kuhländchen (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Kurland (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

L

Lauenburg und Bütow (Lande)

1. Toponymie

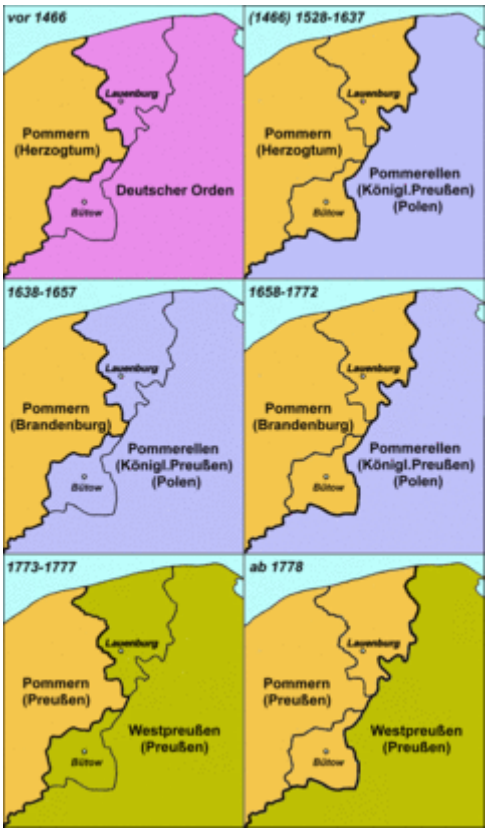
Mit den Landen (= Ländern) Lauenburg und Bütow (*Ziemia lęborsko-bytowska*) wird ein historisches Territorium bezeichnet, das die Städte Lauenburg/Lębork und Bütow/Bytów sowie deren Umland umfasst. Beide Städte, nach denen dann wiederum das umliegende Land benannt wurde, haben ihren Namen von dem jeweiligen Fluss erhalten, an dem sie entstanden sind: der Leba (*Łeba*) bei Lauenburg (1338/39: *Lewinburg*) beziehungsweise der Bütow (*Bytowa*) bei Bütow (1329: *dominium et castrum Butowe*; 1346: *terra butowe* und *stad* Butaw; 1999 amtlicher kaschubischer Name: *Bëtowò*).

2. Geographie

Die Lande Lauenburg und Bütow liegen im äußersten Osten Hinterpommerns. Sie bilden in historischer Sicht ein Bindeglied zwischen Pommern und Pommerellen, waren aber voneinander durch die Landvogtei – den späteren Kreis – Stolp/Słupsk in Pommern getrennt. Der ursprüngliche Zentralort im Land Lauenburg war die pomoranische Burg Belgard an der Leba/Białogarda (kaschubisch: Biôłogarda), deren Funktion in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts von der im Urstromtal der Leba, einem Ostseezufluss, neu gegründeten Stadt Lauenburg übernommen wurde. Lauenburg markierte eine wichtige Station für die bedeutsame hansische Handelsstraße zwischen Stolp und Danzig/Gdańsk. Bütows Lage ist ähnlich charakterisiert – im Tal der ursprünglich stark versumpften Bütow, einem Nebenfluss der Stolpe (*Słupia*), entwickelte sich die Stadt ebenfalls seit der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts an einem der wenigen passierbaren Straßenübergänge über den Fluss und war damit am Rande des Baltischen Landrückens von großer strategischer Bedeutung an einer alten Handels- und Heerstraße. Westlich von Bütow gab es ein ursprünglich selbstständiges Land, dessen Zentrum die Burg in Tuchen/Tuchomie war. Das Land Tuchen wurde im Spätmittelalter vom Deutschen Orden in das Land Bütow integriert, nachdem die dortige Ordensburg fertiggestellt war.

Das Land beziehungsweise der spätere Kreis Lauenburg liegt an der Ostseeküste zwischen dem Lebasee (*Jezioro Łebsko*) im Westen und dem Zarnowitzer See (*Jezioro Żarnowieckie*) im Osten. Die Leba teilt, bevor sie nach Norden in Richtung Ostsee fließt, das Land in einen südlichen, von der Endmoräne, und einen nördlichen, von der Grundmoräne geprägten Teil. Der Kreis Lauenburg hatte eine Fläche von 1.289 km² und 1939 knapp 64.000 Einwohner, wovon fast ein Drittel in Lauenburg wohnte. In der Kleinstadt Leba lebten zu diesem Zeitpunkt gut 2.800 Einwohner. Der Kreis Bütow war mit einer Fläche von 617 km² der kleinste Landkreis in der Provinz Pommern bis 1945. Von den 24.000 Einwohnern 1939 lebten mehr als die Hälfte in der einzigen Stadt Bütow.[1] Das Land Bütow wird von einer wald- und seenreichen Hügellandschaft charakterisiert, die zur Endmoräne, dem Baltischen Landrücken, gehört; deren höchster Punkt ist hier der Schimmritzberg (*Siemierzycka Góra*) mit 256 m über NN. In kirchlicher Hinsicht gab es bis zur Reformation einen markanten Unterschied zwischen Lauenburg und Bütow: Während das letztgenannte Gebiet zum Bistum Cammin gehörte, war Lauenburg Teil des Bistums Kujawien mit Sitz in Leslau/Włocławek.

3. Geschichte und Kultur



Historisch wechselnde Zugehörigkeit der Lande Lauenburg und Bütow. [Kartenserie: Klaus-Dieter Kreplin, Herdecke].

Die Lande Lauenburg und Bütow wurden von einer bewegten Geschichte zwischen Pommerellen, Polen, dem Deutschen Orden, den askanischen Markgrafen und den pommerschen Herzögen geprägt. Sie sind Teil des ursprünglichen Siedlungsraumes der Pomoranen. Seit der Herausbildung eines westlichen Stammesherzogtums, dem späteren Pommern, und eines östlichen Stammesherzogtums, dem späteren Pommerellen, im Laufe des 12. Jahrhunderts waren beide Gebiete zu Grenzlandschaften geworden. Während der Lauenburger Raum bis ins 13. Jahrhundert von den Samboriden, dem pommerellischen Herrschergeschlecht, behauptet wurde, war der Bütower Raum bereits früh an die im Bereich Schlawe/Sławno-Stolp herrschenden Ratiboriden, eine Nebenlinie des Greifenhauses, gefallen. Nach dem Aussterben der Samboriden 1294 geriet der gesamte Bereich zwischen Stolp und Danzig für anderthalb Jahrzehnte unter die Oberhoheit der Markgrafen von Brandenburg, ehe diese 1309 fast ganz Pommerellen an den Deutschen Orden abtraten. Darunter fiel auch Lauenburg, während Bütow erst 1329 auf Umwegen an den Orden gelangte. 1341 verlieh der Orden als neuer Landesherr zunächst Lauenburg, 1346 dann auch Bütow eine Handfeste nach Kulmer Recht. In beiden Städten entstanden Ende des 14. Jahrhunderts Ordensburgen, die im Falle Bütows fast vollständig, im Falle Lauenburgs nur teilweise erhalten geblieben sind.

1466 verlor der Orden im Zweiten Thorner Frieden unter anderem Lauenburg und Bütow an die polnische Krone. König Kasimir IV. (Kazimierz IV Jagiellończyk, 1427-1492) verpfändete beide Länder umgehend an Herzog Erich II. von Pommern (um 1425-1474). 1526 wurde dieser Pfandbesitz in ein Lehen der polnischen Krone umgewandelt. Während alle übrigen Territorien der pommerschen Herzöge Teil des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation waren, blieben Lauenburg und Bütow bis zum Aussterben des Greifenhauses polni-

sche Lehen. Von 1637 bis 1657 waren die beiden Länder als erledigte Lehen von der polnischen Krone eingezogen worden, woraufhin umfassende Rekatholisierungsbestrebungen einsetzten.

Im Vertrag von Bromberg/Bydgoszcz belehnte Polen schließlich 1657 den Großen Kurfürsten (Friedrich Wilhelm von Brandenburg, 1620-1688) mit Lauenburg und Bütow. Damit verbunden war der Fortbestand einer ganzen Reihe von Sonderverwaltungsstrukturen (unter anderem gab es einen Oberlandeshauptmann), die erst schrittweise nach der Integration beider Länder in die Provinz Pommern ab 1771 aufgehoben wurden. Dabei waren allerdings einige Bereiche, wie zum Beispiel das Rechtswesen, anfangs noch Institutionen in der 1773 neu gebildeten benachbarten Provinz Westpreußen zugeordnet. Der 1777 geschaffene Lauenburg-Bütowsche Kreis wurde 1846 geteilt, sodass Lauenburg und Bütow jeweils Sitz einer Kreisverwaltung wurden. Neben dem Land Draheim waren Lauenburg und Bütow die einzigen Gebiete in Pommern vor 1945, die eine durch die Gegenreformation entstandene autochthone katholische Bevölkerung hatten, wenn diese auch im Vergleich zu den dort lebenden Protestanten zahlenmäßig gering blieb. Außerdem gab es nur in den beiden Kreisen Lauenburg und Bütow sowie in geringerer Zahl im westlich benachbarten Kreis Stolp eine kaschubischsprachige Minderheit, die zum Teil evangelisch und zum Teil katholisch war.

Nach 1945 wurde Lauenburg der Woiwodschaft Danzig (*Województwo gdańskie*) zugeordnet, kam dann von 1975 bis 1999 zur Woiwodschaft Stolp (*Województwo słupskie*), ehe es ein Teil der neuen Woiwodschaft Pommern (*Województwo pomorskie*) mit Verwaltungssitz Danzig wurde, die im deutschen Sprachgebrauch im Wesentlichen mit dem historischen Pommerellen deckungsgleich ist. Bei Bütow fiel die Entscheidung 1945/1946 für eine Zuordnung zur Woiwodschaft Köslin (*Województwo koszalińskie*), von der der Weg ab 1975 über die Zuordnung zu Stolp letztlich wie bei Lauenburg 1999 in der Woiwodschaft Pommern mündete.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Ernst Bahr, Klaus Conrad: Lauenburg. In: Helge bei der Wieden, Roderich Schmidt (Hg.): Handbuch der historischen Stätten Deutschlands. Bd 12: Mecklenburg/Pommern. Stuttgart 1996 (Kröners Taschenausgabe 315), S. 228-230.
- Ernst Bahr, Roderich Schmidt: Bütow. In: Helge bei der Wieden, Roderich Schmidt (Hg.): Handbuch der historischen Stätten Deutschlands. Band 12: Mecklenburg/Pommern. Stuttgart 1996 (Kröners Taschenausgabe 315), S. 171-173.
- Gerhard Bronisch, Walter Ohle, Hans Teichmüller (Bearb.): Der Kreis Bütow, im Auftrage des Provinzialkonservators. 2. Aufl. Stettin 1939 (Die Kunst- und Kulturdenkmäler der Provinz Pommern 1).
- Reinhold Cramer: Geschichte der Lande Lauenburg und Bütow. Zwei Bände. Königsberg i.Pr. 1858.
- Peter Johanek, Franz-Joseph Post (Hg.), Thomas Tippach (Bearb.): Städtebuch Hinterpommern. Neubearbeitung. Hg. im Institut für vergleichende Städtegeschichte an der Universität Münster. Stuttgart 2003 (Deutsches Städtebuch. Handbuch städtischer Geschichte 3,2).
- Klaus-Dieter Kreplin, Haik Thomas Porada, Dirk Schleinert: Die Verzeichnung der nichtstaatlichen Archive des Kreises Bütow nach dem Stand von 1939/40 von Erich Winguth (†). Einleitung und Kommentar. In: Baltische Studien – Pommersche Jahrbücher für Landesgeschichte (NF) 86 (2000), S. 115-143.

- Gerard Labuda: Inwentarze starostwa Bytowskiego i Lęborskiego z XVII i XVIII w [Inventare der Bütower und Lauenburger Starosten aus dem 17. und 18. Jahrhundert]. Torún 1959 (Inwentarze i lustracje starostw w Prusach Królewskich 2/Fontes 46 [Inventare und Lustrationsprotokolle der Starosteien im Königlichen Preußen 2/Quellen 46]).
- Haik Thomas Porada: Die „hinteren Kreise“ in Pommern – Exkursion der Arbeitsgemeinschaft für pommersche Kirchengeschichte e.V. durch das östliche Hinterpommern im August 2000. In: Pommern – Kultur und Geschichte 38 (2000), H. 3, S. 2-7.
- Zygmunt Szultka, Bogdan Wachowiak: Wizytacje domen bytowskiej i lęborskiej z XVI wieku [Visitationen der landesherrlichen Domänen in Bütow und Lauenburg im 16. Jahrhundert]. Warszawa, Szczecin 2009.

Anmerkungen

[1] Alle genannten Bevölkerungszahlen nach: Dietmar Lucht: Pommern. Geschichte, Kultur und Wirtschaft bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges. 2. Aufl. Köln 1998 (Historische Landeskunde – Deutsche Geschichte im Osten 3), S. 182-185.

Zitation

Haik Thomas Porada: Lauenburg und Bütow (Lande). In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32542 (Stand 04.12.2014).

Lettgallen (Polnisch-Livland, Inflantien) (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Livland

1. Toponomie

Deutsche Bezeichnung

Livland (veraltet auch Liefland)

Anderssprachige Bezeichnungen

lat.: Lyvonia, Livonia; lett.: Livonija oder Vidzeme; estn.: Liivimaa; poln. Liwonia; russ. Liwonija

Etymologie

Das Wort „Livland“ rekurriert auf das Siedlungsgebiet der früheren Bewohner des Landes, der Liven. Im Livischen bedeutet *liiw* Sand.

2. Geographie

Historische Geographie

Die zur ostseefinnischen Gruppe der finno-ugrischen Sprachfamilie zählenden Liven siedelten am Unterlauf der Düna (lett. *Daugava*) und nördlich davon entlang der östlichen Küste des Rigaischen Meerbusens. Sie waren die ersten Bewohner, mit denen hansische Kaufleute im 12. Jahrhundert in Kontakt kamen und die zu Adressaten christlicher Missionierung wurden.



Livländische Konföderation [Wikimedia Commons. Ronald Preuss CC BY-SA 2.5].

Im Zuge der Christianisierung bildete sich die sogenannte Livländische Konföderation, die sich aus dem Erzbistum Riga/Rīga, den Bistümern Dorpat/Tartu, Ösel-Wiek und Kurland sowie dem Gebiet des Schwertbrüderordens beziehungsweise ab 1237 des Livländischen/Deutschen Ordens zusammensetzte. 1227−1237 und ab 1346 gehörte auch das ehemals dänische Herzogtum Estland, das sich um Reval/Tallinn entlang der Südküste des Finnischen Meerbusens erstreckte, zur Livländischen Konföderation. Als „Livland“ wurde somit nicht nur das Siedlungsgebiet der Liven bezeichnet, sondern auch das der (ebenfalls ostseefinnischen) Esten sowie der (baltischen) Lettgallen, Kuren, Semgallen und Selonen, aus denen sich bis in die frühe Neuzeit das Volk der Letten entwickelte. Auch die Liven wurden im Laufe der Zeit in das lettische Volk integriert. Livland umfasste etwa das an der Ostsee gelegene Gebiet zwischen der Narwa (est. *Narva*) im Osten entlang dem Peipussee nach Süden zur Düna oberhalb Dünaburg/Daugavpils und von dort Richtung

kurländisch-litauischen Endmoräne bis zur Ostsee bei Heiligenaa/Šventoji.

Seit etwa 1566 wurde die Bezeichnung „Livland“ nur noch für den Teil Altlivlands verwendet, der sich im Zuge des Livländischen Krieges als Titularherzogtum und Kondominium Polen-Litauen unterstellte. Als „Polnisch Livland“ (Lettgallen, *Latgale*) wurde schließlich ab 1629 der Teil bezeichnet, der im Unterschied zu weiten Teilen des Herzogtums im Anschluss an kriegerische Auseinandersetzungen nicht zu Schweden kam, sondern bei Polen verblieb (siehe auch „Neuzeit“).

1721 wurde Livland zu einem russischen Gouvernement und umfasste das Gebiet zwischen Estland und Kurland. Alle drei Gouvernements (Livland, Estland und Kurland) zusammen bildeten die sogenannten Ostseegouvernements. Mit der Gründung der Staaten Estland und Lettland 1918 wurde die historische Region Livland geteilt; seitdem wird ihr lettischer Teil (*Vidzeme*) häufig mit „Livland“ gleichgesetzt.

Topographie

Die historische Landschaft Livland liegt zwischen dem Rigaer Meerbusen und dem Peipussee. Das Land wird geprägt durch flache, leicht wellige oder allenfalls hügelige Profile. Wald und Wasser formen das Land in außerordentlichem Maße.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik



Das Wappen des Herzogtums Livland und der Livländischen Ritterschaft aus dem Jahr 1566, als Livland unter polnisch-litauischer Herrschaft stand, zeigt einen silbernen Greif mit Schwert auf rotem Schild. Die Initialen „SA“ auf seiner Brust stehen für Sigismundus Augustus (Sigismund II. August [1520−1572], den ersten Regenten des Staates Polen-Litauen).

Mittelalter

Bis zur Mitte des 12. Jahrhunderts unterschieden sich die Völker der östlichen Ostseeküste von denen im übrigen Europa im Wesentlichen darin, dass sie trotz vieler seit dem 10. Jahrhundert unternommener Versuche, sie zu christianisieren, immer noch Heiden waren.

Um 1180 reiste der holsteinische Chorherr Meinhard (1130/35–1196) mit Kaufleuten, die in den deutsch-russischen Handel zwischen Lübeck und Nowgorod/Novgorod involviert waren, an den Unterlauf der Düna, um den christlichen Glauben zu predigen – mit der Erlaubnis des russischen Fürsten Wladimir/Vladimir von Polozk (1186–1216). Seine friedliche Missionsarbeit hatte keinen großen Erfolg. Als Nachfolger Meinhards wurde Berthold (gest. 1198) 1196 zum zweiten Bischof von Livland geweiht. Unter dessen Nachfolger Albert von Buxhoeveden (Buxthoeven, um 1165 –1229), Domherr zu Bremen, intensivierte sich die gewaltsame Christianisierung. Fast ein Jahr brauchte dieser, bis er nach Livland kam. Er beschaffte sich 1199 zunächst eine Kreuzzugsbulle von Papst Innozenz III. (1160/1161−1216), in der der Livenkreuzzug mit dem Kreuzzug in das Heilige Land gleichgestellt wurde. 1201/1202 weihte Bischof Albert „den Bischofsdom“ zu Riga „und ganz Livland der allerseligsten Gottesmutter Maria zu Ehren“.[1] 1215 wurde die Weihe von Innozenz III. bestätigt.

Drei weitere Ereignisse waren von großer militärischer und politischer Bedeutung für die Geschichte Livlands: erstens die Gründung der Stadt Riga im Jahr 1201; zweitens die Überreichung der Burgen Üxküll und Lennewarden an der Düna an zwei Kreuzfahrer im selben Jahr, gleichbedeutend mit der Geburtsstunde des Vasallenstandes in Altlivland; und drittens die Gründung eines militärischen Ritterordens (*fratres miliciae Christi de Livonia*) nach dem Vorbild und mit Regeln der Templer im Jahr 1202 durch den Missionar und Zisterzienser Theoderich von Treyden (gest. 1219) zum Schutz der neu getauften livischen Gemeinde.

Der nach seinem Abzeichen, einem roten Schwert unterm Tatzenkreuz auf weißem Mantel, auch Schwertbrüderorden genannte Orden wurde 1204 vom Papst bestätigt. 1205 wurde ebenfalls von Theoderich von Treyden an der Dünamündung ein Zisterzienserkloster ge-

gründet. Was die Schwertbrüder für die militärische Sicherheit Livlands waren, das bedeutete das Zisterzienserkloster für die Mission. Bis 1207 unterwarfen die Kreuzfahrer alle Liven und tauften sie. Als Belohnung für die Eroberung Livlands forderte und erhielt der Orden 1207 ein Drittel Livlands, womit der erste Ordensstaat des Hochmittelalters geschaffen wurde.

1208 schlossen Lettgallen aus Tholowa als Schutz vor den ihnen feindlich gesinnten Esten ein Bündnis mit den Schwertbrüdern. Dies war der Beginn eines langen Krieges. Die Esten wurden von Russen aus Nowgorod und Pleskau/Pskov unterstützt. Mit Hilfe des Königs von Dänemark Waldemar II. (1170−1241), der 1219 im Norden des heutigen Estland ein Herzogtum begründete, unterwarfen die Schwertbrüder bis 1227 Estland und die Insel Ösel/Saaremaa. Am 22. September 1236 fiel ein großer Teil der Truppen des Schwertbrüderordens in der Schlacht gegen die Litauer bei Schaulen/Šiauliai; die Reste des Ordens wurden 1237 in den Deutschen Orden eingegliedert (Livländischer/Livonischer Orden).

Während alle griechisch getauften Lettgallen bereits 1214 freiwillig den christlichen Glauben angenommen hatten, erwies sich die Unterwerfung der Kuren (1267) und Semgallen (1290) als sehr schwierig. Erst als es 1345 dem Deutschen Orden endgültig gelang, die Widerstandskraft des estnischen Volkes zu brechen und 1346 Dänisch-Estland von König Waldemar IV. (um 1321−1375) zu kaufen, stand das gesamte von Esten, Liven und Letten bewohnte Gebiet unter deutscher Herrschaft.

Gegen Ende des 13. Jahrhunderts gaben die fünf geistlichen Territorien, die zusammen die Livländische Konföderation bildeten, dem Land seine politische Gestalt. Diese Länder Livlands standen formal unter der Hoheit des Papstes und des römisch-deutschen Kaisers, praktisch lag die Macht jedoch bei den einheimischen Machthabern. Das 14. und 15. Jahrhundert waren in Livland durch ihr kriegerisches und diplomatisches Ringen um die Vormacht gekennzeichnet. Dem Orden ging es darum, seine Machtstellung gegenüber dem Erzbischof von Riga und den Bischöfen, denen der Orden nach geltenden Verträgen unterstellt war, zu erweitern und seine militärische in politische Macht umzusetzen. Ziel des Ordens war ein geeinigtes Livland, in dem die Bischöfe die geistliche und die Beamten die weltliche Macht haben sollten. In dieser Auseinandersetzung spielte die Stadt Riga eine entscheidende Rolle.

In der Schlacht bei Tannenberg gegen eine gemeinsame Streitmacht des Königreichs Polen und des Großherzogtums Litauen am 15. Juli 1410 musste der Deutsche Orden eine schwere Niederlage hinnehmen. Sein livländischer Zweig konnte sich trotzdem als führende Macht in Livland behaupten. Die gemeinsamen Interessen des altlivischen „Fünfstaats“, aller Landesherren, der Ständevertreter (Ritterschaften) und Städteboten wurden ab 1422 in jährlichen Landtagen beraten. Diese waren ständisch organisiert, Bauern wurden niemals eingeladen.

Die Rivalitäten zwischen der Stadt Riga und dem Orden setzten sich bis 1491 fort. 1492 musste Riga nicht nur den Orden, sondern auch den Erzbischof als seinen Oberherrn anerkennen. Die eigentlichen Sieger im Kampf zwischen den livländischen Landesherren waren die deutschen Stände, die allmählich vom ritterlichen Berufsstand zu Vasallenschaften und zum adligen Geburtsstand wurden. Mit dem Aufstieg der Vasallen war die Rechtsminderung der „undeutschen“ Bauern, meist lettischer, livischer oder estnischer Abstammung, verbunden.

Neuzeit

Die Macht und der Einflussbereich des Livonischen Ordens wuchs zunächst in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts unter dem Ordensmeister Wolter von Plettenberg (1494–1535).

Seit der Regentschaft des Moskauer Großfürsten Iwan III. (1440−1505. reg. ab 1462) rückte die Außenpolitik in den Vordergrund der livländischen Politik, während die innerlivländischen Auseinandersetzungen an Bedeutung verloren. Im Livländischen Krieg (1558−1583) ging es um die Vorherrschaft im Gebiet des Deutschen Ordens zwischen dem Moskauer Großfürsten und der Krone Schwedens und Polen-Litauens, zeitweise auch Dänemarks. Estland wurde schwedisch; der König von Dänemark Friedrich II. (1534−1588) kaufte die Insel Ösel und die in Kurland liegenden Gebiete des Stifts Pilten/Piltene, die nicht dem Orden gehörten. Das Gebiet nördlich der Düna und südwestlich des Peipussees unterwarf sich Polen-Litauen, und für die nächsten hundert Jahre wurde die Bezeichnung „Livland“ nur für dieses Gebiet verwendet. Kurland erlangte als einziges Restterritorium Altlivlands eine relative Unabhängigkeit unter polnischer Lehenshoheit. Die Stadt Riga blieb zwanzig Jahre freie Stadt (bis 1581) und erkannte nur den römisch-deutschen Kaiser an. Am 5. März 1562 erklärte der letzte Ordensmeister Gotthard Kettler (1517–1587) die Auflösung des Ordensstaates.

In dem nun polnisch-litauischen (Titular-)Herzogtum Livland waren die Rechte des deutschen Adels im Privilegium Sigismundi Augusti von 1561 festgeschrieben, das für den deutschbaltischen Adel über Jahrhunderte als Richtlinie galt. Da das Original des Dokuments nicht erhalten ist, bestehen Zweifel, ob es sich nicht vielmehr um eine von den Ordensvertretern zusammengestellte Wunschliste handelte.[2] In derselben Zeit entstand in Livland eine vereinigte Livländische Ritterschaft, die alle Angelegenheiten des Landes regelte.

Im Krieg gegen Schweden 1621–1629 fielen große Teile des Herzogtums Livland an das Königreich Schweden, nur die Gegend um Dünaburg (Lettgallen, „Polnisch Livland“) blieb polnisch-litauisch. Die Privilegien des Adels wurden zwar vom schwedischen König Gustav II. Adolf (1594−1632) am 18. März 1629 bestätigt, jedoch zugleich auch die Rechtslage der Bauern gestärkt. In der Regierungszeit des Schwedenkönigs Karl XI. (1655−1697, reg. ab 1660) kam es zur „Güterreduktion“ – insgesamt wurden damals fünf Sechstel des Gutslandes enteignet. Für die „undeutschen“ Bauern ist die „Schwedenzeit“ in bester Erinnerung geblieben.

Im Zweiten Nordischen Krieg (1655−1661) wurde Livland teilweise von Russland besetzt, bis der Vertrag von Oliva vom 3. Mai 1660 den Frieden wiederherstellte und für die nächsten vierzig Jahre eine schwedische Oberherrschaft festlegte. Nach dem Großen Nordischen Krieg (1700−1721), der mit der Niederlage Schwedens endete, wurde Livland im Frieden zu Nystad 1721 Russland zugesprochen. Der gleiche Vertrag garantierte die Privilegien des deutschbaltischen Adels, was mit einer Benachteiligung der „undeutschen“ Bauern einherging. In den nächsten Jahren verlor das Land durch Kriege, Pest (1710), Dürre (1714) und Kälte (1716) mehr als zwei Drittel seiner Einwohner.

Livland wurde zum Gouvernement Livland, in dem die Ritterschaften weitgehende Selbstverwaltungsrechte erhielten. Die Ritterschaften waren auf fast allen höheren Amts- und Militärebenen des Russischen Reiches präsent. Allmählich bekamen die Gutsherren auch die unter der schwedischen Krone reduzierten Besitztümer zurück. Die deutschstämmige Kaiserin Katharina II. (1729−1796, reg. ab 1762) unternahm mehrere Reformen, um das Land zu modernisieren, was mit Einschränkungen der Rechte des deutschbaltischen Adels verbunden war. Die wichtigen Reformen wurden jedoch 1796 von ihrem Sohn Paul I. (1754−1801, reg. ab 1796) wieder aufgehoben. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts verschärfte sich die Frage der Abschaffung der Leibeigenschaft, bis es 1819 in Livland zur Bauernbefreiung kam (im übrigen Russland 1861); allerdings hatten Bauern bis 1849 nicht das Recht, Land käuflich zu erwerben, sodass von der Bauernbefreiung nur Knechte profitieren konnten, die fortan nicht mehr an ihren Gutsherrn gebunden waren. Seit 1884, in der Regierungs-

zeit des Zaren Alexander III. (1845−1894, reg. ab 1881), begann die Russifizierung der baltischen Provinzen in der Verwaltung, dem Schul- und Gerichtswesen. Die Privilegien des deutschbaltischen Adels wurden nicht mehr bestätigt. Bereits 1877 war die russische Städteordnung eingeführt worden. Die russische Revolution von 1905 wirkte sich auch in Livland aus, das die Region mit der größten Streikintensität war. In den baltischen Provinzen kam es zu einer gegen den deutschbaltischen Adel gerichteten Agrarbewegung. Mehr als 400 Rittergüter wurden zerstört, 38 % im vorwiegend lettischen Livland (Südlivland). Zahlreiche Gutsbesitzer wurden vertrieben, 82 Deutsche, unter ihnen auch einige Pastoren, getötet.

Im Ersten Weltkrieg kam es in Livland, ähnlich wie im übrigen Russland, zu Maßnahmen, die gegen die Deutschbalten und die deutsche Sprache gerichtet waren. Ab 1917 wurde Livland teilweise von deutschen Truppen besetzt. Der Zusatzvertrag des Friedensvertrags von Brest-Litowsk vom 27. August 1918 legte fest, dass Livland und Estland aus dem Russischen Reich ausgegliedert werden sollten. Mit der Zustimmung des Kurländischen Landesrates rief der Vereinigte Landesrat von Livland, Estland, Riga und Ösel in seiner Tagung vom 5. bis 8. November 1918 das Vereinigte Baltische Herzogtum unter deutscher Führung aus. Die deutsche Niederlage im Krieg bedeutete das rasche Ende dieses Staates.

Zeitgeschichte

Nach der Gründung der Estnischen Republik am 24. Februar 1918 und der Lettischen Republik am 18. November 1918 wurde die Bezeichnung „Livland“ nur noch für die lettische Provinz *Vidzeme* (Südlivland) verwendet. Allmählich wurde die deutschbaltische Oberschicht zur Minderheit in den neugegründeten Nationalstaaten.

Gemäß der geheimen Zusatzklausel des am 23. August 1939 geschlossenen Hitler-Stalin-Paktes wurde das ehemalige Livland am 28. September 1939 der sowjetischen Interessensphäre zugeteilt. Ebenfalls am 28. September 1939 wurde in Moskau/Moskva ein „Beistandspakt“ zwischen Estland und der Sowjetunion unterzeichnet. Am 5. Oktober des gleichen Jahres folgte ein fast identischer Vertrag zwischen Lettland und der Sowjetunion. Am 17. Juni 1940 begann die sowjetische Besetzung Estlands und Lettlands. Am 20. Juli 1940 deklarierten die neu gewählten Staatsparlamente ihr jeweiliges Land zur Sozialistischen Sowjetrepublik. Am 5. bzw. 6. August 1940 wurden Lettland und Estland offiziell in die Sowjetunion aufgenommen. In der Nacht vom 13. auf den 14. Juni 1941 wurden in Estland mehr als 11.000 und in Lettland mehr als 16.000 „Staatsfeinde“ verhaftet und in sowjetische Straflager deportiert.



Beladen von Lastwagen mit Kisten baltendeutscher Umsiedler in Riga 1939 [Foto: Leif Geiges. Bundesarchiv, Bild 137-054436 / CC BY-SA 3.0].

1939−1941 verließen die meisten Deutschbalten Lettland und Estland in Richtung Deutschland gemäß einem am 30. Oktober 1939 zwischen Lettland und Deutschland im Anschluss an das deutsch-sowjetische Protokoll vom 28. September 1939 geschlossenen Vertrag, der die juristische Grundlage für die Umsiedlung der Deutschbalten bildete. Alle Deutschen, die Lettland verlassen wollten, mussten freiwillig ihren Willen bestätigen, „für alle Zeiten aus der lettischen Staatsangehörigkeit auszuscheiden“ (sog. diktierte Option).[3] Ein ähnlich lautendes Protokoll war bereits am 15. Oktober von der Republik Estland und der Reichsregierung unterschrieben worden.

Nach dem Einmarsch der deutschen Truppen am 22. Juli 1941 wurde das Baltikum mit Weißrussland zum „Reichskommissariat Ostland“ zusammengefasst, in dessen Verwaltung auch viele Deutschbalten beschäftigt waren. „Reichsminister für die besetzten Ostgebiete" war der in Reval geborene Deutschbalte Alfred Rosenberg (1893−1946).

Zwischen 1941 und 1944 wurden in Lettland unter deutschen Kommandos und mit Hilfe von Teilen der einheimischen Bevölkerung rund 90.000 Juden ermordet – 70.000 lettische Juden und 20.000 aus anderen europäischen Ländern, die nach Lettland verschleppt wurden.[4] Die meisten estnischen Juden waren ins Ausland geflohen, die übrigen (ungefähr 1.000 Personen) wurden fast alle umgebracht (siehe auch „Reichskommissariat Ostland“).

Bevölkerung und Gesellschaft

In der Zeit um 1200 lebten in Livland etwa 20.000 Liven und 150.000 Esten. Auf dem Territorium des heutigen Lettlands lebten Anfang des 13. Jahrhunderts rund 150.000 Menschen.[5] Um 1500 hatte Livland weniger als 500.000 Einwohner,[6] vor dem Livländischen Krieg um 1558 ungefähr 650.000−675.000.[7] Im Jahr 1858 waren in der russischen Ostseeprovinz Livland 884.000 Personen ansässig.[8]

Bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts war der größte Teil der Bevölkerung Bauern; im nördlichen Teil waren dies Esten, im südlichen Teil Letten. Angehörige der Oberschicht und der evangelisch-lutherischen Geistlichkeit waren meist deutscher Abstammung und sprachen einen deutschen Dialekt (Baltendeutsch). Deutsch war die Gesetzes- und Bildungssprache in Livland; erst durch die Russifizierung ab 1870 kam es zur Einführung des Russischen als Amtssprache.

Wirtschaft

Im Mittelalter erfüllten neben den drei größten Städten Livlands, Riga, Reval und Dorpat, auch kleinere Städte der Hanse die Funktion von Handelszentren zwischen dem Westen und Städten der ‚Rus' (Nowgorod, Pleskau, Polozk/Polack/Polock u. a.). Sie dienten als Warenumschlagplätze, unter anderem für Salz, Heringe, Tuch, Metalle aus dem Westen und Wachs, Pelze, Flachs, Tran und anderes aus dem Osten. Unverheiratete Kaufleute und Handwerker in Riga, Reval und Dorpat schlossen sich in der „Bruderschaft der Schwarzen Häupter" zusammen.

Die Bauernbefreiung, die viele Arbeitskräfte freisetzte, und andere Reformen der 1860er Jahre ermöglichten einen wirtschaftlichen Aufschwung. Besonders schnell entwickelten sich die Textil- und die Schwerindustrie. Im Zuge der Industrialisierung wurde 1868 die erste Eisenbahnlinie zwischen Riga und Mitau/Jelgava eröffnet, eine zweite folgte 1870 mit der Verbindung Baltischport−Reval−Narva−Sankt Petersburg/Sankt-Peterburg. Riga wuchs als Industriezentrum am schnellsten. Die Bedeutung der Ostseehäfen stieg besonders seit den 1860er Jahren. 1913 wurde Riga sogar zum größten Hafen des Russischen Reiches; kurz vor dem Krieg hatte es den größten Holzhafen der Welt. Der Handel befand sich zu dieser Zeit hauptsächlich in den Händen jüdischer und deutschbaltischer Kaufleute. Nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurde ein Großteil der lettischen Industrie nach Innerrussland verbracht.

Religions- und Kirchengeschichte

Das vorchristliche religiöse Leben der einheimischen Völker war durch eine hierarchisch geordnete Priesterklasse sowie die Vorstellung von einer vielfältigen und umfangreichen Götterwelt indoeuropäischen Ursprungs geprägt. Der Paganismus der baltischen Völker hielt in Europa am längsten den Christianisierungs- und Eroberungsbestrebungen der Römisch-Katholischen Kirche im Mittelalter stand. Sie übernahmen zwar den Heiligenkult, passten ihn aber ihrer Volkstradition an.

In der Zeit der Reformation kam es in Livland unter dem Ordensmeister Wolter von Plettenberg zu einer paradoxen Situation: In diesem Staat der katholischen Kirche wurde dem Luthertum Glaubensfreiheit gewährt. Schon 1521 verkündete der Geistliche Andreas Knopken (um 1468−1539) den lutherischen Glauben in Riga, was großen Anklang bei einheimischen Adligen und Stadtbürgern fand. Da die Religionszugehörigkeit der Bauern von der konfessionellen Entscheidung der Gutsherren abhing, reagierten die leibeigenen Bauern indifferent auf die evangelische Lehre. Während der „Polenzeit" kam es in Livland zur Gegenreformation; besonders erfolgreich bei Letten und Esten waren die Jesuiten. In dieser Zeit wurden auch die ersten Bücher in estnischer (1535) und lettischer Sprache (1585) gedruckt: der katholische Katechismus. In der „Schwedenzeit" wurde Livland nicht nur wieder evangelisch, sondern mit finanzieller Unterstützung der schwedischen Krone 1694 erschien die lettische Übersetzung der Bibel, übersetzt von Ernst Glück (1654–1705); die estnische Übersetzung von Anton Thor Helle (1683–1748) wurde 1739 veröffentlicht. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gelang es der Russisch-Orthodoxen Kirche, einen beträchtlichen

Teil der estnisch- und lettischsprachigen Bevölkerung mit der Aussicht auf Landbesitz von der Konversion zur Orthodoxie zu überzeugen.

Bildung und Wissenschaft



In dem Sterbejahr des schwedischen Königs Gustav Adolf (1594−1632) wurde in Dorpat die erste (lateinisch-schwedische) Universität, *Academia Gustaviana*, in Livland eröffnet. Am 14. Oktober 1862 nahmen die ersten Studenten ihr Studium an dem neugegründeten Rigaer Polytechnikum auf, der ersten vielseitig orientierten technischen Hochschule nicht nur in Livland, sondern im gesamten russischen Kaiserreich.

Hauptgebäude der Universität Dorpat. Die „Academia Gustaviana“ wurde 1802 im russischen Gouvernement Livland als „Kaiserliche Universität zu Dorpat“ wiedereröffnet. [Chromolithograf auf Papier. In: Louis Höflinger: Album von Dorpat und Umgebungen. Tartu 1860].

Kunstgeschichte

Die historische Altstadt Revals wurde 1997 in die Liste des UNESCO-Weltkulturerbes aufgenommen. Auch das Jugendstilensemble des Stadtteils Neustadt in Riga ist seit 1997 UNESCO-Welterbe.

Gedächtnis- und Erinnerungskultur

Im Jahr 2001 – 800 Jahre nachdem Bischof Albert Livland der Jungfrau Maria geweiht hatte − wurde in Estland das *Conventus Terra Mariana* neu gegründet.[9] In Lettland wird dagegen 2015 an das 800-jährige Jubiläum der Weihung Livlands durch Papst Innozenz III. erinnert.[10]

Zu Ehren der Unabhängigkeit Estlands wurde 1995 der Orden „Terra Mariana“ (estn. *Maarjamaa Risti teenetemärk*) als eine staatliche Auszeichnung der Republik Estland an ausländische Staatsbürger für außerordentliche Verdienste um die Republik Estland eingeführt.

4. Diskurse/Kontroversen

Die Christianisierung Livlands ist eng mit dem Mythos der „Aufsegelung“ Livlands durch Bremer Kaufleute verbunden. Diese Darstellung ist auf die fehlerhafte Abschrift der *Livländischen Chronik* von Heinrich von Lettland (geb. um 1188), der ältesten Quelle der deutschbaltischen, estnischen und lettischen Geschichtsschreibung, zurückzuführen: Ein un-

bekannter Kopist des 16. Jahrhunderts ergänzte das Werk des Chronisten mit frei erfundenen Erzählungen von bremischen Kaufleuten. Diese Tatsache wurde Mitte des 19. Jahrhunderts von dem deutschbaltischen Historiker Carl Schirren (1826−1910) entdeckt und offengelegt; dennoch wurde der Mythos in späteren Jahren in Bremen weiterhin zu Werbezwecken genutzt.[11]

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Norbert Angermann, Manfred Hellmann, Heinz von zur Mühlen: Livland. In: Lexikon des Mittelalters. Bd. V. München 1991, Sp. 2045–2052.
- Michael Garleff: Die Baltischen Länder – Estland, Lettland, Litauen vom Mittelalter bis zur Gegenwart. München 2001 (Ost- und Südosteuropa).
- Heinrich von Lettland: Livländische Chronik. Neu übersetzt von Albert Bauer. Darmstadt 1959.
- Gert von Pistohlkors: Baltische Länder. Berlin 1994 (Deutsche Geschichte im Osten Europas [4]).
- Ralph Tuchtenhagen: Geschichte der baltischen Länder. München 2005 (Beck'sche Reihe 2355: C.H.Beck Wissen).
- Reinhard Wittram: Baltische Geschichte. Die Ostseelande Livland, Estland, Kurland 1180−1918. Grundzüge und Durchblicke. Darmstadt 1973 (Göttinger Arbeitskreis: Veröffentlichung 83; Geschichte der Völker und Staaten).

Periodika

- Jahrbuch des baltischen Deutschtums (erscheint seit 1927, hg. von der Carl-Schirren-Gesellschaft e. V. im Auftr. der Deutsch-Baltischen Gesellschaft e. V.)
- Mitteilungen aus baltischem Leben (erscheint seit 1954, seit 2008 wiedergegründet, hg. von der Deutsch-Baltischen Gesellschaft e. V.)
- Latvijas vēstures institūta žurnāls [Magazin des lettischen Instituts für Geschichte] (erschien 1936–1940, seit 1991 wiedergegründet, hg. von dem Historischen Institut der Lettischen Universität)

Weblinks

- http://www.deutsch-balten.de/ (Webseite der Deutsch-Baltischen Gesellschaft e. V.)
- http://www.baltische-ritterschaften-de.de/ritterschaften/livland/ (Webseite des Verbandes der Baltischen Ritterschaften e. V.)
- http://www.historia.lv/ (lettischsprachige Webseite über lettische Geschichte, mit vielen Quellen)

Anmerkungen

[1] Heinrich von Lettland: Livländische Chronik, S. 25.

[2] Alexander Schmidt: Geschichte des Baltikums. Von den alten Göttern bis zur Gegenwart. München 1992 (Serie Piper 1518), S. 83f.

[3] Dietrich A. Loeber (Hg.): Diktierte Option. Die Umsiedlung der Deutsch-Balten aus Estland und Lettland 1939–1941. Neumünster 1972.

[4] Antonijs Zunda: Lettland unter nazideutscher Besatzung (1941−1945). In: Daina Bleiere, Ilgvars Butulis, Inesis Feldmanis, Aivars Stranga, Antonijs Zunda: Geschichte Lettlands. 20. Jahrhundert. Rīga 2008. S. 268–333, hier S. 288.

[5] Tuchtenhagen: Geschichte der baltischen Länder, S. 11f.

[6] Norbert Angermann: Wolter von Plettenberg. Bonn 1985 (Arbeitshilfe 44), S. 2.

[7] Norbert Angermann: Die Bedeutung Livlands für die Hanse. In: ders. (Hg.): Die Hanse und der Deutsche Osten. Lüneburg 1990, S. 97–115, hier S. 108.

[8] Staatsrecht des Herzogtums Livland: http://www.verfassungen.eu/ee/recht1721-livland.htm (Abruf 28.05.2015).

[9] http://www.terramariana.ee/web/de/ (Abruf 20.05.2015).

[10] http://katolis.lv/baznica-latvija/latvijas-biskapu-konference/pazinojums-par-terra-mariana-jubilejas-gadu.html (Abruf 14.04.2015).

[11] Michael Garleff: Stereotypen im wechselseitigen deutsch-baltischen Kulturtransfer. In: Hans Henning Hahn (Hg.): Stereotyp, Identität und Geschichte. Die Funktion von Stereotypen in gesellschaftlichen Diskursen. Frankfurt/Main 2002 (Mitteleuropa – Osteuropa 5), S. 349–363.

Zitation

Anda Godlinski: Livland. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2015. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32600 (Stand 27.10.2015).

Lodomerien → Galizien

Siehe Galizien

M

Mähren (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Marmarosch (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Masuren (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Militärgeneralgouvernement Lublin

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Militärgeneralgouvernement Lublin, oft auch Militärgeneralgouvernement in Polen

Anderssprachige Bezeichnungen

Poln.: Generalne Gubernatorstwo Lubelskie bzw. Generalne Gubernatorstwo Wojskowe w Polsce

Etymologie

Der Begriff „Generalgouvernement“ rekurriert auf die gleichnamigen russischen Verwaltungseinheiten in Polen vor 1914, hat aber auch Traditionen in der Verwaltung besetzter Gebiete durch die Armee Österreich-Ungarns.

2. Geographie



Kartographische Darstellung der österreichisch-ungarisch bzw. deutsch besetzten Gebiete Militärgeneralgouvernement Lublin, Generalgouvernement Warschau sowie Ober Ost [Erich Wunderlich (Hg.): Handbuch von Polen (Kongreß-Polen). Beiträge zu einer allgemeinen Landeskunde. 2., verm. Aufl. Berlin 1918 (Veröffentlichungen der Landeskundlichen Kommission beim Kaiserlich Deutschen Generalgouvernement Warschau)].

Lage

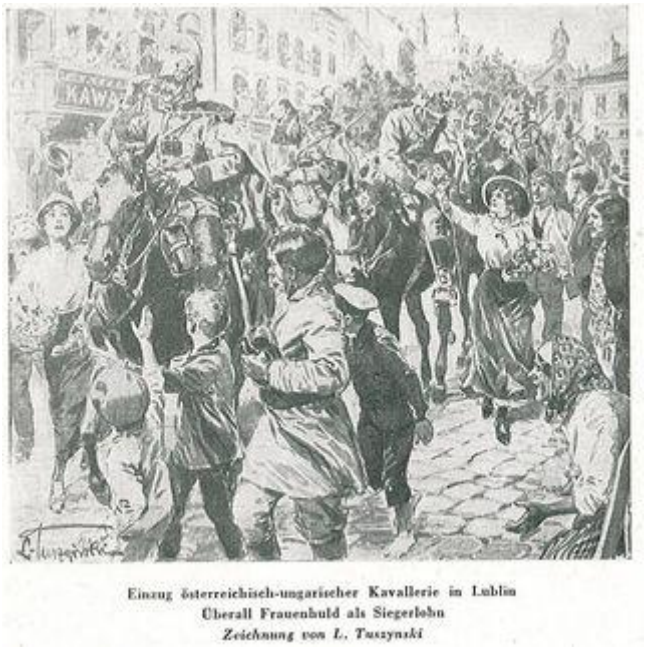
Das Militärgeneralgouvernement (MGG) Lublin war ein österreichisch-ungarisch besetztes Gebiet im Ersten Weltkrieg mit etwa 48.000 km^2, das die früher russischen Gouvernements Kielce, Radom und Lublin umfasste. Es grenzte im Süden an das k. u. k. Kronland Galizien. Die Grenze zum deutschen Generalgouvernement Warschau bildete im Norden die Pilica, im Nordwesten die Weichsel (poln. *Wisła*); im dortigen Tschenstochau/Częstochowa gab es als Enklave das Paulinerkloster Jasna Góra. Im Osten begann jenseits des Bug das Etappengebiet der deutschen Armeen.

Topographie

Das Territorium des MGG Lublin ist östlich der Weichsel leicht hügelig, westlich davon teils flach, teils von kleineren Gebirgszügen südlich von Radom gekennzeichnet, jeweils mit einigen Wäldern. Die Bevölkerung lebte zu ganz überwiegenden Teilen auf dem Land, eine Verstädterung war nicht zu beobachten; es gab keine Städte mit mehr als hunderttausend Einwohnern.

3. Geschichte und Kultur

Zeitgeschichte



Einzug österreichisch-ungarischer Kavallerie in Lublin, gezeichnet von Ladislaus Tuszyński (1876−1943) [Abb. in: Magnus Hirschfeld (Hg.): Sittengeschichte des Weltkrieges. Bd. 1. Leipzig 1930, S. 109].

Nach der von den Mittelmächten gewonnenen Schlacht von Tarnów-Gorlice im Frühsommer 1915 eroberten die verbündeten Armeen in kurzer Zeit die früheren „Weichselgouvernements“ des Russischen Reichs. Österreich-Ungarn etablierte am 25. August 1915 zunächst das Militärgeneralgouvernement Kielce, das seit dem 1. Oktober unter dem Namen Militärgeneralgouvernement Lublin firmierte, benannt nach der größten und wichtigsten besetzten Stadt, in der auch die Okkupationsverwaltung ihren Sitz nahm.

Bereits unmittelbar nach Kriegsausbruch wurden in Wien Pläne entworfen, Russisch-Polen zu annektieren. Als problematisch galt insbesondere, dass damit mehr Polen als Deutschstämmige in der Doppelmonarchie gelebt hätten. Noch viel mehr machte die mit Deutschland geteilte Herrschaft politische Lösungen unmöglich. Die beiden Partner konnten sich bis Kriegsende nicht einigen, sodass MGG und Generalgouvernement Warschau parallel weiterbestanden. Angesichts dessen wurden wesentliche Entscheidungen nicht in Wien oder Berlin, sondern in Lublin und Warschau/Warszawa getroffen. Der Warschauer Generalgouverneur Hans von Beseler (1850−1921) erwies sich dabei als der entscheidendere Akteur, weil seine Stellung viel stärker war als die seiner k. u. k. Pendants, bei denen mangelnde Kontinuität ein Problem darstellte. Nacheinander amtierten die vier Generäle Erich Baron Diller (1859−1926), Karl Kuk (1853−1935), Stanisław Graf Szeptycki (1867−1950) und Anton (Ante) Lipošćak (1863−1924).

Am 5. November 1916 proklamierten Deutschland und Österreich-Ungarn in Warschau das Königreich Polen, das aus dem MGG Lublin und dem Generalgouvernement Warschau bestand. Im Namen der beiden Kaiser versprachen sie einen selbständigen Staat mit erblicher Monarchie und Verfassung, ohne dies zu konkretisieren. Wesentlicher Grund für die Proklamation war der Wunsch, im Land Soldaten anzuwerben, was die Haager Landkriegsordnung in Feindesgebiet verbot. Indem also Polen formal aus dem Russischen Reich gelöst wurde, umging man diese Vorschrift. Das Werben um die Einheimischen erwies sich allerdings weitgehend als fruchtlos. Insbesondere die geplante Abtretung der im MGG gelegenen Kreise Chełm und Hrubieszów an die Ukraine, nachdem mit dieser im Februar 1918 ein Friedensvertrag ausgehandelt worden war, führte im ganzen Land zu großen Protesten und Widerstandshandlungen. Österreich-Ungarn wollte mit diesem Schritt jedoch die in Galizien praktizierte Nationalitätenpolitik fortsetzen, die der ethnisch dominierenden Gruppe starke Privilegien einräumte.

Am 6. November 1918 proklamierte Ignacy Daszyński (1866−1936) in Lublin eine „provisorische Volksregierung der polnischen Republik“ (poln.: *Tymczasowy Rząd Ludowy Republiki Polskiej*), konnte sich damit aber politisch nicht durchsetzen. Dass im deutschen Generalgouvernement Warschau die Regierungsgewalt am 11. November auf Józef Piłsudski (1867-1935) überging und die damit einhergehende Entwaffnung der Besatzer die Okkupation auch in Lublin beendete, erwies sich als bedeutsamer. Das Datum markiert die Gründung der Republik Polen (*Rzeczpospolita Polska*), zu der auch andere Territorien gehörten.

Verwaltung



Das Kommandogebäude des k. u. k. Militärgeneralgouvernements in Lublin.
(Photo: R. Korn, Wien. XIX.)

Das Kommandogebäude des MGG in Lublin. Es wird heute von der Marie-Curie-Skłodowska-Universität genutzt. [Foto: Hausner: Die Polenpolitik der Mittelmächte].

Die Gouverneure in Lublin unterstanden dem k. u. k. Armeeoberkommando in Teschen/Cieszyn/Český Těšín, was es ihnen nur selten erlaubte, Entscheidungen in eigener Verantwortung oder ohne umständliche Genehmigung zu erlassen. Dem Armeeoberkommando waren legislative Maßnahmen, prinzipielle Regelungen und Abänderungen der bisherigen Grundrechte der Bevölkerung vorbehalten, sodass die Politik vor Ort starken Reglementierungen unterworfen war. Zu dieser militärischen Vorherrschaft passte auch, dass das so genannte Zivil-Landeskommissariat nur nachrangige Funktionen ausübte. Sämtliche leitenden Posten des Gouvernements und der Kreiskommandos, den beiden mittleren Verwaltungsebenen, wurden überdies mit Offizieren und Militärbeamten besetzt. Industriebetriebe sowie vor allem die landwirtschaftliche Produktion des eroberten Gebiets blieben stets unter militärischer Leitung. Inklusive Truppen hielten sich zwischen 170.000 und 200.000 Besatzer im Militärgeneralgouvernement auf.

Bei der Beteiligung der Polen an der Herrschaft zeigte sich Österreich-Ungarn zunächst restriktiver als Deutschland. Erst als im Sommer 1916 im Generalgouvernement Warschau ein Kurienwahlsystem eingeführt wurde, musste die Doppelmonarchie ihren Untertanen ebenfalls Partizipationsangebote machen; andererseits ließ man seit Anfang 1917 auch Bürgermeister direkt wählen und setzte damit ein Zeichen bei der Einbeziehung der Polen.



Der polnische Ministerpräsident Steczkowski besucht den Militärgeneralgouverneur Gdl. Lipošťak in Lublin.
(Photo: R. Korn, Wien. XIX.)

Jan Kanty Steczkowski (1862−1929), hier zu Besuch beim Militärgeneralgouverneur, war seit dem 4. April 1918 der letzte polnische Ministerpräsident des Königreichs Polen unter der Besatzung durch die Mittelmächte und Vorgänger von Józef Świeżyński. [Foto: Hausner: Die Polenpolitik der Mittelmächte].

Gleichzeitig existierte seit dem 14. Januar 1917 ein polnischer Staatsrat (*Tymczasowa Rada Stanu*), der zumindest theoretisch die Selbständigkeit des Landes vorbereiten und die Regierungsgewalt ausüben sollte, aber nur nach und nach gewisse Befugnisse erlangte. Das Gremium war auch für das deutsche Besatzungsgebiet zuständig. Am 12. September 1917 wurde zudem der Regentschaftsrat (*Rada Regencyjna*) ins Leben gerufen, dem der Warschauer Stadtpräsident Zdzisław Lubomirski (1865−1943), der Warschauer Erzbischof Aleksander Kakowski (1862−1938) sowie der Politiker Józef Ostrowski (1850−1922) angehörten und der als eine Art Exekutivgremium des Staatsrats gelten kann. Er erklärte am 7. Oktober 1918 zunächst die unter Besatzung nicht zu realisierende Unabhängigkeit Polens und ernannte am 25. Oktober 1918 mit Józef Świeżyński (1868−1948) zudem den ersten Ministerpräsidenten, der nicht der Bestätigung durch die Besatzer bedurfte.

Bevölkerung

Anders als die deutsche Verwaltung im Generalgouvernement Warschau führte die Doppelmonarchie in Lublin eine Volkszählung durch. Anfang 1917 lagen die Ergebnisse vor, die Angaben über Sprachen und Berufe enthielten und eine Analphabetismusquote von über 50 % auswiesen. Bei einer Bevölkerung von 1.662.634 Männern und 1.844.333 Frauen – zusammen also 3.506.967 Personen – konnten rund 1,6 Millionen der über Sechsjährigen nicht lesen. Der jüdische Bevölkerungsanteil betrug gut 13 %, der der Deutschen blieb unter 1 %.

Ergebnisse der Volkszählung im Militärgeneralgouvernement Lublin 1916:[1]

Berufe (einschließlich Familienmitglieder)	**männlich**	**weiblich**	**gesamt**
Landwirtschaft	1.141.061	1.251.276	2.392.337
Gewerbe und Industrie	292.631	316.558	609.189
Handel und Gewerbe	116.201	130.375	246.576
freie Berufe	14.403	15.544	29.947
Öffentlicher Dienst	20.169	22.198	42.367
Rentner	12.158	17.114	29.272
Arbeitslose	66.011	91.268	157.279
zusammen	**1.662.634**	**1.944.333**	**3.506.967**

Wirtschaft

Das Militärgeneralgouvernement war vor allem agrarisch geprägt und verfügte kaum über nennenswerte Industriebetriebe. So kam der dortigen Landwirtschaft eine zentrale Rolle zu, zumal in der Doppelmonarchie die Versorgungslage nicht günstig war. Mittels der polnischen Agrarerzeugnisse hoffte Wien, einen Teil des eigenen Bedarfs an Lebensmitteln decken zu können. 1915 begannen die österreichisch-ungarischen Besatzer deshalb mit einer vollständigen Beschlagnahme der Ernte, nahmen die Saatgutverteilung in ihre Hände und führten außerdem eine Kontingentierung der Lebensmittelversorgung in den wenigen Städ-

ten ihres Gebiets ein. Den Bewohnern wurden 300 g Mehl pro Tag zugestanden, weshalb es dort während des Kriegs zu starker Unterernährung kam.

Nachdem viele Bauern angesichts der Ablieferungspflicht keine ökonomischen Anreize mehr zu einer gesteigerten Ernte sahen, wurden sie teilweise durch Zwang zur Arbeit auf dem Feld herangezogen. Bei Akten von Sabotage, etwa Feuer an Heuschobern, beugten die Österreicher weiteren Störungen durch Geiselnahme der angesehensten Leute der jeweiligen Gemeinde vor.

Die hohen Erwartungen an den Export erfüllten sich dennoch nicht. 1915 und 1916 konnte zusammen so viel in die Heimat geschickt und von den Einheiten vor Ort verbraucht werden, wie ursprünglich alleine für 1916 für die Ausfuhr vorgesehen war. Man setzte deshalb auf größere ökonomische Anreize und eine teilweise Kooperation mit den Einheimischen. Mit der Schaffung der Ernteverwertungszentrale kontrollierte und koordinierte ab Herbst 1916 in Lublin eine eigenständige Organisation – die freilich nach wie vor unter militärischer Leitung stand – den Kreislauf für die wichtigsten Agrarerzeugnisse. Um die laute Kritik an der fremdbestimmten Politik zu verringern, gründeten Deutsche und Österreicher im Mai 1917 einen polnischen Landwirtschaftsrat, der im Juli auch formal die Ernteorganisation übernahm. Wirklich autonom war dieser aber nicht, denn ein Regierungskommissar beaufsichtigte ihn, und seine einzige Aufgabe war der Getreideaufkauf. Im April 1918 übernahm Lublin wiederum die polnische Ernteorganisation und deren Magazine. Die Polen leisteten gegen diesen Rückschritt auf dem Weg zu einer unabhängigen Selbstverwaltung teilweise starken Widerstand, sodass nicht selten Waffengewalt angewandt wurde, um das Vorgehen durchzusetzen.

Bedeutende Industrie gab es nur im Kohlebecken von Dąbrowa, von dem ein Drittel zum MGG Lublin und zwei Drittel zum deutschen Besatzungsgebiet gehörten. Die dortigen Zechen deckten 1915 immerhin 5 % und 1916 4,5 % des Kohlebedarfs der Doppelmonarchie. Alleine im Dezember 1916 wurden auf k. u. k.-Seite 110.000 Tonnen Kohle gefördert.

Militärgeschichte

Bereits unmittelbar nach Kriegsbeginn hatte Józef Piłsudski auf galizischem Gebiet und mit Billigung des Wiener Armeeoberkommandos damit begonnen, eine Freiwilligenformation mit Polen aus dem russischen Teilungsgebiet aufzustellen, weil er so für die Unabhängigkeit seiner Heimat kämpfen wollte. Doch der militärische Wert dieser Truppe war gering – nicht nur wegen der vergleichsweise überschaubaren Anzahl an Soldaten. Im Juli 1916 legte Piłsudski aus Unzufriedenheit über die seiner Ansicht nach zu geringen Zugeständnisse der Mittelmächte das Kommando über die Legionen nieder. Das brachte Stanisław Szeptycki, bis dato Kommandeur der III. Brigade, im September den Oberbefehl ein.



Militärgeneralgouverneur Feldzeugmeister K.u.k. (Photo: S. Kern, Wien, XIII.)

Vier Tage nach der Proklamation des Königreichs Polen erging ein Werbeaufruf für die nun „Polnische Wehrmacht“, was eine bewusste Abgrenzung zu den Legionen darstellte. Im MGG sollten so bis zu 100.000 Mann rekrutiert werden. Doch Erfolge blieben weitgehend aus, und als die Soldaten am 9. Juli 1917 den verlangten Eid auf die beiden Kaiser verweigerten, internierten die Mittelmächte 15.000 von ihnen. Unter dem Kommando des polnischen Regentschaftsrats dienten ab Herbst 1918 lediglich 9.000 Mann.

Militärgeneralgouverneur Karl Kuk versuchte erfolglos, nach der Proklamation des Königreichs Polens mehr polnische Soldaten zu rekrutieren. Am 23. April 1917 wurde er seines Postens enthoben. [Foto: Hausner: Die Polenpolitik der Mittelmächte].

Gesellschaft

Österreich-Ungarn hatte nach der Eroberung des Lubliner Gebiets gehofft, von der Bevölkerung als Befreier vom russischen Joch begrüßt zu werden, auch weil man auf die pro-polnische Politik in Galizien verweisen konnte. Doch die Einheimischen begegneten den neuen Herrschern mit großer Skepsis. Während die adligen Eliten auch aus materiellen Gründen nicht mit dem Zarenreich brechen wollten, sah das polnische Bürgertum mit dem Weltkrieg die Chance auf einen Nationalstaat gekommen, der auf Kosten Österreich-Ungarns, das gegenüber Deutschland als viel schwächer galt, durchgesetzt werden sollte. Die große Masse der Landbevölkerung war an Politik nicht interessiert und beschäftigte sich vor allem mit den zahlreichen Drangsalierungen in der Wirtschaft.

Österreich setzte auf die polnische Mehrheitsbevölkerung und war zu deren Vorteil bereit, die ukrainische und jüdische Minderheit zu diskriminieren. Man beschränkte sich auf hinhaltende Verhandlungen mit jüdischen Führern und auf die Feststellung offizieller Toleranz. Mit dem Frieden von Brest-Litowsk wendete sich das Blatt zugunsten der Ukrainer, und Wien wollte sogar polnisches Gebiet an die Ukraine abtreten. Dies führte zu offenem Aufruhr unter den Polen und verschärfte die ethnischen Spannungen innerhalb der Bevölkerung.

Religions- und Kirchengeschichte

Die katholischen Habsburger verstanden sich als Herrscher über alle Katholiken, zu denen die Polen in der ganz überwiegenden Mehrheit zu rechnen waren. Sie inszenierten sich als religiöser Gegenpol zu den orthodoxen Romanows einerseits und den protestantischen Ho-

henzollern andererseits. In diesem Sinne kam 1915 zwar die Stadt Tschenstochau unter deutsche Verwaltung, aber Jasna Góra, der berühmte dortige Wallfahrtsort des Paulinerklosters mit dem polnischen Nationalheiligtum der Schwarzen Madonna, unter k. u. k. Aufsicht. Lublin war in den folgenden Jahren stets um ein gutes Verhältnis zur katholischen Kirche bemüht und umwarb sie, um sich ihr Wohlwollen und indirekt ihren Einfluss auf die Bevölkerung zu sichern. Doch die Versuche, den Klerus für sich einzunehmen und dadurch die Stimmung der Polen zu beeinflussen, wurden durch die Kriegsumstände wieder zunichte gemacht: Die Rüstungsindustrie benötigte Metall, und dieses ließ sich aus Kirchenglocken gewinnen. Und während man dafür in der Heimat noch auf die Solidarität des Klerus rechnen konnte, war das im besetzten Polen keineswegs der Fall.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Jerzy Gaul: Kancelaria Generalnego Gubernatorstwa Wojskowego w Lublinie. 1915−1918 [Die Kanzlei des Militärgeneralgouvernements Lublin. 1915–1918]. Warszawa 1998.
- Arthur Hausner: Die Polenpolitik der Mittelmächte und die österreichisch-ungarische Militärverwaltung in Polen während des Weltkrieges. Wien 1935.
- Stephan Lehnstaedt: Das Militärgeneralgouvernement Lublin. Die „Nutzbarmachung“ Polens durch Österreich-Ungarn im Ersten Weltkrieg. In: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 61 (2012), S. 1–26.
- Stephan Lehnstaedt: Der koloniale Blick? Polen und Juden in der Wahrnehmung der Mittelmächte. In: Bernhard Bachinger, Wolfram Dornik (Hg.): Jenseits des Schützengrabens. Der Erste Weltkrieg im Osten: Erfahrung − Wahrnehmung – Kontext. Innsbruck 2013 (Veröffentlichungen des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung, Graz, Wien, Klagenfurt; Sonderband 14), S. 391–410.
- Jan Lewandowski: Królestwo Polskie pod okupacją austriacką, 1914−1918 [Das Königreich Polen unter österreichischer Besatzung, 1914−1918]. Warszawa 1980.
- Jan Lewandowski: Królestwo Polskie wobec Austro-Węgier. 1914−1918 [Das Königreich Polen und Österreich-Ungarn. 1914−1918]. Warszawa u. a. 1986.
- Rudolf Mitzka: Die k. u. k. Militärverwaltung in Russisch-Polen. In: Hugo Kerchnawe (Hg.): Die Militärverwaltung in den von den österreichisch-ungarischen Truppen besetzten Gebieten. Wien 1928 (Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges. Österr. u. ungar. Serie), S. 8–52.
- Tamara Scheer: Österreich-Ungarns Besatzungsmacht in Russisch-Polen während des Ersten Weltkriegs (1914−1918). In: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 58 (2009), S. 538–571.
- Włodzimierz Suleja: Tymczasowa Rada Stanu [Der Provisorische Staatsrat]. Warszawa 1998.
- Damian Szymczak: Między Habsburgami a Hohenzollernami. Rywalizacja niemiecko-austro-węgierska w okresie I wojny światowej a odbudowa państwa polskiego [Zwischen Habsburgern und Hohenzollern. Die deutsch-österreichisch-ungarische Rivalität während des Ersten Weltkriegs und die Gründung des polnischen Staates]. Kraków 2009.

Anmerkungen

[1] Archiwum Główne Akt Dawnych, Warschau (AGAD), 312 / 244 und 1918. Bevölkerung im MGGL, 10.7.1917 (= Volkszählung 1916).

Zitation

Stephan Lehnstaedt: Militärgeneralgouvernement Lublin. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2015. URL: http://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p42284 (Stand 17.09.2015).

Mitteldeutschland → Mitteldeutschland (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Mitteleuropa → Ostmitteleuropa

Siehe Ostmitteleuropa (Begriffe)

Mittelpolen/Zentralpolen (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Moldau

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Moldau

Anderssprachige Bezeichnungen

rum. Moldova, Ţara Moldovei; poln. Mołdawia; ung. Moldva; engl. Moldova; franz. Moldavie

Etymologie

Die Bezeichnung "Moldau" leitet sich von dem gleichnamigen Fluss ab, der im Kreis Suceava im Nordosten Rumäniens in den Waldkarpaten entspringt, in südlicher Richtung fließt und nach 237 km bei der Stadt Roman in den Sereth (rum. Siret) mündet.

Für die Herkunft des Namens "Moldau" gibt es verschiedene Theorien:

a) Ableitung aus dem Dakischen: *molta* (= viele) und *dava* (= Burg oder Festung);

b) der Tod der Hündin "Molda" des Fürsten Dragoş in einem Fluss gab dem Fluss und der Region den Namen;

c) Sprachforscher leiten den Namen vom althochdeutschen Wort "Mulde", "Molde" (= Aushöhlung, Vertiefung) ab;

d) andere Forscher bringen den Namen mit dem germanischen Wort "Wulda" (= wildes, reißendes Wasser) in Verbindung.

2. Geographie

Lage der Region



Das Fürstentum Moldau im Jahr 1483

Die historische Region Moldau reichte in ihrer weitesten Ausdehnung (um 1500 ca. 94.000 km²) von den Ostkarpaten im Westen bis zum Fluss Dnjestr im Osten und zum Unterlauf der Donau und zum nordöstlichen Ufer des Schwarzen Meeres im Südosten. Im Süden trennen der Fluss Milcov und der Unterlauf des Sereth die Moldau von der Walachei.

Historische Geographie und staatliche Zugehörigkeit



Die Teilungen von Moldau

Ausgehend von der territorialen Ausdehnung des Fürstentums Moldau in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts, hat sich die staatliche Zugehörigkeit des Gebietes stark verändert.

Zu Beginn des zweiten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts erstreckt sich die Provinz Moldau als nordöstlicher Teil Rumäniens von den Ostkarpaten bis zum Fluss Pruth (rum. Prut) und ist in acht Kreise als Verwaltungseinheiten unterteilt. Das Gebiet umfasst zwei historische Regionen: die Moldau, die sieben Kreise umfasst, und den Süden der Bukowina, bestehend aus einem Kreis im Nordwesten, während die Nordbukowina Teil der Ukraine ist. Die Bukowina war 1775 aus dem nördlichen Teil der Moldau hervorgegangen, nachdem dieses Gebiet an die Habsburgermonarchie gefallen war.

Zwischen Pruth und Dnjestr (rum. Nistru, ukr. Dnistr), nach 1812 auch bekannt unter dem Namen Bessarabien, liegt die heute eigenständige Republik Moldau (auch "Republik Moldawien"), wobei der Süden des Gebietes, das Land am Unterlauf der Donau und die Küste des Schwarzen Meeres, zur Ukraine gehören.

Im Fokus der folgenden Ausführungen wird die Region Moldau stehen, die heute Teil Rumäniens ist. Die historischen Betrachtungen berücksichtigen jedoch auch jene Gebiete im Norden und im Osten, die bis 1775 bzw. bis 1812 zur Moldau gehörten.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Das Wappentier der Moldau ist der Auerochse. Auf rotem Untergrund liegt der goldene Kopf des Tieres. Zwischen seinen Hörnern ist ein achtstrahliger goldener Stern zu sehen. Zur Rechten wird der Kopf von einer goldenen Rose und zur Linken von einem Halbmond flankiert. Diese Symbole (Erklärung s. u.) zieren nicht nur das Wappen der rumänischen Region und finden sich im Staatswappen Rumäniens wieder, sondern sind auch die heraldischen Zeichen der Bukowina und der Republik Moldau.

Frühzeit und beginnendes Mittelalter

In der Frühzeit war das Gebiet der späteren Moldau kein Teil eines Großreichs, sondern hatte den Charakter einer Grenz- und Durchzugslandschaft. Obwohl das Gebiet nie zur römischen Provinz *Dacia* gehörte, betrachteten die Römer es als Teil Dakiens bzw. der *Sarmatia*. Bewohnt wurde es von den Geten, einer Stammesgruppe der Thraker. Mit schwindendem Einfluss des Römischen Reichs und dem Rückzug seiner Truppen im Jahr 271 gelangten während der Völkerwanderung verschiedene ethnische Gruppen durch das Gebiet und ließen sich teilweise hier nieder, darunter Hunnen, Ostgoten, Petschenegen und Kumanen. Das Zusammenleben der romanisierten Bevölkerung mit den im 6. Jahrhundert einwandernden Slawen prägte die Bevölkerungs- und Sprachstruktur in besonderer Weise. Um die Jahrtausendwende befand sich der Raum im Einflussbereich des Byzantinischen und des Bulgarischen Reiches, später auch des ungarischen Königreiches.

13.–15. Jahrhundert: Das Werden eines Territoriums

Der verheerende Mongolensturm 1241/42 führte zu einem herrschaftspolitischen Einschnitt. Anschließend beherrschte die Goldene Horde von der Mitte des 13. bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts das Gebiet von der unteren Wolga bis zu den Ostkarpaten im Westen. Die größtenteils rumänischsprachige Bevölkerung war dem mongolischen Reich gegenüber tributpflichtig. Im Norden des Gebietes der späteren Moldau befand sich im 13. Jahrhundert im Einflussbereich des Fürstentums von Halitsch-Wolhynien. Dieser ging nach dessen Untergang auf das Großfürstentum Litauen und nach der Union auf Polen-Litauen über. Eine besondere Rolle für die politische Entwicklung der Moldau spielten die Machtkalkulationen der ungarischen Könige, die ihren Herrschaftsbereich östlich der Karpaten auszudehnen bestrebt waren. Im 13. und 14. Jahrhundert gelang es ihnen, die Gebiete bis zum Sereth durch

den Aufbau eines Grenzverteidigungssystems in den ungarischen Reichsverband einzubeziehen. Eine Grundlage dafür waren kleinere politische Einheiten (*Knezate* oder *Woiwodate*). Der erste Woiwode Dragoş kam aus der Marmarosch (rum. Maramureş), um im Auftrag des ungarischen Königs die Tataren östlich der Karpaten zu vertreiben. Der Legende nach soll er mit seinem Gefolge einem Auerochsen aus der Marmarosch in die Moldau gefolgt sein und dabei seine Hündin Molda im Fluss, der danach den Namen Moldau tragen sollte, verloren haben. Der ungarische König Ludwig I. von Anjou setzte Dragoş ca. zwei Jahre (1351–1353) als Markgraf in dem neuen Gebiet ein, dessen erstes Zentrum der Ort Molde/Baia wurde. Dementsprechend trug Dragoş den Beinamen "Ansiedler" ("*Descălecător*" = der [vom Pferd] Absteigende). Als eigentlicher "Begründer" ("*Întemeietor*") der Moldau gilt jedoch Bogdan I., der ebenfalls aus der Marmarosch kam. Während seiner kurzen Herrschaft (1359–1365) gelang die Grundlegung eines eigenen Staatswesens, dessen Gebiet ursprünglich auch *Bogdania* genannt wurde.

Im Zusammenhang mit der Errichtung von Grenzmarken durch das ungarische Königreich kamen deutschsprachige Siedler, u. a. aus Sachsen, in die spätere Moldau. Erste Spuren deutscher Siedlungen östlich der Karpaten werden auf das 13. Jahrhundert datiert. Ihre Anfänge sind im Kontext des mittelalterlichen Landesausbaus in Siebenbürgen und im Fürstentum Halitsch-Wolhynien sowie des West-Ost- bzw. des Nord-Süd-Fernhandels zu sehen.

Mit der Entstehung des Fürstentums Moldau im 14. Jahrhundert kamen insbesondere aus Lemberg/L'viv, der Hauptstadt des Fürstentums Halitsch, und aus Siebenbürgen Kaufleute in die Moldau. Der Transithandel führte auch dazu, dass Deutsche aus Siebenbürgen, aus Kleinpolen und aus Rotreußen in die Moldau zogen, wo für diese Zeit deutsche Niederlassungen in Städten nachweisbar sind. Orts- und Gewässernamen, die die Bezeichnungen *sas* (= Sachse) und *neamţ* (= Deutscher) enthalten und sich insbesondere im mittleren Bereich der Moldau finden, lassen jedoch auch auf Ansiedlungen im ländlichen Raum schließen. In der Beschreibung des Österreichers Franz Josef Sulzer heißt es, "die Sachsen hätten vorzeiten zu Haufen in der Walachey und der Moldau gesessen" – gemeint ist die Zeit vor 1234. Wie schwierig es ist, Aussagen über Deutsche in der Moldau zu machen, zeigen auch die weiteren Ausführungen von Sulzer, der schreibt, die Deutschen seien "orthodox, oder katholisch, und nahmen dort vielmehr die walachische Religion an".[1]

In der einzigen mittelalterlichen Überlieferung zu diesem Thema, der Länderbeschreibung des Dominikaners Johannes, Erzbischof von Sultanieh, von 1404 (*Libellus de notitia orbis*), werden "viele Deutsche" erwähnt, die in der Moldau "wohnen" sollen. Gemeinhin wird angenommen, dass sich im Laufe des 14. Jahrhunderts deutschsprachige Siedler in der Moldau niederließen, die entweder aus Nordsiebenbürgen nach Baia und Neamţ oder aus Halitsch-Wolhynien nach Sereth/Siret kamen. Auch Sutschawa/Suceava und Romesmarkt/Roman sollen in den 1380er Jahren Ziele von Zuwanderern gewesen sein. In den genannten Orten und in Sereth können bereits zur Zeit der Entstehung des Fürstentums Moldau deutschsprachige Siedlungen ausgemacht werden. Neben archäologischen Funden wird dies durch Dokumente aus Lemberg/L'viv (Urkunde, Stadtbuch) bestätigt, in denen sich deutsche Bürgernamen aus diesen Orten finden.

Das Fürstentum Moldau

In den ersten Jahrhunderten nach der Gründung des Fürstentums gelang die Wahrung der Eigenstaatlichkeit durch ein geschicktes Lavieren zwischen den es umgebenden Großreichen Ungarn, Polen und Osmanisches Reich. Ungarische Könige waren bis ins 15. Jahrhundert immer wieder bestrebt, Einfluss auf die innere Entwicklung der Moldau zu nehmen. Das Königreich Polen übte nach 1387 für mehr als ein Jahrhundert die nominelle Suprema-

tie über das Fürstentum aus. Ab dem 15. Jahrhundert entwickelte sich das Osmanische Reich zum größten Machtfaktor in Südosteuropa. Als bedeutendster Herrscher dieser Zeit gilt Fürst Stefan "der Große" (*Stefan cel Mare*), der von 1457 bis 1504 regierte. Durch eine geschickte Schaukelpolitik der Unbotmäßigkeit und Unterordnung gelang es Stefan, sich zeitweise gegen die Vormachtansprüche und einander widerstreitenden Interessen der benachbarten Mächte zu wehren. Der Nimbus des heldenhaften Türkenkämpfers, der sich militärisch nicht nur gegen das Osmanische Reich, sondern auch gegen den ungarischen und den polnischen König behauptete, ließ Stefan den Großen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu einer der wichtigsten Identifikationsfiguren im Prozess der rumänischen Nationsbildung werden. Bereits vor dieser Zeit, aber auch bis in die Gegenwart hinein, gilt dieser moldauische Fürst nicht nur in Rumänien, sondern auch in der Republik Moldau als der zentrale Erinnerungsort. 1992 wurde er von der orthodoxen Kirche Rumäniens heiliggesprochen und erhielt den Beinamen Stefan "der Große und Heilige".

Nach dem Tod Stefans des Großen brachen Streitigkeiten zwischen den Bojaren, die er zu Lebzeiten hatte eindämmen können, erneut aus. Schwache Fürsten ließen den Staat vom Rat (*sfat*, *divan*) und von machthungrigen Bojaren regieren. Das Osmanische Reich konnte seinen Einfluss ausweiten; neben der Außenpolitik beeinflusste es die Ernennung lokaler Herrscher und führte Tributzahlungen ein. Im 16. Jahrhundert war das Fürstentum auch in den Wirtschaftsraum des Reiches eingebunden, durfte seine Waren nur noch aus dem Reich des Halbmondes beziehen und bestimmte Produkte zu festgesetzten Preisen nur noch dorthin verkaufen.

Religion und Ansiedlung

In der vormodernen Periode war die große Mehrheit der Bevölkerung griechisch-orthodox und rumänischsprachig. Nach der Entstehung des Fürstentums Moldau bildete sich in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts auch eine eigene Kirchenhierarchie heraus. Bereits sehr früh setzte eine römisch-katholische Mission ein, im Zuge derer neben Missionaren verschiedener Orden auch katholische Siedler in die Moldau kamen. Ausgangspunkt war neben dem Fürstentum Halitsch-Wolhynien insbesondere Siebenbürgen; des Weiteren erwähnen die Quellen neben "Polen" noch "Ungarn" (Magyaren, die sog. *Tschangos*, rum. *Ceangăi*, ung. *csángó*) und Sachsen aus Siebenbürgen.

Im Zeitalter der Reformation kamen auch protestantische Zuwanderer in die Moldau; es heißt, dass um 1420 "sowohl ungerische als auch sächsische Hussiten aus Siebenbürgen in die Moldau übergetreten seyn"[2]. Letztere sollen sich in Kottnersberg/Cotnari (in einigen Quellen auch "Kotnar") niedergelassen haben. Zudem sollen Sachsen in Molde/Baia und Deutschmarkt/Târgu Neamţ (in Quellen häufig nur "Neamţ") und gemeinsam mit Ungarn auch in Sutschawa/Suceava (in Quellen auch "Sotschava"), Sereth und Romesmarkt/Roman gewohnt haben. In Molde erwähnte Sulzer eine "deutsche Kirche" (*Bisserika niemzaska*). Zudem nannte der Österreicher noch mehrere Dörfer, in denen Sachsen gelebt haben sollen.

Die Siedler, die sich im 15. Jahrhundert in Kottnersberg niederließen, sollen insbesondere im Weinbau tätig gewesen sein. Unklar ist jedoch, ob das wie auch im Fall von Romesmarkt zeitlich nicht eindeutig datierbare lateinische Stadtsiegel auf eine deutsche oder eine ungarische Führungsschicht hinweist.

Die Berichte der *Congregatio sacra de Propaganda Fidei* (16. und insbesondere 17. Jahrhundert), die von katholischen Missionaren während der Gegenreformation verfasst wurden, enthalten eine Übersicht über deutsche Niederlassungen in der Moldau. In fünf Städten werden u. a. "Sachsen" erwähnt: Kottnersberg, Molde, Sutschawa, Deutschmarkt, Romesmarkt

und Sereth. In diesen Orten haben Deutsche nicht vereinzelt, sondern in einer größeren Gruppe gelebt. Weitere Ortschaften, in denen Deutsche im 16. und 17. Jahrhundert ansässig waren, sind Barchau/Bacău, Trotuş, Berlad/Bârlad, Jassy/Iaşi und Huss/Huşi.[3] Bemerkenswert ist, dass die Ansiedlung in Orten erfolgte, die eine zentrale Rolle in der Administration und Politik des Fürstentums spielten. So war Molde der erste Herrschaftssitz, gefolgt von Sereth, Romesmarkt, Sutschawa und schließlich Jassy.

Angaben zur Zahl der deutschen Einwohner in den einzelnen Orten in der Moldau gibt es nicht. Visitationsberichte erwähnen lediglich katholische Einwohner, womit neben "Sachsen" vor allem Ungarn gemeint sind. Zahlen der Jahre 1641 und 1643 weisen jedoch eine große Spanne auf: Kottnersberg 35–50 %, Molde 21–26 %, Deutschmarkt 14–15 %, Sutschawa 1 % und Romesmarkt 2 %. Uneingedenk dieser Schwankungen und auch der großen Spannweite scheinen Katholiken und damit Deutsche einen Teil der Führungsschichten gestellt zu haben. Darauf verweisen nicht nur die Stadtsiegel mit lateinischer Umschrift (neben Kottnersberg und Romesmarkt sind solche auch für Molde, Deutschmarkt, Sereth und Sutschawa nachgewiesen), sondern auch Hinweise auf Personennamen in Stadtvertretungen und Schreiben von Stadträten in deutscher Sprache aus Molde und Sutschawa aus dem 15. und 16. Jahrhundert.

Drastischer Rückgang der deutschen Bevölkerung

Von kultureller und politischer Bedeutung für die weitere Entwicklung der Moldau war die Herrschaftszeit des Fürsten Vasile Lupu (1634–1653), der nicht nur zahlreiche Kirchen bauen (u. a. *Trei Ierarhi* in Jassy), sondern auch eine Höhere Schule in Jassy und eine Buchdruckerei gründen ließ. Auch die Kirchenkultur erhielt neuen Aufschwung. Der orthodoxe Metropolit Varlaam veranlasste den Druck mehrerer Bücher. Neben das Slawische als Kanzlei-, Literatur- und Liturgiesprache trat allmählich das Rumänische, so z. B. in der Predigtsammlung *Cazania* und dem kodifizierten Gesetz *Carte românească de învăţătură* (auch *Pravila lui Vasile Lupu* genannt).

Die machtpolitischen Ereignisse im weiteren Verlauf des 17. Jahrhunderts hatten gravierende Folgen für die demographische Struktur des Fürstentums. Bereits das Vasallenverhältnis der Moldau zum Osmanischen Reich wirkte sich negativ auf die Siedlungstätigkeit und auf den Bestand der deutschsprachigen Bevölkerung aus. Der Orienthandel, in dem die Moldau eine wichtige Rolle spielte, verlor an Bedeutung. Auch Reformation und Gegenreformation hatten Auswirkungen auf die demographischen Verhältnisse in der Moldau. Nachdem Überlieferungen zufolge in Sereth bereits im 16. Jahrhundert keine Deutschen mehr lebten, kam es nach 1630 zu einem stetigen Rückgang des deutschsprachigen Bevölkerungsanteils, insbesondere in Deutschmarkt, Sutschawa und Romesmarkt. In Kottnesberg und Molde blieb eine deutsche Einwohnerschaft erhalten.

Einen Endpunkt unter diese lange Abwärtsentwicklung setzten schließlich die Ereignisse infolge des Jahres 1683, als polnische, tatarische, türkische, kosakische, und 1709, als schwedische und russische Truppen viele Orte in der Moldau verwüsteten. Zahlreiche Menschen flüchteten, viele Orte verödeten; in diesem Zusammenhang sind auch die deutschen Siedlungen in der Moldau verschwunden.

Entwicklungen im 18. und 19. Jahrhundert

Im 18. Jahrhundert befand sich die Moldau durch die machtpolitischen Veränderungen in diesem Teil Europas erneut im Fokus verschiedener Großmächte: Im Zuge der Expansion des Russischen Reiches marschierte Zar Peter der Große mit seinem Heer an den Pruth, wo er 1711 gegen osmanische Truppen eine Niederlage erlitt. Der nach Osten und Südosten bli-

ckenden Habsburgermonarchie gelang es 1775 in einem Vertrag mit der Hohen Pforte, den nördlichen Teil der Moldau abzutrennen und sich als neues Territorium unter dem Namen "Bukowina" einzuverleiben.

Die neue Machtkonstellation veranlasste Konstantinopel bereits zu Beginn des 18. Jahrhunderts, in die inneren Angelegenheiten der Moldau einzugreifen und durch die unmittelbare Einsetzung der Herrscher, der sog. Phanarioten, das Fürstentum zwischen 1711 und 1821 enger an sich zu binden. Neben einer starken Gräzisierung von Staat, Kirche, Gesellschaft und Kultur kam es in dieser Periode auch zu einer Reihe von Modernisierungen, u. a. fand aufklärerisches Gedankengut seinen Weg in das Fürstentum.

Nach dem russisch-osmanischen Krieg 1787–1792 musste das Osmanische Reich im Frieden von Jassy alle Besitzungen östlich des Dnjestr abtreten. Nach dem 6. russisch-osmanischen Krieg (1806–1812) wurde ein erweitertes Bessarabien in das Russische Reich integriert. Das als Gouvernement Bessarabien organisierte Gebiet umfasste die Landschaft zwischen den Flüssen Pruth und Dnjestr und damit etwa die östliche Hälfte des bisherigen Fürstentums Moldau.

Im Jahr 1821 endete die Phanariotenherrschaft und das Fürstentum wurde Schauplatz des in Russland einsetzenden griechischen Freiheitskampfes. Nach dem einige Jahre später stattfindenden russisch-osmanischen Krieg (1828/29) wurde Russland zur Protektoratsmacht über die Moldau; der Sultan behielt lediglich eine formale Oberhoheit.

Nach Russlands Niederlage im Krimkrieg 1853–1856 legte der Vertrag von Paris fest, dass die Moldau und die Walachei unter die Kollektivgarantie der sieben Unterzeichnerstaaten gestellt wurden.

Mit der Wahl Alexandru Ioan Cuzas (1820–1873) zum Fürsten der Moldau am 17. Januar 1859 und zum Fürsten der Walachei am 5. Februar 1859 wurde die Moldau zu einer Provinz des neuen rumänischen Staates. Die gemeinsame Hauptstadt des zunächst als "Vereinigte Fürstentümer der Walachei und Moldau" (rum. *Principatele Unite ale Ţării Româneşti şi Moldovei*) bezeichneten Territoriums war bis 1861 Jassy. Am 24. Dezember 1861 proklamierte Fürst Alexandru Ioan Cuza offiziell den Staat Rumänien mit der Hauptstadt Bukarest/Bucureşti. Der Berliner Kongress bestätigte 1878 die Souveränität und Unabhängigkeit des neuen Staates vom Osmanischen Reich.

Einwanderungen und Neuansiedlungen deutscher Bevölkerungsgruppen ab dem 18. Jahrhundert

Nach dem starken Rückgang der Zahlen der deutschen Einwohner in der Moldau, in manchen Regionen ihrem nahezu vollständigen Verschwinden in der Moldau siedelten sich Berichten zufolge seit dem 18. Jahrhundert insbesondere in den Hauptorten einzelne Gruppen neu an. In den Aufzeichnungen des Österreichers Franz Josef Sulzer aus den Jahren 1781/82 heißt es, der moldauische Fürst Alexandru Murusi habe "den deutschen Protestanten in Jassy, die sich seit kurzem in ziemlicher Anzahl dahin zu ziehen angefangen haben, einen eigenen Grund zu einer evangelischen Kirche geschenkt"[4]. Sulzer nennt auch markante Persönlichkeiten der Gemeinschaft, darunter den Pfarrer Scharsius aus Mediasch in Siebenbürgen, den "Doktor Wolf" und den lateinischen Sprachlehrer "Joh. König".

Zu der evangelischen deutschsprachigen Bevölkerung von Jassy (darunter Preußen, Österreicher und Schweden) heißt es außerdem, 1780 hätte diese 80 Personen gezählt. Ende des 18. Jahrhunderts wanderten vermehrt Handwerker und Fabrikanten, weniger in der Landwirtschaft tätige Deutsche, aus Siebenbürgen in die Fürstentümer ein. Wenn auch einige in

die Moldau kamen, zog es die Mehrzahl in die Walachei. Außer in Jassy[5][6] lebten im 18. und 19. Jahrhundert Deutsche in und bei Backau[7] sowie im nordöstlich gelegenen Buhuşi,[8] wo sie als Beamte, Meister und Arbeiter in der Textilindustrie beschäftigt waren. Auch in Deutschenmarkt,[9] Romesmarkt[10] und Paşcani[11] lebten Deutsche. In den letzten beiden Orten war es insbesondere die Eisenbahn, die zeitweise Deutsche lockte. Im Süden der Moldau konnten deutsche Bevölkerungsanteile in Mărăşeşti, Focşani[12] und dem Donauhafen Galatz/Galaţi[13] ausgemacht werden. Im Norden zogen Deutsche aus der Bukowina in die Orte Fălticeni,[14] Botoşani[15] und Dorohoi[16].

Wirtschaftliche und kulturelle Aspekte

Eng mit der Geschichte der Deutschen in der Moldau ist die Entfaltung der mittelalterlichen Stadt in der Region verbunden. Handwerk und Handel führten zur Verdichtung und Zentralisierung von Orten. Begriffe weisen auf den deutlichen Einfluss aus Siebenbürgen bzw. Halitsch-Wolhynien hin: *şoltuz* (Schultus = Schultheiß), *voit* (= Vogt), *pârgar* (purger = Ratsherr). Der Einfluss der deutschen Siedler zeigt sich auch in anderen Bereichen der städtischen Kultur, so wurde die Bauweise der Häuser in Jassy von Juden und auch von Deutschen geprägt. Die Deutschen insbesondere aus Siebenbürgen stellten Handwerker, Uhrmacher, Goldarbeiter, Baumeister, Tischler, Schlosser, Schmiede, Hutmacher, Gastwirte u. a. Auch die Bierbrauerei gehörte dazu. So errichtete der Arzt Herlitz 1793 eine solche in Jassy und der Österreicher Alexander Dos 1816 ebenfalls eine in Romesmarkt.

Die Buchhändler Hemschieg und Hennig führten in den 1830er Jahren eine ganze Reihe von deutschen Werken ein. Auch Buchdrucker wie der aus Pyrmont stammende Bärmann ließen sich in Jassy nieder. In verschiedenen Orten der Moldau, so in Galatz, Barchau, Buhuşi oder Jassy entstanden in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts Vereine, die der Erhaltung und Förderung der deutschen Kultur, u. a. auch deutscher Schulen dienten.

Die deutschen Siedlungsgruppen in der Moldau können weder auf eine zusammenhängende Geschichte noch auf eine räumliche Geschlossenheit blicken. Insgesamt konzentrierten sich die Deutschen bis ins 19. Jahrhundert auf einzelne Ortschaften. Dementsprechend ist auch die Quellen- und Literaturlage nicht reichhaltig: Neben archäologischen Funden existieren einzelne Stadtbücher und Reiseberichte. Bisher haben sich nur wenige Historiker mit dem Phänomen auseinandergesetzt und es besteht ein deutlicher Nachholbedarf.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Edda Binder-Iijima, Vasile Dumbrava (Hg.): Stefan der Große. Fürst der Moldau. Symbolfunktion und Bedeutungswandel eines mittelalterlichen Herrschers. Leipzig 2005.
- Horst Fassel: Selbstfindung oder Selbstaufgabe. Die deutsche Minderheit in der moldauischen Stadt Jassy. In: Anuarul de Lingvistică şi Istorie literară 33 (1992/93), S. 221-238.
- Raimund Friedrich Kaindl: Geschichte der Deutschen in Ungarn und Siebenbürgen bis 1763, in der Walachei und Moldau bis 1774. Gotha 1907.
- Victor Spinei: Moldavia in the 11th–14th centuries. Bucureşti 1986.
- Ekkehard Völkl: Das rumänische Fürstentum Moldau und die Ostslaven im 15. bis 17. Jahrhundert. Wiesbaden 1975 (Veröffentlichungen des Osteuropa-Institutes München, Geschichte 42).
- Ders.: Moldau. In: Edgar Hösch, Karl Nehring, Holm Sundhaussen (Hg.): Lexikon zur Geschichte Südosteuropas. Wien u. a. 2004, S. 453-455.

- Hugo Weczerka: Deutsche Siedlungen und Einflüsse deutschen Stadtrechts in den mittelalterlichen Fürstentümern Moldau und Walachei. Köln u. a. 1982 (Studien zum Deutschtum im Osten 17).
- Ders.: Das Fürstentum Moldau und die Deutschen. In: Isabel Röskau-Rydel (Hg.): Galizien, Bukowina, Moldau. 2. Aufl. Berlin 2002 (Deutsche Geschichte im Osten Europas [5]), S. 329-378.
- Ders.: Das mittelalterliche Deutschtum diesseits und jenseits der Karpaten. In: Südostdeutsches Archiv 5 (1963), S. 3-19.
- Ders.: Das mittelalterliche und frühneuzeitliche Deutschtum im Fürstentum Moldau von seinen Anfängen bis zu seinem Untergang (13.–17. Jahrhundert). München 1960 (Buchreihe der Südostdeutschen Historischen Kommission 4).
- Ders.: Zur Geschichte der Deutschen in der Moldau und Walachei bis ins 17. Jahrhundert. In: Südostdeutsches Archiv 26/27 (1983/84), S. 69-87.

Weblinks

- Recensământ 2002. Structura Etno-demografică a României. Structura etno-demografică pe arii geografice. URL: http://www.edrc.ro/recensamant.jsp?regiune_id=0&judet_id=163&localitate_id=164 (Zugriff: 27.11.12

Anmerkungen

[1] Franz Josef Sulzer: Geschichte des transalpinischen Daciens, das ist, der Walachei, Moldau und Bessarabiens, im Zusammenhange mit der Geschichte des übrigen Daciens, als ein Versuch der allgemeinen dacischen Geschichte mit kritischer Freyheit entworfen. Des ersten oder geographischen Theils dritter Band. Wien 1782, S. 653.

[2] Sulzer (wie Anm. 1), S. 653.

[3] In der Verwendung der Ortsnamen herrscht eine große Uneinheitlichkeit. Im weiteren Verlauf werden daher die heute gebräuchlichen deutschen bzw. rumänischen Bezeichnungen angeführt.

[4] Sulzer (wie Anm. 1), S. 666.

[5] Neben dem Zuzug von Handwerkern und Kaufleuten hinkte die bäuerliche Ansiedlung weit hinterher. Nähere Nachrichten dazu fehlen jedoch. Die Schwierigkeiten, nähere Informationen zu erhalten, hängen auch damit zusammen, dass es keine planmäßig geförderte Ansiedlung gab. So sind auch gerade für die Moldau keine Zahlen für Ansiedler im 18. und 19. Jahrhundert vorhanden. Pauschale Aussagen können lediglich über einzelne Orte und die dort ausgeübten Bewegungen und Tätigkeiten gemacht werden.

[6] Die Volkszählung von 2002 erwähnt aufgrund der Zuordnung nach der Muttersprache für Jassy 95 Deutsche (nach ethnischen Kriterien 166 Deutsche). http://www.edrc.ro/recensamant.jsp?regiune_id=1&judet_id=163&localitate_id=164. Im Folgenden werden zum Vergleich zuerst die Zahlen nach der Muttersprache angeführt und in Klammern die Angaben nach ethnischen Kriterien.

[7] Nach der Volkszählung von 1930 lebten in Barchau 400 Deutsche und 2002 noch 51 (83).

[8] Nach der Volkszählung von 2002 leben in Buhuşi zwei (10) Deutsche.

[9] Nach der Volkszählung von 2002 leben 29 (66) Deutsche in Kreuzburg an der Bistritz/Piatra Neamț.

[10] Nach der Volkszählung von 2002 leben 15 (31) Deutsche in Romesmarkt.

[11] Nach der Volkszählung von 2002 lebt kein deutscher Muttersprachler mehr in Paşcani (8 Deutsche der Ethnie zufolge).

[12] Bei der Volkszählung von 2002 haben für Focşani 27 Personen die Zugehörigkeit zur deutschen Ethnie und 18 zur Muttersprache angegeben.

[13] Nach der Volkszählung von 2002 leben 62 (114) Deutsche in Galatz.

[14] Nach der Volkszählung von 2002 leben 14 (20) Deutsche in Fălticeni.

[15] Nach der Volkszählung von 2002 leben 19 (46) Deutsche in Botoşani.

[16] Nach der Volkszählung von 2002 leben Zwei (Drei) Deutsche in Dorohoi.

Zitation

Hans-Christian Maner: Moldau. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2013. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54141.html (Stand 09.04.13).

N

Neumark → Ostbrandenburg/Neumark/Ziemia Lubuska (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Niederlausitz (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Nösnerland/Nasaud (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Nordosteuropa → Nordosteuropa (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

O

Oberlausitz (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Ober Ost

1. Toponymie

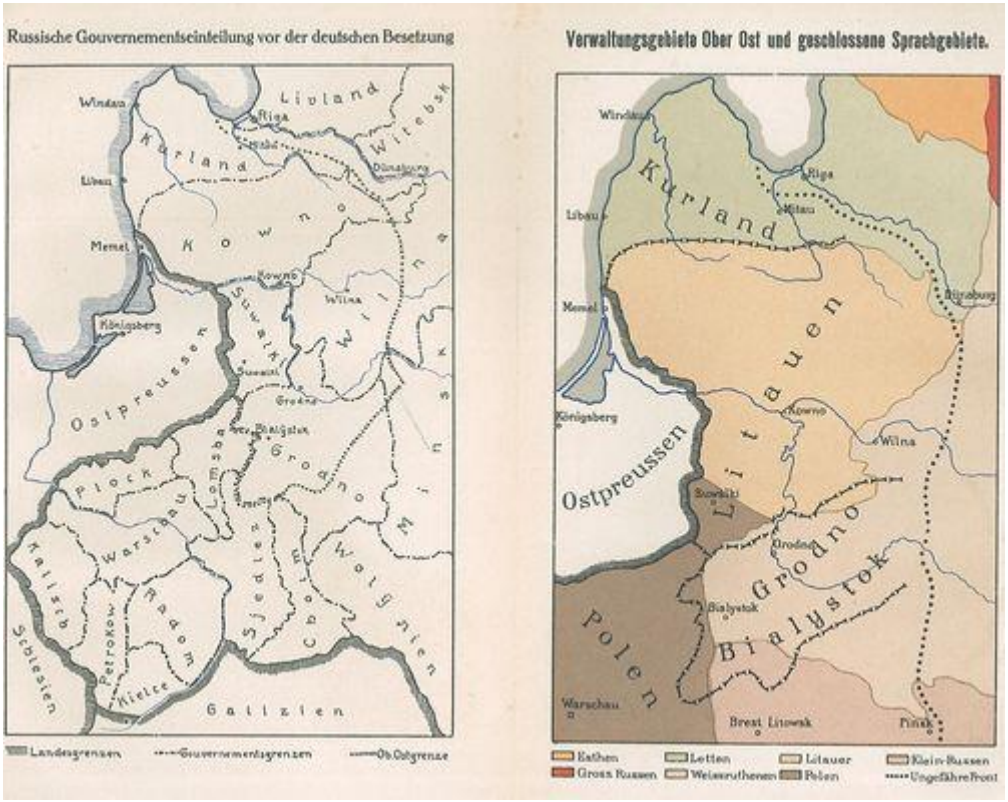
Deutsche Bezeichnung

Ober Ost

Etymologie

„Ober Ost“ ist eine Kurzfassung für „Oberbefehlshaber der gesamten deutschen Streitkräfte im Osten“ im Ersten Weltkrieg und bezeichnet somit ebenso eine Person beziehungsweise Institution wie das unter deren Herrschaft stehende besetzte Gebiet.

2. Geographie



„Das Land Ober Ost“ – aus der kolonialen Perspektive des gleichnamigen Buches, das 1917 von der Presseabteilung herausgegeben wurde und die deutschen ‚Ordnungsansprüche‘ in diesem Gebiet zum Ausdruck bringt [Karte: Das Land Ober Ost, nach S. 472].

Lage

Ober Ost war ein während des Ersten Weltkriegs deutsch besetztes Gebiet des Russischen Reichs und grenzte nördlich und östlich an Ostpreußen; 1917 umfasste es Teile des heutigen Lettlands, Litauen sowie mit Grodno/Hrodna und Bialystok/Białystok kleinere Gebiete der heutigen Staaten Weißrussland und Polen bei einer Fläche von insgesamt 108.808 km².[1]

Topographie

Das flache oder nur leicht hügelige Gebiet ist im Norden geprägt von Wäldern, während im Süden auch fruchtbarer Ackerboden vorhanden ist. Es wird von vielen Flüssen durchzogen. Bei einer geringen Bevölkerungsdichte gab es nur wenige größere Städte wie Riga/Rīga oder Wilna/Vilnius; der Küstenstreifen an der Ostsee war dichter besiedelt als der Rest des Landes.

Historische Geographie

Ober Ost war ein im Ersten Weltkrieg deutsch besetztes Gebiet, das seit Frühjahr 1915 erobert wurde. Insbesondere 1917 und 1918 erlangten die Deutschen weitere territoriale Gewinne, etwa die Stadt Riga, wodurch sich Ober Ost vergrößerte. Eine Staatlichkeit sollte bewusst erst nach einem siegreichen Kriegsende entwickelt werden, das Territorium stand währenddessen ausschließlich unter Militärverwaltung. Nach der Niederlage der Mittelmächte im November 1918 teilten Polen, Litauen und Lettland Ober Ost unter sich auf.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Eine Flagge oder ein Wappen hatte Ober Ost nicht, es wurden die üblichen Insignien des deutschen Heeres verwendet.

Zeitgeschichte

Nach Kriegsbeginn 1914 ging zunächst die russische Armee in die Offensive und eroberte vorübergehend Teile Ostpreußens. Erst im Februar 1915 überschritten deutsche Truppen die russischen Grenzen und besetzten Gebiete im heutigen Litauen und Lettland, im September gelangten sie nach Wilna. Zu nennenswerten weiteren Geländegewinnen kam es erst nach Ausbruch der russischen Februarrevolution 1917. Nach der Oktoberrevolution etablierten beziehungsweise tolerierten die deutschen Besatzer Marionettenstaaten auf dem Gebiet von Ober Ost, zogen aber keine Truppen ab: Am 16. Februar 1918 wurde das Königreich Litauen (*Lietuvos Karalystė*) proklamiert, am 8. März 1918 das Herzogtum Kurland und Semgallen sowie am 12. April 1918 das Vereinigte Baltische Herzogtum – letztere beide baltendeutsch. Unabhängige baltische Nationalstaaten, die teils schon vorher ausgerufen worden waren, erkannte Deutschland erst am 22. September 1918 an, erneut ohne seine Truppen zurückzuziehen. Mit der Niederlage der Mittelmächte endete die deutsche Herrschaft von Ober Ost, aber deutsche Soldaten waren auch in den folgenden Jahren als Freikorps in die Unabhängigkeitskriege im Baltikum involviert.

Verwaltung



Deutsches Militär war in Ober Ost präsent, hier vor dem Rathaus von Mitau/Jelgava. Die Stadt war Sitz der deutschen Militärverwaltung in Kurland. [Foto: Das Land Ober Ost, S. 337].

Ober Ost war als einziges deutsch besetztes Territorium im Ersten Weltkrieg eine reine Militärverwaltung mit ca. 18.000 Soldaten in der Administration. Es war seit dem 26. Juni 1916 in sechs Distrikte geteilt: Bialystok, Grodno, Kurland, Litauen, Suwalki, Wilna. Sie wurden 1917 zu nur noch drei Distrikten zusammengelegt: Bialystok-Grodno, Kurland, Litauen. Dies war das Gebiet, in dem die deutsche 10. Armee unter Paul von Hindenburg (1847–1934) und seinem Generalquartiermeister Erich Ludendorff (1865–1937) eingesetzt war. Hindenburg amtierte bis zum 29. August 1916 als Oberbefehlshaber der gesamten deutschen Streitkräfte im Osten, danach löste ihn Prinz Leopold von Bayern (1846–1930) mit seinem Generalquartiermeister Max Hoffmann (1869–1927) ab.

Die Umsetzung der Herrschaft erfolgte in Form von Auftragstaktik, dem zentralen Element preußischer Militärdoktrin: Ein Offizier erhält einen Befehl, der ihm nur das Ziel, nicht aber den Weg dorthin nennt; so sollen situative Gegebenheiten optimale Berücksichtigung finden. Im Unterschied zur Bürokratie, die jeweils konkrete Maßnahmen vorgibt, blieb so die Besatzung willkürlich und unberechenbar, ohne allerdings etwa bei der Ausbeutung bessere Resultate als anderswo erzielen zu können. 1926 kam eine Untersuchung des Reichstags explizit zu dem Ergebnis, dass in Ober Ost überkomplexe Strukturen ohne Einbeziehung der Einheimischen die angestrebten „Erfolge“ verhindert hätten.[2]

Die einheimische Bevölkerung wurde auf unterster Ebene zu ehrenamtlichen Hilfstätigkeiten in der Administration herangezogen, wobei diesen Verpflichtungen Zwangscharakter zukam. 1918, mit der Proklamation formal unabhängiger Marionettenstaaten, entstanden Gremien der Selbstverwaltung und Legislative, allerdings mit geringen exekutiven Möglichkeiten. Insbesondere in Kurland verfolgten Baltendeutsche einen expliziten Kollaborationskurs, aber eine echte Teilhabe an der Besatzungsherrschaft erhielten auch sie nicht. Für die nichtdeutsche Bevölkerung galt die Devise, dass sie nicht kollaborationsfähig sei.

Bevölkerung

Ober Ost war ein multiethnisches Gebiet mit einem geringeren Anteil deutscher Bevölkerung. Im Krieg kam es zu vielen Deportationen, und zahlreiche Menschen flüchteten, weshalb die letzten russischen Zahlen von 1897 nur näherungsweise Gültigkeit beanspruchen können:[3]

Litauer	1.550.315	34,4 %
Weißrussen	936.067	20,8 %
Juden	607.896	13,5 %
Polen	534.102	11,5 %
Letten	468.946	10,5 %
Russen	278.235	6,2 %
Deutsche	112.986	2,5 %

Die späteren geographischen Grenzen spiegelten weitgehend die ethnischen Mehrheitsverhältnisse wider. Zu Konflikten kam es insbesondere wegen des baltendeutschen Kollaborationskurses, der bei Letten und Litauern auf wenig Resonanz stieß; Gewaltausbrüche unterbanden die deutschen Besatzer.

Wirtschaft



In Ober Ost eingeführte Geldscheine [Foto: Das Land Ober Ost, S. 96].

Die Besatzer setzten auf die massive Ausbeutung der Ressourcen von Ober Ost und beschlagnahmten in großem Umfang Industriegüter, Lebensmittel und Tiere. Die Armee führte einen Zwangsaufkauf der Ernte zu festgelegten, für die Bauern unattraktiven Preisen ein, wofür eine eigene Währung geschaffen wurde. Über 1.400 Großgüter wurden enteignet und von deutschen Offizieren als Verwaltern betrieben. Dort setzte man Bauern als Zwangsarbeiter ein, die dann oftmals ihre eigenen Felder nicht mehr bewirtschaften konnten. Die wenigen Industriebetriebe des Gebiets standen mangels Ressourcen weitgehend still, die Arbeitslosigkeit stieg. Gleichzeitig betrieb das Militär eigene Fabriken, etwa in Libau/Liepāja, Kowno/Kaunas oder Bialystok. Im Wald von Białowieża arbeiteten bis zu 5.000 Mann in der Holzwirtschaft, insgesamt ist von rund 60.000 mit mehr oder weniger Zwang Dienstverpflichteten alleine in Litauen auszugehen, weitere 24.000 Menschen gelangten als Zwangsarbeiter nach Deutschland.[4]

Zu einer zielgerichteten Wirtschaftspolitik kam es indes in Ober Ost nicht, lediglich die statistische Erfassung wurde während des Kriegs perfektioniert – dahinter stand der Anspruch einer universellen Planbarkeit. Opfer dieser Politik war insbesondere die Stadtbevölkerung, die unter großem Hunger litt, während zugleich zum Beispiel 50.000 Pferde, 140.000 Rin-

der und 767.000 Schweine nach Deutschland exportiert wurden; die insgesamt ausgeführten Ressourcen hatten einen Wert von über 338 Millionen Reichsmark.[5] Trotz der Vorstellung, dass es sich bei Ober Ost um eine potentielle Kornkammer handele, blieben die erzielten Resultate weit hinter den ursprünglichen Hoffnungen zurück. Daran änderte auch eine ambitionierte Verkehrspolitik nichts, die das Land mit Infrastruktur durchziehen wollte, um es dann besser kontrollieren, ausbeuten und zugleich den eigenen Ordnungsvorstellungen unterwerfen zu können.

Gesellschaft

Die Besatzer sahen in der Bevölkerung Ober Osts ein wenig zivilisiertes ethnisches Gemisch, dem man deutsche Zucht und Ordnung beibringen müsse. Die vorgebliche historische Sendung Deutschlands mündete in einer „Kulturarbeit“, die einerseits als Werbung für die eigene Sache, andererseits als Identitätspolitik zu verstehen ist. Die Einheimischen sollten sich ihrer unterlegenen Stellung bewusst sein und die deutsche Herrschaft als naturgegeben anerkennen. Diese rassistische Propaganda insbesondere der Presseabteilung erwies sich vor allem 1918 als problematisch, weil das ursprünglich vorhandene Interesse an einer Zusammenarbeit mit den Fremdherrschern nachhaltig beschädigt worden war und man ihnen in den Marionettenstaaten wenige Sympathien entgegenbrachte.

Die deutsche Stellung sollte außerdem an die eigenen Soldaten vermittelt werden. Ein weiterer Adressat der Selbstdarstellung war die Heimatfront, der man die überlegenen Leistungen der Armee nicht nur auf militärischem Gebiet zeigen wollte. Als eine Art Leistungsschau und Propagandamanifest kann das 1917 herausgegebene offizielle Buch *Das Land Ober Ost* gelten, das Land und Leute sowie die eigenen Maßnahmen einer nahezu kolonialistischen Vermessung und Beschreibung unterwarf.

Die antisemitischen Einstellungen der Besatzer führten nicht zu speziellen Maßnahmen gegenüber Juden, ganz im Gegenteil erwies sich die deutsche Politik als vergleichsweise liberaler als die unter zarischer Herrschaft. Juden galten zwar als Stützen einer überlebten Wirtschafts- und Sozialordnung, die nun militärischer Planung weichen sollten, wurden vorübergehend aber noch gebraucht, etwa als Händler und Handwerker.[6] Eine Gleichsetzung mit Kommunisten war auch nach 1917 nicht zu beobachten.

Besondere kulturelle Institutionen



Neben den einheimischen Volksbühnen führten die Besatzer spezielle deutsche Theater ein, die zugleich der Bevölkerung als eine Art Schaufenster auf die angeblich überlegene deut-

sche Kultur gelten sollten. Diesem Zweck dienten auch die Soldatenzeitungen, die zwar im Reich gedruckt, aber vor Ort ausgeliefert und mit kleineren fremdsprachlichen Teilen explizit eine Resonanz über die eigene Truppe hinaus haben sollten.

Die Titel der verschiedenen Zeitungen, die unter deutscher Besatzung in Ober Ost erschienen, verweisen auf die unterschiedlichen Sprachen, die in diesem Gebiet gesprochen wurden. [Foto: Das Land Ober Ost, S. 145].

Bildung und Wissenschaft

Wie im Bereich der Religion verfolgten die Besatzer in Ober Ost eine Schulpolitik, die auf preußischem Vorbild beruhte. In beiden Bereichen wurden aufklärerische Ideale propagiert, aber weil der angeblich rückschrittliche „Volkscharakter" der nicht-deutschen Bevölkerung die Legitimation für bevormundende und diskriminierende Maßnahmen war, wurde die Schulpolitik von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt. Der Unterricht erfolgte in der jeweiligen Nationalsprache, nicht mehr in Russisch; Deutsch war erste Fremdsprache, die durchgängig ab der ersten Klasse gelehrt wurde. Angesichts der ethnischen Heterogenität des Landes kam es zu zahlreichen Konflikten, in denen die Deutschen als Schiedsrichter agieren wollten, um sich so Loyalitäten zu sichern. Diese Vorstellung ließ sich nicht realisieren, stattdessen wuchs die Unzufriedenheit mit den Okkupanten, die für jede Schule nur eine Sprache zuließen. 1918 existierten in Ober Ost 1.350 Volksschulen, davon 750 litauische, 299 polnische, 164 jüdische (mit Jiddisch als Sprache), 89 weißrussische, 81 deutsche sowie 7 lettische.[7] Angesichts dieser „Germanisierung" beziehungsweise nationalen Diskriminierung existierten zusätzlich, wie schon unter der Herrschaft des Zaren, zahlreiche Untergrundschulen mit eigenen, inoffiziellen Curricula.

Alltagskultur

In Ober Ost erfuhr das Kunsthandwerk eine große Förderung und wurde als Volkskunst propagiert. Gleichzeitig galt die einheimische Kultur als rückständig und gegenüber der feindlichen russischen – sowie der deutschen – als unterlegen. Die Besatzer vermaßen die wichtigsten Bauwerke, dokumentierten Bibliotheken und Museen sowie deren Inventar und instrumentalisierten die bedeutendsten Stücke als Ausdruck einer deutschen Kultur, auf die sie sich angeblich zurückführen ließen.

Literatur

Arnold Zweig (1887–1968) hat den Militärstaat Ober Ost in seinem 1927 erschienenen Buch *Der Streit um den Sergeanten Grischa* anhand eigener Erfahrungen – er war als Soldat bei der Militärgerichtsbarkeit in Ober Ost eingesetzt – verewigt. Er schuf damit einen Antikriegsroman, der in Form eines Justizdramas um einen russischen Kriegsgefangenen die Willkür der deutschen Militärs kritisiert; in der Person des Generals Schieffenzahn spielt er deutlich erkennbar auf Erich Ludendorff und dessen Hybris und Machtanmaßung an, thematisiert aber auch das Aufeinanderprallen von Ostjudentum und preußischer Aufklärung.

4. Diskurse/Kontroversen

Vejas Gabriel Liulevicius hat 2000 (dt. 2002) argumentiert, dass Ober Ost exemplarisch für deutschen Militarismus und einen „Drang nach Osten" stehe, der mit Gewalt, Unterdrückung und Völkermord einhergehe;[8] dieses Besatzungsgebiet im Ersten Weltkrieg stelle somit eine Art Bindeglied für den Weg „von Windhuk nach Auschwitz"[9] dar und sei ein Vorläufer nationalsozialistischer Besatzung im Zweiten Weltkrieg. Diese These fand ebenso Zustimmung wie Ablehnung, wobei in letzter Zeit die kritischen Stimmen überwiegen. Diese argumentieren insbesondere, dass Ober Ost kaum repräsentativ für die deutsche (Militär-

)Herrschaft im Ersten Weltkrieg, sondern eher eine Ausnahme gewesen sei und Adolf Hitler (1889–1945) später zudem explizit das Militär als Akteur ausgeschaltet und stattdessen auf eine ideologisierte Zivilverwaltung gesetzt habe. In diesem Sinne gebe es keinen deutschen Sonderweg in Osteuropa.[10]

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Das Land Ober Ost. Deutsche Arbeit in den Verwaltungsgebieten Kurland, Litauen und Bialystok-Grodno. Hg. von der Presseabteilung Ober Ost. Stuttgart, Berlin 1917.
- Vejas Gabriel Liulevicius: Kriegsland im Osten. Eroberung, Kolonisierung und Militärherrschaft im Ersten Weltkrieg. Hamburg 2002.
- Abba Strazhas: Deutsche Ostpolitik im Ersten Weltkrieg. Der Fall Ober Ost 1915–1917. Wiesbaden 1993 (Veröffentlichungen des Osteuropa-Institutes München, Reihe: Geschichte).
- Christian Westerhoff: Zwangsarbeit im Ersten Weltkrieg. Deutsche Arbeitskräftepolitik im besetzten Polen und Litauen 1914–1918. Paderborn 2012 (Studien zur Historischen Migrationsforschung 25).

Anmerkungen

[1] Das Land Ober Ost, S. 431.

[2] Westerhoff: Zwangsarbeit im Ersten Weltkrieg, S. 79 und 338f.

[3] Das Land Ober Ost, S. 433.

[4] Westerhoff: Zwangsarbeit im Ersten Weltkrieg, S. 259f. und 264.

[5] Liulevicius: Kriegsland im Osten, S. 100.

[6] Jürgen Matthäus: German Judenpolitik in Lithuania during the First World War. In: Leo Baeck Institute Yearbook 43 (1998), S. 155–174, hier S. 173f.

[7] Liulevicius: Kriegsland im Osten, S. 160.

[8] Liulevicius: Kriegsland im Osten, S. 20f. und passim.

[9] Jürgen Zimmerer (Hg.): Von Windhuk nach Auschwitz? Beiträge zum Verhältnis von Kolonialismus und Holocaust. Münster 2011 (Periplus Studien 15).

[10] So das Ergebnis von Winson Chu, Jesse Curtis Kauffman, Michael Meng: A Sonderweg through Eastern Europe? The Varieties of German Rule in Poland during the Two World Wars. In: German History 31 (2013), H. 3, S. 318–344. Der Aufsatz bietet einen glänzenden Überblick über die Kontroverse.

Zitation

Stephan Lehnstaedt: Ober Ost. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2015. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32572 (Stand 14.09.2015).

Oberschlesien (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Oblast Kaliningrad (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Ofener Bergland (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Oltenien/Kleine Walachei

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Kleine Walachei, Oltenien

Rumänische Bezeichnung

Oltenia

Etymologie

s. Walachei

2. Geographie

Lage



Historische Regionen Rumäniens. [Karte: Wikimedia Commons. Andrein CC BY-SA 3.0].

Die Südkarpaten grenzen die Kleine Walachei im Norden von Siebenbürgen (dt. auch Transsilvanien) und im Westen vom Banat ab. Im Süden bildet die Donau die Grenze zu Serbien und Bulgarien. Der Fluss Alt (rum. *Olt*) trennt diese Region von der Großen

Walachei (Muntenien). Der Alt konnte im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit nur an wenigen Stellen überquert werden. Darüber hinaus existierten damals nur drei gangbare Pässe über die Berge: das Eiserne Tor (rum. *Porţile de Fier*) entlang der Donau ins Banat, der Rote-Turm-Pass (rum. *Pasul Turnu Roşu*) entlang des Alt nach Siebenbürgen und der Schil-Pass (rum. *Pasul Jiului*) entlang des gleichnamigen Flusses ebenfalls nach Siebenbürgen, was eine vergleichsweise einfache Landesverteidigung ermöglichte und eine gute Ausgangslage für die mittelalterliche Staatsbildung bot.

Topographie

Die Region lässt sich topographisch in drei Gebiete unterteilen: erstens die nördlich gelegene Berglandschaft mit den Gebirgsgruppen Parâng und Retezat-Godeanu; zweitens die sich auf beiden Seiten des Flusses Jiu befindende, mittig in der Kleinen Walachei gelegene hügelige Landschaft des „getischen“ und des Mehedinţi-Plateaus sowie des Severiner Feldes; drittens – im Süden der Region – die westlichen Gebiete der Walachischen Tiefebene (Kleinwalachisches Tiefland; rum. *Câmpia Olteniei*).

Staatliche und regionale Zugehörigkeit

Rumänien. Die Kleine Walachei, oft Oltenien (= das Land am Alt) genannt, bildet zusammen mit Muntenien (= bergiges Land), welches auch die „Große Walachei“ genannt wird, die historische Region Walachei (rum. *Ţara Românească*).

Derzeit gibt es in der Kleinen Walachei fünf Kreise (Mehedinţi, Gorj, Dolj, Vâlcea und Olt), denen auch Territorien im Banat und in Muntenien angehören. Die wichtigste Stadt ist Krajowa/Craiova.

(s. auch Walachei)

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik



Das Wappen der Kleinen Walachei nach Ulrich von Riechental (um 1360-1437) 1483.

Während der Periode der vermutlich von Slawen begründeten Woiwodschaft von Litovoi bestand das Wappen der Kleinen Walachei aus goldenen und roten waagerechten Streifen, nicht unüblich in der Region. Es orientierte sich vermutlich am Wappen des ungarischen Herrscherhauses der Arpaden. Üblicherweise ist das Symbol Olteniens ein Löwe mit einer Krone. Derzeit zeigt das oltenische Wappen den Löwen ohne Krone auf einer Brücke; es handelt sich vermutlich um die antike Brücke von Turnu Severin/Drobeta Turnu Severin, die vom Architekten Apollodor von Damaskus (um 65-130) 101-102 auf Anweisung Kaiser Trajans (53-117) erbaut wurde.

Antike und Mittelalter

Dakische Stämme wurden in der Region zur Zeit der Könige Burebista (gest. um 44 v. Chr.) und Decebalus (gest. 106) erwähnt; insbesondere in den Gebirgsregionen sind Reste einiger dakischer Festungen (*davae*) erhalten geblieben. In der Spätantike zeigte sich ein deutlicher römischer Einfluss durch Kolonisten und mehrere römische Kastelle, wie zum Beispiel bei Turnu Severin (unter Kaiser Justinian [um 482-565] auch Festung „Theodora“ genannt). Dieser Einfluss hielt nach dem Rückzug der römischen Armee und Verwaltung an, wie archäologische Funde (Münzen, Keramik) zeigen. Zwischen 450 und 550 gehörte die Kleine Walachei zum Einflussbereich der Gepiden (*Gepidia*). Die slawische Migration im 7. Jahrhundert dürfte, wie auch andernorts auf dem Balkan, die ethnischen Verhältnisse geändert haben. Bekannt sind Strafexpeditionen bulgarischer Verbände nördlich der Donau gegen slawische Stämme. Zeitweise konnte das Bulgarische Reich die Region unter seine Oberhoheit zwingen.



Teile der Festung Severin (rum Cetatea Severin, ung. Szörényvár) heute. [Foto: Daniel Banner].

Im 13. Jahrhundert wurde das Staatsgebilde des Litovoi, eines Vasallen des ungarischen Königs, erwähnt. Die Burg Severin (rum. *Cetatea Severin*, ung. *Szörényvár*) – auf dem Gebiet der heutigen Stadt Turnu Severin gelegen – war eine ungarische Festung und Mittelpunkt einer Grenzmark, spätestens ab 1228 Sitz des Severiner Banats (*Banatus Zewriniensis*) mit Territorien auch im heutigen Kreis Mehedinţi und in der Gebirgsregion. Umstritten ist die Ausdehnung des Severiner Banats bis zum Alt und somit über ganz Oltenien.[1] Der Johanniterorden erhielt dieses Gebiet 1247 zur Verteidigung als Grenzmark, die der ungarische König vom restlichen Territorium der Walachen absonderte. Ein weiterer, ebenfalls Litovoi genannter lokaler Fürst oder Woiwode wurde 1277 als undisziplinierter Vasall der

ungarischen Krone erwähnt. Er wurde damals von einem ungarischen Heer unter *magister Georgius* geschlagen und fiel in der Schlacht, woraufhin sein Bruder Bărbat, der gefangen genommen, aber gegen eine Geldzahlung wieder freigelassen wurde, als Vasall der ungarischen Krone die Herrschaft übernahm. 1406 überließ der ungarische König Sigismund aus dem Hause Luxemburg (1368-1437) das Severiner Banat dem walachischen Woiwoden Mircea dem Alten (1355-1418). Katholiken aus Severin (in den Konzilsquellen „Zürm“ genannt) werden im Kontext des Konzils von Konstanz (1414-1418) erwähnt. Kurzzeitig wurden Burg und Banat von Severin dem Deutschen Orden zwecks Grenzverteidigung unter dem Ordensritter Nikolaus von Redwitz (1428-1435) überlassen, der jedoch 1432 von den Osmanen aus der Festung Severin vertrieben wurde. (s. auch Walachei)

Die Region um die Festung Severin war zwischen den Woiwoden der (Kleinen und dann Großen) Walachei und der ungarischen Krone ständig umkämpft. Der größte Teil Olteniens

gehörte seit dem 14. Jahrhundert zum Herrschaftsbereich der walachischen Woiwoden. Diese wiederum mussten im frühen 15. Jahrhundert die Oberhoheit des osmanischen Sultans anerkennen. Als den Osmanen 1524 die dauerhafte Eroberung der Festung Severin gelang, ließen sie diese schleifen.

Habsburgische Herrschaft

Infolge des sogenannten „Türkenkrieges“ von 1716/18 musste der Woiwode der Walachei und damit auch sein Oberherr, der Sultan, die Kleine Walachei im Frieden von Passarowitz an die Habsburgermonarchie abtreten. Das Interesse des Wiener Hofes an der Region, die als „*Valachia Cis-Alutana*" oder „*Valachia Caesarea*" bezeichnet wurde, dokumentiert der Plan des Prinzen Eugen von Savoyen (1663-1736) zur organisatorischen Neugestaltung der Region. Ansprechpartner der Habsburger vor Ort war die lokale Aristokratie (Großgrundbesitzer, mittlere und kleine Bojaren) sowie einige Angehörige der freien Bauernschaft und der sehr dünnen Schicht der Städter (weniger als 2 % der Bevölkerung). Um eine Fiskalreform vorzubereiten, wurden Informationen über Zahl und Struktur der Bevölkerung erhoben, die während der zwanzigjährigen Verwaltung variierten: 1720 wurden 13.245 Steuerzahler erwähnt, 1722 bereits 25.192, 1725 nur 14.689, 1728 aber 26.008, 1731 sind es 30.291 und 1735 34.346. Die starken Schwankungen hängen auch damit zusammen, dass sich unfreie Bauern auf dem Bojarenland nicht meldeten und die Zahl der Steuerpflichtigen in Oltenien entsprechend sank. Nach 1726 wurde der Ban von Krajowa abberufen und die Verwaltung direkt dem Kaiserlichen Hof unterstellt, vertreten durch einen *Praeses Administrationis.* Auch die Distriktverwaltungen (Kreise) wurden in den Jahren nach 1730 zunehmend unter kaiserliche Kontrolle gestellt und mit österreichischen Beamten besetzt. Um der Steuerflucht vorzubeugen, wurden die Steuerlasten pro Familie neu geregelt, die Befreiung von mittelalterlichen Frondiensten vorangetrieben und die Abschaffung der Leibeigenschaft angestrebt. Die Neuerungen wurden sukzessive, gegen den Widerstand der Bojaren durchgesetzt. Im Frieden von Belgrad musste die Habsburgermonarchie 1739 die Kleine Walachei erneut an das Osmanische Reich abtreten, das sie mit der Großen Walachei wieder vereinte.

Deutsche Diasporagemeinschaften

Im 16. und 17. Jahrhundert lebten unter anderem Siebenbürger Sachsen in Rimnik/Râmnicu Vâlcea, die, vor allem im kirchlichen und wirtschaftlichen Bereich, enge Beziehungen zu Hermannstadt/Sibiu unterhielten.

In habsburgischer Zeit ist die Anwesenheit weniger Deutscher in der Region in Verbindung mit der militärischen und administrativen Präsenz der Kaiserlichen nachgewiesen, so zum Beispiel einige deutsche Fleischer in Krajowa, welche die Armee versorgten, einige Beamte sowie piaristische Mönche (gegr. von Josef/José von Calasanz [um 1556-1648] als „Fratelli scolopi“), die eine deutsch-lateinische Schule betrieben.

Nach einem weiteren russisch-osmanischen Krieg (1828-1829) und dem Frieden von Adrianopel 1829 wurde auch in der Kleinen Walachei das Protektorat Russlands effektiv bis 1854 ausgeübt, die militärische Besatzung jedoch nur bis 1834. Damals kamen aus dem deutschen Sprachraum Handwerker und Arbeiter nach Tîrgu Jiu/Târgu-Jiu, Krajowa, Turnu Severin (ab 1836), Rimnik, Calafat und Caracal. Bis heute erkennbare Spuren dieser deutschen Zuwanderer sind die neugotischen katholischen und evangelischen Gotteshäuser sowie Friedhöfe.

Im 19. Jahrhundert entstanden Unternehmen mit ausschließlich oder vorwiegend deutschem Kapital im Dienstleistungsbereich (Apotheken, Druckereien, Mühlen und Fabriken), so dass

sich ein kleines, aber stabiles städtisches Milieu entwickeln konnte. Für die Betreuung der 14.529 aus Österreich-Ungarn stammenden Personen und 944 Reichsdeutschen (1899: zusamen 1,3 % der Gesamtbevölkerung Olteniens und 10,3 % der städtischen Bevölkerung) wurden preußische und österreichische Vizekonsulate in Krajowa und Turnu-Severin eingerichtet.[2]

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gab es, trotz des Einschnitts des Ersten Weltkriegs und einiger Zeichen von Assimilation, ein aktives Gemeinschaftsleben im kirchlichen und kulturellen Bereich: Sing- und Turnvereine, überwiegend deutschsprachige Pfarreien, konfessionelle Privatschulen, kirchliche Vereine und kirchliche Einrichtungen beider Konfessionen; sie wurden kontinuierlich aus dem Ausland unterstützt (Gustav-Adolf-Verein, Reichsverband für Katholische Auslanddeutsche, Schulbrüder, Diakonissinnen, Steyler Patres). 1930 wurden 3.442 Angehörige der deutschen Ethnie in Oltenien gezählt, 3.216 Personen gaben Deutsch als Muttersprache an.[3]

Bei der letzten Volkszählung im Oktober 2011 haben in Oltenien 234 Personen Deutsch als Muttersprache angegeben und 307 sich als Deutsche registrieren lassen.[4] Aktive Ortsverbände des Demokratischen Forums der Deutschen in Rumänien gibt es in Rimnik und Krajowa.

Kirchengeschichte

Eine Missionstätigkeit der Franziskaner und Dominikaner wird im 14. Jahrhundert erwähnt, ein katholisches Bistum mit zwölf lateinischen Bischöfen bestand zwischen 1380 und 1502. Auf dem heutigen Stadtgebiet von Turnu Severin wurden drei mittelalterliche Kirchen entdeckt, die typologisch dem westlichen Kulturbereich zuzuordnen sind.

Die in Rimnik lebenden Deutschen wurden 1550 evangelisch-lutherisch, ihre zwischen 1574 und 1642 erwähnten Pfarrer wurden vom siebenbürgisch-sächsischen Superintendenten ernannt. In habsburgischer Zeit sind auch katholische Bulgaren erwähnt, die sogenannten Pavliken. Die Rumänen, die die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung bildeten und bilden, waren griechisch-orthodox. Sie unterstanden einem eigenen Severiner Bistum, gegründet um 1370, das später nach Strehaia und Rimnik versetzt und 1503 in Rimnik wiedergegründet wurde.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Viorel Achim: Der Stellenwert des Deutschen Ordens in der Geschichte des Banats von Severin. In: Konrad Gündisch (Hg.): Generalprobe Burzenland: Neue Forschungen zur Geschichte des Deutschen Ordens in Siebenbürgen und im Banat. Köln, Weimar, Wien 2013, S. 177-188.
- Constantin Dănescu: Şantierul Naval din Turnu Severin [Die Hafenbaustelle in Turnu – Severin]. Bd. 1: 1851-1950. Turnu Severin 2004.
- Julius Hering: Annalen der römisch-katholischen Pfarrei von Turn-Severin. In: Echo der Vortragsreihe 12 (2006), S. 22-32.
- Şerban Papacostea: Oltenia sub stăpânirea austriacă 1718-1739 [Oltenien unter österreichischer Herrschaft 1718-1739]. Bucureşti 1971, 2. Aufl. 1998.
- Hans Petri: Die ersten zwei Jahrzehnte evangelischen Gemeindelebens in Krajowa. In: Hans Petri: Beiträge zur Geschichte evangelischer Gemeinden in Altrumänien. H. 2. In: Kirchliche Blätter (1931), S. 85-96.

- Hans Petri: Aus fünf Jahrzehnten. Geschichte der Deutsch-Evangelischen Gemeinde Turn-Severin 1861-1911. In: Evangelisches Zentralarchiv in Berlin (ZA 5091/107), Signatur: EZA Bibl. 81/154. Neudruck in: Echo der Vortragsreihe 12/2007. Reschitza 2007.
- Adrian-Andrei Rusu: Die Burgen von Turnu-Severin im 13.-14. Jahrhundert. In: Budapest Régiségei 37 (2003), S. 63-77.
- Christa Stache, Wolfram Theilemann: Evangelisch in Altrumänien. Bonn, Hermannstadt 2012.

Anmerkungen

[1] Vgl. dazu Rusu: Die Burgen von Turnu-Severin, S. 63-64 und Achim: Der Stellenwert des Deutschen Ordens, S. 177-188.

[2] Leonida Colescu: Analiza rezultatelor recensământului general al populaţiei României de la 1899 [Analyse der allgemeinen Volkszählung der Bevölkerung Rumäniens von 1899]. Institutul Central de Statistică 1944, S. 32, 96 und 100. Die Gesamtbevölkerung Olteniens umfasste 1899 1.181.243 Personen.

[3] Sabin Manuilă: Recensământul general al populaţiei României din 29 decembrie 1930. Volumul II: Neam, Limba maternă, Religie [Die allgemeine allgemeinen Volkszählung der Bevölkerung Rumäniens von 29. Dezember 1930. Bd. 2: Volkszugehörigkeit, Muttersprache, Religion]. Hrsg. vom Institutul central de statistică, Tipărit la Monitorul Oficial, Imprimeria Naţională. Bucureşti 1938, S. XXV. Daten in Prozenten ausgeführt: 0,2 % der Gesamtbevölkerung Olteniens (1.746.347) wird als ethnisch Deutsche erfasst und 0,2 % geben Deutsch als Muttersprache an.

[4] Recensământul populaţiei şi al locuinţelor 2011 [Bevölkerungs- und Wohnungszählung 2011]: http://www.recensamantromania.ro/rezultate-2/ (Abruf 01.09.2014).

Zitation

Daniel Banner: Oltenien/Kleine Walachei. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32597 (Stand 18.09.2014).

Ösel/Saaremaa (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Ostbrandenburg/Neumark/Ziemia Lubuska (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Ostdeutschland → Ostdeutschland

1. Definition

Vor 1945 bezeichnete der Begriff ‚Ostdeutschland' allgemein die östlich der Elbe (Ostelbien) gelegenen und von Deutschen bewohnten Regionen sowie auch konkret die preußischen Ostprovinzen östlich der Oder. Nach dem Zweiten Weltkrieg entstand eine Doppelbelegung des Begriffs insofern, als ‚Ostdeutschland' zugleich auch als Bezeichnung der SBZ/DDR verwendet wurde und dadurch die Bezeichnung ‚Mitteldeutschland' zunehmend ersetzte. Ab 1989/90, nach der Wiedervereinigung Deutschlands, wurde ‚Ostdeutschland' fast nur noch von Vertriebenenorganisationen und den ihnen angeschlossenen Kultureinrichtungen in der früheren Bedeutung verwendet, meist versehen mit präzisierenden Ergän-

zungen („historisches“, „ehemaliges“ usw. „Ostdeutschland“; „Altostdeutschland“). Ansonsten wurde der Begriff als Bezeichnung für die neuen (östlichen) Bundesländer der erweiterten Bundesrepublik Deutschland gebräuchlich.

2. Genese

Träger, Gebrauch, Konnotationen

Die Begriffe ‚Ostdeutschland‘ beziehungsweise ‚ostdeutsch‘ waren territorial nie eindeutig definiert. Sie bezeichneten jeweils den östlichen Teil des deutschsprachigen Gebietes respektive des deutschen Staatsgebietes und bezogen sich insbesondere auf die deutsche Geschichte und Kultur, die sich über Jahrhunderte in den entsprechenden Regionen herausgebildet hatte. In diesem historischen Sinn erfolgt auch ihre Verwendung in diesem Lemma.

‚Ostdeutschland‘ mit dem Adjektiv ‚ostdeutsch‘ ist, insbesondere in Bezug auf das 20. Jahrhundert, mit einer Reihe von Konnotationen versehen: Bereits die deutschsprachige Chronistik in den ostdeutschen Gebieten hat sich seit dem 16. Jahrhundert (Humanismus, Renaissance) mit den spezifischen Fragen von Begegnung und Abgrenzung der Ethnien auseinandergesetzt. Im 19. Jahrhundert war die dortige Landesgeschichtsschreibung verstärkt an den ethnischen Aspekten der Bevölkerungsgeschichte in den einzelnen Regionen interessiert, nicht selten verbunden mit antislawischen respektive antipolnischen Stereotypen.

Einhergehend mit der Kriegsbegeisterung kamen im Vorfeld und zu Beginn des Ersten Weltkriegs ostraumhegemoniale Vorstellungen und expansive Zielsetzungen im Hinblick auf die Ausweitung eines künftigen Ostdeutschlands bis weit nach Russland hinzu. Um die Versailler Staatenordnung nach 1918 historisch in Zweifel zu ziehen, wurden nach dem Zusammenbruch der großen Monarchien eine interdisziplinäre wissenschaftliche sogenannte „Ostforschung“ und eine in die Breite wirkende „Ostlandkunde“ forciert, die auf volks- und kulturbodengeschichtlichen Interpretationen Ostdeutschlands und ganz Ostmitteleuropas beruhte und damit eine ethnozentrische Vereinheitlichung „ostdeutscher Geschichte“ postulierte. Mit dem Versuch der Konstruktion eines deutschen Volks- und Kulturbodens im „deutschen Osten“ sollte die Legitimität der nationalen Geschichts- und Staatskonzeptionen der Völker Ostmitteleuropas unterwandert sowie zudem die historische Unbegründetheit der Versailler Staatenordnung und insbesondere der Gebietsabtretungen von 1920/22 erwiesen werden.

In dieser neuen auf die Geschichte Ostdeutschlands zur Anwendung kommenden „Ostforschung“ wurde der deutsche Anteil an der Vergangenheit häufig überbewertet und die deutsch-slawische Beziehungsgeschichte primär unter kolonialen Prämissen betrachtet. Ostdeutschland wurde als Ergebnis einer historisch-kulturellen Leistung des deutschen Volkes verstanden, wobei die Kontinuität „ostdeutscher“ Geschichte propagandistisch bis weit in eine „germanische“ Vor- und Frühgeschichte ausgedehnt wurde, um so das Recht einer Erstbesiedlung (Indigenatsrecht) für weite Gebiete in Anspruch nehmen zu können.



Ein Beispiel für die propagandistische Deutung der Geschichte „Ostdeutschlands“ im Sinne des Nationalsozialismus ist das seinerzeit weit verbreitete Werk von Kurt Pasternaci: 4000 Jahre Ostdeutschland. Die Vor- und Frühgeschichte Ostdeutschlands. Zwischen 3000 vor und 1000 nach der Zeitwende. 5. Aufl. Leipzig 1940. [Foto: BKGE].

So wurde die Geschichtsschreibung über Ostdeutschland politisch instrumentalisiert. Ihre Vertreter stellten sich zum Teil selbst in den Dienst des nationalsozialistischen Regimes und wurden weithin durch dessen rigide, kriegsvorbereitende und -legitimierende Politik absorbiert. Wissenschaftlich hatte die Geschichte Ostdeutschlands kaum noch Entwicklungsmöglichkeiten und geriet in die Isolation.

In der Erinnerungskultur der Bundesrepublik Deutschland nahm das überwiegend an Polen übergegangene Ostdeutschland einen nur schwer bestimmbaren Platz ein. Die wissenschaftlichen Einrichtungen lagen nun außerhalb der neuen Grenzen Deutschlands, die Forschung über die ehemals ostdeutschen Regionen war durch den Missbrauch des Ostdeutschland-Begriffs im Kontext der nationalsozialistischen Ostforschung diskreditiert. Als es 1950 vor allem mit Gründung des Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrats und der Einrichtung des Herder-Instituts zu einer Neubelebung des Interesses, einem „neuen Anfang der Ostforschung“ (Aubin) kam, blieben zunächst Traditionskritik ebenso wie methodische Erneuerung aus, sodass mit dem Begriff ‚Ostdeutschland‘ vielfach überkommene volksgeschichtliche Perspektiven verbunden blieben.

Die nach 1945 in Westdeutschland teilweise fortbestehende Verwendung von ‚Ostdeutschland‘ für die (früheren) preußischen Ostprovinzen jenseits von Oder und Lausitzer Neiße und die Verwendung von ‚Mitteldeutschland‘ für die SBZ/DDR hatte auch staats- und völkerrechtliche Hintergründe: Die auf den Konferenzen von Jalta und Potsdam vorgenommenen Grenzveränderungen wurden rechtlich und gesellschaftlich noch nicht als endgültig angesehen, und die Verwendung der offiziellen Bezeichnung DDR wurde vermieden, um deren Nichtanerkennung zu verdeutlichen. Im Zuge der Aneignung der im Westen und Norden erworbenen Gebiete ist die Geschichtswissenschaft in Polen nach 1945 mit ihrem schon früher bestehenden Interesse an der Geschichte der preußischen Ostprovinzen offensiv in

den Dienst der Staatsräson gestellt worden, um die faktischen politischen Veränderungen aus der historischen Perspektive zu legitimieren. Zentral war dabei die Konstruktion einer Kontinuität in der polnischen Geschichte, die in die Rückkehr der „West- und Nordgebiete“ (*Ziemie Zachodnie i Północne*) in das „piastische Mutterland“ mündete. In beiden Historiographien setzte sich die Tendenz zur Verwissenschaftlichung, Entideologisierung und Objektivierung seit den 1970er Jahren allmählich durch, als mit der neuen Ostpolitik einerseits der Legitimierungsdruck nachließ und mit der zurückgehenden politischen Konfrontation zunehmend landesgeschichtliche Fragestellungen im internationalen Dialog behandelt werden konnten.

Mit dem politischen Umbruch 1989/90 wurde die Frage nach dem historischen Begriff ‚Ostdeutschland‘ und dem Stellenwert ‚ostdeutscher‘ Geschichte von den Historikern Hartmut Boockmann und Klaus Zernack aufgeworfen. Anlass war die Beobachtung, dass in Deutschland die Beschäftigung mit der Thematik nicht mehr in angemessener Weise stattfinde und einer „Aktivierung“ bedürfe. Umgekehrt seien die historischen preußischen Ostprovinzen zu einer Domäne der polnischen Geschichtswissenschaft geworden (Boockmann). So bestand damals die Sorge, dass mit dem Beitritt der DDR die Kultur und Geschichte des historischen Ostdeutschlands aus dem kollektiven Gedächtnis verschwinden würden. Die damaligen Appelle bezogen sich auf eine ausgewogene und auf internationalen Dialog ausgerichtete Betrachtung der deutsch-polnischen Grenzgebiete und waren dem sich wandelnden Methodenverständnis der Ostmitteleuropaforschung verpflichtet. Tatsächlich hat inzwischen – unterstützt von der fortschreitenden europäischen Integration – ein Paradigmenwechsel im Hinblick auf eine Akzentuierung der Beziehungs- und Verflechtungsgeschichte stattgefunden, wobei auf die unreflektierte Verwendung des Begriffs ‚Ostdeutschland‘ verzichtet wird.

Fremdsprachige Entsprechungen

Poln.: Niemcy Wschodnie; engl.: East Germany; frz.: Allemagne de l’Est; tschech.: Východní Německo.

3. Historischer Abriss

Mittelalter

Die Anwendbarkeit der modernen Bezeichnungen ‚deutsch‘ und ‚Deutschland‘ auf die Zeit des Mittelalters und der frühen Neuzeit wird unterschiedlich beurteilt.[1] Jedenfalls kann frühestens mit der Herausbildung des *Regnum Teutonicorum* aus dem ostfränkischen Teilungsgebiet des einstigen Frankenreiches im 10. Jahrhundert, das aufgrund kultureller und sprachlicher (nicht staatsrechtlicher) Merkmale vielfach als mittelalterliches Deutschland bezeichnet wird, auch von ‚ostdeutschen‘ Gebieten gesprochen werden. Diese frühesten ostdeutschen Gebiete umfassen in etwa den östlichen Rand des Markengürtels (Mark= Gebiet an der Grenze), den das Ottonenreich im 10. Jahrhundert in dem von Slawen bewohnten Gebiet östlich der Flüsse Elbe und Saale in Besitz genommen hatte. Die bereits für die Entstehung dieses frühen Ostdeutschlands festzustellende strukturelle Verzahnung der Politik des Deutschen Reiches mit den östlichen Nachbarn sowie deutscher Geschichte und Kultur mit der slawischen beziehungsweise polnischen blieb über die Jahrhunderte kennzeichnend. So war die Geschichte von Deutschlands Osten von ihren Anfängen an vielfach zugleich auch die Geschichte von Polens Westen. Beginnend im 12., endend im 15. Jahrhundert, wurden weitere Teile des slawischen Siedlungsgebiets, nun auch östlich von Oder und Lausitzer Neiße, außerdem baltische Gebiete, durch eine überwiegend deutsche Besiedlung (mittelalterlicher Landesausbau/ Ostsiedlung) kolonisatorisch erschlossen und modernisiert, in Verbindung mit dem christlichen Missionierungsauftrag auch mit Waffengewalt unter

großen Verlusten der ansässigen Bevölkerung besetzt. Zahlreiche ostdeutsche Städte wurden nach deutschem Recht (Lübischem Recht, Magdeburger Recht) gegründet und von Deutschen besiedelt, erhielten deutsche Bevölkerungsanteile oder, wie Königsberg/Kaliningrad, Danzig/Gdańsk, Thorn/Toruń oder Breslau/Wrocław, eine überwiegend deutsche sprachliche und kulturelle Ausrichtung. Unabhängig von Herrschaftsgrenzen kam es zu ethnischen „Überschneidungszonen“ (Boockmann), deren Bewohner je nach politischer Zugehörigkeit als Brandenburger, Obersachsen, Pommern, Preußen oder Schlesier bezeichnet wurden. Für diese Ethnogenese wurde und wird vielfach der dem Volkstumsparadigma nahestehende und deshalb problematische Begriff der „Neustammbildung“[2] verwendet. In der Literatur werden „Neustämme“ vielfach als eine „typisch ostdeutsche“ Erscheinung beschrieben.[3]

Neuzeit

Im 16. Jahrhundert waren die ostdeutschen Gebiete auf mehrere frühmoderne Staaten (Monarchien) aufgeteilt (u.a. Polen, Sachsen, Brandenburg, Böhmen, Ungarn). Erst der Aufstieg Brandenburg-Preußens zur Großmacht im 18. Jahrhundert, insbesondere durch die Eroberung Schlesiens, verlieh den Ländern östlich der Elbe zunehmend als eigentliches Ostdeutschland in der brandenburgisch-preußischen Monarchie Gewicht und Geltung. Von diesen sind die anderen, nicht zu Preußen gehörenden älteren ostdeutschen Regionen, insbesondere in der Habsburgermonarchie, zu unterscheiden. Nach der Auflösung des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation (1806) trat Preußen mit seinen „ehemals zum Reich gehörigen Besitzungen“ dem 1815 gegründeten Deutschen Bund bei, einschließlich des vormals nicht zum Heiligen Römischen Reich gehörenden Schlesien. Die 1824 geschaffene Provinz Preußen („Königreich Preußen“, bestehend aus Ost- und Westpreußen) und das Großherzogtum Posen wurden keine Bundesgebiete, aber unabhängig davon als ostdeutsche Gebiete verstanden. Erst durch die Bildung des Deutschen Kaiserreichs (1871), dessen östliche Provinzen nun explizit als ‚Ostdeutschland‘ bezeichnet wurden, wurde dieser Begriff konkreter fassbar.



Werbeanzeige von 1925: Die Ostdeutsche Morgenpost, erschienen in Beuthen 1919-1944; Abbildung aus: Erwin Stein: Monographien deutscher Städte. Band XV: Die deutsche Stadt Beuthen O./S. und ihre nächste Umgebung. Berlin-Friedenau 1925, S. 233.

Allgemein war ‚Ostdeutschland‘ seit dem 19. Jahrhundert, ähnlich wie ‚Süd-‘ oder ‚Westdeutschland‘, eine weit verbreitete, in unterschiedlichsten Zusammenhängen verwendete Bezeichnung: im Namen von Industrie- und Wirtschaftsunternehmen („Ostdeutsche Kleinbahn AG“, Bromberg/Bydgoszcz 1893, ab 1899 „Ostdeutsche Eisenbahn-Gesellschaft“),

von gesellschaftlichen Vereinen und Vereinigungen („Ostdeutscher Jünglingsbund“, 1856), im Titel von Zeitungen und Zeitschriften (*Ostdeutsche Post*, Wien, 1849; *Ostdeutscher Lokal-Anzeiger*, Bromberg, 1889; *Ostdeutsche Bau-Zeitung*, Breslau, 1905; *Ostdeutsche illustrierte Funkstunde*, Breslau, 1927) sowie wissenschaftlichen Publikationen (Herbert Ludat: *Die ostdeutschen Kietze*, 1936).

Im 20. Jahrhundert verband sich mit dem Begriff ‚ostdeutsch‘ eine neue, zunehmend politische Konnotation: 1911 fand die „Ostdeutsche Ausstellung für Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft“ mit über 1.100 Ausstellern in Posen/Poznań statt. Diese erste und einzige Gemeinschaftsausstellung der damaligen deutschen Ostprovinzen sollte als „Leistungsschau“ dem seinerzeit verbreiteten Stereotyp des rückständigen Ostens entgegenwirken sowie der „Kulturhebung der Ostprovinzen“ und zugleich der nationalen Selbstdarstellung dienen.[4] Die polnische Bevölkerungsmehrheit der Stadt war von der Mitwirkung ausgeschlossen.



Werbemarke „Ostdeutsche Ausstellung für Hotel und Gastwirtsgewerbe, Kochkunst, Konditorei und einschlägige Erzeugnisse“, Beuthen 1926. [Foto: BKGE].



„Leuchtfontäne“ auf der „Ostdeutschen Ausstellung“ in Posen 1911; im Hintergrund abgebildet ist der „Oberschlesische Turm“ (Architekt: Hans Poelzig, 1869-1936), das Wahrzeichen der Ausstellung. [Foto: BKGE].

Insbesondere infolge der mit dem Ende des Ersten Weltkriegs einhergehenden Gebietsabtretungen wurde Ostdeutschland in der zeitgenössischen Publizistik vielfach als ein im Abwehrkampf gegen Polen befindliches Gebiet stilisiert, dessen „Deutschtum“ gestärkt werden müsse und das der Solidarität des Deutschen Reiches bedürfe. In der zentralen „Kulturzeitschrift des Ostens“, dem 1920-1939 in Danzig erscheinenden Periodikum *Ostdeutsche Monatshefte*, heißt es:


Ostdeutsche Monatshefte

5. Jahrg. Juni 1924 Nr. 3

Oliva

Titelseite der Ostdeutschen Monatshefte, 1924. [Foto: BKGE].

Die Ostdeutschen Monatshefte haben sich zum Ziel gesteckt, ein Band zu schaffen, zwischen den ostdeutschen Gebieten und dem Reich […]. Die Schönheit der ostdeutschen Landschaften tragen sie in Wort und Bild in die weite Welt, und ostdeutsche Kunst und ostdeutsches geistiges Leben findet in ihnen einen bedeutsamen Niederschlag.[5]

Infolge des deutschen Überfalls auf Polen 1939, der verbrecherischen Okkupation und der darauf folgenden militärischen Niederlage des Deutschen Reiches kam es zu Flucht und Vertreibung der meisten Ostdeutschen. Die ostdeutschen (preußischen) Provinzen östlich von Oder und Lausitzer Neiße oder Teile von diesen, also das südliche Ostpreußen, Hinterpommern, Ostbrandenburg und Schlesien, sowie Danzig kamen als Folge des Zweiten Weltkriegs zu Polen, der nördliche Teil Ostpreußens an die Sowjetunion. Dies führte im westdeutschen Diskurs nach und nach zu einer ‚Westverschiebung' des politischen Begriffs ‚Ostdeutschland', der sich von da an zunehmend auf das Gebiet der DDR bezog.

4. Kontroversen

Nach 1990 wurde der Begriff ‚Ostdeutschland' im allgemeinen und im politischen Sprachgebrauch dann kaum noch als Sammelbezeichnung für die preußischen Ostprovinzen verwendet, sondern zunehmend nur noch für die neuen (östlichen) Bundesländer der erweiterten Bundesrepublik Deutschland. Die dadurch stattfindende weitgehende Ersetzung des Begriffs ‚Mitteldeutschland' durch ‚Ostdeutschland' wurde insbesondere vonseiten der Vertriebenenverbände kritisiert.

Zudem entsprach auch der historische Begriff ‚Ostdeutschland', der eine nicht existierende kulturelle Einheitlichkeit der ‚Ostdeutschen' zu suggerieren schien, immer weniger der sich nun rasch differenzierenden und internationalisierenden, multiperspektivischen wissenschaftlichen Sichtweise auf diese Gebiete. Es wurde betont, dass die Deutschen im östlichen Europa – zumal bei Einbeziehung der deutschen Siedlungsgebiete in Ostmittel-, Südost- und Osteuropa – verschiedenen konfessionellen, politischen, staatlichen und sozialen Strukturen angehörten, unterschiedliches Gruppenbewusstsein besäßen und keineswegs über eine gemeinsame ostdeutsche Identität verfügten – Gegebenheiten, denen der Begriff ‚Ostdeutschland' nicht hinreichend gerecht werde.[6] Im offiziellen regierungsamtlichen Sprachgebrauch wurde als neue Sammelbezeichnung nun zunehmend die Umschreibung „Deutsche im östlichen Europa"[7] verwendet.

Gegenwärtig kontrovers beurteilt wird die Frage, ob die Geschichte Ostdeutschlands einschließlich Flucht und Vertreibung in der alten Bundesrepublik tabuisiert worden sei (Kittel) und somit heute ein Nachholbedarf bestehe oder ob sie im Gegenteil zu den staatlich intensiv geförderten Themen der Forschung und der kulturellen Breitenarbeit (Hahn/Hahn) gehört habe.

5. Bibliographische Hinweise

- Deutsches Historisches Museum (Hg.): Deutsche im Osten. Geschichte, Kultur, Erinnerungen. Berlin 1994.
- Hartmut Boockmann: Die deutsche Geschichte und die Geschichte Ostdeutschlands im Schulunterricht. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 9 (1991), S. 563-574.
- Hartmut Boockmann: Wo liegt Ostdeutschland? Die Deutschen und ihre Geschichte im östlichen Mitteleuropa. In: Nordost-Archiv1 (1992), H. 1, S. 7-19.
- Hans Henning Hahn, Eva Hahn: Die Vertreibung im deutschen Erinnern. Legenden, Mythos, Geschichte. Paderborn 2010.
- Hans-Jürgen Karp (Hg.): Deutsche Geschichte und Kultur im heutigen Polen. Fragen der Gegenstandsbestimmung und Methodologie. Marburg 1997 (Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung 2).
- Wolfgang Kessler: Aspekte ostdeutscher Landesgeschichte. Lüneburg 1989 (Lüneburger Vorträge zur Geschichte Ostdeutschlands und der Deutschen in Osteuropa 1).

- Manfred Kittel: Die Vertreibung der Vertriebenen? Der historische deutsche Osten in der Erinnerungskultur der Bundesrepublik (1961-1982). München 2007 (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte).
- Matthias Weber (Hg.): Deutschlands Osten – Polens Westen. Vergleichende Studien zur geschichtlichen Landeskunde. Frankfurt/Main 2001(Mitteleuropa – Osteuropa. Oldenburger Beiträge zur Kultur und Geschichte Ostmitteleuropas 2).
- Klaus Zernack: Der historische Begriff „Ostdeutschland“ und die deutsche Landesgeschichte. In: Nordost-Archiv 1 (1992), H. 1, S. 157-173.
- Klaus Zernack: Preußens Ende und die ostdeutsche Geschichte. Vorträge im Georg Eckert Institut. Braunschweig 1989.

Anmerkungen

[1] Dazu Alexander Demandt: Die Grenzen in der Geschichte Deutschlands. In: Ders. (Hg.): Deutschlands Grenzen in der Geschichte. München 1990, S. 9-31, hier S. 14-18.

[2] Hans-Werner Goetz: Die „Deutschen Stämme“ als Forschungsproblem. In: Heinrich Beck, Dieter Geuenich, Heiko Steuer, Dietrich Hakelberg (Hg.): Zur Geschichte der Gleichung „germanisch -deutsch“. Berlin 2004, S. 229–253.

[3] Klaus Zernack: Der historische Begriff „Ostdeutschland“ und die deutsche Landesgeschichte. In: Nordost-Archiv 1 (1992), H. 1, S. 157-173, hier S. 161.

[4] Beate Störtkuhl: Ausstellungsarchitektur als Mittel nationaler Selbstdarstellung. Die „Ostdeutsche Ausstellung“ 1911 und die „Powszechna Wystawa Krajowa“ 1929 in Posen/Poznań. In: Jacek Purchla, Wolf Tegethoff (Hg.): Nation, Style, Modernism. Cracow, Munich 2006 (CIHA Conference Papers 1), S. 237-255, hier S. 240.

[5] Verlagswerbung 1926. Zitiert nach: Jens Stüben: Die kulturpolitische Zeitschrift „Ostdeutsche Monatshefte“ und ihr ‚Kampf‘ um den ‚deutschen Osten‘ (1920-1939). In: Weber: Deutschlands Osten, S. 299-346, hier S. 299.

[6] Die komplexe Diskussion ist dokumentiert in Karp (Hg.): Deutsche Geschichte, hier insbesondere die Beiträge von Joachim Bahlcke: „Deutsche Geschichte im Osten Europas“ – Drei wissenschaftliche Projekte im Vergleich, S. 27-50, sowie von Hans Lemberg: Zur Entwicklung der Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland über „deutsches Kulturerbe im Osten“, S. 73-88 (jeweils einschließlich Diskussionen).

[7] Im Jahr 2000 erfolgte die Umbenennung des „Bundesinstituts für ostdeutsche Kultur und Geschichte“ in „Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa“.

Zitation

Matthias Weber: Ostdeutschland. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32797 (Stand 30.06.2014).

Österreichische Militärgrenze (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Österreichisch-Schlesien → Teschener Schlesien

Siehe Teschener Schlesien.

Osteuropa → Osteuropa (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Östliches Europa → östliches Europa

Inhalt

Siehe:

Nordosteuropa (in Bearb.)

Ostmitteleuropa

Osteuropa (in Bearb.)

Südosteuropa

Ostmitteleuropa → Ostmitteleuropa

Siehe Ostmitteleuropa (Begriffe)

Ostpreußen (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

P

Pommerellen/Westpreußen

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Pommerellen, Weichselpommern

Anderssprachige Bezeichnungen

poln. Pomorze Nadwiślańskie, Pomorze Gdańskie, Pomorze Wschodnie; lat. Pomeralia; kaschub. Pòrénkòwô, Pòmòrskô

Etymologie

Pommerellen ist eine Verkleinerungsform von Pommern (poln. *Pomorze*). Westpreußen bezeichnet die Provinz, die infolge der Ersten und der Zweiten Teilung Polens an Preußen angegliedert wurde.

2. Geographie

Lage und historische Geographie

In deutscher Tradition erstreckt sich Pommerellen entlang der Ostseeküste, westlich der unteren Weichsel. Die Grenze verlief im Süden in der Nähe des Flusses Netze (*Noteć*), im Osten an der Weichsel und ihrem Delta, die Westgrenze unterlag Verschiebungen und lag zwischen Persante/Parsęta und der Grenze der preußischen Provinz Westpreußen von 1772.

In der polnischen Tradition umfasst *Pomorze Nadwiślańskie* auch Gebiete am rechten Weichselufer bis zur Linie der Flüsse Sorge (*Dzierzgoń*), Liebe (*Liwa*), Ossa (*Osa*) und Passarge (*Pasłęka*).

Topographie

Die Region ist Teil des Baltischen Landrückens. Im Westen Pommerellens liegt der östliche Teil der Pommerschen Seenplatte.

Staatliche Zugehörigkeit der Region

Pommerellen wurde wahrscheinlich von Mieszko I. untergeordnet; im 11.–13. Jahrhundert folgten abwechselnd Perioden der Selbständigkeit und der Zugehörigkeit zu Polen. Anfang des 14. Jahrhunderts eroberte der Deutsche Orden Pommerellen und gliederte es in den Ordensstaat ein; 1466 fiel es erneut an Polen. Nach den Teilungen Polens kam das Gebiet zu Preußen. 1807–1815 wurde ein Teil der Region in das Herzogtum Warschau eingegliedert, 1815 fielen diese Gebiete an Preußen zurück. 1919 wurde Pommerellen polnisch. 1939–1945 lag Pommerellen im Reichsgau Danzig-Westpreußen, seit 1945 gehört es zu Polen.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Seit Mitte des 15. Jahrhunderts war das Wappen der Woiwodschaft Pommerellen ein nach rechts gerichteter roter Greif auf silbernem Hintergrund. In der Zweiten Polnischen Republik war es ein nach links gerichteter roter Greif mit goldener Krone auf weißem Hintergrund. Die heutige Woiwodschaft Pommern (*Pomorze*) knüpft an das Wappen der Kaschu-

bei an und zeigt einen nach rechts gerichteten schwarzen Greifen auf goldenem Hintergrund.

Vor- und Frühgeschichte

Die ältesten menschlichen Spuren stammen aus dem 10.–11. Jahrtausend v. Chr., die ersten Siedlungen aus dem 5.–4. Jahrtausend v. Chr. Um das 13./12. Jahrhundert v. Chr. entstand die Lausitzer Kultur (ostpommersche oder kaschubische Gruppe), aus der sich die sog. Pommerellische Gesichtsurnenkultur entwickelte. Im 2. Jahrhundert v. Chr. entwickelte sich die Oksywie-Kultur, aus der sich, wahrscheinlich unter dem Einfluss der Goten, die Wielbark-Kultur herausbildete. Im 6.–7. Jahrhundert kam es zur Slaweneinwanderung und im Laufe des 7.–8. Jahrhunderts entstanden erste städtische Siedlungen und Burgen.

Mittelalter

Im *Dagome Iudex* wurde Pommerellen als Teil des Staates von Mieszko I. erwähnt. Das im 11. Jahrhundert selbständige Pommerellen wurde 1113–1119 vom polnischen König Bolesław III. Schiefmund erobert und zur polnischen Provinz, die in drei Fürstentümer geteilt wurde. Ausnahmen waren das Gebiet an der Netze (*Krajna)* und das Gebiet um *Wyszogród* (eine Burg auf dem Gebiet von Bromberg/Bydgoszcz, Stadtteil Fordon), die Großpolen (*Wielkopolska*) und Kujawien (*Kujawy*) zugeteilt wurden. Nach Bolesławs III. Tod und der Aufteilung Polens unter seinen Söhnen unterlag Pommerellen der Herrschaft des Seniors. 1227, nach dem Tod von Leszek Biały, erhielten die Fürsten aus der Dynastie der Samboriden die Selbstständigkeit. Das bedeutete den Zerfall des gesamten Gebietes der Ostseeküste in einen westlichen Teil – Pommern, wo die Dynastie der Greifen herrschte – und einen östlichen Teil – Pommerellen. Mestwin II., der Letzte dieser Dynastie, schloss 1282 einen Vertrag mit dem großpolnischen Fürsten Przemysł II. in Kempen/Kępno, sodass nach seinem Tod 1294 Pommerellen in dessen Herrschaft überging. In den Jahren 1296–1306 regierten dort abwechselnd Władysław Łokietek (Ellenlang), Wenzel II. und Wenzel III. Im Namen der polnischen Könige verwalteten der Danziger Woiwode Swenzo und sein Sohn Peter von Neuenburg Pommerellen. 1308 übergab Swenzo Pommerellen an Brandenburg, was zu einem Konflikt mit Polen führte. Von polnischer Seite wurde der Deutsche Orden zu Hilfe gerufen, der 1308–1309 das Gebiet besetzte und es dem eigenen Staat zuteilte. Władysław Łokietek und sein Sohn Kazimierz Wielki (Kasimir der Große) versuchten das Gebiet zurückzugewinnen. Der Prozess in Inowrazlaw/Inowrocław (1320–1321) vor dem päpstlichen Gericht fiel für Polen zuerst günstig aus, aber der Papst bestätigte das Urteil nicht. Keinen Erfolg brachten auch der Krieg gegen den Deutschen Orden (1326–1332) und der zweite Prozess in Warschau/Warszawa 1339. 1343 im Frieden von Kalisch/Kalisz verzichtete Kazimierz Wielki auf Pommerellen und das Kulmer Land (*Ziemia Chełmińska*), Kujawien und das Dobriner Land (*Ziemia Dobrzyńska*) wurden Polen zugeteilt. Aufgrund des Ersten Friedens von Thorn/Toruń 1411 blieb Pommerellen im Ordensstaat, aber dessen Krise führte dazu, dass viele Städte und Vertreter des Landadels dem polnischen König huldigten. 1440 gründete die Opposition gegen den Deutschen Orden den Preußischen Bund. 1454 kam es zum Aufstand, und der Preußische Bund richtete an Kazimierz Jagiellończyk eine Bitte um Zuteilung dieses Gebietes zu Polen. Die Inkorporation führte zum Dreizehnjährigen Krieg, der mit dem Zweiten Frieden von Thorn 1466 endete. In das Königreich Polen wurde Preußen königlichen Anteils eingegliedert – es bestand aus den Woiwodschaften Pommerellen, Culm/Chełmno und Marienburg sowie dem Fürstbistum Ermland (*Biskupstwo Warmińskie*).

Neuzeit



Pommerellen innerhalb der Provinzen Polens (englische Karte aus dem 18. Jahrhundert) [Karte: Wikimedia Commons].

Preußen königlichen Anteils hatte innerhalb des polnischen Reiches Autonomie – es regierte der aus den Vertretern der preußischen Stände zusammengesetzte Rat, der dem polnischen König unterstand. Den König vertrat ein aus Preußen stammender *Gubernator*. Das Land behielt eine eigene Währung und Finanzen. Über die wichtigsten Angelegenheiten entschied der Landtag (*Ogólne Zgromadzenie Stanów*), er bestand aus der Landes- und Städtekammer. Anfang des 16. Jahrhunderts entstand das aus zwei Kammern bestehende preußische Provinzparlament (*Prowincjonalny Sejm Pruski*). Die Lubliner Union von 1569 schuf die Autonomie ab und führte eine Realunion ein. Abgeordnete und Senatoren aus dem Königlichen Preußen nahmen in den Beratungen des polnischen Parlaments teil, die Preußischen Stände wurden zum Provinzparlament (*Sejmik Generalny*). Gegen die Bestimmungen der Lubliner Union und gegen das Vorhaben, eine polnische Kriegsflotte zu errichten, protestierte eine Delegation der Danziger bei König Sigismund dem Alten. Gegen eine Ablösesumme verzichtete man auf die Stationierung der Flotte in Danzig/Gdańsk, und die Stadt behielt ihre Privilegien. Zu einem erneuten Konflikt kam es 1577, als Danzig dem neugewählten polnischen König Stephan Bàthory die Huldigung verweigerte, bevor er der Stadt ihre Privilegien nicht bestätige. Danzig wurde erfolglos von Bàthorys Truppen belagert.

Nach der Ersten Teilung Polens 1772 wurde Pommerellen ohne Danzig und Thorn an das Königreich Preußen angegliedert, die Zuteilung beider Städte folgte 1793. Pommerellen wurde Bestandteil der Provinz Westpreußen, die das Gebiet Preußens königlichen Anteils, aber ohne das Ermland (das Ostpreußen zugeteilt wurde), sowie das Gebiet um Marienwerder/Kwidzyn (das zur Provinzhauptstadt wurde) und den Netzedistriktumfasste. Nach dem Frieden von Tilsit 1807 wurden die Gebiete um Thorn, Kulm und Bromberg dem Herzogtum Warschau zugeteilt. 1815 fiel dieses Gebiet erneut an Preußen. Die Verwaltung der Provinz ordnete Friedrich Wilhelm III. neu – es entstanden zwei Regierungsbezirke, Danzig und Marienwerder, die in Landkreise unterteilt wurden. Zum Oberpräsidenten wurde Theodor von Schön ernannt. 1823 gewährte der König einen Provinziallandtag, der nur eine beratende Funktion hatte. 1829 wurden West- und Ostpreußen zu einer Provinz Preußen verbunden. Hauptstadt wurde Königsberg, das Provinzparlament beriet abwechselnd in Danzig und in Königsberg. Ab 1878 wurde Westpreußen erneut zu einer separaten Provinz.



Westpreußen und Danziger Bucht (1896) [Karte: Wikimedia Commons].

20. Jahrhundert

Aufgrund des Versailler Vertrages kam Pommerellen 1919 zu Polen. Die westlichen Gebiete Westpreußens (Deutsch Krone/Wałcz, Flatow/Złotów und Schlochau/Chłuchów) sowie die östlichen Gebiete (Marienwerder, Elbing/Elbląg, Marienburg/Malbork, Rosenberg/Susz und Stuhm/Sztum) verblieben bei Deutschland. Pommerellen und das Kulmer Land bildeten die Woiwodschaft Pommerellen (*Województwo pomorskie*) mit der Hauptstadt Thorn. Die polnische Verwaltung wurde von General Józef Haller im Januar 1920 organisiert. Zum ersten Woiwoden wurde Stefan Łaszewski ernannt. Infolge der Verwaltungsreform 1938 wurden vier Landkreise der Woiwodschaft Großpolen und vier aus der Woiwodschaft Warschau an die Woiwodschaft Pommerellen angegliedert, dagegen wurde der Landkreis Soldau (*Działdowo*) der Warschauer Woiwodschaft zugeteilt.

Nach dem deutschen Angriff auf Polen 1939 wurde die Woiwodschaft (mit Ausnahme von vier Landkreisen) als Teil des Reichsgaus Danzig-Westpreußen an das Deutsche Reich angegliedert.

Im Januar 1945 begann die Offensive der Roten Armee, und bis zum Mai besetzte sie das gesamte Gebiet. Aufgeteilt in mehrere Woiwodschaften, wurde es erneut polnisch. Seit 1999 ist es Bestandteil der Woiwodschaften Pommern (*Województwo pomorskie*) und Kujawien-Pommern (*Województwo kujawsko-pomorskie*).

Bevölkerung

Von der Völkerwanderungszeit (Slaweneinwanderung) bis zum 14. Jahrhundert war die Bevölkerung überwiegend slawisch. Der Ordensstaat führte eine intensive Besiedlungsaktion durch, die Ansiedler stammten aus den deutschen Gebieten (u. a. wurden in der Weichselniederung friesische und holländische Gruppen angesiedelt) und aus Polen (u. a. aus Masowien/Mazowsze).

Nach R. Böckh lebten in dem Gebiet von Westpreußen 1831 532.127 Deutsche und 228.314 Polen, 1852 690.859 Deutsche und 360.314 Polen.[1]

Bevölkerungszusammensetzung der Provinz Westpreußen anhand der Sprache um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert:[2]

Jahr	1890	1900	1910
Deutsche	929.980	1.007.400	1.097.943
Polen	483.949	537.525	583.052
Zweisprachig	18.960	17.593	19.192
Gesamt	1.433.681	1.563.658	1.703.474

Bevölkerungszusammensetzung anhand der religiösen Zugehörigkeit:[3]

Jahr	1849	1871	1885	1900	1910
Evangelisch	509.689	633.471	668.255	730.685	789.081
Katholisch	418.127	641.572	701.842	800.395	882.695
Andere Konfessionen	11.922	12.904	13.438	14.308	16.899
Mosaisch	22.975	26.632	24.654	18.226	13.954
Gesamt	1.025.713	1.314.611	1.408.229	1.563.658	1.703.474

Im 19. Jahrhundert kam es zu einer starken Migrationsbewegung, zuerst ins Königreich Polen und nach Russland (hier vor allem die Mennoniten), später in die USA. Ab den 1870er Jahren gewann die Migration innerhalb Deutschlands an Bedeutung.

Bevölkerungszusammensetzung der Woiwodschaft Pommerellen laut Volkszählungen 1921 und 1931:[4]

Jahr	Gesamt	Polen	Deutsche	Juden	Russen	Andere
1921[5] (nach Nationalität)	935.643	757.801	175.771	419	794	858
1931[6] (nach Muttersprache)	1.080.138	969.386	105.400	1.965	437	2.950

Die deutsche Besatzungspolitik führte zu einem Anstieg der Zahl der Deutschen im Reichsgau Danzig-Westpreußen. Nach 1945 kam infolge von Flucht, Vertreibung und Umsiedlung die deutsche Bevölkerung überwiegend nach Westdeutschland, und in Pommerellen wurden u.a. Polen aus den ehemaligen polnischen Ostgebieten angesiedelt.

Wirtschaft

Die Lage Pommerellens an der Weichselmündung machte es zur wichtigen Handelsregion. In der Frühzeit führte die Bernsteinstraße durch dieses Gebiet, und man pflegte Kontakte über die Ostsee. Durch die Hansestädte Danzig, Elbing und Thorn wurde Handel mit Tuchwaren, Salz, Fellen, Honig, Bernstein, Holz und Getreide getrieben. Wichtig in der Region wurde die Landwirtschaft, vor allem in der Weichselniederung und dem Kulmer Land entwickelte sich der Getreideanbau.

Durch die Teilungen Polens wurden die Hafenstädte Danzig und Elbing vorübergehend von ihrem Hinterland, das als Warenlieferant diente, abgeschnitten, was ihren zeitweiligen Niedergang bedeutete.

Die Agrarreformen, die Anfang des 19. Jahrhunderts in Preußen durchgeführt wurden, umfassten auch Westpreußen. Der Industrieausbau blieb im 19. Jahrhundert begrenzt, überwiegend entwickelten sich Industriesparten, die mit der Landwirtschaft in Verbindung standen, diese Situation blieb auch nach 1918 unverändert.

Ab Anfang des 19. Jahrhunderts entwickelte sich in Danzig die Schiffbauindustrie, diese blieb auch nach dem Zweiten Weltkrieg bedeutend. Danzig gewann nach 1918 erneut an Bedeutung als Hafenstadt, allerdings führte der Bau eines Hafens in Gdingen/Gdynia zur Verlagerung des polnischen Außenhandels.

Gesellschaft

Der Novemberaufstand (1830) führte auch in Westpreußen zur Entwicklung der polnischen Nationalbewegung. Die Vorbereitungen zum Aufstand 1845–1846 erfassten auch diese Region, zudem leistete man 1848 den im Großherzogtum Posen kämpfenden Polen Hilfe. Für die Verwendung der polnischen Sprache und Stärkung der polnischen Identität setzten sich u. a. Christoph Cölestin Mrongovius (Krzysztof Celestyn Mrongowiusz), Gustav Gisevius (Gustaw Gizewiusz) und Natalis Sulerzyski ein. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstanden im Rahmen der sog. organischen Arbeit zahlreiche polnische kulturelle und wirtschaftliche Institutionen, z. B. die Polnische Agronomische Gesellschaft/*Towarzystwo Agronomiczne Polskie*, die Wissenschaftliche Gesellschaft/*Towarzystwo Naukowe* in Thorn, die Kreditgesellschaft für die Industriellen/*Towarzystwo Pożyczkowe dla Przemysłowców* in Brodnica/Straßburg, Bank für Landwirtschaft und Industrie/*Bank Rolniczo-Przemysłowy* in Preußisch Stargard/Starogard Gdański, Pommerellische Gesellschaft der Wissenschaftshilfe/*Pomorskie Towarzystwo Pomocy Naukowej* in Chełmno). Es erschienen polnischsprachige Zeitungen und Zeitschriften wie *Przyjaciel Ludu* (Volksfreund)*, Nadwiślanin* (Weichselmann)*, Gazeta Toruńska* (Thorner Zeitung) *und Gazeta Grudziądzka* (Graudenzer Zeitung).

Dieser Entwicklung versuchte die preußische Regierung durch die Stärkung des "Deutschtums" entgegenzuwirken. Im Laufe des 19. Jahrhunderts kam es auch zu einem wachsenden Interesse an der kaschubischen Kultur und Entwicklung der Kaschubischen Bewegung.

Nach dem Ersten Weltkrieg wurden die Deutschen in der Woiwodschaft Pommerellen zur nationalen Minderheit. Die Ängste vor einer Zukunft im polnischen Staat und die scharfe Politik der polnischen Regierung gegenüber der deutschen Minderheit führten zu einer Auswanderung vieler Menschen nach Deutschland. Die verbliebenen Deutschen waren politisch und sozial sehr aktiv, auch ihre wirtschaftliche Stellung blieb bedeutend. Zu ihren wichtigsten politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Organisationen und Institutionen gehörten der Deutschtumsbund zur Wahrung der Minderheitenrechte (später Deutsche Vereinigung für Sejm und Senat), die Deutsche Vereinigung für Westpolen, der Landbund Weichselgau, der Coppernicusverein, der Deutsche Naturwissenschaftliche Verein sowie Deutsches Heim in Thorn. Es erschienen zahlreiche deutschsprachige Zeitungen und Zeitschriften, u. a. *Pommereller Tageblatt, Konitzer Tageblatt, Culmer Zeitung, Weichselpost, Der Landbund, Mitteilungen des Coppernicusvereins*. Es gab zwei deutsche Gymnasien, ein staatliches in Thorn und ein privates in Graudenz/Grudziądz.

Religions- und Kirchengeschichte

Zu den ersten Christianisierungsversuchen Pommerellens kam es im 10./11. Jahrhundert. 1148 wurde Pommerellen der Diözese in Leslau/Włocławek zugeteilt. 1188 stiftete der Danziger Herzog Sambor in Oliva/Oliwa das erste Kloster, dort befinden sich die Grabstätten der pommerellischen Herzöge.

Ab der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts gewann die Reformation immer mehr Anhänger. Im 16. Jahrhundert wurden im Gebiet der Weichselniederung Mennoniten angesiedelt (sog. Hauländer). Nach 1772 emigrierten viele Mennoniten nach Nordamerika und Russland, um dem preußischen Wehrdienst zu entgehen.

Die 1817 durchgeführte Union der evangelischen Kirchen stieß auf starken Widerstand in Westpreußen. Die Anhänger der altlutherischen Kirche wurden infolge der Verfolgungen oft zur Auswanderung gezwungen.

Die Germanisierungspolitik der Preußischen Regierung betraf neben den Schulen auch die Kirche, wo die Abhaltung des Religionsunterrichts in deutscher Sprache propagiert wurde. Dagegen leistete vor allem die katholische Kirche Widerstand, der überwiegend die polnische Bevölkerung angehörte. Der sog. Kulturkampf richtete sich auch gegen die katholische Kirche in Westpreußen, dadurch versuchte man nicht nur den Einfluss der Kirche in der Gesellschaft zu vermindern, sondern auch die polnische nationale Bewegung zu bekämpfen.

Nach dem Ersten Weltkrieg existierten in der Woiwodschaft Pommerellen neben der katholischen Kirche auch evangelisch-unierte, evangelisch-augsburgische und altlutherische sowie kleinere jüdische und orthodoxe Gemeinden.

Kulturelle Institutionen

Zu den wichtigsten Museen zur Regionalgeschichte gehören das Nationalmuseum und das Meeresmuseum in Danzig, das Stadtmuseum in Thorn, die Ordensschlösser in Marienburg und Marienwerder sowie das Museum der Schreibkunst und der kaschubisch-pommerschen Musik (*Muzeum piśmiennictwa i muzyki kaszubsko-pomorskiej*) in Neustadt/Wejherowo.

Zu den wichtigsten Archiven gehören Staatsarchiv in Danzig (gegründet 1901 als Königliches Staatsarchiv für Westpreußen), das Staatsarchiv Elbing mit Sitz in Marienburg und das Staatsarchiv in Thorn.

Die wichtigsten Bibliotheken sind die Bibliothek der Polnischen Akademie der Wissenschaften (*Biblioteka Polskiej Akademii Nauk*) in Danzig, Stadtbücherei (*Książnica Miejska*) in Thorn (gegründet 1923 aus Beständen der Bibliothek der Wissenschaftlichen Gesellschaft, des Coppernicus-Vereins, des Thorner Gymnasiums und der Ratsbibliothek), die *Biblioteka Elbląska im. Cypriana Norwida* mit ihren wertvollen Beständen der Stadtbibliothek und der Bibliothek des Elbinger Gymnasiums sowie die Universitätsbibliotheken in Thorn und Danzig.

Bildung und Wissenschaft

Die Gymnasien in Kulm (gegründet 1473), Elbing (1535), Danzig (1558) und Thorn (1568) rühmen sich eines hohen Niveaus. Ende des 14. Jahrhunderts bemühte man sich vergeblich um die Gründung einer Universität in Culm/Chełmno; erst Mitte des 18. Jahrhunderts wurde dort eine Filiale der Jagiellonen-Universität (Krakau/Kraków) eröffnet. Zu Universitätsgründungen kam es 1945 in Thorn und 1970 in Danzig, das bereits seit 1904 eine Technische Universität besaß.

1925 wurde in Thorn das Ostseeinstitut (*Instytut Bałtycki*) zur Erforschung der polnischen Vergangenheit der Region gegründet. Nach dem Zweiten Weltkrieg nahm das Institut seine Tätigkeit wieder auf, seit 1950 mit Sitz in Danzig. Sein Arbeitsschwerpunkt liegt in den polnisch-skandinavischen und polnisch-deutschen Beziehungen, der Zeitgeschichte und der Problematik der Wirtschaftszusammenarbeit in der Ostseeregion.

Kunst



Die Altstadt von Culm/Chełmno mit Rathaus im Renaissancestil (2008) [Foto: Margoz].

Die privilegierte Stellung Danzigs, Elbings und Thorns sowohl innerhalb des Ordensstaates als auch im Königlichen Preußen, die Rolle dieser Region als Handelszentrum und der Einfluss der Reformation führte dazu, dass das Bürgertum erheblich zur kulturellen Entwicklung beitrug. Daher stammen die wichtigsten Kunstdenkmale aus der Zeit der Gotik und Renaissance. Zu den ältesten gotischen Bauten zählen die im 13. Jahrhundert entstandenen Kirchen St. Nicolai und St. Katharinen in Danzig. Beispiele der spätgotischen und Renaissancebildhauerei sind die Figuren des hl. Georg von Hans Brand und des hl. Reinhold von Adrian Karfycz im Artushof in Danzig. Zahlreiche Renaissanceskulpturen entstanden in den Werkstätten der Thorner Bildhauer. Die Malerei war in dieser Epoche von der niederländischen Malerei beeinflusst. Die wichtigsten Beispiele der Renaissancearchitektur (auch mit sichtbaren niederländischen Einflüssen) sind das Rathaus und das Graudenzer Tor in Culm. Erste Barockeinflüsse zeigen sich in der von Stanisław Sokoławski gestifteten Kirche und in dem Kloster der Reformaten in Podgórz (heute Stadtteil von Thorn) sowie in der Kirche der hl. Anna in Neustadt.

Buch- und Druckgeschichte

Der erste aus der Region stammende Druck erschien 1492 in Marienburg. Wahrscheinlich wurde die erste Druckerei in den 1470er Jahren in Culm eröffnet, jedoch fand die erste dokumentierte Gründung einer Druckerei im Jahre 1498 in Danzig statt (Konrad Baumgarten). Im 16. Jahrhundert eröffnete Franz Rhode eine weitere Druckerei in Danzig, Wolfgang Dietmar gründete die erste Druckerei in Elbing und Erazm Gliczner die erste in Thorn.

Im 18. Jahrhundert wurden Danzig, Thorn, Elbing (mit einer Filiale des Königsberger Verlags von Gottlieb Lebrecht Hartung) und Marienwerder (mit einer Filiale der Königsberger Druckerei von Johann Jacob Kanter) zu Druck- und Pressezentren.

Literatur

Im 19. Jahrhundert waren einige Vertreter der deutschen romantischen Poesie und Dramaturgie wie Abraham Friedrich Blech und Otto Friedrich Gruppe tätig. Zu den wichtigsten zeitgenössischen Schriftstellern gehören Günter Grass, Paweł Huelle und Stefan Chwin.[7]

Militärgeschichte



Die Festung Graudenz/Grudziądz (2007) [Foto: Alex Kazakhov].

Nach 1772 ließ Friedrich II. 1,5 km nördlich von Graudenz eine Festung bauen, mit der Zweiten Teilung Polens wurden die Festungen Danzig und Thorn Preußen zugeteilt. Beide Städte wurden im 19. Jahrhundert wichtige Garnisonsstädte. 1899–1903 wurde die Festung Marienburg gebaut, die den Weichselübergang auf der Bahnstrecke Berlin–Königsberg sichern sollte. Die Festungen in Marienburg, Graudenz, Thorn und Culm bildeten die sog. "Linie der Niederen Weichsel". Nach dem Ersten Weltkrieg waren in Thorn und Graudenz polnische Einheiten stationiert, die Freie Stadt Danzig war entmilitarisiert, nur auf Westerplatte unterhielt Polen ein Munitionslager.

Gedächtnis- und Erinnerungskultur

Der Region ist Touristenziel, sowohl aufgrund der Naturschönheit als auch wegen seiner wechselvollen Geschichte. Als Touristenmagnet gilt Danzig. Zu den zahlreichen sehenswerten Denkmälern mittelalterlicher Baukunst gehören die Burg in Marienburg und der Thorner Stadtkomplex (beide UNESCO-Weltkulturerbe), die Burgen in Marienwerder und Mewe/Gniew sowie die Altstadt von Culm.

4. Diskurse/Kontroversen

Kontrovers wurde in der Vergangenheit das Verhältnis Pommerellens zu Preußen und Polen diskutiert. Die national geprägte preußisch-deutsche Historiographie sah die Region als Teil der Besitzungen des Deutschen Ordens und des als dessen Nachfolger dargestellten preußischen Staates; damit wurde das kulturelle Erbe des Deutschen Ordens und Preußens hervorgehoben.[8] Die national eingestellte polnische Historiographie der 1920er und 1930er Jahre stellte diese Region als traditionell polnischen Teil Pommerns dar. Als Argument für den polnischen Charakter der Region galt die Loyalität der Städte des Königlichen Preußen gegenüber den polnischen Königen; die Rolle der deutschsprachigen Bevölkerung wurde als weniger bedeutend beschrieben.[9] In diesem Kontext umstritten war die Problematik der nationalen Verhältnisse in dem Gebiet. Neuere Arbeiten streben eine andere Sicht auf die Vergangenheit der Region und die Identitätsproblematik der dortigen Bevölkerung an.[10] In

diesem Sinne wird, wenn es z. B. um die Geschichte des Königlichen Preußen geht, die Bedeutung der Ständezugehörigkeit und der regionalen Identität der dort lebenden Bevölkerung akzentuiert.[11]

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Sabine Beckmann, Klaus Garber (Hg.): Kulturgeschichte Preußens königlich polnischen Anteils in der Frühen Neuzeit. Tübingen 2005 (Frühe Neuzeit. Studien und Dokumente zur deutschen Literatur und Kultur im europäischen Kontext 103).
- Hans-Jürgen Bömelburg: Zwischen polnischer Ständegesellschaft und preußischem Obrigkeitsstaat. Vom Königlichen Preußen zu Westpreußen (1756–1806). München 1993 (Schriften des Bundesinstituts für ostdeutsche Kultur und Geschichte 5)
- Hartmut Boockmann: Deutsche Geschichte im Osten Europas. Ostpreußen und Westpreußen. Berlin 1992 (Deutsche Geschichte im Osten Europas).
- Włodzimierz Borodziej, Hans Lemberg (Hg.): "Unsere Heimat ist uns ein fremdes Land geworden...". Die Deutschen östlich von Oder und Neiße 1945–1950. Dokumente aus polnischen Archiven. Bd. 4: Woiwodschaften Pommerellen und Danzig (Westpreußen). Bearb. v. Ingo Eser, Witold Stankowski. Marburg 2004 (Quellen zur Geschichte und Landeskunde Ostmitteleuropas 4,4).
- Andrzej Bukowski: Pomorze Gdańskie 1807–1850. Wybór źródeł [Danziger Pommern 1807–1850. Quellenauswahl]. Wrocław 1958.
- Karin Friedrich: The Other Prussia. Royal Prussia, Poland and Liberty, 1569–1772. Cambridge 2000 (Cambridge studies in early modern history).
- Jörg Hackmann: Ostpreußen und Westpreußen in deutscher und polnischer Sicht. Landeshistorie als beziehungsgeschichtliches Problem. Wiesbaden 1996 (Deutsches Historisches Institut Warschau, Quellen und Studien 3).
- Przemysław Hauser: Mniejszość niemiecka na Pomorzu w okresie międzywojennym [Die deutsche Minderheit in Pommerellen in der Zwischenkriegszeit]. Poznań 1998 (Seria historia, Uniwersytet Imienia Adama Mickiewicza w Poznaniu 193).
- Gerard Labuda, Stanisław Salmonowicz (Hg.): Historia Pomorza [Geschichte Pommerns]. 4 Bde. Poznań 1969–2001, Toruń 2000–2002.
- Janusz Małłek: Dwie części Prus. Studia z dziejów Prus książęcych i Prus Królewskich w XVI i XVII wieku [Zwei Teile Preußens. Studien zur Geschichte Preußens königlichen Anteils im 16. und 17. Jahrhundert]. Olsztyn 1987.
- Janusz Małłek: Preußen und Polen. Politik Stände, Kirche und Kultur vom 16. bis zum 18. Jahrhundert. Stuttgart 1992 (Schriften der Mainzer Philosophischen Fakultätsgesellschaft 12).
- Ernst Opgenoorth (Hg.): Handbuch der Geschichte Ost- und Westpreußens. 3 Bde. Lüneburg 1994–1998 (Einzelschriften der Historischen Kommission für Ost- und Westpreußische Landesforschung 10,1–3).
- Christian Pletzing: Vom Völkerfrühling zum nationalen Konflikt. Deutscher und polnischer Nationalismus in Ost- und Westpreußen 1830–1871. Wiesbaden 2003 (Deutsches Historisches Institut Warschau, Quellen und Studien 13).
- Pommerellen – Preußen – Pomorze Gdańskie. Formen kollektiver Identität in einer deutsch-polnischen Region. Nordost-Archiv. Zeitschrift für Regionalgeschichte. Neue Folge, 6 (1997) 2.
- Miloš Řeznik: Pomoří mezi Polskem a Pruskem. Patriotimus i identity v Královských Prusech v době dělení Polska [Pommern zwischen Polen und Preußen. Patriotismus und Identität im Königlichen Preußen zur Zeit der Teilung Polens]. Praha 2001 (Acta Universitatis Carolinae Philosophica et historica Monographia 157).

- Klaus Zernack: Polen in der Geschichte Preußens. In: Otto Büsch (Hg.): Handbuch der Preußischen Geschichte. Bd. 2: Das 19. Jahrhundert und große Themen der Geschichte Preußens. Berlin, New York 1992, S. 377-447.

Bibliographien

- Henryk Baranowski, Werner Tannhof (Bearb.) unter Mitarbeit von Kolja Alecsander Lotz: Bibliographie zur Geschichte Ost- und Westpreußens. Marburg 1999–2008.
- Stanisław Gierszewski, Zbigniew Nowak (Hg.): Słownik biograficzny Pomorza Nadwiślańskiego [Bibliographisches Wörterbuch Weichselpommerns]. Gdańsk 1992–2002.
- Heinz Neumeyer: Bibliographie zur Kirchengeschichte von Danzig und Westpreußen. Leer 1967.
- Maximilian Rankl (Bearb.): Bibliographie zur Literatur Ost- und Westpreußens mit Danzig. Bonn 1990.
- Ernst Wermke: Bibliographie der Geschichte von Ost- und Westpreußen. Marburg 1933–1996.

Weblinks

- http://www.kujawsko-pomorskie.pl/ (offizielle Internetseite der Woiwodschaft Kujawien-Pommern)
- http://urzad.pomorskie.eu/pl (offizielle Internetseite der Woiwodschaft Pommern)
- http://kpbc.umk.pl/ (Digitale Bibliothek Kujawien-Pommern/Kujawsko-Pomorska Biblioteka Cyfrowa)
- http://www.herder-institut.de/startseite/sammlungen.html (u. a. digitalisierte Sammlungen zu Pommerellen)
- http://www.solidarnosc.org.pl:8080/dlibra (Digitales Archiv der Solidarność-Bewegung)
- http://dlibra.bibliotekaelblaska.pl/ (Digitale Bibliothek Elbing/Elbląska Biblioteka Cyfrowa)
- http://pbc.gda.pl/ (Digitale Bibliothek Pommern/Pomorska Biblioteka Cyfrowa)

Anmerkungen

[1] Richard Böckh: Der Deutschen Volkszahl und Sprachgebiet in den europäischen Staaten. Berlin 1869, S. 237.

[2] Kazimierz Wajda: Stosunki ludnościowe na ziemiach pomorskich w latach 1850–1914 [Die Bevölkerungsverhältnisse im Gebiet Pommerns in den Jahren 1850-1914]. In: Stanisław Salmonowicz (Hg.): Historia Pomorza [Geschichte Pommerns]. Bd. 4: 1850–1918, T. 1: Ustrój, gospodarka, społeczeństwo [Regierungssystem, Wirtschaft, Gesellschaft]. Toruń 2000, S. 125-126, Tab. 23.

[3] Wajda: Stosunki ludnościowe (Anm. 2), S. 123, Tab. 21.

[4] In der Woiwodschaft Pommerellen wurden Volkszählungen in den Jahren 1921 und 1931 durchgeführt. Ihre Ergebnisse werden aufgrund der verwendeten Kriterien oft angefochten. Sie zeigen aber deutlich die Veränderung der nationalen Verhältnisse.

[5] Pierwszy powszechny spis Rzeczpospolitej Polskiej z dnia 30 września 1921 roku. Mieszkania. Ludność. Stosunki zawodowe. Województwo Pomorskie [Erste Volkszählung

der Republik Polen vom 30. September 1921. Wohnungen. Bevölkerung. Berufsverhältnisse. Woiwodschaft Pommerellen]. In: Statystyka Polski wydana przez Główny Urząd Statystyczny Rzeczpospolitej Polskiej. Bd. 25. Warszawa 1927, S. 87.

[6] Drugi powszechny spis ludności z dn. 9 XII 1931 r. Mieszkania i gospodarstwa domowe. Ludność. Stosunki narodowe. Województwo Pomorskie [Zweite Volkszählung vom 9.12.1931. Wohnungen und Hauswirtschaft. Bevölkerung. Nationale Verhältnisse. Woiwodschaft Pommerellen]. In: Główny Urząd Statystyczny Rzeczpospolitej Polskiej, Statystyka Polski. Serie C, H. 75. Warszawa 1938, S. 27.

[7] Mehr dazu siehe u. a.: Jens Stüben (Hg.): Ostpreußen – Westpreußen – Danzig. Eine historische Literaturlandschaft. Oldenburg 2007 (Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im Östlichen Europa 30).

[8] Dies auch oft noch nach 1945. Z. B. die (zuletzt 2002 in Würzburg als Sonderausgabe) wiederaufgelegte Arbeit von Bruno Schumacher: Geschichte Ost- und Westpreußens. Königsberg/Pr. 1937 (Ostpreußische Landeskunde in Einzeldarstellungen); Erich Keyser: Geschichte des deutschen Weichsellandes. Leipzig 1939; Erich Keyser: Geschichte der Stadt Danzig. Kitzingen/M. [ca. 1951] (Schriften des Göttinger Arbeitskreises 11).

[9] Z. B. Wacław Sobieski: Walka o Pomorze [Kampf um Pommerellen]. Poznań 1928 (deutsche Ausgabe: Der Kampf um die Ostsee von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart. Leipzig 1933 [Memoiren des Baltischen Instituts 13 = Ser. Balticum 5]); Kazimierz Smogorzewski: La Poméranie Polonaise. Paris 1932; Łukasz Kurdybacha: Stosunki kulturalne polsko-gdańskie w XVIII w. [Polnisch-Danziger kulturelle Beziehungen im 18. Jahrhundert]. Gdańsk 1937 (Studia gdańskie 1); Józef Borowik (Hg.): Polskie Pomorze [Polnisches Pommerellen]. Bd. 1: Ziemia i ludzie [Land und Leute], Bd. 2: Przeszłość i kultura [Vergangenheit und Kultur]. Toruń 1929–1931.

[10] Siehe dazu Hackmann: Ostpreußen und Westpreußen; Marian Biskup (Hg.): Ergebnisse der nordpolnischen Historiographie in den Jahren 1945–1990, Torun 1992 (Zapiski Historyczne 57, 1).

[11] Siehe z. B. Friedrich: The Other Prussia; Miloš Řeznik: Pommerellen und Danzig im Zeitalter des Königlichen Preußen. In: Tanja Krombach (Red.): Kulturlandschaft Ost- und Westpreußen. In memoriam Heiko Stern. Potsdam 2005 (Potsdamer Bibliothek östliches Europa, Geschichte), S. 265-272.

Zitation

Beata Lakeberg: Pommerellen/Westpreußen. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2013. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54164.html (Stand 11.10.2013).

Pommern

1. Toponymie

Anderssprachige Bezeichnungen

poln. Pomorze, lat. u. engl. Pomerania

Bezeichnungen für die Region und deren Differenzierung

Seit den Hauptlandesteilungen des 16. Jahrhunderts in Pommern-Wolgast und Pommern-Stettin haben sich die Bezeichnungen ‚Vorpommern' für das westlich und ‚Hinterpommern' für das östlich der Oder gelegene Gebiet durchgesetzt. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts kamen zuerst in wissenschaftlichen Publikationen, nach dem Ersten Weltkrieg zunehmend auch im administrativen Schrifttum die neuen Bezeichnungen ‚Ost'- und ‚Westpommern' auf, wobei die Grenze zwischen beiden Teilen nicht klar definiert war. In der Regel wurden mit Ostpommern der Regierungsbezirk Köslin, mit Westpommern der Regierungsbezirk Stettin und der 1932 in diesem aufgegangene Regierungsbezirk Stralsund angesprochen. Da in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts im Polnischen der Begriff *Pomorze Wschodnie* (= Ostpommern) für Pommerellen/Westpreußen eingeführt worden war, ergab sich die Notwendigkeit, in dieser Sprache für Pommern einen neuen Begriff zu definieren: *Pomorze Zachodnie* (= Westpommern). Seit 1945 steht diese Bezeichnung im Polnischen für Hinterpommern, während mit Bildung des Landes Mecklenburg-Vorpommern 1990 für Vorpommern die Bezeichnung *Pomorze Przednie* ‚geschaffen wurde. Selten wird von polnischer Seite die direkte Übersetzung ‚*Pomorze Tylne*' für Hinterpommern verwendet. Für das östliche Hinterpommern wird im Polnischen auch die Bezeichnung *Pomorze Środkowe* (= Mittelpommern) benutzt. Durch fehlerhafte Rückübersetzungen wird heute häufig die Woiwodschaft *Pomorze*, deren Verwaltungssitz in Danzig/Gdańsk liegt, als „Pommern" bezeichnet.

Etymologie

Der Name ‚Pommern' geht auf die westslawische Bezeichnung für ‚am Meer gelegen' zurück. Mit dieser Bezeichnung war offenkundig eine Abgrenzung des Siedlungsgebiets der Pomoranen von dem der Polanen, der im Landesinneren wohnenden slawischen Stämme, die namengebend für Polen wurden, verbunden.

2. Geographie

Lage

Pommern erstreckt sich an der südlichen Ostseeküste von der Mündung der Recknitz im Westen bis zur Mündung der Piasnitz (*Piaśnica*) im Osten, was einer Luftlinie von 365 Kilometern entspricht. Diese historische Landschaft nimmt damit einen Raum ein, der in geographischen Koordinaten von 12º 24' (Saaler Bodden) bis 18º 9' östlicher Länge (südlich des Zarnowitzer Sees [*Jezioro Żarnowieckie*]) reicht. Der nördlichste Punkt wird an der Ostseeküste östlich von Leba/Łeba bei 54º 50', der südlichste nahe Bernstein/Pełczyce bei 52º 56' nördlicher Breite erreicht. Nach der Erweiterung der Provinz Pommern 1938 lag der südlichste Punkt südöstlich von Friedeberg in der Neumark/Strzelce Krajeńskie bei 52º 42'.

Topographie

Die Oberflächengestalt wurde in der letzten Eiszeit geformt und zeigt in Hinterpommern von Süd nach Nord die klassische Abfolge einer glazialen Serie: ein langer Abschnitt des Baltischen Landrückens als Endmoränenzug mit der Pommerschen Seenplatte (*Pojezierze Pomorski*), eine ausgedehnte Grundmoräne in der Küstenebene, die durch zahlreiche Urstromtäler durchzogen wird. Die einzigen Durchragungen aus einem älteren Erdzeitalter sind die aus dem Mesozoikum stammenden Kreideablagerungen auf den rügischen Halbinseln Jasmund und Wittow sowie bei Finkenwalde/Zdroje östlich von Stettin/Szczecin und Lebbin/Lubin auf Wollin/Wolin. Die Küstenlinie ist in ihrer jetzigen Gestalt erst knapp 2.000 Jahre alt. In Vorpommern handelt es sich dabei um überflutete Grundmoränenbecken, die die Grundlage für die heute stark gegliederte Boddenküste bilden. Das Odermündungsdelta geht auf den sogenannten Haffstausee zurück. Beginnend mit den Inseln Usedom und

Wollin schließt sich nach Osten bis zur Halbinsel Hela (*Półwysep Helski*) in Pommerellen die hinterpommersche Ausgleichsküste an, die von feinen Sandstränden geprägt ist.

Die Oder ist der wichtigste schiffbare Fluss, der über den Dammschen See (*Jezioro Dąbie*), das Stettiner Haff sowie den Peenestrom, die Swine (*Świna*) und die Dievenow (*Dziwna*) in die Ostsee (*Morze Bałtyckie*) mündet. In Vorpommern sind Recknitz, Peene und Uecker, in Hinterpommern Ihna (*Ina*), Rega, Persante (*Parsęta*), Wipper (*Wieprza*), Stolpe (*Słupia*), Lupow (*Łupawa*) und Leba (*Łeba*) als größere Flüsse zu nennen, die nach Norden fließen und direkt beziehungsweise indirekt in die Ostsee münden. Dagegen fließen Brahe (*Brda*), Küddow (*Gwda*) und Drage (*Drawa*) vom Landrücken aus nach Süden auf Netze (*Noteć*) und Weichsel (*Wisła*) zu. Die höchste Erhebung Pommerns ist mit 256 Metern der Schimmritzberg bei Bütow/Bytów. Während in Vorpommern lediglich der Kummerower See an der Grenze zu Mecklenburg als stehendes Gewässer nennenswert ist, gibt es in Hinterpommern mit dem Leba- (*Jezioro Łebsko*), dem Garder (*Jezioro Gardno*), dem Jamunder (*Jamno*) und dem Buckower See (*Jezioro Bukowo*) große Strandseen, wobei Erstgenannter mit mehr als 75 km^2 der größte See Pommerns ist. Daneben sind der Madüsee (*Jezioro Miedwie*) mit 36 km^2 sowie mehrere Gewässer in der Pommerschen Seenplatte zu nennen, von denen der Dratzigsee (*Jezioro Drawsko*) und der Vilmsee (*Jezioro Wielimie*) jeweils knapp 20 km^2 erreichen. Der vorpommerschen Küste vorgelagert sind drei große und mehrere kleine Inseln: Rügen mit 926, Usedom mit 445, Wollin mit 248, Ummanz mit 20, Hiddensee mit 19 km^2 und andere.

Staatliche und regionale Zugehörigkeit

Hinterpommern war der Kernraum des Siedlungsgebietes des westslawischen Volks der Pomoranen, über die seit dem 10. Jahrhundert das entstehende polnische Königreich mit wechselndem Erfolg die Oberherrschaft beanspruchte. Vorpommern, die Uckermark und das östliche Mecklenburg waren die Kerngebiete der Wilzen. Sie waren das Ziel von Kriegszügen sowohl der Karolinger als auch der Ottonen. Seit dem frühen 12. Jahrhundert intensivierten die Nachbarn der westslawischen Stämme ihre Anstrengungen zur Integration der Gebiete zwischen Weichsel und Elbe. Dies führte für die Pomoranen in kurzer Folge zur Anerkennung wechselnder Machtansprüche von polnischer, dänischer und deutscher Seite, während sie selbst ihren eigenen Machtbereich westlich der Oder auf Vorpommern, die Uckermark und den Barnim sowie das östliche Mecklenburg ausdehnten. Nach 1227 war die Zugehörigkeit Pommerns zum Heiligen Römischen Reich unumstritten. Das Fürstentum Rügen, das 1325 im Erbgang an die pommerschen Herzöge fiel, verblieb dagegen bis in die erste Hälfte des 15. Jahrhunderts als dänisches Lehen außerhalb der Grenzen des Reiches. Die Länder Lauenburg/Lębork und Bütow/Bytów als erbliche Lehen der polnischen Krone lagen ebenfalls außerhalb der Reichsgrenzen. Das Hochstift Cammin besaß spätestens seit dem frühen 15. Jahrhundert als geistliches Fürstentum die Reichsstandschaft. Die Reichsunmittelbarkeit des Herzogtums Pommern wurde bis 1529 von den Markgrafen und späteren Kurfürsten von Brandenburg bestritten. Nach dem Aussterben des Greifenhauses 1637 wurde im Westfälischen Frieden die Teilung des Landes zwischen Brandenburg und Schweden beschlossen, die nunmehr beide für das Herzogtum Pommern bis 1806 Sitz und Stimme auf dem Reichstag wahrnahmen. Das Hochstift Cammin wurde säkularisiert und nach 1650 als Fürstentum Cammin mit Sitz und Stimme im Reichstag in den brandenburgischen Konglomeratstaat integriert. Nach der Auflösung des Heiligen Römischen Reiches 1806 wurde der schwedische Anteil an Pommern in das Königreich Schweden eingegliedert, was aber aufgrund der französischen Besetzung des Landes keine wirkliche staatsrechtliche Tragweite erlangte. 1815 erfolgte die Wiedervereinigung Pommerns als preußische Provinz. Als Glied des Königreichs Preußen wurde Pommern 1866 Bestandteil des Norddeutschen Bundes und 1871 des Deutschen Kaiserreichs. Mit dem Zusammenbruch des

Deutschen Reiches 1945 erfolgte die Teilung des Landes auf der Basis des Potsdamer Abkommens, wobei der genaue Verlauf der Demarkationslinie westlich von Stettin und Swinemünde/Świnoujście erst mit dem Schweriner Vertrag vom 21. September 1945 zwischen der Sowjetischen Militäradministration und Polen festgelegt wurde. 82 % der Provinz Pommern fielen damit unter polnische Verwaltung. Der verbleibende Teil, fast ganz Vorpommern, wurde mit Mecklenburg zu einem Land in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) zusammengeschlossen, das nach dem Ende der DDR 1990 als deutsches Bundesland neu entstand.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Pommern wird seit der Wende vom 12. zum 13. Jahrhundert durch den Greifen als Wappentier repräsentiert. Die seit dem 12. Jahrhundert nachweisbare, bis 1637 regierende Dynastie benannte sich seit dem Spätmittelalter nach diesem Wappenbild. Ein roter Greif in Silber steht für das Herzogtum Pommern, später die Provinz Pommern und heute für den östlichen Landesteil des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Die Woiwodschaft Westpommern (*województwo zachodniopomorskie*) führt ebenfalls dieses Wappen und orientiert sich dabei an der Gestaltung auf dem Banner, das Herzog Kasimir V. von Pommern (nach 1380-1435) führte, als er 1410 auf Seiten des Deutschen Ordens an der Schlacht von Tannenberg/Grunwald teilnahm. Die östlichsten Teile Hinterpommerns gehören heute zur Woiwodschaft Pomorze (*województwo pomorskie*), deren Wappen ein schwarzer Greif auf goldenem Grund darstellt. Dieses Wappenbild stand ursprünglich für das 1295 gebildete Teilherzogtum Pommern-Wolgast und wurde seit dem 16. Jahrhundert dem reinen Titularherzogtum Kassuben zugeordnet. Die horizontal geteilte blau-weiße pommersche Flagge geht auf die 1802 eingeführten Kragenaufschläge der pommerschen Landstände innerhalb der preußischen Monarchie zurück. In einer Mischung mit den Farben Mecklenburgs sind sie seit 1991 auch in der Landesflagge von Mecklenburg-Vorpommern präsent.

Gebräuchliche oder historische Beinamen

Die Ostsee wird in den ältesten Karten des 16. Jahrhunderts öfter auch als „Pommerisches Meer“ bezeichnet. Der vermutlich in Wittenberg entstandene Beiname „Pomeranus“ für den Reformator Johannes Bugenhagen (1485-1558) deutet auf positive Konnotationen hin, die im 16. Jahrhundert außerhalb Pommerns mit dessen Bewohnern verbunden wurden. Ein vermutlich in Hessen während des Dreißigjährigen Krieges entstandenes Kinderlied weist auf eine seither gebräuchliche Namensvariation für das Land hin: „Pommerland ist abgebrannt ...“. Im deutschen Sprachraum weit verbreitet war bis Mitte des 20. Jahrhunderts die abschätzige Bezeichnung „Kaschubeneck“ für das östliche Hinterpommern. Die Sozialdemokratie brachte im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts für Hinterpommern mit Bezug auf den Großgrundbesitz und die Lage der Landarbeiter den Schmähnamen „Puttkamerun“ auf.

Vor- und Frühgeschichte

Mit dem Ende der letzten Eiszeit kamen Jäger und Sammler in das Gebiet zu beiden Seiten der Oder, deren Ziel unter anderem die Feuersteinfelder an der Ostküste Rügens waren. Seit dem Neolithikum ist eine durchgehende Besiedlung festzustellen. Ackerbau und Viehzucht breiteten sich aus. Zur Begräbniskultur dieser Zeit gehören die Megalithgräber, die bis zu ihrer massenhaften Zerstörung im Zuge des Chausseebaus im 19. Jahrhundert das Bild der Landschaft prägten. Die Bronzezeit ist an der südlichen Ostseeküste im zweiten vorchristlichen Jahrtausend mit dem Vordringen der Schnurkeramiker verbunden, die mit den hier ansässigen jungsteinzeitlichen Siedlern verschmolzen. In der Folgezeit bildeten die Zonen von der südlichen Nordseeküste über Skandinavien bis zur südlichen Ostseeküste das Kernsie-

delland der germanischen Stämme. Für die Völkerwanderungszeit wird von einer längeren Anwesenheit der Rugier im nördlichen Vorpommern sowie der Burgunder in Hinterpommern ausgegangen. Mit Letztgenannten werden die Fürstengräber von Lübsow/Lubieszewo bei Greifenberg/Gryfice in Verbindung gebracht, die mit prächtigen Gegenständen römischer Provenienz ausgestattet waren. Ungeklärt ist die ethnische Zuordnung der in antiken Quellen für die südliche Ostseeküste belegten Veneter, auf die wohl im Deutschen die spätere Bezeichnung der Slawen als Wenden zurückzuführen ist. Seit dem 6./7. Jahrhundert sind slawische Stämme an der gesamten Ostseeküste zwischen Weichselmündung und Ostholstein nachweisbar, wobei davon ausgegangen werden kann, dass in diesen die Reste der Vorgängerbesiedlung aufgegangen sind.

Mittelalter



Siedlungsgebiete der Pomoranen, um 1000. [Karte: Thomas Helms; wie die folgenden abgedruckt in: Norbert Buske: Pommern. Territorialstaat und Landesteil von Preußen. Schwerin 1997].

An der südlichen Ostseeküste bildeten sich nach der slawischen Landnahme im Frühmittelalter Stammesverbände heraus, die für die Entstehung der hochmittelalterlichen Territorien konstitutiv werden sollten. Zwischen Weichsel- und Odermündung sowie Netze und Warthe (*Warta*) waren dies die Pomoranen. Westlich der Oder schlossen sich die Wilzen an, die im 11. und 12. Jahrhundert in den Quellen als Lutizen begegnen. Südwestlich davon siedelten die Ukranen, die namengebend für die Uckermark wurden. Nördlich der Peene, östlich der Recknitz und vor allem auf der Insel Rügen lebten die Ranen, an die sich westlich das Siedlungsgebiet der Obotriten anschloss.

Der älteste schriftliche Beleg, der sich auf das später Pommern genannte Gebiet bezieht, ist der Bericht über einen Heerzug Karls des Großen (747/748-814) 789 in den Peeneraum, bei dem die Burg des wilzischen Fürsten Dragovit erobert wurde, die in Vorwerk südöstlich von Demmin vermutet wird. Erst 936 gelang es Otto I. (912-973), erneut das Peenegebiet zu unterwerfen. Aufgrund des Slawenaufstandes von 983 blieb auch das jedoch nur eine Episode. Während die slawischen Stammesverbände zwischen Oder und Elbe bis ins frühe 12. Jahrhundert ihre Unabhängigkeit behaupten konnten und sich mit den Tempeln von Rethra im Gebiet der Lutizen und Arkona bei den Ranen zwei der wichtigsten paganen Heiligtümer der Westslawen etablierten, gerieten die östlich der Oder siedelnden Pomoranen zunehmend unter polnischen Einfluss. Den seit dem 10. Jahrhundert christianisierten Polen gelang es in mehreren Feldzügen, die Pomoranen tributpflichtig zu machen. Äußerer Ausdruck dieser Unterwerfung war die Errichtung eines Bistums in Salz-Kolberg als Suffragandiözese zu dem im Jahre 1000 geschaffenen Erzbistum in Gnesen/Gniezno. Allerdings blieben die Pomoranen trotz den polnischen Bemühungen um eine Christianisierung und einer festeren Integration Pommerns in den entstehenden Piastenstaat für mehr als 120 weitere Jahre ihrer

alten Religion treu, die unter anderem mit dem Triglaw-Kult in Stettin verbunden war. Zu Beginn des 12. Jahrhunderts begannen schließlich neue Kampagnen sowohl seitens der Sachsen als auch der Polen gegen die westslawischen Stämme, die mit der Mission des gesamten Gebiets einherging. Mit der Christianisierung der Pomoranen wurde von polnischer Seite Bischof Otto von Bamberg (um 1060-1139) betraut, der 1124 auf einer ausgedehnten Reise durch das westliche Hinterpommern sowohl die Führungsschicht als auch tausende Bewohner des Landes taufte und die alten Tempel zerstören ließ. In diese Zeit fällt die Teilung des pomoranischen Siedlungsgebietes. Der östliche Teil entwickelte sich fortan unter dem Fürstengeschlecht der Samboriden mit einer Kernzone an der unteren Weichsel zu einem enger mit Polen verbundenen Herzogtum Pommerellen. Im westlichen Teil ist spätestens mit Wartislaw I. (um 1100-vor 1148) das Fürstenhaus der später nach ihrem Wappentier benannten Greifen prägend für den Prozess der Bildung eines Herzogtums Pommern gewesen.

Die Herrschaftsgebiete der pommerschen Fürsten in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts – aus dem westlichen Teil entwickelte sich das Herzogtum Pommern, aus dem östlichen das Herzogtum Pommerellen. [Karte: Thomas Helms].

Während das pomoranische Siedlungsgebiet in diesen Jahren unter polnischer Oberhoheit stand, gelang es Wartislaw I., das Siedlungsgebiet der Lutizen, die durch den Sieg des Sachsenherzogs Lothar von Supplinburg (vor 1075-1137) geschwächt waren, seinem entstehenden Fürstentum einzuverleiben. Dieser neu gewonnene Einflussbereich westlich der Oder fiel nicht unter die polnischen Herrschaftsansprüche. Hier war es der pommersche Herzog, der 1128 Otto von Bamberg zu einer zweiten Missionsreise einlud, die ihn dieses Mal durch Vorpommern, das alte Lutizenland, führte. Als der polnische Herzog Bolesław III. Schiefmund (1085-1138) 1135 die Lehnshoheit des Kaisers anerkennen musste, wurde er auch mit Pommern belehnt. Damit trat zumindest in Vorpommern der Anspruch der sächsischen Herzöge in Konkurrenz. Den mächtigsten Widerpart zu den polnischen und sächsischen Bemühungen sollte aber in den folgenden knapp 100 Jahren das dänische Streben um Vorherrschaft im Ostseeraum bilden. Während die Unterwerfung der Ranen mit der Erstürmung der Tempelburg Arkona auf Rügen 1168 noch eine gemeinsame Aktion der Sachsen unter Heinrich dem Löwen (um 1129/30 oder 1133/35-1195) sowie der Dänen unter Waldemar I. (1131-1182) und Bischof Absalon von Roskilde (1128-1201) war, erstarkten die Dänen nach dem Sturz Heinrichs des Löwen und konnten bis zur Schlacht von Bornhöved 1227 über alle westslawischen Fürstentümer an der südlichen Ostseeküste einen Oberherrschaftsanspruch behaupten. Während das Herzogtum Pommern, das den westlichen Teil des pomoranischen Siedlungsgebietes sowie den lutizischen Bereich umfasste, nach dem Ende der dänischen Vormachtstellung fest in den Verband des Heiligen Römischen Reiches inte-

griert wurde, blieb das Fürstentum Rügen bis in die erste Hälfte des 15. Jahrhunderts ein Lehen der dänischen Krone.

Auch die kirchliche Gliederung dieses Raumes, die wenige Jahre nach der Mission festere Formen annahm, spiegelt die weltlichen Machtverhältnisse des 12. Jahrhunderts über das gesamte Mittelalter wider. 1140 wurde Wollin zum Sitz eines pommerschen Bistums unter dem ersten Bischof Adalbert bestimmt. Diese Diözese war aufgrund ständiger dänischer Kriegszüge gezwungen, ihren Sitz in den folgenden Jahrzehnten zweimal zu verlegen, zuerst nach Grobe auf Usedom und schließlich 1175 nach Cammin/Kamień Pomorski.

Es gab zwar sowohl seitens des Erzbistums Gnesen als auch des Erzbistums Magdeburg Bestrebungen, das Bistum Cammin seinem jeweiligen Metropolitanverband einzugliedern; jedoch war mit der päpstlichen Bestätigung der exemten Stellung des Bistums von 1188, das heißt der direkten Unterstellung unter den Heiligen Stuhl, die Selbständigkeit der pommerschen Kirche über das gesamte Mittelalter hinweg abgesichert. Dagegen war es den Schweriner Bischöfen gelungen, das festländische Rügen ihrer Diözese einzuverleiben. Die Insel Rügen gehörte ab 1168 zum Bistum Roskilde.

Nach einem ersten Versuch der Camminer Bischöfe, um Stargard in Hinterpommern/ Stargard Szczeciński ein zusammenhängendes Gebiet für die Schaffung eines Hochstifts zu erwerben, gelang ihnen ab 1248 die schrittweise Übernahme eines geschlossenen Herrschaftsgebiets im mittleren Hinterpommern um die späteren Städte Kolberg/Kołobrzeg, Köslin/Koszalin, Körlin/Karlino und schließlich auch Bublitz/Bobolice. Für dieses Hochstift erlangten sie spätestens zu Beginn des 15. Jahrhunderts die Reichsstandschaft, auch wenn diese immer wieder durch die pommerschen Herzöge angefochten wurde, die letztlich fast durchgängig eine Schirmvogtei über die Camminer Bischöfe und ihr Hochstift behaupten konnten.

Seit dem ausgehenden 12. Jahrhundert lässt sich die Zuwanderung deutscher Siedler in den sich formierenden Territorien an der südlichen Ostseeküste nachweisen. Gemeinsam mit der slawischen Bevölkerung vor Ort waren sie Träger des hochmittelalterlichen Landesausbaus, der sowohl von der slawischen Führungsschicht des Landes, bestehend aus Fürsten und Adel, als auch von den zahlreich gegründeten Feldklöstern gefördert wurde. Zum einheimischen Adel kamen aus dem westelbischen Raum zwischen Thüringen und der Nordseeküste zahlreiche weitere Adelsgeschlechter ins Land und nahmen aktiv als Lokatoren die Neuanlage von Siedlungen vor. Neben Dörfern waren dies Städte, von denen zwischen 1234 und 1276 in Pommern 28 mit Stadtrecht bewidmet wurden. Während die Agrarverfassung im Zuge der Verhufung des Landes auf völlig neue Grundlagen gestellt wurde, bildete sich bei den Städten eine klare Hierarchie von zentralen Orten mit unterschiedlichen regionalen Funktionen heraus. Die pommerschen Städte wurden unmittelbar nach ihrer Gründung feste Bestandteile des hansischen Städtebundes, zu dessen wendischem Quartier sie fortan zählten, und sorgten dafür, dass die gesamte Ökonomie des Landes fest in das hansische Wirtschaftssystem im Nord- und Ostseeraum integriert wurde. War die Besiedlung bis ins 12. Jahrhundert gauartig auf einzelne Siedlungskammern innerhalb weitläufiger Wald- und Sumpfgebiete konzentriert, so bot das gesamte Territorium um 1300 einen völlig andersartigen Landschaftseindruck – eine hohe Siedlungsdichte (deutlich höher als im Spätmittelalter und in der Neuzeit) sowie in weiten Bereichen kaum noch Wald. Selbst Standorte mit relat

iver Siedlungsungunst waren erschlossen worden. Einzelne Städte konnten sich gegenüber der Landesherrschaft weitgehend emanzipieren und spielten eine aktive Rolle in der hansischen Politik. Dazu zählten das zu diesem Zeitpunkt noch rügische Stralsund sowie in Pommern Greifswald, Anklam, Stargard, Kolberg und in gewisser Weise auch Stettin. Das

Fürstenhaus der Greifen wandelte seinen ursprünglich slawischen Charakter durch zahlreiche Eheverbindungen mit benachbarten norddeutschen Fürstenhäusern relativ schnell zu einer deutschsprachigen Familie. Lediglich die traditionell vergebenen Vornamen wie Wartislaw, Barnim, Bogislaw, Swantibor und Kasimir sollten auch künftig auf die slawische Herkunft hindeuten.



Das Herzogtum Pommern Ende des 13. Jahrhunderts. [Karte: Thomas Helms].

Das rasch zu Wohlstand gelangte Herzogtum weckte im Laufe des 13. Jahrhunderts neue Begehrlichkeiten, dieses Mal beim südlich angrenzenden Nachbarn, den erstarkenden Markgrafen von Brandenburg aus dem Hause der Askanier. Diese hatten 1231 den Barnim, 1236 das Stargarder Land (um Neubrandenburg) und 1250 die Uckermark erobert und damit die Herrschaft der Greifenherzöge im Westen deutlich beschnitten. Auch die mecklenburgischen Fürsten konnten in dieser Zeit westlich von Demmin Landgewinne verzeichnen. Ihr Versuch, nach dem Aussterben des einheimischen rügischen Fürstenhauses 1325 Anspruch auf das strategisch wichtige Territorium zu erheben, scheiterte allerdings im Rügischen Erbfolgekrieg. Seit Mitte des 14. Jahrhunderts war das Fürstentum Rügen, dessen Zentrum Stralsund fortan die größte und wirtschaftlich stärkste pommersche Stadt war, unangefochten Teil des pommerschen Herzogtums.

Während die Lage an der Westgrenze Pommerns sich damit beruhigt hatte, blieb die Situation an der Süd- und an der Ostgrenze labil. Bis Ende des 15. Jahrhunderts befanden sich Pommern und Brandenburg, nunmehr unter der Herrschaft der Hohenzollern, im Dauerkonflikt, zum einen hinsichtlich der brandenburgischen Ansprüche auf eine Lehnshoheit über Pommern, zum anderen auch wegen der realen Herrschaftsausübung in einem breiten Grenzsaum zwischen Pasewalk im Westen und Stolp/Słupsk im Osten. Bis heute zeugen die aufwendigen mittelalterlichen Verteidigungsanlagen der Städte in der Uckermark, in der Neumark und im südlichen Pommern von diesem nahezu permanenten Kriegszustand zwischen beiden Territorien.

Bis zum Jahr 1295 hatten sich Demmin und Stettin als Zentren der Fürstenherrschaft im Land etabliert. In jenem Jahr kam es zu einer Hauptlandesteilung, die für die folgenden zwei Jahrhunderte prägend werden sollte. Entlang der Küste erstreckte sich fortan das Teilherzogtum Pommern-Wolgast. Wolgast übernahm damit Residenzfunktionen von Demmin. Im Landesinneren, südlich von Peene und Ihna, entstand das Teilherzogtum Pommern-Stettin.



Die Teilherzogtümer Pommern-Wolgast und Pommern-Stettin während des 14. und 15. Jahrhunderts. [Karte: Thomas Helms].

Diese Teilung entsprach sowohl den beiden Hauptsiedlerströmen, aus Westfalen, Niedersachsen und Holstein einerseits und der Altmark und Südniedersachsen andererseits, als auch den beiden Stadtrechtsfamilien. Während im Stettiner Landesteil das Magdeburger Recht vorherrschte, dominierte im Wolgaster Landesteil das Lübische Recht. Das Wolgaster Territorium erfuhr in der Folgezeit weitere Teilungen. Es verfügte in Hinterpommern ohnehin über kein geschlossenes Gebiet, da das Hochstift Cammin wie ein Keil das westliche Hinterpommern von dem Bereich um Belgard/Białogard und Neustettin/Szczecinek einerseits und dem Schlawer und Stolper Gebiet andererseits trennte. Das ursprünglich zum Herzogtum Pommerellen gehörende Land Stolp geriet 1317 unter die Herrschaft der Greifen. Östlich davon konnten sie 1455 nach dem Niedergang des Deutschen Ordens auch die Länder Lauenburg und Bütow gewinnen, zunächst als Pfandbesitz, seit 1526 als erbliches polnisches Lehen. Das eigentliche Herzogtum Pommern und seit der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts auch das Fürstentum Rügen waren dagegen Lehen des Heiligen Römischen Reiches.

Durch enge Beziehungen zu Kaiser Karl IV. (1316-1378), die 1363 durch seine Eheschließung mit Elisabeth (um 1345-1393) aus der Linie Pommern-Stolp (um 1345–1393) noch bekräftigt wurden, gelang es den Greifen Mitte des 14. Jahrhunderts kurzzeitig, für ihre reichsunmittelbare Stellung eine Bestätigung zu erlangen. Für eine Generation sah es seit Ende des 14. Jahrhunderts so aus, als ob die Greifen als Dynastie auch auf europäischer Ebene Bedeutung erlangen könnten. Die dänische Königin Margarethe (1353-1412) hatte den ebenfalls aus der Stolper Linie stammenden Herzogssohn Bogislaw als Erich von Pommern (um 1382-1459) zum ersten König der Kalmarer Union wählen lassen, der damit in Norwegen, Dänemark und Schweden die Herrschaft antrat. Nach seinem Scheitern in Skandinavien zog er sich erst auf die Insel Gotland und schließlich nach Rügenwalde/Darłowo in Pommern zurück.

Nach dem Aussterben der Stettiner Linie des Greifenhauses 1464 unternahm Brandenburg mit dem Stettiner Erbfolgekrieg einen letzten Versuch, die Lehnshoheit über Pommern durchzusetzen. Dem bedeutendsten Vertreter des Greifenhauses, Bogislaw X. (1454-1523), gelang es 1474/78 seitens der Wolgaster Linie das Erbe der Stettiner Linie anzutreten und damit das gesamte Territorium in einer Hand zu einen. Er erlangte 1521 auch die direkte Belehnung durch den Kaiser. Gegen die Zusicherung einer brandenburgischen Erbfolge im Falle des Aussterbens des Greifenhauses im Vertrag von Grimnitz 1529 verzichtete Brandenburg endgültig auf die Lehnshoheit über Pommern.

Neuzeit



Die Teilherzogtümer Pommern-Wolgast und Pommern-Stettin während des 16. Jahrhunderts. [Karte: Thomas Helms].

Unter der Regierung Bogislaws X. wurden um 1500 die entscheidenden Schritte zur Modernisierung der Verwaltung des Landes eingeleitet. Auf dem Landtag zu Treptow an der Rega/Trzebiatów wurde 1534 im Herzogtum Pommern die Reformation eingeführt, wenige Jahre später auch im Hochstift Cammin. Dieses wurde seit 1556 als Sekundogenitur des Greifenhauses genutzt, behielt aber seinen Charakter als eigenes Reichsterritorium. Während damit für das bisherige Bistum Cammin die Einführung eines landesherrlichen Kirchenregiments abgesichert war, wurden teils noch über Jahrzehnte Verhandlungen mit den Herzögen von Mecklenburg für das festländische Rügen und mit den Königen von Dänemark für die Insel Rügen geführt, die sich als Rechtsnachfolger der Schweriner beziehungsweise Roskilder Bischöfe nach der Einführung der Reformation in ihren Territorien sahen. Seit dem letzten Drittel des 16. Jahrhunderts war aber das gesamte Herrschaftsgebiet der pommerschen Herzöge in einer Landeskirche zusammengefasst, die fortan ein wichtiges Bindeglied für die Bewohner des Landes darstellte.

1532 erfolgte eine erneute Hauptlandesteilung, die 1569 fortgeschrieben wurde. Zwar blieben Stettin und Wolgast weiterhin die Hauptresidenzen, allerdings erfolgte die Teilung nicht wie 1295 in einen südlichen und einen nördlichen Landesteil, sondern in einen westlichen und einen östlichen, wobei die Oder und die Swine einen Anhalt für die Trennung boten. Neben Pommern-Wolgast und Pommern-Stettin war der dritte selbständig regierte Landesteil das Hochstift Cammin. 1622 fiel zuerst die Regierung im Stift, 1625 dann auch die in Pommern-Wolgast an den in Stettin regierenden Herzog Bogislaw XIV. (1580-1637), mit dem die Greifendynastie 1637 erlosch. Zu diesem Zeitpunkt standen schon sieben Jahre schwedische Truppen im Land, das seit 1630 über einen Allianzvertrag mit der Großmacht im Norden verbunden war.



Die Teilung Pommerns zwischen Brandenburg und der Krone Schweden im Westfälischen Frieden, 1648. [Karte: Thomas Helms].

Die innere Verfassung des Landes wurde von schwedischer Seite nicht angetastet, was zu einer Konservierung ständischer Rechte vor allem in Vorpommern führte. Schweden verlor nach dem Schwedisch-Brandenburgischen Krieg 1679 den größten Teil des Landstreifens östlich der Oder an Brandenburg, nach dem Nordischen Krieg 1721 das südliche Vorpommern (= Altvorpommern) und die Inseln Usedom und Wollin sowie schließlich nach den Napoleonischen Kriegen 1815 auch das nördliche Vorpommern mit der Insel Rügen (= Neuvorpommern) an Preußen. Zuvor war bei Auflösung des Heiligen Römischen Reiches 1806 Schwedisch-Vorpommern zu einem Teil des Königreiches Schweden erklärt worden. Während Stettin, die traditionelle Hauptresidenz für Hinterpommern, sowohl in schwedischer Zeit – mit kurzen Unterbrechungen – als auch anschließend in preußischer Zeit als Hauptstadt für den jeweiligen Anteil an Pommern fungierte, verlor Wolgast als Hauptresidenz in Vorpommern seine Funktion an Stralsund, das der schwedischen Regierung zwischen dem Nordischen Krieg und 1815 als Sitz diente. Nach 1815 war Stettin nicht zuletzt aufgrund seiner Lage unangefochtene Provinzhauptstadt für ganz Pommern.



Pommern nach dem Nordischen Krieg, 1721. [Karte: Thomas Helms].

Für Schweden war Pommern ein wichtiger Brückenkopf auf dem europäischen Festland im Kampf gegen das kaiserliche Heer. Brandenburg gelang es auf dem Frieden von Osnabrück 1648 nicht, seine Erbansprüche auf ganz Pommern durchzusetzen. Es musste Schweden Vorpommern und darüber hinaus einen Landstreifen in Hinterpommern sowie die Lizenten, das heißt die Zölle in allen pommerschen Häfen, einräumen. Die Krone Schweden trat ebenso wie die Kurfürsten von Brandenburg die Regierung in Pommern in Personalunion an, das heißt, beide Seiten führten fortan den Titel und die Wappen der pommerschen Herzöge und hatten für das Territorium Sitz und Stimme auf dem Reichstag. 1650 löste Brandenburg die Rechte des Neffen des letzten pommerschen Herzogs, Ernst Bogislaw von Croy (1620-

1684), als designierter Bischof von Cammin am Hochstift ab und beendete die Säkularisation dieses geistlichen Territoriums.

Die Länder Lauenburg und Bütow (*Ziemia lęborsko-bytowska*), die 1637 als erledigte Lehen an die polnische Krone heimgefallen waren, sowie die Starostei Draheim (*Starostwo Drahimskie*) konnte Brandenburg-Preußen seit der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts schrittweise von Polen erwerben und in die für Hinterpommern geschaffenen Verwaltungsstrukturen integrieren.

Zeitgeschichte

Nach dem Ersten Weltkrieg grenzte Pommern mit seinen östlichen Kreisen an Polen. Der sogenannte Korridor und der Verlust des Hinterlandes mit den Provinzen Westpreußen und Posen verstärkte nach dem Versailler Vertrag die wirtschaftliche Krise sowohl der Landwirtschaft als auch besonders in Stettin, dem industriellen Herzen der Provinz. Viele Güter waren überschuldet, was zu einer verstärkten Aufsiedlung in den 1920er und 1930er Jahren führte.

Die politische Verfolgung nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten machte sich vor allem in Stettin bemerkbar, wo es auf dem Gelände der 1929 in Konkurs geratenen Vulcanwerft in Bredow/Drzetowo zur Einrichtung eines Lagers durch die SS kam, das 1934 aufgelöst wurde, nachdem Berichte über die dort herrschende Willkür an die Öffentlichkeit gedrungen waren. Zu Beginn des Jahres 1940 wurden die Stettiner Juden als erste im Deutschen Reich gen Osten deportiert. Kurz zuvor waren bereits die Behinderten aus den Provinzialheilanstalten Opfer gezielter Tötungsmaßnahmen geworden.

Innerhalb der evangelischen Kirche kam es seit 1933 zu einer Abgrenzung zwischen Deutschen Christen und den Pfarrern und Gemeinden, die sich der Bekennenden Kirche zurechneten. Mit dem Predigerseminar in Stettin-Finkenwalde unter Leitung von Dietrich Bonhoeffer bestand von 1935 bis 1937 ein zentraler Ort des kirchlichen Widerstands gegen den Nationalsozialismus in Pommern. Der Kirchenkampf mobilisierte vor allem in Hinterpommern viele Adlige, die aufgrund ihrer konservativen Haltung dem neuen Regime ablehnend gegenüberstanden. Stellvertretend seien Reinhold von Thadden-Trieglaff (1891-1976) und Ewald von Kleist-Schmenzin (1890-1945) genannt.

Während des Zweiten Weltkrieges gehörte Pommern zu den weniger vom Luftkrieg betroffenen Gebieten. Größere Angriffe gab es auf Stettin, Anklam, Stralsund und Peenemünde. Nach den schweren britischen Luftangriffen vom 20. auf den 21. April 1943 und vom 16. auf den 17. August 1944 war das Stadtzentrum von Stettin größtenteils zerstört. Zu den höchsten Opferzahlen führte der amerikanische Luftangriff vom 12. März 1945 auf Swinemünde, wo vermutlich mehr als 20.000 Menschen, unter ihnen zahlreiche Flüchtlinge, starben. Mit dem Durchbruch der Roten Armee im Januar 1945 von der Weichsel bis zur Oder bei Küstrin/Kostrzyn kündigte sich die Zerstörung Pommerns an, der bis Anfang Mai 1945 das bis dahin von Kampfhandlungen verschonte Land zum Opfer fiel. Seit Ende Februar 1945 eroberte die Rote Armee innerhalb weniger Tage fast alle hinterpommerschen Städte. Schwere Kämpfe tobten zwischen dem 8. und dem 18. März um Kolberg, in dieser Zeit auch um den Bereich südöstlich von Stettin zwischen Pyritz/Pyrzyce und Greifenhagen/Gryfino sowie um den Übergang über die Dievenow zwischen Wollin und Cammin. Während Stettin am 26. April von deutschen Truppen geräumt wurde, setzte sich die Zerstörung der Städte im südlichen Vorpommern fort. Für Demmin ist nach dem Niederbrennen der Stadt durch die Rote Armee ein Massenselbstmord der Zivilbevölkerung ab dem 30. April 1945, dem mehr als 900 Menschen zum Opfer fielen, dokumentiert, wie er an vielen Or-

ten in ganz Pommern stattfand. Die Städte im nördlichen Vorpommern, darunter die Universitätsstadt Greifswald, wurden kampflos übergeben und blieben im Gegensatz zu den meisten in Hinterpommern und Altvorpommern unzerstört.

Verwaltung und Verfassung

In Pommern hatte sich schon im Mittelalter der Dualismus zwischen Landesherrschaft und Landständen, die im zeitgenössischen Bewusstsein gemeinsam das ‚Land' bildeten, entwickelt. Die Landstände, zu denen bis zur Reformation neben dem Adel beziehungsweise der Ritterschaft und den Städten auch die Geistlichkeit gehörte, versammelten sich auf Landtagen, die für das Territorium als Ganzes sowie für die Teilherrschaften Wolgast und Stettin und das Hochstift Cammin zahlreich dokumentiert sind. Während nach 1648 in Schwedisch-Pommern die Landstände ihre starke Stellung unter Berufung auf die Regimentsverfassung von 1634 erhalten konnten und sich 1663 in einer neuen Verfassung bestätigen ließen, büßten die Stände in Hinterpommern und nach 1720 auch in Altvorpommern ihre Bedeutung innerhalb des brandenburg-preußischen Konglomeratstaats ein.

Die ständischen Traditionen führten ab 1823 der Provinzialverband und die in dem Zusammenhang gebildeten beiden Kommunalverbände von Hinterpommern und Altvorpommern sowie Neuvorpommern und Rügen weiter. Die Kommunalverbände, die in getrennten Kommunallandtagen zusammenkamen, wurden 1881 aufgelöst und ihre Aufgaben dem Provinzialverband übertragen. Der Provinzialverband, der für Verkehr, Landeskultur, Wirtschaftsförderung, Fürsorge, die öffentlichen Versicherungen und Kredite sowie die Förderung von Kunst, Kultur und Wissenschaft zuständig war, war bis in die 1930er Jahre einflussreicher als die Provinzialverwaltung. Seit 1824 kamen Provinziallandtage in Pommern zusammen, die bis 1875 ständischen Charakter trugen. Seit diesem Jahr wurden die Mitglieder des Provinziallandtags von den Kreistagen beziehungsweise Magistraten und Stadtverordnetenversammlungen gewählt, seit 1920 schließlich in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl. Die höheren Kommunalverbände und Provinziallandtage wurden in Preußen von den Nationalsozialisten 1933/34 aufgelöst. Mit Franz Schwede-Coburg (1888-1960) wurde der Gauleiter der NSDAP zum Oberpräsidenten in Stettin ernannt.



Verwaltungsgliederung der Provinz Pommern, vor 1932. [Karte: Thomas Helms].



Die Provinz Pommern nach der Angliederung der Provinz Grenzmark-Posen-Westpreußen, 1938. [Karte: Thomas Helms].

In den Jahren 1817/18 wurde im Zuge einer großangelegten Verwaltungsreform in Preußen die innere Struktur der neu gebildeten Provinz Pommern festgelegt. Fortan gab es neben dem Regierungsbezirk Stettin, der das südliche Vorpommern und das westliche Hinterpommern umfasste, sowie dem Regierungsbezirk Köslin, zu dem das östliche Hinterpommern gehörte, auch einen aus den zuletzt schwedischen Gebieten gebildeten Regierungsbezirk Stralsund. Die Ablösung der in diesem nordwestlichen Bereich Pommerns geltenden Sonderrechte aus der Schwedenzeit sollte sich über Jahrzehnte hinziehen. Außerdem wurden damals die Kreise Schivelbein/Świdwin und Dramburg/Drawsko Pomorskie in der Neumark aus ihrem brandenburgischen Kontext gelöst und der Provinz Pommern zugeordnet, an deren Spitze der Oberpräsident stand.

1932 wurde der Regierungsbezirk Stralsund aufgelöst und dem Regierungsbezirk Stettin einverleibt. 1938 erfolgte die Eingliederung des nördlichen Teils der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen als Regierungsbezirk mit Sitz in Schneidemühl/Piła in die Provinz Pommern. Neben einigen hinterpommerschen Kreisen wurden auch die neumärkischen Kreise Arnswalde/Choszczno und Friedeberg diesem neuen Regierungsbezirk zugeordnet und die Grenze zwischen den Regierungsbezirken Köslin und Stettin nach Westen verschoben.



Kreiseinteilung im Nordosten des Heiligen Römischen Reiches seit Ende des 15. Jahrhunderts. [Karte: Thomas Helms].



Kreis- und Bezirksgliederung im Bereich des ehemaligen Landes Mecklenburg nach 1952. Vorpommern ist grau unterlegt. [Karte: Thomas Helms].

Pommern gehörte seit den Reformen im Heiligen Römischen Reich um 1500 zum Obersächsischen Reichskreis. Die pommerschen Herzöge waren über Gesandte, häufig aber auch persönlich auf den Reichs- und Kreistagen präsent.

Die höchsten Gerichte innerhalb Pommerns waren in der Frühen Neuzeit die Hofgerichte für den Stettiner und den Wolgaster Landesteil. Oberste Appellationsinstanz war das Reichskammergericht. Nach 1648 konnte Schweden für seine Territorien im Reich das Wismarer Tribunal als oberste Instanz durchsetzen, das im frühen 19. Jahrhundert nach Greifswald verlegt wurde. Preußen schuf seinerseits 1879 als höchstes Gericht in der Provinz das Oberlandesgericht in Stettin.

1945 wurden alle Strukturen, die mit der Provinz Pommern verbunden waren, aufgelöst. Einzelne Dienststellen waren von Stettin an vorpommersche Orte verlagert worden. Mit dem Potsdamer Abkommen wurde 1945 eine Demarkationslinie westlich von Stettin und Swinemünde vorgegeben. Östlich dieser Linie wurde das Gebiet polnischer Verwaltung unterstellt und die Einwohner des Landes vertrieben.

Das wenige Monate nach Kriegsende von der Sowjetischen Militäradministration gebildete Land Mecklenburg-Vorpommern nahm keinerlei Rücksicht auf gewachsene Strukturen. Seit 1947 wurde aus Vorpommern offiziell Ostmecklenburg. Bei der Auflösung der Länder und der Einführung einer neuen Verwaltungsstruktur in der DDR erfolgte 1952 die Aufgliederung Vorpommerns auf die Bezirke Rostock, Neubrandenburg und Frankfurt an der Oder. Hoffnungen auf ein Anknüpfen an die pommerschen Traditionen eines höheren Kommunalverbandes beziehungsweise eines Landschaftsverbandes nach 1990 erfüllten sich nicht.

Die unter polnische Verwaltung gekommenen pommerschen Gebiete wurden 1950 auf die Woiwodschaften Stettin und Köslin aufgegliedert. 1975 kam noch die Woiwodschaft Stolp dazu. 1990 wurde das Land Mecklenburg-Vorpommern aus den Bezirken Rostock, Schwerin und Neubrandenburg gebildet. Die im Bezirk Frankfurt an der Oder liegenden pommerschen Gemeinden wurden dem Land Brandenburg zugeordnet. Auf polnischer Seite wurde in einer Verwaltungsreform 1999 aus den Woiwodschaften Köslin und Stettin die Woiwodschaft Westpommern geschaffen. Die östlichsten hinterpommerschen Gebiete, das heißt die Woiwodschaft Stolp, wurden der Woiwodschaft Pomorze mit Verwaltungssitz in Danzig zugeordnet.

Bevölkerung

Seit dem ausgehenden 12. Jahrhundert wandelte sich das slawische Fürstentum mit seinen lutizischen und pomoranischen Einwohnern rasch in ein in sprachlicher und verfassungsrechtlicher Hinsicht deutsches Herzogtum. Der Prozess der sogenannten Neustammbildung der Pommern war bereits nach wenigen Generationen weitestgehend abgeschlossen und führte dazu, dass die slawischen Einwohner des Landes die niederdeutsche Sprache übernahmen. Unklar ist, wie groß die Zahl der vor allem im 13. Jahrhundert ins Land gerufenen deutschen Siedler war. In den an Pommerellen grenzenden Gebieten um Stolp, Lauenburg und Bütow überdauerte eine kaschubischsprachige Minderheit bis ins 20. Jahrhundert. Eine polnische Minderheit gab es in Pommern in den alten Grenzen nicht, lediglich in geringem Umfang in den 1938 zu Pommern gekommenen Gebieten der Grenzmark Posen-Westpreußen. 1939 lebten in der Provinz Pommern in 2.807 Gemeinden 2.393.844 Menschen auf einer Fläche von 38.401 km^2. Das entsprach einer durchschnittlichen Bevölkerungsdichte von 62 Einwohnern je km^2. Nach der Bildung von Groß-Stettin mit Wirkung vom 15. Oktober 1939 war die Odermetropole nach Berlin und Hamburg von der Fläche her die drittgrößte und von der Einwohnerzahl die siebtgrößte Stadt im Deutschen Reich.

Eine erste größere Auswanderungswelle ist schon im dritten und vierten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts zu beobachten. Dabei handelte es sich vor allem um Altlutheraner, die das Land aus Glaubensgründen in Richtung Nordamerika und Südbrasilien verließen. Seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts fand dann eine sozialökonomisch motivierte Massenauswanderung statt. Die höchsten Konzentrationen pommerscher Siedler gab es im US-Bundesstaat Wisconsin, wo etwa jeder vierte Einwohner Vorfahren aus Pommern hat, und im brasilianischen Bundesstaat Santa Catarina, wo in der Stadt Pomerode bei Blumenau bis heute der niederdeutsche Dialekt aus Hinterpommern gesprochen wird.

Von Flucht und Vertreibung waren ab 1945 etwa 1,8 Millionen Einwohner der Provinz Pommern betroffen; die Zahl der Opfer von Krieg und Gewalt liegt bei mehr als 500.000 (darunter mehr als 100.000 gefallene Wehrmachtsangehörige).

Wirtschaft

Pommern entwickelte sich zusammen mit weiten Teilen des ostelbischen Raumes seit dem Mittelalter zur Kornkammer Europas. Fest integriert in das hansische Wirtschafts- und Handelssystem, fiel den pommerschen Städten eine wichtige Funktion im Zwischenhandel zwischen West- und Osteuropa zu. Neben dem Getreidehandel aus dem eigenen Umland und der damit im Zusammenhang stehenden Bierproduktion basierte die Ökonomie aller größeren pommerschen Hansestädte auf dem Heringsfang und -handel auf den sogenannten schonischen Messen in Falsterbo und Skanør . Der wachsende Bedarf an Lebensmitteln insbesondere in England, Flandern, aber auch in Skandinavien, begünstigte seit dem 16. Jahrhundert den Gutsbildungsprozess und führte zur Ausbreitung der Leibeigenschaft in Pommern.

Für die Infrastruktur des Landes waren neben den hansischen Handelsstraßen vor allem die schiffbaren Flüsse von Bedeutung, allen voran die Oder. Mit der Anlage der Kaiserfahrt im Stettiner Haff und dem Großschifffahrtsweg Berlin-Stettin war noch vor dem Ersten Weltkrieg die Basis sowohl für den Ausbau der Häfen in Swinemünde und Stettin als auch die Anbindung an die Reichshauptstadt sowie die Bergbau- und Industriezentren in Schlesien gelegt, was neben der Entstehung von Werften zur Ansiedlung von Hütten und Schwerindustrie, Maschinen- und Automobilbau sowie der Papierherstellung im Stettiner Umland führte. Stettin war seit 1898 Freihafen. Seit 1843 bestand eine Bahnverbindung zwischen Berlin und Stettin, die 1846 durch Strecken von Stettin nach Stargard und 1859 von Stargard nach Köslin sowie 1863 von Stettin und Berlin nach Stralsund ergänzt wurde. Das

staatliche Eisenbahnnetz in der Provinz Pommern umfasste 1914 mehr als 1.400 Kilometer. Hinzu kam ein privates Kleinbahnnetz von zu diesem Zeitpunkt 1.700 Kilometern, das in erster Linie auf die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Landwirtschaft ausgerichtet war.



Die pommerschen Provinzialstraßen und Provinzialanstalten, 1926. [Karte: Thomas Helms].

Daneben trieb der in den 1820er Jahren einsetzende Chausseebau die verkehrstechnische Erschließung der gesamten Provinz entscheidend voran. Bei Ausbruch des Zweiten Weltkrieges betrug die Gesamtlänge des Straßennetzes mehr als 11.000 km. Dazu zählte auch die 1936 fertiggestellte Teilstrecke bis Stettin der Reichsautobahn Berlin–Königsberg.

Regelmäßige Schiffsverbindungen bestanden mit zahlreichen Häfen im Ostsee- und Nordseeraum. Der Dampfschifffahrtsverkehr insbesondere von Stettin nach Swinemünde und zu nahezu allen Seebädern, die seit der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Vor- und Hinterpommern entstanden, war eine wesentliche Grundlage dafür, dass sich der Badebetrieb an der Ostseeküste um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert zu einem Massenphänomen entwickelte. Das Ostseebad Kolberg hatte Ende der 1930er Jahre unter allen Kurorten im Deutschen Reich die höchsten Übernachtungszahlen; Pommern war zu dieser Zeit die bedeutendste Fremdenverkehrsregion in Mitteleuropa.

Gesellschaft

Pommern war ein agrarisch und politisch konservativ geprägtes Land. Eine Ausnahme stellte Stettin dar, das sich früh zum wichtigsten preußischen und später auch deutschen Ostseehafen entwickelte und ein Zentrum von Industrie und Gewerbe wurde. Aufgrund der hohen Konzentration von Arbeitern und Angestellten in der Odermetropole wurde sie auch früh zu einer Hochburg der Sozialdemokratie und später der Kommunistischen Partei. Die Nationalsozialisten konnten in Pommern erst spät Fuß fassen. Der ländliche Raum war bis 1945 durch große Güter geprägt, für die eine starke soziale Hierarchie kennzeichnend war. Die Leibeigenschaft, die sich seit dem frühen 17. Jahrhundert in Pommern durchgesetzt hatte (in Schwedisch-Pommern lebte Ende des 18. Jahrhunderts etwa die Hälfte der Einwohner in Erbuntertänigkeit), bestand bis zu den Reformen Anfang des 19. Jahrhunderts, wirkte aber in der Mentalität der Landarbeiter noch lange nach.

Religions- und Kirchengeschichte

Nachdem die Gründung einer Diözese in Salz-Kolberg im Jahr 1000 als Suffraganbistum zur Kirchenprovinz Gnesen keine bleibenden Spuren hinterlassen hatte, wurden erst die Missionsbemühungen des 12. Jahrhunderts für die kirchliche Gestalt an der südlichen Ostseeküste prägend. Der größte Teil des Herrschaftsbereichs der pommerschen Herzöge gehörte seit 1140 zum pommerschen Bistum, das seit 1175 seinen endgültigen Sitz in Cammin fand. Das Bistum Cammin umfasste auch Gebiete, die später unter brandenburgischer und

mecklenburgischer Hoheit standen. Das Land Lauenburg gehörte zum Bistum Leslau/Włocławek, das festländische Rügen zum Bistum Schwerin und die Insel Rügen zum Bistum Roskilde. Das Hochstift Cammin wurde auf der Basis des Westfälischen Friedens säkularisiert. Die Domkapitel in Cammin und Kolberg wurden 1810/11 aufgehoben.

Die Reformation fasste seit Beginn der 1520er Jahre in verschiedenen Städten Fuß. Stralsund war 1525 die erste Stadt, die eine lutherische Kirchenordnung einführte. Eine wichtige Rolle spielte in der Folgezeit der in Wollin/Wolin geborene Reformator Johannes Bugenhagen, der als enger Vertrauter Martin Luthers und Stadtpfarrer von Wittenberg maßgeblich an der Einführung der Reformation auf dem Landtag zu Treptow an der Rega 1534 und der anschließenden Visitation des Kirchenwesens im gesamten Land beteiligt war. 1544 wurde nach dem Tod des letzten katholischen Bischofs auch im Hochstift Cammin die Reformation durchgesetzt. Es entstand eine pommersche Landeskirche mit einer eigenen Kirchenordnung, die über Generalsynoden in den ersten Jahrzehnten die Verabschiedung kirchlicher Gesetze und über Konsistorien eine neue kirchliche Rechtsprechung und Verwaltung organisierte. Die Leitung lag in den Händen von Generalsuperintendenten, die seit dem 19. Jahrhundert vereinzelt auch die Bezeichnung Bischof führten.

Mit der Einführung der sogenannten altpreußischen Union 1817 wurde aus der pommerschen Landeskirche eine preußische Kirchenprovinz, deren Konsistorium in Stettin ansässig war. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde im Zusammenhang mit der Umbildung der preußischen Landeskirche in den Kirchenbund der Evangelischen Kirche der Union aus der Kirchenprovinz Pommern die Pommersche Evangelische Kirche als selbständige Landeskirche, deren Konsistorium sich in Greifswald befand. Diese ging 2012 zusammen mit der nordelbischen und der mecklenburgischen Landeskirche in der neu gebildeten Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland auf.

Seit der Übernahme Hinterpommerns durch den Großen Kurfürsten (1620-1688) 1653 wurde seitens der neuen Landesherrschaft die Bildung reformierter Gemeinden gefördert, was vor allem die lutherische Pfarrerschaft zu Widerstand reizte. Neben den deutsch-reformierten Gemeinden, die vor allem an den Regierungssitzen und Garnisonsstandorten entstanden, kamen nach dem Edikt von Potsdam 1685 ebenso wie in Brandenburg auch in Pommern mehrere französisch-reformierte Gemeinden hinzu. In Schwedisch-Pommern wurde an der lutherischen Lehre festgehalten und erst 1781 die Bildung einer reformierten Gemeinde in Stralsund gestattet.

Die Einführung der altpreußischen Union 1817 führte in den folgenden Jahrzehnten zur Abspaltung der Altlutheraner von der neu geschaffenen preußischen Landeskirche, die aber nur in Hinterpommern eine nennenswerte Basis hatten. Gerade die großen Güter in Hinterpommern waren seit dem frühen 19. Jahrhundert ein Zentrum der Erweckungsbewegung und davon ausgehend der Inneren Mission. Schon in dieser Zeit berichten die Quellen von einer größeren Kirchlichkeit in Hinterpommern als in Vorpommern. Pommern war bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts eines der Kerngebiete des Protestantismus in Mitteleuropa. Die Zahl der Protestanten erreichte hier vor dem Ersten Weltkrieg mehr als 98 % der Gesamtbevölkerung.

Die Kirchen und Liegenschaften der evangelischen Gemeinden in Hinterpommern und Stettin fielen nach 1945 vollständig an den polnischen Staat beziehungsweise die katholische Kirche. Lediglich in Stettin, Köslin und Stolp bestehen heute noch evangelische Gemeinden, zu denen eine Handvoll weiterer Predigtstätten in einzelnen Dörfern gehören.

Die Gegenreformation griff nur in den Ländern Lauenburg und Bütow nach dem Heimfall des Lehens an die polnische Krone 1637 sowie in der Starostei Draheim, konnte aber auch hier nur in geringem Umfang Erfolge erzielen. An den Garnisonsstandorten in Stettin und Stralsund sowie in einzelnen neu angelegten Kolonien im südlichen Vorpommern und im westlichen Hinterpommern zum Beispiel für Pfälzer wurden seit dem 18. Jahrhundert wieder katholische Messen zugelassen. Ursprünglich für die auf den Gütern tätigen polnischen Saisonarbeiter wurden seit dem 19. Jahrhundert in fast allen Städten und einigen Dörfern katholische Kirchen errichtet. Die katholischen Gemeinden in Pommern gehörten seit dem 18. Jahrhundert zum Apostolischen Vikariat des Nordens, wurden 1821 dem Fürstbistum Breslau/Wrocław und 1929 dem neu gebildeten Bistum, seit 1994 Erzbistum, Berlin zugeordnet. Nach 1945 war die Situation in Hinterpommern aus Sicht des Vatikans ungeklärt. Erst 1972 wurden Stettin-Cammin (*Diecezja szczecińsko-kamieńska*) und Köslin-Kolberg (*Diecezja koszalińsko-kołobrzeska*) als Suffraganbistümer der Erzdiözese Gnesen gebildet. Stettin-Cammin wurde 1992 zum Erzbistum erhoben, dem die Bischöfe von Köslin-Kolberg und Grünberg/Zielona Góra-Landsberg/Gorzów Wielkopolski (*Diecezja zielonogórsko-gorzowska*) als Suffragane zugeordnet wurden.

In pommerschen Städten sind seit dem Mittelalter Juden nachweisbar. Ihre Zahl war aber immer relativ gering. Die größte Synagogengemeinde bestand in Stettin.

Besondere kulturelle Institutionen

Im Stettiner Schloss hatte die Gesellschaft für pommersche Geschichte und Altertumskunde bereits kurz nach ihrer Gründung (1824) eine Sammlung pommerscher Altertümer zusammengetragen, aus der dann 1928 im Landständehaus ein Provinzialmuseum geschaffen wurde, das seit 1934 unter dem Namen Pommersches Landesmuseum firmierte. Für Neuvorpommern und Rügen war 1858 in Stralsund ein eigenes Provinzialmuseum gegründet worden. In zahlreichen Kreisstädten in der gesamten Provinz Pommern wurden seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert kommunale Museen ins Leben gerufen, deren Sammlungen 1945 zum größten Teil geplündert und zerstört wurden.

Aus den landesherrlichen Archivbeständen, die im Stettiner Schloss lagerten, wurde nach der Bildung der Provinz Pommern ein Provinzialarchiv gebildet, das der preußischen Archivverwaltung in Berlin unterstellt wurde. Seine Bestände wurden während des Zweiten Weltkriegs auf Güter in Vor- und Hinterpommern ausgelagert. Soweit sie das Kriegsende überdauert haben, bilden die Bestände aus den hinterpommerschen Auslagerungsorten heute das polnische Staatsarchiv Stettin, das sich in einem 1900 errichteten Zweckbau befindet, während die Bestände aus den vorpommerschen Auslagerungsorten ab 1946 den Grundstock für das Landesarchiv Greifswald bildeten.[1]

Neben der Universitätsbibliothek Greifswald, die bis 1945 zugleich die Funktion einer pommerschen Landesbibliothek erfüllte, war die 1874 gegründete Städtische Bücherei in Stettin die bedeutendste Bibliothek in Pommern. Insgesamt waren bei Ausbruch des Zweiten Weltkriegs etwa 800 Bibliotheken im Verband pommerscher Büchereien organisiert, die von der Staatlichen Beratungsstelle für das Volksbüchereiwesen der Provinz Pommern betreut wurden. Besonders wertvoll waren die Altbestände in einigen Schul- und Kirchenbibliotheken. Die bedeutendste private Sammlung, bestehend aus Archiv, Bibliothek, Gemäldegalerie und Kuriositätenkabinett, befand sich im Ostenschloss in Plathe und gehörte den Grafen von Bismarck-Osten. Reste dieser Sammlung sind heute im Landesarchiv und im (seit 2005 bestehenden) Pommerschen Landesmuseum in Greifswald zu sehen.

Bildung

Am Camminer Dom und an den sechs Kollegiatstiftskirchen im Camminer Bistum (Kolberg, St. Marien und St. Otten in Stettin, Soldin, Güstrow und Greifswald) sowie an mehreren Stadtpfarrkirchen lassen sich seit dem Hochmittelalter Lateinschulen nachweisen. Im Vorfeld und in der Frühphase der Reformation spielten die Schulen in den Klöstern des Landes, darunter vor allem die in Belbuck/Białoboki, eine herausragende Rolle. Neben der 1456 gegründeten und 1634 mit großem Landbesitz durch den letzten pommerschen Herzog abgesicherten Universität in Greifswald hat das Fürstliche Pädagogium in Stettin, aus dem später das Marienstiftsgymnasium hervorging, im 16. und 17. Jahrhundert die Funktion einer zweiten Hohen Schule, zumindest für Hinterpommern, wahrgenommen. Aus den Ratsschulen entwickelten sich in mehreren Städten Gymnasien. In Einzelfällen, wie das Groeningianum in Stargard, gingen sie auch auf private, oder, wie die Fürstin-Elisabeth-Schule in Neustettin, auf fürstliche Stiftungen zurück. In Hinterpommern und Altvorpommern wurde mit dem General-Landschul-Reglement Friedrichs II. (1712-1786) die allgemeine Schulpflicht eingeführt; seit 1825 galt diese auch im Regierungsbezirk Stralsund. Nach ersten Versuchen 1732 in Stettin und 1791 in Greifswald zur Gründung von Lehrerseminaren entstanden im 19. Jahrhundert in zahlreichen pommerschen Städten Lehrerseminare und die zugehörigen Präparandenanstalten. Eine 1930 in Stettin gegründete Pädagogische Akademie hatte nur zwei Jahre Bestand. 1933 wurde in Lauenburg eine Hochschule für Lehrerbildung, 1936 in Schneidemühl eine Hochschule für Lehrerinnenbildung begründet. Die Zahl der Volksschulen lag in der Provinz Pommern bei Ausbruch des Zweiten Weltkrieges bei über 3.000.

Über mehrere Fachschulen wurde die gewerbliche Ausbildung gewährleistet, darunter Navigationsschulen in Stettin, Stralsund und Barth, Landwirtschaftsschulen in Eldena und Schivelbein, eine Haushalts- und Gewerbeschule in Falkenburg/Złocieniec sowie die Schiffsingenieur- und Seemaschinistenschule, die Höhere Maschinenbauschule und die Baugewerkschule, die einen großen Baukomplex in Stettin bildeten. Nach 1945 kam es zu einer Neugründung von akademischen Einrichtungen unter anderem in Stettin, Köslin, Stolp und Stralsund, wobei insbesondere der 1984 gegründeten Universität Stettin (*Uniwersytet Szczeciński*) eine wesentliche Rolle – auch bei der Erforschung und Vermittlung pommerscher Geschichte – zukommt.

Alltagskultur

Seit der Zuwanderung einer slawischen Bevölkerung im Frühmittelalter wurde an der südlichen Ostseeküste ein westslawisches Idiom gesprochen, das als Pomoranisch bezeichnet wird. Mit der Zuwanderung deutscher Siedler, die seit dem 12. Jahrhundert von den einheimischen Fürsten in Pommern und Rügen gefördert wurde, gewann das Niederdeutsche neben dem Pomoranischen an Bedeutung. Innerhalb weniger Generationen vollzog sich ein Sprachwechsel. Während auf der Insel Rügen dieser Prozess zu Beginn des 15. Jahrhunderts abgeschlossen war, konnte sich im äußersten Osten Pommerns mit dem Kaschubischen ein letzter Rest der alten westslawischen Sprache bis ins 20. Jahrhundert erhalten. Dabei gab es um Stolp Kaschuben, die mit der Reformation zum neuen Glauben übergetreten waren und in neuerer Zeit – in Abgrenzung zu den katholisch gebliebenen Kaschuben in den Ländern Lauenburg und Bütow – als Slowinzen bezeichnet wurden. Der sich aus den einheimischen Pomoranen und den zugewanderten niederdeutschen Siedlern seit dem 12. Jahrhundert formierende Neustamm der Pommern entwickelte eine Mundart, die sprachgeographisch zum Ostniederdeutschen gehört. Dabei zeichnete sich aufgrund der Herkunft der niederdeutschen Siedler schon im 13. Jahrhundert eine markante Zweiteilung des Landes in dialektaler Hinsicht ab. Während ein breiter Streifen entlang der gesamten Ostseeküste in sprachlicher Hinsicht größere Gemeinsamkeiten mit dem Niederdeutschen im nördlichen Niedersachsen, in

Schleswig-Holstein und Mecklenburg aufwies, war der südliche Bereich um Stettin stärker aus dem südniedersächsisch-altmärkischen, das heißt ostfälischen, Raum besiedelt worden. Dieser Dialektunterschied entsprach in etwa auch der rechtlichen Differenzierung –im Norden des Landes dominierte das Lübische, im Süden das Magdeburger Stadtrecht – und deckte sich zudem mit der Landesteilung von 1295 zwischen Pommern-Wolgast und Pommern-Stettin. Das Mittelniederdeutsche entwickelte sich schon seit dem 14. Jahrhundert zur Schriftsprache (neben dem Lateinischen). Mit der Einführung der Reformation gab es eine Blüte der Produktion niederdeutscher Druckwerke in Pommern. Seit dem 16. Jahrhundert setzte sich das Neuhochdeutsche als Schriftsprache, ausgehend von den landesherrlichen Kanzleien in Stettin und Wolgast, im gesamten Land durch. Als Alltagssprache wird das Niederdeutsche in Vorpommern heute noch von älteren Menschen benutzt.[2]

Pommern gehörte zum Verbreitungsgebiet des niedersächsischen Hallenhauses, was allerdings aufgrund des Gutsbildungsprozesses in der Frühen Neuzeit und dem damit einhergehenden Zurückdrängen der Bauerndörfer vor 1945 nur noch in Resten, vor allem im Küstenbereich, erkennbar war. Nach der Bauernbefreiung sind für einige Jahrzehnte in einzelnen Regionen (u. a. im Pyritzer Weizacker, am Jamunder See und auf der rügischen Halbinsel Mönchgut) Trachten nachweisbar, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts popularisiert und von Volkstanzgruppen bis in die Gegenwart gepflegt werden.[3]

Kunst

Von den Baustilen der vergangenen Jahrhunderte ist bis heute die Backsteingotik der das Bild der Städte und Dörfer in Pommern prägendste. Neben den Kirchen sind es vor allem die mittelalterlichen Rathäuser und Stadtbefestigungen, die von der hoch- und spätmittelalterlichen Blüte des Landes künden. Das ‚goldene Zeitalter' der Greifenherrschaft, das 16. und frühe 17. Jahrhundert, hat dem Land zwar Dutzende von Schlossbauten beschert, die allerdings nach dem Verlust ihrer Residenzfunktionen mit dem Aussterben dieser einheimischen Fürstendynastie und infolge der Kriege des 17. bis 20. Jahrhunderts ebenso wie das zugehörige Inventar nur noch in sehr bescheidenen Resten erhalten sind. Die Zentren von etwa zwei Dritteln der pommerschen Städte, vom Grundriss her mittelalterlich und von der Bebauung häufig frühneuzeitlich, sind beim Einmarsch der Roten Armee 1945 zerstört worden. Die Architektur der deutlich mehr als tausend Gutsanlagen in ganz Pommern reichte vom Festen Haus bis zum Villenstil des frühen 20. Jahrhunderts.

Mit den Malern Caspar David Friedrich (1774-1840) und Philipp Otto Runge (1777-1810) wurde Pommern zu einem der Ausgangspunkte der deutschen Romantik. Die Küste zog seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zahlreiche Künstler an. Wichtige Künstlerkolonien waren Ahrenshoop, Hiddensee, Lüttenort auf Usedom sowie die hinterpommerschen Fischerdörfer Deep/Mrzeżyno, Rowe/Rowy oder Groß Garde/Gardna Wielka.

Der 1834 in Stettin gegründete Kunstverein für Pommern legte den Grundstock für die seit 1911 im Stettiner Städtischen Museum untergebrachte Gemäldegalerie, die heute den Kernbestand des Pommerschen Landesmuseums in Greifswald ausmacht. Der 1916 in Stettin gegründete Pommersche Künstlerbund besaß auf regionaler Ebene eine gewisse Bedeutung.

Musik

An den Stiftskirchen im Camminer Bistum sind bereits frühzeitig Kantoren nachweisbar, denen die Pflege des gottesdienstlichen Gesangs oblag. Für diese Kirchen waren in der Regel auch die ersten Orgeln im Mittelalter bestimmt. Fragmente liturgischer Handschriften, die die Reformation überdauert haben, zeugen vom hohen Niveau geistlicher Musik in den Klöstern und in zahlreichen Stadtpfarrkirchen.

Seit dem 13. Jahrhundert finden sich Hinweise auf die Ausbreitung einer höfischen Kultur nach Vorbildern aus dem mitteldeutschen Raum im Umfeld Herzog Barnims I. von Pommern-Stettin (um 1210-1278) sowie des Camminer Bischofs Hermann von Gleichen (gest. 1289). Einen für Norddeutschland ungewöhnlichen Höhepunkt erlebte der Minnesang mit Wizlaw (um 1300), dessen Texte und Melodien zu 18 ‚Tönen' in der Jenaer Liederhandschrift überliefert sind und der den Dichter Ungelart aus Stralsund als sein Vorbild angab.

Sowohl für die größeren Städte als auch für den herzoglichen Hof lassen sich im Spätmittelalter fest angestellte Musiker nachweisen. In der Renaissance erlangten die Hofkapellen an den Hauptresidenzen in Stettin und Wolgast große Bedeutung. Mit Philipp Dulichius (1562-1631) als Kantor am Stettiner Pädagogium (1587-1630), Christoph Stecher als Hofkapellmeister und Paul Luetkemann (um 1560-1611/12) als oberstem Stadtmusiker (1600-1606) erlebte die höfische Musik im Greifenstaat zu Beginn des 17. Jahrhunderts eine letzte Blüte, die sich eng an die zeitgenössischen Entwicklungen vor allem in Sachsen anlehnte.

Als Folge der Reformation hatte sich auch im Umfeld der größeren Stadtpfarrkirchen in Pommern eine rege Produktion von Kirchenliedern etabliert, die im 17. Jahrhundert – trotz der Einschnitte des Dreißigjährigen Krieges – eine große Ausstrahlung besaß und zum Teil bis in die aktuellen Ausgaben des evangelischen Kirchengesangbuchs Spuren hinterließ. In Greifenberg existierte im Umfeld des Bürgermeisters Johann Möller (1623-1680) für einige Jahrzehnte die „Gottsingende Gesellschaft", von deren fruchtbarem Wirken mehr als 150 Lieder zeugen, die in der Greiffenbergischen Psalter- und Harffen-Lust gedruckt wurden. Seit dem italienisch beeinflussten musikalischen Stilwandel, der sich seit den 1630er Jahren in Pommern durchsetzte, erlangten die Organisten der Stadtpfarrkirchen eine zunehmende Bedeutung unter anderem bei der Komposition und Aufführung vokal-instrumentaler Ensemblemusik. Hier seien in Auswahl die Namen Johann Vierdanck (um 1605-1646), Michael Rohde (1681-1732), Christopher Raupach (1686-1744) oder Friedrich Gottlieb Klingenberg (gest. 1720) genannt. Überregionale Bedeutung erlangte Carl Loewe (1796-1869), Organist an der Jakobikirche in Stettin, der mehr als 400 nicht nur deutschsprachige Balladen vertonte. Dank der zahlreich im 19. Jahrhundert entstandenen Sängerbünde und Gesangsvereine fanden die Loeweschen Kompositionen eine weite Verbreitung.

Buch- und Druckgeschichte

Für das Bistum Cammin bestimmte Druckwerke wurden schon im 15. und frühen 16. Jahrhundert in Offizinen in Leipzig, Nürnberg und Basel in Auftrag gegeben. Mit Einführung der Reformation in Pommern sind insbesondere Drucker in Wittenberg für den pommerschen Hof tätig geworden. Die ältesten Druckereien in Pommern waren mit den Residenzen in Stettin (1533) und Barth (1584) sowie der Universität Greifswald (1581) und den zeitweise als Regierungssitz dienenden Städten Stralsund (1628), Kolberg (1658) und Stargard (1681) verbunden.

In Hohenkrug/Zdunowo bei Stettin befand sich seit 1528 eine Papiermühle. Mit dem aus Greifswald stammenden Georg Andreas Reimer (1776-1842) kam eine der bedeutendsten Verlegerpersönlichkeiten des frühen 19. Jahrhunderts aus Pommern.

Literatur

Bereits für das Hoch- und Spätmittelalter gibt es für die Höfe der Greifenherzöge, der Rügenfürsten und der Camminer Bischöfe Hinweise auf die Entwicklung einer höfischen Dichtkunst, wobei Verbindungen zum mitteldeutschen und nordwestdeutschen Raum deutlich werden. Für das 16. und frühe 17. Jahrhundert sind in Pommern mehrere Chroniken überliefert, die sich mit den Geschicken einzelner Städte, zum Beispiel Stralsund, aber auch

des gesamten Landes beschäftigen. Vor allem das 17. Jahrhundert war die hohe Zeit der Entstehung von Gelegenheitsschriften, deren Produktion im bürgerlichen und adligen Umfeld Konjunktur hatte. Neben geistlichen Stücken sind auch herausragende Beispiele einer weltlichen Barockdichtung auf uns gekommen, darunter insbesondere von der „pommerschen Sappho“, Sybilla Schwarz (1621-1638), in Greifswald. Seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert entstand im Umfeld des Pfarrers Ludwig Theobul Kosegarten (1758-1818) auf Rügen ein Kreis von Künstlern, der wesentliche Beiträge zur Romantik lieferte. Zu ihnen gehörte auch Ernst Moritz Arndt (1769-1860), der sich während der napoleonischen Besetzung Schwedisch-Pommerns von einem sozialkritischen zu einem die Nationalbewegung stark beeinflussenden Publizisten wandelte. Für das 19. und 20. Jahrhundert ist im regionalen Literaturschaffen neben einer gewissen Vorliebe für historische Stoffe vor allem ein Aufblühen der Mundartdichtung zu konstatieren. Aus Pommern stammende Schriftsteller wie Alfred Döblin (1878-1957), Hans Fallada (1893-1947), Uwe Johnson (1934-1984) und Wolfgang Koeppen (1906-1996) waren ebenso naturalistischen Stoffen mit einer stark sozialkritischen Note verpflichtet wie in Pommern zeitweise lebende bekannte Vertreter dieser Richtung, von denen hier Gerhart Hauptmann (1862-1946) und Ehm Welk (1884-1966) hervorgehoben seien. Für die Entwicklung des deutschen Literaturbetriebes in der Nachkriegszeit wurde Hans Werner Richter (1908-1993) prägend, der die Gruppe 47 ins Leben rief. Mit Klaus Granzow (1927-1986), Christian Graf von Krockow (1927-2002) und Christine Brückner (1921-1996) verbindet sich eine literarische Produktion zu den Themen Erinnerung an die Heimat, Vertreibung und Neuanfang, die ein Massenpublikum erreichte und maßgeblich das Bild von Pommern im öffentlichen Bewusstsein der Bundesrepublik beeinflusste.

Die pommersche Landschaft bot den Rahmen für zahlreiche Spielfilme. Die teuerste deutsche Produktion bis 1945 war der von Veit Harlan 1943/44 teilweise an Originalschauplätzen gedrehte Film „Kolberg“, in dem die tragende Rolle des Joachim Nettelbeck von dem bekanntesten aus Pommern stammenden Schauspieler Heinrich George (1893–1946) übernommen wurde.

Militärgeschichte

Die aus dem Mittelalter stammende Militärverfassung des Landes erwies sich im Dreißigjährigen Krieg als völlig ungenügend. Pommern wurde nicht nur zum Kriegsschauplatz mit verheerenden Folgen für das gesamte Land, sondern auch zu einem der am stärksten hochgerüsteten Gebiete auf dem europäischen Festland. Stralsund und Stettin wurden fortan zu Festungen ausgebaut, die zu den größten des Ostseeraums zählten. Schweden unterhielt auch in Friedenszeiten große Garnisonen im Land. An diese Tradition knüpfte Preußen an, das vor allem die Festungen Stettin und Kolberg stark ausbaute. In Stettin, Demmin, Pasewalk, Kolberg und Stolp standen traditionsreiche preußische Regimenter. Stralsund entwickelte sich Mitte des 19. Jahrhunderts zum ersten deutschen Kriegshafen. Diese Rolle ging ab 1870 auf Kiel über. Im Umland von Stettin und auf der Reede vor Swinemünde fanden vor dem Ersten Weltkrieg mehrere sogenannte Kaisermanöver statt. Der Truppenübungsplatz Groß Born/Borne Sulinowo in der Nähe von Neustettin spielte im Spätsommer 1939 als einer der Ausgangspunkte des Überfalls auf Polen eine wichtige militärstrategische Rolle. Internationale Bekanntheit erlangte Peenemünde auf Usedom, wo seit 1936 unter Leitung von Wernher von Braun in der Versuchsstelle des Heeres, die 1938 um die Erprobungsstelle der Luftwaffe ergänzt wurde, Raketentechnik, unter anderem die „V2“, entwickelt und getestet wurde. In Torgelow und Eggesin in der Ueckermünder Heide schuf die DDR seit Beginn der 1950er Jahre große Kasernenstandorte, die mit dem Truppenübungsplatz Jägerbrück verbunden waren.

Gedächtnis- und Erinnerungskultur

Der zentrale Akt des Gedenkens an das Greifenhaus ist die Croy-Feier, die seit dem Ende des 17. Jahrhunderts alle zehn Jahre in Greifswald begangen wird.

Auf dem Golm westlich von Swinemünde befinden sich die Massengräber für die Opfer des Luftangriffs vom 12. März 1945 auf die Stadt. Die Mahn- und Gedenkstätte wurde nach 1945 zu einem zentralen Ort des Gedenkens an das Kriegsende in Pommern. In Hinterpommern und in Stettin sind nach 1990 zahlreiche Lapidarien als Erinnerungsorte für die früheren Bewohner des Landes errichtet worden. Aus Mitteln der Deutsch-Polnischen Stiftung wurden landesweit Projekte der Denkmalpflege unterstützt. Ende der 1980er Jahre entstand in Lübeck-Travemünde mit Mitteln des Bundes und des Landes Schleswig-Holstein das Pommern-Zentrum mit der Ostsee-Akademie und der Versöhnungskirche. Der Seminarbetrieb in dieser Einrichtung sollte Aspekte der politischen und landeskundlichen Bildung mit der Erinnerungsarbeit der Pommerschen Landsmannschaft verbinden. Mit dem Aufbau des bundesgeförderten Pommerschen Landesmuseums in Greifswald wurden starke Akzente in der Darstellung und Vermittlung pommerscher Geschichte gesetzt. Während das Land Mecklenburg-Vorpommern die Geschichte und Kultur Pommerns eher vernachlässigt – zum Beispiel durch die personelle Schwächung des Landesarchivs Greifswald und die 2013 erfolgte Streichung der 1994 begründeten Professur für pommersche Geschichte und Landeskunde an der Greifswalder Universität –, hat die Woiwodschaft Westpommern erhebliche Anstrengungen unternommen, um kulturelle Institutionen auszubauen und zu stärken. Dazu zählen in Stettin die Pommersche Bücherei, das Nationalmuseum und das Schloss der Pommerschen Herzöge, das zu einem multifunktionalen Kulturzentrum entwickelt wurde. Die Bemühungen um eine Europäische Akademie in Külz/Kulice bei Naugard/Nowogard, in der knapp 20 Jahre lang die Begegnung von Polen und Deutschen auf den Spuren der pommerschen Geschichte organisiert wurde, müssen

dagegen seit 2013 als gescheitert angesehen werden.

5. Bibliographische Hinweise

Fachliteratur

- Ivo Asmus, Haik Thomas Porada, Dirk Schleinert (Hg.): Geographische und historische Beiträge zur Landeskunde Pommerns – Eginhard Wegner zum 80. Geburtstag. Schwerin 1998 (Sonderband der Greifswalder Geographischen Arbeiten – Wissenschaftliche Beiträge des Geographischen Institutes der Ernst-Moritz-Arndt-Universität).
- Bert Becker, Kyra T. Inachin (Hg.): Pommern zwischen Zäsur und Kontinuität. 1918-1933-1945-1989. Beiträge zur Zeitgeschichte. Schwerin 1999.
- Werner Buchholz (Hg.): Pommern. Berlin 1999 (Deutsche Geschichte im Osten Europas).
- Norbert Buske: Pommern. Territorialstaat und Landesteil von Preußen. Schwerin 1997.
- Norbert Buske, Joachim Krüger, Ralf-Gunnar Werlich (Hg.): Die Herzöge von Pommern – Zeugnisse der Herrschaft des Greifenhauses. Köln u. a. 2012 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Pommern, Reihe 5: Forschungen zur pommerschen Geschichte 45).
- Hellmuth Heyden: Kirchengeschichte Pommerns. Köln-Braunsfeld 1957 (Osteuropa und der deutsche Osten, Reihe 3, Bde. 5,1; 5,2).

- Historischer und geographischer Atlas von Mecklenburg und Pommern. Hg. im Auftrag der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern. Teil 2: Mecklenburg und Pommern – das Land im Rückblick. Schwerin 1997.
- Brigitte und Klaus-Dieter Kreplin (Bearb.): Die Gemeinden und Wohnplätze Pommerns nach dem Stand von 1932 mit Ergänzungen 1919 bis 1945. Teil A und B. Herdecke 1994 (Veröffentlichungen aus dem Genealogischen Archiv Kreplin, Nr. 1 Teil A, B).
- Gerard Labuda (Hg.): Historia Pomorza 1-3. Poznań 1969-1996.
- Dietmar Lucht: Pommern. Geschichte, Kultur und Wirtschaft bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges. 2. Aufl. Köln 1998 (Historische Landeskunde – Deutsche Geschichte im Osten 3).
- Jürgen Petersohn: Der südliche Ostseeraum im kirchlich-politischen Kräftespiel des Reichs, Polens und Dänemarks vom 10. bis 13. Jahrhundert. Mission – Kirchenorganisation – Kultpolitik. Köln, Wien 1979 (Ostmitteleuropa in Vergangenheit und Gegenwart 17).
- Jan M. Piskorski (Hg.): Pommern im Wandel der Zeiten. Szczecin 1999.
- Eberhard Völker, Manfred Pawlitta (Mitarb.): Pommern und Ostbrandenburger. München 2000 (Vertreibungsgebiete und vertriebene Deutsche – Studienbuchreihe der Stiftung Ostdeutscher Kulturrat 9).
- Karl-Albert Wegener (Hg.): Historisches Ortschaftsverzeichnis Hinterpommern. Bearb. und hg. vom Institut für Angewandte Geodäsie im Auftrag des Bundesministeriums des Innern. Frankfurt/M. 1994 (Reihe historischer Ortschaftsverzeichnisse für ehemals zu Deutschland gehörige Gebiete – Zeitraum 1914 bis 1945 4).
- Martin Wehrmann: Geschichte von Pommern. Gotha 1904-1906 (Deutsche Landesgeschichten 5).
- Helge bei der Wieden, Roderich Schmidt (Hg.): Mecklenburg/Pommern. Stuttgart 1996 (Handbuch der historischen Stätten Deutschlands 12).

Bibliographien

- Spezialsammlung Pomeranica der Universitätsbibliothek Greifswald: http://www.uni-greifswald.de/bibliothek/wir/spezialsammlung/pomeranica.html
- Landesbibliographie Mecklenburg-Vorpommern (in der Landesbibliothek Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin, bezüglich der pommerschen Geschichte auf Vorpommern beschränkt): http://www.landesbibliographie-mv.de
- Bibliographie-Portal zur Geschichte Ostmitteleuropas (im Herder-Institut, Marburg): https://www.herder-institut.de/en/service-divisions/bibliography-portal.html
- Bibliographie zu Westpommern (*Bibliografia Pomorza Zachodniego*): http://www.ksiaznica.szczecin.pl/www/bibliografia
- Westpommersche Digitale Bibliothek (*Zachodniopomorska Biblioteka Cyfrowa „POMERANIA“*): http://zbc.ksiaznica.szczecin.pl/dlibra

Jahrbücher und Vierteljahreszeitschriften

- Baltische Studien – Pommersche Jahrbücher für Landesgeschichte: http://digibib.ub.uni-greifswald.de
- Pommern – Zeitschrift für Kultur und Geschichte: http://www.pommersche-landsmannschaft.de/Zeitschrift_Pommern/index.html
- Sedina-Archiv – Familiengeschichtliche Mitteilungen Pommerns: http://www.pommerscher-greif.de/sedina_archiv.html

Weblinks: Archive

- Landesarchiv Greifswald: http://www.landesarchiv-greifswald.de
- Staatsarchiv Stettin (*Archiwum Państwowe w Szczecinie*): http://www.szczecin.ap.gov.pl
- Staatsarchiv Köslin (*Archiwum Państwowe w Koszalinie*): http://www.koszalin.ap.gov.pl
- Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin: http://www.gsta.spk-berlin.de
- Reichsarchiv/ (*Riksarkivet*) Stockholm: http://riksarkivet.se
- Reichsarchiv (*Rigsarkivet*) Kopenhagen/ København: http://www.sa.dk

Weblinks: Bibliotheken

- Universitätsbibliothek Greifswald: http://www.uni-greifswald.de/bibliothek.html
- Pommersche Bücherei Stettin (*Książnica Pomorska imienia Stanisława Staszica w Szczecinie*): http://www.ksiaznica.szczecin.pl
- Digitale Bibliothek Mecklenburg-Vorpommern: http://ub-goobi-pr2.ub.uni-greifswald.de/viewer/
- Herder-Institut, Marburg: http://www.herder-institut.de/bestaende-digitale-angebote.html

Weblinks: Museen

- Pommersches Landesmuseum Greifswald: http://www.pommersches-landesmuseum.de
- Kulturhistorisches Museum Stralsund: http://museum.stralsund.de
- Nationalmuseum Stettin (*Muzeum Narodowego w Szczecinie*): http://www.muzeum.szczecin.pl
- Archäologisch-Historisches Museum in Stargard (*Muzeum Archeologiczno-Historyczne w Stargardzie*): http://www.muzeum-stargard.pl
- Mittelpommersches Museum in Stolp (*Muzeum Pomorza Środkowego w Słupsku*): http://www.muzeum.slupsk.pl
- Bezirksmuseum Schneidemühl (*Muzeum Okręgowe w Pile*): http://www.muzeum.pila.pl

Weblinks: Vereine

- Gesellschaft für pommersche Geschichte, Altertumskunde und Kunst e.V.: http://www.pommerschegeschichte.de
- Historische Kommission für Pommern e.V.: http://www.hiko-pommern.de
- Arbeitsgemeinschaft für pommersche Kirchengeschichte e.V.: http://www.pommersche-kirchengeschichte-ag.de
- Pommerscher Greif e.V. – Verein für pommersche Familien- und Ortsgeschichte: http://www.pommerscher-greif.de

Anmerkungen

[1] Dazu: Haik Thomas Porada: Pommern, Skandinavien und das Baltikum – Sachthematisches Archivinventar zu den frühneuzeitlichen Beständen an Nordica, Baltica und Sueco-Pomeranica im Staatsarchiv Stettin. Schwerin 2005 (Publikationen des Lehrstuhls für Nordische Geschichte an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald 6). Auch: Heiko Wartenberg: Archivführer zur Geschichte Pommerns bis 1945. München 2008 (Schriften des

Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 33). Sowie: Joachim Krüger: Dänemark und Pommern. Sachthematisches Archivinventar zu den Beständen an Pomeranica und Sueco-Pomeranica im dänischen Reichsarchiv in Kopenhagen. Greifswald 2010 (Publikationen des Lehrstuhls für Nordische Geschichte 12).

[2] Renate Herrmann-Winter (Hg.): Pommersches Wörterbuch. Bd. 1, Lfg. 1ff. Berlin 1997ff.

[3] Kurt Dröge: Bibliographie zur Trachtenforschung in Pommern. In: Berichte und Forschungen. Jahrbuch des Bundesinstituts für ostdeutsche Kultur und Geschichte 3 (1995), S. 49-68.

Zitation

Haik Thomas Porada: Pommern. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32540 (Stand 25.06.2014).

Posener Land → Großpolen

Siehe Großpolen

R

Reichsgau Danzig-Westpreußen

1. Toponymie

Errichtet am 26. Oktober 1939 als Reichsgau Danzig, am 2. November 1939 umbenannt in Reichsgau Danzig-Westpreußen.

2. Geographie

Lage der Region

Der Reichsgau Danzig-Westpreußen lag zwischen dem NSDAP-Gau Pommern im Westen, dem Gau Ostpreußen und dem zu Letzterem gehörenden annektierten polnischen Gebiet Zichenau im Osten und Südosten, dem Reichsgau Wartheland im Süden sowie der Ostsee im Norden.

Topographie

Größter Fluss war die Weichsel, die Danzig-Westpreußen im Ostteil von Süden nach Norden durchfloss. Der Reichsgau war überwiegend von Flachland geprägt, das etwa 80 bis 100 Meter ü. d. M. lag. Höchste Erhebung war der 331 Meter hohe Turmberg bei Karthaus. Etwa ein Fünftel Danzig-Westpreußens war mit Wald bedeckt.

3. Geschichte und Kultur

Zur Geschichte bis zum Herbst 1939 siehe Westpreußen/Pommerellen und Danzig/Gdańsk.

Politische Geschichte

Nach der militärischen Niederlage Polens im Oktober 1939 annektierte das nationalsozialistische Deutsche Reich West- und große Teile Zentralpolens als eingegliederte Ostgebiete. Der Reichsgau Danzig-Westpreußen wurde aus dem größten Teil der polnischen Woiwodschaft Pommerellen, der ehemaligen Freien Stadt Danzig und den 1918–1939 zum Deutschen Reich gehörenden Kreisen Marienburg, Marienwerder, Rosenberg, Stuhm, Land- und Stadtkreis Elbing gebildet. Gauhauptstadt wurde Danzig. Zum Gauleiter und Reichsstatthalter ernannte Adolf Hitler Albert Forster, der diese Ämter bis Kriegsende ausübte.

Im Mittelpunkt der nationalsozialistischen Besatzungspolitik in den eingegliederten Ostgebieten stand die Germanisierung. Hitler beauftragte hiermit Heinrich Himmler, aber auch die Gauleiter der Ostgebiete. Schon 1939/40 traten Differenzen zwischen Himmler und Forster auf, doch verübten Verwaltung und Polizei die Massenverbrechen in der Region gemeinsam. Forster sah in der Ermordung der polnischen Intelligenz eine wichtige Voraussetzung für die "Eindeutschung". Für die Sicherheitspolizei hatte die Ermordung polnischer Intellektueller, Politiker und Geistlicher präventive Funktion: So sollte ein erwarteter polnischer Widerstand gegen die deutsche Besatzung von Anfang an geschwächt und seiner möglichen Führer beraubt werden. Daneben wurden auch andere Gruppen – darunter die Patienten der psychiatrischen Kliniken, "Asoziale" und Fürsorgezöglinge – Opfer der Massenverbrechen, die SS-Einheiten, Einsatzgruppen und der "Selbstschutz", eine Miliz einheimischer "Volksdeutscher", im September und Oktober 1939 verübten. Insgesamt fielen den Erschießungen im Herbst 1939, an denen sich auch die Wehrmacht beteiligte, etwa 30.000 Personen zum Opfer.[1] Nach dem Frühjahr 1940 kam es nur noch vereinzelt zu Massenexekutionen.

Die Ermordung der polnischen Führungsschicht, Bevölkerungsverschiebungen und der Besatzungsterror hemmten den Widerstand, der im Vergleich zum Generalgouvernement gering blieb. Trotzdem sorgten Enteignungen und Zwangsgermanisierungen für Zulauf bei den polnischen Untergrundorganisationen.

Mit dem Herannahen der Front begann die Verwaltung Anfang September 1944 damit, Pläne für eine Evakuierung der deutschen Bevölkerung aus dem östlichen Gaugebiet auszuarbeiten. Als die Rote Armee Anfang Januar 1945 ihre Offensive eröffnete und die deutsche Front binnen weniger Tage zusammenbrach, erwiesen sich diese Pläne rasch als nutzlos. Die Evakuierung wurde zu einer chaotischen Flucht, wobei Flüchtlingsströme aus Ostpreußen das Chaos noch vergrößerten.[2]

Verwaltung und Justizwesen

Das Konzept des Reichsgaus, das in ähnlicher Form auch im Reichsgau Sudetenland, im Reichsgau Wartheland und im seit 1938 an das Deutsche Reich "angeschlossenen" Österreich verwirklicht wurde, sah eine Unterstellung der gesamten Verwaltung unter den Reichsstatthalter einschließlich der Justiz- und Finanzverwaltung vor. Bahn und Post blieben jedoch der Berliner Zentrale unterstellt. Auf die Polizei, vor allem die Gestapo, und auf die Germanisierungsbehörden des "Reichskommissars für die Festigung des deutschen Volkstums" (Himmler) hatte der Reichsstatthalter keinen Einfluss. Der Reichsstatthalter konnte Verordnungen erlassen.

Der Reichsgau verfügte über eine Gauselbstverwaltung, die Aufgaben übernahm, für die die materielle Ausstattung der Gemeinden und Landkreise nicht ausreichte. Eine klare Kompetenzabgrenzung bestand jedoch nicht. Sowohl die Gauselbstverwaltung als auch die Kommunal- und Kreisverwaltung waren u. a. für das Gesundheitswesen, die Jugendfürsorge und den öffentlichen Nahverkehr zuständig.

Im Dezember 1939 wurde in Danzig ein Oberlandesgericht errichtet, das für die ehemalige Freie Stadt und den annektierten Teil zuständig war. In Marienwerder/Kwidzyn bestand ein zweites Oberlandesgericht für die ehemals ostpreußischen Kreise. Mit der Aufhebung dieses Gerichts am 1. Januar 1943 war das Oberlandesgericht Danzig für den ganzen Reichsgau zuständig. Insgesamt bestanden in Danzig-Westpreußen sechs, ab 1943 sieben Landgerichte und mehrere Dutzend Amtsgerichte. Wie im "Altreich" existierte eine Sondergerichtsbarkeit, die bis 1942 immer weiter ausgebaut wurde. Sondergerichte bestanden in Bromberg/Bydgoszcz, Danzig, Graudenz/Grudziądz, Elbing/Elbląg, Konitz/Chojnice und Thorn/Toruń.

Wirtschaft

Die Wirtschaftsstruktur des Reichsgaus Danzig-Westpreußen änderte sich gegenüber der Vorkriegszeit vor allem durch die Enteignung polnischen und jüdischen Grund- und mobilen Besitzes, der an "volksdeutsche" Umsiedler übertragen werden sollte. Tatsächlich profitierte vor allem die Reichskasse. Die Enteignungen beförderten die Korruption, da sich viele Beamte und die "kommissarischen Verwalter" des beschlagnahmten Vermögens relativ problemlos und weitgehend ohne strafrechtliche Konsequenzen fürchten zu müssen an polnischem und jüdischem Besitz vergriffen. Auch "volksdeutsche" Konkurrenten profitierten von der Beschlagnahme polnischer und jüdischer Betriebe.

Enteignungen, Korruption, Vertreibungen und die Rekrutierung von Polen als Zwangsarbeiter für das "Altreich" wirkten sich negativ auf die Wirtschaftskraft aus.

Bedeutend waren die Forst- und die Landwirtschaft, wobei der Ackerbau dominierte. Viehwirtschaft existierte in größerem Maßstab nur in der Weichselniederung. Mit Ausnahme der Werften in Danzig und Gdingen/Gdynia (1939–1945: Gotenhafen), die hauptsächlich für die Marine arbeiteten, existierten kaum bedeutende Industrieunternehmen. Infolge des Bombenkriegs wurden ab 1942/43 Betriebe aus dem Deutschen Reich in den Reichsgau verlagert.

Der Reichsgau Danzig-Westpreußen war verkehrsgünstig an der Weichsel gelegen. In "Gotenhafen" befand sich der modernste Hafen an der Ostsee, der jedoch wegen des Krieges seine Bedeutung verlor und vor allem der Marine diente. Es bestanden Eisenbahnlinien nach Königsberg/Kaliningrad und Insterburg/Černjachovsk und weiter in Richtung Baltikum sowie Richtung Stettin/Szczecin und Berlin. Zwei Autobahnen von Stettin über Danzig nach Königsberg und von Danzig Richtung Bromberg, Posen/Poznań und weiter nach Breslau/Wrocław waren geplant.

Bevölkerung

Im Dezember 1939 hatte Danzig-Westpreußen etwa 2,287 Millionen Einwohner, von denen etwa 1,5 Millionen im annektierten Gebiet, 302.000 in den früher ostpreußischen Kreisen und 408.000 in der ehemaligen Freien Stadt Danzig lebten.[3] Nur in der ehemaligen Freien Stadt Danzig und in den früher ostpreußischen Kreisen bestand eine deutsche Mehrheitsbevölkerung, während im annektierten Teil die Polen 1939 mit mehr als zwei Dritteln die Mehrheit stellten.

Die ethnische Zusammensetzung des annektierten Gebiets änderte sich bis Kriegsende erheblich. Zwischen 41.000 und 91.000 Polen wurden bis März 1941 ins Generalgouvernement vertrieben.[4] Fast 58.000 Polen wurden bis Kriegsende zur Zwangsarbeit in den Kernbereich des Deutschen Reichs verschleppt.[5] Die größte Bedeutung hatten jedoch Masseneintragungen in die Deutsche Volksliste. 1942 wurden auf diese Weise die Bewohner ganzer Dörfer zwangsweise "eingedeutscht". In die vier Gruppen der Volksliste waren Ende 1942 insgesamt 1.153.000 Personen aufgenommen, davon 870.000 in Gruppe 3, in die vor allem (zwangs)eingedeutschte Polen eingetragen wurden. Hinzu kamen etwa 50.000 "Reichsdeutsche", die in den Reichsgau eingewandert waren, und 51.000 deutschbaltische "Umsiedler".[6] Die Polen machten 1942 weniger als ein Drittel der Gesamtbevölkerung des annektierten Teils aus.

Die jüdische Bevölkerung, die vor 1939 noch etwa 15.000 Personen gezählt hatte, war im Herbst 1939 zum größten Teil ins Generalgouvernement vertrieben oder bereits ermordet worden. Im Februar 1940 lebten nur noch 1.800 Juden im Reichsgau, die meisten in der Stadt Danzig.[7] Einigen der Danziger Juden gelang es, noch bis zum 1. Mai 1941 zu emigrieren. Die übrigen wurden ins Warschauer Getto, nach Theresienstadt oder "in den Osten" deportiert.[8]

Gesellschaft

Etwa eine Million Menschen lebten auf dem Land. Die Ermordung der polnischen Intelligenz hatte Auswirkungen auf die soziale Zusammensetzung der polnischen Bevölkerung, in der der Anteil der unteren Schichten in Relation zur Gesamtbevölkerung stark zunahm. Die polnische Bevölkerung unterlag massiven Diskriminierungen (u. a. Unterstellung unter Sonderrecht, Benachteiligung bei der Lebensmittelversorgung etc.). Bereits in der Vorkriegszeit hatten erhebliche Spannungen zwischen der deutschen und der polnischen Bevölkerung bestanden, die von beiderseitiger Propaganda geschürt wurden und im September 1939 eskalierten.

Auch in der deutschen Bevölkerung gab es vielfältige Brüche. "Reichsdeutsche", die den Großteil der Beamtenschaft und der kommissarischen Verwalter beschlagnahmten Vermögens stellten, behandelten die einheimische Deutschen und die "Umsiedler" häufig mit Herablassung. Die "Volksdeutschen" fühlten sich gegenüber den "Umsiedlern", die bei der Verteilung des beschlagnahmten Besitzes als erste berücksichtigt wurden, benachteiligt. Germanisierte Polen galten als Deutsche "zweiter Klasse" und wurden diskriminiert.

Kultur

Die Kulturpolitik im Reichsgau Danzig-Westpreußen diente in erster Linie der kulturellen "Eindeutschung". Spuren polnischer Kultur, polnische Denkmäler und Friedhöfe wurden beseitigt, polnische Archive und Bibliotheken beschlagnahmt und geschlossen, polnische Zeitungen eingestellt. Die Kulturpolitik richtete sich ausschließlich an die deutsche Bevölkerung. Polen war der Besuch von Theatern, Kinos oder anderen Vergnügungsstätten untersagt, und sie durften keine Radiogeräte besitzen.

Bereits im Herbst 1939 erfasste die Landeskulturkammer Danzig alle "Kulturschaffenden" im Reichsgau. Am 1. Januar 1940 wurde das Reichskulturkammergesetz in Danzig-Westpreußen eingeführt. Wer publizistisch oder künstlerisch tätig sein wollte, musste nun Mitglied in der Kulturkammer werden; Juden, Polen und politischen Gegnern des NS-Regimes war dies verwehrt, und sie erhielten Berufsverbot.

1939 nahm der Reichssender Danzig seinen Betrieb auf. Er berichtete über die Besuche Hitlers, Goebbels' und anderer NS-Spitzenfunktionäre im Reichsgau, besaß ein eigenes Orchester und sendete Hörspiele aus eigener Produktion. Ein Schwerpunkt der Kulturpolitik lag auf dem Medium Film, dem für die Propaganda große Bedeutung zukam. 1940 bestanden 20 Kinos in Danzig-Westpreußen. In Danzig, Elbing, Graudenz, Bromberg und Thorn spielten Theater, daneben gab es eine Wanderbühne, die die kleinen Städte besuchte. Die "Ausstellungsgemeinschaft Danzig-Westpreußen" organisierte Propagandaschauen über die Germanisierung und regimekonforme Kunst aus dem Reichsgau Danzig-Westpreußen. Zur Pflege der "Volkskultur" riefen von der Reichsmusikkammer eingesetzte Musikbeauftragte Musikvereinigungen und Chöre ins Leben, die auch bei Feiern der NSDAP auftraten.[9]

Religions- und Kirchengeschichte

Die katholische Kirche sah sich im Herbst 1939 massiven Verfolgungen ausgesetzt. Zahlreiche polnische Priester wurden verhaftet, deportiert und erschossen, das Kircheneigentum enteignet. Polnische Gottesdienste und das Spenden der Sakramente in polnischer Sprache wurden verboten. Doch wurde die Kirchenorganisation im Wesentlichen unangetastet belassen. Ab dem Frühjahr 1940 wurden "reichsdeutsche" Geistliche entsandt, die die Seelsorge für die polnische und deutsche Bevölkerung übernahmen. Auch polnische Pfarrer wurden wieder eingestellt, wenn sie sich in die Volksliste aufnehmen ließen.[10]

4. Diskurse/Kontroversen

Kontrovers diskutiert wird in der Forschung die Rolle der deutschen Minderheit unter der Besatzung. Während einige Historiker von einer kollektiven Beteiligung der Deutschen an der NS-Herrschaft ausgehen, betonen andere, dass sich nur ein Teil der Minderheit für den Nationalsozialismus gewinnen ließ.[11] Auch die Zahl der Deutschen, die von Polen bei der Bekämpfung deutscher Überfälle während des deutsch-polnischen Krieges getötet wurden, war lange Zeit umstritten.[12] Heute schwanken die Schätzungen zwischen 4.000 und 5.437. Beide Diskurse betreffen nicht nur den Reichsgau Danzig-Westpreußen, sondern das ganze, im September 1939 deutsch besetzte Polen. Sie sind aber für die Geschichte des Reichsgaus

Danzig-Westpreußens von besonderer Relevanz, da hier 1939 die zahlenmäßig stärkste deutsche Minderheit lebte.

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Bogdan Chrzanowski, Andrzej Gąsiorowski, Krzysztof Steyer: Polska Podziemna na Pomorzu w latach 1939-1945 [Der Polnische Untergrund in Pommern 1939–1945]. Gdańsk 2005.
- Christian Jansen, Arno Weckbecker: Der "Volksdeutsche Selbstschutz" in Polen 1939/40. München 1992 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 64).
- Włodzimierz Jastrzębski: Polityka narodowościowa w okręgu Rzeszy Gdańsk-Prusy Zachodnie (1939–1945) [Die Nationalitätenpolitik im Reichsgau Danzig-Westpreußen (1939-1945)]. Bydgoszcz 1977.
- Włodzimierz Jastrzębski, Jan Sziling: Okupacja hitlerowska na Pomorzu Gdańskim w latach 1939–1945 [Die nationalsozialistische Besatzung in Pommerellen 1939-1945]. Gdańsk 1979.
- Herbert S. Levine: Local Authority and the SS State: The Conflict over Population Policy in Danzig-West Prussia, 1939–1945. In: Central European History 2 (1969), S. 331-355.
- Katarzyna Minczykowska, Jan Sziling (Hg.): Polityka germanizacyjna Trzeciej Rzeszy na Pomorzu Gdańskim w latach 1939–1945. Materiały sesji popularnonaukowej w Toruniu w dniu 18 listopada 2006 roku [Die Germanisierungspolitik des Dritten Reichs in Pommerellen 1939–1945. Beiträge einer populärwissenschaftlichen Tagung in Toruń am 18. November 2006]. Toruń 2007 (Biblioteka Fundacji "Archiwum Pomorskie Armii Krajowej" w Toruniu 51).
- Dieter Pohl: Die Reichsgaue Danzig-Westpreußen und Wartheland: Koloniale Verwaltung oder Modell für die zukünftige Gauverwaltung? In: Jürgen John, Horst Möller, Thomas Schaarschmidt (Hg.): Die NS-Gaue. Regionale Mittelinstanzen im zentralistischen "Führerstaat". München 2007 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer), S. 395-405.

Anmerkungen

[1] Klaus-Michael Mallmann, Jochen Böhler, Jürgen Matthäus: Einsatzgruppen in Polen. Darstellung und Dokumentation. Darmstadt 2008 (Veröffentlichungen der Forschungsstelle Ludwigsburg der Universität Stuttgart 12), S. 88.

[2] Blanka Meissner: Ewakuacja niemieckich władz administracyjnych i niemieckiej ludności z okupowanych ziem polskich w latach 1944–1945 [Die Evakuierung der deutschen Verwaltung und der deutschen Bevölkerung aus den besetzten polnischen Gebieten in den Jahren 1944–1945]. Warszawa 1987, S. 86f.

[3] Publikationsstelle Berlin-Dahlem (Hg.): Die Ostgebiete des Deutschen Reiches und das Generalgouvernement der besetzten polnischen Gebiete in statistischen Angaben. Berlin 1940, S. 23-30; Handbuch der Justizverwaltung. Berlin 1942, S. 74, 186.

[4] Zwangsumsiedlung, Flucht und Vertreibung 1939–1959. Atlas zur Geschichte Ostmitteleuropas. Bonn 2009 (Schriftenreihe/Bundeszentrale für politische Bildung 1015), S. 65. Maria Rutowska: Wysiedlenia ludności polskiej z Kraju Warty do Generalnego Gubernatorstwa 1939–1941 [Die Vertreibung der polnischen Bevölkerung aus dem Wartheland ins Generalgouvernement 1939–1941]. Poznań 2003, S. 37.

[5] Czesław Łuczak: Polnische Arbeiter im nationalsozialistischen Deutschland während des Zweiten Weltkrieges. Entwicklung und Aufgaben der Forschung. In: Ulrich Herbert (Hg.): Europa und der "Reichseinsatz". Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938-1945. Essen 1991, S. 90-105, hier S. 98.

[6] Ryszard Kaczmarek: Niemiecka polityka narodowościowa w okręgu Prusy Zachodnie i w prowincji Górnośląskiej [Deutsche Nationalitätenpolitik im Gau Westpreußen und in der Provinz Oberschlesien]. In: Minczykowska, Sziling (Hg.): Polityka germanizacyjna, S. 23-40, hier S. 32.

[7] Zwangsumsiedlung, Flucht und Vertreibung 1939 - 1959. Atlas zur Geschichte Ostmitteleuropas, Lizenzausg., Bonn 2009, S. 112.

[8] Sophia Kemlein: Zur Geschichte der Juden in Westpreußen und Danzig (bis 1943), in: Danzig Gdańsk. Deutsch-Polnische Geschichte, Politik und Literatur, Dillingen 1996, S. 94-109, hier S. 106, 108; Erwin Lichtenstein: Die Juden der Freien Stadt Danzig unter der Herrschaft des Nationalsozialismus, Tübingen 1973, S. 119, 135-141.

[9] Wolfgang Diewerge: Der neue Reichsgau Danzig-Westpreußen. Ein Arbeitsbericht vom Aufbauwerk im deutschen Osten. Berlin 1940 (Die deutschen Gaue seit der Machtergreifung), S. 86-90.

[10] Stefan Samerski: Priester im annektierten Polen. Die Seelsorge deutscher Geistlicher in den an das Deutsche Reich angeschlossenen polnischen Gebieten 1939–1945. Bonn 1997 (Historische Forschungen), S. 19-21.

[11] Z. B.: Barbara Bojarska: Uział mniejszości niemieckiej w eksterminacji ludności polskiej powiatu wąbrzeskiego w 1939 roku [Die Teilnahme der deutschen Minderheit an der Ausrottung der polnischen Bevölkerung im Kreis Briesen (Wąbryeźno) 1939], in: Zapiski historyczne 36 (1971) 2, S. 89-103; Chinciński, Tomasz: Forpoczta Hitlera. Niemiecka dywersja w Polsce w 1939 roku [Der Vorposten Hitlers. Die deutsche Diversion in Polen 1939], Warszawa 2010, S. 390; Łuczak, Czesław: Verhaltensweisen Deutscher gegenüber Polen im Reichsgau Wartheland (1939 bis 1945). In: Helga Schultz (Hg.): Preußens Osten - Polens Westen; das Zerbrechen einer Nachbarschaft (Frankfurter Studien zur Grenzregion, Bd. 7), Berlin 2001, S. 217-226.

[12] Karol Marian Pospieszalski: Sprawa 58000 "Volksdeutschów". Sprostowanie hitlerowskich oszczerstw w sprawie strat niemieckiej mniejszości w Polsce w ostatnich miesiącach przed wybuchem wojny i w toku kampanii wrześniowej (= Documenta occupationis, Bd. 7), 2. Aufl., Poznań 1981, ermittelte 2.000 getötete Volksdeutsche. Gotthold Rhode dagegen ging in den 1950er Jahren von 12.857 Toten aus, eine Zahl aus der NS-Propaganda. Später schrieb Rhode von 4.500 Getöteten. (Gotthold Rhode: Polen von der Wiederherstellung der Unabhängigkeit bis zur Ära der Volksrepublik 1918–1970, in: Theodor Schieder (Hg.) Handbuch der europäischen Geschichte, Bd. 7/2, Stuttgart 1979, S. 1038, Anm. 11).

Zitation

Maximilian Becker: Reichsgau Danzig-Westpreußen. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54147.html (Stand 19.07.2012).

Reichsgau Sudetenland (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Reichsgau Wartheland

1. Toponymie

Mit Führererlass vom 8. Oktober 1939 wurde der Anschluss des unter deutscher Besatzung in Polen eingerichteten „Militärbezirks Posen“ als „Reichs- und Parteigau Posen“ an das Deutsche Reich zum 1. November verkündet.

Obschon der Name „Reichsgau Posen“ zunächst als offizielle Bezeichnung gewählt wurde, kursierte sehr schnell ein weiterer Name: „Wartheland“, der auf den das Gebiet durchfließenden Fluss Warthe (poln. *Warta*) verweist. In den Veröffentlichungen der Nationalsozialisten scheint dieser Name erstmals in der von Adolf Hitler (1889-1945) erstellten Ernennungsurkunde Arthur Greisers (1897-1946) zum Gauleiter gewählt worden zu sein. Seit Anfang November fand der Name „Wartheland“ durch Greiser immer häufiger Verwendung. Bereits seit dem 9. Dezember 1939 wurde in Posen/Poznań das *Verordnungsblatt des Reichsstatthalters im Reichsgau Wartheland* herausgegeben. Nach dem in den ersten Monaten parallelen Gebrauch beider Namen setzte sich die Bezeichnung „Wartheland“ schlussendlich durch. Die offizielle Umbenennung des „Reichsgaues Posen“ in „Reichsgau Wartheland“ erfolgte am 29. Januar 1940. Gleichzeitig erscheint mit Schaffung des Reichsgaues auch die Kurzform „Warthegau“. Der Name wurde als Bezeichnung für den Parteigau („Gau Warthegau“) verwendet und im Januar 1940 (analog zum Reichsgau) in „Gau Wartheland“ umbenannt. Seitdem wurde die Form „Warthegau“ als Synonym für den „Reichsgau Wartheland“ verwendet.

2. Geographie

Lage der Region

Der Warthegau bildete zusammen mit dem Reichsgau Danzig-Westpreußen, an den er im Norden grenzte, sowie dem an die Provinz Schlesien angegliederten „Ostoberschlesien“ und dem an die Provinz Ostpreußen angegliederten „Südostpreußen“ die sogenannten eingegliederten Gebiete. Er lag zwischen dem östlich angrenzenden Generalgouvernement und dem sogenannten „Altreich“: Im Westen grenzte er an die Mark Brandenburg, im Nordwesten an Pommern und im Südwesten und Süden an Schlesien.

Topographie

Die wichtigsten Ströme des Gaues waren die Warthe (*Warta*) sowie die Netze (*Noteć*), seine höchste Erhebung war der *Kobyla Góra* (Heideberg) mit 284 m. Geologisch lassen sich vor allem zwei große Gebiete unterscheiden: die Südgroßpolnische Tiefebene (*Nizina Południowielkopolska*) und die Großpolnische Seenplatte (*Pojezierze Wielkopolskie*).

Staatliche Zugehörigkeit

Der Warthegau wurde zusammen mit Danzig-Westpreußen durch die Angliederung im Oktober 1939 Teil des Deutschen Reiches. Obwohl diese eingegliederten Gebiete Teil des Währungsgebietes des Deutschen Reiches waren, hatten sie eine Sonderstellung inne. So wurden sie nicht in das Polizeigebiet des „Altreichs“ integriert und der Reiseverkehr mit Verordnung des Reichsministers des Innern vom 20. Juli 1940 stark eingeschränkt; es bedurfte einer besonderen Erlaubnis zur Ein- beziehungsweise Ausreise. Mit Ausnahme der Reichsbahn, der Reichspost, der Reichsjustiz und der Reichsfinanzen unterstanden alle im Reichsgau tätigen Reichsbehörden dem Reichsstatthalter. Grundlage für diese Sonderform

in der staatlichen Zugehörigkeit waren die sogenannten Sudetengaugesetze vom 14. April 1939, auf deren Grundlage auch der Warthegau verwaltet wurde (Führererlass vom 8. Oktober 1939). Madajczyk nennt diesen Zustand einen „verwaltungsmäßigen Ausnahmezustand“.[1]

Historische Geographie

Die Gaugrenzen entsprachen nicht den Grenzen der nun nicht mehr bestehenden polnischen Woiwodschaften. So setzte sich der Reichsgau Posen aus der gesamten Posener Woiwodschaft (*Województwo Poznańskie*) sowie Teilen der Lodzer (*Województwo Łódzkie*), Pommerellischen (*Województwo Pomorskie*) und Warschauer (*Województwo Warszawskie*) Woiwodschaften zusammen. Während der ausbleibende Rückgriff auf die vorherigen polnischen Provinzgrenzen noch wenig verwunderlich erscheint, überrascht, dass mit Ausnahme der Südgrenze auch keine der Grenzlinien identisch mit denen der ehemaligen preußischen Provinz Posen war: So wurde das Gebiet der früheren Grenzmark Posen-Westpreußen (1938 als Provinz aufgelöst) nicht an den neuen Gau angeschlossen; ihre Landkreise blieben Teile der preußischen Provinzen Pommern, Brandenburg und Schlesien, denen sie seit 1938 angehörten. Während die Landkreise Wirsitz/Wyrzysk und Bromberg/Bydgoszcz sowie die Stadt Bromberg bis 1919 zur Provinz Posen gehört hatten, wurden sie 1939 dem Reichsgau Danzig-Westpreußen, nicht dem Reichsgau Posen/Wartheland, zugesprochen.

Der von Arthur Greiser geführte Reichsgau Posen/Wartheland hatte eine Fläche von 43.945 km².

3. Geschichte und Kultur

Politische Geschichte



Feierliche Amtseinführung des Reichsstatthalters und Gauleiters Greiser durch Reichsminister Dr. Wilhelm Frick (1877-1946) vor dem Residenzschloss in Posen. [Foto: Bundesarchiv, Bild 183-E12078 / CC-BY-SA].

Unmittelbar nach dem Beginn des Polenfeldzuges („Fall Weiß“) kam es zu ersten Kampfhandlungen im Raum Großpolen. Am 10. September 1939 erreichten erste deutsche Truppen die Stadt Posen. Zweieinhalb Wochen nach Kriegsbeginn stand das Territorium des späteren Warthegaus vollständig unter deutscher Besatzung. Durch einen Führererlass vom 8.

September 1939 wurden alle besetzten Gebiete zunächst unter Militärverwaltung gestellt, vier Militärbezirke (Westpreußen, Posen, Lodz, Krakau) wurden geschaffen. Diese unterstanden dem Oberbefehlshaber Ost, der seinen Sitz in der zu diesem Zeitpunkt noch nicht eingenommenen Stadt Posen haben sollte. Der Militärbezirk Posen wurde von General Alfred von Vollard-Bockelberg (1874- vermutlich 1945) geleitet. Seiner Militärverwaltung zur Seite gestellt wurde eine Zivilverwaltung, deren Leitung der Senatspräsident der Freien Stadt Danzig/Gdańsk, Arthur Greiser, übernahm. Schon zu Beginn des Polenfeldzuges gab Hitler zu erkennen, dass er sich den in Schroda/Środa (Provinz Posen) geborenen Greiser als Gauleiter im Osten wünsche. Ende Oktober wurde dieser schließlich nicht nur zum Gauleiter, sondern auch zum Reichsstatthalter ernannt und leitete damit in Personalunion von Staats- und Parteiamt den neuen Warthegau.

Der Führererlass vom 8. Oktober 1939 verkündete die Integration des Militärbezirks als Reichs- und Parteigau in das Deutsche Reich zum 1. November; 12 Tage später wurde die Angliederung auf den 26. Oktober vorverlegt. Seine endgültige Gestalt erhielt der Gau am 9. November, als das Territorium um mehrere Landkreise rund um die Stadt Lodz erweitert wurde. Dem vorausgegangen war eine Auseinandersetzung zwischen Greiser und dem Generalgouverneur Hans Frank (1900-1946), die beide Anspruch auf dieses stark industrialisierte Gebiet erhoben.

Verwaltung



Administrative Gliederung des Reichsgaues Wartheland (August 1943).

Sitz des Reichsstatthalters und somit auch Gauhauptstadt wurde Posen. Der Reichsgau wurde in drei Regierungsbezirke eingeteilt, denen jeweils ein Regierungspräsident vorstand: Posen, Hohensalza/Inowrocław und Kalisch/Litzmannstadt (namensgebender Verwaltungssitz war zunächst Kalisch/Kalisz, später das in „Litzmannstadt" umbenannte Lodz). Die nächstkleinere Verwaltungseinheit waren die Kreise, von denen es im Warthegau 44 gab.

Bevölkerung

Das Wartheland wurde von etwa 4,3 Millionen Menschen bewohnt. Hiervon waren 85 % ethnische Polen.[2] In der Vorkriegszeit betrug der deutsche Anteil etwa 7 %; dieser wurde

durch Schaffung der sogenannten Deutschen Volksliste auf 12 % erhöht.[3] Die Nationalsozialisten nahmen in ihrer Bevölkerungspolitik Abstand von der klassisch-imperialistischen Revisionspolitik: Ihrer Meinung nach war es nicht möglich, die polnische Bevölkerung zu germanisieren. Die eingegliederten Gebiete sollten demnach innerhalb der nächsten Dekade ‚eingedeutscht' und die aus nationalsozialistischer Sicht ‚fremdvölkischen' Polen „ermordet, deportiert [oder] versklavt",[4] die Intelligenz, der Adel und die Juden nach Meinung des Chefs des Oberkommandos der Wehrmacht liquidiert werden.[5] Heinrich Himmler (1900-1945) sprach über die im Osten eroberten Gebiete oftmals als „Pflanzgarten des germanischen Blutes", in dem es langfristig keinen Platz für Polen und andere slawische Völker gebe. Zur Umsetzung dieser Politik wurden ungefähr 630.000 Polen aus dem Wartheland ins Generalgouvernement vertrieben.[6] Aus dem „Altreich" siedelten sich fast 200.000 Deutsche neu im Wartheland an. Hinzu kamen 232.000 aus ihren Heimatgebieten ausgewiesene Siedler aus Osteuropa (u. a. Deutschbalten, deutschstämmige Menschen aus der Sowjetunion sowie aus Südosteuropa).[7] Die deutschen Siedler hatten sich in einer sogenannten Siedlungszone niederzulassen. Diese erstreckte sich in einem 10-20 km breiten Gürtel in West-Ost-Richtung von Neutomischel/Nowy Tomyśl nach Lentschütz/Łęczyca sowie in Nord-Süd-Richtung von Plotzk/Płock nach Welun/Wieluń.

Holocaust

Da eine Abschiebung der Juden aus dem Warthegau zu Beginn des Krieges nicht möglich war, erschien den Nationalsozialisten eine Ghettoisierung vielversprechender. In einigen Städten im Warthegau kam es zu Ghettobildungen (u.a. in Kalisch/Kalisz, Pabianitz/Pabianice, Kutno, Koło [„Warthbrücken"], Gostynin [„Gasten", „Waldrode"]). Ende 1939 wurde in Lodz ein Ghetto eingerichtet, in dem auf 4 km² 157.000 Menschen Platz fanden. Ab 1942 fungierte es fast ausschließlich als Arbeitsghetto, in dem die Juden als Zwangsarbeiter in der Textilindustrie ausgebeutet wurden. Das Ghetto bestand bis 1944 und damit am längsten in ganz Polen.

In dem im Warthegau gelegenen Dorf Chełmno („Kulmhof") wurde im Sommer 1941 das erste Vernichtungslager eingerichtet, in dem mindestens 152.000 Menschen, größtenteils Juden, ermordet wurden. Die Opfer stammten zunächst aus den Landgemeinden des Warthegaus; Anfang 1942 erfolgten dann Deportationen aus dem Ghetto Litzmannstadt nach Kulmhof.[8]

‚Eindeutschung' des Raumes

Ziel der nationalsozialistischen Besatzer war nicht allein die Schaffung eines von Deutschen bewohnten Landstriches, sondern die ‚Eindeutschung' des gesamten Raumes: In einem halben Dutzend Erlassen ordnete der Reichsinnenminister in Zusammenarbeit mit den Verwaltungsbehörden des Reichsgaus die Umbenennung von Städten und Landkreisen an, von denen die Namensänderung von „Lodz" in „Litzmannstadt" sicherlich die bekannteste ist. Gleichzeitig versuchten sich NS-Raumplaner im Warthegau an der Schaffung von Plandörfern und Idealstädten, die ganz dem Nationalsozialismus zu dienen hatten. Die Vorstellungen der Nationalsozialisten im Bereich der Landschaftspflege bringt folgendes Zitat des Sonderbeauftragten für den landschaftlichen Aufbau der neuen Siedlungsgebiete, Heinrich Wiepking-Jürgensmann (1891-1973), auf den Punkt: „Wir brauchen im Osten nicht nur deutsche Menschen, sondern Bäume, Wälder, Wolken und Regen […]. […] Wir müssen darum den Osten als eine unzerstörbare Einheit von Volkstum und Landschaft, von Heimat und Rasse zusammenfügen, die ein Fundament der Kultur, angefangen vom Boden als dem Ursprung darstellt."[9]

Rolle des Reichsgaus Wartheland für den NS-Staat

Aus Sicht der Nationalsozialisten handelte es sich beim Warthegau nicht um eine Besetzung, sondern um eine Rückeroberung „alten germanischen Kulturbodens“. Der Warthegau diente zum einen als Vorbild für eventuell später an das Reich anzugliedernde Gebiete: Es konnte in ihm erprobt werden, wie mit der einheimischen Bevölkerung umzugehen und wie Umsiedlungen, Deportationen oder Liquidierungen durchzuführen seien. Außerdem hoffte man, von der Ansiedlung von Kolonisten im Gau für spätere Kolonisationsvorhaben (wie sie der Generalplan Ost vorsah) zu profitieren. Zum anderen diente der Warthegau auch dem „Altreich“ als Vorbild: Die Verbindung von Partei und Staat in der Administration wurde ebenso getestet wie raumplanerische Vorstellungen, die später im „Altreich“ Verwendung hätten finden können. Insgesamt charakterisiert der Ausspruch Arthur Greisers, der den Warthegau als einen Exerzierplatz des praktischen Nationalsozialismus bezeichnete,[10] die Funktionalisierung des Reichsgaus durch die Nationalsozialisten durchaus passend.

4. Diskussion/Kontroversen

Die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Warthegau fällt in Deutschland und Polen, wo sie – vor allem durch Veröffentlichungen des Posener Westinstituts (*Instytut Zachodni*) – bereits unmittelbar nach dem Krieg einsetzte, sehr unterschiedlich aus. Grundlegende Werke zum Thema finden sich vor allem in der polnischen Geschichtswissenschaft (z. B. Janowicz 1951, Łuczak 1972, und Marczewski 1979); sie widmen sich hauptsächlich Fragen der Verwaltung, der Wirtschaft und auch der Bevölkerungs- und Siedlungspolitik der Nationalsozialisten. Die deutsche Forschung beschäftigte sich in erster Linie mit der Besatzung in ganz Polen, wobei der Schwerpunkt vielfach auf dem Holocaust lag. Einzelne Regionen wurden bis zum jetzigen Zeitpunkt kaum als Forschungsthema aufgegriffen, eine deutschsprachige Monographie mit einer historiographischen Gesamtschau zum Warthegau gibt es bisher nicht. Es finden sich allerdings durchaus Veröffentlichungen zu einzelnen Aspekten des Warthegaus, beispielsweise zur Schulpolitik (Hansen 1995) oder zur Landschaftsplanung (Hartenstein 1998). Eine Auseinandersetzung mit dem Thema Flucht und Vertreibung der Deutschen aus dem Warthegau findet kaum statt.

Im angelsächsischen Raum fokussiert die Forschung bisher die Person Arthur Greisers (z. B. Epstein 2010).

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Michael Alberti: Die Verfolgung und Vernichtung der Juden im Reichsgau Wartheland 1939-1945. Wiesbaden 2006 (Quellen und Studien, Deutsches Historisches Institut Warschau 17).
- Catherine Epstein: Model Nazi. Arthur Greiser and the Occupation of Western Poland. Oxford 2010.
- Georg Hansen: Ethnische Schulpolitik im besetzten Polen. Der Mustergau Wartheland. Münster 1995.
- Michael Hartenstein: Neue Dorflandschaften. Nationalsozialistische Siedlungsplanung in den „eingegliederten Ostgebieten“ 1939 bis 1944. Berlin 1998 (Wissenschaftliche Schriftenreihe Geschichte 6).
- Zbigniew Janowicz: Ustrój administracyjny ziem polskich wcielonych do rzeszy niemieckiej 1939-1945. Tzw. okręgi kraju warty i Gdańska-Prus zachodnich [Das Verwaltungssystem der vom Deutschen Reich annektierten polnischen Gebiete 1939-

1945. Der sogenannte Gau Wartheland und Danzig-Westpreußen]. Poznań 1951 (Badania nad okupacją niemiecką w Polsce 5).
- Włodzimierz Jastrzebski: Hitlerowskie wysiedlenia z ziem polskich wcielonych do Rzeszy w latach 1939-1945 [Nationalsozialistische Aussiedlung aus den an das Reich in den Jahren 1939-1945 angegliederten polnischen Gebieten]. Poznań 1968 (Badania nad okupacją niemiecką w Polsce 9).
- Alexander Kranz: Reichsstatthalter Arthur Greiser und die Zivilverwaltung im Wartheland 1939/40. Die Bevölkerungspolitik in der ersten Phase der deutschen Besatzungsherrschaft in Polen. Potsdam 2010 (Potsdamer Schriften zur Militärgeschichte 8).
- Andrea Löw: Juden im Getto Litzmannstadt. Lebensbedingungen, Selbstwahrnehmung, Verhalten. Göttingen 2007 (Schriftenreihe zur Łódzer Getto-Chronik).
- Czesław Łuczak: Kraj Warty 1939-1945. Studium historyczno-gospodarcze okupacji hitlerowskiej [Wartheland 1939-1945. Studie zur Geschichte und Wirtschaftsgeschichte der nationalsozialistischen Besatzung]. Poznań 1972.
- Czesław Łuczak: Dzień po dniu w okupowanej Wielkopolsce i Ziemi Łodzkiej (Kraj Warty). Kalendarium Wydarzeń 1939-1945 [Tag für Tag im besetzten Großpolen und dem Lodzer Land (Wartheland). Almanach 1939-1945]. Poznań 1993.
- Czesław Łuczak: Pod niemieckim jarzmem (Kraj Warty 1939-1945) [Unter deutschem Joch (Wartheland 1939-1945)]. Poznań 1996.
- Czesław Madajczyk: Die Okkupationspolitik Nazideutschlands in Polen 1939-1945. Berlin 1987.
- Jerzy Marczewski: Hitlerowska koncepcja polityki kolonizacjyno-wysiedleńczej i jej realizacja w Okręgu Warty [Die nationalsozialistische Konzeption der Kolonisations- und Aussiedlungspolitik und ihre Umsetzung im Wartheland]. Poznań 1979 (Badania nad okupacją niemiecką w Polsce 14).
- Patrick Montague: Chelmno and the Holocaust. The History of Hitler's First Death Camp. Chapel Hill 2012.
- Werner Röhr: Reichsgau Wartheland 1939-1945. Vom „Exerzierplatz des praktischen Nationalsozialismus" zum „Mustergau"? In: Bulletin für Faschismus- und Weltkriegsforschung 18 (2002), S. 28-54.

Anmerkungen

[1] Madajczyk: Okkupationspolitik, S. 32.

[2] Kranz: Reichsstatthalter Arthur Greiser, S. 32.

[3] Kranz: Reichsstatthalter, S. 56ff.

[4] Wolfgang Benz: Der Generalplan Ost. Zur Germanisierungspolitik des NS-Regimes in den besetzten Ostgebieten 1939-1945. In: Ders. (Hg.): Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen. 3. Aufl. Frankfurt a. M. 1995 (Die Zeit des Nationalsozialismus. Eine Buchreihe), S. 45-57, hier S. 47.

[5] Łuczak: Dzień po dniu [Tag für Tag], S. 10f.

[6] Bereits im Dezember 1939 wurden innerhalb von 17 Tagen 87.838 Polen aus dem Reichsgau Posen in das Generalgouvernement deportiert. Bis zum Frühjahr 1941 waren es 365.000 Personen. Vgl. Wolfgang Jacobmeyer: Der Überfall auf Polen und der neue Charakter des Krieges. In: Christoph Kleßmann (Hg.): September 1939. Krieg, Besatzung Widerstand in Polen. Göttingen 1989 (Kleine Vandenhoeck-Reihe 1546), S. 24f.; Dieter Stütt-

gen: Provinz, Großherzogtum, Posen. Marburg/Lahn 1975 (Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte, Band 2, Reihe A: Preußen), S. 125.

[7] Stüttgen: Posen (Anm. 6), S. 125.

[8] Montague: Chelmno and the Holocaust.

[9] Heinrich Wiepking-Jürgensmann: Aufgaben und Ziele deutscher Landschaftspolitik. In: Gartenkunst 53 (1940). Zitiert nach: Hans-Christian Harten: De-Kulturation und Germanisierung. Die nationalsozialistische Rassen- und Erziehungspolitik in Polen. 1939-1945. Frankfurt a. M. 1996, S. 131.

[10] Arthur Greiser: Die großdeutsche Aufgabe im Wartheland. In: Nationalsozialistische Monatshefte. Zentrale politische und kulturelle Zeitschrift der NSDAP 12 (1941), S. 46.

Zitation

Daniel J. Lemmen: Reichsgau Wartheland. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32578 (Stand 18.12.2014).

Reichskommissariat Ostland

1. Toponymie

Der Begriff „Reichskommissariat“ bezeichnet eine Form der Besatzungsherrschaft des nationalsozialistischen Deutschlands, bei der die Verwaltung eines von der Wehrmacht eroberten Gebietes auf eine zivile Behörde unter der Leitung eines Reichskommissars überging. Neben den besetzten Ostgebieten wurden ähnliche Einrichtungen unter anderem auch in Norwegen und den Niederlanden etabliert.

Die Verwendung des Begriffs „Ostland“ in Bezug auf den baltischen Raum lässt sich einerseits auf die lange Tradition einer deutschen Besiedlung dieser Region östlich der Reichsgrenzen, andererseits auf Adolf Hitlers Zentralkonzept der „Eroberung von Lebensraum im Osten“ zurückführen. (s. auch „Drang nach Osten“)

2. Geographie

Lage

Das Reichskommissariat Ostland (RKO)[1] wurde am 25. Juli 1941 aus Teilen des rückwärtigen Heeresgebietes Nord errichtet und erfuhr in der Folge mehrere Erweiterungen aus weiteren Teilen der rückwärtigen Heeresgebiete Mitte und Nord. Verwaltungssitz war zunächst Kauen/Kaunas/Kowno, ab Mitte August Riga/Rīga. Lettland und Litauen wurden der Zivilverwaltung am 28. Juli unterstellt, später (zum 1. September bzw. zum 1. November) gelangten ein als „Weißruthenien“ bezeichneter Teil von Weißrussland (Belarus) und Estland (5. Dezember) unter die Verwaltung des RKO. Es umfasste damit eine Fläche von mehr als 400.000 km^2 mit etwa 16 Millionen Einwohnern. Die größte Stadt war Riga mit etwa 350.000 Einwohnern.

Topographie

Vgl. die Länderartikel zu Estland, Lettland, Litauen und Weißrussland sowie das Lemma „Baltikum“.

3. Geschichte

Politik und Verwaltung



Die administrative Unterteilung des Reichskommissariats Ostland. [Karte: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, 06603-05].

Das Reichskommissariat wurde in die Generalbezirke Estland, Lettland, Litauen und Weißruthenien eingeteilt und weiter in Haupt- und Kreisgebiete untergliedert. Ähnliche Strukturen bestanden bei den regionalen SS-, Polizei- und Wehrmacht-Einheiten. Zum Reichskommissar wurde der schleswig-holsteinische NSDAP-Gauleiter und Oberpräsident Hinrich Lohse (1896-1964) bestimmt. Ein Großteil der neu zu schaffenden leitenden Verwaltungsstellen wurde mit Funktionären aus Lohses Heimat besetzt, vor allem auf der Ebene der Gebietskommissare.[2]

Insgesamt waren in der Zivilverwaltung etwa 2.500 Deutsche beschäftigt. Zu Generalkommissaren wurden ernannt: der Bürgermeister von Lübeck Otto-Heinrich Drechsler (1895-1945) für Lettland mit Sitz in Riga, Theodor Adrian von Renteln (1897-1946) für Litauen mit Sitz in Kauen, Karl-Siegmund Litzmann (1893-1945) für Estland mit Sitz in Reval/Tallinn und Wilhelm Kube (1887-1943) für Weißruthenien mit Sitz in Minsk. Nachdem Kube im September 1943 einem Attentat zum Opfer gefallen war, wurde er durch den SS- und Polizeiführer für den Bezirk, Curt von Gottberg (1896-1945), ersetzt.



Verwaltungsstruktur des Reichskommissariats Ostland [Abb.: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 06530-06].

Die Verwaltung im RKO stand im beständigen Spannungsfeld zwischen den Interessen der dem Reichministerium für die besetzten Ostgebiete (RMO) von Alfred Rosenberg (1893-1946) unterstellten Zivilverwaltung, der Wehrmacht, des SS-Apparates Heinrich Himmlers (1900-1945) und weiterer Instanzen wie der Behörde für den Vierjahresplan und des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz; Auseinandersetzungen um Kompetenzen gab es aber auch zwischen dem Reichskommissariat und dem ihm übergeordneten Ministerium und innerhalb der einzelnen Stränge der Zivilverwaltung, etwa zwischen Reichs- und Generalkommissaren. Beide waren direkt von Adolf Hitler (1889-1945) eingesetzt worden, was zu gewissen Unabhängigkeitsansprüchen gegenüber dem RMO führte. In Estland, Lettland und Litauen bestanden zudem einheimische Verwaltungsorgane weiter, die durch die jeweiligen Gebietskommissare überwacht und im März 1942 offiziell legitimiert wurden. Zu besonders intensiven Kontroversen kam es immer wieder mit den SS- und Polizeiführern (SSPF) in der Region: Curt von Gottberg, Friedrich Jeckeln (1895-1946) als „Höherem SSPF“ für das gesamte RKO, Hinrich Möller (1906-1974) für Estland, Lucian Wysocki (1899-1964) für Litauen und dem Lübecker Polizeipräsidenten Walther Schröder (1902-1973) für Lettland.

Wiederholt gab es Versuche, die Kompetenzüberschneidungen zu entwirren. Pläne einer weitreichenden Autonomie unter deutscher Oberhoheit für Est- und Lettland, wie sie im Ostministerium teilweise vorbereitet wurden und in die auch Befehlshaber der rückwärtigen Heeresgebiete einbezogen waren, konnten vor allem bei Hitler nicht durchgesetzt werden. Weitere Reformdiskussionen in der regionalen Zivilverwaltung wurden wie nahezu alle langfristigen Planungen von der Realität eingeholt und überholt. Im Zuge des Vordringens der „Roten Armee“ wurde der Verwaltungssitz aus Riga abgezogen und ab Sommer 1944

schrittweise zurückverlegt, zuletzt nach Frankfurt/Oder. Der Generalbezirk Weißruthenien wurde im April 1944 direkt dem RMO unterstellt, musste aber bereits ab Juni des Jahres geräumt werden. Im Juli wurden die Aufgaben des Reichskommissars und des Generalkommissars für Lettland vereinigt. Ab September 1944 übernahm der vormalige Reichskommissar der bereits geräumten Ukraine, Erich Koch (1896-1986), kommissarisch diesen Posten. Am 24. Januar 1945 erfolgten die Auflösung des RKO und die Übertragung der noch verbliebenen Aufgaben direkt an das RMO. Parallel zu den Deutschen flohen auch viele Einheimische vor den sowjetischen Einheiten – ca. 66.000 Litauer, 70-80.000 Esten und bis zu 120.000 Letten.[3]

Bevölkerung

Neben den einheimischen Bevölkerungsmehrheiten lebten in der Region vor der Besatzung unter anderem große deutsche (140.000) und russische (740.000) Minderheiten. Bereits unter der sowjetischen Besatzung seit Sommer 1940 kam es zur Deportation einheimischer und nationaler Eliten, wobei in den baltischen Staaten etwa 48.000 Personen verschleppt wurden. Durch Zwangsrekrutierungen und Erschießungen beziffern sich die Verluste hier insgesamt auf etwa 129.000 Menschen, was die vielfach verbreitete anfängliche Bereitschaft zur Kooperation mit den deutschen Besatzern mit erklärt.[4] Im Kontext der nationalsozialistischen Germanisierungs- und „Umvolkungspolitik“ zur dauerhaften Umgestaltung des neueroberten „Lebensraumes“ erachtete eine „Rassische Musterungskommission“ eine Mehrheit der Letten und Esten sowie eine Minderheit der Litauer und „Weißruthenen“ als „eindeutschungs-“ und damit assimilierungsfähig. Von der traditionellen deutschbaltischen Bevölkerung waren im Zuge des „Deutsch-Sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrags“ vom September 1939 etwa 14.000 Menschen aus Estland und 51.000 aus Lettland ins besetzte Polen umgesiedelt worden, Anfang 1941 folgten etwa 50.000 aus Litauen.[5] Nur dieser Gruppe wurde nach der Besetzung der Region eine Rückkehr erlaubt; bis zu 30.000 davon betroffene Litauendeutsche wurden allerdings zumeist in anderen Regionen als ihrer eigentlichen Heimat wieder angesiedelt.[6]



Bewachung von jüdischen Gefangenen durch lettische Hilfspolizisten, 15. Dezember 1941. [Foto: Bundesarchiv; CC-BY-SA].

Im RKO führte die nationalsozialistische Besatzungspolitik zu einer nahezu vollständigen Vernichtung der einheimischen jüdischen Bevölkerung. Mit Andrej Angrick lässt sich diese Politik in drei Phasen einteilen.[7] Während des Vorrückens der Wehrmacht zunächst in Litauen und später in Lettland kam es zu unreglementierten Gewaltanwendungen etwa von Sonderkommandos der Einsatzgruppen A und B und den Einheiten der Ordnungspolizei, denen bereits in den ersten Tagen des Überfalls Tausende zum Opfer fielen. Bis zum 1. Dezember 1941 hatte allein das Einsatzkommando 3 der Einsatzgruppe A fast 140.000 Menschen getötet, in Lettland waren etwa 32.000 Menschen erschossen worden.[8] Unterstützt

wurden sie durch Angehörige einheimischer „Selbstschutzverbände“, etwa das Kommando des Rigaer Polizisten Viktor Arājs (1910-1988), das unter der deutschen Herrschaft etwa 45.000 Juden ermordete – darunter mehr als 10.000 in Weißruthenien. Bei der Vermittlung zwischen Besatzern und Einheimischen kam Angehörigen der deutschbaltischen Minderheit eine Schlüsselrolle zu, indem wichtige Schaltstellen der Verwaltung unterhalb der oberen Leitungsebenen mit Deutschbalten besetzt wurden. Diese Gruppe erwies sich als „für das Funktionieren der deutschen Besatzungsherrschaft […] unerläßlich“.[9]

In die Region wurden zudem Juden aus verschiedenen Städten des Reiches deportiert, von denen viele ebenfalls bis Ende des Jahres 1941 ermordet wurden. Dies geschah bereits in der zweiten Phase der Besatzungsherrschaft und nominell unter Aufsicht der Zivilverwaltung, als die während des Vormarschs der Wehrmacht eingerichteten Ghettos für die Transporte aus dem Reich Ende 1941/Anfang 1942 „geräumt“ wurden. In einer dritten Phase ab Spätsommer 1942 geriet der „Arbeitseinsatz“ in den Vordergrund, was zur „Auflösung der Ghettos und der Installation eines weitverzweigten Lagersystems mit zahlreichen Außenkommandos und Werkstätten“[10] führte. In Litauen waren dafür das KZ Kauen sowie die Ghettos in den Städten Wilna/Vilnius/Wilno und Schaulen/Šiauliai zentral, wo insgesamt etwa 43.000 jüdische Zwangsarbeiter interniert waren. Mit dem Vorrücken der Roten Armee wurden die Zwangsarbeiter dann entweder liquidiert oder in Richtung Westen verschleppt. Von den etwa 215.000 Juden, die vor der deutschen Besetzung in Litauen gelebt hatten, wurden insgesamt weit über 200.000 ermordet. Von den ursprünglich ca. 90.000 lettischen Juden waren 1941 etwa 15.000 in die Sowjetunion geflüchtet; die im Land verbliebenen wurden nahezu sämtlich umgebracht. In Estland waren von der vergleichsweise geringen jüdischen Bevölkerung etwa drei Viertel in die Sowjetunion oder nach Finnland geflüchtet; die verbliebenen 1.000 kamen unter der Besatzungsherrschaft ums Leben. Von den über 800.000 weißrussischen Juden wurden mehr als 650.000 ermordet.[11]



Jüdische Zwangsarbeiter in Litauen, 16. Juni 1943.
[Foto: Bundesarchiv, Bild 147-1974-170-23/Trautvetter/CC-BY-SA].

Durch den schnellen Übergang von der Militär- zur Zivilverwaltung hatte Letztere einen hohen Anteil an der finanziellen Ausbeutung der jüdischen Bevölkerung sowie ihrer Heranziehung zur Zwangsarbeit. Dabei wurde sie zu einem hohen Grad von Teilen der einheimischen Bevölkerung unterstützt, die dieses Vorgehen als Mittel zur Wiedererlangung der nationalen Unabhängigkeit betrachtete. Eine besondere Bedeutung kam im RKO wirtschaftlichen und militärstrategischen Fragen zu, sodass sich Wehrmacht und Zivilverwaltung der vollständigen Umsetzung der „Endlösung“ zunächst widersetzten – jüdische Zwangsarbeiter wurden etwa bei der Instandsetzung der Flughäfen von Kauen und Schaulen eingesetzt. Neben der jüdischen Bevölkerung waren Angehörige anderer Minderheiten wie die einheimischen Roma, vermutete „Kommunisten“ und „Partisanen“ sowie Kriegsgefangene von der

Säuberungspolitik der Besatzungsbehörden betroffen. In Estland kamen so in den ersten Monaten der NS-Herrschaft über 30.000 Menschen um.

Mit zunehmender Dauer der Besatzungsherrschaft intensivierten sich Widerstandsaktionen, auf die hart reagiert wurde. In der lettischen Region Lettgallen (lett. *Latgale*) wurden im Kontext der Widerstandsbekämpfung 1943 in drei größeren Maßnahmen der Polizeiorgane insgesamt etwa 10.000 (meist slawischstämmige) Menschen getötet, 8.000 umgesiedelt und 19.000 zum Arbeitseinsatz verschleppt und damit zugleich die Gegensätze zwischen der lettischen und der lettgallischen Bevölkerung vergrößert.[12]

Wirtschaft

Von den 400.000 km² des RKO waren 245.000 km² landwirtschaftliche Nutzfläche. In Litauen erhielten zurückkehrende Deutsche Höfe, die zuvor vertriebenen Polen oder Juden gehört hatten und die nun zu größeren Einheiten zusammengefasst wurden. Aber auch Litauer wurden vertrieben, um eine „Germanisierung“ des als „wenig eindeutschungsfähig“ geltenden Generalbezirks voranzutreiben. Die Region sollte den Planungen des RMO zufolge trotz ihrer agrarischen Prägung eher als industrieller Produktionsstandort für die Interessen des Reiches dienen und wurde im Verlauf der Besatzungsherrschaft zum „Arbeitskräftereservoir“. Neben der jüdischen sollte auch die einheimische Bevölkerung zum Einsatz herangezogen werden – zunächst auf freiwilliger Basis, später erzwungenermaßen. Etwa 16.000 Litauer meldeten sich wie der Lette Arājs zur Hilfspolizei und so genannten Schutzmannschaften; 15.000 waren bei Ernteeinsätzen in Ostpreußen tätig.[13] Bei einer Anwerbekampagne für Transportdienste bei der Wehrmacht erfolgte Anfang 1942 bereits eine sofortige Kasernierung. Aufgrund der Anforderungen des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz Fritz Sauckel (1894-1946) für die Verbringung von Arbeitskräften ins Reich erfolgten ab Frühjahr des Jahres Zwangsverschleppungen, die etwa in Lettland im Herbst 1942 8.000 Menschen betrafen. Entsprechende Aktionen konzentrierten sich ebenfalls oft auf ethnische Minderheiten wie etwa Polen, um die „Eindeutschungspolitik“ fortzuführen – aus Lettgallen wurden im Mai 1942 etwa 9.000 Altgläubige und Polen ins Reich deportiert.[14]

Kultur

Auch die kulturpolitischen Aktivitäten der Besatzungsbehörden waren auf die Durchsetzung dieses Konzepts hin orientiert. Von Reichsminister Rosenberg war unter Bezug auf seine Dekompositionsthese eine Stärkung der nationalen Bevölkerungsmehrheiten vor allem gegen das Russische vorgesehen.[15]

Im Generalkommissariat Weißruthenien etwa wurde durch Kube hinsichtlich Sprache und Bildung eine starke Belorussifizierungspolitik betrieben, welche die Bevölkerungsmehrheit zur Zusammenarbeit mit den Besatzern bewegen und die polnischen und russischen Minderheiten davon ausschließen sollte. In den Sprachrichtlinien des Ostministeriums wurde – neben Deutsch – einzig das als „Weißruthenisch“ bezeichnete Weißrussische zur einheimischen Sprache erklärt und Weißrussen etwa bei der Einstellung von Lehrern bevorzugt behandelt.



Vlnr: Generalkommissar Drechsler, Reichskommissar Lohse, Alfred Rosenberg und SS-Standartenführer Walter von Medem (Pressereferat im Staatsministerium), 1942 während einer Veranstaltung in Doblen/Dobele. [Foto: Bundesarchiv, Bild 146-1994-090-05/CC-BY-SA].

Entgegen der eigentlich nicht geplanten Zulassung nationaler Universitäten im RKO wurde diejenige in Riga bereits kurz nach dem Einmarsch der Wehrmacht durch die einheimische Bevölkerung auf Veranlassung von Generalkommissar Drechsler wieder in Betrieb genommen, was schließlich durch Rosenberg sanktioniert wurde. Weitere Einrichtungen in den vier Generalbezirken folgten. Die intendierte Durchsetzung des Deutschen als hauptsächliche Lehrsprache gelang nicht, auch Eingriffe in Lehrpläne und Organisation durch das Reichsministerium blieben weitgehend erfolglos. Besonders gefördert wurden die Volksschullehrer-Seminare, um qualifiziertes Personal in der Schulbildung einsetzen zu können. Im Herbst 1942 wurde zudem ein einjähriger Arbeitsdienst für Studenten eingerichtet, der im Reichskommissariat abgeleistet werden musste. Trotz dieser Instrumente wuchsen an den Universitäten Dissidenzbestrebungen gegen die Besatzungsherrschaft, sie wurden zu „Zentren des nationalen Widerstandes“.[16]

4. Diskurse/Kontroversen

Die Historiographie zum Reichskommissariat Ostland wurde im deutschsprachigen Raum lange von der Memoirenliteratur ehemaliger Funktionäre bestimmt.[17] Erst seit etwa 25 Jahren ist eine intensivere wissenschaftliche Forschung zu verzeichnen, die auch auf der seit dieser Zeit gegebenen Zugänglichkeit von Archivbeständen in den seit 1991 wieder unabhängigen baltischen Ländern beruht. In Estland, Lettland und Litauen werden auch staatlicherseits entsprechende Bemühungen unternommen. Die NS-Herrschaft wird dabei meist im Kontext der vorhergehenden sowjetischen Besetzung und der folgenden Zugehörigkeit zur Sowjetunion behandelt, etwa in der 1998 eingerichteten „Internationalen Kommission für die Bewertung der Verbrechen der nationalsozialistischen und sowjetischen Besatzungsregime in Litauen“,[18] was für geschichtspolitische Debatten sorgt. Auch die Frage nach Widerstand und Kollaboration wird häufig kontrovers diskutiert.[19] Im Zentrum der deutschsprachigen Forschung stehen vor allem die verschiedenen Akteure der organisierten Judenvernichtung im Spannungsfeld der oben skizzierten Interessensphären.[20] Im Kontext der „neueren Täterforschung“[21] sind zudem auch Fragen der Selbstdarstellung und der weiteren Karriereoptionen sowohl der Führungsriege als auch nachgeordneter Beamter der NS-

Bürokratie in der Region sowie die juristische Aufarbeitung – und deren Mängel – untersucht worden.[22] Eine Gesamtschau der Entwicklungen im Reichskommissariat steht bei alledem noch aus, zumal entsprechende Darstellungen sich zuletzt eher auf der heutigen nationalstaatlichen Ebene der Teilregionen beziehungsweise der damaligen Generalkommissariate oder auch einzelner Städte bewegen:[23] „[E]ine echte Synthese der Forschungsergebnisse in Form einer ‚Geschichte' des Reichskommissariats Ostland ist bisher nicht erreicht worden."[24] Sie bleibt bis auf weiteres ein Desiderat der Forschung.

5. Bibliographische Hinweise

Quellen: Akten

- Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, Bestand R 6: Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete (Findbuch online unter: http://startext.net-build.de:8080/barch/MidosaSEARCH/R6-37895/index.htm).
- BArch Berlin-Lichterfelde, Bestand R 70-Sowjetunion: Polizeidienststellen in der Sowjetunion (Findbuch online unter http://startext.net-build.de:8080/barch/MidosaSEARCH/R70SOWJETUNION-27779/index.htm).
- BArch Berlin-Lichterfelde, Bestand R 90: Reichskommissar für das Ostland (Findbuch online unter: http://startext.net-build.de:8080/barch/MidosaSEARCH/R90-34505/index.htm).
- BArch Berlin-Lichterfelde, Bestand R 91: Gebietskommissare im Geschäftsbereich des Reichskommisars für das Ostland (Findbuch online unter http://startext.net-build.de:8080/barch/MidosaSEARCH/R91-18825/index.htm).
- BArch Berlin-Lichterfelde, Bestand R 92: Generalkommissar in Riga.
- BArch Berlin-Lichterfelde, Bestand R 93: Generalkommissar für Weißruthenien in Minsk (Findbuch online unter http://startext.net-build.de:8080/barch/MidosaSEARCH/R93-17537/index.htm).

Quellen: Periodika

- Amtlicher Anzeiger des Reichskommissars für das Ostland. Riga 1943/44.
- Amtsblatt des Generalkommissars in Kauen. Kauen 1941-1944.
- Amtsblatt des Generalkommissars für Weißruthenien / Amtsblatt des Generalkommissars in Minsk. Minsk 1941-1944.
- Amtsblatt des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete. Berlin 1943/44.
- Historische Kartenfolge für das Reichskommissariat Ostland. Riga 1943.
- Ostland. Monatsschrift des Reichskommissars für das Ostland. Riga 1942/43.
- Statistische Berichte Ostland. Riga 1941-1944.
- Strukturbericht über das Ostland. Teil 1: Ostland in Zahlen. Teil 2: Ostland-Atlas. Riga 1942. (http://libx.bsu.edu/cdm/landingpage/collection/ostlndAtls).
- Verordnungsblatt des Reichskommissars für das Ostland. Riga 1942-1944.
- Verordnungsblatt des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete. Berlin 1942-1944.

Quellen: Editionen

- Wolfgang Benz, Konrad Kwiet, Jürgen Matthäus (Hg.): Einsatz im „Reichskommissariat Ostland". Dokumente zum Völkermord im Baltikum und in Weißrussland 1941-1944. Berlin 1998 (Nationalsozialistische Besatzungspolitik in Europa 1939-1945 6).
- Wolfgang Benz, Marion Neiss (Hg.): Judenmord in Litauen. Studien und Dokumente. Berlin 1999 (Dokumente, Texte, Materialien 33).

- Tôviyyā Friedman (Bearb.): SS-Obergruppenführer Friedrich Jeckeln. Verantwortlich für die Ermordung der Juden in Litauen, Lettland und Estland 1941-1944. Dokumentensammlung. Haifa 1997.
- Tôviyyā Friedman (Hg.): Die drei SS- und Polizeiführer im Ostland. In Lettland-Riga: SS-Brigadeführer Schröder, in Litau[en]-Kowno: SS-Brigadeführer Wysocki, in Estonien-Reval: SS-Brigadeführer Möller. Dokumentensammlung. Haifa 1998.
- Wolfgang Scheffler, Diana Schulle (Bearb.): Buch der Erinnerung. Die ins Baltikum deportierten deutschen, österreichischen und tschechoslowakischen Juden. 2 Bde. München 2003.

Literatur

- Alexander Dallin: German Rule in Russia 1941-1945. A Study of Occupation Politics. London u. a. 1957 [dt. Übersetzung: Deutsche Herrschaft in Russland 1941-1945. Eine Studie über Besatzungspolitik. Aus dem Amerikanischen übertragen von Wilhelm und Modeste Pferdekamp. Unveränd. Nachdruck der Ausgabe 1958, Königstein/Ts., Düsseldorf 1981].
- Uwe Danker: Der schleswig-holsteinische NSDAP-Gauleiter Hinrich Lohse. Überlegungen zu seiner Biografie. In: Michael Ruck, Karl Heinrich Pohl (Hg.): Regionen im Nationalsozialismus. Bielefeld 2003 (Schriftenreihe des Instituts für Schleswig-Holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte 10), S. 91-120.
- Sven Jüngerkes: Sinnstiftungsversuche einer Verwaltung im Niedergang. Reformversuche im Reichskommissariat Ostland 1943-1944. In: Stefan Haas, Mark Hengerer (Hg.): Im Schatten der Macht. Kommunikationsstrukturen in Politik und Verwaltung 1600–1950. München 2008, S. 253-278.
- Sebastian Lehmann, Robert Bohn, Uwe Danker (Hg.): Reichskommissariat Ostland. Tatort und Erinnerungsobjekt. Paderborn u. a. 2012 (Zeitalter der Weltkriege 8).
- Timothy Patrick Mulligan: The Politics of Illusion and Empire. German Occupation Politics in the Soviet Union, 1942-43. Westport, CT, London 1988.
- Seppo Myllyniemi: Die Neuordnung der baltischen Länder 1941-1944. Zum nationalsozialistischen Inhalt der deutschen Besatzungspolitik. Helsinki, Vammala 1973 (Historiallisia tutkimuksia 90, Dissertationes historicae 2).
- Gerald Reitlinger: The House built on sand. The conflicts of German policy in Russia 1939-1945. London u. a. 1960 [dt. Übersetzung: Ein Haus auf Sand gebaut. Hitlers Gewaltpolitik in Russland 1941-1944. Autorisierte Übertragung aus dem Englischen von Johann Wolfgang Brügel. Mitarbeit: Heinrich Bodensieck. Hamburg 1962].
- Wolfgang Scheffler: Zur Rolle der Zivilverwaltung bei der Durchführung der „Endlösung der Judenfrage“ im Reichskommissariat Ostland [1974]. In: Helge Grabitz: Täter und Gehilfen des Endlösungswahns. Hamburger Verfahren wegen NS-Gewaltverbrechen 1946-1996. Hg. von der Justizbehörde Hamburg. Hamburg 1999 (Beiträge zur neueren Hamburger Justizgeschichte 3), S. 242-272.
- Andreas Zellhuber: „Unsere Verwaltung treibt einer Katastrophe zu…“. Das Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete und die deutsche Besatzungsherrschaft in der Sowjetunion 1941-1945. München, Stammsried 2006 (Berlin & München. Studien zu Politik und Geschichte 3).

Anmerkungen

[1] Als aktuelle Einführung in Realgeschichte, Nachwirkungen und Forschungsstand vgl. Sebastian Lehmann, Robert Bohn, Uwe Danker (Hg.): Reichskommissariat Ostland. Tatort und Erinnerungsobjekt. Paderborn u. a. 2012 (Zeitalter der Weltkriege 8). Eine problemorientierte Einführung in den Gesamtkontext der besetzten Gebiete in der Sowjetunion bietet

Jonathan Steinberg: The Third Reich Reflected. German Civil Administration in the Occupied Soviet Union, 1941–4. In: English Historical Review 437 (1995), S. 620-651.

[2] Vgl. Wulf Pingel: Von Kiel nach Riga. Schleswig-Holsteiner in der deutschen Zivilverwaltung des Reichskommissariats Ostland. In: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 122 (1997), S. 439–466; Sebastian Lehmann: NS-Parteifunktionäre aus Schleswig-Holstein im Ostland. Zum Quellenwert der Akten der Spruchgerichte in der Britischen Besatzungszone für die Rolle der Zivilverwaltung im Reichskommissariat Ostland. In: David Gaunt, Paul A. Levine, Laura Palosuo (Hg.): Collaboration and Resistance during the Holocaust. Belarus, Estonia, Latvia, Lithuania. Bern u. a. 2004, S. 77-94, bes. 77-83; Klaus Bästlein: Völkermord und koloniale Träumerei. Das „Reichskommissariat Ostland“ unter schleswig-holsteinischer Verwaltung. In: Alfred Gottwaldt (Hg.): NS-Gewaltherrschaft. Beiträge zur historischen Forschung und juristischen Aufarbeitung. Berlin 2005 (Publikationen der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz 11), S. 217-246.

[3] So die maximalen Zahlen nach: Erzwungene Wege. Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts. (Ausstellung im Kronprinzenpalais, Berlin, 11. August bis 29. Oktober 2006). Wiesbaden 2006, S. 64.

[4] Vgl. Andrej Angrick: Der Stellenwert von Terror und Mord im Konzept der deutschen Besatzungspolitik im Baltikum. In: Lehmann, Bohn, Danker (Hg.): Reichskommissariat Ostland (wie Anm. 1), S. 69-87, hier S. 70-73.

[5] Dazu direkt: Hans-Erich Volkmann: Zur Ansiedlung der Deutschbalten im „Warthegau“. In: Zeitschrift für Ostforschung 30 (1981), S. 527-558; Lars Bosse: Vom Baltikum in den Reichsgau Wartheland. In: Michael Garleff (Hg.): Deutschbalten, Weimarer Republik und Drittes Reich. Bd. 1. 2., durchges. und erg. Aufl. Köln u. a. 2008, S. 297-387; Markus Krzoska: Fremd unter den Volksgenossen? Deutschbalten im Reichsgau Wartheland 1939-1945. In: Jahrbuch online der Carl-Schirren-Gesellschaft 2 (2011). URL: http://alt.carl-schirren-gesellschaft.de/JO2-Krzoska.pdf (Abruf: 15.07.2014).

[6] Vgl. Rudolf Hilbrecht: Litauen im Reichskommissariat Ostland 1941-1943/44. Parallelen und Kontraste zum übrigen Baltikum, vornehmlich Estland. In: Robert Bohn (Hg.): Die deutsche Herrschaft in den „germanischen“ Ländern 1940–1945. Stuttgart 1997 (Historische Mitteilungen, Beiheft 26), S. 187-207, hier S. 201-203.

[7] Vgl. Angrick: Der Stellenwert von Terror und Mord (wie Anm. 4), S. 73-86. Dort auch die folgenden Zahlen.

[8] Vgl. Helmut Krausnick, Hans-Heinrich Wilhelm: Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938–1942. Stuttgart 1981 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 22); Ralf Ogorreck: Die Einsatzgruppen und die „Genesis der Endlösung“. Berlin 1996 (Dokumente, Texte, Materialien 12); Peter Klein (Hg.): Die Einsatztruppen in der besetzten Sowjetunion 1941/42. Die Tätigkeits- und Lageberichte des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD. Berlin 1997 (Publikationen der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz 6); Wolfgang Curilla: Die deutsche Ordnungspolizei und der Holocaust im Baltikum und in Weißrussland 1941–1944. Paderborn 2006.

[9] Christoph Dieckmann: Überlegungen zur deutschen Besatzungsherrschaft in Osteuropa 1941–1944. Das Beispiel Litauen. In: Annaberger Annalen. Jahrbuch über Litauen und deutsch-litauische Beziehungen 5 (1997), S. 26-46, hier S. 41.

[10] Angrick: Der Stellenwert von Terror und Mord (wie Anm. 4), S. 83.

[11] Zahlen nach: Gerd Robel: Sowjetunion. In: Wolfgang Benz (Hg.): Dimension des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus. München 1991 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 33), S. 499-560, hier S. 500-507, 556-560; Eberhard Jäckel, Peter Longerich, Julius H. Schoeps (Hg.): Enzyklopädie des Holocaust. Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden. Berlin 1993, S. 419-421 (Estland), 854-857 (Lettland), 869-873 (Litauen), 1567-1573 (Weißrussland).

[12] Vgl. Tilman Plath: Die lettische Region Latgale unter deutscher Besatzung 1941–1944. Reaktionen der Bevölkerung. In: Lehmann, Bohn, Danker (Hg.): Reichskommissariat Ostland (wie Anm. 1), S. 101-115, hier 112-114.

[13] Vgl. Hilbrecht: Litauen im Reichskommissariat Ostland (wie Anm. 6), S. 192-195; ausführlich Tilman Plath: Zwischen Schonung und Menschenjagden. Die Arbeitseinsatzpolitik in den baltischen Generalbezirken des Reichskommissariats Ostland 1941–1944. Essen 2012.

[14] Vgl. Plath: Die lettische Region Latgale (wie Anm. 12), S. 108f.

[15] Vgl. zum Ganzen H[ans]-D[ieter] Handrack: Das Reichskommissariat Ostland. Die Kulturpolitik der deutschen Verwaltung zwischen Autonomie und Gleichschaltung 1941–1944. Scheden [1979] / Hann. Münden 1981, hier S. 94-101. Zur kritischen Einordnung vgl. Jörg Hackmann: Das Reichskommissariat Ostland im Blick der deutschen Historiografie. In: Lehmann, Bohn, Danker (Hg.): Reichskommissariat Ostland (wie Anm. 1), S. 285-301, hier S. 293f.

[16] Handrack: Das Reichskommissariat Ostland (wie Anm. 15), S. 138.

[17] Vgl. etwa Peter Kleist: Zwischen Hitler und Stalin 1939–1945. Aufzeichnungen. Bonn 1950 [Übersetzung ins Französische 1953]; Otto Bräutigam: So hat es sich zugetragen… Ein Leben als Soldat und Diplomat. Würzburg 1968. Siehe dazu sowie für einen Überblick der Forschungsliteratur Hackmann: Das Reichskommissariat Ostland (wie Anm. 15), bes. S. 287-293; Klaus Bästlein: Zur Historiografie des Völkermords an den europäischen Juden am Beispiel des Reichskommissariats Ostland. In: Lehmann, Bohn, Danker (Hg.): Reichskommissariat Ostland (wie Anm. 1), S. 303-329, bes. S. 304-321.

[18] Zur Arbeit dieser Kommission und ähnlichen Einrichtungen in Estland und Lettland vgl. Walter M. Iber, Peter Ruggenthaler: Drei Besatzungen unter zwei Diktaturen. Eine vorläufige Bilanz der Forschungsarbeiten der internationalen Historikerkommissionen in Lettland, Litauen und Estland. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 15 (2007), S. 276-296; Eva-Clarita Onken: The Politics of Finding Historical Truth. Reviewing Baltic History Commissions and their Work. In: Journal of Baltic Studies 38 (2007), S. 109-116.

[19] Vgl. etwa Robert Bohn: Kollaboration und deutsche Mobilisierungsbemühungen im RK Ostland. Grundsätzliche Überlegungen. In: Gaunt, Levine, Palosuo (Hg.): Collaboration and Resistance (wie Anm. 2), S. 33-44; ders.: Kollaboration und Genozid im Reichskommissariat Ostland. Die strafrechtliche Aufarbeitung in der Bundesrepublik Deutschland am Beispiel des Arajs-Verfahrens. In: Lehmann, Bohn, Danker (Hg.): Reichskommissariat Ost-

land (wie Anm. 1), S. 269-284. Für Litauen siehe u.a. die Einzelstudien von Joachim Tauber: Die litauische Verwaltung und die Juden in Vilnius, 1941–1943. In: Johannes Hürter, Jürgen Zarusky (Hg.): Besatzung, Kollaboration, Holocaust. Neue Studien zur Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden. München 2008 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 97), S. 103-114; ders.: „Juden, Eure Geschichte auf litauischem Boden ist zu Ende!“ Litauen und der Holocaust im Jahr 1941. In: Osteuropa 52 (2002), H. 9/10, S. 1346-1360; für Estland Anton Weiß-Wendt: Murder Without Hatred. Estonians and the Holocaust. Syracuse, N.Y u.a. 2009 (Religion, theology, and the Holocaust); Ruth Bettina Birn: Die Sicherheitspolizei in Estland 1941-1944. Eine Studie zur Kollaboration im Osten. Paderborn u.a. 2006 (Sammlung Schöningh zur Geschichte und Gegenwart).

[20] Vgl. als Beispiel die Überblicksdarstellungen zur Judenvernichtung in Lettland bei Andrej Angrick, Peter Klein: Die „Endlösung“ in Riga. Ausbeutung und Vernichtung 1941–1944. Darmstadt 2006 (Veröffentlichungen der Forschungsstelle Ludwigsburg der Universität Stuttgart 6) [Übersetzung ins Englische 2009, War and Genocide 15]; Andrew Ezergailis: The Holocaust in Latvia 1941–1944. The Missing Center. Riga 1996; Bernhard Press: Judenmord in Lettland 1941–1945. 2., veränd. Aufl. Berlin 1995 (Dokumente, Texte, Materialien 4). Zur Rolle der Zivilverwaltung vgl. Uwe Danker: Die „Zivilverwaltung“ des Reichskommissariats Ostland und der Holocaust. Wahrnehmung, Rolle und „Verarbeitung“. In: Gaunt, Levine, Palosuo (Hg.): Collaboration and Resistance (wie Anm. 2), S. 45-76.

[21] Einführend Frank Bajohr: Neuere Täterforschung, Version: 1.0. In: Docupedia-Zeitgeschichte. 18.06.2013: http://docupedia.de/zg/Neuere_Taeterforschung (Abruf: 15.07.2014).

[22] Vgl. exemplarisch die Beiträge von Uwe Danker: Der gescheiterte Versuch, die Legende der „sauberen“ Zivilverwaltung zu entzaubern. Staatsanwaltliche Komplexermittlungen zum Holocaust im „Reichskommissariat Ostland“ bis 1971. In: Bohn (Hg.): Die deutsche Herrschaft (wie Anm. 6), S. 159-185, ders.: „Wir subventionieren die Mörder der Demokratie“. Das Tauziehen um die Altersversorgung von Gauleiter und Oberpräsident Hinrich Lohse in den Jahren 1951 bis 1958. In: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 120 (1995), S. 173–199; ders.: Geschichten und Geschichtskonstruktionen für Gerichte und Öffentlichkeit. Täternarrationen am Beispiel des Hinrich Lohse. In: Lehmann, Bohn, Danker (Hg.): Reichskommissariat Ostland (wie Anm. 1), S. 229-250.

[23] Vgl. für Litauen ausführlich Christoph Dieckmann: Deutsche Besatzungspolitik in Litauen 1941-1944. 2 Bde. Göttingen 2011; Vincas Bartusevičius, Joachim Tauber, Wolfram Wette (Hg.): Holocaust in Litauen. Krieg, Judenmorde und Kollaboration im Jahre 1941. Köln u.a. 2003. Für Lettland vgl. Sven Jüngerkes: Deutsche Besatzungsverwaltung in Lettland 1941-1945. Eine Kommunikations- und Kulturgeschichte nationalsozialistischer Organisationen. Konstanz 2010 (Historische Kulturwissenschaft 15); Katrin Reichelt: Lettland unter deutscher Besatzung 1941-1944. Der lettische Anteil am Holocaust. Berlin 2011 (Dokumente, Texte, Materialien 78); Björn M. Felder: Lettland im Zweiten Weltkrieg. Zwischen sowjetischen und deutschen Besatzern 1940-1946. Paderborn u.a. 2009 (Krieg in der Geschichte 43), S. 189-318. Für Belarus vgl. Bernhard Chiari: Alltag hinter der Front. Besetzung, Kollaboration und Widerstand in Weißrußland 1941-1944. Düsseldorf 1998 (Schriften des Bundesarchivs 53); Christian Gerlach: Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941 bis 1944. Hamburg 1999; Leonid Rein: The Kings and the Pawns. Collaboration in Byelorussia during World War II. New York, NY u.a. 2011 (War and Genocide 15). Für die stadtorientierte Herangehensweise am Beispiel von Riga vgl. Angrick, Klein: Die „Endlösung“ in Riga (wie Anm. 20) sowie Edu-

ard Mühle, Norbert Angermann (Hg.): Riga im Prozeß der Modernisierung. Studien zum Wandel einer Ostseemetropole im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Marburg 2004 (Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung 21), darin die Beiträge von Edvīns Evarts (S. 255-264), Uwe Danker (S. 265-287) und Uldis Neiburgs (S. 288-293).

[24] Sebastian Lehmann: Einleitung. In: Ders., Bohn, Danker (Hg.): Reichskommissariat Ostland (wie Anm. 1), S. 9-34, hier: S. 12.

Zitation

Martin Munke: Reichskommissariat Ostland. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32579 (Stand 21.08.2014).

Reichsprotektorat Böhmen und Mähren (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Rügen (Fürstentum)

1. Toponymie

Die Bezeichnung „Fürstentum Rügen“ für ein zwischen 1168 und 1325 existierendes Herrschaftsgebiet geht auf die Ostseeinsel Rügen zurück, deren Name sich von der Bezeichnung im ersten Jahrtausend n. Chr. dort siedelnder Stämme ableitet. Bereits die Römer kannten einen an der südlichen Ostseeküste, westlich der Goten, siedelnden germanischen Volksstamm, dessen Name „Rugii“ in der „Germania“ des Tacitus belegt ist. Ob es eine längerwährende Verbindung des Stammes mit der Insel gab, ist ungewiss. Im Zuge der Völkerwanderung tauchten die „Rugier“ an den Grenzen des Römischen Reiches nördlich von Passau beziehungsweise von Wien auf; anders als in anderen Gebieten verblieb aber offenbar auf der Insel Rügen eine Restbevölkerung, die von den seit dem 7. Jahrhundert in diesen Raum einwandernden Slawen assimiliert wurde. Vermutlich diese Rügenslawen werden in der angelsächsischen Kirchengeschichte des Mönchs Beda Venerabilis (672/673–735) als „Rugini“ erwähnt, bei Helmold von Bosau (um 1120–1177) als „Rani“ und bei Saxo Grammaticus (um 1140–1220) als „Rugiani“.

Wurden die Fürsten dieses Volksstamms in den oben genannten Quellen vereinzelt noch als Könige bezeichnet, so setzte sich mit Aufrichtung der dänischen Lehnsherrschaft 1168 die Bezeichnung „Fürstentum Rügen“ für das hochmittelalterliche Territorium durch. Gerade in der Frühzeit des Fürstentums finden sich weiterhin Herrschaftstitel, die sich nicht auf das Territorium, sondern auf den Stamm beziehen, also „Fürst der Slawen“ oder „*princeps Ruyanorum*“.

2. Geographie

Lage



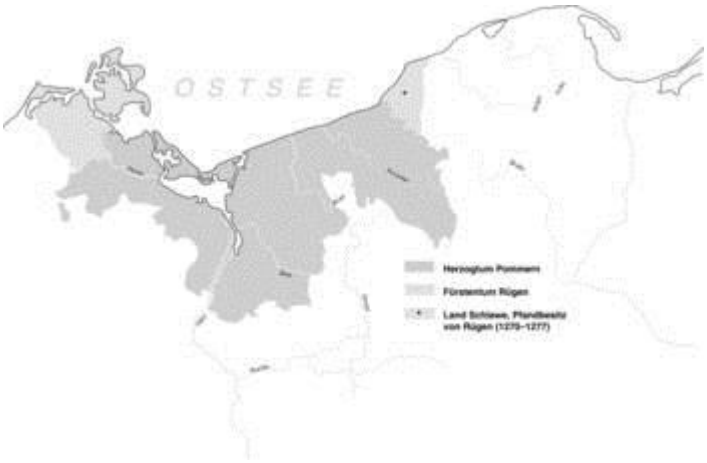
Das Fürstentum Rügen im 13. Jahrhundert [Karte: Thomas Helms; in Norbert Buske: Pommern. Territorialstaat und Landesteil von Preußen. Ein Überblick über die politische Entwicklung. Die Rolle Vorpommerns seit 1945. Schwerin 1997, S. 13].

Das Fürstentum Rügen bestand aus zwei im Laufe der Geschichte in ihrer Bedeutung unterschiedlich gewichteten Teilen, dem insularen und dem festländischen Rügen. Die namensgebende Insel liegt, getrennt durch den Strelasund, vor der vorpommerschen Ostseeküste und umfasst eine Fläche von 926 km². Die festländischen Außengrenzen des Fürstentums Rügen bildeten im Westen eine Landenge auf dem Fischland südlich von Ahrenshoop, im Südwesten von Damgarten bis Tribsees die Recknitz, südlich von Loitz die Peene beziehungsweise ab 1250 der Ryck nördlich von Greifswald. Im Osten erstreckte sich das Fürstentum bis in die erste Hälfte des 13. Jahrhunderts, zum Zeitpunkt seiner weitesten Ausdehnung, bis vor die Tore von Wolgast.

Das Fürstentum umfasste kurz vor dem Übergang an das Herzogtum Pommern im ersten Viertel des 14. Jahrhunderts eine Landfläche von etwa 3.000 km². Der heutige Landkreis Vorpommern-Rügen, in dem 2013 mehr als 220.000 Einwohner lebten, ist in etwa deckungsgleich mit diesem Territorium.

Historische Geographie

Nach der Eroberung der Tempelburg Arkona auf Rügen wurde das Siedlungsgebiet der Rügenslawen 1168 als Fürstentum Rügen Teil des dänischen Staatsverbands. Die Insel Rügen bestand aus neun Gardvogteien (Garz, Streu, Jasmund, Wittow, Schaprode, Patzig, Gingst, Bergen und Rambin), deren Gliederung sich bis in slawische Zeit zurückverfolgen lässt und bis in die Neuzeit von Bedeutung blieb. Im Laufe des 12. und 13. Jahrhunderts gelang den Rügenfürsten die Arrondierung ihres Territoriums im festländischen Bereich, der sich fortan aus den Ländern Barth, Damgarten, Grimmen, Loitz, Pütte, Saal, Sund und Tribsees sowie den Herrschaften Brandshagen und Gristow zusammensetzte. Bereits 1215 fielen die Grafschaft Gützkow und 1250 das Land Wusterhusen endgültig an Pommern.



Das Herzogtum Pommern, das Fürstentum Rügen und der rügische Pfandbesitz in Hinterpommern, in dem die Stadt Rügenwalde gegründet wurde, am Ende des 13. Jahrhunderts [Karte: Thomas Helms; in Buske: Pommern, S. 20].

Von den Rügenfürsten wurden die Städte Stralsund, Garz, Barth, Damgarten, Grimmen und Tribsees zu lübischem Recht gegründet. Die Stadt Richtenberg fiel unter die Hoheit des Klosters Neuenkamp. Die landesherrlichen Stadtgründungen Rugendal (bei Garz auf Rügen) und Schadegard (bei Stralsund) hatten keinen dauerhaften Bestand. Die Verleihung des lübischen Stadtrechts an die Stadt Rügenwalde/Darłowo in Hinterpommern geht auf Fürst Wizlaw II. von Rügen (um 1240–1302) zurück. Sie ist ein Indiz für seine Ambitionen in diesem Raum in den 1270er Jahren.

Im Zuge der Erbfolgekriege zwischen Pommern und Mecklenburg nach 1325 wurde das Fürstentum Rügen als Herrschaftsgebiet aufgelöst und in das Herzogtum Pommern integriert. Den Titel „Fürst von Rügen“ führten fortan die Herzöge von Pommern. Die reale Lehnsbeziehung zwischen dem Fürstentum Rügen und dem Königreich Dänemark währte bis 1438. Während für das festländische Rügen schon seit spätestens 1283 eine Zugehörigkeit zum Heiligen Römischen Reich angenommen werden kann, ist seit der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts auch für die Insel Rügen dieser Status erreicht worden. Mit dem westlichen Teil Pommerns fiel 1648 auch das Fürstentum Rügen unter schwedische Herrschaft. Die schwedischen Könige waren bis 1815 in Personalunion Herzöge von Pommern und Fürsten von Rügen und als solche Fürsten des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. Von 1815 bis 1918 trugen die preußischen Könige den Titel und das Wappen eines Fürsten von Rügen. Mit der Abdankung Wilhelms II. (1859–1941) als deutscher Kaiser endete formal auch die Geschichte des Fürstentums Rügen.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Auf einem Siegel des Rügenfürsten Wizlaw I. (um 1180–1250) von 1224 ist erstmals in einem geteilten Schild im oberen Teil ein bekrönter Löwe mit aufgeworfenem Schweif zu sehen, der aus Mauergiebeln im unteren Teil wächst. Dieses Wappen wurde nach dem Eintreten des Erbfalls an Pommern von dessen Herzögen übernommen. Das Fürstentum Rügen und nachfolgend auch der Kreis Rügen führten im gold-blau geteilten Schild einen aus einem offenen roten Mauergiebel wachsenden, rot bekrönten, gezungten und bewehrten schwarzen Löwen.

Frühgeschichte

Auf dem Gebiet des späteren Fürstentums lebten bereits eiszeitliche Rentierjäger (ca. 10.000 v. Chr.). In der Stein-, Bronze- und Eisenzeit hatte insbesondere die Insel immer wieder den Charakter einer Siedlungskammer.

Besiedlung durch die Rügenslawen im frühen Mittelalter

Die Rügenslawen (Ranen) waren zwar hinsichtlich ihrer Siedlungsausdehnung einer der kleinsten westslawischen Stämme, aber es gelang ihnen, im westlichen Ostseeraum bis zur Christianisierung in wirtschaftlicher, politischer und nicht zuletzt religiöser Hinsicht über Jahrhunderte eine herausragende Stellung zu behaupten. Die wirtschaftlichen Grundlagen bildeten der Heringsfang in den Gewässern um Rügen, der ausgedehnte Fernhandel sowie Raubzüge in den Gebieten der benachbarten Obotriten und Pomoranen und an den dänischen Küsten.

Integration des Fürstentums Rügen in den dänischen Staatsverband ab 1168

An der Nordspitze der Insel Rügen befand sich mit der Tempelburg Arkona, in der der vierköpfige Gott Svantevit verehrt wurde, eines der wichtigsten religiösen Zentren der Westslawen. Die Priesterschaft in Arkona hatte nach den Zeugnissen des 12. Jahrhunderts auch die politische Macht im Bereich der Ranen inne. Es gab zwar einen Adel und ebenso einen König beziehungsweise Fürsten. Aber erst im zeitlichen Umfeld der Zerstörung der Tempelburg Arkona durch ein dänisches Heer im Jahre 1168 wird – beginnend mit Tezlaw (in den Quellen erwähnt 1164–1170) – eine eigenständige Dynastie der Rügenfürsten greifbar, die bis zu ihrem Aussterben 1325 das Territorium regierte.

Während die Insel Rügen in der gesamten spätslawischen Zeit (ca. 10. bis 13. Jahrhundert) von einer hohen Siedlungsdichte geprägt war, führten die zahlreichen kriegerischen Auseinandersetzungen mit benachbarten Stämmen auf dem gegenüberliegenden Festland zu einer weitaus dünneren Siedlungsstruktur. Mit der deutschrechtlichen Besiedlung verlagerte sich das ökonomische und politische Zentrum des Fürstentums dorthin. Die Stadt Stralsund, am Strelasund gegenüber der Insel Rügen gelegen, wuchs zu einer der bedeutendsten Hansestädte im Ostseeraum heran. Die Rügenfürsten residierten jedoch seit der Mitte des 13. Jahrhunderts vornehmlich im westlich von Stralsund gelegenen Barth.

Im Laufe des 13. Jahrhunderts begann das Niederdeutsche die slawische Umgangssprache allmählich abzulösen, ein Prozess, der in den Städten und in der Oberschicht beschleunigt verlief, bis sich das Niederdeutsche im 14. Jahrhundert in der fürstlichen Kanzlei und in den Städten auch als Schriftsprache durchsetzte.

Mit der Integration in den dänischen Staatsverband gehörten die Fürsten von Rügen und die Nebenlinien des Hauses, allen voran die Herren von Putbus, zu den Großen des dänischen Reiches. Umfangreiche Belehnungen und Pfandverschreibungen in ganz Dänemark und Norwegen sowie zahlreiche verwandtschaftliche Beziehungen zum dänischen Königshaus und zu den anderen hochadligen Familien des Reiches sorgten für eine enge Verbindung über die Ostsee hinweg. Das Aussterben der Dynastie der Rügenfürsten mit dem Tod Wizlaws III. (1265/1286–1325) führte zu zwei Erbfolgekriegen (1325–1328 und 1351–1354) zwischen Pommern und Mecklenburg, in deren Folge das Gebiet des Fürstentums Rügen endgültig an das Herzogtum Pommern fiel.

(siehe auch „Pommern“)

Die kirchenadministrative Sonderstellung des Fürstentums Rügen

Bei der kirchlichen Durchdringung des Raumes kam es zwischen festländischem und insularem Rügen zu einer lang anhaltenden Dichotomie. Während mit der Eroberung Arkonas die Insel Rügen dem Bistum Roskilde unterstellt wurde, wurde fast das gesamte festländische Rügen dem Bistum Schwerin einverleibt. Die Kirchspiele im spät (1273) für Rügen erworbenen Land Loitz unterstanden nicht der Schweriner Obedienz, sondern der des Camminer Bischofs. Gleiches galt für das bis in die erste Hälfte des 13. Jahrhunderts zeitweise unter rügischer Hoheit stehende Land Wusterhusen und die Grafschaft Gützkow.

Eine besondere Bedeutung bei der Erschließung des Landes kam auf der Insel Rügen dem Zisterziensernonnenkloster in Bergen (gegr. 1193), auf dem Festland dem Zisterzienserkloster in Neuenkamp (gegr. 1231) sowie schließlich dessen Tochtergründung St. Nikolaus auf der Insel Hiddensee (gegr. 1296) zu. Auch an der Gründung des Zisterzienserklosters Eldena 1199 an der Mündung des Flusses Ryck waren die Rügenfürsten neben den Pommernherzögen beteiligt.

Aufgrund der hohen Konzentration von Bettelordensklöstern und Stadthöfen kirchlicher Würdenträger entwickelte sich Stralsund am Ausgang des Mittelalters zu einem geistlichen Zentrum des gesamten Territoriums.

Eine kirchenadministrative Sonderstellung Rügens manifestierte sich bis in die nachreformatorische Zeit noch durch die Ansprüche der mecklenburgischen Herzöge in Nachfolge der Schweriner Bischöfe auf das Archidiakonat Tribsees sowie der dänischen Könige in der der Bischöfe von Roskilde auf die Insel Rügen. Mit der Reformation entstanden eigene Superintendenturen in Stralsund und auf Rügen, die noch für eine gewisse Zeit daran erinnerten, daß diese Gebiete nicht zum pommerschen Bistum Cammin gehört hatten.

Erinnerungskultur nach 1945

Das fürstliche Schloss in Putbus, dessen Mauern bis ins Mittelalter zurückreichten, war aufgrund seiner Ausstattung und seines Archivs ein zentraler Ort für die Geschichte der Familie von Putbus und des Fürstentums Rügen. Das Archiv wurde während der Bodenreform nach 1945 weitgehend zerstört, das Schloss 1960 gesprengt.

Heute ist das Archiv der Hansestadt Stralsund – neben dem Landesarchiv Greifswald und dem Staatsarchiv Stettin/Szczecin – die wichtigste Stätte für die Quellendokumentation des Territoriums. Das Kulturhistorische Museum der Hansestadt Stralsund, 1858 als Provinzialmuseum für Neuvorpommern und Rügen gegründet, ist von herausragender Bedeutung für die Dokumentation und Präsentation von Sachzeugen aus der Geschichte des Fürstentums Rügen. Daneben befinden sich bedeutendere Sammlungen zur rügischen Geschichte in den Museen in Bergen auf Rügen, Barth und Grimmen.

4. Bibliographische Hinweise

- Dirk Alvermann (Hg.): Das ältere Archiv der Superintendentur Bergen (1616–1922). Greifswald 2011 (Publikationen des Lehrstuhls für Nordische Geschichte 13).
- Bengt Büttner: Die Pfarreien der Insel Rügen. Von der Christianisierung bis zur Reformation. Köln, Weimar, Wien 2007 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Pommern, Reihe V: Forschungen zur pommerschen Geschichte 42).
- Bengt Büttner, Haik Thomas Porada: Nordiska stormän och deras besittningar på ön Rügen under medeltiden [Nordische Adlige und ihre Besitzungen auf der Insel Rügen während des Mittelalters]. In: Medeltida storgårdar – 15 uppsatser om ett tvärvetens-

kapligt forskningsproblem [Mittelalterliche Adelshöfe – 15 Aufsätze über ein interdisziplinäres Forschungsproblem]. Uppsala 2014 (Acta Academiae Regiae Gustavi Adolphi 131), S. 269–295.
- Norbert Buske, Joachim Krüger, Ralf-Gunnar Werlich (Hg.): Die Herzöge von Pommern – Zeugnisse der Herrschaft des Greifenhauses. Köln, Weimar, Wien 2012 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Pommern, Reihe V: Forschungen zur pommerschen Geschichte 45).
- Renate Herrmann-Winter: Sprachatlas für Rügen und die vorpommersche Küste. Kartographie Martin Hansen. Rostock 2013.
- Karl Lenz: Die Wüstungen der Insel Rügen. Remagen 1958 (Forschungen zur deutschen Landeskunde 113).
- Fritz Petrick (Hg.): Rügens Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart in fünf Teilen. Putbus 2008–2013.
- Heike Reimann, Fred Ruchhöft, Cornelia Willich†: Rügen im Mittelalter. Eine interdisziplinäre Studie zur mittelalterlichen Besiedlung auf Rügen. Stuttgart 2011 (Forschungen zur Geschichte und Kultur des östlichen Mitteleuropa 36).
- Martin Schoebel: Der Codex Rugianus und die Kanzlei der Fürsten von Rügen. In: Roderich Schmidt (Hg.): Tausend Jahre pommersche Geschichte. Köln, Weimar, Wien 1999, S. 165–193 (Veröffentlichungen der historischen Kommission für Pommern, Reihe V: Forschungen zur pommerschen Geschichte 31).
- Joachim Wächter: Das Fürstentum Rügen. Ein Überblick. In: Beiträge zur Geschichte Vorpommerns. Die Demminer Kolloquien 1985–1994. Im Auftrag der Abteilung Vorpommern der Gesellschaft für pommersche Geschichte, Altertumskunde und Kunst e. V. hg. von Haik Thomas Porada. Schwerin 1997, S. 299–313.

Zitation

Haik Thomas Porada: Rügen (Fürstentum). In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2015. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32544 (Stand 18.03.2015).

S

Sathmar → Kreischgebiet (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Schlesien

1. Toponymie

Anderssprachliche Bezeichnungen

latein. Silesia; poln. Śląsk; tschech. Slezsko; engl. Silesia, franz. Silésie

Etymologische Herleitung

Als namensgebend für Schlesien wird der Fluss Ślęża (dt. Lohe) und der gleichlautende Bergname (dt. Zobtenberg, erstmals 1108 „in monte Silencii“) vermutet. Seine Etymologie weist wohl in die Zeit vor der germanischen Besiedlung zurück, wurde aber früher gerne von Deutschen als „germanisch“, von Polen als „slawisch“ gedeutet.

2. Geographie

Lage

Schlesien bezeichnet das Land beiderseits der oberen und mittleren Oder/Odra, es umfasst den nördlichen Bereich der Sudeten/Sudety und die Mährische Pforte/Moravská brána (Wasserscheide zwischen Oder und March/Morava). Nach Südosten wird es von den Beskiden (poln. Beskidy, tschech. Beskydy) begrenzt, nach Nordosten von der Wasserscheide zwischen Oder und Warthe/Warta, nach Norden von der Niederung von Bartsch/Barycz und Obra. Die mit 1603 m höchste Erhebung Schlesiens ist die Schneekoppe/Śnieżka/Sněžka im Riesengebirge/Karkonosze/Krkonoše.

Klima

Schlesiens Klima ist kontinental geprägt, in den Bergen herrscht gemäßigtes Gebirgsklima. Im Westen ist das Klima milder als im Osten. Die ganzjährigen Niederschläge erreichen 480–720 mm, im Gebirge jedoch über 1.200 mm.

Staatliche und regionale Zugehörigkeit

Schlesien war Teil des Königreichs Polen (bis 1202 im Rahmen der polnischen „Seniorats-verfassung“), ab 1327 sukzessiver Anschluss schlesischer Fürstentümer an die Krone Böhmens; 1335 (Vertrag von Trentschin/Trenčín), 1339 (Vertrag von Krakau/Kraków): Verzicht des polnischen Königs; 1348 „Incorporation“ Schlesiens unter die Krone Böhmens durch Kaiser Karl IV.; 1526 Übergang der Krone Böhmens mit den schlesischen Lehensfürstentümern an das Haus Habsburg; 1742 (Berliner Frieden): Übergang des größten Teiles von Schlesien an Preußen; der Rest als Österreichisch-Schlesien bei Habsburg (ab 1918 als Teil der Tschechoslowakei, dabei 1918 Abtrennung des nördlichen Teschener Schlesiens an Polen; seit 1993 der Tschechischen Republik); 1815 Erweiterung um die schlesische Oberlausitz; 1866 Preußisch-Schlesien Bestandteil des Norddeutschen Bundes, ab 1871 des Deutschen Kaiserreichs; 1919 südlicher Kreis Ratibor als „Hultschiner Ländchen“ an die Tschechoslowakei; 1922 Teilung Oberschlesiens: Osthälfte an Polen; 1945 Potsdamer Konferenz: größtenteils unter polnische Verwaltung; kleinere Teile des historischen Niederschlesiens (Westhälfte der schlesischen Oberlausitz links der Lausitzer Neiße) bei Deutschland.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

In den historischen Teilen Schlesiens wurden unterschiedliche Formen des piastischen Adlers verwendet, aus denen sich folgende Hauptvarianten ableiteten:

- in Niederschlesien ein schwarzer Adler auf goldenem Grund, mit weißer Halbmondspange auf der Brust und einem Kreuz. Das Wappen der polnischen Woiwodschaft Niederschlesien orientiert sich an der Darstellung am Grab Herzog Heinrichs IV.

- in Oberschlesien, ausgehend vom Herzogtum Oppeln/Opole, ein goldener Adler auf blauem Grund, häufig mit Krone dargestellt.

Gebräuchliche oder historische Beinamen

In der frühneuzeitlichen Chronistik wurde Schlesien als „die Schlesie“ personifiziert. Die historische deutschsprachige Dialektbezeichnung lautete „Schläsing“ und wurde in der Literatur (etwa bei Karl von Holtei) zur „Mutter Schläsing“ personifiziert. Im „Wasserpolnischen“ (Schlonsakischen) existiert die Bezeichnung „Ślůnsk“.

Vor- und Frühgeschichte

Älteste Funde menschlicher Präsenz in Schlesien stammen aus der Altsteinzeit, die Erschließung begann in der Jungsteinzeit. Um 500 v. Chr. wanderten Skythen von Osten in das damals von der Lausitzer Kultur geprägte Schlesien ein, später Kelten von Süden und Südwesten. In der Völkerwanderungszeit setzten sich germanische Vandalen in Schlesien fest, unter denen der Stamm der Silingen hervortrat. Etwa ab dem 6. Jahrhundert erfolgte die Landnahme durch slawische Stämme. Das Bevölkerungswachstum förderte die Genese von Stammesverbänden (Slezanen, Opolanen, Trebowianen u. a.). Die Anfänge westslawischer Staatsbildung durch die Vereinigung von Stammesterritorien unter der Herrschaft von Fürsten können auf das 8./9. Jahrhundert datiert werden.

Allgemeine politische Geschichte

Mittelalterliche Geschichte (bis 1500)

Vor dem Jahr 1000 war das Land von mehreren westslawischen Stämmen besiedelt. Es geriet ins machtpolitische Schnittfeld seiner expandierenden Nachbarn, wurde um 900 von den böhmischen Přemysliden und dann nach 950 von den polnischen Piasten erobert und christianisiert. Dementsprechend ging im Jahr 1000 die Gründung des Bistums Breslau/Wrocław vom polnischen Erzbistum Gnesen/Gniezno aus. Innerhalb der Grenzen des neuen Bistums entwickelten sich im Wesentlichen die politischen Einzelterritorien Schlesiens, die im 11. Jahrhundert zusammen mit Großpolen/Wielkopolska, Masowien/Mazowsze, Kleinpolen/Małopolska und dem östlichen Pommern/Pomorze die Basis Polens bildeten. Den Anfängen unter böhmischer und polnischer Herrschaft folgten ab 1138 eine Zersplitterung des polnischen Staates und eine Phase der innerpolnischen und innerschlesischen Machtkämpfe:

Infolge der von Herzog Bolesław III. Schiefmund/Krzywousty († 1138) testamentarisch verfügten Senioratsverfassung, die das polnische Staatswesen in der Hand eines „princeps“ zusammenhalten sollte, wurde Schlesien eines von vier polnischen Teilherzogtümern (Großpolen, Kleinpolen, Kujawien-Masowien, Schlesien). Damals begann die Ausbildung einer

eigenen schlesischen Piastenlinie, die sich weiter verzweigte, zunächst wohl 1173 und dann 1202 in eine niederschlesische Breslauer und eine oberschlesische Oppelner Linie. Nach dem Scheitern des gesamtpolnischen Einigungsversuchs Heinrichs I. des Bärtigen/Henryk Brodaty (1201–38) und nach dem Mongoleneinfall 1241 (Schlacht bei Liegnitz/Legnica) spaltete sich Schlesien in bis zu 17 Teilherzogtümer auf.

Zu Beginn des 14. Jahrhunderts sah sich Schlesien konfrontiert mit Herrschaftsansprüchen des nunmehr erstarkenden Polen unter dem 1320 in Krakau gekrönten König Wladislaw I. Ellenlang/Władysław Łokietek sowie mit dem politischen Druck des böhmischen Königs Johann von Luxemburg (1310–46). Die politisch wenig einflussreichen schlesischen Piastenherzöge gliederten nach 1327 ihre Gebiete Böhmen an, indem sie ihre Herzogtümer der böhmischen Krone übertrugen, um sie als Lehen zurückzuerhalten. Durch den 1339 ratifizierten Vertrag von Trentschin/Trenčín verzichtete Polens König Kasimir III. der Große/Kazimierz Wielki (1333–70) auf die Oberhoheit über Schlesien, das 1348 von dem späteren Kaiser Karl IV. feierlich Böhmen „inkorporiert“ und damit mittelbar an das Heilige Römische Reich angeschlossen wurde, ohne dass die zu Mediatfürsten absinkenden schlesischen Herzöge die Reichsstandschaft erlangt hätten. Schlesien war seitdem ebenso wie die Nieder- und Oberlausitz sowie Mähren ein Nebenland der böhmischen Krone, in dem sich im 15. Jahrhundert eigene ständische Repräsentationsformen und eine eigene Landesverwaltung ausbildeten. Dennoch wurde es aufgrund fortdauernder kirchenrechtlicher, dynastischer und politischer Beziehungen von zahlreichen zeitgenössischen Quellen weiterhin zu „Polonia“ gerechnet; auch bestanden enge wirtschaftliche und Handelsbeziehungen nach Polen fort. Im 15. Jahrhundert kamen die oberschlesischen Teilgebiete Sewerien/Siewierz (1443), Auschwitz/Oświęcim (1453) und Zator (1494) dauerhaft an Polen; das niederschlesische Crossen/Krosno Odrzańskie fiel an Brandenburg (1482), während das mährische und dann selbständige Troppau/Opava seit dem 15. Jahrhundert zu Schlesien gehörte.

Nachdem erste im Kontext der Hussitenkriege stehende Versuche, eine gesamtschlesische Militärorganisation zu errichten (Strehlener Einung 1427), erfolglos geblieben waren, gelang es durch die vom böhmischen König Matthias Corvinus (1469–90) geführte straffe Landesverwaltung, in dem zersplitterten Schlesien durch Schaffung der Zentralinstanz des Fürstentags und Einsetzung eines Oberlandeshauptmanns (1474) eine frühmoderne territoriale Organisation zu errichten. Unter seinem Nachfolger, dem Jagiellonen Ladislaus/Wladislaw II. wurden diese zentralen Einrichtungen durch das Große Landesprivileg (1498) bestätigt.

Von allen Ländern des östlichen Mitteleuropa war Schlesien durch die von den einheimischen Landesherren gelenkte Heranführung westlicher, hauptsächlich deutscher, aber auch flämischer und wallonischer Siedler und Stadtbürger im 12. und 13. Jahrhundert am stärksten geprägt worden. Frühe Stadtgründungen waren neben Breslau etwa Goldberg/Złotoryja, Löwenberg/Lwówek Śląski, Zobten am Berge/Sobótka oder Neisse/Nysa. Die mit der Besiedlung einhergegangene Erschließung des Landes stand im Kontext eines europäischen Ausgleichsprozesses, den für Schlesien v. a. Herzog Heinrich I. der Bärtige eingeleitet hatte. Neue Anbaumethoden, Agrar- und Handwerkstechniken wurden eingeführt, alteuropäische Rechtstraditionen mit Formen der urbanen Selbstverwaltung in einem sich damals ausbildenden engmaschigen Städtenetz setzten sich durch. Das neuartige ländliche Siedelrecht (Ius Teutonicum) wurde seit dem 14. Jahrhundert auch nichtdeutschen Siedlern bei Stadt- und Dorflokationen verliehen. Das von den Mongolen zerstörte Breslau wurde 1241 nach einer zweiten Lokation planmäßig wieder aufgebaut und spätestens 1261 mit Magdeburger Stadtrecht bewidmet. Besonderen Anteil an dieser Siedlungstätigkeit hatte der Zisterzienserorden, der 1175 von Pforta an der Saale ausgehend das Männerkloster Leubus/Lubiąż und

1203 von Bamberg aus das Frauenkloster in Trebnitz/Trzebnica gründete, um in Schlesien weitere Klöster zu etablieren (Heinrichau/Henryków 1227, Grüssau/Krzeszów 1242).

Niederschlesien war durch die Neubesiedelung und die Assimilierung der bisherigen Bevölkerung bis zum Ende des 15. Jahrhunderts weitgehend deutschsprachig geworden, während in Oberschlesien bis auf Troppau/Opava, Katscher/Kietrz, Bielitz/Bielsko und die in geschlossenem deutschem Sprachgebiet liegenden Städte sowie einzelne Dörfer nahezu alle deutsch besiedelten Orte wieder polnischsprachig geworden waren. Auch größere Städte (u. a. Oppeln/Opole, Ratibor/Racibórz, Teschen/Cieszyn) bewahrten überwiegend in der Führungsschicht stärkere deutsche Minderheiten.



Ducatus Silesiae, in: Willem & Jan Blaeu: Theatrum Orbis Terrarum […], Amsterdam 1645 [Wikimedia Commons]. Eingezeichnet sind die Grenzen der schlesischen Teilfürstentümer (Herzogtümer Breslau/Wrocław, Brieg/Brzeg, Glogau/Głogów, Grottkau/Grodków, Jägerndorf/ Krnov, Jauer/Jawor, Liegnitz/Legnica, Münsterberg/Ziębice, Oels/Oleśnica, Oppeln/Opole, Ratibor/Racibórz, Sagan/Żagań, Schweidnitz/Świdnica, Teschen/Těšín/Cieszyn, Troppau/Opava, Wohlau/Wołów und Herrschaften Militsch/Milicz, Pleß/Pszczyna, Trachenberg/Żmigród, Wartenberg/Syców).

Frühneuzeitliche Geschichte (bis 1800)

Um 1500 erwies sich Schlesien als ein Kristallisationskern des Humanismus in Literatur und Kunst, als ein Zentrum von Wirtschaft, Handel und städtischer Entwicklung. Als Nebenland Böhmens kam Schlesien gemäß dynastischem Erbvertrag, Anerkennung durch die schlesischen und Wahl durch die böhmischen Stände in Prag im Jahr 1526 an die Habsburger, deren Politik der Herrschaftszentralisierung und Staatsintegration bald in Widerstreit zu der politisch-konfessionell eigenständigen Politik der schlesischen Fürsten und Stände geriet. Die sich bereits seit 1522 bis zum Ende des 16. Jahrhunderts allmählich in fast ganz Schlesien ausbreitende Reformation, der sich zunächst die Stadt Breslau und bis 1600 alle weltlichen Teilherzöge anschlossen, konnte nicht zurückgedrängt werden. Dennoch brachten die Habsburger seit König Ferdinand I. (1526–64) ihre Herrschaftsgewalt gegen die Fürsten und Stände Schlesiens stärker zur Geltung und konnten auf Dauer den Einfluss der durch dynastische Verbindungen und Gebietserwerbungen ins Land drängenden protestantischen Hohenzollern reduzieren. Der Erfolg des Protestantismus bewirkte in Geistesleben und Bildungswesen eine Orientierung Schlesiens an den protestantischen nordwestlichen Gebieten des Heiligen Römischen Reichs, am Luthertum bzw. am niederländischen Calvinismus, während das Land politisch und administrativ auf Prag und nach 1620 auf Wien orientiert blieb. Gesamtschlesische Fürstentage zu außergewöhnlichen Staats-, Finanz- und politischen Angelegenheiten wurden nach Breslau einberufen, v. a. um die von Habsburg geforderten Steuern zur Abwehr der Osmanen bereitzustellen (1529 erste Belagerung Wiens) und um die Landesverteidigung zu organisieren.

Nach den wenig dauerhaften Zusagen Kaiser Rudolfs II. (1576–1612) an die Protestanten im Majestätsbrief von 1609 und nach dem antihabsburgischen Widerstandsbündnis der schlesischen und böhmischen Stände im selben Jahr verschärfte sich die konfessionspolitische Auseinandersetzung. 1619 schlossen sich die schlesischen Stände dem „Winterkönig“ Friedrich V. von der Pfalz an. Nach der Niederschlagung der Rebellion 1620 (Schlacht am Weißen Berg) kam das Land zunächst glimpflich davon, doch wurde Schlesien während des Dreißigjährigen Krieges (1618–48) durch schwedische, sächsische und kaiserliche Heere verwüstet und die Bevölkerung durch Seuchen und Epidemien dezimiert. Durch Vermittlung protestantischer Mächte (v. a. Schwedens) erhielt der schlesische Protestantismus im Westfälischen Friedensvertrag (1648) einen gewissen Schutz. Jedoch wurde überall dort, wo der Kaiser unmittelbarer Landesherr war (in den Erbfürstentümern Breslau, Schweidnitz-Jauer, Glogau und Troppau), der Katholizismus zur Staatsreligion, die durch teils erzwungene Gegenreformation durchgesetzt wurde. Erst die auf massiven Druck des Schwedenkönigs Karl XII. (1697–1718) abgeschlossene Altranstädter Konvention (1707) brachte den Protestanten wieder eine gewisse Erleichterung.

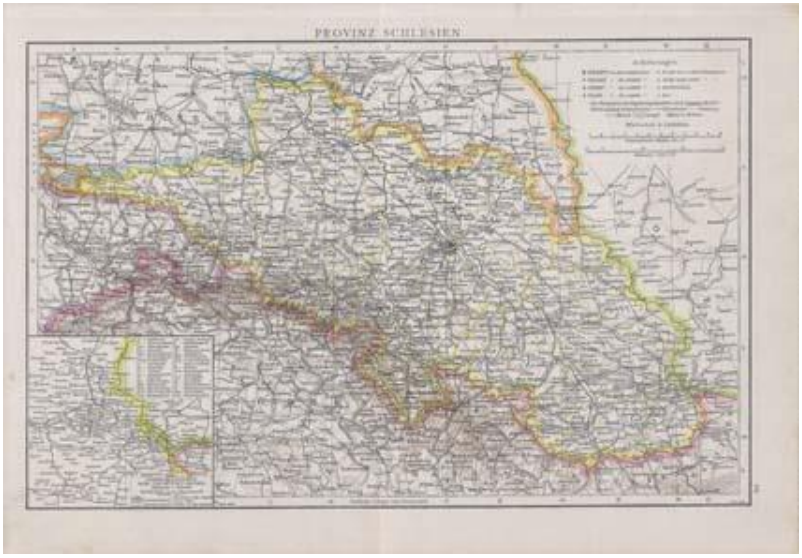
Die anhaltende Krisenzeit des 17. Jahrhunderts mit politischer und konfessioneller Spannung, mit Notzeiten und existentieller Bedrohung leitete in dem ethnisch uneinheitlichen und durch lutherische, katholische und calvinistische Zentren strukturierten Schlesien eine Kulturepoche ein, in der das Land in der Literatur – Martin Opitz (1597–1639), Andreas Gryphius (1616–64), Daniel Casper von Lohenstein (1635–83) – eine Führungsrolle im Alten Reich übernahm; auch polnische Barockliteratur wurde in Schlesien verfasst und gedruckt (Adam Gdacjusz [Gdacius; 1610–88]). 1740 beendete der Einmarsch Friedrichs II. von Preußen (des Großen; Kg. 1740–86) nach Schlesien die österreichisch-böhmische Periode der Landesgeschichte.

In den drei Schlesischen Kriegen, 1740–42, 1744–45 und 1756–63 (Siebenjähriger Krieg), konnte Friedrich II. die Annexion Schlesiens behaupten und durch sie die Großmachtstellung Preußens in Europa begründen. Im Frieden von Berlin (1742) gewann Preußen von den 40.625 km² Schlesiens 35.786 km² sowie die böhmische Grafschaft Glatz/Kłodzko (1.636

km²) und die mährische Enklave Katscher; insgesamt lebten in diesen Gebieten ca. 1,2 Mio. Menschen. Nur das Herzogtum Teschen/Cieszyn und die Großteile der Herzogtümer Troppau/Opava und Jägerndorf/Krnov bis zur Oppa blieben im Besitz Habsburgs und bildeten (bis 1918) das Kronland Österreichisch-Schlesien Innerhalb der Hohenzollernmonarchie erhielt das einem eigenen Provinzialminister unterstellte Schlesien bis 1807 einen administrativen Sonderstatus. 1815 wurden Gebiete der Oberlausitz an das preußische Schlesien, das zu einer eigenen Provinz wurde, angegliedert.

Zur militärischen Sicherung des Landes und zur Straffung und Effizienzsteigerung der Verwaltung führte Friedrich II. Militär-, Verwaltungs- und Wirtschaftsreformen durch (Kantonsystem, Kreiseinteilung, Verbesserungen im Justiz-, Finanz- und Steuerwesen, eine den Freihandel begünstigende Zollpolitik, Subventionen, Siedlungsprogramme, Ausbau der Wasserstraßen, protoindustrieller Aufbau). Die unterschiedlichen christlichen Konfessionen und schrittweise auch die jüdische Religion wurden toleriert. Die Förderung des Bergbaus (Bergordnung 1769) und die Errichtung staatlicher Hüttenwerke in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts bildeten die Grundlage der späteren Industrialisierung Oberschlesiens. Mit den Napoleonischen Kriegen und dem Zusammenbruch Preußens (1806/07) gingen wiederum Not, ökonomische Rückschläge und finanzielle Bedrückung einher, zahlreiche Städte Schlesiens wurden von Verbündeten Frankreichs besetzt. Die für Schlesien 1810 durchgeführte Säkularisierung des beträchtlichen katholischen Kirchengutes sollte dem staatlichen Etat in der damaligen Finanznot Linderung verschaffen. Schlesien hatte einen nicht unerheblichen Anteil an den preußischen Reformen in Verwaltung, Rechtswesen und Armee, die im frühen 19. Jahrhundert durchgesetzt wurden.

Nach dem 1813 erfolgten Umzug König Friedrich Wilhelms III. (1797–1840) und seiner Familie nach Breslau wurde Schlesien zu einem der beiden Ausgangsländer der „Befreiungskriege“ (Aufruf „An mein Volk“; Sieg des Generalfeldmarschalls Blücher an der Katzbach/Kaczawa). Nach 1815 erfolgte eine Neugliederung der Provinz in zunächst vier (vorgesehen zusätzlich: Reichenbach/Dzierżoniów), dann drei Regierungsbezirke (Breslau = Mittelschlesien, Liegnitz = Niederschlesien, Oppeln = Oberschlesien).



Provinz Schlesien (1885/90), in: Richard Andrees allgemeiner Handatlas. 2. verb. Aufl., Bielefeld 1890 [Wikimedia Commons]. Eingezeichnet sind die Regierungsbezirke und Kreise der preußischen Provinz Schlesien.

Geschichte im 19. Jahrhundert

Schlesien gehörte 1815–66 zum Deutschen Bund, ab 1834 zum Deutschen Zollverein, 1866–71 zum Norddeutschen Bund und ab 1871 zum deutschen Kaiserreich. War Schlesien im 18. Jahrhundert eine führende Proto-Industrieregion gewesen (Heimindustrie, Leinenexport), verfiel die Provinz angesichts der preußischen Freihandelspolitik, des Wegfalls von Absatzmärkten infolge der napoleonischen Kontinentalsperre und der effektiver produzierenden Konkurrenz, v. a. der englischen Leinen- und Baumwollindustrie, wirtschaftlich zusehends. Durch eine Blockadehaltung der Großgrundbesitzer wurde die Bauernbefreiung bis 1850 verschleppt, ein von preußischen Reformern befürworteter Staatsumbau kam nicht voran. Die sozialen Spannungen entluden sich 1844 im Weberaufstand im Eulengebirge, der in ganz Deutschland wegen seiner rücksichtslosen Niederschlagung Aufsehen erregte. Die Unzufriedenheit mit dem preußischen Absolutismus fand in Schlesien zugleich in demokratischen Organisationsgründungen, Maschinenstürmen und Bauernaufständen Ausdruck. Das städtische Bürgertum organisierte sich zunehmend in politischen, aber auch wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und sozialen Vereinen. Das Eintreten der Demokraten für die von der Frankfurter Nationalversammlung verabschiedete Reichsverfassung führte zum Breslauer Maiaufstand von 1849.

Für Oberschlesien brachte das 19. Jahrhundert eine rasche Industrialisierung, verbunden mit einem explosionsartigen Bevölkerungswachstum (Regierungsbezirk Oppeln 1819: 561.173 Einwohner; 1910: 2.207.981 Einwohner) und mit rapider Verstädterung. Auf der rechten Oderseite befanden sich die größten Steinkohlevorkommen Europas, außerdem Eisen- und Zinkerzvorkommen. In der Nähe der Kohleflöze entstanden riesige Hüttenindustrien. Kehrseite dieses Wachstums waren die sich im Anschluss an den Kulturkampf zwischen dem preußischen Staat und der katholischen Kirche (1871–87) in Oberschlesien verstärkenden konfessionellen Spannungen. Auch viele polnische Oberschlesier fanden ihre parteipolitische Heimat in der 1870 gegründeten Deutschen Zentrumspartei (Zentrum), der politischen Organisation des Katholizismus im deutschen Kaiserreich, die sich gegen die preußisch-protestantische Vorherrschaft und die rücksichtslose Germanisierungspolitik richtete. Vielfach wurden diese Konflikte auch ethnisch interpretiert und begünstigten die polnische Nationalbewegung in Oberschlesien.

Schlesien war somit gegen Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts von einer Vielzahl konfessioneller, ethnischer und sozialer Probleme geprägt, zugleich aber auch von einer Vielfalt religiöser Strömungen (etwa Freikirchen), Minderheiten (Juden, Polen, Tschechen) und von starken gesellschaftlichen Unterschieden zwischen einer kleinen Schicht reicher Großindustrieller und Großgrundbesitzer und einer sich immer stärker ausweitenden Schicht von Industrie- und Landarbeitern.

Geschichte im 20. Jahrhundert

Im Ersten Weltkrieg war Schlesien zwar kein unmittelbarer Kriegsschauplatz, die Region war aber von den sekundären Auswirkungen des Kriegs massiv betroffen (Nahrungsmittelrationierung, politische Restriktionen, Kriegsgefangenenlager, Hungerjahr 1917). Im Jahre 1918 kam es auch in Schlesien zu einem revolutionären Umbruch mit der Gründung von Arbeiter- und Soldatenräten. Nach Ende des Ersten Weltkriegs trat Deutschland infolge des Versailler Vertrags in Oberschlesien den Südteil des Kreises Ratibor/Racibórz (Hultschiner Ländchen/Hlučínsko) an die Tschechoslowakei ab (insgesamt ca. 49.000 Einwohner und 316 km²), in Mittelschlesien kleinere Teile der Kreise Guhrau/Góra, Militsch/Milicz, Groß Wartenberg/Syców und Namslau/Namysłów an Polen (insgesamt ca. 26.000 Einwohner und 512 km²).

In Oberschlesien versuchten polnische Einheiten in drei militärischen Erhebungen (Schlesische Aufstände) 1919, 1920 und 1921 ihrer Forderung nach einem Anschluss an das wiederbegründete Polen Nachdruck zu verleihen. In der Volksabstimmung vom 20.03.1921 votierten in dem vorher zur Abstimmungszone erklärten umstrittenen Gebiet 59,4 % der Stimmberechtigten für den Verbleib bei Deutschland, 40,6 % für den Anschluss an Polen, während im Westen Oberschlesiens nicht abgestimmt wurde. Nach der Empfehlung einer Völkerbundskommission beschlossen die Alliierten 1921 die Abtretung eines Gebietes von 3.213 km² mit rd. 890.000 Bewohnern und einem großen Teil des Industriereviers an Polen (1922). Dieser östliche Teil des früher preußischen Oberschlesiens wurde mit der Nordhälfte des Teschener Schlesiens zur polnischen Woiwodschaft Schlesien (Województwo śląskie) mit Verwaltungssitz in Kattowitz/Katowice und weitgehenden Autonomierechten innerhalb der Republik Polen zusammengefasst.

Um den Schutz der jeweils beträchtlichen ethnischen Minderheiten zu gewährleisten, schlossen Deutschland und Polen unter dem Schutz des Völkerbundes 1922 die Genfer Konvention, die neben zahlreichen verwaltungs-, wirtschafts- und verkehrstechnischen Erleichterungen auch die Einrichtung eines Minderheitenamtes in Oppeln (im deutschen Teil) bzw. in Kattowitz (im polnischen Teil) vorsah.

An der relativen innenpolitischen Stabilität des preußischen Schlesiens bis zur Weltwirtschaftskrise hatte die Stärke der Weimarer Parteien Anteil (der SPD in Niederschlesien sowie des Zentrums in Oberschlesien). Während die NSDAP bei der Reichstagswahl von 1928 in Schlesien kaum Stimmen erhielt, erreichte sie 1930 in den niederschlesischen Regierungsbezirken Breslau und Liegnitz 24,1 % bzw. 20,9 % und lag damit weit über dem Reichsdurchschnitt; in Oberschlesien, wo die Radikalisierung innerhalb der Arbeiterschaft der KPD zugute kam, erreichte sie zunächst nur 9,5 % der Stimmen. Bei der Reichstagswahl von 1932 wurde die NSDAP mit 43,5 % bzw. 48,8 % zur stärksten politischen Kraft in Niederschlesien, in Oberschlesien erreichte sie 29,2 %. Die rechtsextremen Kräfte profitierten von der jahrelangen Propaganda, die Schlesien als „bedrohte“ Region hingestellt hatte.

Im seit 1918 tschechischen Schlesien rührten sich in den 1920er Jahren Proteste gegen die administrative Zusammenlegung mit Mähren, die 1928 realisiert wurde. Belastend wirkte sich der schwelende Konflikt zwischen Polen und der Tschechoslowakei um das Teschener Schlesien aus, das 1920 entlang einer neuen Grenze (entlang des Flusses Olsa/Olza/Olše und eines Gebirgskammes der Schlesischen Beskiden) geteilt worden war, wodurch neben dem polnischen Teschen/Cieszyn auch die Stadt Tschechisch-Teschen/Český Těšín entstanden war.

Nach der Machtergreifung der NSDAP im Deutschen Reich 1933 begann auch für das preußische Schlesien die Umgestaltung aller Ebenen von Staat und Gesellschaft im Sinne der NS-Ideologie. Politische Gegner wurden ab 1933 in Konzentrationslagern und Gefängnissen interniert, die insbesondere in den Großstädten anteilmäßig bedeutende jüdische Bevölkerung wurde immer stärkeren Diskriminierungen ausgesetzt. Mit dem Auslaufen der Genfer Konvention 1937 endete die rechtliche Sonderstellung der Juden im früheren Abstimmungsgebiet des Regierungsbezirks Oppeln (wohin zuvor zahlreiche ausreisewillige Juden aus dem gesamten Deutschen Reich geflohen waren), die nun ebenfalls von den antijüdischen Gesetzen und Verordnungen getroffen wurden. In der „Kristallnacht“ am 9./10. November 1938 wurden auch in Schlesien Synagogen in Brand gesteckt, Geschäfte jüdischer Eigentümer verwüstet und Tausende von Juden inhaftiert.

Ebenfalls 1938 wurden Ober- und Niederschlesien zu einer Provinz zusammengeschlossen, was auf Parteiebene der Struktur des einheitlichen NSDAP-Gaus Schlesien entsprach. Der

größte Teil des tschechischen Schlesiens wurde 1938 als „Ostsudetenland“ dem Deutschen Reich einverleibt, während Polen den Süden des Teschener Schlesiens annektierte.

Im September 1939 wurde Schlesien zu einem wichtigen Aufmarschgebiet während des deutschen Angriffs auf Polen, für den der fingierte „Überfall auf den Reichssender Gleiwitz“ den Anlass geboten hatte. An den neu geschaffenen Regierungsbezirk Kattowitz wurden östlich kleinpolnische Gebiete angeschlossen, etwa Saybusch/Żywiec, Auschwitz/Oświęcim oder das Dombrowaer Industrierevier/Zagłębie Dąbrowskie. Während des Zweiten Weltkriegs erlebte die Bevölkerung starke Restriktionen. 1940 entstand in den Granitsteinbrüchen des Striegauer Berglands das Konzentrationslager Groß Rosen mit zahlreichen Außenlagern. Im annektierten Ostoberschlesien musste sich die Bevölkerung ab 1941 in der so genannten Deutschen Volksliste nach ethnischen Kriterien kategorisieren lassen. 1941 wurden Nieder- und Oberschlesien wieder zu getrennten Provinzen. Angesichts seiner lange frontfernen Lage wurde Schlesien zum „Reichsluftschutzkeller“, wohin viele Menschen und Güter aus bombenbedrohten Städten und Gegenden des Deutschen Reichs evakuiert wurden. Erst 1944 geriet Schlesien in den Aktionsradius alliierter Bomber. Nach dem Zusammenbruch der deutschen Ostfront erreichten sowjetische Streitkräfte im Januar 1945 den Osten Schlesiens, und bereits Ende Januar war fast ganz Schlesien rechts der Oder besetzt. Aus diesem Gebiet sowie aus der Großstadt Breslau ordneten die NS-Behörden die gewaltsame Evakuierung der dort lebenden deutschen Zivilbevölkerung an. Repressionen, eisige Kälte und schlechte Vorbereitung forderten eine hohe Zahl an Opfern. Das zur „Festung“ erklärte Breslau kapitulierte erst am 6. Mai 1945, nachdem ein großer Teil der Stadt durch Räumungsaktionen der Wehrmacht und aufgrund der Belagerung zerstört worden war.

Auf der Konferenz von Potsdam (Juli/August 1945) wurde das ehemals preußische Schlesien mit Ausnahme des kleinen Gebiets westlich der Lausitzer Neiße (zur Sowjetischen Besatzungszone [SBZ]/Deutschen Demokratischen Republik [DDR]) unter polnische Verwaltung gestellt. Bereits im Mai 1945 hatten jedoch polnische Vorauskommandos mit dem Aufbau einer polnischen Verwaltung begonnen. Waren zwischen Mai und August 1945 bereits viele Deutsche aus Schlesien geflohen bzw. von dort vertrieben worden, erfolgte aufgrund der Potsdamer Beschlüsse ab 1946 eine systematische Zwangsaussiedlung der verbliebenen deutschen Bevölkerung (ca. 1,4 Mio.), die bis 1947/48 andauerte. In Oberschlesien existierten 1945–46 Lager für Deutsche (etwa Lamsdorf/Łambinowice und Schwientochlowitz/Świętochlowice). In Oberschlesien versuchten die polnischen Behörden, viele Einheimische als „Autochthone“ zu halten, die nicht vertrieben wurden, für die aber der Gebrauch der deutschen Sprache stark beschränkt wurde. Nach Abschluss der Ausweisungen hatten Angehörige der deutschen Minderheit die Möglichkeit der Familienzusammenführung und Spätaussiedlung in die DDR bzw. in die Bundesrepublik Deutschland (BRD). Nur eine verhältnismäßig kleine deutsche Minderheit verblieb in Polen, insbesondere in Oberschlesien, ca. 850.000 Autochthone mussten sich einer „Verifizierung“ unterziehen. Aus dem tschechischen Teil Schlesiens wurden die meisten deutschsprachigen Bewohner vertrieben.

Im nunmehr polnischen, stark vom Krieg gezeichneten Schlesien wurden zum Teil so genannte Umsiedler aus den infolge des Hitler-Stalin-Pakts 1939 an die UdSSR gefallenen und nach 1945 bei dieser verbliebenen ehemals ostpolnischen Woiwodschaften, aus Zentral- und Südpolen sowie ehemalige polnische Arbeitsmigranten aus Belgien und Frankreich sowie Siedler aus Bosnien angesiedelt. Nach der „piastischen Idee“ wurde Schlesien als „urpolnisches Land“ oder eines der „wiedergewonnenen Gebiete“ herausgestellt (u. a. „Ausstellung der wiedergewonnenen Gebiete“ in Breslau/Wrocław 1948). Zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen wurde 1950 im Görlitzer Vertrag/Układ zgorzelecki der Grenzverlauf entlang der Lausitzer Neiße anerkannt, auf den die Vereinbarungen des wie-

dervereinigten Deutschlands mit der Republik Polen – der Grenzvertrag vom 17. November 1990 und der Nachbarschaftsvertrag vom 17. Juni 1991 – ebenso Bezug nahmen wie auf den Warschauer Vertrag zwischen der Bundesrepublik und der Volksrepublik Polen vom 7. Dezember 1970. In Schlesien hatten sich nach 1945 zahlreiche bürgerliche Oppositionelle und Angehörige der Heimatarmee/Armia Krajowa (AK) niedergelassen, in den 1950er Jahren setzte sich das kommunistische Regime auch hier durch. In den städtischen Zentren blühte ein neues kulturelles Leben (Hochschulen

und Theater in Breslau, Filmproduktion in Kattowitz und Bielitz). Gleichzeitig begann die Errichtung neuer Industriekombinate in Ober- und Niederschlesien. Bei der Verwaltungsgliederung von 1975 wurden neue, kleinere Woiwodschaften (Hirschberg/Jelenia Góra, Kattowitz/Katowice, Liegnitz/Legnica, Oppeln/Opole, Waldenburg/Wałbrzych, Breslau/Wrocław, Grünberg/Zielona Góra) geschaffen, deren Grenzen nicht mehr denen der alten Landesteile entsprachen und eine stärkere Zentralisierung Polens ermöglichten. Die landesweiten politischen Unruhen (1956, 1968, 1980ff.) wirkten sich auch in Schlesien stark aus, in den 1980er Jahren war Schlesien ein wichtiges Aktionsfeld der politischen Opposition. In ihren Reihen setzte sich bereits damals ein Umdenken hinsichtlich des Umgangs mit dem kulturellen Erbe Schlesiens durch, das nach 1989 zur Geltung kam.

Nach dem Ende des kommunistischen Systems wurde 1990 die in Oberschlesien lebende deutsche Minderheit offiziell anerkannt sowie die Bildung regionaler Vereinigungen ermöglicht. Zugleich artikulierte sich eine schlesische Autonomiebewegung, die sich zwischen der deutschen und der polnischen Kultur positionierte. Der politische Umbruch zog tiefgreifende Reformen in Wirtschaft, Verwaltung und Sozialpolitik nach sich. Gerade in den einst starken Industrieregionen in Oberschlesien, aber auch um Waldenburg/Wałbrzych oder Neurode/Nowa Ruda machten sich Privatisierungen und Firmenschließungen für die Betroffenen schmerzlich bemerkbar. Seit 1999 sind die historischen schlesischen Gebiete im Wesentlichen auf die drei neu eingerichteten Woiwodschaften Niederschlesien (*województwo dolnośląskie*), Oppeln (*województwo opolskie*) und Schlesien (*województwo śląskie*) aufgeteilt; das ehemalige Grünberger Land/Ziemia zielonogórska gehört heute zur Woiwodschaft Lebuser Land/Województwo lubuskie.

Neben den genannten Umstrukturierungen entfaltete eine neue Kulturpolitik erhebliche Aktivitäten für die Pflege des deutschen Anteils am schlesischen Kulturerbe mit all seinen materiellen und geistigen Bestandteilen. Vielfach bildeten sich dadurch neue lokale und regionale Identitäten aus, die sich in einem aktualisierten Verständnis von Schlesien als einer multikulturellen, in seiner Geschichte von mehreren Nationen, ethnischen und religiösen Gruppen geprägten Region bündeln.

Bevölkerung und Gesellschaft

Schlesien erlebte insbesondere im 18.–20. Jahrhundert ein starkes Bevölkerungswachstum, das sich (für die preußische Provinz Schlesien und für Österreichisch-Schlesien) in folgenden Einwohnerzahlen äußert:

Preußische Provinz Schlesien (1742-1945)	
Jahr	**Einwohner**
1742	ca. 1.100.100
1770	1.327.078
1791	1.747.065
1797	1.795.468
1817	1.992.598
1820	2.120.175
1840	2.858.800
1850	3.101.871
1862	3.349.495
1871	3.707.167
1875	3.843.699
1880	4.007.925
1890	4.224.458
1900	4.668.857
1905	4.942.611
1939	4.846.333
Österreichisch-Schlesien (1742-1918)	
Jahr	**Einwohner**
1776	247.064
1804	270.891
1851	438.586
1890	605.649
1900	680.422
1910	756.949

Kultur

Religions- und Kirchengeschichte

Für die katholische Kirche in Schlesien bildete seit seiner Gründung im Jahre 1000 das Bistum Breslau die administrative Grundlage. Es war bis 1821 Suffraganbistum der polnischen Diözese Gnesen/Gniezno. Seit 1100 existierte ein eigenes Domkapitel. Eine Besonderheit bildete die 1290 bestätigte weltliche Herrschaft der Breslauer Bischöfe über die Herzogtümer Ottmachau/Otmuchów und Neisse/Nysa, die ihnen den Titel „Fürstbischöfe“ eintrug. Zentren kirchlicher Gelehrsamkeit und Frömmigkeit waren seit dem Mittelalter zahlreiche über das Land verteilte Klöster (s. o.). Von ihnen gingen nach der Reformation auch wichtige Impulse der katholischen Gegenreformation aus. Sie führte insbesondere in Oberschlesien zu einer durchgreifenden Rekatholisierung von zwischenzeitlich evangelisch gewordenen Gemeinden. 1930 wurde die Diözese Breslau zum Erzbistum erhoben. Die – nach 1945 polnische – Diözese Breslau wurde nach dem Zweiten Weltkrieg neu strukturiert, seit 1972 ist sie wieder Erzbistum.

Evangelische Kirchengemeinden verbreiteten sich seit der Einführung der Reformation vor allem nach dem Augsburger Bekenntnis rasch in ganz Schlesien; daneben existierten aber

auch zahlreiche reformierte Gemeinden. Seit 1817 waren Lutheraner und Reformierte in der Altpreußischen Union (bis 1945) zusammengefasst; viele Altlutheraner, die sich der Union nicht anschließen wollten, emigrierten aus Schlesien nach Übersee. Nach 1945 wurde Breslau zum Sitz eines Bistums der Evangelisch-Augsburgischen Kirche; Gemeinden existieren u. a. in Breslau, Jauer/Jawor, Schweidnitz/Świdnica, Liegnitz/Legnica, Bad Warmbrunn/Cieplice-Zdrój und Brückenberg/Karpacz Górny (Wang). Ein separates Evangelisch-Augsburgisches Bistum hat seinen Sitz in Teschen mit einem traditionell starken Anteil polnischer Protestanten.

Neben den beiden großen Konfessionen waren in Schlesien christliche Sekten überproportional stark vertreten.

Juden lebten nachweislich seit dem 12./13. Jahrhundert in Schlesien; allerdings führten Verdächtigungen nach Pestepidemien und Hasspredigten im Spätmittelalter zur sukzessiven Ausweisung, so dass lediglich die privilegierten Gemeinden in Glogau und Zülz/Biała verblieben. Erst in der preußischen Zeit erhielten Juden Zug um Zug bürgerliche Rechte in Schlesien und ihre Zahl stieg bis 1880 deutlich an, um dann durch Wanderungen nach Berlin, aber auch nach Übersee, wieder zurückzugehen (1791: 9.066, 1817: 16.476, 1880: 52.682, 1913: 46.845). Das 19. Jahrhundert war geprägt von Auseinandersetzungen zwischen reformistischen und orthodoxen Tendenzen innerhalb des schlesischen Judentums. Das 1854 in Breslau gegründete Jüdisch-Theologische Seminar gehörte zu den führenden Einrichtungen seiner Art weltweit. Der Holocaust hat die einst blühende deutsch-jüdische Kultur in Schlesien weitgehend vernichtet. Im polnischen Schlesien existieren heute nur verstreute Gemeinden in größeren Städten.

Besondere kulturelle Institutionen

Bereits seit 1924 strahlte die Schlesische Funkstunde AG (ab 1934: Reichssender Breslau) Radiosendungen aus, später unterstützt durch Sendeanlagen in Gleiwitz/Gliwice und Reichenbach OL. Die Baulichkeiten der Schlesischen Funkstunde in Breslau nutzt seit 1945 das Polskie Radio Wrocław.

Nach dem Zweiten Weltkrieg fand man im niederschlesischen Adelin/Zagrodno evakuierte Bestände des 1817 in Lemberg/Lwów/L'viv von Józef Maksymilian Graf Ossoliński gegründeten National-Instituts Ossolineum/Zakład Narodowy im. Ossolińskich. Seit 1947 hat das Ossolineum seinen Sitz in Breslau im ehemaligen Klostergebäude der Kreuzherren mit dem roten Stern, dem späteren Matthiasgymnasium. Es widmet sich der Erforschung der polnischen Geschichte und Literatur und verfügt über umfangreiche Sammlungen (darunter wertvolle Handschriften, historische Karten, Drucke und Münzen) und eine Bibliothek.

Bildung

In zahlreichen schlesischen Kirchdörfern existierten seit dem Mittelalter und der Frühen Neuzeit Volksschulen, in den Städten kirchliche Lateinschulen, unter denen beispielhaft die bei den Kirchen St. Magdalena (1267) und St. Elisabeth (1293) in Breslau zu nennen sind. Nach der Reformationszeit wurden zahlreiche bisherige Lateinschulen zu Gymnasien ausgebaut. Als prominente adelige Bildungseinrichtung bestand ferner ab 1708 die Ritterakademie zu Liegnitz, die ab 1811 auch bürgerlichen Schülern offen stand.

Nach der preußischen Übernahme Schlesiens galten dort die Grundsätze des preußischen Schulwesens (etwa das General-Landschulregiment von 1763), das seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert von der Aufklärung geprägt war und einer staatlichen Aufsicht unterstand.

Wissenschaftliches Zentrum in Schlesien vor 1945 war die 1811 gegründete Schlesische Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau, entstanden aus der Zusammenlegung der im Jahre 1702 mit Hilfe der Jesuiten in Breslau errichteten Academia Leopoldina und der seit 1506 in Frankfurt (Oder) situierten Universität Viadrina. Sie umfasste fünf Fakultäten (evang. Theologie, kath. Theologie, Recht, Medizin, Philosophie) und zahlreiche Seminare und Institute. Seit 1910 bestand ferner die selbständige Technische Hochschule Breslau. Die Tradition dieser beiden Hochschulen wurde nach 1945 vor allem von den zwangsumgesiedelten Hochschullehrern aus dem ostpolnischen Lemberg/Lwów/Ľviv weitergeführt; das heutige Breslau gehört zu den bedeutendsten Hochschulstandorten Polens. Neuere Gründungen sind die Universitäten Oppeln, Kattowitz und Grünberg sowie die Technische Universität Gleiwitz.

Alltagskultur

Die soziale und wirtschaftliche Lage der ländlichen, von den Grundherren abhängigen Unterschichten Schlesiens im 18./19. Jahrhundert war schlecht. Bessere Lebensbedingungen hatten nur wenige freie Bauern und Kolonisten im Odertal, die von grundherrlichen Lasten befreit waren bzw. für die Sonderregelungen galten. Infolge der Bauernbefreiung konnte eine große Bevölkerungsgruppe ihren Grundbesitz nicht halten und musste in der Hausindustrie (Weberei) und als Landarbeiter ihr Auskommen suchen; andere wanderten saisonal oder dauerhaft ab (als Dienstboten v. a. nach Berlin, als Industriearbeiter ins Ruhrgebiet). Die Missstände galten erst im 20. Jahrhundert als überwunden.

Hinsichtlich der Hausformen dominierte in Niederschlesien das Querdielenhaus, bei größeren Höfen eine Vierseitanlage, sowie als Siedlungsform Reihen- und Waldhufendörfer. Im Riesengebirge waren die Bauden mit weit herabgezogenem Dach verbreitet; auf engstem Raum boten sie Platz für bis zu 15 Personen und die Verarbeitung eigener Produkte (Milch, Wolle). Landarbeiterfamilien waren auf den Gütern nach ca. 1800 in Mehrfamilienhäusern mit Gemeinschaftskochstellen und meist nur zwei Räumen pro Familie ebenfalls sehr beengt untergebracht. Hausrat, Möbel, Kleidung, Wandschmuck und andere Sachgüter waren meist entsprechend unzureichend.

So genannte Trachten als gruppengebundene Kleidung ländlicher Bevölkerung setzten einen gewissen Wohlstand zur Aneignung städtischer Kleidungselemente voraus und waren deshalb nur in Dörfern mit wohlhabenderer Bevölkerung anzutreffen; in Adaptation adeliger und städtischer Moden gab es im 19. Jahrhundert Frauentrachten mit Rock und Mieder, Haube und Umschlagtüchern, bei den Männern (Leder-)Hosen, Stiefel, Hemd, Weste, langschößige Jacken und Hut. Anfang des 20. Jahrhunderts waren die örtlichen Trachten längst im Schwinden, lediglich als Markenzeichen bestimmter Berufsgruppen (Dienstmädchen, Händler) konnten sich einzelne Trachten(-elemente) noch halten, bis sie im Zuge zunächst bürgerlich-romantischer, später auch nationaler Idealisierung einen besonderen Wert erhielten und schließlich ab ca. 1920 Objekte gezielter Volkstumspflege wurden.

Auch die Nahrungsgewohnheiten waren durchgängig vor allem vom Mangel geprägt. Im 18. Jahrhundert waren Suppen, Getreidebreie und Kraut alltägliche Speisen; Fleisch gab es für die Unterschichten praktisch gar nicht. Im 19. Jahrhundert setzte sich zunehmend das Roggenbrot – mit Butter, Mus oder Sirup bestrichen – durch, die warme Mahlzeit bildete entweder eine (Mehl-)Suppe, Kraut/Kohl, Kartoffeln mit saurer Milch u. ä. Bis zur Mitte des 19. Jahrhundert wurde die Kartoffel wichtigstes Grundnahrungsmittel. Als Getränk diente zunächst Dünnbier, das später durch Getreide- oder Zichorienkaffee ersetzt wurde. Der Konsum von billigem Branntwein war erheblich. Aus den wohlhabenderen Bauerndörfern Niederschlesiens ist auch Luxuskonsum überliefert (Bohnenkaffee, Wein, Fleisch, Feingemüse u. a.). Das galt auch für das städtische Bürgertum; die Nahrungsgewohnheiten der Ar-

beiter dort glichen denen der ländlichen Unterschichten, wobei letztere oftmals in bescheidenem Umfang Selbstversorgung betreiben konnten. Gerichte, die heute als schlesische Spezialitäten gelten wie Mohn- und Hefeklöße, Streuselkuchen, Karpfen mit Kraut, Kartoffelsalat und Weißwurst bzw. das „Schlesische Himmelreich“, stammen überwiegend aus dem späteren 19. Jahrhundert und waren zunächst entweder Festtagsgerichte oder den Wohlhabenden vorbehalten.

Auch in Schlesien waren Bräuche vor allem an kirchliche Feste, das Arbeitsleben und den Lebenslauf gebunden. Sie dienten der Demonstration von Zusammengehörigkeit und Ausgrenzung, dem kurzfristigen Ausgleich sozialer Ungleichheiten (Heischebräuche), der Kontaktanbahnung zwischen den Geschlechtern sowie der Markierung lebensgeschichtlich wichtiger Übergänge (rites de passage). Zu den bekannteren, in Oberschlesien bis zum Ende des 20. Jahrhunderts nachweisbaren Bräuchen zählt das so genannte Todesaustragen am Sonntag Laetare; teilweise war dieser auch als Sommersingen bezeichnete Brauch mit einem Heischegang verbunden. Die Einsegnung am ersten Geburtstag eines Kindes war bei katholischen Oberschlesiern verbreitet und galt wegen der hohen Säuglingssterblichkeit bis ins 20. Jahrhundert gleichsam als zweite Taufe.

Populäre Erzähl- und Lesestoffe standen in Bezug zur oben umrissenen Lebenswirklichkeit der Menschen. Die sozial-disziplinierende Funktion von Droh- und Strafgeschichten ist ebenso offensichtlich wie die kompensatorische Funktion von Geschichten über sagenhafte Schatzfunde, die angeblich aus dem materiellen Elend erlösten. Zur schlesischen Identifikationsgestalt wurde im 19. Jahrhundert der Berggeist Rübezahl. Neben der mündlichen Überlieferung und in wechselseitiger Durchdringung standen verschiedene gedruckte Medien wie Andachtsbilder, Flugblätter, im 18. Jahrhundert auch die so genannten Volksbücher, im 19. Jahrhundert schließlich erreichten Zeitungen und Kalender breitere Bevölkerungskreise. In den 1920er/1930er Jahren begann der Siegeszug des Rundfunks, dem in der politisch umkämpften Grenzregion besondere Bedeutung zukam.

Niederschlesien links der Oder gehörte ab dem Ende des 13. Jahrhunderts zum Verbreitungsgebiet schlesischer Mundarten, die dem Ostmitteldeutschen zugerechnet werden und in Lexik und Phonetik zahlreiche Anklänge an das Polnische bzw. Tschechische aufweisen. Die Bedeutung der Mundart nahm im 19. Jahrhundert in größeren Städten zugunsten des Hochdeutschen kontinuierlich ab, in ländlichen Gebieten blieb das Schlesische bis in die Zwischenkriegszeit hinein verbreitet. In Oberschlesien war neben oberschlesischen Varianten des Mitteldeutschen das Polnische in der Form des ebenfalls als Schlesisch (po ślonsku), „Wasserpolnisch“ bzw. Schlonsakisch bezeichneten Dialekts verbreitet, das vor allem auf dem Land und in der städtischen Arbeiterschaft gesprochen wurde und zahlreiche Entlehnungen aus dem Deutschen aufweist. Seit 1989 erlebt das Schlesische als Ausdruck regionaler Identität und Eigenständigkeit eine kleine Renaissance. H. K.

Kunst

Dieser Abschnitt befindet sich noch in Bearbeitung.

Musik

Dieser Abschnitt befindet sich noch in Bearbeitung.

Literatur

Die Anfänge der Literatur in Schlesien sind in lateinischer und mittelhochdeutscher religiöser Dichtung zu finden. Überliefert sind Psalmen, Mariengrüße und -klagen sowie eine reiche, vielfach eigenständige Fachprosa. Im „Liber fundationis claustri Sancte Marie Virginis in Henrichow“ (Heinrichauer Gründungsbuch/Księga Henrykowska; 1268–72) ist der erste

polnische Satz überliefert („Daj, ać ja pobruszę, a ty poczywaj!“ – Lass mich mahlen, und du ruh’ dich aus!). Verbreitet waren auch Spielmannsepik sowie die Legende der hl. Hedwig. Minnedichtungen von Heinrich von Pressela (Breslau) und die von Herzog Bolko I. in Auftrag gegebene „Kreuzfahrt des Landgrafen Ludwig des Frommen von Thüringen“ (Anfang 14. Jahrhundert) deuten auf ein eigenes literarisches Leben in Schlesien hin.

Mit dem Buchdruck ab 1475 in Breslau begann auch in Schlesien eine literarische Entwicklung, die mit dem wirtschaftlichen Erstarken des städtischen Patriziats und der Reformation zusammenfiel. Zunächst waren es religiöse Schriften, die mehrfach nachgedruckte Hedwigslegende (Baumgarten 1504) sowie Gesangbücher (Dyon 1525), die Schlesien als Literaturlandschaft prägten. Wesentliche Impulse gewann Schlesien durch bedeutende, seit dem Mittelalter bestehende Gymnasial- und Privatbibliotheken. Erwähnenswert ist auch der polnische Buchdruck, etwa die Schriften des aus Kreuzburg O.S./Kluczbork stammenden Pfarrers Adam Gdacjusz (Gdacius) aus der Offizin Johann Christoph Jakobs in Brieg/Brzeg.

Herausragend sind die humanistischen Landeskunden von Barthomoläus Sthenus (um 1513) und Nicolaus Henel von Hennenfeld (1613). Daneben blühte in Schlesien die panegyrische lat. Dichtung, meist zum Lob Breslaus.

Entscheidend für die gesamte deutsche Literatur wurde Martin Opitz mit seiner Poetik „Buch von der deutschen Poeterey“ (1624), in der er analog zu den volkssprachlich hochstehenden Dichtungen in Italien, Frankreich und England eine Literatur in deutscher Sprache forderte. Durch Lyriker und Dramatiker wie Daniel Czepko, Friedrich von Logau, Andreas Gryphius, Christian Hoffmann v. Hoffmannswaldau, Daniel Casper von Lohenstein wurde Schlesien bis etwa 1700 zu einem Zentrum deutscher Dichtung. Die lange übliche Gliederung schlesischer Dichtung in „Dichterschulen“ ist methodisch überholt. Der Übergang vom Barock zur Frühaufklärung, Anakreontik und Erlebnisdichtung wurde durch die Dramen Johann Christian Hallmanns, die Anthologie von Benjamin Neukirch und die Gedichte Johann Christian Günthers vollzogen.

Schlesischen Dichtern des 18. Jahrhunderts gelang der Sprung in die überregionale Bedeutung nicht. Weitere Verbreitung fand nur die Lyrik Anna Louisa Karschs.

Nach 1800 bündelte Joseph von Eichendorff romantische Themen und Stoffe und wurde durch seinen eingängigen und zugleich seelische Tiefe vermittelnden Stil zu einem bis heute rezipierten Dichter. Gustav Freytag war mit historischen Romanen sehr erfolgreich, kam aber durch seine stereotype Charakterisierung polnischer und jüdischer Figuren zu stark vereinfachten „Kulturbildern“.

Zwischen Naturalismus, Adaption griechischer Klassik und Wissenschaft bewegten sich Gerhart und Carl Hauptmann. Für den Expressionismus setzten Max Herrmann-Neisse, Georg Heym und Kurt Heynicke Maßstäbe, die politische Literatur wurde durch Alfred Hein, Arnold Zweig und Franz Jung repräsentiert. Landschaft und Gesellschaft Oberschlesiens wurden etwa durch Valeska von Bethusy-Huc, Hans Marchwitza, Hans Niekrawietz und August Scholtis beschrieben.

Nach 1945 waren es Heinz Piontek, Dagmar Nick, Horst Bienek, Hans Lipinsky-Gottersdorf u. a., die sich mit dem Verlust der Heimat literarisch auseinandersetzten.

Bis heute ist Schlesien sowohl in Romanen (Christoph Hein, Theodor Buhl) als auch in Reiseberichten (Roswitha Schieb) literarisches Thema. Auch für die polnische Literatur wird

Schlesien entdeckt (z. B. Tadeusz Różewicz, Marek Krajewski, Olga Tokarczuk, Henryk Waniek). D. H.

Gedächtnis- und Erinnerungskultur

Bereits in der deutschen und polnischen Chronistik des 16. Jahrhunderts wurde die Frage der „germanischen“ und „slawischen“ Prägung der Ureinwohnerschaft und Erstbesiedlung Schlesiens zwischen Deutschen und Polen kontrovers dargestellt. Aus dem Indigenat wurde jeweils ein Besitzrecht für die entsprechende Nation abgeleitet. Seit der Reformation waren die Geschichtsdeutungen geprägt von protestantischen und katholischen Positionen, die nach 1741 in eine protestantisch-preußische bzw. katholisch-habsburgische Sichtweise übergingen.

Seit dem 19. Jahrhundert wurden in der regionalen Geschichtskultur deutsche nationale Aspekte überbetont und von Geschichtswissenschaft und Publizistik eine „Bollwerk-Funktion“ des Landes herausgestellt, während auf polnischer Seite (insbesondere im Zuge der Auseinandersetzung um Oberschlesien) die historisch-kulturellen Bezüge zur polnischen Kultur und zum polnischen Staat betont wurden.

Die Erinnerungskultur in der Bundesrepublik Deutschland stand anfangs in einer nationalistischen Kontinuität; in Kreisen der Wissenschaft setzte sich erst ab den 1970er Jahren ein modernisiertes Bild Schlesiens durch. In landsmannschaftlichen Kreisen werden traditionelle Erinnerungsmuster bis heute weiter kultiviert.

Im kommunistischen Polen wurde nach 1945 die Rückkehr Schlesiens zum „piastischen Mutterland“ gefeiert und Schlesien als Teil der „wiedergewonnenen Gebiete“ in die nationale Erinnerung integriert; entsprechend wurden in der Erinnerung polnische Aspekte in den Vordergrund gerückt. Dennoch setzte im Schatten der offiziellen Propaganda bei vielen Menschen bereits ein mentaler Wandel ein, der sich nach 1989 auch geschichtspolitisch als beziehungsgeschichtliches Paradigma artikulierte.

In der regionalen Gedächtniskultur spielten und spielen die Erinnerungen an militärische Auseinandersetzungen in Schlesien stets eine große Rolle: etwa die vergebliche Belagerung von Nimptsch/Niemcza durch Kaiser Heinrich II. (1017), die „Mongolenschlacht“ auf der Wahlstatt/Legnickie Pole bei Liegnitz (1241), die friderizianischen Schlachten bei Mollwitz/Małujowice (1741), Hohenfriedberg/Dobromierz (1745) und Leuthen (1757), der preußische Sieg über die napoleonischen Truppen an der Katzbach (1813) oder die Kämpfe um die „Festung Breslau“ (1945). Ein weiteres Element der regionalen Memoria sind 13 Nobelpreisträger mit schlesischen Wurzeln. M. W.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Ernst Badstübner, Dietmar Popp, Andrzej Tomaszewski, Dethard von Winterfeld (Hg.): Dehio-Handbuch der Kunstdenkmäler in Polen. Schlesien. München 2005 [polnische Version: Zabytki sztuki w Polsce – Śląsk. Warszawa 2006].
- Joachim Bahlcke (Hg.): Schlesien und die Schlesier. München 1996 (Studienbuchreihe der Stiftung Ostdeutscher Kulturrat 7).
- Norbert Conrads: Schlesien. Berlin 1994 (Deutsche Geschichte im Osten Europas).
- Marek Czapliński, Elżbieta Kaszuba, Gabriela Wąs, Roscisław Żerelik: Historia Śląska. Wrocław 2002 (Acta Universitatis Wratislaviensis 2364).
- Dan Gawrecki u. a.: Dějiny Českého Slezska 1740–2000 (2 Bde.). Opava 2003.
- Arno Lubos: Geschichte der Literatur Schlesiens (3 Bde.). München 1960–1974.

- Piotr Pregiel, Tomasz Przerwa: Dzieje Śląska. Wrocław 2005.
- Hugo Weczerka: Schlesien. Handbuch der historischen Stätten. Stuttgart 1977.

Weblinks

Wichtige Literatur, Zeitschriften, Abbildungen und gedruckte Quellen zur Kultur und Geschichte Schlesiens finden sich in den regionalen Digitalen Bibliotheken:

- Dolnośląska Biblioteka Cyfrowa [Niederschlesische Digitale Bibliothek]: http://www.dbc.wroc.pl/dlibra
- Śląska Biblioteka Cyfrowa [(Ober-)Schlesische Digitale Bibliothek]: http://www.sbc.org.pl/dlibra.html
- Cyfrowy Dolny Śląsk [Digitales Niederschlesien]: http://jbc.jelenia-gora.pl/dlibra
- *Ortsnamenverzeichnis* (deutsch-polnisch und umgekehrt): http://www.genealogienetz.de/reg/SCI/orte-d.html
- *Niederschlesisches Bildarchiv* im Herder-Institut, Marburg: http://www.herder-institut.de/startseite/sammlungen/bilder/bestaende/bestaende/niederschlesisches-bildarchiv.html

Museen:

- Schlesisches Museum zu Görlitz: http://www.schlesisches-museum.de/
- Museum für schlesische Landeskunde, Königswinter-Heisterbacherrott: http://www.hausschlesien.de/
- Oberschlesisches Landesmuseum Ratingen-Hösel: http://www.oberschlesisches-landesmuseum.de/
- Muzeum Narodowe we Wrocławiu [Nationalmuseum Breslau]: http://www.mnwr.art.pl/
- Muzeum Śląska Opolskiego [Museum des Oppelner Schlesiens]: http://www.muzeum.opole.pl/
- Muzeum Śląskie w Katowicach [Schlesisches Museum Kattowitz]: http://www.muzeumslaskie.pl/
- Muzeum Śląska Cieszyńskiego [Museum des Teschener Schlesiens]: http://www.muzeumcieszyn.pl/
- Slezské muzeum v Opavě [Schlesisches Landesmuseum Troppau]: http://www.szmo.cz/

Zitation

Detlef Haberland, Heinke Kalinke, Matthias Weber, Tobias Weger: Schlesien. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2011. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54153.html (Stand 10.10.2014).

Schönhengstgau (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Schwäbische Türkei → Transdanubien/Schwäbische Türkei

Siehe Transdanubien/Schwäbische Türkei

Schwarzmeergebiet

1. Toponymie, staatliche und regionale Zugehörigkeit des Schwarzmeergebietes

Infolge der beiden erfolgreichen Türkenkriege der Zarin Katharina II. (1768–1774, 1787–1792) und der Annexion des Krim-Chanats (1783) dehnte sich Russland schrittweise in breiter Front, zwischen dem Dnister und dem Kuban, bis zum Schwarzen Meer aus. Die neu erworbenen Gebiete "Neurusslands" (russ. *Novorossija*) wurden im Jahre 1802 in die Gouvernements (russ. *gubernija*) Cherson, Taurien/Tavrija und Jekaterinoslaw/Ekaterinoslav gegliedert. Die 1919 geschaffene Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik (URSR) ersetzte die Gouvernements durch kleinere Gebiete (*oblast'*), die nach den jeweiligen Verwaltungssitzen benannt wurden. Die Halbinsel Krim wurde allerdings als Autonome Sozialistische Sowjetrepublik Krim (*Kryms'kaja ASSR*) der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) und erst 1954 der URSR eingegliedert. Zusammenfassend werden die Gebiete auf dem Territorium des ehemaligen Neurussland als "Südukraine" (ukr. *Pivdnja Ukraïni*) oder auch als nördliches bzw. nur als "Schwarzmeergebiet" (ukr. *Pivničnoe Pryčornomor'e*) bezeichnet, wörtlich übersetzt "Am Schwarzen Meer".

2. Geographie des Schwarzmeergebietes

Das fast waldlose Flachland der Südukraine besteht im Norden aus fruchtbaren Schwarzerden, die für die Landwirtschaft besonders gut geeignet sind, und geht nach Süden in Lehmböden über. Allerdings können extreme Temperaturschwankungen und ausbleibende Niederschläge die Erträge schmälern. Große (Dnjepr) und kleinere Flüsse durchqueren die Region von Nord nach Süd zum Schwarzen und Asowschen Meer. Ein Zentrum der Schwerindustrie ist das Donec-Becken. Die Küste am Krimgebirge (ukr. *Kryms'ki Gory*) mit subtropischem Klima ist ein beliebtes Urlaubsgebiet.

3. Geschichte und Kultur der Schwarzmeerdeutschen

Bezeichnungen

In Neurussland wurden vor allem Ukrainer und Russen, aber auch Ausländer und unter ihnen deutsche "Kolonisten" angesiedelt. Sie werden als Schwarzmeerdeutsche (russ. *pričernomorskie nemcy*) im engeren Sinn bezeichnet; zu den Schwarzmeerdeutschen im weiteren Sinn werden auch die Deutschen Bessarabiens und des Dongebiets gerechnet. Je nach staatlicher Zugehörigkeit wird auch von Ukraine- bzw. Russlanddeutschen gesprochen. Zum Zeitpunkt der ersten russischen Volkszählung im Jahre 1897 hatte sich die Zahl der Deutschen in den drei neurussischen Gouvernements von 72.000 im Jahre 1844 auf 283.000 Personen bzw. auf knapp 5 % der Gesamtbevölkerung erhöht.[1] Die Volkszählung von 1926 ergab 330.000 Deutsche in der Südukraine und auf der Krim, dem ehemaligen Neurussland.[2] Die umstrittene Volkszählung von 1939, bei der die Bevölkerungsverluste durch Hungertod und Terror verborgen werden sollten, gab ihre Zahl mit 364.000 Personen an.[3]

Einwanderung

Die russische Regierung lockte die ausländischen Siedler durch eine Reihe von Privilegien: Reisegelder, Einrichtungsdarlehen, einen "Landanteil" von meist 60 Desjatinen (1 Desjatine = 1,1 Hektar, weiter D.), eine zehnjährige Steuerfreiheit und die Freiheit von der Rekrutenpflicht. Weder eine gemeinsame Herkunft noch Konfession verband die deutschen Einwanderer, die sich seit 1786 in der südrussischen Steppe und auf der Krim niederließen. Die ersten Siedler verließen zur Regierungszeit Katharinas II. (1762–1796) Danzig/Gdańsk und den Werder. Die meisten von ihnen waren Mennoniten, die eine Anzahl von Dörfern, sog. "Kolonien" - das "Gebiet" Chortica - am Dnjepr, südlich von Jekaterinoslaw/Ekaterinoslav (heute Dnipropetrovs'k) gründeten. Die großen Gruppen mennonitischer Einwanderer der

Jahre 1804–1806 in der Regierungszeit Alexanders I. (1801–1825) und die kleineren in den folgenden Jahrzehnten wurden dagegen in das Gouvernement Taurien dirigiert und legten ihre Dörfer östlich des Flusses Molotschna an, der in das Asowsche Meer fließt.



Die Siedlungsgebiete der deutschen Kolonisten und der Balkansiedler in Neurussland und Bessarabien etwa 1848. [D. Brandes: Von den Zaren adoptiert, © BKGE]

In den Jahren 1803/04 und 1808/09 folgten größere Partien von Lutheranern, Reformierten und Katholiken aus dem Südwesten und Westen Deutschlands, dem Elsass und der Schweiz der Einladung der russischen Regierung. Ihre Dörfer verteilten sich auf das Westufer der Molotschna, das Hinterland von Odessa/Odesa, den unteren Dnjepr und die Krim. Chiliastische Hoffnungen und wirtschaftliche Not bewogen eine große Zahl von Württembergern, sich in den Jahren 1816–1818 auf den Weg zum Berg Ararat im Kaukasus zu machen. Ein Teil dieser Einwanderer akzeptierte aber das Angebot der Regierung, in Neurussland und Bessarabien zu bleiben. Lutherische und katholische Emigranten aus Westpreußen, Baden und Hessen erhielten in den Jahren 1823–1842 Land nördlich von Mariupol/Mariupol'. Schließlich stellten Lutheraner etwa die Hälfte, Katholiken und Mennoniten jeweils knapp ein Viertel der deutschen Siedler.[4] Mit den großen E

inwandererwellen, die die Werber Katharinas II. und Alexanders I. ausgelöst hatten, erhielt auch das neu gegründete Odessa einen Grundstock deutscher Handwerker und Kaufleute. Bis 1897 stieg deren Zahl durch Zuzug aus den Kolonien der Umgebung auf 10.248 Personen. In ihrem Besitz befanden sich zahlreiche Fabriken und Handwerksbetriebe; sie trafen sich in ihren Kirchen und Vereinen und schickten ihre Kinder zum Teil auf deutsche Schulen.

Wirtschaftliche Entwicklung

Aufgrund ihres größeren Startkapitals und ihrer besseren landwirtschaftlichen Kenntnisse machten die Mennoniten am Ostufer der Molotschna schnellere Fortschritte als ihre Chorticaer Glaubensbrüder und als die Lutheraner und Katholiken auf der anderen Seite des Flusses, von denen rund die Hälfte in ihrer alten Heimat ein Handwerk ausgeübt und die letzten Ersparnisse auf der Fahrt nach Russland verbraucht hatte. Mit ihren Pferden und mit den deutschen Geräten und Leiterwagen, die sie mitgebracht hatten und bald selbst anfertigten, konnten sie effektiver arbeiten als ihre Nachbarn. Für den wirtschaftlichen Fortschritt sorgte zudem ein landwirtschaftlicher Verein, der alle Mennoniten zur Vierfelderwirtschaft mit Fruchtwechsel und Brache verpflichtete und der die Schafzucht durch die Verteilung von

Merinoschafen förderte. 1875 widmeten die Mennoniten durchschnittlich die Hälfte ihres Landanteils dem Ackerbau. Früher als alle anderen Bauern Neurussland benutzten sie mehrscharige Pflüge und später auch Sä-, Mäh- und Dreschmaschinen.

Die lutherischen und katholischen Kolonisten brauchten länger, bis sie sich an die Lebensbedingungen in der Steppe gewöhnt hatten. Mangel an Nahrung und sauberem Wasser sowie das Leben in ärmlichen Behausungen kosteten in den ersten Jahren viele Kolonisten die Gesundheit oder gar das Leben. In den 1820er Jahren fraßen Schwärme von Heuschrecken die Felder leer. 1833 erlebte Neurussland eine totale Missernte, der eine weitere schlechte Ernte folgte. Die guten Ernten der nächsten Jahre verhalfen den Kolonien jedoch zu einem wirtschaftlichen Aufschwung, zumal der russische Weizen inzwischen einen stabilen Absatzmarkt in Westeuropa gefunden hatte. Allerdings schwankten die Ernteergebnisse auch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in extremem Maße.

Seit dem Krimkrieg (1853–1856) errichteten deutsche Kolonisten Dampfmühlen in ihren Dörfern, den Hauptstädten der neurussischen Gouvernements und den Zentren der Kreise. In Jekaterinoslaw/Ekaterinoslav (heute Dnipropetrovs'k) gehörte mehr als die Hälfte der Mühlen Mennoniten. Deutsche Dorfhandwerker nutzten die gestiegene Nachfrage nach landwirtschaftlichen Geräten und Wagen und verkauften sie seit den 1850er Jahren nicht nur an ihre Landsleute, sondern auch an andere Nationalitäten. Als die Regierung den Import von Eisenwaren mit hohen Zöllen belegte, stieg die heimische Produktion von Landmaschinen. Neurussland übernahm die Führung vor den westlichen und baltischen Provinzen und erhöhte seinen Anteil an der Herstellung landwirtschaftlicher Geräte und Maschinen im Russischen Reich auf fast 50 % im Jahre 1911. Die Werkstatt des ehemaligen Schmiedes Höhn in Odessa entwickelte sich zum größten Pflughersteller des Reiches mit 1.200 Arbeitern. Weitere Landmaschinenfabriken wurden in deutschen Kolonien oder nahegelegenen Städten wie Alexandrowsk/Aleksandrovsk (heute Zaporižžja) und Jekaterinoslaw aufgebaut.

Landnot, Landkäufe und Migration innerhalb des Russischen Reiches

Da eine Realteilung des staatlichen Landanteils durch Gesetz ausgeschlossen war, wuchs die Zahl der Kolonisten, die kein Land geerbt hatten. 1857 gab es in Neurussland 7.007 Familien mit und 3.600 Familien ohne Land. Ein Teil der Landlosen behalf sich damit, bei den erbberechtigten Brüdern oder in der Umgebung ein Stück Land zu pachten. Andere übten ein Handwerk aus, ohne auf den Kolonisten-Status zu

verzichten. Mitte der 1860er Jahre eskalierte der Konflikt zwischen den "Wirten" und den Landlosen besonders im Gebiet der Molotschnaer Mennoniten, sodass schließlich die Regierung zu Gunsten der Landlosen eingriff. Sie erhielten erstmals Stimmrecht in den Gemeinden. Das Reserveland sollte in Halb- und Viertelwirtstellen von 30 bzw. 12–15 D. geteilt werden.

Für Landkäufe standen den Kolonisten die Pachteinnahmen aus den aufgelassenen Bezirksschäfereien und Kredite der Waisenkassen zur Verfügung. 1869 stimmte der Domänenminister dem Vorschlag eines südrussischen Kolonistenkongresses zu, in jedem Bezirk "Waisen-, Leih- und Sparkassen" einzurichten. Die "Mutterkolonien" versuchten, ihre finanzielle Belastung zu verringern, indem sie von den Aussiedlern einen Eigenbeitrag verlangten und das Land der Tochterkolonien bei den Provinzialbanken versetzten, wofür diese meist bereit waren, einen Kredit in Höhe von zwei Dritteln der Kaufsumme zu gewähren.

Nach dem Krimkrieg (1853–1856) wanderten viele muslimische Tataren und mit ihnen verwandte Nogajer nach Anatolien aus und nach der Befreiung Bulgariens zogen bulgarische Kolonisten in ihre frühere Heimat. Einzelne deutsche Kolonisten, Siedlergenossen-

schaften und Gemeinden konnten jetzt das Land der verlassenen Aule und Dörfer billig kaufen.

Bis 1890 gründeten deutsche Kolonisten 339 Dörfer auf eigenem und 194 Weiler auf Pachtland. Im Gouvernement Jekaterinoslaw hatte sich der Landbesitz der deutschen Kolonisten verdreifacht und in den Gouvernements Cherson und Taurien verdoppelt.[5] Bei 89 % der deutschen Privatbesitzer handelte es sich um ehemalige Kolonisten. Einzelpersonen, Siedlergenossenschaften und Kolonien hatten im Jahre 1890 außerdem von Gutsbesitzern 415.000 D. in Pacht. Die meisten Güter lagen in der Nachbarschaft der Mutterkolonien und in jenen Gebieten, die die Tataren und Nogajer verlassen hatten. In den 1890er Jahren verlangsamte sich die Zunahme des deutschen Grundbesitzes in Neurussland, da die Kolonisten begannen, billigeres Land in anderen Provinzen des Reiches zu kaufen.

Neurussische Kolonisten wanderten nämlich seit den 1860er Jahren weiter nach Osten und legten Dörfer im Land der Donkosaken, im Gouvernement Stawropol und im Terek-Gebiet an. In den 1890er Jahren entstanden auch in den Gouvernements Samara und Orenburg die ersten mennonitischen Tochterkolonien. In den asiatischen Teil des Reiches zogen Mennoniten erstmals unter der Führung von zwei chiliastisch gesinnten Predigern. Nach der Jahrhundertwende gründeten Aussiedler aus den neurussischen Siedlungsgebieten Dörfer in der Steppe zwischen Omsk und Tomsk.[6]

Verlust der Privilegien

Nach der Aufhebung der Leibeigenschaft (1861), der Einführung der *Zemstva* (der Selbstverwaltungsorgane in den Kreisen und Gouvernements) und der Justizreform war eine Angleichung des Kolonistenstatus an denjenigen der übrigen Bauern überfällig. Durch ein Gesetz vom 4. Juni 1871 wurden die Schwarzmeerkolonien der allgemeinen Verwaltung unterstellt. Bis dahin hatten sie der Aufsicht eines "Fürsorgekomitees für die Kolonisten Südrusslands" (russ. *Popečitel'nyj komitet o kolonistach južnogo kraja Rossii*) unterstanden. Die Regierung kam den ehemaligen Kolonisten, die in "Siedler-Eigentümer" (russ. *poselency-sobstvenniky*) umgetauft wurden, so weit entgegen, dass sie ihre Siedlungen zu deutschen Gemeindeverbänden (*volosti*) zusammenfasste und nur kleine Einzeldörfer andersnationalen *volosti* anschloss. Außerdem achtete sie darauf, die bewährten kommunalen Einrichtungen der Kolonisten wie die Waisenkassen zu erhalten. Ihre Akten und Korrespondenz mussten die deutschen Gemeinden seit der Reform in russischer Sprache abfassen. Von 1874 an wurden die Siedler-Eigentümer zum Militärdienst eingezogen. Das Gesetz von 1871 räumte den Bauern das Recht ein, sich mit Zweidrittelmehrheit für den Übergang vom Gemeinde- zum Einzelbesitz zu entscheiden – bis dahin wurde das Ackerland der Gemeinden in regelmäßigen Abständen neu verteilt. Als nur wenige Gemeinden von dieser Möglichkeit Gebrauch machten, verwandelte die Regierung im Jahre 1886 die Bodensteuer (*obrok*) in Ablösungszahlungen.

Als die russische Regierung die Privilegien der Kolonisten aufhob, suchten Kanada und die Vereinigten Staaten von Amerika, aber auch Brasilien Siedler für neu erschlossene Provinzen. Besonders die angekündigte allgemeine Wehrpflicht beunruhigte die deutschen Kolonisten, vor allem die Mennoniten; ungefähr 15.000 Mennoniten emigrierten nach Nordamerika, während sich die übrigen zu einem Ersatzdienst in Forstkommandos verpflichteten. Zur gleichen Zeit verließen auch lutherische Schwarzmeerdeutsche das Russische Reich.

Kirche und Schule

Die Fürsorgeverwaltung verpflichtete die Geistlichen und die Schulzen, die Kolonisten "zur Frömmigkeit, zum Kirchenbesuch an Sonn- und Feiertagen, zum Beten und zum Empfang

des Abendmahls zu ermahnen". Die geistliche Versorgung der deutschen Gemeinden ließ viel zu wünschen übrig. Die meisten deutschen Dörfer erhielten nur einige Male im Jahr den Besuch ihres Pastors, der in der Regel mehrere, oft weit voneinander entfernt liegende Dörfer zu betreuen hatte. In vielen protestantischen Gemeinden bildeten sich pietistische Gemeinschaften, die sich zu "Stunden" trafen. Die katholischen Kolonien wurden überwiegend von polnischen und litauischen Geistlichen betreut. Mangelhafte Sprachkenntnisse begrenzten ihren Einfluss in der Gemeinde. Erst 1857 wurde ein geistliches Seminar in Saratow/Saratov gegründet, das deutsche Priester für die Kolonien ausbildete.

In protestantischen Gemeinden übten die Schulmeister zugleich das Amt des Küsters aus. Der Unterricht in der Dorfschule bereitete die Jugendlichen in erster Linie auf die Konfirmation bzw. Firmung vor. Wenn die Jugendlichen die Schule verließen, konnten die wenigsten schreiben und rechnen. Viele Eltern schickten ihre Kinder so unregelmäßig zur Schule, dass im 1. Propstbezirk (um Odessa) "jedes Kind während der vorgeschriebenen sechs Schulmonate von je 15 Tagen 9 versäumt[e]".[7]

Die Mennoniten wollten eine Gemeinschaft bewusster Christen sein. Ihre Tradition, die "Welt" zu meiden und die Übernahme weltlicher Ämter abzulehnen, konnten sie in den geschlossenen Gemeinden Neurusslands nicht aufrechterhalten: Mennoniten wurden zu Schulzen gewählt, denen die Behörden Herrschafts- und Strafgewalt über ihre Glaubensbrüder verliehen.

Auf Initiative der Regierung wurden seit 1834 "Zentralschulen" errichtet, die Kolonisten-Kinder zu Schulmeistern und Gemeindeschreibern heranbilden und die Kenntnis der russischen Sprache verbreiten sollten. In größeren Gemeinden wurden neben weiteren Zentral- auch Zemstvo-Schulen und später Gymnasien errichtet. Das Interesse der Kolonisten an der Ausbildung ihrer Kinder in staatlich anerkannten weiterführenden Schulen stieg nach der Einführung der Wehrpflicht, da Absolventen solcher Lehranstalten eine Reduktion der Wehrdienstzeit eingeräumt worden war. Die Zentralschulen wurden in den 1880er Jahren, die Kirchenschulen zu Beginn der 1890er Jahre russifiziert. Nur noch Deutsch und Religion sollten in der Muttersprache unterrichtet werden. Nach der Revolution von 1905 erlaubte die Regierung, die Kinder in den ersten beiden Schuljahren in allen Fächern wieder in der Muttersprache zu unterrichten.

Gründe für den wirtschaftlichen Erfolg der Kolonisten

Die finanzielle Unterstützung und die Privilegien, die die Zaren den ausländischen Ansiedlern gewährten, halfen ihnen, die Anfangsschwierigkeiten zu überwinden. Bis 1874 musste keine deutsche Familie einen Sohn an die Armee abgeben. Aufgrund eines Privilegs zahlten mennonitische Steuerpflichtige zwischen 1812 und 1840 nur ein Drittel, von 1841 bis 1869 sogar nur ein Elftel dessen, was andere Bauern entrichten mussten, sodass sie mehr Kapital in kommunale Einrichtungen investieren konnten.

Aufgrund ihrer Agrarordnung gewannen die südrussischen Kolonien einen Vorsprung vor den russischen oder auch wolgadeutschen Gemeinden. Da der Landanteil von 60 bis 65 D. nicht unter den Erben aufgeteilt werden durfte, konnte der südrussische Kolonist die Arbeitskraft seiner Familie, seine Arbeitstiere, Geräte und Maschinen wirtschaftlicher einsetzen als der russische Bauer, dessen Landanteil durch die regelmäßige Umteilung (*peredel'*) nach Seelen ständig kleiner wurde. Diese Agrarordnung beschleunigte die soziale und berufliche Differenzierung im deutschen Dorf Neurusslands. Alle deutschen Kolonisten besuchten Grund-, manche auch weiterführende Schulen. In mennonitischen Dörfern achtete die Kirchengemeinde auf das sittliche Verhalten und damit auch auf die Arbeitsmoral jedes

einzelnen Mitglieds. Ihre Fremdheit in der russischen Umgebung motivierte die Kolonisten zudem, ihre Eigenart durch besondere wirtschaftliche Leistungen, den Zukauf von Land und die Einführung neuer Techniken und Gewerbe langfristig zu sichern sowie Institutionen für gegenseitige Hilfe aufzubauen.

Die Russlanddeutschen als Objekt panslawistischer Propaganda

Die Aufhebung der Privilegien und die Reformen Alexanders II. (1855–1881) zwangen die Kolonisten, aus der Enge des Dorfes herauszutreten. Die Modernisierung mit der Zunahme des Warenaustausches, dem Ausbau der Verkehrsverbindungen, der Verstädterung und der sozialen Differenzierung verstärkte ihre Kontakte mit der Außenwelt. Als der Integrations- und in den Städten auch der Assimilationsprozess in vollem Gange waren, stieß die nationalistische russische Presse die deutschen Bauern plötzlich als angebliche Vorposten des mächtigen Deutschen Reiches und potentielle Vaterlandsverräter zurück. Entgegen der panslawistischen Propaganda aber waren die Russlanddeutschen zarentreu und interessierten sich kaum für das Bismarckreich. Die russischen Nachbarn sahen in den ehemaligen Kolonisten ein ihnen in Sitten und Gebräuchen fremdes Element, hegten aber nur in Ausnahmefällen feindliche Gefühle gegenüber den deutschen Bauern und Handwerkern.

Nach der Schaffung der *Zemstva* in den 1860er Jahren beteiligten sich die Kolonisten auch am politischen Leben des Reiches. Da eine große Zahl von Schwarzmeerdeutschen Privatland besaß und deshalb in den ersten beiden Kurien wählen konnte und da die Wahlbeteiligung der Kolonisten über derjenigen der übrigen Bauern lag, entsandten sie überdurchschnittlich viele Abgeordnete in die *Zemstva* der Kreise. Deutsche wurden auch in die *Zemstva* der Gouvernements und die Zemstvo-Verwaltung delegiert. Bei den ersten Wahlen zur *Duma*, dem gesamtrussischen Parlament, unterstützten die Schwarzmeerdeutschen überwiegend den nationalliberalen "Verband vom 17. Oktober". Mit Hilfe dieser Partei konnten die deutschen Abgeordneten in den Jahren 1910 und 1912 Versuche der Regierung abwehren, die wirtschaftliche Betätigung ehemaliger Kolonisten einzuschränken.

Die Schwarzmeerdeutschen im Ersten Weltkrieg und Bürgerkrieg

Nach der russischen Niederlage in der Schlacht von Tannenberg im September 1914 wurden die deutschen Soldaten des russischen Heeres von der Westfront abgezogen und an die Kaukasusfront verlegt. Unter dem Eindruck der kriegsbedingten antideutschen Stimmung verbot die Regierung in ihren "Liquidationsgesetzen" vom Februar und Dezember 1915 allen Siedlern deutscher Abstammung den Kauf von Grund und Boden; an der Westgrenze sollten sie sogar ihr Land verkaufen.[8]

Nach diesen Erfahrungen begrüßten die Russlanddeutschen die Februarrevolution. Sie bildeten wie in anderen Städten auch in Odessa Vertretungsorgane und forderten die Rücknahme der Liquidationsgesetze von 1915 und die Rückkehr zur deutschen Amts- und Unterrichtssprache. Auch sprachen sie sich für die Verstaatlichung des Großgrundbesitzes und die Zuteilung von Staatsland an Landlose und Landarme aus. Mitte Februar 1918 marschierten deutsche und österreichische Truppen in die Ukraine ein und wurden von den meisten dort lebenden Deutschen als Befreier begrüßt. Unter dem Eindruck ukrainischer Nationalisierungsgesetze legten ihre Repräsentanten den Besatzungsmächten Pläne für die Umwandlung ihrer Siedlungsgebiete um Odessa und in Taurien in reichsdeutsche Kolonien vor. Für den Fall, dass dies nicht möglich sei, baten sie um Zustimmung zur Immigration ins Deutsche Reich. Eine einflussreiche Minderheit verhandelte gleichzeitig mit der ukrainischen Regierung über eine national-personale Autonomie. Zwar setzte die deutsche Delegation in den Friedensverhandlungen mit der Ukraine und Russland das Recht der Deutschen beider Länder durch, innerhalb einer zehnjährigen Frist "in ihr Stammland zurückzuwandern"; an einer

massenhaften Rückkehr war die Reichsregierung jedoch nicht interessiert. Die Kolonisten sollten vielmehr überall im Russischen Reich "als politische und wirtschaftliche Faktoren" für das Deutsche Reich wirken.[9] Benjamin Pinkus schätzt die Zahl der russlanddeutschen Emigranten in der Zeit der Revolution, der deutschen Besatzung und des Bürge

rkriegs auf 120.000 Personen, von denen ein großer Teil nach Nord- und Südamerika weiterwanderte.[10] Nach dem Abzug der Truppen der Mittelmächte verteidigten deutsche, auch mennonitische "Selbstschutz"-Einheiten die Dörfer gegen die "grünen" Machno- und einfache Räuberbanden, konnten aber nicht verhindern, dass ein Teil ihrer Dörfer im Frühjahr und im Herbst 1919 besetzt, ausgeplündert und verwüstet wurde. Im Bürgerkrieg zwischen "Weiß" und "Rot" wechselten die deutschen Dörfer Neurusslands häufig den Besitzer. Im Vergleich zu den Banden empfanden die Kolonisten die Besetzung sowohl durch die "weißen" Armeen Denikins und Wrangels als auch durch die Rote Armee als weniger bedrückend, da sie unter deren Herrschaft wenigstens nicht mehr ständig um ihr Leben fürchten mussten. Erst nach der Vertreibung der Armee Wrangels von der Krim im November 1920 konnten die Bauern sich an den Wiederaufbau ihrer zerstörten Dörfer machen

Die Schwarzmeerdeutschen zwischen den beiden Weltkriegen

Zur sowjetischen Nationalitätenpolitik der 1920er Jahre gehörte die Bildung auch kleinster territorialer nationaler Einheiten, in denen die Amtsgeschäfte und der Schulunterricht in der Muttersprache der Einwohner geführt werden sollten. Ein großer Teil der deutschen Dörfer der Ukraine wurde unter 200 nationalen Sowjets sowie in sieben nationalen Rayons vereinigt.[11] Da nur wenige deutsche Siedler zur Mitarbeit in der kommunistischen Partei bereit waren, besetzte die Partei die Posten in den Orts- und Rayonssowjets häufig mit deutschen Industriearbeitern, ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen und Emigranten oder auch Funktionären anderer Nationalitäten.

Die traditionellen Kirchen- und Zentralschulen wurden durch vierjährige Grund- sowie siebenjährige und später zehnjährige Mittelschulen ersetzt. 1926 erhielten in der Ukraine 82,3 %, drei Jahre später sogar 92,5 % der deutschen Schüler muttersprachlichen Unterricht, allerdings nur 7,5 bzw. 9,2 % an Mittelschulen. Anschließend konnten die Absolventen deutschsprachige Technika besuchen, die am ehesten mit pädagogischen, medizinischen, landwirtschaftlichen und industriellen Fachoberschulen verglichen werden können. Auch wurden deutsche Zweige an verschiedenen Hochschulen errichtet. Das gleichgeschaltete sowjetdeutsche Presse- und Buchwesen nahm bis 1933 einen Aufschwung. Nach der "Machtergreifung" Hitlers sank die Zahl der veröffentlichten Titel stark ab.

Nach der Vertreibung der "Weißen" mussten die Bauern fast ihre gesamte Ernte des Jahres 1920 abliefern. Beschaffungskommandos nahmen Geiseln, damit die Bauern auch ihr möglicherweise verstecktes Getreide herausgaben. Deshalb konnten die Bauern im Herbst wenig Winterweizen aussäen, was zusammen mit der Dürre des Jahres 1921 zu einer Hungersnot führte. Gegen Einheiten, die dennoch die Ablieferung von Getreide verlangten, wehrten sich die Kolonisten mit Aufständen.[12] 1923–1928 konnten 18.300 Mennoniten aus der Südukraine und von der Krim mit finanzieller Hilfe ihrer nordamerikanischen Glaubensbrüder auswandern, zumal auch die "Staatliche Politische Verwaltung" (*Gosudarstvennoe političeskoe upravlenie*), also die Staatssicherheit, die Weisung hatte, die Emigration "antisowjetischer Elemente" zu fördern, aber die sog. Armbauern zurückzuhalten.[13]

Während der "Neuen Ökonomischen Politik" seit 1921 erholten sich die Wirtschaften der deutschen Bauern. Mit der Gründung von Genossenschaften versuchten sie, ihre wirtschaftlichen Interessen und ihren nationalen bzw. konfessionellen Zusammenhalt zu fördern. Er-

folgreich war vor allem der mennonitische "Verband der Bürger holländischer Herkunft in der Ukraine", der umfangreiche Hilfe von Glaubensbrüdern aus Nordamerika und den Niederlanden verteilte, Genossenschaften aufbaute, die teilweise Rückgabe enteigneten Landes erreichte, die Freiheit vom Wehrdienst verteidigte, Institutionen für Bildung, Kultur und Wohlfahrt aufbaute und Zeitungen herausgab.[14] Nachdem der lutherisch-katholische Parallelverband schon 1923 verboten worden war, musste 1926 auch der mennonitische Verband seine Tätigkeit einstellen.

Seit 1928 verschärfte die Partei den Kampf gegen die Religion. Geistliche wurden verhaftet, abgeurteilt und verbannt, Kirchen geschlossen und religiöse Zeitschriften verboten, Taufen, Trauungen und kirchliche Bestattungen untersagt. Die 1929 einsetzende Zwangskollektivierung traf die an Privatbesitz gewöhnten deutschen Bauern des Schwarzmeergebiets besonders hart. Ein Teil der enteigneten "Kulaken", der wohlhabenden Bauern, wurde in entlegene Gebiete der Sowjetunion verbannt. Viele von ihnen fanden weder Unterkunft noch Arbeit und erfroren oder verhungerten.

Die Loyalität der Sowjetdeutschen erschien zweifelhaft, als die nationalsozialistische Propaganda sich der "Volks-" und "Auslandsdeutschen" lautstark annahm und während der Hungersnot von 1932/33 Paket- und Geldsammlungen für die "Brüder in Not" förderte. Während die Behörden die Überweisung kleiner Geldbeträge aus Deutschland anfangs hinnahmen, wurde deren Annahme seit 1934 als "Hitler-Hilfe" verfolgt.[15] In den Jahren 1934–1938 erreichte die Verhaftungs- und Vernichtungswelle auch die deutschen Vertreter in Partei und Verwaltung. Mit einem Fünftel bis zu einem Drittel lag der Anteil der in den Jahren 1936–1938 verhafteten Deutschen weit über ihrem Bevölkerungsanteil. Im Herbst 1938 wurde die russische Unterrichtssprache an allen Schulen der nationalen Minderheiten eingeführt, da sie als "Herd bourgeois-nationalistischen, antisowjetischen Einflusses auf die Kinder" gedient hätten. Die nationalen Rayons wurden Ende März 1939 aufgelöst, die deutsche Presse der Rayons stellte kurz darauf ihr Erscheinen ein.[16]

Die Ukrainedeutschen während des Zweiten Weltkrieges

Nach dem deutschen Angriff wurden Deutsche zur sowjetischen Armee einberufen sowie bei Befestigungsarbeiten und beim Abtransport von Vieh und landwirtschaftlichen Geräten nach Osten eingesetzt. Danach wurde die Deportation aller Männer im Alter von 16 bis 60 Jahren und schließlich der gesamten noch verbliebenen deutschen Bevölkerung angeordnet. Die "Verschickung" aus den Gebieten westlich des Dnjepr hinter den Ural gelang wegen des schnellen deutschen Vormarsches nur zu 5–15 %, während die Evakuierung aus dem Halbstädter Gebiet 41 % und aus dem Grunauer Gebiet östlich des Dnjepr sogar 64 % der Deutschen erfasste.

Den deutschen und rumänischen Truppen folgte die SS-Einsatzgruppe D, die im Rahmen ihrer Aufgabe "Freimachung bearbeiteter Gebiete von Juden, Kommunisten und Partisanengruppen" bis zum Frühjahr 1942 etwa 100.000 Menschen, unter ihnen auch "volksdeutsche" Kommunisten, ermordete. Zu ihrem Auftrag gehörten auch "Schutz und Betreuung volksdeutscher Siedlungen". Nach dem Abzug der Einsatzgruppe wurden diese der Aufsicht der "Volksdeutschen Mittelstelle" der SS und ihres "Sonderkommandos Russland" unterstellt. Die Besatzungsbehörden erfüllten jedoch nicht den Wunsch der deutschen wie auch der ukrainischen Landbevölkerung, die Kolchosen aufzulösen. Ende 1941 begannen die SS-Dienststellen, die Deutschen in "volksdeutsche Bereiche" umzusiedeln. Diese "Aufbauarbeit" dauerte jedoch nur so lange, bis den deutschen Siedlungsgebieten die Wiedereroberung durch die sowjetische Armee drohte. Die deutschen Bauern stellten Trecks zusammen, mit denen rund 300.000 Personen ins "Altreich", in den Reichsgau Wartheland und das Gene-

ralgouvernement gelangten, wo sie von der sowjetischen Armee überrollt wurden. Nach Kriegsende wurden etwa 140.000 Sowjet-, meist also Schwarzmeerdeutsche aus a

llen Besatzungszonen Deutschlands in die Sowjetunion "repatriiert".[17] Wie die Deportierten des Jahres 1941 haben auch viele dieser Zwangsrepatriierten das Leben als "Sondersiedler" in den Lagern nicht überlebt. Keine antideutsche Maßnahme in irgendeinem Staat Ostmitteleuropas der Zwischenkriegszeit ist nur im Entferntesten mit der Unterdrückung und dem Terror im Sowjetstaat zu vergleichen. Seit der nationalsozialistischen "Machtergreifung" war das Schicksal der Russlanddeutschen noch schlimmer als das Los der übrigen Nationalitäten der Sowjetunion: Das GPU und seine Nachfolgeorganisation durchkämmten die deutschen Dörfer nach potentiellen "Faschisten", sodass zahlreiche deutsche Familien ihre arbeitsfähigen männlichen Mitglieder verloren. Wer es geschafft hatte, die Ukraine bis 1928 zu verlassen, konnte sich glücklich schätzen. Die meisten der zurückgebliebenen Schwarzmeerdeutschen und ihrer Nachkommen verließen ihre Verbannungsorte in Sibirien, Kasachstan und Zentralasien und reisten seit den späten 1970er Jahren in die Bundesrepublik Deutschland aus.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Detlef Brandes: Von den Zaren adoptiert. Die deutschen Kolonisten und die Balkansiedler in Neurußland und Bessarabien 1751–1914. München 1973 (Schriften des Bundesinstituts für ostdeutsche Kultur und Geschichte 2).
- Detlef Brandes, Margarete Busch, Kristina Pavlović: Bibliographie zur Geschichte und Kultur der Rußlanddeutschen. Bd. 1: Von der Einwanderung bis 1917. München 1994 (Schriften des Bundesinstituts für ostdeutsche Kultur und Geschichte 4).
- Detlef Brandes, Victor Dönninghaus: Bibliographie zur Geschichte und Kultur der Rußlanddeutschen. Bd. 2: Von 1917 bis 1998. München 1999 (Schriften des Bundesinstituts für ostdeutsche Kultur und Geschichte 13).
- Meir Buchsweiler: Volksdeutsche in der Ukraine am Vorabend und Beginn des Zweiten Weltkrieges ein Fall doppelter Loyalität? Gerlingen 1984 (Schriftenreihe des Instituts für Deutsche Geschichte, Universität Tel-Aviv 7).
- Viktor V. Čencov: Tragičeskie sud'by: političeskie repressii protiv nemeckogo naselenija Ukrainy v 1920-e – 1930-e gody [Tragische Schicksale: politische Repressionen gegen die deutsche Bevölkerung der Ukraine in den 1920er und 1930er Jahren]. Moskva 1998.
- Victor Dönninghaus: Minderheiten in Bedrängnis. Sowjetische Politik gegenüber Deutschen, Polen und anderen Diaspora-Nationalitäten 1917–1938. München 2009 (Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 35).
- Dmytro Myeshkov: Die Schwarzmeerdeutschen und ihre Welten 1781–1871. Essen 2008 (Veröffentlichungen zur Kultur und Geschichte im östlichen Europa 30).
- Nemcy Rossii. Ėnciklopedija [Die Deutschen Russlands. Enzyklopädie]. 4 Bde. Moskva 1999–2006.
- Dietmar Neutatz: Die "deutsche Frage" im Schwarzmeergebiet und in Wolhynien. Politik, Wirtschaft, Mentalitäten und Alltag im Spannungsfeld von Nationalismus und Modernisierung (1856–1914). Stuttgart 1993 (Quellen und Studien zur Geschichte des östlichen Europa 37).
- Natal'ja V. Ostaševa: Na perelome ėpok. Mennonitskoe soobščestvo Ukrainy v 1914–1931 gg. [An der Epochenwende. Die mennonitische Gemeinschaft der Ukraine in den Jahren 1914–1931]. Moskva 1998.

- Gerd Stricker (Hg.): Deutsche Geschichte im Osten Europas. Rußland. Berlin 1997.
- James Urry: None but Saints. The Transformation of Mennonite Life in Russia, 1789–1889. Winnipeg 1989. Deutsche Übersetzung: Nur Heilige. Mennoniten in Russland, 1789–1889. Steinbach, Manitoba 1989.

Periodika

- Forschungen zur Geschichte und Kultur der Russlanddeutschen: Newsletter. Essen. Bd. 1-12 (1993–2002/3).
- Heimatbuch der Deutschen aus Rußland. Stuttgart 1954ff.
- Mennonite Quarterly Review. Published by The Mennonite Historical Society. Goshen, Ind. 1927ff.

Anmerkungen

[1] Vladimir M. Kabuzan: Die deutsche Bevölkerung im Russischen Reich (1796–1917): Zusammensetzung, Verteilung, Bevölkerungsanteil. In: Ingeborg Fleischhauer, Hugo H. Jedig (Hg.): Die Deutschen in der UdSSR in Geschichte und Gegenwart. Ein internationaler Beitrag zur deutsch-sowjetischen Verständigung. Baden-Baden 1990, S. 63-82, hier S. 79.

[2] V.B. Evtuch, B.V. Čyrko: Nimci v Ukraïni (1920-i-1990-i roky) [Die Deutschen in der Ukraine (1920er–1990er Jahre)]. Kyïv 1994, S. 9.

[3] Vsesojuznaja perepis' naselenija 1939 goda. Osnovnye itogi [Allgemeine Volkszählung von 1939. Grunddaten]. Red. Ju. A. Poljakova. Moskva 1992, S. 68.

[4] Für die zarische Zeit stütze ich mich weitgehend auf meine Monographie *Von den Zaren adoptiert*.

[5] Unterschiedliche Zahlen, aber gleiche Tendenz bei Neutatz: Die "deutsche Frage", S. 261.

[6] Detlef Brandes, Andrej Savin: Die Sibiriendeutschen im Sowjetstaat 1919–1938. Essen 2001, S. 7-21.

[7] *Odessaer Zeitung* vom 9.2.1866.

[8] Detlef Brandes: Von den Verfolgungen im Ersten Weltkrieg bis zur Deportation. In: Gerd Stricker (Hg.): Deutsche Geschichte im Osten Europas. Russland, S. 131-212, hier S. 131f.

[9] Buchsweiler: Volksdeutsche , S. 117-121; Alfred Eisfeld: Deutsche Kolonien an der Wolga 1917–1919 und das Deutsche Reich. Wiesbaden 1985, S. 78-80.

[10] Benjamin Pinkus, Ingeborg Fleischhauer: Die Deutschen in der Sowjetunion: Geschichte einer nationalen Minderheit im 20. Jahrhundert. Baden-Baden 1987, S. 156.

[11] Brandes: Von der Verfolgung, S. 173.

[12] Čencov: Tragičeskie sud'by, S. 11-14.

[13] Natal'ja V. Ostaševa: K istorii mennonitskoj ėmigracii 20-ch gg. XX v. [Zur Geschichte der mennonitischen Emigration in den 1920er Jahren]. In: Ukrainsko-nemeckie svjazy v novoe i novejšee vremja. Dnipropetrovs'k 1995, S. 127-135.

[14] Natal'ja V. Ostaševa: Die südukrainischen Mennoniten auf der Suche nach einem "dritten", genossenschaftlichen Weg 1921–1926. In: Forschungen zur Geschichte und Kultur der Rußlanddeutschen 5 (1995), S. 38-52.

[15] Brandes: Von der Verfolgung, S. 201f.

[16] Čencov: Tragičeskie sud'by, S. 68-72, 108-113, 144f.

[17] Ingeborg Fleischhauer: Das Dritte Reich und die Deutschen in der Sowjetunion. Stuttgart 1983; Arkadij German: Repatriacija sovetskich graždan nemeckoj nacional'nosti. Charakter provedenija i rezul'taty [Die Repatriierung sowjetischer Staatsbürger deutscher Nationalität. Art der Durchführung und Ergebnisse]. In: Nemcy SSSR v gody Velikoj Otečestvennoj vojny i v pervye poslevoennye desjatiletie 1941–1955 gg. Moskva 2001, S. 261-274.

Zitation

Detlef Brandes: Das Schwarzmeergebiet und die Schwarzmeerdeutschen. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54156.html (Stand 07.08.2012).

Semgallen (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Sibirien

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Sibirien

Amtliche Bezeichnung

Sibir’

Lateinische Bezeichnung

Siberia

Etymologie

Aus dem Turktatarischen (su-beri = wässrige Wildnis)

2. Geographie

Lage der Region

Sibirien erstreckt sich über 7.000 km vom Ural bis an den Pazifischen Ozean und über 3.500 km vom Nördlichen Polarmeer bis an die Grenzen Kasachstans, der Mongolei und der Volksrepublik China. Die heute zur Russländischen Föderation gehörende Großregion umfasst ein Territorium von 10 Millionen km^2 (60–80° nördlicher Breite, 70–180° östlicher Länge).

Topographie

Der Norden einschließlich der vor der arktischen Küste liegenden Inseln besteht aus Tundra, der riesige mittlere Landstrich ist dagegen mit borealem Nadelwald, der Taiga, bedeckt. Fast acht Zehntel Westsibiriens werden von Tiefland eingenommen. Die breiten, trägen Flüsse Ob' und Irtyš machen durch ihren erschwerten Abfluss die westsibirische Tiefebene besonders feucht. In der nördlichen Tundra bewirkt der Permafrost eine schlechte Bodenqualität, während die Gebiete zwischen 56° und 66° nördlicher Breite mit kargen Podsolböden bedeckt sind. Ostsibirien ist vom Kontinentalklima geprägt, lediglich im Amur-Ussuri-Gebiet im Süden macht sich Monsuneinfluss bemerkbar. Die Nordküste am Polarmeer bleibt bis zu zehn Monate zugefroren. Die landwirtschaftliche Nutzung konzentriert sich im Wesentlichen in West- und Ostsibirien entlang der Transsibirischen Eisenbahn.

Staatliche und regionale Zugehörigkeit

Sibirien ist Teil der Russländischen Föderation. Administrativ ist Sibirien nicht selbständig; es handelt sich um einen Oberbegriff für verschiedene Verwaltungseinheiten: fünf Republiken, sechs Regionen (*kraj*), zehn Gebiete (*oblast'*) und drei Autonome Bezirke (*okrug*). Die administrative Gliederung hat im Laufe der Geschichte mehrfach gewechselt und ist willkürlich, da der weite geographische Raum eine genaue Grenzziehung erschwert. Aus diesem Grund bevorzugen Geographen für Sibirien den Begriff "Makro-Region". Deutsche leben in der Region Altaj, dem Gebiet um Novosibirsk, Omsk und Tomsk.

Historische Geographie (Grenzen, Grenzveränderungen, Siedlungsstruktur)

Im Fall Sibiriens ist nicht von einem starren politischen, sondern von einem fluktuierenden kulturellen Grenzbegriff (*frontier*) auszugehen. Eine geographische Grenze zwischen dem europäischen Russland und Sibirien wurde erst im 18. Jahrhundert von dem russischen Geographen Vasilij N. Tatiščev (1686–1750) entlang des Uralgebirges gezogen. Diese Grenzziehung hat bis heute Gültigkeit. Es ist davon auszugehen, dass bereits die seit dem 16. Jahrhundert nach Sibirien vorstoßenden Kosaken eine Vorstellung vom Ural als Grenze zur unbekannten asiatischen Wildnis und ihren Völkern besaßen. Der Ural bildet auch eine Kulturgrenze. Für die Verbannten des 19. Jahrhunderts und die GULag-Häftlinge des 20. Jahrhunderts markierte der Ural den Übergang in die Welt der Lager.



Die Eroberung Sibiriens durch das Russländische Reich. [D. Dahlmann: Sibirien. Vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Paderborn 2009 © Verlag F. Schöningh]

Das Russländische Imperium war in seiner Geschichte stets auf der Suche nach seinen Grenzen im Osten, die im Unterschied zu den Grenzen seiner westlichen, europäischen Re-

gionen weniger nationalstaatlich definiert und fixiert waren. Nach Südosten besaß Sibirien bis in das späte 19. Jahrhundert *de facto* keine politischen Grenzen, das an Zentralasien und die Mongolei grenzende Südsibirien war ein fluktuierender Grenzraum nomadisierender innerasiatischer Völker, vor allem turkischer Provenienz. Bis ins späte 19. Jahrhundert war in der russischen, aber auch in der westeuropäischen geographischen Terminologie daher nicht von einer politisch-nationalstaatlichen, sondern von einer topographischen Grenze (der sog. Wald-Steppen-Grenze) die Rede. Es handelte sich um eine durch Forts befestigte Steppenlinie zur Abwehr von Überfällen kasachischer und kirgisischer Nomaden. Ein ganz anderer Typ von Grenze fand sich dagegen in Ostsibirien. Hier war eine politische Grenze zwischen dem Zarenreich und dem chinesischen Kaiserreich in den völkerrechtlichen Verträgen von 1689 und 1727 festgelegt worden. Diese Grenze hatte bis Mitte des 19. Jahrhunderts Gültigkeit, wurde dann aber in der Phase des russischen Imperialismus durch die Ungleichen Verträge in den Jahren 1858–1915 zu Ungunsten Chinas revidiert, das insgesamt 1,5 Millionen km^2 (darunter das Amur-Gebiet) an das Zarenreich abtreten musste. Wie problematisch sich diese Grenzziehung erwies, zeigten nicht zuletzt die militärischen Grenzzusammenstöße am Ussuri im Jahr 1969.

Die Siedlungsstruktur Sibiriens ist durch die koloniale Erschließung geprägt worden. Erste befestigte Siedlungen (*ostrogi*) wurden im späten 16. und frühen 17. Jahrhundert von Kosaken und Pelzhändlern gegründet und lagen als Siedlungsinseln innerhalb der Stammesgebiete der nomadisierenden sibirischen Völker. Diese Stützpunkte, aus denen die späteren sibirischen Städte hervorgingen, dienten als Handelsplätze für Pelze und andere Güter und zur Eintreibung der Tribute unter der indigenen Bevölkerung. Aus diesem Grund lagen bis Mitte des 17. Jahrhunderts diese Siedlungspunkte in der Taigazone; Anfang des 18. Jahrhunderts erfolgten Stadtgründungen in der südsibirischen Steppenzone wie Omsk (1716) und Semipalatinsk (1718). Gleichzeitig setzte im 18. Jahrhundert die agrarische Besiedlung vor allem des ertragreichen Westsibirien ein; Bauern aus dem europäischen Russland erhielten vom russischen Staat finanzielle Hilfen und waren von Steuern befreit. Erst seit dem 19. Jahrhundert spielten Verbannung und Strafkolonisation eine entscheidende Rolle. Unter den Verbannten befanden sich politische und religiöse Dissidenten (z. B. Altgläubige) sowie Kriminelle. Dennoch machte der Anteil der Verbannten in der Bevölkerung Sibiriens Mitte des 19. Jahrhunderts gerade einmal 9 % aus. Die Bevölkerung Sibiriens bestand zu 90 % aus Bauern.



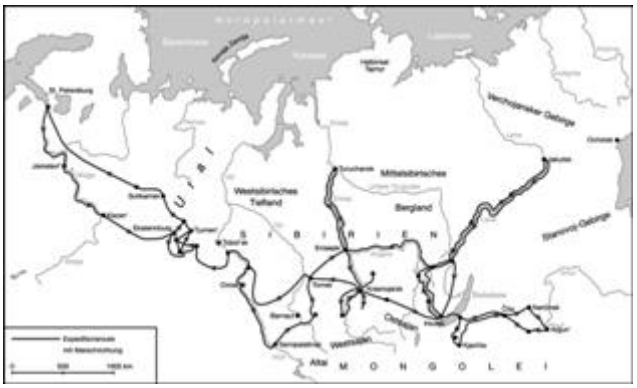
Anwesen in der ehemals überwiegend von Deutschen bewohnten Siedlung Iwanowka in Westsibirien. [http://www.iwanowka.de]

Bis heute ist die Siedlungsstruktur weitgehend agrarisch geprägt. Erst mit dem Bau der Transsibirischen Eisenbahn in den 1890er Jahren setzte die Industrialisierung ein, die jedoch angesichts der Weite des Landes bis heute rudimentär blieb und auf der Ausbeutung von Rohstoffvorkommen (Kohle, Erdöl, Erdgas, Holz, Gold, Diamanten) beruht. Obwohl administrativ zu Russland gehörig, kam Sibirien der Status einer Binnenkolonie zu. An der Erforschung, Erschließung und Kolonialisierung waren seit dem 18. Jahrhundert Deutsche maßgeblich beteiligt.

3. Geschichte und Kultur

Erkundung Sibiriens in der Neuzeit

Die systematische Erforschung des unbekannten Sibirien setzte erst zur Wende vom 17. zum 18. Jahrhundert auf Initiative Zar Peters I. ein. 1692 reisten die norddeutschen Kaufleute Adam Brand und Eberhard Isbrand Ides an der Spitze einer russischen Gesandtschaft nach Peking, um die politischen und wirtschaftlichen Fragen der Grenzziehung von 1689 zu erörtern. Der Gesandtschaftsbericht, der genaue Informationen zur Topographie und Ethnographie Sibiriens enthielt, sollte den Grundstein für die späteren wissenschaftlichen Expeditionen legen. 1719 folgte die Forschungsreise Daniel Gottlieb Messerschmidts, eines Arztes aus Danzig/Gdańsk, der sich vor allem für die Flora und Fauna Sibiriens interessierte. Seine Aufgabenfelder betrafen die Geographie, Naturgeschichte, Medizin, Ethnographie und Linguistik der sibirischen Völker.



Reiseroute von J. G. Gmelin und G. F. Müller während der zweiten Kamčatkaexpedition 1733–1743. [D. Dahlmann: Sibirien. Vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Paderborn 2009 © Verlag F. Schöningh]

Die Ergebnisse Messerschmidts wurden von späteren deutschen Forschern wie Gerhard Friedrich Müller (1705–1783), Georg Wilhelm Steller (1709–1746), Johann Georg Gmelin (1709–1755) und Peter Simon Pallas (1741–1811) aufgegriffen. Der entscheidende Schritt zur Erforschung Sibiriens erfolgte auf Anregung von Gottfried Wilhelm Leibniz mit der Gründung der Russischen Akademie der Wissenschaften 1724. Gerade die Erforschung Sibiriens im 18. Jahrhundert ist eine gemeinsame deutsch-russische Kulturleistung von besonderer Tragweite. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang der Herforder Historiker Gerhard Friedrich Müller. Die deutschen Naturforscher Johann Friedrich Gmelin und Georg Wilhelm Steller nahmen an der Großen Nordischen Expedition (1733–1743) teil und machten Sibirien in der deutschen Bildungsgesellschaft bekannt. Im 19. Jahrhundert folgte die Russlandreise Alexander von Humboldts.

Besiedlung, Verwaltung, Militär

Nach der Erforschung Sibiriens durch deutsche Wissenschaftler und das Bekanntwerden der Region im deutschsprachigen Raum im 18. Jahrhundert setzte die Ansiedlung von deutschen Siedlern erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein. Im Zuge der von Ministerpräsident Pëtr Stolypin initiierten Agrarkolonisation zogen ca. 100.000 Deutsche aus der Wolga- und der Schwarzmeerregion vor allem ins landwirtschaftlich ertragreiche Westsibirien. Die Siedler waren mit der Bodenbearbeitung gut vertraut, denn wie an der Wolga und am Schwarzen Meer trafen sie in Westsibirien auf fruchtbare Schwarzerdeböden. Russische Agronomen betonten die land-wirtschaftliche Kompetenz der deutschen Siedler. In den sibirischen Garnisonsstädten an der Grenze zur Steppe stiegen Deutsche in Verwaltung und Armee auf, viele von ihnen stammten aus dem Baltikum. Dabei sicherten sie die südsibirischen Festungslinien gegenüber den Steppennomaden, so z. B. an der Orenburger Linie. Andere Deutsche wurden wiederum mit der Inspektion der östlichen Grenze zu China beauftragt. So stellte der Forschungsreisende Alexander von Middendorff in den 1840er Jahren fest, dass die Chinesen die Grenze zum Amur ungenügend schützten, was wiederum die russische Annexion der Amurregion durch den ostsibirischen Generalgouverneur Nikolaj Murav'ëv ein Jahrzehnt später zur Folge hatte. Deutsche machten z. T. erstaunliche Karrieren in den sibirischen Kosakendivisionen. Unter dem Befehl des deutschbaltischen Generaladjutanten Zar Nikolaus' II., Paul von Rennenkampf, wurde 1900 der Boxeraufstand in der russisch besetzten Mandschurei niedergeschlagen.

Das spätzarische Stolypinsche Kolonisationsprogramm orientierte sich an Bismarcks Siedlungspolitik in den preußischen Ostprovinzen.

Völlig konträr dazu stehen die repressiven Besiedlungsmaßnahmen in der Stalinära. Die Hälfte der zwischen 1927 und 1952 aus den westlichen Getreideregionen der Sowjetunion (Ukraine, Wolga- und Schwarzmeerregion) deportierten zwei Millionen Kulaken, der sog. Sondersiedler, waren Deutsche. Während des Zweiten Weltkrieges (1941–1945) wurden ca. 1 Million deutsche Kriegsgefangene nach Sibirien verschleppt, wo sie Zwangsarbeit im GULag leisteten und zur Industrialisierung beitrugen (Bergbau). 40 % der Gefangenen starben an Unterernährung, an Krankheiten und infolge massiver körperlicher Misshandlungen. Die Überlebenden kehrten 1955 in die Bundesrepublik Deutschland zurück (sog. Heimkehrer). Die Lagerbedingungen für deutsche Kriegsgefangene und Sibiriendeutsche unterschieden sich nicht, jedoch wurde Letzteren nach ihrer Haftentlassung eine Ausreise in die Bundesrepublik verwehrt.

Wirtschaft

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts war die Altaj-Region zum größten Silberproduzenten für den europäischen Markt aufgestiegen. Zugleich hatte die Suche nach Gold eingesetzt und um 1840 war Russland aufgrund der sibirischen Lagerstätten führend in der Goldgewinnung.

Im 19. Jahrhundert gehörten Deutsche auch zur Unternehmerschaft Sibiriens, die sich im Zuge der Industrialisierung (Eisenbahnbau, Bergbau,) und der zunehmenden Vernetzung des euro-asiatischen Wirtschaftsraumes etablierte. Involviert waren nicht nur sibiriendeutsche Kaufleute, sondern auch Unternehmer aus dem Deutschen Reich. Eine Pionierrolle spielten dabei Firmen aus Hamburg und Bremen. Deutsche Unternehmer versprachen sich Zugang zu den Rohstoffquellen und Absatzmärkten in Sibirien, das zusätzlich als Transitregion zum ostasiatisch-pazifischen Raum fungierte. Darüber hinaus trugen sie durch Investitionen maßgeblich zur Modernisierung Sibiriens bei. Die Firma Siemens entsandte um 1900 Techniker, die die Errichtung von Elektrizitätswerken an der Lena beratend begleiteten. Mit

dem so erzeugten Strom sollte der Goldabbau auf den Lena-Feldern effizienter erfolgen. Im Altaj, das reich an natürlichen Ressourcen (Holz, Erze) war, siedelten sich deutsche Unternehmen wie Faber Castell und Thurn und Taxis an. Mitte des 19. Jahrhunderts wurden neue Grafitminen entdeckt und Faber Castell erhielt vom russischen Staat eine Lizenz zum Abbau des für die Bleistiftherstellung wichtigen Rohstoffs. Die Thurn und Taxissche Post organisierte den Brief- und Paketdienst in Sibirien bis in die Polarzone. Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs 1914 setzte die deutschen Unternehmer in Sibirien massiven Repressionen aus. Viele Firmen mussten ihre Geschäfte ins Ausland verlagern.

Bevölkerung



Dorfplan der bis in die 1990er Jahre überwiegend von Deutschen bewohnten Siedlung Iwanowka in Westsibirien. [http://www.iwanowka.de]

Die Bevölkerung setzte sich 1991 aus 80 % Russen, 4 % Tataren, 2,2 % Ukrainern, 1,9 % Armeniern und 0,8 % Deutschen sowie den sibirischen Ethnien zusammen. Die Deutschen stellen damit die kleinste nicht-sibirische Ethnie, ihr Anteil hat sich nach dem Zerfall der Sowjetunion seit 1991 durch Auswanderung auf 0,4 % halbiert. Offiziell bekennen sich 51 % der Bevölkerung Sibiriens zur russischen Orthodoxie, 7 % zum Islam, 9 % sind Atheisten und der Rest entfällt auf nicht-orthodoxe Religionsgemeinschaften wie vor allem auf Lutheraner und Mennoniten, auf den Buddhismus und den Schamanismus.

Religions- und Kirchengeschichte

Die Deutschen in Sibirien bekennen sich auch heute noch mehrheitlich zum lutherischen oder mennonitischen Glauben. Die stark ausgeprägte Religiosität in den Gemeinden stärkte nicht nur das ethnisch-kulturelle Zusammengehörigkeitsgefühl, vielmehr engagierten sich viele Lutheraner und Mennoniten in der Missionierung von Nichtchristen, so vor allem von Muslimen und Animisten. Die wichtigsten Gemeinden in Tomsk, Barnaul, Irkutsk und Wladiwostok bekamen erst durch den großen Siedlerstrom in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts Zuwachs. Die Seelsorge gestaltete sich angesichts mangelhafter Infrastruktur vor allem in ländlichen Gebieten schwierig. Der Dienst des "sibirischen Pastors" galt zu Recht als der schwierigste in der gesamten deutschen Diaspora im Russländischen Reich. 1886 lebten zwischen Ural und Pazifischem Ozean z. B. ca. 6.650 Lutheraner in acht Ge-

meinden. Während der Atheismuskampagne des Stalinismus in den 1930er Jahren wurde die Hälfte der Gläubigen in Lager deportiert. Zu einer Wiedergeburt der lutherischen Gemeinden kam es erst nach Stalins Tod. Im Unterschied zu den Lutheranern zogen die Mennoniten in der Naherwartung der Wiederkunft Christi ein Leben in Abgeschiedenheit vor. Während der Stalinschen Kollektivierung gelang es einigen deutschen Mennoniten nach Kanada auszuwandern.

Alltagskultur

War der ökonomische Beitrag der deutschen Siedler zur Modernisierung Sibiriens in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts noch erwünscht, so waren sie in späteren Phasen Diskriminierungen und Repressionen ausgesetzt, so im Ersten Weltkrieg, im Russischen Bürgerkrieg und während des Stalinismus. Deutsche Kultur und Sprache konnten nur im Geheimen gepflegt werden. Während in der Öffentlichkeit des Zarenreiches die kulturellen Leistungen der Deutschen in Sibirien durchaus bekannt und anerkannt waren, wusste die Mehrheit der sowjetischen Bevölkerung kaum etwas über den Alltag der Sibiriendeutschen. In der offiziellen sowjetischen Propaganda galt die deutsche Minderheit gegenüber anderen der Union als gleichberechtigt. Ungeachtet des andersartigen kulturellen Hintergrundes kam es im Alltag zur Angleichung in der Lebensweise. In einer weitläufigen Region mit einer ethnischen Polyvarianz (Deutsche, Russen, Tataren, sibirische Ethnien) war dies eine hohe Anpassungsleistung. Kriege und innenpolitische Krisen (Revolution, Stalinismus) stärkten jedoch gegenseitige Stereotypenbildungen und Berührungsängste.

Kunst, Musik, Literatur

Traditionell gehörten die bäuerliche Alltagskultur und die sibirische Landschaft zu den beliebtesten Motiven sibiriendeutscher Maler und Schriftsteller. Der deutsche Naturforscher Adolph Georg Erman stellte auf seiner Sibirienreise in den 1830er Jahren fest, dass deutsche Musik in den sibirischen Konzerthäusern regelmäßig gespielt wurde. Bis zur Oktoberrevolution 1917 gab es in Sibirien ein reiches deutsches Vereinswesen, das Musik, Kunst, Theater und Literatur pflegte. Nach dem politischen Systemwechsel setzte zunächst ein finanzieller Niedergang ein, bevor der kulturelle Kahlschlag des Stalinismus folgte. Mit dem Einsetzen des politischen und kulturellen Tauwetters nach Stalins Tod griffen sibiriendeutsche Künstler wie z. B. die Maler Alfred Friesen und Bruno Dil die Themen Deportationen und Repressionen sowie das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in Sibirien in ihren Werken auf.

Gedächtnis- und Erinnerungskultur

Das deutsche Sibirienbild fällt ambivalent aus. Zum einen hat die deutsche Kultur durch die wissenschaftliche Erforschung Sibiriens und die wirtschaftlichen Leistungen der Sibiriendeutschen die Geschichte Sibiriens bis auf den heutigen Tag nachhaltig beeinflusst. Zum anderen haben Diskriminierung und Repressionen, vor allem während des Stalinismus sowie das Schicksal der nach Sibirien verbannten Bauern und der in sowjetische Kriegsgefangenschaft geratenen deutschen Soldaten schmerzliche Spuren im kollektiven Gedächtnis hinterlassen.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Nikolaj N. Baranov u. a. (Hg.): Deutsche auf dem Ural und in Sibirien, XVI.-XX. Jahrhundert. Forschungsbeiträge der wissenschaftlichen Konferenz "Deutschland - Russland. Historische Erfahrungen interregionaler Zusammenarbeit im XVI.-XX. Jahrhundert". Ekaterinburg 2001.

- Detlef Brandes, Andrej Savin: Die Sibiriendeutschen im Sowjetstaat 1919–1938. Essen 2001 (Veröffentlichungen zur Kultur und Geschichte im östlichen Europa 19).
- Viktor Bruhl: Die Deutschen in Sibirien: Eine hundertjährige Geschichte von der Ansiedlung bis zur Auswanderung. Nürnberg u. a. 2003.
- Dittmar Dahlmann: Sibirien. Vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Paderborn u. a. 2009.
- Nelly Däs: Schicksalsjahre in Sibirien. Berlin u. a. (ca. 1985).
- Petr P. Vibe: Istorija i ėtnografija nemcev v Sibir [Geschichte und Ethnographie der Deutschen in Sibirien]. Omsk 2009.

Bibliographien, Jahrbücher, Zeitschriften

- Serija Germanskie issledovanija v Sibiri [Reihe Deutsche Studien in Sibirien Kemerovo] 2003ff. (erscheint unregelmäßig)

Weblinks

- Tatyana Romadina, Larisa Salachova: Russlanddeutsche in Sibirien. Dialog der Zeiten. In: Irkutsker Deutsche Zeitung vom 23.01.2011. URL: http://www.irkutsker-deutsche-zeitung.ru/2011/01/23/dialog-der-zeiten/
- http://new.hist.asu.ru/german/fot.html (Die Geschichte der Sibiriendeutschen im Altaj)
- http://www.sibrd.ru (Zweisprachige Seite der Russlanddeutschen Sibiriens)

Zitation

Eva-Maria Stolberg: Sibirien und die Deutschen in Sibirien. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/55224.html (Stand 28.06.2012).

Siebenbürgen (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Slawonien (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Steiermark

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Steiermark

Amtliche Bezeichnung

Steiermark

Anderssprachige Bezeichnungen

slowen. Štajersko; lat. Styria, Stiria

Etymologie

Steyr (= Stadt in Oberösterreich), Mark (= Grenzland)

2. Geographie

Lage

Die Steiermark liegt am Südostrand der Alpen und ist von vier aus dem Mittelalter stammenden Ländern (Kärnten, Salzburg, Österreich ob der Enns/Oberösterreich, Österreich unter der Enns/Niederösterreich) und von dem im 20. Jahrhundert konstituierten Burgenland (ehem. Deutsch-Westungarn) umgeben. Aufgrund dieser Position kreuzen sich auf dem Territorium der Steiermark die Wege zwischen dem oberen Donau- (Bayern) und dem Balkanraum sowie zwischen dem mittleren Donauraum (Pannonien/Ungarn) und Oberitalien und bewirken, dass germanische, romanische, slawische und magyarische Elemente ihre Spuren hinterlassen haben.

Topographie

Der nördliche Teil ist hochalpin (bis zu ca. 3.000 m. ü. NHN), der mittlere Teil bergig (bis ca. 1.500 m. ü. NHN), während der Süden und Südosten aus Flach- und Hügelland besteht (bis ca. 600 m. ü. NHN). 1910 umfasste die Steiermark 22.423 km^2.

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Die Steiermark ist eines der neun Bundesländer der Republik Österreich.

Historische Geographie

Bis 1919 gehörte zur Steiermark der Großteil des heutigen Ostslowenien (Untersteiermark), weshalb das Land bis zu diesem Zeitpunkt um ungefähr ein Drittel größer war.

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Das Wappentier ist der Steirische Panther (weiß auf grünem Grund). Die Landesfarben sind grün-weiß. Landespatron ist der hl. Josef (seit 1784).

Vor- und Frühgeschichte

Die frühesten Funde menschlicher Besiedelung gehen auf die Altsteinzeit zurück und beziehen außer dem Hochgebirge alle Teile des Landes ein, lassen aber keine konkreten Schlüsse einer interregionalen Vernetzung zu. Im Lauf der Bronze- und Eisenzeit und noch mehr infolge der Einwanderung keltischer Stämme im 3. Jahrhundert kam es vermehrt zu nun auch belegbaren Austauschprozessen. Von 15 v. Chr. bis zum Zusammenbruch des Weströmischen Reiches (476 n. Chr.) gehörte das Land als Teil der Provinz Noricum dem Imperium Romanum an, wodurch die wesentlichsten Entwicklungsimpulse von Südwesten kamen. Mit dem Durchzug der germanischen Langobarden von Pannonien nach Oberitalien und dem Zuzug der Slawen (bis in die Gebirgstäler) und Awaren (bis ins Flachland) von Südosten aus erfolgte in der zweiten Hälfte des 6. Jahrhunderts ein massiver Bevölkerungsaustausch bzw. eine weitgehende Neubesiedlung.

Mittelalter

Die Politik des Karolingischen (später: Heiligen Römischen) Reiches führte zur Errichtung von Grenzmarken am Südostrand der Alpen in Front zum mittleren Donauraum, wo im 6.–8. Jahrhundert die Awaren, ab dem ausgehenden 10. Jahrhundert die Magyaren herrschten. Aus dem mehrfach umgestalteten Markengürtel bildete sich im 12. Jahrhundert die Steiermark heraus, deren Leitung das Adelsgeschlecht der Traungauer (Oberösterreich, Zentrum: Steyr) innehatte. Mit dessen Aussterben im Jahr 1192 übernahmen die in Österreich ob und

unter der Enns (später: Ober- und Niederösterreich) regierenden Babenberger das Land. Nach dem Aussterben dieser Regentenfamilie (1246) bemühten sich zunächst die Könige von Böhmen und Ungarn um dieses Erbe, doch übertrug der römisch-deutsche König Rudolf von Habsburg das Lehen (1278) seiner eigenen Familie. Im 15. Jahrhundert residierte der römisch-deutsche Kaiser Friedrich III. zeitweilig in Graz. Die Grafen von Cilli (slowen. Celje) traten im Spätmittelalter gegen die Habsburger als Kontrahenten um die Landesherrschaft auf, doch endete dieser Konflikt mit der Ermordung des Grafen Ulrich (1456). Die Grafen von Cilli spielten auch als Magnaten im mittelalterlichen Königreich Ungarn eine wichtige Rolle, Barbara von Cilli (1390–1451) wurde als Gattin Sigismunds von Luxemburg sogar ungarische, böhmische und römisch-deutsche Königin.

Neuzeit

Mit der Übernahme der böhmischen und ungarischen Länder durch die Habsburger im Jahr 1526 gleichwie durch die Streifzüge der Osmanen seit dem auslaufenden 15. Jahrhundert änderte sich die Lage des Landes. Der Grenzlandstatus zum muslimisch gewordenen 'Balkan' zog einerseits die verstärkte Zusammenarbeit mit den benachbarten Herzogtümern Kärnten und Krain sowie dem Königreich Kroatien (als Teil Ungarns) nach sich, um die Abwehr gegen die Türken zu organisieren (Militärgrenze in Kroatien-Slawonien); andererseits wuchs hierdurch auch der Einfluss von Wien als Sitz der Hofbehörden und die von dort ausgehende Vernetzungspolitik der sog. Erblande. Eine Schlüsselperiode für die Steiermark stellt die Zeit zwischen 1564 und 1619 dar, während deren infolge einer Erbteilung die Landeshauptstadt Graz zur Residenz der innerösterreichischen Linie der Dynastie erhoben wurde. Deshalb unterlagen auch die Herzogtümer Kärnten und Krain, die Grafschaften Inner-Istrien und Görz sowie die Stadt Triest einem gemeinsamen Regime. Diese interregionalen Bande blieben auch später, wenngleich in abnehmender Bedeutung, erhalten. Eine neue Situation entstand im 19. Jahrhundert, als die slowenische Nationalbewegung ein vereintes Slowenien anstrebte (1848 ff.), wodurch der traditionelle Landesverband in Frage gestellt wurde und sich zwischen dem deutschen und dem slowenischen Teil der Bevölkerung ein Konflikt anbahnte.

Zeitgeschichte

Infolge des Friedensvertrages von St. Germain (1919) wurde der südliche, mehrheitlich von Slowenen besiedelte Teil der Steiermark an das neu gegründete Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (später: Königreich Jugoslawien) angegliedert. Die bedrängte Lage der auf untersteirischem Boden verbliebenen deutschsprachigen Minderheit, die hauptsächlich in den Städten Marburg/Maribor, Cilli/Celje und Pettau/Ptuj lebte, belastete das österreichisch-jugoslawische Verhältnis. Nach dem Überfall des Dritten Reiches auf Jugoslawien 1941 wurde die Untersteiermark in den Reichsgau Steiermark (bis 1945) eingegliedert. Die Machtübernahme der von Kommunisten beherrschten Partisanenbewegung bewirkte die Vertreibung, Inhaftierung oder Liquidierung tausender Deutsch-Untersteirer. Die (österreichische) Steiermark stand von 1945 bis 1955 unter britischer Besatzung, ehe infolge der Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrages am 15. Mai 1955 die britische Armee abzog. 1978 kam es unter Mitwirkung der steiermärkischen Landespolitik zur Gründung der Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria, die die Zusammenarbeit benachbarter Regionen unterschiedlicher politischer Systeme ermöglichte. Der Zerfall Jugoslawiens (1991) und die Aufnahme Sloweniens in die Europäische Union (2004) lösten zwar Bemühungen zur Vergangenheitsbewältigung aus, doch kam es zu keiner offiziellen Anerkennung der Reste der ehemaligen deutschen Volksgruppe auf slowenischem Boden.

Verwaltung und Verfassung

Die Steiermark, deren alpiner Kernraum sich im 11. Jahrhundert aus dem Verband des Herzogtums Kärnten herauslöste, stieg 1180 zum Herzogtum auf. Nach mehrmaligem Wechsel der Landesherrschaft wurde das Land ein Bestandteil der sog. habsburgischen 'Erblande'. Ab dem österreichisch-ungarischen Ausgleich (1867) gehörte die Steiermark zu den in der Cisleithanischen Reichshälfte der Donaumonarchie liegenden Kronländern. Infolge des Zerfalls des Gesamtstaates 1918 wurde das Land zu einem der neun Bundesländer der Republik Österreich.

Das Herzogtum war im Rahmen der ständischen Landesverfassung über Jahrhunderte in Viertel untergliedert, denen die einzelnen Grundherrschaften zugeordnet waren. Jene Struktur verlor im 18. Jahrhundert infolge der Verwaltungsreformen von Maria Theresia und Joseph II. an Bedeutung. Die ständische Landesverfassung wurde mit Adaptionen in der Verfassungsära (1848/49, 1860–1918) in die Gesamtstaatsverfassung eingegliedert. Infolge der Aufhebung der Grunduntertänigkeit (1848/49) wurden die Grundherrschaften in die neu geschaffenen Gemeinden überführt. Nach dem Ersten Weltkrieg verblieben 17 der 26 Bezirke bei Österreich.

Bevölkerung

Die Bevölkerung der Steiermark umfasste 1910 1.394.699 Landesbewohner, von diesen lebten innerhalb der Untersteiermark 403.981 Slowenen (83%) und 73.148 Deutsche (15%). Die Bevölkerung war und ist räumlich ungleich verteilt, da der bergige Norden immer weitaus dünner besiedelt war als das Hügel- und Flachland im Süden. Die Urbanisierung und Industrialisierung im 19. Jahrhundert bewirkten eine Verlagerung vom Dorf in die Stadt bzw. die Migration aus der Untersteiermark in den Großraum Graz (Landeshauptstadt, Industrie) und in die obersteirische Montanindustriezone von Leoben-Donawitz.

Wirtschaft

Die Wirtschaftskraft des Landes beruht auf der geographischen Lage zwischen Mittelmeer und Zentraleuropa (Handel, Gewerbe), auf der Palette verschiedener Ressourcen (Weide- und Ackerbauflächen, Forste, Edelmetall-, Erz- und Kohlevorkommen, Salzgewinnung, Wasserkraft), auf dem Vorhandensein unterschiedlicher Klimazonen (Wintersport im Norden, Weinanbau im Süden) und auf den technischen Innovationen (Eisenverhüttung, Fahrzeugbau, wissenschaftlich-technologische Forschung), die vor allem auf die seit dem 19. Jahrhundert bestehenden Fachschulen zurückgehen und den industriellen Sektor des Landes gefestigt haben. Ab dem 19. Jahrhundert hat schrittweise auch der Tourismus eine Rolle zu spielen begonnen, wie die Thermalbäder in der Ost-, Süd- und Untersteiermark und Luftkurorte belegen.

Gesellschaft

Bis ins 19. Jahrhundert war die Gesellschaft in der Steiermark gemäß feudalen Traditionen ständisch strukturiert (Adel, Kirche, Stadtbürger, Bauern). Mit dem Bergbau (Silber, Salz, Erz, Kohle) und der Eisenverarbeitung kam schon in älterer Zeit eine kleine Unternehmerschicht hinzu, die mit der Industrialisierung durch Zuwanderung aus West und Ost Zuwachs erfuhr. Der Großteil der Bewohner waren grunduntertänige Bauern, die nach der Bauernbefreiung (1848/49) mehrheitlich nur über kleine bis kleinste Bodenflächen verfügten und daher nach Zusatzerwerb in den Märkten und Städten suchten. Dennoch kam es zu keiner großen Emigration nach Übersee wie im benachbarten Deutsch-Westungarn (ab 1921 Burgenland). Die ethnische Struktur weist im Wesentlichen zwei große Gruppen aus: die Deutschen (Kolonisten aus Bayern im Früh- und Hochmittelalter und später aus verschiedenen

Gegenden Zugezogene) und die Slowenen (Alpenslawen und deren Nachfahren). Während die Alpenslawen in den nördlichen und mittleren Landesteilen im Lauf des Mittelalters von den deutschen Zusiedlern assimiliert wurden, behielten sie im Unterland ihre Mehrheit, wenngleich sich in den dortigen Städten und Märkten größere oder kleinere deutsche Sprachinseln bildeten. Ökonomische Anreize bewirkten im 19. und 20. Jahrhundert assimilatorische Prozesse in Richtung beider Ethnien. Im Jahr 1900 entfielen in der Steiermark 70,50% auf die Deutsch-Österreicher (983.252 Personen) und 29,37% auf die slowenischen Österreicher (409.684 Personen).

Religions- und Kirchengeschichte

Die Christianisierung der Steiermark, die vom Erzbistum Salzburg und dessen Missionszentren ausging, setzte im 8. Jahrhundert ein und endete im 11. Jahrhundert. Die Schaffung eigener Diözesen (Seckau 1218 für das Oberland und Teile des Unterlandes, Lavant 1228 für Teile des Unterlandes) spiegelt die Zunahme regionaler kirchlicher Autonomie wider. Markante Einschnitte brachte die Reformation, da der Großteil der Bewohner zum protestantischen Glauben übertrat. Mit der Etablierung der Jesuiten-Universität wurde Graz jedoch eines der wichtigsten Zentren der Gegenreformation, zumal der hierfür hauptverantwortliche Ferdinand II. (1578–1637) in Graz geboren war. Eine tiefe Zäsur der kirchlichen Entwicklung führte auch die Reformpolitik Josephs II. (1741–1790) herbei, in deren Folge viele Klöster säkularisiert und eine Neuregulierung der Pfarrsprengel eingeführt wurde. Vor dem Ersten Weltkrieg lebten im Herzogtum Steiermark ca. 1,4 Mio. Katholiken, ca. 22.000 Lutheraner und ca. 3.000 Personen israelitischen Glaubens.

Besondere kulturelle Institutionen

Das Universalmuseum Joanneum, Graz, feierte 2011 seinen 200-jährigen Bestand. Es repräsentiert nicht nur eine Sammlung zu verschiedenen Sachbereichen (Kunst, Archäologie, Volkskunde, Mineralien usw.), sondern auch einen Bildungsauftrag im Interesse der Bewohner, dessen Leitfigur Erzherzog Johann (1782–1859) geworden ist, einer der Brüder von Franz I. (1768-1835). Die Steiermärkische Landesbibliothek ist aus einer 1812 gegründeten Leseanstalt hervorgegangen; ihre Bestände beziehen sich auf alle historischen Landesteile. Das Steiermärkische Landesarchiv ist das größte Regionalarchiv Österreichs mit über den Rahmen der Steiermark hinausgehenden Beständen. Der Musikverein für Steiermark sowie die Grazer Oper verfolgen seit ihrer Gründung (1815 bzw. 1899) das Ziel, das einheimische Publikum mit dem Schaffen ernster Musik vertraut zu machen.

Bildung

Das Bildungsprofil beruht vorwiegend auf den in der Steiermark bestehenden Universitäten: Im österreichischen Teil sind dies die 1585 in Graz gegründete Karl-Franzens-Universität (wieder eröffnet 1827), ebenfalls in Graz die Technische Universität (gegründet 1811, erweitert 1874) und die Universität für Musik und Darstellende Kunst (gegründet 1963 als Akademie) sowie in Leoben die Montanuniversität (gegründet 1840, erweitert 1975). Im slowenischen Teil des ehemaligen Herzogtums Steiermark gehen die ersten Fakultäten der Universität Maribor (dt. Marburg) auf das Jahr 1975 zurück. Zu den Einzugsgebieten dieser akademischen Lehrstätten zählt nicht nur das regionale Umfeld, sondern auch, in quantitativer Abstufung, alle Länder des europäischen Südostens.

Alltagskultur

Die Alltagskultur wird traditionellerweise von vier Säulen getragen − von der Volkskultur (Stadtfeste, Musik- und Tanzveranstaltungen, Ausstellungen zu ländlich-dörflichen Themen, steirische Küche, steirische Weine); von der 'bürgerlichen' Kultur (Konzerte, Opern,

Lesungen, Ausstellungen, Museen); von der Sportkultur (u. a. Internationale Schi- und Schisprungwettkämpfe, Rennsport) und von der Zusammenarbeit mit den Nachbarländern Ungarn, Kroatien, Slowenien und Nordostitalien (Triest und Friaul-Julisch Venetien) (Gastronomie, Festivals, Kunstausstellungen, Wirtschaftsmessen).

Musik

Zu den bekanntesten Komponisten des Landes zählen Johann Josef Fux (1660–1741), der zum Hofkapellmeister am Wiener Hof aufgestiegen ist, Anselm Hüttenbrenner (1794–1868), der mit Ludwig van Beethoven und Franz Schubert zusammenarbeitete, und Hugo Wolf (1860–1903), der aus der untersteirischen Kleinstadt Windischgrätz/Slovenj Gradec stammte. In den Jahrzehnten um 1900 prägte der gebürtige Oberösterreicher Wilhelm Kienzl (1857–1941) als Komponist und Direktor des Musikvereins die steirische Musikszene. Die neue Musik wird mit dem 'Steirischen Herbst' abgedeckt, der 1967 initiiert worden ist und u. a. der Pflege avantgardistischer Musik dient. Eine große Rolle spielen auch die Volksmusikkapellen, die in allen Landesteilen eine generationenübergreifende Funktion ausüben.

Buch- und Druckgeschichte

Wichtigste Speicherorte für die Buchgeschichte sind die Klosterbibliotheken (z. B. besitzt Stift Admont die größte Klosterbibliothek der Welt) sowie die Universitätsbibliothek (ca. 3 Mio. Bände) und die Steiermärkische Landesbibliothek (über 700.000 Bände) in Graz. Die Entwicklung des steirischen Buchdrucks setzte in der Mitte des 16. Jahrhunderts ein und erreichte mit der Grazer Offizin Widmannstetter (1585–1806) ihren Höhepunkt. Danach konnten nur die Druckhäuser Leykam und Kienreich (beide Graz) eine gewisse regionale Bedeutung behalten.

Literatur

Eine landestypische Literaturszene entwickelte sich erst im 19. und 20. Jahrhundert. In der Gründerzeit spendete die ins Hintertreffen geratende Welt des Dorfes Inspiration für die Heimatdichtung (z. B. Peter Rosegger, Hans Kloepfer, Paula Grogger, Max Mell u. a.). Vom ausgehenden 19. Jahrhundert bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs entwickelte sich angesichts der nationalen Bewegung eine neue literarische Strömung, in der der Grenzlandgedanke und die interethnischen Beziehungen aufgegriffen wurden (Anastasius Grün, Rudolf Hans Bartsch u. a.). In den 1960er Jahren entstand rund um das Forum Stadtpark in Graz ein neuer Kreis von Literaten, der bewusst sozialkritisch-avantgardistische Wege eingeschlagen hat (Peter Handke, Wolfgang Bauer, Barbara Frischmuth u. a.). Die Literaten auf steirisch-slowenischem Boden bekamen vor allem für den Aufbau einer überregionalen slowenischen Literatur Bedeutung (z. B. Stanko Vraz, Franz Miklosich).

Militärgeschichte

Das Unterland der Steiermark war über Jahrhunderte den kriegerischen Vorstößen der Magyaren ausgesetzt, weshalb sich eine stabile Landesgrenze zum Königreich Ungarn erst spät herausgebildet hat; viele heute noch bestehende Burganlagen gehen auf jene Periode zurück. Ab der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts stieg die Gefahr durch die bis nach Bosnien und Kroatien vorgedrungenen Osmanen, wodurch ab dem frühen 16. Jahrhundert kontinuierliche Verteidigungsmaßnahmen nicht nur entlang der südlichen Landesgrenze nötig wurden, sondern auch zugunsten der Landeshauptstadt Graz. Die größte Gefahr bestand 1532, als die Hauptarmee Sultan Süleymans des Prächtigen das Land auf dem Rückzug nach Konstantinopel heimsuchte, und 1683, zur Zeit der Zweiten Wiener Türkenbelagerung. Diese Umstände führten zur Errichtung des sog. Landeszeughauses (Arsenal), das zu den weltweit größten

Sammlungen von Waffen aus dem 16. und 17. Jahrhundert zählt. Während der Kuruzzenkriege (1703–1711) stießen die 'Malkontenten' aus Ungarn vor und brandschatzten wiederholt die östlichen Randgebiete. In den Napoleonischen Kriegen operierte die französische Armee mehrmals im Lande und belagerte 1809 Graz. 1945 drang die Rote Armee der Sowjetunion von Osten her in die Steiermark vor, ehe die britischen Alliierten die Besatzung des Landes (ebenso wie in Kärnten bis 1955) übernahmen. Zu Verletzungen des Luftraums kam es 1991, als die jugoslawische Volksarmee im Kampf gegen das um seine Unabhängigkeit ringende Slowenien die österreichische Grenze mehrfach überflog.

Gedächtnis- und Erinnerungskultur

Die Memorialkultur setzte in der Periode des sog. Vormärz ein, als es darum ging, an die Franzosenkriege zu erinnern. Weitere Anlässe für die Aufstellung von Denkmälern und Gedenktafeln beruhten auf der Gemeinnützigkeit vieler Errungenschaften in den Städten, Kurorten und auch in den Dörfern. Weitere Impulse für Gedächtnisarbeit gingen auf den Ersten und Zweiten Weltkrieg zurück, als viele Gefallene zu beklagen waren.

Auch die während oder nach dem Zweiten Weltkrieg aus Jugoslawien übersiedelten, geflohenen oder vertriebenen Deutschen trugen zur Gedächtniskultur bei (etwa mit der Gottscheer Gedenkstätte in Graz-Mariatrost). Auf dem Boden der slowenischen Steiermark beruhten die Initiativen einerseits auf der Befreiung von der habsburgischen bzw. der 'deutschen' Herrschaft (1918/19) und andererseits auf dem Sieg der kommunistischen Partisanenbewegung (1945 ff.) zunächst über die 'faschistischen', dann über die bürgerlichen Kräfte.

4. Diskurse

Der bislang unsystematisch geführte Diskurs spiegelt den historischen Antagonismus zwischen Deutschen und Slowenen bzw. zwischen Reichs- und Nationalgeschichte wider und weist fünf Themenfelder auf: 1. die Bereitschaft bzw. Nichtbereitschaft der politischen Führung der Habsburgermonarchie (westliche Reichshälfte), den slowenischen Autonomiebedürfnissen entgegenzukommen; 2. die dominierende Rolle der deutschen Bevölkerung in der Untersteiermark in den letzten Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg trotz zahlenmäßiger Unterlegenheit; 3. der Umgang des kommunistischen Jugoslawiens bzw. Sloweniens mit der deutsch-untersteirischen Bevölkerung ab Ende des Zweiten Weltkrieges in Hinblick auf Wiedergutmachung und Anerkennung einer deutschen Minderheit im heutigen Slowenien; 4. die Frage des 'österreichischen' Anteils an der Drangsal der slowenischen Bevölkerung 1941–1945; 5. die quantitative und qualitative Rolle der slowenischen Minderheit in der österreichischen Steiermark, die nur unzureichend rezipiert wird. Die Forschung in allen einschlägigen Archiven und unter komparatistischen Gesichtspunkten lässt ein ausgereiftes und ausgewogenes Bild der offenen Fragen erwarten, doch ist die Diskursbereitschaft nicht allzu hoch einzuschätzen, da die Politik der Republiken Österreich und Slowenien im Gegensatz zur Frage der slowenischen Minderheit in Kärnten möglichen Kontroversen aus dem Weg geht.

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Feliks J. Bister, Peter Vodopivec (Hg.): Kulturelle Wechselseitigkeit in Mitteleuropa. Deutsche und slowenische Kultur im slowenischen Raum vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis zum Zweiten Weltkrieg. Ljubljana 1995 (Wissenschaftliche Bibliothek Österreich-Slowenien 1).

- Janez Cvirn: Trdnjavski trikotnik. Politično orientacija Nemcev na Spodnjem Štajerskem (1861-1914) [Das Festungsdreieck. Die politische Orientierung der Deutschen in der Untersteiermark (1861-1914)]. Maribor 1997.
- Joseph Desput (Hg.): Vom Bundesland zur europäischen Region. Die Steiermark von 1945 bis heute. Graz 2004 (Geschichte der Steiermark 10).
- Die Steiermark. Brücke und Bollwerk. Landesausstellung 1986, Katalog. Graz 1986 (Veröffentlichungen des Steiermärkischen Landesarchivs 16).
- Harald Heppner (Hg.): Slowenen und Deutsche im gemeinsamen Raum. Neue Forschungen zu einem komplexen Thema. München 2002 (Buchreihe der Südostdeutschen Historischen Kommission 38).
- Klaus-Jürgen Hermanik: Eine versteckte Minderheit. Mikrostudie über die Zweisprachigkeit in der steirischen Kleinregion Soboth. Weitra [2007] (Bibliothek der Provinz).
- Joachim Hösler: Slowenien. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Regensburg 2006 (Ost- und Südosteuropa - Geschichte der Länder und Völker).
- Stefan Karner: Die Steiermark im 20. Jahrhundert: Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur. Graz u. a. 2000.
- Stefan Karner, Gerald Schöpfer (Hg.): Als Mitteleuropa zerbrach. Zu den Folgen des Umbruchs in Österreich und Jugoslawien nach dem Ersten Weltkrieg. Graz 1990 (Unserer Zeit Geschichte 1).
- Martin Moll: Kein Burgfrieden. Der deutsch-slowenische Nationalitätenstreit in der Steiermark 1900-1918. Innsbruck 2007.
- Andreas Moritsch (Hg.): Alpen-Adria. Zur Geschichte einer Region. Klagenfurt u. a. 2001.
- Dušan Nećak, Božo Repe: Slowenien. Klagenfurt u. a. 2006 (Wieser Geschichte: Europäischer Osten).
- Othmar Pickl (Hg.): 800 Jahre Steiermark und Österreich 1192-1992. Der Beitrag der Steiermark zu Österreichs Größe. Graz 1992 (Forschungen zur geschichtlichen Landeskunde der Steiermark 35).
- Hans Pirchegger: Geschichte der Steiermark. Mit besonderer Rücksicht auf das Kulturleben. Graz 1949 (Neudruck 1976).
- Nova Revija (Hg.): Slovenski zgodovinski atlas. Ljubljana 2011.
- Helmut Rumpler, Arnold Suppan (Hg.): Geschichte der Deutschen im Bereich des heutigen Slowenien (1848-1941). Wien, München 1988 (Schriftenreihe des Österreichischen Ost- und Südosteuropainstituts 13).
- Gerhard Sewann: Steiermark. In: Edgar Hösch, Karl Nehring, Holm Sundhaussen (Hg.): Lexikon zur Geschichte Südosteuropas. Wien u. a. 2004, S. 661-663.
- Christian Stenner (Hg.): Slowenische Steiermark. Verdrängte Minderheit in Österreichs Südosten. Wien u. a. 1997 (Zur Kunde Südosteuropas II/23).
- Peter Štih, Vasko Simoniti, Peter Vodopivec: Slowenische Geschichte. Gesellschaft, Politik, Kultur. Graz 2008 (Veröffentlichung der Historischen Landeskommission für Steiermark 40).
- Arnold Suppan (Hg.): Zwischen Adria und Karawanken (= Deutsche Geschichte im Osten Europas 8, hg. von Hartmut Boockmann). Berlin 1998.
- Ferdinand Tremel: Land an der Grenze. Eine Geschichte der Steiermark. Graz 1966.
- Peter Vodopivec: Od Pohlinove slovnice do samostojne države. Slovenska zgodovina od konca 18. stoletja do konc
- a 20. stoletja [Vom Wörterbuch Pohlins bis zum selbständigen Staat. Slowenische Geschichte vom Ende des 18. bis zum Ende des 20. Jh.s]. Ljubljana 2006.
- Adam Wandruszka, Peter Urbanitsch (Hg.): Die Habsburgermonarchie 1848-1918 (= Die Völker des Reiches 3). Wien 1980. Teil 1, S. 248-255; Teil 2, S. 801-838.

Periodika

- *Mittheilungen des Historischen Vereins für Steiermark*, Graz (1850 ff., fortgesetzt als *Zeitschrift des Historischen Vereins für Steiermark*, Graz [1906 ff.]).
- Historischer Verein für Steiermark (Hg.): *Blätter für Heimatkunde*, Graz (1923 ff.).*Veröffentlichungen des Steiermärkischen Landesarchivs*, Graz (1-53/54; 1951-2004).
- *Veröffentlichungen der Steirischen Landeskommission*, Graz (1896 ff.).
- *Časopis za zgodovino in narodopisje* [Zeitschrift für Geschichte und Volkskunde], Maribor (1904 ff.).
- *Internationales Kulturhistorisches Symposion Mogersdorf*, Eisenstadt (1972 ff.)

Zitation

Harald Heppner: Steiermark. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54159.html (Stand 07.03.2012).

Südosteuropa → Südosteuropa

1. Genese des Begriffs

Der Begriff "Südosteuropäische Halbinsel" wurde 1863 von dem österreichischen Diplomaten und Albanologen Johann Georg von Hahn als Alternative zu "Balkan-Halbinsel" vorgeschlagen, da diese 1808 von dem deutschen Geographen August Zeune eingeführte geographische Bezeichnung auf der irrigen Annahme beruht hatte, dass das im heutigen Bulgarien gelegene Balkan-Gebirge (bulg. *Stara Planina*) vom Schwarzen Meer bis zur Adria reiche. Der deutsche Geograph Theobald Fischer schlug 1893 vor, die Halbinsel im südöstlichen Europa als "Südosteuropa" zu bezeichnen.[1] "Südosteuropa" konnte sich im deutschsprachigen Raum erst in der Zwischenkriegszeit als vermeintlich neutrale Alternative zu den negativ konnotierten Komposita mit "Balkan" im Namen etablieren.[2] Während des Nationalsozialismus erfuhr allerdings auch der Begriff "Südosteuropa" eine normative Aufladung, indem er zur Chiffre für nationalsozialistische Beherrschungsstrategien wurde ("Ergänzungsraum Südosteuropa"). Der NS-Intellektuelle und Südosteuropaexperte Franz Ronneberger bezeichnete die "Südostforschung" daher nicht als "objektive Wissenschaft", sondern als "ausgesprochen politischen Wissenschaftsbereich".[3]

Nach dem Zweiten Weltkrieg dominierte aufgrund der nationalsozialistischen Diskreditierung des Südosteuropa-Begriffs in der nicht-deutschsprachigen Forschung und Publizistik wieder "Balkan" als Bezeichnung für das südöstliche Europa; englischsprachige Überblicksdarstellungen der Geschichte der Region führen üblicherweise "*Balkans*" im Titel. Im deutschsprachigen Raum blieb hingegen "Südosteuropa" die vorherrschende Benennung der Region, wie sich an den ihr gewidmeten Institutionen (z. B. Südosteuropagesellschaft, Professuren für südosteuropäische Geschichte) zeigen lässt. Ein Grund dafür war die definitorische Abgrenzung zwischen Südosteuropa und Balkan: Letzterer wird im deutschsprachigen Diskurs üblicherweise räumlich enger gefasst als Südosteuropa. Während Südosteuropa die Gebiete vom Karpatenbogen bis zu Adria, Ägäis und dem Schwarzen Meer umfasse (also im Norden auch Ungarn und die Slowakei), sei der Balkan als Geschichtsregion das Gebiet lang andauernder direkter osmanischer Herrschaft, somit im Norden durch die Flüsse Save und Donau begrenzt.[4] Eine ähnliche Unterscheidung hatte schon 1942 Fritz Valjavec vorgeschlagen, der Südosteuropa "in erster Linie" als "Arbeitsbegriff" definierte, während der geographisch enger gefasste Balkanraum "kulturmorphologische" Gemeinsamkeiten und Übereinstimmungen aufweise.[5]

2. Definition

Eine eindeutige Definition von "Südosteuropa" jenseits einer Geschichte des Begriffs ist nicht möglich. Eine Gebietseinheit solchen Namens, die über eigene Institutionen verfügt hätte, gab es nie, und die Bevölkerungen der so bezeichneten Region definierten sich niemals wesentlich über die Zugehörigkeit zu "Südosteuropa". Die Institutionalisierung des Begriffs "Südosteuropa" erfolgte vielmehr in wissenschaftlichen und politischen Zusammenhängen außerhalb der so benannten Region (v. a. in Deutschland und in Österreich). Sie beruhte auf der Annahme, dass diese Region Gemeinsamkeiten aufweist, die eine Gesamtbetrachtung rechtfertigen. Die Institutionalisierung von Südosteuropa-Expertise schlägt sich nieder in der Existenz von spezialisierten Lehreinheiten an Universitäten und wissenschaftlichen Einrichtungen sowie von Fachverbänden, die "Südosteuropa/südosteuropäisch" in ihrem Namen führen. Eine formalisierte politische Struktur, die nach "Südosteuropa" benannt ist und jene Länder umfasst, die gemeinhin der Region zugezählt werden (aber ohne Ungarn), entstand im Jahr 1996 mit dem "South-East European Cooperation Process", der die Kooperation der Staaten der Region in Hinblick auf ihre EU-Integration fördern will, aber über keinerlei supranationale Organe und hoheitliche Kompetenzen verfügt.

Die Schwierigkeit einer Definition von "Südosteuropa" beruht im Nichtvorhandensein eindeutiger geographischer Grenzen. Die Problematik wird verschärft durch die Tatsache, dass "Südosteuropa" nicht (nur) als kartographische Raumbezeichnung gedacht ist, sondern als durch bestimmte historische, politische und kulturelle Zusammenhänge definierte Region, die sich einer klaren räumlichen Begrenzung verweigern und sich im Zeitverlauf unterschiedlich darstellen. Umstritten ist die Abgrenzung von Südosteuropa nach Norden hin, aber auch nach Süden. In unterschiedlichen Zusammenhängen werden daher die Gebiete der heutigen Staaten Slowakei, Slowenien, Moldau und Ungarn einmal zu Südosteuropa gezählt, ein andermal nicht; Analoges gilt für die anatolischen Teile der Türkei, für Teile der Ukraine (Karpato-Ukraine, Nord-Bukowina, Süd-Bessarabien) und für Zypern. Für gewöhnlich unumstritten ist die Zuordnung Albaniens, Bosnien-Herzegowinas, Bulgariens, Griechenlands, Kosovos, Makedoniens, Montenegros, Rumäniens und Serbiens zu Südosteuropa. Im Falle von Kroatien gibt es Stimmen, v. a. im Lande selbst, die sich gegen eine solche Zuschreibung verwehren und Kroatien in Mitteleuropa verorten.



Großgliederung Europas, Vorschlag des Ständigen Ausschusses für geopraphische Namen (StAGN). [Wikimedia Commons]. Karte: CC BY-SA 3.0/ NordNordWest

Angesichts dieser Ambivalenzen unterscheidet sich der jeweilige konkrete Bezugsrahmen von Südosteuropa-bezogenen Organisationen und Initiativen. Die Südosteuropagesellschaft inkludiert z. B. die Staaten Moldau, Slowakei, Zypern, Türkei und Ukraine in ihr Aktivitätsspektrum. Ähnlich weit gefasst war der Betrachtungsraum des Südost-Instituts, mit der Einschränkung, dass es von "Teilen der Türkei und der Ukraine" sprach. Das für die Standardisierung geographischer Namen im deutschsprachigen Raum zuständige Gremium (Ständiger Ausschuss für geographische Namen) schlägt wiederum eine engere Definition von Südosteuropa vor. In seiner "Großgliederung Europas nach kulturellen Kriterien und politischen Grenzen" gehören Kroatien, Slowenien, Ungarn und die Türkei nicht zu Südosteuropa, Moldau und Zypern schon. Angesichts solcher Abgrenzungsprobleme hat sich in der historischen Forschung eine pragmatische Nutzung des Begriffs "Südosteuropa" als Bezeichnung für eine durch breite und sich verändernde Übergangszonen ausgezeichnete Geschichtsregion durchgesetzt.

3. Diskurse/Kontroversen

Debatten um den Begriff "Südosteuropa" wurden v. a. in Bezug auf die Frage nach seiner Tauglichkeit als Bezeichnung für eine geographische Großregion geführt. Dabei ging es u. a. um das Verhältnis der beiden Begriffe "Südosteuropa" und "Balkan". Während "Südosteuropa" ursprünglich im 19. Jahrhundert als Bezeichnung mit größerer Plausibilität und Neutralität für die Großregion im Südosten Europas vorgeschlagen wurde (siehe oben), wurde im Laufe des 20. Jahrhunderts wiederholt auf die Problematik seiner definitorischen Abgrenzung hingewiesen. Nach 1945 kam "Südosteuropa" auch aufgrund der nationalsozialistischen Instrumentalisierung dieses Begriffs im Rahmen der Pläne des Dritten Reichs zur Beherrschung und Ausbeutung des südöstlichen Europas in die Kritik; in diesem Zusammenhang wurde - mit großer Verspätung - auch die Verstrickung der Südosteuropaforschung in die nationalsozialistische Politik aufgearbeitet.[6]

Heftige Kontroversen um die Begrifflichkeit löste in den 1990er Jahren das Buch *Imagining the Balkans* der Historikerin Maria Todorova aus. In dieser Studie zeigt die Autorin auf, wie der Balkan von west- und mitteleuropäischen Diskursen 'erfunden' und in diesem Prozess die geographische Bezeichnung Balkan mit einer Reihe von stereotypen, zumeist abwertenden Werturteilen aufgeladen wurde. Todorovas Monographie regte eine Reihe von weiteren Arbeiten an, welche die Entstehung von Balkan- bzw. Südosteuropaklischees behandelten. Die Dekonstruktion des Balkan-Begriffs initiierte in der Südosteuropaforschung eine intensive Reflexion über die Bezeichnung der Region. Der deutsche Südosteuropahistoriker Holm Sundhaussen plädierte in einer Debatte mit Maria Todorova z. B. für eine klare terminologische Trennung zwischen Südosteuropa und Balkan, wobei er den Balkan als durch gemeinsame historische Erbschaften konstituierte Geschichtsregion begreift.[7] Der österreichische Südosteuropahistoriker Karl Kaser schlug vor, "Südosteuropa" durch "südöstliches Europa" zu ersetzen, um den Eindruck einer klaren Abgrenzbarkeit der Region auch terminologisch gar nicht erst entstehen zu lassen.[8]

4. Historischer Abriss

Die geschilderte Definitionsproblematik impliziert ähnliche Schwierigkeiten bei der Entscheidung, zu welchem Zeitpunkt eine Darstellung der Geschichte Südosteuropas einsetzen und welche Räume sie umfassen soll.[9] Ein sinnvoller Beginn einer regionalen Geschichte wäre die administrative Teilung des Römischen Reiches (395) und die damit grundgelegte Entstehung eines oströmischen Reichs, das den Untergang des westlichen Teilreiches um fast ein Jahrtausend (bis 1453) überleben sollte. Ein wesentliches Merkmal der Geschichte Südosteuropas seither ist die prägende Kraft von unterschiedlichen, zum Teil konkurrierenden Imperien, die ihr Zentrum am Rande oder außerhalb der Region haben. Bis zur Bildung

von Nationalstaaten, die im frühen 19. Jahrhundert begann, prägten das Byzantinische, das Osmanische, das Habsburgische und im nordöstlichen Bereich der Region auch das Russische Reich die politische Integration der Region. Hinzu kam Venedig, das im Zeitverlauf in unterschiedlicher Intensität Gebiete an der Ostküste der Adria und Teile der griechischen Inselwelt kontrollierte. Die Bedeutung externer Akteure zeigte sich auch im "langen" 19. Jahrhundert, als Südosteuropa im Zuge der "Orientalischen Frage" zur Einflusssphäre der europäischen Großmächte wurde, und im 20. Jahrhundert, als die Region Opfer der Kriegspolitik von Deutschland und Italien wurde und nach dem Zweiten Weltkrieg die Sowjetunion bzw. die USA maßgeblichen Einfluss gewannen. Selbst nach dem Ende des Kalten Krieges sind Teile der Region in einem für Europa unüblichen Maße fremdbestimmt, manifest etwa in der UN-Verwaltung für Kosovo (1999–2008) oder dem mit weitgehenden Interventionsbefugnissen ausgestatteten Amt des Obersten Repräsentanten der Internationalen Gemeinschaft in Bosnien-Herzegowina.

Trotz der Heterogenität der Region und der Vielfalt ihrer Geschichte(n) lassen sich einige prägende gesellschaftliche *Longue-durée*-Faktoren identifizieren, wie die lange Tradition imperialer Herrschaft, das byzantinische und osmanische Erbe sowie die Koexistenz unterschiedlicher Religionsgemeinschaften. Ein weiterer Prägefaktor langer Dauer sind Migrationsbewegungen unterschiedlicher Natur, welche Südosteuropa zu einer Migrationsregion *par excellence* gemacht haben.[10] Frühmittelalterliche Landnahme (wie durch die Slawen und Ungarn), Kolonisation (durch imperiale und nationalstaatliche Regierungen initiiert), nomadische und saisonale Wanderungen, Bevölkerungsverschiebungen im Zuge von Krieg und Krise, Arbeitsmigration, Zwangsmigration und Flucht sorgten für häufige Veränderungen in der sprachlich-religiösen bzw. der ethnographischen Landkarte Südosteuropas. Sie bedingten die bis heute trotz der nationalen Homogenisierungsprozesse und "ethnischen Säuberungen" des 19. und 20. Jahrhunderts bestehende ethnische, linguistische und konfessionelle Heterogenität Südosteuropas.

Im Zuge dieser Wanderungsbewegungen kamen auch Deutsche nach Südosteuropa, zuerst im 12./13. Jahrhundert gerufen von ungarischen und serbischen Herrschern v. a. zum Ausbau des Bergbaus in Ungarn (Banat, Siebenbürgen) und Serbien; von dort gelangten Kolonien deutscher Bergleute auch nach Bosnien und Bulgarien. Für diese Zusiedler bürgerte sich die Bezeichnung "Sachsen" in den Sprachen Südosteuropas ein. Eine kleinere Siedlergruppe ließ sich im 14. Jahrhundert in der Gottschee im heutigen Slowenien nieder. Eine erneute Zuwanderungswelle von Deutschen war als Folge der habsburgischen Rekatholisierung der österreichischen Kernlande sowie der gleichzeitigen "Impopulation" der den Osmanen im späten 17./frühen 18. Jahrhundert abgenommenen Gebiete zu verzeichnen, als Zuwanderer aus habsburgischen Ländern und befreundeten deutschen Territorialstaaten angeworben und im Banat, in Transdanubien ("Schwäbische Türkei"), auf dem Gebiet der heutigen Vojvodina und in anderen Regionen des habsburgisch gewordenen Ungarn angesiedelt wurden ("Donauschwaben").[11] Protestanten aus Österreich wurden zum Teil nach Siebenbürgen deportiert ("Landler"). Nachdem Bessarabien 1812 an Russland gekommen war, wurden auch hier Deutsche angesiedelt. Von dort aus erfolgten Sekundärsiedlungen in die Dobrudscha.[12] Eine erneute stärkere Zuwanderungsbewegung führte Deutsche im 19. Jahrhundert nach Kroatien und Slawonien sowie nach Bosnien-Herzegowina. Im 20. Jahrhundert wiederum wurden auch Deutsche - so wie andere Minderheitengruppen in Südosteuropa - Opfer kollektiver Vergeltung (Vertreibung aus Ungarn, Deportation in Rumänien, Vertreibung und zum Teil Ermordung in Jugoslawien).

Ein weiteres für das Verständnis der modernen Geschichte Südosteuropas wesentliches gesellschaftliches Merkmal ist der bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts dominant agrarische Charakter der Region. Mit Ausnahme einiger Inseln der Industrialisierung und des

Bergbaus blieben die Länder Südosteuropas bis zur kommunistischen Industrialisierungspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg durch Landwirtschaft geprägt. Bis in das späte 19. Jahrhundert hinein basierte dabei die Landwirtschaft in den großflächigen Gebirgsgegenden Südosteuropas vornehmlich auf Viehzucht (zumeist Schafe und Ziegen), die in der Regel mobil betrieben wurde ("Transhumanz"). Auch noch in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war ein Großteil der Landwirtschaft auf Subsistenzsicherung orientiert. Die Bedeutung der Landwirtschaft schlug sich in einem geringen Urbanisierungsgrad nieder. Erst seit Mitte der 1980er Jahre leben auch in Südosteuropa mehr Menschen in Städten als in Dörfern (mit großen regionalen Unterschieden). Südosteuropa erlebte somit einen großflächigen Modernisierungsdurchbruch - allerdings kommunistischer Prägung - erst in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg, denn weder die spätimperialen noch die nationalstaatlichen Modernisierungsbemühungen des "langen" 19. Jahrhunderts und der Zwischenkriegszeit hatten die vielfältigen Modernisierungsblockaden aufzulösen vermocht.

Das byzantinische und osmanische Erbe

Das Oströmische (Byzantinische) Reich, das als politischer Zusammenhang zeitweise weite Teile des südöstlichen Europas (und darüber hinaus weitere Regionen) umfasste, entfaltete eine enorme kulturelle Prägekraft. In die byzantinische Zeit fallen wesentliche Weichenstellungen und Veränderungen, die zum einen Erbschaften der Antike auflösten und zum anderen für Unterschiede zum westlichen Europa die Grundlage schufen, die bis heute nachwirken. Dazu gehört die Zuwanderung von Slawen (ab dem 6. Jahrhundert), welche eine Voraussetzung für die Bildung slawischer Staaten im Mittelalter (Bulgarien, Serbien, Kroatien, Bosnien) war. Ein zentrales byzantinisches Erbe ist die Christianisierung des Balkans, die von Konstantinopel ausging, was wiederum nach dem Großen Schisma von 1054 hieß, dass die meisten Christen im südöstlichen Europa Teil der orthodoxen (ostkirchlichen) Welt wurden. Im Zuge der Christianisierung der Slawen durch Byzanz erfolgte im 9. Jahrhundert die Übersetzung der Bibel ins Slawische und die Entwicklung einer eigenen slawischen Schriftlichkeit, die in ihrer kyrillischen Variante bis heute fortbesteht.

Im Norden des südöstlichen Europas konkurrierte Byzanz mit dem sich um die Jahrtausendwende gebildeten Königreich Ungarn und somit auch mit dem Papsttum; Ungarn konnte beispielsweise 1102 die Angliederung Kroatiens erreichen, während sich die im 14. Jahrhundert entstehenden Fürstentümer der Walachei und Moldau kirchenpolitisch an Byzanz orientierten. Die Länder der ungarischen Krone (Königreich Ungarn mit Siebenbürgen, Kroatien, Dalmatien) schlugen in mancherlei Hinsicht einen anderen Entwicklungsweg als die byzantinischen Gebiete des südöstlichen Europas ein, wobei diese Kontinuitäten über die osmanische Eroberung hinausreichen sollten. Dazu gehören die Zugehörigkeit zur westkirchlichen Welt, die Ausbildung feudaler Agrarordnungen sowie die Existenz von eigenen Stadtrechtssystemen (nach deutschen oder italienischen Mustern).

Die Zeit des Byzantinischen Reiches kann daher als eine wesentliche Periode in der Geschichte Südosteuropas angesehen werden, die vom fünften Jahrhundert bis 1453 reicht, wobei das letzte Jahrhundert dieses Zeitabschnitts bereits durch den Beginn der nächsten Periode mit nachhaltigen Erbschaften für die Region gekennzeichnet ist: der osmanischen Eroberung. 1354 etablierten die Osmanen aus dem westlichen Anatolien her kommend ihren ersten Brückenkopf jenseits der Dardanellen. Von hier aus gelang es ihnen bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts, den größten Teil des südöstlichen Europas (inklusive weiter Teile des Königreichs Ungarn) zu erobern. Die osmanische Eroberung brachte das Ende nicht nur für das Byzantinische Reich (das beim Fall Konstantinopels 1453 kaum mehr als das Hinterland der stark entvölkerten Stadt umfasste), sondern auch für die mittelalterlichen Staatsgebilde, die am nördlichen Rand des byzantinischen Einflussgebietes entstanden waren. Die osmanische

Herrschaft bedeutete für Südosteuropa die Integration in ein weit über Europa hinausreichendes islamisches Staatswesen, das nachhaltig die sozialen Beziehungen und kulturellen Praktiken der Region prägte. Zu den wichtigsten Erbschaften des Osmanischen Reiches gehört die Präsenz muslimischer Bevölkerungsgruppen in Südosteuropa als Ergebnis von Konversion und Kolonisation.

Ein Spezifikum der osmanischen Herrschaft war ihre Adaptionsfähigkeit an und Integrationsfähigkeit von lokaler Vielfalt, weshalb die Gesellschaften der Region trotz der gemeinsamen politischen Klammer von großer Heterogenität gekennzeichnet blieben. Die Osmanen strebten keine Homogenisierung an. Administrativ spiegelte sich die Vielfalt in unterschiedlich intensiver zentralstaatlicher Durchdringung wider; einige Gebiete (die Fürstentümer Siebenbürgen, Walachei und Moldau, die Republik Ragusa) waren nicht direkt in das Reich integriert, sondern genossen als Vasallen weitgehende innere Autonomie, in anderen Regionen (Nordalbanien, Montenegro) begnügte sich die Hohe Pforte mit einer eher nominellen Herrschaft, und spezifische Bevölkerungsgruppen (z. B. Passwächter) genossen weitgehende Privilegien. Für die Entwicklung der Region zentral war der Umgang der Osmanen mit konfessioneller Vielfalt: Bis zur rechtlichen Gleichstellung aller Untertanen 1856 hatten Muslime zwar einen rechtlich privilegierten Status inne, jedoch genossen die Anhänger der Buchreligionen (in Südosteuropa Christen unterschiedlicher Konfession und Juden) den Schutz des Sultans und konnten ihre Religion weiterhin ausüben. Sie unterlagen allerdings einigen Beschränkungen und mussten höhere Steuern zahlen. Diese Politik der Anerkennung religiöser Differenz war einer der Gründe, warum ein großer Teil der iberischen Juden (Sepharden) nach ihrer Vertreibung aus Spanien und Portugal 1492 in das Osmanische Reich auswanderte.

Organisiert war die osmanische Gesellschaft primär entlang religiöser Kriterien, wobei die einzelnen anerkannten Glaubensgruppen (*millet*) ein hohes Ausmaß an Autonomie bei der Gestaltung ihrer alltäglichen Angelegenheiten genossen. Da die Osmanen die Gesellschaft nicht entlang ethnisch-linguistischer Kriterien klassifizierten, bildeten die Muslime gleich welcher Sprache eine Gruppe, aus der sich auch die Elite des Reiches rekrutierte. Die Orthodoxen waren in der Regel dem Patriarchen von Konstantinopel untergeordnet. Zur gesellschaftlichen Vielfalt gehörte auch das Funktionieren unterschiedlicher Rechtsbestände. Stadt-Land-Unterschiede waren rechtlich weniger, soziokulturell und ökonomisch hingegen sehr wohl bedeutsam. Eine weitere Besonderheit des Osmanischen Reiches war das Fehlen einer landbesitzenden Aristokratie und damit auch der grundherrschaftlichen Kontrolle über die bäuerliche Bevölkerung, obwohl sich im Zuge des innerstaatlichen Machtverlusts des Sultans im 18. Jahrhundert Formen personaler Abhängigkeitsverhältnisse zwischen Bauern und lokalen Notabeln, die Grundbesitz anhäufen konnten, herausbildeten. In großen Teilen der direkt verwalteten Gebiete des Reiches blieb die Bauernschaft aber faktisch frei, wobei kleinbäuerliche Strukturen dominierten.

Ein wichtiger Wendepunkt für die Geschichte der Region war das Ende der osmanischen Expansion im 17. Jahrhundert und der Beginn der territorialen Kontraktion des Reiches. Mit dem Rückschlag der osmanischen Truppen durch das Heer der Habsburger und ihrer Verbündeten nach der zweiten Belagerung von Wien (1683) begann ein Prozess des Weichens der Osmanen aus Europa, der mit den Balkankriegen (1912/13) zum Ende kam, als dem Osmanischen Reich auf europäischem Boden nur mehr das Hinterland von Istanbul (Ostthrakien) blieb. Umgekehrt konnten die Habsburger nach 1683 ihren südosteuropäischen Besitzstand nach und nach erweitern und sich die gesamten Länder der ungarischen Krone einverleiben. Die Adriagebiete (Istrien, Dalmatien) gelangten endgültig 1815 (Wiener Kongress) zu Österreich. Dem heterogenen Charakter der inneren Strukturen des Habsburgerreichs entsprechend wurden auch die südosteuropäischen Gebiete unterschiedlich verwaltet.

Eine Region mit besonderem Statut stellte die direkt von Wien aus kontrollierte Militärgrenze dar, die im 16. Jahrhundert eingerichtet worden war und ab dem frühen 18. Jahrhundert von der Adria im Westen bis zum Banat und nach Siebenbürgen im Osten reichte, um Schutz gegen die Osmanen zu bieten. Die südliche Militärgrenze wurde endgültig 1881 aufgelöst und in das Königreich Kroatien und Slawonien integriert, das wiederum einen Autonomiestatus innerhalb des Königreichs Ungarn genoss. In vielerlei Hinsicht unterschieden sich die südosteuropäischen Provinzen des Habsburgerreichs von seinen Kernländern, so in der Nicht-Katholiken (Protestanten, Orthodoxen) auch schon vor dem Toleranzpatent von 1781 gewährten Freiheit der Religionsausübung und der Anerkennung entsprechender Kirchenhierarchien. Österreich wurde zum Zentrum der serbischen Orthodoxie (Einrichtung eines Erzbistums in Karlowitz/Sremski Karlovci 1713), nachdem das serbische Patriarchat auf osmanischem Boden vom Sultan dauerhaft aufgehoben worden war (1766). Das Fürstentum Siebenbürgen, das 1690 unter österreichische Kontrolle kam und in dem durch das "Leopoldinische Diplom" u. a. Religionsfreiheit zugesichert wurde, entwickelte sich wiederum zu einem Aufnahmegebiet von aus den Kernbereichen Österreichs (z. B. Salzkammergut und Land ob der Enns) im Laufe des 18. Jahrhunderts deportierten Protestanten.

Neben den Habsburgern erwuchs den Osmanen im 18. Jahrhundert mit dem expansiven Russischen Reich ein weiterer mächtiger Gegner, der wiederholt die rumänischen Fürstentümer Walachei und Moldau besetzte und die osmanische Präsenz am Nordufer des Schwarzen Meeres beendete (1774 Frieden von Küçük Kaynarca). Mit diesem Friedensvertrag sicherte sich Russland auch das Recht, Schutzmacht über die Orthodoxen des Osmanischen Reiches zu sein, was die russische Regierung wiederholt zu Interventionen nutzte. Eine ähnliche Funktion reklamierten die Habsburger in Bezug auf die Katholiken für sich. Im 19. Jahrhundert führte Russland mehrfach Krieg gegen die Osmanen und konnte dabei Bessarabien (1812) und das Donaudelta (1829) erobern. Russlands Interventionen waren essentiell für die faktische Loslösung der rumänischen Fürstentümer von osmanischer Kontrolle, für die Gewährung von Autonomie für Serbien durch den Sultan (1830) sowie die Schaffung des Fürstentums Bulgarien (1878).

Nationalstaatsbildung im 19. und 20. Jahrhundert



Das östliche Europa 1878. [R. H. Labberton, E. Elaxton & Co., 1884, Courtesy of the University of Texas Libraries]

Die militärische Schwäche des Osmanischen Reiches sowie die Interventionspolitik der europäischen Großmächte waren wichtige Rahmenbedingungen für die zunehmende Virulenz nationaler Bewegungen in Südosteuropa im 19. Jahrhundert und die Schaffung von autono-

men und schließlich unabhängigen Nationalstaaten. Ohne internationale Unterstützung wäre die (faktische) Unabhängigkeit für die neuen Staaten zu diesem Zeitpunkt kaum zustande gekommen, da die gesellschaftliche Breitenwirksamkeit der nationalen Bewegungen und ihr militärisches Potenzial begrenzt waren. Als erster "nationaler" Aufstand gilt jener der Serben 1804 (bis 1813), der letztlich in einem autonomen Fürstentum Serbien mündete (1830). 1821 begann die griechische Erhebung gegen die osmanische Herrschaft, der dank militärischer Unterstützung aus Europa die Gründung des unabhängigen griechischen Staates folgte (1830). Montenegro war zu jener Zeit faktisch ebenfalls weitgehend unabhängig. Die beiden Donaufürstentümer Moldau und Walachei entzogen sich dank russischer Unterstützung immer mehr dem osmanischen Einfluss und vereinigten sich 1861 zu Rumänien. Bulgarien wurde 1878 als autonomes Fürstentum aus der Taufe gehoben; im selben Jahr wurden Serbien, Montenegro und Rumänien auf dem Berliner Kongress als unabhängige Staaten anerkannt. Albanien folgte 1913. Als letzter osmanischer Nachfolgestaat wurde 1923 die Republik Türkei ausgerufen. Die südosteuropäischen Nationalstaaten verstanden sich als politischer Ausdruck einer in der Regel ethnisch definierten Nation und beanspruchten von Anfang an außerhalb ihrer Grenzen gelegene Gebiete, die von vermeintlich Ko-Nationalen bewohnt waren. Sie betrieben daher eine Politik der territorialen Expansion,

vornehmlich zulasten des Osmanischen Reichs, mitunter aber auch gegeneinander (z. B. zweiter Balkankrieg, 1913). Nach innen verfolgten die neuen Nationalstaaten den Aufbau einer zentralstaatlichen Ordnung, basierend auf westeuropäischen Vorbildern und ebensolchen Verfassungen, sowie die Festigung der nationalen Identität unter der überwiegend bäuerlichen Bevölkerung. In den habsburgischen Territorien Südosteuropas ließ sich im 19. Jahrhundert ebenfalls die Entstehung nationaler Identitäten sowie darauf aufbauender politischer Bewegungen beobachten. Zur Bildung von Nationalstaaten sollte es hier aber erst nach dem Zusammenbruch der Doppelmonarchie 1918 kommen. Wie auch auf dem osmanischen Balkan war Nationsbildung in der Habsburgermonarchie kein uniformer und unidirektionaler Prozess. Zwei politische Faktoren sorgten dabei für Besonderheiten in der Geschichte der nationalen Bewegungen im Habsburgerreich: Erstens agierten diese nach dem österreichisch-ungarischen Ausgleich von 1867 in zwei sehr unterschiedlich verfassten politischen Kontexten. In der ungarischen Reichshälfte waren die nichtmagyarischen Nationalitäten mit einem zentralisierenden Staat konfrontiert, der eine Magyarisierungspolitik betrieb. Hingegen hatten die Kronländer der österreichischen Reichshälfte einen größeren Spielraum bei der Politikgestaltung, und die Regierung in Wien versuchte tendenziell, einen Ausgleich zwischen den Nationalitäten herzustellen; sie kam daher vielen ihrer Forderungen (z. B. beim Sprachgebrauch) nach, wobei es auf lokaler Ebene immer wieder zu heftigen Konflikten kam (z. B. zwischen Deutschen und Slowenen in der Untersteiermark und in Krain oder zwischen Italienern und Kroaten in Istrien). Zweitens existierten mit Serbien und Rumänien bereits Nationalstaaten, an denen sich die serbische (oder auch insgesamt die südslawische) bzw. die rumänische Bevölkerung Österreich-Ungarns orientieren konnte. Die grenzüberschreitende Dynamik nationaler Mobilisierung wurde besonders in der Provinz Bosnien-Herzegowina deutlich, die 1878 von Österreich-Ungarn besetzt und 1908 annektiert wurde; die relativ größte Bevölkerungsgruppe zu jener Zeit waren orthodoxe Serben, weshalb serbische Nationalisten den Anschluss Bosniens an Serbien forderten.

Auch die deutschsprachige Bevölkerung der südosteuropäischen Reichsteile partizipierte an der nationalen Mobilisierung auf lokaler und staatlicher Ebene, wie die zahlreichen neu geschaffenen Vereine und Presseorgane verdeutlichten. In den ungarischen Reichsteilen richtete sich der Aktivismus gegen Magyarisierungs- und Zentralisierungsbemühungen, in den österreichischen nahm er vielfach den Charakter eines anti-slawischen 'Abwehrkampfes' (insbesondere im Rahmen des deutsch-slowenischen Gegensatzes) an. Jenseits der aktivisti-

schen Rhetorik waren aber lokale Verhältnisse oft auch von Mehrsprachigkeit und ethnischer Koexistenz geprägt.



Territoriale Veränderungen des Balkanraums - Konferenz von London (1913) und Friedensvertrag von Bukarest (1913). [In: Report der Internationalen Kommission über die Gründe und Folgen der Balkankriege, 1914, Courtesy of the University of Texas Libraries]

Den endgültigen Triumph des nationalstaatlichen Ordnungsprinzips in Südosteuropa markierten die Balkankriege (1912/13) und der Erste Weltkrieg, als deren Folge das gesamte Gebiet der Region in unterschiedliche Nationalstaaten integriert wurde. Diese Kriege zeigten aber auch die Uneinigkeit der Länder Südosteuropas. Im ersten Weltkrieg traten Bulgarien und das Osmanische Reich auf Seiten der Mittelmächte in den Krieg ein, während Serbien, Griechenland und Rumänien Bündnispartner der Entente waren. Die zugrunde liegende Motivation für die Regierungen (mit Ausnahme natürlich Serbiens, das von Österreich-Ungarn angegriffen wurde) waren die jeweiligen territorialen Expansionspläne und entsprechende Versprechungen der Kriegsmächte. Für die Nachkriegsordnung bedeutete dies, dass ein Teil der Region zu den Sieger-, der andere zu den Verliermächten gehörte, was eine regional übergreifende Kooperationspolitik ungemein erschwerte. Die mit den untergegangenen Reichen assoziierten Bevölkerungsgruppen (Deutsche und Ungarn in den einst habsburgischen Gebieten, Muslime in den bis 1913 osmanischen Gebieten) erlebten eine sowohl ideelle als auch häufig materielle Statusinversion. Viele Beamte der untergegangenen Reiche verließen die nun zu Nationalstaaten gehörenden Gebiete; deutsche und ungarische Grundbesitzer im Norden sowie muslimische im Süden Südosteuropas verloren viel Land bei - im Prinzip zwar überfälligen, aber eben auch ethno-national motivierten - Landreformen.

Zwischenkriegszeit und Zweiter Weltkrieg

Vor besondere Integrationsherausforderungen sahen sich nach 1918 gerade die Siegerländer in Südosteuropa gestellt. Das um Siebenbürgen, die Bukowina und Bessarabien (und damit

auch um signifikante deutsche Bevölkerungen) erweiterte Königreich Rumänien und das neugegründete Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (ab 1929 Königreich Jugoslawien), das neben Serbien und Montenegro auch Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Teile Dalmatiens, Slowenien und die Vojvodina umfasste (und somit ebenfalls eine große deutsche Minderheit beheimatete), mussten Territorien mit historisch unterschiedlicher Zugehörigkeit und einer ethnisch sehr heterogenen Bevölkerung integrieren; Griechenland war mit rund 1,5 Millionen griechischen Flüchtlingen aus Kleinasien konfrontiert, die im Gefolge der griechischen Niederlage gegen die Türkei (1922/23) ihre Heimat verlassen mussten.

Sowohl in Jugoslawien, das sich als Nationalstaat der sog. "dreinamigen" jugoslawischen Nation verstand, als auch in Rumänien gab es eine markante Divergenz zwischen ethnonationalistischem Staatsverständnis der politischen Elite und der realen Multiethnizität des Landes. Ebenso konfligierte eine zentralistische Staatsordnung (nach französischem Vorbild) mit der Existenz von selbstbewussten regionalen Eliten, die in der Habsburgermonarchie sozialisiert worden waren. Beide Staaten betrieben eine nationale Homogenisierungs- und Integrationspolitik, die auf die Südslawen im einen, auf die Rumänen im anderen Falle baute und diese bevorzugte. Dennoch blieben den nicht-dominanten Nationalitäten (in unterschiedlichem Ausmaß) Minderheitenrechte gewährt (wie von den Pariser Friedensverträgen vorgeschrieben); so erfreuten sich die Deutschen beider Länder eines breiten Schul- und Pressewesens (die Deutschen wurden allerdings weder in Rumänien noch in Jugoslawien von der Regierung als besonders problematische Minderheit angesehen; die unfreiwillige Rolle des 'signifikanten Anderen' im eigenen Land spielten vielmehr die Ungarn und Juden in Rumänien, die Ungarn und Albaner in Jugoslawien). Es kam weder zu nennenswerten Assimilationsprozessen noch zu massenhafter Auswanderung von Minderheitenangehörigen (mit Ausnahme der unmittelbaren Nachkriegszeit). Gleichwohl gehörten die Spannungen zwischen Mehrheitsbevölkerung und Minderheiten ebenso wie jene zwischen Gruppen mit radikal unterschiedlichen Staatsvorstellungen zu den wesentlichen Faktoren der die innenpolitische Entwicklung kennzeichnenden Instabilität, insbesondere aufgrund der enormen territorialen Verlustängste der herrschenden Eliten im Zentrum. Gravierende institutionelle Defizite, wirtschaftliche Unterentwicklung und das schwierige internationale Umfeld machten die Lösung der Integrationsaufgaben nicht einfacher. Vielmehr entstand ein Nährboden für extremen Nationalismus, in Rumänien verbunden mit weit verbreitetem Antisemitismus. Unter den großen deutschen Minderheiten der beiden Länder gewannen, unterstützt vom nationalsozialistischen Regime, in den 1930er Jahren ebenfalls radikale Aktivisten zunehmend an Bedeutung, weshalb die Vertretungen der deutschen Minderheit sich zunehmend an NS-Deutschland orientierten, obwohl die deutsche Minderheit unter deutlich geringerem Druck stand als andere große Minderheiten in Rumänien, Ungarn und Jugoslawien.[13]

Insgesamt war die Zwischenkriegszeit in den Ländern Südosteuropas, ähnlich wie in den meisten Staaten Europas, durch große Instabilität geprägt. Dabei müssen die Folgen des Ersten Weltkriegs bedacht werden, die teils verheerend gewesen waren (Serbien war das kriegsbeteiligte Land mit den höchsten Opferzahlen pro Kopf der Bevölkerung). Große Flüchtlingsströme als Folge des Kriegs, v. a. in Bulgarien und Griechenland, verschärften die soziale Misere und die politischen Schwierigkeiten. Die durch die Friedensverträge geschaffenen neuen Grenzen konnten nationale Konflikte in einer Region mit so ausgeprägter ethno-konfessioneller Gemengelage unmöglich lösen, außer man ergriff so radikale Maßnahmen wie bei dem griechisch-türkischen Bevölkerungsaustausch von 1923. In allen Ländern Südosteuropas blieben faire Wahlen in der Zwischenkriegszeit die Ausnahme; dementsprechend gering war die demokratische Legitimität der meisten Regierungen. Kommunistische Parteien wurden bald nach 1918 verboten (mit der Ausnahme Griechenlands). Trotz der nach wie vor dominant bäuerlichen Struktur der Gesellschaft gelang es genuinen Bauernparteien nur in Bulgarien (1919–1923) und Rumänien (1928–1930, 1932–1933) kurzzei-

tig die Regierung bzw. den Ministerpräsidenten zu stellen. In Bulgarien wurde die Regierung der Bauernpartei 1923 in einem blutigen Putsch gestürzt und ihr Anführer, Aleksandăr Stambolijski, ermordet. Den urbanen, auf die Hauptstadt konzentrierten Eliten der Länder Südosteuropas gelang es, den politischen Prozess zu manipulieren und ihre dominante Stellung zu bewahren, notfalls in Koalition mit den Monarchen, die eine gemäß der Verfassung starke Position innehatten.

Im Zuge sich verschärfender, häufig mit politischer Gewalt verbundener politischer Instabilität erlebten alle Länder Südosteuropas Ende der 1920er/Anfang der 1930er Jahre die Etablierung autoritärer Regime (in Albanien, Bulgarien, Jugoslawien und Rumänien in Form von Königsdiktaturen). Auf der Basis eines nationalistischen Grundkonsenses sowie unter Eindruck des Aufstiegs des Faschismus in Italien und Deutschland verschob sich die politische Landschaft Südosteuropas in der Zwischenkriegszeit in Richtung der Rechten, an deren extremem Rand sich genuine faschistische Gruppen bildeten, die in Rumänien (Legion des Erzengels Michael/Eiserne Garde) und in Ungarn (Pfeilkreuzler) zu Massenbewegungen anwuchsen. Die Weltwirtschaftskrise ab 1929, welche die Agrarökonomien Südosteuropas besonders heftig traf, war hierfür ein beschleunigender Faktor. Als Folge der Weltwirtschaftskrise und der nationalsozialistischen Machtübernahme stieg Deutschland zum wichtigsten Handelspartner der Länder Südosteuropas auf, was mit einem steigenden politischen Einfluss Deutschlands in der Region einherging. Dem nationalsozialistischen Regime gelang es von November 1940 bis März 1941 Bulgarien, Jugoslawien, Rumänien und Ungarn zum Beitritt zum Dreimächtepakt zu bewegen. Albanien war zu diesem Zeitpunkt bereits italienisch besetzt (seit 1939).

Der Zweite Weltkrieg bedeutete auch für Südosteuropa eine tiefe Zäsur in mehrfacher Hinsicht. Während des Krieges waren die Staaten der Region bis zu ihrer Befreiung in unterschiedlicher Weise in den deutschen und (bis September 1943) italienischen Machtbereich integriert, mit Ausnahme der Republik Türkei, die neutral blieb. Jugoslawien und Griechenland wurden 1941 von Deutschland, Italien und Bulgarien besetzt, wobei auf jugoslawischem Boden mit dem "Unabhängigen Staat Kroatien" (NDH) unter Herrschaft der faschistischen *Ustaša* ein Vasallenstaat geschaffen wurde, der systematisch Juden, Roma, Serben und Regierungsgegner ermordete. Im jugoslawischen Besatzungsgebiet und dem NDH sowie in Griechenland bildeten sich bald mächtige bewaffnete Widerstandsbewegungen, in beiden Fällen gespalten in kommunistisch und royalistisch-nationalistisch bzw. konservativ orientierte Gruppen, die sich mitunter gegenseitig bekämpften ("Bürgerkrieg im Krieg"). Den Partisanen gelang es, große Teile der besetzten Gebiete zu befreien (v. a. nach der italienischen Kapitulation). Bulgarien, Rumänien und Ungarn waren hingegen Bündnispartner der Achsenmächte, wobei sich Rumänien und Ungarn am Krieg Deutschlands gegen die Sowjetunion beteiligten, in der Hoffnung auf territoriale Zugewinne (für Ungarn hatten sich diese teilweise bereits 1938 und 1940 erfüllt, als im sog. Ersten Wiener Schiedsspruch die Tschechoslowakei und im Zweiten Wiener Schiedsspruch Rumänien von Deutschland genötigt wurden, Gebiete mit ungarischer Bevölkerung an Ungarn abzutreten; Rumänien besetzte Bessarabien und den nördlichen Schwarzmeerraum um die Stadt Odessa/Odesa). Zu den größten Opfergruppen des Zweiten Weltkriegs gehörte auch in Südosteuropa die jüdische Bevölkerung: In den von Deutschland kontrollierten Gebieten wurde sie Opfer des nationalsozialistischen Massenmordes; in Kroatien ermordete das Ustaša-Regime den Großteil der im Lande lebenden Juden, und in Rumänien wurden 280.000-300.000 Juden durch das antisemitische Antonescu-Regime getötet. In Ungarn fielen 1944/45 nach der deutschen Besetzung Hunderttausende dem Holocaust zum Opfer.

Nachkriegsgeschichte

Mit dem Vormarsch der Roten Armee nach der Zurückschlagung des deutschen Angriffs wurde eine wesentliche Weichenstellung für die Nachkriegsordnung in Südosteuropa eingeleitet: Im Sommer 1944 marschierte die Rote Armee in Rumänien und dann in Bulgarien ein; beide Länder hatten noch während des Krieges die Seiten gewechselt und dem Deutschen Reich den Krieg erklärt. Jugoslawien wurde maßgeblich von den kommunistischen Partisanen unter der Führung von Tito befreit, Ungarn in harten Kämpfen durch die Sowjetunion und ihre Alliierten bis Anfang April 1945. Aus den befreiten bzw. von der Roten Armee besetzten Ländern (insbesondere aus Rumänien) wurden Ende 1944/Anfang 1945 Zehntausende deutsche Arbeitskräfte zur Zwangsarbeit in die UdSSR deportiert.[14] In Griechenland waren es ebenfalls im Wesentlichen heimische Widerstandsgruppen, die mit britischer Unterstützung das Land befreiten. Albanien wurde durch kommunistisch geführte Partisanen befreit, die massive Unterstützung durch die jugoslawischen Partisanen erfuhren. Die Art der Befreiung bedingte maßgeblich die Nachkriegsordnung: In Jugoslawien und Albanien übernahmen Kommunisten faktisch mit Kriegsende die Macht. Im Zuge der kommunistischen Machtergreifung in Jugoslawien wurden die meisten Deutschen (rund 300.000 Personen) aus dem Land (v. a. der Vojvodina) vertrieben und eine große Zahl von - tatsächlichen und vermeintlichen - Gegnern der Kommunisten getötet. In den durch die sowjetischen Truppen besetzten Ländern Bulgarien, Rumänien und Ungarn dauerte es bis 1947/48, bis kommunistische Einparteienregime etabliert wurden, während sich in Griechenland in einem bis 1949 andauernden Bürgerkrieg antikommunistische Kräfte v. a. dank der Unterstützung durch Großbritannien und die USA durchsetzen konnten. Die Republik Türkei schloss sich ebenfalls dem westlichen Lager an (NATO-Beitritt 1952, gleichzeitig mit Griechenland). Somit durchtrennte der Eiserne Vorhang auch Südosteuropa.

Die ersten Jahre kommunistischer Herrschaft waren durch stalinistische Repressionspraktiken sowie Phasen des Terrors gekennzeichnet. Die weitere politische und gesellschaftliche Entwicklung der Länder Südosteuropas verlief auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs nicht homogen. Eine erste wesentliche Zäsur bildete das Jahr 1948, in dem Jugoslawien von der Sowjetunion aus der kommunistischen Staatengemeinschaft ausgeschlossen wurde. Damit setzte in Jugoslawien ein eigener Weg zum Sozialismus ein, der sich u. a. in zunehmender Dezentralisierung äußerte (mit dem Höhepunkt der Verfassung von 1974, welche den sechs Teilrepubliken und zwei autonomen Provinzen Jugoslawiens weitgehende Rechte garantierte). Der im Vergleich zu anderen staatssozialistischen Ländern deutlich höhere Grad an Liberalität in Politik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft war ein weiteres Merkmal des jugoslawischen Sozialismus. Außenpolitisch profilierte sich das Land unter der Führung von Josip Broz Tito, der 1980 verstarb, als ein Protagonist der Bewegung der Blockfreien Staaten (gegründet 1961) und pflegte leidlich gute Beziehungen sowohl zum Westen als auch (nach Stalins Tod 1953) zur Sowjetunion.

Eine zweite Zäsur für das kommunistische Lager war die durch sowjetische Truppen niedergeschlagene Revolution in Ungarn 1956. In Ungarn folgte nach einer Welle der Repression eine konziliantere Politik seitens des Regimes, die in größeren Freiräumen und Konsummöglichkeiten für die Bevölkerung resultierte (sog. Gulaschkommunismus). In Rumänien und Bulgarien verringerte sich nach dem Stalinismus ebenfalls das Niveau der Repression (in den 1970er Jahren sollte es wieder ansteigen), aber zu einer grundsätzlichen Reform der politischen und ökonomischen Strukturen kam es nicht. Das umfangreiche Spitzelwesen der rumänischen Geheimpolizei *Securitate* observierte und drangsalierte insbesondere auch die großen Minderheiten im Lande (Ungarn und Deutsche). Ab den frühen 1960er Jahren versuchten die Parteiführungen Rumäniens und Bulgariens Legitimitätsdefizite durch eine zunehmend nationalistische Rhetorik und Politik zu kompensieren. In Rumänien unter

Nicolae Ceauşescu gehörte dazu eine Außenpolitik, die sich von der Sowjetunion emanzipierte, während Bulgarien unter Todor Živkov ein treuer Verbündeter der UdSSR blieb. Aus beiden Ländern durften Angehörige bestimmter nationaler Minderheiten auswandern, wobei es zu den Spezifika des rumänischen Nationalkommunismus gehörte, dass sich die Regierung jeden deutschen und jüdischen Emigranten von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland bzw. Israels bezahlen ließ. Albanien verblieb im Kern ein stalinistisches Regime bis nach Enver Hodzhas Tod (1985); das Land zeichnete sich zudem durch eine isolationistische Außenpolitik aus, indem es nach und nach mit seinen im Zeitverlauf wechselnden Patronen brach (Jugoslawien, Sowjetunion, VR China).

Die in das westliche Bündnissystem integrierten Staaten Griechenland und Türkei nahmen ebenfalls keinen geradlinigen Weg. Die politische Öffnung in Griechenland der 1950er und 1960er Jahre kam mit der Machtübernahme der Obristen und der Etablierung einer Militärdiktatur 1967 zu einem abrupten Ende. Erst nach deren Sturz 1974 sollte sich Griechenland nachhaltig demokratisieren, wobei die Mitgliedschaft des Landes in der Europäischen Gemeinschaft (ab 1981) einen wichtigen stabilisierenden Faktor darstellte. In der Türkei wurde die nach dem Zweiten Weltkrieg einsetzende demokratische Entwicklung durch wiederholte Militärinterventionen (1960, 1971, 1980, 1997) unterbrochen bzw. rückgängig gemacht. Seit der Jahrtausendwende konnte sich der demokratische Prozess schließlich konsolidieren. Ein Faktor, der für beide Länder innenpolitisch destabilisierend wirkte und sie an den Rand eines Krieges gegeneinander brachte, war die Zypernfrage. Die 1959 unabhängig gewordene ehemalige britische Kronkolonie wurde durch eine türkische Militärintervention 1974 faktisch in einen griechisch und einen türkisch kontrollierten Teil geteilt; die im Norden der Insel ausgerufene "Türkische Republik Nordzypern" wird nur von der Türkei anerkannt und ist *de jure* Bestandteil der Republik Zypern und somit seit 2004 auch EU-Territorium.

1989 markierte auch für Südosteuropa eine Wende, da in Bulgarien (November) und Rumänien (Dezember) die kommunistischen Diktaturen einstürzten, in Rumänien in einer von einem Teil der Sicherheitskräfte mit Gewalt bekämpften Revolution, der auch Nicolae Ceauşescu und seine Frau Elena zum Opfer fielen. 1990 fanden in beiden Ländern sowie in Ungarn die ersten Mehrparteienwahlen seit der kommunistischen Machtübernahme statt, in Albanien 1991. In Jugoslawien führten alle Teilrepubliken im Laufe des Jahres 1990 Mehrparteienwahlen durch, bei denen in Slowenien, Kroatien, Makedonien und Bosnien-Herzegowina neugegründete antikommunistische Oppositionsparteien, die ein nationales Programm verfolgten, obsiegten, in Serbien und Montenegro die Postkommunisten. Zu keiner Wahl sollte es in Jugoslawien auf Bundesebene kommen, denn parallel zur Demokratisierung und wirtschaftlichen Krise hatten sich die schon in den Jahren zuvor immer offensichtlicher werdenden zentrifugalen Kräfte intensiviert. Nationalistische Kräfte gewannen an Zulauf; die Pläne für eine Reform des Bundesstaates divergierten zwischen Zentralisierungsideen der serbischen Führung und Plänen der slowenischen und kroatischen Führung zur Konföderalisierung. 1991/92 erklärten vier Teilrepubliken ihre Unabhängigkeit (Slowenien, Kroatien, Makedonien und Bosnien-Herzegowina).

Die Entwicklung nach dem Ende des Staatssozialismus verlief in den Ländern Südosteuropas sehr unterschiedlich. Das ehemalige Jugoslawien löste sich nicht friedlich auf, sondern blutig: Den Kriegen in Kroatien (1991–1995), Bosnien-Herzegowina (1992–1995) und Kosovo (1999) sowie dem Nato-Bombardement der Bundesrepublik Jugoslawien 1999 fielen ca. 130.000 Menschen zum Opfer. Mehrere Millionen Menschen ergriffen die Flucht oder wurden vertrieben. Das größte Massaker im Rahmen der Kriege verübten Truppen der bosnischen Serben im Juli 1995 in der bosnischen Stadt Srebrenica, als sie rund 8.000 männliche Bosniaken ermordeten. Der Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) in Den Haag bewertete in mehreren Urteilen dieses Massaker als Genozid. Zu

den politischen Folgen der Kriege gehören u. a. das bis heute bestehende internationale Protektorat in Bosnien-Herzegowina sowie die UN-Verwaltung (UNMIK) für die serbische Provinz Kosovo, die 2008 ihre Unabhängigkeit erklärte (mit Stand März 2012 wurde Kosovo von 89 Staaten, darunter 22 EU-Mitgliedern anerkannt). Für die Stabilisierung der Region des ehemaligen Jugoslawiens sowie die Verbesserung der Beziehungen zwischen den einstigen Kriegsgegnern wichtig waren der Sturz des Präsidenten der Bundesrepublik Jugoslawien Slobodan Milošević im Oktober 2000 und die darauf folgende rasche Demokratisierung Serbiens. 2006 zerfiel der Staatenbund von Serbien und Montenegro endgültig, nachdem sich Montenegro für unabhängig erklärt hatte. Zu einem kurzen separatistischen Krieg von März bis August 1992 war es auch in der Republik Moldau nach deren Unabhängigkeitserklärung (1991) gekommen, als sich Transnistrien (der Landesteil am linken Ufer des Dnjestr) faktisch abspaltete und sich als "Transnistrische Moldauische Republik" (PMR) konstituierte. Kein Land der Welt hat diesen 'Staat' bisher anerkannt.

Den nicht unmittelbar von kriegerischen Ereignissen betroffenen Ländern Südosteuropas gelang es in unterschiedlicher Geschwindigkeit, die neue politische und wirtschaftliche Ordnung zu konsolidieren. Erschwert wurden die Reformen durch die tiefe ökonomische Krise, in welche die Transformationsländer nach dem Ende des Staatssozialismus stürzten. Die wirtschaftliche Misere in Rumänien war ein wesentliches Motiv für die meisten der bis dahin verbliebenen Angehörigen der deutschen Minderheit, Anfang der 1990er Jahre nach Deutschland auszuwandern. Spätestens ab Ende der 1990er Jahre befanden sich die Länder der Region aber auf einem ökonomischen Wachstumskurs (mehr oder weniger temporär unterbrochen durch die Finanzkrise von 2008/09). Ein Indikator des Reformerfolgs waren der Beitritt zur Europäischen Union von Ungarn und Slowenien 2004 sowie Bulgarien und Rumänien 2007. Der Beitrittsvertrag mit Kroatien wurde 2011 unterzeichnet (geplanter Beitritt: 2013). Mit Stand März 2012 hatte der Europäische Rat auch Makedonien, der Türkei und Serbien den EU-Kandidatenstatus zuerkannt. Parallel zur fortschreitenden EU-Integration Südosteuropas geriet Griechenland 2010/11 im Zuge der Finanzkrise an den Rand des Staatsbankrotts und destabilisierte damit die Euro-Zone. Trotz dieser Krise verfolgen aber alle Staaten der Region, die noch nicht Mitglied der EU sind, einen Beitritt zur EU als übergeordnete politische Priorität.

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Mathias Beer, Dittmar Dahlmann (Hg.): Migration nach Ost- und Südosteuropa vom 18. bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts. Ursachen - Formen - Verlauf - Ergebnis. Stuttgart 1999 (Schriftenreihe des Instituts für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde 4).
- Mathias Beer, Gerhard Seewann (Hg.): Südostforschung im Schatten des Dritten Reichs. Institutionen - Inhalte - Personen. München 2004 (Südosteuropäische Arbeiten 119).
- Ivan T. Berend: Central and Eastern Europe 1944–1993. Detour from the Periphery to the Periphery. Cambridge u. a. 1996 (Cambridge Studies in Modern Economic History 1).
- Carl Bethke: Deutsche und ungarische Minderheiten in Kroatien und der Vojvodina 1918–1941. Identitätsentwürfe und ethnopolitische Mobilisierung. Wiesbaden 2009 (Balkanologische Veröffentlichungen 47).
- Detlef Brandes: Von den Zaren adoptiert. Die deutschen Kolonisten und die Balkansiedler in Neurußland und Bessarabien 1751–1914. München 1993 (Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 2).

- Konrad Clewing, Oliver Jens Schmitt (Hg.): Geschichte Südosteuropas. Vom frühen Mittelalter bis zur frühen Gegenwart. Regensburg 2011.
- Mariana Hausleiter, Harald Roth (Hg.): Der Einfluss von Faschismus und Nationalsozialismus auf Minderheiten in Ostmittel- und Südosteuropa. München 2006 (Veröffentlichungen des Instituts für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas [IKGS] an der Ludwig-Maximilians-Universität München, Wissenschaftliche Reihe 107).
- Barbara Jelavich: History of the Balkans. 2 Bde. Cambridge u. a. 1983 (The Joint Committee on Eastern Europe Publication Series 12).
- Karl Kaser: Südosteuropäische Geschichte und Geschichtswissenschaft. 2., bearb. und akt. Aufl. Wien u. a. 2002.
- Olga Katsiardi-Hering: Migrationen von Bevölkerungsgruppen in Südosteuropa vom 15. Jahrhundert bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts. In: Südost-Forschungen 59/60 (2001), S. 125-148.
- John R. Lampe: Balkans into Southeastern Europe. A Century of War and Transition. Basingstoke u. a. 2006.
- John R. Lampe, Marvin R. Jackson: Balkan Economic History, 1550–1950. From Imperial Borderlands to Developing Nations. Bloomington 1982 (The Joint Committee on Eastern Europe publication series 10).
- Mark Mazower: The Balkans. London 2000 (Universal History).
- Dietmar Müller: Southeastern Europe as a Historical Meso-Region. Constructing Space in Twentieth-Century German Historiography. In: European Review of History 10,2 (2003), S. 393-408.
- Gerhard Seewann, Karl-Peter Krauss, Norbert Spannenberger (Hg.): Die Ansiedlung der Deutschen in Ungarn. Beiträge zum Neuaufbau des Königreichs nach der Türkenzeit. München 2010 (Buchreihe der Kommission für Geschichte und Kultur der Deutschen in Südosteuropa 40).
- Leften Stavrianos: The Balkans since 1453. New York 1958 (Rinehart Books in European History).
- Holm Sundhaussen: Europa balkanica. Der Balkan als historischer Raum Europas. In: Geschichte und Gesellschaft 25 (1999), S. 626-653.
- Holm Sundhaussen: Geschichte Südosteuropas als Migrationsgeschichte. Eine Skizze. In: Südostforschungen 65–66 (2006/2007), S. 422-477.
- Holm Sundhaussen: Südosteuropa. In: Klaus J. Bade, Pieter C. Emmer, Leo Lucassen, Jochen Oltmer (Hg.): Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Paderborn u. a. 2007, S. 288-313.
- Maria Todorova: Imagining the Balkans. New York u. a. 1997, S. 27-30.
- Maria Todorova: Der Balkan als Analysekategorie. Grenzen, Raum, Zeit. In: Geschichte und Gesellschaft 28 (2002), S. 470-492.

Weblinks

- http://rspcsee.org/en/pages/read/about-seecp
  (The South-East European Cooperation Process)
- http://suedosteuropa-gesellschaft.com/

- http://ios-regensburg.de/ (Institut für Ost- und Südosteuropaforschung)

Anmerkungen

[1] Todorova: Imagining the Balkans, S. 27-30.

[2] Fritz Valjavec: Südosteuropa und Balkan. In: Südost-Forschungen 7 (1942), S. 1-9, hier S. 1.

[3] Zitiert nach: Peer Heinelt: Portrait eines Schreibtischtäters. Franz Ronneberger (1913–1999). In: Wolfgang Duchkowitsch, Fritz Hausjell, Bernd Semrad (Hg.): Die Spirale des Schweigens. Zum Umgang mit der nationalsozialistischen Zeitungswissenschaft. 2. Aufl. Wien 2004, S. 193-218, hier S. 202.

[4] Vgl. Kaser: Südosteuropäische Geschichte und Geschichtswissenschaft. 2. Aufl., S. 19-22; Sundhaussen: Europa balkanica; Müller: Southeastern Europe as a Historical Meso-Region.

[5] Valjavec: Südosteuropa und Balkan (Anm. 2), S. 5f.

[6] Beer, Seewann (Hg.): Südostforschung im Schatten des Dritten Reichs.

[7] Sundhaussen: Europa balkanica; Maria Todorova: Der Balkan als Analysekategorie, S. 470-492.

[8] Kaser: Südosteuropäische Geschichte und Geschichtswissenschaft, 6.

[9] Der folgende Abriss stützt sich wesentlich auf folgende Überblicksdarstellungen: Stavrianos: The Balkans since 1453; Lampe, Jackson: Balkan Economic History; Jelavich: History of the Balkans; Mazower: The Balkans; Lampe: Balkans into Southeastern Europe; Clewing, Schmitt (Hg.): Geschichte Südosteuropas.

[10] Vgl. Beer, Dahlmann (Hg.): Migration nach Ost- und Südosteuropa; Katsiardi-Hering: Migrationen, S. 125-148; Sundhaussen: Geschichte Südosteuropas als Migrationsgeschichte, S. 422-477; Sundhaussen: Südosteuropa, S. 288-313; Ulf Brunnbauer: Emigration aus Südosteuropa, 19.–21. Jahrhundert. Kontinuitäten, Brüche, Perspektiven. In: Emil Brix, Arnold Suppan, Elisabeth Vyslonzil (Hg.): Südosteuropa. Traditionen als Macht. Wien, München 2007 (Schriftenreihe des österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts 31), S. 119-142.

[11] Seewann, Krauss, Spannenberger (Hg.): Die Ansiedlung der Deutschen in Ungarn.

[12] Brandes: Von den Zaren adoptiert.

[13] Vgl. Hausleiter, Roth (Hg.): Der Einfluss von Faschismus und Nationalsozialismus; Bethke: Deutsche und ungarische Minderheiten.

[14] Mathias Beer: Deutsche Deportierte aus Ostmittel- und Südosteuropa in der UdSSR seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. In: Klaus J. Bade, Pieter C. Emmer, Leo Lucassen, Jochen Oltmer (Hg.): Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Paderborn u. a. 2007, S. 465-470. Sofern sie überlebten, wurden die Zwangsverschlepptem größtenteils Ende der 1940er Jahre repatriiert.

Zitation

Ulf Brunnbauer: Südosteuropa. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/53869.html (Stand 05.06.2012).

Syrmien (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

T

Teschener Schlesien

1. Toponymie

Anderssprachige Bezeichnungen

poln. Śląsk Cieszyński; tschech. Těšínsko oder Těšínské Slezsko

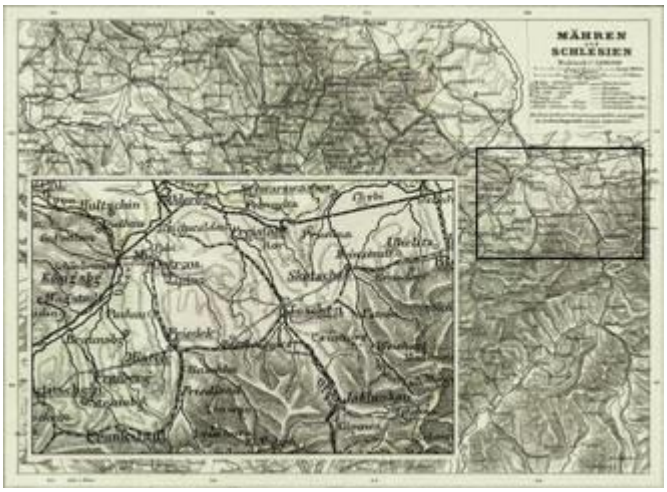
Sonstige Bezeichnungen

Herzogtum Teschen (poln. *Księstwo Cieszyńskie*; tschech. *Těšínské knížectví*); *Zaolzie* (poln. Bezeichnung des tschechischen bzw. tschechoslowakischen Gebiets jenseits der Olsa); Olsa-Gebiet; Österreichisch-Schlesien (ab 1848 zusammen mit dem Troppauer Schlesien)[1]; (österreichisches) Ostschlesien (in Österreich zwischen 1870 und 1921 gebräuchlich)[2]; Teschener Raum; Teschener Land; Teschener Gebiet, Kreis Teschen (1939–1945).

Etymologie

siehe „Schlesien“ und „Teschen/Cieszyn/Český Těšín“

2. Geographie



Das Teschener Schlesien als Teil der Habsburger Monarchie um 1900 [Karte: Vinzenz von Haardt, Wilhelm Schmidt: Kozenns geographischer Schul-Atlas. Wien 1897. Karte 49; Fotomontage: Jürgen Witzlack].

Lage und Topographie

Das im Südosten Schlesiens befindliche Teschener Schlesien umfasst das Gebiet des historischen Herzogtums Teschen, einen Landstrich von etwa 3.000 km² zu beiden Seiten des Flusses Olsa (poln. *Olza*, tschech. *Olše*), der in Teilen seines Laufes die Grenze zwischen dem im Osten befindlichen polnischen und dem westlichen tschechischen Teil markiert. Im Zentrum liegt beiderseits der Olsa die Doppelstadt Teschen/Cieszyn/Český Těšín. Die äußeren Grenzen werden im Osten von dem Fluss Biala (poln. *Biała*, tschech. *Bělá*), im Süden von den Beskiden (poln. *Beskidy*, tschech. *Beskydy*) und im Westen von dem Fluss Ostrawitza (poln. *Ostrawica*, tschech. *Ostravice*) markiert. Im Norden grenzt das Gebiet an Oberschlesien (poln. *Górny Śląsk*, tschech. *Horní Slezsko*). Der östliche Teil des Teschener

Schlesien ist Teil der Westbeskiden, in denen sich auch das Quellgebiet und der Oberlauf der Weichsel befinden. Die höchste Erhebung ist der Kahlberg (poln. *Łysa Góra*, tschech. *Lysá hora)* mit einer Höhe von 1.324 Metern.

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Polen: Woiwodschaft Schlesien (poln. *Województwo śląskie*), Kreis Teschen (poln. *Powiat cieszyński*) und westlicher Teil des Kreises Bielitz (poln. *Powiat Bielsky*) einschließlich des westlichen Teils der Doppelstadt Bielitz-Biala/Bielsko-Biała.

Tschechien: Region Mährisch-Schlesien (tschech. *Moravskoslezský kraj*), Bezirk Karwin (tschech. *Okres Karviná*), östlicher Teil der Bezirke Friedeck-Mistek (tschech. *Okres Frýdek-Místek*) und Ostrau-Stadt (tschech. *Okres Ostrava-město*) sowie der östliche Teil der Stadt Ostrau/Ostrava.

3. Geschichte und Kultur

Mittelalter

Nach den Erbteilungen der Herzogtümer Oppeln (poln. *Opole*, tschech. *Opolí*) und Ratibor (poln. *Racibórz*, tschech. *Ratiboř*) entstand 1281 aus der Kastellanei Teschen das gleichnamige Herzogtum, das bis 1919 Bestand hatte. Im Jahr 1290 wurde Mesko (poln. *Mieszko*) aus dem Hause der Piasten (um 1250–1315) erster Herzog von Teschen und damit Begründer der Teschener Seitenlinie der Piasten, die sich bis 1653 als Landesherren behaupten konnte.

Doch bereits Meskos Erbe Kasimir I. (poln. *Kazimierz I*; um 1280/90–1358) begab sich 1327 wie weitere schlesische Herzöge unter die Lehnshoheit des böhmischen Königs Johann von Luxemburg (1296–1346). Das Herzogtum Teschen war damit einer der schlesischen Kleinstaaten, deren Bestand lediglich durch Anlehnung an einen stärkeren Nachbarn gesichert werden konnte. Nach dem polnischen Verzicht auf die schlesischen Gebiete 1339 wurde das Herzogtum Teschen von Karl IV. (1316–1378) der Böhmischen Krone unterstellt und kam somit zum Heiligen Römischen Reich.

Neuzeit

1526 fiel Teschen als piastisches Mediatherzogtum an Österreich (Österreichisch-Schlesien). Nach dem Tod von Elisabeth Lukretia (1599–1653), der letzten Teschener Herrscherin aus dem Geschlecht der Piasten, ging das Gebiet dann als Erbfürstentum direkt in den Besitz von Kaiser Ferdinand III. (1608–1657) über. Bei Österreich verblieb es auch, als nach dem Ersten Schlesischen Krieg (1740–1742) der weitaus größte Teil Schlesiens preußisch wurde.

Siehe auch „Schlesien“.

Zeitgeschichte

Nach dem Zerfall Österreich-Ungarns wurde das Teschener Schlesien 1918 zum Zankapfel zwischen Polen und der Tschechoslowakei. Die Ansprüche auf das Gebiet waren neben ethnischen insbesondere auch durch wirtschaftliche Interessen motiviert (Kohlevorkommen, Hüttenwerke, Verkehrswege). Lokale polnische und tschechische Vertretungsgremien einigten sich am 5. November 1918 zunächst auf eine vorläufige Gebietsaufteilung nach ethnischen Grundsätzen. Die endgültige Grenzziehung sollte den Landesregierungen vorbehalten bleiben. Forderungen von „deutschen Industriellen und regionalistischen Schlesiern“[3] nach einer zwischenstaatlichen Lösung nach dem Vorbild der Freien Stadt Danzig/Gdańsk blie-

ben ungehört. Warschau entschied sich jedoch, die Wahlen zum Sejm auch im Teschener Schlesien abzuhalten, was Prag als Verletzung der lokalen Absprachen betrachtete. Am 23. Januar 1919 rückten daher tschechoslowakische Truppen in die Gebiete östlich der Demarkationslinie ein. Nach einem mehrtägigen Waffengang vereinbarte man eine neue Demarkationslinie, die auch von einer Kommission der Entente vor Ort 1919 bestätigt wurde.



Der Bahnhof Oderberg/Bohumín (im Bild das Bahnhofsgebäude aus dem Jahr 1860) ist für die Region das Fenster nach Europa: Das Teschener Schlesien verfügt neben regelmäßigen Verbindungen nach Prag/Praha über direkte Zuganbindungen nach Kaschau/Košice und Sillein/Žilina, nach Krakau/Kraków, Warschau/Warszawa und Kattowitz/Katowice, nach Wien und von April bis Juni einmal wöchentlich sogar nach Moskau/Moskva, Minsk, Mailand, Monte-Carlo, San Remo und Nizza (Stand: April 2015). [Foto: Kai Witzlack-Makarevich, 2015].

Der Konflikt schwelte schließlich bis 1920 und konnte erst durch den Schiedsspruch der alliierten Botschafterkonferenz von Spa vom 28. Juli 1920 beendet werden, dem Polen angesichts der akuten Bedrohung durch Sowjetrussland zustimmen musste. Der Tschechoslowakei wurde zwar die kleinere Fläche zugesprochen, sie erhielt jedoch die wichtige Kaschau–Oderberger Bahn und vor allem das Bergbau- und Hüttengebiet (siehe Wirtschaft) sowie eine beträchtliche polnische Minderheit als Keim neuerlicher Konflikte, aber auch mögliche Brücke bei der beiderseitigen Verständigung und Zusammenarbeit. Die Streitigkeiten belasteten das Verhältnis zwischen beiden Seiten während der gesamten Zwischenkriegszeit und verhinderten so etwa die Entstehung einer mitteleuropäischen Entente, da insbesondere Polen wegen der Teschen-Frage nicht bereit war, ein so enges außenpolitisches Zusammengehen mit der Tschechoslowakei zu akzeptieren.[4]

Im Zuge der Sudetenkrise forderte der polnische Außenminister Józef Beck (1894–1944) den tschechoslowakischen Präsidenten Edvard Beneš (1884–1948) dann in einer Note auf, den Polen in der Tschechoslowakei die gleichen Privilegien zu gewähren wie den Sudetendeutschen. In Polen setzte daraufhin eine Propagandakampagne unter der Losung „Rückkehr Schlesiens jenseits der Olsa ins Mutterland“ ein, die sich zunehmend verschärfte. Am 2. Oktober 1938 besetzte Polen den tschechoslowakischen Teil des Teschener Schlesien, was als militärischer Erfolg dargestellt wurde, obwohl kein einziger Schuss gefallen war.

Dabei feierte Warschau allerdings einen zweifelhaften Sieg, da dieser nur durch ein Zusammengehen mit Hitler zustande kam und sich Polen damit endgültig eines möglichen Bündnispartners in der Region beraubte.[5] Von den Westmächten wurde das polnische Vorgehen heftig kritisiert, Lob kam hingegen aus Deutschland, Italien und Japan. Kritische Stimmen in Polen selbst gab es nur vereinzelt. Diese konnten sich aufgrund der verbreiteten Zensur kaum Gehör verschaffen. Für das besetzte tschechoslowakische „Schlesien jenseits der Olsa“ wurde anschließend auch der Begriff „wiedergewonnene Gebiete“ (*ziemie odzyskane*) verwendet, mit dem nach der Westverschiebung Polens 1945 dann die ehemals deutschen Gebiete bezeichnet wurden.

Kurz nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs wurde das Teschener Schlesien von Deutschland okkupiert und als Landkreis Teschen ins Reich eingegliedert. Nach Kriegsende hatte die Grenzziehung von 1920 wieder Gültigkeit, einschließlich der erneuten Teilung der Stadt Teschen. Beide Seiten schlossen erst 1958 einen endgültigen Grenzvertrag. Allein Druck aus Moskau verhinderte eine sich deutlich abzeichnende erneute Eskalation der Auseinandersetzungen.

siehe auch „Teschen/Cieszyn/Český Těšín“

Bevölkerung und Gesellschaft

Für das Teschener Schlesien ist ein ununterbrochener Besiedlungsprozess kennzeichnend, der Ende des 13. bis Mitte des 14. Jahrhunderts einen ersten Höhepunkt erreichte. Hier sind deutsche Kolonisten hervorzuheben, mit denen sich auch das deutsche Stadtrecht in der Region verbreitete. Die ältesten Spuren jüdischer Ansiedlung stammen ebenfalls aus dem 14. Jahrhundert.

Die deutschen Siedler und deren Nachkommen bildeten vor allem in den Städten bis ins 20. Jahrhundert hinein die Oberschicht. Vor allem ab dem 18. Jahrhundert konnten sich verstärkt Juden im Teschener Schlesien niederlassen, als Kaiser Karl VI. (1685–1740) ihnen 1713 die Niederlassung und die Ausübung bestimmter Gewerbe in Schlesien gestattete, sofern eine sogenannte Toleranzabgabe entrichtet wurde. Kaiser Joseph II. (1741–1790) hob dann 1781 weitere diskriminierende Bestimmungen auf, forcierte aber andererseits eine (sprachliche) Germanisierung der jüdischen Bevölkerung. 1857 besaßen im Teschener Schlesien lediglich 2.000 Juden offizielles Ansiedlungsrecht (1 % der Gesamtbevölkerung).[6] Ende des 19. Jahrhunderts waren in Bielitz/Bielsko, dem Zentrum einer deutschen Sprachinsel, 87 % der Einwohner deutschsprachig (einschließlich der Juden, die sich beinahe vollständig zum Deutschtum bekannten) und in Teschen 50 %.[7] In den ländlichen Regionen kam es seit dem Mittelalter zu einer allmählichen Slawisierung der deutschen Bevölkerungsgruppe. Vor allem die Arbeitsmigration aus Galizien und der Bukowina, darunter viele Juden, in das im Nordwesten gelegene Kohlenrevier Ostrau-Karwin trug in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu einem raschen Bevölkerungswachstum des Teschener Schlesien bei (1869: 193.838 Personen, 1900: 369.354 Personen).[8] Zur Jahrhundertwende lag die Bevölkerungsdichte mit rund 169 Personen/km2 weit über der der übrigen böhmischen Länder (118 Personen/km2).[9] Parallel hierzu verlief die Herausbildung eines nationalen Bewusstseins bei Polen und Tschechen, die verstärkt kulturelle und später auch politische Rechte einforderten. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war das Teschener Schlesien „nicht nur ethnisch-sprachlich, sondern auch konfessionell die am stärksten differenzierte Region der böhmischen Länder bzw. – zusammen mit der Bukowina und Triest – auch des gesamten Zisleithanien geworden.“[10] Deshalb spielten diese Unterschiede im Zusammenleben der verschiedenen Ethnien nur eine untergeordnete Rolle. Nationalitätenkonflikte ent-

standen später als in anderen Regionen Ostmitteleuropas und hatten erst ab 1880 politischen Charakter.

Im Zuge der Nationalbewegungen nach 1848 entwickelte sich auch eine Gruppe von Regionalisten, die Schlonsaken, die einen slawischen lokalen Dialekt („*po naszemu*“) sprachen. Charakteristisch für sie waren ihr protestantischer Glaube und ihre Affinität zur deutsch-österreichischen Kultur. Zu einer politischen Bewegung avancierte diese Gruppe Anfang des 20. Jahrhunderts mit der Gründung der „Schlesischen Volkspartei“ durch Josef Koždoň (1873–1949). Die Schlonsaken versuchten nach 1918, sich der Vereinnahmung durch Tschechen und insbesondere aus Galizien zugewanderte Polen zu entziehen und ihre regionale Identität zu wahren. Die heute in ganz Oberschlesien aktive politische „Bewegung Autonomes Schlesien“ (*Ruch Autonomii Śląska*) sieht sich in der Tradition der Schlonsaken.



Erinnerungstafel auf dem neuen jüdischen Friedhof in Cieszyn: Zum Gedenken an meine liebe Mutter Zofia Weiss, geborene Licht, meinen Vater Oskar Weiss Schindel, meinen Bruder Dawid Weiss, meine geliebte Großmutter Sabina Guttman, geborene Horovitz, und alle anderen Juden, die umkamen oder nach dem Krieg nicht nach Cieszyn zurückkehrten. Helena R. Foster, geborene Weiss, Kalifornien, USA, Juni 2007. [Foto: Kai Witzlack-Makarevich, 2015].

Mit dem deutschen Überfall auf Polen 1939 wurden die Juden aus dem nun zum Reich gehörenden Kreis Teschen deportiert, beginnend mit dem am 6. Oktober 1939 beschlossenen Nisko-Plan unter dem Kommando von Adolf Eichmann (1906–1962). Von den etwa 12.000 Juden, die vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs im Teschener Schlesien lebten, verblieben dort nach Angaben des deutschen Landrats im September 1943 nur 28.[11]

Religions- und Kirchengeschichte

Innerhalb der Kirchenorganisation gehörte der Landstrich vom Mittelalter bis 1920 zum Bistum Breslau/Wrocław. 1545 konvertierte das Herrscherhaus der Piasten unter Herzog

Wenzel Adam (1524–1579) zum protestantischen Glauben (Augsburger Bekenntnis), ohne dass es zu Verfolgungen von Katholiken kam.[12] Sein Sohn Adam Wenzel (1574–1617) machte diesen Schritt allerdings 1610 rückgängig, nachdem er zunächst die Reformation noch gefördert hatte. Insbesondere nach dem Dreißigjährigen Krieg (1618–1648) konnte sich der Katholizismus wieder durchsetzen. Trotz der mit der Gegenreformation verbundenen Unterdrückung folgte dem ein Großteil der Bevölkerung nicht, wovon die Redensart „Fest wie der evangelische Glaube in Teschen“ zeugt. Dieser Ausdruck bezog sich jedoch vornehmlich auf die Region und weniger auf die Stadt selbst, die schon 1675 wieder vollständig katholisch war.



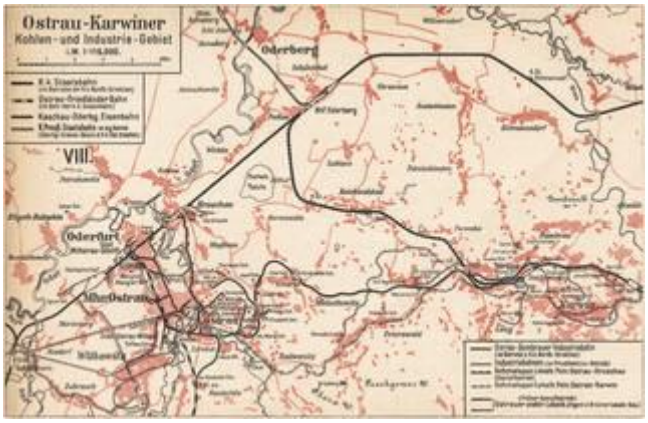
Evangelische Gnadenkirche in Teschen (Postkarte, vor 1945) [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 189833].

Erst in der Altranstädter Konvention von 1707 musste Kaiser Joseph I. (1678–1711) den Protestanten in Schlesien Zugeständnisse machen. Er gewährte unter anderem den Bau der sogenannten Gnadenkirchen in Teschen (Jesukirche) sowie in Hirschberg/Jelenia Góra, Freystadt/Kożuchów, Landeshut/Kamienna Góra, Militsch/Milicz und Sagan/Żagań. Die Teschener Gnadenkirche sollte die gottesdienstliche Versorgung der gesamten Region gewährleisten.

Ende des 19. Jahrhunderts war etwa ein Drittel der Bevölkerung des Teschener Schlesien protestantisch. Oft wird auf die Bedeutung des Protestantismus für die besondere Identität der Region bis heute hingewiesen.[13]

In der Zwischenkriegszeit wurde von polnischer Seite der Vorwurf erhoben, die protestantische Kirche im tschechoslowakischen Teil des Teschener Schlesien habe sich nicht dem Tschechisierungsdruck widersetzt, dem die polnischen Protestanten ausgesetzt waren.[14]

Wirtschaft



Das Kohlen- und Industriegebiet Ostrau-Karwin um 1900 [Karl Peucker: Artarias Eisenbankarte von Österreich-Ungarn und den Balkanländern. Wien 1911, Sonderkarte].



Havířov Hauptstraße (Hlavní třída). Die am Reißbrett im Stil des Sozialistischen Realismus entworfene Bergarbeiterstadt Havířov entwickelte sich nach ihrer Gründung 1955 rasant: Die Einwohnerzahl stieg zwischen 1955 und 1970 von etwas über 10.000 auf rund 80.000 (2001: 85.000). Das gelungene architektonische Ensemble aus der Gründungszeit steht heute unter Denkmalschutz. [Foto: Kai Witzlack-Makarevich, 2015].

Nachdem im 18. Jahrhundert vor allem die Textilindustrie in und um Bielitz, damals einer der bedeutendsten Industriestandorte Oberschlesiens, einen rasanten Aufschwung genommen hatte, entwickelte sich das Herzogtum im 19. Jahrhundert zu einer der „am weitesten fortgeschrittenen Provinzen“ Österreich-Ungarns und nahm im Kohlenbergbau „die erste Stelle“ ein.[15] Die Kohle- und Eisenindustrie konzentrierte sich vor allem in den Randgebieten des Herzogtums in Ostrau, Orlau/Orlová und Karwin/Karviná. Später erhielt das tschechische Schlesien den Beinamen „Eisernes Herz“ des Landes. Der wirtschaftliche Aufstieg der Peripherien des Teschener Schlesien „brach die bis dahin zentralisierte, auf Teschen ausgerichtete Struktur des Landes auf.“[16]

Ab Mitte der 1990er Jahre wurde die Kohleförderung immer weiter zurückgefahren. Tausende Bergleute verloren im Zuge des Strukturwandels ihren Arbeitsplatz. Auf der anderen Seite verbesserte sich die Umweltsituation infolge der Stilllegungen erheblich, was zu einer spürbaren Steigerung der Lebensqualität in der Region beitrug.

Die 1998 gegründete Euroregion Teschener Schlesien stellt heute eine geeignete Plattform zur Zusammenarbeit dar.[17] Sie ist mit den Grenzen des vormaligen Herzogtums allerdings nicht identisch. Wichtige Teile wurden ausgeklammert und sind heute teilweise Bestandteil der polnisch-slowakisch-tschechischen Euroregion Beskiden (seit 2000).[18]

Der Tourismus im Teschener Land im Sommer wie im Winter hat sich zu einem wichtigen Wirtschaftsbereich entwickelt. Jährlich besuchen mehr als zwei Millionen Touristen die Region. Einen besonderen Reiz übt die Seen- und Bergwelt südlich des Kurortes Weichsel/Wisła auf die Besucher aus.

Sprachliche Situation

Im Teschener Schlesien kam es zu intensiven Kontakten zwischen der tschechischen Hoch- und Umgangssprache, dem Teschener polnischen Dialekt (*gwara cieszyńska*), ab 1850 zunehmend auch der polnischen Standardsprache, dem Schlesischen und dem Deutschen, das in der Stadt Teschen selbst dominant war. Kanzleisprache war zunächst das Lateinische, ab Mitte des 14. Jahrhunderts auch das Deutsche, seit den Hussitenkriegen im 15. Jahrhundert das Tschechische, das im 17. Jahrhundert wieder vom Deutschen abgelöst wurde. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurden auch Tschechisch und Polnisch Amtssprachen.

Bei der österreichischen Volkszählung von 1910 gaben 18 % der Befragten Deutsch als Umgangssprache an, 27 % Tschechisch und 55 % Polnisch.[19] Hierbei muss berücksichtigt werden, dass die jüdische Bevölkerung in Österreichisch-Schlesien sich zu 90 % des Deutschen bediente.[20]

Die Vertreter der polnischen Minderheit im tschechischen Teil kommunizieren untereinander in der Regel im Teschener polnischen Dialekt, beherrschen jedoch auch die polnische und tschechische Standardsprache. Der Gebrauch des Deutschen ging im 20. Jahrhundert beständig zurück, wobei 1918 und 1945 als Zäsuren anzusehen sind. Heute dominieren in den beiden Teilen die jeweiligen Landessprachen,[21] Deutsch spielt als Sprache keine Rolle mehr.

Literatur

In der Literatur aus der Teschener Region kommt „der Beschäftigung mit grenzregionalen Situationen in unterschiedlichen historischen Epochen“ eine zentrale Bedeutung zu.[22] Dies gilt etwa für die in den 1970er Jahren von Paweł Łysek (1914–1978) im amerikanischen Exil verfasste Beskidentriologie. Die mährisch-schlesischen Lyriker Petr Bezruč (1867–1958), der sich in seinen *Slezské písně* (*Schlesischen Liedern*) dem Teschener Schlesien widmet, und Óndra Łysohorsky (1905–1989) verarbeiteten vor allem das schlesische Thema. Dabei formulierte Łysohorsky seine „Vorstellung einer eigenständigen schlesisch-slawischen, ‚lachischen Nation‘“[23] im lachisch-schlesischen Dialekt, den er zu einer regionalen Literatursprache ausbauen wollte. Die wachsenden Spannungen zwischen Polen, Tschechen und Deutschen spiegeln sich insbesondere im Werk von František Sokol-Tůma (1855–1925) wider.[24]

Von den deutschsprachigen Autoren sind vor allem Paul Lamatsch von Warnemünde (1805–1866) oder Friedrich Jenker (1843–1914) sowie die in Teschen geborenen Friedrich

Uhl (1825–1906) und Alos Sebéra (18227–1919) zu nennen. Auf Deutsch schrieben auch die aus jüdischen Familien stammenden Heinrich Steinitz (1879–1942), Robert Lohan (1884–1953) und Oskar Singer (1893–1944). Des Deutschen und Polnischen bedienten sich in ihren Werken Karol Kotschy (1789–1856) und Wilhelm Raschke (1803–1855).[25]

4. Kontroversen

Erst gegen 1900 kam es zu Spannungen zwischen den drei dominanten ethnisch-nationalen Gruppen, von denen jede Ansprüche auf das Teschener Schlesien anmeldete: Die Deutschen verwiesen auf den allgegenwärtigen Einfluss der deutschen Sprache und Kultur, die Polen auf die polnische Sprache sowie die Nationalität der Bevölkerungsmehrheit und die Tschechen auf die langjährige Zugehörigkeit des Gebietes zur böhmischen Krone, einschließlich des Tschechischen als Amtssprache. Anders als in vielen anderen Regionen Mittel- und Osteuropas kam aber der deutschen Bevölkerung „im Teschener Gebiet keine polarisierende Rolle zu. Die ethnischen und zwischenstaatlichen Spannungen konzentrierten sich im 20. Jahrhundert in einem tschechisch-polnischen Konflikt."[26]

In der Zwischenkriegszeit wurde *Zaolzie* – das Gebiet jenseits der Olsa – dann zum „polnischen Elsass". Das Teilungsergebnis hatte keine Seite wirklich zufrieden gestellt. Beide führten immer wieder ‚unwiderlegbare wissenschaftliche Argumente' ins Feld, um ihre Gebietsansprüche zu rechtfertigen. Die Tschechoslowakei argumentierte dabei vor allem administrativ-dynastisch, Polen berief sich auf vermeintliche ethnographische Rechte und den „Willen der Bevölkerung".[27] Die Abtrennung des Gebietes wurde dabei von Polen in den Kontext der Teilungen des Landes durch Preußen, Österreich und Russland gestellt, was etwa durch die Bezeichnung „tschechisches Teilungsgebiet" (*zabór czeski*) deutlich wird.[28] Seit 1989 kann in diesem Zusammenhang eine zunehmende Sachlichkeit in der Geschichtsschreibung beider Seiten konstatiert werden.[29]

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Christoph Augustynowicz (Hg.): Österreich in Geschichte und Literatur (mit Geographie) 59 (2015), H. 2: Das österreichische Schlesien. Bildung, Wirtschaft, Nationen, Literaturen.
- Grzegorz Gąsior: Zaolzie. Polsko-czeski o spór Śląsk Cieszyński 1918–2008 [Das Olsa-Gebiet. Der polnisch-tschechische Streit um das Teschener Schlesien 1918-2008]. Warszawa 2008.
- Dan Gawrecki: Politické a národnostní poměry v Těšínském Slezsku 1918–1938 [Politische und nationale Verhältnisse im Teschener Schlesien 1918–1938]. Český Těšín 1999 (Studie o Těšínsku 15).
- *Zbigniew Greń:* Śląsk Cieszyński: dziedzictwo językowe [Das sprachliche Erbe des Teschener Schlesien]. Warszawa 2000.
- Robert Luft: Das Teschener Schlesien als nationale und regionale Geschichtslandschaft. In: Ludger Udolph, Christian Prunitsch (Hg.): Teschen. Eine geteilte Stadt im 20. Jahrhundert. Dresden 2009 (Mitteleuropa-Studien 10), S. 11–42.
- Thomas Menzel, Gerd Hentschel: Wörterbuch der deutschen Lehnwörter im Teschener Dialekt des Polnischen. Oldenburg 2003 (Studia Slavica Oldenburgensia 10).
- Burkhard Olschowsky (Hg.): Geteilte Regionen – geteilte Geschichtskulturen? Muster der Identitätsbildung im europäischen Vergleich. München 2013 (Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 47; Schriften des Europäischen Netzwerks Erinnerung und Solidarität 6), S. 19–139.

- Rudolf Žáček: Těšínsko v československo-polských vztazích v letech 1939–1945 [Das Gebiet Teschen in den tschechoslowakisch-polnischen Beziehungen 1939–1945]. Český Těšín 2000 (Studie o Těšínsku 16).

Anmerkungen

[1] Albert S. Kotowski: Deutsche – Tschechen – Polen – Juden. Über die Bevölkerungsverhältnisse im Teschener Schlesien 1850–1914. In: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 49 (2000), H. 3, S. 317–340, hier S. 317.

[2] Luft: Das Teschener Schlesien, S. 32.

[3] Luft: Das Teschener Schlesien, S. 20.

[4] Zygmunt J. Gasiorowski: Polish-Czechoslovak Relations, 1918–1922. In: The Slavonic and East European Review 35 (1956), H. 84, S. 172–193, hier S. 187.

[5] Piotr Łossowski: Położenie międzynarodowe i polityka zagraniczna [Internationale Lage und Außenpolitik]. In: Jan Tomicki (Hg.): Polska Odrodzona 1918–1939. Państwo, Społeczeństwo, Kultura [Das wiedererstandene Polen 1918–1939. Staat, Gesellschaft, Kultur]. Warschau 1982, S. 128–199, hier S. 190.

[6] Janusz Spyra: Ztracený svět Židů na Těšínském Slezsku = Utracony Świat Żydów na Śląsku Cieszyńskim [Die untergegangene jüdische Welt im Teschener Schlesien]. Bystřice nad Olší 2013, S. 17.

[7] Andrzej Rykała, Marek Sobczynski: Pomiędzy Polską a Czechami. Transgraniczny Region historyczny Śląska Cieszyńskiego [Zwischen Polen und Tschechien. Die grenzüberschreitende historische Region des Teschener Schlesien]. S. 4. URL: http://geopol.geo.uni.lodz.pl/wp-content/uploads/2010/12/slask_ciesz.pdf (Abruf 01.11.2014).

[8] Kotowski: Deutsche – Tschechen – Polen – Juden (Anm. 1), S. 323.

[9] Kotowski: Deutsche – Tschechen – Polen – Juden (Anm. 1), S. 324.

[10] Luft: Das Teschener Schlesien, S. 15.

[11] Spyra: Ztracený svět Židů (Anm. 6), S. 249.

[12] Andrzej Czyż: Die Reformation im Teschener Schlesien. In: Gregor Ploch, Jerzy Myszor, Christine Kucinski (Hg.): Die ethnisch-nationale Identität der Bewohner Oberschlesiens und des Teschener Schlesien. Münster 2008 (Via Silesia 2), S. 199–205, hier S. 200.

[13] Halina Rusek: Bräuche und gegenwärtige Konsequenzen der Multikulturalität des Teschener Schlesiens. In: Ploch, Myszor, Kucinski (Hg.): Die ethnisch-nationale Identität (Anm. 12). S. 152–163, hier S. 155.

[14] Oskar Michejda: Polski kościół ewangelicki na odzyskanych ziemiach Śląska Cieszyńskiego w ostatnym dwudziestoleciu [Die polnische evangelische Kirche in den wiedergewonnenen Gebieten des Teschener Schlesien in den vergangenen zwanzig Jahren]. In: Zaranie Śląskie XV (1939), H. 2–4, S. 122–127, hier S. 125.

[15] Alle Zitate Gottlieb Biermann: Geschichte des Herzogthums Teschen. Teschen 1863, S. 386.

[16] Luft: Das Teschener Schlesien, S. 17.

[17] http://www.euregio-teschinensis.eu (Abruf 06.01.2014).

[18] http://www.euroregion-beskidy.pl/cz [/pl/sk] (Abruf 06.01.2014).

[19] Kotowski: Deutsche – Tschechen – Polen – Juden (Anm. 1), S. 328.

[20] Kotowski: Deutsche – Tschechen – Polen – Juden (Anm. 1), S. 333.

[21] Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa: Grundannahmen zum Sprachkontakt im Teschener Raum. URL: http://www.bkge.de/Publikationen/Online/Woerterbuecher/Deutsche_Lehnwoerter_im_Teschener_Dialekt/1-1_Grundannahmen.php (Abruf 19.03.2015).

[22] Edyta Korepta: Die Literatur des Teschner Schlesien als historische Quelle zum Problem der Grenzregion. In: Ludger Udolph, Christian Prunitsch (Hg.): Teschen. Eine geteilte Stadt im 20. Jahrhundert. Dresden 2009 (Mitteleuropa-Studien 10), S. 105–115, hier S. 106.

[23] Stefan Zwicker: Der Dichter Ondra Łysohorsky und seine Utopie des Lachentums. In: Udolph, Prunitsch (Hg.): Teschen (Anm. 22), S. 93–103, hier S. 93.

[24] Kevin Hannan: Borders of Language and Identity in Teschen Silesia. New York 1996 (Berkeley insights in linguistics and semiotics 28), S. 44.

[25] Michael Morys-Twarowski: Życie kulturalne i naukowe [Kultur und Wissenschaft]. In: Krzystof Nowak, Idzi Panic (Hg.): Dzieje Śląska Cieszyńskiego od zarania do czasów współczesnych. Tom 5: Śląsk Cieszyński w okresie od Wiosny Ludów do I Wojny światowej [Die Geschichte des Teschener Schlesien von den Anfängen bis zur Gegenwart. Band 5: Das Teschener Schlesien vom Frühling der Völker bis zum Ersten Weltkrieg]. Cieszyn 2013, S. 373–396, hier: S. 378–380.

[26] Luft: Das Teschener Schlesien, S. 21.

[27] Wiesław Wojnar: Dowody polskości Śląska Cieszyńskiego [Beweise für den polnischen Charakter des Teschener Schlesien]. Czeski Cieszyn 1930, S. 138.

[28] Piotr Feliks: Macierz Szkolna na Zaolziu [Das Schulwesen in Zaolzie]. In: Zaranie Śląskie XV (1939), H. 2-4, S. 135–139, hier S. 135.

[29] Luft: Das Teschener Schlesien, S. 36.

Zitation

Kai Witzlack-Makarevich: Teschener Schlesien. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2015. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p35385 (Stand 28.10.2015).

Transdanubien/Schwäbische Türkei

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnungen

Transdanubien, Schwäbische Türkei

Amtliche Bezeichnung

ung. Dunántúl (selten auch: Sváb Törökország)

Lateinische Bezeichnung

Pannonia

Etymologie

„Transdanubien“ bedeutet „jenseits der Donau“ (lat. *Danubius* = Donau), gesehen von der ehemaligen Hauptstadt Ungarns, Pressburg/Bratislava/Pozsony, aus; im Gegensatz dazu hieß die heutige Westslowakei „Cisdanubien“. Der Name „Schwäbische Türkei“ entstand im 18. Jahrhundert, als deutsche Kolonisten („Schwaben“) in diesem Teil Transdanubiens, das bis 1699 zum Osmanischen Reich gehört hatte, von den Habsburgern angesiedelt wurden.

2. Geographie

Lage und Topographie



Orte und Städte am Plattensee (Balaton).



Blick von Révfülöp auf das Südufer.

Transdanubien (nach heutigem Verständnis) umfasst ein Gebiet von ca. 42.000 km^2, begrenzt im Norden und Osten von der Donau (ung. *Duna*, slwk. *Dunaj*), im Süden von der Drau (ung. *Dráva*, slowen. u. kroat. *Drava*) und im Westen von den Alpen. Die Landschaft Transdanubiens ist vielfältig: Im Westen liegen die Ausläufer der Ostalpen, den nordwestlichen Teil bildet die Pannonische Tiefebene mit dem Neusiedler See (ung. *Fertő-tó*), und die südlichen und nordöstlichen Teile sind von Hügellandschaften geprägt. In der Mitte Transdanubiens befindet sich der Plattensee (ung. *Balaton*), mit 594 km^2 der größte See Mitteleuropas. Der höchste Punkt Transdanubiens ist mit 884 m ü. A. der Gipfel Geschriebenstein (ung. *Írottkő*) im Günser Gebirge (ung. *Kőszegi hegység*) an der Grenze zu Österreich.

Historische Geographie

Zwischen dem Ende des 9. Jahrhunderts und dem Ersten Weltkrieg gehörte die historische Region Transdanubien zum Königreich Ungarn. Im 16. und 17. Jahrhundert war sie durch die habsburgisch-osmanische Grenze politisch geteilt. Seit 1919/1920 gehören ca. 37.000 km^2 zu Ungarn, während der westliche Rand das österreichische Bundesland Burgenland (3.961 km^2) und der südwestliche Teil (947 km^2) die slowenische Region Übermurgebiet (slowen. *Prekmurje*) bilden; die südöstliche Ecke (Süd-Branau, ung. *Baranya*, kroat. *Baranja*, ca. 114 km^2) gehört zu Kroatien. Seit dem Ersten Weltkrieg wird die Bezeichnung „Transdanubien“ im Wesentlichen nur für den ungarischen Teil benutzt.

Die Schwäbische Türkei ist eine Kulturlandschaft ohne konkrete Grenzen. Sie liegt im südöstlichen Teil Transdanubiens in den Komitaten Tolnau (ung. *Tolna*) und Branau (ung. *Baranya*).

3. Geschichte und Kultur

Politische Geschichte

Zwischen 35 v. Chr. und 49 n. Chr. eroberten die Römer Transdanubien und gründeten die Provinz Pannonien. Das Donauufer wurde als Limes befestigt und das Gebiet romanisiert. Nach der Teilung des Römischen Reichs (395) gehörte Pannonien zum Weströmischen Reich, das die Provinz allerdings am Anfang des 5. Jahrhunderts aufgeben musste. Während der Völkerwanderung erschienen Hunnen, mehrere germanische Stämme und Awaren in Pannonien, im 6. Jahrhundert ließen sich Slawen nieder. Karl der Große (gest. 814) schloss das Gebiet nach seinem Sieg über das Awarenreich Anfang des 9. Jahrhunderts dem Fränkischen Reich an.

Ende des 9. und Anfang des 10. Jahrhunderts fiel die Region an die Magyaren und blieb bis zum 16. Jahrhundert Teil des Königreichs Ungarn. Der erste König Ungarns, Stefan der Heilige (997-1038), gründete Diözesen und Komitate, die bis heute die kirchliche und zivile Verwaltung Transdanubiens bestimmen.

Zwischen 1541 und 1566 eroberte das Osmanische Reich in mehreren Wellen den südlichen und östlichen Teil Transdanubiens. 1594–1598 herrschten die Osmanen in Raab/Győr, 1600 eroberten sie Groß-Kanizsa/Nagykanizsa. Die osmanische Herrschaft hielt sich de facto bis 1686-1689 („Großer Türkenkrieg“ 1683–1699), völkerrechtlich musste das Osmanische Reich 1699 dieses Gebiet an die Habsburgermonarchie abtreten.

Im 18. Jahrhundert ließen sich deutsche, serbische und ungarische Kolonisten in der durch Kriege entvölkerten Region nieder. Im 19. Jahrhundert setzte eine wirtschaftliche und kulturelle Blüte, besonders im nordwestlichen Teil, ein.

Nach dem Zusammenbruch der Österreichisch-Ungarischen Monarchie wurden die Ränder Transdanubiens Österreich und dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen zugesprochen. Ungarischen Freitruppen gelang es aber, die Österreich zugeteilten Gebiete zu besetzen und damit eine von ungarischen Behörden durchgeführte Volksabstimmung über die Zugehörigkeit Ödenburgs/Soprons zu erzwingen, in der sich die Mehrheit zugunsten Ungarns entschied. Serbische Truppen besetzten bis 1921 die Branau und Fünfkirchen/Pécs.

Im Zweiten Weltkrieg wurden viele Juden Transdanubiens in Konzentrationslagern ermordet. Zahlreiche Städte wurden bei schweren Kämpfen zwischen deutschen und sowjetischen Truppen 1944/1945 zerstört. Nach dem Krieg wurde die Hälfte der deutschen Minderheit von der ungarischen Regierung mit Unterstützung der Alliierten vertrieben.

Verwaltung



Heutige administrative Gliederung Transdanubiens (grün).
[Karte: Wikimedia Commons. Mario Carderi CC BY-SA 3.0].

Transdanubien bildete nie eine administrative Einheit. Es ist heute in neun ungarische Komitate und dreizehn kreisfreie Städte unterteilt, die drei NUTS-2-Regionen (West-, Süd- und Zentraltransdanubien) bilden.

Bevölkerung

Transdanubien ist seit dem Mittelalter durch eine dörfliche und kleinstädtische Siedlungsstruktur geprägt. Die größte Stadt der Region, Fünfkirchen, hat heute knapp 150.000 Einwohner.

Seit ihrer Einwanderung am Ende des 9. Jahrhunderts ist Transdanubien mehrheitlich von Magyaren bewohnt.

Die Bevölkerung Transdanubiens (ohne Komitat Pest) nach Muttersprache, 1930-2011[1]

	1930	**1970**	**1990**	**2011**
Magyarisch	2.317.115	3.014.520	3.066.342	2.535.597
Deutsch	290.456	23.316	25.976	23.261
Kroatisch	28.561	16.794	14.511	11.304
Slowenisch	5.277	3.364	2.449	1.569
Slowakisch	8.570	2.242	1.970	2.597
Romani und Beasch	6.942	19.612	21.970	25.081
Andere, keine Antwort	2.542	8.227	6.746	448.275[2]

Deutsche Einwanderer wurden schon von den ersten Königen Ungarns eingeladen, sich in dieser Region niederzulassen. Im Hochmittelalter wurde das heutige Burgenland von Deutschen und Magyaren gemischt bewohnt. Nach dem Ende der osmanischen Herrschaft förderten sowohl die Wiener Regierung als auch Großgrundbesitzer die Einwanderung deutscher Kolonisten. Im späten 17. Jahrhundert ließen sich deutsche Kolonisten im Ofener Bergland nieder. Ein Jahrhundert später betrug ihre Anzahl schon mehr als 100.000 Personen. Die größte Ansiedlungsaktion wurde von König Karl III. (1711–1740, als römisch-deutscher Kaiser Karl VI.) initiiert: Während der 1720er Jahre lud er ca. 100.000 Kolonisten

aus Franken, Württemberg, Bayern, Hessen und dem Elsass in die entvölkerten Komitate Branau und Tolnau ein, die nach dem Sammelnamen der sogenannten „Donauschwaben“ Schwäbische Türkei genannt wurden. Im 19. Jahrhundert wurde vor allem in den Städten ein bedeutender Teil der Deutschen magyarisiert, während in den dörflichen Gemeinden kaum Assimilation stattfand. Nach dem Friedensvertrag von Trianon (1920) bildeten die Deutschen Transdanubiens die größte ethnische Minderheit Ungarns.

Eine deutschnationale Bewegung wurde erst in der Zwischenkriegszeit von Jakob Bleyer (1874-1933), Professor für Germanistik an der Universität Budapest, initiiert. Der sogenannte „Volksbund“, ursprünglich ein Verein für die Förderung deutscher Kultur und der deutschen Minderheit in Ungarn, wurde 1938 gegründet und bald danach zum wichtigsten Instrument des nationalsozialistischen Deutschlands bei der Gewinnung der Mehrheit der Ungarndeutschen für die NS-Ideologie sowie zur erfolgreichen Rekrutierung ungarndeutscher Männer für die Waffen-SS.

Nach dem Kriegsende wurden ca. 185.000 Deutsche zwangsausgesiedelt. Dadurch und durch Assimilation ist die Zahl der Ungarndeutschen deutlich zurückgegangen: 2011 gaben 23.261 Bewohner Transdanubiens Deutsch als ihre Muttersprache an.

Eine kleine kroatische Minderheit gibt es in der Branau, eine slowenische an der slowenischen Grenze im Komitat Zala und eine slowakische in einigen Dörfern in der Nähe von Budapest. Die Mehrheit der Roma wohnt in der Branau.

Wirtschaft

Die westlichen und nördlichen Teile Transdanubiens gehören zu den wirtschaftlich führenden Regionen Ungarns. Besonders wichtig sind Maschinenbau (Audi in Raab, Opel in St. Gotthard/Szentgotthárd, Suzuki in Gran/Esztergom) und Tourismus (Plattensee, Neusiedler See, Ödenburg, Heilbäder Heuwies/Hévíz und Wichs/Bük).

Weit verbreitet ist in Transdanubien der Weinbau; die Donauschwaben betrieben ihn besonders aktiv. Die wichtigsten Weinregionen sind Ödenburg, Balaton, das Ofener Bergland, Seksard/Szekszárd und Wieland/Villány.



Weinkeller in Gowisch/Villányköves [Foto: Wikimedia Commons. Takk CC BY-SA 3.0].

BIP und Arbeitslosigkeit in Transdanubien

	BIP je Einwohner (Tausend ungarische Forint, 2011)[3]	Arbeitslosigkeit in % (1. Quartal 2014)[4]
Zentraltransdanubien	2.498	6,2
Westtransdanubien	2.871	5,1
Südtransdanubien	1.879	7,7
Transdanubien insgesamt	2.428	6,3

Religions- und Kirchengeschichte

Bereits zu römischer Zeit gab es christliches Leben in Transdanubien, das während der Völkerwanderung wieder verschwand: St. Martin von Tours (gest. 397) wurde um 316/317 in Steinamanger/Szombathely/lat. Savaria geboren. Frühchristliche Begräbnisstätten aus dem vierten Jahrhundert sind in Fünfkirchen erhalten geblieben; seit 2000 sind sie Teil des UNESCO-Welterbes. Im Jahr 996 initiierte der letzte heidnische Fürst der Magyaren, Géza (um 940–997), die Gründung des Benediktinerklosters Martinsberg/Pannonhalma, das bis heute zu den wichtigsten Zentren des Christentums in Ungarn und seit 1996 zum UNESCO-Kulturerbe zählt. Im 11. Jahrhundert etablierte sich das Christentum in Ungarn. Obwohl während des 16. Jahrhunderts die Mehrheit der Bevölkerung Transdanubiens sich zur Reformation bekannte, wurden die meisten Protestanten durch die von den Habsburgern geförderte Gegenreformation im 17. Jahrhundert wieder zum Katholizismus bekehrt.

Laut der Volkszählung von 2011 gehören von den ca. 3 Millionen Einwohnern Transdanubiens rund 1,45 Millionen der katholischen, 200.000 der reformierten und 80.000 der evangelischen Kirche A. B. an. 1,2 Millionen sind entweder konfessionslos oder machten keine Angaben. Die römisch-katholische Kirche in Transdanubien ist in sieben Diözesen (Gran, Raab, Fünfkirchen, Wesprim/Veszprém [gegründet von Stefan dem Heiligen], Stuhlweißenburg/Székesfehérvár, Steinamanger [gegründet beide 1777], und Kopisch - [auch Ruppertsberg]/Kaposvár [1993]) eingeteilt. Poppa/Pápa ist der Sitz eines reformierten Bistums und einer theologischen Akademie, und die evangelisch-lutherische Kirche hat eine Diözese in Raab.

Juden lebten in größerer Zahl seit dem 18. Jahrhundert in der Region, als jüdische Familien meistens von den Alpenländern und den böhmischen Ländern einwanderten. Die wichtigsten Gemeinden entstanden in Raab, Fünfkirchen, Groß-Kanizsa und Poppa. 1930 lebten mehr als 60.000 Juden in Transdanubien. Der Holocaust zerstörte das jüdische Leben in Transdanubien fast ausnahmslos. Bei der Volkszählung von 2011 erklärten sich nur 920 Befragte als Juden.

Konfessionelle Zusammensetzung der Bevölkerung Transdanubiens (ohne Komitat Pest), 1930–2011[5]

	Katholiken	Reformierte	Lutheraner	Juden	Andere	ohne Konfession oder keine Antwort
1930	2.112.307	292.161	193.147	60.449	5.877	332
1949	2.282.191	318.336	152.054	7.443	8.306	1.332
2011	1.462.900	200.511	81.922	920	35.085	1.221.877[6]

Besondere kulturelle Institutionen

Mehrere Theater, Museen und andere kulturelle Einrichtungen befinden sich in Transdanubien. Die wichtigsten sind: das Museum des Benediktinerklosters Martinsberg, das Zsolnay-Kulturviertel (*Zsolnay Kulturális Negyed*) mit dem Kodály-Zentrum und die ehemaligen Moscheen in Fünfkirchen sowie das Iseum Savariense Museum in Steinamanger. Die Deutsche Bühne Ungarn in Seksard ist das einzige deutschsprachige Theater in Ungarn. In Fünfkirchen wirkt auch ein kroatisches Theater (*Pécsi Horvát Színház*).

Bildung

1367 wurde in Fünfkirchen von König Ludwig dem Großen (1326–1382, regierte ab 1342) ein *Studium generale* gegründet, das aber Anfang des 15. Jahrhunderts geschlossen wurde. Erst 1921 wurde hier auf der Basis der aus Pressburg übernommenen ungarischen Elisabeth-Universität eine Hochschule gegründet. Heute ist die Universität Fünfkirchen (*Pécsi Tudományegyetem*) eine der größten Hochschulen Ungarns. Weitere Universitäten befinden sich in Raab mit einem Schwerpunkt in den technischen Wissenschaften, in Wesprim (Schwerpunkt technische Wissenschaften), in Kesthell/Keszthely (Schwerpunkt Agrarwissenschaften), in Ödenburg (Schwerpunkt Forstwirtschaft) und in Kopisch (Schwerpunkt Tierzucht).

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Tünde Radek, Anikó Szilágyi (Hg.): Hausgeschichten. Studien zur ungarndeutschen Kultur in Transdanubien. Veszprém 2006.
- Günter Schödl (Hg.): Land an der Donau. Berlin 2002 (Deutsche Geschichte im Osten Europas).
- Gerhard Seewann: Geschichte der Deutschen in Ungarn. Marburg 2012 (Studien zur Ostmitteleuropaforschung 24).
- Ingomar Senz: Die Donauschwaben. München 1994 (Vertreibungsgebiete und vertriebene Deutsche 5).
- Ingomar Senz: Die nationale Bewegung der ungarländischen Deutschen vor dem ersten Weltkrieg. Eine Entwicklung im Spannungsfeld zwischen Alldeutschtum und ungarischer Innenpolitik. München 1977 (Buchreihe der Südostdeutschen Historischen Kommission 30).

Anmerkungen

[1] Nach Daten von: Die Bevölkerung nach Muttersprache, Nationalität und Geschlecht (Tabelle 1.1.6.1). Aggregierte Daten der transdanubischen Komitate: http://www.ksh.hu/nepszamlalas/tablak_teruleti_02 bis http://www.ksh.hu/nepszamlalas/tablak_teruleti_20 (Abruf 04.09.2014).

[2] 436.807 Personen haben diese Frage nicht beantwortet.

[3] Die geographische Verteilung des BIP (2001): http://www.ksh.hu/docs/hun/xftp/idoszaki/gdpter/gdpter11.pdf (Abruf 04.09.2014).

[4] Arbeitslosigkeit: http://www.ksh.hu/docs/hun/xstadat/xstadat_evkozi/e_qlf027.html (Abruf 04.09.2014).

[5] Nach den Daten von www.ksh.hu/nepszamlalas (Anm. 1), Tabellen 1.1.7.

[6] 787.981 Personen haben diese Frage nicht beantwortet.

Zitation

Bálint Varga: Transdanubien/Schwäbische Türkei. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2015. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32605 (Stand 27.02.2015).

Transnistrien → Republik Moldau

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnungen

Republik Moldau oder Moldaurepublik, inoffiziell auch Moldawien oder Moldova

Amtliche Bezeichnung

rum. Republica Moldova

Etymologie

Die Region Moldau und daran anschließend die Republik Moldau sind nach dem Fluss Moldau (rum. *Moldova*) benannt, der durch die historische rumänische Provinz Moldau (im Nordosten Rumäniens gelegen) fließt, das heutige Staatsgebiet der Republik Moldau aber nicht mehr berührt. Die umgangssprachliche Bezeichnung „Moldawien" geht auf die abgekürzte Übersetzung aus dem Russischen von „Moldauische Sozialistische Sowjetrepublik" (*Moldavskaja Sovetskaja Socialističeskaja Respublika;* MSSR) zurück.

2. Geographie

Lage

Die Republik Moldau grenzt im Westen an Rumänien und wird im Norden, Osten und Süden von der Ukraine umschlossen. Das Staatsgebiet umfasst 33.851 km^2.

Topographie

Zum Landschaftsbild des zwischen den Flüssen Pruth (rum. *Prut*) im Westen und Dnister (auch Dnjestr; rum. *Nistru*) im Osten gelegenen Großteils des heutigen Staatsgebiets vgl. den Beitrag „Bessarabien".

Unter „Transnistrien" wird heute ein schmaler Gebietsstreifen entlang des östlichen Ufers des Dnister verstanden. Dagegen umfasste das rumänische Besatzungsgebiet „Transnistrien" während des Zweiten Weltkrieges die ukrainische Ebene um Odessa/Odesa, die im Süden von der Schwarzmeerküste, im Osten vom südlichen Bug (ukr. *Piwdenny Buh*) und im Westen vom Dnister begrenzt wurde.

Historische Geographie

Das Staatsgebiet der heutigen Republik Moldau deckt sich weitgehend mit der östlichen Hälfte des historischen Fürstentums Moldau, die 1812 an das Kaiserreich Russland fiel und mit dem Namen „Bessarabien" bezeichnet wurde. Nach dem Zerfall des Russischen Reiches wurde im Dezember 1917 die Demokratische Republik Moldau gegründet. Nachdem sie von der rumänischen Armee im Januar 1918 eingenommen worden war, erklärte ein Teil der Mitglieder des Landesrats (*Sfatul Țării*) am 27. März 1918 den Anschluss an das Königreich Rumänien. Die sowjetrussische Regierung erkannte die Abtrennung des ehemaligen russischen Gouvernements Bessarabien nicht an und errichtete 1924 aus propagandistischen

Gründen die kleine Autonome Moldauische Sozialistische Sowjetrepublik innerhalb der Ukrainischen SSR, die sich aus Gebieten östlich des Dnister zusammensetzte. Am 2. August 1940 wurde Bessarabien nach der Besetzung durch die sowjetische Rote Armee mit der Autonomen Moldauischen SSR zur eigenständigen Moldauischen Sozialistischen Sowjetrepublik (MSSR) zusammengeschlossen, die bis Juni 1941 bestand. Zwei große Distrikte im Süden Bessarabiens wurden der Ukrainischen SSR zugeschlagen. Im Herbst 1940 wurde die deutsche Minderheit auf das Gebiet des Deutschen Reiches umgesiedelt.

Als dessen Bündnispartner konnte Rumänien im Sommer 1941 das Gebiet von der Sowjetunion zurückerobern. Im April 1944 stießen sowjetische Truppen bis nach Kischinau/Chişinău vor. Nach der vollständigen Einnahme Bessarabiens durch die Rote Armee im August 1944 wurde dort erneut die Moldauische Sozialistische Sowjetrepublik (MSSR) errichtet. Die Grenzziehung wurde bei der Pariser Friedenskonferenz 1947 bestätigt. Die Republik wird seit der Erhebung des Rumänischen – laut Verfassung (1994) „Moldauischen" – zur Amtssprache als „Republik Moldau" (Republica Moldova) bezeichnet. Nach dem gescheiterten Putsch in Moskau/Moskva proklamierten am 27. August 1991 die moldauischen Parlamentsabgeordneten die Unabhängigkeit der Republik Moldau. Dagegen wandte sich eine Bewegung der slawischen Minderheit, die einen kleinen Gebietsstreifen, hauptsächlich östlich des Flusses Dnister, zur „Transnistrischen Moldauischen Sozialistischen Republik" (Pridnestrovskaja Moldavskaja Respublika) erklärte. Diese Republik mit der Hauptstadt Tiraspol wurde jedoch als eigenständiges Staatswesen international nicht anerkannt.

Verweise auf im Lexikon behandelte Regionen

Bessarabien, Moldau

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik



Flagge der Republik Moldau.

Die 1990 noch zu Zeiten der Sowjetrepublik eingeführte Staatsflagge war anfangs stark umstritten, weil die Moldauische Volksfront die blau-gelb-rote Trikolore wählte, die mit der rumänischen Flagge identisch ist. Die Fahnen unterscheiden sich nur geringfügig durch das Wappen: Das Staatswappen der Republik Moldau zeigt einen braunen Adler mit einem Kreuz im Schnabel sowie einen Stierkopf – das Wappentier des ehemaligen Fürstentums Moldau – auf rot-blauem Grund. Im Wappen Rumäniens ist der Adler gelb eingefärbt, der moldauische Stierkopf symbolisiert nur eine von insgesamt fünf abgebildeten historischen Provinzen Rumäniens.

Geschichte der Republik Moldau ab 1944

Die Geschichte der Republik Moldau ist eng mit der Region Bessarabien verknüpft, die seit der zweiten Gründung der Moldauischen Sozialistischen Sowjetrepublik (MSSR) 1944 bis heute größtenteils zum Staatsgebiet der Moldauischen Republik zählt. (Zur Geschichte der Moldauischen Republiken bis 1944 vgl. den Beitrag „Bessarabien").

Unmittelbar nach der Einnahme des Gebietes durch die Rote Armee deportierte der NKVD viele Amtspersonen, die der Kollaboration mit den rumänischen Behörden bezichtigt wurden. Die Posten in der Verwaltung übernahmen zumeist Russen und Ukrainer aus anderen Teilen der Sowjetunion. Nach 1945 wurden viele erfolgreiche Bauern verbannt, denen Widerstand gegen das neue Abgabensystem angelastet wurde. Dieses System sowie eine außergewöhnliche Dürre führten 1946/47 zu einer Hungersnot, der nach Schätzungen bis zu 200.000 Menschen in der MSSR zum Opfer fielen. Am 5./6. Juli 1949 wurden wohlhabende Bauern, Händler und Angehörige verbotener Sekten mitsamt ihren Familien nach Kasachstan und Sibirien deportiert. Durch die Repression machte die Kollektivierung der Landwirtschaft schnelle Fortschritte: 1950 wurde verkündet, dass 97 % der landwirtschaftlichen Betriebe in „Gemeineigentum“ überführt wurden.[1] Zwischen 1950 und 1952 führte Leonid Brežnev (1906-1982) die Kommunistische Partei der MSSR; er und die meisten seiner Nachfolger sprachen nicht Moldauisch/Rumänisch. Ivan Bodiul (1918-2013), der Generalsekretär der Partei zwischen 1961 und 1980, profilierte sich durch besonders scharfes Vorgehen gegen traditionelle Strukturen. So wurden in den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts viele Kirchen und Klöster enteignet.

In den 1960er Jahren erholte sich der Agrarsektor und aus der Republik wurden landwirtschaftliche Produkte – besonders Wein, Kognak und Tabak – in die gesamte Sowjetunion ausgeführt. Gleichzeitig begann eine forcierte Industrialisierung, vor allem bei der Verarbeitung von Lebensmitteln. Aufgrund des steigenden Arbeitskräftebedarfs kamen viele Slawen in die Republik. Der Anteil der Moldauer an der Gesamtbevölkerung sank von 65,4 % im Jahr 1959 auf 63,9 % im Jahr 1979. Durch den Kinderreichtum der Moldauer erreichten sie 1994 einen Anteil von 64,5 %.[2]

Der soziale Aufstieg und die Besetzung von Führungspositionen waren für Slawen einfacher, da die offizielle Kommunikation ausschließlich in Russisch stattfand. Immer mehr Moldauer besuchten weiterführende Schulen, in denen in russischer Sprache unterrichtet wurde. Die urbanisierten Moldauer waren zumeist zweisprachig, auf dem Land dominierte weiterhin Moldauisch. Bei Volkszählungen wurde dies nicht als Rumänisch bezeichnet und einige Sprachwissenschaftler behaupteten sogar, dass es eine eigenständige ostromanische Sprache mit starken slawischen Einflüssen sei. Bis 1989 wurde Moldauisch in kyrillischer Schrift geschrieben, wodurch der Zugang zu Publikationen aus Rumänien erschwert war. Mit Rumänien gab es nur einen begrenzten Kulturaustausch und Reiseverkehr.

Im Zuge der national orientierten Außenpolitik Rumäniens begannen seit 1964 Bukarester Historiker den rumänischen Charakter Bessarabiens zu betonen. Dagegen unterstrichen Historiker der MSSR, dass dieses Gebiet durch die Einfügung in das Russische Reich seit 1812 eine andere Entwicklung als Rumänien vollzog. Nicolae Ceauşescu (1918-1989), der Staats- und Parteiführer Rumäniens, besuchte 1976 die MSSR und akzeptierte die Nachkriegsgrenzen. Doch als er sich 1989 explizit gegen das Reformprogramm von Michail Gorbačev wandte, erhob er Gebietsansprüche. In der MSSR boykottierte Semion Grossu, der seit Dezember 1981 die Kommunistische Partei führte, ebenfalls die Reformen von Gorbačev.

Im Juni 1988 entstand die Demokratische Bewegung, die anfangs vor allem Glasnost durchsetzen wollte. Durch die Lockerung der Zensur wurde nun thematisiert, dass die Bildung der MSSR eine Folge des Molotov-Ribbentrop-Paktes von 1939 war. Einige national orientierte Gruppen forderten danach die Anerkennung des Moldauischen als Amtssprache, sie konnten breite Bevölkerungsteile mobilisieren. Per Akklamation beschloss eine „Große Nationalversammlung“ die Einführung der neuen Amtssprache. Mit Unterstützung der Moldauischen Volksfront wurde im Juli 1989 Mircea Snegur Präsident des Obersten Sowjet der MSSR. Eine Mehrheit im Sowjet verabschiedete am 31. August 1989 das neue Sprachgesetz, ob-

wohl Abgeordnete der russischen Bewegung *Edinstvo* (Einheit) und des kleinen Turkvolkes der Gagausen dagegen protestierten. Wegen tätlicher Angriffe verließen viele Vertreter der slawischen Bevölkerung im Mai 1990 den Obersten Sowjet.

Nach dem gescheiterten Putsch in Moskau proklamierte die Mehrheit im Obersten Sowjet am 28. August 1991 die unabhängige Republik Moldau. Sie folgte damit dem Vorbild der Volksfronten im Baltikum, die das ebenfalls in jenen Tagen taten. Snegur wurde im September 1991 Präsident der Republik Moldau. Nach der Einführung des Moldauischen beziehungsweise Rumänischen als Amtssprache wurden viele Russophone aus staatlichen Institutionen hinausgedrängt.



Statue von Stefan dem Großen (um 1433-1504) in Kischinau. Hier versammeln sich die Anhänger einer Vereinigung der Republik Moldau mit Rumänien. Der Fürst hatte im 15. Jahrhundert die Gebiete für kurze Zeit zusammengeschlossen und gilt als zentrales Symbol der prorumänischen Bewegung in der Republik Moldau. [Foto: Wikimedia Commons. Myrabella CC-BY-SA-3.0].

Mit Unterstützung der 14. sowjetischen Armee, die später 14. russische Armee hieß, bauten radikale Slawen und Gagausen militärische Einheiten auf. Diese wandten sich vor allem gegen Bestrebungen einiger Anführer der Volksfront, die Republik an Rumänien anzuschließen. Zwischen März und Juli 1992 kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen mit vielen Todesopfern. Der russische Präsident Boris El'cin (Jelzin; 1931-2007) und der moldauische Präsident Snegur vereinbarten einen speziellen Status für Transnistrien, abgesichert durch eine gemeinsame Kontrollkommission. Die OSZE errichtete in Kischinau eine Mission zur Konfliktеindämmung, die versuchte, die Kontakte zwischen den zerstrittenen Parteien aufrechtzuerhalten. Die Spannungen konnten im Fall der Gagausen entschärft werden, indem ihnen 1994 vertraglich weitgehende Rechte zur autonomen Verwaltung zugestanden wurden. In ihrem Siedlungsgebiet im Süden der Republik Moldau um die Stadt Comrat/Komrat

wurde Gagausisch neben Rumänisch Amtssprache. Gegenüber den Vertretern der slawischen Minderheiten aus dem Gebiet der Moldauischen Republik Transnistrien besteht bis heute ein Spannungszustand.

2004 wurden separate Volkszählungen von der Regierung der Republik Moldau und in Transnistrien durchgeführt, die deutliche Unterschiede zeigen. In der Republik Moldau wurde folgende Struktur ermittelt: Moldauer (und Rumänen) 77,9 %, Ukrainer 8,34 %, Russen 5,94 %, Gagausen 4,36 %, Bulgaren 1,94 % und alle anderen unter 2 %; in der Enklave der Separatisten Transnistriens: Moldauer 32 %, Ukrainer 28,8 %, Russen 30,37 %, Gagausen 0,7 %, Bulgaren 2,5 % und kleinere Gruppen.[3]

Aufgrund der interethnischen Konflikte kam die Neugestaltung der Wirtschaft in der Republik Moldau nur langsam voran. Zwei Drittel des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens wurde seit den 1990er Jahren schrittweise privatisiert. Doch mit Parzellen von im Durchschnitt unter drei Hektar kann der Markt nicht ausreichend versorgt werden. Die wichtigsten Industriebetriebe befinden sich in Transnistrien, und die Republik Moldau ist auf Energielieferungen aus Russland angewiesen. Ein Viertel der 4,3 Millionen Moldauer arbeitet im Ausland, viele davon in Russland. Deren Überweisungen sind neben finanziellen Hilfsprojekten der Europäischen Union die wichtigsten Einahmen des Staates. Ein besonderes Merkmal der Republik ist, dass die 1993 neu gegründete Kommunistische Partei sehr viele Unterstützer hat, daher stellte sie zwischen 2001 und 2009 die Regierung. Diese Partei setzt sich für intensive wirtschaftliche Beziehungen mit Russland ein. Sie kritisiert, dass die moldauische Regierung im Juni 2014 ein Abkommen zur Assoziierung mit der Europäischen Union schloss, ohne die Bevölkerung durch ein Referendum zu befragen.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Anuarul Statistic al Republicii Moldova [Statistisches Jahrbuch der Republik Moldau]. Chişinău 1994.
- Iulian Fruntaşu: O istorie etnopolitică a Basarabiei 1812-2002 [Eine ethnopolitische Geschichte Bessarabiens 1812-2002]. Chişinău 2002.
- Stefan Ihrig: Wer sind die Moldawier? Rumänismus versus Moldawanismus in Historiographie und Schulbüchern der Republik Moldova 1991-2006. Stuttgart 2008 (Soviet and post-Soviet politics and society 76).
- Anton Moraru: Istoria românilor. Basarabia şi Transnistria 1812-1993 [Geschichte der Rumänen. Bessarabien und Transnistrien 1812-1993]. Chişinău 1995.
- Claus Neukirch: Die Republik Moldau. Nations- und Staatsbildung in Osteuropa. Münster 1996 (Osteuropa 9).
- Elena Şişcanu: Basarabia sub regimul bolşevic 1940-1952 [Bessarabien unter dem bolschewistischen Regime 1940-1952]. Bucureşti 1998.
- Dareg A. Zabarah: Nation- and Statehood in Moldova. Ideological and political dynamics since the 1980s. Wiesbaden 2011.

Handbücher und Periodika

- Klaus Bochmann, Vasile Dumbrava, Dietmar Müller, Victoria Reinhardt (Hg.): Die Republik Moldau. Republica Moldova. Ein Handbuch. Leipzig 2012.
- Flavius Solomon: Identitate etnică şi minorităţi în Republica Moldova. O bibliografie [Ethnische Identität und Minderheiten in der Republik Moldau. Eine Bibliografie]. Iaşi 2001.

Anmerkungen

[1] Neukirch: Republik Moldau, S. 69f.

[2] Anuarul statistical [Statistisches Jahrbuch]. 1994, S. 64.

[3] Demografia Republicii Moldova: ro.wikipedia.org/wiki/Demografia_Republicii_Moldova (Zugriff 23.07.2014).

Zitation

Mariana Hausleitner: Republik Moldau. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32628 (Stand 22.08.2014).

Turkestan

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Russisch-Turkestan, West-Turkestan

Amtliche Bezeichnung

General-Gouvernement Turkestan, seit 1886 Turkestanskij Kraj; persisch "Land der Turkvölker"

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Mittelasiatische Provinz im Russländischen Reich von 1867 bis 1917; der nordwestliche Teil von *Turkestan im weiteren Sinne*, einer historischen Landschaft zwischen dem Kaspischen Meer und Tarim-Becken (China), die Südsibirien und Nordafghanistan mit einschließt (der Begriff ist heute nicht mehr gebräuchlich).

2. Geographie

Lage

Turkestan lag in Mittelasien, einer Region südlich der kasachischen Steppen, zwischen dem Kaspischen Meer im Westen und dem Tjan'-Schan'- und Tarbagatai-Gebirge im Osten. Geographisch deckt sich Turkestan mit den heutigen Republiken Usbekistan, Turkmenistan, Kirgistan, Tadschikistan und dem südlichen Teil Kasachstans.

Topographie

Die Region ist geprägt von kontrastreichen Halbwüsten und Wüsten im Nordwesten und den Hochgebirgen im Südosten. Im Vorgebirgsgürtel konzentrierte sich der Großteil der Städte und Siedlungen.

3. Geschichte und Kultur

Geschichte der Region bis zur russischen Präsenz

Den größten kulturellen Einfluss auf das Gebiet des späteren Turkestan hatten die arabische Expansion und die damit verbundene Islamisierung ab dem späten 7. Jahrhundert. Im 13. und 14. Jahrhundert wurde die Region von verschiedenen mongolischen Herrschaftsverbänden erobert. An der Wende vom 14. zum 15. Jahrhundert wurde Mittelasien Teil des Timuridischen Weltreiches. Gegen Ende des 16. Jahrhunderts etablierte sich hier die usbeki-

sche Gründungsdynastie, die entscheidend für die Entwicklung des Emirats Buchara (im Zentrum Mittelasiens) und der Khanat Chiva (südlich des Aral-Sees), der späteren Vasallenstaaten des Russländischen Reiches, und der Khanat Kokand (im Südosten) wurde.

Zur Zeit der russischen Präsenz in der Region waren die Städte und Oasen v. a. von persischsprachigen Tadschiken und verschiedenen turksprachigen Ethnien bewohnt, von denen die Usbeken die größte Gruppe waren. Die Landwirtschaft basierte auf intensivem Ackerbau mit Bewässerung, in den Städten waren Handel und Handwerk entwickelt. In den wasserarmen Steppen und dem Vorgebirge betrieben Kirgisen und Kasachen im Osten und Turkmenen im Westen eine extensive Viehwirtschaft.

Turkestan im Zarenreich

Ab Mitte des 19. Jahrhunderts begann die Angliederung und Eroberung Mittelasiens durch das Russländische Reich, die im Jahre 1895 endete. 1867 wurde das General-Gouvernement Turkestan mit Taschkent/Toshkent als Zentrum gegründet und ab 1897 bestand es aus fünf administrativen Einheiten: Semirečje, Syr-Darja-Gebiet, Samarkand-Gebiet, Ferghanagebiet und Transkaspien. Als politisch-administrative Einheit existierte Turkestan bis Ende 1924 (seit dem April 1918 als Turkestanische Autonome Sozialistische Sowjetrepublik), als im Ergebnis nationalstaatlicher Abgrenzung in Mittelasien fünf Sowjetrepubliken im Rahmen der Sowjetunion entstanden.

Das Emirat Buchara und das Khanat Chiva standen unter dem Protektorat des Zaren. Im Wettlauf mit Großbritannien um die Vorherrschaft in der Region (das sog. *great game*) überwogen zunächst die strategischen Interessen des Zarenreiches in Turkestan. Die wirtschaftliche Entwicklung beschleunigte sich v. a. mit der Forcierung des Baumwollanbaus seit Ende der 1880er Jahre, insbesondere aber mit dem Bau der Eisenbahnlinie zwischen Orenburg und Taschkent (1900–1906).

Die bestimmende Linie der russischen Politik in Turkestan blieb lange Zeit das *non-interference*. Als Reaktion auf die größere Verbreitung von panislamischen Ideen

in der Region strebte das Zentrum am Anfang des 20. Jahrhunderts eine stärkere Russifizierung in der Schulbildung und in der Lokalverwaltung an.

Die Übersiedlung von Bauern aus Zentralrussland und Sibirien nach Turkestan war mangels sog. 'freien', d. h. nicht von Nomaden benutzten Ackerlandes nur mit spezieller Genehmigung möglich. Dies zog die Entstehung einer Vielzahl von illegalen Siedlungen nach sich. Das Problem des 'freien' Landes wurde ab 1910 von der Zentralregierung durch die Konfiskation der nomadischen Weiden 'gelöst'. Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges verschärfte die gespannte Lage an der Peripherie des Imperiums und führte zu einem Aufstand der kasachischen, kirgisischen, turkmenischen Nomaden und Oasen- und Stadtbewohner im Jahre 1916.

Deutsche Präsenz in Turkestan

Bei den ersten Deutschen in Turkestan handelte es sich um Militärs und Verwalter, vor allem Baltendeutsche, die im Dienst des Zaren standen und im Zuge der Eroberung nach Turkestan kamen. Mit der fortschreitenden Erschließung Turkestans kamen Wissenschaftler, Fachleute und Unternehmer hierher, darunter viele Deutschstämmige mit deutscher oder russischer Staatsbürgerschaft.

Auf die Mitwirkung des ersten General-Gouverneurs von Turkestan Konstantin von Kaufman (1818–1882, Reg. 1867–1882) geht die Gründung der ersten deutschen Bauernsiedlungen im Gouvernement im Jahre 1881 zurück. Geleitet von chiliastischen Erwartungen ließen sich die Mennoniten vorwiegend aus dem Wolgagebiet nahe Aulie-Ata (Nikolaipol-Gemeinde im Syrdarja-Gebiet), im Khanat Buchara und im Emirat Chiva nieder.

Anfang der 1890er Jahre entstanden vorwiegend von Lutheranern bewohnte Siedlungen: Orlowka (nahe Aulie-Ata), Konstantinowka (die größte deutsche Siedlung in Turkestan, nahe Taschkent), Saratovskij und Krestovyj in Transkaspien.[1] Trotz Übersiedlungseinschränkungen und auch nach der Regierungsverfügung im Jahre 1903, die deutsche Bauern von der Übersiedlung ausschloss, setzte sich die Zuwanderung der Deutschen nach Turkestan bis zum zu Beginn des Ersten Weltkrieges fort.

Die wachsende Zahl der Deutschen führte im Jahre 1885 zur Gründung der evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde in Taschkent/Toshkent. Im Jahr 1899 wurde die evangelisch-lutherische Kirche in Taschkent, 1907 die evangelisch-lutherische Kirche in Aschgabad, 1909 die katholische Kirche in Aschgabad gebaut.

Die Zahl der Deutschen in Turkestan zu Beginn des Ersten Weltkrieges kann auf mindestens 4.000 Personen auf dem Lande und ca. 5.500 in den Städten geschätzt werden, die ca. 4% der aus Osteuropa, Zentralrussland und Sibirien zugewanderten europäischen Bevölkerung in Turkestan ausmachten. Während des Ersten Weltkrieges kamen zahlreiche Flüchtlinge, Kriegsgefangene und Verbannte deutscher Herkunft aus Wolhynien nach Turkestan, von denen eine geringe Zahl von Wolhyniendeutschen nach dem Krieg in Turkestan blieb.

4. Diskurse/Kontroversen

In dem noch wenig erforschten Thema "Turkestan" lassen sich bis heute unterschiedliche Herangehensweisen der russischen und "westlichen" Historiker beobachten: Während die ersten sich eher mit dem positiven Einfluss der russischen Präsenz in Turkestan befassen (Abašyn), versuchen die anderen die Züge des Kolonialismus des Zarenreichs aufzufinden (Fragner/Kappeler). Vor allem in der englischsprachigen Forschung werden Anregungen aus den *postcolonial studies* aufgenommen, um hierarchische Repräsentationen in Turkestan zu beschreiben und zu analysieren (z. B. Sahadeo).

Die Deutschen in Turkestan wurden bisher nur in einzelnen Arbeiten (Krieger, Krongardt) und biographisch ausgerichteten Aufsätzen (z. B. Sorokina/Rhou)[2] behandelt. Die Abhandlungen sind zwar informativ, stellen aber keinen ausreichenden Bezug zu kulturellen Phänomenen (Werte, Symbole, Wahrnehmungsweisen) sowie zu anderen Bevölkerungsgruppen und (imperialen) Strukturen außerhalb der Lebenswelt der Deutschen her. Die Berücksichtigung der Fragestellungen der neuen Kulturgeschichte sowie vergleichende Studien könnten in Untersuchungen über Deutsche in Turkestan zur Erforschung der mittelasiatischen Peripherie des Zarenreiches wesentlich beitragen. So bietet der biographische Ansatz beispielsweise die Möglichkeit, die Bedeutung von kolonialen oder 'zivilisatorischen' Ideologien als Handlungsmotivationen der Akteure zu untersuchen.

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Sergej Abašin, Dimitrij Jur'evič Arapov: Central'naja Azija v sostave Rossijskoj Imperii [Zentralasien im Russländischen Imperium]. Moskva 2008 (Historia Rossica).
- Bert Fragner, Andreas Kappeler (Hg.): Zentralasien, 13. bis 20. Jahrhundert. Geschichte und Gesellschaft. Wien 2006 (Edition Weltregionen 13).

- Viktor Krieger: Rejn, Volga, Irtyš. Iz istorii nemcev Central'noj Azii [Rhein, Wolga, Irtysch. Aus der Geschichte der Deutschen Zentralasiens]. Almaty 2006, S. 8-48.
- Gennadij Krongardt: Nemcy v Kyrgyzstane 1880-1990 [Die Deutschen in Kirgistan: 1880–1990]. Biškek 1997, S. 18-109.
- Richard Pierce: Russian Central Asia. 1867–1917. A Study in Colonial Rule. Berkeley 1960.
- Jeff Sahadeo: Russian Colonial Society in Tashkent. 1865–1923. Bloomington 2007.

Anmerkungen

[1] Neben den ausschließlich deutschen Siedlungen bildeten die Deutschen Dorfgemeinschaften zusammen mit Russen und Ukrainern.

[2] Marina Sorokina, Irina Rhou: Doktor Hieronymus Krause und die Volksmedizin im russischen Turkestan in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In: Ingrid Kästner, Regine Pfrepper (Hg.): "...so ist die Naturwissenschaft das wahre internationale Band der Völker." Wissenschaftsbeziehungen in Medizin und Naturwissenschaften zwischen Deutschland und dem Russischen Reich im 18. und 19. Jahrhundert. Bd. 9: Deutsch-russische Beziehungen in Medizin und Naturwissenschaften. Aachen 2004, S. 101-112.

Zitation

Marina Dause: Turkestan. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/55225.html (Stand 10.05.2012).

V

Vojvodina (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

W

Walachei

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Walachei

Anderssprachige Bezeichnungen in ihrer historischen Entwicklung

Für die Walachei gibt es unterschiedliche Bezeichnungen, die zugleich auch für verschiedene historische Entwicklungsphasen stehen. Eine der ersten war der ungarische Terminus *Havaselve* (*Terra Transalpina*, später war *Havasalföld* gebräuchlich), der sich insbesondere auf den östlichen Teil der Walachei (Muntenia, s. u.) bezog. Als Bezeichnung für das gesamte Gebiet kam im 14. Jahrhundert die Bezeichnung *Ungrovlahia* oder *Ungrovalachia* auf, die sich in griechischen Quellen des Ökumenischen Patriarchats von Konstantinopel fanden. Damit wollte man in Konstantinopel die sich in der Nähe Ungarns befindende *Vlahia* von anderen ebenfalls als *Vlahia* bekannten Gebieten in Südosteuropa unterscheiden. In bulgarischen und serbischen Quellen hieß das Gebiet nördlich der Donau *Vlaško* und *Vlaška*. Die rumänische Bezeichnung lautete *Ţara Românească*. Im Osmanischen Reich war die Bezeichnung *Eflak* bekannt.

Etymologie

Die Bezeichnung "Walachei" kommt ursprünglich aus dem germanischen Sprachraum. Er findet sich vom Nordwesten (Walcheren an der Nordsee) über Bayern (Walchensee) und Serbien (*Vlaška*) bis in den Südosten Europas und geht auf die zu bestimmten Zeiten dort siedelnde bzw. transhumierende romanischsprachige Bevölkerung zurück, die vorrangig Viehzucht betrieb.

2. Geographie

Lage der Region

Die Walachei wird von den Süd-, einem kurzen Stück der Westkarpaten und der Donau fast vollständig umrahmt. Im Nordosten bilden die Flüsse Milcov und Sereth (rum. Siret) die Grenze zur Moldau. Im Norden und Nordwesten stellen die Karpaten die Grenze nach Siebenbürgen und zum Banat dar. Die Donau bildet im Osten die Abgrenzung zur Dobrudscha, im Süden zu Bulgarien und im Westen zu Serbien.

Staatliche und administrative Zugehörigkeit

Die Walachei bildet den Südteil Rumäniens, wobei die Unterteilung in *Muntenia* (Muntenien, Große Walachei) und *Oltenia* (Oltenien, Kleine Walachei) gebräuchlich ist. *Muntenia*, im Osten in Ost-West-Richtung sich von der Donau bis zum Fluss Alt (rum. Olt) erstreckend, bildet den größeren Teil. Untergliedert ist die Region in 13 Verwaltungseinheiten (Kreise/*judeţe*) einschließlich der Hauptstadt Bukarest/Bucureşti. Im Westen schließt *Oltenia* mit sechs Kreisen und Krajowa/Craiova als wichtigster Stadt an. Historische Bezeichnungen für *Oltenia* waren auch: "Banat", "Banat von Severin", "Banat von Krajowa", "Valachia Cis-Alutana" oder "Valachia Caesarea".

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik

Im Zentrum der sich im Laufe der Zeit verändernden Flaggen der Walachei befindet sich konstant der Adler. Neben einem silbernen Adler mit einem Kreuz im Schnabel auf goldenem Grund fand sich auch ein goldener Adler auf blauem Untergrund mitsamt goldenem Kreuz, goldener Sonne und goldenem Sichelmond. Auf Wappen fand sich in der Zeit des Fürstentums auch folgende Variante: Vor blauem Untergrund steht ein schwarzer Adler mit ausgebreiteten Flügeln auf einem entwurzelten Laubbaum, hält im Schnabel ein goldenes Kreuz und ist von goldener Sonne und silberner Mondsichel umrahmt. Auf dem Schildrand thront eine Krone.

Frühzeit

Ursprünglich war die Walachei nicht als eigenständige Region fassbar. Nach einer kurzen Phase dakischer Herrschaft unter König Burebista im 1. Jahrhundert v. Chr. wurde der westliche Teil des Gebietes der römischen Provinz *Dacia* und ein kleiner Teil der Provinz *Moesia inferior* eingegliedert und war über eineinhalb Jahrhunderte lang Teil des römischen Reiches. Der Osten des Gebietes war insbesondere ab dem 2. Jahrhundert Durchzugsgebiet und Einfallstor ins byzantinische Reich für verschiedene Völker, darunter Goten, Hunnen, Gepiden, Awaren, Slawen. In dem multiethnischen Raum schälte sich zwischen dem 11. und 13. Jahrhundert die romanischsprachige Bevölkerung der Vlachen (Walachen, Rumänen) heraus.

Mittelalter und Entstehung des Fürstentums

Nach der Auflösung der römischen Herrschaft nördlich der Donau und noch während der Periode der Völkerwanderung begann sich im 5. und 6. Jahrhundert der byzantinische Einfluss auf dem Gebiet der späteren Walachei auszubreiten. Ende des 7. Jahrhunderts übernahm das Erste Bulgarische Reich die Herrschaft in der Region. Nach dessen Untergang im 10. Jahrhundert übten noch Petschenegen und Kumanen Macht aus. Ab dem 12. Jahrhundert trat ein weiterer Akteur auf den Plan: Das ungarische Königreich trachtete danach – ähnlich wie in der Region der späteren Moldau –, südlich der Karpaten Handelsrouten zu erschließen und Grenzmarken aufzubauen. Nach dem Mongolensturm 1241/42 geriet das Gebiet unter die Herrschaft der krimtatarischen Goldenen Horde. Unter deren Oberhoheit entwickelten sich kleinräumige Herrschaften (Knezate, Woiwodate), die in Quellen bereits seit dem 10. Jahrhundert erwähnt werden. Mit dem Niedergang der Macht der Tataren trachtete Ungarn erneut danach, seiner noch bestehenden bloß formellen Oberhoheit mehr Gewicht zu verleihen. Ein militärisches Vorgehen gegen den die ungarische Oberhoheit nicht anerkennenden Woiwoden Basarab scheiterte. Dessen Sieg über das ungarische Heer unter Karl I. Robert von Anjou (1330) wird von der Forschung als die Geburtsstunde des Fürstentums der Walachei angesehen. Die ersten Herrschaftssitze befanden sich in den südlichen Vorkarpaten in den Orten Langenau/Câmpulung und Argisch/Curtea de Argeș. Vom 15.–17. Jahrhundert war Tergowisch/Târgoviște, ebenfalls in den Ausläufern der Südkarpaten gelegen, Hauptstadt; ab der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts war Bukarest Zentrum des Fürstentums.

Das Fürstentum der Walachei

Die Herausbildung einer eigenen Staatlichkeit zwischen Karpaten und Donau war aufgrund der Schwäche der benachbarten Mächte möglich geworden. Der Bestand des Fürstentums konnte, ähnlich wie im Fall der Moldau, durch eine kluge Schaukelpolitik der Woiwoden gesichert werden, zunächst zwischen Tataren, Ungarn und Bulgaren. Transithandelswege von Siebenbürgen an die Donau gewährleisteten Einkünfte. Ab dem Ende des 14. Jahrhun-

derts machte sich der Einfluss des Osmanischen Reiches bemerkbar, unter dessen Oberhoheit das Fürstentum zwischen dem 15. und 16. Jahrhundert geriet. Die Donauhäfen Großnikopel/Turnu Măgurele, Giurgiu und Braila/Brăila wurden der direkten osmanischen Administration unterstellt. Die restliche Walachei war tributpflichtig und musste Heeresfolge leisten, verwaltete sich aber in inneren Angelegenheiten autonom und wurde formell nicht in das Osmanische Reich integriert. Die Lage war aber keineswegs komfortabel, lag doch die Walachei als Puffer hin zu den osmanenfeindlichen christlichen Mächten. Dies bedingte ein häufiges Eingreifen der Hohen Pforte in die inneren Angelegenheiten nördlich der Donau. Ihren Einfluss machte sie auch dadurch geltend, indem sie häufig Woiwoden ernannte und absetzte.

Bevölkerungsstruktur und die Anfänge deutscher Siedlungen in der Walachei

Noch deutlicher als im Fürstentum Moldau stellte in der Walachei die griechisch-orthodoxe rumänischsprachige Bevölkerung die absolute Mehrheit der Einwohner. Schätzungen ab dem 17. Jahrhundert gingen von einer lediglich geringen Bevölkerungsdichte aus: eine halbe Million im 17., höchstens eine Million im 18. und zwei Millionen in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Die unsicheren politischen Verhältnisse führten zu einer hohen Mobilität der Bevölkerung und zu anhaltenden Veränderungen der Siedlungsstruktur. Fluchtbewegungen aus und in die Walachei kennzeichneten die Lage bis ins 19. Jahrhundert hinein.

Wie in der Moldau konzentrierten sich deutsche Zuwanderer in der Walachei in städtischen Siedlungen. Dazu zählten insbesondere Langenau und Bukarest. Im 19. Jahrhundert lebten Deutsche u. a. in den Städten Braila, Krajowa, Ploieşti, Piteşti, Câmpina oder Râmnicu Vâlcea in nicht unbeträchtlicher Zahl, doch ist über ihre Geschichte noch kaum gearbeitet worden. Der Beginn der deutschen Geschichte und Kultur südlich der Karpaten hing ebenso wie der in der Moldau eng mit den Bemühungen des mittelalterlichen ungarischen Königreiches zusammen, seinen Einfluss- und seinen Herrschaftsbereich weiter auszudehnen. Erste Informationen über deutsche Siedler südlich der Karpaten gehen in das 13. Jahrhundert zurück. Auf dem Grabstein des Grafen Laurentius von Longo-Campo findet sich der früheste Hinweis für die Anwesenheit einer deutschen Bevölkerung in Langenau: "*Hic sepultus est comes Laurencius de Longo-Campo, pie memorie, anno Domini MCCC.*"[1] In Bukarest sind noch vor dessen schriftlicher Erwähnung im Jahr 1459 aus Siebenbürgen eingewanderte Siedler um 1300 nachgewiesen. Es waren vornehmlich Händler, die das Gebiet vermutlich als Zwischenstation zwischen Ungarn, Polen, dem Schwarzen Meer und Konstantinopel nutzten. Insbesondere seit dem 16./17. Jahrhundert kamen noch weitere Personengruppen in die Walachei, die nicht nur im Handel, sondern auch im Handwerk, im Gastgewerbe, im Kreditwesen, in der Verwaltung und in der Kirche eine wichtige Rolle spielten. Darunter waren Griechen, Juden, Südslawen, Albaner, Armenier u. a. Von einer intensiven herrschaftlichen und administrativen Durchdringung des Gebietes zwischen Donau und Karpaten konnte jedoch keine Rede sein.

Das Fürstentum im 18. Jahrhundert

Die Herrschaftsverhältnisse blieben bis zum Beginn des 18. Jahrhunderts unverändert. Erst der Einflussgewinn der Habsburgermonarchie und Russlands führte zu Veränderungen. Das Vordringen Wiens und der Rückzug des Osmanischen Reiches brachte in der Zeit zwischen 1716/18 und 1737/39 die Kleine Walachei (das Gebiet westlich des Flusses Alt) unter habsburgische Verwaltung. Zugleich band Konstantinopel das Fürstentum enger an sich, indem es zwischen 1715 und 1821 die Fürsten, die sogenannten "Phanarioten", selber einsetzte und damit stark in dessen innere Autonomie eingriff. Als weiterer Machtfaktor trat Russland auf den Plan, das das Osmanische Reich nach dem russisch-osmanischen Krieg (1768-1774) im Friedensvertrag von Küçük Kaynarca 1774 als Schutzmacht über die orthodoxen Gläubigen

in seinem Zuständigkeitsbereich anerkennen musste. Damit erhielt St. Petersburg Einflussmöglichkeiten in der Walachei, auch wenn Konstantinopel seine Oberhoheit noch bis ins nächste Jahrhundert beibehielt. Ein weiterer Krieg zwischen Russland, der Habsburgermonarchie und dem Osmanischen Reich (1787–1792) zog die Walachei stark in Mitleidenschaft, zumal Kriegshandlungen auf dem Territorium des Fürstentums stattfanden.

Unruheherde in benachbarten Regionen zu Beginn des 18. Jahrhunderts führten dazu, dass die Walachei im 18. Jahrhundert erneut zum Zuzugsgebiet wurde. Um 1700 – Bukarest war inzwischen zur alleinigen Residenz des Fürstentums emporgestiegen - kamen neue deutschsprachige Einwanderer: zum einen aus Siebenbürgen, zum anderen aus der Bergbauregion Ciprovac in Bulgarien. Auf niederlassungswillige Siedler aus anderen Gegenden hingegen wirkte das Gebiet nicht anziehend, auch erschienen die Lebensumstände, so wie sich diese dem Reisenden und Beobachter im 18. und 19. Jahrhundert darboten, nicht vertrauenerweckend. Das Misstrauen gegenüber diesen fernen, jenseits der Habsburgermonarchie liegenden Gegenden schien in deutschen Landen verbreitet gewesen zu sein. Hierher kam man eher unfreiwillig, wie Beispiele aus Südhessen zeigen. Entweder man wurde "wegen Schulden" nach Serbien, wie es hieß, "verkauft", oder man musste sich wegen eines "aufruhrähnl[ichen] Delikt[s]" nach Slawonien absetzen. So weiß auch Franz Joseph Sulzer in seiner Geschichte des transalpinischen Daciens davon zu berichten, dass neben einigen wenigen Sachsen, die als Uhrmacher, Apotheker und Silberarbeiter in der Walachei tätig waren, daselbst auch folgende dazuzuzählen seien:

"eine Menge Schulden oder anderer Verbrechen halber entloffene Handwerksleute, und anderes liederliches Gesinde, zu denen sich auch die kaiserlichen Überläufer und die übrigen Deutschen von der evangelischen Religion gesellen."[2]

Nicht allein die Überfälle des Paschas von Widin, sondern auch die immer wieder ausbrechenden Pest- und Choleraepidemien veranlassten Ende des 18. Jahrhunderts zahlreiche Einwohner der Walachei zur Emigration nach Siebenbürgen.

Ende des 17., Mitte des 18. Jahrhunderts begegnen wir ersten bekannten deutschen Namen in der Walachei, die zugleich Vertreter geistes- und naturwissenschaftlicher Berufe waren. Der aus Kronstadt/Braşov stammende Paul Benkner erteilte zunächst in Bukarest Unterricht, stand der evangelischen Gemeinde als Prediger vor und wurde 1742 als Sekretär des Fürsten Mihai Racoviţă tätig. Brecht von Brechtenberg, ein Pfarrerssohn aus Frankfurt an der Oder, kam als Arzt zunächst nach Siebenbürgen und wurde dann 1693 für einige Zeit Leibarzt des Fürsten Constantin Brâncoveanu. Von Bedeutung waren weiterhin der Bibliothekar des Fürsten Nicolai Mavrocordat, Stefan Bergler aus Kronstadt/Braşov, und der 1741 verstorbene, aus Brandenburg stammende Arzt Christian Maler.

Das Fürstentum im 19. Jahrhundert

Auch am Anfang des 19. Jahrhunderts stand ein russisch-osmanischer Krieg (1806–1812), der zum Teil auf walachischem Boden stattfand und einen weiteren Herrscherwechsel an der Spitze des Fürstentums bewirkte. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen 1821 im Zusammenhang mit dem Ausbruch des griechischen Unabhängigkeitskampfes – der Aufruhr durch die "Philike Hetairia" unter Alexandros Ipsilanti wurde in und bei Bukarest von osmanischen Truppen niedergeschlagen – brachten in der Walachei wie in der Moldau das Ende der landesfremden Herrscher, der "Phanarioten". Der durch die griechischen Unabhängigkeitsbestrebungen angefachte russisch-osmanische Krieg (1828–1829) führte zur zeitweisen militärischen Besetzung der beiden Fürstentümer durch russische Truppen; der Frieden von Adrianopel 1829 ließ Russland zur "Protektoratsmacht" der beiden Fürstentü-

mer avancieren. Die Donauhäfen Großnikopel, Giurgiu und Braila gingen aus der Zuständigkeit des Osmanischen Reiches in die der Walachei über. Unter russischer Obhut erhielten die beiden Fürstentümer die ersten modernen Verfassungen, die sogenannten *Reglements Organiques* von 1831/32. Die machtpolitischen Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit der Orientalischen Frage betrafen auch die Walachei. So kam es im Kontext des Krimkrieges zu wechselnden russischen und österreichischen militärischen Besetzungen. Der Frieden von Paris 1856 stellte die Walachei wie die Moldau unter die Garantie der unterzeichnenden Mächte. Die Wahl von Alexandru Ioan Cuza zum Fürsten der Walachei am 5. Februar 1859, nachdem er bereits am 17. Januar zum Fürsten der Moldau gewählt worden war, führte zur Personalunion der beiden Fürstentümer. Dies war schließlich die Vorstufe zur staatlichen Unabhängigkeit unter dem Namen Rumänien, die auf dem Berliner Kongress 1878 erreicht wurde.

Die Zunahme deutscher Einwanderung

Trotz der Kriegswirren zu Beginn des 19. Jahrhunderts führte das gesteigerte Interesse Preußens und der Habsburgermonarchie an der Entwicklung der Moldau und der Walachei – dies manifestierte sich auch in der Entsendung von Konsuln Ende des 18. Jahrhunderts – u. a. zu einer Zunahme von Auswanderungen von Handwerkern und Industriellen aus Siebenbürgen in die Walachei und in die Moldau. Privilegien garantierten, dass die Siedler steuer- und strafrechtlich nicht dem Fürsten der Walachei unterstanden, und insbesondere die Befreiung von der Besteuerung mag ein Grund für viele deutsche Siedler gewesen sein, sich in den Städten des Fürstentums niederzulassen und einem Gewerbe nachzugehen. Die Auswanderung vor allem aus Siebenbürgen muss dabei derart überhand genommen haben, dass sich das siebenbürgische *Gubernium* und die siebenbürgische Hofkanzlei 1796 dazu veranlasst sahen, die Ausstellung von Pässen einzuschränken. Auch Einwanderer aus Preußen und aus anderen Gebieten Deutschlands, Österreichs und der Schweiz ließen sich unter dem Schutz des österreichischen und preußischen Konsulats in Bukarest nieder. Im ausgehenden 18. Jahrhundert stellten deutsche Händler und Handwerker gemeinsam mit armenischen, jüdischen und griechischen Kaufleuten einen bedeutenden Faktor für den Aufschwung in Bukarest dar.

Neben Bukarest wurde auch in Krajowa, dem zentralen Ort der Kleinen Walachei, seit 1830 eine deutsche Bevölkerung in größerer Anzahl festgestellt. Die dortige sich etablierende evangelische Gemeinde hatte sich Mitte des 19. Jahrhunderts ebenso wie die Gemeinde in Bukarest der preußischen Landeskirche angeschlossen. Des Weiteren sind im 19. Jahrhundert noch in folgenden größeren Orten evangelische deutsche Gruppen auszumachen: Caracal, Corabia, Calafat, Verciorova, Gruia Patulele im Südwesten der Walachei. In Turnu-Severin siedelten sich Deutschsprachige wegen der dort seit den 1850er Jahren bestehenden Schiffswerft der österreichischen Donau-Dampfschifffahrts-Gesellschaften an. In den Ausläufern der Südkarpaten befinden sich weitere zentrale Orte mit deutschem Bevölkerungsanteil: Piteşti (hier gab es seit 1855 eine kleine evangelische Gemeinde), Tergowisch, Argisch, Langenau, Râmnicu Vâlcea und Târgu Jiu.

Insgesamt waren die Rahmenbedingungen für die deutsche Zuwanderung im 19. Jahrhundert günstig. Die Auswirkungen des Friedens von Adrianopel 1829 bedeuteten in der Walachei einen wirtschaftlichen und politischen Aufschwung. Für Letzteres war das *Reglement Organique* verantwortlich. Dieses bot Fremden eine gewisse Garantie für industrielle und gewerbliche Investitionen. Die Revolutionsjahre 1848/49 in der Habsburgermonarchie veranlassten erneut zahlreiche Siebenbürger Sachsen, unter ungarischem Druck in die Donaufürstentümer und besonders nach Bukarest zu fliehen.

Nach der Wahl Karls von Hohenzollern-Sigmaringen zum Fürsten der Walachei im Jahr 1866 und auch dank des Wirkens seiner Gattin Elisabeth, geborene Prinzessin von Wied, erlebten die deutsche Kultur und Geschichte in der Walachei in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine Blütezeit.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Alexandru Ciocîltan: Colonizarea germană la sud de Carpați [Die Ansiedlung der Deutschen im Süden der Karpaten]. In Revista Istorică 2011, Nr. 5-6, S. 431-460.
- Neagu Djuvara: Între Orient şi Occident. Ţările române la începutul epocii modern [Zwischen Orient und Okzident. Die rumänischen Länder am Beginn der Epoche der Moderne]. Bucureşti 1995.
- Gustav Gündisch: Zur deutschen Vergangenheit von Câmpulung (Langenau). In: Ders.: Aus Geschichte und Kultur der Siebenbürger Sachsen. Ausgewählte Aufsätze und Berichte. Köln u. a. 1987 (Schriften zur Landeskunde Siebenbürgens 14).
- Hans Petri: Zur Entstehung der Stadt Cîmpulung in Rumänien. In: Südostdeutsches Archiv 14 (1971), S. 47-56.
- Hans-Christian Maner: Deutsche Spuren in der Geschichte Bukarests. Begegnung und Wirken zwischen Offenheit und Abkapselung. Notizen aus Reiseberichten und Erinnerungen. In: Südostdeutsche Vierteljahresblätter 46/3 (1997), S. 245-255.
- Daniel Ursprung: Die Walachei als historische Region – Schnittstelle europäischer Verflechtungen an der Peripherie. In: Thede Kahl, Michael Metzeltin, Mihai-Razvan Ungureanu (Hg.): Rumänien. Raum und Bevölkerung, Geschichte und Geschichtsbilder, Kultur, Gesellschaft und Politik heute, Wirtschaft, Recht und Verfassung, historische Regionen. Wien 2006 (Österreichische Osthefte 48.2006, Sonderband), S. 807-824. Online: http://www.daniel-ursprung.ch/pdf/walachei.pdf (Zugriff 27.02.2013).
- Ekkehard Völkl: Walachei. In: Edgar Hösch, Karl Nehring, Holm Sundhaussen (Hg.): Lexikon zur Geschichte Südosteuropas. Wien u. a. 2004, S. 739-740.

Weblinks

- http://erasmusisha.wordpress.com/2002/01/01/identitatea-comunitatii-germane-din-campulung-muscel-in-secolele-xiii-xviii/ [Die Identität der deutschen Gemeinschaft in Langenau im 13. und 14. Jahrhundert]

Anmerkungen

[1] Vgl. den Hinweis bei Alexandru Ciocîltan: Identitatea comunităţii germane din Câmpulung Muscel în secolele XIII-XVIII. In: Erasmus 13/2002. URL: http://erasmusisha.wordpress.com/2002/01/01/identitatea-comunitatii-germane-din-campulung-muscel-in-secolele-xiii-xviii/ (Zugriff 27.02.2013.

[2] Franz Joseph Sulzer: Geschichte des transalpinischen Daciens, das ist der Walachey, Moldau, und Bessarabiens im Zusammenhange mit der Geschichte des übrigen Daciens, als ein Versuch einer allgemeinen dacischen Geschichte mit kritischer Freyheit entworfen. Bd. 2. Wien 1781, S. 112.

Zitation

Hans-Christian Maner: Walachei. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2013. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54163.html (Stand 27.02.2013).

Wartheland/Warthegau → Reichsgau Wartheland

Siehe Reichsgau Wartheland

Westpreußen → Pommerellen/Westpreußen

Siehe Pommerellen/Westpreußen

Wolgadeutsche ASSR (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Wolgagebiet (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Wolhynien (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Z

Zentraleuropa → Ostmitteleuropa
Siehe Ostmitteleuropa (Begriffe)

Zips (in Bearb.)
Dieser Text ist in Bearbeitung.

LÄNDER

Armenien (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Aserbaidschan (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Böhmische Länder (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Bosnien und Herzegowina

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

1. Bosnien und Herzegowina (Staat), 2. Bosnien (Landschaft)

Amtliche Bezeichnung

1. bosn. Bosna i Hercegovina (Abkürzung: BiH); 2. bosn. Bosna

Lateinische Bezeichnung

Bosnia

Etymologie

Das Toponym „Bosnien“ ist abgeleitet vom Namen des Flusses Bosna.

2. Geographie

Lage

Das Staatsgebiet von Bosnien und Herzegowina weist einen etwa ‚dreieckigen‘ Umriss auf. Zwei Schenkel dieses Dreiecks (nach Norden und Südwesten) ragen keilförmig nach Kroatien hinein. Im Norden bildet der Fluss Save (Sava) die gemeinsame Grenze mit Kroatien und zum Teil mit der Vojvodina (Serbien). Nach Osten grenzt das Land – überwiegend entlang des Drina-Flusses – an Serbien sowie an Montenegro. Bosnien und Herzegowina hat einen Zugang zum Adriatischen Meer bei Neum (nördlich von Dubrovnik). Die Fläche beträgt 51.197 km².

Topographie

Der heutige Staat Bosnien und Herzegowina ist aus zwei historischen Landesteilen zusammengesetzt. Die Herzegowina mit der Hauptstadt Mostar liegt im Süden des Staatsgebietes und bildete noch zur Zeit der osmanischen Herrschaft (vor 1878) als Vilyat beziehungsweise Paschalik eine eigenständige Verwaltungseinheit. Sie wird vom Fluss Neretva (dt. auch Narenta) durchzogen. Ihr vor allem von Kroaten und Serben bewohnter Westen und Osten ist wie das dalmatinische Hinterland durch fruchtbare polje beziehungsweise dinarische Karstgebirge geprägt. Bosnien, nördlich des Kupres-Passes (kupreška vrata), mit der Hauptstadt Sarajevo ist demgegenüber eine klimatisch mildere, waldreiche Mittelgebirgslandschaft. Einzelne Gipfel beziehungsweise Bergrücken erreichen Höhen bis zu 2.000 Meter. Nach Norden hin läuft diese Landschaft als Teil der pannonischen Tiefebene in die Posavina (Savetal) aus, vis-à-vis Slawonien, weiter östlich als fruchtbare Semberija im Save-Drina-

Winkel (bei Bijeljina). Durch die Geschichte der Serben in Bosnien bekannt sind die Krajina („Grenzland“) im Westen um Banja Luka und das Romanija-Gebirge östlich Sarajevos (um den Luftkurort Pale).

Bosnien und die Herzegowina hatten seit dem Mittelalter Bedeutung wegen der Bodenschätze und des Bergbaus, an dessen Entwicklung damals „Sachsen“ maßgeblich beteiligt waren. Ortsnamen wie Srebrenica (Silber) oder Olovo (Blei) spiegeln diese Tradition wider. Im 19. und 20. Jahrhundert standen Eisen (Vareš), Braunkohle (u. a. Kakanj) sowie Bauxit (Mostar) im Vordergrund, sodass Bosnien und Herzegowina vor 1918 mehr Industriebeschäftigte hatten als Kroatien oder Serbien. Da später zudem die Nutzung von Wasserkraft stark ausgebaut wurde (u. a. Stausee Jablanica), bildet, neben Holz und Mineralien, Energie (Strom) heute das wichtigste Ausfuhrgut Bosniens und Herzegowinas. Wasserfälle wie Kravice gehören zu den Symbolen und Attraktionen des Tourismus in Bosnien, ebenso Heilquellen, am bekanntesten, schon seit der K.-u.-k.-Zeit, die Quelle in Ilidža bei Sarajevo.

Historische Geographie



Bosnien und Herzegowina zur Zeit der Okkupation durch Österreich-Ungarn. Die damaligen Grenzen stimmen weitgehend mit jenen des heutigen Staates Bosnien und Herzegowina überein, eine Ausnahme ist der Adriazugang bei Sutorina in der Kotor-Bucht, welcher seit 1945 zu Montgenegro gehört. Östlich grenzte Bosnien und Herzegowina damals an Serbien, Montenegro und an das Osmanische Reich, das heißt den zwischen den beiden orthodoxen Staaten gelegenen Sandschak (sbkr. Sandžak) von Novi Pazar. 1879–1908 bestand auch hier eine österreichisch-ungarische Militärpräsenz, die Verwaltung blieb jedoch osmanisch. Heute ist dieses Gebiet zwischen Serbien und Montenegro aufgeteilt, die zum Teil muslimischen Bewohner verstehen sich ethnisch beziehungsweise national überwiegend ebenfalls als Bosniaken. [Karte: Meyers Konversationslexikon. Bd. 3. 4. Auflage. Leipzig, Wien 1885-1892].

Die heutigen Grenzen Bosniens und Herzegowinas sind im Norden, Westen und Süden im Wesentlichen Resultat der Frontverläufe beziehungsweise Waffenstillstandslinien aus der Zeit der Kriege des Osmanischen Reiches gegen die Habsburger. 1878 wurde Bosnien und Herzegowina von Österreich-Ungarn besetzt.[1] Noch zur Habsburgerzeit hatte Bosnien und Herzegowina – außer Neum – in Sutorina, Gemeinde Herceg-Novi, noch einen zweiten Zugang zum Meer. Dieses Gebiet wurde jedoch 1947 Montenegro zugeschlagen. Zum tatsächlichen Hafen Bosniens hat sich nicht Neum, sondern das kroatische Ploče an der Neretva-Mündung entwickelt, wo seit der K.-u.-k.-Zeit die Eisenbahn aus Mostar und Sarajevo endet.

Das Zentrum der Banschaft – oder zeitweise des Königreichs – Bosnien des 14.–15. Jahrhunderts lag im heutigen Zentralbosnien. Auf die Städte und politischen Zentren dieser Zeit verweisen die charakteristischen mittelalterlichen Burganlagen in Jajce, Visoko oder Bobovac. Im Gebiet Sarajevos bestand bereits im Mittelalter ein katholischer Bischofssitz. Ihre heutige Bedeutung verdanken jedoch sowohl Sarajevo als auch Mostar ihrem Aufstieg als osmanische Handels- und Verwaltungszentren. Dies prägt auch das Bild ihrer „Altstädte“. Für die dritte Generation bosnischer Städte stehen Industriezentren wie seit der K.-u.-k.-Zeit Tuzla. Als Standort von Chemiefabriken und eines Kohlekraftwerkes ist Tuzla heute die drittgrößte Stadt nach Sarajevo und Banja Luka und war zugleich seit 1991 eine Hochburg der Sozialdemokratie. Vielfach aber lag das demographische Wachstum noch in der österreichisch-ungarischen Epoche auf dem Land über demjenigen der Städte. In kommunistischer Zeit ist dann die Physiognomie und Struktur der Städte durch eine Vervielfachung von Fläche und Einwohnerzahl in kürzester Zeit stark verändert worden (z. B. Sarajevo 1931: 78.180, 1991: 527.049). Wie sehr dies politisch gewollt war und im Einklang mit den neuen gesellschaftlichen Leitbildern stand, zeigt sich daran, dass Bosnien und Herzegowina als Teilrepublik Jugoslawiens einen Fabrikschornstein statt historischer Heraldik im Wappen führte.

Heute ist Bosnien und Herzegowina politisch und weitgehend lebensweltlich geteilt in zwei „Entitäten“: die Föderation Bosnien und Herzegowina mit der Hauptstadt Sarajevo und die Republika Srpska (Serbische Republik, RS) mit der Hauptstadt Banja Luka. Die muslimische Bevölkerung der Föderation Bosnien und Herzegowina sieht sich heute überwiegend als Bosniaken, dies gilt auch für die (slawischsprachigen) Muslime im Sandschak (Sandžak) und teilweise für die Goranen im Kosovo. Daneben leben vor allem Kroaten in dieser Entität. Die Republika Srpska umfasst die serbischen Siedlungsgebiete sowie Ostbosnien, aus dem die früher mehrheitlich bosniakische Bevölkerung am Beginn der 1990er Jahre von serbischer Seite vertrieben wurde. Die RS ist zentralstaatlich um das Zentrum Banja Luka aufgebaut, während die stark dezentralisierte Föderation bosniakische und kroatische Interessen auszugleichen versucht. Besonders spürbar ist dies in Mostar. Die Siedlungsschwerpunkte der kroatischen Bevölkerung liegen innerhalb der Föderation in der West-Herzegowina. Als geistig-spirituelle Zentren sind hier das Gymnasium in Široki Brijeg sowie der Wallfahrtsort Međugorje zu nennen. Der politische Alltag ist jedoch weitgehend vom Gegensatz Sarajevo–Banja Luka bestimmt, während das Leben der Kroaten auf Kroatien orientiert ist, dessen Staatsbürgerschaft diese auch fast durchweg besitzen.

Den Bemühungen um eine stärkere politische Integration des Landes stehen außer dem komplizierten Staatsaufbau, den historischen Erfahrungen und konfessionellen Prägungen überkommene Infrastrukturmängel entgegen. Während der Bahnbetrieb teilweise ‚museumsreif‘ (oder stillgelegt) ist, verbinden nur wenige Autobahnen und gut ausgebaute Schnellstraßen das Land im Inneren zwischen den Entitäten.

3. Geschichte und Kultur

Mittelalter

Im Früh- und Hochmittelalter lag das Gebiet Bosniens zum Teil innerhalb der fränkischen, dann der kroatischen, später kroatisch-ungarischen und somit der westkirchlich-katholischen Sphäre. So soll etwa der kroatische König Tomislav (gest. um 928) 925 auf dem Duvanjsko Polje in der Herzegowina gekrönt worden sein. Besonders gilt dies für die Gebiete im Westen des heutigen Staatsgebietes, weiter östlich herrschte zumindest zeitweise byzantinischer beziehungsweise bulgarischer sowie in der Ost-Herzegowina serbischer Einfluss vor. Unklar ist, wie durchsetzbar und präsent diese Herrschaftsansprüche in dem gebirgigen und schwer zugänglichen Land jeweils waren. Seit dem Banus (im alten Ungarn der Titel für einen Vizekönig) Kulin (1163–1204) erlangte Bosnien um 1180 mehr Selbstständigkeit und gewann politisch an Gewicht.

Eine Besonderheit des Spätmittelalters (12. – 15. Jahrhundert) stellte die Bosnische Kirche dar. Während die ältere Literatur sie als mit der bogomilischen Bewegung Bulgariens verwandt ansah, betonen neuere Forschungen von John A. Fine ihre Herkunft aus der römisch-katholischen Kirche; Zeitgenossen verglichen sie mit den Patarenern in Norditalien. Im 13. Jahrhundert ließen die Päpste mehrfach Kreuzzüge gegen bosnische Häretiker ausrichten. Zu den Folgen gehörte auf Ersuchen Stjepan Kotromans II. (gest. 1353) die Entsendung von Franziskanern durch den Papst 1347, welche bis heute den Katholizismus in Bosnien prägen. Auch die bosnischen Herrscher des Mittelalters waren seit Kotroman II. fast durchweg katholischer Konfession.

Unter Kotroman II. gelang es Bosnien 1322, sich der Vorherrschaft des kroatischen Banus Mladen Šubić (ca. 1270– ca. 1341) zu entziehen. Sein Neffe und Nachfolger Tvrtko erlangte 1377 die Königswürde. Die Stellung dieses Königreiches Bosnien im 14. Jahrhundert zeigt sich an seinen dynastischen Verbindungen; so wurde Elisabeth (1340–1387), eine Tochter Stjepan Kotromans II., Königin Ungarns und Polens. Im Fernhandel spielten Kaufleute aus Dubrovnik eine entscheidende Rolle. Nach dem britischen Historiker Noel Malcolm deckten Bosnien und Serbien im 15. Jahrhundert 20 % des europäischen Silberbedarfs. Bauwerke wie die Kirche St. Maria in Jajce und Artefakte dieser Zeit verweisen auf die Teilhabe am europäischen Kunststil der Gotik.

Osmanische Herrschaft

Mit der Eroberung der Königsburg Jajce 1463 fiel das Königreich Bosnien unter osmanische Herrschaft. Unklar sind die Zusammenhänge zwischen der Konversion zum Islam und der Bosnischen Kirche. Die bosniakische Historiographie nimmt eine Kontinuität zwischen dem mittelalterlichen Adel und den Großgrundbesitzern der osmanischen Periode an. An den Außengrenzen blieb in den folgenden Jahrhunderten eine rege Kriegs- und Kleinkriegstätigkeit konstant. Zugleich veränderte sich die Struktur der christlichen Bevölkerung: Einerseits flohen besonders katholische Gruppen, andererseits besiedelten Orthodoxe, damals teilweise vlasi genannt, nun weite Teile Westbosniens, in denen sie fortan die Mehrheit stellten. Bleibende Bedeutung behielt, dass die Osmanen ihre Untertanen nach der Konfession einteilten, verbunden mit jeweils spezifischen Rechten, eigener Gerichtsbarkeit sowie einer Art „Kultus-Autonomie“ (milet-System). Obwohl das osmanische Türkisch die Amtssprache war, entstand eine sogenannte Alomohaden-Literatur in bosnischer Sprache mit arabischen Buchstaben. Der Niedergang des Osmanischen Reiches begünstigte seit dem 18. Jahrhundert das Streben lokaler Militärs (kaptane) nach Eigenständigkeit.

Vom Berliner Kongress bis zum Ersten Weltkrieg

Nachdem es 1876 ausgehend von der Herzegowina im gesamten Balkanraum zum Aufstand gegen das Osmanische Reich gekommen war, wurde 1878 auf dem Berliner Kongress durch Vermittlung Otto von Bismarcks (1815–1898) der territoriale Status quo neu definiert: Während Serbien und Montenegro völkerrechtlich als eigenständige Staaten anerkannt wurden, okkupierte Österreich-Ungarn Bosnien und die Herzegowina. Allerdings war die Habsburgermonarchie im Gegensatz zu Serbien und Montenegro kein Nationalstaat, sondern ein Imperium. Zur massenhaften Flucht von Muslimen kam es hier nicht. Vielmehr sicherte diese „Übergangsverwaltung" die territoriale Eigenständigkeit Bosniens innerhalb des Habsburgerreiches und schloss symbolische Kompromisse, wie die Erlaubnis zur Nennung des Sultans im Freitagsgebet oder zum Zeigen der osmanischen Flagge zu islamischen Feiertagen, ein. Die habsburgische Verwaltung in Bosnien und Herzegowina schlug so einen behutsamen ‚Transformationspfad' ein. Auch wenn wichtige Integrationsschritte im Bereich der Zoll- und Währungspolitik oder 1882 bei der Wehrpflicht angegangen wurden, blieben die osmanischen Gesetze zunächst in Kraft und wurden erst nach und nach abgelöst. Insbesondere überließ die Verwaltung das Schulwesen weitgehend den Religionsgemeinschaften. Zwar wurden auch neue staatliche Schulen gegründet und reformierte muslimische Grundschulen (Ruždis) unterstützt, doch blieben bis zu 80 % der Bevölkerung vor 1914 Analphabeten. Dem gegenüber standen ein beträchtlicher Ausbau der Infrastruktur, das heißt die Schaffung eines Straßen- und Eisenbahnnetzes, der Aufbau einer professionellen Verwaltungsstruktur und eines Gesundheitswesens, sowie Modernisierungseffekte im gesellschaftlichen und kulturellen Sektor, nicht zuletzt das Entstehen einer bürgerlichen Mittelschicht. Insbesondere garantierte die habsburgische Verwaltung die überkommene Sozialverfassung, das heißt den Besitzstand der muslimischen Großgrundbesitzer, gegen die Forderungen vor allem serbischer Kleinbauern nach einer Agrarreform. Die Förderung des bosnischen Landespatriotismus in der Geschichts- und Kulturpolitik – des Bosniakentums – sprach vor allem einen Teil der muslimischen Elite an. Die im Anschluss an die Jungtürkenrevolte 1908 vollzogene Annexion Bosniens und Herzegowinas durch Österreich-Ungarn weitete sich zu einer internationalen Krise aus, in der sich die Abhängigkeit der Monarchie vom Deutschen Reich manifestierte. In der Folgezeit wurden im „Reichsland" Bosnien und Herzegowina wichtige Reformen wie die Einführung einer „Verfassung" (1909) und die Wahl zum Landtag (1910) vollzogen, doch gelang es kaum, die Loyalität der bosnischen Serben, besonders deren jüngerer Intelligenz, zu gewinnen. Aus ihren Reihen stammte der Attentäter Gavrilo Princip (1894–1918). Er verübte am 28. Juni 1914 in Sarajevo den tödlichen Anschlag auf den österreichisch-ungarischen Thronfolger Franz Ferdinand (1863–1914) und dessen Ehefrau Sophie (1868–1914), der zum Auslöser des Ersten Weltkriegs wurde.

Bosnien und Herzegowina im „kurzen" 20. Jahrhundert

Im 1918 gegründeten Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen lag die politische Vorherrschaft beim serbischen Landesteil. Die unitaristische Staatsideologie wurde unter der autoritären „Königsdiktatur" und mit dem Staatsnamen „Jugoslawien" ab 1929 noch verschärft. Trotzdem erwies sich die ethnokonfessionelle Struktur in Bosnien und Herzegowina weiterhin als prägend für Parteienlandschaft, Publizistik, Vereinswesen und Lebenswelt. 1939 kam die jugoslawische Regierung dem dominanten Regionalismus der Opposition in Kroatien durch ein Übereinkommen über die Gründung einer autonomen Banschaft Kroatien entgegen, welche auch die kroatischen Siedlungsgebiete in Bosnien und der Herzegowina mit einschloss.

Nach der deutschen Besatzung Jugoslawiens 1941 wurde durch die kroatische faschistische Ustaša-Bewegung ein „Unabhängiger Staat Kroatien" proklamiert. Während große Teile Dalmatiens nun zu Italien gehörten, umfasste dieser Staat ganz Bosnien und Herzegowina

und damit erhebliche serbische Siedlungsgebiete. Die Muslime galten als Kroaten, wohingegen die serbische Bevölkerung durch das Ustaša-Regime verfolgt wurde. Dagegen formierten sich Widerstandsbewegungen: einerseits die königstreuen Četnici, die ihrerseits Verbrechen, zumal an Muslimen, verübten und zunehmend mit den Nationalsozialisten und italienischen Faschisten kollaborierten, andererseits die kommunistischen Partisanen unter Josip Broz Tito (1892-1980).

Bosnien wurde zum Schwerpunkt des Partisanenkrieges, den die Kommunisten schließlich gewannen (Einnahme Sarajevos, 6. April 1945). Im Unterschied zu ihren nationalistischen Gegnern beanspruchten die Partisanen ein „internationalistisches" Programm. Die Serben waren jedoch in ihren Reihen am stärksten beteiligt, was sich später in den Strukturen von Partei, Bürokratie und Armee des sozialistischen Jugoslawien widerspiegelte. In diesem Staat bildete Bosnien und Herzegowina nun eine eigene Teilrepublik, die im Zuge der Föderalisierungstendenzen ab Mitte der 1960er Jahre dann auch tatsächlich mehr Eigenständigkeit erlangte. Erst jetzt wurden die bosnischen „Muslime" (unter diesem Namen) als gleichberechtigte Nation anerkannt; nicht zuletzt stand dies im Einklang mit einer proarabischen Außenpolitik. Die sozialistische Ära war gerade in Bosnien und Herzegowina von einem weitreichenden sozialen Strukturwandel und einem geradezu ruckartig forcierten Entwicklungsschub gekennzeichnet (Alphabetisierung, Urbanisierung, Industrialisierung), Städte wie Sarajevo und Banja Luka vervielfachten ihre Einwohnerzahlen. Da Bosnien strategische Bedeutung zugewiesen wurde, lag hier ein Schwerpunkt der jugoslawischen Rüstungsindustrie, diverse militärische Anlagen entstanden. Andererseits setzte in den 1960er Jahren die Arbeitsmigration in das westliche Ausland ein, zumal nach Deutschland und Österreich als „Gastarbeiter"; besonders markant war dies in den katholisch geprägten Hochburgen der Kroaten. In den 1980er Jahren verschlechterte sich die ökonomische Situation in Bosnien erheblich, Repression und Schauprozesse gegen Dissidenten kehrten zurück, diverse Skandale um Korruption und Misswirtschaft sorgten für Aufsehen.

1990 wurden die Kommunisten in den meisten Teilen Jugoslawiens abgewählt, nicht jedoch in Montenegro und Serbien, wo sie unter Slobodan Milošević (1941–2006) eine nationalistische Massenbewegung anführten. Auf der Grundlage einer von vielen Serben boykottierten Volksabstimmung erklärte Bosnien und Herzegowina am 6. April 1992 seine Unabhängigkeit. Die jugoslawische Armee und serbische Milizen reagierten darauf mit Krieg, in welchem schwere Verbrechen besonders an der bosniakischen Zivilbevölkerung verübt wurden. Zwischenzeitlich kam es auch zum „Krieg im Krieg" zwischen Bosniaken und Kroaten (v. a.1993). Das Abkommen von Dayton 1995 stellte formal den Frieden wieder her, faktisch blieb das Land aber weiterhin geteilt.

Die Bosniendeutschen

Die deutsche Bevölkerung ist zur österreichisch-ungarischen Zeit nach Bosnien eingewandert.[2] Nach der Volkszählung von 1910[3] handelte es sich um 22.968 Personen: Etwa 8.000 „Kolonisten" lebten in ca. zwanzig mehrheitlich deutschen Dörfern Nordbosniens von Landwirtschaft und Handwerk. Konfessionell waren die Evangelischen in der Mehrheit, wobei die Pfarrer meist aus Deutschland stammten. Die ältesten und einwohnerstärksten Siedlungen waren katholisch: Windthorst und das benachbarte Rudolfstal. Nach 1918 verstanden sich die Kolonisten als deutsche Minderheit, sie prägten das Bild der Bosniendeutschen in der Erinnerung nach 1945. 5.246 Personen deutscher Muttersprache hatten sich bis 1910 in Sarajevo niedergelassen,[4] was einem Bevölkerungsanteil von 10-11 % entsprach. Darunter waren Beamte, Militärs, Experten, Unternehmer etc. In Sarajevo erschienen zwei deutsche Zeitungen, die Bosnische Post (1884–1918) und das konkurrierende Sarajevoer Tagblatt (1908–1918).[5] Zudem wohnten Deutsche an den verschiedenen Industriestandor-

ten als Facharbeiter und Firmenangestellte oder auf angeschlossenen Landwirtschaftsbetrieben. Dies war zum Beispiel bei den Solvay-Soda-Werken in Tuzla-Lukavac (1.237 Deutsche), in Zenica (778 Deutsche, Eisenindustrie) und in Zavidovići-Podkleće (Holzwerke) der Fall.[6]



Die Kirche von Windthorst. Der Ort, heute Nova Topola, liegt unmittelbar an der Straße Banja Luka–Gradiska/Gradiška(–Kroatien), einem der Hauptverkehrswege des Landes. Windthorst war die älteste und größte der ehemaligen deutschen Siedlungen, die Einwohner waren katholisch und stammten meist aus dem Emsland, sodann aus dem Rheinland und Westfalen, dazu kamen Schlesier sowie Arbeiter aus Essen und einige holländische Familien. Das Land hatten die Siedler von muslimschen Grundherren (Begs) privatrechtlich erworben. Zusammen mit einigen, auch evangelischen, Nachbarorten bildete Windthorst ein kleines „Siedlungsgebiet“, dessen Einwohner nicht 1942 „umgesiedelt“ wurden, sondern erst im Oktober 1944 aus Bosnien flohen. Nach dem Zweiten Weltkrieg bestand in der Nähe ein Internierungslager. Auf Initiative eines deutsch-kroatischen Vereins und mit Unterstützung des Bischofs von Banja Luka, Franjo Komarica, wurde die Kirche 2012 grundlegend renoviert. [Foto (2012): Wikimedia Commons. The Catholic news agency of the Bishops' Conference of Bosnia and Herzegovina].

Die Einwanderung der Kolonisten erfolgte zwischen 1879 und 1900 unter sehr verschiedenen Bedingungen: Anfangs (Windthorst, Rudolfstal) handelte es sich um Katholiken, die direkt aus dem Deutschen Reich kamen. Anschließend wanderten Donauschwaben ein, die Bosnien beim Militärdienst kennengelernt hatten (Franz-Josefsfeld). Diese Menschen kamen aus privater Initiative und kauften ihr Land von einheimischen Grundherren. In den 1890er Jahren verpachtete dann der Staat ungenutztes Land aus öffentlichem Besitz (Ärar) an Kolonisten, zunächst an Einheimische, später wurde dafür auch in Zeitungen in verschiedenen Teilen der Monarchie geworben. Von diesen Kolonisten stellten Polen und Ukrainer die größten Gruppen dar, aber es kamen auch Deutsche aus Galizien, Russland, Ungarn und Kroatien, ferner Italiener, Tschechen und andere. Nach der Annexion Bosniens und Herzegowinas 1908 drohte sich die Lage der Deutschen zu verschlechtern. Der 1910 gewählte Landtag beschloss die Subventionen für die Evangelische Kirche zu kürzen, und der Schulunterricht war fortan teilweise in der Landessprache durchzuführen. In dieser Zeit erstarkten der „Verein der Deutschen in Bosnien und Herzegowina“ sowie ein Genossenschaftsverband.

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs 1918 verließ ein Drittel der Deutschen (vor allem Militärs und Beamte) das Land. In den Städten schloss sich ein Teil der Katholiken den Kroaten an. Die beiden Sarajevoer Zeitungen mussten sofort ihr Erscheinen einstellen. Das Problem des Lehrermangels verschärfte sich mit der Verstaatlichung des Schulwesens, da Lehrer als Staatsbedienstete nun entsprechend gute Kenntnisse des Serbokroatischen vorzuweisen hatten. So behielten nur wenige größere Kolonien deutsche Schulen. Zwar wurde Georg Grassl (1865–1948), der einstige Sektionschef der bosnischen Landesregierung für Unterrichtswesen, zum Vorsitzenden des 1920 in der Vojvodina gegründeten „Schwäbisch-

Deutschen-Kulturbundes“, Herausgeber des dortigen Deutschen Volksblattes und Abgeordneter der Partei der Deutschen. Doch in Bosnien lag nach der Auflösung des „Vereins der Deutschen“ und des Genossenschaftsdachverbands die geistige Führung zunächst in den Händen der Pastoren: Mit der „Bosnischen Synode“ bestand ein organisatorischer Rahmen, zudem standen diese in Kontakt mit kirchlichen wie bürgerlich-nationalen Hilfsvereinen in Deutschland und Österreich. Einige ärarische Dörfer Bosniens waren arm und strukturschwach; manche Familien wanderten aus, zogen in die Industriezentren oder verdingten sich als Wanderarbeiter. Der „Kulturbund“ fasste in Bosnien politisch erst Ende der 1930er Jahre Fuß; bei den Pastoren kann man insgesamt von ‚Teilaffinitäten‘ zum Nationalsozialismus sprechen.

Nach dem deutschen Angriff auf Jugoslawien wurde Bosnien zu einem Hauptschauplatz des Partisanenkrieges, dessen Gewaltdynamik sich bald auch gegen die Dörfer der Deutschen richtete. Erste „Umsiedlungen“ nach Syrmien 1941 trugen Kennzeichen einer Evakuierung und Flucht; in diesem Sinne wurde 1942 der größte Teil der Bosniendeutschen „umgesiedelt“. Nach der „Durchschleusung“ in Lagern um „Litzmannstadt“ (Lodz/Łodź) sollten diese durch die sogenannte „Aktion Zamość“ – quasi ein Pilotprojekt des „Generalplans Ost“ – die Häuser vertriebener Polen erhalten. Dieser Plan scheiterte am polnischen Widerstand. Daraufhin wurden weitere Ansiedlungsversuche in Lothringen und Luxemburg unternommen. Einige Orte in Bosnien wurden bis Oktober 1944 gehalten. Bei Kriegsende waren die Bosniendeutschen über ganz Deutschland und Österreich verteilt; jene, die nach Bosnien zurückkehrten, wurden in Lagern inhaftiert.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Carl Bethke: Deutsche „Kolonisten“ in Bosnien. Vorstellungswelten, Ideologie und soziale Praxis in Quellen der evangelischen Kirche. In: Filozofski fakultet u Sarajevu, Zijad Šehić (Hg.): Međunarodna konferencija Bosna i Hercegovina u okviru Austro-Ugarske 1878–1918 Održana u Sarajevu, 30. i 31. marta 2009. Zbornik radova [Internationale Konferenz Bosnien und Hercegovina im Rahmen Österreich-Ungarns 1878–1918. Abgehalten in Sarajevo, 30. und 31. März 2009. Sammelband]. Sarajevo 2011, S. 235–266. URL: https://www.academia.edu/5920834/Deutsche_Kolonisten_in_Bosnien._Vorstellungswelten_Ideologie_und_soziale_Praxis_in_Quellen_der_evangelischen_Kirche.
- Vladimir Geiger: Bosnia and Herzegovina’s Ethnic German Human Loses during WWII and Thereafter (October 2013). URL: http://www.hrastovac.net/historical/Geiger,Bosnia%27s-DS-losses.htm.
- Amila Kasumović: Modaliteti eksterne kolonizacije u Bosni 1890–1914 [Modalitäten der externen Kolonisation in Bosnien 1890–1914]. In: Prilozi 38 (2009), S. 81–120. URL: http://www.iis.unsa.ba/pdf/prilozi_38.pdf.
- Noel Malcolm: Geschichte Bosniens. Frankfurt/M. 1996.
- Nedad Memić: Entlehnungen aus dem österreichischen Deutsch in der Stadtsprache von Sarajevo. Frankfurt/M. 2006 (Schriften zur deutschen Sprache in Österreich 37).
- Ders.: Rječnik germanizama i austrijacizama u bosanskome jeziku/ Wörterbuch der Germanismen und Austriazismen im Bosnischen. Sarajevo 2014.
- Robin Okey: Taming Balkan Nationalism: The Habsburg Civilizing Mission in Bosnia, 1878–1914. Oxford, New York 2007.
- Leni Perenčević: „Fern vom Land der Ahnen“. Zur Identitätskonstruktion in bosniendeutschen Heimatbüchern. In: Jahrbuch für deutsche und osteuropäische Volkskunde 51 (2010), S. 45–74.

- Lejla Sirbubalo: „Wie wir im 78er Jahr unten waren“: Bosnien-Bilder in der deutschsprachigen Literatur. Würzburg 2012 (Epistemata, Reihe Literaturwissenschaft, 745).
- Mary Sparks: The Development of Austro-Hungarian Sarajevo, 1878–1918. An Urban History. London 2014.
- Holm Sundhaussen: Sarajevo. Die Geschichte einer Stadt. Wien, Köln, Weimar 2014.

Periodika

- Historijska traganja – Historical Searches, 2008ff. (http://www.iis.unsa.ba/izdavastvo.html#dropdown1)
- Prilozi – Contributions, 1965ff. (http://www.iis.unsa.ba/izdavastvo.html#dropdown1)

Weblinks

- http://www.iis.unsa.ba/ (Institut für Geschichte, Sarajevo)
- http://www.kakanien.ac.at/ (Kakanien revisited, Internetplattform mit vielen Forschungen und theoretischen Beiträgen, insbesondere zur K.-u.-k.-Zeit in Bosnien)

Digitale Quellen

- http://www.idoconline.info/ (Infobiro, digitales Archiv historischer Zeitungen aus Bosnien, 19./20. Jahrhundert, Nutzung gebührenpflichtig)
- http://www.dlib.si/stream/URN:NBN:SI:DOC-NNGU1FYP/891375a1-26c8-4773-b156-8eea431e4f3b/PDF (Die Ergebnisse der Volkszählung in Bosnien und der Herzegowina vom 10. Oktober 1910. Zusammengestellt vom Statistischen Departement der Landesregierung. Mit einer Übersichtskarte der Konfessionen; Zugriff über Slowenische Nationalbibliothek, Laibach/Ljubljana)
- http://alex.onb.ac.at/tab_lbh.htm (Gesetz- und Verordnungsblatt für Bosnien und die Herzegowina, Sammlung der Gesetze und Verordnungen für Bosnien und Herzegowina [1878-1918])
- http://www.z-g-v.de/doku/archiv/jugoslawien/kapitel-4-1-1-0-4.htm (Die Ereignisse in der deutschen Siedlung Schutzberg in Bosnien von April 1941 bis zur Umsiedlung der deutschen Bevölkerung im November 1942. Bericht des Pfarrers Ferdinand Sommer aus Schutzberg/Glogovac, Bezirk Prnjavor in Bosnien. Abschrift, vom Vf. durchkorrigiert und bestätigt, Frühjahr 1958)

Anmerkungen

[1] Exemplarisch dazu Tamara Scheer: „Minimale Kosten, absolut kein Blut“. Österreich-Ungarns Präsenz im Sandžak von Novipazar (1879–1908). Frankfurt/M. 2013 (Neue Forschungen zur ostmittel- und südosteuropäischen Geschichte 5).

[2] Zu den mittelalterlichen Sasi in Ostbosnien siehe Konrad Gündisch: „Saxones“ im Bergbau von Siebenbürgen, Bosnien und Serbien. In: Gerhard Grimm, Krista Zach (Hg.): Die Deutschen in Ostmittel- und Südosteuropa. Bd. 2. München 1996 (Veröffentlichungen des Südostdeutschen Kulturwerks 73), S. 119–132.

[3] Die Ergebnisse der Volkszählung in Bosnien und der Hercegovina vom 10. Oktober 1910. Zusammengestellt vom Statistischen Departement der Landesregierung. Mit einer Übersichtskarte der Konfessionen. Sarajevo 1912, S. 52: http://www.dlib.si/stream/URN:NBN:SI:DOC-NNGU1FYP/891375a1-26c8-4773-b156-8eea431e4f3b/PDF (Abruf 11.02.2015).

[4] Die Ergebnisse der Volkszählung 1910 (Anm. 3), S. 46.

[5] Zu beiden Zeitungen sind die umfangreichsten Bestände in der Österreichischen Nationalbibliothek, Wien, überliefert.

[6] Die Ergebnisse der Volkszählung 1910 (Anm. 3), S. 44.

Zitation

Carl Bethke: Bosnien und Herzegowina. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2015. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32623 (Stand 17.03.2015).

Bulgarien (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Deutscher Bund (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Deutschland/Deutsches Reich (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Estland (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Georgien (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Habsburgermonarchie (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Heiliges Römisches Reich (Deutscher Nation) (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Jugoslawien

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Jugoslawien

Amtliche Bezeichnung

Das so genannte Jugoslawien hatte während seines Bestehens von 1918 bis 1992 beziehungsweise 2003 – wenn man den „Rumpfstaat“, zusammengesetzt aus Serbien und Montenegro, auch dazu zählt – unterschiedliche amtliche Bezeichnungen:

- 1918–1929: Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (Kraljevstvo [ab 1921: Kraljevina] Srba, Hrvata i Slovenaca),
- 1929–1941: Königreich Jugoslawien (Kraljevina Jugoslavija),
- 1943–1945: Demokratisches Föderatives Jugoslawien (Demokratska Federativna Jugoslavija),
- 1945–1963: Föderative Volksrepublik Jugoslawien (Federativna Narodna Republika Jugoslavija),
- 1963–1992: Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien (Socijalistička Federativna Republika Jugoslavija),
- 1992–2003: Bundesrepublik Jugoslawien (Savezna Republika Jugoslavija).

Etymologie

Jugoslawien (serbokroat. Jugoslavija) bedeutet wörtlich „Südslawien“ (jug = Süden).

2. Geographie

Lage

Jugoslawien war ein Bundesstaat in Südosteuropa, der an folgende Länder grenzte: Italien im Westen, Österreich und Ungarn im Norden, Rumänien und Bulgarien im Osten sowie Griechenland und Albanien im Süden.

Topographie

Jugoslawien umfasste ein Gebiet von 247.542 km² (1918–1941) respektive von 255.804 km2 (1945–1992) und 102.350 km2 (1992–2006). Es erstreckte sich über eine vielfältige Landschaft: Von Nordwesten bis Südwesten verlief die Adriaküste mit zahlreichen kleinen Inseln und einem eher mediterranen Klima. Im Nordosten dehnte sich die pannonische Tiefebene aus. Diese umfasste den Norden Serbiens und den Nordosten Kroatiens sowie Sloweniens. Das Dinarische Gebirge verlief von Slowenien im Norden bis nach Montenegro und an die Grenze zu Albanien im Süden. Die höchste Erhebung Jugoslawiens lag in Slowenien (Triglav, 2.864 MüM, zu den Julischen Alpen gehörig). Neben der Donau (Dunav) waren die Save (Sava), die Drau (Drava) und die Morava die wichtigsten Wasserwege Jugoslawiens. Im Grenzgebiet zu Albanien lagen die größten Seen des Landes: Skutarisee (Montenegro), Ohridsee und Prespasee (Mazedonien).

Historische Geographie

Das 1918 entstandene Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen umfasste die früheren Königreiche Serbien und Montenegro sowie die zuvor zur Habsburgermonarchie gehörenden Gebiete Kroatien-Slawonien, Dalmatien, Bosnien und Herzegowina, Krain und Untersteiermark. Am 4. Juni 1920 legte der Trianon-Vertrag fest, dass Ungarn Teile der Baranya (Branau) sowie der Batschka und des Banats – die Vojvodina – an Jugoslawien abtreten musste. Laut Zoran Janjetović lebten im Jahr 1931 rund 500.000 Deutsche in Jugoslawien, davon 340.000 in der Vojvodina.[1] Sie waren vermehrt auch in den Regionen Syrmien (Sr(j)em), Slawonien (Slavonija), Südkärnten (Koroška), Untersteiermark (Spodnja Stajerska), Übermurgebiet (Prekmurje) und Krain (Kranjska), inklusive Gottschee (Kočevje), ansässig. Nach der Besetzung durch die deutsche Wehrmacht im April 1941 wurde das Gebiet Jugoslawiens unter den Achsenmächten aufgeteilt. Italien besetzte neben Montenegro auch Teile Sloweniens und Dalmatiens. Während Bulgarien den größten Teil Mazedoniens zugesprochen bekam, fielen das Kosovo und der Nordwesten Mazedoniens an Albanien, das seit Juli 1939 ein italienisches Protektorat war. Ungarn erhielt die Batschka und die Vojvodina zurück. Kroatien wurde ein „Unabhängiger Staat“ (Nezavisna država Hrvatska) unter der Führung des Ustaša-Führers Ante Pavelić (1889–1959) . Das engere Serbien wurde unter

deutsche Militärverwaltung gestellt und dort eine abhängige serbische Administration errichtet.



Teilrepubliken und autonome Provinzen Jugoslawiens 1945-1991. [Karte: Wikimedia Commons. Aivazovsky CC BY-SA 3.0].

Nach dem Sieg der kommunistischen Widerstandskämpfer unter der Führung von Josip „Tito“ Broz (1892–1980) wurde im November 1945 die Föderative Volksrepublik Jugoslawien ausgerufen. Zu dieser Föderation gehörten sechs Teilrepubliken: Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Serbien, Montenegro und Mazedonien. Innerhalb Serbiens wurden zudem zwei autonome Provinzen geschaffen – die Vojvodina und das Kosovo.

Das sogenannte Zweite Jugoslawien existierte bis zum endgültigen Zerfall der Republik im Jahr 1992. Serbien und Montenegro schlossen sich daraufhin zur Bundesrepublik Jugoslawien zusammen, die auch als Drittes Jugoslawien bezeichnet wird und offiziell bis 2003 bestand.

Deutsche Bevölkerung in den einzelnen Gebieten Jugoslawiens[2]

Gebiet	**1931**	**1939**	**1944**
Banat	121.300	125.800	128.800
Batschka	173.200	174.600	178.900
Baranya (Baranja)	15.800	16.400	16.800
Syrmien	70.300	71.900	73.600
Slawonien	67.400	69.200	70.900
Bosnien-Herzegowina	15.000	15.600	16.000
Kroatien	13.800	14.300	14.600
Serbien	14.300	14.800	15.200
Südkärnten	400	400	400
Untersteiermark	16.000	11.400	11.700
Übermurgebiet	1.400	1.500	1.500
Krain	20.200	20.900	21.400
Insgesamt	529.100	536.800	549.800

3. Geschichte und Kultur

Das Erste Jugoslawien: Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen

Als die österreichisch-ungarische Doppelmonarchie mit dem Ende des Ersten Weltkriegs zerfiel, vereinigte sich – ideologisch befördert durch den Illyrismus, den Panslawismus und die Nationalbewegungen der Serben und Kroaten – das Königreich Serbien am 1. Dezember 1918 mit dem Königreich Montenegro und den oben genannten ehemals habsburgischen Gebieten zum Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (sog. SHS-Staat).

Innerhalb des Königreichs bildeten die Serben die relative Bevölkerungsmehrheit und dominierten Politik, Verwaltung und Militär. Diese serbische Dominanz führte zu Misstrauen und Konflikten innerhalb des jugoslawischen Vielvölkerstaates: Kroaten, Slowenen, Mazedonier und bosnische Muslime, die dem serbischen Zentralismus kritisch gegenüberstanden, waren unzufrieden mit ihrer untergeordneten Rolle. Besonders die Kroatische Bäuerliche Volkspartei (Hrvatska Seljačka Stranka, HSS) und ihr Anführer Stjepan Radić (1871–1928) wehrten sich gegen die serbische Dominanz innerhalb des SHS-Staats und widersetzten sich einer weiteren Zentralisierung des Königreiches. Als Radić und zwei weitere Mitglieder der Bauernpartei im Juni 1928 von einem Abgeordneten der Radikalen Partei (Narodna Radikalna Stranka) ermordet wurden, setzten die oppositionellen Parteien die zentralistische Verfassung aus und boykottierten die Parlamentswahlen, worauf König Aleksandar I. Karađorđević (1888–1934) das Parlament auflöste und die so genannte Königsdiktatur ausrief. 1929 wurde der SHS-Staat offiziell in Königreich Jugoslawien umbenannt.

Nach der Ermordung König Aleksandars 1934 übernahm ein Regentschaftsrat unter Prinzregent Pavle Karađorđević (1893–1976) die Regierungsgeschäfte, da der eigentliche Thronfolger Petar Karađorđević (1923–1970) noch minderjährig war. „Serbisch-kroatische Ausgleichsverhandlungen“ scheiterten am Widerstand sowohl von serbischen nationalistischen Gruppierungen wie auch von kroatischen Separatisten.

Die politische Einflussnahme der deutschen Minderheit war im Ersten Jugoslawien eingeschränkt. Laut Böhm war die Lage der deutschen Bevölkerung gar kulturell und sozial gefährdet: „Seit der Gründung des SHS-Staates führten die Belgrader Regierungen einen sys-

tematischen Kampf gegen die kulturellen Grundlagen der deutschen Minderheit, insbesondere durch Konfiskation des deutschen Vereinsvermögen und der Einrichtungen deutscher Schulen […].“[3] Der 1920 in Neusatz/Novi Sad gegründete Schwäbisch-Deutsche Kulturbund, der die Pflege deutscher Sitten und Bräuche zum Zweck hatte, war beispielsweise von 1924 bis 1927 verboten.

Der Zweite Weltkrieg

Zu Beginn des Zweiten Weltkriegs erklärte sich die jugoslawische Regierung zunächst für neutral, geriet jedoch, umringt von den Achsenmächten und deren Verbündeten, unter immer größeren außenpolitischen Druck, dem Prinz Pavle im März 1941 nachgab. Eine Gruppe von serbischen Offizieren putschte daraufhin gegen das Abkommen mit den Achsenmächten und stürzte die Regierung, worauf Adolf Hitler (1889–1945) am 6. April 1941 Truppen der deutschen Wehrmacht in Jugoslawien einmarschieren ließ und mit der Bombardierung von Belgrad/Beograd begann. Das sogenannte Erste Jugoslawien kapitulierte am 17. April 1941, wurde in der Folge zerschlagen und unter den Achsenmächten Deutschland und Italien sowie deren Verbündeten Ungarn und Bulgarien aufgeteilt. Nachdem die königliche Regierung ins Exil nach London geflohen war, wurde Serbien unter deutsche Militärverwaltung gestellt und von einer abhängigen serbischen Administration unter dem ehemaligen jugoslawischen Kriegsminister Milan Nedić (1878–1946) regiert.

Mit Unterstützung der deutschen Nationalsozialisten wurde der „Unabhängige Staat Kroatien“ errichtet. In den Massenvernichtungslagern der Ustaša starben tausende Männer, Frauen und Kinder, größtenteils Serben, aber auch Juden, Roma und Kommunisten. Die Zahl der im Lager Jasenovac Ermordeten ist allerdings umstritten und wurde sowohl von serbischer wie auch von kroatischer Seite zu Propagandazwecken instrumentalisiert. Vermutlich liegen die Opferzahlen „zwischen 70.000 und mehreren hunderttausend Toten“.[4]



Absetzbewegungen der faschistischen deutschen Wehrmacht im November 1944 bei Visegrad in Jugoslawien vor der siegreich vordringenden sowjetischen Armee und den jugoslawischen Partisanen (Foto 24.11.1944). [Bundesarchiv, Bild 183-J28413 / CC-BY-SA].

In allen Landesteilen formierte sich Widerstand gegen die Besatzungsmächte, dessen Kräfte sich allerdings nicht nur gegen die Besatzer, sondern auch gegen die jeweils andere Partisanengruppe richteten. So kämpften die königstreuen national-serbischen Četnici (von serb. Četa = Kompanie) für ein monarchistisches Großserbien, was wiederum dem Plan der kommunistischen Partisanen unter Josip „Tito“ Broz für eine multiethnische und föderative Umgestaltung Jugoslawiens widersprach.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs verübten die siegreichen kommunistischen Partisanen Vergeltungsmaßnahmen an Kollaborateuren. Einheiten der Ustaša, der slowenischen Weißgardisten und der serbischen Četniks sowie andere Kollaborateure, die zuvor auf öster-

reichisches Gebiet geflohen waren, aber von den Briten an die Partisanen ausgeliefert wurden, wurden in der Umgebung von Bleiburg (Kärnten) Opfer von Massenhinrichtungen oder auf Todesmärsche geschickt.

Von Vergeltungsaktionen waren auch die Volksdeutschen in der Vojvodina und Slawonien betroffen. Da viele von ihnen mit der deutschen Besatzungsmacht beziehungsweise dem Ustaša-Regime kollaboriert hatten, waren die Deutschen kollektiv, ungeachtet ihres Alters und Geschlechts, vom Verlust aller ihrer Rechte sowie von Massenhinrichtungen, Vertreibungen, Enteignungen und Plünderungen betroffen. 1945 folgte die Inhaftierung der Deutschen in Internierungslagern sowie die Deportation von 30.000 Jugoslawiendeutschen aus Slawonien, dem serbischen Banat, der Batschka und der südlichen Baranya in sowjetische Arbeitslager.[5] Die Forschung geht von etwa 400.000 vertriebenen beziehungsweise inhaftierten Donauschwaben aus, von denen etwa ein Drittel ermordet wurde.[6]

Die nach Deutschland und Österreich geflüchteten Volksdeutschen organisierten sich in der „neuen“ Heimat in sogenannten Landsmannschaften. Diese Landsmannschaften setzten sich „[n]eben kulturellen Aufgaben […] von vornherein auch für politische, soziale und wirtschaftliche Belange ihrer Mitglieder ein[…]“.[7] Die Jugoslawiendeutsche Landsmannschaft errichte 1964 in Sindelfingen ihr Zentrum. Dieses besteht auch heute noch als „Haus der Donauschwaben“.[8]

Das Zweite Jugoslawien: Sozialistisches Jugoslawien

Am 29. November 1945 wurde die „Föderative Volksrepublik Jugoslawien“ (ab 1963: „Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien“) von der Kommunistischen Partei ausgerufen. Auf der Konferenz der kommunistischen Parteien in Bukarest/Bucureşti am 27. Juni 1948 kam es zum Bruch zwischen Tito und Stalin (1878–1953), der zum Auschluss Jugoslawiens aus dem Kominform (Informationsbüro der Kommunistischen Arbeiterparteien) führte. Bis dahin wurde der stalinistische Aufbau des jugoslawischen Staates aber rasch vorangetrieben:

Die jugoslawischen Kommunisten sahen sich aus Gründen der ‚Legitimierung‘ in der Folge gezwungen, ein selbstständiges Sozialismus-Modell zu entwickeln. Doch die Abkehr vom Stalinismus vollzog sich nur äußerst schleppend und gegen hartnäckigen Widerstand innerhalb der Partei. Der von zahllosen Experimenten, Stagnationen und Rückschlägen begleitete Auf- und Ausbau des SV-Modells [SV = Selbstverwaltung] zog sich bis zur vierten Nachkriegsverfassung von 1974 und dem ‚Gesetz über die vereinte Arbeit‘ von 1976 hin.[9]

Außenpolitisch suchte Titos Regime fortan nach einem „dritten Weg“ zwischen den Blöcken. Zusammen mit dem ägyptischen Staatspräsidenten Gamal Abdel Nasser (1918–1970) und dem indischen Ministerpräsidenten Jawaharlal Nehru (1889–1964) gründete Tito im Juni 1956 die „Bewegung der Blockfreien Staaten“.

Innenpolitisch stellte die so genannte „nationale Frage“ Titos Regime vor eine große Herausforderung. Dies zeigte sich besonders, als Ende der 1960er Jahre und in den 1970er Jahren in den verschiedenen Teilrepubliken nationalorientierte Kräfte für mehr Autonomie und Souveränität eintraten. Die Proteste begannen als Studentenunruhen in Belgrad und Agram/Zagreb, sie weiteten sich aber besonders in Kroatien bald zu einer Massenbewegung („Kroatischer Frühling [Hrvatsko proljeće]“) aus. Die Demonstranten protestierten gegen Benachteiligungen, die Kroatien als wirtschaftsstarke Teilrepublik zu erdulden hätte, und forderten für diese mehr Rechte und Souveränität. Durch Titos Intervention wurden die Proteste Ende 1971 schließlich beendet und es folgte eine tiefgreifende Säuberungswelle innerhalb der Kommunistischen Partei.

Bevölkerung Jugoslawiens nach Nationen (narod) und Nationalitäten (narodnost)[10] (1948 und 1971)[11]

	1948		1971	
Serben	6.547.197	41,5 %	8.143.246	39,7 %
Kroaten	3.784.353	24,0 %	4.526.782	22,1 %
Slowenen	1.415.432	9,0 %	1.678.032	8,2 %
Muslime	808.921	5,1 %	1.729.932	8,4 %
Mazedonier	810.126	5,1 %	1.194.784	5,8 %
Montenegriner	425.703	2,7 %	508.843	2,5 %
Albaner	750.431	4,8 %	1.309.523	6,4 %
Ungarn	496.492	3,1 %	477.374	2,3 %
Deutsche	57.180	0,4 %	12.785	0,1 %
Andere	676.343	4,3 %	941.671	4,5 %
Insgesamt	15.772.098	100,0 %	20.522.972	100,0 %

Die Verfassungsänderung von 1974, die der Vojvodina und dem Kosovo innerhalb Serbiens weitgehende innere Selbstverwaltung zusprach und sie den sechs jugoslawischen Teilrepubliken fast gleichstellte, rief nationalistische serbische Stimmen hervor, die die Regierung wegen des Autonomiestatus der beiden Regionen offen kritisierten. Albanischen Nationalisten hingegen gingen die Änderungen nicht weit genug; sie forderten nach dem Tod Titos die Schaffung einer eigenständigen Teilrepublik Kosovo. Im Frühjahr 1981 kam es im Kosovo zu blutigen Zusammenstößen zwischen Kosovo-Albanern und der jugoslawischen Polizei und Armee.

Erstarken nationalistischer Bewegungen



Tito-Denkmal in der Parkanlage des Belgrader Museums der Jugoslawischen Geschichte (Muzej Istorije Jugoslavije), wo sich auch Titos Mausoleum – das Haus der Blumen (Kuća Cveća) – befindet. [Foto: Kathrin Pavic 2013].

Nach dem Tod von Josip „Tito“ Broz am 4. Mai 1980 befand sich die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien, die mit Tito die wichtigste Integrationsfigur verlor, in einer ernsthaften wirtschaftlichen (hohe Auslandsverschuldung) und politischen Legitimitätskrise. In den zehn Jahren zwischen Titos Tod und dem Zusammenbruch Jugoslawiens lässt sich ein ‚Wiedererwachen‘ des Nationalismus in allen Teilrepubliken und autonomen Gebieten beobachten: „Die Unsicherheit über die Zukunft Jugoslawiens bedeutete für die Bürger eine Neuorientierung hin zur eigenen Republik und als Konsequenz auch zur eigenen Nation.“[12] Im Zweiten Jugoslawien, zu dessen zentralen Gründungsmythen die Beschwörung der jugoslawischen Brüderlichkeit und Einheit (bratstvo i jedinstvo) zählte, war im öffentlichen Raum weder Platz für nationale Diskurse und Bewegungen seiner Teilrepubliken und -regionen noch für die Erinnerung an die früheren „Kämpfe und Greueltaten von und zwischen kommunistischen Partisanen, serbisch-nationalistischen Četniks und kroatisch-faschistischer Ustaša“ gewesen, die „sich deshalb unverarbeitet in das kulturelle Gedächtnis der verschiedenen Bevölkerungsgruppen“[13] einschrieben, was auch zum Ausbruch der postjugoslawischen Kriege rund 45 Jahre später beitrug.

Zusammenbruch Jugoslawiens und postjugoslawische Kriege

Die Erklärungsansätze und Theorien für das Scheitern des jugoslawischen Staates sind vielfältig: So wurde zum Beispiel auf eine historische Kontinuität des Balkans als traditionelles Konfliktgebiet („Pulverfass Europas“) verwiesen[14] oder der Ursprung der Konflikte auf die „unterschiedliche[n] zivilisatorische[n] und kulturelle[n] Prägungen“ und auf den „Gegensatz von westlich-katholischen und östlich-orthodoxen/islamischen Zivilisationen“[15] zurückgeführt. Der endgültige Zerfall des Zweiten Jugoslawiens wurde durch die Unabhängigkeitserklärungen Sloweniens und Kroatiens am 25. Juni 1991 und den darauffolgenden Aufmarsch der jugoslawischen Volksarmee an der slowenischen Grenze eingeläutet. Der Krieg der jugoslawischen Volksarmee gegen Slowenien war nach zehn Tagen beendet. Die Ablösung Mazedoniens im August 1991 erfolgte ohne militärische Auseinandersetzungen. In Kroatien – und nach der Unabhängigkeitserklärung Bosniens und der Herzegowina am 2. März 1992 – eskalierten die Gewalttaten hingegen und führten zu mehrjährigen Kriegen. In diesem Zusammenhang wird auch von den jugoslawischen Bürger-[16] oder den Balkankriegen[17] gesprochen. Mit dem Friedensabkommen von Dayton, das am 21. November 1995 auf dem amerikanischen Luftwaffenstützpunkt ausgehandelt und am 14. November von den Präsidenten Slobodan Milošević (1941–2006), Franjo Tuđman (1922–1999) und Alija Izetbegović (1925–2003) unterzeichnet wurde, wurde der Krieg in Bosnien-Herzegowina offiziell für beendet erklärt. Bosnien-Herzegowina wurde in zwei politische Entitäten geteilt – die bosnisch-kroatische Föderation Bosna i Hercegovina und die serbisch dominierte Republika Srpska. Im Abkommen von Dayton wurde allerdings versäumt, eine „Konfliktlösung für den gesamten Balkanraum“[18] zu finden. Die Situation in einigen Nachfolgestaaten Jugoslawiens blieb weiterhin konfliktbeladen, was die späteren Konflikte im Kosovo (1998/1999) und in Mazedonien (2001) zeigten. In der Forschung wird von 400.000 Toten und ca. 4 Millionen Flüchtlingen ausgegangen,[19] die durch die ethnischen ‚Säuberungen‘ während der postjugoslawischen Kriege ihr Leben verloren respektive aus ihrer Heimat vertrieben wurden.[20] Für deren Eskalation wurden in erster Linie die politischen Führungen in Serbien sowie in der Republika Srpska verantwortlich gemacht. Seit 1993 untersucht der Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia, ICTY) mit Sitz in Den Haag die während der postjugoslawischen Kriege verübten Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen.

Das Dritte Jugoslawien: Die Bundesrepublik Jugoslawien

Am 24. April 1992 wurde die Bundesrepublik Jugoslawien ausgerufen. Der aus Serbien und Montenegro bestehende „Rumpfstaat“ beanspruchte die Rechtsnachfolge der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien. Bereits im Frühjahr und Sommer 1992 verhängte die Europäische Gemeinschaft und der Sicherheitsrat der UNO weitgehende Sanktionen gegen Rest-Jugoslawien und am 22. September 1992 wurde es von der UNO-Vollversammlung ausgeschlossen.

Anfang des Jahres 1998 begann sich der Konflikt zwischen der UÇK (Ushtria Çlirimtare e Kosovës [Befreiungsarmee des Kosovo]) und der Polizei und dem Militär der Bundesrepublik Jugoslawien zu verschärfen. Von März bis Juni 1999 führten die Streitkräfte der NATO Luftangriffe auf Ziele in Serbien durch, die maßgeblich dazu beitrugen, dass sich die serbischen Truppen aus dem Kosovo zurückziehen mussten. Das sich unter dem Protektorat der Vereinten Nationen befindende Gebiet erklärte sich 2008 zu einem unabhängigen Staat, der jedoch von Serbien und einigen anderen europäischen Staaten nicht anerkannt wird.

Am 4. Februar 2003 trat die Staatenunion Serbien und Montenegro die Nachfolge der Bundesrepublik Jugoslawien an. Jugoslawien verschwand somit endgültig von der politischen Landkarte. Serbien-Montenegro existierte bis zur Unabhängigkeitserklärung Montenegros am 3. Juni 2006.

Deutsche Minderheiten in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens

In den Nachfolgestaaten Jugoslawiens leben heute knapp 10.000 Deutsche. In Kroatien, wo sie als offizielle Minderheit anerkannt sind, waren 2011 2.965 Deutsche beheimatet.[21] Auch in Serbien besteht seit 2007 ein Nationalrat der deutschen nationalen Minderheit, der ihnen die Anerkennung als Minderheit garantiert und politische Mitsprache ermöglicht. Laut der Volkszählung von 2011 leben in Serbien 4.064 Deutsche, zumeist Schwaben (Švabe) genannt.[22] In Slowenien hingegen ist die deutschsprachige Minderheit weder offiziell anerkannt, noch verfügt sie über eine politische Vertretung. In der Volkszählung des Jahres 2002 werden 499 Personen als Deutsche und 181 als Österreicher aufgeführt.[23]

Die Rezeption Jugoslawiens seit 1945

Die Wahrnehmung des kommunistischen Jugoslawiens im Westen war durch mehrere Faktoren geprägt: Im Laufe der 1960er Jahre wurde in Jugoslawien vor dem Hintergrund des Heranwachsens geburtenstarker Jahrgänge und der Freisetzung von Arbeitskräften durch Wirtschaftsreformen die Abwanderung von Arbeitskräften offiziell erlaubt; 1965 wurden Anwerbeverträge mit verschiedenen westeuropäischen Staaten abgeschlossen. Die wachsende Zahl von jugoslawischen Gastarbeitern in Westeuropa wirkte sich auf die dortige Wahrnehmung Jugoslawiens insofern aus, als laut Mira Beham die Kontakte mit den Gastarbeitern dazu beitrugen, dass „Jugoslawien in den Kontext des ‚armen Südens‘ [eingeordnet wurde]“.[24]

Dass sich Jugoslawien bereits im Laufe der 1950er Jahre als einziges kommunistisches Land für den kommerziellen Fremdenverkehr aus dem Westen zu öffnen begann, generierte wiederum ein anderes Bild des Staates, der für viele Touristen aus Westeuropa und Nordamerika als Urlaubsland ein Begriff wurde.

Hinzu kam, dass das jugoslawische Modell als eine liberale und humanere Version des Kommunismus galt. Diese Wahrnehmung beruhte in erster Linie auf dem Dritten Weg, den Jugoslawien seit dem Bruch mit Stalin eingeschlagen hatte. Aber auch die Person Titos wurde im Westen durchaus positiv beurteilt: „Der Herrscher über dieses Jugoslawien […]

galt als ein großer Staatsmann, der es verstand, sein Land auf einem Sonderweg durch die Strudel der Geschichte zu führen."[25]

Während der postjugoslawischen Kriege veränderte sich die Wahrnehmung Jugoslawiens grundlegend. Nun wurde der postjugoslawische Raum in der Weltöffentlichkeit in erster Linie als Region wahrgenommen, die geprägt war von Kriegen sowie ethnischem und religiösem Hass.

In den Nachfolgestaaten Jugoslawiens lässt sich in der jüngeren Zeit hingegen ein interessantes Phänomen beobachten: die so genannte „Jugo-Nostalgie". Diese zeigt sich beispielsweise in der Eröffnung von Bars, Restaurants, Museen etc., die Jugoslawien nicht nur zum Thema haben, sondern die Erinnerung daran wiederzubeleben versuchen. Laut Zala Volcic ermöglicht diese Art der Nostalgie eine spezielle Form der Aufarbeitung der jugoslawischen Vergangenheit und ihres tragischen Endes: „It is as if the Yugoslavs had to destroy their country in order to truly appreciate its possibilities by confronting the prospect of living without them."[26] Die ‚dunklen' Seiten Jugoslawiens, wie zum Beispiel die Inhaftierung von politischen Gegnern und Andersdenkenden, werden bei dieser Art von Nostalgie allerdings vergessen.

4. Bibliographische Hinweise

Gesamtdarstellungen

- Leslie Benson: Yugoslavia: A concise history. Houndmills 2000.
- Marie-Janine Čalić: Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert. München 2010.
- Dejan Djokić, James Ker-Lindsay (Hg.): New perspectives on Yugoslavia: Key issues and controversies. London 2011.
- Sabrina Petra Ramet: Die drei Jugoslawien: Eine Geschichte der Staatsbildungen und ihrer Probleme. München 2011.
- Holm Sundhaussen: Geschichte Jugoslawiens. Stuttgart 1982.

Literatur über den Zerfall Jugoslawiens und seine Nachfolgestaaten

- Robert M. Hayden: From Yugoslavia to the western Balkans: Studies of a European disunion, 1991-2011. Leiden 2012.
- Robert Hudson (Hg.): After Yugoslavia: Identities and politics within the successor states. Houndmills 2012.
- Wolfgang Libal: Das Ende Jugoslawiens: Chronik einer Selbstzerstörung. Wien, Zürich 1991.
- Holm Sundhaussen: Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten 1943–2011: Eine ungewöhnliche Geschichte des Gewöhnlichen. Wien 2012.

Literatur über Deutsche in Jugoslawien

- Carl Bethke: Deutsche und ungarische Minderheiten in Kroatien und der Vojvodina 1918–1941. Identitätsentwürfe und ethnopolitische Mobilisierung. Wiesbaden 2009.
- Johann Böhm: Die Deutsche Volksgruppe in Jugoslawien 1918–1941. Frankfurt a. M. 2009.
- Zoran Janjetović: Between Hitler and Tito – The Disappearance of the Vojvodina Germans. Belgrad 2005.
- Herbert Prokle, Donauschwäbische Kulturstiftung München (Hg.): Genocide of the ethnic Germans in Yugoslavia, 1944–1948. 2. Aufl. München 2006 (1. Aufl. 2003).

- Ingomar Senz: Die Donauschwaben. München 2005.
- Hans-Ulrich Wehler: Nationalitätenpolitik in Jugoslawien: Die deutsche Minderheit 1918–1978. Göttingen 1980.

Anmerkungen

[1] Zoran Janjetović: Die Donauschwaben in der Vojvodina und der Nationalsozialismus. In: Mariana Hausleitner, Harald Roth (Hg.): Der Einfluss von Faschismus und Nationalsozialismus auf Minderheiten in Ostmittel- und Südeuropa. München 2006 (Veröffentlichungen des Instituts für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas an der LMU München, Wissenschaftliche Reihe: Geschichte und Zeitgeschichte 107), S. 219-235, hier S. 220.

[2] Böhm: Die Deutsche Volksgruppe, S. 67. Nach: Alfred Bohmann: Bevölkerung und Nationalitäten in Südosteuropa. Köln 1969, S. 236.

[3] Böhm: Die deutsche Volksgruppe, S. 161.

[4] Herwig Roggemann: Vom jugoslawischen Verfassungskonflikt zum neuen Balkankrieg. In: Holm Sundhaussen (Hg.): Südosteuropa zu Beginn der neunziger Jahre. Reformen, Krisen und Konflikte in den vormals sozialistischen Ländern. Berlin 1993, S. 109-147.

[5] Vgl. Janjetović: Die Donauschwaben (Anm. 1), S. 234.

[6] Vgl. Edgar Hösch, Karl Nehring, Holm Sundhaussen (Hg.): Lexikon zur Geschichte Südosteuropas. Wien 2004, S. 204.

[7] Immo Eberl: Vertriebenenverbände: Entstehung, Funktion, Wandel. In: Mathias Beer (Hg.): Zur Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen im deutschen Südwesten nach 1945. Bestandsaufnahme und Perspektive der Forschung. Sigmaringen 1994, S. 211–234, hier S. 223.

[8] Webauftritt des „Hauses der Donauschwaben Sindelfingen“: http://www.haus-donauschwaben.de/wordpress/ (18.12.2014).

[9] Hösch, Nehring, Sundhaussen (Hg.): Lexikon (Anm. 6), S. 323.

[10] Serben, Kroaten, Slowenen, Montenegriner, Mazedonier und seit den 1960er Jahren auch die Muslime (Bosniaken) galten in Jugoslawien als Nationen (narod). Albaner, Ungarn, Deutsche etc. hatten hingegen lediglich den Status einer Nationalität (narodnost), da sie außerhalb Jugoslawiens einen eigenen Nationalstaat besaßen.

[11] Aus: Sundhaussen: Geschichte Jugoslawiens, S. 218.

[12] Florian Bieber: Nationalismus in Serbien vom Tode Titos bis zum Ende der Ära Milošević. Wien 2005 (Wiener Osteuropa-Studien 18), S. 17.

[13] Pascal Goeke: Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien in Europa seit 1991. In: Klaus J. Bade, Pieter C. Emmer, Leo Lucassen, Jochen Oltmer (Hg.): Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Zürich 2007, S. 578–585, hier S. 578.

[14] Vgl. hierzu: Robert Kaplan: Balkan Ghosts. A Journey through History. New York 2005 [Erstausgabe 1993].

[15] Peter Imbusch: Der Staatszerfall Jugoslawiens. In: Ders., Ralf Zoll (Hg.): Friedens- und Konfliktforschung. Eine Einführung. Wiesbaden 2006, S. 221–248, hier S. 222.

[16] Laut Imbusch wird durch Bezeichnungen wie Bürger- und Bruderkrieg vergessen, dass durch „die sukzessive Anerkennung der Teilrepubliken als souveräne Staaten durch die Völkergemeinschaft ein internationaler Konflikt“ geworden ist (Imbusch: Staatszerfall [Anm. 15], S. 221).

[17] Maria Todorova wiederum kritisierte, dass die postjugoslawischen Kriege als „balkanische“ Konflikte wahrgenommen und gar von Balkankriegen gesprochen wurde, beschränkten sich die kämpferischen Handlungen doch auf das Gebiet der Nachfolgestaaten Jugoslawiens. Vgl. Maria Todorova: Imagining the Balkans. 2. Aufl. Oxford 2009 [1997], S. 136.

[18] Edgar Hösch: Geschichte der Balkanländer. Von der Frühzeit bis zur Gegenwart. München 2008, S. 283.

[19] Imbusch: Staatszerfall (Anm. 15), S. 232.

[20] Das Büro des „United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR)“ spricht von schätzungsweise 2,5 Millionen Menschen, die aus Bosnien-Herzegowina geflohen sind. Bei ungefähr 1,3 Millionen handelte es sich um Binnenvertriebene. Etwa 500.000 Personen fanden in Nachbarländern Zuflucht und 700.000 Flüchtlinge gingen nach Westeuropa. Vgl. UNHCR: Zur Lage der Flüchtlinge in der Welt – UNHCR-Report 2000/2001. Bonn 2000, S. 249.

[21] Croatian Bureau of Statistics: Population by ethnicity, by Towns/Municipalities. In: Census of Population 2011, Households and Dwellings. Zagreb 2006–2014. URL: http://www.dzs.hr/default_e.htm (Abruf 28.10.2014).

[22] Statistical Office of the Republic of Serbia: Chapter 4: Religion, Mother Tongue and Ethnicity. In: 2011 Census of Population, Households and Dwellings in the Republic of Serbia. Date by municipalities and cities. Belgrade 2013, S. 33, S. 100. URL: http://pod2.stat.gov.rs/ObjavljenePublikacije/Popis2011/Knjiga4_Veroispovest.pdf (Abruf 28.10.2014).

[23] Statistical Office of the Republic of Slovenia: 7. Population by Ethnic Affiliation, Slovenia Census 1953, 1961, 1971, 1981, 1991 and 2002. In: Census of Population, Households and Housing 2002. Ljubljana 2003, S. 4. URL: http://www.stat.si/popis2002/gradivo/si-92.pdf (Abruf 28.10.2014).

[24] Mira Beham: Kriegstrommeln. Medien, Krieg und Politik. München 1996, S. 157.

[25] Vgl. Beham: Kriegstrommeln (Anm. 24), S. 157-158.

[26] Zala Volcic: Serbian Spaces of Identity. Narratives of Belonging by the Last ‚Yugo‘ Generation. New York 2011, S. 131.

Zitation

Kathrin Pavic: Jugoslawien. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32625 (Stand 22.12.2014).

Kasachstan

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Kasachstan, Republik Kasachstan

Amtliche Bezeichnung

kasach.: Qazaqstan, Qazaqstan Respublikasy

Etymologie

Das Wort „qazaq/kazak“ ist turk-mongolischen Ursprungs und bezeichnet einen freien, umherziehenden Nomaden. Etwa seit 1395 im Russischen nachgewiesen, entwickelte sich daraus die spätere Bezeichnung „Kosake“ für einen freien Grenzbewohner im militärischen Dienst des Staates. Im Zarenreich bezeichnete man die heutigen Kasachen als „Kirgisen“ oder „Kirgis-Kaisaken“ und die eigentlichen Kirgisen als „Karakirgisen/Qara-Kirgisen“ (Schwarze Kirgisen). Erst Mitte der 1920er Jahre erfolgte die offizielle Festlegung der beiden Ethnonyme.

2. Geographie

Lage

Kasachstan ist ein seit 1991 unabhängiger Einheitsstaat in Zentralasien, der nordöstlich des Kaspischen Meeres liegt und im Norden und Nordwesten an Russland, im Süden an Turkmenistan, Usbekistan und Kirgistan sowie im Südosten an China grenzt. Mit 2.724.900 km² ist er das zweitgrößte Land in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) und nimmt weltweit flächenmäßig den neunten Platz ein.

Topographie

Der Westen, Norden und Osten wird durch Steppe beziehungsweise Waldsteppe mit schwarzen und kastanienfarbigen Böden dominiert, in Zentral- und Südkasachstan findet sich ein wesentlich trockenerer, von Wermut, Salzböden und Halbwüste geprägter Naturraum. Das Klima in diesem Teil Zentralasiens ist sehr kontinental, gekennzeichnet durch trockene und heiße Sommer sowie schneearme und kalte Winter.

Verweise auf im Lexikon behandelte Regionen

Turkestan

3. Geschichte und Kultur

Besiedlung durch Nomadenverbände im Mittelalter

Seit dem 6. Jahrhundert ist auf dem Territorium des heutigen Kasachstan die Existenz turksprachiger Nomaden belegt. Anfang des 13. Jahrhunderts wurde das heutige Staatgebiet Teil des mongolischen Reiches von Dschingis Khan (gest. vermutl. 1227) und seinen Nachkommen. Es bildeten sich ethnopolitische Nomadenverbände wie die Kok-Orda, die Goldene Horde und das Usbek-Khanat. Als ein eigenständiges Volk können die Kasachen erst seit Mitte des 15. Jahrhunderts betrachtet werden.

Ab dem 8. Jahrhundert breitete sich der Islam aus, zunächst in den südlichen Gebieten, im historischen Turkestan; im 18. Jahrhundert erstreckte er sich auf das ganze Siedlungsareal der Kasachen. Dabei blieb die Islamisierung der Nomaden oft oberflächlich. In ihrem alltäg-

lichen Leben nahmen vorislamische Kulte und Schamanismus weiterhin einen wichtigen Platz ein, und das Gewohnheitsrecht (Adat) spielt neben der Scharia bis heute eine bedeutende Rolle.

Russische Dominanz

Seit dem 18. Jahrhundert begann die Inkorporation kasachischer Länder und Stämme ins russische Imperium. Erst mithilfe starker militärischer Präsenz, der Errichtung von Festungen, von Verwaltungsreformen und gezielter Kolonisierungspolitik mit russischen und ukrainischen Siedlern sowie durch die Einbindung einheimischer Eliten erreichte Russland in den 1820er bis 1860er Jahren eine dauerhafte Beherrschung der eroberten Landstriche. So bildeten etwa die Festungen Omsk (gegründet 1716, heute in Russland), Semipalatinsk/Semei (1718), Ust-Kamenogorsk/Öskemen (1720) und Petropawlowsk/Petropawl (1752) die sogenannte Irtysch-Grenzlinie. Mit dem Eindringen in die Steppe entstanden neue Stützpunkte, darunter die späteren Bezirks- und Gebietshauptstädte Koktschetaw/Kökschetau (1824), Akmolinsk (1830) und Werny (1854), das spätere Alma-Ata/Almaty.

Zur Zarenzeit stellte Kasachstan keine politisch-administrative Einheit dar. Im Norden und Osten bildeten die Gebiete Akmolinsk und Semipalatinsk seit 1882 ein eigenständiges Steppen-General-Gouvernement mit Omsk als Verwaltungssitz. Im Westen wurden die Gebiete Turgaj (mit Orenburg, heute in Russland, als Gebietszentrum) und Uralsk/Oral unter den Bezeichnungen „Kirgisenregion“ oder „kirgisische Steppengebiete“ zusammengefasst. Südkasachstan gehörte administrativ zum turkestanischen General-Gouvernement: In den dortigen Gebieten Syrdar‘ja und Siebenstromland (kasach. Žetísu, russ. Semireč'e) stellten die Kasachen die Mehrheit der Bevölkerung.

Kasachstan in der Sowjetzeit

Die putschartige bolschewistische Machtübernahme im November 1917 stützte sich in Kasachstan in erster Linie auf russische Arbeiter und Soldaten in Städten und Eisenbahnstationen. Am 26. April 1920 wurde die Kirgisische (1925 in Kasachische umbenannt) Autonome Sozialistische Sowjetrepublik gegründet. Vorerst vereinigte die Autonomie die einstigen kirgisischen Steppengebiete. Im Zuge der national-staatlichen Abgrenzung Turkestans Ende 1924 bekam die Republik größere Teile der Gebiete Syrdarjinsk und Siebenstromland zugeschlagen.

Infolge der bolschewistischen Nationalitätenpolitik konnten in Kasachstan gewisse Fortschritte etwa im Gesundheitswesen, in der Bekämpfung des Analphabetentums und in der soziokulturellen Entwicklung verzeichnet werden. Andererseits führte die zwangsweise durchgesetzte Kollektivierungs- und Sesshaftmachungspolitik der Jahre 1929-1932 zu einer menschlichen Katastrophe, die Hunderttausende kasachischer Nomaden das Leben kostete (ausführlicher hierzu siehe unter „Demographische Prozesse“).

Das kaum bewohnte Territorium, dazu noch der beträchtliche Menschenschwund und die begonnene Erschließung von Rohstoffen im Zuge der beschleunigten Industrialisierung machten die Republik besonders ‚attraktiv‘ als einen Ort für Straflager (GULag) und Verbannung. Während des deutsch-sowjetischen Krieges ab Sommer 1941 wurden in Kasachstan mehr als 200 größere Industriebetriebe nach ihrer Verlagerung neu aufgebaut. 540.000 Menschen wurden aus den frontnahen Gebieten Russlands nach Kasachstan evakuiert und Angehörige mehrerer ethnischer Gruppen (Deutsche, Inguschen, Mesched-Türken, Tschetschenen u. a.) aus ihren Heimatgebieten in Russland nach Kasachstan deportiert.[1] Dasselbe Schicksal erlitten solche Minderheiten wie Koreaner (die vorher im Ferner Osten behei-

matet waren) bereits vor und die Griechen aus den Schwarzmeerraum nach dem Krieg. Die 1954 eingeleitete sogenannte Neulandkampagne bewirkte – vor allem in Nordkasachstan – einen starken Schub zur weiteren sozioökonomischen Entwicklung und gleichzeitig eine entscheidende Veränderung der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung: Um das Lebensmitteldefizit und in erster Linie den Mangel an Getreide zu beheben, wurden bis 1960 in der UdSSR ca. 42 Millionen Hektar Neuland zur landwirtschaftlichen Nutzung erschlossen, davon rund 25,5 Millionen Hektar allein in Kasachstan. Neben massiven Investitionen in die Transport- und Agrarinfrastruktur wurden Hunderte neue Staatsgüter, sogenannte Sowchosen, gegründet. Insgesamt übersiedelten in den Jahren 1954–1962 ca. zwei Millionen Menschen, in ihrer Mehrheit russischer und ukrainischer Nationalität, nach Kasachstan.[2]

Seit Anfang der 1930er Jahre entwickelte sich die kasachische Bevölkerung in der eigenen autonomen beziehungsweise seit 1936 in der Unionsrepublik immer mehr zu einer Minderheit; ihre Sprache und Kultur wurde nach und nach aus den Städten verdrängt. Immerhin gelang es der nationalen Nomenklatura um den langjährigen Parteichef Dinmuchamed Kunajew (1912–1993), eine breite Intelligenzschicht aus den Reihen der Titularnationalität, wenn auch mehrheitlich in russischer Sprache ausgebildet, entstehen zu lassen und wichtige Posten im Staats-, Partei- und Ideologieapparat mit Nationalkadern zu besetzen. Die unterschwellige Unzufriedenheit mit der russisch-slawischen Dominanz führte nach der Absetzung von Kunajew im Dezember 1986 zu schweren ethnischen Unruhen in der damaligen Hauptstadt Alma-Ata. Zum ersten Mal in der sowjetischen Geschichte seit 1923 wurde daraufhin öffentlich über zahlreiche Nationalitätenprobleme debattiert.

Kasachstan als unabhängiger Staat

Mit dem fortschreitenden Zerfall der UdSSR erklärte die Unionsrepublik am 16. Dezember 1991 ihre Unabhängigkeit. Im Zuge der postsozialistischen Transformation kennzeichneten ein wirtschaftlicher und sozialer Niedergang sowie unverkennbare nationalistische Tendenzen mit direkten und subtilen Bevorzugungen der staatstragenden Nationalität das erste Dezennium der Souveränität. Daraufhin wanderten unter anderem mindestens 2 Millionen Russen, 700.000 Deutsche, 400.000 Ukrainer sowie Zehntausende Tataren und Griechen in ihre historischen Heimaten aus.[3]

Mit Beginn der 2000er Jahre setzte ein stetes Wirtschaftswachstum ein: Kasachstan ist sehr reich an Bodenschätzen und zählt zu den führenden rohstoffproduzierenden Nationen der Welt. Es verfügt über bedeutende Erdölvorkommen rund um das Kaspische Meer sowie über reichhaltige Kohle- und Erzvorkommen. Weitere wichtige Rohstoffe sind Kupfer, Chrom, Blei, Uranerz und seltene Erden. Das in den letzten Jahren ständig gewachsene Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist derzeit wesentlich höher als in den benachbarten zentralasiatischen Ländern und übertrifft zum Beispiel auch das des EU-Landes Rumänien (70. Platz nach BIP pro Kopf, kaufkraftbereinigt, Stand April 2014).[4]

Während in Zentral- und Südkasachstan extensive Weidewirtschaft vorherrscht, erlauben die Böden in den übrigen Landesteilen neben der Viehhaltung, vornehmlich von Schafen, eine auf Getreideanbau spezialisierte Landwirtschaft. Im Süden konzentrieren sich die Bevölkerung und die (land-)wirtschaftliche Tätigkeit vor allem in Oasen und entlang der wenigen Flüsse. Auf beträchtlichen Flächen werden hier mit künstlicher Bewässerung Baumwolle, Tabak oder Zuckerrüben, ferner Weintrauben und Melonen angebaut, Gemüse- und Obstgärten angelegt. Fast die Hälfte aller Beschäftigten ist in den drei wichtigsten Wirtschaftszweigen, Landwirtschaft (28,2 %), Industrie (11,6 %) und Bauwesen (7,3 %), tätig (Stand 2010).

Kasachstan ist eine säkulare Republik mit starker Stellung des Präsidenten; es ist Mitglied der Gemeinschaft der Unabhängigen Staaten (GUS) und internationaler Organisationen wie der UNO, der UNESCO, dem IWF, der Weltbank und der OSZE. Der seit 1990 amtierende Präsident Nursultan Nasarbajew wird für seinen autokratischen Führungsstil und zahlreiche Menschenrechtsverletzungen oft kritisiert, andererseits für das Aufrechterhalten des interethnischen Friedens im Lande und für den, wenn auch nicht immer konsequenten, wirtschaftlichen Reformkurs gelobt.

Demographische Prozesse

Die Angaben in Tabelle 1 verdeutlichten zahlreiche demographische Wandlungen in Kasachstan im 20. Jahrhundert, die mit der Hungerkatastrophe 1932–1933 ihren traurigen Höhepunkt erreichten: Durch die Politik des erzwungenen Sesshaftwerdens verhungerten um 1,6 Millionen Kasachen, etwa eine weitere Million floh ins Ausland oder in die benachbarten Sowjetrepubliken.[5] Kriegsbedingte Migrationsströme, ethnisch motivierte Deportationen sowie die wirtschaftliche Erschließung ließen den Anteil der Titularnationalität weiter sinken. Ende der 1950er Jahre machten die Kasachen nur noch 30 % der Gesamtbevölkerung aus. Erst Anfang der 1970er Jahre erreichten die Kasachen aufgrund eines überdurchschnittlichen Bevölkerungszuwachses ihre bereits 1926 registrierte absolute Zahl wieder. Nach 1991 kam die Politik der Rückführung der Auslandskasachen (sog. Oralman) hinzu, sodass die staatsbildende Nation 2013 mehr als zwei Drittel der Einwohner stellte. Aufgrund niedriger Geburtenraten und negativer Wanderungssalden gehen der relative Anteil und oft auch die absolute Zahl der Angehörigen der slawisch-europäischen Nationalitäten kontinuierlich zurück. Mit 17.353.000 Einwohnern ist Kasachstan eines der am dünnsten besiedelten Länder der Erde (6,4 Einwohner/km², Stand Oktober 2014).[6]

Tabelle 1: Nationale Zusammensetzung in Kasachstan, aufgestellt nach vorrevolutionären, sowjetischen und postsowjetischen Volkszählungen[7]

	1897*	1926	1939	1959	1989	2009
Kasachen in %	3.392.751 81,7	3.713.394 57,1	2.327.625 37,8	2.794.966 30,0	6.534.616 40,0	10.096.763 63,1
Russen in %	454.402 10,9	1.279.979 19,7	2.458.678 40,0	3.974.229 42,7	6.227.549 37,6	3.793.764 23,7
Usbeken in %	29.564 0,7	213.498 3,3	120.655 2,0	136.570 1,5	332.017 2,0	456.997 2,9
Ukrainer in %	79.573 1,9	860.822 13,2	658.319 10,7	762.131 8,2	896.240 5,4	333.031 2,1
Ujguren in %	55.815 1,4	63.434** 1,0	35.409 0,6	59.840 0,6	185.301 1,1	224.713 1,4
Tataren in %	55.981 1,4	80.642 1,3	108.127 1,8	191.802 2,1	327.982 2,0	204.229 1,3
Deutsche in %	2.613 0,1	51.102 0,8	92.571 1,5	659.751 7,1	957.518 5,8	178.409 1,1
Koreaner in %	k. A.	42 0,0	96.453 1,6	74.019 0,8	103.315 0,6	100.385 0,6
Türken in %	k. A.	47 0,0	523 0,0	9.916 0,1	49.567 0,3	97.015 0,6
Aserbaidschaner	k. A.	20***	12.996	38.362	90.083	85.292

(Aseris) in %		0,0	0,2	0,4	0,5	0,5
Weißrussen in %	k. A.	25.614 0,4	31.614 0,5	107.463 1,2	182.601 0,7	66.474 0,4
Dunganen in %	k. A.	8.455 0,1	7.415 0,1	9.980 0,1	30.165 0,2	51.944 0,3
Kurden in %	k. A.	k. A.	2.387 0,0	6.109 0,1	25.425 0,2	38.325 0,2
Polen in %	k. A.	3.762 0,1	54.809 0,9	53.102 0,6	59.956 0,4	34.057 0,2
Tschetschenen in %	k. A.	3 0,0	2.639 0,0	130.232 1,4	49.507 0,3	31.431 0,2
Griechen in %	k. A.	158 0,0	1.374 0,0	55.543 0,6	46.764 0,3	8.846 0,1
Übrige in %	77.016 1,9	199.924 3,0	139.508 2,3	245.832 2,6	365.860 2,2	207.922 1,3
Insgesamt	4.147.748	6.500.895	6.151.102	9.309.847	16.464.464	16.009.597

* Für 1897 stützen sich die Angaben auf Berechnungen der kasachischen Statistiker, da es zu dieser Zeit noch kein nationales Gebiet beziehungsweise Staat gab.
** Zusammengestellt aus den Angaben zu drei separat aufgeführten Völkern: Ujguren, Tarantschi und Kaschgaren.
*** Unter dem Namen Turken (tjurki).
k. A. – keine Angaben

4. Deutsche in Kasachstan

Vor dem Ersten Weltkrieg und in der Zwischenkriegszeit

Eine nennenswerte Zahl von Deutschen lebte in der damaligen „Kirgisensteppe“ erst seit den 1890ern Jahren. Es handelte sich vor allem um bäuerliche Siedler aus den alten Mutterkolonien an der Wolga und im Schwarzmeergebiet sowie in geringerer Zahl aus Wolhynien und anderen Gegenden des Russischen Reiches. Sie kamen ohne einen Sonderstatus, als Bestandteil des russländischen Bauernstandes im Zuge der allgemeinen Übersiedlungs- und Kolonisierungsbewegung in die zentralasiatischen Randgebiete. Vor dem Ersten Weltkrieg lebten in den vier Steppengebieten und in den angrenzenden Provinzen des Turkestaner General-Gouvernements ca. 70.000 Deutsche. Auf dem Territorium des späteren Kasachstan handelte es sich hierbei um ca. 45.000 Personen, schwerpunktmäßig in den Bezirken (ujezd) Koktschetaw, Akmolinsk, Pawlodar und Kustanaj.[8] Mehr als 90 % von ihnen lebten auf dem Land und beschäftigten sich vornehmlich mit dem Ackerbau. Die Revolution 1917 änderte zunächst wenig an ihrer Siedlungs- und sozialen Struktur. Durch Verbannungen der Kulaken und eine verstärkte Abwanderungs- beziehungsweise Fluchtbewegung (um etwa einer drohenden Verhaftung zu entgehen) aus dem europäischen Teil der UdSSR erhöhte sich ihre Zahl kurz vor dem Zweiten Weltkrieg bis auf 92.571. Somit beherbergte die Sowjetrepublik Kasachstan zu dieser Zeit bereits 6,5 % der Gesamtzahl der Deutschen innerhalb der UdSSR. Im Industriegebiet Karaganda/Qaraghandy lebten die meisten der 14.818 nicht immer freiwillig dorthin gekommenen Deutschen schon in den städtischen Siedlungen (50,7 %); sie wurden vor allem im Steinkohlebergbau eingesetzt.[9]

Deutsch-sowjetischer Krieg und Sondersiedlung (1941–1955)

Weit größere Bevölkerungsverschiebungen fanden während des Zweiten Weltkriegs im Anschluss an den deutschen Überfall auf die Sowjetunion statt. Kasachstan fungierte als Aufnahmegebiet für verbannte Deutsche aus der Wolgadeutschen Republik, der Krim, der Ukraine, dem Nord- und Transkaukasus und aus Moskau/Moskva. Zum 4. November 1941 waren es bereits 349.713 Deportierte, die ungeachtet ihres beruflichen oder urbanen Hintergrunds nur auf dem Land untergebracht werden durften. Die Einwohner der noch vor dem Krieg in Kasachstan gegründeten deutschen Dörfer ließ man größtenteils vor Ort; lediglich aus den Städten und Industriezonen wurden sie ausgesiedelt. Mit Beginn des Jahres 1942 mussten Männer und einige Monate später auch Frauen und Jugendliche, ob Verbannte oder Alteinwohner, in Zwangsarbeitslager (sog. Arbeitsarmee, russ. trudarmija) einrücken. Bis zum 1. Mai 1943 waren hier 103.905 Deutsche mobilisiert, die größtenteils außerhalb der Republikgrenzen zum Einsatz kamen.[10] In Kasachstan selbst waren die russlanddeutschen Zwangsarbeiter schwerpunktmäßig als Grubenarbeiter im Kohlerevier Karaganda (mehr als 8.000 Personen), beim Bau der regionalen Eisenbahnlinien, in der Erzgewinnung (Aktjubinsk) und in der Erdölindustrie (Gurjew/Atyrau) beschäftigt.

Nach dem Kriegsende verblieben Deutsche und andere „bestrafte“ Völker ein Jahrzehnt lang als Sondersiedler in der Verfügungsgewalt der Kommandanturen des Innenministeriums (MWD). Als Personen minderen Rechts waren sie in ihrer Bewegungsfreiheit, Berufswahl oder in ihren Bildungsmöglichkeiten stark eingeschränkt. 1953 betraf dies 448.626 Deutsche.[11] Die schrittweise Verbesserung der rechtlichen Lage nach dem Tod Iosif Stalins (1878–1953) fand durch das Dekret vom 13. Dezember 1955 ihren vorläufigen Höhepunkt: Die Aufhebung der Beschränkungen wurde an den Verzicht auf jegliche materielle Entschädigung und auf die Rückkehr an die Heimatorte geknüpft.

Halbherzige Rehabilitierung bis zum Ende der Sowjetunion

Nach der Befreiung von der Sonderkommandantur setzte eine starke Migrationsbewegung aus den ehemaligen Orten der Zwangsarbeit und Verschickung im Ural und in Sibirien nach Kasachstan ein, die die Zahl der Deutschen in dieser Unionsrepublik in wenigen Jahren fast auf das Doppelte ansteigen ließ (858.077, Stand 1970).[12] Nach 1955 nahmen die Diskriminierungen nun subtilere Formen an, die sich in kaum vorhandener Förderung des sprachlich-kulturellen Bereichs, in einem begrenzten Zugang zur Hochschulausbildung sowie in einem geringen Anteil an den Führungspositionen zeigten. Wenn die Akademikerquote unter den Deutschen mit 5,2 pro 1.000 Personen im Jahr 1939 noch wesentlich höher als die unter den Kasachen (0,9) war, so hatte sich das Verhältnis 30 Jahre später umgekehrt: Mit 24 Hochschulabsolventen pro 1.000 Personen im Jahr 1979 blieben die Deutschen stark hinter den Kasachen (56) und Russen (69) zurück.[13] Eine einzige deutsche Tageszeitung, Freundschaft, seit 1966 in Zelinograd herausgegeben, eine halbe Stunde deutschsprachiger Radiosendungen täglich oder der erweiterte Deutschunterricht an einigen wenigen Dorfschulen, die jährliche Herausgabe einiger Dutzend propagandistischer Broschüren und gelegentlich eines belletristischen Werkes – all das konnte weder den Erhalt noch das sichere Beherrschen der deutschen Muttersprache gewährleisten oder die nationale Kultur bewahren. 1959 gaben 83,5 % der Angehörigen der Minderheit in Kasachstan an, das Nationalidiom, eigentlich einen deutschen Dialekt, hinreichend sprechen zu können, 30 Jahre später waren es lediglich 54,4 %. Einzig in kirchlichen Gemeinden spielte Deutsch als liturgische Sprache noch eine wahrnehmbare Rolle.

Insgesamt können die interethnischen Beziehungen in den 1970er und 1980er Jahren als stabil bezeichnet werden, insoweit die Deutschen in ihrem individuellen oder gruppenspezifischen Verhalten von den herrschenden gesellschaftskonformen Normen nicht abwichen.

Die Zahl der Mischehen, vor allem mit russischen und ukrainischen Partnern, nahm ständig zu. Laut Volkszählung von 1979 lebten bereits 36 % Deutsche in multinationalen Familienverbänden, ein wesentlich höherer Anteil als es bei der kasachischen (13 %) oder der russischen (23 %) Bevölkerung der Fall war. Eine fortgeschrittene sprachliche Assimilation und kulturelle Anpassung an die dominierende sowjetrussische Umgebung machten sich immer mehr bemerkbar.

Die fortdauernde staatliche Diskriminierung in allen gesellschaftlichen Bereichen löste bei den Betroffenen indes eine erhöhte systemkritische Einstellung und ein überdurchschnittliches nonkonformes Verhalten aus. Vor allem in einigen Regionen Süd- und Zentralkasachstans waren oppositionelle kirchliche Strömungen und Aktivitäten für die Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland am stärksten. Hier sticht besonders Karaganda als Zentrum der nationalen Protestbewegung hervor, wo 65.600 Deutsche fast 11 % der Stadtbevölkerung ausmachten. Für die Katholiken im asiatischen Teil der Sowjetunion fungierte die Stadt inoffiziell als „Vatikan des Ostens“; das Gros der Gemeindemitglieder waren hier verbannte oder aus dem Straflager entlassene Gläubige. Auch freikirchliche Kreise fanden zahlreiche Anhänger, sodass die Hälfte der erfassten Gläubigen im Karaganda-Gebiet aus Deutschen bestand, obwohl diese nur 10 % der Gebietspopulation (Stand 1985) stellten.[14] In den 1970er Jahren bis Anfang der 1980er Jahre wurden in Kasachstan 47 freikirchliche Prediger und Gemeindeaktivisten sowie 36 Ausreisewillige verhaftet und gerichtlich verurteilt.[15] Die Moskauer Zentrale versuchte die weit verbreitete Unzufriedenheit und vor allem die wachsende Emigrationsbereitschaft durch die Gründung eines Autonomen Deutschen Gebiets einzudämmen. Daraufhin brachen im Juni 1979 in Zelinograd starke Unruhen unter der kasachischen Bevölkerung aus, was zur Rücknahme des Vorschlags und zu keinen Konsequenten für die Beteiligten führte. Das zeigte einmal mehr, dass sich die Staatsmacht nie ernsthaft um eine wirkliche Gleichstellung der deutschen Minderheit bemühte.

Deutsche im unabhängigen Kasachstan

Im Zuge der Perestroika und des damit einhergehenden Erstarkens nationaler Bewegungen verlangte auch die deutsche Minderheit ähnliche Rahmenbedingungen für die Entwicklung der nationalen Sprache und Kultur wie es bei anderen Völkern der Sowjetunion der Fall war. So erklärte das Republikgesetz „Über die Sprachen“ vom 22. September 1989 das Kasachische zur Staatssprache, es wurde aber nur von 0,6 % der Deutschen beherrscht, was ihre Ausbildung und ihr berufliches Fortkommen zunehmend einschränkte.

Das Hauptaugenmerk des jungen kasachischen Staates richtete sich nach 1991 auf die vorrangige Förderung der Staatsnation in allen politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Bereichen, ungeachtet der schweren wirtschaftlichen und sozialen Krise infolge der Transformation des Gesellschaftssystems. Da viele deutsche Familien bereits Verwandte in Deutschland hatten, wuchs bei den Verbliebenen die Kluft zwischen den Möglichkeiten dort und ihrer Lage in Kasachstan. Auch vor dem Hintergrund der Absage der Regierung der Russländischen Föderation, die Rücksiedlung und die Wiederherstellung der einstigen Wolgarepublik zu unterstützen, nahm die Zahl der Aussiedler aus Kasachstan stark zu und erreichte im Jahr 1994 mit 121.517 Personen ihren Höchststand. Insgesamt wanderten seit Ende der 1980er Jahre mehr als eine Million Menschen aus Kasachstan in die Bundesrepublik Deutschland zu, andersethnische Familienangehörige inbegriffen.[16] Zehntausende Deutsche, denen wegen der verschärften Aufnahmekriterien eine Aussiedlung nach Deutschland verwehrt war, migrierten in die Russländische Föderation und ließen sich unter anderem in den deutschen Landkreisen Asowo im Gebiet Omsk und Halbstadt in der Region Altaj nieder. Nach der offiziellen Statistik waren es allein in den Jahren 1994 und 1995 11.848 beziehungsweise 9.409 Deutsche.[17]

Die Volkszählung von 2009 registrierte im Land 178.400 Deutsche oder 1,1 % der Republikbevölkerung, mit regionalen Schwerpunkten in Nord- und Zentralkasachstan. Deutsche leben vor allem in dem Verwaltungsgebiet Karaganda (32.787), wo sie 2,4 % der Gebietspopulation ausmachen, ferner in den Gebieten Kostanaj/Quostanai (27.959 bzw. 3,2 %), Pawlodar (20.708 bzw. 2,8 %) und Akmola/Aqmola (16.878 bzw. 3,5 %). In der gegenwärtigen Hauptstadt Astana (das ehemalige Akmolinsk, in den Jahren 1961–1992 Zelinograd) wurden 6.916 Deutsche gezählt, die 1,1 % der Stadtbevölkerung stellten, und in der alten Regierungsmetropole Alma-Ata/Almaty 5.743 beziehungsweise 0,4 %.[18]

Die gesellschaftliche Organisation der Minderheit „Wiedergeburt“ mit dem Hauptsitz im Deutschen Haus in Almaty und einem Netz auf der Gebiets- und Rayonsebene versucht, mit finanzieller Unterstützung der deutschen und kasachischen Regierung, Sprachunterricht anzubieten und Elemente der nationalen Kultur zu erhalten.[19] Das wichtigste Vereinsblatt ist die zweisprachige (deutsch/russische) Wochenschrift Deutsche Allgemeine Zeitung, die in einer Auflage von 1.200 Exemplaren erscheint.[20]

Forschungsdesiderate

Nach wie vor harren viele Fragestellungen zur deutschen Minderheit in Kasachstan im Besonderen und in Zentralasien im Allgemeinen noch vertiefter wissenschaftlicher Erforschung, wie etwa die nicht immer spannungsfrei verlaufenen Beziehungen im Alltagsleben zu den Nachbarvölkern slawischen und turkischen Ursprungs oder Ausmaß und Ausdrucksformen der konformen und nonkonformen gesellschaftlichen Aktivitäten im Vergleich mit den Titularnationalitäten und in Zentralasien beheimateten Russen sowie anderen ethnischen Gemeinschaften. Auch der ‚Anteil‘ der Deutschen an der Modernisierung der traditional-orientalischen Gesellschaften sollte eingehender untersucht werden. Ein anderes Desiderat der bisherigen Forschung bleiben die Wandlungen der Lebensweise und der nationalen Identität einer ursprünglich bäuerlichen Minderheit im urbanen Milieu. Vor allem das Gebiet Karaganda, in dem 1989 von den dort registrierten 143.525 Deutschen 78,5 % in den Städten lebten, bietet sich als Untersuchungsobjekt an.

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Viktor Fast, Jakob Penner: Wasserströme in der Einöde. Die Anfangsgeschichte der Mennoniten-Brüdergemeinde Karaganda. 1956–1968. Steinhagen 2007.
- Andreas Kappeler: Russland als Vielvölkerreich. Entstehung, Geschichte, Zerfall. 2., durchges. Aufl. München 1993.
- Kasachstan. In: Roland Götz, Uwe Halbach: Politisches Lexikon GUS. München 1992, S. 138–156.
- Robert Kindler: Stalins Nomaden: Herrschaft und Hunger in Kasachstan. Hamburg: 2014.
- Viktor Krieger: Rejn, Volga, Irtyš. Iz istorii nemcev Central’noj Azii [Rhein, Wolga, Irtysch. Aus der Geschichte der Deutschen in Zentralasien]. Almaty 2006.
- Manfred Sapper, Volker Weichsel, Andrea Huterer (Hg.): Machtmosaik Zentralasien. Traditionen, Restriktionen, Aspirationen. Bonn 2007.

Anmerkungen

[1] Istorija Kazachstana s drevnejšich vremen do našich dnej v 5 tomach. Tom 4: Kazachstan v sovetskij period [Geschichte Kasachstans von den frühesten Zeiten bis in die Gegenwart in 5 Bänden. Bd. 4: Kasachstan in der Sowjetzeit]. Almaty 2010, S. 669–670.

[2] Istorija Kazachstana (Anm. 1), S. 672.

[3] Berechnungen des Verfassers aufgrund der Ergebnisse der Volkszählungen 1989, 1999 und 2009 und eigener Recherchen.

[4] Nach: http://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_L%C3%A4nder_nach_Bruttoinlandsprodukt_pro_Kopf (Abruf 07.01.2015).

[5] Rudolf A. Mark: Die Hungersnot in Kasachstan. Aufarbeitung der stalinistischen Verbrechen. In: Sapper, Weichsel, Huterer (Hg.): Machtmosaik Zentralasien, S. 571–588.

[6] Kazakhstan population reached 17.353 million. In: http://www.inform.kz/eng/article/2716412 (Abruf 12.12.2014).

[7] Berechnet nach: Malik Asylbekov, Asimbai Galiev: Social'no-demografičeskie processy v Kazachstane (1917–1980) [Sozial-demographische Prozesse in Kasachstan (1917–1980)]. Alma-Ata 1991, S. 187; The Agency on Statistics of the Republic of Kazakhstan (Hg.): Results of the 2009 National population census of the Republic of Kazakhstan. Analytical report. Astana 2011, S. 20. Weitere Angaben aus den sowjetischen Volkszählungen sind folgendem Portal entnommen, das vom Institut für Demographie (Moskau) betreut wird: http://demoscope.ru/weekly/ssp/census.php (Abruf 08.12.2014).

[8] Viktor Krieger: Deutsche Präsenz in Kasachstan zur Zarenzeit. München 1993, S. 13–16. Außerhalb der künftigen Republik waren die Deutschen im Kreis und in der Stadt Omsk, dem Gouvernement Akmolinsk und in der Stadt Taschkent/Toshkent anzutreffen.

[9] Vsesojuznaja perepis' naselenija 1939 goda. Osnovnye itogi [Allunions-Volkszählung im Jahre 1939. Hauptergebnisse]. Moskva 1992, S. 76–77.

[10] Viktor Brul', Viktor Kriger (Viktor Bruhl, Viktor Krieger): Kazachstan [Kasachstan]. In: Nemcy Rossii. Enciklopedija. Tom 2: K–O [Die deutschen Russlands. Ein Lexikon. Bd. 2: K–O]. Moskva 2004, S. 8–16, hier S. 11.

[11] Brul', Kriger: Kazachstan (Anm. 10), S. 11.

[12] Brul', Kriger: Kazachstan (Anm. 10), S. 12.

[13] Krieger: Rejn, Volga, Irtyš, S. 124; Vsesojuznaja perepis' naselenija 1939 (Anm. 9), S. 86.

[14] Vladimir Auman, Valentina Čebotareva (Hg.): Istorija rossijskich nemcev v dokumentach (1763–1992 gg.). Tom 1 [Geschichte der Russlanddeutschen in Dokumenten (1763–1992). Bd. 1]. Moskva 1993, S. 210.

[15] Errechnet nach: Eduard Deibert: Zusammenfassung der Gefangenenliste der Deutschen in und aus der Ex-UdSSR. Nr. 1 – Nr. 9 (1984–1988). Typoskript. Bochum 2006, S. 4–14.

[16] Jährliche Aufnahmestatistik in: Susanne Worbs, Eva Bund, Martin Kohls, Christian Babka von Gostomski: (Spät-)Aussiedler in Deutschland. Eine Analyse aktueller Daten und Forschungsergebnisse. Bonn 2013 (Forschungsbericht, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 20), S. 32–33. Die nach Staaten der ehemaligen UdSSR aufgeschlüsselten An-

gaben existieren seit 1992. Bis 2012 kamen in diesem Zeitrahmen 927.353 Personen aus Kasachstan.

[17] Čislennost‘ i migracija naselenija Rossijskoj Federacii v 1994 g. (statističeskij bjulleten‘) [Bevölkerungszahl und Migration in der Russländischen Föderation im Jahr 1994]. Moskau 1995, S. 46, 48; ibid., 1995, Moskau 1996, S. 43, 45. Gleichzeitig zogen in diesen beiden Jahren aus der RF nach Kasachstan 2.107 beziehungsweise 2.432 Deutsche.

[18] Entnommen und errechnet nach: Perepis‘ naselenija Respubliki Kazachstan 2009 goda. Kratkie itogi [Die Volkszählung in der Republik Kasachstan im Jahr 2009. Kurzgefasste Ergebnisse]. Astana 2010, S. 11.

[19] http://www.wiedergeburt.kz/index.php.

[20] Siehe die zweisprachige Internet-Präsentation: http://www.deutsche-allgemeine-zeitung.de.

Zitation

Viktor Krieger: Kasachstan. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2015. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32626 (Stand 21.04.2015).

Kirgisistan (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen → Jugoslawien

Siehe Jugoslawien

Kroatien

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Kroatien

Amtliche Bezeichnung

kroat. Hrvatska

Lateinische Bezeichnung

Croatia

Etymologie

Das Toponym sowie das dazugehörige Ethnonym sind nichtslawischer, möglicherweise iranischer Herkunft. Nach der vom byzantinischen Kaiser Konstantin VII. (905-955) um 950 verfassten Quelle De administrando imperio sind die Kroaten zur Zeit des Kaisers Herakleios (610-641) eingewandert, wahrscheinlich aus dem Karpatenraum.

2. Geographie

Lage

Kroatien verbindet, geographisch wie kulturell, mitteleuropäische mit mediterranen Merkmalen und Einflüssen. Nachbarstaaten sind Slowenien, Ungarn, Serbien, Montenegro sowie Bosnien und Herzegowina. Die Fläche beträgt 56.542 km². Ungewöhnlich ist der hufeisenförmige Umriss, der durch den langen, keilförmigen Verlauf der Grenze zu Bosnien und Herzegowina bedingt ist. Diese geht auf die jahrhundertelangen Auseinandersetzungen der ungarischen Könige beziehungsweise Österreichs und Venedigs mit den Osmanen zurück. Im Westen wird Kroatien durch die lange Adriaküste begrenzt.

Topographie

Die amtliche Gliederung des Landes in županije (Gespannschaft; entspricht historisch dem ungarischen Komitat, heute etwa im Sinne eines deutschen Regierungsbezirks oder Landkreises) folgt funktionalen, geographischen und historischen Kriterien. Landschaftlich gliedert sich Kroatien in vier größere naturräumliche Zonen bzw. kulturelle Sphären:

1. Zentralkroatien, welches die beiden ‚Arme' des Landes im Nordosten (Slawonien) und Süden (Dalmatien) miteinander verbindet, und in Teilen eine noch subalpine Mittelgebirgslandschaft darstellt. Hier am Fuß des zagorje (Bergland) liegt auch die Hauptstadt Agram/Zagreb. Barocke Stadtanlagen wie Warasdin/Varaždin und Karlstadt/Karlovac, Adelssitze und selbst die Küche spiegeln mitteleuropäische Einflüsse. Jenseits der Drau (Drava) liegt zur Mur (Mura) hin das einst ungarische Međumurje-Gebiet mit dem Zentrum Csakathurn/Čakovec.

2. Slawonien nennt man die Landschaft zwischen den Flüssen Drau beziehungsweise Donau (Podravlje und Podunavlje) sowie Save (Posavina) entlang der Grenze zu Ungarn. Als funktionale ‚Hauptstadt' gilt die alte Handels-, Garnisons- und Industriestadt Esseg/Osijek, in einem gewissen räumlichen Abstand zum Bischofssitz in Diakowar/Đakovo. Am nördlichen Stadtrand Essegs beginnt die Baranja, östlich schließt sich als weitere Subregion West-Syrmien mit der Hauptstadt Wukowar/Vukovar nahe der Donau an. Im Westen wird Slawonien geographisch etwa von der Ilova begrenzt. Dieser Raum stellte das Hauptsiedlungsgebiet der deutschen Minderheit dar. Zwischen den Flusstälern verläuft ein Rücken von Mittelgebirgen (z. B. Papuk), die wiederum das Požegaer Becken einfassen. Slawonien gilt im Vergleich zum Süden Kroatiens als waldreich und war seit dem 19. Jahrhundert Standort entsprechender Industrien (Belišče). Vor allem ist diese Region aber als flach und fruchtbar bekannt, insbesondere die Lössböden im Osten (Ostslawonien, Đakovština, Syrmien). Entlang der Save verlaufen wichtige internationale Landverkehrswege, meist in Ost-West-Richtung. Einst aber waren es Drau und Donau, welche gerade diese drei ostkroatischen historischen Regionen mit den nördlicheren Zentren der Habsburgermonarchie verbanden. Gegenüber den Nachbarregionen erwiesen sich die Flusssysteme aber auch als begrenzend, zum Teil durch Sümpfe (Kopački rit im Donau-Drau-Winkel) und Steilufer (Ilok) und nur wenige markante Übergänge (Esseg), was sicher dazu beitrug, dass sich dieser Teil Europas schon seit der Spätantike von den Machtzentren der pannonischen Tiefebene abhob. Auch die donauschwäbisch-bäuerlichen Siedlungsgebiete auf dem ungarischen Donauufer (z.B. um Apatin, heute Serbien) waren durch den Fluss und einen Sumpf von der deutschsprachigen Großstadt Esseg getrennt. Erst 1910 wurde flussabwärts eine Bahnbrücke bei Erdut fertiggestellt.

Für die Geschichte der deutschen Minderheiten Kroatiens weniger bedeutsam sind:

3. Istrien ist die Halbinsel im äußersten Nordwesten des Landes. Während früher zum Beispiel der Bergbau (Labin) oder der Marinestützpunkt Pola/Pula von Bedeutung waren, machte

im Verlauf des 19. und 20. Jahrhunderts der Tourismus, der zurzeit die wichtigste Einnahmequelle des Landes darstellt, diese Region zur inzwischen wohlhabendsten Kroatiens. Die Nähe zu Österreich und Deutschland war dafür mitausschlaggebend. Einer habsburgischen Tradition folgend, ist der Verwaltungssitz offiziell Pazin (dem alten Mitterburg), das tatsächliche Zentrum ist jedoch Pula, fast ganz an der Südspitze der Halbinsel.

4. Dalmatien stellt den nach Süden hin schmaler werdenden Landstreifen dar, welcher den größten Teil der kroatischen Küste und die meisten der Inseln umfasst, aber auch das meist verkarstete Hinterland (Kalkgebirge), darunter das Velebit- und das Dinara-Gebirge. In das Karstgebirge eingeschlossen sind fruchtbare Ebenen, die Poljen. Naturräumlich gegliedert wird der Küstenverlauf durch mehrere Zuflüsse, von denen die Neretva aus der benachbarten Herzegowina der bedeutendste ist. Als Hauptstadt Dalmatiens kann historisch Zadar gelten, freilich ist Split durch Zuzug zur inzwischen zweitgrößten Stadt Kroatiens angewachsen. Anders als die mitteleuropäischen Regionen Zentralkroatien und Slawonien sind Istrien und Dalmatien kulturell und wirtschaftlich und damit anthropogeographisch von der ‚Mittelmeerwelt' mitgeprägt worden. Neben den Stadtanlagen aus der Antike schließt das die Krise und den relativen Bedeutungsverlust dieses Raumes nach 1500 ein, ebenso neuere Tendenzen wie Massentourismus und Litoralisierung.

Historische Geographie

Die heute übliche ‚naturräumliche' Wahrnehmung und Gliederung Kroatiens hat Referenzen zu den historischen ‚Territorien' der frühen Neuzeit, sie ist mit diesen und auch späteren Grenzziehungen aber nicht immer deckungsgleich. Beispielsweise existierte in dem Gebiet „Dalmatiens" – identisch etwa mit dem einstigen österreichischen Kronland – jahrhundertelang die Stadtrepublik Dubrovnik. „Slawonien" schloss historisch-staatsrechtlich auch Syrmien bis vor die Tore Belgrads ein, die Markgrafschaft Istrien erstreckte sich zu österreichischer Zeit noch viel weiter nach Norden. Rijeka genoss als Hafen- und Werftstadt vor 1918 eine gewisse Selbstverwaltung als corpus separatum.

Als staatsrechtlicher Vorgänger der Republik Kroatien (1941/1991) beziehungsweise Nukleus der Eigenstaatlichkeit kann vor 1918 das Königreich Kroatien-Slawonien im Rahmen der ungarischen Reichshälfte der Habsburgermonarchie mit Agram als Hauptstadt angesehen werden. Es umfasste Zentralkroatien, einen Teil der Küste (das primorje), Syrmien und „Slawonien", das heißt die beiden historischen Komitate (županije) Virovitica (südlich der Drau, Sitz Esseg) und Poschega/Požega (nördlich der Save). Sprachlich spielten in den Städten Deutsch, an der Küste Italienisch lange eine gewisse Rolle, eindeutig aber war die konfessionelle Dominanz der Katholiken. Die historischen Hauptsiedlungsgebiete der während der „Türkenkriege" ins Land gekommenen serbischen und orthodoxen Minderheit lagen in den 1878 aufgelösten sogenannten „Militärbezirken", also im Grenzgebiet zum Osmanischen Reich.

Die deutsche, zum Teil „schwäbisch" genannte Minderheit lebte außer in der zweitgrößten Stadt Esseg (noch 1900 Bevölkerungsmehrheit), in ca. 100 etwas verstreuten Siedlungen in Slawonien (an der Ilova, entlang der Drau, um Esseg und Diakowar, bei Poschega) und Syrmien. Diese Regionen waren strukturell vom Landesausbau nach dem Ende der Osmanenherrschaft 1699 geprägt, wenn auch dieser etwas weniger ‚systematisch' betrieben worden war als bei den zentralstaatlichen Investitionsprojekten in Südungarn. Vor allem in dieser Zeit (18., 19. Jahrhundert) entstanden in der Nachbarschaft auch Ansiedlungen tschechischer, ungarischer, slowakischer, ukrainischer und italienischer Einwanderer. Ebenso zogen zum Teil deutschsprachige Juden aus Ungarn in viele Orte zu; unter den ländlichen Räumen hatte Slawonien und unter den Städten Esseg den höchsten jüdischen Bevölkerungsanteil Kroatiens

(1910 ca.8 %). Evangelische konnten sich anfangs nur in den Militärbezirken niederlassen, dies änderte sich aber durch weitere Einwanderungen während des 19. Jahrhunderts. Sowohl die deutsche als auch die ungarische Minderheit waren mehrheitlich katholisch, hatten aber relevante evangelische Minderheiten, die jeweils in einigen Orten die Mehrheit stellten.

Am stärksten konzentriert lebte die deutsche Minderheit in der Baranja, in dieser Mikroregion stellten sie bis zur Vertreibung sogar zeitweise die Bevölkerungsmehrheit. Schon seit dem 18. Jahrhundert hatte dieses Gebiet durch die Landgüter beziehungsweise Domänen Darda und Belje eine eigene sozialgeschichtliche Prägung erhalten, staatsrechtlich gehörte es vor 1918 und 1941–1945 zu Ungarn, 1918–1941 wurde es von Neusatz/Novi Sad aus regiert. Im Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen bestand Syrmien nach 1918 als oblast (Gebiet) bis 1929 weiter, während die slawonischen Komitate zum Oblast Osijek zusammengefasst wurden. 1929 wurde aus Slawonien und Zentralkroatien die Save-Banschaft gebildet. Die Einrichtung der autonomen Banschaft Kroatien 1939 erfolgte nach ethnischen Kriterien und schloss darum auch die kroatisch besiedelten Teile Syrmiens ein. Der sogenannte „Unabhängige Staat Kroatien“ war 1941–1945 in Velike Župe (Großgemeinden im Sinne von Gauen) aufgeteilt: „Vuka“ entsprach im Wesentlichen Syrmien, der nördliche Teil Slawoniens um Esseg hieß „Baranja“, die südlichen Gebiete wurden mit Teilen Bosniens zu Livac i Zapolje und Posavina vereinigt. Während in der sozialistischen Zeit vor allem die Gemeinden (und Republiken) Bedeutung hatten, wurde nach 1991 eine stark veränderte županijen-Gliederung neu eingeführt.

Verweise auf im Lexikon behandelte Regionen

Slawonien, Syrmien

3. Geschichte und Kultur

Länger als Mitteleuropa lagen Teile Kroatiens im unmittelbaren Einflussbereich okzidentaler Zivilisation. Spätestens seit den Illyrerfeldzügen 168 v. Chr. gehörten große Teile des heutigen Kroatien zum Römischen Reich. 395 wurde das Gebiet Kroatiens der westlichen Reichshälfte zugeordnet. Nach der Völkerwanderung und den Awareneinfällen drangen um 800 die Franken in diesen Raum vor. Laut Einhard umfasste der Herrschaftsbereich Karls des Großen Istrien, Pannonien und Dalmatien. Die Christianisierung, zunächst von Split aus betrieben, erfolgte später von Aquileja/Aquileia aus und schuf eine römisch-katholische Prägung. In Dalmatien und Istrien behauptete sich lange die Verwendung der slawischen Sprache in der Messe neben dem Lateinischen, zum Teil bis zur Durchsetzung des Kroatischen durch das Zweite Vatikanische Konzil. Das slawische Missale, aber auch Urkunden wurden vereinzelt bis ins 19. Jahrhundert in einem eigenen Alphabet, der Glagolica, tradiert. Nicht zuletzt wegen der Bedeutung des Italienischen in den Küstenregionen kam der Pflege dieser Überlieferung nationaler Symbolwert zu.

Bekanntlich wurde es im 19. Jahrhundert in Europa üblich, nationale Ideale und Ziele durch Verweis auf Dauer und räumlichen Umfang historischer Staatlichkeit zu legitimieren. Nicht selten wurde dabei mittelalterlichen Personenverbands- und Territorialstaaten eine ethnisch-kulturelle Programmatik unterstellt, die diese nicht gehabt hatten. In der älteren kroatischen Historiographie wird angeführt, dass 876 in einer päpstlichen Quelle ein „Dux Chroatvrum“ namens Branimir genannt wird. Diesen Titel führte bereits einer seiner Vorgänger, Trpimir, Begründer der Dynastie der Trpimirovci, der aber noch als fränkischer Vasall erscheint. Der Schwerpunkt des kroatischen Fürstentums Domagoj (um 870) lag in Dalmatien und seinem Hinterland; es wird dort auch mit einem bestimmten frühromanischen Stil in Architektur und Plastik in Verbindung gebracht. Erst der 925 zum König gekrönte Tomislav (gest. um 928) dehnte seinen Herrschaftsbereich bis nach Pannonien aus. Die kroatischen Könige und die mit

ihnen identifizierten Symbole (z.B. Flechtbandornamentik) wurden seit dem 19. Jahrhundert zu viel bemühten Referenzpunkten der Nationalbewegung.

Nach dem Tod des letzten der Trpimirovci, Zvonimir (gest. 1089), wählte eine Adelsversammlung den ungarischen König 1102 zum Nachfolger. Die auf diese Vereinbarung (pacta conventa) zurückgehende staatsrechtlich-dynastische Verbindung zwischen Kroatien und Ungarn bestand auch noch während der Herrschaft des Hauses Habsburg. Diese währte von 1526 bis 1918, wobei das „Königreich Kroatien-Slawonien“ stets zu den Ländern der ungarischen Krone zählte. Kroatien entsprach so dem Typ der ostmitteleuropäischen Adelsnation, die sich in der Adels- und Ständeversammlung, dem Sabor (Landtag), konstituierte. Die kroatischen Vizekönige führten bis 1918 den Titel des Banus. Durch die Expansion Venedigs und der Osmanen verlagerte sich der Schwerpunkt beziehungsweise der Name dieses Territoriums nach Norden, seit dem 16. Jahrhundert mit Agram/Zagreb als politischem Zentrum.

Slawonien hingegen war nach der Schlacht von Mohatsch/Mohaćs unter osmanische Herrschaft gefallen. Viele Katholiken wanderten ab. Erst in den „Türkenkriegen“ ab 1683 wurde es von den habsburgischen Truppen unter Prinz Eugen (1663-1736) erobert. Entlang der jeweiligen Grenze zum Osmanischen Reich wurde die sogenannte Militärgrenze eingerichtet. Dieses Territorium war direkt den österreichischen Zentralbehörden beziehungsweise dem Hofkriegsrat in Wien unterstellt, die Kommunen verwalteten sich selbst. Nach dem Frieden von Karlowitz/Sremski Karlovci 1699 wurde im ‚zivilen‘ Slawonien (ab 1745) das Feudalsystem rekonstruiert. Die Errichtung der barocken Festungsstadt Esseg war ein Werk des habsburgischen absolutistischen Landesausbaues (1712-1721); 1809 erhielt Esseg den Status einer königlichen Freistadt. 1878 wurde das benachbarte Bosnien und Herzegowina vom Habsburgerreich okkupiert und die Militärgrenze aufgelöst.

Nach der Umwandlung des Kaiserreiches Österreich in die Doppelmonarchie Österreich-Ungarn 1867 verfolgte Budapest das Ziel, die ungarische Reichshälfte in einen magyarischen Nationalstaat zu verwandeln. Die staatsrechtliche Stellung Kroatien-Slawoniens wurde im „Kleinen Ausgleich“, der nagodba, von 1868 zwar festgeschrieben, war aber auch Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen. In der Nationalbewegung unter den kroatischen Intellektuellen bestanden konkurrierende Konzepte: Einerseits wurde an die kulturelle Einheit der Südslawen zumindest innerhalb der Monarchie geglaubt (Jugoslawismus, vertreten z.B. von Josip Strossmayer [1815-1905]), andererseits wurde das historische Staatsrecht Kroatiens betont (ideologisiert vor allem von Ante Starčević [1823-1896]). Wie verbreitet diese Vorstellungen in der Bevölkerung waren, ist wegen des Zensuswahlrechts schwer festzustellen. 1910 hatte das Königreich Kroatien-Slawonien eine Gesamtbevölkerung von 2.261.954 Personen – gegenüber 18.264.533 in Ungarn –, davon 1.877.833 Katholiken. In „Slawonien“ (inkl. der westlichen Teile Syrmiens und der Baranja) lebten nach den Berechnungen von Mario Bara und Ivan Lajić 670.741 Menschen, davon 351.218 Kroaten, 119.833 Serben und 84.492 Deutsche.[1] Der größte Ort in diesem Raum war Esseg mit 31.388 Einwohnern; Agram hatte 79.038 Einwohner.

Am 29.10.1918 beendete der Sabor die staatsrechtliche Verbindung mit Österreich-Ungarn. Aus den südslawischen Gebieten der Habsburgermonarchie wurde der „Staat der Slowenen, Kroaten und Serben“ gebildet. Dieser wurde am 1.12.1918 mit Serbien zum „Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen“ vereinigt. Die Kroatische Bauernpartei unter Stjepan Radić (1871-1921), welche dies abgelehnt hatte, erwies sich seit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts als politischer Hegemon. 1928 fiel Radić einem Attentat im Belgrader Parlament zum Opfer, am 6.1.1929 wurden ein autoritäres Regime, die „Königsdiktatur“, und der Staatsname „Jugoslawien“ eingeführt. In den 1930er Jahren näherte sich das Land dem ‚Dritten Reich‘ an. 1939 konnten die kroatischen Siedlungsgebiete in einer autonomen „Banschaft

Kroatien“ vereinigt werden. Als Jugoslawien gegen Zusicherung von Neutralität dem deutsch-italienischen Bündnis beitrat, kam es am 27.3.1941 zu einem proalliierten Offiziersputsch.

Adolf Hitler entschied sich daher, Jugoslawien gemeinsam mit Italien, Ungarn und Bulgarien zu besetzen und politisch zu zerschlagen. Da sich der Vorsitzende der Kroatischen Bauernpartei, Vlatko Maček (1879-1964), der Kollaboration entzog, wurde die Führung des am 10.4.1941 proklamierten „Unabhängigen Staates Kroatien“ in die Hände der Ustaša unter Ante Pavelić (1889-1959) gelegt – bis dahin eine rechtsradikale Splitterpartei im italienischen Exil. Der neue Staat umfasste auch ganz Bosnien und die Herzegowina und damit viele nicht mehrheitlich von Kroaten bewohnte Gebiete. Serben und – nach deutschem Vorbild – Juden und Roma wurden verfolgt und ermordet, unter anderem im berüchtigten Konzentrationslager Jasenovac. Die kommunistisch geführten Partisanen unter Josip Broz Tito (1892-1980) wurden in Kroatien populärer, zumal sie 1943 Kroatien als eigene Teilrepublik eines künftigen Jugoslawien proklamierten.

Nach Kriegsende 1945 kam es zu blutigen Racheakten der Kommunisten an ihren früheren Gegnern (Massaker von Bleiburg). Der katholischen Kirche stand das neue sozialistische Jugoslawien wegen der Kollaboration im Zweiten Weltkrieg misstrauisch gegenüber.1948 kam es zum Bruch zwischen Tito und Stalin (1878-1953); als „blockfreier Staat“ suchte Jugoslawien fortan „einen eigenen Weg zum Sozialismus“. Bei den ersten freien Wahlen 1990 siegte die „Kroatische Demokratische Gemeinschaft“, die das Land 1991 nach einer Volksabstimmung in die Unabhängigkeit führte. In dem anschließenden Krieg blieben die serbischen Mehrheitsgebiete und gemischt besiedelte Gebiete Ostkroatiens zunächst von der jugoslawischen Armee besetzt und wurden erst 1995 zurückerobert oder auf dem Wege der „friedlichen Reintegration“ unter UNO-Mandat eingegliedert. Inzwischen ist Kroatien Mitglied der NATO und seit 2013 auch der EU.

Die Kroatendeutschen

Einwanderer aus dem deutschen Sprachraum haben seit dem Mittelalter, und erst recht nach 1526, vor allem in einigen Städten Kroatiens gelebt. Im Wesentlichen ist die deutsche Bevölkerung aber im 18. sowie im 19. Jahrhunderts eingewandert. Zumindest drei soziale Gruppen müssen unterschieden werden: 1. Adelsfamilien; 2. die städtische Bevölkerung, besonders in der kaiserlichen Festung Esseg, in geringerem Ausmaß in Agram, vereinzelt auch in anderen Städten; dazu gehörten Beamte, Soldaten, Handwerker und Arbeiter, hinzu kamen deutschsprachige Juden; 3. die ländlichen sogenannten „Donauschwaben“, die als Handwerker und Bauern verstreut in mehreren Dutzend Dörfern sowie in bestimmten Stadtvierteln z.B. Essegs, Vukovars und Winkowitz’/Vinkovcis lebten. Anders als in Südungarn war der staatliche Anteil an der Einwanderung im 18. Jahrhundert gering, die Initiative ging vor allem von einheimischen Adligen aus. Der größere Teil wanderte jedoch nicht aus Deutschland, sondern im 19. Jahrhundert aus Ungarn ein (unter anderem Kapitalisierung des Grunderwerbs), eine kleine Gruppe kam aus Böhmen.

Durch die katholische Konfession kam es zur Vermischung der deutschen und kroatischen Bevölkerung und in hohem Ausmaß zur Assimilation – vor 1918 waren die Kirche, die Administration und weitgehend die Schule kroatisch geprägt. Die nationale Mobilisierung der Deutschen erreichte die kroatischen Territorien erst spät: Nach ersten Anfängen ab 1906 fassten solche Tendenzen in den 1920er Jahren zuerst in einigen bürgerlichen Vereinen Essegs Fuß. Zur Gründung von Ortsgruppen des in der Vojvodina so aktiven Kulturbundes kam es aber erst Anfang der 1930er Jahre. Damals wurden nach Interventionen des Deutschen Reiches auch in Kroatien deutsche Grundschulabteilungen eingerichtet. Als es ab 1934 im Kul-

turbund zu Auseinandersetzungen zwischen Deutschnationalen und nationalsozialistischen „Erneuerern“ kam, wurde 1935 als Konkurrenz die „Kultur- und Wohlfahrtsvereinigung“ unter Branimir Altgayer (1897-1950) gegründet. 1939 setzten sich die „Erneuerer“ mit Hilfe Berlins im gleichgeschalteten Kulturbund durch.

Im Zweiten Weltkrieg wurde Altgayer zum Führer der „Deutschen Volksgruppe im Unabhängigen Staat Kroatien“, einer ideologisch auf den Nationalsozialismus festgelegten Organisation mit weitgehenden „Autonomierechten“ (Schulwesen etc.). Wurden anfangs eigene militärische Verbände im Rahmen Kroatiens aufgestellt, erfolgte ab 1942/43 die Überführung beziehungsweise Einziehung der Wehrpflichtigen zur Waffen-SS. Schon während des Krieges mussten ab 1943 immer mehr deutsche Dörfer wegen des Partisanenkrieges geräumt werden. Diese Menschen wurden zunächst in Ostslawonien konzentriert, im Oktober 1944 erfolgte die weitgehende (ca. 80 %) Evakuierung nach Deutschland. Per Dekret vom 23.11.1944 wurden die Deutschen mit wenigen Ausnahmen kollektiv enteignet und in Lager interniert, offensichtlich zur Vorbereitung auf die Vertreibung nach Deutschland beziehungsweise Österreich. Da die Alliierten diesem Plan nicht zustimmten, blieben die Donauschwaben in Jugoslawien zum Teil noch bis 1948 in Lagern inhaftiert. Die Ausreise der Verbliebenen erfolgte erst Anfang bis Mitte der 1950er Jahre. Heute leben nur noch sehr wenige Deutsche in Kroatien, nach der Volkszählung 2011 2965 Personen.[2]

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

Carl Bethke: Deutsche und ungarische Minderheiten in Kroatien und der Vojvodina 1918–1941. Identitätsentwürfe und ethnopolitische Mobilisierung. Wiesbaden 2009 (Balkanologische Veröffentlichungen 47).

Ders.: (K)eine gemeinsame Sprache? – Aspekte deutsch-jüdischer Beziehungsgeschichte in Slawonien, 1900-1945. Münster 2013 (Studien zur Geschichte, Kultur und Gesellschaft Südosteuropas 12).

Neven Budak (Hg.): Kroatien. Landeskunde, Geschichte, Kultur, Politik, Wirtschaft, Recht. Wien 1995 (Österreichische Osthefte 37; Sonderband).

Ivo Goldstein: Croatia. A History. London 1999.

Hannes Grandits: Familie und sozialer Wandel im ländlichen Kroatien (18.–20. Jahrhundert). Wien 2002 (Zur Kunde Südosteuropas 2).

Károly Kocsis, András Bognár (Hg.): Etnička karta Panonskog prostora Hrvatske = Ethnic map of Pannonian territory of Croatia. Budapest 2003.

Ivan Lajić, Mario Bara: Ratovi, kolonizacije i nacionalna struktura Slavonije u dvadesetom stoljeću [Kriege, Kolonisationen und nationale Struktur Slawoniens im 20. Jahrhundert]. Zagreb 2009.

Reinhard Lauer (Hg.): Kroatien. Kultur – Sprache – Literatur. Göttingen 2005 (Abhandlungen der Akademie der Wissenschaften zu Göttingen. Philologisch-Historische Klasse 271).

Branka Magas: Croatia through History. The Making of a European State. London u.a. 2007.

Vlado Obad: Roda Roda und die deutschsprachige Literatur aus Slawonien. Wien, Köln, Weimar 1996.

Sabrina Ramet: Die drei Jugoslawien. Eine Geschichte der Staatsbildungen und ihrer Probleme. München 2011 (Südosteuropäische Arbeiten 136).

Sabrina P. Ramet, Konrad Clewing, Reneo Lukić (Hg.): Croatia since Independence. War, Politics, Society, Foreign Relations. München 2008 (Südosteuropäische Arbeiten 131).

Krešimir Regan (Red.): Hrvatski povijesni atlas [Kroatischer Geschichtsatlas]. Zagreb 2003.

Mirjana Stančić: Verschüttete Literatur: Die deutschsprachige Dichtung auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien von 1800 bis 1945. Wien u. a. 2013 (Literaturgeschichte in Studien und Quellen 22).

Ludwig Steindorff: Kroatien. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Regensburg 2001 (Ost- und Südosteuropa. Geschichte der Länder und Völker).

Holm Sundhaussen: Die Deutschen in Kroatien-Slawonien und Jugoslawien. In: Günter Schödl (Hg.): Land an der Donau. Berlin 1995 (Deutsche Geschichte im Osten Europas), S. 291–348.

Arnold Suppan: Die Kroaten. In: Adam Wandruszka, Peter Urbanitsch (Hg.): Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Bd. III/l. Wien 1980, S. 626-733.

Joachim Weber: Kroatien. Regionalentwicklung und Transformationsprozesse. Stuttgart 2002 (Mitteilungen der Geographischen Gesellschaft in Hamburg 92).

Periodika

Časopis za suvremenu povijest [Journal für Zeitgeschichte], Zagreb.

Godišnjak Njemačke narodnosne zajednice [Jahrbuch der Gesellschaft der nationalen deutschen Minderheit], Osijek.

Migracijske Teme [Migrationsfragen], Zagreb.

Review of Croatian History, Zagreb.

Scrinia Slavonica, Slavonski Brod.

Weblinks

www.nsk.hr (Kroatische Nationalbibliothek)

http://hrcak.srce.hr/?lang=en (Hrcak. Portal of scientific journals of Croatia – Artikel der wissenschaftlichen Zeitschriften Kroatiens seit ca. 1991 frei zum Download)

http://bib.irb.hr/index.html?lang=EN (Croatian Scientific Bibliography)

http://www.znaci.net/ (Digitalisierte Literatur und Quellen zum Zweiten Weltkrieg)

http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?apm=0&aid=apz (Digitalisierte Jahrgänge der „Agramer Zeitung“ bei der Österreichischen Nationalbibliothek, 1841–1912)

Anmerkungen

[1] Lajić, Bara: Ratovi, kolonizacije i nacionalna struktura Slavonije u dvadesetom stoljeću [Kriege, Kolonisationen und nationale Struktur Slawoniens im 20. Jahrhundert], S. 182.

[2] Državni zavod za statistiku: Stanovništvo prema narodnosti po gradovima/općinama [Staatsamt für Statistik: Die Bevölkerung nach Nationalitäten pro Stadt/Gemeinde]: http://www.dzs.hr/Hrv/censuses/census2011/results/htm/H01_01_04/h01_01_04_RH.html. (Abruf: 26.06.2014).

Zitation

Carl Bethke: Kroatien. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32615 (Stand 26.06.2014).

Lettland

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Lettland, Republik Lettland

Amtliche Bezeichnung

lett. Latvija

Lateinische Bezeichnung

Lettia

Etymologie

Die etymologische Herleitung des Namens „Lettland“ ist in der Sprachwissenschaft und in der Geschichtswissenschaft nicht eindeutig geklärt. Nach Jānis Stradiņš und Konstantīns Karulis (1915-1997)[1] könnte der älteste Name Lettlands „Latuva“ oder „Latava“ eine Ableitung von der Bezeichnung des litauischen Flusses Latava sein. Während der Kreuzzüge erscheint im 13. Jahrhundert in der Chronik Heinrichs von Lettland (gest. 1259; Letticus Heinrici Chronicon Livoniae[2]) die lateinische Bezeichnung des lettischen Territoriums, „Lethigalli“ (Letthigallia [1206], Letigalli) und „Lethi/Lettia“ (Letthia [1209], Letti). Während des späten Mittelalters und der Neuzeit kommt am häufigsten das Wort „Lettland“ als Bezeichnung des Territoriums vor. Sprachwissenschaftler vertreten die Meinungen, dass die Herkunft von „Latvija“ mit der Ableitung des Volksnamens „Lettgallen“ verbunden ist oder dass der Name von der Selbstbezeichnung des Volkes „Letten“ (latvieši) abgeleitet ist. Während der nationalen Emanzipationsbestrebungen der Letten in den 1850er Jahren bildete der lettische Dichter Juris Alunāns (1832-1864) den Neologismus „Latva“, aber später wurde dieser Name auf Empfehlung des Schauspielers und Theaterdirektors Ādolfs Alunāns (1848-1912) nach dem Muster der Benennungen anderer Länder mit dem Suffix „-ija“ ergänzt. Das Wort „Latvija“ wurde 1872 von dem Jungletten Atis Kronvalds (1837-1875), dem Dichter Auseklis (eigentl. Kogsemju Mikus, 1850-1879) und 1876 von dem Ethnographen Ernests Dinsbergs (1816-1902) – allesamt für die lettische Sprach- und Kulturentwicklung bedeutende Persönlichkeiten – verwendet.

2. Geographie

Lage



Lettland im nordosteuropäischen Staatengefüge Europas. [Karte: Wikimedia Commons. NormanEinstein CC BY-SA 3.0].

Lettland liegt am nordwestlichen Rand der osteuropäischen Ebene an der baltischen Ostseeküste. Die nördliche Landesgrenze reicht bis 58° 05', die südliche bis 55° 40' nördlicher Breite. Von Nord nach Süd hat das Land eine Ausdehnung von maximal 210 km. Der westlichste Punkt Lettlands ist 450 km vom östlichsten entfernt. Die Fläche des Landes beträgt 64.589 km². Lettland grenzt im Norden an Estland, im Osten an Russland und im Süden an Weißrussland und Litauen.

Topographie

Lettland ist ein typisches Flachland. 57 % des Gebiets liegen weniger als hundert Meter über dem Meeresspiegel. Die höchste Erhebung Lettlands, der Gaiziņkalns, ist 311,5 m hoch. Längster Fluss Lettlands ist die Düna (Daugava, 1.020 km), zweitlängster die Livländische Aa (Gauja, 452 km). Die über 2.250 Seen Lettlands bedecken etwa 1,5 % der Landesfläche. Das größte Binnengewässer ist der Lubahnsee (Lubans, ca. 80,7 km²), der tiefste der Drissasee (Dridzis, 65 m).

Historische Geographie

Das von den Vorfahren der Letten bewohnte historische Territorium stimmt weitgehend mit dem heutigen Lettland überein. Vom 13. bis in die zweite Hälfte des 16. Jahrhunderts war dieses Gebiet gemeinsam mit dem heutigen estnischen Territorium ein Bestandteil von Livland (Livonija; Livländische Konföderation). Das Land der Letten wurde in der Livländischen Konföderation mit einer Fläche von 130.000 km² und mit ungefähr 200.000 Einwohnern zwischen dem Stift (später Erzstift) Riga/Rīga, dem Stift Kurland und dem Orden der Schwertbrüder, dessen Erbe der Deutsche Orden antrat, geteilt.[3] Im Zuge des Livländischen Krieges (1558-1583) wurde 1561 das livländische Territorium in zwei Herzogtümer aufgespalten – das Herzogtum von Kurland und Semgallen am westlichen Dünaufer und das litauische beziehungsweise polnisch-litauische Herzogtum am östlichen Ufer der Düna (Ducatus Ultradunensis), das nunmehr unter dem Namen „Livland" firmierte. Ein Teil des kurländi-

schen Bistums kam nach dem Zerfall Livlands unter dänische Herrschaft, anschließend aber 1617 unter dem Namen „Kreis Piltene“ in polnisch-litauische Hände. 1629 geriet der nördliche Teil des Herzogtums Livland (Vidzeme) unter schwedische Herrschaft. Das südöstlich gelegene Territorium von Lettgallen blieb auch nach dem schwedisch-polnischen Krieg (1600-1629) unter dem Namen Inflantia (poln. Inflanskie) Bestandteil der polnisch-litauischen Monarchie und wurde zur Woiwodschaft. Ende des 17. Jahrhunderts waren auf dem Territorium des heutigen Lettlands ungefähr 465.000 Einwohner ansässig.[4]



Die russischen Ostseeprovinzen Estland, Livland und Kurland. [Karte: 5. Aufl. von Meyers Konversationslexikon. Leipzig 1893-1897].

Erneute territoriale Veränderungen für das von Schweden verwaltete Livland brachte der Große Nordische Krieg (1700-1721): Livland wurde durch den Friedensvertrag von Nystad 1721 zu einem Teil des Russischen Reiches. Das Territorium Livlands mit einer Fläche von 45.515km² und mit 1.299.365 Einwohnern im Jahr 1897[5] wurde in „Livländisches Gouvernement“ (Vidzemes guberņa, Лифляндская губерния) umbenannt. Nach der ersten Teilung Polen-Litauens durch Österreich, Preußen und Russland 1772 kam auch Lettgallen zu Russland und Inflantia hörte auf zu existieren. Lettgallen wurde Teil des Gouvernements Pskow, später des Gouvernements Vitebsk. 1795 schloss sich auch das Herzogtum von Kurland und Semgallen (1897 mit einer Fläche von 27.260 km² und 674.034 Einwohnern) als Kurländisches Gouvernement Russland an.[6] Während des Ersten Weltkrieges wurde fast das ganze Territorium des heutigen Lettlands von der deutschen Armee besetzt. Außerhalb des besetzten Territoriums blieben Ende August und Anfang September 1917 nur die Kreise Wenden (Cēsis), Walk (Valka) und Wolmar (Valmiera). In diesen Kreisen entstand die „Iskolat-Republik“ (21.11.1917-3.3.1918) auf Initiative des Zentralkomitees der lettischen Sozialdemokraten, dann der Bolschewiki, um die Oktoberrevolution umzusetzen. Am 27. August 1918 wurde zwischen Deutschland und Sowjetrussland ein Zusatzvertrag zum Abkommen von Brest-Litowsk geschlossen, in dem vorgesehen war, Livland, Riga und Kurland an Deutschland zu übergeben, während Lettgallen bei Sowjetrussland bleiben sollte. Das Ergebnis des Ersten Weltkriegs eröffnete für die Letten die Möglichkeit zur Errichtung eines unabhängigen

Nationalstaats; am 18. November 1918 erfolgte die Verkündung der Unabhängigkeit der Republik Lettland. 1920 lebten auf dem Territorium der Republik Lettland 1.596.131 Menschen.[7] Das Staatsgebiet war administrativ in 26 Kreise, 518 Gemeinden und 59 Städte untergliedert. Während des Zweiten Weltkriegs wurde Lettland am 17. Juni 1940 von sowjetischen Streitkräften besetzt und im August dieses Jahres als Lettische Sozialistische Sowjetrepublik in die Sowjetunion eingegliedert. Am 22. Juni 1941 begann in Lettland die deutsche Besatzung. Aus den okkupierten Territorien Lettlands, Litauens, Estlands und auch einem großen Teil Weißrusslands wurden vier Generalbezirke und aus ihnen das Reichskommissariat Ostland gebildet. Sitz des Generalkommissariats im Generalbezirk Lettland war Riga. Das Okkupationsregime der Sowjetunion wurde nach dem Krieg erneuert und eine neue Einteilung in Kreise (Rayons) vorgenommen. Am 4. Mai 1990 wurde vom Obersten Rat die Unabhängigkeit Lettlands erklärt. 2011 bestand die Republik Lettland aus 110 Gebieten und 9 Städten mit 64.589 km² und etwas über zwei Millionen Einwohnern.[8]

Verweise auf im Lexikon behandelte historische Regionen



Die Historischen Regionen Lettlands.

Livland (Vidzeme), Kurland (Kurzeme), Semgallen (Zemgale), Lettgallen (Latgale)

3. Geschichte und Kultur

Frühgeschichte und Anfang der Staatlichkeit

Das Territorium des heutigen Lettlands wurde im neunten Jahrtausend v. Chr. besiedelt. Die Vorfahren der baltischen Völker, die Stämme der Schnurkeramiker, die Viehzucht und Ackerbau betrieben, sind dort um das Jahr 2000 v. Chr. anzutreffen. Die ältesten schriftlichen Informationen über die Balten stammen von dem griechischen Historiker Herodot (490/480 v. Chr.-um 424 v. Chr.) sowie von den römischen Historikern Plinius dem Älteren (23/24 n. Chr. – 79 n. Chr.) und Tacitus (um 58 n. Chr.-um 120 n. Chr.), die die Einwohner als „Neuri“ und „Aesti“ bezeichneten.



Feldpostkarte, beschrieben 1917. Zu sehen ist ein Haus an der Düna nahe Kokenhusen/Koknese. [Karte: Hannover-Waldhausen: Ondo-Vertriebsgesellschaft; Besitz BKGE].

Für das 9. bis 12. Jahrhundert kann man Anfänge von Territorienbildungen auf dem Gebiet Lettlands konstatieren: beispielsweise um das von Kuren bewohnte Vanema (heute Talsen/Talsi) im südlettischen Siedlungsgebiet der Semgallen, Doblen/Dobele, Hofzumberg/Tervete, Jersika/Gerzike oder Kokenhusen/Koknese im von Lettgallen bewohnten östlichen Teil des heutigen Lettlands und weitere. Bereits im 7. bis 8. Jahrhundert existierte im westlichen Teil des heutigen lettischen Territoriums in Grobin/Grobiņa auch eine größere skandinavische Siedlung. Im 9. bis 11. Jahrhundert, der Zeit der Eroberungen der Wikinger im Ostseeraum, wurde Daugmale am Unterlauf der Düna (Daugava) zu einem bedeutenden Handelszentrum Nordeuropas. Die Düna bildete eine Abzweigung zu dem Handelsweg „von den Warägern zu den Griechen“, der von Nord- nach Südeuropa führte.

Christianisierung und Livländische Konföderation

Ende des 12. Jahrhunderts setzte die christliche Missionierung ein. Der Prediger und Missionar Meinhard von Segeberg (1130/1140-1196) beispielsweise bekehrte die an der Düna ansässigen Liven, die zu den finnougrischen Stämmen gehörten, zum Christentum. Die anfänglich friedliche Mission wurde von Kreuzzügen abgelöst, die besonders unter Albert von Buxthoeveden (um 1165-1229; 1199-1201 Bischof von Livland, 1201-1229 Bischof von Riga) zunahmen. Die von den deutschen Kreuzrittern eroberten Territorien der heutigen Staaten Lettland und Estland wurden „Livland“ genannt, was ursprünglich die Bezeichnung für die von den Liven besiedelten Gebiete war. Livland war nach der Niederlage des Schwertbrüderordens in der Schlacht von Schaulen 1236 Herrschaftsgebiet des Livländischen Ordens, der als Teil des Deutschen Ordens die Livländische Konföderation, einen Zusammenschluss des Ordens mit den Hansestädten sowie bischöflichen Gebieten, dominierte.



Die baltischen Stämme um 1200. [Karte: Wikimedia Commons. NordNordWest CC BY-SA 3.0].

Dieses Territorium entwickelte sich nach der Charakterisierung Heinrich von Treitschkes (1834-1896), eines der der populärsten Historiker im Deutschen Kaiserreich, zu einer „aristokratischen Siedlung“.[9] Im 19. Jahrhundert bildete sich aus Lettgallen, Kuren, Semgallen und Selonen der Kern des lettischen Volkes, während die Liven sich assimilierten.[10] Tatsächlich stellten Deutsche die Oberschicht dar, Letten und Esten wurden dagegen zu leibeigenen Bauern oder zur städtischen Unterschicht degradiert. Die Privilegien der Deutschen sowie auch die gewaltsame Bekehrung der einheimischen baltischen Völker bewirkten, dass sich die deutsch-lettischen und die lettischen Beziehungen zum Christentum widersprüchlich und ausgesprochen kompliziert entwickelten und feindliche Gesinnungen hervorriefen. Riga und noch weitere sieben wichtige livländische Städte – Wenden/Cēsis, Wolmar/Valmiera, Lemsal/Limbaži, Groß-Roop/Straupe/Lielstraupe, Windau/Ventspils, Goldingen/Kuldiga und Kokenhusen/Koknese – waren Mitglieder der Hanse.

Entwicklung im Spätmittelalter und in der Frühen Neuzeit

Auf dem Gebiet des heutigen Lettlands wohnten im 16. Jahrhundert etwa 400.000 Menschen, Riga hatte etwa 8.000-15.000 Einwohner. Der Anteil der ab dem ausgehenden 12. Jahrhundert meist aus Nord- und Mitteldeutschland gekommenen Deutschen betrug etwa 5 %.[11] 1521 erreichte die Reformation das heutige lettische Territorium, und Mitte des 16. Jahrhundert konvertierten die meisten Einwohner zum protestantisch-lutherischen Glauben.

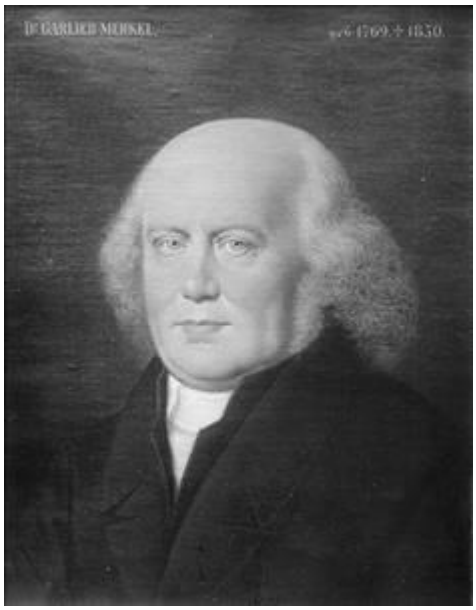
1558 brach mit dem Einmarsch russischer Truppen unter Iwan IV. (1530-1584) der Livländische Krieg (auch als Erster Nordischer Krieg bezeichnet) aus, der die Ordensherrschaft in Livland beendete. Die Führungsschicht der Livländischen Konföderation, größtenteils deutschbaltischer Adel, unterstellte sich dem polnisch-litauischen König. In Vasallenabhängigkeit von Polen-Litauen wurde im südwestlichen Teil Livlands das Herzogtum von Kurland und Semgallen gebildet, in dem das Haus Kettler herrschte. Aus den Gebieten nördlich der Düna und von Riga wurde das Titularherzogtum Livland (s.o.) als Provinz des polnisch-litauischen Staates gegründet und fortan von einem vom polnischen König ernannten Statthalter verwaltet. Während des polnisch-schwedischen Krieges (1600-1629) wurde der nördliche Teil des Herzogtums Livland von Schweden erobert und bekam den Namen „Schwedisches Livland“ („zviedru Vidzeme“). Unter schwedischer Herrschaft wurden Reformen durchgeführt, die die dortige allgemeine Lage verbesserten, unter anderem die Einschränkung der

Gerichtsbarkeit der Gutsbesitzer über die Bauern sowie die Normierung von Abgaben und Frondiensten. Das eroberte Livland erhielt den Status einer Provinz Schwedens mit einem schwedischen Generalgouverneur an der Spitze.

Bei gleichzeitiger Reduktion der Gutshöfe wurde 1681 bis 1710 der Große livländische Bodenkataster ausgearbeitet, der topografisch exakt den Landbesitz sowie die Standorte bestimmter Objekte (Gehöfte, Mühlen usw.) verzeichnete.[12] Das Territorium von Lettgallen blieb für längere Zeit Polen-Litauen zugehörig, und in diesem Gebiet fasste der katholische Glaube Fuß. 1700 begann der Große Nordische Krieg, in dem das zu Schweden gehörende Livland („zviedru Vidzeme“) schwer zerstört und – wie auch Estland – russische Provinz wurde. Im Zuge einer großen Pestepidemie 1710 verlor über die Hälfte der Bevölkerung auf dem Gebiet des heutigen Lettlands ihr Leben.

Die Ostseeprovinzen unter der Herrschaft des Zarenreichs

Nach Livland (1721) wurden infolge der Teilungen Polens auch Lettgallen (1772) und das Herzogtum Kurland-Semgallen (1795) und damit das ganze Territorium des heutigen Lettlands Teile des russischen Zarenreichs.



Exponent der deutschen Aufklärer in Lettland: Garlieb Merkel; hier Portrait (Ölgemälde von Julius Siegmund) im Dommuseum Riga. [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 42870].

Im Mittelalter und der Frühen Neuzeit hatte sich auf dem Territorium des heutigen Lettlands eine ständisch organisierte Gesellschaft herausgebildet. Sie überdauerte nicht nur die Zeit der polnisch-litauischen und späteren schwedischen Herrschaft, sondern blieb auch im 18. Jahrhundert unverändert. Die Bauern leisteten schwere Fronarbeit, und den lettischen Stadtbewohnern blieb das volle Bürgerrecht vorenthalten. Entsprechend sahen die meisten Letten in den Deutschen vor allem Unterdrücker und Ausbeuter. Andererseits ist zu erwähnen, dass aus den Reihen der privilegierten deutschen Stände auch die ersten Kritiker und Reformer der alten Ordnung kamen. Im 18. Jahrhundert waren es der deutsche Adlige Baron Carl Friedrich von Schoultz-Ascheraden (1720-1782) und eine Reihe von Pastoren, zum Beispiel der livländische Generalsuperintendant Karl Gottlob Sonntag (1765-1827), die die Leibeigenschaft und Unterdrückung der Letten kritisierten. Auch die deutschen Aufklärer, der bekannteste war

Garlieb Merkel (1769-1850), kämpften gegen die soziale und nationale Unterdrückung der Letten.

Im 18. Jahrhundert festigte sich – durch den Einfluss der Bewegung der Herrnhuter und der Brüdergemeinen – unter den Bauern der christliche Glaube. Zu jener Zeit erweiterte sich auch das Netz der Schulen; populär wurde die Unterrichtung der Kinder zu Hause auch unter den Bauern. 1802 wurde die Universität Dorpat/Tartu als einzige deutschsprachige Universität des Russischen Reiches neu gegründet. Aufgrund dessen hatten Letten und Esten einen relativ hohen Bildungsstandard, wovon auch die hohe Zahl Lesekundiger, besonders im livländischen Teil, zeugte.[13]

Seit Mitte des 19. Jahrhunderts gründeten die Bauern verschiedene landwirtschaftliche Gesellschaften, die in ihrer Tätigkeit adlige Gesellschaften nachahmten und innerhalb der alten agrarischen Ordnung wesentlich zu einer positiven Entwicklung beitrugen. Die Tradition des in Zünften organisierten deutschen Handwerks ermöglichte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine zügige industrielle Entwicklung Rigas, Libaus/Liepājas und anderer Städte. Im Laufe dieser Industrialisierung entstand eine hochqualifizierte Arbeiterklasse, die den guten Ruf der Industrie begründete. Die Entwicklung des Landes wurde auch dadurch positiv beeinflusst, dass in den „Ostseegouvernements“ Estland, Kurland und Livland 1816-1819 die Leibeigenschaft durch Beschluss der baltischen Ritterschaften über vier Jahrzehnte früher als im übrigen Russland (1861) aufgehoben wurde.

Tabelle 1: Ethnische Struktur Lettlands 1897 und 1914[14]

Nationalität	1897		1914	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Letten	1.318.617	66,3	1.620.000	58,83
Russen	154.561	8,0	260.000	10,2
Weißrussen	79.541	4,1	110.000	4,31
Ukrainer	987	0,0		
Polen	65.088	3,4	112.500	4,41
Litauer	26.026	1,3	57.500	2,25
Juden	122.700	6,3	95.675	5,2
Roma	1.023	0,1	175.000	6,86
Deutsche	137.312	7,1	155.000	6,08
Esten	17.991	0,9	25.000	0,98
Liven	-	-	1.500	0,06
Übrige	4.622	0,4	21.000	0,82
Gesamt	1.929.387		2.550.000	

Seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts verlief im Baltikum ein umfassender, gegen die privilegierte Stellung der deutschbaltischen Oberschicht gerichteter Russifizierungprozess. Mitte des 19. Jahrhunderts etablierte sich in Lettland wie vielerorts in Europa zunehmend ein nationales Bewusstsein. Es entstand die zunächst literarisch und kulturell orientierte Bewegung der Jungletten, die den lettischen Nationsbildungsprozess und die Bildung einer lettischen Kulturnation initiierte. Die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in Russland behinderten allerdings die Entwicklung einer modernen Gesellschaft, sodass die

sozialen und ökonomischen Beziehungen zunehmend von Spannungen geprägt waren, was schließlich im Ausbruch der Revolution von 1905-1907 kulminierte.

Auf dem Territorium des heutigen Lettlands kam es besonders infolge nationaler Widersprüche zwischen den Letten und den dominierenden deutschbaltischen Gutsbesitzern zu Konflikten. Marxistische politische Ideen spielten in der russischen Revolution von 1905, die auf dem Gebiet des späteren Lettlands von gebildeten Letten und der Lettischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei angeführt wurde und eine nationale Zielsetzung verfolgte, eine eher geringe Rolle. Diese Revolution wird als Volksrevolution bezeichnet, weil sie breite Bevölkerungsschichten erfasste und durch gemeinsame Ideen und Ziele vereinte. Es kam weitverbreitet zu Brandanschlägen auf die Gutshöfe der deutschen Adligen. Auf der anderen Seite schickte die russische Regierung gegen die Letten gerichtete Strafexpeditionen ins Land. Diese wiederum wurden vom deutschen Adel begrüßt und unterstützt, da sie sich gegen die lettischen Bauern und Vertreter der lettischen Intelligenz richteten, die die privilegierte Stellung der Deutschen beenden wollten.

Der Erste Weltkrieg (1914-1918) und die Republik Lettland (1918-1940)

Tabelle 2: Demographische Entwicklung und ethnische Struktur der Bevölkerung der Republik Lettland 1920-1935[15]

Nationalität	1920		1925		1935	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Letten	1.161.404	72,8	1.354.126	73,4	1.472.612	75,5
Russen	91.477	5,73	193.648	10,5	206.499	10,6
Weißrussen	66.194	4,2	38.010	2,1	26.867	1,4
Ukrainer	1.040	0,1	512	0,0	1.844	0,1
Polen	52.244	3,3	51.143	2,8	48.949	2,5
Litauer	25.538	1,6	23.192	1,3	22.913	1,2
Juden	79.368	5,0	95.675	5,2	93.479	4,8
Roma	1.023	0,1	2.870	0,2	3.839	0,2
Deutsche	58.097	3,6	70.964	3,8	62.144	3,2
Esten	8.701	0,6	7.893	0,4	7.014	0,4
Liven	831	0,1	1.268	0,1	944	0,0
Übrige	50.214	2,9	5.504	0,3	3.398	0,2
Gesamt	1.596.131		1.844.805		1.950.502	

Im Ersten Weltkrieg verlief die Front wiederholt durch das Gebiet des späteren lettischen Staates, das schwer zerstört wurde. In dieser Zeit verschlechterten sich die deutsch-lettischen Beziehungen aufgrund der deutschen Pläne einer Annexion und Kolonisierung des Baltikums und der Unterstützung dieser Pläne durch die Deutschbalten. Innerhalb der Zarenarmee wurden Einheiten der lettischen Schützen gegründet. Damals entstand endgültig der Gedanke der Errichtung eines selbstständigen Staates. Neben Estland, Litauen, der Tschechoslowakei und anderen neuen Staaten Europas wurde am 18. November 1918 die unabhängige Republik Lettland gegründet und vom Lettischen Volksrat ausgerufen. Um die Unabhängigkeit musste noch ein weiteres Jahr gekämpft werden. Am 15. Februar 1922 wurde die Verfassung (Satversme) der Republik Lettland verabschiedet. Für die ökonomische Entwicklung des Staates spielte die Agrarreform (1921-1937) eine große Rolle, während derer die Gutshöfe und die dazugehörenden Ländereien enteignet wurden, die größtenteils polnischen und deutschbalti-

schen Gutsbesitzern gehörten. Auf dem Land entwickelten sich die Höfe der Jungbauern. In der Industrie und im Handel setzten sich die wirtschaftlich stärksten Minderheiten durch: Deutschbalten und Juden.

Angesichts der Wirtschaftskrise und eines anwachsenden aggressiven lettischen Nationalismus, den es zurückzudrängen galt, kam es 1934 zu einer staatlichen Umwälzung, in deren Folge ein autoritäres Regime mit Kārlis Ulmanis (1877-1942) an der Spitze installiert wurde. In den 1930er Jahren wurde die Position der Letten in der Wirtschaft und in der Politik des Staates immer stärker. Insgesamt wurde in Lettland eine liberalnationale Politik durchgeführt, wobei die kulturelle Autonomie der in Lettland ansässigen nationalen Minderheiten gewährleistet war.[16]

Am 23. August 1939 wurde zwischen der UdSSR und Deutschland der Ribbentrop-Molotow-Pakt abgeschlossen, mit dem für Lettland der Zweite Weltkrieg faktisch begann: Lettland wurde der sogenannte ‚Freundschaftsvertrag' über die Stationierung und den Bau der sowjetischen Stützpunkte auf seinem Territorium aufgezwungen. Am 30. Oktober 1939 wurde zwischen Lettland und Deutschland ein Vertrag über die Umsiedlung der Deutschbalten abgeschlossen, die auch als „diktierte Option"[17] bezeichnet wird.

Sowjetische Okkupation (1940-1941) und Zweiter Weltkrieg

Die Umsiedlung der Deutschbalten aus Lettland erfolgte zwischen Ende 1939 und Frühjahr 1940. Betroffen waren 51.000 Personen; unter den 10.000 Nachumsiedlern des Jahres 1941 befanden sich auch zahlreiche Letten.[18]

Am 17. Juni 1940 wurde Lettland von der Sowjetunion okkupiert und das totalitäre stalinistische Regime unter Anwendung von Gewalt durchgesetzt. Es erfolgte die Verstaatlichung von Boden, Betrieben und Häusern sowie die Deportation von Einwohnern Lettlands nach Sibirien. Im Juni 1941 wurde Lettland von der deutschen Wehrmacht besetzt (Bildung des Reichskommissariats Ostland) und damit das eine Unterdrückungsregime durch ein anderes abgelöst. Wieder begannen Repressalien gegen die Einwohner. Viele Letten beteiligten sich aber auch freiwillig oder gezwungenermaßen am Krieg gegen die Sowjetunion (meist in der Waffen-SS). Im Frühjahr 1943 begann auf Befehl Adolf Hitlers (1889-1945) die Bildung einer SS-Freiwilligenlegion, für die Einwohner Lettlands mobilisiert wurden.[19] An dem von den Deutschen durchgeführten Holocaust gegen die Juden Lettlands wirkten auch einheimische Kollaborateure mit.[20] Außerdem kam es zur Vernichtung der Roma. Die Zahl der Kriegsopfer unter den an beiden Fronten kämpfenden Letten war hoch.

Lettland und die sowjetische Okkupation nach dem Zweiten Weltkrieg

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde die sowjetische Okkupationsmacht auf dem Territorium Lettlands wiederhergestellt. Obwohl die Westmächte die Okkupation Lettlands nicht anerkannten, stimmten sie schließlich der Forderung der UdSSR zu, die Frage der baltischen Länder nicht näher zu behandeln. So setzten die nationalen Partisanen ihren Kampf gegen das sowjetische Regime fort; viele Menschen flüchteten aus dem Land. In der Zeitspanne zwischen 1945 und 1953 waren ca. 160.000 Personen von Repressionen betroffen: Bauern wurden in Kolchosen getrieben und durch Abgabepflichten an den Staat schwer belastet.

Die Politik Josef Stalins (1878-1953) war insbesondere auf die Beseitigung von Regimegegnern ausgerichtet. So kam es zu Verhaftungen, zur Verfolgung breiter Einwohnerschichten und Enteignungen. Opfer der Unterdrückung waren auch die ca. 43.000 Einwohner, die am

25. März 1949 nach Sibirien deportiert wurden. Lettland verlor dadurch den intellektuell und wirtschaftlich fähigsten Teil der Bevölkerung.

Der Prozess der Sowjetisierung und Russifizierung wirkte sich sowohl auf die Wirtschaft als auch auf andere gesellschaftliche Bereiche aus: Durch eine forcierte Industrialisierung wurde die Wirtschaft Lettlands in das sowjetische Wirtschaftssystem integriert. Da Lettland als ehemals ‚westliches' Land attraktiv war und die Lebensverhältnisse dort besser waren als in den meisten anderen Gebieten der Sowjetunion, kam es zu einem unkontrollierten Zuzug von freiwillig nach Lettland kommenden Russen.

Tabelle 3: Migrationsprozesse und ethnische Struktur der Bevölkerung Lettlands 1959-1989[21]

Nationalität	1959		1970		1979		1989	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Letten	1.297.881	62,0	1.341.805	56,8	1.344.105	53,7	1.387.757	52,0
Russen	556.448	26,6	704.599	29,8	821.464	32,8	909.515	34,0
Weißrussen	61.587	2,9	94.898	4,0	111.505	4,5	119.702	4,5
Ukrainer	29.440	1,4	53.461	2,3	66.703	2,7	92.101	3,5
Polen	59.774	2,9	63.045	2,7	62.690	2,5	60.416	2,3
Litauer	32.383	1,6	40.589	1,7	37.818	1,5	34.630	1,3
Juden	36.592	1,8	36.680	1,6	28.331	1,1	22.890	0,9
Roma	4.301	0,2	5.427	0,2	6.134	0,3	7.044	0,3
Deutsche	1.609	0,1	5.413	0,2	3.299	0,1	3.783	0,1
Esten	4.610	0,2	4.334	0,2	3.681	0,2	3.312	0,1
Liven	185	0,0	48	0,0	107	0,0	135	0,0
Übrige	8.648	0,4	13.828	0,6	16.979	0,7	29.275	1,1
Gesamt	2.093.458		2.364.127		2.502.816		2.666.567	

Diese Migration wurde nach Stalins Tod von den Nationalkommunisten angesichts einer drohenden massiven Russifizierung eingeschränkt. 1959, nach einem Besuch des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU Nikita Chruschtschow (1894-1971), begannen Verfolgungen der Nationalkommunisten, die aus ihren Ämtern gedrängt wurden – die Sowjetmacht wollte jede Manifestation von nationaler Politik unterdrücken. An die Macht kamen nun die Anhänger des Zentralismus, die ihre Positionen festigten. Wieder setzte eine Zuwanderung von Russen und von Einwohnern aus anderen Sowjetrepubliken ein. In den 1980er Jahren war der Bevölkerungsanteil der Letten bis auf 52 % geschrumpft, Verkehrssprache wurde das Russische. Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung brach ein – im Land fehlte es vielfach an alltäglichen Konsumgütern. Im Zuge der ‚Perestroika' von Michail Gorbatschow begann in Lettland Mitte der 1980er Jahre auch eine offene Diskussion über Fragen der Geschichte und deren Zusammenhang mit den aktuellen Problemen des alltäglichen Lebens.

Transformationsprozesse nach 1987/1990



Das 1993 in Riga eröffnete Lettische Okkupationsmuseum. Bis 1990/1991 befand sich in dem Gebäude das Museum der Roten Lettischen Schützen. [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 252650].

Dazu zählte seit 1987 auch die öffentliche Auseinandersetzung mit der Okkupation. Im selben Jahr wurde die „Lettische nationale Unabhängigkeitsbewegung“ (Latvijas Nacionālās Neatkarības Kustība) gegründet, 1988 folgte die Gründung der „Volksfront Lettlands“. Beide setzten sich die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Lettlands zum Ziel. Am 23. August 1989 wurde die beispiellose Aktion „Der baltische Weg“ veranstaltet, die mit dem 50. Jahrestag des Ribbentrop-Molotow-Paktes zusammenfiel: Als Zeichen des Protests gegen die sowjetische Okkupation bildete sich eine durchgehende Menschenkette, die sich von Reval/Tallinn bis Wilna/Vilnius zog – über eine Million Menschen beteiligten sich daran. Als Ergebnis demokratischer Wahlen wurde 1990 das Parlament, der Oberste Rat (Augstākā Padome), gewählt, in dem die Anhänger der Unabhängigkeitspolitik die Mehrheit hatten.

Am 4. Mai 1990 wurde vom Obersten Rat die Deklaration der Unabhängigkeit Lettlands verabschiedet und eine Übergangsregierung gebildet; nach dem misslungenen Umsturz in Russland 1991 (sog. Augustputsch) wurde der unabhängige Staat verkündet und sowohl von Russland als auch von anderen Ländern anerkannt. In den 1990er Jahren stand Lettland vor immensen wirtschaftlichen Problemen und vor der Herausforderung, die Folgen der Okkupation zu beseitigen. Angesichts der nur geringfügigen Bevölkerungsmehrheit der Letten waren die Frage der Staatsangehörigkeit und die Ausarbeitung eines Staatsbürgerschaftsgesetzes von zentraler Bedeutung. Heute entwickelt sich Lettland als Mitgliedstaat der Europäischen Union und der NATO und positioniert sich in der nordischen Allianz der EU.

Tabelle 4: Bevölkerung Lettlands 2000-2011[22]

Nationalität	2000		2011	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Letten	1.370.703	57,7	1.285.136	62,1
Russen	703.243	29,6	557.119	26,9
Weißrussen	97.150	4,1	68.202	3,3
Ukrainer	63.644	2,7	45.798	2,2
Polen	59.505	2,5	44.772	2,2
Litauer	33.430	1,4	24.479	1,2
Juden	10.385	0,4	6.437	0,3
Roma	8.205	0,3	6.489	0,3
Deutsche	3.465	0,1	3.042	0,1
Esten	2.652	0,1	2.007	0,1
Liven	180	0,0	250	0,0
Übrige	24.824	1,1	26.640	1,3
Gesamt	2.377.383		2.070.371	

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

Florian J. Anton: Staatlichkeit und Demokratisierung in Lettland. Entwicklung, Stand, Perspektiven. Würzburg 2008 (Spektrum Politikwissenschaft).

Jānis Bērziņš (Hg.): 20. gadsimta Latvijas vēsture [Geschichte Lettlands im 20. Jahrhundert]. Teil II: Neatkarīgā valsts,1918-1940 [Unabhängiger Staat, 1918-1940]. Rīga 2003.

Daina Bleiere, Ilgvars Butulis, Inesis Feldmanis, Aivars Stranga, Antonijs Zunda: History of Latvia: the 20th century. Rīga 2006.

Daina Bleiere (Hrsg.): Latvija Otrajā pasaules karā (1939–1945) [Lettland im Zweiten Weltkrieg (1939-1945)]. Rīga 2008.

Daina Bleiere: Eiropa ārpus Eiropas.Dzīve Latvijas PSR [Europa außerhalb Europas. Das Leben in der Lettischen Sowjetrepublik]. Rīga 2012.

Erich Donnert: Agrarfrage und Aufklärung in Lettland und Estland. Livland, Estland und Kurland im 18. und beginnenden 19. Jahrhundert. Frankfurt a.M. 2008.

Edgars Dunsdorfs: Der grosse schwedische Kataster in Livland 1681-1710: Kartenband und Textband. Stockholm 1950.

Michael Garleff: Die baltischen Länder. Estland, Lettland, Litauen vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Regensburg 2001.

Michael Garleff: Deutschbalten, Weimarer Republik und Drittes Reich. Köln 2008.

Detlef Henning (Hg.): Menschen in Bewegung. Migration und Deportation aus dem Baltikum 1850-1950. Lüneburg 2010 (Nordost-Archiv. Zeitschrift für Regionalgeschichte, Neue Folge 19).

Talav Jundzis (Hg.): The Baltic States at historical crossroads: political, economic, and legal problems and opportunities in the context of international cooperation at the beginning of the 21st century: a collection of scholarly articles. 2. erw. Aufl. Rīga 2001.

Peter Krupnikov: Lettland und die Letten im Spiegel deutscher und deutschbaltischer Publizistik 1895-1950. Hannover 1989 (Beiträge zur baltischen Geschichte 12).

Dietrich A. Loeber (Hg.): Diktierte Option. Die Umsiedlung der Deutsch-Balten aus Estland und Lettland, 1939-1941. Dokumentation. Neumünster 1972.

Heinz von zur Mühlen (Hg.): Baltisches Historisches Ortslexikon, Bd. 2: Lettland (Südlivland und Kurland). Bearb. von Heinz Feldmann. Köln 1990 (Quellen und Studien zur baltischen Geschichte 8,2).

Gert von Pistohlkors (Hg.): Deutsche Geschichte im Osten Europas. Baltische Länder. Berlin 1994.

Andrejs Plakans: Historical dictionary of Latvia. Lauham, Md. 2008.

Helēna Šimkuva: Deutschbaltische Emigration aus der Republik Lettland während der Zwischenkriegszeit 1938-1939. In: Detlef Henning (Hg.): Menschen in Bewegung. Migration und Deportation aus dem Baltikum 1850-1950. Lüneburg 2010 (Nordost-Archiv. Zeitschrift für Regionalgeschichte, Neue Folge 19), S. 39-70.

Jānis Stradiņš: Trešā atmoda: raksti un runas 1988.-1990. gadā Latvijā un par Latviju [Die dritte Wiedergeburt: Schriften und Reden in Lettland und über Lettland 1988-1990]. Rīga 1992.

Vladislavs Volkovs (Hg.): Ethnicity. Towards the politics of recognition in Latvia 1991-2012. Rīga 2013, S.12-34.

Weblinks und Datenbanken

www.lvi.lv/lv/ (Institut für die Geschichte Lettlands an der Universität Lettland)

www.Historia.lv (Portal zur Geschichte Lettlands)

www.data.lnb.lv/retumi-projekts/main.htm (Digitalisierte Porträt- und Bildsammlungen)

www.arhivi.lv/ (Quellen zur Geschichte Lettlands)

www.periodika.lv/ (Digitalisierte Zeitungen und Zeischriften)

www.zudusilatvija.lv/ (Digitalisierte Abbildungen, Bildsammlungen)

http://www.herder-institut.de/bildkatalog/index/index?searchfield_parameter=lettland&newperspective=thumbnails (Abbildungen zu Lettland im Bildarchiv des Herder-Instituts, Marburg)

Anmerkungen

[1] Konstantīns Karulis: Latviešu etimoloģijas vārdnīca [Wörterbuch der Etymologie der lettischen Sprache]. Riga 1992, S. 505-507.

[2] Text in deutscher Übersetzung: Albert Bauer: Heinrich von Lettland. Livländische Chronik. Darmstadt 1974 (Freiherr-vom-Stein-Gedächtnisausgabe, XXIV).

[3] Edgars Dunsdorfs, Arnolds Spekke: Latvijas vēsture [Geschichte Lettlands] 1500-1600. [Stockholm] 1964, S. 20, 29, 33, 34.

[4] Edgars Dunsdorfs: Latvijas vēsture [Geschichte Lettlands] 1600-1710. [Uppsala] 1962, S. 175-181.

[5] Jānis Bērziņš (Hg.): 20. gadsimta Latvijas vēsture [Geschichte Lettlands im 20. Jahrhundert]. Teil I: Latvija no gadsimta sākuma līdz neatkarības pasludināšanai, 1900-1918 [Lettland vom Anfang des Jahrhunderts bis zur Unabhängigkeit 1900-1918]. Riga 2000, S. 60-61, 98-99.

[6] Bērziņš (Hg.): Latvijas vēsture [Geschichte Lettlands], S. 60f.

[7] Siehe unten Tabelle 2.

[8] Siehe unten Tabelle 4.

[9] Heinrich von Treitschke: Das deutsche Ordensland Preußen. Leipzig o. J., S. 179f.; zu Treitschke Thomas Gerhards: Heinrich von Treitschke. Wirkung und Wahrnehmung eines Historikers im 19. und 20. Jahrhundert. Paderborn 2013 (Otto-von-Bismarck-Stiftung, Wissenschaftliche Reihe 18).

[10] Dunsdorfs, Spekke: Latvijas vēsture [Geschichte Lettlands] 1500-1600, S. 703.

[11] Dunsdorfs, Spekke: Latvijas vēsture [Geschichte Lettlands] 1500-1600, S. 210.

[12] Edgars Dunsdorfs: Der grosse schwedische Kataster in Livland 1681-1710. Kartenband. Stockholm 1950.

[13] Bērziņš (Hg.): Latvijas vēsture [Geschichte Lettlands], S. 211.

[14] Daten aus: Bērziņš (Hg.): Latvijas vēsture [Geschichte Lettlands], S. 108; Ceturtā tautas skaitīšana Latvijā 1935. gadā (Die vierte Volkszählung Lettlands von 1935). IV: Tautība (Nationalität). Riga 1937, S. 286-288.

[15] Daten aus: Ceturtā tautas skaitīšana (Die vierte Volkszählung), S. 286-288.

[16] Helēna Šimkuva: Minderheitenpolitik in Lettland. In: Gert von Pistohlkors, Matthias Weber (Hg.): Staatliche Einheit und nationale Vielfalt im Baltikum. München 2005 (Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 26), S. 69-86.

[17] Loeber (Hg.): Diktierte Option.

[18] Garleff: Die baltischen Länder, S. 164f.

[19] Visvaldis Lācis: The Latvian Legion. According to Independent Observers. Toronto 2006. URL: http://home.mira.net/~vanagi/AV/Latvian_Legion.pdf (Abruf 09.10.2014).

[20] Katrin Reichelt: Lettland unter deutscher Besatzung 1941-1944. Der lettische Anteil am Holocaust. Berlin 2011 (Dokumente, Texte, Materialien 78).

[21] Daten aus Datenbank der Statistischen Verwaltung Lettlands: www.csb.gov.lv/sites/default/files/1970_tautas_skaitisana_lpsr.pdf; www.csb.gov.lv/sites/default/files/1989_tautas_skaitisana.pdf (Abruf 26.11.2014).

[22] Daten aus: Datenbank der Statistischen Verwaltung Lettlands: www.csb.gov.lv/sites/default/files/publikacijas/nr_13_2011gada_tautas_skaitisanas_rezultati_isuma_12_00_lv.pdf (Abruf 26.11.2014).

Zitation

Helēna Šimkuva: Lettland. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32616 (Stand 03.12.2014).

Litauen

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Litauen

Amtliche Bezeichnung

lit. Lietuva

Lateinische Bezeichnung

Litua

2. Geographie

Lage

Litauen grenzt im Nordwesten an die Ostsee (90 km Küstenlinie), im Norden an Lettland, im Osten und Südosten an Weißrussland, im Süden an Polen und im Südwesten an die Russische Föderation (Exklave Kaliningrad, früher Königsberg).

Topographie

Litauen ist ein flaches Land. Es wird im westlichen Teil von dem baltischen Landrücken durchzogen (Niederlitauen), das hügelige Hochlitauen im Osten (größte Erhebung 294 m) gehört zum weißrussischen Landrücken. Die größten Flüsse sind die Memel (Nemunas) und ihr Nebenfluss Neris, daneben gibt es viele Seen, v. a. in Hochlitauen. Die Region ist bis heute durch große Waldbestände, die mehr als 30 % der Landesfläche einnehmen, und durch umfangreiche landwirtschaftlich bewirtschaftete Flächen geprägt.

Historische Geographie

Die Grenzen des mittelalterlichen Großfürstentums Litauen besaßen für die 1918/19 entstandene litauische Republik keine Vorbildfunktion mehr. Der Verlust der historischen Hauptstadt Wilna/Vilnius an Polen bedeutete jedoch eine große Hypothek für die junge Republik. Grenzverschiebungen zugunsten des litauischen Staates gab es 1924, als das Memelgebiet der litauischen Souveränität unterstellt wurde, und im Oktober 1939, als die Sowjetunion das Vilniusgebiet infolge der Bestimmungen des Hitler-Stalin-Paktes an Litauen übergab. Abgesehen von einer kleinen Grenzarrondierung im Vilniusgebiet nach der sowjetischen Okkupation im Juni 1940 entsprechen diese Grenzen dem heutigen Staatsgebiet. Litauen war noch nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ein agrarisch geprägtes Land, erst in den 1960er und 1970er Jahren kam es zu einer deutlichen Urbanisierung; heute lebt zwei Drittel der Bevölkerung in urbanem Gebiet.

3. Geschichte und Kultur

Die Geschichte des Landes lässt sich in vier große Perioden gliedern: das Großfürstentum, die mit der Personalunion 1385/86 beginnende polnische Phase, die Zugehörigkeit zum Russischen Reich und schließlich die wechselvolle Geschichte des litauischen Staates der Neuzeit im 20. und 21. Jahrhundert.

Das Großfürstentum

Den baltischen Völkern zugehörig, waren auch die litauischen Stämme Ackerbauern und Viehzüchter, deren Siedlungen sich oft an Burgbergen orientierten. Über die Burgherren dürfte sich dann auch die erste räumliche Machtausdehnung entwickelt haben, wobei dabei durchaus an gewaltsame Expansion und Eroberung zu denken ist. Jedenfalls tauchten in den ersten Jahrzehnten des 13. Jahrhunderts Namen von litauischen Fürstenfamilien auf, deren bedeutendster zweifellos Mindaugas war, der um 1250 als Herrscher über Litauen bezeichnet wurde. 1253 ließ sich der Großfürst zum König krönen und taufen, denn er sah im Bündnis mit dem livländischen Orden und der Kurie einen wichtigen Schritt gegen seine innerlitauischen Gegner und Widersacher. Bereits 1261 löste sich Mindaugas jedoch wieder vom Orden. Seine Ermordung 1263 markiert zwar das Ende des christlichen Königtums, nicht aber den Untergang der litauischen Herrschaftsbildung. Da mit dem Deutschen Orden ein mächtiger Gegner den Weg an die Ostsee versperrte, zielte die litauische Expansion nach Osten. Insbesondere Großfürst Gediminas sorgte für die Ausdehnung des Reiches, wobei er sowohl militärische (Eroberung Kiews 1320) als auch diplomatische Erfolge (Heiratspolitik) erzielte und das Herrscherhaus der Gediminiden begründete. Die Bevölkerung des Großfürstentums bestand zu großen Teilen aus Ostslawen, die gut 90 % des Staatsgebietes bewohnten.

Die Verbindung mit Polen

Eine eigentlich bis ins 20. Jahrhundert andauernde Wirkung hatte die dynastische Verbindung des litauischen Herrscherhauses mit Polen. Die internen Streitigkeiten zwischen den Vettern Vytautas und Jogaila fanden im Vertrag von Krevo 1385 ein Ende. Durch die Heirat mit Jedwiga (Hedwig von Anjou) wurde Jogaila als Władysław II. Jagiełło zum König Polens, während Vytautas als Großfürst über Litauen herrschte. Zwei Bedingungen der Union von Krevo seien erwähnt: die Annahme des christlichen Glaubens durch die Gediminiden (und ihre nichtslawischen Untertanen) und die Verpflichtung, die Ländereien des Großfürstentums an die polnische Krone anzugliedern. Trotz des Gefolgschaftseides gegenüber dem König von Polen gelang Vytautas eine energische eigenständige Politik. Insbesondere in den russischen Gebieten des Großfürstentums entmachtete er lokale Herrscher und setzte die eigene Prärogative durch. In dieser Phase kam es am 15. Juli 1410 zur von späteren Generationen unter nationalen Vorzeichen stilisierten Schlacht von Tannenberg/Žalgiris, bei der das polnisch-

litauische Heer dem Deutschen Orden eine katastrophale Niederlage zufügte. Schließlich wurde 1422 im Frieden vom Melnosee eine Grenze zwischen Litauen und dem Ordensland Preußen festgelegt, die bis 1918 Bestand haben sollte.



Le royaume de Pologne comprenant les etats de Pologne et de Lithuanie (...) (1697) [Karte: Universitätsbibliothek Bern, Sig.: ZB Ryh 6001: 25].

In der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts erodierte die Macht des Großfürstentums im Osten, und der Einfluss des Fürstentums Moskau nahm stetig zu. Schließlich begannen Jahrzehnte militärischer Auseinandersetzungen und Scharmützel, die immer deutlicher in einen litauischen Rückzug nach Westen mündeten. Je schwieriger die Situation an der Ostgrenze wurde, desto stärker wurde die Bindung und Anlehnung an Polen. Nachdem der Moskauer Vormarsch immer bedrohlicher geworden war, setzten sich in der Union von Lublin 1569 endgültig polnische Bestrebungen durch, die eine faktische Vereinigung Litauens mit Polen anstrebten. Der König von Polen wurde in Personalunion Großfürst von Litauen, es gab eine gemeinsame Außenpolitik und eine Währung für den Gesamtstaat. Die Zielsetzung wurde im Vertrag deutlich benannt, es ging um "ein einziges und unteilbares Ganzes, eine einheitliche und untrennbare Republik, welche aus zwei Staaten und Völkern zu einer Nation zusammengefügt und vereinigt ist".[1] Demgegenüber wogen letzte Reservate bei den Rechtskodizes, der Verwaltung und beim Heer wenig.

So setzte sich in den kommenden Jahrzehnten immer stärker eine polnisch orientierte und akkulturierte Oberschicht durch, während die litauische Sprache mehr oder weniger nur in der ländlichen Bevölkerung verbreitet war.

Die Reformation in Litauen wurde zwar nach wenigen Jahren durch die katholische Gegenreformation (Gründung eines Jesuitenkollegs in Wilna 1569) zurückgedrängt, doch hinterließ sie wichtige Spuren: das erste litauischsprachige Buch, das 1547 in Königsberg gedruckt wurde, war der lutherische Katechismus.

Litauen als Teil des Zarenreiches

Das Ende des polnisch-litauischen Staates erfolgte durch die Teilungsverträge zwischen Russland, Preußen und Österreich im Jahre 1795, damit ging eine Jahrhunderte währende gemeinsame Geschichte zu Ende. Sieht man einmal vom Suvalkija-Gebiet ab, das erst durch den Wiener Kongress dem Zarenreich zugeschlagen wurde und zuvor für kurze Zeit zu Preußen gehört hatte, stand das gesamte litauischsprachige Territorium seit der letzte Teilung Polens unter der Herrschaft des zarischen Russland. So einschneidend der Verlust der Staatlichkeit

auch in politischer Hinsicht sein mochte, blieb doch in sozialer Hinsicht die alte Struktur noch bis weit ins 19. Jahrhundert erhalten: Weiterhin standen adelige polnischsprachige Grundbesitzer und einige Magnaten an der Spitze der Gesellschaft, während die litauische Sprache vor allem bei der einfachen Landbevölkerung verbreitet war.

Erst allmählich entwickelte sich die litauische Nationalbewegung, wobei eine unabdingbare Voraussetzung in den Ideen der Aufklärung zu sehen ist, die das Fundament für eine neue Sicht auf die Volkskunst und die Sprache der bäuerlichen Bevölkerung bereiteten. Aufklärerisches Gedankengut erreichte über die katholische Geistlichkeit die Landbevölkerung. Die Priester gründeten Volksschulen mit litauischer Unterrichtssprache, auch wenn die polnische Dominanz damit noch keineswegs in Frage gestellt wurde. Ein weiterer wichtiger Impuls kam aus Ostpreußen. Die litauischsprachige Minderheit im Norden der preußischen Provinz, dem König in Berlin und dem Protestantismus treu ergeben, wurde zum Wegbereiter des litauischen Buchdrucks und der litauischen Schriftsprache. Kristijonas Donelaitis (Christian Donalitius), Pfarrer in einem ostpreußischen Dorf, veröffentlichte Ende des 18. Jahrhunderts die Dichtung metai (Jahreszeiten), das erste litauischsprachige Epos, das, wie schon der Titel suggeriert, das schwere und harte Landwirtschaftsjahr zum Thema hatte.

Im 19. Jahrhundert trennten sich auch die polnischen und litauischen Wege; die Aufstände 1830/31 und 1863/64 gegen die Zarenmacht waren die letzten Ereignisse, die Polen und Litauer Seite an Seite sahen.

Die zarische Verwaltung setzte nun auf eine radikale Russifizierung, deren deutlichste Ausprägung in dem Verbot bestand, litauischsprachige Publikationen in lateinischer Schrift zu drucken, stattdessen mussten kyrillische Lettern verwendet werden. Auch wenn die moderne litauische Forschung die russische Politik nicht mehr nur unter dem Aspekt der Russifizierung und der Unterdrückung des Litauer- und Polentums sieht,[2] bleibt festzuhalten, dass die zarische Macht in zunehmendem Maße als Fremdherrschaft empfunden wurde. Je mehr die Gouverneure des Zaren eine Entnationalisierung der litauischen Minderheit zu erreichen versuchten, desto mehr wurde damit die Entstehung einer nationalen litauischen Bewegung gefördert. Verbunden mit der Entstehung litauischsprachiger Volksschulen, der Hebung des allgemeinen Bildungsniveaus und der Entdeckung des Litauischen als archaischer und damit besonders hervorgehobener Kultursprache, wurden die Priesterseminare zu Keimzellen der Nationalbewegung, die im weltlichen Bereich durch die ersten (von den Russen gegründeten) Gymnasien ergänzt wurden. Der soziale Wandel brachte litauische Bauernsöhne in Kontakt mit höherer Bildung, und aus diesem Reservoir entstand die Gründergeneration des litauischen Staates. Diese Herkunft schuf auch den unabdingbaren Hintergrund einer Abgrenzung von der polnischen Nationalbewegung: Manche späteren Protagonisten wie der Mentor der litauischen Nation, Jonas Basanavičius, begannen ganz bewusst, sich des Litauischen im Umgang miteinander zu bedienen und nicht mehr Polnisch zu sprechen. Basanavičius wurde Herausgeber der ersten litauischsprachigen Zeitschrift Aušra (Morgenröte), die im ostpreußischen Tilsit/Sovetsk verlegt und über die Grenze geschmuggelt wurde. Auch wenn die Aušra mehr kulturell-ethnologisch als politisch orientiert war, wurde sie zum Symbol einer neuen ethnischen Gruppe, in deren Selbstverständnis ethnologische, folkloristische und philologische Elemente eine bestimmende Rolle spielten. Hieraus entwickelte sich das Bild des litauischen Volkes, das, naturverbunden und dem Landleben verpflichtet, seine kulturelle Eigenständigkeit über die (polnisch geprägten) Jahrhunderte behielt und eine der ältesten Kultursprachen des Indogermanischen spricht. Hinzu kam die historische Hinterlassenschaft des Großfürstentums, die von der ersten Generation der litauischen Nationalbewegung zum nationalen Heldenmythos verklärt wurde.

Damit ist zugleich gesagt, dass die litauische Nationalbewegung zunächst keineswegs ein Massenphänomen war, vielmehr führte der Weg über den ländlichen Raum: "…ländliche Pfarrhäuser, die Wohnungen der Volksschullehrer wurden Zellen einer Bildungsarbeit, die die Jugend mehr und mehr in ihren Bann zog".[3]

Diese Entwicklung musste geradezu zwangsläufig in den Konflikt mit der polnischen Nationalbewegung führen, denn für diese stand mehr oder weniger fest, dass eine Wiederaufnahme der alten Union unter polnischer Dominanz außer Frage stehe. Verständnislos reagierte man auf die litauischen Bestrebungen: Polnisch sei die lingua glotta in den gebildeten Kreisen Litauens, das Land sei ohne die polnische Kultur und den von Polen ausgehenden Katholizismus ein Anachronismus. Die Spaltung zog sich bald auch durch den gesamten Klerus, wobei vor allem die niedere Geistlichkeit, die sich vorwiegend aus litauischen Bauernsöhnen rekrutierte, der neuen Nationalbewegung nicht ablehnend gegenüberstand.

Der Weg der litauischen Nationalbewegung war dabei keineswegs ein geradliniger und radikaler. Zunächst ging es im Kern um die Anerkennung einer kulturellen Autonomie in dem russisch und polnisch geprägten Umfeld. Bald entwickelten sich soziale Fragestellungen und Forderungen, die vor allem die Stellung der litauischen Bauern unter der als drückend empfundenen zarischen Verwaltung betrafen. Die Politisierung Ende des 19. Jahrhunderts gipfelte in der Forderung nach politischer Autonomie, wobei der Gedanke an eine eigene Staatlichkeit als reines Phantasieprodukt angesehen wurde. Die erste russische Revolution im Jahre 1905 änderte die Situation vollständig. Schon im Vorfeld der Ereignisse hatte die russische Regierung das Verbot, in lateinischer Schrift zu drucken, aufgehoben, doch kam diese Maßnahme ebenso zu spät wie die Zulassung der litauischen Unterrichtssprache im Mai 1905, um noch Kredit unter der litauischen Bevölkerung zu gewinnen. Das berühmte Oktobermanifest, das der Bevölkerung Versammlungs- und Vereinsfreiheit zugestand, führte in Wilna zur Einberufung des berühmten Großen Seimas von Wilna.[4] In der angeheizten Atmosphäre des Oktober 1905 entschloss sich die Redaktion der Vilniaus Žinios (Wilnaer Tageszeitung), den Aufruf zu einem Treffen von Litauern zu veröffentlichen (29. Oktober nach julianischem Kalender) und ein Organisationskomitee zu gründen. Die enthusiastische Reaktion auf den Aufruf übertraf alle Erwartungen; im November 1905 versammelten sich schließlich mehr als 1.800 Delegierte in Wilna.

Obwohl in dem Memorandum an die russische Regierung 'nur' von einer Autonomie, einer Selbstverwaltung Litauens die Rede war, wurde in der Diskussion bereits von Unabhängigkeit gesprochen. Auch die Frage nach den Grenzen wurde intensiv erörtert: Das autonome Litauen sollte sich auf die ethnographisch litauischen Gebiete erstrecken, wobei umliegende Territorien aus ökonomischen, kulturellen, ethnischen oder anderen Gründen sich dem Kerngebiet anschließen sollten, wenn die Einwohner dies wünschten. Damit war 1905 das erste Mal von einer Landkarte die Rede, die bei allen späteren historischen Wechselfällen und Änderungen den heutigen litauischen Staatsgrenzen annähernd entsprach. Verbunden mit der Grenzfrage hatte die Konferenz von 1905 auch in einer anderen Hinsicht für Klarheit gesorgt: Das neue Litauen sollte ein ethnisch möglichst homogener Staat sein. Auch in dieser Hinsicht steht die Konferenz für eine grundsätzliche Entscheidung, die für das gesamte 20. Jahrhundert Prägewirkung haben sollte.

Die Fixierung auf ein ethnographisches Litauen beinhaltete zugleich die klare Absage an ein Wiederaufleben des polnisch-litauischen Doppelstaates. Die Genese der litauischen Nation entwickelte sich eher aus einem polnisch-litauischen als aus einem russisch-litauischen Gegensatz. In dieser Hinsicht sind die Ereignisse von 1905 nicht nur als Endpunkt einer gemeinsamen Entwicklung, sondern mehr noch als Ausgangspunkt einer Konfrontation zweier Ethnien unter nationalen Vorzeichen zu interpretieren.

Litauen im 20. und 21. Jahrhundert

Zum Katalysator der sich bereits 1905 abzeichnenden Entwicklungslinien wurde der Erste Weltkrieg. Das seit Sommer/Herbst 1915 vom Deutschen Reich besetzte Land litt unter der deutschen Okkupation und der Ausbeutung durch die deutsche Militärverwaltung. Die Besatzer gestatteten 1917 die Gründung einer litauischen Interessenvertretung, der Taryba (= Rat), die sie als Erfüllungsgehilfin für die eigene Hegemonie über das Land ansahen. Nachdem die Taryba zunächst den deutschen 'Wünschen' entsprechend die Unabhängigkeit des Landes und zugleich eine unauflösliche Anbindung an Deutschland verkündet hatte (Zoll- und Militärunion, permanenter Bündnisvertrag), kam es am 16. Februar 1918 zu einer zweiten Deklaration der Unabhängigkeit, in der davon die Rede war, der künftige litauische Staat müsse auf demokratischen Grundlagen fußen und über seine endgültige staatliche Form könne nur eine frei gewählte Nationalversammlung entscheiden. Nachdem der bolschewistische Vormarsch zum Stehen gebracht und die letzten deutschen Truppen 1919 aus dem Land hinauskomplimentiert worden waren, war der Weg zum ersten litauischen Staatswesen der Neuzeit frei. Die junge litauische Republik litt jedoch an außenpolitischen Hypotheken: in der Auseinandersetzung um Wilna hatten die Polen im Oktober 1920 mit einen fait accompli dem beständigen Hin und Her ein Ende gemacht und das Gebiet dem polnischen Staat einverleibt; in Memel/Klaipėda konnten sich die Litauer zwar im Januar 1923 durch einen angeblichen Aufstand der einheimischen Bevölkerung, der in Wirklichkeit nichts anderes war als eine verdeckte Usurpation durch litauische Gruppierungen, in den Besitz des von der Entente verwalteten Gebietes setzen, doch war das Memelland damit zu einem Objekt des deutschen Revisionismus geworden. Das kurze demokratische Experiment endete 1926 durch den Putsch junger Offiziere, der ein autoritäres Regime unter Antanas Smetona, einem der Gründer des Staates zwischen 1917 und 1919, an die Macht brachte.

Infolge des Hitler-Stalin-Paktes verlor Litauen im Sommer 1940 seine Unabhängigkeit. Bei der Aufteilung Ostmitteleuropas hatte das Land zunächst zur deutschen 'Interessensphäre' gehört, bevor es im Geheimen Zusatzprotokoll des deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrages im September 1939 im Austausch für polnische Gebiete der Sowjetunion zugeschlagen wurde. Nachdem die Sowjetunion bereits im Herbst 1939 exterritoriale Basen der Roten Armee in Litauen erpresst hatte, erfolgte während des deutschen Sieges über Frankreich im Juni 1940 die endgültige Okkupation. Unter diesen Umständen war bereits die Freude über die Übergabe des Vilniusgebietes durch die Sowjets an Litauen im Herbst 1939 verhalten. Ein Jahr stalinistischer Herrschaft reichte aus für einen begeisterten Empfang deutscher Truppen im Juni 1941, die in den ersten Tagen des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion Litauen überrannten. Die deutsche Herrschaft blieb trotz der mörderischen Auswirkungen - fast alle litauischen Juden wurden ermordet - ein Zwischenspiel, denn mit der Rückeroberung Litauens ab Sommer 1944 begann die zweite, fast 50 Jahre währende sowjetische Herrschaft. Litauen wurde zur "Sowjetischen Sozialistischen Republik" (Litauische SSR). Nach den ersten Jahren, die durch Massendeportationen nach Sibirien und stalinistischen Terror auf der einen, durch bewaffneten Widerstand und Partisanenkämpfe in den Wäldern auf der anderen Seite gekennzeichnet waren, kam es im Zeichen der Entstalinisierung zu Jahrzehnten der Akkommodation. In der litauischen Gesellschaft existierte aber immer ein Gegenbild zu den jahrzehntelang propagandistisch verbreiteten Behauptungen eines freiwilligen Beitritts zur Sowjetunion und den angeblichen Vorzügen des Sowjetsystems. Als in den 1980er Jahren Michail Gorbatschow (Gorbačëv) auf eine innere Reform des Systems setzte, entwickelte sich in wenigen Monaten eine nationale Unabhängigkeitsbewegung, der Sąjudis (= "Bewegung"). Am 13. März 1990 verkündete das erste frei gewählte litauische Parlament seit 1926 einseitig die Unabhängigkeit des Landes, doch waren die westlichen Staaten mit Ausnahme von Island nicht bereit, es wegen des Baltikums zu einem Bruch mit der sowjetischen Führung kommen zu lassen. Mit gewaltfreiem Widerstand und der ungeheuren Kraft

einer friedlichen Massenbewegung gingen alle drei baltischen Staaten in die Auseinandersetzung mit der Zentrale in Moskau/Moskva, die nicht nur friedlich verlief: Am 13. Januar 1991 stürmten sowjetische Spezialeinheiten den Fernsehturm in Wilna und töteten dabei 13 litauische Zivilisten, darunter eine 19-Jährige. Der gescheiterte Moskauer Putsch im August 1991 machte schließlich den Weg zur Unabhängigkeit und völkerrechtlichen Anerkennung endgültig frei.

Die heutige Republik Litauen ist eine parlamentarische Demokratie und seit 2004 Mitglied der EU und der NATO. Das Staatsgebiet umfasst 65.300 km2, die Einwohnerzahl liegt bei 3,2 Mio. 2012 gehörten 83,7 % der Bewohner der Staatsnation an; die größten ethnischen Minderheiten stellten die Polen (6,6 %), die Russen (5,3 %) und mit deutlichem Abstand die Weißrussen (1,3 %).[5]

Die Deutschen in Litauen

Die Geschichte der deutschen Minderheit in Litauen[6] begann im Mittelalter, wobei vor allem in Kauen/Kaunas ein erstes Zentrum entstand. 1552 lebten 124 deutsche Familien in der Stadt an der Memel. Ab dem 16. Jahrhundert, verstärkt im ersten Drittel des 18. Jahrhunderts kamen Handwerker und Bauern ins Land, wodurch sich die deutsche Besiedlung stärker auf ländliche Gebiete konzentrierte. Die meisten deutschen Zuwanderer gehörten der evangelisch-lutherischen Konfession an, was die Gründung von eigenen Kirchengemeinden wie zum Beispiel Marijampol/Marijampolė oder Raseinen/Rasieniai zur Folge hatte. Geographisch konzentrierte sich die Volksgruppe auf das westliche und südwestliche Litauen. Bis ins 20. Jahrhundert existierten keine landsmannschaftlichen überregionalen Verbindungen, auf lokaler Ebene schuf die evangelische Kirche ein besonderes Zusammengehörigkeitsgefühl. In den 1920er Jahren betrug die Zahl der Litauendeutschen mindestens 30.000 (1,4 % der Gesamtbevölkerung), doch sind genaue Angaben schwierig, da bei der Volkszählung 1923 die Datenerhebung in Bezug auf die Nationalität offenbar vielfach unzureichend war und dementsprechend nicht zutreffende Einträge in den Pässen vorgenommen wurden. Geht man von der Zahl der 1941/42 Umgesiedelten aus, erscheint eine Zahl von rund 45.000 Litauendeutschen vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges als realistisch.

Sieht man von einer kleinen städtischen Schicht ab, die vor allem in Kaunas und Marijampolė einen Schwerpunkt bildete (in den 1930er Jahren gab es ein deutsches Gymnasium in Kaunas), lebte eine deutliche Mehrheit (ca. 65 %) auf dem Lande und arbeitete als Bauer, Knecht oder Handwerker in den Dörfern und kleinen Provinzstädtchen. Fast 70 % der Volksgruppe lebte direkt oder indirekt von der Landwirtschaft, während akademische Berufe eine Ausnahmeerscheinung waren.

Das Schicksal der Litauendeutschen entschied sich durch eine deutsch-sowjetische Umsiedlungsvereinbarung vom 10. Januar 1941. Nach der baltendeutschen Minderheit in Estland und Lettland wurden nun auch die Deutschen in Litauen umgesiedelt. Insgesamt kehrten 50.142 Personen der Litauischen SSR den Rücken, doch der Weg 'Heim ins Reich' endete für die meisten zunächst in Aufnahmelagern im 'Warthegau'. Nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 und der Eroberung Litauens kam es 1942 zu einer ideologisch bedingten Rücksiedlung litauendeutscher Bauern, denen einheimische Landwirte weichen mussten, was zu großen Spannungen zwischen den Rückkehrern und ihren Nachbarn führte. Die Zahl der Rücksiedler ist nicht mehr exakt zu erfassen, sie dürfte zwischen 17.000 und 20.000 Personen betragen haben.

Nach 1945 fanden viele Litauendeutsche in der Bundesrepublik Deutschland eine neue Heimat. Ein weiterer Teil lebte in der DDR und eine nicht unbeträchtliche Menge kehrte Europa den Rücken und ließ sich in Nord- und Südamerika, vereinzelt auch in Australien nieder.[7]

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

Arvydas Anušauskas: Lietuva 1940-1990. Okupuotos Lietuvos istorija [Litauen 1940-1999. Eine Geschichte des besetzten Litauen]. 2., überarb. u. erw. Auflage. Vilnius 2007.

Alfonsas Eidintas, Vytautas Žalys: Lithuania in European Politics. The Years of the First Republic, 1918-1940. New York 1998.

Manfred Hellmann: Das Großfürstentum Litauen bis 1569. In: Ders. (Hg.): Handbuch der Geschichte Rußlands. Bd. 1, II: Bis 1613. Von der Kiever Reichsgründung bis zum Moskauer Zartum. Stuttgart 1989, S. 717-851.

Manfred Hellmann: Grundzüge der Geschichte Litauens und des litauischen Volkes. 4. Aufl. Darmstadt 1990.

Mešislovas Jučas: Lietuvos Didžioji Kunygaikštystė - istorijos bruožai [Das Großfürstentum Litauen - historische Grundzüge]. Vilnius 2010.

Zigmantas Kiaupa: Lietuvos valstybės istorija [Geschichte des litauischen Staates]. Vilnius 2004.

Zigmantas Kiaupa, Juratė Kiaupienė, Albinas Kuncevičius: The History of Lithuania before 1795. Vilnius 2000.

Gerhard Schulz: Das polnisch-litauische Königreich. Machtverfall und Teilung. München 1995 (Geschichte und Historische Hilfswissenschaften 63).

Claudia Sinnig: Litauen - ein literarischer Reisebegleiter. Frankfurt/M. 2002.

Harry Stossun: Die Umsiedlung der Deutschen aus Litauen während des Zweiten Weltkrieges. Untersuchungen zum Schicksal einer deutschen Volksgruppe im Osten. Marburg/L. 1993 (Historische und landeskundliche Ostmitteleuropa-Studien 12).

Joachim Tauber, Tobias Weger (Hg.), Christian Gahlbeck, Vacys Vaivada (Bearb.): Archivführer zur Geschichte des Memelgebiets und der deutsch-litauischen Beziehungen. Oldenburg 2006 (Schriften des Bundesinstituts zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 27).

Stanley V. Vardys, Judith B. Sedaitis: Lithuania - The Rebel Nation. Boulder, Col. 1997.

Lietuvos Istorijos Metraštis [Jahrbuch für Geschichte Litauens]

Weblinks

Litauische Nationalbibliothek Mažvydas (http://www2.lnb.lt/lt/)

Litauisches Historisches Institut (www.istorija.lt)

Universität Vilnius (http://www.vu.lt/lt/)

Universität Kaunas (http://www.vdu.lt/)

Universität Klaipėda (http://www.ku.lt/)

Anmerkungen

[1] § 3 der Union zitiert nach Hellmann: Grundzüge, S. 77.

[2] Vgl. Egidijus Aleksandravičius, Antanas Kulakauskas: Carų valdžioje Lietuva XIX. amžiuje [Litauen unter der Herrschaft der Zaren im 19. Jahrhundert]. Vilnius 1996; Darius Staliūnas: Making Russians. Meaning and Practice of Russification in Lithuania and Belarus after 1863. Amsterdam 2007.

[3] Hellmann: Grundzüge, S. 112.

[4] Vgl. zu den Ereignissen von 1905 Egidijus Motieka: Didysis Vilniaus Seimas [Der große Seimas von Wilna]. Vilnius 1996.

[5] Vgl. http://db1.stat.gov.lt/statbank/selectvarval/saveselections.asp?MainTable=M3010215&PLanguage=0&TableStyle=&Buttons=&PXSId=3236&IQY=&TC=&ST=ST&rvar0=&rvar1

[6] Auf die Bevölkerung des Memelgebietes wird im Artikel 'Litauen' nicht weiter eingegangen, vgl. dazu den Artikel 'Memel/Klaipėda'. Es genügt der Hinweis, daß sich die Memeldeutschen immer als Reichsdeutsche verstanden und die Herrschaft Litauens zwischen 1923 und 1939 als Okkupation empfanden. Zwischen den Litauendeutschen und den Memelländern kam es zu keinen politischen und sozialen Kontakten, was die Kluft zwischen den beiden Volksgruppen deutlich belegt.

[7] Die Angaben zu den Deutschen in Litauen folgen der einschlägigen Monographie von Harry Stossun zu den Umsiedlungen der Litauendeutschen. Zur Situation der Deutschen in Litauen nach 1945 vgl. den Artikel von Ruth Leiserowitz.

Zitation

Joachim Tauber: Litauen. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2013. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/53701.html (Stand 23.12.2013).

Osmanisches Reich (→ Autor/in gesucht)
Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Österreich-Ungarn → Habsburgermonarchie (in Bearb.)
Dieser Text ist in Bearbeitung.

Polen (in Bearb.)
Dieser Text ist in Bearbeitung.

Polnisch-Litauische Adelsrepublik

Litauen

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung
Litauen

Amtliche Bezeichnung
lit. Lietuva

Lateinische Bezeichnung
Litua

2. Geographie

Lage
Litauen grenzt im Nordwesten an die Ostsee (90 km Küstenlinie), im Norden an Lettland, im Osten und Südosten an Weißrussland, im Süden an Polen und im Südwesten an die Russische Föderation (Exklave Kaliningrad, früher Königsberg).

Topographie
Litauen ist ein flaches Land. Es wird im westlichen Teil von dem baltischen Landrücken durchzogen (Niederlitauen), das hügelige Hochlitauen im Osten (größte Erhebung 294 m) gehört zum weißrussischen Landrücken. Die größten Flüsse sind die Memel (Nemunas) und ihr Nebenfluss Neris, daneben gibt es viele Seen, v. a. in Hochlitauen. Die Region ist bis heute durch große Waldbestände, die mehr als 30 % der Landesfläche einnehmen, und durch umfangreiche landwirtschaftlich bewirtschaftete Flächen geprägt.

Historische Geographie
Die Grenzen des mittelalterlichen Großfürstentums Litauen besaßen für die 1918/19 entstandene litauische Republik keine Vorbildfunktion mehr. Der Verlust der historischen Hauptstadt Wilna/Vilnius an Polen bedeutete jedoch eine große Hypothek für die junge Republik. Grenzverschiebungen zugunsten des litauischen Staates gab es 1924, als das Memelgebiet der litauischen Souveränität unterstellt wurde, und im Oktober 1939, als die Sowjetunion das Vilniusgebiet infolge der Bestimmungen des Hitler-Stalin-Paktes an Litauen übergab. Abgesehen von einer kleinen Grenzarrondierung im Vilniusgebiet nach der sowjetischen Okkupation im Juni 1940 entsprechen diese Grenzen dem heutigen Staatsgebiet. Litauen war noch nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ein agrarisch geprägtes Land, erst in den 1960er und 1970er Jahren kam es zu einer deutlichen Urbanisierung; heute lebt zwei Drittel der Bevölkerung in urbanem Gebiet.

3. Geschichte und Kultur

Die Geschichte des Landes lässt sich in vier große Perioden gliedern: das Großfürstentum, die mit der Personalunion 1385/86 beginnende polnische Phase, die Zugehörigkeit zum Russischen Reich und schließlich die wechselvolle Geschichte des litauischen Staates der Neuzeit im 20. und 21. Jahrhundert.

Das Großfürstentum
Den baltischen Völkern zugehörig, waren auch die litauischen Stämme Ackerbauern und Viehzüchter, deren Siedlungen sich oft an Burgbergen orientierten. Über die Burgherren dürfte sich dann auch die erste räumliche Machtausdehnung entwickelt haben, wobei dabei durchaus an gewaltsame Expansion und Eroberung zu denken ist. Jedenfalls tauchten in den ersten

Jahrzehnten des 13. Jahrhunderts Namen von litauischen Fürstenfamilien auf, deren bedeutendster zweifellos Mindaugas war, der um 1250 als Herrscher über Litauen bezeichnet wurde. 1253 ließ sich der Großfürst zum König krönen und taufen, denn er sah im Bündnis mit dem livländischen Orden und der Kurie einen wichtigen Schritt gegen seine innerlitauischen Gegner und Widersacher. Bereits 1261 löste sich Mindaugas jedoch wieder vom Orden. Seine Ermordung 1263 markiert zwar das Ende des christlichen Königtums, nicht aber den Untergang der litauischen Herrschaftsbildung. Da mit dem Deutschen Orden ein mächtiger Gegner den Weg an die Ostsee versperrte, zielte die litauische Expansion nach Osten. Insbesondere Großfürst Gediminas sorgte für die Ausdehnung des Reiches, wobei er sowohl militärische (Eroberung Kiews 1320) als auch diplomatische Erfolge (Heiratspolitik) erzielte und das Herrscherhaus der Gediminiden begründete. Die Bevölkerung des Großfürstentums bestand zu großen Teilen aus Ostslawen, die gut 90 % des Staatsgebietes bewohnten.

Die Verbindung mit Polen

Eine eigentlich bis ins 20. Jahrhundert andauernde Wirkung hatte die dynastische Verbindung des litauischen Herrscherhauses mit Polen. Die internen Streitigkeiten zwischen den Vettern Vytautas und Jogaila fanden im Vertrag von Krevo 1385 ein Ende. Durch die Heirat mit Jedwiga (Hedwig von Anjou) wurde Jogaila als Władysław II. Jagiełło zum König Polens, während Vytautas als Großfürst über Litauen herrschte. Zwei Bedingungen der Union von Krevo seien erwähnt: die Annahme des christlichen Glaubens durch die Gediminiden (und ihre nichtslawischen Untertanen) und die Verpflichtung, die Ländereien des Großfürstentums an die polnische Krone anzugliedern. Trotz des Gefolgschaftseides gegenüber dem König von Polen gelang Vytautas eine energische eigenständige Politik. Insbesondere in den russischen Gebieten des Großfürstentums entmachtete er lokale Herrscher und setzte die eigene Prärogative durch. In dieser Phase kam es am 15. Juli 1410 zur von späteren Generationen unter nationalen Vorzeichen stilisierten Schlacht von Tannenberg/Žalgiris, bei der das polnisch-litauische Heer dem Deutschen Orden eine katastrophale Niederlage zufügte. Schließlich wurde 1422 im Frieden vom Melnosee eine Grenze zwischen Litauen und dem Ordensland Preußen festgelegt, die bis 1918 Bestand haben sollte.



Le royaume de Pologne comprenant les etats de Pologne et de Lithuanie (...) (1697) [Karte: Universitätsbibliothek Bern, Sig.: ZB Ryh 6001: 25].

In der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts erodierte die Macht des Großfürstentums im Osten, und der Einfluss des Fürstentums Moskau nahm stetig zu. Schließlich begannen Jahrzehnte militärischer Auseinandersetzungen und Scharmützel, die immer deutlicher in einen litauischen Rückzug nach Westen mündeten. Je schwieriger die Situation an der Ostgrenze wurde,

desto stärker wurde die Bindung und Anlehnung an Polen. Nachdem der Moskauer Vormarsch immer bedrohlicher geworden war, setzten sich in der Union von Lublin 1569 endgültig polnische Bestrebungen durch, die eine faktische Vereinigung Litauens mit Polen anstrebten. Der König von Polen wurde in Personalunion Großfürst von Litauen, es gab eine gemeinsame Außenpolitik und eine Währung für den Gesamtstaat. Die Zielsetzung wurde im Vertrag deutlich benannt, es ging um "ein einziges und unteilbares Ganzes, eine einheitliche und untrennbare Republik, welche aus zwei Staaten und Völkern zu einer Nation zusammengefügt und vereinigt ist".[1] Demgegenüber wogen letzte Reservate bei den Rechtskodizes, der Verwaltung und beim Heer wenig.

So setzte sich in den kommenden Jahrzehnten immer stärker eine polnisch orientierte und akkulturierte Oberschicht durch, während die litauische Sprache mehr oder weniger nur in der ländlichen Bevölkerung verbreitet war.

Die Reformation in Litauen wurde zwar nach wenigen Jahren durch die katholische Gegenreformation (Gründung eines Jesuitenkollegs in Wilna 1569) zurückgedrängt, doch hinterließ sie wichtige Spuren: das erste litauischsprachige Buch, das 1547 in Königsberg gedruckt wurde, war der lutherische Katechismus.

Litauen als Teil des Zarenreiches

Das Ende des polnisch-litauischen Staates erfolgte durch die Teilungsverträge zwischen Russland, Preußen und Österreich im Jahre 1795, damit ging eine Jahrhunderte währende gemeinsame Geschichte zu Ende. Sieht man einmal vom Suvalkija-Gebiet ab, das erst durch den Wiener Kongress dem Zarenreich zugeschlagen wurde und zuvor für kurze Zeit zu Preußen gehört hatte, stand das gesamte litauischsprachige Territorium seit der letzte Teilung Polens unter der Herrschaft des zarischen Russland. So einschneidend der Verlust der Staatlichkeit auch in politischer Hinsicht sein mochte, blieb doch in sozialer Hinsicht die alte Struktur noch bis weit ins 19. Jahrhundert erhalten: Weiterhin standen adelige polnischsprachige Grundbesitzer und einige Magnaten an der Spitze der Gesellschaft, während die litauische Sprache vor allem bei der einfachen Landbevölkerung verbreitet war.

Erst allmählich entwickelte sich die litauische Nationalbewegung, wobei eine unabdingbare Voraussetzung in den Ideen der Aufklärung zu sehen ist, die das Fundament für eine neue Sicht auf die Volkskunst und die Sprache der bäuerlichen Bevölkerung bereiteten. Aufklärerisches Gedankengut erreichte über die katholische Geistlichkeit die Landbevölkerung. Die Priester gründeten Volksschulen mit litauischer Unterrichtssprache, auch wenn die polnische Dominanz damit noch keineswegs in Frage gestellt wurde. Ein weiterer wichtiger Impuls kam aus Ostpreußen. Die litauischsprachige Minderheit im Norden der preußischen Provinz, dem König in Berlin und dem Protestantismus treu ergeben, wurde zum Wegbereiter des litauischen Buchdrucks und der litauischen Schriftsprache. Kristijonas Donelaitis (Christian Donalitius), Pfarrer in einem ostpreußischen Dorf, veröffentlichte Ende des 18. Jahrhunderts die Dichtung metai (Jahreszeiten), das erste litauischsprachige Epos, das, wie schon der Titel suggeriert, das schwere und harte Landwirtschaftsjahr zum Thema hatte.

Im 19. Jahrhundert trennten sich auch die polnischen und litauischen Wege; die Aufstände 1830/31 und 1863/64 gegen die Zarenmacht waren die letzten Ereignisse, die Polen und Litauer Seite an Seite sahen.

Die zarische Verwaltung setzte nun auf eine radikale Russifizierung, deren deutlichste Ausprägung in dem Verbot bestand, litauischsprachige Publikationen in lateinischer Schrift zu drucken, stattdessen mussten kyrillische Lettern verwendet werden. Auch wenn die moderne litauische Forschung die russische Politik nicht mehr nur unter dem Aspekt der Russifizierung

und der Unterdrückung des Litauer- und Polentums sieht,[2] bleibt festzuhalten, dass die zarische Macht in zunehmendem Maße als Fremdherrschaft empfunden wurde. Je mehr die Gouverneure des Zaren eine Entnationalisierung der litauischen Minderheit zu erreichen versuchten, desto mehr wurde damit die Entstehung einer nationalen litauischen Bewegung gefördert. Verbunden mit der Entstehung litauischsprachiger Volksschulen, der Hebung des allgemeinen Bildungsniveaus und der Entdeckung des Litauischen als archaischer und damit besonders hervorgehobener Kultursprache, wurden die Priesterseminare zu Keimzellen der Nationalbewegung, die im weltlichen Bereich durch die ersten (von den Russen gegründeten) Gymnasien ergänzt wurden. Der soziale Wandel brachte litauische Bauernsöhne in Kontakt mit höherer Bildung, und aus diesem Reservoir entstand die Gründergeneration des litauischen Staates. Diese Herkunft schuf auch den unabdingbaren Hintergrund einer Abgrenzung von der polnischen Nationalbewegung: Manche späteren Protagonisten wie der Mentor der litauischen Nation, Jonas Basanavičius, begannen ganz bewusst, sich des Litauischen im Umgang miteinander zu bedienen und nicht mehr Polnisch zu sprechen. Basanavičius wurde Herausgeber der ersten litauischsprachigen Zeitschrift Aušra (Morgenröte), die im ostpreußischen Tilsit/Sovetsk verlegt und über die Grenze geschmuggelt wurde. Auch wenn die Aušra mehr kulturell-ethnologisch als politisch orientiert war, wurde sie zum Symbol einer neuen ethnischen Gruppe, in deren Selbstverständnis ethnologische, folkloristische und philologische Elemente eine bestimmende Rolle spielten. Hieraus entwickelte sich das Bild des litauischen Volkes, das, naturverbunden und dem Landleben verpflichtet, seine kulturelle Eigenständigkeit über die (polnisch geprägten) Jahrhunderte behielt und eine der ältesten Kultursprachen des Indogermanischen spricht. Hinzu kam die historische Hinterlassenschaft des Großfürstentums, die von der ersten Generation der litauischen Nationalbewegung zum nationalen Heldenmythos verklärt wurde.

Damit ist zugleich gesagt, dass die litauische Nationalbewegung zunächst keineswegs ein Massenphänomen war, vielmehr führte der Weg über den ländlichen Raum: "…ländliche Pfarrhäuser, die Wohnungen der Volksschullehrer wurden Zellen einer Bildungsarbeit, die die Jugend mehr und mehr in ihren Bann zog".[3]

Diese Entwicklung musste geradezu zwangsläufig in den Konflikt mit der polnischen Nationalbewegung führen, denn für diese stand mehr oder weniger fest, dass eine Wiederaufnahme der alten Union unter polnischer Dominanz außer Frage stehe. Verständnislos reagierte man auf die litauischen Bestrebungen: Polnisch sei die lingua glotta in den gebildeten Kreisen Litauens, das Land sei ohne die polnische Kultur und den von Polen ausgehenden Katholizismus ein Anachronismus. Die Spaltung zog sich bald auch durch den gesamten Klerus, wobei vor allem die niedere Geistlichkeit, die sich vorwiegend aus litauischen Bauernsöhnen rekrutierte, der neuen Nationalbewegung nicht ablehnend gegenüberstand.

Der Weg der litauischen Nationalbewegung war dabei keineswegs ein geradliniger und radikaler. Zunächst ging es im Kern um die Anerkennung einer kulturellen Autonomie in dem russisch und polnisch geprägten Umfeld. Bald entwickelten sich soziale Fragestellungen und Forderungen, die vor allem die Stellung der litauischen Bauern unter der als drückend empfundenen zarischen Verwaltung betrafen. Die Politisierung Ende des 19. Jahrhunderts gipfelte in der Forderung nach politischer Autonomie, wobei der Gedanke an eine eigene Staatlichkeit als reines Phantasieprodukt angesehen wurde. Die erste russische Revolution im Jahre 1905 änderte die Situation vollständig. Schon im Vorfeld der Ereignisse hatte die russische Regierung das Verbot, in lateinischer Schrift zu drucken, aufgehoben, doch kam diese Maßnahme ebenso zu spät wie die Zulassung der litauischen Unterrichtssprache im Mai 1905, um noch Kredit unter der litauischen Bevölkerung zu gewinnen. Das berühmte Oktobermanifest, das der Bevölkerung Versammlungs- und Vereinsfreiheit zugestand, führte in Wilna zur Einberufung des berühmten Großen Seimas von Wilna.[4] In der angeheizten Atmosphäre des Okto-

ber 1905 entschloss sich die Redaktion der Vilniaus Žinios (Wilnaer Tageszeitung), den Aufruf zu einem Treffen von Litauern zu veröffentlichen (29. Oktober nach julianischem Kalender) und ein Organisationskomitee zu gründen. Die enthusiastische Reaktion auf den Aufruf übertraf alle Erwartungen; im November 1905 versammelten sich schließlich mehr als 1.800 Delegierte in Wilna.

Obwohl in dem Memorandum an die russische Regierung 'nur' von einer Autonomie, einer Selbstverwaltung Litauens die Rede war, wurde in der Diskussion bereits von Unabhängigkeit gesprochen. Auch die Frage nach den Grenzen wurde intensiv erörtert: Das autonome Litauen sollte sich auf die ethnographisch litauischen Gebiete erstrecken, wobei umliegende Territorien aus ökonomischen, kulturellen, ethnischen oder anderen Gründen sich dem Kerngebiet anschließen sollten, wenn die Einwohner dies wünschten. Damit war 1905 das erste Mal von einer Landkarte die Rede, die bei allen späteren historischen Wechselfällen und Änderungen den heutigen litauischen Staatsgrenzen annähernd entsprach. Verbunden mit der Grenzfrage hatte die Konferenz von 1905 auch in einer anderen Hinsicht für Klarheit gesorgt: Das neue Litauen sollte ein ethnisch möglichst homogener Staat sein. Auch in dieser Hinsicht steht die Konferenz für eine grundsätzliche Entscheidung, die für das gesamte 20. Jahrhundert Prägewirkung haben sollte.

Die Fixierung auf ein ethnographisches Litauen beinhaltete zugleich die klare Absage an ein Wiederaufleben des polnisch-litauischen Doppelstaates. Die Genese der litauischen Nation entwickelte sich eher aus einem polnisch-litauischen als aus einem russisch-litauischen Gegensatz. In dieser Hinsicht sind die Ereignisse von 1905 nicht nur als Endpunkt einer gemeinsamen Entwicklung, sondern mehr noch als Ausgangspunkt einer Konfrontation zweier Ethnien unter nationalen Vorzeichen zu interpretieren.

Litauen im 20. und 21. Jahrhundert

Zum Katalysator der sich bereits 1905 abzeichnenden Entwicklungslinien wurde der Erste Weltkrieg. Das seit Sommer/Herbst 1915 vom Deutschen Reich besetzte Land litt unter der deutschen Okkupation und der Ausbeutung durch die deutsche Militärverwaltung. Die Besatzer gestatteten 1917 die Gründung einer litauischen Interessenvertretung, der Taryba (= Rat), die sie als Erfüllungsgehilfin für die eigene Hegemonie über das Land ansahen. Nachdem die Taryba zunächst den deutschen 'Wünschen' entsprechend die Unabhängigkeit des Landes und zugleich eine unauflösliche Anbindung an Deutschland verkündet hatte (Zoll- und Militärunion, permanenter Bündnisvertrag), kam es am 16. Februar 1918 zu einer zweiten Deklaration der Unabhängigkeit, in der davon die Rede war, der künftige litauische Staat müsse auf demokratischen Grundlagen fußen und über seine endgültige staatliche Form könne nur eine frei gewählte Nationalversammlung entscheiden. Nachdem der bolschewistische Vormarsch zum Stehen gebracht und die letzten deutschen Truppen 1919 aus dem Land hinauskomplimentiert worden waren, war der Weg zum ersten litauischen Staatswesen der Neuzeit frei. Die junge litauische Republik litt jedoch an außenpolitischen Hypotheken: in der Auseinandersetzung um Wilna hatten die Polen im Oktober 1920 mit einen fait accompli dem beständigen Hin und Her ein Ende gemacht und das Gebiet dem polnischen Staat einverleibt; in Memel/Klaipėda konnten sich die Litauer zwar im Januar 1923 durch einen angeblichen Aufstand der einheimischen Bevölkerung, der in Wirklichkeit nichts anderes war als eine verdeckte Usurpation durch litauische Gruppierungen, in den Besitz des von der Entente verwalteten Gebietes setzen, doch war das Memelland damit zu einem Objekt des deutschen Revisionismus geworden. Das kurze demokratische Experiment endete 1926 durch den Putsch junger Offiziere, der ein autoritäres Regime unter Antanas Smetona, einem der Gründer des Staates zwischen 1917 und 1919, an die Macht brachte.

Infolge des Hitler-Stalin-Paktes verlor Litauen im Sommer 1940 seine Unabhängigkeit. Bei der Aufteilung Ostmitteleuropas hatte das Land zunächst zur deutschen 'Interessensphäre' gehört, bevor es im Geheimen Zusatzprotokoll des deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrages im September 1939 im Austausch für polnische Gebiete der Sowjetunion zugeschlagen wurde. Nachdem die Sowjetunion bereits im Herbst 1939 exterritoriale Basen der Roten Armee in Litauen erpresst hatte, erfolgte während des deutschen Sieges über Frankreich im Juni 1940 die endgültige Okkupation. Unter diesen Umständen war bereits die Freude über die Übergabe des Vilniusgebietes durch die Sowjets an Litauen im Herbst 1939 verhalten. Ein Jahr stalinistischer Herrschaft reichte aus für einen begeisterten Empfang deutscher Truppen im Juni 1941, die in den ersten Tagen des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion Litauen überrannten. Die deutsche Herrschaft blieb trotz der mörderischen Auswirkungen - fast alle litauischen Juden wurden ermordet - ein Zwischenspiel, denn mit der Rückeroberung Litauens ab Sommer 1944 begann die zweite, fast 50 Jahre währende sowjetische Herrschaft. Litauen wurde zur "Sowjetischen Sozialistischen Republik" (Litauische SSR). Nach den ersten Jahren, die durch Massendeportationen nach Sibirien und stalinistischen Terror auf der einen, durch bewaffneten Widerstand und Partisanenkämpfe in den Wäldern auf der anderen Seite gekennzeichnet waren, kam es im Zeichen der Entstalinisierung zu Jahrzehnten der Akkommodation. In der litauischen Gesellschaft existierte aber immer ein Gegenbild zu den jahrzehntelang propagandistisch verbreiteten Behauptungen eines freiwilligen Beitritts zur Sowjetunion und den angeblichen Vorzügen des Sowjetsystems. Als in den 1980er Jahren Michail Gorbatschow (Gorbačëv) auf eine innere Reform des Systems setzte, entwickelte sich in wenigen Monaten eine nationale Unabhängigkeitsbewegung, der Sąjudis (= "Bewegung"). Am 13. März 1990 verkündete das erste frei gewählte litauische Parlament seit 1926 einseitig die Unabhängigkeit des Landes, doch waren die westlichen Staaten mit Ausnahme von Island nicht bereit, es wegen des Baltikums zu einem Bruch mit der sowjetischen Führung kommen zu lassen. Mit gewaltfreiem Widerstand und der ungeheuren Kraft einer friedlichen Massenbewegung gingen alle drei baltischen Staaten in die Auseinandersetzung mit der Zentrale in Moskau/Moskva, die nicht nur friedlich verlief: Am 13. Januar 1991 stürmten sowjetische Spezialeinheiten den Fernsehturm in Wilna und töteten dabei 13 litauische Zivilisten, darunter eine 19-Jährige. Der gescheiterte Moskauer Putsch im August 1991 machte schließlich den Weg zur Unabhängigkeit und völkerrechtlichen Anerkennung endgültig frei.

Die heutige Republik Litauen ist eine parlamentarische Demokratie und seit 2004 Mitglied der EU und der NATO. Das Staatsgebiet umfasst 65.300 km2, die Einwohnerzahl liegt bei 3,2 Mio. 2012 gehörten 83,7 % der Bewohner der Staatsnation an; die größten ethnischen Minderheiten stellten die Polen (6,6 %), die Russen (5,3 %) und mit deutlichem Abstand die Weißrussen (1,3 %).[5]

Die Deutschen in Litauen

Die Geschichte der deutschen Minderheit in Litauen[6] begann im Mittelalter, wobei vor allem in Kauen/Kaunas ein erstes Zentrum entstand. 1552 lebten 124 deutsche Familien in der Stadt an der Memel. Ab dem 16. Jahrhundert, verstärkt im ersten Drittel des 18. Jahrhunderts kamen Handwerker und Bauern ins Land, wodurch sich die deutsche Besiedlung stärker auf ländliche Gebiete konzentrierte. Die meisten deutschen Zuwanderer gehörten der evangelisch-lutherischen Konfession an, was die Gründung von eigenen Kirchengemeinden wie zum Beispiel Marijampol/Marijampolė oder Raseinen/Rasieniai zur Folge hatte. Geographisch konzentrierte sich die Volksgruppe auf das westliche und südwestliche Litauen. Bis ins 20. Jahrhundert existierten keine landsmannschaftlichen überregionalen Verbindungen, auf lokaler Ebene schuf die evangelische Kirche ein besonderes Zusammengehörigkeitsgefühl. In den 1920er Jahren betrug die Zahl der Litauendeutschen mindestens 30.000 (1,4 % der Gesamtbevölkerung), doch sind genaue Angaben schwierig, da bei der Volkszählung 1923 die Datener-

hebung in Bezug auf die Nationalität offenbar vielfach unzureichend war und dementsprechend nicht zutreffende Einträge in den Pässen vorgenommen wurden. Geht man von der Zahl der 1941/42 Umgesiedelten aus, erscheint eine Zahl von rund 45.000 Litauendeutschen vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges als realistisch.

Sieht man von einer kleinen städtischen Schicht ab, die vor allem in Kaunas und Marijampolė einen Schwerpunkt bildete (in den 1930er Jahren gab es ein deutsches Gymnasium in Kaunas), lebte eine deutliche Mehrheit (ca. 65 %) auf dem Lande und arbeitete als Bauer, Knecht oder Handwerker in den Dörfern und kleinen Provinzstädtchen. Fast 70 % der Volksgruppe lebte direkt oder indirekt von der Landwirtschaft, während akademische Berufe eine Ausnahmeerscheinung waren.

Das Schicksal der Litauendeutschen entschied sich durch eine deutsch-sowjetische Umsiedlungsvereinbarung vom 10. Januar 1941. Nach der baltendeutschen Minderheit in Estland und Lettland wurden nun auch die Deutschen in Litauen umgesiedelt. Insgesamt kehrten 50.142 Personen der Litauischen SSR den Rücken, doch der Weg 'Heim ins Reich' endete für die meisten zunächst in Aufnahmelagern im 'Warthegau'. Nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 und der Eroberung Litauens kam es 1942 zu einer ideologisch bedingten Rücksiedlung litauendeutscher Bauern, denen einheimische Landwirte weichen mussten, was zu großen Spannungen zwischen den Rückkehrern und ihren Nachbarn führte. Die Zahl der Rücksiedler ist nicht mehr exakt zu erfassen, sie dürfte zwischen 17.000 und 20.000 Personen betragen haben.

Nach 1945 fanden viele Litauendeutsche in der Bundesrepublik Deutschland eine neue Heimat. Ein weiterer Teil lebte in der DDR und eine nicht unbeträchtliche Menge kehrte Europa den Rücken und ließ sich in Nord- und Südamerika, vereinzelt auch in Australien nieder.[7]

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

Arvydas Anušauskas: Lietuva 1940-1990. Okupuotos Lietuvos istorija [Litauen 1940-1999. Eine Geschichte des besetzten Litauen]. 2., überarb. u. erw. Auflage. Vilnius 2007.

Alfonsas Eidintas, Vytautas Žalys: Lithuania in European Politics. The Years of the First Republic, 1918-1940. New York 1998.

Manfred Hellmann: Das Großfürstentum Litauen bis 1569. In: Ders. (Hg.): Handbuch der Geschichte Rußlands. Bd. 1, II: Bis 1613. Von der Kiever Reichsgründung bis zum Moskauer Zartum. Stuttgart 1989, S. 717-851.

Manfred Hellmann: Grundzüge der Geschichte Litauens und des litauischen Volkes. 4. Aufl. Darmstadt 1990.

Mešislovas Jučas: Lietuvos Didžioji Kunygaikštystė - istorijos bruožai [Das Großfürstentum Litauen - historische Grundzüge]. Vilnius 2010.

Zigmantas Kiaupa: Lietuvos valstybės istorija [Geschichte des litauischen Staates]. Vilnius 2004.

Zigmantas Kiaupa, Juratė Kiaupienė, Albinas Kuncevičius: The History of Lithuania before 1795. Vilnius 2000.

Gerhard Schulz: Das polnisch-litauische Königreich. Machtverfall und Teilung. München 1995 (Geschichte und Historische Hilfswissenschaften 63).

Claudia Sinnig: Litauen - ein literarischer Reisebegleiter. Frankfurt/M. 2002.

Harry Stossun: Die Umsiedlung der Deutschen aus Litauen während des Zweiten Weltkrieges. Untersuchungen zum Schicksal einer deutschen Volksgruppe im Osten. Marburg/L. 1993 (Historische und landeskundliche Ostmitteleuropa-Studien 12).

Joachim Tauber, Tobias Weger (Hg.), Christian Gahlbeck, Vacys Vaivada (Bearb.): Archivführer zur Geschichte des Memelgebiets und der deutsch-litauischen Beziehungen. Oldenburg 2006 (Schriften des Bundesinstituts zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 27).

Stanley V. Vardys, Judith B. Sedaitis: Lithuania - The Rebel Nation. Boulder, Col. 1997.

Periodika

Lietuvos Istorijos Metraštis [Jahrbuch für Geschichte Litauens]

Weblinks

Litauische Nationalbibliothek Mažvydas (http://www2.lnb.lt/lt/)

Litauisches Historisches Institut (www.istorija.lt)

Universität Vilnius (http://www.vu.lt/lt/)

Universität Kaunas (http://www.vdu.lt/)

Universität Klaipėda (http://www.ku.lt/)

Anmerkungen

[1] § 3 der Union zitiert nach Hellmann: Grundzüge, S. 77.

[2] Vgl. Egidijus Aleksandravičius, Antanas Kulakauskas: Carų valdžioje Lietuva XIX. amžiuje [Litauen unter der Herrschaft der Zaren im 19. Jahrhundert]. Vilnius 1996; Darius Staliūnas: Making Russians. Meaning and Practice of Russification in Lithuania and Belarus after 1863. Amsterdam 2007.

[3] Hellmann: Grundzüge, S. 112.

[4] Vgl. zu den Ereignissen von 1905 Egidijus Motieka: Didysis Vilniaus Seimas [Der große Seimas von Wilna]. Vilnius 1996.

[5] Vgl. http://db1.stat.gov.lt/statbank/selectvarval/saveselections.asp?MainTable=M3010215&PLanguage=0&TableStyle=&Buttons=&PXSId=3236&IQY=&TC=&ST=ST&rvar0=&rvar1

[6] Auf die Bevölkerung des Memelgebietes wird im Artikel 'Litauen' nicht weiter eingegangen, vgl. dazu den Artikel 'Memel/Klaipėda'. Es genügt der Hinweis, daß sich die Memeldeutschen immer als Reichsdeutsche verstanden und die Herrschaft Litauens zwischen

1923 und 1939 als Okkupation empfanden. Zwischen den Litauendeutschen und den Memelländern kam es zu keinen politischen und sozialen Kontakten, was die Kluft zwischen den beiden Volksgruppen deutlich belegt.

[7] Die Angaben zu den Deutschen in Litauen folgen der einschlägigen Monographie von Harry Stossun zu den Umsiedlungen der Litauendeutschen. Zur Situation der Deutschen in Litauen nach 1945 vgl. den Artikel von Ruth Leiserowitz.

Zitation
Joachim Tauber: Litauen. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2013. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/53701.html (Stand 23.12.2013).

Preußen (→ Autor/in gesucht)
Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Republik Moldau

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnungen

Republik Moldau oder Moldaurepublik, inoffiziell auch Moldawien oder Moldova

Amtliche Bezeichnung

rum. Republica Moldova

Etymologie

Die Region Moldau und daran anschließend die Republik Moldau sind nach dem Fluss Moldau (rum. Moldova) benannt, der durch die historische rumänische Provinz Moldau (im Nordosten Rumäniens gelegen) fließt, das heutige Staatsgebiet der Republik Moldau aber nicht mehr berührt. Die umgangssprachliche Bezeichnung „Moldawien“ geht auf die abgekürzte Übersetzung aus dem Russischen von „Moldauische Sozialistische Sowjetrepublik“ (Moldavskaja Sovetskaja Socialističeskaja Respublika; MSSR) zurück.

2. Geographie

Lage

Die Republik Moldau grenzt im Westen an Rumänien und wird im Norden, Osten und Süden von der Ukraine umschlossen. Das Staatsgebiet umfasst 33.851 km2.

Topographie

Zum Landschaftsbild des zwischen den Flüssen Pruth (rum. Prut) im Westen und Dnister (auch Dnjestr; rum. Nistru) im Osten gelegenen Großteils des heutigen Staatsgebiets vgl. den Beitrag „Bessarabien“.

Unter „Transnistrien“ wird heute ein schmaler Gebietsstreifen entlang des östlichen Ufers des Dnister verstanden. Dagegen umfasste das rumänische Besatzungsgebiet „Transnistrien“ während des Zweiten Weltkrieges die ukrainische Ebene um Odessa/Odesa, die im Süden von der Schwarzmeerküste, im Osten vom südlichen Bug (ukr. Piwdenny Buh) und im Westen vom Dnister begrenzt wurde.

Historische Geographie

Das Staatsgebiet der heutigen Republik Moldau deckt sich weitgehend mit der östlichen Hälfte des historischen Fürstentums Moldau, die 1812 an das Kaiserreich Russland fiel und mit dem Namen „Bessarabien“ bezeichnet wurde. Nach dem Zerfall des Russischen Reiches wurde im Dezember 1917 die Demokratische Republik Moldau gegründet. Nachdem sie von der rumänischen Armee im Januar 1918 eingenommen worden war, erklärte ein Teil der Mitglieder des Landesrats (Sfatul Țării) am 27. März 1918 den Anschluss an das Königreich Rumänien. Die sowjetrussische Regierung erkannte die Abtrennung des ehemaligen russischen Gouvernements Bessarabien nicht an und errichtete 1924 aus propagandistischen Gründen die kleine Autonome Moldauische Sozialistische Sowjetrepublik innerhalb der Ukrainischen SSR, die sich aus Gebieten östlich des Dnister zusammensetzte. Am 2. August 1940 wurde Bessarabien nach der Besetzung durch die sowjetische Rote Armee mit der Autonomen Moldauischen SSR zur eigenständigen Moldauischen Sozialistischen Sowjetrepublik (MSSR) zusammengeschlossen, die bis Juni 1941 bestand. Zwei große Distrikte im Süden Bessarabiens wurden der Ukrainischen SSR zugeschlagen. Im Herbst 1940 wurde die deutsche Minderheit auf das Gebiet des Deutschen Reiches umgesiedelt.

Als dessen Bündnispartner konnte Rumänien im Sommer 1941 das Gebiet von der Sowjetunion zurückerobern. Im April 1944 stießen sowjetische Truppen bis nach Kischinau/Chişinău vor. Nach der vollständigen Einnahme Bessarabiens durch die Rote Armee im August 1944 wurde dort erneut die Moldauische Sozialistische Sowjetrepublik (MSSR) errichtet. Die Grenzziehung wurde bei der Pariser Friedenskonferenz 1947 bestätigt. Die Republik wird seit der Erhebung des Rumänischen – laut Verfassung (1994) „Moldauischen“ – zur Amtssprache als „Republik Moldau“ (Republica Moldova) bezeichnet. Nach dem gescheiterten Putsch in Moskau/Moskva proklamierten am 27. August 1991 die moldauischen Parlamentsabgeordneten die Unabhängigkeit der Republik Moldau. Dagegen wandte sich eine Bewegung der slawischen Minderheit, die einen kleinen Gebietsstreifen, hauptsächlich östlich des Flusses Dnister, zur „Transnistrischen Moldauischen Sozialistischen Republik“ (Pridnestrovskaja Moldavskaja Respublika) erklärte. Diese Republik mit der Hauptstadt Tiraspol wurde jedoch als eigenständiges Staatswesen international nicht anerkannt.

Verweise auf im Lexikon behandelte Regionen

Bessarabien, Moldau

3. Geschichte und Kultur

Gebräuchliche Symbolik



Flagge der Republik Moldau.

Die 1990 noch zu Zeiten der Sowjetrepublik eingeführte Staatsflagge war anfangs stark umstritten, weil die Moldauische Volksfront die blau-gelb-rote Trikolore wählte, die mit der rumänischen Flagge identisch ist. Die Fahnen unterscheiden sich nur geringfügig durch das Wappen: Das Staatswappen der Republik Moldau zeigt einen braunen Adler mit einem Kreuz im Schnabel sowie einen Stierkopf – das Wappentier des ehemaligen Fürstentums Moldau – auf rot-blauem Grund. Im Wappen Rumäniens ist der Adler gelb eingefärbt, der moldauische

Stierkopf symbolisiert nur eine von insgesamt fünf abgebildeten historischen Provinzen Rumäniens.

Geschichte der Republik Moldau ab 1944

Die Geschichte der Republik Moldau ist eng mit der Region Bessarabien verknüpft, die seit der zweiten Gründung der Moldauischen Sozialistischen Sowjetrepublik (MSSR) 1944 bis heute größtenteils zum Staatsgebiet der Moldauischen Republik zählt. (Zur Geschichte der Moldauischen Republiken bis 1944 vgl. den Beitrag „Bessarabien“).

Unmittelbar nach der Einnahme des Gebietes durch die Rote Armee deportierte der NKVD viele Amtspersonen, die der Kollaboration mit den rumänischen Behörden bezichtigt wurden. Die Posten in der Verwaltung übernahmen zumeist Russen und Ukrainer aus anderen Teilen der Sowjetunion. Nach 1945 wurden viele erfolgreiche Bauern verbannt, denen Widerstand gegen das neue Abgabensystem angelastet wurde. Dieses System sowie eine außergewöhnliche Dürre führten 1946/47 zu einer Hungersnot, der nach Schätzungen bis zu 200.000 Menschen in der MSSR zum Opfer fielen. Am 5./6. Juli 1949 wurden wohlhabende Bauern, Händler und Angehörige verbotener Sekten mitsamt ihren Familien nach Kasachstan und Sibirien deportiert. Durch die Repression machte die Kollektivierung der Landwirtschaft schnelle Fortschritte: 1950 wurde verkündet, dass 97 % der landwirtschaftlichen Betriebe in „Gemeineigentum“ überführt wurden.[1] Zwischen 1950 und 1952 führte Leonid Brežnev (1906-1982) die Kommunistische Partei der MSSR; er und die meisten seiner Nachfolger sprachen nicht Moldauisch/Rumänisch. Ivan Bodiul (1918-2013), der Generalsekretär der Partei zwischen 1961 und 1980, profilierte sich durch besonders scharfes Vorgehen gegen traditionelle Strukturen. So wurden in den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts viele Kirchen und Klöster enteignet.

In den 1960er Jahren erholte sich der Agrarsektor und aus der Republik wurden landwirtschaftliche Produkte – besonders Wein, Kognak und Tabak – in die gesamte Sowjetunion ausgeführt. Gleichzeitig begann eine forcierte Industrialisierung, vor allem bei der Verarbeitung von Lebensmitteln. Aufgrund des steigenden Arbeitskräftebedarfs kamen viele Slawen in die Republik. Der Anteil der Moldauer an der Gesamtbevölkerung sank von 65,4 % im Jahr 1959 auf 63,9 % im Jahr 1979. Durch den Kinderreichtum der Moldauer erreichten sie 1994 einen Anteil von 64,5 %.[2]

Der soziale Aufstieg und die Besetzung von Führungspositionen waren für Slawen einfacher, da die offizielle Kommunikation ausschließlich in Russisch stattfand. Immer mehr Moldauer besuchten weiterführende Schulen, in denen in russischer Sprache unterrichtet wurde. Die urbanisierten Moldauer waren zumeist zweisprachig, auf dem Land dominierte weiterhin Moldauisch. Bei Volkszählungen wurde dies nicht als Rumänisch bezeichnet und einige Sprachwissenschaftler behaupteten sogar, dass es eine eigenständige ostromanische Sprache mit starken slawischen Einflüssen sei. Bis 1989 wurde Moldauisch in kyrillischer Schrift geschrieben, wodurch der Zugang zu Publikationen aus Rumänien erschwert war. Mit Rumänien gab es nur einen begrenzten Kulturaustausch und Reiseverkehr.

Im Zuge der national orientierten Außenpolitik Rumäniens begannen seit 1964 Bukarester Historiker den rumänischen Charakter Bessarabiens zu betonen. Dagegen unterstrichen Historiker der MSSR, dass dieses Gebiet durch die Einfügung in das Russische Reich seit 1812 eine andere Entwicklung als Rumänien vollzog. Nicolae Ceauşescu (1918-1989), der Staats- und Parteiführer Rumäniens, besuchte 1976 die MSSR und akzeptierte die Nachkriegsgrenzen. Doch als er sich 1989 explizit gegen das Reformprogramm von Michail Gorbačev

wandte, erhob er Gebietsansprüche. In der MSSR boykottierte Semion Grossu, der seit Dezember 1981 die Kommunistische Partei führte, ebenfalls die Reformen von Gorbačev.

Im Juni 1988 entstand die Demokratische Bewegung, die anfangs vor allem Glasnost durchsetzen wollte. Durch die Lockerung der Zensur wurde nun thematisiert, dass die Bildung der MSSR eine Folge des Molotov-Ribbentrop-Paktes von 1939 war. Einige national orientierte Gruppen forderten danach die Anerkennung des Moldauischen als Amtssprache, sie konnten breite Bevölkerungsteile mobilisieren. Per Akklamation beschloss eine „Große Nationalversammlung“ die Einführung der neuen Amtssprache. Mit Unterstützung der Moldauischen Volksfront wurde im Juli 1989 Mircea Snegur Präsident des Obersten Sowjet der MSSR. Eine Mehrheit im Sowjet verabschiedete am 31. August 1989 das neue Sprachgesetz, obwohl Abgeordnete der russischen Bewegung Edinstvo (Einheit) und des kleinen Turkvolkes der Gagausen dagegen protestierten. Wegen tätlicher Angriffe verließen viele Vertreter der slawischen Bevölkerung im Mai 1990 den Obersten Sowjet.

Nach dem gescheiterten Putsch in Moskau proklamierte die Mehrheit im Obersten Sowjet am 28. August 1991 die unabhängige Republik Moldau. Sie folgte damit dem Vorbild der Volksfronten im Baltikum, die das ebenfalls in jenen Tagen taten. Snegur wurde im September 1991 Präsident der Republik Moldau. Nach der Einführung des Moldauischen beziehungsweise Rumänischen als Amtssprache wurden viele Russophone aus staatlichen Institutionen hinausgedrängt.



Statue von Stefan dem Großen (um 1433-1504) in Kischinau. Hier versammeln sich die Anhänger einer Vereinigung der Republik Moldau mit Rumänien. Der Fürst hatte im 15. Jahrhundert die Gebiete für kurze Zeit zusammengeschlossen und gilt als zentrales Symbol der prorumänischen Bewegung in der Republik Moldau. [Foto: Wikimedia Commons. Myrabella CC-BY-SA-3.0].

Mit Unterstützung der 14. sowjetischen Armee, die später 14. russische Armee hieß, bauten radikale Slawen und Gagausen militärische Einheiten auf. Diese wandten sich vor allem gegen Bestrebungen einiger Anführer der Volksfront, die Republik an Rumänien anzuschließen. Zwischen März und Juli 1992 kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen mit vielen Todesopfern. Der russische Präsident Boris El'cin (Jelzin; 1931-2007) und der moldauische Präsident Snegur vereinbarten einen speziellen Status für Transnistrien, abgesichert durch eine gemeinsame Kontrollkommission. Die OSZE errichtete in Kischinau eine Mission zur Konflikteindämmung, die versuchte, die Kontakte zwischen den zerstrittenen Parteien aufrechtzuerhalten. Die Spannungen konnten im Fall der Gagausen entschärft werden, indem ihnen 1994 vertraglich weitgehende Rechte zur autonomen Verwaltung zugestanden wurden. In ihrem Siedlungsgebiet im Süden der Republik Moldau um die Stadt Comrat/Komrat wurde Gagausisch neben Rumänisch Amtssprache. Gegenüber den Vertretern der slawischen Minderheiten aus dem Gebiet der Moldauischen Republik Transnistrien besteht bis heute ein Spannungszustand.

2004 wurden separate Volkszählungen von der Regierung der Republik Moldau und in Transnistrien durchgeführt, die deutliche Unterschiede zeigen. In der Republik Moldau wurde folgende Struktur ermittelt: Moldauer (und Rumänen) 77,9 %, Ukrainer 8,34 %, Russen 5,94 %, Gagausen 4,36 %, Bulgaren 1,94 % und alle anderen unter 2 %; in der Enklave der Separatisten Transnistriens: Moldauer 32 %, Ukrainer 28,8 %, Russen 30,37 %, Gagausen 0,7 %, Bulgaren 2,5 % und kleinere Gruppen.[3]

Aufgrund der interethnischen Konflikte kam die Neugestaltung der Wirtschaft in der Republik Moldau nur langsam voran. Zwei Drittel des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens wurde seit den 1990er Jahren schrittweise privatisiert. Doch mit Parzellen von im Durchschnitt unter drei Hektar kann der Markt nicht ausreichend versorgt werden. Die wichtigsten Industriebetriebe befinden sich in Transnistrien, und die Republik Moldau ist auf Energielieferungen aus Russland angewiesen. Ein Viertel der 4,3 Millionen Moldauer arbeitet im Ausland, viele davon in Russland. Deren Überweisungen sind neben finanziellen Hilfsprojekten der Europäischen Union die wichtigsten Einahmen des Staates. Ein besonderes Merkmal der Republik ist, dass die 1993 neu gegründete Kommunistische Partei sehr viele Unterstützer hat, daher stellte sie zwischen 2001 und 2009 die Regierung. Diese Partei setzt sich für intensive wirtschaftliche Beziehungen mit Russland ein. Sie kritisiert, dass die moldauische Regierung im Juni 2014 ein Abkommen zur Assoziierung mit der Europäischen Union schloss, ohne die Bevölkerung durch ein Referendum zu befragen.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

Anuarul Statistic al Republicii Moldova [Statistisches Jahrbuch der Republik Moldau]. Chişinău 1994.

Iulian Fruntaşu: O istorie etnopolitică a Basarabiei 1812-2002 [Eine ethnopolitische Geschichte Bessarabiens 1812-2002]. Chişinău 2002.

Stefan Ihrig: Wer sind die Moldawier? Rumänismus versus Moldawanismus in Historiographie und Schulbüchern der Republik Moldova 1991-2006. Stuttgart 2008 (Soviet and post-Soviet politics and society 76).

Anton Moraru: Istoria românilor. Basarabia şi Transnistria 1812-1993 [Geschichte der Rumänen. Bessarabien und Transnistrien 1812-1993]. Chişinău 1995.

Claus Neukirch: Die Republik Moldau. Nations- und Staatsbildung in Osteuropa. Münster 1996 (Osteuropa 9).

Elena Şişcanu: Basarabia sub regimul bolşevic 1940-1952 [Bessarabien unter dem bolschewistischen Regime 1940-1952]. Bucureşti 1998.

Dareg A. Zabarah: Nation- and Statehood in Moldova. Ideological and political dynamics since the 1980s. Wiesbaden 2011.

Handbücher und Periodika

Klaus Bochmann, Vasile Dumbrava, Dietmar Müller, Victoria Reinhardt (Hg.): Die Republik Moldau. Republica Moldova. Ein Handbuch. Leipzig 2012.

Flavius Solomon: Identitate etnică şi minorităţi în Republica Moldova. O bibliografie [Ethnische Identität und Minderheiten in der Republik Moldau. Eine Bibliografie]. Iaşi 2001.

Anmerkungen

[1] Neukirch: Republik Moldau, S. 69f.

[2] Anuarul statistical [Statistisches Jahrbuch]. 1994, S. 64.

[3] Demografia Republicii Moldova: ro.wikipedia.org/wiki/Demografia_Republicii_Moldova (Zugriff 23.07.2014).

Zitation

Mariana Hausleitner: Republik Moldau. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32628 (Stand 22.08.2014).

Rumänien

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Rumänien

Amtliche Bezeichnung

România

Etymologische Herleitung

Der Name "Rumänien" (rum. România) rührt vom Namen der Mehrheitsbevölkerung des Landes, der Rumänen, her. Im Altertum gehörte ein Großteil des heutigen Rumäniens zu Dakien, einem frühstaatlichen Gebilde im Karpatenbecken, das in den Jahren 105–106 n. Chr. vom Römischen Reich erobert und in die Provinz "Dacia" umgewandelt wurde. Die römische Herrschaft dauerte bis zu dem von Kaiser Aurelian angeordneten Rückzug (273). Obwohl die Art der Ethnogenese des rumänischen Volkes nicht unumstritten ist, ist sich die Forschung weitgehend darüber einig, dass die römische Kolonisierung Dakiens kulturelle und sprachliche Konsequenzen hatte. Das Ethnonym Rumäne/român ist mit dem Ethnonym Römer/roman eng verwandt. Der Historiker Adolf Armbruster spricht von einer "orientalischen Romanität" im Frühmittelalter, die später mit dem rumänischen Volk gleichgesetzt wurde.[1] Ein anderer

ethnonymischer Begriff, der sich im Großen und Ganzen auf die im Gebiet des heutigen Rumäniens wohnhafte Bevölkerung bezieht, war "Walachen" (valahi). Vor allem seit dem 18. Jahrhundert haben die lokalen Eliten jedoch überwiegend die Bezeichnung români bevorzugt, da diese auf eine edle Herkunft der Bevölkerung anspielte und zugleich ein Argument zugunsten ihrer jahrhundertelangen Präsenz in einer umstrittenen Region wie Siebenbürgen darstellte.

2. Geographie

Lage und Topographie

Rumänien liegt im Südosten Europas. Seine heutige Fläche umfasst 238.391 km2. Die Nachbarstaaten Rumäniens sind Bulgarien im Süden, Serbien im Südwesten, Ungarn im Westen, die Ukraine im Norden und im Osten sowie die Republik Moldau im Nordosten. Im Südosten hat Rumänien eine direkte Verbindung zum Schwarzen Meer.

Historische Geographie

Am 5. Januar 1859 wurde Alexandru Ioan Cuza (1820–1873) zum Fürsten der Moldau (rum. Moldova) und kurz danach, am 24. Januar 1859, zum Fürsten der Walachei (rum. Valahia, Ungrovlahia, Ţara Românească oder Muntenia) gewählt. Die Hauptstadt des Staates war von Anfang an Bukarest/Bucureşti. Die zunächst auf die Person des Herrschers bezogene Vereinigung der beiden Fürstentümer wurde international im Jahr 1862 anerkannt. Die Vereinigten Fürstentümer der Moldau und der Walachei (rum. Principatele Unite ale Moldovei şi Valahiei) gaben sich – nach der Wahl von Karl (rum. Carol) I. von Hohenzollern-Sigmaringen zum Herrscher (rum. domnitor) – am 1. Juli 1866 eine Verfassung, die den Staatsnamen Rumänien festlegte. Bis 1878 stand Rumänien unter osmanischer Oberhoheit und umfasste die Walachei und die Moldau (ohne Dobrudscha und Bukowina, aber einschließlich Südbessarabiens). Die Nachbarn Rumäniens waren die Habsburgermonarchie im Westen, das Russische Reich im Norden und das Osmanische Reich im Süden.

1878, nach dem Russisch-Osmanischen Krieg von 1877/78, der in der rumänischen Historiographie als "Rumänischer Unabhängigkeitskrieg" dargestellt wird, wurde Rumänien unabhängig und erhielt die Norddobrudscha, verlor aber Südbessarabien an Russland. Nach dem Zweiten Balkankrieg erwarb Rumänien 1913 auch die Süddobrudscha (rum. Cadrilater), die seit 1878 zum Zarentum Bulgarien gehört hatte.

Die größten Grenzveränderungen fanden nach dem Ersten Weltkrieg statt, als Rumänien 1920 aufgrund der Pariser Vorortverträge Siebenbürgen, das Banat und die Bukowina (bis dahin zu Österreich-Ungarn) sowie Bessarabien (bis dahin zu Russland) zugesprochen wurden. Es entstand das sogenannte Groß-Rumänien (rum. România Mare) mit einer Fläche von 259.641 km2. Es grenzte an Bulgarien im Süden, Jugoslawien im Südwesten, Ungarn im Westen, die Tschechoslowakei im Nordwesten, Polen im Norden und an die Sowjetunion im Nordosten.

Auch der Zweite Weltkrieg brachte eine Reihe von Grenzveränderungen mit sich. Als Folge des Molotow-Ribbentrop-Pakts (1939) verlor Rumänien Bessarabien und die Nordbukowina an die Sowjetunion (Juni 1940). Aufgrund des Zweiten Wiener Schiedsspruchs (August 1940, im rumänischen Sprachgebrauch "Wiener Diktat") wurde Nordsiebenbürgen an Ungarn angeschlossen. Im September 1940 unterzeichneten Rumänien und Bulgarien den Vertrag von Craiova, aufgrund dessen die Süddobrudscha an Bulgarien abgetreten wurde. Während des Zweiten Weltkriegs annektierte Rumänien zwischen 1941 und 1944 Bessarabien und die Nordbukowina, zudem verwaltete es Transnistrien, das Gebiet zwischen den Flüssen Dnister und Bug. 1944/45 eroberte es Nordsiebenbürgen von Ungarn zurück. Der Vertrag von Paris

(1947) sprach Bessarabien und die Nordbukowina der Sowjetunion, Nordsiebenbürgen wieder Rumänien zu; diese Grenzveränderungen gelten bis heute.

Neben der administrativ autonomen Hauptstadt Bukarest ist der heutige rumänische Staat in 41 Kreise (rum. județ) gegliedert.

Verweise auf im Lexikon behandelte Regionen

Siebenbürgen, Banat, Moldau, Walachei, Oltenien (Kleine Walachei), Dobrudscha, Maramuresch, Kreischgebiet

3. Geschichte und Kultur

Nationsbildung

Wie in vielen anderen europäischen Ländern fand der Prozess des sogenannten "nationalen Erwachens" in Rumänien vor allem ab dem Ende des 18. Jahrhunderts statt. Obwohl es im Mittelalter keinen "rumänischen" Staat gegeben hatte, waren die Begriffe "rumân/român" und "Romania" schon damals geläufig. Letzterer bezog sich aber auf den nordöstlichen Teil des Römischen Reiches und nicht nur auf das Territorium nördlich der Donau.

Der Historiker Ioan Aurel Pop spricht von einer "mittelalterlichen rumänischen Nation" und von "mittelalterlichen rumänischen Solidaritäten"[2]. Solche Solidaritäten hatten aber kaum politische oder nationale Konnotationen und waren eher gezielte Antworten auf eine lokale Problematik. Eine ethnisch rumänische imagined community (im Sinne von Benedict Anderson)[3] konnte erst viel später entstehen, unter anderem im Zuge der Entwicklung von modernen Kommunikationsmitteln. Die sogenannten "rumänischen Fürstentümer" (Moldau, Walachei, Siebenbürgen) waren politische Konstrukte, in denen das ethnische rumänische Element keine staatstragende Rolle spielte. "Rumänien" als nationalstaatliches Ziel gab es vor dem 19. Jahrhundert nicht. Erst ab etwa 1800 wurde der Begriff "Romania" benutzt, um "alle von Rumänen bewohnten Länder" zu bezeichnen (Alex Drace-Francis).[4]

Die Moldau und die Walachei standen seit dem Mittelalter unter der mehr oder weniger intensiv ausgeübten Oberhoheit des Osmanischen Reiches, während Siebenbürgen bis 1526 zu Ungarn gehörte, dann ein autonomes Fürstentum unter osmanischer Oberhoheit wurde und von 1699 (Vertrag von Karlowitz/Karlovci) bis 1920 (Vertrag von Trianon) Teil der Habsburgermonarchie war. Eine rumänische Elite entstand in Siebenbürgen im 18. Jahrhundert, auch als Folge der Union eines Teils der orthodoxen mit der römisch-katholischen Kirche. Sie bot Möglichkeiten des sozialen Aufstiegs. Vertreter der sogenannten Siebenbürgischen Schule (rum. Şcoala Ardeleană) förderten die Ideen der Aufklärung und der Herder'schen Vorromantik; sie begründeten die ersten kohärenten Elitendiskurse über die rumänische Nationalidentität.

Auch in der Walachei und in der Moldau wurden Vorstellungen von einer "nationalen Identität" der Rumänen konstruiert. Während der Revolution von 1848/49 fand zu diesem Fragenkomplex ein intensiver Austausch zwischen den Eliten der drei Regionen statt.

Die sogenannte "Wiederentdeckung" der rumänischen Nationalidentität, als welche ihre eigentliche Konstruktion oft umgedeutet wurde, hatte auch eine sprachliche "Wiederlatinisierung" zur Folge (Verzicht auf das kyrillische Alphabet, Anreicherung der Lexik durch Wörter aus dem Lateinischen, Italienischen und Französischen zu Lasten von "unmodernen" slawischen, griechischen und türkischen Vokabeln); vor allem in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gab es auch Versuche der Aneignung von "westlichen" Anstandsregeln und Moden.

Rumänien zwischen 1859 und 1918/19

Zwischen 1859 und 1914 gab es drei wichtige Momente in der Geschichte des rumänischen Staates: 1866 wurde Fürst Alexandru Ioan Cuza zur Abdankung gezwungen und Karl (Carol) von Hohenzollern-Sigmaringen (1839–1914) wurde zum Fürsten von Rumänien (1866–1881; 1881–1914: König von Rumänien) gewählt. 1866 unterzeichnete Carol I. die erste weitgehend demokratische Verfassung des Landes, die bis 1923 gültig blieb und den einheitlichen Staat Rumänien als konstitutionelle Monarchie definierte. 1881 wurde das Königreich Rumänien proklamiert.

Zu Beginn des Ersten Weltkrieges war Rumänien mit den Mittelmächten verbündet, doch erklärte das Land bis 1916 seine Neutralität. Der Druck Frankreichs und die von Carols Neffen und Thronfolger Ferdinand (1865–1927; König von Rumänien 1914–1927) und von der Liberalen Partei unterstützten Sonderinteressen Rumäniens führten 1916 zum Kriegseintritt auf der Seite der Entente. Rumänien besetzte zeitweise Südsiebenbürgen und Teile Ostsiebenbürgens, wurde aber von den deutschen und den österreichisch-ungarischen Armeen im Herbst 1916 zurückgedrängt. Folglich besetzten Ende 1916 die Mittelmächte Bukarest und einen Großteil des Landes; die rumänische Regierung und die königliche Familie waren gezwungen, in die unbesetzte Moldau nach Jassy/Iaşi umzusiedeln. Mit der Hilfe einer vom General Henri Mathias Berthelot (1861–1931) geführten französischen Militärmission und den in Moldau stationierten russischen Truppen gelang es der von General Alexandru Averescu (1859–1938) geführten rumänischen Armee, die deutsche Offensive in die Moldau aufzuhalten. Als seinen größten Sieg feiert das Land die Schlacht von Mărăşeşti, als größte Niederlage den Frieden von Bukarest (Mai 1918), der allerdings angesichts der allgemeinen Entwicklungen und der Niederlage der Mittelmächte nicht umgesetzt wurde. Die nach dem Ende des Krieges durchgeführte Agrarreform (große Landzuteilung) hatte ihren Ursprung in den Versprechungen, die den Bauern während des Krieges vom König und von den rumänischen politischen Eliten gemacht wurden.

Groß-Rumänien in der Zwischenkriegszeit und im Zweiten Weltkrieg

Am Ende des Ersten Weltkriegs fand sich Rumänien auf der Seite der Siegermächte und profitierte davon. Siebenbürgen, das Banat, die Bukowina und Bessarabien schlossen sich auf jeweiligen rumänischen Volksversammlungen der einzelnen Regionen dem Königreich an. Von Symbolkraft war die am 1. Dezember 1918 in Karlsburg/Alba Iulia beschlossene Vereinigung Siebenbürgens mit Rumänien, die durch den Vertrag von Trianon besiegelt wurde.

Die Integration der neuen Territorien in den Gesamtstaat gestaltete sich problematisch, zum einen wegen der historisch bedingt unterschiedlichen politischen Kulturen, zum anderen wegen der Umwandlung des bis dahin überwiegend von Rumänen bewohnten "alten" Königreichs (auch Altreich/rum. Regat) in einen de facto pluriethnischen und multikulturellen Staat. Die Eliten in Bukarest betrachteten Rumänien jedoch als einen "rumänischen" Nationalstaat und hatten wenig Verständnis für die Anliegen der neuen Minderheiten. Eine Reihe von Reformen, wie z. B. die Agrarreform, die monetäre Reform oder die Reform des Erziehungssystems waren auf der einen Seite Schritte in der Richtung der Modernisierung des Landes und auf der anderen Seite Instrumente einer Nationalisierungspolitik.

Die Zwischenkriegszeit wird sowohl in weiten Teilen der rumänischen Historiographie als auch im öffentlichen Diskurs als goldene Epoche der rumänischen Geschichte überhöht. Die teleologische Deutung der Vereinigung als "Erfüllung eines tausendjährigen Traums des rumänischen Volkes" ist dem daraus resultierenden Nationalismus und Ethnozentrismus geschuldet. Der demokratische Charakter des rumänischen politischen Lebens und das vielfältige kulturelle Leben dieser Zeit wurde jedoch durch Rumänisierungsversuche entwertet. Die

den Minderheiten durch die Beschlüsse von Karlsburg am 1. Dezember 1918 versprochenen Rechte wurden nicht umgesetzt. Antisemitismus, die Affinität wichtiger Persönlichkeiten des kulturellen und politischen Lebens wie z. B. Emil Cioran (1911–1995), Mircea Eliade (1907–1986) und Octavian Goga (1881–1938) zu verschiedenen Formen des Faschismus, der Terrorismus der Eisernen Garde, die Korruption der politischen Eliten und vieles mehr diskreditierten das politische System und wirkten antidemokratisch.

Die Anziehungskraft autoritärer Staatsformen führte letztendlich zur Königsdiktatur Karls (Carols) II. (1893–1953; König von Rumänien 1930–1940). 1940, nachdem Rumänien Teile seines Territoriums kampflos verloren hatte, dankte der König ab. Im September 1940 etablierte sich in Rumänien eine faschistische Diktatur (stat național legionar) unter der Herrschaft von General (später Marschall) Ion Antonescu (1882–1946; Führer [conducător] Rumäniens 1940–1944), der von der faschistischen Eisernen Garde (Garda de Fier, auch Legiunea Arhangelului Mihail) unterstützt wurde. Im Januar 1941 kam es zu einer blutigen Auseinandersetzung zwischen der Eisernen Garde und Antonescu (sog. Legionärsputsch), aus der Antonescu siegreich hervorging.

1941 schloss sich Rumänien den Achsenmächten an und trat in den Krieg gegen die Sowjetunion ein. Seine Truppen besetzten Bessarabien mit Transnistrien und die Nordbukowina. Neben einem katastrophalen militärischen Feldzug gegen die Sowjetunion war das Regime Antonescus für die Durchführung eines eigenen rumänischen Programms zur Vernichtung der Juden und Roma in Transnistrien und auf dem alten Territorium Rumäniens verantwortlich. Am 23. August 1944 wurde Antonescu durch einen von dem jungen König Michael (Mihai) I. (geb. 1921; König Rumäniens 1927–1930, 1940–1947) gesteuerten Staatsstreich entmachtet; daraufhin schloss sich Rumänien der Anti-Hitler-Koalition an.

Da die Großmächte übereinkamen, Rumänien dem sowjetischen Einflussbereich zu überlassen, wurde das Land jedoch de facto von der Roten Armee besetzt. Die Sowjets erzwangen die Machtübernahme durch eine moskaufreundliche Regierung (6. März 1945) und die Abdankung Michaels I. Am 30. Dezember 1947 musste er das Land verlassen, die Rumänische Volksrepublik (Republica Populară Română) wurde ausgerufen.

Rumänien unter kommunistischer Herrschaft

Als Chef der Kommunistischen Partei (1948–1964 unter dem Namen Rumänische Arbeiterpartei, rum. Partidul Muncitoresc Român) regierte von 1947 bis 1965 Gheorghe Gheorghiu-Dej (1901–1965) mit eiserner Hand; politische Säuberungen und die Vernichtung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Elite des Landes im rumänischen "Gulag" waren die Folge. Dem sowjetischen Modell folgend, erfolgten eine von gewalttätigen Ausschreitungen begleitete Verstaatlichung des Privatbesitzes und die Kollektivierung der Landwirtschaft, mit tiefgreifenden Konsequenzen. Administrativ wurde Rumänien in "Regionen" umgestaltet. Die 59 Kreise (județe, administrative Einheiten in der Zwischenkriegszeit) wurden aufgelöst und durch 26 Regionen (regiuni) ersetzt, die dann mehrmals umgestaltet wurden. Von 1952 bis 1968 bestand auch die Autonome Ungarische Region (Regiunea Autonomă Maghiară) mit Sitz in Neumarkt am Mieresch/Târgu Mureş, die nach außen hin die Minderheitenrechte der Ungarn demonstrieren sollte, eigentlich aber ebenso wie die anderen Regionen der Bukarester Zentrale unterstand. 1968 stellte man die județe wieder her.

Gheorghiu-Dej gelang es, seine Gegner innerhalb der kommunistischen Elite zu beseitigen, z. B. Ștefan Foriș (1892–1946), Ana Pauker (1893–1960), Vasile Luca (1898–1963), Teohari Georgescu (1908–1976), Lucrețiu Pătrășcanu (1900–1954) und Remus Koffler (?–1954). Zudem setzte er sich für eine gewisse Loslösung von der sowjetischen Vorherrschaft ein. Die

von ihm vorangetriebene Industrialisierung des Landes widersprach den sowjetischen Plänen bezüglich einer vorrangig agrarischen Rolle Rumäniens im Wirtschaftsgefüge seiner Satellitenstaaten. Es gelang ihm auch, die sowjetische Armee 1958 dazu zu bewegen, das Land zu verlassen. Dieser Umstand und der sich anbahnende sowjetisch-chinesische Konflikt machten es möglich, dass die Rumänische Arbeiterpartei am 26. April 1964 eine programmatische Erklärung abgeben konnte, die die Unabhängigkeitstendenzen von Partei und Staat gegenüber der Sowjetunion artikulierte.

Nach dem Tod von Gheorghiu-Dej kam Nicolae Ceaușescu (1918–1989; 1965–1989) an die Macht, der den von Gheorghiu-Dej 1964 eingeleiteten Kurs der Distanzierung von Moskau intensivierte. Die Fortsetzung der Beziehungen mit Israel nach dem Sechstagekrieg (1967) und die Verurteilung des Einmarsches des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei (1968) waren wichtige Momente dieser Distanzierung, die auch zu einer Annäherung Rumäniens an den Westen führte. In diesem Zusammenhang wurden nicht nur diplomatische Beziehungen zu westlichen Staaten wie der Bundesrepublik Deutschland (1967) aufgenommen oder, etwa zu den Vereinigten Staaten, vertieft, sondern auch die Beziehungen zu anderen kommunistischen Ländern (China, Nordkorea), zu den blockfreien Staaten und zu internationalen Organisationen wie der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds intensiviert.

Eine letztlich katastrophale Wirtschaftspolitik (übergroße Projekte), eine zunehmend diktatorische Innenpolitik, das Abtreibungsverbot, die Tendenz zum Nationalkommunismus sowie der Personenkult um Ceaușescu schwächten jedoch das Land und mündeten schließlich in der blutigen Dezemberrevolution von 1989, die der kommunistischen Herrschaft ein Ende bereitete.

Zu den nachhaltigen Folgen der Diktatur gehören die Massenemigration der jüdischen und der deutschen Minderheit, die radikale Umgestaltung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft und die Pauperisierung der Bevölkerung.

Rumänien nach dem Ende des Kommunismus

Die postkommunistischen politischen Eliten in Rumänien förderten die Annäherung des Landes an die Europäische Union und an die NATO; der gleichzeitig eingeschlagene, dem Neoliberalismus verpflichtete Wirtschaftskurs führte jedoch zu großen sozialen Disparitäten.

Der erste Präsident des Landes nach der Wende war Ion Iliescu (geb. 1930; 1990–1996, 2000–2004), ein ehemaliger kommunistischer Apparatschik. Erst der erste postkommunistische Regierungswechsel (1996) ebnete den Weg für Kapitalismus und Marktwirtschaft. Während der zweiten Präsidentschaft Iliescus und der Ministerpräsidentschaft von Adrian Năstase (geb. 1950; 2000–2004), trat Rumänien 2002 der NATO bei. Unter Präsident Traian Băsescu (geb. 1951; ab 2004) und Ministerpräsident Călin Popescu Tăriceanu (geb. 1952; 2004–2008) wurde das Land 2007 in die Europäische Union aufgenommen.

In mancherlei Hinsicht scheint das jetzige Regime Ähnlichkeiten mit jenen der Zwischenkriegszeit aufzuweisen: verbreitete Korruption in der Politik und Wirtschaft, schwelende interethnische Auseinandersetzungen zwischen Rumänen und Ungarn, eine gewisse, dem Neokolonialismus vergleichbare Dominanz von ausländischen wirtschaftlichen Interessen. Schwer wiegt besonders, dass sich Rumänien zum "Lieferanten" billiger Arbeitskräfte für andere Länder der Europäischen Union, z. B. Italien, Spanien, Deutschland und Großbritannien, entwickelt hat, sodass sich der brain drain aus dem Lande verstärkt.

Bevölkerung

Zwischen 1859 und 2013 gab es 12 Volkszählungen in Rumänien (1859/1960, 1899, 1912, 1930, 1941, 1948, 1956, 1966, 1977, 1992, 2002, 2011). Sie wurden mit unterschiedlichen Methoden geführt, den wissenschaftlichen und ideologischen Paradigmen der jeweiligen Perioden untergeordnet.

Vor der Herausbildung Groß-Rumäniens war Rumänien ein Staat mit einer kleineren Anzahl von ethnischen Minderheiten. Laut den Volkszählungen aus dem 19. Jahrhundert, zählte Rumänien 3.864.848 (1859) und 5.956.690 Einwohner (1899).[5] Im Rahmen dieser Volkszählungen wurde jedoch nicht die Zahl rumänischer Bürger ermittelt, die sich als Deutsche bezeichneten.

Die von Sabin Manuilă geleitete Volkszählung aus dem Jahr 1930 zeigte, dass Rumänien de facto ein multikulturelles Land war. Nur 71 % der Bevölkerung (Gesamtanzahl: 18.057.028 Einwohner) waren Rumänen. Im Land lebten darüber hinaus Ungarn, Deutsche, Juden, Russen, Roma u.a.m. 4,1 % der Gesamtbevölkerung waren Deutsche (745.421 Bürger), u. a. Siebenbürger Sachsen, Banater Schwaben, Sathmarer Schwaben, Bukowinadeutsche, Bessarabiendeutsche, Dobrudschadeutsche.[6]

Im Kontext des Zweiten Weltkriegs und der damit verbundenen territorialen Schrumpfung zählte man im Jahr 1941 13.535.757 Einwohner in Rumänien. 542.325 davon waren Deutsche.[7]

Die erste Nachkriegsvolkszählung (1948) ergab eine Bevölkerungszahl von 15.872.624 Personen. Nicht die ethnische Zugehörigkeit, wohl aber die Muttersprache wurde abgefragt: 343.913 Befragte gaben Deutsch als Muttersprache an.[8] Die im Vergleich zu den früheren Volkszählungen kleine Anzahl von Deutschen ist nicht nur durch die Kriegsereignisse zu erklären

Während der kommunistischen Periode gab es einen stetigen Bevölkerungszuwachs: im Jahr 1956 hatte Rumänien 17.489.450 Einwohner, 348.708 davon waren Deutsche.[9] 1966 hatte das Land 19.103.163 Einwohner, darunter 382.595 Deutsche,[10] 1977 waren es 21.559.910 Einwohner, darunter 332.205 Deutsche.[11]

Der starke Rückgang der Bevölkerungszahl ist ein alarmierender Hinweis auf die sozialen und politischen Probleme des Landes im Postkommunismus. Im Jahr 1992 zählte Rumänien 22.760.449 Einwohner (davon 119.436 Deutsche),[12] 2002 waren es 21.680.974 Einwohner (davon 59.764 Deutsche).[13] Zur Zeit der letzten Volkszählung des Nationalen Statistischen Amtes 2011 lebten in Rumänien nur noch 19.042.936 Menschen, davon 16.869.816 Rumänen (88,6 %). Die größten ethnischen Minderheiten waren 2011 die Ungarn (1.237.746, 6,5 %) und die Roma (619.007, 3,2 %); die Deutschen in Rumänien (Siebenbürger Sachsen, Banater Schwaben, Sathmarer Schwaben usw.) zählten 36.884.[14] Eine unbekannte Zahl rumänischer Bürger wohnt und arbeitet in anderen Ländern der Europäischen Union, vor allem in Italien und Spanien.

4. Die Rumäniendeutschen

Aus historischer, kultureller und politischer Hinsicht sind die Siebenbürger Sachsen und die Banater Schwaben die wichtigsten deutschsprachigen Gruppen in Rumänien. Aber in toto bestand und besteht die deutsche Minderheit in Rumänien aus mehreren Gruppen: neben den Siebenbürger Sachsen und den Banater Schwaben lebten und leben hier die Sathmarer Schwaben, die Zipser im Wischauer Land, die Landler, die Bukowinadeutschen, die Dobrud-

schadeutschen und, in der Zeit der Zugehörigkeit Bessarabiens an Rumänien, die Bessarabiendeutschen.

Die diskursive Verschmelzung der deutschsprachigen Gruppen in Rumänien zu einer "deutschen Minderheit in Rumänien" ist ein Phänomenon aus der Zeit nach 1918. Stricto sensu kann man nur für die Zeit ab dem Ersten Weltkrieg von "Rumäniendeutschen" sprechen, da vor 1918 nur wenige "Deutsche" rumänische Staatsürger waren, z. B. die Dobrudschadeutschen und die Deutschen im sog. Altreich, insbesondere in Bukarest. Der Begriff "Rumäniendeutsche" wurde aber erst nach dem Zweiten Weltkrieg üblich, was die Bestrebungen zur Schaffung einer gemeinsamen Identität aller deutschsprachigen Gruppen des Landes zum Ausdruck bringt.[15]

Die Karlsburger Beschlüsse von 1918 über die Vereinigung Siebenbürgens mit Rumänien, beinhalteten auch Bestimmungen zu den Selbstbestimmungsrechten der mitwohnenden Völker, was bei den Sachsen, den Schwaben und den anderen deutschsprachigen Gruppen, aber auch bei anderen ethnischen Minderheiten im Land große Hoffnungen weckte. Dass die besagten Bestimmungen nie in die Praxis umgesetzt wurden, ist eine Ursache der ständigen Unzufriedenheit der deutschen Eliten. Trotzdem waren diese in der Regel bestrebt, mit den rumänischen Parteien zusammenzuarbeiten.

Eine Annäherung an den Nationalsozialismus erfolgte in allen deutschsprachigen Gruppen, wirkte sich für diese jedoch sehr unterschiedlich aus. Die Förderung der sog. Volksdeutschen durch die deutschen Nationalsozialisten und die Grenzveränderungen infolge des Ribbentrop-Molotow-Pakts trugen zur Umsetzung des "Heim ins Reich"-Programms bei. Infolge dieser Maßnahmen wurden Bukowina-, Bessarabien- und Dobrudschadeutschen in das seine Grenzen gewaltsam erweiternde Dritte Reich umgesiedelt.[16] Die Siebenbürger Sachsen und die Banater Schwaben waren von solchen Maßnahmen nicht betroffen. In der Hochphase der Macht und des Einflusses Hitlerdeutschlands in Europa und aufgrund der deutsch-rumänischen Annäherung wurde ihnen im November 1940, unter Führung der mit Berlin gleichgeschalteten "Deutschen Volksgruppe in Rumänien", ein hohes Autonomieniveau im Rahmen des rumänischen Staates gewährt. Viele junge, vom Nationalsozialismus begeisterte Rumäniendeutsche leisteten ab 1943 (Vertrag Hitler-Antonescu) Kriegsdienst in der Waffen-SS und in der Wehrmacht.[17] In diesem Zusammenhang wagten es viele von ihnen nach 1944/45 nicht mehr, in die rumänische Heimat zurückzukehren.

Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurden die Rumäniendeutschen eine ex-lex-Bevölkerung: ihre Enteignung (März 1945) und die temporäre Deportation der Arbeitsfähigen zum sog. Wiederaufbau in die Sowjetunion (Januar 1945 bis 1949) prägten das Leben der Siebenbürger Sachsen, der Banater Schwaben und der anderen noch in Rumänien lebenden Deutschen.[18] Zwischen 10 und 15 % der Russlanddeportierten kamen während der Verschleppung um; ein großer Teil der Überlebenden wurde schließlich nicht nach Rumänien, sondern in die damalige Sowjetische Besatzungszone Deutschlands entlassen, was zur Trennung von Familien dies- und jenseits des Eisernen Vorhangs führte. Die an der Grenze zu Jugoslawien lebenden Banater Schwaben wurden im Juni 1951, während des Stalin-Tito-Konflikts, zusammen mit anderen als unzuverlässig eingestuften Bevölkerungsgruppen (z. B. rumänische Großbauern und Fabrikbesitzer) in die Bărăgan-Steppe deportiert. Ab 1949 wurden den Rumäniendeutschen die bürgerlichen Rechte wieder zuerkannt und in den folgenden Jahren das Deutsche Antifaschistische Komitee gegründet, deutschsprachige Zeitungen ("Neuer Weg", "Banater Zeitung", "Volkszeitung") zugelassen und der muttersprachliche Unterricht erlaubt und staatlich gefördert. 1956 wurden die enteigneten Wohnungen zurückerstattet, die staatlich geförderten Theater in Hermannstadt/Sibiu und Temeswar/Timişoara gegründet. Die intellektuelle Elite, Unternehmer und Großbauern wurden dagegen politisch ver-

folgt und in Straflagern (z. B. Arbeitseinsatz am Donau-Schwarzmeer-Kanal) "umerzogen". Nach der Revolution in Ungarn (1956) wurden – etwa im sog. Schriftstellerprozess – erneut führende Intellektuelle eingesperrt.

Die Machtübernahme Nicolae Ceauşescus führte zunächst zu einer größeren Liberalisierung, die sich auch positiv auf das Minderheitenleben in Rumänien auszuwirken schien. Die Gründung des "Rates der Werktätigen deutscher Nationalität" im Jahr 1968 ist ein sichtbares Ergebnis dieser Liberalisierungsmaßnahmen.

Seit der 1970er Jahren, als die wirtschaftliche und soziale Politik Ceauşescus immer repressiver wurde und sich zu einer Art National-Kommunismus zu wandeln begann, wurden der interne und der externe Druck zur Auswanderung der Deutschen immer größer. Der sogenannte "Freikauf" von Rumäniendeutschen während des Kalten Krieges nahm im letzten Jahrzehnt des Ceauşescu-Regimes zu. Zahlreiche Rumäniendeutsche siedelten ab den 1960er, verstärkt in den 1970er und 1980er Jahren in die Bundesrepublik Deutschland aus. Diese Entwicklung erreichte ihren Höhepunkt mit der Revolution 1989 und der Grenzöffnung mit dem sog. Massen-Exodus der Deutschen aus Rumänien.

Noch im Dezember 1989 wurde das "Demokratische Forum der Deutschen in Rumänien" als repräsentative politische und kulturelle Organisation gegründet. Laut rumänischer Gesetzgebung war und ist diese Organisation fast automatisch mit einem Repräsentanten im rumänischen Parlament vertreten. Heute macht sich in den Ergebnissen der Volkszählungen ein zahlenmäßig starker Rückgang der der Rumäniendeutschen bemerkbar. Dennoch ist seit dem Jahr 2000 eine Wiederbelebung des deutschen kulturellen und politischen Lebens in Rumänien sichtbar, vor allem im Kreis Hermannstadt.

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

Nationsbildung

Adolf Armbruster: Romanitatea românilor. Istoria unei idei [Die Romanität der Rumänen. Geschichte einer Idee]. 2. Aufl. Bucureşti 1993.

Alex Drace-Francis: The Making of Modern Romanian Culture. Literacy and the Development of National Identity. London, New York 2006 (International Library of Historical Studies 41).

Keith Hitchins: Die Idee der Nation bei den Rumänen in Transsilvanien 1691–1849. Bukarest 1989.

Claude Karnoouh: L'invention du peuple. Chroniques de Roumanie et d'Europe Orientale. Paris 2008.

Sorin Mitu: Die ethnische Identität der Siebenbürger Rumänen. Eine Entstehungsgeschichte. Köln u. a. 2003 (Studia Transylvanica 29).

Ioan-Aurel Pop. Naţiunea română medievală: solidarităţi etnice româneşti în secolele XIII-XVI [Die mittelalterliche rumänische Nation: rumänische ethnische Solidaritäten zwischen dem 13. und dem 16. Jahrhundert]. Bucureşti 1998.

Epochenübergreifend

Mihai Bărbulescu, Dennis Deletant, Keith Hitchins, Şerban Papacostea, Teodor Pompiliu: Istoria României [Geschichte Rumäniens]. Bucureşti 2002.

Lucian Boia: Geschichte und Mythos. Über die Gegenwart des Vergangenen in der rumänischen Gesellschaft. Köln u. a. 2003 (Studia Transylvanica 30).

Florin Constantiniu: O istorie sinceră a poporului român [Eine ehrliche Geschichte des rumänischen Volkes]. Bucureşti 1997.

Catherine Durandin: Histoire des Roumains. Paris 1995.

Constantin C. Giurescu: Istoria românilor [Die Geschichte der Rumänen]. Bucureşti 1942–1946.(Deutsche Übersetzung Bukarest 1980)

Nicolae Iorga: Istoria românilor pentru poporul românesc [Geschichte der Rumänen für das rumänische Volk]. Vălenii de Munte 1908.

Literatur zu einzelnen Epochen ab 1859

Wolfgang Benz, Brigitte Mihok (Hg.): Holocaust an der Peripherie. Judenpolitik und Judenmord in Rumänien und Transnistrien 1940–1944. Berlin 2009 (Reihe Dokumente, Texte, Materialien / Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin 73).

Adrian Cioroianu: Pe umerii lui Marx. O istorie a comunismului românesc [Auf den Schultern von Marx. Eine Geschichte des rumänischen Kommunismus]. Bucureşti 2007.

Dennis Deletant: Hitler's Forgotten Ally. Ion Antonescu and His Regime in Romania 1940–1944. Basingstoke, New York 2006.

Tom Gallagher: Modern Romania. The End of Communism, the Failure of Democratic Reform and the Theft of a Nation. New York 2008.

Keith Hitchins: Rumania 1866–1947. Oxford 1994 (Oxford History of Modern Europe).

Irina Livezeanu: Cultural Politics in Greater Romania. Regionalism, Nation Building and Ethnic Struggle. Ithaca NY, London 1995.

Hans Christian Maner: Parlamentarismus in Rumänien (1930–1940). Demokratie in autoritärem Umfeld. München 1997 (Südosteuropäische Arbeiten 101).

Vladimir Tismăneanu: Stalinism for All Seasons. A Political History of Romanian Communism. Berkeley CA u. a. 2003 (Societies and culture in East-Central Europe 11).

Annemarie Weber: Rumäniendeutsche? Diskurse zur Gruppenidentität einer Minderheit (1944–1971). Köln u. a. 2010 (Studia Transylvanica 40).

Weblinks und Datenbanken

http://rolinest.edu.ro/V/C9TC9IGJ46KRL8M9Q6K8A5TGCHV3JA6BUR66IJA5AJ4CNFU2D7-00448?func=quick-

http://www.arhivelenationale.ro/index.php?lan=0&page=145 (Datenbank der Fonds und Sammlungen der Bukarester Nationalarchive)

http://archive.is/digitool.dc.bmms.ro:8881 (Datenbank der digitalisierten Quellen und Bücher über Rumänien)

http://www.society4romanianstudies.org/ (Seite der Gesellschaft für Rumänische Studien)

Anmerkungen

[1] Vgl. Armbruster: Romanitatea românilor, S. 17-45 et passim.

[2] Vgl. Pop: Națiunea română medievală. , S. 11 et passim.

[3] Benedict Anderson: Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts. Frankfurt/M., New York 1996.

[4] Drace-Francis: The Making of Modern Romanian Culture, S. 9.

[5] Leonida Colescu: Recensământul general al populațiunei României. Rezultate definitive precedate de o introducțiune cu explicațiuni și date comparative [Die allgemeine Volkszählung der Bevölkerung Rumäniens. Endgültige Ergebnisse, mit einer Einführung mit Erklärungen und vergleichenden Angaben]. Bucureşti 1905, S. XIX.

[6] Sabin Manuilă: Recensământul general al populației României din 29 decemvrie 1930. Volumul II: Neam, limbă maternă, religie [Die allgemeine Volkszählung der Bevölkerung Rumäniens vom 29. Dezember 1930. Bd. 2: Volk, Muttersprache, Religion]. Bucureşti 1938, S. XXIV.

[7] Institutul Central de Statistică: Recensământul general al României din 1941. 6 Aprilie. Date sumare provizorii [Die allgemeine Volkszählung Rumäniens vom 6. April 1941. Provisorische Angaben]. Bucureşti 1944, S. IX.

[8] Dr. A. Golopenția, Dr. C. Georgescu: Populația Republicii Populare Române la 25 ianuarie 1948. Rezultatele provizorii ale recensământului [Die Bevölkerung der Rumänischen Volksrepublik am 25. Januar 1948. Provisorische Ergebnisse der Volkszählung]. Bucureşti 1948, S. 37.

[9] Direcția Centrală de Statistică: Recensământul populației din 21 februarie 1956. Rezultate generale [Die Volkszählung vom 21. Februar 1956. Allgemeine Ergebnisse]. Bucureşti 1959, S. 556.

[10] Direcția Centrală de Statistică: Recensământul populației și locuințelor din 15 martie 1966. Vol.I: Rezultate generale. Partea I: Populație [Die allgemeine Volks- und Wohnungszählung vom 15. März 1966. Bd. 1: Allgemeine Ergebnisse. Teil 1: Bevölkerung]. Bucureşti 1969, S. 153.

[11] Direcţia Centrală de Statistică: Recensământul populaţiei şi al locuinţelor din 5 ianuarie 1977. Vol. I: Populaţie - Structura demografică [Die Volks- und Wohnungszählung vom 5. Januar 1977. Bd. 1: Bevölkerung - Demographische Struktur]. Bucureşti 1980, S. 614.

[12] Comisia Naţională pentru Statistică: Recensământul populaţiei şi locuinţelor din 7 ianuarie 1992. Rezultate preliminare [Die Volks- und Wohnungszählung vom 7. Januar 1992. Vorläufige Ergebnisse]. Bucureşti 1992, S. 38.

[13] Vgl. www.insse.ro/cms/files/rpl2002rezgen1/14.pdf (Zugriff 13.05.2012).

[14] Vgl. www.recensamantromania.ro/wp-content/uploads/2012/02/Comunicat_DATE_PROVIZORII_RPL_2011_.pdf (Zugriff 13.05.2012).

[15] Annemarie Weber: Rumäniendeutsche? Diskurse zur Gruppenidentität einer Minderheit (1944–1970). Köln, Weimar, Wien 2010.

[16] Dirk Jachomowski: Die Umsiedlung der Bessarabien-, Bukowina- und Dobrudschadeutschen. Von der Volksgruppe in Rumänien zur "Siedlungsbrücke" an der Reichsgrenze. München 1984.

[17] Paul Milata: Zwischen Hitler, Stalin und Antonescu. Rumäniendeutsche in der Waffen-SS. Köln, Weimar, Wien 2007.

[18] Hans Bergel: Der historische Bruch. Gründe der Emigration der Deutschen aus Rumänien. Referat an der 11. Sighet Sommerschule der Academia Civică-Stiftung, 2008.

Zitation

Cristian Cercel: Rumänien. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2013. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/53708.html (Stand 26.09.2013).

Russische Föderation (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Russland/Russisches Reich

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Russland, Russisches Reich, Russländisches Reich[1]

Amtliche Bezeichnung

Russkoe carstvo (1547–1721), Rossijskaja Imperija (1721–1917)

Lateinische Bezeichnung

Russia

Etymologie

Die Bezeichnung Rossija ist erstmals 1517 überliefert. Es handelt sich um eine gräzisierende Ableitung von der älteren Bezeichnung Rus'. Rus' und das dazugehörige Adjektiv russkij be-

zogen sich ursprünglich im Frühmittelalter auf die Skandinavier, die im Kiever Reich die Oberschicht bildeten, wurde aber bald zur Bezeichnung für das Reich selbst.

2. Geographie

2.1 Lage

Das Russische Reich erstreckte sich vom östlichen Mitteleuropa (Königreich Polen) und der Ostsee bis an die Pazifikküste, vom nördlichen Polarkreis bis über den Kaukasus und nach Zentralasien.

2.2 Topographie

Russland ist von der sprichwörtlichen Weite seines Raumes geprägt. Den größten Teil des europäischen Russland (westlich des Ural) bildet das osteuropäische Tafelland, das durch geringe Höhenunterschiede gekennzeichnet ist. Die Flüsse, darunter der größte Strom Europas, die Wolga, entwässern nach Norden (Weißes Meer), Nordwesten (Ostsee), Süden (Schwarzes Meer, Asowsches Meer) und Südosten (Kaspisches Meer).

Östlich und südlich des Ural, der wegen seiner leichten Passierbarkeit nur mit Abstrichen als natürliche Grenze zu betrachten ist, erstrecken sich die weiten Steppenlandschaften Westsibiriens und Turkestans (heute Kasachstans). Sie werden im Süden und Südosten von den Hochgebirgen Persiens, Zentralasiens und der Mongolei eingerahmt. Im Osten schließt sich das Mittelsibirische Bergland an. Ostsibirien und Russisch Fernost (zwischen Lena und Pazifik) sind gebirgig.

In diesem riesigen Territorium sind von Süden nach Norden parallel zu den Breitengraden extrem unterschiedliche Vegetationszonen anzutreffen: Wüste, Steppe, Mischwald, Taiga und Tundra. Die landwirtschaftlich nutzbaren Gebiete (Steppen- und Mischwaldzone) verengen sich jenseits des Ural keilförmig. Ein großer Teil Sibiriens liegt in der Zone des Dauerfrostbodens und ist daher nur mit großen Schwierigkeiten für Siedlung und Wirtschaft nutzbar.

2.3 Historische Geographie

Räumliche Ausdehnung

Das Russische Reich hatte um 1900 seine größte territoriale Ausdehnung. Im Westen grenzte es an das Deutsche Reich und an die Habsburgermonarchie, im Nordwesten an Schweden und Norwegen, im Süden hatte es bis an die Grenzen von Persien und Afghanistan expandiert, und im Fernen Osten reichte es bis an den Pazifik. Zum Herrschaftsgebiet des Zaren gehörten im Westen der größere Teil Polens, das Baltikum, Finnland und Bessarabien. Im Osten waren die Russen an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert nach Amerika vorgedrungen, hatten Alaska in Besitz genommen und in Kalifornien Stützpunkte gegründet. Die Präsenz in "Russisch-Amerika" endete 1867 mit dem Verkauf Alaskas an die Vereinigten Staaten von Amerika. Mit 22,4 Mio. km2 war das Russische Reich der größte Flächenstaat der Erde – die Vereinigten Staaten von Amerika um mehr als das Doppelte übertreffend. Eine größere Fläche nahm nur das Britische Empire unter Einrechnung seiner Kolonien ein.

Bevölkerung

Auf diesem Territorium lebten laut der Volkszählung von 1897 etwa 125,7 Mio. Menschen, beinahe vier Fünftel davon im europäischen – diesseits des Ural gelegenen – Teil des Reiches. Die riesigen Landmassen Sibiriens und Mittelasiens waren erst sehr dünn besiedelt bzw. aufgrund der natürlichen Bedingungen in weiten Teilen unbewohnbar. Die auf das gesamte Reich bezogene Bevölkerungsdichte war daher mit 5,8 Einwohnern je Quadratkilometer sehr

gering. In Zentralrussland betrug die Bevölkerungsdichte 17,1 Einwohner je Quadratkilometer – im Vergleich der Großmächte ein geringer Wert.

Land – Stadt

Der überwiegende Teil der Bevölkerung (86,6 %) lebte um 1900 auf dem Land. Nur 16,8 Mio. Menschen (13,4 % der Gesamtbevölkerung) wohnten in Städten, wobei viele der 932 als "Städte" klassifizierten Siedlungen nach mitteleuropäischen Maßstäben wenig urbanen Charakter aufwiesen, sondern lediglich aufgrund ihrer Funktion als administratives Zentrum eines Kreises oder Bezirks zu den Städten gerechnet wurden. Nur 19 Städte hatten mehr als 100.000 Einwohner: Darunter waren die Millionenstädte St. Petersburg/Sankt-Peterburg (1,3 Mio.) und Moskau/Moskva (1,0 Mio.) die größten, gefolgt von Warschau/Warszawa (638.000), Odessa/Odesa (405.000), Lodz/Łódź (315.000), Riga/Rīga (rund 280.000) und Kiew/Kyïv (247.000). Deutlich darunter rangierten Charkow/Charkiv (175.000), Wilna/Vilnius (160.000), Tiflis/Tbilisi (161.000), Taschkent/Toşkent (156.000), Saratow/Saratov (137.000), Kasan/Kazan' (132.000), Jekaterinoslaw/Dnipropetrovsk (121.000), Rostov am Don (120.000), Astrachan/Astrachan' (113.000), Baku (112.000), Tula (111.000), Kischinau/Chişinău (109.000). Der Schwerpunkt der städtischen Siedlungen lag im europäischen Reichsteil. Abgesehen von den beiden Hauptstädten, die eine Sonderrolle spielten, befanden sich die Großstädte aber überwiegend in der nichtrussischen Peripherie, besonders im russischen Teilungsgebiet Polens und in der Ukraine.

Nationalitäten

Das Russische Reich war ein multinationales Imperium. Die Volkszählung von 1897 bestimmte die ethnische Zugehörigkeit durch die Frage nach der Muttersprache. Auf der Grundlage dieser Erhebung bezifferte die offizielle Statistik den Anteil der "Russen" an der Gesamtbevölkerung des Reiches auf zwei Drittel. Dabei ist aber zu beachten, dass unter "Russen" auch Ukrainer und Weißrussen subsumiert wurden, deren Existenz als eigenständige Nationalitäten nicht anerkannt war, wenngleich sie über ihre "Dialekte" als Untergruppen in den Volkszählungsergebnissen aufscheinen. Berücksichtigt man diese Differenzierung, dann betrug der Anteil der Russen an der Gesamtbevölkerung nur 48 % (55,7 Mio.). An zweiter Stelle folgten die Ukrainer mit knapp 18 % (22,4 Mio.), an dritter die Polen mit 6 % (7,9 Mio.), an vierter die Weißrussen mit 5 % (5,9 Mio.). Mehr als jeweils eine Million Angehörige hatten folgende Nationalitäten: Juden (5,1 Mio.), Tataren (3,7 Mio.), Kasachen (3,1 Mio.), Deutsche (1,8 Mio.), Litauer (1,7 Mio.), Letten (1,4 Mio.), Georgier (1,4 Mio.), Baschkiren (1,3 Mio.), Armenier (1,2 Mio.), Moldauer (1,1 Mio.), Esten (1,0 Mio.). Die restlichen etwa 11 Mio. verteilten sich auf zahlreiche weitere kleinere Ethnien. Insgesamt erfasste die Volkszählung von 1897 mehr als 130 Sprachen. In konfessioneller Hinsicht waren die Verhältnisse übersichtlicher: Knapp 70 % entfielen auf die Russisch-Orthodoxe Kirche, 11,7 % auf Muslime, 9,1 % auf Katholiken, 4,1 % auf Juden, 2,8 % auf Protestanten und der Rest auf kleine religiöse Minderheiten.

Expansion und Migrationen

Die multiethnische und multikonfessionelle Struktur des Reiches verweist auf eine sukzessive, über mehrere Jahrhunderte verlaufende Expansion und auf Migrationsprozesse. Das erste ostslawische Reich, die im 9. Jahrhundert entstandene Kiever Rus', war im 12. und 13. Jahrhundert in Teilfürstentümer zerfallen und um 1240 unter die Herrschaft der Mongolen geraten. In weiterer Folge wurde das Großfürstentum Moskau zum Nukleus einer neuen Staatlichkeit, vereinigte im 14./15. Jahrhundert die übrigen Teilfürstentümer unter seiner Führung und konnte sich 1480 von der Mongolenherrschaft befreien. Dieser als "Sammeln der russischen Länder" bezeichnete Expansionsprozess ging unter Ivan IV. mit der Eroberung der Khanate Kazan' (1552) und Astrachan' (1556) in die Inkorporation von Territorien über, die nicht von Slawen besiedelt waren. Damit begann eine Expansion nach Osten und Süden, die

mit einer kontinuierlichen Ausdehnung des Siedlungsgebietes der Russen durch Kolonisation verbunden war. Bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts erfolgte die Eroberung Sibiriens, im 18. Jahrhundert wurde die nördliche Schwarzmeerküste in Besitz genommen und es kam im Zuge der Nordischen Kriege und der Teilungen Polens auch zur Expansion nach Westen. Im 19. Jahrhundert gelangte die Ausweitung des Staatsgebietes mit der Eroberung des Kaukasus und Zentralasiens an ihr Ende.

2.4. Verweise auf im Lexikon behandelte Regionen

Altairegion, Baltikum, Baškirien, Bessarabien, Dongebiet, Krim, Kurland, Livland, Schwarzmeergebiet, Sibirien, Turkestan, Wolgagebiet, Wolhynien.

2.5 Verweise auf im Lexikon behandelte Länder, die bis 1917 zum Russischen Reich gehörten

Armenien, Aserbaidschan, Estland, Georgien, Kasachstan, Kirgisien, Lettland, Litauen, Moldawien, Polen, Tadschikistan, Turkmenien/Turkmenistan, Ukraine, Usbekistan, Weißrussland.

3. Geschichte und Kultur - Russland

Periodisierung

Die Geschichte Russlands wird, abweichend von der Periodisierung in Mittelalter und Neuzeit, in Epochen eingeteilt, die sich auf die Herrschaftsbildungen beziehen: Auf die Kiever Rus' (9.–13. Jahrhundert) folgt die Periode der Mongolenherrschaft (13.–15. Jahrhundert), während der sich der Aufstieg Moskaus als neues Machtzentrum vollzog. Das Moskauer Reich (15.–17. Jahrhundert) bildet die Epoche, in der Russland durch Expansion und Zentralisierung seinen Charakter stark veränderte. Mit der Verlegung der Hauptstadt von Moskau in das neu gegründete St. Petersburg 1711 und der von Peter I. in Angriff genommenen beschleunigten Modernisierung Russlands nach westeuropäischem Vorbild beginnt die Epoche des Petersburger Imperiums, die bis zum Revolutionsjahr 1917 dauerte.

16.–17. Jahrhundert

Die Krönung Ivans IV. (1533–1584) zum Zaren im Jahre 1547 markiert in Kombination mit den Maßnahmen zur Verdichtung und Zentralisierung der Herrschaft einen neuen Staatsbildungsprozess. Richtung Osten stieß die Expansion nur auf geringen Widerstand, im Westen jedoch geriet Moskau in Konkurrenz zu den starken Nachbarn Schweden und Polen-Litauen. Im Zusammenhang mit den daraus resultierenden Konflikten und dem Aussterben der Dynastie der Rurikiden sowie wirtschaftlichen und sozialen Problemen geriet der Moskauer Staat um 1600 in eine schwere Krise, die als die Zeit der Wirren (Smuta) bezeichnet wird. Nach der Wahl von Michail Romanov (1613–1645) zum neuen Zaren konnten die Verhältnisse langsam wieder stabilisiert werden. Die Dynastie der Romanov blieb bis 1917 auf dem Thron.

Das 17. Jahrhundert war gekennzeichnet von einer Festigung der Autokratie, die sich im Gegensatz zu den absolutistischen Regimen Westeuropas nicht erst gegen konkurrierende Machtansprüche des Adels durchsetzen musste. Der russische Adel war ein Dienstadel, der keine regionalen Herrschaften und auch keine ständische Repräsentation ausbildete. Die Städte spielten als Machtfaktor ebenfalls keine Rolle, da sich in Russland das Prinzip der städtischen Freiheit nicht durchsetzte und kein Bürgertum entstand. Die Bauern waren im Laufe des 15. und 16. Jahrhunderts sukzessive in Leibeigenschaft geraten. Die Verfestigung der Leibeigenschaft erfolgte im 17. Jahrhundert, indem die Schollenbindung 1649 gesetzlich festgeschrieben wurde. Parallel zu diesem Prozess kam es das gesamte Jahrhundert hindurch immer wieder zu sozialen Unruhen und Volksaufständen.

Der Zugang zur Ostsee blieb dem Moskauer Reich durch die regionale Vorherrschaft Schwedens verwehrt. Gegenüber Polen-Litauen, das sich während der Smuta massiv in die inneren Verhältnisse Moskaus eingemischt hatte, gerieten die Russen hingegen in die Position des Stärkeren. Den Wendepunkt markiert die Einverleibung des Hetmanats der Zaporoger Kosaken (Ukraine) nach einem polnisch-russischen Krieg im Waffenstillstand von Andrusovo 1667.

Peter I. und Katharina II.

Mit der Expansion nach Südwesten war auch eine begrenzte Öffnung gegenüber Einflüssen aus Westeuropa verbunden. Diese schon im 17. Jahrhundert begonnene Entwicklung erhob am Beginn des 18. Jahrhunderts Peter I. (1689–1725) zum erklärten Programm seiner Herrschaft. Umfassende Reformen, die den Staat effektiver machen sollten, und die Erringung der Vorherrschaft im Ostseeraum durch den Sieg über Schweden im Großen Nordischen Krieg 1721 gingen Hand in Hand. Das Russische Reich wurde nun zu einer europäischen Großmacht und maß sich an den europäischen Konkurrenten und Partnern. Peter I. und seine Nachfolger(innen) bemühten sich, Russland nach dem Vorbild der westlichen absolutistischen Staaten administrativ, ökonomisch, militärisch und kulturell zu modernisieren. Eine wichtige Rolle kam in diesem Prozess ausländischen Fachleuten zu, die auf allen wichtigen Gebieten, vom Militär über Wissenschaft und Bildungswesen bis zur Architektur tätig waren.

Wegweisende Reformen initiierte Katharina II. (1762–1796), die sich von den Ideen der Aufklärung leiten ließ und die Autokratie durch die Schaffung eines ständischen Unterbaus gesellschaftlich unterfüttern wollte. Die schon von ihrem Vorgänger und Ehemann Peter III. dekretierte Befreiung des Adels von der Dienstpflicht wurde bestätigt und setzte zusammen mit der Privilegierung des Adels dessen Kräfte für ein eigenmotiviertes Engagement im Dienste des Staates frei. Der Preis für das Bündnis zwischen Autokratie und Adel war die Verfestigung der bäuerlichen Leibeigenschaft, da die adeligen Gutswirtschaften auf der Arbeitskraft der Leibeigenen basierten. Der Ansatz Katharinas, mit der Gnadenurkunde für die Städte ein Bürgertum zu schaffen, erreichte sein Ziel nicht. Die Städte und ihre Bewohner verblieben weiterhin in Abhängigkeit vom Staat.

Außenpolitisch und territorial konnte Russland unter Katharina II. seine Stellung im Konzert der europäischen Mächte weiter festigen: Erfolgreiche Kriege gegen das Osmanische Reich und die Teilungen Polens brachten große Gebietsgewinne im Süden und Westen. Katharinas Enkel Alexander I. (1801–1825) konnte diese Politik durch den Sieg über Napoleon 1812 ebenso fortsetzen wie den Ausbau des Behördenapparats und der Administration.

Dekabristenaufstand und Nikolaus I.

Nach seinem Tod kam es 1825 zu einem Putschversuch liberaler Offiziere, der sog. Dekabristen. Diese Revolutionäre verkörperten das wachsende Selbstbewusstsein des Adels sowie den Einfluss westlicher politischer Ideen, mit denen sie durch die Napoleonischen Kriege in Berührung gekommen waren. Der neue Zar Nikolaus I. (1825–1855) reagierte mit einer repressiven Politik, die darauf abzielte, die Autokratie zu festigen und revolutionäre Regungen im Keim zu ersticken. Als "Gendarm Europas" intervenierte Nikolaus I. 1848 in Ungarn, um die Habsburger bei der Niederschlagung der Revolution zu unterstützen.

Die Großen Reformen

Die Niederlage Russlands im Krimkrieg (1853–1856) offenbarte massive strukturelle Schwächen und gab den Anstoß für ein umfassendes Reformprogramm. Die Großen Reformen Alexanders II. (1855–1881) brachen auf vielen Gebieten mit alten Traditionen und verpflanzten moderne rechtsstaatliche Prinzipien nach Russland: 1861 wurde die Leibeigenschaft aufgeho-

ben, 1863–1865 das Bildungswesen reformiert, 1864 eine grundlegende Justizreform durchgeführt und mit dem Zemstvo – parallel zur staatlichen Verwaltung – eine gewählte Selbstverwaltung auf Gouvernements- und Kreisebene geschaffen, 1870 die Selbstverwaltung der Städte gestärkt, 1874 die allgemeine Wehrpflicht eingeführt. Damit beschritt Russland den Weg in Richtung auf einen effektiven Institutionen- und Rechtsstaat nach westeuropäischem Muster.

Im Gefolge dieser Reformen traten allerdings gravierende Probleme auf: Die von oben betriebene Verpflanzung westlicher Prinzipien kollidierte mit der Realität der Verhältnisse im Land, die sich nicht kurzfristig umkehren ließen. Indem die Autokratie an ihrem Machtmonopol festhielt und jegliche Form von Vertretungsorgan auf der Ebene des Staates abblockte, geriet sie zunehmend in Widerspruch zu Kräften aus der Gesellschaft, die sich gerade im Ergebnis der Reformen allmählich herausbildeten.

Korrektur der Reformen und Industrialisierung

Alexander III. (1881–1894) reagierte auf diese Probleme, die in den 1870er Jahren in der Aktivität revolutionärer Terroristen kulminiert hatten, mit einer Korrektur der Reformen. In ökonomischer Hinsicht wurde in den 1890er Jahren unter der Ägide des Finanzministers Sergej Vitte staatlicherseits die Industrialisierung vorangetrieben, ausgehend von der Einschätzung, dass Russland gegenüber den anderen Großmächten im Rückstand sei und Gefahr laufe, zur Peripherie abzusinken. Die Industrialisierung schritt zwischen 1890 und 1914 mit hohen Wachstumsraten voran, wobei ein großer Teil auf den Staat (Eisenbahnbau) sowie auf ausländische Investitionen und das Engagement ausländischer Unternehmer entfiel. Um 1900 waren 37 % des Aktienkapitals in Russland im Besitz von Ausländern. An der Spitze standen Franzosen, gefolgt von Briten, Deutschen und Belgiern. Die hohen Wachstumsraten dürfen allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass die russische Industrie in absoluten Zahlen immer noch weit hinter den führenden westlichen Ländern lag und Russland nach wie vor ein Agrarland war. 1913 waren nur 1,9 % der Bevölkerung (3,1 Mio.) in der Industrie beschäftigt.

Revolution 1905 und Staatsduma

Die Industriearbeiter in den großen Städten waren es aber, die trotz ihres geringen Anteils an der Bevölkerung aufgrund der schlechten Lebensverhältnisse zu einem sozialen Unruhepotential wurden und sich als empfänglich für die revolutionäre Propaganda erwiesen. Zusammen mit dem Aufbegehren liberaler Kräfte im Adel und in den Bildungsschichten mündeten die sozialen Probleme in die Revolution von 1905, die im Zusammenhang mit dem unglücklich verlaufenden Krieg gegen Japan ausbrach. Zar Nikolaus II. (1894–1917) sah sich gezwungen, eine Konstitution und eine gewählte Volksvertretung (Staatsduma) zu gewähren. Die Befugnisse dieses Parlaments waren ebenso beschränkt wie das Wahlrecht, aber ungeachtet dieser Defizite veränderten sich die politische Kultur und Öffentlichkeit in Russland nach 1906 nachhaltig. Auch in der ungelösten Agrarfrage wurde mit den Reformen des Ministerpräsidenten Arkadij Stolypin ab 1906 neue Wege beschritten.

Erster Weltkrieg und Revolutionen 1917

Das Zarenreich war zu Beginn des 20. Jahrhunderts auf vielen Gebieten von einer Wandlungsdynamik erfasst, hielt aber den Belastungen des Ersten Weltkriegs nicht stand. Im Februar 1917 musste Nikolaus II. abdanken, aber auch die demokratischen Kräfte (Provisorische Regierung), die sich nun mit den sozialistischen Revolutionären (Petrograder Sowjet) die Macht teilten, scheiterten und verloren den Rückhalt in der Bevölkerung. Im Oktober 1917 rissen die Bolschewiki unter der Führung Vladimir Lenins die Macht an sich und gaben sie

nicht wieder aus der Hand. Das Russische Reich versank 1918 im Chaos des Bürgerkriegs und wurde erst nach dessen Ende in Form der Sowjetunion in neuer Gestalt wiedererrichtet.

4. Deutsche im Russischen Reich

Siedlungsgeographie



Deutsche Auswanderung nach Russland im 18. und 19. Jahrhundert [© Ingenieurbüro für Kartographie J. Zwick, Gießen]

Die erste allgemeine Volkszählung von 1897 verzeichnete für das Territorium des Zarenreiches 1,8 Mio. Einwohner deutscher Muttersprache (1,4 % der Gesamtbevölkerung). 76 % waren Lutheraner, 13,5 % Katholiken, 3,7 % Mennoniten, 3,6 % Reformierte, 3,2 % gehörten anderen Konfessionen an. Mehr als drei Viertel der Deutschen lebten auf dem Land, 57,7 % waren in der Land- und Forstwirtschaft tätig. Die wichtigsten Siedlungsgebiete der Deutschen waren die untere Wolga (326.861 Deutsche in den Gouvernements Saratov und Samara), das sog. Schwarzmeergebiet (377.798 in den Gouvernements Cherson, Taurien, Ekaterinoslav, Bessarabien und Dongebiet), Russisch-Polen (407.274 in den sog. Weichselgouvernements), Wolhynien (171.331), die Ostseeprovinzen (165.627 in den Gouvernemts Livland, Estland und Kurland) und die beiden Hauptstädte St. Petersburg (46.550) und Moskau (17.717). Darüber hinaus arbeiteten deutsche Handwerker, Unternehmer, Gewerbetreibende, Ärzte, Apotheker, Offiziere, Beamte und Gelehrte – um typische Berufe zu nennen – beinahe über das gesamte Reich verstreut. Bäuerliche Kolonisten hatten sich in einer Reihe weiterer kleinerer Siedlungsgebiete und Streusiedlungen niedergelassen. Nicht unerwähnt bleiben dürfen auch die zahlreichen aus deutschen Fürstenhäusern stammenden Ehepartner der russischen Herrscher(innen) des 18. und 19. Jahrhunderts.

Im Laufe des 20. Jahrhunderts verschob sich der Siedlungsschwerpunkt der Deutschen infolge mehrerer Umstände nach Osten: Eine wirtschaftlich bedingte Migration bäuerlicher Kolonisten aus ihren ursprünglichen Siedlungsgebieten an der Wolga und am Schwarzen Meer Richtung Nordkaukasus, Südural, Sibirien und Mittelasien hatte schon um die Jahrhundertwende eingesetzt. Nach dem Ersten Weltkrieg schieden die Deutschen Polens, der baltischen Länder, Westwolhyniens und Bessarabiens gemeinsam mit den Territorien, in denen sie lebten, aus dem Verband des Russischen Reiches aus. Die in der Sowjetunion verbliebenen Deutschen wurden 1941 aus ihren Siedlungsgebieten westlich des Ural nach Mittelasien und Sibirien deportiert und über große Territorien zerstreut.

Deutsche Fachleute im 15.–18. Jahrhundert

Bei den Deutschen im Russischen Reich handelte es sich um Angehörige sehr unterschiedlicher Gruppen, die außer der Sprache nur wenig miteinander gemein hatten. Anwerbungen von Bergleuten, Handwerkern und militärischen Fachleuten sind bereits aus dem 15. Jahrhundert bekannt. Im 16. Jahrhundert entstand die Ausländervorstadt oder "deutsche Vorstadt" (nemeckaja sloboda) Moskaus. Einen Aufschwung erfuhr die Anwerbung ausländischer Spezialisten, darunter auch Deutsche, unter Peter I., der mit ihrer Hilfe die Modernisierung Russlands nach westlichem Vorbild voranzutreiben suchte. Das ganze 18. Jahrhundert hindurch waren Deutsche, zusammen mit anderen westlichen Ausländern, als Fachkräfte in Russland präsent. Bei diesen Spezialisten handelte es sich allerdings zu einem großen Teil um Personen, die nur zeitweilig in Russland lebten und nach ihrer Tätigkeit wieder in die Heimat zurückkehrten.

Ostseeprovinzen und Polen

Im 18. Jahrhundert vergrößerte sich aber auch die Zahl der russischen Untertanen deutscher Sprache. Im Zuge seiner Expansion nach Westen erwarb das Zarenreich Territorien mit einem deutschen Bevölkerungsanteil: Im Zusammenhang mit dem Großen Nordischen Krieg unterstellten sich die von den deutschbaltischen Ritterschaften dominierten Ostseeprovinzen 1710 dem russischen Kaiser. Die Vorfahren der Deutschbalten waren teilweise seit dem Beginn des 13. Jahrhunderts in Livland, Estland und Kurland ansässig. Der zahlenmäßig kleine deutschbaltische Adel stellte die agrarische Elite der Ostseeprovinzen, während das kaufmännische Bürgertum das Patriziat der Städte bildete. Hinzu kam, neben einer dünnen Schicht von Bauern und Handwerkern, eine kulturgeschichtlich bedeutende Bildungselite, die sog. Literati. Die Deutschbalten spielten bis 1917 eine überproportionale Rolle im Offizierskorps und im Beamtenapparat des Zarenreiches. Die dritte Teilung Polens 1795 brachte einen großen Teil der Deutschen Polens unter russische Hoheit. Die Deutschen Polens waren sowohl auf dem Land als auch in den Städten ansässig, wo sie mancherorts, z. B. in Lodz/Łódź, einen bedeutenden und ökonomisch wichtigen Anteil der Bevölkerung ausmachten.

Einladungsmanifest von Katharina II. und Ansiedlung an der Wolga


Von GOttes Gnaden
Wir Catharina die Zweyte,
Kayserin und Selbstherrscherin aller Reußen,
zu Moscau, Kiew, Wladimir, Nowgorod, Zaarin zu Casan,
Zaarin zu Astrachan, Zaarin zu Sibirien, Frau zu Pleskau und Großfürstin zu Smolensk, Fürstin zu Esthland und Livland, Carelien, Twer,
Jugorien, Permien, Wiatka, Bolgarien und mehr andern; Frau und
Großfürstin zu Nowgorod der Niedrigen Landen, zu Tschernigow, Re-
san, Rostow, Jaroslaw, Belosersky, Udorien, Obdorien, Condinien,
und der ganzen Nord-Seite Gebieterin und Frau der Iberischen Lan-
den, der Cartalinischen und Grusinischen Zaaren und des Cabardinischen
Landes, der Tscherkassischen und Gebirgischen Fürsten und mehr an-
dern Erb- Frau und Beherrscherin.

Von GOttes Gnaden
Wir Catharina die Zweyte,
Kayserin und Selbstherrscherin aller Reußen,
zu Moscau, Kiew, Wladimir, Nowgorod, Zaarin zu Casan,
Zaarin zu Astrachan, Zaarin zu Sibirien, Frau zu Pleskau und Groß-
fürstin zu Smolensk, Fürstin zu Esthland und Livland, Carelien, Twer,
Jugorien, Permien, Wiatka, Bolgarien und mehr andern; Frau und
Großfürstin zu Nowgorod der Niedrigen Landen, zu Tschernigow, Re-
san, Rostow, Jaroslaw, Belosersky, Udorien, Obdorien, Condinien,
und der ganzen Nord-Seite Gebieterin und Frau der Iberischen Lan-
den, der Cartalinischen und Grusinischen Zaaren und des Cabardinischen
Landes, der Tscherkassischen und Gebirgischen Fürsten und mehr an-
dern Erb- Frau und Beherrscherin.

Einladungsmanifest Katharinas der II. 1763 [Hessisches Staatsarchiv Marburg, Best. 4e, 1807]

Die Geschichte der Russlanddeutschen im engeren Sinne, also derjenigen Kolonisten, deren Nachfahren bis heute in Russland leben bzw. inzwischen als Spätaussiedler nach Deutschland gekommen sind, begann um die Mitte des 18. Jahrhunderts. Das berühmte Einladungsmanifest Katharinas II. von 1763 legte den Grundstein für die Einwanderung mehrerer Zehntausend Deutscher an die Wolga. Katharina folgte dem damals in Europa modernen Beispiel staatlicher Kolonisationspolitik, dünn besiedelte Regionen mit Einwanderern zu erschließen und durch die Vermehrung der Bevölkerung (Impopulation) den Wohlstand und die Einnahmen des Staates zu steigern.

Katharina II. schickte Anwerber ins Ausland, um das Manifest bekannt zu machen. Jedem, der bereit war, sich auf unbebautem Land anzusiedeln, versprach sie die Zuteilung von Land, einen Vorschuss zum Bau von Häusern und die Anschaffung von Vieh und Geräten, eine 30-jährige Abgabenfreiheit, freie Wahl des Wohnortes, innere Selbstverwaltung, freie Religionsausübung und Freiheit vom Militärdienst auf ewige Zeiten.

Herkunftsländer

Da Österreich, Preußen, Frankreich und Spanien selbst siedlungspolitische Projekte verfolgten, verboten sie ihren Einwohnern die Auswanderung. Das Gleiche galt für etliche deutsche Kleinstaaten. Das Manifest Katharinas konnte daher nur in den freien Reichsstädten und in einigen süd- und westdeutschen Herrschaften verbreitet werden. Dort trafen die russischen Werber auf lebhaftes Interesse. Vor allem die Bevölkerung in Hessen hatte kurz zuvor so stark unter dem Siebenjährigen Krieg gelitten, dass viele an Auswanderung dachten, um dem Elend zu entrinnen. Die Werbeagenten wurden nach der Zahl der Auswanderungswilligen bezahlt und erzeugten durch skrupellose Versprechungen ein regelrechtes Auswanderungsfieber, sodass die Aufnahmelager überlastet waren und die russische Regierung 1766 vorläufig die Anwerbung einstellte.

Ansiedlungen im Schwarzmeergebiet

Das zweite große Siedlungsgebiet von Deutschen im Zarenreich entstand einige Jahrzehnte später am Schwarzen Meer, in der heutigen Südukraine, auf der Krim und in Bessarabien. Diese Landstriche hatten bis zur Eroberung durch die Russen unter türkischer Herrschaft gestanden und waren nur dünn besiedelt. 1785 erließ die russische Regierung einen neuerlichen Aufruf, um ausländische Kolonisten ins Land zu holen. Die Ansiedler kamen diesmal vorwiegend aus Westpreußen, aus Württemberg, Baden, dem Elsass und der Pfalz. Die Auswanderungsgründe waren teils wirtschaftliche Not und die Folgen der Napoleonischen Kriege, teils waren sie religiöser Art, wie zum Beispiel bei den württembergischen Pietisten oder bei den Mennoniten aus Westpreußen, einer protestantischen Glaubensgemeinschaft, die nach dem Prinzip der Gewaltfreiheit lebte, Militärdienst ablehnte und deshalb auswandern wollte, als ihre Siedlungsgebiete von Preußen annektiert wurden.



Das heutige Marx, eine 1766 gegründete Siedlung an der Wolga, erhielt zunächst den Namen Katharinenstadt bzw. Baronsk [In: Karl Stumpp: Die Rußlanddeutschen, zweihundert Jahre unterwegs, 1964, S. 52].

Im Wolgagebiet erhielten die Ansiedler je Familie umgerechnet rund 30 Hektar Land zugeteilt, im Schwarzmeergebiet 65 bis 70 Hektar. Die russischen Behörden waren in der zweiten Phase der Anwerbung wählerischer und setzten bestimmte Kriterien fest, wer einwandern durfte und wer nicht. Man musste entweder ein verheirateter Bauer sein oder ein Handwerk gelernt haben und ein gewisses Vermögen besitzen. Die russische Regierung erhoffte sich von der Einwanderung Impulse für die eigene Wirtschaft. Die Ansiedler sollten den russischen Bauern in Landwirtschaft und Handwerk ein Beispiel geben. Sie wurden in planmäßig angelegten neu gegründeten Dörfern angesiedelt, die in der Regel zu geschlossenen Bezirken zusammengefasst waren.

Im Jahre 1819 wurde die Ansiedlung seitens der Regierung grundsätzlich eingestellt, doch kamen auch danach noch Einwanderer ins Land, die allerdings nicht mehr mit einer Zuteilung von Land durch die Regierung rechnen konnten. Die Zahl der im Schwarzmeergebiet angesiedelten Deutschen betrug insgesamt rund 50.000.

Weitere Siedlungsgebiete

Neben diesen zwei großen Siedlungsgebieten an der Wolga und am Schwarzen Meer entstanden noch einige kleinere, zum Beispiel im Kaukasus und in der Nähe von St. Petersburg. Unabhängig von der staatlichen Ansiedlungsaktion ließen sich auch in den größeren Städten Russlands deutsche Handwerker und Gewerbetreibende nieder, die im Laufe des 19. Jahrhunderts zu einem bedeutenden Faktor des Wirtschaftslebens wurden und teilweise große Fabriken aufbauten, die ganz Russland mit bestimmten Produkten belieferten. In der entlegensten Provinz konnte man auf deutsche Ärzte, Apotheker oder Bäcker treffen. Städte mit nennenswertem deutschem Bevölkerungsanteil waren St. Petersburg, Moskau, Saratov und Odessa. Eine letzte große Einwanderungswelle brachte in den 1860er bis 1880er Jahren mehrere Zehntausend Deutsche nach Wolhynien. Bei ihnen handelte es sich mehrheitlich um deutsche Bauern aus Polen, die weiter nach Osten wanderten, aber auch um Einwanderer aus Preußen. Sie wurden nicht vom Staat angeworben, sondern kamen auf eigene Faust ins Land und kauften oder pachteten Land auf privatrechtlicher Grundlage.

Wirtschaftliche Entwicklung

Die Entwicklung der deutschen Kolonien im 19. Jahrhundert verlief an der Wolga und im Schwarzmeergebiet recht unterschiedlich. Beiden gemeinsam waren anfängliche Schwierig-

keiten durch das ungewohnte Klima, fehlende Infrastruktur und organisatorische Unzulänglichkeiten der Ansiedlungsbehörde. Die aus Deutschland mitgebrachten landwirtschaftlichen Kenntnisse waren vielfach unter den Klima- und Bodenbedingungen der russischen Steppe wertlos. Zudem befanden sich besonders unter den Wolgadeutschen viele unqualifizierte Personen, die vorher gar nicht in der Landwirtschaft gearbeitet hatten. Von einer mustergültigen Wirtschaftsweise, von der die anderen Bauern hätten lernen können, konnte in der Anfangsphase keine Rede sein. Die Ansiedler mussten vielmehr ums nackte Überleben kämpfen und übernahmen notgedrungen Methoden und Arbeitsweisen der Einheimischen. Erst später kam es zu einem neu erarbeiteten wirtschaftlich-technischen Fortschritt, der die Kolonien von der Umgebung abhob. Gemeinsam war beiden Siedlungsgebieten auch ein starkes Bevölkerungswachstum infolge einer hohen Kinderzahl.

Von den russischen Bauern unterschieden die Kolonisten die weitergehende Selbstverwaltung der Gemeinden, das Steuersystem und die Agrarverfassung. In den russischen Dörfern war es üblich, von Zeit zu Zeit den gesamten Grundbesitz nach der Zahl der Familienmitglieder neu zu verteilten. Das führte dazu, dass die Pro-Kopf-Anteile immer kleiner und die Höfe immer weniger leistungsfähig wurden. Den ausländischen Kolonisten schrieb die Behörde hingegen vor, den Hof samt dem dazugehörigen Landquantum jeweils ungeteilt zu vererben. Dieses System schützte den Besitz vor Zersplitterung, warf aber das Problem auf, dass die ausgesteuerten Söhne anderwärtig ihren Lebensunterhalt suchen mussten.



Inserat der Pflugfabrik Höhn [Odessaer Kalender 1909, S. 216].

Im Zusammenhang mit dieser Problematik entstand der deutliche Unterschied zwischen dem Wolgagebiet und dem Schwarzmeergebiet. Während die Schwarzmeerdeutschen die von der Ansiedlungsbehörde verordnete Regelung beibehielten, wichen die Wolgadeutschen unter dem Einfluss der dortigen Kolonialverwaltung bereits 1785 vom Prinzip des ungeteilten Vererbens ab und übernahmen das russische System der periodischen Umverteilungen. Dadurch kam es mit der Zeit zu einer Zersplitterung des Besitzes und zur Entstehung von sehr kleinen Höfen, die nur mit Mühe rentabel wirtschaften konnten. Als Ausgleich verlegten sich viele Kolonisten auf den Getreidehandel, auf Gewerbe und Industrie und erlangten darin große Bedeutung. Trotzdem verlief die wirtschaftliche Entwicklung bei weitem nicht so erfolgreich wie im Schwarzmeergebiet. Um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert war das Wolgagebiet sogar wiederholt von Hungersnöten betroffen.

Im Schwarzmeergebiet vollzog sich hingegen nach den Schwierigkeiten der ersten Jahrzehnte ein deutlicher wirtschaftlicher Aufschwung. Seit den 1830er Jahren gingen die Kolonisten des Schwarzmeergebietes allmählich von der Schafzucht zum Getreidebau über. Schneller als die

anderen Bauern erkannten sie die Chancen, die sich aus der durch die Industrialisierung gestiegenen Nachfrage nach Weizen in Europa und den verbesserten Verkehrsverbindungen ergaben. Seit dieser Zeit ist eine ausgeprägte ökonomische Überlegenheit der deutschen Kolonisten gegenüber ihrer Umwelt zu beobachten, die sich in einer starken Ausdehnung des deutschen Grundbesitzes äußerte. So entstanden zahlreiche Tochtersiedlungen, zunächst im Schwarzmeergebiet, auf der Krim, im Nordkaukasus, später auch am Ural und in Sibirien.

Politische und administrative Veränderungen

In politischer Hinsicht fanden im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts wichtige Veränderungen statt. Die Großen Reformen unter Alexander II. zielten unter anderem auf die administrative Vereinheitlichung des Reiches und die Beseitigung der rechtlichen Sonderstellung verschiedener Gruppen der Bevölkerung. Im Kontext dieser Unifizierungspolitik wurden die Ostseeprovinzen stärker in das Reich integriert und einige ihrer bisherigen Sonderrechte abgeschafft. Der deutschbaltische Adel empfand diese Maßnahmen als Verletzung seiner verbrieften Rechte und zunehmend auch als Russifizierung. Umgekehrt gerieten die Deutschbalten wegen ihres Festhaltens an alten Privilegien in den 1860er Jahren ins Schussfeld der nationalistischen Publizistik.

1871 wurden die bäuerlichen Ausländeransiedlungen ("Kolonien") in die allgemeine Verwaltung eingegliedert. Bis dahin hatten sie einer eigenen Behörde unterstanden, die mit den deutschen Dörfern in deutscher Sprache verkehrte. Nun mussten sie den Schriftverkehr mit den übergeordneten Behörden in russischer Sprache abwickeln. Die Rechtslage der Kolonisten wurde an jene der übrigen Bauern angeglichen, die Kolonisten konnten aber ihre Sonderstellung in wichtigen Bereichen wahren. Von einer völligen Gleichschaltung mit den russischen Bauern kann nicht gesprochen werden. 1874 wurde in Russland die allgemeine Wehrpflicht eingeführt. Dadurch verloren die Kolonisten das letzte der ihnen bei der Ansiedlung gewährten Privilegien, die Freiheit vom Kriegsdienst. In der Folge wanderten viele, vor allem, aber nicht nur, Mennoniten, nach Amerika aus.

Nationalistische Ängste

Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts gerieten die deutschen Kolonisten parallel zur Verschlechterung der Beziehungen zwischen Russland und Deutschland nach dem Berliner Kongress von 1878 ins Kreuzfeuer der Kritik russischer Nationalisten. Die Angriffe entzündeten sich zunächst an der Einwanderung deutscher Bauern in die militärisch sensiblen Grenzregionen Wolhyniens. Die russischen Nationalisten wie auch die örtlichen Behörden und die Regierung befürchteten eine Überfremdung der Grenzgebiete, sahen darin ein Risiko für den Fall eines Krieges gegen Deutschland oder die Habsburgermonarchie. Es kam zu einem Pressefeldzug gegen die Wolhyniendeutschen, der schließlich auch die Schwarzmeerdeutschen einbezog.

Nach jahrelangen Erörterungen erließ die Regierung 1887 ein Gesetz, das allen ausländischen Untertanen in den westlichen Grenzgouvernements den Erwerb von Eigentums- und Nutznießungsrechten auf Immobilien außerhalb der Städte verbot. 1892 wurde das Verbot für das Gouvernement Wolhynien auf alle Personen ausländischer Herkunft ausgedehnt, einschließlich derjenigen, die inzwischen schon die russische Staatsangehörigkeit erworben hatten. Diese Verschärfung musste jedoch bereits drei Jahre später aus wirtschaftlichen Gründen zurückgenommen werden.

Im Schwarzmeergebiet war die Lage etwas anders. Die Nationalisten, und nicht nur sie, hatten schon länger mit Argwohn die Ausdehnung des deutschen Grundbesitzes beobachtet. Man beschuldigte die Deutschen, sie würden alles Land aufkaufen und die russischen Bauern

durch das Hochtreiben der Bodenpreise zugrunde richten. Russische Nationalisten wollten sich auch nicht mit der Tatsache abfinden, dass die Deutschen ihre Sprache, Religion und Kultur bewahrt hatten. Trotz verschiedener Petitionen örtlicher Organe hielt jedoch die Regierung keine Gesetze zur Einschränkung des Grunderwerbs der Schwarzmeerdeutschen für erforderlich.

Nach einigen Jahren der Beruhigung lebten die Angriffe gegen die deutschen Kolonisten 1909 wieder auf. Abermals wurden die Russlanddeutschen zu Leidtragenden der außenpolitischen Beziehungen zwischen Russland und Deutschland nach dessen Schützenhilfe für Österreich-Ungarn in der Frage der Annexion Bosniens und der Herzegowina, die in Russland als Brüskierung empfunden wurde. Innenminister Stolypin ließ eine Gesetzesvorlage zur Verschärfung der Grunderwerbsbeschränkungen in den Grenzgebieten ausarbeiten; weder er noch seine Nachfolger konnten sich damit jedoch in der Duma durchsetzen.

Gründe für die geringe Assimilation

Die Vorwürfe von russischer Seite, die Deutschen würden sich nicht assimilieren und sich von der umwohnenden Bevölkerung absondern, entsprachen weitgehend den Tatsachen. Diese Erscheinungen beruhten auf den Modalitäten der Ansiedlung, dem von der Regierung geschaffenen rechtlichen Unterschied zwischen privilegierten Kolonisten und leibeigenen Bauern sowie auf dem Religions- und Kulturunterschied. Die offensichtliche Rückständigkeit der russischen und ukrainischen Bauern bot den deutschen Kolonisten keinen Anreiz zur Assimilierung. Relativ schnell assimilierten sich die Deutschen hingegen in der städtischen Umgebung, doch fiel das bei dem geringen Anteil der Stadtbewohner unter den Russlanddeutschen nicht allzu sehr ins Gewicht.

Die im Vergleich mit den deutschen Auswanderern in anderen Ländern bemerkenswerte Resistenz gegenüber der Assimilation an das Staatsvolk beruhte unter anderem auf den günstigen Bedingungen des muttersprachlichen Schulwesens. Da es zur Zeit der Einwanderung in Russland kein umfassendes Schulsystem gab, konnten sich die Deutschen ihre Schulen selbst organisieren, ohne dass sich die Behörden einmischten. Die Dorfschulen waren im wesentlichen Kirchenschulen. Sie standen auf einem sehr primitiven Niveau, sorgten aber immerhin dafür, dass fast alle Kinder Lesen, Schreiben und Rechnen in deutscher Sprache lernten. Analphabeten gab es in den deutschen Dörfern – im Gegensatz zu den russischen – nur wenige. Russisch wurde bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts nicht einmal als Fremdsprache unterrichtet und danach auch nur spärlich. 1881 wurden die Kolonistenschulen jedoch der russischen Schulbehörde unterstellt, die 1891 die russische Unterrichtssprache einführte. Ziel dieser Maßnahme war nicht, die Deutschen zu entnationalisieren, sondern sie zur Erlernung der Staatssprache zu zwingen. 1907 wurde das Gesetz deutlich abgeschwächt und das Deutsche als Unterrichtssprache wieder zugelassen.

Diskriminierungen im Ersten Weltkrieg

Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges kam es in Russland zu einer regelrechten Deutschenhetze. Die russische Regierung bezeichnete es als notwendig, gegen die Deutschen nicht nur außerhalb, sondern auch innerhalb Russlands zu kämpfen. Im August 1914 wurde der Gebrauch der deutschen Sprache in der Öffentlichkeit verboten; 1915 wurden die deutschen Zeitungen, von denen es eine Reihe gegeben hatte, eingestellt; es durften keine Bücher in deutscher Sprache mehr gedruckt werden. Vereinzelt wurden evangelische Pastoren nach Sibirien verbannt, weil sie weiterhin in deutscher Sprache gepredigt hatten.

1915 kam noch eine wirtschaftliche Diskriminierung hinzu: Die sog. Liquidationsgesetze bestimmten, dass die Deutschen in einer Zone von rund 150 Kilometern entlang der Grenzen

und der Küsten ihren Grundbesitz innerhalb weniger Monate veräußern mussten. Die Bodenpreise fielen infolge des Zwangsverkaufs auf einen Bruchteil des Vorkriegswertes, sodass die Verkaufsbedingungen einer Enteignung gleich kamen. Mehr als 100.000 Deutsche, vor allem aus Wolhynien, einige auch aus Bessarabien, wurden nach Sibirien deportiert, weil man sie als Gefahrenquelle einschätzte. In Wolhynien wurden auch die Liquidationsgesetze weitgehend vollzogen, während man im Schwarzmeergebiet mit Hinblick auf die Getreideversorgung vorsichtiger war und bis 1917 nur einen Teil des deutschen Besitzes liquidierte.

Revolutionsjahr 1917

Erleichterung brachte für einige Monate die Februarrevolution des Jahres 1917. Die Provisorische Regierung setzte im März 1917 die Liquidationsgesetze vorläufig außer Kraft, hob sie jedoch nicht auf. Trotz der diskriminierenden Maßnahmen waren die Russlanddeutschen gegenüber der zaristischen Regierung bis zum Schluss loyal geblieben. Der politische Umschwung durch die Februarrevolution weckte auch bei ihnen neue Hoffnungen und sie versicherten die Provisorische Regierung ihrer uneingeschränkten Loyalität, obwohl deren Haltung gegenüber den Deutschen zweideutig blieb.

Die Oktoberrevolution 1917 bewirkte eine völlige Kehrtwende im Verhältnis der Russlanddeutschen zum Staat. Die Machtübernahme der Bolschewiki war für viele Deutsche ein traumatisches Erlebnis mit Requisitionen, Plünderungen und Erschießungen. Das führte dazu, dass die deutschen und österreichischen Truppen, die im Februar 1918 in die Ukraine einrückten, als Befreier und Retter aus der Not empfangen wurden. Im Wolgagebiet war die Lage etwas anders, da sich dort aufgrund der anderen Sozial- und Berufsstruktur auch Teile der deutschen Unterschichten den Bolschewiki anschlossen.

Politik Deutschlands

In Deutschland hatte der Krieg vor allem in nationalistischen Kreisen das Interesse an den Russlanddeutschen geweckt. Im Rahmen der Diskussion über die Kriegsziele Deutschlands erschienen zahlreiche Denkschriften über die Zukunft der Deutschen in Russland. Übereinstimmend liefen sie darauf hinaus, dass die Deutschen in Russland dem Untergang geweiht seien. Man müsse sie daher nach Kriegsende evakuieren und in den Gebieten ansiedeln, die Deutschland nach dem Sieg annektieren wollte. Dabei dachte man vor allem an das Baltikum.

Die deutsche Regierung bezog sie in Überlegungen ähnlicher Art ein. In einem Zusatzvertrag zum Friedensvertrag mit Russland wurde das Recht der Russlanddeutschen auf Rückwanderung festgeschrieben. In den Monaten der deutschen Besetzung der Ukraine, als theoretisch die Möglichkeit einer Umsiedlung gegeben war, stellte sich aber heraus, dass die deutsche Reichsregierung wegen der Ernährungslage und aus anderen Gründen nicht an einer Massenrückwanderung interessiert war und gegenüber den verschiedensten Projekten auf Zeitgewinn arbeitete. Die Oberste Heeresleitung sympathisierte einige Wochen lang mit dem von einigen Führern der Russlanddeutschen geäußerten Gedanken der Konzentration aller Deutschen in einem geschlossenen Siedlungsgebiet am Schwarzen Meer; die Reichsregierung lehnte im Juni 1918 nach anfänglich unklarer Haltung derartige Pläne ab. Das Ende des Krieges im Westen und der Abzug der deutschen Truppen Ende 1918 machten schließlich alle Überlegungen hinfällig.

4. Diskurse und Kontroversen zur Kultur und Geschichte der Deutschen im Russischen Reich

Wer ist Russlanddeutscher?

In der Literatur über die Deutschen im Russischen Reich herrscht nicht immer Klarheit darüber, wer überhaupt als Deutscher bzw. als Russlanddeutscher gelten kann. Im Falle der bäu-

erlichen Kolonisten ist diese Frage in der Regel leicht zu beantworten, da sie als Angehörige einer Gruppe fassbar sind und vor 1917 in diesem Milieu gemischtnationale Ehen, Assimilation und Akkulturation keine große Bedeutung hatten. Bei der städtischen Bevölkerung liegen die Verhältnisse komplizierter, denn sie zerfiel in sehr unterschiedliche Kategorien: Da gab es Handwerker, Gewerbetreibende oder Personen, die über den Erwerb von Bildung aus den bäuerlichen Kolonien in die Stadt gezogen waren. Sie waren russische Staatsangehörige und dauerhaft in Russland ansässig. Ein beträchtlicher Teil der Deutschen in den Städten Russlands kam aber aus dem Ausland, besaß eine deutsche Staatsangehörigkeit und hielt sich nur vorübergehend, etwa als Geschäftsmann, Arzt oder Pfarrer, in Russland auf. Diese Personen konnten durchaus eine Identifizierung mit Russland entwickeln, sie hielten aber die Verbindung mit ihrem Heimatland aufrecht und kehrten wieder dorthin zurück. Sowohl die einen wie auch die anderen waren (zumindest für eine gewisse Zeit) "Deutsche im Russischen Reich", aber nur die einen waren "Russlanddeutsche". Ihre Geschichten können nicht einfach zu einer gemeinsamen Geschichte vereint werden, hatten aber eine gemeinsame Schnittmenge, denn sie kommunizierten miteinander, trafen sich in Vereinen, sprachen eine gemeinsame Sprache.

Komplizierend kommt hinzu, dass in den Städten Mischehen zwischen Deutschen und Russen (oder Angehörigen anderer Nationalitäten) sowie Assimilation, Akkulturation und Konfessionswechsel eine größere Rolle spielten. Deutsche Familiennamen und selbst deutsche Vornamen sind daher nur ein Indiz, aber kein sicherer Beleg für eine deutsche kulturell-ethnische Identität oder Selbstzuordnung. Viele Träger deutscher Namen hatten zwar deutsche Vorfahren, sprachen aber Russisch, waren russisch-orthodox getauft oder fühlten sich nicht als Deutsche. Diese unklaren Verhältnisse stellen den Historiker häufig vor Probleme, wenn es etwa darum geht, die personelle Zusammensetzung von Behörden, Selbstverwaltungsorganen oder Firmen zu beurteilen oder Aussagen über den Grad der Integration von Deutschen in die russische Gesellschaft zu treffen. Der gerne beschrittene Weg über die Namen ist äußerst unzuverlässig. Das gilt im Besonderen für den höheren Staatsdienst und die Armee. Die vielen Träger von deutschen Namen in diesen Milieus hatten deutsche Vorfahren wie Finanzminister Sergej Vitte (Witte), Innenminister Vjačeslav fon Pleve (von Plehwe) oder General Pëtr Vrangel' (Wrangel), können jedoch nicht unbesehen als "Deutsche" reklamiert werden; es muss vielmehr in jedem Einzelfall geprüft werden, inwieweit eine "deutsche" Identität vorhanden war.

Frage der Identität

Überhaupt ist die Identität als "Deutscher" oder "Russlanddeutscher" ein schwieriges Kapitel, das häufig zu vereinfacht dargestellt wird. Selbst bei den bäuerlichen Kolonisten, die nach objektiven Kriterien (Sprache, Kultur, Konfession, Abstammung) Deutsche waren, ist es problematisch, vor 1914 von "Russlanddeutschen" zu sprechen. Die deutschen Dörfer bewahrten zwar bis nach dem Ersten Weltkrieg ihren geschlossenen Charakter. Die Geschlossenheit war allerdings weniger eine ethnische als eine konfessionelle. Die Konfession war in jeder Hinsicht das bestimmende Gruppenmerkmal und zog scharfe Trennlinien zwischen Lutheranern, Mennoniten, Reformierten und Katholiken. Gegenüber den orthodoxen Russen und Ukrainern erfüllte dieses konfessionelle Gruppenbewusstsein eine nationale Funktion, weil es Mischehen verhinderte. Gleichzetig verzögerte es jedoch das Entstehen eines nationalen Gruppenbewusstseins der Russlanddeutschen, das erst als ein Bewusstsein der gemeinsam erlittenen Verfolgung im Ersten Weltkrieg entstehen und sich durch die Deportation 1941 verfestigen sollte.

Bei den Deutschbalten war deutschnationales Gedankengut schon im 19. Jahrhundert anzutreffen, und es bestanden intensive Kontakte nach Deutschland, aber daneben gab es auch ein

starkes Standesbewusstsein, das die deutschbaltischen Adeligen von den bäuerlichen Kolonisten abgrenzte. Als die Deutschbalten in der Revolution von 1905 in Konflikt mit den lettischen und estnischen Bauern gerieten, suchten sie einerseits Rückhalt bei ihren russischen Standesgenossen, versuchten andererseits ihre Stellung durch die Ansiedlung deutscher Bauern aus anderen Teilen des Russischen Reiches zu stärken.

Aspekte einer vergleichenden Betrachtung

Die vergleichende Betrachtung der Deutschen und anderer ethnischer Gruppen hat in der jüngsten Forschung eine Veränderung erfahren. Traditionell ist es in der Literatur üblich, die Unterschiede hervorzuheben und zu zeigen, worin sich etwa die deutschen Kolonisten von den russischen oder ukrainischen Bauern abhoben. Schon die Zeitgenossen des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts hatten die deutschen Dörfer als Inseln der Andersartigkeit beschrieben. Russische Durchreisende erzählten von "deutscher Ordnung" und Sauberkeit und charakterisierten die Kolonisten als fleißiger und nüchterner als ihre Nachbarn. Auch die Kolonisten selbst legten Wert darauf, sich von den russischen und ukrainischen Bauern abzugrenzen. Sie fühlten sich ihnen überlegen, charakterisierten sie als armselig, rückständig und dem Alkohol verfallen, stilisierten sich im Kontrast dazu selbst gerne als "Musterlandwirte".

Dass zwischen den Kolonisten und ihrer Umwelt Unterschiede bestanden, ist unstrittig, vor allem was die rechtliche Lage, die ökonomische und soziale Entwicklung oder auch das Schulwesen betrifft. Ohne diese Sachverhalte in Abrede zu stellen, wurde in der neueren Forschung die Frage aufgeworfen, ob nicht jenseits der bekannten Ethnostereotype und realen strukturellen Unterschiede auch Gemeinsamkeiten über die ethnischen und konfessionellen Gruppen hinweg bestanden. Besonders im Hinblick auf kulturelle Faktoren, Lebensweisen, Einstellungen, Prägungen und Verhaltensweisen relativiert sich manche bisher als Besonderheit wahrgenommene Eigenart der deutschen Kolonisten und erscheint weniger als ethnisches Spezifikum denn als Variante einer russländisch-bäuerlichen Lebensweise.

5. Bibliographische Hinweise

Gesamtdarstellungen und Einführungen

Thomas M. Bohn, Dietmar Neutatz (Hg.): Studienhandbuch Östliches Europa. Bd. 2: Geschichte des Russischen Reiches und der Sowjetunion. 2., überarb. Aufl. Köln u. a. 2009.

Carsten Goehrke: Russland. Eine Strukturgeschichte. Paderborn u. a. 2009.

Heiko Haumann: Geschichte Rußlands. München 1996.

Manfred Hellmann, Gottfried Schramm, Klaus Zernack (Hg.): Handbuch der Geschichte Rußlands. 4 Bde. Stuttgart 1981-2002.

Geoffrey A. Hosking: Russland. Nation und Imperium 1552–1917. Berlin 2003.

Andreas Kappeler: Rußland als Vielvölkerreich. Entstehung, Geschichte, Zerfall. München 1992.

Maureen Perrie, Dominic Lieven (Hg.): The Cambridge History of Russia. 3 Bde. Cambridge u. a. 2008 [auch online im Volltext verfügbar].

Hans-Joachim Torke: Einführung in die Geschichte Rußlands. München 1997.

Hans-Joachim Torke (Hg.): Lexikon der Geschichte Rußlands. Von den Anfängen bis zur Oktober-Revolution. München 1985.

Zeitschriften

The Russian Review

Rossijskaja istorija (1992–2008: Otečestvennaja istorija, 1957–1992: Istorija SSSR)

Literatur zu den Deutschen im Russischen Reich

Baltische Bibliographie. Marburg 1995ff.

Detlef Brandes, Margarete Busch, Kristina Pavlović, Victor Dönninghaus: Bibliographie zur Geschichte und Kultur der Russlanddeutschen. 2 Bde. München 1994–2000 (Schriften des Bundesinstituts für ostdeutsche Kultur und Geschichte 4, 13).

V. F. Dizendorf (Hg.): Nemcy v istorii Rossii. Dokumenty vysšich organov vlasti i voennogo komandovanija 1652–1917 [Die Deutschen in der Geschichte Russlands. Dokumente der höchsten Machtorgane und der Militärbefehlshaber]. Moskva 2006.

Alfred Eisfeld u. a.: Die Russlanddeutschen. 2., erw. u. akt. Aufl. München 1999 (Vertreibungsgebiete und vertriebene Deutsche 2).

Ingeborg Fleischhauer: Die Deutschen im Zarenreich. Zwei Jahrhunderte deutsch-russischer Kulturgemeinschaft. Stuttgart 1986.

Victor Herdt, Dietmar Neutatz (Hg.): Gemeinsam getrennt. Bäuerliche Lebenswelten des späten Zarenreiches in multiethnischen Regionen am Schwarzen Meer und an der Wolga. Wiesbaden 2010 (Veröffentlichungen des Nordost-Instituts 7).

Nemcy Rossii. Ėnciklopedija [Die Russlanddeutschen. Enzyklopädie]. 4 Bde. Moskva 1999–2006.

Gert von Pistohlkors (Hg.): Deutsche Geschichte im Osten Europas. Baltische Länder. Berlin 1994.

Gerd Stricker (Hg.): Deutsche Geschichte im Osten Europas. Russland. Berlin 1997.

Anmerkungen

[1] "Russländisches Reich" ist die genauere Übersetzung der offiziellen russischen Bezeichnung. Sie bringt den Vielvölkercharakter des Imperiums und die im Russischen übliche Differenzierung zwischen russkij und rossijskij zum Ausdruck. Ersteres Adjektiv ist auf das Ethnikum und die Sprache bezogen, letzteres auf den Staat.

[2] Vgl. den Sammelband von Herdt, Neutatz: Gemeinsam getrennt.

Zitation

Dietmar Neutatz: Russland/Russisches Reich. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2013. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/55260.html (Stand 23.01.2013).

Serbien

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Serbien

Amtliche Bezeichnung

Republika Srbija (Република Србија)

Anderssprachige Bezeichnungen

lat. Serbia; engl. Serbia; franz. Serbie, span. Serbia, russ. Сербия

Etymologie

Der Ländername stammt von der Bezeichnung der Einwohner, den Serben (serb. Srbi). Die Etymologie des Wortes "Serbe" ist allerdings unklar und umstritten. Es gibt verschiedene Theorien zur Wortherkunft: 1. von der Kaukasischen Wortwurzel "Ser" (= Mann/Mensch), 2. von der indogermanischen Wortwurzel "Ser" wie im lateinischen Wort "servare", 3. vom altslawischen Wort für "das Gleiche".

2. Geographie

Lage

Serbien ist ein Binnenstaat in Südosteuropa mit einer Fläche von 77.470 km2. Das Land verfügt über eine zentrale Lage auf der Balkanhalbinsel und grenzt an acht Nachbarländer, an Ungarn im Norden, an Rumänien und Bulgarien im Osten, an Mazedonien und das Kosovo im Süden, an Montenegro im Südwesten und an Bosnien-Herzegowina und Kroatien im Westen.

Topographie

In der autonomen Provinz Vojvodina im Norden ist das Relief, abgesehen von vereinzelten hügeligen Ausläufern (u. a. Fruška Gora, Vrsačke Gore), eben. Die Regionen der Vojvodina, Batschka (serb. Bačka), Syrmien (serb. Srem) und das südwestliche Banat (serb. Banat), liegen in der Pannonischen Tiefebene. Save und Donau trennen das Tiefland von der waldreichen und gebirgigen Landschaft Zentralserbiens. Die Südliche und die Westliche Morava, nach ihrer Vereinigung Große Morava genannt, durchfließen das Gebirgsland. Das Flusssystem der Morava bildet die wichtigste Verkehrsachse Serbiens. Die höchsten Gebirgserhebungen des Landes sind das Kopaonik-Gebirge (max. 2.017 m. ü. M.) südlich der Westlichen Morava, das Serbische Erzgebirge, das Dinarische Gebirge und der Westbalkan (max. 2.169 m. ü. M.) an der Grenze zu Bulgarien.

Historische Geographie

Unter der Herrscherfamilie der Nemanjiden erreichte das mittelalterliche Serbien seine größte Ausdehnung. Es erstreckte sich von der heutigen Hauptstadt Belgrad/Beograd im Norden bis nach Mittelgriechenland im Süden. Seine westliche Grenze verlief entlang der dalmatinischen

Küste (ausgenommen Ragusa/Dubrovnik) über das heutige Montenegro und Albanien bis nach Griechenland. Im Osten umfasste es das Gebiet der ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien und reichte im Südosten bis nach Nordgriechenland. Das Reich zerfiel nach dem Tod Zar Stefan Dušans aufgrund dynastischer Konflikte. Durch die erste (1389) und die zweite Niederlage (1448) auf dem Amselfeld (serb. Kosovo Polje) geriet Serbien unter osmanische Herrschaft.

Erst auf dem Berliner Kongress 1878 wurde Serbien zum unabhängigen Staat erklärt. Es konnte sein Territorium damals maßgeblich vergrößern: Die Gebiete von Vranje (dt. Wragl), Pirot, Leskovac und Niš (dt. Nisch) wurden dem Fürstentum Serbien zugesprochen. Nach dem Zweiten Balkankrieg (1913) erhielt das Königreich (ab 1882) Serbien im Friedensvertrag von Bukarest das Kosovo, das nördliche Mazedonien und Teile des Sandžaks von Novi Pazar. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde Serbien Teil des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen (ab 1929: Königreich Jugoslawien). Serbien wurde um die zuvor zu Ungarn gehörende Vojvodina sowie um kleinere Gebiete an der Grenze zu Bulgarien erweitert.

Von 1945 bis 1992 war Serbien eine Teilrepublik des sozialistischen Jugoslawiens. Die Vojvodina und das Kosovo erlangten im Zuge der Verfassungsänderungen von 1974 den Status autonomer Provinzen innerhalb Serbiens. Als das Zweite Jugoslawien zu Beginn der 1990er Jahre zerbrach, verblieben nur die ehemaligen Teilrepubliken Serbien und Montenegro in der Bundesrepublik Jugoslawien. Von 2003 bis zur Unabhängigkeit Montenegros 2006 bestand der lockere Staatenbund Serbien und Montenegro (Srbija i Crna Gora). Seit 2006 lautet die offizielle Bezeichnung Republik Serbien. Im Februar 2008 erklärte sich das Kosovo für unabhängig. Bis heute erkennt die Republik Serbien die Unabhängigkeit des Kosovo nicht an.

Verweise auf im Lexikon behandelte Regionen

Batschka, Syrmien, Vojvodina, Banat

3. Geschichte und Kultur

Das mittelalterliche Reich der Serben

Das Gebiet um Raszien (serb. Raška) wurde zum Kerngebiet des mittelalterlichen Serbien.[1] Nach 1180 beendete Fürst (Großžupan) Stefan Nemanja (1168–1196) die bulgarische Herrschaft über Raszien und vereinigte es mit Zeta (heute: Montenegro). Dessen Sohn Stefan Prvovenćani (1196–1227) erhielt 1217 von Papst Honorius III. die Königswürde. 1219 wurde die serbische Kirche selbstständig und zu einem von Konstantinopel unabhängigen Erzbistum erklärt. Stefan Prvovenćanis Bruder Sava wurde der erste serbische Erzbischof. Unter Zar Stefan IV. Dušan erreichte das Nemanjiden-Reich seine größte Ausdehnung und Glanzzeit. Sogar für Byzanz stellte Dušans Reich damals eine ernsthafte Bedrohung dar.[2] Nach dem Tod des Zaren Stefan IV. Dušan zerfiel das Reich der Nemanjiden in kleinere Fürstentümer, denn seinem Sohn und Nachfolger Stefan Uroš V. misslang es, das Reich zusammenzuhalten. Durch ihre Streitigkeiten geschwächt, konnten die serbischen Fürsten das Vordringen der Osmanen nicht aufhalten. 1371 wurde ein Heer mehrerer Balkan-Fürsten an der Maritsa in Thrakien von den Osmanen besiegt. Nach der Unterwerfung des Südbalkans griffen die Osmanen im Sommer 1389 erneut an, um auch die zentralen Balkangebiete zu erobern. Am 28. Juni 1389 standen sich das christliche Allianzheer des serbischen Fürsten Lazar Hrebeljanović und die Truppen Murads I. auf dem legendären Amselfeld gegenüber. Durch die Niederlage gerieten Teile Serbiens zunächst in eine lose osmanische Abhängigkeit. Erst durch die zweite Schlacht auf dem Amselfeld 1448 wurde die unmittelbare Herrschaft der Osmanen auf dem Balkan durchgesetzt. Für vier Jahrhunderte wurde Serbien Teil des Osmanischen Reiches.

Unter osmanischer Herrschaft

Als Folge der Eroberung durch die Osmanen verschwand der serbische Adel: Entweder waren die Fürsten im Krieg umgekommen, hingerichtet worden, geflüchtet oder zum Islam konvertiert. Bis heute wird die osmanische Herrschaft im kollektiven Gedächtnis der Serben als das "türkische Joch" wahrgenommen. Die Herrschaft der Osmanen zeichnete sich dadurch aus, dass sie den unterworfenen Völkern eine relative lokale Verwaltungsautonomie zustanden und das jeweilige Gewohnheitsrecht bis zu einem gewissen Grad bestehen ließen. Der Islam wurde den Menschen in den eroberten Gebieten nicht gewaltsam aufgezwungen. Diejenigen, die konvertierten, genossen allerdings nicht nur Privilegien, wie z. B. Steuernachlässe; ihnen stand auch der Zugang zu höheren Ämtern offen. Die christlich-serbische Bevölkerung (Raja) wurde in ihrer Mehrheit jedoch der Unterschicht zugeordnet und war zu Steuerabgaben an die islamische Oberschicht verpflichtet. Zudem sollten Verbote (wie z. B. des Tragens eines Säbels, des Reitens von Pferden etc.) ihre soziale Deklassierung in der Öffentlichkeit unterstreichen.

Für das Zusammengehörigkeitsgefühl und das kollektive Bewusstsein der serbischen Untertanen, die innerhalb dörflicher Gemeinschaften in patriarchalen Großfamilien (Zadruga) lebten, spielte einerseits die serbisch-orthodoxe Kirche, andererseits das Brauchtum und die mündlich tradierten Volks- und Heldenlieder eine wichtige Rolle. Außerdem wurden die Hajduken – Wegelagerer, Plünderer und später auch Aufständische gegen die Osmanen – als Helden und "Volksbefreier" verehrt.

Nach jeweils gescheiterten Aufständen gegen die Osmanen 1690 und 1737 zog ein Teil der serbischen Bevölkerung – die Schätzungen liegen zwischen 80.000 und 300.000 Personen beim der ersten und um die 3.000 Personen bei der zweiten Serbenwanderung[3] – unter der Führung der Patriarchen von Peć in das habsburgische Südungarn. Vor allem die Wanderung von 1690 ist als legendäre "Große Wanderung" (serb. Velika Seoba) in das kollektive Gedächtnis der Serben eingegangen. Ein Großteil der serbischen Auswanderer wurde von Leopold I. in der pannonischen Tiefebene als Wehrbauern angesiedelt; als Gegenleistung garantierte ihnen der Kaiser Religionsfreiheit. Im Laufe des 18. Jahrhunderts wurden deutsche Kolonisten auf Betreiben der Habsburger in Ungarn angesiedelt, um das in den "Türkenkriegen" zerstörte Land nach westlichen Methoden zu bewirtschaften.[4] Aus diesem Grund – die von den Serben betriebene Viehwirtschaft brachte weniger Steuereinnahmen ein – drängten ungarische Adlige die serbischen Wehrbauern auf das Gebiet der heutigen Vojvodina und nach Slawonien zurück.[5]

Unabhängigkeitskampf und nationale Wiedergeburt

Im Jahr 1804 erhoben sich serbische Rebellen unter Karadjordje Petrović, "dem Schwarzen Georg", zum Ersten Serbischen Aufstand (1804–1813) gegen die Janitscharen und die osmanische Herrschaft im Allgemeinen. Obwohl Serbien im Vertrag von Bukarest zwischen dem Osmanischen Reich und Russland (Mai 1812) Autonomie garantiert wurde, verschlechterte sich die Situation der Serben im Osmanischen Reich weiter. Infolgedessen rief Miloš Obrenović, ein Konkurent Karadjordjes, den Zweiten Aufstand (1815–1817) aus, der erfolgreicher war, da er die Errichtung eines autonomen, tributpflichtigen Fürstentums Serbien zur Folge hatte. Dieser politische Erfolg der serbischen Eliten wurde von dem ein Jahrhundert andauernden Machtkampf zwischen den Dynastien der Kardjordjevići und Obrenovići überschattet. Die beiden Aufstände trugen den Charakter bäuerlicher Rebellionen und waren (noch) nicht von nationalen Aspirationen geprägt. Die spätere sogenannte 'nationale Wiedergeburt' wurde nicht von den bäuerlichen Aufständischen propagiert, sondern von dem in Wien, Budapest und später Neusatz/Novi Sad lebenden serbischen Bürgertum getragen. In diesen Städten wurden serbische Zeitungen herausgegeben und serbische Druckereien ge-

gründet. Bei der Entwicklung des nationalen Bewusstseins spielte das Werk des Sprachreformers und Philologen Vuk Stefanović Karadžić (1787–1864) eine herausragende Rolle. Er reformierte die serbische Schriftsprache, indem er das serbisch-kyrillische Alphabet standardisierte und die serbische Volkssprache kodifizierte. Neben einer serbischen Grammatik und einem serbisch-deutschen Wörterbuch brachte er eine Sammlung serbischer Volks- und Heldenlieder heraus. Die serbische Volksdichtung wurde durch mitteleuropäische Dichter und Gelehrte positiv rezipiert, zum Beispiel durch J. W. Goethe, J. G. Herder und J. Grimm.[6] Doch nicht nur Vuk Stefanović Karadžić besann sich auf die Vergangenheit, auch der serbische Innenminister Ilija Garašanin berief sich in seinem Geheimentwurf (Načertanije) zur Zukunft Serbiens auf die serbische Geschichte. Sein Ziel war die Wiederherstellung des mittelalterlichen Reiches Stefans IV. Dušan. Er war überzeugt, dass das Osmanische Reich bald zerfallen werde und entweder dessen Territorium zwischen Russland und der Habsburgermonarchie aufgeteilt werden würde oder die Balkangebiete unabhängig würden. Für letzteren Fall reklamierte er für die Serben eine Führungsrolle, denn "die Serben haben unter allen Slawen der Türkei als erste mit eigenen Mitteln und aus eigener Kraft für ihre Freiheit gekämpft."[7] Serbien sollte demnach eine Vorreiterrolle bei der Befreiung aller Südslawen spielen. Garašanins Pläne für Großserbien müssen vor dem Hintergrund des Nationsbildungsprozesses im 19. Jahrhundert gelesen werden. Dennoch war sein Entwurf "für die Politik Belgrads bis zur Schaffung Jugoslawiens richtungsweisend, und er erlangte unter anderen Vorzeichen erneute Aktualität durch den Zerfall Jugoslawiens".[8]

Vom Berliner Kongress bis zum Ersten Weltkrieg

Auf dem Berliner Kongress 1878 wurde die Souveränität des Fürstentums Serbien von den europäischen Mächten beschlossen; auch Montenegro und Rumänien wurden zu unabhängigen Staaten erklärt. Darüber hinaus wurde das innerhalb des Osmanischen Reiches autonome Fürstentum Bulgarien gegründet und Bosnien und die Herzegowina unter österreichische Herrschaft gestellt.

Das vielzitierte "Pulverfass Balkan" konnte durch die Entstehung unabhängiger Staaten zwar kurz entschärft, aber nicht dauerhaft befriedet werden. Es kam zu neuen Spannungen zwischen den kleinen "Balkanstaaten", die sich beispielsweise im serbisch-bulgarischen Krieg von 1885 entluden. Insbesondere die Annexion Bosniens und der Herzegowina durch Österreich-Ungarn 1908 hatte weitreichende Folgen: "Serbische Todfeindschaft zur habsburgischen Donaumonarchie, das Wiederaufleben des […] russisch-österreichischen Antagonismus in Südosteuropa […], die Entstehung des Balkanbundes und die Balkankriege von 1912/13, das Attentat von Sarajewo/Sarajevo und der Ausbruch des Ersten Weltkrieges."[9]

Österreich-Ungarn beschuldigte Serbien einer Mitschuld am Attentat von Sarajewo, das von dem serbischen Geheimbund "Einheit oder Tod" (Ujedinjenje ili Smrt), auch "Schwarze Hand" (Crna ruka) genannt, ausgeführt wurde. Als Folge erklärte Österreich-Ungarn Serbien den Krieg. "Gegenseitige Bündnisverpflichtungen lösten Kriegserklärungen der übrigen europäischen Staaten in rascher Folge aus".[10] Für Serbien, das mit der Triple Entente verbündet war, hatte der Erste Weltkrieg fatale Folgen: Von allen Kriegsteilnehmern hatte das Land mit 1,1 Millionen Kriegstoten gemessen an der Bevölkerungszahl die höchsten Verluste zu verzeichnen.

Tabelle 1: Bevölkerung Serbiens nach Nationalitäten 1900[11]

Ethnien	Zahlen (in %)
Serben	2.298.551 (92,20 %)
Rumänen	122.429 (4,91 %)

"Zigeuner"	46.148 (1,85 %)
Juden	5.729 (0,23 %)
Bulgaren	646 (0,03 %)
Deutsche	7.494 (0,30 %)
Sonstige[12]	11.886 (0,48 %)
Fremde insgesamt	194.331 (7,80 %)
Total	2.492.882 (100 %)

Republik Serbien

Von 1918 bis 1992 war Serbien Teilstaat von Jugoslawien – zunächst des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen (ab 1929 Königreich Jugoslawien genannt) und ab 1945 des sozialistischen Jugoslawiens. Als der jugoslawische Staatenbund 1992 zerbrach, schlossen sich zwei ehemalige Teilrepubliken zur Bundesrepublik Jugoslawien und von 2003 bis 2006 zum Staatenbund Serbien-Montenegro (Srbija i Crna Gora) zusammen. Seit 2006 ist Serbien eine unabhängige Republik. Für Serbiens jüngste Innen- wie Außenpolitik waren die Unabhängigkeit des Kosovo im Jahr 2008 und die damit einhergehenden Konflikte sowie die Verhandlungen mit der Europäischen Union über eine mögliche EU-Mitgliedschaft entscheidend. Zudem sorgten die Verhaftungen der lange gesuchten mutmaßlichen Kriegsverbrecher Radovan Karađić und Ratko Mladić in den Jahren 2008 und 2011 für mediale Aufmerksamkeit. Die Wahrnehmung Serbiens in der Weltöffentlichkeit wurde durch Kriegsverbrechen, die während der postjugoslawischen Kriege verübt wurden, bestimmt. Die Aufarbeitung der jüngsten Geschichte geht bisher nur schleppend voran.

Gemäß den Daten der Volkszählung lebten 2011 7.186.862 Menschen in der Republik Serbien. Den größten Anteil stellten die Serben mit 5.988.150 Personen (83,32 %). Der Anteil der deutschen Minderheit betrug 0,06 % der Gesamtbevölkerung – insgesamt 4.064 Personen, von denen 3.272 in der Vojvodina lebten.[13]

Tabelle 2: Ethnische Verteilung der Bevölkerung gemäß der Volkszählung in der Republik Serbien im Jahr 2011[14]

Ethnien	**Zahlen (in %)**
Serben	5.988.150 (83,32 %)
Ungarn	253.899 (3,53 %)
Roma	147.604 (2,05 %)
Bosniaken	145.278 (2,02 %)
Kroaten	57.900 (0,81 %)
Slowaken	52.750 (0,73 %)
Montenegriner	38.527 (0,54 %)
Vlachen	35.330 (0,49 %)
Rumänen	29.332 (0,41 %)
Jugoslawen[15]	23.303 (0,32 %)
Mazedonier	22.755 (0,32 %)
Muslime	22.301 (0,31 %)
Bulgaren	18.543 (0,26 %)
Andere	17.558 (0.24 %)
Bunjewatzen	16.706 (0,23 %)
Ruthenen	14.246 (0,19 %)
Goranci	7.767 (0,11 %)
Albaner	5.809 (0,08 %)
Ukrainer	4.903 (0,07 %)
Deutsche	4.064 (0,06 %)
Slowenen	4.033 (0,06 %)
Russinen	3.247 (0,05 %)

Gedächtnis- und Erinnerungskultur

In der serbischen Erinnerungskultur wird die historische Bedeutung der Schlacht auf dem Amselfeld gemeinhin überschätzt. Sie löste weder den Untergang des mittelalterlichen serbischen Großreiches noch die endgültige Unterwerfung unter die osmanische Herrschaft aus. Seine Entstehung und Verbreitung verdankt der Mythos sowohl der serbischen Kirche als auch der Volksdichtung. Auf diese Weise sind zwei verschiedene Dimensionen des Mythos entstanden: Zum einen die christliche Dimension, wonach sich Fürst Lazar aus freiem Willen auf dem Amselfeld für das christliche Europa geopfert und somit das himmlische Reich erlangt haben soll. Die irdische Niederlage wurde auf diese Weise zu einem moralischen Sieg verklärt. Fürst Lazars Martyrium wird in der Legende mit dem Leidensweg Christi verglichen. Wie Christus wird Lazar von einem seiner Verbündeten verraten. Sein Schwiegersohn Vuk Branković, der "serbische Judas", soll Lazar während der Schlacht im Stich gelassen haben und mit seinen Truppen geflüchtet sein. Im Zentrum der weltlich-heroischen Dimension steht dagegen der vermeintliche Sultanmörder Miloš Obilić, dessen Existenz im Gegensatz zu Lazar und Branković historisch nicht belegt ist. Unter dem Vorwand, zu den Osmanen überlaufen zu wollen, soll sich Obilić in deren Lager begeben haben. Als er in das Zelt des Sultans geführt wurde, um diesem ein Geheimnis zu verraten, soll er diesen niedergestochen haben.

Während der Opfermythos sich aus dem christlichen Strang des Mythos bildete, ging der Aspekt der Rache und des Verrats aus dem irdisch-heroischen Strang hervor. Diese Betrachtungsweise machte all jene, die während der osmanischen Herrschaft zum Islam konvertierten, zu Verrätern. Solch ein Verrat konnte vermeintlich nur durch Rache gesühnt werden. In seinem 1847 veröffentlichten Gedicht Der Bergkranz (serb. Gorski vijenac) widmet sich der montenegrinische Fürstbischof und Dichter Petar Petrović Njegoš ausgiebig dem Thema Rache. Der Erfolg dieses Gedichts war riesig.[16] Während des Regimes von Slobodan Milošević wurde der Amselfeldmythos politisch instrumentalisiert und gezielt als Propaganda eingesetzt.[17]

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

Dušan T. Bataković: Histoire du peuple serbe. Lausanne 2005.

Florian Bieber: Nationalismus in Serbien vom Tode Titos bis zum Ende der Ära Milošević. Wien 2005 (Wiener Osteuropa-Studien 18).

Henrik Birnbaum: Überlegungen zum mittelalterlichen Serbien. In: Südost-Forschungen 53 (1994), S. 311-322.

Katrin Boeckh: Serbien, Montenegro. Geschichte und Gegenwart. Regensburg 2009.

Marie-Janine Čalić: Sozialgeschichte Serbiens 1815–1941. Der aufhaltsame Fortschritt während der Industrialisierung. München 1994 (Südosteuropäische Arbeiten 92).

Sima M. Cirković: The Serbs. Oxford 2004.

Wolfgang Libal: Die Serben. Blüte, Wahn und Katastrophe. München, Wien 1996.

Stevan K. Pavlowitch: Serbia. The history behind the name. London 2002.

Sabrina B. Ramet, Vjeran Pavlaković (Hg.): Serbia since 1989. Politics and Society under Milošević and after. Seattle 2005 (Jackson School Publications in International Studies).

Holm Sundhaussen: Geschichte Serbiens. 19.–21. Jahrhundert. Wien u. a. 2007.

Weblinks

http://www.zikic-stiftung.de/index.html (Michael-Zikic-Stiftung, Bonn, zur Förderung der wissenschaftlichen und kulturellen Kooperation zwischen Deutschland und Serbien).

Anmerkungen

[1] Sundhaussen beschreibt Raszien als die "Region zwischen den Flüssen Toplica und Ibar" – heute würde das damalige Raszien den Nordosten Montenegros, den Norden Kosovos und Teile Südserbiens umfassen.

[2] Vgl. Thomas A. Emmert: Serbian Golgotha: Kosovo, 1389. New York 1990 (East European Monographs 278), S. 13.

[3] Vgl. Boeckh: Serbien, Montenegro, S. 38f.; Edgar Hösch, Karl Nehring, Holm Sundhaussen (Hg.): Lexikon zur Geschichte Südosteuropas. Wien u. a. 2004, S. 610.

[4] Vgl. Stiftung Donauschwäbisches Zentralmuseum: Räume, Zeiten, Menschen. Führer durch das Donauschwäbische Zentralmuseum. Ulm 2000, S. 20.

[5] Hösch, Nehring, Sundhaussen (Hg.): Lexikon (wie Anm. 3), S. 202.

[6] Ulf Brunnbauer: Vorlesung: "Europa" und der "Balkan": Fremd- und Selbstzuschreibungen. Osteuropa-Institut, Freie Universität Berlin 2008. URL: http://userpage.fu-berlin.de/~ulf/Europa%20und%20der%20Balkan.pdf (Zugriff 19.09.2013).

[7] Ilija Garašanin: Anfang von Garašanins "Načertanje". In: Wolfgang Petritsch, Robert Pichler: Kosovo – Kosova: Der lange Weg zum Frieden. 2., erw. und akt. Aufl. Klagenfurt u. a. 2005, S. 70.

[8] Libal: Die Serben, S. 62.

[9] Edgar Hösch: Geschichte der Balkanländer. Von der Frühzeit bis zur Gegenwart. 5., akt. u. erw. Aufl. München 2008, S. 182.

[10] Hösch: Geschichte der Balkanländer (wie Anm. 9), S. 187.

[11] Holm Sundhaussen: Historische Statistik Serbiens 1834-1914. Mit europäischen Vergleichsdaten. München 1989 (Südosteuropäische Arbeiten 87), S. 109.

[12] Unter der Kategorie "Sonstige" werden folgende Nationalitäten zusammengefasst: "Arnauten (Albaner), Griechen, Magyaren, Russen, Polen, Slowaken, Tschechen, Slowenen, Kroaten, Italiener, Türken, Zinzaren (Aromunen), u. a." Vgl. Sundhaussen: Historische Statistik (wie Anm. 11), S. 111.

[13] Statistical Office of the Republic of Serbia: Chapter 4: Religion, Mother Tongue and Ethnicity. In: 2011 Census of Population, Households and Dwellings in the Republic of Serbia. Date by municipalities and cities. Belgrade 2013, S. 33, S. 100. URL: http://pod2.stat.gov.rs/ObjavljenePublikacije/Popis2011/Knjiga4_Veroispovest.pdf (Zugriff 10.05.2013).

[14] Vgl. Statistical Office of the Republic of Serbia: Chapter 4 (wie Anm. 13), S. 21.

[15] In der Volkszählung 1961 wurden in der Kategorie "Jugoslawe/innen" all jene Personen zusammengefasst, die keine Angaben hinsichtlich ihrer ethnischen Zugehörigkeit gemacht hatten. Zehn Jahre später, bei der nächsten Volkszählung, wurde "Jugoslawe/innen" als eigenständige ethnische Gruppierung aufgeführt. Vgl. Statistical Office of the Republic of Serbia: Chapter 4 (wie Anm. 13), S. 21. In der Volkszählung von 2001 bezeichnete sich noch ein kleiner Prozentsatz (0,32 %) der Menschen als "Jugoslawe/in".

[16] Sundhaussen: Geschichte Serbiens. 19.–21., S. 108.

[17] Mehr über die Instrumentalisierung des Amselfeldmythos in: Tanja Popović: Die Mythologisierung des Alltags. Kollektive Erinnerungen, Geschichtsbilder und Vergangenheitskultur in Serbien und Montenegro seit Mitte der 1980er Jahre. Zürich 2003.

Zitation

Kathrin Pavic: Serbien. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2013. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/53711.html (Stand 18.12.2013).

Slowakei (in Bearb.)
Dieser Text ist in Bearbeitung.

Slowenien (in Bearb.)
Dieser Text ist in Bearbeitung.

Sowjetunion → UdSSR
Siehe UdSSR

Tadschikistan (→ Autor/in gesucht)
Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Tschechische Republik (in Bearb.)
Dieser Text ist in Bearbeitung.

Tschechoslowakei (in Bearb.)
Dieser Text ist in Bearbeitung.

Turkmenien (→ Autor/in gesucht)
Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

UdSSR

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnungen

Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR), Sowjetunion

Amtliche Bezeichnung

1922–1991: russ. Sojuz Sovetskich Socialističeskich Respublik (SSSR, Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken)

Etymologie

Der Begriff „sojuz“ – „Union“ beziehungsweise „Verband“ – sollte suggerieren, dass es sich bei diesem neuen staatlichen Gebilde um einen freiwilligen Zusammenschluss von unabhängigen Regionen und Völkern, nicht aber um einen zentralistischen Staat handelte. Der Terminus „sozialistisch“ griff den – in den letzten Jahrzehnten des Zarenreiches auch dort in revolutionären Kreisen verbreiteten –Terminus auf, den bereits ausländische Arbeiterparteien im Namen führten (etwa die 1875 gegründete „Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands“, SAP; 1890 Umbenennung in „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“). Der Be-

griff „Sozialismus“/„sozialistisch“ bezeichnet eine im Gegensatz zu den a priori als reaktionär angesehenen politischen Grundhaltungen „Konservatismus“ und „Liberalismus“ stehende revolutionäre Bewegung, die die bestehenden Gesellschaftsformen durch eine egalitäre Gesellschaft ersetzen will, die Gleichberechtigung aller Bürger – gleiches Recht und gleicher Besitz für alle – forderte. „Sovet/y“ – „Rat/Räte“ – wurden während der Revolutionen von 1905 und 1917 von Arbeitern, Bauern und desertierten Soldaten gebildet: basisdemokratische Zellen beziehungsweise Arbeiter-, Bauern- und Soldatenkomitees, die sich „Räte“ nannten. Als Instrument der Bolschewiki beanspruchten die „Räte“ schon vor der Februarrevolution 1917 politische und militärische Macht. Die Bolschewiki stützten sich auf diese Basis, unterwanderten und entmachteten sie aber gleichzeitig. Spätestens seit Ende der 1920er Jahren verloren die „Räte“ ihre Bedeutung als politischer Machtfaktor. Die Bedeutung des Begriffes „Sovjet/Rat“ wurde allmählich politisch entleert und auf die staatlichen Behörden aller administrativen Ebenen übertragen (z. B. wurde am 16.3.1946 der „Rat der Volkskommissare“ in „Ministerrat der Sowjetunion“ umbenannt).

2. Geographie

Lage

Die UdSSR umfasste ganz Osteuropa, ganz Nordasien sowie große Teile Zentralasiens. Im Osten wurde die UdSSR vom Pazifik, im Norden vom Nordpolarmeer, im Westen von Finnland, der Ostsee, Estland, Lettland, Litauen, Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn und Rumänien, im Süden von der Türkei, Iran, Afghanistan, China und der Mongolei begrenzt.

Die UdSSR erstreckte sich über 22.402.223 Quadratkilometer und zählte 290.100.023 Bewohner (1991).[1]

Topographie

Siehe: Russland/Russisches Reich

Historische Geographie

Das erste staatliche Gebilde auf dem Boden des einstigen Russischen Reiches nach der sogenannten Oktoberrevolution war die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik (Rossijskaja Sovetskaja Federativnaja Sočialističeskaja Respublika, RSFSR, gegr. am 7.11.1917). Mit dieser vereinigten sich – zum Teil gedrängt durch Einsatz der Roten Armee – die souveräne Ukrainische Sowjetrepublik (gegr. am 22.1.1919), die souveräne Litauisch-Weißrussische Sowjetrepublik (gegr. im März 1919) und die souveräne Transkaukasische Föderation (gegr. 1918), die Armenien, Aserbaidschan und Georgien umfasste. Am 30. Dezember 1922 begründeten sie die „Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“ (UdSSR). In den folgenden Jahren wurden die übrigen, nach 1917 entstandenen, noch unabhängigen Republiken auf dem Boden des einstigen Russischen Reiches mehr oder weniger gewaltsam der Sowjetunion einverleibt.

Die Grenzen der Sowjetunion vor dem Zweiten Weltkrieg entsprachen zum großen Teil denen des 1917 untergegangenen Russischen Reiches. Im Nordwesten jedoch hatten sich die einstigen russischen Ostsee-Gouvernements [Ostzejskie Gubernii] Estland, Livland und Kurland (= Estland und Lettland) im Jahr 1917 – die Schwäche der nach der Februar-Revolution 1917 gebildeten bürgerlichen „Provisorischen Regierung“ (Ministerpräsident: Aleksandr Kerenskij [1881–1970]) nutzend – ihre Unabhängigkeit von Russland erklärt und waren selbständige Staaten geworden. Auch Litauen, das als Teil „Kongresspolens“ nach den drei Teilungen Polens (1772, 1793, 1795) und seit dem Wiener Kongress 1814/1815 mit Polen dem Russischen Reich eingegliedert war, konnte sich während der Wirren nach dem

Ersten Weltkrieg im Zuge der Wiedererrichtung Polens und der Neuordnung Ostmitteleuropas als eigenständige Republik etablieren (1918, international bestätigt im Vertrag von Riga/Rīga 1921). Das Großfürstentum Finnland trennte sich in den Revolutionswirren ebenfalls von Russland (6.12.1917), ebenso wie im Südwesten Bessarabien: Am 6. Februar 1918 bat dessen Landesrat (Sfatul Ţării) das benachbarte Rumänien um militärischen Beistand gegen die auch Bessarabien bedrohende Rote Armee, woraufhin rumänische Verbände das Gebiet besetzten. Am 9. April 1918 wurde die Eingliederung Bessarabiens an Rumänien verkündet (am 20.1.1920 völkerrechtlich anerkannt).

Auch im Westen ergaben sich aus der Wiedererrichtung Polens verschiedene Grenzveränderungen. Zwischen den beiden im Ersten Weltkrieg Krieg führenden Blöcken, den Mittelmächten und den Alliierten, bestand grundsätzlich Einigkeit über die Wiederherstellung der Staatlichkeit Polens. Während die Westgrenzen des künftigen Polens bereits im Friedensvertrag von Versailles (28.6.1919) weitgehend festgelegt waren, blieb die Frage der Grenzziehung zwischen Polen und der künftigen Sowjetunion offen. Als sich die deutschen Heeresverbände 1918 aus Ostmitteleuropa zurückzogen, stieß die noch im Aufbau befindliche Rote Armee nach, um – so die Kalkulation von Vladimir Il'ič Lenin (Ul'janov, 1870–1924) – Revolutionen im Westen zu befördern und dort politischen Einfluss zu gewinnen. Polnische Politiker (namentlich Marschall Józef Piłsudski [1867–1935], später Regierungschef Polens) wünschten die Wiederherstellung des territorialen Status von 1772. Um dem Vordringen der Roten Armee auf von Polen beanspruchte Territorien vorzubeugen, besetzten polnische Truppen 1919 Teile Weißrusslands und der Ukraine. Angesichts der polnischen Gebietsansprüche legte der „Oberste Rat der Entente" in Paris am 8. Dezember 1919 eine Demarkationslinie (nach sprachlich-ethnischen Kriterien) zwischen Polen und der bolschewistischen RSFSR fest: die „Curzon-Linie", die ungefähr der sowjetisch-polnischen Grenze nach dem Zweiten Weltkrieg entsprach. Im sogenannten „Polnisch-Sowjetischen Krieg" (1920/21) verschob sich der Frontverlauf wiederholt gravierend (polnische Besetzung Kiews/Kyjivs 7.–15.5.1920, Mitte August 1920 Vordringen der Roten Armee bis kurz vor Warschau/Warszawa, anschließend erfolgreiche polnische Gegenoffensive [„Wunder an der Weichsel"]). Auf Druck Englands und Frankreichs wurde schließlich ein Waffenstillstand geschlossen (12.10.1920). Im Frieden von Riga (18.3.1921) akzeptierte Lenin, dessen Regime von mehreren Armeen der zarentreuen „Weißen" aufs Äußerste bedrängt wurde, eine Grenzlinie, die den polnischen Vorstellungen eher entsprach. Sie verlief 200 bis 250 Kilometer östlich der „Curzon-Linie"": Polen wurde das westliche Weißrussland (mit Brest-Litovsk/Brėst/Breść nad Bugiem, Grodno/Hrodna, Baranowitschi/Baranawičy/Baranowicze) sowie die westliche Ukraine (Wolhynien und Galizien mit Lemberg/L'viv/Lwów) zugesprochen.

Mit dem Geheimen Zusatzprotokoll zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt (23.8.1939), in dem Iosif Vissarionovič Stalin (Džugašvili, 1878–1953) und Adolf Hitler (1889–1945) ihre Interessensphären in Ostmitteleuropa absteckten, zielte die sowjetische Führung auf eine Revision der im Vertrag von Riga 1921 festgeschriebenen territorialen Verluste. Bald nach dem Beginn des Zweiten Weltkriegs überschritt die Rote Armee, wie im Geheimen Zusatzprotokoll verabredet, die polnische Ostgrenze (17.9.1939). Die Grenze zwischen der sowjetischen und der deutschen Zone (mit Warschau) bildete im Wesentlichen der Fluss Bug. Am 30. November 1939 fiel die Rote Armee in Finnland ein („Winterkrieg"), das im Frieden von Moskau/Moskva (12./13.3.1940) erste Gebietsverluste hinnehmen musste. Nach erheblichen territorialen Gewinnen der Finnen im Anschluss an den deutschen Überfall auf die Sowjetunion mussten sich die finnischen Verbände, der sowjetischen Übermacht weichend, 1944 wieder aus Ost-Karelien zurückziehen und einen Separatfrieden mit der UdSSR (19.9.1944) abschließen. Im weiteren Verlauf des Zweiten Weltkriegs verlor Finnland schließlich die Region um Wiborg/Vyborg/Viipuri, das nordwestliche Umland des

Ladogasees (mit der Klosterinsel Valamo), die Fischer-Halbinsel im Norden bei Murmansk sowie einen Gebietsstreifen östlich vom finnischen Salla an die Sowjetunion.

Im Frühjahr 1940 wurden – zunächst vorübergehend – die baltischen Staaten durch die Rote Armee besetzt, seit dem 18. September 1940 Bessarabien und die Nord-Bukowina mit Czernowitz/Černivci/Cernăuţi. Bei ihrem Vordringen nach Westen im „Großen Vaterländischen Krieg“ eroberte die Rote Armee 1944/1945 die seit 1941 von der Wehrmacht besetzten baltischen Staaten wieder, ebenso wie die umstrittenen ostpolnischen Gebiete, die Stalin dann auch auf den interalliierten Konferenzen von Jalta (4.–11.2.1945) und Potsdam (17.7.–2.8.1945) für die Sowjetunion beanspruchte.

Die UdSSR verfügte mit den Territorialgewinnen während und nach dem Zweiten Weltkrieg nicht nur über den gleichen territorialen Bestand wie das einstige Russische Reich, sondern hatte in Ostmitteleuropa mit den finnischen Abtretungen, mit dem nördlichen Ostpreußen, mit Ostgalizien, der Karpato-Ukraine und der nördlichen Bukowina ihre Grenzen sogar noch ein Stück nach Westen vorgeschoben.

Verweise auf im Lexikon behandelte Regionen

Altairegion, Baltikum, Baschkirien, Bessarabien, Bukowina, Dongebiet, Galizien, Karpato-Ukraine, Krim, Kurland, Livland, Schwarzmeergebiet, Sibirien, Turkestan, Wolgadeutsche ASSR, Wolgagebiet, Wolhynien.

Verweise auf im Lexikon behandelte Länder, die bis 1991 zur Sowjetunion gehörten

Armenien, Aserbaidschan, Estland, Georgien, Kasachstan, Kirgisien, Lettland, Litauen, Republik Moldau, Tadschikistan, Turkmenien/Turkmenistan, Ukraine, Usbekistan, Weißrussland.

3. Geschichte der UdSSR 1917 bis 1991 mit russlanddeutschen Aspekten

Oktoberrevolution

Die UdSSR ist nach der sogenannten Oktoberrevolution (25.10./7.11.1917) aus dem Russischen Reich hervorgegangen. Zu den Auslösern der Revolution gehörten der verlustreiche Ausgang des Ersten Weltkrieges, der eine das ganze Reich erfassende Not und ein Chaos in allen Lebensbereichen zur Folge hatte (Mangel an Nahrungsmitteln und Heizmaterialien, Zusammenbruch des zivilen Eisenbahnverkehrs und der Verwaltung), die Unfähigkeit von Zar Nikolaj II. (Romanov, 1868–1918) und seiner Regierung sowie die kriegsmüde Stimmung unter den Soldaten. Anfang 1917 rechnete man in Russland mit einer Million Gefallenen, vier Millionen Verletzten und zwei Millionen Kriegsgefangenen. Der eigentliche Grund für die Wut der Massen waren die unhaltbaren sozialen Verhältnisse der ländlichen und der städtischen Bevölkerung und das autoritäre Regime, das den landlosen Bauern und dem „Vierten Stand“ die Mitwirkung am politischen Geschehen verweigerte.

Der Volkszorn machte sich in Aufständen Luft, die in Petrograd (Sankt Petersburg/Sankt-Peterburg/Leningrad) am 23. Februar/8. März 1917 in Streiks gewaltigen Ausmaßes gipfelten („Februarrevolution“). Die gegen die Aufständischen aufgebotenen Garnisonstruppen solidarisierten sich mit den Streikenden, sodass die von linken Gruppierungen aufgestellten Arbeiter- und Soldatenräte (sovety) bald das Geschehen bestimmten. Die Duma (ein Scheinparlament)[2] löste sich nicht auf, wie vom Zaren befohlen, sondern ersetzte die bisherige durch eine links-liberale „Provisorische Regierung“, die sich jedoch gegen die radikalen Räte kaum behaupten konnte. Schließlich wurde der Druck auf Zar Nikolaj II. von allen Seiten, besonders von der Generalität, so groß, dass er am 15. März 1917 abdankte. Da-

raufhin kehrte Vladimir Il'ič Lenin im April 1917 aus seinem Schweizer Exil nach Russland zurück. Mit der Devise „Alle Macht den Räten!" brachte er Teile der zerstrittenen Linksparteien, die „Sozialdemokratische Partei Russlands"[3] und den linken Flügel der „Sozialrevolutionäre", hinter sich und verschärfte gezielt die politische Lage. Mit seinen zentralen Forderungen „Frieden" und „Bodenreform" versuchte er, die Massen zu gewinnen.

Am 7. November 1917 ließ Lenin im Zuge eines weitgehend unblutigen Putsches die Provisorische Regierung verhaften und alle strategisch und administrativ wichtigen Punkte Sankt Petersburgs besetzen. Gegen zahlreiche Widerstände bildete er eine Arbeiter- und Bauernregierung, den „Rat der Volkskommissare", dem er selbst vorstand und dem unter anderem Leo Trotzki/Lev Trockij (Bronštejn, 1879–1940) als Volkskommissar für Außenbeziehungen und Kriegswesen sowie Iosif Vissarionovič Stalin als Volkskommissar für Nationalitätenfragen angehörten. Zwar hatte Lenin lautstark die Bildung einer „Verfassunggebenden Versammlung" gefordert. Als aber die Wahlen dazu im November 1917 Lenins Bolschewiki eine herbe Niederlage bescherten (sie erhielten nur rund 25 %), ließ er die Verfassunggebende Versammlung am 19. Januar 1918 unter Einsatz des Militärs auflösen, noch bevor sie ihre Tätigkeit hatte aufnehmen können.

Nach den demütigenden Zurücksetzungen und Repressionen während des Weltkrieges (z. B. durch die Liquidationsgesetze vom 2.2.1915; siehe auch „Russland/Russisches Reich") begrüßten die – bis in den Krieg hinein dem Thron absolut loyalen – Russlanddeutschen in ihrer Mehrheit die Revolution. Seit April 1917 fanden in allen russlanddeutschen Siedlungsgebieten Kongresse statt, wurden Verbände und Komitees gegründet, wobei auch die Frage einer Autonomie der Siedlungsgebiete erörtert wurde. Auch in den russlanddeutschen Dörfern etablierten sich „Räte" deutscher Bauern. In der Roten Armee kämpften unter anderem Regimenter russlanddeutscher Freiwilliger.

Kriegskommunismus – Bürgerkrieg – Hungersnot – NÖP

Die der Oktoberrevolution folgenden Jahre waren von blutigen Auseinandersetzungen begleitet. Ursache dafür war das Zusammentreffen verschiedener Phänomene, die sich gegenseitig durchdrangen:

„Kriegskommunismus" (1918–1921) nannten die Bolschewiki die erste Phase ihrer Herrschaft, als die zaristischen Kader meist gewaltsam durch bolschewistische „Räte" abgelöst wurden. Diese Phase war von radikaler Zwangswirtschaft gekennzeichnet: Industrie, Großgrundbesitz und Banken wurden verstaatlicht, die Wirtschaft – Produktion und Verteilung von Gütern – zentralisiert; Terror war das häufigste Mittel der Durchsetzung dieser Ziele. Trotzki wurde der Aufbau der Roten Armee übertragen, deren Gründung am 28. Januar 1918 vom „Rat der Volkskommissare" beschlossen wurde.

Die gerade gegründete Rote Armee musste sich im Bürgerkrieg gegen die zarentreuen „Weißen" bewähren, die aus erfahrenen Generälen, Offizieren und Teilen ihrer Truppen, aus Freiwilligen und Kosaken bestanden und von ausländischen (u. a. englischen, amerikanischen, japanischen) Interventionstruppen unterstützt wurden. Dennoch gelang es Trotzki, die „Weißen" zu verdrängen; im November 1920 verließ der „weiße" General Baron Peter/Pëtr von Wrangel (1878–1928) mit seinen Armeen von der Krim aus Russland, während sich der Bürgerkrieg im Fernen Osten noch bis Oktober 1922 hinzog.

Nach der Revolution formierte sich der Widerstand der Bauern, die sich in zahlreichen Aufständen gegen die Enteignungspolitik der Bolschewiki zu wehren versuchten. Diese Revolten wurden von den Bolschewiki (auch in deutschen Dörfern) im Zuge des Bürgerkriegs niedergeschlagen. Im Kreis Marxstadt (Marksštadt, Katharinenstadt) wurden beispielsweise

fast 300 Personen zum Tode durch Erschießen verurteilt; bei der Rückeroberung von Marienthal durch die „Roten“ kamen 550 Aufständische ums Leben.[4] Requirierungen und Plünderungen führten unter anderem zur Hungersnot an der Wolga 1920/1921, die fünf Millionen Hungertote forderte, darunter allein unter den Wolgadeutschen 47.770 amtlich erfasste Todesopfer. Statistische Angaben zu den Jahren 1921/1922 verweisen auf einen Bevölkerungsrückgang im Wolgagebiet um 114.000 Personen[5] (siehe auch „Wolgagebiet“).

Trotz Zwangsbewirtschaftung und Terrormaßnahmen zur Beschaffung von Nahrungsmitteln drohte die sowjetische Wirtschaft zusammenzubrechen; der Kriegskommunismus war gescheitert, Millionen Menschen waren verhungert. Deshalb trat Lenin einen „taktischen Rückzug“ an, indem er 1921 die „Neue Ökonomische Politik“ (NÖP; Novaja ėkonomičeskaja politika, NĖP) deklarierte, die wieder privatwirtschaftliche Aktivitäten im ländlichen wie im gewerblichen Sektor zuließ. Die Zwangseintreibungen wurden eingestellt. Die Liberalisierung brachte einen Entwicklungsschub in zahlreichen Wirtschaftsbereichen. Der Liberalisierung in der Wirtschaft entsprach jedoch keine solche im politischen Bereich; hier blieb der skrupellose Einsatz von Terrormethoden die Norm, zu denen auch die Ermordung von Zar Nikolaj und seiner Familie gehörte (16.7.1918).

Autonome Sozialistische Sowjetrepublik der Wolgadeutschen

„National in der Form – sozialistisch im Inhalt“ – nach dieser Direktive gestalteten Lenin und vor allem Stalin die sowjetische Nationalitätenpolitik. Im Machtkampf um die Nachfolge Lenins hoffte Stalin, durch Zugeständnisse im nationalen Bereich die Gunst der nichtrussischen Ethnien zu gewinnen.

Der deutsch-russische Friedensvertrag von Brest-Litowsk (3.3.1918) enthielt eine Zusatzklausel, der zufolge ausreisewillige Deutsche von der „Deutschen Kommission für deutsche Rückwanderer“ in Saratow/Saratov einen „Schutzschein“ für ihre Ausreise ins Deutsche Reich erhalten konnten. Um einer Auswanderungsbewegung Russlanddeutscher vorzubeugen, kam Stalin ihnen in der Autonomiefrage entgegen. Eine wolgadeutsche Konferenz in Warenburg/Wolga (24.–26.2.1918), die Repräsentanten verschiedener deutscher Kreise vereinte, schickte eine Delegation nach Moskau, die Möglichkeiten einer Autonomie ausloten sollte. Bald nach der Rückkehr der Delegation wurde in Saratow das „Kommissariat für wolgadeutsche Angelegenheiten“ gegründet, als dessen Leiter der als Kriegsgefangener nach Russland gelangte Ernst Reuter (1889–1953), später Regierender Bürgermeister von (West-)Berlin (1947–1953), mit der Planung und Organisation der „Arbeitskommune der Wolgadeutschen“ betraut wurde. Am 19. Oktober 1918 unterzeichnete Lenin selbst die entsprechenden Dekrete für die Schaffung der halbautonomen „Arbeitskommune der Wolgadeutschen“, die 1924 zur „Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik der Wolgadeutschen“ (ASSRdWD) aufgewertet wurde. Darüber hinaus kam es zur Bildung deutscher „Nationaler Rayons“, die jeweils mehrere Dörfer umfassten. In Russland gab es (zusätzlich zur Wolgarepublik) sechs nationale deutsche Rayons, in der Ukraine zehn, in Aserbaidschan und in Georgien je einen. Zwar kann für diese Gebiete, wie auch bei allen nationalen Sowjetrepubliken, auf Grund der zentralistischen Weisungsstrukturen nicht von einer echten Autonomie gesprochen werden, aber auch die relative Autonomie war von größter Bedeutung, insbesondere für das deutsche Schul- und Bildungswesen.

Die deutschen nationalen Rayons wurden bereits Ende der 1930er Jahre aufgelöst, die Wolgarepublik durch das Deportationsdekret vom 28. August 1941 aufgehoben.

(siehe auch: „Wolgadeutsche ASSR“)

Stalinismus und die „Großen Säuberungen“

Der Tod Lenins 1924 führte zunächst zu keiner erkennbaren politischen Veränderung. In seinem sogenannten „Testament“ (5.1.1923) hatte Lenin gewarnt, Stalin missbrauche seine Macht als Generalsekretär der „Kommunistischen Partei Russlands“, und schlug an seiner Stelle Trotzki vor. Stalin verheimlichte das „Testament“ und festigte seine Position als ‚legitimer‘ Nachfolger Lenins. Er schaltete alle Genossen aus, die ihm gefährlich werden konnten. Zwischen 1922 und 1924 tauschte er 16.000 Funktionäre in Partei und Verwaltung gegen Personen seines Vertrauens aus.[6] Er wurde zur Schlüsselfigur des politischen Lebens in der Sowjetunion, wobei die Partei sein Herrschaftsinstrument war.

1928 hatte sich die wirtschaftliche Lage der Sowjetunion wieder einigermaßen konsolidiert, sodass Stalin meinte, die NÖP beenden und die forcierte Industrialisierung und Kollektivierung in Angriff nehmen zu können. Das Ende der NÖP-Phase wurde durch den ersten „Fünfjahresplan“ zur Entwicklung der sowjetischen Wirtschaft 1928 markiert. Die Großbauern waren bereits bald nach der Revolution enteignet worden. Aber damit war der Bedarf an Land nicht annähernd gedeckt. So verkündete Stalin 1929 das neue Ziel: die „Liquidierung des Kulakentums als Klasse“. Gemeint war die Enteignung der „Kulaken“, das heißt der Einzelbauern (Mittel- und Kleinbauern). Im Zuge der Kollektivierung mussten sie ihr Land, ihr Vieh und ihre Gerätschaften der örtlichen Kolchose oder Sowchose übergeben und sich selbst als Mitglieder einbringen.

Allein im Winter 1929/1930 wurden 500.000 „Kulaken“ nach Sibirien deportiert, wobei auch sehr viele Russlanddeutsche umkamen. Die forcierte Umstellung der Landwirtschaft auf Großbetriebe führte zu einem weiteren Kollaps des Agrarsektors, der ohne die deportierten Bauern nicht funktionsfähig war. Es kam zu einer Hungersnot noch viel größeren Ausmaßes als an der Wolga 1921/1922. Im sogenannten Holodomor in der Ukraine (1932/1933) verhungerten mindestens 3,5 Millionen Menschen. Für die meisten Ukrainer gibt es keinen Zweifel daran, dass diese Hungersnot auf Stalins Weisung gezielt herbeigeführt wurde, um den Widerstandswillen der Ukrainer gegen die Sowjetmacht zu brechen.[7] Neuere westliche Forschungen kommen aber zu dem Ergebnis, dass der Holodomor durch eine Verkettung verschiedener stalinistischer Maßnahmen verursacht wurde; eine speziell sich gegen die Ukraine richtende Weisung Stalins hat es nicht gegeben. Den düsteren Höhepunkt auf Stalins Weg zur Ein-Mann-Diktatur bildeten die „Großen Säuberungen“ 1936 bis 1938, mittels derer wirkliche oder vermeintliche Gegner aus dem Weg geräumt wurden. Jeder konnte vom NKWD verhaftet werden – altgediente Parteikader, Professoren und Lehrer, Künstler und Literaten. Man geht davon aus, dass zehn bis elf Millionen Sowjetbürger zwischen 1936 und 1942 im Schnellverfahren abgeurteilt worden sind: Die einen wurden an Ort und Stelle erschossen, andere erhielten Lagerstrafen (GULag[8]) von bis zu 25 Jahren. Vor allem misstraute Stalin seinen Generälen und dem Offizierscorps. 1937 wurde sogar der Held des Bürgerkrieges, Generalstabschef Marschall Nikolaj Tuchačevskij (1893–1937), erschossen. Von 6.000 Stabsoffizieren „verschwanden“ 1.500. Von den sieben Vollmitgliedern des 1919 gewählten Politbüros lebte 1930 nur noch Stalin – alle (außer dem verstorbenen Lenin) waren als „unzuverlässig“ hingerichtet worden. Das Zentralkomitee der Partei, die Exekutive, bestand 1934 aus 140 Mitgliedern, 1937 nur noch aus 15 Personen. Traurige Berühmtheit erlangten während der „Säuberungen“ die Chefs der Geheimpolizei (NKWD)[9] Nikolaj Jeschow (Ežov, 1895–1940), zwischen 1936 und 1938, und sein Nachfolger Lavrentij Berija (1899–1953), die die ‚Säuberungen‘ organisiert hatten. Der Nationalsozialismus trieb zahlreiche Kommunisten aus aller Welt als Flüchtlinge in die Sowjetunion, wo Stalin Hunderten von Verfolgten, meist Funktionären der Komintern, das Moskauer „Hotel Lux“ zur Verfügung stellte. So lebten dort auch spätere hohe Funktionäre der DDR, wie Wilhelm Pieck (1876–1960), Walter Ulbricht (1893–1973) und Otto Grotewohl (1894–1964) oder auch

Herbert Wehner (1906–1990), Josip Broz Tito (1892–1980), Tschou En Lai (1898–1976), Ho Tschi Minh (1890–1969) und viele andere. Während der ‚Säuberungen' wurde das Hotel „Lux" für viele seiner Gäste zur Falle. Diese wurden nachts ‚abgeholt' und ermordet, unter ihnen sechs deutsche Kommunisten,[10] oder deportiert. Die Machtübernahme der Nationalsozialisten in Deutschland löste in der Sowjetunion eine heftige antifaschistische Propagandawelle aus. Unter dem Verdikt „Faschist" hatten die Russlanddeutschen besonders zu leiden, denen unterstellt wurde, faschistische Spionage zum Schaden der Sowjetunion zu betreiben. Seit 1937/1938 wurden alle deutschen Einrichtungen in der Sowjetunion in ihrer Tätigkeit behindert und schließlich aufgelöst, die Wolgarepublik formal allerdings erst nach dem deutschen Angriff auf die UdSSR 1941.

Der Zweite Weltkrieg

Der Nichtangriffspakt zwischen der Sowjetunion und dem Deutschen Reich, der sogenannte Hitler-Stalin-Pakt, schockierte die Welt. Hitler erkannte die sowjetischen Interessen an Ostpolen an, und Stalin bekundete sein Desinteresse an West- und Zentralpolen. Nur eine Woche später (1.9.1939) erfolgte der deutsche Angriff auf Polen, und am 17. September 1939 überschritt die Rote Armee die polnisch-sowjetische Grenze. Nach der sowjetischen Besetzung Bessarabiens und der Nord-Bukowina mussten Ende 1940 93.000 Bessarabiendeutsche im Zuge der nationalsozialistischen Aktion „Heim ins Reich" ihre Heimat verlassen.

Einzig Finnland leistete im „Winterkrieg" (1939/1940) der Roten Armee heftigen Widerstand und konnte – wenn auch unter Gebietsverlusten – seine Souveränität wahren.

Am 22. Juni 1941 begann der deutsche Angriff auf die Sowjetunion. Stalin war von seinen Offizieren gewarnt worden, ignorierte aber diese Hinweise. Die deutschen Truppen eroberten in wenigen Monaten Weißrussland und weite Teile der Ukraine und stießen bis Moskau, Leningrad, Stalingrad/Wolgograd und zum Kaukasus vor. Der Rückzug der Roten Armee glich, nicht zuletzt auf Grund des Fehlens der von Stalin liquidierten erfahrenen Generäle und Offiziere, einer regellosen Flucht. Die sowjetische Regierung zog sich nun nach Kujbyšev (heute: Samara) an der Wolga zurück. Die Kriegsproduktion (Waffen, Munition, Flugzeuge) wurde hinter den Ural verlegt.

Die deutschen Soldaten wurden von Weißrussen und Ukrainern meist freundlich empfangen, weil sie von den Deutschen die Befreiung vom Sowjetregime erhofften. Diese Hoffnung verflog allerdings schnell, als sich zeigte, dass die deutsche Besatzungspolitik auf die autochthone Bevölkerung, die „slawischen Untermenschen", kaum Rücksicht nahm.

Der Wehrmacht gelang es nicht, Moskau einzunehmen. Leningrad widerstand der Blockade von September 1941 bis Januar 1944, bei der 1,1 Millionen Menschen verhungerten. Die Vernichtung der deutschen 6. Armee in der Schlacht von Stalingrad (23.8.1942–2.2.1943) wurde zum Symbol der Kriegswende. Der endgültige Sieg über die deutschen Armeen, mehr als zwei Jahre später, war das Ergebnis der Kooperation der Alliierten (Sowjetunion, USA, Großbritannien und Frankreich). Regierungsmitglieder der Alliierten konferierten in Moskau, Teheran und Jalta. Auf den Konferenzen in Jalta und nach dem Krieg in Potsdam wurde über das künftige Schicksal Deutschlands entschieden: Stalin beanspruchte für die Sowjetunion Westweißrussland, die Westukraine und Westwolhynien, die bis 1918 Bestandteile des Russischen Reiches gewesen waren, sodann die Karpato-Ukraine und Ostgalizien mit Lemberg. Als Kompensation wurden Polen die deutschen Provinzen östlich der Oder-Neiße-Linie zugesprochen.

Die Deportation der Russlanddeutschen

Zu Stalins Verbrechen gehört die Deportation „unzuverlässiger“ (der Kollaboration mit den Faschisten verdächtigter) Völkerschaften nach Sowjetasien: 900.000 bis 1 Million Russlanddeutsche, 470.000 Tschetschenen, 202.000 Krim-Tataren, 131.300 Kalmüken, 92.000 Inguschen sowie weitere kleinere ethnische Gruppen.[11] Nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 war per Dekret vom 28. August 1941 die „Umsiedlung“ aller Wolgadeutschen (ca. 400.000) verfügt worden.[12] In Wirklichkeit jedoch wurde das Dekret auf alle Deutschen in der Sowjetunion angewendet. Das kompakte Siedlungsgebiet der Wolgadeutschen veranlasste die mit der Deportation beauftragten Institutionen (vor allem den NKWD), an der Wolga zu beginnen. Man geht von mindestens 640.000 Deutschen aus, die allein in den wenigen Wochen von Anfang September bis Anfang November 1941 nach Westsibirien, nach Kasachstan, in den Altai und die zentralasiatischen Sowjetrepubliken verschleppt worden sind.[13] Neben den Wolgadeutschen wurden auch jene 100.000 Ukrainedeutschen „umgesiedelt“, die vor der deutsch-rumänischen Besetzung der Ukraine auf sowjetischem Boden verbleiben mussten.[14] Unter den 640.000 Deportierten waren auch 45.000 Kaukasusdeutsche, 35.000 Krimdeutsche, 26.000 Deutsche aus dem Raum Leningrad sowie mehr als 40.000 Personen aus Städten und anderen Teilen der europäischen UdSSR.[15] Zuweilen findet man Hinweise darauf, dass kurz vor dem Abtransport „Tausende oder gar Zehntausende“ Wolgadeutsche erschossen worden seien.[16]

Im Allgemeinen wurden die betroffenen Personen erst vier Stunden vor dem Abtransport über ihre „Umsiedlung“ informiert. Auf dem Transport wurden die über 16 Jahre alten Jungen und Männer von ihren Familien und Dorfgenossen getrennt und der „Arbeitsarmee“ (s. u.) zugeführt. Der Transport konnte bei sehr entfernt liegenden Zielorten bis zu zwei Monate dauern und war von grauenhaften Zuständen begleitet: vergitterte und plombierte Güter- und Viehwaggons, drängende Enge (45 bis 120 Menschen in einem Wagen), eisige Kälte in den unbeheizbaren Waggons, völlig unzureichende Versorgung mit Nahrungsmitteln und Trinkwasser – von der katastrophalen hygienischen und sanitären Situation ganz zu schweigen. Unter diesen Umständen sind allein auf dem Transport Zehntausende oder noch mehr Verschleppte umgekommen – vor allem Alte, Kranke und Kleinkinder.[17]

Die Masse der deportierten Wolgadeutschen erreichte die für sie vorgesehenen Deportationsorte zwischen Ende September und Ende Oktober 1941. Sie wurden irgendwo – oftmals im Schnee – „abgekippt“. Im Normalfall war von den lokalen Behörden für die Unterbringung so vieler Ankömmlinge kaum etwas vorbereitet. Angesichts des beginnenden Winters mussten sie sich häufig in den Viehställen der Kolchosen einen warmen Platz suchen; viele gruben sich Hütten in die Erde (zemljanki), die manche erst nach Jahren verlassen konnten. Die notvollen ersten Jahre in der „Sondersiedlung“ (specnaselenie) haben – Augenzeugenberichten zufolge – besonders viele Opfer gefordert: infolge von Hunger und Durst, von Kälte, von epidemischen Krankheiten und Arbeitsunfällen.

Ein Teil der Deportierten – 120.000 bis 130.000 Personen – wurde gleich in die „Arbeitsarmee“ (Trudovaja armija/Trudarmija) eingezogen, das heißt in streng bewachte, stacheldrahtumzäunte Arbeitslager mit militärischem Regime, wo sie beim Holzfällen, dem Eisenbahn- und Straßenbau, im Kohle-, Eisen- und Nickel-Bergbau sowie im Städtebau eingesetzt wurden. Nachdem zunächst nur Männer für die „Arbeitsarmee“ rekrutiert worden waren, wurden nach einer Verschärfung des Rekrutierungsregimes im Jahre 1942 auch Frauen (im Alter von 16 bis 45 Jahren; Ausnahmen: Schwangere und Frauen mit Kindern unter drei Jahren) eingezogen und die Rekrutierung der Männer auf weitere Altersgruppen ausgedehnt (15 bis 55 Jahre). Wegen der klimatischen Verhältnisse, wegen Unterernährung, Krankheiten, wegen der unsäglichen, unfallträchtigen Arbeitsbedingungen und dem allgegenwärtigen

Terror war die Todesrate in der „Arbeitsarmee“ erheblich und dürfte nach Auswertung von Erlebnisberichten und Einschätzungen bei 20 % gelegen haben.[18] Offiziell wurde die „Arbeitsarmee“ nach Kriegsende aufgelöst, aber es dauerte noch bis Ende 1946, bis dieser Prozess abgeschlossen war.

Wer nicht in die „Arbeitsarmee“ eingezogen wurde, wurde meist Kolchosen und Sowchosen zugewiesen. Die „Sondersiedler“ waren einem speziellen Regime unterworfen: der „Kommandantur“ (komendantura; „Kommandantur“, weil die Deportierten sich anfangs 14-täglich, später monatlich bei der Ortskommandantur des NKWD beziehungsweise später des KGB melden mussten, damit sichergestellt war, dass die Sondersiedler den ihnen zugewiesen Verbannungsort nicht verlassen hatten).

Als die Rote Armee 1943 gegen die deutsch und rumänisch besetzte Ukraine vorrückte, unterließen es die deutschen Dienststellen lange, etwas zum Schutze der ukrainedeutschen Zivilbevölkerung zu veranlassen. Erst seit Mitte 1943 wurden überstürzt Haushalte aufgelöst. Aus dem Reichskommissariat Ukraine (RKU) setzte sich im August 1943 ein gewaltiger „Treck“ mit 95.000 Schwarzmeerdeutschen (sog. Administrativumsiedler) Richtung Westen in Bewegung. Im Februar 1944 brach der „Große Treck“ mit 135.000 „Transnistriendeutschen“ auf. Beide Trecks benötigten bis zum Warthegau, wo sie „zur Germanisierung angesetzt“ werden sollten,[19] oder bis zum „Altreich“ (d. h. bis Ostdeutschland) ein Vierteljahr. Daneben gab es zahllose kleinere Trecks,[20] die sich individuell Richtung Westen durchschlugen. Seit Ende 1944 wurden 200.000 bis 250.000 der 350.000 geflüchteten Ukrainedeutschen – vor allem in Lagern – im Warthegau und in Ostdeutschland von der Roten Armee überrollt und „repatriiert“, also nach Sowjetasien deportiert, wo die entsprechenden Jahrgänge ebenfalls der „Arbeitsarmee“ eingegliedert und die übrigen wie die anderen „Sondersiedler“ von der Wolga dem Kontroll- und Terrorregime der „Kommandantur“ unterworfen wurden. 150.000 Ukrainedeutsche konnten sich zunächst der „Repatriierung“ entziehen,[21] indem sie in den Westzonen Deutschlands untertauchten. Die Hälfte von ihnen wurde aber von den amerikanischen und britischen (nicht aber von den französischen) Besatzungsbehörden der sowjetischen Besatzungsmacht übergeben. Darüber hinaus fahndeten spezielle sowjetische Suchtrupps recht erfolgreich unter der deutschen Zivilbevölkerung nach untergetauchten Russlanddeutschen.[22] Nur 70.000 bis 80.000 von ihnen konnten sich trotz aller sowjetischen Gegenmaßnahmen in den Westzonen halten und sich der westdeutschen Bevölkerung assimilieren.

Die Frage nach den russlanddeutschen Todesopfern der Deportation ist nur mit größten Vorbehalten zu beantworten. Der britische Historiker Robert Conquest versuchte dies dennoch und kam auf 30 % (= 300.000) der deutschen „Sondersiedler“, die unter dem Deportationsregime umgekommen seien.[23] Auch Benjamin Pinkus, ein jüdischer Historiker, der von 970.000 russlanddeutschen „Sondersiedlern“ (1941–1955) ausgeht, rechnet mit mehr als 30 %, also 300.000 Toten.[24] 1955, nach dem Moskau-Besuch von Bundeskanzler Konrad Adenauer (1876–1967) vom 8. bis 14. September, wurde die „Kommandantur“ aufgehoben. Die deportierten „Sondersiedler“ durften sich seitdem relativ frei bewegen – aber nur im asiatischen Teil der Sowjetunion. Daran änderte auch ein Dekret aus dem Jahre 1964 nichts, das die Russlanddeutschen von dem Vorwurf freisprach, mit den Faschisten kollaboriert zu haben. Erst ein Dekret von 1972 gestattete den deutschen „Sondersiedlern“ den Zuzug in den europäischen Teil der Sowjetunion. Nur wenigen gelang es aber, in ihre einstigen Siedlungsgebiete zurückzukehren, weil dort nach der Deportation der Deutschen 1941 Russen und Ukrainer angesiedelt worden waren.

Stalinismus nach dem Zweiten Weltkrieg

Die Rote Armee hatte nicht nur Berlin erobert, sondern auch Ostmittel- und Südosteuropa vom Faschismus befreit. In Moskau geschulte Kader sorgten in diesen Ländern durch das Schüren von Aufständen, durch das Organisieren von Streiks und durch das Manipulieren von Wahlen dafür, dass sich in der künftigen DDR, in Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Jugoslawien kommunistische Regimes etablierten. Jugoslawien ging unter der Führung Titos seit 1948 seinen eigenen, blockfreien Weg. Die übrigen Satellitenstaaten der Sowjetunion schlossen sich 1955 zum Warschauer Pakt zusammen – als Gegenpol zur NATO. 1968 verließ Albanien das Bündnis, im gleichen Jahr emanzipierte sich Rumäniens Staatschef Nicolae Ceauşescu (1918–1989) von Moskau.

Nach dem Ausklingen der Siegeseuphorie stellte sich Ende der 1940er Stalins Misstrauen gegen alle Menschen, die ihn umgaben, wieder ein. Repressionen, Verfolgungen und Deportationen gehörten wieder zum sowjetischen Alltag. Gleiches gilt für Stalins Antisemitismus, der sich bereits in den „Großen Säuberungen“ gezeigt hatte, als er all jene Juden, die Lenin in führende Positionen eingesetzt hatte (so befanden sich 1930 im 25-köpfigen Parteipräsidium elf Juden), ‚verschwinden‘ lassen hatte. Auch Kulturschaffende wie der Dichter Isaak Babel’ (1894–1940), der Theaterregisseur Wsewolod Meyerhold (Vsevolod Mejerchol’d, 1874–1940) und dessen Frau, Sinaida Reich (Zinaida Rajch, 1894–1939), waren ‚liquidiert‘ worden; zwischen 1936 und 1942 waren 49 jüdische Schriftsteller und Publizisten umgebracht worden.[25]

Das von jüdischen Kulturschaffenden 1942 gegründete „Jüdische Antifaschistische Komitee“ (JAFK), dessen Vorsitzende Solomon Michoel’s (1890–1948) und Icik Feffer (1900–1952) ins Ausland geschickt worden waren, um dort Propaganda für die Sowjetunion zu machen und Geld für die Rote Armee zu sammeln, wurde 1948 von Stalin verboten. Michoel’s wurde auf Stalins ausdrückliche Weisung ermordet. Nach der Verhaftung der 15 Präsidiumsmitglieder des JAFK Ende 1948/Anfang 1949 wurden nach fast dreijährigem Prozess 13 von ihnen erschossen. Während des JAFK-Prozesses ‚entlarvte‘ Stalin in seinem Wahn eine „Verschwörung der Kreml-Ärzte“ – jüdischer Ärzte, die ihm angeblich nach dem Leben trachteten. Seit September 1952 wurden größere Gruppen von ihnen verhaftet, 37 allein im Februar 1953. Parallel zu dieser Verhaftungswelle lief eine wüste antisemitische Pressekampagne, die eine antijüdische Massenhysterie zur Folge hatte.[26]

Seit Ende der 1940er Jahre führte der ideologische Gegensatz zwischen NATO und Warschauer Pakt in den „Kalten Krieg“. Den ersten großen Eklat bildete Stalins Versuch, West-Berlin der DDR einzuverleiben, indem er alle Zufahrtsstraßen nach West-Berlin von Juni 1948 bis Mai 1949 sperren ließ. Die Blockade misslang, weil West-Berlin von US-amerikanischen Flugzeugen über eine „Luftbrücke“ versorgt wurde. Diese Berlin-Krise und der Koreakrieg (1950–1953) hätten fast zu einem neuen Weltkrieg geführt.

Während des Interregnums zwischen Stalins Tod und der Übernahme der sowjetischen Führung durch Nikita Chruschtschow (Chruščëv, 1894–1971) 1953 kam es zum antikommunistischen Volksaufstand in der DDR (17.6.1953), der von sowjetischen Panzern niedergewalzt wurde.

Nikita Chruschtschow (Chruščëv)

Im Machtkampf nach Stalins Tod setzte sich Chruschtschow durch, der 1953 Parteichef wurde. 1958 erlangte er auch das Amt des Regierungschefs. Mit seiner berühmten Geheimrede auf dem XX. Parteitag der KPdSU (Februar 1956) legte er die Fehler und Verbrechen Stalins offen und leitete die Entstalinisierung ein. Damit wollte er den Weg zu einer vorsich-

tigen Reformpolitik beschreiten. Als Zeichen seines guten Willens gestattete er gewisse Liberalisierungen im Kulturbereich, es begann die „Tauwetterperiode“, während derer Autoren wie Bella Achmatova (1937–2010), Vladimir Dudincev (1918–1998), Evgenij Evtušenko, Andrej Voznesenskij (1933–2010) und andere publizieren konnten. Dass Boris Pasternak (1890–1960) 1958 den Nobelpreis für seinen Roman „Doktor Schiwago“ nicht annehmen durfte, signalisierte ebenso wie zuvor (Oktober 1956) die Niederschlagung des ungarischen Aufstands durch sowjetische Panzer das Ende der sogenannten Tauwetterperiode. Die anfänglichen Liberalisierungen wurden zurückgenommen, Repressionen wurden wieder zu einem Mittel der Innenpolitik. Zum Beispiel wurde der Bestand der Russisch-Orthodoxen Kirche an Gemeinden/Kirchen (1953: 22.000, 1964: 11.000), an Klöstern (75, 17) und Seminaren (12, 5) durch staatliche Schließungen ganz erheblich verringert.[27]

Der Bau der Berliner Mauer (13.8.1961), die die Massenflucht aus der DDR (1949–1961: bis zu 2,5 Mio. DDR-Bürger) stoppen sollte, wäre ohne die ausdrückliche Zustimmung der sowjetischen Führung nicht möglich gewesen; der entsprechende Beschluss der sowjetischen Führung wurde Anfang August 1961 in Moskau gefasst. Die von Chruschtschow provozierte Kubakrise (14.10.–28.10.1962), die ebenfalls in einen Dritten Weltkrieg hätte führen können, endete für Chruschtschow mit einem gewaltigen (auch innenpolitischen) Prestigeverlust.

Chruschtschows Reformvorhaben in Staat und Partei versetzten die alten Parteikader in Unruhe; seine missglückten Maßnahmen in Industrie und Landwirtschaft wurden ihm als schwere Fehler angelastet, so etwa seine Pläne zur Neulandgewinnung und zur Bewässerung Kasachstans (mit dem Austrocknen des Aral-Sees als seit 1960 sichtbarer Folge). Zur Last legten ihm die Apparatschiks auch, dass er in der Kubakrise den USA nachgegeben hatte. Zudem hatte seine Außenpolitik zu einer Abkühlung der sowjetischen Beziehungen zu China geführt. Die Summe dieser Faktoren führte zu Chruschtschows Sturz am 14. Oktober 1964.

Leonid Breschnew (Brežnev) und seine Nachfolger

Leonid Breschnew (Brežnev, 1906–1982) gehörte zur Gruppe derer, die Chruschtschow ausgeschaltet hatten. Noch im gleichen Jahr, 1964, wurde er zum Generalsekretär des Zentralkomitees (ZK) der KPdSU gewählt. Seine Wahl zum Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets, also zum Staatsoberhaupt, erfolgte erst 1977. Die Breschnew-Ära wurde lange Zeit durch den Terminus „Stagnation“ charakterisiert. Die Frage, ob man, wie bis vor kurzer Zeit üblich, tatsächlich von einer Rückwendung Breschnews zu Repressionsformen des Stalinismus sprechen kann (Einschränkung der Meinungsfreiheit, Rücknahme von Reformansätzen aus der Chruschtschow-Ära, Verschärfung der Gesetze für politische Vergehen, z. B. Regimekritik), wird zunehmend zu einem Thema gegenwärtiger Forschungen.[28] Jedenfalls wurde der Schriftsteller und Nobelpreisträger Aleksandr Solženicyn (1918–2008) 1969 aus dem Schriftstellerverband ausgeschlossen, 1974 verhaftet und 1975 aus der Sowjetunion ausgewiesen. Der Nobelpreisträger Andrej Sacharov (1921–1989), Physiker und Menschenrechtsaktivist, wurde 1980 verhaftet und nach Gorkij (heute: Nižnij Novgorod) verbannt.

Der Versuch Alexander Dubčeks (1921–1992), Chef der kommunistischen Partei in der Tschechoslowakei, durch den „Prager Frühling“ 1968 eine Liberalisierung im Land, einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“, herbeizuführen, wurde durch das militärische Eingreifen der Truppen der Warschauer-Pakt-Staaten (Sowjetunion, DDR, Bulgarien, Ungarn und Polen) abgewehrt. Die politische Begründung für diese Intervention in Prag/Praha wurde am 12. November 1968 nachgeliefert: die so genannte „Breschnew -Doktrin“. Diese

gestand den einzelnen Warschauer-Pakt-Staaten eine begrenzte Souveränität zu, die jedoch an den Interessen der sozialistischen Gemeinschaft ihre Grenzen fand.

Seit 1973 tagte in Helsinki/Helsingfors die „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (KSZE) mit Teilnehmern aus 35 Ländern beider Lager des Kalten Kriegs. Die „Schlussakte von Helsinki“ (1975) sollte den Staaten beider Blöcke ein Instrumentarium an die Hand geben, mit dessen Hilfe ein geregeltes Miteinander in humanitären Fragen sowie in Fragen der Sicherheit, der Menschenrechte (Meinungsfreiheit und Freizügigkeit), der Ökologie usw. möglich sein sollte. Diese „Schlussakte“ bildete die Grundlage für die breitgefächerten Aktivitäten von Dissidenten- und Menschenrechtsgruppen in allen Staaten des östlichen Europas.

1979 besetzte die Sowjetunion auf Drängen der kommunistischen Führung Afghanistans dieses Land. Das ‚afghanische Abenteuer‘, das allein auf sowjetischer Seite viele Tausend Opfer kostete, wurde erst 1989 durch Michail Gorbatschow (Gorbačëv) beendet.

Die beiden Nachfolger Breschnews, 1982–1984 Jurij Andropow (Andropov, 1914–1984) und 1984–1985 Konstantin Černenko (Tschernenko, 1911–1985), wurden trotz ihres Alters und ihres schlechten Gesundheitszustandes in ihre hohen Ämter gewählt; sie starben, ohne etwas Bleibendes bewirkt zu haben.

Michail Gorbatschow (Gorbačëv) und das Ende der Sowjetunion

Michail Gorbatschow war bei seiner Wahl zum Generalsekretär der KPdSU im März 1985 eine Generation jünger als seine drei Vorgänger. Er versuchte, durch eine Revolution von oben im wirtschaftlich zurückgefallenen und ideologisch verkümmerten Land einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ zu schaffen. Der Beginn seiner Tätigkeit wurde von der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl/Černobyl überschattet (26.4.1986).

„Glasnost‘“ (Transparenz), „Perestrojka“ (Umgestaltung) und „Demokratizacija“ (Demokratisierung) waren die Formeln, mit Hilfe derer er eine wirtschaftliche und ideologische Erneuerung der Sowjetunion in die Wege leiten wollte. Seine Bemühungen, nicht zuletzt mit westlicher Hilfe die Wirtschaft zu reformieren, waren Projekte, die keine kurzfristigen Erfolge zeitigen konnten. In ideologischer Hinsicht waren die Offenlegung der tiefgreifenden Krise der Sowjetunion und die damit einhergehende Liberalisierung von großer Wirkung auf die Menschen. Sogar antikommunistische Meinungen, die bisher nur im Untergrund ausgesprochen werden konnten, durften nun öffentlich geäußert werden (z. B. bisherige Tabuthemen wie die Massenmorde Stalins). Gorbatschow war zudem bemüht, die allgemeine Rechtsunsicherheit, die Bespitzelung und die Zensur zumindest ansatzweise abzubauen. Als Beispiel für die Liberalisierung sei die Russisch-Orthodoxe Kirche angeführt. 1987/1988 konnte sie in aller Öffentlichkeit, sogar in Staatsgebäuden, ihr 1000-jähriges Bestehen („Millennium“) feiern, was Gorbatschows Vorgänger verboten hatten. Hunderte verstaatlichte Kirchen und Klöster wurden an sie zurückgegeben.[29]

Die offene Außenpolitik (im Zusammenwirken mit seinem Außenminister, dem Georgier Eduard Schewardnadze [Ėduard Ševardnadze, 1928–2014]) war erfolgreich, weil der Westen Gorbatschow vertraute. Gespräche mit den amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan (1911–2004) und George Bush sen. und mit ihren Außenministern fanden seit 1985 jährlich, manchmal öfter, in Moskau, Washington, Genf und auf Malta statt. Diese Gespräche führten eine deutliche Verbesserung der Beziehungen zwischen West und Ost herbei, ebenso die KSZE-Nachfolgeverhandlungen (1989).

Im Oktober 1988 gab Gorbatschow bekannt, dass für ihn die Breschnew-Doktrin keine Gültigkeit mehr habe und dass die Warschauer-Pakt-Staaten ihre Staatsform künftig nach ihren eigenen Vorstellungen wählen könnten. Das bedeutete das Ende des „Eisernen Vorhangs“ und des Kalten Krieges. In Ostmitteleuropa wurde daraufhin – auch im Rahmen revolutionärer Prozesse – die kommunistische Herrschaft meist abgeschafft. Die deutsche Wiedervereinigung 1989/1990 hat Gorbatschow durch seinen persönlichen Einsatz – zum Teil gegen westliche Widerstände – ermöglicht.

Für die alten Parteikader war Gorbatschows Wirken ein Sakrileg. Seine Personalpolitik (Verjüngung der obersten Gremien) schuf ihm viele Feinde unter den erzkonservativen Funktionären. Davon zeugt der dreitägige Putsch im August 1991, als Gorbatschow auf die Krim entführt wurde.[30] Die führenden Putschisten, Gennadij Janaev (1937–2010), Vladimir Krjučkov (1924–2007), Dmitrij Jasov, Boris Pugo (1937–1991) und andere, hatten durchweg leitende Funktionen in Staat und Partei inne. Dass der Putsch scheiterte, war nicht zuletzt das Verdienst von Boris Jelzin (El’cin, 1931–2007), der mit Panzern das „Weiße Haus“ (damals Sitz des Obersten Sowjets der RSFSR) verteidigen ließ. Gorbatschow kehrte wenige Tage nach Beginn des Putsches – allerdings auf Grund der Erfahrungen resigniert – in den Kreml zurück. Die führenden Putschisten wurden verhaftet.

Vom März 1990 bis Dezember 1991 waren alle Sowjetrepubliken mit Ausnahme der Russischen Föderativen Sowjetrepublik von der Sowjetunion abgefallen; die Russische Sowjetrepublik verkörperte zum Schluss allein die Sowjetunion. Damit war Gorbatschow Präsident eines faktisch nicht mehr existierenden Staates. Boris Jelzin – demokratisch gewählter Präsident der noch immer gewaltigen Russischen Föderativen Sowjetrepublik – entmachtete Gorbatschow systematisch, bis dieser am 25. Dezember 1991 zurücktrat und Jelzin die Amtsgeschäfte übergab. Abends wurde die sowjetische Flagge eingeholt und die der Russländischen Föderation gehisst. Am 26. Dezember fasste der Oberste Sowjet den Beschluss, die Sowjetunion aufzulösen und alle ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen an die Russländische Föderation zu übergeben. Die Sowjetunion hat mit dem 31. Dezember 1991 aufgehört zu bestehen. Die im Dezember 1991 gegründete „Gemeinschaft Unabhängiger Staaten“ (GUS) hat nie eine wirkliche internationale Bedeutung gewinnen können.

Ausreisen Russlanddeutscher aus der Sowjetunion in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts

Schon in den 1950er Jahren lagen den sowjetischen Behörden an die 100.000 Ausreiseanträge von Russlanddeutschen vor. Aber es gelang nur in seltenen Fällen, und dann meist über die Familienzusammenführung, die Ausreise aus der Sowjetunion zu erwirken. So konnten 1985 nur 460 und 1986 nur 753 Personen auswandern. Gorbatschow, damals noch Generalsekretär der KPdSU, schuf durch liberale Ausreisebestimmungen (25.8.1987) die Voraussetzungen für den Massenexodus der Russlanddeutschen. Noch im gleichen Jahr stieg die Zahl der russlanddeutschen Ausreisenden auf 14.448. 1989 waren es bereits 98.134. 1990 und 1991 lag die Zahl bei ca. 150.000. 1992 bis1995 reisten jährlich ca. 200.000 Russlanddeutsche in die „historische Heimat“ aus. Bis 2005 wuchs die Zahl der Ausgereisten (inkl. nicht-deutscher Ehegatten) auf 2,5 Millionen an.[31]

Deutsche und russische Behörden gründeten gemeinsam deutsche nationale Rayons: 1991 in Halbstadt (russ. Gal’bštadt) im Altai und 1992 in Asovo (russ. Azovo) bei Omsk. Der Plan, den Russlanddeutschen damit einen Anreiz zu geben, im Lande zu bleiben, ging aber nicht auf. Heute trifft man auch in diesen deutschen Rayons kaum noch Menschen, die Deutsch sprechen.

Die Kirchen von Lutheranern, Katholiken und Mennoniten sind leer geworden und nur noch an hohen Feiertagen zahlreich besucht, manche sind verkauft. Diejenigen, die zurückbleiben, tun dies meist aus Altersgründen, üben einen sie befriedigenden Beruf aus oder haben den (einfachen) Deutschtest nicht bestanden. Es gibt aber trotz der Massenauswanderung Bemühungen, deutsche Geschichte und Kultur in Russland zu erhalten; hierbei engagieren sich einerseits Vereine und Verbände wie der „Internationale Verband der deutschen Kultur“ und andererseits die Kirchen (Lutheraner, Katholiken, Mennoniten), die außer russischsprachigen Gottesdiensten weiterhin auch solche in deutscher Sprache anbieten.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- David Anin: Die russische Revolution von 1917 in Berichten ihrer Akteure. München 1976 (Sammlung Wissenschaft und Gegenwart).
- Jörg Baberowski: Der rote Terror. Die Geschichte des Stalinismus. München 2003.
- Thomas M. Bohn, Dietmar Neutatz (Hg.): Studienhandbuch Östliches Europa. Bd. 2: Geschichte des Russischen Reiches und der Sowjetunion. 2., überarb. Aufl. Köln 2009.
- Jean-François Bourret: Les Allemands de la Volga. Histoire culturelle d’une minorité – 1763–1941. Lyon 1986.
- Dittmar Dahlmann, Ralph Tuchtenhagen (Hg.): Zwischen Reform und Revolution. Die Deutschen an der Wolga 1860–1917. 2., erw. und akt. Aufl. Essen 1994 (Veröffentlichungen des Instituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im Östlichen Europa 4).
- V[iktor] F. Dizendorf (Hg.): Nemeckie naselënnye punkty v SSSR do 1941 g. Geografija i naselenie. Spravočnik [Die deutschen Siedlungen in der UdSSR bis 1941. Geographie und Bevölkerung. Ein Nachschlagewerk]. Moskva 2002.
- V[iktor] F. Dizendorf (Hg.): Nemeckie naselënnye punkty v Rossijskoj imperii. Geografija i naselenie. Spravočnik [Die deutschen Siedlungen im Russischen Reich. Geographie und Bevölkerung. Ein Nachschlagewerk]. Moskva 2006.
- Viktor Dönninghaus: Minderheiten in Bedrängnis. Sowjetische Politik gegenüber Deutschen, Polen und anderen Diaspora-Nationalitäten 1917–1938. München 2009 (Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 35).
- Konstantin Ehrlich: Lebendiges Erbe. Aufzeichnungen zur Siedlungsgeographie und Kulturgeschichte der Deutschen in Russland und in der Sowjetunion. Alma-Ata 1988.
- Alfred Eisfeld (Hg.): Die Rußlanddeutschen. München 1992 (Vertreibungsgeschichte und vertriebene Deutsche. Eine Studienbuchreihe zur Zwischenbilanz der Umsiedlung, Flucht, Deportation, Vertreibung und Aussiedlung 2).
- Alfred Eisfeld, Victor Herdt (Hg.): Deportation. Sondersiedlung. Arbeitsarmee. Deutsche in der Sowjetunion 1941–1956. Köln 1996.
- Alfred Eisfeld, Victor Herdt, Boris Meissner † (Hg.): Deutsche in Russland und in der Sowjetunion 1914–1941. Berlin 2007 (Geschichte/Forschung und Wissenschaft).
- Orlando Figes: Die Tragödie eines Volkes. Die Epoche der russischen Revolution 1891–1924. Berlin 2008.
- Ingeborg Fleischhauer: Das Dritte Reich und die Deutschen in der Sowjetunion. Stuttgart 1983 (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 46).
- Ingeborg Fleischhauer, Hugo H. Jedig (Hg.): Die Deutschen in der UdSSR. Ein internationaler Beitrag zur deutsch-sowjetischen Verständigung. Baden-Baden 1990.
- Arkadij A. German: Nemeckaja avtonomija na Volge [Die deutsche Autonomie an der Wolga]. 2 Bde. Saratov 1992/1994.

- Peter Hauptmann, Gerd Stricker (Hg.): Die Orthodoxe Kirche in Rußland. Dokumente ihrer Geschichte (860–1980). Göttingen 1988.
- Michael Heller, Alexander Nekrich: Geschichte der Sowjetunion. 2 Bde. Königstein/Ts. 1981/1982.
- Viktor Herdt (Hg.): Zwischen Revolution und Autonomie. Dokumente zur Geschichte der Wolgadeutschen aus den Jahren 1917–1918. Köln 2000 (Göttinger Arbeitskreis: Veröffentlichung 483).
- Manfred Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion 1917–1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates. München 1998.
- Manfred Hildermeier: Die Sowjetunion 1917–1991. München 2007 (Oldenbourg Grundriss der Geschichte 31).
- Edgar Hösch: Geschichte Rußlands. Vom Kiever Reich bis zum Zerfall des Sowjetimperiums. Stuttgart 1996.
- Andreas Kappeler, Boris Meissner, Gerhard Simon: Die Deutschen im Russischen Reich und im Sowjetstaat. Köln 1987 (Nationalitäten- und Regionalprobleme in Osteuropa 1).
- Andreas Kappeler: Rußland als Vielvölkerreich. Entstehung, Geschichte, Zerfall. München 1992.
- Horst Günther Linke: Geschichte Russlands. Von den Anfängen bis heute. Darmstadt 2006 (Grundzüge).
- Boris Meissner, Helmut Neubauer, Alfred Eisfeld (Hg.): Die Rußlanddeutschen. Gestern und heute. Köln 1992 (Nationalitäten- und Regionalprobleme in Osteuropa 6).
- Dietmar Neutatz: Träume und Albträume. Eine Geschichte Russlands im 20. Jahrhundert. München 2013 (Europäische Geschichte im 20. Jahrhundert).
- Hans-Heinrich Nolte: Kleine Geschichte Rußlands. Mit zahlreichen Tabellen. Stuttgart 1998 (Reclams Universal-Bibliothek 9696).
- Benjamin Pinkus, Ingeborg Fleischhauer: Die Deutschen in der Sowjetunion. Geschichte einer nationalen Minderheit. Bearbeitet und herausgegeben von Karl-Heinz Ruffman. Baden-Baden 1987 (Osteuropa und der internationale Kommunismus 17).
- Roman Rössler: Kirche und Revolution in Rußland. Patriarch Tichon und der Sowjetstaat. Köln, Wien 1969 (Beiträge zur Geschichte Osteuropas 7).
- Gerhard Simon: Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion. Von der totalen Diktatur zur nachstalinschen Gesellschaft. Baden-Baden 1986 (Osteuropa und der internationale Kommunismus 16).
- Günther Stökl, Manfred Alexander (Vorwort): Russische Geschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. 7., völlig überarbeitete und aktualisierte Auflage. Stuttgart 2009 (Kröners Taschenausgabe 244).
- Gerd Stricker (Hg.): Rußland. Berlin 1997 (Deutsche Geschichte im Osten Europas). (Aktual. Aufl. Berlin 2002).
- Gerd Stricker: Religion in Rußland. Darstellung und Daten zu Geschichte und Gegenwart. Gütersloh 1993 (GTB. Religion in Europa 634).
- Igor Trutanow: Rußlands Stiefkinder. Ein deutsches Dorf in Kasachstan. Mit einem Vorwort von Lew Kopelew. Berlin 1992 (Basis-Druck-Zeitgeschichten 5).

Weblinks

Informationen zur politischen Bildung der Bundeszentrale für politische Bildung:

- http://www.bpb.de/izpb/189541/sowjetunion-i-1917-1953 (Sowjetunion I 1917–1953)
- http://www.bpb.de/izpb/192770/sowjetunion-ii-1953-1991 (Sowjetunion II 1953–1991)

Anmerkungen

[1] http://de.wikipedia.org/wiki/Sowjetunion (Abruf 17.03.2015); dtv- Lexikon. In 20 Bänden. Bd. 17. Mannheim – München 1995: 1990 – 288,6 Millionen Einwohner.

[2] In den vier Dumen gab es immer auch deutsche Abgeordnete (im Jahre 1906: 15), die aber verschiedenen Parteien angehörten und nicht die deutsche Minderheit vertraten, die zu keiner Einigung fand. – Die Termini „Scheindemokratie“ und „Scheinkonstitutionalismus“ gehen auf Max Weber zurück. Vgl. Max Weber: Russlands Übergang zum Scheinkonstitutionalismus. In: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 23 (1906), Heft 1, Beilage, S. 165–401. Nachdruck 1997.

[3] Seit 1898: „Russische Sozialdemokratische Partei“, 1903 geteilt in den radikaleren Flügel der „Bolschewiki“ (Mehrheit) unter Lenin und den gemäßigteren Flügel der „Menschewiki“ (Minderheit) unter Pavel Akselrod (1850–1928), Julij Martov (1873–1923) u. v. a.; seit 1917 nannte sich die Partei „Kommunistische Partei Russlands (B)“, seit 1952 „Kommunistische Partei der Sowjetunion" (KPdSU).

[4] Detlef Brandes: Von den Verfolgungen im Ersten Weltkrieg bis zur Deportation. In: Stricker (Hg.): Rußland, S. 131–213, hier S. 141.

[5] Brandes: Verfolgungen (Anm. 4), S. 145.

[6] Gerd Stricker: Russland 1914 bis 1945. Ein Überblick. In: Ders. (Hg.): Russland, S. 112–130, hier S. 122.

[7] Die Zahl der Opfer des Holodomor ist umstritten. Die hier genannte Zahl von 3,5 Millionen wurde 2008 von der Ukrainischen Akademie der Wissenschaften genannt. Robert Conquest (The Harvest of Sorrow. Soviet Collectivization and the Terror-Famine. Edmonton 1987) nennt 14,5 Millionen Tote, wobei er aber die Opfer der Kollektivierung und der Entkulakisierung einbezieht; vgl. weiter Wsevolod W. Isajiw (Hg.): Famine-Genocide in Ukraine, 1932–1933. Toronto 2003.

[8] GULag („Glavnoe Upravlenie Lagerej“ [Hauptverwaltung der Lager]): Arbeitslager mit oft über 10.000 Insassen, die meist Schwerstarbeit verrichten mussten. Vgl. dazu Alexander Solschenizyns (1918–2008) im Jahr 1973 erschienenes Buch Der Archipel Gulag.

[9] Der Name der Geheimpolizei wurde oft geändert: Tscheka, (O)GPU, NKWD, KGB.

[10] Josef Erdmann, Wilhelm Marker, Hermann Ungar, Artur Golke, Leo Friedländer und Fritz Schimanski (vgl. dazu http://detlefnolde.wordpress.com/2011/02/20/deutsche-kommunisten-als-opfer-des-stalinismus/ [Abruf 05.11.2014]).

[11] Die im Folgenden gemachten statistischen Angaben sind in der umfangreichen Literatur nicht immer eindeutig, weisen Lücken auf (z. B. wegen der hohen Sterblichkeitsraten) und sind zuweilen widersprüchlich. Dennoch zur Verdeutlichung der Größenordnung hier einige Zahlen: Die Volkszählung in der UdSSR von 1939 hatte eine deutsche Minderheit von 1,42 Millionen Personen ergeben (so Simon: Nationalismus und Nationalitätenpolitik, S. 423. – Die gleiche Zahl führen an: Fleischhauer, Jedig: Die Deutschen in der UdSSR, S. 199). Einen wichtigen Anhaltspunkt dafür, wie viele Russlanddeutsche zwischen 1941 und 1946 deportiert worden sind, bildet eine sowjetische Angabe, die die deportierten Russlanddeutschen („auf Regierungsbeschluss ausgesiedelte Deutsche“) am 1. August 1950 mit 855.674 bezifferte (Eisfeld, Herdt [Hg.]: Deportation, S. 351/Dok. 339). Das dürfte die Zahl

der deutschen Deportierten (= „Sondersiedler“ – specnaselency) ohne die 266.000 Sibiriendeutschen gewesen sein (Eisfeld, Herdt [Hg.]: Deportation, S.17), die seit den 1890er Jahrzehnten im Deportationsgebiet lebten (die entsprechenden Regionen sind aufgeführt bei Eisfeld, Herdt: Deportation, S. 45/Dok. 24). Im Oktober 1950 bezifferten amtliche sowjetische Statistiken die Zahl der deutschen „Sondersiedler“ mit 1.224.931 Personen; offenkundig sind in dieser Zahl die 266.000 Sibiriendeutschen enthalten.

[12] Peter Hilkes, Gerd Stricker: Die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Stricker (Hg.): Rußland, S. 221–238, hier S. 222. Pinkus und Fleischhauer (Die Deutschen, S. 306) gehen von 375.000 betroffenen Wolgadeutschen aus.
Der Text des Deportationsdekrets in deutscher Sprache, am 30. August 1941 in der wolgadeutschen Zeitung Nachrichten abgedruckt, bei Hilkes, Stricker: Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg, S. 221f.; Faksimile des Dekrets bei Eisfeld: Die Russlanddeutschen, S. 120.

[13] Pinkus, Fleischhauer: Die Deutschen, S. 311.

[14] Pinkus, Fleischhauer: Die Deutschen, S. 306.

[15] Pinkus, Fleischhauer: Die Deutschen, S. 310f., 315.

[16] Eisfeld: Die Rußlanddeutschen, S. 118.

[17] Pinkus, Fleischhauer: Die Deutschen, S. 315.

[18] Hilkes, Stricker: Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg (Anm. 12), S. 228ff.

[19] Eisfeld: Die Russlanddeutschen, S. 124.

[20] Eisfeld, Die Russlanddeutschen, S. 123f.; Hilkes, Stricker: Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg (Anm. 12), S. 210f.

[21] Eisfeld, Die Russlanddeutschen, S. 124f.

[22] Sie suchten nach „Vaterlandsverrätern“, also abtrünnigen Sowjetbürgern, die an der Seite der Deutschen gegen die Rote Armee gekämpft hatten: vor allem Soldaten der „Russischen Befreiungsarmee“ unter dem in deutsche Gefangenschaft geratenen russischen General Andrej Wlassow (Vlasov, 1901–1946), der unter deutschem Kommando zwischen November 1944 bis Kriegsende zwischen 50.000 und 125.000 russische Freiwillige (meist Kriegsgefangene) befehligte. Im Mai 1945 gerieten Teile der sog. „Wlassov-Armee“ in amerikanische Gefangenschaft und wurden an die Sowjetunion ausgeliefert. So geschah es auch in der britischen Zone. Nur die französischen Militärbehörden weigerten sich, Menschen an die Sowjets auszuliefern. – Wlassow und seine Offiziere wurden 1946 in Moskau hingerichtet.

[23] Robert Conquest: Nation Killers. The Soviet Deportation of Nationalities. London 1970, S. 162.

[24] Pinkus, Fleischhauer: Die Deutschen, S. 315.

[25] Stalin und seine Paladine haben bei ihren Ausfällen gegen die Juden selten direkt von „Juden“, sondern von „Kosmopoliten“ gesprochen. „Kosmopoliten“ (Weltbürger) wurden von den sowjetischen Ideologen als das Gegenteil von „Sowjetbürgern“ (Patrioten) beschimpft. Ihre weltweiten Beziehungen machten es leicht, ihnen eine antikommunistische,

antisowjetische Haltung zu unterstellen und sie deshalb zu verfolgen. „Kosmopolitentum“ war in der Sowjetterminologie nichts anderes als ein Euphemismus für Antisemitismus.

[26] Dem Schicksal der Juden in der Sowjetunion, namentlich im Zweiten Weltkrieg, sind verschiedene neuere Studien gewidmet. Frank Grüner: Jüdische Gemeinden im Sowjetstaat. Zur Lage der jüdischen Religion in der Sowjetunion in den Kriegs- und Nachkriegsjahren. In: Glaube in der 2. Welt. Ökumenisches Forum für Religion und Kultur in Ost und West (G2W) 30 (2002), H. 4, S. 13–19; Ders.: Patrioten und Kosmopoliten. Juden im Sowjetstaat 1941–1953. Köln 2008 (Beträge zur Geschichte Osteuropas 43); Arno Lustiger: Rotbuch: Stalin und die Juden. Die tragische Geschichte des Jüdischen Antifaschistischen Komitees und der sowjetischen Juden. Berlin 1998; Alexander Solschenizyn: „Zweihundert Jahre zusammen“. Bd. 2: Die Juden in der Sowjetunion. München 2003.

[27] Stricker: Religion in Russland, S. 98–108.

[28] An der „Forschungsstelle Osteuropa“ der Universität Bremen hat Prof. Dr. Susanne Schattenberg Publikationen zum Thema Breschnew vorgelegt und arbeitet an einer Breschnew-Biographie: http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de/de/4/20110606112638/20110624151441/Bre%25C5%25BEnev_-_Eine_Biographie.html (Abruf 26.01.2015).

[29] Gerd Stricker: Das Wiedererstehen der russischen Orthodoxie. Die russische Orthodoxie seit der Perestrojka. In: Beiträge pädagogischer Arbeit 48 (2005), H. 1, S. 25–49, hier: S. 32–39.

[30] Ignaz Lozo: Der Putsch gegen Gorbatschow und das Ende der Sowjetunion. Köln 2014.

[31] Statistik bei Hilkes, Stricker: Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg (Anm. 12), S. 259.

Zitation

Gerd Stricker: UdSSR/Sowjetunion. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2015. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32640 (Stand 17.04.2015).

Ukraine (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Ungarn

1. Toponymie

Deutsche Bezeichnung

Ungarn

Amtliche Bezeichnung

ung. Magyarország

Lateinische Bezeichnung

Hungaria

Etymologische Herleitung

Der Volksname magyar taucht zuerst in arabischen Quellen des 9. und 10. Jahrhunderts auf und ist auf die altungarische Form mogyeri zurückzuführen, wobei die erste Silbe mogy in den ugrischen Sprachen Bruderschaft, die Silbe eri, die finnougrischen Ursprungs ist, Mensch oder Mann bedeutet. Die Fremdbezeichnung (H)ungarus verbreitete sich aus dem Slawischen in den europäischen Sprachen und lässt sich auf die bulgartürkische Bezeichnung onogur für einen Stammesverband zurückführen, mit dem die Magyaren im 7./8. Jahrhundert zusammenlebten. Das H im lateinischen Hungarus ist auf eine humanistische Etymologisierung mit Bezug auf den lateinischen Namen der Hunnen, Hunni, zurückzuführen. Im heutigen Sprachgebrauch wird meistens mit "Ungarn" das Land, mit "Magyaren" ("Madjaren") das Volk bezeichnet.

2. Geographie

Lage

Ungarn ist ein Binnenland, das sich zwischen 45o 48' und 48o 35' nördlicher Breite mit einer Nord-Süd-Ausdehnung von 320 km und zwischen 16o 05' und 22o 58' östlicher Länge und einer Ost-West-Ausdehnung von 520 km erstreckt. 84 % seines Territoriums von 93.036 km2 liegt in einer Höhe von rund 200 m über dem Meeresspiegel und nur 2 % seiner Fläche über 400 m. Im Karpatenbecken gelegen, wird es im Norden und Osten von den Karpaten, im Westen von den Ostalpen und im Süden von den Dinariden umrahmt. Die Staatsgrenze von insgesamt 2.242 km Länge folgt mit wenigen Ausnahmen keiner natürlichen Grenze.

Topographie

Entlang der Donau als Achse des Gewässernetzes im Karpatenbecken lassen sich drei Reliefeftypen unterschieden:

a) Niedrige und flache Tiefebenen. Hervorzuheben sind hier das Alföld mit 52.000 km2, die Große Tiefebene östlich des Flusses Theiß und das Kisalföld mit 9.000 km2, die Kleine Tiefebene im Nordwesten Ungarns südlich der Stadt Raab/Győr.

b) Das transdanubische Hügelland mit einer Fläche von rund 17.000 km2, das unmittelbar an die letzten Ausläufer der Ostalpen (mit dem Geschriebenstein, 882 m, an der österreichisch-ungarischen Grenze bei Ödenburg/Sopron) anschließt und im Süden durch die Drau, im Norden durch den Plattensee und im Osten durch die Donau begrenzt wird. Eine weitgehend flache Übergangszone vom transdanubischen Hügelland zur Großen Tiefebene stellt das Zwischenstromland zwischen Donau und Theiß dar.

c) Die zwei ungarischen Mittelgebirge, die sich beide in West-Ost-Richtung erstrecken, das transdanubische nördlich des Plattensees mit 200 km Länge und 30 km Breite und einer Fläche von rund 7.000 km2 sowie jenseits der Donau das Nördliche Mittelgebirge gleichfalls mit einer Länge von etwa 200 km mit dem Bükk- und dem Matragebirge, das eine Höhe von 1.018 m erreicht und die nördliche Begrenzung des Alfölds bildet.

Historische Geographie

Das historische Ungarn umfasste das von den Karpaten begrenzte Becken des Flussgebietes der Donau, Theiß, Drau und Save einschließlich des Hochlandes von Siebenbürgen mit einer Fläche von 322.310 km2 (mit 17,3 Millionen Einwohnern 1890), wovon auf das eigentliche Ungarn mit Siebenbürgen 279.759 km2 und auf Kroatien, Slawonien und Fiume/Rijeka 42.551 km2 entfielen. Mit dem Friedensschluss von Trianon am 4. Juni 1920 re-

duzierte sich das Staatsgebiet auf ein Drittel des bisherigen, nämlich auf 92.963 km2 (mit 7,6 Millionen Einwohnern). Durch den Ersten Wiener Schiedsspruch vom 2. November 1938 erhielt Ungarn von der Slowakei 12.009 km2 (mit 1 Millionen Einwohnern). Im März 1939 annektierte Ungarn die Karpato-Ukraine mit 11.085 km2 (0,5 Millonen Einwohnern) und zusätzlich 1.700 km2 der Ostslowakei. Durch den Zweiten Wiener Schiedsspruch vom 30. August 1940 erhielt Ungarn von Rumänien das nördliche Siebenbürgen mit 43.104 km2 und 2,6 Mill. Einwohnern. Mit den Ende 1941, nach dem Zusammenbruch Jugoslawiens annektierten Gebieten (insgesamt 11.417 km2 mit 1 Mill. Einwohnern, im Einzelnen Batschka, Baranya-Dreieck, Zwischenmur- und Übermurgebiet/Prekmurje) umfasste Ungarn 172.149 km2 mit 14,6 Mill. Einwohnern. Im Frieden von Paris vom 10. Februar 1947 wurde Ungarn auf das heutige Staatsgebiet reduziert.

3. Geschichte und Kultur

Frühgeschichte und "Landnahme" im Pannonischen Becken

Bereits in der Etymologie der Selbst- und Fremdbezeichnung von Ungarn spiegelt sich die Frühgeschichte des magyarischen Volkes wider. Nach dem Zerfall der finnougrischen Gemeinschaft im Zeitraum von 1000 bis 500 v. Chr. wanderten die Vorfahren der Magyaren als Viehzucht treibendes Nomadenvolk von Westsibirien über den Ural in die südrussische Steppe nördlich des Kaukasus. Dort kamen sie mit vielen Völkern in Berührung, so beispielsweise mit den iranischen Völkern der Skythen und Sarmaten oder mit turksprachigen Völkern wie den Chazaren im 8. und 9. Jahrhundert. In der ungarischen Überlieferung wird dieses Siedlungsgebiet als Levedia bezeichnet. 894 überschritt das Turkvolk der Petschenegen die Wolga und verdrängte den ungarischen Stammesverband in das Etelköz genannte Zwischenstromland zwischen Sereth/Siret und Pruth/Prut. Um dem Herrscher des Großmährischen Reiches, Svatopluk (870–894), in seiner Auseinandersetzung mit dem ostfränkischen König Arnulf von Kärnten (887–899) beizustehen, überschritt 895 ein ungarischer Kriegerverband unter den Fürsten Kurszán (gest. 904) und Árpád (gest. 907) die Karpaten und ließ sich an der oberen Theiß nieder. Nachdem die nur unzureichend geschützten Lagerplätze in Etelköz von den Petschenegen überfallen worden waren, flüchteten die Magyaren über die Südkarpaten nach Siebenbürgen. Nach dem Tod Arnulfs eroberten die magyarischen Stämme Pannonien (das heutige Transdanubien) und dehnten ihr Herrschaftsgebiet bis an die Enns aus. Mit dem Sieg am 4. Juli 907 bei Pressburg über ein bayerisches Heer unter der Führung des Markgrafen Luitpold war die ungarische Landnahme im Karpatenbecken abgeschlossen und unumkehrbar geworden.

Christianisierung und Staatsbildung

Die kriegerischen Streifzüge führten die Magyaren in der daran anschließenden Periode bis an den Atlantik, auf die Iberische Halbinsel und nach Italien. Sie forderten insbesondere die deutschen Stämme zur Gegenwehr heraus, in deren Zuge das Ottonische Reich entstand, das unter Otto I. (936–973) 955 auf dem Lechfeld bei Augsburg die Magyaren besiegte und 962 als "Heiliges Römisches Reich" in der Nachfolge Roms einen Primat über alle übrigen Herrscher der Christenheit beanspruchte und zeitweise auch durchsetzen konnte. Der Urenkel des landnehmenden Fürsten Árpád, Großfürst Géza (972–997), rief 973, in Anerkennung des mächtigen westlichen Nachbarn, Missionare ins Land, ließ seinen Sohn Vajk auf den Namen Stephan taufen und leitete damit die Eingliederung Ungarns in das christliche Abendland ein. Der am Weihnachtstag des Jahres 1000 (oder am Neujahrstag 1001) zum König gekrönte Stephan I. (997–1039)[1] setzte mit Hilfe deutscher Ritter die königliche Zentralgewalt über die rivalisierenden Mitglieder der Fürstensippe und der Stammesführer durch, errichtete zehn Bistümer, baute das System der Königsburgen als Kern einer später nach Komitaten gegliederten Staatsverwaltung aus und begründete das historische König-

reich Ungarn, das seine Unabhängigkeit sowohl gegenüber dem Heiligen Römischen Reich im Westen als auch gegenüber Byzanz im Osten zu behaupten vermochte. Anfang des 12. Jahrhunderts konnte König Koloman (1095–1116) seine Herrschaft auf Kroatien und Dalmatien ausdehnen, wodurch Ungarn einen Zugang zum Meer erhielt.

Landesausbau und Kolonisation

Da die an Zahl geringe einheimische Bevölkerung für den Landesausbau, insbesondere die wirtschaftliche Erschließung und Nutzung des riesigen Königsgutes nicht genügte, riefen Stephan und stärker noch Géza II. (1141–1162) und seine Nachfolger Siedler vor allem aus dem deutschen Sprachraum ins Land. In der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts entstanden dadurch die Siedlungsgebiete der Siebenbürger und Zipser Sachsen, wobei der Name Sachsen als Sammelbezeichnung für die vor allem aus dem Rheinland, aus Moselfranken, aus Flandern und Luxemburg, aus Thüringen und Niedersachsen stammenden Zuwanderer diente. Diese erhielten weitgehende Autonomierechte, d. h., sie konnten sich nach eigenem Recht selbst verwalten und ihre Anführer wählen, die direkt dem König unterstanden und diesem Abgaben und nur im Verteidigungsfall militärische Hilfe leisteten. Zugestanden wurde ihnen auch ein Eigenkirchenwesen mit Selbstverwaltung und Wahl der Geistlichen.

Nach dem Mongolensturm 1241, der viele Siedlungsgebiete verwüstet hatte, konzentrierten sich die ungarischen Könige Béla IV. (1235–1270), Karl I. Robert (1308–1342), Ludwig I. (1342–1382) und Sigismund (1387–1437) darauf, durch die Gründung von Handwerks-, Handels- und Bergwerksstädten und deren Befestigung die wirtschaftliche Entwicklung und die Verteidigung des Landes zu stärken. Zu diesem Zweck wurden neue Siedler angeworben und strategisch wie handelspolitisch günstig gelegene Orte durch Privilegien gefördert. Entlang des Karpatenbogens entstand, vorrangig in der Nähe der Pässe, eine Kette überwiegend deutscher Handelsstädte, die von Pressburg/Bratislava über Tyrnau/Trnava, Trentschin/Trenčín, Sillein/Žilina, Käsmark/Kežmarok, Leutschau/Levoča, Kaschau/Košice und Bergsaß/Berehowe bis nach Siebenbürgen, nach Bistritz/Bistriţa, Kronstadt/Braşov und Hermannstadt/Sibiu, reichte und stellenweise auch über die Karpaten ausgriff (Lemberg/Ľviv, Moldenmarkt/Baia, Sereth/Siret, Suczawa/Suceava, Akkerman/Bilhorod-Dnistrowskyj, Langenau/Cîmpulung in der Walachei). In den erz- und salzreichen Gebieten Nordungarns entstanden die niederungarischen Bergstädte (Schemnitz/Banská Štiavnica, Karpfen/Krupina, Kremnitz/Kremnica und Neusohl/Banská Bystrica), die oberungarischen Bergstädte in der Unterzips (Göllnitz/Gelnica und Schmöllnitz/Smolník), im Osten des Reiches Frauenbach/Baia Mare und Rodenau/Rodna Veche am Fuße der Marmaroscher Berge und Offenburg/Baia de Arieş und Kleinschlatt/Zlatna im Siebenbürgischen Erzgebirge. Im Inneren des Landes blühten, durch deutsches wie auch latinisches (aus dem romanischen Sprachraum stammendes) Patriziat getragen und angeführt, Gewerbe und Handel rund um administrative oder geistliche Zentren auf: Ofen/Buda und Pest, Güns/Kőszeg, Raab/Győr, Stuhlweißenburg/Székesfehérvár, Gran/Esztergom, Waitzen/Vác, Fünfkirchen/Pécs, Großwardein/Oradea, Klausenburg/Cluj-Napoca. Im Süden des Landes entwickelten sich vor allem Agram/Zagreb, Warasdin/Varaždin und Esseg/Osijek zu wichtigen überwiegend deutschen Städten Kroatiens und Slawoniens.

In der Kolonisation des ungarischen Königreichs sind deutlich zwei Perioden zu unterscheiden. In der ersten Periode, die bis zum Mongolensturm von 1241 währte, erfolgte die Ansiedlung von Deutschen ausschließlich auf königlichen Gütern, zum Teil in großen, mehr oder weniger geschlossenen Einheiten: im Siedlungsgebiet der Siebenbürger und der Zipser Sachsen, zum geringeren Teil in verstreuten Siedlungen, wie das die im 11. Jahrhundert entstandenen Németi-Orte (Deutsch-Orte) bezeugen. Die Gründung der Gespanschaft Vizsoly ist auf die Königin Gertrud von Andechs-Meranien zurückzuführen, die zu ihrer Hochzeit

mit König Andreas II. (1205–1235) 1203 in ihrem Gefolge eine größere Schar bayerischer Kolonisten mit nach Ungarn brachte und in dem fruchtbaren Hernád-Tal südlich von Kaschau/Košice ansiedelte. Ihre zehn Dörfer erhielten in der erstmals 1215 urkundlich überlieferten Gespanschaft ihre eigene Selbstverwaltung.

In der zweiten Periode, die mit dem Wiederaufbau des Landes nach dem Mongolensturm von 1241 einsetzte und bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts andauerte, stiegen in immer stärkerem Maße die weltlichen und geistlichen Barone des Landes zu Trägern der Kolonisation auf, die auf ihren vom König verliehenen Domänen ihre Herrschaft durch Anlage neuer Dörfer verdichteten. Die Bauern dieser zweiten Kolonisationswelle wurden im Rahmen der privaten Grundherrschaft angesiedelt; ihre Dörfer lagen verstreut zwischen Dörfern anderer Bevölkerungsgruppen. Dadurch war die Bildung geschlossener deutscher Siedlungsblöcke, wie sie für die erste Periode charakteristisch war, ausgeschlossen.

Die Siedlungsbewegungen der ersten wie der zweiten Periode sind gekennzeichnet sowohl durch neue Kolonisationsverfahren als auch neue Vertragsformen in Gestalt bislang unbekannter Freiheitsrechte. Dazu gehörten: die wirtschaftliche Freiheit (Zollfreiheit, Markrecht), die Ausübung des eigenen Gewohnheitsrechtes durch eigene Richter, die Pflege der Religion in eigener Sprache, gesichert auch durch das Recht auf eigene Pfarrerwahl. Die Grundverpflichtung der Ansiedler, nämlich die Treue zum König und zur Krone, schloss vertraglich geregelte Abgaben, Verteidigungsleistungen und die Anerkennung der königlichen Gerichtsbarkeit in oberster Instanz mit ein. Im Verlauf der zweiten Einwanderungsperiode ging jedoch das Treueverhältnis der hospites (Gäste) genannten Siedler vom König auf den Grundherrn über. Dieser konnte allerdings nicht mehr Freiheiten gewähren als er selbst besaß, d. h., er konnte seine Siedler zwar von den grundherrschaftlichen Abgaben teilweise befreien, nicht aber von den Leistungen gegenüber dem König. Die verstreuten deutschen Siedlungen der ersten Periode gingen durch Verschenkung aus dem königlichen in Privatbesitz über, die Siedler behielten jedoch ihren Sozialstatus als hospites und blieben weiterhin im Besitz der niederen Gerichtsbarkeit und der Pfarrerwahl und so in einer besseren Lage als die Bewohner einheimischen Dörfer. Verglichen mit den Siebenbürger und den Zipser Sachsen, die einer solchen "Privatisierung" weitgehend entgingen, zog dies vor allem wirtschaftliche Nachteile nach sich, nämlich die Leistung von Abgaben sowohl an den König wie die Kirche (Zehent) und den Grundherrn. Das galt allerdings nicht für die städtische Ansiedlung, die in der zweiten Periode ein besonderes Gewicht erhielt. Doch für alle deutschen Einwanderer sowohl in den Städten als auch in ihren Dörfern und auch in ihren geschlossenen Siedlungsgebieten der Zips und Siebenbürgens galt, dass sie die Politik des Landes nicht beeinflussen konnten, der ungarische König dagegen in den inneren Angelegenheiten der Einwanderer eine großzügige Autonomie gewährte. Die Deutschen wurden als sich selbst verwaltende Einheiten in die politische Struktur des Landes eingefügt. Zwischen den Kolonisten - deren Siedlungen meist in einer terra deserta lagen und nur selten bereits Ansässige verdrängten - und den Einheimischen entwickelten sich weitgehend friedliche Beziehungen, schließlich ein Mit- bzw. Nebeneinander, das beide Seiten wirtschaftlich und kulturell stimuliert und wechselseitig bereichert hat, zumal in der zweiten Phase auch Einheimische den Status von privilegierten hospites erlangen konnten. Die Siedler, ob Bauern oder Stadtbürger, erwiesen sich als wichtige Stützen des Staates, insbesondere des Königs, den sie als einen Garanten ihrer erworbenen Rechte betrachteten. Durch die Kolonisation des Landes mit Siedlern aus Mittel- und Westeuropa wurde Ungarn in den strukturellen Angleichungsprozess des europäischen Landesausbaus einbezogen. Einerseits im wirtschaftlichen Bereich, indem die "agrarische Revolution" des Westens mit ihren technischen Innovationen nach Osten verpflanzt wurde, andererseits durch die Kolonistenrechte, die mit ihren autonom gestalteten Freiräumen auch Einheimischen zugutekamen.

Entwicklungen im Hoch- und Spätmittelalter

Durch massive Schenkungen von Königsland an den Adel verlor der König die Abgaben der bis dahin freien Bauern. Aus diesem Prozess ging der Großgrundbesitz der immer mächtiger gewordenen Barone hervor, die bereits mit der Goldenen Bulle von 1222 einen Herrschaftsvertrag mit dem König und damit erstmals eine Machtteilung durchsetzten. Der hohe und mittlere Adel erlangte das Verfügungsrecht über die auf seinem Grund ansässigen Arbeitskräfte und Kolonisten, die er nunmehr selbst ins Land holen konnte. Den spürbaren Verlust an Einnahmen suchte der König durch die Intensivierung von Handel und Gewerbe auszugleichen. Durch die Förderung dieser in den Städten gebündelten, in Zünften organisierten Erwerbszweige konnten vor allem die Anjou-Könige Karl I. Robert und Ludwig I., die nach dem Aussterben der Arpadendynastie 1301 auf den Thron gelangten, ihre wirtschaftliche Basis erneut festigen.

Die achtzigjährige Herrschaft der Angevinen bescherte dem Königreich eine lange Periode innenpolitischer Stabilität und wirtschaftlicher Dynamik. Nachdem die Repräsentanten des zu stark gewordenen Großgrundbesitzes 1321 beseitigt waren, konnte König Karl Robert die Macht der Krone wiederherstellen. Geregelte Staatseinnahmen gewann er aus der Gold- und Silberproduktion des Landes, die er durch die Förderung der Bergstädte und durch Privilegien für deren Bewohner wesentlich steigerte, so dass Ungarn in der Edelmetallproduktion eine Spitzenposition innerhalb Europas erlangte. Eine Freihandelspolitik führte zum Ausbau der Handelsbeziehungen mit den oberitalienischen, süddeutschen, böhmischen, schlesischen und südpolnischen Städten (Krakau/Kraków). Angehörige des Patriziats dieser Städte erwarben durch Heiratsverbindungen das Bürgerrecht in bedeutenden Städten des Landes und gründeten hier Niederlassungen, die Ungarn in den Fernhandelsverkehr und den europäischen Warenaustausch integrierten. Die Kodifizierung der Adels- und Bürgerrechte, Letztere bestätigt durch eine lange Reihe nach deutschem Muster verfasster Stadtrechte, sowie zahlreicher Territorialautonomien (so wurde der Geltungsbereich des Andreanums, der 1224 gewährten Privilegien der Siebenbürger Sachsen 1366 auf das Nösnerland, 1422 auch auf das Burzenland ausgeweitet) schufen zusammen mit dem Aufbau eines geregelten Gerichtswesens Rechtssicherheit, die im Verein mit der Wirtschaftskonjunktur auch eine kulturelle Blüte ermöglichte. Eine rege Bautätigkeit im gotischen Stil (darunter die Ende des 14. Jahrhunderts errichtete Elisabeth-Kathedrale in Kaschau/Košice) auch in Gestalt von Palästen und Burgen, die Gründung der ersten Universität 1367 in Fünfkirchen/Pécs sowie zahlreicher Klöster im ganzen Land, die künstlerische Ausgestaltung illuminierter Handschriften und Chroniken (darunter die um 1370 entstandene Ungarische Bilderchronik), die Etablierung einer höfischen Kultur mit glänzenden Feierlichkeiten und Festen und schließlich die Entstehung einer zunächst primär kirchlich geprägten Literatur mit ersten Bibelübersetzungen ins Ungarische bezeugen die immer stärkere Einbeziehung des Landes in den mitteleuropäischen, von Frankreich, Italien und Deutschland geprägten Kulturkreis. Der letzte kräftige, dieser Zielsetzung verpflichtete Impuls ging von König Matthias Corvinus (1458–1490) aus, unter dem die Kunst und Kultur der Renaissance in Ungarn Einzug hielt.

Auch außenpolitisch suchten die Angevinen Ungarn stärker in Europa einzubinden, konkret durch Familienverbindungen mit den polnischen Piasten und den böhmischen Luxemburgern. Die Bestrebungen Ludwigs I., die Krone Neapels wie Polens für sich zu gewinnen, waren durch seine 1370 erfolgte Wahl zum polnischen König allerdings nur kurzfristig erfolgreich. Nachdem der Luxemburger König Sigismund (1387–1437) durch Personalunion mit dem Heiligen Römischen Reich 1410 und mit Böhmen 1419 Ungarn international erneut stark aufgewertet hatte, suchte in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts König Matthias Corvinus (1458–1490) die Vision eines mitteleuropäischen Großreichs zu verwirklichen, das stark genug gewesen wäre, sich gegen die Expansion der aufsteigenden os-

manischen Großmacht zu behaupten. Aufgrund des von ihm eingeführten, straff zentralisierten Regierungssystems, das den Hochadel entmachtete (und zum ersten und einzigen Mal in der ungarischen Geschichte bis 1848 in die Besteuerung einbezog), und gestützt auf ein schlagkräftiges Heer, gelang es Matthias, Niederösterreich, Mähren und Schlesien zu erobern und 1485 Wien zu seiner Hauptstadt zu machen. Doch seinen Tod nutzte die Aristokratie dazu, die Steuerreform des Königs aufzuheben, das Heer aufzulösen und die königliche Zentralgewalt systematisch zu untergraben, sodass das Land die Fähigkeit verlor, sich nach außen, insbesondere gegen die osmanische Expansion zu verteidigen. Die katastrophale Niederlage bei Mohács im August 1526 gegen das osmanische Heer Süleymans II. (1520–1566) war dadurch schon vorprogrammiert und ließ sich auch nicht durch die 1490–1526 währende Personalunion Ungarns mit Polen unter den schwachen Jagiellonenkönigen verhindern.

Dreiteilung Ungarns in der Frühen Neuzeit

Der Fall von Belgrad/Beograd 1521 leitete die osmanische Eroberung Ungarns ein, die durch die Besetzung der Festung Buda/Ofen 1541 besiegelt wurde. Durch die Wahl zweier Könige am Jahresende 1526, des siebenbürgischen Woiwoden Johann Szapolyai (1526–1540) und des Habsburgers Ferdinand I. (König von Ungarn 1526–1564, röm.-dt. König 1531–1564 und Kaiser ab 1556), und die osmanische Besetzung der zentralen und südlichen Regionen war das Königreich bis 1686/90 in drei Teile aufgeteilt. Politisch war diese Periode geprägt durch die habsburgisch-osmanische Rivalität um Siebenbürgen und ständige Grenzkriege mit den osmanischen Truppen. Mit diesen politischen Auseinandersetzungen waren allerdings untrennbar auch konfessionelle verknüpft, und zwar durch die rasche Ausbreitung der Reformation, zu der sich eine deutliche Mehrheit des grundbesitzenden Adels wie des städtischen Bürgertums bekannte. Der Kampf um die Religionsfreiheit, um die freie Ausübung der vor allem in den deutschen Städten verankerten lutherischen, der "deutschen Religion", wie der überwiegend vom Adel vertretenen calvinischen Konfession verband sich mit dem Widerstand gegen den konfessionellen Absolutismus der habsburgischen Herrscher und ihre zentralistischen Bestrebungen. Dieser Kampf spitzte sich mehrmals zu Aufständen der "Kuruzzen" genannten Adelsopposition zu, die den habsburgisch-osmanischen wie den habsburgisch-französischen Gegensatz für sich zu nutzen versuchte, wenn überhaupt nur mit kurzfristigem Erfolg. Der letzte dieser von Franz II. Rákoczi (Fürst von Siebenbürgen 1704–1711) angeführten Aufstände von 1703 bis 1711 wurde mit dem Frieden von Sathmar/Satu Mare beendet, der durch eine großzügige Amnestie der "Rebellen" dem Land einen lang andauernden inneren Frieden brachte.

Habsburgische Siedlungspolitik

Mit Sathmar und den beiden mit der Hohen Pforte geschlossenen Friedensschlüssen von Karlowitz/Karlovac 1699 und Passarowitz/Požarevac 1718 war die Epoche der "Türkenfurcht" und "Türkengefahr" endgültig zu Ende gegangen, Ungarn territorial gesehen voll wiederhergestellt und von einem Wahlkönigreich zu einer Erbmonarchie der Habsburger umgewandelt worden. In dieser versuchte der Wiener Hof im Verlauf des 18. Jahrhunderts seine Reformen des aufgeklärten Absolutismus (Einführung der kameralistischen Verwaltung und der allgemeinen Schulpflicht, Begründung der Rechtssicherheit für die Bauern durch Festlegung ihrer Verpflichtungen gegenüber ihren Grundherren, schließlich 1781 Proklamation des Toleranzprinzips) durchzusetzen, was ihm jedoch nur zum Teil gelang. Zu diesen Reformen gehörte auch die verstärkte Besiedlung des Landes, wie sie bereits im 1689 verabschiedeten "Einrichtungswerk für Ungarn" vorgesehen war, jedoch durch die bis 1711 anhaltenden Kriege erst ab diesem Zeitpunkt in größerem Ausmaß umgesetzt werden konnte. Insbesondere in den Neoacquistica, den neu eroberten Gebieten, galt es nun das Erbe der Türkenzeit zu bewältigen. Die demographischen Auswirkungen dieser Epoche wer-

den in der älteren Fachliteratur sehr einseitig dargestellt. In dieser ist die Rede von menschenleeren, öden und verwüsteten Gebieten, die die Türken hinterlassen hätten. Dieses sich bis heute hartnäckig behauptende Stereotyp ist von der neueren Forschung auch aufgrund der inzwischen publizierten türkischen Quellen längst widerlegt. Heute wissen wir, dass Ungarn am Ende der Türkenzeit ungefähr die gleiche Bevölkerungszahl hatte wie Anfang des 16. Jahrhunderts, es also im Unterschied zu West- und Mitteleuropa kein Bevölkerungswachstum gegeben hat. Sicherlich waren die von den Türken besetzten Gebiete dünner besiedelt und wirtschaftlich vernachlässigt. Ausschlaggebender jedoch war: die Siedlungsstruktur wie auch die ethnisch-konfessionelle Zusammensetzung der Bevölkerung hatte sich stark verändert. Einerseits überstieg der nichtmagyarische Anteil an der Gesamtbevölkerung durch die massive Einwanderung insbesondere von orthodoxen Rumänen und Südslawen ab dem 16. Jahrhundert die 50-Prozent-Marke. Andererseits entwickelte die Bevölkerung in Reaktion auf die zahlreichen militärischen Auseinandersetzungen eine große Mobilität, gekennzeichnet durch Fluchtbewegungen in größere Städte und den Rückzug in schwer zugängliche Gebiete. Diese Mobilität war eng mit der ebenfalls mobil zu handhabenden Wirtschaftsweise der Viehzucht verbunden, die auch den Bedürfnissen der osmanischen Besatzungsmacht entsprach, denn deren Soldaten lebten vom Fleisch der Schafe und Rinder und nicht vom Brot, wie die Soldaten der christlichen Armeen. Das flache Land, die für Ackerbau überaus fruchtbaren Ebenen, wurden aus Sicherheitsgründen von der Bevölkerung gemieden, die sich in den Flussauen, Wald- und Hügelregionen versteckt hielt.

Es ging also nach der Beendigung der Türkenkriege ab Ende des 17. Jahrhunderts darum, aufgrund der veränderten Sicherheitslage die Wirtschaft zu transformieren und von einer extensiven Viehzucht auf einen intensiv betriebenen Ackerbau umzustellen, da mit diesem wesentlich höhere Profite zu erzielen waren. Die seit dem 16. Jahrhundert brach liegenden, fruchtbaren Ebenen und Talauen wurden von den neu angesiedelten Kolonisten wieder unter den Pflug genommen. Die vorwiegend Viehzucht betreibenden Südslawen wurden im Verlauf des 18. Jahrhunderts weitgehend verdrängt und an deren Stelle in früher südslawisch besiedelten Orten deutsche Bauern angesiedelt, die Ackerbau betrieben und auch die Gemarkung des Dorfes entsprechend den Bedürfnissen der Dreifelderwirtschaft bzw. der Fruchtwechselwirtschaft grundlegend veränderten. An die Stelle der bis dahin üblichen Haufendörfer traten ein- bis mehrzeilige, oft auch quadratisch konstruierte Straßendörfer (mit Schachbrettmustern wie im Banat und in der Batschka), deren neu ausgemessene Gewannfluren sich teilweise bis heute erhalten haben.

Für diese Ansiedlungsaktion haben die ungarischen Stände mit dem vom Landtag in Pressburg/Bratislava (ung. Pozsony) 1723 verabschiedeten Impopulationsgesetz von sich aus die rechtliche Grundlage geschaffen. In diesem Gesetz wurde der König von den ungarischen Ständen ersucht, Bauern und Handwerker in Deutschland zur Auswanderung nach Ungarn zu ermutigen und nach Kräften zu fördern. Der 1719 erlassene "Einrichtungsbefehl" für das Banat, die Kolonisationspatente Maria Theresias (Königin von Ungarn 1740–1780) von 1763 und 1772 und das Ansiedlungspatent Kaiser Josephs II. (1765–1790) von 1782 verfolgten die gleichen Ziele. Schon die wegweisende Ansiedlungsverordnung Kaiser Leopolds I. (1658–1705) von 1689 stellte den Kolonisten zahlreiche Vergünstigungen in Aussicht, sodass sie als Grundlage für alle späteren Kolonistenprivilegien angesehen werden kann: niedrige Grundstückspreise, erblicher Hausbesitz, das Recht auf freien Wegzug und damit auf Freizügigkeit, Steuerfreiheit für inländische Kolonisten auf drei Jahre und für ausländische Kolonisten auf fünf Jahre. Festzuhalten bleibt, dass diese Privilegien allen Kolonisten, einheimischen wie ausländischen, gewährt wurden, ungeachtet ihrer ethnischen oder konfessionellen Zugehörigkeit. Für die deutschen Kolonisten war die in ihren Herkunftsgebieten nicht gegebene Chance, eine eigene Bauernwirtschaft zu erhalten, aus-

schlaggebend für den Entschluss, in das wegen seiner Fruchtbarkeit viel besungene Ungarland auszuwandern.

Für die privatwirtschaftliche Kolonisation war die allgemeine Wirtschaftsentwicklung von entscheidender Bedeutung. Die Umwandlung der Weide- zur Ackerbauwirtschaft als Mittel der Profitmaximierung wurde durch eine bereits zu Beginn des 18. Jahrhunderts einsetzende Getreidekonjunktur begünstigt, ausgelöst durch steigende Getreidepreise, die zeitweise um bis zu 100 Prozent anstiegen und wiederum auf das allgemeine, stark ansteigende Bevölkerungswachstum und die vielen Kriege des 18. Jahrhunderts zurückzuführen sind. Nach Beendigung der Türkenkriege stiegen nach 1718 die Absatzchancen für ungarisches Getreide auf österreichischen Märkten, da mit den Wasserstraßen der Donau, Drau und Save auch günstige Handelswege nach Westen erschlossen werden konnten. Die Umwandlung der bislang extensiv genutzten Weideflächen in Ackerland wurde damit zum sozioökonomischen Postulat regionaler Entwicklung insbesondere in den westlichen, an Österreich und die Donau angrenzenden Gebieten. Die schnelle Reaktion privater Grundherren, die im Verlauf des 18. Jahrhunderts gerade in Kriegszeiten oder gar noch vor Ausbruch von Kriegen verstärkt deutsche Kolonisten als Ackerbauern in ihren Grundherrschaften ansiedelten, verdeutlichen das erhebliche Gewinnpotential und den Zusammenhang zwischen Kriegsgeschehen, Militärversorgungsbedarf und Agrarkonjunktur. Diese Umwandlung der Agrarwirtschaftsstruktur vollzog sich allmählich, doch wegen der Nähe zum österreichischen Absatzmarkt im westlichen Teil Ungarns am schnellsten. Für das Jahr 1723 wird der Anteil der Dreifelderwirtschaft im Königreich Ungarn auf 22 % geschätzt, hundert Jahre später war er bereits auf das Dreifache, nämlich auf 66 %, gestiegen.

Die vom Merkantilismus geleitete Siedlungsmigration und Bevölkerungspolitik des 18. Jahrhunderts hat wesentlich zum Wiederaufbau des Landes, zu seiner Bevölkerungsverdichtung und zur Agrarmodernisierung, schließlich ganz entscheidend zum Strukturwandel im Sinne der Überwindung wirtschaftlicher Rückständigkeit in bis dahin peripheren Gebieten des Königreichs Ungarn beigetragen. Im Jahrhundert der Ansiedlung wurde der Grundstein zu einem modernen, sich allmählich verbürgerlichenden Ungarn gelegt. Mit der Agrarkonjunktur sind auch die wirtschaftlichen Motive als Hauptursache der Siedlungsmigration untrennbar verknüpft. Denn diese bedingten eine Übereinstimmung der Interessen seitens der Siedler wie der adligen Grundherren, nämlich im Rahmen einer allmählichen Transformation der Wirtschaft durch Zurückdrängung der Weidewirtschaft und Intensivierung des Ackerbaus die Abgaben- und Steuerleistung zu erhöhen. Die durch die Siedlungsmigration hervorgerufene und vom Staat durch zahlreiche Maßnahmen geförderte Ertragssteigerung ist einerseits auf agrartechnische Neuerungen, andererseits auf die erfolgreiche Anpassung und Integration der Siedler selbst und ihre Kenntnis der Erwerbswirtschaft zurückzuführen; diese Neuerungen verpflanzten sie in ein Land, das bis dahin noch stark von der Subsistenzwirtschaft geprägt war. Die Siedlungsmigration, die entscheidend zur Verdoppelung der Bevölkerungszahl Ungarns von 4 auf über 8 Millionen im Zeitraum von 1720 bis 1787 beitrug, löste eine Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung Ungarns aus, die bis in das 19. Jahrhundert andauerte.

Die Zahl der eingewanderten deutschen Siedler im Zeitraum von 1711 bis Ende 1786 (in diesem Jahr verfügte Joseph II. die Einstellung aller staatlichen Förderungsmaßnahmen für die Ansiedlung) wird auf 400.000 geschätzt, wovon die Mehrheit von 250.000 von privaten Grundherren angeworben wurde, die mit ihren Maßnahmen die Siedlungsschwerpunkte Schwäbische Türkei, Sathmar und Ofener Bergland begründeten, obgleich mit Ausnahme des Alfölds in allen Gebieten der Neoacquistica eine rege Siedlungsmigration zu beobachten ist. Rund 150.000 Kolonisten wurden von staatlichen Behörden, der Wiener und der Ungarischen Hofkammer, vor allem im Banat und in der Batschka angesiedelt. Die Zahlen der

nachfolgenden Tabelle zeigen, dass sich die Zahl der deutschen Bevölkerung im Zeitraum von 1720 bis 1840 aufgrund der Einwanderung verdreifacht hat.

Vormärz, Revolution von 1848/49 und Nationalitätenkämpfe

Die 1784 erlassene Sprachverordnung Josephs II., die in Ungarn das Latein durch Deutsch als Amtssprache ablöste, löste heftige Reaktionen aus. Ein großer Teil der ungarischen Elite sah durch diesen Schritt die gerade aufgekommene Idee der Geltung der ungarischen Sprache als verbindliche Volkssprache in Frage gestellt. Der Kampf breiter Adelsschichten gegen die zentralistischen Bestrebungen des Kaisers verschmolz daher mit dem Kampf um ihre Sprache, die zum Attribut, später zum Symbol der ungarischen Nation, ja zu einem politisch eingesetzten Instrument der Nationsbildung wurde. Der magyarische Nationalismus war von Anfang an ein Sprachnationalismus, der die Politik des Landes das gesamte 19. Jahrhundert und darüber hinaus beherrschte und deren Programmatik in der Frage des Umgangs mit ethnischem Pluralismus und der im Lande lebenden, nichtmagyarischen Bevölkerungsmehrheit prägte. In der Geschichte der ungarischen Nationsbildung sind deutlich zwei Phasen zu unterscheiden: Die erste Phase umfasste den Kampf um die Durchsetzung des Ungarischen als Amtssprache, der 1805 in den Komitaten und 1844 im gesamten Land sein Ziel erreichte. In der zweiten, von 1867 bis 1914 dauernden Phase ging es um die Durchsetzung der hegemonialen Stellung der ungarischen Sprache in allen Bereichen des öffentlichen Lebens: in Verwaltung, Schule, Presse und der staatlich geförderten Kultur (Literatur, Theater, Musik). Das führte im Verlauf des 19. Jahrhunderts zu einer systematischen Marginalisierung von Sprache und Kultur aller Minderheiten, deren sprachliche Assimilation von Anfang an ein Kernanliegen der ungarischen Nationalbewegung darstellte. Doch assimilieren ließen sich nur Deutsche und Juden, nicht aber die zahlenmäßig ins Gewicht fallenden Slawen und Rumänen. Diese Position der Sprachnationalisten bedeutete einen Bruch mit einer 800 Jahre lang bewährten Grundlage der Toleranz im interethnischen Zusammenleben innerhalb der Länder der Stephanskrone. Noch dazu vertrat einer ihrer Anführer, Lajos Kossuth, die Auffassung, in einem modernen Nationalstaat könne nur eine Nation leben und diese könne aus historisch-politischen Gründen nur die ungarische sein. Der Vorkämpfer der Modernisierung Ungarns nach dem Modell des ihm durch seine Reisen bekannten England, Graf István Széchényi, vertrat eine gemäßigtere Position: Er bejahte zwar die Magyarisierung, lehnte jedoch entschieden jegliche Anwendung von Gewalt ab. Er hielt es für einen großen Fehler, "dass wohl in keinem Lande dieser Erde die hehre Idee der Vaterlandsliebe mit der Nationalsprache derart verwirrt worden ist wie eben in Ungarn."

Im Revolutionsjahr 1848/49 kam es zum offenen Bruch mit den Nationalitäten. Die binnen eines Monats vom ungarischen Adel gegenüber Kaiser und König Ferdinand I. (V.) (1835–1848) durchgesetzten Aprilgesetze von 1848, die eine konstitutionelle Monarchie und die bürgerliche Umgestaltung des Landes (Aufhebung der Adelsprivilegien, Befreiung der Bauern) begründeten, gewährleisteten zwar die liberalen Bürgerrechte, aber erwiesen sich gegenüber den wechselseitig konkurrierenden Ansprüchen der Magyaren, Slowaken, Kroaten, Serben und Rumänen, ihr eigenes "nationales" Gemeinwesen innerhalb der Habsburgermonarchie aufzubauen, als völlig unzureichend. Die Proklamation des ungarischen Nationalstaats provozierte die Nationalitäten zum offenen Widerstand, der seitens der Wiener Regierung dazu instrumentalisiert wurde, die bereits gewährte nationale Selbständigkeit Ungarns in Frage zu stellen und unter Einsatz militärischer Gewalt zu beseitigen. Auf der Seite der ungarischen Revolutionäre kämpften Deutsche und Juden, während die Siebenbürger Sachsen es vorzogen, sich in Verteidigung ihrer durch Jahrhunderte tradierten Privilegien mit dem Kaiser zu verbünden. Gegen diese Übermacht, zu der nach der Thronenthebung der Habsburger vom 14. April 1849 die Intervention der Armee des russischen Zaren hinzukam, war der Kampf um die "ungarische Freiheit" nicht mehr zu gewinnen. Nach der Kapitulation

der ungarischen Truppen am 13. August 1849 wurde Ungarn in ein unmittelbar der Wiener Regierung unterstelltes Kronland umgewandelt, in dem durch die Einführung zahlreicher österreichischer Gesetze die bürgerliche Umgestaltung des Landes weiter vorangetrieben wurde.

Der österreichisch-ungarische Ausgleich (1867), Magyarisierungspolitik und Entwicklungen bis 1918

Nach über einem Jahrzehnt passiven Widerstands ermöglichte der Zusammenbruch des 1849 errichteten Systems des Neoabsolutismus 1859/60 und die Niederlage von Königgrätz/Hradec Králové 1866 die 1867 als Ausgleich bezeichnete Umgestaltung der Habsburgermonarchie. An ihre Stelle trat die Personal- und Realunion "Österreich-Ungarn" zweier unabhängiger und gleichberechtigter Staaten: Gemeinsam blieben der Monarch als Kaiser und König (k.u.k.) in der Person Franz Josephs I. (1848-1916), der beinahe unumschränkt über die Außenpolitik und die Armee verfügte, und ein durch Zollunion und Währung verbundener Wirtschaftsraum, der für beide Teile eine ungemein starke wirtschaftliche Dynamik und zunehmende Prosperität ermöglichte. Die mit dem Ausgleich geschaffene hegemoniale Stellung der Deutschen in der westlichen und der Magyaren in der östlichen Reichshälfte nutzten Letztere zum Aufbau eines stark zentralisierten Nationalstaates, während Zisleithanien sich zu einem föderalistisch strukturierten Nationalitätenstaat entwickelte. Die dort geltende Gleichberechtigung der Völker und ihrer Sprachen gewährte die ungarische Regierung ausschließlich den Kroaten in dem 1868 geschlossenen ungarisch-kroatischen Ausgleich. Das im gleichen Jahr verabschiedete Nationalitätengesetz hingegen erhob das Ungarische zur Staatssprache und versagte den Nationalitäten jegliche Anerkennung als gleichberechtigte Nationen mit jeweiliger Selbstverwaltung in ethnisch strukturierten Territorien, wie dies die Nationalitäten gefordert hatten. Deren Angehörige wurden nur individuell als gleichberechtigte Mitglieder der unteilbaren einheitlichen ungarischen Nation anerkannt und konnten ihre Sprachen nur auf der untersten Verwaltungsebene gebrauchen. Von politischer Partizipation blieben sie auch deshalb ausgeschlossen, weil das auf 6 % der Bevölkerung beschränkte Wahlrecht dafür sorgte, dass die Dominanz des grundbesitzenden Adels und der von diesem geführten Regierungsparteien erhalten blieben, wodurch im Parlament breite Bevölkerungsschichten wie die Arbeiter und Bauern und die Nationalitäten so gut wie nicht vertreten waren. Nur die den Kirchen und ihren Schulen eingeräumten weitreichenden Autonomiebestimmungen von 1868 ermöglichten es vor allem der serbisch- und rumänisch-orthodoxen wie der lutherischen Kirche der Siebenbürger Sachsen, eine stark konfessionell geprägte Identität, gestützt auf ein eigenes, kirchlich organisiertes Bildungswesen zu bewahren. Demgegenüber unterstützten die katholische wie die protestantische Kirche den Magyarisierungskurs der Regierung, sodass die Deutschen außerhalb Siebenbürgens wie übrigens auch die Slowaken im Zeitraum von 1869 bis 1905 rund zwei Drittel ihrer Schulen mit einem Unterricht in ihrer Muttersprache einbüßten. So gab es im Banat 1912 für rund 387.000 Deutsche nur mehr 31 Schulen mit Deutsch als Unterrichtssprache und in der angrenzenden Batschka für rund 190.000 Deutsche 19 Schulen im Kriegsschuljahr 1914/15. Drastischer noch wirkte sich der Magyarisierungsprozess auf die für die Elitenbildung maßgeblichen Gymnasien aus, von denen im Schuljahr 1905/06 nur mehr in 16 und damit 8 % aller Gymnasien (von insgesamt 205) in Nationalitätensprachen unterrichtet wurde (bei einem Bevölkerungsanteil der Nationalitäten von rund 50 %). Nur in Siebenbürgen konnten sich acht deutsche Gymnasien behaupten und manche deutschen Eltern ließen ihre Söhne aus Binnenungarn deshalb dort ausbilden.

Während die Siebenbürger Sachsen auch von der ungarischen Regierung als Nationalität anerkannt wurden, verfügten die im übrigen Ungarn lebenden "Deutschungarn", wie sie sich selbst bezeichneten, über kein geschlossenes Siedlungsgebiet und daher auch kein über ihre

Lokalität oder Siedlungsregion hinausreichendes Gruppenbewusstsein. Das ist auf ein ganzes Bündel von Faktoren zurückzuführen, von denen hier nur einige erwähnt werden sollen. Ins Gewicht fiel hier die Streulage ihrer Siedlungen, wodurch Deutsche zwar in 90 % aller Bezirke des Landes anzutreffen waren, doch nur in 11 Siedlungsschwerpunkten einen Bevölkerungsanteil von über 10 % erreichten. Die Deutschungarn lebten in einer sprachlich und ethnisch-konfessionellen Gemengelage mit vielen anderen Nationalitäten und den Magyaren zusammen, waren auf verschiedene Konfessionen aufgesplittert und verfügten über keine gemeinsame Umgangssprache bzw. Medien, die eine intraethnische Kommunikation hätten gewährleisten können. Diese Vielfalt deutscher, lokal oder regional vergemeinschafteter Kleingruppen wird noch durch ihre unterschiedliche Geschichte und Siedlungskontinuität verstärkt. Die überwiegend protestantischen Deutschen der Zips, Siebenbürgens und auch Westungarns, der oberungarischen Städte und Städte wie Pressburg/Bratislava und Ödenburg/Sopron vermochten auf eine bis in das Mittelalter zurückreichende Erinnerungskultur und Tradition zurückzugreifen. Sie verfügten dadurch über eine historisch begründete Identität von langer Dauer, die sie mental wie auch konfessionell grundlegend von den wesentlich jüngeren Identitätsformen der überwiegend katholischen Siedlergenerationen des 18. Jahrhunderts unterschieden. Es ist daher ein Pluralismus von Formen regional oder kommunal gebundener Identitäten mit häufig diffuser Abgrenzung zu den Magyaren festzustellen, der sich mit einem regional bzw. kommunal definierten Partikularismus sozioökonomischer Interessen verband, in dessen Rahmen ethnische Grenzziehungen wenn überhaupt nur eine untergeordnete Rolle spielten. Dieser Partikularismus wurde unter der Sogwirkung der ungarischen Nationalstaatsbildung allmählich aufgegeben zugunsten eines ungarischen nationalliberalen Konzepts, das in Befreiung vom bisher vorherrschenden Kantönli-Geist ganz neue und existentiell attraktive Chancen und Perspektiven vermittelte und den "magyarisierenden" Übertritt in die neue bürgerliche Gesellschaft des ungarischen Nationalstaates massiv förderte. In Verbindung mit dem sozialen Wandel durch Industrialisierung und Urbanisierung wie der nationalisierenden Regierungspolitik verhinderten diese hier aufgeführten Komponenten der sozialen wie mentalen Heterogenität bis 1918 – im Gegensatz zu den anderen Nationalitäten im Königreich Ungarn – von vornherein jegliche an eine nationale Gemeinsamkeit oder Identität appellierende, regional übergreifende politische Mobilisierung im Sinne einer Gruppenbildung, Nationalbewegung oder "deutschen Bewegung". Denn die Gemeinsamkeit mit dem magyarischen Umfeld war stärker und wirkte integrativer als irgendeine fiktive Gemeinsamkeit dieser höchst unterschiedlichen deutschen Kleingruppen. Die sprachliche Magyarisierung, die erst in den nachfolgenden Generationen mit einem allmählichen Identitätswandel verbunden war, wurde von diesen Kleingruppen überall dort als Chance für sozialen Aufstieg wahrgenommen, wo die sozioökonomische Interessenlage die Herausbildung einer sozialen Loyalität erforderte, und zwar nicht gegenüber der eigenen, weil imaginären, nicht erfahrbaren Gruppe, sondern gegenüber der Gruppe der Magyaren, um zu zeigen, dass die Betroffenen gute Ungarn, eben Deutschungarn sein und bleiben wollten. Ein Widerspruch zur Zugehörigkeit der lokalen Kleingruppen der Deutschen einer bestimmten Kommune oder einer Region, wurde darin nicht gesehen, weil diese in der Symbiose mit der ungarischen Großgruppe aufgehoben und bis 1914 auch in ihr integriert blieben. Deshalb scheiterten alle Versuche von Edmund Steinacker (1839–1929) und Rudolf Brandsch (1880–1953), die Deutschen in Ungarn u. a. mit der 1906 im Banat gegründeten Ungarländischen Deutschen Volkspartei auf Landesebene politisch zu mobilisieren. Das ideologisch-emotionale Angebot einer "Gemeinbürgschaft" aller Deutschen Ungarns oder gar einer "Volksgemeinschaft" begann erst dann attraktiv und wirksam zu werden, als nach 1918 Mitteleuropa und damit die tradierte, über Jahrhunderte vertraute Lebenswelt zerbrach und sich eine grundlegende Neuorientierung als unumgänglich erwies. Denn die durch neu gezogene Grenzen endgültig getrennten Kleingruppen bedurften nunmehr eines grenzübergreifenden Gemeinschaftsgedankens, um sich – nach Wegfall der un-

garischen Staatsangehörigkeit – als deutsche Großgruppe begreifen und politisch mobilisieren zu können.

Tabelle 1: Die ethnische Struktur Ungarns ohne Kroatien und Fiume 1880–1910 nach der Muttersprache[2]

	Zivilbevölkerung		Gesamtbevölkerung	
	1880	1890	1900	1910
Magyaren	6.403.687	7.356.874	8.648.678	9.938.134
Deutsche	1.869.877	1.988.589	1.997.115	1.901.642
Slowaken	1.855.442	1.896.641	2.002.136	1.901.642
Rumänen	2.403.035	2.589.066	2.798.536	2.948.049
Ruthenen	353.226	379.782	424.727	464.259
Kroaten	631.995	183.642	183.935	181.882
Serben		495.105	437.682	461.091
Bunjevatzen			87.278	88.209
Slowenen	63.261	70.912	76.815	75.072
"Zigeuner"	78.759	91.603	142.351	210.834
Übrige	69.340	81.280		
Nichtungarische Bevölkerung	7.324.935	7.776.620	8.150.622	8.276.593
Gesamtbevölkerung	13.728.662	15.133.494	16.799.300	18.214.727
In %				
Magyaren	46,65	48,61	51,48	54,56
Deutsche	13,62	13,14	11,89	10,44
Slowaken	13,52	12,53	11,92	10,68
Rumänen	17,50	17,11	16,66	16,18
Ruthenen	2,57	2,51	2,53	2,55
Kroaten	4,60	1,21	1,09	1,00
Serben		3,27	2,61	2,53
Bunjewatzen			0,52	0,48
Slowenen	0,46	0,47	0,46	0,41
Zigeuner	0,57	0,61	0,85	1,16
Übrige	0,51	0,54		
Nichtungarische Bevölkerung	53,35	51,39	48,42	45,44

Tabelle 2: Übersicht über die demographische Entwicklung der Deutschen und der Juden in Ungarn 1720–1960 in den jeweiligen historischen Grenzen[3]

Jahr	Gesamtbevölkerung	Deutsche	Anteil in Prozent	Juden 1)	Anteil in Prozent
1720	4,000.000	400.000	10,0	12.000	0,03
1805	8,750.000	1,100.000	12,5	130.000	1,5
1851	11,544.000	1,356.652	11,8	366.000	3,2
1880	13,729.000	1,953.911	12,5	625.000	4,6
1910	18,215.000	2,037.435	9,8	910.000	5,6
1920	7,986.875	550.062	6,9	473.355	5,9
1930	8,685.109	477.153	5,5	444.567	5,1
1941	9,316.074			400.980	4,3
19412)		475.491	5,1		
19413)		302.198	3,4		
1949		22.455		134.000	
1960	9,961.044	50.765	0,5		

1) Laut Bekenntnis zur Konfession
2) Nach Bekenntnis zur Muttersprache
3) Nach Bekenntnis zur Nationalität

Räterepublik, Horthy-Regime und Zweiter Weltkrieg

Nach dem militärischen Zusammenbruch Anfang November 1918 zerfiel die Donaumonarchie, und ihre Nationalitäten vereinigten sich in Nationalräten oder Nationalversammlungen, die bis zum Jahresende den Anschluss ihrer Siedlungsgebiete an die Nachfolgestaaten Tschechoslowakei, Rumänien, Jugoslawien und Italien erklärt hatten. Die am 31. Oktober noch von Kaiser Karl (König Karl IV.) ernannte Regierung des Grafen Mihály Károlyi versuchte vergeblich diesem Auflösungsprozess entgegenzusteuern und Ungarn, das am 16. November in eine "unabhängige Volksrepublik" umgewandelt wurde, im Rahmen einer "bürgerlichen Revolution" zu demokratisieren. Nachdem die Entente-Mächte am 20. März 1919 Gebietsabtretungen gefordert hatten, die über die bereits vereinbarten Demarkationslinien gegenüber den Nachfolgestaaten hinausgingen, trat die bürgerliche Regierung zurück. In der darauf folgenden Räterepublik übernahm der Kommunist Béla Kun die Macht. Er strebte eine Umgestaltung des Landes nach dem Muster der Sowjetunion an, mit deren Hilfe er auch die verloren gegangenen Gebiete zurückerobern wollte. Die Besetzung Budapests durch rumänische Truppen am 3. August 1919 beendete dieses Terrorregime nach 133 Tagen, das inzwischen jeglichen Rückhalt in der eigenen Bevölkerung verloren hatte. Nach einer Übergangsphase gelangte 1920 der von den Alliierten unterstützte ehemalige k.u.k. Admiral Miklós Horthy an die Macht, der das inzwischen reetablierte Königreich als "Reichsverweser" bis zum Oktober 1944, der Machtergreifung der Pfeilkreuzler, regierte. Aus der als "nationale Revolution" getarnten Restauration der Machtstrukturen Vorkriegsungarns ging ein stark autoritäres, rechtskonservatives Regime hervor, das jedoch den von Ministerpräsident Gyula Gömbös (1933–1936) unternommenen Versuch, mit der Gründung einer Staatspartei nach italienischem Muster den Faschismus einzuführen, erfolgreich zu verhindern wusste. Die Revision des Vertrags von Trianon als oberste Maxime der Außenpolitik trieb Ungarn im Verlauf der 1930er Jahre in die Arme der Achsenmächte. Als Gegenleistung für die im Rahmen der Wiener Schiedssprüche von Hitler und Mussolini Ungarn zugesprochenen Teile der verlorenen Gebiete (südliche Slowakei, nördliches Sieben-

bürgen) sah sich die Regierung gezwungen, 1941 in den Krieg gegen die Alliierten einzutreten. Versuche der Regierung von Miklós Kállay (1942–1944), durch Verhandlungen mit den Alliierten einen Seitenwechsel anzubahnen, führten am 19. März 1944 zur Besetzung des Landes durch Truppen der deutschen Wehrmacht. Ungarn wurde noch stärker als bisher in die deutsche Kriegswirtschaft einbezogen. Nachdem die Juden bereits durch die Judengesetze 1938–1941 aus dem öffentlichen Leben ausgeschlossen und enteignet worden waren, wurden in den Monaten Mai bis Anfang Juli 1944 vom Kommando Adolf Eichmanns in Kooperation mit den ungarischen Behörden 430.000 Juden in die Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau verschleppt. Der Einspruch Horthys rettete die letzte noch übrig gebliebene Judengemeinde, nämlich Budapest, vor der Deportation, bewahrte sie jedoch nicht vor dem Terrorregime der Pfeilkreuzler, dem noch einmal Zehntausende zum Opfer fielen. Nach Randolph Braham kamen von den 825.000 Juden Ungarns (in den Grenzen von 1941) bis zum Kriegsende 565.000 ums Leben.[4]



Deutsche Siedlungsgebiete in Ostmittel- und Südosteuropa um 1930 [Entwurf J. Wolf, Kartographie R. Szydlak. Stiftung Haus der Geschichte der BRD (Hg.), Flucht, Vertreibung, Integration, 2006, S. 77].

Den Verlust des historischen Ungarn führte die ungarische politische Elite nach 1918 auf den Verrat der Nationalitäten zurück und auf deren zu geringe Assimilation. Letztere nun wollte man im Trianon-Ungarn mit allen Mitteln, darunter auch der forciert betriebenen Namensmagyarisierung, vorantreiben. Der die Gesellschaft immer stärker durchdringende Rassismus grenzte zunächst die Juden aus. Die in Ungarn lebenden Deutschen befanden sich allerdings in einer besonderen Situation. Da die Regierung eine entschiedene Unterstützung ihrer Revisionspolitik nur von Deutschland erwartete, war Ministerpräsident Graf István Bethlen zu nach außen wahrnehmbaren Zugeständnissen bereit und erlaubte 1924 die Gründung eines von Jakob Bleyer initiierten und geführten Kulturvereins (Ungarländischer deutscher Volksbildungsverein = UDV) sowie die Einführung eines Schulsystems, das den Unterricht in der Muttersprache ermöglichte (allerdings im am meisten vertretenen Schultyp nur als Unterrichtsfach). Nach innen allerdings blockierten die Behörden, gesellschaftlichen Organisationen und auch die Kirchen (als Schulträger) weitgehend die Tätigkeit des UDV und die Einrichtung eines deutschen Schulsystems, das seinen Namen verdient hätte. Nachdem Jakob Bleyer Anfang der 1930er Jahre erkannt hatte, dass sein auf einen Kompromiss mit der Regierung angelegter ethnopolitischer Kurs am Chauvinismus derselben gescheitert war, hoffte er, eine von ihm angestrebte Intervention Berlins würde die Lage der Deutschen in Ungarn im Kultur- und Schulbereich verbessern. Die Reichsregierung unterstützte zwar finanziell seinen Kulturverein und versuchte in Verhandlungen mit der ungarischen Regie-

rung klarzumachen, dass eine mit Berlin gemeinsam zu verfolgende revisionspolitische Strategie Budapests nur im Falle einer konstruktiven ungarischen Nationalitätenpolitik denkbar wäre, doch zu einer solchen war keine ungarische Regierung bereit. Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme zeigte sich der neue Reichskanzler Adolf Hitler zunächst nicht daran interessiert, in Budapest zugunsten der deutschen Minderheit zu intervenieren. Die durch Verfolgungsmaßnahmen der Regierung herbeigeführte politische Radikalisierung von Teilen der deutschen Minderheitenbevölkerung spaltete diese in zwei Lager, in ein konservatives, regierungstreues, und in ein radikales, das die Kraft der grenzüberschreitenden Volksgemeinschaft aller Deutschen beschwor und sein Heil aus Berlin erwartete. Die Radikalen sammelten sich um den Bleyer-Schüler Franz Basch, der durch eine Gefängnisstrafe den Nimbus eines Märtyrers erworben hatte und Anfang 1937 durch Intervention Berlins freigelassen worden war. Die nunmehr gemeinsam von Berlin und Budapest verfolgte Revisionspolitik machte die deutsche Minderheit in Ungarn zur wechselseitig genützten Ressource, zum Verhandlungsobjekt. Einige Wochen nach dem Ersten Wiener Schiedsspruch vom 2. November 1938 genehmigte die ungarische Regierung die Gründung des von Franz Basch angeführten "Volksbundes der Deutschen in Ungarn", die am 30. November erfolgte. Da diesem noch immer keines der geforderten Selbstverwaltungsrechte eingeräumt wurde, zwang Berlin am Abend des Zweiten Wiener Schiedsspruchs vom 30. August 1940 die ungarische Regierung im sogenannten Volksgruppenabkommen dazu, den Volksbund als öffentlich-rechtliche Körperschaft anzuerkennen, deren Fernsteuerung die SS in Gestalt der Volksdeutschen Mittelstelle in Berlin übernahm. Der Volksbund, dem das Alleinvertretungsrecht aller Deutschen zugesprochen wurde und der auch das Recht erhielt, darüber zu bestimmen, wer als Deutscher zu gelten habe, wurde nunmehr von Berlin aus ideologisch, politisch und wirtschaftlich völlig gleichgeschaltet und in den Dienst der deutschen Kriegsziele, insbesondere der Kriegswirtschaft, gestellt. Die Ablieferung der Ernteerträge an das Dritte Reich wie auch die Rekrutierung zur SS und Wehrmacht im Rahmen dreier Abkommen mit der Ungarischen Regierung 1942–1944 verdeutlichten das Ausmaß der uneingeschränkten Ausbeutung der humanen wie wirtschaftlichen Ressourcen. Dagegen regte sich auch Widerstand. Zahlreiche Dorfgemeinschaften beschlossen, ihr Dorf vom Volksbund frei zu halten, andere wiederum traten geschlossen zu diesem über, viele jedoch waren spätestens seit 1940/41 politisch-gesellschaftlich gespalten. Die Trennungslinien verliefen häufig auch innerhalb von Familien. Die Gegner des Volksbundes suchten sich vor allem in der katholischen Kirche und ihren Vereinen zu sammeln.

Migrationsprozesse nach Kriegsende und kommunistische Diktatur

Mit der am 4. April 1945 abgeschlossenen Besetzung des Landes durch sowjetische Truppen brach das faschistische, vom Dritten Reich installierte Pfeilkreuzlerregime zusammen. Endlich schien sich in Ungarn ein, wenn auch verspäteter, demokratischer Neuanfang anzubahnen. Das bestätigten auch die ersten freien Parlamentswahlen im November 1945, aus der die Kleinlandwirtepartei mit 57 % der Stimmen als Sieger hervorging und die Kommunisten unter der Führung von Mátyás Rákosi nur knapp 17 % erreichten. Doch durch seine Politik der geschickten Machterweiterung seiner Partei in kleinen Schritten, der berüchtigten "Salamitaktik", gelang es ihm, 1948/49 die Macht zu übernehmen und Ungarn eine stalinistische Diktatur aufzuzwingen, gekennzeichnet durch Zwangskollektivierung, rücksichtslose Industrialisierung und ideologische Gleichschaltung bis hin zur Vernichtung all dessen, was als bürgerlich oder gar aristokratisch angesehen wurde.

Unterstützt wurde der kommunistische Kurs der finalen Machtübernahme nicht zuletzt durch die 1945/46 durchgeführte radikale Landreform, die den riesigen Großgrundbesitz des Adels und der Kirchen auflöste und auch den Grund und Boden wie das Vermögen der deutschen Bauern an landlose, meist aus dem Alföld stammende "Siedler" (ung. telepes)

und aus den Nachbarländern nach Ungarn ausgewiesene oder geflüchtete Magyaren verteilte. Die damit verbundene Vertreibung der Deutschen von ihren Höfen und aus ihren Häusern war die erste Phase dieses Prozesses, dem übrigens die politischen Parteien und die große Mehrheit der ungarischen Gesellschaft zustimmten. Die zweite Phase war sodann die Zwangsinternierung, dem dann als dritte mit Einwilligung der Alliierten die Zwangsaussiedlung nach Deutschland folgte. Die am 21. Dezember 1945 erlassene "Aussiedlungsverordnung" bestimmte, dass alle Deutschen, die bei der Volkszählung von 1941 Deutsch sowohl als Muttersprache als auch als Nationalität angegeben hatten, unter Verlust ihres Vermögens wie ihrer Staatsbürgerschaft nach Deutschland zu vertreiben seien. Begründet wurde dieses rigorose Vorgehen, das auf die restlose Beseitigung der deutschen Minderheit abzielte, mit dem Prinzip der Kollektivschuld, der Mitschuld an den Kriegsverbrechen, und mit dem Vorwurf, faschistisch gewesen zu sein. Die politische Rolle des Sündenbocks für die Beteiligung Ungarns am Krieg aufseiten der Achsenmächte vermischte sich untrennbar mit den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Landverteilung im Zuge der Bodenreform, sodass in der Praxis vor Ort in erster Linie alle die Deutschen aus dem Land vertrieben wurden, die einen verteilenswerten Besitz an Haus und Hof besaßen. Die Ungarndeutschen verloren 76 % ihres landwirtschaftlich genutzten Bodens, den sie 1941 besessen hatten, und 74 % ihrer Häuser. Im Zeitraum von Januar 1946 bis Juni 1948 wurden insgesamt rund 200.000 Deutsche aus Ungarn vertrieben, davon 150.000 in die amerikanische Besatzungszone mit Schwerpunkt im heutigen Baden-Württemberg (mitgezählt wurden hier von den deutschen Statistiken die bei Kriegsende geflüchteten rund 30.000 Personen) und 50.000 in die sowjetische Besatzungszone mit Schwerpunkt in Sachsen. Ungefähr ebenso viele, nämlich 200.000 Deutsche blieben zurück. Viele Familien waren auseinandergerissen, die meisten – in Ungarn wie in Deutschland – schwer traumatisiert. Die weitreichenden Folgen, die Wirtschaft wie Dorfgesellschaften schwer beschädigten, sind bis heute spürbar und wenig aufgearbeitet. Auf lange Zeit war es immer noch eine Schande, Deutscher zu sein bzw. sich als solcher zu bekennen oder deutsch zu sprechen, sodass die Ungarndeutschen nach Kriegsende einen Assimilationsprozess vollzogen, der gewaltige Ausmaße erreichte. 30 Jahre später, um 1980, konnte nur mehr jedes zehnte deutsche Kind seine Muttersprache sprechen, von den übrigen wird bis heute Deutsch im Allgemeinen als Zweitsprache erworben. Die im Lande verbliebenen Deutschen konzentrierten sich nach 1950, als sie zumindest formalrechtlich mit der übrigen Bevölkerung gleichgestellt wurden, ganz auf ihren existentiellen Neuanfang. Die damit verbundene Leistung, die Wiedergewinnung von Haus und Hof, stellt einen ganz wesentlichen Teil ihrer heutigen Identität dar.

Die Periode des Stalinismus wurde durch die Revolution vom Herbst 1956 beendet. Auch wenn diese selbst scheiterte, so bewirkte sie immerhin die "weiche Diktatur" des nach János Kádár benannten Regimes, der als erster Parteisekretär das Land von 1956 bis 1988 regierte. Dieses Regime kennzeichneten durch Kontrolle und Selbstzensur eingeschränkte Freiheitsräume, gewisse Liberalisierungsprozesse in Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur und eine Anhebung des Lebensstandards breiter Bevölkerungsschichten, die freilich weitgehend durch Schulden finanziert wurde. Die ungarische Nationalitätenpolitik dieser Periode war in erster Linie instrumentell ausgerichtet, denn ihr oberstes Ziel war es, die Eingliederung der Nationalitätenbevölkerung in die sozialistische Wirtschaft und Gesellschaft zu gewährleisten. Die zu diesem Zweck gegründeten Nationalitätenverbände waren weniger Interessenvertretungen als vielmehr Ausführungsorgane der Parteipolitik, die durch einen, ab den 1970er Jahren breit gefächerten Maßnahmenkatalog (Aufbau von Schulen und Kultureinrichtungen, Förderung von auf Folklore konzentrierten Veranstaltungen und Vereinen) beweisen sollte, wie sehr dem Sozialismus eine erfolgreiche Lösung der "Nationalitätenfrage" gelungen wäre. Doch diese "Schaufensterpolitik" war nur eine Scheinlösung, denn die bäuerliche Agrarkultur auch der Ungarndeutschen war durch Kollektivierung, Industrialisierung

und Urbanisierung und damit verbundene Binnenmigration bereits zerstört, was die erst nach 1968 einsetzende Nationalitätenpolitik weder retten konnte noch wollte, die noch dazu viele von den Nationalitäten bewohnte Dörfer wirtschaftlich verkümmern ließ. Diese negative Bilanz wird im Fall der Ungarndeutschen nur dadurch etwas verbessert, dass der "Kulturpapst" des Kádár-Regimes, Politbüromitglied Aczél György, im Dezember 1983 – übrigens als einziger führender Repräsentant des osteuropäischen Kommunismus – die Vertreibung als ungerecht verurteilte und dadurch eine politisch-moralische Rehabilitierung der Ungarndeutschen einleitete, die u. a. auch die Aufnahme institutionalisierter Beziehungen zu den Landsmannschaften in der Bundesrepublik Deutschland ermöglichte.

Transformationsprozesse nach 1989/1990

Die politische Wende von 1989/90, herbeigeführt durch Verhandlungen am "Runden Tisch" zwischen Repräsentanten der am 8. Oktober 1989 aufgelösten Staatspartei und den Vertretern der Opposition, die Verabschiedung einer grundlegend modifizierten Verfassung am 23. Oktober 1989, die freien Wahlen im März und April 1990, aus denen eine demokratisch gewählte Regierung hervorging, schließlich die Aufnahme des Landes in die NATO am 12. März 1999 und in die Europäische Union am 1. Mai 2004 sowie die reibungslosen Machtwechsel infolge der Parlamentswahlen 1994, 1998, 2002 und 2010 sind die wichtigsten Zäsuren in der Geschichte der letzten zwei Dezennien. Eine solche Zäsur bildete auch die Verabschiedung des Nationalitätengesetzes im Sommer 1993, das den nationalen und ethnischen Minderheiten als staatsbildenden Faktoren nicht nur politische Partizipation in den sie betreffenden Angelegenheiten, sondern auch ihre Selbstverwaltung auf kommunaler und Landesebene gewährleistete. Die dynamische Entwicklung der kommunalen Selbstverwaltungen im Zeitraum von 1994 bis 2006 zeigt, dass diese ihre Funktion als Interessenvertretung erfolgreich wahrnehmen konnten.

Tabelle 3: Zahl der etablierten Minderheitenselbstverwaltungen aufgrund der Kommunalwahlen von 1994/95, 1998, 2002 und 2006[5]

	1994/95*	1998	2002	2006
Armenier	16	25	31	31
Bulgaren	4	15	31	38
Deutsche	162	272	341	378
Griechen	6	19	31	34
Kroaten	57	75	108	115
Polen	7	33	51	47
Rumänen	11	33	44	46
Ruthenen	1	10	32	52
Serben	19	35	44	40
Slowaken	50	76	115	116
Slowenen	6	10	13	11
Ukrainer	-	5	13	19
Zigeuner	477	768	999	1118
Insgesamt	816	1376	1853	2045

*) Zu den Kommunalwahlen vom Dezember 1994 gab es noch Nachwahlen Anfang 1995.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur/epochenübergreifend

- Holger Fischer u. Mitarbeit v. Konrad Gündisch: Eine kleine Geschichte Ungarns. Frankfurt/M. 1999 (Edition Suhrkamp 2114).
- Jörg K. Hoensch: Geschichte Ungarns 1867–1983. Stuttgart 1984, 2. Aufl. 1997.
- László Kontler: History of Hungary. Millennium in Central Europe. Basingstoke u. a. 2002.
- László Kósa (Hg.): Die Ungarn. Ihre Geschichte und Kultur. Budapest 1994.
- Miklós Molnár: Histoire de la Hongrie. Paris 1996 (Nations d'Europe).
- Günter Schödl (Hg.): Deutsche Geschichte im Osten Europas. Land an der Donau. Berlin 1995.
- Gerhard Seewann: Geschichte der Deutschen in Ungarn. Bd. 1: Vom Frühmittelalter bis 1860. Bd. 2: Von 1860 bis 2006. Marburg 2012 (Studien zur Ostmitteleuropaforschung 24/1, 2).
- Peter F. Sugar, Péter Hanák (Hg.): History of Hungary. Bloomington 1990.

Literatur zu einzelnen Epochen (zeitlich angeordnet)

- Pál Engel: The Realm of St. Stephen. A History of Medieval Hungary 895–1526. London u. a. 2001.
- Charles W. Ingrao: The Habsburg Monarchy 1615–1815. 2. Aufl. Cambridge 2000 (New Approaches to European History 3).
- Carlile A. Macartney: The Habsburg Empire 1790–1918. London 1969.
- István Deák: Die rechtmäßige Revolution. Lajos Kossuth und die Ungarn 1848–1849. Wien u. a. 1989.
- Péter Hanák: Ungarn in der Donaumonarchie. Probleme der bürgerlichen Umgestaltung eines Vielvölkerstaates. Wien u. a. 1984 (Schriftenreihe des österreichischen Ost- und Südosteuropainstituts 10).
- László Katus: Hungary in the Dual Monarchy, 1867–1914. Boulder, Colo. 2008 (East European Monographs 738).
- Ignác Romsics: Hungary in the Twentieth Century. Budapest 1999.
- Klaus-Detlev Grothusen (Hg.): Ungarn. Göttingen 1986 (Südosteuropa-Handbuch 5).
- Árpád von Klimó: Ungarn seit 1945. Göttingen 2006 (UTB Geschichte 2855; Europäische Zeitgeschichte 2).
- Rudolf Tökés: Hungary's Negotiated Revolution: Economic Reforms, Social Change and Political Succession, 1957–1990. Cambridge u. a. 1996 (Cambridge Russian, Soviet and Post-Soviet Studies 101).
- Herbert Küpper: Das neue Minderheitenrecht in Ungarn. München 1998 (Untersuchungen zur Gegenwartskunde Südosteuropas 36).

Weblinks und Datenbanken

- http://www.ungarisches-institut.de/(Ungarisches Institut an der Universität Regensburg mit Online-Bibliothek, Herausgeber des Ungarn-Jahrbuchs [1969ff.] und der Schriftenreihe Studia Hungarica)
- http://www.forost.ungarisches-institut.de/volltext.htm (Sammlung von Quellentexten betreffend das 20. Jahrhundert)
- http://www.siebenbuergen-institut.de/ (Siebenbürgen-Institut an der Universität Heidelberg mit Online-Bibliothek)

- http://www1.slm.uni-hamburg.de/de/forschen/arbstzentren/Archiv/2006/ZHungarologie.html (Zentrum für Hungarologie am Institut für Finnougristik/Uralistik der Universität Hamburg)
- http://www.matarka.hu/ (Datenbank der Aufsätze in Zeitschriften mit Vermerk betr. Digitalisierung)
- http://www.1000ev.hu/ (Datenbank von Quellen zur Geschichte Ungarns mit einer chronologischen Auflistung aller Gesetze im Volltext)
- http://mol.arcanum.hu/ (Bestandsinventar des Ungarischen Staatsarchivs)
- http://www.fszek.hu/konyvtaraink/kozponti_konyvtar/budapest_gyujtemeny/adatbazisok (Datenbank der Budapester Bibliotheken)
- http://mpgy.ogyk.hu/ (Datenbank der Parlamentsbibliothek)
- http://mnb.oszk.hu/ (Datenbank der Nationalbibliographie der Ungarischen Széchenyi-Nationalbibliothek)
- http://mek.oszk.hu/ (Datenbank der digitalisierten Bücher)
- http://epa.oszk.hu/ (Datenbank der digitalisierten Zeitschriften)
- http://keptar.oszk.hu/; http://www.kepkonyvtar.hu/ (Datenbanken der digitalisierten Porträt- und Bildsammlungen)

Anmerkungen

[1] Die vom Kaiser übersandte Krone ist mit der heutigen Stephanskrone keineswegs identisch, da Letztere erst in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts angefertigt wurde.

[2] László Katus: Nemzetiségi adatsorok a dualizmus korában [Nationalitätendaten der Dualismuszeit]. In: Ferenc Glatz (Hg.): Magyarok a Kárpát-medencében. Budapest 1988, S. 195.

[3] Quelle für 1720 Dávid Zoltán: 7 1715–20. évi összeírás [Die Konskription der Jahre 1715–1720]. In: József Kovacsics (Hg.): A történeti statisztikai forrásai [Quellen der historischen Statistik]. Budapest 1957, S. 145-199; für 1805 und 1840 József Kovacsics: Die Bevölkerung Ungarns von 1878 bis 1870. In: Historische Demographie Ungarns (896–1996). Herne 2007, S. 217-248, hier S. 247; für die Jahre danach Friedrich Gottas: Die Deutschen in Ungarn. In: Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. 3,1: Die Völker des Reiches. Wien 1980, S. 340-410, hier S. 345; Yehuda Don, George Magos: The demographic development of Hungarian Jewry. In: Jewish Social Studies, Fall 1983, S. 189-216, hier S. 208; Norbert Spannenberger: Der Volksbund der Deutschen in Ungarn 1938–1944 unter Horthy und Hitler. München 2002 (Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 22), S. 431; Az 1941 évi népszámlálás. Köt. 3a: Anyanyelv, nemzetiség, nyelvismeret [Die Volkszählung von 1941. Bd. 3a: Muttersprache, Nationalität, Sprachkenntnis]. Budapest 1983, S. 14.

[4] Rudolf Braham: The politics of Genocide. The Holocaust in Hungary. Bd. 1.2, New York 1981 (überarb. Aufl. 2001).

[5] Ferenc Eiler: The minority Self-governance and its Experiences, S. 231; betreffend 2006 http://www.valasztas.hu/onkval2006/hu/10/10_0.html (Zugriff 28.11.2012).

Zitation

Gerhard Seewann: Ungarn. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/53722.html (Stand 29.11.2012).

Usbekistan (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Weißrussland (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

BEGRIFFE, KONZEPTE UND INSTITUTIONEN

A

Abschub → Zwangsmigration

siehe Zwangsmigration

Adventisten → Freikirchen (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Akkulturation → Assimilation

Siehe Assimilation

Alldeutscher Verband

1. Kurzbeschreibung

Der „Alldeutsche Verband" war ein überparteilicher politischer Agitationsverein, der imperialistische, völkische und im Laufe der Jahre zunehmend klar formulierte antisemitische Positionen vertrat. Die am 9. April 1891 als „Allgemeiner Deutscher Verband" (ADV) in Berlin gegründete und im Juli 1894 in „Alldeutscher Verband" (AV) umbenannte Organisation wurde am 13. März 1939 von der nationalsozialistischen Regierung aufgelöst.

2. Geschichte des Verbands

Die Gründung des ADV im Deutschen Reich fällt in eine Zeit der Radikalisierung deutschnationaler Ideen und Ideologien. Auch in Österreich entstand 1891 unter Georg von Schönerer (1842-1921) die ‚Alldeutsche Bewegung' (1896 in ‚Alldeutsche Vereinigung' umbenannt) als Abspaltung von der deutschnationalen Partei. Schönerers großdeutsch ausgerichtete Politik galt vielen Mitgliedern des AV als vorbildhaft und festigte das gemeinsame Ziel der Schaffung eines ‚Mitteleuropa' unter deutscher Führung.

Konkreter Anlass für die Gründung des ADV war der Helgoland-Sansibar-Vertrag (Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Irland über die Kolonien und Helgoland) von 1890, den rechtsnationale Kreise als nachteilig für Deutschland einschätzten. Sie warfen der Regierung vor, die imperialen Interessen Deutschlands zu verraten. Der ADV seinerseits wollte dafür eintreten, das weltpolitische Gewicht Deutschlands zu stärken.

Bereits nach kurzer Zeit hatte der ADV mit finanziellen und personellen Problemen zu kämpfen. Erst die Neustrukturierung unter Ernst Hasse (1846-1908) in den Jahren 1893/94 (die mit der Umbenennung in ‚Alldeutscher Verband' ihren Abschluss fand) führte die Organisation aus der Krise. Unter dem Vorsitz Hasses legte der AV seine Schwerpunkte zum einen auf die Stärkung des Deutschtums – das heißt auf die Unterstützung der Deutschen und der deutschen Kultur im Ausland bei gleichzeitiger Bekämpfung der nationalen Minderheiten in Deutschland – und zum anderen auf den Ausbau der Weltmachtstellung Deutschlands durch Verstärkung der Flotte und Expansionspläne in Übersee. Die Feinde des Deutschen Reiches sah der AV sowohl in Frankreich und England als auch in Russland.



Heinrich Claß, 1938. [Foto: WikimediaCommons, gemeinfrei].

Im Laufe der Jahre wurden die Positionen des AV immer radikaler. Mit der Verbandstagung von Plauen 1903 ging der AV von der punktuellen Kritik an der Regierung in die ‚nationale Opposition' über. Die neue Satzung formulierte zudem explizit den Rassegedanken. Die Haltung gegenüber Juden, deren Mitgliedschaft umstritten, aber zulässig war, verhärtete sich, bis Juden 1919 ganz aus den Reihen des AV ausgeschlossen wurden. Starke Hetze gegen sie betrieb vor allem Heinrich Claß (1868-1953), der 1908 den Vorsitz des AV übernahm und bis zu dessen Auflösung 1939 behielt.

Unter seiner Führung wurden die kolonialpolitischen Bestrebungen des AV weitgehend ersetzt durch das Ziel der Schaffung eines starken, von Deutschland im Bündnis mit Österreich-Ungarn angeführten ‚Mitteleuropa': „Es erfolgte ein Wechsel von der Welt- zur Kontinentalpolitik"[1]. Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs wurde als „heilige Stunde"[2] begrüßt. Nun schienen die Ziele des AV in greifbare Nähe gerückt: Zum einen sollte der Kolonialbesitz in Afrika vergrößert werden, zum anderen ein breiter Grenzstreifen westlich (Lothringen, Flandern) und östlich (Baltikum) des Deutschen Reiches annektiert werden zum Zwecke der Konsolidierung ‚Mitteleuropas'. War bereits vorher die radikale Germanisierung nicht-deutscher Bevölkerungsgruppen im Reich propagiert worden, so plädierte der AV nun für eine Aussiedlung dieser Personen.

Die Niederlage des Deutschen Reiches und die Gründung der Weimarer Republik bedeutete für den AV eine Zäsur. Seine Bedeutung sank ebenso wie die Mitgliederzahlen. Viele Angehörige des AV traten dem 1919 gegründeten deutsch-völkischen ‚Deutschen Schutz- und Trutzbund' bei. Gleichzeitig verschärfte sich der Ton der Alldeutschen. In den ersten Jahren der Republik liebäugelte Heinrich Claß mit Putschversuchen, doch spätestens Mitte der 1920er Jahre wandte er sich legalen Methoden zu, um die Demokratie auszuhöhlen und zum Einsturz zu bringen.

In dieser Entwicklung sowie in ihrem Gedankengut durchaus mit den Nationalsozialisten vergleichbar, unterschieden diese beiden Gruppierungen sich fundamental in Organisation und Wirkungsweise. Die NSDAP war eine moderne Partei, die eine breite Zielgruppe ansprechen wollte, während der AV ein kleiner, vormoderner Altherrenbund blieb. Folgerichtig war es die NSDAP, die sich vom AV abwandte. Als Wegbereiter für nationalsozialistisches Gedankengut erhielt der AV nach der Machtübernahme 1933 jedoch eine Sonderbehandlung und wurde nicht gleichgeschaltet. Erst im Jahr 1939 löste die Regierung ihn mit

der Begründung auf, die vom AV verfolgten Ziele seien nun erreicht worden und sein Weiterbestehen überflüssig.

3. Organisation

Der AV war keine Massenorganisation. Die Mitgliederzahl, die 1901 bei 22.000 lag, konnte im Laufe des Ersten Weltkriegs auf 36.000 gesteigert werden. Nach 1918 sank sie beständig: Bei der Auflösung 1939 zählte der Verband noch 8.000 Mitglieder.

Als elitäre, antisozialistisch ausgerichtete Organisation hatte der AV kein Interesse an Mitgliedern aus der Arbeiter- oder der Unterschicht. Er rekrutierte sich aber auch nur zu einem kleinen Prozentsatz aus der Oberschicht: Aufgrund seiner völkischen und antikapitalistischen Ausrichtung war der AV für Adel oder Großindustrielle wenig attraktiv. Seine vorwiegend männlichen Mitglieder entstammten mehrheitlich dem protestantisch geprägten Bildungsbürgertum – höhere Beamte, Lehrer, Freiberufler, Journalisten, Professoren. Auch Auslandsdeutsche konnten beitreten. Der AV konnte trotz seiner eher geringen Größe und Finanzstärke seine Ideen in der Gesellschaft verbreiten, denn „viele Alldeutsche hatten einflussreiche, Propaganda ermöglichende Positionen in Betrieben, in der Verwaltung oder im Bildungswesen.“[3]

Der AV war in Ortsgruppen organisiert (mit mindestens 30, ab 1903 mindestens zehn Mitgliedern), die relativ frei agierten und Satzungen beschließen durften, die sie allerdings dem geschäftsführenden Ausschuss zur Genehmigung vorlegen mussten. Neben den Ortsgruppen im Deutschen Reich gab es bis zu 30 Ortsgruppen Auslandsdeutscher. Der zweimal im Jahr tagende zentrale Gesamtvorstand wählte sowohl einen geschäftsführenden Ausschuss als auch eine Hauptleitung (von drei bis sieben Personen), aus denen wiederum ein Vorsitzender hervorging. Die Position dieses Vorsitzenden war unangefochten, wie sich nicht zuletzt an der 31 Jahre währenden Amtszeit von Heinrich Claß ablesen lässt. Rainer Hering resümiert: „Der AV praktizierte schon lange vor der NSDAP […] das ‚Führerprinzip‘.“[4]


Alldeutsche Blätter.

Mitteilungen des Alldeutschen Verbandes.

Schriftleitung: Prof. Dr. Paul Samassa.

Jahrgang 1901.

Titelseite der Alldeutschen Blätter, 1901. [Abb.: Bayrische Staatsbibliothek München; Sign. 4 Germ.g. 10 bm-10/11#11, Titelseite].

Der AV finanzierte sich über Mitgliedsbeiträge und Spenden, die insgesamt kaum die Kosten des Vereins deckten. Ab 1903 gab es daher eine freiwillige Selbstbesteuerung zahlungskräftiger Mitglieder, den so genannten ‚Alldeutschen Wehrschatz‘. Überlebenswichtig wa-

ren außerdem die unter der Leitung von Heinrich Claß fließenden Gelder aus der rheinisch-westfälischen Industrie.

Verbandsorgan des AV waren ab 1894 die wöchentlich herausgegebenen *Alldeutschen Blätter*. Nach 1920 erschienen sie aufgrund finanzieller Engpässe nur noch vierzehntäglich. Die letzte Ausgabe datiert vom 5. März 1939. Der AV veröffentlichte darüber hinaus zahlreiche Flugschriften sowie zwischen 1897 und 1911 16 Hefte mit dem Titel *Der Kampf um das Deutschtum*. Besondere Bedeutung kommen den weithin rezipierten Schriften von Heinrich Claß zu. Er publizierte unter anderem 1912 unter dem Pseudonym Daniel Fryman *Wenn ich Kaiser wär* sowie 1917 die Flugschrift *Zum deutschen Kriegsziel*.

4. Der Alldeutsche Verband und ‚Mitteleuropa'

„Gedenke, daß du ein Deutscher bist", lautete der Wahlspruch bei der Gründung des ADV. Die deutschnationale Ausrichtung war von Anfang an in den Verlautbarungen und Zielen des AV greifbar. Das Auslandsdeutschtum sollte gestärkt, innerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches eine strikte Germanisierungspolitik verfolgt werden. Dies diente vor allem als Abwehr gegenüber der beschworenen ‚panslawischen Gefahr'. So heißt es in einer Rede des Agitationsausschusses von 1891: „Gegenüber dem an unsern Ostgrenzen drohenden panslawistischen Ansturm ist die Germanisierung unserer Ostmark wichtiger als die unzuverlässige Freundschaft der im Grunde ihres Herzens deutschfeindlichen Polen."[5] 1899 proklamiert der AV: „Der Kampf gegen das polnische Volk ist einer der Riesenkämpfe, die wir noch auszufechten haben"[6].

Die Notwendigkeit dieses Kampfes begründet der AV zunehmend mit rassistischen Argumenten. In den *Alldeutschen Blättern* heißt es bereits 1894:

Nach Osten und Südosten hin müssen wir Ellenbogenraum gewinnen, um der germanischen Rasse diejenigen Lebensbedingungen zu sichern, deren sie zur vollen Entfaltung ihrer Kräfte bedarf, selbst wenn darüber solch minderwertige Völklein wie Tschechen, Slowenen und Slowaken […] ihr für die Zivilisation nutzloses Dasein einbüßen sollten […]. Deutsche Kolonisation, deutscher Gewerbefleiß und deutsche Bildung […] sollen bis nach Kleinasien als ein Bindemittel dienen, durch das sich große und zukunftsreiche Wirtschaftsgebiete uns angliedern […].[7]

In diesem Text zeigt sich das anfänglich verfolgte Ziel einer Schaffung ‚Großdeutschlands' durch Zusammenschluss mit den nördlichen und westlichen Teilen Österreich-Ungarns (Cisleithanien; inoffiziell auch ‚Deutsch-Österreich' genannt) zu Lasten der dort lebenden nicht-deutschen Bevölkerung. Die verschiedenen Gruppen der deutschen Minderheit im Osten und Süden der Donaumonarchie sollten zur Erlangung dieses Ziels auf deutschnationale Linie gebracht werden, was jedoch nicht zur Zufriedenheit des AV gelang, da viele Angehörige der deutschen Minorität sich eher der Krone in Wien als dem Deutschen Reich zugehörig fühlten. So bemühte man sich fortan um „die ‚germanisatorische' Durchdringung des Gesamtstaates"[8]. Zu erreichen suchte man diese durch Unterstützung verschiedener Vereine und Institutionen, unter anderem der 1906 gegründeten ‚Ungarländisch-Deutschen Volkspartei' (UDVP). Deren Einfluss genügte jedoch nicht zur Durchsetzung der erwünschten Ziele.

Die Pläne für ein zu schaffendes ‚Großdeutschland' wichen unter dem Vorsitz von Heinrich Claß gemäßigteren Absichten einer engen Zusammenarbeit Deutschlands mit Österreich-Ungarn, wobei die Stellung der Deutschen innerhalb der Donaumonarchie deutlich aufgewertet werden sollte. Nicht alle Verbandsmitglieder folgten Claß auf diesem Weg, und dieser innere Zwist schwächte den AV beträchtlich. Durch das Ende des Ersten Weltkriegs ver-

loren die Träume eines deutsch dominierten ‚Mitteleuropa' zunächst an Bedeutung, galt es doch zuvorderst, die verhasste Republik zu bekämpfen. Große außenpolitische Visionen konnte der AV aufgrund seines schwindenden Einflusses nicht mehr vertreten. Seine Forderungen bereiteten jedoch den Weg für die von den Nationalsozialisten vertretene Ideologie vom ‚Lebensraum im Osten'.

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Edgar Hartwig: Alldeutscher Verband (ADV) 1891 bis 1939. In: Dieter Fricke, Werner Fritsch (Hg.): Lexikon zur Parteiengeschichte: Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945). Bd. 1. Leipzig 1983, S. 13-47.
- Rainer Hering: Konstruierte Nation. Der Alldeutsche Verband 1890 bis 1939. Hamburg 2003 (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte 40).
- Björn Hofmeister: Radikaler Nationalismus und politische Öffentlichkeit. Der Alldeutsche Verband und die Alldeutschen Blätter. In: Michel Grunewald, Uwe Puschner (Hg.): Krisenwahrnehmungen in Deutschland um 1900. Zeitschriften als Foren der Umbruchszeit im Wilhelminischen Deutschland. Bern 2010 (Convergences 55), S. 263-279.
- Michael Peters: Der Alldeutsche Verband am Vorabend des Ersten Weltkrieges (1908-1914). Ein Beitrag zur Geschichte des völkischen Nationalismus im spätwilhelminischen Deutschland. 2., korrig. Aufl. Frankfurt/M. 1996 (Europäische Hochschulschriften, Reihe 3, Geschichte und ihre Hilfswissenschaften 501).
- Geert Naber: Brückenbauer zwischen kolonialer und völkischer Ideologie – Der „Alldeutsche Verband" 1891 bis 1939. In: freiburg-postkolonial.de, Februar 2010, erweitert März 2011. URL: http://www.freiburg-postkolonial.de/pdf/2010-Naber-Alldeutscher-Verband.pdf.

Anmerkungen

[1] Hering: Konstruierte Nation, S. 128.

[2] *Alldeutsche Blätter*, 3. August 1914. Zitiert nach Hering: Konstruierte Nation, S. 133.

[3] Naber: Brückenbauer, S. 3.

[4] Hering: Konstruierte Nation, S. 168.

[5] Hauptleitung des Alldeutschen Verbandes (Hg.): 20 Jahre alldeutsche Arbeit und Kämpfe. Leipzig 1910, S. 1.

[6] Hauptleitung: 20 Jahre (Anm. 5), S. 59.

[7] Zitiert nach Hartwig: Alldeutscher Verband, S. 19.

[8] Günter Schödl: Alldeutscher Verband und deutsche Minderheitenpolitik in Ungarn 1890-1914. Zur Geschichte des deutschen ‚extremen Nationalismus'. Frankfurt/M. u. a. 1978 (Erlanger historische Studien 3), S. 191.

Zitation

Berit Pleitner: Alldeutscher Verband. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32854 (Stand 14.07.2014).

Altkatholiken

1. Genese

Begriff

Im Selbstverständnis der Altkatholischen Kirche bezeichnet das Wort "alt" den Geist der Ursprünglichkeit – den Geist der ersten christlichen Gemeinschaften, zu denen sich die Altkatholische Kirche bekennt. Der Begriff "katholisch" leitet sich von dem griechischen Wort *katholikós* (als Ganzes, allgemein, universal) ab.

Namen und fremdsprachige Entsprechungen

In Deutschland: Alt-Katholische Kirche; in Österreich: Altkatholische Kirche; in der Schweiz: Christkatholische Kirche, Église catholique-chrétienne, Chiesa cattolica cristiana.

Engl. Old Catholic Church; franz. Église v*ieille-catholique*; poln. Kościół Polskokatolicki; niederl. Oud-Katholieke Kerk; tschech. Starokatolická církev; kroat. Starokatolička crkva; schwed. Gammalkatolska kyrkan.

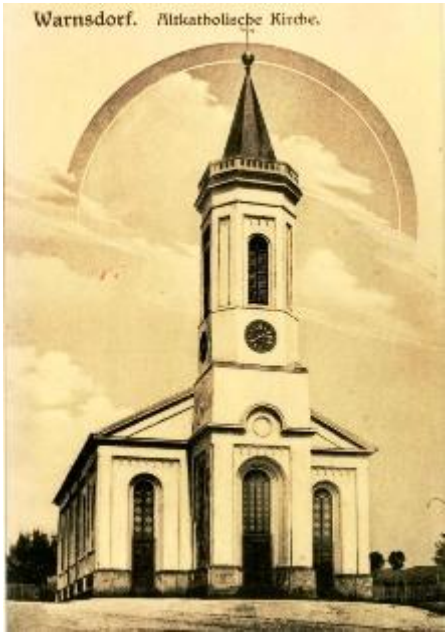
2. Definition

Altkatholische Christen lehnen u. a. die auf dem Ersten Vatikanischen Konzil (1870) eingeführte Lehre, das Dogma der päpstlichen Unfehlbarkeit und das Jurisdiktionsprimat des römischen Bischofs ab, weil diese ihrer Auffassung nach der Lehre des ursprünglichen Christentums widersprechen. Im theologischen Selbstverständnis beruft sich die Altkatholische Kirche auf das biblische und das patristische Erbe der ungeteilten Kirche des ersten Jahrtausends.

3. Entstehung und Entwicklung

Die altkatholische Bewegung beruht auf der Nichtanerkennung der Dogmen des Ersten Vatikanischen Konzils (1870). Geistliche und Professoren u. a. aus München, Breslau/Wrocław, Prag/Praha und Bonn sprachen ihren Protest gegen die Bulle Pastor aeternus öffentlich aus, woraufhin sie von der römisch-katholischen Kirche exkommuniziert wurden. Um die Seelsorge der exkommunizierten Gläubigen aufrechterhalten zu können, die sich ihnen angeschlossen hatten, organisierten sie sich in Vereinen und Gemeinden. Diese wiederum schlossen sich unter der Bezeichnung "Alt-Katholische Kirche" zusammen.

In Deutschland wurde 1873 auf der ersten Synode eine kirchliche Ordnung verabschiedet und Josef Hubert Reinkens (1821–1896) zum ersten Bischof gewählt, der anschließend vom Bischof Heykamp von Deventer geweiht wurde. Gegenwärtig hat die deutsche altkatholische Kirche ihren Bistumssitz in Bonn.



Altkatholische Kirche Verwandlung Christi/heute Kontaktkathedrale, Warnsdorf/Varnsdorf (Postkarte: um 1930) [Archiv Herr/Böblingen, Warnsdorf].

In Österreich entstand nach 1870 in Wien eine erste Gemeinde auf Initiative des Pfarrers Alois Anton, eine weitere in Ried in Niederösterreich auf Initiative des Pfarrers Josef Brader. Anton Nittel gründete zeitgleich eine Gemeinde in Warnsdorf/Varnsdorf in Nordböhmen. Die altkatholische Bewegung in Nordböhmen war damals die stärkste der k. u. k. Monarchie (sie umfasste im Jahr 1896 fast 10.000 Altkatholiken) und wuchs nach dem Ersten Weltkrieg und der Entstehung der Tschechoslowakischen Republik weiter an. 1897 wurde der Bistumssitz für die gesamte Monarchie von Wien nach Warnsdorf verlegt. Der altkatholischen Kirche in Österreich blieb eine staatliche Anerkennung lange versagt. Die altkatholischen Sakramente, insbesondere Taufen und Eheschließungen, sowie die Ehen altkatholischer Priester wurden von amtlicher römisch-katholischer Seite für ungültig erklärt. Nach dem Zerfall der Monarchie wurde im Jahre 1920 für Österreich ein neues altkatholisches Bistum mit Sitz in Wien errichtet.

Der Bischofssitz in Warnsdorf blieb erhalten, das zugehörige Bistum befand sich nun auf tschechischem Gebiet und hatte seinen Schwerpunkt im mehrheitlich von Deutschen bewohnten Gebiet der Tschechoslowakei. Im Verlauf der 1930er Jahre rief die Neigung deutschsprachiger Altkatholiken zum Nationalsozialismus Konflikte innerhalb der Altkatholischen Kirche hervor und führte bei vielen Altkatholiken zum Verlust der Loyalität gegenüber der Tschechoslowakischen Republik. Infolge des Münchner Abkommens (1938) und der Besetzung des sog. Sudetenlands wurden die nordböhmischen Altkatholiken Mitglieder der deutschen altkatholischen Kirche mit den Bistümern Bonn, Wien und Warnsdorf. Nach der Bildung des Protektorats Böhmen und Mähren 1939 wurden die in seinen Grenzen lebenden Altkatholiken der Jurisdiktion der Kirchgemeinde Brünn/Brno unterstellt, die bis 1945 zum Bistum Wien gehörte. Nach dem Zweiten Weltkrieg erlitt die altkatholische Kirche der Tschechoslowakei durch die Vertreibung der Deutschen zwischen 1945 und 1947 zahlenmäßig starke Verluste; im Land verblieben nur etwa 10 % der früheren Gemeindemitglieder, etwa 2.500 Personen. Während der Zeit der kommunistischen Diktatur nach 1948 wurde die altkatholische Kirche in der Tschechoslowakei praktisch aufgelöst und erst 1990 durch eine aus der Illegalität zurückgekehrte Kirchenleitung wieder aufgebaut. Seitdem wachsen die altkatholischen Kirchengemeinden in Tschechien aufs Neue. Im Rah-

men bilateraler Projekte wurden Kontakte zwischen den "historischen" Kirchengemeinden in Tschechien und den "neuen", von vertriebenen deutschsprachigen Altkatholiken gegründeten Kirchengemeinden in Deutschland geknüpft, bspw. zwischen Gablonz/Jablonec nad Nisou und Neugablonz. Das altkatholische Bistum der Tschechoslowakei bzw. der Tschechischen Republik hatte seinen Sitz bis 1995 in Warnsdorf, seit 1996 befindet er sich in Prag, wo es bereits seit etwa 1899 eine tschechischsprachige Kirchengemeinde gab, die sich zur hussitischen Tradition bzw. zur utraquistischen Kirche (Kalixtiner) bekannte. Die tschechischsprachigen Altkatholiken blieben allerdings auf dem Territorium der heutigen Tschechischen Republik bis Ende des Zweiten Weltkrieges eine Minderheit.

Zu den altkatholischen Zentren in der Zeit der Entstehung der Altkatholischen Kirche gehörte auch Breslau/Wrocław, in den 1870er Jahren ein kulturell und wirtschaftlich bedeutendes Zentrum Preußens. Die Polnisch-Katholische Kirche in Polen (bis 1951 *Polish National Catholic Church of America*) ist ursprünglich unter polnischen Emigranten in den USA entstanden und erlebte 1920 Gründungen von Kirchgemeinden in Polen. Die Polnisch-Katholische Kirche hat heute drei Diözesen: Warschau/Warszawa, Breslau/Wrocław und Krakau-Tschenstochau/Kraków-Częstochowa.

In den Ländern, in denen eine geringe Zahl altkatholischer Gläubiger die Bildung einer eigenen Diözese nicht möglich machte, richtet die Internationale Altkatholische Bischofskonferenz Delegatsgebiete ein, die der Jurisdiktion eines Bischofs der Utrechter Union unterstehen. Dazu gehören derzeit die vier Kirchgemeinden im ehemaligen Jugoslawien (heute Kroatien und Bosnien-Herzegowina), die Mission de France und eine Kirchgemeinde in Malmö.

Die altkatholischen Kirchen der Niederlande, Deutschlands und der Schweiz haben sich 1889 zur Utrechter Union zusammengeschlossen.[1] Die Utrechter Union betont die relative Unabhängigkeit der Lokalkirchen, die bischöfliche (apostolische) Sukzession und die Eucharistie als Schwerpunkt des kirchlichen Lebens. Die Utrechter Union ist aktiv in ökumenischen Beziehungen. Mit der Anglikanischen Kirche verbindet die Alt-katholische Kirche seit 1931 die volle kirchliche Gemeinschaft. Mit den orthodoxen Kirchen besteht ein Konsens in den Glaubensfragen. Auf der Ebene der Lokalkirchen existieren auch mit anderen Kirchen Abkommen über kirchliche Gemeinschaft oder gegenseitige Einladungen zur Eucharistie.

4. Theologisches Selbstverständnis

Die sog. Utrechter Erklärung aus dem Jahr 1889 definiert das Glaubensverständnis der Altkatholiken:

"Wir halten fest an dem altkirchlichen Grundsatze, welchen Vincentius von Lerinum in dem Satze ausgesprochen hat: *Id teneamus, quod ubique, quod semper, quod ab omnibus creditum est; hoc est etenim vere proprieque catholicum* (Wir halten an dem fest, was gewesen und durch alle Gläubigen immer und überall geglaubt wurde, denn das ist wahrhaft und wirklich katholisch)."

Gemäß dieser Grundaussage bekennen sich die Altkatholiken zum Glauben der sog. Alten Kirche, wie er in den ökumenischen Glaubensbekenntnissen und allgemein akzeptierten Dogmen und Entscheidungen der ökumenischen Konzilien seinen Ausdruck finde. Sieben Konzilien werden von den Altkatholiken anerkannt: Erstes Konzil von Nicäa (325), Erstes Konzil von Konstantinopel (381), Konzil von Ephesos (431), Konzil von Chalcedon (451), Zweites und Drittes Konzil von Konstantinopel (553 und 680) und Zweites Konzil von

Nicäa (787). Spätere theologische Lehren erkennt die altkatholische Kirche nur an, wenn diese der Lehre der alten Kirche entsprechen.

Die altkatholischen Landeskirchen sind in ihrer Kirchenstruktur bischöflich-synodal organisiert, auch Laien dürfen wählen und über die Gestaltung der Kirche mitentscheiden. Die Einzelbeichte gilt als fakultativ. Stark betont wird die Gewissensfreiheit aller Gläubigen. Die Gottesdienste der altkatholischen Landeskirchen werden grundsätzlich in der Landessprache gefeiert. Das Priesterzölibat gilt als fakultativ. Die altkatholischen Kirchen in Deutschland, Österreich, den Niederlanden und in der Schweiz praktizieren die Frauenordination. In Tschechien können Frauen die Diakonatsweihe empfangen.

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Urs von Arx, Maja Weyermann (Hg.): Statut der internationalen Altkatholischen Bischofskonferenz (IBK). Offizielle Ausgabe in fünf Sprachen. Statut der in der Utrechter Union vereinigten altkatholischen Bischöfe. Bern 2001 (Internationale kirchliche Zeitschrift 91/2001, Beiheft).
- Victor Conzemius: Katholizismus ohne Rom. Die altkatholische Kirchengemeinschaft. Zürich, Einsiedeln, Köln 1969.
- Leo Donald Davis: The First Seven Ecumenical Councils (325–787). Their History and Theology. Collegeville 1990.
- Hans Josef Demmel: Geschichte des Alt-Katholizismus in Österreich. Kempten-Allgäu 1914.
- Christian Flügel: Die Utrechter Union und die Geschichte ihrer Kirchen. Norderstedt 2006.
- Karel Koláček: Vznik a vývoj starokatolického hnutí na území severních Čech do roku 1946 [Der Auf- und Ausbau der altkatholischen Bewegung im nördlichen Böhmen bis zum Jahr 1946]. Brno 2006 (Deus et Gentes 3).
- Urs Küry: Die Altkatholische Kirche. Ihre Geschichte, ihre Lehre, ihr Anliegen. Erg. u. mit e. Nachtr. vers. 2. Aufl. Stuttgart 1978 (Die Kirchen der Welt, Reihe A, 3).
- Stanko Marković: Die Altkatholische Kirche in Jugoslawien. Eine geschichtliche Darstellung aufgrund der altkatholischen Literatur in serbokroatischer und deutscher Sprache. Bern 2001 (Abschlussarbeit Universität Bern).
- Johann Friedrich von Schulte: Der Altkatholizismus. Geschichte seiner Entwicklung, inneren Gestaltung und rechtlichen Stellung in Deutschland. Aus den Akten und aus authentischen Quellen dargestellt. Aalen 2002 (2. Neudr. der Ausg. Giessen 1887).
- Jan Visser: The Old Catholic Churches of the Union of Utrecht. In: International Journal for the Study of the Christian Church 1 (2003), S. 68-85.

Weblinks

- Alt-katholische Kirche in Deutschland http://www.alt-katholisch.de/
- Altkatholische Kirche in Kroatien http://hrvatska-starokatolicka-crkva.com/
- Altkatholische Kirche in den Niederlanden http://www.okkn.nl/
- Altkatholische Kirche in Österreich http://www.altkatholiken.at/
- Altkatholische Kirche in der Tschechischen Republik http://www.starokatolici.cz
- Altkatholische Mission in Frankreich http://www.vieux-catholique-alsace.com/
- Christkatholische Kirche der Schweiz http://www.christkath.ch/
- Polnisch-Katholische Kirche http://www.polskokatolicki.pl/
- Utrechter Union http://www.utrechter-union.org/

Anmerkungen

[1] Als die Älteste gilt die niederländische Kirche von Utrecht, die schon seit 1723 unabhängig von der päpstlichen Jurisdiktion handelt. Durch die Kirche von Utrecht wurden die ersten altkatholischen Bischöfe in der sog. apostolischen Sukzession geweiht. Heutzutage befinden sich in den Niederlanden zwei Bistümer – Utrecht und Haarlem. Der Erzbischof von Utrecht ist gleichzeitig der Vorsitzende der Internationalen Altkatholischen Bischofskonferenz. Heute hat die Utrechter Union ihr Zentrum in Utrecht und in Europa etwa 150.000 Mitglieder (Stand 2012).

Zitation

Lucie Kodišová: Altkatholiken. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2013. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54053.html (Stand 21.01.2013).

Altostdeutsch

1. Definition

‚Altostdeutschland' ist eine Sammelbezeichnung für die historischen preußischen Ostprovinzen sowie – in einem weiteren Sinne – auch für die Siedlungsgebiete von Deutschen in Ostmittel-, Südost- und Osteuropa.

2. Genese

Begriff

Im Zusammenhang mit der deutschen Wiedervereinigung 1989/90 entstand eine Doppelbelegung des bis dahin geläufigen Begriffs ‚Ostdeutschland'. Dieser wurde nun nicht mehr nur für das historische Ostdeutschland, also die vor 1945 von Deutschen bewohnten preußischen Ostprovinzen jenseits von Oder und Lausitzer Neiße, sowie für die Siedlungsgebiete von Deutschen im östlichen Europa gebraucht, sondern – nach erfolgtem Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes – zunehmend auch für die neuen (östlichen) Bundesländer der erweiterten Bundesrepublik Deutschland. Dies führte zunehmend zu Missverständnissen.

Vor diesem Hintergrund wurde 1990 von dem Stuttgarter Historiker und schlesischen Landeshistoriker Norbert Conrads der Neologismus „Altostdeutschland" und davon abgeleitet „altostdeutsch" eingeführt, um den historisch-politischen Raum zu beschreiben, in dem sich Geschichte und Kulturgeschichte der Deutschen im östlichen Europa abgespielt haben. Die Begriffsbildung erfolgte explizit in Anlehnung an den von dem Schweizer Kulturhistoriker Jacob Burckhardt (1818-1897) stammenden Begriff „Alteuropa", mit dem Burckhardt insbesondere die untergegangene kulturelle Vielfalt Europas vor der Französischen Revolution bezeichnete. Von den Historikern Otto Brunner (1898-1982) und Dietrich Gerhart (1896-1985) wurde dies zum Konzept des „alteuropäischen Zeitalters" (europäische Geschichte vor der Industrialisierung) ausgestaltet. Weiterhin verwies Conrads auf bisher bereits in der Landesgeschichtsschreibung geläufige Bezeichnungen wie „altbayerische" oder „altpreußische" Geschichte. Conrads verstand die Begriffsprägung „Altostdeutschland" als zukunftsfähigen Vorschlag für eine neutrale und prägnante Bezeichnung, die insbesondere den Verzicht auf politisch belastete Termini wie „Deutscher Osten" oder „Ostforschung" ermöglichen sollte. Er erläuterte dies wie folgt:

Ich schlage vor, die historische Welt des verlorenen deutschen Ostens in ihrer Gesamtheit als „Altostdeutschland" zu bezeichnen, wohl wissend, daß dies ein Hilfsbegriff ist, der sehr

heterogene Räume und Entwicklungen umschließt, die keine gemeinsame Geschichte, sondern nur ein gemeinsames Schicksal haben. Im engeren Sinn gehören zu diesem Altostdeutschland die ehemals preußischen Provinzen jenseits von Oder und Neiße, in einem weiteren Sinn auch alle historischen deutschen Siedlungsgebiete von Böhmen über Siebenbürgen bis nach Rußland. Unter „altostdeutscher Geschichte“ ist folglich die in diesem Raum geschehene und zu erforschende Geschichte, soweit sie deutsch geprägt war, zu verstehen.[1]

Gebrauch

Die von Conrads (emeritiert 2003) bekleidete Professur für die „Geschichte der Frühen Neuzeit“ an der Universität Stuttgart war seit 1985 mit dem langfristig angelegten „Projektbereich Schlesische Geschichte“ verbunden. Dies führte zur Erweiterung der Denomination zur Professur für „Geschichte der Frühen Neuzeit unter Berücksichtigung der altostdeutschen Geschichte“. Die Bezeichnung „Altostdeutschland“ hat sich zwar nicht allgemein durchgesetzt, wird aber insbesondere in wissenschaftlichen wie feuilletonistischen Kontexten verwendet; das Adjektiv ‚altostdeutsch‘ wird häufig mit Begriffen wie Region, Land oder Gebiet verbunden.[2]

3. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Norbert Conrads: Der Projektbereich Schlesische Geschichte am Historischen Institut der Universität Stuttgart und die Situation der altostdeutschen Geschichtsforschung. In: Ders. (Hg.): Forschungen zur schlesischen Geschichte am Historischen Institut der Universität Stuttgart. Ein Forschungsbericht zum fünfjährigen Bestehen des Projektbereichs Schlesische Geschichte am Historischen Institut der Universität Stuttgart. Stuttgart 1990, S. 5-16.

Anmerkungen

[1] Conrads: Der Projektbereich Schlesische Geschichte, S. 9.

[2] Der Begriff ‚Altostdeutschland‘ wurde 1994 im Rahmen einer im Herder-Institut stattfindenden deutsch-polnischen Tagung diskutiert; Hans-Jürgen Karp: Deutsche Geschichte und Kultur im heutigen Polen. Fragen der Gegenstandsbestimmung und Methodologie. Marburg 1997 (Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung 2), S. 37, 48f.

Zitation

Matthias Weber: Altostdeutsch. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32852 (Stand 26.06.2014).

Anabaptisten → Freikirchen (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Assimilation

1. Definition

Dem Begriff „Assimilation“ begegnet man in mehreren wissenschaftlichen Disziplinen: in der Biologie, der Linguistik, der Petrologie, der Psychologie, der Geschichtswissenschaft und der Soziologie. Die Definitionen des Begriffs in den jeweiligen Disziplinen differieren abhängig von deren fachlichen Schwerpunkten: Die Geschichtswissenschaft befasst sich zum Beispiel im Rahmen der historischen Migrationsforschung mit Assimilation.

In der Soziologie bezei chnet der Begriff „Assimilation“ ein Ähnlich-Werden aufgrund von Angleichungs- und Anpassungsprozessen. Genauer betrachtet geht es um Angleichungsprozesse eines Individuums oder einer Gruppe an die soziale Umgebung durch die Übernahme herrschender Verhaltensweisen und Einstellungen. Die sich parallel zur Assimilation vollziehende Aufgabe der bisherigen soziokulturellen Prägung bezeichnet man als „Dissimilation“. Im politisch-soziologischen Sinn ist Assimilation die Angleichung an Wertvorstellungen. Sie umfasst die Enkulturation und die Akkulturation und ist ein wesentlicher Faktor des Wachstums von Stammesgruppen, Völkern sowie Sprach- und Religionsgemeinschaften.

2. Genese

Träger, Gebrauch

In der Antike bedeutete der Begriff „Assimilation“ Erkenntnis infolge der Angleichung des Erkennenden an das Erkannte; dieser Ansatz wurde bis in die Neuzeit tradiert.[1] Während 1892 das *Brockhaus-Konversationslexikon* „Assimilation“ als einen Fachterminus insbesondere der Biologie und der Linguistik verstand und *Meyers Lexikon* von 1936 dieser Definition folgte, erscheint der Begriff im *Großen Brockhaus* von 1952 auch als Fachbegriff der Soziologie. In der Zeit des Nationalsozialismus war „Assimilation“ als soziologischer Begriff negativ konnotiert, da es galt, die Exklusivität des eigenen Volkes hervorzuheben. „Assimilation“ war inhaltlich eng an das Konzept „(ein) Raum und Volk“ gebunden.[2]

Nach dem Zweiten Weltkrieg drangen die Erkenntnisse angelsächsischer Soziologie mit ihren Kontroversen um zwei Konzepte nach Europa: das der *melting pot policy* der USA gegenüber Immigranten und das des *salad bowl concept* Kanadas. Sie belebten die Diskussionen im Fach genauso wie die Interpretation der jüdischen Assimilation zum Beispiel in Deutschland und in Ungarn. Im Verständnis der US-amerikanischen Forschung war Assimilation ein natürliches und am Ende stehendes Ergebnis der Zuwanderung, die Amerikanisierung. Assimilation war in den USA also bis in die 1970er Jahre des 20. Jahrhunderts positiv konnotiert.[3] In der Bundesrepublik Deutschland wurde Assimilation in den 1950er Jahren des 20. Jahrhunderts intensiver diskutiert, unterschrieb doch 1951 der damals junge deutsche Staat die Genfer Flüchtlingskonvention, die 1954 in Kraft trat, und es ging um den Umgang mit Zuwanderern angesichts der Komplexität deutsch-preußischer Geschichte.

Dabei erschien die Unterscheidung zwischen Assimilation und Assimilierung als wichtig: „Assimilation“ wurde als nationale Angleichung im Sinne einer fortschreitenden Aufgabe des eigenen Volkstums verstanden. Als Verfechter einer auf Assimilation gerichteten Politik galten damals Großbritannien und Frankreich. Unter „Assimilierung“, genauer „sozialer Assimilierung“, verstand man den Ablauf der verschiedenen Formen der sozialen Eingliederung von Zuwanderern in eine Gesellschaft; man war bemüht, für diese Prozesse die Bezeichnung „Anpassung“ zu verwenden.

Im Zusammenhang mit der Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland, besonders anfangs der 1970er Jahre, diskutierte man Assimilation sehr kri-

tisch und belegte den Begriff pejorativ als eine durch forcierte Integrationspolitik bewirkte „Zwangsgermanisierung“.[4] Diese Indienstnahme des Terminus in der politischen Rhetorik besteht nach wie vor; sie verhalf im öffentlichen Diskurs dem Begriff „Integration“ als Umschreibung des Verhältnisses zwischen Zuwanderern und der einheimischen deutschen Bevölkerung zum Erfolg. Auch unter (Rechts-)Historikern etablierte sich bereits in den 1970er Jahren eine kritische Perspektive auf Assimilationsprozesse, die – zumal aus der österreichischen Tradition eines Vielvölkerstaates heraus – als eine Gefahr, beispielsweise für den Erhalt der Muttersprache, gesehen wurden.[5] Aktuell ist in der Geschichtswissenschaft die Tendenz zu beobachten, zum einen Assimilation mit Integration gleichzusetzen,[6] zum anderen Assimilation als einen parallelen Prozess zur Akkulturation aufzufassen, wobei eine klare Unterscheidung dieser beiden Begriffe fehlt.[7]

Fremdsprachige Entsprechungen

Im Englischen und im Französischen entsprechen die Begriffe der „(sozialen) Assimilierung“ dem der „*accommodation*“; „*assimilation*“ hingegen bedeutet „Assimilation“ im Sinne einer vollständigen nationalen Angleichung.[8]

3. Soziologische Theorien der Assimilation

Wilhelm Emil Mühlmann (1944, 1964), obwohl gegenwärtig wegen seiner NS-Verstrickung diskreditiert, vermittelte doch lange nach 1945 als Volkskundler seine Auffassungen zur Assimilation und prägte damit die deutsche Soziologiestudentenschaft. Mühlmann verstand unter Assimilation einen Übergang kleinerer oder größerer Teile eines bestimmten „Volkstums“ in die Eigenart eines anderen Volkes, verbunden mit einem Wechsel der ethnischen Selbstzuordnung. Mühlmann wies auf das Phänomen einer „pseudologischen Gleichsetzung mit Fremdgruppen“ hin und suchte damit nach Mechanismen einer freiwillig forcierten Assimilation.

Nach Ronald Taft (1957) ist Assimilation ein Prozess, in dem ein Individuum seine Mitgliedschaft zwischen zwei unterschiedlichen sozialen Gruppen transferiert. Indikatoren dieser Mitgliedschaft sind: beiderseitige Kommunikationsbereitschaft, Normen- und Wertekonsens, Akzeptanz von Rollenanforderungen und die Identifikation mit der Gruppe. Taft unterscheidet drei Formen der Assimilation: (a) pluralistische Assimilation: kultureller Pluralismus, bei dem verschiedene Kulturen nebeneinander bestehen; (b) interaktionistische Assimilation: Angleichung von zwei Gruppen, bei der das Individuum teilweise seine ursprüngliche Identität behält; (c) monistische Assimilation: Das Individuum geht vollständig in einer neuen Gruppe auf und gibt die Zugehörigkeit zu seiner alten Gruppe auf.

Milton M. Gordon (1964) arbeitet ausgehend vom Paradigma der Klassengesellschaft sieben unterschiedliche Zustände von Assimilation aus, die nicht als ihre Stufen, sondern als verschiedene Vollzugsebenen zu verstehen sind: (a) kulturelle oder verhaltensmäßige Assimilation, (b) strukturelle Assimilation, (c) interethnische (dabei auch die eheliche) Assimilation, (d) identifikative Assimilation, (e) Assimilation von Einstellungen und Werthaltungen (*attitude receptional Assimilation*), (f) Verhaltensassimilation (*behavior receptional assimilation*) und (g) zivile (bürgerlich-politische) Assimilation. Gordon ist zu verdanken, dass er die kulturelle Assimilation, also die Akkulturation, von Assimilation als sozialem Prozess unterschied; er verortete diesen Prozess zwischen dem kulturellen Verhalten und den sozialstrukturellen Rahmenbedingungen dafür.

Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny (1970) geht weniger auf die Unterschiede zwischen Assimilation, Akkulturation und Integration ein; vielmehr hebt er bei der Assimilation die Teilhabe der Einwanderer an der Kultur der Aufnahmegesellschaft hervor, also die Teilhabe

an der Sprache, den Normen, der Wertorientierung und ähnlichem. Er bemüht sich weniger, „Assimilation“ als Terminus unter anderen Termini zu positionieren, sondern ist um Inhalte bemüht, die den Begriff „Assimilation“ füllen. Hoffmann-Nowotny setzt für Assimilation eine erfolgreiche Akkulturation und Integration voraus: Aus einem Lernprozess, welcher die Persönlichkeitsstruktur umwandelt, könne vollständige Assimilation resultieren. Diese sei von der Interaktion zwischen der Mehrheitsgesellschaft und dem Individuum oder der Gruppe, die sich assimilieren, abhängig.

Den Überlegungen von Hartmut Esser (1980) und Paul B. Hill (1984) lassen sich mehrere Dimensionen der Assimilation entnehmen, die Annette Treibel (2008) zusammenfasst: (a) kognitive Assimilation, welche Kenntnisse über die neue Umwelt, vor allem Sprachkenntnisse, voraussetzt; (b) strukturelle Assimilation, die auf eine berufliche Eingliederung hinausläuft; (c) soziale Assimilation, die interethnische Kontakte voraussetzt; und (d) identifikative als gefühlsmäßige Assimilation, die einen Identitätswandel impliziert.

John W. Berry (1980) geht von der Akkulturation als zentralem Prozess im Verhältnis Zuwanderer – Einheimischer aus. Er versteht Assimilation als Ergebnis von Akkulturation, wenn das Individuum seine ursprüngliche kulturelle Identität aufgibt und eine positive Beziehung zu der Zuwanderungskultur wünscht. Neben Assimilation unterscheidet Berry weitere mögliche Ergebnisse der Akkulturation: Die gleichzeitige Bindung an die Mehrheits- und Minderheitsgesellschaft nennt er Integration, die Reduktion auf die eigene Gruppe heißt bei ihm Segregation und keine erkennbare Identifikation mit einer der Gruppen eine Marginalisierung.

4. Kontroversen

In den letzten Jahren wird das Konzept „Assimilation“ vor allem im Zusammenhang mit Integrationsdebatten und zunehmend kritisch diskutiert.

Jutta Aumüller (2009) blickt aus primär begriffsgeschichtlicher Perspektive auf Assimilation und Integration und setzt beide Termini zueinander in Beziehung. Sie stellt fest, dass deren Bedeutungen stark divergieren und von der Verwendung der Begriffe durch einzelne Autoren abhängen.[9]

Ähnlich wie zum Beispiel Klaus Bade und Dirk Hoerder mit Blick auf die historische Migrationsforschung stellt Anna Amelina (2013) in Frage, ob Assimilation überhaupt noch eine „geeignete Denkfigur“ sei. Sie konstatiert, der Assimilationsbegriff sei – gerade wegen der ihm anhaftenden Konzeption eines „nationalstaatlichen Containers“ – nicht in der Lage, Inkorporationsmöglichkeiten von transnationalen Migranten in einer neuen Umgebung Rechnung zu tragen, und sie schlägt vor, auf diesen Terminus bei transnationaler Betrachtung von Migration zu verzichten.[10]

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Jutta Aumüller: Assimilation. Kontroversen um ein migrationspolitisches Konzept. Bielefeld 2009.
- John W. Berry: Acculturation as a variety of adaptation. In: Amado M. Padilla (Hg.): Acculturation. Theory, models and some new findings. Boulder 1980, S. 9-25.
- Hartmut Esser: Aspekte der Wanderungssoziologie. Assimilation und Integration von Wanderern, ethnischen Gruppen und Minderheiten. Eine handlungstheoretische Analyse. Darmstadt 1980.

- Özekan Ezli, Andreas Langenohl, Valentin Rauer, Claudia Marion Voigtmann (Hg.): Die Integrationsdebatte zwischen Assimilation und Diversität. Bielefeld 2013.
- Alex von Gagern: Assimilation/Dissimilation. In: Joachim Ritter (Hg.): Historisches Wörterbuch der Philosophie. Bd. 1. Darmstadt 1971, Sp. 546f.
- Paul B. Hill: Determinanten der Eingliederung von Arbeitsmigranten. Königstein 1984 (Materialien zur Arbeitsmigration und Ausländerbeschäftigung 10).
- Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny: Migration. Ein Beitrag zu einer soziologischen Erklärung. Stuttgart 1970.
- Berthold Löffler (Hg.): Integration in Deutschland. Zwischen Assimilation und Multikulturalismus. München 2011.
- Annette Treibel: Migration. In: Nina Baur, Hermann Korte, Martina Löw, Markus Schroer (Hg.): Handbuch Soziologie,. Wiesbaden 2008, S. 295-318.

Weblinks

- http://www.krimlex.de/artikel.php?BUCHSTABE=A&KL_ID=21 („Assimilation“, in: Das Kriminologie-Lexikon [Kooperationsprojekt der Universitäten Bochum und Tübingen])
- http://www.hegel.de/werke_frei/hw108106.htm („Assimilation“, in: Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften im Grundrisse [1830])

Anmerkungen

[1] Albert Schirrmeister: Assimilation und Negation. Antikes Traumwissen in neuzeitlichen Wissenschaften. In: Georg Toepfer, Hartmut Böhme (Hg.): Transformationen antiker Wissenschaften. Berlin 2010, S. 93-144.

[2] Vgl. Ingo Haar: Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der „Volkstumskampf“ im Osten. 2. durchges. u. verb. Aufl. Göttingen 2002 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 143), S. 210; siehe auch bei Aumüller: Assimilation, S. 37.

[3] Vgl. Paul L. Metzger: American Sociology and Black Assimilation. Conflicting Perspectives. In: American Jounal of Sociology 76 (1971), S. 627-647, hier S. 628f.

[4] Die Frankfurter Allgemeine Zeitung schrieb 1981: „Integrieren, nicht eindeutschen“ (FAZ vom 28.10.1981). Davor argumentierte 1979 ein spanischer Gastarbeiter in einem öffentlichen Gespräch in Stuttgart „Gleichwohl: ‚Germanisierung‘, das andere Extrem, müsse ebenso vermieden werden“ (Stuttgarter Nachrichten vom 17.12.1979). Mehr zum Thema Integrationsprogramme und Assimilation siehe bei Klaus J. Bade: Sozialhistorische Migrationsforschung. Göttingen 2004, S. 404.

[5] Theodor Veiter: Nationalitätenkonflikt und Volksgruppenrecht im 20. Jahrhundert. Bd. 1. München 1977 (Arbeitshefte. Bayerische Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit, München 55), siehe Lebenslauf in Anm. 52.

[6] „Inhaltlich entspricht er [der Begriff Integration] im Wesentlichen dem Assimilationsbegriff“ (Wolfgang Bosswick: Integration. In: Detlef Brandes, Holm Sundhaussen, Stefan Troebst [Hg.]: Lexikon der Vertreibungen. Deportation, Zwangsaussiedlung und ethnische Säuberung im Europa des 20. Jahrhunderts. Wien 2010, S. 295-298, bes. S. 295).

[7] Zum „Verhältnis der Begriffe Assimilation und Akkulturation“ siehe Andreas Hoffmann: Schule und Akkulturation. Geschlechtsdifferente Erziehung von Knaben und Mäd-

chen der Hamburger jüdisch-liberalen Oberschicht 1848–1942. Münster 2001, bes. S. 143-146. Ferner siehe Barbara Widawska: Zur Akkulturation polnischer Intellektueller im habsburgischen Galizien in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts im Lichte der Memoiren von Kazimierz Chłędowski (1843–1920). In: Polilog. Studia Neofilologiczne 1 (2011), S. 133-144, hier S. 136.

[8] Vgl. Gotthold Rhode: Terminologie zum Flüchtlingsproblem. Marburg 1956, S. 21.

[9] Aumüller: Assimilation, S. 128ff.

[10] Anna Amelina: Transnationale Inklusion als ein multilokales Phänomen. Ein Abschied vom Assimilationsparadigma der Migrationsforschung? In: Ezli, Langenohl, Rauer, Voigtmann (Hg.): Integrationsdebatte, S. 119-155.

Zitation

Roman Smolorz: Assimilation. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32851 (Stand 25.11.2014).

Aufsegelung → Hanse (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Augsburger Bekenntnis (A.B.) → Lutheraner (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Auslandsdeutschtum

1. Kurzbeschreibung

Der Begriff „Auslandsdeutschtum“ beruhte auf der Vorstellung einer kollektiven sprachlichen, nationalen und vermeintlich ‚deutschstämmigen‘, jedoch nichtstaatlichen Gemeinschaft außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches. Verbunden mit der Konzeption war die Annahme, dass sich ungeachtet vielfältiger Herkunftsorte, Migrationsbewegungen und ethnisch-kultureller Einflüsse eine relativ homogene, spezifisch deutsche Kultur außerhalb des Staates erhalten habe.



Ende der 1920er Jahre erschienen die Bände „Banat“ (verf. von Josef Nischbach, 1889−1970), „Siebenbürgen“ (Friedrich Müller, 1884−1969) und „Argentinien“ (Wilhelm Keiper, 1872−?) in der Reihe „Der Deutsche im Auslande“. Alle drei Verfasser waren unter anderem als Pädagogen in den jeweiligen Gebieten tätig, auch in der Lehrerausbildung.

Ende des 19. Jahrhunderts begannen Akteure des deutschnationalen sowie völkischen Verbands- und Forschungsmilieus, zunehmend Solidarität mit deutschsprachigen Gruppen jenseits der Staatsgrenzen einzufordern. Vornehmlich in der Zeit der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus fand das Konzept 'Auslandsdeutschtum' – ausgeweitet auf die sogenannten ‚Grenzlanddeutschen' – gesellschaftlich wie politisch breite Aufmerksamkeit. Vielfältige Interessengruppen beanspruchten es für ihre eigenen Ziele, etwa um engere wirtschaftliche Beziehungen zur deutschsprachigen Bevölkerung im Ausland oder konfessionelle und kulturelle Protektionsmaßnahmen zu begründen. Es diente ebenso der Rechtfertigung von revisionistischen und weitergehenden geopolitischen Forderungen und der Legitimation von Forschungsaktivitäten.

Im Zuge einer völkischen und 'rassischen' Auslegung des Begriffs wurden die Deutschen im Ausland zum Bestandteil der nationalsozialistischen Kriegs- und Expansionspolitik. Nach dem Zweiten Weltkrieg verlor das Konzept nach und nach an Bedeutung, da ein großer Teil der Deutschen im östlichen Europa in die Besatzungszonen der Alliierten geflüchtet, zwangsweise ausgewiesen worden oder ausgesiedelt war. Ende der 1980er Jahre kehrte die Thematik in die politischen und gesellschaftlichen Diskussionen in der Bundesrepublik Deutschland zurück. Im Mittelpunkt standen Fragen der Einbürgerung von Spätaussiedlern aus dem östlichen Europa und des Minderheitenrechts, allerdings nicht mehr das Gesamtkonzept eines sogenannten ‚Auslandsdeutschtums'.

Deutsch- und fremdsprachige Entsprechungen

Synonyme, Umschreibungen und verwandte Begriffe im Deutschen sind: Deutsche im Ausland, Ausland(s)deutsche, Grenz- und Auslandsdeutsche, Grenz- und Ausland(s)deutschtum, Volksdeutsche, deutsche Minderheiten.

Im Englischen wurde „(Grenz- und) Auslandsdeutschtum" übersetzt als „Germandom abroad" beziehungsweise „Germandom in borderlands and abroad"; „Auslandsdeutsche" wurde als Begriff direkt übernommen oder umschrieben als „German expatriates", „Germans abroad", „Germans living outside the Reich" oder „Germans living abroad".

Übersetzungen oder Entsprechungen in weiteren Sprachen sind: tschech. Němci v zahraničí (= Deutsche im Ausland), pohraniční Němci (= Grenzlanddeutsche); poln. Niemcy za granicą (= Deutsche im Ausland); russ. Zagraničnye Nemcy; ung.: külföldi németség, rum.: germanii din străinătate.

2. Genese / Historischer Abriss

Seit etwa der Mitte des 19. Jahrhunderts fanden die Bezeichnungen „Deutsche im Ausland" und „Auslandsdeutsche" Eingang in die Literatur. Das Interesse an ihnen war in bildungsbürgerlichen Kreisen im Zuge der Einigungsbewegung im Deutschen Bund geweckt worden. 1845 publizierte der Arzt und Bibliothekar Wilhelm Stricker (1816−1891), der sich mit Fragen der Auswanderung und der räumlichen Dimension eines deutschen Sprachgebietes beschäftigte, eine erste Schrift über *Die Verbreitung des deutschen Volkes über die Erde* und gab kurz darauf die Zeitschrift *Germania. Archiv zur Kenntniß des deutschen Elements in allen Ländern der Erde* heraus. Die Menschen deutscher Herkunft in Übersee fanden darin ebenso Berücksichtigung wie die Bewohner der Grenzregionen der deutschen Territorien (vor der Reichseinheit) und der sogenannten ‚Sprachinseln' im östlichen Europa. Stricker beabsichtigte, auf diese Weise ein „Gesammtbild des deutschen Nationallebens und der verschiedensten Seiten des deutschen Charakters"[1] zu vermitteln sowie das vermeintlich gering ausgeprägte Nationalgefühl der Deutschen aufzuwerten und zu festigen.

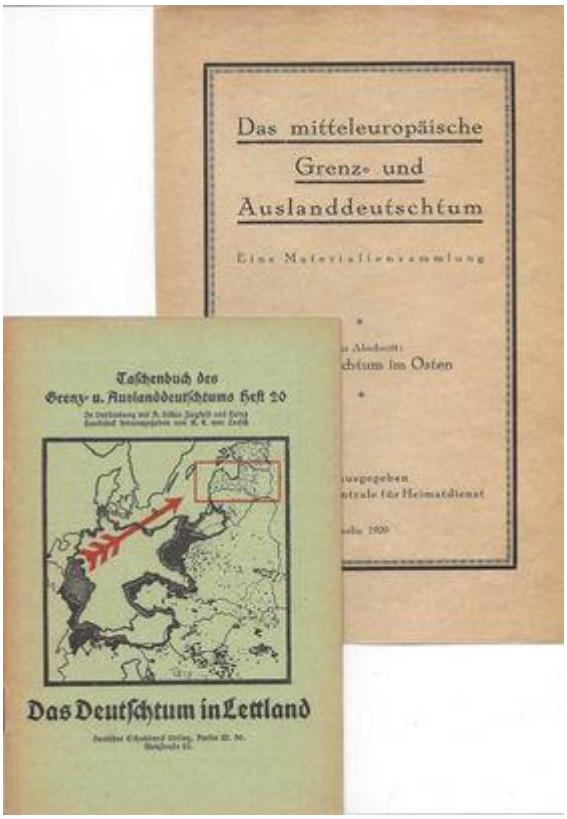
Das öffentliche Interesse blieb zunächst jedoch begrenzt. Nach der Gründung des Deutschen Reiches 1871 und der von Reichskanzler Otto von Bismarck (1815−1898) propagierten ‚Saturiertheit' des Staates als ‚kleindeutsche Lösung' schien das Thema politisch kaum von Bedeutung zu sein. Im Rahmen der Diasporafürsorge sorgten allerdings kirchliche Organisationen dafür, dass die Verbindungen zu den ‚Auslandsdeutschen' aufrechterhalten wurden. 1881 gründete sich der „Allgemeine Deutsche Schulverein", der 1908 in „Verein für das Deutschtum im Ausland (VDA)" umbenannt wurde und die Wahrung beziehungsweise die ‚Wiedererweckung' deutscher Kultur zu seinem grundlegenden Ziel erhob. Die Ortsverbände dieser führenden deutschnationalen Organisation bemühten sich innerhalb des Landes darum, die Bevölkerung für das ‚Auslandsdeutschtum' zu begeistern. Außerhalb der Reichsgrenzen förderten sie hauptsächlich die Einrichtung von deutschsprachigen Schulen. Parallel zum VDA entstand im Jahr 1891 der „Allgemeine Deutsche Verband", der drei Jahre später die Bezeichnung „Alldeutscher Verband (ADV)" erhielt. Seine mehrheitlich völkisch und antisemitisch eingestellten Mitglieder forderten eine expansive Kolonialpolitik und die Stärkung der deutschnationalen Gesinnung im Interesse der ‚Weltmachtstellung' des Deutschen Reiches. Im deutschen Kaiserreich unter Wilhelm II. (1859−1941) legten diese Vereine sowie weitere wirtschaftliche Verbände die Grundlagen für ein steigendes öffentliches Interesse an der Erhaltung des ‚Deutschtums im Ausland'. Sie kritisierten staatliche Behörden für ihre enge Definition der Deutschen im Ausland als primär deutsche Staatsbürger, die über einen längeren Zeitraum außerhalb des Deutschen Reiches lebten. Allmählich wurde die Bezeichnung im Sinne der Verbandsvertreter umgedeutet und schloss zum Ende des 19. Jahrhunderts die Auswanderer aus deutschen Ländern, die dauerhaft ins Ausland gegangen waren und eine andere Staatsangehörigkeit angenommen hatten, sowie ihre Nachfahren mit ein.

Mit der vormals bestimmenden Kollektivbezeichnung „Auswanderer" war den Menschen, die zumeist aus Gründen ökonomischer, religiöser oder politischer Benachteiligung ihr Herkunftsland verlassen hatten, zumindest eine gewisse autonome Handlungsweise und Mobilität zugesprochen worden. Die Neubezeichnung „Auslandsdeutsche" mutete hingegen passiv und statisch an. Sie gab einer vermeintlichen ‚geistigen Einheit' der Deutschen Ausdruck, wie Bradley D. Naranch in seiner Analyse *Inventing the Auslandsdeutsche* (2005) darlegt, und suggerierte zudem ihre Sesshaftigkeit im Ausland. Die Identifizierung der ‚Auslandsdeutschen' erfolgte über die Herkunftsländer und den zumindest teilweise fortgesetzten Gebrauch der deutschen Sprache. Die Deutschtumsverbände drängten darauf, die Ausweitung des Begriffes auch offiziell zu manifestieren. Das neue Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 erleichterte es schließlich den Deutschen im Ausland, die Staatsangehörigkeit des Deutschen Reiches auch nach längerer Abwesenheit für sich in Anspruch zu nehmen oder sie ohne größere Umstände wieder zu erwerben. Das Gesetz förderte somit eine Ethnisierung beziehungsweise eine „völkische Konzeption der Staatsangehörigkeit".[2] Die Umdeutung der Auswanderer zu ‚Auslandsdeutschen' ging teilweise einher mit der ‚Eindeutschung' betroffener Personengruppen. Der Versuch, sie zum Bestandteil des ‚deutschen Volkes' zu erklären, förderte darüber hinaus ihre Distanzierung von fremdsprachigen Bevölkerungsgruppen und von den Ländern, deren Staatsbürger sie waren. Es ermöglichte ferner die Ausgrenzung derjenigen, die nicht bereit waren, sich den homogenisierenden nationalen Identitätsvorstellungen unterzuordnen.



Habilitationsschrift von Johann Wilhelm Mannhardt (1883−1969), der 1929 zum ordentlichen Professor in Marburg ernannt wurde. Mannhardt war unter anderem Übersee-Referent im VDA.

Etwa zeitgleich entdeckten Geographen und volkskundlich interessierte Reisende die deutschsprachigen Bevölkerungsgruppen jenseits der Grenzen als Untersuchungsgegenstand, und Vertreter der deutschnationalen Verbände bemühten sich, die Beschäftigung mit dem ‚Auslandsdeutschtum' als eigenständiges wissenschaftliches Feld zu etablieren. Sie forderten die Schaffung wissenschaftlicher Grundlagen und suchten diese als potentielle Ressource der Staatspolitik zu vermitteln, indem sie einen Handlungsbedarf hinsichtlich der Deutschen im Ausland konstatierten. Der VDA, dem eigene akademische Gruppen angehörten, beschloss 1908 die Einrichtung einer Zentralstelle zur Erforschung des Deutschtums im Ausland, um die akademische Betätigung entsprechend zu institutionalisieren. Zu den Initiatoren gehörten Akademiker wie beispielsweise der Berliner Wirtschafts- und Sozialhistoriker Robert Hoeniger (1855−1929), der in den Jahren 1909/1910 an der Humboldt-Universität eine der ersten Vorlesungen über das „Deutschtum im Auslande und seine wirtschaftliche Bedeutung"[3] hielt. Zwar hatte die von ihm mitinitiierte zentrale Forschungsstelle des VDA zunächst nur kurzzeitig Bestand, doch begann mit der Gründung des Deutschen Auslandsinstituts (DAI) in Stuttgart 1917 die Konstituierung einer Reihe von teils privat geführten Einrichtungen, die sich eigens der Erforschung der Deutschen im Ausland widmen sollten. Dazu gehörten (1) das Institut für Grenz- und Auslandsdeutschtum in Marburg, (2) die Akademie zur wissenschaftlichen Erforschung und Pflege des Deutschtums / Deutsche Akademie in München, (3) das Institut für Grenz- und Auslandstudien e. V. in Berlin, (4) die Forschungsstelle für Auslanddeutschtum und Auslandkunde e. V. in Münster und (5) die Stiftung für deutsche Volks- und Kulturbodenforschung in Leipzig mit der ihr angeschlossenen Redaktion des *Handwörterbuchs des Grenz- und Auslanddeutschtums* sowie (6) ebendort das Institut für Auslandkunde, Grenz- und Auslanddeutschtum.[4]



‚Auslands- und Grenzlanddeutschtum' als Thema von Publikationen: Die Reihe „Taschenbuch des Grenz- und Auslanddeutschtums", herausgegeben vom Deutschen Schutzbund Verlag, erschien seit 1924; 1929 gab die Reichszentrale für Heimatdienst eine „Materialiensammlung" heraus.

Im Jahr 1919 weiteten nationalistisch geprägte, konservative Kreise, vornehmlich im Umfeld des Deutschen Schutzbundes, die Konzeption auf die deutschsprachige Bevölkerung der Grenzregionen aus, was auch an der Namensgebung einiger Institute deutlich wird. Das Aufgreifen der Thematik des sogenannten ‚Grenz- und Auslandsdeutschtums' nach dem Ersten Weltkrieg unter Rekurs auf die Gebietsabtretungen gemäß dem Versailler Vertrag wurde von Zeitgenossen als Neubeginn und Reform im Bereich Forschung, Bildung und Erziehung propagiert. Die Verbände hatten der Beschäftigung mit dem ‚Auslandsdeutschtum' zwar bereits zuvor eine Öffentlichkeit verschafft, doch bewirkten die politischen wie territorialen Folgen des Krieges für das Deutsche Reich wie auch für Österreich-Ungarn eine bedeutend größere gesellschaftliche Resonanz. In den politischen Debatten der Weimarer Republik griff man die Thematik parteiübergreifend auf. Die Vorstellung einer Nation, die zumindest ethnisch beziehungsweise kulturell weit über die Staatsgrenzen hinausging, sollte die politische Schwäche des deutschen Staates gegenüber Kolonialmächten wie England oder Frankreich kompensieren. Das ‚Grenz- und Auslandsdeutschtum' bot den konzeptionellen Hintergrund für eine quasi-koloniale Erweiterung des Einflussbereiches der Regierungen des Deutschen Reiches, das sich nach der Kriegsniederlage international weitgehend isoliert sah.

Das Postulat einer ethnisch-kulturellen Zugehörigkeit aller Deutschen zum deutschen Volk erhielt durch die Nationalsozialisten eine ‚rassische' Definitionsgrundlage. Die nationalsozialistische Regierung führte den seit den 1920er Jahren in Gebrauch befindlichen Begriff „Volksdeutsche" als amtliche Bezeichnung ein und sicherte den so definierten Gruppen mi-

litärischen Schutz zu. Die Organisationen der deutschsprachigen Bevölkerungen im Ausland wurden zu einem Instrument der nationalsozialistischen Außen- und Kriegspolitik. Die Koordination übernahm hierbei die Volksdeutsche Mittelstelle. Beteiligt waren die im Dienste der NS-Politik wirkenden Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften und einige der genannten, bereits in der Weimarer Republik gegründeten Forschungsstellen. Letztlich dienten die ‚Volksdeutschen' als Vorwand für die deutsche Forderung an die Tschechoslowakei, Gebiete abzutreten, und für den Angriff auf Polen im September 1939 und somit den Kriegsbeginn. Sie, beziehungsweise ihre (kultur-)politischen Organisationen, galten in beiden Ländern als sogenannte ‚Fünfte Kolonne' in Hitlers Angriffskrieg. Diese Sichtweise legitimierte nach dem Ende des Krieges unter anderem die Vertreibung beziehungsweise – gemäß dem Potsdamer Abkommen – die Ausweisung der deutschsprachigen Bevölkerung aus dem östlichen Europa. Bereits im Zweiten Weltkrieg war auf Befehl der deutschen Regierung die Umsiedlung einiger deutschsprachiger Bevölkerungsgruppen aus den Staaten des östlichen Europa in die vom Deutschen Reich besetzten Gebiete erfolgt. Mit dem Vorrücken der sowjetischen Armee am Ende des Krieges flüchteten diese und weitere Bewohner jener Regionen in Richtung Westen.

Diese Vorgänge führten dazu, dass ein bedeutender Teil der vormals als „auslands- und grenzlanddeutsch" definierten Bevölkerung zu den sogenannten ‚Heimatvertriebenen' in den alliierten Besatzungszonen und später zu Staatsbürgern der Bundesrepublik und der DDR wurden. Ab 1950 erhielten die noch im östlichen Europa verbliebenen deutschsprachigen Bewohner die Möglichkeit, als ‚privilegierte Einwanderer' beziehungsweise als (Spät-)Aussiedler in die Bundesrepublik zu kommen. Somit verlor das Konzept nach dem Krieg mehr und mehr seine demographische Grundlage. Dennoch erfolgte 1949 die Neugründung des DAI unter der Bezeichnung „Institut für Auslandsbeziehungen (IfA)" und Mitte der 1950er Jahre die Wiedergründung des VDA in der Bundesrepublik auf der Grundlage des nunmehr überholten Konzepts. Erst Ende der 1960er Jahre ist eine grundlegende internationale Neuausrichtung innerhalb des IfA und in der auswärtigen Politik der Bundesregierung erkennbar, als ein erweiterter Kulturbegriff zur Grundlage politischen Handelns bestimmt wurde sowie Kulturaustausch und Kooperation statt nationaler Selbstdarstellung in den Vordergrund rückten.

Nach den politischen Umbrüchen im östlichen Europa Ende der 1980er Jahre setzte verstärkt eine Rückbesinnung auf den Begriff der Minderheiten ein, und im Zuge der EU-Erweiterungen erfolgte zunehmend die Wiederanerkennung der dort verbliebenen deutschen (und anderen) Minderheiten. Das Konzept des ‚Auslandsdeutschtums' war hingegen zum Erinnerungsort geworden, wie Rainer Münz und Rainer Ohliger (2001) darlegen, und symbolisierte die historische Anwesenheit deutscher Bevölkerungsgruppen vorrangig im östlichen Europa. In jüngster Zeit wird es darüber hinaus als potentieller Gegenstand transnationaler, globalgeschichtlicher Forschungen erachtet (Penny/Rinke 2015).

3. Diskurse/Kontroversen

Seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert unternahmen verschiedene Verbandsvertreter und Forscher den Versuch, das ‚Auslandsdeutschtum' beziehungsweise ‚Grenz- und Auslandsdeutschtum' wissenschaftlich eindeutig zu definieren. Grundsätzlich steht die Existenz eines solchen allerdings infrage. Den stark ausdifferenzierten Migrationsbewegungen werde der Begriff in seiner Pauschalität nicht gerecht, resümiert der Historiker Dirk Hoerder. Vielmehr reflektiere er eine simplifizierende Sichtweise innerhalb Deutschlands auf demographische Entwicklungen außerhalb der politischen Grenzen des Deutschen Reiches.[5]

Nach dem Zweiten Weltkrieg unterlag die Rolle, die den ‚Auslandsdeutschen' in der Zeit des Nationalsozialismus zugesprochen wurde, unterschiedlichen Interpretationen. In Unter-

suchungen, die in der DDR und Polen zur Weimarer Ostpolitik und den deutschen Schutzverbänden als „Revanchistenorganisation[en]“[6] entstanden, galten sie als Sympathisanten der Nationalsozialisten, die für politische, militärische und expansionistische Ziele vereinnahmt worden waren. Vornehmlich in der Bundesrepublik hielt sich die Vorstellung von den ehemals im östlichen Europa lebenden deutschen Minderheiten, die des Schutzes durch den deutschen Staat bedurften. In der kollektiven Erinnerung der Bundesrepublik blieben sie weiterhin präsent, beispielsweise aufgrund der politischen Aktivitäten der Vertriebenenverbände.

Demgegenüber kritisierte unter anderem der bundesdeutsche Historiker Norbert Krekeler Anfang der 1970er Jahre die revisionistisch angelegte staatliche wie nichtstaatliche Volkstumspolitik in der Weimarer Republik und bezeichnete diese als „eine notwendige Voraussetzung“[7] für die nationalsozialistische Politik bezüglich der ‚Auslandsdeutschen‘. Dass die auswärtige Kulturpolitik der 1920er Jahre in Bezug auf die Deutschen im Ausland lediglich ein Prolog für das manipulative Vorgehen der Nationalsozialisten sein sollte, bezweifelten jedoch die Historiker Carole Fink (1972) und John Hiden (1977). Sie lehnten eine Rückprojektion der nationalsozialistischen Politik auf die Entwicklungen in der Weimarer Republik ab. Denn neben institutionellen und personellen Kontinuitäten in den 1930er Jahren waren auch Brüche zu verzeichnen, etwa bezüglich der Minderheitenpolitik und in einigen Bereichen der Forschungen zum ‚Grenz- und Auslandsdeutschtum‘. Die in der Weimarer Zeit popularisierten Argumentationsstrukturen boten zwar den Ausgangspunkt für nationalideologische Aktivitäten ‚reichsdeutscher‘ wie auch ‚auslandsdeutscher‘ Protagonisten, doch unterschieden sich diese von der folgenschweren Instrumentalisierung durch rechtskonservative und nationalsozialistische Akteure.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Nikolaus Barbian: Auswärtige Kulturpolitik und „Auslandsdeutsche“ in Lateinamerika 1949–1973. Wiesbaden 2014 (Auswärtige Kulturpolitik).
- Michael Fahlbusch: „Wo der deutsche ... ist, ist Deutschland!“: Die Stiftung für Deutsche Volks- und Kulturbodenforschung in Leipzig 1920–1933. Bochum 1994 (Abhandlungen zur Geschichte der Geowissenschaften und Religion-Umwelt-Forschung 6).
- Carole Fink: Defender of minorities: Germany in the League of Nations, 1926–1933. In: Central European History 5 (1972), H. 4, S. 330–357.
- John Hiden: The Weimar Republic and the problem of the Auslandsdeutsche. In: Journal of Contemporary History 12 (1977), H. 2, S. 273–289.
- Rudolf Jaworski: Der auslandsdeutsche Gedanke in der Weimarer Republik. In: Annali dell' Istituto storico italo-germanico in Trento IV (1978), S. 369–386.
- Rainer Münz, Rainer Ohliger: Auslandsdeutsche. In: Étienne François, Hagen Schulze (Hg.): Deutsche Erinnerungsorte. Bd. 1. München 2001, S. 370–388.
- Bradley D. Naranch: Inventing the *Auslandsdeutsche*. Emigration, colonial fantasy, and German national identity, 1848–71. In: Eric Ames, Marcia Klotz, Lora Wildenthal (Hg.): Germany's colonial past. Lincoln u. a. 2005, S. 21–40 (Texts and Contexts).
- H. Glenn Penny, Stefan Rinke: Germans abroad. Respatializing historical narrative. In: Geschichte und Gesellschaft 41 (2015), S. 173–196.
- Gerhard Weidenfeller: VDA, Verein für das Deutschtum im Ausland. Allgemeiner Deutscher Schulverein (1881–1918). Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Nationalismus und Imperialismus im Kaiserreich. Bern u. a. 1976 (Europäische Hochschulschriften: Reihe 3, Geschichte und ihre Hilfswissenschaften 66).

Weblinks

- http://www.reichstagsprotokolle.de/Sach_bsb00000113_000069 (Registereintrag Auslandsdeutschtum, in: Bayerische Staatsbibliothek: Reichstagsprotokolle 1867–1942)
- http://digital.tessmann.it/tessmannDigital/Buch/18841//listViewMode-on.html (Digitalisat der Landesbibliothek Dr. Friedrich Teßmann, Bozen: Robert Sieger: Das Deutschtum von der Etsch bis zur Donau. München 1925 [Das Grenz- und Auslandsdeutschtum 6].)

Anmerkungen

[1] Wilhelm Stricker: Vorrede. In: Germania. Archiv zur Kenntnis des deutschen Elements in allen Ländern der Erde 1 (1847), S. V–VI, hier S. VI.

[2] Dieter Gosewinkel: Staatsangehörigkeit in Deutschland und Frankreich im 19. und 20. Jahrhundert. In: Christoph Conrad, Jürgen Kocka (Hg.): Staatsbürgerschaft in Europa: Historische Erfahrungen und aktuelle Debatten. Hamburg 2001, S. 48–62, hier S. 58.

[3] Veranstaltungskalender in: Geschichte der Wirtschaftswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin: http://hicks.wiwi.hu-berlin.de/history/ (Abruf 05.02.2015).

[4] Die Schreibweise der Institute erfolgt gemäß den Originaldokumenten aus ihrer Gründungszeit.

[5] Vgl. Dirk Hoerder: Geschichte der deutschen Migration. Vom Mittelalter bis heute. München 2010 (Beck'sche Reihe 2494: C. H. Beck Wissen).

[6] Kurt Possekel: Studien zur Politik des Vereins für das Deutschtum im Ausland (VDA) in der Weimarer Republik. Rostock 1967, S. I.

[7] Norbert Krekeler: Revisionsanspruch und geheime Ostpolitik der Weimarer Republik. Die Subventionierung der deutschen Minderheit in Polen 1919–1933. Stuttgart 1973 (Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte / Schriftenreihe 27), S. 150.

Zitation

Cornelia Eisler: Auslandsdeutschtum. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2015. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32850 (Stand 07.09.2015).

Aussiedler/Spätaussiedler

1. Begriff

Als „Aussiedler" beziehungsweise „Spätaussiedler" werden Personen bezeichnet, die seit dem Jahr 1950 als „deutsche Volkszugehörige" (s. u.) aus den (ehemals) kommunistischen Staaten Ostmittel-, Südost- und Osteuropas in die Bundesrepublik Deutschland emigriert sind. Als Rechtsbegriff wurde „Aussiedler" durch § 1 Abs. 2 Nr. 3 des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG) von 1953 als Unterkategorie des in § 1 definierten „Vertriebenen" eingeführt. Personen, die nach der Reform des BVFG Ende 1992 in die Bundesrepublik übergesiedelt sind, werden qua Gesetz als „Spätaussiedler" bezeichnet. Im öffentlichen Diskurs wurde dieser Begriff bereits seit den 1950er Jahren synonym mit „Aussiedler" verwendet.

In der DDR existierte keine gesonderte Rechtskategorie des „Aussiedlers“. Allerdings gab es auch hier in gewissem Umfang Zuzug von als „deutsch“ identifizierten Personen aus osteuropäischen Staaten, vor allem aus Polen und der Sowjetunion. Sie wurden im offiziellen Sprachgebrauch als „Übersiedler“ bezeichnet.[1]



Zur Verwendung des Begriffs „Spätaussiedler“ als Synonym für „Aussiedler“ vergleiche exemplarisch das Titelblatt der vom Arbeits- und Sozialminister des Landes Nordrhein-Westfalen herausgegebenen Publikation: Das dritte Problem. Betrachtungen zur Aufnahme der Spätaussiedler aus dem Osten. 2. Aufl. Troisdorf 1958 (Schriftenreihe für die Ost-West-Begegnung: Kulturheft 29).

2. Historischer Abriss

Ursprünglich erfasste die Rechtskategorie des „Aussiedlers“ die Nachzügler der massenhaften Flucht und Nachkriegsvertreibung der deutschen Bevölkerung aus Ostmittel-, Südost- und Osteuropa, die ab den frühen 1950er Jahren im Rahmen von humanitärer Familienzusammenführung in die Bundesrepublik übersiedeln durften. Durch eine expansive Auslegung der vorhandenen Gesetze und Richtlinien wurden im Laufe der Zeit auch die nach den „allgemeinen Vertreibungsmaßnahmen“ geborenen Generationen in diese Kategorie einbezogen, sodass sich Aussiedlermigration bis in die 1990er Jahre und in geringem Umfang bis in die Gegenwart fortsetzen konnte. Insgesamt haben bis 2012 ca. 4,5 Millionen Menschen Aufnahme in der Bundesrepublik als „Aussiedler“ beziehungsweise „Spätaussiedler“ gefunden. Ca. 1,3 Millionen von ihnen kamen im Zeitraum von 1950 bis zur Lockerung der Ausreiseregime 1987.[2] Im gleichen Zeitraum nahm die DDR 125.000-150.000 Übersiedler auf.[3]

Die Geschichte der Aussiedlermigration lässt sich in vier Phasen einteilen, die sich hinsichtlich der betroffenen Personengruppen sowie der Aus- und Einreiseregime der beteiligten Staaten unterscheiden. Die erste Phase umfasst den Zeitraum von 1950 bis Ende der 1960er Jahre. Die damaligen Aussiedler gehörten überwiegend der Generation an, die Krieg, Flucht und Vertreibung erlebt hatte und von deren Folgen unmittelbar betroffen war. Obwohl die Bundesrepublik schon zu dieser Zeit den Großteil der Aussiedler aufnahm (über 600.000), war auch die Zahl der Übersiedler in die DDR – vor allem aus Polen – signifikant (über 100.000). Die zweite Phase (ca. 1970 bis 1987) war durch generationellen Wandel gekennzeichnet: Viele der Personen, die sich nun um Aussiedlung bemühten, waren nach dem Krieg geboren und konnten nicht problemlos als „Nachzügler“ der Vertreibung begriffen werden. Die Bundesrepublik bezog jedoch auch diese neue Generation von Aussiedlern in das BVFG ein und setzte sich im Kontext der sozialliberalen Neuen Ostpolitik sowie des KSZE-Prozesses mit Erfolg für ihre erleichterte Ausreise aus den Ostblockstaaten ein. Der

Aussiedlerzustrom in diesem Zeitraum war nicht stetig, brachte aber im Schnitt über 40.000 Personen pro Jahr in die Bundesrepublik. Aussiedlung in die DDR fand hingegen kaum noch statt. Die Ausreiseregime der Herkunftsländer (mit Ausnahme Jugoslawiens) waren während beider Phasen grundsätzlich restriktiv und erlaubten Aussiedlung nur in – zu unterschiedlichen Zeiten mehr oder weniger zahlreichen – Ausnahmefällen.

Die dritte Phase (1987-1992) unterschied sich von den beiden vorherigen durch den radikalen Wandel der Ausreiseregime der Herkunftsländer. Da die Ostblockstaaten die Ausreise fast vollständig liberalisierten und die Bundesrepublik ihrerseits noch keine Einreisebeschränkungen implementierte, fand Aussiedlermigration in dieser Phase weitgehend unkontrolliert statt. Das Ergebnis war ein sprunghafter Anstieg der Aussiedlerzahlen, unter anderem befördert durch die „Sogwirkung" der Massenausreise aus bestimmten Regionen, den fortschreitenden wirtschaftlichen Zusammenbruch der Herkunftsländer und generell unsichere Zukunftsperspektiven. In diesem kurzen Zeitraum kamen mit ca. 1,5 Millionen Personen aus Polen, der Sowjetunion und Rumänien mehr Aussiedler nach Deutschland als in den vorherigen fast vier Jahrzehnten zusammen. Die Bundesrepublik reagierte mit einer sukzessiven Verschärfung des bis dahin nahezu vollständig liberalen Einreiseregimes, die mit der Reform des BVFG durch das Kriegsfolgenbereinigungsgesetz (KfbG) vom 21. Dezember 1992 ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte. Dieses Gesetz markiert somit den Beginn der bis heute andauernden vierten Phase, die zunächst durch eine Verstetigung und dann eine kontinuierliche Begrenzung der Aussiedlerzuwanderung gekennzeichnet war. Bis 1995 kamen entsprechend dem durch das KfbG festgelegten Jahreskontingent noch immer über 200.000 Spätaussiedler pro Jahr nach Deutschland; die 1996 eingeführten Sprachtests begrenzten diesen Zustrom, sodass die Zahlen bis ins neue Jahrtausend unter 100.000 jährlich fielen. Bis 2012 kamen so noch einmal über 1,6 Millionen Personen in die Bundesrepublik, seit 2006 allerdings nur noch wenige Tausend pro Jahr.

3. Herkunft

Im Verlauf der Nachkriegsjahrzehnte rekrutierten sich die Aussiedler zu verschiedenen Zeiten schwerpunktmäßig aus verschiedenen Ländern und historischen deutschen beziehungsweise deutschsprachigen Bevölkerungsgruppen. Bis Ende der 1980er Jahre waren Polen (durchgehend) und Rumänien (seit den 1970er Jahren) die wichtigsten Herkunftsländer. Seit den 1990er Jahren kommen (Spät-)Aussiedler fast ausschließlich aus der ehemaligen Sowjetunion, die zuvor nur wenig Emigration von Deutschen zuließ. Während der ersten zwei Nachkriegsjahrzehnte übersiedelten zudem mehrere zehntausend Deutsche aus Jugoslawien und der Tschechoslowakei. Ungarn spielte als Aussiedlungsland während des gesamten Zeitraums kaum eine Rolle.

Die betroffenen Bevölkerungsgruppen waren sehr heterogen und hatten hauptsächlich gemeinsam, dass sie aufgrund ihrer Staatsbürgerschaft oder ihrer vor allem über die Sprache definierten „Volkszugehörigkeit" als deutsch identifiziert wurden oder werden konnten. Aussiedler aus Polen waren vor allem sogenannte „Autochthone" aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten (z. B. dem Oppelner Schlesien und dem Ermland/Masuren) und aus während des Zweiten Weltkriegs von Deutschland annektierten Territorien (z. B. Ost-Oberschlesien). Erstere waren vor dem Krieg Bürger des Deutschen Reiches gewesen und blieben es nach bundesdeutscher Auffassung auch; letztere wurden in vielen Fällen während des Krieges über die „Deutsche Volksliste" in das Deutsche Reich eingebürgert. Nach dem Krieg wurden die „Autochthonen" von den polnischen Behörden als Polen „verifiziert", bemühten sich in späteren Jahren und Jahrzehnten aber vielfach um Ausreise aus Polen, die ihnen und ihren Nachkommen zu verschiedenen Zeitpunkten in beide deutsche Staaten gewährt wurde (schwerpunktmäßig 1956–59, 1971–72, 1976–81, speziell in die DDR außerdem 1964–71). Während der ersten beiden Phasen kamen so ca. 800.000 Aussiedler aus Po-

len in die Bundesrepublik, in der dritten Phase noch einmal über 600.000. Aus Rumänien immigrierten Banater Schwaben und Siebenbürger Sachsen, die in ihrer großen Mehrheit nach dem Krieg in ihren ursprünglichen Siedlungsgebieten verblieben oder nach ihrer Verschleppung in die Sowjetunion dorthin zurückgekehrt waren. Ab Mitte der 1970er Jahre wurden jährlich über 10.000 von ihnen von der Bundesregierung „freigekauft"; nach dem Sturz Ceauşescus 1989 siedelten die Verbliebenen beinahe vollständig aus (im Jahr 1990 allein über 100.000). Deutsche Aussiedler aus Jugoslawien waren überwiegend Donauschwaben, die nach Kriegsende nicht vertrieben, sondern interniert worden waren und ab 1951 relativ frei ausreisen konnten. Ihre Aussiedlung war bis Ende der 1960er Jahre weitgehend abgeschlossen (ca. 80.000 Personen). Über Aussiedler aus der Tschechoslowakei, welche in größerer Zahl zuletzt während der Jahre 1967–1969 in die Bundesrepublik übersiedelten (ca. 40.000 von insgesamt fast 100.000 während des gesamten Zeitraumes), ist wenig bekannt.

Aussiedler aus der Sowjetunion waren in den 1950er und 1960er Jahren vor allem dort verbliebene Bewohner der sowjetischen Hälfte Ostpreußens („Reichsdeutsche") sowie „Vertragsumsiedler" aus dem Baltikum, Wolhynien, Bessarabien und der Bukowina, die im Zuge der Umsiedlungsverträge zwischen NS-Deutschland und der Sowjetunion zwischen 1939 und 1941 die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten hatten. Ab den 1970er Jahren übersiedelten vermehrt ehemalige Ukraine- und Schwarzmeerdeutsche, von denen viele während des Krieges als „Administrativumsiedler" in Deutschland gewesen waren und dort Verwandte hatten, die als Anlaufpunkt für eine Familienzusammenführung dienen konnten. In der Sowjetunion lebten sie seit ihrer Zwangsrepatriierung nach dem Krieg überwiegend in Sibirien und Mittelasien, wohin 1941 bereits die Wolgadeutschen deportiert worden waren. Diese erst durch Deportation und Exil aus den Nachfahren der vormals isoliert voneinander lebenden Kolonisten geformte Gruppe der Russlanddeutschen stellte schließlich die große Masse der Spätaussiedler in der dritten und vierten Aussiedlungsphase (ca. 2 Mio.).

Eine besondere – wenn auch nicht gesondert registrierte – Aussiedlergruppe waren deutschsprachige Juden, die während der Nachkriegsjahrzehnte in die Bundesrepublik immigrierten und dort den Aussiedlerstatus erlangten. Es handelte sich um einige tausend Personen aus historischen Regionen Ostmittel-, Südost- und Osteuropas wie Siebenbürgen, Galizien, der Bukowina und dem Baltikum, in denen Deutsch nicht zuletzt für die jüdische Bevölkerung die *lingua franca* gewesen war. Viele von ihnen waren aus ihren Heimatländern nach Israel emigriert und wanderten von dort nach Deutschland weiter, wo sie ihre Anerkennung als deutsche Aussiedler betrieben. Diese verlief oft konfliktreich, da die Verwaltung sie in vielen Fällen trotz ihrer Zugehörigkeit zum „deutschen Sprach- und Kulturkreis" aufgrund ihrer jüdischen Religion auch im ethno-nationalen Sinne als Juden – und somit nicht als Deutsche – betrachtete. Die Einführung der Kategorie des „jüdischen Kontingentflüchtlings" im Jahr 1990/1991 ermöglichte schließlich die Zuwanderung größerer Zahlen russischsprachiger Juden, die für ihre Aufnahme nunmehr ihr „Judentum" statt ihres „Deutschtums" nachweisen mussten.

4. Rechtliche Aspekte

Gemäß BVFG waren Aussiedler durch ihre geographische Herkunft und (ethno-)nationale Zugehörigkeit charakterisiert. Ein Aussiedler musste aus den nach politischen Kriterien definierten sogenannten „Vertreibungsgebieten" stammen – das heißt aus dem kommunistisch regierten Ostmittel-, Südost- und Osteuropa (einschließlich Albaniens, wo es nie eine deutsche Minderheit gegeben hatte) – und entweder deutscher Staatsangehöriger oder „deutscher Volkszugehöriger" gemäß § 6 BVFG sein. „Deutsche Volkszugehörigkeit" setzte zentral ein „Bekenntnis zum deutschen Volkstum" voraus, welches durch „bestimmte Merkmale wie Sprache, Abstammung, Erziehung, Kultur" bestätigt werden musste. Diese Definiton ging

auf ein Rundschreiben des NS-Reichsinnenministeriums vom März 1939 zurück, mit dem die Staatsangehörigkeit der Bevölkerung der annektierten beziehungsweise okkupierten Teile der Tschechoslowakei geregelt worden war.

Ein anerkannter Aussiedler fremder Staatsangehörigkeit galt gemäß Art. 116 Abs. 1 Grundgesetz als Deutscher („Statusdeutscher“) und hatte laut § 6 des Ersten Staatsangehörigkeitsregelungsgesetzes (1. StAngRegG) von 1955 Anspruch auf Einbürgerung. Das 1. StAngRegG erkannte außerdem die während des Krieges durch die NS-Behörden vollzogenen Einbürgerungen, beispielsweise durch die „Deutsche Volksliste“ in Polen und der Ukraine, als rechtmäßig an. Oberschlesische „Autochthone“ oder Ukrainedeutsche, die einen Volkslisteneintrag nachweisen konnten, sowie deren Nachfahren galten aus bundesdeutscher Sicht daher als deutsche Staatsangehörige und hatten somit einen Anspruch auf Einreise in die Bundesrepublik.

Seit der BVFG-Reform Ende 1992 kommen Spätaussiedler gemäß § 4 Abs. 1 „in der Regel“ nur noch aus der ehemaligen Sowjetunion. Deutsche aus den Staaten Ostmittel- und Südosteuropas können nur bei Nachweis von individuellen Benachteiligungen aufgrund ihrer Volkszugehörigkeit noch Anerkennung als Spätaussiedler finden. Die Definition der „deutschen Volkszugehörigkeit“ wurde seitdem mehrfach angepasst, insbesondere im Hinblick auf die Bedeutung deutscher Sprachkenntnisse. Die seit 1996 durchgeführten Sprachtests verlangten durch „familiäre Vermittlung“ erworbene Deutschkenntnisse. Seit 2013 sind auch anderweitig erworbene Kenntnisse zulässig, was den Kreis der potenziellen Spätaussiedler wieder wachsen lässt.

5. Kontroversen um Aussiedlerzuwanderung

Im Zeitraum bis 1987 war Aussiedlerzuwanderung in der bundesdeutschen Politik und Öffentlichkeit weitgehend unumstritten, zumindest solange sich die Zahl der Neuankömmlinge in engen Grenzen hielt. Kritische Diskussionen innerhalb des Staatsapparats gab es im Fall der jugoslawiendeutschen Aussiedlung der 1960er Jahre, angestoßen durch die hohe Zahl von Mischehen und die mangelnden Deutschkenntnisse der Aussiedler. Solche internen Kontroversen blieben zu diesem Zeitpunkt jedoch ohne Folgen für die Aussiedlerpolitik. Es gibt außerdem Hinweise für eine zunehmend negative öffentliche Wahrnehmung der Aussiedler während des verstärkten Zuzugs aus Polen in den 1970er Jahren, wobei systematische Erkenntnisse hierzu fehlen. Zum Beispiel ermahnte Bundespräsident Walter Scheel in seiner Weihnachtsansprache 1976 (dem Jahr mit dem stärksten Zuzug seit der großen Aussiedlungswelle aus Polen 1958) die Bevölkerung, „die aus dem polnischen Machtbereich und aus anderen osteuropäischen Staaten in die Bundesrepublik kommenden Deutschen nicht als Ausländer zu betrachten, weil viele von ihnen die deutsche Sprache nicht beherrschten.“[4] Der nordrhein-westfälische Ministerialbeamte Guido Zurhausen beklagte im Jahr 1983 ebenfalls, dass „das deutsche Publikum […] nicht mehr scharf genug [unterscheide], daß ein Aussiedler eben kein Ausländer ist“, hielt dieser Tendenz aber die „offizielle Verwaltungspraxis“ entgegen, welche „konsequent daran fest[halte], das Geschick der Aussiedler von dem der ausländischen Zuwanderer getrennt zu bewerten und zu regeln.“[5]

Im Zuge des Anstiegs der Aussiedlerzahlen nach 1987 und den damit verbundenen Schwierigkeiten bei Aufnahme und Unterbringung wurde die Thematik in Politik, Öffentlichkeit und Wissenschaft in stärkerem Maße als zuvor kontrovers diskutiert. Aussiedler wurden in weiten Teilen der Öffentlichkeit als eine Zuwanderergruppe unter vielen („Gastarbeiter“, Asylbewerber) betrachtet und kritisch gesehen. Die Bundesregierung betonte dagegen zwar einerseits, dass das „Tor offen“ bleibe und dass Aussiedler „ein Gewinn für unser Land“ seien, bemühte sich aber andererseits um eine Regulierung und Eindämmung des Zustroms, zum Beispiel durch das die Freizügigkeit der Aussiedler beschränkende Wohnortszuwei-

sungsgesetz (1989) und das Aussiedleraufnahmegesetz (1990), welches Aussiedlungswillige zum Verbleib im Heimatland bis zur Gewährung ihrer Einreise zwang. Von Seiten der Opposition wurde vor allem der Umstand kritisiert, dass Aussiedler aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit und unter positiver Bezugnahme auf gesetzliche Regelungen aus der NS-Zeit privilegierten Zugang zur deutschen Staatsangehörigkeit bekamen, der bereits seit Jahrzehnten im Land wohnenden „Gastarbeitern" und ihren Nachkommen nach der damaligen Gesetzeslage verwehrt blieb. In der Gesellschaft stießen die den Neuankömmlingen gewährten Eingliederungshilfen sowie die volle Anrechnung von Arbeitsjahren im Ausland nach dem Fremdrentengesetz auf Unverständnis. Gleichzeitig wurde das „Deutschtum" der Aussiedler aufgrund zurückgehender Sprachkenntnisse zunehmend in Zweifel gezogen.

In diesem Kontext einer aus verschiedenen Motiven kritischen Öffentlichkeit wurden staatliche Eingliederungshilfen und Rentenleistungen bereits in den Jahren 1990/1991 reduziert. Das KfbG, welches Ende 1992 als Teil eines umfassenderen migrationspolitischen Kompromisses beschlossen wurde („Asylkompromiss") und Anfang 1993 in Kraft trat, führte ein jährliches Kontingent von max. 220.000 Personen ein und setzte der Aussiedlermigration einen perspektivischen Endpunkt, da nach 1992 geborene Personen keinen eigenständigen Spätaussiedlerstatus mehr erlangen können. In den folgenden Jahren wurden Integrationshilfen und Rechtsprivilegien für Spätaussiedler weiter reduziert.

6. Integration

Die Integration der bis 1987 zugewanderten Aussiedler gilt in der Retrospektive als weitgehend problemlos. In der – nicht systematisch erforschten – zeitgenössischen Berichterstattung sowie der seit den 1970er Jahren entstandenen wissenschaftlichen Aussiedlerforschung gibt es allerdings deutliche Hinweise auf berufliche Eingliederungsschwierigkeiten, soziokulturelle Anpassungsschwierigkeiten (insbesondere von Kindern und Jugendlichen) und negative öffentliche Wahrnehmungen der Aussiedler der zweiten Phase. So stellte die *FAZ* schon 1971 fest, dass es die Aussiedlerkinder aus Polen „nicht viel leichter [hätten] als ‚Gastarbeiterkinder'"; der *Spiegel* vermeldete im selben Jahr bezüglich der Neuankömmlinge aus Polen: „Manche kommen durch, andere gehen kaputt."[6] Den erhöhten Integrationsherausforderungen aufgrund des verstärkten Zustroms aus Polen ab 1976 begegnete die Bundesregierung mit einem Sonderprogramm, in dessen Mittelpunkt die Schaffung von Wohnraum, Sprachförderung, die erleichterte Anerkennung von Qualifikationen und die besondere Förderung jugendlicher Aussiedler standen. Diese Maßnahmen dürften dazu beigetragen haben, dass die Integration dieser Aussiedlerwelle mittlerweile als gelungen betrachtet wird.



Prominente Spätaussiedlerin: Die 1984 in Krasnojarsk geborene Sängerin Helene Fischer, die 1988 mit ihren Eltern und ihrer Schwester in die Bundesrepublik Deutschland zog.
[Foto (2013): Wikimedia Commons. Fred Kuhles CC BY-SA 3.0].



Lukas Podolski, deutscher Fußballnationalspieler, geboren 1985 im oberschlesischen Gleiwitz/Gliwice. Podolski kam 1987 mit seinen Eltern und seiner Schwester nach Westdeutschland. [Foto (2009): Wikimedia Commons. Новикова Юлия CC BY-SA 3.0].

Die Integration der (Spät-)Aussiedler nach 1987 gestaltete sich wesentlich problematischer als in den Jahrzehnten zuvor und erregte mehr Aufmerksamkeit in Politik, Medien und Wissenschaft. Dies galt insbesondere für die Neuankömmlinge aus der ehemaligen Sowjetunion, weniger für Aussiedler aus Polen und Rumänien, welche sich relativ geräuschlos integrierten, besonders im Fall der Rumäniendeutschen dank guter deutscher Sprachkenntnisse. Bei den Integrationsproblemen der zahlenmäßig nunmehr dominanten und als Gruppe sichtbaren Russlanddeutschen standen Phänomene von (medial z. T. skandalisierter) „Ghettobildung“, Jugendkriminalität, Arbeitslosigkeit und sozialer Deklassierung im Mittelpunkt, bedingt durch migrationsbedingte Entwurzelung, mangelnde Sprachkenntnisse und mit dem bundesdeutschen Arbeitsmarkt nicht kompatible Qualifikationen. Aus Sicht vieler Aussiedler war es wiederum belastend, in Deutschland als „Russen“ wahrgenommen zu werden, während man in Russland beziehungsweise der Sowjetunion eindeutig (und oft in diskriminierender Absicht) als „Deutsche“ identifiziert worden war. Diese Wahrnehmung als Fremde war das Ergebnis des weit verbreiteten Gebrauchs der russischen Sprache unter den russlanddeutschen Spätaussiedlern, welcher seinerseits eine Folge von durch Deportation und Exil verursachtem Sprachverlust, Assimilation an die russischsprachige Mehrheitsgesellschaft und einer steigenden Zahl von Mischehen war.

Aktuelle Studien verweisen hingegen auf einen tendenziell niedrigen räumlichen Segregationsgrad der Spätaussiedler innerhalb von Städten, rückläufige (wenn auch immer noch erhöhte) Kriminalität und Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen und eine gegenüber der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund nur leicht erhöhte Erwerbslosigkeit, welche vor allem ältere Menschen, Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung, aber auch Akademiker betrifft. Unter den Spätaussiedlern zeigt sich zudem ein alles in allem hoher Zufriedenheitsgrad bezüglich ihrer Lebenssituation und Integration. Systematische Erkenntnisse zur ersten im Lande geborenen Generation aus Spätaussiedlerfamilien fehlen bisher, qualitative Studien verweisen allerdings auf zunehmende Bildungserfolge und eine starke Aufstiegsorientierung. Trotz weiter bestehender Probleme etwa hinsichtlich des Armutsrisikos vor allem älterer Aussiedler sind insgesamt also eine Normalisierung der Integrationssituation und eine entdramatisierte gesellschaftliche Wahrnehmung des Integrationsgeschehens festzustellen.

Gleichzeitig ist insbesondere unter den Russlanddeutschen in verschiedenen Bereichen eine fortdauernde Eigengruppenorientierung zu beobachten. Dies gilt sowohl für soziale Netzwerke wie auch für das nach wie vor überwiegend homogam orientierte Heiratsverhalten. Auffällig ist weiterhin die Entstehung beziehungsweise das Fortbestehen russlanddeutscher freikirchlicher Strukturen, welche zum Teil auf untergrundkirchliche Traditionen in der Sowjetunion zurückgehen, aber auch eine für Migranten typische Organisationsform darstellen, welche segregativ wirken, aber auch eine „segmentierte“ Integration begünstigen kann. Verstärk-

te Aufmerksamkeit wird in der Forschung inzwischen auch der transnationalen Dimension der Existenz von Spätaussiedlern geschenkt, welche klassische Fragen von Integration, Assimilation und nationaler Zugehörigkeit relativiert und den Blick auf hybride Zwischenräume und zirkuläre Migrationen lenkt. Gleichzeitig ist festzuhalten, dass die übergroße Mehrzahl der Spätaussiedler ihren dauerhaften Lebensmittelpunkt in Deutschland sieht und permanente Rückwanderung nur in zahlenmäßig relativ geringem Umfang stattfindet.[7]

7. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Klaus J. Bade, Jochen Oltmer (Hg.): Aussiedler: deutsche Einwanderer aus Osteuropa. Osnabrück 1999 (IMIS-Schriften 8).
- Christoph Bergner, Matthias Weber (Hg.): Aussiedler- und Minderheitenpolitik in Deutschland : Bilanz und Perspektiven. München 2009 (Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im Östlichen Europa 38).
- Barbara Dietz: Aussiedler/Spätaussiedler in Deutschland seit 1950. In: Klaus J. Bade, Pieter C. Emmer, Leo Lucassen, Jochen Oltmer (Hg.): Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart. 3., durchges. Aufl. Paderborn u. a. 2010, S. 397–404.
- Sabine Ipsen-Peitzmeier, Markus Kaiser (Hg.): Zuhause fremd – Russlanddeutsche zwischen Russland und Deutschland. Bielefeld 2006 (Bibliotheca Eurasica 3), Open Access PDF unter: http://www.transcript-verlag.de/content/oa/ts308_oa_content.pdf.
- Markus Kaiser, Michael Schönhuth (Hg.): Zuhause? Fremd? Migrations- und Beheimatungsstrategien zwischen Deutschland und Eurasien. Bielefeld 2015 (Bibliotheca Eurasica 8).
- Rainer Münz, Rainer Ohliger (Hg.): Diasporas and Ethnic Migrants. Germany, Israel and Post-Soviet Successor States in Comparative Perspective. London 2003.
- Jannis Panagiotidis: What is the German's Fatherland? The GDR and the Resettlement of Ethnic Germans from Socialist Countries (1949–1989). In: East European Politics & Societies and Cultures 29 (2015), H. 1, S. 120–146.
- Waldemar Vogelgesang: Jugendliche Aussiedler. Zwischen Entwurzelung, Ausgrenzung und Integration. Weinheim 2008.
- Lothar Weiß (Hg.): Russlanddeutsche Migration und evangelische Kirchen. Göttingen 2013 (Bensheimer Hefte 115).
- Susanne Worbs, Eva Bund, Martin Kohls, Christian Babka von Gostomski: (Spät-)Aussiedler in Deutschland. Eine Analyse aktueller Daten und Forschungsergebnisse. Nürnberg 2013 (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Forschungsbericht 20), online unter http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Forschungsberichte/fb20-spaetaussiedler.pdf?__blob=publicationFile.

Weblinks

- Bundesverwaltungsamt: http://www.bva.bund.de/DE/Themen/Staatsangehoerigkeit/Aussiedler/aussiedler-node.html (Das Bundesverwaltungsamt ist für die Durchführung des Aussiedleraufnahmeverfahrens verantwortlich. Auf der Seite finden sich entsprechende Erläuterungen, Formulare und Statistiken.)
- Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten: http://www.aussiedlerbeauftragter.de/AUSB/DE/Home/startseite_node.html (Das Amt des Aussiedlerbeauftragten der Bundesregierung wurde 1988 zu Beginn der großen

Aussiedlungswelle aus Osteuropa geschaffen, um deren Integration zu koordinieren. Inzwischen gehören auch deutsche Minderheiten in Europa und nationale Minderheiten in Deutschland zu seinem Aufgabengebiet.)
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: http://www.bamf.de/DE/Startseite/startseite-node.html (Das seit 2005 so bezeichnete Bundesamt für Migration und Flüchtlinge befasst sich mit allen Arten der Zuwanderung nach Deutschland, darunter auch von Spätaussiedlern sowie Juden aus der ehemaligen Sowjetunion.)

Anmerkungen

- [1] Claudia Schneider: Als Deutsche unter Deutschen? „Übersiedler aus der VR Polen“ in der DDR ab 1964. In: Kim Christian Priemel (Hg.): Transit – Transfer: Politik und Praxis der Einwanderung in der DDR 1945–1990. Berlin 2001, S. 51–74.
- [2] Diese und die folgenden Zahlenangaben zur Bundesrepublik sind entnommen aus: Worbs u. a.: (Spät-)Aussiedler in Deutschland, S. 31–33.
- [3] Panagiotidis: „What is the German’s Fatherland“, S. 122.
- [4] Scheel fordert zu größerem Verständnis für Umsiedler auf. In: Die Welt, 24.12.1976.
- [5] Guido Zurhausen: Aufgabe und Verantwortung von Bund, Ländern und Gemeinden für die Aufnahme und Eingliederung der Aussiedler. In: Hans Harmsen (Hg.): Die Aussiedler in der Bundesrepublik Deutschland: Forschungen der AWR, Deutsche Sektion; 2. Ergebnisbericht: Anpassung, Umstellung, Eingliederung, Wien 1983, S. 13–25, hier S. 24.
- [6] Key L. Ulrich: Die Deutschen aus Polen. In: FAZ, 30.4./1.5.1971; „Manche kommen durch, andere gehen kaputt“ – Spiegel-Report über Aussiedler aus dem Osten und ihre Einbürgerung im Westen. In: Der Spiegel, Nr. 50/1971.
- [7] Worbs u. a.: (Spät-)Aussiedler in Deutschland, S. 197–198.

Zitation

Jannis Panagiotidis: Aussiedler/Spätaussiedler. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2015. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32717 (Stand 23.04.2015).

Aussiedlung → Zwangsmigration
siehe Zwangsmigration

Austreibung → Zwangsmigration
siehe Zwangsmigration

Auswanderung → Migration
siehe Migration

B

Baltendeutsche → Baltikum
Siehe Baltikum (Regionen)

Banater Berglanddeutsche → Banater Bergland (in Bearb.)
Dieser Text ist in Bearbeitung.

Banater Schwaben → Banat (in Bearb.)
Dieser Text ist in Bearbeitung.

Baptisten → Freikirchen (→ Autor/in gesucht)
Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Batschkadeutsche → Batschka (in Bearb.)
Dieser Text ist in Bearbeitung.

Beneš-Dekrete (→ Autor/in gesucht)
Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Bessarabiendeutsche → Bessarabien
Siehe Bessarabien (Regionen)

Bibliotheken

1. Historische und politische Ausgangssituation

Die bundesdeutsche Bibliothekslandschaft mit ihren Institutionen und Kollektionen zur deutschen Kultur und Geschichte im östlichen Europa ist hinsichtlich ihrer thematischen und geographischen Sammlungsschwerpunkte ähnlich vielfältig gegliedert wie die relevanten historischen Bezugsregion(en) selbst. Auch unterscheiden sich die Bibliotheken und Sammlungen bezogen auf ihre Entstehungszeit, wobei – bis auf die ehemalige, 1948 in Herne eingerichtete „Bücherei des deutschen Ostens“ (seit 1989: Stiftung Martin-Opitz-Bibliothek [MOB]) – alle erst nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland errichtet wurden.[1]



Bücherei des deutschen Ostens [Foto: MOB].



Heutiger Standort der Martin-Opitz-Bibliothek [Foto: Bernhard Kwoka].

Historische Buchbestände zu den ehemaligen deutschen Ostgebieten und den früheren oder auch noch rezenten Siedlungsgebieten im östlichen Europa – zum Beispiel in den Staatsbibliotheken in Berlin oder München – weisen dagegen einschlägige Sammlungsteile aus, die so alt sind wie die Bibliotheken selbst. Blickt man auf diese Bestände von Weltrang, so wird bereits deutlich, wo die Hauptdefizite bei den Kollektionen zu den historischen Ost- und Siedlungsgebieten (zwangsläufig) liegen: Die vormals zentralen Sammlungen in den Groß- und Provinzhauptstädten Breslau/Wrocław, Danzig/Gdańsk, Königsberg/Kaliningrad und Stettin/Szczecin wurden im Zweiten Weltkrieg teilweise zerstört oder zerstreut; die heutigen Bibliotheken in diesen Städten hatten sich mit den Kriegsverlusten zu arrangieren.[2] Darüber hinaus griffen sie nicht die Sammlungsprinzipien der deutschen Vorgängerinstitutionen auf; dies galt umso mehr in der Zeit der Teilung Europas, auch wenn schon vor der Wende von 1989/90 an vielen Orten die Geschichte und das kulturelle Erbe von vor 1945 oder gar 1918/19 wiederentdeckt und der Dialog mit Partnern in beiden deutschen Staaten gesucht wurde.

War die Situation für die Bibliotheken in den ehemaligen preußischen Ostprovinzen schon schwierig, so galt dies verstärkt in Regionen jenseits des vormals geschlossenen deutschen

Siedlungsgebietes, den früher sogenannten „auslandsdeutschen“ Regionen (z. B. Böhmische Länder, Siebenbürgen, Banat).

Deshalb lag es nahe, dass schon das *Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Bundesvertriebenengesetz – BVFG)* im Jahr 1953 – wenn auch eher randständig im *§ 96 (Pflege des Kulturgutes der Vertriebenen und Flüchtlinge und Förderung der wissenschaftlichen Forschung)* – auf Wissenschaft, Kultur, Archive und Bibliotheken einging. Hier formulierte der Gesetzgeber:

Bund und Länder haben entsprechend ihrer durch das Grundgesetz gegebenen Zuständigkeit das Kulturgut der Vertreibungsgebiete in dem Bewusstsein der Vertriebenen und Flüchtlinge, des gesamten deutschen Volkes und des Auslandes zu erhalten, Archive, Museen und Bibliotheken zu sichern, zu ergänzen und auszuwerten sowie Einrichtungen des Kunstschaffens und der Ausbildung sicherzustellen und zu fördern[3].

Damit ist der Auftrag selbst klar umrissen, nicht aber die Institutionen benannt, die dies leisten sollen. Sind auch immer wieder Pläne zu einer „ostdeutschen“ Universität oder Akademie, selbstverständlich mit zentraler Bibliothek, aufgekommen und – mit der MOB, dem Herder-Institut in Marburg und bedingt dem IKGN in Lüneburg (s. u.) − in Ansätzen realisiert worden, so ist es zu einer umfassenden Lösung nicht gekommen. Die nach der Wende der Jahre 1989/90 neu gegründeten Landesmuseen in Greifswald (Pommersches Landesmuseum – Fertigstellung und Übergabe 2005), Görlitz (Schlesisches Museum – eröffnet 2006) und demnächst München (Sudetendeutsches Museum – voraussichtliche Eröffnung 2018) – jeweils mit eigenen (Hand- und Arbeits-) Bibliotheken – werden dem Bedarf in Kombination mit den zwischen 1948/49 und 1989 entstandenen (bereits genannten oder im Folgenden vorzustellenden) Instituten, die sich der Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa widmen, am ehesten gerecht. Eine Zentralbibliothek jedenfalls gibt es bis heute nicht, auch wenn die MOB schon von ihren Gründern als zentrale ostdeutsche Bibliothek für ganz Deutschland und das Ausland konzipiert wurde (s. u.), und das wenig später (1950) gegründete Herder-Institut mit seiner „Forschungsbibliothek“ den größten und bedeutendsten Bestand zum Thema aufgebaut hat.



Foyer der Bibliothek des Herder-Instituts [Foto: Herder-Institut, Marburg].



Lesesaal der Bibliothek des Herder-Instituts [Foto: Herder-Institut, Marburg].

Das Bibliothekswesen nach § 96 BVFG hat ein immenses Arbeitsgebiet abzudecken – seien die einzelnen Institute nun auf Teilregionen oder auch den Gesamtraum ausgerichtet: Es gilt eine Vielzahl geistes- und kulturwissenschaftlicher Disziplinen zu berücksichtigen. Zu erfassen sind die gesamte Literatur aus und über die historischen Ost- und Siedlungsgebiete ebenso wie das Schrifttum der Vertriebenen und Flüchtlinge als Individuen oder auch ihrer Verbände, Landsmannschaften, kirchlichen, sozialen und schöngeistigen Gruppierungen.

2. Forschungsstand/Materialbasis

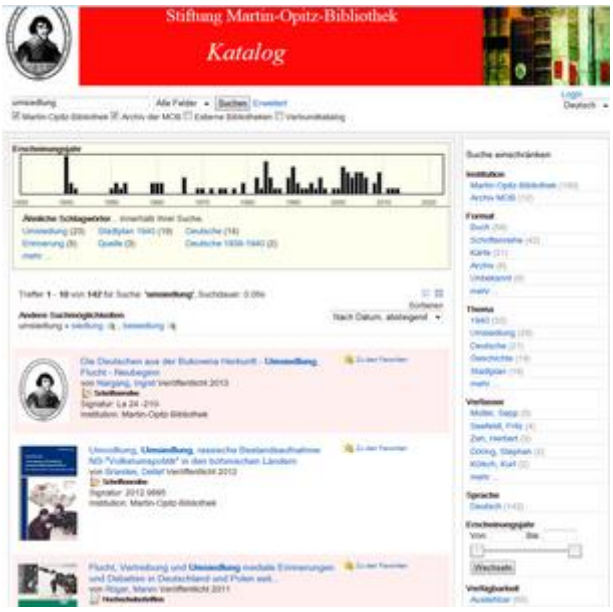
Auch wenn die ältesten Sammlungen zur deutschen Kultur und Geschichte im östlichen Europa inzwischen auf eine über 65-jährige Geschichte zurückblicken können, sind die übergreifenden Darstellungen zum Thema doch recht selten. Den nach wie vor umfassendsten Überblick bietet das Werk *Ostdeutsches Kulturgut in der Bundesrepublik Deutschland*, das der seinerzeitige Direktor der MOB Wolfgang Kessler im Auftrag des Ostdeutschen Kulturrates (OKR; seit 2008 Stiftung Deutsche Kultur im östlichen Europa – OKR) 1989 vorgelegt hat.[4] Es würde heute sicher als Datenbank konzipiert (wie es das Kulturportal West-Ost versucht[5]) und diente seit der Fertigstellung inhaltlich als Ausgangsbasis für zahlreiche Projekte und Onlinepräsenzen. Zu beachten ist einerseits, dass Kessler neben den Sammlungen auch die Institutionen mit dem Anspruch auf Vollständigkeit vorstellt, andererseits, dass eine nicht geringe Anzahl von ihnen bereits erloschen ist und auch die Adressen sich vielfach geändert haben. Vom selben Autor stammt auch die aktuellste Studie (2010) zum Thema: In seinem Beitrag *Bibliotheken zur deutschen Geschichte und Kultur im östlichen Europa in der Bundesrepublik Deutschland*[6], der auch zahlreiche tabellarische Übersichten bietet, aktualisiert und erweitert Kessler die Bestandsaufnahme zu den einschlägigen Bibliotheken in der Bundesrepublik Deutschland von Horst von Chmielewski aus dem Jahre 1994.[7]

Hinzu kommen mehr oder minder umfassende Selbstdarstellungen der Institute und Institutsbibliotheken, die im Folgenden nur in Auswahl zitiert werden können.

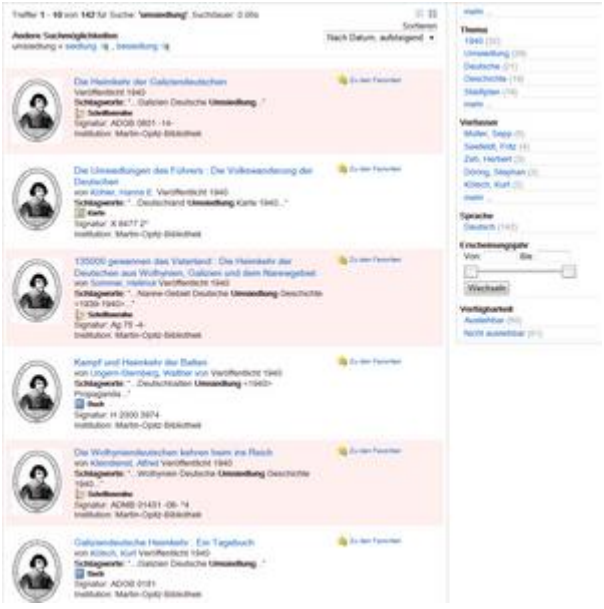
3. Regionale und thematische Sammlungsschwerpunkte

Als Bezugsregionen der Sammlungen und Bibliotheken können grob vereinfacht alle Regionen des östlichen Europas, in denen Deutsche gelebt haben oder heute noch deutsche Minderheiten existieren, genannt werden. Fokussiert wird dabei in der Regel der Zeitraum von der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung bis in die Gegenwart. Damit sind vor allem zu berücksichtigen: 1. (Ost-)Brandenburg, 2. (Ost-)Pommern, 3. Westpreußen, 4. Ostpreußen, 5. Schlesien, 6. Posener Land (Großpolen), 7. Deutsche in Polen (Zentralpolen), 8. Deutsche in Galizien, 9. Deutschbalten (Estland und Lettland /Kur- und Livland), 10. Deutsche in Li-

tauen, 11. Deutsche in Russland und den übrigen Nachfolgestaaten der Sowjetunion, 12. Deutsche in Zentralasien, 13. Deutsche in den Böhmischen Ländern, 14. Deutsche in der Slowakei (Karpatendeutsche), 15. Deutsche in Ungarn, 16. Deutsche in der Bukowina, 17. Deutsche in Siebenbürgen, 18. Deutsche im Banat, Sathmar und der Dobrudscha, 19. Deutsche in Jugoslawien (Slawonien, Vojvodina), 20. Deutsche in Slowenien. Im Vordergrund sah der Gesetzgeber (BVFG) die Gebiete mit den historischen deutschen Bezügen – nicht nur die vertriebenen oder geflohenen Menschen.



Treffer für das Schlagwort „Umsiedlung“ im Katalog der MOB (Sortierung nach Erscheinungsjahr, absteigend).



Literatur zu „Umsiedlung“ in der MOB (Sortierung aufsteigend).

Unabhängig von regionalen Bezügen sind Sammlungsteile zu nennen, die auf den Zweiten Weltkrieg und dessen unmittelbare und mittelbare Folgen zurückzuführen sind, wie: Flucht, Vertreibung und Integration der deutschen Vertriebenen (einschließlich ihrer Publikationen

bis hin zur untersten Organisationsebene), Übersiedlung und Integration der deutschen Aussiedler in ihrem Migrationskontext, Lage der Deutschen im östlichen Europa nach 1945.

Positiv hervorzuheben ist, dass die Literatur aus den östlichen Nachbarstaaten zum nunmehr als gemeinsame Geschichte verstandenen Sujet immer zahlreicher wird. Das erschwert die flächendeckende Literaturbeschaffung, macht sie aber insgesamt ertragreicher.

4. Die Arbeitsgemeinschaft der Bibliotheken und Sammlungen zur deutschen Kultur und Geschichte im östlichen Europa

Unter der Bezeichnung „Arbeitsgemeinschaft der ostdeutschen Bibliotheken in der Bundesrepublik Deutschland“ stellte Horst von Chmielewski diese nicht förmlich konstituierte Vereinigung von BibliothekarInnen und SammlungsbetreuerInnen vor,[8] die seit 1972 innerhalb der Arbeitsgemeinschaft der Bibliotheken und Dokumentationsstellen der Osteuropa-, Südosteuropa- und DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) (ABDOSD, heute ABDOS e. V.)[9] eine organisatorische Basis fand. Die Idee einer Arbeitsgemeinschaft ostdeutscher Bibliotheken geht auf den bereits genannten Wolfgang Kessler im Jahr 1983 zurück, der auch erster Sprecher der Arbeitsgemeinschaft wurde, gefolgt von Horst von Chmielewski.



MOB: Blick ins Regal [Foto: MOB].

Während ABDOSD und ABDOS e. V. der Slawistik und der Osteuropaforschung allgemein verbunden waren und sind, widmet sich die Arbeitsgemeinschaft vorwiegend den historischen deutschen Ost- und Siedlungsgebieten und damit der Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. Aus dieser Differenzierung heraus war es erforderlich, den Begriff „ostdeutsches Schrifttum“ zu definieren, wie es im *Aktionsprogramm der Bundesregierung zur Förderung der ostdeutschen Kulturarbeit 1988 bis 1993*[10] nachzulesen ist:

Unter spezifisch ostdeutschem Schrifttum als Sammelgut für Bibliotheken sind in erster Linie die Veröffentlichungen und Druckschriften aus der Heimatlandschaft und über die Heimatlandschaft (bzw. bei den deutschen Siedlungsgruppen außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches die Heimatgruppe) mit Quellencharakter sowie die historisch-landeskundliche wissenschaftliche Literatur, in weiterem Umfang aber auch Werke von geistesgeschichtlicher und literarischer Bedeutung über diese Gebiete und von Schriftstellern aus der jeweiligen Region zu verstehen. Die hier früher einschlägigen Bestände der Landes- und Stadtbibliotheken etwa

in Stettin, Danzig, Königsberg und Breslau sind nicht mehr erhalten bzw. nicht mehr ohne weiteres zugänglich.[11]

Auch die beteiligten Bibliotheken mussten sich nicht erst seit den Wendejahren neu positionieren. War in der „Bücherei des deutschen Ostens“ zumindest in den frühen Jahren vorwiegend deutschsprachige Literatur zum Bezugsraum gesammelt worden, so war diese Ausklammerung der Forschung und Literatur aus den Bezugsregionen spätestens seit den späten 1970er Jahren nicht mehr tragbar; die Bibliothek des Herder-Instituts hatte von Beginn an auch Literatur in den Sprachen des östlichen Europa gesammelt. Und beide Einrichtungen pflegten schon früh – weit vor 1989 – Kontakte über die Grenzen hinweg, auch wenn diese zunächst noch wenig institutionalisiert waren, sondern meist über den persönlichen Austausch entstanden.[12]

Als nicht institutionalisierter Verbund von Individuen (BibliothekarInnen und WissenschaftlerInnen allgemein) einerseits und Instituten andererseits verfügt die Arbeitsgemeinschaft über keine Geschäftsstelle und keine Leitungsgremien. Gemeinsame Themen wurden und werden informell oder im Rahmen von regelmäßig stattfindenden Tagungen bearbeitet. In den letzten ca. 20 Jahren ist die MOB regelmäßig als Organisator aufgetreten und hat zum Beispiel erforderliche Projektmittel eingeworben.

Eine wegweisende Konzeption für das gesamte einschlägige Bibliothekssystem stellte Wolfgang Kessler 1984 im Rahmen einer ABDOS-Tagung vor.[13] Er ging schon damals davon aus, dass Pläne zu einer zentralen ostdeutschen Bibliothek nicht realisierbar sein würden. Das arbeitsteilige System, bestehend aus dem Herder-Institut und der Bücherei des deutschen Ostens/MOB für den gesamten Bezugsraum einerseits und regional orientierten dezentralen Bibliotheken andererseits, war somit vorgezeichnet und besteht bis heute. Da der online verfügbare *Verbundkatalog östliches Europa (VOE)*[14] den *Gesamtkatalog Ostmitteleuropa* mehr oder minder ersetzt, werden die Institutionen, deren Bestände im *VOE* erfasst sind, als Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft betrachtet.

5. Der Verbundkatalog östliches Europa (VOE)

Der im Herder-Institut gepflegte, seit ca. 1990 eingestellte *Gesamtkatalog Ostmitteleuropa*[15] war lange Zeit der einzige zentrale Nachweis für die gesamte Literatur zum Thema. Mit der fortschreitenden Digitalisierung der Kataloge seit den 1980er Jahren musste eine Lösung für die Nachfolge gefunden werden, die nicht bei der Retrokonversion, also der elektronischen Erfassung vormals nur auf Karteikarten vorhandener Katalogisate, der einzelnen Bibliothekskataloge enden durfte.

Im Rahmen eines im Jahr 2000 durch Mittel des Beauftragten der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien durchgeführten Projektes wurden zunächst sieben (überwiegend) bundesgeförderte Einrichtungen zum Teil erstmals mit PCs für die Erfassung von Katalogdaten ausgestattet, um einen gemeinsamen Onlinekatalog aufzubauen. Bis 2002/03 wurden etwa 300.000 Titel nachgewiesen, 2014 wurde die Grenze von einer Million Titeln überschritten.



Ausschnitt aus der Suchmaske des VOE.

Als Software für den *Verbundkatalog östliches Europa (VOE)*[16] wurde die Open-Source-Lösung ALLEGRO gewählt, um auch „Einmann-Bibliotheken“ – zum Beispiel in Heimatstuben – den Zugang zu ermöglichen, die ihre kleinen Bestände nicht in die großen Bibliotheksverbünde melden können. Inzwischen werden die Bestände von derzeit (Juli 2015) 34 Bibliotheken nachgewiesen, Tendenz steigend. Allerdings werden mittlerweile die Bestände einiger Verbundteilnehmer auch schon originär im *Gemeinsamen Bibliotheksverbund*, Göttingen *(GBV)*[17], im *Südwestdeutschen Bibliotheksverbund (SWB)*[18] oder auch im *Hessischen Bibliotheksinformationssystem (HeBIS)*[19] erfasst/katalogisiert; die Forschungsbibliothek des Herder-Instituts zum Beispiel ist *HeBIS* angeschlossen. Der *VOE* ist neben seiner eigenen Onlinepräsenz auch über die *ViFaOst* (*Virtuelle Fachbibliothek Osteuropa* mit einschlägigen Bibliothekskatalogen und Volltextangeboten)[20] und voraussichtlich in Kürze über das *Gateway Bayern* (ein Service des *BVB* [*Bibliotheksverbund Bayern]*, in dem mehr als 150 Bibliothekskataloge, über die bayerischen Landesgrenzen hinaus, vereint präsentiert werden) recherchierbar. Die Bestände der MOB stehen über den Verbund beim *Hochschulbibliothekszentrum* des Landes Nordrhein-Westfalen (*HBZ*)[21] für die Fernleihe zur Verfügung. Eine unmittelbare Präsentation der MOB-Bestände im *Karlsruher Virtuellen Katalog (KVK)*[22] wird gleichwohl mittelfristig durch den Beitritt zu einem der genannten Verbünde vorbereitet.

6. Bibliotheken und Sammlungen zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa im Überblick

Zentrale Einrichtungen mit Sammelauftrag für (mehr oder minder) alle Regionen



Danziger Gesangbuch, Ausgabe von 1774 im Bestand der MOB [Foto: MOB].

Neben den großen Sammlungen der Staats- und Landesbibliotheken – besonders in Berlin, Dresden, Hannover und München, dem Institut für Weltwirtschaft in Kiel, der Bibliothek des Germanischen Nationalmuseums in Nürnberg, selbstverständlich auch der Deutschen Nationalbibliothek in Leipzig und Frankfurt am Main, und von Forschungszentren wie dem Geisteswissenschaftlichen Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas (GWZO)[23] an der Universität Leipzig – finden sich Bestände zu allen Regionen des östlichen Europas vor allem im Marburger Herder-Institut und in der MOB in Herne. Durch die Begrenzung auf die Ostmitteleuropaforschung erlegt sich das Herder-Institut in regionaler Hinsicht eine Selbstbeschränkung auf, öffnet sich dafür aber auch der allgemeinen, nicht zwingend an deutsche Bezüge gebundenen Forschung. Horst von Chmielewski kam zu dem Schluss, dass sich die Standorte in Marburg und Herne in idealer Weise ergänzen, auch wenn oder gerade weil es Überschneidungen im Sammelauftrag gibt.[24]

Außerordentlich bedeutend – nicht nur für den Gesamtstaat Preußen, sondern auch für dessen historische Ostprovinzen – ist die Bibliothek des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz in Berlin; nicht zuletzt, weil die geretteten Akten (und auch wertvolle Literatur) aus dem Preußischen Staatsarchiv Königsberg seit 1978 in Berlin lagern.[25]

Die Bibliothek des Gerhart-Hauptmann-Hauses in Düsseldorf[26], des Hauses der Heimat in Stuttgart[27] und des Hauses des Deutschen Ostens in München[28] bieten ebenfalls – wenn auch quantitativ begrenzt – zu allen Regionen des östlichen Europa Literatur. Dies gilt ebenso für die Bibliothek des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa in Oldenburg (BKGE).[29]

Regional übergreifend, aber thematisch spezialisiert sind die Bibliotheken des Instituts für Volkskunde der Deutschen des östlichen Europa (vormals Johannes-Künzig-Institut für ostdeutsche Volkskunde) in Freiburg und des Kunstforums Ostdeutsche Galerie in Regensburg.

Nicht mehr ausgebaut werden die Bestände der 2004 eingestellten Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund, die aber im Kern in der Bibliothek der TU Dortmund zugänglich bleiben. Vergleichbar ist die Situation der Ostsammlung der Leibniz-Bibliothek, die in der Niedersächsischen Landesbibliothek, Hannover, bis in die 1990er Jahre aufgebaut wurde. Die Bibliothek des Deutschlandhauses, Berlin, schließlich ist verpackt, eingelagert und soll zum Grundstock der Bibliothek der Stiftung Flucht, Vertreibung, Ver-

söhnung in Berlin werden. Ein Kuriosum stellt die derzeit „verschollene“ Bibliothek des aufgelösten Instituts für deutsche Musik im Osten (IDMO, Bergisch Gladbach) dar.

Regional und thematisch orientierte Sammlungen

Größere, nicht auf ein Staatsgebiet oder eine historische Region begrenzte Teilregionen decken die Nordost-Bibliothek des Instituts für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa e. V. (Nordost-Institut, IKGN)[30] in Lüneburg und die Bibliothek des Instituts für deutsche Kultur und Geschichte in Südosteuropa e. V. (IKGS, Präsenzbestand)[31] in München ab.

Für die preußische Provinz Pommern ist besonders die Universitätsbibliothek Greifswald[32] zu nennen, während das Pommersche Landesmuseum lediglich eine Handbibliothek vorhält. Die durchaus nennenswerte Bibliothek des Pommernzentrums (Ostsee-Akademie, Lübeck-Travemünde)[33] wird derzeit verlagert; der Nachweis soll – falls möglich – mit aktualisierten Standortdaten weiterhin im *VOE* erfolgen.

Zu Ost- und Westpreußen ist – neben dem IKGN – auf die Bibliotheken des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg[34] und des Ostpreußischen Kulturzentrums in Ellingen[35] (jeweils nur Präsenzbestand) sowie auf die Westpreußen-Bibliothek des 2014 von Münster nach Warendorf verlegten Westpreußischen Landesmuseums[36] zu verweisen. Die bedeutenden Bestände der Ermland-Bibliothek (ehemals Münster) sind seit 2009 in der MOB zugänglich. Beachtenswert ist auch der Präsenzbestand speziell zu Ostbrandenburg in der Stiftung Brandenburg[37] in Fürstenwalde.

Für Schlesien ist vorrangig auf die Sammlungen in Görlitz zu verweisen. Neben dem Präsenzbestand im Schlesischen Museum zu Görlitz[38] sind die hervorragende Oberlausitzische Bibliothek der Wissenschaften[39], die Evangelische Schlesische Bibliothek[40] und die noch im Aufbau befindliche Sammlung der Stiftung Schlesische Heimatstuben[41] zu nennen. Im Westen der Republik kommen die Bibliotheken der Einrichtungen Haus Schlesien[42], Königswinter-Heisterbacherrott, Stiftung Kulturwerk Schlesien[43], Würzburg, und Stiftung Haus Oberschlesien[44], Ratingen-Hösel, hinzu. Die Bibliothek der Stiftung Schlesien e. V., Hannover, wird derzeit im Kloster Oesede aufbewahrt, ist aber nicht zugänglich.

Literatur zum Baltikum und zu den Deutschbalten bieten das IKGN, das auch die Bestände der Carl-Schirren-Gesellschaft betreut, sowie die Deutsch-Baltische Genealogische Gesellschaft und die Deutschbaltische landeskundliche Sammlung[45] (Letztere in Darmstadt).

Bestände zu den Böhmischen Ländern finden sich traditionell vorwiegend in Bayern. Zu nennen sind die Wissenschaftliche Bibliothek im Sudetendeutschen Haus (betreut durch das Collegium Carolinum[46]), München, sowie die Studienbibliotheken des Egerlandmuseums[47] in Marktredwitz und des Sudetendeutschen Musikinstituts[48] in Regensburg.

Die Sammlungen zur Geschichte der Deutschen in Mittelpolen und Wolhynien des Historischen Vereins Wolhynien[49] (ehemals Mönchengladbach) sowie der Galiziendeutschen[50] (ehemals Kaiserslautern) befinden sich in der MOB, sind im *VOE* nachgewiesen und zugänglich. Für den südosteuropäischen Raum können neben dem bereits genannten IKGS das Haus der Donauschwaben in Sindelfingen[51], das Institut für Donauschwäbische Geschichte und Landeskunde[52] in Tübingen und das Donauschwäbische Zentralmuseum[53] in Ulm (Ulm und Tübingen mit Präsenzbeständen) genutzt werden; die Bibliothek des Bukowina-Instituts[54] ist über die Universitätsbibliothek Augsburg nutzbar, die Bibliothek der Landsmannschaft der Ungarndeutschen[55] wird von der Stadtbücherei in Gerlingen betreut. Die reichen Bestände der Siebenbürgischen Bibliothek[56] in Gundelsheim sind bedingt vor Ort

und per Fernleihe zugänglich. Für die Bibliothek des Karpatendeutschen Kulturwerks Slowakei[57] in Karlsruhe ist in der Regel nur eine ehrenamtliche Betreuung gegeben, wobei die Erschließung im bzw. für den *VOE* dauerhaft gesichert scheint. Literatur zur Geschichte der Russlanddeutschen wird – abgesehen von der ehemaligen Göttinger Zweigstelle des IKGN (Göttinger Arbeitskreis[58]) – im Russlanddeutschen Museum[59], Detmold, gesammelt.

Eine große Zahl der aufgeführten Sammlungen, die nicht über den *KVK* nachgewiesen werden, sind über den *VOE* und über die *ViFaOst* in übergeordneten Portalen recherchierbar. Hinzu kommt eine Vielzahl von häufig sehr speziellen Sammlungen – bis hin zu grauer Literatur und niemals veröffentlichten Erinnerungen, Ortschroniken und Memoranden – in den Heimatstuben, deren Zukunft in vielen Fällen noch nicht gesichert ist. Eine sehr gute Übersicht bietet das Ergebnis eines einschlägigen Projektes beim BKGE.[60]

7. Die digitale Bibliothek zur deutschen Kultur und Geschichte im östlichen Europa (Digi_96, im Aufbau)

In den letzten zehn bis fünfzehn Jahren sind viele Bibliotheken dazu übergegangen, Teile ihrer Bestände zu digitalisieren. Das bekannteste Beispiel in Deutschland dürfte die Kooperation der Bayerischen Staatsbibliothek (BSB) mit Google sein, die den gesamten urheberrechtsfreien Bestand erfasste und auch über die Deutsche Digitale Bibliothek allen Interessentengruppen zugänglich ist. Auch über die *ViFaOst*[61] bieten die BSB und weitere Kooperationspartner seit Jahren Volltexte an. Ebenfalls relevant für Forschungen zur deutschen Kultur und Geschichte im östlichen Europa – allerdings mit Ausrichtung auf die allgemeine Ost-, Südost- und Ostmitteleuropaforschung – sind die Digitalisierungsprojekte des Instituts für Ost- und Südosteuropaforschung (IOS) in Regensburg[62] und das Gemeinschaftsprojekt OstDok, bei dem neben den genannten Instituten auch das Collegium Carolinum und das Herder-Institut kooperieren.[63]

In Kooperation mit institutionellen Partnern hat sich das Digitale Forum Mittel- und Osteuropa (DiFMOE)[64] als Partner in zahlreichen Digitalisierungsprojekten zur deutschen Kultur und Geschichte im östlichen Europa etabliert. Neben den Periodika auf der Hauptseite[65] sei hier nur auf die digitalen Bibliotheken für Kulturhauptstädte im östlichen Europa (*Cassovia digitalis*[66], *Riga digitalis*[67], *Pilsna digitalis*[68]) hingewiesen, die mit Fördermitteln der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien realisiert wurden. Die Digitalisate aus den Projekten werden in der MOB, die das DiFMOE[69] auch bei der Medienauswahl unterstützt, gesammelt, katalogisiert und – nach heutigem Standard – „langzeitarchiviert".

Dies erfolgt im Zusammenhang mit dem Aufbau einer digitalen Bibliothek zum gesamten Arbeitsbereich nach § 96 BVFG – kurz Digi_MOB oder Digi_96.[70] Mit Projektmitteln aus der Digitalisierungsinitiative 2013 konnte das Vorhaben angestoßen werden. Das Repositorium, d. h. die Sammlung der in der MOB digitalisierten und meistenteils durch Strukturdaten erschlossenen Werke, wird kontinuierlich ausgebaut und steht allen Einrichtungen und Forschern des Arbeitsbereichs zur Verfügung, die nicht nur Zugriff haben und geeignete Werke zur Digitalisierung vorschlagen, sondern auch eigene Texte einstellen können, sofern sie die Rechte dazu übertragen.

8. Perspektiven

Die Literaturversorgung zur deutschen Kultur und Geschichte im östlichen Europa kann somit in der Bundesrepublik Deutschland (zumindest noch) als flächendeckend gegeben angesehen werden, obwohl es nur wenige Standorte gibt, die relevante Literatur zu allen Teilräumen präsentieren können. Immerhin: Wer die neuen Medien nutzen kann, hat Zugang zu einer stetig wachsenden Zahl digitalisierter Medieneinheiten. Die praktische Erfahrung des

Bibliotheksalltags zeigt, dass viele – nicht nur der älteren Generation zugehörige – Nutzerinnen und Nutzer mit dem Angebot überfordert sind. Die im Aufbau befindlichen digitalen Repositorien werden immer leistungsfähiger, obwohl Benutzerfreundlichkeit, Angebot und Präsentationsform noch verbessert werden können. Speziell bei den älteren Periodika werden die Lücken im digitalen Angebot nur schwer zu schließen sein; unterschiedliche Zugangssoftware oder auch nicht selbst erklärende Browserlösungen erschweren Außenstehenden den Zugang.

Aber noch immer steht der Nachweis der Literatur (bestmöglich erschlossen) an vorderster Stelle – nicht nur für Bibliothekarinnen und Bibliothekare, sondern auch für die Nutzerschaft. Für einen wünschenswerten optimalen Nachfolger des genannten *Gesamtkatalogs Ostmitteleuropa* wäre es sinnvoll, die Bestände aller relevanten Sammlungen im *Verbundkatalog östliches Europa* (virtuell – z. B. über eine geeignete Verschlagwortung) als „Teilmenge“ der *ViFaOst* zusammenzuführen. Ist dieses Ziel erreicht, müssten die in diesem Artikel allenfalls gestreiften, wenngleich bedeutenden Sammlungen im Ausland (ebenfalls virtuell) integriert werden. Hier sei unter anderem auf die Österreichische Nationalbibliothek, die Ungarische Nationalbibliothek und die Breslauer Universitätsbibliothek (u. a. mit den Beständen des Schlesisch-Lausitzischen Kabinetts der ehemaligen Stadtbibliothek) verwiesen – aber das wäre nur der Anfang; Danzig, Kattowitz/Katowice, Thorn/Toruń, Bibliotheken in Rumänien mit Siebenbürgen und dem Banat, Tschechien, der Slowakei, dem Donauraum und dem Baltikum usw. könnten/müssten folgen. An bestehenden und potentiellen Kooperationen herrscht kein Mangel. Erste exemplarische Nachweise erfolgen im *VOE* mit den Sudetika der Wissenschaftlichen Bibliothek in Reichenberg/Liberec (*Krajská vědecká knihovna v Liberci*) und den Beständen des Oberschlesischen Museums in Beuthen (*Muzeum Górnośląskie w Bytomiu*).

9. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Horst von Chmielewski: Die historischen Reichsgebiete und die Siedlungsgebiete der Deutschen in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa in Bibliotheken der Bundesrepublik Deutschland. Hg. vom Bundesministerium des Innern. [Bonn] 1994.
- Wolfgang Kessler: Ostdeutsches Kulturgut in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch der Sammlungen, Vereinigungen und Einrichtungen mit ihren Beständen. München u. a. 1989.
- Wolfgang Kessler: Bibliotheken zur deutschen Geschichte und Kultur im östlichen Europa in der Bundesrepublik Deutschland. In: ABDOS-Mitteilungen. Arbeitsgemeinschaft der Bibliotheken und Dokumentationsstellen der Ost-, Ostmittel- und Südosteuropaforschung e. V. 30 (2010), Nr. 1, S. 1–21.

Anmerkungen

[1] Thematisch orientierte Buch- oder nach heutigem Sprachgebrauch auch Medien-Sammlungen entstanden in allen Instituten zum skizzierten Themenbereich, während Bibliotheken im engeren Sinne und mit geographisch weit gespanntem Auftrag zunächst nur in Herne und mit der Forschungsbibliothek beim Herder-Institut in Marburg eingerichtet wurden. Diese Einrichtungen waren und sind darauf ausgelegt, den überregionalen Literaturbedarf der Forscherinnen und Forscher wie auch der Allgemeinheit zu decken. Auf die Bibliotheken der Häuser des deutschen Ostens bzw. der Heimat wird noch einzugehen sein. Die Terminologie der „Sammlungen“ ist nicht einheitlich verwendet worden, so entstanden auch sogenannte „Archive“ (z. B. der Deutschen aus Mittelpolen und Wolhynien, des Hilfskomitees der Galiziendeutschen etc.), die durchaus auch Bibliothekscharakter aufweisen.

[2] Weil die Situation im östlichen Europa völlig anders geartet und selbst heute noch nicht bis ins Detail überschaubar ist, berücksichtigt dieser Artikel lediglich Bibliotheken und Sammlungen in der Bundesrepublik Deutschland. Einen Einstieg in die Thematik – jenseits der im Text vorgestellten Bibliotheken und Sammlungen zur deutschen Kultur und Geschichte im östlichen Europa – bietet u. a. Bernhard Fabian (Hg.): Handbuch deutscher historischer Buchbestände in Europa. Eine Übersicht über Sammlungen in ausgewählten Bibliotheken. Bd. 1−12 einschl. Registerbde. Hildesheim, Zürich, New York 1997ff.

[3] http://www.gesetze-im-internet.de/bvfg/__96.html (Abruf 02.03.2015).

[4] Kessler: Ostdeutsches Kulturgut; zu den Bibliotheken und Archiven s. besonders S. 569ff. mit einer Kurzliste.

[5] http://kulturportal-west-ost.eu/.

[6] Kessler: Bibliotheken. Die Studie dient als Materialbasis dieser Darstellung und bietet im wissenschaftlichen Apparat zahlreiche Hinweise auf weiterführende Literatur.

[7] von Chmielewski: Bibliotheken der Bundesrepublik Deutschland. Vgl. auch Michael G. M. Antoni: Ostdeutsche Museen und Sammlungen in der Bundesrepublik Deutschland und Österreich. Bonn 1989 (Schriftenreihe zur ostdeutschen Kultur) (in der Studie werden die Bibliotheken allerdings nur erwähnt, ohne näher erläutert zu werden).

[8] Horst von Chmielewski: Die Arbeitsgemeinschaft der ostdeutschen Bibliotheken in der Bundesrepublik Deutschland. In: Hans-Jürgen Löwenstein (Hg.): Leben mit Büchern. Festschrift für Otto Sagner zum 70. Geburtstag. Marburg 1990, S. 49–58. Auf den Seiten 49f. präsentiert der Autor die Institutionen des Arbeitsgebietes, von denen bereits mehrere heute nicht mehr existieren oder in andere Organisationsformen überführt wurden.

[9] http://www.abdos.de/.

[10] Aktionsprogramm der Bundesregierung zur Förderung der ostdeutschen Kulturarbeit: 1988 bis 1993. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Bonn 1989, speziell S. 31. Im Folgenden werden zahlreiche Einzelinstitute mit ihren Sammlungsschwerpunkten vorgestellt.

[11] Aktionsprogramm der Bundesregierung (Anm. 10), S. 31.

[12] Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Zusammenarbeit mit Mittel- und Osteuropäischen Bibliotheken“ (Hg.), Barbara Schleihagen (Red.): Zusammenarbeit mit Bibliotheken in Mittel- und Ostmitteleuropa. Eine Bestandsaufnahme. Berlin 1995. Vgl. auch von Chmielewski: Arbeitsgemeinschaft (Anm. 8), bes. S. 54 – zu einer Bibliotheksreise nach Polen 1987.

[13] Wolfgang Kessler: „Ostdeutsche“ Bibliotheken in der Bundesrepublik Deutschland. Bestandsaufnahme und Grundzüge einer Konzeption. In: 13. ABDOSD-Tagung, Wien, 28.–30. Mai 1984. Referate und Beiträge. Zsgest. v. Miroslav Novák. Berlin 1984 (Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz. Veröffentlichungen der Osteuropa-Abteilung 3), S. 121–129.

[14] http://www.martin-opitz-bibliothek.de/de/voe-info und http://212.23.140.172/voe/.

[15] S. auch https://www.herder-institut.de/no_cache/suche.html?id=103&L=0&q=Gesamtkatalog. In Ergänzung der Bestände des Herder-Instituts (opac.ub.uni-marburg.de/DB=2/), die über den hebis-Verbund

recherchierbar sind, werden die wesentlichen Bibliothekssysteme über eine Linkliste auf den Institutsseiten erschlossen: https://www.herder-institut.de/servicebereiche/bibliothek/serviceleistungen/links.html.

[16] http://www.martin-opitz-bibliothek.de/de/voe-info und http://212.23.140.172/voe/.

[17] http://www.gbv.de/.

[18] http://www.bsz-bw.de/swbverbundsystem/index.html.

[19] http://www.hebis.de/.

[20] https://www.vifaost.de/metaopac/search.do?methodToCall=submitButtonCall&methodToCallParameter=selectDatabase&dbSelection%5B1%5D=111&dbSelection%5B5%5D=148.

[21] http://www.hbz-nrw.de/.

[22] http://www.ubka.uni-karlsruhe.de/kvk.html.

[23] http://www.uni-leipzig.de/~gwzo/index.php?option=com_content&view=article&id=76:bibliothek&catid=81&Itemid=1558.

[24] Chmielewski: Arbeitsgemeinschaft (Anm. 8), bes. S. 53.

[25] https://www.gsta.spk-berlin.de/kataloge_1510.html.

[26] http://www.g-h-h.de/index.php?id=9.

[27] http://www.hdhbw.de/?Bibliothek.

[28] http://www.hdo.bayern.de/bibliothek/bestand/index.php.

[29] http://www.bkge.de/BKGE/Bibliothek/.

[30] http://www.ikgn.de/cms/index.php/nordost-bibliothek.

[31] http://www.ikgs.de/#!bibliothek/cjg9.

[32] http://www.phil.uni-greifswald.de/bereich2/histin/bibliothek.html.

[33] http://www.ostseeakademie.de/bibliothek/.

[34] http://www.ostpreussisches-landesmuseum.de/museum/bibliothek.html.

[35] http://www.kulturzentrum-ostpreussen.de/ – ohne spezielle Seite zur Bibliothek und den Beständen.

[36] http://www.westpreussisches-landesmuseum.de/.

[37] http://www.stiftung-brandenburg.de/bibliothek.html.

[38] http://www.schlesisches-museum.de/index.php?id=1178.

[39] http://www.olb.goerlitz.de/.

[40] http://www.kkvsol.net/angebote/bildung-und-kultur/evangelisches-schlesien/evangelische-schlesische-bibliothek.html.

[41] http://kulturportal-west-ost.eu/institutionen/stiftung-schlesische-heimatstuben-sitzgoerlitz, die Bestände sind noch nicht zugänglich. S. http://www.stiftung-schlesische-heimatstuben.de/.

[42] http://www.hausschlesien.de/kulturundbildung/bibliothek.

[43] http://www.kulturwerk-schlesien.de/wirueberuns/geschaeftsstelle/236.Bibliothek.html.

[44] http://www.oberschlesisches-landesmuse-um.de/component/search/?searchword=bibliothek&searchphrase=all&Itemid=226.

[45] http://www.dbgg.de/ und http://www.deutsch-balten.de/index.php/wir-ueber-uns/balt-landeskundl-sammlung.

[46] http://www.collegium-carolinum.de/bibliothek.html.

[47] http://www.egerlandmuseum.de/geschichte-der-studienbibliothek/.

[48] http://www.bezirk-oberpfalz.de/desktopdefault.aspx/tabid-117/100_read-93/.

[49] http://www.martin-opitz-bibliothek.de/de/sammelgebiete/wolhynien_mittelpolen.

[50] http://www.galizien-deutsche.de/genealogie-und-ortsplaene/das-galiziendeutsche-archiv.htm.

[51] http://www.haus-donauschwaben.de/wordpress/?page_id=14.

[52] http://www.idglbw.de/index.php?option=com_content&task=view&id=66&Itemid=55.

[53] http://www.dzm-museum.de/deutsch/dzm.html.

[54] http://bukowina.phil.uni-augsburg.de/bibliothek/.

[55] http://www.ldu-online.de/ bzw. http://www.gerlingen.de/,Lde/start/Kultur/Wir+bieten.html.

[56] http://siebenbuergen-institut.de/bibliothek-und-archiv/siebenbuergische-bibliothek/.

[57] http://www.karpatendeutsche.de/?Karpatendeutsches_Kulturwerk_Slowakei_e.V.:Bib.iothek.

[58] http://www.ikgn.de/cms/index.php/nordost-bibliothek; s. auch http://www.goettinger-arbeitskreis.de/.

[59] http://russlanddeutsche.de/menu/forschung/bibliothek.html#27_1422206016061.

[60] http://www.bkge.de/Heimatsammlungen/Verzeichnis/. Ein Abgleich mit dem Verzeichnis in Kessler: Ostdeutsches Kulturgut belegt nicht zuletzt, wie viele Heimatstuben seither geschlossen wurden.

[61] https://www.vifaost.de/texte-materialien/.

[62] http://www.ios-regensburg.de/service/bibliothek/digitale-bibliothek.html.

[63] http://www.ostdok.de/.

[64] Mit der gleichen Technik wie die digitalen Bibliotheken zu den Kulturhauptstädten befindet sich die Site „Heimatpresse Mittel- und Osteuropa“ im Aufbau, die Zeitschriften aus dem Arbeitsbereich volltextrecherchierbar präsentiert. Ein erstes Beispiel ist der *Aussiger Bote*, dessen Erscheinen nach rund 65 Jahren eingestellt wurde – http://www.heimatpresse-moe.de/das-archiv/aussiger-bote.

[65] http://www.difmoe.eu/?content=Periodika.

[66] http://cassovia-digitalis.eu/bibliothek_de.

[67] http://www.riga-digitalis.eu/bibliothek/.

[68] Derzeit im Aufbau.

[69] http://www.difmoe.eu/?content=Periodika.

[70] Die Digi_MOB/Digi_96 basiert auf einer Softwarelösung namens „elektronischer Lesesaal“ (eL); sie wird in der MOB in Herne aufgebaut und gepflegt und auf den Servern des Hochschulbibliothekszentrums HBZ in Köln gehostet. Der eL ist für jeden frei zugänglich, der Zugriff auf die Dokumente ist – je nach Copyright-Situation – eingeschränkt. Weitere Informationen s. http://www.martin-opitz-bibliothek.de/de/el.

Zitation

Hans-Jakob Tebarth: Bibliotheken. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2015. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32878 (Stand 25.08.2015)

Binnenmigration → Migration

siehe Migration

Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE)

1. Kurzbeschreibung

Der "Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten" (BHE) wurde nach der Aufhebung des Lizenzierungszwangs für die politischen Parteien am 8. Januar 1950 in Kiel als Interessenvertretung v. a. der Heimatvertriebenen gegründet und erzielte bei Landtagswahlen und bei der Bundestagswahl 1953 spektakuläre Wahlergebnisse. Das Problem des BHE, das letztendlich auch zu seinem allmählichen Verschwinden als Partei führte, waren paradoxerweise gerade seine Erfolge als Interessenpartei, die maßgeblich zur Integration der Heimatvertriebenen beitrugen. In dem Maße, wie die materielle Not der Vertriebenen gelindert wurde, wandten sich diese nämlich vom BHE ab und den "einheimischen" Parteien zu. Auch die Fusion mit der kleinen rechtskonservativen Deutschen Partei (DP) zur Gesamt-

deutschen Partei (GDP, später GPD) im April 1961 vermochte diesen Trend nicht mehr abzuwenden. Nachdem dem BHE bereits 1957 der Wiedereinzug in den Bundestag misslungen war, verlor er auch in den Ländern zunehmend an Bedeutung und sank bis Ende der 1960er Jahre zu einer Splitterpartei herab. Formal aufgelöst hat sich die Bundespartei, die Anfang der 1980er Jahre noch etwa 1.000 Mitglieder gehabt haben soll, bis heute nicht. Offiziell hieß der BHE seit 1952 Gesamtdeutscher Block/BHE (GB/BHE), wobei das Kürzel BHE nicht mehr aufgelöst wurde; diese Namensänderung wie auch der neue Name GDP bzw. GPD setzten sich jedoch nie wirklich durch, weshalb im Folgenden der Einfachheit halber stets vom BHE gesprochen wird.

2. Geschichte und Programmatik

Auch wenn der BHE von Anfang an versuchte, neben der Vertriebenenklientel andere Zielgruppen, wie etwa Opfer des Bombenkriegs, Währungsreformgeschädigte oder nach 1945 aus politischen Gründen entlassene Beamte– auf all diese bezog sich im Parteinamen der Zusatz "Entrechtete" –, anzusprechen, war er in erster Linie eine Vertriebenenpartei. Die Fokussierung auf deren Interessen war der Grund für den anfänglich steilen Aufstieg der Partei: Zwischen 1950 und 1966 war der BHE kurzzeitig im Bund (1953–1955), dafür umso länger in den Ländern an den Regierungsbildungen beteiligt: in Baden-Württemberg von 1952 bis 1964, in Bayern von 1950 bis 1962, in Hessen von 1954 bis 1966, in Niedersachsen von 1951 bis 1963 und in Schleswig-Holstein von 1950 bis 1958. Charakteristisch für den BHE war, dass sich in seinen Reihen viele ehemalige Nationalsozialisten sammelten, z. B. die Vorsitzenden der Gründungsphase Waldemar Kraft und Theodor Oberländer. Ersterer betonte 1952 ausdrücklich, der BHE sei die Partei "auch der ehemaligen Nazis, aber nicht derjenigen, die heute noch Nazis sind" (Winkler, 359). Obwohl der BHE insofern zwar keine rechtsradikale Partei war, kam ihm eine zentrale Rolle bei der Beendigung der Entnazifizierungsmaßnahmen und der beruflichen Wiedereingliederung nationalsozialistisch belasteter Personen in der frühen Bundesrepublik zu. Die Politik des BHE zielte nicht nur auf eine schnelle Verbesserung der Lebensbedingungen der Vertriebenen ab, sondern auch darauf, seiner Klientel durch gezielte Patronage Arbeitsplätze, besonders in den öffentlichen Verwaltungen, zu verschaffen. In dieser Hinsicht konnte der BHE nicht zuletzt deshalb erfolgreich agieren, weil er als Folge seiner vorwiegend interessenpolitischen Ausrichtung nicht automatisch auf Mitte-Rechts-Koalitionen festgelegt war. Vor allem in Hessen und Niedersachsen, kurzfristig auch in Bayern, trug er SPD-geführte Regierungen mit, wobei seine sozialpolitischen, auf Vermögensumverteilung von den Einheimischen zu den Vertriebenen ausgerichteten Forderungen ebenso eine ideologische Brücke bildeten wie die anfänglich ablehnende Haltung der SPD zur Westpolitik Adenauers. Von langfristiger Tragweite war dieses pragmatische Vorgehen des BHE insbesondere für die hessische Nachkriegsgeschichte, wo erst die jahrelange Koalitionsbereitschaft der Vertriebenenpartei die SPD für Jahrzehnte zur strukturellen Mehrheitspartei machte. Von Anfang an ein Problem für den BHE war, dass er nicht gegen den aus dem früheren Lizenzierungszwang herrührenden Vorsprung zumal der großen Volksparteien ankam: Bei der Bundestagswahl 1953, als die Partei erstmals bundesweit antrat und mit (enttäuschenden) 5,9 % in das Bonner Parlament einzog, wählten nur 34 % der Heimatvertriebenen den BHE. In keinem Bundesland, nicht einmal in den Hochburgen Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Bayern, wurden 50 % erreicht. Bei der Bundestagswahl 1957, als der BHE mit 4,6 % knapp scheiterte, was sein parteipolitisches Aus einläutete, wählten ihn nur noch 26 % der Vertriebenen; selbst in den Hochburgen kam er über 35 % (Bayern) nicht mehr hinaus. Der Versuch des BHE, diesem Trend entgegenzuwirken, indem er sich als nationale bürgerliche Partei für alle Deutschen empfahl (deshalb 1952 Umbenennung in Gesamtdeutscher Block/BHE bzw. GB/BHE), scheiterte. Dies ist umso bemerkenswerter, als eine solche Ausrichtung ("Dritte Kraft") durchaus dem Selbstverständnis vieler Mitglieder entsprach, insbesondere jenem der in der

Partei deutlich überrepräsentierten Sudetendeutschen, die überwiegend dem in der frühen Bundesrepublik politisch heimatlosen und mehrheitlich im Witikobund organisierten "nationalfreiheitlichen" bzw. "völkischen" Lager zugerechnet werden müssen. Es gelang weder, die eigene Wählerschaft nennenswert um Einheimische zu erweitern, noch, sich dauerhaft mit konkurrierenden bürgerlichen bzw. Rechtsparteien in einen nationalen Bürgerblock einzubringen. Die Beteiligung des BHE an der zweiten Regierung Adenauer (1953–1955) erwies sich als Fehler, ermöglichte sie doch dem Kanzler die Spaltung der Bundestagsfraktion und damit die dauerhafte Schwächung der Partei. Kraft und Oberländer verließen 1955 den BHE und wechselten später zur CDU. Die Fusion des BHE mit der ebenfalls im Abstieg begriffenen Deutschen Partei (DP) zur Gesamtdeutschen Partei (GDP, seit 1966 GPD) im April 1961 war im Grunde nur noch der kümmerliche Rest einstmals hochfliegender Pläne, die nach dem Scheitern bei der Bundestagswahl 1961 (2,8 %) endgültig zur Makulatur wurden. Unterstützt wurde diese Entwicklung dadurch, dass viele ehemalige DP-Mitglieder die GDP bald wieder verließen und diese dadurch wieder auf die Reste der alten BHE-Klientel zurückgeworfen wurde. Bis 1966 verlor die GDP sämtliche Landtagssitze. Die Volksparteien CDU, CSU und SPD bemühten sich seither durchaus mit Erfolg, die verbliebenen BHE-Anhänger zu absorbieren. Mittels Wahlabsprachen gelangten 1965 nochmals vier GDP-Abgeordnete in den Bundestag: Heinz Kreutzmann und der Bundesvorsitzende Hermann Ahrens für die SPD, Walter Becher und Herbert Prochazka für die CSU. Diese schlossen sich jedoch nicht zu einer GDP-Gruppe zusammen, sondern waren Gäste in den Fraktionen, über deren Landeslisten sie gewählt worden waren; mit Ausnahme von Ahrens traten sie später zu den jeweiligen gastgebenden Parteien über. Das weitere Schicksal der GDP/GPD wurde durch diese Handlungsweise im Grunde vorweggenommen: 1969 verfügte die Partei nur noch über etwa 5.000 Mitglieder, hatte also binnen vier Jahren 45.000 (= 90 %) ihrer Mitglieder verloren, überwiegend an die Unionsparteien, teilweise auch an die SPD (v. a. im Landesverband Hessen). Auf diese Weise fand eine Anzahl ehemaliger Nationalsozialisten Aufnahme in die Volksparteien, beispielsweise der langjährige BHE/GDP-Bundesvorsitzende (1958–1962) und zeitweilige Vorsitzende des Witikobunds Frank Seiboth, der 1967 zur SPD übertrat und noch bis 1974 als Staatssekretär im hessischen Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten amtierte. Für die Unionsparteien ist v. a. der langjährige niedersächsische Vertriebenenminister Erich Schellhaus zu nennen, der sich 1964 der CDU anschloss.

3. Bibliographische Hinweise

Quellen und Literatur

- Frank Bösch: Die politische Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen und ihre Einbindung in die CDU. In: Rainer Schulze (Hg.): Zwischen Heimat und Zuhause. Deutsche Flüchtlinge und Vertriebene in (West-)Deutschland 1945–2000. Osnabrück 2001 (Quellen und Darstellungen zur Geschichte des Landkreises Celle 6), S. 107-125.
- Ossip K. Flechtheim (Hg.): Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945. 9 Bde. Berlin 1962–1971.
- Wolfgang Fischer: Heimat-Politiker? Selbstverständnis und politisches Handeln von Vertriebenen als Abgeordnete im Deutschen Bundestag 1949 bis 1974. Düsseldorf 2010 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 157).
- Eike Frenzel: Vom Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten zur Gesamtdeutschen Partei. Aufstieg und Niedergang einer Interessenpartei in Niedersachsen 1950–1963. Hamburg 2008 (Schriftenreihe Studien zur Zeitgeschichte 67).

- Heinz Kreutzmann (Bearb.): Der gesamtdeutsche Block. BHE. Bonn 1957 (Die politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland).
- Matthias Müller: Die SPD und die Vertriebenenverbände 1949–1977. Eintracht, Entfremdung, Zwietracht. Berlin 2012 (Politik und Geschichte 8).
- Franz Neumann: Der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten 1950–1960. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur einer politischen Interessenpartei. Meisenheim/Glan 1968 (Marburger Abhandlungen zur politischen Wissenschaft 5).
- Matthias Stickler: "Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch" – Organisation, Selbstverständnis und heimatpolitische Zielsetzungen der deutschen Vertriebenenverbände 1949–1972. Düsseldorf 2004 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 46).
- Daniel Schönwald: Integration durch eine Interessenpartei. Der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten in Bayern 1950-1981. Kallmünz/Opf. 2014 (Münchener Historische Studien. Abteilung Bayerische Geschichte, XXIV).
- Michael Schwartz: Funktionäre mit Vergangenheit. Das Gründungspräsidium des Bundesverbandes der Vertriebenen und das "Dritte Reich". München 2013.
- Richard Stöss (Hg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980. Bd. 2: FDP bis WAV. Opladen 1984 (Schriften des Zentralinstituts für wissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin 39), S. 1460-1477 (GDP), S. 1424-1459 (GB/BHE).
- Martin Virchow: Der GB/BHE, ein neuer Parteientyp? In: Die Parteien in der Bundesrepublik. Studien zur Entwicklung der deutschen Parteien bis zur Bundestagswahl 1953. Stuttgart 1955 (Schriften des Instituts für politische Wissenschaft 6), S. 450-467.
- York R. Winkler: Flüchtlingsorganisationen in Hessen 1945–1954. BHE – Flüchtlingsverbände – Landsmannschaften. Wiesbaden 1998 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Nassau 64; Forschungen zur Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in Hessen nach 1945 6).

Zitation

Matthias Stickler: Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE). In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2013. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/55228.html (Stand 17.11.2014).

Bodenreformen

1. Begriff

Der Begriff „Bodenreform“ (auch Bodenbesitzreform, Agrarreform oder Landreform), der auf die Änderung von Besitzverhältnissen zielt, wird meist im Plural verwendet. Ursprünglich galt das Determinatum „Reform“ als Gegenbegriff zu „Revolution“, hier drückt es nach einer Bedeutungserweiterung im Laufe des 19. Jahrhunderts eine „Erneuerung“ oder „Veränderung“ aus. In der Zeit zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg sowie in der Nachkriegszeit im europäischen Raum, speziell in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa, wurde der Begriff „Bodenreformen“ von den Regierungen als Bezeichnung für ihre Gesetze verwendet; in der Wissenschaft wird er seitdem in diesem Zusammenhang als Fachbegriff gebraucht.

Fremdsprachige Entsprechungen und Übersetzungen

engl. landreform; frz. réforme agraire; tschech. pozemková reforma; poln. reforma rolna; rum. reforma agrară; kroat. zemljišnu reformu; russ. zemel‘naja reforma

2. Definition

„Bodenreform“ benennt die zwangsweise, durch den Staat beschlossene und vollzogene Änderung des Eigentums an Grund und Boden, die juristisch und wirtschaftlich betrachtet eine Einheit bilden, aus ethnischen, ideologischen, wirtschafts- oder sozialpolitischen Gründen. Als „Bodenreform“ wird demnach zum einen der Wandel des geltenden Bodenrechts, vor allem hinsichtlich des Besitz- und Eigentumsrechts, zum anderen die Umgestaltung der Organisationsstruktur der Bodenbewirtschaftung oder Anpflanzung bezeichnet. Staatlich initiierte Bodenreformen waren als historische Phänomene in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa vor allem in den politisch-sozialen Umbruchsituationen nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg zu beobachten. Infolge von Bodenreformen sollten in der Regel landlose Bauern Grundbesitz zur Bewirtschaftung erhalten. Die größenmäßige Beschränkung oder die gänzliche Abschaffung von Großgrundbesitz im jeweiligen Land waren verbreitete Ziele dieser Reformbestrebungen. Zudem hätte eine Verstaatlichung des Bodens die Aufhebung von individuellen Eigentumsrechten bewirkt, in der Regel durch Zwangsverkauf. Diese Bestrebungen scheiterten jedoch – insbesondere in der Zwischenkriegszeit – meistens am Widerstand der Großgrundbesitzer. Die Bodenreformen wurden außerdem in Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen nationalen beziehungsweise ethnischen Gruppen als politisches Mittel zur Bekämpfung des Gegners eingesetzt.

3. Historischer Abriss

Bereits im 19. Jahrhundert und vor dem Ersten Weltkrieg wurde diese Art der Bodenreform im Russischen Reich (Stolypinsche Agrarreform, ab 1906), in Rumänien durch Ministerpräsident Mihail Kogălniceanu (1817–1891) im Jahr 1864 sowie in Bulgarien 1880 initiiert und teilweise umgesetzt, um die häufig als ungerecht empfundenen Besitzverhältnisse zu revidieren. Das Hauptziel der Reformen stellte demnach die Sicherung der Grundbedürfnisse der ländlichen Bevölkerung durch eine ausreichend große landwirtschaftliche Nutzfläche dar.

Vornehmlich zur Beseitigung extremer Unterschiede bezüglich des Bodenbesitzes sowie zur Abschaffung des Absentismus kam es infolge von Staatsgründungen in Ostmittel- und Südosteuropa nach 1918 zur Durchführung von umfangreichen Bodenreformen, die sich voneinander vor allem hinsichtlich der Initiierung, der Ziele, der Umsetzung sowie der Strategie der jeweiligen Regierung und der zuständigen Institutionen unterschieden. Die Regierungen bezweckten vor allem eine Verteilung des Landes an Legionäre und Kriegsfreiwillige des Ersten Weltkriegs sowie Kleinlandwirte, um sich gegenüber den Angehörigen der neuen „Staatsvölker“ zu legitimieren. Im Sozialismus kam es zu entschädigungsloser Enteignung von Grundbesitz und dessen Überführung in Staatseigentum. Aufgrund der teilweise unklaren Rechtsverhältnisse, der Ablehnung von Entschädigungen sowie der häufig instabilen politischen Situation erfolgten die Bodenreformen oft unstrukturiert. Häufig war ihre Umsetzung auch von Willkür begleitet, worauf zum Beispiel diverse Beschwerden deutscher Grundbesitzer beim Völkerbund verweisen.

Die im östlichen Europa lebenden Deutschen waren von diesen Umstrukturierungen unterschiedlich stark betroffen; nicht zuletzt deswegen ist im Folgenden eine staatlich-geographisch differenzierte Darstellung erforderlich.

Bodenreformen in Russland und der Sowjetunion

Unter dem Premierminister Pëtr Stolypin (1862–1911) wurde mit einem Erlass von 1906 bereits eine Agrarreform eingeleitet, um den Bauern einen unabhängigen Besitz von Land zu ermöglichen und Mittelbauerntum zu schaffen.

Im revolutionären Russland kam diese Agrarreform während des Krieges zunächst nicht über die Einrichtung von Landkomitees im April 1917 hinaus, da die konservativen Liberalen einer Enteignung nicht zustimmten. Die treibende Kraft der Reform, Landwirtschaftsminister Viktor Michailowitsch Černov (1873–1952), gab daraufhin seine Pläne Ende August 1917 auf. Nach der Oktoberrevolution kam es, aufgrund des „Dekrets über den Boden vom 26. Oktober 1917“, im Herbst und Winter 1918 zu Umverteilungen im Umfang von 17–24 Millionen ha Land (je nach Kriterien). Diese konnten aber den „Landhunger“ der Bauern nicht stillen, da meist schwer zugängliches oder schlecht nutzbares Land verteilt wurde und somit die Versorgung der Land-, aber auch der Stadtbevölkerung nicht sichergestellt werden konnte. Die staatliche Beschlagnahme von Getreide und anderen Nahrungsmitteln, die sogenannte Versorgungsdiktatur, verschärfte eher die Situation in der Zwischenkriegszeit und provozierte diverse Bauernaufstände, ohne die eigentlichen Probleme zu lösen. Vor allem die alten Eliten, darunter auch deutsche Grundbesitzer, kamen in der Kriegs- und Zwischenkriegszeit ums Leben oder mussten emigrieren. Als grundlegendes agrarreformatorisches Werk der NEP-Periode (die „Neue Ökonomische Politik“ [*Novaja ėkonomičeskaja politika, NĖP*] bezeichnete das wirtschaftspolitische Konzept Lenins [1870-1924] und Trotzkis [1879-1940] von 1921) ist das Agrargesetzbuch der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) vom 30. Oktober 1922 zu nennen, das vor allem die Eigentumsverhältnisse und die Bodennutzung im Sinne des kommunistischen Staates regelte. Unter Josef Stalin (1878–1953), ab 1924, wurde neben der Industrialisierung auch die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft vollzogen, die den Privatbesitz von Grund und Boden de facto abschaffte. Im Jahr 1932 betrug der Anteil kollektivierter Bauernhaushalte 61,6 %; deutsche Grundbesitzer waren nur vereinzelt betroffen, da ihr Anteil sehr gering war.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde ein „Rat für Angelegenheiten der Kollektivwirtschaften bei der Regierung der UdSSR“ eingesetzt, um die Zwangskollektivierung fortzusetzen und die Einhaltung der diversen Agrarordnungen zu überwachen.

Bodenreformen in den baltischen Staaten

In den baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen wurden nach der Proklamierung der Republiken und im Anschluss an den Unabhängigkeitskrieg (1918–1920) Bodenreformen initiiert und durchgeführt. Dabei wurde vorwiegend deutscher Grundbesitz, und somit auch die deutschbaltische Führungsschicht, enteignet und dieser zu einem großen Teil an Kleinbauern verteilt.

Trotz interner Kontroversen wurde in Estland am 10. Oktober 1919 ein Agrargesetz verabschiedet, das die Enteignung des gesamten Großgrundbesitzes inklusive Inventar festsetzte. Bis 1921 wurden 2,3 Millionen ha Grundbesitz enteignet und davon rund 1,2 Millionen ha verteilt, der Rest wurde Staatseigentum. Die Deutschbalten reichten beim Völkerbund Klage wegen Verletzung der Minderheitenrechte ein, wurden jedoch abgewiesen.

In Lettland wurde mit dem Agrargesetz vom 19. September 1920 die entschädigungslose Enteignung von Großgütern inklusive der Gebäude beschlossen, die insgesamt ein Territorium von 3,5 Millionen ha umfassten. Bei der Verteilung wurde eine Klassifikation vorgenommen, die vor allem Kriegsteilnehmer des Freiheitskrieges stark bevorzugte.

Die Agrarreform in Litauen, am 29. März 1922 beschlossen, war am wenigsten radikal und betraf hauptsächlich polnische und russische Grundbesitzer. Die Höchstgrenze des privaten Grundbesitzes wurde auf 80 ha, später sogar auf 150 ha festgelegt.

Polnische Bodenreformen

Nach dem Abschluss des Staatsbildungsprozesses in Polen im Jahr 1921 wurde die bereits 1919 initiierte und mit dem Agrarreformgesetz vom Juli 1920 beschlossene Bodenreform durchgeführt. Die Umsetzung drohte zunächst an der innenpolitischen Instabilität zu scheitern, doch wurde 1925 ein grundlegendes Gesetzeswerk verabschiedet, das vorerst eine freiwillige Parzellierung, das heißt die in ihrer Höhe nicht festgelegte Abgabe von großen Landgütern mit Besitz zwischen 180 und 700 ha festlegte. Der Zwangsverkauf zu Marktpreisen wurde jedoch vorbehalten, falls das Jahreskontingent der freiwilligen Parzellierung in Höhe von 200.000 ha nicht erreicht werden würde. Den Höhepunkt erreichte die Reform im Jahr 1927, als 245.000 ha parzelliert wurden. Insgesamt entstanden in der Zwischenkriegszeit auf diese Weise 154.000 neue Kleinwirtschaften; rund 500.000 Wirtschaften konnten sich vergrößern. In dieser Zeit sank der Anteil der Deutschen unter den Großgrundbesitzern lediglich von zehn Prozent im Jahr 1921 auf neun Prozent im Jahr 1931.[1] Dieser Umstand ist auf die Unterstützung durch die deutsche Regierung sowie die Verhandlungen am Ständigen Schiedsgerichtshof in Den Haag zurückzuführen.

Im Zuge der Weltwirtschaftskrise geriet der Verkauf wegen sinkender Bodenpreise ins Stocken, und es kam zu einzelnen Zwangsenteignungen, besonders in den agrarisch weiter entwickelten Westgebieten.

Die verhältnismäßig langsam vollzogene Reform in Polen konnte die sozialen und ökonomischen Probleme, die vor allem aufgrund der Überbevölkerung im ländlichen Raum vorherrschten, nicht lösen, sodass der Arbeitskräfteüberschuss in der Landwirtschaft sowie das geringe Einkommen der Bauern für den Großteil der Bevölkerung weiterhin existenzgefährdend war.

In der Nachkriegszeit folgte in Polen eine weitere Bodenreform. In den schon vor 1939 polnischen Gebieten war die Anbaufläche auf 50 ha begrenzt worden, hingegen war in den neuen Westgebieten Polens eine großzügigere Regelung Usus. In den Gebieten, die schon vor 1939 Polen angehörten, wurden insgesamt rund 2 Millionen ha beschlagnahmt, wobei rund 780.000 ha aus deutschem Besitz stammten. Im Frühjahr 1945 enteignete Polen dann den gesamten Grundbesitz aller Deutschen in den ehemaligen Ostgebieten des Deutschen Reiches; insgesamt wurden rund 4 Millionen ha Land- und Waldfläche zur Verteilung freigegeben. Die Rechtfertigung dieser Reform lag vor allem in der Wiedergewinnung von Land, welches „Verräter und Feinde“ besessen hätten.

Tschechoslowakische Bodenreformen

Mit der Übernahme der Regierungsgewalt durch den Nationalausschuss am 28. Oktober 1918 und der Bildung einer neuen Regierung unter der Führung von Tomáš G. Masaryk (1850–1937) war der Akt der Staatsgründung in der Tschechoslowakei abgeschlossen. Während die tschechoslowakische Bodenreform, die mit dem vom Nationalausschuss erlassenen „Gesetz zur Beschränkung des Großgrundbesitzes“ vom 9. November 1918 einsetzte, von Beginn an von einigen Parlamentariern primär als politisches Instrument gegen jenen Adel, der keine tschechoslowakische Staatsbürgerschaft besaß, darunter auch deutsche Großgrundbesitzer, benutzt wurde, sah indes die Regierung unter Masaryk in der Bodenreform einen stabilisierenden Faktor für die junge Republik. Im Zuge der Bodenreform wurden knapp 4.000.000 ha für die Umverteilung gesperrt – betroffen waren Güter, die mehr als 150 ha landwirtschaftlichen Boden oder 250 ha allgemeine Flächen umfassten. Bis zum 31. Dezember 1921 wurden beispielsweise in den böhmischen Ländern insgesamt 733.489,81 ha beschlagnahmt. Innerhalb weniger Jahre wurden „die Grundsatzbeschlüsse zur Bodenreform in konkrete Gesetze über Beschlagnahme, Parzellierung, Entschädigungs-

zahlungen überführt“[2], sodass eine staatsstabilisierende Wirkung der Neuverteilung von Grundbesitz in der Tschechoslowakei bald spürbar wurde: Da keine Verzögerung des Prozesses im Parlament, wie beispielsweise in Polen, auftrat, konnte die Bodenreform bis zum Ende der 1920er Jahre abgeschlossen werden und vor allem die Ansprüche vieler tschechischer und slowakischer Kleinbauern befriedigen.

Die zweite Bodenreform in der Tschechoslowakei, bei der mehr als ein Viertel der gesamten Fläche an Ackerland und Waldungen umverteilt wurde, begann im Februar 1945 und zog sich bis zum Jahr 1951 hin. Als so genannter „Abschluss“ der Reform nach dem Ersten Weltkrieg wurde sie offiziell mit dem Dekret „über die Enteignung, Aufteilung und Besiedlung des Bodens von Feinden und Verrätern“ vom 21. Juni 1945 eingeleitet. Am Ende dieser Reform wurde die Obergrenze des Privatbesitzes auf 50 ha festgelegt, die Schicht der Mittelbauern war nun aufgrund der neuen Besitzstrukturen am stärksten. In der letzten Etappe der zweiten Reform, die vor allem nach der kommunistischen Machtübernahme im März 1948 umgesetzt wurde, gab die Regierung nochmals 700.000 ha zur Verteilung frei und schaffte damit auch das Eigentum an mittelgroßen Grundstücken ab.

Ungarische Bodenreformen

In Ungarn hatte Ministerpräsident Mihály Károlyi (1875–1955) am 16. November 1918 die demokratische Republik Ungarn ausgerufen, im Januar 1919 kündigte er als Maßnahme gegen die sozialen Missstände eine Bodenreform an, die mit den Bodenreformgesetzen vom Februar 1919 auch eine gesetzliche Basis hatte. Innere und äußere Belastungen führten jedoch zum Rücktritt von Károlyi, am 21. März 1919 übernahmen die Kommunisten unter der Führung Béla Kuns (1886–1938) die Macht und gründeten eine kommunistische Räterepublik. Die Umverteilung des radikal enteigneten Großgrundbesitzes blieb aus, sodass auch der Widerstand der ländlichen Bevölkerung zum Zusammenbruch der Räterepublik beitrug. Obwohl die Regierung unter Miklós Horthy (1868–1957) als Reichsverweser die Gebietsabtretungen infolge des Vertrags von Trianon (1920) akzeptieren musste, konnten die grundbesitzenden Eliten, gestützt auf das Zugeständnis einer maßvollen Bodenreform, dennoch eine politische Konsolidierung erreichen. Die Kleinlandwirtepartei unter dem Landwirtschaftsminister István Nagyatádi Szabó (1863–1924) war die treibende Kraft der Bodenreform, sodass im November 1920 in der Nationalversammlung ein Bodenreformgesetz, auch als „Nagyatádi-Bodenreformgesetz“ bekannt, beschlossen wurde. Das Gesetz veränderte die Grundbesitzstruktur nicht spürbar, da auf seiner Grundlage von den zur Verfügung stehenden 8,5 Millionen ha nur 450.00 ha umverteilt wurden, welche die Großgrundbesitzer freiwillig abgetreten hatten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde durch Imre Nagy (1896–1958) als Landwirtschaftsminister der Kommunistischen Partei MDP (Magyar Dolgozók Pártja [Partei der Ungarischen Werktätigen]) im März 1945 mit der Bodenreformordnung eine Bodenreform kommunistisch-sozialistischer Zielsetzung eingeleitet. Dabei wurden aufgrund einer Verordnung vom Juli 1945 alle Mitglieder des Deutschen Volksbundes und damit de facto die gesamte deutsche Minderheit entschädigungslos enteignet. Die ungarische Regierung bestimmte am 29. Dezember 1945 im Sinne des Potsdamer Abkommens, dass alle ungarischen Staatsbürger nach Deutschland auszuweisen seien, die sich bei der Volkszählung von 1941 zur deutschen Nationalität oder Muttersprache bekannt hatten. Insgesamt wurden zwischen 1946 und 1948 rund 185.000 Angehörige der deutschen Minderheit zwangsenteignet, in Lagern interniert und vertrieben.[3]

Rumänische Bodenreformen

Bereits 1864 hatte Fürst Alexandru Ion Cuza (1820–1873) zusammen mit dem Ministerpräsidenten und Innenminister Mihail Kogălniceanu (1817–1891) den Versuch einer Agrarreform unternommen, die einige Bauern zu Eigentümern von Grundbesitz machte, aber aufgrund des Widerstandes der Bojaren scheiterte.

Nach den in den Friedensverträgen von Versailles 1919 und Trianon 1920 festgesetzten territorialen Zugewinnen konnte König Ferdinand I. (1865–1927) seine bereits 1917 zugesagte Agrarreform angehen. Nach der anfänglichen Verabschiedung verschiedener Einzelgesetze setzte die Regierung unter Alexandru Averescu (1859–1938) 1920/1921 eine Bodenreform um, die vor allem eine vollständige Enteignung der Ländereien der ungarischen Krone und der zu Ausländern gewordenen ehemaligen ungarischen Staatsbürger zur Folge hatte. Als Ergebnis der Reform bleibt festzustellen, dass nur ein kleiner Teil der Bauern ausreichend Grundbesitz erhielt. Die Hauptprobleme, wie geringe Rentabilität, blieben bestehen, sodass bis zum Zweiten Weltkrieg immer noch rund 75 % der Bauern unter 5 ha Land besaßen.

Die Enteignung in Rumänien infolge des Bodenreformgesetzes vom 23. März 1945 war eine gegen die deutsche und zum Teil die ungarische Minderheit sowie gegen rumänische Kriegsverbrecher gerichtete Maßnahme zur Landgewinnung. Die Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben verloren de facto ihren Grundbesitz, der meist aus landwirtschaftlichen Nutzflächen bestand. Die Abschaffung des Großgrundbesitzes durch die gleichzeitige Limitierung des Grundbesitzes auf 50 ha hatte zur Folge, dass rund 1,8 Millionen ha enteignet und größtenteils verteilt wurden. Zudem wurden rund 80.000 Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben in die Sowjetunion zur Zwangsarbeit deportiert.[4]

Jugoslawische Bodenreformen

Unter dem Credo „Nur ihr und Gottes Boden“ proklamierte Aleksandar (1888–1934), Regent des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen, des späteren Jugoslawien, am 6. Januar 1919 die Durchführung einer Bodenreform sowohl zur Lösung der allgemeinen Agrarfrage als auch zur Auflösung der Kmetenverhältnisse[5] und des Großgrundbesitzes. Im Zuge der Anfang 1919 eingeleiteten Bodenreform wurden bis 1929 insgesamt 437.862 ha Land, das Großgrundbesitzern mit mehr als 500 ha Land abgenommen worden war, an 262.666 bedürftige Familien zu durchschnittlich drei Katasterjoch verteilt. Dennoch ergab die Landzuteilung, die mit dem „Gesetz über die Liquidierung der Agrarreform auf den Großgrundbesitzen in Jugoslawien“ vom 19. Juni 1931 vorläufig abgeschlossen wurde und bei der viele Bauern, beispielsweise die donauschwäbischen Bauern, nicht berücksichtigt wurden, keine Verbesserung der sozialen und ökonomischen Verhältnisse im Land: Die nun vorherrschende Kleingrundbesitzerstruktur, die erneute Abhängigkeit der Bauern von den Verpächtern sowie die immer noch fehlende Marktfähigkeit erschwerten den angestrebten sozialen Aufstieg der Klein- und Kleinstgrundbesitzer.

Die kommunistischen Reformbestrebungen, die zwischen 1945 und 1948 ihren Höhepunkt erreichten, hatten die Beseitigung der teilweise noch bestehenden feudalen Verhältnisse der als gescheitert geltenden Bodenreform der Zwischenkriegszeit zum Ziel. Mit dem „Gesetz über Bodenreformen und Kolonisation“ vom 23. August 1945 wurde diese zweite Bodenreform in Jugoslawien eingeleitet, die eine Neuverteilung von annähernd 1,6 Millionen ha landwirtschaftlicher Nutz- und Waldfläche, darunter ein Großteil aus deutschem Besitz, zur Folge hatte. Der eingezogene Landbesitz wurde an neu gebildete, staatlich geführte Kooperationen verteilt. Ab 1951 wurde die landwirtschaftliche Kollektivierung gestoppt und der private Besitz von landwirtschaftlichen Flächen aufgrund der Nachfrage auf 10 ha begrenzt.

4. Kontroversen

Die Bewertung der Bodenreformen, die vor allem für die deutschen Grundbesitzer in der Zwischenkriegszeit eine entscheidende Zäsur darstellten, fällt zwiespältig aus, da die sozialen und ökonomischen Strukturen sowie die Besitzverhältnisse in den Ländern nur teilweise zugunsten der Kleinbauern und bedürftigen Gesellschaftsschichten verbessert wurden. In der Forschung stehen die Bodenreformen vor allem zusammen mit den Staatsgründungen im Fokus, weil die „diskursive Verankerung des Nationalstaates im Ostmitteleuropa der Zwischenkriegszeit unter starken inneren Spannungen stand“.[6] Die neuen Nationalstaaten mussten die von den tiefgreifenden Bodenreformen verursachten sozialen Umbrüche in der Zwischenkriegszeit bewältigen, ohne dabei die innere Stabilität zu verlieren. Die nationalpolitischen Aspekte der tschechoslowakischen, polnischen und ungarischen Bodenreformen als deren zentrales Motiv wurden diskutiert und unterschiedlich bewertet.[7] Der nationalpolitische Impetus ist bei den Reformen nicht grundsätzlich festzustellen, spielte aber vor allem in der Öffentlichkeit und in der zeitgenössischen Wahrnehmung eine wichtige Rolle. Auch im Hinblick auf die stabilisierende Wirkung in den neuen Nationalstaaten wurden die Bodenreformen untersucht und bewertet.[8] Der ökonomische Nutzen ist häufig der zentrale Aspekt bei der Betrachtung der einzelnen Reformen und war dementsprechend oft Gegenstand der Forschung.[9] Eine differenzierte wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den Reformen vor allem mit dem Blick auf die deutschen Grundbesitzer fehlt bisher.

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Jaromír Balcar: Instrument im Volkskampf? Die Anfänge der Bodenreform in der Tschechoslowakei 1919/20. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 46 (1998), S. 391–428.
- Mark Cornwall: „National Reparation“? The Czech Land Reform and the Sudeten Germans, 1918–1938. In: Slavonic und East European Review 75 (1997), S. 259–280.
- Michael Garleff: Die baltischen Länder: Estland, Lettland, Litauen vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Regensburg 2001 (Ost- und Südosteuropa), S. 111–113.
- Heinz-Dietrich Löwe: Stolypinsche Agrarreform. In: Hans-Joachim Torke (Hg.): Lexikon der Geschichte Russlands. Von den Anfängen bis zur Oktober-Revolution. München 1985, S. 367–368.
- Jovica Lukovic: „Das Land soll dem gehören, der es selber bestellt.“ Die jugoslawische Agrarreform in der Zwischenkriegszeit – von der Landzuteilung zur Lösung der Bauernfrage? In: Sozialwissenschaftliches Journal 1 (2006), H. 2, S. 36–54.
- Josef Matl: Die Agrarreform in Jugoslawien. Berlin 1927 (Quellen und Studien/Osteuropa-Institut Breslau 8).
- Norbert Penkaitis: Agrarentwicklung in Litauen 1918–1992. Berlin 1994.
- Joachim von Puttkamer: Die Tschechoslowakische Bodenreform von 1919. Soziale Umgestaltung als Fundament der Republik. In: Bohemia. Zeitschrift für Geschichte und Kultur der böhmischen Länder 46 (2005), S. 315–342.
- Wojciech Roszkowski: Land Reforms in East Central Europe after World War One. Warsaw 1995.
- Holm Sundhaussen: Bodenreformen. In: Edgar Hösch, Karl Nehring, Holm Sundhaussen (Hg.): Lexikon zur Geschichte Südosteuropas. Wien u.a. 2004, S. 118–120.
- Holm Sundhaussen: Die verpasste Agrarrevolution. Aspekte der Entwicklungsblockade in den Balkanländern vor 1945. In: Roland Schönfeld (Hg.): Industrialisierung und gesellschaftlicher Wandel in Südosteuropa. München 1989 (Südosteuropa-Studien 42), S. 45–60.

- Alice Teichova: Kleinstaaten im Spannungsfeld der Großmächte. Wirtschaft und Politik in Mittel- und Südosteuropa in der Zwischenkriegszeit. Wien 1988, hier S. 39–56.

Anmerkungen

[1] Wojciech Roszkowski: Landowners in Poland 1918-1939. New York 1991 (East European Monographs 299), S. 27-32; sowie Uwe Müller: Landreformen und Wirtschaftsnationalismus in Ostmitteleuropa. In: Dagmara Jajeśniak-Quast, Torsten Lorenz, Uwe Müller, Katarzyna Stokłosa (Hg.): Soziale Konflikte und nationale Grenzen in Ostmitteleuropa. Festschrift für Helga Schultz zum 65. Geburtstag. Berlin 2006, S. 171-187, hier S. 185.

[2] Joachim von Puttkamer: Ostmitteleuropa im 19. und 20. Jahrhundert. München 2010 (Oldenbourg Grundriss der Geschichte 38), S. 76.

[3] Janos Hauszmann: Ungarn. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Regensburg 2004 (Südost- und Osteuropa: Geschichte der Länder und Völker), S. 258.

[4] Von Puttkamer: Ostmitteleuropa (Anm. 2), S. 109.

[5] Kmeten waren unabhängige Bauern, die jedoch Zwangsabgaben – meist ein Drittel ihrer Ernte – an den Staat leisten mussten.

[6] von Puttkamer: Ostmitteleuropa (Anm. 2), S. 222.

[7] Siehe bei Balcar: Instrument im Volkstumskampf?; Cornwall: „National Reparation“?; Teichova: Kleinstaaten im Spannungsfeld.

[8] Vgl. von Puttkamer: Ostmitteleuropa (Anm. 2), S. 163f.

[9] Siehe bei Srećko M. Džaja: Die politische Realität des Jugoslawismus (1918–1991). Mit besonderer Berücksichtigung Bosnien-Herzegowinas. München 2002 (Untersuchungen zur Gegenwartskunde Südosteuropas 37); Hauszmann: Ungarn (Anm. 4); von Puttkamer: Ostmitteleuropa (Anm. 2).

Zitation

Raffael Parzefall: Bodenreformen. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2015. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32847 (Stand 13.04.2015).

Böhmische Brüder

1. Genese

Begriff

Der im Deutschen seit langem gebräuchliche Gruppenbegriff ‚Böhmische Brüder‘ umfasst Angehörige, Männer wie Frauen, einer sich in Böhmen und Mähren während der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts etablierenden Religionsgemeinschaft. Die geographisch genauere, bereits in der Frühen Neuzeit zu findende Benennung „Böhmisch-Mährische Brüder"[1] hat sich in der Forschung nicht durchsetzen können. Dass sich die Mitglieder schon der ersten Gemeinden untereinander als Brüder und Schwestern anredeten, entsprach ihrem

theologischen Selbstverständnis, an Vorstellungen und Gebräuche des Urchristentums anzuknüpfen.

Träger, Gebrauch

Neben der Benennung nach den Orten einzelner Gemeinden („Kunwalder Brüder“) sind in den frühen Bekenntnisschriften die Selbstbezeichnungen „Brüder des Gesetzes Christi“ (*fratres legis Christi*) und „Brüder vom Orden Christi“ (*bratří zákona Kristova*) zu finden, die bereits die Bedeutung des Neuen Testaments für Lehre und Lebensführung der Brüder zum Ausdruck bringen. Erst allmählich bildete sich für die Gesamtheit der Gemeinden ein eigener Begriff heraus: Die „brüderliche Vereinigung“ (*jednota bratrská*, *unitas fratrum*, Brüderunität) verstand sich stets als bloße Teilkirche der einen allgemeinen Kirche Christi. Vor allem in lateinischen und deutschen Schriften, die sich an Leser außerhalb der böhmischen Länder richteten, wurde nach 1600 die Eigenbezeichnung „Böhmische Brüder“ zunehmend geläufig.

Namen und fremdsprachige Entsprechungen


Die
Alte und Neue
Böhmische
Brüder,
Als deren
Merckwürdige und erbauliche
Historie
Zur Erkenntniß und Wiederholung,
besonders bey gegenwärtiger Zeit,
Der Kirchen GOTTes
wieder nothwendig zu werden scheinet,
Aus richtigen Urkunden
also hergeleitet,
Daß es zugleich zu einer
verlangten Fortsetzung des ehemaligen
Saltz-Bundes
dienen kan,
von
M. Georg Cunrad Rieger,
Past. der Kirchen zu S. Leonh. in Stuttgard.
Zöllichau, in Verlegung des Waysenh.
bey Gottlob Benj. Frommann. 1734.

Der in Stuttgart wirkende Lehrer und Theologe Georg Konrad Rieger (1687-1743), ein Vertreter des württembergischen Pietismus, publizierte 1724 bis 1740 in 24 Stücken ein umfassendes Werk über die Brüder-Unität. Darin ging es ihm vor allem um die Schicksale der alten Brüdergemeine in Böhmen, die er als apostolische Kirche und „Muster auch anderer Kirchen“ würdigte. Abb.: Bayrische Staats bibliothek München; Sign. Regensburg, Staatliche Bibliothek – 999/Hist.eccl.503 , S. 3.

Aufgrund der Gepflogenheit der Inquisition, neue religiöse Bewegungen mit bereits von der Kirche verurteilten alten Häresien zu identifizieren, wurden die Böhmischen Brüder von ihren Gegnern in Anlehnung an die im 15. Jahrhundert aus der französischen Picardie nach Böhmen gezogenen Glaubensflüchtlinge als ‚Pikarden‘ (Pikharten, *Picardi Bohemiae*) oder als Waldenser bezeichnet; die Bezeichnung‚Pikarden‘ findet sich regelmäßig in obrigkeitlichen Erlassen gegen die Brüder. Mit den deutschen und piemontesischen Waldensern suchten die Böhmischen Brüder tatsächlich wiederholt Kontakt, da sie annahmen, dass die Ursprünge der Waldenser bis in die Apostelzeit zurückreichten. Auch andere Ketzernamen wurden auf die Brüder übertragen.

Die Existenz brüderischer Exilgemeinden besonders in Polen, die Begründung der Herrnhuter Brüdergemeine in der Oberlausitz im 18. Jahrhundert und deren spätere Niederlassung in den böhmischen Ländern und schließlich die Entstehung neuzeitlicher, brüderische Traditionen aufnehmender Kirchen in der Tschechoslowakei nach dem Ersten Weltkrieg tragen bis

zur Gegenwart zu einer Begriffsverwirrung bei, die durch Übersetzungen von Fachliteratur oft noch verstärkt wird. Die in Polen seit dem 16. Jahrhundert lebenden Brüder böhmischen Ursprungs sind nicht zu verwechseln mit den „Polnischen Brüdern“ (*Bracia Polscy*), einer eigenständigen, stark vom antitrinitarischen Sozinianismus geprägten Religionsgemeinschaft. In der 1722 durch Nikolaus Ludwig von Zinzendorf (1700-1760) in Herrnhut begründeten „Erneuerten Brüderunität“, die an das Erbe der alten

Unitas Fratrum anknüpfte, gewann der Name „Mährische Brüder“ eine ganz eigene Bedeutung.[2] Die Gemeinden der Herrnhuter, die nach 1862 auch in Böhmen Fuß gefasst hatten, durften sich nach Gründung der Tschechoslowakischen Republik 1918 „Brüderunität“ (*Jednota bratrská*) nennen. An das brüderische Erbe knüpften dort auch die 1918/19 von tschechischen reformierten und lutherischen Gemeinden gebildete „Evangelische Kirche der Böhmischen Brüder“ (*Českobratrská cirkev evangelická*) sowie verschiedene Freikirchen an

2. Definition

Die Unität der Böhmischen Brüder, eine in Böhmen und Mähren nach 1450 aus verschiedenen Reformgruppen des Hussitismus entstandene Religionsgemeinschaft mit eigenen Bischöfen, Priestern und Diakonen, besaß schon lange vor der lutherischen Reformation einen beachtlichen Organisationsgrad und eine ausgeprägte Lehrtradition. In ihrem Mutterland war sie bis Anfang des 17. Jahrhunderts, als ihre Gemeinden im Zuge des verfassungsrechtlichen Systemwechsels in den böhmischen Ländern aufgelöst wurden, neben der utraquistischen Kirche die zweite aus der hussitischen Bewegung hervorgegangene Konfession. Die anfangs mehrheitlich in dörflicher Gemeinschaft lebenden, später auch in städtischen Gemeinden aktiven Brüder lebten in bewusster Distanz zur Gesellschaft streng nach dem Evangelium, lehnten Sakramente und Priestertum der Katholiken und Utraquisten ab und verpflichteten sich zu einem in Glaube, Liebe und Hoffnung verankerten demütigen Leben. Geleitet wurde die Unität von Synoden und einem Rat der Bischöfe und Ältesten (Senioren).

3. Lehre und kirchenamtliche Strukturen

Charakteristisch für die Brüderunität als eigenständige Kirche waren ihre entschiedene Ablehnung von Gewalt in Glaubenssachen wie in Fragen der gesellschaftlichen Ordnung, eine radikale Festlegung auf das Schriftprinzip, christlicher Ökumenismus, Vereinfachung der Zeremonien, Betonung der Kindererziehung und religiösen Unterweisung in den als Lebens- und Dienstgemeinschaft verstandenen Gemeinden sowie Dreiteilung der Brüdergemeinschaft in *incipientes*, *proficientes* und *perfecti*. Kontakte bestanden ins lutherische Wittenberg ebenso wie zu dem Straßburger Reformator Martin Bucer (1491-1551). Eine Ferdinand I. (1503-1564) im Jahr 1535 auf Tschechisch vorgelegte Konfession, die den böhmischen König von der Rechtgläubigkeit der Brüder überzeugen sollte, erschien drei Jahre später in lateinischer Sprache mit einem Vorwort Martin Luthers; sie blieb die Grundlage aller Überarbeitungen des Brüderbekenntnisses bis Anfang des 17. Jahrhunderts.

Die durch die Synodalbeschlüsse von 1494 revidierte brüderische Kirchenverfassung erfuhr in der Folgezeit nur noch geringfügige Veränderungen. Höchstes Leitungsgremium war der „Enge Rat“, dem die – in der Regel vier – Bischöfe der Unität und acht bis zwölf weitere „Älteste“ aus dem brüderischen Priesterstand angehörten, die auf Lebenszeit gewählt wurden. Der Vorsitz des zentralen Kontroll- und gesetzgebenden Organs, das sich gegenüber der Synode, der aus allen Kirchendienern der Unität (Senioren, Priestern, Diakonen, Akoluthen) bestehenden Versammlung, zu verantworten hatte, oblag dem „Richter“, das heißt dem jeweils ältesten der amtierenden Bischöfe. In den Einzelgemeinden gab es neben dem Priester und dessen geistlichen Gehilfen weitere Amtsträger, die auf Kirchenzucht und Ein-

haltung der Ordnungen achteten und die Almosen verwalteten. Der polnische Zweig der Unität wählte eigene Senioren (die Amtsbezeichnung Bischof war hier unüblich) und – beginnend mit Daniel Ernst Jablonski (1660-1741), einem Enkel von Johann Amos Comenius (Komenský, 1592-1670) – einen „auswärtigen Senior". Jablonski war es auch, von dem Zinzendorf 1737 die Bischofsweihe erhielt.

4. Historischer Abriss

Im Zuge der hussitischen Revolution zerbrach in Böhmen innerhalb von weniger als zwei Jahrzehnten die Einheit der kirchlichen Lehre und des kanonischen Rechts. Die Erschütterung der alten Ordnung ging hier sehr viel weiter als bei vergleichbaren Bewegungen in der lateinischen Christenheit, die vor der Reformation allgemein als Häresien bezeichnet wurden. In der Folge entstand ein breites Spektrum neuer religiöser Strömungen – und damit die fortwährende Herausforderung zu einem Ausgleich zwischen den einzelnen Gruppen und zu öffentlicher Toleranz. Diese religiöse und zwangsläufig auch politisch-gesellschaftliche Auseinandersetzung prägte die zweihundertjährige Epoche der „Böhmischen Reformation" (*česká reformace*), die zugleich die engere Wirkungsgeschichte der Böhmischen Brüder in ihrem Herkunftsland markiert.

Entstehung, Konsolidierung und Abgrenzung (1450er Jahre bis 1548)

Neben den beiden stärksten, gesetzlich anerkannten Glaubensparteien im Land, dem Utraquismus und dem Katholizismus, bildete sich die *Unitas Fratrum* in Böhmen während der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts als eine dritte, im Landrecht allerdings nicht verankerte Konfession heraus. Eine klare Distanzierung von der utraquistischen Kirche, der die neue, fast ausschließlich aus Laien bestehende Bewegung eine wachsende Annäherung an Rom zum Vorwurf machte, erfolgte 1467 auf der Brüderversammlung im ostböhmischen Dorf Lhotka bei Reichenau an der Kněžna / Rychnov nad Kněžnou, auf der erstmals – nach apostolischem Vorbild durch das Los – eigene Priester gewählt wurden. Während die erste Generation der Brüder noch überwiegend aus einfachsten Lebensverhältnissen stammte, lassen sich bereits in der zweiten Generation zahlreiche gebildete Männer und Frauen sowie Angehörige des Ritter- und Herrenstandes identifizieren. Dies hatte zur Folge, dass zu den bisherigen, bewusst in ländlicher Abgeschiedenheit und außerhalb der gängigen Sozialordnung gebildeten Gemeinden neue, unter dem Schutz des Adels stehende städtische Gemeinden, oft mit eigenen Versammlungs- und Bethäusern (*sbory*), entstanden. Die Brüder erhielten steten Zuzug aus utraquistischen Gemeinden im Land, aber auch von auswärtigen Gläubigen, etwa Waldensern aus der Mark Brandenburg. Auch Lukas von Prag (um 1460-1528), der bedeutendste Theologe der Unität in jener Phase, war ein ehemaliger „Kelchner" (lat. calix, Kelch; Anhänger der gemäßigten Richtung der Hussiten, die den Laienkelch beim Abendmahl gefordert hatten; siehe auch „Utraquisten"). Es wird geschätzt, dass die Gesamtzahl der Brüder, die um 1480 noch bei 1.000-2.000 lag, bis zur Wende zum 16. Jahrhundert auf rund 10.000 anstieg.

Zur Gruppen- und Identitätsbildung der Brüder trugen auch die Verfolgungen bei, die bereits 1461 einsetzten, als König Georg von Podiebrad (1420-1471) die Ketzerdekrete Karls IV. (1316-1378) erneuerte, um sein angespanntes Verhältnis zum Papsttum zu entlasten. Als besonders wirkmächtig erwies sich das sogenannte St.-Jakobs-Mandat König Vladislavs II. (1456-1516) gegen die „Pikarden", dem die katholischen wie die utraquistischen Stände auf dem böhmischen Landtag 1508 zugestimmt hatten. Das bis 1602 mehrfach erneuerte Mandat untersagte den Brüdern jede öffentliche Religionsausübung und verfügte empfindliche Einschränkungen ihres Gemeindelebens. Für Glaubenslehre und Volkspredigt gewannen daher die in eigenen Druckereien hergestellten Traktate, Erbauungsschriften und Gesangbücher, die als lateinische und deutsche Ausgaben auch außerhalb Böhmens und Mährens Ver-

breitung fanden und den Austausch mit Luther (1483-1546), Bucer (1491-1551) und anderen Reformatoren intensivierten, zunehmend an Bedeutung. Das Heraustreten aus der Abgeschiedenheit erhöhte allerdings das Risiko, in die konfessionspolitischen Auseinandersetzungen, die sich in den 1540er Jahren bedrohlich zuspitzten, hineingezogen zu werden.

Wie sehr die Spannungen zwischen Utraquisten, Brüdern und Lutheranern sowie regionale Differenzen zwischen den böhmischen Ländern die Ständeopposition gegen den Landesherrn schwächten, der adlige und städtische Mitsprache- und Kontrollrechte zurückzudrängen suchte, wurde beim Scheitern der antihabsburgischen Ständeerhebung von 1546/47 deutlich. Die Konfiskation der Güter des aufständischen Brüderadels hatte zur Folge, dass die Unitätsgemeinden an vielen Orten unter die direkte Herrschaft des Königs kamen und damit verstärkter Verfolgung ausgesetzt waren. Auch im städtischen Raum wurde das Leben der tschechischen und deutschen Gemeindemitglieder nahezu vollständig unterdrückt. Zahlreiche brüderische Priester und Gläubige wurden verhaftet, gefoltert und eingekerkert; Bischof Jan Augusta (1500-1572) hielt man 16 Jahre lang auf Burg Křivoklat gefangen. Ein Teil der Brüder in Böhmen entschied sich in dieser Situation zur Emigration nach Mähren, aber auch nach Polen und Preußen.

Neuausrichtung und Politisierung (1548-1609)

Die Formierung einer auf politischer Ebene gemeinsam agierenden evangelischen Religionspartei – und in diesem Zusammenhang das Bemühen um eine Legalisierung der Brüder und Lutheraner – war bestimmend für die böhmische Innen- und Konfessionspolitik der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts. Mit der *Confessio Bohemica*, die auf dem Prager Landtag von 1575 ausgearbeitet wurde, legten die verschiedenen evangelischen Gruppen Böhmens einschließlich der Brüder sogar eine gemeinsame Bekenntnisschrift vor. Die theologischen und kirchenrechtlichen Meinungsverschiedenheiten namentlich mit der Brüderunität, die strikt an einer selbständigen Kirchenorganisation festhielt, blieben jedoch auch weiterhin ein Stein des Anstoßes. Seinen Höhepunkt fand der durch die einsetzende Rekatholisierung beflügelte Solidarisierungs- und Formierungsprozess 1609 mit dem böhmischen Majestätsbrief Kaiser Rudolfs II. (1552-1612) für freie Religionsausübung und dem ebenfalls in die Landtafel eingetragenen „Vergleich“ zwischen den Ständen *sub una et sub utraque*. Durch den Majestätsbrief, der die *Confessio Bohemica* als Bekenntnisgrundlage einer evangelischen Kirchenorganisation in Böhmen billigte, wurde die Unität der Böhmischen Brüder erstmals gesetzlich und kirchenamtlich anerkannt.



Anfang des Buches Exodus (1579) der sechsteiligen Kralitzer Bibel. Der Kralitzer Bibel, die als bekannteste Übersetzung des Alten und Neuen Testamentes aus dem Hebräischen und Griechischen ins Tschechische gelten kann, kommt für die Beschäftigung mit der tschechischen Sprache somit ein ähnlicher Stellenwert zu wie der Luther-Bibel im deutschen Sprachraum. (Bild: Jiří Just: Die Kralitzer Bibel. In: Joachim Bahlcke, Stefan Rohdewald, Thomas Wünsch (Hg.): Religiöse Erinnerungsorte in Ostmitteleuropa. Konstitution und Konkurrenz im nationen- und epochenübergreifenden Zugriff. Berlin 2013, S. 360-371, hier S. 368).

Innerhalb des böhmischen Länderverbands hatte die Unität den Schwerpunkt ihres Wirkens nach 1548 in die Markgrafschaft Mähren verlagert, die sich nicht am Aufstand beteiligt hatte und insofern auch keine Böhmen vergleichbaren Verfolgungen kannte. Die religiöse Vielfalt Mährens, die Vorstellungen von konfessioneller Koexistenz und Toleranz begünstigte, war zugleich der Schulbildung, dem Buchdruck und der Kultur förderlich. Das eigene Schulwesen der Brüder, das sich an modernen protestantisch-humanistischen Lateinschulen orientierte, stand auch Schülern offen, die keinen Priesterberuf anstrebten. Ihr Schrifttum erreichte in den Volkssprachen Tschechisch und Deutsch auch Bürger und Bauern. Hervorzuheben ist überdies das Werk des Brüderbischofs Jan Blahoslav (1523-1571), der zahlreiche Schriften zur Geschichte, Literatur- und Musiktheorie verfasste und mit seiner 1571 nach zwanzigjähriger Arbeit abgeschlossenen *Gramatika česká* (Tschechische Grammatik) einen Grundstein der tschechischen Sprachwissenschaft legte. Größten Ruhm erwarb er als Bibelübersetzer: Die unter Leitung Blahoslavs begonnene, mit einem Kommentar versehene Übersetzung der Heiligen Schrift, die zwischen 1579 und 1594 in sechs Bänden in dem Dorf Kralitz/Kralice bei Brünn/Brno gedruckt wurde, erfuhr sogleich große Verbreitung. Die Sprache der Kralitzer Bibel blieb bis zum frühen 19. Jahrhundert die Richtschnur der tschechischen Literatursprache.

Ein eigener Zweig der Unität, der sich schon bald verselbständigen sollte, entwickelte sich nach der Emigration zahlreicher Brüder Mitte des 16. Jahrhunderts in Polen-Litauen. Zum Zentrum der Kirchenleitung wurde Lissa/Leszno, wo allein rund 800 Brüder eine neue Heimat fanden. 1570 ging die Unität eine brüderliche Vereinigung (*fraterna coniunctio*) mit anderen Bekenntnisgemeinschaften ein. In dem auf einer gesamtevangelischen Synode in Sandomir/Sandomierz geschlossenen und nach dieser benannten *Consensus Sendomiriensis* bestätigten sich Böhmische Brüder, Reformierte und Lutheraner gegenseitig ihre Rechtgläubigkeit, ohne ihre Eigenständigkeit als gesonderte Kirchen preiszugeben. Dass sich der polnische Zweig der Unität, der in der Adelsrepublik – anders als im böhmischen Mutterland – die Zeit des Dreißigjährigen Krieges überlebte, schrittweise der reformierten Kirche öffnete, zeichnete sich gleichwohl schon frühzeitig ab. Die um 1700 noch existierenden 15 brüderischen Gemeinden der polnischen Unität hatten sich längst den Reformierten angeschlossen und einzig aus Gründen der Tradition den älteren Namen beibehalten.

Legalisierung und Liquidierung (1609-1628)

Unter dem Schutz des rudolfinischen Majestätsbriefs konnte die Unität nach 1609 in Prag/Praha, in den königlichen Städten und auf dem Land wieder öffentliche Gottesdienste abhalten. Im neugestalteten Konsistorium an der Theynkirche in der Prager Altstadt waren die Brüder angemessen vertreten; der obersten evangelischen Kirchenbehörde oblag die Aufsicht über die Geistlichkeit, die Ordination neuer Geistlicher und die Bestätigung der jeweiligen Besetzung von Pfarr- und Predigerstellen. Auch mit Blick auf die literarische und verlegerische Arbeit der Unität stellt das zweite Jahrzehnt des 17. Jahrhunderts, in dem die letzte Revision der Kralitzer Bibelübersetzung erschien (1613), eine Blütezeit dar.

Auch wenn die Brüder nicht „Calviniani ante Calvinum“ waren,[3] wie es namentlich lutherische Theologen behaupteten, so ist die Annäherung der Unität in Böhmen und Mähren an das Reformiertentum doch unbestreitbar: in Gemeindeaufbau und Kirchenzucht ebenso wie in Studienorten, Buchdruck und Liedgut in tschechischer, lateinischer und deutscher Sprache. Hinzu kam der Einfluss der großpolnischen Unität. Die Reformierten betrachteten die Unität ohnehin als zu ihnen gehörig und nahmen die lateinische Konfession der Brüder von 1535 ohne deren Wissen in ihre Sammlungen symbolischer Bücher auf. Gegen die zunehmende Ausrichtung nach Genf gab es freilich starke Widerstände von denjenigen, die eine Rückbesinnung auf den früheren apolitischen Weg anmahnten und eine Zuspitzung der innenpolitischen Krise befürchteten. Die reformierten Netzwerke trugen das Ihre zum Ständeaufstand 1618 und besonders zur Wahl Friedrichs V. von der Pfalz (1596-1632), des mächtigsten reformierten Territorialherrn in Mitteleuropa, zum böhmischen König im Folgejahr bei. Gekrönt wurde er am 4. November 1619 im Prager Veitsdom vom Brüderbischof Jan Cyrill (1569-1632) und dem utraquistischen Administrator Jiří Dikastus (um 1560-1630).

5. Kontroversen/Forschung



Der Kupferstich wurde für die vierbändige Gesamtausgabe der didaktischen Schriften Johann Amos Comenius' (Druck 1657) geschaffen und zeigt deren Urheber. (Bild: Joachim Bahlcke, Bogusław Dybaś, Hartmut Rudolph (Hg.): Brückenschläge. Daniel Ernst Jablonski im Europa der Frühaufklärung. Dößel 2010, S. 34).

Nach den mitunter heftigen, für das konfessionelle Zeitalter freilich nicht untypischen Polemiken von katholischer, aber auch von utraquistischer und lutherischer Seite standen die Böhmischen Brüder erneut während des 19. und frühen 20. Jahrhunderts im Zentrum öf-

fentlich ausgetragener Kontroversen. Es waren vor allem erinnerungskulturelle, in einem dezidiert nationalen Kontext stehende Auseinandersetzungen, die durch die Spannungen zwischen Tschechen und Deutschen in der österreichischen Monarchie zusätzliche Dynamik erfuhren. František Palacký (1798-1876) wie auch Tomáš Garrigue Masaryk (1850-1937), die führenden Köpfe der tschechischen Nationalbewegung, stellten ihre politischen Emanzipationsbestrebungen in eine direkte Beziehung zur hussitischen Revolution und zur brüderischen Tradition. Die Reformationsepoche stand im Zentrum eines große Teile der Öffentlichkeit beschäftigenden Disputs um den „Sinn der tschechischen Geschichte“ (*smysl českých dějin*). Während Jan Hus (um 1369-1415) zum Vorkämpfer moderner Humanität und Demokratie stilisiert wurde, verklärte man die Brüderunität und ihren letzten Bischof Johann Amos Comenius zur edelsten Blüte des reformatorischen Aufbruchs in Böhmen und Mähren. Das religiös-theologische Vermächtnis Comenius’ wurde weitgehend säkularisiert, aktuellen Zeitbedürfnissen angepasst und zum Baustein ideologischer Konzepte in Staat und Gesellschaft gemacht. Wie bei keiner anderen Figur der eigenen Vergangenheit sah man im leidvollen Lebensweg des großen Brüdertheologen das Schicksal der ganzen Nation. Bis weit in das 20. Jahrhundert hinein war Comenius, als Repräsentant einer verfolgten und unterdrückten Minderheit, weit über Böhmen hinaus Lichtfigur und Hoffnungsträger für die Sehnsüchte der kleinen Völker im östlichen Mitteleuropa.[4]

Die Aufmerksamkeit, die die Böhmischen Brüder in der Öffentlichkeit fanden, kam gleichzeitig der Forschung zugute. Nicht nur Kirchenhistoriker und Theologen, auch mehrere Generationen von Allgemeinhistorikern – von Antonín Gindely (1829-1892), einem Schüler Palackýs, über Kamil Krofta (1876-1945) bis hin zu Otakar Odložilík (1899-1973), einem der führenden Vertreter der tschechoslowakischen Geschichtsforschung in der Zwischenkriegszeit – widmeten einen beträchtlichen Teil ihres Werkes Fragen der Reformationsepoche und speziell der Brüdergeschichte. Eine völlig neue Situation ergab sich infolge der politisch-ideologischen Umwälzungen nach 1945. Der Umfang kirchen- und religionsgeschichtlicher Forschungen nahm zwar stetig ab; die institutionell und personell vergleichsweise gut ausgestattete Comenius-Forschung bot jedoch weiterhin eine wichtige, auch Dissidenten offen stehende Plattform für Studien zu Reformation, konfessionellem Zeitalter und brüderischem Erbe. Profitierten andere historische Disziplinen und Teilgebiete von der Neuausrichtung der tschechischen Wissenschaft nach der politischen Wende von 1989, so ist bei den hier im Zentrum stehenden Fragen eher ein Rückgang des fachlichen und öffentlichen Interesses zu beobachten.[5] Neue Impulse für die Erforschung der Böhmischen Brüder verspricht die 2011 durch eine deutsch-tschechische Kommission begonnene Erschließung der 14 Foliobände umfassenden *Acta Unitatis Fratrum*, des bedeutendsten Quellenkorpus zur Geschichte der alten Brüderunität.[6]

6. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Craig D. Atwood: The Theology of the Czech Brethren from Hus to Comenius. University Park, Pa. 2009.
- Joachim Bahlcke, Winfried Eberhard, Miloslav Polívka (Hg.): Handbuch der historischen Stätten: Böhmen und Mähren. Stuttgart 1998.
- Joachim Bahlcke: Die böhmische Brüder-Unität und der reformierte Typus der Reformation im östlichen Europa. In: Comenius-Jahrbuch 16-17 (2008/09), S. 11-23.
- Joachim Bahlcke: Geschichte Tschechiens. München 2014.
- F[rantišek] M[ichálek] Bartoš: Bojovníci a mučedníci [Kämpfer und Märtyrer]. 2. Aufl. Praha 1946 (1. Aufl. 1939).

- Jaroslav Bidlo: Jednota bratrská v prvním vyhnanství [Die Brüderunität in der ersten Vertreibung]. Bd. 1-4. Praha 1900-1932.
- Peter Brock: The Political and Social Doctrines of the Unity of Czech Brethren in the Fifteenth and Early Sixteenth Centuries. The Hague 1957.
- Jolanta Dworzaczkowa: Bracia czescy w Wielkopolsce w XVI i XVII wieku [Die Böhmischen Brüder in Großpolen im 16. und 17. Jahrhundert]. Warszawa 1997.
- Winfried Eberhard: Reformatorische Gegensätze, reformatorischer Konsens, reformatorische Formierung in Böhmen, Mähren und Polen. In: Joachim Bahlcke, Hans-Jürgen Bömelburg, Norbert Kersken (Hg.): Ständefreiheit und Staatsgestaltung in Ostmitteleuropa. Übernationale Gemeinsamkeiten in der politischen Kultur vom 16.-18. Jahrhundert. Leipzig 1996, S. 187-215.
- Henryk Gmiterek: Bracia czescy a kalwini w Rzeczypospolitej (połowa XVI – połowa XVII wieku). Studium porównawcze [Böhmische Brüder und Calvinisten in der Adelsrepublik (Mitte des 16. bis Mitte des 17. Jahrhunderts). Eine vergleichende Studie]. Lublin 1987.
- Jindřich Halama: Sociální učení českých bratři 1464-1618 [Die Soziallehre der Böhmischen Brüder 1464-1618]. Brno 2003.
- Ferdinand Hrejsa: Sborové Jednoty bratrské [Die Gemeinden der Brüderunität]. Bd. 1-2. Brno 1915-1923 (Prameny dějin moravských 3-4).
- Jiří Just: 9.7.1609. Rudolfův Majestát. Světla a stíny náboženské svobody [9.7.1609. Der Majestätsbrief Rudolfs II. Licht und Schatten der Religionsfreiheit]. Praha 2009.
- Franz Machilek: Böhmische Brüder. In: Theologische Realenzyklopädie 7 (1981), S. 1-8.
- Dietrich Meyer: Zinzendorf und die Herrnhuter Brüdergemeine 1700-2000. Göttingen 2000.
- Amedeo Molnár: Boleslavští bratří [Die Bunzlauer Brüder]. Praha 1952.
- Amedeo Molnár: Böhmische Reformation. In: Pavel Filipi u.a. (Hg.): Tschechischer Ökumenismus. Historische Entwicklung. Praha 1977, S. 81-144.
- Joseph Th[eodor] Müller: Geschichte der Böhmischen Brüder. Bd. 1-3. Herrnhut 1922-1931.
- Otakar Odložilík: A church in a hostile state: The Unity of Czech Brethren. In: Central European History 6 (1973), S. 111-127.
- Erhard Peschke: Die Theologie der Böhmischen Brüder in ihrer Frühzeit. Bd. 1/1: Das Abendmahl. Untersuchungen. Stuttgart 1935 (Forschungen zur Kirchen- und Geistesgeschichte 5).
- Noemi Rejchrtová: „Das Land, das ich dir zeige". Die Brüder-Unität im 15.-17. Jahrhundert und ihre Emigranten. In: Martin Prudký (Hg.): Landgabe. Festschrift für Jan Heller zum 70. Geburtstag. Praha 1995, S. 238-244.
- Rudolf Říčan: Dějiny Jednoty bratrské [Geschichte der Brüderunität]. Praha 1957 (dt. Berlin 1961, Basel 2007).
- Rudolf Říčan (Hg.): Bratrský sborník [Sammelband zur Brüderunität]. Praha 1967.
- Martina Thomsen: „Wider die Picarder". Diskriminierung und Vertreibung der Böhmischen Brüder im 16. und 17. Jahrhundert. In: Joachim Bahlcke (Hg.): Glaubensflüchtlinge. Ursachen, Formen und Auswirkungen frühneuzeitlicher Konfessionsmigration in Europa. Berlin 2008 (Religions- und Kulturgeschichte in Ostmittel- und Südosteuropa 4), S. 145-164.
- Martin Wernisch (Hg.): Unitas Fratrum 1457-2007. Jednota bratrská jako kulturní a duchovní fenomén [Unitas Fratrum 1457-2007. Die Brüderunität als kulturelles und geistliches Phänomen]. Praha 2009.

Quellen

- Jaroslav Bidlo (Hg.): Akty Jednoty bratrské [Die Akten der Brüderunität]. Bd. 1-2. Brno 1915-1923 (Prameny dějin moravských 3-4).
- Joseph Fiedler (Hg.): Todtenbuch der Geistlichkeit der Böhmischen Brüder. In: Fontes rerum Austriacarum. Oesterreichische Geschichts-Quellen, Abt. 1: Scriptores. Bd. 5. Wien 1863.
- Anton Gindely (Hg.): Dekrety Jednoty bratrské [Synodalbeschlüsse der Brüderunität]. Praha 1865.
- Anton Gindely (Hg.): Quellen zur Geschichte der böhmischen Brüder, vornehmlich ihren Zusammenhang mit Deutschland betreffend. Wien 1859 (Fontes Rerum Austriacarum 2/19).
- Jaroslav Goll (Hg.): Quellen und Untersuchungen zur Geschichte der Böhmischen Brüder. Bd. 1-2. Prag 1878-1882.
- Jiří Just (Hg.): „Hned jsem k Vám dnes naschvalí poslíka svého vypravil". Kněžská korespondence Jednoty Bratrské z českých diecézí z let 1610-1618 [„Ich habe heute gleich einen Boten zu Euch gesandt". Die bischöfliche Korrespondenz der Brüderunität aus den böhmischen Diözesen der Jahre 1610-1618]. Praha 2011 (Archiv Matouše Konečného I/1).
- Jiří Just, Martin Rothkegel: Confessio Bohemica. 1575/1609. In: Andreas Mühling, Peter Opitz (Hg.): Reformierte Bekenntnisschriften. Bd. 3/1. Neukirchen-Vluyn 2012, S. 47-176.
- Amedeo Molnár: Českobratrská výchova před Komenským [Das Erziehungswesen der Böhmischen Brüder vor Comenius]. Praha 1956.
- Michael Rohde: Luther und die Böhmischen Brüder nach den Quellen. Brno 2007 (Pontes Pragenses 45).
- Maria Sipayłło (Hg.): Akta synodów różnowierczych w Polsce [Synodalbeschlüsse der Andersgläubigen in Polen]. Bd. 4: Wielkopolska 1569-1632 [Großpolen 1569-1632]. Warszawa 1997.

Periodika

- Acta Comeniana (Praha, 1969ff.)
- Comenius-Jahrbuch (Sankt Augustin, 1993ff.)
- Communio viatorum (Prague, 1958ff.)
- Reformační sborník. Práce z dějin československého života náboženského [Reformations-Sammelband. Arbeiten aus der Geschichte des tschechoslowakischen religiösen Lebens] (Bd. 1-8, Praha 1921-1941 [1946])
- Studia Comeniana et historica (Uherský Brod, 1971ff.)
- Teologická reflexe [Theologische Reflexion] (Praha, 1995ff.)
- Unitas Fratrum. Zeitschrift für Geschichte und Gegenwartsfragen der Brüdergemeine (Herrnhut, 1977ff.)
- Z kralické tvrze [Aus der Burg Kralitz] (Brno, 1967ff.)

Anmerkungen

[1] Joh[ann] Gottlob Carpzov: Religions-Untersuchung der Böhmisch- und Mährischen Brüder, von Anbeginn ihrer Gemeinden, bis auf gegenwärtige Zeiten. Leipzig 1742.

[2] Edita Sterik: Mährische Brüder, böhmische Brüder und die Brüderunität. In: Unitas Fratrum. Zeitschrift für Geschichte und Gegenwartsfragen der Brüdergemeine 48 (2001), S. 106-114.

[3] Vgl. exemplarisch Joh[ann] Christoph Koecher: Die drey Letzte und Vornehmste Glaubens-Bekenntnisse der Böhmischen Brüder [...]. Franckfurt, Leipzig 1741, S. 488f.

[4] Joachim Bahlcke, Lenka Řezníková: Johann Amos Comenius. In: Joachim Bahlcke, Stefan Rohdewald, Thomas Wünsch (Hg.): Religiöse Erinnerungsorte in Ostmitteleuropa. Konstitution und Konkurrenz im nationen- und epochenübergreifenden. Berlin 2013, S. 693-708.

[5] Joachim Bahlcke: Die tschechische und slowakische Geschichtsschreibung zu Reformation und konfessionellem Zeitalter vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart. In: Archiv für Reformationsgeschichte 100 (2009), S. 155-174.

[6] Martin Rothkegel: Editionsprojekt Acta Unitatis Fratrum. In: Comenius-Jahrbuch 19 (2011), S. 241-244.

Zitation

Joachim Bahlcke: Böhmische Brüder. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32846 (Stand 14.07.2014).

Briefwechsel der polnischen und deutschen Bischöfe (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Buch- und Druckgeschichte bis 1800

Allgemeines

Solange es in den Regionen des östlichen Europa keinen substanziellen und permanenten Bedarf an gedruckten Büchern gab, wurden sie entweder von den im östlichen Europa ansässigen Buchhändlern auf Messen in Frankfurt am Main und Leipzig erworben oder in den bereits bestehenden Offizinen im Westen des Heiligen Römischen Reichs (z. B. in Mainz) in Auftrag gegeben. Die Produktions- und Distributionsbedingungen wechselten von Ort zu Ort. Gleichwohl lassen sich im Programm aller Offizinen verwandte Züge finden. Zum Teil waren auch „Wanderdrucker“ tätig, reisende Drucker, die jeweils das druckten, was bei ihnen in Auftrag gegeben wurde. Der von Johannes Gutenberg entwickelte Hochdruck mittels einer hölzernen Presse und metallenen Lettern wurde von den Offizinen im östlichen Europa übernommen. Dieses technische Verfahren blieb im Wesentlichen während der gesamten Frühen Neuzeit bis zur Erfindung der Buchdruckmaschine durch Friedrich König (1811) gleich.

Die Erfindung des Buchdrucks, der die Verbreitung von Informationen durch Handschriften oder geschnitzte Blockbücher ablöste, fiel zusammen mit der nachmittelalterlichen Neuorientierung der Wissenschaften und der Entwicklung der Universitäten, mit der verstärkten Rezeption der Antike und schließlich mit der Reformation. Der Buchdruck breitete sich im östlichen Europa ab dem letzten Viertel des 15. Jahrhunderts aus, und somit wurden diese Entwicklungen sofort durch das neue Medium unterstützt.

Nicht nur die technische Grundlage des Buchdrucks war im östlichen Europa dieselbe wie im westlichen, auch die humanistische Bildung vieler Drucker war derjenigen im Westen vergleichbar, da sie an denselben Universitäten in Sachsen und in den Niederlanden studierten. Die Produktion wurde im 16. wie auch noch im 17. Jahrhundert vor allem von theologischer Literatur in der Folge von Reformation und Gegenreformation bestimmt; das Themenspektrum erweiterte sich jedoch beträchtlich. Unterschiedlich sind hingegen die re-

gionalen Schwerpunkte der Buchproduktion, was Autoren, Themen und Sprachen betrifft; in diesem Bereich lässt sich keine einheitliche Aussage für das östliche Europa treffen.

Pommern

Der erste Drucker in Stettin/Szczecin war Franz Schlosser aus Wittenberg, der amtliche Schriften (1533–1538) und mindestens einen Almanach für Königsberg (1537) druckte. Ihm folgte Johann Eichhorn d. J. aus Frankfurt (Oder), der hier 1568/69 arbeitete. Die Druckerfamilien Kelner (Kellner), Rhete (Rethius, Rehte, Rehtius) und Starck prägen mit Theologica, Gymnasialdrucken und Leichenpredigten die Druckgeschichte Stettins. David Rhete druckte ab 1636 die Zeitungen *Post-Zeitung* und *Bericht durch Pommern*.

Druckereien existierten auch in Barth, Greifswald und Stralsund. Die insgesamt geringe Buchproduktion ist wohl vor allem auch auf die schwedische Besatzung eines Teiles von Pommern von 1648 bis 1815 begründet.

West- und Ostpreußen

(s.a. Westpreußen, Ostpreußen)

Der Erst- und Inkunabeldrucker Preußens war der Goldschmied Jakob Karweyse, der in Marienburg/Malbork mindestens zwei populäre religiöse Drucke herstellte (wohl ab 1492). Voraussetzung für den Buchdruck in Danzig/Gdańsk war die florierende Papierherstellung. Der Wanderdrucker Konrad Baumgarten druckte hier etwa 1499/1500 religiöse Schriften und ein Schulbuch. Mit der Druckerfamilie Rhode aus Marburg wurde der Buchdruck in Danzig sesshaft. Unter den ca. 200 Drucken von Andreas Hünefeld sind Gesang- und Gebetbücher auch für die reformatorische Kirche in Polen und Litauen, Schulbücher und wissenschaftliche Werke sowie Dichtungen von Martin Opitz und anderen. Für die europäische Wissenschaftsgeschichte wichtig sind die Privatoffizinen des Astronomen Hevelius und des Botanikers Breyne. Auch als Stadt des Musikdrucks mit weiter Wirkung nach Polen und Westeuropa war Danzig ein Druckort von überregionaler Bedeutung.

Die Produktionen von Elbing/Elbląg und Thorn/Toruń waren regional wichtig. Eine starke Wirkung entfalteten die hier gedruckten Kantionale lutherischer Provenienz teilweise bis nach Polen.

In Königsberg wurde seit 1524 ununterbrochen gedruckt. Hans Weinreich aus Danzig, Hans Lufft aus Wittenberg, Hans Daubmann (Taubmann) aus Nürnberg, Wolfgang Dietmar aus Marienburg begründeten mit dem Druck von Kirchenordnungen, theologischen und reformatorischen Schriften sowie mit medizinischen und polnischen Büchern die Qualität des Druckorts. Johann Reusner druckte 1656–1659 die *Europaeische ordinari Postzeitung* und die *Europaeische Wochentliche Zeitung*, die bis 1933 als *Königsberger Hartungsche Zeitung* erschien. Er war wie sein Sohn Friedrich Drucker auch Verleger bedeutender Dichter wie Simon Dach und Georg Neumark. In Königsberg wurde auch für Danzig und das Bistum Pomesanien gedruckt, hier erschienen das verbreitete Gesangbuch Ambrosius Lobwassers (*Hymni Patrum*,1578), ein litauisches Gesangbuch (1667) sowie die Arien des Domorganisten Heinrich Albert, die bedeutend auf die Entwicklung des Sololiedes wirkten.

Schlesien



Grosse legenda der hailigsten frawen Sandt Hedwigis. Nach dem Druck von Konrad Baumgarten, Breslau 1504. [Universitätsbibliothek Erlangen, Inc. 1174]

Schlesien war mit 25 Druckorten (einschließlich Oberschlesien, Mährisch-Schlesien und Görlitz) die an Druckorten reichste Region im östlichen Europa. Dabei nahm Breslau/Wrocław, was Dichte und Qualität der Offizinen betrifft, eine zentrale Stellung ein. Hier druckte ab 1475 der Inkunabeldrucker und Kleriker Caspar Elyan für das Domkapitel. Bedeutende Drucker waren Konrad Baumgarten (*Grosse legenda der hailigsten frawen Sandt Hedwigis*, 1504) sowie die Reformationsdrucker Adam Dyon und Kaspar Libisch (Lybisch). Mit Andreas Winkler begann 1539 der Druck gelehrter Werke, der in den Produktionen der Offizinen der Familien Scharffenberg und Baumann sowie in der von Esaias Fellgiebel seine Fortsetzung fand. Ab 1732 druckte Johann Jacob Korn, der mit seinem Verlag die Brücke zum 19. und 20. Jahrhundert bildet. Seine große, auch polnische Produktion hatte eine Mittlerfunktion zwischen West und Ost. Die Stadtbuchdruckerei Graß, Barth & Comp. hatte eher regionalen Charakter.

1529 druckte Simprecht Froschauer (eigentl. Sorg) aus Nikolsburg/Mikulov das erste Buch in Liegnitz/Legnica. Seine Offizin begründete mit der von Nikolaus Schneider und der fürstlichen Druckerei die Qualität der Bücher. In Neisse/Nysa druckte Johann Creutziger (Cruciger) aus Preschau/Prešov wohl ab 1541 vor allem für den Bischof von Breslau, um ein Gegengewicht zu den protestantischen Druckern der Landeshauptstadt zu schaffen; ebenso war die Produktion der Druckerfamilie Schubart ausgerichtet. In Görlitz/Zgorzelec begann Crispin Scharffenberg den Buchdruck um 1545. Ambrosius Fritsch und Hans Rambau (Rhambaw) folgten mit wichtigen theologischen und landeskundlichen Werken. Die Druckgeschichte von Brieg/Brzeg begann 1610. Hauptsächlich wurden hier Verordnungen, Theologica, gelehrte Literatur und Gelegenheitsschrifttum gedruckt. In der Offizin von Johann Christoph Jakob wurden auch polnische Werke gedruckt.

Hundsfeld/Psie Pole (heute Stadtteil von Wrocław) war der Sitz der Offizin von Paul Helitz, der hier 1543 das erste hebräische Buch im deutschen Sprachraum druckte. In Dyhern-

furth/Brzeg Dolny druckte Sabbatai ben Joseph Bass (Schabtai) 1689–1712 hebräische Bücher.

Böhmen, Mähren

Die Anfänge des Buchdrucks in Böhmen sind noch nicht vollständig erforscht, aber 44 Inkunabeln zeugen von einer regen Drucktätigkeit. Der erste Druck (die tschechische Übersetzung der Chronik Trojas von Quido de Columna von 1468) stammt aus dem ältesten tschechischen Druckort Pilsen/Plzeň. Dort wurden als erste die auf 1476 datierten Drucke *Statuta synodalia Arnesti* hergestellt. 1498/99 druckte Mikulaš Balalář

aus der Slowakei hier acht tschechische Bücher. Zwischen 1501 und 1513 brachte er weitere 20 Werke mit breiter thematischer Fächerung heraus.

Von Bedeutung für Böhmen ist Johannes Alakraw aus Passau, der in Winterberg/Vimperk druckte. Er stellte auch den ersten tschechischen Wandkalender für das Jahr 1485 her.

In Kuttenberg/Kutná Hora war Martin Tischnowitz der Drucker der tschechischen Kuttenberg-Bibel (1489) mit 1.612 Blättern und 116 Holzschnitten. Er ging nach diesem Druck nach Prag/Praha, es sind von ihm jedoch keine weiteren Drucke bekannt.

Für Mähren wichtig ist zunächst Brünn/Brno. Hier druckten Konrad Stahl aus Blaubeuren und Matthias Preinlein aus Ulm. Beide hatten zuvor in Olmütz/Olomouc für das Bistum gearbeitet. Sie druckten hier wohl beide zusammen 1488 die *Chronica Hungarorum* des Johannes de Thwrocz, insgesamt mehr als zehn v. a. liturgische Bücher.

In Olmütz druckten ab 1499 Preinlein, ab 1500 Konrad Baumgarten und ab 1504 L. Fürstenhayn. Nach einem kurzen Intervall von 1538 bis 1547 von Jan Olivetský eröffnete 1554 der Nürnberger Jan Günther eine Offizin, die von seinen Nachkommen weitergeführt wurde. Olmütz blieb also das Zentrum des mährischen Buchdrucks.

Auch nichtkatholische Drucker wie Simprecht Sorg in Nikolsburg konnten sich in Mähren behaupten. Im 17. und 18. Jahrhundert kamen Znaim/Znojmo, Iglau/Jihlava und Troppau/Opava als Druckorte hinzu. In Südmähren arbeitete die illegale Druckerei der Böhmischen Brüder in Eibenschitz/Ivančice, ab 1578 ist sie in Kralitz/Kralice nachweisbar. Hier wurde insgesamt von 1563 bis 1619 gedruckt. Hauptwerk ist die sorgfältig hergestellte und kommentierte „Kralitzer Bibel“ (1574–94) in böhmischer Sprache.

Prag nahm innerhalb Böhmens und Mährens eine besondere Stellung ein. Zwar war es nur der drittwichtigste Druckort nach Pilsen und Winterberg, aber hier erlebte der böhmische Buchdruck bis zum Beginn des Dreißigjährigen Krieges eine Blütezeit. Zu nennen ist etwa die qualitätvolle Produktion des Georgius Nigrinus (tätig 1571–1606) mit über 600 Drucken in mehreren Sprachen und Fachgebieten. Seit 1512/13 wirkten hier jüdische Drucker. Mit dem Ende des Ständestaates (1618) wurde der böhmische und mit ihm der Prager Buchdruck zunehmend von jesuitischen Druckern beherrscht. Insgesamt wuchs die Produktion in Prag während des 17. Jahrhunderts fast um das Doppelte. Der Dreißigjährige Krieg bremste vorerst die Entwicklung. Ab 1650 durften in Böhmen nur noch katholische Verleger und Buchhändler arbeiten. Zwischen 1620 und 1700 gab es in Böhmen 29 Offizinen, davon 20 in Prag.

Slowakei

Der erste Drucker auf dem Gebiet der heutigen Slowakei war 1477–80 in Pressburg/Bratislava tätig. Erst 100 Jahre später entstanden weitere Offizinen im Zusammenhang

mit der Reformation: Kaschau/Košice 1560, Schintau/Šintava 1573, Komjáti/Komjatice 1573–74, Bartfeld/Bardejov 1577, Neusohl/Banská Bystrica 1578, Tyrnau/Trnava 1578, Blasenstein/Plavecký Hrad/Detrekőváralja 1579, Freistadt/Hlohovec/Galgóc 1584, Pressburg 1594, Leutschau/Levoča 1614. Bruno Brewer gründete seine Offizin 1625 in Leutschau; sie übertraf die bestehenden an Umfang der Produktion und Qualität und bestand bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts. Außer Theologica erschienen in dieser Region auch profane Schriften auf Latein, Deutsch und Ungarisch. Bis zum Ende des 17. Jahrhunderts wurden auf dem Gebiet der Slowakei 2.683 Bücher gedruckt.

Siebenbürgen

Der Buchdruck ist in Siebenbürgen seit 1529 nachgewiesen. Bei dem Drucker Lucas Trapoldner in Hermannstadt/Sibiu erschienen in diesem Jahr eine lateinische Grammatik und ein Pestbuch. Ab 1544 druckte hier Philipp Moler (erstmalig auf Rumänisch) vor allem reformatorisch beeinflusste liturgische Drucke für die Rumänen. Im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts baute die Familie Hochmeister die Offizin in Hermannstadt aus und schloss eine Buchhandlung an, deren erste Filiale in Klausenburg/Cluj-Napoca eröffnet wurde. Eine neue Offizin gründete 1693 Johann Barth; sie hatte bis 1832 Bestand.

In Kronstadt/Braşov druckte der siebenbürgische Reformator und Stadtpfarrer Johannes Honter ab 1539. Seine Offizin war die erste dauerhafte und brachte reformatorische und juristische Schriften sowie Lehrbücher hervor; europäischen Erfolg hatte seine gereimte Kosmographie (1542 u. ö.). Die Offizin wurde von Valentin Wagner fortgeführt.

Ab 1550 druckte Kaspar Helth (Heltai) in der von Georg Hoffgreff gegründeten Offizin in Klausenburg; sie bestand bis weit ins 17. Jahrhundert hinein. Aus ihr stammen 250 von 387 siebenbürgischen Drucken des 16. Jahrhunderts, die damit eine einzigartige Stellung nicht nur in Siebenbürgen, sondern im ganzen ungarischsprachigen Raum einnahm (Luthers Kathechismus erschien bei ihm zum ersten Mal auf Ungarisch). Helths Produktion war nicht nur auf theologische Bücher beschränkt, sondern umfasste auch historische und literarische Titel. Zwischen 1557 und 1581 druckte der Diakon Coresi kyrillische Bücher religiösen Inhalts. Ab 1668 arbeiteten in Klausenburg calvinistische und unitarische Offizinen.

Weitere Druckorte waren Weißenburg/Alba Iulia ab 1578/79, Mühlbach/Sebeş ab 1580 und Broos/Orăştie ab 1582.

Kriege und Epidemien beeinträchtigten die Buchproduktion in Siebenbürgen: Von 1601 bis 1670 erschienen nur 490, von 1671 bis 1700 650 Drucke, ihre Bedeutung reichte nicht mehr an die des 16. Jahrhunderts heran. Im 18. Jahrhundert erschienen 3.650 Drucke, vornehmlich in Klausenburg, Hermannstadt und Kronstadt.

Bibliographische Hinweise

Literatur

Allgemein

- Severin Corsten, Stephan Füssel, Günther Pflug u. a. (Hg.): Lexikon des gesamten Buchwesens. 2., völlig neu bearb. Aufl. LGB². Stuttgart 1987ff.
- Bernhard Fabian (Hg.): Handbuch deutscher historischer Buchbestände in Europa. Hildesheim, Zürich, New York (Bd. 1–3: Tschechische Republik; Bd. 4: Slowakische Republik; Bd. 5: Ungarn; Bd. 6: Polen).

- Detlef Haberland (Hg.): Buch- und Wissenstransfer in Ostmittel- und Südosteuropa in der Frühen Neuzeit. München 2007 (Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 34).
- Hans Jessen: Von Buchdruckern und Verlegern im deutschen Osten. Kitzingen [1954] (Der Göttinger Arbeitskreis. Schriftenreihe 41).
- Christoph Reske: Die Buchdrucker des 16. und 17. Jahrhunderts im deutschen Sprachgebiet. Wiesbaden 2007 (Beiträge zum Buch- und Bibliothekswesen 51).

Pommern

- LGB², Bd. VI (2003), S. 55f.
- Gottlieb Mohnike: Die Geschichte der Buchdruckerkunst in Pommern. Stettin 1840.
- Reske, S. 860–866.

Ost- und Westpreussen

- Detlef Haberland: Der Buchdruck in Danzig in der Frühen Neuzeit. Vom Wanderdrucker bis zur Massenproduktion. In: Jens Stüben (Hg.): Ostpreußen, Westpreußen, Danzig. Eine historische Literaturlandschaft. München 2007 (Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 30), S. 189–204.
- LGB², Bd. IV (1995), S. 175.
- Reske, S. 145–151, 190–192, 482–489.
- Axel E. Walter (Hg.): Königsberger Buch- und Bibliotheksgeschichte. Köln u. a. 2004 (Aus Archiven, Bibliotheken und Museen 1).

Schlesien

- Helmut Claus: New Light on the Presses of Adam Dyon and Kaspar Libisch in Breslau (1518–1540). In: John L. Flood, William A. Kelly(ed.): The German Book 1450–1750. Studies presented to David L. Paisey in his retirement. London 1995, S. 61–80.
- Detlef Haberland: Kommentierte Bibliographie zum Buch- und Bibliothekswesen in Schlesien bis 1800. München 2010 (Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 39).
- LGB², Bd. I (1987), S. 260, 540f.; Bd. III (1991), S. 199; Bd. IV (1995), S. 542.
- Reske, S. 131f., 179f., 299–301, 550–552, 639–642.
- Alfred Świerk: Die Anfänge des Buchdrucks in Breslau. In: Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau 23 (1982), S. 171–177.

Böhmen, Mähren

- Beda Dudik: Geschichtliche Entwicklung des Buchdrucks in Mähren. Brünn 1879.
- LGB², Bd. I (1987), S. 49, 481–484, 560f.; Bd. V (1999), S. 14f., 183, 367, 444; Bd. VI (2003), S. 12, 83–85; Bd. VII (2007), S. 204, 441f., 512–518.
- Josef Volf: Geschichte des Buchdrucks in Böhmen und Mähren bis 1848. Weimar 1928.

Slowakei

- Ján Čaplovič: Bibliografia tlačí vydaných na Slovensku do roku 1700. 2 Bde. Martin 1972–1984.
- LGB², Bd. VII (2007), S. 112–114.

Siebenbürgen

- Gedeon Borsa (Hg.): Alte siebenbürgische Drucke (16. Jahrhundert). Köln 1996 (Schriften zur Landeskunde Siebenbürgens 21).
- LGB², Bd. III (1991), S. 440, 529f.; Bd. IV (1995), S. 230, 352f.; Bd. V (1999), S. 215; Bd. VII (2007), S. 84–86.
- Christian Rother: Siebenbürgen und der Buchdruck im 16. Jahrhundert. Mit einer Bibliographie „Siebenbürgen und der Buchdruck“. Wiesbaden 2003 (Buchwissenschaftliche Beiträge aus dem Deutschen Bucharchiv München 71).

Weblinks

- http://muzpap.pl/ (Papiermuseum Bad Reinerz/Duszniki Zdrój, Schlesien)
- http://muzeumdrukarstwa.eu/ (Druckmuseum Teschen/Cieszyn, Schlesien)
- http://muzeumdrukarstwa.mhw.pl/ (Druckmuseum Warschau/Warszawa)

Zitation

Detlef Haberland: Buch- und Druckgeschichte bis 1800. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2011. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/53829.html (Stand 29.11.2011).

Buchenlanddeutsche → Bukowina (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Bukowinadeutsche → Bukowina (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Bulgariendeutsche → Bulgarien (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Bund der Vertriebenen (BdV)

1. Kurzbeschreibung

Der am 27. Oktober 1957 (bzw. endgültig am 14. Dezember 1958) gegründete und in Bonn ansässige Bund der Vertriebenen. Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände (BdV) stellt als Dachorganisation der deutschen Vertriebenenverbände eine Besonderheit dar. Obgleich auch andere europäische Staaten nach 1945 erhebliche Probleme mit der Aufnahme und Eingliederung von Flüchtlingen und Vertriebenen hatten und sich diese vielfach auch politisch organisierten, entstand nur in Westdeutschland ein derart differenziertes und einflussreiches Organisationswesen der Betroffenen. Der BdV ist ein Vereinsverband und als rechtsfähiger Verein beim Amtsgericht Bonn unter VR 2841 im Vereinsregister eingetragen; seine Mitgliedsverbände (Landsmannschaften und Landesverbände) sind ihrerseits eingetragene Vereine. In der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands bzw. der DDR wurde nach 1945 die Entstehung von Vertriebenenverbänden unterbunden. Dagegen entstanden in der Republik Österreich für die 1950 ca. 300.000 "volksdeutschen Flüchtlinge", wie sie dort genannt wurden, seit den frühen 1950er Jahren Landsmannschaften, die sich am 11. September 1954 zur Arbeitsgemeinschaft volksdeutscher Landsmannschaften Österreichs (VLÖ) zusammenschlossen.

2. Aufgaben

Die Westalliierten hatten nicht zuletzt aus Furcht vor einer Radikalisierung der Flüchtlinge und Vertriebenen (1950 ca. 8 Millionen Menschen, d. h. etwa 16% der Gesamtbevölkerung) zunächst deren Selbstorganisation zu verhindern gesucht. Die Vertriebenenverbände waren insofern "Spätkommer" (Wambach), die versuchen mussten, sich in einem bereits etablierten Parteien- und Verwaltungsstaat zu behaupten. Aus diesen Entstehungszusammenhängen resultiert auch maßgeblich, dass am 9. April 1949 in Frankfurt/Main zwei Dachverbände gegründet wurden: zum einen der straff organisierte Zentralverband vertriebener Deutscher (ZvD), der sich als in Landesverbände gegliederte "Vertriebenengewerkschaft" mit vorrangig sozialpolitischen Arbeitsschwerpunkten verstand, zum andern die von innerverbandlichem Partikularismus geprägten Vereinigten Ostdeutschen Landsmannschaften (VOL) - seit dem 18. August 1952 Verband der Landsmannschaften (VdL) -, welche vorrangig die gemeinsame Herkunft und heimatpolitische Ziele betonten. Beide Verbände standen nicht zuletzt wegen persönlicher Rivalitäten ihrer Führungspersönlichkeiten zueinander in distanzierter Konkurrenz. Daran scheiterten letztlich auch Anfang der 1950er Jahre Fusionspläne unter dem Namen Bund vertriebener Deutscher (BVD). Erst 1957/58 gelang vor dem Hintergrund massiver Mitgliederverluste des sich seit 1954 als BVD bezeichnenden ZvD die Gründung des BdV. Zu diesem Zeitpunkt hatten die Vertriebenenverbände ihren Zenit bereits überschritten. Verfügten zu Beginn der 1950er Jahre ZvD und VOL/VdL zusammen noch über 3 bis 4 Millionen Mitglieder, so sank bis Mitte der 1960er Jahre als Folge der erfolgreichen Eingliederungsanstrengungen die Zahl der Mitglieder des BdV auf (offiziell angegebene) 2,3 Millionen (1963), was allerdings einem vergleichsweise immer noch eindrucksvollen Organisationsgrad von ca. 20 bis 25% entspricht. Wie viele Mitglieder der BdV heute hat, ist unklar. Die Nachrichtenagentur ddp ermittelte 2010 550.000 Mitglieder, eine Zahl, die der BdV bestritt. Erschwert werden derartige Recherchen durch die komplexe Verbandsstruktur mit ihrem Nebeneinander von Landsmannschaften und Landesverbänden sowie bis heute offenbar diffuse Mitgliedschaftsverhältnisse. Die Homepage des BdV gibt aktuell (ohne Nachweis) 1,3 Millionen Mitglieder an. Obgleich es sich bei den Vertriebenenverbänden um klassische Lobbyorganisationen handelt, die partikulare Interessen ihrer Mitglieder vertreten, entspricht diese Außensicht nicht ihrem Selbstbild. Jene verstanden sich vielmehr stets als eine der bundesdeutschen Staatsraison, wie sie sie interpretierten, verpflichtete nationale Avantgarde des deutschen Volkes. Deshalb beanspruchten die Vertriebenenverbände in der frühen Bundesrepublik auch ein quasi öffentliches Wächteramt im Hinblick auf die Deuts

chland- und Ostpolitik und begannen bereits frühzeitig damit, ein Instrumentarium aufzubauen, das ihnen, analog zu entsprechenden erfolgreichen Versuchen der "Auxiliaramtstätigkeit" im Bereich der Innenpolitik, ermöglichen sollte, eine "ergänzende Außenpolitik" (Wambach) zu betreiben. Allerdings war diesen Bestrebungen langfristig kein Erfolg beschieden. Hinter dem teilweise noch bis Anfang der 1990er Jahre vertretenen Anspruch einer Wiedervereinigung Deutschlands (mindestens) in den Grenzen von 1937 stand unausgesprochen die im revisionistischen Denken der 1920er Jahre wurzelnde, völkischer und rassistischer Implikationen allerdings überwiegend entkleidete, Vorstellung, dass Deutschland in den Potsdamer Grenzen nicht existenzfähig sei und als mitteleuropäische Hegemonialmacht wiederhergestellt werden müsse. Mit Kritikern ging der BdV im Innern wie auch nach außen in der Regel äußerst schroff um.

3. Organisation

Aus organisationssoziologischer Sicht stellen die Vertriebenenverbände, durchaus in Einklang mit ihrem Selbstverständnis, einen älteren Verbandstypus dar, der auffällige Gemeinsamkeiten mit vormodernen, ständischen Vereinigungen aufweist: Gruppenloyalitäten und

Gemeinschaftsnormen stellen über den rationalen Vereinszweck und individuelle Nutzenerwägungen hinaus einen nicht zu unterschätzenden emotionalen Kitt dar, der den Vertriebenenverbänden bis heute Loyalität und Mobilisierbarkeit ihrer Mitglieder sichert. Der BdV ist eine föderalistisch aufgebaute Organisation: Das Präsidium (heute bestehend aus dem Präsidenten bzw. der Präsidentin, sechs Vizepräsidenten und sechs weiteren Präsidialmitgliedern) und die Bundesversammlung des BdV können zwar im Namen aller Mitgliederverbände handeln, doch ist die interne Meinungsvielfalt größer als in der Öffentlichkeit meist angenommen wird. Durch den teilweise extremen innerverbandlichen Partikularismus eröffnete der BdV den politischen Entscheidungsträgern immer wieder Möglichkeiten, ihn durch eine Politik des *"Divide et impera!"* zu schwächen und damit in der tagespolitischen Auseinandersetzung zu marginalisieren; auf diese Weise wurde staatlicher Einflussnahme Tür und Tor geöffnet. Der BdV war und ist im Grunde ein fragiles Gebilde, das auf die Kooperationswilligkeit seiner Mitgliederverbände angewiesen ist. Die verbandsinternen Probleme versuchten der BdV und seine Mitgliedsorganisationen durchaus erfolgreich durch machtvolle öffentliche, bis in die späten 1960er Jahre hinein teilweise mehrere hunderttausend Menschen mobilisierende Großkundgebungen (Tage der Heimat, Pfingsttreffen) zu überdecken. Diese verfolgten einen doppelten Zweck: Zum einen machten sie in der "Heimatfamilie" die postulierten gemeinsamen Interessen gleichsam sinnlich erfahrbar, bekräftigten damit deren innere Geschlossenheit und suchten dadurch einer Assimilierung der "Schicksalsgemeinschaft" in der "Fremde" entgegenzuwirken. Zum andern wurde durch den scheinbar basisdemokratischen Appell an den kollektiv verstandenen Willen der 'Volksgruppe' die öffentliche Legitimierung v. a. der Verbandsinteressen bezweckt und auf diese Weise öffentlicher Druck erzeugt. Heute funktionieren diese Mechanismen indes nur noch rudimentär.

4. Geschichte

Die Vertriebenenverbände bedienten sich bei ihrer Lobbypolitik zeitweise sehr erfolgreich der Strukturen des Partei- und Verwaltungsstaates. Dies zeigen v. a. der Gesetzgebungsprozess zum Lastenausgleich wie auch Durchführung und Fortschreibung des Lastenausgleichsgesetzes vom 14. August 1952. Weniger erfolgreich war der BdV dagegen mit seinen Versuchen, die Deutschland- und Ostpolitik der Bundesrepublik in seinem Sinne zu beeinflussen. Grundsätzlich waren die Vertriebenenverbände gegenüber den östlichen Nachbarn, wie etwa die 1950 in Stuttgart verkündete Charta der deutschen Heimatvertriebenen zeigt, zwar verständigungsbereit, dennoch agierte der BdV in heimatpolitischen Fragen vor allem als Wahrer der Geschäftsgrundlagen von 1949, wie er sie verstand, und verweigerte sich deshalb vehement einer Anpassung seiner Programmatik an die Prämissen der neuen Entspannungspolitik. Er vermochte indes mittel- und langfristig nur retardierend zu wirken und trug nicht unerheblich dazu bei, dass die Deutschland- und Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland in den 1960er Jahren immer mehr in eine Sackgasse geriet.

Dass dem BdV trotz seiner organisatorischen Schwächen bis heute der Ruf anhängt, eine mächtige, gut organisierte Lobby-Organisation mit weitreichenden Beziehungen in die politisch-administrativen Spitzen von Bund und Ländern (gewesen) zu sein, hängt v.

a. damit zusammen, dass er bis in die 1970er Jahre hinein über die großen demokratischen Volksparteien eng mit dem politischen System der Bundesrepublik Deutschland verflochten war. Dennoch konnte sich auch der BdV letztlich nicht von den Funktionsmechanismen der Parteiendemokratie abkoppeln - im Konfliktfall galt die höhere Loyalität der Vertriebenenpolitiker nämlich in der Regel ihrer Partei. Parteipolitisch waren der BdV und seine Vorläuferorganisationen trotz einer erkennbaren Affinität der Mehrheit ihrer Mitglieder für die Unionsparteien neutral. Der 1950 gegründete Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE, später Gesamtdeutscher Block/BHE) konnte zwar in den 1950er Jahren einigen

Einfluss gewinnen, doch gelang es ihm als Folge der erfolgreichen Integrationspolitik nicht, im westdeutschen Parteiensystem dauerhaft Fuß zu fassen. Seit den späten 1950er Jahren wandten sich die Vertriebenen verstärkt der im Bund oppositionellen SPD zu, die traditionell über zahlreiche Anhänger und Parteimitglieder vor allem bei den Vertriebenen aus Schlesien und dem Sudetenland verfügte. Die deutschnationalen Parolen der damaligen SPD-Führung ("Verzicht ist Verrat") kamen bei den Vertriebenen an und es ist auch kein Zufall, dass mit Wenzel Jaksch (1896–1967) und Reinhold Rehs (1901–1971) zwischen 1964 und 1970 zwei SPD-Politiker BdV-Präsidenten waren. In der Rückschau wird allerdings sehr deutlich, dass die SPD, und hierbei insbesondere Willy Brandt, den BdV bzw. das hinter diesem stehende Wählerklientel im Hinblick auf einen Machtwechsel in Bonn lediglich zu instrumentalisieren suchte, wurde doch parallel bereits die Abkehr von der bisherigen Deutschland- und Ostpolitik vorbereitet. Die Neue Ostpolitik wurde vom BdV heftig bekämpft und führte zu Übertritten von SPD-Vertriebenenpolitikern zur CDU, so etwa des langjährige BdV-Vizepräsidenten Herbert Hupka (1915–2006). Dennoch handelte es sich hierbei insgesamt gesehen um Ausnahmen, zu beobachten ist seit den 1970er Jahren aber eine bis heute spürbare wechselseitige Distanz von BdV und SPD. Obgleich der Anspruch auf parteipolitische Neutralität vom BdV förmlich nie aufgegeben wurde, lehnte er sich seither eng an CDU und CSU an. Allerdings war auch das Verhältnis zu den Unionsparteien nie frei von Belastungen gewesen, weil diese als Regierungsparteien letztlich nicht gewillt waren, den weitgesteckten heimatpolitischen Zielsetzungen des BdV zum Durchbruch zu verhelfen. Da man diesen jedoch aus partei- und machtpolitischen Gründen nicht verprellen wollte, bediente man sich in der Union immer häufiger verschleiernder Sprachregelungen. Die wechselseitige Kommunikation war deshalb stets von einer gewissen Unaufrichtigkeit gekennzeichnet. Die Opposition gegen die Neue Ostpolitik führte Union und BdV dann wieder enger zusammen. Bemerkenswert ist, dass, obwohl es im Führungspersonal der Vertriebenenverbände eine nicht unerhebliche Zahl von Politikern gab, die aus der Zeit des Dritten Reiches politisch belastet waren, es rechtsextremistischen Parteien nie gelang, den BdV für ihre Ziele einzuspannen. Erfolglos blieben auch Versuche von linksextremer Seite, über den 1951 gegründeten "Westdeutschen Flüchtlingskongress" (WFK), eine von der DDR gesteuerte kommunistische Tarnorganisation, Einfluss auf die Vertriebenen zu gewinnenDie Unnachgiebigkeit des BdV in heimatpolitischen Fragen und die faktische Aufgabe der parteipolitischen Neutralität führte im Ergebnis dazu, dass seit den 1970er Jahren die Mitgliederzahl zu einem keineswegs mehr für die Gesamtklientel repräsentativen, zudem tendenziell überalterten Kernbestand zusammenschrumpfte, der zwar auch heute noch in gewissem Umfang mobilisierbar ist, seine frühere Schlagkraft aber weitgehend eingebüßt hat. Der, gemessen an den eigenen Ansprüchen, schleichende Niedergang des BdV setzte sich in den 1980er Jahren fort; die Ära Kohl brachte, trotz einzelner Zugeständnisse auf dem Felde der symbolischen Politik keineswegs die erhoffte Renaissance. Die Tatsache, dass es dem BdV 1973 und 1975 gelungen war, in den von ihm mit angestrengten Urteilen des Bundesverfassungsgerichts zu den Ostverträgen seine Rechtspositionen in erheblichem Umfang bestätigt zu bekommen, erwies sich im Nachhinein insofern als wertlos, als dadurch nicht verhindert werden konnte, dass der gesamtdeutsche Gesetzgeber 1990 realpolitisch handelte und die Bundesrepublik Deutschland im deutsch-polnischen Grenzbestätigungsvertrag vom 14. November 1990 die Oder-Neiße-Linie endgültig als deutsch-polnische Grenze anerkannte. Diese Anerkennung, gegen die der BdV vergeblich protestierte, machte schlagartig bewusst, wie sehr der Einfluss des Verbandes inzwischen auch innerhalb der CDU/CSU zurückgegangen war. Zwar vergrößerte sich durch die Wiedervereinigung Deutschlands und den nach dem Zusammenbruch des Ostblocks vorübergehend wieder anschwellenden Zustrom von Spätaussiedlern die Zielgruppe des BdV noch einmal, was zu einer Steigerung der Mitgliederzahlen führte, doch stellte diese kurze Phase insgesamt nur eine Nachblüte dar. Der BdV hatte sich ganz offensichtlich in seiner Programmatik von dem,

was die Mehrheit der Menschen im wiedervereinigten Deutschland berührte, weitgehend entfernt, er wurde überwiegend als Interessenvertretung einer immer marginaler werdenden Randgruppe wahrgenommen. Die innerverbandlichen Reaktionen auf diese Entwicklung waren denkbar unterschiedlich: Ein Teil der organisierten Vertriebenen nahm die in den Verträgen von 1990/91 ausgeklammerte Vermögensfrage in den Blick und kehrte damit in gewisser Weise zur ursprünglichen Rolle der Vertriebenenverbände, vorrangig als Sachwalter der ökonomischen Interessen ihrer Klientel zu fungieren, zurück. Die Aktivitäten der 2000 zu diesem Zwecke gegründeten, in Düsseldorf ansässigen Organisation "Preußische Treuhand GmbH & Co. KG a. A.", die gegenüber Polen Entschädigungsleistungen für die materiellen Verluste der Vertriebenen einklagen will, erregten zwar große mediale Aufmerksamkeit, scheiterten aber letztlich. Bemerkenswert ist, dass sich der BdV als Verband von der Preußischen Treuhand distanzierte. Seit der Übernahme der BdV-Präsidentschaft durch die CDU-Bundestagsabgeordnete Erika Steinbach im Jahr 1998 scheint sich in der Programmatik des BdV eine Interessenverlagerung anzubahnen. Das Engagement des Verbandes für Fragen des Schutzes nationaler Minderheiten und gegen neue Vertreibungen, v. a. aber das 1999 ins Leben gerufene Projekt "Zentrum gegen Vertreibungen" in Berlin sowie die Beteiligung des BdV an der 2008 errichteten Bundesstiftung "Flucht, Vertreibung, Versöhnung" führten weg von der früheren Konzentration auf Grenzfragen und die eigene Opferrolle. Derartige Initiativen sichern dem BdV zudem eine - wenngleich nicht immer freundliche - hohe Medienpräsenz. Andererseits ist festzustellen, dass einzelne Repräsentanten des BdV immer wieder durch polarisierende Stellungnahmen Kritik geradezu herausfordern. Derartige Vorkommnisse können als Beleg dafür gewertet werden, dass in Teilen des BdV immer noch der Wunsch besteht, an Deutungsmustern der deutschen Geschichte festzuhalten, die ihre Wurzeln in der unmittelbaren Nachkriegszeit haben, heute aber politisch wie wissenschaftlich längst ad acta gelegt sind und deshalb nicht Grundlage moderner Erinnerungskultur sein können. Ob es dem BdV gelingen wird, auch im vereinigten Deutschland Sprachrohr der Interessen seiner Klientel zu bleiben, muss angesichts der Entwicklung der letzten Jahrzehnte als ungewiss bezeichnet werden.

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Pertti Ahonen: After the expulsion. West Germany and Eastern Europe 1945–1990. Oxford u. a. 2003.
- Wolfgang Fischer: Heimat-Politiker? Selbstverständnis und politisches Handeln von Vertriebenen als Abgeordnete im Deutschen Bundestag 1949 bis 1974. Düsseldorf 2010 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 157).
- Beata Ociepka: Związek Wypędzonych w systemie politycznym RFN i jego wpływ na stosunki polsko-niemieckie 1982–1992 [Der Bund der Vertriebenen im politischen System der Bundesrepublik Deutschland und sein Einfluss auf die deutsch-polnischen Beziehungen 1982-1992]. Wrocław 1997 [deutsche Zusammenfassung des Inhaltes S. 318-324].
- Michael Schwartz: Funktionäre mit Vergangenheit. Das Gründungspräsidium des Bundesverbandes der Vertriebenen und das "Dritte Reich". München 2013.
- Matthias Stickler: "... bis an die Memel"? Die Haltung der deutschen Vertriebenenverbände zur deutsch-polnischen Grenze. In: Karoline Gil, Christian Pletzing (Hg.): Granica. Die deutsch-polnische Grenze vom 19. bis zum 21. Jahrhundert. München 2010 (Colloquia Baltica 19), S. 105-134.

- Matthias Stickler: "Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch" - Organisation, Selbstverständnis und heimatpolitische Zielsetzungen der deutschen Vertriebenenverbände 1949–1972. Düsseldorf 2004 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 46).
- Matthias Stickler: Pressure Groups mit gesamtnationalem Anspruch - Organisation, Selbstverständnis und Zielsetzungen der deutschen Vertriebenenverbände. In: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hg.): Flucht, Vertreibung, Integration. Bielefeld 2005, S. 144-153. Übersetzung ins Polnische: Niemieckie związki wypędzonych - grupy interesów na płaszczyźnie ogólnonarodowej. In: Ucieczka, wypędzenie, integracja. Bielefeld 2007, S. 148-157.
- Matthias Stickler: "Unserer Heimat droht Gefahr!" - Der Kampf des Bundes der Vertriebenen (BdV) gegen die Ostverträge. In: Einsichten und Perspektiven. Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte 1 (2010), S. 18-33.
- Matthias Stickler: Vertriebenenintegration in Österreich und Deutschland - ein Vergleich. In: Michael Gehler, Ingrid Böhler (Hg.): Verschiedene europäische Wege im Vergleich. Österreich und die Bundesrepublik Deutschland 1945/49 bis zur Gegenwart. Festschrift für Rolf Steininger zum 65. Geburtstag. Innsbruck 2007, S. 416-435.
- Manfred Max Wambach: Verbändestaat und Parteienoligopol. Macht und Ohnmacht der Vertriebenenverbände. Stuttgart 1971 (Bonner Beiträge zur Soziologie 10).

Weblink

- http://www.bund-der-vertriebenen.de

Zitation

Matthias Stickler: Bund der Vertriebenen (BdV). In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54033.html (Stand 27.03.2012).

Bund Deutscher Osten (BDO) (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Bundesministerium des Innern (BMI) (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (BMG)

1. Kurzbeschreibung

Die Gründung des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen im Jahre 1949 war eine Folge der deutschen Teilung. Formal für die Fragen der Wiedervereinigung und die Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen Bewusstseins für die historischen deutschen Ostgebiete zuständig, stand es faktisch stets im Schatten des Bundeskanzleramts: Die großen deutschlandpolitischen Entscheidungen, soweit diese nicht in die Kompetenz der alliierten Siegermächte fielen, behielt sich allein der Kanzler vor. Angesichts dieser Umstände verlegte das BMG während der 1950er und frühen 1960er Jahre seine Bemühungen um die deutsche Einheit auf nachgeordnete Bereiche. So stellte es sich u. a. in den Dienst des staatlichen Antikommunismus. Das wiederum prägte nachhaltig die politische Kultur der jungen Bonner Republik. Im Zuge der "Neuen Ostpolitik" unter sozialliberaler Ägide änderten sich seit Herbst 1969 die inhaltliche Arbeit und die Ausrichtung des Ministeriums. Seinen Nie-

derschlag fand diese Entwicklung nicht zuletzt in der Umbenennung des gesamtdeutschen Ressorts: Ab Oktober 1969 bis zur Auflösung am 1. Januar 1991 hieß es – ganz dem Wandel der Zeit entsprechend – Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (BMB).

2. Aufgaben

Das BMG war von Anfang an ein rein politisches Regierungsressort. Festgelegt auf den Gedanken der Wiedervereinigung, sollte es zur politischen Willensbildung in der Bundesrepublik beitragen. Der formale Auftrag wurde 1955 auf folgende selbstbeschreibende Formel gebracht: "die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands vorzubereiten und die dem deutschen Volkstum drohenden Gefahren, besonders in den Grenzgebieten, abzuwehren".[1] In dieser Funktion konzentrierte sich das BMG zugleich darauf, diejenigen Kräfte zu fördern, die sich für ein "entschiedenes Entgegentreten gegen den kommunistischen Expansionsdrang" engagierten. In diesem Sinne sah sich das Ministerium seit seiner Gründung als "Hüter, Mahner und Förderer", der immer dann gefragt war, wenn "gesamtdeutsche Fragen beraten und entschieden" werden sollten.[2] Im Rahmen der "Neuen Ostpolitik" erfuhr diese Aufgabenstellung eine inhaltlich weitreichende Modifikation. Nun stand nicht mehr der Gedanke der Wiedervereinigung auf der unmittelbaren Tagesordnung der deutschlandpolitisch verantwortlichen Organe in der Bundesregierung. Dem daraufhin umbenannten BMB fiel damit die Aufgabe zu, die deutsche Teilung zu verwalten. In erster Linie ging es darum, für die Bevölkerung dies- und jenseits des "Eisernen Vorhangs" die innerdeutschen Beziehungen im Geiste eines "geregelten Nebeneinanders" beider deutscher Staaten erträglicher zu gestalten. Zu diesem Zwecke sollte das Ministerium einschlägige Koordinierungsaufgaben zwischen den einzelnen Kabinettsressorts der Bundesregierung übernehmen. Gleichwohl wurde der Aktionsradius in dieser Hinsicht immer wieder durch die deutschlandpolitische Richtlinienkompetenz des Bundeskanzleramts eingeengt. Deutlich sichtbar wurde dies spätestens 1989/90, als das Kanzleramt, das Bundesinnenministerium und das Auswärtige Amt zu den maßgeblichen politischen Akteuren im deutschen Einigungsprozess avancierten.

3. Organisation

In den Jahrzenten seiner Existenz wurde das BMG/BMB zahlreichen strukturellen Reorganisationen unterzogen. Ungeachtet dessen hielt man an einer strukturpolitischen Grundsatzentscheidung fest: In der Bonner Regierungszentrale befand sich der Hauptsitz des Ministeriums. Eine Berliner Dependance war von Anfang an ein "verkleinertes Spiegelbild" des Mutterhauses am Rhein. In dem Maße aber, in dem Berlin im Zuge des sich verschärfenden Kalten Krieges seine langjährigen Standortvorteile verlor, was spätestens 1961 mit dem Bau der Mauer endgültig der Fall war, verringerte sich die Bedeutung der dortigen Außenstelle. Sie nahm seit dieser Zeit zumeist nur noch nachrangige Aufgaben wahr. Einzig der unter strengster Geheimhaltung abgewickelte Freikauf von politischen Häftlingen aus der DDR und die Belange der innerdeutschen Familienzusammenführung blieben bis zur Auflösung des Ministeriums organisatorisch in Berlin angesiedelt.

In den Jahrzehnten bis zur Vereinigung Deutschlands wurde das Ressort zumeist von CDU-Ministern geleitet: Jakob Kaiser, 1949–1957; Ernst Lemmer, 1957–1962; Rainer Barzel, 1962–1963, 1982–1983; Johann Baptist Gradl, 1966; Heinrich Windelen, 1983–1987; Dorothee Wilms 1987–1991. Zwischen 1963 und 1966 übernahmen mit Erich Mende ein FDP-Politiker und in den Jahren 1966 bis 1982 mit Herbert Wehner und (ab 1969) Egon Franke zwei Sozialdemokraten die Verantwortung für das Ministerium. Unter den Ressortchefs jener Jahre zählte Herbert Wehner zweifellos zu den herausragenden Persönlichkeiten. Es gelang ihm während der Großen Koalition (1966–1969) erstmals vorübergehend auch in der großen Deutschlandpolitik Mitsprache- und Gestaltungsmöglichkeiten für das BMG zu erlangen: Die Tatsache etwa, dass Bundeskanzler Kiesinger 1967 die sogenannten Stoph-

Briefe des damaligen DDR-Ministerpräsidenten nicht unbeantwortet ließ – ein Novum in der Geschichte der innerdeutschen Beziehungen – wäre ohne Wehners maßgebliche Überzeugungsarbeit nicht möglich gewesen.

Während Wehner in seiner Ministerverantwortlichkeit den Beginn der Entspannung symbolisierte, galt dies nicht für die Gründergeneration des BMG. Diese stellte sich – entsprechend den damaligen politischen Rahmenbedingungen – vorbehaltlos in den Dienst des Kalten Krieges, was bedeutete, den unterhalb der militärischen Schwelle geführten Systemkonflikt zwischen West und Ost gewinnen zu wollen. Orientiert an US-amerikanischen Vorbildern, verlegte sich das Ministerium darauf, mit Mitteln der sogenannten Psychologischen Kriegführung und in Zusammenarbeit mit privaten antikommunistischen Apparaten, das SED-Regime zu destabilisieren. Überdies galt es, den von der DDR mit Hilfe der westdeutschen KPD geführten kommunistischen Unterwanderungsversuchen im Bundesgebiet wirkungsvoll zu begegnen. Hiermit war vor allem die Fachabteilung I im BMG betraut. Die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner im Osten spielte sich auch auf anderen Ebenen ab. Einschlägige Fachreferate des Ministeriums koordinierten regelmäßig humanitäre Hilfsaktionen, hauptsächlich zur Unterstützung der Kirchen in der DDR. Derlei Maßnahmen, ebenso wie die publizistisch aufwändigen Bemühungen, den Deutschen in Ost- und West unter den Bedingungen der staatlichen Teilung ein gesamtdeutsches Bewusstsein zu vermitteln und diese für die Belange von Freiheit und westlicher Demokratie zu sensibilisieren, erfolgten jeweils in gezielter Abgrenzung zur DDR-Diktatur.

4. Geschichte

Für die Geschichte des BMG besaßen die 1950er und 1960er Jahre, die ganz im Zeichen der US-amerikanischen antikommunistischen Befreiungsstrategie standen, eine nachhaltige Wirkung. Als bundesdeutsche Behörde reihte sich das Ministerium vorbehaltlos in den damit einhergehenden, staatlich geführten Abwehrkampf gegen den totalitären Kommunismus ein. Damit flankierte das Ministerium gleichzeitig Bundeskanzler Adenauers Bemühungen um die politische Westintegration der jungen Bundesrepublik, denn die freiheitlich-demokratische Staatsräson des von den USA angeführten westlichen Lagers legitimierte sich gemeinhin durch einen dezidierten Antikommunismus.

In diesem Geiste organisierte das BMG in den ersten Jahren seiner Existenz eine aktiv gegen das SED-Regime gerichtete Ostarbeit. Dabei wurde auch der direkte Kontakt zu oppositionellen Kreisen in der DDR gesucht. Unter dem Eindruck des dort gescheiterten Volksaufstands am 17. Juni 1953 verlagerte sich allerdings die operative Abwehrarbeit des Ministeriums. Fortan wollte man nicht mehr leichtfertig Menschenleben im östlichen Teil Deutschlands gefährden. Im BMG setzte sich daher zusehends die Überzeugung durch, das SED-Regime ebenso wirkungsvoll einzudämmen und vor allem risikoloser bekämpfen zu können, wenn man sich nunmehr voll darauf konzentrieren würde, den "Kampf gegen den inneren Feind" in der Bundesrepublik zu führen: Gemeint waren damit die von Ost-Berlin aus gesteuerte KPD und deren sogenannte Tarnorganisationen. Hierbei kooperierte das BMG mit den bundesdeutschen Geheimdiensten und der US-amerikanischen CIA. Überdies erwiesen sich in diesem Abwehrkampf auch die zahlreichen westdeutschen antikommunistischen Privatorganisationen als natürliche Verbündete. Sie erhielten deshalb über viele Jahre hinweg aus den geheimen Finanztöpfen des BMG großzügig Subventionen.

Im Umgang mit politisch Andersdenkenden, zu denen nicht nur Kommunisten, sondern auch Pazifisten oder deutschlandpolitische "Neutralisten" zählten, verhielt sich das BMG keineswegs immer zurückhaltend. Um die westdeutsche Bevölkerung vor "kommunistischer Infiltration" zu bewahren, wurden Handlungsweisen gebilligt, die unter demokratisch-rechtsstaatlichen Gesichtspunkten überaus bedenklich waren. Das Ganze legitimierte man

als Maßnahme des "positiven Verfassungsschutzes". Auf bloßen Verdacht hin wurden vermeintliche Gegner stigmatisiert und - begründet oder auch nicht - dem Zugriff des Bundesamts für Verfassungsschutz ausgesetzt. Das Ministerium mischte sich zudem bis in die frühen 1960er Jahre hinein immer wieder verdeckt in Bundes- und Landtagswahlkämpfe ein. Als oberstes Gebot galt dabei stets der antikommunistische Grundkonsens. Dieser bestimmte die Wahl der Mittel und Methoden und rechtfertigte vieles, was letztlich der Eindämmung der "kommunistischen Wühlarbeit" im Bundesgebiet diente. All dies stand jedoch keinesfalls im Einklang mit den verfassungspolitischen Kompetenzen des BMG. Doch die am Erfolg ihrer Arbeit interessieren Akteure des gesamtdeutschen Ressorts irritierte das zumeist wenig.

Wenn sich seit den ausgehenden 1960er Jahren in dieser Hinsicht schließlich substantielle Veränderungen abzeichneten, dann kann dafür – abgesehen von der generellen Bereitschaft der politisch Verantwortlichen – vor allem folgender Umstand angeführt werden: In dem Maße nämlich, in dem sich die Bonner Republik politisch und ökonomisch konsolidierte, gab es immer weniger Anlass, die zusehends saturierten Bundesbürger mit Hilfe der "Psychologischen Kriegführung" gegen die Verführungen und die "geistige Gefahr" des Kommunismus zu "immunisieren". Das galt umso mehr, als sich parallel dazu, spätestens jedoch seit Beginn der 1970er Jahre eine weltpolitische Wende der internationalen Lage von der Konfrontation zur Entspannung zwischen Ost und West abzeichnete. Die Westarbeit der DDR, die bis dahin den bundesdeutschen staatlichen Antikommunismus legitimierte, blieb von dieser Entwicklung nicht unberührt. Deshalb bahnte sich auch in Ost-Berlin allmählich ein Paradigmenwechsel an, der fortan nicht mehr in erster Linie auf den politischen Systemwechsel in der Bundesrepublik, sondern auf die völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch das politische Bonn zielte. Für das innerdeutsche Ministerium blieb all dies nicht folgenlos. Und so entwickelte es sich unter diesen Voraussetzungen zu einer Regierungseinrichtung, dessen Aufgabe in erster Linie darin bestand, die – immer mehr als eine politische Realität akzeptierte – staatliche Teilung fortan nur noch zu administrieren.

5. Bibliographische Hinweise

- Alfred Adam: Das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen. Bonn 1971 (Ämter und Organisationen der Bundesrepublik Deutschland).
- Bundesministerium des Inneren, Bundesarchiv (Hg.): Dokumente zur Deutschlandpolitik: "Besondere Bemühungen" der Bundesregierung. Bd. 1: 1962 bis 1969. Häftlingsfreikauf, Familienzusammenführung, Agentenaustausch. München 2012.
- Stefan Creuzberger: Kampf für die Einheit. Das gesamtdeutsche Ministerium und die politische Kultur des Kalten Krieges 1949–1969. Düsseldorf 2008 (Schriften des Bundesarchivs 69).
- Stefan Creuzberger: Psychologische Kriegsführung und operatives Einwirken auf die DDR. Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen in West-Berlin. In: Michael C. Bienert, Uwe Schaper, Hermann Wentker (Hg.): Hauptstadtanspruch und symbolische Politik. Die Bundespräsenz im geteilten Berlin 1949–1990. Berlin 2012 (Zeitgeschichte im Fokus 1), S. 221-240.
- Detlef Kühn: Das Gesamtdeutsche Institut im Visier der Staatssicherheit. Berlin 2001 (Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR 13).
- Gisela Rüss: Anatomie einer politischen Verwaltung. Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen – Innerdeutsche Beziehungen 1949–1970. München 1973 (Münchener Studien zur Politik 23).

Anmerkungen

[1] So die Formulierung im Einzelplan 27, Haushalt der BMG von 1955, zitiert nach: Adam: Das Bundesministerium, S. 40-41.

[2] Adam: Das Bundesministerium, S. 41.

Zitation

Stefan Creuzberger: Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (BMG). In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2013. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/55229.html (Stand 05.12.2013).

Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (BMVt) (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Bundesvertriebenengesetz (BVFG) (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

C

Calvinisten (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Charta der deutschen Heimatvertriebenen

1. Genese und Definition

Die am 5./6. August 1950 in Stuttgart verkündete Charta der deutschen Heimatvertriebenen wird verkürzt auch als "Charta der Heimatvertriebenen", "Vertriebenen-Charta" oder "Stuttgarter Charta" bezeichnet. Das Datum war gewählt mit Blick auf den fünften Jahrestag der Unterzeichnung des Potsdamer Protokolls, der Ort Stuttgart deshalb, weil dort eine repräsentative Großveranstaltung ausgerichtet werden konnte. An der Auftaktkundgebung im Kursaal von Bad Cannstatt mit ca. 1.000 geladenen Gästen am 5. August wurde durch den Beifall der anwesenden Vertriebenenvertreter eine quasi-plebiszitäre Annahme der Charta inszeniert. Anwesend war mit Vizekanzler Franz Blücher (FDP) auch ein Mitglied der Bundesregierung;[1] die Besatzungsmächte waren durch politische Beamte der Hohen Kommissare der USA und Frankreichs vertreten. Am 6. August fand dann, wiederum in Gegenwart prominenter politischer Gäste, unter ihnen Bundesvertriebenenminister Hans Lukaschek (CDU), eine Großkundgebung vor der Ruine des Stuttgarter Neuen Schlosses mit ca. 100.000 Teilnehmern statt, bei der die Verkündung der Charta wiederholt wurde. Den Abschluss bildete die Unterzeichnung der Charta durch die Vertreter des Zentralverbandes der vertriebenen Deutschen (ZvD) und der Vereinigten Ostdeutschen Landsmannschaften (VOL), beides Vorläufer des heutigen Bundes der Vertriebenen (BdV), bei einem Empfang durch die Landesregierung von Württemberg-Baden in der Villa Reitzenstein. Parteiübergreifend wurde und wird von führenden Politikern der Bundesrepublik wie etwa Helmut Kohl, Roman Herzog, Otto Schily, Gerhard Schröder und Angela Merkel immer wieder der Beitrag der Charta zur Aussöhnung Deutschlands mit seinen östlichen Nachbarn hervorgehoben. Auch für den BdV und seine Mitgliederverbände bildet sie ein maßgebliches Fundament des Selbstverständnisses.

2. Diskurse / Kontroversen

Eine wissenschaftlichen Ansprüchen voll genügende Analyse von Entstehung und Wirkungsgeschichte der Charta stellt bis heute ein Desiderat dar. Vorhanden sind lediglich Überblicksdarstellungen, von denen der überwiegende Teil weniger dem wissenschaftlichen als vielmehr dem historisch-publizistischen Diskurs zuzurechnen ist. Zu nennen ist hier vor allem Ralph Giordanos 1987 erschienenes Buch *Die zweite Schuld oder Von der Last Deutscher zu sein*, in dem dieser mit der Charta in scharfen Worten abrechnet. Diese sei "ein klassisches Beispiel historischer Unterschlagungen. Sie kappt jede Kausalität zwischen Ursache und Wirkung, ignoriert die Chronologie der Ereignisse, verschweigt also die Vorgeschichte der Vertreibung, trägt damit ihren Teil zur Verdrängung und Verleugnung der ersten Schuld bei und macht sich zu einem Unikat der zweiten."[2] Die Kritikpunkte Giordanos wurden seither immer wieder von anderen Autoren wiederholt und partiell noch verschärft. Zu nennen ist insbesondere Micha Brumlik, der die Charta als "eine im Geist von - im vermeintlichen Verzicht um so stärker gewünschter - Rache, Selbstmitleid und Geschichtsklitterung getragene, ständestaatliche, völkisch-politische Gründungsurkunde" bezeichnete.[3] Ferner verweist Brumlik unter Berufung auf den Journalisten Erich Später[4] darauf, dass ein Drittel der Erstunterzeichner der Charta überzeugte Nationalsozialisten gewesen seien. Dieser führt u. a. aus, dass die Hälfte der 30 Unterzeichner der Charta keine Heimatvertriebenen gewesen seien, sondern "NS-Funktionäre und Aktivisten", deren Biographien repräsentativ für die deutschen Vertriebenenfunktionäre seien. Stichhaltige Beweise für diese These bleibt

Später allerdings überwiegend schuldig; vielmehr spricht er implizit abschwächend sogar davon, dies sei seine "Einschätzung", und verweist auf fehlende einschlägige Forschungsergebnisse.[5] In Polen überwiegen bisher kritische Stellungnahmen zur Charta.[6] Positiv gewertet wird diese von dem US-amerikanischen Völkerrechtler Alfred M. de Zayas[7] und der Politologin Marion Frantzioch-Immenkeppel. Letztere sprach 1999 von einem "Musterbeispiel politischer Kultur" und einem bemerkenswerten "Dokument des Gewaltverzichts".[8] Die Historiker Jürgen Danyel und Christoph Klessmann ordneten 2003 die Charta, wie das Tübinger Memorandum, die Ost-Denkschrift der EKD, den Briefwechsel der polnischen und deutschen Bischöfe und das Bensberger Memorandum, in den Kontext der Versöhnungsinitiativen zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn ein.[9]

3. Historischer Abriss

Dass sich unmittelbar nach der Gründung von ZvD und VOL diese zum Zwecke der Verkündung der Charta zusammenfanden, ist kein Zufall. Es galt, die zwischen beiden miteinander konkurrierenden Dachverbänden offen zutage getretenen Differenzen durch ein machtvolles gemeinsames Auftreten zu übertünchen und sich als Mitspieler im politischen System der noch jungen Bundesrepublik zu positionieren. Bereits am 20. November 1949 hatten ZvD und VOL im Göttinger Abkommen vereinbart, "ihre gemeinsamen Forderungen und Ziele in einer Magna Charta[10] der Heimatvertriebenen" festzulegen. Im Februar 1950 wurde zu diesem Zweck ein von beiden Verbänden paritätisch besetzter Ausschuss gebildet, der wegen unüberbrückbarer Differenzen bald zu einer erweiterten Kommission vergrößert wurde. Dieses Gremium arbeitete den Text der Charta aus, der in vieler Hinsicht Kompromisscharakter hatte, galt es doch, die sehr heterogenen, auch konfessionell-weltanschaulich begründeten, Vorstellungen von ZvD und VOL bzw. innerhalb dieser Verbände auf einen Nenner zu bringen.

Hauptanliegen der Stuttgarter Charta war es erstens, die heimatpolitischen Forderungen der Vertriebenen, also nach dem Recht auf Rückkehr und Grenzrevision, mit einem feierlichen "Verzicht auf Rache und Vergeltung" und dem Ziel der Einheit Europas zu verbinden. Zweitens wollten die Vertriebenen ihren Anspruch auf politische Mitwirkung zum Ausdruck bringen und Forderungen im Hinblick auf die drängenden Eingliederungsfragen formulieren. Als politisches Signal war die Charta deshalb keineswegs nur nach außen, sondern auch und vor allem nach innen gerichtet.

Von Kritikern wird oft bemängelt, dass in der Charta die deutsche Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg nicht explizit zur Sprache kommt. Dieser Befund ist richtig, dennoch wird man die Stuttgarter Geste nicht gering schätzen dürfen, ging sie doch von einer Opfergruppe aus, deren zutiefst traumatisierende Erfahrungen erst wenige Jahre zurücklagen. Die Forderung, auf Rache und Vergeltung zu verzichten, tauchte explizit erstmals 1948 bei der sudetendeutschen Ackermanngemeinde auf, ist also letztlich christlich motiviert. Schwer nachzuvollziehen aus heutiger Perspektive ist angesichts der Dimension der Verbrechen des Nationalsozialismus v. a. der Satz "Die Völker der Welt sollen ihre Mitverantwortung am Schicksal der Heimatvertriebenen als der vom Leid dieser Zeit am schwersten Betroffenen empfinden." Erklärbar ist diese geradezu autistische Sicht der Dinge aus dem zeitgenössischen Opferdiskurs heraus, gehörte es doch zum erinnerungspolitischen Grundkonsens der frühen Bundesrepublik, sich als schuldloses Opfer zu begreifen. Gleichzeitig ist zu berücksichtigen, dass sich innerhalb Westdeutschlands die Vertriebenen in einer Opferkonkurrenzsituation mit anderen deutschen Kriegsopfern befanden, in der es sich zu profilieren galt. Insofern weisen solche Aussagen bereits auf die heftigen Auseinandersetzungen um den Lastenausgleich voraus.

Die Verkündung der Charta der deutschen Heimatvertriebenen war für die Vertriebenenverbände ein wichtiger Prestige-Erfolg. Zum ersten Mal hatten sie sich prominent zu Wort gemeldet und ihren Anspruch, ernstzunehmende Mitspieler in der neuen Demokratie zu sein, zum Ausdruck gebracht. Von großer Bedeutung für die Fernwirkung der Charta war, dass sich die politischen Eliten der jungen Bundesrepublik parteiübergreifend mit dem Text identifizierten. Auch wenn aus der Distanz von mehr als 60 Jahren manche Formulierungen heute befremdlich wirken und die Forderung nach Rückkehr und Recht auf die Heimat in einer deutlichen Spannung zum Ziel der Eingliederung steht, so wird man die Charta der deutschen Heimatvertriebenen doch als bemerkenswertes Zeitzeugnis bezeichnen können, das den Integrationswillen der Vertriebenen und ihre Bereitschaft zur Aussöhnung mit den östlichen Nachbarn Deutschlands dokumentiert.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Ralph Giordano: Die zweite Schuld oder Von der Last Deutscher zu sein. Hamburg 1987 (Polizei + Forschung, Sonderband).
- Michael Schwartz: Funktionäre mit Vergangenheit. Das Gründungspräsidium des Bundesverbandes der Vertriebenen und das "Dritte Reich". München 2013.
- Matthias Stickler: Gegenspieler der Aussöhnung? Die Haltung der Vertriebenenverbände zur deutsch-polnischen Verständigung 1949 bis 1969. In: Friedhelm Boll, Wiesław Wysocki, Klaus Ziemer (Hg.), Thomas Roth (Mitarb.): Versöhnung und Politik. Polnisch-deutsche Versöhnungsinitiativen der 1960er-Jahre und die Entspannungspolitik. Bonn 2009 (Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 27), S. 224-244. Übersetzung ins Polnische: Przeciwnicy pojednania? Stanowisko związków wypędzonych wobec polsko-niemieckiego porozumienia w latach 1949-1969. In: Friedhelm Boll, Wiesław J. Wysocki, Klaus Ziemer (Hg.), Thomas Roth (Mitarb.): Pojednanie i polityka. Polsko-niemieckie inicjatywy pojednania w latach sześćdziesiątych XX wieku a polityka odprężenia. Warszawa 2010, S. 201-220].
- Matthias Stickler: "Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung" - Die Stuttgarter Charta vom 5./6. August 1950 als zeithistorisches Dokument. In: Jörg-Dieter Gauger, Hanns-Jürgen Küsters (Hg.): "Zeichen der Menschlichkeit und des Willens zur Versöhnung". 60 Jahre Charta der Heimatvertriebenen. Sankt Augustin 2011 (Eine Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.), S. 43-74. [Übersetzung ins Polnische im Druck]
  Internet-Publikation unter: http://www.kas.de/wf/doc/kas_22454-544-1-30.pdf?110406114811

Weblink

- http://www.hdg.de/lemo/html/dokumente/JahreDesAufbausInOstUndWest_erklaerungChartaDerHeimatvertriebenen/index.html

Zitation

Matthias Stickler: Charta der deutschen Heimatvertriebenen. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54028.html (Stand 27.03.2012).

[1] Ursprünglich war in der Einladung Bundeskanzler Konrad Adenauer als Festredner angekündigt gewesen, dieser hatte aber kurzfristig abgesagt. Ganz offensichtlich wollte sich

Adenauer in der damals angespannten weltpolitischen Lage vertriebenenpolitisch nicht exponieren.

[2] Giordano: Die zweite Schuld, S. 284.

[3] Micha Brumlik: Wer Sturm sät. Die Vertreibung der Deutschen. Berlin 2005, S. 99.

[4] Erich Später: Kein Frieden mit Tschechien. Die Sudetendeutschen und ihre Landsmannschaft. Hamburg 2005, S. 83-105.

[5] Ebenfalls negativ bewertet wird die Charta von Kurt Nelhiebel: 60 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen. Ursprung und Rezeption eines umstrittenen Dokuments. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 9 (2010), S. 730-743, Tobias Weger: "Volkstumskampf" ohne Ende? Sudetendeutsche Organisationen 1945–1955. Frankfurt/M. u. a. 2008, S. 465-476 und Eva Hahn, Hans Henning Hahn (Hg.): Die Vertreibung im deutschen Erinnern. Legenden, Mythos, Geschichte. Paderborn u. a. 2010, S. 443-448.

[6] Vgl. etwa Jan M. Piskorski: Vertreibung und deutsch-polnische Geschichte. Eine Streitschrift. Osnabrück 2005 (Veröffentlichung der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Bundesverband 8), S. 36.

[7] Alfred M. de Zayas: Anmerkungen zur Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Stuttgart u. a. 1986.

[8] Marion Frantzioch-Immenkeppel: Vertrieben in Nachkriegsdeutschland. Die Integration der Deutschen aus dem Osten und ihr Einfluss auf die Bundesrepublik Deutschland. In: Hans-Martin Hinz (Hg.): Zuwanderungen - Auswanderungen. Integration und Desintegration nach 1945. Wolfratshausen 2001, S. 145-185, hier S. 155.

[9] Jürgen Danyel, Christoph Klessmann: Unterwegs wie die Flüchtlinge und Vertriebenen. Zur Debatte über ein europäisches Zentrum gegen Vertreibungen. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 1 (2003), S. 31-35, hier S. 32.

[10] Diese Begrifflichkeit knüpft an die *Magna Charta Libertatum* von 1215 an, den königlichen Freibrief, den der anglonormannische Adel König Johann Ohneland abrang. Möglicherweise sollte mit der Wortwahl der Charakter der Charta der Heimatvertriebenen als 'Verfassungsurkunde' für die Vertriebenenverbände verdeutlicht werden, immerhin ist dort einleitend auch davon die Rede, dass die Erklärung das 'Grundgesetz' der Vertriebenen darstelle.

Collegium Carolinum (CC) (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

D

Danziger → Danzig/Gdańsk
Siehe Danzig/Gdańsk (Orte)

Deportation (→ Autor/in gesucht)
Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Deutschbalten → Baltikum
Siehe Baltikum (Regionen)

Deutschböhmen → Böhmen (in Bearb.)
Dieser Text ist in Bearbeitung.

Deutsche Akademie (DA), München (→ Autor/in gesucht)
Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Deutsche in Polen → Polen (in Bearb.)
Dieser Text ist in Bearbeitung.

Deutsche Volksgruppe in Rumänien (→ Autor/in gesucht)
Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Deutsche Volksliste

1. Genese

Die Deutsche Volksliste (DVL) regelte staatsbürgerschaftsrechtliche Fragen in den polnischen Territorien, die das Deutsche Reich am 26. Oktober 1939 annektiert hatte.[1] Anfangs wollten die NS-Entscheidungsträger die polnische und jüdische Bevölkerung in das Generalgouvernement aussiedeln und nur der verbleibenden „deutschstämmigen“ Bevölkerung die deutsche Staatsbürgerschaft verleihen. Diese Idee erwies sich als undurchführbar, weil die Gebiete überwiegend von Polen bewohnt wurden.[2]

Arthur Greiser (1897-1946) führte als Reichsstatthalter in Posen/Poznań bereits am 28. Oktober 1939 ein Volkslisten-System ein.[3] Erfasst wurden nur Deutsche, die in Organisationen der Minderheit engagiert (Gruppe A) oder zumindest – nach NS-Vorstellung „eindeutig“ – als Deutsche zu identifizieren waren (Gruppe B); 1940 und Anfang 1941 fügte Greiser für „wiedereindeutschungsfähige Deutschstämmige“ die Gruppen C und D hinzu.[4] Das System galt nur im Reichsgau Wartheland.

2. Rechtliche Bestimmungen

Die Einführung der Deutschen Volksliste wurde am 4. März 1941 im Reichsgesetzblatt verkündet. Sie richtete sich an ehemalige polnische und Danziger Staatsangehörige. In den betroffenen Provinzen Wartheland, Danzig-Westpreußen, Oberschlesien und Ostpreußen wurden je eine Zentralstelle und auf den unteren Verwaltungsebenen Nebenstellen eingerichtet. Ein „Oberster Prüfungshof" unter Vorsitz des „Reichskommissars für die Festigung des deutschen Volkstums" Heinrich Himmler (1900-1945) war oberste Revisionsinstanz.[5]

Ein separater Erlass des Reichsinnenministers vom 13. März 1941 regelte die Unterteilung der DVL in vier Gruppen:

- Gruppe I: Deutsche, „die sich vor dem 1. September 1939 im Volkstumskampf aktiv für das Deutschtum eingesetzt haben",
- Gruppe II: Deutsche, „die sich in der polnischen Zeit zwar nicht aktiv für das Deutschtum eingesetzt haben, die sich aber gleichwohl ihr Deutschtum nachweislich bewahrt haben",
- Gruppe III: „deutschstämmige Personen, die im Laufe der Jahre Bindungen zum Polentum eingegangen sind", zudem „Angehörige der völkisch nicht klar einzuordnenden, blutmäßig und kulturell zum Deutschtum hinneigenden Bevölkerungsgruppen mit slawischer Haussprache", wobei explizit gesagt wird, dass damit die Kaschuben, Masuren, „Wasserpolen", Schlonsaken (Oberschlesier) und 100.000 Polen in Danzig-Westpreußen, die „zum Deutschtum neigen", gemeint sind,
- Gruppe IV: „deutschstämmige Personen […], die politisch im Polentum aufgegangen sind".[6]

Alle übrigen Polen in den annektierten Gebieten galten als „Schutzangehörige" des Deutschen Reiches.[7]

Mitglieder der Gruppen I und II bekamen die deutsche Staatsangehörigkeit, die Gruppen III und IV konnten sie auf Antrag durch Einbürgerung erwerben, bei der Gruppe IV sollte dies auf Widerruf erfolgen. Den Mitgliedern der Gruppen III und IV, den sogenannten „Eingedeutschten", konnte die deutsche Staatsbürgerschaft innerhalb von zehn Jahren wieder entzogen werden.[8] Gemäß der „Zweiten Verordnung über die Deutsche Volksliste" vom 31. Januar 1942 bekam auch die Gruppe III automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit.[9]

3. Anwendung

Für das Verfahren hatte das Reichsinnenministerium den „Fragebogen zur Feststellung des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit in den eingegliederten Ostgebieten"[10] und den „Ergänzungsfragebogen zur Ermittlung der deutschen Volkszugehörigkeit"[11] ausgegeben. In den einzelnen Provinzen wurde das Verfahren gemäß den politischen Vorstellungen der jeweiligen Gauleiter sehr unterschiedlich gehandhabt: In Oberschlesien und Danzig-Westpreußen nahm man die Bevölkerung ab 1942 massenhaft in die Deutsche Volksliste auf, vor allem in die Gruppe III. In Oberschlesien waren dafür pragmatische Gründe ausschlaggebend: In dem Industrierevier war man auf sämtliche Arbeitskräfte zwingend angewiesen und wollte sie an das Deutsche Reich binden. Der Gauleiter von Danzig-Westpreußen Albert Forster (1902-1952) unterstellte der alteingesessenen, auch polnischen Bevölkerung größtenteils mittelalterliche deutsche Wurzeln und strebte eine umfassende „Eindeutschung" an; der Gau sollte „polenfrei" werden. Viele Polen wurden zur Antragstellung gezwungen, ansonsten drohten Enteignung, Lagerhaft oder andere Strafen. Im Wartheland und den polnischen Gebieten, die zu Ostpreußen gekommen waren, waren die Gaulei-

ter Arthur Greiser und Erich Koch (1896-1986) hingegen bemüht, Polen keine deutsche Staatsbürgerschaft zu verleihen; dieses „Privileg“ sollte nur vermeintlich Deutschstämmigen vorbehalten sein. Die Antragstellung war hier in erster Linie freiwillig.[12]

Im Januar 1944 waren 2,75 Millionen Menschen in die DVL eingetragen, davon 1,6 Millionen in der Gruppe III in Westpreußen und Oberschlesien.[13] Sie konnten ihren Besitz behalten oder zurückbekommen, erhielten bessere Lebensmittelkarten als die polnische Bevölkerung, hatten Anspruch auf deutsche Sozialleistungen, und die Kinder konnten zur Schule gehen. Mitglieder der Gruppe III unterlagen der Wehrpflicht, Angehörige der Gruppe IV hingegen nicht. In Oberschlesien und Westpreußen wurden vor allem ab 1943 viele Polen – meist unter Zwang – in die Gruppe III eingeordnet, um somit neue Soldaten zu rekrutieren.[14] Ungefähr 250.000 Polen kamen als DVL-Angehörige zur Wehrmacht, wobei zahlreiche Soldaten den Heimaturlaub nutzten, um zu den Partisanen zu gehen. Viele entzogen sich der Einberufung.[15]

Bevölkerung der eingegliederten Ostgebiete (Januar 1944)[16]

	Volksliste							
	Gr. 1	**Gr. 2**	**Gr. 3**	**Gr. 4**	**Reichsdeutsche**	**Umsiedler**	**Polnische Schutzangehörige u. Sonstige**	**Insgesamt**
Wartheland	230.000	190.000	65.000	25.000	195.000	245.000	3.450.000	4.400.000
Danzig-Westpreußen (ohne Stadt Danzig)	115.000	95.000	725.000	2.000	50.000	58.000	605.000	1.650.000
Oberschlesien (eingegliederte Gebiete)	130.000	210.000	875.000	55.000	100.000	40.000	1.040.000	2.450.000
Südostpreußen (Ciechanów), Suwałki	9.000	22.000	13.000	1.000	25.000	10.000	920.000	1.000.000
Insgesamt	484.000	517.000	1.678.000	83.000	370.000	353.000	6.015.000	9.500.000

4. Nach dem Zweiten Weltkrieg

Die Volkslistenproblematik war eines der schwierigsten Themen der Aufarbeitung der NS-Zeit in Polen, weil es direkt das nachbarschaftliche Zusammenleben betraf. Die in der Volksliste erfassten Menschen galten als Kollaborateure, der Begriff „volksdeutsch“ (*folksdojcz*) hat bis heute in Polen eine pejorative Bedeutung.[17]

Angehörige der Volksliste, die in Polen bleiben wollten, mussten sich einer Rehabilitation unterziehen, die für Gruppe II vor Gericht stattfand, für die Gruppen III und IV vor einer Kommission. Angehörige der Gruppen I und II haben Polen meist freiwillig oder durch Ausweisung verlassen, während die der Gruppen III und IV größtenteils in Polen bleiben wollten und dies unter gewissen Schwierigkeiten auch konnten.[18]

Das Staatsbürgerschaftsrecht der Bundesrepublik Deutschland betrachtete die DVL-Angehörigen und deren Nachkommen als deutsche Staatsbürger. Auf diesem Wege sind bis in die 1990er Jahre viele polnische Staatsbürger als Spätaussiedler in die Bundesrepublik eingewandert, wobei nicht statistisch erfasst wurde, wer sich auf die DVL berief.[19]

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Martin Broszat: Nationalsozialistische Polenpolitik 1939-1945. Stuttgart 1961.
- Sylwia Bykowska: Rehabilitacja i weryfikacja narodowościowa ludności polskiej w województwie gdańskim po II wojnie światowej [Rehabilitation und Verifikation der Nationalität der polnischen Bevölkerung in der Woiwodschaft Danzig nach dem Zweiten Weltkrieg]. Gdańsk 2012.
- Johannes Frackowiak: Die „Deutsche Volksliste" als Instrument der nationalsozialistischen Germanisierungspolitik in den annektierten Gebieten Polens 1939-1945. In: Ders. (Hg.): Nationalistische Politik und Ressentiments. Deutsche und Polen von 1871 bis zur Gegenwart. Göttingen 2013 (Berichte und Studien. Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der TU Dresden 64), S. 181-220.
- Isabel Heinemann: Die „Germanisierung" der annektierten westpolnischen Gebiete. Juden, Polen und Volksdeutsche. In: Dies.: „Rasse, Siedlung, deutsches Blut". Das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas. Göttingen 2003, S. 187-303.
- Ryszard Kaczmarek: Górny Śląsk podczas II wojny światowej [Oberschlesien während des Zweiten Weltkrieges]. Katowice 2006.
- Ryszard Kaczmarek: Polacy w Wehrmachcie [Polen in der Wehrmacht]. Kraków 2010.
- Jerzy Kochanowski: Verräter oder Mitbürger? Staat und Gesellschaft in Polen zum Problem der Volksdeutschen vor und nach 1945. In: Ders., Maike Sach (Hg.): Die „Volksdeutschen" in Polen, Frankreich, Ungarn und der Tschechoslowakei. Mythos und Realität. Osnabrück 2006 (Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau 12), S. 333-352.
- Christoph Pallaske (Hg.): Die Migration von Polen nach Deutschland. Zu Geschichte und Gegenwart eines europäischen Migrationssystems. Baden-Baden 2001.
- Krzysztof Stryjkowski: Położenie osób wpisanych w Wielkopolsce na niemiecką listę narodowościową w latach 1945-1950 [Die Lage von Angehörigen der Deutschen Volksliste in Großpolen in den Jahren 1945-1950]. Poznań 2004.

Weblinks

- [Erste] Verordnung über die Deutsche Volksliste und die deutsche Staatsangehörigkeit in den eingegliederten Ostgebieten vom 4. März 1941 (RGBl I, 1941, S. 118-120): http://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=dra&datum=1941&page=146&size=45
- Zweite Verordnung über die Deutsche Volksliste und die deutsche Staatsangehörigkeit in den eingegliederten Ostgebieten vom 31. Januar 1942 (RGBl I, 1942, S. 51f.): http://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=dra&datum=1942&page=153&size=45
- Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD, Deutscher Bundestag, Drucksache 12/2680 vom 16. Juni 1992: http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/12/028/1202816.pdf

Anmerkungen

[1] Dieser Eintrag befasst sich mit der Deutschen Volksliste in den polnischen Gebieten, die zum 26. Oktober 1939 in das Deutsche Reich eingegliedert wurden. Für das Gebiet des Generalgouvernements wurden am 26. Januar 1940 die „Verordnung über die Einführung einer Kennkarte für deutsche Volkszugehörige“ sowie am 29. Oktober 1941 die „Verordnung über die Einführung eines Ausweises für Deutschstämmige“ erlassen. Teilweise werden auch diese Regelungen als „Volksliste“ bezeichnet, sind aber nicht Gegenstand dieses Textes. Beide Verordnungen und weitere dazugehörige Erlasse in: Karol Marian Pospieszalski (Hg.): Hitlerowskie „prawo“ okupacyjne w Polsce. Część II: Generalna Gubernia [Das NS-Besatzungsrecht in Polen. Teil 2: Generalgouvernement]. Poznań 1958 (Documenta occupationis 6/2), S. 174-208.

[2] Broszat: Polenpolitik, S. 118f.; Christopher Browning: Die Entfesselung der „Endlösung“. Nationalsozialistische Judenpolitik 1939-1942. München 2003, S. 30-64.

[3] Verordnungsblatt des Chefs der Zivilverwaltung beim Militärbefehlshaber von Posen Nr. 6, abgedruckt in: Karol Marian Pospieszalski (Hg.): Niemiecka lista narodowa w „Kraju Warty“. Wybór dokumentów [Die Deutsche Volksliste im „Wartheland“. Dokumente]. Poznań 1949 (Documenta occupationis teutonicae 4), S. 46.

[4] Ausführlich zum System in Posen der sogenannte Strickner-Bericht von 1942 oder 1943. Herbert Strickner: Die „Deutsche Volksliste“ in Posen, abgedruckt in: Pospieszalski: Niemiecka lista narodowa [Die Deutsche Volksliste] (Anm. 3), S. 19-130; Broszat: Polenpolitik, S. 122f.

[5] [Erste] Verordnung über die Deutsche Volksliste und die deutsche Staatsangehörigkeit in den eingegliederten Ostgebieten vom 4. März 1941. In: Reichsgesetzblatt, Jahrgang 1941, Teil 1, S. 118f., § 1-2.

[6] Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch ehemalige polnische und Danziger Staatsangehörige, abgedruckt in: Karol Marian Pospieszalski (Hg.): Hitlerowskie „prawo“ okupacyjne w Polsce. Część I: Ziemie „wcielone“ [Das NS-Besatzungsrecht in Polen. Teil 1: „Eingegliederte“ Gebiete]. Poznań 1952 (Documenta occupationis 6/1), S. 122-139, hier S. 125-129.

[7] [Erste] Verordnung (Anm. 5), S. 119, § 7.

[8] [Erste] Verordnung (Anm. 5), S. 119, § 3-6. Danziger Staatsangehörige erhielten unter Umgehung der DVL direkt die deutsche Staatsangehörigkeit, es sei denn, sie erfüllten nicht die Voraussetzungen für die Gruppen I und II. In erster Linie richtete sich die DVL an bislang polnische Staatsangehörige.

[9] Zweite Verordnung über die Deutsche Volksliste und die deutsche Staatsangehörigkeit in den eingegliederten Ostgebieten vom 31. Januar 1942. In: Reichsgesetzblatt, Jahrgang 1942, Teil 1, S. 51f., § 5.

[10] Dieser Fragebogen wurde vom Reichsinnenminister bereits am 25. November 1939 in einem Erlass ausgegeben: Fragebogen zur Feststellung des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit in den eingegliederten Ostgebieten, abgedruckt in: Pospieszalski (Hg.): Hitlerowskie „prawo“ okupacyjne (Anm. 6), S. 112-114.

[11] Ergänzungsfragebogen zur Ermittlung der deutschen Volkszugehörigkeit, in: Pospieszalski, Hitlerowskie „prawo“ okupacyjne [Das NS-Besatzungsrecht] (Anm. 6), S. 136f.

[12] Broszat: Polenpolitik, S. 126-131; Kaczmarek: Górny Śląsk [Oberschlesien], S. 192-194; Dieter Schenk: Hitlers Mann in Danzig. Albert Forster und die NS-Verbrechen in Danzig-Westpreußen. Bonn 2000, S. 205-212.

[13] Broszat: Polenpolitik, S. 133.

[14] Kaczmarek: Górny Śląsk [Oberschlesien], S. 184f.

[15] Kaczmarek: Polacy w Wehrmachcie [Polen in der Wehrmacht], S. 173-178.

[16] Aus: Broszat: Nationalsozialistische Polenpolitik, S. 134.

[17] Stryjkowski: Położenie osób wpisanych [Die Lage von Angehörigen], S. 687.

[18] Kaczmarek: Polacy w Wehrmachcie [Polen in der Wehrmacht], S. 377f.; vgl. Bykowska: Rehabilitacja i weryfikacja [Rehabilitation und Verifikation].

[19] „Die Sammeleinbürgerungen, insbesondere über die ‚Verordnung über die Deutsche Volksliste und die deutsche Staatsangehörigkeit in den eingegliederten Ostgebieten vom 4. März 1941 in der Fassung der Zweiten Verordnung über die Deutsche Volksliste und die deutsche Staatsangehörigkeit in den eingegliederten Ostgebieten vom 31. Januar 1942‘ sind durch § 1 Abs. 1 Buchstabe d des Gesetzes zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit (StARegG) vom 22. Februar 1955 (BGBl. I S. 65) für die deutschen Volkszugehörigen anerkannt worden, sofern sie nicht die deutsche Staatsangehörigkeit durch ausdrückliche Erklärung ausgeschlagen haben.“ Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD, Deutscher Bundestag, Drucksache 12/2680 vom 16. Juni 1992

Zitation

Roland Borchers: Deutsche Volksliste. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32838 (Stand 19.11.2014).

Deutscher Orden

1. Offizieller Name

Orden der Brüder und Schwestern vom Deutschen Haus Sankt Mariens in Jerusalem (*Ordo fratrum domus Sanctae Mariae Teutonicorum Ierosolimitanorum*). Kurzform: Deutscher Orden (1839–1929 Deutscher Ritterorden).

2. Kurzbeschreibung

Gegründet 1190. Der Sitz hat häufig gewechselt, seit 1809 ist es Wien. Aufgaben: Anfangs war es ein Feldspital, wenig später umgewandelt in einen Ritterorden unter Beibehaltung des Hospitaldienstes. Heute seelsorglich-karitative und wissenschaftliche Aufgaben. Organisation: Immer Leitung durch Generalkapitel und Hochmeister, hinzugetreten sind ein Gebietigergremium (heute Generalrat) sowie Provinzobere und -oberinnen.

3. Geschichte

Gründung und Entwicklung im Heiligen Land

Der Deutsche Orden ist im Kontext der Kreuzzüge entstanden. Kennzeichnend für die Zeit sind so gegensätzliche Erscheinungen wie die Neugründung von Ritterorden, die bis zu eigenem Territorialbesitz gelangten, und von Bettelorden, die sowohl Privat- als auch Ordenseigentum ablehnten. Die größten Ritterorden waren Templer und Johanniter; letztere wurden nach 1080 als Hospitalbruderschaft gegründet, übernahmen aber sechs Jahrzehnte später zusätzlich den Heidenkampf der 1120 gegründeten Templer. Beider Zentrum hieß Jerusalem. Dort gab es etwa gleichzeitig mit der Gründung der Templer auch ein deutsches Hospital, das sich vor allem um die Pilger und Krieger kümmerte, die der romanischen Umgangssprache nicht mächtig waren; es ging mit dem Verlust Jerusalems für die Christen 1187 unter.

Das war ein Signal für ganz Europa. Am folgenden dritten Kreuzzug nahmen erstmals in großer Zahl auch Deutsche teil. Niederdeutsche und Flamen wählten den Seeweg, die übrigen den Landweg. Die Seefahrer trafen 1189 vor der Hafenstadt Akkon ein, die nach langer Belagerung fiel. Gegen die Lagerseuchen im ungewohnten Klima gründeten Bremer und Lübecker Bürger 1190 aus den Segeln ihrer Koggen ein Zeltspital. Eine bürgerliche Hospitalbruderschaft entstand, wie gut ein Jahrhundert zuvor die Johanniter. Auch sie sah ihr ideelles Ziel in Jerusalem, das es noch zu erobern galt und welches sie in ihren Namen aufnahm: Dies war die Geburtsstunde des Deutschen Ordens.

Der Hintergrund des dritten Kreuzzuges hat den Orden nie ganz verlassen: Jerusalemideologie, Hospitalität und Verbindung mit der staufischen Reichsvorstellung blieben mehr oder weniger für Jahrhunderte prägend. Nach der Eroberung Akkons 1191 erhielt die Bruderschaft in der Stadt ein Haus, baute ein Hospital, eine Kapelle und Wohnungen. Vor allem die Deutschsprachigen fühlten sich dorthin gezogen. Herzog Friedrich von Schwaben, Sohn des auf dem Kreuzzug verstorbenen Kaisers Friedrich I., ließ der Neugründung seine Gunst zukommen. Die enge Verbindung zum staufischen Kaiserhaus wurde für die nächsten Jahrzehnte richtungweisend. Im Zuge der Mittelmeerpolitik Heinrichs VI. wurde das Deutsche Hospital 1198 in einen Ritterorden umgewandelt: Templer und Johanniter stellten das Vorbild, Rittertum und Krankenpflege bildeten die gleichberechtigten Grundpfeiler dieses neuen Ordens. Die päpstliche Anerkennung war den Entwicklungsstufen stets gefolgt und drei Jahrzehnte nach der Gründung des Zeltspitals erlangte der Deutsche Orden die völlige Gleichberechtigung mit jenen beiden großen Ritterorden – er war zu einem politischen Machtfaktor im Heiligen Land geworden.

In besonderem Maße erkennen wir dies für die Regierungszeit des Hochmeisters Hermann von Salza (1209–1239), eines der bedeutendsten Diplomaten des 13. Jahrhunderts. Eine Vielzahl von Privilegien und Güterschenkungen gehören in diese Zeit. Adel und Bürgertum traten dem Orden bei, sie schenkten ihm auch seine Besitzungen – sei es als Dank für die Pflege im Heiligen Land, zur Unterstützung der dortigen Tätigkeiten, als Hilfe für die Hospitäler des Ordens im Reich oder im Hinblick auf das künftige Seelenheil.

Ausbreitung in Europa

Um 1200 erhielt der Orden Besitzungen in der Südsteiermark (im heutigen Slowenien), in Thüringen, in Südtirol; wenig später folgten Prag/Praha und Wien, Häuser in Hessen, Franken, Bayern sowie Gebiete in Griechenland und im heute rumänischen Burzenland. Um 1220 kamen erste Niederlassungen im heutigen Belgien und den Niederlanden hinzu, wenige Jahre später in der heutigen Schweiz und in Frankreich. 1230 hielt der Orden seinen Einzug in Preußen wie in Spanien, 1237 in Livland. Besonders aus den deutschsprachigen Ge-

bieten des Reiches wuchsen dem Orden neue Ritter- und Priesterbrüder zu. Sah es in den ersten Jahrzehnten so aus, als entwickele er sich zu einem staufisch-thüringischen Hausorden mit dem ideellen Zentrum im Heiligen Land und einem weiteren in Marburg am Grabe der hl. Elisabeth, deren Schwager Konrad von Thüringen, später sogar Hochmeister (1239–1240), ihre Heiligsprechung 1235 und enge Verbindung mit dem Orden erreichte, so wuchs die junge Korporation in der Zeit der schweren Auseinandersetzungen zwischen Kirche und Reich nach dem Tod Hermanns von Salza 1239 darüber hinaus.

Dazu trug die eigenständige Politik mit dem Ziel der Ausbildung eines souveränen Territoriums bei. Der Ansatz im ungarischen Burzenland (1211–1225) scheiterte, doch im Heiligen Land um die Burg Montfort wie an der Ostsee boten sich neue Möglichkeiten. Zwischen diesen beiden Polen schwankte der Orden. Jerusalem bildete das ideelle Zentrum der christlichen Welt, auch wenn es seit 1244 der Christenheit endgültig verloren gegangen war. Selbst nach dem Verlust aller Niederlassungen im Heiligen Land 1291 beharrte eine starke Partei des Ordens auf dem Verbleib im Mittelmeerraum wie die Johanniter und Templer. Doch gerade die finanziell-politisch motivierte gewaltsame Vernichtung der Templer verhalf der preußischen Partei im Deutschen Orden zum Sieg: 1309 verlegte Siegfried von Feuchtwangen (1303–1311) den Hochmeistersitz von Venedig auf die Marienburg.

Territorienaufbau in Preußen und Livland (heute Estland und Lettland)

An der Ostsee hatte innerhalb von acht Jahrzehnten der Orden sein zentrales Territorium aufbauen können. Gerufen als Hilfstruppe für die um die Vorherrschaft im zerrissenen Polen ringenden Teilfürsten von Masowien und Schlesien gegen die baltischen Prußen, gelang es dem Orden, in einem fünf Jahrzehnte dauernden Kampf diese zu besiegen und zu unterwerfen. Fast gleichzeitig, 1237, übernahm er die Reste des livländischen Schwertbrüderordens und damit auch die Stoßrichtung gegen das russische Nowgorod. Die verlorene Schlacht auf dem Eis des Peipussees 1242 gegen Alexander Newski gebot dem Vordringen Einhalt und schuf eine für über 300 Jahre bleibende Grenze.

In Preußen folgte die Mission durch Dominikaner und Franziskaner, die Aufsiedelung mit deutschen Bauern und die Gründung vieler Städte. Die Einnahmen von den Untertanen und eine ausgedehnte Eigenwirtschaft ermöglichten dem Deutschen Orden große Produktionsüberschüsse v. a. bei Getreide, Bernstein und Waldprodukten, mit denen er einen umfangreichen Eigenhandel betrieb. Dabei profitierte er vom Handelssystem der Hanse, deren Privilegien er mit genoss. So besaß er z. B. in Brügge eigene Handelsvertreter, über die er an die westeuropäischen Märkte angeschlossen war.



Marienburg (Foto: 1999) [Herder-Institut, Marburg, Bildarchiv, Inv. Nr. 132341].

Diese Entwicklung wurde durch die Lage Preußens außerhalb des Reiches ermöglicht, der Orden war voll souverän. Als Staat wie seine Nachbarn auch dachte er in ebensolchen Kategorien und nutzte beim Aussterben des Herzogshauses von Pommerellen und den anschließenden Nachfolgekämpfen die Gelegenheiten, 1308/09 das Territorium mit Danzig als zentraler Stadt zu erobern. Dies trug ihm einen Dauergegensatz zu Polen ein, das Pommerellen ebenfalls beanspruchte. Diese Eroberung und die Verlegung des Hochmeistersitzes auf die Marienburg machten in ganz Europa klar, dass hier ein zu respektierender Staat entstanden war; er entwickelte sich im 14. Jahrhundert immer kräftiger. Seine Führung hatte ein sich stets mehr vom Bürgertum abwendender, das Rittertum betonender Orden, bei dem die Hospitalität hinter dem Heidenkampf zurücktrat.

Damit entwickelte sich auch ein immer stärker vom adelig-ritterlichen Ansatz geprägter Ordens- und Staatsgedanke, ganz ähnlich wie in Burgund. Beide Länder galten im 14. Jahrhundert als Hort des europäischen Rittertums, sicherlich ein gedanklicher, aber auch ein der sozialen Herkunft der führenden Schichten in beiden Staaten entsprechender Vorgang. Hinzu trat die Tatsache, dass – neben dem Geschehen in Spanien – von Preußen aus die nach Erlöschen des ursprünglichen Kreuzzugsgedankens für Europa wichtigsten Kreuzzüge des 14. Jahrhunderts geführt wurden. Das Bemühen, Preußen und die Ordensgebiete in Livland territorial miteinander zu verbinden, und das Heidentum der dazwischen lebenden Litauer machten Preußen zum Zentrum von Kreuzfahrten aus ganz Westeuropa. Das 14. Jahrhundert bildete die Glanzzeit des preußischen Ordensstaates im Innern wie nach außen.

Die preußische Entwicklung ließ sich in Livland nicht nachvollziehen. Der Deutsche Orden versuchte zwar, als er das Erbe des Schwertbrüderordens übernahm, die Unterstellung unter den (Erz)Bischof von Riga/Rīga abzuschütteln, doch zum außenpolitisch dominanten Landesherrn sich aufzuschwingen gelang ihm nie. Livland blieb ein in vier Bistumsterritorien und das Ordensgebiet gespaltenes Land mit einer sehr starken Stadt (Riga) als zusätzlichem Machtfaktor, auch wenn der Orden der militärisch Mächtigste im Land war. Zwar konnte er von Dänemark 1346 den nördlichen Landesteil, Estland, kaufen, doch erlangte er auch dadurch nicht die Vorherrschaft im Lande. Es gelang ebenfalls nicht, eine bedeutende Südverbindung zu Preußen aufzubauen, da sich das litauische Samaiten nie dauerhaft unterwerfen ließ.

Entwicklung im Römisch-deutschen Reich

Durch die Verlegung des Hochmeistersitzes war der Mittelmeerraum vom Zentrum der Ordensexistenz an die Peripherie gerückt. Entfernung birgt die Gefahr der Entfremdung in sich, sodass bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts bis auf wenige mittelitalienische Besitzungen der Orden alle mediterranen Niederlassungen eingebüßt hatte – von den Türken bis zur Kurie gab es viele, die sich allzu gerne am Ordensbesitz bereicherten, und teilweise tat schlechte Verwaltung ein übriges. Schon früher waren die französischen Besitzungen verloren gegangen. Ergebnis jener Verluste im Mittelmeerraum war ein steter Machtzuwachs nördlich der Alpen. Dort lag das Kerngebiet des Römisch-deutschen Kaiserreiches, in welchem der Orden seit Beginn des 13. Jahrhunderts großen Besitz hatte erwerben können. Häuser, Wiesen, Äcker, Weinberge, Wald, aber auch bereits bestehende Hospitäler und Kirchen waren ihm übertragen worden. Krankenpflege, Seelsorge, Landwirtschaft waren seine Aufgaben; der Immobilienbesitz ergab Renten und Pachten. Es war einerseits eine typische Etappensituation, dort wurden die Hilfsmittel für die Heidenkampffronten erwirtschaftet; Seelsorge und Hospitalität hatten jedoch schon unmittelbare Wirkung am Ort.

Andererseits darf der Ordenszweig im Reich auch nicht nur aus der Heidenkampfsituation gesehen, sondern muss als eigenständige Größe gewertet werden. Die Besitzungen stamm-

ten zum großen Teil von staufischen Parteigängern. Dabei können wir unterschiedliche Schenkergruppen feststellen. Zum einen ist es der höhere Adel, der umfangreiche Besitzkomplexe schenkte. Zum andern waren es niedere Adelige und Ministerialen, die dem Orden in ihrer Heimatregion Güter zuwandten. Oft geschah dies anlässlich ihres Eintrittes, sodass die Schenkungen gleichzeitig zur Versorgung der neuen Brüder dienten. Somit blieb eine enge Verbindung der Stifterfamilie mit dem Orden bestehen, sie saß im engen Umkreis um die Ordenskommende und nutzte sie teilweise auch weiterhin: Der Orden wurde zur Heimstatt des (vor allem niederen) Adels. Wenn es seit dem 15. Jahrhundert in der Argumentation des in Preußen residierenden Hochmeisters heißt, der Deutsche Orden sei das Spital des Deutschen Adels und müsse als solches, zur Versorgung einer ganzen Bevölkerungsschicht, erhalten bleiben, so ist die Basis dafür bereits bei seiner Ausbreitung im Reich im 13. Jahrhundert gelegt worden. Der Ordenszweig im Reich lebte von der Region und für die Region, er war Bestandteil der ihn umgebenden Gesellschaft ebenso wie ein Glied der Reichskirche, ähnlich den Stiften und Domkapiteln.

Diese Situation bedingt auch das weitgehende Fehlen nichtdeutscher Ordensbrüder, die wir nur an den Rändern des Einflussgebietes nachweisen können, beispielsweise in der Lombardei. Daraus erwuchs der falsche Eindruck, der Orden habe nur Deutsche aufgenommen – ein sich hartnäckig haltendes Klischee; die nationale Verengung erfolgte erst im 15. Jahrhundert, als die wirtschaftliche Krisensituation gerade den niederen Adel hart traf, der auf jenem Wege die eigene Versorgung besser zu sichern suchte.

Der Besitz im Reich wuchs seit Beginn des 13. Jahrhunderts rasch an, Überschüsse ermöglichten Ankäufe, Tauschgeschäfte rundeten den Besitz ab. Natürlich blieb dieser in einer erschlossenen Altsiedellandschaft Streubesitz, anders als es im Heiligen Land, in Preußen oder in Livland möglich war. Trotzdem ergaben sich größere Komplexe, die als Einheit unter Leitung eines Komturs verwaltet wurden, sogenannte Komtureien. Mehrere solcher Komtureien oder Kommenden wurden zu Balleien unter Leitung eines Landkomturs zusammengefasst. Im Reich gab es zwölf solcher Balleien: Österreich, Bozen, Elsass-Burgund, Lothringen, Franken, Marburg, Thüringen, Sachsen, Westfalen, Koblenz, Utrecht und Biesen. Über ihnen stand der Landmeister; in Preußen fiel nach der Übersiedlung des Hochmeisters dessen Amt mit dem des Landmeisters zusammen, im Reich trug er den Namen Deutschmeister. Die Ballei Böhmen unterstand unmittelbar dem obersten Gebietiger in Preußen.

Die Balleien unterschieden sich in Größe und Funktion. Das Herzstück bildete Franken. Wichtige Straßenfunktionen in Richtung auf den Mittelmeerraum nahmen Österreich und Bozen wahr, doch ging ihre Bedeutung mit der Verlegung der Ordenszentrale zurück. Dagegen besaßen ihren Rang vor allem wegen des Nachwuchses für Preußen neben Böhmen zuerst die Balleien Thüringen und Sachsen, später Franken, für Livland die Ballei Westfalen. Daher erklärt sich der starke mitteldeutsche Anteil der Brüder in Preußen, der niederdeutsche in Livland. Marburg blieb eine geistlich bestimmte Ballei durch das Grab der hl. Elisabeth, Ordenspatronin neben Maria und Georg. Die Ordensprovinzen am Rhein gewannen für den Nachwuchs vor allem im 14. und 15. Jahrhundert an Bedeutung: Elsass, Koblenz und das unwichtigere Lothringen. Daraus ergaben sich in Preußen wie in Livland starke rheinische Gruppen und Auseinandersetzungen um die Führung im jeweiligen Ordenszweig. Biesen und Utrecht lagen stärker an der Peripherie. Dabei gab es keine strenge Abgrenzung der Interessensgebiete einer Ballei oder innerhalb der Ballei der verschiedenen Kommenden. So war es selbstverständlich, dass die Ordensballeien Territorial- wie Diözesangrenzen übersprangen. Zwar war der Orden exemt, d. h. er unterstand unmittelbar dem Papst, doch das betraf ihn nur als Orden. Wenn er Pfarren verwaltete, dann war in geistlichen Fragen der Ortsbischof zuständig. Eine solche Exemtion, eine Herauslösung aus direkten territorialrechtlichen wie geistlichen Unterordnungsverhältnissen, barg stets den Keim von Auseinan-

dersetzungen mit den Territorialfürsten, den Ortsbischöfen wie auch den großen Städten in sich. Die großen Territorialisierungsprozesse der Frühen Neuzeit banden denn auch den Deutschen Orden immer stärker in die Pflichten der Landstände oder innerhalb der Stadt ein. Zwar hatte das die Ausweitung von Schutz und Schirm des Landes- oder Stadtherrn auch auf den Orden zur Folge, doch ging es vor allem um Dienstleistungen und Abgaben, zu denen man den Orden heranzog. So wurde der Deutschmeister 1494 Reichsfürst, auch wenn die päpstliche Privilegierung des 13. Jahrhunderts dem entgegenstand. Für Balleien und Kommenden verlief diese Entwicklung problematisch: Vor Ort waren sie in den landesfürstlichen Territorialisierungsprozess eingebunden, der Landkomtur verlangte Abgaben für die Balleiebene, der Deutschmeister für die Aufgaben im Reich, der Hochmeister für Preußen. Es kam daher zu einer immer drückenderen Mehrfachbelastung, aus der sich viele Probleme des 15. und 16. Jahrhunderts erklären lassen.

Entwicklungen vom 14. bis zum Beginn des 16. Jahrhunderts

Vorangegangen waren Ereignisse, die unter dem Begriff der spätmittelalterlichen Agrarkrise zusammengefasst werden. Die Pestwelle in der Mitte des 14. Jahrhunderts verlor ihre katastrophalen Auswirkungen erst im Osten Europas, weshalb dort eine hohe wirtschaftliche und politische Blütezeit anzutreffen ist, beispielsweise in Preußen. Für das Römisch-deutsche Reich bedeutete das einen erheblichen Rückgang in der landwirtschaftlichen Produktion. Das traf vor allem den niederen Adel, dessen Existenz auf Grundbesitz und seinen Erträgen basierte. Da die Ordensstruktur nicht anders war, verliefen die Vorgänge ähnlich. Es gelang allerdings an einigen Orten, durch Umstrukturierung der Wirtschaftsform wie Umstellung im Bereich der Produktionsgüter quasi frühmerkantilistische Ansätze zu entwickeln, die zukunftsweisend sein sollten. So ist es verständlich, dass der Orden bei insgesamt geringeren Einkünften die Aufnahme neuer Brüder restriktiv behandelte. Vom Ende des 14. bis zum Beginn des 16. Jahrhunderts sank der Personalstand auf etwa ein Viertel ab, was sich im Reich als Rekrutierungsbasis genauso auswirkte wie in Preußen und Livland. Damit ging eine soziale Verengung des Ordens einher. Das Bürgertum verlor vollends die Möglichkeit des Zugangs, ausgenommen für den in seiner Bedeutung immer mehr zurückgedrängten Priesterzweig. Der Deutsche Orden wurde zum "Hospital des deutschen Adels", der *miles* verdrängte den *monachus* im Erscheinungsbild der Korporation nach außen und im Bewusstsein nach innen. In dieser Entwicklung bedeutete die Reformation zwar einen Beitrag, aber nicht den entscheidenden Einschnitt. Die Zäsur erfolgte im Ostseeraum unter territorialen Gesichtspunkten.



Deutschordensland Preußen in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts (© Bernhart Jähnig: Vorträge

und Forschungen zur Geschichte des Preußenlandes und des Deutschen Ordens im Mittelalter, Münster 2011, S. 75).

Seit dem 14. Jahrhundert verlagerte sich das europäische Kräftefeld von West nach Ost. Frankreich und England verstrickten sich in den Hundertjährigen Krieg, die Leitung des Heiligen Römischen Reiches ging auf die Luxemburger über, jedoch in ihrer Eigenschaft als Könige von Böhmen. Es war die Epoche der großen Herrscher in Ostmitteleuropa: Ludwig I. von Anjou in Ungarn, Karl IV. in Böhmen und als römisch-deutscher Kaiser, Kasimir I. in Polen; auch der Deutschordensstaat Preußen unter Hochmeister Winrich von Kniprode (1352–1382) darf hierzu gerechnet werden, ebenso Königin Margarete von Dänemark, Norwegen und Schweden. Diese Reiche orientierten sich nach Osten, am deutlichsten sichtbar in der Union der nordischen Reiche von Kalmar (1397) und in der Union Polens mit Litauen (1385). Damit aber musste der Orden in Preußen auf Dauer einem Umzingelungsangriff unterliegen, den er nicht durch territoriale Vergrößerung wie die Eroberung Gotlands 1398 oder den Kauf der Neumark 1402 aufbrechen konnte; alle preußischen Maßnahmen politischer und militärischer Art galten seitdem als Abwehrmaßnahmen.

Hinzu kam eine weitere Entwicklung des Ordensstaates. Die innere Verfassung von Städten und Territorien unterlag einem Wandel durch den Anspruch breiterer Bevölkerungsschichten auf Teilhabe an der Herrschaft. Handwerkeraufstände in den Städten und ständisches Mitspracheverlangen gab es auch in Preußen. Gerade nach der ersten großen militärischen Auseinandersetzung mit Polen-Litauen in der für den Orden katastrophalen Schlacht bei Tannenberg 1410 benötigte er die Hilfe des Landes: Der Erste Thorner Friede (1411) hatte ihm zwar das Territorium weitgehend belassen, forderte aber immense Geldsummen, die er alleine nicht aufbringen konnte. Im Orden verhärteten sich die konservativen Ansichten, während die Stände stets progressivere Forderungen stellten, sodass die oftmals auch handgreiflichen Gegensätze 1454 zum Abfall der Stände vom Landesherrn und einem 13-jährigen Krieg führten. Der Zweite Thorner Friede (1466) brachte eine Teilung Preußens und die Unterstellung des westlichen Teils einschließlich der Marienburg und des Bistums Ermland unter den polnischen König. Die Landesherrschaft wurde immer mehr von der korporativen Ordensherrschaft zum personalen Fürstenregiment des Hochmeisters, sodass die Ereignisse des Jahres 1525 vorgezeichnet scheinen: Hochmeister Albrecht von Brandenburg-Ansbach unterwarf sich nach einem vergeblichen Krieg dem König von Polen als Herzog in Preußen, legte den Ordensmantel ab und nutzte zur Stabilisierung seiner Landesherrschaft die Einführung der Reformation.

Beim Zusammenbruch der livländischen Herrschaftsformen folgte der dortige Landmeister Gotthard Ketteler 1561/62 Albrechts Vorbild. Er nahm den südlichen Rest des Ordenslandes als Herzogtum Kurland von Polen zum Lehen, während sich Schweden und Polen das übrige teilten; auch Moskau/Moskva, Dänemark und Preußen hatten noch einen Fuß im Lande. Damit verlor der Orden die Gebiete, in denen er eine ausgesprochen wirksame und das Land bis in die Gegenwart mitformende Landesherrschaft aufgebaut hatte.

Auf dem Hintergrund der Territorialisierungstendenzen der drei obersten Ordensgebietiger, des Hochmeisters in Preußen, des livländischen Landmeisters und des Deutschmeisters, wird auch die weitgehend eigenständige Ordensentwicklung im Reich verständlich, deren Tendenz in der Annahme der Reichsfürstenwürde und damit der Teilnahme am Reichstag 1494 gipfelte – der Orden hatte sich in die reichsständische Entwicklung voll eingepasst. Das ist bei der Herkunft der Brüder nicht verwunderlich, sie hoben sich vom Denken ihrer Standesgenossen nicht ab. Auch für die Priesterbrüder lässt sich Ähnliches in ihrem Bereich sagen. Die überlieferten Geisteszeugnisse machen die Einbindung in die zeitgenössische

Mentalität deutlich. So können wir auch nicht von einem Deutschordenskulturkreis im Reich sprechen, anders als etwa in Preußen. Zwar sind im Orden einige durchaus herausragende Dichter anzutreffen, fast immer Ordenspriester, doch eine spezifische Deutschordensliteratur im Reich gibt es nicht, im Gegensatz zu Preußen. Dasselbe gilt für den Bereich der Baukunst. Die an den preußischen Bauten entwickelte Diskussion um einen spezifischen "Deutschordensburgtypus" entbehrt für den Mittelmeerraum genauso wie für das Reich jeglicher Grundlage. Nicht dass der Orden dort keine Burgen gehabt hätte, doch übernahm er sie als Schenkung und baute nur weiter, beim Neubau passte sich örtlichen und regionalen Bedingungen völlig ein. Das gilt parallel für seine Stadthäuser wie für die Kirchen. In Preußen verlief diese Entwicklung anders und führte zu herausragenden Ergebnissen in der Baukunst, der Malerei, der Dichtkunst wie auch im höfischen Leben am Sitz des Hochmeisters. In Livland ist Paralleles vor allem in der Baukunst überliefert; insgesamt jedoch sind die Zeugnisse nicht so zahlreich wie in Preußen.

Der neuzeitliche Orden im Heiligen Römischen Reich deutscher Nation

Die preußischen Ereignisse von 1525 hatten den Orden im Reich auch hinsichtlich seiner inneren Struktur vor neue Probleme gestellt. Der Deutschmeister Walter von Cronberg (1526–1543) entschied das Tauziehen um die Führung im Restorden gegen den livländischen Landmeister Wolter von Plettenberg für sich: Kaiser und Papst erkannten den Deutschmeister als Administrator des Hochmeistertums in Preußen an, innerhalb des Ordens war die Anerkennung schwieriger. Vier Balleien im Reich hatten unmittelbar dem Hochmeister unterstanden: Elsass-Burgund, Österreich, Koblenz und Bozen. Nur sehr widerstrebend ordneten sie sich dem Deutschmeister unter, da sie erkannten, dass völlige Eigenständigkeit sie zum Opfer der Territorialmächte machen würde. Hinzu trat die Konfessionsproblematik. Die neuen protestantischen Landesherrschaften und Städte gewannen durch Säkularisation und Erlangung der Kirchenhoheit eine teilweise sehr feste Stellung. Die Ordenspriester hatten aus kirchenrechtlichen Gründen nie "Pfarrherren" werden können und sich daher in großer Zahl der neuen Lehre angeschlossen und den Orden verlassen – wobei bei vielen auch religiöse Überlegungen mitspielten. Waren von den Brüdern der Ballei Franken und des Deutschmeistertums 1513 noch 68 % Priester, so waren es 1577 nur noch 6 % oder in absoluten Zahlen: zwei. Anders verlief die Entwicklung bei den Rittern. Der Adel gewann im Unterschied zum Landesherrn durch die Reformation keine Änderung der sozialen Grundposition. Von daher war er, unabhängig von einer konfessionellen Entscheidung, in der er meist dem Landesherrn folgte, am Erhalt des Ordens als Versorgungsinstitution interessiert. So kam es nicht zu einer Säkularisation des Ordensbesitzes, wohl aber zu einem Konfessionswechsel vieler Ordensritter, der nach einigen Schwierigkeiten zu einer geregelten Trikonfessionalität des Ordens führte. Katholiken, Lutheraner und Calvinisten gehörten gleichberechtigt dem Orden an. Die Balleien Thüringen, Sachsen und Utrecht waren protestantisch, Hessen sogar trikonfessionell, die übrigen Balleien blieben katholisch. Der Hochmeister war stets Katholik. So bildete der Versorgungsgedanke fast drei Jahrhunderte lang eine Klammer im Orden über alle Konfessionsgegensätze hinweg. Mit dieser Trikonfessionalität steht der Orden einzigartig da in der Reichsgeschichte.

Die politische Handlungsfähigkeit des Ordens war durch den Verlust Preußens 1525 und Livlands 1561 erheblich geringer geworden. Zwei Hauptkomponenten lassen sich für die Folgezeit feststellen. Zum einen ist es der ständige Versuch, Preußen und Livland zurückzugewinnen. Zwar gewann der Orden vor dem Reichskammergericht 1532 den nötigen Rechtstitel gegen Herzog Albrecht in Preußen und gegen Polen, doch besaß er nicht die Möglichkeit der Durchsetzung. Dieser Blick zurück mit Hilfe der Rekuperationsbestrebungen hat den Orden bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts begleitet. Gleichzeitig benötigte die Gegenwart aber auch eine zukunftsträchtige geistige Fundierung. Die in der Mitte des 15.

Jahrhunderts in Preußen formal auf die Gründungszeit des Ordens zurückgeführte, revidierte Regel bedurfte einer Erneuerung. Hochmeister Maximilian von Österreich setzte diese 1606 durch. Als existenzbegründende Aufgabe wurde auf den Heidenkampf zurückgegriffen in der zeitgemäßen Form des Krieges gegen die Türken. Dies entsprach den Interessen des Reiches unter Habsburgs Führung. Auch die priesterliche Versorgung wurde durch die Gründung von Priesterseminaren gefördert, benötigte der Orden doch sowohl für sich selbst als auch für die Besetzung der vielen ihm gehörenden Pfarren nach wie vor mehr Priester, als er besaß. Jene Festigung hatte ihren Preis. Eine souverän-staatliche Position, wie er sie im Mittelalter innegehabt hatte, vermochte der Orden im Reich nicht zu realisieren. Er bedurfte der starken Stütze des Kaiserhauses. Seit dem Ende des 16. Jahrhunderts blieb die Stellung des Hochmeisters eine Sekundogenitur des Hauses Habsburg oder eng mit ihm verwandter Häuser, wie der Wittelsbacher oder der Pfalz-Neuburger. Damit erhielt dieses Amt eine glänzendere Stellung als zuvor, zumal es oft mit anderen Ämtern verbunden war, wie etwa bei Karl von Österreich (1619–1624), zugleich Bischof von Breslau/Wrocław, Leopold Wilhelm von Österreich (1642–1662), Bischof von Olmütz/Olomouc und Breslau, oder Franz Ludwig von Pfalz-Neuburg (1694–1732), Bischof von Breslau. Für den Türkenkampf wurde im Zusammengehen zwischen dem Kaiserhaus, den damit verschwägerten, in Bayern herrschenden Pfalz-Neuburgern und dem ebenfalls unter pfalz-neuburgischer Führung stehenden Deutschen Orden ein eigenes Regiment gegründet, das später sogenannte Regiment Hoch- und Deutschmeister, dessen militärische Tradition noch heute in Österreich fortlebt.

Während des Dreißigjährigen Krieges hatte der Hochmeister als Entschädigung für eine Geldanleihe seines kaiserlichen Bruders die in Österreichisch-Schlesien liegende Herrschaft Freudenthal erhalten, die durch Zukäufe erweitert wurde und bis ins 20. Jahrhundert wesentliche Einkommensgrundlage des Ordensoberen blieb. Hinzu kamen früher enteignete Besitzungen in Troppau/Opava, sodass sich dort vor allem im 19. Jahrhundert ein neuer Schwerpunkt der Ordensaktivitäten entwickelte.

Denn Napoleons Zugriff v. a. auf geistlichen Besitz gab den Anstoß für die mit ihm verbündeten deutschen Fürsten, sich erneut am Kirchengut zu bereichern – eine zweite große Säkularisationswelle ging durch Deutschland. Seit 1809 existierte der Orden nur noch in den habsburgischen Erblanden und konnte froh sein über jene Gebiete in Österreichisch-Schlesien, die wenigstens dem Hochmeister ein Auskommen sicherten.

Der Orden im 19.–21. Jahrhundert

Erst 1839 wurde mit Hilfe des Staatskanzlers Fürst Metternich eine neue Rechtsgrundlage gefunden. Revolution, Industrialisierung, Pauperismus, Balkankriege lauten die Schlagworte, die die österreichische Entwicklung des 19. Jahrhunderts kennzeichnen. Im Sinne seiner ritterlich-karitativen Tradition betrat der Orden neue Wege. Der schon im Mittelalter untergegangene Schwesternzweig des Ordens wurde wiederbegründet und auf allen karitativen und pädagogischen Wirkungsfeldern erwarben sich die Schwestern bald einen hervorragenden Ruf. Zur Verbesserung der Priesterausbildung errichtete der Hochmeister in Lana bei Meran und Troppau Priesterkonvente, um das brüderliche Gemeinschaftsbewusstsein als theologisch tragende Kraft zu erneuern. Das Elend der Verwundeten nach der Schlacht von Solferino 1859, das zur Genfer Konvention von 1864 und zur Gründung des Roten Kreuzes führte, gab ab 1865 im Orden den Anstoß im Orden zur Entwicklung von Feldspitälern, die sich in den Kriegen Österreichs große Verdienste erwarben. Die Mittel fanden sich mit Hilfe der Gründung zweier Institutionen: Ehrenritter und Marianer. Laien erhielten das Kleid des Ordens bzw. ein besonderes Kreuz, wofür sie mit namhaften Summen das Spitalwesen unterstützten. Schwerpunkte des Ordens waren nun Österreichisch-Schlesien und das südliche

Tirol. Pfarrseelsorge, Schul- und Erziehungsarbeit, Hospitaldienst bildeten die Hauptbereiche für Priester und Schwestern, die Ritter bauten das Feldsanitätswesen in Krieg und Frieden ständig weiter aus, während sie selber als Offiziere oder Diplomaten dem habsburgischen Staat dienten. Auf diesem Wege, geführt von Erzherzögen, kam es zu einer solch engen Verbindung zwischen Orden und Monarchie, dass es nach dem politischen Zusammenbruch am Ende des Ersten Weltkrieges schwerfiel, den Orden als geistliche Institution aus der Konkursmasse der Donaumonarchie zu lösen. Aufgrund des Nachweises der kirchenrechtlichen Eigenständigkeit anerkannten ihn die Republik Österreich, die Republik der Tschechoslowakei und das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (Jugoslawien) als neue Staaten sowie das Königreich Italien. Erzherzog Eugen (1894–1923) trat als Hochmeister zurück und machte den Weg zur priesterlichen Leitung frei – der Neubeginn als rein kirchlich-klerikale Institution mit einem Brüder- und einem Schwesternzweig unter der Generalleitung der Priester war geglückt.

Das 19. Jahrhundert war auf dem Gebiet des ehemaligen Heiligen Römischen Reiches zunehmend vom Dualismus zwischen Preußen und Österreich geprägt, erhoben doch beide Mächte Anspruch auf die Führung. Erst die militärischen Siege Preußens klärten die Situation. Das 1871 begründete neue Kaiserreich war kleindeutsch-preußisch ausgerichtet und benötigte somit einen völlig anderen Traditionsstrang, als das mittelalterliche Reich und dessen habsburgische Fortführungsform ihn boten. Da entsann man sich der Ursprünge seines Namens und konstruierte eine ebenso unzutreffende wie tief ins allgemeine Bewusstsein sich eingrabende Staatstradition, teilweise bis heute noch wirksam: Ihr musste in hohem Maße die mittelalterliche Vergangenheit des Deutschen Ordens zu Diensten sein. Schon in den Befreiungskriegen gegen Napoleon, die von preußischem Boden ausgingen, hatte man mit der Stiftung des Eisernen Kreuzes 1813 an das Ordenskreuz angeknüpft. Denn durch die Aufhebung des Ordens durch Napoleon war die Gegnerschaft des Ordens gegen Brandenburg-Preußen beseitigt, die mittelalterliche Vergangenheit des Ordensstaates Preußen stand zur Disposition, das preußische Königreich bediente sich. Die Literaten und Dichter wie Joseph von Eichendorff oder Gustav Freytag folgten, die Historiker ebenfalls, am deutlichsten in der Mitte des 19. Jahrhunderts in starker Blut-und-Boden-Terminologie der Berliner Hofhistoriker Heinrich von Treitschke. Die Marienburg wurde zum Sinnbild eines neuen preußisch-deutschen Nationalismus. Das 19. Jahrhundert schuf in Preußen eine "Tradition", die der historischen Realität nicht entsprach, sich jedoch im allgemeinen Bewusstsein Deutschlands fortsetzte, über das Kaiserreich in die Weimarer Republik und in die nationalsozialistische Zeit, teilweise bis in die Gegenwart. Dies zeigt sich in der Begrifflichkeit, in der Benutzung von Emblemen des Ordens, bis hin zur Geschichtsschreibung, wobei allerdings die Doppelbödigkeit der nationalsozialistischen Behandlung von Ordensvergangenheit und existentem Orden alles zuvor Gewesene übertraf. Die preußische Deutschordensgeschichte des Mittelalters ist ein typisches Beispiel für einen gegenwartsbezogenen, politisch motivierten Missbrauch von Vergangenheit; eine Neubeschäftigung mit diesen Problemen hat erst nach dem Zweiten Weltkrieg und sehr zurückhaltend eingesetzt.

Interessant bei diesem Vorgang ist, dass sich in Polen ein ähnlicher Vorstellungswandel abspielte, jedoch mit umgekehrten Vorzeichen: Das von Brandenburg-Preußen mit geteilte Polen betrachtete die Deutschordenstradition in hohem Maße negativ und wandte sich damit auf historischem Feld gegen den gegenwärtigen Feind, das Königreich Preußen, das noch dazu das alte Ordensland zu seinem Staate zählte. "Krzyżak" (= Kreuzritter) wurde in Polen zu einem sehr negativ belegten Schimpfwort für Deutsche. Dieser preußisch-polnische Gegensatz, seit der Reichsgründung unter preußischer Führung 1871 zum deutsch-polnischen Gegensatz entwickelt, ist teilweise bis in die Gegenwart politisch wirksam; er hat in der Geschichtsschreibung erst in jüngster Zeit eine sachlichere Aufarbeitung erfahren.

Zwei Weltkriege gingen nicht spurlos am Deutschen Orden vorbei. Der aus dem Zusammenbruch der Habsburgermonarchie hervorgehende rein kirchliche Orden vermochte trotz aller Probleme nach innen wie nach außen einen Wiederaufbau durchzusetzen. Die rechtliche Zentrale blieb Wien, der wirtschaftliche Schwerpunkt lag in der Tschechoslowakei, die priesterliche, karitative und pädagogische Wirksamkeit spielte sich zusätzlich in Jugoslawien und Italien (Südtirol) ab. Mit dem "Anschluß" Österreichs und der Besetzung der Tschechoslowakei durch das nationalsozialistische Deutsche Reich kam jedoch ein jähes Ende. Der Nationalsozialismus übernahm zwar bestimmte preußische Traditionen, aber keineswegs alle. Hinsichtlich des Deutschen Ordens hatte er eigene Pläne, er wollte einen eigenen "Deutschen Orden" schaffen. Schließlich sah er in dieser Rolle die SS. Dem stand der wirklich existierende kirchliche Orden im Wege. 1938 in Österreich, 1939 in der Tschechoslowakei wurde er hinweggefegt. Was folgte, etwa die nationalsozialistischen Ordensburgen, hatte mit dem eigentlichen Deutschen Orden nichts zu tun. In Jugoslawien und Italien hatten die Brüder und Schwestern des Ordens aufgrund ihrer weitgehenden Identifizierung mit dem Deutschtum zu leiden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die meisten Ordensangehörigen aus der Tschechoslowakei vertrieben und gingen in den Westen, wo ein mühsamer Neuaufbau begann. Die Republik Österreich gab den ehemaligen Besitz zurück, in Südtirol hatte der Orden den Faschismus weitgehend unbeschadet überdauert. In der neu entstehenden Bundesrepublik Deutschland sammelten sich viele Brüder und Schwestern als Flüchtlinge und engagierten sich als Seelsorger und in allen karitativen und pädagogischen Bereichen. Doch nun war durch den Verlust der großen Güter im ehemaligen Österreichisch-Schlesien der letzte wichtige Rückhalt verloren gegangen. Auch das heutige Tschechien weigert sich, die von den Nationalsozialisten eingezogenen Besitzungen zurückzugeben. In Slowenien laufen die Rückgaben schwer an. Bleibendes Spezifikum ist nicht zuletzt die über 800-jährige Tradition.

Ganz in deren Sinn entstand unter der Leitung von P. Dr. Marian Tumler als Hochmeister (1948–1970) der Orden wieder, in seiner alten, dreigliedrigen Form: Brüder, Schwestern und Familiaren unter gemeinsamer Leitung. Diese Dreigliedrigkeit desselben Ordens ist eine Besonderheit, sind doch sonst männliche und weibliche Kongregationen getrennt. Auch der Familiarenzweig ist eine Institution päpstlichen Rechts: Er besteht aus im Berufsleben wirkenden Laien und Weltpriestern, die die Aufgaben des Ordens wirksam fördern wollen und können. Diese Aufgaben sind sozial-karitativer und seelsorgerischer Art; hinzu tritt die Pflege der Wissenschaft in Form der kritischen Aufarbeitung der eigenen Geschichte im gesamteuropäischen Rahmen. Diese Tätigkeit vollzieht sich heute in unterschiedlicher Intensität in Österreich, Italien, Slowenien, Tschechien, der Slowakei, der Bundesrepublik Deutschland und Belgien.

Bilanz

Die Bilanz der über 800-jährigen Geschichte des Deutschen Ordens kann nur im Hinblick auf die jeweilige Zeit und ihre Denkkategorien gezogen werden. Im Mittelalter bestand das Selbstverständnis aus der Verbindung von Kreuz und Schwert; Heidenkampf und Hospitalität, Unterwerfung und Mission, Territorienbildung und Siedlung, politischer Streit und Karitas verbanden sich in der Doppelrolle von Ritter und Mönch. Die Unterwerfung Preußens mit eigener Staatsbildung und der Entwicklung eines deutsch geprägten christlichen Neustammes der "Preußen" ist ein bleibendes, jenen Raum bis heute prägendes Ergebnis. In abgeschwächter Form gilt dies ebenfalls für Livland, auch wenn in beiden Gebieten die autochthone Entwicklung gebremst, teilweise beendet wurde. Preußen wie Livland sind damit bis zur Gegenwart dem mitteleuropäischen, vom römischen Christentum einschließlich der

protestantischen Weiterentwicklung geprägten Kulturraum angeschlossen worden. In der Neuzeit gliederte der Orden sich immer mehr der allgemeinen politischen und kirchlichen Entwicklung ein, seine militärischen und geistlich-karitativen Leistungen entsprachen Mosaiksteinen in einer außerhalb des Ordens entwickelten Planung, sei es sein Beitrag in den Türkenkriegen oder auch als Hort des Katholizismus in einer protestantischen Umgebung – er wurde zum Objekt der Geschichte. Diese Objektrolle ging so weit, dass seine Vergangenheit zum Gegenstand politischer Ziele von Gegnern wurde, ohne dass er dem hätte wehren können. Doch seit über 800 Jahren ist er ein Teil der Entwicklung im östlichen Europa.

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Udo Arnold (Hg.): Kreuz und Schwert. Der Deutsche Orden in Südwestdeutschland, in der Schweiz und im Elsaß (Ausstellungskatalog). Mainau 1991.
- Udo Arnold (Hg.): Ritter und Priester. Acht Jahrhunderte Deutscher Orden in Nordwesteuropa (Ausstellungskatalog). [Turnhout] o. O. 1992.
- Udo Arnold: L'Ordine Teutonico - una viva realtà. Lana 2001.
- Marian Biskup, Gerard Labuda: Die Geschichte des Deutschen Ordens in Preußen: Wirtschaft, Gesellschaft, Staat, Ideologie. Osnabrück 2000 (Klio in Polen 6). In polnischer Sprache: Dzieje zakonu krzyżackiego w Prusach. Gospodarka - Społeczeństwo - Państwo - Ideologia. Gdańsk 1986.
- Hartmut Boockmann: Der Deutsche Orden. Zwölf Kapitel aus seiner Geschichte. 5., unveränd. Aufl. München 2012.
- Gerhard Bott, Udo Arnold (Hg.): 800 Jahre Deutscher Orden (Ausstellungskatalog). Gütersloh 1990.
- Sylvain Gouguenheim: Les chevaliers teutoniques. Paris 2007.
- Klaus Militzer: Die Geschichte des Deutschen Ordens. 2. Aufl. Stuttgart 2012. In polnischer Sprache: Historia zakonu krzyżackiego. Kraków 2007; in lettischer Sprache: Vācu ordena vēsture. Riga 2009.
- Kristjan Toomaspoeg: Histoire des Chevaliers Teutoniques. Paris 2003 (Champs 533).
- Marian Tumler: Der Deutsche Orden im Werden, Wachsen und Wirken bis 1400. Mit einem Abriß der Geschichte des Ordens von 1400 bis zur neusten Zeit. Wien 1955.
- Marian Tumler, Udo Arnold: Der Deutsche Orden. Von seinem Ursprung bis zur Gegenwart. 5., überarb. u. erw. Aufl. Bad Münstereifel 1992.

Quellen und Periodika

- Udo Arnold (Hg.): Quellen und Studien zur Geschichte des Deutschen Ordens. Bonn u. a. 1967ff. (Schriftenreihe mit über 70 Bänden).
- Deutscher Orden. Zeitschrift des Ordens für seine Brüder, Schwestern, Familiaren und Freunde, 1970ff. (4 bzw. 3 Hefte pro Jahr).

Weblinks

- www.deutscher-orden.at
- www.deutschordensmuseum.de (Deutschordensmuseum Bad Mergentheim)

Zitation

Udo Arnold: Deutscher Orden. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2013. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/55154.html (Stand 08.04.2013).

Deutscher Osten (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Deutscher Schulverein (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Deutsches Auslandsinstitut (DAI), Stuttgart

1. Kurzbeschreibung

Das Deutsche Auslandsinstitut (DAI) wurde am 10. Januar 1917 in Stuttgart unter dem Namen "Museum und Institut zur Kunde des Auslandsdeutschtums und zur Förderung deutscher Interessen im Ausland" gegründet. Zunächst wurde es als "Deutsches Auslandsmuseum" bezeichnet; seit Ende 1918 setzte sich der Begriff "Deutsches Auslandsinstitut" durch. In der amerikanischen Besatzungszone stellte das DAI 1945 seine Tätigkeit ein.

2. Organisation

Das DAI bestand bei seiner Gründung aus einem Archiv, einem Museum, einer Bibliothek, einer Auskunfts- und Vermittlungsstelle und einer Vortrags- und Publikationsabteilung. Es gab eine Vertretung in Berlin. 1923 wurde das DAI dem Reichsinnenministerium unterstellt. Finanziert aus Mitteln des Reichshaushaltes (Innen- und Außenministerium) sowie, in geringerem Maße, des Landes Württemberg, der Stadt Stuttgart und privater Spenden, konnte das DAI einen beständig steigenden Etat verzeichnen, der 1942/43 eine Höhe von 1,6 Millionen RM erreichte.

Leiter des DAI war bis 1933 Fritz Wertheimer. Im Zuge der "Gleichschaltung" wurde er 1933 durch den aus Siebenbürgen stammenden Richard Csaki abgelöst. Das gleiche Schicksal ereilte den Vorstandsvorsitzenden Theodor Wanner, der durch den NS-Oberbürgermeister Stuttgarts, Karl Strölin, ersetzt wurde. Diese personellen Veränderungen sind offenbar ohne offizielle Anweisung vonseiten der Regierung vorgenommen worden. Nach 1933 verbündete sich das vormals zwar elitäre, da mit der Großwirtschaft eng verbundene, aber dennoch überparteiliche Institut "mit jenen Kräften innerhalb des neuen Machtapparates, die damals in der NS-Außenpolitik eine herausgehobene Rolle spielten: [der] Auslandsorganisation (AO) und [dem] Außenpolitische[n] Amt (APA) der NSDAP".[1] 1936 wurde das DAI der Volksdeutschen Mittelstelle der SS (VOMI), im November 1943 schließlich direkt dem Reichssicherheitshauptamt (RSHA) unterstellt.

Mit Beginn des Zweiten Weltkriegs erfuhr das DAI eine massive Umstrukturierung. Die Verbindungen zu den wichtigsten Organen des Staates wurden verstärkt und neue Abteilungen eingerichtet, so die Statistische Abteilung, die Abteilung Umsiedlungsdokumentation, die Stababteilung und die Dienststelle Wien.

3. Aufgaben

Bereits während des Ersten Weltkriegs, vor allem aber in dessen Folge widmete die deutsche Politik den außerhalb des Reiches lebenden Deutschen besondere Aufmerksamkeit. Sie wurden zu einem wichtigen Faktor der "Deutschtumspolitik", deren Ziel es war, das "Auslandsdeutschtum" wirtschaftlich zu fördern und zahlenmäßig zu stärken. Das DAI unterstützte diese Politik mit einem breit gefächerten Aufgabenspektrum: Es umfasste die allgemeine Förderung der Beziehungen zum "Auslandsdeutschtum" ebenso wie dessen Erforschung und die Öffentlichkeitsarbeit. Ziel war, "ein umfassendes Bild des gesamten Auslandsdeutschtums nach seiner materiellen und geistigen Kultur, nach seinen sozialen Verhältnissen und nach seinen Beziehungen zur alten und neuen Heimat" zu zeichnen.[2] Des Weiteren erhielten auswanderungswillige Deutsche im DAI Informationen und Ratschläge. Das "Auslandsdeutschtum" sollte mit dem DAI in Stuttgart eine Zentrale erhalten.



Deutsches Auslandsinstitut, Stuttgart, Ansichtskarte, um 1930. [Archiv T. Weger]

Während das DAI zur Zeit der Weimarer Republik politisch eher unauffällig blieb, passte es sich nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten 1933 schnell dem Führerprinzip an (1934 verlieh das DAI Adolf Hitler den "Deutschen Ring", seine höchste Auszeichnung) und veränderte seine Tätigkeiten entsprechend. Seine Mitarbeiter vertraten offen rassistische Ansichten und verstanden sich als Teil des nationalsozialistischen Propagandaapparates. In diesem Zusammenhang beschaffte das DAI auch "militärische und rüstungssensible Nachrichten".[3] Die Beratung auswanderungswilliger Deutscher nahm ab, da Auswanderung nicht mehr gefördert werden sollte.

Einen Schwerpunkt legte das DAI fortan auf die volkswissenschaftliche Disziplin der "Sippenkunde", die sie bewusst auf die Grundlagen der Rassen- und Erbbiologie stellte. Rasch wachsende Karteien dienten der Sammlung von Informationen über "Volksdeutsche". Die "Volkstumsarbeit" im nationalsozialistischen Deutschland gehörte in den Zuständigkeitsbereich der SS und erfuhr ab 1936 eine starke Konzentration. In diesem Zusammenhang wurde die Hauptstelle auslandsdeutsche Sippenkunde, die dem Volksbund für das Deutschtum im Ausland (VDA) unterstand, im Jahre 1937 dem DAI angegliedert.

Mit Kriegsausbruch veränderten sich die Aktivitäten des DAI erneut; es wandte sich nun den 'kriegswichtigen' Aufgaben zu. Drei Arbeitsschwerpunkte lassen sich ausmachen: Die "Umsiedlungsdokumentation" bezeichnet die genaue Erfassung der Umsiedlungen der "Volksdeutschen" in die besetzten Gebiete oder nach Deutschland. Unter der "Anschriftenaktion" verstand man den Neuaufbau einer zentralen Kartei der "Volksdeutschen", die über die bisherigen Daten hinaus auch Auskünfte über die politische Gesinnung der Erfassten enthielt. Schließlich erhielt das DAI spezielle Übersee- und Südosteuropaaufträge.

Die seit Oktober 1918 erscheinende Halbmonatszeitschrift *Mitteilungen des Deutschen Auslands-Instituts* hieß ab 1919, Heft 10 *Der Auslandsdeutsche* und ab 1938, Heft 3 *Deutschtum im Ausland*. Sie wurde Ende 1944 eingestellt. Von 1936 bis 1942 erschien das *Jahrbuch für auslandsdeutsche Sippenkunde* der Hauptstelle auslandsdeutsche Sippenkunde. Zwischen 1937 und 1944 gab das DAI zudem die Vierteljahresschrift *Auslandsdeutsche Volksforschung* heraus.

Die amerikanische Militärregierung stufte das DAI nach Kriegsende als "belastet" ein; es musste geschlossen werden.[4] Dessen ungeachtet wurde es 1949 als Institut für Auslandsbeziehungen (ifa) wiedergegründet und nahm 1951 seine Arbeit wieder auf.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Katja Geschke: Kultur als Instrument der Außenpolitik totalitärer Staaten. Das Deutsche Auslands-Institut 1933-1945. Köln u.a. 2006.
- Otto Lerche: Das Deutsche Auslandsmuseum in Stuttgart. In: Zentralblatt für Bibliothekswesen 34 (1917), S. 162-167, hier S. 164.
- Martin Seckendorf: Kulturelle Deutschtumspflege im Übergang von Weimar zu Hitler am Beispiel des deutschen Ausland-Institutes (DAI). Eine Fallstudie. In: Wolfgang Jacobeit, Hannjost Lixfeld, Olaf Bochkorn (Hg.): Völkische Wissenschaft. Gestalten und Tendenzen der deutschen und österreichischen Volkskunde in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Wien u. a. 1994, S. 115-135.
- Martin Seckendorf: Das Deutsche Ausland-Institut Stuttgart (DAI) 1917 bis 1945. Eine Übersicht. 2004. URL: http://www.2i.westhost.com/bg/1_6.html (Zugriff am 01.02.2012).

Anmerkungen

[1] Martin Seckendorf: Das Deutsche Ausland-Institut Stuttgart (DAI) 1917 bis 1945. Eine Übersicht. 2004. URL: http://www.2i.westhost.com/bg/1_6.html (Zugriff am 01.02.2012).

[2] Otto Lerche: Das Deutsche Auslandsmuseum in Stuttgart. In: Zentralblatt für Bibliothekswesen 34 (1917), S. 162-167, hier S. 164.

[3] Seckendorf: Ausland-Institut (Anm. 1).

[4] Katja Geschke: Kultur als Instrument der Außenpolitik totalitärer Staaten. Das Deutsche Auslands-Institut 1933-1945. Köln u.a. 2006, S. 86.

Zitation

Berit Pleitner: Deutsches Auslandsinstitut (DAI), Stuttgart. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54021.html (Stand 13.02.2012).

Dialekt

1. Genese

Der deutsche Sprachraum mit seiner starken territorialen Gliederung, seiner wechselhaften politischen Geschichte und seiner als Resultat einer dialektalen Durchmischung entstandenen Standardsprache hat eine kleinräumig ausgeprägte Mundartlandschaft. Die ältesten fassbaren Zustände der deutschen Sprache (Althochdeutsch, Altniederdeutsch) weisen be-

reits das bis heute existierende Dialektkontinuum Oberdeutsch-Mitteldeutsch-Niederdeutsch auf. Das im deutschen Sprachraum deutlich hervortretende Verhältnis zwischen Ortsdialekt, Landschaftssprache (Regionalsprache) und Standardsprache („Hochsprache“) ist in der Frühen Neuzeit mit der Herausbildung der deutschen Standardsprache (Lutherische Bibelsprache, Kanzleisprachen) als Ausgleichsform aus allen drei deutschen Dialekträumen auf mitteldeutscher Grundlage entstanden. In diese Zeit fallen auch erste Verwendungen des Fremdworts *Dialektus*, es gesellt sich die Lehnschöpfung *Mundart* von Philip von Zesen (1619–1689) hinzu. Mit der Existenz landschaftlich unterschiedlicher Sprechweisen und der als Kontrastfolie immer breiteren Raum gewinnenden und mehr und mehr funktionale Domänen übernehmenden Standardsprache entstehen sowohl negative (sozialer Indikator, Sprachbarriere) als auch positive (Heimat, Identität) Sprechereinstellungen und Dialektbewertungen. Gegenwärtig sind Dialekt und landschaftliches Sprechen im deutschen Sprachraum geprägt von (auch medialer) Affirmation und Popularität einerseits, vom Rückgang und Schwund vor allem der Orts- beziehungsweise Basisdialekte im mittel- und niederdeutschen Sprachraum zugunsten eher großlandschaftlich geprägter Sprechweisen (Regionalsprachen) andererseits.

Die wissenschaftliche Erforschung der Dialekte setzt im 19. Jahrhundert ein. Bahnbrechend wirkte unter anderem das Bayrische Wörterbuch von Johann Andreas Schmeller (1785–1852). Spätestens Anfang des 20. Jahrhunderts wurden die meisten großen Dialektwörterbuchprojekte im deutschen Sprachraum initiiert; sie sind nach meist langen Bearbeitungszeiträumen inzwischen beendet (Rheinisches Wörterbuch, 1923–1971; Pfälzisches Wörterbuch, 1912–1998), teilweise aber auch gegenwärtig noch nicht fertiggestellt (z. B. Siebenbürgisch-Sächsisches Wörterbuch, 1924ff.). Eine weitere zentrale Aufgabe der Dialektologie war und ist die Erstellung von Dialektatlanten. Grundlegendes Werk ist der 1876 von Georg Wenker (1852–1911) begründete Deutsche Sprachatlas (DSA). Dieser wie auch viele der Dialektwörterbücher schließen die Sprachinseldialekte und Siedlungsdialekte jenseits von Staats- und Reichsgrenzen mit ein. Der Wortgeographie kommt in der Dialektologie eine besondere Rolle zu (z. B.: Semmel - Brötchen - Schrippe, Tomate - Paradeiser, Fleischer - Metzger).[1] Kennzeichnend für die jüngere Dialektforschung ist die Beendigung des Primats der klassischen Grammatikographie mit Laut- und Formenlehre und eine Hinwendung zu soziolinguistischen und pragmalinguistischen Fragestellungen, wobei größeres Augenmerk auf Aspekte wie Regiolekt, Sprechereinstellungen, das Verhältnis Dialekt-Standardsprache und neuere diachrone Entwicklungen gelegt wird.

2. Definition

Der Terminus „Dialekt“ in der Sprachwissenschaft

„Dialekt“ (von griech. *διάλεκτος,* auch: „Mundart“, regional: „Platt“[2]) steht in der Sprachwissenschaft für regional abgrenzbare, durch starke strukturelle Ähnlichkeit mit benachbarten Systemen gekennzeichnete, wenig kodifizierte und verschriftlichte Sprachsysteme (Bussmann).[3] Konstituierend ist die kontrastiv wirksam werdende Mischung aus Divergenz und Konvergenz mit einem (konstruierten) überdachenden Diasystem, das gemeinhin als Dachsprache, Standardsprache, Hochsprache bezeichnet wird. Die Dialekte des Deutschen stehen also in einem Spannungsverhältnis zur deutschen Standardsprache, das situativ durch (ggf. auch subjektiv empfundene) Distanz und Nähe charakterisiert ist. Mit den Dialekten beschäftigt sich die sprachwissenschaftliche Teildisziplin der Dialektologie, wobei deren Themenfelder in alle Kernbereiche der Sprachsystemlinguistik (Phonetik/Phonologie, Morphologie, Lexik, Syntax etc.) sowie der Sprachgebrauchsforschung (Soziolinguistik, Pragmatik, Gesprächslinguistik etc.) hineinreichen; mit der historischen Dimension der Dialekte beschäftigt sich die diachrone (historische) Dialektologie. Als diastratisch, diaphasisch, diasituativ und diatopisch definierte Sprachvarietäten (Goossens) haben Dialekte neben der

landschaftlich determinierten zu- beziehungsweise abnehmenden regionalen Färbung eine deutlich markierte soziale und situative Komponente. Dialekt als geographisch fassbare (areale) Varietät innerhalb einer Sprache steht idealiter für das sprachlandschaftliche Phänomen der Ortsmundart (Grundmundart, Basisdialekt; greifbar werdend in der dialektologischen Ortsgrammatik), praktisch aber können damit auch großräumige areale Sprachvariationsphänomene bezeichnet werden (Landschaftssprachen: exemplarisch etwa in den großen Dialektwörterbüchern[4] – *Rheinisches Wörterbuch, Preußisches Wörterbuch* usw. – und Sprachatlanten), wobei landschaftliche Sprachvarietäten ein Kontinuum mit zahlreichen Übergangsstufen und einer höheren oder geringeren Anzahl dialektaler Merkmale bilden. Trotz einer für einzelne Dialektlandschaften sehr reich vorhandenen Mundartliteratur (z. B. Fritz Reuter für das Niederdeutsche) sind Dialekte sprachsystematisch determiniert durch genuine Mündlichkeit (Oralität). Sprachpragmatisch sind Dialekte ferner an spezifische Verwendungssituationen gebunden, die sich auszeichnen durch die Faktoren Lokalität und soziale (Sprech-)Situation. Sprecher, denen ein voll ausgebautes Sprachsystem zur Verfügung steht – vollständige Muttersprachlichkeit existiert nur mit der zusätzlichen Beherrschung der (schriftsprachlichen) Standardvarietät als der Sprache des öffentlichen Raums, der Politik und der Medien –, können je nach kommunikativer Situation und ihrer Reichweite zwischen verschiedenen Sprechweisen (dialektal, regional, großregional, standardsprachlich) wechseln.[5] Die Beherrschung eines der beiden Pole dieser Skala kann dabei idiolektal defektiv sein. Die Funktionen von Dialekt sind ferner im städtischen Raum andere als in ländlich-dörflichen Sprechergemeinschaften, da in letzteren die überdachende Standardsprache oft eine geringere Rolle spielt. Die Extension auf verschiedene funktionale Domänen ist im oberdeutschen Raum am stärksten ausgeprägt, in der Schweiz hat das hochalemannische Schwyzerdütsch quasi nationalsprachlichen Status. Zuletzt hat Dialekt – immer im Gegensatz zur Standardsprache – eine immanente Komponente des sozialen Status und Prestiges und spielt im Deutschen selbst in die Verwendung der Standardsprache mit hinein, da Sprecher in der Regel stets areale Merkmale mit artikulieren, die auf die regionale Herkunft hinweisen (selbst bei Sprechern, die Deutsch im deutschen Sprachraum als Zweitsprache erlernt haben, vgl. „Kiezdeutsch“; diese Besonderheit des Deutschen macht sich auch die forensische Linguistik zunutze); frei von arealen Merkmalen ist lediglich die medial (teilweise) realisierte deutsche „Bühnenaussprache“ (Theodor Siebs).

Die Dialekte des Deutschen

Als Hauptkriterium zur Differenzierung von Dialekten in Opposition zur Standard-, Dachvarietät/Schriftsprache (Standardsprache) einer gegebenen Sprache wird traditionell die Lautlehre (Phonetik/Phonologie) herangezogen. Für die deutschen Dialekte ist eines der Haupteinteilungskriterien das diachronische Phänomen der Zweiten (Hochdeutschen) Lautverschiebung (2. LV), die die Herauslösung des Deutschen aus dem Verbund des Westgermanischen markiert; der Grad der Durchführung dieser 2. LV dient der Unterteilung in oberdeutsche (obd., vollständig), mitteldeutsche (md., teilweise) und niederdeutsche (nd., nicht verschobene) Dialekte. Der ober- und der mitteldeutsche Sprachraum werden auch zum Hochdeutschen (nicht zu verwechseln mit der gleichlautenden Bezeichnung für die dt. Standardsprache) zusammengefasst. Die 2. LV betrifft im Bereich des Konsonantismus die Reihe der Verschlusslaute /p-t-k/, welche oberdeutsch und teilweise mitteldeutsch zu Reibelauten beziehungsweise Affrikaten (koartikulierten Doppelkonsonanten) werden. Es sind dadurch charakteristische Reihen wie obd. (zugleich standardd.) **Pf**e**ff**er – md. **P**e**ff**er – nd. **P**e**p**er; hd., md. A**pf**el – md. nd. A**pp**el; obd. md. **Z**eit – nd. **T**id entstanden. Im Bereich des Westmitteldeutschen ist durch die von Süd nach Nord gestaffelte teilweise Durchführung der 2. LV das areallinguistische Unikum des „Rheinischen Fächers“ entstanden. Neben der 2. LV beruht die lautliche und morphologische Vielfalt der deutschen Dialekte auf differenzierenden Merkmalen im Vokalbereich, wobei im späten Mittelalter entstandene Monoph-

thongierungen und Diphthongierungen in einzelnen Dialekten nicht aufgetreten sind (z. B. bairisch: l**ia**b-g**ua**t-m**ua**der gegenüber standardd. l**ie**b (als Monophthong artikuliert)-g**u**t-M**u**tter; schweiz. m**i**n-h**u**s gegenüber standardd. m**ei**n-h**au**s); hinzu kommt im Konsonantismus die sogenannte binnendeutsche Konsonantenschwächung.

Der deutsche Dialektraum ist entstanden aus den frühmittelalterlichen Reichsbildungen durch Zusammenschluss verschiedener germanischer Stämme und Großformationen (Franken, Sachsen, Alemannen, Baiern etc.), die die Grundlage auch der heutigen Dialektlandschaft bilden, wobei die einzelnen Dialekte allerdings keinesfalls auf bestimmte Stämme direkt zurückgeführt werden können, da die eigentlichen dialektalen Merkmale erst nach deren Auflösung im fränkischen Reichsgebilde entstanden sind. So spiegeln die heutigen Dialektgrenzen die (für den deutschen Sprachraum kennzeichnenden z. T. sehr kleinteiligen) mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Territorialherrschaften. Die Ermittlung der Dialektgrenzen erfolgt durch die Messung der Reichweite dialektaler Merkmale (Isoglossen) und deren Bündelung. Je dicker ein Isoglossenbündel, desto klarer die Abgrenzung des Dialektraums. Wichtigste Isoglosse des deutschen Sprachraums ist die sog. „Benrather Linie“ (maken-machen), die das Ende der Reichweite der 2. LV markiert und das hochdeutsche vom niederdeutschen Sprachgebiet trennt.



Abb. 1: Deutscher Dialektraum um 1900 [Quelle: Brockhaus Konversationslexikon. 14. Ausg. Leipzig 1894].



Abb. 2: Deutsche und niederländische Mundarten 1900 bis 1945.

Der Dialektraum um 1900 (vgl. Abb. 1) weist innerhalb der Großgliederung Oberdeutsch-Mitteldeutsch-Niederdeutsch folgende Binnengliederung auf: Das Oberdeutsche besteht aus dem Alemannischen (mit der Schweiz) im Westen und dem Bairischen im Osten (mit Österreich). Das Alemannische wird weiter unterteilt in ein Höchst- und Hochalemannisch im Schweizer Raum, ein Niederalemannisch zwischen Rhein und Donauquelle, das Elsässische auf linksrheinischem Gebiet und schließlich das Schwäbische zwischen Neckar und Lech. Das Bairische ist weiter untergliedert in Tirolisch im Südwesten, Südbairisch im Osten bis Graz, Mittelbairisch entlang des Donaulaufs, daran anschließend in Südböhmisch bei Budweis/České Budějovice und Südmährisch bei Brünn/Brno sowie ferner in Nordbairisch in der Oberpfalz und im östlichen Oberfranken. Als zentraler Keil befindet sich zwischen dem Oberdeutschen und dem Mitteldeutschen das Ostfränkische. Der mitteldeutsche Raum zerfällt in eine westliche und eine östliche Hälfte, getrennt durch die Fund-P(f)und-Isoglosse. Das Westmitteldeutsche besteht aus dem Mittelfränkischen (Ripuarisch, Moselfränkisch und Luxemburgisch) an Rhein und Mosel und dem Rheinfränkischen (Pfälzisch und Hessisch). Das Ostmitteldeutsche bildet einen Korridor mit dem Thüringischen im Westen an der Saale, dem Obersächsischen um Dresden (mit südlich anschließenden Erzgebirgisch, Nord- und Nordwestböhmisch), schließlich dem Schlesischen zwischen Oder und Lausitzer Neiße mit dem Neiderländischen am mittleren Oderlauf, dem Gebirgsschlesischen und dem Nordmährischen. Der niederdeutsche Sprachraum gliedert sich in einen westlichen Teil, bestehend aus dem Niederfränkischen (Niederrheinischen) nördlich von Köln, dem Westfälischen bis Detmold, dem Ostfälischen zwischen Weser und Aller und dem Nordniedersächsischen, und einen östlichen Teil, der das Mecklenburgisch-Vorpommersche an der Küste, von der Elbe bis zur Oder das Brandenburgische mit den märkischen Dialekten, jenseits der Oder das Ostpommersche, schließlich von Danzig/Gdańsk bis Königsberg/Kaliningrad in Ostpreußen das Niederpreußische umfasst.[6] Eine Enklave im niederdeutschen Sprachgebiet bildete das zum Mitteldeutschen gehörende Hochpreußische im südwestlichen Ostpreußen.

3. Deutsche Sprachinseldialekte und Siedlungsmundarten in Ostmittel- und Südosteuropa

Im Zuge des hochmittelalterlichen Landesausbaus in der Germania Slavica (Deutsche Ostsiedlung) erweiterte sich der deutsche Sprachraum beträchtlich, insbesondere entlang der Ostsee bis ins Baltikum, nach Schlesien und in die Randgebiete Böhmens und Mährens.[7] Zudem entstanden inselartige Siedlungsformationen vor allem in Südosteuropa, in den Böhmischen Ländern und in Polen. Es folgten der frühneuzeitliche Landesausbau im Habsburgerreich und die Ansiedlung Deutscher im Russischen Reich.

In einer ersten Welle gelangten im Hochmittelalter deutsche Siedler in folgende Gebiete östlich von Elbe und Saale: (a) Böhmen, Mähren, Schlesien, Ostpommern, östliches Preußen sowie (b) Siebenbürgen, Zips, Gottschee und weitere Hospes-Siedlungen in Ungarn. In den unter (a) genannten Gebieten mit direkter Reichsanbindung entstanden so autochthone Mundarten (Böhmisch, Mährisch, Schlesisch, Ostpommerisch, Preußisch) auf nordbairisch-ostfränkischer (Böhmisch), thüringisch-sächsischer (Schlesisch) sowie niederdeutscher (Preußisch) Basis. In den unter (b) genannten Gebieten entstanden Sprachinseldialekte.

Die zweite Siedlungswelle diente der Wiederbevölkerung von Territorien in der Frühen Neuzeit nach den Türkenkriegen auf Initiative der habsburgischen Kaiser (Donauraum) und der russischen Zaren (Dnjepr-Wolga-Region). Von den Habsburgern wurden durch drei „Schwabenzüge“ (karolinisch 1718–1737, theresianisch 1749–1772, josephinisch 1782–1787) und kleinere Nachbesiedlungsaktionen (Sathmar, „Landler“ in Siebenbürgen) die Schwäbische Türkei, die Batschka, das Banat sowie Slawonien und Syrmien mit deutschen Einwanderern besiedelt. Die Siedler stammten vorwiegend aus dem westmitteldeutschen und westoberdeutschen Raum (Rhein- und Mainfranken, Lothringen, Elsass), aber auch aus dem Schwäbischen und Fränkischen, ferner aus Böhmen, Innerösterreich und dem heutigen

Benelux-Raum. Auf dieser Grundlage entstanden vielfältige Mischdialekte vor allem auf mosel- und rheinfränkischer beziehungsweise oberdeutscher Grundlage.

Die russischen Zaren holten in drei Hauptschüben Siedler ins Zarenreich. Unter Katharina II. (1729–1796) wurden 1764–1767 104 Dörfer an der Wolga (um Saratow/Saratov) gegründet; ab 1792 entstanden Siedlungen in Wolhynien und im Schwarzmeergebiet (v. a. konfessionell bedingte Migration – Mennoniten). In einem zweiten Schub unter Zar Alexander I. (1777–1825) wurden 1803–1823 Siedlungen in Bessarabien und Transkaukasien gegründet; 1830–1870 bildeten sich Sekundärkolonien von Siedlern aus Polen und Galizien in Wolhynien und nach 1890 Tochtersiedlungen im Ural, in Sibirien und in Turkestan. Ein letzter Schub führte ab der Mitte des 19. Jahrhunderts Siedler aus dem Schwarzmeergebiet und Bessarabien weiter in die damals zunächst unter türkischer, später rumänischer und bulgarischer Verwaltung stehende Dobrudscha sowie als Sekundärmigranten nach Übersee.

In Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa traten folglich Dialekte des Deutschen zum einen als Siedlungsmundarten mit nicht abgerissener Anbindung an den arealen Verbund der Dachsprache, zum anderen als Sprachinseldialekte, zum Teil mit Verlust der direkten Anbindung an die Dachsprache, auf. Diese Sprachinseln als Ergebnis von Migrationen spiegelten zum Teil die dialektale Herkunft der Siedlergruppen (z. B. einzelne österreichisch-bairische Ortsmundarten der Landler in Siebenbürgen), in anderen Fällen entstanden bei heterogener Herkunft durch Ausgleichsprozesse Mischmundarten (charakteristisch z. B. im Banat auf rheinfränkischer Grundlage), wobei ein bestimmter Dialekt die Grundlage bildete und aus allen zusammenkommenden Mundarten primäre („grob mundartliche“) Merkmale (*Schibboleths*) getilgt wurden. In allen deutschen Sprachenklaven im östlichen Europa ist als Grundtendenz der ausgleichende Abbau niederdeutscher Sprachmerkmale zu verzeichnen. Waren die Siedler hingegen homogenerer Herkunft, so konnten sich mitgebrachte Dialektmerkmale gut erhalten. Beispiel hierfür ist das Siebenbürgisch-Sächsische auf mosel- und rheinfränkischer (also westmitteldeutscher) Grundlage. In den am frühesten besiedelten Gebieten (Siebenbürgen, Zips, Gottschee) war der Erhaltungsgrad der Dialekte zudem durch das Fehlen einer Standardvarietät zum Zeitpunkt der Einwanderung erhöht. Kulturelle Faktoren (Schulwesen, Kirche/Konfessionalität, Kanzleisprachen) bedingten die Anbindung an den deutschen Sprachraum mit und begünstigten mitunter den Abbau von dialektalen Merkmalen. In den zum geschlossenen deutschen Sprachraum gehörenden Siedlungsmundarten blieb die Anbindung an die benachbarten Dialekträume deutlich erkennbar (z. B. Südböhmisch und Südmährisch ans Mittelbairische, Schlesisch als Dialektgruppe des Ostmitteldeutschen).

Durch Sprachkontakt mit anderen Ethnien ergaben sich Besonderheiten, die nicht in den Herkunftsdialekten vorhanden waren; vor allem auf lexikalischer Ebene kam es zu zahlreichen Entlehnungen aus den Umgebungssprachen, wie auch die Kontaktsprachen deutsche Elemente aufnahmen.[8] Sprachliche Isolation hemmt die Übernahme gesamtsprachlicher und dialektaler Wandlungsprozesse; nach der Abwanderung erfolgte Veränderungen der Herkunftsdialekte werden nicht mitgemacht. Darauf fußt die Annahme, dass Sprachinseln eine bewahrende, konservierende Wirkung auf die Sprachinseldialekte haben. Die Gesamtzahl der verbliebenen Sprecher wird angegeben für das heutige Polen mit 150.000 (vor allem in Schlesien), Tschechien 30.000 (im ehemaligen Sudetenland), Slowakei und Slowenien zusammen 7.000, Ungarn 35.000, Rumänien 45.000, die Ukraine 35.000, den europäischen Teil Russlands mit 75.000.[9]


NBZ Pipatsch
Nr. 64
Erscheint jedi zweili Wuch,
Im Krankebett
Schwoine unter sich
Red net...

Abb. 3: „Pipatsch“ – in banatschwäbischem Mischdialekt geschriebene Beilage der „Neuen Banater Zeitung“ vom 23. Mai 1972; der „Pipatsch“ (Klatschmohn) ist bis heute Bestandteil der als wöchentliche Beilage der Allgemeinen deutschen Zeitung für Rumänien (ADZ) erscheinenden Banater Zeitung.

Muttersprache, insbesondere in Form des Dialekts, ist ein identitätsstiftendes Merkmal und hat in den Sprachminderheitengebieten eine gemeinschaftsbildende Funktion. Gleichzeitig hat dialektales Sprechen eine identifizierende Wirkung, die beispielsweise in den Nachkriegsjahren zur Stigmatisierung der Vertriebenen und Flüchtlinge in der Bundesrepublik und der DDR beitrug. Die Neuansiedlung der Vertriebenen und im Folgenden der Spätaussiedler in den alliierten Besatzungszonen beziehungsweise den beiden deutschen Staaten führte auch zur Gründung von Erinnerungsgemeinschaften, die sich bemühten, mit der Pflege des gemeinsamen kulturellen Erbes auch die angestammten Dialekte und die Dialektliteratur zu pflegen.

Durch Aussiedlungspolitik (Spätaussiedler) und nach der Wende Anfang der 1990er Jahre durch verstärkte Migration oder durch Assimilation (Ungarn) befinden sich auch die gegenwärtig verbliebenen Sprachinselgemeinschaften in Auflösung, andererseits gibt es im Kleinen auch Konsolidierungsphänomene wie beispielsweise in Rumänien.

Die wissenschaftliche Erschließung vor allem der Sprachinseldialekte bleibt eine Aufgabe: Das *Siebenbürgisch-Sächsische Wörterbuch* und das *Sudetendeutsche Wörterbuch* beispielsweise sind noch in Bearbeitung, vom *Wörterbuch der Banatschwäbischen Mundarten* ist erst kürzlich der erste Band erschienen. Da die Dialekte Teil des kulturellen Erbes der Deutschen im östlichen Europa sind, erfahren solche Projekte Förderung durch die Bundesregierung (§ 96 des Bundesvertriebenengesetzes).

4. Slawische Sprachinseln im geschlossenen deutschen Sprachgebiet

Während der Ostsiedlung entstanden umgekehrt durch die Vergrößerung des deutschen Sprachraums slawische Sprachinseln im geschlossenen deutschen Sprachgebiet. Neben der bekanntesten, dem bis heute erhaltenen Sorbischen (Ober- und Niedersorbisch in der Lausitz), das gemeinsam mit dem in Holstein, Mecklenburg und weiteren Gebieten (bis ins 18. Jh. im Wendland) verbreiteten ausgestorbenen Polabischen auch als Wendisch bezeichnet wird, gab es weitere westslawische Sprachinseln: im südlichen Ostpreußen das gemeinhin als polnischer Dialekt angesehene und als ausgestorben geltende Masurische (gesprochen von aus Masowien zugewanderten evangelischen Polen); das noch existente, aber als gefährdet eingestufte Ka-

schubische westlich von Danzig/Gdańsk, das in Polen als Dialekt galt, neuerdings aber den Status einer Minderheitensprache hat und mit dem Polabischen und dem ebenfalls ausgestorbenen Pomoranischen die Gruppe des Elb-Ostsee-Slawischen bildet. Über das in Teilen Südwestpolens (Oberschlesien) und Tschechiens (ehemals Österreichisch-Schlesien) von knapp einer halben Million Sprechern gesprochene Schlonsakische („Wasserpolnisch“, Dialekt *śląski*) herrscht Uneinigkeit, ob es ein polnischer Dialekt oder eine eigene Sprache ist; auch dem Mährischen als Dialekt des Tschechischen kann sprachstrukturell betrachtet nicht uneingeschränkt der Status einer eigenständigen Sprache zugesprochen werden.

Ebenso waren baltische Sprachen auf dem Gebiet Ostpreußens vertreten, so das nicht sicher als ost- oder westbaltisch zu klassifizierende Altkurische, das Nehrungskurische (ein lettischer Dialekt mit litauischen und niederdeutschen Merkmalen), das für die Gesamtentwicklung der litauischen Sprache wichtige Kleinlitauische und das im 17. Jahrhundert ausgestorbene, in zwei Dialektgruppen (Samländisch und Pomesanisch) gespaltene Altpreußische.

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Hadumod Bussmann: Lexikon der Sprachwissenschaft. 2. Aufl. Stuttgart 1990.
- Werner Besch, Ulrich Knoop, Wolfgang Putschke, Herbert E. Wiegand (Hg.): Dialektologie. Ein Handbuch zur deutschen und allgemeinen Dialektforschung. Berlin, New York (1. Halbbd.) 1982, (2. Halbbd.) 1983. (Handbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft [=HSK] 1.1, 1.2).
- Ludwig M. Eichinger, Albrecht Plewnia, Claudia Maria Riehl(Hg.): Handbuch der deutschen Sprachminderheiten in Mittel- und Osteuropa. Tübingen 2008.
- Jan Goossens: Deutsche Dialektologie. Berlin, New York 1977 (Sammlung Göschen 2205).
- Karl Heinz Göttert: Alles außer Hochdeutsch. Ein Streifzug durch unsere Dialekte. Berlin 2011.
- Werner König: dtv-Atlas Deutsche Sprache. 14. Aufl. München 2004.
- Hermann Niebaum, Jürgen Macha: Einführung in die Dialektologie des Deutschen. Tübingen 1999.
- Helmut Protze: Zur Erforschung deutscher Sprachinseln in Südost- und Osteuropa. Siedlung, Sprache, Geschichte und Wechselwirkungen. In: Gerhard Grimm, Krista Zach (Hg.): Die Deutschen in Ostmittel- und Südosteuropa. Bd. 1. München 1995, S. 55–84.
- Ernst Schwarz: Die deutschen Mundarten. Göttingen 1950.
- Peter Wiesinger: Die deutschen Sprachinseln. In: Hans Peter Althaus, Helmut Henne, H.E. Wiegand (Hg.): Lexikon der Germanistischen Linguistik [= LGL]. 2. Aufl. Tübingen 1980, S. 491–500.

Weblinks

- http://woerterbuchnetz.de/ (Wörterbuchnetz; u.a. Elsässisches, Lothringisches, Luxemburger, Rheinisches, Pfälzisches Wörterbuch)
- http://www.diwa.info/ (Digitaler Wenker-Atlas)
- http://pub.ids-mannheim.de/extern/zdl/ (Zeitschrift für Dialektologie und Linguistik, ZDL; Inhaltsverzeichnis)
- http://lwp.ids-mannheim.de/ (Lehnwortportal Deutsch des IDS)
- http://eeo.uni-klu.ac.at (Lexikon der Sprachen des europäischen Ostens – besonders zu slawischen Sprachinseldialekten)

Anmerkungen

[1] Vgl. die Wortkarten in König: dtv-Atlas Deutsche Sprache, S. 185–228.

[2] Innerhalb der germanistischen Sprachwissenschaft werden „Dialekt“ und „Mundart“ weitgehend synonym gebraucht, so auch in dieser Darstellung, obwohl es seit Jacob Grimm verschiedene Differenzierungsversuche gab. Vgl. Goossens: Deutsche Dialektologie, S. 16ff.; Niebaum, Macha: Dialektologie, S. 3f.; zu „Platt“ vgl. Niebaum, Macha: Dialektologie, S. 4.

[3] In der historischen Sprachwissenschaft (Diachrone Linguistik) werden auch Zweige sowie Mitglieder einer Sprachfamilie als Dialekte bezeichnet, zum Beispiel: „Altsächsisch ist ein westgermanischer Dialekt“. Diese terminologische Verwendung muss abgegrenzt werden von der in diesem Artikel besprochenen Verwendung in der synchronen Sprachwissenschaft, die sich im Wesentlichen mit der allgemeinsprachlichen Verwendung deckt.

[4] Eine Übersicht der großlandschaftlichen Dialektwörterbücher bei König: dtv-Atlas Deutsche Sprache, S. 138.

[5] Zur Beschreibung dieses Kontinuums der Sprechweisen oder Sprachschichten („Strata“) gibt es verschiedene Beschreibungsmodelle. Vgl. Niebaum, Macha: Dialektologie, S. 7.

[6] Nach der Dialektkarte des deutschen Sprachraums um 1900 bei König: dtv-Atlas Deutsche Sprache, S. 230f.

[7] Vgl. Kartendarstellungen zur Ostsiedlung bei König: dtv-Atlas Deutsche Sprache, S. 74.

[8] So gibt es etwa im Rumänischen zahlreiche deutsche Lehnwörter, die direkt über das Siebenbürgisch-Sächsische vermittelt wurden, zum Beispiel *șură* „Scheune“ ist in seiner mittelalterlichen beziehungsweise dialektalen Lautform (vgl. mhd. *schiure*) entlehnt worden, vgl. auch das *Lehnwortportal Deutsch* und das *Wörterbuch der Herkunftswörter* vom Institut für Deutsche Sprache: URL: lwp.ids-mannheim.de (Abruf 16.09.2014).

[9] Vgl. Göttert: Alles außer Hochdeutsch, S. 203; zumindest für Rumänien ist diese Zahl nicht mehr aktuell, in der letzten Volkszählung aus dem Jahr 2011 wurden 27.019 Personen mit deutscher Muttersprache gezählt, vgl. Zensus des Nationalen Amts für Statistik aus dem Jahr 2011: http://www.recensamantromania.ro/wp-content/uploads/2012/08/TS5.pdf (Abruf 16.09.2014).

Zitation

Thomas Schares: Dialekt. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2015. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32834 (Stand 25.02.2015).

Displaced Persons (DPs) (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Dobrudschadeutsche → Dobrudscha

Siehe Dobrudscha (Regionen)

Donauschwaben → Siedlungsgebiete der Donauschwaben

Inhalt:

Siehe

Banat (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Batschka (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Ofener Bergland (noch leer)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Sathmar (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Slawonien (noch leer)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Syrmien (noch leer)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Transdanubien/Schwäbische Türkei (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Ungarn

Siehe Ungarn (Länder)

Drang nach Osten

1. Begriff

Der Begriff 'Drang nach Osten', der sich in der Mitte des 19. Jahrhunderts herausbildete, wird in der wissenschaftlichen Literatur unterschiedlich definiert – u. a. als Schlagwort, Mythos, Topos, Stereotyp, Ideologie, intellektuelles Konstrukt oder historisches Konzept. Diese Bezeichnungen stehen nicht im Widerspruch zueinander, sondern entsprechen der sich wandelnden Wahrnehmung und Nutzung des Begriffs zu unterschiedlichen Zeiten sowohl durch die Deutschen als auch durch ihre östlichen Nachbarn.

2. Genese des Begriffes

Das Wort 'Drang' war seit der Epoche der Romantik als philosophischer Begriff gebräuchlich und bezeichnete ein "nicht bewusstes Wollen"[1]. Als 'deutscher Drang nach Osten' avancierte es zum Stereotyp und suggerierte, dass "ein bestimmter dumpfer, weder steuer- noch umkehrbarer 'Drang' das deutsche Volk nach Osten getrieben habe."[2] Diese Idee stützte sich auf eine seit Johann Gottfried Herder verbreitete und auch von Adam Mickiewicz und František Palacký vertretene stereotype Gegenüberstellung friedliebender Slawen einerseits und kämpferischer, aggressiver Germanen andererseits, die von z. B. Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Friedrich Ludwig Jahn oder Ernst Moritz Arndt umgedeutet wurde in eine vermeintliche kulturelle und zivilisatorische Überlegenheit der Germanen über die Slawen.

Der Begriff wird auch in der nicht-deutschsprachigen Publizistik auf Deutsch verwendet, was lange Anlass zu der Annahme gab, es handle sich um einen ursprünglich aus Deutschland stammenden, danach von anderen Nationen übernommenen Begriff. Nach dem derzeitigen Stand der Forschung lässt sich dies weder bestätigen noch widerlegen. Die älteste bislang nachgewiesene Verwendung (sowohl als "Zug" als auch als "Drang nach Osten") findet sich 1849 in der deutschsprachigen politischen Schrift des Polen Julian Klaczko mit dem Titel *Die deutschen Hegemonen*.[3] Er sandte diese als offenen Brief an Georg Gervinus, um seiner Enttäuschung über die Polen-Debatte in der Frankfurter Paulskirche Ausdruck zu verleihen. Da er den Begriff in Anführungszeichen setzte, lässt sich nicht eindeutig sagen, ob er ihn hervorheben wollte oder bereits (von einem unbekannten Autor) übernommen hat. Der Slowake Ľudovit Štúr sprach in seinem 1851 geschriebenen, allerdings erst später veröffentlichten Werk über das Slawentum von einem "Andrang" und "Vordringen des Germanentums".[4] In Polen benutzte Karol Szajnocha den Begriff in seinem 1861 veröffentlichten Buch über Jadwiga und Jagiello.[5]

3. Vom Schlagwort zum historisch-politischen Konzept

In dieser ersten Zeit wurde der Begriff nur vereinzelt und nicht systematisch als Schlagwort verwendet. Er bezog sich zunächst auf die - historisch nicht korrekt als ein zusammenhängendes Ereignis dargestellte – sogenannte mittelalterliche deutsche Ostkolonisation, die von deutscher Seite rückwirkend als 'kulturschaffender Prozess' und als Rückgewinnung ehemals germanischer Gebiete gedeutet wurde. In diesem Sinn fand er in den 1860er Jahren Eingang in die deutsche Historiografie als "Versuch einer ideologischen Rechtfertigung der preußischen und später deutschen Ostpolitik"[6]. Der breiten Öffentlichkeit blieb der Begriff jedoch zunächst unvertraut – nicht zuletzt deshalb, weil das politische Augenmerk des wilhelminischen Reiches weniger auf das östliche Europa als vielmehr auf die 'Weltpolitik' gerichtet war.

Größere Verbreitung fand er im 19. Jahrhundert als Heterostereotyp im slawischen Raum. Vor allem der russische Publizist Michail Katkov nutzte ihn ab 1865 "as an instrument of psychological projection in his own political campaign against the entrenched but decaying power of the Baltic German elites" [7].

In Polen fanden die Überlegungen von Szajnocha Eingang in literarische Werke, von denen insbesondere der 1900 erschienene Roman *Die Kreuzritter* (*Krzyżacy*) von Henryk Sienkiewicz zu nennen ist. Vor dem Hintergrund der Bismarck'schen Germanisierungspolitik des späten 19. Jahrhunderts wurden in Polen sowohl die mittelalterliche 'Ostkolonisation' als auch die Existenz des Deutschen Ritterordensstaates als aggressive deutsche Haltung gegenüber den polnischen Nachbarn und der 'deutsche Drang nach Osten' als dem deutschen Na-

tionalcharakter innewohnend gedeutet. Auf diese Weise entwickelte sich im späten 19. Jahrhundert das Schlagwort zu einem historisch-politischen Konzept.

4. Mythologisierung und Ideologisierung

Dieses Konzept entbehrte jedoch jeder historischen Realität. Weder waren die mittelalterlichen Siedlungsbewegungen Teil einer aggressiven Ausbreitung der 'deutschen Nation' gewesen, noch vermehrte sich die Anzahl deutscher Bewohner in den Provinzen Pommern, Westpreußen, Ostpreußen, Posen und Schlesien in den letzten Dekaden des 19. Jahrhunderts. Im Gegenteil: Im Zuge der sogenannten Ostflucht verringerte sich der Anteil der deutschen Bewohner hier stetig.[8] Eine etwaige Kontinuität zwischen den mittelalterlichen Migrationsbewegungen und der preußisch-deutschen Politik des späten 19. Jahrhunderts gegenüber den slawischen Nachbarn ist lediglich konstruiert. Dennoch erfuhr der Begriff bis 1914 eine rasante Verbreitung, da er vermeintlich die Ziele deutscher Politik erklärte und sich aufgrund seines emotionalen Gehaltes leicht in ein Feindbild integrieren ließ. Diese Deutung fand nun auch Eingang in die französische und britische Presse. Die "Abwehr oder Verhütung des 'deutschen Dranges nach Osten'" erhielt im Ersten Weltkrieg "den Rang eines Kriegsziels"[9] und nahm damit realpolitische Züge an. "Insofern war der 'deutsche Drang nach Osten' Ideologie und Wirklichkeit zugleich."[10]

In der Zwischenkriegszeit leistete die offensive Nutzung des Begriffs durch deutsche und polnische Historiker und Publizisten dem Mythos einer 'tausendjährigen deutsch-polnischen Erbfeindschaft' Vorschub.[11] Wie sehr die Nutzung des Begriffs von der politisch-ideologischen Konjunktur abhing, lässt sich auch anhand der Entwicklung in der Sowjetunion ablesen: Da weder die mittelalterliche 'Ostkolonisation' noch die preußische Politik in den polnischen Provinzen eine Rolle im Geschichtsbild der jungen Sowjetunion spielte, geriet der Begriff hier zunächst in Vergessenheit. Dies änderte sich in der Zeit des Nationalsozialismus: Zwischen 1935 und 1939 wurde er wieder verwendet, nach dem Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffspakt fallen gelassen und infolge des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion 1941 erneut aufgegriffen.[12]

Tatsächlich erfuhr die Verwendung des Begriffs durch die aggressive nationalsozialistische Außenpolitik mit dem Ziel, 'Lebensraum' im Osten zu erobern, einen neuen Kulminationspunkt. Das in ihm transportierte Bild des 'deutschen Nationalcharakters' schien sich zu bestätigen. Das historisch-politische Konzept wurde zu einem integralen Teil sowohl der im Nationalsozialismus konstruierten Eigenwahrnehmung als auch der Perzeption der Deutschen durch die von ihnen unterdrückten Nationen.

5. Verwendung des Begriffes in der Nachkriegszeit

Der Mythos blieb auch nach 1945 insbesondere in Polen und in der Sowjetunion erhalten, denn er "bot eine irrationale Schein-Erklärung für einige Phänomene in der Geschichte des Verhältnisses der Deutschen zu ihren östlichen Nachbarn"[13]. Die hohe sozialintegrative Wirkung, die auch in Zeiten des Kalten Krieges funktionierte, wurde von polnischen, sowjetischen und sogar DDR-Politikern zu Zwecken der Konsolidierung der Macht und zur Darstellung der moralischen Überlegenheit des eigenen Systems genutzt. Zwar gab es immer auch kritische Stimmen, wie z. B. Antoni Gołubiew in Polen,[14] die auf die Unwissenschaftlichkeit und Unhaltbarkeit des Konzepts hinwiesen, doch konnten sie sich nicht gegen den ideologisch aufgeladenen Mythos eines 'deutschen Drangs nach Osten' durchsetzen. Allenfalls kam es zu einer etwas differenzierteren, doch weiterhin eindeutig sozialistisch geprägten Interpretation: "In narrowing down the Drang nach Osten to the period of feudalism and capitalism attention should be drawn to the class character of this expansion. (…) From this point of view, it seems absolutely necessary to distinguish between the industrious acti-

vity of the German peasant and the parasitic activity of the German feudal lord."[15] Es galten nicht mehr alle Deutschen als aggressiv, nur die Elite – doch die Kontinuität eines 'deutschen Drangs nach Osten' über die Jahrhunderte wurde nicht infrage gestellt.

6. Erneuter Wandel

Erst mit dem Ende der ideologischen Konfrontation wurde eine Neubetrachtung und Entlarvung des Mythos möglich. Von seinem historisch-politischen Konzept abgetrennt, wird das Schlagwort vom 'Drang nach Osten' allerdings bis heute im Bereich der Kapitalismuskritik verwendet, um vor einer befürchteten wirtschaftlichen und politischen Vereinnahmung der ehemaligen Ostblockstaaten zu warnen.[16] Dies zeugt von der – Stereotypen oft eigenen – hohen Flexibilität des Begriffes und wirft die Frage auf, ob und in welcher Form er unter den veränderten gesellschaftlich-politischen Rahmenbedingungen im Sprachgebrauch verbleiben wird.

7. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Stephan Guth: Mythen und Stereotypen der deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte in der Zwischenkriegszeit. In: Heidi Hein-Kircher, Hans Henning Hahn (Hg.): Politische Mythen in Mittel- und Osteuropa im 19. und 20. Jahrhundert. Marburg 2006 (Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung 24), S. 207-224.
- Jerzy Krasuski: Polska i Niemcy. Dzieje wzajemnych stosunków politycznych do 1932 roku [Polen und Deutschland. Die Geschichte der politischen Beziehungen bis 1932]. Warschau 1989.
- Gerard Labuda: A Historiographic Analysis of the German Drang nach Osten. In: Polish Western Affairs 5 (1964), S. 221-265.
- Hans Lemberg: Der 'Drang nach Osten' - Mythos und Realität. In: Ewa Kobylińska, Andreas Lawaty, Rüdiger Stephan (Hg.): Deutsche und Polen. 100 Schlüsselbegriffe. München, Zürich 1992, S. 22-28.
- Henry Cord Meyer: Drang nach Osten. Fortunes of a Slogan-concept in German Slavic Relations 1849-1990. Bern u. a. 1996.
- Jan Wiktor Tkaczyński: Der 'Drang nach Osten'. Mythos und Realität eines Schlagwortes. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 45 (1997), S. 5-20.
- Wolfgang Wippermann: Der 'deutsche Drang nach Osten'. Ideologie und Wirklichkeit eines politischen Schlagwortes. Darmstadt 1981 (Impulse der Forschung 35).

Anmerkungen

[1] Lemberg: Der 'Drang nach Osten', S. 24.

[2] Wippermann: Der 'deutsche Drang nach Osten', S. 9.

[3] J[ulian] K[laczko]: Die deutschen Hegemonen. Offenes Sendschreiben an Herrn Georg Gervinus.

Berlin 1849.

[4] Ľudovit Štúr: Das Slawenthum und die Welt der Zukunft/Slovanstvo a svět budoucnosti. Hg. von Josef Jirásek. Bratislava 1931.

[5] Karol Szajnocha: Jadwiga i Jagiełło 1374-1412. Opowiadanie historyczne [Jadwiga und Jagiello 1374-1412. Historische Erzählung]. Lwów 1861.

[6] Tkaczyński: Der 'Drang nach Osten', S. 9.

[7] Meyer: Drang nach Osten, S. 133.

[8] Vgl. Tkaczynski: Drang nach Osten, S. 11f.

[9] Lemberg: Drang nach Osten, S. 26.

[10] Wippermann: Der 'deutsche Drang nach Osten', S. 6.

[11] Vgl. Guth: Mythen und Stereotypen, S. 207-224.

[12] Vgl. Wippermann: Der 'deutsche Drang nach Osten', S. 59-70.

[13] Lemberg: Drang nach Osten, S. 27.

[14] Antoni Gołubiew: Mit o Drang nach Osten [Der Mythos vom Drang nach Osten]. In: Tygodnik Powszechny Nr. 9 vom 28.2.1960. Vgl. auch Jan Kurzok: Das Schlagwort vom deutschen Drang nach Osten. Ein polnischer Publizist gibt der historischen Wahrheit die Ehre. In: Die Zeit Nr. 14 vom 1.4.1960.

[15] Labuda: A Historiographic Analysis, S. 258.

[16] Hannes Hofbauer: Osterweiterung. Vom Drang nach Osten zur peripheren EU-Integration. Wien 2003 (Brennpunkt Osteuropa).

Zitation

Berit Pleitner: Drang nach Osten. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2013. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54017.html (Stand 11.06.2013).

E

Eingliederung → Integration (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Emigration → Migration

Siehe Migration

Erinnerungskultur

1. Begriff

Der Begriff „Erinnerungskultur" scheint ein Neologismus zu sein, der erst im Zuge der Intensivierung der erinnerungswissenschaftlichen Forschung seit den 1990er Jahren begegnet. Auch wenn man im mittelalterlichen Mönchtum und seiner komplexen, systematisierten Form des Gedenkens an Verstorbene gewissermaßen die Urform von „Erinnerungskultur" in der Sache sehen kann,[1] und mit den geistigen Ahnherren Friedrich Nietzsche, Aby Warburg und Maurice Halbwachs auch das Konzept bereits einen längeren Vorlauf besitzt,[2] wurde der entsprechende Begriff doch erst in letzter Zeit verwendet. Er ist noch wenig festgelegt, wie sich an unterschiedlichen Verwendungskontexten ablesen lässt. Hockerts traut dem Begriff lediglich zu, „als lockerer Sammelbegriff für die Gesamtheit des nicht spezifisch wissenschaftlichen Gebrauchs der Geschichte in der Öffentlichkeit" dienen zu können.[3] Selbst die Verwendung im Singular oder Plural gehorcht keinem festen Schema und ist keineswegs immer inhaltlich begründet.

Eine Abgrenzung von „Erinnerungskultur(en)" und „Erinnerungsort(en)" wird in der Forschung nicht immer durchgehalten, zumal das kulturwissenschaftliche Substrat in beiden Fällen das gleiche ist: Es geht darum, dass neben dem je eigenen Gedächtnis des Einzelmenschen auch ein „Gruppengedächtnis" existiert (*mémoire collective* im Sinne von Halbwachs, 1925), das sozial und kulturell determiniert ist und eine Generationen übergreifende Dauer aufweist. Das gegenüber „Erinnerungsort(en)" andere Erklärungspotential von „Erinnerungskultur(en)" bezieht sich einerseits auf die Größe der beteiligten Entitäten (Staaten, Nationen, Glaubensgemeinschaften), andererseits auf den Zusammenhang von Deutungshoheit und der Herausbildung von besonderen Erinnerungstechniken.[4] Damit ist auch ein zentrales Feld politischen Handelns benannt, das sich bis hin zu einer eigenen „Vergangenheitspolitik"[5] verfolgen lässt.

Kultur und Geschichte des östlichen Europa spielten zwar bei der Begriffsgenese keine erkennbare Rolle, besitzen aber für die weitere Begriffsentwicklung insofern eine gute Ausgangsposition, als hier die Prägung von Erinnerungskultur(en) aufgrund multiethnischer und multikonfessioneller Gemengelagen durch „politische Veränderungen" und „staatliche Geschichtspolitik"[6] vielfach komplexer und auch intensiver war als anderswo.

2. Definition

In der Definition von Erll (2008) erscheinen „Erinnerungskulturen" als die „historisch und kulturell variablen Ausprägungen von kollektivem Gedächtnis". Mit der Pluralform wird gleichzeitig angedeutet, dass „wir es niemals, auch nicht in den homogensten Kulturen, mit nur einer einzigen Erinnerungsgemeinschaft zu tun haben". Der Akzent auf „Erinnerung" (statt „Gedächtnis") wiederum signalisiert, dass „das wissenschaftliche Konstrukt ‚kollektives Gedächtnis' erst in seiner Aktualisierung durch einzelne kollektive Erinnerungsakte tatsächlich beobachtbar und kulturwissenschaftlich analysierbar wird".[7]

Trotz der Nachvollziehbarkeit dieser Definition ergeben sich Probleme bei der Anwendung des Begriffs: Zum einen scheint die aktive Seite von Erinnerung nicht so recht zu der in der (kulturwissenschaftlichen) Gedächtnisforschung gern verwendeten Metapher vom „Speicher(gedächtnis)“ zu passen. Hier wäre die von Hejl 1991 vorgebrachte Problematisierung des Speichermodells von Gedächtnis in soziologischer Perspektive ernst zu nehmen, die dem passiven und statischen Bild des Speichers eine aktive Prozesskategorie entgegensetzt. Sie führt zu der auch medienwissenschaftlich gut belegbaren Grundannahme, dass sich Gesellschaften vermittels Ereignissen erinnern, die ihrerseits auf bestimmte vorgefundene Zusammenhänge verweisen. Dieser Vorgang ist nicht (komplett) steuerbar, weshalb gesellschaftliches Erinnern und die daraus erwachsende „Erinnerungskultur” am ehesten als selbstorganisierender Vorgang zu beschreiben sind (Hejl spricht von „heterarchischer Selbstregelung”[8]). Auf der anderen Seite ist bei der Begriffsdefinition erhöhte Vorsicht geboten, was die Verwendung des Kulturbegriffs angeht: Eine semiotisch grundierte Definition beispielsweise, die Kultur als „nicht-erblich vermitteltes Gedächtnis eines menschlichen Kollektivs”[9] (Lotman, Uspenskij) begreift, läuft Gefahr, bei der Begriffskoppelung mit „Erinnerung” zu einem Pleonasmus zu führen.

Auf der Habenseite steht ein dreifaches Erkenntnisangebot, das sich mit der Pluralwendung „Erinnerungskulturen” verbindet: erstens die Vielzahl von Erinnerungsleistungen in Gesellschaften oder Großgruppen einfangen zu können; zweitens der Geschichtswissenschaft selbst einen Platz zuweisen zu können („als Teil einer bestimmten Erinnerungssubkultur”); und drittens die real existierenden Erinnerungsgemeinschaften oder –milieus als konkrete soziale Gruppen benennen zu können.[10] Die im historischen Arbeiten immer wieder notwendige Rückkoppelung von (kollektiver) Erinnerung an das Individuum lenkt den Blick auf die Wandelbarkeit, Funktionalität und Hybridität von Erinnerungsprozessen allgemein und Erinnerungskulturen im Besonderen. Schon die Veränderbarkeit offenbart den kommunikativen Grundzug von „Erinnerung”, bei dem individuelle und soziale Ebenen ineinander spielen. Auf beiden Ebenen hat man es mit selektiven und rekonstruktiven Verfahren zu tun,[11] was jede neue Forschung zu einer eigenen Begriffsbestimmung zwingt.

3. Diskurse/Kontroversen

Auf der anwendungsbezogenen Stufe der Begriffsgeschichte zeigt sich eine überdurchschnittlich hohe Präsenz der Forschung zum östlichen Europa – dabei keineswegs beschränkt auf die Fachkulturen der Slawistik und der Geschichte Osteuropas. Wenn die Anglistin Aleida Assmann 2007 bei der Behandlung der „lange[n] Schatten der Vergangenheit” auf die „[d]eutsche[n] Opfernarrative” zu sprechen kommt, geschieht dies nicht zuletzt am Beispiel der „Vertreibung der Deutschen aus osteuropäischen Gebieten”.[12] Dass sich gerade dieses Thema, das doch – schon aufgrund von regierungsamtlichen Auftragsarbeiten wie der „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa” (1953–1962) – nie im eigentlichen Sinne „vergessen” war, in den letzten Jahren einer erstaunlichen Renaissance erfreut, wird von Assmann als „Transfer der Erinnerung” (192) bezeichnet. Erklärt wird es mit medialer Aufmerksamkeitserhöhung, der Möglichkeit emotionaler Anteilnahme und dem bevorstehenden Ableben der letzten Zeitzeugen für das Realgeschehen „Vertreibung”. „Erinnerungskultur” rückt damit sehr nahe an „Geschichtspolitik” heran, wie der Untertitel von Assmanns Buch andeutet.

Neuere fallbezogene Studien zu deutschen und polnischen Erinnerungsorten, hier als Orte der Vergangenheitspflege wie Museen oder Denkmäler gefasst, bauen darauf auf. „Geschichtspolitik” verbindet sich dabei mit staatlichem Handeln, während „Erinnerungskultur” ein Anliegen der Zivilgesellschaft wird (Museum des Warschauer Aufstands, 2011). Abgesehen von der noch zu leistenden Differenzierung des Parameters „Staat” zeichnet sich ab, dass Erinnerungskultur zwar selbstorganisiert sein mag (und insofern dem *bottom-up*-Prin-

zip gehorcht), gleichwohl kaum ohne Meinungsführer, Trendsetter und gezielte Initiativen von Individuen oder *peer groups* auskommt. Der Vergleich von medialen Erinnerungskulturen, wie er am Gegenstand der in Deutschland und Polen geführten Debatten um die Vertreibung unternommen wurde,[13] bestätigt das. In ähnlicher Weise ist die scheinbar eindeutig „top-down“ funktionierende Geschichtspolitik schwerlich ohne Verbindung zu Anreizen und Resonanz aus der Bevölkerung denkbar. Möglicherweise bilden die so verstandenen Termini „Geschichtspolitik” und „Erinnerungskultur” nur zwei Facetten derselben Sache einer übergreifenden „Erinnerungskultur”, sodass sich ein partikulares und ein universales Begriffsverständnis offenbaren. Eine pragmatische Lösung ist, „Erinnerungskultur” zu verstehen „als den spezifischen Umgang einer Gemeinschaft mit der Vergangenheit” (Hahn, Hein-Kircher, Kochanowska-Nieborak 2008, 4).

Dieser Umgang ist nicht gefeit vor Irrationalismen und Prätentionen, was dieselben Autoren dazu veranlasst, gerade beim Fall der auf Versöhnung angelegten Nachbarschaftspolitik Deutschlands gegenüber den vom Dritten Reich geschädigten Staaten vor der Gefahr eines „Versöhnungskitsches” zu warnen. Dass diese Warnung ihre Berechtigung hat, ergibt sich aus der sozialen Dimension dessen, was gemeinhin mit „Erinnerungskultur” umrissen wird: Protagonisten sind immer größere Gruppen, Völker oder ganze Gesellschaften, und das Substrat dessen, was in aktuellen Manifestationen jeweils erinnert wird, wirkt identitätsstiftend (vgl. ebd., 11). Auch wenn (kollektive) Identität nicht als etwas Homogenes und Unwandelbares, sondern als Komposit zu verstehen ist, das einem zeitlichen Wandel unterliegt, kommt die besondere Prägekraft der „Erinnerungskultur(en)” für die jeweiligen Gemeinschaften damit zum Ausdruck.

Radikal gefasst, könnte Geschichte insgesamt als Geschichte der Erinnerungskultur(en) eines Staates oder einer Nation geschrieben werden. Ansätze dazu gibt es bereits; sie stammen bezeichnenderweise ebenfalls aus dem Kontext der Vertreibungsgeschichte der Deutschen aus dem östlichen Europa: Kittel (2007) präzisiert – unter Verwendung eines eher pragmatischen Begriffsverständnisses von „Erinnerungskultur”, synonym mit dem von Halbwachs geprägten Begriff des „kollektiven Gedächtnisses” – den „historische[n] deutsche[n] Osten in der Erinnerungskultur der Bundesrepublik”, was auf ein enges und reziprokes Verhältnis von Erinnerung und Politik hinausläuft. Der Vertreibungsdiskurs bleibt so keine Angelegenheit einer bestimmten, fest umrissenen Gruppe (der Vertriebenen bzw. der Funktionäre der entsprechenden Verbände) oder eine abstrakt-intellektuelle Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Lagern der Deutung des Geschehens, sondern wird zu einem Gradmesser für die innere Verfasstheit eines Staates. Innen- und (in eingeschränktem, vor allem auf die Nachbarstaaten bezogenem Maße) Außenpolitik geraten zu einer Ableitungsfunktion von kollektiver Erinnerung – unabhängig davon, ob sie nun bewusst gefördert oder zu vermeiden gesucht wird.

Dabei ist die Präsenz von „Erinnerungskultur” in aktuellen Diskursen und Kontroversen nicht auf die engere Zeitgeschichte beschränkt – auch wenn angesichts der „Kriegs-, Terror- und Gewalterfahrungen” gerade im Osten Europas eine solche Zuspitzung naheliegend erscheint.[14] Sie ist zusätzlich damit begründbar, dass die deutsche Expansionspolitik und der deutsche „Rassen”- und Vernichtungskrieg im Osten Europas in der Zeit des Dritten Reichs, aber auch die hegemoniale Geschichtsdeutung in den sozialistischen Staaten Ostmittel- und Osteuropas die Erinnerung an Vorgänge *ante quem* beeinflusst haben.[15] Gleichermaßen legitim ist jedoch die Berücksichtigung von Zeiten jenseits noch lebender Zeitzeugen, wie Untersuchungen etwa zum deutsch-polnischen Kontaktbereich in Bromberg/Bydgoszcz und der Provinz Posen am Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts zeigen.[16] Insgesamt könnte sich gerade die weiche Spezifik des Begriffs „Erinnerungskultur” als Vorteil erweisen: indem unter seinen Vorzeichen eine Untersuchung kollektiver Prägungen von Gesell-

schaften stattfinden kann, die nicht von vornherein auf bestimmte politische, konfessionelle oder sonstige Einheiten festgelegt ist.

Die Gefahr, mittels „Erinnerungsorten" oder „kulturen" statt einer kritischen Revision alter Identifikationsangebote neue derartige Angebote im Sinne eines (bestimmten) „kulturellen Erbes" (*heritage*) zu schaffen und dabei neue „Schweigestellen"[17] zu produzieren, scheint dann gebannt, wenn der Fokus international oder transnational ausgerichtet ist. Das kommt in besonderer Weise der deutschen Geschichte im östlichen Europa zugute. Dabei geht es, mit Weber (2011) nicht darum, einer „Normierung der Vergangenheit" durch eine wie immer geartete „europäische Erinnerungskultur"[18] Vorschub zu leisten, sondern den Pluralismus unterschiedlicher Geschichtsbilder zu akzeptieren und ihren Vergleich zum Gegenstand der Forschung zu machen. Die Aufmerksamkeit für ein nicht einheitliches, aber gemeinsames Erbe etwa in den Vertreibungsgebieten – im Sinne einer „Transkulturalität" (W. Welsch) – könnte sich so steigern, aber auch das Gespür für verschiedene Weisen der Identitätsstiftung und der Trauerarbeit nach säkularen Gewalterfahrungen, wie sie mit den (etwas missverständlichen) Wendungen der „kalten" und „heißen" Erinnerung markiert werden. So sieht man am Beispiel der deutschen Blockade Leningrads und ihrer Erinnerung, wie der Erinnerungsdiskurs von einigen Akteuren eindimensional (sowjetisch), von anderen plural („post-sowjetisch") zu gestalten versucht wird.[19]

Auf das ganze östliche Europa gewendet und im Rahmen der Zeitgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts ergibt sich einerseits eine unübersehbare Diskrepanz zwischen „westeuropäischer" und „osteuropäischer" Erinnerungskultur bei denselben Gegenständen (etwa Kriegs- oder Vertreibungserfahrung), was Assmann 2011 dazu gebracht hat, von einem „gespaltene[n] Gedächtnis Europas" zu sprechen. Andererseits fällt eine Binnendifferenzierung innerhalb der rezenten Erinnerungskulturen des „Ostens" ins Auge, die von Troebst 2005 typologisch erfasst wurde. Ein übergreifendes Charakteristikum erinnerungspolitischer Diskurse ist, dass immer wieder Versatzstücke aus weiter zurückliegender Vergangenheit transportiert werden. Beispiele dafür sind die medial intensivierte Erinnerung an den Deutschen Ritterorden des Mittelalters in Russland und Polen im 20. Jahrhundert, die „gelöschte" Erinnerung an die deutsche Karlsuniversität Prag/Praha in den sog. Beneš-Dekreten oder die deutsche und polnische Debatte um ein „Zentrum gegen Vertreibungen" mit ihren Reflexen auf Vorgänge bis zurück in die Zeit der mittelalterlichen deutschen „Ostsiedlung". Schon allein des Aufklärungsbedarfs wegen, der sich aus solchen und ähnlichen – populären wie fachwissenschaftlichen – Konstruktionen ergibt, wird man das Forschungspotential von „Erinnerungskultur(en)" als besonders ergiebig bezeichnen dürfen.

4. Bibliographische Hinweise

- Aleida Assmann: Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik. Bonn 2007 (Bundeszentrale für politische Bildung. Schriftenreihe 633).
- Aleida Assmann: Das gespaltene Gedächtnis Europas und das Konzept des dialogischen Erinnerns. In: Bernd Rill (Hg.): Nationales Gedächtnis in Deutschland und Polen. München 2011 (Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen 73), S. 17-25.
- Hans Henning Hahn, Heidi Hein-Kircher, Anna Kochanowska-Nieborak (Hg.): Erinnerungskultur und Versöhnungskitsch. Marburg 2008 (Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung 26).
- Maurice Halbwachs: Les cadres sociaux de la mémoire. Paris 1925 (Travaux de l'Année sociologique) [dt. Berlin 1966].

- Lars Karl: Geschichtspolitik und Erinnerungskultur im neuen Russland. Göttingen 2009 (Formen der Erinnerung 40).
- Manfred Kittel: Vertreibung der Vertriebenen? Der historische deutsche Osten in der Erinnerungskultur der Bundesrepublik (1961–1982). München 2007 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte).
- Museum des Warschauer Aufstands (Hg.): Erinnerungskultur des 20. Jahrhunderts. Analysen deutscher und polnischer Erinnerungsorte. Frankfurt/M. u. a. 2011.
- Stefan Troebst: Postkommunistische Erinnerungskulturen im östlichen Europa. Bestandsaufnahme, Kategorisierung, Periodisierung. Wrocław 2005 (Berichte des Willy Brandt Zentrums 7).
- Matthias Weber: Erinnerungsorte in Ostmitteleuropa. Erfahrungen der Vergangenheit und Perspektiven. In: Ders., Burkhard Olschowsky, Ivan A. Petranský, Attila Pók, Andrzej Przewoźnik † (Hg.): Erinnerungsorte in Ostmitteleuropa. Erfahrungen der Vergangenheit und Perspektiven. München 2011 (Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 42), S. 11-25.

Anmerkungen

[1] Vgl. Joachim Wollasch: Wege zur Erforschung der Erinnerungskultur. Ausgewählte Aufsätze. Hg. von Mechthild Sandmann und Rudolf Schieffer. Münster 2011 (Beiträge zur Geschichte des alten Mönchtums und des Benediktinerordens 47).

[2] Christoph Cornelißen: Zur Erforschung von Erinnerungskulturen in West- und Osteuropa. Methoden und Fragestellungen. In: Ders., Roman Holec, Jiří Pešek (Hg.): Diktatur – Krieg – Vertreibung. Erinnerungskulturen in Tschechien, der Slowakei und Deutschland seit 1945. Essen 2005 (Veröffentlichungen der Deutsch-Tschechischen und Deutsch-Slowakischen Historikerkommission 13), S. 25-44, hier S. 28.

[3] Hans Günter Hockerts: Zugänge zur Zeitgeschichte: Primärerfahrung, Erinnerungskultur, Geschichtswissenschaft. In: Konad H. Jarausch, Martin Sabrow (Hg.): Verletztes Gedächtnis. Erinnerungskultur und Zeitgeschichte im Konflikt. Frankfurt/M. 2002, S. 39-73, hier S. 41.

[4] Vgl. Marcus Sandl: Historizität der Erinnerung / Reflexivität des Historischen. Die Herausforderung der Geschichtswissenschaft durch die kulturwissenschaftliche Gedächtnisforschung. In: Günter Oesterle (Hg.): Erinnerung, Gedächtnis, Wissen. Studien zur kulturwissenschaftlichen Gedächtnisforschung. Göttingen 2005 (Formen der Erinnerung 26), S. 89-119, hier S. 100.

[5] Beispielhaft: Norbert Frei: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit. München 1996.

[6] Vgl. Anne Cornelia Kenneweg, Stefan Troebst: Marienkult, Cyrillo-Mathodiana und Antemurale. Religiöse Erinnerungsorte in Ostmitteleuropa vor und nach 1989. In: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 57 (2008), S. 287-291, hier S. 287.

[7] Astrid Erll: Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskulturen. In: Ansgar Nünning, Vera Nünning (Hg.): Einführung in die Kulturwissenschaften. Theoretische Grundlagen – Ansätze – Perspektiven. Stuttgart 2008, S. 156-185, hier S. 176.

[8] Peter M. Hejl: Wie Gesellschaften Erfahrungen machen oder: Was Gesellschaftstheorie zum Verständnis des Gedächtnisproblems beitragen kann. In: Siegfried J. Schmidt (Hg.):

Gedächtnis. Probleme und Perspektiven der interdisziplinären Gedächtnisforschung. Frankfurt/M. 1991, S. 293-336, hier S. 324.

[9] Lotman, Uspenskij (1978), zitiert nach Astrid Erll: Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskulturen. Eine Einführung. Weimar 2005 (2. Aufl. 2011), S. 101.

[10] Hartmut Bergenthum: Geschichtswissenschaft und Erinnerungskulturen. Bemerkungen zur neueren Theoriedebatte. In: Günter Oesterle (Hg.): Erinnerung, Gedächtnis, Wissen. Studien zur kulturwissenschaftlichen Gedächtnisforschung. Göttingen 2005 (Formen der Erinnerung 26), S. 121-162, hier S. 127-129.

[11] Günther Lottes: Erinnerungskulturen zwischen Psychologie und Kulturwissenschaft. In: Günter Oesterle (Hg.): Erinnerung, Gedächtnis, Wissen. Studien zur kulturwissenschaftlichen Gedächtnisforschung. Göttingen 2005 (Formen der Erinnerung 26), S. 163-184, hier S. 181.

[12] Assmann: Der lange Schatten, S. 184.

[13] Maren Röger: Flucht, Vertreibung und Umsiedlung: Mediale Erinnerungen und Debatten in Deutschland und Polen seit 1989. Marburg 2011 (Studien zur Ostmitteleuropaforschung 23).

[14] Lars Karl, Igor J. Polianski: Einleitung. In: Dies. (Hg.): Geschichtspolitik und Erinnerungskultur im neuen Russland. Göttingen 2009 (Formen der Erinnerung 40), S. 7-20, hier S. 7.

[15] Christoph Cornelißen, Roman Holec, Jiří Pešek: Politisch-historische Erinnerungen in Mittel- und Ostmitteleuropa seit 1945. In: Dies. (Hg.): Diktatur – Krieg – Vertreibung. Erinnerungskulturen in Tschechien, der Slowakei und Deutschland seit 1945. Essen 2005 (Veröffentlichungen der Deutsch-Tschechischen und Deutsch-Slowakischen Historikerkommission 13), S. 9-24.

[16] Vgl. Stefan Dyroff: Erinnerungskultur im deutsch-polnischen Kontaktbereich. Bromberg und der Nordosten der Provinz Posen (Wojewodschaft Poznań) 1871–1939. Osnabrück 2007 (Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau 19).

[17] Heidemarie Uhl: Gedächtnis – Konstruktion kollektiver Vergangenheit im sozialen Raum. In: Andrei Corbea-Hoişie, Alexander Rubel (Hg.): „Czernowitz bei Sadagora". Identitäten und kulturelles Gedächtnis im mitteleuropäischen Raum. Iaşi, Konstanz 2006 (Jassyer Beiträge zur Germanistik 10), S. 15-32, hier S. 17.

[18] Weber: Erinnerungsorte, S. 25.

[19] Vgl. Jörg Ganzenmüller: Identitätsstiftung und Trauerarbeit. Sowjetische Kontinuitäten in der russischen Erinnerung an die Belagerung Leningrads. In: Lars Karl, Igor J. Polianski (Hg.): Geschichtspolitik und Erinnerungskultur im neuen Russland. Göttingen 2009 (Formen der Erinnerung 40), S. 271-285.

Zitation

Thomas Wünsch: Erinnerungskultur. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2013. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54014.html (Stand: 07.03.2013).

Erinnerungsort

1. Genese

Begriffsgeschichte

Der Begriff Erinnerungsort ist ein Neologismus, der auf das von Pierre Nora (*1931) konzipierte und herausgegebene Werk „Les lieux de mémoire“ (1984-1992) zurückgeht. Noras Ausgangspunkt ist die Annahme, dass sich das individuelle ebenso wie das kollektive Gedächtnis an bestimmten „Orten“ orientiert, an denen nach allgemeiner Meinung etwas Wichtiges geschehen ist, an denen sich die „Erinnerungen bündeln“ und die dadurch zu „Kristallisationspunkten kollektiver Erinnerung und Identität“ (E. François 2001) werden. Noras Anliegen ist es, zu einer Geschichtsbetrachtung auf „höherer Ebene“ (Erinnerungsgeschichte) zu gelangen, die er als „Geschichte zweiten Grades“ bezeichnet. Ausgehend von der Geschichte Frankreichs unterscheidet Nora grundsätzlich zwischen materiellen Erinnerungsorten (z. B. Regionen, Städte, Gebäude) und Erinnerungsorten im übertragenen Sinne (z. B. historische Ereignisse, Persönlichkeiten, Institutionen, Bücher, Kunstwerke, Daten). Die Auseinandersetzung mit dem Konzept der Erinnerungsorte und vor allem seine Anwendung waren zunächst primär in westeuropäischen nationalen Zusammenhängen festzumachen und werden zunehmend auch auf Ostmitteleuropa übertragen. Der Begriff fand aber vereinzelt auch bei anderen Erinnerungskollektiven (z. B. Region, Konfession) Anwendung.

Fremdsprachige Entsprechungen

lat. loca memoriae; it. I luoghi della memoria; engl. places of memory, realms of memory, sites of memory, memory sites. Die slawische Entsprechung von Erinnerungsort (poln. Miejsca pamięci; tsch. místa pamětí; slow. místa pamäti) bedeutet „Gedenkstätte“ oder „Erinnerungsstätte“, so dass jeweils eine definitorische Klärung notwendig ist.

2. Definition

In Ostmitteleuropa lassen sich zahlreiche Erinnerungsorte mehreren ethnischen Gruppen zuordnen, von denen sie jeweils unterschiedlich wahrgenommen werden. Beispiele hierfür sind kulturell mehrfach codierte Städte wie Breslau/Wrocław, Pressburg/Bratislava/Pozsony oder Hermannstadt/Sibiu/Nagyszeben, historische Ereignisse (z. B. Schlacht bei Tannenberg, Zweiter Weltkrieg, Vertreibungen), Persönlichkeiten (z.B. Nikolaus Kopernikus) oder bestimmte Daten der älteren und neueren Geschichte mit national und regional übergreifender Bedeutung (z.B. 1945, 1956, 1968, 1989), die zugleich in unterschiedlichen Kontexten erinnert werden. Hier kann von „geteilten“ Erinnerungsorten gesprochen werden, weil mit ihnen jeweils eigene Inhalte und Wahrnehmungen verbunden werden. Zusätzlich werden noch „geteilte europäische Erinnerungsorte“ (François) unterschieden (z. B. Versailles), in denen sich europäische Bezüge verdichten. Die Anwendbarkeit des Konzepts der Erinnerungsorte auf die Vergangenheit Ostmitteleuropas und auf die historisch-ostdeutschen Regionen und Siedlungsgebiete von Deutschen im östlichen Europa ist verschiedentlich erprobt worden (z.B. „Schlesische Erinnerungsorte“). Es ist derzeit Gegenstand eines umfassenden deutsch-polnischen Kooperationsprojekts.

Im Mittelpunkt des Konzepts Erinnerungsort steht die subjektive Wahrnehmung der Vergangenheit in individuellen oder in Gruppenkontexten. Dabei bietet das Erinnerungsort-Konzept den Grundkonsens an, dass die Art und Weise dieser Wahrnehmung jeweils a priori subjektiv und von den Umständen der jeweiligen Gegenwart determiniert ist. Es ist der Konsens, dass jede Gruppe (ebenso wie Individuen) eigene Erinnerungen und Geschichtsbilder besitzen und dass sich diese unterscheiden können sowie Veränderungen und Entwicklungen unterworfen sind bzw. durch Agenten der Erinnerung (Geschichtspolitik) aktiv

gestaltet werden. Aus diesem Konsens resultiert eine offene Herangehensweise an die Vergangenheit, die eine Auseinandersetzung mit der Geschichte jenseits von nationalen oder anderen interessenpolitischen Aspekten erlaubt. Insofern kann die Befassung mit und die Analyse von Erinnerungsorten, die Nora ursprünglich im Hinblick auf die französische Nationalgeschichte inventarisiert hatte, gerade in multiethnischen und multikonfessionellen Kontexten der Geschichte der Deutschen im östlichen Europa zu einem „Abgleichen“ von Geschichtsbildern (Dan Diner) beitragen. Hierdurch kann der Respekt vor jeweils anderen nationalen oder anderweitigen historischen Gruppenidentitäten gestärkt und können auch Wege einer transnationalen Geschichtsschreibung geebnet werden.

3. Diskurse/Kontroversen

Das Konzept der Erinnerungsorte wurde nicht abschließend definiert. Die ursprünglich ausschließliche Anwendung auf die Nationalgeschichte Frankreichs und die französische Nation durch Nora wurde inzwischen auf in nationaler Hinsicht „geteilte europäische Erinnerungsorte" (François) erweitert, also Erinnerungsorte die zugleich für mehrere Nationen von (unterschiedlicher) Bedeutung sind. M. Csáky fordert die Betrachtung spezifisch „europäischer Erinnerungsorte“ als Kristallisationspunkte europäischer Identitätsstiftung.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Marek Czapliński u. a. (Hg.): Schlesische Erinnerungsorte. Gedächtnis und Identität einer mitteleuropäischen Region. Görlitz 2005.
- Étienne François: Geteilte Erinnerungsorte, europäische Erinnerungsorte. In: Robert Born (Hg.): Visuelle Erinnerungskulturen und Geschichtskonstruktionen in Deutschland und Polen 1800–1939 (Wizualne konstrukcje historii i pamięci historycznej w Niemczech i w Polsce 1800–1939). Warzawa 2006, S. 17-32 .
- Étienne François, Hagen Schulze (Hg.): Deutsche Erinnerungsorte, Bde. 1-3. München 2001.
- Jacques Le Rider, Moritz Csáky, Monika Sommer (Hg.): Transnationale Gedächtnisorte in Zentraleuropa (Gedächtnis, Erinnerung, Identität 1). Innsbruck u. a. 2002.
- Pierre Nora (Hg.): Les lieux de mémoire. Bde 1-3. Paris 1984-1992.
- Matthias Weber u. a. (Hg.): Erinnerungsorte in Ostmitteleuropa. Erfahrungen der Vergangenheit und Perspektiven (Schriften des BKGE 42). München 2011.

Weblinks

Robert Traba u. a.: „Deutsch-Polnische Erinnerungsorte - Polsko-niemieckie miejsca pamięci“. Reader für Autoren, im Internet unter: http://www.cbh.pan.pl/index.php?option=com_content&view=article&id=46&catid=21&lang=de

Zitation

Matthias Weber: Erinnerungsort. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2011. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54106.html (Stand 29.11.2011).

Ethnie (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Ethnikum → Ethnie (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Ethnische Gruppe → Ethnie (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Ethnische Indifferenz (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Ethnische Minderheit → Minderheit (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Ethnizität (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Ethnos → Ethnizität (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Ethnische Säuberung (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Europäische Union

Fremdsprachige Entsprechungen

engl. European Union; franz. Union européenne; ital. Unione europea; poln. Unia Europejska; rum. Uniunea Europeană; ung. Európai Unió; tschech. Evropská unie

1. Definition

Die Europäische Union (EU) ist ein aus 27 europäischen Staaten bestehender Staatenverbund mit derzeit rund 500 Millionen Einwohnern. Neben den sechs Gründerstaaten der Europäischen Gemeinschaften (Frankreich, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Italien und Deutschland) traten in der ersten Erweiterung (Norderweiterung) von 1973 das Vereinigte Königreich, Irland und Dänemark bei.



Karte der Europäischen Union im Jahr 2011. (Mediathek der Europäischen Kommission, © Europäische Union)

In den 1980er Jahren folgten Griechenland (1981), Portugal und Spanien (beide 1986) als Neumitglieder.

Schweden, Österreich und Finnland wurden 1995 mit der sog. EFTA-Erweiterung aufgenommen. Mit der ersten Osterweiterung traten am 1. Mai 2004 zehn Staaten bei, darunter waren zwei Inselstaaten (Malta, Zypern) und acht ehemals kommunistische mittel- und osteuropäische Länder (Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowenien, Slowakei und Ungarn). Rumänien und Bulgarien folgten am 1. Januar 2007.

2. Diskurse/Kontroversen

Trotz des voranschreitenden Integrationsprozesses gab es zunehmend Kontroversen über die Vertiefung, Erweiterung und demokratische Legitimation der Europäischen Union. Unter dem Schlagwort 'Demokratiedefizit' wurde etwa diskutiert, ob die EU und ihre Organe infolge ihrer komplizierten Funktionsweise demokratisch und transparent genug seien. Die dominierende Rolle im politischen System spielt mit dem Rat der EU (Sitz: Brüssel) ein Organ, das zugleich Legislativ- und Exekutivbefugnisse innehat. Ein weiterer wichtiger Akteur ist die Europäische Kommission (Sitz: Brüssel), die nur indirekt demokratisch legitimiert ist. Das seit 1979 direkt gewählte Europäische Parlament (Sitz: Straßburg) galt dagegen lange als das schwächste Organ im Gesetzgebungsprozess der EU. Obwohl die Befugnisse des Europäischen Parlaments schrittweise - zuletzt mit dem Vertrag von Lissabon - ausgebaut wurden, sank die Wahlbeteiligung bei Europawahlen kontinuierlich bis zum historischen Tiefstand von 43% im Jahr 2009.

Weiterhin umstritten ist das Wesen der EU als supranationale Organisation *sui generis*. Die EU ist mehr als eine reine zwischenstaatliche Organisation, aber weniger als ein echter Bundesstaat. Im deutschen Recht wurde daher der Begriff 'Staatenverbund' geprägt, welcher 1993 Eingang in die Rechtsprechung des deutschen Bundesverfassungsgerichts zum Vertrag von Maastricht fand.

3. Historischer Abriss



Unterzeichnung der Römischen Verträge am 25. März 1957. (Mediathek der Europäischen Kommission, © Europäische Union)

Die Anfänge der EU gehen auf die 1950er Jahre zurück, als zunächst sechs Staaten die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), die Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom) gründeten. Eine gezielte ökonomische Verflechtung sollte nach dem Zweiten Weltkrieg eine neue Friedensordnung schaffen und durch den größeren Markt das Wirtschaftswachstum beschleunigen. Nach Vollendung von Zollunion und einheitlichem Binnenmarkt im Rahmen der EWG stellte die EU eine neue Integrationsstufe auf dem Weg zu "einer immer engeren Union der Völker Europas" (Art. 1 EUV) dar. Der von den Staats- und Regierungschefs der EG-Staaten am 9./10. Dezember 1991 in Maastricht vereinbarte und am 7. Februar 1992 unterzeichnete Vertrag über die Europäische Union (EUV; Maastrichter Vertrag), geändert durch den Amsterdamer Vertrag vom 2. Oktober 1997 und durch den Vertrag von Nizza vom 26. Februar 2001, dehnte die Integrationsziele aus und erweiterte die supranationalen Handlungsmöglichkeiten. Mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon am 1. Dezember 2009 hat die EU eine eigene Rechtspersönlichkeit erhalten.

4. Funktionsweise

Seit dem Vertrag von Lissabon basiert das politische System der EU auf zwei Grundverträgen, dem Vertrag über die Europäische Union (EUV) und dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV), die sowohl supranationale (überstaatliche) als auch intergouvernementale (zwischenstaatliche) Elemente beinhalten. Während im Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs und im nach Fachressorts aufgeteilten Rat der Europäischen Union (Ministerrat) die nationalen Regierungen vertreten sind, repräsentiert das Europäische Parlament bei der Rechtsetzung der EU unmittelbar die Unionsbürger. Die Europäische Kommission und der Gerichtshof der Europäischen Union mit Sitz in Luxemburg zählen neben dem Parlament ebenfalls zu den supranationalen Organen.

Die Funktionsweise der EU ist politikfeldabhängig, da die EU in verschiedenen Bereichen unterschiedliche Kompetenzen und Abstimmungsverfahren besitzt. Grundsätzlich sind die Rechtsakte, die gemäß dem "ordentlichen Gesetzgebungsverfahren" der EU von den involvierten europäischen Institutionen - i.d.R. Kommission, Rat und Parlament - beschlossen werden, für alle Mitgliedsstaaten bindend. In den meisten Fällen wird mit qualifizierter Mehrheit abgestimmt. Der Vertrag von Lissabon sieht in einigen Fällen ein "besonderes Gesetzgebungsverfahren" vor, bei dem das Europäische Parlament entweder nur über ein Zu-

stimmungsrecht (etwa beim Beitritt neuer Mitglieder) oder nur über ein Anhörungsrecht verfügt.

In Bereichen, in denen die EU weniger oder keine Rechtsetzungskompetenzen innehat, wird die intergouvernementale Methode angewendet. Das betrifft vor allem die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Wichtige Beschlüsse können daher grundsätzlich nur einstimmig von allen Mitgliedsstaaten im Europäischen Rat oder im Rat der EU gefasst werden.

Das dritte Verfahren neben Gemeinschafts- und intergouvernementaler Methode ist schließlich die offene Methode der Koordinierung, welche ursprünglich zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit im Zuge der Lissabon-Strategie aus dem Jahr 2000 eingeführt wurde. Später wurde diese Methode auf andere Bereiche (Beschäftigungs-, Wirtschafts- und Sozialpolitik) ausgedehnt. Hier finden keine formalen Entscheidungen, sondern nur eine informelle Abstimmung der Mitgliedsstaaten anhand gemeinsam formulierter Ziele statt; die Europäische Kommission wird nur unterstützend tätig.

Zu den "ausschließlichen Zuständigkeiten" der EU gehören die Zollunion, die Festlegung der für das Funktionieren des Binnenmarkts erforderlichen Wettbewerbsregeln, die Währungspolitik im Rahmen der Euro-Gruppe, die Erhaltung der biologischen Meeresschätze im Rahmen der gemeinsamen Fischereipolitik und die gemeinsame Handelspolitik (Art. 3 AEUV). In diesen Bereichen kann nur die EU gesetzgeberisch tätig werden und verbindliche Rechtsakte erlassen; die Mitgliedsstaaten dürfen nur tätig werden, wenn sie von der Union hierzu ermächtigt werden, oder um Rechtsakte der EU durchzuführen. Bei der "geteilten Zuständigkeit" nehmen die Mitgliedstaaten ihre Zuständigkeit nur wahr, sofern und soweit die EU ihre Zuständigkeit nicht ausgeübt hat. Betroffen sind Politikfelder wie etwa die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, die Forschungs- und Umweltpolitik, das Gesundheitswesen, der Verbraucherschutz, Bereiche der Sozialpolitik sowie der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. Letzterer umfasst Aspekte der Innen- und Justizpolitik - unter anderem die Einwanderungspolitik, die justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen und die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen.

5. Minderheitenpolitik

Auf dem Gebiet der Minderheitenpolitik verfügt die EU über relativ schwache Kompetenzen. Im Zuge der EU-Osterweiterung verfolgte sie jedoch eine aktive Minderheitenpolitik im östlichen Europa. Bei der Bewertung der EU-Minderheitenpolitik gilt es deshalb, zwischen Binnen- und Außenperspektive zu unterscheiden. Der Amsterdamer Vertrag brachte zahlreiche minderheitenrelevante Neuerungen im Primärrecht. Der eigene Anspruch der EU, eine 'Wertegemeinschaft' zu sein, führte dazu, dass sich die EU-Institutionen verstärkt mit menschenrechtlichen Themen beschäftigten. Mit Art. 13 EG-Vertrag (heute Art. 19 AEUV) wurde in der Textfassung des Amsterdamer Vertrages eine Rechtsgrundlage geschaffen, auf deren Basis die EU Maßnahmen gegen Diskriminierung aufgrund von Rasse und ethnischer Herkunft ergreifen konnte. Auf Basis dieses Artikels präsentierte die EU-Kommission mit der "Antidiskriminierungsrichtlinie" (RL 2000/43/EG) und der "Gleichbehandlungsrahmenrichtlinie" (RL 2000/78/EG) zwei Vorschläge, die im heutigen EU-Recht als wichtige Bestandteile der gemeinschaftlichen Antidiskriminierungspolitik gelten. Damit wurde der Diskriminierungsschutz im gemeinschaftlichen Besitzstand (*Acquis Communautaire*) der EU verankert und die Grundlage für die weitere Ausgestaltung der EU-Minderheitenpolitik gelegt.

Mit dem gescheiterten Verfassungsvertrag und dem daraus hervorgehenden Reformvertrag von Lissabon fand der Begriff 'Minderheit' erstmals in einem primärrechtlichen Text der EU Erwähnung. Im neuen Artikel 2 EUV heißt es:

Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.

Eine weitere Quelle des EU-Minderheitenrechts stellt die Charta der Grundrechte (GRC) dar, welche mit dem Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags für die meisten EU-Staaten durch den Verweis in Artikel 6 des geänderten EU-Vertrages verbindlich wurde. Aus minderheitenrechtlicher Sicht ist die GRC besonders interessant, da sie in Art. 21, Abs. 1 den Begriff 'nationale Minderheit' einführt:

Diskriminierungen, insbesondere wegen des Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe, der ethnischen oder sozialen Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der Religion oder der Weltanschauung, der politischen oder sonstigen Anschauung, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung, sind verboten.

Im Gegensatz zu Art. 19 AEUV enthält diese Bestimmung eine klare und direkt anwendbare Verbotsklausel, gibt der EU jedoch kein eindeutiges Mandat, um gegen solche Diskriminierungen vorzugehen. Gleichwohl wurde mit Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages der Terminus 'nationale Minderheit' als Begriff in das Primärrecht überführt.

Der Vertrag von Lissabon ist somit eine Zäsur in der EU-Minderheitenpolitik, da auch die Rechte von Angehörigen ethnischer und nationaler Minderheiten erstmals zu den Grundwerten der Gemeinschaft gezählt werden: Die GRC verbietet Diskriminierung aufgrund der "Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit" (Art. 21, Abs. 1). Zusammen mit Artikel 22 GRC, in welchem die Achtung der Vielfalt der Kulturen, Religionen und Sprachen verankert ist, ist sie eine eindeutige Aussage für Minderheitenrechte. Dennoch kann der Reformvertrag nicht über den Widerspruch hinwegtäuschen, dass zwar ein expliziter Bezug zu Minderheiten hergestellt wird, konkrete Bestimmungen für die Umsetzung dieser Rechte aber noch fehlen.

Maßgeblich für die externe Dimension der EU-Minderheitenpolitik waren die vom Europäischen Rat im Juni 1993 beschlossenen 'Kopenhagener Kriterien'. Die politischen Beitrittskriterien, die rechtsstaatliche und demokratische Strukturen verlangen, beinhalten dabei auch die Achtung und den Schutz von Minderheiten.

Den konkreten Beitrittsverhandlungen ging eine analytische Durchleuchtung des sich ständig fortentwickelnden *Acquis* durch ein *Screening* der EU-Kommission voraus. Die EU machte bereits die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen von der völligen oder teilweisen Erfüllung der politischen und wirtschaftlichen Kriterien abhängig und verfolgte deren weitere Implementierung und Einhaltung durch ein aufwendiges *Monitoring*-Verfahren während der Verhandlungen bis zur Aufnahme.

Die regelmäßigen Fortschrittsberichte offenbarten dabei einen sehr selektiven Ansatz der Kommission bei der Bewertung der Minderheitensituationen in den Beitrittsstaaten. Die

Kommission richtete ihre Aufmerksamkeit insbesondere auf drei Minderheitengruppen: Neben den russischen Gruppen im Baltikum bildeten die Roma in Mittel- und Osteuropa und die ungarischen Minderheiten in den Nachbarstaaten Ungarns die Schwerpunkte der Fortschrittsberichte. Zahlreiche kleinere Minderheitengruppen (etwa deutschsprachige Minderheiten) in den Beitrittsländern blieben dagegen unerwähnt oder wurden nur selten behandelt. Außerdem wurden die Minderheitengruppen nicht offiziell von EU-Seite aus in die Beitrittsverhandlungen mit einbezogen; sie waren nur mittelbar über die nationalen Parlamente beteiligt - falls die Minderheit dort repräsentiert war.

6. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Andreas von Arnauld: Minderheitenschutz im Recht der Europäischen Union. In: Archiv des Völkerrechts (AVR) 42 (2004), S. 111-141.
- Angela Kaiser: Minderheitenschutz in der Europäischen Union. Eine Untersuchung des "doppelten Standards" des EU-Minderheitenschutzes unter besonderer Berücksichtigung der Europäischen Grundrechtecharta. Frankfurt/M. u. a. 2005 (Schriften zum Staats- und Völkerrecht 114).
- Michael Kreile: Die Osterweiterung der Europäischen Union. In: Werner Weidenfeld (Hg.): Die Europäische Union. Politisches System und Politikbereiche. Bonn 2006 (Schriftenreihe Bundeszentrale für Politische Bildung 442).
- Maximilian Opitz: Die Minderheitenpolitik der Europäischen Union: Probleme, Potentiale, Perspektiven. Berlin 2007 (Studien zu Migration und Minderheiten 16).
- Gabriel Toggenburg: A Remaining Share or a New Part? The EU's Role vis-à-vis Minorities after the Enlargement Decade. In: Marc Weller, Denika Blacklock, Katherine Nobbs (Hg.): The Protection of Minorities in the Wider Europe. Basingstoke u. a. 2008 (Palgrave Studies in European Union Politics).
- Werner Weidenfeld: Die Europäische Union. Paderborn 2010 (UTB Politikwissenschaft 3347).

Weblink

- http://eur-lex.europa.eu/JOHtml.do?uri=OJ:C:2010:083:SOM:DE:HTML (Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, Charta der Grundrechte der Europäischen Union, Amtsblatt Nr. C 83 vom 30. März 2010)

Zitation

Christoph Schnellbach: Europäische Union. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54006.html (Stand 03.02.2012).

Europäischer Nationalitätenkongress (in Bearb.)

Der Text ist in Bearbeitung.

Evakuierung (in Bearb.)

Der Text ist in Bearbeitung.

Exil (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

F

Flucht (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Flucht und Vertreibung (in Bearb.)

Der Text ist in Bearbeitung.

Flüchtlinge und Vertriebene in der Republik Österreich

1. Begriff

Flüchtlinge und Vertriebene mit deutscher Muttersprache, die sich nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in der Republik Österreich aufhielten, wurden dort als „Volksdeutsche“ (*ethnic Germans*) bezeichnet, vor allem in Abgrenzung zu „Reichsdeutschen“, aber auch den deutschsprachigen Österreichern und Südtirolern.[1] Die Begrifflichkeit schließt damit an Traditionen aus der Zwischenkriegs- und NS-Zeit an. Eine gewisse Sonderstellung nehmen dabei die böhmischen und mährischen Deutschen (Sudetendeutsche) ein, die seit 1938 die deutsche Reichsbürgerschaft besaßen.

2. Diskurse

Während die Bezeichnung „Volksdeutsche“ im zeitgenössischen amtlichen und öffentlichen Diskurs des Jahres 1945 gängig war, ist sie heute selbst im Vertriebenen-Milieu kaum noch geläufig. Wie etwa die Umbenennung des österreichischen Dachverbands der Landsmannschaften von „Verband volksdeutscher Landsmannschaften in Österreich (VLÖ)“ in „Verband der deutschen altösterreichischen Landsmannschaften in Österreich“ im November 2014 zeigt, wird sie zunehmend durch die Bezeichnung „Altösterreicher“ abgelöst.[2] Diese der politischen Belastung geschuldete neue Begrifflichkeit führt jedoch zu neuen Unschärfen, die in einer zum Teil widersprüchlichen Verwendung in Politik und Publizistik ihren Niederschlag finden. So galten im legistischen Sinne nach 1945 nur jene Angehörigen muttersprachlich deutscher Minderheiten auf dem Gebiet der Habsburgermonarchie, die bereits 1937 die österreichische Staatsbürgerschaft besessen hatten, als „Altösterreicher“. Dagegen werden im engeren, ethnografisch-regionalen Sinne die (ober-)österreichischen Protestanten („Landler“) als „Altösterreicher“ bezeichnet, die im 18. Jahrhundert nach Siebenbürgen umgesiedelt wurden. Auch für die eng mit Niederösterreich verbundenen deutschen Südmährer wurde und wird der Begriff verwendet. Daneben kann „Altösterreicher“ aber auch alle ehemaligen Einwohner des „alten Österreich“, das heißt der österreichischen Reichshälfte der Habsburgermonarchie, bedeuten.

Von den Angehörigen der deutschsprachigen Minderheiten auf dem Gebiet der ehemaligen Habsburgermonarchie besaßen zwar 100.000 bereits 1937 die österreichische Staatsbürgerschaft (waren also „Altösterreicher“ im legistischen Sinn), jedoch hatten an die 80.000 davon in den Jahren 1938–1945 Handlungen (etwa die Verehelichung mit einem „Reichsdeutschen“) getätigt, durch die sie dieser verlustig gingen und nun um Wiederverleihung ersuchen mussten. Dagegen wohnten etwa 20.000 Sudetendeutsche bereits vor 1938 in Österreich, ohne jedoch die österreichische Staatsbürgerschaft erlangt zu haben, und galten damit 1945 ebenso wie die anderen „Volksdeutschen“ als staatenlos, nachdem die „reichsdeutschen“ Einbürgerungen der Jahre davor von der Republik Österreich nicht anerkannt wurden.

3. Historischer Abriss

1945 befanden sich etwa 1,6 Millionen Displaced Persons (DPs) auf dem Gebiet der Republik Österreich (bei 6,5 Millionen österreichischen Staatsangehörigen). Davon waren ca. 1 Million Menschen fremd- und 660.000 deutschsprachig. Die Deutschsprachigen wurden zeitgenössisch in 260.000 „Reichsdeutsche“ und etwa 400.000 „Volksdeutsche“ unterteilt.[3] Während die Mehrheit der fremdsprachigen DPs sowie der „Reichsdeutschen“ bis Juni 1946 repatriiert wurden,[4] stellte sich für die sogenannten „Volksdeutschen“ die Frage nach der Eingliederung in die Aufnahmegesellschaft.

Nach Herkunftsstaaten teilten sich die nicht eingebürgerten „Volksdeutschen“ zum 21. Februar 1948 folgendermaßen auf: Jugoslawien: 139.539 (Donauschwaben, Gottscheer Deutsche, Südsteirer etc.), Tschechoslowakei: 113.648 (Sudetendeutsche, Karpatendeutsche), Rumänien: 56.601 (Siebenbürger Sachsen, Donauschwaben), Ungarn: 12.718, Polen: 9.530, Sonstige: 5.650.

Davon lebten 53.872 in Flüchtlingslagern. Dem gegenüber standen 139.352 fremdsprachige Ausländer, 51.594 Südtiroler und 24.791 ausländische Juden. 44.887 DPs hatten im Laufe des Jahres 1947 das Land verlassen.[5]

Den vielfältigen Verbindungen der Republik Österreich zu den deutschen Minderheiten auf dem Gebiet der ehemaligen Habsburgermonarchie zum Trotz verhielt sich die österreichische Politik in den Jahren 1945–1946 den Flüchtlingen und Vertriebenen gegenüber weitgehend ablehnend. Ihr Handlungsspielraum war jedoch durch die Letztverantwortung der alliierten Besatzungsmächte eingeschränkt, die etwa trotz Interventionen von Seiten der österreichischen Regierung die von tschechoslowakischer Seite nach Kriegsende gestarteten „wilden Vertreibungen“ der deutschen Südmährer und Südböhmen in die Bundesländer Nieder- und Oberösterreich nicht stoppten. Allerdings sollten die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens auch auf Österreich angewandt und die aus der Tschechoslowakei, Ungarn und Polen gekommenen „Volksdeutschen“ in das besetzte Deutschland „repatriiert“ werden. Dies entsprach auch den Intentionen der österreichischen Regierung, die sich durch die Flüchtlinge materiell völlig überfordert sah, aber auch eine scharfe Trennlinie zu den eigenen großdeutschen Traditionen der Vorkriegszeit ziehen wollte.[6] Der österreichische Außenminister Karl Gruber (1909–1995, Österreichische Volkspartei) bemerkte etwa in Bezug auf die Sudetendeutschen in einem Gespräch mit seinem tschechoslowakischen Amtskollegen Jan Masaryk (1886–1948), dass dies Leute gewesen seien, „die Ihnen immer Schwierigkeiten bereitet haben und die sie jedem bereiten würden.“[7]



„Volksdeutsche“ vor der Abfahrt aus dem österreichischen Sammellager Melk nach Deutschland. Im Hintergrund des Bildes ist das Stift Melk zu sehen.



Das ehemalige Außenlager Melk des Konzentrationslagers Mauthausen wurde nach der Befreiung als Sammellager für „volksdeutsche“ Umsiedler, Flüchtlinge und Vertriebene genutzt.



[Alle drei Fotos: Sammlung Heimatkreis Neubistritz der Sudetendeutschen Landsmannschaft; Fotoreproduktion Wolfgang Kunerth].

Insgesamt wurden so 1946 an die 160.000 „Volksdeutsche“ vor allem aus der sowjetischen Besatzungszone Österreichs in die US-amerikanische Besatzungszone Deutschlands abgeschoben. Das waren weniger als von der österreichischen Politik erwartet. Dazu kam, dass 1947 eine neue Flüchtlingswelle aus Jugoslawien einsetzte, die Aussiedelung der „repatrierbaren“ Personen nach Deutschland aber mit Jahresende 1946 de facto (nicht die jure) von den Alliierten eingestellt wurde. 1951 befanden sich so etwa 383.000 „Volksdeutsche“ im Land, davon etwa ein Drittel im Bundesland Oberösterreich. Zu diesem Zeitpunkt waren 145.000 bereits eingebürgert,[8] 238.000 ohne österreichische Staatsbürgerschaft.[9] 1953 standen 329.471 „Volksdeutschen“ (davon 147.612 eingebürgerten) 76.690 fremdsprachige DPs, 83.895 „Reichsdeutsche“ und 76.960 Südtiroler gegenüber.[10]

Integrationsbemühungen wurden seitens der Regierung und Verwaltung, auch im Hinblick auf die eingeschränkte Souveränität des Landes, anfangs nur schleppend unternommen. Die Gewährung des Bleiberechts und die (nach Antrag jeweils individuelle) Verleihung der Staatsbürgerschaft erfolgten zunächst nach Kriterien der Verwendbarkeit am Arbeitsmarkt, aber auch die regionale und kulturelle Nähe spielte eine Rolle. Bevorzugt behandelt wurden die Bewohner der unmittelbar an Österreich angrenzenden Regionen, vor allem Südböhmens und -mährens, aber auch Westungarns (Ödenburg/Sopron), der ehemaligen Südsteiermark und des Kanaltals. So waren 1951 bereits 60 % aller Sudetendeutschen, aber nur 10 % der Siebenbürger Sachsen eingebürgert.[11] Ähnlich variierte auch die Aufnahmebereitschaft der Bevölkerung in Abhängigkeit von Nähe und Ferne sowie von dem möglichen

Nutzen der betroffenen Menschen für die Aufnahmegesellschaft. So wurden vor allem in der Landwirtschaft Arbeitskräfte als Ersatz für die Zwangsarbeiter der Kriegszeit gebraucht.

Erst seit 1951 war die Arbeitsberechtigung auch in den nichtlandwirtschaftlichen Berufen nicht mehr an die österreichische Staatsbürgerschaft gebunden. In sieben „Gleichstellungsgesetzen“ wurden die Grundlagen für die wirtschaftliche und soziale Eingliederung geschaffen. Finanzielle Hilfen kamen aus den Mitteln des „Marshall-Plans“, des nach Gilbert Jäger, Mitarbeiter des UN-Flüchtlingshochkommissariats, benannten „Jäger-Plans“ und des „Österreich-Programms“ der Bundesregierung. Schließlich erlangten mit dem „Optionsgesetz“ 1954 die bis dahin nicht eingebürgerten „Volksdeutschen“ durch Abgabe einer einfachen Erklärung die Staatsbürgerschaft. Aus den „Volksdeutschen“ wurden damit auch de jure Österreicher.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Tony Radspieler: The ethnic german refugee in Austria 1945–1954. The Hague 1955 (Studies in social life 2).
- Oliver Rathkolb: Verdrängung und Instrumentalisierung. Die Vertreibung der Sudetendeutschen und ihre verspätete Rezeption in Österreich. In: Barbara Coudenhove-Kalergi, Oliver Rathkolb (Hg.): Die Beneš-Dekrete. Wien 2002, S. 138–151.
- Brunhilde Scheuringer: Dreißig Jahre danach – Die Eingliederung der volksdeutschen Flüchtlinge und Vertriebenen in Österreich. Wien 1983 (Abhandlungen zu Flüchtlingsfragen 13).
- Eduard Stanek: Verfolgt – verjagt – vertrieben. Flüchtlinge in Österreich von 1945–1984. Wien, München, Zürich 1985.

Anmerkungen

[1] Radspieler: The ethnic german refugee, S. 5f.

[2] Verband der deutschen altösterreichischen Landsmannschaften in Österreich: http://www.vloe.at/dervloe.html (Abruf 12.01.2015).

[3] Die statistischen Angaben differieren stark und können bis zur ersten amtlichen Erfassung 1948 nur als Schätzwerte betrachtet werden. Neben der starken Fluktuation müssen auch die Probleme bei Erfassung und Zuordnung in Betracht gezogen werden. Die an dieser Stelle verwendeten Angaben entstammen Radspieler: The ethnic german refugee, S. 37–43. Radspieler bezieht sich auf Zahlenmaterial aus dem Bundesministerium für Inneres sowie dem Österreichischen Statistischen Zentralamt.

[4] Im Juli 1946 befanden sich nur mehr etwa 76.000 „Reichsdeutsche“ sowie 173.000 nichtdeutschsprachige Flüchtlinge im Land. Vgl. Radspieler: The ethnic german refugee, S. 62.

[5] Stand vom 28. Februar 1948, nach: Österreichisches Jahrbuch 1948. Hg. vom Bundespressedienst. Wien 1948, S. 104–105.

[6] Dazu Oliver Rathkolb: Verdrängung und Instrumentalisierung. Die Vertreibung der Sudetendeutschen und ihre verspätete Rezeption in Österreich. In: Coudenhove-Kalergie/Rathkolb (Hg.): Die Beneš-Dekrete, S. 138–151, hier S. 139–141.

[7] Zitiert bei Rathkolb: Verdrängung und Instrumentalisierung (Anm. 6), S. 140.

[8] Davon betraf die Hälfte Wiedereinbürgerungen von Personen, die die bis 1937 besessene österreichische Staatsbürgerschaft zwischenzeitlich verloren hatten.

[9] Die Zahlen entstammen hier Scheuringer: Eingliederung, S. 57f. Die Autorin verweist auf Datenmaterial des Bundesministeriums für Inneres.

[10] Stand vom 1. Oktober 1953, nach Radspieler: The ethnic german refugee, S. 62f.

[11] Vgl. Scheuringer: Eingliederung, S. 57.

Zitation

Niklas Perzi: Flüchtlinge und Vertriebene in der Republik Österreich. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2015. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32875 (Stand 16.04.2015).

Flüchtlingssiedlungen

1. Definition

Als Flüchtlingssiedlungen werden Siedlungen bezeichnet, die nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zur Behebung der durch den Krieg und seine Folgen bedingten Wohnungsnot gebaut und auch oder überwiegend von Flüchtlingen und Vertriebenen aus den ehemals deutschen Reichs- und Siedlungsgebieten im östlichen Europa bewohnt wurden.

2. Historischer Abriss

Die Unterbringung der Flüchtlinge und Vertriebenen stellte die Besatzungsmächte und die deutschen Behörden angesichts der großen Zahl von Menschen und der Zerstörungen von Wohnraum[1] durch Kriegshandlungen vor immense Probleme. Der vorübergehenden Aufnahme dienten daher neben Einquartierungen bei Einheimischen Flüchtlingslager, die nur teilweise neu errichtet wurden, zumeist aber vormalige Sammelunterkünfte von NS-Organisationen oder des Militärs, Kriegsgefangenen-, Zwangsarbeiter- und sogar Konzentrationslager waren. Dabei handelte es sich überwiegend um Barackenlager an der Peripherie von Städten und Dörfern. Fast immer vergingen mehrere Jahre, bis die Flüchtlinge und Vertriebenen in eigenen, nicht behelfsmäßigen Wohnraum umziehen konnten.[2] Dieser entstand auch durch die Errichtung von Siedlungen seit Ende der 1940er Jahre, verstärkt Mitte der 1950er bis in die 1960er Jahre. Wichtige Voraussetzungen dafür schufen in Westdeutschland das allgemeine Wirtschaftswachstum nach der Währungsreform und staatliche sowie kommunale Finanzhilfen, wie sie mit dem ersten Wohnungsbaugesetz aus dem Jahr 1950 und zahlreichen daran anschließenden kommunalpolitischen Fördermaßnahmen für einen sozialen Wohnungsbau auf den Weg gebracht wurden. Bauträger waren neben den Kommunen oftmals gemeinnützige Genossenschaften, zu deren Bestand zahlreiche Siedlungen bis heute gehören. Auch verschiedene Formen der Siedler-Selbsthilfe (Gründung eigener Genossenschaften, Eigenleistung beim Bau) wurden praktiziert.



Familie vor Neubauernhaus in Wurschen/Oberlausitz (um 1950) [Foto: Privatbesitz]

Auch in der SBZ/DDR gab es Bestrebungen, den Mangel an Wohnraum zu beseitigen, so im Kontext der Bodenreform durch staatliche Hilfen für die Errichtung von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden von Neubauern, unter denen sich ca. 43 % Flüchtlinge und Vertriebene befanden. Die Neubauernhöfe entstanden meist dort, wo die sogenannten Umsiedler zuvor bereits provisorisch untergebracht waren, z. B. auf Gutshöfen, oder als Ausbau bestehender Dörfer, um deren Infrastruktur zu nutzen.

3. Größe, Lage und Struktur

Zu unterscheiden sind 1. kleinere Flüchtlingssiedlungen innerhalb bestehender Stadt- bzw. Ortsteile von 2. Siedlungen, die selbst einen neuen Ortsteil bildeten und deren größere über eigene Einkaufsmöglichkeiten, öffentliche Infrastruktur (Schulen, Bäder, Bibliotheken etc.) und Kirchen verfügten sowie 3. selbständige Gemeinden (s. u.). Unselbständige Siedlungen entstanden vor allem an den Rändern größerer Städte sowie in Kleinstädten und Dörfern, von denen aus man zur Arbeit in die Städte pendeln konnte. In abgelegenen ländlichen Gebieten dagegen findet man, abgesehen von den o. g. Neubauern-Siedlungen, kaum geschlossene Flüchtlingssiedlungen.

Einen Sonderfall unter den Flüchtlingssiedlungen stellen die sogenannten Flüchtlingsgemeinden dar, also ganze Orte, die durch die Ansiedlung von Flüchtlingen und Vertriebenen meist auf zuvor militärischen Zwecken dienenden Liegenschaften gegründet wurden. So entstanden Waldkraiburg, Geretsried, Neugablonz, Traunreut und - als einzige städtische Neusiedlung in Norddeutschland - Espelkamp-Mittwaldjeweils auf dem Gelände von Munitionsfabriken mit zugehörigen (Zwangs-)Arbeiterlagern. Mit der Neugründung bzw. der Weiterentwicklung dieser außerhalb bestehender Ortschaften entstandenen Siedlungen ging die Ansiedlung von Industrie und Gewerbe einher, oftmals im Rückgriff auf industrielle und gewerbliche Traditionen der Herkunftsgebiete, so griff z. B. die Glasherstellung und -veredelung in Neugablonz die Tradition aus dem böhmischen Gablonz/Jablonec nad Nisou auf. Zudem nutzte man die vorhandenen Industriegebäude und -anlagen und führte ehemalige Belegschaften am neuen Wohnort zusammen, um alte Betriebe wieder aufzubauen.

4. Architektur



Mehrfamilienhaus der Gemeinnützigen Baugenossenschaft der Ostvertriebenen zu Oldenburg (Olbg.), Goten- Ecke Widukindstraße, Fertigstellung zwischen 1952 und 1955 [Foto: 2013, privat].

Nicht nur im Hinblick auf die Finanzierung durch staatliche Hilfen und die Errichtung durch gemeinnützige Bauträger, sondern auch architektonisch folgten die Siedlungen in Westdeutschland nach 1945 Vorbildern, die im Kontext der Wohnungsnot der frühen 1920er Jahre entwickelt und in der NS-Zeit wieder aufgegriffen wurden. Angelehnt an den auf wenige Stilelemente (Satteldach, Gauben u. a.) reduzierten sogenannten Heimatstil und zur Kosteneinsparung als Typenhäuser geplant und gefertigt, entstanden Einfamilien- und Mehrfamilienhäuser mit höchstens drei Geschossen. Die Grundrisse folgten den Minimallösungen, die im sozialen Wohnungsbau der Weimarer Republik entwickelt worden waren. Bei Einfamilienhäusern waren oftmals Möglichkeiten zur (teilweisen) Selbstversorgung durch Gärten und Kleinviehhaltung vorgesehen, zudem galten Eigenheime als besonders geeignet um die Menschen an den neuen Wohnort zu binden. Seltener und bevorzugt in Großstädten wurden auch Bauformen der Moderne aus der Zwischenkriegszeit aufgegriffen, so in der Siedlung Stuttgart-Rot durch Hochhausentwürfe der Architekten Hans Scharoun und Wilhelm Frank.

5. Soziale Aspekte/Integration

Da der Erhalt von Wohnungsbaudarlehen bzw. von Wohnungen in den mit staatlichen Mitteln neuangelegten Siedlungen in der Bundesrepublik nicht allein an den Flüchtlingsstatus gebunden war,[3] lebten dort auch Alteingesessene, Zugezogene aus anderen Teilen der BRD sowie DDR-Flüchtlinge, wobei die Flüchtlinge und Vertriebenen oft eine große Gruppe, selten aber die absolute Mehrheit stellten.[4] Aussagen zum Verlauf der Integration ihrer Bewohner sind aufgrund der "Vielseitigkeit, Verschiedenartigkeit, Vielschichtigkeit und Verflochtenheit der sozialen Beziehungen[5] innerhalb der Siedlungen und über diese hinaus in verkürzter Form nicht möglich. Aus Zeitzeugenaussagen geht jedoch übereinstimmend hervor, dass der Umzug in eine "eigene", "richtige", d. h. allein bewohnte, nicht behelfsmäßige (Siedlungs-)Wohnung einen wesentlichen Schritt zur Integration darstellte.

6. Benennung

Viele ehemalige Flüchtlingssiedlungen erkennt man noch heute an den nach Orten in der "alten Heimat" gewählten Straßennamen wie Gleiwitzer oder Danziger Straße. In einigen Fällen kam es zwischen Behörden und Bewohnern zu Konflikten um die Namensgebung.[6] Die Benennung ganzer Siedlungen erfolgte bevorzugt unter Rückgriff auf lokale Gegebenheiten wie alte Flurnamen. Auch Spottnamen wie "Paprikasiedlung" oder "Kittelweiberdorf"

sind überliefert, die sich in diskriminierender oder selbst-ironisierender Weise auf die Herkunft der Bewohner und ihre Gewohnheiten bezogen.

7. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Hermann Bausinger, Markus Braun, Herbert Schwedt: Neue Siedlungen. Volkskundlich-soziologische Untersuchungen des Ludwig-Uhland-Instituts Tübingen. Stuttgart 1959.
- Andreas Dix: "Freies Land". Siedlungsplanung im ländlichen Raum der SBZ und frühen DDR 1945–1955. Köln u. a. 2002.
- Elisabeth Fendl: Aufbaugeschichten. Eine Biographie der Vertriebenengemeinde Neutraubling. (Schriftenreihe der Kommission für Deutsche und Osteuropäische Volkskunde in der Deutschen Gesellschaft für Volkskunde e.V. 91) Marburg 2006.
- Alfred Karasek-Langer: Neusiedlung in Bayern nach 1945. Einschnitt in unserer Volksgeschichte. In: Jahrbuch für Volkskunde der Heimatvertriebenen 2 (1956), S. 24-102.
- Elisabeth Pfeil: Städtische Neugründungen. In: Friedrich Edding, Eugen Lemberg (Hg.): Die Vertriebenen in Westdeutschland. Bd. 1. Kiel 1959, S. 500-520.
- Günther Schulz: Wiederaufbau in Deutschland. Die Wohnungsbaupolitik in den Westzonen und in der Bundesrepublik von 1945 bis 1957. Düsseldorf 1994.

Anmerkungen

[1] In Westdeutschland fehlten 21 % der 1939 vorhandenen Wohneinheiten, vgl. Günter Schmölders: Finanzierungsprobleme im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Eingliederung der Heimatvertriebenen. Berlin 1955 (Schriften des Vereins für Sozialpolitik, NF 6/II), S. 41, in der SBZ/DDR war der Verlust mit 10 % des Vorkriegsbestands zwar geringer, es fehlten dennoch 1,9 Mio. Wohnungen (ohne Berlin, Stand 01.10.1946), vgl. Alexander von Plato, Wolfgang Meinicke: Alte Heimat - neue Zeit. Flüchtlinge, Umgesiedelte, Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR. Berlin 1991, S. 47.

[2] Viele Lager bestanden - mit abnehmender Belegung - bis weit in die 1960er Jahre hinein, einzelne bis Anfang der 1970er Jahre, z. B. das Kieler Lager Julienlust, dessen letzte Bewohner 1972 auszogen. Vgl. Uwe Carstens: Die Flüchtlingslager der Stadt Kiel. Sammelunterkünfte als desintegrierender Faktor der Flüchtlingspolitik. Marburg 1992, S. 199ff.

[3] Das Erste Wohnungsbaugesetz von 1950 diente laut § 1 dem "soziale[n] Wohnungsbau" und sollte Wohnraum schaffen "für die Heimatvertriebenen und die übrigen Bevölkerungsgruppen […], die ihre Wohnungen durch Kriegsfolgen verloren haben". Bundesgesetzblatt I, Nr. 16, vom 26. April 1950, S. 83.

[4] Der Anteil der Flüchtlinge und Vertriebenen, die bis 1953 in der Bundesrepublik in mit Mitteln aus dem Soforthilfegesetz (SHG) erstellten Wohnungen lebten, wird auf 60 % geschätzt. Vgl. Schmölders (wie Anm. 1), S. 44.

[5] Bausinger, Braun, Schwedt: Neue Siedlungen, S. 141.

[6] In Stuttgart-Giebel wehrten sich beispielsweise die Bewohner gegen Straßennamen mit Amphibien-Bezeichnungen. Bausinger, Braun, Schwedt: Neue Siedlungen, S. 153.

Zitation

Heinke M. Kalinke: Flüchtlingssiedlungen. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2013. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54000.html (Stand 19.08.2013).

Forschungsinstitut der Deutschen Volksgruppe in Rumänien (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Freikirchen (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Fünfte Kolonne (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

G

Galiziendeutsche → Galizien
Siehe Galizien (Regionen)

Gedenktage

1. Definition

Die Setzung und Begehung von Gedenk- und Jahrestagen ist eines der ältesten mnemotechnischen Verfahren. Die Erinnerung an ein bestimmtes Ereignis wird durch die Bindung an ein im Jahreslauf immer wiederkehrendes Datum mit der zyklischen Zeit des Kalenders verknüpft. Die „Erinnerungsapparatur des Kalenders“[1] sorgt fortan automatisch für die periodische Wiederkehr eines spezifischen Erinnerungsimpulses. Zur Entfaltung seiner Erinnerungsfunktion bedarf der Gedenktag allerdings einer kontinuierlichen oder regelmäßig sich wiederholenden Relevanzzuschreibung durch Erinnerungsakteure. Zum Ausdruck kommt dies durch die organisierte Begehung des Gedenktages in meist ritualisierten Ablaufformen mit Reden, musikalischen Elementen, performativen Inszenierungen und symbolischen Handlungen. Gedenktage dienen der kollektiven Identitätsstiftung und -befestigung einer Gruppe, die unterschiedlich groß sein kann.

2. Gedenktage einzelner Vertriebenengruppen

Für die Vertriebenen aus einem gemeinsamen Herkunftsort können Gedenktage eine wichtige Erinnerungsfunktion einnehmen, indem sie das Gefühl der Zusammengehörigkeit aufrechterhalten. Nicht selten wird an den Heimatverlust an einem bestimmten Gedenktag erinnert. Für die Deutschen aus dem schlesischen Leobschütz/Głubczyce gilt zum Beispiel der 16. März als „Tag der Vertreibung“. 1945 erfolgten an diesem Tag die ersten sowjetischen Angriffe auf die Stadt, denen am Folgetag die Evakuierung durch die NS-Behörden folgte. Der Gedenktag besaß in den 1950er und 1960er Jahren eine über den Kreis der Leobschützer hinausgehende kommemorative Bedeutung. In der Patenstadt Oldenburg wurde an diesem Tag an das Schicksal der Leobschützer als *pars pro toto* für die Vertriebenen insgesamt öffentlich erinnert.



Erinnerung an den 20. März als „Exempel für die Gegenwart“ im März 1955 im Verbandsorgan der Landsmannschaft der Oberschlesier unter Verwendung eines Plakats von 1921.

Auch einzelne Landsmannschaften begehen eigene Gedenktage, denen nicht nur gruppenbildende beziehungsweise -erhaltende Funktionen zukommen, sondern die darüber hinaus auch gesamtgesellschaftlich Aufmerksamkeit für das Schicksal der Deutschen aus dem Osten herstellen sollen. Nicht selten wird dabei an Gedenktage angeknüpft, die schon in der Zwischenkriegszeit existierten und die nach 1945 zusätzlich mit der Erinnerung an die Ver-

treibung verbunden wurden. Für die Oberschlesier zum Beispiel ist dies der 20. März, der als Jahrestag der Volksabstimmung von 1921 begangen wird, für die Sudetendeutschen der 4. März, an dem an die Niederschlagung von deutschböhmischen Demonstrationen für eine Separation von der Tschechoslowakei im Jahr 1919 erinnert wird.



Gedenkfeier der Sudetendeutschen Landsmannschaft zum 4. März in Waldkraiburg 2014. [Foto: SL, Ortsgruppe Waldkraiburg].

In beiden Fällen wird auf Ereignisse rekurriert, denen eine besondere Relevanz für die Gruppenidentität zugesprochen wird und die zugleich als Symbole für das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen und das vermeintliche Unrecht der Versailler Friedensordnung gelten. Durch die Verknüpfung mit der Erinnerung an die erzwungene Migration nach dem Zweiten Weltkrieg suggerieren diese Gedenktage eine historische Kontinuität von Unrechtserfahrungen, als deren Höhepunkt die Vertreibung gilt.

3. Tag der Heimat als gemeinsamer Gedenktag der Vertriebenen

Schon im Gründungsjahr der Bundesrepublik beschlossen die beiden konkurrierenden Vorläuferorganisationen des Bundes der Vertriebenen (BdV), der Zentralverband der vertriebenen Deutschen (ZvD) und der Verband der ostdeutschen Landsmannschaften (VdL), am 20. November 1949 die jährliche Abhaltung eines gemeinsamen Gedenktages. Als erste öffentliche Umsetzung dieses Beschlusses gilt die Kundgebung der Charta der Heimatvertriebenen vor dem Stuttgarter Schloss am 6. August 1950. Bewusst wurde der Gedenktag auf den ersten Sonntag im August gelegt, um in unmittelbarer zeitlicher Nähe zum Jahrestag des Potsdamer Abkommens vom 2. August 1945 als „lebendiger Protest gegen Potsdam“ zu fungieren.[2]

Bereits 1955 verlegte man den Gedenktag auf Bitten der Bundesregierung auf den zweiten Sonntag im September, um eventuelle Störungen der im August stattfindenden Verhandlungen Konrad Adenauers (1876-1967) in Moskau/Moskva, bei denen es unter anderem um die Freilassung der letzten deutschen Kriegsgefangenen ging, zu vermeiden. Bei dem Termin im September blieb es nachfolgend bis heute.

Spezifisch für den Tag der Heimat ist seine dezentralisierte Ausrichtungsform, die auf einen möglichst hohen Mobilisierungsgrad abzielt. Nach einer zentralen Auftaktveranstaltung in Berlin am ersten Sonntag im September führen die Vertriebenenverbände in den darauf folgenden Wochen überall in der Bundesrepublik Gedenkveranstaltungen und Kundgebungen auf lokaler Ebene durch. Der BdV-Bundesverband gibt dazu ein jährlich wechselndes Leitwort sowie Richtlinien zur Durchführung heraus. Die lokalen Verbände kooperieren zudem eng mit den örtlichen Kommunen und den Landesregierungen. Die Veranstaltungen finden meist in größeren Sälen oder auf öffentlichen Plätzen statt und bestehen aus längeren Reden,

folkloristischen Einlagen und Musikbeiträgen. Oft wird am Tag der Heimat auch ein Vertriebenendenkmal aufgesucht, an dem ein Totengedenken vorgenommen wird.

Bis 1990 galt der Tag der Heimat in erster Linie als politisches „Treuebekenntnis zu Gesamtdeutschland“,[3] wozu auch die ehemaligen deutschen Ostgebiete gezählt wurden. Nach der Wiedervereinigung rückten geschichtspolitische Aspekte in den Vordergrund, insbesondere die Forderung nach Anerkennung der Vertriebenen als einer zentralen Opfergruppe, sowie der Appell, Vertreibungen als Menschenrechtsverletzungen zu ächten und ein ‚Recht auf Heimat‘ zu etablieren.

4. Nationaler Gedenktag

Wird der Tag der Heimat bislang vom BdV durchgeführt, so bemühte sich dieser seit der Jahrtausendwende auch um die Installierung eines nationalen Gedenktages, der das jährliche Erinnern an die deutsche Zwangsmigration in staatliche Regie überführen würde. Die Fortführung der öffentlichen Erinnerungspraxis sollte damit auch zukünftig und unabhängig vom Bestehen des BdV garantiert und staatlich abgesichert sein. Der BdV wollte zudem mit einem nationalen Gedenktag die historische Bedeutung der Flucht und Vertreibung als ein Zentralereignis der deutschen Geschichte weiter untermauern und staatlich sanktionieren.

Die Politik reagierte darauf zunächst zurückhaltend. Vertreter verschiedener Parteien erklärten einen nationalen Gedenktag mit dem Hinweis auf das gemeinsame Gedenken an alle Opfer des Krieges am Volkstrauertag für überflüssig. Kritiker bemängelten, dass die Vertriebenen damit als einzige Gruppe neben den NS-Opfern, für die es seit 1996 einen eigenen Gedenktag am 27. Januar gibt, aus dem Kreis der Kriegsopfer besonders herausgehoben würden. Nach einem Bundesratsbeschluss im Jahr 2003 zur Einführung eines Gedenktages beschäftigte sich der Bundestag erst 2011 mit dem Thema. Kontrovers diskutiert wurde vor allem der vom BdV vorgeschlagene Termin am 5. August, nicht nur wegen des umstrittenen Charakters der Vertriebenencharta, deren Verkündigung sich an diesem Tag jährt, sondern auch wegen der zeitlichen Nähe zum Jahrestag des Potsdamer Abkommens. Im Juni 2013 beschloss die Koalition aus CDU/CSU und FDP schließlich eine Erweiterung des Weltflüchtlingstages am 20. Juni um das Gedenken an die deutschen Vertriebenen bei den Vereinten Nationen zu beantragen und nachfolgend an diesem Tag das Gedenken an die deutschen Vertriebenen auf nationaler Ebene zu begehen. Nach den Bundestagswahlen im September 2013 erklärte sich auch die SPD zur Einführung eines nationalen Gedenktages bereit und vereinbarte im Koalitionsvertrag mit der CDU/CSU, „die mahnende Erinnerung an Flucht und Vertreibung durch einen Gedenktag lebendig“ zu halten.[4] Am 27. August 2014 beschloss das Bundeskabinett daraufhin die Erweiterung des Weltflüchtlingstages am 20. Juni zum nationalen „Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung“, an dem ab 2015 insbesondere der deutschen Vertriebenen gedacht werden soll. In den Monaten zuvor hatten bereits die Bundesländer Bayern, Hessen und Sachsen die Einführung eines zentralen Gedenktages in staatlicher Regie für den zweiten Sonntag im September beschlossen, der erstmals am 14. September 2014 durchgeführt wurde.

Die öffentliche Erinnerung an die Zwangsmigration der Deutschen aus dem Osten wird zukünftig somit unabhängig von dem weiteren institutionellen Bestand der Vertriebenenverbände durch einen nationalen Gedenktag in staatlicher Regie weitergeführt. Dieser staatlich sanktionierte nationale Gedenktag bringt ein hohes Maß an Verbindlichkeit der Erinnerung für das gemeinsame und auch transgenerationelle Geschichtsbewusstsein der ganzen Nation und nicht nur der Vertriebenen als Teilgruppe zum Ausdruck.

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Aleida Assmann: Jahrestage – Denkmäler in der Zeit. In: Paul Münch (Hg.): Jubiläum, Jubiläum... Zur Geschichte öffentlicher und privater Erinnerung. Essen 2005, S. 305-314.
- Klaus Bergmann: Gedenktage, Gedenkjahre und historische Vernunft. In: Sabine Horn, Michael Sauer (Hg.): Geschichte und Öffentlichkeit. Orte – Medien – Institutionen. Göttingen 2009, S. 24-31.
- Karl Braun: Der 4. März 1919. Zur Herausbildung sudetendeutscher Identität. In: Bohemia 37 (1996), S. 353-380.
- Jeffrey Luppes: The Commemorative Ceremonies of the Expellees: Tag der Heimat and Volkstrauertag. In: German Politics & Society 30 (2012), H. 2, S. 1-20.
- Thomas Schmidt: Kalender und Gedächtnis. Erinnern im Rhythmus der Zeit. Göttingen 2000.
- Stephan Scholz: Gedenktage. In: Ders., Maren Röger, Bill Niven (Hg.): Die Erinnerung an Flucht und Vertreibung. Ein Handbuch der Medien und Praktiken. Paderborn 2014 (i.E.).

Anmerkungen

[1] Schmidt: Kalender und Gedächtnis, S. 9.

[2] So 1956 Jakob Kaiser, der Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen, hier zitiert nach Eva Hahn, Hans Henning Hahn: Die Vertreibung im deutschen Erinnern. Legenden, Mythos, Geschichte. Paderborn u.a. 2010, S. 480.

[3] Gustl Huber: Tag der Heimat – Tag der Deutschen. Hrsg. v. Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände. 3., überarb. Aufl. Bonn 1998, S. 9.

[4] Deutschlands Zukunft gestalten. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. 18. Legislaturperiode, S. 113. URL: https://www.cdu.de/sites/default/files/media/dokumente/koalitionsvertrag.pdf (Zugriff: 21.07.2014).

Zitation

Stephan Scholz: Gedenktage. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32880 (Stand 16.09.2014).

Gemeinsames Kulturerbe → Kulturerbe

Siehe Kulturerbe

Generalplan Ost (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Genozid → Shoah (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Germanisierung → Assimilation

Siehe Assimilation

Ghetto (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Gottgläubige (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Gottscheer → Gottschee (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Grenzdeutsche → Auslandsdeutschtum

siehe Auslandsdeutschtum

Grenzdurchgangslager Friedland

1. Kurzbeschreibung

Das Grenzdurchgangslager (GDL) Friedland bei Göttingen wurde am 20. September 1945 eröffnet und ist seither kontinuierlich in Betrieb. Seit dem 1. Januar 2011 ist es Teil und Standort der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen (LAB NI) und erfüllt Aufgaben als bundesweit einzige Erstaufnahmeeinrichtung für Spätaussiedler, als Landesaufnahmeeinrichtung für Spätaussiedler, als Landesaufnahmestelle für jüdische Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion, als Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerber sowie für UNHCR-Flüchtlinge im Rahmen von Resettlement- und Relocationprogrammen.

2. Historischer Überblick

Die Entstehung des Lagers Friedland ist eine Folge des Zweiten Weltkriegs und der nationalsozialistischen Expansions- und Vernichtungspolitik. Die Mehrheit der das GDL durchlaufenden Menschen – Flüchtlinge, Vertriebene, Evakuierte, entlassene Kriegsgefangene, Displaced Persons, Aussiedler – kam als mehr oder weniger direkte Folge des Zweiten Weltkriegs hierher.



Flüchtlinge warten vor „Nissenhütten“ auf ihre
Abfertigung, 1945. [Foto: Städtisches Museum Göttingen].

Errichtet wurde das Lager Friedland im September 1945 von der britischen Militärverwaltung nahe der Grenze zur amerikanischen und zur sowjetischen Besatzungszone ca. 15 km südlich von Göttingen. Den unmittelbaren Kontext bildeten die massenhaften Kriegsfol-

gemigrationen um das Jahr 1945. Hatten die ersten Flüchtlinge schon im Winter 1944/45 Niedersachsen erreicht, so gelangten ab Sommer 1945 Geflüchtete in großer Zahl in die britische Besatzungszone. Die Militärverwaltung versuchte, den Zuzug in ihre Zone zu kontrollieren sowie angesichts der schwierigen Versorgungslage zu begrenzen, und ordnete zu diesem Zweck die Einrichtung des Lagers Friedland sowie acht weiterer Durchgangslager in der Provinz Hannover an. Grundlegende Aufgaben waren die Registrierung, Versorgung und Weiterleitung der in die britische Zone Einreisenden, mithin die Kanalisierung der unüberschaubaren Zahl von Ortlosen und Umherwandernden der Nachkriegsgesellschaft. In der Versorgung und Betreuung der Ankommenden übernahmen Wohlfahrtsverbände und Kirchen früh eine tragende Rolle.

In der Frühzeit des Lagers Friedland trafen vornehmlich fünf Personenkreise im Lager ein: 1. Flüchtlinge, die alleine oder in kleinen Gruppen aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße in die westlichen Besatzungszonen kamen, 2. Rückwanderer und Evakuierte, 3. Vertriebene und/oder im Rahmen von Transporten und „*Operations*“ systematisch Ausgesiedelte, 4. entlassene Kriegsgefangene und 5. Grenzgänger aus der sowjetischen Besatzungszone. Je nach ehemaligem Wohnort, letztem Aufenthaltsort, Verbleib von Angehörigen und Zuzugsmöglichkeiten durchliefen sie das Lager Friedland in Ost-West- oder West-Ost-Richtung. Von 1945 bis 1949 passierten ca. 1,7 Millionen Menschen das Lager. Die meisten blieben nur wenige Stunden oder Tage.

Neben seiner Hauptfunktion als Durchgangslager übernahm das Lager Friedland punktuell auch weitere Aufgaben: 1947-1951 und erneut 1960-1963 fungierte es als Auffanglager für alleinreisende Jugendliche und junge Männer aus der SBZ/DDR, 1949-1952 auch als Wohnlager für Displaced Persons und ausländische Flüchtlinge, für die sich andere niedersächsische Behörden nicht mehr zuständig zeigten. Seit 1948 diente Friedland zudem als Entlassungslager für deutsche Soldaten, die aus westalliierter oder sowjetischer Kriegsgefangenschaft in die britische Zone zurückkehrten. Nach Schließung des Entlassungslagers Münster/Westfalen war es ab April 1949 das einzige Entlassungslager für ehemalige Wehrmachtsangehörige in der Bundesrepublik.

Überregionale und internationale Bekanntheit erlangte das Lager Friedland durch die Ankunft der letzten Entlassenen aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft 1953/54 und 1955/56. Die sogenannte „Heimkehr der Zehntausend“ war ein bedeutendes Medienereignis der frühen Bundesrepublik. Das Lager Friedland wurde emotionaler Bezugspunkt für die Hoffnungen und Wünsche Vieler und zugleich Bühne für vielschichtige politische Inszenierungen im Kalten Krieg.

Mit der „Operation Link“ begann im März 1950 die Aufnahme von Aussiedlern, zunächst nur aus Polen, die in den folgenden Jahrzehnten zur Hauptaufgabe des GDL wurde. Seit 1950 wurden über zwei Millionen (Spät-) Aussiedler in Friedland registriert, davon gut die Hälfte aus Polen, und verstärkt seit 1986 ca. eine Million aus der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten. Seit dem 1.Oktober 2000 ist das GDL die bundesweit einzige Erstaufnahmeeinrichtung für Spätaussiedler.

Als zeitlich befristete Ausnahme übernahm das GDL seit den 1950er Jahren wiederholt die Erstaufnahme internationaler Flüchtlinge: Zwischen November 1956 und Januar 1957 wurden 3.555 Flüchtlinge aus Ungarn, die nach der Niederschlagung des demokratischen Aufstands in den Westen flüchteten und von denen knapp 11.000 in der Bundesrepublik Aufnahme fanden, in Friedland betreut. Nach dem Putsch gegen die demokratische Regierung Allende trafen im Januar 1974 70 Flüchtlinge aus Chile als „Kontingentflüchtlinge“ außerhalb des Asylverfahrens ein und wurden bis zu vier Monate im GDL Friedland unterge-

bracht. Ende 1978 wurden im Rahmen einer humanitären Hilfsaktion rund 1.000 Flüchtlinge aus Vietnam im GDL Friedland aufgenommen. Ein Teil der Flüchtlinge verblieb mehrere Monate im Lager; andere wurden bereits nach wenigen Tagen in sogenannte ‚zentrale Unterkünfte' weitergeleitet. Bis Mitte der 1980er Jahre folgten weitere Flüchtlinge aus Vietnam, insgesamt ca. 4.500.

Neben der Aufnahme dieser Kontingentflüchtlinge wird das GDL Friedland in den 1970er und 1980er Jahren kurzzeitig auch zur ‚Asylbewerberunterkunft wider Willen'. Vor dem Hintergrund der Überbelegung des bundesweit einzigen „Sammellagers für Ausländer" in Zirndorf (Bayern) wurden von 1974 bis 1976 knapp 150 Asylsuchende aus verschiedenen Ländern dem GDL Friedland zugewiesen. Zwischen 1984 und 1986 wurden aufgrund zu geringer Kapazitäten der zuständigen Aufnahmeeinrichtungen in Niedersachsen über 5.500 Asylsuchende, vornehmlich aus dem Libanon, der Türkei und Indien, aufgenommen.

Zwischen 1. Juli 1998 und 30. September 2000 und seit 1. März 2004 übernahm das GDL auch die Funktion der Landesaufnahmestelle Niedersachsen für jüdische Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion.

2009 wurden im Rahmen des Resettlement-Programms des UNHCR erstmals irakische Flüchtlinge im GDL Friedland aufgenommen. Seit September 2012 treffen regelmäßig Flüchtlinge im Rahmen der Resettlement- und Relocationprogramme – mehrheitlich aus Eritrea, dem Sudan, Äthiopien, Irak und Syrien – im GDL Friedland ein. Überdies erfüllt das GDL Friedland seit dem 1. Januar 2011 gemeinsam mit dem Standort Braunschweig nun offiziell die Funktion der Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerber für Niedersachsen.

3. Bedeutung in der deutschen Erinnerungskultur



Die Friedlandglocke, 2014. [Foto: Joachim Baur].

Spätestens seit den frühen 1950er Jahren, wesentlich befördert durch die „Heimkehr der Zehntausend" 1955/56, knüpfte sich an das GDL Friedland ein erinnerungskultureller Diskurs an. Neben dem Topos „Tor zur Freiheit", der seit den frühen 1950er Jahren vor allem aus dem Umfeld der im GDL tätigen Wohlfahrtsverbände verbreitet wurde,[1] fand dies sei-

nen sichtbarsten Ausdruck in mehreren Denkmalen vor Ort. Zu nennen sind insbesondere die Friedlandglocke, die Heimkehrer-Statue „Griff in die Freiheit“ und die „Friedland-Gedächtnisstätte“ auf dem Hagenberg sowie die Glocken und verschiedene Kunstwerke im Inneren der katholischen Kirche St. Norbert. Sämtliche genannte Bauten datieren aus dem Zeitraum von 1949 (Weihe der Friedlandglocke) bis 1967 (Einweihung der Friedland-Gedächtnisstätte und Aufstellung der Steinskulptur „Griff in die Freiheit“), wobei sich eine Verdichtung erinnerungskultureller Aktivitäten um die Mitte der 1950er Jahre erkennen lässt. Die Denkmale sind damit ganz in die bundesdeutsche Mentalitätsgeschichte der 1950er und 1960er Jahre eingebettet. Inhaltliche Bezüge der Denkmale beschränken sich im Wesentlichen auf die beiden Friedländer Großgruppen der Flüchtlinge und Vertriebenen einerseits sowie, und zwar überwiegend, der entlassenen Kriegsgefangenen andererseits. Der Verband der Heimkehrer, Kriegsgefangenen und Vermisstenangehörigen Deutschlands (VdH) trat (neben den Kirchen) auch als maßgeblicher Träger institutionalisierter Erinnerung in Friedland in Erscheinung. In der Ikonografie der Denkmale kommt ein stein-, bild- und textgewordener deutscher Viktimisierungsdiskurs der westdeutschen Nachkriegszeit zum Ausdruck, der sich gleichermaßen am Schicksal von Flüchtlingen und Vertriebenen wie der deutschen Kriegsgefangenen festmacht.[2] Durch die wiederholte Verwendung von christlichen Motiven, Symbolen und narrativen Bezügen lässt sich des Weiteren (analog zu anderen Vertreibungs- oder auch Kriegerdenkmalen) eine religiöse Aufladung und Sakralisierung dieses Opferdiskurses erkennen. Hintergründe und Ursachen für Flucht und Vertreibung beziehungsweise Kriegsgefangenschaft und Rückkehr deutscher Soldaten – der „historische Tiefenraum von Mord und Vertreibung, die geschichtliche Abfolge von deutschen Erst- und anschließenden Folgeverbrechen“[3] – bleiben in den Denkmalen ausgeblendet. Über die Denkmale hinaus schlug sich die Friedland-Erinnerung in anderen Formen nieder, etwa in Liedern, Gedichten, dem Film „Die Glocke von Friedland“ oder dem „Friedland-Preis“ des VdH. „Allerdings verlor das Lager trotz seiner emotionalen, symbolischen und politischen Aufladung schon seit Ende der 1950er Jahre außerhalb des lokalen und regionalen Umfeldes an öffentlicher Aufmerksamkeit.“[4] In der persönlichen und Familienerinnerung von Menschen, die selbst im GDL Aufnahme fanden, insbesondere von Aussiedlern und Spätaussiedlern, nimmt Friedland demgegenüber vielfach einen ganz eigenen, dauerhaft erinnerten Platz ein.

4. Errichtung des „Museums Friedland“

Mit fraktionenübergreifendem Beschluss vom 11. Oktober 2006 forderte der Niedersächsische Landtag die Landesregierung auf, die historische Bedeutung des GDL Friedland angemessen zu würdigen. Der Aufbau eines Museums Friedland wird durch das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport koordiniert. Begleitet wird er von einem Kuratorium, einem wissenschaftlichen Beirat und einem lokalen Arbeitskreis gesellschaftlicher Gruppen. Die wissenschaftliche Konzeption und Realisierung erfolgt durch das Ausstellungsbüro „Die Exponauten. Ausstellungen et cetera“ (Berlin).

Die Dauerausstellung des Museums Friedland wird sich in drei Teile gliedern: in einen chronologischen Überblick von der Gründung des Lagers bis heute im historischen Bahnhofsgebäude von Friedland (1890), in thematische Vertiefungen in einem zu errichtenden Neubau am Rande des GDL sowie in einen ebenfalls zu errichtenden „Museumspfad“ über das Gelände des östlichen Lagerteils mit Einbeziehung historischer Bauten und Denkmale. Die Eröffnung der Überblicksausstellung im Bahnhofsgebäude soll 2015 erfolgen.[5]

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Derek John Holmgren: „Gateway to freedom“ and instrument of order. The Friedland Transit Camp, 1945-1955. Chapel Hill 2010.
- Dagmar Kleineke: Das Grenzdurchgangslager Friedland: Heimkehrer, Flüchtlinge und Vertriebene, Um- und Aussiedler. In: Klaus J. Bade, Jochen Oltmer (Hg.): Zuwanderung und Integration in Niedersachsen seit dem Zweiten Weltkrieg. Osnabrück 2002, S. 131-165.
- Regina Löneke, Ira Spieker (Hg.): Hort der Freiheit. Ethnografische Annäherungen an das Grenzdurchgangslager Friedland. Göttingen 2014.
- Sascha Schiessl: Das Lager Friedland als „Tor zur Freiheit“. Vom Erinnerungsort zum Symbol bundesdeutscher Humanität. In: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 84 (2002), S. 99-124.
- Wilfried F. Schoeller: Mythos der Heimkehr. Das Grenzdurchgangslager Friedland. In: Ders.: Deutschland vor Ort. Geschichten, Mythen, Erinnerungen. München 2005, S. 296-311.
- Birgit Schwelling: Gedenken im Nachkrieg. Die „Friedland-Gedächtnisstätte“. In: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe, 5 (2008) H. 2, URL: http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Schwelling-2-2008.

Weblink

http://www.museum-friedland.de (Homepage des Museums Friedland)

Anmerkungen

[1] Schießl: Das Lager Friedland als „Tor zur Freiheit“.

[2] Schwelling: Gedenken im Nachkrieg.

[3] Schoeller: Mythos der Heimkehr, S. 303.

[4] Schießl: Das Lager Friedland als „Tor zur Freiheit“, S. 100.

[5] URL: www.museum-friedland.de (Abruf 08.09.2014).

Zitation

Joachim Baur: Grenzdurchgangslager Friedland. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p36233 (Stand 28.01.2015).

Grenze (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Grenzlanddeutschtum → Auslandsdeutschtum

Siehe Auslandsdeutschtum

H

Hanse (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Heimat (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Heimatbuch

1. Definition und Kurzbeschreibung

Das Vertriebenen-Heimatbuch ist eine von ehemaligen Einwohnern oft kollektiv verfasste Monographie über ihre alte Heimat. Heimatbücher enthalten in einer Mischung aus subjektiver und faktenorientierter Darstellung über das Chronikalische hinaus Texte und Bilder zum sozialen Leben vor Ort, meist auch zu Wirtschaft, Natur und Landschaft, Volkskunde, kirchlichem Leben, örtlichen Bauten, lokalen Persönlichkeiten, Anekdoten und Namenkunde sowie zur Vertreibung. Ergänzt wird dies oft durch die Nachkriegsgeschichte des Ortes und das Schicksal seiner vertriebenen Bewohner nach 1945. Die Werke enthalten meist Karten- und Dokumentationsmaterial sowie Einwohner- und Häuserlisten, dagegen eher selten Register und Literaturlisten.[1]

Eine zentrale Funktion der Werke ist die Archivierung von Lokalwissen und Erinnerung, mithin die Verschriftlichung des kommunikativen Gedächtnisses der Zeitzeugen. Ihre Autoren sehen dies als Voraussetzung für die spätere Aufnahme in das kulturelle Gedächtnis der Gesamtgesellschaft.[2] Direkte Adressaten sind jedoch die Mitglieder der Erlebnisgeneration, die im Heimatbuch ihr Gedächtnis gemeinschaftlich festschreiben.

Obwohl sich in den Werken ein klarer Themenkanon nachweisen lässt, lose angelehnt an heimat- und landeskundliche Schemata, gibt es fast kein Thema, das *nicht* ins Heimatbuch passt. Diese Offenheit ist ein Grund dafür, dass es zum zentralen Medium für die Lokalerinnerung der Vertriebenen wurde.

2. Begriff und historischer Abriss

Heimatbücher, die auch mit diesem Begriff bezeichnet wurden (anfangs auch Heimatsbuch, in Böhmen und Mähren [Gemeinde-]Gedenkbuch), gibt es im deutschen Sprachraum seit dem frühen 20. Jahrhundert. Ihre Vorgeschichte geht zurück auf die Entstehung der Heimatkunde nach den Befreiungskriegen; in den 1920er Jahren erreichten Heimatbücher ein beachtliches Niveau und hohe Auflagen.[3]

Die ersten Autoren nach der Vertreibung schrieben v. a., um ihre bereits verblassende Erinnerung festzuhalten. Doch war die Heimatbuchform der Vorkriegszeit unterschwellig präsent, sonst hätte sich das Heimatbuch nicht so schnell als Medium der Erinnerung durchsetzen können. Bei Donauschwaben, Siebenbürger Sachsen und Sudetendeutschen erwies sich die Schriftenklasse als besonders produktiv, während andere wie die Russlanddeutschen keine monographischen Heimatbücher publizierten. Großstädte (Breslau/Wrocław, Danzig/Gdańsk, Prag/Praha) wurden kaum in Heimatbüchern verewigt, die Referenzräume der Werke hatten in Gegenteil vor der Vertreibung oft weniger als 1.000 Einwohner.

Im Normalfall stellte eine Gruppe (Heimatortsgemeinschaft) ehemaliger Einwohner gemeinsam das Buch zusammen; als Herausgeber oder Bearbeiter fungierten gebildete Laien wie Lehrer, Geistliche und andere Studierte sowie für einen Teil der ehemaligen Ostgebiete ehemalige Verwaltungsangehörige (insbesondere Ostpreußen). Mit der Zeit schwand die

Zahl der Überlieferungsträger, und Autoren waren oft diejenigen, die noch Erinnerungen beizutragen hatten. Erst in den letzten Jahrzehnten sind auch Frauen in verantwortlicher Position zu finden.

Heimatbücher sind von hohem symbolischen Wert für die Gemeinschaften, die sie schreiben, aber auch für das Individuum, das sich ihnen zugehörig fühlt. Viele Werke zeigen dies mit hochwertiger Ausstattung. Dennoch ist charakteristisch, dass auch mit bescheidenen Mitteln ein Heimatbuch von Wert geschaffen werden konnte.

Falls sich keine landsmannschaftliche Organisation, Patengemeinde oder anderen Geldgeber fanden, finanzierten die Gemeinschaften die Werke selbst, oft durch Pränumeration. Die Mehrzahl erschien in kleinen Auflagen im Selbstverlag und ging direkt an die Gruppenmitglieder, sodass Heimatbücher in Bibliotheken schlecht repräsentiert sind. Neben landsmannschaftlichen Spezialbibliotheken ist die Martin-Opitz-Bibliothek die einzige Institution, die Werke *aller* Herkunftsregionen sammelt.

Das Vertriebenen-Heimatbuch hatte andere Konjunkturen als sein bundesdeutsches Pendant. Seine Publikation hatte ihren Höhepunkt nach Abschluss der Ostverträge 1970, als gleichzeitig das bundesdeutsche Heimatbuch massiv einbrach. Dem letzten Hoch nach der Wiedervereinigung folgte ein bis heute anhaltender Abschwung. Da das Heimatbuch an die Autorschaft der Erlebnisgeneration gebunden ist, sind Siebenbürger Sachsen und Donauschwaben, die meist erst als Spätaussiedler ihre Heimat verließen, heute die einzigen, die noch Heimatbücher schreiben, während bei anderen Gruppen mit dem Generationenwechsel das Ende des Heimatbuchs einherging.

Im Vergleich der Heimatbücher aller Vertriebenen kristallisieren sich sehr klar landsmannschaftliche Gruppen mit deutlich unterscheidbaren Gruppengedächtnissen und fundierenden Mythen heraus. Dabei zeigen sich Gemeinsamkeiten zwischen den deutschen Minderheiten in Polen und in Südosteuropa, die z. B. alle die Tradition des guten Zusammenlebens mit ihren andersnationalen Nachbarn betonen, die erst der Zweite Weltkrieg zerstört habe. Die Sudetendeutschen und die Deutschen aus den ehemaligen Ostgebieten sind die beiden anderen klar abzugrenzenden Gruppen, die in bestimmten Aspekten der Erinnerungskonstruktion stärker als die ehemaligen "Volksdeutschen" gewisse bundesdeutsche Diskurse aufnehmen.

3. Forschungsstand und Perspektive

Heimatbücher wurden als von Laien verfasste graue Literatur von der Forschung lange ignoriert. Eine erste Gesamtdarstellung leistete 1979 die Bibliographie von W. Kessler, der jedoch kaum weitere Arbeiten folgten.[5] Erst mit dem wachsenden Interesse an Erinnerungskultur entstanden in den 2000er Jahren mehrere Studien, die Werke einzelner Landsmannschaften sowie die in ihnen vertretenen Geschichtsbilder analysierten.[6] J. Faehndrich bot in ihrer Analyse der Heimatbücher aller Landsmannschaften neben der Geschichte der Schriftenklasse eine Einordnung in die Kontexte von Gruppengedächtnis, Geschichtskonstruktion und Erinnerungskultur.[7]

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Mathias Beer (Hg.): Das Heimatbuch. Geschichte, Methodik, Wirkung. Göttingen 2010.
- Jutta Faehndrich: Eine endliche Geschichte. Die Heimatbücher der deutschen Vertriebenen. Köln u. a. 2011 (Visuelle Geschichtskultur 5).

- Ulrike Frede: "Unvergessene Heimat" Schlesien. Eine exemplarische Untersuchung des ostdeutschen Heimatbuches als Medium und Quelle spezifischer Erinnerungskultur. Marburg 2004 (Schriftenreihe der Kommission für Deutsche und Osteuropäische Volkskunde in der Deutschen Gesellschaft für Volkskunde e. V. 88).
- Wolfgang Kessler: Ost- und südostdeutsche Heimatbücher und Ortsmonographien nach 1945. Eine Bibliographie zur historischen Landeskunde der Vertreibungsgebiete. Hg. von der Stiftung Ostdeutscher Kulturrat OKR. München, New York 1979.
- Katalin Orosz-Takács: Die zur Erinnerung gewordene Heimat. Heimatbücher der vertriebenen Ungarndeutschen. Diss. [Ts.]. Budapest 2007. URL: http://doktori.btk.elte.hu/lit/orosznetakacs/diss.pdf.

Anmerkungen

[1] Nach Kessler: Ost- und südostdeutsche Heimatbücher und Faehndrich: Eine endliche Geschichte.

[2] Faehndrich: Endliche Geschichte, S. 41-43.

[3] Zur (Vor-)Geschichte des Heimatbuchs Faehndrich: Endliche Geschichte, S. 44-68.

[4] Faehndrich: Endliche Geschichte, Kapitel 6 und passim.

[5] Kessler: Ost- und südostdeutsche Heimatbücher.

[6] Fabian Koch: Die Heimat, wie sie wirklich war. Die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte in Sudetendeutschen Heimatbüchern. In: Archiv für Familiengeschichtsforschung 16 (2012), Nr. 2, S. 42-62; Leni Perenčević: "Fern vom Land der Ahnen". Zur Identitätskonstruktion in bosniendeutschen Heimatbüchern. In: Jahrbuch für ostdeutsche Volkskunde 51 (2010), S. 45-74; Alexander Usler: Das Geschichtsbild in sudetendeutschen Heimatbüchern nach 1948. In: Peter Heumos (Hg.): Heimat und Exil. Emigration und Rückwanderung, Vertreibung und Integration in der Geschichte der Tschechoslowakei. München 2001 (Bad Wiesseer Tagungen des Collegium Carolinum 21), S. 23-35.

[7] Faehndrich: Endliche Geschichte.

Zitation

Jutta Faehndrich: Heimatbuch. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte im östlichen Europa, 2013. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/55232.html (Stand 26.09.2013).

Heimatgruppe/Heimat(orts-)gemeinschaft/Heimatkreis

1. Begriff(e)

Heimatgruppe, Heimat(orts-)gemeinschaft; darüber hinaus: Heimatkreis(-vereinigung bzw. -gemeinschaft). Die Benennung einzelner Gruppen erfolgte nicht einheitlich, es existieren darüber hinaus Bezeichnungen wie Heimatgemeinde, Bundesheimatgruppe, Gruppe ehemaliger (+ Ortsname), Arbeitsgemeinschaft der Heimatvertriebenen aus (+ Ortsname) und weitere.

Begriffsgeschichte

Die Bezeichnung Heimatgruppe entstand wahrscheinlich im Kontext der Heimatbewegung an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert als Benennung für lokale Zusammenschlüsse innerhalb der Heimatvereine, deren Ziele Bewahrung bzw. Wiederherstellung materieller

und immaterieller kultureller Überlieferungen ([Bau-]Denkmäler, Sagen, Bräuche usw.) und natürlicher Ressourcen (Flora und Fauna, Landschaft) der engeren sozialen und räumlichen Umwelt (Heimat) waren.

2. Definition

Als Heimatgruppe oder Heimat(orts-)gemeinschaft (HOG) betrachtet werden hier Zusammenschlüsse von Flüchtlingen, Vertriebenen oder (Spät-)Aussiedlern aus einem Heimatort oder Heimatkreis.

Die Organisationsform der Heimatgruppen ist in Deutschland überwiegend die eines eingetragenen Vereins. Im Vereinsnamen folgt dem Begriff der Name des Herkunftsorts bzw. der größeren regionalen Einheit (z. B. Heimatgruppe Bielitz-Biala e. V., Heimatgruppe Grafschaft Glatz e. V.). Heimatgruppen mit Ortsbezug sind oftmals Untergliederungen der so genannten Heimatkreise, deren Bezugsrahmen die ehemaligen Verwaltungseinheiten der Kreise der Herkunftsregion darstellen (z. B. Heimatkreis Wollstein e. V.), bzw. Heimatlandschaften. Heimatgruppen/-kreise existieren - auch unabhängig von den jeweiligen Landsmannschaften - , überwiegend in Deutschland und Österreich, teilweise auch im übrigen Ausland, wo sich Vertriebene nach 1945 niederließen bzw. mit bereits zuvor ausgewanderten "Landsleuten" zusammenschlossen (Frankreich, USA, Kanada u. a.) oder analoge Vereine gründeten. Viele Gruppen verfügten bereits über ähnliche Zusammenschlüsse in Zuwanderungsländern und -regionen wie z. B. die Oberschlesier im Ruhrgebiet oder die zahlreichen Eghalanda Gmoin in Westdeutschland, an die teilweise nach 1945 angeknüpft wurde.

Ziel der Heimatgruppen ist es, den Kontakt zwischen den ehemaligen Ortsbewohnern aufrechtzuerhalten und die Erinnerung an den Heimatort bzw. die Heimatgemeinde zu pflegen. Dazu dienen vor allem regelmäßig veranstaltete Heimattreffen, die Herausgabe von Heimatzeitungen, Heimatbriefen oder Heimatbüchern und teilweise auch der Aufbau und Unterhalt von Heimatstuben und Internetauftritten sowie Gruppenreisen in die ehemaligen Heimatorte.

3. Historischer Abriss

Heimatgruppen und ähnliche Vereinigungen in ihrer Funktion als Zusammenschlüsse zur Selbsthilfe und Identitätswahrung sind bereits seit dem 19. Jahrhundert ein umfassenderes soziokulturelles Phänomen zahlreicher Einwanderergruppen außerhalb geschlossener Ansiedlungen, auch in Übersee.

In den westlichen Besatzungszonen bzw. der Bundesrepublik Deutschland entstanden nach 1945, verstärkt nach dem Ende des Vereinigungsverbots 1948 Zusammenschlüsse von Flüchtlingen und Vertriebenen, darunter auch erste Heimatgruppen/-kreise bzw. deren informelle Vorläufer. Ihre Aufgabe bestand zunächst oft in der Sammlung und Weitergabe von Adressen ehemaliger Einwohner in den sog. Heimatortskarteien. Daraus entwickelten sich zunehmend vereinsmäßige und kulturelle Aktivitäten wie oben ausgeführt. In der DDR war eine analoge Entwicklung aufgrund des Vereinigungsverbots nicht möglich.

4. Forschungsstand

In der frühen Flüchtlings- und Vertriebenenforschung in der Bundesrepublik Deutschland fanden auch die Organisationen der Vertriebenen Berücksichtigung, v. a. im Hinblick auf strukturelle und inhaltliche Elemente, soziologische und funktionale Aspekte. In der jüngeren Forschung werden Heimatgruppen jedoch nur unzureichend berücksichtigt, vereinzelt werden sie bei der Analyse einzelner Phänomene (z. B. Heimatchroniken) als Akteure auf lokaler Ebene oder als Vorläufer landsmannschaftlicher Zusammenschlüsse genannt. Ein

Überblick über ihre Gesamtheit, Untersuchungen zu Funktionen, Organisationsformen, Satzungen, Mitgliederstruktur etc. und deren Veränderungen seit Ende der 1940er Jahre liegen bislang nicht vor. Lediglich Zusammenschlüsse einzelner Heimatgruppen wie der Pommersche Kreis- und Städtetag haben Selbstdarstellungen ihrer Untergliederungen vorgelegt (s. u.); einen systematischen Überblick über bestehende Heimatgruppen lieferte 1989 W. Kessler für die Stiftung Ostdeutscher Kulturrat.

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Karl Ditt: Die deutsche Heimatbewegung 1871–1945. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Heimat. Analysen, Themen, Perspektiven. Bonn 1990 (Diskussionsbeiträge zur politischen Didaktik 294/I), S. 135-154.
- Pommerscher Kreis- und Städtetag (Hg.): Die pommerschen Heimatkreise 1945–1995. 50 Jahre Arbeit für Pommern. Lübeck 1998.
- Alfred Karasek-Langer: Volkstum im Umbruch. In: Eugen Lemberg (Hg.): Die Vertriebenen in Westdeutschland. Ihre Eingliederung und ihr Einfluss auf Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Geistesleben. Bd. 1. Kiel 1959, S. 606-694, bes. S. 658-666.
- Christian Lotz: Die Deutung des Verlusts. Erinnerungspolitische Kontroversen im geteilten Deutschland um Flucht, Vertreibung und die Ostgebiete (1948–1972). Köln u. a. 2007 (Neue Forschungen zur Schlesischen Geschichte 15), S. 32.
- Wolfgang Kessler (Bearb.): Ostdeutsches Kulturgut in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch der Sammlungen, Vereinigungen und Einrichtungen mit ihren Beständen / Stiftung Ostdeutscher Kulturrat OKR. München u. a. 1989.

Weblinks (Beispiele)

- Heimatgruppe Bielitz-Biala e. V.
  http://www.bielitz-biala.de/index.php?Itemid=26&id=12&option=com_content&task=view
- Heimatgruppen des Kreises Dramburg
  http://www.dramburg.com/org.htm#hg
- Heimatgruppe Grafschaft Glatz e. V.
  http://www.grafschaft-glatz.de/organe/heimatgr.htm
- Heimatortsgemeinschaft Kleinscheuern e. V.
  http://www.kleinscheuern.de/home
- Heimatgliederungen der Sudetendeutschen Landsmannschaft
  http://www.sudeten.de/cms/?Die_Sudetendeutsche_Landsmannschaft:Gliederungen_der_SL:Heimatgliederung

Zitation

Heinke M. Kalinke: Heimatgruppe/Heimat(orts-)gemeinschaft/Heimatkreis. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/53986.html (Stand 14.05.2012).

Heimatsammlung → Heimatstuben

Siehe Heimatstuben

Helvetisches Bekenntnis H.B. → Calvinisten (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Heimatstuben

1. Genese

Begriffsgeschichte

Heimatstuben sind kleine Sammlungs- und Begegnungsstätten mit lokalgeschichtlichem Bezug. Sie bildeten sich Anfang des 20. Jahrhunderts als eine bescheidenere Form des Heimatmuseums in dörflichen Gemeinden heraus. Mitunter werden auch Heimatsammlungen oder -archive unter der Bezeichnung geführt. Die Größe, Bedeutung und Professionalität von Museen erreichen sie nicht, allerdings sind die Grenzen zwischen Heimatstuben und -museen fließend. Die Herkunft des Begriffes Heimatstube ist nicht eindeutig zu klären. Es ist anzunehmen, dass er in engem Zusammenhang mit den inszenierten Stubeneinrichtungen steht, die sich in kulturhistorischen Museen um die Jahrhundertwende (19./20. Jh.) großer Beliebtheit erfreuten, indem sie das „Sinnbild einer rückwärtsgewandten Sicht auf eine geschlossene Welt bäuerlicher und handwerklicher Harmonie“[1] darstellten. Nachweisbar ist die Bezeichnung Heimatstube seit Mitte der 1920er Jahre in Oberschlesien und Österreich sowie nur wenige Jahre später in der Schweiz. Im Deutschen Reich fand sie in den 1930er Jahren weitere Verbreitung, als das Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung durch Reformen der steigenden Zahl an Neugründungen von Heimatmuseen entgegenzuwirken gedachte. Die Museen in den Kreisstädten sollten zu Heimathäusern umgestaltet werden, während die ‘volkserzieherische Arbeit' in den kleineren Orten durch Heimatstuben zu leisten sei. In der Zeit des Nationalsozialismus widmeten sich diese Einrichtungen oftmals der völkischen Propaganda und in Gebieten wie beispielsweise Oberschlesien besonders der Grenzlandthematik.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Begriff in Baden als „neue Form der Heimatpflege – und der Gastlichkeit“[2] eingeführt und auch in der Deutschen Demokratischen Republik als Bezeichnung für kleine ortsbezogene heimatkundliche Sammlungen verwendet, die hauptsächlich auf privaten Initiativen beruhten. In der Bundesrepublik Deutschland entstand zudem eine Sonderform von Heimatstuben: die Sammlungs- und Begegnungsstätten der Flüchtlinge, Vertriebenen und Aussiedler. Thematisch bezogen sie sich auf Orte bzw. Regionen in den Herkunftsgebieten oder ganz allgemein auf eine konstruierte „ostdeutsche“ Heimat. Bundesweite Verbreitung fand die Bezeichnung 1953 mit der Herausgabe von Richtlinien zur Ausgestaltung von Patenschaften durch die kommunalen Spitzenverbände und die Landsmannschaften. Darin wurde als „Einzelmaßnahme“ auch die „Schaffung einer ‚Heimatstube‘ oder eines ‚Hauses‘ des ostdeutschen Partners“[3] vorgeschlagen. Die Untergliederung erfolgt zumeist nach dem Provenienzprinzip und spiegelt sich in den Bezeichnungen wie z. B. pommersche, ostpreußische, schlesische oder siebenbürgische Heimatstuben wider. Innerhalb dieser Gruppen wird unterteilt nach den einzelnen Orten, die den Fokus der Heimatsammlung bilden.

Träger, Gebrauch

Heimatstube war und ist – über die hier vorgestellte Sonderform hinaus – ein allgemein gebräuchlicher Begriff. Die Bezeichnung „Ostdeutsche Heimatstube“, die vorwiegend in Publikationen der Vertriebenenorganisationen als Sammelbegriff für alle Heimatstuben der deutschen Flüchtlinge, Vertriebenen und Aussiedler benutzt wurde, gilt als diskussionswürdig. Rhetorisch erfolgte damit eine Vereinnahmung unterschiedlicher Herkunftsgebiete, die nicht primär als „ostdeutsch“ bezeichnet werden können, wie etwa Siebenbürgen oder Galizien. Zudem bezieht sich das Attribut „ostdeutsch“ im allgemeinen Sprachgebrauch nicht mehr auf die ehemaligen Reichsgebiete jenseits der Oder-Neiße-Grenze, sondern auf die neuen Bundesländer. Dennoch blieb das Begriffspaar für die Bezeichnung von Hei-

matstuben bestehen, an deren Trägerschaft zumeist mehrere Landsmannschaften beteiligt sind und die sich nicht auf ein bestimmtes Herkunftsgebiet festgelegt haben.

Fremdsprachige Entsprechungen

Polnisch: Regionalne izby pamięci. Ungarisch: Tájszoba. (Parallel zu den Entwicklungen in Deutschland entstehen seit 1994 ungarndeutsche Heimatstuben in Ungarn.)

2. Definition



Jägerndorfer Heimatstube, Ansbach. [Foto: M. Bogade].



Sudetendeutsche Heimatstube, Allersberg. [Foto: M. Bogade].

Die Heimatstuben der deutschen Flüchtlinge, Vertriebenen und Aussiedler sind ein weit verbreitetes Phänomen besonders in den westlichen Bundesländern, in denen mittlerweile über fünfhundert dieser semi-musealen Einrichtungen entstanden sind. In den östlichen Bundesländern richtete der Bund der Vertriebenen (BdV) seit 1990 weitere Heimatstuben ein, vorwiegend in Sachsen und Thüringen. Quantitativ liegen die Schwerpunkte jedoch in Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen, den Hauptaufnahmeländern für Flüchtlinge und Vertriebene der westlichen Besatzungszonen nach dem Zweiten Weltkrieg.

In den 1950er und 1960er Jahren galten die Heimatstuben in den Kreisen der organisierten Flüchtlinge und Vertriebenen Westdeutschlands als Symbol der ‘Heimattreue‘. Sie stellten zunächst ein Interim dar, das zur Sammlung des materiellen Kulturgutes sowie zur Förderung landsmannschaftlicher Verbundenheit dienen sollte, u. a. mit dem Ziel, möglichst auf eine baldige Rückkehr vorbereitet zu sein. Von Seiten der westdeutschen Stadt- und Ge-

meindeverwaltungen, die diese Stuben unterstützten, sollten sie jedoch vielmehr der Integration und Beheimatung dienen und im Kontext der Patenschaftsinitiativen die Bereitschaft zur Aufnahme der ‘Neubürger‘ signalisieren. In diesem Zusammenhang war Ihnen die Funktion als Begegnungsstätte zwischen Einheimischen und Flüchtlingen bzw. Vertriebenen zugedacht. Das Angebot wurde von den ‘Altbürgern‘ jedoch kaum wahrgenommen; die Betroffenen blieben meist unter sich. In den 1970er und 1980er Jahren trat dieser integrierende Aspekt weiter in den Hintergrund. Die Heimatstuben entwickelten sich vielmehr zu ‘Rückzugsgebieten‘ der Vertriebenenorganisationen, in denen ihre Position als Opfergruppe betont und konträr zur allgemeinen bundespolitischen Entwicklung weiterhin Anspruch auf die „verlorenen Gebiete“ erhoben wurde. Aufgrund des Rückganges der Erlebnisgeneration nahm ihre Bedeutung als Begegnungsstätte für die Betroffenen in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich ab. Gegenläufig dazu vergrößerten sich jedoch die Sammlungsbestände etwa durch Nachlassauflösungen; die Heimatstuben entwickelten sich vielfach zu „Deponien der Erinnerung“ (E. Fendl).

Gegenwärtig sind die Heimatstuben oft nur bedingt zugänglich, werden zuweilen noch als Treffpunkte genutzt oder befinden sich in einer Phase der Umgestaltung von eigenständigen Einrichtungen zu Ausstellungsbereichen in stadt- und regionalgeschichtlichen Museen, die sich mit der Aufnahme und Eingliederung der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler befassen.

3. Kontroversen

Die staatliche Unterstützung der Heimatstuben in der Bundesrepublik Deutschland ist auch im Kontext der bis in die 1960er Jahre hinein angestrebten Wiedervereinigung Deutschlands in den Grenzen von 1937 zu sehen. Da sich die bundesrepublikanischen Heimatstuben auf Orte und Regionen bezogen, die zur damaligen Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und mit der Anerkennung der neuen Grenze im Görlitzer Abkommen seit 1950 zur Volksrepublik Polen und der Sowjetunion gehörten, galten sie in der DDR offiziell als Teil eines "ausgedehnten System[s] von Schulungs- und Begegnungsstätten der Revanchistenverbände".[4] Insofern bildeten die Heimatstuben einen Bestandteil der Ost-West-Konfrontation jener Zeit. Sie waren aber auch innerhalb der Bundesrepublik aufgrund der heimatpolitischen Ambitionen ihrer Initiatoren bereits seit Ende der 1950er Jahre teilweise umstritten. Die gesellschaftspolitische Wirkung der Begegnungsstätten kann allerdings, wie E. Fendl feststellt, als eher gering eingeschätzt werden.

Die Bewertung der Sammlungsbestände und somit die Perspektiven für eine zukünftige Nutzung der Heimatstuben variieren. Während viele Betreuer und Betroffene von ihrer Bedeutung für die Geschichtsschreibung überzeugt sind, sehen Museumsmitarbeiter, Archivare, Volkskundler und Historiker die Sammlungen eher kritisch und ordnen das Phänomen der Erinnerungskultur zu. Mitunter wird den Beständen ein begrenzter Quellenwert hinsichtlich der Regional- und Lokalgeschichte in den Herkunftsgebieten in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa zugeschrieben, allerdings mit der Einschränkung, dass der Fokus auf die ehemalige deutschsprachige Bevölkerung gerichtet war. Ethnisch oder religiös unterschiedliche Nachbarn ebenso wie die Zeit des Nationalsozialismus blieben überwiegend ausgeblendet. Der Option, die Materialien ungeachtet dessen im Sinne der Ergänzung in die lokalen Museen der Herkunftsgebiete zu überführen, stehen viele Betreuer und Verbände ablehnend gegenüber.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Mathias Beer: Heimatmuseum – Eine Bestandsaufnahme. In: Annemarie Röder (Hg.): Heimat – Annäherungsversuche. Stuttgart 2007, S. 54-62.
- Kurt Dröge: Das "ostdeutsche" Museum und Ostmitteleuropa. In: Jahrbuch für deutsche und osteuropäische Volkskunde 43 (2000), S. 1-27.
- Cornelia Eisler: Verwaltete Erinnerung - symbolische Politik. Die Heimatsammlungen der deutschen Flüchtlinge, Vertriebenen und Aussiedler. München 2015 (Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 57).
- Elisabeth Fendl: Deponien der Erinnerung – Orte der Selbstbestimmung. Zur Bedeutung und Funktion der Egerländer Heimatstuben. In: Hartmut Heller (Hg.): Neue Heimat Deutschland. Aspekte der Zuwanderung, Akkulturation und emotionalen Bindung. Erlangen 2002 (Erlanger Forschungen, Reihe A, Geisteswissenschaften 95), S. 63-78.
- Utz Jeggle: Kaldaunen und Elche. Kulturelle Sicherungssysteme bei Heimatvertriebenen. In: Dierk Hoffmann, Marita Krauss, Michael Schwartz (Hg.): Vertriebene in Deutschland: interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven. München 2000 (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte Sondernr.), S. 395-407.
- Siegfried Lenz: Heimatmuseum. Roman. Hamburg 1978.
- Alfons Perlick: Die Ostdeutschen Heimatstuben und Heimatsammlungen in Nordrhein-Westfalen. Geschichte, Aufgaben, Berichte. Im Auftrage des Arbeits- und Sozialministeriums. Düsseldorf 1964.
- Martin Roth: Heimatmuseum: zur Geschichte einer deutschen Institution. Berlin 1990 (Berliner Schriften zur Museumskunde 7).
- Manuela Schütze: "Elchkopf und Kurenwimpel". Zur musealen Aneignung verlorener Heimat in ostdeutschen Heimatstuben nach dem Zweiten Weltkrieg in Schleswig-Holstein. Neumünster 1998 (Studien zur Volkskunde und Kulturgeschichte Schleswig-Holsteins 37).
- Ulrich Tolksdorf: Heimatmuseen, Heimatstuben, Heimatecken. In: Jahrbuch für ostdeutsche Volkskunde 26 (1983), S. 338-342.

Weblinks

- Dokumentation der Heimatsammlungen. URL: http://www.bkge.de/heimatsammlungen/ (Stand: 05.07.2011)

Anmerkungen

[1] Martin Roth: Heimatmuseum: zur Geschichte einer deutschen Institution. Berlin 1990 (Berliner Schriften zur Museumskunde 7), S. 217.

[2] Emil Baader: Badische Heimatstuben. Neue Wege ländlicher Kulturpflege, Stätten der Besinnung zwischen Bodensee und Mainz. In: Badische Heimat. Ekkhart. Jahrbuch für das Badner Land (1960), S. 120-141, hier S. 120.

[3] Alfons Perlick: Das West-Ostdeutsche Patenschaftswerk in Nordrhein-Westfalen. Geschichte, Berichte und kulturelle Aufgaben. Mit einem Verzeichnis der west-ostdeutschen Patenschaften in der Bundesrepublik. Düsseldorf 1961 (Schriftenreihe für die Ost-West-Begegnung, Kulturheft Nr. 38), S. 174.

[4] Werner Flach, Christa Kouschil: Kreuzritter in Trachten. Organisierter Revanchismus in der BRD. Leipzig 1984, S. 41.

Zitation

Cornelia Eisler: Heimatstuben. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2011. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/56539.html (Stand: 28.01.2015).

Heimatortgemeinschaften → Heimatgruppe/Heimat(orts-)gemeinschaft/Heimatkreis

Siehe Heimtagruppe/Heimat(orts-)gemeinschaft/Heimatkreis

Heimattreffen

1. Definition

Als Heimattreffen werden die organisierten Zusammenkünfte von Flüchtlingen, Vertriebenen und Aussiedlern aus ehemals (auch) von Deutschen bewohnten Gebieten östlich der Oder-Neiße bezeichnet.

Gestaltung und Ablauf

Heimattreffen folgen meist einem festen Ablauf, oftmals mit den Bestandteilen Gottesdienst, Ansprachen/Reden, Kranzniederlegung, Totengedenken, kulturelle Darbietungen ("Volkstumsabend"), Besuch der Heimatstube, gemütlichem Beisammensein. Auch Vorträge zu historischen und kulturellen Themen, Lesungen etc. sind zunehmend üblich. Die Treffen finden oftmals traditionell am selben Ort statt (meist aufgrund einer bestehenden Patenschaft), seit 1989 vermehrt auch im ehemaligen Heimatort. Den Charakter der Treffen unterstreichen die zahlreichen visuellen Zeichen wie Fahnen, Wappen und Trachten, deren Emblematik historisch-retrospektive Züge trägt und der eine gemeinschaftsstiftende bzw. (heimat-)politisch demonstrative Funktion zukommt.

Die größten Heimattreffen stellen deutschlandweite Treffen wie der Sudetendeutsche Tag oder das Schlesiertreffen dar; auf solchen überregionalen Heimattreffen finden auch Zusammenkünfte von Orts-, Ortsteil- bzw. Kreisgruppen statt, die für die Teilnehmer wegen des persönlichen Austauschs oftmals eine besondere Rolle spielen.

2. Historischer Abriss



Einzug der Fahnenabordnung auf dem Egerlandtag, Marktredwitz 2001. [Foto: E. Fendl, JKI, Freiburg/Br., Sig./ID Dx00240]

Heimattreffen organisierter, formalisierter Form existier(t)en in der Bundesrepublik Deutschland bei nahezu allen Gruppen von Flüchtlingen, Vertriebenen und Aussiedlern seit Ende des Vereinigungsverbots in den Westzonen 1948; inoffizielle Treffen gab es bereits seit Sommer 1945. Organisiert werden sie von Heimatgruppen, Heimat(orts)gemeinschaften oder Heimatkreisen, landsmannschaftlichen Vereinigungen auf Orts-, Kreis-, Landes- oder Bundesebene. Aufgrund sinkender Mitgliederzahlen und des Zurücktretens der sog. Erlebnisgeneration sind die Teilnehmerzahlen seit Jahren rückläufig; konnte z. B. die Sudetendeutsche Landsmannschaft bis in die 1970er Jahre hunderttausende Teilnehmer aufbieten,[1] sind es in den letzten Jahren nur noch wenige Zehntausend.[2]

In der SBZ/DDR fanden wahrscheinlich seit 1947/48 Vertriebenentreffen im Leipziger und Hallenser Zoo statt, die keine feste Organisationsstruktur, aber z. T. feste Termine hatten und vom Ministerium für Staatssicherheit mindestens bis Ende der 1960er Jahre beobachtet wurden.[3]

3. Forschungsstand



Treffen der Heimatkreise auf dem Sudetendeutschen Tag, Augsburg 2009. [Foto: E. Fendl, JKI, Freiburg/Br., Ex. 00001]

In der Forschung werden Heimattreffen als Teil der Vertriebenenkultur mit berücksichtigt. Frühe Arbeiten hoben dabei den Charakter der Heimattreffen als Versuch des Rückgriffs auf soziale Kontexte des Herkunftsorts heraus ("Heimat ohne Ort", vgl. Hanika, Karasek-Langer), während neuere Untersuchungen Symbole, Formensprache, Inszenierungen, die oftmals Rückgriffe auf in der Zwischenkriegszeit entstandene bzw. verfestigte Elemente darstellen, in dem Mittelpunkt rücken. Diese Verschiebung der Forschungsperspektiven spiegelt auch die Verlagerung des Schwerpunkts der Heimattreffen selbst vom vorübergehenden Heimatersatz zu Veranstaltungen mit überwiegend politisch-demonstrativem bzw. nostalgischem Charakter wider.

4. Diskurse/Kontroversen

Kontroverse Aufmerksamkeit bei den Medien in Deutschland und den Nachbarstaaten, insbesondere in Polen und Tschechien, finden die Äußerungen von hochrangigen Landsmannschaftsvertretern und prominenten Politikern auf den Großkundgebungen der Deutschlandtreffen. Das gilt vor allem für zunächst geäußerte Rückkehrhoffnungen (vgl. Bundeskanzler Adenauer beim Schlesiertreffen 1953)[4] bzw. Forderungen nach einer Grenzrevision (im Zuge einer Wiedervereinigung Deutschlands) sowie Forderungen an die Nachbarländer wie

solche nach Entschädigungszahlungen oder Aufhebung der sog. Beneš-Dekrete, die die Sudetendeutsche Landsmannschaft bis heute an den tschechischen Staat stellt.

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Heike Amos: Die Vertriebenenpolitik der SED 1949 bis 1990. München 2009 (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer).
- Andrew Th. Demshuk: The Lost German East. Forced Migration and the Politics of Memory, 1945–1970. Cambridge 2012.
- Josef Hanika: Volkskundliche Wandlungen durch Heimatverlust und Zwangswanderung. Methodische Forschungsanleitung am Beispiel der deutschen Gegenwart. Salzburg 1957 (Verband der Vereine für Volkskunde, Kommission für Volkskunde 1), S. 126ff.
- Alfred Karasek-Langer: Volkstum im Umbruch. In: Eugen Lemberg (Hg.): Die Vertriebenen in Westdeutschland. Ihre Eingliederung und ihr Einfluss auf Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Geistesleben. 3 Bde. Kiel 1959, Bd. 1, S. 606-694.
- Matthias Stickler: "Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch". Organisation, Selbstverständnis und heimatpolitische Zielsetzung der deutschen Vertriebenenverbände 1949–1972. Düsseldorf 2004 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 46).
- Michael Schwartz: Vertriebene und "Umsiedlerpolitik". Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945–1961. München 2004 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 61).

Weblinks

- http://www.deutschbentschek.de/treffen2007.htm (Zugriff am 25.03.2011)
- http://www.kreiseuskirchen.de/service/kultur_sport_freizeit/heimattreffen_namslau.php (Zugriff am 25.03.2011)
- http://www.kirchspiel-weigelsdorf.de/heimattreffen.htm (Zugriff am 25.03.2011)
- http://spremberg24.de/2010/menschen/vereine/5-heimattreffen-des-heimatvereins-gros-buckow/ (Zugriff am 25.03.2011)
- http://www.sudeten.de/cms/st/ (Zugriff am 01.12.2011)

Anmerkungen

[1] Stickler: Ostdeutsch, S. 157.

[2] Z. B. 10.000 im Jahr 2010: http://www.faz.net/aktuell/politik/sudetendeutscher-tag-seehofer-kuendigt-besuch-in-prag-an-1653756.html.

[3] Amos: Vertriebenenpolitik, S. 32-42.

[4] http://www.youtube.com/watch?v=ZhwsBsvbB8w (Zugriff am 08.12.2011).

Zitation

Heinke M. Kalinke: Heimattreffen. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/53983.html (Stand 27.03.2012).

Heim ins Reich → Umsiedlung (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Herder-Institut

1. Kurzbeschreibung der Institution



Das Herder-Institut, Direktion und Bibliothek/Sammlungen. [Foto: Herder-Institut, W. Schekanski]

Das Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung - Institut der Leibniz-Gemeinschaft wurde am 29. April 1950 als 'Johann Gottfried Herder-Institut' in Marburg gegründet, ebenfalls geläufig war die Version 'Johann-Gottfried-Herder-Institut'. Ab Januar 1994 hieß es 'Herder-Institut e. V.', bevor es im Februar 2012 seinen heutigen Namen erhielt. Nach wie vor sind 'Herder-Institut' und 'HI' gängige Bezeichnungen. Seit 1952 ist das HI auf dem Marburger Schlossberg untergebracht; 1953 und 1956 wurden dort zusätzliche Gebäude einbezogen. Mit dem 1973 eröffneten Neubau des Archiv- und Bibliotheksgebäudes erhielt es seine heutige räumliche Ausstattung. [1]

Ende 2011 arbeiteten am HI 85 Personen, davon 75 im Bereich der Forschung und der wissenschaftlichen Dienstleistungen.

2. Aufgaben

Das HI wurde zeitgleich mit seinem Trägerverein, dem Johann Gottfried Herder-Forschungsrat (HFR), gegründet. Es bekam die Aufgabe übertragen, als "Sammelstätte wissenschaftlicher Arbeiten und Arbeitsmittel […] die Hilfsmittel für die neue deutsche Ostforschung zu sammeln und bereitzustellen".[2]

1994 wurde das HI aus der Trägerschaft des HFR herausgelöst und ist seitdem als Verein eine eigenständige wissenschaftliche Einrichtung. Als Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft wird es im Rahmen der gemeinsamen Bund-Länder-Forschungsförderung gemäß Art. 91b GG von der/dem Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien sowie dem Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst finanziert.

Die Tätigkeit des HI verteilt sich heute auf vier Abteilungen: a) Verwaltung; b) Wissenschaftsforum: Forumsfunktion / Projektarbeit / Nachwuchsförderung / Stipendienprogramm / Publikationstätigkeit in eigenem Verlag; c) Wissenschaftliche Sammlungen: Bildarchiv mit Bildträgern aller Art - außer Gemälden - zur Topografie sowie Kunst- und Kulturgeschichte Ostmitteleuropas / Kartensammlung mit Kartenblättern, Altkarten und Senkrechtluftbildern / Dokumentesammlung überwiegend zur Geschichte des Baltikums mit Nachläs-

sen, Familienarchiven und Akten gesellschaftlicher Organisationen; d) Forschungsbibliothek: Bibliografieportal / Zeitungs- und Zeitungsausschnittsammlung / Musiksammlung / Bibliothek.

Die Arbeitsergebnisse werden in Form von Tagungen, Ausstellungen, Hilfsmitteln für die Wissenschaft sowie eigenen Forschungsleistungen präsentiert. Arbeitsgebiet sind die heutigen Staatsgebiete von Estland, Lettland, Litauen, Polen, der Slowakei und Tschechien sowie die russische Exklave Kaliningrad, gelegentlich auch Teile der Ukraine, Ungarns und Weißrusslands.

Am HI wird die *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* herausgegeben (von ihrer Gründung 1952 bis 1994 unter dem Titel *Zeitschrift für Ostforschung*); im Verlag des HI erscheinen außerdem vier Schriftenreihen.

3. Organisation

Das HI verfügt als Verein über vier Organe: Der dreiköpfige Vorstand besteht aus dem/der Direktor/in als Geschäftsführendem Vorstandsmitglied, einem/einer weiteren leitenden wissenschaftlichen Mitarbeiter/in als dessen/deren Stellvertreter/in sowie einem auswärtigen Vorstandsmitglied. Das zehnköpfige Kuratorium überwacht die Geschäftsführung und nimmt maßgeblichen Einfluss auf die inhaltliche und personelle Entwicklung des HI.



Das Herder-Institut, Vortragssaal, Verlag und Verwaltung. [Foto: Herder-Institut, W. Schekanski]

Der sechs- bis achtköpfige Wissenschaftliche Beirat berät Vorstand und Kuratorium in wissenschaftlichen Fragen. In der für Satzungsfragen und die Entlastung des Vorstandes zuständigen Mitgliederversammlung sind derzeit 18 Institutionen und Fachgesellschaften vertreten, darunter der HFR. Der/Die Direktor/in des HI ist seit 2007 zugleich Professor/in an der Justus-Liebig-Universität Gießen und wird in einem gemeinsamen Verfahren berufen. Das Direktorenamt bekleideten bisher Werner Essen (1950–1951), Erich Keyser (1951–1959), Hellmuth Weiss (1959–1965), Richard Breyer (amtierender Direktor 1966–1972), Roderich Schmidt (1972–1990), Hugo Weczerka (1990–1995), Hans-Jürgen Karp (amtierender Direktor 1995), Eduard Mühle (1995–2005), Winfried Irgang (amtierender Direktor 2005–2007) und Peter Haslinger (seit April 2007).

4. Geschichte

Bis ungefähr Mitte der 1960er Jahre folgte das HI (in Einklang mit dem HFR) in Methodik und Programmatik weitgehend der Ostforschung der 1920er und 1930er Jahre, indem es sich auf Grenzfragen, Volkstumsforschung und den deutschen Anteil an der Geschichte

Ostmitteleuropas konzentrierte, wenn auch unter Verzicht auf offen rassistische Argumentationsmuster.[3] Seit 1967 entspann sich eine langwierige Debatte über die institutionell-rechtliche Struktur des HI, wobei u. a. die Umwandlung in eine Stiftung oder in eine Bundesanstalt erwogen wurde.[4] Mit der 1977 erfolgten Aufnahme des HI in die gemeinsame Bund-Länder-Förderung ("Blaue Liste", seit 1997 "Leibniz-Gemeinschaft") wurde zwar eine gewisse staatliche Einflussnahme festgeschrieben, zugleich aber auch die Fortführung der Trägerschaft durch den HFR gesichert. 1994 wurde als Folge einer Evaluierung durch den Wissenschaftsrat das HI aus der Trägerschaft des HFR herausgelöst und als Verein rechtlich. verselbstständigt. Es verstand sich nun als Serviceeinrichtung der historischen Ostmitteleuropaforschung. Seit Mitte der 2000er Jahre wird wieder eine Stärkung des Forschungsanteils angestrebt, soweit dies die Verpflichtungen im Rahmen der wissenschaftlichen Infrastruktur zulassen.

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Hugo Weczerka: Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrat und Johann-Gottfried-Herder-Institut: Entstehung und Entwicklung eines Verbundes der Ostmitteleuropaforschung. In: Erwin Oberländer (Hg.): Geschichte Osteuropas. Zur Entwicklung einer historischen Disziplin in Deutschland, Österreich und der Schweiz 1945–1990. Stuttgart 1992 (Quellen und Studien zur Geschichte des östlichen Europa 35), S. 256-275.
- Hans Lemberg: Das Herder-Institut auf dem Wege. Vom Institut des J. G. Herder-Forschungsrates zum Herder-Institut e.V. In: Hugo Weczerka (Hg.): Aspekte der Zusammenarbeit in der Ostmitteleuropa-Forschung. Tagung des Herder-Instituts und des J. G. Herder-Forschungsrates am 22./23. Februar 1994. Marburg 1996 (Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung 1), S. 101-106.
- Dorothee M. Goeze, Peter Wörster (Hg.): Die Dokumentesammlung im Herder-Institut. Geschichte und Profil. 4. Aufl., Marburg/Lahn 2012.

Schriftenreihen und Periodika

- *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* (bis 1994 *Zeitschrift für Ostforschung*)
- *Studien zur Ostmitteleuropaforschung* (bis 2011 *Studien und Materialien zur Ostmitteleuropa-Forschung*)
- *Tagungen zur Ostmitteleuropaforschung*
- *Quellen zur Geschichte und Landeskunde Ostmitteleuropas*
- *Materialien zur Kunst, Kultur und Geschichte Ostmitteleuropas*

Weblink

- www.herder-institut.de

Zitation

Christoph Schutte: Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung - Institut der Leibniz Gemeinschaft. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/53980.html (Stand 27.03.2012).

[1] Weczerka: Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrat und Johann-Gottfried-Herder-Institut, S. 260, 266.

[2] Erich Keyser: Der Johann Gottfried Herder-Forschungsrat und das Johann Gottfried Herder-Institut. In: Zeitschrift für Ostforschung 1 (1952), S. 101-106, hier S. 104.

[3] Eduard Mühle: 'Ostforschung'. Beobachtungen zu Aufstieg und Niedergang eines geschichtswissenschaftlichen Paradigmas. In: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 46 (1997), S. 317-350, hier S. 336-344.

[4] Thekla Kleindienst: Die Entwicklung der bundesdeutschen Osteuropaforschung im Spannungsfeld zwischen Wissenschaft und Politik. Marburg 2009 (Materialien und Studien zur Ostmitteleuropa-Forschung 22), S. 119-122.

Hilfskomitees

1. Kurzbeschreibung

„Hilfskomitee“ ist allgemein die Bezeichnung für ein Komitee (= Ausschuss), das von Mitgliedern einer Gruppe mit der Durchführung und/oder Leitung eines Hilfsanliegens beziehungsweise einer Hilfsaktion betraut ist. Hilfskomitees wurden (werden) für Aufgaben in verschiedenen gesellschaftlichen, kirchlichen, politischen oder fachlichen Kontexten gebildet (z. B. Hilfskomitee vom Roten Kreuz; Hilfskomitee Litauen-Weißrussland). Die am Ende und nach dem Zweiten Weltkrieg nach Deutschland gekommenen Flüchtlinge und Vertriebenen schlossen sich vielfach zunächst in Form von nach Herkunftsregionen gegliederten evangelisch-lutherischen Hilfskomitees zusammen, die somit eine frühe Ausprägung von Vertriebenenorganisationen darstellten.

2. Aufgaben, Tätigkeit

Aufgaben und Tätigkeit der evangelischen Hilfskomitees waren in erster Linie die seelsorgerische und diakonische Betreuung der Vertriebenen und Flüchtlinge sowie die Bewahrung des religiösen und kulturellen Erbes der Herkunftsregionen an den neuen Wohnorten.[1] Hilfskomitees richteten anfangs außerdem unter anderem Dienste und Karteien zur Vermisstensuche und Familienzusammenführung ein und leisteten materielle Unterstützung, halfen bei der Wohnungs- und Arbeitssuche sowie bei der Einreichung von Lastenausgleichsanträgen oder der Beschaffung von Ersatzdokumenten. Ferner veranstalteten sie Heimattreffen, gaben Presseerzeugnisse (Heimat-, Mitteilungsblätter, Rundbriefe) heraus, widmeten sich der Traditionspflege und richteten Altenheime ein.

Ab den 1970er Jahren, verstärkt nach 1989/1990, kamen der Aufbau und die Pflege von Kontakten zu Institutionen und Menschen in den Bezugsregionen hinzu.[2] Dies beinhaltete unter anderem die materielle und geistliche Unterstützung der dortigen Gläubigen durch Einrichtung von Diakonie- und Sozialstationen, die Erhaltung von Kulturgut vor Ort, insbesondere von Kirchen und Friedhöfen, sowie die Schaffung von Gedenkorten. Zudem engagieren sich die Hilfskomitees bis in die Gegenwart bei kirchlichen Veranstaltungen (Kirchentagen), gestalten Gottesdienste und Andachten, wirken bei der Renovierung kirchlicher Bauten oder bei der Realisierung humanitärer Projekte mit. Sie geben unverändert Presseerzeugnisse heraus (z. B. *Schlesischer Gottesfreund*; *Weg und Ziel*) und führen Begegnungs- und Bildungsveranstaltungen, Regionaltreffen, Seniorenfreizeiten und Reisen in die jeweiligen Bezugsregionen durch.




Weg und Ziel

Mitteilungsblatt des Hilfskomitees der evang.-luth. Deutschen aus Polen e.V.

Nr. 10/11 – Oktober/November 2014 HANNOVER 66. (69.) Jahrgang

– Doppelausgabe –

Ehre Gott mit deinen Opfern gern und reichlich, und gib deine Erstlingsgaben ohne zu geizen.

Lernt Gutes zu tun! Sorgt für das Recht! Helft den Unterdrückten! Verschafft den Waisen Recht, tretet ein für die Witwen.

Die geistliche und heimatkundliche Begleitung der Gläubigen durch Zeitungen und andere Periodika bildete von Anfang an bis heute eine wichtige Aufgabe der Hilfskomitees. Links: Bessarabischer Heimatkalender, 1950. Herausgegeben vom Hilfskomitee der evangelisch-lutherischen Kirche aus Bessarabien unter Leitung von Oberpastor Immanuel Baumann. Hannover; die Zeichnung zeigt die Kirche in Neu Posttal/Dolynivka, Ukraine. Rechts: Weg und Ziel. Mitteilungsblatt des Hilfskomitees der evangelisch-lutherischen Deutschen aus Polen e. V. 66 (2014), Nr. 10/11.

3. Geschichte

Vorläufer der Hilfskomitees waren insbesondere von Geistlichen seit Frühjahr 1945 an ihren neuen Wohnorten initiierte unterschiedliche Selbsthilfeinitiativen zur Zusammenführung sowie kirchlichen und seelsorgerischen Betreuung vertriebener oder geflüchteter Mitglieder der Gemeinden aus ihren Herkunftsregionen – die gebietskirchliche regionale Herkunft der Vertriebenen prägte bereits diese frühen Initiativen (wie auch die später gegründeten Landsmannschaften). Die im August 1945 eingerichtete Hilfs- und Betreuungsstelle für Südostdeutsche im Rahmen des Bayerischen Roten Kreuzes in München[3] entwickelte sich beispielsweise zum 1946 gegründeten Hilfskomitee der Siebenbürger Sachsen. Im August 1945 versammelte sich eine aus 30–40 Pastoren bestehende Gruppe aus Hinterpommern in Rendsburg (Schleswig-Holstein) zu einem ersten „Konvent pommerscher Pastoren“[4]; Ende 1945 begannen sich die schlesischen Pfarrer in regionalen „Betreuungsausschüssen“[5] zu organisieren, aus denen sich jeweils die Hilfskomitees für die evangelisch-lutherischen Protestanten aus Pommern und Schlesien entwickelten. Das bis 1948 geltende Koalitionsverbot der alliierten Militärregierungen machte zunächst die Bildung von politischen Interessenvertretungen der Vertriebenen und Flüchtlinge unmöglich. Nicht betroffen davon war die Bildung von Hilfsvereinigungen, die von der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) anerkannt wurden und die der gesellschaftlichen Eingliederung der Vertriebenen dienten. Auch auf katholischer Seite entwickelte sich zwischen 1946 und Mitte der 1950er Jahre eine differenzierte Organisationsstruktur, die sich in Werke auf Diözesanebene, gruppenorientierte Vereinigungen und Jugendverbände gliederte.[6]

Auf der Kirchenkonferenz in Treysa (27.–31.August 1945) wurde die Einrichtung eines „Hilfswerks der Evangelischen Kirche in Deutschland“ beschlossen, das die Betreuung der Vertriebenen gewährleisten sollte. Mit Zustimmung der Besatzungsmächte setzten die Kirchenkanzlei und das Hilfswerk der EKD die Beschlüsse von Treysa um und strebten danach, eine einheitliche kirchliche Organisierung der Hilfe für Vertriebene zu erreichen: Vom 29. bis 31. Juli 1946 kam es in Frankfurt/Main zu einem ersten Treffen mit Vertretern von 15 ehemals deutschen „Ostkirchen“. In einem weiteren Treffen beschlossen EKD und Hilfswerk der EKD (Frankfurt, 14. August 1946) die Bildung von Hilfskomitees im Rahmen des Hilfswerks. Das Ziel dieser Maßnahme wird in einem Rundschreiben des Hilfswerks „betreffend: Bildung von Hilfskomitees der ehemaligen deutschen Kirchen Osteuropas“ vom 14. August 1946 erläutert:

Es wurde in Aussicht genommen, für jede ehemalige deutsche Ostkirche eine vom Rat der EKD anerkannte Vertretung dieser Kirche zu bilden. Von dieser Leitung einer Flüchtlingskirche werden mehrere Geistliche und Laien aus verschiedenen (Besatzungs-)Zonen in einem Gremium zusammengefaßt, das für die jeweilige Kirchengemeinschaft als Hilfskomitee im Rahmen des Hilfswerks der EKD tätig ist. Diese Hilfskomitees werden in Verbindung mit dem Zentralbüro des Hilfswerks ihre Arbeit in allen Zonen durchführen [...]. Die Bildung der Hilfskomitees schafft die Voraussetzung dafür, daß die Flüchtlinge selbst in mitverantwortlicher Weise an der Lösung der Flüchtlingsfragen und hierbei insbesondere bei ihrer Eingliederung in die einheimische Bevölkerung mitarbeiten. Vor allem gehört zu ihren Aufgaben die Beratung und Hilfevermittlung, nicht aber die caritative Betreuung der Flüchtlinge (Lebensmittel, Kleider, Geld).[7]

Infolge dieses Beschlusses wurden 18 Hilfskomitees überwiegend innerhalb der folgenden beiden Monate konstituiert und bis 1947 von der EKD sukzessive formal anerkannt; die Hilfskomitees waren über die Landesgrenzen hinaus tätig, wobei sie eigene Landesstellen („Gebietskonvente“) unterhielten. Die Koordinierung der Arbeit der Hilfskomitees oblag seit 1949 dem Ostkirchenausschuss der EKD.

Am 21. September 1950 schlossen sich die Hilfskomitees auf einer Tagung in Königswinter zum „Konvent der zerstreuten ehemaligen Heimatkirchen“ (kurz darauf umbenannt in: „Konvent der zerstreuten evangelischen Ostkirchen“) zusammen. Der Konvent, in dem die Hilfskomitees nun vertreten waren, hatte laut Geschäftsordnung von 1951 die Aufgabe, „maßgebliche Vertreter, die in der kirchlichen, sozialen und politischen Arbeit der Vertriebenen stehen, zur Fühlungnahme und Beratung zusammenzufassen“.[8] Auf jährlich durchgeführten Tagungen („Konventen“) kamen Repräsentanten der Hilfskomitees, Vertreter regionaler Pfarrkonvente der „Heimatkirchen“ sowie Persönlichkeiten aus Kirche, Wissenschaft und Gesellschaft insbesondere zur Bildung gemeinsamer Positionen zusammen. Der 2003 in „Konvent der ehemaligen evangelischen Ostkirchen“[9] umbenannte Zusammenschluss fungiert bis heute als Dachorganisation der Hilfskomitees.



Hilfskomitees setzten sich auch für soziale Belange ein. Hier entsprechende Anzeigen aus dem Jahr 1967 für die Unterhaltung von Kontakten in die DDR beziehungsweise für die Unterstützung von Rentnern von „Drüben“; aus: „Posener Stimmen. Heimatblatt des Hilfskomitees der Glieder der Posener Evgl. Kirche“. Links: Jg. 14, Nr. 2 (Februar 1967), S. 2; rechts: Jg. 14, Nr. 8 (August 1967), S. 12.

Ab 1989/1990 setzten in den Landeskirchen und ihren Einrichtungen und Gruppierungen verstärkt an die Bezugsregionen gerichtete Hilfsaktivitäten ein. Um eine Abstimmung und Koordination dieses vielgestaltigen Engagements zu ermöglichen, beschloss der Rat der EKD am 20. März 1992 im Rahmen einer Neuordnung der auf das östliche Europa ausgerichteten Aktivitäten die Bildung eines „Beratungsausschusses für Mittel- und Osteuropa“, 1995 umbenannt in „Evangelische Kommission für Mittel- und Osteuropa (EKMOE)“ in der EKD. Aufgabe war, „eine Plattform für die Beratung der Erfahrungen in der Osteuropaarbeit […] und die Voraussetzungen für ein möglichst einheitliches Handeln der Mitglieder zu bieten“.[10] 1999 forderte der Rat die Hilfskomitees auf, unter Wahrung ihrer Selbständigkeit ihre Erfahrungen in der grenzübergreifenden Zusammenarbeit einzubringen und in die EKMOE einzutreten. Im Jahr 2000 wurden elf, 2005 weitere sechs Hilfskomitees mit ihrem Spitzenverband in die EKMOE aufgenommen.

Zunehmende Überalterung der Mitglieder und Funktionsträger und fehlender Nachwuchs führten zu rückläufigen Mitgliederzahlen der als Vereine organisierten Hilfskomitees und in neuerer Zeit zu einer Abnahme ihrer Aktivitäten. Vielfach können die bisherigen organisa-

torischen Strukturen nur noch eingeschränkt oder gar nicht aufrechterhalten werden. Dies lässt die Zukunft insbesondere der Hilfskomitees der kleineren Gruppen ungewiss erscheinen. Fusionen von Hilfskomitees mit anderen regional orientierten Vertriebenenorganisationen sind die Folge; im Jahr 2006 erfolgte beispielsweise ein Zusammenschluss der Landsmannschaft der Bessarabiendeutschen, des Hilfskomitees der evangelisch-lutherischen Kirche aus Bessarabien und des Heimatmuseums der Bessarabiendeutschen zum Bessarabiendeutschen Verein.

4. Zur Wirkung der Hilfskomitees

Die Wirkung und die Bedeutung der Hilfskomitees, über deren Mitgliederzahlen meist keine publizierten Angaben vorliegen, in denen aber eine größere Zahl evangelischer Vertriebener organisiert war beziehungsweise aktiv mitwirkte, ist nicht quantifizier- oder messbar.[11] Durch ihre speziell auf Anliegen, Situation und Bedürfnisse der evangelisch-lutherischen Vertriebenen und Flüchtlinge ausgerichtete kirchliche und seelsorgerische Arbeit wirkten sie an deren gesellschaftlicher Integration mit. Die Hilfskomitees waren auch Interessenvertretungen der Vertriebenen innerhalb der EKD, traten aber – im Unterschied zu den Landsmannschaften – kaum mit politischen Aktivitäten hervor. In Zusammenhang mit den Hilfskomitees oder durch deren Förderung entstanden außer den erwähnten Presseerzeugnissen eine Vielzahl von Darstellungen über die Geschichte einzelner Kirchen sowie materialreiche Festschriften, Bibliographien oder Gedenkbücher, die einen Quellenfundus darstellen. Durch Kontakte auf individueller, aber auch kircheninstitutioneller Ebene zu Personen und Einrichtungen in den Herkunftsregionen und Nachbarstaaten trugen beziehungsweise tragen sie bis in die Gegenwart zur Verständigung und zum transnationalen Austausch bei.

5. Übersicht

Im Folgenden sind die in der Geschäftsordnung des „Konvents der zerstreuten ehemaligen Heimatkirchen“ von 1951 als Mitglieder genannten Hilfskomitees (gegr. 1946 und 1947) aufgeführt;[12] zwischenzeitlich erfolgten Umbenennungen der Hilfskomitees, insbesondere in „Gemeinschaft ev. [Angabe zum regionalen Bezug]“:

- Hilfskomitee der ev. Deutschen aus Bessarabien
- H. für die Umsiedler aus der Bukowina
- H. für die Ev. aus Danzig-Westpreußen
- H. der ev.-luth. Deutschbalten
- H. der Galiziendeutschen A. u. H. B.
- H. für die Landeskirche aus Jugoslawien
- H. Die Gemeinschaft der ev. Schlesier
- H. für die ev. Sudetendeutschen
- H. für die ev. Deutschen aus Litauen
- H. für die ev. Deutschen aus Ostpreußen
- H. für die ev. Deutschen aus Polen
- H. für die Glieder der Posener ev. Kirche
- H. Der Konvent ev. Deutscher aus Pommern
- H. für die ev. Schwarzmeerdeutschen
- H. für die Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben
- H. für die ev. Slowakeideutschen
- H. für die deutschen Ev. aus Ungarn.

6. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Geschichte des Hilfskomitees der Galiziendeutschen. URL: http://www.galizien-deutsche.de/hochgeladen/dateien/Geschichte_Hilfskomitee.pdf.
- Kirchenamt der EKD (Hg.): Hilfskomitees, Stiftungen, Vereine, Initiativen (Übersicht, Stand 31. Mai 2010). URL: http://www.ev-ostkirchen.de/resources/Hilfskomitees.pdf.
- Joseph Pilvousek, Elisabeth Preuß (Hg.): Aufnahme, Integration, Beheimatung. Flüchtlinge, Vertriebene und die „Ankunftsgesellschaft". Berlin, Münster 2009 (Studien zur kirchlichen Zeitgeschichte. Studies in Contemporary Church History 3).
- Die Protokolle des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland. Bd. 1–8. Göttingen 1995–2012 (Arbeiten zur kirchlichen Zeitgeschichte, Reihe A: Quellen).
- Hartmut Rudolph: Evangelische Kirche und Vertriebene 1945 bis 1972. Bd. 1: Kirchen ohne Land. Die Aufnahme von Pfarrern und Gemeindegliedern aus dem Osten im westlichen Nachkriegsdeutschland: Nothilfe, Seelsorge, kirchliche Eingliederung. Göttingen 1984 (Arbeiten zur kirchlichen Zeitgeschichte, Reihe B: Darstellungen 11), insbes. S. 52–98 und 390–411.
- Hartmut Rudolph: Evangelische Kirche und Vertriebene 1945 bis 1972. Bd. 2: Kirche in der neuen Heimat. Göttingen 1985 (Arbeiten zur kirchlichen Zeitgeschichte, Reihe B: Darstellungen 12).
- Christian-Erdmann Schott (Hg.): In Grenzen leben – Grenzen überwinden. Zur Kirchengeschichte des 20. Jahrhunderts in Ost-Mittel-Europa. Münster 2008 (Beiträge zu Theologie, Kirche und Gesellschaft im 20. Jahrhundert 16).
- 50 Jahre Hilfskomitee für die Evangelisch-Lutherischen Slowakeideutschen. Stuttgart 1996.
- 60 Jahre Hilfskomitee für die Evangelisch-Lutherischen Slowakeideutschen. Die Jahre nach der Wende. Stuttgart 2006.

Weblink

- http://www.ev-ostkirchen.de/ (Konvent der ehemaligen evangelischen Ostkirchen; zentrales Verzeichnis und Informationen zu den Hilfskomitees inkl. Weblinks der Hilfskomitees)

Anmerkungen

[1] Grundlegend für Entstehung, Geschichte und Kontext der Hilfskomitees ist Rudolph: Evangelische Kirche. Bd. 1 und 2.

[2] Neuere Beispiele bei Rita Scheller: Partnerschaftsbeziehungen der EKMOE – dargestellt am Beispiel Polen. In: Die Anfänge der Diakonie im östlichen Europa. Münster 2002 (Beiträge zur ostdeutschen Kirchengeschichte 5), S. 220–230; Arnulf Baumann: Partner der Hilfskomitees in deren Herkunftsgebieten. In: ebd., S. 230–235.

[3] Immo Eberl: Vertriebenenverbände: Entstehung, Funktion, Wandel. In: Mathias Beer (Hg.): Zur Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen im deutschen Südwesten nach 1945. Bestandsaufnahme und Perspektiven der Forschung. Sigmaringen 1994 (Schriftenreihe des Instituts für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde 3), S. 211–234, hier S. 225.

[4] Rudolph: Evangelische Kirche. Bd. 1, S. 85; Rita Scheller: Der Konvent evangelischer Gemeinden aus Pommern. In: Schott (Hg.): In Grenzen leben, S. 189–203, hier S. 190.

[5] Joachim Köhler, Rainer Bendel (Hg.): Geschichte des christlichen Lebens im schlesischen Raum. Münster, Hamburg, London 2002 (Religions- und Kulturgeschichte in Ostmittel- und Südosteuropa 1). Teilband 2, S. 825.

[6] Dazu Sabine Voßkamp: Katholische Kirche und Vertriebene in Westdeutschland. Integration, Identität und ostpolitischer Diskurs 1945–1972. Stuttgart 2007 (Konfession und Gesellschaft 40); katholische Vertriebenenorganisationen sind zum Beispiel Sudetendeutsche Ackermann-Gemeinde, Arbeitsgemeinschaft der Diözesanwerke heimatvertriebener Katholiken, Arbeitsgemeinschaft heimatvertriebener katholischer Jugend, Heimatwerk schlesischer Katholiken „Eichendorffgilde“, St.-Hedwigs-Werke, Adalberts Werk e. V.

[7] Zit. nach Rudolph: Evangelische Kirche. Bd. 1, S. 66f.

[8] Geschäftsordnung des „Konvents der zerstreuten ehemaligen Heimatkirchen“, Ratzeburg, 28.08.1951, abgedruckt in: Die Protokolle des Rates der Evangelischen Kirche. Bd. 5: 1951, S. 401.

[9] Christian-Erdmann Schott: Der Fachausschuss für kirchengeschichtliche Arbeit der ev. Kommission für Mittel- und Osteuropa (EKMOE) unter der Leitung von Peter Maser. In: Ders. (Hg.): In Grenzen leben, S. 159–171, hier S. 160.

[10] Schott: Der Fachausschuss (Anm. 9), S. 159f.

[11] Zur Bedeutung der Hilfskomitees vgl. Christian-Erdmann Schott: Alternativen zum Territorialprinzip? Fragen zur Eingliederung der Vertriebenen in die Evangelische Kirche. In: Pilvousek, Preuß (Hg.): Aufnahme, Integration, Beheimatung, S. 105–116, hier S. 112.

[12] Geschäftsordnung 1951 (Anm. 8), S. 403; hier sind unter den Hilfskomitees zusätzlich noch „Der Kirchliche Beauftragte für die Gemeindemitglieder aus Ostbrandenburg“ und „Der Kirchendienst Ost“ aufgeführt; zur speziellen Problematik der Bildung eines Hilfskomitees für Russlanddeutsche („Hilfskomitee für Ostumsiedler“) und zum 1952 gebildeten Hilfskomitee für die ev. Kirche aus der Dobrudscha vgl. Rudolph: Evangelische Kirche. Bd. 1, S. 68 und 78; aktuelle Übersicht unter http://www.ev-ostkirchen.de.

Zitation

Matthias Weber: Hilfskomitees. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2015. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32815 (Stand 29.04.2015).

Historische Kommissionen

1. Kurzbeschreibung

„Historische Kommission (HK)“ ist die Bezeichnung für eine Vereinigung im Wesentlichen von Wissenschaftlern zur Erforschung und Vermittlung der Geschichte meist einer bestimmten Region, oft eines Bundeslandes. Ferner bestehen HK bei unterschiedlichen Institutionen (z. B. politischen Parteien, Rundfunkanstalten) sowie HK mit speziellen Aufgabenstellungen (z. B. HK des Börsenvereins, HK zur Erforschung des Pietismus). Für die historischen preußischen Ostprovinzen sowie Siedlungsgebiete von Deutschen im östlichen

Europa gibt es eigene HK. Sie sind zu unterscheiden von den Fachkommissionen des Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrats.

2. Organisation, Aufgaben und Tätigkeit

Die sieben HK für die historischen preußischen Ostprovinzen und Siedlungsgebiete von Deutschen im östlichen Europa sind heute als eingetragene Vereine registriert und organisiert. Zusammen mit dem Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrat und weiteren Einrichtungen sind sie Mitglieder des Trägervereins des Herder-Instituts e.V. und werden über den Haushalt des Herder-Instituts von Bund und Ländern gefördert. Die Neuaufnahme von Mitgliedern, die stets fachlich ausgewiesen sein müssen, erfolgt in der Regel durch Kooptation. Die Mitwirkung am Vereinsgeschehen beziehungsweise die Ausübung des Stimmrechts kann von unterschiedlichen Arten der Mitgliedschaft („Ordentliche", „Korrespondierende" und „Externe" Mitglieder) abhängig sein. Über ihre Tätigkeit berichten die HK meist jährlich in den in eigenen Organen publizierten Jahresberichten.

Ihre traditionellen Aufgaben sind: Quellenerschließung (Herausgabe von Regestenwerken und Urkundenbüchern, Editionen allgemein), Erstellung von Nachschlagewerken (z.B. biographische Lexika, „Lebensbilder") sowie Durchführung insbesondere langfristig angelegter wissenschaftlicher Projekte (z. B. Bibliographien, Historische Atlanten). Die HK geben eigene Buchreihen heraus, veranstalten Tagungen und sind im Bereich der Förderung des akademischen Nachwuchses aktiv. Beispiele für Projekte von HK sind die *Baltische Bibliographie* das *Schlesische Urkundenbuch*, das *Siebenbürgische Urkundenbuch*, die Buchreihe *Polono-Germanica*, die *Schriften der Kommission für die Geschichte der Deutschen in Polen e.V.*, der *Historische Atlas für Pommern*, die *Deutschen Gesandtschaftsberichte aus Prag* und das *Handbuch der Geschichte Ost- und Westpreußens*.

3. Geschichte



Das Emblem der HK für Pommern zeigt den „Pommerschen Greif", Wappentier und Symbol Pommerns, mit Federkiel und Schreibpapier. [Besitz der HK für Pommern].

Die nach dem Vorbild von HK anderer Regionen (z. B. HK bei der Königlich Bayerischen Akademie der Wissenschaften, gegr. 1858) 1910/1911 in Stettin/Szczecin auf Anregung des Oberpräsidenten der damaligen preußischen Provinz Pommern gegründete HK für Pommern ist die älteste unter den heute bestehenden historisch-ostdeutsch ausgerichteten HK; es folgten die unter dem Eindruck der Oberschlesischen Aufstände ins Leben gerufene HK für Schlesien (gegr. 1921 in Breslau/Wrocław) und die HK für Ost- und Westpreußische Landesforschung (gegr. 1923 in Königsberg/Kaliningrad). Nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgten unter dem Dach des Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrates in Marburg (Lahn) Neugründungen von HK, die teils an Vorgängerinstitutionen anknüpften, sowie Wiedergründungen von HK: der HK für Pommern (1951), der Historisch-Landeskundlichen Kommission für Posen und das Deutschtum in Polen (1950, umbenannt 1997 in Kommission für die Geschichte der Deutschen in Polen e.V.), der Baltischen Historischen Kommission (1951), der HK der Sudetenländer (1954, umbenannt 2000 in HK für die böhmischen Länder) und der Südostdeutschen HK (1957, umbenannt 2007 in Kommission für Geschichte und Kultur der Deutschen in Südosteuropa).[1]

Historisch ausgerichtet ist auch die innerhalb der Deutschen Gesellschaft für Volkskunde bestehende Kommission für deutsche und osteuropäische Volkskunde, die 1949 als Kommission für Volkskunde der Heimatvertriebenen (umbenannt 1962 in Kommission für ostdeutsche Volkskunde, erneut umbenannt 1994) gebildet worden ist. Im Gegensatz zu den vorstehend erwähnten HK verfolgt sie einen überregionalen Ansatz und stellt heute interethnische Aspekte der Alltagskultur in den Mittelpunkt.

Die auch nach dem Zweiten Weltkrieg weiterhin auf Landesgeschichte beziehungsweise Regionalforschung gerichteten Aufgabenstellungen der HK veränderten sich nicht wesentlich. Ihre Tätigkeit war allerdings nun geprägt von der besonderen Situation aufgrund der räumlichen Entfernung der Wissenschaftler zu ihren Bezugsregionen, dem eingeschränkten Archiv- und Bibliothekszugang sowie der politischen Konfrontation während des Kalten Krieges und der Teilung Europas. In der Bundesrepublik Deutschland waren die HK die wichtigsten Initiativen der landeskundlichen Forschung über die nun sämtlich außerhalb Deutschlands liegenden Regionen, für welche es ansonsten nur wenige speziell ausgerichtete wissenschaftlichen Körperschaften gab und die auch an Universitäten und anderen akademischen Forschungseinrichtungen nur unzureichend berücksichtigt wurden. Zahlreiche wissenschaftliche Projekte und insbesondere akademische Qualifikationsschriften wurden von Personen angestoßen, die in den HK aktiv waren.



Die Kommission für die Geschichte der Deutschen in Polen sieht sich in der Tradition der „Historischen Gesellschaft der Provinz Posen“. Anlässlich des 125-jährigen Gründungsjubiläums der Gesellschaft sowie des 60-jährigen Bestehens der HK präsentierte sie 2010 die Ausstellung „Region und Nation“, die den Wandel von der zunächst nur regionalhistorischen Beschäftigung mit der Provinz Posen zu einer übergreifenden Forschung im Rahmen der Beziehungsgeschichte zeigt. [http://www.deutsche-polen.de/ausstellung-125-jahre.html].

Aufgrund ihrer regionalen Ausrichtung knüpften HK zum Teil schon ab den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts, insbesondere durch persönliche Beziehungen, wissenschaftliche Kontakte zu Wissenschaftlern in ihren Bezugsregionen. Aus dieser Vorreiterrolle entwickelte sich infolge des von der politischen „Wende“ nach 1989/1990 ausgehenden Modernisierungs- und Internationalisierungsimpulses vielfach dichte Beziehungen und Kooperationen. Zunehmend wurden Tagungen, Publikationen und Forschungsprojekte gemeinsam realisiert. In jüngerer Zeit bildeten die HK jeweils regionalgeschichtliche, bi- beziehungsweise multilaterale Netzwerke von Wissenschaftlern und Institutionen aus. Nach erfolgter programmatischer Neuausrichtung, die zum Teil mit Umbenennungen (s.o.) einherging, sind die HK heute den Methoden und Themen der modernen beziehungsgeschichtlich ausgerichteten Ostmitteleuropaforschung verpflichtet. Im gegenwärtigen Selbstverständnis sehen sie sich als internationale Foren und Ansprechpartner, welche spezifisches Fachwissen und Regionalkompetenz über die Bezugsregion akkumulieren und für eine interessierte Öffentlichkeit bereithalten. Die von den HK herausgegebenen Buchreihen sowie weiteren Buch- und Internetpublikationen sind für die jeweilige Regionalforschung unverändert von herausgehobener Bedeutung.

4. Kontroversen und Desiderate der Forschung

Die Geschichte und Tätigkeiten der drei älteren HK in der Zeit des Nationalsozialismus wurden lange ausgeblendet[2] und sind bis heute nur teilweise erforscht. Ebenso sind Fragen von institutionellen und personellen Kontinuitäten beziehungsweise Diskontinuitäten zu den nach dem Zweiten Weltkrieg gegründeten (bzw. wiedergegründeten) HK noch nicht in allen Fällen geklärt. Eine traditionskritische, von den HK wenn auch spät selbst initiierte institutionengeschichtliche Aufarbeitung ihrer Vergangenheit hat in neuerer Zeit eingesetzt; für manche HK steht die Bearbeitung der Thematik noch aus.

Bei notwendiger Differenzierung in jedem Einzelfall und Berücksichtigung der Gegebenheit, dass das Paradigma der „Volksgeschichte“ kein deutsches Phänomen, sondern in ganz Ostmittel- und Südosteuropa verbreitet war, sind oft Affinitäten von Vorsitzenden und Mit-

gliedern von HK zum nationalsozialistischen Weltbild und zum Teil auch ihre Unterstützung der nationalsozialistischen Politik evident. Im Fall der HK für Pommern kann beispielsweise – nach eigener Darstellung – in den 1930er Jahren von einer „Wende hin zu einer nationalsozialistischen Kommission“[3] gesprochen werden. Auch stehen etwa Beiträge in der 1938 von der HK für Schlesien unter Leitung Hermann Aubins (1885-1969) publizierten und später mehrfach neu aufgelegten „Geschichte Schlesiens. Bd. 1: Von der Urzeit bis zum Jahre 1526“ methodisch und ideologisch der ethnozentrischen, völkischen Ostforschung und der nationalsozialistischen Ideologie nahe.[4] Hermann Aubin, Vorsitzender der HK für Schlesien 1934-1950 und späterer Präsident des Johann-Gottfried Herder-Forschungsrats, war ein führender Ostforscher in der NS-Zeit und prägte die Geschichtswissenschaft auch noch nach 1945 durch volkstumsorientierte Paradigmen.[5] Während eine wissenschaftliche Biographie über Aubin vorliegt, ist die Diskussion über den als „Protagonisten nationalsozialistischer Südosteuropapolitik“[6] bezeichneten Gründer der Südostdeutschen HK, Fritz Valjavec (1909-1960), noch nicht abgeschlossen.[7]

Bekannt ist, dass die beiden ersten Obmänner der HK der Sudetenländer, Rudolf Schreiber (1907-1954) und Kurt Oberdorffer (1900-1980), vorher NSDAP-Mitglieder und in NS-Organisationen aktiv waren.[8] Auch erfolgte die Gründung dieser HK in Anlehnung an die ältere HK der Deutschen Akademie der Wissenschaften in Prag (gegr. 1891) sowie der Kommission für Geschichte bei der Sudetendeutschen Anstalt für Landes- und Volksforschung (gegr. 1940) in Reichenberg/Liberec. Die Vertreter dieser Vorgängerinstitutionen hatten lange gezögert, die frühere Vereinsidentität zu Gunsten der Neugründung aufzugeben.[9] Derartige Fragen von Involvierung, insbesondere der Gründergeneration der HK in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in das nationalsozialistische System, und institutionellen Kontinuitäten sind noch nicht ausreichend erforscht.

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Stefan Albrecht, Jiří Malíř, Ralph Melville (Hg.): Die „sudetendeutsche Geschichtsschreibung“ 1918-1960. Zur Vorgeschichte und Gründung der Historischen Kommission der Sudetenländer. München 2008 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 114).
- Matthias Beer, Gerhard Seewann (Hg.): Südostforschung im Schatten des Dritten Reichs. Institutionen, Inhalte, Personen. München 2004 (Südosteuropäische Arbeiten 119).
- Nils Jörn (Hg.): Die Historische Kommission für Pommern 1911-2011. Bilanz und Ausblick. Köln, Wien, Weimar 2014 (Forschungen zur Pommerschen Geschichte 47) (im Druck).
- Wolfgang Kessler, Markus Krzoska (Hg.): Zwischen Region und Nation. 125 Jahre Forschung zur Geschichte der Deutschen in Polen. Osnabrück 2013 (Polono-Germanica 7).
- Eduard Mühle: Für Volk und deutschen Osten. Der Historiker Hermann Aubin und die deutsche Ostforschung. Düsseldorf 2005 (Schriften des Bundesarchivs 65), darin das Kapitel „Die Historische Kommission für Schlesien: ‚Führer‘ der schlesischen Landesforschung“, S. 269-313.

Weblinks (Homepages der HK)

- http://www.balt-hiko.de/
- http://www.collegium-carolinum.de/hkbl/

- http://www.hiko-owp.de/
- http://www.hiko-schlesien.de/
- http://www.idglbw.de/
- http://hiko-pommern.de/
- http://www.deutsche-polen.org/startseite/index.html
- http://www.d-g-v.org/kommissionen/deutsche-und-osteuropaeische-volkskunde

Anmerkungen

[1] Aufgrund ihres engeren regionalen Zuschnitts und abweichender Organisationsform ist die „Historische Kommission für den Kreis Neustadt/OS“, ein Verband der an der Geschichte, Volkskunde und Kultur Oberschlesiens, insbesondere des ehemaligen Kreises Neustadt/OS Interessierten, keine HK im hier skizzierten Sinne.

[2] Vgl. exemplarisch Ludwig Petry, Herbert Schlenger: Fünfzig Jahre Historische Kommission für Schlesien. In: Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau XVII (1972), S. 385-416, hier S. 389-394: Das Kapitel „Die Kommission am Vorabend und im Verlauf des Zweiten Weltkriegs“ kommt ohne Verwendung des Begriffs „Nationalsozialismus“ aus.

[3] Siehe Selbstdarstellung der Geschichte dieser Kommission auf der Homepage der Historischen Kommission für Pommern: http://hiko-pommern.de/geschichte (Abruf 01.09.2014).

[4] Vgl. Matthias Weber: Zur deutschen Historiographie über Schlesien seit 1945. In: Jerzy Kłoczowski, Witold Matwiejczyk, Eduard Mühle (Hg.): Doświadczenia przeszłości. Niemcy w Europie Środkowo-Wschodniej w historiografii po 1945 / Erfahrungen der Vergangenheit. Deutsche und Ostmitteleuropa in der Historiographie nach 1945. Lublin, Marburg 2000 (Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung 9), S. 133-146, hier S. 137f.

[5] Hans-Erich Volkmann: Hermann Aubin. In: Ingo Haar, Michael Fahlbusch (Hg.): Handbuch der völkischen Wissenschaften. Personen, Institutionen, Forschungsprogramme, Stiftungen. München 2008, S. 58-62.

[6] Norbert Spannenberger: Vom volksdeutschen Nachwuchswissenschaftler zum Protagonisten nationalsozialistischer Südosteuropapolitik. Fritz Valjavec im Spiegel seiner Korrespondenz 1934-1939. In: Beer, Seewann (Hg.): Südostforschung, S. 215-235.

[7] Klaus Popa: Fritz Valjavec. In: Haar, Fahlbusch (Hg.): Handbuch (Anm. 5), S. 697-700.

[8] Stephan Dolezel: Zu den Anfängen der Historischen Kommission der Sudetenländer. In: Albrecht, Malíř, Melville (Hg.): Die „sudetendeutsche Geschichtsschreibung, S. 1-9; K. Erik Franzen, Helena Peřinová: Biogramme der Mitglieder der Historischen Kommission der Sudetenländer im Gründungsjahr 1954. In: Albrecht, Malíř, Melville (Hg.): Die „sudetendeutsche Geschichtsschreibung“, S. 219-276, hier S. 250 und 262.

[9] Dolezel: Zu den Anfängen (Anm. 8), S. 2.

Zitation

Matthias Weber: Historische Kommissionen. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32691 (Stand 17.12.2014).

Hitler-Stalin-Pakt (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Holocaust → Shoah (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Hugenotten (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Hussiten

1. Genese

Begriff

Der Begriff "Hussiten" steht für jene von der katholischen Kirche als häretisch bekämpfte Bewegung in Böhmen und Mähren im 15. Jahrhundert, deren Anhänger von ihren Gegnern diffamierend als "Hussen" – also Hus-Anhänger (= Hussiten) – bezeichnet wurden.

Träger, Gebrauch

Als Synonyme finden sich in zeitgenössischen Quellen in deutscher und lateinischer Sprache die Begriffe "Wiclefisten", "Hussiten" (*Wiclefistae et Hussitae*) oder allgemein "Ketzer" (*Heretici*). Die Hussiten (tschech. *husité*) benutzten keine eigene Bezeichnung, sondern betrachteten sich als gläubige Christen und folglich als Bestandteil der Kirche – als "Freunde der göttlichen Wahrheiten", wie aus den zeitgenössischen hussitischen Manifesten hervorgeht.

2. Definition

Hinter dem Sammelbegriff "Hussiten" verbirgt sich eine heterogen zusammengesetzte Bewegung vorwiegend in Böhmen, deren Anhänger ein breites Sozialprofil aufwiesen (von Teilen des böhmischen Hochadels bis zum Kleinadel, von der niederen Geistlichkeit über städtische Unter- und Mittelschichten bis hin zur Bauernschaft). Sie gingen unter dem Druck von außen (antihussitische Kreuzzüge) zeitweilig Koalitionen ein. Das einigende Band bildete der in den "Vier Prager Artikeln" (*Čtyři artikuly pražské*) als Minimalprogramm enthaltene Forderungskatalog.

3. Diskurse/Kontroversen

Seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts fanden in der Bewertung des Hussitismus zunehmend die ethnisch-nationalen Spannungen zwischen Tschechen und Deutschen ihre Reflexion. Der Hussitismus diente dabei, unter dem maßgeblichen Einfluss des von František Palacký entworfenen Geschichtsbildes, als Legitimationsobjekt der nach föderaler wie nachfolgend staatlicher Unabhängigkeit strebenden Tschechen. In diesem Zusammenhang erhielt die Hussitenzeit als vermeintlich ruhmreichste Periode der tschechischen Nationalgeschichte seit Gründung der Tschechoslowakei 1918 staatstragende Bedeutung. Die hussitische Devise *Pravda vítězí* (Die Wahrheit siegt) wurde von der Kommunistischen Partei nach deren Gründung 1921 sozial und ideologisch instrumentalisiert und 1945 gegen die deutsche Bevölkerungsminderheit sowie nach der Machtübernahme 1948 gegen die eigenen "bourgeoisen Volksfeinde" als Schutzschild verwendet. Dies geschah im Glauben, das revolutionäre Hussitentum böte die legitime Basis für das eigene, gewaltsam installierte kommunistische System, und fand seinen Niederschlag folglich auch im offiziellen Geschichtsbild, das freilich bereits in den 1960er Jahren Risse erhielt, als Historiker wie F. Šmahel, J. Mezník, J. Kejř u. a. propagandistischen Plattitüden eine andere, quellengestützte

Interpretation des Hussitismus entgegensetzten. Unter dem Einfluss der westeuropäischen und angloamerikanischen Geschichtsschreibung entstand ein sozial-, geistes- und mentalitätsgeschichtlich vielfältiges Bild des Hussitentums, wobei seit 1989 insbesondere die Einordnung der Ereignisse in Böhmen in den zeit- wie geistesgeschichtlichen Kontext hervortritt (Periodisierung der Reformation des 15. und 16. Jahrhunderts, Verbindungslinien zur lutherischen Reformation, Querverbindungen zu anderen "häretischen" Bewegungen, vor allem zum Waldensertum). Nach wie vor Gegenstand der Forschungsdiskussion sind Fragen nach dem Ende der Revolution, dem Revolutionsbegriff selbst sowie der inhaltlichen Ausgestaltung der erzwungenen Toleranz nach 1436.

4. Historischer Abriss

Vorläufer des Hussitismus und Krisensymptome in der böhmischen Gesellschaft

Die Wurzeln des Hussitismus reichen bis in die Regierungszeit Karls IV. zurück, als sich Kritik an den sichtbaren Missständen in der Kirche formierte. Prag/Praha (mit ca. 40.000 Einwohnern) war mit seiner Universität, 44 Pfarreien, 24 Klöstern und gut 1.200 Klerikern nach Avignon, Paris, Rom und Florenz das größte Zentrum der Geistlichkeit im damaligen krisengeschüttelten Europa (u. a. Klimaveränderungen, sog. Agrarkrise, Großes Schisma 1378). Die wachsende Zahl geistlicher, um Pfründe konkurrierender Personen geriet in einen größer werdenden Gegensatz zur abnehmenden wirtschaftlichen Leistungskraft der böhmischen Länder (desolate Staatsfinanzen, Einbruch der Silberproduktion seit 1350, Münzverfall und Steuerdruck, dazu die Folgen einer kostenintensiven Arrondierungs- und Erwerbspolitik Karls IV.). In Prag waren die Krisensymptome angesichts der enormen Zahl von Geistlichen und Klöstern besonders wahrnehmbar, was ein breites Forum für Kirchen- und Gesellschaftskritik schuf. Wegbereiter waren hier seit den 1360er Jahren Männer wie Konrad Waldhauser, Johann Militsch von Kremsier und Matthias von Janov. Im Zentrum ihrer auch in der Volkssprache und vor einer wachsenden Zuhörerschaft vorgetragenen Kritik stand die Forderung nach einer wahren, auf weltlichen Besitz und Luxus verzichtenden Kirche in der Nachfolge Christi und seiner Armut. Zum eigentlichen Zentrum im geistigen Kampf um die Rückkehr zu den Idealen der Urkirche und deren Autoritäten entwickelte sich die 1391 als religiöses Zentrum des tschechischsprachigen Prag gegründete Bethlehemskapelle. Allen Schichten der Gesellschaft war dabei die Stellung der katholischen Kirche, insbesondere deren sittlich-moralischer Zustand und deren umfangreicher Grundbesitz im Lande, der bei 30-40 % des gesamten nutzbaren Bodens lag, ein Dorn im Auge. Hinzu traten machtpolitische Konflikte zwischen Hochadel und König, König und Prager Erzbischof, Wenzel IV. und anderen Familienangehörigen aus dem Hause Luxemburg.

Der Kampf um Wyclif und die Prager Universität

Als geistiger Unruheherd rückte die 1348 gegründete Prager Universität ins Zentrum. Eine junge aufstrebende Generation böhmischer Universitätsmagister und Prediger orientierte sich an den Vorstellungen und Forderungen des Oxforder Kirchenkritikers John Wyclif (um 1330–1384), der eine ganz an der Hl. Schrift ausgerichtete Reform von Kirche und Klerus forderte. Noch ehe sich in der Hauptstadt Prag und außerhalb dieser eine Reformbewegung formierte, die das geistige Gerüst des Hussitismus bilden sollte, stellten sich die einheimischen Deutschen, die seit der hochmittelalterlichen Kolonisation in Böhmen und Mähren lebten, mehrheitlich gegen diese. Unterstützung fanden sie bei den *pragenses*, d. h. den ehemaligen deutschen Professoren und Studenten, die aus Protest gegen das Kuttenberger Dekret von Januar 1409 und die damit verbundene Änderung des Stimmenverhältnisses an der Prager Universität zugunsten der einheimischen Tschechen die Moldaustadt verlassen hatten.

Johannes Hus – Rebell gegen die Amtskirche und Märtyrer

Johannes Hus, seit 1402 charismatischer und wortgewaltiger Prediger an der Bethlehemskapelle, wurde immer mehr zur Leitfigur seiner wachsenden Anhängerschaft im Prager "Volk" und zum Hassobjekt seiner nicht minder zahlreichen Gegner aus den Reihen des von ihm heftig kritisierten Prager Klerus und der hohen Geistlichkeit. Hus bemühte sich in Wort und Werk – eng angelehnt an Wyclif – um eine Erneuerung der institutionalisierten Kirche und des gesellschaftlichen Lebens.

Es ging um eine Reformation, nicht um eine Revolution (*lex dei* = göttliches Gesetz als verbindliches Prinzip). Mit der Verurteilung der Thesen Wyclifs 1408 in Rom verloren Hus und seine Anhänger die Unterstützung des Prager Erzbischofs, 1412 auch den Rückhalt bei König Wenzel IV., der aus machtpolitischem Kalkül und vor dem Hintergrund des Pisaner Konzils den einheimischen Reformkräften zunächst wohlgesinnt gewesen war (Kuttenberger Dekret 1409). Gleichzeitig kam der von der römischen Kurie gegen Hus angestrengte Ketzerprozess in Gang, der zur Abgrenzung, Formierung und Radikalisierung der kirchenkritischen Protest- und Reformbewegung führte. Hus selbst suchte, dem vom römisch-deutschen König Sigismund gewährten, letztlich freilich gebrochenen Geleitbrief vertrauend, eine Verteidigung seiner Auffassungen vor dem Konstanzer Konzil zu erreichen, landete aber bald nach seinem Eintreffen am Bodensee im Kerker und 1415 schließlich auf dem Scheiterhaufen. Damit besaß die Reformbewegung in Böhmen nunmehr eine Idealfigur und zugleich einen vorbildhaften Märtyrer als großen Motivator, ebenso wie in dem ein Jahr später an gleicher Stelle hingerichteten Hieronymus von Prag. Der Protest gegen Hussens Verbrennung als Erzketzer manifestierte sich zunächst in einem Protestbrief des böhmischen und mährischen Adels an das Konzil, dem die Lehrautorität abgesprochen wurde, während man die Universität Prag fortan zur letzten Entscheidungsinstanz in Glaubensfragen erhob. In einem Prozess rascher Radikalisierung bildeten sich eigene Pfarrgemeinden um "Kelchpriester", es kam zu heimlichen, bald auch öffentlichen, von stellungslosen Kelchpriestern organisierten und von Niederadligen unterstützten Massenwallfahrten, bei denen die Teilnehmer nach biblischen Vorbildern kollektiv auf das Ende der (irdischen) Welt warteten.

Die hussitische Revolution - Gruppen, Ziele und Verlauf

Die Revolution begann mit dem Ersten Prager Fenstersturz am 30. Juli 1419 in der von einer mobilen und aufstrebenden tschechischen Handwerkerschicht geprägten Prager Neustadt unter Führung des ehemaligen Prämonstratensers Johann von Seelau (Jan Želivský). Dessen flammende Predigten ließen die Kelchanhänger zur Tat schreiten, indem sie die zentrale Pfarrkirche der Prager Neustadt besetzten und in einer Prozession zum Rathaus zogen, um inhaftierte Glaubensgenossen frei zu bekommen, was die katholischen tschechischen Ratsherren verweigerten. Letztere wurden daraufhin von der fanatisierten Menge kurzerhand aus dem Fenster geworfen. Andere Übergriffe gegen Klöster und katholische Priester folgten in einer Spirale der Gewalt.

In der Kernphase der Revolution (1419–1422) traten insgesamt fünf Führungsgruppen hervor: die radikalen Prager Magister, der böhmische Adel, die gemäßigt-hussitische Prager Altstadt, die radikalere Prager Neustadt sowie die im Frühjahr 1420 neugegründete Stadt Tabor in Südböhmen mit ihrem kurzzeitigen "ur-kommunistischen" Experiment sozialer Gleichheit. Letztere diente als Operationsbasis eines unter der Führung Jan Žižkas agierenden Volksheeres von "Gottesstreitern" (Bauern, Handwerker, Kleinadlige) und etablierte sich rasch als zweites Revolutionszentrum neben Prag, dabei theologisch weitaus radikaler und stärker gesellschaftsrevolutionär als die Landeshauptstadt. Ein ähnlich radikales Zentrum entstand zudem in Ostböhmen ("Orebiten", später "Waisen") nahe Königgrätz/Hradec

Králové. Vergeblich versuchte der Nachfolger Wenzels, Sigismund von Luxemburg, gewaltsam mit Unterstützung eines großen Kreuzfahrerheeres und päpstlichem Segen auf den böhmischen Thron zu gelangen. Lediglich in Mähren konnte sich Sigismund 1423 mit Hilfe seines Schwiegersohns Herzog Albrecht von Österreich durchsetzen. Das militärische Unterfangen im Frühsommer 1420 endete mit einem Fiasko, ebenso wie alle nachfolgenden antihussitischen Kreuzzüge.



Jan Žižka an der Spitze des hussitischen Heeres. Göttinger Handschrift, nach 1460 [Niedersächsische Staats- und Universitätsbibliothek, 2° Cod. Ms. theol. 182 Cim, fol. 82r].

1420/21 präsentierten die Hussiten ihr zentrales Programm, die sog. "Vier Prager Artikel": Abendmahl in beiderlei Gestalt; Freiheit der Predigt des Gotteswortes; Verzicht der Kirche auf ihre weltliche Macht sowie Säkularisation des kirchlichen Besitzes; Bestrafung öffentlicher schwerer Sünden der Geistlichkeit wie Wucher, Luxus oder Simonie. Auf Initiative Prags trat im Juni 1421 im mittelböhmischen Tschaslau/Čáslav ein Generallandtag zusammen, an dem konfessionsübergreifend alle politischen Kräfte im Lande teilnahmen - mit Ausnahme der mährischen Städte. Sigismund von Luxemburg wurde die Anerkennung als böhmischer König verweigert, an seine Stelle setzte der Landtag ein Direktorium von 20 Verwesern ein, dem Barone, Landedelleute und – zahlenmäßig dominierend – Stadtbürger angehörten und das für den inneren Frieden im Lande sorgen sollte, was freilich ein Wunschtraum blieb. Die Aktivitäten verlagerten sich nachfolgend auf die hussitischen Feldheere unter Führung des politisch ambitionierten Niederadligen und genialen Heerführers Jan Žižka von Trocnov, der nach innertaboritischen Auseinandersetzungen Ende 1421 den radikalen Zweig der Chiliasten (sog. Adamiten) liquidieren ließ. Zwei Jahre später wandte Žižka Tabor den Rücken zu und machte Ostböhmen zum Zentrum seiner Bruderschaft, wobei eine Militärordnung mit ständischer Gliederung als eine Art Grundgesetz das Zusammenleben normierte.

Nach Žižkas Tod trat sein Nachfolger Prokop der Kahle ("der Große") an die Spitze der hussitischen Verbände der Taboriten und Waisen. In den Kämpfen gegen die unzureichend ausgerüsteten, zahlenmäßig mitunter jedoch überlegenen Kreuzfahreraufgebote nutzte Prokop erfolgreich die von seinem Vorgänger entwickelte innovative Form der Kriegsführung,

die sich u. a. durch den Einsatz von Wagenburgen auszeichnete, den die "Gottesstreiter" geradezu perfektionierten. Der Hochadel neigte mehrheitlich einem gemäßigten Hussitentum zu, das auf den "Vier Artikeln" basierte. Zudem trat er für eine Säkularisation der Kirchengüter und ein von der Aristokratie abhängiges Königtum ein. Eine katholische Minderheit unterstützte weiterhin Sigismund von Luxemburg, allen voran der mächtige Baron Ulrich von Rosenberg.

Nach der Niederlage des Kreuzfahrerheeres vor Aussig/Ústí nad Labem 1426 gingen die Hussiten ihrerseits von der Defensive zur militärischen Offensive über, wobei sie zugleich versuchten, mit Hilfe propagandistischer Manifeste, in denen sie die "Vier Prager Artikel" erläuterten und die Christenheit zum gemeinsamen Kampf gegen Kirche, Papsttum und weltliche Macht aufriefen, ihre Weltsicht zu verbreiten und Verbündete zu suchen. Auf den sog. "herrlichen Heerfahrten" (*spanilé jízdy*) drangen hussitische Heere weit in einige Territorien des Hl. Römischen Reiches (Schlesien, Sachsen, Brandenburg, Franken, Bayern und Österreich) vor, wobei sie nicht selten eine Schneise der Verwüstung hinterließen. Mitunter fanden die Hussiten auch Anhänger in Deutschland, die freilich zumeist in einer Serie von Inquisitionsprozessen auf dem Scheiterhaufen endeten. Mithilfe einer unpopulären "Hussitensteuer" suchten Kurfürsten und Reichsstädte 1427 die finanziellen Mittel für den Abwehrkampf gegen die böhmischen Ketzer aufzustocken

Diplomatie und Gewalt – das Ende der Revolution



Hussitenschlacht [In: Eberhard Windecke: Das Buch Kaiser Sigismunds, Illustration aus der Werkstatt Diebold Laubers, ca. 1445–1450]

Nach der schmerzhaften Niederlage eines Kreuzfahrerheeres unter Führung des Kardinallegaten Giuliano Cesarini bei Taus/Domažlice 1431 sowie bewaffneten Heerzügen der hussitischen Bruderschaften in die angrenzenden Länder zeigte sich das in Basel tagende Konzil (1431–1437) schließlich zu Friedensverhandlungen bereit, die auch König Sigismund, der schon 1429 in Pressburg/Bratislava mit Hussiten, katholischen Magnaten und Universitätstheologen aus Wien und Paris Gespräche über einen Frieden geführt hatte, befürwortete. Nach zähen Verhandlungen kam es 1433 zum Abschluss der sog. Basler Kompaktaten, in denen den Hussiten aber nur die Kommunion unter beiderlei Gestalt erlaubt wurde, was lediglich die konservativen Hussiten akzeptierten, während die radikalen ihre Ablehnung be-

kräftigten. Am 30. Mai 1434 besiegte ein adlig-utraquistisches Heer in der Schlacht bei Siebenlinden/Lipany die radikalen Kräfte unter Prokop dem Großen vernichtend, womit der Weg zu einer allgemeinen Anerkennung der Basler Kompaktaten frei war, was zugleich Sigismunds Thronbesteigung in Prag 1436 und seine Anerkennung als böhmischer König ermöglichte – in einem Land, in dem fortan eine Doppelkonfessionalität (Toleranz aus Notwendigkeit) herrschte. Erst 1485 kam es auf dem Kuttenberger Landtag zum Abschluss eines Religionsfriedens zwischen Katholiken und sich aufspaltenden Utraquisten, womit die fast sechs Jahrzehnte währende Periode zweier parallel existierender Gesellschaften mit unterschiedlichen Konfessionen ihren Abschluss fand.

Ergebnisse der Revolution

Auf politischer Ebene etablierte sich eine Ständeverfassung mit einem Wahlkönigtum an der Spitze, in der die Stände – Herren (Hochadel), Ritter und königliche Städte – eine entscheidende politische Mitbestimmung, auch zu Lasten der ausgegrenzten Geistlichkeit, durchsetzten. Im Spektrum der gesellschaftlichen Kräfte dominierte weiterhin der Hochadel nicht zuletzt dank der Okkupation von Kirchen- und Königsgut. Das Stadtbürgertum litt noch lange unter den wirtschaftlichen Folgen der Kriegsjahre und der Störung der Handelskontakte bzw. der Verlagerung des Transithandelsweges. Die hussitische Revolution vollendete zudem den Prozess der Tschechisierung der meisten böhmischen Städte; das deutsche Patriziat verlor erheblich an Einfluss – mit Ausnahme der nordböhmischen Grenzstädte. Das Nebenland Mähren ging eigene Wege: Die großen Städte blieben unangefochten deutsch und katholisch, mit dem Bistum Olmütz/Olomouc an der Spitze. Für die Bauern hingegen änderte sich *de facto* kaum etwas – mit Ausnahme der Konfession, in der sie der jeweiligen Herrschaft zu folgen hatten. Zwei Konfessionen bestimmten das Bild der Kirche, bei deutlicher Dominanz der Utraquisten in Adel und Stadtbürgertum. Die utraquistische Kirche war arm, von den weltlichen Ständen abhängig, von Rom hingegen in der kirchlichen Rechtsprechung und Ämterbesetzung unabhängig. Das katholische Kirchengut war erheblich dezimiert, das Erzbistum Prag blieb bis 1561 unbesetzt.

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Michaela Bleicher: Das Herzogtum Niederbayern-Straubing in den Hussitenkriegen. Kriegsalltag und Kriegsführung im Spiegel der Landschreiberrechnungen. Regensburg 2009 (http://epub.uni-regensburg.de/10414/).
- Stanisław Bylina: Rewolucja husycka. Przedswit i pierwsze lata [Die hussitische Revolution. Vorgeschichte und erste Jahre]. Warszawa 2011.
- Petr Čornej: Velké dějiny zemí Koruny české [Große Geschichte der Länder der Böhmischen Krone]. Bd. 5: 1402–1437. Praha, Litomyšl 2000; Bd. 6: 1437–1526. Praha, Litomyšl 2007.
- Drei Inquisitionsverfahren aus dem Jahre 1425. Akten der Prozesse gegen die deutschen Hussiten Johannes Drändorf und Peter Turnau sowie gegen Drändorfs Diener Martin Borchard. Hg. und erläutert von Hermann Heimpel. Göttingen 1969 (Veröffentlichungen des Max Planck-Instituts für Geschichte 24).
- Winfried Eberhard: Die hussitische Revolution in Böhmen. Ursachen – Ziele und Gruppen – Verlauf – Ergebnisse. In: Klaus Herbers, Florian Schuller (Hg.): Europa im 15. Jahrhundert. Herbst des Mittelalters – Frühling der Neuzeit? Regensburg 2012, S. 136-160.
- Howard Kaminsky: A history of the Hussite revolution. Berkeley 1967 (Neuauflage 2004).

- Thomas Krzenck: Johannes Hus, Theologe, Kirchenreformer, Märtyrer. Gleichen, Zürich 2011 (Persönlichkeit und Geschichte 170).
- Franz Machilek: Aufschwung und Niedergang in der Zusammenarbeit von Waldensern und Hussiten im 15. Jahrhundert (unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Deutschland). In: Albert de Lange, Kathrin Utz Tremp (Hg.): Friedrich Reiser und die "waldensisch-hussitische Internationale" im 15. Jahrhundert. Heidelberg, Ubstadt-Weiher, Basel 2009 (Waldenserstudien 3), S. 277-316.
- Franz Machilek (Hg.): Die hussitische Revolution. Religiöse, politische und regionale Aspekte. Köln, Weimar, Wien 2012 (Forschungen und Quellen zur Kirchen- und Kulturgeschichte Ostdeutschlands 44).
- Ferdinand Seibt: Hussitica. Zur Struktur einer Revolution. 2., erw. Aufl. Köln 1990.
- František Šmahel: Die Hussitische Revolution. 3. Bde. Hannover 2002 (Monumenta Germaniae Historica 43). Tschechische Ausgabe Praha 1995/96 (2., erw. Aufl.)

Jahrbücher, Zeitschriften

- *Husitský Tábor* [Hussitisches Tabor], http://www.husitskemuzeum.cz/ht/

Weblinks

- http://cms.flu.cas.cz/index.php (Seite des Zentrums für mediävistische Studien in Prag mit Digitalisierungen grundlegender, vornehmlich tschechischsprachiger Quellenwerke)
- http://www.husitskemuzeum.cz/ (Seite des Hussiten-Museums im südböhmischen Tabor/Tábor)
- http://www.bauernkriege.de/tabor.html (deutschsprachige Website zu Hussiten und Taboriten)
- http://www.husitstvi.cz/ (tschechischsprachige Internetseite zur Geschichte der Hussiten: Personen, Schlachten, Militärwesen, hussitisches Erbe)

Zitation

Thomas Krzenck: Hussiten. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2013. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/58493.html (Stand 22.08.2013).

I

Institut für Auslandsbeziehungen (ifa) (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Institut für Deutsche Ostarbeit, Krakau

1. Kurzbeschreibung der Institution

Das Institut für Deutsche Ostarbeit (IDO) wurde am 20. April 1940 auf Initiative des Generalgouverneurs Hans Frank gegründet und in Gebäuden der im November 1939 aufgelösten polnischen Jagiellonen-Universität im Zentrum von Krakau/Kraków etabliert. Vorausgegangen war die Errichtung des Generalgouvernements im Oktober 1939.

2. Aufgaben

Gegründet wurde das IDO zur "Fortführung und Steigerung" der "deutschen Forschungsarbeit im Osten". Es sollte "alle grundlegenden Fragen des Ostraums" wissenschaftlich klären und seine Erkenntnisse publizistisch verbreiten.[1]

Das Institut ging einerseits Aufgaben der sog. deutschen "Ostforschung" nach, die den deutschen Anspruch auf Raum und Menschen durch die Darstellung "deutscher Leistungen" in der Vergangenheit zu legitimieren versuchte. Ergebnis dieser Bemühungen waren einseitige Untersuchungen zum "Deutschtum", die tendenziöse Auseinandersetzung mit der polnischen Forschung sowie negative bzw. antisemitische Beiträge über Polen und Juden.[2]

Daneben führte das IDO eine auf aktuelle politische, wirtschaftliche und administrative Probleme ausgerichtete Forschungstätigkeit durch. Diese war eng mit der Verwaltung des Generalgouvernements verknüpft, arbeitete ihr zu und verstrickte sich dabei in die verbrecherische NS-Besatzungspolitik. Dies gilt insbesondere für die Sektion Rassen- und Volkstumsforschung, die intensiv mit der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge der Regierung des Generalgouvernements sowie mit SS-Stellen wie der "Volksdeutschen Mittelstelle" und dem Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums zusammenarbeitete.[3]


DEUTSCHE FORSCHUNG
IM OSTEN
MITTEILUNGEN DES INSTITUTS FÜR DEUTSCHE OSTARBEIT KRAKAU
BURGVERLAG KRAKAU GmbH.
VERLAG DES INSTITUTS FÜR DEUTSCHE OSTARBEIT

Titel der vom Institut für Deutsche Ostarbeit 1941–1944 herausgegebenen Zeitschrift *Deutsche Forschung im Osten*.

Finanziert wurde das IDO aus dem Haushalt des Generalgouvernements. Von Oktober 1940 bis Juli 1944 gab es die Vierteljahresschrift *Die Burg* heraus. Daneben erschien von Januar

1941 bis März 1944 die Zeitschrift *Deutsche Forschung im Osten*, in der vor allem die Beiträge der Mitarbeiter publiziert wurden. Ausstellungen, Tagungen, Vorträge und Schulungen dienten der Propagierung der "Deutschtumsarbeit".[4] Generalgouverneur Frank plante, das Institut zu einem späteren Zeitpunkt in eine deutsche Akademie der Wissenschaften umzuwandeln, die nach einem siegreichen Krieg in einer deutschen Kopernikus-Universität aufgehen sollte.[5]

3. Organisation

Dem IDO stand als Präsident Hans Frank vor. Der Direktor des Instituts war der Verwaltungsjurist Wilhelm Coblitz, einer von Franks mehrjährigen Mitarbeitern. Ihn ernannte der Generalgouverneur ebenso wie die Mitglieder des Kuratoriums, den wissenschaftlichen Leiter und die wissenschaftlichen Mitarbeiter.

Gegliedert war das IDO in mehrere geisteswissenschaftliche und naturwissenschaftliche Sektionen.[6] Zweigstellen bestanden in Warschau/Warszawa und Lemberg/L'viv. Insgesamt beschäftigte das IDO in den Jahren 1940–1945 188 deutsche Mitarbeiter und 150 polnische "Hilfskräfte",[7] die auf Anweisung und unter Kontrolle ihrer deutschen Vorgesetzten wirkten.[8]

4. Geschichte

In der Gründungsphase des Instituts ging es darum, ob und wie stark der Einfluss der "Nord- und ostdeutschen Forschungsgemeinschaft" (NOFG) auf das IDO und die Arbeit seiner geisteswissenschaftlichen Sektionen sein würde. Trotz anfänglichen Sondierungen lehnte Frank schließlich eine zu starke Einmischung von außen ab[9] und wollte stattdessen ein "eigenes Programm ohne irgendwelche Bevormundung" durchführen.[10]

Trotz einer üppigen finanziellen Ausstattung hatte das Institut während des Krieges große Probleme, qualifiziertes Personal zu rekrutieren. Es konnte überwiegend nur zweitrangige und bis dahin weitgehend unerfahrene Nachwuchswissenschaftler anstellen, die in der Regel der NSDAP angehörten.

1942/43 erfolgte eine Verlagerung des Tätigkeitsfeldes des IDO: Die geisteswissenschaftlichen Sektionen wurden weitgehend eingestellt bzw. ihre Mitarbeiter zur Wehrmacht eingezogen.[11] Dafür übernahm das Institut "kriegswichtige Aufgaben" im naturwissenschaftlichen Bereich. Seit Frühjahr 1943 betrieb das IDO in zwei neuen Sektionen Rüstungsforschung: In Lemberg entstand eine Sektion für chemische Forschung, in Krakau wurde eine Sektion Allgemeine Wehrwissenschaften eingerichtet.[12] Beide Abteilungen beschäftigten vor allem ukrainische und russische Naturwissenschaftler.

Im Sommer 1944 wurden im Zuge der Teilevakuierung der deutschen Dienststellen aus Krakau die Reste des IDO in zwei Schlösser (Miltach, Zandt) in Bayern ausgelagert. Die Sektion Landeskunde, die für die Wehrmacht Luftbildaufnahmen auswertete, verblieb noch bis Januar 1945 im Generalgouvernement. Ende Juli 1945 ordneten die amerikanischen Besatzungsbehörden die Auflösung des Instituts an.

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Sabine Arend: Die Kunsthistorische Sektion am Institut für Deutsche Ostarbeit im besetzten Krakau (1940–1945). In: Wojciech Bałus, Joanna Wolańska (Hg.): Die Etablierung und Entwicklung des Faches Kunstgeschichte in Deutschland, Polen und Mitteleuropa. Warszawa 2010 (Das gemeinsame Kulturerbe 6), S. 491-519; englische

Übersetzung: Dies.: The Art History Section of the Institut für Deutsche Ostarbeit in Occupied Cracow (1940–1945). In: Centropa 9 (2009) 3, S. 209-221.
- Michael Burleigh: Germany Turns Eastwards. A Study of Ostforschung in the Third Reich. Cambridge u. a. 1988, S. 230-253.
- Rudi Goguel: Über die Mitwirkung deutscher Wissenschaftler am Okkupationsregime in Polen im zweiten Weltkrieg, untersucht an drei Instituten der deutschen Ostforschung (Dissertation Humboldt-Universität Berlin). Berlin 1964, S. 132-175 [mit im Anhang abgedruckten Dokumenten zum IDO].
- Christoph Kleßmann: Die Selbstbehauptung einer Nation. Nationalsozialistische Kulturpolitik und polnische Widerstandsbewegung im Generalgouvernement 1939–1945. Düsseldorf 1971, S. 61-70.
- Ute Michel: Ethnopolitische Reorganisationsforschung am Institut für Deutsche Ostarbeit in Krakau 1941-1945. In: Bernhard Streck (Hg.): Ethnologie und Nationalsozialismus. Gehren 2000 (Veröffentlichungen des Instituts für Ethnologie der Universität Leipzig, Reihe Fachgeschichte 1), S. 149-168.
- Dirk Rupnow: Judenforschung im Dritten Reich. Wissenschaft zwischen Politik, Propaganda und Ideologie. Baden-Baden 2011, S. 131-137.
- Anetta Rybicka: Instytut Niemieckiej Pracy Wschodniej. Institut für Deutsche Ostarbeit. Kraków 1940–1945. Warszawa 2002.
- Gretchen E. Schafft: From Racism to Genocide. Anthropology in the Third Reich. Urbana 2004, S. 93-114.
- Michael Strobel: Werner Radig (1903–1985). Ein Prähistoriker in drei politischen Systemen. In: Arbeits- und Forschungsberichte zur sächsischen Bodendenkmalpflege 47 (2005), S. 283-320.
- Gerhard Volkmer: Die deutsche Forschung zu Osteuropa und zum osteuropäischen Judentum in den Jahren 1933 bis 1945. In: Forschungen zur osteuropäischen Geschichte 42 (1989), S. 177-182.
- Gordon Wolnik: Institut für deutsche Ostarbeit. In: Ingo Haar, Michael Fahlbusch (Hg.): Handbuch der völkischen Wissenschaften. Personen - Institutionen - Forschungsprogramme - Stiftungen. München 2008, S. 254-290.

Schriftenreihen und Periodika

- "Die Burg" (1940–1944)
- "Deutsche Forschung im Osten" (1941–1944)
- Schriftenreihe des Instituts für Deutsche Ostarbeit (1942–1944)
- Jahrbuch des Instituts für Deutsche Ostarbeit 1 (1941)

Anmerkungen

[1] Die Gründungsverordnung vom 19.4.1940 ist abgedruckt in: Wilhelm Coblitz: Das Institut für Deutsche Ostarbeit. In: Jahrbuch des Instituts für Deutsche Ostarbeit 1 (1941) (Krakau 1942), S. 7-57, hier S. 12f.; vgl. auch: Werner Präg, Wolfgang Jacobmeyer (Hg.): Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen 1939-1945. Stuttgart 1975, S. 172-175.

[2] Vgl. Rybicka: Instytut, S. 58-118.

[3] Michel: Ethnopolitische Reorganisationsforschung, S. 161.

[4] Themen der Ausstellungen waren u. a. "Germanenerbe im Weichselraum" (September 1941) und "Altdeutsche Kunst in Krakau und dem Karpathenland" (Juli 1942). Die Ar-

beitstagungen trugen bezeichnende Titel wie "Deutsche Kämpfer auf östlichen Vorposten" (Juni 1940), "Der Deutsche im Weichselraum" (Mai 1941), "Die Epoche des Ostens" (Oktober 1942) und "Deutsche Forschung im Vorkarpaten- und Weichselraum als Grundlage für praktische Volkstumsarbeit" (Februar 1943).

[5] Vgl. hierzu: Präg, Jacobmeyer: Diensttagebuch (wie Anm. 1), S. 394. Eintragung zum 4.9.1941.

[6] Im Folgenden werden die Sektionen, die Sektionsleiter und die wissenschaftlichen Mitarbeiter - soweit diese bekannt sind - genannt: Geschichte - Gerhard Sappok, Helmuth Werner, Erwin Hoff, Gerhard Brauns; Kunstgeschichte - Ewald Behrens, Heinz-Günther Oliass, Dorette Richter; Vorgeschichte - Werner Radig; Recht - Siegmund Dannbeck, Johann Werner Niemann; Rassen- und Volkstumsforschung (mit Referaten für Anthropologie, Ethnologie und Judenforschung) - Fritz Arlt, Anton Plügel, Heinrich Gottong, Erhard Riemann, Josef Sommerfeldt, Elfriede Fliethmann, Ingeborg Sydow; Wirtschaft - Walter Emmerich, Helmut Meinhold, Hans-Kraft Nonnenmacher, Erika Bochdam-Löptien; Landeskunde - Hans Graul, Ernst Fugmann, Otto Klippel, Gisela Hildebrandt; Landwirtschaft - Fritz Christiansen-Weniger, Rudolf Bräunig; Gartenkultur - Erich Maurer; Forst- und Holzwirtschaft - Kurt Mantel, Anton Kriesche.

[7] Rybicka: Instytut (wie Anm. 2), S. 165-172.

[8] Rybickas Vorwurf, dass einige polnische Mitarbeiter anscheinend bereitwillig ihren deutschen Vorgesetzten zuarbeiteten und somit partiell kollaborierten, löste eine scharfe Debatte zu diesem Thema in Polen aus. Vgl. hierzu Rybicka: Instytut (wie Anm. 2), S. 139-154 und die polemische Reaktion der Ehefrau eines der Beschuldigten: Teresa Bałuk-Ulewiczowa: Wyzwolić się z błędnego koła. Institut für deutsche Ostarbeit w świetle dokumentów Armii Krajowej i materiałów zachowanych w Polsce [Sich aus dem Teufelskreis befreien. Das Institut für Deutsche Ostarbeit im Licht der Dokumente der Heimatarmee und in Polen erhalten gebliebener Materialien]. Kraków 2004 (Arkana historii). Teresa Bałuk-Ulewiczowa weist zu Recht darauf hin, dass polnische Angestellte des IDO mit der polnischen Widerstandsbewegung zusammenarbeiteten und diese über das IDO informierten. Zudem behandelt sie die Tätigkeit der Sektion Chemie (S. 105-149 und im Anhang abgedruckte Originaldokumente).

[9] Vgl. hierzu Eduard Mühle: Für Volk und deutschen Osten. Der Historiker Hermann Aubin und die deutsche Ostforschung. Düsseldorf 2005 (Schriften des Bundesarchivs 65), S. 339-346; Rybicka: Instytut (wie Anm. 2), S. 11-25.

[10] Randt an Zipfel, 22.9.1940. Zitiert nach Goguel: Über die Mitwirkung, Anhang 3, Dokument 4, S. 101.

[11] Im Februar 1943 wurden die Sektionen Vorgeschichte, Geschichte und Kunstgeschichte zu einer "Historischen Sektion" zusammengelegt. Vgl. Burleigh: Germany Turns Eastwards, S. 284f.; Rybicka: Instytut (wie Anm. 2), S. 120.

[12] Präg, Jacobmeyer: Diensttagebuch (wie Anm. 1), S. 658, Besprechung am 8.5.1943.

Zitation

Stefan Lehr: Institut für Deutsche Ostarbeit, Krakau. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/53975.html (Stand 23.08.2012).

Institut für Heimatforschung, Käsmark (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Institut für Heimatforschung, Schneidemühl (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Institut für Ost- und Südosteuropaforschung (IOS), Regensburg → Südost-Institut, Regensburg

1. Kurzbeschreibung der Institution



Wissenschaftszentrum Ost- und Südosteuropa
Regensburg (WiOS)

Das Südost-Institut, eine außeruniversitäre Einrichtung zur Erforschung der Geschichte und Gegenwart Südosteuropas, wurde 1930 in München gegründet. 2007 wurde es auf Beschluss der bayerischen Staatsregierung von München nach Regensburg verlegt, wo es Bestandteil des Wissenschaftszentrums Ost- und Südosteuropa Regensburg sowie An-Institut der Universität Regensburg wurde. Nach Zusammenlegung mit dem Osteuropa-Institut änderte es mit Wirkung vom 1. Januar 2012 seinen Namen in "Institut für Ost- und Südosteuropaforschung" (IOS).

2. Aufgaben

Im Verlauf seiner mehr als achtzigjährigen Geschichte (siehe Pkt. 4) veränderten sich die Aufgaben des Südost-Instituts. In den letzten Jahren war es vor allem in folgenden Tätigkeitsfeldern aktiv: Forschung zur Geschichte Südosteuropas mit einem zeitlichen Fokus auf das 19. und 20. Jahrhundert sowie einer regional-vergleichenden Perspektive; Herausgabe einer historischen (*Südost-Forschungen*) und einer gegenwartsorientierten Zeitschrift (*Südosteuropa*) sowie einer historisch orientierten Buchreihe (*Südosteuropäische Arbeiten*); Erstellung von Grundlagenwerken (z. B. *Lexikon der Geschichte Südosteuropas* und *Geschichte Südosteuropas*, hg. v. K. Clewing und O. Schmitt); Betrieb einer Fachbibliothek und Aufbau elektronischer Forschungsumgebungen; Organisation von wissenschaftlichen Veranstaltungen; Lehre an der Universität Regensburg. Diese Aufgaben werden in dem neuen Institut weitergeführt. Finanziert wurde das Südost-Institut durch das bayerische Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst; darüber hinaus wurden Drittmittel eingeworben.

3. Organisation

Das Südost-Institut wurde von der Stiftung für wissenschaftliche Südosteuropaforschung, einer Stiftung des öffentlichen Rechts mit Sitz in Regensburg (bis 2007 in München), betrieben; die Stiftung existiert weiter, seit dem 1. Januar 2012 unter dem Namen "Stiftung für wissenschaftliche Ost- und Südosteuropaforschung", die das Institut für Ost- und Südosteuropaforschung trägt. Höchstes Stiftungsorgan war der Stiftungsrat, der u. a. das Direktorium des Instituts, bestehend aus dem Direktor und seinem Stellvertreter, bestellte. Die Direktoren des Instituts waren zumeist zugleich Professoren an einer bayerischen Universität.

4. Geschichte

Das Südost-Institut wurde am 23. Juni 1930 in München von Vertretern der bayerischen und der Reichsregierung im Kontext der revisionistisch motivierten historischen Beschäftigung mit den deutschen Bevölkerungsgruppen außerhalb des Deutschen Reiches gegründet. Geographisch lag die Aufgabe des Südost-Instituts zu Beginn weniger in Südosteuropa als in der Tschechoslowakei, in Österreich und in Südtirol. Der "Südosten" im Namen der Einrichtung ("Institut zur Erforschung des deutschen Volkstums im Süden und Südosten") war zunächst eng entlang der Reichsgrenzen definiert. Erster Leiter des Instituts war Karl Alexander von Müller (1882–1964), seit 1928 Professor an der Universität München und Anhänger des Nationalsozialismus. 1933 erschien der erste Band der Buchreihe des Instituts, die bis 1942 den Namen *Veröffentlichungen des Instituts zur Erforschung des deutschen Volkstums im Süden und Südosten in München und des Instituts für ostbairische Heimatforschung in Passau*, seither den auch heutigen noch aktuellen Namen *Südosteuropäische Arbeiten* trägt (bis 2011 143 Bände).



Standort des Südost-Instituts in München bis 2007.

Nach dem nationalsozialistischen Verbot der Beschäftigung mit Südtirol und unter der treibenden Kraft des ab 1935 am Institut beschäftigten, aus Ungarn stammenden Fritz Valjavec (1937 Geschäftsführer und ab 1943 stellvertretender Leiter des Instituts) verschob sich noch vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs der Schwerpunkt hin zu Südosteuropa und der Geschichte und Gegenwart seiner Staaten. Dies drückte sich nicht zuletzt in der starken Hinzuziehung führender südosteuropäischer Wissenschaftler in der 1935 gegründeten Institutszeitschrift und in deren Umbenennung (1940) von *Südostdeutsche Forschungen* in *Südost-Forschungen* aus. Valjavec sah das Südost-Institut als Organ einer "kämpfenden Wissenschaft" an, hatte aber zugleich genuines Interesse an der Geschichte Südosteuropas. Während des Zweiten Weltkriegs wurde das Südost-Institut in das Auslandswissenschaftliche

Institut (DAI) an der Friedrich-Wilhelms-Universität in Berlin und somit in die Strukturen der SS eingegliedert. Seine geringe Finanzierung deutet freilich darauf hin, dass ihm in diesem Kontext keine hohe Bedeutung zugemessen wurde. Bei einem Bombenangriff am 25. April 1944 wurde das Institutsgebäude getroffen und ein großer Teil der Bibliothek zerstört.

Formal existierte das Institut über das Kriegsende hinaus, faktisch nahm es seine Tätigkeit erst 1951 wieder auf. Die Wiederbelebung verdankte sich Fritz Valjavec, der trotz seiner vorherigen Verstrickungen in die nationalsozialistische Politik die bayerische Staatsregierung zu einer Wiederaufnahme der Förderung brachte. Eine am 26. Juli 1951 abgehaltene Stiftungsratssitzung markiert den Wiederbeginn der Tätigkeit des Südost-Instituts, anfangs unter dem Namen "Münchner Institut für Kulturforschung", den sich das Institut im März 1945 gegeben hatte. Gefördert wurde das Institut vom Freistaat Bayern und dem Bundesministerium des Inneren (ab 1977 durch das Auswärtige Amt).

In der wissenschaftlichen und personellen Ausrichtung gab es bis zum Tode Fritz Valjavec', der als geschäftsführender Direktor (bis 1955) bzw. Direktor (ab 1955) die Institutsarbeit auch nach dem Krieg maßgeblich bestimmte, Kontinuitäten aus der Zeit vor 1945; zur Geschichte trat aber nun vermehrt auch die Gegenwart Südosteuropas hinzu. Angesichts des Kalten Kriegs wurde die Untersuchung der aktuellen Lage der kommunistisch regierten Länder der Region forciert, wofür eine eigene Gegenwartsabteilung gegründet wurde. Von dieser Abteilung wurden seit 1952 die Zeitschrift *Wissenschaftlicher Dienst Südosteuropa* (seit 1982 *Südosteuropa*) und seit 1957 die Buchreihe *Untersuchungen zur Gegenwartskunde Südosteuropas* (bis 2006, insgesamt 37 Bde.) herausgegeben. Seit 1956 besorgte das Institut die *Südosteuropa-Bibliographie* (bis 1991), die Zugang zu in Zeiten des Kalten Kriegs sonst schwer erhältlichen bibliographischen Informationen verschaffte.

Unter dem neuen Institutsleiter Mathias Bernath (ab 1960) setzte sich die Expansion des Instituts fort. Dank Förderungen der DFG konnten das *Biographische Lexikon zur Geschichte Südosteuropas* (1974–1981) und die *Historische Bücherkunde Südosteuropa* (1978–1988) erstellt und veröffentlicht werden. An beiden Werken beteiligten sich zahlreiche Wissenschaftler aus der Region und aus westlichen Ländern, was die Bedeutung des Instituts für den wissenschaftlichen Austausch über die Blockgrenzen hinweg aufzeigte. Mit dem Einstieg des Auswärtigen Amtes als institutioneller Förderer (1977) konnten in der Gegenwartsabteilung weitere Länderreferate eingerichtet werden. Besondere Aufmerksamkeit genoss das Südost-Institut in den 1990er Jahren dank seiner Analysen zu den Kriegen im ehemaligen Jugoslawien sowie zu den Umbrüchen in Südosteuropa.

Der Beginn des 21. Jahrhunderts bedeutete eine Zäsur für das Institut: 2000 wurden die Mitarbeiter der Gegenwartsabteilung des Instituts in die neu geschaffene Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin (SWP) überführt und der Bund beendete seine Förderung. 2002 beschloss die bayerische Staatsregierung, das Institut aus München nach Regensburg zu verlegen (gemeinsam mit dem Osteuropa-Institut und dem Institut für Ostrecht). Im Gefolge des Umzuges und in Vorbereitung der zum 1. Januar 2012 vollzogenen Zusammenlegung mit dem Osteuropa-Institut erhöhte der Freistaat Bayern seine Zuwendung, was eine personelle Aufstockung erlaubte. Das Institut initiierte ein sechsbändiges *Handbuch zur Geschichte Südosteuropas*. Dieses Projekt, ebenso wie auch die Schriftenreihen und Forschungsvorhaben des Südost-Instituts werden unter dem neuen Institutsnamen "Institut für Ost- und Südosteuropaforschung" fortgeführt.

Direktoren des Südost-Instituts: Karl Alexander von Müller (1930–1935), Fritz Machatschek (1936–1945/51), Karl August Fischer (1951–1955), Fritz Valjavec (1955–

1960), Mathias Bernath (1960–1990), Edgar Hösch (1990–2007), Björn Hansen (kommissarisch, 2007–2008), Ulf Brunnbauer (2008–2011).

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Mathias Bernath: Das Südost-Institut. Rückschau und Ausblick. In: Südosteuropa 31 (1982), S. 375-379.
- Konrad Clewing: Das Südost-Institut - zu Geschichte und Funktionen einer spezialisierten außeruniversitären Einrichtung. In: Jahrbuch der historischen Forschung in der Bundesrepublik Deutschland. Berichtsjahr 2007. München 2008, S. 29-36.
- Karl Nehring: Geschichte des Südost-Instituts. In: Südost-Institut München 1930–1990. Mathias Bernath zum siebzigsten Geburtstag. München 1990 (Südosteuropa-Bibliographie, Ergänzungsband 2), S. 21-31.
- Gerhard Seewann: Das Südost-Institut. In: Mathias Beer, Gerhard Seewann (Hg.): Südostforschung im Schatten des Dritten Reichs. Institutionen - Inhalte - Personen. München 2004 (Südosteuropäische Arbeiten 119), S. 49-92.
- Krista Zach: Die Anfänge der deutschen Südosteuropaforschung und die Münchner Zeitschrift "Südost-Forschungen". In: Tübinger geographische Studien 128 (2000), S. 267-301.

Jubiläumsschriften und Periodika

- Südost-Institut München 1930–1990. Mathias Bernath zum siebzigsten Geburtstag. München 1990 (Südosteuropa-Bibliographie, Ergänzungsband 2).
- Karl Nehring (Hg.): Südost-Institut München 1930–2005. Edgar Hösch zum siebzigsten Geburtstag. München 2005 (Südosteuropa-Bibliographie, Ergänzungsband 5).
- Südosteuropa. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft (seit 1952). http://suedost-institut.de/suedosteuropa.htm
- Südost-Forschungen. Internationale Zeitschrift für Geschichte, Kultur und Landeskunde Südosteuropas (seit 1935). http://suedost-institut.de/suedost-forschungen.htm
- Südosteuropäische Arbeiten (seit 1933). http://suedost-institut.de/suedosteuropaeische-arbeiten.htm

Weblinks

- http://suedost-institut.de/
- http://www.ios-regensburg.de/ (Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, IOS)
- http://www.wios-regensburg.de/ (Wissenschaftszentrum Ost- und Südosteuropa Regensburg, WiOS)

Zitation

Ulf Brunnbauer: Südost-Institut, Regensburg. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/53868.html (Stand 04.05.2012).

Integration (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

J

Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrat

1. Kurzbeschreibung

Der Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrat e. V. (HFR) ist eine 1950 gegründete, bundes- und landesgeförderte Vereinigung von Wissenschaftlerinnen, Wissenschaftlern und Gelehrten. Aufgabe und Ziel des HFR ist es, die Erforschung des östlichen Europa in europäischen Bezügen in Hinsicht auf historische, sozialwissenschaftliche und kulturelle Fragestellungen zu fördern. Der Sitz des HFR befindet sich in Marburg.

2. Aufgaben und Tätigkeit

Laut gültiger Satzung vom 22. Oktober 2010 hat der HFR die Aufgabe, "die Erforschung des östlichen Mitteleuropa in europäischen Bezügen zu fördern. Dies geschieht durch Förderung wissenschaftlicher Vorhaben sowie durch die Publikation von Forschungsergebnissen".[1] Der regionale Schwerpunkt seiner Tätigkeit liegt auf den historischen preußischen Ostprovinzen und den Siedlungsgebieten von Deutschen im östlichen Europa. Die Arbeit des HFR ist interdisziplinär ausgerichtet und umfasst insbesondere die Organisation internationaler Fachtagungen, die Durchführung von Forschungsprojekten, die Nachwuchsförderung und die Herausgabe wissenschaftlicher Publikationen. Bis 1993 gehörten auch die Trägerschaft und der Ausbau des vom HFR 1950 gegründeten Johann-Gottfried-Herder-Instituts (seit 2012 Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung – Institut der Leibniz-Gemeinschaft) in Marburg zu den Aufgaben des HFR. Seit 2006 gibt der HFR die wissenschaftliche Monographien-Reihe *Völker, Staaten und Kulturen in Ostmitteleuropa* heraus.

3. Organisation

Organe des HFR sind die Mitgliederversammlung und der Vorstand, der von einem Präsidenten und einem Vizepräsidenten geleitet wird. Die Zahl der ordentlichen Mitglieder, die auf Vorschlag des Vorstandes von der Mitgliederversammlung mit Zweidrittelmehrheit gewählt werden, ist auf 75 begrenzt. Ferner gibt es Ehrenmitglieder, fördernde Mitglieder und korrespondierende Mitglieder (Gesamtmitgliederzahl 2013: 111) sowie Mitglieder der vom HFR gebildeten Fachkommissionen für die Sachgebiete Musikkultur, Religions- und Kirchengeschichte, Volkskunde, Sprache und Literatur, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und Zeitgeschichte.

4. Geschichte und Entwicklung

Der HFR wurde 1950 als akademieähnliche Vereinigung zur Erforschung der historischen deutschen Ostgebiete und Ostmitteleuropas gegründet. Die Gründung erfolgte durch Geistes- und Sozialwissenschaftler unterschiedlicher Disziplinen (u. a. Hermann Aubin, Josef Hanika, Eugen Lemberg, Kurt Oberdorffer, Bruno Schier, Wilhelm Weizsäcker), die durch Herkunft und Forschungsinteresse den ehemaligen Siedlungsgebieten von Deutschen im östlichen Europa verbunden waren. Angesichts des politischen Hintergrundes der deutschen Geschichtswissenschaft generell und somit auch des HFR infolge der Tätigkeit von Wissenschaftlern in der NS-Kultur- und Wissenschaftsverwaltung bzw. ihrer bisherigen, dem nationalsozialistischen Weltbild zum Teil affinen Publikationen, war die Gründung nicht unproblematisch. Kontinuitäten bestanden durch die Biographien der im HFR aktiven Wissenschaftler sowie in der Methodik und im Vokabular. Im Kontext der zeitgenössischen Geschichtswissenschaft knüpfte auch der HFR unter seinem ersten Präsidenten Hermann Aubin zunächst an Forschungsmethoden und -ergebnisse der Zwischenkriegszeit an, sodass dessen wissenschaftliche Arbeit etwa bis Mitte der 1960er Jahre auch vom Ansatz der sog.

Ostforschung geprägt war. Die "Ostforschung", die ihren Ursprung in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg hatte, lieferte zwar zuverlässige Forschungsergebnisse, orientierte sich jedoch wissenschaftlich stark am Deutschtumsparadigma. Dies brachte ihr in der frühen Bundesrepublik den Verdacht des Revanchismus ein und bot Anlass für die Entstehung einer inhaltlich entgegengesetzt konzipierten "Westforschung" in Polen. Im Rahmen des sich in den 1970er Jahren entwickelnden Wissenschaftsdiskurses trug der HFR maßgeblich zur Modernisierung und Internationalisierung der historischen und kulturgeschichtlichen Ostmitteleuropaforschung bei und trat frühzeitig für transnationale Sichtweisen und Methoden ein. So knüpfte er lange vor der politischen Wende 1989/90 Kontakte zu wissenschaftlichen Institutionen in Ostmitteleuropa und baute die von ihm bis 1993 herausgegebene *Zeitschrift für Ostforschung* (s. u.) zu einem zentralen, international anerkannten Fachorgan aus, in dem regelmäßig auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Ostmitteleuropa publizierten.

Der HFR regte die (Wieder-)Begründung von Historischen Kommissionen für die historischen deutschen Regionen und Siedlungsgebiete im östlichen Europa an und bildete innerhalb des eigenen Vereins die oben genannten Fachkommissionen, die bis in die Gegenwart jeweils eine selbständige wissenschaftliche Tätigkeit entfalten. Die Aktivitäten des HFR wurden nach seiner Gründung zunächst vom Bund, seit 1977 von Bund und Ländern finanziert.

Der HFR war bis 1993 Trägerverein des Herder-Instituts in Marburg. Eine Zäsur in der Geschichte und der Tätigkeit des HFR bildete die rechtliche Trennung vom Herder-Institut, die auf Empfehlung des Wissenschaftsrates erfolgte und am 1. Januar 1994 in Kraft trat. Die Trennung hatte zur Folge, dass der HFR die Trägerschaft am Herder-Institut verlor und bislang gemeinsam durchgeführte Projekte in die alleinige Zuständigkeit des Herder-Instituts übergingen, insbesondere die gemeinsame Herausgabe von Publikationen (u. a. der vom HFR 1952 gegründeten *Zeitschrift für Ostforschung*, ab Bd. 44, 1995 *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung*, und mehrere Buchreihen). Der HFR und die sieben Historischen Kommissionen für die Geschichtsregionen im östlichen Europa mit deutschem Bevölkerungsanteil sind aktuell zusammen mit weiteren Einrichtungen Mitglieder des Trägervereins "Herder-Institut e. V." und werden über den Haushalt des Herder-Instituts weiterhin zu gleichen Teilen von Bund und Ländern gefördert.

Präsidenten des HFR

- Prof. Dr. Hermann Aubin, Historiker (1950–1959)
- Prof. Dr. Eugen Lemberg, Soziologe (1959–1963)
- Prof. Dr. Günther Grundmann, Kunsthistoriker (1963–1972)
- Prof. Dr. Kurt Dülfer, Archivar (1972–1973)
- Prof. Dr. Dr. Bernhard Stasiewski, Kirchenhistoriker (1974–1984)
- Prof. Dr. Gotthold Rhode, Osteuropahistoriker (1984–1990)
- Prof. Dr. Hans Lemberg, Osteuropahistoriker (1990–1996)
- Prof. Dr. Dietmar Willoweit, Rechtshistoriker (1996–2002)
- Prof. Dr. Klaus Roth, Volkskundler/Ethnologe (2002–2008)
- Dr. Andreas Lawaty, Historiker (2008–2011)
- Prof. Dr. Reinhard Johler, Volkskundler/Ethnologe (seit 2011)

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Jörg Hackmann: Johann Gottfried Herder-Institut und -Forschungsrat. In: Ingo Haar, Michael Fahlbusch, Michael Berg (Hg.): Handbuch der völkischen Wissenschaften. Personen – Institutionen – Forschungsprogramme – Stiftungen. München 2008, S. 303-307.
- J. G. Herder-Forschungsrat (Hg.): Fünfunddreißig Jahre Forschung über Ostmitteleuropa. Veröffentlichungen der Mitglieder des J. G. Herder-Forschungsrates 1950–1984. Bearb. von Hermann Böhm. Marburg/L. 1985 (Bibliographien zur Geschichte und Landeskunde Ostmitteleuropas 1).
- Hans Lemberg (Red.): Die Arbeit des Forschungsverbundes Ostmitteleuropa in den Jahren 1990–1996. Historische Kommissionen. J. G. Herder-Forschungsrat mit seinen Fachkommissionen. Hg. als Manuskript des J. G. Herder-Forschungsrates. Marburg 1997.
- Hugo Weczerka (Hg.): Aspekte der Zusammenarbeit in der Ostmitteleuropa-Forschung. Tagung des Herder-Instituts und des J. G. Herder-Forschungsrates am 22./23. Februar 1994. Marburg 1996 (Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung 1).
- Hugo Weczerka: Johann Gottfried Herder-Forschungsrat. In: Erwin Oberländer (Hg.): Geschichte Osteuropas. Zur Entwicklung einer historischen Disziplin in Deutschland, Österreich und der Schweiz 1945–1990. Stuttgart 1992 (Quellen und Studien zur Geschichte des östlichen Europa 35), S. 256-275.
- Hugo Weczerka: 1950. 50. Gedenkjahr. Gründung des Johann Gottfried Herder-Forschungsrates und des Johann Gottfried Herder-Instituts in Marburg an der Lahn. In: Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Ostdeutsche Gedenktage 2000. Persönlichkeiten und historische Ereignisse. Red.: Peter Mast. Bonn 1999, S. 384-392.

Buchreihe

- Völker, Staaten und Kulturen in Ostmitteleuropa, München (2006ff.)

Weblinks

- www.herder-forschungsrat.de/forschungsrat/ (Internetseite des HFR)

Anmerkungen

[1] Vgl. die Satzung des HFR vom 22. Oktober 2010. URL: www.herder-forschungsrat.de/forschungsrat/ (Zugriff am 07.07.2013)

Zitation

Matthias Weber: Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrat. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/53981.html (Stand 17.07.2013).

Juden (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Jugoslawiendeutsche → Jugoslawien

Sieh Joguslawien (Länder

K

Karpatendeutsche → Karpato-Ukraine

Siehe Karpato-Ukraine (Regionen)

Kartographie → Landkarten (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Katholiken (Römisch-Katholische)

1. Genese und Definition

Die ursprüngliche Begrifflichkeit der (geographischen) Universalität beziehungsweise Allgemeinheit (καδολικός = das Ganze) verschmolz in der Zeit der Reformation mit der Konnotation der Rechtgläubigkeit zur Bezeichnung der konkreten katholischen Konfessionskirche in Abgrenzung zum Protestantismus. Auch Martin Luther (1483-1546) und Johannes Calvin (1509-1564) nahmen die Katholizität für ihre Kirchen in Anspruch, allerdings nicht für die irdische Institution, sondern für die überweltliche, geistlich-unsichtbare Größe. Bei fortschreitender Differenzierung meint der Begriff heute alle historisch fassbaren Erscheinungsformen des katholischen Christentums.

2. Diskurse

Fiel für die Reformationskirchen bis ins 20. Jahrhundert hinein katholische Kirche und Katholizismus in eins, so differenzierte die katholische Seite seit dem 19. Jahrhundert zwischen der hierarchisch verfassten Amtskirche mit ihrem dogmatischen Lehrgebäude und der kulturell-sozialen Manifestation der römisch-katholischen Tradition.[1] Die soziale und politische Selbstorganisation der Katholiken seit dem fortgeschrittenen 19. Jahrhundert, verbunden mit den je eigenen Nationalismen in den europäischen Staaten, führte zu verstärkter Profilbildung – teilweise in Abgrenzung von der römischen Kirchenspitze – wie auch zu eigenen Organisationsstrukturen (Vereine, Parteien, Bischofskonferenzen etc.). Durch das Zweite Vatikanische Konzil (1962-1965) wich die teilweise polemisch abgrenzende Note in der Begrifflichkeit einer ökumenischen Annäherung.

3. Historischer Abriss

Die Gegenreformation (Rekatholisierung) in Ostmitteleuropa

In der Frühen Neuzeit erfasste der Katholizismus unter den Deutschen in Ostmitteleuropa in sehr unterschiedlicher Ausprägung zumeist eine Minderheit; vor allem in den großen Städten bekannten sich weite Teile der Bevölkerung und zahlreiche Räte zur lutherischen und reformierten Konfession. Das Konzil von Trient (1545-1563) entwarf ein neues Selbstbild der Kirche, das zentral strukturiert und, vermittelt durch die Römische Kurie (Nuntien etc.) und die Reformorden (bes. Jesuiten), über die politischen und kirchlichen Eliten der Region popularisiert wurde. Neben der strikten dogmatischen Abgrenzung von anderen Bekenntnissen führte dieser als Konfessionalisierung bezeichnete komplexe historische Fundamentalvorgang in Ostmitteleuropa zu einer höchst effektiven Interaktion zwischen katholischer Kirche und entsprechendem Landesherrn, die weitreichende Folgen auch für die moderne Staatswerdung und eine disziplinierte Gesellschaft hatte.

Böhmen und Mähren:
In Böhmen, Mähren und Schlesien, wo durch die hussitischen Auseinandersetzungen des 15. Jahrhunderts das römische Bekenntnis in schwere Bedrängnis geraten war, verbanden sich Glaubensfragen mit der politischen Emanzipation der Stände. Erste Rekatholisierungsbestrebungen setzten bereits im ausgehenden 15. Jahrhundert vonseiten des böhmischen

Königs ein; weitere politisch-religiöse Unruhen führten aber schließlich dazu, dass die altkirchliche Konfession in Böhmen auf die nördlichen, westlichen und südlichen (Rosenberger) Landesteile und auf wenige Städte (v.a. Pilsen/Plzeň und Budweis/České Budějovice) beschränkt blieb und so der faktische Verlierer der böhmischen Religionsfreiheit wurde. Das Auftreten der Franziskanerobservanten und Karmeliten brachte der Seelsorge und den Wallfahrten neue Impulse. Die konfessionellen Auseinandersetzungen in den Ländern der Wenzelskrone erfuhren durch den Beginn der Habsburgerherrschaft 1526 kaum eine Änderung. Bei sich weiter verschärfender konfessioneller und ständischer Polarisierung wurde das Luthertum auf den Adelsgütern im deutschsprachigen Nordböhmen und in den Städten willig und sehr früh angenommen; das Täufertum breitete sich vor allem durch die Protektion des Hochadels in Südmähren aus. Erst die Berufung der Jesuiten nach Böhmen, Mähren und Schlesien um die Mitte des 16. Jahrhunderts konnte diesen Trend stoppen. Ihre Predigten, die Eliteseelsorge und das moderne Schulwesen der Patres, die von den Habsburgern (deren Beichtväter Jesuiten waren) und den Nuntien gefördert und protegiert, häufig vom katholischen Landesherrn und den Bischöfen berufen und finanziert wurden, führten in deren Gebieten vor allem in der zweiten Generation zu einer durchgreifenden Rekatholisierung, die nach der Schlacht am Weißen Berg 1620 in Böhmen und Mähren planmäßig und rigoros durchgesetzt wurde. 1624 war der Katholizismus die allein anerkannte Konfession. Die Wechsel in den Grundherrschaften verstärkten diesen Prozess. Trotz der andauernden Kriegszeit konnten bereits damals deutliche Impulse für eine erneuerte Seelsorge, Bildung, Kunst und Architektur vermittelt werden. Die Wiederbelebung der alten Wallfahrten und die Schaffung neuer konzentrierte sich weitgehend einheitlich auf die Muttergottes, die nun zum überall sichtbaren Symbol der siegreichen ‚reinen' und ‚wahren' Kirche wurde (Mariensäulen, Loreto-Heiligtümer etc.). Die gegenreformatorische Propaganda versuchte mit allen medialen Mitteln durch Überwältigung, Kunstsinn und Massenbewegung die Untertanen zu gewinnen.

Schlesien:
Vergleichbares lässt sich zu Schlesien sagen, wo der Hussitismus allerdings ohne nennenswerten Einfluss geblieben war; zwischen Lutheranern und Altkirchlichen bildete sich im 16. und 17. Jahrhundert eine Art nachhaltige konfessionelle Koexistenz aus (zementiert in der Altranstädter Konvention 1707). Breslau/Wrocław, Liegnitz/Legnica sowie Jägerndorf/Krnov und Troppau/Opava mit den Fürstentümern Oppeln/Opole und Ratibor/Racibórz nahmen die Reformation an. Die Gegenreformation setzte in Schlesien – von Böhmen gefördert und beeinflusst – etwa 20 Jahre später als dort ein. Auch die Folgen der Schlacht am Weißen Berg waren für Schlesien glimpflicher als für Böhmen/Mähren (Dresdener Akkord). Mit der allmählichen Festigung der kaiserlich-katholischen Position fiel eine Reihe von Fürstentümern an den Katholizismus zurück, und das Breslauer Bistumsland wurde verstärkt rekatholisiert. Die politische Zersplitterung und der landesherrliche Vormarsch der Habsburger förderten über das gesamte 17. Jahrhundert hinweg die Ausbreitung des Katholizismus in Schlesien, selbst in der Hauptstadt Breslau. Höhepunkt dieser Entwicklung war die Gründung der dortigen Jesuitenuniversität Leopoldina 1702 mit ihren zwei Fakultäten. Ähnlich wie in den übrigen, häufig schon im 16. Jahrhundert gegründeten Hochschulen der Gesellschaft Jesu in Ostmitteleuropa trug die Leopoldina bis ins 18., teilweise bis ins 19. Jahrhundert hinein zu einer modernen Formierung der Geistlichkeit in den entsprechenden Landesteilen bei; die in Olmütz/Olomouc und Braunsberg/Braniewo (als Pendant zu Königsberg/Kaliningrad) errichteten reichten sogar bis in den baltischen und skandinavischen Bereich. Den Jesuitenkollegien und Universitäten waren häufig Konvikte und Alumnate angegliedert, die eine frühzeitig disziplinierte geistliche Elite heranbildeten und wie die neu gegründeten Druckereien weite überregionale Strahlkraft besaßen. Erst in der Zeit der Aufklärung ließ ihre Bedeutung durch den Zeitgeist, die Auflösung des Jesuitenordens 1773 und

in Schlesien durch den Übergang an die preußische Herrschaft (1742) stark nach. Außerdem kamen in der Barockepoche Piaristen und Ursulinen zu konfessionellen Ausbildungs- und Formierungszwecken ins Land.

Preußen:
In Preußen waren die kirchenpolitischen Verhältnisse anders, auch wenn es hier bei der Umsetzung der Gegenreformation zahlreiche Parallelen gab. Der verbliebene Deutschordensstaat wurde 1525 in ein weltliches Territorium mit protestantischem Bekenntnis umgewandelt, die Bistümer mit ihren Territorien bald danach säkularisiert. Einzig die Diözese Ermland blieb mit ihrer Bevölkerung dauerhaft katholisch. Sie wurde durch tatkräftige, römisch gesinnte Bischöfe (*Hosius*), Jesuiten und ihre Universität zum Motor der Gegenreformation auch im benachbarten königlichen Preußen, wo die großen Städte Danzig/Gdańsk, Thorn/Toruń und Elbing/Elbląg mit ihrer weitgehenden politischen Autonomie das protestantische Bekenntnis angenommen hatten. Dort wurden die meisten Klöster säkularisiert; punktuell blieb aber noch der katholische Kultus erhalten. Sowohl der polnische König in Verbindung mit den Bischöfen und dem Nuntius als auch etliche Adlige, die zum Katholizismus zurückgekehrt waren, förderten im 17. Jahrhundert den zähen katholischen Vormarsch durch die Ansiedlung von Reformorden, Schulen und Kirchenbauten in oder bei den Städten. Die Erfolge dürfen als nicht allzu groß veranschlagt werden – schon aufgrund des politischen Widerstands der Stadträte und des Mangels an Geistlichen in der Region. Dagegen gewann der Katholizismus in den ländlichen Bereichen des königlichen Preußens bis ins 18. Jahrhundert hinein bedeutend an Boden. In jener Zeit schien auch die religiöse Toleranz in Polen durch das Thorner Blutgericht (1724) am Ende. Auf viel geringerem Niveau als in Böhmen oder Schlesien entwickelte sich aber auch in den preußischen Territorien das Wallfahrtswesen, das vielfach an spätmittelalterliche Verehrungsorte anknüpfte (Marienwerder, Heiligelinde etc.) und die typischen Elemente der Barockfrömmigkeit aufwies

Baltikum:
Im Baltikum kam es in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts zu einer zum Teil gewaltsamen Einführung des lutherischen Bekenntnisses (Vertreibung der Ordensleute, Bilderstürme) durch den Antagonismus zwischen Ständen und Bischof/Klöstern. Erst unter Stephan Báthory (1533-1586) setzte die Gegenreformation in Livland, das nun unter polnisch-litauischer Herrschaft stand, wiederum mit Hilfe von Jesuiten und anderen Reformorden, ein; Estland wie auch die Bistümer blieben aber für den Katholizismus verloren. Zahlreiche Stadtkirchen gelangten nun wieder in katholische Hand. Die schwedische Herrschaft in Verbindung mit der zumeist antikatholischen Ritterschaft machten im 17. Jahrhundert solche Erfolge auch in Livland wieder zunichte.

Ungarn:
Das im 17. und beginnenden 18. Jahrhundert von der Türkenherrschaft befreite Ungarn erhielt durch nachrückende ausländische Siedler ein neues konfessionelles Gesicht. Die katholische Kirche wurde als eine der wenigen Grundherren mit ihrem Besitz restituiert (ca. 21 % des Bodens). Trotz gesetzlich verankerter konfessioneller Toleranz erhielten bei der Wiederbesiedlung vor allem in den Städten katholische Deutsche den Vorzug, die in den nächsten Jahrzehnten bis in die städtische Verwaltung hinein eigene Strukturen und Traditionen ausbildeten. So konnte sich der Katholizismus bis in die Grenzgebiete hinein weiter ausbreiten.

Herausbildung des sozialen und politischen Katholizismus

1742 beziehungsweise durch die Teilungen Polens kamen Schlesien und Westpreußen unter preußische Herrschaft, die den katholischen Bestand und die Strukturen nicht stärker als der

aufgeklärte Zeitgeist veränderte. Die Barockfrömmigkeit mit ihrer disziplinierenden Funktion fand immer weniger Propagatoren, dafür aber die Kritik der Aufklärung. Die friderizianische Religionstoleranz erhielt anfangs sogar die Jesuitenschulen, Seminare und Universitäten zur Ausbildung des landeseigenen Nachwuchses. Erst gegen Ende des 18. Jahrhunderts wurden in großem Stil geistlicher Besitz säkularisiert und Ordensniederlassungen aufgelöst; der große Aderlass für das kirchliche Vermögen erfolgte in Preußen 1810 in der Säkularisierung der Stifte, Klöster und Kommenden sowie der bischöflichen Güter und des Domkapitels von Breslau. Nach den napoleonischen Kriegen fand man daher zu einer Neuordnung kirchlicher Strukturen in Preußen (*De salute animarum* 1821) und zu einer finanziellen Entschädigung durch staatliche Dotationen und Leistungen. In der Folgezeit blühte ein ganz neuer Katholizismus auf, der weniger die Eigentraditionen pflegte als stärker soziale Funktionen und einen deutlichen Rombezug inkorporierte. Neue Orden breiteten sich vor allem in Schlesien (weibliche sozial-karitative Institute) und den Sudetengebieten (bes. Redemptoristen) aus; sie übernahmen die Seelsorge und die alten Wallfahrtsorte, die zu bislang unbekannter Blüte geführt wurden.

So wie das gesamte kirchliche Leben qualitativ und quantitativ auflebte, so entwickelten sich seit etwa der Jahrhundertmitte vor allem im preußischen und sudetendeutschen Raum der soziale und politische Katholizismus als neue Erscheinungsform, die in modernen Organisationsformen Hunderttausende von Katholiken einband. Gut organisierte christliche Gewerkschaften, Parteien, Berufsverbände und Volksvereine adaptierten die moderne Welt der Industrialisierung, gaben glaubensspezifische Antworten (ohne jede konfessionelle Polemik) und meldeten in der Öffentlichkeit und Politik Mitspracherechte an. Der politische Katholizismus bildete in Breslau (Bischof Melchior von Diepenbrock [1798-1853]) und dem übrigen Schlesien seit der Jahrhundertmitte ein für ganz Deutschland einflussreiches Zentrum aus, das bis 1933 wirksam blieb. Da seine Stoßrichtung nicht unbedingt parallel zu der des Episkopats und der Römischen Kurie verlief, kam es hier verschiedentlich zu Dissonanzen. Insgesamt betrachtet stärkten diese neuen Formen des Katholizismus das Pfarreiwesen und übertrugen den Pfarrgeistlichen ganz neue Aufgaben.

Katholizismus und Nationalismus

Der um die Mitte des 19. Jahrhunderts aufkommende Nationalismus muss für die Deutschen in Ostmitteleuropa sehr differenziert betrachtet werden: Ging es in den preußischen Gebieten um eine angemessene Polenseelsorge, so schloss sich der deutschsprachig-habsburgtreue Episkopat in den böhmischen Ländern sehr zögerlich den tschechisch/slawischen Bekenntnisfeierlichkeiten an (bes. Velehrad, Kyrill/Method-Kult). Der nationalpolitische Spagat der Kirche mündete in Preußen nach 1871 in den Kulturkampf, der zu einer Machtprobe zwischen der monolithisch gefestigten Kirche und dem liberalen Staat wurde: Zahlreiche Pfarreien und Bistümer wurden nicht mehr besetzt, Seelsorge und Sakramentenspendung eingeschränkt und durch staatliche Gesetze streng reglementiert. Nur die Geschlossenheit des Katholizismus in jenen Gebieten konnte ein völliges Austrocknen des kirchlichen Lebens verhindern. Der Ultramontanismus und die innerkirchlichen Auseinandersetzungen nach dem Ersten Vatikanischen Konzil (1869-1870) fachten stellenweise staatliche Repressionen weiter an. In den ungarländischen Gebieten kam es schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu einer Magyarisierung auch des kirchlichen Lebens (Sprache etc.) beziehungsweise einer Verschärfung der nationalen Unterschiedlichkeit, allerdings ohne die Ausbildung eines prononcierten Deutschtums. Die Deutschen, die dort meist katholisch waren, lebten in West- und Südungarn, in Kroatien, Slawonien und Ofen-Pest.

Der Erste Weltkrieg führte vor allem in den preußischen Gebieten zu einer gesellschaftspolitischen Rehabilitation der Katholiken, die im Anschluss durch die katholische Zentrums-

partei auch auf Reichsebene staatstragend wurden. Das Ergebnis des Krieges mit großen deutschen Gebietsverlusten in Ostmitteleuropa, einer politischen Parzellierung der Landkarte sowie dem Zusammenbruch des gesellschaftlichen und politischen Systems brachte für den gesamten Katholizismus die wohl größten Veränderungen seit der Reformation. Bei den Abstimmungskämpfen im deutschen Grenzsaum spielten Kirche und Katholizismus eine entscheidende politische Rolle. Trotz finanzieller Schwäche des Reiches durch Reparationen etc. wurden rasch ganz erhebliche Mittel in das Auslandsdeutschtum investiert – vor allem auch in katholische Institutionen wie Schulen, Kindergärten etc. –, die die Unterbindung von Assimilierung und die Anbindung an Deutschland bewirken sollten. Für diese Form von Revisionspolitik schien der Katholizismus den Berliner Ministerien ein besonders stabiler und verlässlicher Partner zu sein, zumal man sich seit 1919 auch auf konkordatärer Ebene für eine Absicherung des katholischen Auslandsdeutschtums eingesetzt hatte. Selbst die Reichskonkordatsverhandlungen waren in den zwanziger Jahren wesentlich motiviert vom Schutz des deutschsprachigen Katholizismus in Ostmitteleuropa. Dringlich wurden diese Verträge durch die Angleichung der Kirchengrenzen an die neue politische Grenzziehung, die Besoldung und Ausbildung der Kleriker und die Sicherung deutscher Minderheiten. Schon in den ersten Nachkriegsjahren wurde nahezu für den gesamten ostmitteleuropäischen Grenzraum eine neue Bistumsgliederung mit einer Vielzahl von neuen Diözesen eingerichtet, die weitgehend den Wünschen der neuen Staaten entsprachen – vor allem im Baltikum. Hier führte die (Wieder-)Errichtung der Diözese Riga/Rīga zu einem – wenn auch nur kurzen – Aufschwung des Katholizismus, an dem die Deutschen wegen zunehmender Abwanderung und Assimilierung kaum Anteil besaßen. Immerhin hatten sich die katholischen Deutschen im östlichen Landesteil Lettlands erfolgreich gegen die Russifizierung und die Überführung in die Orthodoxie gewehrt.

Viel einflussreicher waren die deutschen Katholiken in der Tschechoslowakei, die sich nach 1918 in einem laizistischen und antihabsburgischen Staat wiederfanden. Die relative Geschlossenheit und vielfältige Organisationsstruktur statteten den dortigen deutschsprachigen Katholizismus mit Resistenzkräften gegenüber einer wenig katholikenfreundlichen Politik der Prager Regierung (Hus-Feiern mit Abbruch der diplomatischen Beziehungen zum Vatikan) aus und verschafften ihm politisches Gewicht (Bund der Landwirte; Christlich Soziale Partei). Erst in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre entspannte sich die Situation merklich (zwei deutsche Minister).

Katholizismus im „Dritten Reich“ und Zweiten Weltkrieg

Wie überall im Reichsgebiet (und in der 1920 errichteten Freien Stadt Danzig mit 30 % katholischem Bevölkerungsanteil) wurde nun der Katholizismus radikal und systematisch aus der Öffentlichkeit verdrängt und politisch nicht konforme Geistliche, Lehrer und Aktivisten mit ihren Medien eliminiert. Der Katholizismus galt den Nationalsozialisten generell als Hort des Widerstands: Tatsächlich hatte die prägende Kraft des katholischen Vereins- und Verbandswesens seit mehr als zwei Generationen zu einer dichten Geschlossenheit von Klerikern und Laien geführt. Im Gegensatz dazu musste die nicht unbedeutend große, aber stark inhomogene Gruppe der katholischen Jugoslawiendeutschen (besonders Banat, Batschka und Baranya) nach 1918 (Aufteilung dieser Region auf mehrere neue Staaten) erst zueinander finden; für den Einzelnen blieb aber auch weiterhin die Alternative Assimilierung oder Dissimilierung bestehen, zumal man erst 1941 über eine eigene höhere Schule verfügte. Die Kapitulation Jugoslawiens 1941 ordnete die deutschen Katholiken für kurze Zeit neuen, scheinsouveränen Staatsgebilden zu. Bis 1944 wurde ein Teil von ihnen in das Reich umgesiedelt, von den restlichen Deutschen gelang nur wenigen nach 1945 die Flucht.

Die Kriegszeit erhöhte in den übrigen Gebieten den Druck auf die katholische deutsche Bevölkerung, vor allem durch Schließung von Schulen, Verhaftung von Geistlichen, Verschärfung der Sprachgesetze, Belastung der Seelsorge durch Aushilfen in den annektierten polnischen Gebieten. Die Wucht des Weltkriegs erfuhr jene Region erst 1944/45, die in Flucht und Austreibung mündete.

4. Bibliographie

Fachliteratur

- Stella Alexander: Church and State in Yugoslavia since 1945. Cambridge 1979.
- France M. Dolinar: Die katholische Kirche in Jugoslawien einst und heute. In: Walter Buchs (Bearb.): Die Verantwortung der Katholischen Journalisten für Kirche und Europa. Freiburg/Br. 1987, S. 19-28.
- Erwin Gatz (Hg.): Kirche und Katholizismus seit 1945. Bd. 2: Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa. Paderborn 1999.
- Jenö Gergely: Katolikus egyház, magyar társadalom 1890-1986 [Die Katholische Kirche in der ungarischen Gesellschaft 1890-1986]. Budapest 1989.
- Jerzy Kłoczowski: Dzieje chrześcijaństwa polskiego [Geschichte des polnischen Christentums]. Bd. 2. Paris 1991.
- Winfried König (Hg.): Erbe und Auftrag der schlesischen Kirche. 1000 Jahre Bistum Breslau. Dülmen 2001.
- Bolesław Kumor (Hg.): Historia Kościoła w Polsce [Polnische Kirchengeschichte]. Bd. 1-2. Poznań 1974-1979.
- Bolesław Kumor: Historia Kościoła [Kirchengeschichte]. Bd. 8: 1914-1992. Lublin 1995.
- Stefan Samerski: Die Katholische Kirche in der Freien Stadt Danzig 1920-1933. Köln, Weimar, Wien 1991 (Bonner Beiträge zur Kirchengeschichte 17).
- Ders.: Ostdeutscher Katholizismus im Brennpunkt. Der deutsche Osten im Spannungsfeld von Kirche und Staat nach dem Ersten Weltkrieg. Bonn 1999 (Historische Forschungen).
- Ders.: Olmütz als Drehkreuz des ostmitteleuropäischen Priesternachwuchses? Das Bildungsmäzenatentum der Olmützer Jesuiten im 16. bis 18. Jahrhundert. In: Joachim Bahlcke, Thomas Winkelbauer (Hg.): Schulstiftungen und Studienfinanzierung. Bildungsmäzenatentum in den böhmischen, österreichischen und ungarischen Ländern, 1500-1800. Wien, München 2011 (Veröffentlichungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung 58), S. 253-262.
- Ders.: „Päpstlicher als der Papst“? Preußen und die Jesuiten nach 1773. In: Bärbel Holtz (Hg.): Krise, Reformen und Kultur. Preußen vor und nach der Katastrophe von 1806. Berlin 2010 (Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte 11), S. 47-64.
- Anton Schindling, Walter Ziegler (Hg.): Die Territorien des Reichs im Zeitalter der Reformation und Konfessionalisierung: Land und Konfession 1500-1650. Bd. 2: Der Nordosten. Münster 1990 (Katholisches Leben und Kirchenreform im Zeitalter der Glaubensspaltung 50).
- Miklós Tomka: Religion und Kirche in Ungarn. Ergebnisse religionssoziologischer Forschung 1969-1988. Wien 1990.
- Luciano Vaccaro (Hg.): Storia religiosa dei popoli balcanici [Religionsgeschichte der Balkanvölker]. Milano 1983.
- Reinhard Wittram (Hg.): Baltische Kirchengeschichte. Göttingen 1956.

Periodika

- Glaube in der Zweiten Welt (Zürich 1973-2008), ab 2011: Religion und Gesellschaft in Ost und West (Zürich).
- Archiv für Schlesische Kirchengeschichte (Münster).
- Archiv für Kirchengeschichte von Böhmen, Mähren, Schlesien (Königstein/Ts.).

Anmerkungen

[1] Heinz Hürten: Kurze Geschichte des deutschen Katholizismus 1800-1960. Mainz 1986.

Zitation

Stefan Samerski: Katholiken (Römisch-Katholische). In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32723 (Stand 08.10.2014).

Kolonialismus

1. Begriff

Kolonialismus (lat. *colonia*: Niederlassung, Ansiedlung) bezeichnet eine auf den Erwerb und Ausbau von Kolonien gerichtete Politik.

2. Definition

Die Essenz des Begriffs "Kolonialismus" liegt in dem Leitmotiv der Expansion einer Gesellschaft über ihren bestehenden Siedlungsraum hinaus. Als Kolonialismus werden die Anstrengungen eines Kollektivs zur Errichtung und Stabilisierung einer Herrschaftsbeziehung über ein kulturell fremdes Kollektiv bezeichnet. Dem kolonisierten Kollektiv werden fundamentale Möglichkeiten einer selbstbestimmten Lebensführung genommen, wobei die Herrschaftsausübung typischerweise mit einer angenommenen kulturellen Überlegenheit und dem Gedanken einer zivilisatorischen Mission gerechtfertigt wird

3. Begriffserklärung

Der Historiker Jürgen Osterhammel nennt zwei entscheidende Merkmale zur Bestimmung des Kolonialismus: die Ausübung von Herrschaft über eine Gesellschaft und die mit ihr verbundene völlige Fremdsteuerung ihrer Entwicklung sowie die Konstruktion einer speziellen kulturellen Fremdheit zwischen Kolonisator und Kolonisierten. Ebenfalls von Bedeutung ist die Annahme einer Entwicklungsdifferenz zwischen Kolonisator und Kolonisierten, auf der die Kontrolle der kolonisierten Gesellschaft beruhen soll. Weitere Merkmale sind der Unwille der Kolonisatoren, sich an die Kultur der Kolonisierten anzupassen und die Forderung einer fast vollständigen Akkulturation der Kolonisierten an die kulturellen Normen des Kolonisators. Die Verknüpfung des Begriffs "Kolonialismus" mit dem der Herrschaft liegt nahe, birgt aber die Gefahr eines zu engen Verständnisses des Begriffs, das den vielfältigen kolonialen Realitäten nicht gerecht wird. Sebastian Conrad plädiert für ein weit gefasstes Verständnis des Begriffs, die Betonung der Konstruktion eines asymmetrischen Identitätsverhältnisses. Koloniale Verhältnisse in Grenzregionen oder Zwischenräumen treten neben die 'klassischen' kolonialen Beziehungen in den Fokus der Forschung. Kolonialismus hat demnach eine primäre und eine sekundäre Seite, zum einen die konkrete Ausübung von Herrschaft, zum anderen die Etablierung einer kolonialen Identität, beruhend auf der Produktion kolonialer Fremdheit.

Abgrenzung vom Imperialismus

Mit dem Begriff des "Imperialismus" werden alle Anstrengungen bezeichnet, die zum Aufbau transkontinentaler Imperien unternommen werden. Imperiales Handeln bedeutet insbesondere, die eigenen nationalstaatlichen Interessen im Kontext der internationalen Politik durchzusetzen. Kolonialismus ist demnach ein Spezialfall im Rahmen einer größer gefassten imperialen Weltpolitik.

Motive und Legitimation

Zu Beginn des modernen Kolonialismus dürften wirtschaftliche Interessen den Ausschlag für die koloniale Expansion gegeben haben. Der Bedarf der Europäer an Gewürzen, Farbstoffen, Gold und Sklaven ließ sich durch die Erschließung und Beherrschung neuer Bezugsquellen kostengünstig decken. Von Anfang an spielte der christliche Missionsgedanke eine wichtige Rolle im Prozess der kolonialen Expansion. Die Verbreitung des Christentums in der "heidnischen Welt" wurde im 19. Jahrhundert durch die "Zivilisierungsmission" abgelöst. Die "Hebung wilder Naturvölker" sollte dem Kolonialismus einen humanitären Anstrich verleihen; die "Rückständigkeit" der außereuropäischen Welt wurde als direkte Aufforderung zur Kolonisation verstanden. Ein weiteres Motiv für die koloniale Expansion stellte die Überbevölkerung Europas dar, die viele Menschen zur Auswanderung veranlasste und die Gründung von Siedlungskolonien zur Folge hatte. Zum Ende des 19. Jahrhunderts spielten imperialistische Rivalitäten der Kolonialmächte eine größer werdende Rolle für den kolonialen Expansionsprozess. Dies führte zu dem sogenannten Wettlauf um die Kolonisation der noch verbliebenen Weltgebiete. Koloniale Expansionsvorhaben bedurften des Zusammenwirkens mehrerer Triebfedern, um in die Tat umgesetzt zu werden.

4. Kolonialismus in Ostmitteleuropa

Die Abwendung der neueren Forschung von der "Salzwasser-These"[1] ermöglicht es, nach kolonialen Beziehungen in Europa zu fragen. Insbesondere die preußische Ostmarkenpolitik, der deutsche Osteuropadiskurs des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts, das Verhältnis des habsburgischen Reichs zu seinen Ostgebieten sowie die nationalsozialistische Expansionspolitik während des Zweiten Weltkrieges sind als Thema der Kolonialgeschichte interessant geworden. Im deutschen Osteuropadiskurs finden sich Parallelen auf der Ebene der Rhetorik und der Vorstellung, die die Interpretation des Diskurses als kolonialen Diskurs ermöglichen. Als Beispiel kann die sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts vollziehende Umdeutung des mittelalterlichen Landesausbaus zur kolonialen Mission des deutschen Volkes, die einer Legitimation der Germanisierungspolitik des Deutschen Reiches dienen sollte, angeführt werden. Ebenso kann die nationalsozialistische Besatzungspolitik als kolonial interpretiert werden. Hier finden sich Parallelen in Diskurs und Praxis, die für einen auf Osteuropa gerichteten Kolonialismus sprechen. Die Errichtung einer Herrschaft in den besetzten Gebieten zielte nicht auf eine temporäre Machtübernahme, sondern war darauf ausgerichtet, diese Gebiete auf unbegrenzte Zeit zu beherrschen und in den Dienst des Deutschen Reiches zu stellen. Koloniale Äußerungen Hitlers sind vor dem Hintergrund einer kolonialen Tradition im deutschen Raum nicht mehr nur als Ausdruck diktatorischen Größenwahns zu betrachten, sondern auch als Fortführung eines tief verwurzelten gesellschaftlichen Diskurses zu sehen.

5. Historischer Abriss

Als zeitlicher Rahmen des Phänomens eines modernen Kolonialismus gilt die Periode von der Ausdehnung des portugiesischen und spanischen Einflussbereiches auf Afrika und Südamerika bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs. Bei einer Zeitspanne, die knapp vier Jahrhunderte umfasst, kann nicht von einem einheitlichen und eindimensionalen historischen

Prozess des Kolonialismus ausgegangen werden. Vielmehr handelt es sich bei der langen Geschichte des Kolonialismus um eine Geschichte einzelner "Kolonialismen", die sich hinsichtlich ihres Kerns ähneln, aber auch zentrale Unterschiede aufweisen.

6. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Sebastian Conrad: Deutsche Kolonialgeschichte. München 2008.
- Johannes Feichtinger, Ursula Prutsch, Moritz Csáky (Hg.): Habsburg Postcolonial. Machtstrukturen und kollektives Gedächtnis. Innsbruck u. a. 2003 (Gedächtnis, Erinnerung, Identität 2).
- Jürgen Osterhammel: Kolonialismus. Geschichte – Formen – Folgen. 6. durchges. Aufl. München 2009.
- Winfried Speitkamp: Deutsche Kolonialgeschichte. Stuttgart 2005.
- David Spurr: The Rhetoric of Empire. Colonial Discourse in Journalism, Travel Writing and Imperial Administration. London 1993 (Post-Contemporary Interventions Series).

Anmerkungen

[1] Robert L. Nelson: Introduction. Colonialism in Europe? The Case against Salt Water. In: Ders: Germans, Poland and colonial expansion to the East. New York 2009, S. 1-10, hier S. 1.

Zitation

Christoph Kienemann: Kolonialismus. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2013. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/53969.html (Stand 31.01.2013).

Kryptokatholiken (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Kryptoprotestanten (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Kultur- und Wissenschaftsförderung nach § 96 BVFG

1. Kurzbeschreibung

Der § 96 des Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetzes (BVFG) verpflichtet Bund und Länder, die Sicherung und Erforschung der Kultur und Geschichte jener Regionen im östlichen Europa und in Osteuropa zu unterstützen, in denen früher Deutsche gelebt haben oder heute noch leben. Er bildet die gesetzliche Grundlage zahlreicher, insbesondere auch grenzüberschreitender Förderaktivitäten.

2. Kontext, Wortlaut und Inhalt

Mit dem 1953 in Kraft getretenen "Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge" (BVFG) wurden die Rahmenbedingungen für die Eingliederung der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler in die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland geschaffen. Der § 96 des BVFG, auch "Kulturparagraph" genannt, bildet die Grundlage für die

Fördermaßnahmen des Bundes und der Länder in den Bereichen Kultur und Wissenschaft. Die Förderung erfolgt nach dem Grundsatz der Subsidiarität. Die Urfassung vom 19. Mai 1953 wurde durch eine am 27. Juli 1957 in Kraft getretene, erweiterte Neufassung ersetzt, in der das Ausland als weiterer Adressat aufgenommen und zusätzliche Bereiche in die Förderung einbezogen wurden. In dieser bis heute gültigen Fassung hat der § 96 folgenden Wortlaut (Ergänzungen kursiv):[1]

§ 96 Pflege des Kulturgutes der Vertriebenen und Flüchtlinge und Förderung der wissenschaftlichen Forschung

"Bund und Länder haben entsprechend ihrer durch das Grundgesetz gegebenen Zuständigkeit das Kulturgut der Vertreibungsgebiete in dem Bewusstsein der Vertriebenen und Flüchtlinge, des gesamten deutschen Volkes *und des Auslandes* zu erhalten, Archive, *Museen* und Bibliotheken zu sichern, zu ergänzen und auszuwerten *sowie Einrichtungen des Kunstschaffens und der Ausbildung sicherzustellen und zu fördern*. Sie haben Wissenschaft und Forschung bei der Erfüllung der Aufgaben, die sich aus der Vertreibung und der Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge ergeben, *sowie die Weiterentwicklung der Kulturleistungen der Vertriebenen und Flüchtlinge* zu fördern. *Die Bundesregierung berichtet jährlich dem Bundestag über das von ihr Veranlasste."*

Unter dem von der spezifischen Diktion der 1950er Jahre geprägten Begriff "Vertreibungsgebiete" fasst das Gesetz jene Regionen Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas zusammen, in denen vor 1945 Deutsche gelebt haben oder heute noch leben: die historischen preußischen Ostprovinzen wie Ostpreußen, Pommern und Schlesien in den heutigen Staaten Litauen, Polen und Russland sowie die Siedlungsgebiete der Deutschen in den heutigen Staaten Estland, Kirgistan, Kasachstan, Kroatien, Lettland, Moldawien, Polen, Serbien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Turkmenistan, Ungarn, Ukraine, Rumänien, Russland, Weißrussland und anderen.



Die Friedenskirche in Jauer/Jawor (17. Jh.), seit 2001 eingetragen in die Liste des UNESCO-Weltkulturerbes. Die Sanierung des Fachwerks wurde u. a. aus Mitteln der Kulturförderung nach § 96 BVFG finanziert [Foto: U. Schaaf].

Thematisch umfasst der Paragraph die Geschichte und Kultur der Deutschen in den genannten Regionen und ihre Wechselwirkungen mit der Kultur und Geschichte der anderen Ethnien sowie mit den geschichtlichen und kulturellen Besonderheiten der jeweiligen Region. Erfasst werden auch die zeithistorischen Entwicklungen wie Umsiedlungen, Flucht und Ver-

treibungen der Deutschen im Kontext der Zwangsmigrationen während und nach dem Zweiten Weltkrieg, die Aussiedlungen und Spätaussiedlungen seit den 1950er Jahren, verstärkt in den 1990er Jahren, die Integration der Umsiedler, Vertriebenen und Flüchtlinge sowie der Aussiedler und Spätaussiedler in die deutsche Gesellschaft und ihr Beitrag zum Aufbau und zur Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland.

Neben der institutionellen Förderung einschlägiger Museen, Forschungsinstitute und weiterer Einrichtungen erfolgt die Projektförderung in den Bereichen Wissenschaft, Breitenarbeit, kulturelle Breitenarbeit und kulturelle Bildung, Archivgutsicherung, Denkmalrestaurierung u. a. Die Berichte der Bundesregierung an den Bundestag geben detailliert Auskunft über die Umsetzung der Vorgaben des § 96 BVFG.[2] Das Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa in Oldenburg (BKGE) hat die Aufgabe, die Bundesregierung in allen die Durchführung des § 96 BVFG betreffenden Fragen zu beraten und zu unterstützen.

3. Diskurse/Kontroversen

Die Kultur- und Wissenschaftsförderung nach § 96 BVFG steht von Beginn an im Spannungsfeld zwischen politischen und wissenschaftlichen bzw. fachlichen Entwicklungen und Interessen. Aus diesem Grund wurde sie im Rahmen der politischen und gesellschaftlichen Veränderungen seit Inkrafttreten des Gesetzes in Wissenschaft und Gesellschaft unterschiedlich bewertet. Dabei wurde einerseits die inhaltliche Ausrichtung allein auf die Deutschen kritisiert und andererseits die verstärkte Berücksichtigung der Wechselwirkungen mit anderen Ethnien und Kulturen gefordert. Umgekehrt wurde von bestimmten Interessengruppen der Anspruch formuliert, auf dieser Gesetzesgrundlage primär die Einrichtungen und die kulturpolitischen Anliegen der Vertriebenen und Flüchtlinge zu fördern.

4. Entwicklung der Förderung nach § 96 BVFG

Die Förderung nach § 96 BVFG erfolgte zunächst durch das Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (BMVt), bis dieses 1969 aufgelöst und in das Bundesministerium des Innern (BMI) überführt wurde. 1998 ging die Förderung weitgehend in die Zuständigkeit des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) über.



Kunstforum Ostdeutsche Galerie, Regensburg, Fassade mit Säuleninstallation von Magdalena Jetelová, Venceremos/Sale, 2006 [Foto: W. Schmidt].

In der frühen Bundesrepublik Deutschland standen die Wiederaufnahme bzw. die Fortsetzung der Förderung der Kultur und Forschung zu den historischen Ostgebieten ("Ostdeutschland") im Mittelpunkt der Förderung. Sie konzentrierte sich auf die neu gegründeten

kulturellen Einrichtungen, Initiativen und Verbände der Vertriebenen und Flüchtlinge (Landsmannschaften, Bund der Vertriebenen, kulturelle Vereine) sowie die neu konstituierten wissenschaftlichen Einrichtungen (etwa das 1950 gegründete Herder-Institut in Marburg). Mit der achtbändigen *Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa* (1953-1961) und der dreibändigen Publikation *Die Vertriebenen in Westdeutschland* (1959) wurden zwei Grundlagenwerke gefördert, deren - nicht unumstrittene - Wirkung bis in die Gegenwart reicht. Die neue Ostpolitik und der Warschauer Vertrag (1970) wirkten sich auch auf die Förderung nach § 96 BVFG aus. Nunmehr wurden die allgemeine deutsche Öffentlichkeit und auch das Ausland verstärkt berücksichtigt. Schließlich wurde die Förderung nach der politischen Wende von 1989/1990 den neuen internationalen Rahmenbedingungen angepasst.[3]

Heute stehen die Sicherung, museale Bewahrung und Präsentation in thematisch einschlägigen Landesmuseen, die auf internationale Kooperation gründende wissenschaftliche Forschung, kulturelle Bildungsarbeit und die Verständigung mit den östlichen Nachbarn im Vordergrund.

Das Ende des Kalten Krieges, die Vereinigung Deutschlands und die Osterweiterung der EU haben sich auch auf die Konzeption der Kulturförderung nach § 96 BVFG nachhaltig ausgewirkt: Die bis 1989 verwendete Bezeichnung "Ostdeutschland" wird im offiziellen Gebrauch nur noch auf die neuen deutschen Bundesländer angewendet, der Förderbereich ist mit "Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa" neu definiert und es wurde der Wechsel vom früheren Volkstums- zum Beziehungsparadigma vollzogen. Verstärkte Aktualität verdankt die Thematik den im Zuge der europäischen Entwicklung erweiterten Möglichkeiten der internationalen Wissenschaftskooperation und insbesondere der Zuwendung der heutigen Bewohner dieser Gebiete zur regionalen Geschichte und Kultur. Seit dem Beitritt ostmitteleuropäischer Staaten zur Europäischen Union (2004, 2007) wird das kulturelle Erbe der Deutschen im östlichen Europa als Teil der Nationalkultur und zunehmend auch als gemeinsam zu bewahrendes und zu erforschendes europäisches Kulturerbe verstanden. Dementsprechend ist die Förderkonzeption nach § 96 BVFG auf Erreichung eines möglichst großen Rezipientenkreises im In- und Ausland angelegt.

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Gerhard Robbers: Kulturförderung und Kompetenz. Bundeskompetenzen bei der Kulturförderung im Vertriebenen- und Flüchtlingsrecht. In: Deutsches Verwaltungsblatt 3 (2011), S. 140-149.
- Beate Störtkuhl: "Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa - ein Gegenstand aktueller kunsthistorischer Fragestellungen? In: www.kunsttexte.de/"Ostblick" 1/2010. URL: www.kunsttexte.de/index.php (Zugriff am 18.10.2012).
- Christoph Bergner, Matthias Weber (Hg.): Aussiedler- und Minderheitenpolitik in Deutschland. Bilanz und Perspektiven. München 2009 (Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 38).

Weblinks

- http://www.gesetze-im-internet.de/bvfg/BJNR002010953.html (Text des BVFG)

- http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Bundesregierung/BeauftragterfuerKulturundMedien/aufarbeitung/deutscheKultur/_node.html (Seite des Staatsministers für Kultur und Medien)
- http://www.bkge.de/5843.html (Seite des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa)

6. Förderung von Bund und Ländern

Bibliotheken/Archive

- Martin-Opitz-Bibliothek, Herne

Kulturelle Bildung, Breitenarbeit

- Adalbert Stifter Verein, München
- Deutsches Kulturforum östliches Europa, Potsdam
- Gerhart-Hauptmann-Haus, Düsseldorf
- Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg, Stuttgart
- Haus der Heimat e. V., Nürnberg
- Haus des Deutschen Ostens, München

Museen

- Donauschwäbisches Zentralmuseum, Ulm
- Kunstforum Ostdeutsche Galerie, Regenburg
- Museum Haus Schlesien, Königswinter
- Oberschlesisches Landesmuseum Ratingen
- Ostpreußisches Kulturzentrum, Ellingen
- Ostpreußisches Landesmuseum Lüneburg
- Pommersches Landesmuseum, Greifswald
- Schlesisches Museum zu Görlitz
- Siebenbürgisches Museum, Gundelsheim
- Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, Berlin
- Westpreußisches Landesmuseum, Münster

Wissenschaft

- Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung - Institut der Leibniz-Gemeinschaft, Marburg
- Institut für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas e. V., München
- Institut für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde, Tübingen
- Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa e. V., Lüneburg
- Institut für Volkskunde der Deutschen des östlichen Europa (IVDE), Freiburg (bis 31. Juli 2013: Johannes-Künzig-Institut für ostdeutsche Volkskunde)

Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses

- Immanuel-Kant-Stipendium
- Immanuel-Kant-Forschungspreis
- Georg-Dehio-Preis

Anmerkungen

[1] BGBl, Teil I, Nr. 47, S. 1236.

[2] Vgl. den aktuellen Bericht der Bundesregierung betreffend die Jahre 2009/2010; BT-Drucks 17/9401, v. 19. April 2012.

[3] Vgl. zuletzt: BT-Drucks. 14/4586 vom 26. Oktober 2000.

Zitation

Matthias Weber: Kultur- und Wissenschaftsförderung nach dem Bundesvertriebenengesetz (§ 96 BVFG). In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/55230.html (Stand 07.11.2012).

Kulturautonomie

1. Fremdsprachige Entsprechungen

engl. cultural autonomy; franz. autonomie culturelle; span. autonomía cultural; ital. autonomia culturale; ungar. kulturális autonómia

2. Definition

Unter Kulturautonomie versteht man die autonome Selbstverwaltung eines Volkes, eines Landes, einer gesellschaftlichen Untergruppe, einer Minderheit u. Ä. in kulturellen Fragen. Dazu zählen identitätsstiftende Elemente wie Sprache, Erziehung, Bildung, Sitten und Bräuche. Diese werden dabei in eigenen Schulen, Kultureinrichtungen und Publikationsforen gefördert und bewahrt. Auf dieser Grundlage können ethnische Minderheiten kulturelle Werte und Normen nicht nur selbst festlegen, sondern auch frei entfalten.

Kulturautonomie im weiteren Sinne meint die Kulturhoheit einzelner Länder eines Bundesstaates, also das Recht, kulturelle Angelegenheiten unabhängig vom Gesamtstaat zu regeln. So besitzen die deutschen Bundesländer die Kulturautonomie, die nicht durch Einspruchsrecht der Bundesorgane eingeschränkt ist.

3. Diskurse/Kontroversen

Viele der grundlegenden Ideen eines dezentralen Modells der Kulturautonomie gehen auf die Austro-Marxisten um Karl Renner (1870–1950) zurück. Renner forderte, dass die Minderheit nicht der Mehrheitsbevölkerung unterworfen sein dürfe. Der Staat solle im kulturellen Bereich nur Rahmenkompetenzen haben, wobei nicht alle kulturpolitischen Zuständigkeiten auf die Minderheit übertragen werden müssten. Kulturautonomie könne beispielsweise in der schulischen Bildung ausgestaltet werden. In jedem Fall müsse sich die Eigenständigkeit im Sinne der Kulturautonomie auf einen Bereich erstrecken, der für die Wahrung und die Entwicklung des kulturellen Eigenlebens bedeutsam ist.

Im Nationalitätenstaat bedarf es nach Renner zusätzlich einer politischen Teilhabe der Minderheit. Eine wirkliche Integration der Minderheit im "fremdnationalen Staat" könne nur gelingen, wenn Kulturautonomie und verhältnismäßige Mitbestimmung der Minderheit zusammenkommen. Dabei solle der minoritäre Personenverband als eine öffentlich-rechtliche Körperschaft ausgestaltet werden, deren Organisations- und Mitgliedsstruktur durch die Gesetzgebung rahmenhaft vorgegeben und die unter staatlicher Rechtsaufsicht tätig ist.

Durch die Abgrenzung von der Mehrheitskultur im Gesamtstaat können aber auch Ambivalenzen auftreten. Die Anwendung spezifischer kultureller Rechte für Minderheiten ist poli-

tisch nicht unumstritten. Gerade die umfassenden Kompetenzen für Minderheiten werden häufig kritisiert. Eine dauerhafte Trennung der ethnischen Gruppen, so argumentieren Kritiker, führe zu einer höheren Distanz und Entfremdung der Bevölkerungsteile, sodass eine Annäherung unterschiedlicher Gruppen durch die Kulturautonomie erschwert werde. Bei der Wahrung der kulturellen Identität im Rahmen der Kulturautonomie sei daher der Gedanke der Integration in dem Gesamtstaat zu berücksichtigen. Die Ausgestaltung der Kulturautonomie finde schließlich dort ihre Grenzen, wo der Schutz vor kultureller Assimilierung zu Segregations- bzw. Sezessionsbestrebungen führe.

Die Kulturautonomie kann innerhalb verschiedener Autonomiekonzepte verwirklicht werden. Dabei wird die Kulturautonomie vorwiegend mit der Personalautonomie in Zusammenhang gebracht. Die Personalautonomie ist nicht an ein bestimmtes Gebiet gebunden wie die Territorialautonomie, sondern knüpft an die Minderheitenangehörigen als Personen an. Sie ist dann gegeben, wenn die Minderheit als öffentlich-rechtlicher Personenverband verfasst ist und wenn diesem Verband bestimmte, für die Bewahrung ihrer minoritären Identitäten wesentliche (staatliche) Kompetenzen zur eigenständigen Regelung und Ausführung übertragen werden. Die Personalautonomie kann auch bei verstreut lebenden Minderheiten eingeführt werden; da sie hauptsächlich in kulturellen Angelegenheiten zum Tragen kommt, wird sie häufig mit Kulturautonomie gleichgesetzt.

Beispiele für Staaten mit Kulturautonomie sind Ungarn und Estland, wo rechtliche Grundlagen geschaffen wurden, die sich an einer Personalautonomie der Minderheiten in kulturellen Angelegenheiten orientieren. In Ungarn wurde mit dem Minderheitengesetz von 1993 die Ausübung der Kulturautonomie schwerpunktmäßig bei den Landesselbstverwaltungen angesiedelt. So können Minderheiten kulturelle Einrichtungen aller Art (etwa Bibliotheken, Sammlungen, Theater, Verlage, Forschungsinstitute, insbesondere aber Grund-, Mittel- und Hochschulen) unterhalten, über die Nutzung der ihnen zugeteilten Rundfunkfrequenzen bzw. Sendezeiten bestimmen und die landesweiten Feiertage der jeweiligen Minderheit festlegen. Eine umfassende minderheitenspezifische Regelung auf einfachgesetzlicher Ebene beinhaltet das estnische Gesetz zur Kulturautonomie der nationalen Minderheiten aus dem Jahr 1993, das den in Estland ansässigen ethnischen Gruppen das Recht zuspricht, sich als solche zu konstituieren. Anknüpfend an das estnische Minderheitengesetz von 1925 können Vereine oder Verbände der russischen, der deutschen, der jüdischen und der (praktisch kaum noch vorhandenen) schwedischen Minderheit kraft Gesetzes - sofern sie mindestens 3.000 Angehörige nachweisen - Kulturselbstverwaltungen errichten.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Anna-Mária Bíró, Petra Kovács (Hg.): Diversity in Action. Local Public Management of Multi-ethnic Communities in Central and Eastern Europe. Budapest 2002.
- Dieter Blumenwitz: Volksgruppen und Minderheiten. Politische Vertretung und Kulturautonomie. Berlin 1995.
- Georg Brunner: Autonomiekonzepte zum Minderheitenschutz – Bestandsaufnahme und Perspektiven. In: Gerrit Manssen, Boguslav Banaszak (Hg.): Minderheitenschutz in Mittel- und Osteuropa. Frankfurt a. M. 2001.
- Herbert Küpper, Georg Brunner: European Options of Autonomy: A Typology of Autonomy Models of Minority Self-Governance. In: Kinga Gál (Hg.): Minority Governance in Europe. Budapest 2002.
- Karl Renner: Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen in besonderer Anwendung auf Österreich. Erster Teil: Nation und Staat. Leipzig, Wien 1918.

Zitation

Christoph Schnellbach: Kulturautonomie. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/53965.html (Stand 04.09.2012).

Kulturdeutsche → Volksdeutsche (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Kulturerbe

1. Genese des Begriffs

Als sich der Nationalstaatsgedanke in Europa herausbildete, erkannte man das Potential von Kulturgütern für die nationale und kollektive Identitätsbildung der Völker. Ausgehend von der Zerstörung bedeutender Kulturschätze während der Französischen Revolution setzte sich die Auffassung durch, dass das kulturelle Erbe staatlich geschützt werden müsse. In Deutschland begann die Institutionalisierung der Denkmalpflege im frühen 19. Jahrhundert. Die um 1900 aufkommende Heimatbewegung trat für den Erhalt von Denkmälern, aber auch für den Naturschutz und die Pflege von Traditionen ein.

Bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts hinein wurde von „Denkmälern", „Kunstdenkmälern" und „Monumenten", zunehmend auch von „Kulturgütern" gesprochen. In der *Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten* von 1954 (*Haager Konvention*) wird erstmals im deutschsprachigen Kontext das „kulturelle Erbe" erwähnt. Es liegt die Vermutung nahe, dass der Begriff in Anlehnung an englische (*cultural heritage*) und französische (*patrimoine culturel*) Entsprechungen im Zusammenhang mit internationalen Schutzabkommen entstanden ist. Seit Mitte der 1980er Jahre setzte sich der Kulturerbe-Begriff im deutschen Raum vermehrt durch, hielt Einzug in den alltäglichen Sprachgebrauch und erfuhr inhaltliche Erweiterungen. Dennoch erfolgte die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Konzept des Kulturerbes in Deutschland im internationalen Vergleich weiterhin zurückhaltend. Die Deutung des „Erbes" während des Nationalsozialismus, aber auch in der DDR-Zeit hatte den Terminus in Deutschland offenbar in Verruf gebracht,[1] weshalb er zögerlich verwendet wurde.

2. Definition

Als Kulturerbe wird die Gesamtheit der materiellen und immateriellen Kulturgüter bezeichnet. Es ist als Zeugnis der menschlichen Schaffens- und Schöpfungskraft von historischer, gesellschaftlicher, künstlerischer, wirtschaftlicher oder wissenschaftlicher Bedeutung und wird deshalb geschützt, gepflegt, erhalten und möglichst der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Der Kulturerbe-Begriff ist variabel und kann je nach Land und Zeitpunkt unterschiedlich interpretiert werden.[2] Im internationalen Recht tritt er zumeist als Sammelbegriff auf, der nicht weiter definiert wird. Beispielsweise heißt es in der Haager Konvention von 1954, Kulturgut sei „bewegliches und unbewegliches Gut, das für das kulturelle Erbe aller Völker von großer Bedeutung ist".[3] In der Welterbe-Konvention von 1972 gelten Denkmäler, Ensembles und Stätten als Kulturerbe.[4] Diese Konvention beschränkt sich jedoch nicht auf das bauliche Erbe, sondern schließt auch das Naturerbe ein. 2003 wurde die Erfassung des Welterbes um das immaterielle Kulturerbe erweitert.[5]

Die wechselseitigen Abhängigkeiten zwischen immateriellem Kulturerbe sowie dem materiellen Kultur- und Naturerbe werden explizit erwähnt. Weiterhin findet sich erstmals eine

Definition, nämlich indem auf Merkmale und Funktionen des immateriellen Erbes für Gemeinschaften verwiesen wird. Insgesamt ist also festzustellen, dass sich die Kulturerbe-Konzeption der internationalen Instanzen in den vergangenen Jahrzehnten mehrmals erweitert hat.

Das materielle Erbe umfasst unbewegliche und bewegliche Objekte. Dazu zählen Kulturlandschaften, Architekturdenkmäler und -ensembles, archäologische Stätten, Museums- und Bibliotheksbestände. Sie besitzen über ihre Stofflichkeit hinaus einen ideellen Wert, eine sinnstiftende symbolische Bedeutung. Damit wird deutlich, dass materielle und immaterielle Komponenten des Kulturerbes eng miteinander verwoben sind. Als immaterielles Erbe werden kulturelle und soziale Praktiken, Techniken, Kenntnisse und mündliche Überlieferungen bezeichnet. Dazu zählen Volkslieder und -tänze, Märchen, Sagen, Legenden, Feste, Bräuche, Rituale, Spiele, Mundarten, kulinarische Sitten, Handwerkstechniken usw. Immaterielles Erbe wird von Personen bzw. Gruppen getragen und auch „lebendiges Kulturerbe“ genannt.

Kulturerbe hat einen identitätsstiftenden Charakter und wird auch als „Zement der Identität"[6] bezeichnet. Es liefert den Menschen Bezugspunkte in Raum und Zeit. Kulturerbe kann sowohl dem Alltag entspringen als auch außergewöhnlich sein. Es wird aus der Vergangenheit überliefert, ist in der Gegenwart von Bedeutung und soll für die Zukunft bewahrt werden. Der Begriff des Erbes impliziert dieses zeitliche Fortbestehen über Generationen hinweg. Dabei handelt es sich keinesfalls um statisch zu erhaltende und zu bewundernde Elemente, sondern um ein Erbe, das immer wieder neu interpretiert und angenommen wird, also einem stetigen Wandel unterliegt.

3. Diskurse und Kontroversen

Außerhalb des deutschen Sprachraums erlebt der Kulturerbe-Begriff seit den 1990er Jahren eine Hochkonjunktur. Aufgrund der inhaltlichen Ausweitung kritisieren einige Autoren, dass „alles und nichts“ zum Kulturerbe erklärt werde. Somit bestehe die Gefahr, dass das Konzept durch den inflationären Gebrauch seine Aussagekraft verliert. Die UNESCO-Welterbe-Liste umfasst 981 Eintragungen (Stand Juni 2013) von besonderem universellem Wert, von denen 759 Kulturgüter sind.[7] Angesichts dieser großen Zahl kann der Grad der Einzigartigkeit all dieser Stätten infrage gestellt werden. Anderseits erlaubt die weit gefasste Kulturerbe-Konzeption individuellere Herangehensweisen und Identifikationen mit dem Kulturerbe, denn obgleich Kulturerbe per Definition ein kollektives Erbe ist, können verschiedene Menschen ganz unterschiedliche Gefühle und Erinnerungen damit verbinden. Man spricht vom „persönlichen Kulturerbe“[8], um die subjektive Auslegung hervorzuheben. Dabei kann eine Weltkulturerbe-Stätte zum „persönlichen Kulturerbe“ werden, sofern der Betrachter damit Gefühle und Erinnerungen verbindet, die ihm eigen sind.[9]

Obwohl der Kulturerbe-Begriff im Prinzip losgelöst von Eigentumsverhältnissen besteht,[10] kann die Frage nach der Herkunft und damit nach der Zugehörigkeit eines Erbes und der Verantwortung dafür eine Eigentumsproblematik in sich bergen, nämlich wenn Individuen oder Gruppen sich als Eigentümer im übertragenen Sinne sehen. Das kann im Fall von geteiltem Erbe geschehen, das teilend wirken kann, wenn es im Mit- und Nebeneinander von Völkern in den Fokus von gegenläufigen geschichtspolitischen Konzepten und Konflikten gerät. Doch die meisten Instanzen, insbesondere die UNESCO, vertreten eine einheitsstiftende Konzeption, die Kulturerbe als „ideellen Besitz der gesamten Menschheit“[11] begreift, welcher die Menschen verbindet und näher zusammenbringt. Gleichzeitig gilt Kulturerbe als Zeugnis kultureller Vielfalt. Die Multidimensionalität des Begriffs und die vielschichtigen Interpretationsmöglichkeiten sind Merkmale, die sich auch die Tourismusbranche zueigen macht, für die das Kulturerbe eine Ressource darstellt.

Zur Inventarisierung von Kulturerbe, um es zu erfassen, zu schützen und gegebenenfalls zu vermarkten, gibt es unterschiedliche Auffassungen. Einerseits spiegeln Eintragungen und Auflistungen das Verständnis wider, dass die Gesamtheit der Kulturgüter nicht nur Erbe, sondern auch Auftrag ist, der es zur Pflicht macht, sich für ihre Bewahrung einzusetzen. Institutionalisierte Schutzinstanzen widmen sich der Herausstellung besonderer Merkmale, die das Erbe schützenswert machen. Die Notwendigkeit des Schutzes wird kaum infrage gestellt. Andererseits wird argumentiert, dass Kulturerbe natürlichen Veränderungsprozessen unterworfen sei, wohingegen seine Auflistung und vor allem bestimmte Auflagen diese gefährdeten, da sie zur Fixierung des Kulturerbes zu einem bestimmten Zeitpunkt führten.

Neuere Forschungsansätze weisen darauf hin, dass es nicht vorrangig darum gehen müsse, das Erbe in Monumenten, Stätten, Artefakten, Kenntnissen und Traditionen zu verorten. Von größerer Bewandtnis sei, wie es im Sozialen verankert ist,[12] wie es die Menschen vereinnahmt und wie sie es vereinnahmen. Diese Betrachtungsweise gewinnt vor dem Hintergrund der ständigen Ausdehnung des Kulturerbe-Spektrums und seiner Omnipräsenz an Bedeutung, da anzunehmen ist, dass Individuen und Gruppen aus dem großen „Kulturerbe-Angebot“ auswählen müssen, welche Elemente für sie attraktiv sind, und dass diese Selektion auf Reflexionen und Argumentationen beruht, denen wissenschaftlich nachgegangen werden kann.

4. „Kulturerbe der Deutschen im östlichen Europa“ – „gemeinsames Kulturerbe“



Vertriebenendenkmal in der neuen Heimat Anklam; eingeweiht 1995 als erstes seiner Art in Mecklenburg-Vorpommern im Beisein von Bürgermeister und Landrat. (Foto: Privatbesitz).



Gedenkstein in der alten Heimat Frauenburg/Frombork am Frischen Haff; eingeweiht 2001

im Beisein der Bürgermeisterin und des Erzbischofs.
(Foto: Privatbesitz).

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde in der Bundesrepublik Deutschland eine Reihe von Maßnahmen zur Erforschung und zum Schutz des Kulturerbes der Deutschen aus dem östlichen Europa unternommen. 1953 verpflichteten sich Bund und Länder, sich für das kulturelle Erbe der Deutschen im östlichen Europa einzusetzen (Kultur- und Wissenschaftsförderung nach § 96 Bundesvertriebenengesetz [BVFG]). In der Deutschen Demokratischen Republik hingegen wurde dieses Kulturerbe von staatlicher Seite systematisch negiert. Das SED-Regime erkannte den Verlust der Ostgebiete schon Ende der 1940er Jahre an und versuchte, diese Territorien aus dem kollektiven Gedächtnis zu tilgen. Der Umgang mit den Vertriebenen - in der DDR „Umsiedler“ genannt – kann durch „politische Entmündigung“ und „kulturellen Anpassungszwang“ charakterisiert werden.[13] Es gab keine öffentliche Thematisierung von Flucht und Vertreibung; jegliche Zusammenschlüsse von Vertriebenen wurden unterbunden. Somit konnten Erinnerung sowie immaterielles und materielles Kulturerbe, wenn überhaupt, nur im Familienkreise gepflegt und weitergegeben werden. Erst in den 1980er Jahren wurde das Thema explizit literarisch aufgegriffen.[14]

Im seit 1990 wiedervereinigten Deutschland beschäftigen sich Gesellschaft und Wissenschaft verstärkt mit dem Kulturerbe der Deutschen im östlichen Europa. Eigens gegründete Landesmuseen sind mit der Erforschung, Bewahrung und Vermittlung dieses Teils der deutschen Kulturgeschichte betraut. Zahlreiche Vertriebenenorganisationen engagieren sich für die Bewahrung des Kulturerbes der Deutschen aus dem östlichen Europa und pflegen es in Heimatstuben und -sammlungen, Heimatbüchern und -briefen sowie im Rahmen von Heimattreffen. Sie knüpfen damit an das Erbe an, halten es lebendig und entwickeln es weiter. Ähnlich bemühen sich die in den Herkunftsgebieten verbliebenen deutschen Minderheiten um die Bewahrung ihres kulturellen Erbes. Auch neues Kulturerbe wird seit 1945 geschaffen. So sind beispielsweise in der alten und der neuen Heimat der Flüchtlinge und Vertriebenen zahlreiche Denkmäler errichtet worden, die an die Zwangsmigration erinnern und zum Frieden mahnen. Sie zeugen von einer positiven Zusammenarbeit zwischen den Vertriebenen und den örtlichen Behörden.

Das Kulturerbe der Deutschen aus dem östlichen Europa ist ein gesamtdeutsches Erbe. Heute ist es jedoch auch jenes der Bevölkerungsgruppen, die nach 1945 in früher deutsch besiedelten Regionen verblieben oder neu angesiedelt wurden und für die es bisweilen ein „schwieriges“ Erbe darstellen kann.[15] Das deutsche materielle Kulturerbe im östlichen Europa wurde nach dem Zweiten Weltkrieg politisch und gesellschaftlich höchst unterschiedlich behandelt: Teils gab es kulturelle Übernahme- und Aneignungsprozesse, teils waren Kulturgüter dem Verfall ausgesetzt, teils wurden sie zerstört.[16]



Die Marienburg: Ein Beispiel für Wiederaufbau und Aneignung. (Foto: Privatbesitz).



Europabrunnen (ehemaliger Dreikaiserbrunnen) in Osterode/Ostróda in Ostpreußen. (Foto: Privatbesitz).



Plakette des Europabrunnens. (Foto: Privatbesitz).

Die Annäherungen seit der politischen Wende 1989 führten zu mehr Sensibilität für die kulturellen Hinterlassenschaften der Deutschen. Das Kulturerbe der Deutschen in den Ländern Ostmittel- und Südosteuropas wird zunehmend als europäisches Vermächtnis verstanden und als Chance betrachtet, das geteilte und bisweilen teilende Erbe und seine Akteure wieder näher zusammenzuführen. Der Wissenschaft schien das Attribut „deutsches“ Kulturerbe problematisch, weil der Nationalgedanke erst verhältnismäßig spät aufkam und viele Regionen des östlichen Europas ethnisch heterogen waren oder sind.[17] Des Weiteren drängt sich die Frage auf, inwiefern ein Kulturerbe, das beispielsweise im heutigen Polen liegt, „nicht längst ein gemeinsames Erbe von Deutschen und Polen geworden [ist…]? Ein Erbe, das mittlerweile die in diesen Regionen geborenen Jüngeren mit Recht auch als das ihre betrachten?“[18] Was 1994 auf einer Tagung als Frage und mögliche Betrachtungsweise formuliert wurde, hat sich in der Wissenschaft bald unter dem Leitgedanken des „gemeinsamen Kulturerbes“ durchgesetzt.[19] Dieser von Andrzej Tomaszewski geprägte Begriff richtet das

Augenmerk auf das Erbe bi- und multikultureller Territorien.[20] Dieser Betrachtungsweise zufolge steht das Konzept des „gemeinsamen Kulturerbes“ für „gemeinsames Interesse und gemeinsame Verantwortung“.[21] Die Konservierung, Restaurierung und der Wiederaufbau und die Pflege des Kulturerbes stellen deshalb auch einen gemeinsamen Auftrag dar.[22]

Dem materiellen und immateriellen Kulturerbe wird somit eine Brückenfunktion in Europa zugesprochen. Im Zuge dieser Entwicklung kann das Erbe symbolisch neu aufgeladen werden. Als Beispiel sei der ehemalige Dreikaiserbrunnen auf dem Marktplatz von Osterode/Ostróda in Ostpreußen genannt, der 2004 zur Aufnahme Polens in die Europäische Union als „Europabrunnen“ neu errichtet und eingeweiht wurde. Der Brunnen zeigt neben dem Emblem der Europäischen Union die Wappen der Stadt Osterode in Ostpreußen und ihrer Partnergemeinde Osterode am Harz.

Solche Erfolge der bilateralen Zusammenarbeit zeugen davon, „dass der Begriff ‚gemeinsames Kulturerbe‘ endlich für ein ideelles Konzept steht, das für die Kunstdenkmäler […] unschädlich ist“.[23]

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Moritz Csáky, Monika Sommer (Hg.): Kulturerbe als soziokulturelle Praxis. Innsbruck u. a. 2005 (Gedächtnis – Erinnerung – Identität 6).
- Gemeinsames Kulturerbe als Chance. Die Deutschen und ihre Nachbarn im östlichen Europa. Symposium der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien. Berlin, 20. September 2004. Red. Eckhard Grunewald; Jens Stüben. Oldenburg, Potsdam 2005.
- Das gemeinsame Kulturerbe im östlichen Europa. Denkmalpflegerisches Engagement der Bundesregierung 1993-2003. Hrsg. vom Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa im Auftrag der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM). Oldenburg 2004.
- Peter-Oliver Loew, Christian Pletzing, Thomas Serrier (Hg.): Wiedergewonnene Geschichte. Zur Aneignung von Vergangenheit in den Zwischenräumen Mitteleuropas. Wiesbaden 2006 (Veröffentlichungen des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt 22).
- Anja Peleikis: Whose Heritage? Legal Pluralism and the Politics of the Past. A Case Study from the Curonian Spit. In: Journal of Legal Pluralism & Unofficial Law 53/54 (2006), S. 209-238.
- Birte Pusback (Hg.): Landgüter in den Regionen des gemeinsamen Kulturerbes von Deutschen und Polen. Entstehung, Verfall und Bewahrung. Warschau 2007 (Das gemeinsame Kulturerbe 4).
- Markus Tauschek: Kulturerbe. Eine Einführung. Berlin 2013.

Weblinks

- http://www.kulturgutschutz-deutschland.de/ (Kulturgutschutz als Projekt von Bund und Ländern, vor allem zum Schutz vor Ausfuhr von bedeutendem Kulturgut)
- http://www.unesco.de/kulturerbe.html

Anmerkungen

[1] Étienne François: Écrire une histoire des lieux de mémoire allemands. In: Matériaux pour l’histoire de notre temps 55/56 (1999), S. 83-87, hier S. 84. Der Historiker unterstreicht, dass es zur Trias „mémoire, identité, patrimoine“ [Gedächtnis, Identität, Erbe], die

die Debatten in Frankreich Ende der 1990er Jahre dominierte, kein deutsches Äquivalent gab.

[2] Marie-Claire Hoock-Demarle: Introduction: Troisième partie. Les patrimoines en Allemagne: enjeux de mémoire. In: Jean-Pierre Vallat (Hg.): Mémoires de patrimoines. Itinéraires géographiques. Paris 2008, S. 219-221, hier S. 219.

[3] Den gesamten Text des Abkommens findet man in der Broschüre „Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten". Hg. vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. 6. Aufl. Bonn 2007, S. 24-43. URL: http://www.unesco.de/fileadmin/medien/Dokumente/Bibliothek/Schutz_von_Kulturgut_bei_bewaffneten_Konflikten.pdf (Zugriff 11.06.2014).

[4] Das „Übereinkommen zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt" wurde 1972 in Paris ratifiziert. Bisher haben 190 Staaten die Konvention unterzeichnet. URL: http://www.unesco.de/welterbe-konvention.html (Zugriff 11.06.2014).

[5] „Übereinkommen zur Erhaltung des immateriellen Kulturerbes", 2003 in Paris von der UNESCO verabschiedet. Bisher haben 160 Staaten die Konvention unterzeichnet, Deutschland im Jahr 2013. Die Konvention im Wortlaut: URL: http://www.unesco.de/ike-konvention.html (Zugriff 11.06.2014).

[6] Maria Gravari-Barbas: Le „sang" et le „sol". Le patrimoine, facteur d'appartenance à un territoire urbain. Vortragstext, 1995, S. 1-9, hier S. 7. URL: http://horizon.documentation.ird.fr/exl-doc/pleins_textes/divers08-09/010014865-69.pdf (Zugriff 11.06.2014).

[7] UNESCO Welterbe-Liste: URL: http://www.unesco.de/welterbeliste.html (Zugriff 11.06.2014).

[8] Yaniv Poria, Arie Reichel, Avital Biran: Heritage Site Management. Motivations and Expectations. In: Annals of Tourism Research 33/1 (2006), S. 162-178.

[9] J. Dallen Timothy: Tourism and the Personal Heritage Experience. In: Annals of Tourism Research 24/3 (1997), S. 751-754.

[10] Ernst-Rainer Hönes: Das kulturelle Erbe. In: Natur und Recht 31 (2009), S. 19-23, hier S. 20.

[11] http://www.unesco.de/kulturerbe.html (Zugriff 23.05.2014).

[12] Bernard Schiele: Les trois temps du patrimoine. Note sur le découplage symbolique. In: Bernard Schiele (Hg.): Patrimoines et identités. Collection Muséo, Québec. Sainte-Foy 2001, S. 215-248, hier S. 218.

[13] Micheal Schwartz: Der historische Osten in der Erinnerungskultur der DDR. In: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.): Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten in der Erinnerungskultur. Berlin 2004, S. 69-84. Abrufbar unter: http://www.kas.de/wf/doc/kas_7309-544-1-30.pdf (Zugriff 11.06.2014).

[14] V.a. Ursula Hönsch-Harendt. Wir Flüchtlingskinder. Ost-Berlin 1985; vgl. Louis Ferdinand Helbig: Der ungeheure Verlust. Flucht und Vertreibung in der deutschsprachigen Belletristik der Nachkriegszeit. 2., um ein Register und den aktuellen Forschungsstand er-

weiterte Auflage. Wiesbaden 1996 (Studien der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund 3), S. 201-204.

[15] Das Epitheton „schwierig“ wird häufig für das Erbe aus der Zeit des Nationalsozialismus verwendet, siehe Sharon Macdonald: Difficult Heritage: Negotiating the Nazi Past in Nuremberg and Beyond. London 2009. Der Terminus erscheint auch im Zusammenhang mit dem deutschen Erbe und seiner Rezeption seitens der neuen Erben treffend und ist demnach auf diesen Kontext übertragbar.

[16] Diese Vorgänge sind vor allem für das kommunistische Nachkriegspolen gut dokumentiert. Siehe Dieter Bingen, Peter-Oliver Loew, Dietmar Popp (Hg.): Visuelle Erinnerungskulturen und Geschichtskonstruktionen in Deutschland und Polen seit 1939. Warschau 2009 (Das Kulturerbe 5). Schleifungsprozesse werden untersucht in den Aufsätzen des folgenden Tagungsbandes: Dieter Bingen, Hans-Martin Hinz (Hg.): Die Schleifung. Zerstörung und Wiederaufbau historischer Bauten in Deutschland und Polen. Wiesbaden 2005 (Veröffentlichungen des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt 20). Darin wird auch erwähnt, dass Schleifungen von identitätsstiftenden Denkmälern und Stätten seit der Antike im Zusammenhang mit Konflikten eingesetzt werden.

[17] Michaela Marek: Können alte Mauern „deutsch“ sein? Zum Problem „deutscher“ Baudenkmäler in Polen zwischen Nostalgie, Politik, Wissenschaft und Denkmalpflege. In: Hans-Jürgen Karp (Hg.): Deutsche Geschichte und Kultur im heutigen Polen. Fragen der Gegenstandsbestimmung und Methodologie. Marburg 1997 (Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung 2), S. 103-117.

[18] Hans Lemberg: Zur Entwicklung der Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland über „deutsches Kulturerbe im Osten“. In: Karp (Hg): Deutsche Geschichte (Anm. 17), S. 73-82, hier S. 75.

[19] 1995 wurde der Arbeitskreis deutscher und polnischer Kunsthistoriker „Das gemeinsame Kulturerbe“ gegründet, der vor allem wissenschaftliche Kooperationen zwischen den beiden Ländern zum Ziel hat: URL: http://www.bkge.de/arbeitskreis (Zugriff 11.06.2014).

[20] Andrzej Tomaszewski: Das gemeinsame Kulturerbe von Deutschen und Polen in Europa und seine Erhaltung. Eine gemeinsame Aufgabe. In: Andrzej Tomaszewski, Dethard von Winterfeld (Hg.): Das gemeinsame Kulturerbe. Die deutsch-polnische Zusammenarbeit in der Denkmalpflege 1970-2000. Osnabrück 2001, S. 11-30.

[21] Beate Störtkuhl: Das Bild Schlesiens in Darstellungen zur Kunst- und Kulturgeschichte nach 1945 - vom „wiedergewonnenen Land“ zum „gemeinsamen Kulturerbe“. In: Bingen, Loew, Popp (Hg.): Visuelle Erinnerungskulturen (Anm. 16), S. 47-66, hier S. 58.

[22] Andrzej Tomaszewski in einer niedergeschriebenen Abschlussdiskussion im Tagungsband von Bingen, Hinz (Hg.): Die Schleifung (Anm. 16), S. 199-208, hier S. 208.

[23] Störtkuhl: Das Bild Schlesiens (Anm. 21), S. 60

Zitation

Gesa Bierwerth: Kulturerbe. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32713 (Stand 16.06.2014).

Kulturlandschaft (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Kulturreferenten

1. Institution

Im Jahr 2002 wurden auf der gesetzlichen Grundlage des Bundesvertriebenengesetzes (§ 96 BVFG) vom Bundesbeauftragten für Kultur und Medien zunächst fünf Kulturreferenten-Stellen eingerichtet, die jeweils spezifische regionale Zuständigkeiten erhielten. Die Kulturreferentinnen und Kulturreferenten (im weiteren KR) wurden am Pommerschen Landesmuseum Greifswald (KR für Pommern), am Schlesischen Museum zu Görlitz (KR für Schlesien), am Ostpreußischen Landesmuseum Lüneburg (KR für Ostpreußen), am Donauschwäbischen Zentralmuseum Ulm (KR für Südosteuropa) und beim Adalbert Stifter Verein München (KR fürdie böhmischen Länder) angesiedelt. Im Jahr 2005 wurde noch eine weitere entsprechende Stelle (KR für Westpreußen) am Westpreußischen Landesmuseum Münster geschaffen.

2. Aufgaben

Zentrale Aufgabe der KR ist die breitenwirksame und generationsübergreifende Vermittlung der Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa an einen möglichst großen Interessentenkreis im In- und Ausland. Die KR erarbeiten ihr Veranstaltungsprogramm eigenständig, kooperieren jedoch auch mit der Institution, an der sie angesiedelt sind. Neueste wissenschaftliche Erkenntnisse werden dabei ebenso berücksichtigt wie möglichst moderne Präsentationsformen. Bei ihrer Arbeit streben die KR eine größtmögliche Vernetzung mit Kultur- und Bildungseinrichtungen an, die z. B. im Bereich der Pflege der deutsch-polnischen, deutsch-russischen, deutsch-tschechischen, deutsch-ungarischen oder deutsch-rumänischen Beziehungen aktiv sind. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und die Arbeit mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen genießen dabei Priorität.

Die Veranstaltungsformen sind vielfältig: Studienreisen, grenzüberschreitende Seminare, Jugendworkshops und Zeitzeugengespräche gehören ebenso dazu wie die Organisation und Präsentation von Ausstellungen, Konzerten, Podiumsdiskussionen, Filmen, Lesungen und (populär)wissenschaftlichen Vorträgen.

Die Kulturreferentinnen und Kulturreferenten verfügen über einen eigenen Haushalt, aus dem neben der Finanzierung eigener Projekte auch externe Projekte (z. B. von Organisationen der Heimatvertriebenen, Kultur- und Bildungseinrichtungen, Schulen und Jugendorganisationen) unterstützt werden können. Voraussetzung ist die qualifizierte inhaltliche Auseinandersetzung mit der Kultur und/oder Geschichte der Deutschen aus Ostmittel- bzw. Südosteuropa. Entsprechende Anträge können beim zuständigen KR eingereicht werden.

3. Organisation

Die Zuständigkeiten der KR erstrecken sich auf folgende Länder bzw. Regionen, in denen früher Deutsche gelebt haben bzw. teilweise heute noch leben:

Pommern und Ostbrandenburg: Kulturreferat für Pommern

Schlesien: Kulturreferent(in) für Schlesien

Ostpreußen, Baltikum, Russland und teilweise die GUS-Staaten: Kulturreferat für Ostpreußen

Westpreußen, Posener Land, Mittelpolen, Galizien und Wolhynien: Kulturreferat für Westpreußen

Banat, Siebenbürgen, Transdanubien, Sathmar, Zips: Kulturreferent(in) für Südosteuropa

Böhmen, Mähren und Mährisch-Schlesien: Kulturreferent(in) für die böhmischen Länder

4. Bibliographische Hinweise

Weblinks

- www.kulturreferenten.de (noch in Bearbeitung)

Internetseiten der Kulturreferenten

- http://www.pommersches-landesmuseum.de/kulturreferat-fuer-pommern/aufgaben.html
- http://www.dzm-museum.de/deutsch/dzm.html
- http://www.stifterverein.de/de/kulturreferent.html
- http://www.kulturreferat-westpreussen.de
- http://www.ostpreussisches-landesmuseum.de/kulturreferat.html
- http://www.schlesisches-museum.de/Kulturreferent.1180.0.html

Zitation

Wolfgang Schwarz: Kulturreferenten. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/53959.html (Stand 24.09.2012).

Kulturträger (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Kulturwerke (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

L

Landesmuseen

1. Kurzbeschreibung

Neben zahlreichen lokalen Ausstellungen über das deutsche Kulturerbe im östlichen Europa – meist in Form von Heimatmuseen bzw. Heimatstuben – gibt es in der Bundesrepublik Deutschland eine Reihe von spezifischen Landesmuseen mit historisch-landeskundlichem Schwerpunkt. Letztere werden auf der Grundlage des § 96 Bundesvertriebenengesetz (BVFG) vom Bund, dem Bundesland des jeweiligen Museumsstandortes und z. T. den Kommunen gefördert.



Das Pommersche Landesmuseum im sog. Grauen Kloster in Greifswald. [Foto: PLM]

Für die Region Pommern ist das Pommersche Landesmuseum in Greifswald zuständig, für das historische Ostpreußen und die baltischen Länder das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg, für das historische Westpreußen das Westpreußische Landesmuseum in Warendorf. Die Regional- und Kulturgeschichte Schlesiens wird im Schlesischen Museum zu Görlitz/Zgorzelec sowie im Oberschlesischen Landesmuseum in Ratingen-Hösel präsentiert.[1] Die Regionen Südosteuropas behandeln das Siebenbürgische Museum in Gundelsheim und das Donauschwäbische Zentralmuseum in Ulm. Die böhmischen Länder sind bislang nicht durch ein übergreifendes Landesmuseum, sondern durch drei vom Freistaat Bayern geförderte Regionalmuseen vertreten: das Egerland-Museum in Marktredwitz, das Böhmerwaldmuseum in Passau und das Isergebirgsmuseum in Kaufbeuren.[2] Ein überregional ausgerichtetes Sudetendeutsches Museum befindet sich in der Aufbauphase; die Eröffnung in München ist für 2018 geplant.

2. Konzeption und Aufgaben der Landesmuseen

Nachdem in der jungen Bundesrepublik zahlreiche Heimatstuben gegründet worden waren, setzten sich insbesondere die Landsmannschaften für die Gründung größerer, zentraler Museen ein. Den politischen Rahmen dafür schuf die von der Bundesregierung verabschiedete "Grundsatzkonzeption zur Weiterführung der ostdeutschen Kulturarbeit" (1982). Darin wurden "die Zersplitterung des ostdeutschen Kulturguts in der Bundesrepublik, der gefährdete Fortbestand der Heimatstuben und der enge Gesichtskreis der bestehenden Museen und Sammlungen" beklagt.[3] Die Landesmuseen sollten fortan als zentrale Einrichtungen jeweils einer historischen Provinz oder Siedlungsregion der Deutschen im östlichen Europa deren Kulturgeschichte umfassend darstellen und das zugehörige Kulturgut fachgerecht archivieren. Im Unterschied zu den anderen, regional verankerten Landesmuseen der Bundesrepublik Deutschland war und ist ihr Ausstellungsgegenstand jedoch in den meisten Fällen (s. u.) eine räumlich und mental ferne, vielen Deutschen sogar unbekannte Kulturlandschaft.

Aus dem Aussterben der mit diesen Landschaften verbundenen sog. Erlebnisgeneration ergibt sich für die Museen verstärkt die Aufgabe, Kultur, Geschichte und Naturräume dieser historischen Landschaften an neue Kreise zu vermitteln.

Die im Jahr 2000 von der Bundesregierung vorgelegte "Konzeption zur Erforschung und Präsentation deutscher Kultur und Geschichte im östlichen Europa"[4] betont die Funktion der Landesmuseen als Scharnierstellen der kulturellen Breitenarbeit, da sich voraussichtlich zukünftig "ein wesentlicher Teil der Beschäftigung mit der deutschen Kultur im östlichen Europa in musealer Form darstellen" wird.[5]

Des Weiteren wurde mit dieser Konzeption die Schaffung von Kulturreferenten-Stellen für die ehemals deutschen Siedlungsgebiete im östlichen Mitteleuropa beschlossen. Diese Kulturreferent/innen sind institutionell an die Landesmuseen angebunden,[6] was die Angliederung des Kulturreferenten bzw. der Kulturreferentin die herausgehobene Stellung der Landesmuseen im Bereich der kulturellen Breitenarbeit demonstriert. Als "Foren des Dialogs zwischen den Nachbarn in Europa einerseits und zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft andererseits" wird den Landesmuseen eine "Schlüsselfunktion zwischen Wissenschaft und Wissensvermittlung" zugewiesen.[7]

Museen haben nach der Definition des "International Council of Museums" die Aufgabe, materielle Zeugnisse von Menschen und ihrer Umwelt zu sammeln, zu bewahren, zu erforschen, zu präsentieren und zu vermitteln.[8] Entsprechend besteht die Aufgabe der Landesmuseen darin, das Kulturgut der jeweiligen Bezugsregionen zu sammeln, aufzubewahren, wissenschaftlich zu erschließen und einem breiten Publikum zugänglich zu machen. Die aufgrund des Erlöschens der sog. Erlebnisgeneration zu erwartende Schließung vieler Heimatstuben und -museen weist den Landesmuseen darüber hinaus die Rolle möglicher "Auffangbecken"[9] der Sammlungsbestände zu.[10]

Entwicklungen im Selbstverständnis der Landesmuseen

Konzeptionell lehnten sich einige der größeren Museen bei ihrer Gründung zunächst an die heimat- und erinnerungsbezogene Darstellung der Heimatstuben an. Das Kunstforum Ostdeutsche Galerie verstand sich hingegen dezidiert als Kunstmuseum.[11] Von der Fachwelt anfangs wenig anerkannt und zum Teil schlecht vernetzt, fanden die Landesmuseen zunächst kaum Zugang zum aktuellen wissenschaftlichen Diskurs. Dies beruhte auch darauf, dass sie das "Fluchtgepäck und die Objektkultur, welche die Flucht und Vertreibung als mitgebrachtes materielles Gut überstanden hatten […], nicht als kultur-, zeit- oder mentalitätsgeschichtliche Zeugnisse"[12] präsentierten. Der "nostalgische Rückblick" war wenig geeignet, Anknüpfungspunkte für Besucher und Besucherinnen zu bieten, die keinen persönlichen Bezug zu der dargestellten Region hatten.



Donauschwäbisches Zentralmuseum in Ulm.
[Foto: DZM]

Die aktuellen Konzepte zur Förderung der Kulturarbeit sehen daher vor, dass es bei der Präsentation und Deutung der Exponate "weniger um nostalgische Rückblicke als vielmehr um Schaffung eines Bewusstseins und einer Sensibilisierung für diesen spezifischen Teil deutschen Kulturerbes" gehen soll.[13] Zu einer sukzessiven Modernisierung haben in den vergangenen zwei Jahrzehnten auch thematische Erweiterungen beigetragen: Die Zeitgeschichte seit 1945, die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in die deutsche Gesellschaft sowie die Geschichte der betreffenden Regionen nach 1945 werden zunehmend in den Ausstellungen thematisiert und verbessern in der Folge deren internationale Rezeption.

Im gegenwärtigen Selbstverständnis der Landesmuseen erfolgt die Darstellung der Traditionen der Deutschen in Mittel- und Osteuropa im multiethnischen und europäischen Kontext der Regionen sowie in Kooperation mit den Institutionen vor Ort. Im Laufe der vergangenen zwei Jahrzehnte konnten vielfältige internationale Partnerschaften aufgebaut werden. Über die Kontakte der Landesmuseen zu ortsansässigen Einrichtungen hinaus eröffnete bspw. das Westpreußische Landesmuseum 1999 gemeinsam mit dem Regionalmuseum Putzig/Puck eine Außenstelle in Krockow/Krokowa, deren Ausstellungen sich gleichermaßen des polnischen, deutschen und kaschubischen Erbes der Region annehmen.

3. Geschichte und Organisation der einzelnen Museen

Die Landesmuseen stehen für das Bestreben von Bund und Ländern, das kulturelle Erbe der u. a. von Deutschen geprägten Regionen im östlichen Mitteleuropa in einem größeren Zusammenhang zu präsentieren und die Sammlungsbestände angemessen zu archivieren und zu dokumentieren. Es waren zunächst die Landsmannschaften, die dieses Ziel maßgeblich vorantrieben und die Gründung von Trägervereinen und ersten Museen in den 1960er und 1970er Jahren initiierten. Trotz der Verabschiedung des Grundsatzkonzeptes zur Weiterführung der ostdeutschen Kulturarbeit im Jahr 1982 durch die Bundesregierung gerieten die Gründungsprozesse einiger Museen ins Stocken (s. u.), teils aufgrund finanzieller Engpässe, teils aufgrund unterschiedlicher Erwartungshaltungen der Landsmannschaften einerseits und weiterer Gründungsmitglieder andererseits. In den 1990er Jahren wurde die Etablierung dieser Museen, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der veränderten politischen Lage in Europa,

wieder vorangebracht. Inzwischen sind die Landesmuseen zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa zu international agierenden Einrichtungen geworden.

Ostpreußisches Landesmuseum

Das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg ging aus dem 1958 gegründeten Ostpreußischen Jagdmuseum hervor, das 1981 zunächst in Ostpreußisches Jagd- und Landesmuseum umbenannt wurde. Im Jahr 1987 schließlich fand die Eröffnung des Ostpreußischen Landesmuseums in einem eigens dafür errichteten Neubau statt. Das Museum ist seit 1994 in Trägerschaft der Ostpreußischen Kulturstiftung. Derzeit (seit 2012) wird die Dauerausstellung überarbeitet und um eine deutschbaltische Abteilung erweitert.

Westpreußisches Landesmuseum

Das Westpreußische Landesmuseum wurde 1975 in Münster-Wolbeck gegründet. Träger ist die Kulturstiftung Westpreußen. Nach der Unterzeichnung eines langfristigen Mietvertrags im Januar 2012 wird das Museum vom Drostenhof in Münster in das ehemalige Kloster Warendorf umziehen und dort ab 2014 seine neue Ausstellung präsentieren.

Siebenbürgisches Museum



Siebenbürgisches Museum Schloss Horneck, Gundelsheim. [Foto: Siebenbürgisches Museum]

Ausgangspunkt des Siebenbürgischen Museums auf Schloss Horneck in Gundelsheim war eine in den 1960er Jahren dort begründete Heimatstube, der 1973 die Etablierung des Trägervereins Siebenbürgisches Museum folgte. 1991 erhielt diese größte zusammenhängende Sammlung von Kulturgütern der Siebenbürger Sachsen außerhalb Siebenbürgens den Status eines Landesmuseums; 1997 konnte die neu gestaltete Dauerausstellung eröffnet werden.

Donauschwäbisches Zentralmuseum

Das Donauschwäbische Zentralmuseum in Ulm wurde im Jahr 2000 in einem Reduit der Bundesfestung Ulm eröffnet. Trägerin ist die Stiftung Donauschwäbisches Zentralmuseum.

Oberschlesisches Landesmuseum

Das Oberschlesische Landesmuseum in Ratingen-Hösel geht auf den 1970 gegründeten Trägerverein Stiftung Haus Oberschlesien zurück. 1983 wurde das Oberschlesische Landesmuseum gegründet, das seine Ausstellungen seit 1998 in einem eigens dafür errichteten Museumsgebäude zeigt. Seit dem Jahr 2000 wird das Museum institutionell vom Land Nordrhein-Westfalen getragen.

Museen in der Bezugsregion: Das Pommersche Landesmuseum und das Schlesische Museum zu Görlitz

Die Stiftung Pommersches Landesmuseum, Trägerin des Pommerschen Landesmuseums, wurde 1996 in Greifswald gegründet. Sie übernahm die Sammlungsbestände der 1967 gegründeten, im Jahr 2000 aufgelösten Stiftung Pommern aus Kiel. Im Jahr 2000 konnte die Gemäldegalerie des neuen Museums eröffnet werden, 2005 schließlich der gesamte Museumskomplex, der im sog. Grauen Kloster untergebracht ist.



Der Schönhof, Sitz des Schlesischen Museums zu Görlitz. [Foto: SMG]

Die Schlesische Landsmannschaft hatte sich bereits seit den 1970er Jahren um die Errichtung eines zentralen Museums mit Sitz in Niedersachsen bemüht. Mit dem Ausstieg der niedersächsischen rot-grünen Landesregierung aus dem Projekt im Jahr 1990 wurden die Planungen zur Einrichtung eines Museums in Hildesheim beendet. Nach der Wiedervereinigung ergab sich die Möglichkeit, das Museum in Görlitz zu beheimaten. Nach einer schwierigen Aufbauphase nahm das Projekt mit der Gründung der Stiftung Schlesisches Museum 1996 Fahrt auf. Der 'kleinen Eröffnung' im Haus zum goldenen Baum im Jahr 2001 folgte im Jahr 2006 die offizielle Eröffnung des Museums im Schönhof.

Das Pommersche Landesmuseum und das Schlesische Museum bilden insofern eine Ausnahme, als sie ihren Standort nicht in den sog. Patenländern haben,[14] sondern in den nach 1945 bei Deutschland verbliebenen Teilen der Regionen, die sie repräsentieren - in Greifswald und Görlitz. Die Entscheidung für diese Standorte war durchaus umstritten, nicht zuletzt, da Mitglieder der Landsmannschaften der Patenländer Niedersachsen (für Schlesien) bzw. Schleswig-Holstein (für Pommern) jahrelang für Museen in den Ankunftsregionen ge-

kämpft hatten. Andere, u. a. polnische Stimmen schlugen angesichts der Ansiedlung der Institutionen in den Herkunftsregionen eine Rückführung der Kulturgüter in deren historische Hauptstädte, nach Stettin/Szczecin (woher die Bestände der Stiftung Pommern in Kiel größtenteils stammten) und Breslau/Wrocław, vor.

Kunstforum Ostdeutsche Galerie

Die Stiftung Kunstforum Ostdeutsche Galerie in Regensburg hat als Kunstmuseum mit überregionalem Auftrag eine Sonderstellung unter den nach § 96 BVFG geförderten Museen. Der gleichnamige Trägerverein wurde 1966 gegründet. Vier Jahre später bezog das Museum das Ausstellungshaus am Stadtpark und konnte sich 1993, nach umfassender Sanierung der Gebäude, auf vier Baukomplexe vergrößern. Den Grundstock der Sammlung bildeten Bestände der Künstlergilde (Esslingen) und des Adalbert Stifter Vereins (München).

Weitere Institutionen mit musealen Teilaufgaben

Kulturzentren mit 'musealen Schaufenstern' sind das 1978 gegründete Haus Schlesien in Königswinter-Heisterbacherrott und das 1981 im Deutschordensschloss Ellingen eingerichtete Kulturzentrum Ostpreußen. Beide verstehen sich als Dokumentations-, Informations- und Begegnungsstätte.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Kurt Dröge: Das "ostdeutsche" Museum und Ostmitteleuropa. In: Jahrbuch für deutsche und osteuropäische Volkskunde 43 (2000), S. 1-27.
- Markus Bauer (Hg.): Schlesisches Museum zu Görlitz. Museum für eine europäische Kulturregion. Muzeum Śląskie w Görlitz. Muzeum europejskiego regionu kulturowego. Dößel 2006.
- Jutta Fethke (Hg.): 25 Jahre Westpreußisches Landesmuseum 1975–2000. Münster-Wolbeck 2000 (Schriftenreihe des Westpreußischen Landesmuseums 60).
- Christian Glass (Hg.): Museum in Europa DZM. Zum zehnjährigen Bestehen des Donauschwäbischen Zentralmuseums Ulm. Ulm 2010.
- Horst H. Grimm (Konzept u. Red.): Pommersches Landesmuseum Greifswald. München 2005 (Edition Logika 8).
- Ronny Kabus (Hg.): Ostpreußen. Landschaft – Geschichte – Kultur im ostpreußischen Landesmuseum. Husum 1997.
- Jürgen Martens: Museumspolitik für das Erbe ehemals deutscher Gebiete. In: Museumskunde 58 (1993), S. 123-130.
- Martina Pietsch: Das Schlesische Landesmuseum zu Görlitz. In: Orden pour le Mérite für Wissenschaften und Künste. Reden und Gedenkworte 35 (2006/2007), S. 37-45. URL: http://www.orden-pourlemerite.de/plm/publikationen/35_jahresband.pdf (letzter Zugriff am 01.11.12).

Weblinks

http://www.dzm-museum.de/deutsch/dzm.html

http://www.hausschlesien.de/

http://www.kulturzentrum-ostpreussen.de/

http://www.kunstforum.net/home.php

http://www.ostpreussisches-landesmuseum.de/

http://www.pommersches-landesmuseum.de/

http://www.schlesisches-museum.de/

http://www.siebenbuergisches-museum.de/

http://www.westpreussisches-landesmuseum.de/

Anmerkungen

[1] Das Oberschlesische Landesmuseum wird seit dem 31.12.2000 nicht mehr institutionell, sondern nur noch über Projektmittel vom Bund gefördert.

[2] Seit mehreren Jahren gibt es Planungen für eine zentrale Institution in München, die vom Freistaat Bayern gefördert werden soll; der Bund hat sich bereits vor dem Jahr 2000 aus diesen Überlegungen zurückgezogen. Bundesförderung erhält der in München ansässige Adalbert Stifter Verein.

[3] Pietsch: Das Schlesische Landesmuseum Görlitz, S. 40.

[4] Konzeption zur Erforschung und Präsentation deutscher Kultur und Geschichte im östlichen Europa, Drucksache 14/4586 vom 26.10.2000. URL: http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/14/045/1404586.pdf (letzter Zugriff am 01.11.2012).

[5] Konzeption (wie Anm. 4), S. 4.

[6] Dies betrifft das Schlesische Museum zu Görlitz, das Pommersche Landesmuseum in Greifswald, das Donauschwäbische Zentralmuseum in Ulm, das Westpreußische Landesmuseum in Münster-Wolbeck und das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg. Die bzw. der Kulturreferent/in für die Regionen Böhmen, Mähren und Sudetenschlesien ist dem Adalbert Stifter Verein (München) angegliedert, da für diese Region kein Landesmuseum existiert (vgl. Anm. 4).

[7] Bericht der Bundesregierung über die Maßnahmen zur Förderung der Kulturarbeit gemäß § 96 des BVFG in den Jahren 2007 und 2008, Drucksache 17/381 vom 23.12.2009, S. 6. URL: http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/003/1700381.pdf (letzter Zugriff am 01.11.2012).

[8] Zitiert nach: Deutscher Museumsbund: Museum. Geschichte und Definition. URL: http://www.museumsbund.de/de/das_museum/geschichte_definition/definition_museum/ (letzter Zugriff am 01.11.2012).

[9] Martens: Museumspolitik, S. 127.

[10] So hat beispielsweise das Donauschwäbische Zentralmuseum in Ulm die Bestände von vier Heimatstuben aus Baden-Württemberg übernommen. Vgl. Henrike Hampe: Die Übernahme von Heimatstuben-Objekten durch das Donauschwäbische Zentralmuseum. In: Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (Hg.): Dokumentation des Kolloquiums "Was wird aus den Heimatsammlungen?" Zukunftsperspektiven für die historisch-ostdeutschen Heimatmuseen und Heimatstuben in Deutschland und die dort verwahrten Sammlungen und Archivbestände. Oldenburg 2006, S. 69-76. Das Pommersche Landesmuseum in Greifswald hingegen hat den gegenteiligen Weg eingeschlagen und sich

gegen die Übernahme der Bestände der Heimatstuben entschieden. Generell werden unterschiedliche Möglichkeiten der Bewahrung der Sammlungsbestände aus den Heimatstuben diskutiert, so die Übernahme durch die Kommune, die zentrale Zusammenführung in den Bundesländern, in denen die Heimatstuben sich befinden oder die Rückführung des Kulturgutes in den Herkunftsort. Vgl. Bundesinstitut: Dokumentation (ebd.).

[11] Dröge: Das "ostdeutsche" Museum, S. 4.

[12] Dröge: Das "ostdeutsche" Museum, S. 5.

[13] Bericht der Bundesregierung über die Maßnahmen zur Förderung der Kulturarbeit gemäß § 96 des BVFG in den Jahren 2009 und 2010 vom 19.4.2012, S. 7.

[14] In der Regel sind dies jeweils die Bundesländer, in denen sich die meisten Flüchtlinge und Vertriebenen einer bestimmten Region niedergelassen haben.

Zitation

Berit Pleitner: Landesmuseen. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/53954.html (Stand 01.11.2012).

Landkarten (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Landsmannschaften

1. Kurzbeschreibung

Landsmannschaften sind Vertriebenenorganisationen, in denen sich Menschen zusammenschließen, die oder deren Vorfahren aus den gleichen Herkunftsgebieten stammen. Der sog. landsmannschaftliche Gedanke basiert auf der Überlegung, dass die als gegeben angenommene, überwiegend allerdings auf Konstruktionen *ex post* beruhende, "stammesmäßige" Zusammengehörigkeit aufrechterhalten werden muss. Die Unterscheidung zwischen Erlebnis- und Bekenntnisgeneration ist Ausdruck dieser Bemühungen. Mit der Schaffung eines erblichen Vertriebenenstatus im Bundesvertriebenengesetz (BVFG) von 1953, dessen sichtbarer Ausdruck der Vertriebenenausweis war, wurde dieses Selbstverständnis gleichsam bundesgesetzlich anerkannt. Erst das Kriegsfolgenbereinigungsgesetz (KfbG) von 1992 beendete diese Praxis.

Eine wichtige Wurzel des landsmannschaftlichen Selbstverständnisses waren Erfahrungen und Denkweise der "auslandsdeutschen" Minderheiten der Zwischenkriegszeit, etwa der Deutschbalten, Westpreußen oder (Ost-)Oberschlesier, v. a. der sog. Sudetendeutschen. Dies zeigt besonders der Begriff "Volksgruppe", der ursprünglich nur in diesem Kontext verwendet wurde: Unter Integration verstanden die Landsmannschaften nach 1945 vor allem die Wahrung ihrer "Volksgruppenidentität"; eine Assimilation an die Aufnahmegesellschaft wurde folgerichtig abgelehnt.

Organisationssoziologisch weisen Landsmannschaften Gemeinsamkeiten mit vormodernen ständischen Vereinigungen auf: Gruppenloyalitäten und Gemeinschaftsnormen stellen über den rationalen Vereinszweck und individuelle Nutzenerwägungen hinaus einen nicht zu unterschätzenden "emotionalen Kitt" dar, der ihnen teilweise bis heute Loyalität und Mobilisierbarkeit ihrer Mitglieder sichert.

2. Geschichte und Programmatik

Erste landsmannschaftliche Organisationen bildeten sich trotz der restriktiven Lizenzierungspolitik der Westalliierten bereits 1945, lediglich in der SBZ/DDR wurden vergleichbare Aktivitäten von Anfang an unterbunden. Als überregionale Dachverbände entstanden Landsmannschaften in Westdeutschland und Österreich seit Ende der 1940er Jahre. Am 9. April 1949 wurden in Frankfurt am Main für die Westzonen die sog. Vereinigten Ostdeutschen Landsmannschaften (VOL) gegründet. Ursprünglich eine reine Versammlung der Sprecher bzw. Vorsitzenden ohne differenzierte Verbandsorganisation und Mehrheitsprinzip, wandelten sich die VOL gegen den Widerstand insbesondere der Schlesier und der Sudetendeutschen in den nächsten Jahren zu einem echten Dachverband und gründeten am 18. August 1952 in Bad Kissingen den Verband der Landsmannschaften (VdL). Besonders umstritten war im Vorfeld die Stimmverteilung in der Sprecherversammlung. Letztlich einigte man sich auf eine Art Kuriensystem und eine Stimmenspreizung nach Mitgliederzahl. Die Gründung des VdL verfestigte die seit 1949 bestehende organisatorische Spaltung der Vertriebenen. Es gab zwar mehrere Anläufe zur Fusion mit dem ebenfalls 1949 gegründeten Zentralverband vertriebener Deutscher (ZvD) unter dem Namen Bund vertriebener Deutscher (BVD), doch scheiterten diese endgültig 1953. Dass der ZvD sich im Jahr darauf demonstrativ in BVD umbenannte, war so gesehen ein Etikettenschwindel, welcher allerdings insofern eine gewisse Berechtigung hatte, als einzelne ZvD-Landesverbände, z. B. Hessen, von sich aus die Einigung mit den Landsmannschaften vollzogen hatten. Hauptgrund für das Scheitern der Bemühungen waren neben der Grundproblematik des Vertriebenenpartikularismus an sich und persönlichen Animositäten zwischen einzelnen Handlungsträgern die Ambitionen des mächtigen ZvD-Vorsitzenden Linus Kather auf das Amt des Bundesvertriebenenministers. Dass es 1957/58 schließlich doch zur Gründung des nun "Bund der Vertriebenen. Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände (BdV)" genannten Einheitsverbandes kam, hängt maßgeblich damit zusammen, dass sich in beiden Verbänden die Erkenntnis durchsetzte, dass das bisher praktizierte Gegeneinander kontraproduktiv war. Kather war zuvor von seinem eigenen Verband weitgehend entmachtet worden und zog sich aus der Politik zurück. Auch unter dem Dach des BdV gab es weiterhin eine ständige Arbeitsgemeinschaft der Sprecher der Landsmannschaften. Die Landsmannschaften in der Republik Österreich hatten sich am 11. September 1954 zur "Arbeitsgemeinschaft volksdeutscher Landsmannschaften Österreichs" - heute "Verband der volksdeutschen Landsmannschaften Österreichs" (VLÖ) - zusammengeschlossen; organisatorische Verbindungen zu den bundesdeutschen Schwesterorganisationen bestehen insbesondere bei der Sudetendeutschen Landsmannschaft.

Der Anspruch der Landsmannschaften, die deutschen Ostgebiete bzw. deren vertriebene Bewohner in ihrer regionalen Vielfalt zu repräsentieren und so eine gesamtdeutsche Aufgabe wahrzunehmen, bedeutete im Kern nichts anderes, als dass sie sich gleichsam als Zwangsorganisationen verstanden, der sich die "Landsleute" weder entziehen konnten noch durften. Rein rechtlich gesehen waren die Landsmannschaften dagegen bürgerliche Vereine, die lediglich für ihre Mitglieder sprechen konnten, und das waren bereits Mitte der 1950er Jahre mit Ausnahme der Deutsch-Baltischen Landsmannschaft durchweg weniger als 30 % der jeweiligen Klientel. Von Anfang an ging deshalb das Bestreben der Landsmannschaften dahin, ihren Status in irgendeiner Form öffentlich-rechtlich abzusichern. Obgleich dies misslang, gestalteten die Landsmannschaften ihre innere Organisation staatsähnlich (bzw. exilregierungsähnlich) aus und hielten weiterhin an ihrem Alleinvertretungsanspruch fest. Man bemühte sich auch, unterhalb der öffentlich-rechtlichen Ebene zu einer engeren Zusammenarbeit der Landsmannschaften zu kommen. Deshalb entstand 1959 neben dem BdV die "Arbeitsgemeinschaft ostdeutscher Provinzen" (später "Ständiger Rat der ostdeutschen Landesvertretungen"), ein Zusammenschluss der Landsmannschaften Ostpreußen, West-

preußen, Pommern, Berlin-Mark Brandenburg, Schlesien und Oberschlesien. Der Rat baute auf den einzelnen, parlamentsähnlichen Landesvertretungen auf und beanspruchte so etwas wie eine parlamentarische Vertretung der Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Grenze darzustellen. Die Gründung des Rates war auch Ausdruck der überkommenen Lagerbildungen bei den Landsmannschaften: Auf der einen Seite die Sudetendeutschen mit ihrem "südostdeutschen" Anhang, auf der anderen Seite die sog. reichsdeutschen Landsmannschaften mit ihrem "nordostdeutschen" Anhang. Nicht immer eindeutig zuzuordnen waren die selbstbewussten und gut organisierten Deutschbalten und Oberschlesier.

Bei den Landsmannschaften ist seit den 1960er Jahren ein ähnlicher Bedeutungs- und Mitgliederverlust zu beobachten wie beim Dachverband BdV insgesamt. Dennoch erwies sich das landsmannschaftliche Organisationsprinzip bis heute in gewissem Sinne als tragfähig. Dazu trugen auch Patenschaften mit Bundesländern bei. Der Hauptgrund dürfte allerdings in dem erwähnten "emotionalen Kitt" zu suchen sein, den der "landsmannschaftliche Gedanke" einem Teil der Vertriebenen und ihren Nachkommen immer noch bietet, die nicht nur eine bloße Interessenvertretung, sondern Anschluss an eine "Heimatfamilie" (Ingeborg Zeiträg) suchen. In jüngster Zeit wird das überkommene landsmannschaftliche Selbstverständnis vereinzelt hinterfragt bzw. neu interpretiert, so benannte sich die in Darmstadt ansässige Deutsch-Baltische Landsmannschaft 2006 in Deutsch-Baltische Gesellschaft um.

3. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Pertti Ahonen: After the expulsion. West Germany and Eastern Europe 1945–1990. Oxford, New York 2003.
- K. Erik Franzen: Der vierte Stamm Bayerns. Die Schirmherrschaft über die Sudetendeutschen 1954–1974. München 2010 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 120).
- Michael Schwartz: Funktionäre mit Vergangenheit. Das Gründungspräsidium des Bundesverbandes der Vertriebenen und das "Dritte Reich". München 2013.
- Matthias Stickler: "Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch" – Organisation, Selbstverständnis und heimatpolitische Zielsetzungen der deutschen Vertriebenenverbände 1949–1972. Düsseldorf 2004 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 46).
- Matthias Stickler: Vertriebenenintegration in Österreich und Deutschland – ein Vergleich. In: Michael Gehler, Ingrid Böhler (Hg): Verschiedene europäische Wege im Vergleich. Österreich und die Bundesrepublik Deutschland 1945/49 bis zur Gegenwart. Festschrift für Rolf Steininger zum 65. Geburtstag. Innsbruck u. a. 2007, S. 416-435.
- Tobias Weger: "Volkstumskampf" ohne Ende? Sudetendeutsche Organisationen 1945–1955. Frankfurt/M. u. a. 2008 (Die Deutschen und das östliche Europa 2).
- Ingeborg Zeiträg: Die Selbstdarstellung der deutschen Vertriebenenverbände als Reflex ihrer gesellschaftlichen Situation. Diss. Hamburg 1970.

Weblinks

- http://www.bund-der-vertriebenen.de/ (Bund der Vertriebenen)
- http://www.vloe.at/ (Verband der volksdeutschen Landsmannschaften Österreichs)
- http://www.deutsch-balten.de/ (Deutsch-Baltische Gesellschaft e. V.)

Zitation

Matthias Stickler: Landsmannschaften. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/53953.html (Stand 05.09.2012).

Lastenausgleich (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Lastenausgleichsarchiv → Lastenausgleich (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Lastenausgleichsgesetz (LAG) → Lastenausgleich (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Lebensraum (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung

Litauendeutsche → Litauen

Siehe Litauen (Länder)

Lodzer Deutsche → Lodz/Łódź

Siehe Lodz/Łódź (Orte und Städte)

Lübisches Recht

1. Definition und Begriff

„Lübisches Recht“ bezeichnet jenes (zuerst lateinisch, seit der Mitte des 13. Jahrhunderts auch mittelniederdeutsch) schriftlich fixierte Recht, das in der Stadt Lübeck und jenen Städten galt, die mit Lübischem Recht bewidmet wurden. Hinzu treten die von Lübeck ausgehenden Modifizierungen und Lübecker Ratsurteile.

Die Kodifikation ging vom Lübecker Rat aus und wurde auch dort kontrolliert; oft stehen die die Bewidmung bestätigenden Urkunden oder Aufzeichnungen (wie z. B. für Kolberg/Kołobrzeg[1] und Elbing/Elbląg[2]) den Rechtstexten voran. Die Übertragung auf eine Tochterstadt erfolgte jedoch zumeist mit Einschränkungen, die vom jeweiligen Landes- beziehungsweise Stadtherrn ausgingen. Besonders betraf dies den Rechtszug nach Lübeck, der in der Regel vollständig untersagt wurde; zumeist wurde dann eine eigene Appellationsinstanz eingesetzt (in Elbing z. B. die „Vier Gerichtsbänke“). Auch einzelne Regelungen konnten von solchen Änderungswünschen betroffen sein. Grund für diese Sonderregelungen war unter anderem, dass das Urteil des Lübecker Rates bei Rechtsnachsuchen bindenden Charakter hatte und somit eine zu große Einflussnahme Lübecks auf die Tochterstadt befürchtet wurde.

Die älteste Nennung des Lübischen Rechts erfolgte 1188 in der Handfeste für die Neustadt Hamburg als *ius Lubicense*. Spätestens seit dieser Zeit war „Lübisches Recht“ ein Begriff, der keiner näheren Erläuterung mehr bedurfte.

Abweichend von der oben genannten Definition wird allein in der Stadt Lübeck geltendes Recht als „Lübeckisches Recht“ bezeichnet.

2. Zur Geschichte und Verbreitung des Lübischen Rechts

Die genaue Herkunft des Lübischen Rechts lässt sich nicht ermitteln. Eine früher häufig diskutierte Ableitung aus dem Soester Recht konnte nicht nachgewiesen werden. Eher kommen regionale Rechte, zum Beispiel das Schleswiger Recht, in Frage, vor allem aber wohl eigene Entwicklungen. Erstmals greifbar wird das Lübische Recht in dem heute verschollenen *Lübischen Fragment* von ca. 1230/1240. Etwa zu der Zeit, als Lübeck 1226 freie Reichsstadt wurde, setzte auch die schriftliche Überlieferung des Lübischen Rechts ein. Die ältesten vollständigen Handschriften sind lateinisch und datieren aus den 1240er Jahren; darunter befinden sich auch solche, die der schlesisch-polnischen Fassung zugerechnet werden.[3] In mittelniederdeutscher Fassung wird das Lübische Recht ab etwa 1275 (*Elbinger Kodex*) greifbar.[4]

Durch Spruchtätigkeit, aber auch durch Ergänzung wurde das Recht beständig erweitert und verfeinert. Eine durchgreifende Umgestaltung und Systematisierung erfuhr es 1299 durch Albrecht von Bardewik (gest. 1333; *Bardewiksche Rezension*). Die letzte große Erneuerung war dann das revidierte Lübische Recht von 1586.[5] Im späten 15. und im 16. Jahrhundert kam es zudem zu einer Vermischung mit dem Hamburgischen Recht.

Lübisches Recht war spezifisches Stadtrecht und unterschied sich insbesondere in dieser Ausrichtung vom Sächsisch-Magdeburgischen Recht. Der Rat war die beherrschende Instanz in der Stadt und beeinflusste maßgeblich Rechtsetzung und -sprechung. Da Städte mit Lübischem Recht vom Handel und speziell vom Fernhandel lebten, war das Recht unter anderem darauf ausgerichtet, Handelshemmnisse zu vermeiden. Das führte zum Beispiel im Erbrecht dazu, dass die Erbmasse möglichst nicht geteilt wurde und dass selbsterworbenes (im Gegensatz zu ererbtem) Gut ohne Einwilligung der Erben als Pfand eingesetzt werden konnte. Auf diese Weise konnte Kapital in größerem Umfang für den Handel zur Verfügung gestellt werden.

Ein weiterer Teil des Lübischen Rechts betraf das Schiffrecht, mit dem besitzrechtliche Ansprüche und daraus ableitbare Forderungen an Schiff und Ladung geklärt wurden. Jedoch scheinen die (anfangs wenigen) Paragraphen nur Spezialfälle zu regeln.[6] Seit dem 15. Jahrhundert versuchte Lübeck zusammen mit anderen Hansestädten, ein gemeingültiges Seerecht zu entwickeln.[7]

Das Verbreitungsgebiet des Lübischen Rechts reichte von Tondern/Tønder im Westen bis Narwa/Narva im Osten und umfasste somit hauptsächlich die Regionen an der südlichen Ostseeküste. Das Hansekontor im Peterhof zu Nowgorod/Novgorod hatte eigene Statuten, die sogenannten *Schragen*. In diese waren unter anderem Regelungen des Lübischen Rechts aufgenommen, doch war der Peterhof eine Exklave in der Stadt, sodass die rechtlichen Auswirkungen über den Peterhof hinaus gering waren.

Neben Deutschland weist heute Polen die größte Anzahl einst lübischrechtlicher Städte auf, von denen die meisten auf deutsche Gründungen zurückgehen (Beispiele sind neben Elbing [Lübisches Recht seit 1246] und Kolberg [1255] die Städte Cammin/Kamień Pomorski [1274], Braunsberg/Braniewo [1284] und Stolp/Słupsk [1310]). In einigen wichtigen Hanse-

städten wie Riga/Rīga, Königsberg/Kaliningrad oder Danzig/Gdańsk galt kein Lübisches Recht.

Seit dem 16. Jahrhundert existierte das Lübische Recht weitgehend als Partikularrecht. Abgelöst wurde es in Preußen durch die Einführung des Allgemeinen Preußischen Landrechts 1792 und im Deutschen Reich mit dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches am 1. Januar 1900. In den estnischen Städten blieb es noch bis 1940 in Kraft.

3. Diskurse/Kontroversen

Seit dem 18. Jahrhundert ist das Lübische Recht auch Gegenstand gelehrter Betrachtungen, die bis weit ins 19. Jahrhundert anhalten und zumeist der Einordnung des Lübischen Rechts als Partikularrecht in die jeweils übergeordneten Rechte gelten. Als rein historischer Gegenstand wird es erst seit dem 20. Jahrhundert wahrgenommen. Besonders gut erforscht ist die Situation für Reval/Tallinn und Estland.[8]

Über die engere wissenschaftliche Diskussion hinaus wird auf das Lübische Recht auf der einen Seite insbesondere unter dem Aspekt der Konstituierung der selbstverwalteten Gemeinde Bezug genommen, um damit auf die Bedeutung einer regionalen Autonomie in Zeiten der Globalisierung hinzuweisen. Auf der anderen Seite wird ein Zusammenhalt dieser Gemeinden über Staatsgrenzen hinweg betont, indem auf den Zusammenhang Lübeck – Lübisches Recht – Hanse verwiesen wird.[9]

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Wolfgang Drechsler (Hg.): Die selbstverwaltete Gemeinde. Beiträge zu ihrer Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft in Estland, Deutschland und Europa. Anläßlich des 750jährigen Jubiläums der Verleihung Lübischen Rechts an Reval (Tallinn). Berlin 1999 (Schriften zum öffentlichen Recht 784).
- Friedrich Ebel: Unseren fruntlichen grus zuvor. Deutsches Recht des Mittelalters im mittel- und osteuropäischen Raum. Kleine Schriften. Hg. von Andreas Fijal, Hans-Jörg Leuchte, Hans-Jochen Schiewer. Köln, Weimar, Wien 2004.
- Wilhelm Ebel (Hg.): Lübecker Ratsurteile 1–4. Göttingen, Berlin, Frankfurt/M. 1955–1967.
- Wilhelm Ebel: Lübisches Recht. Erster Band. Lübeck 1971 (mehr nicht erschienen).
- Friedrich Frensdorff: Das lübische Recht nach seinen ältesten Formen. Leipzig 1872.
- Johann Friedrich Hach (Hg.): Das alte lübische Recht. Lübeck 1839.
- Gustav Korlén: Norddeutsche Stadtrechte II. Das mittelniederdeutsche Stadtrecht von Lübeck nach seinen ältesten Formen. Lund 1951 (Lunder Germanistische Forschungen 23).
- Angelika Lampen: [Art.] Lübisches Recht. In: Burkhart Wachinger, zus. mit Gundolf Keil, Kurt Ruh (†), Werner Schröder, Franz-Josef Worstbrock (Hg.): Die deutsche Literatur des Mittelalters. Verfasserlexikon. Begründet von Wolfgang Stammler, fortgeführt von Karl Langosch. Zweite, völlig neu bearbeitete Auflage unter Mitarbeit zahlreicher Fachgelehrter. Bd. 11: Nachträge und Korrekturen. Berlin, New York 2004, Sp. 932–938.
- Heiner Lück, Matthias Puhle, Andreas Ranft (Hg.): Grundlagen für ein neues Europa. Das Magdeburger und Lübecker Recht in Spätmittelalter und Früher Neuzeit. Köln, Weimar, Wien 2009 (Quellen und Forschungen zur Geschichte Sachsen-Anhalts 6).
- Arthur Methner: Das Lübische Recht in Memel. In: Altpreußische Forschungen 10 (1933), S. 262-298.

- Arthur Methner: Die älteste deutsche Handschrift des Lübischen Rechts. In: Elbinger Jahrbuch 14 (1937), S. 59-110.

Anmerkungen

[1] Peter Jancke (Hg.): Das Kolberger Rechtsbuch. Der Kolberger Kodex des Lübischen Rechts von 1297. Faksimiledruck der verschollenen Handschrift mit hochdeutscher Übersetzung und Glossar. Hamburg 2005 (Beiträge zur Geschichte der Stadt Kolberg und des Kreises Kolberg-Körlin 32).

[2] Vgl. Edward Carstenn: Die Elbinger Handschriften des Lübischen Rechts. In: Zeitschrift des Westpreußischen Geschichtsvereins 73 (1935), S. 139-183; Ralf G. Päsler: Deutschsprachige Sachliteratur im Preußenland bis 1500. Untersuchungen zu ihrer Überlieferung. Köln, Weimar, Wien 2003 (Aus Archiven, Bibliotheken und Museen Mittel- und Osteuropas 2), S. 224–238.

[3] Friedrich Ebel, Renate Schelling: Das lateinische lübische Recht in der schlesisch-polnischen Fassung des 13. Jahrhunderts. In: Ebel: Unseren fruntlichen grus zuvor, S. 252–323.

[4] Zu den deutschsprachigen Handschriften des Lübischen Rechts vgl. den Handschriftencensus (Abruf 08.01.2015).

[5] Der Kayserlichen Freyen vnd des Heiligen Reichs-Stadt Lübeck Statuta vnd Stadt Recht. Auffs Newe vbersehen / Corrigiret / vnd aus alter Sechsischer Sprach in Hochdeutsch gebracht. Lübeck 1586 (Digitalisat hier; Abruf 08.01.2015).

[6] Carsten Jahnke: Hansisches und anderes Seerecht. In: Albrecht Cordes (Hg.): Hansisches und hansestädtisches Recht. Trier 2008 (Hansische Studien 17), S. 41–67.

[7] Götz Landwehr: Das Seerecht der Hanse (1365–1614). Vom Schiffordnungsrecht zum Seehandelsrecht. Hamburg 2003 (Berichte aus den Sitzungen der Joachim-Jungius-Gesellschaft der Wissenschaften e. V., Hamburg 21,1).

[8] F[riedrich] G[eorg] von Bunge (Hg.): Die Quellen des Revaler Stadtrechts. Bd. 1–2. Dorpat 1844–1846; Der Revaler Kodex des lübischen Rechts 1282. Transkription und Übersetzung ins Estnische von Tiina Kala. Tallinn 1998; Tiina Kala: Das Geschriebene und das Mündliche. Das lübische Recht und die alltägliche Rechtspflege im mittelalterlichen Reval. In: Cordes (Hg.): Hansisches und hansestädtisches Recht (Anm. 6), S. 91–112.

[9] Vgl. zum Beispiel die Beiträge in Drechsler: Die selbstverwaltete Gemeinde.

Zitation

Ralf G. Päsler: Lübisches Recht. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2015. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32867 (Stand 27.02.2015).

Lutheraner (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

M

Magdeburger Recht

1. Definition und Begrifflichkeit

Als Magdeburger Recht wird keine konkrete Kodifikation, sondern ein im Einzelfall sehr variables Konglomerat von Normen und Rechtsvorstellungen bezeichnet, das ausgehend von Magdeburg die mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Rechtsordnungen Mittel- und Osteuropas entscheidend mitgeprägt hat. Es wird darunter erstens die mittelalterliche Magdeburger Stadtverfassung und ihre Aufzeichnung in einer Reihe von Texten des 13. und 14. Jahrhunderts, zweitens die rechtsberatende Tätigkeit des Magdeburger Schöppenstuhls sowie drittens die juridische und gesetzgeberische Orientierung an beidem in Rechtspraxis und Rechtsaufzeichnungen des Mittelalters und der Neuzeit verstanden. In der konkreten Überlieferung geht diese Rezeption häufig untrennbar einher mit einer ähnlichen Aufnahme des Sachsenspiegels Eikes von Repgow aus der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts. Deshalb sprechen die zeitgenössischen Quellen neben *ius Maideburgense* häufig auch von *ius teutonicum* oder *ius saxonicum*, während die moderne Forschung sich regelmäßig der Wendung *sächsisch-magdeburgisches Recht* bedient, um diese enge Verbindung zu betonen.

2. Zur Geschichte des Magdeburger Rechts

Dass es in Magdeburg bereits am Ende des 12. Jahrhunderts eine normierte Gerichtsverfassung gegeben haben muss, belegt ein Privileg Erzbischof Wichmanns aus dem Jahr 1188. Aufzeichnungen dieser Normen existieren aber keine. Erst um die Mitte des 13. Jahrhunderts entsteht dann das sog. Magdeburger Weichbildrecht als 'private' Aufzeichnung geltender Rechtsgewohnheiten und entwickelt sich bis zum Ende des Jahrhunderts zu seiner vulgaten Form, der sog "Weichbildvulgata", die in der handschriftlichen Überlieferung häufig zusammen mit der zwischen 1235 und 1250 entstandenen "Weichbildchronik" auftritt. Diese weit verbreitete vulgate Verkehrsform wird seit der Mitte des 14. Jahrhunderts, ebenso wie auch der Sachsenspiegel, glossiert und erfährt Übersetzungen ins Lateinische, Polnische und Tschechische. Spätestens seit dieser Zeit ist das Magdeburger Recht als zentrale Rechtsaufzeichnung der 'Länder sächsischen Rechts' akzeptiert. Dieser unscharfe geographische Raum wird durch zahlreiche Bewidmungen von Städten in Mittel- und Osteuropa durch das gesamte Mittelalter hindurch stetig erweitert und beeinflusst auch herrschaftliche Kodifikationen. Mancherorts (z. B. in der Ukraine und in Kiew/Kyjiv) hat sich dieser Einfluss bis in das frühe 19. Jahrhundert hinein entfaltet.



Das sächsisch-magdeburgische Recht in Ost- und Mitteleuropa. Basiskarte des Untersuchungsgebiets (Inge Bily, Konrad Großer, Patricia Mund). [Kartenbeilage I zu: Inge Bily, Wieland Carls, Katalin Gönczi: Sächsisch-magdeburgisches Recht in Polen. Untersuchung zur Geschichte des Rechts und seiner Sprache. Berlin, Boston 2011 (IVS SAXONICO-MAIDEBVRGENSE IN ORIENTE 2). Karteninhalt: Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, Kartografie: Leibniz-Institut für Länderkunde Leipzig http://www.ifl-leipzig.de]

Bei strittigen Rechtsfragen stellten die mit Magdeburger Recht bewidmeten Städte regelmäßig Anfragen an den Magdeburger Schöppenstuhl oder eine 'Tochterstadt', die ihrerseits die Funktion eines Oberhofes übernahm (z. B. Krakau/Kraków, Breslau/Wrocław, Olmütz/Olomouc, Troppau/Opava etc.). Die Rechtsauskünfte des Magdeburger Schöppenstuhls sind während der Eroberung Magdeburgs durch den kaiserlichen Feldherrn Johann von Tilly (1559–1632) im Jahre 1631 wohl verbrannt. Am 1940 in Magdeburg gegründeten Institut zur Erforschung des Magdeburger Stadtrechts wurde daher unter der Leitung von Theodor Goerlitz (1885–1949) versucht, diese in großer Zahl überlieferten Sprüche auf Empfängerseite zu sammeln; mit Schließung des Instituts 1945 endete das Unternehmen. Einen zweiten Anlauf in diese Richtung hat dann in den 1980er Jahren Friedrich Ebel (1944–2005) unternommen, von den geplanten neun sind allerdings nur zwei Bände erschienen.

3. Magdeburger Recht als europäischer Erinnerungsort

Seit dem 19. Jahrhundert gilt das Magdeburger Recht mit seiner Verbreitung bis nach Weißrussland, in die Ukraine und ins Baltikum hinein neben dem Lübischen Recht als Paradebeispiel für "deutsches Recht im Osten". Entsprechend anfällig ist seine Erforschung stets für ideologische Vereinnahmung gewesen. Dabei ignorierte man in der Regel den Umstand, dass das Magdeburger Recht auch in solchen Gebieten rezipiert wurde, die gar nicht von der sog. Ostsiedlung betroffen gewesen waren (z. B. Podolien, Wolhynien und später die Ukraine).

Nachdem die Erforschung des Magdeburger Rechts während des Kalten Krieges auf beiden Seiten des Eisernen Vorhanges nur sehr zurückhaltend betrieben wurde, hat sie in den letzten Jahrzehnten neuen Aufschwung genommen, nun unter den Vorzeichen einer Europa übergreifenden, gemeinsamen Rechtstradition, die Ost und West miteinander verbindet. Das hat auch in der öffentlichen Erinnerung Spuren hinterlassen: 1999 feierte die Stadt Kiew, wo schon seit 1808 ein Denkmal an die Bewidmung der Stadt mit Magdeburger Recht 1494/97 erinnert, dessen 500. Jubiläum, 2006 wurde ein entsprechendes 650-jähriges Jubiläum im ukrainischen Lemberg/L'viv, 2008 das 600-jährige Jubiläum im litauischen Kauen/Kaunas begangen. In Krakau wurde 2007 anlässlich des 750. Jahrestages eine Ausstellung über "Krakau als europäische Stadt des Magdeburger Rechts" (*Kraków europejskie miasto prawa magdeburskiego, 1257-1791*) inszeniert, in Magdeburg war ein Jahr zuvor die Wanderausstellung *Sachsenspiegel und Magdeburger Recht. Grundlagen für Europa* mit Stationen in Halle, Brüssel/Bruxelles und Warschau/Warszawa gestartet. Wissenschaftlich begleitet werden diese Entwicklungen durch Neuerscheinungen mit entsprechenden Buchtiteln, die ebenfalls besonders die europäischen Dimensionen betonen. Viele dieser Arbeiten stehen in Verbindung mit dem groß angelegten Forschungsprojekt *Das sächsisch-magdeburgische Recht als kulturelles Bindeglied zwischen den Rechtsordnungen Ost- und Mitteleuropas* an der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Friedrich Ebel (Hg.): Magdeburger Recht. 2 Bde. in 3 Teil-Bden. Köln u. a. 1983, 1989, 1995 (Mitteldeutsche Forschungen 89).
- Ernst Eichler, Heiner Lück (Hg.): Rechts- und Sprachtransfer in Mittel- und Osteuropa. Sachsenspiegel und Magdeburger Recht. Berlin 2008 (IVS saxonico-maidebvrgense in Oriente 1).
- Katalin Gönczi: Städte des Magdeburger Rechts in Osteuropa. In: Susanne Ehrich, Jörg Oberste (Hg.): Städtische Räume im Mittelalter. Regensburg 2009 (Forum Mittelalter 5), S. 181-193.
- Krakow: europejskie miasto prawa magdeburskiego [Krakau als europäische Stadt des Magdeburger Rechts] 1257–1791 (Ausstellungskatalog). Krakau 2007.
- Rolf Lieberwirth: Das sächsisch-magdeburgische Recht als Quelle osteuropäischer Rechtsordnungen. Berlin 1986 (Sitzungsberichte der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig. Philologisch-historische Klasse 127/1).
- Heiner Lück, Matthias Puhle, Andreas Ranft (Hg.): Grundlagen für ein neues Europa. Das Magdeburger und Lübecker Recht in Spätmittelalter und Früher Neuzeit. Köln u. a. 2009 (Quellen und Forschungen zur Geschichte Sachsen-Anhalts 6).
- Renate Schelling: Magdeburger Schöffensprüche und Magdeburger Weichbildrecht in urkundlicher und handschriftlicher Überlieferung. In: Matthias Puhle (Hg.): Hanse - Städte - Bünde. Die sächsischen Städte zwischen Elbe und Weser um 1500, Aufsatzband. Magdeburg 1996 (Magdeburger Museumsschriften 4/1), S. 118-128.

- Dietmar Willoweit, Winfried Schich (Hg.): Studien zur Geschichte des sächsisch-magdeburgischen Rechts in Deutschland und Polen. Frankfurt/M u. a. 1980 (Rechtshistorische Reihe 10).

Weblink

- http://www.magdeburger-recht.eu/ (Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig)

Zitation

Hiram Kümper: Magdeburger Recht. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/55234.html (Stand 06.03.2012).

Magyarisierung → Assimilation

Siehe Assimilation

Mennoniten → Freikirchen (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Methodisten → Freikirchen (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Migration

1. Definition

Migration ist die auf einen längerfristigen Aufenthalt angelegte räumliche Verlagerung des Lebensmittelpunktes von Individuen, Familien, Gruppen oder auch ganzen Bevölkerungen. Unterscheiden lassen sich verschiedene Erscheinungsformen räumlicher Bevölkerungsbewegungen:

Migrationsformen	**Merkmale, Teilphänomene und Beispiele für Gruppen**
Arbeitswanderung	Migration zur Aufnahme unselbstständiger Erwerbstätigkeit in Gewerbe, Landwirtschaft, Industrie und im Dienstleistungsbereich
Bildungs- und Ausbildungswanderung	Migration zum Erwerb schulischer, akademischer oder beruflicher Qualifikationen (Schülerinnen und Schüler, Studierende, Lehrlinge)
Dienstmädchen- und Hausarbeiterinnenwanderung	Migration im Feld der haushaltsnahen Dienstleistungen, häufig gekennzeichnet durch relativ enge Bindung an eine Arbeitgeberfamilie, ungeregelte Arbeitszeiten und prekäre Lohnverhältnisse
Elitenwanderung	Migration politischer, administrativer, militärischer, akademischer oder wirtschaftlicher Eliten (Beamte, Offiziere,

	Unternehmer, Kaufleute, Manager, Wissenschaftler, Angehörige freier Berufe)
Gesellenwanderung	Wissens- und Technologietransfer durch Migration im Handwerk, Steuerungsinstrument in gewerblichen Arbeitsmärkten durch Zünfte
Heirats- und Liebeswanderung	Wechsel des geographischen und sozialen Raumes wegen einer Heirat oder einer Liebesbeziehung
Kaufleute- und Händlerwanderung	Häufig temporäre Migration zur Etablierung oder Aufrechterhaltung von Handelsfilialen; Wanderhandel als Sonderform: saisonale Handelstätigkeit im Umherziehen
Kulturwanderung	Wechsel in kulturell attraktive Städte und Stätten (›Künstlerkolonien‹, Weltstädte / ›Global Cities‹ als kulturelle Zentren)
Militärische Migration	Wechsel des geographischen und sozialen Raumes aufgrund der Entsendung im Rahmen eines militärischen Apparates (Söldner, Soldaten, Seeleute)
Nomadismus/Migration als Struktur	Permanente oder wiederholte Bevölkerungsbewegung zur Nutzung natürlicher, ökonomischer und sozialer Ressourcen durch Viehzüchter, Gewerbetreibende, Dienstleister oder brandrodende Bauern
Siedlungswanderung	Migration mit dem Ziel des Erwerbs von Bodenbesitz zur landwirtschaftlichen Bearbeitung
Sklaven- und Menschenhandel	Migration (Deportation) zur Realisierung von Zwangsarbeit, d. h. jeder Art von Arbeit oder Dienstleistung, die von einer Person unter Androhung irgendwelcher Strafen verlangt wird
Wanderarbeit	Arbeitswanderung im Umherziehen, ortlose Wanderarbeitskräfte finden sich vor allem im Baugewerbe (Eisenbahnbau, Kanalbau)
Wanderhandel	Handelstätigkeit im Umherziehen, meist Klein- und Kleinsthandel, z. B. Hausierer
Wohlstandswanderung	Migration finanziell weitgehend unabhängiger Personen aus vornehmlich klimatischen oder gesundheitlichen Erwägungen (Rentner- und Seniorenwanderung, 'lifestyle migration')
Zwangswanderung	Migration, die sich alternativlos aus einer Nötigung zur Abwanderung aus politischen, ethno-nationalen, rassistischen oder religiösen Gründen ergibt (Flucht, Vertreibung, Deportation, Umsiedlung)

Individuen, Familien oder Gruppen streben danach, durch Bewegungen zwischen geographischen und sozialen Räumen Erwerbs- oder Siedlungsmöglichkeiten, Beschäftigungs-, Bildungs-, Ausbildungs- oder Heiratschancen zu verbessern bzw. sich neue Chancen zu erschließen, sieht man von den weiter unten noch behandelten Zwangswanderungen ab. Unterscheiden lassen sich verschiedene Hintergründe und raum-zeitliche Dimensionen von Migration:

Hintergrund	– Chancenwahrnehmung (Arbeits- und Siedlungswanderungen) – Zwang (Flucht, Vertreibung, Deportation, meist politisch und weltan-

	schaulich bedingt oder Folge von Kriegen) – Krise (z. B. Abwanderung aufgrund menschlicher oder natürlicher Umweltzerstörung; aufgrund akuter wirtschaftlicher und sozialer Notlagen) – Bildung/Ausbildung (Erwerb von beruflichen oder akademischen Qualifikationen) – Kultur (Kulturwanderungen, Wohlstandswanderungen)
Raum	– intraregional (Nahwanderungen) – interregional (mittlere Distanz) – grenzüberschreitend (muss keine großen Distanzen umfassen, der Grenzübertritt hat aber in der Regel erhebliche rechtliche Konsequenzen für das Individuum) – interkontinental (große Distanzen mit in der Regel relativ hohen Kosten)
Richtung	– unidirektional (Wanderung zu einem Ziel) – etappenweise (Zwischenaufenthalte werden eingelegt, v. a. um Geld für die Weiterreise zu verdienen) – zirkulär (mehr oder minder regelmäßiger Wechsel zwischen zwei Räumen) – Rückwanderung
Dauer des Aufenthalts	– saisonal – mehrjährig – Arbeitsleben – Lebenszeit und intergenerationell

2. Bedingungen von Migration

Migrationsentscheidungen unterlagen in der Regel multiplen Antrieben, eine Vielfalt unterschiedlicher Motive bestimmte die Entscheidung zur Abwanderung bzw. zur Zuwanderung in einem bestimmten Raum. Zumeist waren wirtschaftliche, soziale, politische, religiöse und persönliche Motive in unterschiedlichen Konstellationen mit je verschiedener Reichweite eng miteinander verflochten.

Räumliche Bewegungen zur Erschließung oder Ausnutzung von Chancen strebten nicht ausschließlich nach einer Stabilisierung oder Verbesserung der ökonomischen und sozialen Lage von Zuwanderern im Zielgebiet. Im Zentrum konnte gleichermaßen die Situation im Ausgangsraum stehen, wie bei den saisonalen Arbeitswanderungen oder bei den Rückwanderungen nach Jahren oder Jahrzehnten der Erwerbstätigkeit in der Fremde. Eine ausgesprochen hohe Bedeutung haben bis in die Gegenwart für einzelne Haushalte, für regionale Ökonomien oder selbst für ganze Volkswirtschaften die meist regelmäßigen Geldüberweisungen durch Migranten an zurückbleibende Familienmitglieder.

Migration bildete in den genannten Kontexten ein Element der Lebensplanung und verband sich häufig mit (erwerbs-)biographischen Grundsatzentscheidungen wie Heirat, Wahl des Berufs oder eines Arbeitsplatzes; der überwiegende Teil der Arbeits-, Ausbildungs-, Siedlungs- und Heiratswanderer war also jung. Der Wanderungsentschluss resultierte in derartigen Konstellationen aus persönlichen Entscheidungen oder Arrangements in Familienwirtschaften. Individuelle bzw. familienwirtschaftliche Handlungsalternativen gab es dabei allerdings vor allem dann nicht, wenn aufgrund von wirtschaftlichen, sozialen oder umweltbedingten Krisen existentielle Not herrschte oder drohte.

Bei den Wanderungen, die nach einem neuen oder doch besseren ökonomischen und sozialen Chancenangebot strebten, unterschieden sich Herkunftsraum und Zielgebiet vornehmlich durch ein ökonomisches Gefälle. Es muss keineswegs als übergreifender wirtschaftlicher Entwicklungsunterschied zwischen zwei Großräumen verstanden werden, sondern beschränkte sich vielmehr häufig auf einzelne kleinräumige Marktsegmente. Spezifische soziale Merkmale von Individuen bzw. Mitgliedern von Familien oder Gruppen, darunter vor allem Geschlecht, Alter und Position im Familienzyklus, berufliche Stellung und Qualifikationen sowie Zuschreibungen (vor allem hinsichtlich der Zugehörigkeit zu ›Ethnien‹, ›Kasten‹, ›Rassen‹ oder ›Nationalitäten‹), die sich nicht selten mit Privilegien und Geburtsrechten verbanden, bedingten den Marktzugang und damit auch die migratorische Chancenwahrnehmung.

Kommunikationsprozesse motivierten und strukturierten räumliche Bevölkerungsbewegungen; ob und inwieweit eine Abwanderung als individuelle oder familienwirtschaftliche Alternative verstanden wurde, hing entscheidend vom Wissen über Migrationsziele, -pfade und -möglichkeiten ab. Damit Arbeits-, Ausbildungs- und Siedlungswanderungen einen gewissen Umfang und eine gewisse Dauer erreichten, bedurfte es kontinuierlicher und verlässlicher Informationen über das Zielgebiet. Die Formen der Vermittlung solcher Informationen waren vielgestaltig und nicht selten eng miteinander verknüpft: Ein zentrales Element bildete die mündliche oder schriftliche Übermittlung von Wissen über Beschäftigungs-, Ausbildungs-, Heirats- oder Siedlungschancen durch bereits vorausgewanderte (Pionier-)Migranten, deren Nachrichten aufgrund von Verwandtschaftsverbindungen oder Bekanntschaftskontakten ein hoher Informationswert beigemessen wurde. Als vertrauenswürdig geltende und zur Umsetzung des Wanderungsentschlusses zureichende Informationen über Chancen und Gefahren standen den potenziellen Migranten dabei häufig jeweils nur für einen Zielort bzw. für einzelne, lokal begrenzte Siedlungsmöglichkeiten oder spezifische Segmente des Arbeits- oder Ausbildungsmarktes zur Verfügung, sodass realistische Wahlmöglichkeiten zwischen verschiedenen Wanderungszielen keineswegs immer gegeben sein mussten.

Die Bedeutung der Informationsvermittlung mit Hilfe von Netzwerken kann nicht überschätzt werden. Verwandte oder Bekannte bildeten beispielsweise die erste Station bzw. das direkte Ziel der Reise von 94% aller Europäer, die an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert in Nordamerika eintrafen. Herkunftsräume und Zielgebiete waren in der Regel über Migrationsnetzwerke, über durch Verwandtschaft, Bekanntschaften und Herkunftsgemeinschaften zusammengehaltene Kommunikationssysteme miteinander verbunden sowie durch die Etablierung ausgeprägter Wanderungstraditionen. Das galt nicht nur für grenzüberschreitende Fernwanderungen, sondern gleichermaßen für die intra- und interregionalen Migrationsverhältnisse und damit beispielsweise auch für die Kommunikation zwischen Stadt und Umland im Kontext der europäischen Urbanisierung des 19. und 20. Jahrhunderts.

Wissen über Chancen und Gefahren der Ab- bzw. Zuwanderung, über räumliche Ziele, Verkehrswege sowie psychische, physische und finanzielle Belastungen vermittelten darüber hinaus mündliche und schriftliche Auskünfte staatlicher, kirchlicher oder privater Hilfsorganisationen und Beratungsstellen sowie Publikationen. Auch die staatliche oder private Anwerbung von Arbeits- oder Siedlungswanderern - beispielsweise mit Hilfe von Agenten bzw. Werbern - kann als eine Form des Transfers von Wissen über migratorische Chancen verstanden werden.

3. Zwangsmigration

Staatliches oder obrigkeitliches Handeln bildet einen der wichtigsten Hintergründe für Zwangswanderungen als einer weiteren wesentlichen Migrationsform. Zwangsmigration ist

durch eine Nötigung zur Abwanderung verursacht, die keine realistische Handlungsalternative zulässt. Sie kann Flucht vor Gewalt sein, die Leben und Freiheit direkt oder erwartbar bedroht, zumeist aus politischen, ethno-nationalen, rassistischen oder religiösen Gründen. Zwangsmigration kann aber auch gewaltsame Vertreibung, Deportation oder Umsiedlung bedeuten, die sich oft auf ganze Bevölkerungsgruppen erstreckt. Nicht selten verbinden sich solche Formen mit Zwangsarbeit. Eine Typologie von Zwangsmigrationen erschließt eine Vielzahl unterschiedlicher Begriffe, die wiederum mit Abgrenzungsproblemen eigener Art verbunden sind:

Form	**Merkmale**
Deportation	Zwangsmaßnahme zur zielgerichteten räumlichen Bewegung rekrutierter Zwangsarbeitskräfte
Evakuierung	Zwangsmaßnahme, die in einer als unmittelbare Notlage perzipierten Situation räumliche Bevölkerungsbewegungen in kurzer Frist veranlasst und auf eine Rückführung nach der Beendigung der nicht für dauerhaft erachteten Notlage ausgerichtet ist. Flucht und Evakuierung lassen sich oft kaum voneinander abgrenzen
Flucht	Ausweichen vor einer lebensbedrohenden Zwangslage aufgrund von Gewalt
Umsiedlung	Zwangsmaßnahme zur zielgerichteten Verlagerung von Siedlungsschwerpunkten größerer (Minderheiten-)Gruppen
Vertreibung	Zwangsmaßnahme der Initiierung und Durchsetzung räumlicher Bevölkerungsbewegungen, die keine Maßnahmen zur Wiederansiedlung umfasst

Zwangsmigration war meist Ergebnis von Krieg, Bürgerkrieg oder Maßnahmen autoritärer Systeme. Vor allem die Weltkriege, aber auch die Prozesse von Kolonisation und Dekolonisation bildeten elementare Katalysatoren in der Geschichte der Zwangswanderungen.

4. Migrationsregime

Jenseits der Zwangsmigrationen und jenseits der geschilderten individuell oder gruppenspezifisch wirksamen Faktoren beeinflussten Migrationsregime die Umsetzung und Gestaltung von Migrationsoptionen, kontrollierten, förderten, steuerten oder begrenzten das Handeln von Akteuren im Prozess der Migration. Elemente von Migrationsregimen sind für die Rahmung und Gestaltung von Migrationsprozessen relevante weltanschauliche und politische Prinzipien, obrigkeitlich bzw. staatlich gesetzte Regeln, institutionelle Gefüge und administrative Entscheidungsprozeduren. Migrationsregime verweisen damit auf das weit ausgreifende Wechselverhältnis von Staat und Migration. Obrigkeiten bzw. Staaten konnten räumliche Bevölkerungsbewegungen und deren Begleit- und Folgeerscheinungen als wirtschaftliche, soziale, rechtliche, kulturelle oder innen- bzw. außenpolitische Herausforderung wahrnehmen. Art und Grad dieser Problemperzeption orientierten sich dabei an der staatlichen Selbstzuschreibung von Verantwortungsbereichen und Aufgabenstellungen sowie an den damit verbundenen Zielvorstellungen. Der Wandel von Staatlichkeit und Staatsverständnis, von Staatsform und Staatstätigkeit, von staatlicher Legitimation und staatlicher Repräsentation bedingte die Veränderung staatlicher Perzeptionen von Migration.

5. Die Geschichte der Deutschen im östlichen Europa als Geschichte der Migration

Die Geschichte der Deutschen im östlichen Europa kann als eine Geschichte der Migration verstanden werden: Anwerbung und Ansiedlung von Siedlern aus dem deutschsprachigen Raum vom Hochmittelalter bis in das 19. Jahrhundert in verschiedenen Gebieten Ostmittel-, Südost- und Osteuropas konstituierten das im vorliegenden Lexikon in den Blick genomme-

ne Phänomen. Vielfältige Migrationsbeziehungen zwischen den Herkunftsgebieten in Mitteleuropa und den Zielräumen blieben über Jahrhunderte bestehen, sie hatten für die Entwicklung von Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur der deutschsprachigen Bevölkerung im östlichen Europa ein hohes Gewicht. Die Weltkriege des 20. Jahrhunderts und ihre Folgen zerstörten einen Großteil der deutschen Siedlungsschwerpunkte im östlichen Europa durch Zwangsmigration. Vor allem Flucht und Vertreibung mit und nach Kriegsende 1945 sowie der jahrzehntelange Prozess der Abwanderung von Aussiedlern, der in den späten 1980er und frühen 1990er Jahren seinen Höhepunkt fand, beendete die Präsenz von deutschsprachigen Bevölkerungsgruppen bzw. Minderheiten im östlichen Europa.

6. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Klaus J. Bade: Europa in Bewegung. Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart. München 2000.
- Klaus J. Bade, Pieter C. Emmer, Leo Lucassen, Jochen Oltmer (Hg.): Enzyklopädie Migration in Europa vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart. 3. Aufl. Paderborn 2010.
- Mathias Beer: Flucht und Vertreibung der Deutschen. Voraussetzungen, Verlauf, Folgen. München 2011.
- Detlef Brandes, Holm Sundhaussen, Stefan Troebst (Hg.): Lexikon der Vertreibungen. Deportation, Zwangsaussiedlung und ethnische Säuberung im Europa des 20. Jahrhunderts. Wien u. a. 2010.
- Jochen Oltmer: Migration im 19. und 20. Jahrhundert. München 2010 (Enzyklopädie deutscher Geschichte 86).
- Christoph Bergner, Matthias Weber (Hg.): Aussiedler- und Minderheitenpolitik in Deutschland. Bilanz und Perspektiven. München 2009 (Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 38).

Zitation

Jochen Oltmer: Migration. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/53946.html (Stand 18.01.2012).

Minderheit (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Minderheitenpolitik

1. Genese

Begriff

Ganz allgemein werden mit dem Begriff "Minderheitenpolitik" sämtliche staatliche und gesellschaftliche Institutionen, Prozesse, Inhalte und Praktiken gegenüber einer zahlenmäßig geringeren Gruppe bezeichnet. Im internationalen Kontext versteht man unter "Minderheitenpolitik" die gezielte Förderung der Schaffung und Durchsetzung von internationalen Normen zum Minderheitenschutz durch Staaten, internationale Organisationen, regionale Institutionen und nicht-staatliche Akteure.

Träger, Gebrauch

Im heute politisch und politikwissenschaftlich üblichen Sinn sind Minderheiten durch relativ stabile Merkmale gekennzeichnet, entsprechend der Empfehlung 1201 der Parlamentari-

schen Versammlung des Europarats, auf welche in verschiedenen internationalen, vor allem auch EU-Dokumenten, wiederholt Bezug genommen wird. Vorangegangen war die Arbeit der UN-Sonderberichterstatter der "UN-Unterkommission zur Verhütung von Diskriminierung und für Minderheitenschutz". Gemäß der Definitionen von Francesco Capotorti und Jules Deschênes zeichnet sich eine Minderheit in objektiver Hinsicht durch vier Elemente aus: (1) numerische Unterlegenheit im Vergleich zur Gesamtbevölkerung, (2) nicht-dominante Stellung im Staat, (3) ethnische, religiöse oder sprachliche Gemeinsamkeiten und (4) ein Solidaritäts- und Identitätsgefühl. Hinzugefügt werden muss noch die Staatsangehörigkeit (5) als ein allerdings umstrittenes Kriterium des Minderheitenbegriffs. An der Frage, ob nur alteingesessene ("autochthone") Minderheitengruppen von der jeweiligen Schutznorm erfasst werden sollen oder auch "neue" Minderheiten, d. h. Zuwanderer und Arbeitsmigranten, die nicht die Staatsangehörigkeit des jeweiligen Aufenthaltsstaates haben, entzündet sich regelmäßig Streit. Die traditionelle Völkerrechtsliteratur ist der Auffassung, dass nur alteingesessene Minderheitengruppen mit besonderen ethnischen, sprachlichen oder religiösen Merkmalen unter den Minderheitenbegriff fallen, die aus historischen Gründen zwar die Staatsangehörigkeit des betreffenden Staates haben, sich wegen ihrer speziellen kulturellen Merkmale aber von der Mehrheitsbevölkerung unterscheiden. Im Gegensatz dazu sollen nach dem "progressiven" Minderheitenbegriff auch "neue" Minderheiten eingeschlossen werden.

Im staatsrechtlichen Kontext stellen sich für Minderheiten Probleme ihrer Integration bzw. Assimilation aus der Sicht der Mehrheit, ihrer Bestandserhaltung/Separierung aus der Sicht der nicht integrations- bzw. assimilationsbereiten Minderheit. Ihrer Sicht zufolge erhoben die Minderheiten Forderungen nach Anerkennung als ethnische/religiöse/nationale Minderheit und Rechtsschutz, nach Aufrechterhaltung oder Gewährung von Sonderrechten (Sprachenrechte, eigene Schulen etc.) sowie ggf. nach politischer Selbstverwaltung, nach Schutz vor Majorisierung, nach sozialer Gleichstellung und besonderer Förderung (positive Diskriminierung).

Fremdsprachige Entsprechungen, Übersetzungen, Übernahmen

engl. minority policy; span. política de minorías; franz. politique des minorités; ital. politica per le minoranze; ung. kisebbségi politika; poln. polityka mniejszości; rum. politica de minoritate; slowak. menšinové politiky

2. Definition

Minderheitenpolitik ist ein *essentially contested concept*, also ein Begriff, über dessen Bedeutung nicht einfach durch konzeptionelle Präzision Klarheit erlangt werden kann, da er (vor allem aus politischen Gründen) umstritten ist. Es gibt bis dato keine verbindliche internationale Definition von "Minderheit". Bei der wissenschaftlichen "Arbeit am Begriff" wird "Minderheit" deshalb zunächst häufig von anderen, konkurrierenden Konzepten abgegrenzt. Neben dem Terminus "Minderheit" werden in der Wissenschaft sowie im internationalen Sprachgebrauch auch andere Termini verwendet, die sich nicht nur semantisch voneinander unterscheiden. Mit jeder Begriffsverwendung sind dabei bestimmte Konnotationen (und meist auch politische Interessen) verbunden. Der Begriff "Volksgruppe" etwa bezieht sich auf eine durch Staatsgrenzen getrennte ethnische Gemeinschaft im Rahmen eines größeren Volksverbandes oder Nationalstaats (*kin-state*). Dabei werden auch ganze Völker bzw. Ethnien (ohne eigenen Nationalstaat) als Volksgruppe bezeichnet, wie z. B. die Bretonen in Frankreich, die Sorben in Deutschland oder die Liven in Lettland. Obwohl beide Begriffe nicht gleichbedeutend sind, wird "Volksgruppe" oftmals synonym für "Minderheit" verwendet. Das Kriterium der zahlenmäßigen Unterlegenheit ist bei der Volksgruppe von minderer Bedeutung. Wenn mehrere Gruppen in einem Staatsgebilde zahlenmäßig in etwa gleich

stark sind, gelten diese als einzelne "Volksgruppen". Gleichzeitig werden sehr häufig autochthone nationale Minderheiten mit diesem Begriff umfasst, so etwa deutschsprachige Minderheiten in Ostmitteleuropa. Der Begriff ist dementsprechend nur in wenige Sprachen übersetzbar (im Ungarischen existiert etwa das identische Wort *népcsoport*), in der internationalen Praxis wird dem etwas neutraleren Terminus der Minderheit der Vorzug gegeben. Dem Begriff "Volksgruppe" wird auch ein Akzent durch das klare Bestreben verliehen, die Gruppe als Adressaten der Minderheitenpolitik zu sehen. Der Begriff ist jedoch aus historischer Sicht nicht unproblematisch und durch die verbrecherische "Volksgruppenpolitik" im "Dritten Reich" vorbelastet.

Besonders wichtig bei der begrifflichen Einordnung von Minderheitenpolitik - vor allem aus völkerrechtlicher Sicht - ist die Abgrenzung zwischen den Begriffen "Volk" und "Minderheit". Die Begriffsbestimmung ist hier nicht nur von semantischer Bedeutung, sondern auch für den Status der betroffenen Gruppe relevant. Hierbei spielt vor allem der Bezug auf ein Territorium, häufig verstanden als ein zusammenhängendes, abgrenzbares Gebiet, in dem ein Volk die Bevölkerungsmehrheit stellt, eine besondere Rolle. Nach der völkerrechtlichen Drei-Elementen-Lehre steht das Staatsvolk in direkter Beziehung zum Staatsgebiet. Der territoriale Status ist das entscheidende Kriterium für das "Selbstbestimmungsrecht der Völker", das nationalen oder ethnischen Minderheiten nur in Ausnahmefällen, etwa bei direkter Gewalt gegen die Minderheit, zukommt. Da aber auch eine Minderheit einen territorialen Bezug aufweisen kann bzw. muss (Kriterium der Ansässigkeit), ist die trennscharfe Abgrenzung hier in der Regel schwierig.

Eine weitere zu treffende Differenzierung ist jene zwischen nationaler und ethnischer Minderheit. Der Begriff der nationalen Minderheit wird häufig zur Kennzeichnung solcher Gemeinschaften verwendet, die für sich allein oder als Teil eines außerhalb der Grenzen ihres Heimatstaats lebenden Nation zur selbständigen Organisation ihres Gemeinwesens fähig sind. Eine ethnische Minderheit im engeren Sinne befindet sich in der Regel unterhalb dieses sozial-politischen Entwicklungsniveaus. Der Ausdruck "ethnische Minderheit" wird häufig auch als Oberbegriff für nationale und ethnische Minderheiten gebraucht, um den Unterschied zu religiösen und sprachlichen Minderheiten herauszustellen.

Der Begriff "Nationalität" beschreibt die Zugehörigkeit einer Person oder einer Gruppe zu einer Nation oder einem Volk. So bezeichnen sich beispielsweise die Katalanen Spaniens als "Nationalität" (*nacionalidad*). Der Begriff gilt aber als historisch-veraltet und kann verschiedene Bedeutungen haben. Im Singular bedeuten das englische *nationality*, das französische *nationalité* und das italienische *nazionalità* lediglich "Staatsangehörigkeit".

Der herkömmliche Minderheitenbegriff ist außerdem zu unterscheiden von den Bezeichnungen "Sprachgruppe", "Sprachgemeinschaft" und "Sprachminderheit". Diese Begriffe finden häufig im innerstaatlichen Recht Verwendung. So sind die Flamen in Belgien offiziell eine "Sprachgemeinschaft", die staatstragenden Gemeinschaften der Schweiz heißen "Sprachgruppen". Im Art. 6 der italienischen Verfassung ist dagegen von "sprachlichen Minderheiten" (*minoranze linguistiche*) die Rede, die durch besondere Bestimmungen geschützt werden sollen. Die begriffliche Unterscheidung kann dazu dienen, eine ethnische oder nationale Minderheit zu einer Sprachgruppe zu "degradieren". Die mit der ethnischen oder nationalen Minderheit verbundenen Problematiken sowie mögliche Autonomiebestrebungen werden dabei bewusst heruntergespielt und die potentiell vielfältigen Unterscheidungsmerkmale der Minderheiten auf das Element Sprache reduziert.

3. Diskurse/Kontroversen

In der Verfassungsdiskussion und der politischen Theorie seit der Antike erhielt die Minderheitenpolitik ihre Bedeutung im engeren Sinne mit der Ausbildung des Begriffspaares "Minorität" und "Majorität" und mit dessen Rezeption durch die Französische Revolution. Mit dem hier erhobenen Gleichheitspostulat aller Menschen in Politik und Gesellschaft wurden Besonderheiten, Abweichungen und Differenzen erstmals zum Problem gesellschaftlicher und politischer Integration. Daraus ergaben sich die Diskurse und Kontroversen der Minderheitenpolitik im Spannungsfeld unterschiedlich stark aufeinander bezogener Gebiete: (1) im Verfassungs- und Staatsrecht bei zu treffenden politischen Entscheidungen, (2) in religiöser Sicht als Abweichung von der dominierenden Religionsgemeinschaft unter Beanspruchung gleicher Geltung, (3) im Bereich der politischen Geschichte und des Völkerrechts als Politik bezüglich und gegenüber einer Gruppe von Menschen mit bestimmten Merkmalen (s. o.), (4) in sozialpsychologischer/sozialwissenschaftlicher Sicht für Menschen, die sich in ihrer Persönlichkeitsstruktur, in ihrem Verhalten und in ihrer Konstitution von den gesamtgesellschaftlich bestimmenden Merkmalen, den anderen Bevölkerungsteilen bzw. deren sozialen Normen unterscheiden.

Es ist in der Forschung umstritten, ob sich sämtliche Bedeutungsfelder unter einen Begriff subsumieren lassen, da z. B. "Anderssein" einer Bevölkerungsgruppe nicht mit zahlenmäßiger Unterlegenheit einhergehen muss. Zum anderen ist fraglich, ob verschiedene gesellschaftliche Randgruppen überhaupt unter denselben Minderheitenbegriff fallen, da ihnen außer der Abweichung vom *mainstream* weitere verbindende Merkmale fehlen und die Bedingungen ihres gesellschaftlichen "Außenseitertums" stark voneinander abweichen. Minderheitenpolitik bezieht sich also nicht nur auf einen vorhandenen Tatbestand, auch nicht ausschließlich auf ein Zahlen- oder Machtverhältnis, sondern auf die Gesamtheit der sozialen Beziehungen, innerhalb derer, durch die Normen einer bestimmenden Gruppe, andere Menschen, Gruppen oder Verhaltensweisen mit weniger Anerkennung ausgestattet werden und infolgedessen in ihren Lebens- und Durchsetzungschancen begrenzter sind, als es die bestehenden Möglichkeiten zulassen.

Minderheitenpolitik (verstanden als Politik im Sinne einer Förderung des Minderheitenschutzes) wird gemeinhin der Assimilationspolitik entgegengestellt. Assimilation (auch Assimilierung) bezeichnet in der Soziologie das Einander-Angleichen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen bzw. Bevölkerungsteile. Assimilation (von lateinisch *assimilare*: ähnlich machen) beschreibt den Prozess, in dessen Verlauf Individuen oder Gruppen die dominante Kultur einer anderen Gruppe übernehmen und in deren Gesellschaft integriert werden. Sie kann zur Verschmelzung der minoritären mit der majoritären Kultur oder auch zur Verdrängung einer Gruppenidentität, Kultur, Sprache usw. führen. Dieser Prozess kann auf der kollektiven oder individuellen Ebene stattfinden. Assimilation kann zur Dominanz einer Mehrheit über eine Minderheit führen und auf kultureller (Übernahme von Sprache, Traditionen und Sitten), struktureller (Platzierung auf dem Arbeitsmarkt, im Gesundheits-, Renten- und Schulsystem u. ä.), sozialer oder emotionaler Ebene erfolgen. Innerhalb eines politischen Systems kann eine Assimilierung etwa durch Sperrklauseln für kleinere Parteien oder durch Mehrheitswahlrecht forciert werden.

Beim Minderheitenschutz lassen sich eine "passive" Minderheitenpolitik und eine "aktive" Minderheitenpolitik unterscheiden. Erstere bedeutet die Vermeidung von Diskriminierung. Letztere baut auf diesen Vorbedingungen auf und ergänzt diese durch "aktive" Maßnahmen zur Erreichung von materieller oder "vollkommener" Gleichheit. Auf der Basis des allgemeinen Gleichheitssatzes und der üblichen Diskriminierungsverbote können die allgemeinen Freiheitsrechte auch von den Angehörigen einer Minderheit gebraucht werden. Auf dieser Ebene ist der Minderheitenschutz als Teilbereich des allgemeinen Menschenrechtsschut-

zes auch im Gemeinschaftsrecht der EU verankert. Das Diskriminierungsverbot an sich schützt jedoch nur vor negativer Diskriminierung und beinhaltet noch keine Förderung von Gruppen oder Individuen durch positive Diskriminierung (*affirmative action*). Der Staat wird verpflichtet, aktiv Minderheitenangehörige vor Diskriminierungen auch durch Privatpersonen, beispielsweise im Privatrechtsverkehr, zu schützen. Dabei ist die Minderheit das Objekt einer passiven Minderheitenpolitik.

Auf der individuellen Ebene wird Minderheitenpolitik durch Rechte verwirklicht, deren Träger das Individuum und nicht eine Gruppe oder ein Kollektiv ist. Minderheitenrelevante Individualrechte werden etwa durch den Gleichheits- und Gleichberechtigungssatz konstituiert, vor allem mit Hinblick auf dessen Spezifizierung in Form des Verbotes der Diskriminierung aufgrund rassistischer, ethnischer, sprachlicher oder religiöser Zugehörigkeit (Diskriminierungsverbot). Daneben gehören die nationale Bekenntnisfreiheit, das Recht auf den Gebrauch der Muttersprache und des Namens in muttersprachlicher Form oder das Recht auf freie religiöse oder kulturelle Betätigung zu den individuellen Rechten. Ein klassisches Instrument der Minderheitenpolitik in diesem Zusammenhang ist auch das Recht auf muttersprachlichen Unterricht, welches jedoch staatliche Mitwirkung voraussetzt und zumeist einem gesetzlichen Ausgestaltungsvorbehalt unterliegt.

Diese Rechte können so ausgestaltet sein, dass sie auch zu positiver Diskriminierung führen. Hierzu werden den Minderheitenangehörigen Rechtspositionen eingeräumt, die über den Rechtskreis des "Normalbürgers" hinausgehen. Dieses Konzept kann den Staat zu einer Besserbehandlung der Minderheit verpflichten, wenn dies zur Bewahrung ihrer (kulturellen, sprachlichen, politischen) Identität erforderlich ist. Grundlage der positiven Diskriminierung ist die Annahme, dass sich Minderheiten im Vergleich zur Mehrheit der Staatsnation in einer schwächeren Position befinden. Die aus der Minderheitenexistenz entstehenden Nachteile können auf Dauer oder zumindest bis zum Erreichen einer faktischen Gleichstellung mit den Mehrheitsangehörigen durch besondere fördernde Maßnahmen ausgeglichen werden.

Gruppenrechte unterscheiden sich von individuellen Rechten insofern, als für die Träger kollektiver Rechte die Minderheiten als solche in Frage kommen. Subjektive Rechte setzen jedoch ein klar bestimmbares Rechtssubjekt voraus. Folglich muss die Gruppe in eine rechtlich greifbare Form gebracht werden. Adressat der kollektiven Minderheitenpolitik ist die Minderheit als Personenverband. Damit kann die Minderheit als Rechtssubjekt als Trägerin der kollektiven Minderheitenrechte am Rechtsverkehr ebenso wie am sozialen und wirtschaftlichen Leben teilnehmen. Letztlich können auch hoheitliche und andere - über die Summe der Rechte der einzelnen Minderheitenangehörigen hinausgehende - Befugnisse zugewiesen werden. Kollektiv ausgerichtete Minderheitenrechte betreffen etwa die Sprachenrechte, die parlamentarische Repräsentation oder den minderheitenspezifischen Rechtsschutz.

Als höchste Stufe der Minderheitenpolitik sind Autonomiekonzepte aufzufassen. Sie unterscheiden sich qualitativ von den "einfachen" Minderheitenrechten. Bei der Autonomie werden den organisierten Minderheiten nicht nur einzelne Rechte oder Angelegenheiten übertragen, sondern umfassende Kompetenzen zugestanden. Die inhaltliche Ausgestaltung von weitgehenden Befugnissen für Minderheiten führen zur Verwirklichung von minderheitenrechtlichen Autonomieformen. Dabei ist die Personalautonomie, die an die Minderheitenangehörigen als Personen unabhängig von den Siedlungsgebieten anknüpft, zu unterscheiden von der Territorialautonomie. Letztere schafft auf einem bestimmten, von einer Minderheit bewohnten Gebiet eine Körperschaft, welche mit einem besonderen Rechtsstatus ausgestattet wird. Diese Regelungskonzepte können in Form des innerstaatlichen Föderalismus sowie als regionale und kommunale Autonomie in Erscheinung treten.

In einigen EU-Staaten bzw. Regionen wurden bereits Autonomiemodelle für Minderheitengruppen geschaffen, so etwa in Südtirol, Kärnten, Katalonien, Galizien, dem Baskenland, in Portugal (Azoren und Madeira), in Ungarn, Rumänien, in Ostbelgien, im dänisch-deutschen Grenzraum sowie in Dänemark (Färöer-Inseln) und Finnland (Åland-Inseln). Dabei wurden verschiedene abgestufte Konzepte von Territorial- und Personalautonomie angewendet. Die Schaffung von solchen umfassenden Autonomieformen für Minderheiten ist jedoch umstritten. Von Kritikern wird immer wieder eingewendet, dass diese die Integration der Minderheiten in das Staatsgebilde erschweren, dadurch die Segregation stärken und letztlich die Konflikte zwischen Mehrheits- und Minderheitsbevölkerung nicht lösen.

4. Historischer Abriss

Historisch lässt sich Minderheitenpolitik bis in die Anfänge sozialer Organisationen zurückverfolgen. Für die Entwicklung der Minderheitenpolitik im neuzeitlichen Europa und deren weltweite Auswirkungen sind Entwicklungsschritte zu unterscheiden, die ihrerseits als Reaktionen auf die im Zuge der Entwicklung der modernen Gesellschaft erfahrenen Umwälzungen zu sehen sind. Erst die wachsende wechselseitige Abhängigkeit immer größerer Bevölkerungsgruppen voneinander bei zugleich steigenden Möglichkeiten zu individueller Autonomie entfaltete zu Beginn der Neuzeit auch den sozialen, politischen und juristischen Handlungsraum, innerhalb dessen Minderheiten als politisches und soziales Phänomen in Erscheinung traten.

Das bereits seit der Antike vereinzelt diskutierte Minderheitenproblem wurde in der Neuzeit zunächst in religiöser Hinsicht virulent. Am Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit führte die Aufsplitterung der katholischen Kirche zu einer Fülle unterschiedlicher religiöser Gruppierungen, die entgegen den kirchlichen und staatlichen Einigungsbestrebungen fortan eine religiöse Vielfalt darstellten und im Laufe der Jahrhunderte religiöse Freiheitsrechte und Toleranz einforderten. Der nicht zuletzt als Reaktion auf die Reformation hervorgegangene Homogenisierungsdruck der frühen neuzeitlichen Gesellschaften machte das Problem der religiösen Minderheiten auch zu einem politischen Problem. Ein zweiter Schritt zur Homogenisierung war die Ausbildung universaler und egalitärer Menschenrechte durch die Philosophie der Aufklärung. Bereits die religiösen Minderheiten hatten das Recht auf eigene Besonderheit gefordert und gleichzeitig den Anspruch auf gleiche, d. h. für alle geltende Grundsätze erhoben. Diese Entwicklung führte zur Menschenrechtsdiskussion im 18. und 19. Jahrhundert. Die in diesen Forderungen beschlossene Minderheitenproblematik trat insbesondere mit der Ausrichtung der politischen Organisationsmodelle an nationalstaatlichen Vorstellungen hervor. Die Wurzeln des Minderheitenschutzes in Europa reichen also zumindest bis ins Mittelalter zurück; von nationalen Minderheiten im engeren Sinne spricht man erst seit dem 18. Jahrhundert, nachdem mit der Französischen Revolution die Nationalstaatsidee geboren wurde. Mit der Bildung der Nationalstaaten im 19. Jahrhundert traten zunehmend auch nationale Minderheiten auf, die sich in ihren Selbstbestimmungsansprüchen einerseits auf die "nationalen" Ideen stützen konnten, andererseits den bestehenden Nationalstaaten zuwiderliefen und deren Existenz bedrohten. Die Nationalstaaten traten den Bestrebungen der Minderheiten durch eine forcierte Assimilation (etwa Russifizierung, Magyarisierung und Germanisierung) entgegen.[1]

Die Veränderung der politischen Landkarte nach dem Ersten Weltkrieg kann in völkerrechtlicher Sicht als Folge (oder: Widerspiegelung) der besonderen Bedeutung der nationalen Minderheiten angesehen werden, welcher durch die Minderheitenschutzverträge Rechnung getragen wurde. Mit dem Ende des Völkerbundes und dem Beginn des Zweiten Weltkriegs scheiterte auch der erste Versuch zur Etablierung eines internationalen Minderheitenschutzsystems. In der Nachkriegszeit zeigten regionalistische, sezessionistische und terroristische Bewegungen in Westeuropa erneut das Problem nationaler Minderheiten (u. a. Breto-

nen, Basken, Iren) auf. Im Ostblock wurden Minderheitenfragen unter dem kommunistischen Einheitsgedanken tabuisiert oder (gewaltsam) unterdrückt. Nach dem Umbruch von 1989/90 in Osteuropa und der nachfolgenden Auflösung der Sowjetunion wurde die dortige Staatenwelt durch Unabhängigkeitsbewegungen in den baltischen Republiken, der Ukraine, Aserbaidschan und Armenien erschüttert. Besonders virulent waren diese in Russland selbst (Tschetschenien) und Georgien (Abchasien, Südossetien) sowie im ehemaligen Jugoslawien, wo die Minderheitenproblematik internationale Bemühungen um den Minderheitenschutz verstärkte. Dabei war es zunächst die Organisation über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (bis 1995 KSZE) und später der Europarat, der sich für die Lösung der ethnischen Konflikte durch bilaterale und multilaterale Vertragswerke einsetzte. Das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten und die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen bildeten wichtige Bestandteile des europäischen Minderheitenschutzregimes. Parallel dazu wurden zwischen einigen mittel- und osteuropäischen Ländern angesichts der bevorstehenden Annäherung an die Europäische Union bilaterale Nachbarschaftsverträge geschlossen, die auch Bestimmungen zum Minderheitenschutz enthielten. Einen weiteren Schub erhielt der internationale Minderheitenschutz dann durch die Konditionalität der EU-Minderheitenpolitik im Rahmen der Osterweiterung gegenüber den Ländern in Ostmittel- und Südosteuropa.

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Georg Brunner: Nationalitätenprobleme und Minderheitenkonflikte in Osteuropa. 2., aktual. und vollst. überarb. Fassung Gütersloh 1996 (Strategien für Europa).
- Stefan August Lütgenau: Regionalization and Minority Policies in Central Europe. Case Studies from Poland, Slovakia, Hungary and Romania. Innsbruck 2011 (Foster Europe - International Studies Series 1).
- Dieter Nohlen: Minderheit/ Minderheitenrechte/ Minderheitenschutz. In: Dieter Nohlen, Florian Grotz (Hg.): Kleines Lexikon der Politik. 4., aktual. Auflage Bonn 2008 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung 759).
- Maximilian Opitz: Die Minderheitenpolitik der Europäischen Union. Probleme, Potentiale, Perspektiven. Berlin 2007 (Studien zu Migration und Minderheiten 16).
- Gabriel N. Toggenburg, Günther Rautz: ABC des Minderheitenschutzes in Europa. Wien 2010.

Periodika

- Journal of Ethnic and Migration Studies, Abingdon (1998ff.)
- International Journal on Minority and Group Rights, Leiden (1996/97ff.)
- Ethnopolitics (früher The Global Review of Ethnopolitics), Abingdon (2005ff.)
- Journal of Ethnopolitics and Minority Issues in Europe, Flensburg (2000ff.)

Anmerkungen

[1] Als Russifizierung werden alle Maßnahmen der russischen bzw. sowjetischen Innen- und Außenpolitik bezeichnet, den Einflussbereich der russischen Sprache und der russischen Kultur zulasten der anderen Sprachen und Kulturen auszuweiten. Bei der Magyarisierung unterscheidet die Geschichtsforschung zwischen einer Magyarisierung im weiteren Sinne, das heißt "natürliche Assimilation" oder auch Akkulturation der nichtmagyarischen Bevölkerung des Königreichs Ungarn, und einer Magyarisierung im engeren Sinne. Letztere meint ein oftmals gewaltsam forciertes Bestreben, im Königreich Ungarn ansässige Nichtmagyaren im 18. und 19. Jahrhundert mit staatlichen Mitteln zu einem Teil der magyari-

schen Nation zu machen. Der Begriff Germanisierung bezeichnet die Verbreitung der deutschen Kultur in bestimmten historischen Phasen und die gewöhnlich damit einhergehende Überformung oder Verdrängung anderer, nicht-deutscher Kulturen. Die Germanisierung wurde in Zeiten des Nationalsozialismus besonders gewaltsam und rücksichtlos vorangetrieben, etwa durch die Umbenennung von Ortsnamen sowie das Verbot anderer Sprachen als der deutschen in Publikationen, Presseerzeugnissen, Schulen etc.

Zitation

Christoph Schnellbach: Minderheitenpolitik. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2013. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/60509.html (Stand 13.11.2013).

Zum Autor: Dr. Christoph Schnellbach, Junior Visiting Research Fellow der Andrássy Universität Budapest, TÁMOP-Projekt Nr. 4.2.2/B-10/1-2010-0015.

Minderheitenrecht

1. Fremdsprachige Entsprechungen

engl. minority rights; span. derecho de las minorías; ital. minoranza di legge; ungar. kisebbségi jóg; poln. prawo mniejszości; rumän. drept minoritar; slowak. menšinový zákon

2. Definition

Minderheitenrecht bezeichnet im Völkerrecht das Anrecht ethnischer und nationaler Minderheiten auf Minderheitenschutz. Als Anknüpfungspunkte minderheitenrechtlicher Regelungskonzepte sind grundsätzlich zwei Möglichkeiten denkbar. Wenn ein einzelner Angehöriger einer Minderheit Adressat einer solchen Regelung ist, handelt es sich um Individualrecht. Wird eine Minderheit als Ganzes zum Subjekt besonderer Rechte, liegen kollektive Rechte vor. Zum Schutz nationaler Minderheiten existieren zahlreiche nationale Vorschriften und internationale Abkommen wie etwa das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten und die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen.

3. Diskurse/Kontroversen

Die Grundzüge des Minderheitenrechts gehen auf das Minderheitenschutzsystem des Völkerbundes zurück, insbesondere auf die Minderheitenschutzverträge der Pariser Friedenskonferenz von 1919. Seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts kann der Minderheitenschutz als Teil des internationalen Menschenrechtsschutzes angesehen werden. Überlegungen und Bestimmungen zu Minderheitenrechten finden sich in allen drei Generationen der Menschenrechte (die erste Generation der Menschenrechte umfasst die bürgerlichen Freiheitsrechte, die zweite und dritte Generation zielen auf Teilhabe- und Solidarrechte des Einzelnen bzw. von Gruppen als Anspruchsrechte gegenüber dem Staat). Seit den 1990er Jahren ist eine lineare Weiterentwicklung der Minderheitenrechte durch Staaten, internationale Organisationen und Nichtregierungsorganisationen im Rahmen des europäischen Menschenrechtssystems zu erkennen.

Im Spannungsfeld zwischen dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und der Staatenintegrität ist die normative Einordnung des Minderheitenschutzes als Teilbereich des internationalen Menschenrechtsschutzes umstritten. Sie bringt besondere Konsequenzen für das politische Konzept "Minderheitenschutz" mit sich: Als Gegenstand des universellen und unteilbaren Menschenrechtsschutzes ist der Minderheitenschutz nicht mehr nur als "innere Angelegenheit" der betroffenen Staaten anzusehen, sondern auch als Aufgabe der Staatengemeinschaft als solcher. Diese Entwicklung zeigt sich in der Ratifikation der völkerrechtlichen

Verträge, wenngleich den Staaten noch ein weiter Ermessensspielraum bei der Umsetzung internationalen Rechts zugestanden wird. Die politische und rechtliche Gratwanderung zwischen klaren Regelungen über die Reichweite des Minderheitenschutzes einerseits und genügend Spielraum für die Anpassung der Maßnahmen an den Einzelfall andererseits äußert sich noch in einer weiteren Frage: der Abgrenzung des Minderheitenschutzes vom "äußeren" Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Das "äußere" Selbstbestimmungsrecht betrifft die Lossagung vom bisherigen Staatsverband und erzeugt neue Völkerrechtssubjekte. Der Minderheitenschutz betrifft dagegen die Gewährung von Rechten an Gruppen, ohne dass diese die Souveränität des Staates in Frage stellen. Innerhalb des Spannungsverhältnisses dieser Rechtsinstitute kommt dem Minderheitenschutz die Aufgabe zu, für die Minderheiten einen Ausgleich für die Versagung des Sezessionsrechts und für die Forderung nach Respektierung des Staatsverbandes zu schaffen.

Das Selbstbestimmungsrecht und der Minderheitenschutz stellen dabei verschiedene Instrumente zur Verwirklichung desselben Ziels dar, nämlich des Erhalts der nationalen oder ethnischen Identität. Die beiden Instrumente unterscheiden sich jedoch gravierend in ihren Voraussetzungen, Funktionen und rechtlichen Folgen.

Bei der inhaltlichen Bestandsaufnahme zeigt sich, dass sich das völkerrechtliche Minderheitenrecht derzeit im Wesentlichen auf einen individualrechtlichen Zugang beschränkt. Kollektive Minderheitenrechte sind kaum vorzufinden, der Gruppenschutz beschränkt sich bisher allenfalls auf den Schutz vor direkter Gewalt. Weitergehende Gruppenrechte, etwa Verpflichtungen zu bestimmten Autonomieformen, sind bisher in keinem völkerrechtlich verbindlichen, multilateralen Vertrag enthalten. Lediglich in politischen Absichtserklärungen wie der Kopenhagener Schlussakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) von 1990 wird auf solche kollektiven Rechte hingewiesen. Da diese Dokumente nur als *soft law* zum europäischen Minderheitenschutzregime beitragen, bleiben für das Schutzniveau der europäischen Minderheitengruppen primär das nationale Recht und die Vereinbarungen in bilateralen Verträgen ausschlaggebend. Die Ausgestaltung nationaler Rechtsordnungen hinsichtlich der Stellung nationaler Minderheiten ist aber sehr heterogen und spiegelt die speziellen demographischen, historischen, ökonomischen, politischen und sozialen Merkmale der einzelnen Staaten wider. Etwa drei Viertel der europäischen Rechtsordnungen beinhalten zumindest eine verfassungsrechtliche Absicherung der grundlegenden Minderheitenrechte.

4. Historischer Abriss

Mit der Europäischen Menschenrechtskonvention aus dem Jahr 1950 (EMRK) und dem dazugehörigen Überwachungsmechanismus des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) wurden beachtliche Maßstäbe gesetzt. Die EMRK enthält jedoch nur vage Vorschriften zum Schutz von Minderheiten. Direkte Erwähnung finden Minderheitenrechte nur im Diskriminierungsverbot des Artikels 14 und in einigen Entwürfen für ein Zusatzprotokoll zur EMRK. Ein vorsichtiger Wandel in der Haltung zum Schutz von Minderheiten durch völkerrechtliche Verträge setzte in den 1960er Jahren ein und führte zur Aufnahme des Artikels 27 in den inzwischen in praktisch allen europäischen Staaten geltenden Internationalen Pakt für bürgerliche und politische Rechte (IPBPR) vom 19. Dezember 1966. Diese wohl wichtigste vertragliche Regelung des Völkerrechts zum Minderheitenschutz untersagt es den Staaten, Angehörigen von Minderheiten Rechte vorzuenthalten, die die Pflege ihrer Kultur, Religion und Sprache betreffen. Trotz seiner völkerrechtlichen Bedeutung entstand aus dem IPBPR kein Momentum für den internationalen Minderheitenschutz. Erst in den 1990er Jahren - nach dem Zusammenbruch der Vielvölkerstaaten Sowjetunion, Jugoslawien und Tschechoslowakei - gewannen Minderheitenfragen erneut an politischer Bedeutung und

kamen in den wichtigsten europäischen Foren wieder auf die Tagesordnung. Dabei waren es zunächst der Europarat und die KSZE, die sich für die Lösung der ethnischen Konflikte durch bilaterale und multilaterale Vertragswerke einsetzten. Parallel dazu wurden zwischen einigen mittel- und osteuropäischen Ländern bilaterale Verträge abgeschlossen, die Bestimmungen zum Minderheitenschutz enthielten. Zum Minderheitenschutz im EU-Binnenbereich lässt sich sagen, dass er seit dem Vertrag von Amsterdam (1998) über verschiedene Aktionslinien und Instrumente verfügt, um – bei entsprechendem politischen Willen – Maßnahmen zugunsten von Minderheiten zu ergreifen. Es wurde zwar unionsintern noch kein spezielles Minderheitenrecht in Bezug auf nationale Minderheiten entwickelt, die individualrechtliche Seite des Minderheitenschutzes wird aber mittlerweile unter anderem durch die Gemeinschaftsgrundrechte und die Nichtdiskriminierungsbestimmungen im gemeinsamen Besitzstand (*acquis*) gewährleistet.

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Stephan Hobe: Einführung in das Völkerrecht. Tübingen 2008.
- Rainer Hofmann: Der Schutz von Minderheiten in Europa. In: Werner Weidenfeld (Hg.): Die Europäische Union. Politisches System und Politikbereiche. Bonn 2006 (Schriftenreihe Bundeszentrale für Politische Bildung 442), S. 380-397.
- Angela Kaiser: Minderheitenschutz in der Europäischen Union. Eine Untersuchung des "doppelten Standards" des EU-Minderheitenschutzes unter besonderer Berücksichtigung der Europäischen Grundrechtecharta. Frankfurt/M. u. a. 2005 (Schriften zum Staats- und Völkerrecht 114).
- Michael Krugmann: Das Recht der Minderheiten. Legitimationen und Grenzen des Minderheitenschutzes. Berlin 2004 (Schriften zum öffentlichen Recht 955).
- Gaetano Pentassuglia: Minorities in International Law. An Introductory Study. Strasbourg 2002 (Minority Issues Handbook).

Weblinks

- http://www.uni-koeln.de/jur-fak/ostrecht/minderheitenschutz/index.htm (Forschungsprojekt "Minderheitenschutz im östlichen Europa" des Instituts für Ostrecht der Universität zu Köln unter Leitung von Frau Prof. Dr. Angelika Nußberger)

Zitation

Christoph Schnellbach: Minderheitenrecht. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/53944.html (Stand 04.09.2012).

Minderheitenschutzverträge

1. Genese

Die Wurzeln des Minderheitenschutzes in Europa reichen bis ins Mittelalter zurück. Nationale Minderheiten im eigentlichen Sinne treten aber erst seit dem 18. Jahrhundert in Erscheinung, nachdem mit der Französischen Revolution die Nationalstaatsidee geboren wurde. Auch wenn mit Erstarken des Nationalismus im 19. und frühen 20. Jahrhundert überall in Europa die Frage des ethnischen Minderheitenschutzes zu einem Problem auf internationaler Ebene heranwuchs, blieb sie bis zum Ersten Weltkrieg ein eher marginaler Bereich des Völkerrechts. Erst nach dem Zerfall der Großmächte - des habsburgischen Österreich-Ungarn, des Osmanischen Reiches und des Russischen Zarenreiches - wurde im Rahmen

des Völkerbundes ein erstes Schutzsystem für ethnische, sprachliche und religiöse Minderheiten aufgebaut.

Anderssprachige Entsprechungen

engl. Minority Treaties, Minorities Protection Treaties

2. Definition

Der Begriff "Minderheitenschutzverträge" meint im engeren Sinne die Minderheitenschutzregelungen auf Grundlage von multi- und bilateralen Verträgen sowie einseitiger Erklärungen, welche als Folge der Pariser Friedenskonferenz von 1919 in Kraft traten. Im weiteren Sinne wird er in der Literatur als Sammelbegriff für völkerrechtliche Verträge zum Schutz von Minderheiten verwendet.

3. Diskurse/Kontroversen

Das in der Zwischenkriegszeit vorherrschende Friedenskonzept bestand im Nebeneinander ethnisch homogener Nationalstaaten, aufbauend auf dem normativen Konzept des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Abweichend von diesem Ideal schufen die Siegermächte nach 1918 durch die neuen Grenzziehungen im Zuge der Pariser Vorortverträge multiethnische Staaten mit einer Vielzahl von Minderheiten, da die Staatsgrenzen nicht mit den ethnischen Siedlungsgebieten übereinstimmten. Um die Interessenspolitik der Siegermächte mit dem zuvor verkündeten Vierzehn-Punkte-Programm des US-Präsidenten Woodrow Wilson in Einklang zu bringen, wurde als ausgleichendes Element ein System von Minderheitenschutzverträgen aufgebaut; den neuen Staaten in Mittel- und Osteuropa wurde ihre Beteiligung an dem Minderheitenschutzsystem zur Vorbedingung für die Aufnahme in den Völkerbund gemacht. Die Siegermächte lehnten es unterdessen ab, sich am Minderheitenschutzsystem zu beteiligen. Dieser diskriminierende Aspekt, nämlich dass nur die neu entstandenen und die besiegten Staaten zu Schutzmaßnahmen verpflichtet wurden, gilt als einer der Gründe für das Versagen des Minderheitenschutzsystems im Völkerbund.

4. Historischer Abriss

Verhandlungsgegenstand des Versailler Vertrages war die Frage der Verantwortung des Deutschen Reichs und seiner Verbündeten für den Ausbruch des Ersten Weltkriegs sowie die daraus abgeleiteten Gebietsabtretungen und Reparationszahlungen an die Siegermächte. Das Deutsche Reich sollte durch Abrüstung und territoriale Verluste erheblich geschwächt werden. Wilsons Vierzehn Punkte wurden dabei von verschiedenen Seiten in Anspruch genommen, um Interessenspolitik zu verfolgen - etwa um die Ideale der Selbstbestimmung der Völker und der territorialen Übereinstimmung zwischen Volk und Staat umzusetzen. Die Verhandlungen führten aber weder zu einem von Deutschland erhofften milden Frieden, der im Wesentlichen den Status quo ante wiederherstellen würde, noch zu einer Garantie der Minderheitenrechte deutscher Bevölkerungsteile in den abgetretenen Gebieten Ostmitteleuropas.

Die wichtigsten multilateralen Verträge sind die beiden Hauptfriedensverträge von Versailles vom 28. Juni und St. Germain vom 10. September 1919. Ferner sind hier die Friedensverträge der Alliierten mit Bulgarien, Ungarn und der Türkei zu nennen. Spezielle Minderheitenschutzverträge wurden mit Polen, Griechenland, Rumänien, Jugoslawien und der Tschechoslowakei geschlossen. Von den bilateralen Verträgen soll hier nur das deutsch-polnische Abkommen über Oberschlesien von 1922 herausgestellt werden. Das Hauptziel dieses Vertrages bestand einerseits in der Herstellung der Gleichheit von Minderheitenangehörigen und sonstigen Staatsangehörigen und anderseits in der Bereitstellung von Mitteln zur Wahrung der Identität der ersteren.

Der Versailler Vertrag wurde in der Weimarer Republik zunehmend innenpolitisch instrumentalisiert, insbesondere durch den Revisionismus der nationalsozialistischen Bewegung und die sog. "Dolchstoßlegende". Viele Bestimmungen wurden in den ersten Jahren nach Hitlers Machtergreifung beseitigt, etwa durch die militärische Wiederaufrüstung und Wiederbesetzung des Rheinlandes.

Mit dem Ende des Völkerbundes und dem Beginn des Zweiten Weltkriegs scheiterte auch der erste Versuch zur Etablierung eines internationalen Minderheitenschutzsystems; es wurde nicht mehr angewendet, obwohl es nie ausdrücklich aufgehoben worden war. In der unmittelbaren Folgezeit kamen nur noch wenige Minderheitenschutzverträge zustande, etwa das Südtirol betreffende Gruber-de Gasperi-Abkommen zwischen Italien und Österreich von 1946 oder auch der Friedensvertrag zwischen Bulgarien, Ungarn und Rumänien von 1947.

Während des Kalten Krieges waren Minderheitenfragen von geringerem politischem Interesse. Die Übernahme der Schutzfunktion gegenüber nationalen Minderheiten durch die Vereinten Nationen (UN) wurde weitestgehend abgelehnt. Die UN konzentrierte sich infolgedessen vermehrt auf den Schutz individueller Menschenrechte, während sich der Minderheitenschutz auf die nationale Ebene verlagerte. Ein vorsichtiger Wandel in der Haltung zum Schutz von Minderheiten durch völkerrechtliche Verträge setzte in den 1960er Jahren ein und führte zur Aufnahme des Artikels 27 in den Internationalen Pakt für bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966. In den 1990er Jahren – nach dem Zusammenbruch der Vielvölkerstaaten Sowjetunion, Jugoslawien und Tschechoslowakei – gewannen Minderheitenfragen erneut an politischer Bedeutung. Dabei war es zunächst die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) und später der Europarat, die sich für die Lösung der ethnischen Konflikte durch bilaterale und multilaterale Vertragswerke einsetzten. Das konkrete Ergebnis der Bemühungen im Europarat waren zwei im Jahr 1998 in Kraft getretene Völkerrechtsinstrumente: das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten und die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen. Parallel dazu wurden zwischen einigen mittel- und osteuropäischen Ländern wieder bilaterale Verträge geschlossen, die Bestimmungen zum Minderheitenschutz enthielten. Einen weiteren Schub erhielt der internationale Minderheitenschutz dann durch die EU-Minderheitenpolitik im Rahmen der Osterweiterung.

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Dieter Blumenwitz (Hg.): Ein Jahrhundert Minderheiten- und Volksgruppenschutz. Köln 2001 (Staats- und völkerrechtliche Abhandlungen der Studiengruppe für Politik und Völkerrecht 19).
- Dirk Engel: Die sprachenrechtliche Situation der Angehörigen von Minderheiten im Völkerrecht. Berlin 2002 (Menschenrechtszentrum der Universität Potsdam 13).
- Erwin Viefhaus: Die Minderheitenfrage und die Entstehung der Minderheitenschutzverträge auf der Pariser Friedenskonferenz 1919. Eine Studie zur Geschichte des Nationalitätenproblems im 19. und 20. Jahrhundert. Würzburg 1960.
- Frank-Lothar Kroll, Matthias Niedobitek (Hg.): Vertreibung und Minderheitenschutz in Europa. Berlin 2005 (Chemnitzer Europastudien 1).
- Gerrit Manssen, Bogusław Banaszak (Hg.): Minderheitenschutz in Mittel- und Osteuropa. Frankfurt/M. u. a. 2001.
- Gaetano Pentassuglia: Minorities in International Law: an Introductory Study. Strasbourg 2002 (Minority issues handbook).

- Sarah Pritchard: Der völkerrechtliche Minderheitenschutz. Historische und neuere Entwicklungen. Berlin 2001 (Tübinger Schriften zum internationalen und europäischen Recht 55).

Weblink

- http://quellen.herder-institut.de/M01/texte/Abt02/Dok02.doc/TextQuelle_view?searchterm=Minderheitenschutzvertrag (Minderheitenschutzvertrag vom 28. Juni 1919 zwischen den alliierten Mächten und Polen im Originalwortlaut).

Zitation

Christoph Schnellbach: Minderheitenschutzverträge. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/53943.html (Stand 03.02.2012).

Mittelalterlicher Landesausbau/Ostsiedlung

Siehe Ostsiedlung-Mittelalterlicher Landesbau/Ostsiedlung

Mitteldeutschland (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Mitteleuropa → Ostmitteleuropa

Siehe Ostmitteleuropa

Mundart → Dialekt

Siehe Dialekt

Musik (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

N

Nation (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Nationalbewegung → Nation (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Nationale Minderheit → Minderheit (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Nationales Erwachen → Nation (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Nationalität → Nation (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Nationalitätenstaat → Vielvölkerstaat (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Nationalsozialismus (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Nationalstaat → Nation (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Neubauern

1. Definition

Infolge von Bevölkerungsverschiebungen, Flucht und Vertreibung während und nach dem Zweiten Weltkrieg kamen mehr als vier Millionen Menschen in das Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ), der späteren DDR. Etwa drei Viertel aller Flüchtlinge lebten zunächst wegen der günstigeren Lebens- und Arbeitsbedingungen auf dem Land. Hier entstanden durch die Bodenreform rund 210.000 Neubauernstellen mit einer durchschnittlichen Größe von acht Hektar. Der Begriff "Neubauer" setzte sich – ohne offizielle Maßgabe – bereits 1945 als Bezeichnung für alle Landnehmer mit einem Besitz von mehr als fünf Hektar durch. Über 90.000 dieser Höfe wurden von sog. "Umsiedlern" bewirtschaftet.[1] In der Ein-

richtung von Neubauernstellen bündelten sich staatliche Bemühungen um Integration sowie um die Durchsetzung sozialistischer Reformen.

Spezifische Einrichtungen und Institutionen, die Eingliederungs- und Unterstützungsmaßnahmen für Flüchtlinge und Vertriebene koordinierten, wurden bereits ab 1948 wieder aufgelöst. Die Umsiedler wurden ab diesem Zeitpunkt in der behördlichen Überlieferung nahezu unsichtbar, sodass eine Differenzierung zwischen alteingesessenen (Neu-)Bauern und "Umsiedler-Neubauern" schwierig ist.

2. Historischer Abriss

Die Bodenreform und die Einrichtung von Neubauernstellen

Im September 1945 wurden in den Ländern Bodenreformverordnungen verabschiedet. Auf deren Grundlage erfolgte die entschädigungslose Enteignung aller Großgrundbesitzer mit einer landwirtschaftlichen Fläche von mehr als 100 Hektar, aktiver Nationalsozialisten und vermeintlicher wie tatsächlicher Profiteure des NS-Regimes. Der Sammelbegriff "Bodenreform" steht für eine groß angelegte Auf- und Umverteilung von Grundbesitz, aber auch von Immobilien, Viehbestand und Gerätschaften.[2] Dadurch sollten die alten sozioökonomischen Strukturen (v. a. Formen von Gutswirtschaft) zerstört, die Ernährung der Bevölkerung gesichert und die Eingliederung von Flüchtlingen erleichtert werden. Je nach Region unterschieden sich die Voraussetzungen: Während es in Mecklenburg, Brandenburg und Sachsen-Anhalt große Güter mit ausgedehnten Ländereien gegeben hatte, hatten in Thüringen und Sachsen mittelgroße Bauerngüter überwogen. Der Anteil an der enteigneten Fläche differierte entsprechend (Mecklenburg: 33 %, Brandenburg: 28 %, Sachsen-Anhalt: 22 %, Sachsen: 11 %, Thüringen: 6 %).[3]

Im Sommer 1948 war die Bodenreform weitgehend abgeschlossen.[4] Von den rund 3,3 Millionen Hektar Land wurden rund 2,2 Millionen Hektar an Einzelbesitzer neu vergeben; ein Drittel von ihnen waren Flüchtlinge und Vertriebene. Die neuen Landnehmer erhielten eine Urkunde, die ihnen schuldenfreien Landbesitz verbürgte. Den Grundbesitz gab es entgegen verbreiteter Ansicht nicht umsonst, sondern er musste mittels eines Kredits abgelöst werden. Das Land durfte weder verkauft, verschenkt oder verpachtet noch belastet oder mit anderen Parzellen zusammengelegt werden.

Bis Mitte 1949 hatte bereits mehr als ein Zehntel aller Neubauern den Betrieb wieder aufgegeben. Seit 1951 durfte ein Neubauernhof nur aus fest definierten Gründen und mit Genehmigung aufgegeben werden; dabei verloren die Besitzer sämtliche (Eigentums) Rechte. In bestimmten Fällen (z. B. Straffälligkeit oder "Republikflucht") konnte die Stelle entzogen werden. Am 30. Juni 1953 waren von 210.276 Neubauernstellen noch rund 170.000 besetzt.[5]

Wirtschaftliche Situation und staatliche (Förder-)Maßnahmen

Die Hauptursache für Betriebsaufgaben war die mangelnde Rentabilität der Höfe: Die Ressourcenknappheit, d. h. der Mangel an Maschinen, Hofinventar, Viehbesatz und Saatgut, aber auch an landwirtschaftlichen Kenntnissen, verhinderte eine erfolgreiche Bewirtschaftung. Insbesondere die Flüchtlinge unter den Neubauern litten trotz bevorzugter Kredite unter den hohen finanziellen Belastungen, da sie in der Regel sämtliches Inventar neu erwerben mussten. Zudem waren die Ausgangsbedingungen durch die Bodenreform für Alteingesessene und "Umsiedler-Neubauern" sehr unterschiedlich, beispielsweise in Bezug auf die Bodenqualität und die Zuteilung von Inventar, was sich über Jahre gravierend auswirkte.[6] Lediglich 15 % aller Neubauernhöfe waren in der Lage, effizient zu wirtschaften.[7]

Ein großes Problem bildete über viele Jahre die mangelnde Versorgung mit Wohnraum, aber auch mit Wirtschaftsgebäuden wie Ställen und Lagerräumen. Die vielfach in ehemaligen Rittergütern und Schlössern bzw. deren Nebengebäuden eingerichteten Notunterkünfte waren in schlechtem baulichem Zustand, die Wohnbedingungen desolat. Einquartierungen bei der Altbevölkerung führten wegen der erzwungenen Enge beim gemeinsamen Wohnen und Wirtschaften häufig zu Konflikten.

Mit dem Befehl 209 der SMAD erging am 9. September 1947 die Anordnung zum Bau von insgesamt 37.000 Neubauernhäusern. Dazu zählten sowohl Wohn- als auch Wirtschaftsgebäude. Der tatsächliche Bedarf wurde von der Zentralverwaltungsstelle für Umsiedler (ZVU) allerdings auf 205.000 Gebäude geschätzt. Allein die "Umsiedler-Neubauern" benötigten 1951 noch 24.200 Wohnungen und 27.100 Ställe.[8]

Staatliche Unterstützungsmaßnahmen gab es in unterschiedlicher Form (zinslose Kredite, Reduzierung des Abgabesolls, Ausbildungshilfen für "Umsiedlerkinder" u. a.). Die Grundlage bildete das "Gesetz über die weitere Verbesserung der Lage der ehemaligen Umsiedler" (1950 erlassen und bis 1953 umgesetzt), das zwischen altansässigen (Neu-)Bauern und "Umsiedler-Neubauern" unterschied und die bevorzugte Unterstützung derjenigen "Umsiedler" vorsah, die nicht über ausreichend Zugkräfte und landwirtschaftliche Geräte verfügten.

Kollektivierung der Landwirtschaft

Im Jahr 1952 setzte mit der Gründung von LPGs der Prozess der Kollektivierung der Landwirtschaft ein.[9] Die LPG-Mitglieder erhielten bessere Konditionen in Bezug auf den Maschineneinsatz, die Saatgutzuteilung, Beratung und Betreuung und konnten von einer Verminderung des Ablieferungssolls, Steuererleichterungen und einer bevorzugten Kreditgewährung profitieren. Ende der Jahre 1952 bzw. 1953 betrug der Anteil der Neubauern an den LPG-Mitgliedern 78 bzw. 43 %, bevor ab 1954 die ehemaligen Landarbeiter und Landarbeiterinnen den Hauptteil der Mitglieder stellten (1954: 35 %, 1955: 30 %).[10] Während der Beitritt zunächst weitgehend freiwillig erfolgte, wurden die bäuerlichen Einzelwirtschaften ab 1960 im sog. Sozialistischen Frühling unter massivem politischen Druck in den LPGs zusammengefasst. Für Neubauern, die um ihr wirtschaftliches Überleben kämpften, war dieser Zusammenschluss durchaus lohnend und sicherte fortan das Auskommen des Haushalts. Alter, Familiensituation und Berufsperspektiven der Kinder bildeten entscheidende Kriterien für den Beitritt. Die Flüchtlinge unter den Neubauern bewerteten die Kollektivierung sehr unterschiedlich: Einige erhofften sich, durch die Veränderung ihren Status innerhalb der Dorfgemeinschaft festigen und abgesichert wirtschaften zu können, andere dagegen sahen sich einem erneuten Verlust, einer zweiten Enteignung ausgesetzt.

3. Diskurse

Die Einrichtung von Neubauernstellen trug in den Nachkriegsjahren dazu bei, die Ernährung und Unterbringung der Bevölkerung sicherzustellen. Zudem diente sie der "Verwurzelung" von Flüchtlingen und Vertriebenen. Staatliche Unterstützungsprogramme förderten die Loyalität gegenüber Staat und Partei. Integrationspolitische Maßnahmen zugunsten der "Umsiedler" wie Bodenreform und Kreditvergabe waren auf die angestrebte Transformation hin zu einer egalitären sozialistischen Gesellschaft ausgerichtet. Die Wirtschaftsform "Neubauernstelle" sollte das angestrebte Bündnis zwischen Arbeiterklasse und den nunmehr "werktätigen" Bauern stärken. Die traditionellen Dorfstrukturen wurden, angefangen von der Bodenreform bis zum Abschluss der Kollektivierung, vollständig aufgelöst.

Die Bodenreform und die Einrichtung von Neubauernstellen sind als Versuch zu werten, auf die Mangelsituation der Nachkriegszeit wirkungsvoll zu reagieren. Allerdings erwies sich

diese Wirtschaftsform, die offenbar von vornherein als Zwischenstadium auf dem Weg zur Kollektivierung angelegt war, schnell als nicht rentabel und daher als nicht zukunftsfähig.[11]

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Arnd Bauerkämper: Die Neubauern in der SBZ/DDR 1945–1952. Bodenreform und politisch induzierter Wandel der ländlichen Gesellschaft. In: Richard Bessel, Ralph Jessen (Hg.): Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR. Göttingen 1996, S. 108-136.
- Arnd Bauerkämper: Die vorgetäuschte Integration. Die Auswirkungen der Bodenreform und Flüchtlingssiedlung auf die berufliche Eingliederung von Vertriebenen in die Landwirtschaft in Deutschland 1945–1960. In: Dierk Hoffmann, Michael Schwartz (Hg.): Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Eingliederung in der SBZ/DDR. München 1999, S. 193-214.
- Arnd Bauerkämper (Hg.): "Junkerland in Bauernhand"? Durchführung, Auswirkungen und Stellenwert der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone. Stuttgart 1996 (Historische Mitteilungen, Beiheft 20).
- Arnd Bauerkämper: Von der Bodenreform zur Kollektivierung. Zum Wandel der ländlichen Gesellschaft in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und DDR 1945–1952. In: Hartmut Kaelble, Jürgen Kocka, Hartmut Zwahr (Hg.): Sozialgeschichte der DDR. Stuttgart 1994, S. 119-143.
- Matthias Kramer: Die Landwirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone. Die Entwicklung in den Jahren 1945–1955. Teil 1: Textteil. Hg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. Bonn 1957 (Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland).
- Wolfgang Meinicke: Die Bodenreform und die Vertriebenen in der Sowjetischen Besatzungszone. In: Arnd Bauerkämper: "Junkerland in Bauernhand"? Durchführung, Auswirkungen und Stellenwert der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone. Stuttgart 1996 (Historische Mitteilungen, Beiheft 20), S. 133-151.
- Sebastian Pries: Das Neubauerneigentum in der ehemaligen DDR. Frankfurt/M. u. a. 1994 (Europäische Hochschulschriften: Reihe 2, Rechtswissenschaft 1581).
- Jens Schöne: Das sozialistische Dorf. Bodenreform und Kollektivierung in der Sowjetzone und DDR. Leipzig 2008 (Schriftenreihe des Sächsischen Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen 8).
- Michael Schwartz: "Vom Umsiedler zum Staatsbürger". Totalitäres und Subversives in der Sprachpolitik der SBZ/DDR. In: Dierk Hoffmann, Marita Krauss, Michael Schwartz (Hg.): Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven. München 2000 (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer), S. 135-166.
- Michael Schwartz: Vertriebene und "Umsiedlerpolitik". Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945–1961. München 2004 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 61).
- Ulrich Wieler: Bauen aus der Not. Architektur und Städtebau in Thüringen 1945–1949. Köln u. a. 2011 (Veröffentlichung der Historischen Kommission für Thüringen, Kleine Reihe 31).
- Manfred Wille (Hg.): Die Vertriebenen in der SBZ/DDR. 3 Bde. Wiesbaden 1996–2003 (Studien der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund 19/1-3).

Anmerkungen

[1] Die Bezeichnung "Umsiedler" wurde bereits 1945 auf Betreiben der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) eingeführt. Zu den sprachpolitischen Regelungen und den ideologischen Konnotationen der Begriffe "Umsiedler", "Flüchtlinge", "Vertriebene" und "Neubürger" vgl. Schwartz: "Vom Umsiedler zum Staatsbürger". In: Hoffmann, Krauss, Schwartz (Hg.): Vertriebene in Deutschland, S. 135-166.

[2] Vgl. hierzu grundlegend Bauerkämper (Hg.): "Junkerland in Bauernhand"? sowie Schöne: Das sozialistische Dorf.

[3] Kramer: Die Landwirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone, S. 16. Die Zahlen sind gerundet.

[4] Zu den beteiligten Kommissionen, deren Zusammensetzung und den einzelnen Schritten bis zur Landvergabe vgl. Schöne: Das sozialistische Dorf, S. 64 ff. sowie Bauerkämper: Die Neubauern in der SBZ/DDR 1945-1952. In: Bessel, Jessen (Hg.): Die Grenzen der Diktatur, S. 114 ff.

[5] Pries: Das Neubauerneigentum in der ehemaligen DDR, S. 69.

[6] Meinicke: Die Bodenreform und die Vertriebenen in der Sowjetischen Besatzungszone. In: Bauerkämper (Hg.): "Junkerland in Bauernhand"?, S. 141, 143.

[7] Bauerkämper: Die vorgetäuschte Integration. In: Hoffmann, Schwartz (Hg.): Geglückte Integration?, S. 203.

[8] Bauerkämper: Von der Bodenreform zur Kollektivierung. In: Kaelble, Kocka, Zwahr (Hg.): Sozialgeschichte der DDR, S. 147.

[9] Schöne: Das sozialistische Dorf, S. 101ff.

[10] Kramer: Landwirtschaft in der Sozialistischen Besatzungszone, S. 52.

[11] Schöne: Das sozialistische Dorf, S. 42f., 47f., 101ff.

Zitation

Ira Spieker: Neubauern. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/55207.html (Stand 12.11.2012).

Neubürger

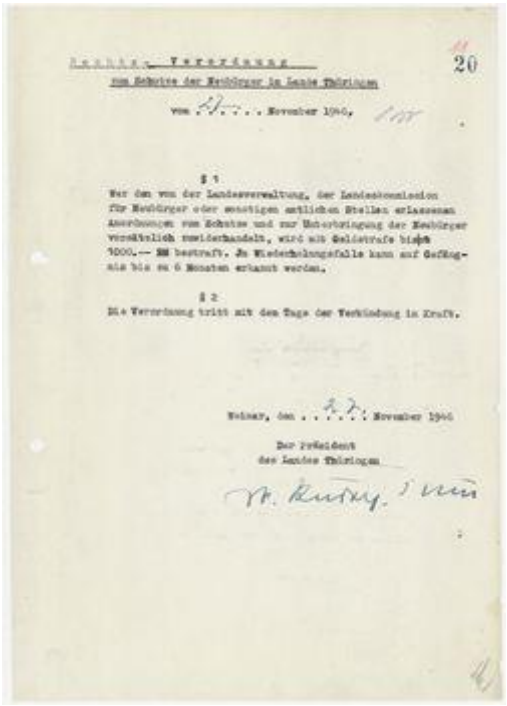
1. Definition

Als „Neubürger“ werden neu in ein Gemeinwesen aufgenommene Mitglieder bezeichnet, die über bestimmte Rechte verfügen.

2. Historischer Abriss

Im Mittelalter wurden neu aufgenommene Stadtbürger „Neubürger“ genannt. Bürger konnte werden, wer Eigentümer einer Wohnimmobilie war, eine Geldzahlung leistete, ein bestimmtes Lebensalter erreicht hatte und persönlich frei war. Zum Bürgerrecht zählte auch die Zugehörigkeit zur städtischen Gerichtsgemeinde sowie deren Rechtsschutz. Nur Bürger hatten das Recht zur Wahl der Stadtregierung. Nachdem mit dem Ende des Alten Reiches (1806)

das städtische Bürgerrecht an Bedeutung verloren hatte, wurde der Begriff „Bürger“ mit „Staatsbürger“ gleichgesetzt, und die Bezeichnung „Neubürger“ kam außer Gebrauch.



Von Ministerpräsident Rudolf Paul (1893-1978) unterzeichnete Rechtsverordnung zum Schutz der Neubürger im Lande Thüringen vom 27. November 1946 [Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, Land Thüringen – Ministerium der Justiz, Nr. 381, Bl. 20r].

Wieder eingeführt und erstmals von behördlicher Seite verwendet wurde sie nach dem Zweiten Weltkrieg in Thüringen zur Bezeichnung der aufgenommenen Flüchtlinge und Vertriebenen.[1] In der Sowjetischen Besatzungszone wurde die auf Befehl der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland eingerichtete Flüchtlingsverwaltung „Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler“ (ZVU) genannt. Dementsprechend bezeichnete man hier Flüchtlinge und Vertriebene amtlicherseits als „Umsiedler“.[2] Als weitere Bezeichnung kam in Thüringen der Begriff „Neubürger“ hinzu, als dort im Februar 1946 ein „Landesausschuss für Neubürger“ eingerichtet wurde.[3]

Größte Verbreitung fand der Begriff „Neubürger“ ebenfalls in Thüringen, er wurde aber auch in Sachsen und Mecklenburg sowie in Ländern der amerikanischen Besatzungszone gebraucht: Von Thüringen scheint die Bezeichnung nach Hessen gekommen zu sein und von dort nach Baden-Württemberg und Bayern. In der französischen und britischen Zone wurde sie dagegen kaum benutzt. In Thüringen wurde sie – wie auch der Begriff „Umsiedler“ – nach Auflösung des Landesamtes für Neubürger zum Jahreswechsel 1948/1949 als amtliche Bezeichnung kaum noch verwendet, weil die rasche Verschmelzung mit der einheimischen Bevölkerung diese Bezeichnungen überflüssig gemacht habe.[4] Im Gebiet der alten Bundesrepublik ging die Verwendung von „Neubürger“ in der Verwaltung mit dem Erlass des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG) von 1953 zurück, in dem die Bezeichnungen „Vertriebene“, „Heimatvertriebene“ und „Flüchtlinge“ definiert wurden.

Im allgemeinen Sprachgebrauch wurde die Bezeichnung „Neubürger“ allerdings im Rahmen der steigenden Zuwanderung seit den 1990er Jahren und der damit verbundenen Integ-

rationsangebote wieder häufiger gebraucht. Heute werden neu in eine Kommune zugezogene deutsche wie ausländische Zuwanderer als „Neubürger“ bezeichnet. So werden zum Beispiel in vielen Kommunen regelmäßig „Empfänge“ oder „Stadtführungen für Neubürger“ angeboten.

3. Diskurse/Kontroversen

Kritik am Begriff Neubürger übte die zuständige Abteilung des SED-Zentralsekretariats. Sie forderte im August 1947 vom thüringischen SED-Landesvorstand die Übernahme des zoneneinheitlich verordneten „Umsiedler“-Begriffs, da „die Umsiedler […] nach ihrer Einweisung Bürger und keine Neubürger“ seien und insofern der „Neubürger“-Begriff auch inhaltlich verfehlt sei. Durch seinen Alleingang habe Thüringen „faktisch drei Kategorien von Umsiedlern geschaffen, nämlich Umsiedler, Neubürger und Bürger“.[5]

Die SED-Zentrale konnte sich aber mit ihrer Kritik nicht vollständig durchsetzen: Die Bezeichnung Neubürger wurde gelegentlich selbst von zentralen Regierungsstellen weiterhin verwendet und hielt sich in der DDR „bis weit in die 1950er Jahre hinein“.[6]



Das Landesamt für Flüchtlinge in Wiesbaden
kündigte im Jahr 1947 eine Neubürger-Ausstellung
an. Dort zeigten Vertriebenenbetriebe ihre Produkte.
[Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Abt. 3012, Nr. 1449].

Dass Thüringen zwischen dem 1. und 16. April 1945 zunächst von amerikanischen Truppen besetzt und hier der „Bund demokratischer Sozialisten“ (BdS) gegründet wurde, der mit einer eigenen Programmatik die Parteien SPD und KPD vereinigen wollte, mag zum Erfolg des Begriffs „Neubürger“ hier und in der amerikanischen Zone beigetragen haben. Untersucht wurde diese Frage bislang nicht, es spricht aber viel dafür, dass die Bezeichnung „Neubürger“ aus dem Kreis der Mitglieder des BdS stammt, der „einen neuen Typ der Demokratie wünschte, der sich nicht in einem leeren formelhaften Parlamentarismus erschöpft, sondern den breiten Massen in Stadt und Land eine effektive Bestätigung in Politik und

Verwaltung ermöglicht."[7] Inwieweit die Bezeichnung „Neubürger" direkt auf Hermann Brill (1895–1959), die führende Persönlichkeit des BdS, zurückgeht, muss offen bleiben. Als Leiter der hessischen Staatskanzlei von Juli 1946 bis 1949 begleitete Brill nach seiner Flucht aus der SBZ die Gründung des hessischen „Landesamtes für Flüchtlinge (Neubürger)". Dem zu gründenden Landesamt gab er in seiner Kabinettsvorlage den Titel „Landesamt für Neubürger".[8]

In den Ländern der SBZ sollte der Begriff „Neusiedler" helfen, den Begriff „Umsiedler" zu vermeiden und so noch weniger darauf hinzuweisen, dass es in der SBZ Flüchtlinge und Vertriebene gab, die nicht in ihre Heimat zurück konnten; zudem gab es hier auch politische Kräfte, die hofften, mit den Flüchtlingen Menschen gefunden zu haben, die dem gewünschten „neuen Geist" schon deshalb besonders nahestanden, weil sie ihre alten Bindungen verloren hatten. In der amerikanischen Zone dagegen spielte bei der häufigen Verwendung wohl auch eine psychologische Komponente mit hinein, nämlich Flüchtlingen wie Einheimischen zu zeigen, dass die Flüchtlinge, an deren dauerhaftem Bleiben es keinen Zweifel geben durfte, bereits den Weg zur erfolgreichen materiellen und mentalen Integration beschritten hatten.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Michael Schwartz: „Vom Umsiedler zum Staatsbürger". Totalitäres und Subversives in der Sprachpolitik der SBZ/DDR. In: Dierk Hoffmann, Marita Krauss, Michael Schwartz (Hg.): Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven. München 2000, S. 135–166.

Anmerkungen

[1] Vgl. grundlegend dazu Schwartz: „Vom Umsiedler zum Staatsbürger", hier besonders Abschnitt 3, S. 149–153.

[2] Exemplarisch: Paul Merker: Die nächsten Schritte zur Lösung des Umsiedlerproblems. Berlin 1947, S. 24. Vgl. auch Arnd Bauerkämper: Verwaltung und Gesellschaft. Ambivalenzen des Verhältnisses am Beispiel der ‚Umsiedler'-Behörden in der SBZ/DDR 1945–1952. In: Jochen Oltmer (Hg.): Migration steuern und verwalten. Deutschland vom späten 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Göttingen 2003 (Schriften des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück 12), S. 227–251.

[3] Helga A. Welsh: Thüringen. In: Martin Broszat, Hermann Weber (Hg.): SBZ Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949. München 1990, S. 167–189, hier S. 183.

[4] Schwartz: „Vom Umsiedler zum Staatsbürger", S. 153.

[5] Schwartz: „Vom Umsiedler zum Staatsbürger", S. 151. Schwartz zitiert hier aus: SED-Zentralsekretariat, Abt. Arbeit und Sozialfürsorge, Weck/Belcke, an SED-Landesvorstand Thüringen, Abt. Arbeit und Sozialfürsorge, 12.8.1947. In: Bundesarchiv Berlin, DO 2/4 Bl. 150ff.

[6] Schwartz: „Vom Umsiedler zum Staatsbürger", S. 152.

[7] Zitat aus dem *Buchenwalder Manifest*, abgedruckt in Hermann Brill: Gegen den Strom. Wege zum Sozialismus. Heft 1. Offenbach 1946, S. 96–102, hier S. 98.

[8] Vgl. Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Best. 502 Nr. (0) 7804: Kabinettsitzung am 29. Januar 1947 (Punkt 25: Landesamt für Neubürger). Das Kabinett änderte in seiner Sitzung vom 29. Januar 1947 zwar die von Brill vorgeschlagene Amtsbezeichnung „Landesamt für Neubürger“ in „Landesamt für Flüchtlinge (Neubürger)“, behielt aber den von Brill favorisierten Begriff „Neubürger“ als Ergänzung in Klammern bei.

Zitation

Bernhard Parisius: Neubürger. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2015. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32803 (Stand 22.05.2015).

Neubürgerbund (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Niederschlesier → Schlesien

Siehe Schlesier-Schlesien

Nord- und Ostdeutsche Forschungsgemeinschaft (NOFG)

1. Kurzbeschreibung

Die Ende 1933 gegründete „Nord- und Ostdeutsche Forschungsgemeinschaft“ (NOFG; zunächst: Nordostdeutsche Forschungsgemeinschaft) war die größte jener „Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften“ (VFG), die „seit etwa 1930 mit der Aufgabe entstanden, die Erforschung der landes- und volksgeschichtlichen und landes- und volkskundlichen Fragen in den deutschen Grenzlanden zu fördern und die Vertreter der an dieser damals aufblühenden Forschung beteiligten Fächer mit Vertretern der betreffenden Volksgruppen und der an Volkstumsfragen interessierten Reichsbehörden zusammenzuführen.“[1] Sie ist im allgemeinen Ausbau der Forschungskapazitäten auf dem Feld der so genannten Ostforschung nach der Machtübertragung auf Adolf Hitler (1889-1945) zu verorten. Im Schnittfeld nationalkonservativer und völkisch geprägter Geschichts- und Politikauffassungen setzten sich die hier versammelten Wissenschaftler unter dem Vorsitz des Generaldirektors der preußischen Staatsarchive und Mittelalterhistorikers Albert Brackmann (1871-1952) für eine Revision der Grenzziehungen des Versailler Vertrages ein und stellten sich dabei vielfach in den Dienst des nationalsozialistischen Regimes.

2. Aufgaben

Die Arbeit der NOFG zielte in diesem Kontext vor allem auf die „wissenschaftlich[e] ‚Abwehr‘ der polnischen Gebietsansprüche“,[2] ist also auch im Zusammenhang mit entsprechenden Bemühungen von polnischer Seite zu sehen.[3] Dazu wurden Übersetzungen polnischer Fachliteratur sowie Karten und Statistiken zu den Bevölkerungsverhältnissen in Ostmitteleuropa erarbeitet. Weitere Mittel der „Auseinandersetzung mit dem fremdvölkischen Schrifttum“ waren „Tagungen, Studienfahrten, Gewährung von Stipendien, Ermöglichung von Studienaufenthalten, Vermittlung von Arbeitsunterlagen, Unterstützung bei der Drucklegung, Herausgabe von Schriftenreihen und Zeitschriften.“[4] Die Veröffentlichung der Forschungsergebnisse und die Geschäftsführung erfolgten über die von Johannes Papritz (1898-

1992) geleitete, bereits eher gegründete Publikationsstelle Berlin-Dahlem, die außerdem Material über die Arbeit polnischer Wissenschaftler sammelte. Durch Brackmann und seinen Stellvertreter, den sudetendeutschen Historiker Hermann Aubin (1885-1969), sollte zudem im Sinne eines „einheitliche[n] politisch ausgerichtete[n] Wirken[s]“[5] die Zusammenarbeit mit den Reichs- und den preußischen Ministerien sowie der NSDAP koordiniert werden. Das erarbeitete Material wurde verschiedenen Behörden wie dem Auswärtigen Amt (AA) und dem Reichsministerium des Innern (RMI), aber auch staatlich protegierten und „gleichgeschalteten“ Vereinen auf dem Gebiet der „Volkstumspolitik“ wie dem Bund Deutscher Osten oder dem Volksbund für das Deutschtum im Ausland zur Verfügung gestellt und diente mithin für Propagandazwecke: Die Publikationen „befanden sich häufig auf einem schmalen Grat zwischen seriöser Erörterung und deutschzentrierter Einseitigkeit, ja, politisch-propagandistischen Legitimationsversuchen nationalistischer Theorien“.[6] Der Verwirklichung des mit alledem verbundenen Ziels, „die deutsche Polenforschung zu zentralisieren, sie an völkisch-revisionistischen Zielen auszurichten und eine einheitliche Forschungsposition gegenüber Polen zu etablieren“, war gleichwohl „nur bedingte[r] Erfolg“[7] beschieden. Über dieses zentrale Ziel hinaus zeichnete die NOFG zusätzlich für entsprechende Unternehmungen gegenüber den anderen Staaten Ostmittel- und auch Nordeuropas verantwortlich.

3. Organisation

Zur aus Brackmann, Aubin und Papritz bestehenden Leitungsebene der NOFG trat 1944 noch nominell der Vor- und Frühzeithistoriker Carl Engel (1895-1947) als zweiter stellvertretender Vorsitzender hinzu. Die Leitung erfolgte gemeinsam mit einem jährlich neu gewählten Vorstand aus Vertretern der regionalen Forschungseinrichtungen und -verbände der „Ostforschung“ wie des Osteuropa-Instituts (OEI) in Breslau/Wrocław oder des Ostland-Instituts in Danzig/Gdańsk, die vielfach dem preußischen Archivwesen nahestanden. So war Walter Recke (1887-1962), von 1927 bis 1939 Leiter des Danziger Instituts, von 1929 bis 1939 auch Direktor des dortigen Staatsarchivs. 1938 wurde zudem ein Beirat installiert, dem regional und thematisch zugeordnete Vertreter angehörten. Hierzu zählten etwa der spätere Bundesvertriebenenminister Theodor Oberländer (1905-1998) und der spätere Direktor des Osteuropa-Instituts München Hans Koch (1894-1959). Die historischen Wissenschaften dominierten also die Arbeit, die gleichwohl durchaus interdisziplinär angelegt war.[8] In der täglichen Arbeit war die NOFG eng mit der Publikationsstelle verzahnt: „In der Publikationsstelle wurde ihre Korrespondenz geführt, die Publikationsstelle organisierte ihre Tagungen, sie übernahm die Verwaltung der Finanzen und leistete durch ihre Assistenten und Stipendiaten einen nicht unwesentlichen Anteil der wissenschaftlichen Ostarbeit.“[9] Die Schriftleitung der Verbandszeitschrift „Jomsburg“ oblag mit Papritz und seinem Stellvertreter Wolfgang Kothe (1907-1984) ebenfalls der Führungsriege der Publikationsstelle, die auch für die Schriftenreihe „Deutschland und der Osten“ mit verantwortlich zeichnete. Michael Fahlbusch sieht in den VFG im Allgemeinen und der NOFG im Besonderen einen streng hierarchisch organisierten und schlagkräftigen Großforschungsverbund („Brain trust“)[10], während andere Wissenschaftler hier „allenfalls einen losen Verbund von Forschern“[11] erkennen, der eher auf persönlichen als auf institutionellen Verbindungen beruhte. Angesichts der zahlreichen unterschiedlichen ideologischen Grundlagen und praktischen Ausführungsmuster in der Ostpolitik des NS-Regimes und Divergenzen sowohl der beteiligten Wissenschaftler untereinander als auch mit den offiziellen Stellen erscheint die stringente Darstellung, wie sie im Anschluss an Fahlbusch auch Ingo Haar und andere vorgenommen haben,[12] zumindest hinterfragbar.

4. Historischer Abriss

Ausgehend von den Aktivitäten der Stiftung für deutsche Volks- und Kulturbodenforschung wurden ab 1931 die ersten Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften ins Leben gerufen. Die Gründung der NOFG fand am 19./20. Dezember 1933 in Berlin statt – ohne dass deren Aktivitäten in der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden sollten – und war am 1. November 1933 auf einer Sitzung am OEI Breslau vorbereitet worden. Finanzielle Mittel wurden vor allem durch das RMI, das AA und die Deutsche Forschungsgemeinschaft bereitgestellt, Zuschüsse erfolgten durch regionale Behörden. Die NOFG und die Publikationsstellte erreichten dabei zusammen etwa 50 Prozent der Gesamtmittel der VFG. 1934 erhielten beide Einrichtungen zusammen 104.000 Reichsmark aus Mitteln der Ministerien, 1938 dann 161.000 RM, wovon 35.000 RM als Stipendien und Unterstützungszahlungen an Wissenschaftler weitergereicht wurden. Für die NOFG allein blieben auch während des Krieges knapp 40.000 RM die Obergrenze an Zuwendungen, während bei der Publikationsstelle der Mittelzufluss 1941 mit mehr als 415.000 RM allein durch das RMI seinen Höhepunkt erreichte.

Die Erweiterung des territorialen Fokus auf den skandinavischen Raum erfolgte 1935/1936, damit auch die Umbenennung von der „Nordostdeutschen“ zur „Nord- und ostdeutschen Forschungsgemeinschaft“. Im Durchschnitt fand einmal pro Jahr eine größere Tagung der Gemeinschaft in unterschiedlichen Orten in den beanspruchten Gebieten statt, dazu traten kleinere Treffen auf regionaler Ebene.

Mit dem Überfall auf Polen war besonders für die Publikationsstelle eine starke Inanspruchnahme – und bereitwillige Bereitstellung – für kriegswichtige Arbeiten verbunden: Kartenmaterial, statistische Arbeiten, Bevölkerungskarteien und Gutachten wurden erstellt, Archivgüter beschlagnahmt, mehrere Mitarbeiter waren an Grenzziehungskommissionen beteiligt. Die Tagungstätigkeit wurde demgegenüber eingeschränkt, zumal viele Mitarbeiter der einzelnen Einrichtungen zum Kriegsdienst eingezogen wurden. Gemeinsam mit den weiteren VFG und der Publikationsstelle wurde die NOFG 1943 dem Reichssicherheitshauptamt unterstellt und sollte so die Germanisierungspolitik der SS in den eroberten und besetzten Gebieten mitgestalten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Rolle der NOFG lange wenig beachtet. Erst 1988 erschien eine umfangreiche Studie zu Brackmann und der Publikationsstelle,[13] 1999 wurde der Gesamtkomplex der Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften intensiver in den Blick genommen.[14] Jenseits der allgemein akzeptierten empirischen Befunde bleibt die Deutung des Ausmaßes der Verstrickung in das NS-Regime jedoch weiter umstritten – die Pole reichen hier von der Charakterisierung einiger beteiligter Wissenschaftler als „Vordenker der Vernichtung“[15] bis hin zu starken Zweifeln am Einfluss der Forschungsgemeinschaften.[16] Fest steht, „dass sich Wissenschaftler nicht nur vereinzelt, sondern auf einer breiten Front bereitwillig der NS- und SS-Bürokratie sowie der Wehrmacht mit ihren fachspezifischen Kenntnissen zur Verfügung stellten“.[17] Hier bleibt jeweils nach dem konkreten Ausmaß zu fragen, wie es durch eine Reihe von biographischen Studien zu wichtigen Protagonisten in den letzten Jahren geschehen ist,[18] in vielen Fällen aber noch aussteht.

5. Bibliographische Hinweise

Quellen

- Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (BArch) R 153: Publikationsstelle Berlin-Dahlem, 1931-1945 (darin knapp 300 Titel zu „Nord- und Ostdeutsche Forschungsgemeinschaft“).

- Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin-Dahlem (GSta PK), VI. Hauptabteilung, Rep. 92: Nachlass Albert Brackmann (darin v. a. die Korrespondenzbände „Nord- und Ostdeutsche Forschungsgemeinschaft“, Nr. 81-85).

Literatur

- Martin Burkert: Die Ostwissenschaften im Dritten Reich. Teil 1: Zwischen Verbot und Duldung. Die schwierige Gratwanderung der Ostwissenschaften zwischen 1933 und 1939. Wiesbaden 2000 (Forschungen zur osteuropäischen Geschichte 55).
- Michael Burleigh: Germany Turns Eastwards. A Study of Ostforschung in the Third Reich. Cambridge u. a. 1988.
- Gabriele Camphausen: Die wissenschaftliche historische Russlandforschung im Dritten Reich 1933–1945. Frankfurt/M. u. a. 1990 (Europäische Hochschulschriften, Reihe 3: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften 418), S. 182-212.
- Michael Fahlbusch: Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik? Die „Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften“ von 1931–1945. Baden-Baden 1999, S. 178-247, 547-590.
- Ingo Haar: Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der „Volkstumskampf“ im Osten. Göttingen 2000 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 143), S. 150-306.
- Ingo Haar: Nord- und Ostdeutsche Forschungsgemeinschaft. In: Ingo Haar, Michael Fahlbusch, Matthias Berg (Hg.): Handbuch der völkischen Wissenschaften. Personen – Institutionen – Forschungsprogramme – Stiftungen. München 2008, S. 432-443.

Anmerkungen

[1] Irmtraut Eder-Stein, Kristin Hartisch: Einleitung. In: Dies.: Publikationsstelle Berlin-Dahlem 1931–1945. Bestand R 153. Koblenz 2003 (Findbücher zu Beständen des Bundesarchivs 92). URL: http://startext.net-build.de:8080/barch/MidosaSEARCH/R153-18329/index.htm (09.12.2014).

[2] Corinna Unger: Ostforschung in Westdeutschland. Die Erforschung des europäischen Ostens und die Deutsche Forschungsgemeinschaft 1945–1957. Stuttgart 2007 (Studien zur Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft 1), S. 54.

[3] Zum „Westgedanken“ (*myśl zachodnia*) als Entsprechung der Ostforschung siehe Roland Gehrke: Der polnische Westgedanke bis zur Wiedererrichtung des polnischen Staates nach Ende des Ersten Weltkrieges. Genese und Begründung polnischer Gebietsansprüche gegenüber Deutschland im Zeitalter des Nationalismus. Marburg 2001 (Materialien und Studien zur Ostmitteleuropa-Forschung 8); Jan M. Piskorski, Jörg Hackmann, Rudolf Jaworski (Hg.): Deutsche Ostforschung und polnische Westforschung im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik. Disziplinen im Vergleich. Mit einem Nachwort von Michael Burleigh. Osnabrück, Poznań 2002 (Deutsche Ostforschung und polnische Westforschung 1).

[4] BArch R153/6: Aufgabenkreis und gegenseitiges Verhältnis der Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften und Publikationsstellen sowie der Berliner Geschäftsstelle (Entwurf), März 1942.

[5] Aufgabenkreis und gegenseitiges Verhältnis der Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften (Anm. 4).

[6] Camphausen: Die wissenschaftliche historische Russlandforschung, S. 201f.

[7] Unger: Ostforschung in Westdeutschland (Anm. 2), S. 54.

[8] Zu diesem in der Interpretation umstrittenen Aspekt grundlegend Willi Oberkrome: Volksgeschichte. Methodische Innovation und völkische Ideologisierung in der deutschen Geschichtswissenschaft 1918-1945. Göttingen 1993 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 101).

[9] BArch R153/1519: Jahresbericht der Nord- und Ostdeutschen Forschungsgemeinschaft und der Publikationsstelle 1938/39, S. 1. Hervorhebungen im Original.

[10] Fahlbusch: Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik?, S. 19-27.

[11] So etwa Hans Böhm: Magie eines Konstruktes. Anmerkungen zu M. Fahlbusch „Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik?“. In: Geographische Zeitschrift 88 (2000), Nr. 3/4, S. 177-196, hier S. 193.

[12] Haar: Historiker im Nationalsozialismus.

[13] Burleigh: Germany Turns Eastwards.

[14] Fahlbusch: Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik?

[15] Zurückgehend auf Götz Aly, Susanne Heim: Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung. Überarb. Neuaufl. Frankfurt/M. 2013 (zuerst 1991). In der Untersuchung konkreter Beiträge zur Vernichtungspolitik darüber hinausgehend Fahlbusch: Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik? und v. a. Haar: Historiker im Nationalsozialismus.

[16] So etwa Burkert: Die Ostwissenschaften im Dritten Reich, der eine Opfer- beziehungsweise Gegnerposition ausmachen will. Dem weitgehend zustimmend Christian Tilitzki: Vordenker der Vernichtung? Neue Beiträge zur Kontroverse über „Ostforschung“ und Politik im Dritten Reich. In: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 47 (2002), S. 301-318.

[17] Böhm: Magie eines Konstruktes (Anm. 11), S. 194.

[18] Vgl. als zwei instruktive Beispiele von vielen Christoph Nonn: Theodor Schieder. Ein bürgerlicher Historiker im 20. Jahrhundert. Düsseldorf 2013 (Schriften des Bundesarchivs 73); Eduard Mühle: Für Volk und deutschen Osten. Der Historiker Hermann Aubin und die deutsche Ostforschung. Düsseldorf 2005 (Schriften des Bundesarchivs 65).

Zitation

Martin Munke: Nord- und Ostdeutsche Forschungsgemeinschaft (NOFG). In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2015. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32801 (Stand 21.01.2015).

Nordosteuropa (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

O

Oberschlesier → Oberschlesien (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Oder-Neiße-Gebiete → Oder-Neiße-Grenze (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Oder-Neiße-Grenze (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Ordensherrschaft → Deutscher Orden

Siehe Deutscher Orden

Orthodoxe

1. Kurzbeschreibung

„Orthodoxie“ (griech. ὀρθοδοξία) lässt sich wörtlich als rechter Glaube oder auch allgemeiner als rechtes Handeln übersetzen. Im engeren Sinne bezeichnet der Terminus Christen, die aus der Osthälfte des ehemaligen Römischen Reichs stammen oder von dort aus missioniert worden sind. Orthodoxe Christen lebten und leben seit Jahrhunderten als unmittelbare Nachbarn von Deutschen im östlichen Europa. Dies gilt vor allem für Regionen, in denen Deutsche als Minderheit von Angehörigen anderer Ethnien unmittelbar umgeben waren und auch zum Teil noch sind, so vor allem in Rumänien (Siebenbürgen, Banat, Bukowina), Serbien, Russland, der Ukraine, Kasachstan, Georgien, Polen, dem Baltikum und anderen. Orthodoxe gehören meist jeweils eigenständigen Kirchen an.

2. Aufgaben der Institution

Die orthodoxen Kirchen verstehen sich als die Bewahrerinnen altkirchlicher Strukturen, Lehren und Praktiken. Ihre Eigenständigkeit lag zunächst nicht in einem eigenen konfessionellen Bewusstsein, sondern vielmehr in der Zuständigkeit für eine jeweils klar umrissene Region begründet. Diese Regionen haben sie noch heute in ihrer je spezifischen Art seelsorgerlich und liturgisch zu versorgen.

3. Organisation in ihrer geschichtlichen Entwicklung



Ermordung des Patriarchen Gregor V. (um 1745-1821) im Phanar nach dem Ausbruch der griechischen Revolution, Megálo Metéoro/GR, modernes Fresko. [Foto: Andreas Müller].

Während die Verantwortung für die Verwaltung bis ins vierte Jahrhundert zunächst ausschließlich beim Bischof oder anderen regionalen Klerikern lag, entwickelten sich seit dieser Zeit übergeordnete Verwaltungsstrukturen, die sich an das spätantike römische Verwaltungssystem anlehnten: die sogenannte Metropolitanstruktur und deutlich ab dem fünften Jahrhundert auch die Gliederung in Patriarchate beziehungsweise rechtlich eigenständig agierende, überregional organisierte Kirchenstrukturen. Neben den Patriarchaten Rom, Alexandreia, Konstantinopel, Antiocheia und Jerusalem bildete sich als weitere „autokephal" organisierte Kirche in dieser Zeit bereits die zyprische Kirche, bald auch die georgische. Autokephale Kirchen sind juristisch eigenständig und haben das Recht, ihr Oberhaupt selbst zu bestimmen.

Bereits im fünften Jahrhundert kam es aus kirchenpolitischen, theologischen und letztlich auch spirituellen Gründen zur Aufspaltung der Mehrheitskirche in drei große Kirchenfamilien. Seit dem Konzil von Ephesus 431 entwickelte sich die heute so genannte „Apostolische Kirche des Ostens" (traditionell, aber nicht korrekt als „Nestorianer" bezeichnet); seit dem Konzil von Chalkedon 451 bildeten sich die orientalischen orthodoxen Kirchen heraus (die korrekt nicht als „Monophysiten", sondern besser als „Miaphysiten" oder als „Nonchalkedonenser" bezeichnet werden sollten). Während die Vertreter der „Apostolischen Kirche des Ostens" eine gewaltige Kirchenstruktur entlang der Seidenstraße bis nach China ausbauten, gehören zu den Miaphysiten die Kopten Ägyptens, die Äthiopier und Eritreer, die Syrische Orthodoxe Kirche, die Thomaschristen in Indien und die Armenier. Insbesondere Letztere waren als Händler und Kaufleute oft in unmittelbarer Nachbarschaft zu anderen ethnischen Minderheiten wie den Deutschen ansässig.

Die Verhältnisse zwischen dem Patriarchat von Rom und den übrigen autokephalen Kirchen waren bereits in der Spätantike öfter angespannt. Eine symbolische Bedeutung für das Verhältnis zwischen Ostkirchen und Westkirche hatte die Niederlegung der Bannbulle für den Patriarchen Michael I. Kerullarios (um 1000-1059), Patriarch von Konstantinopel 1043-

1058, durch den römischen Legaten Humbert von Silva Candida (um 1010-1061) im Jahr 1054 auf dem Altar der Hagia Sophia in Konstantinopel. Weitere theologische Auseinandersetzungen und insbesondere der sogenannte Vierte Kreuzzug des Jahres 1204 besiegelten die Kirchenspaltung („Schisma“). Seitdem hat es mehrere Versuche gegeben, die kirchliche Einheit wiederherzustellen. Zu nennen wären etwa die – aus politischen Notwendigkeiten heraus geführten – Unionsgespräche von Lyon (1279), Ferrara/Florenz (1437/1439) und Brest (1596). Aus solchen Unionsgesprächen sind die sogenannten Unierten Kirchen hervorgegangen, die im orthodoxen Ritus zelebrieren, aber dem Papst in Rom kirchenrechtlich unterstehen. Unter den Habsburgern wurde die Union orthodoxer Christen mit Rom ab dem 18. Jahrhundert teilweise gewaltsam forciert. Unierte Kirchen sind dementsprechend seit dieser Zeit und erneut nach dem Verbot unter kommunistischer Herrschaft seit der Revolution von 1989 in der Ukraine, in der Slowakei und in Siebenbürgen anzutreffen.

Insbesondere ab dem 17. Jahrhundert lässt sich auch in den orthodoxen Kirchen eine Art Konfessionsbildung beobachten, so etwa durch die Synode von Jassy/Iaşi (1642). Evoziert wurde ein solcher Prozess möglicherweise nicht nur durch Missionsversuche der in Zentral- und Westeuropa entstandenen Konfessionen, sondern auch durch die Versuche religiöser Einflussnahmen selbst von deutschen Siedlern. Von einer territorialen orthodoxen Konfessionalisierungspolitik ist im Umfeld der Orthodoxen allerdings aufgrund der besonderen politischen Konstellationen vor allem im Osmanischen Reich und dessen Randgebieten, allenfalls in Russland zu sprechen. Die Russische Orthodoxe Kirche ist nach einem über hundertjährigen Prozess der Ablösung von Konstantinopel seit 1590 ein autokephales Patriarchat. Orthodoxe Identität war ansonsten in der Frühen Neuzeit in der Regel aus politischen Gründen an eine bestimmte Ethnie, nicht an ein Territorium gebunden. Dementsprechend entstanden mit den ethnisch begründeten Nationalstaaten im 19. und frühen 20. Jahrhundert eigene Nationalkirchen, die normalerweise zunächst aus dem Ökumenischen Patriarchat Konstantinopels ausgegliedert wurden. Dieser Prozess ist bis heute nicht abgeschlossen. So lassen sich intensive Auseinandersetzungen über den kirchlichen Status orthodoxer Christen unter anderem in der Ukraine, dem Baltikum oder in Makedonien beobachten.

Von der gesamten Orthodoxie anerkannt sind neben den vier altkirchlichen Patriarchaten zehn weitere Nationalkirchen, deren Autokephalie unumstritten ist. Daneben existieren elf Kirchen mit Autonomiestatus. Sie sind autonom verwaltet, gehören aber zu einer autokephalen Kirche, von der sie eine Bestätigung bei der Wahl ihres Oberhauptes erhalten. Einige dieser autonomen Kirchen sind nicht von allen übrigen orthodoxen Kirchen anerkannt. So bestreitet etwa das Moskauer Patriarchat das Existenzrecht einer autonomen Estnischen Orthodoxen Apostolischen Kirche. Die Japanische Orthodoxe Kirche wird vom Ökumenischen Patriarchat nicht als autonome Kirche akzeptiert. Sogar die Eigenständigkeit der autokephalen Orthodoxen Kirche von Amerika ist in der Gesamtorthodoxie umstritten. Ähnliches gilt für die nicht dem Moskauer Patriarchat zugeordnete Ukrainische Orthodoxe Kirche.

Die einzige juristische Institution, die den autokephalen und autonomen Kirchen übergeordnet ist, stellt das Panorthodoxe Konzil dar. Ein solches ist zur dringend notwendigen Klärung unter anderem von die Gesamtorthodoxie betreffenden kirchenrechtlichen (= kanonischen) Fragen für das Jahr 2016 geplant. Generell kann man also von einer kollegialen Kirchenstruktur sprechen, bei der alle Bischöfe dieselben Rechte innehaben. Auch die Patriarchen haben keine übergeordnete Jurisdiktionsgewalt. Das höchste Entscheidungsorgan innerhalb einer autokephalen Kirche ist vielmehr die Synode.

4. Theologische und religiöse Charakteristika orthodoxer Kirchen



Epiphanias-Prozession, Theophania (Korinth/GR).
[Foto: Andreas Müller].



Epitaphios-Prozession am Karfreitag (Johannes-Kloster Patmos/GR). [Foto: Andreas Müller].

Trotz der organisatorischen Eigenständigkeit sind orthodoxe Kirchen durch eine ganze Reihe von gemeinsamen Kennzeichen charakterisiert. Dazu gehört bis heute die Berechnung des Osterfesttermins nach dem Julianischen Kalender. Feste des unbeweglichen Kalenders wie Weihnachten werden in den einzelnen Landeskirchen entweder nach dem Julianischen Kalender (z.B. Russland, Serbien, Berg Athos) oder seit 1924 nach dem Gregorianischen Kalender (z.B. Griechenland, Rumänien) gefeiert. Äußerliche Unterschiede gegenüber anderen Konfessionen bestehen zum Beispiel darin, dass Priesteramtskandidaten vor den höheren kirchlichen Weihen heiraten dürfen. Beachtenswert ist ferner die unmittelbare Verbindung von Taufe, Firmung und Erstkommunion bei Kindern. Die Kommunion wird in der Regel in der Gestalt von Brot und Wein gefeiert, wobei die Gläubigen mit einem Löffel beides aus einem Kelch erhalten. Das kirchliche Leben ist stark durch mönchisch-asketische sowie mystische Elemente geprägt.

Theologisch lehnen die orthodoxen Kirchen das sogenannte *filioque* ab. Dabei handelt es sich um einen Einschub in den dritten Teil des altkirchlichen Glaubensbekenntnisses von Nizäa und Konstantinopel aus dem Jahr 381. In diesem Einschub sehen Orthodoxe eine Unterordnung des Heiligen Geistes unter Gott Vater und Sohn. Ferner lehnen die Orthodoxen unter anderem die Vorstellung vom Fegefeuer und die eucharistische Kommunion mit ungesäuertem Brot (Hostien) konsequent ab.

Ähnliches gilt für die zentralen Konzepte der „westlichen" Aufklärung. Eine strikte Unterscheidung zwischen Transzendenz und Immanenz ist für die meisten Orthodoxen nicht nachvollziehbar. Auf der Basis vor allem platonisch-neuplatonischer Wirklichkeitskonzeptionen gehen sie vielmehr von einer engen Verbindung der irdischen Welt mit der transzendenten aus, was unter anderem in der Ikonen- und Reliquienverehrung sowie der Gestaltung der Gottesdienste als „Göttliche Liturgie" seinen Niederschlag findet. Zur Erklärung solcher Konnexe entwickelte der sogenannte Palamismus im 14. Jahrhundert die Vorstellung von den unerschaffenen Energien Gottes, mit denen dieser in der Welt wirkt, ohne zugleich Teil dieser Welt zu sein.

Gegenwärtig ringen Orthodoxe um ihren Platz in der modernen respektive postmodernen Welt. In Siebenbürgen entwickeln sie daher zum Beispiel in Zusammenarbeit mit Vertretern anderer Konfessionen Projekte kirchlicher Wohlfahrt. Die Orthodoxie ist um ihre Präsenz in der medialen Welt deutlich bemüht. Ein klares Zeugnis von der Verortung orthodoxer Theologie und Kirche in der gegenwärtigen sozialen Wirklichkeit bietet die sogenannte „Sozialdoktrin" der Russischen Orthodoxen Kirche aus dem Jahr 2000, in welcher unter anderem die ethischen Grundlinien der Kirche beschrieben werden.

5. Orthodoxe Kirchen und die Deutschen im Ausland

Durch die räumliche Nähe ist es zu Kontakten zwischen Deutschen und autochthonen Orthodoxen gekommen, die auch die eigene Theologie oder kirchliche Praxis gelegentlich entscheidend beeinflusst haben. So berichtet zum Beispiel der Siebenbürger Reformator Johannes Honterus (um 1498/1499-1549) in seinem Reformationsbüchlein aus dem Jahr 1543 davon, dass ein wesentlicher Anstoß für die Reformation in Kronstadt/Braşov/Brassó in kritischen Anfragen der Orthodoxen an die lateinische Praxis bestanden habe. Sein Nachfolger im Kronstädter Stadtpfarramt Valentin Wagner (ca. 1510-1557) entwarf einen Katechismus, der auch Orthodoxen die Ziele der Reformation nahebringen sollte. Ähnliche Interessen verfolgte der Reformator der Krain Primus Truber (1507/1509-1586). Deutsche Gesandtschaftsprediger in Stambul/Konstantinopel förderten den Dialog zwischen Tübinger Theologen und dem Ökumenischen Patriarchen Jeremias II. (1536-1595) und brachten Kenntnisse über die Orthodoxen ins westliche Europa. Ähnliches gilt für Reiseberichte oder Landschaftsbeschreibungen aus dem 17. Jahrhundert, zum Beispiel Johann Trösters (ca. 1640-ca. 1670) Beschreibung Siebenbürgens. In solchen Berichten wird deutlich, dass das orthodoxe Gegenüber ebenso wie die deutsche Minderheit vor Ort einem ständigen Konstruktionsprozess der eigenen Identität und auch derjenigen des Gegenübers durch die Begegnung unterlag.



Klosterkirche Suceviţa/RO, 1600. [Foto: Andreas Müller].

Auch kulturell partizipierte die Orthodoxie an den Errungenschaften deutscher Siedler: Baumeister und Bildprogramme der orthodoxen Moldau-Klosterkirchen Rumäniens sind zum Beispiel durch deutsche respektive siebenbürgisch-sächsische Künstler beeinflusst, Athosklöster wurden mit Arbeiten von Goldschmieden beliefert, die ebenfalls in Siebenbürgen tätig waren. Der unmittelbare Kontakt zwischen Orthodoxen und Christen anderer Denominationen führte allerdings nicht nur zu konstruktiven Begegnungen. So entwickelte der evangelisch-lutherische Theologe Adolf von Harnack (1851-1930), der in Dorpat/Tartu aufwuchs und daher bereits früh Begegnungen mit Orthodoxen hatte, eine ablehnende Haltung gegenüber ostkirchlicher Theologie und Praxis. Gegenwärtig spielen in den bilateralen Dialogen deutscher Kirchen mit der Orthodoxie gerade im ost- und südosteuropäischen Raum aufgewachsene Deutsche eine oft wichtige positive Rolle.

6. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Ernst Benz: Die Ostkirche im Lichte der protestantischen Geschichtsschreibung von der Reformation bis zur Gegenwart. München 1952 (Orbis academicus: Problemgeschichten der Wissenschaft in Dokumenten und Darstellungen 1).
- Thomas Bremer, Haçik Rafi Gazer, Christian Lange (Hg.): Die orthodoxen Kirchen der byzantinischen Tradition. Darmstadt 2013.
- Karl Christian Felmy: Orthodoxe Theologie. Eine Einführung. Darmstadt 1990.
- Assaad E. Kattan, Fadi A. Georgi: Thinking Modernity. Towards a Reconfiguration of the Relationship between Orthodox Theology and Modern Culture. Tripoli, Münster 2010 (Balamand theological conferences 1).
- Christian Lange, Karl Pinggéra (Hg.): Die altorientalischen Kirchen. Glaube und Geschichte. Darmstadt 2010.
- Grigorios Larentzakis: Die Orthodoxe Kirche. Ihr Leben und ihr Glaube. 3. Aufl. Wien, Berlin, Münster 2012.
- Wilhelm Nyssen, Hans-Joachim Schulz, Paul Wiertz (Hg.): Handbuch der Ostkirchenkunde I-III. Düsseldorf 1984-1997.
- Konrad Onasch: Lexikon Liturgie und Kunst der Ostkirche. Berlin, München 1993.
- Martin Tamcke: Das Orthodoxe Christentum. München 2004 (Beck'sche Reihe 2339).
- Reinhard Thöle (Hg.): Zugänge zur Orthodoxie. Göttingen 1998 (Bensheimer Hefte 68).

Schriftenreihen

- Das Östliche Christentum, Würzburg (1936ff.)
- Studien zur Orientalischen Kirchengeschichte, Münster (1995ff.)

Zeitschriften

- Oriens Christianus, Wiesbaden (1901ff.)
- Orthodoxes Forum, München (1987ff.)
- Orthodoxie aktuell, Wuppertal (1997ff.)
- Ostkirchliche Studien, Würzburg (1952ff.)
- Religion und Gesellschaft in Ost und West, Zürich (2011ff., zuvor G2W 1973ff.)

Weblinks

- http://www.orthodoxinfo.de (Christlich-orthodoxes Informationszentrum e.V.)
- http://www.gsco.info (Gesellschaft zum Studium des Christlichen Ostens)
- http://www.kirchen-in-osteuropa.de (Nachrichtendienst Östliches Christentum)
- http://www.oki-regensburg.de (Ostkirchliches Institut Regensburg; ausführliche Linkliste!)

Zitation

Andreas Müller: Orthodoxe. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32881 (Stand 02.01.2015).

Ostdenkschrift der EKD (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Ostdeutschland

1. Definition

Vor 1945 bezeichnete der Begriff ‚Ostdeutschland' allgemein die östlich der Elbe (Ostelbien) gelegenen und von Deutschen bewohnten Regionen sowie auch konkret die preußischen Ostprovinzen östlich der Oder. Nach dem Zweiten Weltkrieg entstand eine Doppelbelegung des Begriffs insofern, als ‚Ostdeutschland' zugleich auch als Bezeichnung der SBZ/DDR verwendet wurde und dadurch die Bezeichnung ‚Mitteldeutschland' zunehmend ersetzte. Ab 1989/90, nach der Wiedervereinigung Deutschlands, wurde ‚Ostdeutschland' fast nur noch von Vertriebenenorganisationen und den ihnen angeschlossenen Kultureinrichtungen in der früheren Bedeutung verwendet, meist versehen mit präzisierenden Ergänzungen („historisches", „ehemaliges" usw. „Ostdeutschland"; „Altostdeutschland"). Ansonsten wurde der Begriff als Bezeichnung für die neuen (östlichen) Bundesländer der erweiterten Bundesrepublik Deutschland gebräuchlich.

2. Genese

Träger, Gebrauch, Konnotationen

Die Begriffe ‚Ostdeutschland' beziehungsweise ‚ostdeutsch' waren territorial nie eindeutig definiert. Sie bezeichneten jeweils den östlichen Teil des deutschsprachigen Gebietes respektive des deutschen Staatsgebietes und bezogen sich insbesondere auf die deutsche Geschichte und Kultur, die sich über Jahrhunderte in den entsprechenden Regionen herausgebildet hatte. In diesem historischen Sinn erfolgt auch ihre Verwendung in diesem Lemma.

‚Ostdeutschland' mit dem Adjektiv ‚ostdeutsch' ist, insbesondere in Bezug auf das 20. Jahrhundert, mit einer Reihe von Konnotationen versehen: Bereits die deutschsprachige Chronistik in den ostdeutschen Gebieten hat sich seit dem 16. Jahrhundert (Humanismus, Renaissance) mit den spezifischen Fragen von Begegnung und Abgrenzung der Ethnien auseinandergesetzt. Im 19. Jahrhundert war die dortige Landesgeschichtsschreibung verstärkt an den ethnischen Aspekten der Bevölkerungsgeschichte in den einzelnen Regionen interessiert, nicht selten verbunden mit antislawischen respektive antipolnischen Stereotypen.

Einhergehend mit der Kriegsbegeisterung kamen im Vorfeld und zu Beginn des Ersten Weltkriegs ostraumhegemoniale Vorstellungen und expansive Zielsetzungen im Hinblick auf die Ausweitung eines künftigen Ostdeutschlands bis weit nach Russland hinzu. Um die Versailler Staatenordnung nach 1918 historisch in Zweifel zu ziehen, wurden nach dem Zusammenbruch der großen Monarchien eine interdisziplinäre wissenschaftliche sogenannte „Ostforschung" und eine in die Breite wirkende „Ostlandkunde" forciert, die auf volks- und kulturbodengeschichtlichen Interpretationen Ostdeutschlands und ganz Ostmitteleuropas beruhte und damit eine ethnozentrische Vereinheitlichung „ostdeutscher Geschichte" postulierte. Mit dem Versuch der Konstruktion eines deutschen Volks- und Kulturbodens im „deutschen Osten" sollte die Legitimität der nationalen Geschichts- und Staatskonzeptionen der Völker Ostmitteleuropas unterwandert sowie zudem die historische Unbegründetheit der Versailler Staatenordnung und insbesondere der Gebietsabtretungen von 1920/22 erwiesen werden.

In dieser neuen auf die Geschichte Ostdeutschlands zur Anwendung kommenden „Ostforschung" wurde der deutsche Anteil an der Vergangenheit häufig überbewertet und die deutsch-slawische Beziehungsgeschichte primär unter kolonialen Prämissen betrachtet. Ostdeutschland wurde als Ergebnis einer historisch-kulturellen Leistung des deutschen Volkes verstanden, wobei die Kontinuität „ostdeutscher" Geschichte propagandistisch bis weit in eine „germanische" Vor- und Frühgeschichte ausgedehnt wurde, um so das Recht einer Erstbesiedlung (Indigenatsrecht) für weite Gebiete in Anspruch nehmen zu können.



Ein Beispiel für die propagandistische Deutung der Geschichte „Ostdeutschlands“ im Sinne des Nationalsozialismus ist das seinerzeit weit verbreitete Werk von Kurt Pasternaci: 4000 Jahre Ostdeutschland. Die Vor- und Frühgeschichte Ostdeutschlands. Zwischen 3000 vor und 1000 nach der Zeitwende. 5. Aufl. Leipzig 1940. [Foto: BKGE].

So wurde die Geschichtsschreibung über Ostdeutschland politisch instrumentalisiert. Ihre Vertreter stellten sich zum Teil selbst in den Dienst des nationalsozialistischen Regimes und wurden weithin durch dessen rigide, kriegsvorbereitende und -legitimierende Politik absorbiert. Wissenschaftlich hatte die Geschichte Ostdeutschlands kaum noch Entwicklungsmöglichkeiten und geriet in die Isolation.

In der Erinnerungskultur der Bundesrepublik Deutschland nahm das überwiegend an Polen übergegangene Ostdeutschland einen nur schwer bestimmbaren Platz ein. Die wissenschaftlichen Einrichtungen lagen nun außerhalb der neuen Grenzen Deutschlands, die Forschung über die ehemals ostdeutschen Regionen war durch den Missbrauch des Ostdeutschland-Begriffs im Kontext der nationalsozialistischen Ostforschung diskreditiert. Als es 1950 vor allem mit Gründung des Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrats und der Einrichtung des Herder-Instituts zu einer Neubelebung des Interesses, einem „neuen Anfang der Ostforschung“ (Aubin) kam, blieben zunächst Traditionskritik ebenso wie methodische Erneuerung aus, sodass mit dem Begriff ‚Ostdeutschland‘ vielfach überkommene volksgeschichtliche Perspektiven verbunden blieben.

Die nach 1945 in Westdeutschland teilweise fortbestehende Verwendung von ‚Ostdeutschland‘ für die (früheren) preußischen Ostprovinzen jenseits von Oder und Lausitzer Neiße und die Verwendung von ‚Mitteldeutschland‘ für die SBZ/DDR hatte auch staats- und völkerrechtliche Hintergründe: Die auf den Konferenzen von Jalta und Potsdam vorgenommenen Grenzveränderungen wurden rechtlich und gesellschaftlich noch nicht als endgültig angesehen, und die Verwendung der offiziellen Bezeichnung DDR wurde vermieden, um deren Nichtanerkennung zu verdeutlichen. Im Zuge der Aneignung der im Westen und Norden erworbenen Gebiete ist die Geschichtswissenschaft in Polen nach 1945 mit ihrem schon früher bestehenden Interesse an der Geschichte der preußischen Ostprovinzen offensiv in den Dienst der Staatsräson gestellt worden, um die faktischen politischen Veränderungen aus der historischen Perspektive zu legitimieren. Zentral war dabei die Konstruktion einer Kontinuität in der polnischen Geschichte, die in die Rückkehr der „West- und Nordgebiete“ (*Ziemie Zachodnie i Północne*) in das „piastische Mutterland“ mündete. In beiden Historiographien setzte sich die Tendenz zur Verwissenschaftlichung, Entideologisierung und Objektivierung seit den 1970er Jahren allmählich durch, als mit der neuen Ostpolitik einerseits der Legitimierungsdruck nachließ und mit der zurückgehenden politischen Konfrontation

zunehmend landesgeschichtliche Fragestellungen im internationalen Dialog behandelt werden konnten.

Mit dem politischen Umbruch 1989/90 wurde die Frage nach dem historischen Begriff ‚Ostdeutschland' und dem Stellenwert ‚ostdeutscher' Geschichte von den Historikern Hartmut Boockmann und Klaus Zernack aufgeworfen. Anlass war die Beobachtung, dass in Deutschland die Beschäftigung mit der Thematik nicht mehr in angemessener Weise stattfinde und einer „Aktivierung" bedürfe. Umgekehrt seien die historischen preußischen Ostprovinzen zu einer Domäne der polnischen Geschichtswissenschaft geworden (Boockmann). So bestand damals die Sorge, dass mit dem Beitritt der DDR die Kultur und Geschichte des historischen Ostdeutschlands aus dem kollektiven Gedächtnis verschwinden würden. Die damaligen Appelle bezogen sich auf eine ausgewogene und auf internationalen Dialog ausgerichtete Betrachtung der deutsch-polnischen Grenzgebiete und waren dem sich wandelnden Methodenverständnis der Ostmitteleuropaforschung verpflichtet. Tatsächlich hat inzwischen – unterstützt von der fortschreitenden europäischen Integration – ein Paradigmenwechsel im Hinblick auf eine Akzentuierung der Beziehungs- und Verflechtungsgeschichte stattgefunden, wobei auf die unreflektierte Verwendung des Begriffs ‚Ostdeutschland' verzichtet wird.

Fremdsprachige Entsprechungen

Poln.: Niemcy Wschodnie; engl.: East Germany; frz.: Allemagne de l'Est; tschech.: Východní Německo.

3. Historischer Abriss

Mittelalter

Die Anwendbarkeit der modernen Bezeichnungen ‚deutsch' und ‚Deutschland' auf die Zeit des Mittelalters und der frühen Neuzeit wird unterschiedlich beurteilt.[1] Jedenfalls kann frühestens mit der Herausbildung des *Regnum Teutonicorum* aus dem ostfränkischen Teilungsgebiet des einstigen Frankenreiches im 10. Jahrhundert, das aufgrund kultureller und sprachlicher (nicht staatsrechtlicher) Merkmale vielfach als mittelalterliches Deutschland bezeichnet wird, auch von ‚ostdeutschen' Gebieten gesprochen werden. Diese frühesten ostdeutschen Gebiete umfassen in etwa den östlichen Rand des Markengürtels (Mark= Gebiet an der Grenze), den das Ottonenreich im 10. Jahrhundert in dem von Slawen bewohnten Gebiet östlich der Flüsse Elbe und Saale in Besitz genommen hatte. Die bereits für die Entstehung dieses frühen Ostdeutschlands festzustellende strukturelle Verzahnung der Politik des Deutschen Reiches mit den östlichen Nachbarn sowie deutscher Geschichte und Kultur mit der slawischen beziehungsweise polnischen blieb über die Jahrhunderte kennzeichnend. So war die Geschichte von Deutschlands Osten von ihren Anfängen an vielfach zugleich auch die Geschichte von Polens Westen. Beginnend im 12., endend im 15. Jahrhundert, wurden weitere Teile des slawischen Siedlungsgebiets, nun auch östlich von Oder und Lausitzer Neiße, außerdem baltische Gebiete, durch eine überwiegend deutsche Besiedlung (mittelalterlicher Landesausbau/ Ostsiedlung) kolonisatorisch erschlossen und modernisiert, in Verbindung mit dem christlichen Missionierungsauftrag auch mit Waffengewalt unter großen Verlusten der ansässigen Bevölkerung besetzt. Zahlreiche ostdeutsche Städte wurden nach deutschem Recht (Lübischem Recht, Magdeburger Recht) gegründet und von Deutschen besiedelt, erhielten deutsche Bevölkerungsanteile oder, wie Königsberg/Kaliningrad, Danzig/Gdańsk, Thorn/Toruń oder Breslau/Wrocław, eine überwiegend deutsche sprachliche und kulturelle Ausrichtung. Unabhängig von Herrschaftsgrenzen kam es zu ethnischen „Überschneidungszonen" (Boockmann), deren Bewohner je nach politischer Zugehörigkeit als Brandenburger, Obersachsen, Pommern, Preußen oder Schlesier be-

zeichnet wurden. Für diese Ethnogenese wurde und wird vielfach der dem Volkstumsparadigma nahestehende und deshalb problematische Begriff der „Neustammbildung“[2] verwendet. In der Literatur werden „Neustämme“ vielfach als eine „typisch ostdeutsche“ Erscheinung beschrieben.[3]

Neuzeit

Im 16. Jahrhundert waren die ostdeutschen Gebiete auf mehrere frühmoderne Staaten (Monarchien) aufgeteilt (u.a. Polen, Sachsen, Brandenburg, Böhmen, Ungarn). Erst der Aufstieg Brandenburg-Preußens zur Großmacht im 18. Jahrhundert, insbesondere durch die Eroberung Schlesiens, verlieh den Ländern östlich der Elbe zunehmend als eigentliches Ostdeutschland in der brandenburgisch-preußischen Monarchie Gewicht und Geltung. Von diesen sind die anderen, nicht zu Preußen gehörenden älteren ostdeutschen Regionen, insbesondere in der Habsburgermonarchie, zu unterscheiden. Nach der Auflösung des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation (1806) trat Preußen mit seinen „ehemals zum Reich gehörigen Besitzungen“ dem 1815 gegründeten Deutschen Bund bei, einschließlich des vormals nicht zum Heiligen Römischen Reich gehörenden Schlesien. Die 1824 geschaffene Provinz Preußen („Königreich Preußen“, bestehend aus Ost- und Westpreußen) und das Großherzogtum Posen wurden keine Bundesgebiete, aber unabhängig davon als ostdeutsche Gebiete verstanden. Erst durch die Bildung des Deutschen Kaiserreichs (1871), dessen östliche Provinzen nun explizit als ‚Ostdeutschland‘ bezeichnet wurden, wurde dieser Begriff konkreter fassbar.



Werbeanzeige von 1925: Die Ostdeutsche Morgenpost, erschienen in Beuthen 1919-1944; Abbildung aus: Erwin Stein: Monographien deutscher Städte. Band XV: Die deutsche Stadt Beuthen O./S. und ihre nächste Umgebung. Berlin-Friedenau 1925, S. 233.

Allgemein war ‚Ostdeutschland‘ seit dem 19. Jahrhundert, ähnlich wie ‚Süd-‘ oder ‚Westdeutschland‘, eine weit verbreitete, in unterschiedlichsten Zusammenhängen verwendete Bezeichnung: im Namen von Industrie- und Wirtschaftsunternehmen („Ostdeutsche Kleinbahn AG“, Bromberg/Bydgoszcz 1893, ab 1899 „Ostdeutsche Eisenbahn-Gesellschaft“), von gesellschaftlichen Vereinen und Vereinigungen („Ostdeutscher Jünglingsbund“, 1856), im Titel von Zeitungen und Zeitschriften (*Ostdeutsche Post*, Wien, 1849; *Ostdeutscher Lokal-Anzeiger*, Bromberg, 1889; *Ostdeutsche Bau-Zeitung*, Breslau, 1905; *Ostdeutsche illustrierte Funkstunde*, Breslau, 1927) sowie wissenschaftlichen Publikationen (Herbert Ludat: *Die ostdeutschen Kietze*, 1936).

Im 20. Jahrhundert verband sich mit dem Begriff ‚ostdeutsch‘ eine neue, zunehmend politische Konnotation: 1911 fand die „Ostdeutsche Ausstellung für Industrie, Gewerbe und

Landwirtschaft“ mit über 1.100 Ausstellern in Posen/Poznań statt. Diese erste und einzige Gemeinschaftsausstellung der damaligen deutschen Ostprovinzen sollte als „Leistungsschau“ dem seinerzeit verbreiteten Stereotyp des rückständigen Ostens entgegenwirken sowie der „Kulturhebung der Ostprovinzen“ und zugleich der nationalen Selbstdarstellung dienen.[4] Die polnische Bevölkerungsmehrheit der Stadt war von der Mitwirkung ausgeschlossen.



Werbemarke „Ostdeutsche Ausstellung für Hotel und Gastwirtsgewerbe, Kochkunst, Konditorei und einschlägige Erzeugnisse“, Beuthen 1926. [Foto: BKGE].



„Leuchtfontäne“ auf der „Ostdeutschen Ausstellung“ in Posen 1911; im Hintergrund abgebildet ist der „Oberschlesische Turm“ (Architekt: Hans Poelzig, 1869-1936), das Wahrzeichen der Ausstellung. [Foto: BKGE].

Insbesondere infolge der mit dem Ende des Ersten Weltkriegs einhergehenden Gebietsabtretungen wurde Ostdeutschland in der zeitgenössischen Publizistik vielfach als ein im Abwehrkampf gegen Polen befindliches Gebiet stilisiert, dessen „Deutschtum“ gestärkt werden müsse und das der Solidarität des Deutschen Reiches bedürfe. In der zentralen „Kulturzeitschrift des Ostens“, dem 1920-1939 in Danzig erscheinenden Periodikum *Ostdeutsche Monatshefte*, heißt es:


Ostdeutsche Monatshefte

Titelseite der Ostdeutschen Monatshefte, 1924. [Foto: BKGE].

Die Ostdeutschen Monatshefte haben sich zum Ziel gesteckt, ein Band zu schaffen, zwischen den ostdeutschen Gebieten und dem Reich […]. Die Schönheit der ostdeutschen Landschaften tragen sie in Wort und Bild in die weite Welt, und ostdeutsche Kunst und ostdeutsches geistiges Leben findet in ihnen einen bedeutsamen Niederschlag.[5]

Infolge des deutschen Überfalls auf Polen 1939, der verbrecherischen Okkupation und der darauf folgenden militärischen Niederlage des Deutschen Reiches kam es zu Flucht und Vertreibung der meisten Ostdeutschen. Die ostdeutschen (preußischen) Provinzen östlich von Oder und Lausitzer Neiße oder Teile von diesen, also das südliche Ostpreußen, Hinterpommern, Ostbrandenburg und Schlesien, sowie Danzig kamen als Folge des Zweiten Weltkriegs zu Polen, der nördliche Teil Ostpreußens an die Sowjetunion. Dies führte im westdeutschen Diskurs nach und nach zu einer ‚Westverschiebung‘ des politischen Begriffs ‚Ostdeutschland‘, der sich von da an zunehmend auf das Gebiet der DDR bezog.

4. Kontroversen

Nach 1990 wurde der Begriff ‚Ostdeutschland‘ im allgemeinen und im politischen Sprachgebrauch dann kaum noch als Sammelbezeichnung für die preußischen Ostprovinzen verwendet, sondern zunehmend nur noch für die neuen (östlichen) Bundesländer der erweiterten Bundesrepublik Deutschland. Die dadurch stattfindende weitgehende Ersetzung des Begriffs ‚Mitteldeutschland‘ durch ‚Ostdeutschland‘ wurde insbesondere vonseiten der Vertriebenenverbände kritisiert.

Zudem entsprach auch der historische Begriff ‚Ostdeutschland‘, der eine nicht existierende kulturelle Einheitlichkeit der ‚Ostdeutschen‘ zu suggerieren schien, immer weniger der sich nun rasch differenzierenden und internationalisierenden, multiperspektivischen wissenschaftlichen Sichtweise auf diese Gebiete. Es wurde betont, dass die Deutschen im östlichen Europa – zumal bei Einbeziehung der deutschen Siedlungsgebiete in Ostmittel-, Südost- und Osteuropa – verschiedenen konfessionellen, politischen, staatlichen und sozialen Strukturen

angehörten, unterschiedliches Gruppenbewusstsein besäßen und keineswegs über eine gemeinsame ostdeutsche Identität verfügten – Gegebenheiten, denen der Begriff ‚Ostdeutschland' nicht hinreichend gerecht werde.[6] Im offiziellen regierungsamtlichen Sprachgebrauch wurde als neue Sammelbezeichnung nun zunehmend die Umschreibung „Deutsche im östlichen Europa"[7] verwendet.

Gegenwärtig kontrovers beurteilt wird die Frage, ob die Geschichte Ostdeutschlands einschließlich Flucht und Vertreibung in der alten Bundesrepublik tabuisiert worden sei (Kittel) und somit heute ein Nachholbedarf bestehe oder ob sie im Gegenteil zu den staatlich intensiv geförderten Themen der Forschung und der kulturellen Breitenarbeit (Hahn/Hahn) gehört habe.

5. Bibliographische Hinweise

- Deutsches Historisches Museum (Hg.): Deutsche im Osten. Geschichte, Kultur, Erinnerungen. Berlin 1994.
- Hartmut Boockmann: Die deutsche Geschichte und die Geschichte Ostdeutschlands im Schulunterricht. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 9 (1991), S. 563-574.
- Hartmut Boockmann: Wo liegt Ostdeutschland? Die Deutschen und ihre Geschichte im östlichen Mitteleuropa. In: Nordost-Archiv1 (1992), H. 1, S. 7-19.
- Hans Henning Hahn, Eva Hahn: Die Vertreibung im deutschen Erinnern. Legenden, Mythos, Geschichte. Paderborn 2010.
- Hans-Jürgen Karp (Hg.): Deutsche Geschichte und Kultur im heutigen Polen. Fragen der Gegenstandsbestimmung und Methodologie. Marburg 1997 (Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung 2).
- Wolfgang Kessler: Aspekte ostdeutscher Landesgeschichte. Lüneburg 1989 (Lüneburger Vorträge zur Geschichte Ostdeutschlands und der Deutschen in Osteuropa 1).
- Manfred Kittel: Die Vertreibung der Vertriebenen? Der historische deutsche Osten in der Erinnerungskultur der Bundesrepublik (1961-1982). München 2007 (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte).
- Matthias Weber (Hg.): Deutschlands Osten – Polens Westen. Vergleichende Studien zur geschichtlichen Landeskunde. Frankfurt/Main 2001(Mitteleuropa – Osteuropa. Oldenburger Beiträge zur Kultur und Geschichte Ostmitteleuropas 2).
- Klaus Zernack: Der historische Begriff „Ostdeutschland" und die deutsche Landesgeschichte. In: Nordost-Archiv 1 (1992), H. 1, S. 157-173.
- Klaus Zernack: Preußens Ende und die ostdeutsche Geschichte. Vorträge im Georg Eckert Institut. Braunschweig 1989.

Anmerkungen

[1] Dazu Alexander Demandt: Die Grenzen in der Geschichte Deutschlands. In: Ders. (Hg.): Deutschlands Grenzen in der Geschichte. München 1990, S. 9-31, hier S. 14-18.

[2] Hans-Werner Goetz: Die „Deutschen Stämme" als Forschungsproblem. In: Heinrich Beck, Dieter Geuenich, Heiko Steuer, Dietrich Hakelberg (Hg.): Zur Geschichte der Gleichung „germanisch -deutsch". Berlin 2004, S. 229–253.

[3] Klaus Zernack: Der historische Begriff „Ostdeutschland" und die deutsche Landesgeschichte. In: Nordost-Archiv 1 (1992), H. 1, S. 157-173, hier S. 161.

[4] Beate Störtkuhl: Ausstellungsarchitektur als Mittel nationaler Selbstdarstellung. Die „Ostdeutsche Ausstellung“ 1911 und die „Powszechna Wystawa Krajowa“ 1929 in Posen/Poznań. In: Jacek Purchla, Wolf Tegethoff (Hg.): Nation, Style, Modernism. Cracow, Munich 2006 (CIHA Conference Papers 1), S. 237-255, hier S. 240.

[5] Verlagswerbung 1926. Zitiert nach: Jens Stüben: Die kulturpolitische Zeitschrift „Ostdeutsche Monatshefte“ und ihr ‚Kampf‘ um den ‚deutschen Osten‘ (1920-1939). In: Weber: Deutschlands Osten, S. 299-346, hier S. 299.

[6] Die komplexe Diskussion ist dokumentiert in Karp (Hg.): Deutsche Geschichte, hier insbesondere die Beiträge von Joachim Bahlcke: „Deutsche Geschichte im Osten Europas“ – Drei wissenschaftliche Projekte im Vergleich, S. 27-50, sowie von Hans Lemberg: Zur Entwicklung der Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland über „deutsches Kulturerbe im Osten“, S. 73-88 (jeweils einschließlich Diskussionen).

[7] Im Jahr 2000 erfolgte die Umbenennung des „Bundesinstituts für ostdeutsche Kultur und Geschichte“ in „Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa“.

Zitation

Matthias Weber: Ostdeutschland. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32797 (Stand 30.06.2014).

Ostelbien (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Osteuropa (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Osteuropa-Institut (OEI), Breslau

1. Kurzbeschreibung

Das Osteuropa-Institut in Breslau/Wrocław war in der Weimarer Republik die bedeutendste interdisziplinäre deutsche Forschungsstelle zu Osteuropa mit den Schwerpunkten Recht und Wirtschaft. Als nichtuniversitäre Einrichtung unterlag sie ab 1933 sehr stark politischen Einflüssen und folgte nationalsozialistischen Vorgaben (Ausbau einer völkischen Ostforschung und der Gegnerforschung, ab 1941 Bearbeitung des „Ostraums“). Durch den systematischen Aufbau einer Bibliothek (1932: 33.000 Bände und Zentralkatalog aller Bestände preußischer Bibliotheken zu Osteuropa) und eines Pressearchivs (1932: Auswertung von 367 Zeitungen, Zeitschriften und Gesetzessammlungen) spielte das Osteuropa-Institut in den Jahren 1918-1945 eine erhebliche Rolle in der deutschen Forschung über Osteuropa; zu seinen Direktoren und Mitarbeitern zählten namhafte Wissenschaftler (Otto Auhagen [1869-1945], Hans Koch [1894-1959], Gotthold Rhode [1916-1990]), aber auch überzeugte Vertreter der nationalsozialistischen Rassendoktorin (erneut Koch, Michael Achmeteli [1895-1963], Reinhart Maurach [1902-1976]).

2. Organisation und Aufgaben

Inhaltlich und organisatorisch war das Breslauer Osteuropa-Institut ein Ergebnis des kurzlebigen deutschen „Siegfriedens“ im östlichen Europa von Brest/Brest-Litowsk (3.3.1918). Es wurde 1918 unter dem Eindruck des Friedensvertrages als privater Verein „bei der Fried-

rich-Wilhelms-Universität und der Technischen Hochschule Breslau“ gegründet. Der Gründungsausschuss mit namhaften Breslauer Professoren, Verwaltungs- und Wirtschaftspraktikern unter Leitung des Volkswirtschaftlers Adolf Weber (1876-1963) sowie einflussreichen schlesischen Industriellen trat mit der Absicht an, einem zukünftigen Deutschland, das „weit mehr als bisher ein östliches Gesicht haben wird“, eine „dauernde Grundlage weltpolitischer und weltwirtschaftlicher Erfolge“ zu schaffen sowie „für Schlesien den Teil des geistigen Neulands zu sichern, auf den es infolge seiner Lage, seiner Geschichte, seiner volkswirtschaftlichen Aufgaben und Notwendigkeiten in erster Linie Anspruch erheben kann und muss.“[1]

Mit der deutschen Niederlage 1918 brachen diese Konzeptionen zusammen und es entstand eine Forschungseinrichtung, die „der Wiederaufnahme friedlicher wirtschaftlicher Beziehungen nach Osten hin und der Völkerverständigung […] nützliche Dienste erweisen“[2] sollte. Im Februar 1921 wurde das durch Kauf erworbene „Hotel Oderschloss“ auf der Breslauer Sandinsel bezogen. Bis 1930 als privater Verein organisiert, konzentrierte sich die Tätigkeit auf die Bereiche Recht und Wirtschaft in Osteuropa. Nach einer Umorganisation 1930 unter dem Druck des Preußischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung (PMfWKV) erhielt das Institut eine neue Satzung, die die Präsenz von Vertretern des PMfWKV sowie des Reichsministeriums des Innern festschrieb und die Ernennung der Institutsleitung durch das PMfWKV regelte.

Die nun halbstaatliche Institution stand 1933 unter dem Verdacht „kulturbolschewistischer Tätigkeit“ und wurde 1933/34 gleichgeschaltet. Als neue Aufgaben traten der Ausbau von Forschungskompetenzen gegen die polnische Forschung zu Oberschlesien, zur benachbarten Tschechoslowakei (1937-1939) und zu ukrainischen Themen (1939) hinzu; durch den Abtransport der Bestände zu Russland und zur Sowjetunion (Januar 1937) wurden Forschungen zu dieser Großregion behindert. Unter der Leitung Hans Kochs (1.10.1937-31.3.1940) wurde das Institut unmittelbar zu einer nachgeordneten Einrichtung der nationalsozialistischen Freund- (Ukrainer) und Feindforschung (Tschechen, Polen, Weißrussen). Ab 1940/41 wurden in Breslau vor allem Wirtschaftsprobleme des „Ostraums“ bearbeitet.

3. Geschichte

Die Geschichte des Osteuropa-Instituts kann in verschiedene Phasen gegliedert werden, in denen – ausgelöst durch die finanziellen Rahmenbedingungen und politische Eingriffe – sehr unterschiedliche Forschungsimpulse und räumlich disziplinäre Forschungsschwerpunkte verfolgt wurden: eine Gründungsphase im Zeichen des Friedens von Brest/Brest-Litowsk 1918, eine Aufbauphase mit zahlreichen Publikationen mit stark unterschiedlichen wissenschaftspolitischen Orientierungen bis zum Verlust des Institutsvermögens in der Inflation (1919-1923), eine Konsolidierung mit den disziplinären Schwerpunkten Recht und Wirtschaft (1924-1929), eine Verlagerung des Schwerpunkts auf eine Russland- und Sowjetunionforschung unter Leitung Otto Auhagens (1930-1933), eine durch nationalsozialistische Eingriffe und interne Querelen bestimmte Zwischenphase (1933-1937), die Konzentration auf die völkische Ostmitteleuropa- und Ukraineforschung unter Hans Koch (1938-1940) sowie eine wirtschaftspolitische Schwerpunktsetzung im Zweiten Weltkrieg. Durch zahlreiche personelle Verbindungen mit der Universität Breslau – verbreitete Beschäftigung an Universität und Institut, ehrenamtliche Tätigkeit am Institut von Hochschulprofessoren – muss zudem immer wieder gefragt werden, ob es sich jeweils um Forschungsprojekte von einzelnen Wissenschaftlern an der Universität oder Arbeitsvorhaben des Osteuropa-Instituts handelte.

Wissenschaftlich beruhte die Reputation des Breslauer Osteuropa-Instituts in den 1920er Jahren vor allem auf dessen Arbeiten zum vergleichenden europäischen Recht mit Schwer-

punkt Osteuropa, in die auch das sowjetische Recht der 1920er Jahre einbezogen wurde. Sie wurden vielfach in der „Zeitschrift für Ostrecht“ sowie in separaten Monographien publiziert.[3] Darüber hinaus legte das Institut zahlreiche Arbeiten zu den neuen Verwaltungs- und Wirtschaftsstrukturen in Osteuropa vor.[4]

1933 gerieten gerade diese Bereiche in die Schusslinie der nationalsozialistischen Gleichschaltung: Die Beschäftigung mit der Sowjetunion galt als „Kulturbolschewismus“ und Auhagen trat von der Institutsleitung zurück. Wichtige Mitarbeiter des Instituts wie der aus Odessa/Odesa stammende Professor für Internationales und Ausländisches Privatrecht Friedrich Schöndorf (1873-1938), der später international bekannte Byzantinist Georg Ostrogorsky (1902-1976) und Oberlandesgerichtsrat Ernst Warschauer (1889-1972)[5] wurden wegen ihrer jüdischen Herkunft oder ihres angeblichen „Kulturbolschewismus“ entlassen.[6]

Der neue Direktor des Osteuropa-Instituts, Hans Uebersberger (1877-1962), lieferte zu diesen Entlassungen einen Kommentar: „Der wissenschaftliche Nachwuchs auf dem Gebiet osteuropäischer Geschichte und Landeskunde war vor der Machtergreifung stark semitischer Herkunft. […] dieses Überwuchern des Judentums auf meinem Fachgebiet im Rechte von einem Sinken des Wertes der wissenschaftlichen Leistung begleitet war.“[7] Uebersberger forderte stattdessen die Ausbildung „auslandsdeutscher Studenten […], weil diese die Kenntnis der Sprache ihres Wirtsvolkes“ mitbrächten und „leichter sich fremde Kulturen“ aneigneten.[8]

Tatsächlich war die Existenz des Instituts 1934-1937 gefährdet, zumal nachdem Uebersberger Breslau im Mai 1934 Richtung Berlin verlassen hatte. Die Mitarbeiter waren untereinander zerstritten, Stimmen von außen sprachen von „Zersplitterung und Unklarheit“ in der Institutsarbeit.[9] Am 28./29. Januar 1937 wurden die Bibliotheks- und Archivbestände zu Russland und zur Sowjetunion nach Berlin in das vom SD kontrollierte „Institut zur wissenschaftlichen Erforschung der Sowjetunion“, besser als „Wannsee-Institut“ bekannt, abtransportiert (ca. 32.000 von 52.000 Bänden). Für diese Teilauflösung sind mehrere Ursachen zu nennen: Einerseits sollte die Russland- und Sowjetunionforschung im Nationalsozialismus nicht einem halb unabhängigen Institut in der Provinz zufallen, sondern unter direkter Kontrolle von Berliner Stellen stehen. Auch trug die „großsprecherische Geschaftlhuberei“ Uebersbergers zu der Krise bei.[10]

Die neuen Aufgaben des Osteuropa-Instituts wurden 1937 vom Reichsministerium des Innern festgelegt. Unter der neuen Leitung des eng mit nationalsozialistischen und militärischen Stellen verbundenen Theologen und Historikers Hans Koch sollte die „Abwehrarbeit“ gegen die polnischen Westinstitute in Kattowitz/Katowice, Posen/Poznań und Thorn/Toruń in den Vordergrund rücken. Reorganisiert wurden nur die Abteilungen Recht und Wirtschaft; eine neue „Historisch-politische Abteilung“ wurde gegründet. Koch besaß zudem Sonderinteressen in den Bereichen orthodoxe Kirchengeschichte und Ukraine.[11]

Als Institutsleiter zog er Exilukrainer als Stipendiaten an das Osteuropa-Institut, förderte die Auswertung ukrainischer und weißrussischer Zeitschriften und gab die Zeitschrift „Kyrios. Vierteljahrsschrift für Kirchen- und Geistesgeschichte Osteuropas“ heraus.

Mit Kochs Arbeitsantritt begann für das Osteuropa-Institut eine intensive Zusammenarbeit mit Stellen der NSDAP, der Wehrmacht, der Abwehr und der schlesischen Verwaltung. Koch verfügte über weitgespannte Kontakte und zog zahlreiche Aufträge an das Osteuropa-Institut (u. a. Zuarbeit für SD-Berichte, Rundfunkserien, Gutachten für NS- und Wehrmachtsstellen). Insbesondere im Sommer 1939 war das Institut direkt in die politischen Planungen verwickelt. Nach Zeugnis Kochs musste es noch in der Zeit vom 28. bis zum 30.

August „Vorschläge ausarbeiten, für den Fall, daß Polen unter bestimmten Garantien im Besitz des Korridors, außer Danzig, bleibt“.[12] Gotthold Rhode erstellte Broschüren über „polnische Ansprüche auf deutsches Reichsgebiet“, Walter Kuhn (1903-1983) eine Denkschrift über „Deutsche Dörfer in Mittelpolen“, in der für die Verschiebung der zukünftigen Grenze über die Linie von 1914 hinaus geworben wurde.[13]

Mit Kriegsbeginn ließen die Aktivitäten des Osteuropa-Instituts schlagartig nach, da beinahe alle wissenschaftlichen Mitarbeiter bereits 1939/40, vielfach als „Sonderführer“, zur Wehrmacht eingezogen wurden und sich unter anderem an den Umsiedlungen von sogenannten Volksdeutschen aus Litauen, Wolhynien und Bessarabien sowie an der deutschen Nationalitätenpolitik in Osteuropa im Zweiten Weltkrieg beteiligten. Ab 1941 beschäftigte sich das Osteuropa-Institut unter Leitung des Nationalökonomen Hans-Jürgen Seraphim (1899-1962) vor allem mit dem „Ostraum“ unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten.

Das Institut und seine Bibliothek wurden im Frühjahr 1945 zerstört, erhaltene Bibliotheks- und Archivbestände in die Sowjetunion abtransportiert. Ein Teil der alten Mitarbeiterschaft war in den 1950er Jahren am Osteuropa-Institut München erneut unter der Leitung Hans Kochs tätig.

4. Bibliographische Hinweise

Archivbestände

Das Archiv des Osteuropa-Instituts verbrannte 1945 bei den Kämpfen um Breslau.

Die ergiebigsten Teilüberlieferungen befinden sich

- im Archiv der Universität Breslau (*Archiwum Uniwersytetu Wrocławskiego*, Bestand S 391 Osteuropainstitut 1918-1923),
- im Bestand Publikationsstelle Berlin-Dahlem im Bundesarchiv,
- im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz,
- im Moskauer Sonderarchiv (fond 1513 „Osteuropa-Institut Breslau“ http://www.sonderarchiv.de/fonds/fond1513.pdf)
- und im Archiv des Instituts für Ost- und Südosteuropaforschung in Regensburg (Nachlässe Hans Koch http://www.ios-regensburg.de/bibliothek/bestand/archive-und-nachlaesse/nachlass-koch.html und Hans Uebersberger, Manuskripte ehemaliger Mitarbeiter).

Eine monographische Aufarbeitung der Institutsgeschichte ist ein Desiderat.

Berichte und Erinnerungen von Mitarbeitern

Mit großer Vorsicht müssen die Berichte und Erinnerungen von Mitarbeitern behandelt werden:

- Jahrbuch des Osteuropa-Instituts. Breslau 1943 (Jubiläumsnummer aus Anlass des 25-jährigen Bestehens mit Berichten der jeweiligen Leiter).
- Reinhart Maurach: Aus der Frühzeit der deutschen Ostrechtsforschung. In: Jahrbuch für Ostrecht 8 (1967), H. 2, S. 7-24.
- Maria Roemmich: Erinnerungen an das Osteuropa-Institut Breslau 1925-1945. 19 Seiten Typoskript. Archiv des Instituts für Ost- und Südosteuropaforschung in Regensburg.
- Georg Stadtmüller: Erinnerungen an das Osteuropa-Institut in Breslau. In: Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität 26 (1985), S. 211-264.

Literatur

- Hans-Jürgen Bömelburg: Das Osteuropa-Institut in Breslau 1930-1940. Wissenschaft, Propaganda und nationale Feindbilder in der Arbeit eines interdisziplinären Zentrums der Osteuropaforschung in Deutschland. In: Michael Garleff (Hg.): Zwischen Konfrontation und Kompromiß. Interethnische Beziehungen in Ostmitteleuropa als historiographisches Problem der 1930er/1940er Jahre. München 1995 (Schriften des Bundesinstituts für ostdeutsche Kultur und Geschichte 8), S. 47-72 [Forschungsstand mit Literaturübersicht bis 1994].
- Thomas Ditt: Die „Zeitschrift für Ostrecht“ (1927-1934). In: Vanessa Duss (Hg.): Rechtstransfer in der Geschichte. Legal Transfer in History. München 2006 (Jahrbuch junge Rechtsgeschichte 1), S. 309-321.
- Ders.: „Stoßtruppfakultät Breslau“. Rechtswissenschaft im „Grenzland Schlesien“ 1933-1945. Tübingen 2011 (Beiträge zur Rechtsgeschichte des 20. Jahrhunderts 67).
- Eike Eckert: Zwischen Ostforschung und Osteuropahistorie. Zur Biographie des Historikers Gotthold Rhode (1916-1990). Osnabrück 2012 (Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau 27).
- Eduard Mühle: Für Volk und Deutschen Osten. Der Historiker Hermann Aubin und die deutsche Ostforschung. Düsseldorf 2005 (Schriften des Bundesarchivs 65).

Anmerkungen

[1] Denkschrift Adolf Webers vom März 1918. Archiwum Uniwersytetu Wrocławskiego, Best. TH Breslau S 391.

[2] Denkschrift Osteuropa-Institut in Breslau (1920). Archiwum Uniwersytetu Wrocławskiego, Best. S 391.

[3] Ditt: „Zeitschrift für Ostrecht“, S. 309-321.

[4] Etwa Otto Auhagen: Die Bilanz des ersten Fünfjahresplanes für die Sovetwirtschaft. Breslau 1933 (Quellen und Studien/Osteuropa-Institut in Breslau, Abt. Wirtschaft 12).

[5] Nachlass im Leo Baeck Institute, Ernst Warschauer Collection.

[6] Dazu auch mit Blick auf die Juristen am Osteuropa-Institut Ditt: „Stoßtruppfakultät Breslau“, S. 147-179.

[7] Memorandum Uebersberger Januar/Februar 1935. Archiwum Uniwersytetu Wrocławskiego, Best. S 392.

[8] Memorandum Uebersberger Januar/Februar 1935. Archiwum Uniwersytetu Wrocławskiego, Best. S 392.

[9] Dazu mit Belegen Bömelburg: Das Osteuropa-Institut in Breslau, S. 47-72, besonders S. 54-62.

[10] So zu Uebersberger Walter Leitsch, Manfred Stoy: Das Seminar für osteuropäische Geschichte der Universität Wien 1907-1948. Wien 1983 (Wiener Archiv für Geschichte des Slawentums und Osteuropas 11), S. 172.

[11] Dazu Ray Brandon: Hans Koch. In: Ingo Haar, Michael Fahlbusch (Hg.): Handbuch der völkischen Wissenschaften. Personen – Institutionen – Forschungsprogramme – Stiftungen. München 2008, S. 324-334.

[12] Hans Koch, 1. Oktober 1937 bis 31. März 1942. In: Jahrbuch des Osteuropa-Instituts (1943), S. 42.

[13] Die Ausarbeitungen befinden sich im Bundesarchiv, Best. R 153 Publikationsstelle Berlin-Dahlem, Nr. 781 „Polen-Propaganda“ und 289 (Denkschrift Kuhns v. 5.9.1939).

Zitation

Hans-Jürgen Bömelburg: Osteuropa-Institut (OEI), Breslau. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32794 (Stand 28.08.2014).

Osteuropa-Institut, München (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Ostforschung

1. Genese

Begriff

Der Begriff 'Ostforschung' bezeichnet eine multidisziplinäre Forschungsrichtung, die im deutschsprachigen Raum nach dem Ersten Weltkrieg entstand. Sie befasste sich aus einem deutschtumszentrierten Blickwinkel mit den Gebieten Ostmittel- und Osteuropas und betrachtete die dortigen Völker und Staaten nicht als gleichberechtigte Subjekte, sondern lediglich als Objekte der von ihr proklamierten deutschen Hegemonie in diesem Gebiet.

Träger, Gebrauch

Prominenten Gebrauch fand der Begriff in dem zweibändigen Werk *Deutsche Ostforschung. Ergebnisse und Aufgaben seit dem Ersten Weltkrieg*.[1] Es war Albert Brackmann, dem Leiter der Nordostdeutschen Forschungsgemeinschaft, gewidmet und stellte auf dem Höhepunkt des deutschen Vernichtungskrieges eine Zwischenbilanz des bisherigen Wirkens dar.

Nach 1945 nahm der Forschungsrat des Johann Gottfried Herder-Instituts in Marburg die Tradition der Nordostdeutschen Forschungsgemeinschaft wieder auf und gab ab 1952 die *Zeitschrift für Ostforschung* heraus.[2] Die Umbenennung in *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* markierte 1994 die Abkehr vom Paradigma der Ostforschung.

Im Kontext der deutsch-deutschen Konfrontation fand der Begriff ab dem Ende der 1950er Jahre Verwendung. Von der DDR wurden die institutionellen und personellen Kontinuitäten in der Ostforschung im Rahmen einer Kampagne gegen die als 'revanchistisch' gebrandmarkte Bundesrepublik instrumentalisiert.[3]

Heute ist der Begriff 'Ostforschung' als Selbstbezeichnung einer Forschungsrichtung kaum noch gebräuchlich. Dafür hat sich die Aufarbeitung ihrer Geschichte seit dem Ende der 1990er Jahre deutlich intensiviert.

Fremdsprachige Entsprechungen, Übersetzungen, Übernahmen

Vom Begriff existieren Übersetzungen in andere Sprachen, etwa *Badania wschodnie* im Polnischen, *Research of the East, Research on the East* sowie *Eastern Research* im Engli-

schen und *Recherche sur l'Est* im Französischen. Zumeist wird der Terminus jedoch aufgrund seiner spezifisch deutschen Genese und Konnotation als deutsches Lehnwort übernommen.[4]

Als Entsprechung zur deutschen Ostforschung findet in der Forschung der Begriff der polnischen 'Westforschung' Verwendung,[5] als Bezeichnung für die polnische Beschäftigung mit den Westgebieten der Zweiten Polnischen Republik nach 1918 sowie den nach 1945 als 'wiedergewonnene Gebiete' (*ziemie odzyskane*) bezeichneten ehemaligen deutschen Ostgebieten. Der Begriff 'Westforschung' ist jedoch nicht unproblematisch, da er in Anlehnung an den deutschen Begriff 'Ostforschung' gebildet wurde und keine Entsprechung im Polnischen hat. Dort ist vielmehr in der Regel vom polnischen Westgedanken (*polska myśl zachodnia*) die Rede. Der Gebrauch des Begriffs 'Westforschung' impliziert somit bereits die Betonung von Parallelen zur deutschen Ostforschung, was von polnischen Autoren kritisiert worden ist.[6]

2. Historischer Abriss

Im Unterschied zur "Osteuropäischen Geschichte", die von Beginn an universitär verankert war und deren Ursprünge im deutschen Kaiserreich liegen,[7] entwickelte sich die deutsche Ostforschung nach dem Ersten Weltkrieg und primär außeruniversitär. Ihrem Selbstverständnis nach sah sie sich in einer Frontstellung gegen das so bezeichnete 'Versailler System' und zielte auf eine Revision der Nachkriegsgrenzen.[8] Aus einer deutschtumszentrierten Perspektive ging es im Kern darum, 'deutsche' Faktoren im historischen Prozess zu betonen und diese gegenüber polnischen, tschechoslowakischen und anderen 'Anteilen' hervorzuheben. Das zunächst vorherrschende Konzept hierfür lieferte der Geograph Albrecht Penck mit seinem Paradigma des deutschen "Volks- und Kulturbodens". Penck unterschied zwischen dem "Volksboden", den er überall dort erblickte, "wo deutsches Volk siedelt",[9] und dem "Kulturboden", der nach Penck so weit reichte, wie sich Spuren "deutscher Kultur" nachweisen ließen: "Der deutsche Kulturboden ist die größte Leistung des deutschen Volkes. […] Die Inseln deutschen Volksbodens, die weitab von dessen mitteleuropäischem Hauptgebiete liegen, sind ebenso wie letzteres von deutschem Kulturboden begleitet."[10]

Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme erfuhr die Ostforschung im Gegensatz zur Osteuropäischen Geschichte, für die das Jahr 1933 eine tiefe Zäsur darstellte, einen Ausbau ihrer Kapazitäten. Die Forschungen zur Biographie von Ostforschern und zu Institutionen der jüngeren Zeit haben deutlich gemacht, in welchem Ausmaß sich viele Ostforscher in den Dienst des NS-Regimes stellten und den Kulturraub sowie den deutschen Vernichtungskrieg in Osteuropa unterstützten.[11]

Trotz dieser zweifellos hohen Belastung gab es nach 1945 eine Reinstitutionalisierung der Ostforschung in der Bundesrepublik. Die inhaltliche Brücke bildete ungeachtet der Rolle, die die deutsche Ostforschung in der nationalsozialistischen Politik gespielt hatte, der Antikommunismus, der sich an einen völkisch definierten Abendland- bzw. Europa-Gedanken anschließen ließ. Göttingen[12] und Marburg bildeten die wichtigsten Zentren, in denen Ostforscher ihre Tätigkeiten fortsetzen konnten. Erst mit der neuen Ostpolitik begann ab Ende der 1960er Jahre infolge sich ändernder politischer Prämissen ein sukzessives Abrücken vom Paradigma der Ostforschung.

3. Diskurse, Kontroversen und Forschungsdesiderate

Der Forschungsstand zur Geschichte der deutschen Ostforschung hat sich inzwischen deutlich verbreitert und verbessert. Nachdem erst 1988 mit Michael Burleighs *Germany turns Eastwards* die erste, auf umfangreichen Archivstudien beruhende Gesamtdarstellung der Thematik erschienen war,[13] entwickelte sich der 42. Deutsche Historikertag 1998 in Frank-

furt/Main mit seinen kontroversen Diskussionen zum Ausgangspunkt für zahlreiche neue Forschungen.[14] Inzwischen liegen sowohl biographische Arbeiten zu wichtigen Vertretern der Ostforschung als auch Studien zur institutionellen Entwicklung nach 1945 vor.[15] Damit ist heute ein deutlich breiterer und gesicherterer Wissensstand als noch vor 15 Jahren erreicht.

Zugleich gibt es nach wie vor wichtige Aspekte, die einer Bearbeitung harren. So liegt bisher keine kritische Aufarbeitung der zentralen Rolle des Marburger Herder-Instituts bei der Reinstitutionalisierung der Ostforschung nach 1945 vor.[16] Und auch die Verflechtungen und Wechselwirkungen zwischen deutscher Ostforschung und polnischem Westgedanken sind bisher nur in Ansätzen erforscht. Es bleibt also zu hoffen, dass die Beschäftigung mit dieser wichtigen Thematik auch nach dem Abebben der öffentlichkeitswirksamen Kontroversen weitergehen wird.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Markus Krzoska: Ostforschung. In: Ingo Haar, Michael Fahlbusch (Hg.): Handbuch der völkischen Wissenschaften. München 2008, S. 452-463.
- Hans-Christian Petersen: Bevölkerungsökonomie - Ostforschung - Politik. Eine biographische Studie zu Peter-Heinz Seraphim (1902–1979). Osnabrück 2007 (Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau 17).
- Hans-Christian Petersen, Jan Kusber: Osteuropaforschung zwischen Osteuropäischer Geschichte und Ostforschung. In: Jürgen Elvert, Jürgen Nielsen-Sikora (Hg.): Kulturwissenschaften und Nationalsozialismus. Stuttgart 2008 (Historische Mitteilungen, Beihefte 72), S. 289-312.
- Jan M. Piskorski in Verb. m. Jörg Hackmann, Rudolf Jaworski (Hg.): Deutsche Ostforschung und polnische Westforschung im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik. Disziplinen im Vergleich. Osnabrück, Poznań 2002 (Deutsche Ostforschung und polnische Westforschung 1).
- Corinna Unger: Ostforschung in Westdeutschland. Die Erforschung des europäischen Ostens und die Deutsche Forschungsgemeinschaft 1945–1957. Stuttgart 2007 (Studien zur Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft 1).

Zitation

Hans-Christian Petersen: Ostforschung. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/53916.html (Stand 02.05.2012).

[1] Hermann Aubin, Otto Brunner, Wolfgang Kohte, Johannes Papritz (Hg.): Deutsche Ostforschung. Ergebnisse und Aufgaben seit dem Ersten Weltkrieg. 2 Bde. Leipzig 1942/43 (Deutschland und der Osten. Quellen und Forschungen zur Geschichte ihrer Beziehungen 20 u. 21).

[2] Verwiesen sei auf den programmatischen Aufsatz von Hermann Aubin: An einem neuen Anfang der Ostforschung. In: Zeitschrift für Ostforschung 1 (1952), S. 3-16.

[3] Hierzu Christoph Kleßmann: DDR-Historiker und "imperialistische Ostforschung". Ein Kapitel deutsch-deutscher Wissenschaftsgeschichte. In: Deutschland-Archiv 1 (2002), S. 13-31.

[4] Z. B. Michael Burleigh: Germany Turns Eastwards: a Study of Ostforschung in the Third Reich. Cambridge u. a. 1988; Jan M. Piskorski: Polish "myśl zachodnia" and German "Ostforschung": an Attempt at a Comparison. In: Michael Fahlbusch, Ingo Haar (Hg.): German Scholars and Ethnic Cleansing. New York 2004, S. 260-271.

[5] Piskorski (Hg.): Deutsche Ostforschung und polnische Westforschung.

[6] Dies wird auch an dem von Piskorski herausgegebenen Band deutlich (Anm. 5), in welchem zumeist vom 'Westgedanken' und nicht von 'Westforschung' die Rede ist.

[7] Für eine vergleichende Betrachtung sei verwiesen auf Petersen, Kusber: Osteuropaforschung zwischen Osteuropäischer Geschichte und Ostforschung.

[8] Zur Begriffsbestimmung: Eduard Mühle: 'Ostforschung'. Beobachtungen zu Aufstieg und Niedergang eines geschichtswissenschaftlichen Paradigmas. In: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung (ZfO) 46 (1997), H. 3, S. 317-350, bes. S. 326-331; Jörg Hackmann: Deutsche Ostforschung und Geschichtswissenschaft. In: Piskorski (Hg.): Deutsche Ostforschung und polnische Westforschung (Anm. 5), S. 25-47, bes. S. 31-34.

[9] Albrecht Penck: Deutscher Volks- und Kulturboden. In: Karl Christian von Loesch (Hg.): Volk unter Völkern. Breslau 1925, S. 62-73, hier S. 62.

[10] Penck: Deutscher Volks- und Kulturboden (Anm. 9), S. 69.

[11] U. a. Gabriele Camphausen: Die wissenschaftliche historische Russlandforschung im Dritten Reich 1933-1945. Frankfurt/Main u. a. 1990; Michael Fahlbusch: Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik? Die "Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften" von 1931–1945. Baden-Baden 1999; Ingo Haar: Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der "Volkstumskampf" im Osten. Göttingen 2000 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 143). Zu einer vom übrigen Forschungsstand deutlich abweichenden Wertung gelangte Martin Burkert, der für die Jahre 1933 bis 1939 das Bild eines Antagonismus zwischen Ostforschung und NS-Politik zeichnete: Die Ostwissenschaften im Dritten Reich, Teil I: Zwischen Verbot und Duldung. Die schwierige Gratwanderung der Ostwissenschaften zwischen 1933 und 1939. Wiesbaden 2000 (Forschungen zur Osteuropäischen Geschichte 55).

[12] Kai Arne Linnemann: Das Erbe der Ostforschung. Zur Rolle Göttingens in der Geschichtswissenschaft der Nachkriegszeit. Marburg 2002.

[13] Vgl. Anm. 4.

[14] Die überarbeiteten Vorträge und Kommentare finden sich in Winfried Schulze, Otto Gerhard Oexle (Hg.): Deutsche Historiker im Nationalsozialismus. Frankfurt/M. 1999.

[15] U. a. Eduard Mühle: Für Volk und deutschen Osten. Der Historiker Hermann Aubin und die deutsche Ostforschung. Düsseldorf 2005 (Schriften des Bundesarchivs 65); Petersen: Bevölkerungsökonomie - Ostforschung - Politik; Unger: Ostforschung in Westdeutschland; Thekla Kleindienst: Die Entwicklung der bundesdeutschen Osteuropaforschung im Spannungsfeld zwischen Wissenschaft und Politik. Marburg 2009 (Materialien zur Ostmitteleuropa-Forschung 22); Sabine Arendt: Studien zur deutschen kunsthistorischen "Ostforschung" im Nationalsozialismus - die Kunsthistorischen Institute an den (Reichs-)Universitäten Breslau und Posen und ihre Protagonisten im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik. Berlin 2010, URL: http://edoc.hu-

berlin.de/docviews/abstract.php?id=37336; sowie demnächst die inzwischen abgeschlossene Dissertation von Eike Eckert zu Gotthold Rhode.

[16] Erste wichtige Ansätze hierzu liefert die biographische Arbeit von Eduard Mühle zu Hermann Aubin (Anm. 15).

Ostgebiete (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Ostkirchenausschuss

1. Kurzbeschreibung

„Ostkirchenausschuss“ (OKA) ist die Bezeichnung für einen von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) anerkannten, von 1946 bis 2000 bestehenden kirchlichen Ausschuss, der für die Belange der evangelischen Vertriebenen und Flüchtlinge aus dem östlichen Europa zuständig war.

2. Geschichte

Bereits 1945 setzten mit der Bildung von Selbsthilfeinitiativen (ab 1946: landsmannschaftlich organisierten Hilfskomitees) Bestrebungen zur kirchlichen Organisierung der Vertriebenen und Flüchtlinge ein. Ein Vorstoß zur einheitlichen kirchlichen Organisierung geschah auf einer vom 29. bis 31. Juli 1946 in Frankfurt/Main stattfindenden Arbeitstagung der EKD durch Repräsentanten der ehemals in den Herkunftsgebieten der Vertriebenen und Flüchtlinge bestehenden Kirchen (‚Ost- und Flüchtlingskirchen‘). Es wurde ein aus acht Mitgliedern bestehendes Gremium gewählt, das diese ehemaligen Kirchen „vor der EKiD vertreten kann“.[1] Durch Beschluss des (vorläufigen) Rates der EKD vom 10./11. Oktober 1946 wurde dieses als „Ausschuss der ehemaligen deutschen Ostkirchen“ bezeichnete Gremium als Vertretung der nicht mehr bestehenden evangelischen Kirchen in den Herkunftsgebieten sowie in den früheren Siedlungsgebieten der Deutschen im östlichen Europa anerkannt. Nach Unsicherheit über die Aufgabenzuweisung und über das Verhältnis des Ausschusses zur EKD und zu den Landeskirchen erfolgte in der vom Rat der EKD beschlossenen Geschäftsordnung vom 1. Juli 1949 eine statutarische Klärung. Sie legt fest, dass der OKA „im Namen der EKiD […] die evangelischen Ostvertriebenen“ betreut. Seine Geschäftsstelle wurde 1950 in Hannover eingerichtet, wo die Arbeit des OKA bis zur Beendigung seiner Tätigkeit im Jahr 2000 organisiert wurde. In allen Landeskirchen wurde als Vertreter des OKA ein Sprecher bestellt.

Um die kirchliche ‚Mittel- und Osteuropaarbeit‘ zu bündeln, wurde der OKA auf Beschluss des Rates der EKD in die 1992 gebildete „Evangelische Kommission für Mittel- und Osteuropa (EKMOE)“ (siehe auch „Hilfskomitees“) in der EKD integriert und seine Arbeit damit beendet. Der evangelische Pressedienst teilte im April 2000 mit:

Die Integration der Ostkirchenarbeit in die EKMOE trägt dazu bei, das geistliche, geschichtliche und kulturelle Erbe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler aus den zerstreuten evangelischen Ostkirchen auch in Zukunft zu bewahren. Der Ostkirchenausschuss der EKD wird seine Tätigkeit in der gegenwärtigen Form beenden; die historischen Aspekte seiner Arbeit werden in Zukunft durch einen „Fachausschuss für kirchengeschichtliche Arbeit“ wahrgenommen, den die EKMOE eingerichtet hat.[2]

Am 17. Oktober 2000 informierte der zuständige Oberkirchenrat über die vollzogene Umsetzung dieser Ankündigung.

3. Aufgaben und Tätigkeit



WIE PREDIGEN WIR DEN VERTRIEBENEN 1955?

Eine Handreichung des Ostkirchenausschusses

Der OKA war besonders im Bereich der Vertriebenenseelsorge aktiv. Hier eine Handreichung: „Wie predigen wir den Vertriebenen“ (Hannover 1955).

In der oben genannten Geschäftsordnung vom 1. Juli 1949 sind als Aufgaben des OKA festgelegt: die seelsorgerliche und geistige Arbeit der Hilfskomitees anzuregen und zusammen mit ihnen die Flüchtlinge in den Westzonen zu betreuen. Insofern korrespondierten die Aufgaben des OKA mit denen der im Gegensatz zum OKA landsmannschaftlich strukturierten Hilfskomitees. Ferner gehörte die Beratung der Organe der EKD und der Landeskirchen in Fragen der Vertriebenenseelsorge und der Integration sowie bei Versorgung der Vertriebenen und insbesondere der Geistlichen unter ihnen zu den Aufgaben des OKA.[3] Der OKA bildete ständige Gremien („Arbeitskreis Ethik und Recht“, „Arbeitskreis für religionspädagogische Fragen“, „Arbeitsgemeinschaft der evangelischen heimatvertriebenen Jugend in der evangelischen Gemeindejugend“, „Ostdeutscher evangelischer Studienkreis“, „Publikationsausschuß“) und entfaltete zudem auch kulturelle und wissenschaftliche Aktivitäten, äußerte sich zu kirchenpolitischen Fragen (z. T. in Form von Gutachten oder Denkschriften), führte „Ostpfarrertagungen“ und „Ostkirchentagungen“ zu geschichtlichen oder kulturellen Themen sowie Arbeitstagungen durch und gab Publikationen heraus,[4] insbesondere seit 1956 die Informationsschrift *Ostkirchliche Information* mit Nachrichten und Berichten unter anderem über kirchliche und kulturelle Aktivitäten, Neuerscheinungen und Ereignisse im Bereich der Vertriebenen- und Aussiedlerarbeit sowie kirchlichen Mitteilungen aus den Bezugsregionen.[5] 1957 entstand aufgrund eines Vertrages zwischen dem OKA und der Universität Münster das „Ostkircheninstitut an der Universität Münster“, das bis zur Auflösung im Jahr 2008 wissenschaftlich tätig war.

4. Kontroversen

Das Verhältnis des OKA, der dezidiert vertriebenenpolitische Standpunkte und Interessen vertrat, zur EKD war nicht spannungsfrei. 1962 lehnte der OKA die im *Tübinger Memorandum* angesprochene Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze mit Verweis auf das „Recht auf Heimat“ der Vertriebenen ab. Die seinerzeit emotional geführte Diskussion um die Grenzanerkennung führte in den kirchlichen Leitungsgremien zu der Frage, ob eine weitergehende Äußerung der EKD zur Ostpolitik nötig sei. Mit der Erarbeitung eines entspre-

chenden Papiers zur Vertriebenenproblematik und Ostpolitik (*Ostdenkschrift*) wurde dann nicht der OKA, sondern die „Kammer für öffentliche Verantwortung der EKD“ beauftragt, in der die Vertriebenen keine Vertretung hatten. Die Ansichten des OKA und weiterer Vertriebenenvertreter wurden zwar zur Kenntnis genommen, konnten die Denkschrift aber nicht in der von ihnen erhofften Weise beeinflussen.[6] Seitdem ging der Einfluss des OKA im Rat der EKD kontinuierlich zurück – ein Anzeichen für die „Aufhebung der Symbiose zwischen EKD und Vertriebenen“.[7]


Ostkirchliche Information OKI

OKTOBER 2000

Mit der Integration des OKA in die EKMOE wurde auch das von dem Ausschuss herausgegebene Periodikum „Ostkirchliche Information“ eingestellt. Die letzte gedruckte Ausgabe erschien im Oktober 2000.

1995 arbeitete der OKA die *Loccumer Erklärung* aus, in der die Prinzipien der *Ostdenkschrift* aufgenommen und die ‚Osteuropaarbeit‘ der EKD berücksichtigt wurde. Ferner wurde an Flucht und Vertreibung der Deutschen erinnert, zugleich wurden die „Verantwortlichen“ aufgerufen, „Vertreibungen und ‚ethnische Säuberungen‘ als menschenverachtende Irrwege der Politik zu erkennen, die nicht zum Frieden [ver]helfen[,] und alles dafür zu tun, dass solche Versuche moralisch und politisch geächtet werden“.[8] Diese Annäherung auf konzeptionellem Weg kam spät, da die hier formulierten Grundsätze schon weithin selbstverständlich geworden waren. Die Beendigung der Arbeit des OKA und dessen Integration in die EKMOE im Jahr 2000 wurde vom vertriebenenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hartmut Koschyk, kritisiert, da „die zahllosen evangelischen Christen, die sich in grenzüberschreitender Versöhnungs- und Verständigungsarbeit engagieren, hierbei auch den Beistand ihrer Kirche erwarten“ und weil im östlichen Europa „das kulturelle Erbe der Deutschen gerade auch von Angehörigen der jüngeren Generation wieder entdeckt wird“.[9] Auch durch diese Kritik konnte aber letztlich die Beendigung der Tätigkeit des OKA nicht verhindert werden.

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Ostkirchenausschuß (Hg.): Wie sie wurden, was sie sind. Der Ostkirchenausschuß, die Hilfskomitees und ihr Konvent. Hannover [ca. 1960].
- Hartmut Rudolph: Evangelische Kirche und Vertriebene 1945 bis 1972. Bd. 1: Kirchen ohne Land. Die Aufnahme von Pfarrern und Gemeindegliedern aus dem Osten im westlichen Nachkriegsdeutschland: Nothilfe, Seelsorge, kirchliche Eingliederung. Göttingen 1984 (Arbeiten zur kirchlichen Zeitgeschichte, Reihe B: Darstellungen 11) [zum OKA insbes. S. 390–403].
- Hartmut Rudolph: Evangelische Kirche und Vertriebene 1945 bis 1972. Bd. 2: Kirche in der neuen Heimat. Göttingen 1985 (Arbeiten zur kirchlichen Zeitgeschichte, Reihe B: Darstellungen 12).

Weblinks

- http://kab.scopearchiv.ch/detail.aspx?ID=232540 (Quellen zur Arbeit des OKA im Evangelischen Zentralarchiv Berlin)
- http://miami.uni-muenster.de/Search/Results?lookfor=ostkirchliche&type=AllFields&submitIt= (Ostkirchliche Information OKI-eMail)

Anmerkungen

[1] Zitiert nach Rudolph: Evangelische Kirche. Bd. 1, S. 198, vgl. auch S. 63 und 95, 212, 390, 402; die Abkürzung „EKiD“ war seinerzeit gebräuchlich.

[2] Rundschreiben der Pressestelle der EKD, Hannover, 17.04.2000, zitiert nach Christian Erdmann-Schott: Der Fachausschuss für kirchengeschichtliche Arbeit der ev. Kommission für Mittel- und Osteuropa (EKMOE) unter der Leitung von Peter Maser. In: Ders. (Hg.): In Grenzen leben – Grenzen überwinden. Zur Kirchengeschichte des 20. Jahrhunderts in Ost-Mittel-Europa. Festschrift für Peter Maser zum 65. Geburtstag. Berlin, Münster 2008 (Beiträge zu Theologie, Kirche und Gesellschaft im 20. Jahrhundert 16), S. 159–171, hier S. 162.

[3] Der „Entwurf einer Verordnung des Rats der EKiD über die kirchliche Versorgung der Ostvertriebenen“ ist abgedruckt in: Die Protokolle des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland. Bd. 3: 1949. Bearb. v. Karl-Heinz Fix. Göttingen 2006 (Arbeiten zur kirchlichen Zeitgeschichte, Reihe A, Quellen 11), S. 256–258; hier weitere Quellen zur Konstituierung und zur Arbeit des OKA.

[4] Einen Überblick über die Aktivitäten des OKA bietet das Verzeichnis des Evangelischen Zentralarchivs Berlin, http://kab.scopearchiv.ch/detail.aspx?ID=232540 (Abruf 29.04.2015).

[5] Herausgeber: Ostkirchenausschuss der EKD, erste Ausgabe 1956, letzte gedruckte Ausgabe Oktober 2000; Fortsetzung als OKI-eMail ab 2003, hg. vom Konvent der ehemaligen evangelischen Ostkirchen.

[6] Sabine Voßkamp: Katholische Kirche und Vertriebene in Westdeutschland. Integration, Identität und ostpolitischer Diskurs 1945–1972. Stuttgart 2007 (Konfession und Gesellschaft 40), Kapitel „Die Ostdenkschrift der EKD und der Briefwechsel der polnischen und deutschen Bischöfe 1965“, bes. S. 271f.

[7] Christian–Erdmann Schott: Wandlungen in der Wahrnehmung. Die Evangelische Kirche und ihre Vertriebenen. In: Ders.: Geh aus Deinem Vaterland… Vertreibung – Integration – Vermächtnis der evangelischen Schlesier. Vorträge, Aufsätze, Predigten. Berlin, Münster 2008 (Beiträge zu Theologie, Kirche und Gesellschaft im 20. Jahrhundert 13), S. 135-149, hier S. 144.

[8] OKR Reiner Rinne/Kirchenamt der EKD: Integration der Ostkirchenarbeit in die Osteuropaarbeit der EKD. In: Ostkirchliche Information, Oktober 2000, S. 2f.

[9] CDU/CSU-Bundestagsfraktion/Koschyk: Rat der EKD sollte Ende des Ostkirchenausschusses überdenken: http://www.presseportal.de/pm/7846/127892/cdu-csu-bundestagsfraktion-koschyk-rat-der-ekd-sollte-ende-des-ostkirchenausschusses-berdenken (Abruf 29.04.2015).

Zitation

Matthias Weber: Ostkirchenausschuss. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2015. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p42124 (Stand 05.05.2015).

Ostkolonisation → Mittelalterlicher Landesausbau/Ostsiedlung

Siehe Ostsiedlung-Mittelalterlicher Landesausbau/Ostsiedlung

Ostland-Institut, Danzig (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

östliches Europa

Siehe Nordosteuropa, Ostmitteleuropa, Osteuropa und Südosteuropa

Ostmitteleuropa

1. Begriff

Genese

Der Begriff „Mitteleuropa“ wurde in der Geographie und politischen Publizistik seit dem 19. Jahrhundert verwendet und gewann in der Kriegszieldebatte während des Ersten Weltkriegs, namentlich durch den Politiker Friedrich Naumann (1860–1919; Mitteleuropa, 1915) und Wissenschaftler wie den Nationalökonomen Max Sering (1857–1939; Westrußland in seiner Bedeutung für die Entwicklung Mitteleuropas, 1917), an Bedeutung. Die begriffliche Ausdifferenzierung „Ostmitteleuropa“ ist nach 1918 anzutreffen. Ausgangspunkt für die neue Begriffsbildung war das „Zwischeneuropa“ des Geographen Albrecht Penck (1858–1945) aus dem Jahr 1915. Mit diesem Begriff bezeichnete er den Raum vom Weißen Meer bis zum Bosporus als potentielle deutsche Einflusssphäre, deren Dimension im Vergleich zu „Mitteleuropa“ deutlich erweitert und dynamischer gefasst war.[1] Nach Kriegsende verfestigte sich der Begriff „Zwischeneuropa“ für „den langen Streifen zwischen Mittel- und Osteuropa“ von Finnland bis Griechenland.[2] Bei Max Sering ist für diese Region dann auch „östliches Mitteleuropa“ anzutreffen. Ab den 1930er Jahren verwendeten etwa der Geograph Werner Giere (gest. 1939; Einsatz und Aufgabe der Deutschen in Ostmitteleuropa, 1934) und die Historiker Kleophas Pleyer (1898–1942; Die Kräfte des Grenzkampfes in Ostmitteleuropa, 1937) und Herbert Ludat (1910–1993; Polens Stellung in Ostmitteleuropa in Geschichte und Gegenwart, 1939) „Ostmitteleuropa“. In allen Fällen sind politisch-ideologische Bezüge zur „deutschen Ostforschung“ und zum Nationalsozialismus unübersehbar. Dieser Zusammenhang macht deutlich, dass „Ostmitteleuropa“ in erster Linie aus

einer politischen Begriffsbildung hervorgegangen ist, die sich auf historische, sozial- und kulturwissenschaftliche Argumente stützt. Verfestigt und zugleich verwissenschaftlicht hat sich der Begriff „Ostmitteleuropa“ dann in der Bundesrepublik, zunächst in den Publikationen des Marburger Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrats und des von ihm unterhaltenen Herder-Instituts, seit 1996 dann auch im Geisteswissenschaftlichen Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas (GWZO) in Leipzig (siehe „Ostmitteleuropaforschung“). Ein begriffslogisch komplementäres „Westmitteleuropa“, das zunächst von Oskar Halecki (1891–1973)[3] auf Deutschland und Österreich und von Ferdinand Seibt (1927–2003) dann auf die Region zwischen Nordsee und Riviera bezogen wurde, hat sich aber in keinem der beiden Verständnisse durchgesetzt.

Nach 1989 ist auch der Begriff „Mittelosteuropa“ häufiger anzutreffen, der sich vermutlich aus einer begriffslogisch falschen Verkürzung von „Mittel- und Osteuropa“ herleitet, analog zu dem englischen Begriff „Central and East Europe“, der seit den 1930er Jahren Verwendung fand.

Fremdsprachige Entsprechungen

Die wichtigsten Entsprechungen sind engl. East Central Europe, poln. Europa środkowowschodnia, ungar. Kelet-Közép-Európa.

Der angelsächsische Begriff „East Central Europe“ wird seit dem Zweiten Weltkrieg verwendet und wurde nicht zuletzt von Oskar Halecki geprägt. Zugleich sind Interferenzen mit „Central Europe“ und „Eastern Europe“ zu erkennen. Der polnische Begriff entspricht geographisch in etwa dem deutschen Verständnis, stellt aber den Raum der jagiellonischen Herrschaft und der polnisch-litauischen Adelsrepublik in den Mittelpunkt. Im Französischen, Tschechischen und Slowakischen überwiegen dagegen Entsprechungen zu „Mitteleuropa“ (*Europe centrale* oder *médiane* bzw. *Střední Evropa, Stredná Európa*) (s. auch „Diskurse/Kontroversen“).

2. Definition

Die Semantik des Begriffes „Ostmitteleuropa“ ist nicht allein aus dem Wortsinn abzuleiten, er bezeichnet nicht nur den östlichen Teil Mitteleuropas im geomorphologischen Sinne. Vielmehr überwiegt sowohl in der deutschen wie auch in der internationalen Diskussion die Tendenz, den eigenständigen Charakter der Makroregion Ostmitteleuropa zwischen Mittel- und Osteuropa zu betonen. Dies ist nicht nur ein Resultat der Begriffsgeschichte („Zwischeneuropa“), sondern wird mit historischen und strukturellen Spezifika begründet (s. „Diskurse/Kontroversen“). Besonders ausgeprägt ist diese Position bei Jenő Szűcs (1928–1988), sie wird aber auch von anderen Autoren geteilt.

Insofern ist Ostmitteleuropa nicht allein geographisch zu bestimmen, sondern vielmehr historisch, politisch und kulturell. Das gilt entsprechend auch für die Abgrenzung von Ostmitteleuropa gegen benachbarte Regionen. Nicht nur in geschichtswissenschaftlicher Perspektive stellt sich dabei das Problem, dass diese Abgrenzungen nicht trennscharf zu ziehen sind und sich folglich stellenweise recht vielschichtige Überlappungen mit Mitteleuropa, Nordosteuropa, Südosteuropa und Osteuropa ergeben.

Gegenüber „Mitteleuropa“ betont „Ostmitteleuropa“ einerseits die Besonderheiten der Regionen östlich von Elbe und Saale. Da aber das „Mitteleuropa“-Verständnis andererseits sich nach dem Zweiten Weltkrieg und dann vor allem mit der Wiederbelebung des Begriffs in den 1980er Jahren insgesamt „ostwärts“ (Karl Schlögel) verlagert hat (s. „Diskurse/Kontroversen“), kennzeichnet „Ostmitteleuropa“ eine höhere definitorische Exaktheit.

Mit einer von „Mitteleuropa“ abweichenden Semantik wird im österreichischen Sprachgebrauch „Zentraleuropa“ verwendet.[4] Dieser Begriff geht letztlich auf Tomáš G. Masaryks (1850–1937) Konzeption eines „Neuen Europa“ (Das neue Europa. Der slavische Standpunkt, 1922) als Gegenbild zu dem Naumann’schen Mitteleuropa zurück. Seinen Kern bildeten nicht imperiale Raumvorstellungen, sondern die Selbstbehauptung der kleinen Nationen zwischen den Großmächten Deutschland und Russland.

Mit „Osteuropa“ oder dem „östlichen Europa“ bestehen einerseits Überschneidungen durch den slawischen Sprachraum als Gegenstand wissenschaftlicher Betrachtung und durch den sowjetisch dominierten „Ostblock“ während des Kalten Kriegs. Anderseits wird auf die Grenze zwischen römisch-katholischem und orthodoxem Christentum als markante Grenze zwischen Mittel- und Osteuropa verwiesen (Krzysztof Pomian). In der deutschen Diskussion wird „Osteuropa“ zum einen als Oberbegriff für die Regionen östlich von Deutschland verwendet, zum anderen aber auch mit dem Gebiet Russlands beziehungsweise der Sowjetunion gleichgesetzt.

Geht es bei dem Verhältnis von Ostmitteleuropa zu Mittel- beziehungsweise Osteuropa zumindest partiell um begriffliche Taxonomien, so resultieren aus den Abgrenzungen von Ostmitteleuropa nach Norden und Süden dagegen geographische Überlappungen: Dies betrifft zum einen die baltische Region (hier: die Staaten Estland, Lettland und Litauen), die auch Nordeuropa oder Nordosteuropa zugeordnet wird, und zum anderen insbesondere Ungarn und Siebenbürgen bei der Abgrenzung zu Südosteuropa. Angesichts dieser definitorischen Schwierigkeiten haben Historiker wiederholt vorgeschlagen, von einer pragmatischen Definition der Region (Rudolf Jaworski, Alexei Miller) oder einer epochenabhängigen Definition („tidal Europe“, Norman Davies)[5] auszugehen.

Insgesamt lassen sich so zu einem Raum „Ostmitteleuropa“ im weitesten Sinne die Regionen zwischen Ostsee, Adria und Schwarzem Meer zählen, das heißt der Ländergürtel von Finnland und Estland im Norden bis Ungarn, Kroatien und Rumänien im Süden einerseits und von der *Germania Slavica* im Westen bis zu den „Kresy“ der polnisch-litauischen Adelsrepublik im Osten andererseits. Im engeren Sinne umfasst Ostmitteleuropa die folgenden historischen Regionen: Polen-Litauen, die böhmischen Länder und Ungarn sowie Siebenbürgen. In den gegenwartsbezogenen Wissenschaftsdisziplinen sind dementsprechend mit Ostmitteleuropa in der Regel die Staaten der Visegrád-Gruppe (Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn) sowie mitunter auch die baltischen Staaten, Weißrussland, die Ukraine, Slowenien und Kroatien gemeint.

3. Historischer Abriss

Den skizzierten unterschiedlichen Auffassungen von Ostmitteleuropa und seiner räumlichen Erstreckung muss ein historischer Abriss Rechnung tragen.

Frühes Mittelalter

Ostmitteleuropa ist zunächst gekennzeichnet durch die Ausdehnung slawischer Gruppen bis an Elbe und Saale und an die Donau. Ab der Mitte des 9. Jahrhunderts gerieten sie dann in den Einflussbereich des ostfränkischen Reichs, das sich von der Christianisierung dieser Regionen religiösen und politischen Gewinn versprach. Vor diesem Hintergrund nahmen die politischen und wirtschaftlichen Kontakte zu. Zugleich kam es zu Herrschaftsbildungen in Böhmen und Mähren (Großmährisches Reich) und Pannonien („Landnahme“ der Ungarn 896). Die Kontakte intensivierten sich durch die Christianisierung Böhmens, die Auseinandersetzungen mit den Magyaren und schließlich durch die Ausdehnung des Herrschaftsbe-

reichs der ottonischen Könige auf die Gebiete der Elb- und Ostseeslawen im 10. Jahrhundert mit der Gründung von Bistümern und der Bildung von Grenzmarken.

Mittelalterliche Nationen

In der Folge kam es zu römisch-christlichen Nationsbildungen in Böhmen, Polen und Ungarn. In Abgrenzung von früheren kirchlichen Einflüssen aus dem fränkisch-sächsischen Reich wurden im Jahr 1000 die Erzbistümer Gnesen/Gniezno und Gran/Esztergom gegründet, die zu Kristallisationskernen der mittelalterlichen Nationen der Polen und Magyaren wurden. In Prag/Praha hatte die Bistumsgründung von 977 im Zusammenhang mit dem einsetzenden Wenzelskult eine ähnliche Bedeutung. Diese christlichen Nationen der Polen, Tschechen und Magyaren wurden so in das lateinische Europa integriert, während die Christianisierung der Rus' von Byzanz aus zur Ausbildung einer konfessionellen Grenze führte. Diese Prozesse von Christianisierung und Nationsbildung erfassten jedoch nicht alle Regionen Ostmitteleuropas gleichmäßig: In den Ostseeregionen – abgesehen von Danzig/Gdańsk – dauerte die Christianisierung bis ins 12./13. Jahrhundert an und beruhte in Preußen und Livland auf der Schwertmission von Ritterorden. Die litauischen Großfürsten nahmen erst am Ende des 14. Jahrhunderts dauerhaft das Christentum an. Im Bereich der Elb- und Ostseeslawen und entlang der Ostseeküste blieben mittelalterliche Nationsbildungen aus.

Hochmittelalterliche Kolonisation

Um die Mitte des 12. Jahrhunderts begann die Epoche des als (deutsche) „Ostsiedlung" oder „Ostkolonisation" bekannten hochmittelalterlichen Landesausbaus. In dessen Folge kam es zu einer Intensivierung und Modernisierung der Landwirtschaft sowie zu einer mit einem rechtlichen Wandel einhergehenden Urbanisierung. Die Neusiedler kamen zunächst aus Nord- und Westdeutschland sowie den Niederlanden und Flandern, später gewann die Binnenkolonisation an Bedeutung. Die räumliche Ausdehnung dieser Kolonisation lässt sich an dem sprachlichen Wandel der Bezeichnung für die Stadt ablesen: So wie im Deutschen „Stadt" das ältere „Burg" in Städtenamen ersetzte, so trat im Westslavischen „miasto" / „město" an die Stelle von „gród" / „hrad", während im Ostslavischen „gorod" die Bezeichnung für Stadt geblieben ist.[6]

Die Wirkung dieser Prozesse zeigt sich in einem umfassenden Strukturwandel, der neben der wirtschaftlichen Entwicklung gesellschaftliche Prozesse von sozialer Akkulturation und ethnischem Wandel (sog. Neustammbildung), die jüdische Immigration seit dem 14. Jahrhundert und die Formierung von nationalem Bewusstsein umfasst.

Frühe Neuzeit

Durch das Erlöschen der mittelalterlichen Herrscherdynastien wuchs der Einfluss des regional verankerten Adels in Ungarn, Böhmen und Polen. Im Laufe des 15. Jahrhunderts bildeten sich so ständedemokratische Verfassungen mit umfangreichen Partizipations- und Kontrollmechanismen heraus, die in Polen und in Ungarn von einer breiten Schicht gleichberechtigter Adliger getragen wurden. Die „Krone" bezeichnete nicht mehr die Herrschaft des Königs, sondern das durch die Stände repräsentierte Land. Die Personalunion von Krewo mit Litauen 1385 führte zu einer territorialen Ausdehnung Polens auf weißrussische und ukrainische Gebiete, die mit einer sozialen und kulturellen Angleichung der adligen Eliten einherging. Während der politische Spielraum der Stände in Böhmen und Ungarn unter der Herrschaft der Habsburger eingeschränkt wurde, etablierte sich in Polen-Litauen nach der Realunion von Lublin 1569 die „adlige Republik beider Nationen" mit gemeinsamem Reichstag (Sejm) und freier Königswahl, an der jeder Adlige viritim teilnehmen konnte. Mit

der ständischen Libertät ging eine religiöse Toleranz einher, in deren Folge die polnischen Juden einen eigenen Sejm begründen konnten.

Vom 16. bis 18. Jahrhundert ist die Region Schauplatz mächte- und religionspolitischer Auseinandersetzungen: In Böhmen führte die Niederlage der Stände gegen die Habsburger zu Beginn des Dreißigjährigen Krieges in der Schlacht am Weißen Berg (1620) zu einem Durchsetzen der Gegenreformation. Seit dem Livländischen Krieg (1558–1583) befand sich Polen-Litauen in einem lang andauernden Konflikt mit dem Moskauer Zartum um die östlichen Gebiete der Adelsrepublik von Livland bis zur Ukraine sowie mit Schweden durch die konkurrierenden Thronansprüche der Vasa-Herrscher in Polen und Schweden. In dieser Epoche verfestigte sich der Katholizismus als Staatsreligion in Polen. Nach dem Großen Nordischen Krieg (1700–1721) geriet Polen-Litauen durch den Druck Russlands, Brandenburg-Preußens und Österreichs in eine Souveränitätskrise und wurde in den Teilungen 1772, 1793 und 1795 schließlich vollständig aufgeteilt.

Das ‚lange' 19. Jahrhundert

Der Wiener Kongress 1815 bestätigte die Teilung Polens. Die sich formierenden Nationalbewegungen kollidierten nicht nur mit der reaktionären Politik in den jeweiligen Staaten, sondern auch mit der anti-revolutionären Politik der Heiligen Allianz. In Polen kam es zu mehreren revolutionären Aufständen zwischen 1830 und 1863, in Böhmen und Ungarn äußerten sich die Bestrebungen nach nationaler Freiheit in den Revolutionen von 1848, die jedoch in Prag und Budapest ebenso scheiterten wie in Wien, Frankfurt und Berlin. Die Einführung des Ausgleichs in der Habsburgermonarchie 1867 erweiterte zum einen nationale Handlungsspielräume für die Ungarn und für die Polen in Galizien, führte aber auch zu einer Unterdrückung der nicht-ungarischen Minderheiten in Transleithanien. In Preußen-Deutschland dagegen waren die politischen Entfaltungsmöglichen für Polen eng begrenzt; Gleiches galt für die Polen und die sich formierenden baltischen Nationen im Zarenreich. Dennoch verbreiterte sich einerseits die soziale Basis der früheren Adelsnationen Polen und Ungarn um die bäuerliche und stadtbürgerliche Bevölkerung, und andererseits formierten sich junge Nationen aus den bäuerlichen Schichten, von den Finnen bis zu den Slowaken. Zugleich gab es aber innerhalb der Imperien auch vielfache transnationale Verflechtungen, sodass ethnisch-sprachliche Grenzen häufig nur unscharf zu erkennen waren.

20. Jahrhundert

Nach dem Zusammenbruch der östlichen Großmächte im Ersten Weltkrieg formierten sich in Ostmitteleuropa Nationalstaaten, in denen jedoch – von dem durch den Vertrag von Trianon (1920) reduzierten Ungarn abgesehen – nationale Minderheiten einen bedeutenden Teil der jeweiligen Staatsbürger ausmachten. Daher spielten Minderheitenfragen eine wichtige Rolle in den neuen Staaten und in internationalen Debatten. Mit Ausnahme der Tschechoslowakei entstanden in allen Staaten der Region seit Mitte der 1920er Jahre autoritäre Regierungsformen, allerdings mit recht unterschiedlichen Ausprägungen. Zu Beginn des Zweiten Weltkriegs wurde Ostmitteleuropa vom nationalsozialistischen Deutschland besetzt, dessen Politik der Zwangsumsiedlungen, der Verfolgung und Inhaftierung in Konzentrationslagern, Rekrutierung von Zwangsarbeitern und des Völkermords große Teile der Bevölkerung zum Opfer fielen. Infolge des Hitler-Stalin-Paktes besetzte die Sowjetunion den Osten Polens und die baltischen Staaten und stellte diese Herrschaft nach dem Zurückdrängen der deutschen Wehrmacht wieder her. Das Ende des Zweiten Weltkriegs führte zur Flucht und weitgehenden Zwangsaussiedlung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei und den von Polen und der Sowjetunion eingenommenen deutschen Ostgebieten. Die Sicherung dieser Nachkriegssituation wurde zugleich zu einer zentralen Legitimationsgrundlage für die Volksdemokratien unter sowjetischer Hegemonie nach 1945.

In allen Ländern Ostmitteleuropas kam es zu zahlreichen Protesten gegen die staatssozialistischen Regime, aber auch zu Anpassungsstrategien. Die Entstehung der Gewerkschaft *Solidarność* leitete in Polen 1980 den Niedergang der sozialistischen Regime ein. Nach den friedlichen Umwälzungen von 1988/1989 kam es zu einer erneuten Demokratisierung in der Region und zu tiefgreifenden wirtschaftlichen Reformen sowie schließlich zur Aufnahme in das westliche Verteidigungsbündnis und in die Europäische Union. Diese Prozesse verliefen jedoch nicht ohne tiefgehende politische und soziale Konflikte über den gesellschaftlichen Strukturwandel, die Integration in europäische Strukturen und über die Deutung der Vergangenheit, vor allem der Epochen vom Zweiten Weltkrieg bis zum Ende des Kalten Kriegs.

4. Diskurse/Kontroversen

Namentlich in der deutschen Geschichtswissenschaft hat sich eine Diskussion über spezifische Strukturmerkmale Ostmitteleuropas entwickelt. Als solches wird insbesondere die Polyethnizität seit der Entstehung der *Germania Slavica* angeführt; zu nennen sind außerdem die Anwesenheit von Fremden seit dem frühen Mittelalter und die jüdisch-aschkenasische Zuwanderung seit dem 14. Jahrhundert. Als weitere Kennzeichen gelten religiöse Vielfalt und Toleranz in der Frühen Neuzeit sowie die Traditionen ständischer Libertät und schließlich transnationale Verflechtungen im ‚langen' 19. Jahrhundert.

Diese Strukturen sind jedoch durch nationalistische Politiken, die sowjetische Hegemonie und vor allem durch die nationalsozialistische Vernichtungspolitik sowie Vertreibungen und Zwangsassimilationen zwischen 1938 und 1949 weitgehend – aber nicht vollständig – aufgelöst worden. Als erinnerte Geschichte haben Polyethnizität, Toleranz und Freiheitsstreben bis heute eine die Region konstituierende Bedeutung.

Wirtschaftlich ist die Region vor allem durch den Aufstieg der Gutswirtschaft und die Einschränkung bäuerlicher Freiheit in der Frühen Neuzeit geprägt. Daran hat sich eine umfangreiche Diskussion über die These der Rückständigkeit und Reformunfähigkeit Ostmitteleuropas entwickelt, die Gegenstand zahlreicher kritischer Betrachtungen geworden ist. Die von Werner Conze (1910–1986) und ähnlich auch schon zuvor von István Bibó (1911–1979) konstatierte „Strukturkrise Ostmitteleuropas" (1953) erscheint so als Folge der Dominanz der Großmächtepolitik in der Region. So begründet auch Jenő Szűcs (*Die drei historischen Regionen Europas*, 1990) die unvollständige Angleichung Ostmitteleuropas an das westliche Europa.

Kontrovers diskutiert worden ist in jüngster Zeit, ob es einen direkten Zusammenhang zwischen der geschichtlichen Entwicklung Ostmitteleuropas und den Nationalismen und „ethnischen Säuberungen" (Norman Naimark) beziehungsweise der Vernichtungspolitik Stalins (1878–1953) und Hitlers (1889–1945) gibt. Als „Bloodlands" bezeichnet Timothy Snyder die baltischen Staaten, Polen, Weißrussland, Ukraine und das westliche Russland, also ein Gebiet, das weitgehend deckungsgleich mit der weitesten Ausdehnung der polnisch-litauischen Adelsrepublik ist.[7]

Kontroversen über den Begriff „Ostmitteleuropa" lassen sich des Weiteren bezüglich der Abgrenzung nach Osten sowie in dem Verhältnis zu „Mitteleuropa" erkennen: Während die deutsche Diskussion vor allem auf die größeren geschichtlichen Zusammenhänge östlich von Elbe und Saale beziehungsweise der heutigen deutschen Ostgrenze hinweist (Klaus Zernack), ist die Funktion des „Mittel"- beziehungsweise „Ostmitteleuropa"-Begriffs in Polen, Tschechien und Ungarn eher umgekehrt: Er betont dort die historischen und aktuellen Zusammenhänge mit den westlich gelegenen Nachbarregionen.

In der angelsächsischen Diskussion hat Hugh Seton Watson (1916–1984) bereits 1970 für einen Verzicht auf den Begriff „Ostmitteleuropa“ zugunsten von „Mitteleuropa“ plädiert und argumentiert, dass mit der Ausdehnung des „Westens“ im politischen Sinne nach 1945 die Unterteilung Haleckis in Westmittel- und Ostmitteleuropa überholt sei und Mitteleuropa so die Nationen östlich des Eisernen Vorhangs und westlich der Sowjetunion bezeichne.[8] Diese Abkehr zeigt sich auch in der – mit dem politischen Sprachgebrauch einhergehenden – zunehmenden Dominanz von „Central Europe“ anstelle von „East Central“ oder „Eastern Europe“, die Timothy Garton Ash scharf beobachtet hat.[9]

Wolfgang Schmale schließlich hat die Frage aufgeworfen, ob nach der EU-Erweiterung noch von Ostmitteleuropa gesprochen werden könne. Michael G. Müller hat das Problem zuletzt grundsätzlicher erörtert und kritisch gefragt, ob es eine regionale ostmitteleuropäische Identität jenseits nationaler Erfahrungsräume gebe. Ein geschichtswissenschaftliches Konzept Ostmitteleuropa ließe sich dann sinnvoll verwenden, wenn es nicht mit dem Anspruch zeitlicher Kontinuität und räumlicher Einheit verbunden ist.

Der gegenwärtige Bedeutungszuwachs der Ostmitteleuropa-Diskurse verdankt sich einerseits dem Umbruch von 1989, durch den die politischen und kulturellen Strukturen vor 1938 wieder an Bedeutung gewonnen haben. Andererseits hat die historisch-kulturelle Rekonstruktion der Region bereits in den 1980er Jahren eingesetzt. In (West-)Deutschland und Österreich haben Karl Schlögel, Martin Pollack und andere Autoren die Blickrichtung der zuvor deutschlandzentrierten Mitteleuropadiskussion nach Osten geführt. In Polen, der Tschechoslowakei und in Ungarn haben Intellektuelle wie György Konrád, Milan Kundera und Czesław Miłosz unter der Losung „Mitteleuropa“ die historisch-kulturellen Zusammenhänge über den Eisernen Vorhang hinweg betont. Diese Diskussion ging mit der „Beschwörung“ (Charles Taylor) der Zivilgesellschaft als Strategie zur Überwindung der sozialistischen Regime einher. Während in Polen Ostmitteleuropa seit den 1990er Jahren vor allem mit dem Territorium der frühneuzeitlichen Adelsrepublik identifiziert und so im Kontext der nationalen Geschichte steht, wird in der tschechischen Diskussion zwischen nationaler (tschechischer) Geschichte und mitteleuropäischer Geschichte, die dann auch die Geschichte der Deutschen in Böhmen umfasst, unterschieden.

Vor diesem Hintergrund ist „Ostmitteleuropa“ nach wie vor ein vielschichtiger, spannungsgeladener Begriff: Er ist einerseits eine wissenschaftlichen oder politischen Konzeptionen entstammende Begriffskonstruktion, andererseits aber auch Teil eines Begriffsfeldes identitätsbildender Selbstzuschreibungen, also einer „mental map“, die gesellschaftliche Wertsysteme, nicht aber naturräumliche Tatsachen abbildet.

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Iván T. Berend: What is Central and Eastern Europe? In: European Journal of Social Theory 8 (2005), S. 401–416.
- Berichte und Beiträge des Geisteswissenschaftlichen Zentrums Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas an der Universität Leipzig. Leipzig 1996.
- István Bibó: Die Misere der osteuropäischen Kleinstaaterei. Frankfurt am Main 1992 (ungarisch 1946).
- Werner Conze: Die Strukturkrise des östlichen Mitteleuropas vor und nach 1919. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1 (1953), S. 319–338.
- Werner Conze: Ostmitteleuropa. Von der Spätantike bis zum 18. Jahrhundert. München 1992.

- Michel Foucher: Fragments d'Europe. Atlas de l'Europe médiane et orientale. Paris 1993.
- Oskar Halecki: The Limits and Divisions of European history. London, New York 1950; deutsch: Europa - Grenzen und Gliederung seiner Geschichte. Darmstadt 1957.
- Oskar Halecki: Borderlands of Western Civilization. A History of East Central Europe. New York, NY 1952; deutsch: Grenzraum des Abendlandes. Eine Geschichte Ostmitteleuropas. Salzburg 1956.
- Rudolf Jaworski: Ostmitteleuropa im Fokus. Ausgewählte Aufsätze. Hg. von Eckhard Hübner, Mathias Niendorf, Hans-Christian Petersen. Osnabrück 2009.
- Jerzy Kłoczowski (Hg.): Historia Europy Środkowo-Wschodniej [Geschichte Ostmitteleuropas]. 2 Bde. Lublin 2000.
- Jürgen Kocka: Das östliche Mitteleuropa als Herausforderung für eine vergleichende Geschichte Europas. In: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 49 (2000), S. 159–174.
- Paul Robert Magocsi: Historical Atlas of Central Europe. 2. erw. Aufl. Seattle, WA 2002.
- Michael G. Müller: Where and when was (East) Central Europe? In: Johánn P. Árnason, Natalie J. Doyle (Hg.): Domains and Divisions of European History. Liverpool 2010, S. 112–125.
- Emil Niederhauser: A History of Eastern Europe since the Middle Ages. Boulder, CO 2003 (East European Monographs 634).
- Joachim von Puttkamer: Ostmitteleuropa im 19. und 20. Jahrhundert. München 2010 (Oldenbourg Grundriss der Geschichte 38).
- Harald Roth (Hg.): Studienhandbuch östliches Europa. Bd. 1: Geschichte Ostmittel- und Südosteuropas. Köln 1999 (Böhlau Studienbücher: Grundlagen des Studiums).
- Wolfgang Schmale: Die Europäizität Ostmitteleuropas. In: Jahrbuch für Europäische Geschichte 4 (2003), S. 189–214.
- Hans-Dietrich Schultz, Wolfgang Natter: Imagining Mitteleuropa: Conceptualisations of 'its' Space in and outside German Geography. In: European Review of History 10 (2003), No. 2, S. 273–292.
- Peter F. Sugar, Donald W. Treadgold (Hg.): A History of East Central Europe. 8 Bde. Seattle, WA 1974–2001.
- Jenő Szűcs: Die drei historischen Regionen Europas. Frankfurt/M. 1990 (ungarisch 1981).
- Stefan Troebst: Introduction: What's in a Historical Region? A Teutonic Perspective. In: European Review of History 10 (2003), H. 2, S. 173–188.
- Stefan Troebst: Region und Epoche statt Raum und Zeit – „Ostmitteleuropa“ als prototypische geschichtsregionale Konzeption. In: Themenportal Europäische Geschichte (2006). URL: http://www.europa.clio-online.de/2006/Article=161.
- Piotr S. Wandycz: The Price of Freedom. A History of East Central Europe from the Middle Ages to the Present. 2. Aufl. London 2001.
- Klaus Zernack: Osteuropa. Eine Einführung in seine Geschichte. München 1977 (Beck’sche Elementarbücher).

Zeitschriften

- Central Europe (2003ff.)
- Central & Eastern European Review (2007ff.)
- Debatte: Journal of Contemporary Central and Eastern Europe (1993ff.)
- East Central Europe (1974ff.)
- Jahrbücher für Geschichte Osteuropas (1936ff.)

- Journal of Central European Affairs (1941-1964)
- New Eastern Europe (2011ff.)
- Osteuropa (1953ff.)
- Slavic and East European Journal (1957ff.)
- Slavonic and East European Review (1922ff.)
- Transit (1990ff.)
- Zeitschrift für Ostforschung, ab 1995: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung (1952ff.)

Weblinks

- http://www.ceeol.com/ (Central and Eastern European Online Library. Plattform mit Zugang zu zahlreichen Zeitschriften aus und zu Ostmitteleuropa)
- http://www.herder-institut.de/startseite.html (Webseite des Herder-Instituts, Marburg, mit einer Literaturdatenbank und zahlreichen digitalen Materialien)
- ostdok.de (Plattform für elektronische Volltexte der deutschsprachigen Osteuropaforschung)
- https://www.vifaost.de/ (Virtuelle Fachbibliothek Osteuropa, fachübergreifendes Regionalportal zur Osteuropaforschung)

Anmerkungen

[1] Albrecht Penck: Politisch-geographische Lehren des Krieges. In: Meereskunde 9 (1915), H. 10, S. 1–40, hier S. 26.

[2] Max Sering: Agrarrevolution und Agrarreform in Ost- und Mitteleuropa. Berlin 1929, S. 1.

[3] Halecki: Europa, S. 117–121.

[4] Philipp Ther: Von Ostmitteleuropa nach Zentraleuropa – Kulturgeschichte als Area Studies. In: Themenportal Europäische Geschichte (2006). URL: http://www.europa.clio-online.de/2006/Article=170; Rudolf Jaworski: Zentraleuropa – Mitteleuropa – Ostmitteleuropa. Zur Definitionsproblematik einer Großregion. In: Kakanien revisited (25.4.2002). URL: http://www.kakanien.ac.at/beitr/fallstudie/RJaworski1.pdf.

[5] Stefan Troebst: „Geschichtsregion“. Historisch-mesoregionale Konzeptionen in den Kulturwissenschaften. In: Europäische Geschichte Online (EGO) (03.12.2010). URL: http://www.ieg-ego.eu/troebsts-2010-de, Absatz 14.

[6] S. die Karte bei Christian Lübke: Die Deutschen und das europäische Mittelalter. Das östliche Europa. München 2004, S. 523.

[7] Timothy Snyder: Bloodlands. Europa zwischen Hitler und Stalin. München 2011 (Schriftenreihe/Bundeszentrale für Politische Bildung 1213). Dazu die Debatte in: Journal of Modern European History 10 (2012), H. 3–4, und 11 (2013), H. 1.

[8] Hugh Seton-Watson: Is there an East Central Europe? In: Sylva Sinanian, Istvan Deak, Peter Ludz (Hg.): Eastern Europe in the 1970s. New York, NY 1972, S. 3–12.

[9] Timothy Garton Ash: The Puzzle of Central Europe. In: New York Review of Books 46 (1999), H. 5, S. 18-23. Zu sehen ist der begriffliche Wandel auch an Paul Robert Magocsi:

Historical Atlas of East Central Europe. Seattle, WA 1995; die 2. Auflage erschien 2002 unter dem Titel: Historical Atlas of Central Europe.

Zitation

Jörg Hackmann: Ostmitteleuropa. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2015. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32790 (Stand 29.05.2015).

Ostmitteleuropaforschung

1. Genese

Begriff

Der Begriff „Ostmitteleuropa“ wird in der Geschichtswissenschaft, in der er sich am nachhaltigsten durchgesetzt hat, seit dem Ersten Weltkrieg verwendet. Er stellt eine Ausdifferenzierung des weit verbreiteten Begriffs „Mitteleuropa“ dar, der als politisches Konzept insbesondere von Friedrich Naumann (1860-1919) während des Ersten Weltkriegs etabliert wurde, aber auch im alltäglichen Sprachgebrauch (z. B. MITROPA) kursierte. Ausgangspunkt für „Ostmitteleuropa“ ist die Begriffsbildung „Zwischeneuropa“ bei Albrecht Penck (1858-1945) aus dem Jahre 1915.[1] Penck bezeichnete damit den Raum vom Weißen Meer bis zum Bosporus als eine gegenüber Mitteleuropa deutlich erweiterte und dynamischere, potentiell deutsche Einflusssphäre. Mit der Entstehung der ‚Randstaaten‘ (Estland, Lettland, Litauen, Polen) in diesem Raum nach 1918 und den neuen Auseinandersetzungen um Gebiete mit deutscher Bevölkerung fokussierte das deutsche öffentliche und wissenschaftliche Verständnis Ostmitteleuropas jedoch vor allem die „Ostmark“, den „deutschen Osten“ oder „Ostdeutschland“. Im Mittelpunkt dieser sich als „deutsche Ostforschung“ bezeichnenden Forschungsrichtung stand die Revision der Grenzen des Versailler Vertrages beziehungsweise die Legitimierung deutscher Deutungs- und Besitzansprüche auch über die Grenzen vor 1914 hinaus. Die Ostmitteleuropaforschung zielte so auf den von Penck nun propagierten Begriff des „deutschen Volks- und Kulturbodens“, bei dem das „Grenz- und Auslandsdeutschtum“ eine zentrale Rolle spielte.

Neben dieser deutschtumsgeschichtlichen Entwicklungslinie speiste sich der Begriff „Ostmitteleuropa“ auch aus den internationalen Diskussionen in der Zwischenkriegszeit, die das östliche beziehungsweise das slawische Europa als eine eigenständige Geschichtsregion konzipierten.

Nach 1945 gewann der Begriff „Ostmitteleuropa“ in der deutschen Geschichtswissenschaft an Bedeutung als Bezeichnung für eine Konzeption, die von diesem Zusammenhang osteuropäischer Geschichte ausging und sich von den Traditionen der deutschtumsfixierten Ostforschung absetzte.

Eine deutliche Konjunktur des Begriffes „Ostmitteleuropa“ im öffentlichen Sprachgebrauch ebenso wie in der geistes- und gesellschaftswissenschaftlichen Forschung setzte erst nach dem Umbruch von 1989 ein, wobei häufig allerdings auch das begriffslogisch falsche „Mittelosteuropa“ verwendet wird.

Gebrauch

„Ostmitteleuropaforschung“ bezeichnet in jeweils unterschiedlichen Definitionen insbesondere die geistes- und sozialwissenschaftliche Forschung zu der Region zwischen Ostsee, Adria und Schwarzem Meer beziehungsweise dem Ländergürtel von Finnland und Estland

im Norden bis Ungarn, Kroatien und Siebenbürgen im Süden und von der Germania Slavica im Westen bis zu den „Kresy“ der polnisch-litauischen Adelsrepublik im Osten.

In den gegenwartsbezogenen Wissenschaftsdisziplinen sind mit Ostmitteleuropa in der Regel die Staaten der Visegrád-Gruppe (Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn) und teilweise auch die baltischen Staaten, Weißrussland, die Ukraine, Slowenien und Kroatien gemeint.

Fremdsprachige Entsprechungen

engl. East Central Europe, poln. Europa środkowo-wschodnia, ungar. Kelet-Közép-Európa.

Die Bedeutungen dieser Bezeichnungen unterscheiden sich: „East Central Europe“ umfasst teilweise auch die Balkanländer einschließlich Griechenlands. In der englischsprachigen Diskussion hat Paul Robert Magocsi allerdings den Begriff „East Central Europe“ in der Neuausgabe seines Atlasses 2002 durch „Central Europe“ mit dem Argument ersetzt, dass dieser der allgemein gebräuchliche Begriff sei.[2] Der polnische Begriff entspricht geographisch dem oben skizzierten deutschen Verständnis, stellt aber den Raum der jagiellonischen Herrschaft und der polnisch-litauischen Adelsrepublik in den Mittelpunkt.

Im Französischen und Tschechischen überwiegen dagegen Entsprechungen zu „Mitteleuropa“ (*Europe centrale oder médiane* bzw. *Střední Evropa*), im österreichischen Sprachgebrauch wird auch „Zentraleuropa“ verwendet.

2. Definitionen

Aus den skizzierten unterschiedlichen Auffassungen von Ostmitteleuropa folgt, dass es kein einheitliches Konzept von Ostmitteleuropaforschung gibt. Am ehesten besteht Übereinstimmung darin, dass es sich bei „Ostmitteleuropa“ nicht um eine historische Regionsbezeichnung, sondern um eine politische beziehungsweise wissenschaftliche Begriffsneuprägung handelt.

In geschichtswissenschaftlicher Perspektive stellt sich zum einen das Problem, dass die Abgrenzungen zu anderen Mesoregionen nicht ganz trennscharf zu ziehen sind und sich folglich stellenweise Überlappungen mit Mitteleuropa, Nordosteuropa, Südosteuropa sowie mit Osteuropa ergeben. Ein begriffslogisch komplementäres „Westmitteleuropa“ ist in der geschichtswissenschaftlichen Diskussion zwar anzutreffen, hat sich aber bislang nicht durchgesetzt. Zum anderen unterscheiden sich die inhaltlichen Merkmale, mit denen Ostmitteleuropa als Forschungsgegenstand beschrieben wird. Klaus Zernack nennt als historische Prozesse, die den Raum Ostmitteleuropas als Geschichtsregion geprägt haben, hochmittelalterliche Kolonisation, frühneuzeitliche Ständedemokratie, Großmachtüberschichtung seit dem 17. Jahrhundert, Wiederherstellungsnationalismen im 19. und 20. Jahrhundert, Volksdemokratien nach 1945[3] und die erneute Demokratisierung nach 1989. Jenő Szűcs (1928-1988) führt ähnliche Kennzeichen an, betont aber die unvollständige Angleichung Ostmitteleuropas an das westliche Europa als zentrales Kriterium seiner Definition.[4] Die polnische Ostmitteleuropaforschung, wie sie von dem von Jerzy Kłoczowski 1991 in Lublin gegründeten Ostmitteleuropa-Institut (*Instytut Europy Środkowo-Wschodniej*) verstanden wird, ist historisch vor allem auf den Raum des jagiellonischen Europa und der polnisch-litauischen Adelsrepublik fokussiert,[5] bezieht sich in gegenwartsbezogenen Forschungen aber auf die ehemals sozialistischen Staaten beziehungsweise deren Nachfolger von Estland bis zum Kaukasus. In der nordamerikanischen Ostmitteleuropaforschung definiert Paul Robert Magocsi den Gegenstand seit dem Umbruch von 1989 in der Ost-West-Erstreckung ähnlich wie Zernack von der Germania Slavica bis zum Dnjepr, sieht aber eine andere Ausdehnung in

der Nord-Süd-Achse: von Litauen bis zum westlichen Anatolien.[6] In seinem Atlas verwendet Magosci einen Katalog von 50 Aspekten, die zeitlich von der Völkerwanderung bis zum Zerfall Jugoslawiens reichen und inhaltlich politische, ethnische, religiöse und ökonomische Probleme umfassen.

3. Historischer Abriss

In Deutschland entwickelte sich die historische Ostmitteleuropaforschung aus der Beschäftigung mit der Geschichte Ostdeutschlands beziehungsweise dem preußischen Osten als eigene Subdisziplin neben der – auf Russland fokussierten – osteuropäischen Geschichte bereits vor dem Ersten Weltkrieg. Nach 1918 entstand daraus die Volks- und Kulturbodenforschung, die maßgeblich von Leipzig aus (von Wilhelm Volz [1870-1958] und Rudolf Kötzschke [1867-1949]) geprägt wurde und interdisziplinär ausgerichtet war. Aus ihr entwickelte sich seit Ende der 1920er Jahre das primär politische Konzept der „deutschen Ostforschung", deren Zentrum die vom Geheimen Preußischen Staatsarchiv in Berlin koordinierte Nord- und Ostdeutsche Forschungsgemeinschaft mit der sogenannten „Publikationsstelle" war. Kennzeichen der „Ostforschung" waren zum einen die Konzentration auf das Deutschtum, das heißt auf deutsche ethnische, kulturelle und politische Einflüsse in Ostmitteleuropa. Zum anderen zielte sie auf eine Abstimmung der Forschung mit den politischen Interessen des Deutschen Reiches in Bezug auf die Staaten Ostmitteleuropas, vorrangig Polen, Lettland, Litauen und die Tschechoslowakei.

Daneben speiste sich die Ostmitteleuropaforschung aus den internationalen Diskussionen in der Zwischenkriegszeit über die Geschichte Osteuropas. Daran anknüpfend definierte Oskar Halecki (1891-1973) 1952 Ostmitteleuropa als „Borderlands of Western Civilization".[7]

In Westdeutschland entwickelten sich dann zwei unterschiedliche Richtungen der Ostmitteleuropaforschung. Die eine, in dem 1950 in Marburg gegründeten Johann Gottfried Herder-Institut angesiedelte, folgte – unter der Federführung von Hermann Aubin (1885-1969) – zunächst den Traditionslinien der „Ostforschung" und konzentrierte sich auf Elemente deutscher Geschichte im östlichen Europa. Die zweite Richtung befasste sich dagegen mit den Strukturmerkmalen Ostmitteleuropas seit dem Mittelalter (Herbert Ludat [1910-1993], Walter Schlesinger [1908-1984] und Klaus Zernack).

Anfang der 1990er Jahre etablierte sich das Geisteswissenschaftliche Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas (GWZO), das seit 1996 in Leipzig seinen Sitz hat, als neues Zentrum der deutschen Ostmitteleuropaforschung. Sein wissenschaftliches Verständnis von Ostmitteleuropa lehnt sich an Klaus Zernacks Konzeption an: Die Region Ostmitteleuropa ist geprägt durch historische Strukturmerkmale in der *longue durée*, zu denen neben den oben genannten der ethnische Pluralismus durch die Ansiedlung von Fremden eine wichtige Rolle spielt. Forschungspraktisch liegt der Schwerpunkt auf den Kernstaaten Polen, den böhmischen Ländern, Ungarn und umfasst neben Geschichtswissenschaft auch Kunstgeschichte und Literaturwissenschaft.

Dagegen geht das Herder-Institut in Marburg von einer primär räumlichen Definition Ostmitteleuropas aus, das dort schwerpunktmäßig die drei baltischen Staaten, Polen, Tschechien und die Slowakei umfasst. Unter Hans Lemberg (1933-2009) als Präsident des Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrats hat sich das Herder-Institut von seinen Ostforschungstraditionen gelöst (deutlich sichtbar in der Umbenennung seiner *Zeitschrift für Ostforschung* in *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 1995). Zudem kam es nach 1989 zu einer Verwissenschaftlichung der nach § 96 BVFG tätigen Einrichtungen, in denen zunächst ein von der deutschen Bevölkerung als zentralem historisch-kulturellem Element ausgehendes Verständnis von Ostmitteleuropa im Mittelpunkt stand. Eine wichtige Rolle spielte hier das

1989 in Oldenburg gegründete Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (BKGE, bis 1999: Bundesinstitut für ostdeutsche Kultur und Geschichte), das die Beziehungen der Deutschen zu den anderen Nationen in Ostmitteleuropa in den Mittelpunkt stellt. Zu nennen sind auch weitere Institutionen, die sich mit Teilräumen Ostmitteleuropas beschäftigen, wie das Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa (Nordost-Institut, IKGN). Eine eigenständige Entwicklung kennzeichnet das Collegium Carolinum in München, das sich auf die böhmischen Länder beziehungsweise die Tschechoslowakei konzentriert.

Zudem wurde 1995 das Simon-Dubnow-Institut zur Erforschung jüdischer Geschichte und Kultur in Ostmitteleuropa in Leipzig gegründet. Darüber hinaus findet Ostmitteleuropaforschung seit dem Umbruch von 1989 stärker als zuvor an Universitäten und weiteren Forschungseinrichtungen statt.

Mit dem skizzierten Wandel und der Verbreiterung der institutionellen Basis der Ostmitteleuropaforschung ist auch eine thematische und methodologische Auffächerung zu erkennen, die das Konzept der (binationalen) Beziehungsgeschichte zu einer transnationalen Verflechtungs- und Transfergeschichte erweitert hat.

Außerhalb der Geschichtsforschung im engeren Sinne hat sich eine Ostmitteleuropaforschung auch in der Kunstgeschichte und in der Ethnologie etabliert. In der Politikwissenschaft dominiert dagegen eher der regionale Bezugsraum Osteuropa beziehungsweise ein thematischer Fokus auf Transformation.

Der Wissenschaftsrat hat 2013 in Deutschland „eine in ihrer Vielfalt weltweit einzigartige und insgesamt personell wie finanziell gut ausgestattete außeruniversitäre Forschungslandschaft“[8] zum östlichen Europa beobachtet.

4. Diskurse/Kontroversen

In der westdeutschen Ostmitteleuropaforschung wurde bis in die 1990er Jahre hinein vor allem die Abgrenzung zur Ostforschung und die mit ihr verbundene Ausrichtung auf deutsche Geschichtsfaktoren diskutiert.[9] In der DDR-Forschung, die sich den Ostmitteleuropa-Begriff als Forschungskonzeption allerdings nicht zu eigen machte, dominierte eine polemisch-kritische Auseinandersetzung mit der ‚imperialistischen‘ Ostforschung. Die zentrale internationale Debatte befasst sich mit der Frage, ob „Ostmitteleuropa“ noch ein Leitbegriff für die geistes- und sozialwissenschaftliche Forschung sei. Gegen Betrachtungsweisen, die in der Region eine spezifische Rückständigkeit und Krisenhaftigkeit sehen,[10] hat sich eine Kritik entwickelt, die in entgegengesetzter Perspektive eine spezifische kulturelle und religiöse Pluralität und Toleranz der Region betont.[11]

In der deutschen Diskussion gibt es zudem Ansätze, den Fokus auf Ostmitteleuropa zugunsten einer Konzentration auf den Begriff der Europäizität aufzugeben[12] oder die Region durch vergleichende Fragestellungen in größere europäische Zusammenhänge einzubinden.[13]

Unabhängig von diesen Debatten trägt der geschichtswissenschaftliche Fokus auf Ostmitteleuropa jedoch zur Überwindung nationalgeschichtlicher Perspektiven und zur Etablierung transnationaler Fragestellungen bei.

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Werner Conze: Ostmitteleuropa. Von der Spätantike bis zum 18. Jahrhundert. München 1992.
- Michel Foucher: Fragments d'Europe. Atlas de l'Europe médiane et orientale. Paris 1993.
- Oskar Halecki: Borderlands of Western Civilization. A History of East Central Europe. New York, NY 1952; deutsch: Grenzraum des Abendlandes. Eine Geschichte Ostmitteleuropas. Salzburg 1956.
- Rudolf Jaworski: Ostmitteleuropa im Fokus. Ausgewählte Aufsätze. Osnabrück 2009.
- Jerzy Kłoczowski (Hg.): Historia Europy Środkowo-Wschodniej [Geschichte Ostmitteleuropas]. 2 Bde. Lublin 2000.
- Jürgen Kocka: Das östliche Mitteleuropa als Herausforderung für eine vergleichende Geschichte Europas. In: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 49 (2000), S. 159-174.
- Paul Robert Magocsi: Historical Atlas of Central Europe. 2. erw. Aufl. Seattle, WA 2002.
- Eduard Mühle: The European East on the Mental Map of German Ostforschung. In: Ders. (Hg.): Germany and the European East in the Short Twentieth Century. Oxford, New York 2003 (German Historical Perspectives, Bd. 17), S. 107-130.
- Michael G. Müller: Die Historisierung des bürgerlichen Projekts. Europa, Osteuropa und die Kategorie der Rückständigkeit. In: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 29 (2000), S. 163-170.
- Jan M. Piskorski, Jörg Hackmann, Rudolf Jaworski (Hg.): „Deutsche Ostforschung“ und „polnische Westforschung“ im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik. Disziplinen im Vergleich. Osnabrück, Poznań 2002 (Deutsche Ostforschung und polnische Westforschung 1).
- Joachim von Puttkamer: Ostmitteleuropa im 19. und 20. Jahrhundert. München 2010 (Oldenbourg Grundriss der Geschichte 38).
- Harald Roth (Hg.): Studienhandbuch östliches Europa. Bd. 1: Geschichte Ostmittel- und Südosteuropas. Köln 1999 (Böhlau Studienbücher: Grundlagen des Studiums).
- Wolfgang Schmale: Die Europäizität Ostmitteleuropas. In: Jahrbuch für Europäische Geschichte 4 (2003), S. 189-214.
- Peter F. Sugar, Donald W. Treadgold (Hg.): A History of East Central Europe. 8 Bde. Seattle, WA, 1974-2001.
- Jenő Szűcs: Die drei historischen Regionen Europas. Frankfurt/M. 1990 (ung. 1981).
- Stefan Troebst: Introduction: What's in a Historical Region? A Teutonic Perspective. In: European Review of History 10 (2003), H. 2, S. 173-188.
- Piotr S. Wandycz: The Price of Freedom. A History of East Central Europe from the Middle Ages to the Present. 2. Aufl. London 2001.
- Klaus Zernack: Osteuropa. Eine Einführung in seine Geschichte. München 1977 (Beck’sche Elementarbücher).

Zeitschriften

- Central & Eastern European Review
- Debatte: Journal of Contemporary Central and Eastern Europe
- East Central Europe
- Jahrbücher für Geschichte Osteuropas
- Osteuropa

- Rocznik Instytutu Europy Środkowo-Wschodniej [Jahrbuch des Ostmitteleuropa-Instituts]
- Slavonic and East European Review
- Transit
- Zeitschrift für Ostforschung, ab 1995: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung

Weblinks

- http://www.ceeol.com/ (Central and Eastern European Online Library. Plattform mit Zugang zu zahlreichen Zeitschriften aus und zu Ostmitteleuropa)
- http://www.herder-institut.de/startseite.html (Webseite des Herder-Instituts, Marburg, mit einer Literaturdatenbank und zahlreichen digitalen Materialien)
- ostdok.de (Plattform für elektronische Volltexte der deutschsprachigen Osteuropaforschung)
- https://www.vifaost.de/ (Virtuelle Fachbibliothek Osteuropa, fachübergreifendes Regionalportal zur Osteuropaforschung)

Anmerkungen

[1] Albrecht Penck: Politisch-geographische Lehren des Krieges. In: Meereskunde 9 (1915), H. 10, S. 1-40.

[2] Magocsi: Historical Atlas of Central Europe. Erste Ausgabe als: Historical atlas of East Central Europe. Seattle, WA 1993.

[3] Zernack: Osteuropa, S. 33-37.

[4] Szűcs: Die drei historischen Regionen.

[5] S. etwa: Jerzy Kłoczowski: Europa Środkowo-Wschodnia i jej miejsce w Europie [Ostmitteleuropa und sein Platz in Europa]. In: Ders.: Europa – Rzeczpospolita Wielu Narodów. Świadectwa, wywiady, przemówienia i szkice z lat 1990-2012 [Eine Republik vieler Nationen. Zeugnisse, Interviews, Reden und Skizzen aus den Jahren 1990-2012]. Lublin 2012, S. 201-232.

[6] Magocsi: Historical Atlas, S. xi.

[7] Halecki: Borderlands of Western Civilization.

[8] Empfehlungen zur Weiterentwicklung der außeruniversitären historischen Forschung zum östlichen Europa. Hg. vom Wissenschaftsrat, Drs. 2850-13, Berlin 25.1.2013.

[9] Ein wichtiger Impuls ging von Eugen Lemberg und Walter Schlesinger 1963 aus. Schlesingers Vortrag vor dem Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrat wurde jedoch erst 1997 veröffentlicht: Die mittelalterliche deutsche Ostbewegung und die deutsche Ostforschung. In: Zeitschrift für Ostmitteleuropaforschung 46 (1997), S. 427-457.

[10] Siehe dazu Larry Wolff: Inventing Eastern Europe. The Map of Civilization on the Mind of the Enlightenment. Stanford, CA 1994.

[11] Deutlich sichtbar etwa bei: Kłoczowski: Europa Środkowo-Wschodnia.

[12] Schmale: Die Europäizität Ostmitteleuropas.

[13] Kocka: Das östliche Mitteleuropa als Herausforderung.

Zitation

Jörg Hackmann: Ostmitteleuropaforschung. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32789 (Stand 23.12.2014).

Ostpreußen (Gruppe) → Ostpreußen (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Ostrecht

1. Entstehung, Inhalt und Gebrauch des Begriffs

Begriff

'Ostrecht' ist im deutschsprachigen Raum geläufig als Bezeichnung sowohl für das Recht der Staaten Osteuropas als auch für die wissenschaftliche Beschäftigung mit diesem. Der Begriff ist als prägnanter Titel einer Zeitschrift geprägt worden, die drei Berliner Rechtsanwälte 1925 gründeten und im Untertitel *Monatsschrift für das Recht der osteuropäischen Staaten* nannten. Im Vorwort zu Heft 1 lieferten sie folgende Begründung:

"Die politische Neuordnung Osteuropas hat zahlreiche juristische Aufgaben erster Ordnung zur Lösung gestellt. Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit macht ebensolche Schwierigkeiten, wie die allerwärts begonnene Schaffung neuer Rechtssysteme. Diese Aufgaben werden noch kompliziert durch wirtschaftliche Ausnahmeerscheinungen, wie die Geldentwertung und Einführung neuer Währungen. Die juristische Behandlung dieser Probleme ist bisher nur gelegentlich erfolgt, das Material ist allenthalben zerstreut. Obwohl fast in allen Staaten Osteuropas die gleichen Fragen auftauchen, ist aus Gründen der sprachlichen Verschiedenheit deren rechtsvergleichende Behandlung kaum in Angriff genommen worden. Diesem Mangel abzuhelfen, ist der Sinn dieser Zeitschrift. Sie will ein Zentralorgan sein für das Recht der osteuropäischen Staaten, das heißt folgender Länder: Bulgarien, Danzig, Estland, Jugoslawien, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Rußland, Tschechoslowakei und Ungarn. Das Ziel ist eine unabhängige, streng wissenschaftliche Bearbeitung des gesamten osteuropäischen Rechtsgebiets unter besonderer Betonung der praktischen Gesichtspunkte und ständiger Pflege der Rechtsvergleichung."[1]

Gleichfalls 1925 wurde von der Rechtsabteilung des 1922 in Breslau gegründeten Osteuropainstituts das erste Heft der *Zeitschrift für osteuropäisches Recht* herausgegeben. Beide Organe fusionierten 1927 zur *Zeitschrift für Ostrecht*. Ihre Redaktion löste sich 1933 unter dem Druck des NS-Regimes teilweise auf. Ab 1934 hieß sie *Zeitschrift für osteuropäisches Recht*, die bis Ende 1944 existierte. Wegen ihrer sachlichen Berichterstattung über das osteuropäische Recht stand sie unter aufmerksamer Beobachtung der Gestapo und ideologisch-politischem Druck.[2]

Träger, Gebrauch

Nach dem Zweiten Weltkrieg setzte sich 'Ostrecht' als Bezeichnung für die Beschäftigung mit dem Recht der unter kommunistischer Herrschaft stehenden Staaten Osteuropas im Hochschulraum weithin durch. Davon zeugen die "Abteilung für Ostrechtsforschung" (Universität Hamburg, 1953) und die "Institute für Ostrecht" (Universität München, 1957; Universität Köln, 1964). Ostrecht wurde Wahlfach an diversen Fakultäten, zur (Teil-) Bezeichnung von Dozenturen und Lehrstühlen (München; Berlin; Hamburg; Kiel; Göttingen; Köln;

Regensburg; Passau; Würzburg; Salzburg; Frankfurt/O; Wismar) sowie zur Bezeichnung von Referentenstellen in Hochschulen und Max-Planck-Instituten. Es wurde die *Venia Legendi* für Ostrecht erteilt. Gebildet wurde eine "Studiengruppe für Ostrecht", die regelmäßig Tagungen durchführte. In der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde entstand die "Fachgruppe Recht".

Fremdsprachige Entsprechungen

Im angelsächsischen Raum hat die Beschäftigung mit dem Ostrecht erst nach dem Zweiten Weltkrieg begonnen. Es dominierten zunächst die Bezeichnungen *Soviet Law* und *Socialist Law*. Später traten *Law in Eastern Europe* und *East European Law* hinzu. In Frankreich ist der Begriff *Droit de l'Europe de l'Est* neben *Droit des Pays Socialistes/ Communistes*, in Italien *Diritto dell'Europa orientale* neben *Diritto del paesi socialisti* gebräuchlich, in den Niederlanden *Oost-Europees Recht*.

2. Diskurse und Kontroversen

Ort zwischen Rechtswissenschaft und Osteuropaforschung

Ostrecht war von Anfang an auf Auslandsrechtskunde und Rechtsvergleichung ausgerichtet. Infolge der weitgehenden Deckung Osteuropas mit den kommunistischen Staaten erfreute sich die Ostrechtsforschung während des Kalten Krieges starker institutioneller Förderung. Bewirkt auch durch die Andersartigkeit des sozialistischen Rechts entfremdete sich das Ostrecht teilweise von seiner 'Mutterdisziplin' und integrierte sich verstärkt in die Osteuropaforschung als Regionalwissenschaft (*area studies*). Das löste eine Grundsatzdiskussion aus, die als Ergebnis nahelegte, Ostrecht solle seinen Schwerpunkt nicht in 'Kommunismus-Forschung' und Systemkritik haben, sondern sich auf Einzelstudien der nationalen Rechtsordnungen sowie auf rechtsvergleichende Studien innerhalb der Region oder, systemübergreifend, zwischen osteuropäischen und westlichen Staaten (Rechtsordnungen) konzentrieren.

Legitimitätsverlust nach dem Ende des Kommunismus?

Nach dem Untergang der Sowjetunion und Jugoslawiens wurden Sinn und Zweck der Osteuropaforschung erneut kritisch diskutiert. Betroffen davon war auch das Ostrecht. Die Diskussion stand unter dem Eindruck, dass die Osteuropaforschung mit dem Ende des Kalten Krieges und dem Zusammenbruch des Kommunismus in Europa ihr Objekt verloren habe und daher weitgehend eingespart werden könne. In der Ostrechtsforschung musste diese Schlussfolgerung schon deswegen auf Unverständnis stoßen, weil durch den Zusammenbruch der UdSSR, Jugoslawiens und der ČSSR an die Stelle von acht nun über 20 osteuropäische Staaten getreten waren, die eigene, gänzlich neue nationale Rechtsordnungen aufbauen mussten. In der Situation engagierten sich die 'Ostrechtler' an vorderster Stelle bei der Transformation der postkommunistischen Länder in demokratische Rechtsstaaten mit funktionierenden Zivilgesellschaften und Marktwirtschaften als Rechtsberater: im Verfassungs- und Verwaltungsrecht, Zivil- und Wirtschaftsrecht, Straf- und Strafvollzugsrecht, Prozess- und Justizrecht. Ostrecht blieb somit ein wichtiger Zweig der Rechtsvergleichung und Rechtspraxis.

3. Die Relevanz des Ostrechts für Deutschland heute

Wie kein anderes Land in Europa hat Deutschland engste und tief in der Geschichte verwurzelte Beziehungen zu allen Ländern Osteuropas. Die Osteuropaforschung ist daher in Deutschland seit dem 19. Jahrhundert institutionell besonders stark ausgebaut. Das gilt auch für das Ostrecht. Nach dem Zweiten Weltkrieg kamen spezifische Gründe hinzu: die Teilung Deutschlands und die Sowjetisierung Mitteldeutschlands (DDR), der Verlust der Ost-

gebiete und die Aufnahme von über 15 Mio. Vertriebenen, Flüchtlingen und Spätaussiedlern aus allen Teilen Osteuropas. Alle diese Phänomene und Vorgänge haben ihre rechtliche Seite. Die Ostrechtsforschung hat infolgedessen auch Bedeutung für die Erforschung der Geschichte und Kultur der Deutschen im östlichen und südöstlichen Europa, ihres Zusammenlebens mit anderen Nationen und Volksgruppen und für die Erforschung ihrer wechselseitigen Beeinflussung bis in die unmittelbare Gegenwart.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Georg Brunner: Transformation in Mittel- und Osteuropa. Hg. von Otto Luchterhandt, Angelika Nußberger. Kraków 2006.
- F[erdinand] J. M. Feldbrugge: The Study of Soviet Law. In: Review of Socialist Law 3 (1978), S. 201-214.
- Herbert Küpper: Einführung in die Rechtsgeschichte Osteuropas. Frankfurt/M. 2005 (Studien des Instituts für Ostrecht München 54).
- Otto Luchterhandt: Gegenstand, Ziele und Methoden der Ostrechtswissenschaft. Kritische Zusammenfassung einer Fachdiskussion. In: Osteuropa-Recht 22 (1976), S. 85-107.
- Otto Luchterhandt: Künftige Aufgaben der Ostrechtsforschung. In: WGO. Monatshefte für Osteuropäisches Recht Bd. 38 (1996), S. 159-175.
- Otto Luchterhandt: Osteuropa zwischen Wissenschaft und Politik. In: Jule Böhmer, Marcel Viëtor (Hg.): Osteuropa heute. Entwicklungen - Gemeinsamkeiten - Unterschiede. Hamburg 2007 (Osteuropa. Geschichte, Wirtschaft, Politik 43), S. 13-44.
- Boris Meissner: Entwicklung und Stand der deutschen Ostrechtsforschung und ihre Stellung in der internationalen Ostwissenschaft. In: B[oris] Meissner, H[erwig] Roggemann, F[riedrich]-C[hristian] Schroeder, K[laus] Westen (Hg.): Grundsatzfragen der Ostrechtsforschung. Tübingen 1980 (Studien des Instituts für Ostrecht München 28), S. 103-106.
- Alexander Trunk, Thomas Hoffmann (Hg.): 50 Jahre Institut für osteuropäisches Recht der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. Lohmar 2011 (Kieler Schriften für Ostrecht I).

Periodika

- *Jahrbuch für Ostrecht (JOR)*, München
- *Uppsala Yearbook of East European Law*, Uppsala, Schweden
- *Osteuropa-Recht (OER)*, Köln
- *WGO. Monatshefte für Osteuropäisches Recht (MfOR)*, Hamburg (bis 2007)
- *Recht in Ost und West (ROW)*, Berlin (bis 1998)
- *Wirtschaft und Recht in Osteuropa (WIRO)*
- *eastlex. Fachzeitschrift für Osteuroparecht*, Wien (seit 2005)
- *Review of Socialist Law (RSL)*, Leiden, Niederlande, seit 1992 unter dem Titel *Review of Central and East European Law (RCEEL)*
- *Survey of East European Law (SEEL)*, Durham, USA

Hinweis zur Vernetzung des Ostrechts in der Hochschullehre

Hochschulübergreifendes Zertifikatsprogramm "Osteuropäisches Recht" (Verbund der Institute und Lehrstühle für Ostrecht im deutschsprachigen Raum), Kontakt: office-eastlaw@law.uni-kiel.de; http://www.uni-kiel.de/eastlaw/zert-ostr/Uebersicht.htm.

Anmerkungen

[1] Ostrecht. Monatsschrift für das Recht der osteuropäischen Staaten, 1925, Heft 1, S. 1 (Vorwort der Redaktion: Heinrich Freund, Erwin Loewenfeld, Udo Rukser).

[2] Martin Fincke: Reinhard Maurach † (Nachruf). In: Osteuroparecht 22 (1976), S. 281-283.

Zitation

Otto Luchterhandt: Ostrecht. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/53910.html (Stand 08.02.2012).

Ostrechtsforschung → Ostrecht

Siehe Ostrech

Ostsiedlung → Mittelalterlicher Landesausbau/Ostsiedlung

1. Genese

Begriffsgeschichte

Die Erforschung der mittelalterlichen Ostsiedlung durch die deutsche Geschichtswissenschaft hat im Wesentlichen erst im 19. Jahrhundert eingesetzt. Begrifflich ist die Entwicklung von "Germanisation" bzw. "Germanisierung" und "(Ost-)Kolonisation" bzw. "ostdeutsche Kolonisation" über "deutsche Ostexpansion" und "deutsche Ostbewegung" zu "deutsche Ostsiedlung" oder "deutschrechtliche Siedlung" gegangen. Aufgrund der Erkenntnis, dass in diesen Entwicklungsprozess neben deutschen auch andere mittel- und westeuropäische Siedler sowie die ansässige Bevölkerung einbezogen worden sind, wird im Deutschen heute vornehmlich der Begriff "(hochmittelalterliche) Ostsiedlung" benutzt, dagegen der Terminus "Kolonisation", der in den meisten anderen Sprachen üblich ist, außer in Zusammensetzungen wie etwa "Kolonisation zu deutschem Recht" oder "mittelalterlicher Landesausbau und Kolonisation" wegen angeblich zu großer sprachlicher Nähe zum Kolonialismus der Neuzeit häufig eher vermieden.

Anderssprachige Entsprechungen

engl. colonization, poln. kolonizacja (niemiecka), slowak. kolonizácia, tschech. kolonizace, ung. kolonizáció, rum. colonizare

2. Definition

Der allgemeineuropäische mittelalterliche Kulturausweitungsvorgang und Landesausbau durch Schaffung neuer Siedler- und Bauernstellen aufgrund des Bevölkerungswachstums im Altsiedelland setzte nach einer Frühphase seit dem 7. Jahrhundert, verstärkt ab der Mitte des 10. Jahrhunderts zunächst in Katalonien ein und wurde in jeweils zeitlicher Phasenverschiebung bis nach Osteuropa vorgeschoben; um die Mitte des 14. Jahrhunderts kam er wegen verschiedener krisenhafter Erscheinungen (Pestepidemien, Naturkatastrophen, politische Unruhen) im Wesentlichen zum Stillstand und erlebte nur in weniger davon betroffenen östlichen Randgebieten eine Fortsetzung bis ins 16. Jahrhundert.



Phasen der deutschen Ostsiedlung nach W. Kuhn. [Wikimedia Commons].

Foto: Ziegelbrenner/CC BY-SA 3.0

Als Teil dieser Entwicklung bezeichnet der historiographische Begriff "Ostsiedlung" den Prozess von Besiedlung und Akkulturation, der in den Gebieten östlich der Reichsgrenze des ausgehenden 11. Jahrhunderts bis zum Finnischen Meerbusen, zum Schwarzen Meer und zur Save vornehmlich durch deutsche Bauern, Handwerker und Kaufleute getragen wurde. Während der Hauptphase der Ostsiedlung von der Mitte des 12. bis zum Ende des 14. Jahrhunderts ist der deutsche Siedlungs- und Sprachraum um mehr als ein Drittel erweitert worden. Dieser hochmittelalterliche Landesausbau, an dem neben deutschen Siedlern (*coloni Theutonici*) auch andere Landfremde (z. B. Flamen, Reichsromanen, Dänen) und vor allem die einheimische Bevölkerung (Slawen, Balten) beteiligt waren, bewirkte eine Um- und Neugestaltung der Wirtschafts-, Rechts- und Verfassungsentwicklung des östlichen und südöstlichen Mitteleuropa und damit die materiell-kulturelle und institutionelle Angleichung "Neueuropas" an "Alteuropa" (Oskar Halecki). Die Ostsiedlung verlief zwar partiell auch in Verbindung mit Eroberung und Missionierung (Gebiet zwischen Elbe und Oder, Ordensland Preußen), zum größten Teil jedoch friedlich auf Initiative landsässiger Landes- und Grundherren.

3. Diskurse/Kontroversen

Durch die lange, bereits seit dem 19. Jahrhundert vorherrschende Ideologisierung des Bildes der Ostsiedlung - infolge der ethnischen Problematik - gehörte diese zu den am heftigsten umstrittenen Themen zwischen der slawischen und der deutschen Geschichtswissenschaft, wobei Schlagworte wie "Drang nach Osten" oder "Aggression deutscher Feudalherren" auf der einen und "Großtat des deutschen Volkes" (im Sinne einer Kulturträgertheorie) auf der anderen Seite die extremen Positionen markieren. Bedingt durch erweiterte, vergleichende und methodenpluralistische Forschungsansätze, nicht zuletzt vor allem auch durch die Erkenntnis der gesamteuropäischen Zusammenhänge dieses Kulturausweitungsvorgangs, ist nach dem Zweiten Weltkrieg - zunächst noch zögerlich, spätestens seit den Reichenau-Tagungen des Konstanzer Arbeitskreises für mittelalterliche Geschichte zwischen 1970 und 1972 aber immer stärker hervortretend - eine Annäherung der kontroversen Standpunkte er-

folgt; heute spielen nationalistische Betrachtungsweisen in der Wissenschaft kaum mehr eine Rolle.

4. Geschichte

Landesverhältnisse bis 1200

Bis zur Wende vom 12. zum 13. Jahrhundert gab es im südlichen Ostseeraum, in den westslawischen Territorien, im Königreich Ungarn, in den Herzogtümern Steiermark und Kärnten sowie der Markgrafschaft Krain große Unterschiede in der Besiedlung. Umfangreichem, nahezu menschenleerem Brachland (v. a. Wald-, Sumpf- und Gebirgslandschaften) standen einzelne Siedelkammern auf landwirtschaftlich leicht nutzbaren Böden mit einer Bevölkerungsdichte bis über 20 Einwohner pro km^2 gegenüber. Etwa seit der Jahrtausendwende begann in einer ersten Phase des inneren Landesaubaus eine Siedlungsverdichtung und -konzentration, welche ältere, teilweise halbnomadische Lebensformen ablöste. Die bäuerliche Bevölkerung lebte in weilerartigen dörflichen Siedlungen mit zumeist geringer Einwohnerzahl. Daneben entwickelten sich als Wohnplätze von Kaufleuten und Handwerkern Märkte, teils angelehnt an landesherrliche Burgen (*Suburbien*), teils an Fernhandelsstraßen als Handelsniederlassungen, zumeist bereits mit einem gewissen Anteil an zugewandertem ausländischen Fachpersonal; mit der Verbreitung der Geldwirtschaft seit dem 12. Jahrhundert entstanden daneben auch kleinere lokale Märkte. Die bedeutendsten unter den präurbanen Agglomerationen mit gewissen landesherrlichen Marktprivilegien (z. B. Danzig/Gdańsk, Posen/Poznań, Breslau/Wrocław, Krakau/Kraków, Prag/Praha, Brünn/Brno) stellen zwar Städte im ökonomischen Sinne dar, Städte mit polnischem oder anderem slawischen Recht lassen sich jedoch nicht nachweisen. Die Masse der Bevölkerung stand trotz starker sozialer und rechtlicher Differenzierung in vielfacher Abhängigkeit von Landesherren und kirchlichen wie adligen Grundherren; ein Gemeindeverband mit einer Mitwirkung an Verwaltung und Gerichtsverfassung fehlte. Im Ackerbau herrschte die extensive Betriebsweise (Grasfelderwirtschaft) vor, Viehzucht und aneignende Wirtschaft (Jagd, Fischerei, Bienenzucht) spielten weiterhin eine wichtige Rolle.

Seit der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts bemühten sich die Landes- und vereinzelt bereits Grundherren (z. B. in Südmähren) in einer zweiten Phase des Landesausbaus um eine wirtschaftliche Evolution ihrer Länder und Besitzungen und eine Vermehrung der Bevölkerungszahlen zur Steigerung ihrer Einkünfte, teils mit einheimischen Kräften durch Verbesserungen im System der bäuerlichen Frondienste, worauf Ortsnamen wie tschech. *Lhota*, poln. *Lgota* (= Ermäßigung) hindeuten, teils durch Ansiedlung von sog. Freien Gästen (*hospites*). Diese Initiativen haben zwar keine großräumige Bedeutung erlangt, sie bildeten jedoch, gemeinsam mit dem bestehenden Märktesystem, eine entscheidende innere Voraussetzung für die seit Beginn des 13. Jahrhunderts einsetzende Kolonisation zu deutschem Recht.

Verlauf und Auswirkungen der Ostsiedlung

In ihrer Frühphase hatte die deutsche Ostsiedlung um 1200 in ihrem nordöstlichen Abschnitt etwa die Linie Schwerin - Spandau - Dresden erreicht, südlich der böhmisch-mährischen Grenzgebirge war sie bis Thaya und March und gegenüber dem Arpadenreich bis zur Linie Hainburg an der Donau - Marburg an der Drau/Maribor vorgeschoben worden (frühe Ausnahmen: Ansiedlung von "Sachsen" als Grenzwächter im Norden - Zips - und Südosten - Siebenbürgen - des Königreichs Ungarn seit dem 12. Jahrhundert). Wesentliche Impulse für den von West nach Ost bzw. Süd und Südost fortschreitenden Landesausbau haben die stetige Bevölkerungszunahme im westlichen Altsiedelland, die Entwicklung der abendländischen Stadt als Bürgergemeinschaft und v. a. die Fortschritte der Agrar- und Meliorations-

technik (Dreifelderwirtschaft, Räderpflug mit Streichbrett, langgestielte Sense, Wasser- und Windmühlen, Deichbausysteme) geliefert, deren einzelne Elemente trotz teilweise älterer Anwendung auch im ostmitteleuropäischen Raum erst im Zusammenhang mit geänderten Wirtschaftsformen, Bevölkerungsbewegungen und dem Umbau der Sozialstruktur die "agrarische Revolution" bewirkt haben. In den östlichen Grenz- und Markengebieten des Reiches (z. B. Erzgebirgsvorland in der Mark Meißen) sind im 12. Jahrhundert die für den Landesausbau Ostmitteleuropas beispielgebenden Siedel- und Rechtsformen entwickelt worden. Die prinzipielle Gleichrangigkeit aller Siedler auf Rodeland erforderte die planmäßige Zuteilung gleich großer und gleichwertiger Flurstücke (Hufen, *mansi*). In den Ebenen mit stärkerer Vorbesiedlung setzte sich das anpassungsfähige Angerdorf mit flämischen Hufen (ca. 16,8 ha) - in Pommern und Preußen daneben auch noch mit Hakenhufen (ca. 9,8 ha) - durch, auf Waldböden und im Vorgebirge bis in Gebirgsregionen hinein das strenger gegliederte Waldhufendorf mit fränkischen Hufen (ca. 24,2 ha). Die mit der Siedlungsplanung und -durchführung verbundenen vielfältigen Organisationsaufgaben sind Siedelunternehmern (Lokatoren, "Siedlungsmeister"), zumeist aus dem niederen Adel oder dem Bürgertum, übertragen worden, die dafür von den Grundherren zins- und zehntfreie Hufen, das erbliche Schulzen- oder Dorfrichteramt in den Dörfern bzw. die Vogtei in den Städten mit Einkünften aus der niederen Gerichtsbarkeit sowie örtliche Gewerbebetriebe und das Mühlen- und Schankrecht erhielten. Den Siedlern wurden persönliche Freiheit und Freizügigkeit, ungehindertes Verfügungsrecht über den zugeteilten Besitz (Erbleihe) mit vertraglich festgelegten Verpflichtungen (fixierte Zins- und Zehntleistungen, Mitwirkung an Landesverteidigung, Steuern), Recht auf Selbstverwaltung und Ausübung der eigenen materiellen Rechtsgewohnheiten zugestanden. Als Summe dieser Freiheiten (*libertates*) ist das gegenüber den bestehenden Rechtsverhältnissen in Altdeutschland wie den östlichen Nachbarstaaten günstigere Siedelrecht als *ius Teutonicum* (slawische Länder) bzw. *ius hospitum* (Ungarn) bezeichnet worden.

Die Gewährung dieser Vorrechte hatte die Befreiung (*immunitas*) von Lasten und Anforderungen der heimischen Rechte durch die Landesherren zur Voraussetzung. Aufgrund dieses Hoheitsrechts, wegen ihrer Stellung als größte Grundherren und ihres Anspruchs auf das Eigentum am unbesiedelten Land sind die Greifen in Pommern, die Piasten in den polnischen Teilfürstentümern, die Přemysliden in Böhmen und Mähren, die Arpaden in Ungarn, die Herzöge von Steiermark und Kärnten, die Markgrafen von Krain sowie der Deutsche Orden in Preußen und später in Livland die wichtigsten Initiatoren des Landesausbaus ihrer Territorien geworden. Wegen der niedrigen Bevölkerungsdichte ihrer Länder zogen sie dazu deutsche, flämische und wallonische Siedler heran; neben Zielen der wirtschaftlichen Strukturverbesserung und Produktivitätssteigerung (Rentengrundherrschaft) verfolgten sie v. a. in der Frühzeit auch Interessen der Grenzsicherung und Herrschaftserweiterung. Dabei werden Elemente einer umfassenden Landesplanung sichtbar.

Einzelne frühe, weit in Grenzgebiete hinein vorgeschobene Siedelvorstöße zwangen zur Abkehr vom überkommenen System der breiten, bewaldeten Grenzsäume zwischen den Territorien. Daher bildete häufig deren Rodung und Besiedlung die erste Stufe der intensiven Kolonisation, besonders in Regionen mit zusätzlich hohem Anteil an kirchlichem und adligem Großgrundbesitz neben landesherrlichem Gut (Nord- und Südmähren, Südböhmen, Neisse-Ottmachauer Bistumsland/Ziemia otmuchowsko-nyska in Schlesien, westliches Großpolen). Als erster slawischer Fürst außerhalb des Reiches hat Herzog Heinrich/Henryk I. von Schlesien (1201–1238) in großer Zahl deutsche Bauern und Bürger anwerben lassen, die in einem komplexen System Städte mit Zentralortfunktionen als wirtschaftliche und rechtliche Mittelpunkte einer Gemeinschaft sowie einheitlich entworfene und angelegte Dörfer in deren Umkreis (Weichbildsystem) in den westlichen und südwestlichen Grenzgebieten Niederschlesiens in einem Gesamtumfang von 8.000 fränkischen Hufen gegründet

haben. Neben herzoglichen Lokatoren hat er dabei auch Klöster und Ritterorden eingesetzt, die entweder mit umfangreichen Landausstattungen begabt oder direkt in Grenznähe gegründet worden sind. In ähnlicher Weise waren vor der Jahrhundertmitte Zisterzienser, Prämonstratenser, Templer, Johanniter oder der Deutsche Orden in den Randzonen Böhmens und Mährens, an der pommersch-großpolnischen und der großpolnisch-schlesischen Grenze, in der Zips und in Siebenbürgen tätig. Damit und zusätzlich v. a. durch ihre Monopolstellung im hochmittelalterlichen Bildungs- und Fürsorgewesen ist der Kirche eine wichtige Rolle im Landesausbau des 13. Jahrhunderts zugewachsen. Seit dessen Ausgang haben Landesherren kirchliche Organisationen nur noch selten (Ostpommern) zu größeren Siedlungsaufgaben herangezogen.

Vorbildcharakter für den im 13. und 14. Jahrhundert ganz Ostmitteleuropa erfassenden Umgestaltungsprozess durch die Einführung der Rentengrundherrschaft als Ordnungselement des Landesausbaus gewann die großräumige Siedlungsplanung auf landesherrlichem Dominialbesitz (z. B. Erschließung des Beskidenvorlandes unter Herzog Wladislaus/Władysław von Oppeln [1246–1281] durch Siedler aus Niederschlesien), teilweise auch unter zielgerichteter Einbindung des Adels. So verliehen die ungarischen Könige in Westungarn an der umstrittenen Grenze zum Heiligen Römischen Reich weite Landgebiete an Magnaten zur Besiedlung nach deutschem Recht mit Kolonisten aus den Herzogtümern Österreich und Steiermark. Auch die Szekler, ein Turk-Volk, das sich schon früh den Magyaren angeschlossen hatte, wurden als privilegierte Grenzwächter sowohl im Westen als auch im Osten des Königreichs angesiedelt. Das südliche Kleinpolen (Karpatenvorland) und das östlich anschließende Rotreußen sind unter König Kasimir III. dem Großen/Kazimierz Wielki (1333–1370) durch schlesische und polnische Siedler erschlossen worden. Parallel zur weiteren Ausbreitung deutschrechtlicher Rodungssiedlungen im nördlichen Rotreußen (Ostpolen) seit 1370 durch polnische und ukrainische Kolonisten hat im Karpateninneren (oberhalb 500 m) die Besiedlung durch Walachen (Rumänen) und Ukrainer zu walachischem Recht eingesetzt (Anpassung des deutschen Rechts an eine hirtenbäuerliche Lebensweise).

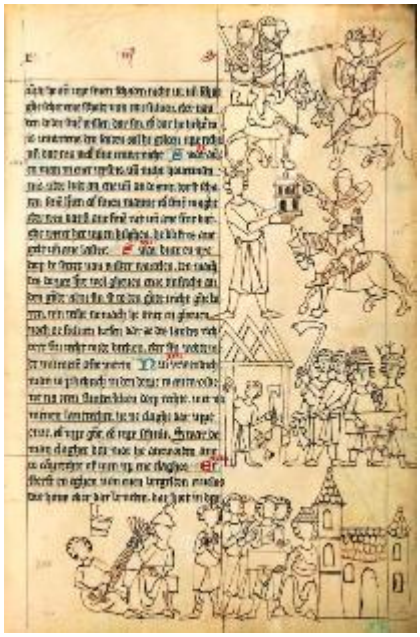
Verlief in all diesen Fällen die Kolonisation als reine Siedlereinwanderung bzw. -ausbreitung auf Initiative der Landes- und Grundherren in friedlichen Bahnen, so stehen - wie in den Jahrhunderten zuvor in den ursprünglich von slawischer Bevölkerung besiedelten Grenzmarken des Deutschen Reiches - im Ordensland Preußen Eroberung, Missionierung und Landesausbau in Zusammenhang. Zwar wurden Teile der prußischen Bevölkerung vernichtet, die unterworfenen und christianisierten Adligen und Bauern aber gemeinsam mit deutschen Siedlern in das Konzept der Kultivierung einbezogen. Da der Deutsche Orden das Obereigentum am Grundbesitz beanspruchte, konnte er weitgehend die Siedlung lenken, die im Kulmer Land/Ziemia Chełmińska (Kulmer Handfeste 1233) einsetzte, bis zum Ende des 13. Jahrhunderts den Nordrand von Pomesanien erreichte und sich im 14. Jahrhundert auf die "Große Wildnis" (später Masuren) ausdehnte. Organisiert wurde sie von Ordenskomturen und Dienstgutinhabern. In den südlichen Landesteilen haben im 15. Jahrhundert auch slawische Kleinadlige und Bauern an der Rodung des Waldes teilgenommen.

Das ursprüngliche Bestreben der Landesherren, die einheimische Bevölkerung in der alten Rechts- und Sozialstruktur zu halten, ist in der Regel nach wenigen Jahrzehnten aufgegeben worden. Durch die Verleihung des emphyteutischen Siedelrechts (Vergabe von Grund und Boden zu Erbpacht) an slawische und prußische Bauern ist eine einheitliche, unabhängigere Bauernschicht entstanden, große Teile des Altsiedellandes sind durch Reorganisation der bäuerlichen Wirtschaft, Einführung der Hufenverfassung, die Ausbreitung der neuen Dorftypen und das Vordringen des Städtewesens tiefgreifend umgestaltet worden. In manchen Gebieten haben sich jedoch Reste der vorkolonisatorischen Agrarverhältnisse erhalten. Während in Pommern und Preußen, im westlichen Polen, in Schlesien und Mähren neben

einheimischen auch deutsche Bauern im Altsiedelland eingesetzt worden sind, fehlen diese in den zu deutschem Recht umgesetzten Dörfern in Innerböhmen, Zentralpolen und Innerungarn fast völlig. Die Ausweitung der landwirtschaftlichen Nutzfläche war begleitet von einer Intensivierung und Spezialisierung der Agrarproduktion ("Vergetreidung", Produktion für den Markt bis zum überregionalen Handel), deren gewaltige Steigerung (bis zu 150%) die Bevölkerungsvermehrung (bis zum Fünffachen) und die Entfaltung des Städtewesens ermöglicht hat. Im Zuge des intensivierten Landesausbaus sind auch ein allgemeiner Ausbau der Kirchenorganisation in den einzelnen Territorien, eine erhebliche Vermehrung der Zahl der Niederkirchen und eine fortschreitende Verdichtung des Pfarreinetzes zu beobachten, ohne dass freilich die Ursachen dafür allein in der deutschrechtlichen Besiedlung zu suchen wären.

Städtegründungen

Die enge Verflechtung von ländlicher und städtischer Siedlung stellt einen wesentlichen Aspekt des Landesausbaus dar. Nur bei Siedlung "aus wilder Wurzel" kann man von einer einfachen Übertragung der abendländischen Stadt als ausgebildeter Form sprechen; in den alten Märkten, an deren Stelle oder in deren unmittelbarer Nachbarschaft Stadtgründungen vorgenommen wurden, waren vielfach Voraussetzungen für die Entfaltung des neuen urbanen Systems gegeben. Qualitativ standen die deutschrechtlichen Städte auf rechtlicher (Selbstverwaltung, eigene Rechtsprechung), wirtschaftlicher (Handelsprivilegien, Handwerkervorrechte, Nahmarktfunktionen) und sozialer Ebene (bürgerliche Freiheit) freilich auf einer höheren Stufe, siedlungstechnisch waren sie vorwiegend am Zentralmarktschema ("Ring", Gitter- oder Rastermuster) orientiert. Die frühe Gewährung ethnischer Gruppenrechte durch die Landesherren für deutsche, romanische oder jüdische Untertanen (z. B. Herzog Soběslav von Böhmen 1176/78 für die Prager Deutschen) enthält bereits Züge späterer Stadtrechtsverleihungen.



Deutsche Ostsiedlung um 1300. Szene aus der Oldenburger Bilderhandschrift des Sachsenspiegels, 1336. [Landesbibliothek Oldenburg, Cim 410 l, fol 87r, Leihgabe der Niedersächsischen Sparkassenstiftung]

Als zentrales Element des Lokationsvorgangs haben diese häufig eine Etappe oder den Endpunkt einer langgestreckten Entwicklung mit gesellschaftsstruktureller Annäherung eingesessener Bevölkerung und deutscher Zuwanderer gebildet, mitunter blieb die alte Marktsiedlung mit ihren weltlichen oder geistlichen Besitzern und deren Untertanen neben der Lokationsstadt bestehen, bis der topographisch-ethnische Dualismus durch eine Stadterweiterung ausgeglichen wurde. Die Rechtseinheit in den einzelnen Territorien ist durch die Entstehung von Stadtrechtslandschaften und die Einrichtung von Oberhöfen zur Einholung von Rechtsbelehrungen gewährleistet worden: Lübisches Recht an der Ostseeküste, Magdeburger Recht mit Unterformen (z. B. Kulmer, Neumarkter, Leitmeritzer, Olmützer Recht/prawo chełmińskie, średzkie; litoměřické, olomoucké právo) von Preußen bis Nordböhmen und -mähren sowie süddeutsche Rechte (Nürnberg, Wien) mit Unterformen (v. a. Egerer, Prager, Brünner Recht/chebské, pražské, brněnské právo) in Böhmen, Mähren und Ungarn.

Haben zuerst eindeutig wirtschaftliche Interessen - Bergstädte (z. B. Goldberg/Złotoryja und Löwenberg/Lwówek Śląski in Schlesien, Freudenthal/Bruntál, Iglau/Jihlava und Leobschütz/Głubczyce in Mähren) und große Fernhandelszentren (z. B. Breslau, Posen, Krakau) gehören zu den frühesten Lokationen - dominiert, so sind bald auch Ziele der Landesverteidigung und administrative Notwendigkeiten für die Gestaltung und den Ausbau des Städtenetzes bedeutsam geworden. In den intensivsten Phasen der Kolonisation im 13. Jahrhundert waren daher die Städtegründungen fast ganz in landesherrlicher Hand konzentriert; lediglich zu Beginn und dann in zunehmendem Maße seit dem 14. Jahrhundert entstanden daneben bischöfliche, klösterliche und Adelsstädte (v. a. in Polen). Die planerische Energie der Landesherren wird in zahlreichen Eingriffen in kirchliche oder adlige Besitzrechte, in einigen Fällen auch in Zwangstauschaktionen oder Stadtverlegungen sichtbar. Auf der anderen Seite verhinderte die enge Bindung an den Stadtherrn das Entstehen freier Reichsstädte wie in Deutschland; eine gewisse Sonderstellung konnten immerhin eine Reihe von Städten an der Ostseeküste durch ihre Einbeziehung in die Wirtschafts- und Rechtsstrukturen der Hanse oder Breslau als Inhaber der Landeshauptmannschaft des gleichnamigen Herzogtums erlangen. Im besonders dicht besiedelten Schlesien betrug der mittlere Abstand zwischen den Städten 14–20 km, der größte Teil erfüllte Weichbildfunktionen für durchschnittlich 15–20 Dörfer; dagegen haben an der östlichen und südöstlichen Peripherie Ostmitteleuropas wegen des Fortbestehens von Märkten ohne formales Stadtrecht stadtarme Bereiche fortbestanden.

In allen Rechts- oder institutionellen Städten des 13. Jahrhunderts waren die Ober- und der größte Teil der Mittelschicht deutscher Herkunft, sodass selbst in Gebieten ohne größere deutsche Bauernsiedlung (neben Innerböhmen, Zentralpolen und Innerungarn auch Altlivland, Südsteiermark und Krain) deutsche Zentren entstanden. In den städtischen Unterschichten dürfte zumindest im Altsiedelland die eingesessene Bevölkerung in der Mehrheit gewesen sein, sodass gelegentlich soziale und nationale Gegensätze des Spätmittelalters einander bedingt haben.

Seit dem 14. Jahrhundert hat ein sprachlicher und sozialer Ausgleichs- und Assimilierungsprozess eingesetzt, durch den bis zum Beginn der Neuzeit der Großteil Pommerns, die nördlichen Teile Preußens, die Neumark, Schlesien links der Oder, die böhmisch-mährischen Randgebiete, die Obersteiermark und Kärnten bis auf kleine Reste deutsch-, das östliche Oberschlesien und das südliche Kleinpolen wieder polnischsprachig geworden sind; daneben haben sich kleine deutsche Sprachinseln (z. B. in Galizien; Iglau; Hauerland; Gottscheer Land/Kočevska in der Krain) und Mischzonen mit Zweisprachigkeit erhalten.

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Robert Bartlett: The Making of Europe. Conquest, Colonization and Cultural Change, 950-1350. Princeton 1993. Dt. Ausgabe: Die Geburt Europas aus dem Geist der Gewalt. Eroberung, Kolonisierung und kultureller Wandel von 950 bis 1350. München 1998.
- Felix Biermann, Günter Mangelsdorf (Hg.): Die bäuerliche Ostsiedlung des Mittelalters in Nordostdeutschland. Untersuchungen zum Landesausbau des 12. bis 14. Jahrhunderts im ländlichen Raum. Frankfurt/M. u.a. 2005 (Greifswalder Mitteilungen 7).
- Lothar Dralle: Die Deutschen in Ostmittel- und Osteuropa. Ein Jahrtausend europäischer Geschichte. Darmstadt 1991.
- Peter Erlen: Europäischer Landesausbau und mittelalterliche deutsche Ostsiedlung. Ein struktureller Vergleich zwischen Südwestfrankreich, den Niederlanden und dem Ordensland Preußen. Marburg 1992 (Historische und landeskundliche Ostmitteleuropa-Studien 9).
- Eike Gringmuth-Dallmer: Die hochmittelalterliche Ostsiedlung in vergleichender Sicht. In: Siedlungsforschung 24 (2006), S. 99-121.
- Charles Higounet: Die deutsche Ostsiedlung im Mittelalter. Berlin 1986.
- Jiří Kejř: Vznik městského zřízení v českých zemích. Praha 1998. Dt. Ausgabe: Die mittelalterlichen Städte in den böhmischen Ländern. Gründung - Verfassung - Entwicklung. Köln u. a. 2010 (Städteforschung A 78).
- Adrienne Körmendy: Melioratio terrae. Vergleichende Untersuchungen über die Siedlungsbewegung im östlichen Mitteleuropa im 13.-14. Jahrhundert. Poznań 1995 (Prace Komisji Historycznej, Poznańskie Towarzystwo Przyjaciół Nauk 48).
- Dorota Leśniewska: Kolonizacja niemiecka i na prawie niemieckim w średniowiecznych Czechach i na Morawach w świetle historiografii [Die deutsche und deutschrechtliche Kolonisation im mittelalterlichen Böhmen und Mähren im Lichte der Historiographie]. Poznań, Marburg 2004 (Prace Komisji Historycznej, Poznańskie Towarzystwo Przyjaciół Nauk 61).
- Jan M. Piskorski (Hg.): Historiographical Approaches to Medieval Colonization of East Central Europe. A Comparative Analysis against the Background of other European Inter-Ethnic Colonization Processes in the Middle Ages. Boulder, New York 2002 (East European Monographs 611).
- Jan M. Piskorski: Kolonizacja wiejska Pomorza Zachodniego w XIII i w początkach XIV wieku na tle procesów osadniczych w średniowiecznej Europie [Die ländliche Kolonisation Pommerns im 13. und beginnenden 14. Jahrhundert vor dem Hintergrund der Siedlungsprozesse im mittelalterlichen Europa]. Poznań 1990 (Prace Komisji Historycznej, Poznańskie Towarzystwo Przyjaciół Nauk 41).
- Eduard Mühle (Hg.): Rechtsstadtgründungen im mittelalterlichen Polen. Köln u. a. 2011 (Städteforschung A 81).
- Walter Schlesinger (Hg.): Die deutsche Ostsiedlung des Mittelalters als Problem der europäischen Geschichte. Reichenau-Vorträge 1970-1972. Sigmaringen 1975 (Vorträge und Forschungen 18).
- Armin Volkmann: Mittelalterliche Landeserschließungen und Siedlungsprozesse in der unteren Wartheregion (Woj. Zachodnio-Pomorskie, Lubuskie und Wielkopolskie bzw. ehemalige Neumark). Langenweißbach 2006 (Beiträge zur Ur- und Frühgeschichte Mitteleuropas 44).
- Thomas Wünsch: Ostsiedlung in Rotrußland vom 14.–16. Jahrhundert - Problemaufriß für die kulturgeschichtliche Erforschung eines Transformationsprozesses in Ostmittel-

europa (mit besonderer Berücksichtigung der terra Halicz). In: Österreichische Osthefte 41 (1999), S. 47-82.

Zitation

Winfried Irgang: Mittelalterlicher Landesausbau/Ostsiedlung. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/55332.html (Stand 12.06.2012).

P

Patenschaften

1. Genese

Begriffsgeschichte

Das säkulare Phänomen der Patenschaften zwischen westdeutschen und ehemaligen ostdeutschen Städten, Gemeinden und Kreisen sowie über Schulen und landsmannschaftliche Verbände der Flüchtlinge, Vertriebenen und Aussiedler entstand in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Rhetorisch allerdings knüpften ihre Initiatoren an Vorläufer aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg an. Als Bezugspunkt diente insbesondere die Organisation der „Ostpreußenhilfe“, welche finanziellen Beistand für die im Ersten Weltkrieg zerstörten ostpreußischen Städte und Gemeinden bot. Städtisch bzw. regional organisierte Kriegshilfevereine des Deutschen Reiches sammelten Geld für den Wiederaufbau, aber auch für Maßnahmen zur Erhaltung des so genannten „Deutschtums“. In diesem Kontext sprach man bereits um 1915 von ‚Paten‘. Auch so genannte „Schutzvereinspatenschaften für Gemeinden oder Schulen in den Grenzlanden“, die von Deutschtumsverbänden zu Beginn des 20. Jahrhunderts insbesondere in Regionen des ehemaligen Österreich-Ungarns initiiert worden waren, dienten als Anknüpfungspunkte für die Patenschaften nach dem Zweiten Weltkrieg. Diese Form der retrospektiven Traditionalisierung stützte sich auf die Idee der Protektion innerhalb einer so genannten „Schicksalsgemeinschaft“ und förderte die nationale Identitätskonstruktion in der Nachkriegszeit besonders durch die Integrationsmaßnahme, die in der Bundesrepublik Deutschland auch als „West-ostdeutsches Patenschaftswerk“ bekannt war.



Patenschaftsecke in der Heimatstube Sensburg (heute poln. Mrągowo). [Archiv Gerhart-Hauptmann-Haus, Düsseldorf]

Träger, Gebrauch

In Abgrenzung zu den internationalen Städtepartnerschaften sind die Städtepatenschaften den Organisationen der deutschen Flüchtlinge, Vertriebenen und Aussiedler mit Bezug zum Herkunftsort vorbehalten. Neben dem Begriff der Patenschaften spricht man in Bayern auch

von Obhutsverhältnissen. Bezogen auf Landespatenschaften findet sich zudem der Begriff der Schirmherrschaft.

Das „West-ostdeutsche Patenschaftswerk“ zwischen westdeutschen Gemeinden und den Flüchtlings- bzw. Vertriebenenverbänden ist zu unterscheiden vom „Patenschaftswerk West – Ost“, das, vom Hilfswerk der evangelischen Kirche 1949 gegründet, der Nothilfe für die Sowjetische Besatzungszone bzw. die Deutsche Demokratische Republik diente.

Fremdsprachige Entsprechungen

Englisch: patronage, sponsorship

2. Definition

Die ersten Patenschaften nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden zunächst ohne einen konkreten historischen Bezug etwa zur Ostpreußenhilfe, sondern vielmehr mit dem Ziel, die Gemeinschaften der Flüchtlinge und Vertriebenen zu unterstützen, Sammelstellen für gerettete Akten und Materialien zu schaffen, aber vornehmlich auch um administrative Strukturen der früheren Gebietskörperschaften fortzuführen und somit symbolisch die bestehenden Territorialansprüche zu unterstützen. Zu den frühesten Patenschaften zählten die Verbindung Erlangens mit der Brüxer Heimatgemeinschaft (1949) und Goslars patenschaftliche Beziehung zu Brieg bzw. den Brieger Bürgern (1950). Letztere gilt offiziell als die erste „ost-westdeutsche Städtepatenschaft“.



Gedenkstein der Patenstadt Peine für Falkenberg (heute poln. Niemodlin).
[Foto: Regina Löneke]

Mit dem Gründungsschwerpunkt in den 1950er Jahren entstanden insgesamt ca. 400 Patenschaften, darunter auch einige wenige „Erneuerungen“ früherer Beziehungen zwischen ostpreußischen und westdeutschen Gemeinden sowie Patenschaften zwischen Bundesländern und Landsmannschaften. Sie wurden zumeist öffentlichkeitswirksam im Rahmen einer Festveranstaltung verkündet und mit einer Patenschaftsurkunde bestätigt. Für ihre Einrichtung und Ausgestaltung konnte auf „Richtlinien […] für die Übernahme von Patenschaften“ sowie „für die Pflege ostdeutscher Kulturwerte und für die kulturelle Betreuung der Heimatvertriebenen“ zurückgegriffen werden, die bundesweit unter dem Sammelbegriff Patenschaftsrichtlinien Verbreitung fanden. Sie vermittelten ein Repertoire an Gestaltungsmöglichkeiten, deren Einzelmaßnahmen wie beispielsweise das Führen von Heimatkarteien, die

Einrichtung von Heimatstuben oder die Benennung von Straßen nach „ostdeutschen Gemeinden“ anfangs selbstverständlich vonwestdeutschen Stadtverwaltungen aufgegriffen und seitens der Vertriebenenverbände oftmals auch eingefordert wurden. Diese Standards führten bundesweit zu recht einheitlichen Erscheinungsformen in der patenschaftlichen Gedenkkultur. Finanziert wurden und werden sie im Rahmen der Kulturförderung nach § 96 Bundesvertriebenengesetz durch die Bundesländer, die den Kreisen, Kommunen und Gemeinden entsprechende Mittel zur Verfügung stellten. Mit der Erfüllung ihrer Integrationsaufgabe, dem Zurücktreten der Erlebnisgeneration sowie dem politischen Bedeutungsverlust werden Patenschaften seit den 1980er Jahren zunehmend auf lokaler Ebene gekündigt oder zu Partnerschaften mit den heutigen Kommunen, Gemeinden und Kreisen umgebildet.

3. Kontroversen

Kritik an den Patenschaften, dem damit verbundenen Gedenkwesen und der politischen Einstellung ihrer Akteure wurde bereits Ende der 1950er Jahre geübt. Besonders in den 1970er und 1980er Jahren galten sie als revanchistische oder zumindest revisionistische Machtmittel, da innerhalb der Patenschaften der Anspruch auf ehemalige Gebiete trotz der abgeschlossenen Ostverträge weiter aufrechterhalten wurde.

Parallel zu den bestehenden Städtepatenschaften im Kontext der Flüchtlings- und Vertriebenenfürsorge entwickelten sich seit den 1970er Jahren teils gegen den Willen oder zumindest in Konkurrenz zu den Vertriebenenverbänden neue Partnerschaften mit den Städten in Ost- und Ostmitteleuropa. Die Vertriebenenverbände behielten sich bezüglich der neuen Verbindungen ein Einspruchsrecht vor. Einerseits befürchteten ihre Funktionäre die Verdrängung der Patenschaften und wehrten sich dagegen unter dem Motto „Patenschaften sind unkündbar“. Andererseits kritisierten sie die damit verbundene Anerkennung der Kommunen als nicht mehr dem Deutschen Reich angehörig. Ihrer Ansicht nach widersprach dies den patenschaftlichen Vereinbarungen, in denen die Rückkehr der Flüchtlinge und Vertriebenen und ein geeintes Deutschland gefordert wurden. Im Gegensatz dazu vermittelten und förderten viele Heimatortsgemeinschaften insbesondere aus Südosteuropa diese partnerschaftlichen Verbindungen.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung: In der Obhut Bayerns. Sudeten- und ostdeutsche Patenschaften im Freistaat Bayern. München [1989].
- K. Erik Franzen: Der vierte Stamm Bayerns. Die Schirmherrschaft über die Sudetendeutschen 1954-1974. München 2010 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 120).
- Alfons Perlick: Das West-Ostdeutsche Patenschaftswerk in Nordrhein-Westfalen. Geschichte, Berichte und kulturelle Aufgaben. Mit einem Verzeichnis der west-ostdeutschen Patenschaften in der Bundesrepublik. Düsseldorf 1961 (Schriftenreihe für die Ost-West-Begegnung, Kulturheft 38).
- Hans-Georg Pütz: Gumbinnen heißt heute Gusev. Bielefelds Patenschaft mit Gumbinnen - Ein Kind des Revanchismus. Bielefeld 1986.
- Ute Reichert-Flögel: Ostdeutsche Patenschaften heute. [Bonn 1988].

Zitation

Cornelia Eisler: Patenschaften. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2011. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/53907.html (Stand 23.11.2011).

Peuplierung (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Pfingstler → Freikirchen (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Polonisierung → Assimilation

Siehe Assimilation

Pommern (Gruppe) → Pommern

Siehe Pommern (Regionen)

Potsdamer Abkommen (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Prager Deutsche → Prag/Praha (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Preußische Union (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Privilegierungen (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Protestanten

Inhalt

siehe:

Adventisten (noch leer)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Anabaptisten (noch leer)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Augsburger Bekenntnis (A.B.) (noch leer)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Baptisten (noch leer)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Böhmische Brüder

Siehe Böhmische Brüder

Calvinisten (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Freikirchen (noch leer)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Helvetisches Bekenntnis H.B. (noch leer)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Hugenotten (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Hussiten

Siehe Hussiten

Kryptoprotestanten (noch leer)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Lutheraner (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Mennoniten (noch leer)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Methodisten (noch leer)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Pfingstler (noch leer)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Reformation (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Schwenckfelder (noch leer)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Utraquisten

Siehe Utraquisten

Publikationsstelle Berlin-Dahlem

1. Kurzbeschreibung der Institution



Außenansicht des Geheimen Preußischen Staatsarchivs in der Archivstraße 12–14 (undat., vermutl. Mitte der 1930er Jahre) [GStA PK, IX. HA Bilder, SPAE, VII Nr. 1486, Bl. 1].

Aus einem 'Forschungs-' bzw. 'Publikationsfond' beim Staatsarchiv für die Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen hervorgegangen, war die Publikationsstelle seit 1932 beim Preußischen Geheimen Staatsarchiv in Berlin-Dahlem angesiedelt.[1] Sie unterstand zunächst direkt dem Generaldirektor der preußischen Staatsarchive, Albert Brackmann (1871–1952). Nach dessen Ablösung und Versetzung in den Ruhestand[2] wurde die Leitung 1936 seinem engen Mitarbeiter Johannes Papritz (1898–1992) übertragen. Ihr Ziel war es, "das in- und ausländische Schrifttum zur Landes- und Volksforschung zu beobachten und die interessierten Dienststellen und wissenschaftlichen Einrichtungen durch Berichte und Übersetzungen

zu unterrichten, sowie Unterlagen über Volkstumsfragen und zur Landeskunde in Form von Statistiken, Karten und Verzeichnissen vornehmlich für den Dienstgebrauch zur Verfügung zu stellen"[3] – Material, das im Zweiten Weltkrieg für die Vernichtungspolitik im Osten genutzt werden konnte. Im Zuge der Aufarbeitung der Rolle der 'Ostforschung' in der NS-Diktatur wurden so auch einige Wissenschaftler aus dem Umfeld der Publikationsstelle als "Vordenker der Vernichtung"[4] bewertet. Insgesamt wird man die Publikationsstelle eher sehen können als einen "Baustein zur revisionistisch orientierten Wissenschaftswelt des Nationalkonservativen Brackmann, der sich allerdings im 'Abwehrkampf' gegen vermeintliche […] polnische und andere Ansprüche Ende der 1930er Jahre und erst recht im Krieg radikalisierte."[5]

2. Aufgaben

Die Aufgabe der Publikationsstelle bestand zunächst vorrangig in der Beobachtung und Bewertung der polnischen wissenschaftlichen Forschung über die deutschen Ostgebiete.[6] Dazu traten die Förderung eigener Forschungsarbeiten sowie die Übersetzung der Tagespresse und wissenschaftlicher Studien aus Polen und, später, anderen ost- und ostmitteleuropäischen Ländern. Die Mitarbeiter fertigten darüber hinaus Kartenmaterial und Bevölkerungskarteien an, sie erfassten slawische Ortsnamen im Deutschen Reich und erarbeiteten Vorschläge zu deren Umbenennung. Diese Tätigkeiten waren nur für den Dienstgebrauch deutscher Ministerien und nachgeordneter Verwaltungsbehörden, mit Ausbruch des Zweiten Weltkrieges auch für das Militär bestimmt. Als Geschäftsstelle der Nordostdeutschen (später Nord- und Ostdeutschen) Forschungsgemeinschaft (NOFG)[7] bereitete die Publikationsstelle zudem deren Konferenzen vor, organisierte Forschungsreisen und wirkte bei der Vorbereitung von Ausstellungen mit. Daneben entfaltete sie auch eine öffentlich wirksame Publikationstätigkeit. Ausgangspunkt hierfür war ein Sammelband aus Anlass des Internationalen Historikerkongresses in Warschau/Warszawa im Sommer 1933,[8] der die Positionen der deutsch-nationalen Geschichtsschreibung darstellen sollte. Darüber hinaus wurden u. a. die Schriftenreihe *Deutschland und der Osten* (ab 1936) und die Zeitschrift *Jomsburg* (ab 1937) begründet und bis 1943 veröffentlicht. Eine Festschrift zum 70. Geburtstag von Brackmann[9] versammelte "auf dem Höhepunkt des deutschen Vernichtungskrieges"[10] in zwei Bänden programmatische Texte zur 'Ostforschung'.

3. Organisation



Albert Brackmann (um 1930) [GStA PK,
IX. HA Bilder, SPAE, VII Nr. 1823, Bl. 1].

Neben Brackmann und Papritz nahm Wolfgang Kohte (1907–1984) als Stellvertreter von Papritz eine wichtige Leitungsrolle in der Publikationsstelle ein. Der Mitarbeiterbestand stieg über die Jahre ständig an. Aus einem anfänglichen Brackmann'schen 'Einmannunternehmen' wurde eine Dienststelle, die im Januar 1935 bereits 20, im Februar 1943 über 50 und zum Kriegsende nominell mehr als 60 Mitarbeiter aufwies.[11] Den wissenschaftlichen Angestellten und Stipendiaten war dabei jeweils ein Land bzw. eine Region zur "Beobachtung" zugeteilt, parallel arbeiteten sie an wissenschaftlichen Veröffentlichungen und arbeiteten den verschiedenen Karteien zu. Daneben existierten eine Bücherei, eine Zeitschriften- und Handschriftenabteilung, eine Kartenabteilung und eine Bildersammlung.[12]

4. Geschichte

Die Publikationsstelle war zunächst direkt dem Preußischen Geheimen Staatsarchiv unterstellt. Ihre Gründung geht auf das von Brackmann Mitte 1931 initiierte 'Ostprogramm der preußischen Archivverwaltung' zurück.[13] Beim Geheimen Staatsarchiv wurde damit ein "institutionelles Zentrum"[14] der Ostforschung geschaffen, das sich freilich zunehmend in Konkurrenz zu anderen Einrichtungen befand.[15] Gleichwohl nahm die Publikationsstelle "eine zentrale Funktion bei allen deutsch-polnischen Auseinandersetzungen im Bereich der Vergangenheitskritik und der Behandlung von Fragen polnischer Territorialansprüche ein."[16] Die dezidiert politische Zielsetzung ihrer Arbeit wurde von Brackmann immer wieder betont, sie solle "wesentlich nur den Problemen des deutschen Volkstumskampfes gelten; sie ist wesentlich für die Auseinandersetzung mit Polen gedacht; diesem Zweck verdankt sie ihren Ursprung und für diesen Zweck ist sie auch von den politischen Behörden bestimmt."[17] Diese Zielsetzung kam auch innerhalb des Reiches zum Ausdruck, etwa im Bemühen der Publikationsstelle, Einfluss auf die Forschungsarbeit zum sorbischen Volk in der Ober- und Niederlausitz zu nehmen. Sie unterstützte dabei die Politik des NS-Regimes, die Sorben zur Assimilation zu zwingen.[18]



Villa in der Gelfertstraße 11, Dienstsitz der Publikationsstelle ab 1938/39 [J. Hoffmann, A. Megel, R. Parzer, H. Seidel (Hg.): Dahlemer Erinnerungsorte, Berlin 2007 (Geschichtswissenschaft 11), S. 228].

Die Finanzierung erfolgte durch das preußische und das Reichsministerium des Innern. Einfluss nahm ebenfalls das Auswärtige Amt, das in die 'Volkstumsarbeit' mit involviert war. 1934 wurden der Publikationsstelle und namentlich Papritz die Geschäftsführung der neu gegründeten NOFG übertragen, die ihre Arbeit in weitgehender personeller Übereinstimmung mit der Publikationsstelle vollzog. 1938/39 erfolgten die Herauslösung aus der preußischen Archivverwaltung und die direkte organisatorische Unterstellung unter das Reichs-

ministerium des Innern, Abteilung VI (Deutschtum). Auch räumlich wurde die Publikationsstelle vom Staatsarchiv getrennt und zog aus der Archivstraße 12–14 in die Gelfertstraße 11 um.

Während des Krieges nahmen besonders die Arbeiten an Kartenmaterial weiter zu. Einen starken zahlenmäßigen Anstieg erfuhren auch statistische Veröffentlichungen zu Volkstums- und Verwaltungsfragen in Osteuropa. Mitarbeiter der Publikationsstelle waren an den Grenzziehungskommissionen für die "Reichsgaue" Sudetenland, Danzig-Westpreußen und Wartheland beteiligt. Darüber hinaus befassten sie sich mit der Verbringung von Archivgut ins Reich, Papritz leitete die "Deutsche Archivkommission für Estland und Lettland".[19] Zugleich profitierte die Einrichtung stark von den kulturellen Beutezügen des 'Einsatzstabes Reichsleiter Rosenberg' in Ost-, aber auch in Westeuropa. So wurde ihr beispielsweise 1940 die Bibliothèque Polonaise aus Paris vorläufig zur Verfügung gestellt. Eigentlich für Rosenbergs nie endgültig verwirklichte "Hohe Schule" bestimmt, sollte die Publikationsstelle die etwa 130.000 Bände umfassende Sammlung zunächst erschließen und für ihre eigene Arbeit wissenschaftlich auswerten, was unter den Bedingungen des Kriegs jedoch nicht vollständig vollzogen werden konnte.

1943 wurde die Publikationsstelle der Abteilung III des Reichssicherheitshauptamtes angegliedert. Sie hatte nun direkt etwa dem Sicherheitsdienst des Reichsführers-SS zuzuarbeiten und war u. a. mit der Auswertung politischen Materials über polnische und tschechische Exilorganisationen beschäftigt. Die Diensträume in Berlin-Dahlem waren aufgrund von Bombenschäden ab November 1943 nicht mehr nutzbar, sodass bis Januar 1944 die Verlegung der Bestände der Publikationsstelle nach Bautzen folgte. Dieses kurze Intermezzo dauerte bis Frühjahr 1945, als Coburg schließlich zum letzten offiziellen Sitz der Einrichtung werden sollte.[20] Die verbliebenen Bücherbestände wurden durch die US-Armee konfisziert und 1948 nach Washington in die Kongressbibliothek verbracht. Ein Teil davon gelangte Anfang der 1960er Jahre in die Bibliothek des Marburger Herder-Instituts. Die erhalten gebliebenen Aktenbestände wurden von Papritz zunächst im Staatsarchiv Marburg deponiert und 1979 an das Bundesarchiv übergeben.

5. Bibliographische Hinweise

Quellen

- Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (BArch) R 153: Publikationstelle Berlin-Dahlem, 1931–1945.
- Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin-Dahlem (GSta PK), VI. Hauptabteilung, Rep. 92: Nachlass Albert Brackmann.
- Hessisches Staatsarchiv Marburg (StAM) 340: Nachlass Johannes Papritz.
- Archivschule Marburg (ArS MR) 1: Nachlass Johannes Papritz.

Literatur[21]

- Martin Burkert: Die Ostwissenschaften im Dritten Reich. Teil 1: Zwischen Verbot und Duldung. Die schwierige Gratwanderung der Ostwissenschaften zwischen 1933 und 1939. Wiesbaden 2000 (Forschungen zur osteuropäischen Geschichte 55), S. 139-180, 323-354, 519-583, 686-724.
- Michael Burleigh: Germany Turns Eastwards. A Study of Ostforschung in the Third Reich. Cambridge u. a. 1988, passim.

- Gabriele Camphausen: Die wissenschaftliche historische Russlandforschung im Dritten Reich 1933–1945. Frankfurt/M. u. a. 1990 (Europäische Hochschulschriften, Reihe 3: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften 418), S. 182-212.
- Michael Fahlbusch: Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik? Die ‚Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften' von 1931–1945. Baden-Baden 1999, S. 212-223, 556-575.
- Frank Förster: Die ‚Wendenfrage' in der deutschen Ostforschung 1933–1945. Die Publikationsstelle Berlin-Dahlem und die Lausitzer Sorben. Bautzen 2007 (Schriften des Sorbischen Instituts 43), S. 107-117, 198-213.
- Ingo Haar: Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der ‚Volkstumskampf' im Osten. Göttingen 2000 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 143), passim.
- Bernard Piotrowski: Propaganda i nauka niemiecka w III Rzeszy o Polsce i Europie Wschodniej na przykładzie berlińskiej Publikationsstelle [Deutsche Propaganda und Wissenschaft über Polen und Osteuropa im Dritten Reich am Beispiel der Berliner Publikationsstelle]. In: Studia Historica Slavo-Germanica 13 (1984), S. 129-162.
- Helmut Wilhelm Schaller: Die ‚Publikationsstelle Berlin-Dahlem' und die deutsche Osteuropaforschung in der Zeit von 1933 bis 1945. In: Historische Mitteilungen 20 (2008), S. 193-216.
- Thomas Schöbel: Albert Brackmann und die Publikationsstelle Berlin-Dahlem. In: Jessica Hoffmann, Anja Megel, Robert Parzer, Helena Seidel (Hg.): Dahlemer Erinnerungsorte. Berlin 2007 (Geschichtswissenschaft 11), S. 229-243.

Anmerkungen

[1] Eine knappe Einführung zur Publikationsstelle bietet Jörg Hackmann: Deutsche Ostforschung und Geschichtswissenschaft. In: Jan M. Piskorski, Jörg Hackmann, Rudolf Jaworski (Hg.): Deutsche Ostforschung und polnische Westforschung im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik. Disziplinen im Vergleich. Mit einem Nachwort von Michael Burleigh. Osnabrück, Poznań 2002 (Deutsche Ostforschung und polnische Westforschung 1), S. 25-45, hier S. 34-36. Sie firmierte auf dem offiziellen Briefpapier als 'Preußisches Geheimes Staatsarchiv, Publikationsstelle' oder 'Publikationsstelle beim Preußischen Geheimen Staatsarchiv', später nur noch als 'Publikationsstelle'. In der Forschung hat sich die Bezeichnung durchgesetzt, die hier auch im Titel verwendet wird. Die gängige Kurzbezeichnung lautete 'Pu.-Ste.' oder ‚PuSte'. Vgl. demnächst ausführlich Martin Munke: "… die Interessen des deutschen Volkstums zu stützen und zu fördern". Die Publikationsstelle Berlin-Dahlem 1931/33 bis 1943/47. In: Sven Kriese (Hg.): Archivarbeit im und für den Nationalsozialismus. Die Preußischen Staatsarchive vor und nach dem Machtwechsel von 1933 (Veröffentlichungen aus den Archiven Preußischer Kulturbesitz, Beiheft 13) (in Vorbereitung, erscheint 2014)

[2] Dazu direkt Michael Burleigh: Albert Brackmann (1871–1952) Ostforscher. The Years of Retirement. In: Journal of Contemporary History 23 (1988), H. 4, S. 573-588. Brackmann nahm gleichwohl weiterhin eine wichtige Rolle ein, Papritz erstattete dem "Herrn Generaldirektor" regelmäßig Bericht.

[3] Bundesarchiv (im Folgenden: BArch) R 153/6, Aufgabenkreis und gegenseitiges Verhältnis der Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften und Publikationsstellen sowie der Berliner Geschäftsstelle, Abschrift vom 27. März 1942.

[4] Die Begrifflichkeit wurde geprägt von Götz Aly, Susanne Heim: Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung. Hamburg

1990. In der Untersuchung konkreter Beiträge darüber hinausgehend Fahlbusch: Wissenschaft und Haar: Historiker. Die Gegenposition, die die beteiligten Wissenschaftler als Opfer des NS-Regimes sieht, wird markiert von Burkert: Die Ostwissenschaften. Für eine kritische Einordnung der Beiträge von Fahlbusch, Haar und Burkert vgl. instruktiv Eduard Mühle: Ostforschung und Nationalsozialismus. Kritische Bemerkungen zur aktuellen Forschungsdiskussion. In: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 50 (2001), S. 256-275.

[5] Sven Kriese: Kampf um die "richtige" Nachkriegsforschung. Albert Brackmanns Zentralstelle für Nachkriegsgeschichte im Konflikt mit Erich Otto Volkmanns militärgeschichtlicher Nachkriegsforschung. In: Hans-Christof Kraus (Hg.): Das Thema ‚Preußen' in Wissenschaft und Wissenschaftspolitik vor und nach 1945. Berlin 2013 (Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte. Neue Folge. Beihefte 12), S. 133-170, hier S. 161. Die Bewertung bezieht sich zwar auf eine andere Einrichtung unter Leitung Brackmanns, ist m. E. jedoch auch zur Charakterisierung der Arbeit der Publikationsstelle geeignet, die eher ‚Beiträge' als ‚Vordenken' geleistet hat.

[6] Vgl. für die folgenden Abschnitte allgemein Irmtraut Eder-Stein, Kristin Hartisch: Einleitung. In: Dies.: Publikationsstelle Berlin-Dahlem 1931–1945. Bestand R 153. Koblenz 2003 (Findbücher zu Beständen des Bundesarchivs 92). URL: http://startext.net-build.de:8080/barch/MidosaSEARCH/R153-18329/index.htm; Schaller: Die ‚Publikationsstelle Berlin-Dahlem', S. 193-216. Dort finden sich auch weitere Verweise auf archivalische Belege, die hier nun an einigen wenigen Stellen aufgeführt werden sollen.

[7] Dazu ausführlich, wenngleich häufig recht apodiktisch argumentierend, Fahlbusch: Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik?, passim.

[8] Albert Brackmann (Hg.): Deutschland und Polen. Beiträge zu ihren geschichtlichen Beziehungen. München, Berlin 1933.

[9] Hermann Aubin, Otto Brunner, Wolfgang Kohte, Johannes Papritz (Hg.): Deutsche Ostforschung. Ergebnisse und Aufgaben seit dem Ersten Weltkrieg. 2 Bde. Leipzig 1942/43 (Deutschland und der Osten. Quellen und Forschungen zur Geschichte ihrer Beziehungen 20 u. 21).

[10] Hans-Christian Petersen: Ostforschung. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: http://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/53916.html (Stand 03.07.2012).

[11] Vgl. verschiedene Aufstellungen zum Personalbestand in: BArch R153/8, R153/1214 und R153/1232.

[12] Vgl. die ‚Referatseinteilung' vom 1.6.1937, BArch R 153/6, wobei der Begriff "Referat" sich meist nur auf eine einzelne Person bezieht, sowie die verschiedenen Jahresberichte, etwa den Geschäftsbericht der Publikationsstelle für das Jahr 1937, BArch 153/1537, und den Geschäftsbericht der Publikationsstelle für das Jahr 1938, BArch R153/1549.

[13] Vgl. einführend Torsten Musial: Staatsarchive im Dritten Reich. Zur Geschichte des staatlichen Archivwesens in Deutschland 1933–1945. Potsdam 1996 (Potsdamer Studien 2), S. 22-24; Weiser: Geschichte der preußischen Archivverwaltung (wie Anm. 2), S. 112-116.

[14] Musial: Staatsarchive (wie Anm. 16), S. 53.

[15] Siehe dazu Martin Munke: Publikationsstelle Ost. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2013. URL: http://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/62681.html.

[16] Schaller: Die ‚Publikationsstelle Berlin-Dahlem', S. 195.

[17] Schreiben von Brackmann an den Juristen und Wirtschaftswissenschaftler Hans Raupach (1903–1997) über ein Manuskript für die Reihe 'Deutschland und der Osten' und allgemein die Arbeit der Publikationsstelle, 5.6.1937, BArch R153/226, Tagebuchnummer 1686/37.

[18] Dazu detailliert Frank Förster: Die 'Wendenfrage' in der deutschen Ostforschung 1933–1945. Die Publikationsstelle Berlin-Dahlem und die Lausitzer Sorben. Bautzen 2007 (Schriften des Sorbischen Instituts 43), bes. S. 117-162, 214-241.

[19] Dazu ausführlich Stefan Lehr: Ein fast vergessener 'Osteinsatz'. Deutsche Archivare im Generalgouvernement und im Reichskommissariat Ukraine. Düsseldorf 2007 (Schriften des Bundesarchivs 68).

[20] Dazu direkt Helmut Wilhelm Schaller: Eine Osteuropabibliothek in Oberfranken. Die letzte Station der ‚Publikationsstelle Berlin-Dahlem'. In: Archiv für Geschichte von Oberfranken 91 (2011), S. 277-286.

[21] Da die Forschungsmeinungen zur Publikationsstelle in ihrer Wertung bisweilen stark voneinander abweichen, empfiehlt sich auch für einen ersten Überblick die Konsultation mehrerer Titel.

Zitation

Martin Munke: Publikationsstelle Berlin-Dahlem. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2013. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/53902.html (Stand 21.05.2013).

Publikationsstelle Ost

1. Kurzbeschreibung der Institution

Die Publikationsstelle Ost (PuSte Ost) war die letzte der im Rahmen der "Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften" (VFG) eingerichteten Dienststellen, die sich, territorial gegliedert und unter stark politischer Stoßrichtung, mit Fragen der Auslandsdeutschen befassten.[1] Sie ging Anfang 1942 aus der "Sammlung Georg Leibbrandt" hervor, die, 1937 eingerichtet und angegliedert an das "Amt Rosenberg" bzw. später das Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete (RMO), unter Leitung von Emil Meynen (1902–1994) bevölkerungswissenschaftliche Daten über die Gebiete der besetzten Sowjetunion gesammelt und aufbereitet hatte, insbesondere zu den dort lebenden deutschen Minderheiten. Die Ergebnisse wurden in einer gleichnamigen Publikationsreihe mit dem Untertitel *Quellen zur Erforschung des Russlanddeutschtums* veröffentlicht.[2] Weiterhin wurde ihr die Geschäftsführung der ebenfalls neu gegründeten "Osteuropäischen Forschungsgemeinschaft" (OEFG) übertragen.[3] Seit 1943 unterstand sie dem Reichssicherheitshauptamt (RSHA), wurde Ende 1944 an das "Wannsee-Institut" im "Sicherheitsdienst des Reichsführers-SS" (SD) angegliedert und damit wie der ganze Komplex der VFG dem Imperium Heinrich Himmlers (1900–1945) unterstellt.[4]

2. Organisation und Aufgaben

Die PuSte Ost wurde aus Mitteln des RMO, des Auswärtigen Amtes (AA) und des Reichsministeriums des Innern (RMI) finanziert. Ihre Gründung erfolgte im Kontext von Versuchen der drei Ministerien, die Aufgabenbereiche der verschiedenen Einrichtungen im Rahmen der VFG voneinander abzugrenzen. Zwei Mitarbeiter an der Publikationsreihe "Sammlung Georg Leibbrandt", Margarete Woltner (1897–1985) und Karl August Fischer (1885–1975), übernahmen die Geschäftsführung der OEFG. Entsprechend der üblichen Struktur war nun auch die Einrichtung einer Publikationsstelle nötig. Diese Aufgabe wurde der Dienststelle "Sammlung Georg Leibbrandt" übertragen, die fortan als "Publikationsstelle Ost" firmierte, weiter von Meynen geleitet wurde und ursprünglich sechs Mitarbeiter umfasste. Diese Zahl wurde durch Stipendiaten der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) sowie freie Mitarbeiter ergänzt und stieg bis Anfang 1943 auf ca. 30 Beschäftigte an.[5] Die offizielle Umbenennung lässt sich mit einem Erlass des RMO auf den 1. Oktober 1942 datieren, wobei die Begrifflichkeiten parallel weitergeführt wurden. Die Einrichtung wurde der Hauptabteilung I (Politik) im RMO angegliedert, die von Georg Leibbrandt (1899–1982), dem Namensgeber der Sammlung und selbst ein Russlanddeutscher, geleitet wurde. Die Dienst- und Finanzaufsicht wurde durch die drei genannten Ministerien mit folgender Aufteilung gemeinsam ausgeübt: "Der R.f.d.b.O. [= Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, Alfred Rosenberg (1892/93–1946)] trägt die persönlichen und sächlichen Verwaltungsausgaben. Die allgemeinen Haushaltsausgaben werden auf die drei Ressorts (R.f.d.b.O., RdI und Auswärtiges Amt) verteilt. Jedes Ressort trägt die Ausgaben, die auf die von ihm erteilten Aufträge entfallen."[6] Das Aufgabenspektrum lässt sich in vier Bereiche einteilen: die archivalische Erfassung und Aufbereitung von vorhandenen Quellen zu den Russlanddeutschen, die Edition und Veröffentlichung dieser Quellen, die Einrichtung von Karteien, in denen diese und andere Bestände erfasst wurden, sowie schließlich die Durchführung von "volkstumspolitischen Projekten" (hauptsächlich Anfertigung von Kartenmaterial).

3. Geschichte



Georg Leibbrandt (1899–1982)
[Wikimedia Commons].

Im Rahmen mehrerer Forschungsreisen in die Sowjetunion, aber auch in die USA hatte Georg Leibbrandt in der zweiten Hälfte der 1920er und in den frühen 1930er Jahren eine umfangreiche Privatsammlung von Dokumenten und Archivalien zum Russlanddeutschtum angelegt, die aus Gemeinde- und Ortschroniken, Tagebüchern, Kalendern, Flugblättern, Broschüren sowie Memoiren bestand und zu den umfangreichsten Materialsammlungen zur Auswanderung Deutscher nach Russland gehörte. Zu den wichtigsten Bestandteilen zählten in diesem Zusammenhang "Akten aus den Auswandererlisten aus württembergischen Behörden, das Archiv des Fürsorgekomitees für Ansiedler im südlichen Russland […] und die von 1863-1914 bestehende Odessaer Zeitung"[7]. 1937 wurde die Sammlung an Emil Meynen übergeben, der als Leiter der Geschäftsstelle der VFG die "volkstumspolitischen Arbeiten" in diesem Bereich koordinierte.[8] Anfang 1939 erfolgte die Einrichtung einer Arbeitsstelle, welche die Materialien edieren sollte. Ziel war es, einerseits eine "Bestandsaufnahme der Russlanddeutschen […] durchzuführen und andererseits ideologische Überzeugungsarbeit zu leisten, damit diese ‚ethnischen' Deutschen nicht einem Assimilierungsprozess anheimfielen."[9]

Dabei wurden zahlreiche, für das Regime wichtige "volkspolitische Arbeiten" geleistet, die "nur für den Dienstgebrauch" veröffentlicht wurden und die Sammlung in der Selbsteinschätzung von Meynen zu der "zentralen Forschungsstelle für das Deutschtum Osteuropas"[10] machten. Dazu gehörten die Führung einer Ortskartei der deutschen Siedlungen auf dem Gebiet der Sowjetunion, deren kartographische Erfassung sowie die Anfertigung einer "Völkerkarte", welche die verschiedenen Nationalitäten der Sowjetunion aufzeigen sollte. Die Ortskartei wurde in sieben Bänden unter dem Titel "Die deutschen Siedlungen in der Sowjetunion" gedruckt. Weiterhin wurden ukrainische und russische Presseerzeugnisse ausgewertet und eine Kartei wichtiger Persönlichkeiten der Russlanddeutschen angelegt, u. a. mit dem Ziel, deren "völkische Haltung" festzustellen. Außerdem wurde eine Kartei eingerichtet, die das gesamte Schriftgut über das Russlanddeutschtum erfassen sollte und 1942 über 1.000 Titel verzeichnete. Auch die Einrichtung einer Bibliothek fand statt, die im Verlauf des Kriegsgeschehens durch Raubgut des "Sonderkommandos Künsberg"[11], das dem AA unterstand, ergänzt wurde. Im Zuge des Vorrückens der deutschen Wehrmacht nach dem Überfall auf die Sowjetunion wurde zudem ein "Sonderkommando" etabliert, das unter der Leitung von Karl Stumpp (1896–1982) – eines weiteren Russlanddeutschen, der hautberuflich am Deutschen Auslandsinstitut (DAI) in Stuttgart tätig war und als freier Mitarbeiter der "Sammlung Georg Leibbrandt" / PuSte Ost fungierte[12] – statistische Angaben über die deutsche Bevölkerung im Reichskommissariat Ukraine sammelte und so einerseits Beiträge zur Erfassung von Personen im Rahmen der "Deutschen Volksliste" leistete, mit seinen Berichten andererseits "Chroniken der Ermordung der jüdischen Bevölkerung"[13] lieferte.

Die Räumlichkeiten der PuSte Ost in Berlin wurden Ende 1943 durch Bombenangriffe beschädigt, zahlreiche Materialien verbrannten. Im Januar 1944 erfolgte eine Teilevakuierung der zu diesem Zeitpunkt 30.000 Bände umfassenden Bibliothek. Im August 1944 war die Einrichtung kaum mehr arbeitsfähig. Zuvor hatte sie jedoch noch eine Reihe von Projekten verwirklicht: verschiedene Kartenwerke zu den besetzten Territorien – aufgrund paralleler Arbeiten in starker Konkurrenz zur NOFG und zur Publikationsstelle Berlin-Dahlem –,[14] Ortsnamenverzeichnisse, Übersichten zur Verwaltungsstruktur der Ukraine oder die Erfassung geraubter Archivbestände. Die Reste der Publikationsstelle wurden in die Strukturen des "Wannsee-Instituts" integriert, das bereits seit 1936/37 im Rahmen des SD mit Fragen zur Sowjetunion befasst war und später als "Amt VII Weltanschauung und Auswertung – SD-Ausland" direkt dem RSHA angegliedert wurde.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Gabriele Camphausen: Die wissenschaftliche historische Russlandforschung im Dritten Reich 1933–1945. Frankfurt/M. u. a. 1990 (Europäische Hochschulschriften, Reihe 3: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften 418), S. 213-239.
- Michael Fahlbusch: Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik? Die ‚Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften' von 1931–1945. Baden-Baden 1999, S. 590-622.
- Julia Landau: Publikationsstelle Ost/Sammlung Georg Leibbrandt. In: Michael Fahlbusch, Ingo Haar, Matthias Berg (Hg.): Handbuch der völkischen Wissenschaften. Personen – Institutionen – Forschungsprogramme – Stiftungen. München 2008, S. 486-496.
- Mechtild Rössler: "Wissenschaft und Lebensraum". Geographische Ostforschung im Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur Disziplingeschichte der Geographie. Berlin, Hamburg 1990 (Hamburger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte 8), S. 112-133.

Anmerkungen

[1] Vgl. zum Gegenstand in Kürze Martin Munke: "Sammlung Georg Leibbrandt" und "Publikationsstelle Ost". Bevölkerungswissenschaftliche Forschungen im Dienst des Nationalsozialismus. In: Ostblicke 5 (2014).

[2] Dazu direkt Julia Landau: Sammlung Georg Leibbrandt (Publikationsreihe). In: Michael Fahlbusch, Ingo Haar, Matthias Berg (Hg.): Handbuch der völkischen Wissenschaften. Personen – Institutionen – Forschungsprogramme – Stiftungen. München 2008, S. 611-614.

[3] Meynen war zugleich Leiter der Geschäftsstelle der VFG und damit des Dachverbandes von PuSte Ost und OEFG. Aufgrund der personellen, aufgabentechnischen und räumlichen Nähe – die "Sammlung Georg Leibbrandt" war in den Räumlichkeiten der Geschäftsstelle der VFG untergebracht – wird die PuSte Ost gelegentlich mit der Publikationsstelle Berlin-Dahlem der Nordostdeutschen (später Nord- und Ostdeutschen) Forschungsgemeinschaft (NOFG) verwechselt, die ebenfalls zum Verbund der VFG gehörte. Vgl. dazu Martin Munke: Publikationsstelle Berlin-Dahlem. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2013. URL: http://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/53902.html (Stand 22.05.2013).

[4] Vgl. Gideon Botsch: "Geheime Ostforschung" im SD. Zur Entstehungsgeschichte und Tätigkeit des "Wannsee-Instituts" 1935–1945. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 48 (2000), S. 509-524, hier S. 520f.

[5] Allein schon aufgrund dieser vergleichsweise überschaubaren personellen Ausstattung erscheint die Behauptung bei Ingo Haar: Deutsche "Ostforschung" und Antisemitismus. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 48 (2000), S. 485-508, hier S. 504, die PuSte Ost sei "die Schnittstelle zwischen beiden Großprojekten des Nationalsozialismus" – gemeint sind der "Generalplan Ost" und die "Endlösung der Judenfrage" – als stark übertrieben. Ähnliches gilt mit Blick auf den Etat, der 1942 für OEFG und PuSte Ost (ohne Sonderausgaben für konkrete Projekte) bei reichlich 100.000 Reichsmark lag (Fahlbusch: Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik?, S. 615) – ein Bruchteil des Millionenetats, über den die Himmler unterstellte "Volksdeutsche Mittelstelle" zur Umsetzung der "volkstumspolitischen Ziele" des Regimes verfügte. Die "Anschubfinanzierung" der "Sammlung Georg

Leibbrandt" durch das RMI hatte bei 2.750 Reichsmark gelegen (Camphausen: Die wissenschaftliche historische Russlandforschung, S. 215).

[6] Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (im Folgenden BArch), Bestand R2/11909 (Reichsfinanzministerium), LG 9400 Ost – 318 I A, 17.7.1943.

[7] Landau: Publikationsstelle Ost/Sammlung Georg Leibbrandt, hier S. 490f. Für eine detaillierte Bestandsaufnahme vgl. BArch, Bestand R153/1233 (Publikationsstelle Berlin-Dahlem), Broschüre "Sammelbesitz Georg Leibbrandt".

[8] Meynen gehörte in den Bundesrepublik zu den führenden Geographen und Raumplanern. Er wirkte u. a. an der von Theodor Schieder (1908–1984) geleiteten "Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa" mit. Vgl. hierzu instruktiv Mathias Beer: Im Spannungsfeld von Politik und Zeitgeschichte. Das Großforschungsprojekt "Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa". In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 46 (1998), S. 345-389.

[9] Fahlbusch: Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik?, S. 602.

[10] Emil Meynen: Die Sammlung Georg Leibbrandt. In: Georg Leibbrandt (Hg.): Probleme des Ostraumes. Berlin 1942 (Bücherei des Ostraumens, Sonderveröffentlichung), S. 111-118, hier S. 113.

[11] Dazu ausführlich Ulrike Hartung: Raubzüge in der Sowjetunion. Das Sonderkommando Künsberg 1941–1943. Bremen 1997; Anja Heuß: Die "Beuteorganisation" des Auswärtigen Amtes. Das Sonderkommando Künsberg und der Kulturgutraub in der Sowjetunion. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 45 (1997), S. 535-556.

[12] In der Bundesrepublik war Stumpp Studienrat in Tübingen und langjähriger Vorsitzender der "Landsmannschaft der Deutschen aus Russland". Seine Publikationen zu den Russlanddeutschen wurden lange Zeit (teilweise bis heute) weitgehend unkritisch zitiert. Vgl. etwa Karl Stumpp: Die Auswanderung aus Deutschland nach Rußland in den Jahren 1763 bis 1862. 4. Aufl. Stuttgart 1984.

[13] Landau: Publikationsstelle Ost/Sammlung Georg Leibbrandt, S. 492. Dazu direkt Eric J. Schmaltz, Samuel D. Sinner: The Nazi Ethnographic Research of Georg Leibbrandt and Karl Stumpp in Ukraine, and Its North American Legacy. In: Holocaust and Genocide Studies 14 (2000), S. 28-64. Wiederabgedruckt in: Michael Fahlbusch, Ingo Haar (Hg.): German Scholars and Ethnic Cleansing. 1919–1945. New York, Oxford 2005, S. 51-85; Ingeborg Fleischhauer: Das Dritte Reich und die Deutschen in der Sowjetunion. Stuttgart 1983 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 46), passim.

[14] Dazu Camphausen: Die wissenschaftliche historische Russlandforschung, S. 227-231.

Zitation

Martin Munke: Publikationsstelle Ost. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2013. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/62681.html (Stand 28.08.2013).

R

Recht auf (die) Heimat (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Reformation (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Region

1. Kurzbeschreibung

Der Begriff „Region“ bezeichnet eine räumliche Ordnungs- und Orientierungskategorie und verweist meist auf einen nach bestimmten Kriterien definierten Teilraum eines größeren geographisch beschriebenen Raums. Bewohner von Regionen sind zum Beispiel durch gemeinsame landschaftliche Rahmenbedingungen, einen gemeinsamen kulturellen und/oder geschichtlichen Hintergrund und/oder wechselseitige Beziehungen verbunden. Regionen können auf verschiedenen Grundlagen – geschichtlichen, kulturellen, sozialen, naturräumlichen, wirtschaftlichen, rechtlichen, politischen oder auch auf Verwaltungsentscheidungen – beruhen.[1] Sie sind meist durch Zentren, Peripherien, Grenzen und Übergänge strukturiert. Die derzeit verstärkte gesellschaftliche Bezugnahme auf Regionales, also auf überschaubare räumliche Einheiten, mit der damit einhergehenden Aktualität des Regionalen stellt eine zur Europäisierung und Globalisierung gegenläufige Tendenz dar.[2]

2. Begriff

Gebrauch, Abgrenzungen

Der Begriff „Region“ spielt in unterschiedlichen fachlichen Kontexten (Geographie, Geologie, Humanwissenschaften, Politik, Verwaltung, Ökonomie, Justiz usw.) eine Rolle, wobei das Verständnis von „Region“ in Abhängigkeit von der jeweiligen Sprecherintention variieren kann.

In Abgrenzung zum Begriff „Territorium“ (als Gebiet von Staat, Kreis, Gemeinde usw.) impliziert der Begriff „Region“ keine festgelegten Grenzen oder die Existenz spezifischer Verwaltungsstrukturen; außerdem kann er auch territoriale Mehrfachzugehörigkeiten einschließen (grenzübergreifende Regionen). Im Verhältnis zu „Region“ verweist der bedeutungsnahe Begriff „Gebiet“ meist auf eine kleinere geographische Einheit, so dass mehrere – zum Beispiel funktional (etwa durch Kultur, Tourismus, Wirtschaft) ähnliche – Gebiete als Region (z. B. „Kulturregion Oberlausitz-Niederschlesien“) bezeichnet werden können.

Die Europäische Union ist nach einer hierarchisch aufgebauten NUTS-Klassifikation (*Nomenclature des unités territoriales statistiques)* in EU-Regionen eingeteilt. Dies dient dem grenzüberschreitenden statistischen Vergleich von Regionen in Europa.[3]

Anderssprachige Bezeichnungen

engl./poln./russ./tschech.: region

3. Relevante Kontexte

Für die Erforschung, Darstellung und Vermittlung von Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa mit ihren interethnischen und interkulturellen Wechselbeziehungen ist die auf die jeweilige(n) Region(en) bezogene Betrachtungsweise von herausgehobener Bedeutung. Folgende Kontexte des Regionalen sind dabei von besonderer Relevanz:

„Wiederentdeckung“ von Regionen nach 1989

Der Zerfall des Ostblocks nach 1989 und die sich anschließende Herausbildung neuer Staaten haben auch zu einer Rückbesinnung auf historische Regionen und zum Teil zu einer Neudefinition von Regionen geführt. Vielfach ist ein starkes Interesse der Zivilgesellschaften an Vergangenheit und Kultur ihrer jeweils eigenen Regionen entstanden, was vielerorts zu einer Wiederaufnahme älterer regionalgeschichtlicher Diskurse und identitätsstiftender kultureller Praktiken (Traditionen, Bräuche) und damit einhergehend zu einer Beschäftigung mit dem deutschen Kulturerbe und letztlich auch zu dessen Annahme, Weiterentwicklung und Transformation geführt hat. Als Beispiele können die Gründung der Kulturgemeinschaft „Borussia“ in Allenstein/Olsztyn 1990, die „Entdeckung“ der Eigenheiten Niederschlesiens und seines deutschen Kulturerbes (in den Verwaltungsgrenzen der Woiwodschaft Niederschlesien [*Województwo Dolnośląskie*])[4] oder die ausgeprägte regionale Identität vieler Bewohner der Zips (*Spiš*) in der Slowakei[5] genannt werden. Die ukrainische und polnische Debatte über die galizische kulturelle Identität impliziert auch Abgrenzungen von den Zentren Kiew/Kyjiv/Kiev beziehungsweise Warschau/Warszawa.

Förderpolitische Kontexte

Regionen sind Objekte politischer Konzepte („Europa der Regionen“[6]) und auch gezielter Förderung durch die Europäische Union. Der 1992 im Vertrag von Maastricht geschaffene „Ausschuss der Regionen“ vertritt die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften in der EU, besitzt allerdings nur beratende Funktion. Das kontinuierlich fortgesetzte EU-Förderprogramm „INTERREG“[7] bezieht sich gezielt auf Projekte, die der strukturverbessernden, grenzübergreifenden regionalen Zusammenarbeit unter Einschluss auch kultureller Fragen gewidmet sind. Außerdem soll die Einrichtung und Förderung neu konstituierter, staatliche Grenzen übergreifender sogenannter „Europaregionen“ („Euroregionen“; „EuRegios“) insbesondere dem Tourismus dienen sowie Kultur- und ebenfalls Infrastrukturprojekte unterstützen. Die im INTERREG als „Kooperationsräume“ benannten Großregionen „Ostseeraum“ und „Mitteleuropa" sowie die EuRegios „Neiße-Nisa-Nysa“ (1991), „Spree-Neise-Bober/Sprewa-Nysa-Bóbr“ (1993), „Pro Europa Viadrina“ (1993) und „Pomerania“ (1995) an der deutsch-polnischen und deutsch-polnisch-tschechischen Grenze eröffnen und ermöglichen auch den Blick auf Kultur und Geschichte der Deutschen in diesen Regionen.[8]

Zum Schutz ausgewählter Regionen, die aufgrund des Zusammenwirkens von naturräumlicher Gegebenheit und menschlichem Wirken als besonders wertvoll erscheinen, ist 1992 vom Welterbekomitee der UNESCO das Konzept der „Cultural Landscapes“[9] (Kulturlandschaften) geschaffen worden. Auf der Welterbeliste eingetragen sind im östlichen Europa unter anderen die Kulturlandschaften „Eisgrub-Feldsberg“ (tschech. Lednice-Valtice, seit 1996) in Mähren, die früher zur Provinz Ostpreußen gehörende „Kurische Nehrung“ (litauisch *Kuršių nerija*, russisch *Куршская коса/Kuršskaja kosa*, seit 2000) oder der „Muskauer Park“ (poln. *Park Mużakowski*, seit 2004) in der Oberlausitz.

„Region“ in den historischen Wissenschaften

Für die historischen Wissenschaften sind „Region“ beziehungsweise „Regionalgeschichte“ forschungsleitende Begriffe. Die Definition der zu betrachtenden Region wird von den Forschungsfragen und Methoden des Historikers bestimmt.

Auf Regionen bezogene Geschichtsdarstellungen gibt es – mit Vorläufern in der mittelalterlichen Chronistik – seit dem 16. Jahrhundert, in dem sich regional fokussierte Beschreibungen insbesondere im stilisierten humanistischen „Heimatlob“ (z. B. Bartholomaeus Stein [1476-1522], *Descripcio tocius Silesie*, 1512/1513) finden. Auch die Chronistik der frühen

Neuzeit (z. B. Joachim Cureus [1532-1572], *Schlesische General Chronica*, deutsch 1585, orig. lat. 1571) ist vielfach regionenbezogen.[10]

Die Entstehung neuer nationaler Bewegungen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts führte im östlichen Europa auch hinsichtlich regionaler Geschichtsdarstellungen zu ethnischen beziehungsweise nationalen Fokussierungen, die oft mit konfessionellen Akzentuierungen – etwa der preußisch-protestantischen oder der habsburgisch-katholischen – einhergingen.[11] Die Regionalforschung über das östliche Europa war lange von nationalen Fragestellungen überlagert. Zum Beispiel wurde in deutschsprachigen regionalgeschichtlichen Darstellungen nach 1945 vielfach einseitig auf eine ursprünglich deutsche Prägung der ehemals zum Deutschen Reich gehörenden Regionen verwiesen. Umgekehrt wurde in der Volksrepublik Polen der Erforschung der Regionalgeschichte in den ehemals preußischen beziehungsweise deutschen Gebieten (sog. „wiedergewonnenen Gebiete“) besondere Aufmerksamkeit gewidmet, um deren historische Polonizität zu betonen und damit die Rechtmäßigkeit der Inbesitznahme nach 1945 zu begründen und deutschen Darstellungen einen polnischen Standpunkt entgegenzustellen.[12]

Seit den 1990er Jahren hat die Größe „Region“ – ebenso wie „Raum“ – in den Geschichts- und Kulturwissenschaften zunehmend an Relevanz als Forschungsgegenstand und -paradigma („Spatial Turn“[13]) gewonnen. In Abgrenzung von der älteren Regionalforschung wurde das Konzept der „Regionalstudien“ („Area Studies“) entwickelt, welches Regionen primär als interethnische und interkulturelle Räume betrachtet.[14] Im Kontext der „Area Studies“ versteht sich die auf Multiperspektivität und die Betrachtung komplexer Wechselbeziehungen sowie in ihrer Arbeitsweise auf internationaler Vernetzung beruhende Regionalforschung als eine Erweiterung der traditionellen Landesgeschichte. Zahlreichen ethnisch, kulturell und konfessionell gemischten Regionen im östlichen Europa lässt sich eine doppelte oder mehrfache kulturelle Identität zuschreiben.[15] Eine systematische Erforschung dieser vielgestaltigen multikulturellen und multiethnischen Regionen Ostmitteleuropas steht noch aus.

4. Kontroversen

In der gegenwärtigen ‚Renaissance‘ der Regionen wird oft weniger berücksichtigt, dass diese auch Ausgangspunkte für territorial-dynastische Konflikte gebildet haben, wie beispielsweise der Rückblick auf die Geschichte der deutschen Fürstentümer und Kleinstaaten zeigt.

Während und am Ende des Ersten Weltkriegs forcierten die größtenteils in multiethnischen Regionen lebenden Minderheiten in der Habsburgermonarchie die Errichtung eigenständiger Nationalstaaten. Die ‚Wiederbelebung‘ von Regionen kann unter vergleichbaren Gegebenheiten mit einer Re-Ethnisierung einhergehen sowie in die Herausbildung separatistischer oder autonomistischer politischer und gesellschaftlicher Bewegungen münden. Gegenwärtig bestehen in Europa noch immer Regionalkonflikte (Baskenland, Nordirland, Vojvodina) im Zusammenhang mit Autonomie- oder auch Unabhängigkeitsbestrebungen. Ein Beispiel dafür ist die Kontroverse um mehr regionale Autonomie in Oberschlesien: Hier reichen diese Tendenzen so weit, dass von einem Teil der Bevölkerung die Existenz einer „schlesischen Nationalität“ betont wird, woran sich die Befürchtung anschließt, diese begründe einen oberschlesischen Separatismus.[16]

Der Osteuropahistoriker Robert Traba hat eine fortdauernde Überlagerung aktueller Regionaldiskurse durch nationale Perspektiven kritisiert: Oft werde über „multiethnische Regionen“ oder „Regionen mit einer multiethnischen Vergangenheit“ gesprochen, obwohl letztlich doch wieder nationale Prägungen im Vordergrund stünden. Es gelte, regionale Spezifika losgelöst von nationalen Fragen zu betrachten. Regionen sollten als „dynamische Kon-

strukte“ verstanden werden, die man „gleichsam aus der Vogelperspektive von außen“ betrachten sollte, um sie unvoreingenommen wahrzunehmen und nicht als Objekte nationaler beziehungsweise nationalstaatlicher Vorstellungen oder Hegemoniebestrebungen.[17]

5. Im Überblick: Ausgewählte Regionen mit deutschem Bevölkerungsanteil im östlichen Europa



1350



1550



1815



1925



2000

Sie auch Regionen-Beiträge in diesem Lexikon.

6. Bibliographische Hinweise

Literatur

Nachstehend erwähnte Sammelbände enthalten zahlreiche Regionalstudien wie methodische Beiträge zur Thematik:

- Krystian Heffner (Hg.): Historical Regions in the Structures of European Union. Historical divisions of the territory in Central Europe and in different states of the world. Łódź, Opole 2011 (Region and Regionalism 10,2).
- Regionen des östlichen Europas im 20. Jahrhundert. Bd. 1: Burkhard Olschowsky (Hg.): Geteilte Regionen – geteilte Geschichtskulturen? Muster der Identitätsbildung im europäischen Vergleich; Bd. 2: Burkhard Olschowsky, Robert Traba, Matthias Weber, Andrea Huterer (Hg.): Region, Staat, Europa. Regionale Identitäten unter den Bedingungen von Diktatur und Demokratie in Mittel- und Osteuropa; Bd. 3: Burkhard Olschowsky, Ingo Loose (Hg.): Nationalsozialismus und Regionalbewusstsein im östlichen Europa. München 2013-2015 (Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 47, 50, 52, zugl. Schriften des Europäischen Netzwerks Erinnerung und Solidarität 7, 10, 11).
- Marek Sobczyński (Hg.): Historical Regions Divided by the Borders. General Problems and Regional Issue. Łódź, Opole 2009 (Region and Regionalism 9,1).
- Philipp Ther, Holm Sundhaussen (Hg.): Regionale Bewegungen und Regionalismen in europäischen Zwischenräumen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. Marburg 2003 (Tagungen zur Ostmitteleuropaforschung 18).

Weblinks

- http://www.bkge.de/BKGE/Aufgaben-Arbeitsbereiche/Landkarten/ (Landkarten historischer Regionen mit deutschem Siedlungsanteil im östlichen Europa)
- http://www.zeilenweit.de/dkf/landkarten/landk_main_2013.swf (Landkarten)
- http://www.Interreg.de (Informationen zu den Förderprogrammen)
- http://www.unesco-welterbe.de/de/unesco-welterbestaetten#.VF6kVswtAdU (in das Welterbe aufgenommene Regionen – nach Staaten geordnet)

Anmerkungen

[1] Vgl. Helmut Groschwitz: Ostbayern als Region. In: Ders. (Hg.): Ostbayern. Ein Begriff in der Diskussion. Regensburg 2008, S. 7-9, hier S. 7.

[2] Matthias Weber, Burkhard Olschowsky: Regionen des östlichen Europas im 20. Jahrhundert. In: Olschowsky, Traba, Weber, Huterer (Hg.): Region, Staat, Europa, S. 9-32.

[3] Zur NUTS-Klassifikation siehe die Informationen des Statistischen Bundesamts:https://www.destatis.de/Europa/DE/MethodenMetadaten/Klassifikationen/UebersichtKlassifikationen_NUTS.html (Abruf 17.12.2014).

[4] Vgl. Anna Mańko-Matysiak, Eef Overgaauw, Tobias Weger (Hg.): Das deutsche Kulturerbe in Schlesien. Wege und Perspektiven der Forschung. München 2014 (Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 51).

[5] Justyna Pokojska: Sprache als Mittel zum Erhalt und zur Reproduktion regionaler Identität. Die Mundart der polnischen Zips. In: Olschowsky, Traba, Weber, Huterer (Hg.): Region, Staat, Europa, S. 202-219.

[6] Zur Geschichte dieses bis in die 1920er Jahre zurückreichenden Konzepts vgl. Undine Runge: Die Erfindung des „Europa der Regionen“. Kritische Ideengeschichte eines konservativen Konzepts. Frankfurt/Main 2003 (Campus Forschung 867).

[7] http://www.interreg.de/INTERREG/DE/Home/homepage_node.html (Abruf 22.10.2014).

[8] Besondere regionale Fokussierung besitzt das aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) finanzierte „Ziel 3/Cíl 3-Programm zur Förderung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit 2007-2013 zwischen dem Freistaat Sachsen und der Tschechischen Republik“, das der Umsetzung gemeinsamer wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Aktivitäten gewidmet ist; vgl. http://www.ziel3-cil3.eu/de/kontakt/euroregionen/index.jsp; Fortsetzung 2013-2020, vgl. http://www.sn-cz2020.eu (Abrufe 22.10.2014).

[9] Beschreibung unter: http://whc.unesco.org/en/culturallandscape/ (Abruf 22.10.2014).

[10] Vgl. Matthias Weber: Zur Konzeption protonationaler Geschichtsbilder. Pommern und Schlesien in geschichtlichen Darstellungen des 16. Jahrhunderts. In: Joachim Bahlcke, Arno Strohmeyer (Hg.): Die Konstruktion der Vergangenheit. Geschichtsdenken, Traditionsbildung und Selbstdarstellung im frühneuzeitlichen Ostmitteleuropa. Berlin 2002 (Zeitschrift für Historische Forschung, Beiheft 22), S. 55-79.

[11] Als Beispiel für ein borussophil ausgerichtetes regionalhistorisches Werk mit einer klaren nationalen und konfessionellen Parteinahme sei erwähnt: Colmar Grünhagen: Geschichte Schlesiens. Bd. 1: Bis zum Eintritt der habsburgischen Herrschaft 1527; Bd. 2: Bis zur Vereinigung mit Preussen 1527-1740. Gotha 1884 und 1886; Nachdruck Osnabrück 1979.

[12] Vgl. dazu Jerzy Kłoczowski, Witold Matwiejczyk, Eduard Mühle (Hg.): Doświadzenia przeszłości. Niemcy w Europie Środkowo-Wschodniej w historiografii po 1945 roku – Erfahrungen der Vergangenheit. Deutsche in Ostmitteleuropa in der Historiographie nach 1945. Lublin, Marburg 2000 (Tagungen zur Ostmitteleuropaforschung 9).

[13] Vgl. Weber, Olschowsky: Regionen (Anm. 2), S. 20; Jörg Döring, Tristan Thielmann (Hg.): Das Raumparadigma in den Kultur- und Sozialwissenschaften. Bielefeld 2008 (Sozialtheorie).

[14] Hier sind die Gründungen des „Center for Area Studies“ an der FU Berlin 2006 (http://www.fu-berlin.de/sites/cas/) und an der Universität Leipzig 2009 (http://www.uni-leipzig.de/~cas/welcome/) zu nennen.

[15] Marek Halub: Regionale Identität in Europa am Beispiel Schlesiens. In: Olivier Mentz, Aleksandra Surdeko (Hg.): Europa – Einsichten und Ausblicke. Berlin, Münster 2011(Europa lernen. Perspektiven für eine Didaktik europäischer Kulturstudien 1), S. 33-53, hier S. 33.

[16] Marta Chmielewska, Akicja Szajnowska-Wysocka: Upper Silesia as a Historical Region of Cultural Borderland. In: Heffner (Hg.): Historical Regions, S. 202-219.

[17] Robert Traba: „Region“, „Regionalismus“, „Identität“ und „Identifikation“. Bemerkungen zur Begrifflichkeit und ihrer wissenschaftlichen Rezeption. In: Olschowsky, Traba, Weber, Huterer (Hg.): Region, Staat, Europa, S. 33-40, hier S. 36f.

Zitation

Matthias Weber: Region. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32780 (Stand 17.12.2014).

Reichsdeutsche → Volksdeutsche (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Reichsstiftung für deutsche Ostforschung, Posen (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Reinhard-Heydrich-Stiftung, Prag

1. Kurzbeschreibung der Institution

Die "Reinhard-Heydrich-Stiftung, Reichsstiftung für wissenschaftliche Forschung in Prag", wurde am 11. Juli 1942 durch Verordnung des Reichsprotektors in Böhmen und Mähren gegründet.[1] Sie war benannt nach Reinhard Heydrich (1904–1942), der als stellvertretender Reichsprotektor und Leiter des Reichssicherheitshauptamtes der SS einem Attentat der tschechischen Widerstandsbewegung zum Opfer gefallenen war. Zu ihren Mitarbeitern gehörten an der Deutschen Karls-Universität Prag wirkende deutsche Geisteswissenschaftler, die sich im Rahmen der Stiftung "besonderen volkstumspolitischen Aufgaben" widmeten und der NS-Germanisierungspolitik im Protektorat Böhmen und Mähren zuarbeiteten.

2. Aufgaben

Aufgabe der Reinhard-Heydrich-Stiftung (RHS) war laut Errichtungsverordnung die "Erforschung der völkischen, kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Böhmens und Mährens sowie der Völker im ost- und südosteuropäischen Raum".[2] Im Zentrum des Forschungsinteresses standen volkstumsbezogene und historische Arbeiten über Tschechen und Deutsche in den böhmischen Ländern. Diese Untersuchungen, die sich in methodischer Hinsicht insbesondere an der 'Rassenkunde', Völkerkunde und Sozial- und Völkerpsychologie orientieren sollten, waren zugleich Vorarbeiten für eine nach dem Krieg geplante Germanisierung von Teilen der tschechischen Bevölkerung.[3] Hierzu sollte u. a. die "blutsmäßige und rassische Zusammensetzung", das "seelische Gefüge" der Tschechen erforscht werden.[4]

Eine weitere Aufgabe der Stiftung war die Stärkung der Deutschen Karls-Universität als deutscher Wissenschaftsstandort mit besonderer Ausrichtung auf den südosteuropäischen Raum. Dabei galt es aus aktuellem Anlass, das 600-jährige Gründungsjubiläum der Universität im Jahre 1948 vorzubereiten. Zudem übernahm und reorganisierte die Stiftung mehrere ehemalige tschechische Forschungsinstitute, Stiftungen und Bibliotheken.

Die RHS arbeitete neben der Deutschen Karls-Universität in Prag und den deutschen Behörden im Protektorat Böhmen und Mähren auch mit anderen Institutionen der deutschen Ostforschung eng zusammen. Dem Institut für Sozialanthropologie und Volksbiologie an der Deutschen Karls-Universität erteilte die Stiftung Forschungsaufträge. Dessen Leiter, Karl Valentin Müller,[5] betrieb beispielsweise 'rassische' Untersuchungen an tschechischen Polizisten.[6]

Als Publikationsorgan gab die Stiftung gemeinsam mit der Akademie der Wissenschaften in Prag/Praha und der Sudetendeutschen Anstalt für Landes- und Volksforschung in Reichenberg/Liberec die Zeitschrift *Deutsche Volksforschung in Böhmen und Mähren* heraus.[7]

3. Organisation

Der Rektor der Deutschen Technischen Hochschule in Prag und kommissarische Rektor der Deutschen Karls-Universität 1942/43, Professor Alfred Buntru, stand der Reinhard-Heydrich-Stiftung als Leiter vor. Verwaltungsdirektor war der Rechtshistoriker Wilhelm Weizsäcker. Maßgeblichen Einfluss auf die Arbeiten der Stiftung übte ihr stellvertretender Leiter, der SS-Hauptsturmführer und ehrenamtliche Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes (SD) Hans Joachim Beyer, aus.[8] Er war von Heydrich nach Prag berufen worden und leitete seit 1942 das Institut für Volkslehre und Nationalitätenkunde an der Deutschen Karls-Universität Prag. Der deutsche Staatsminister für Böhmen und Mähren, SS-Obergruppenführer Karl Hermann Frank,[9] war Kurator der Stiftung.

Im Rahmen der RHS bestanden mehrere Institute:[10]

- Institut für europäische Völkerkunde und Völkerpsychologie (Hans Joachim Beyer, Rudolf Hippius)
- Institut für osteuropäische Geistesgeschichte (Eduard Winter[11])
- Landesgeschichtliches Institut für Böhmen und Mähren (Heinz Zatschek,[12] Anton Ernstberger)
- Institut für Deutsches Recht im Osten (Wilhelm Weizsäcker,[13] Franz Laufke)
- Institut für Volkskunde Böhmens und Mährens (Josef Hanika,[14] Edmund Schneeweis[15])
- Institut für Volkslied und Volksmusik in Ostmitteleuropa (Gerhard Gesemann[16])
- Institut für tschechische Sprache und Literatur (Eugen Rippl[17])
- Volkswirtschaftliches Institut (Ferdinand Ulmer[18])
- Orientalisches Institut (Adolf Grohmann).

4. Geschichte

Die Geschichte der Reinhard-Heydrich-Stiftung steht im Zusammenhang mit der NS-Wissenschaftspolitik im Protektorat Böhmen und Mähren. Der Stiftungsgründung vorausgegangen waren die Schließung der tschechischen Hochschulen am 17. November 1939 und ein Ausbau der Deutschen Prager Universität. Deren Rektor Wilhelm Saure wurde im September 1940 zum Sonderbeauftragten für die in Prag vorhandenen slawischen wissenschaftlichen Einrichtungen ernannt. Saure legte im April 1940 und Anfang 1941 Vorschläge für die Errichtung einer "Südosteuropa-Forschungsgemeinschaft" und einer "Reichsstiftung für deutsch-slawische Forschung" vor.[19] Der seit September 1941 in Prag amtierende stellvertretende Reichsprotektor Reinhard Heydrich griff diese Pläne auf und unterstellte Ende 1941 das gesamte Stiftungsprojekt der Amtsgruppe III B (Volkstum) des Reichssicherheitshauptamtes. Anstelle Saures ernannte er zum 1. April 1942 Hans Joachim Beyer zum Sonderbeauftragten. Dieser wurde nach dem Tode Heydrichs am 6. Juli 1942 als Generalbevollmächtigter des Reichsprotektors mit dem Aufbau der RHS beauftragt. Ihre eigentliche Tätigkeit nahm die Stiftung aber erst ab Sommer 1943 auf, nachdem sie im Rahmen der NS-Gedenkfeierlichkeiten zum einjährigen Todestag Heydrichs am 4. Juni 1943 offiziell errichtet worden war.[20] Beyer gewährleistete einen starken Einfluss der SS auf die RHS.[21] Er und der ebenfalls im Sinne der NS-Ideologie aktive Psychologe Rudolf Hippius publizierten zu "Volkstum" und "Umvolkung" und arbeiteten mit den in die NS-Rassenpolitik involvierten Stellen zusammen. Die Historiker Weizsäcker und Zatschek schrieben gemäß den Leitsätzen der deutschtumsbezogenen "Deutschen Ostforschung", wobei sich für die Kriegszeit

eine Radikalisierung feststellen lässt. Zatschek zeigte sich beispielsweise offen für rassengeschichtliche Untersuchungen.[22] 1944 musste ein Teil der Institute seine Tätigkeit als nicht kriegswichtig einstellen. Davon betroffen waren auch die "rassenbiologischen" Arbeiten, die gegen Ende 1944 eingestellt wurden.[23] Im März 1945 legte Beyer noch ein letztes, modifiziertes Arbeitsprogramm vor. Darin propagierte er eine neue europäische "Volksgemeinschaft" in Abgrenzung zu Bolschewismus und Amerikanismus, mit der die unter deutscher Herrschaft stehenden "Fremdvölker" für einen "aktiven Kampf" gegen die Feinde des Dritten Reiches gewonnen werden sollten.[24]

Ein Bericht des Sicherheitsdienstes über die Stimmung und Haltung der Prager Hochschullehrer aus dem Jahre 1944 bezeichnet insbesondere Vertreter der Heydrich-Stiftung wie Beyer, Hippius, Winter, Zatschek und Weizsäcker als bekennende nationalsozialistische Hochschullehrer bzw. als dezidierte Vertreter einer "volkspolitischen Richtung".[25] Nach dem Zweiten Weltkrieg setzten sie v. a. in der Bundesrepublik Deutschland, aber (wie Winter) auch in der DDR ihre Karrieren weitgehend unbehelligt fort.

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Karel Fremund: Heydrichova nadace – důležitý nástroj nacistické vyhlazovací politiky (výběr dokumentů) [Die Heydrich-Stiftung – ein wichtiges Instrument der NS-Vernichtungspolitik (eine Auswahl von Dokumenten)]. In: Sborník archivních prací 14 (1964), S. 3-38.
- Ders.: Die Reinhard-Heydrich-Stiftung – ein wichtiges Instrument der faschistischen Ausrottungspolitik in der Tschechoslowakei 1942–1945. In: Informationen über die imperialistische Ostforschung 3 (1965), S. 1-48.
- Monika Glettler, Alena Míšková (Hg.): Prager Professoren 1938–1948. Zwischen Wissenschaft und Politik. Essen 2001 (Veröffentlichungen zur Kultur und Geschichte im östlichen Europa 17).
- Alena Míšková: Rassenforschung und Oststudien an der Deutschen (Karls-) Universität in Prag. In: Detlef Brandes (Hg.): Erzwungene Trennung. Vertreibung und Aussiedlung in und aus der Tschechoslowakei 1938-1947 im Vergleich mit Polen, Ungarn und Jugoslawien. Essen 1999 (Veröffentlichungen der Deutsch-Tschechischen und Deutsch-Slowakischen Historikerkommission 8), S. 39-53.
- Dies.: Die Deutsche (Karls-)Universität vom Münchener Abkommen bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Universitätsleitung und Wandel des Professorenkollegiums. Prag 2007.
- Karl Heinz Roth: Heydrichs Professor. Historiographie des "Volkstums" und der Massenvernichtungen: Der Fall Hans Joachim Beyer. In: Peter Schöttler (Hg.): Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918–1945. Frankfurt/M. 1997, S. 262-342.
- Stanislav Šisler: Vznik a formování nacistického "slovanského bádání" v letech 1940–1943 [Entstehung und Formierung der nationalsozialistischen "slawischen Forschung" in den Jahren 1940–1943]. In: Český lid 78 (1991) 4, S. 261-271 (mit deutscher Zusammenfassung).
- Andreas Wiedemann: Die Reinhard-Heydrich-Stiftung in Prag (1942–1945). Dresden 2000.
- Ders.: Die Reinhard-Heydrich-Stiftung als Beispiel nationalsozialistischer Wissenschaftspolitik im Protektorat. In: Christiane Brenner, K. Erik Franzen, Peter Haslinger, Robert Luft (Hg.): Geschichtsschreibung zu den böhmischen Ländern im 20. Jahrhun-

dert. Wissenschaftstraditionen, Institutionen, Diskurse. München 2006 (Bad Wiesseer Tagungen des Collegium Carolinum 28), S. 159-176.
- Ders.: Reinhard-Heydrich-Stiftung. In: Ingo Haar, Michael Fahlbusch (Hg.): Handbuch der völkischen Wissenschaften. Personen, Institutionen, Forschungsprogramme, Stiftungen. München 2008, S. 584-588.

Weblinks

- Unterlagen zur Tätigkeit der Heydrich-Stiftung aus dem Prager Nationalarchiv [*Národní archiv Praha*] sind online zugänglich. Einsehbar sind die Bestände des Deutschen Staatsministeriums für Böhmen und Mähren [*Německé státní ministerstvo pro Čechy a Moravu*] und des Staatssekretärs beim Reichsprotektor [*Státní tajemník u říšského protektora*]. URL: www.badatelna.cz.

Anmerkungen

[1] Verordnungsblatt des Reichsprotektors in Böhmen und Mähren 1942, Nr. 30, S. 211f. Národní archiv Praha, Státní tajemník u říšského protektora v Čechách a na Moravě [Staatssekretär beim Reichsprotektor], Praha, inv. č. 176, sg. 109–4/1522, ka. 95 [online einsehbar über www.badatelna.cz]; abgedruckt bei Fremund: Heydrichova nadace, S. 20f.; vgl. Wiedemann: Die Reinhard-Heydrich-Stiftung, S. 54.

[2] Wiedemann: Die Reinhard-Heydrich-Stiftung, S. 54.

[3] Vgl. Detlef Brandes: "Umvolkung, Umsiedlung, rassische Bestandsaufnahme". NS-"Volkstumspolitik" in den böhmischen Ländern. München 2012 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 125).

[4] Fremund: Heydrichova nadace, S. 24-25; Wiedemann: Die Reinhard-Heydrich-Stiftung, S. 44-47; Alena Míšková: Die Deutsche (Karls-)Universität, S. 166.

[5] Vgl. Andreas Wiedemann: Karl Valentin Müller - ein Rassenhygieniker im Dienste der Volkstumspolitik. In: Stefan Albrecht, Jiří Malíř, Ralph Melville (Hg.): Die "sudetendeutsche Geschichtsschreibung". Zur Vorgeschichte und Gründung der Historischen Kommission der Sudetenländer. München 2008 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 114), S. 167-182; Michal Šimůnek: Ein neues Fach. Die Erb- und Rassenhygiene an der Medizinischen Fakultät der Deutschen Karls-Universität Prag 1939–1945. In: Antonín Kostlán (Hg.): Wissenschaft in den böhmischen Ländern 1939–1945. Praha 2004, S. 190-316, hier S. 239-251; Ota Konrád: Dějepisectví, germanistika a slavistika na Německé univerzitě v Praze [Geschichtsschreibung, Germanistik und Slawistik an der Deutschen Universität in Prag] 1918–1945. Praha 2011, S. 241-244; Eduard Kubů: "Die Bedeutung des deutschen Blutes im Tschechentum". Der wissenschaftspädagogische Beitrag des Soziologen Karl Valentin Müller zur Lösung des Problems der Germanisierung Mitteleuropas. In: Bohemia 45 (2004), S. 93-114.

[6] Wiedemann: Die Reinhard-Heydrich-Stiftung, S. 77-79; Míšková: Die Deutsche (Karls-)Universität, S.170.

[7] Weitere Periodika, die von der RHS heraus- oder mitherausgegeben wurden, waren die "Slavia", "Südostforschungen" und "Prager Studien und Dokumente zur Geistes- und Gesinnungsgeschichte", "Volkswissenschaftliche Feldpostbriefe" und ein "Volkswissenschaftlicher Informationsdienst". Vgl. Wiedemann: Die Reinhard-Heydrich-Stiftung (wie Anm. 1), S. 86-88.

[8] Zu Beyer siehe: Roth: Heydrichs Professor, S. 262-342.

[9] René Küpper: Karl Hermann Frank (1898–1946). Politische Biographie eines sudetendeutschen Nationalsozialisten. München 2010 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 119).

[10] In der Klammer sind die Leiter genannt. Das berufliche Profil der 13 Institutsleiter setzte sich wie folgt zusammen: fünf Historiker, drei Slawisten sowie jeweils ein Psychologe, Volkskundler, Jurist, Volkswissenschaftler und Orientalist.

[11] Jiří Němec: Eduard Winter (1896–1982). "Eine der bedeutendsten Persönlichkeiten der österreichischen Geistesgeschichte unseres Jahrhunderts ist in Österreich nahezu unbekannt". In: Karel Hruza (Hg.): Österreichische Historiker 1900–1945. Lebensläufe und Karrieren in Österreich, Deutschland und der Tschechoslowakei in wissenschaftsgeschichtlichen Porträts. Wien 2008, S. 619-676, hier S. 660-671; ders.: Cesta Eduarda Wintra (1896-1982) mezi oficiální historiky Třetí říše [Der Weg Eduard Winters (1896–1982) unter die offiziellen Historiker des Dritten Reiches]. In: Sborník prací filozofické fakulty brněnské univerzity C 48 (2001), S. 171-188.

[12] Karel Hruza: Heinz Zatschek (1901–1965) - "Radikales Ordnungsdenken" und "gründliche, zielgesteuerte Forschungsarbeit". In: Hruza (Hg.): Österreichische Historiker 1900–1945 (wie Anm. 11), S. 677-792, hier S. 722-727.

[13] Joachim Bahlcke: Wilhelm Weizsäcker (1886-1961) Jurist. Rechtsgeschichte und Volksgemeinschaft. In: Glettler, Míšková (Hg.): Prager Professoren, S. 391-414; Thomas Krzenck: Wilhelm Weizsäcker - ein Gelehrter zwischen Schuld und Verstrickung. In: Albrecht, Malíř, Melville (Hg.): Die "sudetendeutsche Geschichtsschreibung" (wie Anm. 5), S. 97-112.

[14] Vgl. Martin Zückert: Josef Hanika (1900–1963) Volkskundler. Zwischen wissenschaftlicher Forschung und "Volkstumskampf". In: Glettler, Míšková (Hg.): Prager Professoren, S. 205-220; Tobias Weger: "Völkische" Wissenschaft zwischen Prag, Eger und München. Das Beispiel Josef Hanika. In: Brenner, Franzen, Haslinger, Luft (Hg.): Geschichtsschreibung zu den böhmischen Ländern, S. 177-208.

[15] Vgl. Martin Zückert: Edmund Schneeweis (1886–1964) Slawist und Volkskundler. Anpassung als Wissenschaftsstrategie? In: Glettler, Míšková (Hg.): Prager Professoren, S. 191-204.

[16] Klaas-Hinrich Ehlers: Gerhard Gesemann (1888–1948) Slawist. "Prof. Gesemann hatte große Pläne…" Slawistische Forschung im politischen Kontext der dreißiger und vierziger Jahre. In: Glettler, Míšková (Hg.): Prager Professoren, S. 351-378.

[17] Daniel Kraft: Eugen Rippl (1888–1945) Slawist. "Für eine wissenschaftliche Publikation darf es keine Verwässerung und Verfärbung geben…" Ein Fachmann auf dem Gebiet der Sondersprachenforschung. In: Glettler, Míšková (Hg.): Prager Professoren, S. 323-350.

[18] Das im Juli 1944 eröffnete Volkswirtschaftliche Institut bestand nur ein halbes Jahr.

[19] Vgl. hierzu Šisler: Vznik a formování, S. 261-271.

[20] Vgl. Šisler: Vznik a formování, S. 266.

[21] Wiedemann: Die Reinhard-Heydrich-Stiftung, S. 36; Míšková: Die Deutsche (Karls-)Universität (wie Anm. 4), S. 152-157.

[22] Hruza: Heinz Zatschek (wie Anm. 12), S. 743f. Es handelt sich u. a. um einen zusammen mit Karl Valentin Müller verfassten Beitrag: Das biologische Schicksal der Přemysliden. Ein Beispiel für die aufartende Wirkung deutscher Erblinien in fremdvölkischen Blutskreisen. In: Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie 35 (1941), S. 136-152.

[23] Wiedemann: Die Reinhard-Heydrich-Stiftung, S. 84.

[24] Wiedemann: Die Reinhard-Heydrich-Stiftung, S. 94-97.

[25] SD-Leitabschnitt Prag [Jacobi] an den Deutschen Staatsminister für Böhmen und Mähren, SS-Obergruppenführer K. H. Frank, 27.4.1944. Národní archiv, Německé státní ministerstvo pro Čechy a Moravu [Nationalarchiv, Deutsches Staatsministerium für Böhmen und Mähren], Praha, inv. č. 680, sg. 110–4/529, ka. 46 [online einsehbar über www.badatelna.cz].

Zitation

Stefan Lehr: Reinhard-Heydrich-Stiftung, Reichsstiftung für wissenschaftliche Forschung in Prag (1942–1945). In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/53895.html (Stand: 03.12.2012).

Remigration

1. Definition

„Remigration“ (auch: Rückkehrmigration) bezeichnet jenen Teil eines Migrationsprozesses, der mit einer Rückkehr in einen engeren oder weiteren Herkunftskontext meist am Ende einer Wanderungskette steht. Eine Remigration kann von Beginn an intendiert, kann aber auch erzwungen sein (Rückführung, Abschiebung, Ausweisung) oder spontan (z. B. nach einem Regimewechsel) erfolgen. Grundsätzlich kann bei allen Migrationsbewegungen von einem gewissen, unterschiedlich hohen Anteil an Remigrationen ausgegangen werden, sofern diese praktisch durchführbar waren/sind. Von „Remigration“ wird in der Regel nur innerhalb einer Biografie gesprochen, die Migration in den Herkunftskontext von Vorfahren stellt dagegen eine Sonderform („ancestral return migration“[1]) dar. Diese Form wird häufig auch als „ko-ethnische Migration“[2] bezeichnet, um zu verdeutlichen, dass die Rückkehr in den gleichen ethnischen Kontext erfolgt (nicht jedoch zwangsläufig in denselben räumlichen Herkunftskontext). Die Ko-Ethnizität mag als ein Integrationsvorteil erscheinen und eine Privilegierung der Remigranten suggerieren, täuscht aber leicht darüber hinweg, dass kulturelle, politische und soziale Unterschiede zwischen Herkunfts- und Ankunftskontext den Eingliederungsprozess beeinflussen.[3]

Generell gelten für Remigrationen dieselben potenziellen Hintergründe und raum-zeitlichen Dimensionen wie für Migrationen. Es können jedoch weitere Faktoren wie der Wunsch, sich nach einer politisch motivierten Emigration in den veränderten Herkunftskontext einzubringen,[4] oder schlichtweg Heimweh dazu führen, dass eine Remigration erfolgt.

2. Diskurse

Mit „Remigration“ beschäftigen sich zahlreiche Disziplinen, wenn auch in deutlich geringerem Ausmaß als mit „Migration“ im Allgemeinen. Im Fokus der überwiegend historischen, soziologischen, ökonomischen, geographischen, politikwissenschaftlichen sowie volkskundlichen Forschungen stehen Fragen des Kulturtransfers und des finanziellen und politischen

Engagements durch Remigranten, der (Re-)Integrationsproblematik sowie der Typologisierung von Rückkehrern.[5]

Methodisch erweist sich die Beschäftigung mit Remigration nicht zuletzt wegen ihrer mangelnden statistischen Erfassung als problematisch. Daher widmet sich die Remigrationsforschung häufig besonders den prominenten Fällen.[6] Solcherlei akteurszentrierte Studien, die sich Remigranten mittels biografischer Methoden nähern, vermögen tiefgreifende Einblicke in Handlungs- und Deutungsmuster von Remigranten zu vermitteln. Im Rahmen der historischen Exilforschung verdeutlichen beispielsweise zahlreiche Studien zu den deutschen Remigranten der Nachkriegszeit die Schwierigkeit der Rückkehr in einen während der Abwesenheit veränderten Herkunftskontext.[7]

Versteht man die Geschichte der Deutschen im östlichen Europa als Geschichte von Migrationen, so muss auch deren Remigration in den Blick genommen werden. Im Kontext der vielen unterschiedlichen Migrationsprozesse von Deutschen in das, im und aus dem östlichen Europa sind Remigrationen vielfach belegt, aber aufgrund der diffusen Quellenlage nur selten systematisch und zahlenmäßig dokumentiert und erforscht. Außerdem stellt sich in diesem Zusammenhang die Schwierigkeit, die Kriterien zur Erfassung ethnischer oder nationaler Zugehörigkeiten in den überlieferten Quellen nachzuvollziehen, als methodisches Problem dar.

Als zahlenmäßig gering wird in der Forschung beispielsweise die Remigration von Deutschen aus dem östlichen Europa, die auf deren Überseeauswanderung im 19. und frühen 20. Jahrhundert folgte, eingeschätzt. So kam es etwa bei den deutschstämmigen Auswanderern aus Kroatien, die zwischen 1870 und 1940 in die USA emigrierten, zu keiner nennenswerten Remigration, während die Rückkehrrate bei Kroaten und Ungarn höher war.[8] Auch für den Kontext der Vertreibungen von Deutschen aus dem östlichen Europa nach 1945 sind keine zahlenmäßig relevanten Rückkehrprozesse auszumachen; eine Ausnahme stellen größere Zahlen an illegalen ungarndeutschen Rückkehrern dar.[9] Indirekt führten die Vertreibungen von Deutschen nach 1945 zum Beispiel aus den böhmisch-mährischen Randgebieten der Tschechoslowakei teilweise zu Remigrationen von zuvor von dort durch die NS-Behörden zwangsausgesiedelten Tschechen. Auch sind Remigrationsprozesse als Reaktion auf eine vorherige Deportation im ostmitteleuropäischen Kontext zu beobachten, etwa die Rückkehr von Banater Schwaben und Siebenbürger Sachsen aus der Sowjetunion nach Rumänien. Bei unterschiedlichen Spätaussiedlergruppen wurden in den vergangenen Jahrzehnten ebenfalls Remigrationen beobachtet und untersucht, etwa bei Deutschen aus Oberschlesien oder den Nachfolgestaaten der Sowjetunion.[10] Wenig Aufmerksamkeit seitens der Forschung erhielten bisher jene Personen, die in ihren Herkunftsgebieten nach 1989 (wieder) Immobilien erworben haben und dort ihre Ferien oder ihren Lebensabend verbringen. Im Zuge transnationaler Migrationsprozesse rücken solche Pendelmigrationen vermehrt in den Blick der Forschung, zunächst am Beispiel von Arbeitsmigranten aus Süd- und Südosteuropa, im Kontext der EU-Osterweiterungen dann auch aus Ostmitteleuropa (z. B. Saisonarbeiter), deren Investitionen insbesondere in Form von Immobilien in ihren Heimatländern transnationale Lebensentwürfe unterstützen. Schließlich erfahren in jüngster Zeit die Remigrationen von antikommunistischen Emigranten und deren Einfluss auf die postsozialistischen Transformationsprozesse im östlichen Europa interdisziplinäres Interesse.[11] Nur selten jedoch wird Remigration komparativ erforscht.

3. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Edda Currle: Theorieansätze zur Erklärung von Rückkehr und Remigration. In: Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst soFid. Migration und ethnische Minderheiten (2006), H. 2, S. 7–23.
- Michael Schönhuth: Remigration von Spätaussiedlern – Ein neues Forschungsfeld. In: IMIS-Beiträge 34 (2008), S. 61–84.
- Sarah Scholl-Schneider: „(...) aber mein Mann wollte nicht mehr, der wollte nach Hause zurück." Die Option der Remigration für die deutsche Auswanderung aus dem östlichen Europa in Übersee. In: Jahrbuch für deutsche und osteuropäische Volkskunde 54 (2013), S. 132–149.
- Ágnes Tóth: Rückkehr nach Ungarn 1946–1950. Erlebnisberichte ungarndeutscher Vertriebener. München 2012 (Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 43).

Anmerkungen

[1] Russell King: Return migration and regional economic development. An overview. In: Ders. (Hg.): Return migration and regional economic problems. London u. a. 1986, S. 1–37, hier S. 6.

[2] Jasna Čapo Žmegač, Christian Voß, Klaus Roth (Hg.): Co-Ethnic Migrations Compared. Central and Eastern European Contexts. München, Berlin 2010 (Studies on Language and Culture in Central and Eastern Europe 14); Takeyuki Tsuda (Hg.): Diasporic Homecomings. Ethnic Return Migrants in Comparative Perspective. Palo Alto 2009.

[3] Mathias Beer: Kleiner Unterschied – große Wirkung. Der Stellenwert kultureller Differenz im Eingliederungsprozess koethnischer Migranten. In: Čapo Žmegač, Voß, Roth (Hg.): Co-Ethnic Migrations Compared (Anm. 2), S. 101–118.

[4] Im Fall der Nachkriegsremigration nach Deutschland kann man davon ausgehen, dass eine Rückkehr umso eher stattfand, je mehr die Emigration politisch begründet war. Vgl. dazu Marita Krauss: Heimkehr in ein fremdes Land. Geschichte der Remigration nach 1945. München 2001 (Beck'sche Reihe 1436), S. 11.

[5] Jean-Pierre Cassarino: Theorising Return Migration: The Conceptual Approach to Return Migrants Revisited. In: International Journal on Multicultural Societies 6 (2004), H. 2, S. 253–279.

[6] Exemplarisch: Sarah Scholl-Schneider: Mittler zwischen Kulturen. Biographische Erfahrungen tschechischer Remigranten nach 1989. Münster u. a. 2011 (Schriftenreihe der Kommission für deutsche und osteuropäische Volkskunde 94).

[7] Exemplarisch: Claus-Dieter Krohn, Patrick von zur Mühlen (Hg.): Rückkehr und Aufbau nach 1945. Deutsche Remigranten im öffentlichen Leben Nachkriegsdeutschlands. Marburg 1997 (Schriften der Herbert-und-Elsbeth-Weichmann-Stiftung).

[8] Ivan Čizmić: Emigration from Croatia 1880–1940. In: Julianna Puskás (Hg.): Overseas Migration from East-Central and Southeastern Europe. 1880–1940. Budapest 1990 (Studia historica Academiae Scientiarum Hungaricae 191), S. 143–167, hier S. 160. Dies deckt sich mit der Beobachtung, dass die Übersee-Migration oft von deutschsprachigen Dörfern ausging, in denen eine Tradition hinsichtlich Mobilität bereits bestand (vgl. Julianna Puskás: Summary of the Discussion. In: Puskás (Hg.): Overseas Migration, S. 236–246, hier S. 237).

[9] Vgl. Tóth: Rückkehr.

[10] Vgl. Schönhuth: Remigration.

[11] Vgl. Projekt Remigrationen und post-sozialistische Transformationen: http://www.remigrations.pilar.hr (Abruf 26.01.2015).

Zitation

Sarah Scholl-Schneider: Remigration. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2015. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32737 (Stand 29.04.2015).

Ribbentrop-Molotow-Pakt → Hitler-Stalin-Pakt (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Rumäniendeutsche → Rumänien

Siehe Rumänien (Länder)

Rumänisierung → Assimilation

Siehe Assimilation

Russifizierung → Assimilation

Siehe Assimilation

Russlanddeutsche

Inhalt

Der Begriff „Russlanddeutsche“ wird häufig nicht nur als Bezeichnung für Deutsche aus dem Russischen Reich oder der Russischen Föderation verwendet, sondern auch als Oberbegriff für Deutsche, die in Regionen oder Ländern lebten oder noch heute leben, die Teil der Sowjetunion waren. Dies betrifft vor allem deutsche Bevölkerungsgruppen in und aus folgenden Regionen und Ländern:

Regionen:

- Altairegion (in Bearb.)
- Baltikum
- Baškirien (noch leer)
- Bessarabien
- Dongebiet (noch leer)
- Krim (in Bearb.)
- Kurland (in Bearb.)
- Lettgallen (Polnisch-Livland, Inflantien) (in Bearb.)
- Livland
- Schwarzmeergebiet
- Sibirien
- Turkestan
- Wolgadeutsche ASSR (in Bearb.)
- Wolgagebiet (in Bearb.)
- Wolhynien (in Bearb.)

Länder:

- Armenien (in Bearb.)
- Aserbaidschan (in Bearb.)
- Estland (in Bearb.)
- Georgien (in Bearb.)
- Kasachstan
- Kirgisien (in Bearb.)
- Lettland
- Litauen
- Republik Moldau
- Tadschikistan (noch leer)
- Türkmenistan (noch leer)
- Ukraine (in Bearb.)
- Usbekistan (noch leer)
- Weißrussland (noch leer)

S

Sachsenspiegel (in Bearb.)
Dieser Text ist in Bearbeitung.

Sathmarschwaben → Sathmar
Siehe Sathmar→Kreischgebiet (Regionen)

Schlesier → Schlesien
Siehe Schlesion (Regionen)

Schulwesen (in Bearb.)
Dieser Text ist in Bearbeitung.

Schwabenspiegel (in Bearb.)
Dieser Text ist in Bearbeitung.

Schwarzmeerdeutsche → Schwarzmeergebiet
Siehe Schwarzmeergebiet (Regionen)

schwebendes Volkstum → Ethnische Indifferenz (→ Autor/in gesucht)
Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Schwenckfelder (in Bearb.)
Dieser Text ist in Bearbeitung.

Selbstbestimmungsrecht

1. Genese

Begriffsgeschichte

Die meisten Forscher sind sich einig, dass die intellektuellen und juristischen Ursprünge des Selbstbestimmungsrechtes in der Amerikanischen Unabhängigkeitserklärung (1776) und in der Französischen Revolution (1789) zu finden sind. Das Konzept betraf vor allem die Volkssouveränität und die Verantwortung der Regierung gegenüber den Bürgern. Der Begriff wurde dann im 19. Jahrhundert von Revolutionären wie z. B. Giuseppe Mazzini übernommen. Aber erst während des Ersten Weltkrieges und in der Zeit danach im Kontext der damit verbundenen geopolitischen und ideologischen Umwälzungen wurden die Begriffe Selbstbestimmungsprinzip und Selbstbestimmungsrecht allgemein gebräuchlich. Sowohl Lenin als auch der amerikanische Präsident Woodrow Wilson haben den Begriff Selbstbestimmungsrecht benutzt, jedoch auf unterschiedliche Weise. In vielerlei Hinsicht hat die Pariser Friedenskonferenz (1919) das Selbstbestimmungsprinzip offiziell legitimiert. Der Neuentwurf der Landkarte Europas nach dem Ersten Weltkrieg wurde in der Theorie gemäß dem Selbstbestimmungsrecht gestaltet - dem sogenannten "Wilsonschen System". Seit dem Ersten Weltkrieg wurde das Selbstbestimmungsrecht oft in einem ethnischen Sinne formuliert und mit dem Streben nach Eigenstaatlichkeit zunächst vor allem der Völker in Mittel- und Osteuropa gleichgesetzt.

In der Praxis, auch von einem ethnisch-nationalen Standpunkt aus, nutzten die Pariser Friedensverträge nur teilweise das Selbstbestimmungsprinzip als Legitimationsgrundlage. Obwohl die drei multinationalen Reiche (das Habsburgische, das Osmanische und das Russische Reich) zusammengebrochen waren, bildeten sich auf der neuen Karte Europas multiethnische Föderationen (Tschechoslowakei, Jugoslawien) sowie de facto multinationale Staaten, deren Eliten sie aber als Nationalstaaten verstanden (Rumänien, Polen). Darüber hinaus führte fast überall in Mittel- und Osteuropa die Anwesenheit zahlreicher ethnischer und nationaler Minderheiten, die ihre eigenen Hoffnungen auf Selbstbestimmung hegten, zu internen, aber auch zu zwischenstaatlichen Spannungen, was für die Entstehung des Zweiten Weltkrieges nicht ohne Bedeutung war.

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und dem Aufstieg der Sowjetunion zur Weltmacht verlagerte sich der geographische Ort der Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes von Mittel- und Osteuropa zu den europäischen Kolonialreichen in Afrika und Asien. Folglich wurde die Selbstbestimmung während des Kalten Krieges vor allem zum juristischen Mantra der Dekolonisierungsprozesse und der antikolonialistischen Bewegungen.

Nach 1989 löste der Zusammenbruch des Kommunismus den Zerfall der Staaten Sowjetunion, Tschechoslowakei und Jugoslawien aus. Noch einmal spielten das Selbstbestimmungsprinzip und Selbstbestimmungsdiskurse eine wichtige Rolle im Kontext der Sezessionen und Unabhängigkeitserklärungen in der Region. Die jüngsten von einer Mehrheit der internationalen Akteure im Namen des Selbstbestimmungsprinzips anerkannten Unabhängigkeitserklärungen sind die des Kosovo (2008) und des Südsudan (2011).

Träger, Gebrauch

Das Selbstbestimmungsprinzip und das damit verbundene Selbstbestimmungsrecht wurden mit mehreren politischen Kontexten assoziiert: Sie fungierten als Emanzipierungsinstrument der Völker in den multinationalen Staaten Europas, Werkzeug zur Lösung zwischenstaatlicher Konflikte, Voraussetzung für die anti-kolonialistische Bewegung, das demokratische Recht eines Volkes, seine eigene Regierung zu wählen, und als Instrument zur Gewährleis-

tung von Minderheitenrechten. Darüber hinaus können eine Reihe von Entitäten als Träger eines Selbstbestimmungsrechtes betrachtet werden: Individuen, ethnische Gruppen, Minderheiten, Staaten. Sowohl das durch den 1920 entstandenen Völkerbund garantierte internationale System als auch das seines Nachfolgers, der Vereinten Nationen, haben das Selbstbestimmungsrecht zu einem ihrer Grundsätze erklärt, obwohl eine einstimmige Verständigung hinsichtlich seiner Implementierung und sogar seiner Definition fehlt.

Fremdsprachige Entsprechungen

engl. right to self-determination; franz. droit à l'autodétermination; ital. diritto all'autodeterminazione; rum. drept la autodeterminare; ung. önrendelkezési jog

2. Definition

Laut den Menschenrechtspakten der Vereinten Nationen sind "alle Völker" im Besitz des "Rechtes auf Selbstbestimmung", aber die Grenzen der Implementierung dieses Rechtes und die Grenzen des "Selbst" sind unklar. In seiner einfachsten Auslegung betrifft das Selbstbestimmungsrecht das Recht eines Volkes, sein eigenes politisches Schicksal zu entscheiden.

3. Diskurse/Kontroversen

Auf der einen Seite betreffen die umstrittenen Aspekte des Selbstbestimmungsrechtes die ethische Gültigkeit des Begriffes. Auf der anderen Seite betreffen sie die Identität des Selbst und die potentiellen Implementierungsmethoden des Rechtes. Folglich sind zwei der bedeutendsten Fragen, die mit dem Selbstbestimmungsrecht verbunden sind, die nach der Definition des Volkes, das das Selbstbestimmungsrecht genießen darf, und die nach der territorialen Einheit, innerhalb derer das Recht ausgeübt werden kann. In diesem Zusammenhang ist die Frage der internen im Vergleich zur externen Selbstbestimmung entscheidend. Die erste Variante berücksichtigt unterschiedliche Regelungen im Hinblick auf Demokratie, Autonomie und Dezentralisierung, während die zweite als Recht auf Sezession, Unabhängigkeit und Eigenstaatlichkeit verstanden wird.

Das Hervortreten des Selbstbestimmungsrechtes in der europäischen und internationalen Geopolitik ist eng mit der Persönlichkeit des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson und mit dem Ende des Ersten Weltkrieges verbunden. Es scheint aber, dass Wilsons Auffassung von Selbstbestimmung ursprünglich nicht ethnisch oder national orientiert war, sondern eher staatsbürgerlich. Die während des Kalten Krieges stattgefundene Dekolonisierung hat als Gegenargumente zum Selbstbestimmungsprinzip auch die Prinzipien der territorialen Einheit und des sogenannten *uti possidetis* in den Rang eines Normbestands emporgehoben, was in vielen Fällen zu Spannungen und ethnischen Konflikten führte, wie etwa im Kongo oder in Ex-Jugoslawien.

4. Die deutschen Minderheiten in Mittel- und Osteuropa und das Selbstbestimmungsrecht

Eine Folge des Ersten Weltkrieges und der Entstehung neuer Staaten in Mittel- und Osteuropa war auch das Vorhandensein der deutschen Minderheiten in den Staaten der Region. Es gab ethnische Deutsche in Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien und Jugoslawien. Es kann argumentiert werden, dass in der Praxis die deutschsprachigen Minderheiten in Mittel- und Osteuropa, auch in denjenigen Regionen, in denen sie die Mehrheit darstellten, kein Selbstbestimmungsrecht genossen, was im damaligen politischen Kontext verständlich ist. Im Namen des Selbstbestimmungsrechts hätte z. B. die überwiegend von Deutschen bewohnte Sudetenregion an Deutschland oder Österreich angegliedert werden müssen. Die Autonomiebestrebungen der deutschen Minderheit in Rumänien erfolgten auch im Namen des Selbstbestimmungsprinzips. Die Nationalsozialisten, die die auf Wilsons Prinzip zurückgehende staatliche Neuordnung Mittel- und Osteuropas ablehnten, beriefen sich auf das

Selbstbestimmungsrecht der ethnischen Deutschen. Die am Ende des Zweiten Weltkrieges erfolgten Vertreibungen der Deutschen werden von Vertretern ihrer Landsmannschaften als eine Maßnahme interpretiert, die dem Selbstbestimmungsprinzip widerspricht. Folglich wird das Selbstbestimmungsrecht in diesem Zusammenhang in Verbindung mit einem sogenannten "Recht auf Heimat" postuliert.

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Antonio Cassese: Self-determination of peoples. A legal reappraisal. Cambridge 1995 (Hersch Lauterpacht memorial lecture series 12).
- Inis L. Claude, Jr: National minorities. An international problem. Cambridge, MS 1955.
- Mária M. Kovács: Standards on self-determination and standards of minority rights in the post-communist era. A historical perspective. In: Nations and nationalism 9 (2003), S. 433-450.
- Michla Pomerance: The United States and self-determination perspectives on the Wilsonian conception. In: The American Journal of International Law 70 (1976), S. 1-27.
- Marc Weller: Escaping the self-determination trap. Leiden 2008.

Weblinks

- http://www.marxists.org/deutsch/archiv/lenin/1916/01/nationen.html (Wladimir Iljitsch Lenin: Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen. Thesen [Januar-Februar 1916])
- http://www.princeton.edu/~lisd/ (Liechtenstein Institute on Self-Determination)
- http://www.csu.de/verband/1430390100/historie/bisherige_aktivitaeten/1247349343000.htm (Recht auf Heimat - Selbstbestimmungsrecht der Völker)

Zitation

Cristian Cercel: Selbstbestimmungsrecht. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/53890.html (Stand 30.01.2012).

Shoah (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Sibiriendeutsche → Sibirien

Siehe Sibirien (Regionen)

Siebenbürger Sachsen → Siebenbürgen (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Siedlungsgebiet (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Sowjetdeutsche → UdSSR

Siehe UdSSR (Länder)

Spätaussiedler → Aussiedler/Spätaussiedler

Siehe Aussiedler/Spätaussiedler

Sprache (in Bearb.)

Sprachgruppe

Inhalt

Siehe:

- Minderheit (in Bearb.)
- Sprache (in Bearb.)
- Sprachinselforschung

Sprachinsel → Sprachinselforschung

Siehe Sprachinselforschung

Sprachinseldeutsche → Sprachinselforschung

Siehe Sprachinselforschung

Sprachinselforschung

1. Begriff

Die Sprachinselforschung widmet sich der Erforschung relativ geschlossener Siedlungseinheiten (Dorf, Stadt, mehrere Orte), die von anderssprachigen Siedlungen umgeben sind. In der Insel-Metapher kommt dabei zum einen eine gewisse Isolation, zum anderen eine Gefährdung durch das umgebende ‚Meer' und die Vorstellung eines ‚vorgeschobenen Postens/Vorpostens' zum Ausdruck.

Das Konzept der ‚Sprachinsel' stammt aus der Sprachwissenschaft und galt am Anfang der Erforschung von Minderheitensprachen und -dialekten. Dementsprechend war zunächst die Sprache das wichtigste Kriterium zur Abgrenzung und Beschreibung des Forschungsgegenstandes. Herausgehobene Bedeutung hat jener Zweig der Sprachinselforschung, der darüber hinaus historische, kulturelle und ethnische Merkmale einbezog und damit zwischen Sprachwissenschaft, Volkskunde/Europäischer Ethnologie und Geschichte angesiedelt war. Dieser wurde zunehmend Teil des völkischen Diskurses und beinhaltete im Kontext der gesellschaftlich verbreiteten Kritik an der neuen Staatenordnung Mitteleuropas nach dem Ersten Weltkrieg und daraus resultierender politischer Revisionswünsche eine Fürsorgeverpflichtung für die außerhalb des Staates lebenden Deutschen.

Fremdsprachige Entsprechungen des Begriffs „Sprachinsel"

Engl.: linguistic enclave/island; poln.: wyspa językowa; tsch.: jazykový ostrov

2. Geschichte der Sprachinselforschung

Die älteste Literatur, die sich als Sprachinselforschung im engeren Sinne einordnen lässt, setzte um 1830 ein und betraf vor allem Sprache/Mundart und (Volks-)Dichtung. Im Zuge aufklärerisch-statistischer Landesbeschreibungen erfolgte die Ausweitung um historische und kulturelle Aspekte, bis der Begriff ‚Sprachinsel' als synonyme Verkürzung für ein umfassenderes, ethnographisch erforschbares Phänomen verwendet wurde.[1]

Die außerhalb des geschlossenen deutschen Sprachgebiets gelegenen ‚Inseln' wurden wegen ihrer Abgelegenheit als sprachliche und kulturelle Reliktgebiete angesehen und aufgesucht. Im östlichen Europa waren dies beispielsweise die Zips und die Gottschee, die mährischen Städte Brünn/Brno und Iglau/Jihlava. Den deutschsprachigen Enklaven in Russland wurde um 1860 erstmals wissenschaftliche Beachtung geschenkt, ihre systematische Erforschung setzte jedoch erst nach 1917 ein.

Die Monographie „Die deutsche Sprachinsel Gottschee" des aus Laibach/Ljubljana stammenden Literaturhistorikers und Volkskundlers Adolf Hauffen (1863–1930) erschien 1895 gegen Ende dieser ersten intensiven Phase der Sprachinselforschung und vereinigt historische, sprachwissenschaftliche und volkskundlich-ethnographische Aspekte. Hauffen verwendete für seine Darstellung sowohl bis dato erschienene Publikationen als auch eigene Erhebungen.

Solche empirischen Forschungen gewannen nach 1900, vor allem aber ab den 1920er Jahren in Form von teilnehmender Beobachtung und Befragungen sogenannter Gewährsleute in dem Maße an Bedeutung, in dem die gegenwärtige Situation der Deutschen im Ausland politisch in den Vordergrund rückte und auch solche ‚Sprachinseln' entdeckt und erforscht wurden, über die kaum ältere Aufzeichnungen existierten.

Das wieder auflebende Interesse an den ‚Sprachinseln' nach 1918 war Teil der intensivierten Beschäftigung mit dem sogenannten Grenz- und Auslandsdeutschtum, dem sich verschiedene Vereine, Institutionen und Wissenschaften widmeten, darunter das Deutsche Ausland-Institut in Stuttgart und der Verein/Volksbund für das Deutschtum im Ausland. Aufgrund ihrer Zahl und Vielfalt, aber auch wegen der im Zuge der Gebietsabtretungen und daraus erwachsenden Revisionsbestrebungen nach dem Ersten Weltkrieg zunehmenden politischen Bedeutung spielten die ‚Sprachinseln' in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa eine besondere Rolle.



Walter Kuhn (1903–1984) aus Bielitz/Bielsko-Biała in Österreichisch-Schlesien begründete die theoretische und angewandte Sprachinselforschung. Seine 1930 publizierte Wiener Dissertation über „Sprachinseln in Galizien" behandelt neben der Siedlungsgeschichte Wirt-

schaft, Bevölkerungsdaten, religiöse und nationale (ethnische) Verhältnisse sowie Schule, Kirche und „völkische Organisation“. Weitere theoretische und methodische Überlegungen lieferte er vier Jahre später in dem Band *Deutsche Sprachinselforschung* (1934). Darin definierte er die ‚Sprachinsel‘ völkisch akzentuiert als „ein Stück Volksboden, das vom geschlossenen Gebiete seines eigenen Volkes räumlich getrennt und allseitig von fremdem Volkstum umgeben ist“[2], und begründete ihre Erforschung als Teil einer „allgemeinen Deutschtumskunde“, die sich interdisziplinär mit „deutschen Dingen“[3] befasse und deren Ziel ein „geschlossenes Lebensbild der Sprachinsel“[4] sei. Während bei ihm die Volkskunde neben den übrigen Teildisziplinen stand, rückte Gustav Jungbauer (1886–1942) in Prag/Praha die Volkskunde in den Vordergrund und begründete eine Sprachinselvolkskunde.[5]

(Kleinere) ‚Sprachinseln‘ galten wegen ihrer überschaubaren Größe als geeignete Untersuchungsobjekte. Zudem glaubten die Forscher vor allem in agrarisch geprägten Siedlungen eine besonders reiche und rein erhaltene Volkskultur anzutreffen, die die als Kolonisten bezeichneten Siedler aus der deutschsprachigen „Urheimat“ mitgebracht hätten. Die Gründe hierfür sahen sie in der räumlichen Abgeschiedenheit vom Mutterland sowie in der besonderen Bedeutung der Volkskultur als identitätsstiftendes Element in der Selbstbehauptung gegenüber der ‚fremdvölkischen‘/andersethnischen Umgebung. Vielen galten die Bewohner von ‚Sprachinseln‘ gleichsam als idealtypische Deutsche, ausgezeichnet durch Ausdauer, Fleiß, Sparsamkeit, Reinlichkeit und ein ausgeprägtes Pflicht- und Gemeinschaftsgefühl.

Die Ergebnisse der Sprachinselforschung wurden in Form von Monographien wie der Hauffens oder Kuhns publiziert; sie behandelten einzelne ‚Sprachinseln‘ wie die Gottschee oder auch ‚Sprachinsellandschaften‘ wie Galizien, Wolhynien oder Siebenbürgen. In weit größerer Zahl erschienen jedoch kleinere Arbeiten zu Einzelphänomen wie traditionellen Erzählformen (z. B. Sagen), Liedern oder Schauspielen in Zeitungen, (populär-)wissenschaftlichen Zeitschriften und Büchern, die zur Popularisierung der Sammlungs- und Forschungsergebnisse sowie zur Bekanntheit der außerhalb Deutschlands gelegenen Siedlungsgebiete wesentlich beitrugen.

Die Sammlung, Publikation und Bewahrung dieser Volkskultur sahen die Wissenschaftler und Publizisten als eine ihrer wesentlichen Aufgaben an. Die Sprachinselforschung wurde als angewandte und politische Forschung für den Erhalt des Deutschtums im Ausland verstanden und leistete einen Beitrag zur Entstehung und Festigung kollektiver Identitäten.

Mit dem Kriegsende 1945 endete die historische und empirische Erforschung von ‚Sprachinseln‘ im östlichen Europa. Einzelne Nachklänge finden sich in der Volkskunde der Heimatvertriebenen, zu deren Protagonisten einige vormalige Sprachinselforscher wie Josef Hanika (1900–1963), Alfred Karasek(-Langer) (1902–1970), Josef Lanz (1902–1981) und Karl Horak (1908–1992) gehörten. Dabei stellte vor 1945 gesammeltes Material, teilweise ergänzt um die Ergebnisse von Erhebungen unter Flüchtlingen und Vertriebenen, die Grundlage der Veröffentlichungen dar. Der Begriff ‚Sprachinsel‘ verschwand jedoch aus dem allgemeinen wissenschaftlichen Diskurs, lediglich in der Dialektforschung findet er nach wie vor Anwendung.[6]

3. Kritik der Sprachinselforschung

Die wissenschaftliche Kritik an der Sprachinselforschung richtete sich vor allem gegen die behauptete Geschlossenheit und Einheitlichkeit der untersuchten Orte und Landschaften, die Phänomene wie Zwei- oder Mehrsprachigkeit, sprachliche und kulturelle Entlehnungen und Transfers weitgehend ignorierte, sowie gegen die Beschränkung auf das so genannte „Altgut“, das heißt auf kulturelle Erscheinungen, die als Relikte angesehen und deshalb als be-

sonders wertvoll hervorgehoben wurden. Auch die mit der besonderen Wertschätzung angeblich genuin deutscher Kultur einhergehende Abwertung und Kränkung der als „Umvölker“ bezeichneten anderssprachigen beziehungsweise andersethnischen Nachbarn und das daraus abgeleitete Kulturgefälle zwischen Deutschen und insbesondere slawischen Völkern hielt der Wissenschaftskritik nicht stand. Die in der Volkskunde Mitte der 1960er Jahre einsetzende Ideologiekritik dekonstruierte zudem die völkischen Grundlagen nicht nur der Sprachinselforschung.[7]

Gegen das überkommene Konstrukt der ‚Sprachinsel‘ stellte Ingeborg Weber-Kellermann (1918–1993), die zunächst selbst in dieser wissenschaftlichen Tradition stand, das Konzept der Interethnik, das Austauschprozessen besondere Aufmerksamkeit schenkte und nationaler Voreingenommenheit offensiv begegnete.

Die in der Sprachinselforschung zusammengetragenen Materialien stellen teilweise bis heute die umfangreichsten Informationen über weite Teile „volkskundlicher Überlieferungen“ der deutschsprachigen Bevölkerung einiger Regionen, zum Beispiel Wolhyniens, vor 1945 dar; ihre Verwendung bedarf jedoch besonders sorgfältiger Quellenkritik und wissenschaftsgeschichtlicher Kontextualisierung.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Adolf Hauffen: Die deutsche Sprachinsel Gottschee. Geschichte und Mundart, Lebensverhältnisse, Sitten und Gebräuche, Sagen, Märchen und Lieder. Graz 1895. (Quellen und Forschungen zur Geschichte, Litteratur und Sprache Österreichs und seiner Kronländer 3). Nachdruck Hildesheim 1979.
- Gustav Jungbauer: Sprachinselvolkskunde. In: Sudetendeutsche Zeitschrift für Volkskunde 3 (1930), S. 143–150, 196–204, 244–256.
- Alfred Karasek: Sprachinselvolkstum. In: Deutsche Blätter in Polen 3 (1926), H. 11/12, S. 569–594.
- Konrad Köstlin: Volkskulturforschung in Grenzräumen. In: Jahrbuch für ostdeutsche Volkskunde 33 (1990), S. 1–19.
- Walter Kuhn: Die jungen deutschen Sprachinseln in Galizien. Ein Beitrag zur Methode der Sprachinselforschung. Graz 1930 (Deutschtum und Ausland 26/27).
- Walter Kuhn: Deutsche Sprachinsel-Forschung. Geschichte, Aufgaben, Verfahren. Plauen i.V. 1934 (Ostdeutsche Forschungen / Historische Gesellschaft im Wartheland 2).
- Petr Lozoviuk: Interethnik im Wissenschaftsprozess. Deutschsprachige Volkskunde in Böhmen und ihre gesellschaftlichen Auswirkungen. Leipzig 2008 (Schriften zur sächsischen Geschichte und Volkskunde 26).
- Ingeborg Weber-Kellermann: Zur Frage der interethnischen Beziehungen in der „Sprachinselvolkskunde“. In: Österreichische Zeitschrift für Volkskunde XIII/62 (1959), S. 19–47.
- Ingeborg Weber-Kellermann: Zur Interethnik. Donauschwaben, Siebenbürger Sachsen und ihre Nachbarn. Frankfurt/M. 1978.

Anmerkungen

[1] So explizit etwa bei Adolf Ficker: Die Völkerstämme der österreichisch-ungarischen Monarchie, ihre Gebiete, Gränzen und Inseln. Wien 1869, S. 34.

[2] Kuhn: Sprachinsel-Forschung, S. 15.

[3] Kuhn: Sprachinsel-Forschung, S. 16.

[4] Kuhn: Sprachinsel-Forschung, S. 15.

[5] Jungbauer: Sprachinselvolkskunde; vgl. dazu Lozoviuk: Interethnik, S. 173.

[6] Zum Beispiel in Nina Berend: Russlanddeutsches Dialektbuch. Die Herkunft, Entstehung und Vielfalt einer ehemals blühenden Sprachlandschaft weit außerhalb des geschlossenen deutschen Sprachgebiets. Halle/S. 2011.

[7] Zu nennen sind hier als frühe Arbeiten: Hermann Bausinger: Volksideologie und Volksforschung. In: Andreas Flitner (Hg.): Deutsches Geistesleben und Nationalsozialismus. Eine Vortragsreihe der Universität Tübingen. Tübingen 1965, S. 125–143; und Wolfgang Emmerich: Zur Kritik der Volkstumsideologie. Frankfurt/M. 1971 (Edition Suhrkamp 502).

Zitation

Heinke M. Kalinke: Sprachinselforschung. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2015. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32772 (Stand 02.07.2015).

Sprachpolitik

1. Definition

Sprachpolitik ist jegliches politisches Handeln, das Einfluss auf eine sprachliche Situation nimmt oder dies beabsichtigt.

2. Gegenstandsbereiche von Sprachpolitik

Sprachpolitisches Handeln kann sich auf Sprachen selbst (Korpusplanung), ihren Status (Statusplanung) und ihren Erwerb (Erwerbsplanung) beziehen. In der Korpusplanung wird zwischen Kodifizierung und Ausbau einer Sprache unterschieden.[1] Statusplanung nimmt Einfluss auf die Funktionsbereiche von Sprachen in einer gegebenen Gesellschaft.[2] Erwerbsplanung kann durch die Schaffung von Möglichkeiten und Anreizen unterschiedliche Ziele verfolgen: den Erwerb einer Sprache als Zweit- oder Fremdsprache, den kollektiven Wiedererwerb einer nicht mehr benutzten Sprache oder den Erhalt einer Sprache mit schwindender Sprecherzahl.[3]

3. Diskurse/Kontroversen

Kontrovers diskutiert wird in jüngerer Zeit, inwieweit die Förderung von Sprachen nationaler und ethnischer Minderheiten sprachpolitisch sinnvoll und demokratisch legitim ist.[4] Befürworter einer Förderung, die über ein bloßes Diskriminierungsverbot hinausgeht, betonen die Bedeutung sprachlicher Vielfalt für die kulturelle Vielfalt sowie für die Toleranz einer Gesellschaft. Kritiker dagegen stellen den Einfluss sprachlicher Vielfalt auf kulturelle Diversität in Frage. Sie verweisen zudem auf die hohen gesellschaftlichen Kosten, die der Erhalt von Sprachen mit geringem kommunikativem Nutzen mit sich bringe. Mitunter wird auch ein negativer Effekt ethnisch-sprachlicher Heterogenität innerhalb eines Landes auf die Solidarität der Bürger vermutet.

4. Sprachpolitik gegenüber dem Deutschen im Verhältnis zu anderen Sprachen in Ostmittel- und Osteuropa

Zu einem bedeutenden politischen Faktor entwickelte sich Sprache insbesondere nach der Entstehung moderner Flächenstaaten und der Einführung der allgemeinen Schulpflicht, im

habsburgischen Österreich etwa im Zuge der Reformen unter Maria Theresia und Joseph II. Vom ausgehenden 18. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg dominierten mit Preußen bzw. dem Deutschen Kaiserreich, Österreich bzw. Österreich-Ungarn und dem Russischen Reich drei Staaten in Mittel- und Osteuropa, von denen in zweien das Deutsche eine hervorgehobene Rolle einnahm. Die Sprachpolitik in den östlichen Gebieten Preußen-Deutschlands entwickelte sich ab 1830 zu einer Bekämpfung der polnischen Nationalbewegung durch eine angestrebte sprachliche Assimilation.[5] In Österreich wurden als Folge der Revolutionen von 1848/49 die 'landesüblichen' Sprachen zwar rechtlich gleichgestellt, doch konnte dies nicht den Sprachkonflikt zwischen Deutschböhmen und der erstarkenden tschechischen Nationalbewegung verhindern. Die Deutschen in Ungarn sahen sich nach dem österreichisch-ungarischen Ausgleich (1867) einer magyarisierenden Sprachpolitik ausgesetzt.[6] Die deutschen Siedler im Russischen Reich konnten bis in die 1890er Jahre ein eigenes deutschsprachiges Schulwesen unterhalten, bevor mit der Einführung eines allgemeinen Schulsystems das Russische als Schulsprache obligatorisch wurde.[7]

In der Zwischenkriegszeit war die Sprachpolitik in Ostmittel- und Osteuropa von der Minderheitensituation deutscher Bevölkerungsgruppen in neu entstandenen Nationalstaaten geprägt. Ein System von Minderheitenschutzverträgen sollte nach dem Ersten Weltkrieg u. a. die sprachlichen Rechte der nationalen Minderheiten in Ostmitteleuropa sichern. Nach anfänglich liberalen Ansätzen, die bis zu einer Kulturautonomie der Deutschen in Estland und einer Schulautonomie in Lettland reichten, geriet die Sprachpolitik gegenüber den deutschen Minderheiten einerseits in den Sog autoritärer und nationalistischer Tendenzen in den ostmittel- und osteuropäischen Staaten, andererseits reagierte sie auf die zunehmende Verbreitung der nationalsozialistischen Ideologie in den Minderheiten. In der Sowjetunion wurde die Politik der Indigenisierung (*korenizacija*), die das Deutsche als Arbeitssprache autonomer Behörden und Institutionen zugelassen hatte, durch Repressionen und die Deportation der Deutschen nach Osten abgelöst.

Die nationalsozialistische Sprachpolitik in Ostmittel- und Osteuropa folgte der Rassenideologie, die für die Deutschen die Rolle als 'Herrenvolk', für die ostmittel- und osteuropäischen Nationen die Rolle als 'Sklavenvölker' vorsah und die physische Vernichtung der Juden, Sinti und Roma betrieb. Die deutsche Sprache als Schulsprache sollte als Mittel zur Germanisierung von Nationen oder Bevölkerungsteilen dienen, für die dies nach der Rassenlehre als möglich angesehen wurde: Esten, Letten sowie als rassisch ‚höherwertig' oder deutschstämmig eingeschätzte Bevölkerungsgruppen innerhalb der Litauer, Tschechen und Polen.[8] Für die übrigen Bevölkerungsgruppen sowie Nationen, die insgesamt als nicht germanisierbar galten (Russen, Weißrussen, Ukrainer), sollten Deutschkenntnisse auf ein Niveau begrenzt bleiben, das zur Befehlsausführung ausreichte. Zur Schwächung des russischen und polnischen Einflusses wurde der Gebrauch der ukrainischen und der weißrussischen Sprache begrenzt gefördert.[9]

Nach Zweitem Weltkrieg, Flucht und Vertreibung befanden sich die verbliebenen Deutschen in Ostmittel- und Osteuropa im Einflussbereich der Sprachpolitik sozialistischer Staaten. Im polnischen Oberschlesien hatte bereits gegen Kriegsende eine mehrjährige Verifizierung begonnen, die u. a. Kenntnisse des Polnischen und des polnisch-schlesischen Dialekts überprüfte und der Feststellung polnischer oder germanisierter, aber ‚repolonisierbarer' Autochthoner diente.[10] Nach Abschluss der Verifizierung wurde die Existenz eines deutschen Bevölkerungsanteils in Oberschlesien wie auch in anderen von Deutschland ‚wiedergewonnenen Gebieten' geleugnet. Deutsche Personennamen wurden insbesondere in Oberschlesien polonisiert, deutsche Orts- und Straßennamen sowie Grabinschriften beseitigt, die Verwendung der deutschen Sprache konnte Schikanen der Behörden nach sich ziehen.[11]

Als nationale Minderheit bzw. ‚mitwohnende Nationalität' anerkannt wurden die Deutschen in den sozialistischen Staaten Rumänien und Ungarn, ab 1969 auch in der Tschechoslowakei. In der Tschechoslowakei konnten keine deutschsprachigen Schulen entstehen, obwohl das Minderheitengesetz von 1969 dies prinzipiell gestattete.[12] In Ungarn war das Deutsche ebenfalls nicht als Unterrichtssprache präsent; Deutsch war lediglich Schulfach, in dem für Angehörige der Minderheit zudem meist außerhalb des regulären Stundenplans Unterricht erteilt wurde.[13] Erst in den 1980er Jahren entstanden hier - insbesondere in Transdanubien mit dem Zentrum Fünfkirchen/Pécs und im Ofener Bergland sowie in Budapest - Schulen bzw. Schulabteilungen mit deutscher Unterrichtssprache. Auch deutschsprachige Zeitungen und Theatergruppen wurden gegründet. Sowohl in der Tschechoslowakei als auch in Ungarn existierte jeweils eine deutschsprachige Wochenzeitung.[14] Relativ liberal war in den ersten Nachkriegsjahrzehnten die Sprachpolitik Rumäniens, die neben einer deutschsprachigen Presse auch deutschsprachige Schulen, Universitätslehrstühle und Theatergruppen zuließ. Ab Anfang der 1970er Jahre begann unter KP-Generalsekretär Nicolae Ceauşescu ein zunehmend rumänisch-nationalistischer Kurs, begleitet von der Ausreise zahlreicher Rumäniendeutscher aufgrund eines entsprechenden Abkommens zwischen Rumänien und der Bundesrepublik Deutschland. Die Verwendung deutscher Ortsnamen wurde verboten, die Zahl der deutschsprachigen Schulen sank kontinuierlich, das staatliche Fernsehprogramm in den Minderheitensprachen wurde 1985 eingestellt.[15]

In der Sowjetunion brachte die Entstalinisierung ab der zweiten Hälfte der 1950er Jahre Zugeständnisse an die Deutschen in den Gebieten, in die sie zuvor deportiert worden waren. Die Bildungsministerien der russischen Sowjetrepublik, Kasachstans, Usbekistans und Tadschikistans ermöglichten in Gebieten mit erhöhtem deutschem Bevölkerungsanteil auf Antrag der Eltern ‚muttersprachlichen' Deutschunterricht, der jedoch oft unter dem Mangel an qualifizierten Lehrern, Unterrichtsmaterialien und Lehrprogrammen litt.[16] Deutschsprachige Radiosendungen wurden ausgestrahlt und ein bescheidenes sowjetdeutsches Presse- und Verlagswesen entstand, was aber nicht verhindern konnte, dass in den sowjetischen Volkszählungen fortlaufend der Anteil der Deutschen sank, die Deutsch als Muttersprache angaben.[17]



Zweisprachige Ortstafel der Ortschaft Nakel/Nakło in Oberschlesien. [Foto: M. Silarski]

Mit dem Zerfall des kommunistischen Machtblocks haben sich für die deutschen Minderheiten die rechtlichen Rahmenbedingungen und die tatsächliche Sprachpolitik deutlich verbessert. Für den Schutz sprachlicher Rechte auf internationaler Ebene sorgen insbesondere zwei Dokumente des Europarates: die Europäische Charta der Regional- und Minderheitenspra-

chen von 1992 sowie das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten aus dem Jahr 1995. Beide Übereinkünfte sind von den meisten ostmittel- und osteuropäischen Staaten unterzeichnet und ratifiziert worden. Sie sind in den beigetretenen Ländern nicht unmittelbar geltendes Recht, verpflichten diese aber zu regelmäßigen Berichten. Eine mangelnde Überführung der Bestimmungen in nationales Recht kann zu öffentlichkeitswirksamen negativen Beurteilungen führen. Die Implementierung der sprachlichen Rechte von Minderheiten, darunter der deutschen, reicht in den Staaten Ostmittel- und Osteuropas von Verfassungsartikeln über Minderheiten- und Sprachengesetze bis hin zu sprachlichen Bestimmungen in Einzelgesetzen. Die rechtlichen Regelungen beziehen sich auf Fragen wie die Verwendung der Minderheitensprachen in der Kommunikation mit Behörden, die Zweisprachigkeit von Straßenschildern, Orts- und offiziellen Hinweistafeln, die Verwendung von Personennamen in den Minderheitensprachen (bzw. Rückführung von zwangsweise geänderten Personennamen in die Minderheitensprachen) und das minderheitensprachliche Schulwesen. Sprachpolitische Hauptprobleme der deutschen Minderheiten sind der weit verbreitete Verlust von Deutschkenntnissen in den mittleren und jüngeren Generationen sowie mitunter fortbestehende wechselseitige Vorbehalte zwischen Mehrheits- und Minderheitsbevölkerung, die sich auch auf die Diskussion über Sprachpolitik auswirken.

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Robert L. Cooper: Language Planning and Social Change. Cambridge u. a. 1989.
- Jürgen Gerhards: Der Kult der Minderheitensprachen. In: Leviathan 39 (2011), S. 165-186.
- Gertrud Nunner-Winkler: Kult der Minderheitensprachen oder Erziehung zur Mehrsprachigkeit? In: Leviathan 39 (2011), S. 187-193.
- Ingeborg Ohnheiser, Manfred Kienpointner, Helmut Kalb (Hg.): Sprachen in Europa. Sprachsituation und Sprachpolitik in europäischen Ländern. Innsbruck 1999 (Innsbrucker Beiträge zur Kulturwissenschaft 30).
- Christoph Pan, Beate Sibylle Pfeil (Hg.): Minderheitenrechte in Europa. Handbuch der europäischen Volksgruppen, Bd. 2. 2., überarb. und akt. Aufl. Wien, New York 2006.
- Dirk Scholten: Sprachverbreitungspolitik des nationalsozialistischen Deutschlands. Frankfurt/M. u. a. 2000 (Duisburger Arbeiten zur Sprach- und Kulturwissenschaft 42).
- Peter Rosenberg: Die Entwicklung der europäischen Sprachvielfalt und die Rolle der Minderheiten. Der linguistische Befund. In: Christoph Bergner, Matthias Weber (Hg.): Aussiedler- und Minderheitenpolitik in Deutschland. Bilanz und Perspektiven. München 2009 (Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 38), S. 135-149.
- Stefan Oeter: Die Entwicklung der europäischen Sprachenvielfalt und die Rolle der Minderheiten. Der völkerrechtliche und nationale Schutz. In: Christoph Bergner, Matthias Weber (Hg.): Aussiedler- und Minderheitenpolitik in Deutschland. Bilanz und Perspektiven. München 2009 (Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 38), S. 151-175.

Weblinks

- http://www.coe.int/t/dg4/education/minlang/Default_en.asp (Council of Europe: European Charter for Regional or Minority Languages)
- http://www.coe.int/t/dghl/monitoring/minorities/default_en.asp (Council of Europe: Framework Convention for the Protection of National Minorities)

Anmerkungen

[1] Einar Haugen: Language Planning. In: Ulrich Ammon, Norbert Dittmar, Klaus J. Mattheier (Hg.): Handbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft. Bd. 3: Soziolinguistik. Ein internationales Handbuch zur Wissenschaft von Sprache und Gesellschaft. Halbbd. 1. Berlin, New York 1987, S. 626-637, hier S. 626ff.

[2] Robert L. Cooper: Language Planning and Social Change. Cambridge 1989, hier S. 99ff.

[3] Cooper: Language Planning (Anm. 2), hier S. 157ff.

[4] Eine Zusammenfassung der Diskussion bieten Jürgen Gerhards: Der Kult der Minderheitensprachen. In: Leviathan 39 (2011), S. 165-186; Gertrud Nunner-Winkler: Kult der Minderheitensprachen oder Erziehung zur Mehrsprachigkeit? In: Leviathan 39 (2011), S. 187-193.

[5] Helmut Glück: Die preußisch-polnische Sprachenpolitik. Hamburg 1979, hier S. 212ff.

[6] Eva Irmanová: Sprachenprobleme in Ungarn. In: Kristina Kaiserová (Hg.): Die Sprachenfrage und ihre Lösung in den böhmischen Ländern nach 1848. Ústí nad Labem 1998, S. 105-117.

[7] Dietmar Neutatz: Die "deutsche Frage" im Schwarzmeergebiet und in Wolhynien. Politik, Wirtschaft, Mentalitäten und Alltag im Spannungsfeld von Nationalismus und Modernisierung (1856–1914). Stuttgart 1993 (Quellen und Studien zur Geschichte des östlichen Europa 37), S. 327, 338ff.

[8] Dirk Scholten: Sprachverbreitungspolitik des nationalsozialistischen Deutschlands. Frankfurt/M. 2000 (Duisburger Arbeiten zur Sprach- und Kulturwissenschaft Band 42), hier S. 148, 252f.; Christoph Kleßmann: Die Selbstbehauptung einer Nation. Nationalsozialistische Kulturpolitik und polnische Widerstandsbewegung im Generalgouvernement 1939-1945. Düsseldorf 1971 (Studien zur modernen Geschichte 5), hier S. 89f.

[9] Frank M. Grelka: Zur Transformation des polnischen Nationalstaates in einen kolonialen Rassenstaat. Die Nationalitätenpolitik der deutschen Besatzungsbehörden in Ostpolen 1941–1944. In: Jacek Andrzej Młynarczyk (Hg.): Polen unter deutscher und sowjetischer Besatzung 1939-1945. Osnabrück 2009 (Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau 20), S. 253-279, hier S. 268; Scholten: Sprachverbreitungspolitik (Anm. 8), hier S. 277, 298.

[10] Thomas Urban: Deutsche in Polen. Geschichte und Gegenwart einer Minderheit. 3., akt. Aufl. München 1994, hier S. 68.

[11] Urban: Deutsche in Polen (Anm. 10), hier S. 71, 81f, 86.

[12] Fritz Peter Habel: Die Sudetendeutschen. 2., durchges. u. erw. Aufl. München 1998 (Studienbuchreihe der Stiftung Ostdeutscher Kulturrat Band 1), hier S. 122ff.

[13] Ingomar Senz: Die Donauschwaben. München 1994 (Studienbuchreihe der Stiftung Ostdeutscher Kulturrat Band 5), hier S. 134.

[14] Habel: Die Sudetendeutschen (Anm. 12), hier S. 120, 124; Senz: Die Donauschwaben (Anm. 13), hier S. 135.

[15] Mathias Beer: Der Zweite Weltkrieg und die Nachkriegszeit. In: Konrad Gündisch: Siebenbürgen und die Siebenbürger Sachsen. München 1998 (Studienbuchreihe der Stiftung Ostdeutscher Kulturrat Band 8), S. 201-252, hier S. 232ff.

[16] Alfred Eisfeld: Die Rußlanddeutschen. (Studienbuchreihe der Stiftung Ostdeutscher Kulturrat Bd. 2) 2., erw. u. akt. Aufl. München 1999, hier S. 137f.

[17] Eisfeld: Die Rußlanddeutschen (Anm. 16), hier S. 137; Annelore Engel-Braunschmidt, Clemens Heithus: Bibliographie der sowjetdeutschen Literatur 1960–1985. Köln, Wien 1987 (Studien zum Deutschtum im Osten Heft 20).

Zitation

Mark Brüggemann: Sprachpolitik. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: http://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/56077.html (Stand 02.04.2012).

Staatsangehörigkeit (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Staatsbürgerschaft → Staatsangehörigkeit (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Staatsvolk (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Stadtrechte

Inhalt

Siehe:

Lübisches Recht

Magdeburger Recht

Stamm (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Statthalterschaftsverfassung (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Stiftung Flucht Vertreibung Versöhnung (SFVV) (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Stiftung für deutsche Volks- und Kulturbodenforschung, Leipzig

1. Kurzbeschreibung

Die Stiftung für deutsche Volks- und Kulturbodenforschung in Leipzig wurde im Oktober 1926 gegründet. Vorläuferorganisation war die von Wilhelm Volz ins Leben gerufene Deutsche Mittelstelle für Volks- und Kulturbodenforschung. Die Stiftung stand sowohl personell als auch finanziell in enger Kooperation mit dem Auswärtigen Amt (AA) und dem Reichministerium des Innern (RMI). Am 8. August 1931 wurde sie offiziell aufgelöst.

2. Aufgaben

Die Stiftung für deutsche Volks- und Kulturbodenforschung wurde als Dachorganisation für "die wissenschaftliche Erforschung des deutschen Volks- und Kulturbodens"[1] konzipiert und stellte somit die Institutionalisierung des einflussreichen Forschungsparadigmas der deutschen Volks- und Kulturbodenforschung dar. Die Arbeit der Stiftung diente der "wissenschaftliche[n] Unterbauung der Politik",[2] vor allem hinsichtlich der Revision des Versailler Vertrags. Laut Satzung sollte diese Aufgabe verfolgt werden durch

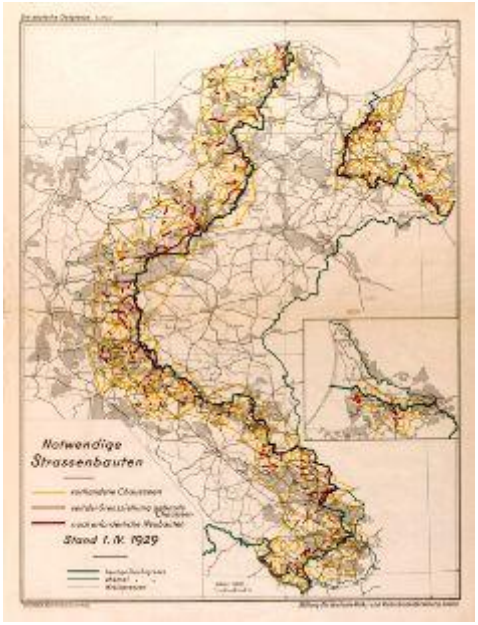
"a. die Abhaltungen wissenschaftlicher Tagungen

b. durch Herausgabe und Förderung wissenschaftlicher Arbeiten

c. durch Anregung und Förderung wissenschaftlicher Forschungen

d. durch Verbreitung der Forschungsergebnisse in den fachwissenschaftlichen Organen".[3]

Die Aufgaben der Stiftung umfassten einerseits die Durchführung eigener Forschungs- und Publikationsprojekte, andererseits die Förderung volkstumspolitisch relevanter Forschungs- und Publikationsprojekte dritter Stellen.



Karte 9: Notwendige Stassenbauten, Stand 1.IV.1929 [In: Wilhelm Volz, Hans Schwalm, Die deutsche Ostgrenze, Unterlagen zur Erfassung der Grenzzerreissungschäden, Langensalza 1929].

Ein zentrales Forschungsprojekt der Stiftung war die Erstellung eines "Handwörterbuchs des Grenz- und Auslandsdeutschtums", eines kulturgeographisch ausgerichteten "Gesamtwerk[s] über das Deutschtum im Grenz- und Ausland, das die weitgespannten Einzelforschungen zusammenfaßt".[4] Neben einer Bibliographie des "Grenzdeutschtums beidseitig der Grenzen" sollte es eine mehrbändige Enzyklopädie mit themenbezogenen und regionalen Artikeln umfassen. Die Stiftung wurde außerdem mit der Erforschung der "Grenzzerreißungsschäden" im Osten beauftragt. Im Rahmen des Projekts, das neben einer Publikation ein umfassendes Kartenwerk zum Ergebnis hatte,[5] sollte eine wissenschaftliche Bestandsaufnahme des Schadensausmaßes der neuen Grenzziehung für die administrative, wirtschaftliche und soziale Infrastruktur des östlichen Grenzgebiets durchgeführt und damit die Unhaltbarkeit der neuen Grenze belegt werden. Diesem Projekt wurde von Seiten der Preußischen Regierung ein hoher propagandistischer Wert beigemessen.[6]

Vor allem die Übernahme von Aufgaben des Wissenschaftsmanagements ließ die Stiftung in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre zu einer tragenden Institution der Volkstumsforschung werden. Durch die Organisation von Tagungen bot sie führenden Wissenschaftlern der Volks- und Kulturbodenforschung ein Forum; durch enge Zusammenarbeit mit anderen volkstumspolitischen Stellen errichtete sie ein dichtes Forschungsnetzwerk, das zur Etablierung des Topos des Volks- und Kulturbodens in Wissenschaft und Lehre beitrug. Hohe staatliche Druckkostenzuschüsse finanzierten die Publikation bzw. Förderung zahlreicher Monographien, Sammelbände, Landkarten und Handbücher. Dabei fungierte die Stiftung als Vermittler, indem sie vom AA oder dem RMI erhaltene Finanzmittel an als förderwürdig eingestufte Projekte weiterleitete. Darüber hinaus übte sie Gutachtertätigkeiten für offiziöse Stellen und Ministerien aus.

3. Organisation

Die Stiftung bestand aus einem Verwaltungsrat, einem wissenschaftlichen Beirat und einem wissenschaftlichen Ausschuss. Dem Verwaltungsrat gehörten die Geographen Albrecht Penck als Präsident, Wilhelm Volz als Geschäftsführer und, zum Zeitpunkt der Gründung, Friedrich Metz als Schriftführer an. Dieser schied jedoch aufgrund von Meinungsverschiedenheiten im Oktober 1928 aus. Mitglieder des Verwaltungsrates waren jeweils ein Vertreter des RMI, des AA und der sächsischen Landesregierung, Vertreter aller drei Institutionen nahmen zudem regelmäßig an den wissenschaftlichen Tagungen teil. Der Verwaltungsrat wählte den wissenschaftlichen Beirat (maximal neun Mitglieder), der sich aus Wissenschaftlern aus den entsprechenden Grenzregionen einschließlich Österreichs zusammensetzte. Der wissenschaftliche Ausschuss (ca. 30 Personen) hatte bei Entscheidungen über die Finanzierung größerer Projekte eine beratende Funktion. Die Finanzierung des Haushaltes der Stiftung wurde durch das RMI und das AA getragen.[7] Die enge personelle Zusammenarbeit und die staatliche Finanzierung der Stiftung verliehen ihr einen halbamtlichen Charakter, auch wenn sie sich nach außen hin als unabhängig und streng wissenschaftlich darstellte. Es bestand außerdem eine enge Kooperation mit anderen volkstumspolitischen Stellen wie dem Deutschen Schutzbund und dem Deutschen Auslandsinstitut. Von 1930 bis 1933 erschienen die *Deutschen Hefte für Volks- und Kulturbodenforschung*, die zunächst von der Stiftung herausgegeben und nach deren Auflösung 1931 von Carl Petersen und Hans Schwalm "in der Form eines freien Verlagsunternehmens" weitergeführt wurden.[8]

4. Geschichte

Die Stiftung für deutsche Volks- und Kulturbodenforschung wurde am 30. Oktober 1926 im RMI in Berlin gegründet.[9] Volz hatte sich bereits seit 1921 um die Organisation einer zentralen Stelle für die wissenschaftliche Bearbeitung kultur- und wirtschaftsgeographischer Auswirkungen der Grenzziehungen in Oberschlesien bemüht. 1921 wurde die Mittelstelle für zwischeneuropäische Arbeit gegründet, ein ständiger Ausschuss, dem neben Volz auch Penck, Joseph Partsch und Karl Christian Loesch und Albert Wacker, beide Mitglieder des Deutschen Schutzbundes, angehörten. Der an die Bezeichnung "Achsenmächte" erinnernde Begriff Zwischeneuropa wurde schließlich vom Topos des Volks- und Kulturbodens abgelöst. Das RMI initiierte aufgrund der zunehmend aufwendigen Finanzierung der Deutschen Mittelstelle für Volks- und Kulturbodenforschung im Oktober 1926 deren Umwandlung in eine Stiftung.

Die Arbeit der Stiftung war durch persönliche und fachliche Differenzen zwischen Penck und Volz geprägt. Die Hauptredaktion des "Handwörterbuchs" etwa, die von einem Redaktionsausschuss mit bis zu 800 Mitarbeitern unterstützt wurde, wechselte in den Jahren 1926 bis 1931 aufgrund von Differenzen mehrfach, die Drucklegung des Handbuches erfolgte erst nach der Auflösung der Stiftung.[10] Im Februar 1931 initiierte das NSDAP-Organ *Nationalsozialistische Monatshefte* eine Pressekampagne gegen die Stiftung. Neben der verzögerten Publikation des Handwörterbuchs standen Vorwürfe wegen Veruntreuung und Verschwendung von Stiftungsgeldern durch den Stiftungsbuchhalter und durch Volz im Mittelpunkt der Kampagne, in die auch Metz und Penck involviert waren. Am 8. August 1931 beschloss der Reichsinnenminister, die Stiftung aufzulösen. Volz schied am 15. Oktober 1931 als Geschäftsführer aus und beantragte ein Disziplinarverfahren gegen sich selbst, das jedoch wegen Nichtigkeit eingestellt wurde. Die Geographen Metz und Hugo Hassinger leiteten im November 1931 die Errichtung einer neuen "Mittelstelle mit gleichem wissenschaftlichen Programm"[11] in Berlin in die Wege, in die auch das Leipziger Inventar überführt werden sollte. Zeitgleich mit dem Ende der Stiftung erfolgte die Gründung der Volksdeutschen Forschungsgemeinschaft (VFG), für die die Stiftung in vielerlei Hinsicht Vorläuferfunktion hatte.

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Michael Fahlbusch: "Wo der deutsche … ist, ist Deutschland!" Die Stiftung für deutsche Volks- und Kulturbodenforschung in Leipzig 1920–1933. Bochum 1994 (Abhandlungen zur Geschichte der Geowissenschaften und Religion-Umwelt-Forschung, Beiheft 6).
- Michael Fahlbusch: Grundlegung, Kontext und Erfolg der Geopolitik vor 1933. Thesenpapier vorgelegt zur 39. Jahrestagung der Gesellschaft für Geistesgeschichte am 30. Oktober bis 1. November 1997 in Potsdam. URL: http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/beitrag/diskusio/nszeit/nszeit11.htm (Zugriff am 25.10.2012).
- Ingo Haar: Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der "Volkstumskampf" im Osten. Göttingen 2000 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 143).
- Ingo Haar: Leipziger Stiftung für Volks- und Kulturbodenforschung. In: Ingo Haar, Michael Fahlbusch (Hg.): Handbuch der völkischen Wissenschaften. Personen – Institutionen – Forschungsprogramme – Stiftungen. Unter Mitarb. von Mathias Berg. München 2008, S. 374-382.
- Albrecht Penck: Deutscher Volks- und Kulturboden. In: Karl Christian von Loesch (Hg.): Volk unter Völkern. Breslau 1925 (Bücher des Deutschtums 1), S. 62-73.

- Verwaltungsrat der Stiftung für deutsche Volks- und Kulturbodenforschung (Hg.): Die Tagungen der Stiftung für deutsche Volks- und Kulturbodenforschung Leipzig der Jahre 1923–1929. Langensalza 1930.

Zitation

Agnes Laba: Stiftung für deutsche Volks- und Kulturbodenforschung, Leipzig. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/53872.html (Stand 03.12.2012).

[1] PA AA R 60383, Satzung der Stiftung für Volks- und Kulturbodenforschung 1926.

[2] PA AA R 60382, Protokoll der Sitzung der Deutschen Mittelstelle vom 16. November 1925.

[3] PA AA R 60383 (Anm. 1).

[4] Carl Petersen, Otto Scheel, Paul Hermann Ruth, Hans Schwalm: Vorwort. In: Dies. (Hg.): Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums. Erster Band. Breslau 1935, S. V.

[5] Wilhenm Volz: Die deutsche Ostgrenze. Unterlagen zur Erfassung der Grenzzerreißungsschäden. Textband und Kartenanhang. Langensalza 1929.

[6] Fahlbusch: Stiftung, S. 102f.

[7] PA AA R 60383 (Anm. 1).

[8] Carl Petersen, Hans Schwalm: Dem 3. Jahrgang zum Geleit. In: Deutsche Hefte für Volks- und Kulturbodenforschung 3 (1933), S. 1.

[9] Fahlbusch: Stiftung, S. 71.

[10] Fahlbusch: Stiftung, S. 129.

[11] PA AA R 60353, Brief des Reichsministers des Innern an das Auswärtige Amt vom 11. Januar 1932.

Sudetendeutsche → Böhmen (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Sudetendeutsche Anstalt für Landes- und Volksforschung, Reichenberg

1. Kurzbeschreibung der Institution

Die Sudetendeutsche Anstalt für Landes- und Volksforschung (SALV) wurde am 13. Oktober 1940 in Reichenberg/Liberec als Zentrum der "sudetendeutschen" außeruniversitären Wissenschaft im Reichsgau Sudetenland gegründet.[1] Sie knüpfte an die seit 1925 unter der Leitung Erich Gierachs bestehende "Anstalt für sudetendeutsche Heimatforschung"[2] an und stand für eine in der NS-Zeit wirkende, politisierte Wissenschaft, die sich in den Dienst des "Volkstumskampfes" stellte.

2. Aufgaben

Zu den Aufgaben der Anstalt gehörte laut Satzung die Erforschung der "Sudetenländer" und des östlichen und südöstlichen Europa.[3] Sie sollte vordringlich Fragen behandeln, die aus "volkspolitischen und wirtschaftlichen Gründen" wichtig erschienen.



Rückseite der Ackermann-Medaille.
[Sudetendeutsche Landes- und Volksforschung, Reichenberg 1942, S. 2]

Enge Verbindungen bestanden zu der Deutschen Karls-Universität Prag, der Reinhard-Heydrich-Stiftung und der Nord- und Ostdeutschen Forschungsgemeinschaft (NOFG).[4] Die SALV entfaltete eine rege Publikationstätigkeit und setzte die Herausgabe bereits von der "Anstalt für sudetendeutsche Heimatforschung" veröffentlichter Periodika und Quelleneditionen fort. Zusammen mit der Reinhard-Heydrich-Stiftung gab sie die Zeitschrift *Deutsche Volksforschung in Böhmen und Mähren* heraus.

Die SALV verlieh jährlich die Ackermann-Medaille für eine "besonders verantwortungsbewusste kämpferische Wissenschaft im Dienste des Deutschtums der Sudetenländer".[5] Preisträger waren in den Jahren 1940–1943 Erich Gierach, Emil Lehmann,[6] Wilhelm Wostry und Kleo Pleyer (posthum).

3. Organisation

Gauhauptmann Anton Kreißl führte die Arbeiten der SALV als Anstaltsleiter. Ihm stand als Stellvertreter der Leiter der Abteilung für Kultur- und Gemeinschaftspflege des Reichsgaus Sudetenland, Kurt Oberdoffer,[7] zur Seite. Geschäftsführender Direktor war der Reichenberger Lehrer Franz Runge.

Im Jahre 1943 zählte die SALV 176 ordentliche, 138 außerordentliche bzw. fördernde Mitglieder sowie drei Ehrenmitglieder.[8] Die ordentlichen Mitglieder waren überwiegend Universitätsprofessoren an der Deutschen Prager Universität.

Die Arbeit der Anstalt fand in zehn Fachkommissionen statt:[9]

1. Kommission für Raum- und Bodenforschung (Gerhard Ziegler)
2. Kommission für Vor- und Frühgeschichte (Hermann Schroller[10])
3. Kommission für Geschichte (Wilhelm Wostry[11])
4. Kommission für Volkskunde (Bruno Schier[12])
5. Kommission für Siedlungs- und Sprachforschung (Erich Gierach[13])

6. Kommission für Rechts- und Wirtschaftsforschung (Wilhelm Saure[14])
7. Kommission für Kunst- und Schrifttumsforschung (Rudolf Hönigschmid[15])
8. Kommission für Slawenkunde (Franz Künzel[16])
9. Kommission für Naturforschung (seit 1941) (Viktor [Czurda] Denk[17])
10. Kommission für Rassen- und Sippenforschung (erst seit 1943 aktiv) (Karl Thums[18])

Außerdem bestand eine Forschungsstelle für Geologie in Friedeberg/Žulové. Der Volkskundler Josef Hanika betrieb in Eger/Cheb die Forschungsstelle für Volkskunde und ein Museum für Volkskunde.[19] Seit 1942 wirkte zudem im Rahmen der Historischen Kommission unter der Leitung Rudolf Jahns eine Forschungsstelle für Politik und Zeitgeschichte.

Der Forschungsrat der SALV setzte sich aus den Leitern der einzelnen Fachkommissionen und Vertretern der Gau- und NSDAP-Parteileitung des Reichsgaus Sudetenland zusammen und war vor allem für die Planung der Forschungsarbeit zuständig.

4. Geschichte

Eine genaue Untersuchung der SALV liegt bis heute trotz der Zugänglichkeit ihrer Archivbestände nicht vor und stellt ein Desiderat der Forschung dar.[20] Nach der Errichtung des Reichsgaus Sudetenland wurde die "Anstalt für sudetendeutsche Heimatforschung" – wie alle anderen Vereine, Stiftungen usw. – zunächst einem sog. Stillhaltekommissar unterstellt. Im August 1939 erfolgte die offizielle Auflösung. An ihrer Stelle entstand die SALV zunächst als Ressort der Abteilung für Kultur- und Gemeinschaftspflege der Gauselbstverwaltung, bis sie durch Gauleiter und Reichsstatthalter Konrad Henlein im Sommer 1940 als Selbstverwaltungskörperschaft des Reichsgaus Sudetenland unter ihrem neuen Namen die Arbeit wieder aufnahm. Die Anstalt sollte laut Satzung die Arbeit von Partei und Staat durch wissenschaftliche Expertisen unterstützen. So lieferte sie bspw. Gutachten zur Eindeutschung tschechischer Orts- und Personennamen.[21] Geplante größere Forschungsprojekte waren eine zehnbändige Quellenedition zur "Geschichte des politischen Volkstumskampfes im Sudetenraum von seinen Anfängen im 19. Jahrhundert bis auf die Gegenwart". Deutlich sind in vielfacher Hinsicht die Kontinuitäten zwischen der "Anstalt für sudetendeutsche Heimatforschung" und der SALV. Letztere betrieb einerseits Untersuchungen zum Deutschtum, andererseits eine "Tschechen-Forschung". Beide Aktivitäten standen in der Tradition des "Volkstumskampfes" und waren wissenschaftlich zweifelhaft. So wollte Schier beispielsweise die wesentliche Beeinflussung der slawischen durch die deutsche Volkskultur nachweisen.[22] Hanika stellte bei volkskundlichen Untersuchungen über die Choden "blutsmäßig und kulturell einen ungemein starken deutschen Einfluss" fest.[23] Diese und weitere Untersuchungen - wie die der Kommission für Slawistik und Rassenforschung - arbeiteten der von den Nationalsozialisten langfristig geplanten Germanisierung des böhmischen Raumes zu.[24]

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Ingo Haar, Michael Fahlbusch (Hg.): Handbuch der völkischen Wissenschaften. Personen - Institutionen - Forschungsprogramme - Stiftungen. München 2008.
- Milena Josefovičová: Sudetoněmecký ústav pro výzkum země a lidu/Sudetendeutsche Anstalt für Landes- und Volksforschung. In: Kristina Kaiserová, Miroslav Kunštát (Hg.): Hledání centra. Vědecké a vzdělávací instituce Němců v Čechách v 19. a první polovině 20. století [Die Suche eines Zentrums. Wissenschaftliche und Bildungsinstitutionen der Deutschen in Böhmen im 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts]. Ústí nad Labem 2011, S. 327-341.

- Ota Konrád: Die Sudetendeutsche Anstalt für Landes- und Volksforschung 1940-1945. "Wissenschaftliche Gründlichkeit und völkische Verpflichtung." In: Stefan Albrecht, Jiří Malíř Ralph Melville (Hg.): Die "sudetendeutsche Geschichtsschreibung" 1918–1960. Zur Vorgeschichte und Gründung der Historischen Kommission der Sudetenländer. München 2008 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 114), S. 71-95.
- Ota Konrád: Dějepisectví, germanistika a slavistika na Německé univerzitě v Praze [Geschichtsschreibung, Germanistik und Slawistik an der Deutschen Universität in Prag] 1918–1945. Praha 2011, S. 217-227.
- Petr Lozoviuk: Interethnik im Wissenschaftsprozess. Deutschsprachige Volkskunde in Böhmen und ihre gesellschaftlichen Auswirkungen. Leipzig 2008 (Schriften zur Sächsischen Geschichte und Volkskunde 26), S. 252-256.
- Alena Míšková: Vývoj německých libereckých vědeckých a vlastivědných institucí a jejich archivních fondů (1925–1945) [Die Entwicklung der deutschen Reichenberger wissenschaftlichen und heimatkundlichen Institutionen und ihrer Archivbestände]. In: Sborník Severočeského muzea. Historia 11 (1993), S. 33-46.
- Tobias Weger: Sudetendeutsche Anstalt für Landes- und Volksforschung, Reichenberg. In: Ingo Haar, Michael Fahlbusch (Hg.): Handbuch der völkischen Wissenschaften. Personen – Institutionen – Forschungsprogramme – Stiftungen. München 2008, S. 683-688.

Anmerkungen

[1] Franz Runge: Die Eröffnung der Sudetendeutschen Anstalt für Landes- und Volksforschung in Reichenberg (12.–14.9.1940). In: Zeitschrift für sudetendeutsche Geschichte 4 (1940/41), S. 219-222.

[2] Vgl. hierzu aus der Sicht des Leiters und im zeitgenössischen Kontext: Erich Gierach: Die Anstalt für Sudetendeutsche Heimatforschung in Reichenberg. In: Deutsche Hefte für Volks- und Kulturbodenforschung 1 (1930), S. 34-38; Weger: Sudetendeutsche Anstalt, S. 684f.

[3] Bekanntmachung der Satzung der Sudetendeutschen Anstalt für Landes- und Volksforschung vom 12.7.1940. In: Verordnungsblatt für den Reichsgau Sudetenland 21 (1940), S. 903-905.

[4] Lozoviuk: Interethnik, S. 252; Konrád: Dějepisectví, S. 223-226.

[5] Vgl. Anton Kreißl: Ein Jahr Sudetendeutsche Anstalt für Landes- und Volksforschung. Bericht des Anstaltsleiters. In: Sudetendeutsche Landes- und Volksforschung. Aufgabe und Leistung. Berichte und Vorträge anläßlich der ersten Jahrestagung der Sudetendeutschen Anstalt für Landes und Volksforschung (11.–13.Oktober 1941). Reichenberg 1942, S. 3-11, hier S. 11; Konrád: Die Sudetendeutsche Anstalt, S. 75f.

[6] Zu Lehmann siehe Lozoviuk: Interethnik, S. 242-250.

[7] Zu Oberdorffer siehe Jiří Němec: Kurt Oberdorffer. In: Haar, Fahlbusch (Hg.): Handbuch, S. 444-448.

[8] Weger: Sudetendeutsche Anstalt, S. 687.

[9] Es werden jeweils die Kommissionsleiter genannt.

[10] Schroller leitete zudem das Amt für Vorgeschichte in Teplitz/Teplice und war Landespfleger der Bodenaltertümer im Sudetengau. Konrád: Die Sudetendeutsche Anstalt, S. 78; vgl. Jan Blažek: Archeologie v okupovaném pohraničí [Archäologie im besetzten Grenzgebiet] 1938–1945. In: Zdeněk Radvanovský (Hg.): Historie okupovaného pohraničí 1938-1945. Bd. 5. Ústí nad Labem 2000, S. 135-155.

[11] Zu Wostry vgl. Karel Hruza: "Wissenschaftliches Rüstzeug für aktuelle politische Fragen." Kritische Anmerkungen zu Werk und Wirken der Historiker Wilhelm Weizsäcker und Wilhelm Wostry. In: Zeitschrift für Ostmitteleuropaforschung 54 (2005), S. 475-526, hier S. 494-521; Ders.: Wilhelm Wostry. In: Haar, Fahlbusch (Hg.): Handbuch, S. 772-776; Nina Lohmann: "Heimat und Volk". Der Historiker Wilhelm Wostry zwischen deutschböhmischer und sudetendeutscher Geschichtsschreibung. In: Albrecht, Melville (Hg.): Die sudetendeutsche Geschichtsschreibung, S. 127-150; Dies.: Wilhelm Wostry und die "sudetendeutsche" Geschichtsschreibung bis 1938. In: Acta Universitatis Carolinae - Historia Universitatis Carolinae Pragensis (AUC – HUCP) 44 (2004), S. 45-145.

[12] Vgl. Ota Konrád: "…nicht mehr schuldig." Das Fach- und Wissenschaftsverständnis des Volkskundlers Bruno Schier vor und nach 1945. In: Acta Universitatis Carolinae - Studia Territorialia 7 (2005), S. 333-364; Lozoviuk: Interethnik, S. 336-339.

[13] Vgl. Ingo Haar: Erich Gierach. In: Ders., Fahlbusch (Hg.): Handbuch, S. 193-198; Lozoviuk: Interethnik, S. 250-252.

[14] Saure war in den Jahren 1940–1942 Rektor der Deutschen Karls-Universität. Vgl. Alena Míšková: Die Deutsche (Karls-)Universität vom Münchener Abkommen bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Universitätsleitung und Wandel des Professorenkollegiums. Prag 2007.

[15] Vgl. die Kurzbiographie mit Schriftenverzeichnis des Kunsthistorikers und Denkmalpflegers in: K. Erik Franzen, Helena Peřinová (Bearb.): Biogramme der Mitglieder der Historischen Kommission der Sudetenländer im Gründungsjahr 1954. In: Albrecht, Melville (Hg.): Die sudetendeutsche Geschichtsschreibung (wie Anm. 11), S. 219-276, hier S. 235-236.

[16] Künzel war Leiter des Grenzlandamtes der NSDAP im Reichsgau Sudetenland. Vgl. Detlef Brandes: "Umvolkung, Umsiedlung, rassische Bestandsaufnahme". NS-"Volkstumspolitik" in den böhmischen Ländern. München 2012 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 125), S. 198-201; Volker Zimmermann: Die Sudetendeutschen im NS-Staat. Politik und Stimmung der Bevölkerung im Reichsgau Sudetenland (1938-1945). Essen 1999 (Veröffentlichungen der Deutsch-Tschechischen und Deutsch-Slowakischen Historikerkommission 9), S. 285-294.

[17] Der Leiter des Pflanzenphysiologischen Instituts der Deutschen Universität in Prag, Viktor Czurda, benutzte seit 1941 nur noch den deutschen Namen Denk. Vgl. Míšková: Die Deutsche (Karls-)Universität (wie Anm. 14).

[18] Thums leitete das Institut für Erb- und Rassenhygiene an der Deutschen Karls-Universität. Vgl. Michal Šimůnek: Ein neues Fach. Die Erb- und Rassenhygiene an der Medizinischen Fakultät der Deutschen Karls-Universität Prag 1939–1945. In: Antonín Kostlán (Hg.): Wissenschaft in den böhmischen Ländern 1939–1945. Praha 2004, S. 190-316, hier S. 203-239.

[19] Vgl. hierzu Tobias Weger: "Völkische Wissenschaft zwischen Prag, Eger und München. Das Beispiel Josef Hanika. In: Christiane Brenner, K. Erik Franzen, Peter Haslinger, Robert Luft (Hg.): Geschichtsschreibung zu den böhmischen Ländern im 20. Jahrhundert. Wissenschaftstraditionen - Institutionen - Diskurse. München 2006 (Bad Wiesseer Tagungen des Collegium Carolinum 28), S. 177-208; Martin Zückert: Josef Hanika (1900–1963) Volkskundler. Zwischen wissenschaftlicher Forschung und "Volkstumskampf". In: Monika Glettler, Alena Míšková (Hg.): Prager Professoren 1938–1948. Zwischen Wissenschaft und Politik. Essen 2001 (Veröffentlichungen zur Kultur und Geschichte im östlichen Europa 17), S. 205-220; Lozoviuk: Interethnik, S. 165-168, 189-197.

[20] Vgl. Milena Josefovičová: Sudetoněmecký vlastivědný ústav v Liberci 1925-1945 a sbírka Sudetoněmecký archiv [Die sudetendeutsche heimatkundliche Anstalt in Reichenberg 1925–1945 und die Sammlung des Sudetendeutschen Archivs]. In: Práce z dějin Akademie věd 2 (2010), S. 77-79.

[21] Konrád: Die Sudetendeutsche Anstalt, S. 81.

[22] Vgl. hierzu auch Bruno Schier: Deutsche Aufbaukräfte in den Volkskulturen der Westslawen. In: Sudetendeutsche Landes- und Volksforschung (wie Anm. 5), S. 24-48.

[23] Zitiert nach Konrád: Die Sudetendeutsche Anstalt, S. 87. Vgl. auch Lozoviuk: Interethnik, S. 199-202 sowie Josef Hanika: Vom deutschen Anteil am Chodenbauerntum. Eine Forschungsaufgabe. In: Kurt Oberdorffer, Bruno Schier, Wilhelm Wostry (Hg.): Wissenschaft im Volkstumskampf. Festschrift für Erich Gierach zu seinem 60. Geburtstage überreicht von Freunden, Schülern und Fachgenossen. Reichenberg 1941, S. 233-250.

[24] Konrád: Die Sudetendeutsche Anstalt, S. 86-91; Lozoviuk: Interethnik, S. 225-234

Zitation

Stefan Lehr: Sudetendeutsche Anstalt für Landes- und Volksforschung, Reichenberg. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/53871.html (Stand 02.11.12).

Südostdeutsche Forschungsgemeinschaft (SOFG) (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Südosteuropa

1. Genese des Begriffs

Der Begriff "Südosteuropäische Halbinsel" wurde 1863 von dem österreichischen Diplomaten und Albanologen Johann Georg von Hahn als Alternative zu "Balkan-Halbinsel" vorgeschlagen, da diese 1808 von dem deutschen Geographen August Zeune eingeführte geographische Bezeichnung auf der irrigen Annahme beruht hatte, dass das im heutigen Bulgarien gelegene Balkan-Gebirge (bulg. *Stara Planina*) vom Schwarzen Meer bis zur Adria reiche. Der deutsche Geograph Theobald Fischer schlug 1893 vor, die Halbinsel im südöstlichen Europa als "Südosteuropa" zu bezeichnen.[1] "Südosteuropa" konnte sich im deutschsprachigen Raum erst in der Zwischenkriegszeit als vermeintlich neutrale Alternative zu den negativ konnotierten Komposita mit "Balkan" im Namen etablieren.[2] Während des Nationalsozialismus erfuhr allerdings auch der Begriff "Südosteuropa" eine normative Aufladung, indem er zur Chiffre für nationalsozialistische Beherrschungsstrategien wurde ("Ergänzungsraum Südosteuropa"). Der NS-Intellektuelle und Südosteuropaexperte Franz Ronneberger

bezeichnete die "Südostforschung" daher nicht als "objektive Wissenschaft", sondern als "ausgesprochen politischen Wissenschaftsbereich".[3]

Nach dem Zweiten Weltkrieg dominierte aufgrund der nationalsozialistischen Diskreditierung des Südosteuropa-Begriffs in der nicht-deutschsprachigen Forschung und Publizistik wieder "Balkan" als Bezeichnung für das südöstliche Europa; englischsprachige Überblicksdarstellungen der Geschichte der Region führen üblicherweise "*Balkans*" im Titel. Im deutschsprachigen Raum blieb hingegen "Südosteuropa" die vorherrschende Benennung der Region, wie sich an den ihr gewidmeten Institutionen (z. B. Südosteuropagesellschaft, Professuren für südosteuropäische Geschichte) zeigen lässt. Ein Grund dafür war die definitorische Abgrenzung zwischen Südosteuropa und Balkan: Letzterer wird im deutschsprachigen Diskurs üblicherweise räumlich enger gefasst als Südosteuropa. Während Südosteuropa die Gebiete vom Karpatenbogen bis zu Adria, Ägäis und dem Schwarzen Meer umfasse (also im Norden auch Ungarn und die Slowakei), sei der Balkan als Geschichtsregion das Gebiet lang andauernder direkter osmanischer Herrschaft, somit im Norden durch die Flüsse Save und Donau begrenzt.[4] Eine ähnliche Unterscheidung hatte schon 1942 Fritz Valjavec vorgeschlagen, der Südosteuropa "in erster Linie" als "Arbeitsbegriff" definierte, während der geographisch enger gefasste Balkanraum "kulturmorphologische" Gemeinsamkeiten und Übereinstimmungen aufweise.[5]

2. Definition

Eine eindeutige Definition von "Südosteuropa" jenseits einer Geschichte des Begriffs ist nicht möglich. Eine Gebietseinheit solchen Namens, die über eigene Institutionen verfügt hätte, gab es nie, und die Bevölkerungen der so bezeichneten Region definierten sich niemals wesentlich über die Zugehörigkeit zu "Südosteuropa". Die Institutionalisierung des Begriffs "Südosteuropa" erfolgte vielmehr in wissenschaftlichen und politischen Zusammenhängen außerhalb der so benannten Region (v. a. in Deutschland und in Österreich). Sie beruhte auf der Annahme, dass diese Region Gemeinsamkeiten aufweist, die eine Gesamtbetrachtung rechtfertigen. Die Institutionalisierung von Südosteuropa-Expertise schlägt sich nieder in der Existenz von spezialisierten Lehreinheiten an Universitäten und wissenschaftlichen Einrichtungen sowie von Fachverbänden, die "Südosteuropa/südosteuropäisch" in ihrem Namen führen. Eine formalisierte politische Struktur, die nach "Südosteuropa" benannt ist und jene Länder umfasst, die gemeinhin der Region zugezählt werden (aber ohne Ungarn), entstand im Jahr 1996 mit dem "South-East European Cooperation Process", der die Kooperation der Staaten der Region in Hinblick auf ihre EU-Integration fördern will, aber über keinerlei supranationale Organe und hoheitliche Kompetenzen verfügt.

Die Schwierigkeit einer Definition von "Südosteuropa" beruht im Nichtvorhandensein eindeutiger geographischer Grenzen. Die Problematik wird verschärft durch die Tatsache, dass "Südosteuropa" nicht (nur) als kartographische Raumbezeichnung gedacht ist, sondern als durch bestimmte historische, politische und kulturelle Zusammenhänge definierte Region, die sich einer klaren räumlichen Begrenzung verweigern und sich im Zeitverlauf unterschiedlich darstellen. Umstritten ist die Abgrenzung von Südosteuropa nach Norden hin, aber auch nach Süden. In unterschiedlichen Zusammenhängen werden daher die Gebiete der heutigen Staaten Slowakei, Slowenien, Moldau und Ungarn einmal zu Südosteuropa gezählt, ein andermal nicht; Analoges gilt für die anatolischen Teile der Türkei, für Teile der Ukraine (Karpato-Ukraine, Nord-Bukowina, Süd-Bessarabien) und für Zypern. Für gewöhnlich unumstritten ist die Zuordnung Albaniens, Bosnien-Herzegowinas, Bulgariens, Griechenlands, Kosovos, Makedoniens, Montenegros, Rumäniens und Serbiens zu Südosteuropa. Im Falle von Kroatien gibt es Stimmen, v. a. im Lande selbst, die sich gegen eine solche Zuschreibung verwehren und Kroatien in Mitteleuropa verorten.



Großgliederung Europas, Vorschlag des Ständigen Ausschusses für geopraphische Namen (StAGN).

[Wikimedia Commons]. Karte: CC BY-SA 3.0/ NordNordWest

Angesichts dieser Ambivalenzen unterscheidet sich der jeweilige konkrete Bezugsrahmen von Südosteuropa-bezogenen Organisationen und Initiativen. Die Südosteuropagesellschaft inkludiert z. B. die Staaten Moldau, Slowakei, Zypern, Türkei und Ukraine in ihr Aktivitätsspektrum. Ähnlich weit gefasst war der Betrachtungsraum des Südost-Instituts, mit der Einschränkung, dass es von "Teilen der Türkei und der Ukraine" sprach. Das für die Standardisierung geographischer Namen im deutschsprachigen Raum zuständige Gremium (Ständiger Ausschuss für geographische Namen) schlägt wiederum eine engere Definition von Südosteuropa vor. In seiner "Großgliederung Europas nach kulturellen Kriterien und politischen Grenzen" gehören Kroatien, Slowenien, Ungarn und die Türkei nicht zu Südosteuropa, Moldau und Zypern schon. Angesichts solcher Abgrenzungsprobleme hat sich in der historischen Forschung eine pragmatische Nutzung des Begriffs "Südosteuropa" als Bezeichnung für eine durch breite und sich verändernde Übergangszonen ausgezeichnete Geschichtsregion durchgesetzt.

3. Diskurse/Kontroversen

Debatten um den Begriff "Südosteuropa" wurden v. a. in Bezug auf die Frage nach seiner Tauglichkeit als Bezeichnung für eine geographische Großregion geführt. Dabei ging es u. a. um das Verhältnis der beiden Begriffe "Südosteuropa" und "Balkan". Während "Südosteuropa" ursprünglich im 19. Jahrhundert als Bezeichnung mit größerer Plausibilität und Neutralität für die Großregion im Südosten Europas vorgeschlagen wurde (siehe oben), wurde im Laufe des 20. Jahrhunderts wiederholt auf die Problematik seiner definitorischen Abgrenzung hingewiesen. Nach 1945 kam "Südosteuropa" auch aufgrund der nationalsozialistischen Instrumentalisierung dieses Begriffs im Rahmen der Pläne des Dritten Reichs zur Beherrschung und Ausbeutung des südöstlichen Europas in die Kritik; in diesem Zusammenhang wurde - mit großer Verspätung - auch die Verstrickung der Südosteuropaforschung in die nationalsozialistische Politik aufgearbeitet.[6]

Heftige Kontroversen um die Begrifflichkeit löste in den 1990er Jahren das Buch *Imagining the Balkans* der Historikerin Maria Todorova aus. In dieser Studie zeigt die Autorin auf, wie der Balkan von west- und mitteleuropäischen Diskursen 'erfunden' und in diesem Prozess die geographische Bezeichnung Balkan mit einer Reihe von stereotypen, zumeist abwerten-

den Werturteilen aufgeladen wurde. Todorovas Monographie regte eine Reihe von weiteren Arbeiten an, welche die Entstehung von Balkan- bzw. Südosteuropaklischees behandelten. Die Dekonstruktion des Balkan-Begriffs initiierte in der Südosteuropaforschung eine intensive Reflexion über die Bezeichnung der Region. Der deutsche Südosteuropahistoriker Holm Sundhaussen plädierte in einer Debatte mit Maria Todorova z. B. für eine klare terminologische Trennung zwischen Südosteuropa und Balkan, wobei er den Balkan als durch gemeinsame historische Erbschaften konstituierte Geschichtsregion begreift.[7] Der österreichische Südosteuropahistoriker Karl Kaser schlug vor, "Südosteuropa" durch "südöstliches Europa" zu ersetzen, um den Eindruck einer klaren Abgrenzbarkeit der Region auch terminologisch gar nicht erst entstehen zu lassen.[8]

4. Historischer Abriss

Die geschilderte Definitionsproblematik impliziert ähnliche Schwierigkeiten bei der Entscheidung, zu welchem Zeitpunkt eine Darstellung der Geschichte Südosteuropas einsetzen und welche Räume sie umfassen soll.[9] Ein sinnvoller Beginn einer regionalen Geschichte wäre die administrative Teilung des Römischen Reiches (395) und die damit grundgelegte Entstehung eines oströmischen Reichs, das den Untergang des westlichen Teilreiches um fast ein Jahrtausend (bis 1453) überleben sollte. Ein wesentliches Merkmal der Geschichte Südosteuropas seither ist die prägende Kraft von unterschiedlichen, zum Teil konkurrierenden Imperien, die ihr Zentrum am Rande oder außerhalb der Region haben. Bis zur Bildung von Nationalstaaten, die im frühen 19. Jahrhundert begann, prägten das Byzantinische, das Osmanische, das Habsburgische und im nordöstlichen Bereich der Region auch das Russische Reich die politische Integration der Region. Hinzu kam Venedig, das im Zeitverlauf in unterschiedlicher Intensität Gebiete an der Ostküste der Adria und Teile der griechischen Inselwelt kontrollierte. Die Bedeutung externer Akteure zeigte sich auch im "langen" 19. Jahrhundert, als Südosteuropa im Zuge der "Orientalischen Frage" zur Einflusssphäre der europäischen Großmächte wurde, und im 20. Jahrhundert, als die Region Opfer der Kriegspolitik von Deutschland und Italien wurde und nach dem Zweiten Weltkrieg die Sowjetunion bzw. die USA maßgeblichen Einfluss gewannen. Selbst nach dem Ende des Kalten Krieges sind Teile der Region in einem für Europa unüblichen Maße fremdbestimmt, manifest etwa in der UN-Verwaltung für Kosovo (1999–2008) oder dem mit weitgehenden Interventionsbefugnissen ausgestatteten Amt des Obersten Repräsentanten der Internationalen Gemeinschaft in Bosnien-Herzegowina.

Trotz der Heterogenität der Region und der Vielfalt ihrer Geschichte(n) lassen sich einige prägende gesellschaftliche *Longue-durée*-Faktoren identifizieren, wie die lange Tradition imperialer Herrschaft, das byzantinische und osmanische Erbe sowie die Koexistenz unterschiedlicher Religionsgemeinschaften. Ein weiterer Prägefaktor langer Dauer sind Migrationsbewegungen unterschiedlicher Natur, welche Südosteuropa zu einer Migrationsregion *par excellence* gemacht haben.[10] Frühmittelalterliche Landnahme (wie durch die Slawen und Ungarn), Kolonisation (durch imperiale und nationalstaatliche Regierungen initiiert), nomadische und saisonale Wanderungen, Bevölkerungsverschiebungen im Zuge von Krieg und Krise, Arbeitsmigration, Zwangsmigration und Flucht sorgten für häufige Veränderungen in der sprachlich-religiösen bzw. der ethnographischen Landkarte Südosteuropas. Sie bedingten die bis heute trotz der nationalen Homogenisierungsprozesse und "ethnischen Säuberungen" des 19. und 20. Jahrhunderts bestehende ethnische, linguistische und konfessionelle Heterogenität Südosteuropas.

Im Zuge dieser Wanderungsbewegungen kamen auch Deutsche nach Südosteuropa, zuerst im 12./13. Jahrhundert gerufen von ungarischen und serbischen Herrschern v. a. zum Ausbau des Bergbaus in Ungarn (Banat, Siebenbürgen) und Serbien; von dort gelangten Kolonien deutscher Bergleute auch nach Bosnien und Bulgarien. Für diese Zusiedler bürgerte

sich die Bezeichnung "Sachsen" in den Sprachen Südosteuropas ein. Eine kleinere Siedlergruppe ließ sich im 14. Jahrhundert in der Gottschee im heutigen Slowenien nieder. Eine erneute Zuwanderungswelle von Deutschen war als Folge der habsburgischen Rekatholisierung der österreichischen Kernlande sowie der gleichzeitigen "Impopulation" der den Osmanen im späten 17./frühen 18. Jahrhundert abgenommenen Gebiete zu verzeichnen, als Zuwanderer aus habsburgischen Ländern und befreundeten deutschen Territorialstaaten angeworben und im Banat, in Transdanubien ("Schwäbische Türkei"), auf dem Gebiet der heutigen Vojvodina und in anderen Regionen des habsburgisch gewordenen Ungarn angesiedelt wurden ("Donauschwaben").[11] Protestanten aus Österreich wurden zum Teil nach Siebenbürgen deportiert ("Landler"). Nachdem Bessarabien 1812 an Russland gekommen war, wurden auch hier Deutsche angesiedelt. Von dort aus erfolgten Sekundärsiedlungen in die Dobrudscha.[12] Eine erneute stärkere Zuwanderungsbewegung führte Deutsche im 19. Jahrhundert nach Kroatien und Slawonien sowie nach Bosnien-Herzegowina. Im 20. Jahrhundert wiederum wurden auch Deutsche - so wie andere Minderheitengruppen in Südosteuropa - Opfer kollektiver Vergeltung (Vertreibung aus Ungarn, Deportation in Rumänien, Vertreibung und zum Teil Ermordung in Jugoslawien).

Ein weiteres für das Verständnis der modernen Geschichte Südosteuropas wesentliches gesellschaftliches Merkmal ist der bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts dominant agrarische Charakter der Region. Mit Ausnahme einiger Inseln der Industrialisierung und des Bergbaus blieben die Länder Südosteuropas bis zur kommunistischen Industrialisierungspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg durch Landwirtschaft geprägt. Bis in das späte 19. Jahrhundert hinein basierte dabei die Landwirtschaft in den großflächigen Gebirgsgegenden Südosteuropas vornehmlich auf Viehzucht (zumeist Schafe und Ziegen), die in der Regel mobil betrieben wurde ("Transhumanz"). Auch noch in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war ein Großteil der Landwirtschaft auf Subsistenzsicherung orientiert. Die Bedeutung der Landwirtschaft schlug sich in einem geringen Urbanisierungsgrad nieder. Erst seit Mitte der 1980er Jahre leben auch in Südosteuropa mehr Menschen in Städten als in Dörfern (mit großen regionalen Unterschieden). Südosteuropa erlebte somit einen großflächigen Modernisierungsdurchbruch - allerdings kommunistischer Prägung - erst in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg, denn weder die spätimperialen noch die nationalstaatlichen Modernisierungsbemühungen des "langen" 19. Jahrhunderts und der Zwischenkriegszeit hatten die vielfältigen Modernisierungsblockaden aufzulösen vermocht.

Das byzantinische und osmanische Erbe

Das Oströmische (Byzantinische) Reich, das als politischer Zusammenhang zeitweise weite Teile des südöstlichen Europas (und darüber hinaus weitere Regionen) umfasste, entfaltete eine enorme kulturelle Prägekraft. In die byzantinische Zeit fallen wesentliche Weichenstellungen und Veränderungen, die zum einen Erbschaften der Antike auflösten und zum anderen für Unterschiede zum westlichen Europa die Grundlage schufen, die bis heute nachwirken. Dazu gehört die Zuwanderung von Slawen (ab dem 6. Jahrhundert), welche eine Voraussetzung für die Bildung slawischer Staaten im Mittelalter (Bulgarien, Serbien, Kroatien, Bosnien) war. Ein zentrales byzantinisches Erbe ist die Christianisierung des Balkans, die von Konstantinopel ausging, was wiederum nach dem Großen Schisma von 1054 hieß, dass die meisten Christen im südöstlichen Europa Teil der orthodoxen (ostkirchlichen) Welt wurden. Im Zuge der Christianisierung der Slawen durch Byzanz erfolgte im 9. Jahrhundert die Übersetzung der Bibel ins Slawische und die Entwicklung einer eigenen slawischen Schriftlichkeit, die in ihrer kyrillischen Variante bis heute fortbesteht.

Im Norden des südöstlichen Europas konkurrierte Byzanz mit dem sich um die Jahrtausendwende gebildeten Königreich Ungarn und somit auch mit dem Papsttum; Ungarn konn-

te beispielsweise 1102 die Angliederung Kroatiens erreichen, während sich die im 14. Jahrhundert entstehenden Fürstentümer der Walachei und Moldau kirchenpolitisch an Byzanz orientierten. Die Länder der ungarischen Krone (Königreich Ungarn mit Siebenbürgen, Kroatien, Dalmatien) schlugen in mancherlei Hinsicht einen anderen Entwicklungsweg als die byzantinischen Gebiete des südöstlichen Europas ein, wobei diese Kontinuitäten über die osmanische Eroberung hinausreichen sollten. Dazu gehören die Zugehörigkeit zur westkirchlichen Welt, die Ausbildung feudaler Agrarordnungen sowie die Existenz von eigenen Stadtrechtssystemen (nach deutschen oder italienischen Mustern).

Die Zeit des Byzantinischen Reiches kann daher als eine wesentliche Periode in der Geschichte Südosteuropas angesehen werden, die vom fünften Jahrhundert bis 1453 reicht, wobei das letzte Jahrhundert dieses Zeitabschnitts bereits durch den Beginn der nächsten Periode mit nachhaltigen Erbschaften für die Region gekennzeichnet ist: der osmanischen Eroberung. 1354 etablierten die Osmanen aus dem westlichen Anatolien her kommend ihren ersten Brückenkopf jenseits der Dardanellen. Von hier aus gelang es ihnen bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts, den größten Teil des südöstlichen Europas (inklusive weiter Teile des Königreichs Ungarn) zu erobern. Die osmanische Eroberung brachte das Ende nicht nur für das Byzantinische Reich (das beim Fall Konstantinopels 1453 kaum mehr als das Hinterland der stark entvölkerten Stadt umfasste), sondern auch für die mittelalterlichen Staatsgebilde, die am nördlichen Rand des byzantinischen Einflussgebietes entstanden waren. Die osmanische Herrschaft bedeutete für Südosteuropa die Integration in ein weit über Europa hinausreichendes islamisches Staatswesen, das nachhaltig die sozialen Beziehungen und kulturellen Praktiken der Region prägte. Zu den wichtigsten Erbschaften des Osmanischen Reiches gehört die Präsenz muslimischer Bevölkerungsgruppen in Südosteuropa als Ergebnis von Konversion und Kolonisation.

Ein Spezifikum der osmanischen Herrschaft war ihre Adaptionsfähigkeit an und Integrationsfähigkeit von lokaler Vielfalt, weshalb die Gesellschaften der Region trotz der gemeinsamen politischen Klammer von großer Heterogenität gekennzeichnet blieben. Die Osmanen strebten keine Homogenisierung an. Administrativ spiegelte sich die Vielfalt in unterschiedlich intensiver zentralstaatlicher Durchdringung wider; einige Gebiete (die Fürstentümer Siebenbürgen, Walachei und Moldau, die Republik Ragusa) waren nicht direkt in das Reich integriert, sondern genossen als Vasallen weitgehende innere Autonomie, in anderen Regionen (Nordalbanien, Montenegro) begnügte sich die Hohe Pforte mit einer eher nominellen Herrschaft, und spezifische Bevölkerungsgruppen (z. B. Passwächter) genossen weitgehende Privilegien. Für die Entwicklung der Region zentral war der Umgang der Osmanen mit konfessioneller Vielfalt: Bis zur rechtlichen Gleichstellung aller Untertanen 1856 hatten Muslime zwar einen rechtlich privilegierten Status inne, jedoch genossen die Anhänger der Buchreligionen (in Südosteuropa Christen unterschiedlicher Konfession und Juden) den Schutz des Sultans und konnten ihre Religion weiterhin ausüben. Sie unterlagen allerdings einigen Beschränkungen und mussten höhere Steuern zahlen. Diese Politik der Anerkennung religiöser Differenz war einer der Gründe, warum ein großer Teil der iberischen Juden (Sepharden) nach ihrer Vertreibung aus Spanien und Portugal 1492 in das Osmanische Reich auswanderte.

Organisiert war die osmanische Gesellschaft primär entlang religiöser Kriterien, wobei die einzelnen anerkannten Glaubensgruppen (*millet*) ein hohes Ausmaß an Autonomie bei der Gestaltung ihrer alltäglichen Angelegenheiten genossen. Da die Osmanen die Gesellschaft nicht entlang ethnisch-linguistischer Kriterien klassifizierten, bildeten die Muslime gleich welcher Sprache eine Gruppe, aus der sich auch die Elite des Reiches rekrutierte. Die Orthodoxen waren in der Regel dem Patriarchen von Konstantinopel untergeordnet. Zur gesellschaftlichen Vielfalt gehörte auch das Funktionieren unterschiedlicher Rechtsbestände.

Stadt-Land-Unterschiede waren rechtlich weniger, soziokulturell und ökonomisch hingegen sehr wohl bedeutsam. Eine weitere Besonderheit des Osmanischen Reiches war das Fehlen einer landbesitzenden Aristokratie und damit auch der grundherrschaftlichen Kontrolle über die bäuerliche Bevölkerung, obwohl sich im Zuge des innerstaatlichen Machtverlusts des Sultans im 18. Jahrhundert Formen personaler Abhängigkeitsverhältnisse zwischen Bauern und lokalen Notabeln, die Grundbesitz anhäufen konnten, herausbildeten. In großen Teilen der direkt verwalteten Gebiete des Reiches blieb die Bauernschaft aber faktisch frei, wobei kleinbäuerliche Strukturen dominierten.

Ein wichtiger Wendepunkt für die Geschichte der Region war das Ende der osmanischen Expansion im 17. Jahrhundert und der Beginn der territorialen Kontraktion des Reiches. Mit dem Rückschlag der osmanischen Truppen durch das Heer der Habsburger und ihrer Verbündeten nach der zweiten Belagerung von Wien (1683) begann ein Prozess des Weichens der Osmanen aus Europa, der mit den Balkankriegen (1912/13) zum Ende kam, als dem Osmanischen Reich auf europäischem Boden nur mehr das Hinterland von Istanbul (Ostthrakien) blieb. Umgekehrt konnten die Habsburger nach 1683 ihren südosteuropäischen Besitzstand nach und nach erweitern und sich die gesamten Länder der ungarischen Krone einverleiben. Die Adriagebiete (Istrien, Dalmatien) gelangten endgültig 1815 (Wiener Kongress) zu Österreich. Dem heterogenen Charakter der inneren Strukturen des Habsburgerreichs entsprechend wurden auch die südosteuropäischen Gebiete unterschiedlich verwaltet. Eine Region mit besonderem Statut stellte die direkt von Wien aus kontrollierte Militärgrenze dar, die im 16. Jahrhundert eingerichtet worden war und ab dem frühen 18. Jahrhundert von der Adria im Westen bis zum Banat und nach Siebenbürgen im Osten reichte, um Schutz gegen die Osmanen zu bieten. Die südliche Militärgrenze wurde endgültig 1881 aufgelöst und in das Königreich Kroatien und Slawonien integriert, das wiederum einen Autonomiestatus innerhalb des Königreichs Ungarn genoss. In vielerlei Hinsicht unterschieden sich die südosteuropäischen Provinzen des Habsburgerreichs von seinen Kernländern, so in der Nicht-Katholiken (Protestanten, Orthodoxen) auch schon vor dem Toleranzpatent von 1781 gewährten Freiheit der Religionsausübung und der Anerkennung entsprechender Kirchenhierarchien. Österreich wurde zum Zentrum der serbischen Orthodoxie (Einrichtung eines Erzbistums in Karlowitz/Sremski Karlovci 1713), nachdem das serbische Patriarchat auf osmanischem Boden vom Sultan dauerhaft aufgehoben worden war (1766). Das Fürstentum Siebenbürgen, das 1690 unter österreichische Kontrolle kam und in dem durch das "Leopoldinische Diplom" u. a. Religionsfreiheit zugesichert wurde, entwickelte sich wiederum zu einem Aufnahmegebiet von aus den Kernbereichen Österreichs (z. B. Salzkammergut und Land ob der Enns) im Laufe des 18. Jahrhunderts deportierten Protestanten.

Neben den Habsburgern erwuchs den Osmanen im 18. Jahrhundert mit dem expansiven Russischen Reich ein weiterer mächtiger Gegner, der wiederholt die rumänischen Fürstentümer Walachei und Moldau besetzte und die osmanische Präsenz am Nordufer des Schwarzen Meeres beendete (1774 Frieden von Küçük Kaynarca). Mit diesem Friedensvertrag sicherte sich Russland auch das Recht, Schutzmacht über die Orthodoxen des Osmanischen Reiches zu sein, was die russische Regierung wiederholt zu Interventionen nutzte. Eine ähnliche Funktion reklamierten die Habsburger in Bezug auf die Katholiken für sich. Im 19. Jahrhundert führte Russland mehrfach Krieg gegen die Osmanen und konnte dabei Bessarabien (1812) und das Donaudelta (1829) erobern. Russlands Interventionen waren essentiell für die faktische Loslösung der rumänischen Fürstentümer von osmanischer Kontrolle, für die Gewährung von Autonomie für Serbien durch den Sultan (1830) sowie die Schaffung des Fürstentums Bulgarien (1878).

Nationalstaatsbildung im 19. und 20. Jahrhundert



Das östliche Europa 1878.
[R. H. Labberton, E. Elaxton & Co., 1884,
Courtesy of the University of Texas Libraries]

Die militärische Schwäche des Osmanischen Reiches sowie die Interventionspolitik der europäischen Großmächte waren wichtige Rahmenbedingungen für die zunehmende Virulenz nationaler Bewegungen in Südosteuropa im 19. Jahrhundert und die Schaffung von autonomen und schließlich unabhängigen Nationalstaaten. Ohne internationale Unterstützung wäre die (faktische) Unabhängigkeit für die neuen Staaten zu diesem Zeitpunkt kaum zustande gekommen, da die gesellschaftliche Breitenwirksamkeit der nationalen Bewegungen und ihr militärisches Potenzial begrenzt waren. Als erster "nationaler" Aufstand gilt jener der Serben 1804 (bis 1813), der letztlich in einem autonomen Fürstentum Serbien mündete (1830). 1821 begann die griechische Erhebung gegen die osmanische Herrschaft, der dank militärischer Unterstützung aus Europa die Gründung des unabhängigen griechischen Staates folgte (1830). Montenegro war zu jener Zeit faktisch ebenfalls weitgehend unabhängig. Die beiden Donaufürstentümer Moldau und Walachei entzogen sich dank russischer Unterstützung immer mehr dem osmanischen Einfluss und vereinigten sich 1861 zu Rumänien. Bulgarien wurde 1878 als autonomes Fürstentum aus der Taufe gehoben; im selben Jahr wurden Serbien, Montenegro und Rumänien auf dem Berliner Kongress als unabhängige Staaten anerkannt. Albanien folgte 1913. Als letzter osmanischer Nachfolgestaat wurde 1923 die Republik Türkei ausgerufen. Die südosteuropäischen Nationalstaaten verstanden sich als politischer Ausdruck einer in der Regel ethnisch definierten Nation und beanspruchten von Anfang an außerhalb ihrer Grenzen gelegene Gebiete, die von vermeintlich Ko-Nationalen bewohnt waren. Sie betrieben daher eine Politik der territorialen Expansion, vornehmlich zulasten des Osmanischen Reichs, mitunter aber auch gegeneinander (z. B. zweiter Balkankrieg, 1913). Nach innen verfolgten die neuen Nationalstaaten den Aufbau einer zentralstaatlichen Ordnung, basierend auf westeuropäischen Vorbildern und ebensolchen Verfassungen, sowie die Festigung der nationalen Identität unter der überwiegend bäuerlichen Bevölkerung.

In den habsburgischen Territorien Südosteuropas ließ sich im 19. Jahrhundert ebenfalls die Entstehung nationaler Identitäten sowie darauf aufbauender politischer Bewegungen beobachten. Zur Bildung von Nationalstaaten sollte es hier aber erst nach dem Zusammenbruch der Doppelmonarchie 1918 kommen. Wie auch auf dem osmanischen Balkan war Nationsbildung in der Habsburgermonarchie kein uniformer und unidirektionaler Prozess. Zwei politische Faktoren sorgten dabei für Besonderheiten in der Geschichte der nationalen Bewegungen im Habsburgerreich: Erstens agierten diese nach dem österreichisch-

ungarischen Ausgleich von 1867 in zwei sehr unterschiedlich verfassten politischen Kontexten. In der ungarischen Reichshälfte waren die nichtmagyarischen Nationalitäten mit einem zentralisierenden Staat konfrontiert, der eine Magyarisierungspolitik betrieb. Hingegen hatten die Kronländer der österreichischen Reichshälfte einen größeren Spielraum bei der Politikgestaltung, und die Regierung in Wien versuchte tendenziell, einen Ausgleich zwischen den Nationalitäten herzustellen; sie kam daher vielen ihrer Forderungen (z. B. beim Sprachgebrauch) nach, wobei es auf lokaler Ebene immer wieder zu heftigen Konflikten kam (z. B. zwischen Deutschen und Slowenen in der Untersteiermark und in Krain oder zwischen Italienern und Kroaten in Istrien). Zweitens existierten mit Serbien und Rumänien bereits Nationalstaaten, an denen sich die serbische (oder auch insgesamt die südslawische) bzw. die rumänische Bevölkerung Österreich-Ungarns orientieren konnte. Die grenzüberschreitende Dynamik nationaler Mobilisierung wurde besonders in der Provinz Bosnien-Herzegowina deutlich, die 1878 von Österreich-Ungarn besetzt und 1908 annektiert wurde; die relativ größte Bevölkerungsgruppe zu jener Zeit waren orthodoxe Serben, weshalb serbische Nationalisten den Anschluss Bosniens an Serbien forderten.

Auch die deutschsprachige Bevölkerung der südosteuropäischen Reichsteile partizipierte an der nationalen Mobilisierung auf lokaler und staatlicher Ebene, wie die zahlreichen neu geschaffenen Vereine und Presseorgane verdeutlichten. In den ungarischen Reichsteilen richtete sich der Aktivismus gegen Magyarisierungs- und Zentralisierungsbemühungen, in den österreichischen nahm er vielfach den Charakter eines anti-slawischen 'Abwehrkampfes' (insbesondere im Rahmen des deutsch-slowenischen Gegensatzes) an. Jenseits der aktivistischen Rhetorik waren aber lokale Verhältnisse oft auch von Mehrsprachigkeit und ethnischer Koexistenz geprägt.



Territoriale Veränderungen des Balkanraums - Konferenz von London (1913) und Friedensvertrag von Bukarest (1913). [In: Report der Internationalen Kommission über die Gründe und Folgen der Balkankriege, 1914, Courtesy of the University of Texas Libraries]

Den endgültigen Triumph des nationalstaatlichen Ordnungsprinzips in Südosteuropa markierten die Balkankriege (1912/13) und der Erste Weltkrieg, als deren Folge das gesamte Gebiet der Region in unterschiedliche Nationalstaaten integriert wurde. Diese Kriege zeigten aber auch die Uneinigkeit der Länder Südosteuropas. Im ersten Weltkrieg traten Bulgarien und das Osmanische Reich auf Seiten der Mittelmächte in den Krieg ein, während Serbien, Griechenland und Rumänien Bündnispartner der Entente waren. Die zugrunde liegende Motivation für die Regierungen (mit Ausnahme natürlich Serbiens, das von Österreich-Ungarn angegriffen wurde) waren die jeweiligen territorialen Expansionspläne und entsprechende Versprechungen der Kriegsmächte. Für die Nachkriegsordnung bedeutete dies, dass ein Teil der Region zu den Sieger-, der andere zu den Verliermächten gehörte, was eine regional übergreifende Kooperationspolitik ungemein erschwerte. Die mit den untergegangenen Reichen assoziierten Bevölkerungsgruppen (Deutsche und Ungarn in den einst habsburgischen Gebieten, Muslime in den bis 1913 osmanischen Gebieten) erlebten eine sowohl ideelle als auch häufig materielle Statusinversion. Viele Beamte der untergegangenen Reiche verließen die nun zu Nationalstaaten gehörenden Gebiete; deutsche und ungarische Grundbesitzer im Norden sowie muslimische im Süden Südosteuropas verloren viel Land bei - im Prinzip zwar überfälligen, aber eben auch ethno-national motivierten - Landreformen.

Zwischenkriegszeit und Zweiter Weltkrieg

Vor besondere Integrationsherausforderungen sahen sich nach 1918 gerade die Siegerländer in Südosteuropa gestellt. Das um Siebenbürgen, die Bukowina und Bessarabien (und damit auch um signifikante deutsche Bevölkerungen) erweiterte Königreich Rumänien und das neugegründete Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (ab 1929 Königreich Jugoslawien), das neben Serbien und Montenegro auch Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Teile Dalmatiens, Slowenien und die Vojvodina umfasste (und somit ebenfalls eine große deutsche Minderheit beheimatete), mussten Territorien mit historisch unterschiedlicher Zugehörigkeit und einer ethnisch sehr heterogenen Bevölkerung integrieren; Griechenland war mit rund 1,5 Millionen griechischen Flüchtlingen aus Kleinasien konfrontiert, die im Gefolge der griechischen Niederlage gegen die Türkei (1922/23) ihre Heimat verlassen mussten.

Sowohl in Jugoslawien, das sich als Nationalstaat der sog. "dreinamigen" jugoslawischen Nation verstand, als auch in Rumänien gab es eine markante Divergenz zwischen ethnonationalistischem Staatsverständnis der politischen Elite und der realen Multiethnizität des Landes. Ebenso konfligierte eine zentralistische Staatsordnung (nach französischem Vorbild) mit der Existenz von selbstbewussten regionalen Eliten, die in der Habsburgermonarchie sozialisiert worden waren. Beide Staaten betrieben eine nationale Homogenisierungs- und Integrationspolitik, die auf die Südslawen im einen, auf die Rumänen im anderen Falle baute und diese bevorzugte. Dennoch blieben den nicht-dominanten Nationalitäten (in unterschiedlichem Ausmaß) Minderheitenrechte gewährt (wie von den Pariser Friedensverträgen vorgeschrieben); so erfreuten sich die Deutschen beider Länder eines breiten Schul- und Pressewesens (die Deutschen wurden allerdings weder in Rumänien noch in Jugoslawien von der Regierung als besonders problematische Minderheit angesehen; die unfreiwillige Rolle des 'signifikanten Anderen' im eigenen Land spielten vielmehr die Ungarn und Juden in Rumänien, die Ungarn und Albaner in Jugoslawien). Es kam weder zu nennenswerten Assimilationsprozessen noch zu massenhafter Auswanderung von Minderheitenangehörigen (mit Ausnahme der unmittelbaren Nachkriegszeit). Gleichwohl gehörten die Spannungen zwischen Mehrheitsbevölkerung und Minderheiten ebenso wie jene zwischen Gruppen mit radikal unterschiedlichen Staatsvorstellungen zu den wesentlichen Faktoren der die innenpolitische Entwicklung kennzeichnenden Instabilität, insbesondere aufgrund der enormen territorialen Verlustängste der herrschenden Eliten im Zentrum. Gravierende institutionelle

Defizite, wirtschaftliche Unterentwicklung und das schwierige internationale Umfeld machten die Lösung der Integrationsaufgaben nicht einfacher. Vielmehr entstand ein Nährboden für extremen Nationalismus, in Rumänien verbunden mit weit verbreitetem Antisemitismus. Unter den großen deutschen Minderheiten der beiden Länder gewannen, unterstützt vom nationalsozialistischen Regime, in den 1930er Jahren ebenfalls radikale Aktivisten zunehmend an Bedeutung, weshalb die Vertretungen der deutschen Minderheit sich zunehmend an NS-Deutschland orientierten, obwohl die deutsche Minderheit unter deutlich geringerem Druck stand als andere große Minderheiten in Rumänien, Ungarn und Jugoslawien.[13]

Insgesamt war die Zwischenkriegszeit in den Ländern Südosteuropas, ähnlich wie in den meisten Staaten Europas, durch große Instabilität geprägt. Dabei müssen die Folgen des Ersten Weltkriegs bedacht werden, die teils verheerend gewesen waren (Serbien war das kriegsbeteiligte Land mit den höchsten Opferzahlen pro Kopf der Bevölkerung). Große Flüchtlingsströme als Folge des Kriegs, v. a. in Bulgarien und Griechenland, verschärften die soziale Misere und die politischen Schwierigkeiten. Die durch die Friedensverträge geschaffenen neuen Grenzen konnten nationale Konflikte in einer Region mit so ausgeprägter ethno-konfessioneller Gemengelage unmöglich lösen, außer man ergriff so radikale Maßnahmen wie bei dem griechisch-türkischen Bevölkerungsaustausch von 1923. In allen Ländern Südosteuropas blieben faire Wahlen in der Zwischenkriegszeit die Ausnahme; dementsprechend gering war die demokratische Legitimität der meisten Regierungen. Kommunistische Parteien wurden bald nach 1918 verboten (mit der Ausnahme Griechenlands). Trotz der nach wie vor dominant bäuerlichen Struktur der Gesellschaft gelang es genuinen Bauernparteien nur in Bulgarien (1919–1923) und Rumänien (1928–1930, 1932–1933) kurzzeitig die Regierung bzw. den Ministerpräsidenten zu stellen. In Bulgarien wurde die Regierung der Bauernpartei 1923 in einem blutigen Putsch gestürzt und ihr Anführer, Aleksandăr Stambolijski, ermordet. Den urbanen, auf die Hauptstadt konzentrierten Eliten der Länder Südosteuropas gelang es, den politischen Prozess zu manipulieren und ihre dominante Stellung zu bewahren, notfalls in Koalition mit den Monarchen, die eine gemäß der Verfassung starke Position innehatten.

Im Zuge sich verschärfender, häufig mit politischer Gewalt verbundener politischer Instabilität erlebten alle Länder Südosteuropas Ende der 1920er/Anfang der 1930er Jahre die Etablierung autoritärer Regime (in Albanien, Bulgarien, Jugoslawien und Rumänien in Form von Königsdiktaturen). Auf der Basis eines nationalistischen Grundkonsenses sowie unter Eindruck des Aufstiegs des Faschismus in Italien und Deutschland verschob sich die politische Landschaft Südosteuropas in der Zwischenkriegszeit in Richtung der Rechten, an deren extremem Rand sich genuine faschistische Gruppen bildeten, die in Rumänien (Legion des Erzengels Michael/Eiserne Garde) und in Ungarn (Pfeilkreuzler) zu Massenbewegungen anwuchsen. Die Weltwirtschaftskrise ab 1929, welche die Agrarökonomien Südosteuropas besonders heftig traf, war hierfür ein beschleunigender Faktor. Als Folge der Weltwirtschaftskrise und der nationalsozialistischen Machtübernahme stieg Deutschland zum wichtigsten Handelspartner der Länder Südosteuropas auf, was mit einem steigenden politischen Einfluss Deutschlands in der Region einherging. Dem nationalsozialistischen Regime gelang es von November 1940 bis März 1941 Bulgarien, Jugoslawien, Rumänien und Ungarn zum Beitritt zum Dreimächtepakt zu bewegen. Albanien war zu diesem Zeitpunkt bereits italienisch besetzt (seit 1939).

Der Zweite Weltkrieg bedeutete auch für Südosteuropa eine tiefe Zäsur in mehrfacher Hinsicht. Während des Krieges waren die Staaten der Region bis zu ihrer Befreiung in unterschiedlicher Weise in den deutschen und (bis September 1943) italienischen Machtbereich integriert, mit Ausnahme der Republik Türkei, die neutral blieb. Jugoslawien und Griechenland wurden 1941 von Deutschland, Italien und Bulgarien besetzt, wobei auf jugoslawi-

schem Boden mit dem "Unabhängigen Staat Kroatien" (NDH) unter Herrschaft der faschistischen *Ustaša* ein Vasallenstaat geschaffen wurde, der systematisch Juden, Roma, Serben und Regierungsgegner ermordete. Im jugoslawischen Besatzungsgebiet und dem NDH sowie in Griechenland bildeten sich bald mächtige bewaffnete Widerstandsbewegungen, in beiden Fällen gespalten in kommunistisch und royalistisch-nationalistisch bzw. konservativ orientierte Gruppen, die sich mitunter gegenseitig bekämpften ("Bürgerkrieg im Krieg"). Den Partisanen gelang es, große Teile der besetzten Gebiete zu befreien (v. a. nach der italienischen Kapitulation). Bulgarien, Rumänien und Ungarn waren hingegen Bündnispartner der Achsenmächte, wobei sich Rumänien und Ungarn am Krieg Deutschlands gegen die Sowjetunion beteiligten, in der Hoffnung auf territoriale Zugewinne (für Ungarn hatten sich diese teilweise bereits 1938 und 1940 erfüllt, als im sog. Ersten Wiener Schiedsspruch die Tschechoslowakei und im Zweiten Wiener Schiedsspruch Rumänien von Deutschland genötigt wurden, Gebiete mit ungarischer Bevölkerung an Ungarn abzutreten; Rumänien besetzte Bessarabien und den nördlichen Schwarzmeerraum um die Stadt Odessa/Odesa). Zu den größten Opfergruppen des Zweiten Weltkriegs gehörte auch in Südosteuropa die jüdische Bevölkerung: In den von Deutschland kontrollierten Gebieten wurde sie Opfer des nationalsozialistischen Massenmordes; in Kroatien ermordete das Ustaša-Regime den Großteil der im Lande lebenden Juden, und in Rumänien wurden 280.000-300.000 Juden durch das antisemitische Antonescu-Regime getötet. In Ungarn fielen 1944/45 nach der deutschen Besetzung Hunderttausende dem Holocaust zum Opfer.

Nachkriegsgeschichte

Mit dem Vormarsch der Roten Armee nach der Zurückschlagung des deutschen Angriffs wurde eine wesentliche Weichenstellung für die Nachkriegsordnung in Südosteuropa eingeleitet: Im Sommer 1944 marschierte die Rote Armee in Rumänien und dann in Bulgarien ein; beide Länder hatten noch während des Krieges die Seiten gewechselt und dem Deutschen Reich den Krieg erklärt. Jugoslawien wurde maßgeblich von den kommunistischen Partisanen unter der Führung von Tito befreit, Ungarn in harten Kämpfen durch die Sowjetunion und ihre Alliierten bis Anfang April 1945. Aus den befreiten bzw. von der Roten Armee besetzten Ländern (insbesondere aus Rumänien) wurden Ende 1944/Anfang 1945 Zehntausende deutsche Arbeitskräfte zur Zwangsarbeit in die UdSSR deportiert.[14] In Griechenland waren es ebenfalls im Wesentlichen heimische Widerstandsgruppen, die mit britischer Unterstützung das Land befreiten. Albanien wurde durch kommunistisch geführte Partisanen befreit, die massive Unterstützung durch die jugoslawischen Partisanen erfuhren. Die Art der Befreiung bedingte maßgeblich die Nachkriegsordnung: In Jugoslawien und Albanien übernahmen Kommunisten faktisch mit Kriegsende die Macht. Im Zuge der kommunistischen Machtergreifung in Jugoslawien wurden die meisten Deutschen (rund 300.000 Personen) aus dem Land (v. a. der Vojvodina) vertrieben und eine große Zahl von - tatsächlichen und vermeintlichen - Gegnern der Kommunisten getötet. In den durch die sowjetischen Truppen besetzten Ländern Bulgarien, Rumänien und Ungarn dauerte es bis 1947/48, bis kommunistische Einparteienregime etabliert wurden, während sich in Griechenland in einem bis 1949 andauernden Bürgerkrieg antikommunistische Kräfte v. a. dank der Unterstützung durch Großbritannien und die USA durchsetzen konnten. Die Republik Türkei schloss sich ebenfalls dem westlichen Lager an (NATO-Beitritt 1952, gleichzeitig mit Griechenland). Somit durchtrennte der Eiserne Vorhang auch Südosteuropa.

Die ersten Jahre kommunistischer Herrschaft waren durch stalinistische Repressionspraktiken sowie Phasen des Terrors gekennzeichnet. Die weitere politische und gesellschaftliche Entwicklung der Länder Südosteuropas verlief auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs nicht homogen. Eine erste wesentliche Zäsur bildete das Jahr 1948, in dem Jugoslawien von der Sowjetunion aus der kommunistischen Staatengemeinschaft ausgeschlossen wurde. Da-

mit setzte in Jugoslawien ein eigener Weg zum Sozialismus ein, der sich u. a. in zunehmender Dezentralisierung äußerte (mit dem Höhepunkt der Verfassung von 1974, welche den sechs Teilrepubliken und zwei autonomen Provinzen Jugoslawiens weitgehende Rechte garantierte). Der im Vergleich zu anderen staatssozialistischen Ländern deutlich höhere Grad an Liberalität in Politik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft war ein weiteres Merkmal des jugoslawischen Sozialismus. Außenpolitisch profilierte sich das Land unter der Führung von Josip Broz Tito, der 1980 verstarb, als ein Protagonist der Bewegung der Blockfreien Staaten (gegründet 1961) und pflegte leidlich gute Beziehungen sowohl zum Westen als auch (nach Stalins Tod 1953) zur Sowjetunion.

Eine zweite Zäsur für das kommunistische Lager war die durch sowjetische Truppen niedergeschlagene Revolution in Ungarn 1956. In Ungarn folgte nach einer Welle der Repression eine konziliantere Politik seitens des Regimes, die in größeren Freiräumen und Konsummöglichkeiten für die Bevölkerung resultierte (sog. Gulaschkommunismus). In Rumänien und Bulgarien verringerte sich nach dem Stalinismus ebenfalls das Niveau der Repression (in den 1970er Jahren sollte es wieder ansteigen), aber zu einer grundsätzlichen Reform der politischen und ökonomischen Strukturen kam es nicht. Das umfangreiche Spitzelwesen der rumänischen Geheimpolizei *Securitate* observierte und drangsalierte insbesondere auch die großen Minderheiten im Lande (Ungarn und Deutsche). Ab den frühen 1960er Jahren versuchten die Parteiführungen Rumäniens und Bulgariens Legitimitätsdefizite durch eine zunehmend nationalistische Rhetorik und Politik zu kompensieren. In Rumänien unter Nicolae Ceauşescu gehörte dazu eine Außenpolitik, die sich von der Sowjetunion emanzipierte, während Bulgarien unter Todor Živkov ein treuer Verbündeter der UdSSR blieb. Aus beiden Ländern durften Angehörige bestimmter nationaler Minderheiten auswandern, wobei es zu den Spezifika des rumänischen Nationalkommunismus gehörte, dass sich die Regierung jeden deutschen und jüdischen Emigranten von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland bzw. Israels bezahlen ließ. Albanien verblieb im Kern ein stalinistisches Regime bis nach Enver Hodzhas Tod (1985); das Land zeichnete sich zudem durch eine isolationistische Außenpolitik aus, indem es nach und nach mit seinen im Zeitverlauf wechselnden Patronen brach (Jugoslawien, Sowjetunion, VR China).

Die in das westliche Bündnissystem integrierten Staaten Griechenland und Türkei nahmen ebenfalls keinen geradlinigen Weg. Die politische Öffnung in Griechenland der 1950er und 1960er Jahre kam mit der Machtübernahme der Obristen und der Etablierung einer Militärdiktatur 1967 zu einem abrupten Ende. Erst nach deren Sturz 1974 sollte sich Griechenland nachhaltig demokratisieren, wobei die Mitgliedschaft des Landes in der Europäischen Gemeinschaft (ab 1981) einen wichtigen stabilisierenden Faktor darstellte. In der Türkei wurde die nach dem Zweiten Weltkrieg einsetzende demokratische Entwicklung durch wiederholte Militärinterventionen (1960, 1971, 1980, 1997) unterbrochen bzw. rückgängig gemacht. Seit der Jahrtausendwende konnte sich der demokratische Prozess schließlich konsolidieren. Ein Faktor, der für beide Länder innenpolitisch destabilisierend wirkte und sie an den Rand eines Krieges gegeneinander brachte, war die Zypernfrage. Die 1959 unabhängig gewordene ehemalige britische Kronkolonie wurde durch eine türkische Militärintervention 1974 faktisch in einen griechisch und einen türkisch kontrollierten Teil geteilt; die im Norden der Insel ausgerufene "Türkische Republik Nordzypern" wird nur von der Türkei anerkannt und ist *de jure* Bestandteil der Republik Zypern und somit seit 2004 auch EU-Territorium.

1989 markierte auch für Südosteuropa eine Wende, da in Bulgarien (November) und Rumänien (Dezember) die kommunistischen Diktaturen einstürzten, in Rumänien in einer von einem Teil der Sicherheitskräfte mit Gewalt bekämpften Revolution, der auch Nicolae Ceauşescu und seine Frau Elena zum Opfer fielen. 1990 fanden in beiden Ländern sowie in Ungarn die ersten Mehrparteienwahlen seit der kommunistischen Machtübernahme statt, in

Albanien 1991. In Jugoslawien führten alle Teilrepubliken im Laufe des Jahres 1990 Mehrparteienwahlen durch, bei denen in Slowenien, Kroatien, Makedonien und Bosnien-Herzegowina neugegründete antikommunistische Oppositionsparteien, die ein nationales Programm verfolgten, obsiegten, in Serbien und Montenegro die Postkommunisten. Zu keiner Wahl sollte es in Jugoslawien auf Bundesebene kommen, denn parallel zur Demokratisierung und wirtschaftlichen Krise hatten sich die schon in den Jahren zuvor immer offensichtlicher werdenden zentrifugalen Kräfte intensiviert. Nationalistische Kräfte gewannen an Zulauf; die Pläne für eine Reform des Bundesstaates divergierten zwischen Zentralisierungsideen der serbischen Führung und Plänen der slowenischen und kroatischen Führung zur Konföderalisierung. 1991/92 erklärten vier Teilrepubliken ihre Unabhängigkeit (Slowenien, Kroatien, Makedonien und Bosnien-Herzegowina).

Die Entwicklung nach dem Ende des Staatssozialismus verlief in den Ländern Südosteuropas sehr unterschiedlich. Das ehemalige Jugoslawien löste sich nicht friedlich auf, sondern blutig: Den Kriegen in Kroatien (1991–1995), Bosnien-Herzegowina (1992–1995) und Kosovo (1999) sowie dem Nato-Bombardement der Bundesrepublik Jugoslawien 1999 fielen ca. 130.000 Menschen zum Opfer. Mehrere Millionen Menschen ergriffen die Flucht oder wurden vertrieben. Das größte Massaker im Rahmen der Kriege verübten Truppen der bosnischen Serben im Juli 1995 in der bosnischen Stadt Srebrenica, als sie rund 8.000 männliche Bosniaken ermordeten. Der Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) in Den Haag bewertete in mehreren Urteilen dieses Massaker als Genozid. Zu den politischen Folgen der Kriege gehören u. a. das bis heute bestehende internationale Protektorat in Bosnien-Herzegowina sowie die UN-Verwaltung (UNMIK) für die serbische Provinz Kosovo, die 2008 ihre Unabhängigkeit erklärte (mit Stand März 2012 wurde Kosovo von 89 Staaten, darunter 22 EU-Mitgliedern anerkannt). Für die Stabilisierung der Region des ehemaligen Jugoslawiens sowie die Verbesserung der Beziehungen zwischen den einstigen Kriegsgegnern wichtig waren der Sturz des Präsidenten der Bundesrepublik Jugoslawien Slobodan Milošević im Oktober 2000 und die darauf folgende rasche Demokratisierung Serbiens. 2006 zerfiel der Staatenbund von Serbien und Montenegro endgültig, nachdem sich Montenegro für unabhängig erklärt hatte. Zu einem kurzen separatistischen Krieg von März bis August 1992 war es auch in der Republik Moldau nach deren Unabhängigkeitserklärung (1991) gekommen, als sich Transnistrien (der Landesteil am linken Ufer des Dnjestr) faktisch abspaltete und sich als "Transnistrische Moldauische Republik" (PMR) konstituierte. Kein Land der Welt hat diesen 'Staat' bisher anerkannt.

Den nicht unmittelbar von kriegerischen Ereignissen betroffenen Ländern Südosteuropas gelang es in unterschiedlicher Geschwindigkeit, die neue politische und wirtschaftliche Ordnung zu konsolidieren. Erschwert wurden die Reformen durch die tiefe ökonomische Krise, in welche die Transformationsländer nach dem Ende des Staatssozialismus stürzten. Die wirtschaftliche Misere in Rumänien war ein wesentliches Motiv für die meisten der bis dahin verbliebenen Angehörigen der deutschen Minderheit, Anfang der 1990er Jahre nach Deutschland auszuwandern. Spätestens ab Ende der 1990er Jahre befanden sich die Länder der Region aber auf einem ökonomischen Wachstumskurs (mehr oder weniger temporär unterbrochen durch die Finanzkrise von 2008/09). Ein Indikator des Reformerfolgs waren der Beitritt zur Europäischen Union von Ungarn und Slowenien 2004 sowie Bulgarien und Rumänien 2007. Der Beitrittsvertrag mit Kroatien wurde 2011 unterzeichnet (geplanter Beitritt: 2013). Mit Stand März 2012 hatte der Europäische Rat auch Makedonien, der Türkei und Serbien den EU-Kandidatenstatus zuerkannt. Parallel zur fortschreitenden EU-Integration Südosteuropas geriet Griechenland 2010/11 im Zuge der Finanzkrise an den Rand des Staatsbankrotts und destabilisierte damit die Euro-Zone. Trotz dieser Krise verfolgen aber alle Staaten der Region, die noch nicht Mitglied der EU sind, einen Beitritt zur EU als übergeordnete politische Priorität.

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Mathias Beer, Dittmar Dahlmann (Hg.): Migration nach Ost- und Südosteuropa vom 18. bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts. Ursachen - Formen - Verlauf - Ergebnis. Stuttgart 1999 (Schriftenreihe des Instituts für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde 4).
- Mathias Beer, Gerhard Seewann (Hg.): Südostforschung im Schatten des Dritten Reichs. Institutionen - Inhalte - Personen. München 2004 (Südosteuropäische Arbeiten 119).
- Ivan T. Berend: Central and Eastern Europe 1944–1993. Detour from the Periphery to the Periphery. Cambridge u. a. 1996 (Cambridge Studies in Modern Economic History 1).
- Carl Bethke: Deutsche und ungarische Minderheiten in Kroatien und der Vojvodina 1918–1941. Identitätsentwürfe und ethnopolitische Mobilisierung. Wiesbaden 2009 (Balkanologische Veröffentlichungen 47).
- Detlef Brandes: Von den Zaren adoptiert. Die deutschen Kolonisten und die Balkansiedler in Neurußland und Bessarabien 1751–1914. München 1993 (Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 2).
- Konrad Clewing, Oliver Jens Schmitt (Hg.): Geschichte Südosteuropas. Vom frühen Mittelalter bis zur frühen Gegenwart. Regensburg 2011.
- Mariana Hausleiter, Harald Roth (Hg.): Der Einfluss von Faschismus und Nationalsozialismus auf Minderheiten in Ostmittel- und Südosteuropa. München 2006 (Veröffentlichungen des Instituts für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas [IKGS] an der Ludwig-Maximilians-Universität München, Wissenschaftliche Reihe 107).
- Barbara Jelavich: History of the Balkans. 2 Bde. Cambridge u. a. 1983 (The Joint Committee on Eastern Europe Publication Series 12).
- Karl Kaser: Südosteuropäische Geschichte und Geschichtswissenschaft. 2., bearb. und akt. Aufl. Wien u. a. 2002.
- Olga Katsiardi-Hering: Migrationen von Bevölkerungsgruppen in Südosteuropa vom 15. Jahrhundert bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts. In: Südost-Forschungen 59/60 (2001), S. 125-148.
- John R. Lampe: Balkans into Southeastern Europe. A Century of War and Transition. Basingstoke u. a. 2006.
- John R. Lampe, Marvin R. Jackson: Balkan Economic History, 1550–1950. From Imperial Borderlands to Developing Nations. Bloomington 1982 (The Joint Committee on Eastern Europe publication series 10).
- Mark Mazower: The Balkans. London 2000 (Universal History).
- Dietmar Müller: Southeastern Europe as a Historical Meso-Region. Constructing Space in Twentieth-Century German Historiography. In: European Review of History 10,2 (2003), S. 393-408.
- Gerhard Seewann, Karl-Peter Krauss, Norbert Spannenberger (Hg.): Die Ansiedlung der Deutschen in Ungarn. Beiträge zum Neuaufbau des Königreichs nach der Türkenzeit. München 2010 (Buchreihe der Kommission für Geschichte und Kultur der Deutschen in Südosteuropa 40).
- Leften Stavrianos: The Balkans since 1453. New York 1958 (Rinehart Books in European History).
- Holm Sundhaussen: Europa balkanica. Der Balkan als historischer Raum Europas. In: Geschichte und Gesellschaft 25 (1999), S. 626-653.
- Holm Sundhaussen: Geschichte Südosteuropas als Migrationsgeschichte. Eine Skizze. In: Südostforschungen 65–66 (2006/2007), S. 422-477.

- Holm Sundhaussen: Südosteuropa. In: Klaus J. Bade, Pieter C. Emmer, Leo Lucassen, Jochen Oltmer (Hg.): Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Paderborn u. a. 2007, S. 288-313.
- Maria Todorova: Imagining the Balkans. New York u. a. 1997, S. 27-30.
- Maria Todorova: Der Balkan als Analysekategorie. Grenzen, Raum, Zeit. In: Geschichte und Gesellschaft 28 (2002), S. 470-492.

Weblinks

- http://rspcsee.org/en/pages/read/about-seecp
  (The South-East European Cooperation Process)
- http://suedosteuropa-gesellschaft.com/

- http://ios-regensburg.de/ (Institut für Ost- und Südosteuropaforschung)

Anmerkungen

[1] Todorova: Imagining the Balkans, S. 27-30.

[2] Fritz Valjavec: Südosteuropa und Balkan. In: Südost-Forschungen 7 (1942), S. 1-9, hier S. 1.

[3] Zitiert nach: Peer Heinelt: Portrait eines Schreibtischtäters. Franz Ronneberger (1913–1999). In: Wolfgang Duchkowitsch, Fritz Hausjell, Bernd Semrad (Hg.): Die Spirale des Schweigens. Zum Umgang mit der nationalsozialistischen Zeitungswissenschaft. 2. Aufl. Wien 2004, S. 193-218, hier S. 202.

[4] Vgl. Kaser: Südosteuropäische Geschichte und Geschichtswissenschaft. 2. Aufl., S. 19-22; Sundhaussen: Europa balkanica; Müller: Southeastern Europe as a Historical Meso-Region.

[5] Valjavec: Südosteuropa und Balkan (Anm. 2), S. 5f.

[6] Beer, Seewann (Hg.): Südostforschung im Schatten des Dritten Reichs.

[7] Sundhaussen: Europa balkanica; Maria Todorova: Der Balkan als Analysekategorie, S. 470-492.

[8] Kaser: Südosteuropäische Geschichte und Geschichtswissenschaft, 6.

[9] Der folgende Abriss stützt sich wesentlich auf folgende Überblicksdarstellungen: Stavrianos: The Balkans since 1453; Lampe, Jackson: Balkan Economic History; Jelavich: History of the Balkans; Mazower: The Balkans; Lampe: Balkans into Southeastern Europe; Clewing, Schmitt (Hg.): Geschichte Südosteuropas.

[10] Vgl. Beer, Dahlmann (Hg.): Migration nach Ost- und Südosteuropa; Katsiardi-Hering: Migrationen, S. 125-148; Sundhaussen: Geschichte Südosteuropas als Migrationsgeschichte, S. 422-477; Sundhaussen: Südosteuropa, S. 288-313; Ulf Brunnbauer: Emigration aus Südosteuropa, 19.–21. Jahrhundert. Kontinuitäten, Brüche, Perspektiven. In: Emil Brix, Arnold Suppan, Elisabeth Vyslonzil (Hg.): Südosteuropa. Traditionen als Macht. Wien, München 2007 (Schriftenreihe des österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts 31), S. 119-142.

[11] Seewann, Krauss, Spannenberger (Hg.): Die Ansiedlung der Deutschen in Ungarn.

[12] Brandes: Von den Zaren adoptiert.

[13] Vgl. Hausleiter, Roth (Hg.): Der Einfluss von Faschismus und Nationalsozialismus; Bethke: Deutsche und ungarische Minderheiten.

[14] Mathias Beer: Deutsche Deportierte aus Ostmittel- und Südosteuropa in der UdSSR seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. In: Klaus J. Bade, Pieter C. Emmer, Leo Lucassen, Jochen Oltmer (Hg.): Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Paderborn u. a. 2007, S. 465-470. Sofern sie überlebten, wurden die Zwangsverschlepptem größtenteils Ende der 1940er Jahre repatriiert.

Zitation

Ulf Brunnbauer: Südosteuropa. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/53869.html (Stand 05.06.2012).

Südosteuropa-Gesellschaft (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Südost-Institut, Regensburg

1. Kurzbeschreibung der Institution



Wissenschaftszentrum Ost- und Südosteuropa
Regensburg (WiOS)

Das Südost-Institut, eine außeruniversitäre Einrichtung zur Erforschung der Geschichte und Gegenwart Südosteuropas, wurde 1930 in München gegründet. 2007 wurde es auf Beschluss der bayerischen Staatsregierung von München nach Regensburg verlegt, wo es Bestandteil des Wissenschaftszentrums Ost- und Südosteuropa Regensburg sowie An-Institut der Universität Regensburg wurde. Nach Zusammenlegung mit dem Osteuropa-Institut änderte es mit Wirkung vom 1. Januar 2012 seinen Namen in "Institut für Ost- und Südosteuropaforschung" (IOS).

2. Aufgaben

Im Verlauf seiner mehr als achtzigjährigen Geschichte (siehe Pkt. 4) veränderten sich die Aufgaben des Südost-Instituts. In den letzten Jahren war es vor allem in folgenden Tätigkeitsfeldern aktiv: Forschung zur Geschichte Südosteuropas mit einem zeitlichen Fokus auf das 19. und 20. Jahrhundert sowie einer regional-vergleichenden Perspektive; Herausgabe einer historischen (*Südost-Forschungen*) und einer gegenwartsorientierten Zeitschrift (*Südosteuropa*) sowie einer historisch orientierten Buchreihe (*Südosteuropäische Arbeiten*); Erstellung von Grundlagenwerken (z. B. *Lexikon der Geschichte Südosteuropas* und *Geschichte Südosteuropas*, hg. v. K. Clewing und O. Schmitt); Betrieb einer Fachbibliothek und Aufbau elektronischer Forschungsumgebungen; Organisation von wissenschaftlichen Veranstaltungen; Lehre an der Universität Regensburg. Diese Aufgaben werden in dem neuen Institut weitergeführt. Finanziert wurde das Südost-Institut durch das bayerische Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst; darüber hinaus wurden Drittmittel eingeworben.

3. Organisation

Das Südost-Institut wurde von der Stiftung für wissenschaftliche Südosteuropaforschung, einer Stiftung des öffentlichen Rechts mit Sitz in Regensburg (bis 2007 in München), betrieben; die Stiftung existiert weiter, seit dem 1. Januar 2012 unter dem Namen "Stiftung für wissenschaftliche Ost- und Südosteuropaforschung", die das Institut für Ost- und Südosteuropaforschung trägt. Höchstes Stiftungsorgan war der Stiftungsrat, der u. a. das Direktorium des Instituts, bestehend aus dem Direktor und seinem Stellvertreter, bestellte. Die Direktoren des Instituts waren zumeist zugleich Professoren an einer bayerischen Universität.

4. Geschichte

Das Südost-Institut wurde am 23. Juni 1930 in München von Vertretern der bayerischen und der Reichsregierung im Kontext der revisionistisch motivierten historischen Beschäftigung mit den deutschen Bevölkerungsgruppen außerhalb des Deutschen Reiches gegründet. Geographisch lag die Aufgabe des Südost-Instituts zu Beginn weniger in Südosteuropa als in der Tschechoslowakei, in Österreich und in Südtirol. Der "Südosten" im Namen der Einrichtung ("Institut zur Erforschung des deutschen Volkstums im Süden und Südosten") war zunächst eng entlang der Reichsgrenzen definiert. Erster Leiter des Instituts war Karl Alexander von Müller (1882–1964), seit 1928 Professor an der Universität München und Anhänger des Nationalsozialismus. 1933 erschien der erste Band der Buchreihe des Instituts, die bis 1942 den Namen *Veröffentlichungen des Instituts zur Erforschung des deutschen Volkstums im Süden und Südosten in München und des Instituts für ostbairische Heimatforschung in Passau*, seither den auch heutigen noch aktuellen Namen *Südosteuropäische Arbeiten* trägt (bis 2011 143 Bände).



Standort des Südost-Instituts
in München bis 2007.

Nach dem nationalsozialistischen Verbot der Beschäftigung mit Südtirol und unter der treibenden Kraft des ab 1935 am Institut beschäftigten, aus Ungarn stammenden Fritz Valjavec (1937 Geschäftsführer und ab 1943 stellvertretender Leiter des Instituts) verschob sich noch vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs der Schwerpunkt hin zu Südosteuropa und der Geschichte und Gegenwart seiner Staaten. Dies drückte sich nicht zuletzt in der starken Hinzuziehung führender südosteuropäischer Wissenschaftler in der 1935 gegründeten Institutszeitschrift und in deren Umbenennung (1940) von *Südostdeutsche Forschungen* in *Südost-Forschungen* aus. Valjavec sah das Südost-Institut als Organ einer "kämpfenden Wissenschaft" an, hatte aber zugleich genuines Interesse an der Geschichte Südosteuropas. Während des Zweiten Weltkriegs wurde das Südost-Institut in das Auslandswissenschaftliche Institut (DAI) an der Friedrich-Wilhelms-Universität in Berlin und somit in die Strukturen der SS eingegliedert. Seine geringe Finanzierung deutet freilich darauf hin, dass ihm in diesem Kontext keine hohe Bedeutung zugemessen wurde. Bei einem Bombenangriff am 25. April 1944 wurde das Institutsgebäude getroffen und ein großer Teil der Bibliothek zerstört.

Formal existierte das Institut über das Kriegsende hinaus, faktisch nahm es seine Tätigkeit erst 1951 wieder auf. Die Wiederbelebung verdankte sich Fritz Valjavec, der trotz seiner vorherigen Verstrickungen in die nationalsozialistische Politik die bayerische Staatsregierung zu einer Wiederaufnahme der Förderung brachte. Eine am 26. Juli 1951 abgehaltene Stiftungsratssitzung markiert den Wiederbeginn der Tätigkeit des Südost-Instituts, anfangs unter dem Namen "Münchner Institut für Kulturforschung", den sich das Institut im März 1945 gegeben hatte. Gefördert wurde das Institut vom Freistaat Bayern und dem Bundesministerium des Inneren (ab 1977 durch das Auswärtige Amt).

In der wissenschaftlichen und personellen Ausrichtung gab es bis zum Tode Fritz Valjavec', der als geschäftsführender Direktor (bis 1955) bzw. Direktor (ab 1955) die Institutsarbeit auch nach dem Krieg maßgeblich bestimmte, Kontinuitäten aus der Zeit vor 1945; zur Geschichte trat aber nun vermehrt auch die Gegenwart Südosteuropas hinzu. Angesichts des Kalten Kriegs wurde die Untersuchung der aktuellen Lage der kommunistisch regierten Länder der Region forciert, wofür eine eigene Gegenwartsabteilung gegründet wurde. Von dieser Abteilung wurden seit 1952 die Zeitschrift *Wissenschaftlicher Dienst Südosteuropa* (seit 1982 *Südosteuropa*) und seit 1957 die Buchreihe *Untersuchungen zur Gegenwartskunde Südosteuropas* (bis 2006, insgesamt 37 Bde.) herausgegeben. Seit 1956 besorgte das

Institut die *Südosteuropa-Bibliographie* (bis 1991), die Zugang zu in Zeiten des Kalten Kriegs sonst schwer erhältlichen bibliographischen Informationen verschaffte.

Unter dem neuen Institutsleiter Mathias Bernath (ab 1960) setzte sich die Expansion des Instituts fort. Dank Förderungen der DFG konnten das *Biographische Lexikon zur Geschichte Südosteuropas* (1974–1981) und die *Historische Bücherkunde Südosteuropa* (1978–1988) erstellt und veröffentlicht werden. An beiden Werken beteiligten sich zahlreiche Wissenschaftler aus der Region und aus westlichen Ländern, was die Bedeutung des Instituts für den wissenschaftlichen Austausch über die Blockgrenzen hinweg aufzeigte. Mit dem Einstieg des Auswärtigen Amtes als institutioneller Förderer (1977) konnten in der Gegenwartsabteilung weitere Länderreferate eingerichtet werden. Besondere Aufmerksamkeit genoss das Südost-Institut in den 1990er Jahren dank seiner Analysen zu den Kriegen im ehemaligen Jugoslawien sowie zu den Umbrüchen in Südosteuropa.

Der Beginn des 21. Jahrhunderts bedeutete eine Zäsur für das Institut: 2000 wurden die Mitarbeiter der Gegenwartsabteilung des Instituts in die neu geschaffene Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin (SWP) überführt und der Bund beendete seine Förderung. 2002 beschloss die bayerische Staatsregierung, das Institut aus München nach Regensburg zu verlegen (gemeinsam mit dem Osteuropa-Institut und dem Institut für Ostrecht). Im Gefolge des Umzuges und in Vorbereitung der zum 1. Januar 2012 vollzogenen Zusammenlegung mit dem Osteuropa-Institut erhöhte der Freistaat Bayern seine Zuwendung, was eine personelle Aufstockung erlaubte. Das Institut initiierte ein sechsbändiges *Handbuch zur Geschichte Südosteuropas*. Dieses Projekt, ebenso wie auch die Schriftenreihen und Forschungsvorhaben des Südost-Instituts werden unter dem neuen Institutsnamen "Institut für Ost- und Südosteuropaforschung" fortgeführt.

Direktoren des Südost-Instituts: Karl Alexander von Müller (1930–1935), Fritz Machatschek (1936–1945/51), Karl August Fischer (1951–1955), Fritz Valjavec (1955–1960), Mathias Bernath (1960–1990), Edgar Hösch (1990–2007), Björn Hansen (kommissarisch, 2007–2008), Ulf Brunnbauer (2008–2011).

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Mathias Bernath: Das Südost-Institut. Rückschau und Ausblick. In: Südosteuropa 31 (1982), S. 375-379.
- Konrad Clewing: Das Südost-Institut - zu Geschichte und Funktionen einer spezialisierten außeruniversitären Einrichtung. In: Jahrbuch der historischen Forschung in der Bundesrepublik Deutschland. Berichtsjahr 2007. München 2008, S. 29-36.
- Karl Nehring: Geschichte des Südost-Instituts. In: Südost-Institut München 1930–1990. Mathias Bernath zum siebzigsten Geburtstag. München 1990 (Südosteuropa-Bibliographie, Ergänzungsband 2), S. 21-31.
- Gerhard Seewann: Das Südost-Institut. In: Mathias Beer, Gerhard Seewann (Hg.): Südostforschung im Schatten des Dritten Reichs. Institutionen - Inhalte - Personen. München 2004 (Südosteuropäische Arbeiten 119), S. 49-92.
- Krista Zach: Die Anfänge der deutschen Südosteuropaforschung und die Münchner Zeitschrift "Südost-Forschungen". In: Tübinger geographische Studien 128 (2000), S. 267-301.

Jubiläumsschriften und Periodika

- Südost-Institut München 1930–1990. Mathias Bernath zum siebzigsten Geburtstag. München 1990 (Südosteuropa-Bibliographie, Ergänzungsband 2).
- Karl Nehring (Hg.): Südost-Institut München 1930–2005. Edgar Hösch zum siebzigsten Geburtstag. München 2005 (Südosteuropa-Bibliographie, Ergänzungsband 5).
- Südosteuropa. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft (seit 1952). http://suedost-institut.de/suedosteuropa.htm
- Südost-Forschungen. Internationale Zeitschrift für Geschichte, Kultur und Landeskunde Südosteuropas (seit 1935). http://suedost-institut.de/suedost-forschungen.htm
- Südosteuropäische Arbeiten (seit 1933). http://suedost-institut.de/suedosteuropaeische-arbeiten.htm

Weblinks

- http://suedost-institut.de/
- http://www.ios-regensburg.de/ (Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, IOS)
- http://www.wios-regensburg.de/ (Wissenschaftszentrum Ost- und Südosteuropa Regensburg, WiOS)

Zitation

Ulf Brunnbauer: Südost-Institut, Regensburg. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/53868.html (Stand 04.05.2012).

T

Tschechisierung → Assimilation

Siehe Assimilation

U

Umsiedler (SBZ/DDR)

1. Definition

Der Begriff "Umsiedler" bezeichnete in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und in der DDR Flüchtlinge und Vertriebene aus den ehemals deutschen und (auch) deutsch besiedelten Territorien im östlichen Europa. Gemäß einer zeitgenössischen Definition waren Umsiedler "diejenigen Personen, die auf Grund internationaler Beschlüsse [der Potsdamer Konferenz] als Deutsche ihren Heimatort verlassen mußten, sofern sich dieser außerhalb der jetzigen deutschen Grenzen befindet und sie als Umsiedler in das Gebiet der jetzigen deutschen Besatzungszonen aufgenommen wurden."[1] Insgesamt gelangten etwa 4,3 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene in die SBZ sie stellten durchschnittlich knapp 25 % der Bevölkerung.[2] Der politisch instrumentalisierte Terminus "Umsiedler" reduzierte die erzwungene Migration infolge des Zweiten Weltkriegs auf eine "Umsiedlung".[3]

2. Historischer Abriss



Richtlinien für die Betreuung der Umsiedler und Neubürger im Lande Thüringen (1947) [Archiv des Hennebergischen Museums Kloster Veßra Bl7f Nr. 48].

Zur Lösung der dringlichsten (Versorgungs-)Probleme der Flüchtlinge und Vertriebenen wurde im September 1945 die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler (ZVU) auf Befehl der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) gegründet. Zu ihren Aufgaben gehörten die Einrichtung von Aufnahme- und Quarantänelagern, die medizinische Versorgung und Erfassung der Ankommenden, die Beschaffung von Wohnraum, Nahrung, Dingen des täglichen Bedarfs sowie die Organisation von Arbeitsmöglichkeiten. Ab Oktober 1945 entstanden sogenannte Umsiedlerausschüsse in den Kommunen und Kreisen, die auf lokaler Ebene die Unterbringung und Versorgung, vor allem aber die Eingliederung der Umsiedler unterstützen sollten.[4]

Staatliche wie private Hilfsmaßnahmen sollten in der Folgezeit die Integration fördern.

Den Umsiedlern im ländlichen Raum bot die Bodenreform ab 1945 eine Möglichkeit zur 'Neuverwurzelung'. Vielfach markierte die Übernahme einer Neubauernstelle für sie einen Neubeginn.

Zwischen Herbst 1947 und Anfang 1948 rückten die von den Umsiedlerausschüssen organisierten Umsiedlerwochen die Flüchtlinge und Vertriebenen ein letztes Mal als Sondergruppe in den Fokus der öffentlichen Wahrnehmung.[5] 1948 ordnete die SMAD die Eingliederung der ZVU als "Hauptabteilung für deutsche Umsiedler" in die Deutsche Verwaltung des Innern an. Eine allmähliche Auflösung dieser Behörde wie auch der nachgeordneten Institutionen begann.[6]

Schließlich fand die vermeintliche Integration aus politischer Sicht mit dem im September 1950 erlassenen "Gesetz zur weiteren Verbesserung der Lage der ehemaligen Umsiedler in der Deutschen Demokratischen Republik" ihren Höhepunkt und Abschluss. Damit endete eine spezifische Umsiedlerpolitik. Konsequenterweise wurden die Flüchtlinge und Vertriebenen ab Anfang der 1950er Jahre in der offiziellen Statistik nicht mehr erfasst.

Begriffssetzung



Ausweis für "Ost-Umsiedler".



Mit Stempel "Kommission f. Neubürger" (1946) [Archiv U. Bretschneider].

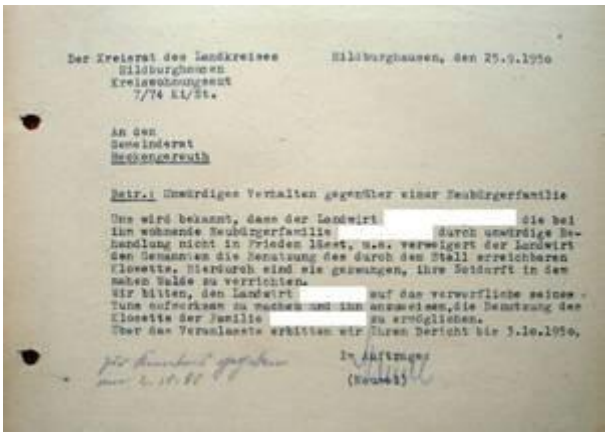
Bereits im Herbst 1945 legte die ZVU die euphemistische Bezeichnung "Umsiedler" für alle Flüchtlinge und Vertriebenen in der SBZ fest. Ihr erstes Rundschreiben vom 2. Oktober 1945 enthielt – den Vorgaben der SMAD entsprechend – folgende Bestimmung: "Hierbei sei bemerkt, daß fortan in unserem Sprachgebrauch nur die Rede von Umsiedlern ist. Die Bezeichnung Flüchtlinge oder Ausgewiesene ist nicht mehr zu gebrauchen."[7] Schon 1945 erhielten die Flüchtlinge und Vertriebenen sogenannte Umsiedlerpässe, die ihren Status und die neue Gruppenzuordnung dokumentierten. Der Begriff "Umsiedler" lehnte sich an sowjetische Politik- und Sprachregelungen an und fand rasch Eingang in die offizielle Kommunikation.[8] Besonders in der Presse war parallel zur Verwendung des Umsiedler-Begriffs jedoch immer wieder von "Flüchtlingen" die Rede. Auch innerhalb der Familien blieb diese Wortwahl lange Zeit üblich, die Selbstbezeichnung als "Umsiedler" setzte sich hier nur teilweise durch.[9]

Verschwinden des Begriffs

Schon 1946 wurde im öffentlichen Sprachgebrauch, etwa in Medien und Verwaltung, die Bezeichnung "Neubürger" eingeführt, womit ein weiterer Schritt der vermeintlichen Integration verbalisiert werden sollte. Die im Februar 1947 erlassenen "Richtlinien für die Betreuung der Umsiedler und Neubürger im Lande Thüringen" beispielsweise differenzierten die Begriffe nach Aufenthaltsstatus: "Umsiedler" sollten demzufolge "nach ihrer Einweisung in eine Wohngemeinde" als "Neubürger" bezeichnet werden.[10] Der Umsiedler-Begriff und seine Synonyme verschwanden jedoch nicht völlig aus der Öffentlichkeit, vielmehr blieben

sie Bestandteil ideologisch aufgeladener Erfolgsgeschichten, die z. B. zu den Jahrestagen der Bodenreform in den Medien verbreitet wurden.

3. Kontroversen



Der Kreisrat des Landkreises Hildburghausen, den 25.9.1950
Hildburghausen
Kreiswohnungsamt
7/74 Kl/St.

An den
Gemeinderat
Heckengereuth

Betr.: Unwürdiges Verhalten gegenüber einer Neubürgerfamilie

Uns wird bekannt, dass der Landwirt [redacted] die bei ihm wohnende Neubürgerfamilie [redacted] durch unwürdige Behandlung nicht in Frieden lässt, u.a. verweigert der Landwirt den Genannten die Benutzung des durch den Stall erreichbaren Closetts. Hierdurch sind sie gezwungen, ihre Notdurft in dem nahen Walde zu verrichten.
Wir bitten, den Landwirt [redacted] auf das verwerfliche seines Tuns aufmerksam zu machen und ihn anzuweisen, die Benutzung des Closetts der Familie [redacted] zu ermöglichen.
Über das Veranlasste erbitten wir Ihren Bericht bis 3.10.1950.

Im Auftrage
(Neumann)

Beschwerde über "unwürdiges Verhalten gegenüber einer Neubürgerfamilie" (1950) [Kreisarchiv Hildburghausen, Gemeinde Heckengereuth, 2026/9, Bevölkerung, Evakuierte, Wohnverwaltung, 1948–53, unpag.].

Die Bezeichnung spiegelt die forcierte Integration wider, die – im Sinne einer Assimilation – überwiegend einseitig auf die Anpassung der Neuangekommenen ausgerichtet war.[11] Im öffentlichen Sprachgebrauch wurden "Umsiedler" schnellstmöglich zu "Neubürgern" und später zu "ehemaligen Umsiedlern" erklärt, doch die damit suggerierte Integration war nur fünf Jahre nach Kriegsende bei weitem nicht abgeschlossen. Zahlreiche Konflikte prägten das Zusammenleben der ersten Jahre: Die Flüchtlinge und Vertriebenen stellten für die Einheimischen Konkurrenten um knappe Güter dar, zudem kam es, etwa im Zuge von Zwangseinquartierungen, immer wieder zu Spannungen zwischen beiden Bevölkerungsgruppen.

Der offizielle Begriff "Umsiedler" sollte das Moment der Unfreiwilligkeit sowie das erlittene Leid und Unrecht ausblenden und damit auch etwaige Fehler und Vergehen der "sozialistischen Bruderstaaten" negieren. Zugleich verleugnete er die Verbindung zur "alten Heimat". Der Terminus "Umsiedler" war damit Teil einer Umdeutung der Realität und der Tabuisierung von Flucht und Vertreibung in der SBZ/DDR.

Nicht zuletzt diente die sprachpolitische Regelung der Distanzierung von der westdeutschen Begrifflichkeit: In der Bundesrepublik war v. a. die Bezeichnung "(Heimat-)Vertriebene" gebräuchlich, der auf die Umstände des Verlassens der Heimat verwies. Landsmannschaftliche Zusammenschlüsse und Vertriebenenverbände stellten Interessenvertretungen der Betroffenen dar, die in der DDR verboten und als revanchistisch verpönt waren. Hier sollte vielmehr die öffentliche Auseinandersetzung mit Flucht und Vertreibung vermieden werden.

Tatsächlich fiel vor allem den älteren Umsiedlern das Einleben schwer. Erst die Generation der Kinder wuchs in die Gesellschaft der DDR hinein und nutzte vielfach die sich bietenden Partizipationsmöglichkeiten.

Nach den Umbrüchen der Jahre 1989/90 bestanden für die Flüchtlinge und Vertriebenen in den nunmehr "neuen Bundesländern" vielfältige Gelegenheiten der privaten wie öffentlichen Erinnerungsarbeit und Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, z. B. in Form von

Heimatreisen oder der Mitgliedschaft in landsmannschaftlichen Vereinigungen bzw. Verbänden. Damit veränderte sich bei vielen Betroffenen die Selbstbenennung von "Umsiedlern" zu "Vertriebenen". Dennoch ist die Bewertung der Bezeichnung äußerst ambivalent: Sie reicht von einer Ablehnung der Verharmlosung und Tabuisierung bis zu einem – noch heute – selbstverständlichen Gebrauch.

4. Bibliographische Hinweise

- Arnd Bauerkämper: Assimilationspolitik und Integrationsdynamik. Vertriebene in der SBZ/DDR in vergleichender Perspektive. In: Marita Krauss (Hg.): Integrationen. Vertriebene in den deutschen Ländern nach 1945. Göttingen 2008, S. 22-47.
- Dierk Hoffmann, Michael Schwartz (Hg.): Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Integration in der SBZ/DDR. München 1999.
- Michael Schwartz: Tabu und Erinnerung. Zur Vertriebenen-Problematik in Politik und literarischer Öffentlichkeit der DDR. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 51 (2003) 1, S. 85-101.
- Michael Schwartz: Staatsfeind "Umsiedler". In: Stefan Aust, Stephan Burgdorff (Hg.): Die Flucht. Über die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Bonn 2003, S. 224-234.
- Michael Schwartz: "Vom Umsiedler zum Staatsbürger". Totalitäres und Subversives in der Sprachpolitik der SBZ/DDR. In: Dierk Hoffmann, Michael Schwartz, Marita Krauss (Hg.): Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven. München 2000, S. 135-166.
- Manfred Wille: Die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler - Möglichkeiten und Grenzen ihres Wirkens (1945–1948). In: Manfred Wille, Johannes Hoffmann, Wolfgang Meinicke (Hg.): Sie hatten alles verloren. Flüchtlinge und Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Wiesbaden 1993, S. 27-54.

Anmerkungen

[1] Paul Merker: Die nächsten Schritte zur Lösung des Umsiedlerproblems. Berlin 1947, S. 24.

[2] Stand 1. Mai 1948. Manfred Wille: Heimatvertriebene in den ersten Nachkriegsjahren in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands - Anmerkungen zur Statistik. In: Manfred Wille, Karlheinz Lau, Jörg Bernhard Bilke: Die Vertriebenen in Mitteldeutschland. Bonn 1991 (Deutschlandpolitische Schriftenreihe 10), S. 1-8, hier S. 6.

[3] Als "Umsiedler" wurden im Nationalsozialismus jene etwa eine Million Personen bezeichnet, die im Zuge der nationalsozialistischen Siedlungspolitik in annektierte Teile Polens oder das sog. Altreich gelangt waren. In der SBZ/DDR bestand die Benennung dieser Personengruppe bruchlos fort. Auch wenn die Kontinuität in Bezug auf die Flüchtlinge und Vertriebenen um 1945 kaum intendiert war, so verband doch beide Formen des Begriffsgebrauchs die euphemistische Tendenz. Vgl. Schwartz: "Vom Umsiedler zum Staatsbürger", S. 138ff.

[4] Michael Schwartz: Kontrollierte Partizipation. Die "Umsiedler-Ausschüsse" der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im Spannungsfeld von Sonderverwaltung, Parteipolitik und sozialen Interessen 1945-1949. In: Sylvia Schraut, Thomas Grosser (Hg.): Die Flüchtlingsfrage in der deutschen Nachkriegsgesellschaft. Mannheim 1996 (Mannheimer historische Forschungen 11), S. 161-191.

[5] Wille: Die Zentralverwaltung, S. 51.

[6] Arnd Bauerkämper: Die vorgetäuschte Integration. Die Auswirkungen der Bodenreform und Flüchtlingssiedlung auf die berufliche Eingliederung von Vertriebenen in die Landwirtschaft in Deutschland 1945-1960. In: Dierk Hoffmann, Michael Schwartz (Hg.): Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Integration in der SBZ/DDR. München 1999, S. 193-214, hier S. 193.

[7] Rundschreiben Nr. 1 der Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler an die Umsiedlerämter der Landes- und Provinzialverwaltungen, an die Landräte und Bürgermeister der kreisfreien Städte, Berlin, 2. Oktober 1945, zitiert nach: Manfred Wille (Hg.): Die Vertriebenen in der SBZ/DDR. Dokumente, Bd. 1: Ankunft und Aufnahme 1945. Wiesbaden 1996 (Studien der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund 19/1), S. 264-269, hier S. 264.

[8] Schwartz: "Vom Umsiedler zum Staatsbürger" (Anm. 3), hier S. 137.

[9] Vgl. Heike Amos: Vertriebenenverbände im Fadenkreuz. Aktivitäten der DDR-Staatssicherheit 1949 bis 1989. München 2011 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte: Sondernummer), S. 25.

[10] Ministerium des Innern, Amt für Neubürger, Richtlinien für die Betreuung der Umsiedler und Neubürger im Lande Thüringen. Weimar 1947, S. 3.

[11] Zur Integration siehe auch Bauerkämper: Assimilationspolitik.

Zitation

Uta Bretschneider: Umsiedler (SBZ/DDR). In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2013. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/61788.html (Stand 28.08.2014).

Umsiedlung (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Ungarndeutsche → Ungarn

Siehe Ungarn (Länder)

Unierte (Griechisch-Katholische)

1. Genese

Begriff und Definition

Als „Unierte“ werden die Gläubigen der sogenannten ‚unierten Kirchen‘ oder ‚Unionskirchen‘ bezeichnet (von lat. *unio* = Vereinigung). Darunter versteht man hauptsächlich jene kirchlichen Organisationen des östlichen Ritus (byzantinischer, koptischer, syrischer, armenischer usw. Tradition), die im Laufe der Zeit eine Union mit der römisch-katholischen Kirche eingegangen sind, d. h. in die Strukturen der Römisch-Katholischen Universalkirche eingegliedert wurden. Meistens geschah dies unter der Bedingung der Beibehaltung der eigenen Spiritualität, Liturgie und (nationalen) Identität der involvierten Ostkirchen beziehungsweise orientalischen Kirchen. Die Unionen sind meistens jurisdiktioneller Art, mit Anerkennung des Primats des Bischofs von Rom. Sie stehen in Gebets- und Sakramentsgemeinschaft mit der Römisch-Katholischen Kirche. Die unierten Kirchen werden zum Teil

auch als „katholische Ostkirchen“ bezeichnet und unterliegen aus kirchenrechtlicher Sicht dem *Codex Canonum Ecclesiarum Orientalium*.

Fremdsprachige Entsprechungen

Engl. Eastern Catholic Churches, Uniate churches; franz. églises catholiques orientales; les églises uniates; ital. chiese cattoliche di rito orientale, chiese uniate; rum. Bisericile unite cu Roma; slowak. východné katolícke cirkvi; ung. keleti katolikus egyházak; poln. kościół unicki; ukr. греко-католицька церква (greko-katolic’ka cerkva).

2. Organisatorische Strukturen

Die unierten Kirchen sind – wie gesagt – jurisdiktionell mit Rom vereinigt, d. h., sie übernehmen nicht nur das für sie entwickelte römische Kirchenrecht und die römischen Kirchenstrukturen, sondern auch das Dogma (z. B. das umstrittene *Filioque*). Liturgisch gesehen behalten diese Kirchen allerdings ihre ostkirchlichen Riten sowie Teile der Spiritualität (z. B. Gebetspraxis, Fastenkultur). Man kann nicht von einer eigenständigen Lehre der unierten Kirchen sprechen.

Die mit Rom unierten Kirchen im östlichen Bereich sind nach folgenden Kategorien eingeteilt: 1. Kirchen des alexandrinischen Ritus (Koptische und Äthiopische Kirche); 2. Kirchen des antiochenischen Ritus (Westsyrische, Maronitische und Syro-Malenkarische Kirche); 3. Kirchen des armenischen Ritus (Armenische Kirche); 4. Kirchen des byzantinischen Ritus (Ukrainische Griechisch-Katholische, Rumänische Griechisch-Katholische und Ruthenische Griechisch-Katholische Kirche sowie kleinere unierte Kirchen im ehemaligen Jugoslawien, in Russland, Ungarn, Bulgarien, Albanien, Griechenland usw.); 5. Kirchen des chaldäischen Ritus (Chaldäische Ostsyrische und Südindische Kirche).

3. Historischer Abriss

Bereits in frühbyzantinischer Zeit sind (gewaltsame) Versuche der byzantinischen Kaiser und Behörden, ‚nicht-konforme‘ Glaubensgemeinschaften, wie die Nestorianer Syriens (5. Jh.) oder die miaphysitischen Christen Armeniens (6. Jh.), in die offizielle Reichskirche einzugliedern, zu beobachten, was als Form des sogenannten ‚Uniatismus‘ betrachtet werden darf. Kirchliche Unionen zwischen ursprünglich konfessionell getrennten Glaubensgemeinschaften bildeten sich insbesondere nach dem Großen Schisma der Kirche aus dem Jahre 1054. Aus religiösen, politischen, wirtschaftlichen oder geostrategischen Gründen hat man in der Folge im christlichen Osten beziehungsweise Westen immer wieder versucht, die Einheit der christlichen Kirche wiederherzustellen. Unter Beteiligung der byzantinischen Reichskirche (und anderen Ostkirchen) sowie der Lateinischen Kirche fand im Hoch- und Spätmittelalter eine Reihe von sogenannten ‚Unionskonzilen‘ statt. Die bekanntesten sind die Konzile von Lyon 1274 und Ferrara/Florenz 1438–1439 (mit Einbeziehung von Repräsentanten anderer Ostkirchen).

Im Kontext des frühmodernen europäischen Staatskirchentums und gemäß dem Prinzip *cuius regio eius religio* versuchte die Römisch-Katholische Kirche, durch Missionierung und Proselytismus (das Abwerben von Gläubigen anderer Glaubensrichtungen) der Jesuiten Kirchen des östlichen Ritus von einer Union mit Rom zu überzeugen. Die bekannteste Union ist jene aus dem Jahr 1595 im ukrainisch-weißrussischen Bereich. Einige Bischöfe aus der Kiewer Metropolie beschlossen, die vom Kiewer Metropoliten Isidor (gest. 1463) bereits im 15. Jahrhundert auf dem Konzil von Ferrara/Florenz unterzeichnete Union mit Rom, welche vom Moskauer Großfürstentum heftig abgelehnt wurde, endlich durchzusetzen. Im Dezember 1595 erkannten die Bischöfe Kyrill Terleckyj (gest. 1607) und Ipatij Pociej (1541−1613) in Rom die Union mit der Römisch-Katholischen Kirche an. Diese wurde dann von einer

Synode in Brest, der auch der polnische König beiwohnte, offiziell bestätigt und mit Hilfe staatlicher Strukturen (teilweise gewaltsam) durchgesetzt. Nach einer langen Odyssee unter zaristischer und stalinistischer Herrschaft bildet die unierte Kirche der Ukraine (*Ukraïns'ka Greko-Katolic'ka Cerkva*) heute ein eigenständiges Patriarchat mit Sitz in Kiew/Kyjiv. Sie zählt ca. 4,5 Millionen Gläubige in der Ukraine, den USA, Kanada, Südamerika, Westeuropa und Australien.

Ebenfalls sehr bekannt ist die Unierte Kirche Siebenbürgens (*Biserica Greco-Catolică*), die in der Regierungszeit (1658–1705) des Kaisers Leopold I. (1640−1705) entstand. Die sich in der Offensive befindende Donaumonarchie bezweckte, durch die Einbeziehung der demographisch starken orthodoxen Rumänen Siebenbürgens, die südliche Front gegen die Osmanen zu stärken. Den im Ständesystem Siebenbürgens (*receptae nationes*) nur als ‚Geduldete' (*tolerati*) eingestuften orthodoxen Rumänen wurden gleiche Rechte wie den katholischen Untertanen versprochen, im Falle, dass sie sich für eine Union mit Rom entschieden. 1697 unterzeichnete der orthodoxe Bischof von Karlsburg/Alba Iulia, Theophil (gest. 1697), zusammen mit mehreren Priestern und Gläubigen aus seiner Eparchie einen Unionsbeschluss, der 1698 von seinem Nachfolger, Athanasius Anghel (gest. 1713), bestätigt wurde und ab 1701 von habsburgischen Autoritäten konsequent (und teilweise gewaltsam) durchgesetzt wurde. Bedingung der siebenbürgischen Unierten war, dass sie ihr altes liturgisches Leben, ihre Kultussprache, ihre Ämter sowie ihre Spiritualität beibehalten durften. Im Gegenzug erkannten sie das Papstprimat und das katholische Kirchenrecht an. In der Donaumonarchie stark bevorzugt, erlitten die Unierten in der kommunistischen Ära Rumäniens nach 1945 heftige Verfolgungen. Heute zählt die Griechisch-Katholische Kirche Rumäniens mit Sitz in Blasendorf/Blaj ca. 700.000 Gläubige in Rumänien und den USA.

Andere unierte Kirchen sind in Europa, dem Nahen Osten, Kleinasien, Indien und Nordafrika hauptsächlich zwischen dem 16. und dem 20. Jahrhundert entstanden, teilweise im Kontext der Kolonialisierung der Welt durch die europäischen Mächte. Dazu zählen: 1. die Maronitische Kirche (1181) mit ca. 3,3 Millionen Gläubigen; 2. die Armenisch-Katholische Kirche (1438–1439) mit ca. 470.000 Gläubigen; 3. die Serbische Griechisch-Katholische Kirche (1611) mit ca. 60.000 Gläubigen; 4. die Ruthenische Kirche (in der Karpaten-Ukraine) (1646) mit ca. 650.000 Gläubigen; 5. die Melkitische Kirche (1724) mit ca. 1,6 Millionen Gläubigen; 6. die Koptische Kirche (1739) mit ca. 170.000 Gläubigen; 7. die Westsyrische Kirche (1774) mit ca. 160.000 Gläubigen; 8. die Äthiopisch-Katholische Kirche (1839) mit ca. 230.000 Gläubigen; 9. die Bulgarische Katholische Kirche (1860) mit ca. 10.000 Gläubigen; 10. die Syro-Malenkarische Kirche (1930) mit ca. 430.000 Gläubigen.[1]

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Libero Gerosa, Sabine Demel, Peter Krämer, Michael Kunzler (Hg.): Codex Canonum Ecclesiarum Orientalium. Gesetzbuch der katholischen Ostkirchen, lat.-dt. Ausgabe. Paderborn 2000 (AMATECA − Associazione di Manuali di Teologia Cattolica, Repertoria 2).
- Ferdinand R. Grahbauer: „II. Unionen der orthodoxen Kirchen mit der römisch-katholischen Kirche", Teilbeitrag innerhalb des Art. „Unionen, kirchliche". In: Gerhard Müller u. a. (Hg.): Theologische Realenzyklopädie. Bd. 34. Berlin, New York 2002, S. 313−318.
- John Webster Grant: Die unierten Kirchen. Stuttgart 1973 (Die Kirchen der Welt 10).
- Hans-Joachim Härtel: Art. „Unionen mit Rom". In: Hans Dieter Betz, Don S. Browning, Bernd Janowski, Eberhard Jüngel (Hg.): Religion in Geschichte und Gegenwart.

Handwörterbuch für Theologie und Religionswissenschaft. 4., völlig neu bearb. Aufl. Bd. 8. Tübingen 2005, S. 756−759.
- Michael Lacko S. J.: Atlas Hierarchicus Ecclesiae Catholicae Orientalis. Rom 1962.
- Hans-Christian Maner, Norbert Spannenberger (Hg.): Konfessionelle Identität und Nationsbildung. Die griechisch-katholischen Kirchen in Ostmittel- und Südosteuropa im 19. und 20. Jahrhundert. Stuttgart 2007 (Forschungen zur Geschichte und Kultur des östlichen Mitteleuropa 25).
- Andriy Mykhaleyko: Die katholischen Ostkirchen. Göttingen 2012 (Die Kirchen der Gegenwart 3; Bensheimer Hefte 113).
- Johannes Oeldemann: Die Kirchen des christlichen Ostens. Orthodoxe, orientalische und mit Rom unierte Ostkirchen. 2., aktual. Aufl. München u. a. 2008 (Topos Taschenbücher 577).
- Ronald G. Robertson, CSP: The Eastern Christian Churches. Rom 1995.

Weblinks

- http://www.pro-oriente.at/Katholische-Ostkirchen/ (Katholische Ostkirchen)
- http://www.cnewa.org/default.aspx?ID=125&pagetypeID=1&sitecode=HQ&pageno=1 (The Eastern Catholic Churches 2014)

Anmerkungen

[1] Daten siehe http://www.pro-oriente.at/ (Abruf 08.06.2015).

Zitation

Mihai-D. Grigore: Unierte (Griechisch-Katholische u. a.). In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2015. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32702 (Stand 17.06.2015).

Unitarier/Antitrinitarier (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Utraquisten

1. Genese

Begriff

Die Bezeichnung „Utraquisten“, „Calixtiner“ (lat. *calix* = Kelch) oder „Kelchler“ rührt von ihrem Symbol, dem Kelch, her, der wiederum für die *communio sub utraque specie* (also den Kommunionempfang unter beiderlei Gestalten, das heißt Brot und Wein), eine wichtige Forderung der Gruppe, stand.

Träger, Gebrauch

Als „Utraquisten“ wurden zunächst sämtliche Anhänger der hussitischen Bewegung bezeichnet, ab 1436 aber nur die hier behandelte gemäßigte Strömung. Der Begriff „Hussiten“ wurde von ihren Gegnern abfällig verwendet.

Fremdsprachige Entsprechungen, Übersetzungen und Übernahmen

tschech. Utrakvisté oder Kališníci; poln. Utrakwiści oder Kalikstyni; engl. Utraquists

2. Definition

Die Utraquisten waren eine sozial heterogene sowohl religiöse als auch gesellschaftlich-reformistische Gruppe der Hussiten in Böhmen, die seit der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts bis zum Restitutionsedikt 1629 existierte. Ihre Forderung nach dem Laienkelch entsprang der Haltung des Magisters Jakob von Mies/Jakoubek ze Stříbra (um 1372-1429), der die Kommunion in beiderlei Gestalten als heilsnotwendig ansah (Joh 6,53) und den Laienkelch 1414 in Prag/Praha einführte. Sie waren in ihren Forderungen weniger radikal als die Böhmischen Brüder, die Sirotci („Waisen"), die Taboriten und die Orebiten.

3. Diskurse/Kontroversen

Die Einschätzung der Utraquisten war vom konfessionellen Standpunkt geprägt: Während römisch-katholische Kirchenhistoriker sie noch in den 1960er Jahren als schismatisch oder häretisch beurteilten, waren protestantische Historiker und Theologen geneigt, Gemeinsamkeiten mit den Utraquisten zu entdecken. Für die Tschechen stellten Jan Hus (um 1369-1415) und die an ihn angelehnten Bewegungen ein identitätsstiftendes Konstrukt dar.



Jan Rokycana. Kupferstich von Johann (Jan) Balzer (1738-1799).

In der Forschung sind die Person und das Regierungshandeln König Georgs von Podiebrad (1420-1471) umstritten. Während er einerseits als Exponent des Utraquismus gilt, als nationaler Held, aufgeklärter und dynamischer Regent und „Hussiten-König" oder „Friedensfürst" verehrt wurde, gilt er anderen als Realpolitiker, prononciert katholischen Historikern als „Ketzerkönig", der zwischen Katholizismus und neuem Glauben pendelte und stark beeinflussbar gewesen sei. Teilweise wird ihm eine Mitschuld am Niedergang der Königsherrschaft zugunsten eines Ständestaates zugewiesen.

Die Beurteilung von Jan Rokycana (gest. 1471), einem hochgelehrten hussitisch-utraquistischen Erzbischof, der den Laienkelch auf dem Konzil von Basel (1433) verteidigte, schwankt in der Forschung beträchtlich. Er gehörte dem gemäßigten Flügel der Utraquisten an, warb für eine Anerkennung des Utraquismus und betonte Gemeinsamkeiten mit der römisch-katholischen Kirche, die ihn aber letztlich exkommunizierte. Seine Annäherung an den Katholizismus wurde ihm unter anderen von den Böhmischen Brüdern vorgeworfen.

4. Historischer Abriss

Voraussetzungen für den Utraquismus

Ausgangspunkt der hussitischen Bewegung der Utraquisten, wie aller hussitischen Bewegungen, war die Person des Jan Hus, jenes Priesters und Theologen, dessen Wirken und kritische Thesen gegen die katholische Kirche ihn in die Hände seiner Gegner brachten und den Feuertod auf dem Scheiterhaufen anlässlich des Konzils von Konstanz zur Folge hatten.

Die Verurteilung von Hus sowie die sich anbahnende hussitische Revolution fielen in eine Zeit, in der um die weltliche und kirchliche Vormachtstellung heftig gestritten wurde. Das Abendländische Schisma wurde auf dem Konzil von Konstanz (1414-1418) entschieden, die eingeforderten Kirchenreformen wurden jedoch nicht angegangen.

Theologen, wie 1411 Jakob von Mies, taten sich mit scharfen Angriffen gegen katholische Zeremonien und Gebräuche hervor. Auch Hus war zunehmend von der katholischen Orthodoxie abgewichen und provozierte damit die Reaktion, die in Form von Exkommunikation und Verhaftung auf dem Konzil erfolgte. Das Konzil verurteilte 1415 den Laienkelch. Dieser war zwar in der katholischen Kirche nicht verboten gewesen, aber seit dem 13. Jahrhundert unüblich geworden.

Eine Voraussetzung für den Erfolg der Hussiten und damit auch der Utraquisten war die Wahrnehmung von kirchlichen Missständen, gegen die Hus nicht als Erster predigte, doch stieß er in Böhmen, wo schwere religiöse, soziale und nationale Konflikte im Entstehen waren, auf eine Gesellschaft mit dem Willen zur Veränderung; hinzu kamen die Agrarkrise und Probleme der Pfründewirtschaft. Außerdem spielte die Prager Universität eine nicht zu unterschätzende Rolle, da es hier Emanzipationsbestrebungen der böhmischen Universitätsnation gab.

Die Bevölkerungsmehrheit in Böhmen bildeten die Tschechen, wobei aber die zugewanderten Deutschböhmen wichtige gesellschaftliche Positionen, gerade im Klerus, einnahmen. Seinen Rückhalt besaß Hus besonders bei der tschechischen Bevölkerung, aus der die hussitische Gruppe der Utraquisten entstand, und dem böhmischen (Hoch-) Adel, der an den Kirchengütern interessiert war.

Die Formierung der Utraquisten in der hussitischen Revolution



Karl Friedrich Lessing (1808-1880): „Die Hussitenpredigt“, 1836: Wegen der Einschränkungen der Religionsausübung trafen sich die Anhänger von Jan Hus ab Ostern 1419 und

1420 auf verschiedenen Bergen zu Wallfahrten unter freiem Himmel. Dort wurde das Abendmahl in beiderlei Gestalten gepredigt.

Mehr als 452 böhmische Adlige kündigten dem Konzil nach Hussens Tod den Gehorsam auf – sein Tod wirkte in vielerlei Hinsicht katalytisch auf bestehende Spannungen und Entwicklungen. König Wenzel (1361-1419) duldete den Ungehorsam gegen Konzil und Kirche in Böhmen. Das 1415 verhängte Interdikt sorgte dafür, dass utraquistische Priester die verlassenen Kirchen übernehmen konnten. Ihr geistiger Führer war Jakob von Mies, der die tschechischsprachige Messe einführte. 1416 hatten die Utraquisten alle Prager Kirchen übernommen. Die Prager Universität sanktionierte 1417 die Kommunionspendung in beiderlei Gestalten und ebnete damit utraquistischen Priestern den Weg zu Anstellungen.

Radikalere Gruppen dagegen plünderten Kirchenbesitz und schritten gewaltsam gegen Ordensschwestern und -brüder sowie Priester ein. Diese schwersten Unruhen konnte auch Wenzel, unter starkem Druck des Kaisers und des Papstes, durch Ausweisung der Kelchpriester aus den königlichen Städten nicht besänftigen. Die Androhung eines Kreuzzugs durch Papst Martin V. (1368-1431) im Jahr 1418 schmiedete Utraquisten und die radikaleren Gruppen zusammen.

Die Zeit von 1419 bis 1437 wird allgemein als Zeit der Hussitischen Revolution verstanden. Fünf Aktionsgruppen prägten die Ereignisse: der Reformkreis im Magisterkollegium der Universität Prag, die Prager Nationalisten (eine akademisch oder politisch gebildete Führungselite des Bürgertums), die sogenannten kleinen Leute (Handwerker, Tagelöhner und Gesellen), in den Städten, besonders in der Prager Neustadt, die Gruppen von Tabor und Oreb sowie der Hochadel. Der Aufstand gegen König Wenzel brach 1419 aus, wobei es zur Besetzung von St. Stephan sowie zu Übergriffen auf Katholiken und Parteigänger des Königs kam und 13 katholische Ratsherren defenestriert und getötet wurden (Erster Prager Fenstersturz). Die Radikalen übernahmen die Macht in Prag und eigneten sich Kirchengut an. Wenzel erlitt einen Schlaganfall und verstarb. Es kam zu Vertreibungen der katholischen Geistlichkeit und besitzender deutschsprachiger Familien. Unter Jan Želivský/Johannes von Seelau (um 1380-1422) entwickelte sich, bis zu seinem Sturz 1422, in der Prager Neustadt eine religiös-soziale Diktatur.

Während die radikaleren Hussiten, chiliastisch und adventistisch gesinnt, die Stadt Tabor/Tabór gründeten, nicht ohne zuvor Gewalttaten an ihren Feinden verübt zu haben, setzten die gemäßigten Utraquisten dagegen zunächst auf eine Verständigung mit der Königinwitwe Sophie (1376-1425).

Im Anschluss an die Lehre von Hus hatte sich eine Volksbewegung in Böhmen gebildet, die ihre Forderungen 1420 in den Vier Prager Artikeln formulierte: freie Predigt, den Laienkelch, die Säkularisation des Kirchengutes sowie die strenge Kirchenzucht im Klerus. Diese Vier Artikel waren gemeinsame Grundlage der Utraquisten. Sie gingen aber den Taboriten nicht weit genug. Den Kompromiss zwischen dem Konzil von Basel und den böhmischen Ständen stellten die Prager Kompaktaten (*Compactata religionis*) von 1433 dar.

Die besondere Brisanz der utraquistisch-hussitischen Forderungen bestand in der Verbindung von reformatorischen und politischen Anliegen in Böhmen, die zunehmend sozialrevolutionären Charakter besaßen. Große Teile des kirchlichen Grundbesitzes gingen an den böhmischen Adel und hussitische Städte. Der Prager Kompromiss sah das Abendmahl in beiderlei Gestalten vor, erlaubte der Kirche – entgegen der früheren Forderung der Utraquisten – grundsätzlich ihren Besitz und die freie Predigt ordinierter Geistlicher. Die Utraquisten

unterschrieben, ordneten sich damit formal wieder in die katholische Kirche ein und waren damit anerkannt. Die Taboriten wurden von den verbündeten utraquistischen und kaiserlichen Truppen in der Schlacht von Lipan/Lipany 1434 geschlagen.

Zum Ende der Hussitenkriege mit fünf Kreuzzügen (1419-1434) führten die sogenannten Iglauer Kompaktaten von 1436. Vertragspartner waren Kaiser Sigismund (1368-1437), zugleich König von Böhmen, und die Hussiten. Den Prager Bischofsstuhl besetzte danach ein Utraquist, Jan Rokyzana, das Abendmahl in beiderlei Gestalten wurde im gesamten Königreich gestattet, und die Utraquisten erkannten Sigismunds Herrschaft an.

Die Utraquisten nach 1436

Die römische Kirche wollte eine dauerhafte Sonderregelung, das heißt die Existenz zweier Konfessionen, nicht akzeptieren und suchte die strenge Auslegung der Kompaktaten, um von den Forderungen des Utraquismus nicht viel übrig zu lassen. Auch die Restitution von Besitz an katholische Adlige schwächte die Utraquisten sowie der katholische König Wladislaw II. von Böhmen und Ungarn (1456-1516), Nachfolger des hussitisch gesinnten Königs Georg von Podiebrad, der verstärkt die katholische Position vertrat. Der Priestermangel der Utraquisten verstärkte sich durch eine effektive Weiheverhinderung durch Rom. Papst Pius II. (1405-1464) verwarf die Kompaktaten 1462, 1567 wurden sie gänzlich aufgehoben.

Die Utraquisten suchten sich zu organisieren, so 1478 auf dem St.-Laurentius-Ständetag. Als drei Leitungsinstanzen wurden beschlossen: ein Konsistorium aus acht Priestern und vier weltlichen Personen, an dessen Spitze ein Administrator stand; eine ständische Kirchenleitung, gebildet aus drei gewählten Adligen als Vorsitzenden der Ständeversammlung (später Defensoren genannt); Einsetzung von Dekanaten. Das Zentrum der Utraquisten war Prag; ihr Konsistorium war bei der Marienkirche (Teynkirche) auf dem Altstädter Ring angesiedelt. Neben der Forderung des Laienkelchs und der volkssprachlichen Messe vereinte die Utraquisten die Ablehnung der römischen Autorität und Jurisdiktion, die Forderung nach biblisch fundierter Lebensführung sowie nach stärkerer Kirchenzucht. Die apostolische Sukzession, die Messe und die Sakramente wurden nicht abgelehnt. Den Unterschied zu radikaleren Gruppen wie den Taboriten machten deren Forderung nach einem Gottesstaat, deren chiliastische und egalitäre Tendenzen sowie deren Ablehnung von katholischen Gebräuchen aus.

Die Mehrheit in Böhmen bildeten die Utraquisten, und zwar im Adel ebenso wie im Stadtbürgertum. Tendenziell entwickelte sich seit 1479 (Wiedereingliederung des katholischen Adels in die Landesgemeinde) ein Gegensatz von katholischem Hochadel und König gegen utraquistische Ritter und Städte. Das Landesbewusstsein der Stände wuchs, wobei der Utraquismus diese in der Auseinandersetzung mit der Zentralgewalt vereinte.

Der Druck auf die Utraquisten, so die Entfremdung utraquistischer Pfarreien, ging aber weiter. 1483 ereignete sich in den drei Prager Städten ein blutiger Aufstand der Utraquisten gegen mit dem katholischen Adel sympathisierende Ratsmitglieder, den die Utraquisten im Wesentlichen für sich gewannen. Der König musste 1484 einlenken. Der sogenannte Kuttenberger Religionsfriede von 1485 regelte die Religionsfreiheit und Toleranz in Böhmen. Schließlich kam es zur Flügelbildung unter den Utraquisten. Der antirömische Flügel, mit von Rom abweichender Abendmahllehre, Zeremonien und Messe sowie einem rigiden Biblizismus, trat dann auch mit Luther in einen engen Kontakt. In den 20er Jahren des 16. Jahrhunderts war diese Gruppe tonangebend und sann auf Reform des gesamten Utraquismus.



Holzschnitt von Lucas Cranach d. Ä. (um 1550): Luther und Hus spenden das Abendmahl in beiderlei Gestalt. Links: Martin Luther und Kurfürst Johann von Sachsen; Rechts: Jan Hus und Kurfürst Friedrich der Weise.

Unter dem Einfluss Luthers und seiner Bewegung spalteten sich nach 1530 die Utraquisten in die sogenannten Altutraquisten, die sich streng an die Bestimmungen der Vier Artikel und der Kompaktaten hielten, und die Neuutraquisten, die sich an das Luthertum anlehnten. König Ferdinand I. (1503-1564) entzog 1562 den nichtkatholischen Ständen das Recht zur Lenkung des eigenen Konsistoriums. Durch die Genehmigung des Laienkelchs durch Pius IV. (1499-1565) im Jahr 1564 verlor der Utraquismus auch jede konfessionelle Bedeutung. Mit der *Confessio Bohemica* von 1575, angelehnt an die *Confessio Augustana*, wollten die Protestanten unter Mithilfe der Neuutraquisten ihre rechtliche Anerkennung auf böhmischer Landesebene erreichen, wie es im 15. Jahrhundert den Utraquisten gelungen war. Nach böhmischem Landesrecht war nur der Altutraquismus anerkannt.

Gemeinsam mit den Lutheranern erlangten die Utraquisten 1609 bei König Rudolf II. (1552-1612) den Böhmischen Majestätsbrief, der allen Untertanen Gewissensfreiheit zugestand und die Rechte der *Confessio* von 1575 bestätigte. Die mehrkonfessionelle böhmische Ständegesellschaft war auch Ergebnis des Utraquismus. Durch das Restitutionsedikt Ferdinands II. (1578-1637) vom 6. März 1629 wurde der Utraquismus rechtlich beseitigt. Er verschwand weitgehend im Zuge der Gegenreformation.

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Karl Bosl (Hg.): Handbuch der Geschichte der böhmischen Länder. 4 Bde. Stuttgart 1966-1974.
- Stanisław Bylina: Rewolucja husycka. Przedswit i pierwsze lata [Die hussitische Revolution. Vorgeschichte und erste Jahre]. Warszawa 2011.
- Winfried Eberhard: Die hussitische Revolution in Böhmen. Ursachen – Ziele und Gruppen – Verlauf – Ergebnisse. In: Klaus Herbers, Florian Schuller (Hg.): Europa im

15. Jahrhundert. Herbst des Mittelalters – Frühling der Neuzeit? Regensburg 2012, S. 136-160.
- Thomas A. Fudge: The Magnificent Ride: The First Reformation in Hussite Bohemia. Aldershot 1998.
- Frederick G. Heymann: The Hussite-Utraquist Church in the Fifteenth and Sixteenth Centuries. In: Archiv für Reformationsgeschichte 52 (1961), S. 1-16.
- Jörg K. Hoensch: Geschichte Böhmens von der slavischen Landnahme bis zur Gegenwart. 4., erg. Aufl. München 2013.
- Franz Machilek (Hg.): Die Hussitische Revolution. Religiöse, politische und regionale Aspekte. Köln 2012 (Forschungen und Quellen zur Kirchen- und Kulturgeschichte Ostdeutschlands 44).
- Friedrich Prinz (Hg.): Böhmen und Mähren. 2. Aufl. Berlin 2002 (Deutsche Geschichte im Osten Europas [2]).
- Ferdinand Seibt : Hussitenstudien. Personen, Ereignisse, Ideen einer frühen Revolution. München 1987 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 60).
- František Šmahel: Die Hussitische Revolution. 3 Bde. Hannover 2002 (Schriften der Monumenta Germaniae Historica 43,1-3).

Bibliographien, Jahrbücher, Zeitschriften

- Archiv für Kirchengeschichte von Böhmen, Mähren, Schlesien (1967ff.).
- Franz Machilek: Art. Hus/Hussiten. In: Theologische Realenzyklopädie TRE 15 (1986), S. 710-735, hier: S. 730-735, mit umfangreicher Bibliographie.
- Husitský Tábor [Hussitisches Tabor] (1978ff.).

Weblinks

- http://cms.flu.cas.cz/index.php (Zentrum für Mittelalterstudien in Prag; mit Digitalisierungen vornehmlich tschechischsprachiger Quellenwerke).
- http://www.collegium-carolinum.de/start.html (Forschungsstelle für die böhmischen Länder mit aktueller Linksammlung).

Zitation

Marcus Wüst: Utraquisten. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32761 (Stand 30.10.2014).

V

Verband heimattreuer Oberschlesier (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Verein deutscher Studenten (aus dem Ausland) (VdSt) (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Versailler Vertrag (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Verschleppung → Deportation (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Vertreibung (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Vertriebenendenkmäler

1. Definition

Vertriebenendenkmäler sind auf Dauer angelegte Erinnerungszeichen im öffentlichen Raum, die an Vertreibungen erinnern oder von Vertriebenen errichtet wurden. Die in Deutschland existierenden Vertriebenendenkmäler entstanden nach 1945 und erinnern speziell an die Zwangsmigration der Deutschen aus dem Osten im Zweiten Weltkrieg und unmittelbar danach, an ihre Toten und an die verlassenen Herkunftsgebiete. Über den Kreis der Vertriebenen hinaus sollen Denkmäler als Erinnerungsmedien auf die gesamte Öffentlichkeit wirken und eine spezifische Ausprägung der historischen Erinnerung gesellschaftlich nachhaltig verankern. Die permanente Wirkung der räumlich fixierten Erinnerungszeichen wird zu bestimmten Gelegenheiten durch rituelle Erinnerungspraktiken punktuell verstärkt, z. B. bei Heimattreffen oder an bestimmten Gedenktagen wie dem Tag der Heimat oder dem Volkstrauertag.

2. Anzahl und Verbreitung

In Deutschland gibt es über 1.500 Vertriebenendenkmäler, die - mit einem deutlichen Schwerpunkt in den "alten" Bundesländern - heute über die ganze Bundesrepublik verteilt sind. Sie wurden meist auf lokaler Ebene von örtlichen Vertriebenenverbänden in enger Kooperation mit der jeweiligen Kommune, die über den öffentlichen Raum verfügt, errichtet. Viele Denkmäler sind im Rahmen von Patenschaften westdeutscher Kommunen für die Vertriebenen einer ehemals 'ostdeutschen' Stadt entstanden. Auch manche Landsmannschaften verfügen über ein eigenes Denkmal, wie etwa die Siebenbürger Sachsen in ihrer Patenstadt Dinkelsbühl. Verschiedene Bundesländer förderten und fördern noch immer die Errichtung von Denkmälern finanziell im Rahmen der Kulturförderung nach §96 Bundesvertriebenengesetz. Als einziges Bundesland verfügt der Freistaat Bayern seit 1998 über ein zentrales Vertriebenendenkmal in Nürnberg.

3. Formen und Motive

Vertriebenendenkmäler besitzen mehrheitlich eine relativ schlichte, künstlerisch wenig ambitionierte Form. Es dominieren einfache Gedenksteine, die oftmals lediglich als reine Schriftträger fungieren. In der frühen Bundesrepublik war das Kreuz als Denkmalform weit verbreitet. Als traditionelles christliches Trauersymbol diente es dem Totengedenken, als Symbol der Passion stand es für das erlittene Leid der Vertriebenen. Während des Kalten Krieges wurde es aber auch als abgrenzendes Symbol des europäischen Abendlandes und darüber hinaus als Symbol der politischen Hoffnung auf eine Grenzrevision verwendet.

Die häufigsten Motive auf Vertriebenendenkmäler sind bis heute Wappen. Sie repräsentieren die verlassene Heimat, sollten aber als deutsche Hoheitszeichen lange Zeit auch einen territorialen Anspruch symbolisieren.

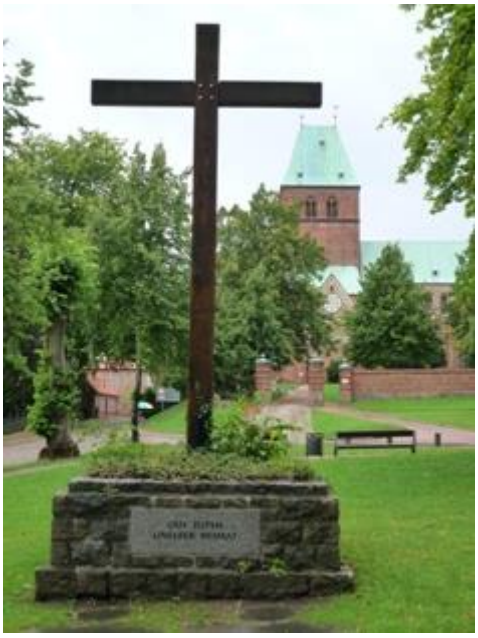
Seit Mitte der 1980er Jahre nahm das Motiv von Frauen und Kindern während der Flucht bzw. Vertreibung zu. In einer Zeit, in der allgemein das Bewusstsein für die NS-Opfer wuchs, wurde somit das Leid der Flucht- oder Vertreibungserfahrung sowie der pauschal als unschuldig dargestellte Opferstatus der deutschen Vertriebenen motivisch stärker in den Fokus gerückt.

4. Historischer Abriss

Die erste Hochzeit der Errichtung von Vertriebenendenkmälern bildeten die 1950er Jahre. Das Bedürfnis nach Gedenkorten für die Toten der Vertriebenen, aber auch der territoriale Revisionismus und der politische Kontext des Kalten Krieges ließen in diesem Jahrzehnt fast 400 Denkmäler entstehen. In den folgenden zwei Jahrzehnten war die Zahl neu errichteter Denkmäler geringer, bevor in den 1980er Jahren ein zweiter Denkmalboom einsetzte. Dieser wurde politisch durch die von der Bundesregierung unter Helmut Kohl propagierte "geistig-moralische Wende" und die damit verbundene Aufstockung der Fördermittel für die Anliegen der Vertriebenenverbände begünstigt. Er erfolgte aber auch in Reaktion auf die zunehmende Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus im öffentlichen Raum. Nach der Vereinigung der Bundesrepublik mit der DDR entstanden auch in den neuen Bundesländern Vertriebenendenkmäler, die hier bis dahin politisch nicht erwünscht gewesen waren. Auch im Westen Deutschlands werden bis in die Gegenwart Vertriebenendenkmäler errichtet.

5. Funktionen

Orte der Trauer



Gedenkkreuz vor dem Ratzeburger Dom
[Foto: S. Scholz].

Rund die Hälfte aller Vertriebenendenkmäler befindet sich auf Friedhöfen oder an Kirchen. Diese Standorte sowie die Tatsache, dass ein großer Teil der Inschriften an die Toten der Vertriebenen erinnert, verweist auf die Bedeutung der Denkmäler für das Totengedenken.

Gerade in den ersten Jahren nach Kriegsende fungierten sie oft als Ersatzorte verlassener oder unbekannter Gräber im Osten. Hier wurde der zurückgelassenen Toten, der während der Flucht und Vertreibung Verstorbenen, insbesondere aber der im Krieg als Soldaten gefallenen Angehörigen der Vertriebenen gedacht. In dieser Hinsicht stellten Vertriebenendenkmäler nicht selten Ergänzungen zu den bestehenden Kriegerdenkmälern der Einheimischen in der bundesdeutschen Aufnahmegesellschaft dar. Sie integrierten die Vertriebenen damit in das Konstrukt einer deutschen Opfergemeinschaft.

Orte der Integration



Einweihung einer Gedenktafel in Cloppenburg 2008 [Foto: C. Mensing, Nordwest-Zeitung].

Im Hinblick auf die Integration im Westen kam den Vertriebenendenkmälern eine ambivalente Funktion zu. Errichtet in einem wechselseitigen symbolischen Akt der Landnahme und Landgabe, dienten sie einerseits als Symbole der Beheimatung und der sozialen Anerkennung. Durch die Setzung von öffentlichen Erinnerungszeichen wurden die Vertriebenen Teil der gemeinsamen Erinnerungstopographie. Andererseits konnten Vertriebenendenkmäler einer Neubeheimatung auch entgegenwirken, indem sie diese durch den Appell, die alte Heimat nicht verloren zu geben, als eine lediglich provisorische markierten. In den vergangenen Jahren wurde die erfolgte Integration selbst zunehmend in Denkmälern erinnert.

Orte des politischen Appells



Sockelinschrift am Ostlandkreuz in Schelklingen von 1952, Tag der Heimat 2009 [Foto: B. Körner, Schwäbische Zeitung Ehingen].

Bis zu der endgültigen staatlichen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze im Rahmen der deutschen Wiedervereinigung von 1990 fungierten Vertriebenendenkmäler immer wieder als Orte der politischen Mobilisierung. Sie sollten einer endgültigen Anerkennung des territorialen Verlustes entgegenwirken und vielmehr zum Festhalten an der staatlichen Zugehörigkeit der verlorenen Ostgebiete beitragen. Als politische Mahnmale waren sie in Form, Motivik und Inschrift, vor allem durch die an ihnen gehaltenen Reden oftmals Symbole des Heimatrechtes und des Revisionsanspruches. Bewusst unpräzise gehaltene Inschriften und Motive trugen zur Konstruktion eines imaginären 'deutschen Ostens' bei, dessen territoriale Grenzen meist unscharf blieben. In dieser Hinsicht standen Vertriebenendenkmäler in der Tradition des Revisionsdiskurses der Zwischenkriegszeit.

Heute dienen Vertriebenendenkmäler vermehrt dem politischen Appell, Vertreibungen generell als Unrecht zu ächten.

Orte der Geschichtsdeutung

Vertriebenendenkmäler sind bis heute Orte der Geschichtsdeutung, die durch ihre kontinuierliche öffentliche Präsenz Einfluss auf das historische Bewusstsein nehmen sollen. Flucht und Vertreibung erscheinen dabei in der Regel losgelöst von ihrem historischen Kontext. Der ursächliche Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg wird ausgeblendet. Festgeschrieben werden dagegen die Erinnerung an Verlusterfahrungen und der Opferstatus der Vertriebenen. Als Orte des Opfergedenkens stehen Vertriebenendenkmäler im öffentlichen Raum in einer latenten Konkurrenz zu Gedenkorten der NS-Opfer.



Denkmal in Oberursel von 1981
[Foto: Max Klockgether].

War bereits seit den 1960er Jahren der in vielen Denkmälern zum Ausdruck kommende territoriale Revisionismus gelegentlich Gegenstand von gesellschaftlichen oder politischen Kontroversen, so wird in den vergangenen Jahren bei der Planung und Errichtung von Vertriebenendenkmälern immer öfter das Verhältnis der Vertreibungserinnerung zur Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg und an die Opfer des NS-Regimes kontrovers diskutiert.

6. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Bund der Vertriebenen - Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände (Hg.): Mahn- und Gedenkstätten der deutschen Heimatvertriebenen. Bonn 2008 (online fortgeführt unter URL: http://www.bund-der-vertriebenen.de/infopool/inmemoriam.php3).
- Hans Hesse, Elke Purpus: Monuments and Commemorative Sites for German Expellees. In: Bill Niven, Chloe Paver (Hg.): Memorialization in Germany since 1945. Basingstoke 2010, S. 48-57.
- Jeffrey Luppes: To Our Dead. Local Expellee Monuments and the Contestation of German Postwar Memory. Phil. diss. Univ. of Michigan. Ann Arbor 2010, URL: http://deepblue.lib.umich.edu/bitstream/2027.42/78786/1/jluppes_1.pdf.
- Retterath, Hans-Werner: Das "Kreuz des deutschen Ostens" bei Bad Harzburg. Ein zentrales Vertriebenen-Mahnmal als Ausfluss von Abendland-Ideologie, Kriegerdenkmalskult und völkischer Schutzarbeit. In: Acta Ethnologica Danubiana 13 (2011), S. 67-100.
- Stephan Scholz: Vertriebenendenkmäler. Topographie einer deutschen Erinnerungslandschaft. Paderborn (erscheint im Frühjahr 2014).
- Stephan Scholz: Denkmäler. In: Ders., Maren Röger, Bill Niven (Hg.): Polyphonie der Vertreibungserinnerung. Ein Handbuch der Medien und Praktiken. Paderborn (erscheint im Sommer 2014)

Zitation

Stephan Scholz: Vertriebenendenkmäler. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/62398.html (Stand 12.03.2014).

Vertriebenenorganisationen

1. Kurzbeschreibung

In Deutschland und in Österreich wird der Begriff "Vertriebenenorganisation" als Sammelbezeichnung für Zusammenschlüsse und Vereinigungen der am Ende und nach dem Zweiten Weltkrieg aus Ostmittel-, Südost- und Osteuropa nach Deutschland, in geringerer Anzahl auch nach Österreich gekommenen Vertriebenen, Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler verwendet. Dachorganisationen sind der Bund der Vertriebenen (BdV), Bonn, und der Verband der Volksdeutschen Landsmannschaften Österreichs (VLÖ), Linz. Nach Herkunftsgebieten gebildete Landsmannschaften (LM) bilden wiederum Dachorganisationen für regionale und lokale Vertriebenenorganisationen; zahlreiche weitere Vertriebenenorganisationen sind weder im BdV noch in Landsmannschaften Mitglied. In Westdeutschland ist nach dem Zweiten Weltkrieg nach und nach ein differenziertes Vertriebenen-Organisationswesen entstanden. Dagegen verhinderte die auf rasche und vollständige Assimilation der Vertriebenen und Flüchtlinge abzielende Integrationspolitik in der sowjetischen Besatzungszone bzw. in der DDR die Bildung entsprechender Interessenverbände. Lediglich rudimentäre Formen der Selbstorganisation auf Basis privater Kontakte waren möglich; gewisse Schutzräume für landsmannschaftlich orientierte Gruppen boten die Kirchen. Vertriebenenorganisationen unterscheiden sich erheblich hinsichtlich ihrer Ziele und Aktivitäten, ihres Selbstverständnisses, ihrer Größe (Mitgliederzahlen), ihrer rechtlichen Formen sowie ihrer Organisationsstrukturen. Die Gesamtzahl der Vertriebenenorganisationen ist nicht bekannt.

Anderssprachige Bezeichnungen

engl. expellee / refugee organisations; poln. organizacje wypędzonych; tschech. Organizace vyhnanců

2. Geschichte

Die erste landsmannschaftliche Gründung überhaupt war die am 12. Juli 1945 in München gegründete Sudetendeutsche Hilfsstelle (Stickler). Die ersten Vertriebenenorganisationen entstanden im kirchlichen Bereich als soziale Hilfsorganisationen der Gemeindemitglieder. Diese "Hilfskomitees", die bereits 1946 u. a. für die evangelisch-lutherischen Slowakeideutschen, Bessarabiendeutschen und Deutschen aus Polen gebildet wurden, schlossen sich 1951 zum Konvent der zerstreuten evangelischen Ostkirchen zusammen. Im wissenschaftlichen Bereich nahm der Göttinger Arbeitskreis e. V. ebenfalls schon 1946 seine Tätigkeit auf; 1950 wurden der Johann Gottfried Herder Forschungsrat und der Verein Ostdeutscher Kulturrat gegründet.

Politisch-gesellschaftliche Vertriebenenorganisationen konnten sich nach Ende des Koalitionsverbotes der Westalliierten bilden. Ende 1948 schlossen sich Vertriebene und Flüchtlinge auf regionaler und überregionaler Ebene zusammen. Zur Wahrnehmung von wirtschaftlichen und sozialpolitischen Interessen gründeten sie 1949 den Zentralverband der Vertriebenen Deutschen (ZvD). Zugleich organisierten sich Vertriebene zur Vertretung ihrer kulturellen und heimatpolitischen Belange entsprechend ihrer Herkunft in Landsmannschaften; diese assoziierten sich 1949 als Vereinigte Ostdeutsche Landsmannschaften (VOL) und 1952 als Verband der Landsmannschaften (VdL). 1957 erfolgte nach jahrelangen Debatten und Konflikten beider Dachverbände der Zusammenschluss von VdL und ZvD zum BdV.

3. Struktur

Korporative Mitglieder des BdV sind zum einen 20 Landsmannschaften. Zusätzlich bestehen 16 BdV-Landesverbände sowie weitere, an spezifischen Interessen ausgerichtete außerordentliche Mitgliedsverbände (z. B. Bauernverband der Vertriebenen, Frauenverband im BdV). In den Landsmannschaften sind regionale Vertriebenenorganisationen, insbesondere Heimatkreise, sowie Kreis- und Ortsgruppen, in den BdV-Landesverbänden nur Kreis- und Ortsruppen zusammengeschlossen. Teils innerhalb, teils außerhalb von BdV und Landsmannschaften bestehen weitere Vertriebenenorganisationen, u. a. Jugendorganisationen (z. B. Bund junges Ostpreußen, Schlesische Jugend Bundesgruppe e.V., Sudetendeutsche Jugend e.V.).



Die Pflege von Brauchtum und insbesonderevon Trachten spielte in der Tätigkeit vielerVertriebenenorganisationen eine herausragendeRolle
[Foto: Breslauer Nachrichten, Mitteilungsblatt des Schlesier-Verbandes 1 (1949), Nr. 12, S. 97, Bibliothek BKGE].

Während die Geschichte, die Strukturen und das Agieren von BdV und Landsmannschaften gut erforscht sind, ist über die große Zahl der überwiegend in den 1950er und 1960er Jahren entstandenen Vertriebenenorganisationen noch wenig bekannt: Gegründet wurden Vertriebenenorganisationen für kleinere Teilräume der Herkunftsgebiete (Kreis-, Orts-, Heimatgemeinschaften), ferner kulturelle, wissenschaftliche und Bildungsvereinigungen, außerdem soziale, berufsständische und fachliche Zusammenschlüsse unterschiedlichster Art (z. B. Studentenverbindungen, Literarische Gesellschaften, Kulturwerke, Schulgemeinschaften, Sing- und Spielscharen, Chöre).

Auf protestantischer Seite treten neben den Hilfskomitees weitere Zusammenschlüsse (z. B. Gemeinschaft evangelischer Schlesier e.V., Gemeinschaft evangelischer Ostpreußen e.V.) hervor. Katholische Vertriebenenorganisationen (z. B. Ackermann-Gemeinde, St.-Hedwigs-Werke, Adalberts Werk e.V.) schlossen sich 1966 in der Arbeitsgemeinschaft katholischer Vertriebenenorganisationen (AKVO) zusammen. Seit den 1970er Jahren, verstärkt nach 1989, knüpften Vertriebenenorganisationen Kontakte in die Herkunftsregionen, setzten sich für kulturelle Belange, Austausch und zwischenmenschliche Begegnungen ein.

1959 sprach der BdV von über 10.000 Ortsverbänden.[1] Gegenwärtig ist auf der BdV-Homepage von "rund 6000 regionalen Gliederungen und den über 1000 Heimatkreisvereinigungen bzw. Heimatortsgemeinschaften"[2] die Rede. Das 2012 von der Kulturstiftung der Vertriebenen erstellte "Kulturportal West-Ost" verzeichnet derzeit annähernd 3.000 Einrichtungen, Verbände, Vereine und Gruppen der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler. Die Mitgliederzahlen der Vertriebenenorganisationen sind stark rückläufig; zahlreiche, insbesondere kleinere und lokal orientierte Vertriebenenorganisationen sowie deren Heimatsammlungen sind bereits aufgelöst bzw. von der Schließung bedroht.

4. Bedeutung der Vertriebenenorganisationen

Vertriebenenorganisationen übten seit Beginn erheblichen Einfluss auf die Politik, die Medien (z. B. auf Rundfunkräte) sowie auf die kulturelle und politische Bildung (z. B. auf Landesjugendringe) aus. Trotz ihres Beharrens auf dem "Recht auf Heimat" hatten sie für die letztlich erfolgreiche Eingliederung der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler in die westdeutsche Gesellschaft bzw. in die Bundesrepublik Deutschland Bedeutung, indem sie in unterschiedlichen Kontexten als Interessengruppen agierten (Thränhart). Ob sie die Gefahr einer Radikalisierung der Millionen von Vertriebenen und Flüchtlingen eher vergrößerten oder eher abschwächten, wird in der Forschung unterschiedlich beurteilt. Als Interessenvertretungen engagierten sie sich anfangs insbesondere für humanitäre Fragen, Familienzusammenführungen, den Lastenausgleich sowie für weitere wirtschaftliche und soziale Belange. Darüber hinaus lagen oft ehrenamtlich wahrgenommene Aufgaben in den Bereichen Kultur-, Brauchtums- und Traditionspflege, Wissenschaft und Bildungsarbeit (oft mit konkreter regionaler und thematischer Ausrichtung), außerdem in der Durchführung von Heimattreffen, der Gründung und Unterhaltung von Einrichtungen (Kulturwerken, Bibliotheken, Archiven, Museen, Heimatstuben), der Herausgabe von heimatkundlichen Schriften, insbesondere von Zeitschriften, Heimatbüchern und Periodika, sowie in der Übernahme von Patenschaften.



Neuroder Heimattreffen, Castrop-Rauxel. Die Veranstaltung von Heimattreffen bildete eine wichtige Aufgabe von Vertriebenenorganisationen – auf Bundes- ebenso wie auf regionaler Ebene [Foto: Der Schlesier. Breslauer Nachrichten 12 (1960), Nr. 41, Ausg. A, S. 8, Bibliothek BKGE]

In Österreich ist die 1954 in Linz gegründete Arbeitsgemeinschaft der Volksdeutschen Landsmannschaften Österreichs (VLÖ) Dachorganisation mehrerer Landsmannschaften und Vertriebenenverbände. Anspruch des VLÖ ist die Vertretung der Interessen verschiedener Gruppen von Heimatvertriebenen deutscher Muttersprache aus den Gebieten der ehemaligen Habsburgermonarchie. Seine Aufgaben sieht der VLÖ darin, das Thema "Vertreibung" und die damit verbundenen Verbrechen, die eine moralische, rechtliche und wirtschaftliche Wiedergutmachung erforderten, vor dem Vergessen zu bewahren. Im Vergleich zur Bundesrepublik blieb der Einfluss der Vertriebenenorganisationen in Österreich zunächst schwach, u. a. weil die Vertriebenen und Flüchtlinge als "Staatenlose" weder Staatsbürgerschaft noch Wahlrecht besaßen. Politisch konnten die Vertriebenenorganisationen in Österreich von der gesamteuropäischen Entwicklung nach 1989 profitieren (1996 Eröffnung des Hauses der Heimat im Dritten Wiener Gemeindebezirk), weil ältere geschichtspolitische Fragen wieder aktualisiert wurden.

Die 2007 in Triest durch Zusammenschluss von Vertriebenenorganisationen aus elf Staaten (federführend: *Unione degli Istriani*) gegründete Europäische Union der Flüchtlinge und Vertriebenen (EUFV) versteht sich als europaweite Vertretung der Rechte von Flüchtlingen und Vertriebenen sowie der Opfer nationalistischer Bestrebungen und ethnischer Säuberungen von der Zeit des Zweiten Weltkriegs bis zu den Vertreibungen auf dem Balkan in den 1990er Jahren.[3] Wichtigste Forderungen sind ein Rückkehrrecht aller Flüchtlinge und Vertriebenen, die Regelung von Eigentumsfragen sowie die Einrichtung eines institutionellen Forums bei der Europäischen Union. Das Agieren der EUFV wird kontrovers beurteilt; sie hat bis heute keine größere Integrationskraft entfaltet. Der BdV ist der EUFV aufgrund von "Verbindungen [von Gründungspersönlichkeiten] zum rechtsextremen Spektrum"[4] nicht beigetreten.

5. Kontroversen

Umstritten bleibt bis heute das politische Agieren mancher Vertriebenenorganisationen. Eugen Lemberg fragte schon 1965, ob die Vertriebenen "Mittler oder Störenfriede"[5] seien. Vertriebenenorganisationen nahmen lange revisionistische Positionen ein, lehnten die Oder-Neiße-Grenze ab und stellten sich der Ostpolitik Willy Brandts sowie den Ostverträgen ent-

gegen. 1985 löste das nach der Teilnahmezusage von Bundeskanzler Kohl gewählte Motto des Schlesiertreffens "40 Jahre Vertreibung - Schlesiens bleibt unser" lebhafte Diskussion aus. Verschiedentlich kamen Vertriebenenorganisationen durch Verbindungen zu rechtsextremen Milieus in die Medien. Z. B. erkannte die Landsmannschaft Ostpreußen ihrer 1991 gegründeten Jugendorganisation "Junge LM Ostpreußen" (heute: Junge LM Ostdeutschland) wegen extremistischer Ausrichtung diesen Status ab und gründete 2000 als neue Jugendorganisation den "Bund junges Ostpreußen" (BJO).

Kritisiert wurden wiederholt die lange einem älteren Verständnis verpflichteten, zum Teil von Stereotypen mitgeprägten Geschichtsbilder ("Kulturträgertheorie", Paradigmen der "Ostforschung"), die von manchen Vertriebenenorganisationen verbreitet wurden.

Die zahlreichen Vertriebenenorganisationen lassen sich aber nicht einheitlich charakterisieren oder politisch pauschal zuordnen. Die innerhalb der Vertriebenenorganisationen bestehende politische Meinungsvielfalt und Pluralität war bzw. ist infolge der prägenden Rolle des BdV öffentlich nur eingeschränkt wahrnehmbar.

6. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Wolfgang Kessler (Bearb.): Ostdeutsches Kulturgut in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch der Sammlungen, Vereinigungen und Einrichtungen mit ihren Beständen. München u. a. 1989.
- Manfred Kittel: "Vertreibung der Vertriebenen? Der historische Deutsche Osten in der Erinnerungskultur der Bundesrepublik (1961–1982). München 2007 (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer).
- Gregor Ploch: Clemens Riedel (1914-2003) und die katholischen deutschen Vertriebenenorganisationen. Motor oder Hemmschuh des deutsch-polnischen Verständigungsprozesses. Berlin 2011 (Beiträge zu Theologie, Kirche und Gesellschaft im 20. Jahrhundert 21).
- Matthias Stickler: "Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch". Organisation, Selbstverständnis und heimatpolitische Zielsetzungen der deutschen Vertriebenenverbände 1949-1972. Düsseldorf 2004 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 46).
- Matthias Stickler: Vertriebenenintegration in Österreich und Deutschland - ein Vergleich. In: Michael Gehler, Ingrid Böhler (Hg.): Verschiedene europäische Wege im Vergleich. Österreich und die Bundesrepublik Deutschland 1945/49 bis zur Gegenwart. Festschrift für Rolf Steininger zum 65. Geburtstag. Innsbruck 2007, S. 416-435.
- Tobias Weger: "Volkstumskampf" ohne Ende? Sudetendeutsche Organisationen 1945-1955. Frankfurt/M. u.a. 2008 (Die Deutschen und das östliche Europa 2).

Weblink

- http://kulturportal-west-ost.eu/kulturportal/institutionen/institutionen-nach-name/ (aktuelles Verzeichnis von Vertriebenenorganisationen)

Anmerkungen

[1] "Für Heimat und Zukunft 1959", Aufruf des BdV, zitiert nach: Eva Hahn, Hans Henning Hahn: Die Vertreibung im deutschen Erinnern. Legenden, Mythos, Geschichte. Paderborn u. a. 2010, S. 516.

[2] Vgl. http://www.bund-der-vertriebenen.de/derbdv/struktur-1.php3 (Zugriff 10.03.2014).

[3] Vgl. die Webpräsenz http://www.eufv.de.vu/ (Zugriff 19.03.2014).

[4] Mitteilung des BdV vom 18.02.2008: Große Mehrheit des BdV-Bundesausschusses gegen Mitgliedschaft in der Europäischen Union der Flüchtlinge und Vertriebenen (EUFV) in Italien. URL: http://www.bund-der-vertriebenen.de/presse/index.php3?id=710&druck=1 (Zugriff 19.03.2014).

[5] Eugen Lemberg: Die Vertriebenen - Mittler oder Störenfriede? In: Peter Nasarski (Hg.): Nachbarn im Osten. Wandlungen und Erkenntnisse in zwei Nachkriegsjahrzehnten. Leer 1965 (Schriften zur deutschen Frage 15), S. 122-132.

Zitation

Matthias Weber: Vertriebenenorganisationen. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/53858.html (Stand 24.03.2014).

Vielvölkerstaat (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Vierzehn Punkte Wilsons

1. Kurzbeschreibung

Am 8. Januar 1918 verlas der amerikanische Präsident Woodrow Wilson (1856–1924) vor beiden Häusern des amerikanischen Kongresses sein Vierzehn-Punkte-Programm, in dem er nicht weniger als eine neue politische Weltordnung umriss. Tatsächlich flossen viele der hier formulierten Ideen später in die verschiedenen Friedensverträge der Pariser Friedenskonferenz ein. Die Punkte zur territorialen Neuordnung implizierten das endgültige Ende des Systems des Gleichgewichts der großen Mächte in Europa: Belgien, Montenegro, Rumänien, Russland und Serbien sollten geräumt und wiederhergestellt, Elsaß-Lothringen an das befreite Frankreich zurückgegeben und die italienische Grenze nach dem Nationalitätenprinzip „berichtigt“ werden. Polen sollte als Staat wiedererstehen und das Selbstbestimmungsrecht der Völker des Habsburgerreiches und des Osmanischen Reiches durchgesetzt werden.

2. Historischer Abriss

Kontext

Nach Ausbruch der Oktoberrevolution in Russland am 7. November 1917 brauchten die Bolschewiki Handlungsspielraum für ihre innenpolitischen Ziele und traten daher mit den Mittelmächten in Waffenstillstandsverhandlungen. Leo Trotzki (Trockij, 1879–1940) hoffte, durch eine langfristig angelegte Verhandlungstaktik Zeit zu gewinnen, um bolschewistische Propaganda und schlussendlich die Revolution nach Deutschland zu tragen. Die Friedensverhandlungen zogen sich nach dem am 15. Dezember 1917 vereinbarten Waffenstillstand hin und boten der Obersten Heeresleitung Deutschlands ihrerseits die Möglichkeit, tiefer in russisches Staatsgebiet einzudringen und das von ihr bereits begonnene ‚Ostimperium‘ weiter auszubauen.

Vor diesem Hintergrund sah Wilson die Notwendigkeit, kurzfristig gegen die Mittelmächte vorzugehen, langfristig jedoch eine Alternative zu den politischen Ideen des neu entstehenden Sowjetrusslands zu formulieren. Die in dem Vierzehn-Punkte-Programm niedergelegte Neuordnung fußte auf den Ideen von Demokratisierung einerseits und der Gleichheit der

Nationen andererseits. Letztere sollte nach Wilsons Vorstellungen in dem zu gründenden Völkerbund, einer „Gesellschaft der Nationen“, ihren Garanten finden.

Polnischer Staat

Punkt 13 des Vierzehn-Punkte-Programms sah die Errichtung eines unabhängigen polnischen Staates mit freiem Zugang zum Meer vor, dessen territoriale Ausdehnung durch die „unbestritten von polnischen Bevölkerungen bewohnten Gebiete“ bestimmt werden sollte. Ein solchermaßen definierter Staat umfasste lediglich Kongresspolen und Westgalizien, womit sich mit Hinblick auf die historische Entwicklung Polens kaum ein polnischer Politiker zufriedengeben mochte. Das Ringen um die Grenzverläufe führte ab dem Herbst 1918 zu Auseinandersetzungen oder gar zum Krieg mit fast allen Nachbarstaaten: mit den Tschechen und Slowaken im Süden, den Deutschen im Westen sowie den Litauern, Russen, Weißrussen und Ukrainern im Osten.

Der Vorsitzende des polnischen Nationalkomitees Roman Dmowski (1864–1939) vertrat bei den Friedensverhandlungen in Paris seine Vorstellungen von einem „piastischen Staat“, der neben Kongresspolen und Westgalizien das historische Großpolen mit Posen/Poznań umfassen und im Osten etwa bis zur Grenze von 1772 reichen sollte. Im Versailler Vertrag erhielt Polen das Großherzogtum Posen (bis auf Randgebiete) und den größten Teil Westpreußens. Danzig/Gdańsk wurde als Freie Stadt unter Aufsicht des Völkerbundes gestellt. Nach Volksabstimmungen im Jahr 1920 verblieb das Ermland bei Deutschland, 1921 wurde Oberschlesien geteilt. Während der Verlauf der Westgrenze letztlich durch die Siegermächte bestimmt wurde, führte Polen, angeführt von Józef Piłsudski (1867–1935), im Osten Krieg um die Gebiete der *kresy* (historische Ostgebiete des jagiellonischen Polens). Ob als polnisches Staatsgebiet oder in Form einer osteuropäischen Konföderation – der polnische Einfluss sollte wieder bis zu den Grenzen von 1772 geltend gemacht werden. Mit dem Frieden von Riga vom 18. März 1921 verschob sich die polnische Grenze weit in den Osten.

Polen hatte sich in wenigen Jahren von der im Vierzehn-Punkte-Programm formulierten Idee des ethnisch geschlossenen Staatsgebietes zu einem äußerst heterogen bevölkerten Staat entwickelt: Neben der deutschen Minderheit im Westen gab es zahlenmäßig starke jüdische, lettische, litauische, ukrainische und weißrussische Minderheiten.

Selbstbestimmungsrecht der Völker

Der Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn wird in Punkt 10 des Vierzehn-Punkte-Programms behandelt. Hier heißt es, den Völkern Österreich-Ungarns solle die „freieste Gelegenheit zu autonomer Entwicklung“ gewährt werden. Das ist weniger weitreichend formuliert als der Begriff „Selbstbestimmungsrecht der Völker“, der – häufig im Zusammenhang mit Forderungen nach Eigenstaatlichkeit – verwandt wurde. Die Rede vom 8. Januar 1918 sandte jedoch noch kein eindeutiges Signal an die Habsburger, dass das Ende ihres Vielvölkerreiches gekommen war. Autonomie für die hier lebenden Völker war auch innerhalb des Rahmens der Habsburgermonarchie denkbar. Im Laufe der Zeit änderte Wilson jedoch sein Vokabular und seine politische Stoßrichtung. Das hing eng mit den Ereignissen des letzten Kriegsjahres und den Positionen der jeweiligen Alliierten, Partner und Gegner zusammen.

Paradoxerweise bot der Kriegsgegner Deutschland den USA hinsichtlich des Selbstbestimmungsrechtes der Völker einige Anknüpfungspunkte: Es waren die Deutschen, die im Frieden von Brest-Litowsk (3. März 1918) von Russland die Unabhängigkeit Polens, Finnlands, Estlands, Livlands und der Ukraine forderten. Allerdings sahen sich die Deutschen Anfang 1918 weiterhin in der Position einer Großmacht, die den Krieg für sich entscheiden konnte, und waren nicht bereit, ernsthaft mit Wilson über dessen Ideen zu verhandeln. Umgekehrt

konnte Wilson kein Europa dulden, in denen Staaten zwar *de jure* selbstständig, *de facto* aber von Deutschland abhängig wären.

Auch die Bolschewiki proklamierten ‚das Recht der Völker auf nationale Selbstbestimmung', doch war dies eher ein taktischer Schachzug und bedeutete kaum mehr als einen Zwischenschritt auf dem Weg zur staatenlosen Gesellschaft. Die Engländer und Franzosen ihrerseits hatten für die nach Unabhängigkeit strebenden Völker an Glaubwürdigkeit eingebüßt, als Russland Ende 1917 Geheimdokumente veröffentlichte, in denen die macht- und wirtschaftspolitischen Ziele der Entente auf den Gebieten des Osmanischen und des Habsburgerreiches klar zutage traten.

Vor diesem Hintergrund erschienen die USA mit dem Vierzehn-Punkte-Programm den europäischen Völkern, die bis dahin in den Grenzen des Russischen, Deutschen, österreich-ungarischen oder Osmanischen Reiches gelebt hatten, als einzig vertrauenswürdige Schutzmacht. Wilson konnte auf ihre Unterstützung bei der Implementierung seiner Vision bauen – musste dazu jedoch seinerseits weitreichende Zusagen machen, die die Zerschlagung jener Reiche zur Folge hatten.

Gründung der Tschechoslowakischen Republik

Tatsächlich sahen die Vierzehn Punkte – anders als für Polen – für die Tschechen und Slowaken keine explizit formulierte Eigenstaatlichkeit, sondern Autonomie innerhalb des Habsburgerreiches vor (Punkt 10). Unter der Führung von Tomáš Garrigue Masaryk (1850–1937), Edvard Beneš (1884–1948) und Milan Rastislav Štefáník (1880–1919) hatte sich im politischen Exil in Westeuropa im Verlauf des Kriegs jedoch die Idee eines eigenständigen tschechoslowakischen Staates entwickelt, dessen Gründung das *comité d'action tchèque à l'étranger* am 14. November 1915 zum politischen Ziel erklärte. Auch wenn die „liberation of Czecho-Slovaks" bald zum eingängigen internationalen Slogan wurde, dauerte es noch bis Mitte 1918, bis Frankreich, Großbritannien und die USA offiziell einwilligten. Mit dieser Rückendeckung und vor dem Hintergrund des in den letzten Kriegsmonaten im Habsburgerreich entstandenen Machtvakuums kam der tschechoslowakische Nationalrat dem Waffenstillstand zuvor und proklamierte am 28. Oktober 1918 in Prag/Praha die Tschechoslowakische Republik.

Die deutsche Minderheit in der Tschechoslowakei

Aus der Idee des Selbstbestimmungsrechts der Völker ergab sich nicht zwangsläufig eine ethnisch-nationalstaatliche Ordnung Europas. Insbesondere in den Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas lebten diverse Minderheiten, für die jedoch auf Grundlage der Friedensverträge Minderheitenschutzregelungen formuliert worden waren. Die Deutschen in den Böhmischen Ländern stellten (nach den Ergebnissen der Volkszählung von 1910) mit etwa drei Millionen Einwohnern gegenüber etwa neun Millionen Tschechen und Slowaken eine starke Minderheit, die hauptsächlich in den Gebieten entlang der Grenzen der Tschechoslowakischen Republik siedelte. Da die Tschechoslowakei – nicht zuletzt aus wirtschaftlichen Gründen – auf diese Territorien nicht verzichtete, die Mittelmächte ihrerseits aber zu geschwächt waren, um für die Anliegen der Deutschböhmen einzutreten, wurden Letztere mit Verweis auf das Wilson'sche Programm selbst aktiv. Am 29. Oktober 1918, einen Tag nach der Proklamation des tschechoslowakischen Staates, riefen sie als Reaktion darauf und „auf Grund des allgemein anerkannten Selbstbestimmungsrechtes der Völker"[1] die Provinz Deutschböhmen aus und erklärten sie zu einem Teil Deutschösterreichs. In einem an Wilson gerichteten Memorandum forderten sie von den Friedensverhandlungen „Gerechtigkeit", denn es könne „keines rechtlich denkenden Menschen Wille sein, die Deutschen Böhmens von ihrem Volke zu reißen und einem fremden Volke zu unterwerfen".[2] Als Kriegsverlie-

rer konnte Österreich-Ungarn, dem die deutschböhmische Delegation zugeordnet war, jedoch auf den Friedensverhandlungen keine eigenen Ansprüche äußern. Im Vertrag von St. Germain wurde der Verbleib der deutsch besiedelten Gebiete beim tschechoslowakischen Staat bestätigt.

3. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Manfred Alexander: Quellen zu den deutsch-tschechischen Beziehungen 1848 bis heute. Darmstadt 2005 (Quellen zu den Beziehungen Deutschlands zu seinen Nachbarn im 19. und 20. Jahrhundert 12).
- Joachim Bahlcke: Geschichte Tschechiens. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart. München 2014 (Beck'sche Reihe 2797), S. 87–91.
- Włodzimierz Borodziej: Geschichte Polens im 20. Jahrhundert. München 2010 (Europäische Geschichte im 20. Jahrhundert).
- Patrick O. Cohrs: „American Peace" – ein „demokratischer Frieden"? Wilson und die Suche nach einer neuen Weltordnung nach dem Ersten Weltkrieg. In: Jost Dülffer, Gottfried Niedhart (Hg.): Frieden durch Demokratie? Genese, Wirkung und Kritik eines Deutungsmusters. Essen 2011 (Beiträge zur Historischen Friedensforschung 15), S. 73–103.
- Jost Dülffer: Die Diskussion um das Selbstbestimmungsrecht und die Friedensregelungen nach den Weltkriegen des 20. Jahrhunderts. In: Jörg Fisch (Hg.): Die Verteilung der Welt. Selbstbestimmung und das Selbstbestimmungsrecht der Völker. München 2011 (Schriften des Historischen Kollegs 79), S. 113–139.
- Eva Hahn, Hans Henning Hahn: Die Vertreibung im deutschen Erinnern. Legenden, Mythos, Geschichte. Paderborn 2010, S. 126–129.
- Herfried Münkler: Der große Krieg. Die Welt 1914–1918. Berlin 2013, S. 653–674.

Weblinks

- http://avalon.law.yale.edu/20th_century/wilson14.asp (Abschrift der Kongressrede; im Projekt Avalon der Yale Law School)
- http://www.loc.gov/exhibits/treasures/trm053.html (Kurzschriftfassung von Präsident Woodrow Wilson; in der Manuscript Division der Library of Congress)

Anmerkungen

[1] Ausrufung des Staates ‚Deutschböhmen' durch die deutschen Abgeordneten Böhmens am 29. Oktober 1918, in: Alexander (Hg.): Quellen, S. 116.

[2] Patrick Gschwend: Deutschböhmischer Appell an Präsident Wilson im Januar 1919. In: Radio Praha ‚Anno dazumal', Sendung vom 12.01.2010. URL: http://www.radio.cz/de/rubrik/anno-dazumal/deutschboehmischer-appell-an-us-praesident-wilson-im-januar-1919 (Abruf 17.12.2014).

Zitation

Berit Pleitner: Das Vierzehn-Punkte-Programm von Woodrow Wilson. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2015. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32699 (Stand 13.04.2015).

Volk (→ Autor/in gesucht)

Der Text zu diesem Artikel wurde noch nicht verfasst.

Sind Sie Experte für dieses Thema und könnten Sie einen Text beisteuern?
Dann kontaktieren Sie bitte ome-lexikon(at)uni-oldenburg.de.

Volk ohne Raum → Lebensraum (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Völkermord → Shoah (in Bearb.)

Siehe Shoah

Völkerrecht

1. Genese und Definition

Entstehung, Inhalt und Gebrauch des Begriffs

Der Begriff wurzelt im *ius gentium* des Römischen Rechts, das jedoch die allen Völkern gemeinsamen Rechtsregeln bedeutete. Völkerrecht im modernen Sinn bezeichnet demgegenüber ein Recht, welches vor allem das Verhalten von Staaten und internationalen (zwischenstaatlichen) Organisationen sowie die Beziehungen zwischen ihnen regelt. Beschränkt auf Teilbereiche der internationalen Rechtsordnung, vor allem die Menschen- und die Minderheitenrechte sowie das Völkerdelikts- und Völkerstrafrecht, sind seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts auch Individuen und Nichtregierungsorganisationen (NGO) als (partielle) Subjekte des Völkerrechts anerkannt. Entgegen dem durch seinen Begriff in deutscher Sprache nahegelegten Schluss regelt das Völkerrecht also nicht eigentlich die Rechtsbeziehungen zwischen den „Völkern", sondern vor allem die Rechtsbeziehungen zwischen den die Völker beziehungsweise Nationen repräsentierenden Staaten und Staatenzusammenschlüssen.

Fremdsprachige Entsprechungen

engl.: Public international law; franz.: Droit international public; russ.: Meždunarodnoe pravo; poln.: Prawo międzynarodowe; tsch.: Mezinárodní právo; span.: Derecho international público

2. Historischer Abriss

Das „klassische Völkerrecht" (nach 1648)

Das „klassische" Völkerrecht entstand in Europa am Ende von Reformation, Gegenreformation und Konfessionskriegen mit dem „Westfälischen Frieden" von Münster und Osnabrück (1648). Durch ihn wurden die Souveränität und die Gleichheit der am Friedensschluss beteiligten Staaten vorbehaltlos anerkannt und dadurch dem in der mittelalterlichen Vorstellung vom Universalreich wurzelnden Rang- und Machtanspruch des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation ein Ende gesetzt. Wesentliches Element der Souveränität war die Anerkennung des Rechts der Staaten, frei über Krieg und Frieden zu entscheiden (*ius ad bellum*). Es entstand eine spannungsreiche gesamteuropäische Staatenordnung, die durch völkerrechtliche Verträge und das sogenannte „Konzert" der europäischen Großmächte im Gleichgewicht gehalten wurde.

Das „moderne Völkerrecht" (seit 1945)

Die Epoche des klassischen wurde durch die des modernen Völkerrechts abgelöst. Ihr Symbol ist die Gründung der Vereinten Nationen (1945). Das moderne Völkerrecht ist maßge-

bend durch das Verbot, nach Belieben Krieg zu führen, gekennzeichnet. Es wurde erstmals durch den Briand-Kellogg-Pakt (1928) zu einem Grundsatz des Völkerrechts erhoben und erlangte durch das allgemeine Gewaltverbot der UNO-Charta (Art. 2 Nr. 4) universelle Gültigkeit.

Tendenzen zur „Konstitutionalisierung" im Völkerrecht

Der Zusammenbruch der Sowjetunion, die Auflösung ihres Hegemonialsystems und das Ende des Ost-West-Konflikts durch die freiheitlichen Revolutionen im östlichen Europa (1989-1991) haben eine neue Entwicklungsstufe des Völkerrechts eingeleitet. Ihr Kennzeichen ist, dass – trotz vieler Widersprüchlichkeiten und Einschränkungen – die Bindung der Staaten an die Menschenrechte und die Standards des humanitären Völkerrechts im Ergebnis stärker als zuvor eingefordert wird. Sprunghaft angestiegene humanitäre Interventionen (mit oder ohne UNO-Mandat) bei Staatszerfall, Völkermord und Massenverbrechen gegen die Menschlichkeit und ferner die Gründung eines Ständigen Internationalen Strafgerichtshofes mit Sitz in Den Haag (1998/2003) liefern dafür Belege. Die Weltgemeinschaft aus Staaten, internationalen Organisationen, Nichtregierungsorganisationen (NGO), Wirtschaftsunternehmen und Individuen befindet sich daher in einem sich beschleunigenden Prozess der Verdichtung und Verrechtlichung. Er hat dazu geführt, die Entwicklung der Völkerrechtsordnung in Anlehnung an innerstaatliche und supranationale Verhältnisse als einen Vorgang der „Konstitutionalisierung" zu deuten.

3. Grundzüge der geltenden Völkerrechtsordnung

Quellen des Völkerrechts

Die Quellen des Völkerrechts sind gemäß Art. 38 des Statuts des Internationalen Gerichtshofes der Vereinten Nationen (IGH) das Völkervertragsrecht, das Völkergewohnheitsrecht und „die von den Kulturvölkern anerkannten allgemeinen Rechtsgrundsätze". Die Anerkennung einer Norm kraft Gewohnheit setzt hinreichende Belege für eine Staatenpraxis voraus, die von allgemeiner Rechtsüberzeugung und einem entsprechenden Rechtsbindungswillen getragen sein muss. Verträge, Resolutionen und Deklarationen internationaler Gremien und nationaler Organe, Verfassungstexte, Entscheidungen internationaler und nationaler Gerichte, weit verbreitete Lehrmeinungen anerkannter Autoritäten des Völkerrechts können dafür Indizien liefern.

Die Völkerrechtsordnung und ihre Normen weisen mehrere Dimensionen und Schichten auf: Das universelle Völkerrecht bildet die höchste Ebene. Es äußert sich in von der UNO initiierten völkerrechtlichen Verträgen, insbesondere zu den Menschenrechten, und ferner in einem weltweit geltenden Völkergewohnheitsrecht. Unterhalb davon erstreckt sich die Ebene des regionalen Völkerrechts (Art. 52 UNO-Charta), nämlich Europas unter der Ägide des Europarats (1949), Amerikas in Gestalt der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS, 1948), Afrikas in Gestalt der Afrikanischen Union (AU, 2000) und von Teilen Asiens (Arabische Liga, 1945; ASEAN, 1967; GUS, 1991).

Eigenart der Völkerrechtsordnung

Die Eigenart der Völkerrechtsordnung besteht darin, dass ihre Hauptsubjekte, die Staaten, wegen ihrer souveränen Gleichheit (Art. 2 Nr. 1 UNO-Charta) miteinander nicht in Subordinations-, sondern in Koordinationsbeziehungen stehen und deswegen grundsätzlich nur durch Einigung im Vertragswege einen gemeinsamen Willen bilden und Entscheidungen treffen können. Das Völkerrecht kann daher im Unterschied zum Landesrecht in aller Regel nicht einseitig durchgesetzt und vollstreckt werden. Die den Staaten bei völkerrechtswidri-

gem Verhalten zustehenden Sanktionsmöglichkeiten (Repressalien usw.) müssen wegen des Interventionsverbotes unterhalb der Schwelle zur Gewaltanwendung bleiben.

Der Internationale Gerichtshof der Vereinten Nationen (IGH, Art. 92ff. UNO-Charta) fügt sich in dieses Bild ein, denn er entspricht eher einem Schiedsgericht zwischen Staaten als einem „Weltgerichtshof". Nur wenn sich die ihn anrufenden Staaten, eingeschlossen auch die UNO-Mitglieder, freiwillig, durch besondere Erklärung, seiner Jurisdiktion unterworfen haben, ist die Zuständigkeit des IGH begründet.

Schlüsselposition des UN-Sicherheitsrates

Lediglich der Weltsicherheitsrat darf den Staaten unter bestimmten Voraussetzungen einseitig seinen Willen aufzwingen. Denn im Falle eines drohenden oder vollendeten Bruches des Weltfriedens (Art. 39 UNO-Charta) kann er die ihm erforderlich erscheinenden Maßnahmen zur Friedenssicherung treffen und notfalls auch Gewalt gegen Staaten anwenden oder einzelnen Staaten oder Staatengemeinschaften ein Mandat zur Gewaltanwendung erteilen (Art. 41; 42 UNO-Charta). Der Weltsicherheitsrat wird dadurch indes nicht zu einer Weltregierung. Für die Staaten gilt zwar das allgemeine Gewaltverbot, und die Ermächtigung zur Gewaltanwendung ist grundsätzlich dem Weltsicherheitsrat vorbehalten, aber die Vereinten Nationen befinden sich deswegen keineswegs im Besitz eines universellen Gewaltmonopols, denn über eigene Streitkräfte und die reale Macht, ihren Willen notfalls auch gegen Widerstände durchzusetzen, verfügen sie nicht. Die Interventionsbefugnisse der Vereinten Nationen finden ihre Schranke grundsätzlich an dem Recht der Staaten, über ihre „inneren Angelegenheiten" (*domestic affairs*), freilich unter Einhaltung ihrer völkerrechtlichen Verpflichtungen etwa auf dem Gebiet der Menschenrechte, nach freiem Belieben zu entscheiden (Art. 2 Nr. 7 UNO-Charta).

Die Dispositionsfreiheit der Völkerrechtssubjekte bei dem Abschluss von völkerrechtlichen Verträgen findet ihre Schranke in völkerrechtlichen Normen zwingenden Charakters (*ius cogens*). Gemäß Art. 53 des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge (23.05.1969) ist darunter eine Norm zu verstehen, „die von der internationalen Staatengemeinschaft in ihrer Gesamtheit angenommen und anerkannt wird als eine Norm, von der nicht abgewichen werden darf und die nur durch eine spätere Norm des allgemeinen Völkerrechts derselben Rechtsnatur geändert werden kann". Ein Verstoß gegen eine zwingende Völkerrechtsnorm macht den Vertrag nichtig. Zwingende Völkerrechtsnormen sind nach allgemeiner Meinung heute die Grundprinzipien der UNO-Charta (Art. 1; Art. 2), voran das Gewaltverbot unter Einschluss des Verbots der Annexion fremden Staatsgebietes, die Menschenrechte des universellen völkerrechtlichen Mindeststandards, namentlich das Folterverbot und das Verbot der Rassendiskriminierung, das Verbot des Völkermords und von Verbrechen gegen die Menschlichkeit, das Verbot der Sklaverei sowie das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Rechtliche Schranken der Souveränität der Staaten

Seit dem Millenniumsgipfel der UN-Generalversammlung im Jahr 2000 befindet sich das Prinzip der nationalen Souveränität (Art. 2 Nr. 1 UNO-Charta) in einem Prozess der juristischen Re-Interpretation. Souveränität gilt nicht mehr als Ermächtigung des Staates zu einem beliebigen politischen Handeln im Innern. Den normativen Kern des Prinzips bildet nach heutigem Verständnis vielmehr die Verantwortung des Staates, Leben, Freiheit, Eigentum und Vermögen seiner Bürger zu schützen, die sogenannte *responsibility to protect*. Verletzt er diese völkerrechtliche Verpflichtung in schwerwiegender Weise, soll die internationale Staatengemeinschaft berechtigt sein, mit Sanktionen gegen den betreffenden Staat vorzuge-

hen. Umstritten bleibt jedoch, ob allein der Weltsicherheitsrat befugt ist, die Erfüllung der *responsibility to protect* notfalls auch gewaltsam durchzusetzen.

4. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Knut Ipsen: Völkerrecht. Ein Studienbuch, 6., völlig neu bearb. Aufl. München 2014.
- Juliane Kokott, Karl Doehring, Thomas Buergenthal: Grundzüge des Völkerrechts. 3., neu bearb. Aufl. Heidelberg 2003.
- Otto Luchterhandt: Völkerrecht versus Völkermord: bedeutende Fortschritte – ungelöste Probleme. In: Zeitschrift für Genozidforschung 9 (2008), Heft 2, S. 10-67.
- Ignaz Seidl-Hohenfeldern, Torsten Stein: Völkerrecht. 10., neubearb. Aufl. Köln u. a. 2000 (Academia iuris).
- Theodor Schweisfurth: Völkerrecht. Tübingen 2006.
- Karl-Heinz Ziegler: Völkerrechtsgeschichte. Ein Studienbuch. 2., durchges. u. erg. Aufl. München 2007.

Weblinks

http://www.unric.org/de/voelkerrecht (Informationsangebot des Regionalen Informationszentrums der Vereinten Nationen für Westeuropa)

Zitation

Otto Luchterhandt: Völkerrecht. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32697 (Stand 26.08.2014).

völkisch → Volkstum (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Volksbund/Verein für das Deutschtum im Ausland (VDA) (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Volksdeutsche (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Volksdeutsche Mittelstelle (VoMi)

1. Institution

Entstanden 1935 im Zuge der Gleichschaltung und geheimen Zentralisierung der Volkstumspolitik unter nationalsozialistischen Vorzeichen, erlangte die Volksdeutsche Mittelstelle volle Bedeutung erst mit dem Eindringen der SS in das Politikfeld Ende 1936. Der Organisationsname griff eine ethnisch bestimmte Gruppenbezeichnung auf, die bald nach dem Ersten Weltkrieg bei der völkischen Rechten für "diejenigen Personen" gefunden worden war, die zwar "deutsch sprechen und deutschen Stammes und Blutes sind, aber nicht mehr zum Deutschen Reich gehören, sondern im Ausland Wurzel gefasst haben".[1] Der Bezug auf die 'Volksdeutschen' grenzte den zentralen Arbeitsgegenstand der VoMi gegenüber demjenigen der Auslandsorganisation (AO) der NSDAP ab, die seit Juli 1935 exklusiv für die Reichsbürger im Ausland zuständig war. Die Selbstbeschreibung als 'Mittelstelle' schien eine Maklerfunktion anzudeuten, jedoch gerierte sich die VoMi bald als Kommandozentrale, die ungeachtet ihrer nie abschließend geklärten Stellung zwischen Partei, SS, Ministeri-

albürokratie und Führerunmittelbarkeit den Rang einer "Obersten Reichsbehörde" beanspruchte.[2] Organisations- und Unterstellungsverhältnisse, Aufgaben und Arbeitsweisen der VoMi folgten keinen festen Vorgaben, sondern änderten sich entlang der jeweiligen politischen Situation und den Vorgaben der NS-Führung. Sie lassen sich daher nur im Kontext einzelner Entwicklungsphasen sinnvoll darstellen.[3]

2. Aufstieg zur volkstumspolitischen Führungsorganisation 1937–1938

Institutioneller Vorläufer der VoMi war der Ende 1933 gebildete 'Volksdeutsche Rat', der Ende 1933 auf Initiative des 'Stellvertreters des Führers' Rudolf Heß als Koordinationsgremium für die Reorganisation der Volkstumspolitik geschaffen wurde. Im Herbst 1935 wurde der vergleichsweise offene 'Rat' durch eine verdeckt arbeitende 'Volksdeutsche Parteidienststelle' ersetzt, die nach ihrem Leiter als 'Büro von Kursell' oder auch als 'Mittelstelle' bezeichnet wurde. Joachim von Ribbentrop, als 'außenpolitischer Beauftragter' und 'Referent für volksdeutsche Fragen' im Stab Heß unterstellt, rückte die wenig bekannte Dienststelle Anfang 1937 weit in den Machtbereich Heinrich Himmlers, als mit dem fachfremden Werner Lorenz als Leiter und dem Heydrich-Vertrauten Hermann Behrends als Stabschef zwei hochrangige SS- bzw. SD-Offiziere an ihre Spitze traten.[4] Mit der sukzessiven Unterstellung des 'Volksbundes für das Deutschtum im Ausland' (VDA) und des 'Bundes Deutscher Osten' als Dachorganisationen für die 'Volkstums- und Grenzlandarbeit', des 'Deutschen Ausland-Instituts' und der 'Deutschen Akademie' als führenden kulturpolitischen Einrichtungen sowie der 'Deutschen Stiftung' und der 'Vereinigten Finanzkontore' als Finanzierungsinstrumente konnte sich die VoMi 1937/38 als "oberste Befehlsstelle für sämtliche volksdeutschen Angelegenheiten" im Reich weitgehend durchsetzen.[5] Parallel dazu betrieb man die Pazifizierung und kontrollierte Nazifizierung der von Fraktionskämpfen geschüttelten Volksgruppenführungen im Ausland und ihre strikte Ausrichtung auf die außenpolitischen Vorgaben Berlins, die vom Verzicht auf jedweden 'Volkstumskampf' bis zur gezielten Destabilisierung eines 'Gaststaates' reichen konnten. Seit März 1938 suchte die VoMi-Führung, die bei den Reichsministerien verteilten Kompetenzen in Volkstumsfragen in einem Ribbentrop als neuem Außenminister unterstellten 'Reichskommissariat' zu bündeln, dem Lorenz als Staatssekretär vorstehen sollte.[6] Nachdem Hitler eine solche Festlegung jedoch abgelehnt hatte, war es ein geheimer Führererlass vom Juli 1938, der die VoMi zur "einheitlichen Ausrichtung sämtlicher Staats- und Parteistellen" und zum "einheitlichen Einsatz der in sämtlichen Stellen zur Verfügung stehenden Mittel für Volkstums- und Grenzlandfragen" bevollmächtigte.[7]

3. Die VoMi als Umsiedlungsorganisation 1939–1940

Ein völlig neues Betätigungsfeld eröffnete sich der VoMi, als 1938/39 im Kontext von 'Südtirolfrage', 'Sudetenkrise' und 'Vier-Jahres-Plan' die Idee einer organisierten 'Rückwanderung' von Auslanddeutschen erstmals seit dem Weltkrieg wieder Kontur gewann und mit der Besetzung und Aufteilung Polens schließlich in ein großmaßstäbiges Programm 'völkischer Flurbereinigung' mündete.[8] Einen Tag nach seiner Reichstagsrede vom 6. Oktober 1939 mit der Ankündigung einer Neuordnung der 'ethnographischen Verhältnisse' im östlichen Europa erteilte Hitler bekanntlich dem Reichsführer SS einen umfassenden Auftrag zur Um- und Ansiedlung von 'Volksdeutschen' und Entfernung missliebiger Bevölkerungsteile.[9] Als 'Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums' (RKF) richtete Himmler einen gleichnamigen Führungsstab ein und bediente sich ansonsten diverser alter und neuer SS-Dienststellen.[10] Zur Durchführung der Umsiedlungen griff er auf die VoMi zurück, die ihm in dieser Rolle jetzt persönlich unterstellt war. Mithilfe eines paramilitärisch organisierten Umsiedlungsapparates, eines Netzwerks kooperierender Experten und tausender Mitarbeiter und Helfer gelang es der VoMi, im Zuge sogenannter Vertragsumsiedlungen rund 500.000 'Volksdeutsche' aus ihren historischen Heimatgebieten im östlichen Europa 'auszu-

siedeln' und in den deutschen Machtbereich zu lenken. Zeitweise unterhielt sie dazu mehr als 1.500 Lager, in denen weit über 100.000 Umsiedler unter oftmals prekären Bedingungen untergebracht und vielfältigen disziplinarischen und weltanschaulich motivierten Schikanen unterworfen wurden, bevor sie schließlich angesiedelt oder anderweitig dem 'Menscheneinsatz' zugeführt wurden.[11] Der Zusammenhang von 'Heim-ins-Reich'-Aktionen und Massenvertreibungen insbesondere der polnischen Bevölkerung war für das RKF-Programm konstitutiv. Aber auch Verbindungen zur Vernichtung der Juden waren vielfach greifbar, auch im Verantwortungsbereich der VoMi.[12] Dessen ungeachtet stilisierte man die Umsiedlungen als "gewaltigste staatsgelenkte Völkerwanderung aller Zeiten" und inszenierte sie zu nationalen Medienereignissen.[13]

4. Organisation, Aufgaben und Tätigkeiten der VoMi 1941–1944

Nachdem Hitler die der VoMi 1938 verliehenen 'politischen' Vollmachten Ende 1940 durch mündlichen Erlass auf den Reichsführer SS übertragen hatte, sahen sich Ribbentrop und das Auswärtige Amt im folgenden Frühjahr zu einer Vereinbarung genötigt, die ihre Mitsprache in Volkstumsangelegenheiten auf diplomatische Fragen beschränkte. So konnte die VoMi im Juni 1941 schließlich ganz dem SS-Imperium angegliedert und als 'RKF Hauptamt Volksdeutsche Mittelstelle' den anderen SS-Ämtern gleichgestellt werden.[14] Da Himmler von Heß bereits im Februar auch NSDAP-intern zum "verantwortlichen Sachbearbeiter für alle Volkstumsfragen" ernannt worden war, befasste er sich in der Folgezeit mit der Zusammenfassung der Fachkompetenzen aller involvierten SS-Ämter - VoMi, RKF, Rasse- und Siedlungs- sowie Reichssicherheitshauptamt - in einem zentralen Steuerungsinstrument, das als parteieigenes 'Hauptamt für Volkstumsfragen' von Hitler im März 1942 sanktioniert wurde.[15] Der VoMi unterstand in diesem Kontext spätestens seit November 1941 "die gesamte volkstumsmäßige Arbeit zu Festigung des Deutschtums". Dazu gehörten nicht nur die laufenden Umsiedlungsaufgaben und - als neues Aktionsfeld - die Federführung bei der Zwangsassimilierung von Menschen, die man für 'eindeutschungsfähig' bzw. 'wiedereindeutschungsfähig' hielt. Nach wie vor war sie auch für die Führung der deutschen 'Volksgruppen' im Ausland zuständig und schließlich für die Erfassung, Führung und Betreuung der 'Volksdeutschen' in den neu besetzten Gebieten.[16] Gerade auf letzteren Feldern wuchsen ihr im Kriegsverlauf wichtige neue Aufgaben zu, v. a. in Südosteuropa und auf dem Gebiet der Sowjetunion. Gedeckt durch einen informellen Hitler-Entscheid, der den RKF-Auftrag auf die gesamte besetzte Sowjetunion ausdehnte,[17] agierte hier seit Herbst 1941 ein 'Sonderkommando R(ussland)' der VoMi, das die Deutschen im Schwarzmeergebiet unmittelbar und massiv auch in die Judenvernichtung einbezog.[18] Erweitert zu einer ämterübergreifenden 'Volksdeutschen Leitstelle' der SS, wandte sich das Kommando seit Sommer 1942 der Implementierung ausgewählter Siedlungsexperimente in der Ukraine zu - im Vorgriff auf weit umfassendere Vorhaben, wie sie der berüchtigte Generalplan Ost vorsah.[19] Angesichts des Vormarsches der Roten Armee rückten für die VoMi in den letzten beiden Kriegsjahren wieder die Umsiedlungen in das Reich und die annektierten Gebiete in den Vordergrund. Freilich handelte es sich jetzt eher um organisierte Massenfluchten, die ungeachtet ihres improvisierten und teils chaotischen Charakters als 'Administrativumsiedlungen' bezeichnet wurden. Nachdem die 'Rückführung' von rund 300.000 'Volksdeutschen' aus den besetzten sowjetischen Gebieten von den dortigen VoMi-Kommandos bereits 1943 begonnen und 1944 fortgesetzt worden war, leiteten Himmler und Lorenz im Spätsommer desselben Jahres Evakuierungsmaßnahmen auch in den südosteuropäischen Ländern ein. Im Zuge zahlreicher, durchweg verspätet angesetzter und verlustreicher Einzelaktionen sind von der VoMi bis Ende 1944 noch einmal etwa 500.000 Menschen in Bewegung gesetzt worden, wobei ein nicht unerheblicher Teil der VoMi-Klientel unterwegs den Anschluss verlor oder sich dem Aussiedlungsbefehl von vornherein verweigerte.

5. VoMi und Nachkriegsjustiz

Als die Berliner VoMi-Zentrale Anfang 1945 wegen mehrerer Bombentreffer, bei denen auch ein Großteil der Aktenbestände verlorenging, geräumt werden musste, zerfiel die einst so schlagkräftige Organisation innerhalb weniger Wochen. VoMi-Chef Lorenz geriet nach einem Zwischenspiel bei der Waffen-SS in britische Gefangenschaft. Im achten Nürnberger Nachfolgeprozess wurde er zusammen mit 14 weiteren 'Germanisierungs'-Funktionären der SS, darunter RKF-Stabschef Greifelt und RuSHA-Leiter Hofmann, u. a. wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit (u. a.) unter Anklage gestellt und im März 1948 zu 20 Jahren Haft verurteilt.[20] Während Lorenz letztlich nur ein Drittel der Strafe verbüßen musste, wurde sein Stellvertreter Behrends 1948 von einem jugoslawischen Gericht zum Tode verurteilt und hingerichtet , allerdings nicht wegen seiner Rolle bei der VoMi, sondern als 'Höherer SS- und Polizeiführer' in Belgrad im Jahre 1944. Die 1959 bei der Ludwigsburger Zentralstelle zur Verfolgung von NS-Verbrechen aufgenommenen Vorermittlungen gegen Angehörige des Sonderkommandos R der VoMi haben dagegen trotz erheblichen Aufwands zu keinen Anklagen mehr geführt.[21] Kommandochef Hoffmeyer, Leiter aller größeren Vertragsumsiedlungen der Jahre 1939-1941, hatte sich 1944 durch Selbstmord einer Festnahme durch die Rote Armee entzogen.

6. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Marcus Leniger: Um-Siedlungen - Anspruch und Scheitern der SS-Siedlungspolitik. In: Jan Erik Schulte (Hg.): Die SS, Himmler und die Wewelsburg. Paderborn 2009 (Schriftenreihe des Kreismuseums Wewelsburg 7), S. 274-295.
- Valdis O. Lumans: Himmler's Auxiliaries. The Volksdeutsche Mittelstelle and the German National Minorities of Europe 1933-1945. Chapel Hill/London 1993.

Anmerkungen

[1] Mit dieser Definition suchte bereits im Oktober 1919 der Vorsitzende des Deutschen Schutzbundes von Reichenau den 'Volksdeutschen'-Begriff in den offiziellen Sprachgebrauch der Weimarer Wanderungspolitik einzuführen; 2. Sitzung der 'Arbeitsgemeinschaft für Deutsches Wanderungswesen' am 15. Oktober 1919, Protokoll Friedrich Lindequist, Bundesarchiv Berlin R 8023/119.

[2] So im Oktober 1939 der Abteilungsleiter der VoMi für Presse, Information und Verbandsarbeit Rimann in einem Schreiben an das Deutsche Ausland-Institut. Bundesarchiv Berlin R 57neu/84. Vgl. auchHans Buchheim: Rechtsstellung und Organisation des Reichskommissars für die Festigung des deutschen Volkstums. In: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte. München 1958 (Veröffentlichungen des Instituts für Zeitgeschichte 1), S. 239-279, hier S. 259f.

[3] Grundlegend: Hans-Adolf Jacobsen: Nationalsozialistische Außenpolitik 1933–1938. Frankfurt/M., Berlin 1968, S. 160-252; Lumans: Auxiliaries; Tammo Luther: Volkstumspolitik des Deutschen Reiches 1933-1938. Die Auslanddeutschen im Spannungsfeld zwischen Traditionalisten und Nationalsozialisten. Stuttgart 2004 (Historische Mitteilungen, Beihefte 55).

[4] Valdis O. Lumans: Werner Lorenz – Chef der "Volksdeutschen Mittelstelle". In: Ronald Smelser, Enrico Syring (Hg.): Die SS. Elite unter dem Totenkopf. Paderborn 2000, S. 332-345. Zu Behrends vgl. Christian Ingrao: Hitlers Elite. Die Wegbereiter des nationalsozialistischen Massenmords. Berlin 2012, passim.

[5] Diesen Anspruch erhob Lorenz im Gespräch mit der Leitung des Deutschen Auslandinstituts am 23.4.1937. Hans-Adolf Jacobsen (Hg.): Hans Steinacher. Bundesleiter des VDA 1933–1937. Erinnerungen und Dokumente. Boppard am Rhein 1970 (Schriften des Bundesarchivs 19), S. 423-424.

[6] Karl Stuhlpfarrer: Umsiedlung Südtirol, 1939-1940. 2 Bde. Wien, München 1985, S. 238-245.

[7] Zitat nach Jacobsen: Außenpolitik (wie Anm. 3), S. 243.

[8] Zur Konjunktur der Umsiedlungsidee um 1938/39 vgl. Conrad Franchot Latour: Südtirol und die Achse Berlin-Rom. 1938-1945. Stuttgart 1962, S. 22-42; Matthew Frank: Expelling the Germans. British Opinion and Post-1945 Population Transfer in Context. New York 2007 (Oxford Historical Monographs), S. 29-38; Philipp Ther: Die dunkle Seite der Nationalstaaten. "Ethnische Säuberungen" im modernen Europa. Göttingen 2011, S. 108-119. Die vom Alldeutschen Verband zu Beginn des Ersten Weltkrieges eingeführte 'Flurbereinigungs'-Metapher für bevölkerungspolitische Zwangsmaßnahmen griff Hitler nach Beginn des Polenfeldzuges auf.

[9] Michael Wildt: "Eine neue Ordnung der ethnographischen Verhältnisse". Hitlers Reichstagsrede vom 6. Oktober 1939. In: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe, 3/1 (2006), http://zeithistorische-forschungen.de/16126041-Wildt-1-2006 (Zugriff 15.03.2013).

[10] Robert L. Koehl: RKFDV. German Resettlement and Population Policy 1939-1945. A History of the Reich Commission for the Strengthening of Germandom. Cambridge 1957.

[11] Hierzu Marcus Leniger: Nationalsozialistische 'Volkstumsarbeit' und Umsiedlungspolitik 1939-1945. Von der Minderheitenbetreuung zur Siedlerauslese. Berlin 2006, S. 91-147. Mit Schwerpunkt auf eine mit der VoMi im RKF-Programm kooperierende Organisation: Isabel Heinemann: Das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas. Göttingen 2003 (Moderne Zeiten. Neue Forschungen zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts 2), S. 187-415. Exemplarisch für die umsiedlungsbezogene Spezialliteratur: Dirk Jachomowski: Die Umsiedlung der Bessarabien-, Bukowina- und Dobrudschadeutschen. Von der Volksgruppe in Rumänien zur "Siedlungsbrücke" an der Reichsgrenze. München 1984 (Buchreihe der Südostdeutschen Historischen Kommission 32).

[12] Vgl. Götz Aly: 'Judenumsiedlung'. Überlegungen zur politischen Vorgeschichte des Holocaust. In: Ulrich Herbert (Hg.): Nationalsozialistische Vernichtungspolitik 1939-1945. Neue Forschungen und Kontroversen. Frankfurt/M. 1998, S. 67-97; Valdis O. Lumans: A Reassessment of Volksdeutsche and Jews in the Volhynia-Galicia-Narew Resettlement. In: Alan E. Steinweis, Daniel E. Rogers (Hg.): The Impact of Nazism. New Perspectives on the Third Reich and Its Legacy. Lincoln/Nebraska 2003, S. 81-100.

[13] Wilhelm Fielitz: Das Stereotyp des wolhyniendeutschen Umsiedlers. Popularisierungen zwischen Sprachinselforschung und nationalsozialistischer Propaganda. Marburg 2000 (Schriftenreihe der Kommission für deutsche und osteuropäische Volkskunde in der Deutschen Gesellschaft für Volkskunde e. V. 82); Gerhard Trimmel: Der nationalsozialistische Spielfilm 'Heimkehr'. Strategien der Manipulation und Propaganda. Krems 2003. http://www.donau-uni.ac.at/imperia/md/content/studium/kultur/film/heimkehr.pdf (Zugriff

01.03.2013). Das Zitat stammt aus einer Rede von RKF-Stabsamtschef Greifelt vom Dezember 1939, wiedergegeben bei Leniger: Volkstumsarbeit (wie Anm. 12), S. 225.

[14] Zusammen mit dem nun sog. RKF-Stabshauptamt unter Ulrich Greifelt. Ingeborg Fleischhauer: Das Dritte Reich und die Deutschen in der Sowjetunion. München 1983 (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 46), S. 72. Martin Moll (Bearb.): "Führer-Erlasse" 1939-1945. Edition sämtlicher überlieferter, nicht im Reichsgesetzblatt abgedruckter, von Hitler während des Zweiten Weltkrieges schriftlich erteilter Direktiven aus den Bereichen Staat, Partei, Wirtschaft, Besatzungspolitik und Militärverwaltung. Stuttgart 1997, S. 509. Lumans: Auxiliaries, S. 207, 135-137.

[15] Buchheim: Rechtsstellung (wie Anm. 2), S. 268f; Czeslaw Madajczyk: Das Hauptamt für Volkstumsfragen und die Germanische Leitstelle. In: Ursula Büttner (Hg.): Das Unrechtsregime. Internationale Forschung über den Nationalsozialismus. Festschrift für Werner Jochmann zum 65. Geburtstag. Bd. 1: Ideologie - Herrschaftssystem - Wirkung in Europa. Hamburg 1986 (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte 21), S. 261-270.

[16] Fleischhauer: Das Dritte Reich (wie Anm. 15), S. 73-74.

[17] Buchheim: Rechtsstellung (wie Anm. 2), S. 278; Christian Gerlach: Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941-1944. Hamburg 1999, S. 112f.

[18] Fleischhauer: Das Dritte Reich (wie Anm. 15), S. 118-150; Andrej Angrick: Besatzungspolitik und Massenmord. Die Einsatzgruppe D in der südlichen Sowjetunion 1941-1943. Hamburg 2003, S. 254-294; Eric C. Steinhart: Creating Killers. The Nazification of the Black Sea Germans and the Holocaust in Southern Ukraine, 1941-1944. In: Bulletin of the German Historical Institute 50 (2012), S. 57-74.

[19] Zu den Siedlungsversuchen überblicksartig: Wendy Lower: Hitler's "Garden of Eden" in the Ukraine. Nazi Colonialism, Volksdeutsche and the Holocaust 1941–1944. In: Jonathan Petropoulos, John K. Roth (Hg.): Gray Zones. Ambiguity and Compromise in the Holocaust and its Aftermath. New York 2005 (War and Genocide 8), S. 185-204. Einführend zum GPO: Isabel Heinemann u.a.: Wissenschaft, Planung, Vertreibung. Der Generalplan Ost der Nationalsozialisten. Eine Ausstellung der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Bonn 2006.
http://www.dfg.de/pub/generalplan/downloads/dfg_wissenschaft_planung_vertreibung_katalog.pdf (15.3.2013).

[20] Isabel Heinemann: Rasse, Lebensraum, Genozid. Die nationalsozialistische Volkstumspolitik im Fokus von Fall VIII der Nürnberger Nachfolgeprozesse. In: Kim C. Priemel, Alexa Stiller (Hg.): NMT. Die Nürnberger Militärtribunale zwischen Geschichte, Gerechtigkeit und Rechtschöpfung. Hamburg 2013, S. 100-126.

[21] Vgl. den Artikel zur Wiederaufnahme der Ermittlungen gegen Angehörige des 'volksdeutschen Selbstschutzes' Ende der 1990er Jahre: Gnadenlos niedergeschossen. Der Rußlanddeutsche Alfons Götzfrid ist nur einer von vielen Spätaussiedlern, denen Nazi-Verbrechen vorgeworfen werden. Staatsanwälte ermitteln in mehr als 1.000 Fällen. In: Der Spiegel 52/12 (März 1998). http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7837812.html (Zugriff 15.03.2013).

Zitation

Frank Görlich: Volksdeutsche Mittelstelle (VoMi). In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/55550.html (Stand 18.03.2014).

Volksgruppe → Minderheit (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Volkstum (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Volkstumsbrücke → Volkstum (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Volkstumsforschung

Inhalt

Siehe:

Deutsche Akademie (DA), München (noch leer)

Nord- und Ostdeutsche Forschungsgemeinschaft (NOFG)

Stiftung für deutsche Volks- und Kulturbodenforschung, Leipzig

Südostdeutsche Forschungsgemeinschaft (SOFG) (in Bearb.)

Volkstumskampf → Volkstum (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

W

West-ostdeutsches Patenschaftswerk → Patenschaften

Siehe Patenschaften

Westpreußen (Gruppe) → Westpreußen

Siehe Pommerellen/Westpreußen (Regionen)

Wolgadeutsche → Wolgagebiet (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Wolhyniendeutsche → Wolhynien (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Z

Zeitzeugen

1. Begriff

Fremdsprachige Entsprechungen

engl. contemporary witness; franz. témoin de son temps

2. Definition

Als Zeitzeugen bezeichnet man Personen, die über die Zeitgeschichte, also die "Epoche der Mitlebenden"[1], Auskunft geben können. Als Träger von Erfahrung fungieren sie dabei weniger als Zeugen eines äußeren Geschehens wie Tat- oder Augenzeugen, sondern mehr als autorisierende Instanz für "eine bestimmte Sicht auf die Vergangenheit",[2] als Verkörperung des Geschehens, über das sie sprechen.[3]

3. Geschichte und Forschung

Den Miterlebenden kommt im Bereich der Kultur und Geschichte der Deutschen in und aus dem östlichen Europa in mehrfacher Hinsicht eine besondere Funktion zu. Bereits unmittelbar nach dem Verlust der deutschen Reichsgebiete östlich der Oder-Neiße-Grenze bzw. nach der Aussiedlung der Deutschen aus Siedlungsgebieten, in denen Deutsche oft über Jahrhunderte hinweg als Angehörige einer nationalen Minderheit auf fremdem Staatsgebiet gelebt hatten, bediente sich die Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa[4] dieser Bevölkerungsgruppe in großem Umfange als Zeitzeugen. Die Aussagen der Zeitzeugen, die in Form schriftlich verfasster Berichte, beglaubigt durch eidesstattliche Erklärungen und Aussagen Dritter, der Dokumentation als breite Quellenbasis beigegeben und veröffentlicht wurden, dienten in erster Linie der Rekonstruktion der Vorgänge von "Flucht und Vertreibung" im Hinblick auf spätere Friedensverhandlungen[5] und weisen sowohl formal-inhaltlich wie intentional (seitens des Auftraggebers) noch die unmittelbare Nähe zur Zeugenaussage im juristischen Sinne auf. Das vom Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte angeregte und finanzierte Großunternehmen führte den Zeitzeugen darüber hinaus in die bundesdeutsche Zeitgeschichtsforschung ein, ohne den Begriff explizit zu verwenden. Dieser kam erst Mitte der 1970er Jahre auf und wurde zunächst synonym mit dem Begriff "Zeitgenosse" benützt.

Im Kontext der *Oral History* sowie der Biographie- und Erzählforschung erhielten die Aussagen von Zeitzeugen in der Folgezeit den Status von Quellen, wobei die drei wichtigsten mit Zeitzeugen arbeitenden Disziplinen aufgrund ihrer Fachtraditionen und unterschiedlichen Forschungsansätze abweichende Schwerpunktsetzungen vornahmen: So standen in der Geschichtswissenschaft in der *Oral History* die Ereignis- und Institutionengeschichte im Vordergrund, in der soziologischen Biographieforschung der Lebensverlauf und die Lebensverlaufsanalyse und in der volkskundlichen Erzählforschung Fragen der formalen, gattungsmäßigen und motivischen Gestaltung des Erzählten selbst, der Performanz (Erzählsituation) und Tradierung. Mittlerweile sind die Grenzen fließend, interdisziplinäre Forschungsansätze und Methoden eher die Regel als die Ausnahme.

Seit den 1980er Jahren, in denen im Kontext allgemeinerer Migrationsforschung auch das Thema "Flucht und Vertreibung" nach einem deutlichen Nachlassen des Interesses ab Mitte der 1960er Jahre wieder aufgegriffen wurde, gilt das Interesse der Forschung neben der Ereignisgeschichte verstärkt erfahrungs- und mentalitätshistorischen Fragen. Darüber hinaus gerieten das Alltagsleben vor 1939–1945 und der unmittelbaren Nachkriegszeit, Fragen der Integration und der Erinnerungskultur sowie Stereotypen und Erzählmuster in den Blick der

Wissenschaftler unterschiedlicher Disziplinen, vor allem der Volkskunde/Europäischen Ethnologie/Empirischen Kulturwissenschaft.

Derzeit erleben wir in Deutschland eine Konjunktur des Zeitzeugen, die oftmals mit dem bevorstehenden Verschwinden der sog. "Erlebnisgeneration" begründet wird und nach Anstrengungen zur Dokumentation von Zeitzeugenaussagen "in letzter Sekunde" verlangt; diese Auffassung beruht auf einem Verständnis von Zeitgeschichte, das im Wesentlichen die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts umfasst. Daher ist die Zahl derer, die aus eigenem Erleben über Nationalsozialismus, Holocaust, Krieg, Flucht und Vertreibung erzählen können, mittlerweile so gering, dass vermehrt auf Zeitzeugen zurückgegriffen wird, die diese Zeit als Kinder und Jugendliche erlebt haben bzw. "Erinnerungen aus zweiter Hand" wiedergeben.[6]

4. Diskussionen und Kontroversen

Ausgehend von der Tatsache, dass Zeitzeugenaussagen stets Produkte komplexer kognitiver, kommunikativer und sozialer Vorgänge sind, wird ihr Aussagewert unterschiedlich bewertet. Während in populärwissenschaftlichen und publizistischen Zusammenhängen teilweise recht unkritische Gleichsetzungen von Zeitzeugenberichten und Ereignissen im Sinne eines "So-ist-es-gewesen" vorkommen, verlangt die wissenschaftliche Quellenkritik einen problemorientierten und kritischen Umgang mit Zeitzeugenaussagen. Dieser schließt die Berücksichtigung der konkreten Entstehungsbedingungen ebenso ein wie die Wirkung öffentlicher, medialer, gruppenbezogener Diskurse und gesellschaftlicher Debatten, die Zeitzeugenaussagen als von der Gegenwart aus vorgenommene Darstellung und Bewertung immer in unterschiedlichem Maße beeinflussen. Dabei bereitet die vielfache Überformung von Erinnerungen durch familiäre, gesellschaftliche und gruppenbezogene Erzählungen und Deutungen mit zunehmendem Abstand zum Ereignis ebenso gravierende heuristische Probleme wie die Erwartungen an die Zeitzeugen, sowohl die unausgesprochenen (etwa durch die Auswahl der Personen) als auch die ausgesprochenen, die an sie herangetragen werden und denen sie meist zu entsprechen versuchen.

Zeitzeugen werden in medialen Kontexten wie Geschichts-Dokumentationen im Fernsehen, in zeithistorischen Ausstellungen via Hör- bzw. Filmstation oder "live" in pädagogischen Zusammenhängen (Schulen, Gedenkstätten) eingesetzt. Dabei stehen das Erzeugen von Empathie, die Auflockerung der Inhalte durch lebendiges Erzählen sowie deren Beglaubigung durch "das persönliche respektive personalisierte Zeugnis"[7] im Mittelpunkt.

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Hans Henning Hahn, Eva Hahn: Die Vertreibung im deutschen Erinnern. Legenden, Mythos, Geschichte. Paderborn 2010.
- Hans Günter Hockerts: Zeitgeschichte in Deutschland. Begriff, Methoden, Themenfelder. In: Historisches Jahrbuch 113 (1993), S. 98-127, bes. 108ff.
- Heinke M. Kalinke: Zur Geschichte und Relevanz von Selbstzeugnissen für die Alltags-, Mentalitäts- und Erfahrungsgeschichte der Deutschen in und aus dem östlichen Europa. In: Dies. (Hg.): Brief, Erzählung, Tagebuch. Autobiographische Dokumente als Quellen zur Kultur und Geschichte der Deutschen in und aus dem östlichen Europa. Freiburg 2000 (Schriftenreihe des Johannes-Künzig-Institutes 3), S. 7-22.
- Hans Rothfels: Zeitgeschichte als Aufgabe. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1 (1953) 1, S. 1-8.

- Martin Sabrow: Der Zeitzeuge als Wanderer zwischen zwei Welten. In: Martin Sabrow, Norbert Frei (Hg.): Die Geburt des Zeitzeugen nach 1945. Göttingen 2010, S. 13-32.
- Harald Welzer: Das kommunikative Gedächtnis. Eine Theorie der Erinnerung. München 2002 (Überarb. Neuauflage 2005).
- Dorothee Wierling: Zeitgeschichte ohne Zeitzeugen. Vom kommunikativen zum kulturellen Gedächtnis – drei Geschichten und zwölf Thesen. In: BIOS. Zeitschrift für Biographieforschung, Oral History und Lebensverlaufsanalysen 21 (2008) 1, S. 28-36.

Weblinks

- http://www.bkge.de/43010.html (Zeitzeugenberichte zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa im 20. Jahrhundert, Projektseite)

Anmerkungen

[1] Rothfels: Zeitgeschichte, S. 2.

[2] Sabrow: Zeitzeuge, S. 14.

[3] Vgl. Wierling: Zeitgeschichte, S. 30.

[4] Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa. In Verbindung mit Werner Conze [ab Bd. III], Adolf Diestelkamp [bis Bd. II], Rudolf Laun, Peter Rassow und Hans Rothfels bearbeitet von Theodor Schieder. Hg. vom Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. Bonn 1953-1962, Neudruck München 1984. Bd. I, 1-2: Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Bonn 1953. Bd. I, 3: Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Polnische Gesetze und Verordnungen 1944-1955. Bonn 1960. Bd. II: Das Schicksal der Deutschen in Ungarn, Bonn 1956. Bd. III: Das Schicksal der Deutschen in Rumänien. Bonn 1957. Bd. IV, 1-2: Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei. Bonn 1957. Bd. V: Das Schicksal der Deutschen in Jugoslawien. Bonn 1961. 1. Beiheft: Ein Tagebuch aus Pommern 1945-1946. Aufzeichnungen von Käthe von Normann. Bonn 1955. 2. Beiheft: Ein Tagebuch aus Prag 1945-1946. Aufzeichnungen von Margarete Schell. Bonn 1957. 3. Beiheft: Ein Bericht aus Ostpreußen. Nachdruck 1984.

[5] Mathias Beer: Im Spannungsfeld von Politik und Zeitgeschichte. Das Großforschungsprojekt "Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa". In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 46(3) (1998), S. 345-389.

[6] Ein aktueller Trend geht dahin, fehlende Zeitzeugen durch Schauspieler zu ersetzen, um die Verkörperung der Aussage zu erreichen. Siehe Rainer Gries: Vom historischen Zeugen zum professionellen Darsteller. Probleme einer Medienfigur im Übergang. In: Martin Sabrow, Norbert Frei (Hg.): Die Geburt des Zeitzeugen nach 1945. Göttingen 2010, S. 49-70.

[7] Gries: Vom historischen Zeugen, S. 50.

Zitation

Heinke M. Kalinke: Zeitzeugen. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2013. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/53839.html (Stand 31.01.2013).

Zentraleuropa → Ostmitteleuropa

Siehe Mitteleuropa

Zipser Sachsen → Zips (in Bearb.)

Dieser Text ist in Bearbeitung.

Zwangsmigration

1. Genese

Begriff

Der Begriff „Zwangsmigration" (*forced migration*) kam in den 1980er Jahren im Kontext damals durchgeführter Forschungen sowie internationaler Fachdiskussionen in Gebrauch – verstärkt nach dem Fall des Kommunismus, der zur Beendigung der Zensur und zur Zugänglichkeit von Archiven und ihrer Bestände für die wissenschaftliche Forschung führte. Zugleich nahm das gesellschaftliche Interesse am Thema zu, unter anderem als Folge der Aufarbeitung sogenannter „weißer Flecken" in der Historiographie im postkommunistischen Europa und der „ethnischen Säuberungen" in den Ländern des zerfallenden Jugoslawiens in der ersten Hälfte der 1990er Jahre.

Der übergreifende Begriff „Zwangsmigration" setzte sich durch, da er auf unterschiedliche Typen von Bevölkerungsverschiebungen im 20. Jahrhundert anwendbar war und die massive Gewalt als deren Hauptursache einbezog, ohne Unterschiede zwischen den verschiedenen Kategorien erzwungener Bevölkerungsbewegungen zu verwischen. Als Terminus erschien „Zwangsmigration" neutral, objektiv und insbesondere frei von politischen Konnotationen, die zum Teil mit anderen Begriffen verbunden waren, und war insofern gerade auch zur Verwendung im transnationalen Wissenschaftsdiskurs geeignet, zumal er präziser zu definieren war als technokratische oder generalisierende Begriffe wie „Bevölkerungstransfer" oder „Bevölkerungsaustausch".

Anwendung

Der Terminus „Zwangsmigration" wird im Wissenschaftsdiskurs ebenso verwendet wie im populärwissenschaftlichen Bereich. Er findet Gebrauch in historisch ausgerichteten Internetportalen und bei international agierenden Organisationen, die sich mit der aktuellen Problematik von Zwangsmigrationen auseinandersetzen;[1] in der allgemeinen Publizistik kommt der Fachbegriff seltener vor.

Fremdsprachige Entsprechungen

Engl.: forced migration, forced displacement, forced population movements, ethnic cleansing; poln.: przymusowe wysiedlenie (Zwangsaussiedlung), przymusowe przesiedlenie (Zwangsumsiedlung); tsch.: násilná migrace, nucené vystěhování, násilné migrační procesy (Zwangsmigrationsprozesse); slwk.: násilná migrácia, vynútená migrácia; ung.: kényszermigráció; rum.: migraţie forţată; russ.: vynuždennaja migracija, prinuditel'naja migracija.

2. Definition

Zwangsmigrationen sind meist massenhafte Ortsbewegungen von Menschen, die durch unmittelbaren (Anordnung zum Verlassen eines Ortes wird mit Gewaltanwendung durchgesetzt) oder situativen Zwang (massive Bedrohung durch Gewalt), ausgeübt durch staatliche Machtorgane (selbständig oder mit internationaler Billigung) oder lokale Akteure (Separatisten, paramilitärische Gruppierungen etc.), hervorgerufen werden. Das Vorgehen von (im weiten Sinne verstandenen) Machthabern bildet dabei den Impuls, der die Bevölkerungsbe-

wegung auslöst, was nicht bedeutet, dass diese Migrationen organisiert, kontrolliert oder in weniger gewaltsamer Form verlaufen würden. Opfer sind meist ethnisch, sozial oder konfessionell/religiös definierte Gruppen, die von der übrigen Bevölkerung der jeweiligen Gebiete abgetrennt werden sollen. Betroffen sind häufig Minderheiten oder andere Gruppen, die einen besonderen Status – oft infolge der Veränderung von Staatsgrenzen – erhalten haben: Sie können Staatsbürger des bisherigen oder eines als feindlich angesehenen Staates oder auch – etwa infolge des Zerfalls eines Vielvölkerstaates, der die Notwendigkeit einer staatlichen Neukonstituierung mit sich bringt – staatenlos sein.

Zwangsmigrationen stehen meist im Kontext eines Krieges mit einem äußeren Aggressor, eines Bürgerkrieges und seiner inneren Auswirkungen und/oder auch der Umsetzung eines ideologisch motivierten, gesellschaftspolitischen Projekts wie der Herstellung eines national einheitlichen Staates oder des totalitären Umbaus einer Gesellschaft. Bei der Charakterisierung von Zwangsmigrationen ist auf den Zusammenhang mit Modernisierungen (Instrumente staatlicher Politik, technische Fähigkeit zum Transport vieler Menschen über größere Entfernungen, Möglichkeit der Kontrolle von Bevölkerungsbewegungen, Fähigkeit zu ihrer Kategorisierung bzw. Aufteilung durch Behörden z. B. in Form von Einwohnermeldelisten) zu achten. Zwangsmigrationen sind auch dadurch charakterisiert, dass die Betroffenen keinen Einfluss auf das Geschehen haben und meist die „von oben“ verfügte Zuordnung oder Kategorisierung (nationale Identität, Rasse, Klasse) nicht ändern können. Erzwungene Massenmigrationen sind nicht nur ein Phänomen der Zeitgeschichte – man denke etwa an den Exodus der Juden aus dem spätmittelalterlichen Spanien oder dem Heiligen Römischen Reich –, sie werden aber im öffentlichen Diskurs vor allem mit dem 20. Jahrhundert assoziiert.

3. Debatten und Kontroversen

Der Begriff „Zwangsmigration“ ist weithin anerkannt und selbst kaum Gegenstand von Kontroversen. Er wird insbesondere in vergleichenden Darstellungen verwendet.[2] Da er sich auf Migrationen mit sehr unterschiedlichen Ursachen, Ausprägungen, Folgen und Auswirkungen beziehen kann, wurde verschiedentlich eine Gefahr der Geschichtsrelativierung gesehen, da jede Zwangsmigration individuell und für sich analysiert werden müsse.[3] Von nichtwissenschaftlicher Seite wurde in der Öffentlichkeit kritisiert, dass durch die Verwendung des pauschalisierenden Begriffs „Zwangsmigration“ aus Tätern bisweilen Opfer würden, frühere Opfer hingegen aufgrund von Gewaltanwendung und Mitwirkung an Zwangsmigrationen als Täter betrachtet würden. Auch wurde der Vorwurf erhoben, dass der Begriff zur künstlichen Bildung einer Schicksalsgemeinschaft der Opfer solcher Migrationen beitrage, was zur Gleichsetzung des erfahrenen Leids führe.[4]

Vertiefte Diskussionen entstanden über bestimmte Bevölkerungsbewegungen, die unter dem Oberbegriff „Zwangsmigration“ subsumiert wurden. Kontrovers diskutiert wurden die Unterschiedlichkeit von Ursachen, Verlauf und Folgen der Ereignisse. Dazu gehörten auch die Bestimmung von Größenordnungen der Opferzahlen (Zahlen der von der Ausweisung aus ihren Wohnorten Betroffenen, Anzahl von Todesopfern) sowie Fragen nach der Bedeutung des indirekten, situativen Zwangs: Worin besteht dieser und inwieweit hat er Einfluss auf die selbstständigen, freiwillig getroffenen Entscheidungen von Migranten? Wie wirkt er sich aus: als reale Bedrohung von Leib und Leben, von individueller Freiheit und/oder als bereits bestehende oder drohende ökonomische, soziale oder nationale Diskriminierung, die mit dem Verbleib am Wohnort verbunden ist? Eine entsprechende Bewertung von Migrationen kann zum Beispiel dadurch erschwert werden, dass in einigen Fällen den Betroffenen formal die Möglichkeit einer freiwilligen Entscheidung zum Verbleib oder zum Verlassen des Wohnorts eingeräumt wurde.

Außerdem wurden Stichhaltigkeit und Relevanz anzuwendender Bezeichnungen zum Thema von Debatten: Ein anschauliches Beispiel hierfür ist der für die Zwangsmigrationen am Ende und nach dem Zweiten Weltkrieg verwendete Begriff „Vertreibung“, der vielfach in den Diskursen über die deutsch-polnischen oder bis in die zweite Hälfte der 1990er Jahre deutsch-tschechischen Beziehungen gegenwärtig war beziehungsweise ist. In Polen war in den 1990er Jahren vor allem außerhalb von Historikerkreisen eine gewisse Tendenz zur Verwendung des Begriffs „Vertreibung“ (*wypędzenie*) zu beobachten, und zwar insbesondere für die Beschreibung der Schicksale jener Menschen aus den ehemaligen östlichen Gebieten des Deutschen Reichs, die an Polen oder an die UdSSR übergingen. Letztlich konnte sich dieser Begriff aber nicht durchsetzen. Die geäußerte Kritik am Begriff „Vertreibungen“ bezieht sich insbesondere auf dessen wenig präzisen Charakter, der eine Vermischung politischer, rechtlicher, moralischer und emotionaler Dimensionen fördere, und seine undifferenzierte Anwendung insbesondere auch für Migrationen aus späteren Jahrzehnten.[5] Einzelne Begriffe für verschiedene Formen von Zwangsmigrationen trugen im politischen Raum zum Teil zu heftigen Kontroversen bei. Die kommunistischen Regierungen versuchten etwa Zwangsmigrationen ganz zu verschweigen, deren Charakter zu verschleiern oder (wenn sie selbst oder die UdSSR als Täter belastet waren) durch tendenziöse Begriffswahl zu verfälschen. Ein Beispiel hierfür ist die Bezeichnung der Zwangsmigrationen von Deutschen und Polen am Ende und nach dem Zweiten Weltkrieg als „Repatriierung“.

Unterschiedliche Begriffe werden für die besonders drastischen und dramatischen Zwangsmigrationen verwendet, die mit einer hohen Anzahl von Todesopfern einhergehen; sie werden auch als „ethnische Säuberungen“ bezeichnet. Einige Wissenschaftler, häufiger aber nichtakademische Diskutanten, vermeiden in diesem Zusammenhang die Begriffe „ethnische Säuberung“ oder „Zwangsmigration“ und verwenden den Terminus „Völkermord“, allerdings meist ohne dessen völkerrechtliche Definition oder die mit dieser Bezeichnung verbundene internationale Rechtsprechungspraxis zu berücksichtigen.

Der Begriff „Holocaust“ als Bezeichnung für die Gesamtheit der Verbrechen gegen die Juden, ausgehend von der fortschreitenden und sich radikalisierenden Entrechtung der deutschen Juden in den Jahren 1933–1939 mit der „Kristallnacht“ vom November 1938 als Wendepunkt hin zur eliminatorischen nationalsozialistischen Politik von der Verbringung in Ghettos, der Deportation in Konzentrationslager bis zum Transport in Vernichtungslager und zur Vernichtung selbst, ist von der Diskussion über Zwangsmigrationen ausgenommen. Ähnlich verhält es sich beim Völkermord an den Armeniern in der Türkei im Jahre 1915, an dessen Beginn Zwangsmigrationen (Deportationen) standen.

Trotz Einschränkungen und Vorhandensein verwandter Begriffe werden Angemessenheit und Nutzen des Begriffs „Zwangsmigration“ im wissenschaftlichen wie im öffentlichen Diskurs insgesamt als hoch bewertet – dennoch dürfen die vorstehend angedeuteten differenzierenden Aspekte nicht aus den Augen verloren werden. Der Begriff „Zwangsmigration“ trägt zur Überwindung einer verengten nationalen, bilateralen, regionalen oder europäischen Sichtweise bei und erlaubt die Bestimmung eines überzeitlichen globalen, vom fernen Osten (China) über das Reich der Azteken und Mayas in den Orient reichenden, historischen Phänomens, von dem die europäische Geschichte und die politische Theorie und Praxis des 20. Jahrhunderts in Europa in besonderer Weise betroffen war.

4. Historischer Abriss

Zwangsmigrationen in Form von Flucht vor Verfolgung, Vertreibungen von als unerwünscht geltenden Gruppen, seltener von Einzelnen, fanden in allen historischen Epochen statt. Exemplarisch zu erwähnen sind neuzeitliche Bevölkerungsverschiebungen als Folge religiöser Intoleranz: die Vertreibung der Mauren aus Spanien im 16. Jahrhundert, die der

Arianer aus Polen und der Protestanten aus Frankreich im 17. oder aus dem Fürsterzbistum Salzburg („Salzburger Emigranten“) im 18. Jahrhundert. Auch die transkontinentalen Migrationen in die Kolonialgebiete oder aus den Kolonialgebieten hatten teilweise Zwangscharakter (Deportation von Verurteilten, Transport von Sklaven). Gerade im 20. Jahrhundert jedoch wurden die Zwangsmigrationen nicht nur ein Massenphänomen mit besonderen Charakteristika, dessen Ausmaß bislang Gewesenes übertraf, sondern auch ein in bestimmten Phasen akzeptiertes Instrument der bilateralen und internationalen Politik. Nach dem zwischen dem Wiener Kongress und dem Beginn des Ersten Weltkriegs liegenden Jahrhundert mit einer nie da gewesenen Entwicklung von Wissenschaft und Technik, der Emanzipation verschiedener gesellschaftlicher Gruppen, der Blüte des politischen und sozialen Lebens und der Entstehung eines die individuellen Rechte garantierenden Systems in großen Teilen Europas kam es zu einer Zäsur. Das Ausmaß der in Europa während und im Anschluss an den Ersten Weltkrieg gegenüber unerwünschten, meist aus wehrlosen Zivilisten bestehenden Gruppen ausgeübten Gewalt war bislang unbekannt. Auch wenn die Akteure oftmals keine direkten Berührungspunkte zur Kolonialpolitik hatten, erinnert ihr Vorgehen an den Umgang mit den „Einheimischen“, „Unzivilisierten“ in den Kolonien, wobei in ihrem Denken rassistische Züge hervortraten. Unter den von Verfolgung und Unterdrückung betroffenen Menschen stieg der Anteil der zur Migration gezwungenen an.

Zwangsmigrationen als akzeptiertes Instrument internationaler Politik in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts

Dies wirft die Frage nach den Ursachen dieser „modernen Barbarisierung“ Europas auf. Das vermehrte Auftreten von Zwangsmigrationen im insgesamt schwächer entwickelten östlichen Europa scheint mit dem vermeintlich niedrigeren Niveau der politischen Kultur und Stabilität in diesem Raum zu korrelieren. Dieses Erklärungsmuster ist allerdings fragwürdig: Erinnert sei daran, dass Frankreich nach 1918 die rücksichtslose Aussiedlung („*épuration*“) der Deutschen aus dem wiedergewonnenen Elsass betrieb. Ein Teil der Zwangsmigrationen im östlichen Europa wurde nicht nur unter Aufsicht, sondern auf Beschluss der führenden westlichen Staaten durchgeführt: Großbritanniens, Frankreichs und der USA.

Als Gründe sind politische, ideologische oder soziale Faktoren zu nennen. Ein Teil der Zwangsmigrationen im östlichen Europa im 20. Jahrhundert basierte auf Entscheidungen in der Verantwortung internationaler Organe. Organisierte Aussiedlungen ethnischer Gruppen galten über viele Jahrzehnte als Weg zur Lösung zwischenstaatlicher Konflikte oder zur Herstellung neuer politischer Ordnungen, gerade auch auf dem europäischen Kontinent, der lange als Zentrum von Zivilisation und Recht angesehen wurde. So geschehen nach dem Ersten wie auch nach dem Zweiten Weltkrieg: Der Vertrag von Lausanne (1923), das Münchner Abkommen (1938) oder die Konferenzen der „Großen Drei“ mit dem Abschluss in Potsdam (1943–1945) sind die am häufigsten genannten Beispiele für Großmachtpolitik in Europa und weltweit. Besonders die in der Folge des Potsdamer Abkommens stattfindenden Zwangsmigrationen erscheinen als charakteristisch für das Phänomen insgesamt – diese erfolgten während und nach dem Völkermord, den Verfolgungen und Deportationen des „Dritten Reichs“, die den zwangsweise durchgeführten Bevölkerungstransfer als politisches Mittel eigentlich endgültig kompromittiert hatten. In der internationalen Politik ist eine etwa drei Jahrzehnte anhaltende Entwicklung erkennbar: Diese ging vom Schutz der Minderheitenrechte aus, führte über die „Lösung“ der durch die Existenz von Minderheiten entstandenen „Probleme“, die als eine Bedrohung für den Frieden angesehen wurden, hin zur Verringerung der Minderheitsbevölkerung in Konfliktregionen durch ein- oder beiderseitige Aussiedlungen oder zu einem Wechsel der staatlichen Zugehörigkeit eines solchen Gebietes (Erzwingung einer Grenzänderung).

Zwangsmigrationen im Kontext der Herausbildung von (ethnisch begründeten) Nationalstaaten

Als entscheidende, Zwangsmigrationen verursachende Faktoren lassen sich der Nationalismus und die Tendenz zur Schaffung von Nationalstaaten gerade in Gebieten mit Jahrhunderte zurückreichendem multiethnischem Charakter benennen. In solchen Gebieten, wo sich die Festlegung „klarer" Grenzen nicht mit den ethnischen Gegebenheiten zur Deckung bringen ließ, waren Zwangsmigrationen in Form von „ethnischen Säuberungen" verbreitet. Hintergrund bildete die Einforderung des Rechts der Völker auf Selbstbestimmung – verbunden mit der für den Liberalismus grundlegenden Kategorie der Freiheit. Dies ging einher mit dem ebenfalls eingeforderten Recht der Völker auf Schaffung eigener Nationalstaaten. So entstanden Staaten infolge von Konflikten und Rivalitäten, als Ergebnisse von Kriegen und des Zerfalls von Vielvölkerreichen jeweils unter dem Einfluss wachsender nationaler Mobilisierung. Das führte zu strikten Abgrenzungen von Gruppen unterschiedlicher Identität gemäß der Dichotomie „eigen" oder „fremd". Der „Fremde", der nicht der Titularnation, sondern einer Minderheit angehörte, wurde nicht nur als anders gesehen, sondern galt (potenziell oder tatsächlich) als bedrohlich und unerwünscht, als störender Faktor für eine als „natürlich" und „notwendig" erachtete ethnische Homogenität des (entstehenden bzw. zu schaffenden) Nationalstaats. Diese Problematik nahm gerade in dem Teil Europas an Schärfe zu, in dem die auf gemeinsame Abstammung und „Blutsverwandtschaft" zurückgehende „Nation" als konstituierend für die Identität einer Gruppe überwog. Im Unterschied zur konfessionellen Zuordnung, die durch eine Konversion grundsätzlich überwindbar war, konnten sich die betroffenen Personen ihrer ethnischen Herkunft als Teil ihrer Identität jedoch nicht selbst entledigen, etwa indem sie neue Loyalität schworen oder sich freiwillig assimilierten. Dies konnte nur mit Zustimmung der Machthaber geschehen, wie im Falle der Germanisierung eines Teils der polnischen Bevölkerung in den von den Nationalsozialisten besetzten Gebieten oder im Fall der nationalen Verifizierung der autochthonen Bevölkerung in den neuen Gebieten Polens 1946 – die Alternative waren Zwangsmigrationen.

Zur Entfernung von Minderheiten kam es zuerst in den Vielvölkerstaaten, die ihre territoriale Geschlossenheit herbeiführen wollten (Ausweisung von Juden und Deutschen aus dem zaristischen Russland nach 1914), aber auch in neu entstandenen Nationalstaaten, in denen der hohe Anteil von Minderheiten von der die Titularnation bildenden Mehrheit als negativ und bedrohlich für den eigenen Status angesehen wurde. Eine entsprechende gegen Minderheiten gerichtete Innenpolitik wurde bisweilen durch die Haltung der Minderheiten, insbesondere ihrer Eliten, selbst noch verstärkt, etwa wenn diese eine neue internationale Ordnung nicht akzeptierten, weil sie auf Kosten der eigenen Bedeutung ging (weil eine Gruppe z. B. von einer Mehrheit des Staatsvolkes zur Minderheit wurde) oder die Hoffnung auf einen eigenen Nationalstaat zunichtemachte (geteilte Völker in Osteuropa).

Zwangsmigrationen traten vor allem unter den Bedingungen totalitärer Diktaturen auf, die gleichfalls ein europäisches Phänomen sind. Die Pläne zur völligen Umgestaltung des deutschen „Lebensraums" brachten verschiedene Arten von Zwangsmigrationen hervor, die infolge des Verlaufs des Zweiten Weltkriegs nicht vollständig umgesetzt wurden. Schon vor 1939 waren die Zwangsmaßnahmen gegen Juden, die deren Emigration aus Deutschland bewirkten, ein Mittel, um dem Ideal der „Blutsgemeinschaft" näher zu kommen. Die millionenfachen Deportationen von Menschen nach 1939 im okkupierten Ostmittel- und Osteuropa waren mit deren partieller (z. B. Polen, Ukrainer, Weißrussen) beziehungsweise fast vollständiger (Juden, Roma und Sinti) Vernichtung verbunden. Manche Deportationen hatten eher den Charakter von Unterdrückung oder von Ausbeutung (Deportation zur Zwangsarbeit), meist waren sie Teil einer Politik der ethnischen Umgestaltung in den eroberten Gebieten. Das endgültige Ziel der Politik Adolf Hitlers (1889–1945), wie es im „Generalplan

Ost“ von 1942 festgehalten wurde, war die beinahe komplette Aussiedlung der einheimischen „Untermenschen“ in den besetzten Gebieten nach Osten, verbunden mit einer nachfolgenden umfassenden Neuansiedlung von Deutschen. Unter den Bedingungen des „totalen“ Kriegs war es nicht möglich, alle Polen aus den besetzten Gebieten zu entfernen. Das NS-Regime hielt diese Frage jedoch weiterhin für dringlich, was die Aus- beziehungsweise Ansiedlungsaktion im Gebiet von Zamość beweist, die zu einer Zeit unternommen wurde, als die Wehrmacht die Schlacht bei Stalingrad 1942/1943 bereits verloren hatte.

Eine große gesellschaftliche Umgestaltung – unter anderen Vorzeichen – setzten die Bolschewiken in der Sowjetunion ins Werk. Der Schauplatz dafür war bis 1939 der eigene Staat, die Opfer waren Sowjetbürger. Die Klassenzugehörigkeit wurde zum Grund beziehungsweise zum Vorwand für Zwangsmigrationen (Deportationen ehemaliger Eliten, von Verwandten von Verurteilten, Verbannung von sogenannten Kulaken). Bereits vor Kriegsausbruch kam es auch zu Deportationen aufgrund der ethnischen Zugehörigkeit (Polen, Deutsche, Kurden, Iraner). In den Jahren 1939–1941 wurden Deportationen aus den annektierten polnischen Gebieten durchgeführt, in denen sich die Klassenfrage mit der der nationalen Frage verband, da die meisten Opfer Polen waren. Die massenhaften sowjetischen Deportationen nach 1941 hatten ebenfalls ethnischen Charakter; sie betrafen unter anderem Deutsche aus dem Wolgagebiet, Krimtataren, Tschetschenen und Inguschen und dauerten nach dem Krieg an, wobei sie (durch Deportationen von Litauern und Ukrainern) auch zu einem Instrument der Sicherung der westlichen Grenzgebiete wurden. Die Politik gegenüber den ethnischen Minderheiten war nicht nur ein neuralgischer Punkt der sowjetischen Innenpolitik, sondern der kommunistischen Regime nach dem Zweiten Weltkrieg insgesamt. Entgegen seinen internationalistischen Parolen schloss der Kommunismus in der Praxis nationalistisches Verhalten nicht aus. Mehr noch: Nationalistische Propaganda wurde eingesetzt, um die Mehrheitsbevölkerung für sich zu gewinnen und diese gegen die Minderheiten einzunehmen. Es handelte sich dabei um einen selektiven Nationalismus, der im Fall Polens antideutsch und zeitweise antisemitisch und im Verborgenen weit verbreitet auch antirussisch geprägt war.

Zu Zwangsmigrationen mit ethnischem Charakter kam es auch in anderen Teilen der Welt, auch dort, wo sich Nationalstaaten unter dem politischen, aber auch kulturellen Einfluss Europas entwickelten (Politik Israels gegenüber der arabischen Bevölkerung, Zwangsmigrationen während Entkolonialisierung).

Als Symbole dieser Zeit können daher einerseits die in Verfassungen kodifizierten Menschenrechte und andererseits der diametral entgegenstehende Befehl zur Deportation gelten. Ein weiteres Charakteristikum der politisch gesteuerten Zwangsmigrationen verdient Beachtung: Auf die Entfernung einer unerwünschten Bevölkerungsgruppe folgte in der Regel die massive Neubesiedlung des „gesäuberten“ Gebiets, wobei die Hinterlassenschaften der vorherigen Bewohner genutzt wurden. Insofern lag es im Interesse derjenigen, die die Migration verursachten, dass das Eigentum zurückgelassen wurde. Dies wiederum beeinflusste in fataler Weise die Lage der Zwangsausgesiedelten und ihr Auskommen am neuen Aufenthaltsort.

Zwangsmigrationen als Folge kriegerischer Auseinandersetzungen und daraus resultierender Grenzverschiebungen

Die Okkupationspolitik ist nur einer der mit dem Krieg verbundenen Hintergründe für Zwangsmigrationen. Schon bei Kriegsbeginn setzt häufig eine Evakuierung der Bevölkerung ein, die sich schnell in eine ebenso spontane wie chaotische Flucht vor dem nahenden Feind verwandeln kann. Der Impuls dafür kann Angst sein, angestachelt sowohl von der

Propaganda gegen den Angreifer als auch durch dessen tatsächliches brutales Vorgehen gegen die Bevölkerung des angegriffenen Landes, welches Panik auslösen soll, um sich dadurch eines Teils der Bevölkerung des jeweiligen Gebiets zu entledigen. Migrationsbewegungen mit dieser Ursache traten praktisch während jedes Krieges auf, im 20. Jahrhundert seit den Balkankriegen, die üblicherweise als Beginn der Vertreibungsgeschichte des 20. Jahrhunderts genannt werden. Während des Ersten Weltkriegs gab es diese an allen Fronten, im Westen (z. B. Fluchtbewegungen der Belgier) wie im Osten (Evakuierung und Flucht aus Ostpreußen 1914 oder Evakuierung und Flucht aus den westlichen Gouvernements des zaristischen Russlands nach 1915). Während des Zweiten Weltkriegs gab es zahlreiche Fluchtwellen, angefangen von den Fluchtbewegungen aus dem westlichen Polen vor der Wehrmacht bis hin zu Evakuierung und Flucht der Deutschen aus den östlichen Provinzen des Deutschen Reichs in den Jahren 1944–1945. Fliehende Zivilisten wurden dabei rücksichtslos angegriffen, gezielt unter Beschuss genommen und bombardiert – man betrachtete sie vor allem als Mobilisierungsreservoir des Feindes, das zu vernichten war. So war das Vorgehen auch in den 1990er Jahren auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens. Auch Bürgerkriege und Revolutionen riefen Massenfluchten der Zivilbevölkerung hervor (aus dem bolschewistischen Russland, aus dem franquistischen Spanien). Ohne sich in außereuropäische Beispiele zu vertiefen, können die seit 1948 von Israel geführten Kriege genannt werden, deren Folge eine massive Emigration von Palästinensern war. Ereignisse aus Regionen, die im letzten Jahrzehnt von Konflikten erschüttert wurden (Irak, Sudan, Syrien, Ukraine), zeigen, dass die Flucht aus dem Kampfbereich gegenwärtig die Hauptform von Zwangsmigrationen darstellt.

Eine Form der mit kriegerischen Konflikten einhergehenden Zwangsmigrationen sind Bevölkerungsverschiebungen infolge der politischen Beendigung von Kriegen. Am Ende von Kriegen stehen oft zu neuen Minderheitenproblemen führende Grenzveränderungen, etwa wenn bisherige Angehörige der Mehrheit nun der Minderheit angehören. Man löste dies auf verschiedene Weise (sieht man von Versuchen ab, manchen Staaten die Anwendung des Minderheitenschutzes aufzuzwingen, z. B. in Zusammenhang mit den Pariser Vorortverträgen): durch zwangsweise oder auf Basis einer Option durchgeführten wechselseitigen Bevölkerungsaustausch, einseitige (Zwangs-)Aussiedlung der „fremden“ Bevölkerung auf organisierte Weise in Gebiete jenseits der neuen Grenzen oder auch Vertreibung und Ansiedlung der unerwünschten Gruppe innerhalb des Landes. Mitunter wurden Vertreibungen/Deportationen einer Minderheitengruppe durchgeführt (militärische Aussiedlung der Deutschen 1945 aus Polen und der Tschechoslowakei), bevor ein neuer Grenzverlauf internationale Anerkennung erhielt. Nach dem Ersten Weltkrieg zog die Entstehung neuer Staaten derartige Bevölkerungsbewegungen nach sich. Ein Teil der Bevölkerung siedelte aus eigenem Antrieb – wenn auch unter dem Druck situativen Zwangs – in das neue Gebiet des Staates über, mit dem aufgrund nationaler Identität Verbundenheit bestand. Andere waren durch von ‚oben‘ diktierte Bevölkerungstransfers betroffen. Migrationen mit der größten Tragweite wurden im Ergebnis der Beschlüsse der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs umgesetzt (Zwangsaussiedlung der Deutschen aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn infolge des Potsdamer Abkommens) oder auf Grund von Beschlüssen, die die Siegermächte akzeptierten (griechisch-türkischer Bevölkerungsaustausch nach einer Reihe von Kriegen in der Region, sowjetisch-polnische Vereinbarung über die Aussiedlung von Polen aus den an die UdSSR verlorenen Gebieten von 1944).

Im Falle der Bevölkerungsverschiebungen nach dem Zweiten Weltkrieg spielten – neben dem Streben nach nationaler Homogenität – weitere Faktoren wie die angestrebte Schwächung und Bestrafung der Deutschen (die als gerechtfertigt angesehen wurde) oder der Wunsch nach Absicherung der neuen territorialen Ordnung eine gewisse Rolle. Zweifellos kann man – mit aller Vorsicht – eine Art ‚Infizierung‘ durch die vorangegangene national-

sozialistische Politik konstatieren. Indem die Nationalsozialisten die Aktion „Heim ins Reich“ begannen, hatten sie selbst große (erzwungene) Umsiedlungen der fern der deutschen Grenzen wohnenden Deutschen angestoßen und die Existenz historisch entstandener Gemeinschaften in multinationalen Regionen zerstört. Im Endeffekt wurden die Deutschen selbst in ihrem eigenen, von den Siegermächten besetzten und geteilten Land „homogenisiert“.

Infrastrukturelle Voraussetzungen: Zwangsmigrationen als modernes Phänomen

Für die Analyse von Zwangsmigrationen als modernes Phänomen mit all seiner Unterschiedlichkeit ist auch deren technische und organisatorische Durchführung von Bedeutung. Ohne das Vorliegen bestimmter Voraussetzungen wäre die Durchführung von massenhaften und relativ schnell vollzogenen Zwangsmigrationen, wie sie für das 20. Jahrhundert charakteristisch sind, nicht möglich gewesen, auch wenn das Emblem auch dieser Migrationen der Flüchtlingszug der Menschen bleibt, die sich zu Fuß und mit ihrer bescheidenen Habe auf dem Rücken oder in einem Treck von Pferdewagen fortbewegen. Ungeachtet dieses Bildes haben die meisten Zwangsmigranten ihren Wohnort mit Zügen, in Güterwagen, verlassen, die nicht für den Transport von Menschen geeignet waren. Erforderlich waren dafür ausgebaute Verkehrswege sowie ein entsprechender Fahrzeugbestand, um eine große Menschenzahl aus den zu „säubernden“ Gebieten hinauszubringen und diese in die Ankunftsregionen mitunter über tausende Kilometer zu transportieren.

Notwendig war auch ein (zumeist staatlicher) funktionierender Apparat, der über Gewaltmittel, über die Fähigkeit zur Kontrolle, aber auch zum Schutz der Menschen verfügte und auf eine Beamtenschaft, die den Transport durchführte, organisierte und verwaltungsmäßig abwickelte (z. B. Führung von Listen), zurückgreifen konnte. Die Bedeutung der Eisenbahn bei Deportationen und dem von den Nationalsozialisten durchgeführten Völkermord sowie bei den Verbannungen und Aussiedlungen der Kommunisten war grundlegend. Das vorhandene Verkehrsnetz war die Voraussetzung für die Massenflucht vor der Front; als Beispiel kann die Evakuierung und Flucht der Deutschen aus Ostpreußen und Pommern über die See dienen. Die Verkehrswege ermöglichen auch gegenwärtig illegalen Einwanderern, die durch Krieg und Armut zum Verlassen ihrer Länder gezwungen werden, allen Barrieren zum Trotz auf andere Kontinente zu gelangen.

Zwangsmigrationen im Europa des 20. Jahrhunderts in Zahlen

Für einen Teil der Zwangsmigrationen sind im Hinblick auf das Chaos, in dem sie stattgefunden haben, nur sehr allgemeine Schätzungen der Größenordnung möglich. Es wird angenommen, dass im 20. Jahrhundert allein in Europa mindestens 30 Millionen Menschen verschiedener Nationalitäten und Bekenntnisse Opfer von Zwangsmigrationen wurden, darunter überwiegend Ost- und Mitteleuropäer.[6] In der Zeit zwischen dem Ersten Balkankrieg (1912) und der Mitte der 1920er Jahre betrug die Zahl der Zwangsmigranten 2,6 Millionen.[7] Über zehn Millionen Menschen siedelten die Deutschen während des Nationalsozialismus zwangsweise aus und/oder deportierten sie (einschließlich Deportationen zur Zwangsarbeit). Diese Zahlen schließen nicht die sechs Millionen ermordeten europäischen Juden ein, für die die Deportation eine Etappe auf dem Weg in den Tod war. Aus den Gebieten des okkupierten Polens wurde etwa eine Million Polen im Rahmen des Germanisierungsprogramms gegenüber dem annektierten Territorium ausgesiedelt, eine weitere halbe Million wurde im Herbst 1944 aus Warschau/Warszawa vertrieben.[8] Wenigstens eine halbe Million deutscher Siedler wurde hingegen (zum Teil unfreiwillig) in den okkupierten polnischen Gebieten angesiedelt. Hinzu kommt, dass es im Schatten der nationalsozialistischen Politik zu „Kriegen im Krieg“ kam (unter anderem zu dem ukrainisch-polnischen Konflikt, der zum Tod von einigen zehntausend und zur Flucht von mindestens 300.000 Po-

len führte).[9] Die UdSSR siedelte bis 1952 zwangsweise mindestens sechs Millionen Menschen um. In diese Zahl sind die Deportationen in Gefangenenlager sowie die Internierung und Zwangsarbeit nichtsowjetischer Bürger in den Jahren 1944–1945 nicht eingerechnet.[10]

In der zweiten Hälfte der 1940er Jahre wurden bei Beendigung des Krieges, nach der Festlegung der neuen politischen Ordnung in Europa sowie den partiellen Grenzänderungen (wovon die Änderung der Grenzen Polens die wichtigste war) über 16 Millionen Menschen zwangsweise ausgewiesen oder durch die Umstände zur Ausreise gezwungen, darunter etwa zwölf Millionen Deutsche (eingerechnet Flüchtlinge und Evakuierte)[11] und 1,5 Millionen Polen.[12] Diese Bevölkerungsverschiebungen geschahen parallel zu dem viele Millionen Menschen umfassenden Strom der „Displaced Persons“ und Repatriierten (Rückkehrer aus Gefangenschaft, Zwangsarbeit, Lagern, Emigration), der Um- und Ansiedlungen (Wanderungen auf der Suche nach einem neuen Zuhause in nicht zerstörten Gebieten) und Emigrationen (Ausreise überlebender Juden, Ausreisen von Osteuropäern, die nicht in kommunistisch gewordene Länder zurückkehren wollten). Zehn Millionen Europäer lebten in dieser Zeit „auf gepackten Koffern“, und ganze Regionen und Staaten hatten eine schwankende Bevölkerungszahl.

Ein Teil dieser entwurzelten Bevölkerung hat im Laufe weniger Jahre mehrfach Zwangsmigrationen erfahren und dabei jedes Mal (fast) alles verloren. Die Erfahrungen dieser Menschen sollten eine enorme Bedeutung für die spätere Entwicklung von Gemeinschaften haben, die von den Zwangsmigranten mitgestaltet wurden.

Zur politischen (Neu-)Bewertung von Zwangsmigrationen am Ende des 20. Jahrhunderts

Nach fast einem halben Jahrhundert kehrte mit dem Jugoslawienkonflikt in den 1990er Jahren die Praxis der Zwangsmigrationen zurück. Fünf Millionen Menschen waren auf der Flucht, ein großer Teil ließ sich im Westen Europas nieder. Im Unterschied zu früheren Migrationen kehrte aber ca. ein Drittel der Ausgesiedelten in die Heimat zurück. Diese Rückkehr geschah maßgeblich unter dem Druck jener westlichen Staaten, die anders als früher erzwungene Migrationen nun nicht mehr als zulässige Methode ansahen, um sich Minderheiten zu entledigen, um Konflikte zu lösen oder um politische Stabilität herbeizuführen (zumindest in Europa). Der Abschied vom „Geist von Lausanne“ mit seiner legitimatorischen Bedeutung für Zwangsmigrationen dauerte sehr lange an, obwohl die Folgen der Zwangsmigrationen unverkennbar negativ in Erscheinung traten: anhaltende zwischenstaatliche Konflikte, wirtschaftliche und soziale Kosten und schließlich weitere „Säuberungen“ der Bevölkerung in dem utopischen Streben nach Homogenität sowie weitere, wenn auch weniger zahlreiche Ausreisewellen. Unvermeidlich wurde die Frage nach der Verantwortung – nicht nur der Staaten beziehungsweise Nationen als der direkten Verursacher, sondern auch nach der Verantwortung der Großmächte, die einen erheblichen Teil der Zwangsmigrationen im Namen der internationalen Ordnung akzeptiert hatten.

Lange Zeit wurde die These vertreten, dass die Zwangsmigrationen nach dem Zweiten Weltkrieg – vor allem von Deutschen und Polen – zwar schmerzhaft gewesen seien, aber zu Jahrzehnten des Friedens in Europa beigetragen hätten. Die Kritiker dieser Ansicht verweisen auf die über Jahrzehnte offen gebliebenen Wunden in Form von Gefühlen erlittenen Unrechts und Feindseligkeiten, die zum Teil bis heute zu spüren seien, auf die Atmosphäre eines latenten oder offenen Revisionismus auf der einen und des Gefühls des Provisoriums, der Ungewissheit, auf der anderen Seite, die sich politisch habe instrumentalisieren lassen. Nach dieser Meinung war der Friede in Mitteleuropa keine Folge des „Geistes von Potsdam“, sondern lediglich eine Auswirkung des „Kalten Krieges“ und des „Eisernen Vorhangs“, der die Antagonisten voneinander trennte und keine Möglichkeit einer weiteren di-

rekten Konfrontation bot. Die bipolare Struktur der weltweiten Kräfteverhältnisse und die lange anhaltende politische Marginalisierung Europas bewirkten, dass die Grenzregelung – auch wenn sie von Millionen abgelehnt wurde – jahrzehntelang hielt und somit den vom Verlust der Heimat Betroffenen wie auch den nachfolgenden Generationen Zeit gab, sie zu akzeptieren.

5. Bibliographische Hinweise

Literatur

- Pertti Ahonen: People on the Move. Forced Population Movements in Europe in the Second World War and its Aftermath. New York 2008 (Occupation in Europe series 3).
- Klaus Bachmann, Jerzy Kranz (Hg.): Verlorene Heimat. Die Vertreibungsdebatte in Polen. Bonn 1998.
- Klaus J. Bade, Pieter C. Emmer, Leo Lucassen, Jochen Oltmer (Hg.): Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Paderborn 2008.
- Wolfgang Benz: Ausgrenzung, Vertreibung, Völkermord. Genozid im 20. Jahrhundert. München 2006.
- Richard Bessel, Claudia B. Haake (Hg.): Removing Peoples. Forced Removal in the Modern World. Oxford 2009 (Studies of the German Historical Institute London).
- Dieter Bingen, Włodzimierz Borodziej, Stefan Troebst (Hg.): Vertreibungen europäisch erinnern? Historische Erfahrungen – Vergangenheitspolitik – Zukunftskonzeptionen. Wiesbaden 2003 (Veröffentlichungen des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt 18).
- Detlef Brandes, Holm Sundhaussen, Stefan Troebst (Hg.): Lexikon der Vertreibungen. Deportation, Zwangsaussiedlung und ethnische Säuberungen im Europa des 20. Jahrhunderts. Wien, Köln, Weimar 2010.
- Stanisław Ciesielski, Grzegorz Hryciuk, Aleksander Srebrakowski: Masowe deportacje ludności w Związku Radzieckim [Die Massendeportationen der Bevölkerung der UdSSR]. Toruń 2003.
- Peter Haslinger, K. Erik Franzen, Martin Schulze Wessel (Hg.): Diskurse über Zwangsmigrationen in Zentraleuropa. Geschichtspolitik, Fachdebatten, literarisches und lokales Erinnern seit 1989. München 2008 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 108).
- Grzegorz Hryciuk, Małgorzata Ruchniewicz, Bożena Szaynok, Andrzej Żbikowski: Umsiedlungen, Vertreibungen und Fluchtbewegungen 1939–1959. Atlas zur Geschichte Ostmitteleuropas. Bonn 2012 (Bundeszentrale für Politische Bildung, Schriftenreihe 1324).
- Anja Kruke (Hg.): Zwangsmigration und Vertreibung – Europa im 20. Jahrhundert. Bonn 2006.
- Benjamin Lieberman: Terrible Fate. Ethnic Cleansing in the Making of Modern Europe. Chicago 2006.
- Pawel Lisicki, Jerzy Haszczynski: Erinnerung: Europäisch oder national? Der Streit über das Zentrum gegen Vertreibungen. Warszawa [2003].
- Piotr Madajczyk: Czystki etniczne i klasowe w Europie XX wieku. Szkice do problemu [Klassische und ethnische Säuberungen im Europa des 20. Jahrhunderts. Problemskizze]. Warszawa 2010.
- Michael Mann: The Dark Side of Democracy. Explaining Ethnic Cleansing. Cambridge 2005.

- Ralph Melville, Jiři Pešek, Claus Scharf (Hg.): Zwangsmigrationen im mittleren und östlichen Europa. Völkerrecht – Konzeptionen – Praxis (1938–1950). Mainz 2008 (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Beiheft 69).
- Norman M. Naimark: Flammender Hass. Ethnische Säuberungen im 20. Jahrhundert. München 2004.
- Jochen Oltmer: Globale Migration. Geschichte und Gegenwart. Bonn 2012 (Bundeszentrale für Politische Bildung, Schriftenreihe 1309).
- Pavel Polian: Against Their Will. The History and Geography of Forced Migrations in the USSR. Budapest 2004.
- Michael Schwartz: Ethnische „Säuberungen“ in der Moderne. Globale Wechselwirkungen nationalistischer und rassistischer Gewaltpolitik im 19. und 20. Jahrhundert. München 2013 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 95).
- Philipp Ther: Die dunkle Seite der Nationalstaaten. Ethnische Säuberungen im modernen Europa. Göttingen 2011 (Synthesen. Probleme europäischer Geschichte 5).

Weblinks

- http://library.fes.de/library/netzquelle/zwangsmigration/ (Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung)
- http://lernportal.the-unwanted.com/lernstation/self/public/glossar_122.html („The Unwanted“: Lernportal des Netzwerks Migration in Europa)
- http://www.forcedmigration.org/about/whatisfm (Forced Migration Online. A world of information on human displacement)
- http://www.fmreview.org/ (Forced Migration Review)
- http://www.migrationpolicy.org/article/confronting-realities-forced-migration (MPI – Migration Policy Institute)
- http://iasfm.org/ (IASFM – International association for the study of forced migration)
- www.iom.int/cms/en/sites/iom/home/news-and-views/photo-stories/photo-story-listing/forced-migration.html (IOM – International Organization for Migration)

Anmerkungen

[1] Zum Beispiel: International Federation of Red Cross and Red crescent Societies: World Disasters Report 2012 „Focus on forced migration and displacement“: http://www.drk.de/fileadmin/Presse/Dokumente/1216800-WDR_2012-EN-LR.pdf (Abruf 04.05.2015).

[2] Exemplarisch: Melville, Pešek, Scharf (Hg.): Zwangsmigrationen im mittleren und östlichen Europa.

[3] Einen guten Überblick über die wichtigsten Positionen in der Debatte bieten: Bachmann, Kranz (Hg.): Verlorene Heimat; Bingen, Borodziej, Troebst (Hg.): Vertreibungen europäisch erinnern?; Haslinger, Franzen, Schulze Wessel (Hg.): Diskurse über Zwangsmigrationen.

[4] Vgl. dazu mehrere Beiträge in: Kruke (Hg.): Zwangsmigration und Vertreibung; Lisicki, Haszczynski: Erinnerung: Europäisch oder national?

[5] Vgl. dazu mehrere Beiträge in: Bachmann, Kranz (Hg.): Verlorene Heimat.

[6] Ther: Die dunkle Seite der Nationalstaaten, S. 261.

[7] Ther: Die dunkle Seite der Nationalstaaten, S. 261.

[8] Madajczyk: Czystki etniczne i klasowe, S. 152; Hryciuk, Ruchniewicz, Szaynok, Żbikowski: Umsiedlungen, Vertreibungen und Fluchtbewegungen, S. 72–73.

[9] Hryciuk, Ruchniewicz, Szaynok, Żbikowski: Umsiedlungen, Vertreibungen und Fluchtbewegungen, S. 71–72.

[10] Ciesielski, Hryciuk, Srebrakowski: Masowe deportacje, S. 15.

[11] Ther: Die dunkle Seite der Nationalstaaten, S. 261.

[12] Hryciuk, Ruchniewicz, Szaynok, Żbikowski: Umsiedlungen, Vertreibungen und Fluchtbewegungen, S. 84–88, 145.

Aus dem Polnischen von Maria Luft und Burkhard Olschowsky

Zitation

Krzysztof Ruchniewicz: Zwangsmigration. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2015. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32750 (Stand 22.05.2015).